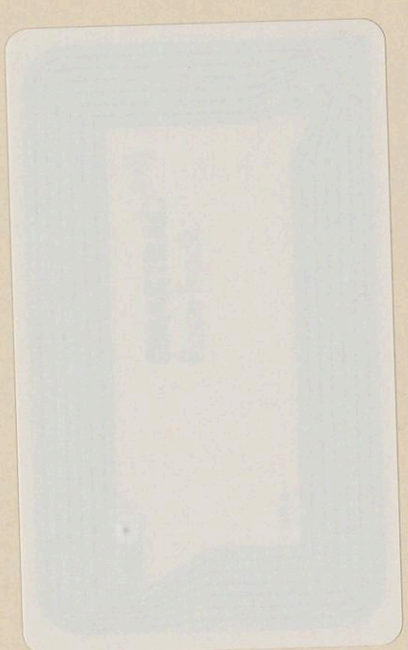


N12<524828218 021

ubTÜBINGEN

Wilh. Kapp
Buchbinderei & Papierh.
Tübingen Münzg. 3

Herder-Korrespondenz

ORBIS CATHOLICUS

FÜNFTER JAHRGANG 1950/51

VERLAG HERDER FREIBURG IM BREISGAU



Kb 190.4°

INHALTSVERZEICHNIS
des
V. JAHRGANGS

Die Seiten 377—384 kommen doppelt vor; sie sind durch eine hinzugefügte (1) oder (2) unterschieden

Kirchliches Lehramt und Fragen der Gegenwart

a) Der Papst

An den Deutschen Katholikentag in Passau 19
Enzyklika „Humani generis“ 25
Dekret zur Seligsprechung Pius X. 32
Über die Aufgabe der Kunst in der Welt 54
Zur Jahrhundertfeier der Hierarchie in England . . . 55
Über die Förderung der Heiligkeit des Priesterlebens 1. Teil 62
Über das Arbeiterapostolat 68
Über die Aufgaben katholischer Hochschulen in der modernen Welt 69
Ansprache zum Internationalen Katechetischen Kongreß 111
Verkündigung des Dogmas der Aufnahme Mariä in den Himmel 118
Predigt am Tage der Verkündigung des Dogmas . . 125
Ansprache an die Bischöfe aus Anlaß der Dogmenverkündigung 126
Über die Förderung der Heiligkeit des Priesterlebens 2. Teil 130
Ansprache an den Kongreß katholischer Verleger . . 162
Weihnachtsbotschaft 1950 183
Aufforderung an den Episkopat zum Gebet um den Völkerfrieden 188
Ansprache an den Kongreß der Ordensleute (vgl. Berichtigung des Textes auf Seite 339) 189
Fastenansprache an den Klerus von Rom 251
Apostolische Konstitution „Sponsa Christi“ 253
Ansprache an die spanischen Arbeiter 305
Dankschreiben an den deutschen Episkopat 329
Über eine Ordnung der Welt ohne Gleichmacherei . . 352
An die katholischen Lehrer der staatlichen Schulen in Frankreich 353
Über die Bedeutung des Mittelstandes 399
Was ist die Katholische Aktion? 400
Seligsprechung Pius X. 447
Über die Unmöglichkeit des Friedens ohne Glauben . 477
An die christliche Arbeiterjugend Italiens 477
Enzyklika „Evangelii praecones“ über die Förderung der katholischen Missionen 1. Teil 490
Über die Probleme der bäuerlichen Welt 494
Enzyklika „Evangelii Praecones“ über die Förderung der katholischen Missionen 2. Teil 544
An die christlichen Erzieher Latein-Amerikas 549
An die spanischen Unternehmer und Arbeiter . . . 553

b) Die Kurie

Instruktion der Bibelkommission über den Unterricht in der Heiligen Schrift 70
Anerkennung zweier Wunder im Prozeß Pius X. durch die Ritenkongregation 110
Dekret des Hl. Offiziums über den Rotary-Klub . . 240
Dekret der Ritenkongregation über die Änderung der Karsamstagsliturgie 287
Dekret der Konsistorialkongregation über die Verletzung kirchlicher Rechte und Personen in der Tschechoslowakei 341
Dekret des Hl. Offiziums zur Verhütung der unerlaubten Weihe von Bischöfen 381 (2)
Der Heilige Stuhl an die Studierenden der staatlichen Priesterseminare in der Tschechoslowakei 439
Dekret der Propagandakongregation über den Anschluß der weiblichen Orden an den Priester-Missionsbund . . 485
Dekret des Hl. Offiziums über die Erscheinungen in Heroldsbach 525
Erklärung des Heiligen Stuhles vor der Welternährungsorganisation 526

c) Der Episkopat Deutschland

Bischof Julius Döpfner, Würzburg, Ansprache auf dem Katholikentag in Passau 15
Erzbischof Lorenz Jäger, Paderborn, Predigt auf dem Katholikentag in Passau über Maria und die Glaubensspaltung 15
Bischof Simon Landersdorfer, Passau, Predigt auf dem Katholikentag in Passau 17
Bischof Aloys Münch, Regens der Nuntiatur, Ansprache auf dem Katholikentag in Passau 19
Bischof Simon Landersdorfer, Passau, Schlußwort auf dem Katholikentag in Passau 19
Verlautbarung der Deutschen Bischofskonferenz vom 24. August 1950 49
Bischof Julius Döpfner, Würzburg, zur Aussprache über die interkonfessionelle Lage 107
Fastenhirtenbriefe der deutschen Bischöfe 233
Bischof Simon Landersdorfer, Passau, Hirtenwort zur Wohnungsnot 330
Kardinal Konrad Graf von Preysing, Berlin, Memorandum an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik 409

England

Kardinal Griffin, Westminster, als Päpstlicher Legat auf der Jahrhundertfeier der englischen Hierarchie . . . 55
Stellungnahme der englischen Bischöfe gegen die Bevölkerungskontrolle 386
Stellungnahme der englischen Bischöfe gegen die Ehescheidung 388

Frankreich

Kardinal Gerlier, Lyon, Schlußwort auf dem Kongreß der Katholischen Werke Frankreichs 83
Bischof Pinson, St. Flour, auf dem Internationalen Katechetischen Kongreß 111
Ersuchen der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs um Hochschulkurse für Katechetik 168
Dekret der Kardinäle und Erzbischöfe über die Form der Katholischen Aktion 317
Die französischen Bischöfe zur Schulfrage 336
Die französischen Bischöfe über die Wahlpflicht . . . 434

Neubildung von Kommissionen des französischen Episkopates 436
Erzbischof Roncalli, Apostolischer Nuntius, an die Generalversammlung der Unesco 526
Erklärung der französischen Kardinäle zum Tode von Marschall Pétain 529

Indien

Botschaft des indischen Episkopates an die Regierung . 300

Irland

Stellungnahme der irischen Bischöfe gegen die Verstaatlichung des Gesundheitswesens 412

Italien

Erklärungen der italienischen Bischöfe zu den Gemeindewahlen 433

Österreich

Stellungnahme der österreichischen Bischöfe zu aktuellen Fragen 157
Erzbischof-Koadjutor Franz Jachym, Wien, über die Familie 158
Bischof Calasanz Fliesser und Bischof-Koadjutor Franz Zauner, Linz, über die Katholische Aktion 161
Kardinal Theodor Innitzer, Wien, Ansprache an die Weihnachts-Seelsorgertagung 238
Erzbischof-Koadjutor Franz Jachym, Wien, zur Frage des Religionsunterrichts 427
Bischof-Koadjutor Franz Zauner, Linz, zur Frage des Religionsunterrichts 429

Polen

Denkschrift der polnischen Bischöfe an den Staatspräsidenten 139
Weihnachtsbotschaft des Primas von Polen 243
Hirtenwort des Primas von Polen vor seiner Romreise 340
Pastoralinstruktion der polnischen Bischöfe 438
Hirtenbrief des Primas von Polen nach seiner Romreise 554

Spanien

Bischof Angel Herrera Oria, Malaga, über Staat, Presse und öffentliche Meinung 437
Hirtenbrief der spanischen Erzbischöfe über die Pflichten der Gerechtigkeit und Liebe in der gegenwärtigen Zeit 550

Ungarn

Abkommen der ungarischen Bischöfe mit der Regierung über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat . 33
Hirtenbrief der ungarischen Bischöfe über den Frieden . 439

Vereinigte Staaten von Amerika

Kardinal Stritch, Chikago, auf dem Nationalkongreß der CIO-Gewerkschaft 172
Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe über die religiöse Erziehung 194

Die Lage der Kirche in den Ländern

Meldungen aus der katholischen Welt 49—56, 105—117, 153 bis 177, 233—246, 281—301, 329—347, 377 (2) bis 394, 425 bis 442, 473—486, 521—543
Aus dem deutschen Sprachgebiet 49, 105, 153, 233, 281, 329, 377 (2), 425, 473, 521
Aus Süd- und Westeuropa 55, 110, 162, 240, 287, 336, 381 (2), 431, 477, 525
Aus Ost- und Südosteuropa 116, 169, 243, 293, 339, 438, 484, 531
Aus Nord- und Südamerika 56, 170, 295, 389, 440
Aus Asien und Australien 56, 116, 176, 244, 299, 344, 391, 442, 534
Aus Afrika 56, 174, 177, 300, 345, 391
Aus den Missionen (allgemein) 116, 174, 244, 299, 344, 394, 442, 485, 535
Der deutsche Katholizismus im Heiligen Jahr 2
Das ungarische Kirchenabkommen 33
Die Ergebnisse der Vertreterversammlung beim 74. Deutschen Katholikentag in Altötting 79
Eine Denkschrift der polnischen Bischöfe 139
Brief aus Kalifornien 142
Katholische soziale Selbsthilfe in Mittel- und Südamerika 144
Jerusalem 197
Die Lage in China 199
Der katholisch-soziale Gedanke im Staat und in der Gesellschaft in Mexiko und Argentinien 204
Wohin geht die chinesische Revolution 274
Ein wichtiges Ereignis in den polnisch verwalteten Ostgebieten 306
Die Lage der Kirche in China 308
Die Haltung der Katholiken im französisch-vietnamesischen Konflikt 354
Zur rechtlichen Lage der katholischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik 408
Die religiöse Lage in Jugoslawien 450
Die katholische Kirche und der skandinavische Protestantismus 452
Das Urteil gegen Erzbischof Grösz 495
Die Lage der Kirche in China 497
Die christlichen Kirchen in Israel 499

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Vorschläge zur Brevierreform 35
Eine Instruktion über den Unterricht in der Heiligen Schrift 70
Gesetz und Gewissen 74
Zum Dogma der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel 206
Arbeitermönche 211
Was will die Enzyklika „Humani generis"? 260
Christen und Juden 267
Die Moraltheologie sucht neue Wege 311
Echte und falsche Reform in der Kirche 357
Ungläubige Künstler und christliche Kunst 362
Vor dem ersten Weltkongreß des Laienapostolats . . 366
Mehr Muttersprache in der Liturgie 402
Der neue deutsche Einheitskatechismus 454
Brief aus Holland 503
Urchristliche Wagnisse 556
Experimente in der Seelsorge 557

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Die Soziale Woche Frankreichs: Die bäuerliche Welt in der modernen Wirtschaft 36

Brief aus Italien: Die Situation der Kommunisten . . 42
Die Ergebnisse der Vertreterversammlung beim 74. Deutschen Katholikentag in Altötting 79
Die Feier des 25jährigen Bestehens der JOC in Brüssel 88
Die Gleichberechtigung der Frau und ihre Grenzen im Familienrecht 89
Aufgaben christlicher Unternehmer 93
Kirche und Staat 214
Berufsständische Ordnung, Subsidiarität und Mitbestimmung in der holländischen Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung 218
Inwiefern gründet das Privateigentum im Naturrecht? . 269
Wohin geht die chinesische Revolution? 274
Die neue Katholische Aktion der Arbeiter in Frankreich 317
Brief aus Italien: Über den italienischen Film 320
Lastenausgleich 369
Die Reform des deutschen Ehe- und Familienrechts in christlicher Sicht 375
Das Problem von Wohltätigkeit und Selbsthilfe . . . 406
Zur rechtlichen Lage der katholischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik 408
Staatlicher Gesundheitsdienst und Naturrecht 412
Der „Schutz der Menschenrechte" vor dem Deutschen Bundestag 414
Die Chance des Geistes unter der Herrschaft der Funktionäre 458
Der Weg der deutschen Gewerkschaftsbewegung . . . 459
Was tut die Bundesrepublik für den Jugendschutz . . 461
Für und wider die Gewinnbeteiligung 504
Pflegekindverhältnis und Adoption im Rahmen der Neuordnung des Familienrechts 507
Die Klage des Schwarzen 559
Darf die Rechtsprechung „verurteilen" und „strafen"? . 563

Aus der Ökumenischen Bewegung

Ökumenische Nachrichten 22, 57, 117, 178, 246, 301, 347, 395, 443, 486, 537
Die Kirche, die Kirchen und der Weltrat der Kirchen . 100
Das neue Mariendogma und die evangelische Welt . . 147
Der Sinn der Arbeit in der modernen Welt 222
Widerspruchsvolle Tendenzen innerhalb der russischen Kirche 224
Die Lage in der russisch-orthodoxen Auslandskirche . 276
„Evangelium und Mythos" 322
Die orthodoxe Mariologie und die katholischen Mariendogmen 378 (1)
Gibt es eine Verständigung über die „Imago Dei" . . 416
Die orthodoxe Kirche in Polen 466
Die Lehrzuchtordnung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg 511
Was kann die Exegese zum Verständnis des Dogmas beitragen? 513

Das Forum

Übersetzungsfehler im deutschen Text von „Humani generis" 226
Die Entchristlichung der Massen und die Trennung von Kirche und Staat 325
Kritik der Remilitarisierungsumfragen 419
Die Lage der Katholiken in Schweden 423
Zur Kritik an den Remilitarisierungsumfragen . . . 469
Mehr Muttersprache in der Liturgie 516
„Das Tor zum Frieden" 517

Aktuelle Zeitschriftenschau

46, 103, 228, 278, 326, 381 (1), 423, 470, 518, 566

SACHVERZEICHNIS

Die Seiten 377—384 kommen doppelt vor; sie sind durch eine hinzugefügte (1) oder (2) unterschieden

A

Abendland, Bedeutung ökumen. Gespräche für das 57
Abendmesse 236, 283, 425, 482
Abtreibung s. Geburtenkontrolle
ACLI — Azione Cattolica Lavoratori Italiani
— Kongreß, Lagebericht, Gewerkschaftsproblem 112
— Rundfrage Arbeiter und Religion 431
— im Urteil der Mitglieder und Arbeiter 382 (2)
Adoption
— Grundsätze und deutsches Familienrecht 507—511
— Probleme in Holland 531
Afrika
— Errichtung der Hierarchie 490
— Eucharistischer Kongreß Goldküste 345
— Priesterproblem 174
— Rassenfrage Südafrika 177, 345
Agrarreform in China 274
Ägypten
— Gründung einer christlichen Partei 392
— kirchliche Verhältnisse 391
— Niederlassung der Mission de Paris 300
Akademiker
— Geschichte und Krise des Standes 458
— Funktionswert in moderner Gesellschaft 459
Aktion s. Katholische Aktion
Albanien, Lage der Kirche 534
„Allein", evangelische Glaubensformel 117, 487
Altenberg, Treffen deutscher und französ. Priester 283
Altötting, Werktagung des Katholikentages 79—88
Altpreußische Union neubegründet 301
Amsterdamer Dokumente und „Mystici Corporis" 24
Anarchismus, Gefahr für kath. Arbeiterschaft 290
Anglikanische Kirche
— und Freimaurerei 446
— und kath. Jubiläumsfeier 55
— papalists im Klerus 482
Antikatholische Tendenzen
— im württembergischen Lehrzuchtgesetz 512
— in Südafrika 177
— in USA 440, 441, 489
Antiklerikalismus in Italien 433
Antillen, katholische soziale Selbsthilfe 144
Antisemitismus, Erscheinung und Wurzeln 267—269
Apostolat
— Förderung des Gedankens durch die Priester 130
— Laienpredigten in Essen 157

— Missionsapostolat der Ordensfrauen 485
— Mitwirkung von Laien bei Volksmission 106
— und Ordensleben 163
— in der Pfarrei 106
— Pius XII. über Pflicht u. Wesen des Apostolates 185, 251 401
— Seemannsapostolat 176
Apostolische Konstitution s. die inhaltlichen Stichworte
Apostolische Sukzession in der ev. Theologie 487
Araber, Christen in Israel 499—502
Arbeit
— und neue Formen des Ordenslebens 211—214
— vermehrte Frauenarbeit in Ungarn 439
— Kameradschaft in der Arbeit 222
— und Recht auf den Arbeitsertrag 270
— in der neuen Regel für Nonnen 257
— in der modernen Welt und das Christentum 222—224
— als Ziel der Kindererziehung 196
Arbeiter und Religion, Priester usw. 4, 18, 155, 288, 431
Arbeiterapostolat, Papstansprache an JOC 68, 288, 382 (2), 431
Arbeiterbewegung
— katholische in Italien 112, 288, 382 (2), 431
— in Brasilien 146
— in Chile 298
— in Uruguay 146
— und Klassenkampf 153
Arbeiterjugend
— in Italien 477
— in Österreich 51, 160
— Neigung zum Anarchismus 290
Arbeiterkultur als Lehrgegenstand 109
Arbeitermönche 211
Arbeiterpriester in China 498
— in Frankreich 384 (2)
Arbeiterseelsorge
— neue Methoden 156
Arbeitslohn s. Lohn
Arbeitsvertrag und soziale Gerechtigkeit 551
Argentinien, sozialer Überblick 205
Armut
— als Chance des Akademikerstandes 459
— als Kennzeichen der deutschen geistigen Lage 475
— im Priesterleben 64, 131
Asien
— Nationalgefühl und Kommunismus 200
— Proteste der ev. Kirchen Asiens gegen Westkirchen 247
Assumptio s. Maria
Astrologie in Zeitschriften 462
Atheismus und Katechismusproblem 455
Atombombe
— und Moraltheologie 172
— Stellungnahme ev. Theologen in USA 178
Auferstehung des Fleisches und Assumptio 210
Augustinuswort über die Caritas 408
Australien
— Frage der katholischen Universität 393
— Lage der russischen Auslandskirche 278
Auswanderung, Internat. kath. Kommission 478
Autokephalie, Streit um A. der poln. orth. Kirche 467
Autorität
— evangelische Auffassung 118, 487, 511—513
— in der Kirche 8—9, 260—266, 357—362
— Pflichten der öffentlichen 552
— des hl. Thomas 29, 264

B

Bauerntum
— Familienbetrieb 167, 495
— Gefährdung 167
— im Mittelpunkt christlicher Sorge 18
— Pius XII. über die Probleme des Bauerntums 494
— Sozialgesetzgebung 495
— bäuerliche Volksbildung in Österreich 380 (2)
— in der modernen Wirtschaft 36—41
Beichte, Ordnung der Beichte in der VeLKD 303
Belgien
— Grundrechte in der Verfassung 217
— Spaak und die katholischen Schulen 291
— Thomismus in Belgien 504
Benediktiner und Fabrikarbeit 212
Berufsheiligung als Aufgabe der Katholischen Aktion 558
Berufsproblem der Jugend 430
Besatzungstruppen, sittliche Probleme 296
Betrieb, industrieller, menschliche Beziehungen 222
Betsingmesse in Deutschland 282
Bevölkerungsbewegung der Heimatvertriebenen 523
Bevölkerungsprobleme
— in England 386
— in Frankreich 98
— in Japan 392
— in Portorico 390
— und Menschenrechte 333
Bevölkerungszunahme, Statistik 56
Bibel
— und Dogmenbegründung 124
— im ökumenischen Gespräch 57
— Instruktion über den Bibelunterricht 70
— Kritik des evangelischen Schriftprinzipes 361
— und Tradition 487, 511
Bibelbewegung in Österreich 335
Bibliotheken für Priester 136
Bildungswerk in Berlin 473
Bischofsamt
— Lutherisches 445
— und Politik 115, 139
Bischofsweihe, Dekret gegen unerlaubte 381 (2)
Bistumsverweser in Polen 306
BKU s. Bund katholischer Unternehmer
Bonifatiusschwestern 476
Brasilien
— katholische soziale Bewegungen 146
— Kongreß katholischer Erzieher 549
Brautunterricht, neue Methode 473
Breviergebet 35, 66
Brevierreform 35
Brüderlichkeit
— als Norm der Caritas 408, 557
— Thema des evangelischen Kirchentages 537
— World Brotherhood 295
Buch im Filmzeitalter, Pius XII. über 162
Buffalo, konfessionelle Zusammenarbeit 488
Bulgarien
— orthodoxe Fakultät Sofia 61
— Lage der katholischen Kirche 532
— Massendeportationen 484
Bultmann, Konflikt in Hessen 445
Bund katholischer Unternehmer (BKU)
— Tagung in Beuron 93—99
— Tagung in Freiburg 459—461

— Tagung in Neuenahr 504—507
Buße, Pius XII. über zeitgemäße 127
Byzantinische Studien, Frauenkloster für 294

C

CAJ
— Pius XII. über 4
— Rundfrage über Abendmesse 425
Caritas
— caritative Anstalten in Deutschland 282
— in China 201
— Familien„kloster" 556
— Nomadelphia-Siedlungen in Italien 557
— in Polen verstaatlicht 141
— Verlagerung infolge des Sozialstaates 406
— als Prinzip eines christlichen Unternehmens 436
— urchristliche Wagnisse heute 556
— und säkularisierte Wohltätigkeit 192, 406
— richtige Zielsetzung und Methode 406—408
Chile, religiöse und soziale Probleme 297
China
— Lage in 199—204, 274—276, 308—311, 497—499, 534—535
— Caritasarbeit in 201
— Schulpolitik 201
— evangelische Kirchen 202
— Priesternachwuchs 204
— Katholische Universität 202, 499, 535
— Agrarreform 274
— Kirchliche Gleichschaltung 202, 299, 310
— Legion Mariens 499
Choral auf dem kirchenmusikalischen Kongreß 163
Christentum
— gemeinsame Abwehrfront (vgl. ök. Zusammenarbeit) 8
— und Caritas 406—408
— Chaos in USA 399
— und neues China 200
— Entscheidungen in Afrika 175, 346
— gegenwärtige Erscheinungsweise 8
— in Indonesien 344
— und Neger 560
— und öffentliches Leben (politische Verantwortung) 84
— und Ost-Westgegensatz 115
— Traditionschristentum 3, 235
— und die Tugend der Hoffnung 478—482
— und Unesco 526
— und moderne Welt 474—476
Christlich-jüdische Beziehungen 108, 267, 295, 499
Christliche Bildung
— und Film 529
— in Indien 442
Christliche Gewerkschaften
— in Deutschland 461
— und Internationaler Bund freier Gewerkschaften 528
— in Italien 112
— Weltmitgliedstatistik 288
Christliche Kunst und ungläubige Künstler 362—366
Christliche Politik, Problematik 113
Christliche Soziallehre
— Institut Madrid 385
— und deutsche Sozialreform 459
Christliche Sozialordnung und Laienapostolat 368
Christliche Verkündigung in unserer Zeit 156, 157
Christliches Unternehmen 436
Christologie
— Problematik im Ökumenischen Rat 349
— in der Verkündigung 105
— Zentrum des neuen deutschen Katechismus 455
Codex Juris Canonici
— und staatskirchliche Maßnahmen im Osten 306, 340, 341, 381 (2)
— und Pius X. 449
— authentische slowenische Übersetzung 517
Corpus Christi Mysticum 7, 29
Cuba,
— Katholische Sozialbewegung 145, 298
— Katholisches Leben 174

D

Dekrete, päpstliche s. Inhaltsverzeichnis
Demokratie
— Kritik Pius' XII. 352
— Theorie und Praxis in USA 440
Deportationen im Osten 484, 496
Depositum fidei als Dogmengrundlage 119
Deutschland
— Antisemitismus 268
— Arbeiterseelsorge 156
— Berliner Bildungswerk 473
— Brautunterrichtskurse 473
— Ehe- und Familienrechtsreform 375, 377 (2), 507
— Fastenhirtenbriefe 233
— Gewerkschaftsbewegung 153, 459—461
— Jugendschutzgesetzgebung 461—466
— Kanonistisches Institut 284
— neuer Katechismus 454—457
— 74. Katholikentag 1—21, 79—88
— Evangelischer Kirchentag Berlin 537—539
— Menschenrechtsdebatte 414
— Orthodoxe Auslandskirche 277
— Ostgebiete 140, 141, 243, 306
— Ostzonale Justiz 237
— Probleme der Volksmission und Seelsorge 105
— Rechtslage der Kirche in der Ostzone 408—412
— Remilitarisierung 153, 419, 469, 486
Dichtung
— moderne katholische in evangelischer Sicht 351
— katholische und die Tugend der Hoffnung 479
Diözese und Pfarre, Pius XII. über 401
Diözesangesangbuch 282
Dodekanes, Unterdrückung der Kirche 116
Dogma
— Begriff 118—125
— Gefahr der Abschwächung 27, 263

E

Economic and Social Council der UN (ECOSOC) und Menschenrechte 173
Ehe
— Kampf der österreichischen Bischöfe um das Eherecht 157
— und holländische Katholische Aktion 558
— Pius XII. über die Ehe 128
— Reform des deutschen Eherechtes 89, 375
— VELKD auf dem Wege zum Ehesakrament 59
— Vorbereitungsunterricht in Deutschland 473
Ehescheidung
— Praxis in Deutschland 376
— Einschränkung in Deutschland 522

— in England 387
— in Portorico 390
— und das richterliche Gewissen 476
Eigentum
— naturrechtliche Begründung 269—274
— Eigentumsrecht der Frau 377 (1)
— durch Gewinnbeteiligung 504
— Kritik bisheriger Begründungen 271
— Möglichkeit einer Konkretisierung des Rechts 331, 332
— als Sicherung von Familie und Freiheit 159
— und Thomas von Aquin 270
Einheitsgewerkschaft, Problem der 153, 460
Einheitskatechismus, deutscher 454—457
EKD (Evangelische Kirche Deutschlands)
— und Gespräch mit Rom 57, 446
— Evangelischer Kirchentag in Berlin 537—539
— Lutheraner in der 487
— und Ökumenisches Patriarchat 399
— Politische Spannungen in der 347
— zur Remilitarisierung 486
— Stellungnahme zur Entmythologisierung 395
— 3. Synode der 347
— Tagung von Theologen, Politikern und Publizisten in Hermannsburg 474
— zur Volksbefragung in der Ostzone 445
— und ökumenische Zusammenarbeit 22
Ekklesiologie
— des Ökumenischen Rates 23, 100
— der skandinavischen Kirchen 452, 487
Elternrecht
— und Adoption 510
— Entscheidung im Streitfall 92
— und religiöse Erziehung 194, 508
— und religiöse Freiheit 217
— und Menschenrechte 331, 438
— Neuordnung der elterlichen Gewalt 377
— Unverzichtbarkeit 377 (2), 508
England
— Abendmesse in England 482
— Bevölkerungsproblem und Ehescheidung 386
— Caritative Einrichtungen 556
— Jahrhundertfeier der englischen Katholiken 55
— Jugendgerichte 525
— Katholische Kirche im staatlichen Recht 116
— katholische Kritik am englischen Rundfunk 388
— Kirchenfunkerfahrungen 530
— Liturgische Gesellschaft 402
— Neigungen der englischen Rundfunkhörer 293
— sittlicher Zustand der englischen Jugend 482
— Wohnungsprobleme 530
Entmythologisierung 322, 395, 445, 511
Entwicklungslehre, Pius XII. über 26, 30, 31
Enzykliken
— Casti connubii 522
— Divino afflante spiritu 28
— Evangelii praecones 490, 544
— Humani generis 25
— Immortale Dei 554
— Mystici corporis 7
— Providentissimus 28
— Rerum Ecclesiae 548
— Spiritus Paraclitus 28
— Summi Pontificatus 547
Erkenntnistheorie und Moraltheologie 416
— bei Thomas von Aquin 426
Erziehung
— Anspruch des Kindes und geltendes Recht in Deutschland 508
— Aufgabe der Schule in der religiösen 195
— religiöse und sexuelle Aufklärung 196
— Einfluß der Kirche in USA 440
— Elternpflicht 194, 508
— Erfolg der sowjetischen 343
— körperliche Erziehung Recht der Eltern 412
— und Film 529
— Grundsätze der religiösen Erziehung 194—197
— Internatserziehung 133
— katholische in Japan 244
— soziale und Mission 535
— Pius XII. an die christlichen Erzieher Lateinamerikas 549
— in Polen 140
— Priestererziehung 129, 133, 439
— Probleme auf dem Katholikentag 86
— katholische in USA 143
Ethik
— Evangelisch-theologische 416—419
— Gesetz in der Ethik 315
— Gottebenbildlichkeit des Menschen Grundbegriff 416
— Infragestellung christlicher Ethik 417
— Kasuistik 314
— Personalismus 316
— Situationsethik 74—79, 311—317
— Wahrheitsfrage 30
— Zentralbegriff christlicher 316
Eucharistischer Kongreß
— in Barcelona 288
— in Kumasi (Westafrika) 345, 491
Europa
— Fragen der ökumenischen Kommission 397
— Christliche Grundlagen der Einheit Europas 56
— Lage der russischen Auslandskirche in Europa 277
— Rat der europäischen Kirchen 539
Europarat und Menschenrechte 414
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 415, 416
Evangelische Kirche Deutschlands s. EKD und Kirche
Evangelische Kirche Württembergs, Lehrzuchtordnung 511
Evangelische Kritik
— am Dogma von Mariä Himmelfahrt 147, 206, 396
— am „sola fide“ 117
Evangelischer Kirchentag 16, 22, 487
Evangelisches Hilfswerk in Deutschland 347
Evangelium und Mythos 322, 395, 445, 511
Exegese
— Beitrag zum Dogma 513—517
— Paulus in der evangelischen Exegese 443
— Pius XII. über Irrtümer 28
Exerzitien für Industriearbeiter 290
Existentialismus
— und Neuthomismus in Holland 503
— Pius XII. über 26, 30

F

Fabrikarbeit und Ordensleben 212
Faith and Order, Vorbereitung der Konferenz in Lund 248
Familia, Arbeitsgemeinschaft in Aachen 473
Familie
— Auflösung in Guatemala 296
— Auflösung in Osteuropa 439, 440, 533

— und Eigentum 159
— staatlicher Gesundheitsdienst 412
— natürliche Ordnung und deutsches Familienrecht 377 (1)
— in Portorico 390
— Wohnung und Siedlung 234
Familienausgleichskassen 429
Familienbetrieb, bäuerliches Ideal 167, 495
Familienlohn (vgl. auch Lohn), Forderung der Päpste 551
Familienpriestertum 10
Familienrecht
— Dauerpflegevertrag 507
— Gleichberechtigung der Frau 89
— Pflegekind und Adoption 507
— Reformbedürftigkeit 89, 375
Familienseelsorge 81
Familienwerk in Wien 286
FAO s. Welternährungsorganisation
Fastengebot, Pius XII. über zeitgemäße Form 127
Fastenhirtenbriefe deutscher Bischöfe 233
Fatalismus der heutigen Intelligenz 458
Film
— Besprechungen:
— — Das große Geheimnis 53
— — Es kommt ein Tag 109
— — Johanna von Orléans 110
— — Das doppelte Lottchen 240
— — Fahrraddiebe 321
— — Himmel über den Sümpfen (Maria Goretti) 334
— — Tagebuch eines Landpfarrers 378 (2)
— — Tor zum Frieden 379 (2), 517
— — Dem Himmel nahe (Cerca del cielo) 385
— Bekämpfung des Films „The Miracle" in New York 441
— christlicher in Spanien 385
— und christliche Erziehung 529
— Filmdienst katholischer Zeitungen in Spanien 291
— Illustrierte Filmzeitungen 463
— internationales Kath. Filmbüro 482
— italienischer 320
— Pius XII. über 162
— Problem des moralischen Filmes 240
— Probleme katholischer Filmkritik 483
— und Schule 530
— und Schuljugend, Wiener Rundfrage 53
— Verfilmung der Messe 53
— Wirkung auf die Neger 300
Flüchtlinge s. Heimatvertriebene
Forschungsstelle für Volkspsychologie 469
Fortschritt und Tradition
— im deutschen Katholizismus 281
— Thema der ev. Akademie 474
Fortschrittliche Christen in Vietnam 117
Frankreich,
— Bevölkerungsprobleme 98
— erste allgemeine Bischofskonferenz 336
— und die Enzyklika Humani generis 261
— Erklärung der Kardinäle zum Tod von Pétain 529
— Erklärung der sozialen Katholiken vor der Nationalversammlung 529
— christliche Fabrik in Colombes 436
— anarchistische Gefahr in katholischer Jugend 290
— Gewerkschaften 98
— Institut für katechetischen Unterricht in Paris 168
— Intransigenz des Laizismus 113
— Katholiken und Vietnamkonflikt 355
— Kommissionen des Episkopates 436
— allgemeine Lage der französischen Kirche 337
— Nationalkomitee des freien Unterrichtswesens, Studientagung 529
— Schulproblem 113, 337
— soziale Lage 98—99
— soziale Woche 1950 36—41
— katholische Theologen für Trennung von Staat und Kirche 113
— Treffen französischer und deutscher Priester 283
— Woche der französischen Intellektuellen 478—482
Franziskanische Idee in Mexiko 204
Frau, Gleichberechtigung 89, 375
Frauenarbeit in Ungarn 439
Frauenkloster zur Förderung byzantinischer Studien 294
Frauenorden, apostolische Konstitution über die 253—260
Freiheit
— und Eigentum 159, 269—274
— religiöse Freiheit in Schweden 168, 423
— Freiheit des Geistes und Schundliteratur 464
— Pius XII. über Freiheit und Religion 477
— und totaler Staat 159
Freimaurerei in Chile 297
— Diskussion in der anglikanischen Kirche 446
— in Guatemala 296
— auf den Philippinen 393
Friede
— Aufruf der EKD an die Kirchen der Welt 179
— deutsche Bischöfe über den Frieden 234
— Gebetsminute für den Frieden 527
— Gerechtigkeit und Hoffnung 480
— Moskauer Kirche und Weltfriede 542
— Pius XII. über den Frieden 127, 186, 188, 393
Friedensbewegung s. Kommunismus
Friedenswerk des Papstes 187
Fu-Yen-Universität Peking 202, 499
Führernachwuchs katholischer Jugend Österreichs 430
Fürsorge für Jugend in Deutschland 461
Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder, deutscher 50

G

Gebet
— zur Himmelskönigin von Pius XII. 126
— und Ordensleben 163, 192
— zum seligen Pius X. 450
— und Priesterleben 67
Gebetbuchfrage in Deutschland 282
Gebote, Laienapostolische Woche in Essen 157
— Rundfrage in USA 170
Geburtenkontrolle
— in England 386, 530
— in Holland 530
— in Japan 392
— in USA 530
Geburtenziffern
— in Frankreich 98
— Steigen der (Statistik) 56
Gefängniswesen, argentinisches 205
Gehorsamsgelübde 191
Gemeindewahlen, italienische 433
Gemeinschaften im totalen Staat 159
Gerechtigkeit
— und Arbeitsvertrag 551
— im modernen Betrieb 93

— Hirtenbrief der spanischen Bischöfe 550
— im Lastenausgleich 49
— im Lohnverhältnis 377 (2)
— und Negerfrage 562
— soziale 85
— soziale, in Südamerika 205
— im christlich-jüdischen Verhältnis 108
Gerichtspraxis
— in Ehescheidungssachen 376, 477
— gegen Schmutz und Schund 464
Geschichtlichkeit
— der Endkatastrophe 481
— der Offenbarung und Maria 149
Gesellschaft,
— christliche Grundsätze in Indien 443
— moderne ohne Gott 223
— Unterscheidung zwischen vollkommener und unvollkommener 273
Gesetz und Gewissen
— und Richter, Gewissenskonflikt 477
— Rückwirkung und Kollektivschuld, in Frankreich abgelehnt 480
— in der Situationsethik 74, 311
Gespräche
— kath. und ev. Theologen 57
— kath., ev. und orthod. Theologen in Amay 57
— von San Sebastian 56
Gesundheit und Gemeinschaft, Thema der Soz. Woche 383 (2)
Gesundheitsdienst
— englischer Episkopat einschränkend 387
— irischer Episkopat gegen staatlichen 412
— und Missionen 545
— staatlicher und Naturrecht 412
Gewerkschaften (vgl. Christliche Gewerkschaften)
— in Argentinien 206
— christliche und freie 528
— in Deutschland 153, 459—461
— in Frankreich 98
— in Holland 99
— in Italien 112
— in Uruguay 146
— in USA (CIO) 172
— Mitgliederstatistik der christlichen 228
Gewinnbeteiligung
— Beispiele aus England und USA 389
— BKU-Tagung in Neuenahr 504—507
— Forderung sozialer Katholiken in Frankreich 529
— Fortschritt in USA 170
— Typen, soziale Gefahren und Grundsätze 506
Gewissen
— persönliches und kollektive Entscheidungen 223
— Fragen zur politischen Gewissenserforschung 397
— und Gesetz in der Situationsethik 74—79, 311—317
— Gewissenserforschung des Kindes 197
— des Richters im Ehescheidungsprozeß 476
Gewissensfreiheit in der Deutschen Demokr. Republik 409
Glaube, Wissenschaft und Technik 479
Glaubensfreiheit und kirchliche Gewalt 217
Glaubensquelle
— Liturgie als Glaubensquelle 121
— Problem der 119
Glaubensschatz (depositum fidei) als Dogmengrundlage 119
Glaubenswissen in USA 170
Gleichberechtigung der Frau 89, 376
— der Volksdeutschen in Österreich 159
Gnade und Mensch, Hirtenbrief und reform. Kirche Hollands 542
Gott in der modernen Gesellschaft 223
— im Wissen und Erleben des Kindes 194
Gottebenbildlichkeit s. Mensch
Gottesdienst, Ordnung in Deutschland nach 1945 282
— Sendungen im englischen Rundfunk 293
Gregoriana, Einrichtung von sozialen Studien 525
Gregorianischer Choral 163
Grundrechte s. Menschenrechte
GSO (German Service Organisation) 521
Guatemala
— Familie und Schule 296
— Lage der Kirche 296
Güterrecht, eheliches in Deutschland 377 (1)

H

Häresie und Muttersprache in der Liturgie 404
— spezifische in unserer Zeit 455, 458
Heidelberger Gutachten zur Aufnahme Mariens in den Himmel 147
Heiliges Jahr
— Abschluß 183
— und Katholikentag 2, 14
Heiligkeit
— Pius XII. über Heiligkeit und Frauenorden 254
— Pius XII. über die Heiligkeit der Priester 62
Heimatvertriebene
— Bevölkerungsbewegung 523
— in der German Service Organisation 521
— und Katholikentag 83
— Lastenausgleich 369—375
Heroldsbach, Dekret des Hl. Offiziums 525
Historismus, Pius XII. über den 26
Hochschule, Pius XII. über die Aufgaben 69
Hoffnung, christliche 5
— Theologie und Philosophie der 478—482
Holland
— Berufsständische Ordnung 218—222
— Geburtenkontrolle und Wohnungswesen 530
— Hirtenbrief der Reformierten Kirche 541
— Mitbestimmungsrecht in 219
— Katholische Organisationen 531
— Probleme der Adoption 531
— Seelsorgeexperimente 557
— soziale Lage 98
— Thomismus in Holland 503
„Humani Generis"
— Interpretation durch Dr. Grosche 427
— Sinn und Tragweite der Enzyklika, Urteile 260—266
— Text 25—31
— Übersetzungsfehler 226—227
— und interkonfessionelle Zusammenarbeit 227

I

Idealismus, Pius XII. über 30
Imago Dei s. Mensch
Immanentismus, Pius XII. über den 30
Indien
— Bildungsproblem und Mission 442
— Kath. Kirche in 300
— Lage der orthodoxen Kirche 278

— Plenarkonzil 490
Individualismus in der Eigentumslehre 273
Indonesien, Christentum in 344
Industrialisierung
— in China 274
— in Indien 442
— in den Missionsländern 535
Industriekapitalismus und Landproblem 494
Informationszentren für Andersgläubige 143
Inkarnation s. Menschwerdung
Integralismus und „Humani generis" 263
Intelligenz, Fatalismus und Funktionalisierung der 458
Interkonfessionelle Zusammenarbeit s. ökumenische Zusammenarbeit
Internationale Kath. Kommission für Auswanderungsfragen 478
Internationales Institut für Sozialwissenschaften 107
Internationalisierung Jerusalems 198
Irenismus, Pius XII. über den 26, 31
Irland, Stellungnahme der Bischöfe zum Gesundheitsdienst 412
Islam und kommunistische Gefahr in Indonesien 344
— und Kirche im Nahen Osten 499
Israel und die christlichen Araber 391
— Die christlichen Kirchen in Israel 499
— Autonome jüdische Kirche in Israel 500
Italien
— die Bischöfe zu den Gemeindewahlen 433
— Katholische Arbeiterbewegung, Gewerkschaften 112, 113, 382 (2)
— Rückgang des kirchlichen Lebens 165
— Parlamentarische Lage 45—46
— Probleme der Pfarrseelsorge 164
— Religion, Kirche und Arbeiter 431
— Siedlung Nomadelphia 557
— Situation des Kommunismus 42—46, 165
— soziologisch-religiöse Untersuchung eines Industrieortes 288

J

Jamaica, Katholisch-soziale Bewegung 145
Japan
— Bevölkerungsproblem 392
— Probleme der katholischen Erziehung 244
Jerusalem
— Geschichte der letzten hundert Jahre 197
— Internationalisierung, Religionsgemeinschaften, russische Interessen 198
Jesuiten, Wiederzulassung in Norwegen 389
JOC (Jeunesse Ouvrière Chrétienne) 25-Jahr-Feier 88
— beratendes Mitglied der UN 438
Juden
— Judenfeindschaft 267
— Judenfrage und Offenbarung 267—269
— in Palästina 500
— Christlich-jüdische Zusammenarbeit 107—108, 267—269, 295, 391, 500—502
Jugend
— Arbeitslosigkeit 160
— Berufsprobleme in Österreich 430
— Erziehung in den Seminarien 133
— Forderungen der österreichischen katholischen 429
— Führernachwuchs in Österreich 430
— Haus der kath. Jugend in Rom 478
— Hilfe und Familie 508
— englische Jugend heute, sittlicher Zustand 482
— Katholische Jugendbewegung in Österreich 523
— Kriminalität 524
— jugendgefährdende Literatur 462
— und lateinische Liturgie 405
— im Militärdienst 296
— Pius XII. an die weibliche Jugend der Kath. Aktion 477
— Schutz in Deutschland 461
Jugendstrafrecht
— in England 525
— in Frankreich 525
— in der Schweiz 525
— in USA 525
Jugoslawien
— zur Frage der Amnestie von Msgr. Stepinac 169, 485
— Lage der orthodoxen Kirche 60
— Kirchliche Lage 169, 450, 531
Jungfrauengeburt
— und anglikanische Bischöfe 399
— und evangelische Theologie 151
Jungfräulichkeit, Pius XII. über 129
— Stand der Jungfrauen in der frühen Kirche 253

K

Kalifornien, kath. Vergangenheit, Eindrücke aus 142—144
Kameradschaft im modernen Betrieb 222
Kanada, Problem der katholischen Schule 389
Kanonistisches Institut München 284
Kanzelverkündigung der luther. Bischöfe zum Mariendogma 150
Kapitalismus, Haltung der Priester zum 137
Kapitularvikare
— in China 499
— in den Oststaaten 293, 340, 341, 381 (2)
Karsamstagsliturgie, neue 287—288
Kasuistik
— Normen für eine zukünftige 316
— und Situationsethik 314
Katechese
— Deutscher Katechetenverein 454
— Institut für höheren katechetischen Unterricht Paris 168
— Probleme heutiger, Kongreßbericht 111
Katechismus, Idee eines neuen in Österreich 427
— neuer in Deutschland 454—457
Katholiken
— in der hohen Beamtenschaft der USA-Regierung 447
— und Britische Festwochen 482
— Erklärung der sozialen Katholiken vor der französ. Nationalversammlung 529
— im französisch-vietnamesischen Konflikt 354
— Verantwortung im internationalen Leben 369
— und Rassenfrage im Katholischen Staat 559
— und Rassenfrage in Südafrika 177
— und World Brotherhood 295
Katholikentag
— Anliegen des Deutschen Katholikentages 14
— Deutscher in Altötting-Passau 1—21, 79—88
Katholische Aktion
— Aufbau in Österreich 51
— Begriff 317
— Form in Deutschland 80
— in Holland 557
— in einem italienischen Industrieort 289
— in der deutschen und französischen Jugend 283

— in der österreichischen Jugend 523
— neue Katholische Aktion der Arbeiter in Frankreich 317 bis 320
— nur religiöse, keine soziale Mission 401
— in den Missionen 544—549
— französischer Nationalkongreß Juni 1951 436
— und andere katholische Organisationen 401
— und Politik 401, 436
— Pius XII. über Begriff und Wesen 400—402
— Probleme in Österreich 285
— in Spanien 528
— staatliche in der Tschechoslowakei 532
Katholische Kirche s. Kirche, katholische
Katholische Schule: in Frankreich 113, 337
— in Kanada 389
Katholische Soziale Bewegung in Mittel- u. Südamerika 144
Katholisches Bildungswerk Berlin 473
Katholisierende Strömung in der EKD 511
Kerygma und Sophia von H. Schlier 513
Kind
— Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe über das 194
— und neuer Katechismus 456
— aus Klein- und Großfamilie 387
— und laisierte Schule 337
— Rangordnung seiner Wünsche 285
Kino s. Film
Kirche und Freimaurerei
— Anglikanische 446
— katholisierende Geistliche 482
— und kath. Jubiläum 55
Kirche, Evangelische s. auch EKD
— Altpreußische Union 301
— und Atombombe 178
— gegen Aufrüstung 180
— in China 202
— und apokalyptische Deutung der Geschichte 180
— Einigungsbestrebungen in USA 178, 246, 277, 348, 488
— und Faith and Order 248
— 3. Generalsynode 1.—5. 4. 1951 347
— in Holland und Katholische Kirche 541
— in Israel 499
— in Jerusalem 198
— Kirchenbegriff 361
— und Kommunismus 247
— und lutherischer Konfessionalismus 178
— Lehramt in der 147—152, 395—397, 511—513
— und internationales Recht 177
— norwegische Staatskirche 452
— Verhältnis zum Weltrat der Kirchen 100—102
— und Weltfriede 179
— evangelisch-apologetisches Wörterbuch 181
Kirche, Katholische
— in Ägypten 391—392
— in Albanien 534
— in Bulgarien 532
— in Chile 297
— in China 497, 534
— in Deutschland 3—7
— im Dodekanes 116
— in Frankreich 336
— und Freimaurerei 296, 297, 393
— in Holland 531
— in Indien 300
— und Islam im Nahen Osten 391
— in Jerusalem und Israel 198, 499
— in Jugoslawien 531
— und Kommunismus 164, 169
— Lehramt s. Lehramt
— Missionen 490—493
— und Neger 560
— in Norwegen 452
— und ökumenische Bewegung 357—362, 6
— in Ostdeutschland 408—412
— auf den Philippinen 393
— in Polen 307, 438, 468
— und skandinavischer Protestantismus 452
— Reform in der Kirche 357—362
— und Rotarybewegung 240
— in Rumänien 533
— und Russisch-orthodoxe Auslandskirche 304
— Rückschritt in Italien 165
— in Schweden 168, 423
— und soziale Probleme 553
— und Staat 114, 214—218, 438
— und Strafrecht 565
— in der Tschechoslowakei 293, 532
— in Ungarn 294, 484, 495, 439, 533
— Unvollkommenheit 291, 358
— im Urteil der Protestanten 539, 541
— in USA 440, 442
— Wesen der Kirche 358
— Wissenschaft und Technik 223, 480
— Wunder und Erscheinungen 242
Kirche, Orthodoxe
— Auslandskirche 24—25, 276—278
— in Deutschland 543
— theologische Fakultät Sofia 61
— und Friede 542
— in Jerusalem und Israel 199, 499
— in Jugoslawien 60
— und Kommunismus 277
— Laienübergriffe 224
— und Mariendogma 181—182, 378—381 (1)
— Moskauer Exarchat für Westeuropa 250
— und ökumenische Bewegung 100—102, 304
— in Polen 466
— geistliche Schulen in Rumänien 62
— geistliche Seminare Moskau und Leningrad 61
— und Sowjetstaat 224—226
— in der Tschechoslowakei 249—250
— Verinnerlichung 226
Kirchenaustritt in Ostdeutschland 411
Kirchenbau, Probleme 281
Kirchenfunk in England (vgl. auch Rundfunk) 530
Kirchenjahr, Reform 35
Kirchenmusik 163—164, 560
Kirchenrecht
— und Neues Testament 304
— und Lage in den Oststaaten 306, 340, 341, 381 (2)
— Pius X. und das 449
— slowenische Sprache 517
Kirchensteuer 236
Kirchliche Verwaltung in Deutschland 282
Kirchlicher Filmdienst s. Film
Klassenkampf und christliche Arbeiter 153
Klausur
— der Arbeitermönche 213
— der Klosterschwestern 256

Klerus s. Priester
Klosterreform der weiblichen Orden 253—260
Knabenseminare, Erziehungsrichtlinien 133
Kollektivdasein in der GSO 521
Kollektivgewissen 223
Kollektivismus und Liberalismus, Pius XII. über 494
Kollektivschuld 480
Kolumbusritter in England 482
Kommissionen im französischen Episkopat 436
Kommunismus
— und ACLI 383 (2)
— und Anarchismus 290
— in China 274—276
— und Christentum in der Eigentumsfrage 273
— Front des Westens und Kirche 164, 169
— im deutschen Gewerkschaftsbund 153
— in Indien 443
— und Islam in Indonesien 344
— in Italien 43—46, 165
— in den Missionsländern 536
— und Nationalgefühl in Asien 200
— in Österreich 53
— in Westeuropa (Statistik) 115
Konfessionalismus, Lutherischer und EKD 178
Konfessionskämpfe in Deutschland Ursache von Nationalfehlern 268
Konfessionsschule s. Schule
— und Sozialismus 292
Konkordat, Deutsches
— und Deutsche Demokratische Republik 411
— Frage der Geltung 411
Kontemplatives Leben 258
Konversion
— eines schismatischen Erzbischofs 116
— anglikanischer Geistlicher 482
— Informationszentren für Andersgläubige 143
— aus dem Judentum in Israel 500
— von Katholiken zur Orthodoxie 468
— durch Rundfunkpredigten 531
— evangelischer Theologen 446
Konzilien in den Missionen 490
Koptische unierte Kirche in Ägypten 392
Korea und die russische Auslandskirche 24
Kriegsdienstverweigerung 153, 419, 469, 486
Kriminalität der Jugend 524
Kultur, Ehrfurcht der Kirche vor 547
Kulturkampf in der Ostzone 180
Kunst
— und Film 483
— Freiheit der Kunst und Moral 441
— ungläubige Künstler und christliche Kunst 362—366
— in Missionsländern 547, 562
— Pius XII. über die Aufgabe der Kunst 54

L

Laie
— Amateurismus in der Kirche 539
— Familienpriestertum 10
— Fernkurse lür theologische Bildung 52
— in Indonesien 345
— Inferioritätskomplex 156
— Kongreß evangelischer Laien 539
— Mündigkeit 266
— geeigneter als Priester zum speziellen Apostolat 290
— und Priester in Holland 558
— Theologie des Laientums 112
— apostolische Verpflichtung des Laien 7—11
Laienapostolat
— Legion Mariens in China 499
— und Neger 561
— und Pius X. 449
— in der Pfarrei 106
— Pflicht zu seiner Förderung 130
— Pius XII. über 251
— Pius XII. über Laienapostolat der Arbeiter 68
— Weltkongreß in Rom 366
— Woche in Essen 157
Laizismus
— in Guatemala 296
— Intransigenz in Frankreich 113, 337
— auf den Philippinen 393
Landflucht, Pius XII. über 494
Landjugend, Katholische in Passau 83
Landproblem und Industriekapitalismus 494
Lastenausgleich
— Forderung des Katholikentages 18
— Stellungnahme der Bischofskonferenz 49
— Überblick über den Stand der Frage 369—375
Latein
— und evangelische Theologen 446
— als liturgische Sprache 402
Legion Mariens in China 499
Lehramt, kirchliches
— und Apostolizität 147, 151
— Äußerungen des Lehramtes und die Laien 414
— in der evangelischen Kirche 147—152, 395—397, 511—513
— als Glaubensquelle 27, 120
— Zurückhaltung gegen neue Ideen 362
Lehrzuchtordnung der evangelischen Kirche Württembergs 511—513
Liberalismus und Kollektivismus 494, 551
Liturgie
— und Abendmesse 482
— Anfang und Grundlage christlichen Lebens 8
— und Brauchtum 431
— und Choralgesang 163
— als Glaubensquelle 121
— Karsamstagsliturgie 287, 430
— und Muttersprache 402
Liturgische Gesellschaft in England 402
Lobby, Einrichtung von Kirchen-Lobbies in USA 447
Loge s. Freimaurerei
Lohnproblem
— und BKU 94—96
— christliche Grundsätze 377 (2)
— und soziale Gerechtigkeit 551
Louisiana, Negerproblem 560
Lutherische Bischöfe und Mariendogma 150
— Was ist ein lutherischer Bischof? 445
Luxus, Pius XII. über 127

M

Magazine und Schundliteratur 463
Maria
— Auffassung Asmussens 149, 349
— und Christus 150, 206—211
— und die evangelische Welt 147—152, 349
— und Geschichtlichkeit der Offenbarung 149

— Marianische Feiern auf dem Passauer Katholikentag 15—19
— und Mitwirkung der Menschheit 149
— in der orthodoxen Lehre 378—381 (1)
— Patronin der Priester 139
— Verehrung im Film 379 (2)
Mariä Himmelfahrt
— Apostolizität 210
— Auswirkungen in der Ökumene 148, 206, 396, 541
— Dogmen-Verkündigung 118—130
— Gegenwartsbedeutung 124
— Heidelberger Gutachten 147, 487
— im holländischen reformierten Hirtenbrief 541
— Kanzelverkündigung der lutherischen Bischöfe 150
— Meßformular 110
— Orthodoxe Stellungnahme 182, 378—381 (1)
— Papstgebet 126
— Zusammenfassende Würdigung Dr. Grosches 206—211
Marxismus, Impulse des 115
Masse, Entchristlichung 325
— Erfolge sowjetischer Massenerziehung 343
— in der katholischen Propaganda 441
— in der kommunistischen Politik 484, 496
Materialismus
— als Gegenkirche 180
— Pius XII. über 20, 26, 30
Mensch
— Christliches Menschenbild und Unesco 526
— Kategorie der Hoffnung 478—482
— Problem der imago Dei 416—419
— sowjetisches Vorstellungsbild 343
— Verhältnis zu Gott in ev. Sicht 150
— Wiederentdeckung des Menschen, Thema und Laientagung Bad Boll 539
— Würde des Menschen und Strafrecht 566
Menschenführung und Priester 131
Menschenrechte
— vor dem Deutschen Bundestag 414—416
— im Economic and Social Council UN 173
— und Elternrecht 438
— und Heimatvertreibung 333
— und die Jesuiten in Norwegen 389
— und Massendeportationen 484
— Pax-Romana-Tagung über 330—333
— Pius XII. über Menschenrechte als Staatsgrundlage 216
— auf der Semaine des Intellectuels 480
— und Strafrecht 480
— in der Unesco 338
Menschwerdung Christi und Kirchenbegriff 361
— und Maria in der orthodoxen Lehre 378 (1)
Meßformular zu Mariä Himmelfahrt 110
Mexiko, Franziskanische Bewegung 204
— Landwirtschaft und Sozialreform 205
Milieu und Seelsorge 106, 156
Militarismus, s. a. Wiederbewaffnung
— deutscher 469
Mission
— in Ägypten 300, 391
— in Afrika 174, 176
— Anliegen der Ordensfrauen 485
— in Asien 176
— in Australien 393
— in China 299, 534
— in der deutschen Diaspora 476
— Enzyklika über die Missionen 490—493, 544—549
— in Indien 442
— in Indonesien 344
— in Israel 499—500
— in Japan 244—245
— christliche Lehrer in der Mission 394
— unter den Negern 559
— und weibliche Orden 485—486
— und Rundfunk 531
— Seemannsmission 176
— Seminare in den 394—395
— in Vietnam 117
— Volksmission in Deutschland und Frankreich 105—107
Mission de Paris 300, 384 (2)
Missionare
— Ausbildung der 545
— in Afrika 174—176
— in China 203
— Pius XII. über 492
Missionsgesellschaft vom Heiligen Kreuz 393
Missionsvereinigung des Klerus 491
Mitbestimmung, und BKU 97
— Forderungen französischer Katholiken 529
— in der holländischen Gesetzgebung 219
— und Gewerkschaften 459
Mittelalter, Gesellschaftsordnung 271
Mittelamerika, Katholische soziale Aktion 144
Mittelstand, Pius XII. über den 399
Mocny-Prozeß 237
Modernismus, Pius X. über den 32
Monitum des Hl. Offiziums zur ökum. Bewegung 236, 246
Mönchtum und Arbeiter 213
Moraltheologie
— und Atombombe 172
— und Dogma 313
— und theologische Erkenntnislehre 416
— christliche und natürliche Ethik 313
— und Evangelium 312
— und Situationsethik 74—79, 311—317
— Sündenbegriff 313
— und Verkündigung 314
Muttersprache und Liturgie 402—405, 516
Mystik bei Thomas von Aquin 426

N

Nachfolge Christi und Politik 114
— im Priestertum 131
Nachkriegshilfe Amerikas 171
Nacktkultur 463
Nationalgefühl und Kommunismus in Asien 200
Nationalrat der Kirche Christi in USA 178, 447, 489
Nationalsozialisten, ehemalige in Österreich 159
Natur, Beherrschung durch den Menschen 479
Naturrecht
— und Beziehungen von Kirche und Staat 216
— biblisches 58
— in der deutschen Gesetzgebung 375
— und staatlicher Gesundheitsdienst 412
— ökumenische Kommission 177
— in der Politik problematisch 114
— und Privateigentum 269
— und Steuerrecht 413
— und Welternährungsorganisation 526
Negerproblem 559—563
Neoliberalismus der ev. Theologie 511

Neudeutschland, Bundestag Bad Brückenau 380
Neuerungssucht, Pius XII. über 136
Neuland, österr. Jugendbewegung 523
Neues Testament, Entmythologisierung 445
Neupriester, Berufsprobleme 135—136
Neuthomismus in Holland 503
Niederlande s. Holland
Nomadelphia, Siedlung in Italien 557
Nonnenorden, Reformen 253—260
Norwegen
— Lage der Kirche in Norwegen 452
— Zulassung der Jesuiten 389

O

OCIC (Internationales Kath. Filmbüro) 482
Ökumenische Bewegung
— antikatholische Prägung in USA 489
— Faith and Order 248—249
— Instruktion des Hl. Offiziums 236, 246
Ökumenische Kommission
— für europäische Zusammenarbeit 397
— für naturrechtl. Fragen 177
Ökumenische Nuntiaturen 398
Ökumenischer Rat
— Denkschrift des Zentralausschusses 100—102
— Ekklesiologie 23—24, 100—102
— und römische Kirche 348
— und Neutralitätsidee 397
Ökumenische Zusammenarbeit vgl. Una Sancta
— Bibel als Grundlage 57
— und „Humani generis" 227
— Informationszentren der kath. Kirche 143
— der Katholiken 12, 107—108, 236, 251
— und Mariendogma 148, 350
— europäische Notwendigkeit 57
— orthodoxe Anweisungen für die 543
— Pius XII. über 185, 251
— in USA 488
Offenbarung
— Bedeutung Mariens für die Geschichtlichkeit 149
— und Philosophie in „Humani generis" 227
Öffentliche Meinung
— und Gerichtspraxis 464
— Pius XII. über 437
Orden
— aktive und kontemplative 191, 255
— Anliegen der Mission 485—486
— Anpassung 192
— Aufhebung in Ungarn 34
— und Bischöfe 190
— Gehorsamsgelübde 191
— Kongreß der männlichen 162—163, 189—194, 339
— und Negerseelsorge 561
— Reformvorschlag P. Lombardi 162
— Rolle in der Kirche 162, 189
— St. Bonifatiusschwestern in Deutschland 476
— neuer Typ in Spanien (Opus Dei) 166
— Vollkommenheit 257
— Weibliche, Reform 253—260
— Zentralisierung 163
Organisationen, katholische
— Notwendigkeit der Reform 5
— restaurative Tendenz 282
— Zusammenschluß in Deutschland 238
Orgel und Kirchenmusik 164
Orthodoxe Kirche s. Kirche
Orthodoxie, Problem in evang. Kirche 60
Ostgebiete, Deutsche und polnische Bischöfe 140—141, 243, 306
— Staatliche Bistumsverweser 306
Ost-West-Gegensatz und Kirche 114
Ostzone Deutschlands, Kirche in der 180, 408—412
Österreich
— Ausbau der Universität Salzburg 335
— Bäuerliche Volksbildung in Maria-Trost 380 (2)
— Bibelbewegung 335
— Die Bischöfe zu aktuellen Fragen 157
— Bundestagung der Kath. Jugend 429
— Eherecht 157
— Kath. Aktion in Linz 161
— ehemalige Nationalsozialisten 159
— Osternachtfeier 430
— Probleme der Kath. Aktion 285
— Situation der Kath. Jugendbewegung 523
— Soziale Woche 159
— Tagung für Religionsunterricht 427
— Volksdeutsche, Gleichberechtigung 159
— Weihnachtsseelsorgertagung in Wien 238
— Wiener Seminar f. Sozialberufe 108

P

Pakistan, Hierarchie 490
Papstworte s. Inhaltsverzeichnis
Paramentenvereine 548
Passau, Katholikentag 1—21, 79—88
— Vertretertagung der Kath. Landjugend 82
Paulus in der ev. Theologie 443
Pax-Christi-Bewegung 480
Pax Romana, Tagung Limburg 330
— Woche der französischen Intellektuellen 478
Petrusgrab, Auffindung 184
Pfarrei
— und Diözese 401
— und Familie 235
— Negerpfarreien in USA 560
— Problematik der heutigen 106
— Probleme in Italien 164
— Warnung vor Bürokratie 252
Pflegekindschaft vgl. Adoption
Pharisäismus, Versuchung in der Kirche 359
Philippinen, Kirchliche Lage 393
Philosophie
— Hoffnung und Verzweiflung 481
— und Offenbarung in „Humani generis" 227
Plevenplan 469
Polen
— Denkschrift zur kirchlichen Lage 139
— Hirtenwort des Primas 339
— Hirtenbrief des Primas nach der Romreise 554
— Kirchliche Verhältnisse in deutschen Ostgebieten 140, 243, 306
— Massendeportationen 484
— Orthodoxe Kirche 466—468
— Orthodoxe Stellungnahme zum Katholizismus 468
— Pastoralinstruktion der Bischöfe 438
— Stellungnahme der Bischöfe zur Friedensbewegung 140

Politik
— und Bischöfe 115, 139, 436
— christliche in Deutschland seit 1945 84, 282
— und EKD 537
— und Naturrecht 114
— und orthodoxe Kirche in Rußland 224
— „patriotischer" Priester im Osten 141, 532
— Problematik christlicher Politik 113
Polygenismus, Pius XII. über 31
Portorico, Religiöse Lage 390
Positives Christentum in Kanada 390
Predigt, zeitgemäße 156, 238, 282
Presse
— im Dienst des Apostolates 157
— und Filmkritik 482
— Freiheit der Presse und unsittliche Literatur 464
— Katholische in Cuba 174
— öffentliche Meinung und Staat 437
— und Missionen 545
— der Organisationen 5
— Probleme der und evang. Kirche 475
Priester
— und Arbeiter 4, 18, 155, 288, 431—432
— Armut 131
— moraltheologische Ausbildung 312
— Bildung 132
— in China 204
— deutsche und französische 283
— Erziehung der Priester 129, 133, 237, 312
— Erziehung in der Tschechoslowakei 439
— und evangelische Räte 190
— Förderung des Laienapostolates 130, 156
— und Glaubensabfall 111
— Inferioritätskomplex 156
— und Kapitalismus 137
— Kontemplation und Aktion 131
— und Laien in der russischen Kirche 224
— Mangel in Guatemala 296
— und Maria 138
— Menschenführung durch den Priester 131
— Missionsverein 491, 548
— Nachwuchs 18, 132, 252
— Neupriester-Probleme 135
— und Neger 560
— in den Oststaaten 532
— „Patriotische" Priester 141
— Pius X. Sorge für die 449
— Pius XII. über Heiligung 62—68, 130—139
— Pius XII. über eingeborene 493
— und Politik 115, 141, 436
— Priestermissionsbund 485
— Seelsorge für 132
— und soziale Strömungen 137
— staatliche Seminare in der Tschechoslowakei 532
— Tätigkeit in Funk und Film 385
— Versorgung 138
Priesterbibliotheken, Einrichtung 136
Priestertum, allgemeines, evangelische Deutung 150
Priesterverfolgung im Osten 116, 244
Primat des Papstes 9
Propaganda
— Methoden in China 498
— religionsfeindliche in Rußland 224
Prophetentum in der Kirche 360

R

Radio s. Rundfunk
Rassenfrage in Südafrika 177, 345
Recht s. a. Familienrecht, Menschenrechte, Naturrecht
— internationales und Ökumene 177
— in der Ostzone Deutschlands 237, 408
— sittliche Befugnis des Strafrechts 563
Rechtfertigungslehre, evangelische, Entwicklung 443
Reform in der Kirche 357—362
Relativismus, Pius XII. über den 27
Religion
— und Arbeiter 4, 18, 155, 288, 431
— Kenntnisse über Religion in USA 170
— und Sowjetstaat 224, 411
— und Unesco 526
Religionsunterricht
— in Baden 333
— in der Deutschen Demokratischen Republik 410
— in Jugoslawien 450
— in Österreich 427—429
— in Polen 140
— in Ungarn 34
Remilitarisierung s. Wiederbewaffnung
Restauration
— geistige und politische in Deutschland 422, 469, 474
— Merkmal der katholischen Kirche in Deutschland 281
Richter s. Recht
Richterliche Gewalt, christliche Auffassung 564
Rosenkranz
— und Mariä-Himmelfahrts-Dogma 121
— Pius XII. über 67
— im Rundfunk 174
Rotary-Bewegung 240
Rumänien
— Aufhebung der orthodoxen Fakultäten 62
— Massendeportationen 484
— Schisma, Gefahr eines 533
Rundfunk
— Hörerwünsche in England 293
— Kirchenfunk in England 530
— Kontroverse über den religiösen Rundfunk in England 388
— Konversionen durch Predigten 531
— Rosenkranzgebet im 174
— religiöse Sendungen des Bremer Rundfunks 334
— christlicher in Spanien 385
Rußland
— Aufleben der religionsfeindlichen Propaganda 224
— innere Einheit 342—344
— Interessen in Jerusalem 199
— und orthodoxe Kirche 225
— religiöses Leben 277

S

San Domingo, Kath. soziale Bewegung 145
San Sebastian, Gespräche 56
Schisma auf den Philippinen 393
— in Osteuropa 497, 532, 533, 554
Schmutz und Schund
— Gesetz in Deutschland 462
— Pius XII. über 128
Scholastik heute 262, 264, 503
Schrift s. Bibel
Schule
— in Belgien 292

— in China 201
— in Deutschland 282
— in der Deutschen Demokratischen Republik 410
— und religiöse Erziehung 195—196, 337, 457
— und Film 530
— in Frankreich 113, 336—338
— in Guatemala 296
— in Kanada 389
— in den Missionen 545
— in Österreich 428
— in Portorico 390
— in Ungarn 484
— in USA 440, 489
Schweden
— religiöse Freiheit 168
— Lage der Katholiken 423
— Sukzession des Bischofsamtes 487
Schweiz
— Jugendkriminalität 525
— soziale Lage 99
Schwesternschaft St. Bonifatius 476
Scotismus, Neublüte im Franziskanerorden 504
Seelsorge
— in den Anstalten der Ostzone Deutschlands 410
— Arbeiterseelsorge 156
— und Enzyklika „Humani generis" 265
— Experimente in Holland 557
— in der German Service Organisation 521
— und Milieu 106
— an Priestern 132
— Probleme der ordentlichen und außerordentlichen 106
— und Religionsunterricht in Österreich 429
— Seelsorgstagung in Wien 238
— Zusammenarbeit mit Laien 559
Seemannsapostolat 176
Selbsthilfe und Wohltätigkeit in der Caritas 406—408
Selbstverwaltung und Wirtschaft 218
Seligsprechung Papst Pius X. 110, 447
Sexualproblem
— Pius XII. über das 128
— und religiöse Erziehung 196
Sicherheit, s. a. Wiederbewaffnung
— Sehnsucht aller Völker, Pius XII. über 129, 186
Sinarchismus in Mexiko 204
Sittenromane 462
Situationsethik 74—79, 311—317
Slowakei, Urteil gegen Bischöfe 244
Sola fide, Prinzip infrage gestellt 117
Sonntagsschutz in der Deutschen Demokr. Republik 411
S-O-S-Gemeinschaft Wien 160
Soziale Arbeit in Südamerika 144—147
Soziale Berufe, Schulung in Österreich 108
Soziale Enzykliken, Anwendung in Argentinien 205
Soziale Erziehung in Missionsländern 535
Soziale Frage
— in Chile 297
— in Frankreich 98
— in Holland 98
— in Indien 442
— und Katholikentag Passau 12, 79—88
— in Mittel- und Südamerika 144—147, 204—206
— in der Schweiz 99
— und Seelsorge 105
— und Soziale Woche in Frankreich 36—41, 383—384 (2)
— und Soziale Woche in Österreich 159—160
— und Wohnungsnot 160
Soziale Katholiken in Frankreich 529
Soziale Studien an der Gregoriana 525
Sozialethik, christliche
— Geltendmachung in Irland 413
— und Lastenausgleich 372
Sozialgesetzgebung f. das Landvolk, Pius XII. über 495
Sozialinstitut
— in Indien 443
— Leo XIII. Madrid 385
Sozialismus
— Ethos des 115
— Verurteilung durch die Kirche 546
— und Schule 113, 291
Soziale Ordnung
— und Kirche in Spanien 553
— und Laienapostolat 368
— und die Tugend der Hoffnung 480
Sozialpolitik und christliche Soziallehre in Deutschland 459
Soziales Programm
— in Argentinien 205
— des Katholikentages 18, 85
— der Katholischen Jugend Österreichs 429
— der Sozialen Woche in Frankreich 40
Spanien
— Bischof Herrera über Staat und öffentliche Meinung 437
— christlicher Film und Funk 385
— Gespräche von San Sebastian 56
— Hirtenbrief der Bischöfe über soziale Fragen 550—554
— Katholische Aktion in 528
— Ordensgemeinschaft „Opus Dei" 166
— Pius XII. an die spanischen Arbeiter 305
— Sozialinstitut Leo XIII. in Madrid 385
— Soziale Woche in Barcelona 399
— Zeitungen und Filmzensur 291
Sponsa Christi, Apostolische Konstitution 253—260, 485
Staat
— Begriff 215
— Gesundheitsdienst 412—414
— Katholischer, und Neger 559
— und Kirche, Trennung zeitgemäß 114, 216
— und Kirche in der Ehegesetzgebung 157
— religiöse Pflichten 218
— Presse und öffentliche Meinung 437
— laizistischer und katholische Schule 113, 140
— Staatssozialismus in England 482
— und Wirtschaft 219, 222
— Wohlfahrtsstaat und Caritas 406
Staatsanwaltschaft, Aufgabe gegen Schmutz und Schund 464
Staatsaufsicht bei Pflegekindern 531
Statistiken:
— Bevölkerungsbewegung bei Heimatvertriebenen 523
— Geburtenziffern 56
— christliche Gewerkschaften 288
— Katholische Kirche in USA 442
— Katholische Organisationen in Holland 531
— Kommunismus in Westeuropa 115
— Lehrerseminare in den Missionen 394
— Notwendigkeit der Abendmesse 425
— Priesterverfolgung im Osten 116
— geeinter Protestantismus in USA 246
— religiöse Einstellung italienischer Industriearbeiter 431
— Umfrage über deutsche Wiederbewaffnung 420

Steuern und Naturrecht 413
Strafgesetz
— und Menschenrechte 480
— und Sittengesetz 565
Studenten, deutsche und französische 113
Subsidiaritätsprinzip im Gespräch von San Sebastian 56
Südafrika, Katholiken und Rassenfrage 177
Südbaptisten in USA 489
Sukzessionsfrage in der evangelischen Theologie 487
Syrien, Konversion eines schismatischen Erzbischofs 116

T

Tagungen:
— Tagung des Kath. Akademikerverbandes in Zürich 458
— Tagung des Kath. Akademikerverbandes in Bonn über Ehe- und Familienrecht 375
— Nationalkongreß christlicher Arbeitervereine Italiens in Rom 112
— Woche von Assisi der Bewegung Pro Civitate christiana 165
— Gespräche von Avila der kath. Intellektuellen Spaniens 528
— Internationaler katholischer Kongreß über die Probleme der bäuerlichen Welt in Castel Gandolfo 494
— Deutsche Bischofskonferenz in Fulda 49
— Studienkomitee der Indischen Bischofskonferenz 300
— Irische Bischofskonferenz in Maynooth 413
— Österreichische Bischofskonferenz in Wien 157
— Internationaler Kongreß katholischer Erzieher in Rio de Janeiro 549
— Eucharistischer Kongreß in Kumasi 345
— Tagung evangelischer Theologen, Journalisten und Politiker in Hermannsburg 475
— Tagung des Internationalen Katholischen Filmbüros (OCIC) in Brüssel 482
— Vorstandssitzung des Internationalen Verbandes Christlicher Gewerkschaften 528
— 2. Internationaler Kongreß des Weltbundes der Freien Gewerkschaften in Mailand 528
— Woche der katholischen Intellektuellen in Paris 478
— Tagung für interkonfessionelle Zusammenarbeit in Kleinheubach des Internationalen Instituts für Sozialwissenschaft 107
— Tagung der Katholischen Jugend Österreichs in Neuwaldegg 429
— Internationaler Kongreß über die Probleme der Jugendkriminalität in Salzburg 524
— Internationaler Katechetischer Kongreß in Rom 111
— Deutscher Katholikentag in Altötting und Passau 1, 79
— 1. Generalversammlung der Katholischen Aktion Spaniens in Madrid 528
— 5. Nationalkongreß des Nationalverbandes der Katholischen Aktion in Frankreich in Paris 436
— Kongreß für Kirchenmusik in Rom 163
— Deutscher Evangelischer Kirchentag in Berlin 537
— Tagung europäischer Laien in Bad Boll 539
— Weltkongreß des Laienapostolates in Rom 112, 366
— Tagung der österreichischen liturgischen Kommission in Salzburg 430
— Tagung des Männerringes „Neudeutschland“ in Bad Brückenau 380
— Tagung des Neuland-Bundes in Admont 523
— Kongreß der Ordensleute in Rom 162, 189
— Pax Romana-Tagung in Limburg 330
— Treffen deutscher und französischer Priester in Altenberg 283
— Tagung der marianischen Priesterkongregation in Passau 236
— Tagung für Religionsunterricht und religiöse Erziehung des erzbischöflichen Seelsorgsamtes in Wien 427
— Gespräche in San Sebastian 56
— Seelsorgetagung in Wien 238
— Soziale Woche Frankreichs in Nantes 36
— Soziale Woche Frankreichs in Montpellier 383 (2)
— Soziale Woche Österreichs in Wien 159
— Tagung des Internationalen Institutes für Sozialwissenschaft und Politik in Freising 377 (2)
— Treffen deutscher und französischer Studenten in Lamorlaye 113
— Philosophisch-theologische Tagung des Thomas-Instituts in Köln 425
— 6. Generalversammlung der Unesco in Paris 526
— Tagung des Bundes katholischer Unternehmer in Beuron 93
— Tagung des Bundes katholischer Unternehmer in Freiburg Br. 459
— Tagung des Bundes katholischer Unternehmer in Bad Neuenahr 504
— Studientagung des französischen Nationalkomitees des freien Unterrichtswesens in Paris 529
— Kongreß katholischer Verleger in Rom 162
— Tagung der volksmissionarischen Orden in Werl und Würzburg 105
— Kongreß der Bewegung für Weltföderation in Rom 352
Tarifverträge und Unternehmerverantwortung 96
Taufgelübde in der Karsamstagsliturgie 288
Technik
— Ethos der 94
— als soziale Gefahr 159
— Kirche und Technik 223
— Wissenschaft und Glaube 479
Theologie
— des Eigentums 269
— evangelische, in Auseinandersetzung mit katholischer Dogmatik 540
— der Hoffnung 481
— des Laientums 112
— des Menschen 416
— des Neuen Testaments 303
— Pius XII. über die positive Theologie 28
— politische der EKD 537
— und positives Recht 375
— Säkularisierung theologischer Begriffe 270
Theologische Erklärung von Barmen 511
Thomismus, heutiger in Holland 503
Toleranz
— in China 201, 204
— in christlichen Staaten 217
— in Holland 541
— religiöse in USA 440
Toronto, Konferenz des Weltrates der Kirchen 23, 100—102, 247, 347, 399, 453
Totaler Staat
— Anzeichen für einen totalen Staat in England 387
— und Freiheit 159
Totalitarismus s. Kollektivismus

Tradition
— Begriff in der katholischen Theologie 120
— und Fortschritt im geistigen Leben 475
— Problematik des Traditionsbegriffes 270
— Restauration und positive Erneuerung 474
— und Schrift bei P. Brunner 487
Traditionskatholizismus, deutscher 3, 235
Trennung von Kirche und Staat 114, 216
— in der Deutschen Demokratischen Republik 409
— und Entchristlichung der Massen 325
Trinidad, Kath. soziale Bewegung 145
Tschechoslowakei
— Massendeportationen 484
— Kirchliche Lage 243, 293, 340, 439, 484
— orthodoxe Kirche 249
— politisches Engagement der Priester 532

U

Überlieferung s. Tradition
UdSSR s. Rußland
Unabhängige Katholische Kirche in China 498
Una-Sancta-Bewegung, s. a. Ökumenische Bewegung
— Arbeit in der Krise 236
— evangelische Stellungnahme 23
Unbefleckte Empfängnis Mariä und Orthodoxie 181
Uneheliche Kinder, Rechtsreform 377 (2)
Unesco
— 6. Generalversammlung und christliches Menschenbild 526
— Menschenrechte und Christus 338
Ungarn
— Kirchenabkommen 33, 169
— kirchliche Lage 294, 439, 484, 533
— Massendeportationen 484
— Prozeß gegen Erzbischof Grösz 495
— Religionsunterricht 34
Unio cleri pro missionibus 491
Universalismus von Othmar Spann 459
Universität
— katholische Fu-Yen-Universität Peking 202, 499
— katholische in Japan 245
— Papst über 69
— katholische in Salzburg 335
— katholische in Sidney 393
UN (United Nations)
— und Christliche Arbeiterjugend 438
— Konvention über Ächtung des Völkermordes 440
— und Menschenrechte 480
— vatikanische Kritik 162
Unternehmer
— Bund katholischer 93, 459, 504
— Aufgaben des 96
— Kommunisten und Unternehmer in Italien 165
Uruguay, Katholisch-soziale Bewegung 146
USA (United States of America) s. Vereinigte Staaten

V

Verantwortlichkeit im Strafrecht 564
Vereinigte Staaten von Amerika
— antikatholische Affekte 440—441
— Bischöfe über die religiöse Erziehung 194—197
— Eindrücke vom Katholizismus in 142
— Gewinnbeteiligung im Fortschritt 170, 389
— Jugendgerichte 525
— kath. Kirche und Kommunismus 164, 169
— Katholisches Erziehungswesen 143
— Nachkriegshilfe 171
— Nationalrat der Kirche Christi 178, 489
— Negerfrage 559—563
— die orthodoxe Kirche in USA 276
— religiöses Wissen der Bevölkerung 170
— Statistik der evangelischen Kirchen 246
— Statistik der katholischen Kirche 442
— Südbaptisten und Nationalrat der Kirche 489
— Volksverbundenheit der katholischen Bischöfe 296
— interkonfessionelle Zusammenarbeit in Buffalo 488
Vereinte Nationen s. UN
Vergeltungsprinzip im Strafrecht 566
Verstaatlichung
— des Gesundheitswesens 387, 412
— der Kirche im Osten 534, 535
Vietnam
— Fortschrittliche Christen 117
— Haltung der Katholiken im Konflikt mit Frankreich 354 bis 357
Völkermord 440
Volksbildung, bäuerliche in Österreich 380 (2)
Volksdeutsche in Österreich 159
Volksmission, Problem der 105, 287
Volkssolidarität, Einrichtung in der Ostzone Deutschlands 347
Vollkommenheit
— und Ordensstand 257
— der Priester s. Priester
Vormundschaftsgericht im Elternstreit 92

W

Wahlpflicht, französisches Hirtenwort 434
Wahlrecht
— und Menschenrechte 331, 415
— der Neger in USA 560
Wahrheit, Frage der doppelten 426
Weibliche Jugend, Pius XII. an die 477
Weibliche Orden, Apost. Konstitution „Sponsa Christi" 253, 485
Weihnachtsbotschaft Pius XII. 183
Welt, moderne, Probleme der 251, 478
Weltbund Freier Gewerkschaften 528
Welternährungsorganisation (FAO) 526
Weltfremdheit, Gefahr für priesterliches Wirken 134
Weltkatechismus 457
Weltkirchenkonferenz in Lund 100
Weltliche Institute, Pius XII. über 190
Weltmissionssonntag 485
Weltrat der Kirchen s. a. Ökumenische Bewegung, Ökumenischer Rat 100
Weltstaat, Pius XII. über den 352
Westeuropa
— Lage der russischen Auslandskirche 277
— Statistik der kommunistischen Bewegung 115
Widerstandsrecht, politisches 332
Wiederbewaffnung in Deutschland 153—155, 419—422, 469 bis 470, 486
Willensfreiheit und Strafgesetz 563
Wirtschaft und Staat 218—222
— Utopie „idealer" Wirtschaftsprinzipien 173
Wirtschafts- und Sozialrat der UN und Menschenrechte 173

Wissenschaft
— und Offenbarung 30, 223, 480
— und Pius X. 448
— und Religion, Pius XII. über 20
— unter der Herrschaft der Nützlichkeit 458
— Technik und Glaube 479
Woche, Soziale, der französ. Intellektuellen usw. siehe Stichwort Tagungen
Wochenendzeitschriften 462
Wohlfahrtsschule, Katholische in Dortmund 50
Wohltätigkeit, humanitäre und Caritas 192
— und Selbsthilfe 406
Wohnungsbau 18, 234
— Eigenwohnungen als sozialer Faktor 160
Wohnungsnot 235, 330, 529, 530
Wundererscheinungen, zweifelhafte 242

Z

Zehn Gebote, Laienapostolische Woche in Essen 157
— Wissen von den zehn Geboten gering 170
Zeitschriften, sex appeal 463
Zeitungen, spanische mutig 291
— Probleme christlicher 475
Zentralbüro, Katholisches in Schanghai 498
Zentralisierung der Orden 163
Zölibat, Pius XII. über den 64

PERSONENVERZEICHNIS

Die Seiten 377 bis 384 kommen doppelt vor. Sie sind durch eine hinzugefügte (1) oder (2) unterschieden.

Abdullah, König v. Transjordanien 198, 199
Acciari, OFM. Msgr. Erzbischof v. Rhodos 116
Acheson, Dean 169, 170, 532
Adam, Karl 143
Adenauer, Konrad 19, 22, 537
Agartz, Prof. Dr. 375
Agel, Henri 530
Aglipay, Gregor 393
Agotha 533, 534
Albertz 22
Alessandrini, Federigo 434
Alexander III., russ.-orthod. Patriarch v. Antiochia 250
Alexei (Alexius) russ.-orthod. Patriarch v. Moskau 60, 61, 224—226, 249, 277, 467, 468, 542, 543
Alivisatos, Prof. 380 (1)
Allo, G. OP. Frankreich 167, 283
Althaus, Paul 443, 444
Alvarez, C. Lic. 204, 205
Anastasius, russ.-orthod. Metropolit 24, 25, 276—278
André, Prof. Dr. 426
Andrew, Agnellus OFM 388(2), 530, 531
Angles, Msgr. 163
Arnold, Franz 107, 454
Asbeck, Baron van 177
Askmark, Dr. 487
Asmussen, Hans 22, 23, 108, 148, 149, 150, 209, 210, 248, 349—351, 379—380 (2), 444, 446, 517, 538
Asperger, Hans 524
Athenagoras, orthod. Patriarch 468
Attwater, Donald 402
Aubrey, Edwin E. 172
Augsten, Stefan 281—283
Autrey, Gene 301
Ayrout, Heinrich SJ 392
Aspiazu, SJ 386

B

Baas, L. 558
Baboulène, Jean 115, 480
Baky, Joseph v. 240
Bao Dai, Kaiser v. Annam 117, 247, 354—356
Barbato, Lazaristen-Superior 498
Barbieri, Antonio, Erzbischof von Montevideo 111
Barendse, OP 558
Bargellini, Pietro 164, 166
Barlassina A., Patriarch von Jerusalem † 1947 501
Barnabas, † ehem. Patriarch v. Belgrad 60
Barnes, Anglikanischer Bischof von Birmingham 304, 399
Barrat, Robert 261, 262, 265
Barth, Karl 59, 60, 100, 149, 248, 304, 361, 541
Barthe, René 384 (2)
Bartolini, Luigi 321
Bartsch, Hans W. 323
Barzel, R. 380 (2)
Barzel, Werner SJ 482
Bautz, F. J. 114
Bayet, Albert 113
Bazelaire, Erzbischof v. Chambéry 436
Baziak, Bischof v. Lemberg 243
Bea, August SJ 264, 265
Beales, M. 56
Beaufort, Professor 415
Bedoyere, Michael de la 403, 404
Beel, L. J. M. 542
Beinaert, P. SJ 384 (2)
Bell, Georg 59
Bell, Anglik. Bischof v. Chichester 180, 248
Belloc, Hilaire 205, 206
Bender, D. Evang. Landesbischof v. Baden 397, 475
Benedetta a St. Maria 110
Benedikt XV. Papst 28, 175, 449, 493, 516
Benedikt Bobkowskij, russ.-orthod. Erzbischof 277, 543
Benítez, Hernán 205, 206
Beran, Joseph, Erzbischof v. Prag 244, 293—294, 341, 342, 496
Beresztoczy, Msgr. 169, 496, 533
Berggrav, evang. Bischof von Oslo 177
Bergman, Ingrid 110, 321
Bernanos, Georges 325, 351, 378 (2), 379 (2), 474, 517
Bernareggi, Bischof v. Bergamo 433
Bernucci, G. L. 434
Bersani 112, 113
Betschart, Ildefons 335, 336
Beveridge, Lord 388
Bigu, de SJ 283
Billinger, Stephan 11
Biot, René 384 (2)
Biraud, Yves 384 (2)
Blanshard, Paul 440
Blieweis, Pfarrer 239
Blondel, Maurice 504
Boegner, Marc, Pastor 246
Böhm, Anton 523
Bollaert, Französ. Oberkommissar 355
Boncour, Paul 113
Bonnard, Pierre 363
Borgongini-Duca, Apostol. Nuntius 527
Boris, russ.-orthod. Bischof v. Berlin 277
Bornkamm, Prof. Dr. 148, 323, 324
Borsche, Dieter 109
Bosch, Prof. Dr. 375—377 (1)
Boulard, Kanonikus 284
Brandstetter, Rita 430
Braque, Georges 363
Brauweiler, Heinz 237—238
Bredendick, Alexander 108 —109
Brentano, Leopoldo, SJ 146
Bresson, Robert 378—379 (2)
Brey, Dr. 465
Brilioth, Yngve, Luther. Bischof v. Upsala 348, 487
Bröcher, Thea 525
Browne, Dr. 412
Brunner, Emil 181, 323
Brunner, Peter 348, 487, 488, 540
Bruno, Kardinal 112
Brunotte, D. 181
Buber, Martin 107
Büche, K. CSSR 107
Buchholz, Peter 525
Bulgakow, Sergius 62
Bultmann, Rudolf 60, 303, 322—324, 395—397, 511, 514
Burgbacher, Fritz 94—95
Burgelin, Prof. Dr. 539
Buzalka, Weihbischof v. Tyrnau 244
Byrd, Harry F. 171

C

Cafasso, Joseph 132
Calles, Plutarco Elias 204, 241
Camacho, Staatspräsident 204
Capol, Andrea 99
Cardenas, Abg. 204
Cardijn, Kanonikus 88
Cardinale, Msgr. 392
Caro Rodriguez, Kardinal, Erzbischof von Santiago di Chile 297, 298
Carrasco, Sinarchist 205
Carsky, Bischof, Apostol. Admin. v. Kosice 341
Casel, Odo, OSB 336, 540
Casper Walter 380
Cathrein, Viktor SJ 565
Cavert, Dr. 178
Cazaux, Bischof v. Luçon 436
Chambon, Joseph 148
Chang, C. D. 275—276
Chaplin, Charlie 441
Chardin, Teilhard de 266
Chérier, M. 480
Cheshire, G. L. 556
Chesterton, Gilbert Keith 205, 206
Chevalier, P. SJ 98
Choromenski, Weihbischof v. Warschau 436
Chou En-lai 203
Christmann, Heinrich 426
Claret, Antonio, Erzbischof v. Habana 146
Claudel, Paul 110, 351
Coadys, Pfarrer 298
Coing, Prof. Dr. 332
Collin, Remy 384 (2)
Congar, Yves OP 114, 357—362, 479
Connell, Francis J. CSSR 172
Conrad, Prof. Dr. 375, 376
Cordes, Pfarrer 224
Cort, John C. 173, 404
Costello, Ministerpräsident 412
Courtney Murray, John SJ 441
Couturier, P. OP 364, 366
Cowderoy, Bischof v. London-Southwark 482
Craig, Clarence T. 347
Croce, Benedetto 331

Cule, Peter, Bischof v. Mostar 532
Cullmann, Prof. Dr. 181, 304
Cyprian, orthod. Archimandrit, Paris 62
Czapik, Julius, Erzbischof v. Erlau 33, 169, 496, 533

D

Dagover, Lil 109
Dalla Costa, Kardinal, Erzbischof v. Florenz 433
Daniélou, P. SJ 436, 481
Darvas, Joseph 33
Dayton, Leon M. 165
Dechet, Johann 341
Dechterow, Alexius, orthod. Bischof v. Preschau 250
Degenfeld-Schonburg, Ferdin. Graf v. 160
Degischer, Vilma 379 (2)
Deharbe, Joseph 454
Dekker 558
Delacroix, Msgr. 56
Delay, Erzbischof v. Marseille 435, 436
Delcuve 454, 456
Delfgaauw, Bernhard 504
Delius, Walter 350
Dellepiane, Erzbischof, Internuntius in Österreich 427
Dempf, Aloys 459
Dempsey, Prof. 170
Deperras, Marie-Francoise 110
Depierre, Abbé 481
Desqueyrat, A. SJ 115
Devémy, Kanonikus 366
Dibelius, Otto, DDr., Ev. Bischof v. Berlin 23, 151, 180, 180, 248, 302, 347, 395—397, 511, 537
Diems, Hermann 114
Diener, Ludwig 11
Dietsche, Bernward OP 426
Dilschneider, Otto A. 444, 445
Dionysius Waledynski, orthod. Metropolit v. Warschau 466, 467, 468
Dirks, Walter 479
Divendal, H. 558
Doebele, John 172
Dölger, Franz 336
Dombois, H. 177
Domenach, Jean-Marie 115
Donaghy, Frederick O., Bischof v. Wuchow 310
Dondeyne, A. 503, 504
Döpfner, Julius, Bischof v. Würzburg 15, 380
Dorneich, Klaus 379 (2)
Dorr, Karl 239
Doublet, Jacques, Frankreich 384 (2)
D'Souza, P. SJ 443
Dubarles, P. 56
Dubois, P. OP 330, 332
Dubourg, Erzbischof v. Besançon 436
Ducatillon, P. OP 384 (2), 479
Dudek, Dr. 374
Dünner, Frau Dr. 375, 377 (1)
Duperray, Bischof v. Montpellier 436
Durand, Paul 384 (2)
Dusen, Henry van 23, 440

E

Ebersole, Luke 447
Edgar, P. OP 105
Egenter, Richard 108, 315—317, 380 (2), 474
Ehard, Hans 11, 12, 380 (2)
Ehrenberg, Hans 58
Eichmann, Eduard 284
Eleutherios, russ.-orthod. Metropolit 249, 250
Elisabeth, Königin v. England 55
Elliot, Bill 301
Ellis, Bischof v. Nottingham 388
Ellul, Jaques 539
Eltschkner, Weihbischof v. Prag 294, 341
Engelland, Hans 181
Ermecke, Prof. Dr. 375
Escriva, José Maria 166, 167
Eudokimow, Pavel 539
Eulogius, russ.-orthod. Bischof 276
Euzière, J. 384 (2)

F

Fabian, Béla 484
Fabrègues, Jean de 56
Fabrizi, Aldo 320
Fanon, Franz 559, 562
Faulhaber, Michael v., Kardinal, Erzbischof v. München 277, 285
Faulkner, William 563
Favreau, Michael 384 (2)
Fedor, russ.-orthod. Erzbischof 278
Feltin, Erzbischof v. Paris 114, 435, 436, 436
Ferche, Weihbischof v. Köln 16
Ferri, Prof. Dr. 563
Fey, Harold E. 23
Fierlinger, Zdenek 293, 294, 340
Figl, Leopold 159
Filippo, Eduardo de 320
Finet, Albert 539
Fischer, Balthasar 35, 431
Fischer, Guido 380
Flatten, Prof. Dr. 375
Fleckenstein, Heinz 108
Fleming, Viktor 110
Flew, Newton 248
Fliesser, Calasanz, Bischof v. Linz 161
Flintrop, Dr. 474
Florowsky, Georges 23
Flory, Charles 37—41, 384 (2)
Folliet, Joseph 384 (2), 480
Fontaine, André 497
Foyaca, P. SJ 299
Frank, Rüdiger 470
Frentiu, Bischof v. Oradea Mare 533
Freyer, Prof. Dr. 475
Friedländer, Ernst 475
Frings, Joseph, Kardinal, Erzbischof v. Köln 49, 95, 233
Fritz, Pfarrer 399
Frotz, August 283
Fumasoni-Biondi, Pietro, Kardinal 493, 548
Funder, Friedrich 54, 308
Funk, A. 482

G

Gabel, R. P. 56
Gablenz, Otto v. d. 537
Gabriel, orthod. Patriarch v. Belgrad 60, 61
Gaillard, Erzbischof v. Tours 436
Gandhi, Mohandas Karamtschand Mahatma 331
Gandour, Iwanis, früh. jakobit. Erzbischof v. Damaskus 116, 117
Garret, John 247
Gasparri, Pietro, Kardinal 136, 319
Gasperi, Alcide de 433
Geck, Ludwig 474
Gelat, Patriarchatsverweser v. Jerusalem 501
Genina, Augusto 335
Gennadios, orthod. Metropolit v. Heliopolis 381 (1)
Gentile, Pamfilo 260
Georg VI., König v. England 55, 116
Georg, orthod. Bischof v. Lodz 468
George, André 479
Gerlier, Kardinal, Erzbischof v. Lyon 83, 261, 436
Germain, Paul 479
Gerstenmaier, Dr. 347
Gibbons, James, Kardinal, Erzbischof v. Baltimore 142
Gilroy, Kardinal, Erzbischof v. Sidney 393
Gilson, Etienne 426
Glaser, Johann 239
Glorieux, Kanonikus 406, 408
Goguel, Francois 325
Gojdic, Bischof von Prešov 244
Goldbrunner, J. 380 (2)
Gollwitzer, Helmut 539
Gorazd, Bischof d. tschechoslow.-orthod. Kirche 249
Goretti, Maria 184, 334, 335
Gosling, Samuel 402, 403
Gottwald, Klement 293
Götzel, Msgr. 454
Graber, Rudolf 16, 17, 59, 181
Grasset, Joseph 384 (2)
Greco, P. 288, 290
Greene, Graham 211
Gregor, russ.-orthod. Bischof v. Ostkanada 276
Greiss, Direktor 97
Grenet, Abbé 284
Grente, Erzbischof von Le Mans 436
Grenzmann, W. 380 (2)
Grewe, W. 177
Gribomont, P. 453
Griffin, Bernhard, Kardinal, Erzbischof v. Westminster 55, 388, 530
Gröning, Paul 462
Grosche, Robert 2, 16, 80, 81, 206—211, 418, 427
Grossouw, W. K. M. 541
Grösz, Joseph, Erzbischof v. Kalocsa 33, 169, 439, 484, 495—497, 533
Grotewohl, Otto 409, 537
Grubb, Kenneth 247, 397, 398, 399
Guardini, Romano 2, 8, 475, 479
Guerry, Erzbischof, Koadjutor v. Cambrai 436
Guignebert, Prof. 353
Gundlach, Gustav 237
Günther, Isa 240
Günther, Jutta 240

H

Haecker, Theodor 180
Hahn, Georges 115
Haley, William Sir 388
Hammerstein, H. J. 98
Hamvas, Andreas, Bischof v. Csanad 33, 169, 439, 497
Hardouin, Louis 451, 452
Harnack, Adolf v. 60, 209
Harris, Paul 241, 242
Hartmann, Paul 379 (2)
Hartz, Wilh., Prälat 16
Hauer, Artur OMCap 105
Haug, Martin, D. Ev. Landesbischof v. Württemberg 396, 397, 511, 512, 513
Havez, M. 331
Hayworth, Rita 462
Hearst, Randolph 144
Hecker, Isaak Thomas 142
Heenan, John, Bischof von Leeds 111, 482
Heidegger, Martin 323, 324, 481, 516
Heiler, Friedrich 60
Heinemann, Gustav 107, 178, 179, 180, 397, 475, 486, 537, 538, 539
Heinrich, Walter 160
Heitz, Sergius Arbogast 250
Hennemann, Bischof, Apost. Vikar von Kapstadt 177
Henry, A. M., OP. 212
Henz, Rudolf 160
Hermann, Franz 93
Herrera, Oria, Angel, Bischof von Malaga 437
Hesse, Erwin 238, 239, 335
Heß, Werner 483
Heufelder, Emmanuel, Abt von Niederalteich 236
Heuß, Theodor 537
Heydrich, Reinhard 249
Heyer, Friedrich 378 (1)
Heyland, Professor Dr. 332
Hilling, Nikolaus 284
Hipp, Dr. 11, 18
Hirsch, Hans 524
Hirscher, Joh. B. von 454, 456
Hirschmann, Hans SJ 114, 380 (2), 459, 474
Hlawati, Joseph 112, 427
Hlond, August, Kardinal, Primas von Polen 306
Ho Chi-minh 117, 355, 356, 357
Höfer, Joseph 7, 8, 9, 10, 81
Höffner, Joseph 94, 95, 155, 156
Hofinger, J. 454
Hofmeister, Ph., OSB 284
Hogan, M. 438
Hollenbach, J. M., SJ 75, 76, 77, 78, 79
Holt, Iwan Lee, Methodistenbischof USA 178, 349
Holzamer, K. 380 (2)
Holzner, Joseph 143
Honegger, Arthur 110
Hornauer, Siegfried 430
Horst, Professor Dr. 58
Horvath, P. OCist 533

Horvath, P. SJ 169
Hovorka, Nikolaus 53, 54
Hundhammer, Alois 1, 18
Hurdes, Felix 427, 523
Hurley, Bischof, Apost. Vikar von Natal 177
Hyde, Douglas 314

I

Ibach, H. 380 (2)
Ingmann, Cornelius OMI 473
Innitzer, Theodor, Kardinal, Erzbischof von Wien 159, 238, 427
Isidor, orthod. Bischof von Reval 378 (1)
Iwand, Professor Dr. 22

J

Jachym, Franz, Erzbischof-Koadjutor von Wien 158, 427
Jacob, Günther 180, 181
Jäger, Lorenz, Erzbischof von Paderborn 15, 23, 476
Jagodič, Joseph 517
Jalbrzykowski, Bischof von Wilna 243
Jansen, Msgr. 558
Jaspers, Karl 153, 481
Jedin, Hubert 446
Jelmini, Bischof von Chur 294
Jeremias, Joachim 181, 303
Johannes, russ.-orthod. Erzbischof 276, 277
Johnson, Hewlett 304
Johnson, Vernon 556
Joliot-Curie, Frédéric 439
Jones, E. Stanley 489
Jones, Jennifer 110
Joseph, russ.-orthod. Metropolit 60
Judah, Charles SJ 145
Jugert, Rudolf 109
Jungmann, Andreas 181, 427, 428, 454
Justinian, orthod. Patriarch von Rumänien 225

K

Kaczmarek, Ceslaus, Bischof von Kielce 243
Kagawa, Missionar 489
Kaller, Maximilian, Bischof von Ermland 306
Kallistrat, orthod. Katholikos-Patriarch 225
Kaltenbach, Anton OMI 473
Kaminski, Clemens 334
Kamlah, W. 516
Kammerlander, Professor Dr. 428
Kamschal, Walter 160
Kapfhammer, Franz-Maria 523, 524
Kassian, russ.-orthod. Bischof 62
Kästner, Erich 240
Kather, Linus 372, 374
Kaufmann, E. 177
Kelsen, Hans 332
Kemmer, Emil 82
Kempel, P. SJ, Jamaica 145
Kempf, Wilhelm, Bischof von Limburg 330, 380 (2)
Kersten, Abg. 484
Keßler, Peter-Joseph 284
Khuozam, Markus II., kopt. Patriarch 392 392
Kienitz, Erwin Roderich 284
Kierkegaard, Sören 59, 324
Kimme, A. 487
Kinder, Ernst 59
Kinzl, Dechant 239
Kipp, Dr. 330
Kittel, Professor Dr. 304
Kiwanuka, Joseph, Bischof von Masaka 2, 16, 345
Klein, Arthur 517, 518
Klepacz, Bischof von Lodz 339
Kloppenburg, Oberkirchenrat 539
Kluthe, Generalsekretär 114
Knjazew, A. 380 (1)
Knox, Ronald A. 404, 405
Koch, Professor Dr. 427
Kochs, A 482, 483
Koeniger, A. M. 284
Kogon, Eugen 332
Kohnstamm, Max 397
Kolping, A. 303
Korn, Karl 475, 476
Kossa, Stefan 439, 497
Köster, Heinrich-Maria 149, 150
Koster, M. D. OP 147
Kovacs, Stefan 484
Kracmar, Cestmir 249, 250
Kraemer, Hendrik 539
Krahl, Hilde 379
Kramer, Dr. 108
Kreling, G. OP 542
Krone, Dr. 11
Krutizy, Nikolaus v. 250
Kühn, Terenel OFM 501
Kumlien, Gunnar 557
Kummer, Karl 160
Künneth, Walter 148, 349
Kunze, Abg. 370, 371, 374
Kunze, Gerhard 350, 351, 446
Kytka, Leopoldine 379 (2)

L

Labourdette, P. OP 261
Ladmiral, Nicole 379 (2)
La Farge, John SJ 295, 296
Lafon, Robert 384 (2)
Lagrange, Albert Marie Henri 207
Lambinet 419
Lammers, Ernst 330
Lamy, Erzbischof von Sens 436
Landersdorfer, Simon OSB, Bischof von Passau 15, 17, 236, 330
Lang, Gregor OSB, Augsburg 524
Langgässer, Elisabeth 351
Latreille, André 115, 479
Laydu, Claude 378 (2)
Lazik, Bischof, Apost. Admin. von Tyrnau 294, 341
Le Bras, Professor Dr. 480
Leclerq, Jaques 271, 311, 312, 313, 314
Le Cour Grandmaison 436
Lefebvre, Erzbischof von Bourges 436
Le Fort, Gertrud v. 143, 351
Léger, Fernand 363
Lehner, Alfred 53
Lehner, Hubert 430
Lehr, Dr. 537
Lemparty, Anton 533
Leo XIII., Papst 8, 17, 28, 30, 32, 70, 133, 167, 217, 269, 291, 305, 339, 375, 385, 386, 441, 447, 478, 503, 553, 554
Leontius, russ.-orthod. Metropolit 277
Leontius, russ.-orthod. Bischof von Genf 278
Leppich, P., SJ 522
Levie, Jean, SJ 264
Ley, Hion 275
L'Heureux, Herve J. L. 527
Lialine, D. C. P. 453
Libermann 384 (2)
Liebeneiner, Rolf 379 (2), 517
Liégé, P. OP 115
Liénart, Kardinal, Bischof von Lille 436
Liener, Prof. Dr. 238
Liermann, Hans 398
Ligutti, Msgr. 526
Li Li-sang 309, 497
Lilje, Hans, D. Dr., evang. Landesbischof von Hannover 445, 474, 475, 538, 539
Linde, H. van der 348
Linden, Jakob 454
Lin Piao 309
Listowel, Lady 496
Liu Schao-tschi 497
Loeff, Dr. 558
Loisy, Alfred 60
Lombardi, Riccardo, SJ 160, 162, 287, 462
Lombroso, Cesare 563
Lorenz, Franz 419—422, 469, 470
Lortz, Joseph 349
Loszkij, Wladimir 181, 182, 378 (1), 379 (1)
Löwenstein, Karl Erbprinz zu 14, 15
Lubac, Henry de, SJ 222, 223
Luckner, Gertrud 267
Lukas, russ.-orthod. Erzbischof von der Krim 224, 225
Lukaschek, Hans 369
Lurçat, Maler 363
Lu Tseng-tsian, OSB 299

M

Mac Arthur 434
Mahieu, Jean P. 300
Mahillon, Pierre 397
Malan, Daniel François 177, 345, 346
Mannix, Erzbischof von Melbourne 395
Mannoni, O. 559, 562, 563
Mao Tse-tung 200, 203, 274, 275, 308, 309, 344, 355, 497
Marcel, Gabriel 481
Marchetti-Selvaggiani, Kardinal 251
Marco, Venencio 385
Maritain, Jacques 325, 331, 441, 453
Marrou, Henry 262, 263, 266, 353
Marshall, Bruce 474
Martin, Erzbischof von Rouen 436
Martindale, C. C., SJ 402, 403, 404, 405, 482
Mathew, Erzbischof von Kumasi 345
Matisse, Henry 363, 366
Matocha, Erzbischof von Olmütz 249, 341, 532
Matteucci, Mauro 335
Mauriac, François 479
Maury, Pierre 539
Maximus IV. Saigh, melchitischer Patriarch 391
Maydieu, A., OP 114
Mayer, Joseph Ernst 239, 240, 524
McCloy, John 13
McCollum 440
McGuignan, Kardinal, Erzbischof von Montreal 390
McManaway, J. G. 116
Meer, P., SJ 105
Mehl, Roger 248
Meiji Mutsuhito, Kaiser von Japan 245, 246
Meiser, Hans, evang. Landesbischof von Bayern 151, 302, 487
Meletios IV., Ökumen. Patriarch von Konstantinopel 467
Mena, Vicente 385
Menendez-Reigada, Bischof von Cordoba 399
Menendez y Pelayo 483
Menn, Wilhelm 58
Mensbrugghe, Alexius van der 250
Meriggi, Horatio 146
Merkle, Sebastian 404
Merle, Pierre 384 (2)
Merry del Val, Kardinalstaatssekretär 448
Mesnard 284
Meßner, Johann 159
Meyendorff, Irene 379 (2)
Micara, Clemente, Kardinal 251
Michael, orthod. Bischof von Breslau 468
Michalic, Viktor, orthod. Bischof von Michailowzy 250
Michel, Ernst 222, 223
Michels, Thomas, OSB 336
Mignani, Gaetano, Bischof von Kian 498
Mikolajczyk, Ministerpräsident 484
Millard, André 290, 291
Miller, Athanasius, OSB 70, 71, 72, 73, 74
Millot, M. 333
Mindszenty, Kardinal, Primas von Ungarn 34, 169, 294, 496
Mocny, Margarethe 237, 238
Moeller, Dr. 445
Moeller, Charles 57, 58
Möhler, Johann Adam 207, 358, 362
Mönnichs, Th., SJ 454
Montini, Msgr., Unterstaatssekretär 36, 37, 399, 439
Monzel, Nikolaus 108
Moreno, Garcia 206
Morrison, Charles Clayton 348
Mörsdorf, Klaus 284
Moschner, Franz 283
Mosler Hermann 331
Moßhamer, Ottilie 84
Motte, P., OFM 105, 106, 283
Mounier, Emmanuel 6, 274, 325
Moussaron, Erzbischof von Albi 436
Moyes, anglikan. Erzbischof von Australien 394
Muench, Aloisius, Erzbischof, Päpstl. Nuntius 17, 19, 110
Mühlenhöver, Joseph 331
Müller, Marga 81
Müller, Max 479, 481

Müller, Wolf 430
Müller-Claudius F. M. 268
Murray, P. 56
Murray, Philipp 172, 173
Musset, Alfred de 69

N

Nasalli-Rocca, Kardinal, Erzbischof von Bologna 35, 36, 433
Nathanael, russ.-orthod. Bischof von Brüssel 277, 278, 304
Natucci, Salvatore 33
Nco Dinh-thuc, Bischof von Vinh-Longh 354
Nenni, Pietro 45, 46, 434
Neuhaus, Agnes 50
Neuß, Wilhelm 167, 267
Newbigin, evang. Bischof von Südindien 348
Newman, J. H., Kardinal 4, 17, 55, 206, 208, 211, 236 358, 504
Niebuhr, Reinhold 178, 223, 440
Niemöller, Martin, Kirchenpräsident 3, 180, 347, 486, 537, 538, 539
Nikolai, russ.-orthod. Metropolit Moskau 61, 542, 543
Norris, James 479
Novak, Professor Dr. 532
Nygren, Professor Dr. 210

O

Obendiek, Hramanus 148
Odar, Aloys 517
Oepke, Albrecht 304
O'Flanagan, P. 557
O'Hara, Francis, Bischof von Buffalo 489, 534
Oldenbroek 528
Oldham, J. H. 222, 223, 224
Oliva, Prälat 294
Onderek, Msgr. 341
Opatrny, Generalvikar von Prag 293
Orsini, Inez 335
Ortega y Gasset, José 108
Osterloh, Edo 181
Otonfo Sir Nana Osei Agyeman Prempey II, König von Kumasi 345
Ottaviani, Alfredo 172, 242
Ouince, René d', SJ 266
Oxnam, Methodistenbischof von New York 348

P

Pacha, Bischof von Temesvar 533
Pagani, C. 431
Parr, John 56
Parsch, Pius 240, 335
Pascher, Joseph 181, 540
Patiyn, C. L. 397
Pattee, Richard 56
Pavan, Pietro 56, 367
Péguy, Charles 353
Penzoldt, Ernst 109
Perenna, Roberto P. 165
Peron, Juan Domingo 205, 206
Peron, Maria Eva Duarte 205
Perret, John, 385
Pétain, Henri Philippe 529
Peters, Karl 375, 476, 477
Peters, Propst 80
Peterson, Erik 269
Petery, Joseph, Bischof von Vác 439, 496
Peyssard, M. 384 (2)
Pézeril, Daniel P. 317, 319
Pfliegler, Michael 238, 239, 523
Philip, André 397
Photius, Erzbischof, orthod. Exarch für Westeuropa 250, 251
Piazza, Kardinal 176, 177
Picha, Bischof von Königgrätz 294, 341
Pichler, Wilhelm 427, 429, 457
Pieck, Wilhelm 537, 538
Pieper, Joseph 479, 481
Pietsch, Leo, Weihbischof von Graz 159
Piettre, André 160
Pike, Thomas 170
Pinson, Henri, Bischof von St. Flour 111
Pius IX., Papst 28, 55, 119, 120, 172, 269
Pius X., Papst 8, 17, 30, 32—33, 35, 63, 110, 164, 436, 447—450.
Pius XI., Papst 63, 70, 294, 375, 490, 493, 494, 547, 551 552
Pius XII., Papst 4, 6, 14, 19, 21, 22, 25—31, 32, 33, 35, 36, 37, 44—45, 54, 55, 58, 62—68, 68—69, 69—70, 73, 74, 78, 81, 82, 82, 88, 95, 106, 108, 110, 110, 110, 116, 118—130, 130 bis 139, 146, 151, 162, 162, 172, 174, 179, 183—188, 188—189, 189—194, 198, 208, 211, 216, 217, 226—227, 233, 237, 251—253, 253—260, 260—266, 283, 284, 287, 288, 295, 305—306, 324, 329—330, 330, 337, 339, 352, 353, 353—354, 387, 392, 393, 399—402, 427, 437, 439, 447—450, 459, 477—478, 478, 490—493, 494, 517, 527, 528, 536, 544,—549, 549—550, 552, 553, 554, 555
Play, Deniel, Kardinal, Primas von Spanien 437
Pleven, Paul 113, 469
Plojhar, Minister 244, 293, 294, 340, 342, 532
Plotzke 237
Pobozny, Bischof, Apost. Admin. von Rosenau 244
Pol, W. H. van de 541, 542
Polanco, Anselmo, Bischof von Teruel 385
Popow, N. 378
Preusz, Johannes 84, 476
Preysing, Konrad Graf v., Kardinal, Bischof von Berlin † 237, 329, 409, 411
Pribilla, Max, SJ 216, 452
Prodanov, Vikenziaje, orthod. Patriarch von Belgrad 60
Provenchères, de, Erzbischof von Aix 436
Purini, P. 498
Pusey, Edward 208, 211

R

Raab, K. 454
Radbruch, Gustav 333
Rahner, Hugo, SJ 226, 227, 261, 336
Rahner, Karl, SJ 147, 181, 207, 266, 315
Rakosi, Minister 169, 294, 497
Rauch, Wendelin, Erzbischof von Freiburg 333
Ready, Michael J., Bischof von Columbus 531, 532
Régamey, P. 363
Reimann, P., CSSR 16
Reismann, Dr. 373
Reisz, Julian 389
Riberi, Antonio, Erzbischof, Internuntius in China 311, 486, 498, 499, 535
Richards, George W. 348
Richaud, Erzbischof von Bordeaux 435, 436
Ricoeur, P. 115
Rittinger, Dr. 160
Rivero, Jean 384 (2)
Rivière, Marc 384 (2)
Rivolta Don 557
Roberts, Walter, Sir 477
Rodriguez, Caro, Kardinal, Primas von Chile 297, 298
Rogers, Roy 301
Roggendorf, P., SJ 245
Rogier, L. J. 542
Rohner, P., SVD 238
Rohracher, Andreas, Fürstbischof von Salzburg 336
Rollier, Mario, Italien 397
Romita 45
Rommen, Heinrich 214—218, 441
Roncalli, Erzbischof, Apost. Nuntius in Frankreich 526, 527
Rops, Daniel 481
Roques, Kardinal, Erzbischof von Rennes 436
Roslin, Prof. Dr. 416
Rosselini, 321, 441
Rossi, Giovanni Don 166
Rottmanner, Odilo, OSB 209
Rounault, Jean 343
Rouquette, Robert, SJ 263, 264
Rovan, Joseph 325
Ruckstahl, Otti 331
Rudolf, Bert, Musiker 379 (2)
Rudolf, Karl 53, 238—240, 523
Rümmele, E. 483
Rupp, Chanoine 56

S

Saliège, Jules, Kardinal, Erzbischof von Toulouse 436
Salleron, Louis 56, 479
Saltini, Zeno 557
Sangnier, Marc 325
Santamaria 479
Santvoort, van 558
Sapieha, Adam Stephan Fürst v., Kardinal, Erzbischof von Krakau 139, 234, 339, 484, 554
Saragat, 45, 434
Sarkozy, OSB, Abt von Pannonhalma 33
Sassen, Ferdinand 503, 504
Schäffer, Dr. 369, 370, 371, 372, 375
Scharf, Pfarrer 180
Scheeben, Matthias 208
Scheler, Max 316
Schell, Maria 109
Scherer, Elisabeth 16
Scherzl, S., CSSR 105, 106
Scheuner, Prof. Dr. 58
Schlatter, Adolf 443, 444
Schlier, Heinrich 513, 514, 515, 516
Schlier, Paula 181
Schlink, Edmund D. 147, 248, 248, 324
Schmid, Carlo 372
Schmidhüs, Karlheinz 438
Schneiber, Joseph 381 (2)
Schneider, Reinhold 1, 181
Schniewind, J. 323
Schreck, Chrysostomus, OFM 105, 106
Schreiber, Wilfried 504, 505, 506
Schretty, P., OFM 33
Schröffer, Joseph, Bischof von Eichstätt 15
Schröteler, P., SJ 217
Schuberth, Minister 107
Schulmeister, Otto 239
Schulte, Karl-Joseph, Kardinal, Erzbischof von Köln 284
Schurr, V. 105
Schuster, Ildefonso, Kardinal, Erzbischof von Mailand 433, 496
Schütz, Paul 181
Scotford, John R. 539
Seillon, P., SJ 283
Semle, Dompräbendar 482
Seraphim, russ.-orthod. Metropolit von Deutschland 24, 277, 378 (1), 543
Sergius, russ.-orthod. Patriarch von Moskau 60
Sergius, russ.-orthod. Erzbischof von Berlin 277
Serra, Junipera 144
Serrand, A. Z. 319
Sertillanges, Antonin, OP 311
Seuffert 374
Sherill, Henry Knox, Bischof der Episkopalkirche 178, 399
Shorb, Robert 440
Shuster, Georges N. 13, 107
Sica, Vittorio de 321, 322
Siegfried, André 325
Siemer, Laurentius, OP 332
Sik, Provinzial 33
Silone, Ignazio 434
Singleton, A. H. 450
Siri, Erzbischof von Genua 433
Smits van Waesberghe, P., SJ 558
Soekarno, Präsident von Indonesien 344, 345
Soras, P. de, SJ 78
Sousberghe, Léon de, SJ 269, 270, 271, 272, 273
Spaak, Paul Henry 291, 292, 293
Spann, Othmar 459
Spasskij, G. T. Dozent Inst. St. Sergius, Paris 379 (1), 380 (1)
Spielbauer, J., CSSR 105
Sroka, Karl 283
Stählin, Wilhelm D., Lutherischer Landesbischof von Oldenburg 23, 57, 117, 118, 148, 148, 150, 248, 349, 351, 487, 511
Stalin, Joseph 225, 275, 342, 537
Stasiewski, Bernhard 474
Stauffer, Ethelbert 150, 303, 304, 324
Steck, K. A. 23
Stehlik, Antonin 293, 341, 532
Steidle, Luitpold 409
Stein, Edith 473

Steinberger, Joseph 380 (2), 381 (2)
Steinbüchel, Theodor 75, 77, 312, 316
Steinhoff, Dr. 347, 411, 445
Stepinac, Aloys, Erzbischof von Zagreb 169, 170, 450, 485, 532
Stieglitz, H. 457
Stifter, Adalbert 87
Stohr, Albert, Bischof von Mainz 330
Storchi 112
Strasser, Dr. 283
Strathenwerth, Georg 423
Stritch, Kardinal, Erzbischof von Chikago 172
Sullivan, John Peter, SJ 145
Sulzberger, C. L. 450
Sun Yat-sen 274
Syngman Rhe 247

T

Taft, Charles P. 248
Tallenay, J. L. 483
Taparelli d'Azeglio, SJ 270
Tappouni, Kardinal, syr. Patriarch von Antiochia 116
Tellegen, Fr. 558
Tellering, Michael 379
Tellkamp, Augustin, SVD 175
Temple William 100
Teschner 11
Tessier, Gaston 528
Thadden-Trieglaff, DDr. v. 16, 22, 487, 537, 539
Theophil, russ.-orthod. Metropolit v. Nordamerika 24, 277
Thibon, Gustave 480
Thiéfry, M., SJ 563
Thielicke, Helmut 323, 324, 443, 444, 445, 416—419
Thieme, S. 108
Thieme, Karl 17, 107, 114, 226, 227, 266, 267, 268, 269
Thierry d'Argenlieu, P. OCarm. 354, 355
Thomas, M. M. 247
Thorn, F. D., OP 452, 453
Tiberghien, Pierre 384 (2)
Tichon, russ.-orthod. Erzbischof 276
Tien, Thomas, Kardinal, Erzbischof von Peking 310
Tillich, Paul 540
Tilmann, Clemens 112, 457
Timotheus, orthod. Erzbischof von Bialystok und Bielsk 467, 468
Tisserant, Eugen, Kardinaldekan 391
Tito, Josip 60, 169, 450, 485
Togliatti, Palmiro 42, 43
Toledano 205
Tomkins, Oliver 23, 24, 248, 249
Torrefranca, Fausto 164
Toto 320
Trefflinger, Petrus, Abt v. Mariazell 379 (2)
Trillhaas, Prof. Dr. 475
Trinh Khanh Vang, Jean 117
Trochta, Bischof von Leitmeritz 341
Trujillo, Präsident von San Domingo 144
Truman, Harry S. 144, 173, 247, 295, 537
Tschadek, Dr. 158
Tschiang Kai-schek 200, 275, 309
Tschu En-lai 309, 534
Tschü Teh 309
Turner, Alan 389
Tychon, orthod. Patriarch von Moskau 466, 467
Tyciak, J. 182

U

Undset, Sigrid 452
Urs v. Balthasar, Hans 426, 427

V

Vedovato, Prof. Dr. 56
Ven, van den 332
Verdet, Paule 559, 560, 561
Vermeersch, Arthur, SJ 311
Veronese, V. 366
Veuillot, Louis 216
Vialatoux, Josephe 115
Vienne de Hautefeuille de, Bischof von Tsientsin 493
Visser t'Hooft, Willem 100, 178, 180, 304, 539
Vitalij, russ.-orthod. Erzbischof 24, 276
Vojtassak, Bischof von Spis 244
Vries, Joseph de, SJ 426

W

Walsh, Bischof 498
Wang Liang-tso 310, 498
Watley, Monica 346
Weber, Helene 11, 16
Weber, Fr. 454
Weber, O. 148
Weiger, Joseph 350, 379 (2), 517
Weinzierl, Karl 284
Weizsäcker, Viktor v. 107
Welte, Bernhard 426, 427, 516
Wellesz, Egon 164
Wendland, Prof. Dr. 58
Werner, Herbert 351
Westphalen, Ferdinand Graf v. 159, 160
White, Mrs. 388
Wight, Martin 397
Wilczkowski, C. 342, 343
Willam, F. M. 454, 456, 457
Willenbrink, P., OMI 105
Winter, Arno, OFM 105
Wissarion, orthod. Metropolit 60, 250
Wittig, Joseph 107
Wladimir, russ.-orthod. Exarch 24
Wolf, E. 58
Wolff, Paul 331
Wolker, Ludwig 283
Woodruff, M. 56
Worthley, Prof. Dr. 332
Wright, Richard 563
Wu Yi-fang 203
Wyschinski, Andrej 294
Wyszinski, Stephan, Erzbischof von Warschau 139, 306, 307, 308, 339, 340, 439, 554, 555

Z

Zahn, Gordon C. 172
Zauner, Franz, Bischof, Koadjutor von Linz 161, 429, 430
Zeeden, E. W. 181
Zehrer, Hans 475
Zela, Weihbischof von Olmütz 244
Zeller, Hermann, SJ 207
Zietlow, Carl F. 107
Zillken, Elisabeth 50, 377 (1), 378 (1)

HERDER-KORRESPONDENZ

Erstes Heft - 5. Jahrgang - Oktober 1950

Sorget also nicht ängstlich und saget nicht: Was werden wir essen und was werden wir trinken, oder womit werden wir uns kleiden? Denn um all das kümmern sich die Heiden. Euer Vater weiß ja, daß ihr dies alles braucht. Suchet also zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, und dies alles wird euch dazugegeben werden.

Matth. 6, 31—33

Die 74. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Altötting und Passau

Der Katholikentag in Passau vom 1. bis 3. September 1950, dem vom 29. bis 31. August eine Vertretertagung in Altötting vorausging, hatte sich das Wort des Herrn: „Zuerst das Reich Gottes" (Matth. 6, 33), zum Ziel gesetzt. Nicht nur, um darüber zu beraten, sondern um es zu befolgen. Man kam zu diesem Katholikentag mit der Absicht, das Reich Gottes zunächst im eigenen Innern fester zu begründen. In der großen Gemeinschaft der Brüder, unter dem Schutz der Mutter der Gläubigen, wollte man vor Gott hintreten, um ihn zu bitten: „Zu uns komme dein Reich".

In diesem Entschluß und in der Weise, wie er durchgeführt wurde, liegt eine Erkenntnis und ein Eingeständnis. Die Erkenntnis hat schon vor Jahren Reinhold Schneider ausgesprochen: „Allein den Betern kann es noch gelingen, das Schwert ob unsern Häuptern aufzuhalten." Ein Eingeständnis aber klang in sehr vielen Betrachtungen dieser Tage durch: Die deutschen Katholiken haben seit dem Kriege zu viel auf eigene Klugheit und zu wenig auf den Herrn gebaut. Sie haben sich redlich gemüht, die Probleme zu bewältigen. Sie erkennen nun, daß viel geplant und organisiert, aber nur wenig verwirklicht worden ist. Sie führen dies darauf zurück, daß sie jenes Wort des Herrn nicht ernst genug genommen haben. Sie müssen umdenken und sich erneuern. Diese Tagung wollte damit beginnen, in Gewissenserforschung und Gebet. Der Katholikentag bestand aus einer fast ununterbrochenen Folge von Gottesdiensten und Gebetsstunden. Was dabei gesprochen wurde und was auf der Arbeitstagung in Altötting zur Verhandlung kam, sollte Gewissenserforschung sein. Man wird diesen Charakter der Reden und mancher dabei gebrauchter Formulierungen zu beachten haben. Sie richten sich gegen niemanden, sondern an uns selbst mit jener Deutlichkeit, ohne die es zu keiner Gewissenserforschung kommen kann.

Das ernste und schwere Vorhaben dieser Tagung sollte unter den Augen und unter dem Schutz der Mutter der Gläubigen ausgeführt werden. Man wählte als Tagungsort das größte Marienheiligtum Süddeutschlands und übertrug dann das Gnadenbild für die Dauer der Zusammenkunft nach Passau. Die Überführung war ein Triumphzug der Mutter Gottes. Auch in Passau war ihr Bild zu jeder Stunde des Tages und der Nacht von Betern umgeben. Als Maria zur Zuflucht dieser Tagung erkoren wurde, war die Dogmatisierung ihrer Himmelfahrt noch nicht amtlich bekanntgegeben worden. Nur das Heilige Jahr hatte beigetragen dazu, daß man einen heiligen Ort wählte. Und das katholische Gefühl hatte mitgewirkt, die Wende nach innen an der Hand der Mutter Maria zu versuchen. So aber wurden nun diese Tage zugleich zu einer inneren Vorbereitung auf das Ereignis des neuen Dogmas.

Man wurde sich seiner Bedeutung nicht nur durch die Reden und Predigten bewußt. Alles, was sich in den Tagen begab, angefangen von der Lichterprozession am ersten Abend in Altötting über den abendlichen Empfang des Marienbildes in Passau, die mitternächtlichen Gottesdienste, die Huldigungen des Volkes und der illustren Gäste an die Gottesmutter bis zu dem Schlußwort der Papstbotschaft: alles verdichtete sich zu dem entscheidenden Erlebnis dieses Katholikentages, daß Maria in den kommenden Entscheidungen unsere Wegweiserin und Führerin zu Christus sein muß und wird.

Es war unseres Wissens das erste Mal, daß die Schlußfeier des Katholikentages den Charakter eines eucharistischen Gottesdienstes erhielt. Maria ist unser Weg, Christus unser Ziel. Die Predigt, man darf wohl so sagen, bei diesem Gottesdienst hielt ein katholischer Laie, Aloys Hundhammer. Er legte vor Christus und der Welt Zeugnis ab. Und dies ist denn wohl auch die Richtung, in der sich der Passauer Katholikentag auswirken soll. Wir werden das „Reich Gottes zuerst" suchen, wenn wir durch Maria zum eucharistischen Christus gehen und aus der Kraft seines Opfers und Opfermahles Zeugnis geben.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß auf diesem Katholikentag die völkerverbindende Einheit des Glaubens sichtbar wurde. Als das Marienbild auf der Fahrt nach Passau der österreichischen Grenze nahe kam, flammten

drüben wie hüben die Lichter auf. Und am Sonntag mußten vor dem Andrang der nach vielen Tausenden zählenden Menge aus dem österreichischen Nachbarland die Zöllner ohne weitere Formalitäten die Schlagbäume hochziehen. Wie das Ereignis an der elsässisch-pfälzischen Grenze während der Straßburger Europatagung, zeigte auch dieser unerlaubte Grenzübertritt wieder, daß es nicht das Volk ist, das die Einigung Westeuropas verlangsamt. In Passau wurde aber zugleich auch offenbar, daß der Instinkt des Volkes das einigende Band im christlichen Glauben erblickt. Österreich war nicht nur durch diese Söhne seines Volkes, sondern auch durch hohe Vertreter der Kirche und des Staates in Altötting und Passau vertreten. Und die Gedanken der Festteilnehmer gingen oft genug nach Osten, wo dieses Volk auf der äußersten Wacht steht. Die Begegnung von Österreich und Deutschland in Passau war herzlich, weil sie sich im Glauben vollzog und in dem Bewußtsein, daß unser Schicksal im großen ein gemeinsames sein wird. Die Woge der Bruderschaft auf dem Passauer Tag überflutete aber nicht allein die Staatsgrenzen. Sie umfaßte die Welt. Beim nächtlichen Pontifikalamt des afrikanischen Negerbischofs Kiwanuka war die Polizei gezwungen, wegen des beängstigenden Gedränges erhöhten Bereitschaftszustand zu verkünden. Dieser Gottesdienst wird vielen in Erinnerung bleiben als das größte Erlebnis der Catholica in ihrem Leben.

Die Vertretertagung in Altötting

In Altötting fanden sich etwa 400 Vertreter der katholischen Laienbewegung in Deutschland zu einer dreitägigen „Gewissenserforschung" zusammen, die vor allem die Aufgabe hatte, zu prüfen, inwieweit die Beschlüsse der voraufgegangenen Katholikentage in Mainz und Bochum nicht verwirklicht worden sind. Deshalb vollzogen sich die Beratungen in 12 Arbeitskreisen, die in ihrem Thema im wesentlichen mit den Arbeitskreisen von Mainz übereinstimmen: 1. Glaube und Kirche, 2. Soziale Frage, 3. Not und Hilfe, 4. Ehe und Familie, 5. Schule und Erziehung, 6. Bildung und Kultur, 7. Katholische Publizistik, 8. Recht, Staat und Gesellschaft, 9. Übernationale Zusammenarbeit, 10. Weltmission, 11. Heimatvertriebene, 12. Kirchliche Einheit.

Die Ergebnisse der Beratungen bedürfen einer sorgfältigen Sichtung. Die Herder-Korrespondenz wird deshalb erst im nächsten Heft darüber berichten.

Jedoch war auch in Altötting zu bemerken, daß das Schwergewicht der Tage nicht so auf den Konferenzen als vielmehr auf den geistlichen Zusammenkünften in der Stiftskirche lag. Romano Guardini hatte es übernommen, die tägliche geistliche Betrachtung zu halten, worin er die Anwesenden schlicht und persönlich vor Gottes Antlitz führte.

Außer ihm sprachen zwei andere Redner vor dem Plenum der Vertreter, um die Sicht auf das Ganze zu lenken und einerseits den Ernst unserer Lage, andererseits den metaphysischen Hintergrund unserer Aufgabe darzulegen.

Der deutsche Katholizismus im Heiligen Jahr 1950

Den eigentlichen Einleitungsvortrag der Arbeitstagung, der den Rahmen der zu leistenden Arbeit aufzeichnete und das tiefste Wesen ebenso wie die gefährlichsten Punkte der großen Krise, zu deren Überwindung diese Arbeit beitragen sollte, darlegte, hielt Prälat Dr. Robert Grosche, Köln. Wir geben diesen bedeutsamen Vortrag mit geringen Kürzungen im Wortlaut wieder:

Die gegenwärtige Kirche ist noch nicht das Reich Gottes

Der deutsche Katholizismus im Heiligen Jahre 1950 ist wie die ganze Kirche durch den Mund des Heiligen Vaters zur Buße aufgerufen. Wenn wir nach dem Reiche Gottes fragen, werden wir auf die Buße gestoßen: „Tuet Buße, denn das Reich Gottes ist nahe herbeigekommen." Wir können das Reich Gottes nicht suchen, ohne Buße zu tun, d. h. uns zu bekehren. Die Buße, die Umkehr, die Heimkehr steht nicht nur am Anfang des christlichen Weges, sondern sie bleibt eine Forderung, solange die Kirche ihren Weg nicht vollendet hat. Gewiß sind wir, wie der Brief an die Hebräer sagt, „hingetreten zum Berge Sion, zur Stadt des lebendigen Gottes, zum himmlischen Jerusalem, zu der Menge vieler tausend Engel, zu der Gemeinde der Erstlinge, welche in den Himmeln aufgezeichnet sind, zu Gott, dem Richter aller, zu den Geistern der vollendeten Gerechten und zu Jesus, dem Mittler des Neuen Bundes, und zu dem Blute der Reinigung" (Hebr. 12, 22—24); die Kirche ist Kultgemeinschaft, und das Gotteshaus ist die Vergegenwärtigung des himmlischen Jerusalem — aber im Zeichen, sakramental; wir sind noch nicht daheim. Mit anderen Worten, die Kirche ist noch nicht das Reich Gottes. „Dann (erst) ist das Ende, wenn er (Christus) das Reich Gott dem Vater übergeben wird und jede (dämonische) Herrschaft, jede Macht und Gewalt vernichtet hat" (1 Kor. 15, 24). Wenn es also heißt, daß wir zuerst das Reich Gottes suchen sollen, so heißt das nicht, daß wir zuerst die Erhöhung der Kirche, ihren Sieg, ihren Triumph suchen sollen, nein, wir sollen ja, wie der gleiche Brief an die Hebräer sagt, „hinausgehen zu Ihm (Christus), außerhalb des Lagers, und seine Schmach tragen. Denn wir haben hier keine bleibende Statt, sondern suchen die zukünftige" (Hebr. 13, 13—14). Wer unter dem Vorwand, das Reich Gottes zu suchen, den Sieg der irdischen Kirche suchen wollte, den würde das Wort des Herrn an Petrus treffen: „Hinweg von mir, Satan, du bist mir zum Ärgernis, denn du denkst nicht auf das, was Gottes ist, sondern auf das, was des Menschen ist" (Mt. 16, 23). Die Kirche muß Buße tun, weil sie noch auf dem Wege ist.

Sie ist der irdische Leib des himmlischen Herrn. Der Herr ist aufgefahren in den Himmel, er ist „gekrönt mit Ehre und Herrlichkeit wegen seines Todesleidens" (Hebr. 2, 9). Er hat sich „zur Rechten des Thrones der Majestät niedergelassen als Diener des Heiligtums und des wahrhaften Zeltes" (Hebr. 8, 1). Aber die Christenheit ist immer wieder versucht, zu vergessen, daß die Kirche noch auf dem Wege ist, und damit sich der Buße zu entziehen. Schon der heilige Paulus hat vor Irrlehrern warnen müssen, „die von der Wahrheit abgefallen sind, indem sie sagen, die Auferstehung sei schon geschehen" (2 Tim. 2, 18); vor Menschen also, die jenseits aller Unsicherheit zu stehen und darum der Buße nicht mehr zu bedürfen meinten. Wer wollte sagen, daß diese Gefahr die Christen, die in der Geborgenheit der Kirche leben, weniger bedrohe, als sie unsere Väter aus dem Volk Israel bedroht hat, „die alle unter der Wolke waren und durch das Meer gingen und

alle durch Moses in der Wolke und in dem Meere getauft wurden, und alle dieselbe geistliche Speise aßen und alle denselben geistlichen Trank tranken", und doch hatte Gott an vielen von ihnen kein Wohlgefallen (1 Kor. 10, 1—5)? Wer wollte sagen, daß nicht gerade das uns angehe, da ja ausdrücklich gesagt wird, es sei uns zur Warnung geschrieben (V. 11).

Abbruch einer Gestalt der Kirche

Gott hat uns zur Buße gerufen, denn er hat es zugelassen, daß die äußere Gestalt der Kirche in Deutschland zerbrochen wurde. Was 1789 anfing, die Liquidierung der mittelalterlichen feudalen Welt, der beginnende Abbruch einer Gestalt der Kirche, in welcher die Kirche ein Jahrtausend lang inmitten dieser Welt gestanden hatte als Zeugnis der Barmherzigkeit Gottes, einer Welt, die im Barock noch einmal ihre Sonne im Untergang hatte wunderbar aufleuchten lassen: dieser Abbruch, den das neunzehnte Jahrhundert vergeblich aufzuhalten versuchte in der Folge seiner Restaurationen auf politischem, sozialem und geistigem Gebiet, vollendet sich heute! Das hat zunächst einmal zu einer von jener mittelalterlichen Welt überhaupt kaum für möglich gehaltenen Spiritualisierung der Kirche geführt, zu der diese selbst, wie mir scheint, in den Lateranverträgen des Jahres 1929 ihr Ja gesagt hat. Denn was die Kirche da an Welt behalten hat, ist eigentlich nicht mehr ein Staat, sondern die „Stadt des Vatikans", das heißt, wie der Papst gesagt hat, so viel an Leib, daß der Geist noch leben kann — nur ein kleines Stück Welt als Symbol für jene Freiheit, die die Kirche um ihrer religiösen Sendung willen haben muß.

Die Kirche braucht immer die Welt, weil sie aus den Elementen dieser Welt als die sichtbare Bezeugung der Gegenwart Gottes in seinem fleischgewordenen Sohne sich aufbauen muß. Die Kirche, die bis ans Ende der Zeit in dieser Welt sein soll, muß sich in ihr immer neu „inkarnieren", in den Völkern und Kulturen, in Raum und Zeit, sie muß immer neu in eine konkrete geschichtliche Gestalt eingehen. Aber eben dadurch ist immer Gefahr, daß ihre Kinder über der geschichtlichen Verwirklichung vergessen, daß die Kirche noch auf dem Wege ist, und daß gerade die in ihr Geborgenen das Reich Gottes suchen sollen. Damit die Kirche nicht der Welt verfällt, läßt Gott es zu, daß ihr immer wieder das Stück Welt, in dem sie Gestalt gewonnen hatte, genommen wird. Es wäre Hybris, wenn jemand, der armseligen Gestalt, die aus den Elementen dieser Welt aufgebaut ist, sich schämend, um des reinen Geistes willen diese irdische Heimat willkürlich zerbrechen wollte. „Selig ist, wer sich an mir nicht ärgert." Denn diese jeweilige geschichtliche Gestalt hält und schützt den in ihr lebenden Heiligen Geist. Es wäre also Vermessenheit, wollten wir selbst die Stützen abbrechen, die wir brauchen, um des Geistes willen —, aber es wäre Kleinglaube, ja Unglaube, wenn wir krampfhaft die Stützen geschichtlicher Formen festhalten wollten, die Gott uns (vielleicht durch unsere Feinde) nehmen will, weil sie uns mehr als Stützen geworden sind.

Der Zerfall des äußeren Baus und der inneren Substanz des deutschen Katholizismus

Es ist eine geschichtliche Gestalt der Kirche zerbrochen worden. Es ist — darüber dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen — eine „Welt" zu Ende, eine Welt, in der die Kirche eine geschichtlich gewordene, eben von dieser geschichtlichen „Welt" bestimmte Gestalt gehabt hat. 1945 ist das offenbar geworden. Der ganze äußere Bau des deutschen Katholizismus mit Ausnahme der eigentlich kirchlichen Organe, d. h. der Diözesen und Pfarreien sowie des Caritasverbandes, war im Kirchenkampf des Nationalsozialismus zerschlagen worden. Der Krieg selbst war ein willkommener Anlaß, die begonnene Säkularisierung noch radikaler durchführen zu können. Der Nachwuchs bei den Weltpriestern und den Ordensleuten war aufs äußerste zusammengeschmolzen oder ganz ausgefallen. Was noch übriggeblieben war, wurde dann ein Opfer des Krieges selbst. Unter den feindlichen Bombenangriffen sanken in all unsern großen und vielen kleinen Städten und in dem eigentlichen Kriegsgebiet sogar auf dem Lande die Kirchen und kirchlichen Gebäude in Trümmer, darunter die herrlichsten Gotteshäuser, die ein Ruhm Deutschlands gewesen waren. Die Pfarreien selbst wurden durch die Maßnahmen der Evakuierung im Westen zerstört, während in Mitteldeutschland eine seelsorgliche Notlage entstand, der nur mit dem äußersten Einsatz der vorhandenen Kräfte notdürftig beizukommen war. Dann kam das Ende: die Niederlage, die Kapitulation und „jene Erbschaft von Not und Erniedrigung", wie der Heilige Vater gesagt hat, an der noch Generationen zu tragen haben werden.

Traditionskatholizismus

Der deutsche Katholizismus hat sich in dieser Stunde bewährt: Priester und Volk haben zusammengestanden, um der Not Herr zu werden mit den armseligsten Mitteln und unter den schwierigsten Bedingungen ... Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß alles, was geschehen ist, nur ein Anfang war, daß wir Notstandsarbeit getan haben, mehr nicht. Der Umbruch der Zeit wird sichtbar in der fast völligen Auflösung jenes Traditionskatholizismus, der bis zum ersten Weltkrieg in Deutschland der geschichtliche Träger der Kirche war. Ich sage: der fast völligen Auflösung. Es gibt einzelne Inseln, die noch nicht überschwemmt sind. Aber selbst das katholische Dorf ist eine solche Insel an sich nicht mehr, auch die Pfarrei im geschlossenen katholischen Gebiet nicht. Und zwar nicht auf Grund der Tatsache, daß sie äußerlich zur Diaspora geworden sind, sondern weil die bisher von der Tradition, von der soziologischen Situation des Bürgertums oder des Bauerntums geschützte religiöse Substanz fast völlig aufgezehrt ist. Gewiß, es gibt noch eine relativ große Masse in unseren Pfarreien, auf dem Lande und auch in den Städten, die sich bewußt als katholisch zählt. Wir haben noch an den Sonntagen gefüllte Kirchen. Es ist noch etwas wie eine katholische Atmosphäre da. Diese Leute üben ihren Katholizismus aus, so wie es ihre Eltern getan haben, so wie sie selbst es in ihrer Jugend gelernt haben. Sie nehmen am religiösen Leben teil, so wie es in der Pfarrei üblich ist, und halten sich an das Gesetz der Kirche. Sie ahnen nicht, in wie starkem Maße ihr Katholizismus eine Sache der Tradition ist, wie sehr ihr Glaube manchmal nichts anderes ist als ein kümmerlicher Deismus; sie fühlen sich durchaus als Katholiken. Sie legen Wert darauf, etwa im Kirchenvorstand dabeizusein oder bei anderen repräsentativen Dingen mitzutun. Sie sind die typischen Besucher der 11-Uhr-Messe, die sich gern

von einem glänzenden Redner begeistern lassen und die Predigt als rhetorische Leistung genießerisch hinnehmen. Sie sind anständige Leute mit einem oft mehr oder weniger spürbaren Einschlag von Pharisäismus; und so schauen sie mit Bedauern, vielleicht sogar mit Verachtung auf diejenigen herab, die sonntags nicht mehr in die Kirche gehen oder sogar in einer ungeordneten Ehe leben. Sie sind im Grunde judaistische Gesetzeschristen, deren Christentum nicht mehr als eine überkommene Gewohnheit ist. Die kirchlichen Feiern sind in erster Linie Familienfeiern geworden, man denke nur daran, wie in sogenannten katholischen Familien die Erstkommunion der Kinder gefeiert wird. Man denke an die Säkularisierung des Weihnachtsfestes! Es muß uns fern liegen, diese Gruppe nur negativ zu sehen. Aber es hieße doch, sich selbst etwas vorzuspiegeln, wenn wir nicht sehen wollten, daß dieses Traditionschristentum, das vor fünfzig Jahren noch von einer wirklichen religiösen Substanz lebte, heute drauf und dran ist, zu einer völlig ausgehöhlten Schale zu werden, die eines Tages weggeworfen wird. Aus dieser Schicht kamen vor fünfzig Jahren unsere Priester, Ordensmänner und Ordensschwestern. Heute kommen sie nicht mehr daher. Wer wollte den rapiden Niedergang etwa auf dem Lande leugnen? Das Christentum ist in den Untergang des Bürgertums hineingezogen, und es ist sicher, daß aus dieser Schicht eine Rettung nicht mehr kommen kann.... Wenn es ernst wird, dann wird es mit einem Male klar, daß diese Christen innerlich längst abgeglitten waren, und so macht es ihnen nichts mehr aus, in einer Stunde der Entscheidung ihr Erstgeburtsrecht um ein Linsenmus zu verkaufen. Wir wissen anderseits, daß es gerade bei solchen, die völlig mit der Kirche zerfallen sind, gerade heute tragische Fälle gibt, Brüche, die menschlich zu verstehen sind. Und wir dürfen nie vergessen, daß hier gerade eine Aufgabe liegt, und daß nicht jeder äußere Bruch Unglaube ist, sondern vielleicht nur eine armselige menschliche Schwäche; daß unter denen, die so äußerlich von der Kirche getrennt worden sind, sich Menschen befinden, die schwer unter der Verwirrung leiden, in die sie hineingeraten sind, weil sie nicht die Kraft hatten, die menschlich leichtere Lösung abzulehnen. Gerade diesen Menschen, die oft unter der Qual ihres Gewissens schwer leiden, sind wir verpflichtet. Wir, die Kirche, müssen für sie, die noch immer zu uns gehören, beten, für sie und mit ihnen, und sie sollen es wissen, daß wir es tun, daß wir sie nicht „abgeschrieben" haben, weil wir sie nicht abschreiben können und dürfen, da sie das unauslöschliche Siegel tragen und Gott sie nicht aufgibt, solange sie leben.

Mit Erhaltenwollen ist nichts getan, es gilt zu erobern

Die Kernfrage ist, wie dieser Auflösung des Traditionschristentums zu begegnen ist. Als solcher ist der Abstieg nicht aufzuhalten. Mit den vom 19. Jahrhundert geschaffenen und in ihm zunächst bewährten Methoden ist dem unaufhaltsamen soziologisch bedingten Abrutschen nicht beizukommen. Diese Methoden waren auf Bewahrung und Erhaltung ausgerichtet, heute aber geht es um die Eroberung und Wiedergewinnung der Verlorenen. Wenn wir bloß zu erhalten versuchen, dann werden wir zwangsläufig dahin getrieben, die Maßstäbe zu verkleinern und das Christentum weltförmig zu machen, den Menschen zu schmeicheln und ihnen den Ernst des Evangeliums vorzuenthalten — insoweit wir das getan haben, sind wir am Niedergang dieses Traditionschristentums mitschuldig geworden, — wenn wir es nur zu halten versuchen, werden wir verlieren, was wir noch haben. Gewinnen können wir nur, was wir erobern, wenn wir unter dem höchsten Einsatz von Priestern und Laien suchen, was verloren ist, insbesondere die Arbeiterschaft, deren Verlust der Heilige Vater selbst als den größten Skandal des Jahrhunderts bezeichnet hat. Es wird darauf ankommen, die Traditionskatholiken zu einer persönlichen Entscheidung im wahrsten Sinne des Wortes zu „bekehren", aber es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als daß ein Reicher, das heißt hier, ein in seiner christlichen Sicherheit Satter ins Himmelreich eingeht. Vor allem in der Akademikerschaft ist es gelungen, dank der Arbeit der Jugendbewegung und der Studentenseelsorge, des Frauenbundes und des katholischen Akademikerverbandes, junge und alte Menschen in die Tiefe der Glaubenswirklichkeit hineinzuführen, aber gerade diese Erfahrung sollte uns eine Weisung sein: was in der Akademikerschaft gewonnen wurde, das wurde nicht durch Apologetik gewonnen, sondern durch die Liturgie. Ansätze sind auch vorhanden in der Arbeiterschaft. Gerade der Heilige Vater hat in diesem Zusammenhang immer wieder auf die Bedeutung der CAJ hingewiesen.

Das Ärgernis der schlechten Christen für die Suchenden

Eher jedoch als in den Reihen der „unerschütterlichen" Traditionschristen wird es zu einer solchen persönlichen Entscheidung bei jenen kommen, die noch vor den Toren der Kirche stehen und wahrhaftig „arm im Geiste" sind. Da wartet eine Jugend, die ihre Ideale verloren hat und nun vor der Wahl steht zwischen Verzweiflung und Glauben, eine Jugend, die bereit ist zu hören, weil sie nichts mehr hat, die aber sehr kritisch ist, weil sie einmal so gräßlich enttäuscht worden ist. Wenn solche fragenden Menschen einmal wirklich einem Priester begegnet sind oder einem Laien, aus dem das innere Licht strahlte, dann sind ihnen die Augen aufgegangen, und sie haben angefangen zu fragen. Es ist sicher so, daß viele, die noch draußen sind und einmal die Kirche wirklich erblickt haben, eine große Sehnsucht nach der Kirche im Herzen tragen. Aber noch stoßen sie sich an irgendwelchen äußeren Dingen, etwa an dieser äußeren geschichtlichen Gestalt der Kirche, an den harten Wirklichkeiten, in denen sie ihnen begegnet. Viel mehr als an ihrer Lehre am Klerus, an dem Mangel an Glaube und Liebe beim Klerus und bei den Laien, an dem Verhalten christlicher Politiker, an der Verquikkung von Religion und Politik überhaupt — wir wissen, welches Hemmnis gerade für einen Mann wie Newman das jahrelang bedeutet hat. Es gibt der Möglichkeiten zum Ärgernis so viele, aber wehe dem, durch den das Ärgernis geschieht. Das Problem ist also die Gewinnung einer apostolischen Kernschar. Mit den bisherigen Methoden, die auf ein anderes Ziel gerichtet waren, kann diese Aufgabe nicht gelingen. Der Versuch, die im 19. Jahrhundert geschaffenen und bewährten Organisationen einfach wieder zu beleben, kann uns nicht retten. Das 19. Jahrhundert, das mit Hilfe von Restaurationen den Untergang einer Welt aufzuhalten versuchte, ist wirklich unwiderruflich vorbei.

Wir brauchen eine radikale Reform der Organisationen und ihrer Presse

Wer heute die Wiederaufbauversuche an unseren zerstörten Kirchen sieht, der muß sich allen Ernstes fragen, ob hier, von gewissen Konzessionen an nun schon konventionelle kunstgewerbliche Modernität abgesehen, Kirchen für das Bürgertum des 19. Jahrhunderts oder für unsere Zeit errichtet werden, Kirchen, in denen sich auch der Arbeiter zu Hause fühlen kann. Da, wo man Ernst machen müßte mit der Armut und diese Armut Gott darbringen müßte mit der Demut eines zerknirschten Herzens, wird heute eine unehrliche Dekoration zur Schau gestellt. Wir ersticken fast in unseren Organisationen. Statt lebendiger Brennpunkte, von denen Licht ausstrahlt, haben wir eine Unzahl von Zentralen, die oft zum Selbstzweck geworden zu sein scheinen und dem Gesetz der Bürokratie erliegen. Der einzelne, der in einer Arbeit steht, sei er nun Priester oder Laie, fühlt sich durch diese Zentralen nicht erleichtert, sondern beschwert. Die Bereiche der einzelnen Organisationen überschneiden sich. Was wir brauchen, ist eine radikale Reform des Apparates, eine Vereinfachung unseres gesamten Organisationswesens, und das gilt vor allem auch für die von den Organisationen unterhaltene Presse. Jede Organisation in der Kirche und jedes Publikationsorgan auch der einzelnen Gruppen hat heute die Tendenz, total zu sein, alle Fragen zu beantworten, zu allem und jedem Stellung zu nehmen. Wenn die Stellungnahme einheitlich ist, dann wird die Sache überflüssig und langweilig, wenn sie aber verschieden ist, bringt sie eine schlimme Verwirrung in die Reihen des Volkes.

Das Problem der Elite

Das Problem, das uns gestellt ist, kann nur gelöst werden durch die Erweckung einer apostolischen Elite. Diese Methode hat der Heilige Vater immer wieder selbst nachdrücklich empfohlen. Es geht darum, die einzelnen aus der Masse herauszurufen und wieder in die Masse zu entsenden. Dieses Gesetz der katholischen Elite ist das Gesetz der Ausbreitung des Reiches Gottes. Jesus hat zuerst die zwölf Apostel ausgesondert und sie dann mit Vollmacht ausgesandt. Die großen Bewegungen in der Kirche sind nach keinem anderen Gesetz angetreten. Nicht die Masse, sondern allein der einzelne ist vom Evangelium ansprechbar. Es geht also darum, überall, bei den Akademikern und bei den Arbeitern, bei den Männern und bei den Frauen und bei der Jugend, in den Pfarreien und an den Arbeitsstätten diese apostolische Elite zu suchen und zu erwecken. Wir haben erfahren, welche Bedeutung hier die Liturgie hat und über sie die Einführung in das Evangelium. Bibel und Liturgie werden die Erziehung dieser Elite bestimmen müssen. Je ernster die religiöse Bildung genommen wird, um so fruchtbarer wird das Apostolat werden. Nur so wird auch die rechte Ordnung von Priestern und Laien in der Kirche gewahrt. Verschieden sind die Gaben und Dienste und Ämter. Aber es ist ein Geist (1 Kor. 12). Der Priester muß frei gemacht werden für seine eigentlich priesterlichen Aufgaben. Viel Enttäuschung kommt heute daher, daß man den Priester überfordert hat, dadurch ist auch er säkularisiert worden, und darum hat er oft in seiner eigentlichen Aufgabe der geistigen und geistlichen Führung versagen müssen. Dann aber muß auch dem Laien wirklich sein Bereich in der Kirche gegeben werden, in dem er verantwortlich stehen kann. Mit dem allgemeinen Priestertum und der Entlassung des Laien in die Mündigkeit muß wirklich Ernst gemacht werden. Wir haben lange genug davon geredet, aber trotzdem seelenruhig die Laien mit Milch aufgezogen, statt ihnen das Brot zu reichen, das ihnen zukommt, da sie ja nicht ewig Kinder bleiben sollen. Nur so wird die Vertrauenskrise überwunden, die zwischen Klerus und Laien manchmal entstanden ist.

Die Gefahr der Betriebsamkeit und die Gefahr des Geredes

Wenn wir so an die Arbeit gehen, bedroht uns, wie mir scheint, eine doppelte Gefahr, der wir seit 1945 weithin erlegen sind, die Flucht vor dem Geist und die Flucht vor der Tat, die Flucht in die Betriebsamkeit und die Flucht in das Gerede. Wir haben manches getan in diesen Jahren seit 1945, aber haben wir wirklich zuerst das Reich Gottes gesucht? Haben wir nicht, gedrängt durch die Verhältnisse, durch die ungeheure Not, verführt vielleicht durch den Wunsch nach raschen Erfolgen, uns zu sehr, zu rasch, zu unvorbereitet in die Arbeit hineingestürzt und sind so einer Betriebsamkeit verfallen, die äußere Erfolge, aber keinen inneren Gewinn gebracht hat? Haben wir nicht uns manchmal durch die Sucht nach Erfolg verführen lassen und geglaubt, dem Reiche Gottes zu dienen, und gar nicht gemerkt, daß wir das Reich Gottes mit der Kirche oder sogar mit irgendeiner ihrer Organisationen verwechselt haben? Haben wir uns nicht Sorge gemacht um viele Dinge und das eine Notwendige oft aus dem Auge verloren? Nur das Gebet, die Betrachtung, bewahren vor dem Leerlauf einer zuletzt sinnlosen, weil nur mehr ihren eigenen Gesetzen folgenden Betriebsamkeit. Die Mystik hat den heiligen Bernhard von Clairvaux nicht gehindert, zum gewaltigen Kreuzzugprediger zu werden und zum eigentlichen Herrscher seines Jahrhunderts. Thomas Morus hat unter der Robe des englischen Schatzkanzlers ein Büßerhemd getragen, und vom Betschemel aus ist er in den Kronrat gegangen. Vom Berg des Gebetes stieg der Herr herab in die Ebene, um zu wirken, und wir müssen es mit ihm tun.

Der Betriebsamkeit, der wir immer wieder zu verfallen drohen, steht nun gleichzeitig gegenüber ein ebenso verderblicher Hang zum Gerede, das sich gern als Besinnung gibt, aber alles andere als echte Kontemplation ist. In der Kontemplation bereitet man sich, gerade von dem konkreten Tun wegblickend, auf die Tat vor, in dieser Art von „Besinnung" aber flieht man vor der schlichten Tat in die „prinzipielle Diskussion". Statt einfach zu handeln, versucht man Programme zu machen — Kulturprogramme und soziale Programme. Man bescheidet sich nicht, irgendwo anzufangen und schlicht etwas zu tun. Was wir an Programmen zu viel haben, das fehlt uns an schöpferischer Initiative. Als 1945 noch Hunderttausende von deutschen Familienvätern in der Gefangenschaft zurückgehalten wurden, da hätten im Mittelalter sich wahrscheinlich junge Männer in der Heimat gefunden, die sich den Siegermächten angeboten hätten, für diese Familienväter freiwillig in die Gefangenschaft zu gehen. Wer hat heute daran gedacht, die Gefangenen durch den Einsatz seiner eigenen Person zu erlösen? Als der heilige Benedikt seine Regel nieder-

schrieb, da wollte er seinen Mönchen eine Anweisung zum Leben in der Schule des Herrn geben; er hat nicht daran gedacht, einmal einer der Väter des Abendlandes zu werden. Ebensowenig hat der heilige Franz von Assisi, als er seine Jünger auf das Evangelium verpflichtete, daran gedacht, daß er einer der Vorläufer Dantes und Giottos sein würde. Benedikt und Franz haben wirklich das Reich Gottes gesucht. Und ihnen ist alles andere wahrlich zugegeben worden. Denen aber, die die Welt suchen, wird auch diese Welt genommen werden.

Das Reich Gottes darf nicht mit irdischen Wirklichkeiten verwechselt werden

Wenn wir also „das andere", die neue soziale Ordnung, den Frieden innerhalb des Volkes und unter den Völkern gewinnen wollen, dann müssen wir zuerst das Reich Gottes suchen und uns dabei davor hüten, irgendeine irdische Wirklichkeit mit dem Reiche Gottes zu verwechseln. Weder das christliche Abendland noch das sozialistische Europa ist das Reich Gottes. Auch das, und gerade das muß gesagt werden. Mancher glaubt, für die „christlichen Güter" zu kämpfen, während er in Wirklichkeit für materielle Interessen kämpft. Wir müssen achtgeben, daß uns das Reich Gottes nicht, ohne daß wir es merken, unter der Hand säkularisiert wird. Darin müssen wir alle einig sein, daß wir zuerst das Reich Gottes suchen müssen, sonst würden wir aufhören, Christen zu sein. Über die konkreten politischen, sozialen und kulturellen Zielsetzungen aber wird es verschiedene Meinungen geben, je nach dem Bild, das wir von den geschichtlichen Gegebenheiten und der kommenden wünschbaren Ordnung haben. Gerade in diesen Auseinandersetzungen ist in den vergangenen Jahren schwer gesündigt worden. Und gerade hier müssen wir Buße tun und den Weg des ehrlichen geistigen Kampfes gehen. Christen müssen streiten, als stritten sie nicht. Es geht um die Verchristlichung Deutschlands.

Die Zusammenarbeit mit den getrennten Brüdern

Wir wissen, daß das gleiche Problem unsere Brüder bewegt, die von uns getrennt sind durch menschliche Schuld, die wir immer wieder büßend bekennen müssen. Der deutsche Katholizismus ist derjenige Teil der Kirche, der mehr als jeder andere unter der Spaltung der Kirche gelitten hat und leidet. Der Riß geht ja mitten durch unser Volk hindurch. Wir haben Jahre hinter uns, in denen wir erlebt haben, daß auch unsere von uns getrennten Brüder als Getaufte den Namen Jesu anriefen, daß sie in der Kraft des Heiligen Geistes dem Geist der Lüge und seinen Trabanten Widerstand bis aufs Blut geleistet haben und so Zeugen Christi geworden sind in unserem Volk. Aber gerade in dieser Begegnung haben wir erfahren, welches Leid die Trennung ist. Wir wissen, daß die Einheit der Kirche nicht durch eine Verleugnung der Wahrheit gewonnen werden kann. Wir sind dankbar dafür, daß der Heilige Vater das mit Wissen der Bischöfe geführte Gespräch der Theologen gestattet hat, das nicht die Einheit der Kirche herbeizuführen, aber sie vorzubereiten vermag, und ebenso die Zusammenarbeit mit Christen anderer Bekenntnisse, soweit es um politische und soziale Fragen geht. Gerade darum müssen wir alles tun, was in unsern Kräften steht, daß das Ergebnis jener Jahre gemeinsamen Widerstandes gegen die Gottlosigkeit und das Heidentum, jener Jahre gemeinsam getragener Not uns nicht mehr entrissen werde.

Unser Heil liegt im Glauben

Der deutsche Katholizismus ist aufgerufen, Buße zu tun, sich auf das eine Notwendige zu besinnen, zuerst das Reich Gottes zu suchen, und alles andere Gott zu überlassen. Das Reich ist im Kommen. Aber noch ist nicht das Ende. Das Ende einer Welt bedeutet noch nicht das Ende der Welt. Historische Untergangsphilosophien haben nichts zu tun mit christlicher Eschatologie. Wir sind gegen einen billigen Optimismus gefeit, denn wir wissen, daß das Unkraut wächst bis zum Tag der Ernte und daß es für die Augen der Knechte manchmal den guten Weizen zu ersticken scheint. Aber wir wissen auch durch das Wort des Herrn, daß mitten unter uns, mitten in diesem Acker voller Unkraut das Reich Gottes da ist und mit unwiderstehlicher Kraft wächst, daß es da ist wie der Sauerteig, der das Mehl verborgen durchdringt. Die Geheime Offenbarung, dieses große Buch der Geschichte der Kirche, ist kein Klagegesang, sondern ein Siegeshymnus als Ausbruch des Jubels über den endlichen Sieg der Gerechten und die Hochzeit des Lammes, die die Vollendung des Reiches Gottes ist. Nur dieser unverwandte Blick des Glaubens und der Hoffnung auf das kommende Reich bewahrt vor jenem Fatalismus der Angst, der heute so viele zu befallen droht. Die Generation um das Jahr 1000, die das Ende der Welt herankommen zu sehen meinte, hat, wie Emmanuel Mounier einmal ausgeführt hat, gerade in diesem Gefühl der kommenden Katastrophe nur eine Sorge gekannt: Wenn das Reich Gottes kommt, dann müssen wir seiner würdig sein, dann müssen wir jetzt schon den Frieden zu verwirklichen suchen, soweit es hier auf Erden möglich ist. Darum häufen sich gerade in dieser Zeit die Friedensformeln in der Liturgie. Der Blick auf die drohende Katastrophe hat diese Menschen nicht gelähmt, sondern den Willen geweckt, dieser Welt, die noch für kurze Zeit den Dämonen ausgeliefert zu sein schien, ein mögliches Maß der göttlichen Ordnung aufzuprägen. Das Suchen des Reiches Gottes ist keine Flucht. Die Hoffnung weckt den Willen zum Handeln, und so nehmen wir wie in Mainz das Wort des Heiligen Vaters auf: Nicht klagen, sondern handeln!

Als der Herr vom Berge kam, auf dem er verklärt wurde, da brachte ihm ein Mann seinen mondsüchtigen Knaben, den die Jünger nicht hatten heilen können. Und Jesus sprach, als sie ihn fragten: „Warum haben wir den bösen Geist nicht austreiben können?" „Um eures Unglaubens willen; denn wahrlich, ich sage euch: wenn ihr einen Glauben wie ein Senfkorn habt, so könnt ihr zu diesem Berge sagen: Gehe von da dorthin, und er wird dahin gehen, und nichts wird euch unmöglich sein." Verlassen wir uns also allein auf den Herrn. Aber wehe uns, wenn wir uns auf die Mächte dieser Welt verlassen wollten, auf Verfassungen oder politische Konstellationen der Parteien. Wehe uns, wenn wir unser Heil von einer Macht dieser Erde erwarten wollten. Wie zu Zeiten der alttestamentlichen Propheten das Volk Israel zwischen den Mächten dieser Welt, zwischen Assyrien und Ägypten stand, immer versucht, hier oder dort Hilfe zu suchen, so steht die Kirche Christi da. Ihre Hilfe ist allein im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Die Kirche wird das Heil der Welt

sein, auch wenn sie äußerlich unterliegt. Wir brauchen nur eins: Glauben, und wäre er so klein wie ein Senfkorn.

Die katholische Wirklichkeit im Licht der Enzyklika „Mystici Corporis"

Professor Dr. Josef Höfer, Paderborn, fiel die Aufgabe zu, in drei Vorträgen „die katholische Wirklichkeit" von der Offenbarung und der Lehre der Kirche her darzustellen. So ergänzte er das Zustandsbild, das sein Vorredner aufgewiesen hatte, und legte die göttlichen Richtlinien vor, die unseren Bemühungen um das Reich Gottes gezogen sind. Die Vorträge wurden zu einer inhaltsreichen, wenngleich skizzenhaften Auslegung des Rundschreibens „Mystici corporis", aus dem der Redner die Frage nach der rechten „christlichen Grundhaltung" in unserer Zeit zu beantworten suchte, von der wir in unserer „Weltseligkeit und Kleingläubigkeit" so weit abweichen.

Erfahrungen nötigen zur Gewissenserforschung

Verschiedene Erfahrungen seit dem Mainzer Katholikentag im Jahre 1948 nötigen uns, wie Höfer sagte, zu einer solchen Gewissenserforschung. Zu diesen Erfahrungen gehört eine unausgeglichene Spannung zwischen organisatorischen Versuchen zur Bewältigung unserer sozialen Aufgaben und, angesichts ihrer Unzulänglichkeit, einer entgegengesetzten Tendenz zur religiösen Verinnerlichung, die bereit ist, die Welt aufzugeben. Zu ihnen gehört ferner die Spannung zwischen der „katholischen Bewegung" und der hierarchischen Ordnung, zwischen Laien und Pfarrern. Man suchte und sucht nach der richtigen Form für den christlichen Einsatz des mündigen Laien. Diese Erfahrungen können freilich eine andere nicht überdecken, die das beglückendste Erlebnis aller bisherigen Katholikentage war: man wurde sich im heiligen Meßopfer, dargebracht vom Vertreter des Papstes in Gegenwart der Bischöfe, bewußt, daß die Gemeinschaft unserer Kirche ein Wesen und eine Wirklichkeit besitzt, die durch keinerlei Meinungsverschiedenheiten angetastet werden können.

Dieses Wesen und diese Wirklichkeit finden in der Enzyklika „Mystici Corporis" ihren Ausdruck. Als Kinder eines Zeitalters, das einerseits von den späten Trieben des Rationalismus und Naturalismus lebt, andererseits seine Zuflucht zum Mythos oder zur rationalen Deutung von Mythen nimmt, haben wir es nicht leicht, die Wirklichkeit der Kirche richtig aufzufassen. „Es fehlt uns allen von Hause aus der Sinn für die Tatsache, daß unsere Existenz in dieser Welt, die gar nicht da zu sein brauchte, in ein Geheimnis getaucht ist, das nach den Gesetzen mechanischer Naturerklärung und formaler Logik nicht gedeutet werden kann." Dieser Mangel, verbunden mit der oben geschilderten spätrationalistischen Skepsis, bestimmt das Fehlurteil des nicht mehr christlichen Abendländers über die Kirche. Er vermag in ihr nur das rechtliche und gesellschaftliche Gebilde wahrzunehmen. Diesem Gebilde setzt er als seine Religion häufig einen christlich oder theosophisch verbrämten Mystizismus entgegen, der auch die göttliche Offenbarung zum Mythos entwertet.

Auch der gläubige Katholik erschrickt vor den Geheimnistiefen des Wesens ‚Kirche'. Selbst Paulus vermochte, wie die Enzyklika sagt, nur bildlich darüber zu sprechen. Die Heilige Schrift „definiert" nicht, was ‚Kirche' ist, sondern „beschreibt" eine Wirklichkeitsfülle, der wir nur in Bildern nahekommen, die sich gegenseitig erhellen und ergänzen, ohne daß sie das Geheimnis unseres Verbundenseins mit Christus in der Kirche völlig entschleiern könnten. Man muß z. B. das Bild vom ‚Leibe Christi' ergänzen durch das andere von der Kirche als der ‚Braut Christi' oder das ‚Christus lebt in mir' durch das andere Pauluswort: ‚Seine Gnade ist in mir nicht unwirksam geblieben. Ich habe mich mehr gemüht als sie alle'. Diese Bilder und Aussagen verhüten nur in ihrer Gesamtheit, daß wir einerseits in den Quietismus oder andererseits in den Naturalismus abgleiten.

Nicht nur unsere eigenen Erfahrungen, sondern auch die der Kirche in ihrer Gesamtheit drängten in diesen Jahren zu einer umfassenden lehramtlichen Darlegung des Wesens der Kirche, wie sie die Enzyklika bietet. „Die ganze Zeitlage fordert eine Sinngebung aus den Tiefen göttlicher Wahrheit, weil die Welt bis in ihre Tiefen erschüttert ist." Die Prüfungen, denen so viele Gläubige in verschiedenen Ländern ausgesetzt sind, jene weitere Prüfung, der die Kirche selbst als „Einheit der Christen" unterliegt und die in vielen Außenstehenden die Ahnung wachruft, daß unsere Kirche in der Ähnlichkeit mit ihrem Stifter im Chaos dieser Zeit ein „Port des Heiles" sein könnte, die liturgische Erneuerung und die Katholische Aktion: alle diese Erfahrungen der Kirche verlangen nach einer höchsten lehramtlichen Orientierung über ihr eigenes Wesen und ihre Wirklichkeit.

Das Bild vom mystischen Leibe

Als das „Vornehmste, Vorzüglichste und Göttlichste", was von der Kirche überhaupt ausgesagt werden kann, bezeichnet der Papst die Tatsache, daß die Kirche Christi mystischer Leib ist. Denn dadurch rückt sie in die unmittelbare Nähe Christi. Wie der Herr mit seinem menschlichen Leibe uns Gottes Gnade erwarb, bedient er sich nun des mystischen Leibes der Kirche, um uns diese Gnade zuzuwenden. Ziel dieser Liebe ist unsere Heiligung.

Um dies Ziel zu erreichen, verlangt der Herr nach der Hilfe seiner Glieder. Er will, daß das Werk der Heiligung „sogar in gewissem Sinn durch ihre Tätigkeit bewirkt werde". „Ein wahrhaft schaudererregendes Mysterium, das man niemals genug betrachten kann", sagt der Papst, „daß das Heil vieler abhängig ist von den Gebeten und freiwilligen Bußübungen der Glieder des geheimnisvollen Leibes Jesu Christi . . . und von der Mitwirkung, die die Hirten und Gläubigen, besonders die Familienväter und -mütter unserem göttlichen Erlöser zu leisten haben." Es gibt kein Wort, das die Fülle aller dieser Wirklichkeiten besser zum Ausdruck brächte als das Wort ‚Leib Christi'. Die Kirche dient dem Herrn bei der Vollendung seines Werkes in derselben Weise wie sein irdischer Leib am Beginn der Erlösung.

Der ‚neue Mensch', dieser ‚mystische Leib', ist etwas Wirkliches. Gewiß unterscheidet er sich von einem physischen Leib; denn seine Glieder besitzen Eigenpersönlichkeit. Aber er ist mehr als eine juristische Person. Er ist nicht identisch mit jenem Leibe Christi, der verherrlicht zur Rechten des Vaters thront, aber er ist auch nicht eine Ideologie von der Art, wie manche Mythen den Urmenschen vorstellen. Er ist eine Wirklichkeit in

eigener Sphäre. Es ist die Sphäre, in der der Geist des Erlösers wirkt und Christi Werk fortsetzt.
Aus diesen Wahrheiten zog der Redner am Schluß seines ersten Vortrages die Folgerung, daß die Schwierigkeit und Frage, ob der Christ mehr welt-zugewandt oder gott-zugewandt leben solle, ein Scheinproblem ist. Denn der Leib Christi ist die höchste Wirklichkeit innerhalb dieser Welt. Der Christ steht mitten in allem Wirklichen. Doch steht er in ihm und zu ihm wie Christus, mit dem Auftrag der Heiligung. „Wer nur auf Wirkung hin als Christ tätig ist, besitzt vor der Welt nicht die notwendige innere Freiheit und nicht die Sicht des Heilandes. Er kann daher kaum zu ihrer Heiligung beitragen."

Gnade, Recht und Freiheit in der Kirche

Im zweiten Vortrag behandelte Professor Höfer „Die Verwirklichung von Gnade, Recht und Freiheit in der Kirche", d. h. die geschichtliche Erscheinung jener zuvor beschriebenen göttlichen Wirklichkeit, jene Kirche also, die wir konkret vor uns sehen. Insbesondere ging es dem Redner darum, die Rangordnung der Werte im Reiche Gottes darzustellen und das an seinen Platz zu weisen, was unter dem Namen „christliche Kultur" eine Zugabe Gottes darstellt, von uns aber so häufig mit dem Reich Gottes verwechselt wird.

Der Weg ins Christentum

Professor Höfer stellte zunächst das Bild unserer in Jahrhunderten vom Christentum geprägten Landschaft, Gesellschaft und eigenen Erziehung dem urchristlichen Milieu gegenüber und schilderte in Anlehnung an den „Brief an Diognet" aus dem 2. Jahrhundert die ganz andere und um vieles wesentlichere „christliche Haltung" jener Urchristen. Für sie bestand das Christentum im Mysterium. Sie waren häufig erst als Erwachsene darauf aufmerksam geworden durch die große Freiheit und Ruhe ihrer christlichen Mitbürger und suchten nun deren Geheimnis zu ergründen. Laien waren es, die ihnen die Lebensgrundsätze eines Christen, die zehn Gebote, vorlegten und sie nach einiger Bewährung dem Bischof zuführten. Nach kurzer Einleitung in das Glaubensbekenntnis und Vaterunser empfingen sie das göttliche Leben, die Sakramente der Taufe, Firmung und Eucharistie, um nun erst, schon mit der Gnade erfüllt, in „mystagogischen Katechesen" das zu erkennen, was sie bereits besaßen. Und ihr einziger Besitz wurde und blieb „das Bürgerrecht des in feindlicher, genußfroher, blind selbstzufriedener Welt standhaft geglaubten Reiches Gottes". Hier wird uns ein Einblick in Geist und Wesen christlichen Seins zuteil, den auch wir „wahrhaft bedingungslos" zu verwirklichen suchen müssen, „bedingungslos auch gegenüber allem, was wir Kultur nennen".
Aus dieser geschichtlichen Betrachtung zog Höfer den Schluß, daß die sakramentale Teilhabe am göttlichen Sein immer und überall der Anfang und die Grundlage christlichen Lebens ist, „daß erst Leben dasein muß, bevor es möglich ist, darüber tiefer belehrt zu werden und nachzudenken". „Der frühe Empfang der Sakramente ist, so sehr es von unwissenschaftlich rationalistisch angekränkelten Klerikern und Laien in Deutschland auch bestritten wird, eine auch bei Erwachsenen oft nur unter der Schwelle des Bewußtseins wirkende, erhaltende und belebende Kraft."

Nun aber handelt es sich für uns um das „Erwachen der Kirche in den Seelen", das einstmals durch jene autoritativen mystagogischen Katechesen der Bischöfe bewirkt wurde, um die Einführung der erwachsenen Christen in die Praxis des christlichen Lebens. Die liturgische Erneuerungsbewegung hat sich hierum sehr verdient gemacht, woran Romano Guardini einen besonderen Anteil hat. Doch fühlen viele, und besonders Konvertiten fühlen es zuweilen schmerzlich, wie einsam sie innerhalb der Kirche dastehen, wenn sie begehren, tiefer in ihr mystisches Leben eingeführt zu werden. An erster Stelle bedürfte der Priesterstand solcher Einführung. In der Enzyklika „Mystici Corporis" besitzen wir nun eine mystagogische Katechese zu jener sakramentalen Welt, die uns die Päpste seit Pius X. oder Leo XIII. neu erschlossen haben.

Das Wesen der kirchlichen Autorität

Bemerkenswerterweise gehen in unserer Zeit die wichtigsten Anstöße zur Erneuerung des kirchlichen Lebens von den Päpsten aus. Die Initiative von oben her ist stärker als je zuvor. Man deutet jedoch diese Initiative falsch, wenn man sich dabei beruhigen wollte, daß ja die Leitung der Kirche in guten Händen ist. Man deutet sie ebenso falsch, wenn man aus verständlichem Ressentiment in unserm totalitären Zeitalter auch gegenüber der kirchlichen Führung innere Vorbehalte macht.
Es ist geradezu „der tief unsittliche Grund zur Deformation der ohne Rücksicht auf Gott und sein Gesetz human sein wollenden Gesellschaft", daß sie die Gnade und Liebe, in der freilich christliches Leben gründet und gipfelt, losgerissen hat von der Bindung an Gottes Gesetz und Recht. Die moderne Anschauung macht aus dem Gesetz eine „Verkehrsregel" und proklamiert „die grundsätzliche noetische und moralische Unverbindlichkeit aller Normen", die auf der Macht allein ruhen. Diese Gesellschaft ist es, die dann die Liebe in den Bezirk der Religion verweist, gegen alles Gesetzliche in der Religion protestiert und für sich selbst die goldene Regel der Nächstenliebe (Mt. 7, 11) umfälscht in den Satz: „Tu mir nichts — dann tue ich dir auch nichts".
Demgegenüber lehrt die Enzyklika, daß Christus zwar das alte Gesetz abänderte, seinerseits aber dafür die Liebe zum Gesetz erhob. Für Christus ist Liebe helfender, führender Dienst, nicht aber jene Gleichgültigkeit, die man in der modernen Gesellschaft aus ihr gemacht hat.
In der Führung und Erziehung seiner Apostel gab der Herr zunächst das Beispiel seiner Idee von Gesetz, Freiheit und Liebe, um ihnen dann die Fortsetzung seines Werkes in seinem Geiste zu übertragen. „Gnade, Recht und Gesetz waren im Ratschluß Gottes, in seiner Ausführung durch Christus, in der Vorbereitung, Geburt und Einsetzung der Kirche unauflöslich verbunden." Ihre Beziehung in der Kirche läßt sich dahin charakterisieren, daß „die Beobachtung der Gebote wesenhaft Liebesbedürfnis des Kindes vor dem Vater ist". Das Recht in der Kirche steht im Dienst der helfenden Liebe, die sich bemüht, die Gläubigen zu heiligen. Die Unterscheidung zwischen Rechts- und Liebeskirche ist „ganz verfehlt".
„Die Realität der Ämter Christi in der Hierarchie seiner Kirche entspricht der Realität seiner irdischen Exi-

stenz. Gnostische Irrlehrer suchten diese zu spiritualisieren. ... Diesem Doketismus entspricht heute als Gegenrichtung der liturgischen Erneuerung und des Einsatzes der Laien in der sichtbaren Kirche ein weit verbreiteter Spiritualismus, der richtiger auch Doketismus genannt wird, weil er, auch wenn er als Neo-Calvinismus auftritt, im Grunde die Wirklichkeit der Inkarnation leugnet." „Der Leib der Kirche hat durch das Papsttum nicht ‚zwei Häupter'. Petrus ist nur die sichtbare Erscheinung des einen Hauptes."

Somit ist der Glaube nur dann ‚wirklich' und nicht nur anerzogene Gewöhnung, wenn er „eine vollkommene Unterwerfung des Verstandes und Willens darbringen und in Demut und Gehorsam dem ähnlich werden (kann), der für uns gehorsam ward bis zum Tode". Diese Unterwerfung aber vollziehen wir, wie auch Christus sie vollzog, in Freiheit.

Der Autoritätsbegriff und die Wirklichkeit

Es liegt nahe, den Einwand zu erheben, daß diese ‚ideale' Zeichnung des Verhältnisses von Gehorsam und Freiheit in der Kirche vor der Wirklichkeit ausweicht. Darauf entgegnete der Redner mit dem bemerkenswerten Satz: „Lassen Sie mich es deutlich sagen. Der Drang, an dem wir alle leiden, das Menschliche in der Kirche deutlich zu sehen, daran Ärgernis zu nehmen und von seiner Beseitigung und von seinem Ersatz durch einwandfrei gute Persönlichkeiten und Einrichtungen das Heil zu erwarten, — andererseits Darlegungen aus der Tiefe der Glaubenswirklichkeit als ‚ideal' aufzufassen, d. h. im Grunde als deutsch-akademisch-unverbindlich, ist ein Zeichen von Verkümmerung des wahrhaft Christlichen in uns, ist Ermüdungserscheinung alt gewordener christlicher Zivilisation."

Das Heil der Kirche und Dienst und Hilfe an ihr und den Menschen sind an Christus zu orientieren und kommen von ihm her. Ihre Mittel sind in erster Linie Gebet und Opfer, dann erst Reformen und gar nicht menschliche Künste. Die Kirche ist Christus ähnlich.

Sie ist ihm auch ähnlich in ihrem Verhältnis zu den Sündern. „Ihr Dasein berechtigt die anderen nicht, die Kirche zu verlassen, verpflichtet sie vielmehr zur Sühne."

Freiheit in der Kirche ist also „Freiheit zum ewigen Heil und Freiheit, auch anderen zu diesem Heil in und durch Christus zu helfen".

Der Redner richtete am Ende dieses Vortrages den Blick auf die getrennten Brüder, denen ein solches Selbstverständnis der katholischen Kirche als Anmaßung erscheint. Solange wir selbst die Kirche so wenig von ihrer Wesenswirklichkeit her und so sehr menschlich betrachten, sagte er, darf es uns nicht wundernehmen, wenn andere, die der wahren Sicht auf die Kirche noch mehr entwöhnt sind als wir, ihr Wesen nicht erkennen. Dies aber darf uns nicht hindern auszusprechen: Alles ist Christus unterworfen. Alles gehört ihm. Darum besitzt er, der die Kirche ist, alles und kann nichts hinzuempfangen. Wer dies leugnet, würde behaupten, daß das Reich Gottes noch nicht begonnen hat, oder wenigstens leugnen, daß es dem Samenkorn gleich aus sich selbst heraus wächst.

Unsere Sendung

In seinem dritten Vortrag behandelte Professor Höfer: „Die Sendung des Priesters und des Laien durch Christus und die Kirche." Er unterschied zunächst zwischen solchen Aufgaben dieser beiden Stände, die „ihrer Natur nach und durch die Bestimmung Christi immer dieselben sind im Wandel der Geschichte", und „außerordentlichen" Aufgaben, die von der jeweiligen geschichtlichen Stunde gestellt werden. Es liegt in unserer Natur, daß wir durch das Außerordentliche mehr angezogen werden als durch das Gewöhnliche. Deshalb besteht die Gefahr, „unsere eigene Arbeit liegen zu lassen und an den Platz des andern zu springen". In Wahrheit ist aber die Erfüllung des ordentlichen, für alle Zeiten gültigen Auftrages Christi „weitaus das wichtigste Anliegen". Für die ordentlichen Funktionen innerhalb der kirchlichen Gemeinschaft ist es grundsätzlich wichtig festzustellen, daß sich „Priester und Laien darin nicht gegenseitig vertreten können".

Der Vortrag handelte dann zunächst von der ordentlichen Sendung der Priester und der Laien nach der Lehre der Enzyklika. Das dreifache Amt des Priesters „ist nichts als der sichtbare Ausdruck der außerordentlichen, aber eigentlichen Leitung der Kirche durch Christus selbst". Christus bedient sich bei seinem Werk der fortgesetzten Erlösung des menschlichen Priestertums, ohne indes seine Gnade auf die normalen Wege der Vermittlung zu beschränken.

Papst und Bischöfe

Das Amt des Papstes „erscheint Nichtkatholiken oft als terrible Simplifikation der Wirklichkeit. Seine Existenz bringe das religiöse Leben auf den einfachen Nenner des Gehorchens, das nur notdürftig durch den Begriff des ‚Sacrificium intellectus et voluntatis' religiös verkleidet werde, um so aber erst recht anstößig und abstoßend zu werden." Wir müssen dieses Mißverständnis der katholischen Glaubensunterwerfung begreifen. Denn diese kann ohne die entsprechende Gnade nicht vollzogen und verstanden werden. Jedoch müssen wir sagen: wer vom Beistand des Heiligen Geistes überzeugt ist und das Papsttum im Lichte dieser Wahrheit sieht, wird dankbar sein, daß die Bewahrung der Offenbarung nicht menschlicher Gelehrsamkeit anvertraut wurde. Dann hätte die Kirche schon „längst das Schicksal gelehrter Theorien geteilt". Sie wäre untergegangen. Der Primat hat daneben aber auch eine eschatologische Funktion. Er richtet unsern Blick auf das Endreich, in dem Gott in allem herrscht. Im Hinblick auf diese endgültige Einheit ist das Papsttum ein lebendiger Unionspunkt für die Vielheit der Menschen und Völker, in denen die Gnade Christi vom Leben der Kirche ausstrahlend wirksam wird. Schließlich haben wir im Papsttum den stetigen Hinweis auf die Verbindlichkeit der Einheit in der Kirche, den stärksten Schutz gegen die „doketistische und spiritualistische Entleerung des Kirchenbegriffs und gegen jede dogmatische Unverbindlichkeit". Das Lehramt des Papstes und der Bischöfe ruht auf echter Autorität. Nicht als Gelehrte oder Fachleute lehren sie, sondern als vom Heiligen Geiste geleitete Nachfolger der Apostel.

Die Form der Ausübung des päpstlichen und bischöflichen Amtes unterliegt geschichtlicher Entwicklung. Daß der Erdball dank der Technik fast übersehbar geworden ist, hat zur Folge, daß der Papst sein Amt immer vollkommener ausüben kann. Umgekehrt hat die Zunahme und Fluktuation der Bevölkerung in Deutschland die Ausübung des bischöflichen Amtes erschwert.

Die deutsche Diözesaneinteilung war auf das beginnende 19. Jahrhundert zugeschnitten. Heute ist es vielerorts so, daß die Pfarreien sich zwangsläufig zu Pseudobistümern entwickeln, während doch nach Christi Bestimmung hinter dem Pfarrer immer die Autorität des Bischofs unmittelbar sichtbar werden müßte. Weil die kirchliche Organisation Deutschlands den Bedürfnissen nicht mehr entspricht, war eine gewisse Bürokratisierung des kirchlichen Lebens die unausbleibliche Folge.
In einer Betrachtung über die Form der priesterlichen Sendung finden auch die Ordensgemeinschaften ihren Platz. „Ihrem Ursprung nach stehen sie dem nach Auswirkung in der Kirche drängenden Leben des Volkes in der ordentlichen Hierarchie am nächsten."

Familienpriestertum, die erste Aufgabe der Laien

Die ordentliche Aufgabe des Laien in der Kirche betrachtete Professor Höfer ganz und gar im Lichte der Wahrheit, daß die Familie Lebensquell der Kirche und der eigentliche oder doch wichtigste Ort des Laienpriestertums ist. Vaterschaft und Mutterschaft wirken nach der Enzyklika bei der Vermittlung der Erlösungsgnade unersetzbar mit. Mancher Priester ist heute versucht, den Laien zuzurufen: Ihr kümmert euch um viele Dinge! Eines nur ist notwendig. Das erste ist die Verwaltung des Priesteramtes in der Familie. Daß es der Aktion des katholischen Vereinswesens mit wenigen Ausnahmen nicht gelungen ist, die Kräfte der Familie genügend zu stärken, ist ein wichtiger Grund für die Fragwürdigkeit vieler seiner Formen. Höfer vertrat die Meinung, daß die Familie heute, entgegen manchem Anschein, Zeichen inneren Aufbaus und hoffnungsvoller Festigung gibt. Darum forderte er, daß man bewußt alles tun solle, um die Menschen durch ihre Familie in der Kirche zu beheimaten. So begrüßte er z. B. die Versuche, die heute bereits in einigen deutschen Gegenden unternommen werden, die Vorbereitung zur Erstkommunion weit mehr als bisher in die Hände der Eltern zu legen. Diese und alle anderen Möglichkeiten der Zusammenarbeit des Pfarrers und der Laien im Reiche Gottes haben zur Voraussetzung, daß Priester und Laien einander in der Familie menschlich begegnen. Diese Begegnung und die sich daraus ergebende Zusammenarbeit, sagte Höfer, ist wichtiger als jede andere außerordentliche Tätigkeit.
Der Redner warnte dann vor einer falschen Idee von der Mitarbeit des Laien in der Kirche und machte seine Meinung durch das Beispiel der Frauenemanzipation deutlich. Es gibt eine „Gleichberechtigung" der Frau, wobei sie aufhört, Frau zu sein. So kann es auch gehen, wenn die Laien jene Aufgabe, die ihnen namentlich in der Familie unvertretbar anvertraut ist, zurücksetzen und nach anderen Auswirkungsmöglichkeiten in der Kirche allzu einseitig Ausschau halten. Es gibt nicht nur Klerikalismus, d. h. Grenzüberschreitung der Geistlichkeit. In der entgegengesetzten Tendenz mancher Laien zu einer falschen Demokratisierung der Kirche zeigt sich die gleiche Gefahr einer Nivellierung wesentlicher und organischer Funktionsverschiedenheiten der Stände.

Außerordentliche Aufgaben

Im zweiten Teil dieses Vortrages sprach Professor Höfer von der außerordentlichen Sendung der Priester und Laien, die im Recht nicht einheitlich festgelegt und gerade darum von einer sehr erfreulichen Elastizität ist. Die Enzyklika nennt nur zwei Formen dieser Art von Laienbetätigung in der „Teilnahme am hierarchischen Apostolat der Kirche": Die Katholische Aktion und das Gebetsapostolat, die zueinander gehören wie Leib und Seele. Der gläubige Mensch weiß, daß die christliche Bewältigung von Sachaufgaben im öffentlichen Leben ohne Gebet nicht möglich ist und daß dieses wiederum, wenn es recht geordnet ist, apostolisch, d. h. auf die Weltaufgabe der Kirche bezogen sein muß.
Der Redner widmete in einem geschichtlichen Teil seines Vortrages der Entwicklung des Funktionsverhältnisses von Klerus und Laien eine längere Darstellung, die in die Erkenntnis mündete, daß die Enzyklika „Mystici corporis" Wege zu einer fruchtbaren und harmonischen Aufhebung eines nicht immer segensreichen Spannungsverhältnisses andeutet. Der Weg der Geschichte führt vom ersten Jahrtausend, der Zeit der Bischöfe und Mönche, über das Mittelalter, in dem sich bald die Vorherrschaft der Laien auch in der Kirche, bald wieder das Eingreifen der geistlichen Gewalt auch in weltliche Bereiche zeigt, zu einem „langsamen Erwachen der Kirche" im Bewußtsein der Gläubigen gerade nach der Glaubensspaltung. Gleichzeitig allerdings entwickelten sich in der Reaktion gegen die resolute Ausschaltung der Laien durch die Reformpäpste seit dem 11. Jahrhundert als Träger des modernen säkularisierten Zeitgeistes „neue Stände", als letzter von ihnen der Arbeiterstand, die sich, wie in die gesellschaftliche Ordnung, so auch in die kirchliche erst nach manchen Übergangskrisen einordnen lassen, was bisher noch nicht gelungen ist.

Fragen zur Gewissenserforschung

Am Schluß seines Vortrages formulierte Professor Höfer eine Reihe von Fragen, die sich als Gewissenserforschung aus diesem Thema unserer Selbstbesinnung aufdrängen:

„1. Was glauben wir durchschnittlichen, getauften, erwachsenen Christen in unserm vordergründigen, wachen Bewußtsein? Das, wofür wir uns mühen! Und das ist die Sicherung der Lebensformen, um derentwillen uns dieses irdische Leben lebenswert wurde. Sein Wert erscheint uns als der höchste. Die Religion ist dabei Hilfe und moralische Sicherung, im besten Fall Heimat, in der die Seele Frieden findet.

2. Wir haben aus Unterricht und Predigt eine Kenntnis davon, daß diese Welt und wir darin erlösungsbedürftig sind und daß wir durch Christus in bitterem Todesleiden erlöst sind für ein Leben in Gott. Diese Kenntnis erschreckt uns nicht, weckt in uns kein Staunen, gibt uns durch ihre Furchtbarkeit und Erhabenheit kein Ärgernis und weckt in uns nicht Dankbarkeit und Sehnsucht nach dem Himmel.

3. Sie bleibt unbefragte und nicht bezweifelte Kenntnis, wird nicht entfalteter Glaube, der uns zur Gesinnungsänderung über den Wert des Lebens führt.

4. Wir sind trotz der Taufe in unserem Gemüt noch Kinder der Welt und eingesponnen in die Angst und Unfreiheit, die das Los einer Welt ist, die vergeht. Hilfe suchen wir in der eigenen Kraft und Klugheit.

5. Allen Ernstes wähnen wir, den Gang der Welt zu unseren Gunsten lenken zu können, indem wir den nicht-christlichen Weltkindern durch Leistungen in ihrer

Kultur zeigen, daß wir auf Erden nicht Fremdlinge, sondern wie sie heimische und wahlberechtigte Bürger sind.
6. Vielfach gewinnt unsere Arbeit den peinlichen Charakter der Konkurrenz mit der Anziehungskraft der diesseitigen Welt, mit deren eigenen Propagandamitteln. Wir wundern uns, wenn wir darin unterliegen und suchen, unbelehrt vom Mißerfolg, nach neuen Mitteln aus der gleichen Sphäre.
7. Wir müssen uns eingestehen, daß wir aus eigenem Antrieb nach dem Leben in Gott, das uns von Christus erworben und verheißen ist, nicht unmittelbar verlangen. Unsere vordergründigen Wünsche wären mit irdischen Gütern leicht zu befriedigen.
8. Und trotzdem sind wir katholisch und wollen es sein und bleiben. Trotzdem sind Brüder und Schwestern von uns, die Weltkinder waren, wie wir es sind, Martyrer geworden, als sie ihren vordergründig so schwachen und leeren Glauben verleugnen sollten.
9. Was würden wir in gleicher Lage tun? Wir alle bitten schon jetzt, in unserer Weltversponnenheit, darum, daß Gott uns zur Zeugenschaft stärken möge.
10. Wie ist dieser Widerspruch in unserer inneren Haltung und unserer Sorge in der Welt zu erklären? Wir sind Menschen, genau so wie jene, denen Christus predigte, die gern seine Wunder erlebten und Tröstungen erfuhren, die sein Reich mit irdischen, der damaligen Politik abgelauschten Mitteln zu einem irdischen Reich ausbauen wollten, die Verrat übten oder doch fast alle flüchteten, als er zum Kreuz geführt wurde, — und die trotzdem später das Martyrium bestanden.
11. Wie war das möglich? In ihrer Schwäche wurde Christi erlösende Kraft offenbar. Daß Gottes Verheißungen unverdiente, unverhoffte Gnaden sind und daß sie nur durch seinen Beistand erlangt werden — nicht durch eigenes Laufen und Rennen —, sollte ihnen und der Welt sichtbar werden.
12. Heute sollen wir es glauben und bekennen lernen. Vor uns steht in der Kirche Christus in einer mystisch-geheimnisvollen Sichtbarkeit und ebenso verhüllten Wirklichkeit wie einst vor den Aposteln. Wohltaten hat er durch die Kirche dem Abendland jahrhundertelang gespendet. Trotzdem wurde er von den Weisen und Herrschern verworfen und von vielen Jüngern verlassen. Und trotzdem ist seine Lehre nicht verstummt, seine Leitung der Seelen hört nicht auf, und sein Priestertum besteht vor dem Unverständnis und Ärgernis der Welt und in der Lauheit der Christen. Er wacht, er ist treu, und während wir schlafen und von einem irdischen Paradies träumen, öffnet er auch uns seinen Himmel schon hier auf Erden. Denn jeden, der von der Welt fort zu seinem Kreuze aufschaut, macht er frei von der Angst der Welt, unabhängig von den Mitteln, mit denen sie die Menschen lockt, und macht er fähig, frei der Welt um des Himmelreiches willen zu dienen.
13. So handelt in unserer Zeit der Papst. Mitten im zweiten Weltkrieg um die Güter der Welt (29. 6. 1943) verkündete er die Botschaft von der Kirche als dem ‚Mystischen Leib Christi'. Heute, in der Sorge um einen neuen schrecklichen Krieg wegen der Güter der Welt, schickt er sich an, das Dogma von der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel zu verkünden. Er scheut sich nicht, um Christi willen Anstoß und Ärgernis zu geben, nicht nur den Gegnern der Kirche, sondern auch uns Kleingläubigen, die wir noch Kenntnis vom Heiligen Geist haben, der die Kirche leitet, aber nur ein schwaches Vertrauen auf seinen Beistand. Gestärkt durch die Lehre von der Gegenwart Christi in der Kirche, seinem geheimnisvollen Leib, die unaussprechlich inniger ist als einst seine Gegenwart im Schifflein Petri im Sturm auf dem Meere, beten wir, Priester und Laien, wie es der Papst am Schluß der Enzyklika tut, die Oration der Karliturgie."

Die Tage von Passau

Die Eröffnungskundgebung

Bei der Eröffnung des Katholikentages am 1. September wurde der ehemalige Oberbürgermeister in Regensburg, Dr. Hipp, zum Präsidenten proklamiert. Vizepräsidenten wurden Landwirt Teschner, Kleiditten (Ostpr.) als Vertreter der heimatvertriebenen Deutschen, ferner Frau Helene Weber MdB und Dr. Krone, Berlin, der in der Arbeiterbewegung tätig ist.
Die Kundgebung wurde durch den Vorsitzenden des Lokalkomitees, Stadtrechtsrat a. D. Dr. Ludwig Diener, eingeleitet. Nach ihm sprach Oberbürgermeister Dr. Stephan Billinger ein Wort, das wir festhalten wollen, weil es treffend das Fluidum und Geheimnis dieses Katholikentages ausdrückt. Der Redner sagte: „Noch einer ganz tiefen und innigen, vielleicht nur einem Katholiken Bayerns ganz verständlichen Freude darf ich Ausdruck geben, nämlich daß wir zwei Tage lang das Bild Unserer Lieben Frau von Altötting in unseren Mauern beherbergen dürfen und so für diese Zeit gleichsam zum bayerischen Nationalheiligtum werden." Man hatte das Empfinden, daß Maria in diesen Tagen noch mehr geworden ist als der Mittelpunkt Bayerns. Die Vertreter der Katholiken Deutschlands haben sich dazu bekannt, daß Maria hinfort in der Mitte der katholischen Laienbewegung des ganzen Deutschland stehen wird.

Rede des bayrischen Ministerpräsidenten

Der bayrische Ministerpräsident Dr. Ehard ging in seiner sehr gehaltvollen und durchdachten Begrüßungsansprache von der Beunruhigung und Angst der Menschen aus, die aus dem Gefühl der Gefährdung unserer Welt nach einer Deutung des Sinnes des Geschehens und einem Weg in die Zukunft fragen.

Keine Verteidigung erstarrter Gebilde

„Die Gefahr traf die bedrohte Welt nicht in der rechten Ordnung an. Es ist vielmehr so, daß erst die Gefahr die Völker zur notwendigen neuen Ordnung reif machen muß.
Das ist eine sehr ernste Situation. Aber Situationen, in denen etwas geboren werden muß, sind immer kritisch. Es hat gleichzeitig etwas Beruhigendes, daß die Stunde der Gefahr einen schöpferischen Akt verlangt. Wir befinden uns nicht in der Verteidigung erstarrter Gebilde. Was geschehen muß, bedeutet eine gewaltige Umwälzung im Zusammenleben der Völker. Kann zu den Fragen, die sich hier auftun, von einer religiösen Glaubenskundgebung, wie sie ein Katholikentag ist, eine Antwort erwartet werden? Ich glaube sehr wohl. Und zwar eine sehr entscheidende Antwort, die in das Zentrum der Dinge dringt. Die Welt ist in Unsicherheit und ver-

langt nach Sicherheit. Der Katholikentag kann eine sehr wichtige Antwort auf die Sicherheitsfrage geben. Denn über der gewiß sehr zeitgemäßen Frage nach den Wegen und Mitteln der Behebung unserer äußeren Unsicherheit steht die Frage, wie wir die für diese Zeiten notwendige innere Sicherheit des Geistes und der Seele gewinnen. Woher rührt im Tiefsten die Unsicherheit, die Unruhe und die Angst dieser abendländischen Menschheit? Doch davon, daß sie so weit von ihrer inneren Mitte abgewichen ist oder sie gar verloren hat. Dieses Abendland hat nur eine echte Mitte, die in unserem christlichen Glauben liegt. Diese wahre Mitte wieder zu finden und zurückzugewinnen, ist im Grunde die Frage der abendländischen Erneuerung. Dies ist die aktuellste Forderung in den aktuellen Nöten der Gegenwart."

Eintracht des Handelns

Man sollte, so führte Dr. Ehard weiter aus, meinen, daß die Forderung nach und das Bekenntnis zu einer christlichen Politik die Eintracht des Handelns leicht machen sollte. Er beklagte, daß es an dieser Eintracht in der Praxis weithin fehle. „Selbst auf so glaubensdurchtränktem Boden wie dem unserer bayrischen Heimat wissen vielfach die Menschen, die zusammengehören, nicht mehr, wie sie zusammengehören. Hier ist sicherlich etwas nicht in Ordnung, und zwar nicht nur vom Politischen, sondern auch vom Christlichen her gesehen."

Die Sorge, die hier aufklang, fand in der Entschließung des Arbeitskreises VII „Recht, Staat und Gesellschaft" der Altöttinger Vertretertagung, die das einzige öffentliche Wort dieser Tagung blieb, ebenfalls ihren Ausdruck. Sie lautet: „Die Teilnehmer an der Arbeitsgemeinschaft ‚Recht, Staat und Gesellschaft' der Altöttinger Werktagung der deutschen Katholiken, unter denen Angehörige mehrerer Parteien waren, sehen mit schwerer Sorge, wie die Zersplitterung der Bekenner christlicher Grundsätze in Staat und Gesellschaft in verschiedene Parteien die Gefahr heraufbeschwört, daß diese Grundsätze eines Tages einer wirksamen Vertretung in den öffentlichen Körperschaften entbehren. Sie erwarten von den verantwortlichen Persönlichkeiten, daß sie ernsthaft prüfen, ob ihre Meinungsverschiedenheiten ein solches Gewicht haben, daß die Wirksamkeit der Vertretung christlicher Grundsätze ihretwegen aufs Spiel gesetzt werden darf. Sie bitten sie vor allem darum, sich eindringlich zu fragen, ob alle Möglichkeiten einer aufrichtigen gemeinsamen Klärung und Abwägung dieser Meinungsverschiedenheiten erschöpft sind, ehe die Folgen einer solchen Entzweiung unabwendbar geworden sind. Die politische Lage in Bayern läßt diesen Appell an das Gewissen unserer Politiker besonders dringlich erscheinen."

Sinn einer sozialen Neuordnung

Auch Dr. Ehard betonte, daß die innere Besinnung, die Gewinnung der Wirklichkeit Gottes, uns fähiger machen müßte, der handfesten Wirklichkeit unserer Zeit zu begegnen. Ihre wichtigste Frage sei die soziale Frage. „Hier begegnen sich Christentum und Welt auf der Ebene des praktischen Handelns. Von dem Gelingen dieser Begegnung wird es mit abhängen, ob wir mit unserer abendländischen Aufgabe fertig werden und den Ansturm des Materialismus überwinden. Irgendein abgewandelter liberalisierter Materialismus wird dazu niemals imstande sein.

Worauf soll eine soziale Neuordnung im Zeichen solcher Begegnung zwischen Welt und Christentum hinaus? Doch darauf, daß der Mensch der breiten Masse in der Entfaltung und Pflege seines Menschtums ein Stück vorwärts kommt und materiell, geistig und moralisch sein Dasein verbessert. Wo es um die wirkliche Hebung des Menschen aus einem beengten, seine Kräfte verkümmernden Dasein geht, da muß auch das Ja zu einer christlich fundierten Neuordnung des sozialen Lebens stehen, das vornehmlich durch die Mißverhältnisse zwischen Individuum und Masse gestört ist. Soziale Fortschritte, die nicht das verbesserungsbedürftige Los des Einzelnen verbessern, sondern nur darauf abzielen, Machtverhältnisse zu verändern, sind keine sozialen Fortschritte, sondern lediglich soziale Machtverschiebungen. Wie solche Machtverschiebungen den Einzelnen vor der Versklavung nicht bewahren, lehrt das Ergebnis der russischen sozialen Revolution."

Gemeinsame Abwehrfront aller Christen

Aus der Sicht des verantwortlichen christlichen Politikers sprach Dr. Ehard dann zu dem Anliegen des Friedens unter den Konfessionen, das ja in seinen verschiedenen Aspekten seit Mainz immer wieder bei allen Beratungen der Katholikentage und Vertretertagungen eine große Rolle spielt: „Katholikentage . . . wollen keine Demonstrationen gegen andere christliche Bekenntnisse sein. Im Gegenteil. Sie wollen vielmehr eine Ermunterung an alle christgläubigen Menschen sein, mit ihrem christlichen Rüstzeug in die Welt zu treten und Schulter an Schulter in gemeinsamer Front den Kampf der Abwehr gegen den gemeinsamen Feind aufzunehmen. Wehe, wenn sich unter den christlichen Konfessionen auf deutschem Boden auch nur die Spur eines Irrtums einschleichen könnte, es gäbe für die einzelnen christlichen Bekenntnisse verschiedene Gefahrenklassen. Es gibt für alles, was sich christlich nennt, nur eine gleichwertige gemeinsame Gefahr und eine alle Christen verpflichtende Konsequenz, in dieser gemeinsamen Gefahr immer näher aneinanderzurücken. Das kann nicht dadurch geschehen, daß die Glaubensunterschiede durch einen liberalisierenden Indifferentismus verwischt werden. Diese Indifferenz muß ja gerade überwunden werden, wenn die Quellen des Glaubens für den Lebenskampf unseres Volkes wieder fließen sollen. Aber die streitbaren christlichen Bataillone sollen nie mehr gegeneinander geführt, sondern im geistigen Kampfe zu einer gemeinsamen Phalanx zusammengeführt werden. Das ist eine wesentliche Forderung unserer Zeit. Dies ist der einzige Weg, auf dem auf deutschem Boden die unseligen politischen Folgen der Glaubensspaltung endlich überwunden werden können. Wer diesen Weg stört oder erzielte Fortschritte rückgängig machen wollte, würde eine ungeheure Schuld auf sich laden."

Wiederbelebung der wirksamen Worte

Dr. Ehards Rede klang aus in die Frage, wie die Verkündigung der Werte, auf denen unser Bild einer menschenwürdigen Ordnung beruht, wieder Überzeugungs- und Wirkkraft bekommen könnten. „Den Menschen unserer Zeit ist die Ehrfurcht vor dem Worte gar sehr abhanden gekommen. Wenn das Wort nur zum Schall wird, dann steht hinter ihm keine Verpflichtung und keine Wirklichkeit mehr. Vom Worte, das seines

Ernstes beraubt ist, geht keine Wirkung mehr aus, weil es nicht mehr ernst genommen wird. Das ist der Grund, warum das wirkende Wort so selten geworden ist in einer Zeit, in der wir von dem geredeten, geschriebenen und gedruckten Wort überflutet werden. Nur dem wirksamen Wort entsteigt die Idee, die in den Herzen der Menschen zündet und sie zur Vollbringung befähigt. Zur Vollbringung gehört aber das Opfer. Das muß mit dem ganzen Wirklichkeitsklang dieses harten Wortes ausgesprochen werden. Das gilt für unser Volk, für das die Zeit der Opfer nicht vorbei ist. Das gilt für alle Völker, die mit uns in der gemeinsamen Gefahr stehen. Sollen wir bestehen, dann muß das Wort vom christlichen Abendland, von Menschenfreiheit und Menschenwürde, von menschlicher Bruderliebe und sozialer Gerechtigkeit zur Idee erglühen. Das kann nur geschehen, wenn sich das Wort von der Lüge befreit, von dieser Wortlüge, die mit ihrem Schall alles zersetzt, wenn das Wort wieder seinen echten, harten Wirklichkeitsklang erhält. Dies ist die Wandlung, deren die von einer teuflischen Idee bedrohte Menschheit bedarf, die, das soll man niemals vergessen, immerhin eine Idee ist, der nur durch eine gesündere, stärkere und echtere Idee begegnet werden kann. Hinter der Wirklichkeit der falschen Idee des Ostens steht das erzwungene Opfer einer versklavten Menschheit. Hinter den Ideen, zu deren Verteidigung wir aufgerufen sind, muß das freie Opfer einer freien, sich selbst entscheidenden Menschheit stehen. Das verlangt stärkere Anforderungen an Geist, Seele und Verstand des Menschen und stärkere Kräfte zur Überwindung der Ich-Sucht. Um diese Kräfte schöpfen zu können, bedarf es tiefer und reiner Brunnen. Die Brunnen sind da und harren, daß sie geschöpft werden."

Botschaft des amerikan. Hochkommissars

Die Rede des US-Hochkommissars für Deutschland, John J. McCloy, der seine Absicht, nach Passau zu kommen, nicht verwirklichen konnte, da er zu einer Konferenz nach Washington berufen worden war, wurde durch den Landeskommissar für Bayern, Dr. George N. Shuster, verlesen, der schon in Mainz im Namen der amerikanischen Katholiken zum ersten deutschen Katholikentag nach dem Kriege gesprochen hatte.

McCloys Ansprache war, seiner Stellung entsprechend, wesentlich ein politisches Wort; es ging ihm darum, dem Katholikentag nahezubringen, daß die demokratische „freie Gesellschaft", deren Werte aus christlicher Inspiration entstanden sind, der historische Raum der Verwirklichung der Gewissensfreiheit und Menschenwürde und daß ihre Verteidigung deshalb ein christliches Anliegen ist.

„Wir pflegen in meinem Lande zu sagen, daß alle Menschen als unter dem Gesetz gleichberechtigt geschaffen wurden. Es ist natürlich ganz klar, daß sie noch nicht den Geist der Brüderschaft untereinander besitzen, den solch eine Auffassung der Rechte und Würde des Menschen in sich schließt. Noch sind sie nicht von der Achtung voreinander und der Güte zueinander erfüllt, von der im Neuen Testament so lebhaft und ausdrucksvoll die Rede ist. Nichtsdestoweniger, eine freie Gemeinschaft ist eine, die immer entschieden von der Überzeugung durchdrungen ist, daß Achtung, Güte und Nächstenliebe sich schließlich unter den Menschen durchsetzen werden.

Ihre Mitglieder glauben, daß sie durch gemeinsame Anstrengung und durch gemeinsame Opfer eine gesellschaftliche Ordnung aufbauen können, in der die tiefsten Lebensbestrebungen der Menschheit gut und gültig sind und sich in großem Maße verwirklichen lassen, sowohl in Bezug auf die Reichen als auch für die Armen. Eine totalitäre Lebensordnung andererseits glaubt, daß keine derartige Gemeinschaft geschaffen werden kann. Man würde sich unter gewöhnlichen Umständen weigern zu glauben, daß es viele Leute geben könne, die sich für berechtigt hielten, als Herren über ein Volk von Sklaven zu regieren. Aber in unserer Zeit ist es leider nötig zuzugeben, daß es viele solcher Leute gibt. Und so bin ich kaum überrascht, festzustellen, daß nicht wenige in Deutschland und anderswo sind, die das Überleben einer die Freiheit liebenden Gesellschaft bezweifeln. Sie haben bereits unter einem Regime ausgesprochenen Zwanges so lange und in solcher Not gelebt, daß der Gedanke, für lange Zeit von dieser Unterdrückung befreit zu sein, wie ein Märchen erscheint. Aber es ist dieser Kleinmut des Herzens, diese Ergebung in den Fatalismus, die die tiefgehenden Schwächen unserer Zeit sind. Wir müssen uns selbst dauernd an das erinnern, was die ersten Christen so hervorragend praktizierten, — daß der eigentliche Kampf im Geiste und mit geistigen Waffen ausgetragen wird.

Die Macht und der Ruhm der Völker ändern sich im Laufe der Jahrhunderte. Was offenbart die Geschichte genauer als die Schwankungen, denen wirtschaftliche Möglichkeiten und militärische Stärke ausgesetzt sind? Aber die größte und am längsten anhaltende Revolution, von der die westliche Welt weiß, war diejenige, die ihre Triebkraft von jenen unbestechlichen Männern und Frauen gewann, die, wie Barbara und Barnabas, der Arena und den Katakomben um ihres Glaubens willen widerstanden. Wenn wir nicht zutiefst davon überzeugt sind, daß nur die Befolgung der Stimme des Gewissens uns allein retten kann, werden keine äußeren Mittel es vermögen. Dieser Glaube ist nicht einfältig. Gegenwärtig werden zum Beispiel vielerorts Resolutionen für den Frieden in Umlauf gebracht. Wir, die wir nicht vergessen haben, daß die erste Botschaft einer allumfassenden Brüderlichkeit und Nächstenliebe den Hirten von Bethlehem verkündet wurde, wissen, daß eine Mahnung zur friedlichen Lösung der Weltprobleme und zu gutem Einvernehmen unter den Völkern selbstverständlich und ständig ist. Eine Frage aber drängt sich hier auf: — sind es die freien Völker der Welt, die den Frieden zurückweisen? Wir können nur antworten, daß diese Völker ihre eigene Sicherheit gefährdet haben bei dem Versuch, ein dauerhaftes Übereinkommen zu erreichen.

Jeder, der heute die Karte von Europa betrachtet, wird auf den ersten Blick feststellen, daß weite Gebiete des Westens geopfert worden sind in der Hoffnung, daß hierdurch die Gefahr einer Auseinandersetzung und eines möglichen Krieges beseitigt werden könnte. Aber keines dieser riesigen Zugeständnisse, die in einigen Fällen die herzzerreißende Versklavung von Millionen von Menschen zur Folge hatten, hat genügt. Statt dessen, wenn man eine gewisse Propaganda hört, ist es gerade diese freie Welt, die diese Opfer brachte, die heute imperialistisch genannt wird.

Sie und ich sind heute hier versammelt zur Unterstützung eines Friedens, der leicht erreicht werden

könnte, wenn Gewissensfreiheit und Freiheit von Furcht in den östlichen Gebieten gesichert wären und wenn eine ausreichende Achtung internationaler Abkommen gewährleistet wäre.
Diese Verdrehung von Tatsachen, die aus weiß schwarz, den Angreifer zum Opfer und den Friedfertigen zum Kriegslüsternen macht, sind altes totalitäres Brauchtum. Es sind aber noch gewisse Grundsätze in der Welt lebendig, die durch keine Form noch so krasser Verdrehung oder Propaganda geändert werden können. Der einfache Grundsatz bleibt bestehen, daß Sklaverei schlecht ist, und es ist dabei zwecklos, nach einer Übereinstimmung mit jenen zu suchen, die sie gut nennen.
Ihr Volk vor allem ersehnt den Frieden. Zahllose Tausende Ihrer Söhne sind auf den Schlachtfeldern gefallen. Tausende sind noch immer in Gefangenschaft. Und viele Tausende Ihrer Töchter sind heimatlos oder entehrt worden. In diesem Sinne werden Sie ganz besonders zu Brüdern meiner Landsleute, die sich vielleicht zögernder zum Kampfe rüsten als irgendeine andere der großen Nationen der Welt. Aber wir stehen zusammen in der Überzeugung, daß, obzwar Kampf, um eine Elle Boden zu gewinnen, sinnlos und unrecht ist, es nichts Heiligeres gibt als die Freiheit. Und ich wiederhole, daß, obwohl die Erhaltung des Friedens durch den ordnungsmäßigen Einsatz einer Polizeimacht notwendig ist, die Waffen und der Kampf des Geistes wichtiger sind als alles andere. Diese alte Stadt hat den Lärm vieler Kämpfe erlebt. Ich glaube aufrichtig, daß sie für zahllose Jahre im Glanz des Friedens strahlen kann, wenn Sie von dieser Tagung die Überzeugung mit fort nehmen, daß Ihre Treue zu der gerechten Sache, für die der Erlöser der Menschheit lebte, litt und starb, eine wahrhafte Quelle des Lichtes in dieser dunklen Zeit sein kann. Frieden und Freiheit können erreicht werden, — denn der christliche Glaube ist eine mächtige Schutzwehr gegen die Unterdrückung. Aber das wird nur der Fall sein, wenn gerechte, mutige, gütige und hingebungsbereite Männer ihn besitzen, mit Eigenschaften, die Gott der Herr von seinem Diener Moses im brennenden Dornbusch forderte."

Rede des Präsidenten des Zentralkomitees

Der Präsident des Zentralkomitees, Erbprinz Karl zu Löwenstein, begann seine Begrüßungsrede mit einer dankbaren Erinnerung an den diesjährigen Diözesankatholikentag von Berlin und mit dem Dank für die Glaubensfreudigkeit und den Mut, die die Katholiken Berlins und der Ostzone bisher bewiesen haben und die für alle Deutschen Trost und Ansporn bedeuteten. Er rief allen Zweiflern und Kleinmütigen zu, daß er ihnen etwas von dem Mut und Gottvertrauen der Katholiken im Osten wünsche, „die das schon lange erleben, was wir erst befürchten". In Bayern, von einem Bayern gesprochen, bekamen diese Worte ein besonderes Gewicht und eine besondere Bedeutung.

Das Heilige Jahr und der 74. Katholikentag

Der Passauer Katholikentag gliedert sich ein in das Heilige Jahr.
Der Erbprinz gab in diesem Zusammenhang zunächst einen Bericht über die Teilnahme der Deutschen an den Pilgerfahrten nach Rom, über die Tätigkeit des Nationalkomitees für das Heilige Jahr, dessen Präsident er ist, und stattete den Regierungs- und Besatzungsstellen, die diese Tätigkeit gefördert und erleichtert haben, seinen Dank ab. Er bedauerte es, daß Deutschland noch immer keinen Vertreter beim Heiligen Stuhle haben dürfe und bat die Besatzungsmächte, diesen unwürdigen Zustand endlich aufzuheben.
Der wärmste Dank aber gebührt dem Heiligen Vater, dessen innigster Wunsch diese Teilnahme der Deutschen am Heiligen Jahre gewesen sei. Eine ungewöhnliche Gnade Gottes ist die seit Generationen ununterbrochene Reihe von bedeutenden Päpsten und ihr Wirken für die Kirche und die Menschheit. „Und doch ist uns, als sei in Pius XII. das Werk seiner Vorgänger nochmals vereinigt: Sowohl die innerkirchliche Reform, zu der er — selber der große Beter der Kirche — nun gerade im Anno Santo erneut aufruft, als auch die Verchristlichung der Welt — ununterbrochen erhalten sie von ihm die stärksten Impulse. Kein Beruf, kein Stand, der sich nicht von ihm eigens angesprochen fühlte. Kein Volk, dessen Anliegen er nicht kennt, dem er seinen weisen Rat nicht gäbe. Von der Pfingstgnade der Sprache in allen Zungen sichtbar erfüllt, ist er wahrhaft Hoherpriester und Richter der christlichen Völker, zu dem die fernsten Völkerschaften ihre Gesandten entsenden."
Der Passauer Katholikentag hat den Ruf zur Verinnerlichung und Buße, der vom Heiligen Vater ausgegangen ist, aufgenommen, sein Stil und sein Geist ist vom Heiligen Jahr geprägt. So geben die Gebetsstunden und die Meßopfer im Hohen Dom ihm diesmal sein bestimmendes Gepräge.
Aber dieser religiöse Charakter des Katholikentages bedeutet „kein Zurückweichen auf die sogenannte rein religiöse Linie, zu der totalitäre Staaten die Kirche stets zwingen wollen. Es ist nicht ein Zurückschrecken vor den Aufgaben des Apostolates, des Laienapostolates, zu dem Mainz aufgerufen hatte; es ist auch nicht ein Verzicht auf die Verchristlichung der Welt der Industrie, die in Bochum so bildhaft vor uns stand, als wir am Festplatz Kreuz und Altar vor dem Hintergrund der Hochöfen und Fördertürme erblickten." Es bedeutet vielmehr, „daß die religiöse Grundhaltung als unausweichliche Voraussetzung des Wirkens in der Welt eindeutig erkannt worden ist".

Fünf Anliegen des Katholikentages

Der Erbprinz charakterisierte dann kurz die fünf Anliegen des Katholikentages, als die er die folgenden aufführte:

1. Die Kirche in Deutschland und die Sorge der Diaspora
2. Überwindung der Glaubensspaltung in unserem Volk
3. Die Not der Heimatvertriebenen
4. Der Friede Christi im Reich Christi
5. Verbreitung des Glaubens in den Weltmissionen.

Die besondere Prägung des 74. Katholikentages

Immer sind die Katholikentage vom Charakter der Landschaft mitgeprägt worden, die sie beherbergte. Das bedeutet für den Passauer Katholikentag: 1. Der bäuerliche Charakter der niederbayrischen Landschaft läßt die Sorgen und Probleme des Landes und des Bauertums in

seinen Beratungen eine besondere Rolle spielen. 2. Von Passau aus sind in den frühesten Zeiten des Abendlandes starke kulturelle und religiöse Wirkungen in den Ostraum ausgegangen. Der Stephansdom in Wien und die alte Stephanskrone Ungarns haben ihren Namen vom Patron des Bistums Passau. So ist Passau Sinnbild großer Tradition. „Was diese gemeinsame christliche Geschichte und Tradition an echter Gemeinschaft bedeutet, dessen mag man sich in den Kabinetten und Parlamenten Europas bald bewußt werden, ehe es zu spät ist! Parteien streiten sich zur Zeit, ob sie ein sozialistisches oder liberales Europa schaffen wollen. Unsere Antwort kann nur sein:
Wenn es nicht ein christliches Europa wird, wird es überhaupt keines mehr werden."
3. Hier ist in ganz besonderer Weise marianisches Land; Bayern ist der Mutter Gottes als Patronin geweiht. „Welche Wirklichkeit das heute noch bedeutet, haben wir in diesen Tagen in Altötting wohl alle spüren können." Allerdings „leben Katholikentage nicht vom religiösen Gefühl. Mit nüchternem Ernst wird hier gedacht und gesprochen." Deshalb hat der Katholikentag einen der besten Theologen unserer Zeit gebeten, uns die katholische Lehre von der Mutter Gottes darzulegen. „Müssen wir ja mit tiefem Schmerz erleben, und zwar in diesem gleichen bayrischen Land, wie unter dem Vorwand marianischen Eifers Sensationslustige und Geschäftemacher Katholiken zum Ungehorsam gegen ihren Bischof verleiten wollen."
Dieser nüchterne Ernst, so schloß der Erbprinz, schließt jedoch „die demütige Frömmigkeit nicht aus, in der wir uns alle, unsere Familie, unser Land und diesen Katholikentag unter den Schutzmantel der Mutter Gottes stellen."

Die Gottesdienste in Passau

An die Eröffnungskundgebung schloß sich der Empfang des Gnadenbildes von Altötting, das der Diözesanbischof Simon Landersdorfer OSB am Domplatz aus den Händen des Altöttinger Stiftskapitels entgegennahm. In dem Liede: Gegrüßet seist Du, Königin, bereitete die gläubige Menge der Mutter Gottes einen ergreifenden Empfang.
Alsdann begann die Reihe der bischöflichen Gottesdienste, in denen die Anliegen, die der Erbprinz zu Löwenstein genannt hatte, vor Gott getragen wurden. Um Mitternacht feierte der Bischof von Würzburg, Julius Döpfner, ein Pontifikalamt für die deutsche Diaspora. In seiner kurzen Ansprache sagte er, daß wir die Bewahrung des Glaubens in den maßlos verwirrten Verhältnissen der östlichen Diaspora nur noch vom Gebet erhoffen dürfen.
Auf das Pontifikalamt folgten ununterbrochen bis zum Morgen Gebetsstunden verschiedener Gemeinschaften, die am Morgen mit einer Gebetsstunde der werktätigen Bevölkerung ihren Abschluß fanden.
Am Samstag folgte der Gottesdienst um „den Frieden Christi im Reiche Christi", den der Bischof von Eichstätt, Josef Schröffer, feierte. Der Bischof ist seit der deutschen Pax-Christi-Wallfahrt nach Lourdes im vorigen Jahre zum Sachwalter der Friedensbewegung im katholischen Deutschland geworden.
Am Vormittag brachte der Diözesanbischof das Meßopfer dar als Bitte um die Wiedervereinigung im Glauben in Deutschland und in der Welt. Dabei hielt der Erzbischof von Paderborn, Lorenz Jäger, der sich die Förderung der Wiedervereinigung zu einem besonderen Anliegen gemacht hat, eine Predigt über „Maria und die Glaubensgesinnung".
Er wandte die Forderung umzudenken, die dieser Tagung der deutschen Katholiken ihr Gepräge gab, auch auf die Glaubensspaltung an. „Wir dürfen hier nicht mit Menschenmaß messen, sondern müssen Gottes Maßstab anlegen." Zu den Entschlüssen Gottes gehört sicherlich dieser, den Maria selbst im Magnifikat prophetisch aussprach: „Von nun an werden mich selig preisen alle Geschlechter". In einer Gegenüberstellung von „Wandlungsglocke" und „Aveglocke" zeigte der Bischof dann, daß der einzige Gedanke Mariens und der Marienverehrung der ist, uns zu Christus hinzuführen. „Man hatte das ‚Sursum corda' jener Glocken nicht mehr hören wollen. Darum jagte das Heulen der Alarmsirenen die Menschen vorzeitig in die Todesgrüfte der Erde."
Weil die Katholiken von der innigen Verbundenheit zwischen Jesus und seiner Mutter überzeugt sind, erfüllt es uns mit Schmerz, derer zu gedenken, die die Mutter verloren haben. „Ist es denn überhaupt möglich, Christus zu bekennen, aber Maria abzulehnen?" Ist sie doch nichts anderes als das erste Werk der Erlösungsgnade Christi! „Wer kann die Heilige Schrift demütigen Sinnes lesen, ohne den Gnadenvorzügen Mariens zu begegnen?"
Es gibt keinen Widerspruch zwischen dem Evangelium und der katholischen Marienverehrung. Erzbischof Jäger führte die wichtigsten Stellen an, von denen ein solcher Einwand Gebrauch macht:
„Christus allein" (Ap. Gesch. 4, 12): „Das war der Sinn ihres ‚Fiat'. Dadurch wurde das Wort Fleisch."
„Christus lebt in mir" (Gal. 2, 19): Dies ist der tiefste Sinn ihres Lebens.
„Gerecht durch den Glauben" (Röm. 3, 28): „Ihre ‚Niedrigkeit', ihren Glaubensgehorsam hat Gott angenommen." „Seid gesinnt wie Jesus Christus ... der sich erniedrigte bis zum Tode am Kreuz" (Phil. 2, 5): Marias Leben „wurde unter dem Kreuz zum Ganzopfer".
„Es ist nur ein Mittler" (1 Tim. 2, 5): Das ist auch unser Glaube. Aber dieser Mittler ist nicht eine Idee, sondern „vom Weibe geboren". Es geht beim Verehren der Mutter Gottes letztlich um das Ernstnehmen des „et incarnatus est".
„Wir Christen sollten im Gespräch untereinander nicht immer uns berufen auf die „*sola* scriptura", auf der doch kein Christ stehen kann, weil die Schrift sich nicht selbst bezeugt und auslegt, sondern auf die „*tota* scriptura". Dann aber müssen wir alle Ja sagen zu der Gottesmutterwürde Mariens und zu ihrer Gnadenfülle, zu ihrer mütterlichen Beziehung zum Erlösungswerk und zu einem jeden Erlösten. Wir sollten nicht immer sprechen von der „*sola* gratia", sondern von der „*tota* gratia", in die dann auch eingebettet ist das von der Gnade getragene, aber dennoch freie „Ja-Wort", das Maria zur Menschwerdung sprach und jeden Augenblick in der Gefolgschaft ihres Sohnes gesprochen hat. Warum will man sich der ganz unschriftgemäßen Alleinwirksamkeit Gottes verschreiben, die Gottes nicht würdig ist, weil er keine Sklaven, sondern freie Diener haben will."
Die Predigt schloß mit der Bitte an die, die von uns im Glauben getrennt sind, und mit dem Gebet für sie und

uns, daß wir wieder zusammenkommen möchten „bei Maria und den Aposteln“ (Ap. Gesch. 1, 14), bei Maria, die wir vorfinden, wenn wir an die Krippe und wenn wir an das Kreuz treten, wie auch wenn wir im Heiligen Geiste zusammen sind wie am ersten Pfingstfest und wenn wir dem Jüngsten Tag entgegenschauen, wo sie als das „große Zeichen am Himmel“ (Geh. Offenb. 12, 1) erscheinen wird.

Um die Mittagsstunde des Samstag vereinigten sich die Heimatvertriebenen mit denjenigen Einheimischen, denen ihr Anliegen ebenfalls Herzenssache ist. Vom Episkopat war bei diesem Gottesdienst, den der Prälat der Heimatvertriebenen, Dr. Hartz, abhielt, der Kölner Weihbischof Ferche zugegen. Der ehemalige Provinzial der Redemptoristen in Böhmen, P. Reimann, zeigte den Heimatvertriebenen in einer Betrachtung über das Vaterunser, daß es denen gegeben ist, ‚Vater im Himmel‘ zu sagen, die auf der Erde ihr Vaterland verloren haben und durch den gleichen Verlust alle zu Brüdern wurden.

Am Nachmittag des Samstag lösten Gebetsstunden und musikalische Andachten einander ab. Um die Mitternachtsstunde zum Sonntag sah der Dom eine Menschenfülle, wie er sie wahrscheinlich selten während seines Bestehens in seinen Mauern geborgen hat. Der Bischof von Masaka in Ostafrika, Josef Kiwanuka, brachte das Opfer dar für die Anliegen der Weltmission. Es war wohl ein einmaliges Ereignis, eine Sensation, daß hier ein Angehöriger der schwarzen Rasse mit den vollen Ehren eines katholischen Bischofs, umgeben von einer europäischen Assistenz, das heilige Opfer darbrachte. Aber was die Gläubigen gerade zu diesem Gottesdienst hintrieb, war bei den allermeisten das schlichte Empfinden katholischer Gemeinschaft.

Die Festversammlung

Die zur Festversammlung in der Nibelungenhalle am Abend des Samstag erschienenen Ehrengäste und Delegierten nahmen mit herzlichem Beifall eine Botschaft des Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Dr. von Thadden-Trieglaff, entgegen, die folgenden Wortlaut hatte:

„Nachdem soeben der Deutsche Evangelische Kirchentag in Essen zu Ende gegangen ist, darf ich den hier in Passau zum 74. Deutschen Katholikentag versammelten katholischen Christen die Grüße unserer großen Laien-Versammlung überbringen.

Ich entledige mich gern dieser Aufgabe, indem ich zugleich den Wunsch ausspreche, daß die großen Fragen unserer Zeit, die in Ihren Reihen auf den bedeutsamen Katholikentagen von Mainz und Bochum zur Sprache kamen, und die auch in diesem Jahr zum Teil in den Arbeitsbesprechungen von Altötting von neuem zur Diskussion gestellt wurden, weiter bei Ihnen fortklingen möchten, wie sie auch unsere evangelische Arbeit in Zukunft beherrschen werden.

Wir leben in einer Zeit von weltgeschichtlichen Wandlungen und ungeheuren Verschiebungen in der Seele des Menschen der Gegenwart. Das christliche Gedanken- und Glaubenserbe ist nicht mehr unumstritten das geistige Fundament der westlichen Welt, und die Zahl der offenen Bekenner des christlichen Glaubens ist in allen Konfessionen eine Minorität geworden. Gerade weil ich das weiß, und weil ich von der Notwendigkeit durchdrungen bin, daß die Welt ein gemeinsames christliches Zeugnis von der Jüngerschaft Jesu Christi verlangt, trete ich, sehr verehrte Herren, heute mit drei Bitten vor Sie hin:

Bitte nehmen Sie doch unsere Versicherung an, daß es uns evangelischen Christen auch *Ernst* ist um den Gehorsam, den wir Gott schulden. Daß es uns *Ernst* ist um die Nachfolge Christi, mit der wir der Welt die Wahrheit des Evangeliums bezeugen und ihr so am besten dienen.

Die andere Bitte ist die: Vernehmen Sie, daß wir unsere evangelische Kirche liebhaben, in der wir unsererseits treu dem Alleinigen Herrn der Kirche gehorsam sein möchten, welcher ist Jesus Christus.

Das Dritte, worum ich Sie bitten möchte, ist dies: Lassen Sie uns in der weitgespannten christlichen Gemeinschaft, die Gott uns in der Welt schenkt, zusammenstehen. Ihr katholischen Christen seid *nicht* unsere Widersacher. Wir evangelischen Christen sind *nicht* die Eurigen, solange wir das Kreuz Christi unter uns aufrichten. Wir haben einen gemeinsamen Widersacher. Es ist der, den unser Herr als *seinen* Antichristen bezeichnet hat. Und je mehr Sie und wir auf das alleinige Wort des Meisters hören und auf die Stimme des guten Hirten achten, um so stärker können wir gemeinsam widerstehen.

Zum Schluß, ehe ich wieder von hier abreise, ein Letztes: Auf Ihrer Werksgruppentagung wurde soeben festgestellt, daß es nicht in unserer Hand liegt, die Glaubensspaltung zu überwinden und eine Einheitskirche zu organisieren. Dies läge vielmehr ausschließlich in Gottes Hand.

Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß wir dankbar sind für diese Äußerung und daß sie sich mit unserer Auffassung völlig deckt, wonach es uns von Gott lediglich aufgegeben ist, uns in unserem jeweiligen Christenstand vor der Welt zu bewähren und unablässig darum zu beten, daß das „Ut omnes unum sint“ des hohenpriesterlichen Gebets Christi durch Gottes Gnade verwirklicht werde.

Bis dahin sind wir gehalten, in Fragen unseres Glaubens um der Wahrheit willen getrennte Wege zu gehen. Wollen wir darüber aber das eine nicht vergessen, was Prälat Grosche in Altötting so eindrücklich zum Ausdruck brachte: Wir möchten doch alles daran setzen, um das Maß an Gemeinsamkeit zu wahren, das uns in den zurückliegenden Jahren der Not von Gott geschenkt wurde.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für die Arbeit des Deutschen Katholikentages eine klare Stimme und ein gutes Zeugnis. Denn das apostolische Wort bleibt gültig: „Es ist in keinem andern Heil, ist auch kein Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, darinnen wir sollen selig werden.“

Auch diese Versammlung war als Huldigung an die Gottesmutter gedacht. Frau Helene Weber fand dafür begnadete Worte des Gebetes an die ‚wunderbare Mutter‘, während Frau Elisabeth Scherer, Augsburg, die Beziehungen der christlichen Familie zu Maria mit feinem fraulichem Blick für die Wirklichkeit aufleuchten ließ. Die Festrede des Abends hielt Professor Dr. Graber, Eichstätt, über das Thema:

Maria und unsere Zeit

Der Vortrag hob ins Bewußtsein, was wohl alle Teilnehmer dieser Tage als Gnade an sich erfahren haben: daß Maria uns in dieser Krisenstunde zum Zeichen und zur äußersten Zuflucht wird. Man war dankbar dafür, nunmehr zu hören, wie tief dies Empfinden in der Heilsgeschichte und in der Kirchengeschichte begründet ist.

Graber stellte zu Beginn den geschichtlichen Augenblick, da Isaias dem König Achaz das „Zeichen der Jungfrau" verkündete (Is. 7, 14), unserer ähnlichen Zeitstunde gegenüber, in der wir nun zum Zeichen das neue Dogma als Höhepunkt eines marianischen Jahrhunderts empfangen sollen.

Die Rolle der Gottesmutter in der Heilsgeschichte besteht darin, ihrem Sohne auf vielfältige Weise den Weg zu bereiten. In ihr gipfelt schon die Heilsgeschichte des Alten Bundes. Denn die drei Erziehungsziele Gottes am Volke Israel: den Glauben an den einen Gott, die Bereitschaft für Gottes wunderbare Tat und die Einsicht in die Erlösung aller Völker, diese Ziele hat Maria allein vollkommen erreicht. So bereitet sie Christus auch den Weg in die Einzelseelen und in der Geschichte des Neuen Bundes bis hin zur zweiten Ankunft des Herrn.

Das hervorstechende Kennzeichen der Neuzeit ist die unaufhaltsame Säkularisierung, Mechanisierung und Veräußerlichung, die „auch vor dem Heiligsten nicht haltmacht". „Wir müssen den Mut haben, es uns einzugestehen, daß es, aufs Ganze gesehen, rückwärts geht und daß wir mit unserer ganzen pädagogischen und seelsorglichen Kunst am Ende sind." In dieser Lage wird uns in Maria das Zeichen zur Verinnerlichung, zur Hingabe an Gott gegeben. Und mit der Weihe der Menschheit an Maria werden die Menschen „einem Herzen überantwortet, in dem das Gespür für Gott zur lodernden Flamme geworden ist". Maria wird uns „zur heiligen Pforte in die Geheimnisse der Gnade". Alle diese Geheimnisse des Glaubens vom ersten Fall der Menschheit bis zur letzten Wiederherstellung am Ende stehen in enger Beziehung zu ihr.

Maria bereitet auch in bezug auf die äußere Behauptung und das Wachstum des Reiches Gottes in der Geschichte ihrem Sohne den Weg. In Deutschland leiden wir an einer gewissen Müdigkeit. „Es fehlt unserm religiösen Leben der Schwung, das Apostolische, das Dynamische, es fehlt die große mitreißende Idee, die uns zum Einsatz aller Kräfte und zum Opfer selbst des Lebens befähigt." Doppelt schlimm in dieser spannungsgeladenen Zeit der Auseinandersetzung mit den vom Osten aufgebrochenen dämonischen Mächten! In solchem Augenblick scheint die Sache Christi im Todeskampf zu liegen. Aber niemals ist das Kommen des Gottesreiches näher als in solchen Zeiten (Newman). Und immer geht ihm Maria vorauf. Nach dem ersten Sündenfall wurde sie als Botin kommender Erlösung sichtbar, und wiederum zur Zeit des Achaz. Dann, da sie persönlich gegen das Ende der antiken Kultur ihr ‚Fiat' sprach. Und in so vielen „scheinbaren Endsituationen der Kirche": vor Lepanto (1571), als mitten im Abfall des nördlichen Europa von Osten die Türken hereinbrachen. Auch am Ende, als Vorbotin des Aufbruchs der vollen Herrschaft Christi wird sie erscheinen.

„Auch wir nähern uns einem Ende. . . . Vielleicht ist der Untergang des Abendlandes schon überholt, weil es bereits um Größeres und Furchtbareres geht." Ist es nicht bemerkenswert, daß auch diese unsere Zeit seit ungefähr 100 Jahren in steigendem Maß marianisch geprägt ist? „Noch nie hat Maria so oft und so eindringlich in die Geschichte eingegriffen. Seit 120 Jahren fast ununterbrochen: der Siegeszug der Maiandacht, die wundertätige Medaille 1830, die Wiederauffindung der vollkommenen Andacht des hl. Grignion de Montfort, La Salette, die Neueinrichtung der Marianischen Kongregationen, die Dogmatisierung der Unbefleckten Empfängnis, die Wunder von Lourdes, die Rosenkranzenzykliken Leos XIII., der marianische Welthirtenbrief Pius' X., die Botschaft von Fátima, die Weltweihe an das Unbefleckte Herz Mariens, die bevorstehende Dogmatisierung der Himmelfahrt Mariens." Nimmt man noch jene scheinbaren Zufälle hinzu, die dem Gläubigen Fingerzeige Gottes sind: daß die Bischofsweihe unseres Papstes zusammenfällt mit der ersten Erscheinung von Fátima, daß der Wendepunkt des zweiten Krieges mit dem Tag der Weltweihe an das Herz Mariens (8. 12. 1942) zusammentrifft, daß dieser Krieg auch an einem Marienfest (15. 8. 45) in Japan sein Ende fand, wird man das „Zeichenhafte" der marianischen Idee und ihren Zusammenhang mit unserer Weltstunde gewahr werden.

Die Botschaft Mariens und das Zeichen, das sie uns immer wieder gibt, heißt: Metanoia, Verinnerlichung und Buße. Dies allein kann den Zusammenbruch abwenden oder für ein neues Werden fruchtbar machen. Maria ist keine Garantin „für den sofortigen Sieg und die Überwindung des Unterganges, geschweige denn eine billige Sicherheitsgarantie für bürgerliche Behäbigkeit". Aber sie ist eine Gewähr gegen die dritte Verfallserscheinung, die uns neben der Säkularisierung und der Müdigkeit bedroht: gegen die Angst, von der wir befallen sind. Graber erzählte in diesem Zusammenhang unter großer Bewegung der Versammlung das bekannte Ereignis von der ‚Madonna von Stalingrad', deren Bild sich jetzt im Pfarrhaus zu Wichmannshausen bei Eschwege in Hessen befindet und zu dem ein evangelischer Pfarrer in der Weihnacht vor Stalingrad ein inniges Gedicht geschrieben hat.

Es scheint, schloß der Redner, daß unsere marianische Zeit das johanneische Zeitalter der Kirche einleitet, „jene Periode, in der die Kirche auf alle irdischen und machtpolitischen Welteroberungsmittel verzichtet hat (vgl. K. Thieme, Am Ende der Zeiten) und sich nur mehr der Liebe bedient als des einzigen Mittels, um die Welt für Christus zu gewinnen." Was diesen Gedanken unter anderm auch nahelegt, ist die Tatsache, daß die marianische Bewegung parallelläuft mit einer Hinwendung der Gläubigen zum Herzen des Erlösers und mit einem neuen Erlebnis der Eucharistie, zu der Maria uns hinweist. „Das Reich der Liebe Christi ist im Kommen."

Die Feierlichkeiten des Sonntags

Am Sonntag feierte, wie schon seit Jahrzehnten auf allen Katholikentagen, der Vertreter des Papstes in Deutschland, Bischof Aloys Muench, auf weitem Platz unter freiem Himmel das eucharistische Opfer. Die Predigt hielt der Diözesanbischof Simon Landersdorfer.

Es war bei der Wahl des Mottos für den Katholikentag niemandem aufgefallen, daß gerade an diesem Sonntag das Evangelium mit dem Satz endet: Suchet zuerst das Reich Gottes! Von diesem Wort ausgehend, wies der Bischof den Weg zur „Entmaterialisierung unseres christlichen Lebens", um die es heute im Tiefsten geht.

Bei der Schlußkundgebung am Sonntagnachmittag faßte zunächst der Präsident des Katholikentages, Dr. Otto Hipp, kurz einige der Fragen und Forderungen der Vertretertagung und des Katholikentages zusammen:

Familiengerechter Wohnungsbau

„Wir erheben für die Familie die Forderung des Deutschen Katholikentages: Schützt und erhaltet uns die christlichen Familien. Dazu gehört eine Wohnungspolitik, die der Vermassung entgegenwirkt, die Schaffung von Eigenheim und Eigenbesitz, die Schaffung von Wohnraum, in dem ein menschenwürdiges Dasein geführt werden kann."

Bauern und Arbeiter

„Wenn wir in Bochum unser Hauptaugenmerk und Sorge auf den Arbeiterstand gerichtet haben, so wollen wir heute in diesem mehr ländlichen Gebiet unseres Bauernstandes gedenken, seiner Opfer und der unsagbaren Arbeit der Frauen und Kinder bis zur Erschöpfung ihrer letzten Kräfte. Wir wollen wünschen, daß unser Bauernstand seine gute Tradition aufrechterhalte und nie auch der Liebe und der Sorge für die schwerarbeitende Bevölkerung in den Städten vergesse. Wenn das Christentum des christlichen Bauernvolkes nicht bloßes Brauchtum sein darf, dann wollen wir wünschen, es möge lebendige Tradition dazu beitragen, daß der Bauernstand uns wieder wie in früheren Jahrzehnten seinen Priesternachwuchs sende. Wir gedenken aber auch heute wiederum unseres Arbeiterstandes. Seine berechtigten Forderungen auf sozialen Fortschritt haben die beste Förderung in der katholischen Kirche, in den Lehrweisungen unserer Päpste. Wir kennen den großen Idealismus und die große Opferwilligkeit und Opferfreudigkeit auch in seinem Lager. Aber die Erfüllung alles dessen, was auch dieser Stand sich ersehnt, liegt beschlossen im Kreuze unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus."

Der Lastenausgleich

„Der Lastenausgleich ist eines unserer schwersten Probleme, nicht so sehr als politische denn als sittlich-religiöse Frage. Sein Zweck und sein Ziel muß die Bemühung sein, allen denjenigen, die durch ein schweres Schicksal entwurzelt, losgelöst worden sind von Heimat, Besitz, Existenz, allen denen, die Opfer des Krieges unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geworden sind, allen denen, die als Heimkehrer aus langer Gefangenschaft vor dem Nichts stehen, die Grundlage für eine gesunde Existenz und für eine christliche Familiengründung zu schaffen. Dazu gehört eine wohlabgewogene Gesetzgebung, die freilich nicht umgehen kann, denjenigen, die noch Besitz gerettet haben, die noch ihre Existenz durchgerettet haben, Opfer aufzuerlegen, allerdings, ohne auf der anderen Seite die Gerechtigkeit zu verletzen und ohne einzugreifen in das Grundrecht des Privateigentums. Diejenigen, die opfern, aber sollen es tun im christlichen Gedanken: Einer trage des anderen Last."

Frieden und Einheit Europas

Der gelungene Lastenausgleich, so fuhr Dr. Hipp fort, ist die Grundlage für die Sicherung des inneren Friedens. Er ist unabtrennbar von der Sicherung des Friedens unter den Völkern. Im Namen dieser Friedensforderung wiederholte Hipp dann den Ruf nach der Freiheit für unsere noch in der Gefangenschaft schmachtenden Brüder und nach dem geeinten Europa. Gleichzeitig warnte er vor dem „getarnten Frieden", vor dem Geist der Lüge, der mit den Hoffnungen der Völker Falschmünzerei treibe.

Der Ruf nach Priestern

Auf den Gedanken zurückkommend, daß ein wiedergesundender Bauernstand unserm Volke wieder Priester schenken möge, betonte Dr. Hipp, daß die Sorge um den Priesternachwuchs eines der wichtigsten Anliegen eines Katholikentages sein müsse, der sich das Thema der religiös-sittlichen Besinnung gestellt habe. Vor allem bat er darum, man möge den Flüchtlingen und den gefährdeten Ostgebieten genug Priester geben.

Die von den Massen der Gläubigen in Passau und am Rundfunk mit Ergriffenheit aufgenommene, in ihrem Bekenntnis mutige Festrede hielt der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Aloys Hundhammer, über:

Das Allerheiligste Sakrament des Altars

Der Redner nahm die Berechtigung, hierüber zu sprechen, her aus dem allgemeinen Priestertum und der apostolischen Verantwortung, an der auch der Laie mitzutragen hat. Er rief die Laien auf zu einer aktiven Teilnahme am heiligen Meßopfer, in dem wir Christus begegnen und nach dem Willen der Kirche tätig mitwirken sollen. Als Ministrant beim Opfer dem Herrn zu dienen, ist etwas Größeres, als aus einem Geiste heraus Minister zu sein, der einem Redakteur eingab, zu schreiben: „Er ist Minister geworden und doch Ministrant geblieben." In ausgezeichneter Klarheit und großer Schlichtheit des Wortes legte Hundhammer im einzelnen dar, inwiefern die Sakramente und besonders dies Sakrament ein christliches Leben begründen und erst ermöglichen.

Dann allerdings müsse man auch daraus die Folgerungen ziehen und seinen eigenen Lebensbereich christlich gestalten. „Zu unserm Lebensbereich gehört auch, daß wir dort, wo uns Verantwortung und Einfluß übertragen ist, uns bemühen, die Unordnungen in der Welt, entstanden durch die Sünde, durch die Ordnungen Gottes zu überwinden. Wir setzen uns für die Einhaltung der göttlichen Ordnung der Dinge im Raum des öffentlichen Lebens ein nicht aus Machtdrang, nicht aus Fanatismus, sondern wir setzen uns dafür ein um der Ehre Gottes willen, um unseres Heiles willen, um des wahren Heiles, des Glückes unserer Mitmenschen willen, aus unserer Verantwortung für sie ... Wir sind die Hüter unserer Brüder ... Niemand hat ein Recht, sich dem Bösen gegenüber passiv zu verhalten."

„Unser Wollen, für das Gott uns die Freiheit der Entscheidung gegeben hat, muß bereit sein, sich von der Fülle der Gottesliebe ... aufnehmen zu lassen. Ist unsere Seele von diesem Denken erfüllt und unser Leben so

orientiert, dann gehen wir ruhig und sieghaft in jede Stunde hinein, mag sie auch noch so dunkel und sorgenvoll uns begegnen."
Worte der Begrüßung an die Versammlung richteten auch Bundeskanzler Dr. Adenauer und der Regens der Apostolischen Nuntiatur in Deutschland, Bischof Dr. Aloys Muench.
Bischof Muench wies, nachdem er der Festversammlung und der Stadt Passau seine Grüße entboten hatte, auf den marianischen Charakter des Katholikentages hin. Die Gottesmutter „geht uns voran mit dem Losungswort unseres Katholikentages: Suchet zuerst das Reich Gottes!" Er erinnerte daran, daß diese Mahnung auch der Sinn des Heiligen Jahres sei, daß sie auch den Weg zum wahren Frieden weise, den die Welt so sehr ersehne. Dann fuhr er fort:
„Man spricht so viel von Freiheit. Wahre Freiheit wird nie kommen, wenn wir sie nur vom menschlichen Wollen erwarten. Eine Freiheit, die glaubt, ohne Gott auszukommen, eine Freiheit, die meint, nicht an Gottes Gesetz gebunden zu sein, wird über kurz oder lang zur grausamsten Sklaverei. Wir haben das erlebt, wir erleben es täglich neu. Nur in Gott ist uns die Freiheit gesichert. Suchet zuerst das Reich Gottes!
Man spricht von Menschenrechten und Demokratie. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß dies alles leere Phrasen bleiben, solange nicht die Rechte Gottes und der Gotteskinder beachtet werden. Suchet zuerst das Reich Gottes!
Man spricht vom Frieden auf Erden. Aber denkt man denn auch daran, daß die Engel auf den Fluren von Bethlehem nicht nur gesungen haben: Frieden den Menschen auf Erden, — sondern zuerst: Ehre sei Gott in der Höhe? Beides gehört zusammen. Die Grundlage aber für den Frieden heißt: Gott die Ehre geben. Wundern wir uns also, daß eine Welt, die von Gott nichts mehr wissen will, die sich über Gottes Wort stolz hinwegsetzt, daß eine solche Welt friedlos ist und friedlos bleibt? Nein: Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit!
Man spricht so viel von sozialer Gerechtigkeit und von sozialem Frieden. Wenn man die zehn Gebote Gottes durchführen wollte, wenn man auf die sozialen Lehren der katholischen Kirche gehört hätte und ihre Durchsetzung im öffentlichen Leben nicht immer wieder vereiteln würde, dann müßte man nicht mehr vom sozialen Frieden reden. Dann hätten wir ihn. Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit!
Was sagen uns all diese Beispiele? Sie sagen uns eines: Nicht äußere Geschäftigkeit allein bringt uns das Heil, nicht die beste Organisation, nicht rastloses Hasten und verzweifeltes Mühen. Das Reich Gottes wird von innen gebaut: in der Stille einer heiliggehaltenen Ehe, in der liebevollen Erziehung durch eine fromme Mutter und einen treuen Vater, in der Ehrfurcht vor dem menschlichen Leib, in der Ehrlichkeit bei Handel und Verkehr, in der aufrichtigen opferfreudigen Liebe von Mensch zu Mensch, vor allem aber in einer frommen Liebe zu unserem Herrn und Gott.
Darum hat dieser Katholikentag mit Recht uns aufgerufen zur Innerlichkeit.
Wir brauchen heute einen zeitnahen Glauben. Ja. Unser Glaube ist immer zeitnahe. Damit er jedoch zeitnahe gekündet und zeitnahe gelebt werde, dazu muß er erst lebendig und ernst geglaubt werden.
Wir brauchen heute echte christliche Opferkraft und Entschlossenheit. Wir werden sie haben, wenn eine echte heilige Gottesliebe in uns glüht. Gottesliebe aber ist Gnade, die erbetet sein will. An den großen Wenden der Kirchengeschichte standen die großen Beter. In den gefahrvollsten Stunden stellten sich schützend vor die bedrohte Kirche die mutigen Blutzeugen Christi.
Meine Lieben! Wir stehen heute an einer Wende der Kirchengeschichte, wir erleben eine der gefahrvollsten Stunden für Christi Reich. O daß doch Gottes Erbarmen uns allen auch die Gnade verleihe, Beter zu sein, Zeugen und Bekenner seines Glaubens, Wahrer und Mehrer seines Reiches.
Suchet zuerst das Reich Gottes — und alles andere wird euch dazu gegeben werden!"
Nach dem Schlußwort des Bischofs von Passau hörte die Versammlung folgende, durch Handschreiben übermittelte

Botschaft Papst Pius' XII. an die deutschen Katholiken

Geliebte Söhne und Töchter des katholischen Deutschlands!

Ihr findet euch in wenigen Tagen zu eurer jährlichen Heerschau in der altehrwürdigen Bischofsstadt Passau ein. Mit Betonung sprechen Wir von der „altehrwürdigen Bischofsstadt". Die Stadt ist so alt wie das Christentum, wenn nicht noch älter. Das Bistum Passau schaut auf eine schon mehr als zwölfhundertjährige Geschichte zurück und kann sich rühmen, einstmals die spätere Kaiserstadt Wien in seinen Grenzen eingeschlossen zu haben. Die Stadt selbst wie das umgebende Land — Wir denken besonders an die herrlichen Ufer der Donau gen Regensburg zu — sind reich an Kirchen und anderen Stiftungen, wo lebendige Frömmigkeit und feinster Sinn für das Edle und Schöne sich zusammengetan haben, um Kulturwerke hohen Wertes zu schaffen, die heute um so kostbarer sind, als an vielen anderen Orten vergleichbares Kulturgut der Vernichtung durch den Krieg anheimfiel.
Es besteht jedoch kaum die Gefahr, daß die reiche Geschichte des Bodens, auf dem ihr tagt, euren Blick banne und der Vergangenheit so sehr verhafte, daß ihr die graue Wirklichkeit übersähet. Die beiden voraufgehenden Katholikentage in Mainz und Bochum mit ihren ausführlichen und umfassenden Entschließungen haben bewiesen, daß ihr euch eurer Gegenwartsaufgabe sehr wohl und sehr lebendig bewußt seid. Und wenn ihr dieses Jahr in ausgesprochen ländlicher Kultur tagt, so wißt ihr doch, daß auch auf dem Land sich die Verhältnisse von Grund aus geändert haben.
Aber ebenso seid ihr euch bewußt, daß ohne die befruchtenden Wasser des Gebets und des persönlichen Opfers die sorgsam gestreute Saat nicht Wurzel fassen und aufsprießen kann. Ihr seid euch bewußt, daß alle guten Ansätze verkümmern, daß alles Wollen und Tun wie gelähmt und wie tot bleiben muß, wenn nicht die Gnade Jesu Christi und das machtvolle Wehen des Heiligen Geistes Leben, Kraft und tiefgehende Wirkung verleihen. Ihr seid euch bewußt, daß, so notwendig Organisation ist, mit dem Organisieren allein noch nicht viel getan ist, daß das Entscheidende vielmehr der persönliche, fest im Glauben stehende und aus dem Glauben handelnde Christ ist.

Deshalb wolltet ihr die Tage in Altötting und Passau dem religiösen Leben und der inneren Erneuerung weihen. Es sollte ganz der Katholikentag des Heiligen Jahres, des Jahres der inneren Einkehr, des Gebets und der Buße sein. Wir loben euren Entschluß und möchten zu dessen Förderung euch drei Erwägungen ans Herz legen:

Deutschlands Geschick als Buße und Sühne für alle

1) Ihr könnt das Los, das euer Vaterland getroffen — Wir denken in erster Linie an die Millionen der Ostvertriebenen, wenn auch nicht an sie allein — seelisch nicht meistern, wenn ihr es nicht schaut in gläubigem Aufblick zur göttlichen Vorsehung. Was in den verflossenen Jahrzehnten, vor allem im letztverflossenen, vor sich gegangen, ist, hoch über allen wenn auch noch so sehr Antwort heischenden Fragen von Recht und Gerechtigkeit, eine jener Heimsuchungen Gottes, eine jener Abrechnungen, die auf die Geschichte und die Verstrickungen, auch die schuldbeladenen, ganzer Jahrhunderte zurückgreifen. Tragt euer Los in demütiger Hinnahme. Gebt ihm ein christliches Gepräge, indem ihr jenes Los von Gott entgegennehmt als Sühne, wenn nicht für eigene Schuld, so für die schwere, in ihren Auswirkungen erschütternd unheilschwangere Schuld anderer des eigenen Volkes und fremder Völker. Bleibt aber auch dabei nicht stehen. Schicksalswendungen solchen Ausmaßes sind, ganz unabhängig von dem Auf und Ab der weltlichen Geschichte eines Volkes, immer Heimsuchungen Gottes im eigentlichen Sinn des Wortes, also Zeiten weitgespannter Möglichkeiten für das Reich Gottes, Zeiten stärksten Anrufs der Wahrheit und Gnade an alle Kinder und Schichten des Volks, aber nicht ohne euer Zutun und euer Mitwirken, geliebte Söhne und Töchter. Und der Kern, die innere Kraft eures Mitwirkens möge die bereitwillige Hinnahme eures Loses sein, wie es der Herrgott gefügt hat und wie er es fügen wird, als Sühne, als Buße, als Opfer, aus dem, in Vereinigung mit dem Opfer Jesu Christi, eurem Volk und anderen Völkern Erbarmen, Segen und Heil werden möge, vielleicht auf Wegen, die euch augenblicklich unausdenkbar sind, die aber immer zum Guten führen werden; denn „die Gesamtheit dessen, was Gott geschaffen hat, lenkt und leitet Er durch seine Vorsehung, vom einen Ende zum anderen alles machtvoll erfassend und aufs beste anordnend. Liegt doch alles bloß, offen vor seinen Augen, auch die zukünftigen freien Handlungen seiner Geschöpfe“ (Conc. Vat. Sess. III, c. 1 = Denz. 1784. Cfr. Sap. 8, 1; Hebr. 4, 13).

Der Kampf gegen den Materialismus

2) Ihr habt auf das Programm eurer Tagung den Kampf gegen den Materialismus gesetzt. Der Materialismus ist fortschreitendes Abwerten und Absetzen des Übersinnlichen und Überirdischen, Geistigen und Religiösen bis zur ausgesprochenen Gottlosigkeit; er läßt nur gelten, was das Experiment, die Erfahrung der Sinne bestätigt, was mit Maß, Zahl und Gewicht erfaßbar ist. Die unerhörten, sich überstürzenden Entdeckungen der Naturwissenschaften, die in Wahrheit ebensoviele Offenbarungen Gottes sind, und die Fortschritte der Technik mißbraucht der Materialismus, um die Menschen zu blenden, daß sie das Übersinnliche, Übernatürliche und Ewige daneben übersehen und vergessen, und er erfüllt sich im Kult des „Stoffes“, des Leibes und der Leibeskraft, des Geldes und der Macht. Kaum eine Zeit hat so wie die gegenwärtige das Wort der Schrift wahr gemacht, daß alles in der Welt „Fleischeslust, Augenlust und Hoffart des Lebens“ ist (1 Jo. 2, 16). Die organisierte und in der Rüstung politischer Macht einherschreitende Gottlosigkeit wäre weniger gefährlich, wenn sie nicht als Rückhalt und Zukunftshoffnung alle die vielen für sich buchen könnte, die, ohne sich zu ihr zu bekennen, ja vielleicht vermeinend, noch gläubige Menschen und Christen zu sein, in der Wirklichkeit des Alltags ganz so leben, als ob es keinen Herrgott gäbe.

Einen Damm gegen den Materialismus zu bilden ist Aufgabe der Katholiken auf der ganzen Welt. Diese Aufgabe ist nicht hoffnungslos. Die Katholiken zählen gleichfalls nach Hunderten von Millionen und stellen auch eine Macht dar. Es ist nicht wahr und kann lediglich aus einseitiger, zu eng begrenzter Erfahrung erklärt werden, was vor kurzem geäußert wurde, daß nämlich die Katholiken nur noch zu einer nicht bedeutenden Minderheit mit innerer Freude ihrem Glauben anhangen. Die Erfahrung der Weltkirche ist eine andere. Und mit den Katholiken steht, Wir wagen es zu sagen, immer noch auf seiten Gottes die Mehrzahl der Menschen. Es gibt Länder, die gleichfalls nach Hunderten von Millionen zählen und deren Volk vor allem Religiösen eine Ehrfurcht hat, daß sie selbst manchen Katholiken beschämen könnte. „Gott ist der Herr auch unserer Zeit.“

Wenn wir an die Christen der ersten Jahrhunderte denken, so ist der Kampf gegen den Materialismus, vielleicht wie keine der Kirche inzwischen gewordene Aufgabe, jener vergleichbar, vor die sie sich gestellt sahen: die alte heidnische Weltanschauung und Lebensordnung zu überwinden. Wie damals verlangt ein solcher Kampf den vollen Einsatz des katholischen Menschen, den geistigen und sittlichen.

Die wahre Glaubenskenntnis

Den geistigen: Nur solche, die den katholischen Glauben wirklich erfaßt haben und seine Kenntnis dem Grad ihrer intellektuellen Reife entsprechend immer wieder vertiefen, denen der Glaube also persönliches Eigentum geworden ist, werden unter euren Verhältnissen sich und andere vor der Ansteckung durch den Religionsschwund bewahren. Das katholische Deutschland konnte sich seinerzeit der zuverlässigen religiösen Schulung rühmen, die es seinen Söhnen und Töchtern mit auf den Weg ins Leben gab. Laßt dies auch heute euer Stolz sein. Beachtet dabei ein Doppeltes: Haltet euch in dem, was ihr über die Welt des Religiösen sagt und schreibt, immer auf dem Weg, der durch die sichere katholische Glaubenslehre abgegrenzt wird. Nur so seid ihr geschützt vor Verirrung und vor dem Absturz in die Tiefe. Was sodann Glaube und Wissen angeht, ist erkenntnismäßig ein Widerspruch zwischen ihnen innerlich unmöglich. Die damit aufgeworfenen Fragen hat die katholische Wissenschaft eingehend behandelt und wird sie weiter eingehend behandeln. Nur sollen dann auch ihre Ergebnisse Gemeingut der Gläubigen, besonders jener der führenden Berufe werden. Alle, welche die Jugend in die Glaubenswahrheiten einführen; diejenigen, welche die zukünftigen Priester und führenden

Laien ausbilden; die Priester, die das Wort Gottes verkünden; endlich die Männer und Frauen des gesamten katholischen Schrifttums erinnern Wir eindringlich an die überaus schwere Verantwortung, die ihnen heute der Beruf der Glaubensverkündigung auferlegt.

Die richtige sittliche Wertung

Der Kampf gegen den Materialismus fordert den sittlichen Einsatz des katholischen Menschen. In den Schlußkapiteln seiner Briefe, da wo der Völkerapostel von der Praxis des christlichen Lebens spricht, stellt er an den gewöhnlichen Gläubigen Anforderungen, die für Heilige bemessen scheinen. Aber nicht allein die Größe der damals zu meisternden Aufgabe, schon das „Christsein" an sich verlangte eine solche Höhe des sittlichen Strebens. Das galt immer; nur hat der Kampf gegen den Materialismus die Gläubigen von heute besonders hellsichtig dafür gemacht. Ein jeder fühlt, daß er den Materialismus erst einmal in sich selber überwinden muß. In seinen Grundsätzen und in seinem Handeln, am Tag des Herrn wie im Alltag, im häuslichen Kreis wie im Beruf, allein wie in der Gemeinschaft und im öffentlichen Leben, ob ledig oder in der Ehe, in Vergnügen und Sport, beim Griff zur Presse, zur Illustrierten und zum Buch, beim Besuch der Bühne und des Films, immer und überall steht der Katholik unter dem Gebot Gottes und dem Gesetz Christi. Niemand kann ihn davon entbinden. Der Gegensatz gegen den Materialismus hat im Christen das Bewußtsein geschärft, daß Gott im Mittelpunkt alles Seins steht, Gott, der einzig unbedingte Wert, an dem alles Geschaffene zu messen ist. Wo der Christ dies unterläßt, hat er sich schon auf die Seite des Gegners gestellt.
Christ sein verlangt also gebieterisch Tugend und Opfer. Es hat sie immer verlangt, es verlangt sie aber heute ganz besonders, und nicht selten heroische Tugend und heroische Opfer. Wer den Kampf gegen den Materialismus aufnehmen will, darf vor dieser Tatsache, dieser Folgerung nicht einen Augenblick zurückschrecken.

Die Kraft des Gebets

3) Ihr habt, geliebte Söhne und Töchter, den diesjährigen Katholikentag eingetaucht in die begnadete Atmosphäre des Gebetes. Ihr habt gut daran getan. Denn wenn das, was heute vom katholischen Menschen verlangt wird, fast übermenschlich erscheint — das Gebetsleben gibt die Kraft, es zu meistern.
Die deutschen Katholiken haben sich immer ausgezeichnet durch Organisation und Leistung auf den verschiedensten Gebieten des kirchlichen Lebens. Mögen sie sich ebenso auszeichnen als ein Volk von Betern.
Wir rufen den Priestern zu: Betet. Betet mehr. Seid euren Gläubigen das Vorbild frommer Beter!
Wir rufen den Familien in Stadt und Land zu: Pflegt nach Vätersitte das Gebet im häuslichen Kreis! Es bringt Segen, stärkt den Glauben, schafft Gottesfurcht und Gottvertrauen, gegenseitige Ehrfurcht und Liebe und Starkmut in schweren Tagen.
Wir rufen eurer Jugend zu: Lernt beten — nicht nur in der Gemeinschaft, sondern ebenso jeder und jede für sich, damit ihr auch auf euch selbst gestellt in der Gefahr zu bestehen vermögt und auf jeden Ruf Gottes bereit seid.
Wir rufen den katholischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu: Tragt die Fragen und Schwierigkeiten, die zwischen euch liegen, auch im Gebet aus. Wir wissen, wie verwickelt die Verhältnisse oft liegen und wie schwer Lösungen zu finden sind. Aber Programme, Gesetze und Schiedssprüche allein schaffen überhaupt noch nicht den sozialen Frieden. Selbst hervorragende Arbeiterführer in anderen Lagern gestehen, daß er letztlich nur werden kann aus christlichem Geist und christlicher Liebe der Beteiligten auf beiden Seiten. Betet viel um diesen Geist und diese Liebe!
Euch allen rufen Wir zu: Hebt die Herzen und Hände zu Gott empor! Die Zukunft ist unsicher und dunkel. Betet, daß Gott in gnadenvoller Vorsehung alles zum Besten lenke.
Ihr habt eure Tagung unter den Schutz der Mutter Gottes von Altötting gestellt. Im segensvollen Zeichen ihres Gnadenbildes entfalten sich eure Beratungen am Gnadenort selbst und vollziehen sich eure Kundgebungen in Passau. In wehmütig froher Erinnerung gedenken Wir der Stunden, da Wir selbst am Altöttinger Gnadenaltar das heilige Opfer darbrachten und uns erbauten an der Inbrunst, mit der die frommen Pilger Maria ihre Hingabe erzeigten und ihre Bitten vortrugen.
Drei kostbare Güter haben Deutschlands Katholiken die Jahrhunderte hindurch besonders treu gehütet und gepflegt: den tiefen Glauben an das Heiligste Sakrament des Altares, die innige Verehrung der Gottesmutter und die lebendige Verbindung mit dem Stellvertreter Christi auf Erden, die jetzt im Heiligen Jahr wieder so selbstverständlichen Ausdruck gefunden hat. Mögen eure Priester sich der hohen Verantwortung bewußt bleiben, diese drei Quellen religiöser Kraft ihren Gläubigen in voller Reinheit und Stärke zu erhalten.
Als Unterpfand dessen erteilen Wir, den ganzen Reichtum der Gnade Jesu Christi und der mütterlichen Liebe Marias auf euch herabflehend, den in Passau anwesenden Oberhirten, Unseren Ehrwürdigen Brüdern, dem Klerus und den Gläubigen, allen Unseren Söhnen und Töchtern in deutschen Landen und eurem ganzen Volk aus der Fülle des Herzens den Apostolischen Segen.
15. August 1950.

Pius PP. XII.

Wenn uns einige Heilige geschenkt würden, würden die Dinge auch in Bewegung zu ihrer Gesundung kommen. Denn die Leistung der Heiligen: eminente Rühmung Gottes: ist sachlich übereinstimmend mit der echten Ordnung der Dinge.

Alfred Delp

Ökumenische Nachrichten

Weichenstellungen auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag

Der „Deutsche Evangelische Kirchentag 1950" in Essen, der von seinem Präsidenten D. Reinhold v. Thadden unter dem Thema „Rettet den Menschen" für die Mobilisierung der Laien geplant war, wurde von allen Beteiligten als eine ebenso ungewohnte wie gelungene Massenveranstaltung empfunden. Die kluge Führung des Rates der EKD machte diesen „evangelischen Volkskongreß" („Sonntagsblatt"), der ein „großes geistiges Potential" entfaltete („Christ und Welt"), zur Plattform einer politischen Predigt, vielleicht sogar einer innerpolitischen Weichenstellung. Jedenfalls hat er dazu beigetragen, ein allerseits bedauertes Minderwertigkeitsgefühl mancher protestantischer Kreise in ein ausgewogeneres Selbstbewußtsein zu überführen, „mit dem man in Zukunft stärker wird rechnen müssen, als man es bisher gewohnt war" („Christ und Welt").

Obwohl es vermieden wurde, die Laien mit der theologischen Grundlagenkrise bekanntzumachen, war die vierte Arbeitsgemeinschaft über die Frage der Glaubwürdigkeit der Kirche am meisten besucht, besonders von der männlichen Jugend. Noch in seinem Schlußwort im Essener Stadion ließ D. v. Thadden die Warnung vor einer Klerikalisierung als eine Fanfare erschallen. Die Entschließungen der Arbeitsgemeinschaften, die auf der Festversammlung veröffentlicht wurden, geben nur ein unvollkommenes Bild dessen, was die Menschen in den fünf Tagen gemeinsamer Aussprache, gemeinsamen Betens und Abendmahlbesuches erfüllt hat. Die Wunschparolen sind auf den Menschen konzentriert, seine Freiheit durch den Kampf gegen die Vermassung zu retten, durch mehr Arbeitsmöglichkeiten, bessere Wohnungen, ein maßvolleres Steuerwesen, vor allem durch das betriebliche Mitbestimmungsrecht. In der Arbeitsgemeinschaft „Rettet die Heimat" drohte es unter Führung des Flüchtlingsministers Pfr. Albertz und des Prof. Iwand, beides Vertreter des sozialistischen Flügels, zu revolutionärer Spannung zu kommen mit der Parole: „Sozialpolitik oder Aufrüstung". Die Entschließung dagegen forderte maßvoll Abbau der Rachegefühle und Gewährung aller erdenklichen Heimatrechte an die Vertriebenen. Die Arbeitsgemeinschaft „Rettet die Familie" setzte sich für sozialen Wohnungsbau, Siedelung und gerechte Lohnpolitik sowie für ein freiwilliges Jugendaufbauwerk ein. Der emotionale Charakter überwog bewußt die systematische Durcharbeitung dieser Parolen. In der Gesamtplanung bildeten sie mit den hinreißenden Chorälen, den Posaunenchören und Glockenklängen den Hintergrund für zwei Erklärungen des Rates der EKD vor den versammelten Massen. Die eine setzt das Friedenswort der Berliner Synode fort und präzisiert es in folgenden Sätzen:

„Jedes geordnete Staatswesen bedarf eines ausreichenden Polizeischutzes gegen die, die Ordnung und Frieden zu untergraben versuchen, und wer sich als Christ in seiner Verantwortung vor Gott gedrungen weiß, in den Dienst dieser Aufgabe zu treten, darf sich dabei eines guten Gewissens trösten. Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir nicht das Wort reden, weder was den Westen noch was den Osten anlangt. Die Pflicht der Kirche kann es immer nur sein, die schwergerüsteten Mächte der Welt wieder und wieder zu bitten, dem heillosen Wettrüsten ein Ende zu machen und friedliche Wege zur Lösung der politischen Probleme zu suchen. In jedem Falle aber muß derjenige, der um seines christlichen Gewissens willen den Dienst mit der Waffe verweigert, die Freiheit haben, sein Gewissen unverletzt zu erhalten." Aus Korea wird die Lehre gezogen, daß die willkürliche Aufspaltung eines Landes die Ursache zum Kriege wird und daß ihr daher endlich auch in Deutschland ein Ende bereitet werden sollte.

Die andere, durch einen offiziösen Kommentar als bewußte Antithese gegen die Entscheidung Papst Pius' XII. gekennzeichnete Erklärung fordert das abgestufte Mitbestimmungsrecht der Arbeiter als betriebliche Selbstverwaltung für soziale, betriebstechnische, persönliche und wirtschaftliche Entscheidungen, empfiehlt aber auch die überbetriebliche Einschaltung der Gewerkschaften. In dieser Erklärung kommt die Idee einer „verantwortlichen Gesellschaft" zum Ausdruck, wie sie in der III. Sektion der Weltkirchenversammlung von Amsterdam vertreten wurde.

Die Gestaltung des Kirchentages, der unter Beteiligung von Vertretern der katholischen Kirche stattfand und auch den Bundeskanzler als Gast sah, wahrte im Sinne des Präsidenten den Gedanken christlicher Solidarität.

„Das Heil und das Wohl." Eine Warnung Asmussens

Die Probleme der Berliner Friedenssynode und des Essener Kirchentages, die Sorge evangelischer Kreise um die politische Gerechtigkeit, um das „Wohl" des Menschen, gaben Propst Asmussen Anlaß zu einer ernsten Warnung in der „Evang. Luth. Kirchenzeitung" vom 15. August. „Die Kirche würde besser tun, sich mit dem Leid der Menschen überhaupt nicht zu befassen, solange eine Gefahr besteht, daß das Leid der Erde das Wissen um den Zorn Gottes ersticken und verdecken kann. Und diese Gefahr besteht heute . . .", heißt es in diesem Aufsatz. „Es ist ein hartes aber wahres Urteil, daß die Kunst des Seligwerdens der evangelischen Christenheit uninteressant geworden ist . . . Man pflegt gerne von der Rechtfertigung des Gottlosen zu sprechen . . . mit reformatorischen Formeln, deren Bekenntnisgemäßheit nur schwer in Frage gestellt werden kann." Mit diesen Formeln werde dann ein öffentliches Handeln gerechtfertigt. Aber hier werde ein Irrtum begangen. Er bestehe darin, „daß wir an der falschen Stelle von der freien Gnade Gottes reden. Wir reden nämlich davon als von einer Selbstverständlichkeit und verdammen die Römer, weil sie dieser Selbstverständlichkeit ihre Zustimmung nicht zu geben vermögen. Wir reden davon, als sei die reformatorische Botschaft von der Rechtfertigung etwas, was man in ähnlicher Weise einholen kann wie die Kopernikanische Entdeckung . . . Aber Luthers Erkenntnis war aus einer Not heraus geboren. Was man heute landläufig von der Rechtfertigung weiß, ist eine Sache ohne Not . . . Luther war beherrscht von der Frage nach der Gerechtigkeit, die vor Gott gilt. Wir sind beherrscht von der Frage, wie auf Erden Gerechtigkeit entstehen kann. Wir müssen uns die unangenehme Wahrheit sagen lassen, daß in der katholischen Kirche die Frage nach dem Heil aktueller ist als bei uns. Daher kommt bei allen Wohlfahrtschristen eine neuerwachende Animosität gegen Rom, die wir kaschieren mit unserer Bekenntnistreue, in welcher wir ‚die

Werkerei' ablehnen. Wir haben alle Ursache, uns von Rom sagen zu lassen, daß das irdische Leben sich auch dann lohnt, gelebt zu werden, wenn ein politischer Friede nicht da ist, wenn soziale Gerechtigkeit nicht herrscht, wenn das Recht der Nationen ebenso mit Füßen getreten wird wie das Recht der Menschheit. Rom hat bei aller Neigung zum Politisieren immer noch das Korrektiv des Mönchtums; und die Frage des Mönchtums war es, aus der Luthers Verkündigung erweckt wurde. Wir haben diese Frage vergessen. In scheinbarer Bekenntnistreue absolvieren wir uns selber von ihr, und darum nützen uns alle unsere bekenntnistreuen Formulierungen überhaupt nichts." Asmussen wirft den Theologen vom „Typ wie Niemöller" vor: „Wir erleben in der heutigen evangelischen Kirche — und nicht nur in Deutschland — eine neue sublimere Form des Chiliasmus." Darum seien leibliche Auferstehung, Hölle und Gericht uninteressant und zu bloßen „Mythen" geworden. Asmussen ruft dazu auf, daß alle diejenigen miteinander Fühlung nehmen, „die vordringlich am Heil und erst deshalb an der Wohlfahrt der Menschen interessiert sind".

„Entweder — oder"

Während der Abwesenheit des evangelischen Bischofs D. Otto Dibelius im Ausland veröffentlichte „Die Kirche", die Wochenzeitung seines Amtsbereiches, in ihrer Berliner Ausgabe einen zugespitzten Artikel gegen die Una-Sancta-Bewegung unter dem Titel: „Entweder—oder. Zum Frieden der Konfessionen" (13. Aug.). Es verlautet, diese Stellungnahme werde zu Unrecht Bischof Dibelius zugeschrieben. In der Tat würde manches darin die Linie in Frage stellen, die erst die Berliner Synode der EKD mit ihrer Bestätigung der interkonfessionellen Theologengespräche unter Leitung des lutherischen Landesbischofs D. Wilhelm Stählin und des Erzbischofs von Paderborn, Dr. Lorenz Jaeger, gezogen hat (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, Heft 4, S. 398/99). Der Aufsatz beginnt mit einer lobenden Erwähnung der Tatsache, daß sich „die katholische und die evangelische Kirche in Deutschland gegenwärtig so nahe stehen, wie man es noch vor einem Menschenalter für unmöglich gehalten hätte". Diese Annäherung sei nicht wie im Zeitalter der Aufklärung aus dogmatischer Gleichgültigkeit, sondern aus vertiefter Gläubigkeit erwachsen; sie „ist echt, und darum wird sie bleiben". Sie bestehe aber wesentlich in einer Annäherung der einzelnen Christen und in praktischer Zusammenarbeit der Kirchen. Wenn deutsche Neigung zu grundsätzlichen Lösungen daraus Versuche in Richtung auf „Unionen" oder „Annäherungen theologischer Art" mache, wie es in der Una-Sancta-Bewegung geschehe, so sei das auch nach evangelischer Auffassung ein Irrweg, der zum Scheitern verurteilt ist. „Hier gilt die Wahrheitsfrage, und da gibt es kein Sowohl—als auch, sondern nur ein Entweder—oder. Entweder wird das evangelische Christentum das katholische überwinden oder umgekehrt. Wittenberg und Rom können nicht zusammenkommen ... Jeder ist sich seines Standortes bewußt und sieht im anderen den Bruder. Er beklagt es, daß der andere nicht zu der Wahrheit gefunden hat, die für ihn die Lösung aller Fragen bedeutet. Er läßt sich nicht irre machen in seiner eigenen Haltung und in der Bekämpfung der des anderen. Aber er vergißt, wie es Spener einmal ausgedrückt hat, über dem ‚Haß der Sache' nicht die ‚Liebe der Person' ..." (Diese Charakteristik des evangelischen Standpunktes verschweigt freilich die von evangelischen Theologen dargelegte Grundlagenkrise evangelischen Kirchentums, die sich auch in der ökumenischen Bewegung ausdrückt.) Der Aufsatz der „Kirche" geht sodann zu einem praktischen Teil über, schildert die Unterdrückung der Protestanten in Italien und in Spanien und appelliert an das Verständnis der deutschen Katholiken, für die Abstellung dieser mit brüderlicher Liebe unvereinbaren Zustände einzutreten. Diese Gedanken erscheinen als eine direkte und wohlüberlegte Auswirkung der Resolution des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates in Toronto zur Frage der Religionsfreiheit.

Eine sehr viel schärfere Variation des „Entweder—oder", die in diesem Augenblick schwere Entscheidungen anzeigt, intoniert ein enger Mitarbeiter von Präsident Niemöller, K. A. Steck, in der „Stimme der Gemeinde", dem Organ der „Bekennenden Kirche". Im Septemberheft schließt der zwölfte Artikel einer allmonatlichen Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche mit dem Wunsch, „die innere Katholisierung der protestantischen Kirchen" möchte noch einmal aufgehalten werden, und behauptet, angesichts der römischen Kirche werde das Urteil Luthers verständlich und nötig, „daß hier nicht mehr Kirche Christi, sondern Kirche des Antichrist vor uns steht". — Das war nicht immer die Meinung der „Bekennenden Kirche"!

Zur Ekklesiologie des Ökumenischen Rates

Der volle Wortlaut des Dokumentes über „Die Kirche, die Kirchen und der Weltkirchenrat", das der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates in Toronto nach schwierigen Debatten „entgegennahm" und zum Studium „in den Kirchen empfiehlt", vermeidet bewußt einen für die Kirchen verbindlichen Charakter. Ein Rechenschaftsbericht über dieses Thema von Rev. Oliver Tomkins, dem Generalsekretär von „Faith and Order", in „Christian Century" (9. August) gestattet eine Durchleuchtung dieser kritischen Phase, die das ökumenische Gespräch jetzt durchmacht. Wie im letzten Heft der „Herder-Korrespondenz" berichtet, war es notwendig geworden, die vielseitige grundsätzliche Kritik an Form und Methode des Ökumenischen Rates durch eine ekklesiologische Denkschrift zu bereinigen. Es ist nun durch den Bericht von Harold E. Fey über Toronto in „Christian Century" vom 26. Juli bekannt geworden, daß führende Vertreter der kongregationalistischen Gruppen, auch der Vorsitzende der Studienkommission, Henry van Dusen, dem Dokument einen stärkeren Zug zur Einheit geben wollten. Das veranlaßte den orthodoxen Vertreter, Prof. Georges Florovsky vom russisch-orthodoxen Seminar in New York — einer der wenigen orthodoxen Theologen, die sich noch an der Arbeit des Ökumenischen Rates beteiligen — seinen Rücktritt anzudrohen. (Vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 3, Heft 11, S. 498 f. und Heft 12, S. 547.)

Die Krise brach an Absatz IV, 4 des dritten Entwurfes auf: „Die Gliedkirchen des Ökumenischen Rates anerkennen sich gegenseitig nicht notwendig als wahre, gesunde oder vollkommene Kirchen, aber sie betrachten die Beziehung anderer Kirchen zur Una Sancta als eine Frage wechselseitiger Erwägung." Diese harte Leugnung der Lehre der orthodoxen Kirchen, die sich für die

vollkommene Kirche Christi halten, zugunsten einer ungreifbaren Idee der „Una Sancta" war für ihre Vertreter und wohl auch für Delegierte anderer Gemeinschaften untragbar und wurde als Widerspruch zu dem Geist brüderlichen Einvernehmens unter der „von Christus geschenkten Gabe der Einheit" angesehen. Man einigte sich schließlich auf diese Formel: „Die Gliedkirchen des Ökumenischen Rates betrachten die Beziehungen anderer Kirchen zu der Heiligen Katholischen Kirche, welche die Glaubensbekenntnisse bezeugen, als einen Gegenstand wechselseitiger Erwägung. Dennoch schließt die Mitgliedschaft nicht in sich, daß jede Kirche die andere Gliedkirche als Kirche im vollen und wahren Sinne des Wortes anerkennen muß." Unter IV, 5 heißt es dann: „Die Gliedkirchen erkennen in anderen Kirchen Elemente der wahren Kirche. Sie meinen, daß diese gegenseitige Anerkennung sie verpflichtet, in ein ernstes Gespräch miteinander einzutreten in der Hoffnung, daß diese Elemente der Wahrheit zur Anerkennung der vollen Wahrheit und zur Einheit in der vollen Wahrheit führen werden."

An Rom gemessen

Bemerkenswert ist, daß die Denkschrift sich an zwei Stellen an der römischen Kirchenlehre mißt. In den Dokumenten von Amsterdam wurde die Enzyklika „Mystici Corporis" als nicht vorhanden betrachtet. In III, 5 heißt es nun, der Ökumenische Rat falle nicht unter den in „Mystici Corporis" erwähnten Irrtum einer spirituellen Auffassung von Einheit der Kirche, die man nicht sehen und berühren könne. Zwar gehörten zum Ökumenischen Rat Kirchen, die daran glauben, daß die Kirche und ihre Einheit wesentlich unsichtbar sei. Der Ökumenische Rat als solcher aber „steht für die Einheit", in ihm werde sie sichtbar! Unter IV, 3 wird festgestellt, daß „alle christlichen Kirchen, einschließlich der Kirche von Rom" daran festhalten, es bestehe keine völlige Identität zwischen der Zugehörigkeit zur Allgemeinen Kirche und der Zugehörigkeit zu ihrer eigenen Kirche.

Eine vollständige Analyse dieses umfangreichen Dokuments würde in der Tat, mit Oliver Tomkins zu reden, eine Anhäufung von Paradoxien ergeben, die um so erschütternder wirken, weil offensichtlich die ganze Weisheit der Führung des Ökumenischen Rates darauf verwendet werden muß, alle Präzisionen der Wahrheit zu vermeiden und die Fleischwerdung des Wortes durch möglichst unbestimmte „eschatologische" Fiktionen zu ersetzen, von denen Tomkins ehrlich schreibt, sie seien für die Griechen „barer Unsinn". Als Ganzes gleicht daher der Ökumenische Rat in seiner gegenwärtigen Verfassung einer adäquaten Darstellung des kongregationalistischen Kirchenbegriffes der „versammelten Gemeinde", die Einheit und Glaubwürdigkeit im „Ereignis" der Wortverkündigung sucht.

Die Lage in der russischen Auslandskirche

In den verworrenen Verhältnissen der russischen Kirche in der Emigration, auf die wir unsere Leser mehrfach hingewiesen haben (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., Heft 3, S. 135 ff., Heft 11, S. 514 ff.), scheint sich auf allen Seiten eine gewisse Entspannung der bisher recht intransigenten Polemik anzubahnen. Man hat den Eindruck, daß sich die Emigrationskirche bereits auf künftige Ereignisse einzustellen beginnt, durch welche sie wieder in eine unmittelbare Konfrontierung mit der Heimatkirche und den Gläubigen in der Heimat geraten könnte. Sie wäre natürlich nur durch vorherigen Zusammenschluß aller ihrer Gruppierungen in die Lage versetzt, einer solchen Begegnung wirksam entgegenzutreten. Bereits die Ereignisse in Korea haben die Notwendigkeit einer einheitlichen russisch-orthodoxen Jurisdiktion auf antibolschewistischer Seite gezeigt, die im Namen der *gesamten* russischen kirchlichen Emigration sprechen könnte. Statt dessen trat eine der vielen Splittergruppen auf (die nordamerikanische russische Metropolie), die von der Propaganda des Moskauer Patriarchats mit leichter Hand als „schismatisch" und im Dienste des amerikanischen Kapitalismus stehend abgetan werden konnte (vgl. Herder-Korrespondenz, 4. Jhg., Heft 11, S. 495 f.).

Nach dreißig Jahren Emigrantenleben machte sich ein akuter Mangel an qualifizierten höheren Kirchenführern bemerkbar. Die Reihen der niederen Geistlichkeit konnten dagegen durch die „zweite Emigration" der letzten Jahre mit zahlreichen guten Priestern aufgefüllt werden. Nur wenige Bischöfe der alten russischen Kirche mit der alten Akademie-Bildung sind noch am Leben. Der Vorsitzende des in München residierenden Synods, Metropolit Anastasius, ist 77 Jahre alt, ebenso der russische Exarch des Patriarchen von Konstantinopel in Paris, Metropolit Wladimir. In hohem Alter starben im Juli dieses Jahres Metropolit Theophil, das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Metropole in Nordamerika, und im September Metropolit Seraphim, der in München-Solln residierende Metropolit von Deutschland. Das Ausscheiden anderer hoher Würdenträger durch Krankheit und Überalterung steht bevor. Die Situation verlangt den Zusammenschluß der verschiedenen Jurisdiktionen unter der Führung der wenigen noch verbleibenden hochqualifizierten Bischöfe.

Anläßlich des Todes des Metropoliten Theophil fanden zahlreiche gemeinsame Gottesdienste der Geistlichkeit der verschiedenen Richtungen statt, und der Vertreter des Münchener Synods in den USA, Erzbischof Vitalij, erließ einen sehr versöhnlich gehaltenen Aufruf zur Vereinigung der gesamten russischen Kirche in Nordamerika und Kanada.

Nachdem die Pariser Gruppe (Jurisdiktion des Patriarchen von Konstantinopel) auf ihrer letzten Eparchialversammlung eine verstärkte Tätigkeit zur Vereinigung der Jurisdiktionen begann, ergriff nun auch Metropolit Anastasius die Initiative und bereiste in diesem Jahre ganz Westeuropa, wobei er die wundertätige Ikone der Mutter Gottes von Kursk mit sich führte. Das Erscheinen dieses großen Nationalheiligtums stärkte schon immer unter den gläubigen Russen das Gefühl ihrer Gemeinsamkeit im Glauben und ihrer gemeinschaftlichen Zugehörigkeit zu einer Kirche (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., Heft 8, S. 357).

Während seines Aufenthaltes in der Schweiz wurde Metropolit Anastasius vom Metropoliten Wladimir (Paris) aufgesucht. Die Zusammenkunft beider Hierarchen war seit langem geplant und diente der Aussprache über die Möglichkeiten einer Wiederherstellung der kirchlichen Einheit. Offizielle Angaben über das Ergebnis der Zusammenkunft wurden bisher nicht ge-

macht, jedoch wird der versöhnliche Geist, in dem die Verhandlungen geführt wurden, erwähnt.

Entsprechend der neu erwachten Aktivität der gesamten russischen Auslandskirche weist das ganze Bild der russischen Emigration eine ideologische und politische Belebung auf. Besonders aktiv treten die russischen „Solidaristen" in den USA und in Deutschland auf. Ihr Beitrag zur russischen Geistigkeit in der Emigration besteht vor allem in der Überwindung des überalterten konservativ-monarchistischen Standpunktes im Namen eines auf personalistischer Grundlage stehenden „Solidarismus" in Politik und Wirtschaft, unter gleichzeitiger schärfster Ablehnung aller liberalen und marxistischen Richtungen. Diese scharf antibolschewistische Gruppe führt bereits den revolutionären Kampf in der Sowjetunion, vor allem in den Reihen der sowjetischen Besatzungstruppen. An dem kürzlich in Berlin abgehaltenen Kongreß für kulturelle Freiheit nahmen ihre Vertreter teil. Ihre Stellung zum Christentum ergibt sich aus der Forderung nach Aufrichtung eines personalistischen Menschenbildes auf der Grundlage der christlichen Ideen eines Dostojewskij, Solowjow, Berdjajew usw. Von kirchlicher Seite wird ihnen der Vorwurf zu geringer Kirchlichkeit gemacht; für den orthodoxen Institutionismus und Sakramentalismus ist freilich die solidaristische Ideologie zu „philosophisch". Die Solidaristen selbst kennzeichnen ihre Stellung zur Kirche derart, daß zwar ihr Ausgangspunkt nicht die Kirche sei, aber daß sie zur Kirche streben. Jedenfalls bezeichnete Metropolit Anastasius die Neubelebung der russischen Emigration durch die solidaristischen Ideen als eine positive Erscheinung.

So verliert die russische Kirche auch in der Emigration nicht die lebendige Berührung mit dem nationalen russischen Gedanken und seinen Äußerungen in Politik und Wirtschaft. Das kann entscheidend werden für die Rolle, die sie noch zu spielen haben wird — eine Rolle, deren Gewicht und deren Auswirkungen heute noch gar nicht abzusehen sind.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Die Enzyklika „Humani generis"

Unter dem Datum des 12. August 1950 hat Papst Pius XII. ein Rundschreiben an die „Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe, Bischöfe und die anderen Oberhirten" der ganzen Welt gerichtet, das eines der wichtigsten Lehrstücke dieses Pontifikates ist. Wir geben die Enzyklika im vollen Wortlaut der vom Vatikan herausgegebenen deutschen Übersetzung wieder (die Zwischenüberschriften stammen von der Schriftleitung):

PAPST PIUS XII.
an die Ehrwürdigen Brüder
die Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe, Bischöfe
und die andern Oberhirten
die in Frieden
und Gemeinschaft mit dem Apostolischen Stuhle leben,

ÜBER EINIGE FALSCHE ANSICHTEN, DIE DIE GRUNDLAGEN DER KATHOLISCHEN LEHRE ZU UNTERGRABEN DROHEN.

Ehrwürdige Brüder,
Gruß und Apostolischen Segen!

Die Uneinigkeit der Menschen in Dingen der Religion und Moral wie auch ihr Abirren von der Wahrheit war von jeher für alle Guten, besonders die gläubigen und aufrechten Söhne der Kirche der Grund und die Ursache allertiefsten Schmerzes. Heute gilt das ganz besonders, da Wir überall Angriffe gegen die Grundlagen der christlichen Kultur wahrnehmen.

Die Irrtümer außerhalb der Kirche

Es wundert Uns zwar nicht, daß eine solche Uneinigkeit und solche Irrtümer sich immer außerhalb der Kirche Christi fanden; denn wenn auch der menschliche Verstand mit seinen natürlichen Erkenntniskräften an sich zur wahren und sicheren Erkenntnis des einen persönlichen Gottes, der durch seine Vorsehung die Welt schützt und regiert, sowie des Naturgesetzes, das der Schöpfer in unser Herz legte, kommen kann, so bestehen doch für ihn nicht wenige Hindernisse, von seiner ursprünglichen Fähigkeit einen wirklich fruchtbaren Gebrauch zu machen; denn alle Dinge, die sich auf Gott beziehen und das zwischen Gott und den Menschen bestehende Verhältnis angehen, ruhen in Wahrheiten, die die Welt der Sinne überragen. Diese verlangen vom Menschen die Eigenhingabe und Selbstverleugnung, wenn sie auf die Lebensführung Einfluß gewinnen und sie bestimmen.

Der menschliche Verstand wird in der Erkenntnis solcher Wahrheiten behindert durch die Gewalt der Sinne und der Einbildungskraft wie auch durch die verkehrten Leidenschaften, die ihren Ursprung in der Erbsünde haben. Darum reden sich Menschen in diesen Dingen gerne ein, es sei das falsch oder zweifelhaft, was sie nicht wahr haben möchten.

Darum muß gesagt werden, daß die göttliche „Offenbarung" moralisch notwendig ist, damit, was in Fragen der Religion und der Sitten dem Verstand an sich nicht verborgen ist, auch bei dem gegenwärtigen Zustande des Menschengeschlechtes, von allen leicht, mit fester Gewißheit und ohne jeglichen Irrtum erkannt werden kann[1].

Ja, zuweilen kann der menschliche Verstand Schwierigkeiten haben bei der Bildung eines sicheren Urteils der „Glaubwürdigkeit" um den katholischen Glauben selbst, obwohl so zahlreiche und wunderbare Zeichen von Gott kamen, auf Grund derer schon in der Kraft des natürlichen Verstandes der göttliche Ursprung der christlichen Religion sicher bewiesen werden kann. Der Mensch kann ja, entweder durch Vorurteile verleitet oder durch Leidenschaft und schlechten Willen angestachelt, sowohl die Evidenz der äußeren Zeichen leugnen, die feststeht, wie

[1] Conc. Vat., D.-B. 1876, Const. De Fide cath., cap. 2, De revelatione.

auch den übernatürlichen Einflüsterungen widerstehen, durch die Gott zu unseren Herzen spricht.

Wer heute die Welt außerhalb der Hürde Christi beobachtet, kann leicht die Hauptwege erkennen, die nicht wenige Gelehrte wählten. Einige lassen unklug und urteilslos die sogenannte Entwicklungslehre, die auf dem eigenen Gebiet der Naturwissenschaften noch nicht sicher bewiesen ist, für den Ursprung aller Dinge zu und verlangen sie; vermessentlich huldigen sie der monistischen und pantheistischen Auffassung, daß das Weltall einer ständigen Entwicklung unterworfen sei. Die Freunde des Kommunismus aber benützen mit Freuden diese Ansicht, um ihren „dialektischen Materialismus" wirkungsvoller zu verteidigen und zu verbreiten, wobei sie jeden Gedanken an Gott aus den Herzen entfernen.

Die Behauptungen dieser Entwicklungslehre, die alles, was absolut fest, unveränderlich ist, leugnet, haben dem Irrtum einer neueren Philosophie, die mit dem „Idealismus", „Immanentismus" und „Pragmatismus" wetteifert und sich „Existenzialismus" nennt, die Wege bereitet; er kümmert sich nicht um das unveränderliche Wesen der Dinge und wendet seine Aufmerksamkeit nur der „Existenz" der Einzelgegenstände zu.

Dazu kommt noch ein falscher „Historizismus", der nur auf das Geschehen im menschlichen Leben achtet und die Grundlagen jeder Wahrheit und jedes allgemein gültigen Gesetzes vernichtet, sowohl für die Philosophie wie auch für die christlichen Glaubenssätze.

Bei einer solchen Verwirrung der Meinungen tröstet es Uns ein wenig, zu sehen, daß solche, die in den Grundsätzen des „Rationalismus" erzogen wurden, heute nicht selten zu den Quellen der göttlichen Offenbarung zurückzukehren wünschen und das Wort Gottes, das in der Heiligen Schrift enthalten ist, als Grundlage der Theologie anerkennen und verkünden. Zugleich aber ist es zu beklagen, wie nicht wenige von ihnen, je fester sie dem Worte Gottes anhängen, desto mehr die menschliche Vernunft herabsetzen, und je höher sie in ihrer Begeisterung die Autorität der göttlichen Offenbarung erheben, desto heftiger das Lehramt der Kirche verachten, das Christus der Herr einsetzte, um die von Gott geoffenbarten Wahrheiten zu bewahren und zu erklären. Das steht aber nicht nur in offenem Widerspruch zur Heiligen Schrift, sondern erweist sich auch in der Erfahrung als falsch; häufig nämlich beklagen sich diese, die sich von der wahren Kirche getrennt halten, über ihre eigene Uneinigkeit in dogmatischen Fragen, so daß sie gegen ihren Willen die Notwendigkeit des lebendigen Lehramtes bezeugen.

Pflichten und Gefahren der katholischen Denker angesichts der modernen Irrtümer

Es ist aber Pflicht der katholischen Theologen und Philosophen, die die große Aufgabe haben, die göttliche und menschliche Wahrheit zu verteidigen und den Herzen der Menschen einzupflanzen, diese mehr oder weniger vom rechten Weg abirrenden Ansichten zu kennen und zu beachten. Ja, diese Lehrmeinungen selbst sollen ihnen gut bekannt sein, weil schon Krankheiten nicht gut geheilt werden können, wenn sie nicht richtig erkannt sind, dann auch weil in falschen Ansichten häufig ein Körnchen Wahrheit liegt; endlich auch drängen diese dazu, bestimmte philosophische und theologische Wahrheiten eifriger zu untersuchen und durchzudenken.

Wenn unsere Philosophen und Theologen aus der gründlichen Untersuchung dieser Lehren nur solche Früchte suchen wollten, hätte das kirchliche Lehramt keinen Grund, Einspruch zu erheben. Aber wenn Wir auch wissen, daß die katholischen Lehrer sich im allgemeinen vor diesen Irrtümern hüten, so fehlt es doch heute, wie in den apostolischen Zeiten, nicht an solchen, die allzusehr das Neue suchen oder aber auch fürchten, in den Dingen des wissenschaftlichen Fortschritts für unwissend gehalten zu werden, und darum sich der Leitung des heiligen Lehramtes zu entziehen trachten; so laufen sie Gefahr, sich unmerklich von den geoffenbarten Wahrheiten zu entfernen und auch andere mit sich in den Irrtum zu ziehen!

Es zeigt sich auch eine andere Gefahr, die um so größer ist, als sie mehr vom Anschein der Tugend verhüllt ist. Viele, die den Zwiespalt und die Verirrung der Geister betrauern, lassen sich von einem unklugen Eifer treiben, von ihrem Innern drängen und brennen in unüberlegter Begierde, die Umzäunungen zu entfernen, durch die gute und aufrechte Menschen voneinander getrennt sind; sie geben sich einem solchen „Irenismus" hin, daß sie unter Beiseitesetzung der trennenden Fragen nicht nur auf den Atheismus schauen, den sie mit vereinten Kräften bekämpfen, sondern auch auf die Beseitigung der Gegensätze in den Glaubenslehren. Und wie es eine Zeit gab, da sich manche fragten, ob nicht die herkömmliche Apologetik mehr ein Hindernis sei, die Seelen für Christus zu gewinnen, so fehlt es auch heute nicht an solchen, die so weit zu gehen wagen, daß sie ernstlich die Frage vorlegen, ob nicht die heutige Theologie und ihre Methode, die von der kirchlichen Autorität gebilligt werden, nicht nur vervollkommnet, sondern ganz reformiert werden müßten, damit das Reich Christi auf der ganzen Welt, unter Menschen jeder Kultur und jeder religiösen Anschauung wirkungsvoller verbreitet werden könne.

Wenn diese nur die Absicht hätten, durch Einführung irgendeiner Neuerung die kirchliche Lehre und ihre Methode den modernen Verhältnissen und Anforderungen anzupassen, gäbe es kaum einen Grund zur Besorgnis; aber in dem unklugen Übereifer ihres „Irenismus" halten anscheinend einige auch die Dinge für Hindernisse der brüderlichen Verständigung, die auf den Gesetzen und Grundsätzen Christi und den von ihm gegründeten Einrichtungen selbst beruhen oder die als Bollwerk und Stütze des unversehrten Glaubens dastehen; wenn diese fallen, dann ist zwar alles geeint, aber nur zum allgemeinen Ruin.

Moderne Ansichten dieser Art, ob sie nun aus der traurigen Sucht nach Neuerungen hervorgehen oder einen lobenswerten Grund haben, werden nicht immer in der gleichen Abstufung, derselben Deutlichkeit oder den gleichen Ausdrücken vorgelegt, auch nicht immer unter einmütiger Zustimmung ihrer Urheber; denn was heute von einigen mit gewissen Einschränkungen und Unterscheidungen, in mehr verdeckter Weise gelehrt wird, das bringen morgen andere, die weniger zurückhaltend sind, offen, in übertriebener Weise vor; und zwar zum Ärgernis für viele, besonders für den jüngeren Klerus, und zum Schaden der kirchlichen Autorität. Was bei Veröffentlichungen in Buchform mit mehr Vorsicht behandelt wird, das wird offener vorgestellt in privat verbreiteten Schriften, in Vorlesungen und Besprechungen. Diese Auf-

fassungen finden ihre Verbreitung nicht nur beim Welt- und Ordensklerus und in den Seminarien, sondern auch in Laienkreisen, besonders bei den Jugenderziehern.

Die Gefahr der Verwässerung des Dogmas

In der Theologie aber gehen einige darauf aus, den Begriff der Dogmen möglichst abzuschwächen; das Dogma selbst möchten sie von der in der Kirche seit langem üblichen Ausdrucksweise und den Begriffen der katholischen Philosophie freimachen, um bei der Erklärung der katholischen Lehre zu den Formulierungen der Heiligen Schrift und der heiligen Väter zurückzukehren. So hoffen sie, daß das Dogma, gereinigt von allen Bestandteilen, die nach ihren Worten äußerliche Bestandteile der göttlichen Offenbarung sind, zu einem fruchtbaren Vergleich kommt mit den Glaubenssätzen der von der Kirche Getrennten, um dann so den Weg zu finden, das katholische Dogma und die von ihm abweichenden Ansichten einander anzugleichen.

Haben sie dann die katholische Lehre zu diesem Stand gebracht, so glauben sie, werde der Weg bereitet, auf dem den modernen Bedürfnissen entsprechend das Dogma auch in den Begriffen der heutigen Philosophie ausgedrückt werden könne, ganz gleich ob es der „Immanentismus", „Idealismus", „Existenzialismus" oder irgendein anderes System ist. Es könne und müsse das deshalb auch geschehen, behaupten einige mit einiger Kühnheit, weil die Geheimnisse des Glaubens sich niemals in Begriffe fassen lassen, die vollständig der Wahrheit entsprechen, sondern nur in Ausdrücke, die „annäherungsweise" wahr und ständig Veränderungen unterworfen sind; diese deuten die Wahrheiten zwar einigermaßen, gestalten sie aber auch notwendigerweise um. Darum halten sie es nicht für abwegig, sondern für durchaus notwendig, daß die Theologie entsprechend den verschiedenen Philosophien, deren sie sich im Laufe der Zeit als Instrument bediente, neue Begriffe an die Stelle der alten setze, so daß sie auf verschiedene Weise, die unter sich sogar in gewissem Sinn in Widerspruch stehen, aber, wie sie sagen, das gleiche bedeuten, die gleichen göttlichen Wahrheiten in menschlicher Art ausdrücken. Sie fügen noch hinzu, die Geschichte der Dogmen bestehe in der Wiedergabe der verschiedenen aufeinanderfolgenden Formen, in die die Wahrheit sich gekleidet habe, entsprechend den verschiedenen Lehren und Ansichten, die im Laufe der Zeiten entstanden.

Die Bedeutung der scholastischen Begriffe

Die bisherigen Ausführungen zeigen deutlich, daß diese Versuche nicht nur zum sogenannten dogmatischen „Relativismus" führen, sondern ihn bereits enthalten; er ist auch allzusehr begünstigt durch die Verachtung der gewöhnlich überlieferten Lehre sowie der Worte, mit denen sie sich ausdrückt. Es leugnet wohl niemand, daß die Bezeichnungen für diese Begriffe, wie sie in der Schule und vom kirchlichen Lehramt benützt werden, verbessert und gefeilt werden können; außerdem ist bekannt, daß sich die Kirche im Gebrauch dieser Ausdrücke nicht immer gleich blieb. Klar ist auch, daß sie sich nicht an irgendein kurzlebiges philosophisches System binden kann; die Begriffe und Bezeichnungen, die von den katholischen Gelehrten nach gemeinsamer Übereinkunft im Laufe mehrerer Jahrhunderte geprägt wurden, um eine Glaubenslehre verständlich zu machen, stützen sich wahrhaftig nicht auf ein so hinfälliges Fundament. Sie stützen sich im Gegenteil auf Prinzipien und Begriffe, die aus wahrheitsgemäßer Erkenntnis der geschaffenen Welt abgeleitet wurden; allerdings erleuchtete die geoffenbarte Wahrheit durch die Kirche wie ein heller Stern den Verstand des Menschen. Es wundert Uns darum nicht, wenn einige von diesen Begriffen von den Allgemeinen Konzilien nicht nur angewandt, sondern auch feierlich bestätigt wurden; es ist darum unrecht, sie fallen zu lassen.

Es wäre sehr töricht, die Begriffe und Bezeichnungen — an denen Menschen außergewöhnlicher Geisteskraft und Heiligkeit unter der Aufsicht des kirchlichen Lehramtes, in der Gnade und unter Leitung des Heiligen Geistes jahrhundertelang geformt und gefeilt haben, um geistige Glaubenswahrheiten noch stets genauer in Worte zu fassen — zu vernachlässigen, zu verwerfen oder ihres Wertes zu berauben, um an ihre Stelle mutmaßliche Begriffe zu stellen und Worte einer neuen Philosophie, die weder eine feste Form noch Gestalt hat, Begriffe, die wie die Blumen des Feldes heute bestehen und morgen fallen; diese Auffassung macht das Dogma zu einem Rohr, das vom Winde hin und her getrieben wird. Die Verachtung der Bezeichnungen und Begriffe, die die scholastische Theologie gebraucht, führt auch von selbst zur Schwächung der spekulativen Theologie, der sie keine Sicherheit zuschreibt, weil sie sich auf theologische Beweisgründe stützt.

Die fehlende Achtung vor dem kirchlichen Lehramt

Leider gehen diese Neuerer von der Verachtung der scholastischen Theologie sehr leicht dazu über, das Lehramt der Kirche selbst, das diese Theologie mit ihrer Autorität so sehr stützt, nicht zu beachten oder sogar zu verachten. Sie stellen dieses Lehramt als ein Hemmnis für den Fortschritt und als ein Hindernis für die Wissenschaft hin. Einige Nichtkatholiken aber sehen es als ungerechten Zwang an, der Theologen von höherer Bildung davon abhält, ihre Lehrmeinungen zu reformieren. Und wenn auch dieses heilige Lehramt für einen jeden Theologen in Dingen des Glaubens und der Sitten die nächste und allgemeine Norm sein muß (da Christus der Herr ihm den ganzen Glaubensschatz anvertraut hat, d. h. die Heilige Schrift und die göttliche Überlieferung, um ihn zu behüten, zu verteidigen und zu erklären), so gerät doch immer wieder in Vergessenheit, als wenn sie nicht bestände, die Pflicht der Gläubigen, ebenfalls diese Irrtümer zu fliehen, die sich mehr oder weniger der Häresie nähern, und also „auch die Konstitutionen und Erlasse zu beachten, mit denen der Heilige Stuhl falsche Ansichten dieser Art verworfen und verboten hat"[2]. Mit Absicht haben sich einige daran gewöhnt, das nicht zu beachten, was die Rundschreiben der Römischen Päpste über die Natur und die Einrichtung der Kirche sagen, nur um eine mehr unbestimmte Auffassung vorherrschen zu lassen, die sie aus den Schriften der alten Väter, besonders der griechischen, geschöpft zu haben behaupten. Die Päpste, so pflegen sie zu sagen, wollen kein Urteil abgeben in den Fragen, über die die Theologen disputieren, und darum sei es nötig, zu den ersten Quellen zurückzugehen und die neueren Konstitutionen und Erlasse des kirchlichen Lehramtes nach den Schriften der Alten zu erklären.

---

[2] C. I. C., can. 1324; cfr. Conc. Vat., D.-B. 1820, Const. De Fide cath., cap. 4, De fide et ratione post canones.

Wenn das auch geistreich gesagt zu sein scheint, es liegt doch ein Irrtum darin. Wahr ist, daß die Päpste im allgemeinen den Theologen die Freiheit lassen in den Fragen, in denen hervorragende Geisteslehrer verschiedener Meinung sind; die Geschichte lehrt aber auch, daß in verschiedenen Fragen, die vorher umstritten waren, nachher keine Verschiedenheit der Meinungen zugelassen wurde.

Man darf ebenfalls nicht annehmen, man brauche den Rundschreiben nicht zuzustimmen, weil die Päpste darin nicht ihr höchstes Lehramt ausüben. Sie sind aber doch Äußerungen des ordentlichen Lehramtes, von dem auch das Wort Christi gilt: „Wer euch hört, der hört mich“ [3]. Sehr häufig gehört das, was die Enzykliken lehren und einschärfen, sonstwie schon zum katholischen Lehrgut. Wenn die Päpste in ihren Akten ein Urteil über eine bislang umstrittene Frage aussprechen, dann ist es für alle klar, daß diese nach der Absicht und dem Willen dieser Päpste nicht mehr der freien Erörterung der Theologen unterliegen kann.

Wahr ist ebenfalls, daß die Theologen ständig auf die Quellen der göttlichen Offenbarung zurückgreifen sollen; es ist ja ihre Aufgabe, aufzuzeigen, warum das, was das lebendige Lehramt vorbringt, sich in der Heiligen Schrift und in der göttlichen „Überlieferung“ entweder ausdrücklich oder einschließend findet. Sicher ist, daß dieser doppelte Quell der Lehre göttlicher Offenbarung so viele und so große Schätze der Wahrheit enthält, daß er nie wirklich ganz ausgeschöpft werden kann. Darum erneuern auch die heiligen Wissenschaften durch das Studium der heiligen Quellen ihre Kraft, während die Spekulation, die eine weitere Untersuchung des Glaubensschatzes vernachlässigt, wie Wir durch Erfahrung feststellen konnten, ohne Frucht bleibt. Aus diesem Grunde kann auch die sogenannte positive Theologie nicht einfach mit der Geschichtswissenschaft gleichgestellt werden, da Gott der Kirche zusammen mit diesen heiligen Quellen das lebendige Lehramt schenkte, um auch die Wahrheiten zu erklären und zu entfalten, die im „Depositum fidei“ nur dunkel und gleichsam eingehüllt enthalten sind. Diesen Glaubensschatz hat der Heiland weder den einzelnen Christgläubigen noch auch den Theologen selbst zur authentischen Erklärung hinterlassen, sondern allein dem kirchlichen Lehramt. Wenn aber die Kirche dieses ihr Amt, wie es im Laufe der Zeiten häufig geschehen ist, durch einen ordentlichen oder außerordentlichen Akt ausübt, so steht als sicher fest, daß die Methode falsch ist, nach der man klare Wahrheiten aus unklaren beweisen will; im Gegenteil müssen alle den entgegengesetzten Weg gehen. Darum fügte Unser unvergeßlicher Vorgänger, Pius IX., bei der Erklärung, daß es vornehmste Aufgabe der Theologie sei, zu zeigen, wie die von der Kirche feierlich aufgestellte Lehre in den Quellen enthalten sei, nicht ohne wichtigen Grund die Worte hinzu: „in dem gleichen Sinn, wie die Kirche sie definierte“.

Irrtümer durch falsche Schriftexegese

Kehren wir zu den neuen Ansichten zurück, die oben berührt wurden. Mehrere Dinge werden von einigen vorgetragen und den Herzen eingeflößt zum Schaden der göttlichen Autorität der Heiligen Schrift. Sie verdrehen kühn den Sinn der Definition des Vatikanischen Konzils über Gott als den Urheber der Heiligen Schrift und erneuern den bereits öfters verworfenen Satz, nach dem sich die Irrtumslosigkeit der Heiligen Schrift nur auf die Gegenstände bezieht, die über Gott, und Fragen der Moral und der Religion handeln. In falscher Weise sprechen sie über einen menschlichen Sinn der heiligen Bücher, unter dem nach ihrer Erklärung der göttliche Sinn verborgen liege. Bei der Auslegung der Heiligen Schrift wollen sie der Analogie des Glaubens und der „Überlieferung“ keine Rechnung tragen, so daß mehr die Lehre der heiligen Väter und des kirchlichen Lehramtes zu messen sei nach der Heiligen Schrift — die von den Exegeten in rein menschlicher Weise erklärt werden müsse —, als die Heilige Schrift zu erklären sei nach dem Sinn der Kirche, die aber von Christus dem Herrn als Hüterin und Erklärerin des ganzen von Gott geoffenbarten Glaubensschatzes aufgestellt ist.

Außerdem müßte der wörtliche Sinn der Heiligen Schrift und ihre Auslegung, die von so vielen und so großen Exegeten unter der Aufsicht der Kirche ausgearbeitet wurde, nach ihrer falschen Ansicht einer neuen Schrifterklärung weichen, die sie die symbolische oder geistige nennen; nach dieser Exegese würden endlich einmal die Bücher des Alten Testamentes, die heute wie ein verschlossener Brunnen in der Kirche verborgen lägen, allen geöffnet werden. Auf die gleiche Weise, so behaupten sie, verschwinden alle Schwierigkeiten, die nur für solche ein Hindernis bilden, die am wörtlichen Sinn der Heiligen Schrift festhalten.

Jeder sieht, wie sich alle diese Ansichten von den Grundsätzen und Normen der Schrifterklärung entfernen, die mit Recht aufgestellt wurden von Unsern Vorgängern seligen Angedenkens, von Leo XIII. in der Enzyklika „Providentissimus“, von Benedikt XV. in der Enzyklika „Spiritus Paraclitus“ und von Uns selbst in der Enzyklika „Divino afflante spiritu“.

Es braucht uns nicht zu wundern, daß das Gift dieser Neuerungen in alle Teile der Theologie gelangte. So wird in Zweifel gezogen, daß der menschliche Verstand ohne Hilfe der göttlichen Offenbarung und der Gnade mit Beweisen aus der Schöpfung die Existenz eines persönlichen Gottes beweisen könne; geleugnet wird, daß die Welt einen Anfang hat, und gezeigt, daß die Schöpfung notwendig ist, da sie aus der notwendigen Freigebigkeit Gottes hervorgehe; verneint wird ebenfalls das ewige und unfehlbare Vorherwissen Gottes um die freien Handlungen der Menschen. All diese Ansichten stehen im Widerspruch zu den Erklärungen des Vatikanischen Konzils [4].

Einige werfen auch die Frage auf, ob die Engel persönliche Geschöpfe sind, ob Stoff und Geist sich wesentlich unterscheiden. Andere verwerfen es, daß die übernatürliche Ordnung ein freies Geschenk Gottes sei, mit der Behauptung, Gott könne keine vernunftbegabten Wesen schaffen, ohne sie auf die Anschauung der Seligen hinzuordnen und sie dazu zu berufen. Damit nicht genug: Der Begriff der Erbsünde wird, unter Außerachtlassung der Entscheidungen des Konzils von Trient, ebenso wie der der Sünde im allgemeinen, als Beleidigung Gottes vernichtet, wie auch der Begriff der Genugtuung, die Chri-

[3] Lc. X, 16.

[4] Cfr. Conc. Vat., Const. De Fide cath., cap. 1, De Deo rerum omnium creatore.

stus für uns leistete. Es finden sich auch solche, die behaupten, die Lehre von der Wesensverwandlung, die sich auf den veralteten philosophischen Begriff der Substanz stütze, müsse so verändert werden, daß die wirkliche Gegenwart Christi in der heiligen Eucharistie auf einen gewissen Symbolismus zurückgeführt werde. Demnach sollen die heiligen Gestalten nur wirksame Zeichen sein der geistigen Gegenwart Christi und seiner innigen Vereinigung mit den gläubigen Gliedern im geheimnisvollen Leibe Christi.

Irrtümer über das Wesen des geheimnisvollen Leibes Christi

Einige halten sich nicht gebunden an die vor einigen Jahren in einem Rundschreiben erklärte Lehre, die sich auf die Quellen der „Offenbarung" stützt und erklärt, daß der geheimnisvolle Leib Christi und die Römische katholische Kirche ein und dasselbe seien[5].
Andere schwächen die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zur wahren Kirche, um das ewige Heil zu erlangen, zu einer bloßen Formel ab. Schließlich tun wieder andere dem Charakter der „Glaubwürdigkeit" des christlichen Glaubens, der dem Verstand einsichtig ist, Gewalt an. Es steht fest, daß diese und ähnliche Irrtümer sich in die Herzen einiger Unserer Söhne einschlichen, die sich täuschen ließen von einem unklugen Seeleneifer oder einer Wissenschaft, die diesen Namen nicht verdient; traurigen Herzens sind Wir mit schwerer Sorge gezwungen, diesen bereits bekannte Wahrheiten zu wiederholen und offenbare Irrtümer wie ihre Gefahren anzuzeigen.

Die Rolle der Vernunft nach der Lehre der Kirche

Es ist allen bekannt, wie hoch die Kirche den Wert der menschlichen Vernunft stellt, der es zukommt, die Existenz des einen persönlichen Gottes mit Sicherheit zu beweisen, wie auch die Grundlagen des christlichen Glaubens unwiderleglich durch göttliche Zeichen aufzuzeigen; gleicherweise soll sie auch das Gesetz, das der Schöpfer in die Herzen der Menschen schrieb, in das rechte Licht stellen; endlich auch zu einer beschränkten, aber äußerst fruchtbaren Erkenntnis der Geheimnisse kommen[6]. Aber dieser Aufgabe kann die Vernunft nur dann in entsprechender Weise und mit Sicherheit gerecht werden, wenn sie nach Gebühr ausgebildet wird; wenn sie also mit jener gesunden Philosophie genährt wird, die wie ein Erbteil früherer christlicher Jahrhunderte überliefert ist, also auch ein höheres Ansehen besitzt, weil das Lehramt der Kirche selbst ihre Grundsätze und wesentlichsten Behauptungen, die von geistvollen Männern allmählich aufgedeckt und bestimmt wurden, zum Maßstab der göttlichen „Offenbarung" gemacht hat. Diese gleiche Philosophie, von der Kirche anerkannt und zugelassen, verteidigt den wirklichen Wert der menschlichen Erkenntnis, die unerschütterlichen Grundgesetze der Metaphysik — vom hinreichenden Grund, von der Ursächlichkeit und Zweckhaftigkeit — und endlich die Erreichung der sicheren und unveränderlichen Wahrheit.
In dieser Philosophie gibt es sicherlich verschiedene Fragen, die sich weder unmittelbar noch mittelbar auf den Glauben und die Sitten beziehen, und die von der Kirche der freien Erörterung der Fachgelehrten überlassen werden; aber für verschiedene andere Dinge, besonders die Grundsätze und Hauptlinien, die wir oben erwähnten, kann nicht die gleiche Freiheit gelten. Aber es kann auch in diesen wesentlichen Fragen der Philosophie ein mehr entsprechendes und reicheres Gewand angelegt werden; man kann ihre Kraft vergrößern durch die Formung neuer zweckentsprechender Ausdrücke, sie von weniger passenden, schulmäßigen Dingen frei machen, sie auch — aber mit Vorsicht — bereichern mit bestimmten Anteilen des Fortschritts menschlichen Geistes; nie aber hat man das Recht, sie zugrundezurichten oder sie mit falschen Grundsätzen zu beflecken oder sie als ein gewaltiges, aber doch veraltetes Monument zu achten; denn die Wahrheit und jede ihrer philosophischen Äußerungen kann nicht täglichen Veränderungen unterworfen werden. Das gilt besonders, wenn es sich um — der menschlichen Vernunft an sich bekannte — Grundsätze handelt oder um jene Sätze, die sich auf die Weisheit von Jahrhunderten wie auch auf die Zustimmung und das Fundament der göttlichen Offenbarung stützen. Die Wahrheiten, die der menschliche Verstand in ehrlichem Suchen entdecken wird, vermögen nicht im Gegensatz zu stehen zu einer bereits entdeckten Wahrheit; Gott, die höchste Wahrheit, hat den menschlichen Verstand erschaffen und leitet ihn, aber nicht so, daß er der in ehrlichem Streben erworbenen Wahrheit täglich neue Erkenntnisse entgegenstellt, sondern um, nach Entfernung etwaiger Irrtümer, das Wahre durch andere neue Erkenntniswahrheiten zu überhöhen, in der gleichen Ordnung und Verbindung, in der wir die Natur selbst, aus der wir die Wahrheit schöpfen, aufgebaut sehen. Darum soll der Christ, Philosoph oder Theologe, nicht eilfertig und leichtsinnig all die neuen Ideen in sich aufnehmen, die täglich ausgedacht werden, sondern muß sie mit größter Sorgfalt prüfen und nach rechtem Maß abwägen, um nicht die bereits erworbene Wahrheit mit großer Gefahr und großem Schaden für seinen Glauben zu verlieren oder zu verderben.

Die Autorität des Aquinaten

Nach diesen Überlegungen versteht man leicht, warum die Kirche verlangt, daß ihre zukünftigen Priester in den philosophischen Fächern unterrichtet werden „nach der Methode, der Lehre und den Grundsätzen des ‚Englischen Lehrers'"[7]. Sie weiß ja nach einer Erfahrung von Jahrhunderten gut, daß die Methode des Aquinaten sich vor andern bewährt sowohl im Unterricht wie auch in der Suche nach verborgenen Wahrheiten; daß seine Lehre fernerhin in Harmonie mit der göttlichen Offenbarung steht und in wirkungsvoller Weise sichere Fundamente des Glaubens legt, wie sie auch mit Nutzen und Sicherheit die Früchte eines gesunden Fortschritts bringt[8].
Darum ist es sehr zu beklagen, daß man die Philosophie, die von der Kirche aufgenommen und anerkannt ist, heute von mancher Seite der Verachtung preisgibt, als veraltet in der Form und — wie sie sagen — rationalistisch in der Denkweise. Die Gegner behaupten, daß diese unsere Philosophie irrtümlicherweise die Meinung verteidige, es gebe eine absolut gültige Metaphysik; während sie im Gegenteil sagen, die Wahrheiten, be-

[5] Litt. Encycl. Myst. Corp. Christi, AAS, XXXI, 193 sq.
[6] Cfr. Conc. Vat., D.-B. 1796.
[7] C. I. C., can. 1366, 2.
[8] AAS, XXXVIII, 1946, p. 387.

sonders die transzendenten, könnten keinen geeigneteren Ausdruck finden als in ganz verschiedenen Lehrsätzen, die sich ergänzen, obwohl sie untereinander in gewisser Weise im Gegensatz stehen. Darum geben sie auch zu, daß die auf unseren Schulen gelehrte Philosophie mit ihrer klaren Beschreibung der Fragestellung und Lösung, mit der genauen Bestimmung der Begriffe und ihren klaren Unterscheidungen wohl nützlich sein könne zum Studium der scholastischen Theologie, die sich der Denkungsart des mittelalterlichen Menschen in hervorragender Weise anpaßte; aber — so fügen sie hinzu — sie kann keine philosophische Methode bieten, die unserer modernen Kultur mit ihren Bedürfnissen entspricht. Sie wenden ferner ein, daß die „philosophia perennis" nur eine Philosophie der unveränderlichen Wesenheiten sei, während das moderne Denken interessiert sein müsse an der „Existenz" der Einzeldinge und dem stets fließenden Leben. Während sie aber diese Philosophie verachten, preisen sie andere Systeme hoch, alte oder neue, solche östlicher oder westlicher Völker, in einer Art, die andeuten zu wollen scheint, jede beliebige Philosophie oder Meinung könne unter Beifügung — wenn das notwendig ist — einiger Verbesserungen oder Ergänzungen mit dem katholischen Dogma vereint werden. Aber kein Katholik kann daran zweifeln, daß dieses ein vollständiger Irrtum ist, besonders da es sich um Systeme handelt wie den „Immanentismus", „Idealismus", den geschichtlichen oder dialektischen „Materialismus" oder auch den „Existenzialimus", entweder in der Form des Atheismus oder wie er sich wenigstens gegen den Wert der metaphysischen Schlußfolgerung wendet.

Das Verhältnis von Vernunft und Willen nach kirchlicher Lehre

Schließlich werfen sie der Philosophie unserer Schulen noch vor, daß sie im Erkenntnisvorgang nur den Verstand berücksichtige, die Tätigkeit des Willens aber und der Gemütsbewegungen vernachlässige. Das entspricht nicht der Wahrheit. Denn niemals hat die christliche Philosophie den Nutzen und die Wirksamkeit geleugnet, die die gute Verfassung der Gesamtseele für die volle Erkenntnis und Erfassung der religiösen und sittlichen Wahrheiten hat; im Gegenteil, sie hat immer gelehrt, daß das Fehlen einer solchen Verfassung der Grund dafür sein kann, daß der Verstand unter dem Einfluß der Leidenschaften und des bösen Willens so verdunkelt wird, daß er nicht mehr richtig sieht. Mehr noch, der „Doctor Communis" glaubt, daß der Verstand in irgendeiner Weise die höheren Güter der natürlichen oder übernatürlichen Sittenordnung begreifen könne, insofern als er in seinem Innern eine gewisse gemütsmäßige natürliche oder gnadenhafte „Naturgleichheit" (Connaturalitas) mit diesen Gütern verspürt[9]. Es versteht sich, wie sehr diese, wenn auch nur im Unterbewußtsein liegende Erkenntnis den Bemühungen der Vernunft helfen kann. Den Willensaffekten die Kraft zuerkennen, der Vernunft zu helfen, zu einer sichereren und festeren Erkenntnis der sittlichen Wahrheiten zu kommen, bedeutet aber nicht, was diese Neuerer behaupten, daß nämlich der Wille und das Gefühl eine gewisse intuitive Kraft haben, und daß der Mensch, wo er durch Verstandestätigkeit nicht mit Sicherheit die Wahrheit erkennen kann, sich an den Willen wendet, mit dem er einen freien Entschluß und eine Wahl zwischen entgegengesetzten Meinungen treffen kann; dabei vermischt er in übler Weise die Erkenntnis und den Willensakt miteinander.

Falsche Haltung zu Theodizee und Ethik

Es nimmt nicht wunder, daß diese neuen Ansichten zwei philosophische Fächer in Gefahr bringen, die ihrer Natur nach sehr eng mit dem Glaubensunterricht verbunden sind, die natürliche Gotteserkenntnis (Theodizee) und die natürliche Sittenlehre (Ethik). Sie sind der Ansicht, daß es nicht die Aufgabe dieser beiden Fächer sei, mit Sicherheit irgendeine Wahrheit über Gott oder ein anderes transzendentes Wesen zu beweisen, sondern vielmehr zu zeigen, wie doch die Wahrheiten, die der Glaube lehrt über den persönlichen Gott und seine Gebote, so eng mit den Bedürfnissen des Lebens zusammenhängen und wie diese Wahrheiten darum von allen anzunehmen seien, um der Verzweiflung aus dem Wege zu gehen und das ewige Heil zu erreichen. Alle diese Behauptungen und Ansichten stehen in offenem Widerspruch mit den Entscheidungen Unserer Vorgänger Leo XIII. und Pius X.; sie sind auch unvereinbar mit den Verordnungen des Vatikanischen Konzils.

Es wäre unnötig, diese Irrtümer zu betrauern, wenn alle, auch auf dem Gebiet der Philosophie, mit gebührender Ehrfurcht auf das Lehramt der Kirche schauten. Seine Aufgabe ist es — nach göttlicher Anordnung —, nicht nur den Glaubensschatz der Offenbarung zu bewahren und zu erklären, sondern auch über die philosophischen Fächer zu wachen, damit die katholischen Glaubenslehren durch diese Irrtümer keinen Schaden leiden.

Offenbarung und positive Wissenschaft: Entwicklungslehre und Genesis

Es ist jetzt noch zu den Fragen Stellung zu nehmen, die aus den positiven Wissenschaften entspringen und mehr oder weniger mit den Wahrheiten des christlichen Glaubens zusammenhängen. Nicht wenige bitten ja dringend darum, die katholische Religion möge dieser Wissenschaft möglichst stark Rechnung tragen. Es ist das lobenswert, soweit es sich um bewiesene Tatsachen handelt; es heißt aber, vorsichtig voranzugehen, wenn es sich mehr um Hypothesen handelt (auch wenn sie irgendwie wissenschaftlich begründet sind), mit denen Lehren der Heiligen Schrift oder der Tradition in Berührung stehen. Wenn diese Hypothesen sich direkt oder indirekt gegen die Offenbarung wenden, so können sie in keiner Weise zugelassen werden.

Aus diesem Grund verbietet das Lehramt der Kirche nicht, daß in Übereinstimmung mit dem augenblicklichen Stand der menschlichen Wissenschaften und der Theologie, die Entwicklungslehre Gegenstand der Untersuchungen und Besprechungen der Fachleute beider Gebiete sei, insoweit sie Forschungen anstellt über den Ursprung des menschlichen Körpers aus einer bereits bestehenden, lebenden Materie, während der katholische Glaube uns verpflichtet, daran festzuhalten, daß die Seelen unmittelbar von Gott geschaffen sind. Es sollen diese Verhandlungen in der Weise geschehen, daß die

[9] Cfr. S. Thom., Summa Theol., II-II, quaest. 1, art. 4 ad 3 et quaest. 45, art. 2, in 6.

Gründe für beide Ansichten, also dieser, die der Entwicklungslehre zustimmt, wie jener, die ihr entgegensteht, mit dem nötigen Ernst abgewogen und beurteilt werden, vorausgesetzt, daß alle bereit sind, das Urteil der Kirche anzunehmen, der Christus das Amt anvertraut hat, die Heilige Schrift authentisch zu erklären und die Grundsätze des Glaubens zu schützen[10]. Einige überschreiten nun verwegen diese Freiheit der Meinungsäußerung, da sie so tun, als sei der Ursprung des menschlichen Körpers aus einer bereits bestehenden und lebenden Materie — durch bis jetzt gefundene Hinweise und durch Schlußfolgerungen aus diesen — bereits mit vollständiger Sicherheit bewiesen; ebenso tun sie, als ob aus den Quellen der Offenbarung kein Grund vorliege, der auf diesem Gebiet nicht die allergrößte Mäßigung und Vorsicht geböte.

Wenn es sich aber um eine andere Hypothese handelt, den sogenannten Polygenismus, läßt die Kirche nicht die gleiche Freiheit. Darum können Gläubige sich nicht der Meinung anschließen, nach der es entweder nach Adam hier auf Erden wirkliche Menschen gegeben habe, die nicht von ihm, als dem Stammvater aller, auf natürliche Weise abstammen, oder daß Adam eine Menge von Stammvätern bezeichne, weil auf keine Weise klar wird, wie diese Ansicht in Übereinstimmung gebracht werden kann mit dem, was die Quellen der Offenbarung und die Akten des kirchlichen Lehramtes über die Erbsünde sagen; diese geht hervor aus der wirklich begangenen Sünde Adams, die durch die Zeugung auf alle überging und jedem einzelnen zu eigen ist[11].

Wie in den biologischen und anthropologischen Wissenschaften, so mißachten auch in der Geschichte einige kühn die von der Kirche vorsichtig gezogenen Grenzen. In besonderer Weise gibt ein System Anlaß zur Trauer, das die geschichtlichen Bücher des Alten Testamentes mit allzu großer Freiheit erklärt. Um ihre Gründe zu verteidigen, berufen sich die Vertreter dieses Systems auf ein Schreiben, das vor nicht langer Zeit von der Päpstlichen Bibelkommission an den Erzbischof von Paris gerichtet wurde[12]. Es weist ausdrücklich darauf hin, daß die ersten elf Kapitel des Buches der Schöpfung doch in einem wahren Sinn, der von den Exegeten noch weiter zu erforschen und zu erklären ist, geschichtlich sind, wenn sie auch eigentlich nicht der Methode der Geschichtsschreibung entsprechen, die von den besten griechischen und lateinischen Autoren, auch von den Fachleuten unserer Zeit, angewandt wurde. Die gleichen Kapitel, so heißt es weiter, berichten in ihrer einfachen und bildhaften, der Denkart eines wenig gebildeten Volkes angepaßten Sprache die Hauptwahrheiten, die für unser Heil von grundlegender Bedeutung sind; zugleich geben sie aber auch einen volkstümlichen Bericht vom Ursprung des Menschengeschlechtes und des auserwählten Volkes.

Wenn auch die alten Verfasser der heiligen Bücher einiges aus den volkstümlichen Erzählungen nahmen — was ruhig zugegeben werden kann —, so darf man doch nie vergessen, daß sie es taten unter dem Beistand göttlicher Eingebung, der sie bei der Wahl und der Wertung dieser Dokumente vor allem Irrtum bewahrte. Es können auch die der Heiligen Schrift eingefügten volkstümlichen Erzählungen in keiner Weise mit Mythologien oder dergleichen auf die gleiche Stufe gestellt werden, da diese mehr Frucht einer ausschweifenden Einbildungskraft sind als des Strebens nach Wahrheit und Einfachheit, das in den Büchern des Alten Testamentes so sehr hervorleuchtet; darum muß auch von seinen Verfassern gesagt werden, daß sie alle Profanschriftsteller deutlich übertreffen.

Die Verpflichtung der Bischöfe zur Wachsamkeit

Wir wissen nun gut, daß die meisten katholischen Lehrer, die die Früchte ihrer Studien den Universitäten, Seminarien und religiösen Kollegien zukommen lassen, weit von diesen Irrtümern entfernt sind, die heute offen oder versteckt durch Neuerungssucht oder übertriebenen apostolischen Eifer Verbreitung finden. Wir wissen aber auch, daß diese neuen Auffassungen die Unvorsichtigen anlocken können; darum wollen Wir ihnen lieber gleich beim Beginn entgegentreten, als dann erst die Heilmittel verordnen, wenn das Übel bereits eingewurzelt ist.

Um daher Unserer heiligen Pflicht nachzukommen, schreiben Wir nach reiflicher Überlegung im Herrn den Bischöfen und Obern der Ordensgenossenschaften unter schwerer Verpflichtung für ihr Gewissen vor, mit allem Eifer dafür zu sorgen, daß weder in der Schule, bei Zusammenkünften, in Schriften irgendwelcher Art solche Meinungen vorgebracht, noch sie auch Klerikern oder Christgläubigen auf irgendeine Weise vorgetragen werden.

Alle, die in kirchlichen Anstalten lehren, sollen wissen, daß sie das ihnen anvertraute Lehramt nicht ruhigen Gewissens ausüben können, wenn sie die von Uns erlassenen Lehrnormen nicht in religiösem Geist annehmen und beim Unterricht genauestens befolgen. Diese schuldige Ehrfurcht und diesen Gehorsam, die sie fortwährend in ihrem Wirken dem kirchlichen Lehramt entgegenbringen müssen, sollen sie auch dem Verstand und dem Herzen ihrer Schüler einprägen.

Sicher sollen sie mit aller Kraft und Anstrengung ihr Lehrfach fördern, sich aber auch davor hüten, die von Uns zum Schutz der Wahrheit des Glaubens und der katholischen Lehre gezogenen Grenzen zu mißachten. Die neuen Fragen, wie sie die moderne Kultur und der Fortschritt aufwirft, sollen sie sehr genau, aber auch mit der gebotenen Klugheit und Vorsicht untersuchen. Schließlich sollen sie nicht in einer falschen Friedensliebe (oder „Irenismus") glauben, die Getrennten und Irrenden könnten anders glücklich in den Schoß der Kirche zurückgeführt werden als dadurch, daß sie ehrlich die ganze Wahrheit der Kirche, ohne jegliche Entstellung und jeden Abstrich entgegennehmen.

In dieser Hoffnung, die wächst durch Eure Hirtensorge, geben Wir als den Träger himmlischer Gnaden und als den Beweis Unseres väterlichen Wohlwollens Euch allen einzeln, Ehrwürdige Brüder, wie auch Eurem Klerus und Volk von Herzen den Apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom, bei St. Peter, am 12. August 1950, im zwölften Jahr Unseres Pontifikates

PIUS PP. XII.

---

[10] Cfr. Allocut. Pontif. ad membra Acad. Scient. 30. XI. 1941, AAS XXXIII, p. 506.

[11] Cfr. Rom., V, 12—19; Conc. Trid., sess. V, 1—4 can.

[12] Die 16 ian. 1948: AAS, XL, p. 45—48.

Das Dekret zur Seligsprechung Papst Pius' X.

Am 3. September, dem 14. Sonntag nach Pfingsten, hat Papst Pius XII. die Verlesung und Verkündigung von vier Dekreten der Heiligen Ritenkongregation zur Seligsprechung von vier Dienern Gottes angeordnet, deren vierter Papst Pius X. ist. Der Heilige Vater erklärt damit im Verein mit der Heiligen Kongregation der Riten die Tugenden Pius' X. für heroisch. Das Dekret hat (in eigener Übersetzung) folgenden Wortlaut:

„Der heilige Bernhard schreibt in seinem Buch ‚De Consideratione' an den seligen Papst Eugen III.: ‚Was nun die Frucht der Betrachtung betrifft, so mußt du vier Dinge betrachten: dich selbst; das, was unter dir ist; das, was um dich ist; und das, was über dir ist' (Lib. II). Der Ehrwürdige Pius X. hat diese Lehre des heiligen Bernhard vollkommen befolgt. Von der Wiege bis zum Grabe hat er unaufhörlich über sich selber gewacht, und er hat, wie der gleiche heilige Lehrer rät, was in ihm sterblich war, der Vernunft untergeordnet und das Sterbliche durch die Vernunft gestärkt.

Daher seine Verachtung der zeitlichen Dinge, daher seine tiefe Demut, die ihn, als er mit der höchsten Würde bekleidet und ausgerüstet worden war mit außerordentlicher Macht: auszurotten, zu zerstören, zu zerstreuen, aufzubauen und zu pflanzen, die ihn also da fühlen ließ, daß ihm dies alles nicht um zu herrschen, sondern um zu dienen; nicht um zu ruhen, sondern um sich zu mühen, gegeben worden war (vgl. ebd.). Sobald der sichere Grund zur Demut gelegt war, konnten die anderen Tugenden nicht fehlen, deren höchste die Liebe zu Gott und zum Nächsten, ebenso zu den Gleichgestellten wie zu den Untergeordneten ist.

Bevor von seinen Tugenden die Rede ist, müssen einige Worte über seinen Lebenslauf gesagt werden.

Er wurde am 2. Juni 1835 in Riese in der Diözese Treviso als Sohn des Giovanni Battista Sarto und der Margherita Sanson geboren und am folgenden Tag auf den Namen Giuseppe getauft. Mit zehn Jahren empfing er das Sakrament der Firmung, zwei Jahre später die erste heilige Kommunion. Durch Vermittlung des Patriarchen von Venedig trat er in das Seminar von Padua ein, absolvierte seine Studien mit gutem Erfolg und wurde im Jahre 1858 zum Priester geweiht. Nach verschiedenen Tätigkeiten in seiner Diözese verwaltete er diese mit dem Titel eines Kapitularvikars während der Vakanz des Sitzes.

Im Jahre 1884 ernannte Leo XIII. ihn zum Bischof von Mantua; acht Jahre später erhob er ihn zum Kardinal und zum Patriarchen von Venedig; und beim Tode dieses Papstes wurde er ‚trotz seiner Tränen und inständigen Bitten, ihm die ungeheure Last des Pontifikates nicht aufzuladen' (Enzyklika 4. Oktober 1903), am 4. August 1903 zum Papst mit dem Namen Pius X. gewählt.

Kaum war er zu dieser hohen Würde erhoben, so begann er sogleich mit noch größerem Eifer in die Wirklichkeit umzusetzen, was das Programm seines ganzen Lebens gewesen war: ‚Instaurate omnia in Christo', damit ‚Christus alles in allen sei' (Kol. 3, 11). Daher war Gott allein, seine Verherrlichung, die Unversehrtheit des katholischen Glaubens und die Ehre der Kirche Ziel seiner mit wunderbarer Stärke ausgeübten Aktivität. Er bekümmerte sich mit Klugheit um die religiöse Unterweisung der Kinder und der Erwachsenen; er betrieb mit allen Kräften die frühzeitige Zulassung der Kinder zur heiligen Kommunion; er sorgte für die neue Kodifizierung des kanonischen Rechts; er befahl, den Gregorianischen Choral wieder an die ursprüngliche Quelle des heiligen Gregor zurückzuführen. Da er nur Gott und die Ehre der Kirche im Auge hatte und sich um die schwere wirtschaftliche Schädigung, die daraus folgen würde, nicht kümmerte, lehnte er die Religionsgesetze, die in Frankreich im Widerspruch zu den Rechten der Kirche eingebracht werden sollten, in der Kraft des Heiligen Geistes ab. Und zum Lohn weckte Gott in jener hochherzigen Nation Wohltäter, die den Schaden wieder ausglichen.

Im Kampf gegen den Modernismus, dieses Sammelbecken aller Häresien, deckte er klug das Gift mit seiner hinterhältigen und versteckten Wirkung auf; er verurteilte ihn und blieb siegreich, und so ging die Kirche unversehrt aus dieser gefährlichen Häresie hervor. Er bekämpfte den Irrtum unerbittlich, doch um die Irrenden mühte er sich mit wunderbarer Liebe und väterlicher Güte.

Doch wenn er auch den Modernismus bekämpfte, so bemühte er sich doch eifrig um alles Neue in Kunst und Wissenschaft, was der Kirche zum Heil gereichen konnte; daher errichtete er das Bibelinstitut, gründete die regionalen Seminare und paßte die Disziplin des Klerus den Bedürfnissen der Zeit an. Viele andere, von Gott und Seiner in ihm nicht unwirksamen Gnade inspirierte Initiativen setzte er zu seiner Vervollkommnung und zur wachsenden Ehre der Kirche ins Werk, und das trug ihm, zumal während seines Pontifikates, wegen seines reinen Lebenswandels den Ruf der Heiligkeit ein.

Zu Beginn des europäischen Krieges, den er mit allen Mitteln zu beschwören versucht hatte, gab er, mehr durch den Schmerz als durch die Jahre gebrochen, mit den Gnadenmitteln der Kirche gestärkt, am 20. August 1914 seine Seele Gott zurück.

Der Ruf der Heiligkeit, der ihn schon zu Lebzeiten umgeben hatte, brach nun noch heftiger hervor und verbreitete sich durch die ganze Welt, nicht nur unter Katholiken, sondern auch bei Ungläubigen und selbst Gegnern der Kirche. Daher richtete das Heilige Kardinalskollegium als erstes, aber auch die gesamte große Schar der Bischöfe und zahlreiche andere, darunter sehr bedeutende Persönlichkeiten flehende Bitten an den Heiligen Vater, er möchte den Seligsprechungsprozeß bei der Heiligen Ritenkongregation einleiten: mit Erfolg. Denn nachdem die üblichen Untersuchungen in den Kurien von Rom, Venedig, Mantua und Treviso durchgeführt worden waren, wurde mit den nötigen rechtlichen Vorbehalten am 12. Februar 1943 der Prozeß seiner Seligsprechung eingeleitet. Nachdem dann auf Grund der apostolischen Autorität der Prozeß vorbereitet war, wurde am 29. November vorigen Jahres unter dem Vorsitz des hier unterzeichneten Kardinal-Ponens der Sache die vorläufige vorbereitende Sitzung über die Tugenden einberufen.

Bei dieser Sitzung ergab sich, daß alle Schwierigkeiten, die bei solchen Prozessen notwendig aufgeführt werden und die im ersten Moment ernst erschienen und seine Tugenden, zumal die Klugheit und die Liebe, zu verdunkeln schienen, aus den vorliegenden Akten, soweit ersichtlich, nicht widerlegt werden konnten. Daher übertrug die Heilige Kongregation ihrer historischen Sektion die Aufgabe, alle erreichbaren Dokumente sorgfältig zusammenzutragen und zu werten, so daß die Wahrheit völlig klar zu Tage trete.
Die historische Sektion hat ihre Aufgabe mit dem glücklichsten Erfolg gelöst. Denn alle Schwierigkeiten sind durch die Dokumente eindeutig widerlegt und die Schatten vollständig zerstreut worden, so daß die Tugenden des Dieners Gottes in vollem Glanz erstrahlen und der weiteren Entwicklung der Sache der Weg geöffnet worden ist.
Am 18. Juli dieses Jahres fand die vorbereitende Sitzung statt.
Endlich wurde am 8. August im Apostolischen Palast von Castel Gandolfo in Gegenwart des Heiligen Vaters Pius XII. die Hauptsitzung einberufen, in der der Kardinal-Ponens als Berichterstatter selbst die Diskussion über den Zweifel eröffnete:
Ob man in diesem Falle und zu dem vorliegenden Zweck überzeugt sei von der heroischen Übung der theologischen Tugenden: Glaube, Hoffnung und Liebe zu Gott und zum Nächsten, und der Kardinaltugenden: Klugheit, Gerechtigkeit, Mäßigung und Stärke und der mit diesen verbundenen Tugenden.
Der Heilige Vater hörte aufmerksam die Meinung der Hochwürdigsten Kardinäle, Offizialprälaten und Consultoren an, behielt sich dann aber die Abgabe seiner eigenen Meinung bis heute vor, um inzwischen mit inständigen Gebeten den Herrn anzuflehen, damit seine Entscheidung in einer so wichtigen Sache auch nicht im geringsten vom göttlichen Willen abweiche.
Daher rief er denselben Kardinal-Ponens, den Generalpromotor des Glaubens, P. Salvatore Natucci, und den unterzeichneten Sekretär zu sich, und nachdem er fromm das heilige Meßopfer dargebracht hatte, erklärte er:
Es stehe fest, daß der Ehrwürdige Diener Gottes Papst Pius X. die theologischen Tugenden Glaube, Hoffnung und Liebe zu Gott und zum Nächsten und ebenso die Kardinaltugenden Klugheit, Gerechtigkeit, Mäßigung und Stärke und alle mit diesen zusammenhängenden Tugenden in heroischem Maße geübt habe, so wie es für diesen Prozeß notwendig ist.
Endlich befahl er, daß dieses Dekret verkündigt und in den Akten der Heiligen Ritenkongregation aufbewahrt werde."

Die Kirche in den Ländern

Das ungarische Kirchenabkommen

Wie vor vier Monaten die polnischen Bischöfe (vgl. Herder-Korrespondenz, 4. Jhg. Heft 9, S. 412), so hat am 29. August d. J. auch der ungarische Episkopat die schwerwiegende Entscheidung getroffen, ein Abkommen mit der Regierung zu unterzeichnen, durch das die Beziehungen zwischen Kirche und Staat so weit geregelt werden sollen, daß die wesentlichen Belange beider Teile gewahrt werden.
Über den Entschluß unterrichtete der derzeitige Vorsitzende der ungarischen Bischofskonferenz, Erzbischof Grösz von Kalocsa, am 30. August die Presse mit folgendem Kommuniqué:
Der Erzbischof von Kalocsa, Josef Grösz, als Vorsitzender der Bischofskonferenz, richtete am 29. August den folgenden Brief an den Minister für Religion und öffentlichen Unterricht, Joseph Darvas:
„Eure Exzellenz! Ich habe die Ehre, Ew. Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß die Bischofskonferenz in ihrer heutigen Sitzung das Abkommen gebilligt hat, das als Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Kommission der Bischofskonferenz und der Kommission der Regierung vorgelegt worden ist und das Ziel verfolgt, die friedliche Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Katholischen Kirche und dadurch die Vertiefung der Einheit des ungarischen Volkes, seines Aufbauwerkes und der friedlichen Entwicklung unseres Landes zu sichern.
Die Bischofskonferenz bevollmächtigt mich ferner, das genannte Abkommen in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Bischofskonferenz und der für die Verhandlungen bestellten Kommission zu unterzeichnen.
Die Bischofskonferenz tat dies in der Hoffnung, daß die Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche im Geiste gegenseitigen Verstehens beigelegt werden und daß dies schon bei der Regelung der Frage der Ordensleute in einem Geiste aufrichtiger Humanität, besonders im Hinblick auf die Zahl der für die Seelsorge zugelassenen Ordensgeistlichen und die Ermöglichung ihrer Wirksamkeit, seine Auswirkung hat.
Die Bischofskonferenz wünscht gleichzeitig zu betonen und zu erklären, daß die Bischöfe durch das genannte Abkommen in keiner Weise die Rechte des Apostolischen Stuhles hinsichtlich der Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat berühren wollen.
Mit dem Ausdruck meiner Hochachtung, Joseph Grösz, Erzbischof von Kalocsa."
Das Abkommen ist das Ergebnis zweimonatiger Verhandlungen, die namens der Kirche von Erzbischof Grösz, Erzbischof Czapik von Erlau, Bischof Hamvas von Csanad, Abt Sarkozy OSB von Pannonhalma, P. Sik, Provinzial der Piaristen, und P. Schretty als Bevollmächtigten des Franziskanerordens geführt worden sind. Während der Verhandlungen haben die Bischöfe sechs Plenarsitzungen abgehalten, deren letzte unter Teilnahme der genannten Ordensbeauftragten, der Generalvikare und bei gleichzeitiger Anwesenheit aller Seminardirektoren und Ordensobern am 29. August die Annahme des Abkommens beschloß.

Der Text des Abkommens ist durch das ungarische Außenministerium bekanntgegeben worden. Es wird bezweifelt, ob der bekanntgegebene Text sämtliche Vereinbarungen enthält. Möglicherweise sind, wie in Polen, geheime Nebenabreden getroffen worden. Der Text lautet:

I.

„Die Regierung der ungarischen Volksrepublik und die Konferenz der katholischen Bischöfe haben in dem Wunsche, die friedliche Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat zu gewährleisten und zur friedlichen Entwicklung des Vaterlandes beizutragen, nachstehenden Vertrag unterzeichnet:

1. Die Konferenz der Bischöfe erkennt gemäß den Bürgerpflichten Regierung und Verfassung der ungarischen Volksrepublik an. Sie erklärt, daß sie nach den Gesetzen der Kirche gegen jene kirchlichen Persönlichkeiten einschreiten wird, die die durch die Gesetze der Volksrepublik und das Aufbauwerk der Regierung errichtete Ordnung sabotieren.

2. Die Konferenz der Bischöfe verurteilt jede gegen das staatliche Regime gerichtete Tätigkeit, von welcher Seite sie auch kommen möge. Sie wird nicht zulassen, daß die religiösen Gefühle der Gläubigen und der Katholischen Kirche zu staatsfeindlichen politischen Zwecken mißbraucht werden.

3. Die Konferenz der Bischöfe appelliert an alle Gläubigen, als Bürger und Patrioten nach Kräften an dem großen Werk mitzuwirken, das unter Leitung der Regierung im Rahmen des Fünfjahresplanes vom gesamten ungarischen Volk eingeleitet wurde, um den Lebensstandard zu erhöhen und die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Die Konferenz der Bischöfe fordert besonders den katholischen Klerus auf, nicht gegen die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu arbeiten, die als freiwillige Vereinigungen auf dem moralischen Prinzip der menschlichen Solidarität aufgebaut sind.

4. Die Konferenz der Bischöfe unterstützt die Friedensbewegung und billigt den Willen der ungarischen Regierung und des Volkes, sie zu verteidigen. Sie verurteilt jede kriegerische Aktivität und die Anwendung der Atombombe und wird die Regierung, die sie erstmals anwendet, des Verbrechens gegen die Menschheit beschuldigen.

II

1. Die Regierung der ungarischen Volksrepublik garantiert den katholischen Gläubigen die in der Verfassung zugesicherte freie Religionsausübung und die Handlungsfreiheit der Katholischen Kirche.

2. Die Regierung der ungarischen Volksrepublik stimmt der Wiederherstellung von acht katholischen Schulen (sechs Knaben- und zwei Mädchenschulen) zu und gibt ihr Einverständnis, daß männliche und weibliche Ordensangehörige in genügender Zahl wieder ihre Mission an diesen Schulen durchführen können.

3. Die Regierung der Volksrepublik wird in Übereinstimmung mit den mit anderen Konfessionen getroffenen Abmachungen zur Bestreitung der kirchlichen Ausgaben in folgender Weise beitragen: Während der ersten achtzehn Jahre, bis die Katholische Kirche ihre Bedürfnisse aus eigener Kraft decken kann, wird die Regierung ihr die erforderlichen Summen zukommen lassen, die alle drei oder fünf Jahre vermindert werden. Die Regierung der Volksrepublik wünscht, daß diese Subventionen vor allem zur Besserung der Lage des niederen Klerus verwendet werden.

Zur Durchführung des Abkommens wird eine aus Vertretern der Regierung und des Episkopates zusammengesetzte Kommission gebildet werden."

Die Bischöfe hatten mehrmals in der Zeit seit der Verurteilung von Kardinal Mindszenty öffentlich erklärt, daß sie die Wiederherstellung der Freiheit der Kirche in Seelsorge und Erziehungswesen als eine Voraussetzung für den Abschluß einer Vereinbarung mit dem Staate betrachteten. Mindestens hinsichtlich des Erziehungswesens haben sie diese Voraussetzung fallen gelassen. Was die übrige Freiheit der Kirche betrifft, fällt es auf, daß im ungarischen Abkommen, anders als im polnischen, keine staatliche Garantie für die Autorität des Heiligen Stuhles auf religiösem Gebiete gegeben worden ist.

Der Heilige Stuhl war noch am 30. August über das Abkommen nicht unterrichtet, da zwischen ihm und Ungarn keine diplomatischen Beziehungen bestehen und die Bischöfe vom Staat offenbar nicht ermächtigt wurden, in Rom Bericht zu erstatten. So hat sich der Heilige Stuhl darauf beschränkt, offiziös erklären zu lassen, daß die Gesamtregelung der Beziehungen zum Staate in einem Lande seiner Zuständigkeit unterliegt. Was die Bischöfe zur Unterzeichnung des Abkommens veranlaßt hat, liegt auf der Hand. Sie gewährten dem Staate, was mit ihrem Gewissen eben noch vereinbar war, um dem Volk wenigstens die Sakramente und ein Mindestmaß an religiöser Verkündigung zu erhalten.

Eine Woche nach der Unterzeichnung veröffentlichte die ungarische Regierung ein Dekret, wonach alle Ordensniederlassungen in Ungarn mit Ausnahme der für die Unterhaltung der acht genehmigten Schulen erforderlichen Klöster der Benediktiner, Piaristen, Franziskaner und Schulschwestern binnen drei Monaten aufgehoben werden. Etwa 10 000 Ordensleute sind dadurch betroffen. 63 Orden und Kongregationen hören auf zu existieren. Die Bischöfe haben in einem gemeinsamen Hirtenbrief am 10. September gegen diese Maßregel Protest erhoben. Aus dem Hirtenbrief geht hervor, daß die Aufhebung der Orden einen der Gegenstände der Verhandlungen gebildet hat, die dem Abkommen vorausgingen. Es sei den Bischöfen aber nicht möglich gewesen, die Regierung zu einer Änderung ihres Entschlusses zu bewegen.

Noch ein anderer Erlaß, der dieser Tage erschien, wirft ein Licht auf den Geist, in dem die Regierung das soeben unterzeichnete Abkommen auffaßt. Der Erlaß geht vom Unterrichtsministerium aus und betrifft die Rechtsstellung der Religionslehrer an den Staatsschulen. Diese Religionslehrer werden auf Vorschlag der Kirchenbehörde von der Unterrichtsverwaltung stets widerruflich beauftragt. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß sie sofort zu entlassen sind, wenn sie sich den Anordnungen der Unterrichtsbehörde nicht fügen. Sie haben sich im Unterricht genau an die anerkannten Lehrbücher und Instruktionen zu halten und werden vom Staat daraufhin überwacht. Sie sind nicht Mitglieder des Lehrkörpers, nehmen nicht an Konferenzen teil und haben nicht das Recht, sich außerhalb ihrer Stunden im Schulgebäude aufzuhalten. Im Unterricht selbst dürfen sie keine Noten erteilen und fehlende Schüler nicht bestrafen.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Vorschläge zur Brevierreform

Tradition, ehrfürchtige Achtung vor dem Überlieferten ist ein wichtiges, in den Augen vieler Menschen sogar das eigentliche Merkmal der katholischen Kirche. Nicht nur in ihrer Lehre richtet sie sich nach dem Wort des Vinzenz von Lerin, daß das gelten soll, „was schon immer, was überall und was von allen geglaubt worden ist"; auch in ihrer Praxis und in ihren Einrichtungen vermeidet sie alles, was auch nur entfernt als ‚Bruch der Tradition' ausgelegt werden könnte.

Tradition und Reform

Die Kirche muß dafür oft genug den Vorwurf hinnehmen, daß sie manche einstmals mit Geist und Leben erfüllten, nun aber erstarrten Formen künstlich am Leben erhalte. Und, da es sich um religiöse Formen handelt, ist dieser Vorwurf schwerwiegend; denn Christus verlangt ja Anbetung „im Geist und in der Wahrheit" und verwirft die Buchstabentreue, wie sie den Pharisäern eigen war. Man kann die überaus konservative Haltung der Kirche eigentlich nur dann recht verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ihr der Gedanke des organischen Wachstums, wie Christus ihn in den Gleichnissen vom Reiche Gottes ausspricht, zutiefst in Fleisch und Blut übergegangen ist. Sie läßt immer und auf allen Gebieten die Dinge wachsen.

Ein Beispiel, an dem dieses Verhalten der Kirche wieder einmal aufleuchtet, ist das Brevier. Es ist allgemein bekannt, daß es zu den Berufspflichten des Priesters gehört, das Brevier zu beten. Jeder kennt von seinen Reisen her das Bild des brevierbetenden Priesters. Es ist nicht nach jedermanns Geschmack. Der Katholik weiß auch aus seinem Umgang mit seinen Geistlichen, daß das Brevier in deren täglichem Leben eine große Rolle spielt. Es ist ein recht auffälliges Beispiel jener Tradition, die leicht in den Verdacht einer buchstäblichen Gesetzeserfüllung gerät.

Wenn sich deshalb jetzt das Bestreben einer Brevierreform bemerkbar macht, ist dies ein Vorgang, an dem sich zeigen läßt, daß man innerhalb der katholischen Kirche die Tradition durchaus nicht so engherzig versteht, wie man es ihr zum Vorwurf macht. Tradition ist kein Wert an sich, sondern eine Methode, dem eigentlichen Willen Christi gerecht zu werden. Sie ist deshalb grundsätzlich offen für Reform, sofern die Reform in Geist und Inhalt Gewähr dafür bietet, die Richtung auf eine sinngemäßere Erfüllung des Willens Christi zu weisen, und in ihrer Struktur organisch ist.

Ziel der Reform

So will auch die Brevierreform den Sinn des täglichen priesterlichen Breviergebetes vollkommener als bisher herausarbeiten. Im Breviergebet steht der Priester in der Funktion des Stellvertreters für die Gemeinschaft der Gläubigen und, wenn er Seelsorger ist, für seine eigene Gemeinde. Diese amtliche Funktion bestimmt auch die Form des Breviers. Es besteht in der Hauptsache aus Psalmen und Texten der Schrift. Es geht mit im Rhythmus des Kirchenjahres, trägt aber auch die Spuren der Kirchengeschichte an sich. Um dieser vielfachen objektiven Bestimmtheit willen berücksichtigt es die Gesetze persönlichen Gebetes erst in zweiter Linie. Darin liegt seine Problematik. Die Brevierreform geht in ihrer Grundtendenz darauf aus, daß der Priester im Breviergebet Amt und Person so miteinander verbinden könne, daß daraus ein vollkommener Gottesdienst wird.

Da das Breviergebet so eng mit dem Kirchenjahr verbunden ist, ist seine Reform nicht ohne gewisse Eingriffe in dessen gegenwärtige Gestalt möglich, und insofern wird sie auch für die Laien, die in der Liturgie der Kirche leben, gewisse Neuerungen bringen.

Der Anstoß

Die gegenwärtigen Vorschläge zur Brevierreform nehmen ihren Ausgang eigentlich von einem Anstoß, der vom Papste selbst ausgegangen ist. Im Jahre 1945 gestattete er den Priestern, beim Breviergebet eine neu gefertigte lateinische Übersetzung der Psalmen zu gebrauchen, die den 1600jährigen Text der Vulgata ablöst und ihr gegenüber den ursprünglichen Sinn der hebräischen Psalmen viel genauer zum Ausdruck bringt. Die Ablösung der Vulgata in diesem wichtigen Teil der Liturgie ist angesichts der Behutsamkeit, mit der die Kirche gerade in den liturgischen Formen voranschreitet, ein sehr eindrucksvoller Beweis dafür, daß sie über der Tradition eben nicht den Willen zur vollkommenen Anpassung an den Geist und das Wort Christi außer acht läßt. Die Absicht dieser Maßnahme Papst Pius' XII. war eine unmittelbare Anregung, auf dem beschrittenen Wege nach weiteren Reformen zu suchen.

Einen ersten und wegen seines Urhebers beachtlichen Vorschlag machte der Erzbischof von Bologna, Kardinal Nasalli Rocca, dem sich bald eine Reihe von liturgischen Fachleuten beigesellte. Auch amtliche Körperschaften der Kirche in den einzelnen Ländern befaßten sich mit der Reform des Breviers, so z. B. in Deutschland die Liturgische Kommission der deutschen Bischöfe. Die Ergebnisse ihrer Überlegungen hat der Trierer Liturgiker Professor Dr. Balthasar Fischer in der Trierer Theologischen Zeitschrift (59. Jhg., 1950, Heft 1/2) veröffentlicht. Die Veröffentlichung geschieht zwar unter persönlicher Verantwortung ihres Autors. Doch darf man sicher sein, daß sie die Meinung der Körperschaft wiedergibt, deren Referent für diese Frage der Verfasser ist.

Vereinfachung des Kirchenjahres

Der Entwurf geht aus von dem Wunsch nach einer Vereinfachung des kirchlichen Kalendariums. Das Herrnjahr ist trotz der Reform Pius' X. teilweise zu sehr überdeckt durch das Heiligenjahr. Um das Ebenmaß zu erreichen, wird deshalb vorgeschlagen, 1. die Oktaven aller Heiligenfeste abzuschaffen, 2. die Doppelfeste und vorwiegend historisch zufällig für die Gesamtkirche verbindlich gewordenen Heiligenfeste abzuschaffen, 3. verwandte Heiligengestalten zusammen zu feiern, so daß in ihnen ein bestimmtes christliches Standes- oder Tugendideal um so prägnanter hervortritt, 4. im übrigen der Heiligen durch eine kurze Erinnerung im Tagesoffizium

zu gedenken. Außerdem sollen im Kirchenjahr einige Oktaven von Herrnfesten wegfallen, so die von Christi Himmelfahrt, Herz Jesu und Kirchweih. Die Pfingstoktav soll auf drei Tage reduziert werden. Noch weiter geht Kardinal Nasalli Rocca, der sogar eine Zusammenlegung gleichartiger Herrnfeste befürwortet und z. B. das Dreifaltigkeitsfest und das Christkönigsfest in der heutigen Form abgeschafft sehen möchte.

Form des Breviers

Das Brevier ist gegenwärtig so angeordnet, daß im Laufe einer Woche der ganze Psalter durchgegangen wird. Statt dessen soll in Zukunft den Psalmen ein nach ihrem inneren Gebetswert verschiedener Anteil zukommen, so daß diejenigen alttestamentlichen Gebete, die wir nur schwer nachvollziehen können, zurücktreten. Ähnlich will man die Schriftlesungen umgestalten. Gegenwärtig wird die ganze Schrift im Laufe eines Kirchenjahres gelesen, was aber nur deshalb möglich ist, weil die einzelnen Bücher immer nur von ihrem Anfang bis zu einer bestimmten Stelle gelesen und dann durch das nächste Buch abgelöst werden. Dabei ist den Königs- und Makkabäerbüchern des Alten Testamentes ein unverhältnismäßig breiter Raum gewährt. Diese Methode soll dahin geändert werden, daß die Kernstellen der ganzen Schrift in der Art eines „Florilegiums" zur Geltung kommen. Es ist allerdings verwunderlich, daß in der Begründung zu dieser Absicht hervorgehoben wird: das Brevier müsse dem heutigen Brevierbeter, also dem Priester, „weithin die Kenntnis der Kernstellen der Heiligen Schrift erst vermitteln".
In jedem Tagesbrevier an einem Heiligenfest wird eine Biographie des Heiligen gelesen. Diese Lebensbeschreibungen sind nicht nur, was bei ihrem Alter selbstverständlich ist, stark mit Legende durchsetzt, sondern vielfach auch recht schablonenhaft gehalten. Die Legende soll nicht völlig ausgemerzt werden, sofern sie „als Zeugnis vom Nachleben einer Heiligengestalt im Herzen des Volkes Richtiges und Wichtiges über sie aussagt".
Auch die Lesungen des Breviers aus den Schriften der Väter sollen nach dem Gesichtspunkt ihrer geistlichen Fruchtbarkeit und Auswertbarkeit für die Verkündigung neu ausgewählt werden.
Unter den übrigen Vorschlägen sind einige, die deutlich das Bestreben verraten, das sinnerfüllte und ehrfürchtige Beten zu fördern. Der häufige Gebrauch des Vaterunser, Ave Maria und Credo wird eingeschränkt, das Ave Maria außerdem aus dem ständigen Zusammenhang mit dem Vaterunser teilweise gelöst. Dafür sollen zwischen die einzelnen Teile des Offiziums Besinnungs- und Gedächtnispausen eingelegt werden, um, wie es heißt, den frühmittelalterlichen „horror vacui" zu überwinden.

Die Verpflichtung zum Breviergebet

Für die praktische Erleichterung der Pflicht des Breviergebetes in dem Sinne, daß es dafür mit um so größerer Sammlung und Freude gebetet werden könne, ist der wichtigste Vorschlag der letzte. Die Verpflichtung soll auf drei Teile, nämlich Matutin, Laudes und Vesper, eingeschränkt werden, die den Grundstock des Breviers bilden. Man möchte dadurch nicht nur der Arbeitslast der Geistlichen entgegenkommen, sondern auch innerhalb des Breviers die für das christliche Leben so wichtige Unterscheidung von Pflicht und Freiwilligkeit betonen. Es sei außerdem ein Hauptanliegen der ‚Seelsorge am Seelsorger', neben dem Brevier noch Raum zu schaffen für das private Gebet.
Der Vorschlag schließt, indem er uns darauf aufmerksam macht, daß er selbstverständlich nur Möglichkeiten andeuten und der kirchlichen Autorität, die in diesem Falle ausschließlich durch den Papst verkörpert wird, unterbreiten will.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Die „Soziale Woche" Frankreichs: die bäuerliche Welt in der modernen Wirtschaft

Wie alljährlich, fand auch in diesem Jahr die „Semaine Sociale" Frankreichs in der Mitte des Monats Juli statt, vom 18. bis 23. Sie hatte sich diesmal den Problemen des bäuerlichen Lebens zugewandt, das ja, nachdem es jahrhundertelang das statische Element im gesellschaftlichen Aufbau unserer Welt gewesen war, endlich auch in den Umwälzungsprozeß der Gegenwart mithineingerissen worden ist, in einigen Ländern sichtbarer, jedoch in allen schon unvermeidlich. Die Leitung der französischen „Semaines Sociales", die in den letzten Jahren so entscheidende Analysen unserer heutigen sozialen Probleme im Lichte des christlichen Glaubens und der Lehren der Kirche geleistet hat, hat auch diese tiefgehende und unvermeidliche Verwandlung der ländlichen Welt als einen der Punkte erkannt, an dem allein eine klare Erkenntnis dazu dienen kann, den positiven Kräften in dieser Umwälzung zum Sieg über deren negative Aspekte zu verhelfen. Die diesjährige Tagung fand in Nantes statt. Nantes, im Mündungsgebiet der Loire gelegen und Seehafen, „öffnet sich ebenso auf das bretonische Bauernland wie auf den Ozean mit seinen Docks und seiner Fischerei" — wie es in dem Brief Msgr. Montinis im Auftrag des Heiligen Vaters zur Eröffnung der Tagung heißt. Nantes versinnbildlicht daher die Verflochtenheit der ländlichen Probleme mit allen anderen Wirtschaftsproblemen im In- und Ausland in der heutigen Welt. Der päpstliche Brief unterstreicht das, so wie er darauf hinweist, daß das wirtschaftliche Problem des Bauerntums aufs engste verflochten ist mit sozialen und sittlichen Fragen. Alle diese Fragen sind aber für den Christen nur im Zusammenhang mit der religiösen zu sehen, die an erster Stelle

steht. Der Heilige Vater betont durch die Feder Msgr. Montinis, daß er zur Bewältigung all dieser Fragen in Frankreich ganz besonders auf den Einsatz der Katholischen Aktion und innerhalb dieser wieder auf die Familienbewegung vertraut. (Wir haben auf diese Organisation, die eine wichtige Rolle im sozialen Leben Frankreichs zu spielen berufen zu sein scheint, schon einmal in unserm Jhg. IV, H. 5, S. 223 hingewiesen.)

DER ERÖFFNUNGSVORTRAG VON CHARLES FLORY

Wie alljährlich, so hat auch diesmal wieder der Leiter der Sozialen Wochen Frankreichs, Charles Flory, in einem bedeutenden Einführungsvortrag den gesamten Umkreis der Probleme des ländlichen Lebens, die die Tagung behandeln sollte, umrissen. Die einzelnen Vorträge der folgenden Arbeitstage sind z. T. sehr technisch und auf die französischen (in sich übrigens sehr mannigfachen) Verhältnisse bezogen gewesen: sie haben den großen Rahmen, den Flory aufgezeigt hat, mit Material gefüllt, sowohl solchem des Wissens wie solchem der näheren Problemanalyse. Die Position der gesamten Untersuchungen ist aber bereits so klar in Florys Vortrag enthalten, daß wir uns in diesem Jahr mehr als in früheren bei unserm Bericht über die „Semaine Sociale" darauf beschränken dürfen, den Vortrag Florys mit einiger Ausführlichkeit wiederzugeben. Die Probleme der Umwälzung des bäuerlichen Lebensgefüges weichen bei uns im einzelnen von denen der verschiedenen französischen Landschaften mehr oder weniger ab; aber die Umwälzung selber ist bei uns offen oder noch verborgen ebenso im Gange und wird durch die Ausführungen Florys ebenfalls erleuchtet.

Modernisierung als Vorbedingung wirtschaftlicher und sozialer Gesundung der bäuerlichen Welt

Diesen Titel hat Flory seinem Vortrag gegeben. Man hat die bäuerliche Welt in einem romantischen Licht gesehen, das erdverbundene Leben als das glückliche und naturgemäße Leben beneidet und ersehnt. Aber schon seit geraumer Zeit gab es — damit beginnt Flory seine Darstellung — ein alarmierendes Zeichen, das anzeigte, daß diese glücklich gepriesenen Landleute eben doch nicht glücklich waren: die Landflucht. Warum zogen sie der ernsten Befriedigung des bäuerlichen Lebens das Elend der Städte und ihre oberflächlichen Vergnügungen vor? Diese Frage hat man zuerst unter einem moralischen Aspekt gestellt, und so war sie schlecht gestellt. Jedenfalls bleibt es erstaunlich, daß in einem Land so ausgesprochener alter bäuerlicher Kultur wie Frankreich die öffentlichen Stellen so spät erst darauf gekommen sind, das eigentliche Problem zu sehen; daß es so lange gedauert hat, bis die ersten Schritte einer konstruktiven Politik zugunsten des Landvolks gemacht wurden.
Die „Semaines Sociales" haben sich schon einmal mit dem Landproblem beschäftigt, und zwar im Jahr 1924. Seither hat sich die Lage aber außerordentlich verändert. Die Bauern haben zum ersten in den Jahren der Knappheit eine privilegierte Lage genossen, von der sie immer noch träumen. Sie haben zum andern durch die bäuerliche Korporation ein Klassenbewußtsein gewonnen, die Macht des Zusammenschlusses kennengelernt und sind gewillt, für ihren Stand entsprechende Vorteile aus der modernen Technik zu gewinnen wie die, um die sie die Städter beneiden. So stellt sich nun die Frage: Wie weit ist es möglich, die neue Ausrüstung und Modernisierung, die, wie eine frühere Semaine Sociale, die von Lille, festgestellt hat, der einzige Weg ist, das Nationaleinkommen zu erhöhen und dadurch die Lebenshaltung der ganzen Volksgemeinschaft zu verbessern, auch für die Landarbeit durchzuführen? Und kann das geschehen, ohne daß das Land seine Seele verliert?

Ein neues Phänomen: die Dezentralisation

Der Fortschritt der modernen Technik hat in der letzten Zeit ein neues, der bisherigen Landflucht entgegengesetztes Phänomen gezeitigt, die Dezentralisation der Industrie, die infolge der Entwicklung des Transportwesens und der Energieverteilung möglich geworden ist. Sie stellt ein Geschehen von ungeheurer sozialer Tragweite dar. Viel mehr Menschen als während des ersten Jahrhunderts der Maschine leben heute in engerer Berührung mit dem Landleben. Und auf dem Land leben heute oft mehr Menschen, die nicht *vom* Land leben und nicht zur alten ländlichen Gesellschaft (Bauern, Handwerker, Lehrer, Priester) gehören, als solche, die der alten Bauerntradition angehören: Menschen, die in die nahen Städte oder die dezentralisierten Fabriken zur Arbeit gehen. Heute umfaßt das ländliche Milieu und und damit auch das Landproblem nicht mehr nur die Bauernschaft. Gleichzeitig verschwinden die alten ländlichen Eliten. Der Landbau selber ist viel komplizierter geworden. Wie kann man dieser zusammengewürfelten Gesellschaft mit ihren heterogenen Elementen, ihren ganz verschiedenen Berufstätigkeiten, Lebensbedingungen und sozialen Verhältnissen Zusammenhalt geben? „An diesem entscheidenden Wendepunkt hängt es zum Teil von uns ab, ob unsre ländliche Zivilisation endgültig zerfällt oder ob umgekehrt ein größerer Bevölkerungsteil, wie er nun im Kontakt mit dieser lebt, daraus eine Erneuerung seiner wesentlichen Werte schöpfen wird."

Der besondere Charakter des bäuerlichen Lebens

So verschieden das Leben des Bauern und seine Tätigkeit auch in den verschiedenen Landstrichen sein mag, überall hat das Bauerntum doch einen gemeinsamen Charakter entwickelt, der daraus hervorgeht, daß die wesentlichen, es prägenden Elemente doch überall dieselben sind: der Bauer lebt in tiefer Verbundenheit mit der Natur, er „nimmt am Haushalt der Schöpfung teil". Er ist dem Wetter ausgesetzt und unterliegt dem Risiko, das darin liegt; anderseits hat er dafür einen nur durch den Himmel begrenzten Horizont. Mehr noch: er hat es mit Lebendigem zu tun und bleibt dessen Gesetzen unterworfen. Ihm ist der Boden anvertraut, und er muß dessen Fruchtbarkeit erhalten. Und schließlich hat das traditionelle Bauerntum noch ein anderes charakteristisches Merkmal: seine Existenz beruht nicht auf Arbeitsteilung. Es bildet daher eine in sich abgeschlossene Welt, die ein eigenes Menschentum entwickelt. Heute umfaßt, wie gesagt, das ländliche Milieu mehr als nur das Bauerntum, doch in gewissem Maße teilt sich dessen Lebensform den in es Eingeordneten mit. Was immer deren Arbeit sein mag, sie werden vom ländlichen Le-

ben geprägt, und ihr Lebensrhythmus ändert sich durch ihre Rückkehr aufs Land: sie werden ruhiger, ihre Wohnungen werden heller, ihr Familienleben findet einen weiteren Rahmen.

Der Bauer, soweit er Eigentümer oder Pächter ist, hat zudem die Verantwortung eines Unternehmers; es hängt in beträchtlichem Maße von ihm ab, ob er bestehen kann oder nicht. Und da seine Arbeit an ein bestimmtes Stück Land gebunden ist und dessen Schicksale teilt, hat er auch das Bewußtsein der Kontinuität, ein Gefühl dafür, daß jedes Ereignis auf lange Zeit Folgen nach sich zieht.

Die Schattenseiten, die diese Mentalität hat, sind bekannt: der Bauer ist langsam, schwerfällig, mißtrauisch; aber diese Schwere ist vielleicht ein heilsames Gegengift gegen die Hast des modernen Lebens. Jedenfalls kann man feststellen, daß die Rückkehr aufs Land genau in dem Maße den Arbeiter entproletarisiert, als er sich wirklich in das ländliche Milieu zurückeinordnet, und dieser Verwurzelung bedarf die moderne Welt mehr denn je.

Die Bedrohung der bäuerlichen Werte

Gerade diese Werte aber sind nun heute bedroht. Die technische Revolution greift immer tiefer in diese Welt ein. Gefährlicher noch ist jedoch die Kommerzialisierung der Landwirtschaft. Seit etwa 80 Jahren hat der Bauer begonnen, sich zu spezialisieren, und hat damit darauf verzichtet, sich selber zu genügen. Die Technisierung hat es zudem mit sich gebracht, daß das Verhältnis von Besitz und Ausnutzung sich umgekehrt hat. Früher war die Erwerbung des Bodens, der Bodenbesitz der Faktor, der die ganze Geschichte der bäuerlichen Welt bestimmte. Heute dagegen spielt die Ausrüstung zur Ausnutzung des Bodens eine viel größere Rolle als dessen Besitz. Dadurch haben z. B. Pacht und Halbpacht so sehr an Bedeutung zugenommen. Das Problem der technischen Ausrüstung begünstigt eine Entwicklung zur kapitalistischen Struktur der Landwirtschaft, die dann wieder neue Zwangsverhältnisse mit sich führt. Die finanziellen Probleme, die die technische Ausrüstung des modernen Landbaus stellt, sind vor allem für die bäuerliche Jugend oft verhängnisvoll: wo sollen sie die Mittel hernehmen, einen Pachthof zu erwerben und ihn zu betreiben? Der Teil der bäuerlichen Jugend, der am Land hängt, also der beste Teil, ist nun aber gerade durch diese Verhältnisse aus seiner jahrhundertealten Resignation aufgerüttelt worden, ja es entwickelt sich hier ein aufrührerischer Geist, und zwar keineswegs nur bei den ländlichen Lohnarbeitern, deren Los besonders schwer ist; und selbstverständlich sind Agitatoren zur Stelle, die diesen Geist ausnutzen. Die Bauern beginnen sich als Parias der Nation zu fühlen und glauben, bei der Investierung der Nationaleinkünfte übergangen zu werden.

Nun hat allerdings das Land während des Krieges und der Hungersnot zweifellos weniger gelitten als die Stadt, zweifellos haben viele sich sogar bereichern können. Und doch dauert die Landflucht an. Sind also die Klagen der Bauern berechtigt? Oder entspringen sie nur einem atavistischen Instinkt von Mißtrauen und Geiz? Besteht noch ein wesentlicher Niveauunterschied zwischen dem Leben des Städters und dem des Bauern? Und ist es wahr, daß die Bauern heute nicht imstande sind, ihre Steuern zu bezahlen? Wenn ja, kann man dann einen so wichtigen Teil der Nation in einem Zustand der Unterstützungsbedürftigkeit verharren lassen?

Nicht nur die Existenzbedingungen des Bauerntums sind so im Begriff, sich zu ändern, sondern zugleich auch, wie schon gesagt, das ländliche Milieu. Hinzugekommen sind die Arbeiter, die täglich in die Fabrik gehen und wieder heimkehren; dann ein moderner Handwerkerstand, zu dem vor allem die Automechaniker gehören; dann ein viel höherer Prozentsatz von Rentnern als früher, und schließlich der Strom von Feriengästen aus allen Schichten, die ihren „bezahlten Urlaub" auf dem Land verbringen, müßig zur Zeit der schwersten bäuerlichen Sommerarbeit, ohne das geringste Verständnis für die bäuerliche Lebensform. Alle diese Menschen bringen Unruhe und neue Bedürfnisse unter die bäuerliche Bevölkerung.

Soll man diese Entwicklung bedauern und nach Möglichkeit beschränken? Soll man sie begünstigen in der Hoffnung, daß die Natur auch weiterhin ihren wohltätigen Einfluß ausüben, ihre erzieherische Einwirkung fortsetzen wird? Alle diese Fragen hat sich die Soziale Woche zu stellen.

Die Modernisierung ist unvermeidlich

Ihre nächste Beantwortung ist eindeutig: die Modernisierung ist unvermeidlich! Warum sollte man sich also bei fruchtlosem Bedauern aufhalten? Aber das Problem muß gründlich erfaßt werden. Eine gewisse Form der bäuerlichen Kultur gehört der Vergangenheit an, das ist keine Frage mehr; aber warum soll es nicht andere geben, die keineswegs weniger wert zu sein brauchen, vielleicht sogar einen Fortschritt darstellen?

Im wirtschaftlichen Bereich zunächst stellt sich die Steigerung des Ertrags der Landwirtschaft als absolute Notwendigkeit dar. Die Untersuchungen der „Food and Agriculture Organisation", der von der UNO ins Leben gerufenen Organisation zur Erforschung der Ernährungslage der Welt, haben ergeben, daß $^2/_3$ der Menschheit unterernährt sind. Unser Gewissen kann das nicht ruhig hinnehmen. Auch gefährdet dieser Zustand schwer und dauernd die Erhaltung des Friedens in der Welt. Für Frankreich bedeutet das, daß es dringend auch seine überseeischen Länder für eine ertragreiche Landwirtschaft ausrüsten muß. Frankreich selber kann mehr oder weniger von seinen eigenen Erzeugnissen leben, wenn es auch tatsächlich Futtergetreide und Ölkuchen einführt; aber es müßte aus seiner landwirtschaftlichen Produktion darüber hinaus Mittel gewinnen, die beim Austausch im internationalen Handel dienen können. Es könnte das, wenn es seine bisher unangebauten Flächen bebaute und gewisse Weideflächen zu Ackerland machte, vor allem aber, wenn es den Ertrag pro Hektar steigerte, und das bedeutet: wenn es den Anbau modernisiert (Frankreichs Landwirtschaft ist um etwa ein halbes Jahrhundert rückständig gegenüber der belgischen, deutschen, holländischen oder schweizerischen). Ganz wesentlich ist zudem das Problem der Verteilung, sowohl im

nationalen wie im internationalen Raum. Alle diese Notwendigkeiten zwingen also zur Modernisierung. Und nicht minder dringlich sind die sozialen Gründe.

Soziale und psychologische Gründe fordern die Modernisierung

Das Ziel jedes technischen Fortschritts ist, größere Mengen mit geringerer Mühe zu produzieren. Was die menschliche Mühsal vermindert, soll immer willkommen sein, auch im Bereich der harten Existenz der Bauern und Bäuerinnen.

Allerdings, so wird dagegen eingewandt, wird die Technisierung der Landwirtschaft als erste Folge einen Abbau der Arbeitskräfte bringen, seien es nun die der Familienmitglieder, seien es Lohnarbeiter; jedenfalls ist das erste Ergebnis Arbeitslosigkeit. In der Tat hat die Einführung der Traktoren zunächst einmal eine Anzahl Arbeitskräfte überflüssig gemacht und damit die Landflucht verstärkt. Aber die Neuerschließung bisher unbebauter Landstriche könnte diese freigewordenen Kräfte wieder absorbieren und zugleich die Produktion steigern. Eine gewisse Lenkung und gestufte Verwirklichung dieser Modernisierung wäre allerdings notwendig.

Eine Modernisierung ist aus sozialen Gründen vor allem bei den bäuerlichen Wohnverhältnissen nötig (die in Frankreich in der Tat in gewissen Gegenden eines Kulturvolkes nicht würdig sind). Modernisiert werden muß auch die Haushaltung auf dem Lande, die in ihrer rückständigen Ausrüstung eine übermäßige Belastung vor allem der Frauen auf dem Land mit sich bringt. Die soziale und sanitäre Hebung der bäuerlichen Lebensverhältnisse würde außerdem die Dezentralisierung der Industrie erleichtern, und das bedeutet auch, eine bessere Verteilung der Bevölkerung und eine bessere Ausnutzung des Bodens fördern.

Da die Landjugend heute zum Bewußtsein ihrer selbst erwacht ist und die Interessen ihres Standes verfechten will, ist die Modernisierung ebenfalls aus psychologischen Gründen schlechthin notwendig. Der junge Bauer will nicht mehr im alten Trott weiterleben, er will an den Errungenschaften der Zeit seinen Anteil haben, er will eine gründliche berufliche Ausbildung erhalten und sich eine Kultur erwerben, die ihn gleichberechtigt neben seinen Kameraden aus der Stadt stellt. Dieser Wunsch ist vielleicht noch lebhafter bei der jungen Bäuerin, die ihre Arbeit erleichtert und das altmodische Haus erneuert sehen möchte.

Aber wie soll die Modernisierung durchgeführt werden?

Das ist eine andere Frage! Manche sehen hier nur zwei Wege: entweder den des kapitalistischen Großbetriebs oder den der Kolchose. Beide würden mit der alten bäuerlichen Kultur endgültig aufräumen. Wäre wirklich kein anderer Weg möglich, so wäre jedes Zaudern begreiflich. Aber diese Lösungen sind nicht einmal unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein Erfolg. Die allgemeine Erfahrung scheint zu beweisen, daß die bäuerliche Bewirtschaftung des Bodens immer noch die besten Erträge erzielt. Die Statistiken vieler Länder beweisen, daß die größte Rentabilität nicht bei der größten Ausdehnung des bewirtschafteten Bodens liegt. Länder, in denen noch ausgesprochenermaßen der bäuerliche Familienbetrieb herrscht, besitzen zugleich die fortschrittlichsten Anbaumethoden: Holland, Dänemark und die Schweiz. Gewiß ist es vorteilhaft, allzu kleine Anbauflächen durch Einbeziehung bisher unbebauten Bodens oder durch Kooperativen rentabler zu machen. Aber anderseits hat man die Erfahrung gemacht, daß landwirtschaftliche Großbetriebe sich nicht haben halten können und daß der Zusammenschluß mehrerer Höfe ein Irrweg ist. Mittlere Güter von zwischen 10 und 50 Hektar dagegen florieren am besten. So stellt es sich heraus, daß die sozial erwünschteste Lösung zugleich die wirtschaftlich vorteilhafteste ist und kein Widerspruch zwischen den sozialen und den wirtschaftlichen Forderungen besteht. Der Landbau im Familienbetrieb ist durchaus überlegen, zumal wenn Kooperation die gemeinsame Benutzung der landwirtschaftlichen Maschinen gestattet. Den Familienbetrieb also gilt es zu modernisieren.

Das Bedürfnis nach einer neuen Elite

Es ist nun die erste Aufgabe, die Landbevölkerung selbst davon zu überzeugen, daß eine Modernisierung notwendig ist. Bei dem beharrenden Charakter des Bauertums kann eine solche Neuerung nur durch eine Elite durchgeführt werden, der die andern dann folgen. Aber die alten Eliten bestehen zum großen Teil nicht mehr. Sie sind durch die größeren Gewinnmöglichkeiten der Industrie abgezogen oder durch politische Wandlungen ausgeschaltet worden. Heute endlich beginnen die anderen Schichten der Nation wieder ein Interesse am Land zu gewinnen. Vor allem aber beginnt die bäuerliche Jugend selber, eine Elite aus sich herauszustellen, den Egoismus und die Routine der älteren Generation zu überwinden und sich zu der Zusammenarbeit zusammenzuschließen, die für die Modernisierung notwendig ist. Der Staat unterstützt, wenn auch noch in unvollkommener Weise, diese Unternehmungen durch Förderung agronomischer Forschungen, Propagierung moderner Techniken, Ausbau der landwirtschaftlichen Ausbildungsmöglichkeiten. Hier setzt sich besonders auch die französische Familienbewegung ein. Auf diesem Gebiet hat der soziale Katholizismus in Frankreich ein gewichtiges Wort mitzureden. Ganz neu ist die Gründung von Bauerngewerkschaften, die sowohl auf praktischem Gebiet leistungsfähig sind als auch vor allem eine starke moralische Wirkung ausüben.

Um dann aber in der Modernisierung mitzugehen, müßte der Bauer vor allem Vertrauen in die Zukunft haben, und das bedeutet für ihn in erster Linie eine gewisse materielle Sicherheit. Dieses Vertrauen kann ihm nur gegeben werden, wenn sich auch die Gesetzgebung seiner Sache annimmt. Der Glaube an das „Eigentum" mit seiner „Heiligkeit und Unverletzlichkeit" deckt das Bedürfnis nach Sicherheit heute nicht mehr: die viel wichtigere Sicherung der technischen Ausrüstung zur Bodennutzung müßte irgendwie rechtlich verankert werden. Außerdem müßte das Gesetz die Sozialversicherung für die bäuerliche Bevölkerung in einer den anderen Bevölkerungsklassen entsprechenden Weise ordnen.

Industrie und Landbevölkerung

Was aber die Dezentralisierung der Industrie angeht, so sollte es sich dabei weniger darum handeln, Arbeiter aus der Stadt wieder aufs Land zurückzuführen, als vielmehr darum, den aus dem Land hervorgehenden, aber in der Landwirtschaft nicht unterzubringenden Arbeitskräften eine Beschäftigung an Ort und Stelle zu ermöglichen, so daß sie gar nicht erst entwurzelt werden. Mit dem Landbau verbundene Industrien (z. B. der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen) wären besonders geeignet, im ländlichen Milieu angesiedelt zu werden. Das Handwerk auf dem Land könnte durch Nutzung der Elektrizität modernisiert werden usw. Das sind nur einzelne Beispiele sinngemäßer Zusammenarbeit zwischen Bauerntum und Industrie. Auch auf finanziellem Gebiet sollten diese beiden Lebensbereiche sich gegenseitig stützen: lange hat die Landwirtschaft durch ihre Ersparnisse das Entstehen der Industrie ermöglicht; heute sollte die Industrie ihrerseits der Landwirtschaft die Hilfe angedeihen lassen, die sie benötigt.

Schließlich bedarf aber diese in voller Umwandlung begriffene ländliche Welt vor allem einer Seele. Für die ländliche Bevölkerung müssen Bildungsmöglichkeiten geschaffen werden, die sich einigermaßen gleichwertig neben die der Städter stellen können. Doch was wäre das alles ohne ein gemeinsames, für alle verbindliches Ideal? So gebührt ein besonderer Gruß denen, die sich heute um die religiöse Bildung und Erziehung der Landbevölkerung bemühen.

DIE ENTSCHLIESSUNGEN

Wie schon eingangs erwähnt, befaßte sich die Mehrzahl der auf der Tagung in Nantes gehaltenen Vorträge mit spezialisierten wirtschaftlichen und sozialen Problemen, auf die wir nicht näher eingehen können. Zum Abschluß der Tagung wurden, wie alljährlich, eine Reihe von Entschließungen formuliert, die folgenden Wortlaut haben:

„Die Umwandlung der ländlichen Welt gefährdet ebenso durch die Entwicklung der Technik wie durch die Umwälzungen in den Beziehungen zwischen Stadt und Land die eigentümlichen Lebenswerte all derer, die (ob nun als Bauern oder nicht) im Kontakt mit der Natur leben. Dadurch droht sie das Gleichgewicht des ganzen Landes gefährlich zu stören. Wie kann man diese Werte retten und dieses Gleichgewicht wiederherstellen im umfassenden Rahmen der modernen Wirtschaft, die neben den Gefahren zugleich auch unvergleichliche Hilfsmittel bereitstellt? Das sind die Fragen, die sich die Sozialen Wochen Frankreichs in diesem Jahr in Nantes gestellt haben.

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion

1. Sie haben zunächst festgestellt, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Frankreich notwendig ist, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und zu verbessern, und zwar sowohl um das Lebensniveau der gesamten Bevölkerung zu heben als auch um die Ausfuhr zu steigern. Aus diesem Grund erscheinen Verträge auf lange Sicht mit den Nachbarländern, Verträge, die den französischen Bauern gegen das Risiko der Absatzschwierigkeiten schützen und eine verhältnismäßige Stabilität der Preise sichern, äußerst erwünscht.

Fortschritt der Technik

2. Aber die Produktionssteigerung setzt den technischen Fortschritt voraus. Dieser, der seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts viel beträchtlicher gewesen ist, als man gemeinhin annimmt, kann weitgehend durchgeführt werden, zumal unter Ausnutzung der Entdeckungen auf dem Gebiet der Tier- und Pflanzenbiologie, der Bodenverbesserung und -erhaltung, der maschinellen Ausrüstung der Betriebe, der Modernisierung der Gebäude und der Entwicklung der Maschinen. Diese Verbesserung der Ausrüstung muß sowohl in kollektivem Rahmen (z. B. Wasserzuleitung) wie beim einzelnen durchgeführt werden, und beim einzelnen handelt es sich nicht nur um die Arbeit, sondern ebenso um die Wohnverhältnisse, bei denen es wesentlich darauf ankommt, das Leben der Frau weniger schwer zu machen.

Neuordnung des Landstrichs

3. Damit sich nun dieser Fortschritt im Landbau in die Gesamtheit der Bemühungen um eine menschlichere Kultur einfügt, gehört auch ein Plan zur Neuordnung ganzer Landstriche dazu, die im einzelnen folgendes betrifft:

gewisse innere Umsiedlungen ländlicher Bevölkerung;

eine Wiedergeburt des Handwerks;

eine Dezentralisierung der Industrie, die vor allem die neu zu schaffenden Fabriken betrifft und unter dem Gesichtspunkt vorgenommen wird, daß ihre sehr mannigfaltigen Rückwirkungen auf den wirtschaftlichen und sozialen Charakter einer Region bis ins einzelne vorbedacht werden, damit man nicht etwa das ländliche Leben, das man bereichern und festigen möchte, gerade umgekehrt aus dem Gleichgewicht bringt;

eine Reorganisation der Dörfer und — wenn die Gemeinden zu klein sind — eine Zusammenlegung oder Föderation ihrer Verwaltungen, so daß alle wichtigen Behörden (z. B. gut vorgebildete Gemeindesekretäre, soziale ärztliche Stationen) und vor allem alle landwirtschaftlichen Einrichtungen (z. B. Landwirtschaftsrat), deren sie bedürfen, an einem lebenswichtigen Mittelpunkt vereinigt werden.

Erhaltung des Familienbetriebs

4. Diese Fortschritte dürfen nicht in Nachahmung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung der Industrie durchgeführt werden, sondern bei möglichster Erhaltung und Entwicklung der in unserm Land so zahlreichen Familienbetriebe und durch Vervollkommnung von deren rechtlicher Lage. Sie gestatten in der Tat in den meisten Fällen mit Hilfe der Entwicklung der Technik sowohl die besten Erträgnisse wie zugleich die vollste Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Angesichts einer nur schon allzu weit fortgeschrittenen Proletarisierung und Funktionalisierung ist die Erhaltung der Initiative und der Verantwortlichkeit auf allen Stufen unendlich wünschenswert.

Rechtliche Probleme

5. Aber da die den Anbau betreibenden Familien nicht immer auch die Besitzer des Bodens sind, den sie bebauen, so stellt die rechtliche Regelung der landwirt-

schaftlichen Nutzung (Pacht und Halbpacht) schwierige Probleme. Kürzlich erlassene Gesetze haben bereits ganz richtig dem Anbauer Vorrechte gegenüber dem bloßen Eigentümer gegeben, indem sie vor allem seine Vorkaufsrechte an den Boden anerkannten. Es muß jedoch vermieden werden, daß das Erneuerungsrecht gefährliche Fixierungen schafft, die Investierungen entmutigt oder die Zurücknahme durch den Eigentümer nach sich zieht, wodurch dem Familienbetrieb ein Ende gemacht würde. Daher wäre es gut, es dem geleisteten Dienst unterzuordnen (z. B. den Pächter zu behalten, wenn er den Anbau gut betrieben hat, ihm zu kündigen im entgegengesetzten Fall).
Anderseits müßten die Verpächter, autorisiert durch eine paritätische Rechtsprechung, Investierungen zur Modernisierung des Anbaus machen können, die durch Erhöhung der Pacht wieder eingebracht werden.
Die Halbpacht, die durch eine Art Assoziierung mit dem Verpächter jungen Bauernfamilien ohne Vermögen den Zugang zur Landarbeit und später zum Bodenbesitz ermöglicht, muß erhalten und ihr Statut verbessert werden.
Was die ländlichen Lohnarbeiter betrifft, deren Zahl übrigens zum Glück im Abnehmen begriffen ist und sowohl durch ihre Mitbeteiligung am Ertrag als auch infolge der Modernisierung der Bebauung immer noch weiter abnehmen sollte, so muß für sie ein besonderes Statut geschaffen werden, das ihnen ein Minimum an Sicherheit und Stabilität garantiert.

Berufliche Organisation

6. Alle diese landwirtschaftlichen Einheiten sollten sowohl freiwillig den Gewerkschaften angehören als auch an der Berufsorganisation teilnehmen, die von den Landwirtschaftskammern geschaffen worden ist, gemäß der seit je von den sozialen Katholiken gepredigten Formel. Außerdem hätten viele von ihnen ein großes Interesse daran, daß sich überberufliche Organisationen bildeten, in denen zum mindesten für den Markt gewisser Produkte Produzenten, Verarbeiter und Konsumenten zusammengefaßt wären; Organisationen, die unter anderem dafür sorgen sollten, daß die zu große Zahl der Zwischenhändler wegfiele, unter der die Wirtschaft des Landes leidet.

Örtliche gegenseitige Hilfe

7. Vielleicht noch wichtiger erscheint im Augenblick für die Rettung der bäuerlichen Familienbetriebe vor diesen drohenden Gefahren die örtliche gegenseitige Hilfe zwischen einer gewissen Anzahl von ihnen. Die Ausbreitung und Organisation dieser gegenseitigen Hilfe in all ihren Formen, alten wie neuen, die dabei sind, ihren Gemeinschaftstyp zu präzisieren (Vergemeinschaftung der Arbeit, Vergemeinschaftung der Werkzeuge), erscheint als die große Hoffnung der ländlichen Welt.

Notwendige Kredite

8. Doch wäre es zugleich unklug und ungerecht, zu erwarten, sie könnte diese Anstrengung allein bewältigen. Zumal was die Finanzierung der Modernisierung ihrer Einrichtungen und ihrer Ausrüstung betrifft, erwartet die französische Landwirtschaft, die ehemals durch ihre Ersparnisse zur Entwicklung der Industrie mit beigetragen hat und die immer noch das Menschenreservoir der anderen Berufe ist, von der übrigen Nation Kreditmöglichkeiten. Frankreich muß begreifen, daß das eine produktive Anlage in einem Hauptsektor seiner Volkswirtschaft darstellt.

Sozialversicherung für das Land

9. Ebenso ist es wichtig, für die Bauern ein System der Sozialversicherungen zu finden, das, ohne sie automatisch demjenigen einzuverleiben, das nicht für sie gedacht worden ist, einerseits ihre Organisationen wechselseitiger Hilfe benutzt, die durch die Kontrolle, die sie über die niederen Stufen gestatten, so geeignet zu ehrlichem Funktionieren sind, und andrerseits, um sie gegen gewisse wesentliche Risiken der Existenz zu decken, im Notfall an die Solidarität der Nationalgemeinschaft appelliert, so daß sie ein relativ gleiches Gewicht mit den andern Elementen der Nation erhalten.

Ausbildung der Jugend

10. Schließlich wird keine dieser Reformen wirkliche Erfolge erzielen ohne eine methodische Bemühung um die Erziehung der Jugend. Diese Bemühung darf in keiner Weise dazu beitragen, sie zu entwurzeln, wie es nur zu oft der Fall gewesen ist, sondern sie soll ihr nicht nur die nötigen technischen Kenntnisse, sei es für die Pflege des Bodens, sei es für die ländlichen Handwerke vermitteln, sondern in ihr auch die Freude am Landleben wecken und die zukünftigen Familienhäupter und ihre Frauen zu einer menschlicheren Haltung einander gegenüber erziehen.

Die unersetzliche Rolle der Religion

11. Hier zeigt sich, selbst im rein menschlichen Bereich, die unersetzliche Rolle der Religion, einer zugleich persönlicheren und gemeinschaftsbewußteren Religion, die ein religiöses Verständnis der Schöpfung, der bäuerlichen Arbeit und der Rolle dieser Arbeit im allgemeinen Fortschritt der Zivilisation umfaßt.
Nur eine solche Verbindung von technischem Fortschritt, gesetzlichen Maßnahmen, gegenseitiger menschlicher Hilfe, Erziehungsbemühungen und gegenseitigem Verständnis kann der bäuerlichen Welt helfen, ihren Platz im Ganzen der Nation zu bewahren; nur sie kann durch ein besseres Verständnis ihres komplementären Verhältnisses und ihrer Solidarität die gefährliche Spannung zwischen Stadt und Land beilegen und jedem einen Anteil an den Früchten der Arbeit aller geben.
Allerdings kann eine solche Bemühung bei der ungeheuren sowohl geographischen wie soziologischen Verschiedenheit der französischen Landschaften nur Erfolg haben, wenn sie jeder Region und jedem „Land" angepaßt wird. Es gibt keine technische oder rechtliche Lösung, die überall anwendbar wäre. Jedoch für diese Anpassung sind vielfältige lokale Forschungen und Experimente unerläßlich. Das kann nicht ohne Kredit durchgeführt werden. Hier liegt eine dringende Aufgabe, die der ganzen Nation gestellt ist."

Brief aus Italien

Die Situation der Kommunisten

Der Fremde, der über die Alpen kommt und die italienische Halbinsel zu durchstreifen beginnt, wird nach einiger Zeit, zumal wenn das Problem des Kommunismus ihn beschäftigt, sein Erstaunen feststellen müssen. Daß es in Italien Kommunisten gibt, hat nichts Verwunderliches; es gibt deren ja genug in der ganzen westlichen Welt und zumal in Frankreich. Aber schwer verständlich ist es, daß die Leute in der einen Gegend so und in der anderen gerade umgekehrt reden. Wenn der Fremde dann sieht, wie die Kommunisten in die Kirche gehen, am Gottesdienst und sogar an den Prozessionen teilnehmen, wenn er sucht, diese italienische Situation zu verstehen, so wird er sich eingestehen, daß dieses Land immer noch an Überraschungen reich ist. In der Tat ist die regionale Eigenständigkeit in Italien aus einer Reihe von Gründen, die ein klares Spiegelbild der Geschichte der letzten Jahrhunderte darstellen, sehr groß. Manchmal braucht man nur einige zehn Kilometer weiter zu gehen, und schon sind die wirtschaftlichen Verhältnisse und demzufolge auch das politische Spiel andere. Die Aufteilung Italiens in kleine Staaten hat den ausgesprochenen Individualismus der Italiener so sehr gesteigert, daß die territoriale Einheit, die vollständig erst 1870 erreicht worden ist, große Schwierigkeiten gehabt hat und heute noch hat, sich im wirtschaftlichen und geistigen Bereich durchzusetzen. Die nördlichen Gebiete (Lombardei, Piemont und Teile von Ligurien und Venetien) sind bekanntlich stark industrialisiert; je weiter man aber nach Süden kommt, desto mehr rücken Landwirtschaft und Handwerk an erste Stelle, bis man in den Südprovinzen nur noch einem ganz primitiven Ackerbau begegnet; er wird häufig noch mit Werkzeugen betrieben, die bereits in der Toskana prähistorisch wirken. Daher ist auch das Niveau des politischen Bewußtseins sehr verschieden, und die Reaktionen sind oft völlig unerwartet. In Norditalien hat sich neben den Industriezentren ein sehr intensiver Anbau entwickelt (der des Reises zum Beispiel); im Süden, zumal in gewissen Gebieten Siziliens, hat der Ackerbau umgekehrt einen fast industriellen Rhythmus angenommen. So entsteht eine Anzahl wirtschaftlicher Probleme, die die gleichen scheinen, es in der Praxis jedoch nicht sind. Mittlerin zwischen den beiden geographischen Extremen sollte Rom sein, natürlich nicht das päpstliche Rom, sondern das Rom der Ministerien voller Bürokraten, von denen die meisten nur eine Hauptsorge kennen: wie sie den 27. des Monats (den Zahltag der Gehälter) erreichen können. Daß die Lage des Südens die Aufmerksamkeit Italiens immer mehr verdient, hat eine Reihe von Ereignissen in den letzten Jahren erwiesen. Außerdem darf man nicht vergessen, daß die Gegenden von Salerno ab südwärts zu den am wenigsten vom Krieg betroffenen gehören. Es gibt dort wichtige Städte, wie etwa Bari, die das traurige Intermezzo der Republik von Salò nicht mitgemacht haben: für sie sind Badoglio und der König immer die rechtmäßigen Häupter der Regierung und des Staates geblieben. Daher seinerzeit eine verschiedene Haltung gegenüber der Frage der Monarchie und demzufolge eine Reihe von Problemen, die im Norden unter dem Druck anderer Verhältnisse anders gestellt wurden. Daher in vielen Fragen auch eine gewisse Zweideutigkeit in der Haltung der Parteien, die christlich-demokratische nicht ausgeschlossen; denn eine einheitlich klare Entscheidung, die zuweilen wünschenswert erscheinen mag, kann auf den Norden passen, aber im Süden Italiens unanwendbar sein. Daher schließlich auch die langen Diskussionen im Parlament bei jedem Gesetz, das dann jedesmal mit Abänderungen und Klauseln versehen wird, da die lokalen Vertreter die Bedürfnisse und Privilegien der Provinzen und Landschaften, die sie vertreten, zur Geltung zu bringen suchen, ganz abgesehen noch von den politischen Gegensätzen. Die Kommunisten haben sich also nach dem Krieg einer sehr verwickelten Situation gegenüber befunden, von der sie nur dann etwas zu hoffen hatten, wenn sie die lokalen Verhältnisse gründlich verstanden.

Kommunistische Propaganda nach Kriegsende

Man muß sofort zugeben, daß sie sehr klug vorgegangen sind, wenn auch die Befehle von Moskau und gewisse traditionelle Propagandaschlagworte sie mehr als einmal daran gehindert haben, wirklich geschickte Politiker zu sein. Die Kommunisten haben aber zum Beispiel gegenüber den Amerikanern von Anfang an einen Vorteil gehabt: die Amerikaner haben sich in ihrer jugendlich arglosen Überzeugung, sie könnten alles und alle verstehen, nicht mit den Italienern ins Einvernehmen setzen wollen, die sie hätten beraten können. Sie haben ihre italienischen Erfahrungen allein machen wollen und haben aus Kriegsgründen im Süden angefangen. Als sie nach Norden, ja nur bis in die Mitte der Halbinsel kamen, glaubten sie, dieselbe Politik anwenden zu können, die sich im Süden als notwendig erwiesen hatte und die, nicht ohne Berechtigung, auf einem gewissen Mißtrauen beruhte. Dadurch haben sie sich häufig die spontane Sympathie der Bevölkerung verscherzt — und daraus haben die Kommunisten zu ihrer Zeit natürlich wieder Nutzen zu ziehen gewußt. Viel geschickter waren die Engländer, sogar geschickter noch als die Franzosen, aber sie waren in der Minderzahl, und die letzten Entscheidungen hingen nicht von ihnen ab. Auf diesen Dingen beruht noch heute eine besondere Spannung gegenüber der Regierungspartei, der man mit einem naiven Schlagwort, das die Kommunisten aber nie aufgegeben haben, nachsagte, hinter De Gasperi sei der Schatten Trumans zu sehen.

So war der Kampf für die Anhänger der Kominform also anfangs, zumal unmittelbar nach Kriegsende, leicht. In den Fabriken und den stark industrialisierten Gegenden schrieben sich die Arbeiter fast ausnahmslos aus Gründen der nackten Existenz in die kommunistische Partei ein. „Früher mußte man den Faschistenstempel haben, um arbeiten zu dürfen", sagte ein Arbeiter gähnend im Jahre 1946, „jetzt braucht man den kommunistischen." Durch eine fest in den Händen der Parteimitglieder ruhende Gewerkschaftsorganisation, durch Betriebsräte und innere Kommissionen war es für einen Arbeiter, der nicht Kommunist oder Sozialist war, sehr schwer, in den Arbeitsturnus aufgenommen zu werden. Auf diesem Gebiet haben die Kommunisten jedoch, wie man weiß, die Saite überspannt. Es kam zu einer Spaltung der Einheitsgewerkschaft; in jedem industriellen Gebilde gibt es einen Kern von Arbeitern, die ihre

Initiativfreiheit verteidigen. In diesem Sektor haben die Kommunisten trotz ihrer scheinbaren Erfolge (Kettenstreiks, Unterbrechung der Produktion, Sabotage) beträchtliche Niederlagen erlitten. Vom ersten Sieg berauscht, haben sie die Streiks zu weit getrieben, und da Italien im Grund ein Land arbeitsamer Leute ist, haben diese ständigen Unterbrechungen — bald waren es die Eisenbahnen, dann die Post, dann wieder die Straßenbahnen und die Elektrizitätsversorgung, die nicht funktionierten — die Geduld aller erschöpft, selbst die der Arbeiter, die das Gefühl hatten, man verspreche ihnen ständig Wunder und ließe sie dann, wie man zu sagen pflegt, mit einer Handvoll Fliegen sitzen. Aber um zu einer Art Kompromißfrieden zu gelangen, hat es mehrerer Jahre und des Beweises einer gewissen Energie von seiten der Regierung bedurft. Zweimal (bei den Wahlen vom 18. April 1948 und bei dem Attentat auf Togliatti) stand Italien dicht vor einer kommunistischen Revolution. Jetzt ist diese Gefahr vorbei, und sie wird nur dann wieder aufsteigen, wenn eine auswärtige Macht die innere Aktion unterstützt.

Die Rolle der regionalen Verschiedenheit Italiens

Inzwischen hat der italienische Kommunismus, nachdem er so einige Versuche im großen Stil der „starken Hand" gemacht hatte, seine geduldige Arbeit der stillen Durchdringung wieder aufgenommen, wobei er von einem Mann von großer Intelligenz und Geschicklichkeit geleitet wird: Palmiro Togliatti. Und nun studieren die Kommunisten, während sie zugleich an den alten Schlagworten, die von den eifrigsten Elementen der Partei nach allen vier Winden verkündet werden, festhalten, die Verhältnisse der einzelnen Landschaften, Provinzen, Städte, bis zu den Dörfern, und ganz allmählich dringen sie mit Erfolg auch in die ihnen feindlichsten Gegenden vor, eben in die des Südens. Man muß die landwirtschaftliche Situation Italiens kennen, um zu verstehen, wie das möglich ist. In Oberitalien, insbesondere in Venetien, liegt fast die ganze Produktion direkt in der Hand der Bauern, d. h. bäuerlicher Eigentümer, die den eigenen Boden bebauen und allenfalls den einen oder anderen Lohnarbeiter beschäftigen. In der Toskana und einigen benachbarten Gebieten herrscht das System der Halbpacht vor, derzufolge der Bauer sich praktisch als Eigentümer der Hälfte des Bodens, den er bebaut, betrachten kann, insofern er nicht pro Tag oder im Akkord bezahlt wird, sondern genau die Hälfte (heute sogar etwas mehr) von allen Erträgnissen des Bodens bekommt. Diese uralte Einrichtung, die schon vor dem Sozialismus eine direkte Teilnahme an den Werkzeugen des Gutes darstellte, hat in Zeiten der Hungersnot den Reichtum vieler Bauern ausgemacht, die inmitten einer hungernden Welt auf Grund des Gesetzes (und manchmal auch über das Gesetz hinaus) Getreide, Öl, Wein, Hühner und Eier besaßen, und zwar so viel, daß sie einen Teil davon zu Schwarzmarktpreisen abgeben konnten. In den anderen Gegenden Italiens herrscht die Taglöhnerei; der Bauer ist nur ein Arbeiter, der ein Stück Boden bearbeitet; strittig ist dabei nur der Lohn, der ihm zusteht. Das scheint eine grundeinfache Situation zu sein, ist es aber nicht. Man muß bedenken, daß die Bauern in gewissen Gegenden Siziliens und Kalabriens in armen kleinen Dörfern zusammenleben, wo sie ihr Vieh und ihr Arbeitswerkzeug aus Sicherheitsgründen (gegen die Banditen) und aus Ernährungsgründen (nur das Dorf hat einen kleinen Brunnen, der ein bißchen Wasser gibt; ringsumher ist alles von der Sonne verbrannt) verwahren. Diese Bauern müssen manchmal viele Kilometer weit gehen, um zu ihrer Arbeitsstätte zu kommen. Man kann sich leicht vorstellen, daß ein Ackerbau, der in diesem Produktionsrhythmus vor sich geht, nicht reich machen kann, und wenn der Besitzer, der Dutzende und Dutzende solcher Güter in seiner Hand vereint (die sogenannten Latifundien), von den dürftigen Einkünften leben kann, so führt der Bauer ein ganz elendes Leben, während sich ein Bauer der Romagna oder Emilia oder der Lombardei unter den gleichen rechtlichen und Arbeitsbedingungen ausgezeichnet durchschlägt. In jenen ziemlich zahlreichen Gebieten hat die kommunistische Propaganda am leichtesten eingeschlagen. Schwierig war es zwar, überhaupt erst einmal hinzugelangen, und einmal hingelangt, sich zu halten, zu gedeihen oder wenigstens fortzubestehen. Aber hier hat die unscheinbare, jedoch nützliche Arbeit der kleinen Zellen auf die Dauer ihre Früchte getragen. Zuerst mißtrauisch angehört, mit jenem Mißtrauen, das der Bauer stets gegenüber dem Mann aus der Stadt empfindet, haben die kommunistischen Propagandisten allmählich die Art und Weise gefunden, sich Gehör zu verschaffen. Selbstverständlich nicht, ohne zu Kompromissen ihre Zuflucht zu nehmen. Denn in Süditalien ist die Verbundenheit mit der Religion, sei es auch in Formen, die oft an Aberglauben streifen, noch lebendig, und der Priester spielt eine wichtige Rolle im Leben aller. Darum schien es den Kommunisten gut, jeden Zusammenstoß mit der religiösen Autorität zu meiden: sie haben sich bemüht, sich nicht in flagranti ertappen zu lassen, und einen Augenblick lang vergessen, daß die Religion „Opium für das Volk" ist — sie haben sich vielmehr gläubig gestellt, haben gegen die Art protestiert, in der die Regierung die armen Pfarrer finanziell behandelt, und dann haben sie vor allem vor den Augen des zum Elend verurteilten Bauern ein fernes Traumbild aufleuchten lassen: „Unter dem Kommunismus wird das Land dir gehören." Solche Reden machen einen gewissen Eindruck, besonders wenn sie von einem Arbeitskameraden ins Ohr geraunt und nicht öffentlich auf dem Markt verkündigt werden. Sie machen einen solchen Eindruck, daß auch in Gegenden, wo der Ackerbau eine Überlieferung alter Kultur hat, wie in der Toskana, viele Bauern tatsächlich Kommunisten sind. In gewisser Hinsicht sind demgegenüber die Klagen des Pfarrers, die Mahnungen der christlich-demokratischen Zeitungen nutzlos; der Bauer ist durch eine Verheißung angelockt worden, und es fällt ihm schwer, den Traum aufzugeben. Er wird nur den Tatsachen glauben. Halb unbewußt denkt er innerlich: „Wollen erst mal schaun, daß wir das Gut bekommen; nachher wird sich's finden." So kam vor ungefähr zwei Jahren eine Bauernabordnung zu einem toskanischen Bischof und sagte: „Sobald wir aus dem Mund eines kommunistischen Führers ein Wort gegen Sie oder die Religion hören, treten wir aus der kommunistischen Organisation aus. Aber solange die für uns arbeiten, ohne an den Glauben zu rühren, wollen wir ihnen folgen." Man wird sagen, diese Bauern seien

naiv. Und in der Tat brauchten sie nicht einmal Italien zu verlassen, um zu sehen, was an den kommunistischen Versprechungen wahr sei, brauchten sie nur die Haltung und Stimmung der bäuerlichen Besitzer in Venetien kennen zu lernen, um einige Zweifel an den kommunistischen Versprechungen zu hegen. Dort nämlich, wo der Traum des sizilianischen, apulischen und toskanischen Bauern bereits verwirklicht ist, sind die Kommunisten gegen die Bauern, die ihnen das mit gleicher Antipathie vergelten. Sei es nun das Vorhandensein einer angrenzenden Nation, die, wenn sie auch nicht zur Kominform gehört, doch den Kommunismus so weit verwirklicht hat wie Jugoslawien, sei es die äußerst lebendige katholische Überlieferung oder eine bessere politische Schulung, jedenfalls haben die Kommunisten in Venetien die folgenschwersten Niederlagen erlitten.

Niederlagen im Norden, Erfolge im Süden

Und so hat sich denn dieses seltsame Phänomen ergeben: während die Kommunisten im Norden seit den Wahlen von 1948 erheblich an Terrain verloren haben, haben sie mit dem System, das ich kurz zu schildern versucht habe, im Süden Terrain gewonnen. Abgesehen von einem Gefühl der Ermüdung wegen des ewigen Mißbrauchs der Streiks hat sich in Norditalien in der Tat gezeigt, daß eine Masse Anhänger rein äußerlich mitgingen, einzig aus Furcht, ihre Existenzmittel zu verlieren. Ein typisches Beispiel dieser Geisteshaltung ist die bei den Wahlen vom 18. April 1948 statistisch bewiesene Tatsache, daß in einigen Dörfern, wo man die genaue Zahl der in die Partei Eingeschriebenen kannte (und es ist bekannt, daß alle mit eiserner Disziplin zum Wählen gezwungen werden), mindestens die Hälfte von diesen christlich-demokratisch gewählt hat. Das klingt wie ein Scherz, ist aber Wahrheit. Hier also ist den Kommunisten der Boden unter den Füßen entglitten. Sie haben darauf mit einer Säuberung reagiert — die dann natürlich nach den kriegerischen Anfängen allmählich sanfter geworden ist —, und sie haben versucht, tropfenweise dort einzudringen, wo sie bisher noch nicht waren, indem sie sich dabei zuverlässiger örtlicher und bereits erprobter Elemente bedienten. Aus diesem Grund darf die Verlangsamung des Rhythmus der Einschreibungen nicht immer als sicherer Sieg der Gegenpartei gewertet werden. Die Regierung kann eine Agitation, die sich sozusagen im Herdwinkel und nicht auf dem Markt abspielt, nur schwer rechtlich bekämpfen. Das einzige Mittel, das ihr blieb, war das, etwaige Waffen für einen bewaffneten Aufstand zu beschlagnahmen. Und auch das ist ein Kampf, der sich gedämpft abspielt; seit mehr als einem Jahr geht in der Tat kaum ein Tag vorbei, an dem die Karabinieri oder die Polizei nicht in irgendeiner Hütte, einem Stall, einem Keller, an den unwahrscheinlichsten Orten Waffen mit der dazugehörigen Munition entdecken. Und das sind keine Überbleibsel vom Krieg, sondern Gewehre und Maschinengewehre in tadellosem Zustand, frisch eingefettet, wenn man auch nicht weiß, von wem. Für diesen Kleinkrieg haben die Regierungsparteien und die sich um diese gruppierenden anderen Gruppen, d. h. Christliche Demokraten, Republikaner, Liberale, freie Sozialisten, noch kein wirksames Organ schaffen können.

Das Kommunismusdekret Pius' XII.

Nur einmal erhielt diese geheime kommunistische Durchdringung einen indirekten Schlag, und zwar als der Papst letzten Sommer verkündete, daß alle Mitglieder der kommunistischen Partei als exkommuniziert zu betrachten seien und die Pfarrer allen die Sakramente zu verweigern hätten, die ihre Zugehörigkeit zur Partei offen bekännten. Die italienischen Kommunistenführer hatten natürlich für sich selber dagegen nichts einzuwenden, aber sie spürten den Schlag insofern, als sie erkennen mußten, daß sich die Parteimitglieder in ländlichen Gegenden vor ein gefährliches Entweder-Oder gestellt sahen. In vielen Fällen hat — um der Wahrheit die Ehre zu geben — die päpstliche Verurteilung, die ja nur logisch und auch schon lange erwartet war, eine wirkliche Klärung herbeigeführt. Bei vielen Angehörigen der kommunistischen Gewerkschaftsverbände dagegen hat sie Erstaunen hervorgerufen. Auf dem Land hat der Bauer, als er zwischen der katholischen Überlieferung, die in der Familie und besonders von den Frauen hochgehalten wird, und der neuen Ideologie wählen mußte, zum mindesten äußerlich nachgegeben. In ganz Italien ist die Verbundenheit mit der überlieferten Religion stark. Sonntags nicht in die Kirche zu gehen, auch wenn man dann während der Messe schwatzt, nicht an den Triduen und Novenen, den Oster- und Weihnachtsfeierlichkeiten teilzunehmen, sich nicht in der Fronleichnamsprozession zu zeigen, das würde für viele Bauern bedeuten, ein verächtliches Geschöpf zu werden und die Gelegenheit zu einer Zerstreuung und auch einer gewissen Erbauung zu verlieren. Aber damit ist keineswegs gesagt, daß die verlockenden Worte, die ihnen ins Ohr geflüstert worden sind, ihre Kraft ganz eingebüßt hätten. In dieser Hinsicht könnte die Befriedigung der Pfarrer eines Tages eine schwere Enttäuschung erleben. Aber zweifellos hat die Erklärung des Papstes die Situation für alle die geklärt, die sie nicht vorher schon klar sahen. Natürlich haben die Kommunisten zunächst einmal heftig protestiert und dem Papst schwärzesten Undank vorgeworfen, weil sie bei ihrer Propaganda — und wir haben gesehen, zu welchem Ziel und Zweck — sich davor gehütet hatten, den christlichen Glauben und seinen höchsten Vertreter anzugreifen. Aber diese Reaktion auf die päpstliche Verurteilung wurde, da sie drohte, die Karten allzusehr aufzudecken, langsam gedämpft, und heute arbeitet man mit anderen Schlagworten: mit dem Vorwurf gegen den Klerus, eine „Stütze des Kapitalismus" und eine „mit den amerikanischen Interessen verbündete" Kraft zu sein, unbestimmte Vorwürfe, die die Vertreter des Glaubens politisch diskreditieren sollen, ohne daß man sich zu sehr auf die religiöse Frage einläßt.

Aus all dem kann man leicht schließen, daß die Mehrheit der Anhängerschaft des Kommunismus in Italien von Leuten gebildet wird, die bei einem Sieg der Partei im Land furchtbare Enttäuschungen erleben würden. Wenn man aber bedenkt, daß die Mehrzahl der Italiener in den Elementarschulen nur eben lesen und schreiben lernt und dann ihr ganzes Leben fern von jedem nicht tendenziösen kulturellen Zentrum verbringt, wird man sich über diese Verblendung nicht wundern. Und doch sind sie infolge einer Art Intuition auch wieder fähig, die unglaublichsten Überraschungen zu be-

reiten, nicht aus Berechnung, sondern durch eine plötzliche Erleuchtung, in der sich zeigen mag, was es bedeutet, einer alten Kultur anzugehören: so z. B. bei den Wahlen vom 18. April 1948, als die Kommunisten schon ihres Sieges sicher waren, so sicher, daß sie einigen Gegnern schon den Laternenpfahl bezeichnet hatten, an dem sie sie aufknüpfen wollten. Statt dessen war das Ergebnis den Christlichen Demokraten so günstig, wie selbst die Optimistischsten nicht erwartet hatten. Ein Zeichen dafür, daß selbst der unwissendste Bauer trotz allem in gewissen Augenblicken, wenn auch nur intuitiv, begreift, was auf der einen und der andern Seite auf dem Spiel steht.

Wir haben hier vor allem von den Bauern und den landwirtschaftlichen Gegenden geredet, weil Italien nur zum kleinsten Teil ein Industrieland ist. In den großen Arbeiterzusammenballungen hat der Kommunismus leichteres Spiel, das ist ohne weiteres verständlich; aber heute hat sich der Kampf vom ideologischen auf ein vorwiegend praktisches Feld verlagert; der Industrielle und der Arbeiter stehen sich gegenüber und diskutieren ihre Probleme mit einem gewissen Sachverständnis, d. h. beide bemessen die Grenzen, bis zu denen sie jeweils ihre Forderungen vortreiben können. Irrtümer in dieser Bemessung sind gewiß möglich, aber die Mehrzahl der Arbeiter ist zu der Überzeugung gelangt, daß es besser ist zu arbeiten, nicht die Produktion zu unterbrechen — und häufig suchen sie die Parteiaktivisten mit Lappalien abzuspeisen: zehn Minuten Arbeitsunterbrechung, bis zu einem Maximum von 24 Stunden, die man bequemlichkeitshalber auf den Sonntag legt!

Der Sozialismus und seine Gruppen

In den Beamtenschichten findet man wenig Kommunisten, wenig auch im kulturellen Bereich. Wenn doch einmal ein Universitätsdozent erklärt, er sei Kommunist, so bietet die Partei ihm sofort einen wichtigen Posten an, was letzten Endes etwas verdächtig ist. Doch weiß man, daß der Kommunismus auf die Intellektuellen immer einen gewissen Zauber ausgeübt hat, zumal wenn es sich um solche handelt, die nicht fest im Glauben verwurzelt sind. Um die Lage aber noch verwickelter zu machen, existiert in Italien ein großes Durcheinander bei den Sozialisten. Nenni, der Chef der Italienischen Sozialistischen Partei, ist ein alter Kamerad Mussolinis; zur Zeit, als beide als gefährliche Aufrührer im Gefängnis saßen, brachte Mussolinis Gattin auch dem Genossen Nenni Essen mit. Als er noch Minister war, nannte man ihn in Italien den „Turnus-Romagnolen" — d. h. den Vertreter der Romagna (der Heimat Mussolinis), der in keiner Regierung fehlt —, und man meinte damit auch, daß diese Romagnolen mit ihrem leidenschaftlichen und anmaßenden Temperament doch alle etwas Gemeinsames haben. Heute jedoch ist Nennis Rolle praktisch zweitrangig geworden. Sein Sozialismus ist dem Kommunismus vollständig versklavt. Logisch ist nicht ersichtlich, warum zwei Parteien existieren müssen, die genau so gut eine einzige bilden könnten. Der Fremde, der die Zeitungen der einen und der anderen Partei liest, kann keinerlei Unterschied feststellen. Und doch gibt es einen Grund: im Volk besteht weitgehend, sei es aus Intuition, sei es auf Grund der Ermahnungen des Pfarrers, ein gewisses Mißtrauen gegenüber dem Kommunismus, während der romantische Sozialismus des beginnenden 20. Jahrhunderts eine bessere Presse gehabt hat („Christus der erste Sozialist", sagten die sozialistischen Agitatoren vor fünfzig Jahren). Daß es zudem außer dem Sozialismus Nennis den Saragats und seit kurzem auch noch den Romitas gibt, ist für den einfachen Mann zu schwer zu begreifen: er ist eben Sozialist, und wenn seine Sektion für Nenni ist, wird auch er Nenni-Anhänger, ist sie für Saragat, so wird er Saragatianer, ist sie für Romita, Romitianer. Daß zwischen diesen Fraktionen der alten Partei wesentliche Unterschiede bestehen, geht diesen einfachen Leuten meist nicht ein. Und anderseits ist es sehr bequem, dem Pfarrer und etwa auch einem Arbeitgeber antworten zu können: „Ich bin nie Kommunist gewesen — ich bin nur Sozialist." Diesem Mißverständnis verfallen aber natürlich sehr viele Arbeiter im allerbesten Glauben. Gegenüber dem päpstlichen Dekret haben anscheinend in gewissen Milieus die Kommunisten selber den Übertritt zu der Partei empfohlen, die keinen für den Christen anstößigen Namen trägt, aber sie praktisch bei jeder Unternehmung stützt. Das erklärt, wie Leute, die praktisch den Weisungen des Kommunismus folgen, ruhig in die Kirche gehen, dem Gottesdienst beiwohnen und regelmäßig an den Prozessionen teilnehmen, ja selbst Bruderschaften angehören können!

Vielleicht möchte mancher eine größere Strenge von seiten der Pfarrer wünschen. Aber Intransigenz ist oft eine schlechte Ratgeberin. Anderseits geben sich die Priester in gewissen Landstrichen als erste vollkommen Rechenschaft von der Taubheit der Reichen gegenüber dem Elend ihrer Untergebenen. Reichtum, insbesondere unerwarteter Reichtum, ist ja keineswegs immer mit leuchtendem Gerechtigkeitssinn und offener Freigebigkeit gepaart. Wie sollte man unter diesen Umständen den Armen, der sich, wenn auch vielleicht unbeherrscht und übertrieben, auflehnt, streng verurteilen? Ich glaube, die Pfarrer haben bei der Anwendung des päpstlichen Dekrets nie das andere und ewige Gebot der Kirche vergessen: das der Liebe; und auch in diesem Falle hat diese sich nicht nur als heiliger, sondern auch als bedeutend nützlicher erwiesen als eine absolute Strenge. Die Bindungen zwischen dem Pfarrer und seinen Pfarrkindern sind stärker geworden dank einem gegenseitigen Verständnis, das auf die Dauer seine Frucht tragen wird.

Das Spiel der Parteien im italienischen Parlament

Seltsames Geschick des Sozialismus in Italien! Er hat hier niemals Glück gehabt, außer in revolutionärer Form. Sobald er einen gewissen Erfolg hat, etwa auch im Parlament, und keineswegs nur in dem gegenwärtigen, unterliegt er Spaltungen, Gegensätzen, Polemiken, unter denen er sehr leidet. Und das ist schade, denn ein vernünftiger Sozialismus, d. h. ein solcher, der nicht von Fanatikern oder Ehrgeizigen geleitet wird, könnte einen beträchtlichen aktiven Beitrag zu der Arbeit der christlich-demokratischen Regierung liefern, während so sein Widerhall in den Massen irgendwie noch nicht die Breite erreicht hat, die zu der Hoffnung auf eine baldige Weiterentwicklung berechtigte. Von den anderen Parteien, der alten liberalen, die aller Ehren wert,

aber hauptsächlich aus ehrwürdigen Großvätern und Urgroßvätern zusammengesetzt ist, und der republikanischen mit ihrem Historizismus, die noch an gewissen veralteten mazzinianischen und romantischen Voraussetzungen hängt und den Intrigen der Freimaurerei ausgesetzt ist, ist wenig zu hoffen; ihre Funktion kann höchstens die einer Rückendeckung sein. Andererseits hat der Nenni-Sozialismus im italienischen Parlament eine stärkere Profilierung zuwege gebracht: auf der einen Seite die Linke, bestehend aus Kommunisten und Nenni-Sozialisten, auf der anderen die Regierungsparteien, außerdem die Monarchisten und das noch nicht sehr zahlreiche M.S.N., in dem sich, ach, das faschistische Erbe sammelt und das im Lande offenbar nur darum geduldet wird, weil es eine Art Gegengift gegen den Kommunismus darstellt. So gibt es im gegenwärtigen italienischen Parlament praktisch klar geschieden eine Rechte und eine Linke; und man muß vielleicht zu dem Schluß kommen, daß sich auf die Länge der Zeit in jeder demokratischen Versammlung dieses doppelte Spiel vollzieht: whigs und tories, Republikaner und Demokraten, und in Italien Rechte und Linke, wie vor fünfzig Jahren. Ein gewisser Unterschied gegenüber dem damaligen Parlament besteht allerdings: einmal die Anwesenheit einiger Frauen und dann die Heftigkeit, mit der die sogenannten Vertreter des Volkes sich anzugreifen, zu beleidigen und selbst handgemein zu werden imstande sind, wie Gepäckträger! Und noch ein anderer grundlegender Unterschied besteht: es könnte nicht, wie es am Ausgang des vorigen Jahrhunderts geschah, passieren, daß die Linke an die Macht käme, ohne daß das Land es merkte. Heute würde die Herrschaft der Linken schlechtweg die rechtliche und auch materielle Auslöschung der Rechten bedeuten.

Das ist vielleicht nur ein Detail, aber es hat seine Bedeutung, zumal in einer Betrachtung wie dieser, die sich mit der Lage des Kommunismus in Italien beschäftigt. Denn in diesem Punkt sind die Gefolgsleute des Befehls aus Moskau auch in Italien unverbesserlich: sie beanspruchen für sich alle die Rechte, die sie ihrerseits niemals den anderen zugestehen würden.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

DEMAN, Th. *Französische Bemühungen um eine Erneuerung der Theologie.* In: Theologische Revue Jhg. 46 Nr. 2 (1950) Sp. 61—82.

Es soll hier gezeigt werden, was eigentlich hinter dem undifferenzierten Schlagwort von der „Neuen Theologie" steckt. Der Verfasser findet im Denken von P. Lubac und Daniélou das gute Bestreben zur Verinnerlichung der Religion, aber auch ein Mißverständnis der Offenbarung, insofern diese selbst auf einen gesunden Intellektualismus hindrängt.

GUARDINI, Romano. *Über die Bedeutung der Psalmen im christlichen Dasein.* In: Schweizer Rundschau Jahrg. 50 Heft 6 (September 1950) S. 338—347.

Die Psalmen zeigen sich als das Gebet dessen, der unterwegs ist. Die Auswanderung wird ein Symbol für den Vollzug unseres eigenen Daseins.

WIESNER, Werner. *Anthropologische oder theologische Schriftauslegung?* In: „Evangelische Theologie" 1950 Heft 2 (August) S. 49—66.

Der Mainzer evangelische Theologe gibt ein durchsichtiges und aktuelles Referat über R. Bultmanns „Entmythologisierung der neutestamentlichen Verkündigung" und entwirft eine energische Widerlegung des Bultmannschen Existenzialismus von Grundsätzen einer kerygmatischen Schriftauslegung her.

Philosophie

ENGELHARDT, Viktor. *Erlösung aus der Weltangst der Moderne.* In: Die neue Ordnung Jhg. 4 Heft 4 (August 1950) S. 325—335.

Studie zu Heidegger, Jaspers, Rilke, Kierkegaard. Der Verfasser möchte die beiden Möglichkeiten zeigen, entweder im Basiliskenblick des Nichts zu erstarren oder durch diese Erfahrung hindurch den Weg zu Gott zu finden.

MÜLLER, Gustav. *Die Entwicklung der Religionsphilosophie in der Hegelschen Schule.* In: Zeitschrift für philosophische Forschung Bd. IV Heft 3 S. 347—376.

In einem klar aufgebauten Referat findet die Entstehung der Religionsphilosophie in der Nachfolge der Idee einer einheitlichen Wahrheit ihre Darstellung. Der neue Begriff der Religion, der die Grenze zwischen Natur und Offenbarung verschwinden läßt, bewirkt die Auflösung der echten Theologie.

SCHULTZE, Bernhard. *Das Gewissen Rußlands. Vladimir Solowjow heute.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 8 (Aug. 1950) S. 577—587.

Würdigung des Mannes, der die slawophile Ekklesiologie überwand und die Notwendigkeit einer Synthese mit Rom erkannte und damit — wenn er auch aus der Enge seiner Theosophie nicht herausfand — inmitten der Krise zum Gewissen Rußlands wurde.

Kultur

BARZEL, Werner. *Endstation? Theater der Gegenwart.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 75 Heft 11 (August 1950) S. 346—354.

Ausgehend von der Gestalt Nathans findet der Verfasser eine zunehmende Radikalisierung der Toleranzidee (über Ibsen zu Miller), bis schließlich die Wahrheit selbst abgeschafft wird. In der Endstation der Sinnlosigkeit zeigt sich aber noch keine Umkehr, über sie hinaus geht Sartre mit der Proklamation der bindungs- und rücksichtslosen Freiheit.

BÉGUIN, Albert. *L'âge des robots.* In: Esprit Jhg. 18 Nr. 9 (Sept. 1950) S. 273—280.

Die „denkenden Maschinen" vollziehen zwar gewisse Denkoperationen unendlich viel schneller als das menschliche Hirn; sie sind aber wesensmäßig ohne Initiative, können nur deduzieren, nie vom Konkreten schöpferisch aufsteigen. Der Mensch hat der Maschine gegenüber seine Freiheit, und nur wenn er diese freiwillig aufgibt, wird er Knecht der Maschine.

DUBARLE, D., OP. *Science et Faits humains.* In: Esprit Jhg. 18 Nr. 9 (Sept. 1950) S. 296—316.

Der Schritt von der neuen Wissenschaft der Kybernetik zu einer exakten Wissenschaft vom menschlichen Verhalten — vorläufig noch kaum mehr als ein Traum — geht über das Moment der „Information", der Regulierung der neuen „Servo-Maschinen", die selbsttätig auf zufällige äußere Einflüsse reagieren können. Auf Grund der mathematischen Formulierung der zufälligen Elemente (z. B. bei Radar) hat man neuerdings „Theorien des Spiels" (z. B. Schach, Bridge) berechnet, wobei das Element Zufall oder Willkür oder Initiative begrenzt und diskontinuierlich ist — während es in der Natur unbegrenzt und kontinuierlich auftritt, im menschlichen Zusammenleben jedoch unbegrenzt und diskontinuierlich, daher noch ganz unberechenbar.

GUILBAUD, G. Th. *Divagations cybernétiques.* In: Esprit Jhg. 18 Nr. 9 (Sept. 1950) S. 281—295.

Die „Denkmaschinen", höhere Maschinen (man nennt sie Servo-Maschinen) bestehen aus zwei maschinellen Elementen: das eine gibt der Arbeit des

andern die Form! Die Energiequellen und die Herkunft des Antriebs sind verschieden. Stromkreislauf und zyklischer Ablauf spielen eine große Rolle bei den Maschinen der Kybernetik. Außer dem Stromnetz als Auswirkung der Energie gibt es hier auch den zeitlichen Ablauf. Bei allen kybernetischen Vorgängen handelt es sich im Grund um Botschaften, die weitergegeben und am Ziel richtig interpretiert werden.

Une nouvelle Science, la Cybernétique. In: Etudes Sept. 1950 S. 181—187.

Die neue, in den Vereinigten Staaten im zweiten Weltkrieg entstandene Wissenschaft der denkenden Maschinen, die Kybernetik, leistet gewisse Denkoperationen besser als das menschliche Gehirn. Das Gehirn arbeitet nach den gleichen Prinzipien wie die Maschinen. Aber die Maschine kann nur die technisch-mechanischen Aufgaben des Gehirns übernehmen, nicht jene intellektuellen Schritte, in denen die Freiheit am Werk ist.

ELIOT, T. S. *Die Aufgaben des Versdramas.* In: Die neue Rundschau Jhg. 61 Heft 2 (1950) S. 190—203.

Wiedergabe des Vortrags (The Aims of Poetic Drama), den der Dichter während seines letzten Aufenthaltes in Deutschland hielt. Gegenüber der Prosa, die immer lehrhaft ist und eine bestimmte zeitgebundene Tendenz verfolgt, löst der Vers eine unbewußte Kraft aus, die vieldeutig ist, mehrere Interpretationen zuläßt und somit über den Epochen steht, trotzdem jeder Zeit in ihrem Spiegel die Wahrheit zeigend.

GRUHLE, Hans W. *Kritik der Psychoanalyse.* In: Studium Generale Jhg. 3 Heft 7 (Juli 1950) S. 369—372.

Der Psychoanalyse wird jede Wissenschaftlichkeit abgestritten und die Jung-Freudsche Symbollehre als eine Weltanschauung, der jeder empirische Beweis und Gegenbeweis fehlt, dargestellt.

HOLTHUSEN, Hans Egon. *Das Nichts und der Sinn. T. S. Eliot als Lyriker.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 8 (Aug. 1950) S. 589—608.

Die Interpretation hebt das radikale, altchristliche Sündenbewußtsein des Dichters hervor und führt es auf die „heimliche Nachbarschaft zwischen Nihilismus und Christentum" zurück. Die Geschichte ist doppeldeutig als offene Wirklichkeit, über die — Verdammnis oder Läuterung! — entschieden wird.

KLOSSOWSKI, Pierre. *Johann Georg Hamanns biblische Betrachtung.* In: Lancelot Heft 25 (1950) S. 3—17.

Während Kierkegaard als einer der Überwinder der Aufklärung das Unzulangen der Vernunft und die Kluft zum Schöpfer hin gezeigt hat, begreift Hamann die andere Seite, die Kommunikation zwischen Gott und Geschöpf. Daraus entwickelt sich das Problem der Sprache. Dem ist dieser Beitrag gewidmet.

KRINGS, Hermann. *Atheismus auf dem Theater.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 5 Heft 7 (Juli 1950) S. 723—734.

Diese Untersuchung moderner Dramen (Sartre und Camus) geht von der These aus, daß alle echte Handlung letztlich ein Konflikt Mensch — Gott ist. Daher kann ein echtes Drama im strengen Sinne nicht atheistisch sein.

LEHMENSICK, Erich. *Die Meinungsbildung über die Grenzen der Bildsamkeit und die erbpsychologischen Untersuchungen.* In: Die Sammlung Jhg. 5 Heft 8 (August 1950) S. 458—475.

Der ausführliche Aufsatz behandelt als Grundproblem jeglicher Erziehung die Frage des Verhältnisses von Erbanlage und Beeinflussung und gibt mit einer Übersicht über die neueste erbcharakterologische Literatur ein Bekenntnis zur pädagogischen Verantwortung.

MERTON, Thomas. *Erwähltes Schweigen.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 50 Heft 6 (September 1950) S. 353—366.

Vorabdruck aus der jetzt auch in deutscher Sprache bei Benziger erscheinenden Autobiographie des Dichters. Das Vorwort von Evelyn Waugh hebt als Leitgedanken dieses Buches, „das zu den klassischen Aufzeichnungen über die religiöse Erfahrung gerechnet werden muß", hervor, daß das Gebet heroisch werden muß.

MÜNZ, Erwin K. *Albert Camus, der Afrikaner.* In: Begegnung Jhg. 5 Heft 6,7 1950. S. 179—183.

Der Dichter wird als ein „Pascal ohne Gott" in seiner Bewegung vom Absurden zum Bekenntnis des unaussprechbaren Sinnes von Sein gekennzeichnet.

SCHMALTZ, Gustav. *Über die Beziehung der Tiefenpsychologie zu den Geisteswissenschaften.* In: Studium Generale Jhg. 3 Heft 7 (Juli 1950) S. 331—348.

Der Verfasser spricht dafür, daß in der Deutung der Symbole die geschichtlich vorgegebenen Materialien, wie sie die Geisteswissenschaften, Ethnologie, Mythologie usw. liefern, beigezogen werden, und somit nicht nur eine rationale Verarbeitung, sondern auch eine solche durch Intuition und Gefühl geschieht.

YEATS, William Buttler. *Golgatha. Ein Spiel für Tänzer.* In: Die neue Rundschau Jhg. 61 Heft 2 (1950) S. 204—214.

Aus dem Kreis der „Four Plays for Dancers" entstammt dieses Spiel vom Jahre 1920, das noch unter der Beeinflussung durch Ezra Pound steht.

Soziales und politisches Leben

BRUGAROLA, Martin, SJ. *Cooperativas de Viviendas Protegidas.* In: Fomento Social, 19/V (Juli/Sept. 1950) S. 342—345.

Spanien fehlt es an 1½ Millionen Wohnungen, die wenigstens teilweise zu beschaffen Absicht zahlreicher gemeinnütziger Organisationen ist. Vielerlei Typen kirchlich gelenkter Baugenossenschaften gibt es, in der Provinz Alicante bauen sich in Elda und Petrel 7000 Schuhfabrikarbeiter mittels vier Vereinen 1800 Häuser unter sehr sozialen und wohlkalkulierten Bedingungen, teils unter eigener, teils unter fremder Regie.

DODERO, JP. *Los Estudios Profesionales Agrícolas que España necesita.* In: Fomento Social, 19/V (Juli/Sept. 1950) S. 311—324.

Bei einem Verhältnis der Landwirtschafts- zu den Industriearbeitern von 3:1 wird für die Ausbildung der ersteren bereits in den spanischen Volksschulen viel zu wenig getan. Der Staat solle darum vorerst den hier wirkenden Hilfsverbänden, bes. den kirchlichen, die Arbeit erleichtern, sie ermuntern und fördern.

HEUSS, Theodor. *Verbrechen an der Jugend.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 50 Heft 4 (Juli 1950) S. 221—227.

Offenbar ältere Ausführungen, die sich mit den Prinzipien der Umerziehung befassen und an Stelle der fanatisierenden Appelle eine „altbackene Erziehung zur Armut und Arbeit" befürworten.

MISSONG, Alfred. *Um ein neues Eherecht in Österreich.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 50 Heft 4 (Juli 1950) S. 236—240.

Eine genauere Betrachtung des bisherigen Verlaufs der Diskussion zeigt, daß alles auf die Frage der Gültigkeit des Konkordates hinausläuft. Ihre offizielle Bejahung würde die Aussicht auf eine endgültige Regelung des Eherechts eröffnen.

MURNER, Franz. *Von Lassalle zu Schumacher. Der Weg der SPD.* In: Neues Abendland Jhg. 5 Heft 7 (Juli 1950) S. 265 bis 271.

Schumacher war bei seinem Start daran, einen Platz unter den bedeutenden Gestalten der Sozialdemokratie zu erringen, zeigt sich aber durch die Fehler und Mißerfolge, besonders seit 1949, den Anforderungen nicht gewachsen und bestimmt so den Verfasser zu der These, daß heute nur ein Lassalle der Situation entsprechen kann.

NELL-BREUNING, Oswald von. *Zur Kritik des wirtschaftlichen Liberalismus.* In: Die neue Ordnung Jhg. 4 Heft 4 (August 1950) S. 289—307.

Ausgehend vom manchesterlichen Liberalismus und seinen falschen Voraussetzungen wendet sich der Verfasser gegen den Neoliberalismus und Sozialliberalismus unserer Tage und setzt sich für den Aufbau körperschaftlicher Gebilde in Selbstverwaltung ein.

O'REILLY, Ch. T. *Il „Lavoro sociale" negli Stati Uniti d'America.* In: Vita e Pensiero Jhg. 33 (August 1950) S. 412—415.

Die soziale Arbeit in den USA war lange rein privat. Ihre Eigentümlichkeit besteht auch heute noch darin, daß sie ausgesprochen persönlich geführt wird. Drei Typen: „casework" (Arbeit am Einzelnen), „group work" (Gruppenarbeit) und „community organisation" (Ausgleich der Interessen in der Gemeinschaft). Der Europäer hätte viel davon zu lernen, umgekehrt der Amerikaner beim Europäer die Kenntnis der verschiedenen sozialen Sicherungsmaßnahmen (Versicherung, Pension usw.).

WEINSTOCK, Heinrich. *Demokratie und Elite.* In: Die Sammlung Jhg. 5 Heft 8 (August 1950) S. 449—458.

Der Verfasser läßt die in jeder Demokratie waltende Dialektik von Freiheit und Gleichheit deutlich werden und leitet daraus die heute besonders vordringliche Frage der Elitenbildung ab. Die Forderungen sind klar, die praktische Ermöglichung bleibt Problem.

„Plan de Trabajo" para la Acción Católica. In: Criterio, Nr. 1115/XXIII (11. 5. 1950) S. 304—307.

Der neue Arbeitsplan der Männer der Katholischen Aktion Argentiniens eröffnet Einblicke in die allgemeine Lage der Katholischen Aktion Südamerikas. Ziel: Umbau der passiven Studienzirkel in religiöse Gemeinschaften und aktive Apostolatszentren. Vertiefte religiöse Schulung, Erfahrungsaustausch. Nicht Rückzug, Propaganda, Eroberung, äußere Ausbreitung, sondern: hinein in die heidnische Welt als Sauerteig nach dem Leitbild von Kardinal Suhard. Die sechs Apostolatsrichtlinien verweisen auf „Familie, Pfarrei, Arbeitsplatz, Gesellschaftsklasse, Berufsstand und Staatsbürgerschaft".

Chronik des katholischen Lebens

CHAMBRE, Henri. *Catholicisme et Communisme.* In: Idées et Forces Heft 7—8 (April/Sept. 1950) S. 31—47.

Überblick über die Geschichte der Beziehungen zwischen Katholizismus und Kommunismus. Die päpstlichen Äußerungen seit Pius IX. wandeln sich allmählich von Stellungnahmen gegen kommunistische Positionen gegen das Naturrecht zu ausgesprochen religiösen Stellungnahmen. Praktische Haltung des Katholiken gegenüber dem Kommunismus einerseits in

der westlichen Welt, dann jedoch vor allem in der östlichen. Erster Versuch einer Regelung das Kirchenabkommen in Polen, noch zu jung, um schon beurteilt werden zu können.

CHESTERTON, Gilbert K. *Einleitende Bemerkungen über die Wichtigkeit der Orthodoxie.* In: Das Goldene Tor Jhg. 5 Heft 3 1950. S. 169—174.

In dieser mit Genuß zu lesenden und in ihren Parabeln unübertrefflichen Skizze wird die „Befreiung" des Liberalismus als ein Fall ins Wesenlose enthüllt; es fehlt das absolute Interesse an der Wahrheit — das Interesse an der absoluten Wahrheit.

d'APOLONIA, Luigi. *Die Kirche in den Vereinigten Staaten von Amerika.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 50 Heft 4 (Juli 1950) S. 201—208.

Trotz der Gefahren des amerikanischen Wesens glaubt der Verfasser, daß durch die geschichtliche Unbelastetheit eine „neue Kirche" entstehen kann. Er erwartet auch eine größere Ausbreitung: „zehn Millionen Amerikaner warten auf die Konversion".

DUMOULIN, Heinrich. *Japan sucht einen Weg.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 8 (August 1950) S. 614—619.

Der Zusammenbruch des alten Glaubens setzt das Christentum zum erstenmal in Freiheit und verspricht das Anheben einer neuen Epoche, reiche Ernte, aber auch schwere Arbeit.

FILTHAUT, E. *Die Cauxbewegung oder die moralische Aufrüstung (MRA) in katholischer Sicht.* In: Die neue Ordnung Jhg. 4 Heft 4 (August 1950) S. 342—353.

Nach einer Darstellung des Wesens der MRA rät der Verfasser den Katholiken von jedem Verkehr ab, da es sich hier um eine indifferente eklektizistische Haltung handelt. Dazu — soweit sie vorliegen — die offiziellen Stellungnahmen des Episkopates.

GÖRRES, Ida Friederike. *Brief zum „Heiligen Jahr".* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 8 (August 1950) S. 565—576.

Vorabdruck aus den „Briefen über die Kirche", die sich mit der weltlichen Erscheinung der Kirche beschäftigen.

HILLIG, Franz. *Pater Lombardi sprach in Deutschland.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 75 Heft 11 (August 1950) S. 369—375.

Der Verfasser sieht den Erfolg des Predigers darin, daß die Menschen in ihm nicht einen Redner, sondern einen Boten Christi, nicht einen Lehrer, sondern einen Bruder, nicht ein Genie, sondern die überfließende Liebe eines Menschen finden, „den Jesus lebt".

NAIDENOFF, G. *Statistique et Situation religieuse.* In: Idées et Forces Nr. 7—8 (April/Sept. 1950) S. 2—16.

Religionsstatistik für den Weltkatholizismus täuscht, weil sie in den altchristlichen Ländern die Taufen, nicht die religiöse Praxis zählt. Die Christen und unter diesen die Katholiken sind in der Welt viel mehr in der Minderheit, als die Statistiken verraten. Das interessanteste Phänomen der nordamerikanische Katholizismus, der nicht von einer Elite ausgegangen ist, sondern von unten, wie das Urchristentum: daher voller Selbstvertrauen, Hoffnung, Unbekümmertheit, eroberungsfähig. Dies der Weg und die Hoffnung der Zukunft überhaupt.

REYNA, Paul. *Centro de Misiones Rurales Argentinas.* In: Latinoamerica Nr. 19/II (1. 7. 1950) S. 310—314.

Seit 1938 besteht die „argentinische ländliche Missionsorganisation" unter der Leitung von P. Matias Crespi, dem heute 20 Missionare und vierzig Schwestern verschiedener Gesellschaften helfen. Vom nördlichen Chaco bis nach Patagonien werden vernachlässigte Diözesen und Pfarreien missioniert (bis heute: 10 000 Trauungen, 69 000 Taufen, 124 000 Erstkommunikanten u. a.) und Eingeborene christianisiert und zivilisiert. Diese alljährlichen Missionsexpeditionen sind ein beachtlicher Ausgleichsversuch gegenüber dem erdrückenden Priestermangel Südamerikas.

La conjoncture missionnaire en Chine. In: Idées et Forces Heft 7—8 (April/Sept. 1950) S. 17—30.

Nach anfänglichem Schwanken hat das kommunistische Regime in China eine tolerante Haltung gegenüber allen Religionen eingenommen. Das geht allen anderen Religionen gegenüber leichter als gegenüber dem Katholizismus, der, zu sehr mit der Ideologie des Abendlandes verbunden, zu lateinisch auftritt und sich zu sehr mit dem Regime Tschiang Kaischeks eingelassen hatte. Ein autochthones Christentum kann nur Wurzel fassen, wenn es aus chinesischem Denken selbst erwächst. Der Kommunismus hat diese Vorbedingungen der Infiltration viel besser erkannt und ausgenutzt.

La Iglesia en América Latina. In: Latinoamerica, Nr. 19/II (1. 7. 1950) S. 312/313.

Ibero-Amerika und seine Kirche werden heute mehr denn je beachtet. Am brennendsten von allen Problemen wird der Priestermangel empfunden, der nur historisch zu verstehen ist. 1826, nach der Befreiung, gab es nur noch 15 Bischöfe in Lateinamerika, rund 100 Jahre später wieder 70 mehr. Noch heute gibt es 21 Diözesen mit mehr als 1 000 000 Seelen, 75 mit über ½ Million. Statistiken trügen jedoch leicht, denn in Costarika z. B. wirkt weniger als die Hälfte der 200 Priester in der Seelsorge. Die Beziehungen zum Staat sind allgemein gut, meist kodifiziert.

Laienfrömmigkeit. Sonderheft von Geist und Leben Jhg. 23 Heft 4 (August 1950).

Dieses Heft soll mit allen seinen Beiträgen der Verchristlichung der natürlichen Ordnung dieser Welt dienen und der Katholischen Aktion Ausdruck verleihen. Hier seien nur folgende Beiträge hervorgehoben: Fink, Josef: Heiligung der Ehe? Hengstenberg, H. E.: Berufliche Begabung und menschliche Vollkommenheit. Reinermann, Wilhelm: Um das Ethos der entseelten Erwerbsarbeit. Scherer, Alice: Heiligkeit im Alltag der Hausfrau. Dirks, Walter: Der Welt verloren und aller Welt Freund. Die christliche Vollkommenheit und die Kultur. Scherer, Robert: Ordens- und Laienaszese.

Männerseelsorge. Sonderheft der Anima Jhg. 5 Heft 2 (1950).

Dieses Heft enthält u. a. folgende Beiträge: Decurtins, F.: Religiöse und sexuelle Krisen des Mannes. Eine pastoraltheologische Studie. Willwoll, Alex: Das seelische Organ des Mannes für die Religion. Lütticke, Franz: Die Erziehung des Mannes zum Gebetsleben. Grötsch, Josef: Die Auswertung der Ergebnisse der Tiefenpsychologie für die Männerseelsorge. Dubler, E.: Die Erziehung des Mannes zur katholischen Aktion und zur politischen Betätigung in der Pfarrei. Bomm, Urbanus: Wie erzieht der Seelsorger den Mann in der Pfarrei zur Benützung des Missale?

Chronik des ökumenischen Lebens

ANDERSEN, Wilhelm. *Haben Taufe und Abendmahl einen verschiedenen Heilsbezug?* In: Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung Jhg. 4 Nr. 15 (15. August 1950) S. 230—231.

Fortsetzung einer Kontroverse mit Rud. Stählin. Der Verfasser sucht einen „dritten Weg", da die Einsetzung der Sakramente keine übergeschichtlichen ewigen Ideen gezeugt hat, aber auch kein einmaliges geschichtliches Ereignis bedeutet, das, um zur Auswirkung zu kommen, einer ständigen Wiederholung bedarf.

ASMUSSEN, Hans. *Das Heil und das Wohl.* In: Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung Jhg. 4 Nr. 15 (15. August 1950) S. 226—228.

Eine Warnung vor der Gefahr des Kulturprotestantismus, der die Sorge für das soziale Wohl vor die Sorge um das Heil stellt.

DUMAS, André. *Protestantisme et communisme.* In: Idées et Forces Heft 7—8 (April/Sept. 1950) S. 48—54.

Die Haltung der protestantischen Kirchen dem Kommunismus gegenüber ist nicht einheitlich. Der amerikanische Protestantismus in der Mehrzahl schroff ablehnend, der Protestantismus im Osten versucht dagegen ein Zusammenleben, wobei er den Rückzug auf die religiöse Besinnung und Innerlichkeit als Gewinn empfindet. Aber das praktische Zusammenleben, wenn schon die theoretische Anerkennung anfechtbar ist, erweist sich als äußerst schwierig. Doch weigert der Protestantismus sich, in die Front Kapitalismus—Kommunismus einzutreten.

DUMONT, C.-J. *L'Eglise orthodoxe russe en face du communisme.* In: Idées et Forces Heft 7—8 (April/Sept. 1950) S. 75 bis 107.

Reich dokumentierter Rückblick auf die ganze Geschichte der Beziehungen zwischen der orthodoxen Kirche und dem Sowjetregime. Der große Gewinn der orthodoxen Kirche ist ihre Befreiung aus der staatlichen Bevormundung, die die Zaren seit dem 18. Jhdt. ausgeübt hatten; Rückkehr zum Patriarchat, keine Einmischung in innerreligiöse Fragen. Dagegen: kein Religionsunterricht an Kinder, keine Ernennungen ohne staatliche Zustimmung, keine Presse außer dem Patriarchatsblatt.

JANELLE, Pierre. *La Formation religieuse dans les Ecoles anglaises.* In: Etudes Sept. 1950 S. 188—222.

Das neue englische Schulgesetz (Education act) von 1944 sieht für alle Volks- und Mittelschulen einen obligatorischen interkonfessionellen Religionsunterricht vor (an dem auf Wunsch der Eltern religionslose Schüler und solche, die einen konfessionellen Unterricht außerhalb der Schule erhalten, nicht teilzunehmen brauchen). Der Wunsch der Eltern nach diesem Unterricht geht weit über die aktiv religiösen Kreise hinaus. Gefahr der Minimisierung der Lehre; Schwierigkeiten des Funktionierens wegen der dogmatischen Gegensätze.

REINHARDT, Paul. *Offene Fragen an die lutherischen Synodalen der Synode der EKD.* In: Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung Jhg. 4 Nr. 15 (15. Aug. 1950) S. 231—232.

Es wird die Friedensbotschaft der Synode angegriffen und die Frage der Kriegsdienstverweigerung aufgeworfen, die — nach Meinung des Verfassers — nicht geschützt werden darf.

Das Register für den IV. Jahrgang der „Herder-Korrespondenz" bzw. für den III. Jahrgang des „Orbis Catholicus" erhalten Sie mit dem Novemberheft.

HERDER-KORRESPONDENZ

Zweites Heft - 5. Jahrgang - November 1950

Wenn Menschen einmal überzeugt sind, daß das Leben kurz ist, daß es unzureichend ist für irgendein großes Ziel, daß es den wahren Christen nicht vollkommen zur Entfaltung oder zur Vollendung bringt, wenn sie fühlen, daß das künftige Leben alles in allem ist und Ewigkeit das Einzige, was wirklich ihr Sinnen und Trachten beanspruchen und erfüllen kann: dann sind sie geneigt, dieses irdische Leben allzumal zu unterschätzen und seine wirkliche Bedeutung zu vergessen. Sie neigen zum Wunsch, die Zeit ihres Verweilens hienieden in eigentlicher Trennung von den tätigen Pflichten der Gemeinschaft zu verbringen.
Aber man sollte sich gegenwärtig halten, daß die Beschäftigungen dieser Welt, wenn sie auch selbst nicht himmlisch sind, und wenn sie auch nicht die Frucht sind, so doch der Same der Unsterblichkeit . . .

Kardinal J. H. Newman

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Verlautbarungen der Fuldaer Bischofskonferenz 1950

Unter Vorsitz von Kardinal-Erzbischof Dr. Frings von Köln fand vom 22. bis 24. August 1950 die 82. Fuldaer Bischofskonferenz statt. Im Anschluß an die Konferenz teilte Kardinal Frings mit, daß demnächst zwei Hirtenschreiben zu erwarten sind: ein Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz zur „Dogmatisierung der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel" und ein „Lehrschreiben über Gesellschaft und Staat".

Die Verlautbarungen der diesjährigen Fuldaer Bischofskonferenz befassen sich mit der erneuten Forderung eines gerechten Lastenausgleichs, ferner mit Gebetsmahnungen für die vielen noch im Auslande befindlichen deutschen Gefangenen und Verschleppten, sowie für die Todesopfer an der Front, in der Heimat und in den Konzentrationslagern.

Die erste Verlautbarung zum Lastenausgleich hat folgenden Wortlaut: „Die Fuldaer Bischofskonferenz behandelte u. a. auch die Frage des Lastenausgleichs und weist erneut auf ihre Stellungnahme zu dieser Frage vom Jahre 1948 hin, die folgenden Wortlaut hatte: Der Neuordnung wird auch der Lastenausgleich dienen müssen. Ungleich haben Krieg und Nachkriegszeit die Not verteilt. Sie haben sich die Schuldigen nicht ausgesucht, und Unschuldige müssen bitter leiden. Die Lasten müssen ausgeglichen werden. Denn nur, wenn einer des anderen Last mitträgt, erfüllen sie Christi Gesetz. Gott hat im Alten Bunde einen regelmäßigen Lastenausgleich angeordnet. Die ersten Christen haben freiwillig und hochherzig unter sich die Lasten ausgeglichen, ‚je nachdem einer bedürftig war' (Apg. 2, 45). Kein Christ wird darum heute einem gerechten Lastenausgleich widerstreben können. Man muß sich darüber klar sein, daß alle Güter, die wir noch besitzen, nicht reichen werden, um die Schuld nach außen abzutragen und die Not im Innern auszugleichen. Es ist gerecht, wenn ungerechte Gewinne ermittelt werden und zur Verteilung kommen. Es wird nicht zu umgehen sein, daß auch der rechtmäßig erworbene Besitz belastet wird. Das Recht auf Privateigentum wird dadurch nicht angetastet. Es bleibt verankert im heiligen Gesetz Gottes. Aber ein gerechter, durch die außergewöhnlichen Zeitumstände bedingter Lastenausgleich widerstreitet nicht dem naturrechtlichen und daher von den Christen festzuhaltenden Eigentumsbegriff. Gott hat die Güter dieser Welt nicht nur zum Wohle einzelner Menschen, einzelner Menschenklassen oder einzelner Völker bestimmt, sondern sie auf das Wohl aller Menschen hingeordnet. Wenn darum der Staat durch eine die Lasten des Volkes gerecht verteilende Gesetzgebung die durch Krieg oder Katastrophen, wie wir sie erlebt haben, schwerverletzte Ordnung wieder zu heilen sucht, dann werden Christen um des Gemeinwohles willen einer solchen Regelung sich nicht widersetzen und nicht entziehen. Durch einen geordneten Ausgleich wird die Gefahr vermindert, daß gewaltsame Lösungen versucht werden, die alles verderben. So wird durch ihn in Wahrheit das Eigentumsrecht nicht angegriffen, sondern es werden die Voraussetzungen für den Weiterbestand einer gesunden Eigentumsordnung geschaffen."

Die zweite Verlautbarung lautet: „Die Bischofskonferenz gedenkt der vielen noch im Auslande befindlichen deutschen Gefangenen und Verschleppten und empfiehlt, ihrer besonders während des Monats Oktober in den Rosenkranzandachten zu gedenken."

Die dritte Verlautbarung heißt: „Für die Todesopfer des Krieges an der Front und in der Heimat sowie für die Opfer der Konzentrationslager soll in der Allerseelenoktav in den einzelnen Kirchen ein Seelenamt gehalten werden, bei dem besonders derer gedacht werden möge, die ohne kirchliches Begräbnis bestattet worden sind."

Zum 50jährigen Jubiläum des Katholischen Fürsorgevereins

In diesem Jahr feierte der Katholische Fürsorgeverein auf einer Generalversammlung der in ihm arbeitenden Frauen in Dortmund vom 13. bis 16. September sein fünfzigjähriges Bestehen. Am 19. Juni 1900 ist er von Frau Agnes Neuhaus mit 25 anderen Frauen in der Dortmunder Propsteikirche gegründet worden und hat sich in den seither verflossenen Jahren zu einer mächtigen und sehr segensreich wirkenden Organisation entwickelt, deren Hauptaufgabe der Schutz der gefährdeten Jugend ist. Frau Elisabeth Zillken hielt auf der Jubiläumstagung einen Vortrag, dem wir die folgenden Angaben über die Vergangenheit, die Organisation und die gegenwärtige Lage des Katholischen Fürsorgevereins entnehmen.

Die Gründung vor 50 Jahren ist vor allem darum eine so große Tat gewesen, weil es damals noch keine behördliche Jugendfürsorge und Gefährdetenfürsorge gab. Agnes Neuhaus hat mit ihrer Gründung also einen echten Pionierdienst für das gesamte Wohlfahrtswesen geleistet. Heute ist die Fürsorgearbeit eine Tätigkeit, die gründliche fachliche Ausbildung und kluge Organisation verlangt; aber die Mitarbeiterinnen des Katholischen Fürsorgevereins sind dennoch im Innersten noch von dem gleichen Antrieb beseelt, der ihre Vorgängerinnen vor 50 Jahren zu dieser Arbeit bewegte: der aus dem Glauben wachsenden echten Liebe zum Nächsten.

Der heutige Umfang des Wirkens

Das Gesamtwerk umfaßt heute

1. die Ortsgruppen, die in offener Fürsorge Kindern, jungen Menschen und deren Familien sowie auch älteren Frauen helfen wollen;
2. Heime, die derselben Aufgabe in halboffener oder geschlossener Fürsorge dienen;
3. die Westfälische Wohlfahrtsschule, Abt. Dortmund, die berufliche Mitarbeiterinnen für Ortsgruppen und Heime ausbildet. Ihre Absolventinnen finden jedoch auch bei anderen kirchlichen Stellen und bei Behörden Anstellung;
4. die Zentrale, die den anderen Stellen mit Rat und Tat zur Seite steht, neue Experimente schützt und fördert, zu Experimenten und Gesetzen anderer Stellen gutachtlich Stellung nimmt und schließlich solche Hilfsarbeiten ausführt, die über den Rahmen einer Ortsgruppe hinausgehen.

Seit 1924 arbeitet der Katholische Fürsorgeverein mit den inzwischen entstandenen Jugendämtern zusammen. Unter dem Nationalsozialismus hat er, wie alle konfessionellen Werke, schwer zu leiden gehabt; doch seit 1946 zeichnet sich der Wiederaufbau bereits deutlich ab. Heute betreut der Verein in offener Fürsorge über 153 000 Schützlinge, die zur Hälfte unter 14 Jahren sind. Besonders große Gruppen unter den Schützlingen bilden die unehelichen Kinder und die Kinder aus zerrütteten Ehen. Eine große Gruppe bilden auch die Ostvertriebenen, nächst ihnen dann die Strafentlassenen und Strafgefangenen. Als letzte größere Gruppen, die betreut werden, sind die unehelichen Mütter und die Arbeitslosen zu nennen. Eine wichtige Aufgabe des Vereins ist es, Vormünder für Minderjährige zu suchen, Schützlinge in gesunde Umgebung zu bringen und den Jugendgerichten Hilfe bei katholischen Jugendlichen zu leisten.

Die Statistik beweist, daß die fürsorgebedürftigen Kinder aus geschiedenen und zerrütteten Ehen immer noch zunehmen; sie sind in den letzten 4 Jahren von 17 230 auf 30 847 angewachsen. Fast immer gilt in diesen Fällen die Fürsorgearbeit auch den Eltern und ihrer Ehe. Der Verein wird vielfach vor Einleitung einer Ehescheidungsklage von Gerichten, Seelsorgern oder Mitarbeiterinnen über die schwierigen häuslichen Verhältnisse informiert und versucht dann in enger Zusammenarbeit mit den Seelsorgern, diese Ehen zu erhalten und zu gesunden. Hier wird eine Art religiös fundierter Erziehungsarbeit geleistet, die oft Erfolg hat, wo behördliche Stellen versagen.

Der heutige Stand der Mitarbeit

Eine Statistik der Mitarbeiterinnen im Katholischen Fürsorgeverein beweist den wachsenden Umfang seiner Arbeit und Aufgaben und vor allem auch den großartig wachsenden Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen. Der Verein zählt deren heute 5209 tätige Mitarbeiterinnen und 60 128 Einzelhelferinnen. Daneben stehen 341 berufliche Mitarbeiterinnen und 20 788 fördernde Mitglieder. Im Jahr 1949 bestanden 450 Ortsgruppen. Es ist Grundsatz, überall da, wo es ein Jugendamt gibt, neben dieses eine Ortsgruppe des Katholischen Fürsorgevereins zu stellen, um so die religiöse Erziehung katholischer Minderjähriger zu sichern. Die Fuldaer Bischofskonferenz hat schon 1922 den deutschen Klerus aufgefordert, bei der Gründung von Fürsorgevereinen hilfreiche Hand zu gewähren. Das ist vielerorts, doch längst nicht überall geschehen, so daß man wohl sagen muß, daß bei tätigerer Hilfe der Seelsorge viel mehr Kindern und Jugendlichen hätte geholfen werden können. Heute, wo die Jugendämter zumal auf dem Land gerade erst wieder neu aufgebaut werden, wird die katholische Fürsorgearbeit vielfach zur Mitarbeit aufgefordert, und es hängt alles davon ab, daß sie in der Lage ist, geeignete Kräfte in genügender Zahl bereitzustellen. Der Kreis der freiwilligen Helferinnen steigt zum Glück immer noch an, und geistliche Beiräte bemühen sich um die religiöse Vertiefung dieser Mitarbeiterinnen.

Heute fragt die junge christliche Generation wohl, warum man einen Verein braucht, wo doch Nächstenliebe zum Vollzug des christlichen Lebens gehört. Die Antwort lautet: der Verein ist eine Stelle fachlicher Ausbildung für eine Arbeit, die fachlichen Charakter hat. Die Kerngruppe des Vereins ruft auch heute immer wieder das ganze christliche Volk zur Mitarbeit durch Hilfe und Gebet auf, sie selber aber ist nötig als Stelle, an die sich jeder um Hilfe und Rat wenden kann, die sich bei den Behörden verwendet und die die Hilfskräfte verteilen und in geeigneterer Weise einsetzen kann.

Die Zusammenarbeit mit den Behörden nimmt immer noch zu, ist aber an manchen Orten auch durch parteipolitische Interessen behindert oder bedroht. Auf dem Gebiet der Familienfürsorge gibt es zudem fachliche Meinungsverschiedenheiten. Manche behördliche Stellen haben die Tendenz, diesen Sektor, der eine spezialisierte Arbeit erfordert, zugunsten einer allgemeinen Fürsorge zu verdrängen, was eine erhebliche Rückwärtsentwicklung bedeuten würde.

Viele Fälle werden dem Katholischen Fürsorgeverein durch die Behörden zugewiesen, noch mehr Fälle sucht er selber auf. Seiner inneren Einstellung gemäß kann er nicht warten, bis eine Not ihm offiziell gemeldet wird.

Auf gewissen Gebieten, vor allem im Vormundschaftswesen, kann man jedoch nicht gut ohne die Mitwirkung der Behörden vorwärtskommen.
Ein wichtiger Fragenkomplex wird auch durch die Erziehungsberatungsstellen behandelt. Die Erziehungskraft der Familie ist heute weithin geschwächt, doch nicht der Erziehungswille. Die Eltern bedürfen also einer Beratung und Stütze. Die Katholische Fürsorge hält dabei von einer persönlichen Beratung der Väter und Mütter mehr als von Beratung durch Erziehungsberatungsstellen englischen und amerikanischen Musters.

Die Tätigkeit der Zentrale

Währenddessen nimmt die Zentrale des Vereins ständig Stellung zu Fragen der Gesetzgebung und zu Fragen der Arbeitsgestaltung auf den verschiedenen einzelnen Gebieten. Da handelt es sich um das Recht des unehelichen Kindes, die Hilfe für uneheliche Kinder und Mütter, Ehescheidung und Sorge um „Ehescheidungswaisen", Sorge um Kinder aus zerrütteten Ehen, Neugestaltung der Reichsjugendwohlfahrtsgesetze, Ausbau der Familienfürsorge, Fragen des Adoptionsrechts und der Adoptionsvermittlung, Ausbau der Pflegestellenvermittlung, Ausbau der Schutzaufsicht, Probleme der Zusammenarbeit mit den Erziehungsberatungsstellen und Schaffung von Erziehungsberatungsstellen.
Für den Katholiken steht am Beginn jeder erzieherischen Arbeit der Glaube, der zum mindesten um Sinn und Ziel des Lebens weiß; der Nichtgläubige setzt an die Stelle dieses Glaubens oft ein gesteigertes Vertrauen auf die verschiedensten modernen Erziehungsmethoden oder Hilfsmittel, Psychologie, Psychotherapie und dergleichen. Der Christ wird sich diesen gegenüber durchaus nicht ablehnend verhalten, er wird nur finden, daß diese Hilfsmittel in die Hand eines gläubigen und liebenden Menschen gehören. Er wird alle sachgerechten Mittel, die die Wissenschaft heute an die Hand gibt, benutzen, aber darauf vertrauen, daß eine übernatürliche Kraft diese stets so begrenzten natürlichen Kräfte ergänzt und stärkt, eine übernatürliche Kraft, die sich besonders in der völligen Hingabe an die andern auswirkt.

Aufbau der KA Österreichs von unten her

Im ersten Halbjahr 1950 wurden in der Erzdiözese Salzburg 45 „Pfarrtage" durch die Beauftragten der Diözesanleitung gehalten, nachdem man im Vorjahr versuchsweise mit „Dekanatstagen" begonnen hatte. Ziel war 1949 wie 1950 die Aktivierung der Laien. Die Dekanatstage zeigten, daß in weiten Kreisen des katholischen Volkes die Bereitschaft zur christlichen Tat vorhanden ist. Sie machten aber auch klar, daß man den Schwerpunkt der Arbeit nicht in die großen Kundgebungen, sondern in die unscheinbare Kleinarbeit legen muß.
Durch die Pfarrtage soll die KA in den Pfarren aufgebaut werden. Aus der weithin anonymen Masse des Kirchenvolkes sollen einzelne aufgeschlossene Menschen herausgefunden werden, die dann die Zellen für die weitere Arbeit bilden. Daher halten die von der Diözesanleitung entsandten Referenten — ein Geistlicher und ein oder zwei Laien — nicht nur ihre Referate (1950 über das Jahresthema: Durchdringung der eigenen Familie), sondern nehmen Fühlung mit den vielen einzelnen, die für eine aktive Arbeit in Betracht kommen, gründen oder beleben die Männer-, Frauen- und Jugendrunden und machen nach Besprechungen mit den Pfarrangehörigen die konkreten Aufgaben ausfindig, die sich aus den besonderen Bedürfnissen der Pfarre ergeben.
Meist wurde der Pfarrtag am Vorabend durch eine Besprechung mit dem Ausschuß bzw. einer kleinen Gruppe aktiver Katholiken eingeleitet, während am Sonntag je eine kirchliche und eine außerkirchliche Veranstaltung gehalten wurde. Mit diesen Pfarrtagen wurde ein organischer Anfang gesetzt, ohne den alle Tätigkeit der KA in luftleerem Raum schweben würde.
Die Erfahrung hat gezeigt: 1. daß in jeder Pfarrei wenigstens einige aufgeschlossene und bereite Katholiken vorhanden sind, die, geweckt und richtig eingesetzt, sehr Wertvolles leisten können; 2. daß die Seelsorger (und verantwortlichen Laien) elastisch genug sein müssen, um konkrete Aufgaben aufzuzeigen, in die sich der gute Wille der Menschen ergießen kann; 3. daß an den existentiellen Fragen unserer Zeit, besonders an der sozialen Frage, unter keinen Umständen vorbeigegangen werden darf, da nichts so sehr von der Wahrheit des Christentums überzeugt, als das „praktische Christentum".

Die Situation der Arbeiterjugend in Österreich

Zur Vorbereitung der internationalen Tagung der JOC Anfang September in Brüssel führte die österreichische KAJ im ersten Halbjahr 1950 eine Untersuchung über die Lage der Arbeiterjugend in Österreich durch. Die Aktivisten der Bewegung wurden aufgefordert, über die Verhältnisse bei ihren Arbeitskameraden, die sie in ihrem täglichen Kontakt im Wohnviertel und auf der Arbeitsstätte gut kennen, zu berichten. Die Fragen bezogen sich auf das gesamte Leben des Jungarbeiters, angefangen von den Wohnverhältnissen, der beruflichen Ausbildung, Freizeitbeschäftigung und Lektüre bis zu seiner religiösen Haltung und allgemeinen Lebensauffassung.
Hinsichtlich der Lektüre ergab die Untersuchung, daß sie in erster Linie aus Sportzeitungen und Romanheften (sehr aufregenden oder erotischen Inhalts) besteht; auch in den Tageszeitungen wird meistens nur der Sportteil gelesen.
In der Freizeitbeschäftigung steht an erster Stelle der Kinobesuch, in den Städten häufig mehrmals in der Woche, wobei es gleichgültig ist, welcher Film gezeigt wird. An zweiter Stelle steht der Sport, besonders Fußball; die großen Sportveranstaltungen und das Sporttoto sind ständiger Gesprächsstoff. Dann folgen Tanzunterhaltungen und erst in weitem Abstand Ausflüge. Von einer eigentlichen Freizeitgestaltung kann kaum die Rede sein, da ein Großteil der Jungarbeiter mit seiner Freizeit nichts anzufangen weiß und die Zeit einfach totschlägt.
Die Haltung des Jungarbeiters gegenüber seiner Familie ist meist die völliger Gleichgültigkeit. Die Straße und die natürlichen Gruppierungen im Wohnviertel, die sogenannten „Platten", ersetzen weitgehend den Aufenthalt in der Familie. „Sie ist der Ort, wo man schläft und ißt, sonst nichts". Daneben gibt es allerdings auch Jungarbeiter, die ein großes Verantwortungsbewußtsein gegenüber ihrer Familie haben und mit ihrem Lohn Mutter und jüngere Geschwister erhalten, wenn der Vater fehlt.
Was das Berufsleben betrifft, so hat nur ein Teil der Jungarbeiter den Willen, im Beruf weiterzukommen. Die

meisten leben gedankenlos in den Tag hinein. In den letzten fünf Jahren ist allerdings eine ständige Besserung festzustellen, nicht zuletzt deshalb, weil man sich den Arbeitsplatz erhalten will. Im übrigen wird aber die Arbeit nur als Last und als Mittel, Geld zu verdienen, empfunden. Typische Aussprüche sind: „Hauptsache ist, der Tag geht vorbei", „Hauptsache ist, man bekommt am Freitag sein Geld". Gegenüber Werkzeug und Werkstoff herrscht die größte Verantwortungslosigkeit.

Eine weitere Frage bezog sich auf die Haltung des Jungarbeiters gegenüber der Gewerkschaft, politischen Parteien und Jugendorganisationen. Die meisten Jungarbeiter sind Mitglieder der Gewerkschaft, aber nur ganz wenige arbeiten aktiv mit. Das Interesse an der Gewerkschaft geht im allgemeinen nur so weit, als ein materieller Vorteil herausschaut. Den Parteien bringen fast alle Jungarbeiter keinerlei Interesse und sogar Mißtrauen entgegen; auf keinen Fall wollen sie eine Bindung an sie eingehen. Von einer Jugendorganisation erwarten sich nur wenige mehr als materielle Vorteile und billige Unterhaltung.

Das Mädchen wird im allgemeinen als bloßes Vergnügungsmittel gewertet. Ab 16 Jahren — einzelne Berichte nennen schon 14 und 15 Jahre — gehört es einfach zur Mode, daß man mit einem Mädchen „geht". Bezeichnend ist der Bericht eines Aktivisten aus dem Stadtrand von Linz: „Von 22 ehemaligen Mitschülern, mit denen ich noch in Kontakt bin, haben 10 im Alter von 19 und 20 Jahren geheiratet, aber nur, weil ein zu erwartendes Kind sie dazu zwang. Sie hatten mich vorher alle verlacht, weil ich sie von der Spielerei mit Mädchen abbringen wollte. Nachher sagten sie mir, es wäre die größte Dummheit ihres Lebens gewesen. Aber sie bereuten nur das Pech, daß es mit einem Kind enden mußte. Sieben von diesen zehn sind übrigens nach ein bis zwei Jahren Ehe schon wieder geschieden."

In religiöser Hinsicht sind 90% der Arbeiterjugend gleichgültig. Eine ausgesprochene Feindschaft gegenüber der Religion besteht nicht. Mehr als die Hälfte gibt theoretisch zu, daß es einen Gott gibt, lebt aber praktisch so, als gäbe es keinen Gott. Kirche und Religion werden als Unsinn betrachtet. In den Städten praktizieren etwa 1 bis 2% der Jungarbeiter, der Durchschnitt für ganz Österreich kann mit 5% beziffert werden.

Den Priester halten die meisten für einen Faulenzer, der ein bequemes Leben führt und es mit dem Zölibat nicht genau nimmt. Wenn der Priester als „fescher Kerl" gilt, so lassen die meisten Jungarbeiter mit sich reden, nur „einen Heiligen darf er nicht aus mir machen wollen"! Doch nachher verlacht man ihn wieder, weil man sich sein Leben einfach nicht vorstellen kann und meint, ob nicht doch viel Schwindel dabei sei. Gegenüber bewußt katholischen Laien nehmen die meisten Jungarbeiter eine eigenartige Doppelstellung ein: Einerseits haben sie Mitleid mit diesen „Dummköpfen", andererseits doch wieder ein gewisses Vertrauen und im geheimen eine große Achtung vor ihnen.

Die letzte Frage bezog sich auf die allgemeine Lebensauffassung. Die Berichte sprechen hier ausnahmslos von einem großen Minderwertigkeitsgefühl und einer erschreckenden Interesselosigkeit. Der Jungarbeiter meint, durch eigene Initiative nichts Wesentliches in seinem Leben ändern zu können. Wenn sie täglich viele Male sagen: „Es ist wurscht", so ist dies ein typischer Ausdruck ihrer ganzen seelischen Haltung.

So bestätigt diese Untersuchung in erschütternder Weise, daß vom Idealismus der Arbeiterbewegung, der den sozialen und politischen Aufschwung der Arbeiterschaft einst in hingebungsvoller Arbeit und vielen Opfern ermöglicht hat, in der heutigen Jugend nichts mehr übrig geblieben ist. Sämtliche Ideale sind zerbrochen. Während die ältere Generation ihr Verhältnis zur Religion noch durch die Negation bekundete, ist für die jüngere die Religion ganz einfach nicht mehr da. Sie scheinen für geistige und sittliche Werte überhaupt unempfänglich geworden zu sein, und dies ist zweifellos das Bedrohlichste unserer Situation.

Fernkurs für theologische Laienbildung

Im Februar dieses Jahres wurden die seit zehn Jahren in Wien bestehenden „Theologischen Kurse für Laien", kurz „Laienjahr" genannt, durch einen Fernkurs erweitert, um auch die außerhalb Wiens Wohnenden in das Anliegen des Laienjahres einzubeziehen. Den Teilnehmern wurden nach einem bestimmten Plan Skripten zugesandt, die sie durchstudieren mußten. 235 Interessierte meldeten sich; etliche mußten das Studium aus verschiedenen Gründen (Krankheit, Beruf, Familie usw.) wieder aufgeben; gegen 170 hielten durch.

Ein Durchstudieren vorgedruckten Lehrstoffes hätte sich aber vom privaten Studium eines Buches wenig unterschieden. Daher lud die Leitung des Fernkurses während des Sommers zu Studienwochen ein, um den durchgearbeiteten Lehrstoff durch mündliche Unterweisung und Diskussionen zu beleben und zu vertiefen und die Kursteilnehmer in eine Gemeinschaft zusammenzuschließen. Jeder der 170 Teilnehmer besuchte eine der drei Studienwochen (9.—16. Juli und 16.—23. Juli in Maria Waldrast in Tirol und 20.—27. August im Irenental bei Wien). Die Dozenten nahmen in täglich sieben Vorlesungen die für das Selbststudium schwierigsten Kapitel der scholastischen Philosophie, der Dogmatik und Moral durch. Dazu kamen noch mehrere Aussprachestunden, in denen die Dozenten vor allem auf die Fragen des Verhältnisses der Profanwissenschaften zur Theologie Rede und Antwort stehen mußten.

Die Teilnehmer äußerten sich durchaus zustimmend, ja begeistert über die Idee des Fernkurses und die Gemeinschaftswochen und erklärten, daß ihnen das Theologiestudium sehr viel an neuen Einsichten vermittelt habe. Unter den Teilnehmern waren eine Anzahl Ärzte und ein Universitätsprofessor.

Die Aussprachestunden gaben interessante Einblicke in die Schwierigkeiten unserer katholischen Intellektuellen. Groß ist die Entfremdung zwischen Naturwissenschaft und Theologie, beziehungsweise Philosophie. Wer von den Naturwissenschaften herkommt, hat Mühe, den Substanz- und Kausalitätsbegriff der Philosophie anzunehmen und Glauben und Wissen in Harmonie zu setzen. Er kann den rationalen Wegen, die zum Glauben führen, nur schwer folgen und versteht den Glauben vorwiegend voluntaristisch, als den „Sprung ins Dunkle".

Im Bereich der Philosophie machte sich die Tatsache geltend, daß auf den Universitäten keine geschlossene philosophische Bildung vermittelt wird, sondern nur Bruchstücke einer idealistischen oder positivistischen Philosophie. Die Geschlossenheit der scholastischen Philosophie

imponierte sichtlich, desgleichen die vielfachen Lebensbezüge, die sich aus anscheinend lebensfremden, abstrakten Begriffen ergaben.
Hervorzuheben ist der große Ernst des persönlichen religiösen Strebens. Mehrfach wurde der Wunsch nach einer Vollkommenheitslehre laut, die der heutigen Situation des Laien angepaßt ist.
Um die Schwierigkeiten, die ein rasch aufgenommenes Wissen mit sich bringt, zu überwinden, erklärten sich die Dozenten bereit, mit den Hörern in Briefwechsel zu treten. Außerdem werden in allen Diözesanstädten Arbeitskreise errichtet, um zusammen mit einem Theologen den vorgeschriebenen Lehrstoff durchzuarbeiten bzw. zu wiederholen. Sämtliche Diözesanbischöfe haben erklärt, den Fernkurs fördern zu wollen und denen, die die Prüfungen ablegen, das Anrecht auf die missio canonica zu erteilen. Die ersten Prüfungen haben bereits stattgefunden. Schätzungsweise 120 von den 170 Kursteilnehmern werden sich den Prüfungen unterziehen.

Schuljugend und Film

Daß der Film eine sehr starke (wenn auch meist negative) Erziehungsmacht darstellt, ist allgemein bekannt. Um diesen Einfluß näher zu bestimmen, hat die Soziale Frauenschule der Caritas der Erzdiözese Wien durch eine Erhebung an mehreren Wiener Hauptschulen (10—14jährige) einen bemerkenswerten Beitrag geliefert (zusammengefaßt in der „Österreichischen Furche" vom 5. August). Insgesamt wurden an 1417 Hauptschüler, davon 783 Knaben und 634 Mädchen, Fragebogen ausgegeben. Gefragt wurde: 1. nach der Häufigkeit des Kinobesuches, 2. welche Filme gefallen haben, und 3. warum, 4. welche Filme nicht gefallen haben und 5. warum.
Es ergab sich: Der Kinobesuch steigt mit dem Alter, Knaben besuchen das Kino häufiger als Mädchen (offenbar weil diese im Hause stärker festgehalten werden). Und zwar: 10jährige Knaben besuchen das Kino durchschnittlich 24,7 mal im Jahre (Mädchen 14,8 mal); 11jährige 24,4 mal (18,0); 12jährige 30,4 mal (19,0) — womit die Durchschnittszahl von 28,8 für den Wiener überhaupt schon überschritten ist —; 13jährige 34,3 mal (19,2) und 14jährige 40,2 mal (26,1) im Jahr. Oder anders gesagt 27 % der Knaben und 10 % der Mädchen im Alter von 10—14 Jahren gehen regelmäßig jede Woche ins Kino.
Welche Filme haben gefallen? Die 10 von den Knaben am häufigsten genannten Filme sind fast ausschließlich Wildwest- und Abenteurerfilme, allen voran die umstrittenen Tarzan-Filme. Nur der schöne Hundefilm „Lassie kehr zurück!" fällt aus dem Rahmen heraus. Nicht selten wurden Filme gesehen, die unter das Jugendverbot fallen, sogar der Film „Vom Mädchen zur Frau".
Von den Mädchen wurden ebenfalls „Lassie" und „Tarzan" am häufigsten genannt. Dann aber treten die Tanzfilme wie „Die roten Schuhe", „Weißer Traum" und andere an die Stelle der Abenteurerfilme.
Diese Auswahl besagt auch schon, warum die Filme gefallen haben: weil sie „aufregend, wild" sind, weil „geschossen worden ist"; und bei den Mädchen: weil der Film „interessant", „lustig" war oder „weil getanzt worden ist". Es fehlt in diesem Bild der Oberflächlichkeiten doch auch nicht an erfreulichen Zügen: starken Eindruck machen schöne Landschaftsbilder und Tiergeschichten. Kriegsbilder wurden nur von 3 Knaben hervorgehoben. Und von den Mädchen wurde keines vom Thema Liebe angesprochen. Einige bezeichneten es sogar als Vorzug des Films, daß nicht von der Liebe die Rede war.

Ein Film über die heilige Messe

Die Produktionsgruppe der Katholischen Filmgilde Österreichs hat einen Film über die heilige Messe hergestellt mit dem Titel: „Das große Geheimnis, ein Film von der Begegnung mit Christus in der heiligen Messe". Die kirchliche Oberleitung hatte Domkapitular Dr. Karl Rudolf, die Regie führte Alfred Lehner.
Man steht dem Versuch, das moderne technische Mittel des Films — die „achte Kunst", wie sie vielfach genannt wird — zur Glaubensverkündigung und insbesondere zur Darstellung des Zentralmysteriums des katholischen Glaubens zu verwenden, zunächst mit großer Skepsis gegenüber. Es scheint eine Profanierung heiligster Handlungen zu sein, wenn man sie den technischen Möglichkeiten des Filmes überantwortet. Doch die Bedenken zerstreuen sich.
Der Film führt nach einleitenden Bildern von der Erschaffung der Welt, vom Sündenfall und von Erlösungssehnsucht — wobei die berühmten Gemälde Michelangelos herangezogen werden — einfach den Verlauf einer heiligen Messe vor, teils Hochamt mit gregorianischem Choral, teils Bet-Sing-Messe mit deutsch gesprochenen Gebeten, und gibt dazu ausführliche Erläuterungen. Dazwischen werden in Bildern alter Meister Szenen aus dem Leben Christi gezeigt, eine Technik, die sich mit der der „Matthäuspassion" vergleichen läßt. Der Film verliert sich aber nicht ins Musikalische oder in kunsthistorische Streifzüge, sondern hält konsequent an der Darstellung des liturgischen Geschehens fest. Die Erläuterungen sind klar und anschaulich und geben eine ausgesprochene Neuformulierung.
Der Film versteht es, das heikle Problem der Darstellung des zelebrierenden Priesters mit Takt und Zurückhaltung zu lösen. Man kann natürlich der Ansicht sein, daß der zelebrierende Priester und der Betende überhaupt nicht gefilmt werden soll. Doch diese Frage steht hier nicht zur Debatte. Wer grundsätzlich ja sagt zur Verfilmung, wird der Art und Weise, wie der vorliegende Film an die Aufgabe herangeht, zustimmen.
Eine andere Frage ist freilich, ob nicht dem Durchschnittschristen zuviel an Konzentrationsfähigkeit zugemutet wird. Die Gebete und Erläuterungen sind wohl etwas zu lang und daher ermüdend. In technischer Hinsicht wäre zu sagen, daß die filmischen Möglichkeiten zur Belebung dieses schwierigen Themas nicht ganz ausgeschöpft wurden.
Im ganzen aber muß der Film als eine große Leistung und als geglückter Versuch, auch den Film in den Dienst der Glaubensverkündigung zu stellen, anerkannt werden. Wie die Masse des Kirchenvolkes auf den Film reagieren wird, weiß man noch nicht. Doch in den engeren katholischen Kreisen Österreichs hat der Film eine sehr gute Aufnahme gefunden.

Ein bemerkenswerter Austritt aus der KP

Nikolaus Hovorka, prominentes Mitglied der KPÖ und geschäftsführender stellvertretender Präsident der Österreichisch-sowjetischen Gesellschaft, ein Mann, der sich stets als Katholik bekannt hat und dieses sein Bekenntnis mit der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei

glaubte vereinbaren zu können, ist aus der Partei ausgetreten. Von außen gesehen, kam dem Austritt der Ausschluß zuvor; doch war der entscheidende Brief Hovorkas an die Partei schon geschrieben, als der Ausschluß erfolgte.

Der Brief ist in der „Österreichischen Furche" veröffentlicht worden. Denn Nikolaus Hovorka ist mit dem Herausgeber dieser Wochenschrift, Dr. Friedrich Funder, seit den Tagen, da sie gemeinsam im Konzentrationslager waren, durch eine aufrichtige Freundschaft verbunden, die auch durch den Weg Hovorkas zur KP nicht zerstört wurde. Schon im Vorjahr hatte Dr. Funder nach einer Stellungnahme Hovorkas zum vatikanischen Kommunismus-Dekret, in welcher er sich als gläubiger Katholik dennoch gegen das Dekret auflehnte, in seiner Wochenschrift einen „Brief an den getrennten Freund" geschrieben und ihn auf die Unvereinbarkeit von katholischem Glauben und Kommunismus hingewiesen. Daran schloß sich ein öffentlicher Briefwechsel und private Aussprachen an, so daß die Fäden nicht abrissen.

Nun ist Hovorka aus der Partei ausgetreten. Sein Abschiedsbrief an die Parteileitung ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Einleitend nennt er die Gründe, die ihn 1945 zum Eintritt in die KP bewogen haben: das Erlebnis des KZ, in welchem er Kommunisten kennen und schätzen lernte; das Erlebnis der Sowjetunion und ihrer Menschen, die er lieb gewann; der Gedanke, daß die historischen Umwälzungen im Osten seit 1917 die ganze Menschheit angehen und daß die Ängstlichkeit des Durchschnittschristen diesem Geschehen gegenüber nicht die rechte Haltung sei.

In der KP erlebte Hovorka, daß die gläubigen Christen in ihr trotz der grundsätzlichen Toleranz der Partei gegenüber den „religiösen Bedürfnissen" ihr Zugehörigkeitsgefühl zur Kirche allmählich verloren und verstummten, wenn es darauf angekommen wäre, für ihre geschmähte Kirche einzutreten. Diese Christen „werden innerhalb der Christenheit zu Sektierern und bleiben in der kommunistischen Partei Randerscheinungen". Vor allem aber wurde Hovorka die kommunistische Auffassung von Parteidisziplin unerträglich, da sie ihm jede Kritik am dialektischen Materialismus untersagte.

Hovorka hat, wie er sagt, den Gegensatz zwischen christlichem Glauben und kommunistischer Weltanschauung nie ganz aus den Augen verloren und den „Schmerz über die weltweite Tragik, daß die gewaltige, historische Bewegung, deren edelste Vertreter die Erneuerung der Welt und den Aufstieg aller Völker in eine menschenwürdige helle Zukunft auf ihr Banner geschrieben haben, in ihrem Kern die Realität Gottes nicht anerkennen will und das Christentum verleugnet, ... jahrelang in einer ruhe- und rastlosen Handwerkelei erstickt". Das vatikanische Dekret habe ihn wachgerüttelt: „Mögen andere gläubige Christen sich so stark und heilig fühlen, die via extraordinaria zu beschreiten und außerhalb der Kirche, ausgeschlossen von den von ihr gespendeten Sakramenten, ihr zeitliches und ewiges Heil zu suchen; ich vermag es nicht". „Mein Beitritt zur KPÖ im Herbst 1945 war ein Irrtum. Ist es nicht richtig, den Irrtum, wenn er als solcher erkannt ist, einzubekennen und zu widerrufen?"

Zum Schluß erklärt Hovorka, daß der Marxismus „Elemente eines Materialismus, Kollektivismus, Atheismus in sich trägt, die in ihrer Erstarrung dem widersprechen, was der christliche Humanismus in sich begreift als Transzendenz: Transzendenz des Geistes über die Materie, der Person über die Gesellschaft, Gottes über die Welt". Der Marxismus sei aber mehr als dies, und der Christ habe daher die Aufgabe, „in seinen gesamten Gestaltungsreichtum einzudringen". Und diesem Anliegen wolle er weiterhin in aller Freiheit dienen.

Aus Süd- und Westeuropa

Der Papst über die Aufgabe der Kunst in der Welt

Am 5. September hat der Heilige Vater in Castel Gandolfo die Teilnehmer am Ersten Internationalen Kongreß katholischer Künstler in Audienz empfangen und eine kurze Ansprache an sie gerichtet. Er ging davon aus, daß gerade bei der Größe des Elends und der Angst in unserer Zeit allem, was die Einheit und den Frieden unter den Menschen fördern könne, die höchste Bedeutung zukäme. Die Kunst aber ist in besonderem Maße dazu geeignet, die Menschen zu gegenseitiger Verständigung zu führen, da sie, die Trennung der verschiedenen Sprachen überbrückend, sich unmittelbar an die Sinne wendet. Ihre heilsame Rolle, fuhr der Papst dann fort, könne die Kunst jedoch nur unter gewissen Bedingungen spielen.

„Eine erste Bedingung, damit die Kunst dieses so erwünschte Ergebnis zeitigen könne, besteht in ihrem Ausdruckswert, ohne den sie aufhört, wahre Kunst zu sein. Diese Bemerkung ist heute nicht überflüssig, wo das Kunstwerk in gewissen Schulen nur zu oft nicht von sich aus hinreicht, den Gedanken auszudrücken, dem Gefühl Gestalt zu verleihen, die Seele seines Urhebers zu enthüllen. Doch sobald es in der Sprache des Wortes erläutert werden muß, verliert es seinen Zeichenwert und kann nur noch den Sinnen ein physisches Vergnügen, das sich nicht über ihr Niveau erhebt, oder dem Geist das Vergnügen eines subtilen und eitlen Spiels bereiten. Eine andere Vorbedingung dafür, daß die Kunst mit Würde und Erfolg ihre glorreiche Mission der Verständigung, der Eintracht, des Friedens erfüllen kann, ist die, daß durch sie die Sinne die Seele nicht beschweren und an den Boden schmieden, sondern sie vielmehr von den vergänglichen kleinen Alltäglichkeiten zum Ewigen, zum Schönen, zum einzigen wahren Gut, zum einzigen Mittelpunkt, in dem sich die Einheit verwirklicht, zu Gott erheben. Trifft nicht gerade hier der wunderbare Ausspruch des Apostels wörtlich zu: ‚Denn was unsichtbar an ihm ist, seine ewige Macht und Göttlichkeit, wird seit Schöpfung der Welt an seinen Werken deutlich erschaut' (Röm. 1, 20)?

Alle Maximen, die die Kunst aus dieser ihrer erhabenen Rolle verdrängen, profanieren und sterilisieren sie daher. ‚L'art pour l'art': als ob sie sich Selbstzweck sein könnte, verurteilt, sich auf dem Niveau der sinnlichen, der materiellen Dinge zu bewegen und hinzuschleppen; als ob die menschlichen Sinne nicht durch die Kunst einer höheren Berufung gehorchten als der der bloßen Aneignung der materiellen Welt, der Berufung, in Geist und Seele des Menschen dank der Durchsichtigkeit dieser Natur das Verlangen nach den Dingen zu wecken, die ‚kein Auge gesehen, kein Ohr gehört hat und die in keines Menschen Herz gedrungen sind' (1 Kor. 2, 9).

Von einer unsittlichen Kunst, die ganz offen darauf ausgeht, die geistigen Kräfte der Seele den fleischlichen Lei-

denschaften zu unterwerfen, wollen Wir nicht erst reden. Im Übrigen sind ‚Kunst' und ‚unsittlich' zwei Worte in schreiendem Widerspruch, und Ihr Programm kennt ihre Verbindung nicht. Lassen Sie sich also, meine Herrn, Glück wünschen, weil Sie die Aufgabe begriffen haben, die Ihnen obliegt, und weil Sie angesichts einer ‚Kultur ohne Hoffnung' die Kunst als ‚Quelle einer neuen Hoffnung' haben betrachten wollen. Lassen Sie also über der Erde, über der Menschheit den Widerschein der Schönheit und des göttlichen Lichts aufstrahlen, und Sie haben, indem Sie dem Menschen helfen, ‚alles, was es an Wahrem, Reinem, Gerechtem, Heiligem, Liebenswürdigem gibt, zu lieben', einen wichtigen Beitrag zum Werk des Friedens geliefert".

Die Jahrhundertfeier der englischen Katholiken

In der letzten Woche des September feierten die Katholiken von England und Wales das hundertjährige Jubiläum der Wiedererrichtung ihrer hierarchischen Verfassung durch Papst Pius IX. Der Heilige Vater war durch Kardinal Griffin, den Erzbischof von Westminster, als Legaten vertreten. Ihn umgaben, außer den Mitgliedern des britischen Episkopates, die Kardinäle von Mecheln, Lyon, Toronto, New York, Köln und Berlin und als Repräsentanten ihrer Länder die Erzbischöfe von Dublin, Tarragona und der Coadjutor von Roermond. Der Erzbischof von Gnesen und Warschau hatte eine Glückwunschbotschaft übersandt.

In dem Ernennungsschreiben für seinen Legaten hob der Heilige Vater hervor, daß der Katholizismus in England an Achtung viel gewonnen hat. Sein Fortschritt sei zu ermessen an der Zahl der Gotteshäuser, den Schulen und Internaten, der wachsenden Menge der Priester und der treuen Gläubigkeit des Volkes. „All dies ist ein deutlicher Beweis, daß Kardinal Newman, dies blendende Licht, dieser Stolz unseres Geschlechtes, erleuchtet war, als er die Zeit, in der die katholische Hierarchie wiederhergestellt wurde, einen zweiten Frühling nannte."

Man könnte erwarten, sagt der Papst, daß der Fortschritt anhält. „Es liegt an euch, die ihr mit Recht darauf verweisen könnt, daß die Mitgliedschaft in der Heiligen Kirche euch zu wertvollen Dienern des Commonwealth macht, den anderen den Glanz der christlichen Heiligkeit zu zeigen — und zwar immer deutlicher." Die Wiederherstellung der Einheit müsse vor allem durch unablässiges Gebet gefördert werden.

Am letzten Tage der Feierlichkeiten, am 1. Oktober, richtete der Papst an die im Wembley-Stadion versammelten hunderttausend katholischen Engländer eine Radiobotschaft, die er mit einem Überblick über die glorreiche Geschichte des englischen Katholizismus seit Gregor I. begann und in dem er die englischen Martyrer der Reformationszeit namentlich hervorhob.

Er wiederholte dann seine Freude über die vielen Zeichen des Fortschrittes, die Englands Katholizismus in den letzten 100 Jahren aufweist: Kirchen, Schulen, Klöster und besonders die Rolle des englischen Katholizismus in Wissenschaft und Presse. Die englischen Berichterstatter heben den nun folgenden Teil der Rede besonders hervor, in dem der Papst dem Königshaus seine Hochachtung bezeugte. Diese Äußerung ist ein Beispiel für die Möglichkeit, Hindernisse des positiven Rechtes durch weitherzigen Geist und kultivierte Form zu überwinden. Die englischen Bischöfe haben wegen gesetzlicher Verbote keine Möglichkeit, dem König als Bischöfe ihre Ergebenheit zu bekunden. Denn sie existieren als Bischöfe für den englischen Staat auch heute noch nicht. Es gibt nur anglikanische Bischöfe. So trat denn der Papst als Sprecher für Englands Katholiken auf, und es ist ergreifend, wie hier einerseits der Vater für seine verdrängten Kinder eintritt und wie andererseits die Weltweite der katholischen Kirche solches Eintreten möglich macht. Der Papst sagte: „Ihr werdet Gott danken, daß ihr euch im Gegensatz zu vielen eurer Glaubensgenossen in anderen Teilen der Welt des unermeßlichen Segens des Friedens und einer geordneten Regierung unter euerm gütigen Königspaar erfreut. Wir bringen unsere Gefühle tiefster Hochachtung für S. M. König Georg VI. und I. M. Königin Elisabeth zum Ausdruck und beten, daß Gott ihnen eine lange, glückliche und friedliche Regierung schenke."

Unmittelbar darauf — und es wäre gedankenlos, diesen Zusammenhang zu übersehen — sagte der Heilige Vater: „Wir können nicht schließen ohne eine Botschaft an alle Menschen guten Willens in England und Wales, die Gott dienen und nicht in Gemeinschaft mit dem Stuhl des heiligen Petrus stehen. Wir wünschen, daß sie wissen, daß auch sie einen Platz in Unserm Herzen haben und daß Wir oft für ihr Wohl in dieser und in jener Welt beten."

Die englische Öffentlichkeit, die Presse und der Rundfunk, vor allem aber die anglikanische Staatskirche, hat dem Jubiläum so wenig Beachtung geschenkt, als nur eben möglich war. Wir in Deutschland und auf dem Kontinent können das kaum verstehen und sehen darin ein Symptom für den englischen cant, der uns auch bei anderer Gelegenheit zu Zweifeln veranlaßt, ob sich darin mehr politische Klugheit und befreiendes understatement verbirgt oder mehr Torystolz, den man am besten durch Gelassenheit überwindet. Die englischen Katholiken haben sich jedenfalls daran nicht geärgert. Sie wissen seit langem, daß sie in ihrem Lande genau nach dem eingeschätzt werden, was sie im öffentlichen Leben wirklich bedeuten. Sie fordern vom Staate nicht mehr, aber auch nicht weniger, als was sie zu erreichen Aussicht haben. Sie verlassen sich auf sich selbst, nicht auf Konkordate.

Das wird sehr deutlich gesagt in dem Überblick, den die repräsentativste katholische Zeitschrift des Königreiches, „The Tablet" (7. 10. 1950), am Ende der Festlichkeiten anstellt. Sie tut es in einem meisterhaften Aufsatz. Er knüpft daran an, daß der Papst heutzutage durch das Radio spricht und daß die Kardinäle mit Flugzeug fahren. „Das große praktische Problem für die Katholische Kirche ist dies, wie sie ihre latente Stärke als größter Gesellschaftskörper mit Präsenz in allen Erdteilen verwirklichen und von dem unschätzbaren Vorteil ihrer organisatorischen Einheit in den Dingen des Glaubens und der Sitte und des gemeinsamen Oberhauptes Gebrauch machen soll." Die Kirche überzeugt, wie „The Tablet" meint, diese nach Sicherheit suchende und doch so unsichere Welt allein schon dadurch, daß sie mit der besten Tradition aller sozialen Körperschaften im Bunde ist. Die beste Tradition ist nicht einfachhin die Tradition. Sondern sie ist das Wahre in der Tradition. Man spürt in der Kirche Wahrheit. Und wenn die „Kundgebungen christlichen guten Willens" seitens der anderen Gemeinschaften beim englischen Jubiläum ausblieben, sagt „The Tablet", ist es vielleicht sogar gut. Darin schweigt sich

die Ehrfurcht vor dem Glauben an die unbedingte Wahrheit aus, mit der man keine Kompromisse schließen kann.
Man fühle in England, daß die politische und öffentliche Tradition dieses Landes, entgegen dem betonten Protestantismus, der sein äußeres Antlitz imprägniert, mehr Verwandtschaft mit dem Katholizismus aufweist, als es in irgendeinem andern Lande des Kontinents der Fall ist. Nirgendwo stießen die Sozialisten mit ihrem Bemühen, den Staat zu kanonisieren, auf so viele Schwierigkeiten wie in England. Der freie Mann und die freie Meinung sei doch noch heute das beste in England und das Vorbild für den Kontinent. Wenn der Staat sich nicht bequemte, die katholische Kirche zu ihrem Jubiläum anzuerkennen, so sei das kein Unglück. Und daß es so sei, dies eben sei das Glück Englands und die Lehre für das übrige Europa.
Der Bericht schließt mit der Bitte, auch die katholische Kirche möge immer diesen Geist der Freiheit bewahren. „Das Leben der Kirche, nicht weniger als das Leben der nationalen Gemeinschaft, bedarf für seine Gesundheit einer unterrichteten und verantwortlichen öffentlichen Meinung. In vielen Teilen der Kirche existiert sie nicht. Dort ruft jede kritische Äußerung dieselben Wirkungen bei den Autoritätspersonen hervor wie früher einmal bei den Monarchen, nämlich unmittelbaren Widerspruch, eine Einstellung, die in der noch so loyalen Kritik bereits Ungehorsam wittert und sie sehnlichst zu unterdrücken wünscht."

Die Gespräche von San Sebastian

Zum fünften Mal fanden im September dieses Jahres die „Gespräche von San Sebastian" statt, die nun schon einen ganz bestimmten Platz in den geistigen Auseinandersetzungen des europäischen Katholizismus einnehmen. Ihre Themen betreffen jenes Phänomen, das man „die Christenheit" nennt, nämlich die weltliche, zumal politische Ordnung, die aus dem christlichen Glauben hervorgehen kann, ihre Möglichkeiten in unserer Zeit, ihren Sinn, ihre Bedeutung. In diesem Jahr lautete das Thema: „Christliche Grundlagen der europäischen Einheit". Führende Geister aus vielen Nationen fanden sich auch diesmal, wie in früheren Jahren, wieder zur Diskussion dieser Frage ein, und wir kennen bereits (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 4, Heft 7, S. 329 ff) die Fronten, die sich innerhalb der katholischen Intelligenz um alle Fragen, die das Problem Kirche und politische Welt betreffen, zu bilden pflegen: da ist die spanische Gruppe, die amerikanische Gruppe und die französisch-belgische Gruppe. Es ist das Charakteristikum der Gespräche von San Sebastian, daß diese Gruppen in ganz grundlegenden Fragen nicht zur Einigung kommen können — unausgeglichen blieben im vorigen Jahr die sich gegenüberstehenden Meinungen der Verteidiger des konfessionellen Staates und der Religionsfreiheit im Staate —, daß sie aber in vollkommener Offenheit und Freiheit ihre verschiedenen Standpunkte diskutieren und schon allein dadurch dennoch einen Beitrag zur Einheit der katholischen Welt leisten.
Auch in diesem Jahr konnte man sich über die Hauptfrage nicht einig werden, und die beiden Positionen, die man formulieren könnte: „Europa ist der Glaube" oder „Europa ist eine geographisch-historische Einheit", behaupteten sich einander gegenüber. Dennoch fanden sich alle Teilnehmer zusammen in der Erkenntnis der großen Bedeutung des Glaubens bei der Entstehung des europäischen Geistes und der großen Bedeutung Europas für die Repräsentation des Glaubens in der Gegenwart.
Überraschender war vielleicht noch — besonders für die Franzosen — die Einmütigkeit gegenüber zwei kritischen Punkten des Dramas der Gegenwart (so berichtet Jean de Fabrègues in „La France Catholique", 22. Sept. 1950). Die Vertreter aller Länder unterzeichneten einstimmig eine Resolution, die die unlösliche Verknüpfung der natürlichen mit den übernatürlichen Werten behauptete: „Wenn die Transzendenz und die übernatürliche Vorsehung Gottes, die Endbestimmung des Menschen oder die natürlichen Werte geleugnet werden", sagt diese Entschließung, „versinkt die Welt in Götzendienst und in der Suche nach falscher Einheit."
Der zweite Punkt betrifft das Subsidiaritätsprinzip (dieser Begriff ist besonders den Deutschen und Italienern geläufig). Msgr. Pavan, Generalsekretär der italienischen Sozialen Wochen, hatte über dieses Prinzip bereits auf dem Kongreß der Sozialforschung im Heiligen Jahr in Rom gesprochen und tat es wiederum in San Sebastian. Die Entschließung der Schlußsitzung sagt darüber, daß das Subsidiaritätsprinzip „wesentlich darin besteht, höheren Organen nichts anzuvertrauen, was ebensogut von niederen Organen geleistet werden kann, sowohl auf dem Gebiet der Produktion — z. B. den Riesenbetrieben nur die Aufgaben zu übertragen, die von kleinen und mittleren Betrieben nicht geleistet werden können — wie auf dem der Verteilung. Beispiel: den nationalen Sozialversicherungsinstituten nichts zu übertragen, was ebensogut durch gegenseitige Hilfe in Familie und Beruf geleistet werden kann". Dieses Prinzip, in Frankreich noch kaum bekannt, spielt bereits eine große Rolle in den Diskussionen in Deutschland, Italien, Spanien, England.
Die Namen vieler Teilnehmer an den diesjährigen Gesprächen von San Sebastian sind den Lesern der Herder-Korrespondenz wohlvertraut und geben durch ihre bloße Aufzählung einen Begriff von der Spannweite der Stellungnahmen. Aus Amerika waren Richard Pattee und John Parr da. Aus England M. Woodruff, der Chefredakteur des „Tablet", M. Beales, der geistige Leiter der Bewegung „Sword of the Spirit", und P. Murray, ehemaliger Chefredakteur des „Month". Von französischer Seite ist uns besonders der Name P. Dubarles von „La Vie Intellectuelle" vertraut; außerdem waren u. a. der Chefredakteur der „Croix", R. P. Gabel, und die Professoren Chanoine Rupp, Msgr. Delacroix und L. Salleron vom Institut Catholique anwesend. Aus Italien endlich waren Msgr. Pavan und Prof. Vedovato, der Italien bei der UNESCO vertritt, gekommen.

Ansteigende Geburtenziffern bei vielen Nationen

Das italienische „Bollettino Mensile di Statistica" hat in seiner Juninummer berichtet, daß die Geburtenziffern in zwanzig europäischen und außereuropäischen Nationen seit 1938 bis 1949 durchschnittlich um 15 Prozent gestiegen sind. In Japan kamen 1938 auf je 1000 Einwohner 27,1 Geburten (lebend), 1949 dagegen 33,4. In Chile stiegen die Geburten von 32,1 auf 33,2; in der Südafrikanischen Union von 25 auf 26,7 (diese Zahlen beziehen sich nur auf die dort lebenden Europäer); in Kanada von 20,6 auf 26,6; in Finnland von 20,9 auf 25,1; in Portugal fielen sie von 26,6 auf 24,9; in Neuseeland stiegen sie von 17,9 auf 24,9; in

den Vereinigten Staaten von 17,6 auf 24,1; in den Niederlanden von 20,5 auf 23,7; in Australien von 17,4 auf 22,9; in Spanien von 20,1 auf 21,4; in Irland von 19,4 auf 21,4; in Frankreich von 14,6 auf 20,7; in Italien fielen sie von 23,8 auf 20; in Norwegen stiegen sie von 15,6 auf 19,6; in der Schweiz von 15,2 auf 18,3; in Schweden von 14,9 auf 17,4; in Großbritannien von 15,5 auf 17; in Belgien von 16 auf 16,8; in Österreich von 13,9 auf 15,6. Der Durchschnitt der Lebendgeborenen in diesen 20 Nationen war 1938 19,7, 1949 dagegen 22,7: eine Zunahme von genau 15,2 Prozent.

Ökumenische Nachrichten

Das geistige Schicksal des Abendlandes

Aus Platzmangel war es nicht möglich, im Oktoberheft dem „Entweder-oder" der Berliner „Kirche" gegen die Una-Sancta-Arbeit eine maßgebendere Auslassung des Landesbischofs D. W. Stählin gegenüberzustellen, unter dessen Vorsitz mit Bestätigung der Synode der EKD die Gespräche evangelischer Theologen mit katholischen Kollegen laufend stattfinden. Wir tragen hier wichtige Gedanken seines Vortrags vom 22. August (Bayerischer Rundfunk) nach. Vermutlich handelte es sich dabei um eine öffentliche Verteidigung seiner verantwortlichen Mission.

Landesbischof Stählin entnimmt das Problem der „Annäherung" der Christen von vornherein der menschlichen Willkür oder dem Belieben der Kirchenleitungen. Natürlich dächten weder katholische Theologen daran, sich durch Reformation dem Protestantismus anzunähern, noch wollten evangelische Theologen ihrer Kirche untreu werden. „Wenn es so etwas wie eine Annäherungsbestrebung zwischen den Kirchen gibt, dann ist das nicht die Bestrebung von Menschen. Vieles, was in dieser Welt im Gange ist, geschieht nicht als die Ausführung menschlicher Absichten. Es ist nur als die Verwirklichung eines höheren Planes zu begreifen, der nicht mit menschlichen Bestrebungen identisch ist. Und in diesem sehr viel tieferen Sinn ist wohl in der Tat zu sagen, daß jenseits dessen, was Menschen meinen und wollen, eine Annäherung stattfindet, zum Teil vielleicht gegen den Willen der Menschen." Es ginge im Grunde um das geistige Schicksal des Abendlandes, das an dieser Frage der Einheit und der Glaubwürdigkeit der Christenheit hängt. Nicht nur der gemeinsame Feind, der keinen Unterschied zwischen den getrennten Christen mache, sondern „viel tiefere Dinge treiben uns zusammen ... Überall da, wo die christliche Kirche in irgendeinem ihrer Zweige um ihre eigene Erneuerung ringt, überall da kommt sie gleichzeitig im Herzen aller Dinge auch den anderen Zweigen in der christlichen Kirche näher. Überall da, wo Christen sich gemeinsam um das Verhältnis der Liebe bemühen, stoßen sie hier auf ein Urgestein, auf dem sie beide ihr Haus allein bauen können. In dem Maß, als christliche Kirchen sich von der Verweltlichung vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte freizumachen suchen und sich besinnen auf die Substanz, von der sie leben, treten bestimmte Erscheinungen in den Vordergrund der Aufmerksamkeit, die in der polemischen Situation an den Rand des Sehfeldes geraten waren." Auf beiden Seiten gäbe es Menschen, die „Angst haben vor dem Schicksal der Annäherung", und andere, die unter der Zerspaltenheit der Christenheit leiden und darum Gott für eine Entwicklung danken, die „die Kirche nötigt, aneinander zu rücken".

„Die heißesten Eisen"

Nach einer vorsichtigen aber durchaus nicht ablehnenden Kommentierung des „Monitum" und der „Instruktion" des Hl. Offiziums stellt Landesbischof Stählin fest, daß man auch auf evangelischer Seite kein Interesse an unberufenen Schwärmern habe. „Niemand von uns wird jemals zugeben können, daß die Reformation ein Abfall von der Kirche gewesen sei. Niemand von uns wird es für richtig halten, daß die römisch-katholische Kirche im Vollbesitz der Wahrheit sei, die keiner Vermehrung und keines Gewinnes bedürftig wäre, der durch die Wiedervereinigung der getrennten Kirchen auch der römisch-katholischen Kirche zugute käme ..." Diese Ablehnung der römisch-katholischen Voraussetzungen für ein Gespräch könnten indessen die notwendige Fortführung des Gespräches nicht hindern, in welchem auch die heißesten Eisen angefaßt würden. „Meinen wir dasselbe, wenn dort von Heiligen und hier von einer Wolke von Zeugen die Rede ist? Sind wir darin einig, oder sind wir darin nicht einig, daß im Grunde alle Verehrung der Heiligen eine Verehrung Christi ist, und daß alle Verehrung, die diesen Heiligen dargebracht wird, im Grunde dem gilt, der sie zu Heiligen gemacht hat? ... Dieses Jahr legt es uns besonders nahe, darüber zu sprechen, wie sehr die Marienfrömmigkeit als ein unterscheidendes Merkmal zwischen den christlichen Kirchen steht. Wir haben einander zu sagen, daß alle Marienverehrung im Grunde ihr Recht und ihre Grenze in der Verehrung Christi hat, daß sie fragwürdig wird, wenn Maria eine selbständige Bedeutung neben Christus gewinnen würde. Wir haben auf der anderen Seite zu sagen, daß die echte Verehrung des menschgewordenen Gottessohnes den Blick nicht wegwenden kann von der Mutter.... Wir haben darüber zu reden, ob nicht die biblischen Berichte ein anderes Bild von der jungfräulichen Mutter des Herrn geben, als es der Glaube gern sehen möchte, ein Bild der Begnadeten, Angefochtenen, die doch in ihrer inneren Begnadung nicht dem Schicksal des angefochtenen Menschen enthoben und die gerade darum ein Trost der glaubenden Christenheit ist ..."

Die schwierigste Frage gebe das Selbstverständnis der Kirche auf, sonderlich das Kirchenrecht, „sein Verhältnis zu der Liebe und zu der Wirkung des Heiligen Geistes. In welchem Maß kann das Wirken des Geistes Gottes in rechtlichen Bestimmungen eingefangen und dadurch verbürgt werden?" Menschlich gesprochen seien die Dinge aussichtslos, und niemand könne sagen, was bei den Gesprächen — von der persönlichen Verbundenheit der Teilnehmer abgesehen — herauskäme. Im letzten Grunde komme es hier nicht auf das an, „was Menschen wollen, auch nicht auf das, was Menschen verhindern wollen ..., sondern daß hier Dinge geschehen, die wir gar nicht in der Hand haben ..., wo wir menschlich gar nicht wissen, wie und wann etwas geschehen soll."

Die Bibel im ökumenischen Gespräch

Es ist weithin bekannt, daß der Rückgang auf die Heilige Schrift für das ökumenische Gespräch eine entscheidende Bedeutung hat. Charles Moeller berichtet im „Irénikon" (2. Trimestre 1950, S. 164 f) über fruchtbare Erfahrungen, die sich bei einer privaten Zusammenkunft

katholischer, orthodoxer und protestantischer Theologen 1949 in der Benediktinerabtei Amay ergeben haben, wo die Bedeutung der Bibel für das ökumenische Gespräch das Thema bildete. Die Atmosphäre wurde dadurch tiefgehend bestimmt, daß man sich jeweils unter Gebet um einen feierlich verlesenen Schrifttext sammelte. Dabei ergab sich die Richtigkeit der orthodoxen Lehre, daß die Kirche im liturgischen Gotteswort lebt. Das war zugleich eine Bestätigung für die Ergebnisse der sogenannten „formgeschichtlichen Methode" evangelischer Exegese — die auch die Bibelenzyklika Pius' XII. anrät —, wonach Gottes Wort, ehe es geschriebenes Wort wurde, zunächst als Gottes eigenes Wort in der Verkündigung proklamiert und gehört und daß es als lebendiges Wort der anbetenden Gemeinde überliefert worden ist. Die praktische Erprobung dieses Sachverhalts hat nicht nur zu einer neuen geistlichen Erfassung der Heiligen Schrift beigetragen, sondern auch das zur Zeit im Vordergrunde stehende Problem des Verhältnisses von Heiliger Schrift und Tradition einer Lösung entgegengeführt.

Das Mysterium der Inspiration

Sodann wurde eine bemerkenswerte Annäherung der Lehre unter dem Einfluß der biblischen Lesungen festgestellt, weil auf katholischer wie evangelischer Seite die Exegese von der philologischen Worterklärung zur „integralen Exegese" des ganzen „von Gott gewollten" Schriftsinnes vordringt, um das notwendige Ziel einer biblischen Theologie zu erreichen. Ohne an den Grundlagen der „literalen Exegese" zu rütteln, wird immer mehr erkannt, schreibt Moeller, daß das Evangelium des Neuen Testaments sich nicht voll erschließt, wenn man es nicht aus der Theologie des Alten Testaments versteht. Es geht um die Einheit der beiden Testamente, wie sie die Liturgie bewahrt und ständig durch Anwendung der Ereignisse des Bundes, des Auszugs aus Ägypten, des Passahfestes und der Wanderung durch das Rote Meer als Symbole der christlichen Sakramente bezeugt und wie sie die Exegese der Väter entfaltet, die heute wieder bei den Theologen Gehör findet. Jesus und die Apostel reden die Sprache des Alten Testaments und erkennen in den Ereignissen der Heilsgeschichte des Bundesvolkes Israel „eine typologische Wirklichkeit", die über sich hinaus auf die Erfüllung des Heils in Christus weist. „Nicht zunächst die Worte der Heiligen Schrift sind mit typologischem Sinn geladen, sondern die Ereignisse selbst. Wir befinden uns hier auf solidem Boden, weil die Gefahren einer phantastischen Auslegung durch die Tatsache ausgeschaltet sind, daß die Texte und Symbole des AT im NT verwendet sind und daß sie abermals in der Liturgie zur Anwendung gelangen.... Das Dilemma der ‚Literalisten' und der ‚Allegoristen' ist falsch, denn gerade die Treue zum Text der Heiligen Schrift verpflichtet dazu, dem wirklichen göttlichen Sinn Rechnung zu tragen, der den historischen Ereignissen selbst innewohnt..." Die typologische Exegese des Alten Testaments durch das Neue Testament (vgl. auch Herder-Korrespondenz Jhg. 4, Heft 11, S. 521 f) ist als die wesentliche Methode der Kirche und ihrer Liturgie erkannt und repräsentiert „die Kontinuität der Heilsökonomie Gottes". So entdeckt die integrale Exegese auf neue Weise das Mysterium der Inspiration der Heiligen Schrift, an dem die römisch-katholische Kirche unverrückbar festgehalten hat. Da auch innerhalb des Protestantismus die Bibelbewegung Bibel und Kirche wieder in ihrer Zusammengehörigkeit erkennt, öffnet sich ihr der Weg zur Kirche, die zu allen Zeiten das Gotteswort betend bewahrt und überliefert hat.

Der Verfasser behandelt am Schluß die einstweilen unauflöslichen dogmatischen Unterschiede hinsichtlich der Stellung der Kirchen zur Heiligen Schrift, sonderlich auf dem Gebiet der Mariologie, obwohl sich auch hier, wenigstens unter den französischen Reformierten, eine Erkenntnis der heilsgeschichtlichen Stellung der hl. Jungfrau anbahnt. Moeller schlägt aus den Erfahrungen jener Gespräche vor, stärker als bisher die biblischen Grundlagen der Dogmen zu entfalten (was z. B. in der Enzyklika „Mystici Corporis" in hohem Maße geschieht). „Die katholische Kirche ist die Kirche der größten Liebe . . ., die Stimme der Braut Christi", sie möge den getrennten Brüdern das gemeinsame Vaterhaus so wohnlich machen, daß sie ihr eigenes Glaubensleben darin wiederfinden, und möge stets darauf achten, ihre Heilsbotschaft in der Sprache der Bibel vorzutragen.

Um ein biblisches Naturrecht

Mit besonderem Interesse verfolgt die „Herder-Korrespondenz" die evangelischen Bemühungen um eine Rückgewinnung des Naturrechtes, die von ökumenischen Kreisen mit Energie und Erfolg betrieben werden. Unlängst hatten wir von einem Anlauf berichtet, das Naturrecht auf eine trinitarische Basis zu begründen (Jhg. 4, Heft 9, S. 400). Inzwischen wurden auf einer Tagung der „Ökumenischen Zentrale" Frankfurt/M in Treysa unter Leitung von Lic. Wilhelm Menn über „Schrift und Naturrecht" neue Ansätze eines biblischen Naturrechtes gewonnen, wie ein aufschlußreicher Bericht von Prof. Hans Ehrenberg, Bielefeld, in „Kirche in der Zeit" (Nachrichtendienst der Ev. Kirche im Rheinland, Sept. 1950) ergibt. Die Referenten waren u. a. Prof. Dr. Scheuner, Köln, über das Naturrecht als Aufgabe der Juristen, Prof. Dr. Horst, Mainz, und Prof. Dr. Wendland, Kiel, über das Naturrecht im Alten und im Neuen Testament, Prof. D. E. Wolf, Göttingen, über das Naturrecht bei Thomas und Luther. Der Berichterstatter bedauert, daß zu wenig von akuten Problemen ausgegangen wurde, glaubt aber einige wesentliche Ergebnisse verzeichnen zu können.

„Die Referate machten überzeugend klar, daß der Widerspruch zwischen Naturrecht und Bibel nicht absolut ist, weil es ja auf Grund der Offenbarung selbst einen Gebrauch von natürlichen oder vernunftgemäßen Normen geben kann, wobei vor allem auf die wieder entdeckten ersten elf Kapitel der Bibel verwiesen wird. Wenn Gott den Brudermörder Kain beschützt, geschieht das ohne positive Gesetzgebung; gerade dieses erste aller Rechte, das Recht des Verbrechers auf Schutz gegen Rache und das Recht auf Strafe ist ius divinum und doch nicht positives Recht, sondern Naturrecht... Ähnliches gilt vom noachitischen Bund, der ausdrücklich mit allen Völkern geschlossen ist. Die Bibel selbst reicht — als Gottes Offenbarung — mit ihrer Geltung über den Kreis der Bibelgläubigen weit hinaus. Äußerst aufschlußreich war die Behandlung des alttestamentlichen Zeremonialgesetzes als einer ‚Sitte', die nicht in jedem Falle den Charakter des historisch legislativ gegebenen Gesetzes trägt. Hier ist in großem Umfang ‚Naturrecht' zu ‚Gesetz' geworden. Und der Dekalog? Leider hat die Tagung ihn nicht zu einem Hauptthema gemacht. Aber es bestand Übereinstimmung darin, daß Luthers scheinbar widerspruchsvolle Doppel-

bezeichnung des Dekalogs als des ‚Sachsenspiegels der Juden' und des ‚allgemeinen Rechtes aller Völker' durchaus tragbar ist."

„Ersatz für Thomas"?

In der Behandlung des Neuen Testaments wurde „kein Versuch unternommen, mit der klassisch-katholischen Naturrechtslehre zu konkurrieren", aber es wurde u. a. an der ‚goldenen Regel' von Mt. 7, 12: „Alles, was ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch", klargestellt, daß hier ein positives Gesetz, eine Normsetzung für Christen wie für Heiden vorliegt. An den bekannten Stellen Röm. 1 und 2 wurde klar, „daß hier kein Naturrecht im Stil des klassischen, seiner Herkunft nach außerbiblischen Naturrechts sanktioniert" werde. „Die populäre Verständlichkeit des klassischen Naturrechts muß dem Katholizismus allein vorbehalten bleiben. Aber selbst er beginnt heute, sich zu fragen, ob man nicht ohne Thomas auskommen könne." Die Reformatoren seien jedenfalls halbe Thomisten geblieben mit „einer ausgesparten Wirklichkeit der Natur oder der Institution". Der Berichterstatter hebt hervor, daß das 20. Jahrhundert nicht mehr das 16. Jahrhundert ist, nicht einmal für die Jesuiten. Die existentielle Gesamtverfassung des menschlichen Lebens muß gegenüber den Institutionen vorsichtig machen, auch dann, wenn man nicht den soziologisch nivellierenden Weg Karl Barths bei seiner Stellungnahme zu den Kirchen unter bolschewistischem Regime anerkennt. Die Institutionen sind da; wir finden sie durch die ganze Bibel; aber sie haben keine autonome Existenz neben dem Sündenfall und werden von diesem nicht erst nachträglich mit ergriffen. Das Ende der ‚Metaphysik' trifft alle und alles ... Deshalb müssen auch wir einen ‚Ersatz für Thomas' suchen ..." (Der Bericht ist anscheinend vor dem Studium der Enzyklika „Humani generis" abgefaßt worden.) Immerhin bleibt das Resultat zu beachten: „Die gesamte Christenheit sucht heute das biblische Naturrecht, die Katholiken zögernd und noch mit ontologischer Terminologie, wir Evangelischen aber entschieden und mit biblischen Worten."

Auf dem Weg zum Ehesakrament

Die theologische Arbeit der in der VELKD zusammengeschlossenen deutschen Lutheraner wendet sich in steigendem Maße pastoralen Fragen zu, um auf diese Weise der Auferbauung des Leibes Christi am wirksamsten zu dienen. Neben der Tauf- und Abendmahlsordnung wird auch die Ehe und die kirchliche Trauung neu durchdacht, und zwar mit erstaunlichen Ergebnissen. Die „Ev. Luth. Kirchenzeitung" (Nr. 17 und 18) veröffentlichte in Ergänzung einer ausführlichen Studie von Pfr. Georg Bell über „Kirchliche Trauung (Zu ihrer Geschichte und Praxis)" eine prinzipielle Untersuchung „Zur Bedeutung der Ehe" von Dr. Ernst Kinder, dem Herausgeber der Zeitschrift und Dozent an der Lutherakademie in Neuendettelsau. In diesem Aufsatz wird die Ehe gemäß dem Neuen Testament keineswegs nur „als Ordnung um der Sünde willen innerhalb des weltlichen Regimentes Gottes" (1 Kor. 7) behandelt. „In dieser Perspektive haben Luther und das Luthertum die Ehe fast ausschließlich gesehen und die Auffassung von der Ehe von hierher einseitig betont." Die Ehe wurde als ausschließlich natürliche Angelegenheit innerhalb der gefallenen Schöpfung betrachtet, so daß z. B. ihr monogamer Charakter nicht zwingend und hinreichend begründet werden konnte.

Darum zeigt Dr. Kinder mit Nachdruck auch die andere heilsgeschichtliche Sicht, in welcher die Ehe „als Ordnung vom Ursprung der Schöpfung auf Christus hin und durch Christus erschlossen" wird (Mt. 19, 3-12 und Eph. 5, 22 f). Hiernach wird die Ehe unauflöslich; und ihre Beziehung zu Christus „ist offenbar nicht nur ein Gleichnis ..., sondern sie steht in sachlicher, existentieller Beziehung dazu. (Eine Analogie ist Eph. 3, 15 in Bezug auf die Vaterschaft.) Die Ehe ist hiernach von Ursprung an auf das Verhältnis Christi zur Gemeinde hin angelegt ..." Diese Sicht der Ehe von Eph. 5 her habe „dem Luthertum bisher merkwürdigerweise fast völlig gefehlt ... Aber gerade von hier aus ergibt sich dann auch das Verständnis für die grundsätzliche Entbehrlichkeit der Ehe ..." Kierkegaards Vorwurf gegen Luther findet damit Verständnis.

„... etwas substantiell Eigenes"

Über das Verhältnis beider Perspektiven zueinander und die Realisierung der Eheordnung sagt Dr. Kinder u. a.: „Weil und soweit die Ehe einerseits eine ‚natürliche Ordnung' ist, unterliegt sie staatlicher Gesetzgebung und bürgerlicher Sitte. Weil und insofern sie andrerseits eine spezifisch christliche Sache ist, muß sich die Kirche grundsätzlich ihre eigene Eheordnung, Ehemoral und Ehezucht vorbehalten und darf sich darin nicht von der staatlich-bürgerlichen Ordnung grundsätzlich abhängig machen. Die kirchliche Trauung darf nicht nur als eine kirchliche Sanktionierung von etwas, das substantiell und konstitutiv rein natürlich und weltlich ist, angesehen werden, sondern wenn das Wort Christi und das Christuskerygma zur Ehe dazu gesagt und hierzu ein bekennendes ‚Ja' gesprochen wird, daß man es unternimmt, in christlichem Sinne (d. h. wie es durch Christus erschlossen ist und in Bezug auf Christus zu sehen ist) die Ehe zu leben und zu führen, so liegt darin grundsätzlich mehr und wird dadurch etwas Besonderes, etwas substantiell Eigenes gesetzt." (S. 261) Dr. Kinder meint, die Kirche täte vielleicht einen besseren Dienst an der sich auflösenden Eheordnung im staatlich-weltlichen Bereich, wenn sie eine eigene, innergemeindliche christliche Eheordnung aufstellt, statt sie den weltlichen Instanzen gegenüber zu postulieren.

Zur kirchlichen Trauung heißt es: „Wir werden dieser Frage von Eph. 5 her wohl ernsthafter als bisher auch theologisch nachzugehen haben und von daher der kirchlichen Trauung vielleicht eine stärkere Dignität sui generis zuerkennen müssen und auf Grund dessen auch die positive Eheordnung und die Ehezucht im spezifisch christlichen Sinne viel entschlossener in unseren Gemeinden handhaben! Es würde dies ja keineswegs eine Sakramentalisierung der kirchlichen Trauung bedeuten wie in der römischen Kirche; im Gegenteil: eine christliche Eheanschauung und Eheordnung im Sinne von Eph. 5 ist ja ungleich geistlicher als die römische Anschauung, die die Ehe wohl ein Sakrament nennt, sie dabei aber doch im ‚conjugium carnale' konstituiert sein läßt!" Wenn hier auch manches Mißverständnis vorliegt (worüber z. B. ein Blick in die „Frohbotschaft vom sakramentalen Leben" von Rudolf Graber, Echterverlag, den Verfasser jener Zeilen belehren würde), so steht doch außer Frage, daß seine Gedanken — ursprünglich ein Referat vor dem theologischen Ausschuß der VELKD —

einen beachtlichen Schritt biblischer Besinnung auf die ganze Wahrheit über die Ehe darstellen, der auf katholischer Seite sorgfältige Beachtung erfahren wird.

Harnack als Nothelfer gegen Orthodoxie

Unter den mancherlei Mitteln, evangelische Theologiestudenten vor einem „Fundamentalismus" zu bewahren, haben die Marburger nach der Totenerweckung Loisy's durch Friedrich Heiler (1947) nun auch das lange berühmte und noch nicht ganz vergessene geistvolle Buch von Adolf von Harnack über „Das Wesen des Christentums" ausgegraben. Es erlebte seine erste Auflage im Jahre 1900 und war das Glanzstück des theologischen Liberalismus. 1950 hat Rudolf Bultmann eine Jubiläumsausgabe mit einem bemerkenswerten Geleitwort versehen (Ehrenfried Klotz Verlag, Stuttgart. 74.—77. Tausend). Er nennt das Werk „ein hochbedeutsames theologie-geschichtliches Dokument", das jeder Theologe kennen sollte, „der sich über die gegenwärtige theologische Situation und ihren Ursprung klar werden will". Man lerne daraus heute noch, welche Vorstellungen von Christentum man in weiten gebildeten und halbgebildeten Kreisen antreffe. Bultmann meint, das Buch sei keineswegs nur ein historisches Dokument. Mit Karl Barth ist er der Ansicht, theologische Arbeit müsse „immer wieder ab ovo getan werden". Angesichts der heutigen „Gefahr einer Neuorthodoxie, einer Repristination eines engen Konfessionalismus, ist es notwendig, daß Harnacks Stimme nicht verklingt". Freilich müsse man diese Vorträge heute kritisch lesen, weil Harnack die Bedeutung der religionsgeschichtlichen Schule übersehen, weil er den eschatologischen Charakter des Auftretens Jesu und seiner Predigt vom hereinbrechenden Gottesreich nicht klar gesehen habe und folglich auch in der Urgemeinde nicht recht würdige. Weder der vorchristliche, orientalische Ursprung der Gnosis noch ihr eigentümliches Motiv trat in seinen Gesichtskreis, und „er verkannte die eigentümliche Parallelität zwischen der christlichen und der gnostischen Bewegung". Der Optimismus seines Entwicklungsglaubens habe „den entweltlichenden, den Menschen aus der Welt herausrufenden Sinn der nt. Botschaft" nicht in ihrer Radikalität zum Bewußtsein gebracht. Bultmann empfiehlt dennoch das Buch, weil Harnack die Intention gehabt habe, das ewige Wesen des Christentums innerhalb seiner Geschichte herauszuheben, also „die Nichtweltlichkeit des christlichen Seins zum Ausdruck zu bringen", obwohl Harnack den Unterschied von Glauben und Weltanschauung, von evangelischem Kerygma und sittlichem Appell nicht erfaßt habe. Bultmann, dem vorgeworfen wird, er entkleide die Offenbarung in Christus Jesus ihrer Geschichtlichkeit, bezeugt hier seine Affinität zu jenem Harnack, der die traditionelle kirchliche Christologie ablehnte, weil sie als das fundamentale Kerygma in der Geschichte der Kirche gilt. Harnacks anstößigen Satz: „Nicht der Sohn, sondern der Vater allein gehört in das Evangelium, wie es Jesus verkündigt hat, hinein", erklärt Bultmann aus einem berechtigten Kampf gegen den „Fehler, das christliche Kerygma als christologische Lehre zu entwickeln". Andrerseits schließt er sein Geleitwort mit der Warnung, den Liberalismus nicht zu wiederholen. Wie wird dieser sorgenvolle Hilferuf an einen Überlebten zur Entdogmatisierung der Studenten auf die Betroffenen wirken?

Die Lage der serbisch-orthodoxen Kirche

Nach dem mißglückten Versuch einer Neuwahl des Patriarchen und Ausschaltung des der Regierung unerwünschten Metropoliten Joseph, des aussichtsreichsten Kandidaten für den Patriarchenthron (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, H. 12, S. 548), konnte das Konzil der serbischen Kirche nunmehr am 1. Juli mit 33 gegen 28 Stimmen den Vikar des verstorbenen Patriarchen Gabriel, den Bischof Vikentiaje (Vincentius) Prodanov zum Patriarchen wählen.

Der neue Patriarch absolvierte vor dem ersten Weltkrieg das Geistliche Seminar in Syrmisch-Karlowitz und war später Erzdiakon des Patriarchen Barnabas. Zum Bischof wurde er im Jahre 1939 geweiht.

Ende September wurde Patriarch Vincentius zusammen mit dem Bischof Wissarion von Marschall Tito empfangen. Der Unterredung wurde erhebliche Bedeutung beigemessen. Es soll dabei auch über die Stellung zu den drei seit Kriegsende in Amerika lebenden serbischen Bischöfen verhandelt worden sein (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, H. 7, S. 310).

Russisch-serbische Beziehungen

Im Nekrolog des Moskauer Patriarchatsblattes auf den Patriarchen Gabriel werden folgende Punkte seiner Tätigkeit anerkennend hervorgehoben: erfolgreicher Kampf gegen das jugoslawische Konkordat mit Rom (in den dreißiger Jahren), Ausschaltung aller unkanonischen Neuerungsbestrebungen in der Kirche, Sorge für die geistliche Bildung, patriotischer Widerstand gegen die deutschen Faschisten. Besonders wird Gabriels Sympathie und Fürsorge für die in Jugoslawien lebenden Russen erwähnt. Patriarch Alexej nannte Gabriel in seinem Beileidstelegramm an den serbischen Synod einen „treuen Freund der russischen Kirche und des russischen Volkes".

Bekanntlich hatte Patriarch Gabriel nicht nur dem jugoslawischen Staat gegenüber die Unabhängigkeit der serbischen orthodoxen Kirche gewahrt, sondern auch den Hegemoniebestrebungen des Moskauer Patriarchats entschiedenen Widerstand geleistet (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, H. 7, S. 309). Daß er erst im Jahre 1948 anläßlich seiner Teilnahme an der 500-Jahr-Feier der russischen Autokephalie in Moskau die unmittelbare Kommunion mit dem Moskauer Patriarchat herstellte, führt der Artikel im Patriarchatsblatt auf die „Umstände des kirchlich-öffentlichen Lebens und die andauernde Krankheit" des infolge der Behandlung in den deutschen Konzentrationslagern in der Tat schwerkranken Patriarchen zurück.

Der Verfasser des Nekrologs berichtet dann von einer zweistündigen Unterredung im Februar dieses Jahres, in der sich Gabriel offenbar in seiner bekannten freimütigen Weise zu den schwebenden Zeitproblemen äußerte. Auffallend ist bereits, daß Gabriel den im Jahre 1944 verstorbenen russischen Patriarchen Sergius als sein Ideal bezeichnet haben soll. Man muß die Bedeutung und die Persönlichkeit des Patriarchen Sergius kennen, um diese Aussage voll einschätzen zu können.

Die Politik der jugoslawischen Regierung kritisierend, habe der Patriarch ferner gesagt: „Ich war einige Jahre im Westen und konnte mich davon überzeugen, daß keine der westlichen Mächte uns wohlgesinnt sein kann. Sie brauchen uns nur als Ausbeutungsobjekt und als

Mittel zur Erreichung ihrer aggressiven Ziele. Niemals und in nichts werden sie uns helfen und uns unterstützen. Vergebens hoffen unsere Regierenden auf sie. Das ist meine tiefe Überzeugung, und ich sage es allen. Unsere einzige Stütze und Hoffnung ist, wie unsere Alten es nannten, das ‚Mütterchen Rußland'.

Falls Gabriel das wirklich gesagt hat, könnte man darin eine Erklärung seiner plötzlichen Rückkehr aus England im Jahre 1946 und seiner späteren Annäherung an die russische Kirche sehen. Gabriels Auffassung wird zweifellos auch von anderen orthodoxen Kirchenmännern des Ostens geteilt, und seine Persönlichkeit bürgt dafür, daß diese Verbindung panslawistischer Tendenzen mit orthodoxer Kirchlichkeit nicht lediglich Sache kommunistischer Tagespolitik ist.

Patriarch Alexej und Jugoslawien

Der sowjetisch-jugoslawische Konflikt hat nun auch das Moskauer Patriarchat zu einer offiziellen Stellungnahme veranlaßt. Im März sandte Patriarch Alexej den ihm im Jahre 1945 von der jugoslawischen Regierung verliehenen Orden der „Volksbefreiung" zurück, weil das „feindliche Verhalten der heutigen jugoslawischen Regierung der UdSSR gegenüber", das sich in einer „beharrlichen Zersetzungsarbeit gegen die Sowjetunion und in offener Agitation im Lager der heutigen Kriegsbrandstifter" zeige, ihm das Tragen der Auszeichnung unmöglich mache.

Die orthodoxen geistlichen Schulen: Moskau und Leningrad

Die Aufnahmebedingungen für das Studienjahr 1950/51 sind im wesentlichen unverändert.

Die Aufnahmeprüfung zur *Akademie* ist insofern erschwert, als sowohl Griechisch wie Latein (nicht mehr wahlweise) verlangt werden. Das Mindestalter für die Aufnahme in die Akademie ist von 23 auf 18 Jahre herabgesetzt worden, wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem akuten Mangel an qualifizierten Geistlichen. Es fragt sich, auf welchem Wege sich die 18jährigen Bewerber die zur Aufnahme vorgeschriebenen theologisch-wissenschaftlichen Kenntnisse aneignen können; die Vorbereitung zum Akademiestudium in den Seminaren darf nicht vor dem 18. Lebensjahr beginnen, und anderseits ist der Religionsunterricht an Jugendliche unter 18 Jahren in der Sowjetunion verboten (von einer Lockerung des Verbots ist uns bisher nichts bekannt).

Eine aufmerksame Betrachtung der Aufnahmebedingungen zu den Geistlichen *Seminaren* wirft ein Licht auf die allgemeine religiöse Situation in der UdSSR. Wir haben unsere Leser bereits darauf hingewiesen, daß die Kirche angesichts des Verbots des Religionsunterrichts an Jugendliche unter 18 Jahren versucht, den immer wieder verkündeten staatlichen Tendenzen zum Trotz die Lücke durch die religiöse Erziehung im Elternhaus auszugleichen (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, H. 10, S. 469). Hier scheinen gewisse Erfolge erreicht zu sein, und ebenso scheint ein Teil der Bevölkerung mit eigener Initiative der Kirche in ihren Bestrebungen zur Seite zu stehen. Anders wäre es nicht denkbar, von den Seminaristen bereits bei ihrer Aufnahme die Kenntnis von etwa 30 vorgeschriebenen, teilweise recht langen und schwierig zu erlernenden Gebeten, Hymnen und Psalmen zu verlangen oder sogar den direkten Eintritt in den 3. Jahrgang der Seminare gegen Vorweisung der entsprechenden Kenntnisse vorzusehen.

Einen direkten Beweis für unsere Annahme und ein anschauliches Beispiel für die Möglichkeit religiöser Existenz in der Sowjetunion liefert ein Bericht des Moskauer Patriarchatsblattes über die Mönchsweihe eines Studenten der Moskauer Geistlichen Akademie. Der junge Geistliche, heißt es, sei in einer religiösen und frommen Familie geboren. „Der erzieherische Einfluß der Eltern und persönliche Frömmigkeit bestimmten den ferneren Lebensweg des Knaben. Mit 18 Jahren trat er in das Odessaer Geistliche Seminar ein, das er im Jahre 1948 absolvierte. Von dort kam er zur Fortsetzung seiner theologischen Studien an die Moskauer Geistliche Akademie. Der Gedanke, Mönch zu werden, kam ihm schon im 15. Lebensjahr. Im Lauf der Zeit reifte und festigte sich dieser sehnliche Wunsch immer mehr. Im Mönchtum sieht er nicht nur einen Weg zu persönlicher Rettung, sondern auch die ideale schöpferische Tat des Dienstes am Nächsten. Seine gesamten akademischen Kenntnisse möchte er dem Dienst an Kirche und Heimat weihen."

Der vor einiger Zeit erschienene Rechenschaftsbericht über das Studienjahr 1948/49 an den Moskauer Schulen zeigt im Vergleich zum Bericht 1947/48 (Herder-Korrespondenz Jg. 4, Heft 5, S. 217), daß der empfindliche Mangel an Lehrpersonal keineswegs behoben ist. Der Lehrkörper verminderte sich von sieben Professoren auf vier, von sechs Dozenten auf fünf, von fünf Lektoren auf vier. Die Gesamtzahl der Studierenden war mit 196 (188) leicht angestiegen. Von 23 Bewerbern wurden in die Akademie acht Absolventen der Seminare auf Empfehlung der Seminarleitungen ohne Aufnahmeprüfung aufgenommen, acht weitere Bewerber nach einer Prüfung. Insgesamt hatte die Akademie 37 Hörer. Von den 120 Bewerbern für das Seminar wurden 77 wegen mangelnder Vorbereitung und teilweise schlechten Gesundheitszustandes abgewiesen.

Der Bericht verzeichnet das hohe Niveau der Semester- und Kandidatenarbeiten der Studenten der Akademie. Die Führung der Studierenden beider Schulen war hervorragend.

Interessant ist die Liste der Ehrenmitglieder der Moskauer Akademie, da diese meist nach kirchenpolitischen Gesichtspunkten ernannt wurden. Neben dem Patriarchen Alexej und den Metropoliten Nikolaj (Leiter des Außenamtes) und Gregor (Leningrad) figurieren: der Patriarch von Antiochien, der Patriarch-Katholikos von Georgien, die Patriarchen der serbischen und rumänischen Kirche; ferner der Exarch des Moskauer Patriarchats in der Tschechoslowakei, der Metropolit von Nowosibirsk und Barnaul, der Erzbischof von Lemberg-Tarnopol und dem karpatho-russischen Gebiet. Die Gebiete unter Verwaltung der drei letztgenannten Hierarchen haben in letzter Zeit die besondere Aufmerksamkeit der Moskauer Kirche auf sich gezogen, worüber wir in anderem Zusammenhang noch berichten werden.

Bulgarien

Die bekannte theologische Fakultät der Universität Sofia stellte im Juni mit der Entlassung des 31. Jahrganges (8 Priester, 2 Diakone, 21 Laien) den Lehrbetrieb ein. Die Fakultät geht völlig in die Regie der bulgarischen Kirche über und wird in deren Budget übernommen; sie wird anscheinend eine ähnliche Stellung einnehmen wie die russischen Geistlichen Akademien. Ein neuer Lehrplan ist in Vorbereitung.

Rumänien

Auch die theologischen Fakultäten an den rumänischen Universitäten sind geschlossen worden. Die kirchlichen Seminare wurden in Berufsschulen umgewandelt. Die Regierung hat den Fortbestand von drei höheren theologischen Instituten und drei Seminaren genehmigt. Zulässige Höchstzahl aller geistlichen Studenten ist 500. Die Zeitung „Universul" schrieb anläßlich der Eröffnung eines theologischen Instituts in Bukarest, die neue Zeit erwarte vom Priester nicht theologische Kenntnisse, sondern ein christliches Leben, das mit der sozialistischen Gesellschaft harmoniere. Der Unterricht in nutzlosen Wissenschaften sei daher abzulehnen.

Paris

Die älteste höhere geistliche Lehranstalt der russisch-orthodoxen Emigration, das Pariser Theologische Institut St. Sergius, beging im April ihre 25jährige Gründungsfeier.

Hierbei fiel es auf, daß die offiziellen Reden eine deutliche Absage an die Lehre und die „kühnen Behauptungen" des ehemaligen Inspektors des Instituts, Oberpriester Prof. Sergius Bulgakow, enthielten. Der Rektor, Bischof Kassian, sagte, man solle lieber die eigenen Fehler bereuen, anstatt mit Bulgakow anmaßend von einer „Pariser Theologie" zu sprechen, und Prof. Archimandrit Cyprian unterstrich mit aller Entschiedenheit, das Institut habe die Lehre Bulgakows niemals als seine offizielle Theologie betrachtet, und unter den heutigen Lehrern — ehemaligen Schülern Bulgakows — befände sich kein einziger Jünger und Nachfolger, geschweige denn eine ganze Schule Bulgakows.

Bulgakow war bekanntlich der Hauptvertreter der neueren Sophiologie. Seine Lehre wurde vom Karlowitzer (Münchner) Bischofs-Synod verworfen, und auch sonst hegte man starke Zweifel an seiner Rechtgläubigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten über Bulgakow spielten seiner Zeit eine große Rolle in den Auseinandersetzungen innerhalb der russischen Emigrationskirche (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, H. 11, S. 516). Sei es nun, daß man sich im Interesse einer Flurbereinigung an der gesamtorthodoxen Front (das Pariser Institut untersteht dem energischen Patriarchen von Konstantinopel) von den Bulgakowschen Theorien distanzieren oder daß man dem Münchener Bischofs-Synod gegenüber die Wege zu einer Versöhnung ebnen wollte — jedenfalls zeigte sich die Zeitschrift des Münchener Synods äußerst befriedigt über die „so entschiedenen Erklärungen". Der Vorgang darf als weiteres Zeichen einer Entspannung zwischen den Gruppen der russischen Auslandskirche gewertet werden (vgl. hierzu Herder-Korrespondenz Jg. 5, H. 1, S. 24).

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Über die Förderung der Heiligkeit des Priesterlebens

Mahnung an den Klerus der ganzen Welt, soweit er in Gemeinschaft mit dem Heiligen Stuhl steht

Ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne!
Gruß und apostolischen Segen!

In Unsrem Geist klingt ständig das Wort des göttlichen Erlösers nach, der zu Petrus sagte: „Simon, Sohn des Johannes, liebst du mich mehr als diese?... Weide meine Lämmer, weide meine Schafe" *(Joh. 21, 15 und 17);* und auch das Wort des Apostelfürsten selber, der die Bischöfe und Priester seiner Zeit ermahnte: „Weidet die Herde Gottes, die euch untersteht ... aufrichtig als Vorbilder der Herde" *(1 Petr. 5, 2 und 3).*

Ein Hauptanliegen unsrer Zeit

Wenn Wir diese Worte aufmerksam bedenken, halten Wir es für eine dringende Pflicht Unsres höchsten Amtes, nach Kräften dafür zu sorgen, daß das Wirken der geweihten Hirten und Priester, die das christliche Volk dazu anleiten sollen, das Böse zu meiden, die Gefahren zu überwinden und nach Heiligung zu streben, täglich erfolgreicher werde. Gerade in der gegenwärtigen Zeit ist das notwendig, da die Völker infolge des jüngsten schrecklichen Krieges nicht nur von ernsten materiellen Schwierigkeiten bedrängt sind, sondern auch unter einer schweren Verwirrung der Geister leiden, während die Feinde des christlichen Namens, durch den Zustand der bürgerlichen Gesellschaft kühn geworden, sich bemühen, die Menschen durch unheilvollen Haß und verschleierte List von Gott und Jesus Christus abzubringen.

Väterliche Fürsorge für die Priester

Die Notwendigkeit einer christlichen Erneuerung, die heute alle Guten einsehen, befiehlt Uns, Unsre Gedanken und Unsre Liebe in besonderer Weise den Priestern der ganzen Welt zuzuwenden in dem Bewußtsein, daß gerade ihr demütiges, wachsames, mühevolles Wirken, da sie mitten unter dem Volk leben und seine Gebrechen, Schmerzen, Bedrängnisse des Leibes und der Seele kennen, durch ihr evangelisches Beispiel die Sitten aller erneuern und das Reich Jesu Christi, das „Reich der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens" *(Präfation des Christ-Königsfestes)* auf Erden errichten und befestigen kann.

Es ist jedoch unmöglich, daß das Priesteramt seine Aufgabe vollkommen erfüllt, so wie es den Bedürfnissen unsrer Zeit wirklich entspricht, wenn die Priester nicht aus dem sie umgebenden Volk durch den Glanz echter Heiligkeit hervorleuchten als würdige „Diener Christi", treue „Verwalter der göttlichen Mysterien" *(1 Kor. 4, 1),* gerüstet zu jedem guten Werk *(2 Tim. 3, 17).*

Dankesbezeigung

Indessen glauben Wir, daß Wir dem Klerus der ganzen Welt, der Uns bei Unserm fünfzigjährigen Priesterjubiläum seine Liebe durch Gebete zu Gott bezeugt hat, nicht besser Unsre Dankbarkeit beweisen können, als indem Wir an alle Priester eine väterliche Mahnung zur Heiligkeit richten; denn ohne diese kann das ihnen anvertraute Amt keine Früchte tragen. Das Heilige Jahr, das Wir in der Hoffnung verkündigt haben, daß die Sitten überall zu den göttlichen Geboten zurückkehren möchten, möge vor allem das bewirken, daß die Führer des christlichen Volkes mit um so größerem Eifer dem Gipfel der Tugend zustreben und so belebt, so unterrichtet die ihnen anvertraute Herde im Geiste Jesu Christi erneuern können.
Doch wenn heute auch die Bedürfnisse der christlichen Gesellschaft immer dringender eine innere Vollkommenheit von den Priestern verlangen, so sollen sie doch bedenken, daß es schon in der Natur ihres hohen, ihnen von Gott anvertrauten Amtes liegt, daß sie immer und überall und mit allen Kräften nach Heiligkeit streben müssen.

Die große Gabe des Priestertums

Wie Unsre Vorgänger, insbesondere Pius X. *(Exhortatio Haerent animo, Acta Pii X, Bd 4, S. 237 ff)* und Pius XI. *(Enz. Ad catholici sacerdotii, A. A. S. XXVIII, 1936, S. 5 ff)*, gelehrt und Wir selber in den Enzykliken *Mystici Corporis* und *Mediator Dei* angedeutet haben, ist das Priestertum wirklich das große Geschenk des göttlichen Erlösers: er hat, damit das Werk der Erlösung des Menschengeschlechts, das er am Kreuze vollendet hat, bis zum Ende der Zeiten fortgesetzt würde, seine Gewalt der Kirche übertragen, die er zur Teilhaberin seines einzigen und ewigen Priestertums machen wollte. Der Priester ist ein „anderer Christus", denn er ist mit einem unauslöschlichen Zeichen gezeichnet, das ihn gleichsam zum lebenden Abbild unsres Erlösers macht; der Priester stellt Christus dar, der gesagt hat: „Wie mich der Vater gesandt hat, so sende ich euch" *(Joh. 20, 21)*, „Wer euch hört, hört mich" *(Luk. 10, 16)*. Durch göttliche Berufung zu diesem höchsten Dienst geweiht, „wird er für die Menschen in ihrem Verhältnis zu Gott bestellt, damit er Gaben und Opfer für die Sünden darbringe" *(Hebr. 5, 1)*. An ihn muß sich also jeder wenden, der das Leben Christi leben und Kraft, Trost und geistige Nahrung empfangen will von ihm wird jeder, der aus dem Sittenverfall zum rechten Weg zurückkehren will, die notwendigen Heilmittel erbitten. Daher können alle Priester mit Recht das Wort des Heidenapostels auf sich beziehen: „Wir sind die Helfer Gottes" *(1 Kor. 3, 9)*.

Notwendigkeit des Mitwirkens

Doch eine solche außerordentliche Würde verlangt von dem Priester, daß er mit größter Treue seinem verantwortungsvollen Amt entspricht. Bestimmt, die Ehre Gottes auf Erden zu verkünden, den mystischen Leib Christi zu mehren und zu fördern, muß er so sehr durch Heiligkeit hervorleuchten, daß durch ihn der „Wohlgeruch Christi" *(2 Kor. 2, 15)* überallhin verbreitet wird.

Die fundamentale Pflicht

An dem Tag, da ihr, geliebte Söhne, zum Priesteramt geweiht wurdet, hat der Bischof euch feierlich im Namen Gottes eure wesentlichste Pflicht mit folgenden Worten bezeichnet: „Begreift, was ihr tut, folgt dem, was ihr predigt; und wenn ihr das Geheimnis des Todes des Herrn feiert, sorgt, daß ihr eure Glieder von allen Lastern und Begierden abtötet. Eure Lehre sei geistliche Medizin für das Volk Gottes; der Geruch eures Lebens sei eine Freude für die Kirche Christi, so daß ihr durch Wort und Beispiel das Haus, das heißt die Familie Gottes erbaut" *(Pontificale Rom. de ord. presbyt.)*. Frei von allen Sünden, sei euer Leben, mehr als das der Christen im Laienstand mit Christus in Gott verborgen *(Kol. 3, 3)*. Wenn ihr so mit jener überragenden Tugend geschmückt seid, die eure Würde verlangt, nehmt ihr an der Fortführung des Erlösungswerkes teil, zu der euch die Priesterweihe bestimmt hat.
Das ist die Aufgabe, die ihr freiwillig übernommen habt: Seid heilig, denn heilig ist auch euer Amt.

1. Teil

Die Heiligkeit des Lebens

Vollkommenheit und Liebe

Nach der Lehre des göttlichen Meisters besteht die Vollkommenheit des christlichen Lebens in der Liebe zu Gott und dem Nächsten *(Mt. 22, 37, 38, 39)*, einer Liebe, die jedoch wahrhaft glühend, eifrig, tätig sein muß. Wenn sie diese Eigenschaften hat, dann umfaßt sie wirklich alle Tugenden *(1 Kor. 13, 4, 5, 6, 7)*; dann kann sie mit Recht „Band der Vollkommenheit" *(Kol. 3, 14)* genannt werden. Unter welchen Verhältnissen der Mensch auch lebt, es ist seine Aufgabe, seine Gedanken und Handlungen nach diesem Ziel zu richten.

Der Priester ist zur Vollkommenheit berufen

In besonderer Weise aber ist der Priester dazu verpflichtet. Jede seiner priesterlichen Handlungen muß schon ihrer Natur nach dahin drängen; denn eben darum ist er von Gott zum Verwalter der heiligen Dinge berufen und mit einem göttlichen Amt und göttlichem Charisma ausgezeichnet worden. Er soll mit Christus, dem einzigen und ewigen Priester, mitwirken, er soll dem nachfolgen, den nachahmen, der während seines irdischen Lebens kein anderes Ziel hatte, als seine glühende Liebe zum Vater zu beweisen und den Menschen die unerschöpflichen Schätze seines Herzens mitzuteilen.

Nachfolge Christi

Der wichtigste Antrieb, der die Seele des Priesters bewegen soll, muß der sein, aufs engste mit dem göttlichen Erlöser verbunden zu werden, so daß er die Gebote der christlichen Lehre uneingeschränkt und gehorsamen Willens annimmt und sie in jedem Augenblick seines Lebens so eifrig verwirklicht, daß der katholische Glaube stets als Licht seines Handelns hervorleuchtet und sein Handeln die Leuchtkraft seines Glaubens widerspiegelt.
Vom Glanz dieser Jugend geführt, soll er seinen Blick stets auf Christus gerichtet halten und Christi Geboten, Handlungen, Beispielen eifrig folgen; er soll überzeugt sein, daß es für ihn nicht genügt, die Pflichten zu erfüllen, die für alle Christgläubigen gelten, sondern daß er von Tag zu Tag eifriger nach jener Vollkommenheit streben muß, die seine hohe priesterliche Würde erfordert, gemäß der Vorschrift: „Die Kleriker müssen nach

innen und nach außen ein heiligeres Leben als die Laien führen und sie an Tugenden und guten Werken übertreffen" *(CIC, can. 124).*

Christozentrisches Leben

Wie das priesterliche Leben von Christus seinen Ursprung nimmt, so muß es auch in jedem Augenblick auf ihn gerichtet sein. Christus aber ist das Wort Gottes, das nicht verschmäht hat, die menschliche Natur anzunehmen, und das dieses irdische Leben auf sich genommen hat, um dem Willen des Ewigen Vaters zu gehorchen. Er lebte in Armut und „ging dahin und tat Gutes und heilte alle" *(Apg. 10, 38);* und schließlich brachte er sich für seine Brüder zum Opfer dar. Haltet euch, geliebte Söhne, den Inhalt dieses wunderbaren Lebens immer vor Augen; bemüht euch mit aller Kraft, es in euch zu wiederholen im Gedanken an jene Mahnung: „Ich habe euch ein Beispiel gegeben, damit auch ihr tut, was ich euch getan habe" *(Joh. 13, 15).*

Übung der Demut

Der Beginn der christlichen Vollkommenheit liegt in der Tugend der Demut. „Lernet von mir, denn ich bin sanftmütig und demütig von Herzen" *(Mt. 11, 29).* Wenn wir bedenken, zu welch wunderbarer Würde wir durch die Taufe und die Priesterweihe berufen worden sind, und uns zugleich unsres geistigen Elends bewußt sind, müssen wir wohl das Wort Christi bedenken, der betont: „Ohne mich könnt ihr nichts wirken" *(Joh. 15, 5).*
Der Priester darf nicht auf seine eigenen Kräfte vertrauen, sich nicht allzusehr über seine Gaben freuen; nicht die Achtung und das Lob der Menschen darf ihn betören, und er darf nicht nach höheren Ämtern begierig sein, sondern er muß Christus nachahmen, der kam, „nicht um bedient zu werden, sondern um zu dienen" *(Mt. 20, 28).* Er soll nach dem Gebot des Evangeliums sich selbst verleugnen *(Mt. 16, 24)* und nicht zu sehr an irdischen Dingen haften, um so um so leichter und unbehinderter dem göttlichen Meister folgen zu können. Was immer er hat und ist, fließt aus Gottes Güte und Macht; wenn er sich also rühmen will, möge er an das Wort des Heidenapostels denken: „Für mich will ich mich nicht rühmen, es sei denn meiner Schwachheit" *(2 Kor. 12, 5).*
Der Geist der Demut, vom Licht des Glaubens erleuchtet, drängt den Menschen aus schuldigem Gehorsam zum Opfer des Willens. Christus selbst hat in der von ihm gegründeten Gesellschaft eine rechtmäßige Autorität eingesetzt, die die seine durch die Jahrhunderte hin fortsetzen soll; wer also den kirchlichen Oberen gehorcht, gehorcht dem göttlichen Erlöser selber.

Notwendigkeit des Gehorsams

In unsrer Zeit, wo die Grundlagen der Autorität schwer erschüttert sind, ist es absolut notwendig, daß der Priester sich an die eindeutigen Vorschriften des Glaubens hält und eben diese Autorität anerkennt und gebührend befolgt als sicheren Schutz nicht nur in religiösen und sozialen Dingen, sondern auch als Grundlage der Erlangung eigener Heiligkeit. Während die Feinde des göttlichen Namens sich mit verbrecherischer List bemühen, die unmäßigen Begierden vieler aufzustacheln und sie dadurch zu verlocken, sich gegen die Gebote der heiligen Mutter Kirche zu erheben, drängt es Uns, all jene Priester in ihrem ständigen Kampf gebührend zu loben und väterlich zu bestärken, die dadurch, daß sie ihren christlichen Gehorsam offen bekannt und ihre uneingeschränkte Treue gegenüber Christus und der von ihm eingesetzten Autorität bewahrt haben, „gewürdigt worden sind, für Christi Namen Schmähung zu erleiden" *(Apg. 5, 41),* und nicht nur Schmähungen, sondern Verfolgung, Kerker und sogar den Tod.

Der Zölibat

Das Wirken des Priesters vollzieht sich in jener Ordnung der Dinge, die das übernatürliche Leben angehen, da er für das Wachsen eben dieses übernatürlichen Lebens zu sorgen und es mit dem mystischen Leib Christi zu verbinden hat. Darum muß er von alledem, was „von dieser Welt ist", Abschied nehmen, um sich nur um das kümmern zu können, „was des Herrn ist" *(1 Kor. 7, 32 33).* Da er also von allen irdischen Sorgen frei sein und sich ganz dem göttlichen Dienst hingeben muß, hat die Kirche das Gesetz des Zölibats eingeführt, wodurch es für alle immer deutlicher werden soll, daß er ein Diener Gottes und Vater der Seelen ist. Durch das Gebot des Zölibats gibt der Priester keineswegs das Amt der Vaterschaft auf, es steigert sich vielmehr unendlich, da er nicht für dieses irdische und vergängliche Leben Nachkommenschaft zeugt, sondern für das himmlische und ewige Leben.
Je heller die priesterliche Keuschheit erstrahlt, desto mehr wird der Priester mit Christus zusammen „ein reines, ein heiliges, ein makelloses Opfer" *(Missale Rom., Can.).*
Um aber diese Keuschheit als unvergleichlichen Schatz mit aller Sorge unberührt bewahren zu können, ist es gut und nützlich, jener Ermahnung des Apostelfürsten zu folgen, die wir täglich im Stundengebet wiederholen: „Seid nüchtern und wachsam" *(1 Petr. 5, 8).*
Ja wacht, geliebte Söhne, denn eure Keuschheit ist von vielen Gefahren bedroht, sowohl durch die Lockerheit der Sitten wie durch die Verlockungen der Laster, die euch heute so leicht bedrängen, wie endlich durch die allzu große Freiheit zwischen den beiden Geschlechtern, die sogar in die Ausübung des heiligen Amtes einzudringen wagt. „Wachet und betet" *(Mk. 14, 38),* und vergeßt nie, daß eure Hände das Heiligste berühren; vergeßt auch nie, daß ihr Gott geweiht seid und nur ihm allein dienen dürft. Selbst die Kleidung, die ihr tragt, erinnert euch daran, daß ihr nicht der Welt, sondern Gott lebt. Bemüht euch darum mit aller Kraft und allem Eifer, daß ihr täglich unter dem mütterlichen Schutz der jungfräulichen Gottesmutter „rein, unbefleckt, keusch seid, wie es Dienern Christi und Austeilern der göttlichen Geheimnisse ziemt" *(Pontificale Rom. In ordin. Diacon.).*
In diesem Zusammenhang scheint es Uns gut, euch in besonderer Weise zu mahnen, euch bei der Leitung von Frauenkreisen oder Frauenvereinen so zu betragen, wie es Priestern ziemt; meidet alle Vertraulichkeiten; und wo eure Mitarbeit nötig ist, tut sie als Priester. Beim Leiten dieser Vereine beschränkt eure Tätigkeit auf das, was euer priesterliches Amt von euch fordert.

Loslösung von den irdischen Gütern

Doch es genügt noch nicht, auf die Freuden des Fleisches durch die Keuschheit zu verzichten und euren Vorgesetzten im Gehorsam den Willen freiwillig zu unter-

werfen, ihr müßt auch euren Geist täglich mehr von den Reichtümern und irdischen Dingen loslösen. Wieder und wieder ermahnen wir euch, geliebte Söhne, die flüchtigen und vergänglichen Dinge dieser Welt nicht zu sehr zu lieben; haltet euch die heiligen Männer alter und neuer Zeit als Beispiel vor, die die notwendige Enthaltung von äußeren Gütern und das tiefste Vertrauen auf die göttliche Vorsehung mit glühendem priesterlichem Eifer vereinten. Sie vollbrachten Wunderbares im alleinigen Vertrauen auf Gott, der nie die nötige Hilfe versagt. Die Priester, die zur Armut nicht durch ein besonderes Gelübde verpflichtet sind, sollen dennoch diese Armut lieben. Diese Liebe soll sich in einem einfachen und mäßigen Leben, einer bescheidenen Wohnung und großer Freigebigkeit gegenüber den Bedürftigen erweisen. Vor allem aber sollen sie sich von allen geschäftlichen Unternehmungen fernhalten, die sie von ihrem heiligen Beruf ablenken würden und die Achtung der Gläubigen ihnen gegenüber vermindern müßten. Da der Priester einzig und allein um das Heil der Seelen besorgt sein soll, muß er sich das Wort des Apostels Paulus zu eigen machen können: „Ich will nicht haben, was euer ist, sondern euch selbst" *(2 Kor. 12, 14).*

Vorbild jeder Tugend

Wenn es möglich wäre, von allen Tugenden ausführlich zu handeln, durch die der Priester das göttliche Beispiel Jesu Christi, so sehr es in seinen Kräften steht, in sich verkörpern soll, hätten Wir noch vieles zu sagen, was Uns beschäftigt; Wir wollen jedoch nur das eurem Geist ganz besonders einprägen, was Uns in unsrer Zeit vor allen Dingen notwendig erscheint. Im Hinblick auf das übrige mag es genügen, auf den Satz in dem goldenen Buch der Nachfolge Christi hinzuweisen: „Der Priester muß mit allen Tugenden geschmückt sein und den andern ein Beispiel guten Lebens geben. Sein Wandel sei nicht auf den beliebten gemeinschaftlichen Wegen der Menschen, sondern mit den Engeln im Himmel oder den vollkommenen Männern auf Erden" *(De Imit. Christi IV, c. 5, v. 13, 14).*

Notwendigkeit der Gnade für die Heiligung

Jedermann, geliebte Söhne, weiß, daß es den einzelnen Christen und besonders den Priestern unmöglich ist, das wunderbare Beispiel des göttlichen Meisters im täglichen Leben nachzuahmen ohne die Hilfe der übernatürlichen Gnade und ohne die Benutzung jener Gnadenmittel, die er selber uns geschenkt hat. Das erweist sich als um so notwendiger, je höher die Vollkommenheit ist, die wir erreichen müssen, und je ernstere Schwierigkeiten uns aus unsrer zum Bösen neigenden Natur erwachsen. Darum halten Wir es für nützlich, zu anderen Wahrheiten überzugehen, erhabenen und tröstlichen Wahrheiten, durch die um so klarer aufleuchtet, wie groß die priesterliche Heiligkeit sein muß und wie wirksam die Hilfe ist, die Christus uns gewährt, damit wir die Pläne der göttlichen Barmherzigkeit in uns zur Wirksamkeit bringen können.

Das Vorbild des Opfers Christi

Wie das ganze Leben unsres Erlösers auf sein Opfer hingeordnet war, so soll auch das Leben des Priesters, der das Bild Christi in sich wiedergeben muß, mit ihm, in ihm und durch ihn ein wohlgefälliges Opfer werden.

In der Tat war das Opfer, das der göttliche Erlöser am Kreuz auf dem Kalvarienberg dargebracht hat, nicht nur die Hinschlachtung seines Leibes; er gab sich selbst zum Sühnopfer als Haupt des Menschengeschlechts; und indem er so „seinen Geist in die Hände des Vaters befiehlt, befiehlt er sich selbst als Mensch Gott an, um alle Menschen Gott anzubefehlen" *(Athanas., De incarnatione, n. 12. Migne, P. G. XXVI, 1003 s).*

Bei der heiligen Messe

Dasselbe geschieht im eucharistischen Opfer, das die unblutige Erneuerung des Kreuzesopfers ist: Christus selbst nämlich bietet sich selbst dem Ewigen Vater an zu seiner Verherrlichung und unsrem Heil; denn wenn er selbst, Priester und Opfer zugleich, als Haupt der Kirche handelt, bietet er nicht nur sich selbst, sondern die gesamte Christenheit und in gewissem Sinne alle Menschen an und opfert sie auf *(Augustinus, De civit. Dei l. X, c. 6. Migne, P. L. XLI, 284).*

Wenn das nun für alle Christen gilt, so um so mehr für den Priester, der eben deshalb Diener des göttlichen Erlösers ist, damit er das eucharistische Opfer vollzieht. Gerade im eucharistischen Opfer kann er, wenn er, die Person Christi vertretend, Brot und Wein konsekriert, die Fleisch und Blut Christi werden, unerschöpfliche Schätze des Heils und all jene Hilfe, die er nicht nur für sich, sondern auch zur Ausübung seines Amtes notwendig braucht, aus eben dieser Quelle übernatürlichen Lebens schöpfen.

Der Priester, der in solch inniger Verbindung mit diesen göttlichen Geheimnissen lebt, kann nicht anders als nach Gerechtigkeit hungern und dürsten *(Mt. 5, 6)* und sich angetrieben fühlen, sein Leben seiner hohen Würde anzugleichen und es auf das Opfer hin zu gestalten, da er sich selbst in gewisser Weise mit Christus opfern soll. Darum soll er das eucharistische Opfer nicht nur feiern, sondern auch tief innerlich miterleben; denn nur so kann er jene übernatürliche Kraft schöpfen, durch die er verwandelt wird und am Sühneleben des göttlichen Erlösers selber teilnehmen kann.

Der Apostel Paulus stellt als Grundprinzip der christlichen Vollkommenheit das Gebot auf: „Leget den Herrn Jesus Christus an" *(Röm. 13, 14).* Wenn dieses Gebot auch alle Christgläubigen angeht, so doch in besonderer Weise den Priester. Jesus Christus anlegen heißt nämlich nicht nur die Gedanken auf seine Lehre richten, sondern ein neues Leben beginnen, das, wenn es die Verklärung des Tabor mitvollziehen will, zuerst auch die Leiden und die Angst unsres leidenden Erlösers auf dem Kalvarienberg mitvollziehen muß. Das erfordert eine lange und unablässige Arbeit, durch die unser Geist zum Opfer gebracht wird, damit er am Opfer Christi in inniger Vereinigung teilnehmen kann. Diese unermüdliche Arbeit kann man nicht durch bloße Anwandlungen vollbringen. Wünsche und Vorsätze genügen nicht, sondern es bedarf eines eifrigen, unermüdlichen Einsatzes und der Übung in der Frömmigkeit, durch die alles auf die Ehre Gottes bezogen wird; es bedarf der Bußübungen, die die ungezügelten Regungen des Geistes zügeln und mäßigen; es bedarf der glühenden Liebe zu Gott und dem Nächsten, die uns zu Werken der Barmherzigkeit antreibt; es bedarf des Eifers eines tätigen Willens, der bereit ist zu kämpfen und alle Mühen auf sich zu nehmen, um die Vollkommenheit zu erreichen.

Eine Mahnung des heiligen Petrus Chrysologus

Der Priester muß sich also bemühen, alles, was auf dem Altar geschieht, im Geiste mitzuvollziehen; denn wie Jesus Christus sich selber opfert, so muß der Priester sich mit ihm zusammen opfern; und wie Jesus die Sünden der Menschen büßt, so soll auch der Priester auf dem erhabenen Weg der christlichen Aszese zur eigenen Läuterung und der des Nächsten gelangen. Dazu ermahnt ihn der heilige Petrus Chrysologus, indem er sagt: „Sei zugleich Gottes Opfer und Priester; verliere nicht, was dir die göttliche Urheberschaft gegeben hat. Lege das Kleid der Heiligkeit an; Christus sei die Hülle deines Hauptes; das Kreuz sei das Bollwerk deiner Stirn; hefte an deine Brust das Sakrament der göttlichen Wissenschaft: entzünde immer den Thymianduft des Gebets; ergreife das Schwert des Geistes; mache dein Herz zum Altar und bringe so voll Sicherheit deinen Leib zum Opfer dem Herrn dar ... Biete den Glauben an, damit die Ungläubigkeit bestraft werde: opfre das Fasten, damit die Gefräßigkeit aufhöre; opfre die Keuschheit, damit die Begierde stirbt; bringe die Frömmigkeit dar, damit die Gottlosigkeit aufhöre; lade die Barmherzigkeit ein, damit der Geiz vertrieben werde: und damit die Torheit aufhöre, sollst du immer die Heiligkeit zum Altar bringen: so wird dein Leib dein Opfertier, wenn er durch keine Sünde befleckt ist" *(Sermo CVIII. Migne, P. L. LII, 500, 501).*

Der mystische Tod in Christus

Was Wir der gesamten Christenheit schon in der Enzyklika *Mediator Dei* zu bedenken gegeben haben, wollen Wir hier noch einmal mit den gleichen Worten ganz besonders den Priestern ans Herz legen: Wohl ist Christus Priester, doch nicht für sich, sondern für uns, da er die Gelübde und das religiöse Verlangen der ganzen Menschheit vor den Ewigen Vater trägt; so ist er auch Opfer, doch für uns, da er an die Stelle des sündigen Menschen tritt. Denn das Wort des Apostels: „Fühlet in euch, was auch Christus in sich fühlte", verlangt von allen Christen, daß sie, soweit der Mensch es vermag, in sich das fühlen, was der göttliche Erlöser gefühlt hat, als er sich zum Opfer brachte; sie müssen ihren Geist in Demut beugen und die höchste Majestät Gottes anbeten und Ehre, Lob und Dank darbringen. Es verlangt weiter, daß sie in gewisser Weise den Zustand des Opfers auf sich nehmen und sich nach dem Gebot des Evangeliums selber verleugnen, freiwillig Werke der Buße tun und jeder seine Fehler verabscheut und sühnt. Es verlangt schließlich, daß wir alle, mit Christus vereint, den mystischen Tod am Kreuze erleiden, so daß wir das Wort Pauli auf uns beziehen dürfen: „Ich bin mit Christus gekreuzigt" *(A. A. S. XXXIX, 1947, pp. 552, 553).* Priester und geliebteste Söhne, wir halten einen großen Schatz in den Händen, eine kostbare Perle, die unerschöpflichen Reichtümer des Blutes Jesu Christi; benutzen wir ihn nach besten Kräften, so daß wir durch das vollkommene Opfer unser selbst, das wir mit Christus dem Ewigen Vater darbringen, wahre Bringer der Gerechtigkeit „in dem, was Gott betrifft" *(Hebr. 5, 1),* werden und verdienen, daß unsre Gebete gnädig aufgenommen werden können und den überreichen Gnadenregen erflehen, der die Kirche und alle Seelen erfrischen und befruchten kann. Nur dann, wenn wir gleichsam eins mit Christus durch sein und unser Opfer sind und wenn wir unsre Stimme mit dem Chor der Bewohner des himmlischen Jerusalems vereinigen können gemäß dem Wort: „illi canentes iungimur almae Sionis aemuli" *(Brev. Rom., Hymn. pro off. Dedic. Eccl.),* nur dann können wir, durch die Kraft unsres Erlösers gestärkt, vom Gipfel der Heiligkeit, den wir erreicht haben, sicher und ohne Schaden allen Menschen durch unser Priesteramt das übernatürliche Licht Gottes und das übernatürliche Leben vermitteln.

Notwendigkeit des Breviergebets

Die vollkommene Heiligkeit verlangt auch eine ständige Verbindung mit Gott; und damit dieser innige Kontakt, den die Seele des Priesters mit Gott unterhalten muß, im Ablauf der Tage und Stunden nicht abreißt, hat die Kirche ihren geweihten Dienern zur Pflicht gemacht, die Stundengebete zu rezitieren. Damit folgt sie getreulich dem Gebot des göttlichen Erlösers, der sagt: „Man muß immer beten und nie nachlassen" *(Luk. 18, 1).* Wie die Kirche niemals aufhört, Gebete zu erheben, so wünscht sie auch, daß ihre Söhne niemals ihre flehenden Bitten unterbrechen; und sie wiederholt ihnen die Mahnung des Apostels Paulus: „Laßt uns also immerfort durch ihn (Jesus) Gott ein Lobopfer darbringen, das ist, die Frucht von Lippen, die seinen Namen bekennen" *(Hebr. 13, 15).* Den Verwaltern der Heiligtümer aber hat sie in besonderer Weise das Amt übertragen, auch im Namen des Volkes betend, jede Stunde und alle Umstände Gott darzubringen.

Die Stimme Christi und der Kirche

Diese Pflicht erfüllend, fährt der Priester fort, im Ablauf der Jahrhunderte das zu tun, was Christus tat, der „in den Tagen seines Fleisches Bitten und Flehen mit lautem Rufen und Tränen dargebracht hat ... und um seiner Ehrfurcht willen erhört worden ist" *(Hebr. 5, 7).* Dieses Gebet hat eine besondere Wirksamkeit, weil es im Namen Christi, „per Dominum nostrum Jesum Christum", dargebracht wird, der unser Mittler beim Vater ist und ihm unaufhörlich seine Genugtuung anbietet, seine Verdienste und den zureichendsten Preis seines Blutes. Es ist in besonderer Weise „Stimme Christi", der „für uns als unser Priester betet; für uns als unser Haupt betet" *(S. Aug., Enarr. in Psalmos LXXXV, v. 1. Migne P. L. XXXVII, 1081).* Ebenso ist es immer „Stimme der Kirche", die die Gebete und Bitten aller Gläubigen zusammenfaßt, die, mit dem Gebet und dem Glauben des Priesters vereint, Jesus Christus loben, durch ihn dem Ewigen Vater danken und von diesem an jedem Tag, zu jeder Stunde die nötige Hilfe erflehen. Was einst Moses tat, als er mit zum Himmel erhobenen Armen mit Gott redete und von ihm für sein Volk, das unten im Tal sich in Trübsal mühte, Barmherzigkeit erlangte, das wiederholen die Priester heute in gewisser Weise täglich.

Wirksames Mittel der Heiligung

Das Stundengebet ist aber auch ein außerordentlich wirksames Mittel der Heiligung; denn es besteht nicht etwa nur in der Rezitation von Formeln oder in kunstgerecht ausgeführten Gesängen; es besteht nicht nur in den besonderen, zu beobachtenden Normen, die man Rubriken nennt, und den äußeren Zeremonien des Gottesdienstes: sondern es handelt sich um den Aufstieg unsres Geistes zu Gott, um uns mit den seligen Geistern, die ihm in

Ewigkeit Lob singen, zu vereinen *(Enz. Mediator Dei, A. A. S. XXXIX, 1947, S. 574)*. Die Stundengebete sind also, wie es zu ihrem Eingang heißt, „würdig, aufmerksam und fromm" zu verrichten.
Darum muß der Priester diese Gebete in demselben Geiste verrichten, wie der göttliche Erlöser gebetet hat. Es ist also gleichsam seine Stimme, die durch seinen Diener vom barmherzigen Vater die Früchte seiner Erlösung erfleht es ist seine Stimme, durch die die Scharen der Engel und Heiligen im Himmel, die Mengen der Christen auf Erden verbunden sind, um Gott die gebührende Ehre zu erweisen; es ist die Stimme unsres Fürsprechers Jesus Christus, durch die die unermeßlichen Schätze seiner Verdienste uns zugewendet werden.

Die sorgsame Meditation des Breviers

Überdenkt darum sorgfältig jene fruchtbaren Wahrheiten, die der Heilige Geist durch die Worte der Heiligen Schriften verkündet und die Schriften der Väter und Kirchenlehrer kommentieren. Während eure Lippen die göttlichen Worte wiederholen, die durch den Anhauch der übernatürlichen Flamme überliefert worden sind, laßt euch nichts von diesem großen Schatz verloren gehen; damit euer Geist der Stimme Gottes getreu antworte, haltet euch alles, was euren Geist ablenken könnte, sorgsam fern und sammelt eure Gedanken, um leichter und mit besserem Erfolg für die Kontemplation der ewigen Dinge frei zu sein.
In der Enzyklika Mediator Dei haben Wir ausführlich erklärt, warum die Kirche im Laufe des liturgischen Jahres alle Geheimnisse des Lebens Christi ins Gedächtnis ruft und in geeigneter Ordnung gleichsam vor Augen stellt und auch die Feste der Jungfrau Maria und der himmlischen Heiligen zu feiern befiehlt. Diese Unterweisungen, die Wir allen Christen erteilt haben, weil sie allen höchst nützlich sind, sollt ihr Priester euch besonders ins Gedächtnis zurückrufen; ihr, die ihr durch das eucharistische Opfer und das Breviergebet sozusagen im Ablauf dieser Liturgie eine Hauptrolle spielt.

Die Betrachtung der himmlischen Dinge

Die Kirche empfiehlt uns jedoch, um uns zu täglich eifrigerem Streben nach Heiligkeit zu ermuntern, dringend noch andere Frömmigkeitsübungen außer dem eucharistischen Opfer und dem Stundengebet. Auch über diese wollen Wir hier noch einiges sagen und eurer Aufmerksamkeit empfehlen.
An erster Stelle mahnt sie uns zur heiligen Meditation, die den Geist dem übernatürlichen Bereich zuwendet, und fordert uns zur Betrachtung der himmlischen Dinge auf, und sie führt unsern vom Verlangen nach Gott entflammten Geist auf den rechten Weg zu ihm. Diese fromme Meditation bereitet uns aufs beste zur Feier der heiligen Messe und zur geziemenden Danksagung nach dieser vor; sie lehrt uns die Schönheit der Liturgie erkennen und genießen und leitet uns an, die ewigen Wahrheiten und die wunderbaren Beispiele und Gebote des Evangeliums zu betrachten.
Diese Vorbilder des Evangeliums und die Tugenden des göttlichen Erlösers muß der Priester mit größtem Eifer in sich nachbilden. Aber wie die Nahrung des Leibes unser Leben nicht nährt, nicht erhält und nicht steigert, wenn sie nicht verdaut und in unsre Substanz überführt wird, so kann auch der Priester, wenn er nicht die Geheimnisse des göttlichen Erlösers — der ja das höchste und absolute Beispiel der Vollkommenheit ist und die unerschöpfliche Quelle aller Heiligung — überdenkt und betrachtet und so sein Leben nachlebt, nicht die Herrschaft über sich selbst und seine Sinne gewinnen, noch seinen Geist läutern, noch gebührend nach Tugend streben, noch schließlich sein heiliges Amt getreu, eifrig und fruchtbringend ausüben.
Daher halten Wir es für Unsre ernste Pflicht, euch zur täglichen Meditation in besonderer Weise zu ermahnen; diese Übung befiehlt ja auch schon der Canon Iuris Canonici allen Klerikern *(can. 125, 2°)*. Denn wie der Drang nach priesterlicher Vollkommenheit durch die tägliche Meditation genährt und gesteigert wird, so entsteht durch ihre Vernachlässigung jene geistige Lauheit, durch die die Frömmigkeit nachläßt und erlöscht und durch die nicht nur der Impuls des Einzelnen zur Heiligkeit abbricht oder verzögert wird, sondern auch die priesterlichen Aufgaben nicht geringen Schaden leiden. Darum kann man mit Recht behaupten, daß die besondere Wirkung der frommen Meditation auf keine andere Weise erreicht und daher ihre tägliche Übung durch nichts anderes ersetzt werden kann.

Verschiedene Gebete und Gebetsgeist

Die Betrachtung der himmlischen Dinge soll jedoch nicht getrennt werden vom gesprochenen Gebet, und auch die anderen Formen privaten Betens sollen nicht fehlen, so wie sie für jedes einzelnen Zustand geeignet sind, die Vereinigung des Geistes mit Gott zu fördern. Es ist jedoch zu beachten: mehr als die mannigfaltigen Gebete ist die Frömmigkeit wert und der wirkliche glühende Geist des Gebetes. Dieser glühende Geist des Gebetes ist heute mehr denn je nötig, da der sogenannte Naturalismus in Geist und Seele der Menschen eindringt und die Tugend von Gefahren aller Art umgeben ist, Gefahren, die zuweilen auch die bedrängen, die das heilige Amt ausüben. Was kann euch besser gegen diese Angriffe wappnen, was sicherer euren Geist auf die übernatürlichen Dinge richten und euch anleiten, in der Vereinigung mit Gott zu leben, als ein ständig an ihn gerichtetes Gebet und die Bitte um göttliche Hilfe?
Und da die Priester mit besonderem Recht Söhne der Jungfrau Maria genannt werden können, können sie nicht umhin, sie mit glühender Verehrung zu lieben, sie voll Vertrauen anzurufen und ihren wirksamen Schutz häufig zu erflehen. Sie sollen daher — was die Kirche selber empfiehlt *(C. I. C. can 125, 2)* — nach Möglichkeit den Rosenkranz beten; durch dessen Rezitation werden uns ja auch die Geheimnisse des göttlichen Erlösers zur Betrachtung vorgehalten, und wir werden „zu Jesus durch Maria" hingeführt.
Und ehe er seine tägliche Arbeit abschließt, soll der Priester das eucharistische Tabernakel besuchen und dort eine Zeitlang verweilen, um Jesus im Sakrament seines Erbarmens anzubeten und so die Undankbarkeit der Menschen zu sühnen, in täglich größerer Liebe zu Gott zu entbrennen und um schließlich auch zur Zeit der nächtlichen Ruhe, die die Stille des Todes ins Gedächtnis ruft, irgendwie in seinem allerheiligsten Herzen gegenwärtig zu bleiben.

Die Gewissenserforschung

Der Priester soll auch nicht versäumen, die verborgenen Regungen seines Gewissens täglich zu erforschen und sein eigener Richter zu sein, was durch die Erforschung des vergangenen Zeitabschnitts zweifellos zugleich zur Förderung des geistlichen Lebens und zur Beseitigung jener Hindernisse dient, die das Wachsen der Tugend hemmen oder verhindern, schließlich auch zum eifrigeren Streben nach all dem, was den Priesterberuf fruchtbar machen kann, und zum Beten um die Barmherzigkeit des himmlischen Vaters gegenüber allem, was schlecht getan worden ist.

Die häufige Beichte

Diese Barmherzigkeit und die Vergebung unsrer Sünden werden uns im Sakrament der Buße zuteil, der wichtigsten Einrichtung der göttlichen Güte zur Stützung unsrer Schwäche. Nie darf es geschehen, geliebte Söhne, daß der Priester diesem Sakrament der Versöhnung fernbleibt. Dazu hat die Kirche, wie ihr wißt, gesagt: „Die Ordinarien mögen dafür sorgen, daß alle Geistlichen häufig durch das Sakrament der Buße die Flecken ihres Gewissens abwaschen" *(C. I. C. can. 125, 1).* Denn obwohl Diener Jesu Christi, sind wir doch armselig; wie können wir also zum Altare Gottes treten und die heiligen Handlungen ausführen, wenn wir uns nicht häufig reinigen und büßen? Dadurch nämlich „steigert sich die richtige Selbsterkenntnis, wächst die christliche Demut, werden die schlechten Sitten entwurzelt, die geistige Trägheit und Nachlässigkeit bekämpft, das Gewissen geläutert, der Wille gestärkt, eine heilsame Mäßigung des Geistes erlangt und die Gnade kraft des Sakraments selber gestärkt" *(Enz. Mystici Corporis Christi, A. A. S. 35, 1943, S. 235).*

Die geistliche Leitung

Daher halten Wir es auch für gut, euch zu ermahnen, geliebte Söhne, daß ihr beim Betreten des geistlichen Weges und beim Fortschreiten auf ihm nicht zu sehr euch selber vertraut, sondern mit demütigem und gelehrigem Sinn von denen Rat annehmt und Hilfe erbittet, die euch mit weiser Mäßigung lenken können, die euch die euch begegnenden Schwierigkeiten im voraus anzeigen und zugleich die entsprechenden Hilfsmittel angeben können und die euch bei allen von innen oder außen auftauchenden Schwierigkeiten richtig leiten und zur täglichen Steigerung der Vollkommenheit anleiten können, zu der das Beispiel der himmlischen Heiligen und die erprobten Lehrer der christlichen Aszese euch verlocken und aufrufen. Denn ohne diese klugen Lenker des Gewissens ist es meist sehr schwierig, den übernatürlichen Eingebungen des Heiligen Geistes und der göttlichen Gnade richtig zu entsprechen.

Geistliche Exerzitien

Endlich drängt es Uns, allen geistliche Exerzitien dringend zu empfehlen. Wenn wir nämlich für einige Tage aus der gewohnten Umgebung und dem gewohnten Tageslauf heraustreten und Einsamkeit und Schweigen aufsuchen, leihen wir dem göttlichen Anruf leichter ein williges Ohr, und dieser dringt tiefer in unsre Seele ein; und während die Exerzitien uns zu einer heiligeren Ausübung unsres Amtes und zur Betrachtung der süßen Geheimnisse Jesu Christi aufrufen, stärken sie unsern Willen so, daß wir „ihm in Heiligkeit und Gerechtigkeit dienen alle Tage unsres Lebens" *(Luk. 1, 74, 75).*

(Die beiden anderen Teile des Rundschreibens erscheinen im nächsten Heft.)

Über das Arbeiterapostolat

Am Sonntag, dem 3. September, richtete der Heilige Vater durch den Rundfunk eine Ansprache an die Teilnehmer der Feier zum 25jährigen Bestehen der JOC in Brüssel. Er begrüßte die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen der JOC, die Altmitglieder der JOC zuerst auf niederländisch, dann auf französisch. Dann gab er ihnen Mahnungen mit, in denen sich die Probleme der Arbeiterwelt in der Gegenwart aufs deutlichste abzeichnen. Er sagte:

„Wenn Wir die Vergangenheit betrachten, so bietet sich Unserem Blick ein ermutigendes Schauspiel. So viele Priester, Ordensmänner und Ordensfrauen, die aus euern Reihen hervorgegangen sind und sich der Kirche geweiht haben; Tausende christlicher Arbeiterehen im Kranz ihrer Kinder; Führer eurer Gesinnung an der Spitze mächtiger Arbeiterorganisationen, und selbst in der Regierung; schließlich eine Jugend, die bereit ist, ihr Apostolat im Dienste ihrer Arbeiterbrüder und -schwestern immer wieder aufzunehmen. Was für eine herrliche Antwort auf den Aufruf Unseres verehrten Vorgängers und Unsere eigene Erwartung, welche Garantie für die Wiedergewinnung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt, für die Blüte eurer Länder, für die Zukunft der Kirche!

Ja, in der JOC wird die seit langem von der Kirche ausgegebene Parole des Apostolates des Arbeiters für den Arbeiter aufs glücklichste ausgeführt. Heute, da euer Kongreß mit einem Blick das schöne Bild der Vergangenheit und die Vision einer Zukunft voller Hoffnung umfassen läßt, möchten Wir, zugleich euer hohes Ideal und die gegenwärtigen Verhältnisse der Arbeiterwelt in ihren Beziehungen zu den übrigen Bildungsklassen bedenkend, eurem Nachdenken die beiden folgenden Erwägungen empfehlen.

Der Arbeiter und die Welt des Geistes

1. Die Idee, die eure Bewegung ins Leben gerufen hat, und das Ziel, das ihr die Richtung weist, sind heute in gewisser Hinsicht in die ideellen Strömungen selbst außerhalb der katholischen Kreise eingegangen, die nämlich, daß es sich um die Seele des Arbeiters, ihre Orientierung, ihren Fortschritt handelt. Sogar die Materialisten, die sich früher schmeichelten, seine Bedürfnisse befriedigen zu können, indem sie den Klassenkampf predigten, sind heute dazu gekommen, dem Arbeiter einen kulturellen Wert geben zu wollen.

Das bedeutet für die JOC die Verpflichtung zu aufmerksamer Wachsamkeit und zugleich eine ungewöhnlich günstige Gelegenheit zu ihrem Erfolg.

Pflicht zur Wachsamkeit deshalb, weil gewisse Milieus, in denen man sich mit der Arbeiterwelt vom kulturellen Gesichtspunkt aus beschäftigt, Vertreter einer rein irdischen Lebensauffassung sind, die der Religion und der Kirche fernstehen. Das bedeutet für euch die Notwendig-

keit, darüber zu wachen, daß ihr die richtige Grenzlinie unverletzt innehaltet.
Diese Lage ist, wie Wir sagten, auch eine außerordentlich günstige Gelegenheit zum Erfolg. Dem Arbeiter geistige Werte wie eine von außen importierte Nahrung anbieten zu wollen, wird immer eine vergebliche und enttäuschende Aufgabe sein. Ein einziges Band bindet den Arbeiter innerlich an die Welt des Geistes, das ist seine religiöse Anlage, der göttliche Funke, der im Innersten seines Wesens schlummert: ihn zu wecken und anzufachen ist das einzige Mittel, ihn über den gewöhnlichen Materialismus und Utilitarismus hinauszuheben. Das ist die Aufgabe, die der Herr euch anvertraut und für die er euch in diesem Augenblick eine günstige Gelegenheit schenkt. Nutzt sie aus, laßt die Gnade eurer Berufung nicht ohne Frucht vorübergehen!

Die Zeitkrankheit der seelischen Verarmung

2. Es ist notwendig, das Arbeiterapostolat mit Weisheit und Unterscheidungsgabe in die allgemeine Ordnung des Apostolats des modernen Menschen einzufügen. Und das führt Uns dazu, euch vor einem leider selbst unter Katholiken nur zu geläufigen Irrtum zu warnen, nämlich vor der Klassifizierung der Seelen nach Kategorien. Nein, es gibt nicht zweierlei Arten von Menschen, Arbeiter und Nichtarbeiter. So zu denken, heißt sich über den gegenwärtigen Aspekt der sozialen Frage täuschen, heißt eine intellektuelle Kurzsichtigkeit beweisen, die eines Katholiken unwürdig ist; es bedeutet sich in der ärgerlichen Illusion wiegen, daß die Kirche die Arbeiter nur unter der Bedingung gewinnen kann, daß sie sich allen ihren Forderungen beugt, wären sie auch noch so unmöglich zu verwirklichen.
Aber die Kirche kann nicht von der geraden Linie der Gerechtigkeit und der Liebe, der natürlichen und der übernatürlichen Ordnung abweichen. Die Kirche kann sich nicht verheimlichen, daß das, was einen so großen Teil der Arbeiterwelt von ihr fernhält, dasselbe ist, was ihr auch zahlreiche Geister aus den anderen Klassen der modernen Menschheit entfremdet, das ist die Verarmung der dürftigen Seelen ohne geistige und religiöse Kraft, Opfer einer Epidemie, die heute so viele Menschen befällt. Schatten von Menschen, die nie müde werden, Kino und Sportveranstaltungen zu besuchen und sich Tag und Nacht mit unwichtigen Neuigkeiten, aufreizenden Abbildungen, leichter Musik vollzustopfen, und die innerlich zu leer sind, um sich mit sich selbst beschäftigen zu mögen! Kann man von solchen Menschen sagen, daß sie in der Welt leben, aber der Welt überlegen sind? Der Strom der Welt führt sie passiv wie Leichen im Wasser mit. Vielleicht sind die meisten von ihnen nicht absolut feindlich gegenüber der Religion eingestellt. Aber sie sind — und das ist fast noch schlimmer — unfähig, sie zu verstehen. Was für ein Unterschied gegenüber den Christen, die als solche und im Bewußtsein, in den Händen Gottes zu leben, das Leben, ihr eigenes Leben beherrschen! Die andern dagegen erdulden es nur und, wie der Dichter sagt, ‚gehen dahin wie eine Herde, die Augen zum Boden geheftet' (Musset).
Ihr Jocisten aber habt von Anfang an den Arbeiter als ein lebendiges und unteilbares Ganzes gesehen. Darum haben Wir auch Vertrauen in euch, in euer Apostolat, das zwar spezialisiert, aber an richtiger Stelle in das Gesamtapostolat der Kirche von heute eingeordnet ist. Mit einer Geste kindlicher Frömmigkeit, über die Wir Uns ganz besonders gefreut haben, habt ihr diesen Kongreß durch die Weihe der Internationalen Bewegung der JOC und der christlichen Arbeiterjugend überhaupt an das Unbefleckte Herz Mariens eröffnen wollen. Wie sollten Wir an den Gnadenfrüchten zweifeln, die ein solcher Akt des Glaubens und der Liebe auf euch, eure Arbeit und eure Bewegung herabziehen wird."

Über die Aufgabe katholischer Hochschulen in der modernen Welt

Der Heilige Vater hat am 22. September eine Gruppe von Rektoren, Professoren und Studenten der katholischen Institute von Frankreich empfangen. In der Ansprache, die er an sie gerichtet hat, hat er die Bedeutung Katholischer Hochschulen in der Gegenwart überhaupt hervorgehoben. Nach den einleitenden Begrüßungsworten sagte er:
„Was ist nun heute der Daseinszweck der katholischen Institute, ihre Bedeutung, über die man anscheinend selbst in den besten Kreisen zuweilen im Zweifel ist? Man könnte zunächst eine Frage der Würde der Kirche in der Erhaltung dieses mehr als tausendjährigen Werkes sehen, das ihr seine Entstehung, seine Entwicklung, seinen außerordentlichen und fruchtbaren Einfluß verdankt. Aber würde die bloße Rücksicht auf Würde, auf ehrwürdige geschichtliche Überlieferung es rechtfertigen, einen derartigen Aufwand an Geld und Mühe zu treiben? Es gibt einen anderen, nach unserer Ansicht wichtigeren und vitaleren Grund. Die fortdauernde Zeitgemäßheit katholischer Institute oder Universitäten liegt in dem Nutzen und der Notwendigkeit, ein geordnetes und in sich beruhendes Lehrgebäude aufzustellen, ein ganzes Milieu von spezifisch katholischer Kultur zu schaffen. Ein noch so einwandfreier Unterricht in allen Zweigen des Wissens, auch wenn es durch das Hinzutreten eines höheren Religionsunterrichts ergänzt wird, genügt nicht. Alle Wissenschaften haben eine direkte oder indirekte Beziehung zur Religion, nicht nur Theologie, Philosophie, Geschichte, Literatur, sondern auch die andern Wissenschaften: Rechtswissenschaft, Medizin, Physik, Naturwissenschaften, Kosmologie, Paläontologie, Philologie. Selbst wenn sie keinerlei positive Beziehungen zu dogmatischen und sittlichen Fragen hätten, wären sie doch oft in Gefahr, sich in Widerspruch zu diesen zu setzen. Daher muß der Unterricht, auch wenn er nicht direkt die religiöse Wahrheit und das religiöse Gewissen berührt, doch ganz von Religion, von der katholischen Religion durchdrungen sein.
Das ist noch nicht alles. Völlig äußerliche Umstände haben in gewissen Ländern dazu geführt, andere Namen anstelle des Namens ‚katholische Universität' zu setzen. Der Name hat verschwinden können; der Charakter jedoch bleibt und muß erhalten bleiben. Universität bedeutet nicht nur ein Nebeneinander von einander fremden Fakultäten, sondern eine Synthese aller Wissensgegenstände. Keiner von ihnen ist von den andern durch

eine unübersteigliche Schranke abgeschlossen, alle müssen sich zur Einheit des integralen geistigen Bereichs zusammenfinden. Und der moderne Fortschritt, die immer weiter getriebene Spezialisierung machen diese Synthese notwendiger denn je. Sonst ist die Gefahr einer Alternative zwischen einem Übermaß an Unabhängigkeit, einer Isolierung in der Spezialisierung zum Schaden der allgemeinen Kulturwerte einerseits und der Entwicklung einer mehr oberflächlichen als tiefen Allgemeinbildung zum Schaden der Präzision, der Genauigkeit, der eigentlichen Kompetenz anderseits groß. Diese Synthese im vollen Ausmaß des Möglichen herzustellen, ist Aufgabe der Universität; sie bis zu ihrem zentralen Kern, bis zum Schlußstein des Gebäudes, selbst über die natürliche Ordnung hinaus, herzustellen, ist Aufgabe der katholischen Universität.... Um Ihnen zu helfen, mit festem Schritt im Lichte Christi voranzuschreiten, haben Wir Unsere jüngste Enzyklika ‚Humani generis' herausgegeben. Studieren Sie sie; seien Sie ihren Lehren aktiv gehorsam; setzen Sie sie in die Tat um. Tun Sie es mit jenem Mut, von dem Ihnen in allen Zeiten der Kirchengeschichte die berühmtesten Gelehrten, Denker und Führer ein Beispiel gegeben haben. Weder die Überraschungen der wissenschaftlichen Entdeckungen noch die Aufgaben ihrer Zeit haben sie jemals auch nur einen Augenblick verwirrt. In der festen Überzeugung, daß es zwischen Wissenschaft und Glaube, zwischen den endgültigen Erkenntnissen der einen und den Dogmen des anderen keinen Widerspruch, keinen unauflöslichen Gegensatz geben kann, lebten sie in der heiteren Gewißheit, daß der katholische Glaube ohne Einschränkung oder Entstellung immer, in der Gegenwart wie in den Zeiten der Apostel, die Arche des Heiles bleibt. Und das muß er im Denken und Fühlen der Menschheit sein."

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Eine Instruktion über den Unterricht in der Heiligen Schrift

Instruktion an die Hochwürdigsten Ordinarien und Generaloberen der religiösen Orden, die Seminaroberen und die Professoren der Heiligen Schrift über die Methode, die Heilige Schrift in den Seminarien und Scholastikaten gut zu lehren.

Unser glorreich regierender Heiliger Vater Papst Pius XII. erließ aus dem Wunsche, das 50jährige Gedächtnis der Veröffentlichung der Enzyklika „Providentissimus Deus" würdig zu feiern, am 30. September 1943 die Enzyklika „Divino afflante Spiritu". Der oberste Hirte der Kirche erinnerte in beredten Worten an den während dieser 50 Jahre von seinen Vorgängern entfalteten Eifer für die biblischen Studien und erinnerte die Bischöfe und Gläubigen nachdrücklich daran, welche Bedeutung diese Studien in der Kirche haben und warum dafür zu sorgen ist, daß sie sich kräftig entfalten und zur Ausbreitung des Reiches Gottes unter den Menschen wirksam beitragen. Er fügte weise Entscheidungen und Vorschriften über die zu gebrauchenden Mittel und Methoden zu ihrer steten Pflege und ihrer Vervollkommnung hinzu.

In dem Wunsche, diese Empfehlungen und Vorschriften des obersten Lehrers der Kirche mit größter Sorgfalt und Treue zur Auswirkung zu bringen, hat die Päpstliche Kommission für die biblischen Studien es für nützlich erachtet, sie in besonderer Weise auf den Bibelunterricht in den Seminarien und Ordenskollegien anzuwenden, wo man ihn nicht in derselben Breite wie an den theologischen Fakultäten und besonderen Instituten erteilen kann. In diesen nämlich werden die Lehrer ausgebildet, deren Aufgabe es sein wird, die zukünftigen Priester in die heiligen Wissenschaften einzuführen und das Studium dieser Wissenschaften selber zu vertiefen, eine Ausbildung, die nur einer kleinen Zahl vorbehalten ist. In den Seminarien und Scholastikaten dagegen werden die zukünftigen Priester und Hirten der Herde des Herrn ausgebildet, die das katholische Volk in den Glaubenswahrheiten zu unterrichten und die göttliche Offenbarung gegen die Angriffe der Ungläubigen zu verteidigen haben werden.

Oft haben die obersten Hirten der Kirche im Laufe dieser 50 Jahre den Bischöfen und Ordensoberen mit beredten Worten eingeprägt, daß sie mit allem Eifer durch Wort und Tat darauf hinwirken müssen, daß das Studium der Heiligen Schrift, wie Leo XIII. unsterblichen Angedenkens schrieb, in den Seminarien und Ordensschulen „gebührend in Ehren stehen und blühen müsse" und daß die Heilige Schrift dort „auf eine Weise gelehrt werden müsse, die der Bedeutung dieser Wissenschaft und den Bedürfnissen unserer Zeit entspricht".

Noch kürzlich hat unser glorreich regierender Heiliger Vater Papst Pius XII. die Mahnungen seiner Vorgänger zusammengefaßt und sie mit seiner Autorität bestätigt, indem er den mit der Seelsorge betrauten Priestern ins Gedächtnis rief, daß sie die heiligen Bücher nicht richtig und fruchtbar erklären können, „wenn sie sich nicht selber während ihrer Seminarzeit mit tätiger und dauerhafter Liebe zur Heiligen Schrift erfüllt haben. Deswegen müssen die Bischöfe, die die väterliche Verantwortung für diese Seminarien tragen, eifrig darüber wachen, daß auch auf diesem Gebiete nichts versäumt wird, was diesem Ziel dienen kann".

Aber während der Zeit, als so viele Völker von der Last des Unglücks und der Zerstörungen erdrückt waren, haben auch die Ordinarien und Seminaroberen unter dem Druck der täglichen Sorge um Leben und Sicherheit vielleicht nicht immer die Möglichkeit gehabt, dieser Pflicht die ganze Aufmerksamkeit zu schenken, die eine so wichtige und notwendige Sache verdient. Nun aber, da die Kriege beendet sind, scheint die Zeit gekommen, diese Mahnungen und Verfügungen des obersten Hirten ins Gedächtnis zurückzurufen und aufs neue einzuprägen, so daß dank der klugen Sorge der Seminaroberen und dem Eifer der Professoren die Ausbildung der zukünftigen Priester in der Heiligen Schrift wieder aufgenommen und eifrig gefördert und die Gläubigen so um so wirksamer zu den reinsten Quellen des christlichen Le-

bens zurückgeführt und die so hart geprüfte Welt von neuem mit der Lehre Christi getränkt und erfüllt werden, jener einzigen Quelle der Freiheit, der Liebe und des Friedens.

I. Über den Lehrer der biblischen Wissenschaften

Um die biblischen Studien in den Seminarien und Ordensschulen in der richtigen Weise zu erneuern und zu fördern, braucht es zuallererst Lehrer, die für diesen Unterricht, der an Heiligkeit und Erhabenheit über allen anderen steht, in jeder Hinsicht geeignet sind.

1. Es ist kaum notwendig zu erwähnen, daß der Lehrer der Heiligen Schrift unter den anderen durch sein Leben und seine priesterlichen Tugenden hervorragen, ja sie noch übertreffen muß, da er sich ja eines täglichen Umganges mit dem Worte Gottes erfreut.

2. Er muß zudem mit dem biblischen Stoff gebührend vertraut sein, ein Wissen, das er sich durch ernsthafte Studien erworben hat und durch unablässige Mühe bewahren und erweitern muß.

a) Um sicherer urteilen zu können über Umfang und Art des vorschriftsmäßig erworbenen Wissens, bleiben die weisen Regeln, die Pius XI. seligen Angedenkens aufgestellt hat, auch heute noch in Kraft, nämlich daß niemand Lehrer der Heiligen Schrift in den Seminarien werden kann, „wenn er nicht den besonderen Lehrgang für diese Disziplin abgeschlossen und die akademischen Grade vor der Bibelkommission oder dem Bibelinstitut erworben hat".

b) Aber da diese Wissenschaft so viele Dinge umfaßt, daß man im Zeitraum weniger Jahre nur einen allgemeinen Überblick über den Gegenstand, eine Lehr- und Studienmethode, die Kenntnis einiger weniger Fragen erwerben kann, das Übrige aber einem späteren Studium und dem Fleiße des Lehrers selber überlassen muß, so bedarf es noch weiterer eifriger persönlicher Bemühungen, um die bisher erworbenen Kenntnisse zu vermehren, zu vervollkommnen und zu festigen, um die neuauftauchenden Fragen wissenschaftlich zu prüfen und zu erörtern, um die verschiedenen Teile der Disziplin, die den Klerikern weitergegeben werden muß, gründlicher und tiefer zu erforschen. Um dies zu erreichen, müssen die Neuerscheinungen über biblische Fragen und die periodischen Kommentare aufmerksam verfolgt, die Bibliotheken benutzt, die Tagungen zur Förderung der biblischen Wissenschaften besucht und wenn es die Umstände erlauben, gelegentlich selbst eine Reise in das Heilige Land unternommen werden, um die Stätten und Länder der heiligen Geschichte mit eigenen Augen zu sehen und zu durchwandern. Das Gebiet der biblischen Wissenschaften ist so groß, in der Erklärung der heiligen Bücher werden so zahlreiche und so große Fortschritte gemacht, die heranzuziehenden Hilfswissenschaften (Sprachstudien, Geschichte, Geographie, Archäologie und andere) sind so zahlreich, daß der Lehrer, der sich nicht täglich sorgfältigen Studien widmet, bald seinem schwierigen Amt nicht mehr gewachsen ist und nicht mehr das bieten kann, was die Priester, die sich dem Dienst an den Seelen widmen, und selbst die Gläubigen mit Recht von ihm erwarten dürfen.

c) Daher ist es ohne weiteres klar, wie notwendig es ist, daß sich der Lehrer der Heiligen Schrift seinem Auftrage ausschließlich widmen kann, so daß er das „glücklich übernommene Amt, wenn er so täglich seine Kräfte erneuert, mit allem Eifer und aller Sorgfalt weiter verfolgen kann". Deswegen darf er nicht dazu gezwungen werden, neben der Heiligen Schrift auch noch andere wichtige Gegenstände im Seminar zu unterrichten. Ja, es ist im Codex iuris canonici mit ausdrücklichen Worten vorgeschrieben, daß darüber zu wachen sei, „daß mindestens für die Heilige Schrift, die dogmatische Theologie, die Moraltheologie und die Kirchengeschichte besondere Lehrkräfte vorhanden sein sollen".

Auch außerhalb des Seminars darf er nicht mit anderen wichtigen Funktionen oder Ämtern belastet werden, damit er durch diese, wie heilig und löblich sie auch sein mögen, nicht in dem Amt behindert wird, zu dessen gewissenhafter Erfüllung er Zeit, geistige Kraft und inneren Frieden braucht.

II. Über die Methode des Bibelunterrichtes

Was die Methoden der biblischen Unterweisung in den Priesterseminarien und Ordensschulen angeht, muß man sich vor allem folgender Grundsätze erinnern:

1. Es ist die Pflicht des Lehrers der Heiligen Schrift, in seinen Schülern zugleich mit der notwendigen Kenntnis der heiligen Bücher „eine tätige und dauerhafte Liebe zur Heiligen Schrift" zu wecken und zu nähren. Durch diesen Unterricht soll nämlich in den zukünftigen Priestern eine Verehrung des göttlichen Wortes genährt und täglich gesteigert werden, die bewirkt, daß sie in ihm ihr ganzes Leben lang den vornehmlichsten Gegenstand der Betrachtung, die wichtigste Beschäftigung ihres Verstandes und die größte Tröstung und Freude ihres Herzens finden.

a) Diesem Ziel dient auch heute noch in erster Linie die tägliche Lesung der Heiligen Schrift, die früher für alle Priester, sowohl für die Welt- wie für die Ordensgeistlichen eine ebenso heilige Übung wie die Betrachtung war, ja diese Lektüre selber war für sie eine Betrachtung. Der Lehrer soll also seine Schüler anleiten, diese Lesung der Heiligen Schriften aufs höchste zu schätzen und sie in demütigem Glauben und echter Frömmigkeit vorzunehmen. Er soll ihnen anraten, diese so nützliche Übung während der ganzen Zeit ihres Studiums mit Ausdauer fortzusetzen, und zwar so, daß sie die ganze Schrift zu wiederholten Malen rasch durchlesen, entweder in der Fassung der Vulgata oder in irgendeiner neueren, von den kirchlichen Stellen approbierten Übersetzung aus dem Urtext in die Volkssprache, wenn ihnen der Urtext selber nicht noch bessere Dienste tut. Diese Lesung der Heiligen Schrift wird um so fruchtbarer sein, wenn die Schüler schon vom Beginn ihrer Studien an dazu angeleitet werden, die Heiligen Schriften richtig zu lesen, auch unter Vorausschickung einer kurzen Zusammenfassung oder einer Analyse der einzelnen Bücher, wie das gewöhnlich in den „besonderen Einführungen" geschieht.

Diese tägliche methodische und aufmerksame Lesung ist für die Priesteramtskandidaten eine ausgezeichnete Vorbereitung zum richtigen Verständnis und zur würdigen Feier der heiligen Liturgie und ebenso zum fruchtbaren Studium der heiligen Theologie. Diese tägliche Lesung der Heiligen Schrift soll selbst in den Ferien nicht unterbrochen werden, sei es, daß sie von allen gemeinsam vorgenommen wird, sei es, daß sie jeder für sich zu Hause vornimmt. Ja in diesen Tagen größerer Muße sollte man sich ihr sogar noch intensiver widmen. In der Treue, mit der sie sich bemühen, die Heilige Schrift immer inniger

kennen und höher schätzen zu lernen, wird sich deutlich offenbaren, wie groß die Aufrichtigkeit ihrer Liebe zum Worte Gottes und ihr Eifer, den Verpflichtungen ihres priesterlichen Berufes zu genügen, ist.

2. In den Vorlesungen selber muß der Lehrer der Heiligen Schrift eifrig besorgt sein, seinen Schülern all das zu vermitteln, was sie in ihrer künftigen priesterlichen Arbeit sowohl zur persönlichen Heiligung wie zur Gewinnung der Seelen für Gott brauchen.

a) Deswegen muß die Heilige Schrift in den Priesterseminarien und Scholastikaten so methodisch, gründlich und vollständig vermittelt werden, daß die Schüler sie in ihrer Gesamtheit und in allen ihren Teilen kennen, daß sie wissen, welches die wichtigsten Fragen sind, die heute in bezug auf die einzelnen Bücher gestellt werden, welches die Einwände und Schwierigkeiten sind, die man gewöhnlich der biblischen Geschichte und Lehre entgegensetzt, und daß sie sich schließlich für die Stellen der Heiligen Schriften, die sie dem Volke erklären müssen, auf solide wissenschaftliche Gründe stützen können.

b) Da die für den Unterricht in der Heiligen Schrift bestimmte Zeit meistens zu kurz ist, als daß das ungeheure Stoffgebiet der biblischen Wissenschaft vollständig vermittelt werden könnte, soll der Lehrer Sorge tragen, die wichtigsten Probleme klug aus den übrigen auszuwählen, und zwar nicht im Hinblick auf seine eigenen Studien oder Vorlieben, sondern allein in kluger Sorge um den Nutzen seiner Schüler, die die künftigen Künder des göttlichen Wortes sind. Diesem Nutzen wird der Lehrer ebensoweit wirklich dienen, wie er klar und durchsichtig darlegen kann, welches die hauptsächlichen im Neuen wie im Alten Testamente vom Heiligen Geiste offenbarten Wahrheiten sind, wie man das Fortschreiten der Offenbarung von den Ursprüngen bis zu unserem Herrn Jesus Christus und den Aposteln feststellen kann, welche Beziehung und Bindung zwischen dem Alten und dem Neuen Testamente besteht. Auch darf er nicht versäumen aufzuzeigen, welche religiöse Bedeutung auch in unserer Zeit noch das Alte Testament hat. Er soll also suchen, diese Dinge jedesmal, wo er dazu Gelegenheit hat, ins rechte Licht zu setzen, sei es in der allgemeinen oder besonderen Einführung, sei es in der Exegese. Mit Nutzen wird er auch an geeigneten Beispielen aus der heiligen und der Profangeschichte aufzeigen, wieviel Gott getan hat, um die Menschen zu retten und sie zur Erkenntnis der Wahrheit zu führen, und wie seine väterliche Vorsehung alles mit Weisheit geordnet und gelenkt hat, damit es „zum Wohle derer, die nach seiner Absicht zur Heiligkeit berufen sind", beitragen könne.

Kein Zweifel, daß die angemessene Darlegung dieser übernatürlichen und frommen Gedanken in den Seelen der Schüler eine tiefere Liebe und größere Wertschätzung der heiligen Bücher hervorrufen wird. Auch die trockensten Studien, wie die der hebräischen und griechischen Sprache, die ja in den Seminarien und Scholastikaten nicht völlig unterlassen werden können ohne die Gefahr, daß die Priester dann aus Unkenntnis der Sprache die inspirierten Texte nicht im Urtext lesen und auch die modernen Übersetzungen nicht richtig verstehen und wissenschaftlich beurteilen können, werden ihnen dann leichter und angenehmer erscheinen. Dieses Sprachstudium und selbst das Studium der Bibelkritik, das sich in den Seminarien und Kollegien ja auf die wichtigsten Argumente beschränken muß, werden in der Helle dieses überirdischen Lichtes fruchtbarer und erfreulicher, sie werden täglich reichere Frucht für das Verständnis des Sinnes der heiligen Bücher hervorbringen.

In der allgemeinen Einführung soll man vor allem, ohne indessen die anderen Fragen völlig auszuschalten, die Lehre von der Inspiration und der Wahrheit der Heiligen Schriften und die Regeln der Interpretation (Hermeneutik) behandeln.

In der besonderen Einführung, und zwar sowohl beim Alten wie vor allem beim Neuen Testament, soll der Lehrer insbesondere von den heiligen Büchern sprechen und den Aufbau, den Zweck, den Verfasser und die Abfassungszeit klar aufzeigen. Dabei soll er jedes eitle Prahlen mit gelehrtem Wissen über die Meinungen der Kritiker vermeiden, da dies die Geister der Schüler eher verwirrt als bereichert. Vielmehr soll er die Dinge zur Sprache bringen, und nachdrücklich demonstrieren, deren religiöse Bedeutung auch die Menschen unserer Zeit begreifen und die ihnen zur Lösung ihrer Fragen und Schwierigkeiten helfen können. Um in der Lage zu sein, alle heiligen Bücher in ausreichender Weise zu behandeln, muß der Lehrer die Zeit, die ihm zur Verfügung steht, geschickt ausnutzen, ohne sich bei unnützen oder weniger wichtigen Fragen aufzuhalten.

Bei den exegetischen Ausführungen darf der Lehrer nie vergessen, daß Gott der Kirche die Heiligen Schriften nicht nur zur Bewahrung, sondern auch zur Auslegung anvertraut hat, und daß sie nur im Namen und im Geiste der Kirche als der „Säule und Grundfeste der Wahrheit" verstanden werden können. Darum „soll er es als eine heilige Pflicht betrachten, niemals auch nur im mindesten von der gemeinsamen Lehre und Tradition der Kirche abzuweichen: er wird sich die wahren Fortschritte dieser Wissenschaft, die wir dem Eifer unserer Zeitgenossen verdanken, aneignen, aber die kühnen Auslegungen der Neuerer übergehen."

Bei der Auswahl jener Teile, deren genauere Interpretation er behandeln will, darf er seine Wahl nicht aus Gründen bloßer Gelehrsamkeit treffen, sondern er soll das darlegen, was die Lehre beider Testamente erklärt und definiert, damit er nicht, wie der heilige Gregor sagt, die Rinde benagt und das Mark nicht erreicht.

Vom Alten Testament soll er in erster Linie die Lehre vom Ursprung des Menschengeschlechtes, die messianischen Prophezeiungen und die Psalmen erläutern. Bei der Interpretation des Neuen Testamentes soll er einen geordneten Überblick über das gesamte Leben Christi geben und zumindest die Teile der Evangelien und der Briefe im einzelnen kommentieren, die an Sonn- und Feiertagen öffentlich in der Kirche verlesen werden. Außerdem soll er die Leidensgeschichte und die Auferstehung des Herrn behandeln und wenigstens einen der wichtigsten Briefe des heiligen Paulus gründlich erklären, wobei er auch von den andern Briefen die Stellen behandeln soll, die eine doktrinäre Bedeutung haben.

Bei der Aufgabe der Deutung soll der Lehrer so vorgehen, daß er zuerst den sogenannten wörtlichen Sinn des Textes darlegt, indem er, wo es notwendig ist, auf den Urtext zurückgreift. Bei der Bestimmung des Wortsinns des Textes aber soll er nicht so vorgehen, wie es heute leider nur zu viele Exegeten tun, daß er nämlich nur die Worte selbst und den nächsten Kontext berücksichtigt, sondern er soll sich stets die alten Regeln vor Augen halten, die unser glorreich regierender oberster Hirte

Pius XII. in seiner Enzyklika „Divino afflante Spiritu" neuerlich ins Gedächtnis zurückgerufen hat, nämlich daß der Exeget sorgsam untersuchen soll, was die Heilige Schrift an andern ähnlichen Stellen lehrt, welche Deutung die Kirchenväter und die katholische Tradition von diesem Texte geben, was die Analogia fidei fordert, und was endlich gegebenenfalls das Lehramt der Kirche zu diesem Text gesagt hat.

Um dies alles in der rechten Weise leisten zu können, muß er auch in der heiligen Theologie durchaus bewandert und von großer und aufrichtiger Liebe zur heiligen Lehre durchdrungen sein, und nie darf er dadurch, daß er sich allein auf kritische und literarische Prinzipien stützt, seine exegetische Tätigkeit von dem ganzen Gebäude der Theologie trennen.

Auch den übertragenen Sinn soll er in der rechten Weise erklären, wo immer es gemäß den sehr weisen, von den obersten Hirten aufgestellten Regeln feststeht, daß ein solcher von Gott gemeint ist.

Diesen von den Kirchenvätern und großen Exegeten mit so großer Sorgfalt und Liebe dargelegten übertragenen Sinn wird der Lehrer um so leichter begreifen und den Schülern um so frommer unterbreiten können, je mehr ihn Reinheit des Herzens, Adel der Gesinnung, Demut des Geistes und Ehrfurcht und Liebe zum Gott der Offenbarung ziert.

Die Schwierigkeiten und Dunkelheiten, die bei der Interpretation der Bücher der Heiligen Schrift nicht selten begegnen, soll der Lehrer weder abschwächen noch verbergen; er soll das Problem ehrlich und gewissenhaft darlegen und es nach besten Kräften mit Hilfe der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen zu lösen versuchen. Doch darf er auch nicht vergessen, daß „Gott den heiligen Büchern, die er selber inspiriert hat, mit Absicht gewisse Schwierigkeiten mitgegeben hat, um uns anzueifern, sie mit größerer Aufmerksamkeit zu lesen und zu durchforschen und uns zu einer wahrhaften Demut des Geistes zu erziehen, indem er uns zu unserem größeren Heile die Grenzen unseres Geistes erkennen läßt".

All dies soll der Lehrer nach Möglichkeit nach der sogenannten synthetischen Methode darlegen, indem er sich vor allem an die wichtigsten Dinge hält und den andern den Raum und Platz einräumt, der ihnen zukommt. Dieser Kunst der Darlegung soll er sich von Anfang an befleißigen, und er soll sich täglich bemühen, in ihr Fortschritte zu machen, indem er sich klar macht, daß die Fruchtbarkeit und Wirksamkeit seines Unterrichts zum größten Teil von ihr abhängt.

3. Was das Ziel und welches der Ton dieses Unterrichts in der Heiligen Schrift für die Studenten der Seminarien und Kollegien ist, wird dadurch bestimmt, daß er nicht sogenannte „Spezialisten", sondern zukünftige Priester und Apostel heranbilden soll. Die Ausbildung der Priester hängt zwar stark von den gesamten Lebensbedingungen und Regeln des Seminars oder Kollegs ab, wird aber zweifellos durch das Studium und die Kenntnis der Bibel besonders gefördert. Diese Studien vor allem bewirken, daß die zukünftigen Priester begreifen und sich überzeugen, daß die Heilige Schrift an erster Stelle steht, wenn es sich darum handelt, das eigene priesterliche Leben zu fördern und das Amt des Priesters fruchtbringend auszuüben. Darum darf sich der Lehrer nicht damit zufrieden geben, den Schülern die nützlichen und notwendigen Begriffe und Kenntnisse des Bibelstudiums zu vermitteln, sondern er soll ihnen bei gegebener Gelegenheit auch mit Eifer zeigen, wie die solide Kenntnis, beständige Lesung und fromme Betrachtung der Heiligen Schrift ihnen dabei helfen kann, die Heiligkeit des eigenen Priesterlebens zu nähren, zu befestigen und zu entfalten und ihr apostolisches Amt, besonders Predigt und Religionsunterricht, fruchtbar zu machen.

III. Ratschläge und Regeln

Jeder wird also zugeben, daß die biblischen Studien, die für die priesterliche Frömmigkeit und die apostolische Tätigkeit so wertvoll sind, mit größtem Eifer durchgeführt und gefördert werden müssen. Daher ist es außerordentlich beklagenswert, daß ihnen nicht immer der Ehrenplatz eingeräumt wird, den sie verdienen, daß man sie oft ungerechtfertigterweise zugunsten anderer Fächer zurückstellt, ja zuweilen sogar ganz ungebührlich übergeht. Daher hat es die Päpstliche Bibelkommission auf das Drängen von Nachrichten und Wünschen aus den verschiedensten Teilen der Welt für richtig gehalten, den Ordinarien und Ordensoberen sowie den Rektoren der Seminarien und den Lehrern der Heiligen Schrift folgendes dringend zu empfehlen:

1. In der biblischen Bibliothek der Seminarien und Kollegien sollen außer den Kirchenvätern und den Kommentaren der großen katholischen Exegeten auch die besten Werke der biblischen Theologie, der Archäologie und der heiligen Geschichte vorhanden sein, ebenso die biblischen Enzyklopädien und Wörterbücher und die biblischen wissenschaftlichen Zeitschriften, alle Werke, die die Professoren sich aus verschiedenen Gründen zu ihrem und ihrer Schüler großem Nachteile selber nicht leicht beschaffen können.

2. Mit gleicher Sorgfalt und gleichem Eifer sollen die Oberen der Seminarien und Kollegien dafür sorgen, daß ihren Klerikern außer der Bibel und dem Handbuch der Heiligen Schrift, mit denen alle versehen sein werden, in ihren eigenen Bibliotheken die Werke zur Verfügung stehen, die ihnen am besten und wirksamsten dazu verhelfen, die in den Unterrichtsstunden gehörten Vorlesungen nachzuarbeiten und zu vervollständigen.

3. Der Lehrer der biblischen Wissenschaften soll, um sein Amt gebührend erfüllen zu können, ausschließlich seiner Aufgabe überlassen bleiben und nicht mit anderen wichtigen Verantwortlichkeiten belastet werden. Seine Oberen sollen ihn so sorgsam auch durch pekuniäre Hilfe und durch jede andere Unterstützung fördern, daß er gern auch sein ganzes Leben lang in seiner Lehrerstellung bleibt.

Denn die erste Voraussetzung für den Fortschritt der biblischen Studien in den Seminarien und Kollegien ist die, daß dem Lehrer alle die Bücher und geldlichen Unterstützungen beschafft werden, durch die er selber in der Wissenschaft fortschreiten und sich den Fortschritt der Wissenschaft aneignen, an Studientagungen teilnehmen, gegebenenfalls das Heilige Land besuchen und die Früchte seiner Studien veröffentlichen kann.

Es ist auch ratsam, dort, wo die Zahl der Schüler größer ist (und auch anderswo, um rechtzeitig für zukünftige Bedürfnisse vorzusorgen), zwei Professoren zu ernennen, einen für Altes, den andern für Neues Testament.

4. Es wird dem Lehrer der Heiligen Schrift, der um den Fortschritt seiner Schüler besorgt ist, dringend empfohlen, einer begabteren Gruppe von Schülern einen freien

Spezialkurs zu geben, entweder in den biblischen Sprachen oder anderen Fächern, die für das Studium der Heiligen Schrift notwendig oder nützlich sind, oder auch in biblischer Theologie, Geschichte, Archäologie oder irgendeiner anderen Hilfswissenschaft. In diesem Kurs wird er auch die Spezialfragen behandeln können, die bei den einzelnen biblischen Büchern augenblicklich im Vordergrunde stehen und die er bei seinen eigenen Studien oder bei der Behandlung der Kommentare besonders untersucht hat.

5. Ferner wird dem Lehrer der biblischen Studien angeraten, mit Klugheit und Zurückhaltung und mit Zustimmung der Oberen die begabtesten Schüler, die eine besondere Liebe zu den Heiligen Schriften verraten, für Spezialstudien vorzubereiten, jedoch ohne daß sie darum die anderen Studien vernachlässigen. Er soll ihnen Gelegenheit geben, Sprachen, und zwar auch moderne, zu lernen, die für diese Studien besonders wichtig sind, und soll sie anleiten, Werke über „die Geschichte der beiden Testamente, über das Leben Christi und der Apostel, über Reisen und Pilgerfahrten in Palästina" kennenzulernen und zu lesen.

Er darf dabei nicht vergessen, daß diese Schüler ernsten Schaden nehmen, wenn sie ohne genügende Vorbereitung, vor allem literarischer Art, an Spezialstudien gesetzt werden und daß eine seiner hauptsächlichsten Pflichten darin besteht, auf Grund seiner eigenen Erfahrung für sein Seminar die hervorragendsten zukünftigen Lehrer heranzubilden, durch deren Werk die Bibelwissenschaften mehr und mehr gepflegt und zur Blüte gebracht werden sollen.

6. Da in der geringen Zeit, die in den Schulen meist für die Heilige Schrift zur Verfügung steht, kaum sämtliche Fragen, die zur theologischen und aszetischen Ausbildung der Kleriker und zum Unterricht in der rechten Benutzung der Heiligen Schrift in Liturgie und Predigt gehören, in entsprechender Weise behandelt werden können, so wird gelobt und dringend empfohlen, den in manchen Ordensschulen schon so fruchtbar angewandten Brauch aufzunehmen, irgendeine zusammenfassende Einführung zu behandeln, durch die die fortlaufende Lektüre der gesamten Heiligen Schrift, die die Schüler während ihrer ganzen Studienzeit verfolgen sollen, angefeuert und gelenkt wird. Wenn das in der richtigen Weise geschieht, wird der Lehrer im Laufe des vierjährigen Theologielehrganges länger bei der Erklärung der biblischen Lehre verweilen können.

7. Die Theologiestudenten sollten ein- oder zweimal im Laufe des Jahres eine Homilie über eine Stelle der Heiligen Schrift verfassen, und der Lehrer soll diese Arbeit selber leiten und sorgfältig korrigieren. Dadurch werden die Studenten von Anfang ihrer Theologiestudien an lernen, ihre Sonn- und Festtagspredigten mit der nötigen Hingabe und frommer Betrachtung vorzubereiten und sorgfältig niederzuschreiben und dem christlichen Volk von der Kanzel aus den wahren und genauen Sinn des Wortes Gottes richtig, treffend und ehrfürchtig darzulegen und zu erklären.

8. Endlich sollen, damit auch nach dem Abschluß der theologischen Studien das Studium der Heiligen Schriften nach der rechten Methode gepflegt und vervollkommnet und nunmehr das ganze Leben hindurch fortgesetzt wird, bei den Examina, die die Weltpriester mindestens während drei Jahren, die Ordensleute mindestens während fünf Jahren nach Beendigung ihrer Studien gemäß den Vorschriften des kanonischen Rechtes in den verschiedenen Fächern der heiligen Wissenschaften ablegen müssen, jedes Jahr auch mehrere wichtige Fragen der allgemeinen und besonderen Einführung und der Exegese zur Vorbereitung vorgelegt werden.

Weiter wird vorgeschlagen, daß bei den Zusammenkünften oder Tagungen, die sowohl der Welt- wie der Ordensklerus nach der Vorschrift des kanonischen Rechtes regelmäßig über Fragen der Moral und der Liturgie abhalten soll, auch eine Bibelstelle aus dem Neuen oder Alten Testament — wie es mancherorts schon löblicherweise üblich ist — zur Interpretation vorgelegt wird. Diese Bibelstelle soll von dem Bibellehrer des Seminars sorgfältig ausgewählt und später von ihm, wenn möglich im Amtsblatt seiner Diözese oder sonst anderswo, veröffentlicht und nach den Methoden der Bibelwissenschaft dargelegt werden.

Wir bitten die hochwürdigsten Ordinarien und Ordensoberen inständig, mit der Liebe und Sorge für das Allgemeinwohl, das sie beseelt, das, was wir hier dargelegt haben, aufzunehmen und zur Ausführung zu bringen, damit die Erziehung unserer zukünftigen Priester täglich vollkommener wird und damit sie sich mit jener zuverlässigen heiligen Wissenschaft erfüllen, deren sie sich schon im Laufe ihrer Studien und dann während ihres ganzen Lebens bedienen müssen, und zwar nicht leichthin und kühn und nach eigenem Urteil und Gefühl, sondern nach den Normen der heiligen Wissenschaften, den Gesetzen und Vorschriften der Kirche, nach den Regeln der ursprünglichen katholischen Überlieferung, damit die Heiligen Schriften ihnen zur Nahrung und Entfaltung des geistigen Lebens gleichsam tägliches Brot, Licht und Kraft seien, bei der Ausübung ihres apostolischen Amtes aber eine wirksame Hilfe, durch die sie möglichst viele zur Wahrheit, zur Furcht und Liebe Gottes, zur Tugend und zur Heiligkeit führen. Wir verkennen sicherlich nicht die zahlreichen und großen Schwierigkeiten, die sich einer schnellen und vollkommenen Verwirklichung unserer Empfehlung entgegenstellen. Aber wir haben die Gewißheit, daß die Hirten der Diözesen und die Ordensoberen, ohne sich entmutigen zu lassen, alles tun werden, was in ihren Kräften steht, damit das Studium der Heiligen Schriften und die Liebe zu ihnen mit neuer Kraft unter den Studenten und Priestern aufblüht und ihren Seelen und ihrer Tätigkeit reichste Früchte des Lebens und der Gnade einträgt.

Unser Heiliger Vater Papst Pius XII. hat in einer Audienz, die am 13. Mai 1950 gewährt wurde, diese Instruktion gebilligt und ihre Veröffentlichung befohlen.

Rom, den 13. Mai 1950

Athanasius Miller OSB.
Sekretär der Bibelkommission

Gesetz und Gewissen

Zu den neuralgischen Punkten der geistigen Auseinandersetzung unter Katholiken, besonders zwischen Priestern und Laien, gehört das Problem der sogenannten Situationsethik. Die Herder-Korrespondenz hat in letzter Zeit zweimal darauf aufmerksam gemacht (Herder-Korrespondenz 4. Jhg., Heft 3, S. 124 und Heft 10, S. 456). Es ergeht der Situationsethik ähnlich wie der Existenzphilo-

sophie, mit der sie ja auch eine gewisse innere Verwandtschaft hat. Ursprünglich eine neue Art wissenschaftlicher Fragestellung, ein neuer Ansatz zur Bewältigung uralter geistiger Probleme: wenn man es so nennen darf, eine neue wissenschaftliche Methode innerhalb der Ethik, hat die ‚Situationsethik' allein schon wegen des Namens, den sie sich gibt, aber auch wegen des Inhaltes, den man dahinter vermutet, eine ungewöhnliche Wirkung auf die Geister erlangt.

Es ist, als ob gewisse Stimmungen und Nöte des Menschen unserer Tage in diesem Begriff das erlösende Ventil gefunden hätten. Ohne sich darüber genaue Rechenschaft zu geben, was die gelehrten Vertreter der Situationsethik eigentlich wollen und meinen, hat eine breite Schicht katholischer Intellektueller dieses Wort aufgegriffen und bedient sich seiner, um damit gewisse persönliche Auffassungen auszudrücken und vielleicht auch zu rechtfertigen, die zuweilen mit der wissenschaftlichen Bedeutung des Wortes kaum mehr als eben den Namen gemeinsam haben.

Es soll freilich nicht geleugnet werden, daß die wissenschaftlichen Vertreter dieser Richtung, als deren entschiedensten und einflußreichsten wir Theodor Steinbüchel betrachten, ihre Art und Weise, über die sittlichen Wahrheiten zu sprechen, unter dem Einfluß ihrer Berührung mit der modernen Philosophie und mit der Sprache unserer Zeit entwickelt haben. Steinbüchel kannte nicht nur die Vorstellungs-, Begriffs- und Gefühlswelt unserer Zeit, sondern er durchlebte sie und wußte deshalb auch um ihre rational nicht mehr definierbaren Gründe. Wenn man, wie er es tat, aus solcher Haltung heraus die Sprache unserer Zeit spricht, eine Sprache also, die in der Moraltheologie bis dahin nicht gesprochen worden war, dann wagt man Mißverständnisse.

Und nicht nur das. Die Synthese zwischen der scholastischen Moraltheologie, deren Entwicklung mit den großen Spaniern des 16. und 17. Jahrhunderts in fast allen wesentlichen Dingen abgeschlossen ist, und der Gedankenwelt unserer Tage kann, nach einem 400jährigen Auseinanderleben, nicht auf Anhieb gelingen. Mancher Begriff, den Steinbüchel in die Moraltheologie eingeführt hat, hat in seinem Werk noch einen unvollkommenen Ausdruck gefunden. Das gilt vor allem von dem zentralen Begriff der ‚Situation'. Unser Bericht im 10. Heft des vorigen Jahrganges hat darauf hingewiesen. Dieser Begriff ist es vor allem, dessen sich die breitere katholische Öffentlichkeit bemächtigt hat und der da und dort, im persönlichen Leben sicherlich häufiger noch als in der Publizistik, eine Prägung zu bekommen droht, die diesen Begriff verfälscht.

Das Gewissen in der Situation

Darum ist es von großer Wichtigkeit, über jeden Beitrag zur Klärung dieses Begriffs zu berichten. Ein solcher Beitrag liegt vor in einer Abhandlung über „Das Gewissen in der ‚Situation'", die von der „Wahrheitsbewegung" (Frankfurt a. M., Im Trutz 55) als fünfter der „Briefe katholischer Lebensführung" herausgegeben wurde. Verfasser der Abhandlung ist der Jesuit J. M. Hollenbach.

Es entspricht dem Zweck dieser Abhandlung, daß der Verfasser sich mit der *vulgären* Auffassung von ‚Situationsethik' auseinandersetzt. Die Vertreter der wissenschaftlichen Situationsethik werden seinen Ausführungen weitestens zustimmen. Wir wollen aber versuchen, auch diejenigen Aussagen zu bezeichnen, an die sich eine weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung anschließen sollte.

Hollenbach geht mit Recht davon aus, daß die Flucht vieler Laien in die Situationsethik darin begründet ist, daß sie sich vom Priester, wenn er in der Sprache der traditionellen ethischen Verkündigung zu ihnen redet, nicht verstanden fühlen. Sie machen ihm den Vorwurf, daß er sich in ihre Situation einfach nicht hineinversetzen kann. So flüchten sie denn in die Freiheit der eigenen Gewissensentscheidung. Sie kennen wohl die Gebote. Aber sie kommen und fragen: Welchen Ausweg aus meiner Lage wissen Sie? Und in diesem Falle ist ihnen mit einer bloß „grundsätzlichen Belehrung" nicht geholfen. Die Menschen, die diese Frage stellen, sagt Hollenbach, sind noch keine Praktikanten der Situationsethik.

Gott ist nicht so streng wie die Moraltheologen

Aber jene sind in Gefahr, die — aus welchen Gründen auch immer — unbefriedigt hinweggehen und nun „aus eigenem Ermessen über ihre Situation entscheiden". Sie anerkennen die sittliche Ordnung als Ordnung. Aber sie fragen sich: „Gibt es derartig schwere Ausnahmefälle (erschwerende Umstände), in denen der Gesetzgeber der Sittenordnung, Gott, vernünftigerweise eine Ausnahme vom Sittengesetz zugesteht? Und häufig wird es auch so formuliert: ‚Gott ist nicht so streng wie die Moraltheologen'."

So sagen denn diese Menschen: Die sittlichen Grundsätze gelten nur für den Normalfall. Im übrigen muß man „aus der Situation heraus entscheiden". Da kommt es dann nur noch auf den „guten Willen" an. Damit wollen sie durchaus nicht die Willkür sanktionieren. Die „Richtung" auf das Gebot Gottes muß gewahrt bleiben.

Gewahrt bleibt auch die Entscheidungsfreiheit. Sie behaupten nicht, daß sie nicht anders könnten. Ihre Frage ist vielmehr die, ob Gottes Gesetz in ihrem Falle noch gilt.

Es handelt sich also, nach unserm Autor, um den Gegensatz zwischen einem klaren Gebot Gottes und einer persönlichen Belastung durch Umstände äußerer Art, d. h. für gewöhnlich um zeitliche Nachteile, die mit der Erfüllung des Gebotes verbunden sein würden.

Damit scheiden alle jene Fälle aus dem Fragenkreis der Situationsethik aus, in denen das Gebot selbst schon eine Entschuldigung durch solche zeitliche Nachteile gelten läßt, wie es die positiven Auflagen der Kirche und auch gewisse Befehle des göttlichen Gebotes tun. Die Pflicht zur Sonntagsheiligung fällt darunter oder das siebente Gebot, wenn ihm der äußerste materielle Notstand entgegentritt.

Es bleiben die Gebote übrig, die unter allen Umständen verpflichten, das sechste Gebot zum Beispiel und das achte. Gegenüber diesen unbedingten Geboten Gottes behauptet die Situationsethik „grundsätzlich, daß im Konfliktsfalle (mit echter menschlicher Ausweglosigkeit) man zu seinen Gunsten gegen die allgemeine Norm entscheiden könne".

Diese Behauptung wird mit der „Freiheit der Gewissensentscheidung auf eigene Verantwortung" motiviert.

Die Merkmale der Sünde

Zur Begründung dafür, daß er die vulgäre Situationsethik richtig gekennzeichnet habe, zieht Hollenbach nun einen Aufsatz heran, den ein Laie — unter ausdrück-

lichem Vorbehalt der Schriftleitung — in der ersten Nummer der Zeitschrift „Der Männerseelsorger“ veröffentlicht hat. Dieser Laie versucht, die oben dargestellte Auffassung in die überkommene katholische Lehre von der Sünde einzubauen.

Er sagt: Die freie Einwilligung eines Menschen in die Sünde ist nicht vorhanden, wenn einem Menschen die Beobachtung der Gebote „nach seiner menschlichen Veranlagung de facto unmöglich“ ist. In dieser Behauptung merkt Hollenbach einen Irrtum an. Wer so spreche, rechne überhaupt nicht mehr mit der Gnade. Es gebe für den Menschen keine grundsätzliche Berufung auf seine Veranlagung. Man weiß, daß Gott uns durch seine Gnade die Beobachtung aller Gebote ermöglicht, und man weiß nie, welche neuen Gnaden Gott einem zugedacht hat. So ist diese Behauptung also eine Flucht vor dem Kreuz.

Der Verfasser jenes Aufsatzes behauptet ferner: Wenn es einem Menschen nicht einleuchtet oder er daran zweifelt, daß sein Verhalten vor Gott eine schwere Sünde sein würde, dann hat er „eine unvollständige Erkenntnis des Bösen“ und ist auch darum unfähig, eine schwere Sünde zu begehen. Auch hier liegt ein Irrtum vor. Bei der Erkenntnis des Bösen handelt es sich nur darum, ob der Mensch weiß, ob er darauf aufmerksam ist, daß sein in Frage stehendes Verhalten gegen Gottes Gebot verstößt. Es handelt sich nicht darum, über die Schwere dieses Verstoßes zu urteilen. Das Urteil darüber gehört vielmehr in den dritten Komplex von Voraussetzungen, die zu einer schweren Sünde erforderlich sind. Dieser gruppiert sich um die Frage nach der Wichtigkeit des Gegenstandes.

Kann man die Schwere der Sünde ‚mit seinem Gewissen abmachen‘?

Hier liegt nach Hollenbach der springende Punkt. Wer entscheidet über die „Wichtigkeit des Gegenstandes“, d. h. über die Schwere meines Zurückbleibens hinter der Forderung Gottes? Kann man auch das „mit seinem Gewissen abmachen“?

„Um die ‚Situationsethik‘ richtig zu beurteilen, ist es gut, diesen Punkt klar ins Auge zu fassen. Die Situationsethik fordert nicht die Berücksichtigung der beiden subjektiven Bedingungen (Freiwilligkeit und Aufmerksamkeit) bei der Beurteilung der ‚Situation‘ als ihr besonderes Anliegen. Denn darin würde sie sich ja in nichts von der ‚allgemeinen Ethik‘ unterscheiden. Nein, sie beansprucht weit mehr; sie fordert für den einzelnen das Gewissensrecht, selbst zu entscheiden, was wichtig (und darum unter schwerer Sünde verpflichtend) und was weniger wichtig ist. Diese Forderung soll jedoch ... kein Anspruch auf sittliche Willkür sein (wenigstens nicht direkt). Denn dieses Recht der Berufung auf das ‚eigene Gewissen‘ soll ja erst im schweren Konfliktsfalle eintreten, nicht im Normalfalle.“

Hollenbach begegnet diesem Anspruch mit einer captatio benevolentiae. Was die Gewissensentscheidung angeht, sagt er, gewährt ihr die ‚allgemeine‘ Ethik einen viel breiteren Raum als die Situationsethik. „Denn die Berufung auf das eigene Gewissen wird von der allgemeinen Ethik nicht nur für den schweren Konfliktsfall zugestanden, sondern für jeden Normalfall.“ Aber es ist ja gar nicht das Gewissen, das die Entscheidung in diesem Falle zu treffen hat und tatsächlich trifft.

Das Gewissen hat nicht die Aufgabe, zu entscheiden

Der nächste und in den Ausführungen von Hollenbach wichtigste Abschnitt trägt die Überschrift: „Das Gewissen kann nicht entscheiden“.

Was heißt, was bedeutet denn in Wirklichkeit die viel gebrauchte Formel: „nach seinem eigenen Gewissen entscheiden“? Es bedeutet nicht, daß das Gewissen zu bestimmen hätte, was Sünde ist und was gegebenenfalls schwere Sünde ist. Das Gewissen befaßt sich mit dem Inhalt der sittlichen Forderung überhaupt nicht, sondern übernimmt ihn fertig vom sittlichen Bewußtsein. Sittliches Bewußtsein und Gewissen nicht zu unterscheiden, dies ist die eigentliche Gefahr der Situationsethik.

„Das Gewissen erkennt nicht selbst, sondern setzt Erkenntnis voraus“. Wenn das Gewissen tätig wird, geschieht es darum, weil man erkennt, daß bei einer bevorstehenden Entscheidung ein sittliches Gebot beachtet werden will. Wäre das Gewissen selber urteilsfähig, müßte es ja „imstande sein, einen schuldlos Irrenden aus sich heraus korrigieren zu können“. Gerade aber, weil es dies nicht vermag, muß man auch einem irrigen Gewissen, d. h. einem auf irriger sittlicher Erkenntnis beruhenden Gewissensimpuls Folge leisten. „Vom Wesen des Gewissens her ist es also unmöglich, eine Klärung der sittlichen Erkenntnis (was ein Gebot ist; ob es wichtig ist usw.) herbeizuführen, wie es die Situationsethik glaubt“.

Es handelt sich bei der Situationsethik also nicht eigentlich darum, dem Gewissen zu seinem Recht zu verhelfen, sondern darum, daß man die eigene und persönliche sittliche Erkenntnis zum Maßstab und zur Grundlage des Urteils machen dürfe, ob etwas erlaubt ist oder nicht. Wenn man aber diese persönliche Erkenntnis Gewissen nennt, gibt man dem Begriff des Gewissens einen neuen Inhalt. In Wirklichkeit hat das Gewissen keine eigene Einsicht in die sittliche Norm. Es regt sich vielmehr auch dann, wenn das Urteil über die Existenz einer Norm nicht auf eigener Einsicht, sondern auf Autorität beruht. Das Kind fühlt sich im Gewissen angesprochen, wenn die Eltern ihm sagen, was recht ist. Für den Katholiken ist das Urteil der Kirche in ähnlicher Weise autoritativ.

Das Gewissen tritt erst in Kraft, wenn das sittliche Urteil gefällt ist. Seine eigentliche Funktion besteht darin, den ‚bösen Willen‘ des Menschen zu bekunden, der sich gegen die Ausführung des Urteils sträubt. Das Kind übernimmt das Urteil ohne weiteres von der elterlichen Autorität, der Erwachsene entnimmt es der eigenen Einsicht in die Sache oder in die Berechtigung der Autorität. Beide aber erfahren dann durch ihr Gewissen „die eigene Bosheit“, anders handeln zu können, als die Forderung verlangt. Im Augenblick, da man dieser Versuchung nachgeben möchte, ‚regt‘ sich das Gewissen. Diese ‚Regung‘ wurzelt also gar nicht in der Erkenntnis, sondern, wie Thomas von Aquin lehrt, im Willen, insofern dieser auf das Gute im allgemeinen hinstrebt. Weil sich dieses allgemeine Streben immer nur an einzelnen Gütern aktualisieren kann, legt der Verstand dem Willen bestimmte Gegenstände als ‚Güter‘ vor. Der Wille folgt blind demjenigen, was ihm der Verstand vorlegt. Was er allein kundgeben kann, das ist der Widerstreit, der sich daraus ergibt, daß ein bestimmtes Gut (in diesem Falle die sittliche Forderung) nur mit Anstrengung erlangt werden kann. In diesem Streit drängt der Wille kraft seiner allgemeinen Tendenz zum Guten auf Erfüllung. Und dies ist die Regung des Gewissens. Gott spricht durch das Ge-

wissen. Das bedeutet, wenn man das Gewissen so auffaßt: Der Schöpfer des Willens drängt durch den Willen, kraft der ihm eingeschaffenen Tendenz, den Menschen, dieser Tendenz im bestimmten Falle nachzugeben. Wenn man von einem ‚Gewissensurteil' oder einer ‚Gewissensentscheidung' sprechen will, bedeutet dies, daß wir mit unserm Verstande ein Urteil über die Gründe einer konkreten Gewissensregung abgeben. Gegenstand des Gewissensurteils ist also die Existenz einer verpflichtenden Norm in meinem konkreten Falle. Schlicht ausgedrückt: Nachdem mein sittliches Bewußtsein mir die Norm vorgestellt hat und das Gewissen mich drängt, spreche ich vor mir selber aus: ich muß dem Gewissensdrang folgen; denn das Gewissen regt sich hier und jetzt zu Recht.
So ist also die ‚Berufung auf das Gewissen' für die Beurteilung der Frage, ob etwas recht oder unrecht sei, zurückgewiesen worden. Um so mehr erhebt sich die Frage: Wie kann man dann die ‚Situation' bewältigen?

Die Situationsethik will dem Kreuz ausweichen

Hollenbach warnt davor, die Verfechter der Situationsethik zu verketzern oder mit einem billigen Pochen auf ‚klare Grundsätze' abzufertigen. Man muß sich die Hilflosigkeit der fragenden Menschen vergegenwärtigen und ihren guten Willen bedenken: Hätten sie ihn nicht, dann würden sie gar nicht den Versuch machen, mit ihrem Gewissen ins reine zu kommen. Es fehlt ihnen weder am Glauben, den sie ja gerade festhalten wollen, noch am Vertrauen, in das sie sich vielleicht sogar in einer gewissen ‚Sündenmystik' allzusehr hineingeben, noch möchten sie Gott bewußt kränken, weil sie ihn lieben. Mögen sie, sagt Hollenbach, auch eine laienhafte Vorstellung von den göttlichen Tugenden haben, sie berufen sich jedenfalls auf sie in echtem Ethos.
Die wunde Stelle ist vielmehr, daß der Mensch in dem begreiflichen Verlangen, sich das Leben zu erleichtern, „das Kreuz überspringen will, um ohne Kampf zur ‚herrlichen Freiheit der Kinder Gottes' zu kommen". Das Kreuz, das man überspringen will, ist ein dreifaches: die vermittelnde Kirche, die Unsicherheit bezüglich der irdischen Zukunft, die durch die Erfüllung sittlicher Gebote belastet wird, endlich aber die Notwendigkeit ständigen sittlichen Ringens.
Die Vermittlung der Kirche in Lehre und Gnade wird nicht grundsätzlich bestritten. Sie wird zum Kreuz, wenn die Kirche hier und jetzt Gehorsam fordert. Aber: „In Fragen, die unmittelbar die Gebote des Glaubens und der Sitte betreffen, irrt sich die Kirche auch nicht in der objektiven Bestimmung einer Einzelforderung, deren Nichtbeachtung sie in sich oder unter ganz bestimmten Umständen als verboten bezeichnet. Das trifft u. a. zu für die oft erwähnten Schwierigkeiten innerhalb der Ehe. Wer sich also, auch wenn es ihm selbst ‚nicht einleuchten will', diesen kirchlichen Entscheidungen unterwirft, kann sicher sein, daß er damit Gottes Willen erfüllt. Auch ohne seine eigene Einsicht liegt ja kein Gewissenszwang vor, wenn er wirklich an die göttliche Sendung der Kirche glaubt. Aber auch umgekehrt: wer sich nicht unterwirft, kann ebenso sicher sein, daß er damit gegen Gottes Willen handelt".
Die innere Unsicherheit, die Belastung der eigenen Zukunft darf nicht leicht genommen werden, zumal wenn sie — in der Regel — Sorge und Verantwortung für eine Familie ist. Sie zu bewältigen, dazu ist indes nicht das Handeln mit Gott, sondern das Zusammengehen mit ihm der Weg. Entweder wird seine Sorge unsere Befürchtungen zunichte machen oder, wenn sie sich ereignen, uns helfen zu tragen, was kommt. Er weiß um unser Bestes.
Die Flucht vor dem Kampf endlich könnte sich in die verführerischen Worte kleiden: „Was liegt Gott an Regeln! Er will unser Herz!" Ein Trugspiel mit dem Wort Herz! Das Herz zeigt sich nicht in unverbindlichen allgemeinen Gesinnungen, sondern in der Treue im Kleinen. „Wer meine Gebote hält..." Einem solchen hält auch Gottes Gnade die Treue.
Möchte die Situationsethik „nicht schon hier auf Erden die Ruhe genießen, die uns erst nach langem Kampfe und vielleicht erst in der Ewigkeit zuteil werden soll? Für diese irdische Zeit gilt aber das Wort Christi: ‚In eurer Geduld werdet ihr eure Seelen besitzen'."
Die Situation, so schließt Hollenbach seine Betrachtung, ist immer „Ausdruck des Heilswillens Gottes... Anruf an unsere Treue zu Gott... kostbarer Boden, der durch Gottes Gnade hundertfältige Frucht bringen kann". Es sind Worte, die in den von uns in Heft 10, 4. Jhg. besprochenen Vorlesungen von Theodor Steinbüchel vielfach anklingen, ein Beweis, wie sehr man in dem eigentlichen Anliegen einig ist.
Es scheint uns ein bedeutender Vorzug der Abhandlung Hollenbachs zu sein, daß er die Beziehung zwischen der individuellen Situation des Menschen und seinem individuellen Gewissen besonders untersucht hat. Es ist ihm gelungen, dabei eine Begriffsverwirrung aufzuhellen, die die Vorstellungen vieler Laien von ‚Situationsethik' belastet. Sie betrachten das Gewissen nicht nur als den gottgegebenen Impuls zum Rechttun, sondern als die einzig maßgebende Instanz in sittlichen Dingen. Ihr Gewissen ‚sagt' ihnen, daß sie recht haben, und die Autorität bedeutet für sie, im Grunde genommen, gar nichts mehr.

Was ist das Gewissen?

Nun bedarf es allerdings tatsächlich einer weiteren wissenschaftlichen Erörterung darüber, ob die von Hollenbach so sicher vorausgesetzte Unterscheidung zwischen dem „sittlichen Bewußtsein", dem Bewußtsein von der Autorität der Kirche in sittlichen Dingen und dem „Gewissen" das Problem endgültig löst, welches die Situationsethik aufgeworfen hat. Wie die wissenschaftliche Situationsethik, wie vor allem Theodor Steinbüchel das Gewissen verstand, läßt es sich in die scholastische Unterscheidung der zwei Seelenvermögen: Verstand und Wille, nicht so leicht einordnen.
Man brauchte nur an die Lehre der deutschen Mystik über das Gewissen zu erinnern, wenn nicht schon ein Hinweis auf die antike und deutsche Etymologie dieses Wortes genügt, um darzulegen, daß „Gewissen" vielleicht doch etwas mehr mit „Wissen" zu tun hat, als in der Beweisführung von Hollenbach vorausgesetzt wird. Das Gewissen bedeutet auch für Thomas etwas, was man vielleicht mit „Innehaben" übersetzen könnte. Hat doch auch für Thomas der Wille die Tendenz zum (sittlich) Guten inne. Wenn man also sagt, daß Gott durch das Gewissen rede, daß er uns durch das Gewissen anruft, heißt das dann vielleicht nicht doch, daß das Gewissen, das „Licht in uns", das „Seelenfünklein" der Mystiker,

die tiefste Kraft unserer Seele, kraft der Gnade Gottes die höchsten sittlichen Prinzipien „innehat"? Daß es sie innehat sowohl intellektuell wie emotional und daß dieses mit dem „Innehaben" begabte Gewissen sowohl unserm sittlichen Bewußtsein vom konkreten Guten, von den konkreten sittlichen Forderungen, wie auch dem Willen mit seinem — phänomenologisch betrachtet — keineswegs eindeutigen Drang zum Guten, sondern im Gegenteil höchst differenzierten Drang zum Guten und Bösen vorgeordnet ist?

Wenn es so wäre, könnte es sich dann nicht ereignen, daß der Mensch von *diesem* Gewissen aus, durch das er in einer sehr tiefen Tiefe den Anruf Gottes spürt, in dem er sich Gott unmittelbar gegenüber zu finden vermeint, mit konkreten Forderungen seines sittlichen Bewußtseins zuweilen rechten wollte?

Hollenbach unterstellt der Situationsethik, daß sie, im Grunde genommen, nichts weiter sei als der Versuch einer Legitimation für die Flucht vor dem Kreuz. Wird er nicht auch zugeben, daß im Namen derselben Situationsethik viele Christen eine Situation ergreifen, weil sie sich verpflichtet fühlen, in ihrem Gewissen verpflichtet fühlen, mehr zu tun, als das Gebot Gottes in der Interpretation der „allgemeinen" Ethik von ihnen fordert? Sie verspüren einen Anruf Gottes, sie verspüren ihn in der Form eines Befehls, der — nicht vom Lehramt der Kirche — sondern von Gott selbst ihnen innerlich entgegentönt. Man muß es ernst nehmen, daß es sich für solche Christen um einen Befehl Gottes handelt. Wie kommt dieser Befehl ins sittliche Bewußtsein, wenn dieses im individuellen Falle immer, wie Hollenbach sagt, letztlich von der Autorität der Kirche normiert ist? Es muß doch nicht ein Irrtum sein, wenn ein junger Mensch z. B. den Ruf zum Ordensleben „Folge mir nach!" in der Form eines Befehls vernimmt. Also gibt es einen subjektiven Anspruch Gottes, der sich dem Gewissen unmittelbar kundtut. Also gibt es eine individuelle Norm!

Wir möchten ein Beispiel anführen, um so deutlich wie möglich zu sagen, worum es sich handelt. Nach der Lehre der Kirche, die erst vor kurzem durch die Weihnachtsansprache des Heiligen Vaters von 1948 bestätigt wurde, ist es Pflicht des Christen, unter bestimmten Umständen zu den Waffen zu greifen, wenn er dadurch zur Verteidigung hoher geistiger und sittlicher Werte beitragen kann. Nun gibt es aber gläubige Katholiken, die in ihrem Gewissen ein unbedingtes Verbot der Beteiligung an irgendeinem kommenden Krieg vernehmen. Man würde ihnen sicher unrecht tun, wenn man sie als eigensinnige Sektierer behandelte. Sie sind weit davon entfernt, die Autorität der Kirche oder auch nur die Richtigkeit des Grundsatzes zu leugnen, den das Lehramt über die Beteiligung an einem gerechten Krieg ausgesprochen hat. Aber sie haben ihre eigene Ansicht über die Anwendbarkeit des Grundsatzes in ihrem Falle, und für diese Ansicht bringen sie Gründe vor, die ihnen selbst unwiderleglich scheinen und die das kirchliche Lehramt durchaus nicht verworfen hat. Darum fühlen sie sich, indem sie zugleich den kirchlichen Grundsatz anerkennen, dennoch im Gewissen verpflichtet, für ihre Person den Kriegsdienst zu verweigern. Niemand kann sagen, oder jedenfalls kann niemand beweisen, daß sie irren, es sei denn, die Kirche selbst würde ausdrücklich für den konkreten Fall eine Weisung erteilen. Diese Weisung müßte alle persönlichen Umstände und Gründe berücksichtigen und darüber entscheiden. Sie müßte ferner vom Papste selbst als dem Träger der Unfehlbarkeit ausgehen. Nur so könnte sie den Befehl des eigenen Gewissens in jenen Menschen überbieten. Solange aber die Lehre der Kirche „im Grundsätzlichen" verbleibt, kann sie ihnen die Gewissensentscheidung im konkreten Falle nicht abnehmen. P. de Soras SJ hat ihren Gewissenszustand treffend geschildert, wie die Herder-Korrespondenz in Heft 11, 4. Jhg., S. 511 berichtete. Die „Situation", der diese Kriegsdienstverweigerer sich gegenübersehen, ist so kompliziert, daß sie nicht mit einem einzelnen Grundsatz zu klären ist, sondern daß die verschiedensten Forderungen sich widerstreiten, zumal dann, wenn man an die Folgen seiner Entscheidung denkt. Die Situation ist derart, daß sie durch ein rein rationales Gegeneinander-abwägen von Grundsätzen überhaupt nicht zu entscheiden ist. So gibt schließlich die überrationale Stimme aus der Tiefe der eigenen Seele den Ausschlag. Was da zustande kommt, ist nicht die Konsequenz eines Syllogismus, sondern eine echte „Entscheidung". Kann man leugnen, daß es in diesem Falle das Gewissen ist, das den endgültigen „Spruch" fällt? Und wird man sagen wollen, daß ein solcher Spruch nicht auch vor Gott verantwortet werden könne? Wird man nicht ferner auch zugeben müssen, daß das Beispiel, von dem hier die Rede war, um viele andere „Situationen" eines Christenlebens vermehrt werden kann?

Man wird gewiß heute Grund genug haben zu sagen, daß es nicht erlaubt ist, sich den sittlichen Geboten der Kirche unter allerlei Vorwänden, die doch nur eine Flucht vor dem Kreuz tarnen, zu entziehen. Aber man wird es doch wohl vermeiden müssen, die Sache so darzustellen, als ließen sich alle Gewissensbedrängnisse mittels rationaler Anwendung von Grundsätzen beseitigen. Was soll ich hier und jetzt tun, das ist eine Frage, in der nicht nur das Gesetz der Glieder, sondern auch die Stimme des Geistes sich vernehmlich machen kann.

Was aber die Bemerkung Hollenbachs betrifft, die Situationsethik wolle schon hier auf Erden die Ruhe genießen, so glauben wir nun doch, daß ein Handeln aus eigener Verantwortung, wie der Mensch es auf sich nimmt, wenn er von sich aus entscheidet, alles andere als Ruhe erzeugt. Es ist vielmehr ein Wagnis: das Wagnis, daß man geirrt, daß man sogar aus geheimer Schuld geirrt haben könnte. Nicht Ruhe, sondern das Wagnis der Freiheit ist das Kennzeichen des situationsethischen Anliegens, eine Freiheit der Kinder Gottes, die allerdings von dem Gefühl begleitet wird, daß die Wege dieses Lebens zwar über einen gefährlichen Untergrund laufen, der in keiner sichtbaren Weise gesichert ist, aber doch in einer uns unerkennbaren konkreten Führung zum Ziel führen, wenn man dem jeweiligen Anruf Gottes folgt.

Wir wünschen aus dem Empfinden für die Gewissensbedrängnis vieler unserer Glaubensgenossen unsere Leser, die Träger des kirchlichen Lehramtes und die Theologen darüber zu informieren, daß aufrichtige und, wie auch Hollenbach sagt, alles andere als böswillige katholische Laien dankbar sein würden, wenn die Fragen um das Gewissen und sein Verhältnis zur Pflicht des Gehorsams gegen die Autorität und zu dem heute nicht ganz vereinzelten inneren Konflikt mit bestimmten Forderungen nicht aus dem Auge gelassen würden und wenn auch klar

darüber gesprochen würde, welches die Situation eines Katholiken ist, der, nach seiner Ansicht hinsichtlich dieses Falles schuldlos, sich in einem solchen inneren Widerstreit für persönlich gerechtfertigt hält.
Diese Bemerkungen leiten ihr Recht her aus der öffentlichen Aufforderung von P. Hollenbach, zu seinem Aufsatz Stellung zu nehmen. Sie sind ferner geleitet von der Ansicht, daß Fragen, die unter sehr vielen Katholiken im kleinen Kreise erörtert werden, das Auge der kirchlichen Obrigkeit nicht zu scheuen brauchen. Denn sie ist dem Katholiken, trotzdem er hie und da „ins Angesicht widersteht" (Gal. 2, 11), eine viel zu fest gegründete, als daß er zu ihr nicht das Vertrauen hätte, recht verstanden zu werden.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Das Reich Gottes, die Gegenwart und der Christ

Die Werktagung in Altötting

Die Presse hat der Leitung der Katholikentage mehrfach einen Vorwurf daraus gemacht, daß die Vertreterversammlung diesmal hinter verschlossenen Türen tagte. Ein Kritiker, auf dessen bedenkenswerte Bemerkungen wir später noch einmal zurückkommen werden, führt diese Zurückhaltung auf die „Angst vor Bochum" zurück. Er meint, man habe Angst vor dem „Elan" bekommen, mit dem der Bochumer Katholikentag den konkreten sozialen Aufgaben zu Leibe ging. Es habe sich hinterher gezeigt, daß keineswegs alle Katholiken diese kühnen Vorstöße mitmachten. Daher habe man in Altötting vorsichtig sein wollen, sich in die Innerlichkeit des Glaubens zurückgezogen und, damit ja kein neues Malheur angerichtet werde, die Öffentlichkeit vorsorglich ausgeschlossen.
Ob die Ergebnisse der Altöttinger Beratungen zu Recht als Rückzugsfanfare bezeichnet werden dürfen, muß der folgende Bericht erweisen. Daß man aber mit ihrer Veröffentlichung zurückhaltend sein mußte, ist angesichts gewisser voreiliger Meldungen vom vorigen Jahr verständlich. Was der eine oder andere Diskussionsredner äußert, ist noch nicht die Meinung aller. Und die herrschende Ansicht einer einzelnen Arbeitsgemeinschaft, die ihrer Bestimmung nach nur einen Teil des Gesamtproblems ins Auge faßt, ist noch nicht die endgültige Meinung des Katholikentages. So schien es gerade im Interesse freier und ungezwungener Meinungsäußerung zu liegen, daß man mit der Veröffentlichung der Verhandlungen so lange wartete, bis eine gewisse Sichtung der Gedanken möglich und ein gewisser zeitlicher Abstand gewonnen wäre. Das Zentralkomitee der Deutschen Katholikentage teilt durchaus nicht die bürokratische Furcht vor der Publizität durch eine unbeeinflußte Berichterstattung, die im folgenden mit seinem Wissen, jedoch ohne jede Bevormundung von seiner Seite an Hand des gesamten Materials der Tagung gegeben werden wird.

Leitziele 1950—1952

Mehr als auf das Ergebnis der oder jener Arbeitsgemeinschaft wird der Leser darauf warten, zu erfahren, ob in Altötting so etwas wie eine allgemeine wegweisende Parole für die Tätigkeit der katholischen Laienbewegung gefunden worden sei. Niemand erwartet Patentrezepte für alles und jedes Einzelne. Aber man möchte doch wissen, ob die führenden Köpfe wenigstens über das einig geworden sind, was in diesem Augenblick in jeder Gemeinde und Organisation, von jedem Seelsorger und jedem Laien, der sich für Gottes Reich verantwortlich fühlt, gesehen und bedacht werden müßte, damit unsere gemeinsamen Anstrengungen nicht ziellos durcheinander und womöglich gar gegeneinander laufen, sondern in ihren Grundzügen auf ein gemeinsam erkanntes Ziel hinführen.
Wir stehen nicht an, zu behaupten, daß Altötting in seiner Gesamtheit sehr wohl einige derartige wegweisende Erkenntnisse von unmittelbar praktischem Wert gebracht hat. Zwei von ihnen stehen an Wichtigkeit und auch in bezug auf die Einhelligkeit, mit der sie überall zutage traten, voran:
1. Die Familie muß zum Konzentrationspunkt aller Bemühungen um eine katholische Erneuerung werden. Dieser Einsicht liegt eine ganz einfache Tatsache zugrunde. Wo gute Familien sind, da wächst das Reich Gottes. Es wird nachher zu zeigen sein, wie diese Erkenntnis sich in allen Sachbereichen auswirkt.
2. Der Bildung des einzelnen Menschen zum bewußten Christen gebührt der Vorrang vor der „Erfassung" und Führung möglichst vieler Menschen mit dem Ziel der Bewahrung vor unerwünschten Einflüssen. Auch diese allgemeine Erkenntnis wird in allen Sachbereichen praktisch werden.
Man könnte noch einige andere Thesen nennen, die sich von den verschiedenen sachlichen Beratungen her allgemein aufdrängten: daß es nun im katholischen Bereich endlich zu bewußterer Sammlung der Kräfte kommen müsse, daß man, ebenfalls in unserm ureigensten Reich, Ernst machen müsse mit dem Prinzip der Subsidiarität, statt daß auch wir dem Zentralismus, der Bürokratie, dem Reglement von oben und dem passiven Zuwarten unten verfallen, daß wir ein bißchen von den Amerikanern lernen und das Nächstliegende tun, statt über Fernziele zu beraten, daß wir deshalb die Osthilfe, die Wohnungshilfe, die Zusammenarbeit mit den Evangelischen, die gediegene und gründliche Schulung unserer eigenen bereitwilligen Leute und manches andere anfangen sollen, statt uns in prinzipiellen Diskussionen zu ergehen, und so noch manches andere. Aber wir möchten unsere Leser bitten, vor allem die beiden oben genannten konkreten Ziele zu durchdenken und sich an ihrem eigenen Standort über ihre Verwirklichung ein Bild zu machen.
Dann werden wir den Intentionen der Katholikenversammlung am nächsten kommen. Und dies wäre zu wünschen. Der Katholikentag besitzt zwar keine Autorität. Sie ruht in der katholischen Kirche auf den Schultern der Mitglieder der Hierarchie. Aber der Katholikentag ist

in unserm Lande auch von der Hierarchie anerkannt als die jährliche Generalversammlung der Katholischen Laienbewegung. Infolgedessen kann er für sich beanspruchen, daß seine Richtlinien zu einer Prestigesache der Laien werden, die sich als Glieder der lebendigen Kirche fühlen. Man sollte nicht übersehen, daß die deutschen Bischöfe, und selbst der Vertreter des Oberhauptes unserer katholischen Kirche, dieser Laienversammlung — bei der die anwesenden Priester nur das Gewicht ihrer Person in die Waagschale werfen, aber keine Autorität geltend machen —, die Bahn zur Initiative freigeben. Die Bischöfe bestehen nicht einmal darauf, die Beschlüsse des Katholikentages zu approbieren, was sie nach dem Kirchenrecht zweifellos in Anspruch nehmen könnten. Sie bringen also den katholischen Laien ein in der katholischen Kirche nicht selbstverständliches Maß an Vertrauen entgegen, wie es nur noch in Frankreich ebenso großzügig gewährt wird. Darum werden die Laien aus dem Katholikentag wenigstens die Konsequenz ziehen müssen, seine Beschlüsse ernst zu nehmen oder aber ihre persönliche Meinung ihm gegenüber kundzutun. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn verantwortungsbewußte katholische Laien sich darin gefallen würden, auch dieses Parlament zu desavouieren. Es besteht eine gewisse Gefahr, daß dies da und dort geschieht. Wem aber an der Sache des Reiches Gottes gelegen ist, der wird wünschen, daß jedermann dazu beiträgt, dies wertvolle Instrument der katholischen Laienbewegung durch seine Mitarbeit zu stärken. Wie das geschehen kann, ist klar. Was der Katholikentag erkannt hat, muß geprüft, muß an allen Stellen lebendiger Laienbewegung durchberaten und auf die jeweilige Situation hin präzisiert werden. Was in Altötting von uns selbst gefordert wurde, muß aufgenommen und verwirklicht werden. Der folgende Einzelbericht soll zur Grundlage dieses Examens dienen können.

Die Form der Katholischen Aktion

Die erste Arbeitsgemeinschaft beschäftigte sich mit der Aufgabe des katholischen Laien gegenüber seiner Kirche und seinem Glauben. Mit Recht wurden die Teilnehmer am Anfang darauf hingewiesen, daß der Auftrag des Herrn: Licht der Welt und Salz der Erde zu sein, mit anderen Worten, daß der Auftrag zum Apostolat nicht nur an die Prediger und Pfarrer, sondern an alle ergangen ist. Schon dies ist des Durchdenkens wert. Denn es ist keineswegs Allgemeingut des katholischen Bewußtseins in Deutschland, weder bei den Laien noch beim Klerus, es sei denn in der Theorie.

Der Präsident der Katholischen Aktion in einer deutschen Diözese berichtete davon, wie man in jener Diözese in den letzten fünf Jahren diesen Auftrag praktisch an- und aufgefaßt hat. Er sprach von „Katholikenausschüssen", die allenthalben gebildet wurden. Sie bekunden den Willen der katholischen Gläubigen in der Öffentlichkeit. Sie suchen diesen Willen interpretativ zu faktischer Geltung in den öffentlichen Einrichtungen zu bringen. Und dies vor allem auf den vier Sachgebieten der allgemeinen Grundsätze, der Erziehung, der Presse und der sozialen Not. Das heißt: Man schuf in jener Diözese Laienausschüsse, die, gedeckt durch die Massen des katholischen Volkes, gegenüber den öffentlichen Machtinstanzen und Machtgruppen, also gegenüber der Landesregierung und dem Parlament, gegenüber den Zeitungen, dem Rundfunk, gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Interessenvertretern und den vielerlei anderen Stellen, die im öffentlichen Leben etwas bedeuten, sich als Sprecher des katholischen Volkes bemerkbar machten. Und dies nicht in akademischer Unverbindlichkeit, sondern mit der Ankündigung: wir haben Massen hinter uns, und wir werden sie in Bewegung setzen.

Der Leser wird wissen, was damit gesagt und gemeint ist. Man kann in dieser Welt nicht daran vorbei, seine Macht in die Waagschale zu werfen. In den „Werkblättern der katholischen jungen Mannschaft" wurde kürzlich gefordert: wir Christen müßten endlich wieder den Mut haben, nach der Macht in dieser Welt zu greifen. Denn dies sei die einzige Möglichkeit, daß die Macht, die ja von Gott und nicht vom Satan ist, nicht mißbraucht werde. Aber die Diskussion in Altötting zeigte auch die Voraussetzungen solchen Anspruchs.

Es waren Vertreter aus Berlin und der Ostzone, die darauf hinwiesen. Sie machten darauf aufmerksam, daß die reale Kraft und Glaubwürdigkeit eines solchen Anspruchs darauf beruht, daß die durch ihn vertretenen einzelnen Menschen wirklich dafür einstehen. Deshalb sei es nötig, alles Mögliche dafür zu tun, daß die *einzelnen* Katholiken geschult, daß sie sich ihrer Überzeugungen bewußt und fähig werden, darüber Rede und Antwort zu stehen. Aus der Ostzone wurde berichtet, wie man sich dort darauf eingestellt hat, aller äußeren Möglichkeiten beraubt zu sein, und durch intensive Familienseelsorge kleine Zellen bildet, die bald in weitere Kreise zu wirken beginnen. Die katholischen Nachbarn versammeln sich des Abends in einer Wohnung. Das Wort des Seelsorgers, von der Schrift ausgehend und zu den alle bewegenden Fragen vorstoßend, vermag in der häuslichen Atmosphäre viel leichter die verkrampften Gemüter aufzulockern und sowohl zu gemeinsamem herzlichem Gebet wie zu caritativer Tat zu führen. Die Bitten des Ostens an den Westen faßte ein Berliner zusammen: „Sorgt euch nicht um den Frontgeist, aber schickt uns Munition."

Es handelt sich hier aber nicht nur um den Osten. Auch im Westen hat die Kirche damit zu rechnen, daß das „Zeitalter der Konkordate" vorüber ist, wie Prälat Grosche so eindringlich ausführte. Es ist auf die Dauer nichts mehr mit einer kirchlichen Autorität, die sich nicht auf eine Masse tatbereiter einzelner und kompromißloser Familien stützen kann. Darum die Forderung: Schult und bewegt *einzelne* Männer und Frauen, Jungmänner und Mädchen zu aktivem Zusammenschluß und bemüht euch darum, Familien zu schaffen, die zum „rocher de bronce" werden.

Nun wird es ja keinen Pfarrer geben, der nicht gern bereit wäre, seine Kraft in diesen Dienst zu stellen. Aber überall hört man die Frage: Gibt es denn überhaupt Laien, die bereit sind, sich von dieser Aufforderung ansprechen zu lassen? Darauf sagte in Altötting der Bochumer Propst Peters: Die Laien sind immer da, wenn man ihnen eine konkrete Aufgabe zeigt. Das werden ihm viele seiner Amtsgenossen bestätigen. Es ist vielleicht das Königsproblem der Pfarrseelsorge, jeweils die konkrete Aufgabe zu finden, auf die die Laien ansprechen. Wir möchten an dieser Stelle schon jetzt auf einen „Brief aus Amerika" aufmerksam machen, den wir leider aus Raummangel erst im nächsten Heft bringen können und der uns gerade zu diesem Thema einiges Anregende zu sagen hat.

Überblickt man die Gedankengänge des Arbeitskreises „Glaube und Kirche", so scheinen sie also vor allem nach einer gewissen Verlagerung des Schwergewichts in der Seelsorge zu rufen. Die immerhin erprobte Aktivierung der Gemeinden in der Form von Standesorganisationen kann zwar nicht einfachhin aufgegeben werden. „Es wäre Hybris", sagte Grosche, „die Stützen abzubrechen, die wir noch haben". Aber man sollte doch versuchen, für jeweils ganz konkrete sachliche Ziele und Zwecke Laienaktivs zu bilden, kleine Kreise apostolischer Menschen, denen der Priester seine Seel-Sorge schenkt und die er schult, die er dann aber in ihrem Bereich selbständig arbeiten läßt. Derartige Sachziele gibt es in Fülle. Wir nennen beispielshalber nur die kirchliche Osthilfe, das Apostolat „Presse und Buch", die Weltmission, die Gottesdienstgestaltung und -werbung (!) in der Pfarrei. Was alle kleinen religiösen Gruppen — man denke an Jehovas Zeugen — zustandebringen, was drüben in USA auch der katholischen Laienbewegung ihr Gepräge gibt, sollte das bei uns vergebens versucht werden? Ein naturgegebener Ansatzpunkt zu solcher Aktivierung könnten Kreise junger Eheleute und Brautleute werden, wie es sie da und dort schon gibt. Sie können zugleich die zeitgemäße Form für die Familienseelsorge abgeben.

Wie die Pfarrei, so bedarf auch die deutsche Diözesanorganisation nach Ansicht mehrerer Sachverständiger dieses Arbeitskreises dringend der Reform durch eine Aufteilung der „Mammutbistümer" in Gebiete, die der Bischof übersehen und als Hirte persönlich betreuen kann.

Unter den sachlichen Aufgaben, die der Mitverantwortung durch den Laien anvertraut sind, wurden in Altötting besonders unsere Beziehungen zu den Juden und zu den andersgläubigen Christen hervorgehoben, die von nun an einen ständigen Verhandlungsgegenstand auf den Katholikentagen bilden werden. Die Herder-Korrespondenz hat schon wiederholt darauf hingewiesen (vgl. z. B. Jg. 4, Heft 9, S. 386 f.), daß in mancher katholischen Predigt und in manchem Religionsunterricht theologisch anfechtbare Vorstellungen über die Juden genährt wurden, die hinfort einer besseren Exegese Platz machen sollten. Dieser erneuten Anregung des Katholikentages entspricht auf praktischem Gebiete die Forderung nach interkonfessionellem Zusammenschluß von Laien zur energischen Bekämpfung des Antisemitismus. Was die Beziehungen zu den evangelischen Christen angeht, hat ja der Papst selbst zum Zusammenschluß zwecks praktischer Arbeit im Dienst der christlichen Erneuerung des öffentlichen Lebens und des Kampfes gegen den praktischen Atheismus ermuntert.

Familienseelsorge und Familienleibsorge

In der theologischen Grundlegung des Laienapostolates hatte Professor Höfer die Schlußfolgerung gezogen, daß der wichtigste Ort apostolischer Laientätigkeit die eigene Familie sei. Aus diesem Vortrag ging man zu der Arbeitsgemeinschaft über „Ehe und Familie" mit dem sicheren Gefühl, daß die Erneuerung des Familienlebens die Schicksalsfrage unserer Reich-Gottes-Arbeit ist. Die Arbeiten dieses Kreises vollzogen sich in einer Atmosphäre heiligen Geistes. „Konzentrische Familienseelsorge!" Das wurde von Tag zu Tag mehr zu einer dringenden Bitte an alle Pfarrer und katholischen Organisationen. Wie könnte es auch anders sein, wenn doch die Familie die sakramentale, die von Christus selbst gestiftete innerste Zelle des Reiches Gottes ist?

Man ist der Auffassung, daß schon die allgemeine Pfarrseelsorge hierauf viel mehr Rücksicht nehmen müßte, als sie es tut. Die Standeskommunion müßte nach und nach durch die Familienkommunion ersetzt werden. Die Kinder müßten ihren Platz in der Kirche bei den Eltern finden, wenn diese einmal dafür fähig gemacht sind, sie betend zu betreuen. Die Vereinsseelsorge müßte sich sorgfältig hüten, das Familienleben unbedenklich zu stören. Vor allem aber müßte eine umfassende Schulungs- und Erziehungsarbeit zu christlichem Familienleben begonnen werden.

Diese Schulung hätte einzusetzen mit systematischen Ehekursen für künftige Eheleute, um der maßlosen Leichtfertigkeit entgegenzuwirken, mit der heutzutage auch gut katholische junge Menschen in die Ehe hineinstolpern. In diesem Zusammenhang fiel das Wort: „Achtzig Prozent aller geschiedenen Ehen werden eigentlich schon in der Brautzeit geschieden." Für derartige Ehevorbereitungskurse auf breitester Grundlage fehlt es, im Gegenteil zu skeptischen Befürchtungen manches Pfarrers, keineswegs an Publikum. Die Buchhändler berichten, daß Ehe-Literatur — auch ernsthaften Charakters — eine Best-Seller-Gruppe ist. Wohl aber fehlt es uns in Deutschland zur Zeit noch an einem unmittelbar verwendbaren Schulungsmaterial. Wir verweisen hier erneut auf den ausgezeichneten Ehekurs: „Marriage Preparation Services", herausgegeben vom Extension Department, University of Ottawa, 1 Stewart Street, Ottawa, Canada, dessen Anschaffung jedem Seelsorger, der des Englischen mächtig ist, empfohlen werden soll.

Es fehlt uns aber auch an Persönlichkeiten, die sich dieser mühevollen Arbeit, solche Kurse zu geben, erfolgreich unterziehen können. Hier muß der Geistliche mit dem Arzt, dem Juristen, dem Erzieher und der bewährten Frau und Mutter einträchtig zusammenwirken. In München sind bereits 400 solcher Referenten ausgebildet worden. Frau Marga Müller, München 23, Kunigundenstraße 58, die mit dem „Katholischen Familienwerk München" diese wichtigste oder doch nächstliegende Vorbereitungsarbeit leistet, ist in der Lage, hierüber nähere Auskünfte zu geben.

Der Eheschulung künftiger Eheleute, an der sich wahrscheinlich, genau wie in Amerika, auch nicht wenige beteiligen würden, die schon verheiratet sind, muß dann als zweites die Erzieherschulung der Väter und Mütter zur Seite gehen. Und wiederum bestätigen verschiedene Erfahrungen in unsern eigenen Ländern, daß es durchaus nicht am mangelnden Interesse von seiten der zu Schulenden, nämlich der jungen Eltern liegt, wenn auf diesem Gebiete bisher so wenig getan wird. Der Notstand ist unbestritten. „In der Erziehung ist eine totale Verweichlichung und Kraftlosigkeit eingerissen. Die Kinder bekommen jeden Willen. Das große, starke Nein der Liebe können die Eltern nicht mehr sprechen." Und genau so wenig sind sie in der Lage, die unersetzliche Funktion des Erziehers zum Glauben an ihren Kindern zu erfüllen, eine Aufgabe, für die sie unter allen Umständen jetzt intensiv geschult werden müssen. Das ist nicht nur ein Anliegen, das sich aus der organischen Sicht des Gottesreiches ergibt, es ist außerdem eine vielleicht bitter notwendige Vorsicht auf Zeiten, in denen die Eltern allein in der Lage sein werden, ihren Kindern den

Glauben einzupflanzen. Eine der wichtigsten deutschen Diözesen, Münster, hat sich mit größter Intensität an die Lösung dieser Aufgabe begeben. Aber auch in anderen Gegenden zeigen sich ermutigende Fortschritte. So nahmen z. B. in Mannheim 800 Eltern an Lehrgängen für Familienkatechese teil.

Zur Familienseelsorge gehören dann ferner die katholische Ehevermittlung und die katholische Eheberatung. Es ist wahrscheinlich bei uns ziemlich unbekannt, daß die von nichtkatholischen Stellen betriebene Eheberatung, die z. T. unter gutgemeinter Förderung durch die amerikanischen Besatzungsbehörden in gewissen Teilen Deutschlands sehr intensiv tätig ist, die Methoden der Empfängnisverhütung zu den selbstverständlichsten ihrer Ratschläge zählt.

Natürlich wandten sich die Beratungen auch allen jenen Erscheinungen des öffentlichen Lebens zu, die der christlichen Eheauffassung schädlich sind oder sogar die Fundamente des Ehelebens überhaupt untergraben. Der Kampf gegen Schmutz und Schund darf nicht nachlassen. Die Gesetzgebung über die Rechtsstellung des unehelichen Kindes (vgl. darüber Jhg. 4, H. 12, S. 561) und vor allem über die Ehescheidung muß im Auge behalten werden. Die Ehescheidung wird zur Zeit besonders durch den § 48 des Ehegesetzes vom 20. 2. 1946 begünstigt, nach dem eine Ehe ohne subjektives Verschulden der Eheleute aufgelöst werden kann, wenn sie drei Jahre getrennt gelebt haben. Eine derartige Bestimmung ist für alle Schwankenden ein unerträglicher Anreiz. Der Altöttinger Kreis war sich darüber einig, daß die katholischen Richter und Anwälte verpflichtet sind, diese Bestimmung mit der äußerst möglichen Einschränkung anzuwenden, und daß sie sich überhaupt bei ihrer Mitwirkung in Scheidungsverfahren an die Weisungen halten müssen, die der Heilige Vater im vorigen Jahr gegeben hat (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, Heft 3, S. 116).

Alle Bemühungen der Familienseelsorge werden natürlich nur den halben Erfolg zeitigen, wenn sie nicht auch von einer entsprechenden Sorge um das leibliche Leben der Familie begleitet werden. Solange die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage ist, hinreichende Soziallöhne zu zahlen, muß man darauf bedacht sein, dem Mißstand durch Familienausgleichskassen zu begegnen, wie sie in Deutschland z. B. schon im Apothekerstande durch die Deutsche Apothekerkammer und in der Schweiz durch regionalen Zusammenschluß von Wirtschaftsverbänden zustande gekommen sind. Wie dringlich etwas Derartiges ist, mag die folgende Statistik dartun: In Westdeutschland gibt es zur Zeit 11,8 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Von ihnen sind: 6,9 Millionen erste, 2,9 Mill. zweite, 1,2 Mill. dritte, 0,5 Mill. vierte, 0,2 Mill. fünfte, 80 000 sechste, 30 000 siebente und 10 000 weitere Kinder.

Was die Siedlung betrifft, so konnte dankbar anerkannt werden, daß die kirchlichen Siedlungswerke im Jahre 1949 5 000 und 1950 bis jetzt (d. h. bis zum 1. 9.) 13 346 Wohnungen geschaffen haben. Nicht einbegriffen sind hierin die von selbständig arbeitenden katholischen Gruppen erstellten Häuser. Daß diese Zahl so klein ist und daß überhaupt die allein familiengerechte Eigenheimsiedlung nicht schneller vorwärtsschreitet, liegt u. a. an der Gesetzgebung. Die Arbeitstagung faßte hierzu folgende Entschließung:

„Mit großer Sorge beobachten die Teilnehmer des Arbeitskreises eine Entwicklung im Wohnungsbau, die den christlichen Grundsätzen widerspricht. Wir müssen darauf bestehen, daß die Wohnungsbaupolitik der Vermassung durch Bildung von Eigentum in Gestalt von Eigenwohnungen, Eigenheimen und kleinen Siedlungen entgegentritt. Die Wohnung muß der Familie ausreichenden Lebensraum gewähren. Die Arbeitsgemeinschaft lehnt sich deswegen mit aller Entschiedenheit auf gegen jede Absicht zur weiteren Verkleinerung der schon am Rande des Möglichen stehenden Wohnraumgrößen des Bundeswohnungsgesetzes. Die Mittel des Lastenausgleichs müssen vor allem dazu dienen, den Geschädigten das notwendige Eigenkapital zur Erlangung einer familiengerechten Wohnung zu verschaffen."

In der Vertreterversammlung der Katholischen Landjugend in Passau mit dem Wortführer Emil Kemmer MdB wurde ganz besonders die Seßhaftmachung der Dienstboten und Landarbeiter gefordert, die selber den Boden bebauen und darum als erste ein Anrecht haben, Land unter die Füße und ein Dach über den Kopf zu bekommen, bisher aber keine Möglichkeit haben, aufzusteigen, und darum verproletarisieren und keine Ehe schließen können. Deshalb wurde proklamiert: „Wir erklären uns für eine Seßhaftmachung der landwirtschaftlichen Arbeiter, einschließlich der heimatvertriebenen, möglichst durch Schaffung von Eigenheimen und gesunden Wohnstätten."

Die deutschen Katholiken und darüber hinaus alle jene, denen die Gesundung unseres Volkes am Herzen liegt, werden folgende Worte aus der Pfingstbotschaft des Papstes von 1941 ernst bedenken müssen: „Von allen Gütern, die im Privateigentum stehen können, ist nach der Lehre von ‚Rerum novarum' keines naturgemäßer als der Boden, das Stück Land, auf dem die Familie wohnt und von dessen Früchten sie ganz oder wenigstens zum Teil lebt. Ja, es ist im Sinne von ‚Rerum novarum' zu sagen, daß im Regelfall nur jene Stabilität, die vom eigenen Boden kommt, aus der Familie die ganz vollkommene und ganz fruchtbare Lebenszelle der Gesellschaft macht, die durch ihren fortwirkenden Zusammenhalt die Geschlechter, die gegenwärtigen und die zukünftigen, wunderbar verbindet."

Eine wichtige Ergänzung der familiengerechten Wohnung ist ihre praktische und schöne Einrichtung. Man soll den Einfluß des Wohnungsstils auf den Lebensstil der Familie nicht unterschätzen. Die Familienkultur beginnt bei der Heimkultur. Wir müssen die vielfältigen Bestrebungen unterstützen, die darauf hinzielen, den Geschmack der Menschen auf das Einfache und Schöne hin zu erziehen und sie vor Möbelkäufen zu bewahren, die weder zu den gegebenen Räumen noch zum Geldbeutel passen. Es wurde hingewiesen auf die vorbildliche Arbeit des „Sozialwerks Möbel", Baden-Baden, Yburgstraße 15, dessen Prospekte zur Verfügung stehen.

Liebe als Zeugnis

Dieser Katholikentag war dazu bestimmt, in uns die Erkenntnis zu vertiefen, daß das Reich Gottes nicht organisiert werden kann. Es ist keine Organisation, sondern ein Organismus. So kann denn auch die Mitarbeit am Reiche Gottes nicht von Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten bestimmt werden. Wir haben uns unsere Aufgaben nicht kunstreich zu ersinnen. Sie sind uns durch die Natur des Reiches Gottes, des mystischen Leibes Christi gegeben. Die Mahnung des Herrn an die Jünger bei seinem Abschied lautete: Gebet Zeugnis! Leget einfach Zeugnis ab von

dem, was ihr seid und was in euch ist, so wie es die Stunde verlangt. Jede geschichtliche Situation verlangt uns je und je ein anderes, das ihr gemäße Zeugnis ab. Dreihundert Jahre lang hatten die Christen mit ihrem Blute Zeugnis abzulegen. Zu anderen Zeiten war es vordringlich, die Wahrheit zu bezeugen. Unserer Zeitstunde gemäß ist das Zeugnis für den Herrn durch die Liebe.

Die Not ist groß. In Westdeutschland z. B. kommen auf 13 Millionen Erwerbstätige 11 Millionen Unterstützungsbedürftige. Keine Frage, daß der Erweis der großen Liebe die stärkste gewinnende Kraft des Christentums in diesem Augenblick sein würde. Und darum das entscheidende Mittel, wenn man wirklich das Reich Gottes in diesem Lande auferbauen will. Die Liebenden werden die Zukunft gewinnen. Unter dieser Grundstimmung stand alles Werben für die Caritas in Altötting. Man konnte nicht viel Neues über die Caritas sagen. Da ist ja auch nicht viel zu reden. Hier muß gehandelt werden. Doch hat der Arbeitskreis, der sich mit „Not und Nothilfe" beschäftigte, allen katholischen Organisationen und jedem einzelnen die Erkenntnis vor das Gewissen gestellt, mit der in diesem Frühjahr Kardinal Gerlier den Lyoner Kongreß der „Katholischen Werke Frankreichs" beschloß (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., Heft 9, S. 393): „Wir werden uns in Zukunft stets erinnern, daß vor jeder Aktivität die wesentliche Frage diese ist: Bringt sie die Menschen in lebendige Berührung mit Christus, der Quelle der Liebe? Bringt sie zum Ausdruck oder fördert sie in genügendem Maße das Zeugnis der Liebe?"

Die wirklich mächtigen Gegner des Reiches Gottes in unseren Tagen sind die Selbstsucht und der Haß. Darum ist Leben aus der Caritas Gebot unserer Stunde. Alles, was die Seelsorge heute unternimmt, sollte bewußt darauf hinzielen, die Liebe zu wecken, die tätige Liebe.

Dies alles ist selbstverständlich und muß doch immer wieder gesagt werden, nicht zur Belehrung, um so mehr zur Gewissenserforschung. Aber auch die Caritas wirft Fragen auf, Fragen der Dringlichkeit, der rechten Ordnung, der Klugheit, des zielentsprechenden Vorgehens. Altötting befaßte sich besonders mit der Frage, wie der Familie zu helfen sei. Aus einem Referat, das sich mit dem Verhältnis von staatlicher und privater Fürsorge für die Familie abgab, erstand die Einsicht, daß sich hier besonders deutlich zeigt, wie wenig doch der Staat mit seiner reglementierten Hilfeleistung zur inneren Gesundung der Familien beitragen kann. Niemals also wird uns die Caritas von einer noch so vollkommenen staatlichen Fürsorge abgenommen werden. Die materielle und seelische Not zahlreicher Familien in unserer Mitte bleibt uns von Gott auf die Seele gebunden und wird uns zum Gericht. Der Arbeitskreis konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die christliche Verkündigung gegenwärtig nicht genug darin tut, den Gläubigen einzuprägen, daß Christ zu sein und Liebe zu üben ein und dasselbe ist. Nicht als ob immer und nur kollektiert werden sollte. Das verfälscht vielleicht sogar die christliche Caritas. Es handelt sich vielmehr darum, deutlich zu sagen und immerfort dazu anzuleiten, daß alles Christentum ohne persönliches Opfer zugunsten des Nächsten tönendes Erz und klingende Schelle bleibt. Beispielsweise gehörte es sich, daß in die Feier des Erstkommuniontages ein Besuch des Kommunionkindes, und vielleicht seiner Eltern, bei einem armen oder freudlosen Menschen eingegliedert würde. Oder aber, wird in der Jugendseelsorge genug getan, um die Jugend zur Selbstverständlichkeit des caritativen Opfers anzuleiten? Nicht nur theoretisch, — praktisch!

Nächst der Familiennot stand diesem Arbeitskreis das Elend der heimat- und arbeitslosen Jugend vor Augen. Es gibt allein in Bayern 50000 berufslose Jugendliche. Müßte nicht ein katholisches Volk in der Lage sein, sie „aufzunehmen", ihnen Heimat, d. h. in diesem Falle einen Lebensinhalt zu bieten? Fehlt es nicht ganz einfach an dem Bewußtsein und Gefühl, daß die Liebe uns zum Gericht werden wird? Ähnliches gilt von der Not der alten Leute. Man denkt gar nicht mehr daran, daß das Alter die Kontinuität unseres Glaubenslebens und unserer Kultur sichert und dadurch ebensoviel gibt, als es an Betreuung fordert. Auch dies ist ein Signal für den Materialismus, der sich in uns hineinfrißt.

Caritas kann nicht gemanagt werden. Sie wird eine Sache liebender Menschen sein, oder sie wird nicht sein. Es darf nie versäumt werden, denen, die überhaupt für Gottes Gedanken aufgeschlossen sind, zu sagen, daß Gott in diesen Tagen von ihnen erwartet, daß sie sich auch über ihr persönliches Leben hinaus für die Caritas opfern als Diener und Helfer der Kirche in dieser ihrer größten Pflicht.

Hilferuf für die Ärmsten

Zum erstenmal war in Altötting eine Arbeitsgemeinschaft für die Heimatvertriebenen gebildet worden. Es hat drei Jahre gedauert, bis man sich dazu entschloß. Und sogleich zeigte sich, daß hier wieder zwei Nöte voneinander geschieden werden müssen: die allgemeine, vorwiegend soziale Bedrängnis aller Heimatvertriebenen und die unmittelbare religiöse Not der Heimatvertriebenen in Norddeutschland und in der Ostzone. In Zukunft wird das Problem Nr. 1 der deutschen Kirche, die Sorge für diese Diaspora, vom Katholikentag wohl eigens und nicht nur gelegentlich aufgenommen werden müssen. Was über die Diasporaverhältnisse in Altötting gesagt wurde, ist entschieden das Erschütterndste, was da überhaupt gesprochen wurde. Hier ist, man darf es wohl mit Sicherheit behaupten, den deutschen Katholiken die allerkonkreteste Aufgabe gestellt. Merkwürdigerweise wurde sie erst am dritten Tage verhandelt. Da allerdings fand sie in dem Caritasdirektor von Schleswig-Holstein einen ganz eindrucksvollen Anwalt. Das Eindrucksvollste war, wie er den Hörern zu Herzen brachte, daß ja die Diaspora gar nicht jener Klotz am Bein ist, als der sie meist empfunden wird. Diaspora ist die eigentliche „Existenzweise der Kirche". Ist denn nicht Christus als Licht zu den Heiden gesendet? Ist nicht die Kirche aus ihrem Wesen heraus Mission? Und hier nun mit einemmal nicht mehr fern in der Türkei, sondern mitten in unserm eigenen Lande? Hier fiel nun in einer ganz konkreten und nahezu fühlbaren Wahrheit das Wort vom „Gericht", das diese Tatsache für die deutsche Kirche mit sich bringt. Je nachdem, Gericht der Gnade oder Gericht der Gerechtigkeit.

Um nun zu sagen, was denn da augenblicklich geschehen müßte, nannte dieser Redner zunächst die Bitte um eine Erweiterung der „Patenschaften". Sie sind unbegrenzt variabel. Sie können von Gemeinde zu Gemeinde, von Priester zu Priester, von Familie zu Familie, von Mensch zu Mensch, von Jugend zu Jugend gehen, und namentlich sind die Ordenshäuser des katholischen Landes nicht ausgenommen. Doch sollte man sich von vornherein darüber klar sein, daß es sich dabei nicht um ein Abgeben

vom eigenen Überfluß handeln kann (oder womöglich gar um eine wohltätige Verwertung abgelegter Requisiten), sondern um das Wort: „Einer trage des andern Last". Und in diesem Falle ist es eine sehr schwere Last, nur mitzutragen mit wirklich gewichtigen Opfern.

Diese Opfer sind zunächst persönlicher Art. Aus dem Osten kam wieder einmal, wie schon seit Mainz und Bochum, die Bitte: „Gebt uns Priester! Gebt sie uns bald! Gebt sie uns jetzt!" Wieder regte sich die Verwunderung, daß unter diesen Umständen immer noch nicht erreicht worden ist, daß alle deutschen Diözesen einen Prozentsatz ihrer Jungpriester der Diaspora zur Verfügung stellen, während sie Geistliche mit Tätigkeiten beschäftigen, die nach Laienverstand ebensogut von Laien geleistet werden könnten, während sie aber vor allem daran festhalten, daß an der personellen Struktur der Seelsorge im katholischen Land nichts Einschneidendes geändert werden kann.

Dafür kennt allerdings die Diaspora einen neuen Stand von Seelsorgern oder vielmehr Seelsorgerinnen, deren Leistung über jedes Lob erhaben ist. Es wurde gesagt: „Diese Seelsorgshelferinnen muß man immer nur an die Kandare nehmen, damit sie sich nicht restlos verschwenden."

Aber mit diesen Feststellungen kann es ja schließlich nicht sein Bewenden haben. Und es gibt einiges, was jede einzelne Pfarrgemeinde und sonstige katholische Gemeinschaft tun kann, um augenblicklich, also noch vor den kommenden Weihnachten, der Diaspora zu Hilfe zu kommen. Es sollte erreicht werden, daß niemand mehr im katholischen Land ist, ob Pfarrer oder Bauer, ob Kloster oder Schwesternhaus, ob Jugendgruppe oder Pfarrgemeinde, die nicht drüben, in Nord oder Ost, ihr Sorgenkind und Pflegekind hat. „Wer dem Geringsten meiner Brüder ..." (Anschriften sind zu erfragen beim Bonifatiusverein, Paderborn, den Ordinariaten der Diasporadiözesen oder auch — ganz direkt — beim Referenten für dieses Problem: Caritasdirektor Preuß, Neumünster, Holstein).

Der zweite, der soziale Aspekt des Problems der Heimatvertriebenen, der diese Gruppe in ihrer Gesamtheit betrifft, wurde diesmal weniger unter dem Gesichtspunkt einer notwendigen Gesetzgebung oder gar internationalen Regelung als vielmehr praktisch und im Hinblick darauf erörtert, was in den einzelnen Gemeinden zu tun sei. Es bestand Einigkeit darüber, daß es vor allem darauf ankommt, bei allen Beteiligten den religiösen Sinn der Heimatvertreibung und der Aufnahmepflicht stärker als bisher zu wecken und in der Verkündigung zu betonen. Dies ist ja doch offensichtlich die Form, in der in unseren Tagen Christus an die Tür klopft. Es muß alles darangesetzt werden, das christliche Gewissen für diese Tatsache hellsichtig zu machen. Man neigte zu dem Urteil, die Nächstenliebe nehme gegenwärtig noch nicht die Rolle und den Platz in der Predigt und Seelsorge ein, der ihr zukommt. Was das Zusammenleben und Zusammenwachsen der Vertriebenen und der Verbliebenen auf den Dörfern zu fördern geeignet ist, wurde auf Grund reicher und ermutigender Erfahrungen in sehr vernünftigen Ratschlägen von Ottilie Moßhamer, Regensburg, dargelegt. Wir nennen dies Referat mit Absicht, weil es vielleicht sehr vorteilhaft wäre, wenn die Referentin diese Erfahrungen den Landseelsorgern aller Diözesen des katholischen Landes zugänglich machte. Sie zeigte insbesondere, was eine praktische Frauenseelsorge auf dem Lande zu erreichen vermag.

Das öffentliche Leben

Der Katholikentag wollte der Arbeit am Reiche Gottes dienen. Für das katholische Glaubensverständnis heißt das natürlich nie und nimmer, daß die Fragen nach der Gestaltung der irdischen Reiche und Bereiche von der Tagesordnung abzusetzen gewesen wären. Denn für uns gibt es kein „weltlich Ding", weil Christi Königtum ein totales ist. Wohl muß dieses Reich zuerst in den einzelnen Seelen Wurzel schlagen, aber von dieser religiösen Mitte geht der Impuls auf die Gestaltung der Ordnungen. Die Diskussion darüber hätte, wie der am Anfang dieses Berichtes erwähnte Kritiker sagt, vielleicht in einzelnen Arbeitsgemeinschaften über das öffentliche Leben noch zielbewußter daraufhin ausgerichtet werden können, wie denn heute der religiöse Impuls zur Neugestaltung des öffentlichen Lebens gelenkt werden müsse. Statt dessen verlor man sich da und dort in etwas abseitige fachliche Probleme, für deren sachgemäße Erörterung die Gremien in ihrer Zusammensetzung nicht recht geeignet waren. Wir wollen aber gerade das herausheben, was in den einzelnen Kreisen im Hinblick auf das Zentralthema des Katholikentages geleistet wurde.

Politische Verantwortung

Der Staat umschließt und beherrscht das öffentliche Leben als societas perfecta et completa. Darum muß sich der religiöse Wille, der darangeht, die Welt nach seinem Bilde zu gestalten, an erster Stelle auf die Gestaltung des Staates richten.

Wir stehen jedoch augenblicklich zwei großen Hindernissen gegenüber, die diesen Willen lähmen. Eines liegt in der Uneinigkeit derjenigen Katholiken, die sich als Christen um die Politik bemühen. Im Hinblick darauf wurde die Entschließung gefaßt, die zur Einigkeit aufruft und die in der Herder-Korrespondenz wegen ihrer Dringlichkeit bereits vorweg berichtet wurde (vgl. 5. Jhg., Heft 1, S. 12). Man muß sich allerdings, wie auch das Gespräch in diesem Arbeitskreis neuerdings erwies, darüber klar sein, daß dieser Einigkeit noch mehr entgegensteht als böser Wille und Unfähigkeit. Es gibt nämlich kein allgemein gültiges, für alle verbindliches, konkretes, christliches, politisches Leitbild. Man kann den Christen z. B. nicht vom Glauben her auf die gegenwärtige Form der Demokratie festlegen. Innerhalb des katholischen Glaubens hat sowohl ein konservatives wie ein demokratisches politisches Denken Heimatrecht. Der Appell zur Einigkeit kann deshalb nicht von der Sache, sondern nur von der gegenwärtigen Notlage her begründet werden. Uns ist keine andere Möglichkeit gelassen, als den Staat zu stützen und zu entwickeln, den wir haben.

Und hier nun tritt zu der ersten Schwierigkeit die zweite. Das katholische Volk macht keine Ausnahme von der heute so weit verbreiteten und gefährlichen politischen Interesselosigkeit. Sie wird geradezu verantwortungslos, wenn nun auch noch katholische Menschen in die Fanfare der Kritik um jeden Preis einstimmen, die sich unser Staatswesen gefallen lassen muß. Hat man denn vergessen, woher die Unvollkommenheit unserer Zustände kommt? Und was denkt man sich denn eigentlich dabei, was will man Positives erreichen, wenn man mit seiner eigenen Kritik den Chor der öffentlichen Meinung noch verstärkt?

Deshalb ist es vielleicht jetzt eine Frage nach Sein oder Nichtsein, daß alle Führer und alle irgendwie einflußreichen Menschen im katholischen Deutschland das Ihrige tun, um unser gläubiges Volk mit einem „Staatsbewußtsein" zu erfüllen. Ohne ein solches Bewußtsein kann kein Staat bestehen; denn er ist nun eben einmal mehr als ein Apparat, eine technische Anstalt.

Nun kann natürlich dieses Staatsbewußtsein nicht mit einigen Predigten in die breiten Massen getragen werden. Auch hier wieder führt der richtige Weg über die mühsame Schulung des kleinen Kreises, der dann Wirkungen weiterstrahlen muß. So gehört also das „politische Aktiv" zu den Einheiten innerhalb der Laienbewegung, die vordringlich sind. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Im Gegenteil ist es wünschenswert, daß Menschen verschiedenster politischer Auffassung sich zusammenfinden, um das zu entdecken, was sie vom Glauben her einigt.

Auch diese politische Schulungsarbeit wird aus dem Grunde so zögernd angefaßt, weil es an geeigneten Persönlichkeiten fehlt. Und so rief denn der politische Arbeitskreis des Katholikentages von neuem nach der „Katholischen Akademie in Deutschland", die die Führer der Führer bildet. Die katholische Tätigkeit auf diesem Gebiet steht zur Zeit noch im Zeichen verwirrenden Durcheinanders. Hier ist ein Ziel gesetzt, in dem die Zusammenfassung der Kräfte zur Lebensfrage werden kann.

Die eine deutsche Hochschule im Dienst der Lehre und der Forschung ist wahrscheinlich noch ein Fernziel. Augenblicklich aber muß das Bemühen beginnen, die Schlafenden aufzurütteln. Man wird vielleicht psychologisch richtig verfahren, wenn man das Interesse am Staat dadurch weckt,daß man die Belehrung über die Grundrechte des Staatsbürgers in den Vordergrund stellt. In Altötting wurde von bayerischer Seite darauf hingewiesen, daß Artikel 1 des Bonner Grundgesetzes die Menschenwürde als ein Prinzip anerkennt, das selbst auf dem Wege der Verfassungsänderung nicht aufgehoben werden kann. Damit ist die Souveränität nicht nur der Regierung, sondern auch des Parlamentes eingeschränkt. Hier ist ein formulierter Rechtssatz, in dem die Rechtsidee selbst zum Ausdruck kommt. In Bayern gibt es bereits ein Verfassungsgericht, das in Vollzug dieses höchsten Grundsatzes, der auch der dortigen Landesverfassung zugrundeliegt, nicht nur die Gesetze, sondern sogar die Verfassung selbst seiner Kritik unterwirft. So wird dieses Gericht zum Träger der allerhöchsten Gewalt. Die Herder-Korrespondenz verweist für das Nähere auf ihren Bericht im 4. Jhg., Heft 9, S. 415, der aus hervorragender Quelle stammt. Der Ausbau und die Ausübung der Grundrechte ist der gegebene Ansatzpunkt für die Weckung des politischen Interesses und der politischen Erziehung.

Soziale Gerechtigkeit

Von der Politik führt der Gedankengang zum Inhalt der Politik. Was müssen wir in unserm Staat erstreben? Zwei Sachbereiche stehen im Vordergrunde: der sozialwirtschaftliche und der kulturelle, dieser besonders im Hinblick auf die Erziehung der Jugend.

Im sozialen Bereich trifft sich ein vielzitierter Leitsatz von Bochum mit dem Anliegen von Passau: „Der Mensch steht im Mittelpunkt jeglicher volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Betrachtung". Das Problem der menschlichen Beziehungen beherrschte deshalb jenen Teil der Arbeit im sozialen Arbeitskreis, der sich mit den Fragen der wirtschaftlichen Struktur beschäftigte. Sechs Komplexe stehen der „Vermenschlichung" des Betriebslebens entgegen: 1. der wachsende Abstand zwischen Spitze und einfachem Mann, 2. die fortschreitende Zerlegung des Produktionsganges in kleinste Arbeitsvorgänge, 3. die — damit verbundene — Vorrangstellung der Arbeitsfunktion vor dem sie ausübenden Menschen, 4. die Propaganda, die sich die Schwierigkeiten zunutze macht und von außen den Betrieb ersetzt, 5. die Unsicherheit bezüglich der Erhaltung des Arbeitsplatzes, 6. die ungenügende Sicherung gegen Invalidität, Alter und Schicksalsschläge.

Man soll also die schönen Reden über Zusammenarbeit „auf der Basis von Gerechtigkeit und Vertrauen" sich nunmehr gegenseitig erlassen und sogleich in medias res, d. h. in die Unterhaltung über diese 6 Punkte eintreten. Dabei sollen folgende Gegenstände nicht vergessen werden: Lehrlingsausbildung, Frauenarbeit, Ertragsbeteiligung, Arbeitshygiene, Zumutbarkeit der weiteren Rationalisierung. Und für die Wahl der Teilnehmer an allen diesen Gesprächen wird empfohlen, die kritischen Elemente der Arbeiterschaft nicht aus- sondern einzuschalten. Natürlich kam auch der Wirrwarr um das Mitbestimmungsrecht in Altötting zur Sprache. Im Einvernehmen mit dem Zentralkomitee gehen wir darauf nicht ein, sondern empfehlen unseren Lesern, auf die demnächst über diese Sache berichtende Broschüre zu achten, die vom Zentralkomitee selbst herausgegeben werden wird. Die Sache selbst hat einige Ähnlichkeit mit der Quadratur des Zirkels, wenn man nämlich einerseits die aus dem Eigentumsrecht erwachsende Dispositionsfreiheit des Unternehmers fordert und andererseits sie gegenüber der willkürlichen Benachteiligung des Arbeiters beschränken will.

Es läßt sich nicht umgehen, daß der Staat sich in unserer Lage mit der Ordnung des Wirtschaftslebens eingehend beschäftigt. In diesem Zusammenhang sei eine Bitte der katholischen Parlamentarier hier weitergegeben: man möge ihnen doch das für solche Gesetzgebung notwendige Material liefern, d. h. sie viel intensiver informieren, als es bisher der Fall zu sein scheint. Man wendet sich bei uns wohl mit allen möglichen und unmöglichen persönlichen Bitten an die Abgeordneten, aber man hält es anscheinend nicht für der Mühe wert, ihnen sachliche Unterlagen einzureichen.

Das soziale Problem konkretisiert sich, was die Gesetzgebung betrifft, in Deutschland in diesem Augenblick vor allem auf das Gesetz über den Lastenausgleich. Hierzu wurden in Altötting folgende Thesen aufgestellt und anerkannt: Der Lastenausgleich muß im Zusammenhang mit der Sicherung der gesamten Soziallast des deutschen Volkes gesehen und geregelt werden. Er darf die Volkswirtschaft nicht funktionsunfähig machen. Wer festen Boden unter den Füßen hat, scheidet *zunächst*, ungeachtet der Höhe seines Schadens, aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten aus. Die Freibeträge der Abgabepflichtigen müssen sozial gestaffelt sein. Naturalabgaben sind durch besondern Anreiz zu fördern. Arbeitsfähige erhalten ihre Hilfe hauptsächlich in der Form einer richtigen beruflichen Einordnung. Für die grundsätzliche Lösung dieses schicksalhaften Problems ist es von großer Wichtigkeit, zu berichten, daß darüber Einigkeit besteht, daß der Lastenausgleich nicht unter dem Gesichtspunkt

der kommutativen, sondern der distributiven Gerechtigkeit durchzuführen sein wird.
Wir haben die Pflicht, in dieser Sache vor allem darauf hinzuweisen, daß es nach den Erkenntnissen dieses Arbeitskreises höchst fruchtbar sein würde, den Lastenausgleich mit der Bodenreform und Siedlungsförderung zu verbinden. Dadurch könnte er zur Grundlage einer Gesellschaftsreform werden, statt nur Flickarbeit zu leisten, er könnte Lebensraum organisieren, statt nur die Fristung des Lebens anzustreben. Er könnte Fürsorge in Sozialreform wandeln.
Aus der Arbeit des Sozialausschusses ergibt sich eine Anregung an die Organisatoren der Katholikentage. Es hat sich gezeigt, daß die Fragen des sozialen Lebens so differenziert sind, daß nur ein kleiner Teil der Teilnehmer jeweils in der Lage war, dem speziellen Inhalt der Vorträge und Diskussionen wirklich sachkundig zu folgen. Man muß sich darüber klar werden, daß sachliche Detailfragen nur von Sachkennern erfolgreich gelöst werden können; und deren gibt es bei der Vielfalt der sozialen Materie jeweils immer nur sehr wenige. Was man tun könnte, wäre dies, vor einem weiteren Kreis über die in der vorvergangenen Periode auf den einzelnen Gebieten geleistete Arbeit und die Fortschritte zu berichten, oder aber sich auf die Erörterung eines bestimmten Sachgebietes unter Kennern der Materie zu beschränken. Die „Soziale Frage" ist zu vielschichtig, als daß sie in einem einzigen Arbeitskreis behandelt werden könnte.

Erziehungsfragen

Die Besprechung über die Anliegen, die sich aus dem Reich-Gottes-Gedanken für das Gebiet der Erziehung ergeben, konnte unter Teilnahme mehrerer prominenter Vertreter der staatlichen Unterrichtsverwaltungen vor sich gehen. Damit war allerdings das Ergebnis verbunden, daß der kleine und konkrete Bereich, in dem die Erziehung tatsächlich vor sich geht, durch die Debatte über Fragen der allgemeinen Ordnung des Erziehungswesens in den Hintergrund des Gesichtsfeldes gedrängt wurde.
Immerhin zeitigte auch diese Diskussion gewisse Richtlinien, nach denen unsere Initiative sich auswirken kann. Es ist eine Konsequenz verschiedener Grundsätze der katholischen Soziallehre, daß die Bildung und Erziehung der Jugend durch die unmittelbar Verantwortlichen bestimmt werden sollte. Wir haben aber in Deutschland praktisch das staatliche Schulmonopol. Es gilt zunächst, sich darüber klarzuwerden, wie es eigentlich sein sollte. Man muß unterscheiden zwischen Bildungspflicht, Schulpflicht und Pflichtschule. Über die Bildung zu wachen, die unter den heutigen Umständen für ein bürgerliches Leben notwendig ist (der Mensch hat ja in dieser Welt der Gemeinschaft zu dienen), ist eine naturrechtliche Aufgabe des Staates. Auch muß zugestanden werden, daß diese Bildung heutzutage regelmäßig wohl nur in einer Schule erworben werden kann. Es besteht also Schulpflicht. Daß aber der Staat seine Schulen aufoktroyiert, ist in nichts begründet als in einer bestimmten geschichtlichen Entwicklung, in einer bestimmten politischen Absicht und in — was man nicht übersehen darf — einem bestimmten Zivilisationsstandard, der die Unterhaltung ausreichender Schulen zu einer überaus kostspieligen Sache macht. Im Hinblick auf diese Gegebenheit sagte ein Redner, daß dem Staate im Erziehungsbereich heute sicherlich gewisse „subsidiäre" Rechte zugestanden werden müssen, die ihm von Naturrechts wegen nicht zukommen.
Man wird also zwar wohl Freiheit und Unterstützung der Privatschulen fordern müssen, aber man wird im großen und ganzen mit der Staatsschule als der Normalform zu rechnen haben. Doch ist es sehr wohl denkbar, daß das gegenwärtige Prinzip der Alleinherrschaft der Ministerien und ihrer untergeordneten Organe in den Staatsschulen durch eine stärkere Selbstverwaltung ersetzt werden könnte, und hierauf zielen verschiedene neuere Entwürfe, die namentlich in Nordrhein-Westfalen entstanden sind. Es herrschte zwar die Ansicht, daß diese Entwürfe noch nicht genügend ausgereift und noch viel weniger — naturgemäß — auf einen Schlag zu verwirklichen sind· denn nirgendwo ist so wie im Erziehungswesen eine langsame und organische Entwicklung der Dinge geboten. Damit es aber überhaupt zu einer solchen komme, muß man in der katholischen Laienbewegung daran denken, die jetzt schon durch die Elternbeiräte gebotenen Ansätze zu einer kommenden Selbstverwaltung zu nutzen und vor allem die innere Anteilnahme der Elternschaft an der Schulerziehung zu wecken. Die Grundsätze des päpstlichen Erziehungsrundschreibens „Divini illius magistri" vom 31. 12. 1929 müssen Verbreitung finden.
Hinsichtlich der kommenden Schulselbstverwaltung ist es ferner notwendig zu klären, wer denn zu den berufenen Trägern einer solchen autonomen Gewalt gehöre. Die naturrechtlichen Träger der Erziehungsgewalt sind Elternhaus, Kirche und Staat. Andere Erzieher können wohl in privater Konkurrenz auftreten, jedoch keinen Erziehungsanspruch geltend machen, der nicht von einem dieser naturrechtlichen Erziehungsträger abgeleitet wäre. Dies wurde vor allem gegenüber den Gewerkschaften und Berufskammern hervorgehoben. Es muß gerade das Ziel der Schulselbstverwaltung in den staatlichen Schulen sein, diese Schulen von der unberufenen Einmischung parteipolitischer und interessengebundener Machtgruppen freizukämpfen, die bei der gegenwärtigen Schulverfassung unter Umständen auf dem Wege über Parlament und Ministerien die Schulen in einem Sinne beeinflussen können, der mit dem Willen der berufenen Erziehungsberechtigten nichts zu tun hat oder gar ihn mißachtet.
Auch in diesem Kreise wurden die Katholiken aufgerufen, sich — unter Wahrung des Grundsatzes der Schulfreiheit — praktisch zur Zusammenarbeit mit den staatlichen Schulverwaltungen zu entschließen, die in den meisten deutschen Ländern sich einem solchen Entgegenkommen nicht versagen werden.

Volksbildung

Schon verschiedentlich wurde in unserm Bericht darauf hingewiesen, wie viele wichtige Aufgaben der Schulung und Bildung sich aus der Lage der Dinge ergeben. Sie wurden in einem eigenen Arbeitskreise systematisch erörtert. Eine Schulung der Erwachsenen scheint vor allem mit folgenden Zielen notwendig zu sein: Glaubensschulung als Einführung in die Glaubenswirklichkeit; Weltanschauungskunde in Beobachtung dessen, was gegenwärtig in Naturwissenschaft, Anthropologie, Soziologie und Geschichte vorgeht; Verbindung der fachlichen Eigenwelt der einzelnen Berufsgruppen mit der umgreifenden Weltlage; Eröffnung tieferer Schichten des Menschen in

gegenwartsnaher musischer Bildung; endlich, gemäß Adalbert Stifters Wort: „Bildung ist Umgang", eine Erziehung zu echtem Gemeinschaftsleben. Die Verwirklichung solch hochgespannter Ziele setzt eine gewisse Bildungsform voraus. Von Versammlungen, Tagungen und Vorträgen darf man sich nicht sehr viel versprechen. Heimschule, Arbeitsgemeinschaft und Volkshochschulkurs erfassen zwar kleinere Kreise, geben ihnen dafür aber auch etwas Bleibendes. An die Inhaber geeigneter Häuser erging die Bitte, Stätten der Besinnung zu schaffen, wohin der geistige und religiöse Mensch aller Volksschichten sich zurückziehen könne, um dort nicht nur Ausspannung und Erholung, sondern zugleich geistige Anregung zu empfangen.

Als volkserzieherische Kraft von großer Mächtigkeit wurde in Altötting auch die Kunst gewürdigt. Dabei fiel der bedenkenswürdige Satz: Das christliche Kunstwerk kann nicht naturalistisch sein, wenn es das christliche Gottes-, Welt- und Menschenbild ausdrücken soll. Und andererseits muß auch ein solches Kunstwerk, will es erzieherisch wirken, dem Erlebnis dienen. Es muß also aus dem Gefühl der Zeit heraus geboren werden und das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit ihr enthalten. Es muß dem Leben nahe sein, ohne das Leben auf kitschige Weise zu imitieren. Um zu solchen Kunstwerken zu gelangen, werden die Künstler ihren Individualismus aufgeben und sich wieder in die Gemeinschaft, wie auch unter das Wort Gottes stellen müssen. Und die Auftraggeber, namentlich der Klerus, werden sich bemühen müssen, zu erkennen, daß Kitsch nicht nur geschmacklos, sondern entnervend und sittlich verderblich wirkt.

Eine Debatte über das Verhältnis von Religion und Wissenschaft kann in ihrem Ergebnis ganz kurz dahin zusammengefaßt werden, daß man nicht von christlicher Wissenschaft sprechen sollte, dafür aber um so mehr den christlichen Wissenschaftler bilden. Für alle akademischen Berufe ist eine theologische Bildung zu fordern, für die freilich die Theologen erst einmal die Sprache werden erlernen müssen. Nur so wird auch Deutschland jener Reichtum an Laientheologen verschiedenster Fachprägung geschenkt werden, um den wir die Katholiken Frankreichs beneiden.

Blick in die Ferne

Das Reich Gottes „zuerst" darf nie in die Kirchturmsperspektive herabgezerrt werden. Es wächst nicht nur in Deutschland. Man würde eines der innersten Prinzipien seiner Physiologie verkennen, wenn man sich durch die eigene Not verführen ließe, nur mehr auf diese eigene Not zu starren, und wenn man infolgedessen nicht mehr bedächte, daß auch die deutschen Katholiken in die Welt hinaus Gebende sein und bleiben müssen. Es ist ja nicht nur ein Gesetz christlicher Liebe, daß der Arme des noch Ärmeren gedenken soll — wer denkt bei uns an eine Hilfe für Korea? — sondern es gibt auch ein Gesetz der Wechselwirkung, nach dem die Hinwendung auf das Ganze zum Segen des einzelnen Gliedes wird.

So soll man heute in Deutschland an die Weltmission denken. Sie ist nicht gut aufgehoben in einer Stimmung sentimentalen Mitleides mit den armen Negerkindern, sondern hat ihren Platz in der Mitte organischen katholischen Bewußtseins, d. h. im Dogma vom Corpus Christi mysticum. Wendet man dies Dogma an, dann wird die Kirche in Deutschland um so gesegneter sein, je mehr sie sich an die Weltmission hingibt.

Es bleibt sehr viel, ja außerordentlich viel zu tun, bis diese Wahrheit in diesem Lande wieder mit einem Eifer verwirklicht wird, wie er einstmals den deutschen Katholizismus auszeichnete. Der Altöttinger Missionskreis mußte mit einiger Betrübnis feststellen, daß der Klerus im ganzen zur Zeit sehr zurückhaltend ist. Man empfindet die Bitten der Missionsträger als Belastung und als Konkurrenz mit den eigenen Sorgen. Mit anderen Worten: die engen und beengenden Sorgen haben ihm die frühere Großzügigkeit geraubt. So wendet sich denn der missionsfreudige Kreis des Deutschen Katholikentages vor allem an den Klerus mit der Bitte, die Wahrheiten des Evangeliums und der Dogmen über die Mission zu betrachten und im Vertrauen auf den Herrn bei den Laien die frühere Missionsbegeisterung wieder zu erwecken, die latent auch heute vorhanden ist. Die Professoren der Theologie wurden gebeten, schon dem theologischen Nachwuchs den genügend großen Begriff von der Mission im ganzen der kirchlichen Sendung einzuprägen. Bezeichnend für den derzeitigen Stand des Missionsanliegens ist es, daß bei der Fuldaer Bischofskonferenz nicht einmal ein Referent für die Missionen existiert.

Auch die Schriftleiter der kirchlichen Presse, insbesondere der Jugendzeitschriften wurden aufgefordert, den Missionen den gebührenden Raum zu geben und ihre Leser dauernd für ihre Anliegen wachzuhalten. Die Pressestelle der Päpstlichen Missionswerke in Aachen ist bereit, sie dabei in gewünschter Weise zu unterstützen.

Nicht nur die Ausbreitung des Reiches Gottes in die Heidenwelt hinein, sondern auch der Zusammenhang mit den anderen Teilen des Corpus Christi, das heißt die Fühlungnahme mit den Katholiken anderer Länder und Erdteile, gehört unter die wesentlichen Lebensfunktionen katholischer Gemeinschaft. Dabei liegen uns zunächst die deutschen Landsleute im Ausland am Herzen. Die Auswanderung wird in einiger Zeit größere Bedeutung erlangen, worauf man sich allmählich seelsorglich vorbereiten sollte. Bis dahin aber gehört es zu den Pflichten der Heimatgemeinden, mit ihren fernen Gliedern in Verbindung zu bleiben.

Die Zusammenarbeit mit den katholischen Organisationen und Glaubensbrüdern des Auslandes bahnt sich von Jahr zu Jahr stärker an. Doch sollte man nicht auf das warten, was uns durch den Zufall geboten wird, sondern selbst die Verbindung suchen. Die deutschen Katholiken müßten es zuwege bringen, eine Vermittlungsstelle zu schaffen, die sich der Pflege der Auslandsbeziehungen systematisch annimmt. Diese Stelle könnte zugleich die Auswanderungslustigen beraten und ihnen Wege bahnen. Daneben aber ist es wichtig, daß Ausländer zu uns kommen und wir zu ihnen; denn auch hier steht „der Mensch im Mittelpunkt" aller Bemühungen. Dafür wurde in Altötting etwas sehr Praktisches angeregt, nämlich der Austausch von Söhnen und Töchtern deutscher Familien mit den Kindern ausländischer Glaubensgenossen. Wer wird diesen Beitrag zur internationalen Verständigung zu einem Anliegen seines Apostolates machen?

In seiner Gesamtheit steht der deutsche Katholizismus sodann in diesem Augenblick vor der Frage, was er zu tun gedenkt, um die Vereinigung Europas zu fördern, die doch gewiß ein Anliegen der weltumspannenden Katholizität ist. Es ist z. B. ganz aufschlußreich, daß im Straßburger Europarat unter 125 Abgeordneten nur 63 getaufte Katholiken waren, von denen die Bundesrepu-

blik im ganzen sieben zu stellen vermochte. Wie wird wohl unter solchen Umständen das Vereinte Europa weltanschaulich geprägt sein? Niemand wird leugnen, daß der Ernst der Bemühungen um die Vereinigung des Kontinents von den Katholiken Deutschlands entweder noch nicht erkannt oder jedenfalls nur sehr matt gefördert wird. Immerhin tauchte in Altötting bereits der Gedanke eines „Europäischen Katholikentages" auf und es wurde die Vorbereitung für einen Kongreß in kleinerem Rahmen besprochen, der im Herbst 1951 in Straßburg stattfinden soll. Im ganzen ist der Stand des Interesses für internationale Zusammenarbeit im deutschen Katholizismus unbefriedigend, zumal dann, wenn man ihn der reichen Aktivität gegenüberstellt, die andere Kreise hierin entfalten.

Ein eigener Arbeitskreis lenkte in Altötting die Aufmerksamkeit darauf, daß die Katholiken die Pflicht haben, in der Trennung des deutschen Volkes die Sehnsucht nach der Einheit zu wahren, zunächst die Einheit zwischen West und Ost. Diese Sehnsucht droht in Romantik auszuarten, während in Wirklichkeit die Selbstsucht und Selbstbeschränkung verhindert, daß sie zur tätigen Unruhe wird. Wie ist es mit dem Pauluswort: „Wo ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit?" Umfaßt eine drängende Liebe die Leidenden: schon die Leidenden in unmittelbarer Nachbarschaft und der nordischen Diaspora, dann die in der Ostzone, schließlich die in den Ländern der östlichen Nachbarschaft? Ob nicht vielleicht diese Frage, um die sich der wenig beachtete letzte Arbeitskreis des Katholikentages mühte, der Gewissenerforschung in Zukunft am meisten bedarf?

Die Feier des 25jährigen Bestehens der JOC in Brüssel

Schon in einer Vorschau auf die Ereignisse des gegenwärtigen Jahres hatte der Heilige Vater im vorigen Jahr seiner Freude darüber Ausdruck verliehen, daß das 25-jährige Bestehen des bedeutendsten Zweiges der Katholischen Aktion, der Bewegung der Christlichen Arbeiterjugend, mit der Feier des Heiligen Jahres zusammenfiel. Anfang September fand die große Jubiläumsfeier der JOC in Brüssel, in der Hauptstadt ihres Ursprungslandes, statt. Sie gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung. Über 100 000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen aus 53 Nationen nahmen an dem Internationalen Kongreß teil, und in ihrer Mitte befand sich der Gründer der Bewegung, Kanonikus Cardijn. Im Rahmen dieser Festlichkeiten gab die Leitung der JOC eine Botschaft an die ganze Welt heraus, die folgenden Wortlaut hat:

Die Botschaft der JOC auf dem Brüsseler Kongreß

Wir Jocisten und ehemalige Jocisten Belgiens, zu 100 000 auf dem Jubiläumskongreß versammelt, eng verbunden mit den 600 000 jungen Arbeitern und Arbeiterinnen des Landes und vereint mit Tausenden von Abgesandten, die aus mehr als 40 Ländern der Welt gekommen sind, proklamieren feierlich:

Die Berufung jedes Menschen

Jeder junge Arbeiter, jede junge Arbeiterin aus jeder Nation oder Rasse, ohne irgendwelche Ausnahme, ist eine menschliche Persönlichkeit, ein Kind Gottes.

1. Diese hervorragende und unverletzliche Würde muß von allen Einzelmenschen und Institutionen anerkannt und respektiert werden.
2. Jeder junge Arbeiter, jede junge Arbeiterin hat eine persönliche Berufung und eine zugleich menschliche und göttliche soziale Sendung, die ihr irdisches Leben bestärkt und ihre Krönung in der Ewigkeit erfährt.
3. Jeder junge Arbeiter, jede junge Arbeiterin muß ausgebildet, beschützt und gefördert werden, um ihre Würde und Berufung zu entdecken und zu verwirklichen.

Vorbereitung auf das Leben

Die Anerkennung und Würdigung dieser grundlegenden Werte müssen sich konkretisieren in einem Ganzen von Situationen und Einrichtungen, die jedem Jungarbeiter und jeder Jungarbeiterin die Achtung vor ihrer Person und die Möglichkeit einer vollkommenen Ausbildung garantieren — vor allem zwischen dem 13. und 25. Lebensjahr, dem wichtigsten Alter für die Erziehung.

Schutz und Ausbildung des Jungarbeiters und der Jungarbeiterin erfordern:

1. Eine vernünftige Vorbereitung auf das Arbeitsleben: vor allem durch eine ernsthafte Vorbereitung auf dieses in den letzten Schuljahren; durch allgemeine Einführung einer Berufsberatungsstelle; durch die Möglichkeit, eine geeignete und wirklich gründliche berufliche und technische Ausbildung zu finden; durch Förderung der Bewegungen und Einrichtungen, die der Arbeiterjugend eine Vorbereitung auf das Leben und die Arbeit sichern, von seiten der öffentlichen und privaten Stellen.

Vorbereitung auf die Arbeit

2. Eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die die Stabilität der Arbeit sichert, das Alter der Jugendlichen in Betracht zieht und die Lehrlingsstellen fördert: vor allem durch eine Politik der Vollbeschäftigung, die die Arbeitslosigkeit der Jugend beseitigt; durch Arbeitsbedingungen, die die körperliche, sittliche und geistige Entwicklung der Jugendlichen in Betracht zieht, insbesondere bei den Arbeiten der jungen Arbeiterinnen und bei der Arbeit an der Kette, im Rekord oder Akkord; durch ein rationelles und fortschrittliches Lehrsystem, das die theoretischen und praktischen Elemente des Berufs umfaßt und das in den Rahmen der normalen Arbeitszeit von 8 Stunden am Tag und 48 Stunden in der Woche eingeordnet ist.

Vorbereitung auf das Familienleben

3. Eine Vorbereitung auf das Familienleben: besonders durch die Aufrechterhaltung einer Atmosphäre im öffentlichen Leben, die den Adel und die Würde der Liebe, der Ehe und der Familie respektiert, zumal in Schriften, Zeitungen, Schauspielen und Filmen; durch Einführung der jungen Arbeiterinnen in ihre frauliche Aufgabe, Ausbildung für Haushalt und Familie, die schon auf der Schule beginnt und bis zur Ehe fortdauert; durch wirksame Ermutigung der Jugendlichen zum Sparen im Hinblick auf ihre zukünftige Familiengründung; durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die materielle und geistige Entwicklung der Arbeiterfamilie fördert; durch wirksame Unterstützung der Bewegungen und Institutionen, die die Erziehung und Vorbereitung auf die Familie pflegen.

Zugang zu allen menschlichen Werten

4. Bildungsmöglichkeiten und Ausnutzung der Freizeit und des Urlaubs, die genügende Erholung und die Wei-

terbildung aller menschlichen Werte erlauben: besonders durch Erleichterung und Verbesserung der Kurse der beruflichen und technischen Abendschulen und durch Abschaffung der Sonntagskurse; durch wirksamen Schutz gegen kommerzielle Ausnutzung des Sportes, der Wetten und solcher Zerstreuungen, die die persönliche Würde und wahre menschliche Kultur gefährden; durch Maßnahmen, die den Jugendlichen aus den Arbeiterschichten den Zugang zu den Reichtümern der Kunst und des Geistes, dem Erbe der Zivilisation erschließen; durch Unterstützung jener Jugendbewegungen, die die jungen Arbeiter mit dem Ziel allseitiger Erziehung zusammenfassen, von seiten der öffentlichen und privaten Stellen.

5. Die absolute Achtung vor der Freiheit des Gewissens, besonders die Achtung der Gewerkschaftsfreiheit, die Achtung der persönlichen Überzeugungen, die Achtung des religiösen Lebens.

Appell an die Verantwortlichen

Wir Jocisten und ehemalige Jocisten Belgiens erheben auf diesem Jubiläumskongreß einen dringenden Appell an die öffentlichen und privaten Autoritäten, an die Eltern- und die Familienbewegungen, an das Lehrpersonal, an die Berufsorganisationen, an die gesamte öffentliche Meinung, daß alles getan werden möge, um die wesentlichsten Bedürfnisse des Schutzes und der Bildung der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen des Landes zu befriedigen.

Alle diese Maßnahmen, Reformen und Einrichtungen verlangen, um wohltätig und wirksam zu sein, die freie, stolze, freudige und ausdauernde Mitarbeit jedes Arbeiters, jeder Arbeiterin. Jeder einzelne von ihnen ist der Verantwortliche und der erste Schmied seines Glücks.

Jeder Jungarbeiter, jede Jungarbeiterin schuldet es sich und der Gemeinschaft, aus allen Kräften darum zu kämpfen, ihre persönliche Würde, ihre menschliche Aufgabe und göttliche Berufung zu entdecken und zu verwirklichen.

Jeder von ihnen schuldet es sich selbst und seinen Arbeitsbrüdern und -schwestern, sich einer Jugendbewegung anzuschließen, die zugleich eine Bewegung der Erziehung, der gegenseitigen Hilfe, der Verteidigung und der Repräsentation ist.

Jeder schuldet es der Arbeiterklasse, sich den Organisationen der Arbeiterbewegung, insbesondere den Gewerkschaften anzuschließen.

An alle Jugendlichen

Darum richten wir einen brüderlichen Aufruf an alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen des Landes, sie möchten sich der Bewegung der Christlichen Arbeiterjugend anschließen, um ihre ganze Verantwortlichkeit zu entdecken und auf sich zu nehmen.

Unser Glaube

Als Jocisten und ehemalige Jocisten sind wir an erster Stelle verantwortlich für die Verwirklichung dieser Botschaft.

An allererster Stelle verkünden wir öffentlich unseren Glauben an Gott, unsere Liebe zu Christus, unsere Treue gegenüber der katholischen Kirche.

Im Bewußtsein dessen, was jeder Arbeiter und die ganze Arbeiterklasse wie niemals in der Vergangenheit an Verantwortung auf sich zu nehmen berufen ist, verpflichten wir uns, uns für diesen Aufstieg der Arbeiterwelt einzusetzen.

Über alle Grenzen, alle Rassen, alle Klassen hinweg geht unsere brüderliche Liebe zu allen Menschen.

Wir wollen mit allen unseren Kräften für den Frieden in der Welt und für das Wohl der ganzen Menschheit arbeiten.

Das ist der Sinn des Gelöbnisses der christlichen Arbeiterjugend, das wir gemeinsam erneuern wollen. Unser Herr und seine Mutter mögen uns helfen, es getreu zu erfüllen.

Die Gleichberechtigung der Frau und ihre Grenzen im Familienrecht

Durch die programmatischen Sätze des Bonner Grundgesetzes (BGG) in Art. 3, Abs. 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt" und in Abs. 3: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes ... benachteiligt oder bevorzugt werden", deren Verwirklichung durch den Gesetzgeber bis zum 31. 3. 1953 zu erfolgen hat (Art. 117 BGG), ist die Diskussion über die Gleichberechtigung der Frau im geltenden Recht in Wiederholung jener Erörterungen, die schon nach dem ersten Weltkriege erfolgten, wieder in Gang gebracht. Es geht hier um entscheidende Fragen, insbesondere im Familienrecht, die nicht nur von rechtspolitischen, sondern wesentlich von weltanschaulichen Gesichtspunkten beeinflußt werden.

Das geltende Recht ist reformbedürftig

Die gegenwärtige Stellung der Frau in Deutschland wie in den meisten anderen Kulturstaaten ist charakterisiert durch den Zwiespalt zwischen den tatsächlich an die Frau gestellten Forderungen einerseits und den ihre soziale Stellung regelnden Normen andererseits, Normen, die vielfach noch einer früheren Entwicklungsphase entsprechen. Die „Emanzipation" der Frau, ihre wesentlich veränderte Stellung im öffentlichen und privaten Leben, ihr Einsatz und ihre Bewährung in jahrelanger Kriegs- und Notzeit, das Hineindrängen in Aufgabenbereiche, die vor wenigen Jahrzehnten von der Frau weder erwartet noch gefordert wurden, sind Tatsachen. Der Forderung auf Angleichung des positiven Rechts an diesen Strukturwandel des sozialen Lebens wird sich niemand verschließen können.

Die Rechtsreform hat auf der natürlichen Lebensordnung aufzubauen

Die Reformarbeiten müssen aber von der Erkenntnis ausgehen, daß Änderungen des geltenden Rechts entsprechend dem wahren Sinne des Verfassungsgebotes so erfolgen, daß die verschiedenen in Betracht kommenden Lösungen der natürlichen Lebensordnung entsprechen. Nur dann können sie den von der Verfassung gewollten Grundsatz der Gleichberechtigung realisieren. Dabei muß Klarheit darüber herrschen, daß Gleichberechtigung nicht prinzipielle Gleichmacherei, nicht mechanische Gleichstellung bedeuten kann. Es gilt, die Anerkennung gleichen Wertes, nicht die Zuteilung derselben Positionen zu verwirklichen. Die Gleichstellung hat unter sinnvoller Berücksichtigung der Geschlechtsverschiedenheit und der naturgegebenen Unterschiede zwischen Mann und Frau zu erfolgen, nicht aber unter radikaler Verwirklichung der Forderung nach uneingeschränkter Erweiterung der Individualrechte der Frau. Es gilt Gleiches gleich und Ver-

schiedenes nach seiner Eigenart zu behandeln. Nicht Willkür, sondern lebensnahe Vernunft muß Leitstern der Reform sein.

Im Bereiche der Familie haben diese Gedanken ihre besondere Bedeutung. Denn hier erhält die Verwirklichung des Gleichberechtigungsgrundsatzes Richtung und Begrenzung durch die Familienbezogenheit der Frau, durch ihre Zugehörigkeit zum Familienverband. Ehefrau und Mutter sind nicht als Individuum des allgemeinen Rechts, sondern als Glied einer vom Grundgesetz unter besonderen Schutz gestellten natürlichen Lebensordnung zu sehen (Art. 6 BGG, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt). Hinsichtlich der Beziehung des Art. 3 Abs. 2 zu Art. 6 BGG muß deutlich herausgestellt werden, daß bei einem Widerstreit zwischen beiden Bestimmungen Art. 6 BGG als Sondertatbestand in jedem Fall den Vorzug hat.

Das natürliche Ordnungsbild der Familie

Wesentliches Merkmal der natürlichen Ordnung der Familie ist die auf der Geschlechtsverschiedenheit beruhende totale und dauernde Verbindung von Mann und Frau mit dem primären Zweck der Fortpflanzung des Menschengeschlechts und der Erziehung der Kinder bis zu ihrem Vollendungszustand. Die wechselseitige Familienbezogenheit ihrer Glieder macht die Familie zur Einheit im Rechtssinn. So war es im älteren deutschen Rechte, in dem diese vollkommene Einheit durch die Munt des Mannes, die alle in der Hausgenossenschaft vereinten Personen seiner Hausgewalt unterstellte, und die Schlüsselgewalt der Frau verkörpert wurde. Die Munt als Vertretungsmacht nach außen und die Schlüsselgewalt zur Vertretung im Innenbereiche waren der Ausdruck der Vertretung für diese Genossenschaft (hierarchische Ordnung). Der Einbruch des spätrömischen Rechts mit dem Prinzip der Gleichheit des Individuums zerschlug dieses natürliche Ordnungsprinzip. Ihrer Natur nach heben sich Mundialprinzip und Prinzip der Gleichheit des Individuums auf: in diesem sind die Menschen als natürliche Glieder in Beziehung zu einem Ganzen (der Familie) gesetzt, in jenem stehen sie als freie Individuen, unabhängig voneinander, durch freien Willensakt in Beziehung zueinander. Das geltende Recht stellt einen Kompromiß zwischen beiden Prinzipien dar.

Die hierarchische Ordnung im geltenden Recht

Soweit es sich um Verlöbnis, Eheschließung, Ehescheidung, Geschäfts- und Prozeßfähigkeit der Frau handelt, ist die Gleichstellung durchgeführt. Entsprechend dem alten natürlichen Ordnungsbild ist das Mundialprinzip in der Entscheidungsgewalt des Mannes in den das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten und im Bereiche der elterlichen Gewalt (§§ 1354, 1627, 1634 BGB) besonders sichtbar erhalten. Auf Grund der hierarchischen Ordnung ist der Mannesname Familienname, teilen Frau und Kinder Wohnsitz, Wohnort, Staatsangehörigkeit und Unterstützungswohnsitz des Mannes, trägt der Mann die ehelichen Lasten gegenüber der Verpflichtung der Frau zur Leitung des Haushaltes und zur Arbeit im Haushalt und Betriebe des Mannes, wird das Frauen- und Kindesvermögen grundsätzlich der Verwaltung und Nutznießung des Mannes unterstellt.

Es dürfte kaum möglich sein, diese im positiven Recht verankerte hierarchische Ordnung, von der Familie her gesehen, im Prinzip als überholt anzusehen. Denn bei bestehender Ehe ist das Übergewicht des Vaters in der Natur der Dinge begründet, in der Natur selbst, von der Jahrhunderte hindurch unsere christliche abendländische Auffassung ausgegangen ist, es auch heute noch tut und es weiter wird tun müssen. Da Art. 6 BGG diese gegebene natürliche Ordnung der Familie schützen will, würde eine Beseitigung der Hierarchie unter allen Umständen den Art. 6 verletzen. Ziel der Reform soll eine gerechte Neuordnung im Sinne der Gleichheit sein. In Ehe und Familie kann es aber Gleichberechtigung ohne hierarchische Ordnung nicht geben.

Ohne Autorität in der Familie keine Autorität des Staates

Der Staat baut sich von innen heraus auf. Daher ist die Familie seins- und vernunftsnotwendige Ursprungszelle des Staates. Ohne die Autorität in der Familie gibt es keine Staatsautorität. Denn nur in der Familie können die heranwachsenden Kinder lernen, wie Zucht und Freiheit miteinander gehen, wie das Individuum sich einordnen und opfern muß für die höhere Gesamtpersönlichkeit. Bei den Massen zieht der Geist der Achtung vor der öffentlichen Autorität nur ein, wenn das heranwachsende Geschlecht die volle Autorität der Familie durchempfunden hat. Daher ist die hierarchische Ordnung der Familie ein Gebot der Vernunft.

Die Anpassung des persönlichen Eherechts und ehelichen Güterrechts an den Grundsatz der Gleichberechtigung

Die Forderung der Frau auf Stärkung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Stellung in der Ehe kann nicht übergangen werden. Sie ist sittlich gerechtfertigt. Allerdings ist die Frage nicht leicht zu beantworten, in welcher Weise das geltende Recht zweckmäßig abgeändert werden soll. Ein bloßes Mitberatungsrecht der Ehefrau in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten würde dem angestrebten Einfluß nicht genügen. Man fordert die Mitentscheidung! Wer soll aber entscheiden, wenn Meinung gegen Meinung steht? Soll man ein getrenntes Entscheidungsrecht nach Sachgebieten schaffen? Eine solche Aufteilung würde zahllose Unklarheiten und Überschneidungen zur Folge haben und ist undurchführbar. Es bleiben, wenn § 1354 BGB (Entscheidungsrecht des Mannes) fallen muß, nur zwei Möglichkeiten: die ersatzlose Streichung des § 1354 BGB und die Herausstellung des Grundsatzes, daß die Ehegatten einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet sind, womit die Einigungspflicht betont wäre, oder die Schaffung eines privaten oder amtlichen Schiedsverfahrens oder eines gerichtlichen Verfahrens vor dem Vormundschafts- oder Familiengericht. Der letztere Vorschlag ist in jedem Fall abzulehnen. Erwachsene Menschen wollen keine behördliche Bevormundung. Die Einschaltung einer Instanz in häusliche Auseinandersetzungen entspricht nicht unserem sittlichen Empfinden und unserer Auffassung von der Ehe. Die Verantwortung tragen die Ehegatten allein. Sie müssen sehen, wie sie mit ihren Schwierigkeiten allein fertig werden. Lieber die Nachteile der Entscheidungslosigkeit in Kauf nehmen, als eine Entscheidungsstelle außerhalb der Ehe errichten. Leitsatz muß dann die Einigung sein. Gegenüber einem

mißbräuchlichen Verlangen gibt das geltende Recht (§ 1354 Abs. 2 BGB) schon das Recht zur Nichtbefolgung. Einem gerechtfertigten Verlangen muß der nachgeben, der seine Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft erfüllen will. Das würde für Mann und Frau in gleicher Weise gelten.

Der Familienname

Der Name des Mannes sollte grundsätzlich Familienname bleiben. Dagegen, daß die Frau — wie bisher — ihren früheren Namen dem Familiennamen beifügt, dürften keine Bedenken bestehen. Daß die Ehegatten kraft Vereinbarung auch den Frauennamen als Familiennamen wählen können, entspricht wohl kaum einem allgemeinen Bedürfnis.

Der Familienunterhalt

Die Verpflichtung beider Ehegatten, für den Familienunterhalt aufzukommen, mag im Gesetz herausgestellt werden. Dabei sollte die Arbeit der Frau im Hauswesen als Beitrag zum Familienunterhalt gelten. Damit würde der Hausfrauenarbeit auch vom Gesetz die Anerkennung gegeben, die sie verdient. Auch der Anspruch der Frau auf Wirtschaftsgeld zuzüglich des für ihren eigenen Bedarf erforderlichen Betrages müßte im Gesetz verankert werden.

Zur Stärkung der familienhaften Bindung der Ehegatten sollte auch die gesamtschuldnerische Haftung für alle Geschäfte, die in Ansehung des laufenden Familienbedarfs erfolgen, eingeführt werden. Bei Mißbrauch der Vertretungsbefugnis müßte ihre Entziehung durch das Vormundschaftsgericht erfolgen können.

Ob ein Ehegatte zur Mitarbeit im Berufe oder Geschäft des anderen verpflichtet ist, wird nach den Lebensverhältnissen der Ehegatten zu entscheiden sein. In jedem Falle müßten hierbei die Belange der Familie und die Verpflichtung der Frau zur Sorge für das gemeinschaftliche Hauswesen Berücksichtigung finden. Erfolgt die Mitarbeit, so ist eine Mitbeteiligung am Erwerbe so weit gerechtfertigt, als es der Billigkeit entspricht.

Das Recht der Frau auf Arbeit

Die Vertreter der Gleichberechtigung verlangen das gesetzliche Recht der Frau auf Arbeit überhaupt. Dagegen werden in dieser uneingeschränkten Form grundsätzliche Bedenken bestehen. Mit der Heirat übernimmt die Frau ein bedeutsames Maß familienrechtlicher Pflichten. Deren Erfüllung geht in jedem Falle vor. Daher wird mit Recht die Arbeit im Hauswesen als Beitrag zum Unterhalt gewertet. Ein Anspruch auf Arbeit kann daher nur bei einem Familiennotstand oder dann anerkannt werden, wenn diese Arbeit nach den Verhältnissen der Ehegatten üblich und ohne Gefährdung der Familie möglich ist.

Gleichberechtigung im ehelichen Güterrecht

Der gesetzliche Güterstand der Verwaltung und Nutznießung des Ehemannes am eingebrachten Gute der Ehefrau mag beseitigt werden. Im Rahmen des bürgerlichen Familiengüterrechts kann volle Vertragsfreiheit gelten. Die Gütertrennung mit hälftiger Beteiligung beider Ehegatten an dem während der Ehe gemachten Zugewinn als gesetzlicher Güterstand, d. h., wenn keine Vereinbarungen getroffen werden, erscheint sittlich gerechtfertigt.

Gleichberechtigung im Bereiche der elterlichen Gewalt?

Die Lösung dieser Frage wird dem Gesetzgeber die größten Schwierigkeiten bereiten. Es ist leicht, an der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung der Prärogative des Mannes Kritik zu üben. Es wird aber unmöglich sein, an Stelle der grundlegenden Entscheidung des geltenden Rechtes etwas Besseres zu schaffen, wenn man nicht dabei die Ursprünglichkeit und Eigenständigkeit der Familie beseitigen will. Gerade in dieser Frage treffen die verschiedenen Meinungen mit besonderer Schärfe aufeinander.

Grundsätzlich wird man der Mutter eine wirkliche elterliche Gewalt zusammen mit dem Vater zuerkennen können, und zwar nicht nur für die Personensorge, sondern auch hinsichtlich des Vermögens. Die große Schwierigkeit besteht nur darin, wie dieser Grundsatz für den Normalfall, daß beide Eltern leben und ehelich verbunden sind, durchgeführt werden soll. Welche Meinung soll gelten, wenn eines Tages Meinung gegen Meinung steht? Und zwar soll hier nicht an die Fälle gedacht sein, in denen eine Entscheidung sich als Mißbrauch darstellt und in denen schon nach geltendem Recht (§ 1634 BGB) eine derartige Entscheidung des Mannes für die Frau nicht gilt, sie allein entscheidungsberechtigt wird und sie gegebenenfalls eine vollzogene Entscheidung des Mannes durch Anrufung des Vormundschaftsgerichts beseitigen lassen kann (§ 1666 BGB), sondern vor allem an die Fälle, in denen auf keiner Seite Mißbrauch vorliegt, in denen jeder Elternteil auf Grund verständigster Erwägungen trotz gemeinsamer Beratung seine Entscheidung will: etwa in Fragen der Schulausbildung, der Berufswahl, der Durchführung einer Operation oder Kur. Jeder Elternteil mag bei seinen Erwägungen das Wohl des Kindes im Auge haben, und wer will sagen, welche Entscheidung objektiv die richtigere ist? Mit dem Hinweis, daß die Eltern schon selbst die Sache ordnen werden, ist zur Klärung der grundsätzlichen Frage nichts gesagt. Was soll in diesen Fällen geschehen?

Die verschiedenen Lösungsvorschläge

Soll es beim Entscheidungsrecht des Mannes bleiben, soll statt dessen die Mutter entscheiden, soll man die elterliche Gewalt nach Zuständigkeitsbereichen zwischen Vater und Mutter aufteilen, sollen die Jungen dem Vater, die Mädchen der Mutter unterstehen, soll das Kind etwa von einem bestimmten Alter ab selbst entscheiden, soll die Ausübung der elterlichen Gewalt wechselnd dem Vater und der Mutter für eine bestimmte Zeit zustehen, soll, solange die Eltern sich nicht einigen, es beim status quo (liberum veto) verbleiben, soll das Vormundschaftsgericht entscheiden, ein Vorschlag, der vor allem von den Frauenrechtlerinnen vertreten wird (Prinzip der Generalklausel), oder sollen dritte Personen oder Institutionen zur Schlichtung und Entscheidung tätig werden? Viele Vorschläge zur Lösung des Problems! Jeder wird vertreten und bekämpft, doch eine wirklich befriedigende Lösung an Stelle der geltenden Prärogative des Vaters fehlt. Man kommt eben nicht an der Tatsache vorbei, daß die Familie in ihrer einmaligen natürlichen Beziehungswelt zwischen Vater, Mutter, Kind nicht in Bereiche und Zuständigkeiten aufgelöst werden kann, wenn nicht eine bedenkliche Störung des Gesamtorganismus eintreten soll.

Grundsätzlich Entscheidungsgewalt des Vaters

Wer die grundsätzliche Entscheidungsgewalt des Vaters ablehnt, sollte bedenken, daß im Staatsleben, in der Verwaltung, in der Wirtschaft entscheidende Organe vorhanden sind. Sie müssen sein. Wer entscheidet, bleibt aber auch für die von ihm getroffene Maßnahme verantwortlich. Entscheidungsmacht und Verantwortlichkeit gleichen sich aus. Daneben können durchaus Mitwirkungsrechte Dritter bestehen. Die Familie ist eine natürliche Ordnung. Für sie müssen die gleichen Grundsätze gelten. Der Entscheidungsmacht des Vaters steht seine Entscheidungspflicht gegenüber. Mißbraucht er die Macht, so setzt er sich der Gefahr der Entziehung aus (§ 1666 BGB). Innerhalb der eigenständigen natürlichen Ordnung der Familie ist die Leitungsgewalt des Vaters eine existentielle Notwendigkeit. Sie ist ein bereits außerhalb des Rechts geltender Organisationsgrundsatz und muß daher auch im positiven Recht verankert sein.

Vorschlag für eine neue Fassung der elterlichen Entscheidungsgewalt

In Abänderung der §§ 1627, 1674 BGB könnte die gesetzliche Formulierung so gewählt werden, daß während der Ehe Vater und Mutter die elterliche Gewalt gemeinschaftlich ausüben, daß die Eltern grundsätzlich jede wichtigere Angelegenheit miteinander zu beraten haben und daß im Falle der Nichteinigung der verständige Wille des Vaters entscheidet. Dabei könnte durchaus in Angelegenheiten, die nach natürlicher Auffassung mehr Sache der Mutter sind, für die Entscheidung der verständige Wille der Mutter maßgebend sein. Mit einer derartigen beweglichen Klausel wäre die hierarchische Gliederung gewahrt. Aus der Sicht der Familie kann nur sie die allein mögliche sein.

Das Vormundschaftsgericht als entscheidende Stelle im Elternstreit

Wer die verfassungsmäßig garantierte Eigenständigkeit der Familie erhalten will, wird die Vorschläge ablehnen müssen, die das Vormundschaftsgericht als entscheidende Stelle im Elternstreit fordern. Im Prinzip kann es dabei keinen Unterschied machen, ob das Vormundschaftsgericht den Streitfall entscheiden oder die Entscheidung einem Elternteil übertragen soll. Denn auch im zweiten Falle würde das Gericht mit der Bestimmung des für den Einzelfall entscheidungsberechtigten Elternteils zum Streitfall mittelbar Stellung nehmen. Auch das Erziehungsrecht der Eltern muß von der Familie her gesehen werden. Die Familie hat den natürlichen Vorrang vor dem Staate, weil sie keine Institution der staatlichen Ordnung, sondern eine solche eigener Art ist. Das Grundgesetz (Art. 6) formuliert diese Vorrangstellung hinsichtlich des Erziehungsrechtes dahin, daß Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht sind, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht. Damit schützt die Verfassung die vor allem vom Christentum gehütete Anschauung, daß die Eltern und vor allem der Vater für die Erziehung verantwortlich sind. Die Überwachung durch den Staat kann nur im Sinne einer Kontrolle bei etwaigem Mißbrauch der elterlichen Gewalt (§ 1666 BGB) verstanden werden. Die geforderte Zuständigkeit des Gerichts über die Fälle des Mißbrauchs hinaus würde gegen das Grundgesetz verstoßen. In diesem Sinne ist der Vorschlag des 38. deutschen Juristentages, bei Nichteinigung der Eltern die Übertragung des Elternrechtes für eine einzelne Angelegenheit oder für einen Kreis von Angelegenheiten einem Elternteil allein zu übertragen, wenn das Wohl des Kindes infolge der Nichteinigung gefährdet ist, abzulehnen. Nach § 1666 BGB muß der Mißbrauch des Sorgerechts zur Kindesgefährdung führen. Die Ausübung oder Nichtausübung des Sorgerechts ist aber nicht mehr dem Gesetz entsprechend, wenn das Wohl des Kindes gefährdet wird, denn das Sorgerecht steht ja ausschließlich in Beziehung zum Wohl des Kindes. Nichteinigung der Eltern mit nachfolgender Gefährdung des Wohles des Kindes muß daher als Mißbrauch angesehen werden und das VG schon nach geltendem Recht zum Eingreifen berechtigen. Für Grenzfälle ist daher der hier gemachte Vorschlag, den verständigen Willen des Vaters, und in den Fällen, die in erster Linie zum Aufgabenbereich der Mutter gehören, den verständigen Willen der Mutter gelten zu lassen, vorzuziehen, da die Eigenständigkeit der Familie gewahrt bleibt.

Die Entscheidungsgewalt des Gerichts bedeutet die Bankrotterklärung der Familie

Die Einführung des generellen Eingriffsrechtes des Gerichtes würde einer Bankrotterklärung des Familiengedankens gleichkommen und eine weitere Minderung der Eigenverantwortlichkeit der Eltern nach sich ziehen. Sie würde geradezu den Anreiz dazu schaffen, die Behörde immer wieder zu bemühen, auch wenn keine Gefährdung des Kindes gegeben ist. Das ernsthafte Bemühen der Eltern, eine Einigung zu erzielen, würde vom Gesetz her geschwächt werden. Dazu würde eine weitere Quelle zur Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses durch die Anrufung einer Behörde gegen den Willen des anderen Ehegatten geschaffen. Haben die Ehegatten zu einem Dritten das Vertrauen, daß er schlichtend und entscheidend eingreifen kann, so bedarf es zu dessen Anruf keiner gesetzlichen Bestimmung.

In einem demokratischen Staate ist für eine Ehe- und Familienobrigkeit des Staates kein Raum. Die Entscheidungsgewalt des Gerichtes aber würde die potentielle Gefahr der Übernahme der Familien durch den Staat bedeuten. Wenn die Entscheidungsgewalt des Vaters im positiven Recht fallen muß, dann wäre es besser, daß das Gesetz darüber schweigt, wer im Elternstreit zu entscheiden hat. Dann mag die Macht der Realität den Konflikt lösen.

Der Kampf gegen die christliche Familie

Der Forderung um Gleichberechtigung der Frau im Bereiche des Familienrechts liegt ein systematischer Kampf gegen den christlichen Begriff der Familie zugrunde. Alle verantwortungsbewußten Christen, vor allem die Frauen, sollten daher das vorliegende Problem nicht als Einzelproblem, sondern in seiner umfassenden Bedeutung sehen. Mit gutem Grunde kann auf die bestehenden Spannungen bei der Reform des Adoptions- und Pflegekindschaftsrechts hingewiesen werden, in dem die Möglichkeit der Abtretung des Personensorgerechts der Eltern auf Zeit an Dritte gefordert wird, obgleich bis heute die Gerichte einmütig festgestellt haben, daß die Elternrechte und -pflichten unverzichtbar und jeder Verfügungsgewalt entzogen seien. Es kann weiterhin auf die Forderung nach familienrechtlicher Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern verwiesen werden, die die Nivellierung

unserer Ehe und Familie zur Folge haben muß; es kann auch auf die Forderung nach Zulassung vorbeugender Fürsorgeerziehung ohne Verschulden der Eltern (entgegen § 63 Ziff. 2 JWG) verwiesen werden, deren Verwirklichung dem Staate das Recht gäbe, Kinder ihren Eltern bei drohender Verwahrlosung auch dann wegzunehmen, wenn die Eltern kein Verschulden trifft, etwa in dem Fall, daß es an ausreichendem Wohnraum mangelt oder die Kriegerwitwe mit zahlreichen Kindern ihrer Erziehungspflicht nicht nachkommen kann, weil sie mangels ausreichender öffentlicher Unterstützung den Unterhalt verdienen muß.

Emanzipation der Familie

Alles dies sind nur Einzelfragen, und doch zeigen sie, insgesamt gesehen, deutlich die einheitliche Zielsetzung: Lockerung und Aushöhlung des Familiengedankens. Die Auflösung der Familie bedeutet aber die Auflösung des Staates, denn sie ist Voraussetzung für ihn. Wir können nur hoffen, daß die Rechtsreform ein neues Familienrecht bringt, das die mannigfachen Gefahren von der Familie abzuwehren vermag und die aus Sitte und Recht gefügte natürliche Ordnung der Familie festigt. Damit würde den Ehefrauen und Müttern der größte Dienst erwiesen. Gleichberechtigung der Ehefrauen und Mütter durch Emanzipation der Familie in einem neu geordneten Familienrecht: das sollte der Leitgedanke der kommenden Gesetzesreform sein.

Aufgaben christlicher Unternehmer

Vom 5.—7. September trafen sich in Beuron Unternehmer der Katholischen Unternehmerorganisation Deutschlands, Hollands und der Schweiz zu gemeinsamen Beratungen über die wichtigsten Anliegen ihrer Arbeit an einer christlichen Sozialordnung. Die Tagung hatte ein so hohes Niveau und vermittelte in ihren Referaten so abgeklärte und gut begründete Erkenntnisse über die Forderungen unserer Zeit an den Unternehmer, daß wir dem Bericht über sie einen etwas größeren Raum widmen. Sie scheint uns ein gutes Bild des auf klarer Einsicht und gutem Willen begründeten Beitrages des Unternehmertums zur sozialen Problematik unserer Lage zu bieten.

Die Tagung wurde mit einer Besinnung auf den Rang der Sorge um die Sozialordnung im christlichen Leben eröffnet, die Dr. Hermann, Freiburg mit einem Vortrag „Die sozialen Taten Jesu Christi" gab.

Die sozialen Taten Jesu Christi

Er legte folgenden Gedankengang dar: Christus ist in die Welt gekommen zur Erlösung der Menschen, d. h. zu einer rein religiösen Tat. Um die soziale Ordnung hat er sich nicht unmittelbar gekümmert, ja es scheint sogar, als ob viele seiner Worte und Gleichnisse, wie z. B. die Seligpreisung der Armen, das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg usw., allen sozialen Ordnungsprinzipien widerstreiten. Aber schon damit lehrt er vielleicht, daß zur Ordnung des sozialen Lebens die Menschen nicht seiner Erlösungstat bedurften, sondern daß diese ihnen selber als Aufgabe gestellt ist; daß er ihnen nicht die Aufgaben abnehmen wollte, die sie selber leisten können. Sein Kommen war unerläßlich nur für die Rückführung der Menschen zur Liebe des Vaters.

Für die soziale Ordnung ist aber damit dennoch etwas gesagt, nämlich, daß jede Bemühung um die Lösung der sozialen Frage in die Irre geht, wenn sie die religiöse Seite des Menschen mißachtet. Die soziale Lehre Christi besteht in dem, was er selber vorgelebt hat und was der Christ nachvollziehen muß. Daraus ergibt sich, daß zwei Ideen für die soziale Frage grundlegend sind: einmal die Idee vom Menschen und von jedem Menschen als einem Ebenbild Gottes, und zum andern die Idee der Ordnung, die alle umfaßt.

Für die erste dieser beiden Ideen folgt daraus, daß, wer immer einem Menschen es unmöglich macht, zur Gemeinschaft mit Gott zu gelangen, sich am Menschen und seiner Bestimmung versündigt. Wir wissen, daß es dem Menschen auch durch seine Lebensbedingungen schwer oder unmöglich gemacht werden kann, zu dieser vollen religiösen Entfaltung zu gelangen.

Was die Idee der Ordnung anbetrifft, so ist schon die Kirche als die Zusammenschließung der Menschheit mit Christus als Haupt eine von ihm gestiftete Ordnung, zu der übrigens nicht nur die Glieder der Kirche, sondern auch das außerhalb der Kirche stehende ganze Menschengeschlecht gehört. In dieser Ordnung ist Christus der König, und von seinem Königtum aus soll seine Ordnung in alle Bereiche des menschlichen Lebens ausströmen. Das heißt: jede Sozialordnung kann und soll vom religiösen Bereich her geheilt und geheiligt werden. Die soziale Lehre Christi besteht also folgerichtig nur darin, den Menschen einen Geist zu verkünden, der ihrem sozialen Verhalten zugrunde liegen soll.

Dieser Geist ist vor allem der der Gerechtigkeit. Zur Gerechtigkeit gehört einerseits die Sachgerechtigkeit, d. h. die Verpflichtung, die sachlichen Verhältnisse wirklich zu erkennen und wesensgemäß zu behandeln, und zweitens die Gerechtigkeit von Mensch zu Mensch. Diese allerdings bedarf der Weiterführung durch die Liebe. Wer diese Liebe hat, kann am Hilflosen nicht vorübergehen, ohne ihm zu helfen. Er muß aber auch nüchtern genug sein, seine eigene wirtschaftliche Stellung einer grundsätzlichen Revision zu unterwerfen. Wenn heute die soziale Ordnung vor allem durch das Aufkommen des Industrialismus und liberalen Kapitalismus gestört ist, so wird der christliche Unternehmer vor allem auch versuchen müssen, diesen Zustand zu wandeln und einer wahren Gerechtigkeit entgegenzuführen.

Deutlich ist, daß unter den sozialen Verhältnissen eines von Christus besonders hervorgehoben worden ist: die Familie. Ihre Grundlage, die Ehe, ist durch ein Sakrament geheiligt. Dasselbe gilt z. B. nicht vom Staat, der darum der Familie gegenüber nur eine dienende Stellung hat.

Für die persönliche Haltung eines jeden lehrt zudem das Beispiel Christi, daß er den Geist der Armut, d. h. der Unabhängigkeit von allem irdischen Besitz, in sich verwirklichen muß. Nur dann kann er erkennen, was die Stunde von ihm fordert. Der Geist des Gebetes wird ihn zudem lehren, daß alle sozialen Anstrengungen doch immer nur durch Gottes Hilfe zum Guten geführt werden können.

Die Kernfrage, um die es heute bei allen Versuchen einer Reform des Unternehmens in der Wirtschaft geht, ist die Frage einer menschlichen Ordnung. Die Unternehmertagung stellte einen Aspekt dieses Problems in den Mittelpunkt ihrer Beratungen, nämlich den Aspekt des Men-

schen im Betrieb, und ließ sowohl einen Sozialphilosophen, Prof. Dr. Höffner, Trier, wie einen praktischen Unternehmer, Dr. Fritz Burgbacher, Köln, dazu sprechen. Professor Höffner ging davon aus, daß den Bemühungen verantwortungsbewußter Männer der Wirtschaftspolitik und Wissenschaft, der Wirtschaft eine menschenwürdige Ordnung zu geben, von vielen Arbeitern wenig Vertrauen entgegengebracht wird. Sie haben das Gefühl, daß sie in jedem Fall in den zentralgelenkten Mechanismus nur als Produktionsfaktoren eingeschaltet seien. So überspitzt und ungerecht dieser Vorwurf ist, so steht hinter ihm doch das echte Anliegen, dem eben diese Beratungen galten, nämlich das der Stellung des Menschen im Betrieb.

Eigenart des modernen Betriebes

Der moderne Betrieb ist durch fünf Eigenarten gekennzeichnet.

1. Das Zusammenwirken der Kräfte des Kapitals, der Arbeit und der Unternehmer, die alle drei unersetzlich sind. Für den Großbetrieb ist typisch die Trennung der drei Funktionen dieser Faktoren. Vor allem die Trennung von Kapital und Arbeit hat die Gesellschaft in zwei Klassen gespalten. Die Klasse der Besitzenden kämpft für ihre wohlerworbenen Rechte, die der Lohnarbeiter für die endliche Gewährung ihrer „vorenthaltenen Rechte". Die vorderste Front dieses Ringens ist der Betrieb.
2. Den Arbeitsablauf im modernen Industriebetrieb bestimmen vielartige rationell aufeinander abgestimmte Kraft- und Werkzeugmaschinen. Das führt zu einer weitgehenden technischen Zerstückelung der menschlichen Arbeitsleistung einerseits, andererseits zur Zusammenfassung und Einordnung dieser Einzelhandgriffe in den einheitlichen, mechanisierten Herstellungsablauf, der nur beim feinsten Zusammenspiel aller Kräfte funktionieren kann. Aus ihm folgt die Forderung der Einheit der technischen Leistung im modernen Betrieb. Sie kann unmöglich demokratischen Beschlüssen der Belegschaft überantwortet werden. Sie wirkt sich aber für den Arbeiter sehr spürbar aus, indem sie ihn fast unentrinnbar in den Zwangsakt des automatischen Arbeitsvorganges einschaltet.
3. Der moderne Betrieb ist marktorientiert. Sein Ziel ist nicht eigene Bedarfsdeckung, sondern vorteilhafter Absatz auf dem Markt. Er ist deshalb sehr stark dem Wagnis ausgesetzt und marktempfindlich. Daher ergibt sich die Forderung der einheitlichen kaufmännischen Leitung, die den Betrieb auf den Markt abstimmen muß und auch im kaufmännischen Bereich einer Betriebsdemokratie enge Grenzen setzt.
4. Die Arbeiter des modernen Betriebes sind persönlich frei, aber mit dieser Freiheit ist eine gewisse Unsicherheit gegeben. Daraus entsteht das Streben des modernen Arbeiters nach Sicherung.
5. Im modernen Betrieb sind Kapital und Arbeit durch das Lohnsystem miteinander verknüpft. Bis in unsere Tage hinein haben sich christliche Sozialethiker immer wieder die Frage gestellt, ob dieses Lohnverhältnis vor dem christlichen Gewissen bestehen kann.

Hier wird das Anliegen der christlichen Sozialpolitik deutlich. Wahrt der moderne Betrieb die Menschenwürde des arbeitenden Menschen? Nach christlichem Denken findet der Betrieb sein Ethos weder in der Technokratie noch in der bloßen Rentabilität, sondern im Dienst am Menschen. Über dem Betrieb stehen in der Stufenordnung der Werte Würde und Freiheit des Menschen, Ehe und Familie, Geistesleben und Kultur, Seelenheil und Gottes Ehre.

Aus dem Charakter des modernen Betriebs und dem Bewußtsein dieser Wertordnung entstehen nun zwei Bedenken gegen ihn, die immer wieder vorgebracht werden.

Bedenken gegen den modernen Betrieb

1. Ist die technische Einschaltung des Arbeiters in die mechanische Apparatur des Betriebes mit der Menschenwürde vereinbar?
2. Ist die durch das Lohnverhältnis bedingte persönliche Unterordnung und Abhängigkeit des Arbeiters sittlich zu rechtfertigen?

Ethos der Technik

Gerade gegen die Technisierung der Arbeit sind immer wieder die schärfsten Vorwürfe erhoben worden. Sie richten sich dagegen, daß die Fabrik das Gesetz der starren Mechanik auf den Menschen übertrug und damit zu Verödung des Geistes und Stumpfsinn des Erwerbs- und Arbeitslebens führte. Sie richten sich gegen die ungewöhnliche Häßlichkeit der Lebensbedingungen in den Betrieben. Sie sind mit einem Worte untermenschlich. Man kann diesen Vorwürfen entgegenhalten, daß es gerade Aufgabe der Technik sei, den geistlosen Handgriff allmählich der Maschine zu überantworten und dem Arbeiter die Rolle des Führens und Regierens der Maschine zu übertragen. Beim Anblick eines modernen Betriebes kann man sich nicht von dem Eindruck freimachen, daß die Technik den Menschen weithin von schwerer knechtlicher Arbeitsfron befreit hat. Man darf die Arbeitsmethoden des vorindustriellen Zeitalters nicht idealisieren. Die Technik hat sehr wohl die Möglichkeit, die Arbeit menschenwürdiger zu machen. Dies wird von den Männern der Wirtschaft durchaus gesehen. Viele Betriebe versuchen heute schon wieder, die in einzelne Handgriffe zerlegte Arbeit wieder zusammenzusetzen, so daß der Arbeiter einen ganzen Arbeitsvorgang verrichten muß. Dabei steigt das Produktionsergebnis. Der Lauf der technischen Entwicklung kommt diesen Bestrebungen durchaus entgegen. Der elektrische Einzelantrieb der Arbeitsmaschinen erlaubt heute eine Auflockerung der Arbeitsplätze, bis zur Werkstattaussiedelung und Heimarbeit. Die Technik erleichtert in vielfacher Weise die Arbeitsbedingungen im Betrieb. Zusammenfassend kann man also sagen, die Technisierung des modernen Betriebes widerstrebe nicht an sich der Menschenwürde, sie kann auch in den Dienst des arbeitenden Menschen gestellt werden. Sie schenkt dem Arbeiter durch die Verkürzung der Arbeitszeit Muße, die allerdings die Gabe voraussetzt, sie auch richtig zu verwenden. Hier liegen wichtige Bildungsaufgaben. Allein diese Bildung vermag die eigentliche Gefahr des technischen Zeitalters zu bannen.

Ethos des Lohnverhältnisses

Die Überlegungen, ob das dem modernen Betrieb eigentümliche Lohnverhältnis sittlich zu rechtfertigen sei, führt mitten hinein in die Diskussion über das Mitbestimmungsrecht. Die katholische konservative Bewegung des 19. Jahrhunderts hatte das Lohnverhältnis als widernatürlich und unsittlich gebrandmarkt, und die Sozialreform,

d. h. die Überwindung des Lohnverhältnisses durch den Gesellschaftsvertrag gefordert. Die München-Gladbacher Richtung hatte demgegenüber danach gestrebt, dem Arbeiter unter Beibehaltung des Lohnsystems durch die Sozialpolitik zu helfen. Diese Idee der Sozialpolitik hat sich langsam durchgesetzt. Sie hat es erreicht, daß der freie Arbeitsvertrag immer mehr der Willkür entrissen und inhaltlich vorwegbestimmt worden ist durch alle Arten von Schutzbestimmungen für Kinder, Jugendliche, Frauen, Unfallschutz, Gesundheitsschutz, Tarifverträge, Entlassungsschutz und Sicherung der Freizeit. Trotzdem ist die Auseinandersetzung vor allen Dingen in Frankreich weitergegangen. Gewisse Richtungen im französischen Katholizismus vertreten die These, daß der Betrieb seinem Wesen nach eine Gesellschaft aller am Betrieb Beteiligten sei. Die Beziehungen des Menschen zum Betrieb könnten also nur durch das gesellschaftliche Verhältnis in sittlich einwandfreier Weise geregelt werden. Die viel genannte und viel verkannte Rede Papst Pius XII. vom 3. Juni 1950 ist in erster Linie veranlaßt worden durch gewisse Vorkommnisse in Argentinien, Brasilien und Kanada, deren geistige Wurzeln in dieser französischen Theorie liegen. Sie wird von Pius XII. als nicht der kirchlichen Soziallehre entsprechend abgelehnt. Das Recht auf wirtschaftliche Mitbestimmung, so stellt der Papst fest, kann weder aus der Natur des Lohnarbeitsvertrages noch aus der Natur des Betriebes abgeleitet werden. Vielmehr gehört der Betrieb der privatrechtlichen Ordnung an. Das durch die Sozialpolitik ausgebaute öffentliche Wirtschaftsrecht hat also dort seine Grenzen, wo die wahre Verfügung des Eigentums über die Produktionsmittel aufgehoben wird, um sie der Verantwortung anonymer Kollektivgebilde zu unterstellen.

Auf Grund dieser Abgrenzung kann man also das Verhältnis des Menschen zum Betrieb mit zwei Forderungen im einzelnen näher umschreiben.

1. Der Betrieb muß dem Arbeiter Existenzsicherung gewähren. Das ergibt sich aus seinem Dienstcharakter. Daraus ergeben sich drei Aufgaben.

a) Die Überwindung der Arbeitslosigkeit, d. h. die Betriebe in ihrer Gesamtheit müssen den Arbeitern gesicherte Lebensmöglichkeiten geben, damit sie nicht täglich befürchten müssen, arbeitslos zu werden. Das heißt nicht, daß der Arbeiter dauernd einen bestimmten Arbeitsplatz behalten muß, sondern nur, daß die gesamte Wirtschaft so gestaltet werden muß, daß die Betriebe leben können und eine dauernde Massenarbeitslosigkeit vermieden wird.

b) Der Betrieb muß den Arbeitern einen gerechten, ausreichenden Reallohn zahlen, der zugleich Leistungs- und Soziallohn sein muß. Zur Vermeidung von Mißtrauen sollte den Arbeitern Einblick in das Betriebsergebnis gewährt werden.

c) Der Betrieb muß dem Arbeiter die Möglichkeit geben, Privateigentum zu erwerben, denn er kann nur über den Lohn zu diesem Eigentum kommen. Die Botschaft Pius' XII. vom 3. Juni 1950 hat auf die grundlegende Bedeutung des Rechts auf Eigentum hingewiesen, und er wendet sich mit dieser Botschaft an alle Schichten der Bevölkerung. Die Massenerscheinung der besitzlosen Lohnarbeiter ist ein Mißstand, ja geradezu die große Gefahr der westlichen Welt. Einer der bedeutsamsten Schritte auf dem Weg zur Entproletarisierung wäre Schaffung von Eigenheimen für jede Familie, wäre weiter, wie Pius XII. am 7. Mai 1949 sagte, wenn die Arbeiter durch ihre Sparsamkeit sich an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung beteiligen könnten, denn es sei von überragender Bedeutung für die Gesundheit der Volkswirtschaft, daß die Kapitalbildung aus möglichst vielen Quellen erfolge.

Wenn man auch vom Betrieb nichts Unmögliches verlangen darf — auch seine Lebensfähigkeit und die allgemeine Wohlfahrt muß immer berücksichtigt werden —, so liegt es doch im eigenen Interesse der Wirtschaft, alles mögliche zu tun, den Arbeitern diese Existenzsicherung zu geben.

2. Die zweite Forderung lautet: der Betrieb muß für den Arbeiter zum Lebensraum werden. Er ist zwar nicht der einzige und nicht der wichtigste Lebensraum, er ist jedoch die Stätte, wo viele Millionen ihre Berufsarbeit verrichten und die wachsten Stunden ihres Tages verbringen. Für die Umformung des Betriebes zum Lebensraum legte Höffner sieben Grundsätze dar.

1. Die menschlichen Beziehungen im Betrieb müssen edel und würdig sein. Das gilt für das Verhältnis zum Vorgesetzten und Untergebenen, für die Umgangssprache, die Umgangsformen und das Verhalten Frauen und Jugendlichen gegenüber.

2. Den Arbeitnehmern muß selbständige Entscheidung und eigene Verantwortung in den Bereichen übergeben werden, die sie aus eignen Erfahrungen überschauen und beurteilen können, also in arbeitstechnischen, aber auch in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Betriebes. Die moderne Arbeiterschaft besitzt große Macht, die sich nur dann segensreich auswirken kann, wenn sie mit echter Verantwortung verknüpft wird.

3. Da in den Kapitalgesellschaften die Kapitalgeber nur beschränkt und anonym haften, ist es angemessen, daß die Arbeitnehmer in den Aufsichtsorganen der Gesellschaft vertreten sind.

4. Aus der technischen und kaufmännischen Einheit des Betriebes folgt, daß nach einem Wort von Kardinal Frings „die laufenden Geschäfte der Entscheidung der Verantwortung der Geschäftsleitung überlassen werden müssen".

5. Der Betrieb kann nicht Lebensraum für den Arbeiter sein, wenn die verschiedenen Arten der Mitbestimmung betriebsfremden Funktionären übergeben werden. Es steht den Gewerkschaften jedoch zu, den Arbeitervertretern fachmännische Hilfe und sozialen Schutz zu gewähren.

6. Das uneingeschränkte wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht setzt Miteigentum der Belegschaft voraus. Zwar haben produktive Genossenschaften bisher meist versagt, aber vielleicht können geeignete Formen gefunden werden, Kapital und Arbeit, etwa durch Werkstattaussiedlung, zu vereinen.

7. Der gegebene Ort für die gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitgebern ist der überbetriebliche Raum. Hier muß das Ziel die berufsständische Ordnung sein.

Professor Höffner schloß damit, daß er sagte, daß diese Reformen institutionell verankert sein müssen und daß bloße Gesinnung nicht genüge, daß aber alle Reformen vergeblich sind, wenn es nicht gelingt, den Materialismus zu überwinden. Es ist also das Anliegen des Menschen im Betrieb zutiefst ein religiöses Problem.

Die Aufgabe des christlichen Unternehmers

Direktor Dr. Fritz Burgbacher, Köln, gab dann aus der Praxis einen Überblick über einige dringliche Fragen, mit denen sich der Unternehmer heute auseinanderzusetzen hat. Er wandte sich gegen jedweden Kollektivismus, gleichgültig von welchem Stande und von welcher politischen Partei und aus welchen Gründen er vorgeschlagen wird. Der Grundsatz der freien Entwicklungsmöglichkeit und des freien Wettbewerbs für Unternehmer und Unternehmen muß auch im möglichen Umfange für Arbeiter und Angestellte sichergestellt werden. Auch darf der christliche Unternehmer bei Durchsetzung seiner aus dem christlichen Glauben sich ergebenden Sozial- und Wirtschaftsauffassung nicht warten auf gesetzliche Maßnahmen und sich nicht aus mißverstandenem Solidaritätsgefühl für seine Fachkollegen Beschlüssen unterwerfen, die mit dieser Auffassung in Widerspruch stehen. In Wirtschaftsorganisationen, bei Lohn- und Gehaltstarifverträgen, bei allen Maßnahmen in seinem Betrieb muß er soviel von seinen Grundsätzen in die Wirklichkeit umsetzen, als das Gesetz und die Umstände es irgendwie erlauben. Mögliche betriebliche Sozialmaßnahmen zu unterlassen mit Rücksicht auf andere Unternehmen, die das nicht können, hieße zunächst einmal, einen kollektivistischen Grundsatz anwenden, darüber hinaus hieße es aber, daß sich die betriebliche Sozialpolitik nach den Möglichkeiten des wirtschaftlich schwächsten Unternehmens richtet; das ist ein unmögliches, den Fortschritt lähmendes Ergebnis. Unternehmen, die nicht aus eigener Kraft und eigenem Können bestehen, können nicht mit dem Opfer einer auf tiefem Niveau liegenden Sozialpolitik gerettet werden.

Soziale Spannungen werden ewig bestehen. Auch die christliche Sozialpolitik kann sie nicht beseitigen. Was sie anstreben muß, ist ihre Entgiftung, ist die Milderung durch die angewandten Gesetze der Liebe und die Förderung der Erkenntnis in die natürlich gegebenen Verschiedenheiten. Der Wert des aktiven Handelns eines jeden christlichen Unternehmers liegt in der Erkenntnis für alle, daß ein ehrliches ewiges Ringen und Streben besteht und daß die Unterordnung materieller Überlegungen im Rahmen des Wirtschaftlichen unter die berechtigten Forderungen des Menschen beherrschendes Gesetz sein muß. Daß jedwede sozialpolitische Maßnahme abhängig ist von vielen Faktoren des Einzelfalls und nie schablonisiert und verallgemeinert gültig sein kann, liegt auf der Hand. Größe, Lage und Art eines Betriebes bedingen Verschiedenheiten, ebenso wie Zeit, Land oder die volkswirtschaftlichen Verschiedenheiten der Nationen die gleichen Maßnahmen unmöglich machen. Was aber nicht unmöglich ist, das ist der gleiche Geist und der gleiche Wille zum Handeln in jedem Einzelfall, was ungleich wichtiger ist als grundsätzliche Reden.

Lohn und Tarifverträge

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge, geboren aus dem Gedanken des Schutzes des Mindesteinkommens, sind in wachsendem Maße unter wesentlicher Mitwirkung der Arbeitergeber Normverträge und Maximalverträge geworden, kollektiv aufgebaut und kollektiv gültig. Der Unternehmer verläßt sich darauf, daß er nichts anderes zu tun braucht, als einen Vertrag anzuwenden, den Gott sei Dank andere für ihn verbindlich ausgehandelt haben. Ist schon die Flucht in die Verantwortung Dritter eines echten Unternehmers unwürdig, so begibt er sich in diesem Falle darüber hinaus einer der vornehmsten Aufgaben für den Unternehmer, nämlich der Möglichkeit, aus eigener Kraft in Zusammenarbeit mit seinen Mitarbeitern am sozialen Fortschritt gestaltend tätig zu sein. Es muß deshalb mit allem Nachdruck verlangt werden, daß Tarifverträge sich darauf beschränken, nur das Notwendigste allgemeingültig zu regeln und das Existenzminimum festzusetzen. Darüber hinaus muß das freie Spiel der Kräfte gelten. Unternehmer, die verabreden, unter keinen Umständen die Tarifvertragsbezüge zu überschreiten, handeln gewollt oder ungewollt planwirtschaftlich und kollektivistisch. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn der genormten Gegenleistung der Bezüge die Normung der Leistung auf mittlerem oder niederem Niveau folgt. Andererseits muß naturgemäß jede über einer unteren Norm liegende Leistung ihren Gegenwert in übertariflicher, individueller Entlohnung finden, zu der es bekanntlich die verschiedensten Wege gibt. Der Ruf nach Leistung ist unvereinbar mit dem Prinzip, den Tarifvertrag als Maximalvertrag anzusehen. Wem es mit dem Ruf nach Leistung ehrlich ist, dem muß es mit seinem Willen zur zahlenden Gegenleistung ebenso ernst sein.

Die Uniformität, die sich aus dem Willen, möglichst alles im Tarifvertrag zu erfassen, ergibt, erhöht die Monotonie des wirtschaftlichen Lebens des Lohn- und Gehaltsempfängers. Die Auflockerung dieser Einförmigkeit ist aber das Gebot unserer Zeit. Diese Auflockerung ist die Voraussetzung zur Entmassung. Es hat deshalb jeder christliche Unternehmer bei seinen Tarifverträgen dafür einzutreten, daß sie die vielgestaltigsten Möglichkeiten offen lassen und daß sie vor allem dem Lohnempfänger das gesunde Streben erfolgreich machen durch Schaffung vieler Entwicklungsmöglichkeiten. Im übertragenen Sinn muß dem Arbeitnehmer auf dem Gebiet seiner Arbeit und seiner beruflichen Entwicklung die gleiche oder ähnliche unternehmerische Bewegungsfreiheit fördernd eingeräumt werden, die der Unternehmer für sich verlangt. Über die Regelung des Existenzminimums hinaus sollte in Tarifverträgen möglichst nichts uniform geregelt werden. Das ist natürlich vom Standpunkt des Arbeitnehmers nur tragbar, wenn die Unternehmer selbst auch wirklich darüberhinausgehend handeln.

In Tarifverträgen muß gegen die Gleichstellung von Ungelernten und Gelernten angegangen werden. Der Unternehmer hat ein Interesse daran, daß möglichst viel gelernte Facharbeiter zur Verfügung stehen. Gegen die Mittelstufe des Angelernten sind keine Bedenken geltend zu machen, im Gegenteil, man soll diese Mittelstufe fördern, zur Voraussetzung aber Werksprüfungen machen. Bei Akkorden ist die gerechte Zeitnahme mit den Vertretern der Belegschaft notwendig, und Akkorde dürfen nur überprüft werden, wenn technische Veränderungen im Arbeitsvorgang eingetreten sind. Die Mitwirkung des Betriebsrates ist möglich bei der Werksprüfung, bei den Leistungszulagen, bei Umstufungen, bei der Zeitnahme, bei einmaligen oder laufenden Sozialzulagen und in vielen anderen Fällen.

Bei den Maßnahmen der betrieblichen Sozialpolitik muß der Schwerpunkt bei einer zusätzlichen Altersversorgung liegen. Keine betriebliche Sozialpolitik darf zur Behinderung der Freizügigkeit des Arbeitnehmers werden. Will er wechseln, so muß er die zeitanteilig erarbeiteten Sozialleistungen mitnehmen können. Zu den Möglichkeiten, die betriebs- und branchenweise geprüft werden können, ge-

hört die Gewinnbeteiligung. Bei lohnleichten Unternehmen ist das naturgemäß einfacher als bei den lohnschweren Unternehmen. Es ist durchaus möglich, bei der betrieblichen Sozialpolitik Unterschiede zu machen zwischen der Stammbelegschaft und den Aushilfskräften.
Für die betriebliche Sozialpolitik seien vorab genannt die zusätzliche Altersversorgung, eine Sterbegeldversorgung, Urlaubszuschüsse, Bildung eines Sozialfonds, Sondervorschüsse für saisonbedingte Anschaffungen, Wöchnerinnenbeihilfe, Prämien für Betriebsverbesserungen, Weihnachtsgaben, Abschlußgaben bzw. Gewinnbeteiligung, Beratung und Kreditbeschaffung beim Wohnungsbau, der Betriebsarzt und eine Stelle, die für all dies verantwortlich ist: das Sozialreferat.

Mitbestimmung

In der Frage der Mitbestimmung ist ein schrittweises, tastendes Vorgehen in der Praxis einer gesetzlichen Regelung vorzuziehen, um so mehr, da Art und Umfang der Mitbestimmung nach Betriebsgröße und Wirtschaftszweig völlig verschieden sein müssen. Die Auseinandersetzung über die Mitbestimmung ist nicht neu. Die früheren Auseinandersetzungen unter den Ständen beginnen zwischen Fürsten und Kaiser; über die Auseinandersetzung der Geschlechter mit dem Adel, der Zünfte mit den Geschlechtern und schließlich der Bürger mit dem Adel führt der gerade Weg zur Auseinandersetzung zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer. Bei gutem Willen sind in der praktischen Zusammenarbeit auf der Betriebsebene viele Möglichkeiten über die Information, die Beratung und die Anhörung, die Mitwirkung und schließlich die Mitbestimmung, zu entwickeln. Man sollte diesen Weg mutig gehen. Die Erfahrung lehrt, daß Kenntnis der Zusammenhänge weit mehr vor Unüberlegtheiten bewahrt als deren Unkenntnis. Natürlich muß mit aller Schärfe die Schaffung eines neuen Kollektiveinflusses über die Mitbestimmung abgelehnt werden. Genau das Gegenteil ist das Ziel, nämlich die Entmassung, die Entproletarisierung und die Schaffung persönlicher Beziehungen mit persönlichen Verantwortlichkeiten.

Sicherheit oder Freiheit

In unserer Zeit lautet oft die Alternative Sicherheit oder Freiheit. Die Existenzangst bei dem einzelnen ist groß. Es ist deshalb notwendig, daß jeder Unternehmer mindestens bei seinen Stammbelegschaftsmitgliedern die sichere Überzeugung herbeiführt, daß nach menschlichem Ermessen zur Existenzsorge kein Anlaß besteht. Wer den Eigentumsbegriff bewahren will, der muß diese auf dem Eigentum ruhende Hypothek im Interesse des Schutzes seines Eigentums anerkennen. Die Existenzangst ist freilich bei den Vertriebenen und den Flüchtlingen ein weitaus größeres Problem als bei den Belegschaften. Dort liegt das brennende soziale Problem unserer Zeit, und dort wird auf der untersten sozialen Ebene gerungen. Wenn wir nicht zur Lösung dieser Frage bedeutende materielle Opfer bringen, so kann aus diesen Enttäuschten eine bedeutsame kollektivistische Gefahr erwachsen. Das wäre um so schmerzlicher, weil die meisten von ihnen einer Welt entstammen, die unserer Wirtschaftsauffassung nicht fernstand, aber für ihre Verteidigung nur eintreten werden, wenn man ihnen in dieser Wirtschaftsordnung Lebensraum gibt.

Es ist schon sehr viel mehr auf dem Gebiete betrieblicher Sozialpolitik, der Mitbestimmung und der Gewinnbeteiligung geschehen, als der Öffentlichkeit bewußt und bekannt ist. Es wäre deshalb ratsam, wenn die Unternehmen einmal dazu übergingen festzustellen, wieviel von ihren Lohn- und Gehaltssummen sie aufwenden für gesetzliche, tarifvertragliche und freiwillige Sozialleistungen sowie für Abschlußgaben und Gewinnbeteiligung und diese Beträge in Beziehung setzen würden zu den öffentlichen Steuern und Abgaben und der Eigenkapitalrente. Es sind Zahlen bekannt, nach denen etwa ein Drittel des Rohertrages auf Steuern, ein Drittel auf Sozialausgaben und ein Drittel auf Kapitalrente entfallen, ohne daß diese Kapitalrente mehr ausmacht als eine angemessene Verzinsung der investierten Mittel.
Die Vielfältigkeit des wirtschaftlichen Lebens erfordert eine Vielfältigkeit in der Lösung sozialer Probleme. Einheitlich kann nur der Geist und der Wille sein. Dabei müssen die Dinge organisch und nicht mechanisch durchdacht werden. Vereinfachungsformeln mögen propagandistisch einleuchtend sein, praktische Hilfe zur Lösung können sie aber nicht bedeuten. Das Problem ist nicht primär materieller Art, sondern psychologisch. Wer an die Lösung der sozialen Probleme herangehen will mit rein materiellen Mitteln, macht den untauglichen Versuch, Materialismus mit Materialismus bekämpfen zu wollen. Nur die gegenseitige psychologische Einfühlung, die freimütige Information und Diskussion aller wirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Situationen, verbunden mit der gerechten Verteilung des Ertrags, schafft das erreichbare Höchstmaß an sozialem Frieden. Es kann auf die Dauer keine Wirtschaftspolitik geben, die nicht sozial ist, und es kann auch keine Sozialpolitik geben, die nicht wirtschaftlich ist. Zu den Voraussetzungen für die Erlangung einer sozialen Befriedung gehört auch der überzeugende Einblick in die Begrenztheit der Mittel und die Unzulänglichkeit des Menschen auch in der Wirtschaft, die Erkenntnis von dynamisch eintretenden Wirkungen im Unterschied zu dem Glauben und der Hoffnung auf theoretisch erdachte Wirkungen, die aber der wirklichen Erfahrung nicht standhalten. Wenn alle unsere Mitarbeiter wissen, daß wir des Menschen Schicksal an die Spitze aller Überlegungen stellen und bei jeder einzelnen Handlung beachten, ist der größte Teil des psychologischen Problems gelöst.
Zum Abschluß der Tagung gaben Vertreter der einzelnen Länder Überblicke über die augenblickliche Situation in Deutschland, Frankreich, Holland und der Schweiz.
Direktor Greiß, Köln, gab ein mit reichen Einzelheiten belegtes Bild der sozialen Lage in Deutschland. Sie ist charakterisiert dadurch, daß Westdeutschland seine landwirtschaftliche Basis verloren hat und sich als reines Industrieland zufriedengeben muß. Er zählte die Faktoren der Lähmung und der Verzögerung des Prozesses der Reintegration auf und entwarf ein Bild des Gewerkschaftslebens und der augenblicklichen Diskussionen über die Löhne. Ferner gab er einen Bericht über die Entwicklung der Diskussion über das Mitbestimmungsrecht und sagte zu den verschiedenen Entwürfen eines Gesetzwerkes folgendes:
Die Bedeutung des bevorstehenden Gesetzeswerkes darf nicht unterschätzt werden. Gerade der katholische Unternehmer wird nicht verkennen, daß eine Neuordnung der Rechtsbeziehungen zwischen den Sozialpartnern früher

oder später unumgänglich ist. Tatsächlich hat sich in den Voraussetzungen des sozialen Lebens in den letzten 50 Jahren ein stärkerer Wandel vollzogen als vordem vielleicht in 1000 Jahren. Neue Lösungen zu finden, ist unsere Aufgabe. Es dürfte feststehen, daß für Europa weder die bolschewistische noch auch in voller Konsequenz die amerikanische Lösung zuträglich ist, so gewiß auch ist, daß wir uns in der großen weltpolitischen Alternative entschlossen auf die Seite des Westens stellen.

Die soziale Lage in Frankreich

Den Bericht über die soziale Lage in Frankreich gab P. Chevalier SJ, Paris.

Bevölkerungsvermehrung

Die auffälligste Nachkriegs-Veränderung im französischen Sozialleben ist der totale Umschwung der demographischen Entwicklung. Die Geburtenziffer stieg auf 23‰ gegen vordem 13—14‰. Vier Ursachen haben zu diesem Umschwung beigetragen: der psychologische Schock der Niederlage von 1940, die sehr erheblichen, ursprünglich von der Pétain-Regierung eingeführten Familienzuschüsse (Kinderzulagen), deren erhöhter Wert in der derzeitigen materiellen Notlage, die nachdrückliche bevölkerungspolitische Aufklärungsarbeit. Der Lebensstandard der französische Familie ist durch diese Zulagen stabilisiert. In einer Arbeiterfamilie mit 11 Kindern bezieht z. B. der Mann einen Lohn im Gegenwert von DM 220.—, während die Kinderzulagen von DM 1100.— an die Frau ausgezahlt werden. Der neue Kinderreichtum legt der Nation in den kommenden Jahren beträchtliche Lasten auf. Es fehlen 2 Millionen Wohnungen. Die Hälfte aller französischen Familien hat unzureichende Wohnungen. Schuld daran trägt der Krieg, in dem der Wohnungsbau stagnierte, und der Mietstop, der die private Wohnbau-Tätigkeit völlig unrentabel macht. Die Mieten der Arbeiterwohnungen betragen nur etwa 3—5% des Lohns.

Die Gewerkschaften

Die französische Gewerkschaftsbewegung war ursprünglich ohne politische Doktrin. Ende des 19. Jahrhunderts trat, nicht ohne Einfluß von seiten der Marxschen Lehren, eine Politisierung des Gewerkschaftslebens ein mit dem Ziel einer imperialen Beherrschung der französischen Wirtschaft durch die Gewerkschaften; im Anfang des 20. Jahrhunderts flaute diese Tendenz wieder ab. Die erneute Politisierung der Gewerkschaften nach dem 2. Weltkrieg ist das Werk des Kommunismus. In der CGT-Gewerkschaft (5 Mill. Mitglieder) spielen die Kommunisten die führende Rolle. Von der CGT hat sich die Force Ouvrière als Gewerkschaft der nicht-kommunistischen Sozialisten abgespalten. Die christlichen Gewerkschaften verfügen über 1 Million Mitglieder. Sie bekennen sich zur parteipolitischen Neutralität, können aber ihre starken Bindungen an das MRP doch nicht verleugnen. Insgesamt sind etwa 30—40% der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Die französischen Gewerkschaften verfügen über kein wissenschaftliches Instrument. Ihr einziges Mittel zur Erkundung der wirtschaftlichen Situation ist die grobe Sonde des Streiks. Ziel der Sozialisten ist die „Wirtschafts-Demokratie". Die christlichen Gewerkschaften erstreben eine durch berufsständische Organisationen kontrollierte Wirtschaft.

Betriebsräte und Unternehmerreform

Die Kommunisten sehen in den Betriebsräten einen Hauptansatzpunkt ihrer Agitation. Sie versuchen, die Betriebsräte zu politischen Stützpunkten auszubauen und den sich anbahnenden Kontakt zwischen Arbeitern und Unternehmern zu hintertreiben. Zur Beeinflussung der Betriebsräte wird eine eigene kommunistisch geleitete Zeitung herausgegeben. Allgemein ist die Forderung, daß Betriebsratsmitglieder gewerkschaftlich erzogen sein müssen.

Nach dem 2. Weltkrieg mehren sich die Versuche zu einer sozialen Reform der Unternehmung. Von einschneidender Bedeutung sind die zahlreichen Verstaatlichungen (Versicherungen, Bergbau, Elektrizitätswirtschaft, Renault-Werke u. a.). Die Rechtsformen der Verstaatlichung sind jedoch sehr unterschiedlich. Wo die Arbeiterschaft in den Kontrollorganen (Aufsichtsräten) vertreten ist, beobachtet man vielfach eine Ausweichtaktik der Direktionen, die es vorziehen, die Hauptpunkte der Tagesordnung in internen Direktionsbesprechungen zu erledigen.

Zahlreich sind die privaten Versuche zu einer Strukturänderung des Betriebs. Von Arbeiterseite wird in den „Communautés du travail" eine antikapitalistische Lösung gesucht. Es handelt sich meist um kleinere Betriebe mit z. T. guter Leistung.

Eine interessante, aber praktisch unbedeutende Gruppe von 50—60 Unternehmern versucht eine neue Unternehmungs-Form, die rechtlich von der Arbeit getragen wird und das Kapital im Lohnverhältnis heranzieht. („Association du capital et du travail", UCACT).

Kluft zwischen den Klassen

Der Reallohn-Index lag 1949 8% unter dem von 1913, doch ist ein Vergleich wegen der völlig veränderten Einkommensverteilung schwierig. Die Einkommen der Selbständigen haben sich günstiger entwickelt. Charakteristisch ist die verbreitete Neigung zum Geldhorten.

Der Staat ist arm. Der Hauptteil des Wiederaufbaus wurde und wird von den Lohnempfängern getragen. Die langsam sich entwickelnde Erholung der Wirtschaft wird nun durch die unvermeidbare Wiederaufrüstung bedroht. Eine neue Inflation ist zu befürchten.

Die Kluft zwischen den Klassen ist in Frankreich größer als in Deutschland, Holland und Belgien. Das hat historische Gründe. Die stark nachwirkende große Revolution Frankreichs war eine Bürgerrevolution. Der emanzipierte Bürger verharrte aber in der klassisch-aristokratischen Kultur des 17. Jahrhunderts und distanzierte sich damit vom 4. Stand. Das 19. Jahrhundert verfolgte zur Beseitigung der sozialen Schäden eine grundfalsche Therapie: von katholischer Seite aus mit karitativen Mitteln, von kapitalistischer Seite aus durch Apotheose der Sparsamkeit. Die Masse der französischen Arbeiter lehnt das Bürger-Bewußtsein ab. Zu bedauern ist auch, daß den Jungakademikern durchweg der Kontakt mit dem Volk fehlt. Unter solchen Voraussetzungen darf man sich auch von einer berufsständischen Ordnung nicht allzuviel versprechen.

Der Sekretär der niederländischen katholischen Unternehmervereinigung (AKWV), Dr. H. J. Hammersheim, Den Haag, gab einen Bericht über

Die Soziale Lage in den Niederlanden

Die wirtschaftliche Lage Hollands steht stark unter der

Einwirkung der großen Kriegsschäden. Die internationale Wirtschaftshilfe konnte bisher nur einen Teil des Rückstandes ausgleichen. Auch in Holland ist der Dollarmangel akut. Nachteilig wirken die Veränderungen im holländischen Kolonialreich. Der Markt ist noch zu klein.

Wesentlich günstiger liegen die Verhältnisse in sozialer Hinsicht. Es hat sich eine echte Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern entwickelt und in einer ständigen Institution, der „Stiftung der Arbeit", konsolidiert. Dieses beratende Gremium von Arbeiter- und Unternehmer-Vertretern kommt jede Woche zur Erörterung der Tagesfragen zusammen.

Die Gewerkschaften sind mächtig. Zu beklagen ist die allzu starke Nivellierung der Löhne im Gefolge der Lohn-Bindungen. Das hatte ein starkes Absinken der Produktivität zur Folge. Die freie Preisbildung ist wiederhergestellt, aber noch nicht im Gleichgewicht. Die Preise sind über die Löhne gestiegen und haben weiter steigende Tendenz.

Die jüngste Forderung der Gewerkschaften auf 5%ige Lohnerhöhung wurde von den Arbeitgebern nicht akzeptiert. Als Alternative fordern die Gewerkschaften eine Wiedereinführung des Preisstops, auch wenn dieser erneute Rationierung der Konsumgüter notwendig macht. Beachtenswert ist die starke Einschaltung der Arbeiter in die Sozialversicherung. Sie untersteht der Selbstverwaltung durch Arbeiter und Unternehmer, nicht dem Staat. Die jüngste holländische Sozial-Gesetzgebung ist stark vom Gedanken der berufsständischen Ordnung beeinflußt. Fortschrittlich im guten Sinn ist auch das Gesetz über die Unternehmungsräte; in ihnen führt die Direktion des Betriebes den Vorsitz. Auch die letzte Entscheidung steht ihr zu. Dagegen üben die Arbeitervertretungen weitgehende beratende und mitkontrollierende Funktionen aus. Eine gewisse Konzession besteht darin, daß die Kandidaten der Arbeitervertreter von den Gewerkschaften aufgestellt werden.

An allen fortschrittlichen Reformen des Soziallebens hat die AKWV großen Anteil genommen. Es ist überhaupt bemerkenswert, in welch starkem Maß die schöpferischen Impulse der sozialen Reform in Holland von katholischer Seite ausgehen. Auch die Liberalen erwarten und akzeptieren die Ideen-Führung von den Katholiken.

Direktor Andrea Capol, Richterswil, sprach über

Die soziale Lage in der Schweiz

Die Situation der Schweiz ist gekennzeichnet durch die Notwendigkeit, daß sie zur Ernährung ihrer Bevölkerung auf starken Export gewerblicher Produkte angewiesen ist. Die Schaffung eines stabilen Ausgleichs ist — seit 100 Jahren — das Verdienst unternehmerischer Leistung. Sie vermochte durch intensive gewerbliche Produktion nicht nur die Existenz der Bevölkerung zu sichern, sondern den Lebensstandard sogar über die europäische Norm zu erhöhen. Sie vermied dabei obendrein manche Fehler des Industrialismus. Die Schweiz war und ist noch heute ein Land mit wenig Großstädten und wenig Großbetrieben. 70% der Arbeiterschaft arbeitet in Kleinbetrieben. Von 1,4 Mill. Arbeitern sind ein Drittel gewerkschaftlich organisiert (davon 48 000 im Kath. Christlichen Gewerkschaftsbund). Der Nominallohn stieg von 1939 bis 1949 von durchschnittlich 1,40 auf 2,60 sfr. die Stunde, der Reallohn stieg in der gleichen Zeit um 24%. Bedroht wird die Prosperität der Schweiz zur Zeit besonders durch den Wettbewerb der Länder mit niedrigem Lohnstandard.

Der hohe Lebensstandard der Arbeiterschaft wird auch von den Gewerkschaften anerkannt. Trotzdem ist der Marxismus spürbar am Werk. Seine Führer sind am sozialen Unfrieden interessiert. Marxistische Parolen sind an der Tagesordnung. Z. Zt. geht die Polemik hauptsächlich um Verkürzung der Arbeitszeit. Forderungen nach Mitbestimmung oder Gewinnbeteiligung werden nur vereinzelt von vorgeschobenen Personen vertreten.

Die Gefahr des Marxismus darf auch in der Schweiz nicht unterschätzt werden. Daß der Marxismus überhaupt Gehör findet, beweist, daß hoher materieller Standard allein ein Volk nicht glücklich macht. Die soziale Frage ist in hohem Grade eine moralische Frage.

Die katholischen Unternehmer der Schweiz haben daraus die Konsequenz gezogen. April 1949 wurde die Vereinigung christlicher Unternehmer mit dem Sitz in Einsiedeln gegründet, die nicht, wie eine frühere Gründung, auf wirtschaftlichen Erwägungen beruht, sondern bei der die religiösen Motive im Vordergrund stehen. Sie verfolgt das doppelte Ziel, für die Geltung christlicher Grundsätze in der Wirtschaft einzutreten und die Einsicht in die Ordnungskraft der Unternehmerwirtschaft zu verbreiten und zu festigen.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Die Kirche, die Kirchen und der Weltrat der Kirchen

Eine Denkschrift des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates

Da die „Herder-Korrespondenz" bisher die wichtigen ekklesiologischen Dokumente des Ökumenischen Rates im vollen Wortlaut abgedruckt hat, so die Vorlage der I. Sektion der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam 1948 mit der Erklärung der Konferenz von Edinburgh 1937 über die Kirche als Anhang (Jhg. 3, H. 3, S. 129 ff.), halten wir es für unsere Pflicht, über die kurze Meldung im letzten Heft „Zur Ekklesiologie des Ökumenischen Rates" (Seite 23) hinaus unseren Lesern ein eigenes Urteil zu ermöglichen, und drucken nachstehend den weitaus größten Teil des Dokumentes von Toronto in eigener Übersetzung aus dem englischen Original ab. Es sei nochmals betont, daß der Zentralausschuß diese Denkschrift nur „entgegengenommen" hat und daß er sie nicht den Kirchen, sondern nur „zum Studium in den Kirchen empfiehlt". Das ist eine überaus vorsichtige und unverbindliche Form, um jeden Verdacht einer Präjudizierung des Problems zu vermeiden. Es will uns scheinen, daß dieses Dokument, verglichen mit den Ausarbeitungen von Edinburgh und Amsterdam, einen erstaunlichen Rückschritt darstellt, sonderlich hinsichtlich der trinitarischen Grundlegung des Rates. Die Spannung wird eben noch durch die sogenannte „eschatologische Dialektik" der Schule von Karl Barth und Visser 't Hooft überbrückt. Das erweist sich angesichts der „Gegenströmungen", über die Dr. 't Hooft in Toronto mit bewegten Worten klagte, offenbar als immer schwieriger, zumal da auch von lutherischer Seite auf ekklesiologische Präzision steigender Wert gelegt wird. Der Lutherische Weltbund hat, wie jetzt bekannt wird, angesichts dieser Lage sich für seine Tagung in Hannover im August 1952, wo die lutherische Position für die Weltkirchenkonferenz der Bewegung „Faith and Order" in Lund vorbereitet wird, die für den Kirchenbegriff zentrale und kritische Frage der Inkarnation zur Klärung vorgenommen. Wie weit die Orthodoxen Kirchen das Dokument von Toronto, das um ihretwillen so vorsichtig gehalten ist, annehmen können, ist einstweilen noch nicht zu übersehen.

Die Denkschrift von Toronto

In der Einleitung zitiert das Dokument aus der Resolution der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz die verbindliche Erklärung über die Grenzen der Autorität des Weltrates, die seinerzeit beschlossen wurde, um dem Mißverständnis zu wehren, wonach der Weltrat eine „Überkirche" sei (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 3, H. 9, S. 402). Sodann begründet sie die Notwendigkeit weiterer Feststellungen:

Versuch neuer Formulierung

„Der Weltrat der Kirchen repräsentiert eine neue, nicht dagewesene Lösung des Problems interkirchlicher Beziehungen. Sein Zweck und sein Wesen können leicht mißverstanden werden. So ist es heilsam, daß wir klarer und bestimmter sagen sollten, was der Weltrat ist und was er nicht ist. Diese schärfere Definition enthält gewisse Schwierigkeiten. Nicht ohne Grund haben sich die Kirchen dessen enthalten, bis ins Einzelne genaue Definitionen des Wesens der Kirche zu geben. Wenn sie recht daran taten, so ist nicht zu erwarten, der Weltrat könne leicht eine Definition zustande bringen, die alle die verschiedenen Ekklesiologien seiner Mitgliedskirchen in Rechnung stellt. Der Weltrat beschäftigt sich in provisorischer Weise mit Spaltungen (divisions) zwischen bestehenden Kirchen, die nicht sein sollten, weil sie dem wahren Wesen der Kirche widersprechen. Einer solchen Lage kann nicht mit Begriffen wohlgeordneter Tatbestände begegnet werden. Das Hauptproblem ist, wie man die ekklesiologischen Verflechtungen einer Körperschaft formulieren soll, in welcher so viele unterschiedliche Auffassungen von der Kirche vertreten sind, ohne die Kategorien oder Sprache einer bestimmten Kirchenlehre zu gebrauchen."

Kapitel III bringt nun zunächst die Negationen.

Was der Weltrat der Kirchen nicht ist

„1. Der Weltrat der Kirchen ist nicht und darf niemals werden eine Superkirche.

Er ist keine Superkirche. Er ist nicht die Weltkirche. Er ist keine Superkirche. Er ist nicht die Weltkirche. kenntnisse sprechen. Dieses Mißverständnis taucht immer wieder auf, obwohl es in offiziellen Erklärungen des Rates so klar wie möglich bestritten worden ist. Es beruht auf einer völligen Unkenntnis der wirklichen Lage innerhalb des Rates. Denn wollte der Rat irgendwie sein eigenes Verfassungsprinzip verletzen, wonach er für seine Mitgliedskirchen weder Gesetze geben noch handeln kann, würde er sofort die Unterstützung seiner Mitglieder verlieren.

Mit dem Wort ‚Gliedkirche' wiederholen wir einen Ausdruck aus der Verfassung des Weltrates der Kirchen (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 2, Heft 7, S. 320 f.); aber Mitgliedschaft im Rate bedeutet in keiner Weise, daß die Kirchen zu einer Körperschaft gehören, die für sie Entscheidungen treffen kann. Jede Kirche behält das verfassungsmäßige Recht, die Aussagen oder Handlungen des Rates zu bestätigen oder abzulehnen. Die ‚Autorität' des Rates beruht nur ‚auf dem Gewicht, das er bei den Kirchen durch sein eigenes Zeugnis ausübt' (William Temple).

2. Der Zweck des Weltrates der Kirchen ist nicht, Unionen unter den Kirchen herzustellen, was nur durch die Kirchen selber geschehen kann, die in eigener Initiative handeln, sondern die Kirchen miteinander in lebendige Berührung zu bringen und das Studium sowie die Aussprache über Pläne kirchlicher Einheit zu fördern.

Durch sein bloßes Dasein und seine Tätigkeit bezeugt der Rat die Notwendigkeit einer klaren Bekundung für die Einheit der Kirche Christi. Aber es bleibt Recht und Pflicht jeder Kirche, aus ihrer ökumenischen Erfahrung die Folgerungen zu ziehen, zu denen sie sich auf Grund ihrer eigenen Überzeugungen gehalten fühlen. Keine Kirche braucht daher zu fürchten, der Rat werde sie zu Entscheidungen über die Union mit anderen Kirchen nötigen.

„Er präjudiziert nicht . . ."

3. Der Weltrat kann und soll nicht auf irgendeine partikulare Lehre von der Kirche begründet werden. Er präjudiziert nicht das ekklesiologische Problem. (Vgl. auch Herder-Korrespondenz Jhg. 4, Heft 10, Seite 448 rechts.)
Oft wird behauptet, die beherrschende oder vorausgesetzte Auffassung des Rates sei die der einen oder anderen Kirche oder der einen oder anderen theologischen Schule. Es mag wohl sein, daß man auf gewissen Sonderkonferenzen oder in einer besonderen Äußerung Spuren des starken Einflusses einer bestimmten Tradition oder Theologie finden kann.
Der Rat als solcher kann aber unmöglich Instrument einer Konfession oder Schule werden, ohne seinen wahren Sinn (raison d'être) zu verlieren. Im Weltrat ist Raum und Platz für die Ekklesiologie jeder Kirche, die bereit ist, an dem ökumenischen Gespräch teilzunehmen und die sich auf die Basis des Rates stellt, der eine ‚Bruderschaft von Kirchen ist, die unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen'.
Der Weltrat besteht, damit die verschiedenen Kirchen ihre Unterschiede erkennen, und darum ist keine Kirche verpflichtet, ihre Ekklesiologie zu ändern, weil sie Mitglied des Weltrates geworden ist.
4. Die Mitgliedschaft im Weltrat der Kirchen schließt nicht in sich, daß eine Kirche ihre eigene Auffassung von der Kirche relativieren müsse.
Es gibt Kritiker und nicht selten Freunde der ökumenischen Bewegung, die diese Bewegung tadeln oder loben wegen des ihr innewohnenden Latitudinarismus. Ihrer Ansicht nach steht die ökumenische Bewegung für die grundsätzliche Gleichheit aller christlichen Lehren und Auffassungen von der Kirche ein und ist daher nicht an der Wahrheitsfrage interessiert. Dieses Mißverständnis rührt von der Tatsache her, daß der Ökumenismus nach ihrer Meinung mit bestimmten partikularen Theorien über Einheit identifiziert wird, die in der Tat eine Rolle in der ökumenischen Geschichte gespielt haben, die aber nicht die allgemeine Ansicht der Bewegung als Ganzes vertreten und die auch nie offiziell vom Weltrat anerkannt wurden.

„. . . die Feststellung in ‚Mystici Corporis' . . ."

5. Die Mitgliedschaft im Weltrat schließt nicht die Annahme einer bestimmten Lehre über das Wesen kirchlicher Einheit in sich.
Der Rat steht für kirchliche Einheit. Aber in seiner Mitte gibt es Kirchen, die die Einheit im Ganzen oder weitgehend als vollen Konsensus im Bereich der Lehre verstehen; andere verstehen darunter in erster Linie sakramentale Kommunion, die auf einer gemeinsamen Kirchenordnung begründet ist, andere wünschen Einheit nur in gewissen Fundamenten von Glauben und Verfassung, wieder andere verstehen die Eine Kirche ausschließlich als eine universale geistige Bruderschaft oder meinen, sichtbare Einheit sei unwesentlich oder sogar unerwünscht. Aber keine dieser Auffassungen kann als die ökumenische Theorie ausgegeben werden. Der ganze Sinn des ökumenischen Gesprächs ist genau dieser, daß alle diese Auffassungen eine dynamische Beziehung zueinander eingehen.
Sonderlich schließt die Mitgliedschaft im Weltrat nicht die Annahme oder Ablehnung der Lehre ein, daß die Einheit der Kirche in der Einheit der unsichtbaren Kirche bestehe. Somit ist die Feststellung in der Enzyklika ‚Mystici Corporis' über den Irrtum einer spiritualistischen Auffassung von der Einheit nicht auf den Weltrat anwendbar. Der Weltrat ersinnt nicht ‚eine Kirche, die man nicht sehen oder berühren kann, die nur geistlich wäre und in welcher zahlreiche christliche Gemeinschaften trotz ihrer Trennung in Glaubensfragen dennoch durch ein unsichtbares Band geeint wären'. Zum Rat gehören jedoch Kirchen, die daran glauben, daß die Kirche wesentlich unsichtbar sei, wie auch solche, die die sichtbare Einheit für wesentlich halten.

Die positiven Voraussetzungen des Weltrates der Kirchen

1. Die Mitgliedkirchen des Rates glauben, Gespräch, Zusammenarbeit und gemeinsames Zeugnis der Kirchen müßten auf der gemeinsamen Anerkenntnis beruhen, daß Christus das göttliche Haupt des Leibes ist.
Die Basis des Weltrates anerkennt die zentrale Tatsache, daß ‚einen anderen Grund niemand legen kann, als der gelegt ist, Jesus Christus'. Damit ist die Überzeugung ausgedrückt, daß der Herr der Kirche ‚Gott-unter-uns' ist, der fortfährt, seine Kinder zu sammeln und selber seine Kirche zu bauen.
Darum kann keine Beziehung zwischen den Kirchen irgendeine Substanz oder Verheißung haben, wenn sie nicht mit der gemeinsamen Unterwerfung der Kirchen unter die Hauptschaft Jesu Christi in seiner Kirche beginnt. Von verschiedenen Gesichtspunkten aus fragen Kirchen: Wie können Menschen mit entgegengesetzten Überzeugungen zu ein und demselben Bund von Gläubigen gehören? Eine klare Antwort auf diese Frage gaben die orthodoxen Delegierten 1937 in Edinburgh, als sie sagten: ‚Trotz aller unserer Differenzen ist unser gemeinsamer Meister und Herr Einer — Jesus Christus, der uns zu einer immer engeren Zusammenarbeit in der Auferbauung des Leibes Christi führen wird.' Die Tatsache von Christi Hauptschaft über sein Volk nötigt alle, die Ihn anerkennen, miteinander in wirkliche und enge Beziehung zu treten, auch wenn sie in vielen wichtigen Punkten voneinander abweichen.
2. Die Mitgliedskirchen des Weltrates glauben an die Grundlage des Neuen Testaments, wonach die Kirche Christi Eine ist.
Die ökumenische Bewegung verdankt ihre Entstehung der Tatsache, daß dieser Glaubensartikel Männern und Frauen in vielen Kirchen mit unentrinnbarer Macht wieder bewußt geworden ist. Da sie die Kluft bemerken zwischen der Wahrheit, daß nur Eine Kirche Christi ist und sein kann, und der Tatsache, daß so viele Kirchen existieren, die behaupten, Kirche Christi zu sein, aber

keine lebendige Einheit miteinander haben, empfinden sie einen heiligen Unwillen über die gegenwärtige Lage. Die Kirchen erkennen es als schlichte Christenpflicht einer jeden Kirche, das äußerste zu tun, um die Kirche in ihrer Einheit zu manifestieren, und zu arbeiten und zu beten, damit Christi Absicht mit seiner Kirche erfüllt wird.

„Glieder der Kirche extra muros"

3. Die Mitgliedskirchen erkennen, daß die Gliedschaft an der Kirche Christi mehr einschließt als die Mitgliedschaft an ihrem eigenen Kirchenkörper. Darum suchen sie lebendige Berührung mit jenen, die außerhalb ihrer eigenen Reihen die Herrschaft Christi bekennen.

Alle christlichen Kirchen, einschließlich der Kirche von Rom, glauben, daß keine völlige Identität zwischen der Mitgliedschaft an der Allgemeinen Kirche und der Mitgliedschaft an ihrer eigenen Kirche besteht. Sie anerkennen, daß es Glieder der Kirche ‚extra muros' gibt, daß jene irgendwie (‚aliquo modo') zur Kirche gehören, oder daß es eine Kirche außerhalb der Kirche gibt. Diese Anerkennung findet ihren Ausdruck in der Tatsache, daß mit sehr wenigen Ausnahmen die christlichen Kirchen die Taufe der anderen Kirchen als gültig anerkennen.

Aber es erhebt sich die Frage, welche Folgerungen aus dieser Lehre zu ziehen sind. Sehr oft in der Kirchengeschichte haben die Kirchen nur die negative Folgerung gezogen, mit denen außerhalb ihrer Gemeinschaft nichts zu tun zu haben. Die Voraussetzung, die der ökumenischen Bewegung zugrunde liegt, ist die, daß jede Kirche in diesem Bereich eine positive Aufgabe zu erfüllen hat. Diese Aufgabe lautet: Gemeinschaft mit allen jenen zu suchen, die als Glieder des mystischen Leibes zusammengehören, obwohl sie nicht Glieder desselben sichtbaren Leibes sind. Und die ökumenische Bewegung ist der Ort, wo dieses Suchen und Entdecken stattfindet.

4. Die Gliedkirchen des Weltrates sehen in den Beziehungen anderer Kirchen zur Hl. Katholischen Kirche, welche die Glaubenssymbole bekennen, einen Gegenstand wechselseitiger Erwägung. Trotzdem bedeutet die Mitgliedschaft nicht, daß jede Kirche die anderen Gliedkirchen als Kirche in dem wahren und vollen Sinne des Wortes ansehen muß.

Im Weltrat ist Platz für solche Kirchen, die andere Kirchen als Kirchen im vollen und wahren Sinne anerkennen, und für solche, die das nicht tun. Aber diese getrennten Kirchen glauben, auch wenn sie sich gegenseitig nicht als wahre und reine Kirche anerkennen können, daß sie nicht in der Isolierung voneinander bleiben sollen; infolgedessen haben sie sich im Weltrat der Kirchen zusammengeschlossen.

Sie wissen von den bestehenden Unterschieden des Glaubens und der Verfassung, aber sie gestehen einander zu, daß sie dem Einen Herrn dienen, und sie möchten ihre Differenzen in gegenseitiger Achtung erforschen, im Vertrauen darauf, daß sie auf diese Weise durch den Heiligen Geist dazu geführt werden könnten, ihre Einheit in Christus zu bezeugen.

„Elemente der wahren Kirche"

5. Die Mitgliedskirchen des Weltrates anerkennen in anderen Kirchen Elemente der wahren Kirche. Sie meinen, daß diese wechselseitige Anerkennung sie verpflichtet, in ein ernstes Gespräch miteinander einzutreten, in der Hoffnung, daß diese Elemente der Wahrheit zur Anerkennung der vollen Wahrheit und zur Einheit in der vollen Wahrheit führen werden.

In den verschiedenen Kirchen wird allgemein angenommen, daß andere Kirchen gewisse Elemente der wahren Kirche haben, ‚vestigia ecclesiae', Merkmale der Kirche, wie es in einigen Traditionen heißt. Solche Elemente sind die Predigt des Wortes, die Unterweisung in der Heiligen Schrift und die Verwaltung der Sakramente. Diese Elemente sind mehr als bleiche Schatten des Lebens der wahren Kirche. Sie sind eine Tatsache wirklicher Verheißung und schaffen eine Gelegenheit, durch freie und brüderliche Aussprache für die Verwirklichung einer vollen Einheit zu wirken. Darüber hinaus haben Christen aller ekklesiologischen Standpunkte in der ganzen Welt durch die Predigt des Evangeliums Männer und Frauen zur Erlösung durch Christus gebracht, zur Erneuerung des Lebens in Ihm und in christlicher Bruderschaft miteinander.

Die ökumenische Bewegung gründet auf der Überzeugung, daß diesen Spuren nachgegangen werden muß. Die Kirchen sollten sie nicht geringschätzen als bloße Elemente der Wahrheit, sondern sich daran freuen als an hoffnungsvollen Zeichen, die auf wirkliche Einheit hinweisen. Denn was sind diese Elemente? Nicht tote Reste der Vergangenheit, sondern mächtige Mittel, durch die Gott handelt. Fragen mögen und müssen gestellt werden über die Gültigkeit und Reinheit der Lehre und des sakramentalen Lebens, aber es kann keine Frage sein, daß solche dynamischen Elemente des kirchlichen Lebens die Hoffnung rechtfertigen, die Kirchen, die sie bewahren, möchten zur volleren Wahrheit geführt werden. Durch das ökumenische Gespräch wird dieses Erkennen der Wahrheit erleichtert."

Die letzten drei Abschnitte des IV. Kapitels handeln davon, daß die Kirchen von ihrem Herrn ein gemeinsames Zeugnis erlernen sollten, daß sie einander brüderlich beistehen müssen und sich unbrüderlicher Handlungen zu enthalten haben. Durch diese geistliche Beziehung zueinander werde der Leib Christi auferbaut. Zum Schluß heißt es dann:

„Keine dieser positiven Voraussetzungen der Existenz des Weltrates steht im Widerspruch zu den Lehren der Mitgliedskirchen. Wir glauben daher, keine der Kirchen braucht zu befürchten, daß sie durch den Eintritt in den Weltrat in Gefahr kommt, ihr Erbe zu verlieren. Wenn das Gespräch zwischen den Kirchen sich entwickelt und die Kirchen in engere Berührung miteinander treten, werden sie ohne Zweifel vor neue Entscheidungen und Probleme gestellt sein. Denn der Rat existiert, um die Gleichgültigkeit (deadlock) unter den Kirchen zu brechen ..."

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BRUNNER, August. *Ist das Christentum eine Religion?* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 1 (Okt. 1950) S. 8—19.

Diese immer wieder auftauchende Frage gibt dem Verfasser die Anregung zu einer Bestimmung des Begriffes Religion und einer Darstellung des durch das Christentum gestifteten völlig einzigartigen Verhältnisses des Menschen zu Gott, in dem nunmehr eine völlige und vorbehaltlose Hingabe des Geschöpfes gefordert wird. Die darin liegende Befreiung aus der Endlichkeit zeigt, daß uns das Christentum von der „Religion" erlöst hat.

BRUNNER, Emil. *Der Apostel Paulus. 1900 Jahre Christentum in Europa.* Schweizer Monatshefte Heft 7 (Oktober 1950) S. 421—427.

Eine Würdigung des Apostels Paulus, der durch seine Überfahrt von Troja nach Griechenland im Jahre 50 die Missionierung Europas begründet habe. Seine Botschaft von der „Torheit" des Kreuzes sei bis heute nur von wenigen verstanden worden.

FASSBENDER, Theo. *Die Beichte der Jugendlichen.* In: Katechetische Blätter Jhg. 75 Heft 8 (August 1950) S. 339—343.

Faßbender spricht für eine neue Beichtpraxis, die im Bußsakrament nicht zuerst die Tilgung der Schuld, sondern die Besserung des Lebens, Umkehr, Bekehrung sieht.

NICHOLL, Donald. *Sanctity in Marriage.* In: Life of the Spirit Bd. 5 Nr. 51 (September 1950) S. 98—104.

Der Verfasser setzt sich mit der besonders in der Hagiographie verbreiteten Auffassung auseinander, daß die Ehe „auch" zur Heiligkeit führen könne. Er schreibt dazu u. a. den bemerkenswerten Satz: „Es besteht wenig Hoffnung, den Weg zur Heiligkeit über die Ehe und Familie zu verstehen, ehe man freimütig eingesteht, daß die ‚glückliche Ehe' und ‚glückliche Familie', die die Prediger so gern zitieren, höchst selten ist." Diese zölibatäre Sicht der Wirklichkeit sei naiv und nur geeignet, die Leute zu deprimieren, statt sie zu ermutigen.

RAHNER, Karl, SJ. *Das „neue" Dogma. Zur Definition der Himmelfahrt der hl. Jungfrau und Gottesmutter.* In: Wort und Wahrheit 5. Jhg. Heft 11 (November 1950) S. 805—820.

Der bekannte Innsbrucker Dogmatiker erläutert, von Mt. 27, 52 f. ausgehend, den Inhalt und Sinn des Dogmas und ebenso die anläßlich seiner Definition auftauchenden dogmengeschichtlichen und ekklesiologischen Fragen. Er wendet sich zum Schluß auch an die evangelischen Christen.

TILMANN, Klemens. *Die Aufgabengebiete der Gebetserziehung.* In: Katechetische Blätter Jhg. 75 Heft 8 (August 1950) S. 314—323.

Der Aufsatz will keine Lösungen bringen, sondern in Ermangelung eines zusammenfassenden Buches eine Übersicht über Themen und Arbeitsbereiche und schließlich als Anhang praktische Winke für die Gebetserziehung in der Schule.

Philosophie

GUITTON, Jean. *Gibt es noch eine Menschennatur?* In: Dokumente Jhg. 6 Heft 5 (1950) S. 392—407.

Mit einem geschickten Exkurs in die gegenwärtige Literatur macht der Verfasser die Verlegenheit des modernen Denkens angesichts des Naturbegriffs klar. Das wahre Wesen der allen Menschen gemeinsamen Natur läßt sich eben nicht aus dem Bereich des Werdens gewinnen, da es telos, Endziel ist. Nur der Rückblick aus der Theosphäre bekommt dieses Wesen zu Gesicht.

JASPERS, Karl. *Philosophische Lebensführung.* In: Universitas Jhg. 5 Heft 9 (Sept. 1950) S. 1025—1032.

Gestellt wird die Grundfrage nach dem Verhältnis des Philosophen zu seiner Lehre. Niemals gibt die Philosophie Rezepte, nach denen gelebt werden könnte, sondern geht in den beiden Grundweisen von Kommunikation und Meditation, parallel zum religiösen Kultus und zum Gebet, auf die Vergegenwärtigung der Aufgabe und auf die Gewissenserforschung. In einer Grundbescheidung kennt das Philosophieren „die volle Offenheit für das an den Grenzen des Wissens sich unwißbar Zeigende".

PIEPER, Josef. *Das Geheimnis und die Philosophie.* In: Civitas Jhg. 6 Nr. 1/2 (Oktober 1950) S. 6—11.

Seit Pythagoras ist erkannt worden, daß Philosophie Liebe zur Weisheit, nicht Weisheit ist. Auch für Aristoteles ist die metaphysische Wahrheit ihrem Wesen gemäß kein dem Menschen zukommender Begriff, eine Definition, die Thomas aufnimmt. Ja die christliche Philosophie ist sich erst recht der Tatsache bewußt, daß die echte philosophische Frage nach dem letzten Wesen der Dinge keine entsprechende philosophische Antwort erhalten kann, sondern den Geheimnischarakter der Wirklichkeit erst recht in ihrer Geschöpflichkeit erkennt.

Kultur

BROD, Max. *Franz Kafka in seinen Briefen.* In: Merkur Jhg. 4 Heft 9 (1950) S. 942—958.

Der Herausgeber der Gesammelten Werke Kafkas gibt einen Einblick in die Probleme und in das Stimmungsspektrum der Briefe des Dichters und läßt einige Proben folgen, unter denen besonders ein Brief über Kierkegaard Interesse verdient.

BRUNNER, August. *Hoffnung.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 75 Heft 12 (Sept. 1950) S. 401—411.

Der Aufsatz findet das Wesen des modernen technischen Denkens durch ein falsches Zeitverhältnis bestimmt. Vorausberechnung und Sicherung gibt keine Zukunft und kann daher nicht mehr im eigentlichen Sinne geschichtlich sein. „Der Fehler, den die abendländische Menschheit begangen hat, besteht darin, daß sie ihre Zukunft dort sucht, wo keine Zukunft ist und keine sein kann." Dagegen wird die christliche Hoffnung gesetzt.

DEMPF, Alois. *Theologische Romane? Jünger, Werfel, Andres.* In: Universitas Jhg. 5 Heft 9 (Sept. 1950) S. 1033—1044.

Nach einer Überspringung des neuen Bildungsromans hält uns die Literatur echte theologische Romane oder doch wenigstens Versuche dazu vor. Während in „Heliopolis" der Schritt zur positiven Theologie noch ungetan bleibt, kennt der „Stern der Ungeborenen" hierin kein Zögern. Die „Sintflut" bringt eine theologisch gesehene Diagnose der Zeit und empfiehlt die Therapie der Gewissens-Innerlichkeit.

DESQUEYRAT, A. *Arche Noah 1950. Vor einem Darwinismus des Geistes?* In: Dokumente Jhg. 6 Heft 5 (1950) S. 410 bis 421.

An Hand der statistischen Feststellungen entwirft der Verfasser für Europa und insbesondere Frankreich die interessante Perspektive, daß — bei dem auffallenden Kinderreichtum der religiös praktizierenden Eltern — in absehbarer Zeit dem christlichen Bevölkerungsteil die Übermacht zufallen wird.

FOSTER, Kenelm, OP. *Mr. Dawson and Christendom.* In: Blackfriars Bd. 31 Nr. 366 (September 1950) S. 421—427.

Diese Studie über Dawson und Etienne Gilson würdigt das Werk beider Historiker in einer Weise, die den Aufsatz zu einer wichtigen bibliographischen Information für denjenigen macht, der nach der Sinndeutung der Gegenwart sucht.

MARMY, Emile. *L'Age mûr et sa Problématique.* In: Civitas Jhg. 6 Nr. 1/2 (Oktober 1950) S. 29—38. Wird fortgesetzt.

Versuch einer Analyse der Psychologie des reifen Alters, zumal der Krise der Lebensmitte zwischen 40 und 45 Jahren, die bisher von den modernen Psychologen noch kaum behandelt worden ist, als ob mit der psychischen Entwicklung der Kindheit und Jugend ein unwandelbarer starrer Zustand erreicht sei, während das menschliche Herz in Wahrheit bis zum Ende einer vielfältigen Geschichte fähig bleibt.

NÉRAUD DE BOISDEFFRE, Pierre. *Jean Anouilh.* In: Etudes Jhg. 83 (Oktober 1950) S. 67—80.

Die Bedeutung Anouilhs liegt, außer in seinem ursprünglichen dramatischen Temperament, in dem instinktiven Erfassen der Situation der modernen Gesellschaft, in der materielle Beziehungen die Leidenschaften zwischen Mensch und Mensch zu ersetzen streben. Darum reagiert der Mensch mit Empörung und Einsamkeitsgefühl, sobald er aus dem Paradies der Kindheit in die Welt der Erwachsenen eintritt. Die Welt der echten und wesentlichen Liebe, die Liebe zu den Menschen bleibt Anouilh noch zu entdecken.

NOHL, Hermann. *Die Erziehung des deutschen Volkes. Konstruktionsfehler unserer Schulerziehung. — Wege zu seiner Überwindung.* In: Deutsche Universitätszeitung Jhg. 5 Heft 17/18 (22. Sept. 1950) S. 8—9.

Anläßlich einer Tagung für Landpädagogik gibt der bekannte deutsche Pädagoge mit einer geistesgeschichtlichen Studie den Überblick über die klassische Bildungsbewegung, die in Deutschland einen weltabgewandten, rein der Innerlichkeit dienenden Schultyp geschaffen habe. Dagegen möchte er eine „Erziehung von unten her" setzen mit dem einzigen Willen zur Gestaltung des Lebens. Die Möglichkeiten dafür werden in der Müttererziehung, Körpererziehung und ländlichen Erziehung gezeigt.

PEITSCHACH, Elisabeth. *Zur Psychologie der Bekehrung. Psychologische Beiträge zur Volksmission.* In: Paulus Jhg. 22 Heft 1 (1950) S. 24—38.

Durch Miterleben der Grenzsituationen und Abbau der Schichten der Veräußerlichung und Uneigentlichkeit sollen die personalen Tiefen freigelegt werden, in die das Wort Gottes unmittelbar treffen kann.

RONDET, Michel. *Die Dramen Gabriel Marcels.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 1 (Okt. 1950) S. 42—48.

Referat zu den 15 bei uns meist unbekannten Dichtungen des Konvertiten, die nicht im Stile des französischen Theaters Problem und Lösung geben, sondern nur das Bewußtsein des Geheimnisses der Existenz meist in den Formen von Liebe und Tod wecken und nähren.

ROTH, Paul. *Naturrecht und Menschenrechte.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 75 Heft 12 (Sept. 1950) S. 412—422.

In einem lesenswerten Resumé werden die großen Stationen des Naturrechtsgedankens aufgezählt, und es wird deutlich, daß alle Bemühungen um diesen Begriff wirkungslos sein müssen, wenn ihnen nicht die moralische Reife der Menschheit entgegenkommt.

SCHOTTLÄNDER, Rudolf. *Umstrittene Toleranz. Ein Versuch, über sie hinauszukommen.* In: Deutsche Universitätszeitung Jhg. 5 Heft 19 (6. Okt. 1950) S. 12—14.

Dieser Aufsatz gibt einen interessanten Überblick über die anläßlich eines Preisausschreibens eingegangenen Antworten zum Problem Toleranz-Intoleranz. Vergleich und nähere Besinnung führt dazu, die „offenbar namenlose Synthesis" jenseits des dialektischen Gegensatzes zu suchen.

Soziales und politisches Leben

BARRETT, William. *World War III: The ideological Conflict.* In: Partisan Review Bd. 17 Nr. 7 (Sept./Oktober 1950) S. 651—660.

Hier gibt der Verfasser eine ausgezeichnete Analyse der derzeitigen öffentlichen Meinung in USA zu den weltpolitischen Fragen.

DROGAT, N. *Monde rural et civilisation moderne.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 43 (Sept./Okt. 1950) S. 565—577.

Ein die Probleme teilweise weiterführender Bericht über die Soziale Woche von Nantes. Neben den Betrachtungen mehr technischer Art ist besonders erwähnenswert, daß D. auf heftige Angriffe erwidert, die von nichtkatholischer Seite gegen Thesen der Sozialen Woche von Nantes erhoben worden sind, nämlich gegen die Propagierung und Stützung der ländlichen Familienbetriebe. D. rollt noch einmal detailliert die These der überragenden Rentabilität der Familienbetriebe kleinerer und mittlerer Größe und deren menschliche Vorteile auf.

FAIRFIELD, Letitia. *The common Man and the State.* In: The Sword Bd. 11 Nr. 140 (September 1950) S. 11—14.

Die Zeitschrift der „Sword of the Spirit"-Bewegung ist immer voller zündender Gedanken für die Katholische Aktion im öffentlichen Leben. In aller Kürze umreißt dieser Aufsatz die Gefahren und Notwendigkeiten des gewöhnlichen katholischen Staatsgefühls.

GURIAN, Waldemar. *From Lenin to Stalin.* In: The Review of Politics Bd. 12 Nr. 3 (Juli 1950) S. 379—388.

Gurian gibt einen in seiner Präzision wertvollen Einblick in die Zusammenhänge zwischen der kommunistischen Ideologie und den psychologischen bzw. massenpsychologischen Grundsätzen der Machthaber Rußlands.

MICHAELIS, Herbert J. *Die Krisis des Nationalstaatsgedankens.* In: Geistige Welt Jhg. 4 Heft 3 (August 1950) S. 92—112.

Eine lesenswerte Studie zu den Entstehungsbedingungen der das 19. Jahrhundert beherrschenden Idee, zu ihrem inneren Ungenügen und schließlichen Zerfall. Die Kenntnis dieser Situation vermittelt einen Einblick in die historischen und geistigen Grundkräfte unserer Zeit.

ROMMEN, Heinrich. *Church and State.* In: The Review of Politics Bd. 12 Nr. 3 (Juli 1950) S. 321—340.

In einer sorgfältigen grundsätzlichen Untersuchung kommt der bekannte Staatsphilosoph zu dem Ergebnis: „Neutralität des Staates in religiösen Dingen, nicht als metaphysisches Prinzip, aber als politische Maxime, ist das Mittel, durch das die Freiheit der Kirche am besten gesichert wird."

WEINSTOCK, Heinrich. *Demokratie und Elite.* In: Die Sammlung Jhg. 5 Heft 8 (August 1950) S. 449—458.

Der Verfasser läßt die in jeder Demokratie waltende Dialektik deutlich werden und entwickelt daraus die heute besonders vordringliche Frage der Elitenbildung. Die Forderungen sind klar, die praktische Ermöglichung bleibt jedoch noch Problem.

WEYDERT, J. *Qu'est-ce que la Ruhr?* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 43 (Sept./Okt. 1950) S. 594—609.

Mit zahlreichen Statistiken belegtes Bild des Ruhrgebiets als eines Komplexes der Unausgeglichenheit: scheinbar monolithische Struktur der großen Konzerne, doch darunter tiefgehende soziale Gleichgewichtsstörungen und dauernde wirtschaftliche Unordnung mit schwierigen Problemen des Absatzes. Daher seine ganze vergangene und gegenwärtige Geschichte.

WILSCHOWSKI, C. *Vers un remembrement des kolkhoz.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 43 (Sept./Okt. 1950) S. 625 bis 635.

Gut dokumentierte und anschauliche Darstellung des Zustandes der sowjetrussischen Landwirtschaft, ihrer Eigentums- und Arbeitsverhältnisse, des bäuerlichen Geistes und der Regierungskontrolle.

Katholische Chronik

FLICK, M., SJ. *L'Enciclica „Humani generis".* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 101 Heft 2406 (16. Sept. 1950) S. 577—590.

Die italienische Jesuitenzeitschrift hebt in der Enzyklika „Humani generis" vor allem die entschiedene Stellungnahme gegen die „neue Theologie", gegen die Entstellung der Lehre von der Ungeschuldetheit der Gnade, die Verkennung der menschlichen ratio und in zweiter Linie die gegen zu weites Entgegenkommen gegenüber naturwissenschaftlichen Lehren hervor.

GALLI, Mario von. *Ende oder Wende der deutschen Katholikentage?* In: Orientierung Nr. 18 (30. September 1950).

Eine kritische Durchleuchtung des „barocken" Passauer Katholikentages und der Vertretertagung in Altötting, die mit der Empfehlung schließt, ohne unkatholischen Verzicht auf Öffentlichkeitswirkung endlich der Hauptsorge Rechnung zu tragen: „Wie halten wir uns in den Zeiten der Christenverfolgung?"

HILLIG, Franz. *Die Frau in den Sternen.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 1 (Okt. 1950) S. 1—8.

Eine Besinnung vor der Verkündigung des neuen marianischen Dogmas. Da die theoretischen Widerlegungen der Irrtümer und Bosheiten der Welt im letzten wirkungslos bleiben, hat das neue Dogma, das in aller Anschaulichkeit die Lebensform eines treuen Geschöpfes vergegenwärtigt, einen unmittelbaren Lebenswert für das Geistesringen der Gegenwart.

MARROU, Henri. *„Humani generis". Du bon usage d'une Encyclique.* In: Esprit Jhg. 18 Nr. 10 (Okt. 1950) S. 562—570.

Marrou setzt der aus Katholiken und Nichtkatholiken gemischten Gruppe und Leserschaft der Zeitschrift Esprit das volle Gewicht einer so bedeutenden Lehräußerung der Kirche und die Verpflichtung des Katholiken ihr gegenüber auseinander und analysiert die Positionen von „Humani generis" in ihren abgewogenen Worten, die lenken, aber nicht ersticken wollen.

MONDRONE, D., SJ. *La definizione dommatica dell'Assunta messaggio di rinovate speranze ai popoli.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 101 Heft 2405 (2. Sept. 1950) S. 474—486.

Die Dogmatisierung der Himmelfahrt Mariä als Krönung der besonderen marianischen Frömmigkeit Pius' XII., als Gipfelpunkt der erneuerten Marienverehrung in allen Landen, selbst in Rußland seit der Wiedereröffnung der Kirchen, als Bekräftigung des christlichen Bildes von der Würde und Bestimmung des Menschen und Zeichen des Sieges Christi und der Kirche über Satan.

MÜLLER-ERB, Rudolf. *Der Laie in der Kirche.* In: Theologische Quartalschrift Jhg. 130 Heft 2 (1950) S. 184—196.

Dieser Vortrag vor einem theologisch-praktischen Hochschulkurs behandelt in offenherziger Weise die Fehlentwicklung zur Priesterkirche, ihre Entstehungsmotive und Begleiterscheinungen. Daraus ergibt sich die geschichtliche Notwendigkeit der Anerkennung des Laien und seiner Erziehung zur religiösen Mündigkeit.

PÉZERIL, Daniel. *Autour d'une nouvelle Action Catholique Ouvrière.* In: Esprit Jhg. 18 Nr. 10 (Okt. 1950) S. 571—576.

25 Jahre nach der Gründung der JOC, d. h. der Katholischen Aktion der Arbeiterjugend, hat der frz. Episkopat jetzt die Katholische Aktion der Arbeiter (d. h. der Erwachsenen) offiziell ins Leben gerufen. Sie stellt eine authentische Mitarbeit des Laien am Apostolat der Kirche dar, hat als solche eine religiöse, keine zeitliche (soziale oder politische) Aufgabe und will nicht eine neue „Christenheit" schaffen, sondern das Reich Gottes fördern durch „Erziehung der Arbeiterschaft, wo sie, von den Lebensproblemen ausgehend, deren christlichen Aspekt aufdecken soll".

PFAFF, Maurus. *Der internationale Kongreß für katholische Kirchenmusik in Rom.* In: Benediktinische Monatschrift Jhg. 26 Heft 9/10 (1950) S. 386—388.

Bericht zur 1. Tagung im Mai d. J., die in manchem unbefriedigt ließ und unter anderem auch in der Frage der Stellungnahme zur atonalen Musik zu keiner Entscheidung kam.

ROUQUETTE, Robert, SJ. *L'Encyclique „Humani generis".* In: Etudes Jhg. 83 (Oktober 1950) S. 108—116.

Die französische Jesuitenzeitschrift hebt hervor, wie sehr die Enzyklika nur die Auswüchse der modernen Strömungen verurteilt, keineswegs die Tendenzen selbst, etwa die ökumenischen Gespräche, die Weiterentfaltung des dogmatischen Bestandes, die Interpretation der ersten Kapitel der Genesis. Am schwersten treffen wohl die Sätze zugunsten der thomistischen Philosophie. Hier gilt es sich zu beugen. Aber auch diese Sätze sind weniger starr, als sie im ersten Augenblick scheinen. Sie verlangen vor allem, die christliche Philosophie nicht unter Opferung des einmal Erarbeiteten fortzuführen.

SIMMEL, Oskar. *Sind die Ernsten Bibelforscher ernst zu nehmen?* In: Stimmen der Zeit Jhg. 75 Heft 12 (Sept. 1950) S. 466 bis 469.

Ihrem theologischen Gehalt nach hat diese Gruppe nur alte Irrtümer aufzuweisen; aber sie sind unbedingt ernst zu nehmen in der Furchtlosigkeit gegenüber der Zeit und als Ausdruck des Hungers nach Gott.

ZEIGER, Ivo, SJ. *Um die Rettung der Ehe.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 1 (Okt. 1950) S. 20—27.

Man findet hier nach einem kurzen geschichtlichen Abriß, aus dem hervorgeht, wie die Kirche die Reinerhaltung der Ehe erzwungen und gepflegt hat, Vorschläge für die Abwehr der gegenwärtigen Scheidungswelle und Anregungen für Veränderungen im Eherecht.

Ökumenische Chronik

HERRIGEL, Hermann. *Die moderne Welt und das Christentum.* In: Theologische Rundschau. Neue Folge Jhg. 18 Heft 3 (1950) S. 238—259.

Eine ausführliche Würdigung der beiden Werke Gogartens „Die Verkündigung Jesu Christi" und „Die Kirche in der Welt".

KINDER, Ernst. *Europäische Verantwortung der christlichen Kirche.* In: Zeitwende (1. Oktober 1950) S. 209—221.

Ein lutherischer Beitrag zu einem Thema, das bisher vorwiegend katholischen oder „ökumenischen" Sprechern vorbehalten war. Verkündigung des Evangeliums, christliches Sein und lebendige Gemeinden seien die Voraussetzung, wobei Europa nicht ein „gesetzliches Leitbild" sein dürfe.

SIMMEL, Oskar. *Liturgische Erneuerung im Protestantismus.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 1 (Okt. 1950) S. 27—36.

Der Berneuchener Kreis in Deutschland und die Communauté de Cluny in Frankreich werden in ihren liturgischen Bestrebungen verglichen. „Katholisch" kann ihre Tendenz nicht genannt werden (wenn auch mancher Vorstoß formal diese Richtung hat), es sei denn im weitesten ökumenischen Sinne des Wortes.

HERDER-KORRESPONDENZ

Drittes Heft - 5. Jahrgang - Dezember 1950

Du erscheinst, wie geschrieben steht, in Schönheit, und dein jungfräulicher Leib ist ganz heilig, ganz keusch, ganz Gottes Wohnzelt. Daher ist er fürderhin der Auflösung in Staub nicht verfallen; er ist, weil menschlich, umgewandelt zu einem hohen Leben der Unverweslichkeit. Er ist lebend und überglorreich, der Fülle des Lebens teilhaftig und unsterblich.

Germanos von Konstantinopel

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die Deutsche Volksmission

Die Volksmissionen, die jährlich Millionen Christen durch Tage und Wochen intensiv religiös erfassen, sind ein entscheidender Faktor im Katholizismus. Sie werden für diesen um so förderlicher sein, je mehr sie sich der „Seelsorge im Aufbruch" angleichen. Die Zeit hat unter vielen anderen Tendenzen auch eine Tendenz zum Sichherausstellen aus der allgemeinen Verlorenheit an die Welt („Bekehrung") und zum Sichhinausstellen zu Zeugnis und Wagnis („missionarischer Elan"), die die Volksmission geradezu einladet, die ihr günstige Situation zu einer Selbstreform auszunützen. Ihre Zeitschrift „Paulus" ist ein Pionier dieser Bemühungen. Antreibend und richtungweisend wirkten auch die beiden letzten Generalversammlungen der deutschsprachigen missionierenden Orden in Werl (Jan. 1947) und in Würzburg (Aug. 1950) unter der Leitung des wiedergewählten Vorsitzenden, Provinzial S. Scherzl CSSR (München). Die Würzburger Tagung war ausgezeichnet durch die Teilnahme zahlreicher Ausländer (Österreich, Schweiz, Holland, Belgien, Frankreich). Neben Vorträgen über die Nachmission (P. Meer SJ) und moderne Beichtstuhlfragen (Artur Hauer OFM Cap) lagen vor allem die Referate über die neue Volksmission (Arno Winter OFM und Chrysostome Schreck OFM, Besançon), über die Diasporamission (J. Spielbauer CSSR) und über „Volksmission und Soziale Frage" (P. Edgar OP und P. Willenbrink OMI) auf der Linie der Weiterentwicklung und fanden darum größtes Interesse. Als charakteristisch für die neue Lage auf dem Gebiet der Volksmission lassen sich drei Punkte herausstellen.

Christozentrik und kerygmatische Anknüpfung

Hinter allen Ausführungen und Erörterungen in Würzburg stand die doppelte Tatsache: die Massen sind in erschreckender Weise Gott entfremdet, anderseits beginnt eine Neubesinnung auf das echt Christliche. Wenn aber im Mittelpunkt der Volksmission, wie referiert wurde, der „mystische Christus" oder das „Reich Gottes" steht, kommt dann der Missionar mit einem so sublimen Inhalt noch an die Fernstehenden heran, an die er doch besonders gesandt ist? Ist darum nicht der (philosophische) Gott oder das moderne Menschenbild oder die soziale Frage in den Vordergrund zu rücken? Aber bestünde dann nicht leicht die Gefahr, die Volksmission und ihren Nimbus nur als Gehäuse zur Behandlung der sozialen Frage auszunützen? Wird nicht der Eindruck erweckt, das Christentum erschöpfe sich in der sozialen Fürsorge? Das Problem „Christozentrik und Verkündigung" wird von V. Schurr in seinem Buch „Wie heute predigen?" (Schwabenverlag, Stuttgart 1949) behandelt: es ist dem Prediger, auch dem Volksmissionar (S. 124 f), nicht erlassen, ein Führer zum Wesentlichen zu sein; aber gerade aus dem Wesen des Christentums („in Christo") erhebt sich die Forderung, an die Welt der Zuhörer, zumal an ihre sozialen Nöte, anzuknüpfen.

Daß dies nicht Theorie ist, beweisen die Missionen in Frankreich, wofür das Referat von P. Chrysostome ein neuer Beleg war. Auch dort ist alles vom sozialen Anliegen durchdrungen, aber dabei bricht etwas nicht bloß aus der christlichen Moral, sondern aus dem christlichen Mysterium auf. Die Lösung der sozialen Frage kommt, ohne daß die natürlichen Faktoren übersprungen werden dürften, aus dem „Geheimnis Christi" (Kol. 4,3) schon deshalb, weil die gesellschaftliche Not in eine umfassendere Not eingebettet ist. Der Missionar, der in Stadt und Diaspora von Haus zu Haus den Menschen nachgeht, trifft sie unzählige Male an: die Menschen wollen Christen sein, sie wollen an Gott glauben und beten, aber ihr ganzer Glaube und ihr ganzes Christentum besteht in der Überzeugung, daß sie keine Sünde haben und anständige Menschen sind, weil sie mit der Polizei nicht in Konflikt geraten. Hier liegt die Not unserer Zeit. Die Volksmission muß sich auf diese Gesamtnot einstellen. Ihr Erlöser heißt: Christus hier und heute!

Mission des Milieus und der Militanten in Frankreich

„Die herkömmliche Pfarrmission hat versagt. Wir erfassen die Mehrzahl der Menschen nicht mehr. Und was wir erfassen, bekehren wir nicht. Und was wir bekehren, bewahren wir nicht." Mit diesen Worten seines Meisters P. Motte OFM begann P. Chrysostome seinen glänzenden Vortrag. Es wird auch für den Leser der Herder-Korrespondenz, der die neuen Formen des Apostolats in

Frankreich kennt, nicht umsonst sein, diesen Überblick noch einmal kurz mitzuvollziehen. Der Grund für das Versagen, so sagte P. Chrysostome, ist dieser: der Rahmen der Pfarrei ist nicht mehr der natürliche Lebensraum der Menschen. Die Pfarrei ist zu klein, um die meist überdimensionalen Einflüsse zu bewältigen: Fabriken, Parteien, Kinos, Presse etc., Faktoren, in denen das Christliche meist nicht bestimmend ist. Die Pfarrei ist auch zu groß: die Pfarraktion erreicht den einzelnen Menschen nicht mehr.

Die neue Mission will Christus im Leben des heutigen Menschen vergegenwärtigen; sie will das Reich Gottes erbauen in der Welt, so wie sie ist. Eine Mission, die sich nicht in die Struktur des Volkes organisch einfügt, wird keinen dauernden Erfolg haben, und eine Mission, die nicht die weltlichen Interessengemeinschaften erreicht und sie zu durchdringen sucht, ist praktisch zwecklos. Man muß ein soziologisch einheitliches Gebiet zusammenfassen und es mit einem Netz von Pfarrmissionen überziehen. In jahrelanger Vorbereitung und in eigenen Vormissionen muß das Milieu studiert werden, müssen die Leute und die Betriebe während der Arbeit aufgesucht werden; Laienapostel müssen mobil gemacht und geschult werden, eine allgemeine Gebets- und Werbeaktion muß durchgeführt werden. Die ganze Pfarrei muß in Bewegung gesetzt werden und darin verbleiben.

Jedes Wohnviertel untersteht einem verantwortlichen Laien; dabei ist das Augenmerk auf die kleinen Zentren des heutigen Menschen (Kaufladen, Wirtschaft, Haltestelle der Tram) zu richten. Die eigentliche Mission wird nur zum Teil in der Kirche gehalten; sie muß auf allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit einsetzen. Auf diese Außen- und Laienmission wird größtes Gewicht gelegt. Es kam vor, daß P. Motte neben acht Priestern 130 Laienmissionare aktivierte. Junge Ehepaare haben sich am besten bewährt. Diese Militanten sind von einer tiefen Unruhe um das Reich Gottes gepackt. Sie bekunden eine Aszese, die zu bewundern ist; es kann geschehen, daß sie, nachdem sie tagsüber treppauf, treppab gelaufen sind, Nächte hindurch beten und sich Fasten auferlegen. Enttäuschungen bleiben ihnen nicht erspart. Es ist nicht ihre Aufgabe zu erobern, sondern zu helfen; sie sollen ein schlichtes Zeugnis von Christus, vom Reich der Liebe und Brüderlichkeit ablegen. Sie halten Zusammenkünfte in Wohnungen, Gasthäusern etc. ab; da werden alle Fragen besprochen, die die Menschen bewegen. Um Wohnungsnot und gerechten Lohn sich kümmern, ist so wichtig, wie Almosen geben. Entscheidend ist nicht, wie viele Kommunionen empfangen werden, sondern wie viele lebendige Christusgestalten durchs Leben gehen; zehn Laienapostel gewinnen, ist mehr als hundert Sünder „bekehren". Nicht nur einzelne, das Gesamtgebilde ist zu erfassen, neue Gemeinschaften sind zu gründen, von unten auf, von der Familie, von den Wohnvierteln aus. Wichtig ist, was ein Jahr nach der Mission noch weiterbesteht. Eine Bekehrung, die sich nicht in die Gemeinschaft hinein ausprägt, hat keinen Wert. Eine Liebesgemeinschaft muß das Christentum werden; alles andere ist schädlich.

Neue Missionsmethode auch für Deutschland

Der Würzburger Versammlung war es klar, daß auch in Deutschland diese Methode mutatis mutandis versucht werden müsse. Wie schon die ersten Bemühungen zeigten, ringen wir hier aber mit größeren Schwierigkeiten, weil Missionare, Pfarrer und Laien noch zu wenig aufgewacht, zu wenig von der Gnade getroffen sind. Muß zuvor ein Tiefpunkt wie in Frankreich erreicht werden?

Allerdings haben wir die neue Methode zum Teil in der deutschen Diasporamission (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 3, Heft 5, S. 197 f); man brauchte ihre Erfahrungen nur auf die gewöhnlichen Missionen anzuwenden. Je ein Referat befaßte sich mit dieser zeitgemäßen Seelsorgsform im Osten und im Westen. Dabei ging es weniger um die Dringlichkeit, die keine Frage mehr ist, als um die Mittel, sie zum Erfolg zu führen. Allgemein wurde bedauert, daß die Vorschläge P. Scherzls auf der Jubiläumstagung des Bonifatiusvereins in Regensburg (vgl. „Im Dienste des heiligen Bonifatius". Priesterjahrheft 1950 S. 7 und S. 33 ff) bisher nicht oder nur unzureichend verwirklicht wurden. In der gesamten Ostzone, wo die Missionsarbeit noch nicht behindert ist, sind kaum mehr als 30 Missionare tätig (weitere Ordensleute sind in der Pfarrseelsorge verwendet). Aber auch im Westen müßte die Diasporamission noch viel stärker eingesetzt werden; nur wenige Ordensleute wagen sich an sie heran; anderseits zögern auch die Diasporaseelsorger aus irgendwelchen Hemmungen. Man wünschte hier das Eingreifen des Episkopates.

Ordentliche und außerordentliche Seelsorge

Vor hundert Jahren war die Volksmission noch ein Ereignis, das schlagartig eine Pfarrei umwandelte. Heute ist das nicht mehr möglich. Aber man erwartet dieses Wunder immer noch von der Mission. Man übersieht, daß jetzt die Voraussetzungen dafür fehlen. Ein ungeheurer Substanzverlust des Christlichen ist eingetreten; das Heidentum reicht bis tief ins katholische Landvolk hinein. So ist für die Pastoral insgesamt eine säkulare Wende nötig, die auch die Volksmission in sich hineinreißt. Ihre Erfolge sind nicht mehr schlagartig, sondern nur mehr „in Geduld" (Lk. 8,15) zu erreichen. Der Missionserfolg wird weit mehr als früher Sache der ordentlichen Seelsorge. Bei der neuen Volksmission greifen außergewöhnliche und gewöhnliche Pastoration ineinander und nähern sich einander an, schon dadurch, daß die Mission ausgedehnt wird in Vor- und Nacharbeit. In Holland verbleiben einige Patres noch monatelang im Missionsgebiet; in Frankreich ist der Pfarrer der Missionsleiter, der Missionschef steht über dem ganzen Bezirk; dieser hat sich zuvor in das Milieu eingelebt; die Laien, ja die ganze Gemeinde wird in ein missionarisches Ethos versetzt, das nach dem Abzug der Missionare nicht alsbald versanden darf.

In Frankreich kommt der Pfarrklerus dieser Entwicklung entgegen, ja er ist ihr vorausgeeilt. Es besteht sogar eine Tendenz, die Orden für das Apostolat überhaupt auszuschalten. Doch das sind nur extreme Neigungen. Im Ganzen gesehen ist es höchst erfreulich, daß der Blick sich auf die Fernstehenden ausgeweitet hat. Die Pfarre wird missionarisch. Die Aufgabe der Volksmission bleibt; S. Scherzl CSSR hat in den Artikeln „Volksmission und liturgische Erneuerung" („Paulus" 1950, H. 1 und 2) jedoch betont, wie sehr sich die heutige Volksmission in die ordentliche Seelsorge einsenken muß. Das Schwergewicht, das jüngst der Heilige Vater so betont der Pfarrarbeit zugesprochen hat (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 3, Heft 8, S. 354), wollen die Volksmissionare ihr nicht nehmen. Wenn auf ihrer Würzburger Tagung vorgeschlagen wurde, den Unterschied zwischen

gewöhnlicher und außergewöhnlicher Seelsorge fallen zu lassen und die Volksmission nur als Teil der ordentlichen Seelsorge zu betrachten, so mag das zu weit gehen, ist aber symptomatisch für die Überzeugung, wie sehr sich Mission und Seelsorge verklammern müssen. Aus dieser Situation ging der Beschluß der Würzburger Tagung hervor, in das Verbandsorgan „Paulus" mit dem neuen Jahrgang (1951) auch Fragen der ordentlichen Seelsorge einzubeziehen, es mit dem Untertitel „Zeitschrift für missionarische Seelsorge" auch dem Weltklerus anzubieten und es so der Neuorientierung in der Pastoration dienen zu lassen (Schriftleiter Dr. D. K. Büche CSSR, München; Verlag Kemper, Heidelberg). Damit scheint nun auch die deutsche Volksmission in ein neues Stadium einzutreten.

Die interkonfessionelle Lage Herbst 1950

Im Anschluß an die diesjährige Herbst-Studientagung des Internationalen Instituts für Sozialwissenschaft und Politik (Deutscher Zweig) im ehemals Löwenstein'schen Schloß Kleinheubach am Main waren deren Teilnehmer sowie weitere katholische Persönlichkeiten für den 1./2. November 1950 zu einer freimütigen Aussprache über die gegenwärtige interkonfessionelle Lage geladen worden.

Interpretation der Haltung des Heiligen Stuhls

Als Berater in religiösen Angelegenheiten bei dem veranstaltenden ‚Deutschen Koordinierungsrat der Christen und Juden' verlas Professor Dr. *Karl Thieme* zunächst den Wunsch des Bischofs von Würzburg, daß die Gespräche „im Sinne ihres drängenden Anliegens und der Richtlinien des Heiligen Stuhles zu fruchtbaren Anregungen führen" möchten, und die Grüße des Landeskommissars für Bayern, Dr. Shuster. Dann entwickelte er, daß — von außen meist mißverstanden — die römische Instruktion zur ökumenischen Bewegung mit ihrem redlichen Wort über die katholische Vorstellung von ‚Wiedervereinigung', die Enzyklika ‚Humani generis' mit ihrer nüchternen Grenzziehung gegenüber einem enthusiastischen interkonfessionellen ‚Irenismus' und das Marien-Dogma, das zu begreifen Protestanten so schwer fällt, unter diesen polemische Strömungen ausgelöst haben, welche das seit Hitlers Juden- und Christenverfolgung wesentlich gebesserte gegenseitige Verhältnis der Konfessionen gefährden. Um so mehr, als an sich gar nicht damit zusammenhängende politische Spannungen (Heinemann-Krise) den interkonfessionellen Beziehungen ebenfalls schaden. Diesen Gefahren gegenüber gelte die Mainzer Parole: Nicht klagen, sondern handeln! Menschen guten Willens aus allen Lagern, die dank dem biblischen Offenbarungsglauben Brüder sind, wenn auch noch getrennte, müssen zur Bekräftigung des Verbindenden und zur Vertretung gemeinsamer Anliegen zusammenwirken. Dafür genügen in keiner Weise Theologen-Gespräche über das Dogma und politische Beziehungen im Rahmen einer Partei. Der Heilige Stuhl billigt, ja wünscht ausdrücklich, wie auch Instruktion und Enzyklika bestätigen, die Zusammenarbeit von Katholiken und Nichtkatholiken guten Willens bei der Vertretung der „Grundsätze des Naturrechts oder der christlichen Religion", der „Wiederherstellung einer gesunden Sozialordnung" und dergleichen. Dementsprechend konnte in Rom festgestellt werden, daß auch die Arbeit der ‚Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit' dort mit Wohlwollen verfolgt wird, welche sich der Pflege brüderlicher Beziehungen und respektvollen Verständnisses zwischen Katholiken, Protestanten und Juden widmen — unter bewußtem Ausschluß von Wiedervereinigungsarbeit, wie sie der ‚Una Sancta' und verwandten Gruppen vorbehalten bleibt. Verschiedene Strömungen sind hier zusammengeflossen: jenes Aufeinanderhinhören, wie es vor nunmehr 25 Jahren in der damals von Josef Wittig, Victor von Weizsäcker und Martin Buber gemeinsam begründeten Zeitschrift ‚Die Kreatur' gepflegt zu werden begann; Anregungen der wenig später begründeten amerikanischen ‚National Conference of Christians and Jews', die durch ihren ‚Liaison Representative' Rev. Carl F. Zietlow die seit 1948 in Deutschland entstandenen derartigen Gesellschaften förderte; nicht zuletzt die Tendenzen des 1947 entstandenen und erstmals auf dem Mainzer Katholikentag hervorgetretenen katholischen Kreises um den Freiburger ‚Rundbrief zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und dem Neuen Gottesvolk — im Geiste der beiden Testamente', der nach wie vor in voller Selbständigkeit als katholisches Versöhnungswerk fortbesteht, aber durch einige Personalunionen mit der interkonfessionellen Arbeit der Gesellschaften verbunden ist. (In einem ähnlichen Verhältnis stehen sie zur Frankfurter ‚Evangelischen Akademie in Hessen und Nassau'.) Eben jetzt werden von Freiburg und von Frankfurt aus über 25 000 katholische und evangelische Pfarrer und Religionslehrer um eine katechetische Sonderaktion christlicher Unterweisung über das jüdische Volk gebeten, um noch weiterwirkenden oder neu aufgekeimten Irrtümern entgegenzutreten, wobei ‚Thesen christlicher Lehrverkündigung' hierzu versandt werden, die von katholischen und evangelischen Theologen gemeinsam erarbeitet wurden und in ihrer endgültigen Fassung mit dem Imprimatur des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg im erwähnten Rundbrief (Nr. 8/9) veröffentlicht werden konnten. (Eine vorläufige, inzwischen vielfach verbesserte und ergänzte Fassung dieser Thesen erschien in der Herder-Korrespondenz Jg. 4, Heft 9, S. 386/87.) Dies ist ein ökumenisches Faktum, wie es wohl kein ähnliches seit der abendländischen Glaubensspaltung gegeben hat und wie es gerade in diesem Jahre neuer Spannung gewiß besonders dankbar begrüßt werden darf.

Als Hausherr von Kleinheubach, das jetzt als Ausbildungsstätte für höhere Postbeamte dient, unterstrich Bundesminister Dr. *Schuberth* die Wichtigkeit des Bemühens um interkonfessionelles gegenseitiges Verständnis. Wie unentbehrlich gerade auch die von den Gesellschaften angestrebten persönlichen Kontakte sind, das könne er aus der eigenen Erfahrung sowohl im Bundeskabinett wie auch in dem großen Dienstbetrieb der Postverwaltung bezeugen.

Katholiken und Protestanten

Es folgten zum ersten Aussprachethema — dem Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten heute — zwei Referate. Professor Dr. *Franz Arnold*, Tübingen, sprach über das Thema „Der Andersgläubige in der katholischen Verkündigung" und entfaltete vor allem zwei Grundgedanken: 1. Unsere Verkündigung darf nicht insofern vom Andersgläubigen bestimmt sein, daß sie nur polemisch einseitig herausarbeitet, was im andern Lager bestritten oder verkürzt wird; das Meßopfer z. B. darf nicht fast nur als Gegenwärtigsetzung des Kreuzesopfers,

es muß auch als Dank- und Lobopfer behandelt werden, wie es in Pius' XII. Enzyklika *Mediator Dei* zur Genugtuung aufgeschlossener evangelischer Christen (Propst Asmussen) geschehen ist. 2. Die Verkündigung vom Andersgläubigen als Person muß sich immer wieder an den Evangelientexten über Jesu Christi Verhältnis zu den andersgläubigen Samaritanern orientieren; Rechtgläubigkeit ist noch keine Bürgschaft für das rechte Verhalten nach Gottes Willen; und dieses Verhalten kann auch bei Andersgläubigen anerkannt werden, ohne daß damit die Verleugnung der eigenen Glaubensgewißheit („das Heil kommt von den Juden!") verbunden sein dürfte.

Gerechtigkeit, Verständnis, Liebe, Gebet

Als Korreferent sprach Professor Dr. *Heinz Fleckenstein*, Regensburg, über „Der Katholik und der Andersgläubige in der Praxis". Er folgte dabei den Leitworten, die Professor Josef Solzbacher in einer mit den oben erwähnten Thesen zusammen versandten Katechese über das Verhältnis der Christenheit zum jüdischen Volk aufgestellt hatte: „Gerechtigkeit" — Kampf gegen das generalisierende Vorurteil, Respekt auch vor dem irrenden Gewissen des andern; „Verständnis" — Redlichkeit in der Würdigung des gesamten Anliegen-Komplexes, der den andern zu seinem Glauben bestimmt; auch unser unkontrolliertes Denken und Reden über den Andersgläubigen darf nicht ein verständnisloses Absprechen sein; „Liebe" — ehrliches Ringen darum, daß unsere Katholizität nicht zu Anti-Protestantismus wird (überhaupt nicht zur Anti-Haltung); „Gebet" — worin man sich selbst nicht pharisäisch sieht, sondern gemeinsam mit dem andern vor Gott, in dessen Licht beide schwache Menschen sind und von Ihm das Geschenk der endlichen Einheit erwarten (Joh. 17).

In der anschließenden Aussprache herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß die Verbundenheit, die während der Verfolgungsjahre entstand, um keinen Preis wieder verloren gehen darf. Es wurde beklagt, daß Mißverständnisse der letzten kurialen Äußerungen und Überängstlichkeit schon hie und da zum Verzicht auf durchaus erlaubte, ja erwünschte gemeinsame Veranstaltungen katholischer und evangelischer Christen geführt haben; auch daß der politische Kampf gelegentlich wieder mit konfessionalistischen Motiven geführt wird. Dementgegen sind vor allem auch auf dem Gebiete der Kultur und Erziehung, etwa der positiven Überwindung von Schund und Schmutz, alle gemeinsamen christlichen Bemühungen nachdrücklich zu fördern. Für das besondere Gebiet des Films wurde ein entsprechendes Projekt diskutiert, das unter dem Titel „Von mir nimmst du zu trinken?" Jesu Verhalten zur Samariterin in seiner Vorbildlichkeit für richtiges interkonfessionelles Verhalten heute breiteren Kreisen erschließen soll.

Die christlich-jüdischen Beziehungen

Das zweite Thema der Besprechung war: „Die neue Entwicklung der christlich-jüdischen Beziehungen", wie sie ebenfalls durch das gemeinsame Verfolgtwordensein angebahnt worden ist.

Professor Dr. *Nikolaus Monzel*, Bonn, berichtete von religionssoziologischen Übungen zur Judenfrage, welche er in seinem Seminar für christliche Gesellschaftslehre gehalten hat. (Ähnliche Übungen hält im laufenden Wintersemester Professor Dr. Richard Egenter in München). Es geschah dies aus der Überzeugung, daß konkretes Wissen nötig ist, um die Schwierigkeiten des uns allenthalben in der modernen Welt aufgegebenen Zusammenlebens und Zusammenwirkens von Menschen verschiedenen Glaubens und verschiedenen Volkstums zu bewältigen. Unter den entwickelten Befunden interessierte besonders die Erklärung nicht weniger als spezifisch jüdisch geltender Eigentümlichkeiten durch die vielen Jahrhunderte fast ausschließlich städtischen Lebens des jüdischen Volkes.

Das Spannungsverhältnis der Nichtjuden zu diesem erklärte Frau *S. Thieme* 1. durch das Stehen der Juden unter dem sie aus den Völkern heraussondernden Gesetz im Sinne seines nachexilischen Verständnisses, 2. durch die daraus entwickelte höchstgesteigerte und mehr interpretierende als neuschöpferische Intellektualität. Die notgedrungene Ablehnung der Kommensalität mit allen, die nicht „koscher" aßen, isolierte die Juden; und überdies befremdeten sie durch das peinliche Ernstnehmen mannigfaltigster Postulate sehr unterschiedlichen Ranges im gleichen Maß, wozu die Verpflichtung auf die Fülle der Thora-Gebote sie zu disponieren pflegt. Die Beschäftigung mit diesen macht überdies die meisten Juden zu „Intellektuellen" („denen die Welt zum Problem wird", nach einem Wort Ortega y Gassets), einerseits für einfachere Menschen unverstehbar, daher unheimlich („Verschwörer"), andrerseits vielfältig erfolgreich und darum beneidet.

In der Aussprache wurde vor allem von Domkapitular Dr. *Kramer*, dem Vertreter des Bischofs von Würzburg, überaus ernst die Gefahr eines neuen Antisemitismus im deutschen Volke beleuchtet und dankbar zur Kenntnis genommen, daß der Deutsche Koordinierungsrat der Christen und Juden in nächster Zeit seine besondere Aufmerksamkeit der überaus heiklen Wiedergutmachungsfrage zuzuwenden beabsichtigt. Weiterreichende Ausblicke galten der Gefährdung der Juden auch in Nordamerika, der Bedeutung des Staates Israel und der heilsgeschichtlichen Zukunft, für welche die Wiedervereinigung von Altem und Neuem Gottesvolk verheißen ist.

Das Wiener „Seminar für soziale Berufe"

Das im Herbst 1949 von den Kalasantinern, Wien XV, errichtete „Seminar für soziale Berufe" ist in sein zweites Jahr eingetreten. Das Seminar ist eine zweijährige Schule zur Ausbildung von Männern für die Aufgaben der Fürsorge, besonders Heimleitung und Lehrlingsbetreuung, der gewerkschaftlichen Arbeit und der sozialen und caritativen Arbeit in der Pfarre.

Initiator und Leiter des Werkes ist der bekannte Arbeiterpriester P. Alexander Bredendick. Maßgebend für die Gründung war die Überlegung, daß es sehr einseitig ist, für die sozialen und caritativen Aufgaben in Kirche und Gesellschaft nur Frauen heranzubilden, da viele dieser Aufgaben besser von Männern ausgefüllt werden. Ferner die Überlegung, daß unsere Zeit im Zeichen des Wohlfahrtsstaates und der Sozialpolitik steht und es nicht so sehr darauf ankommt, eigene Institutionen zu schaffen, die finanziell kaum durchzuhalten sind, als vielmehr für die staatlichen und städtischen Einrichtungen, die immer mehr ausgebaut werden, geeignete Männer katholischen Glaubens bereit zu halten. Noch hat sich kein bestimmter Studiengang und kein Berechtigungswesen für die Berufe des Heimleiters und Fürsorgers herausgebildet.

Die Dinge sind noch im Fluß, es gibt Raum für Pionierarbeit. Wer den Raum ausfüllt, kann damit rechnen, die Entwicklung zu beeinflussen.
Wie wichtig es ist, Katholiken für diese Berufe auszubilden, geht aus der Tatsache hervor, daß nach einem ungeschriebenen Gesetz in der gegenwärtigen österreichischen Koalitionsregierung das Ministerium für soziale Verwaltung immer mit einem Mann der SPÖ besetzt wird und auch in allen Landesregierungen das sozialpolitische Referat in Händen der SPÖ liegt.
Eine weitere Aufgabe des Seminars besteht darin, die Dozenten zu einem sozialpolitischen Arbeitskreis zusammenzuschließen, um die sehr fühlbare Kluft zwischen Theorie und Praxis überbrücken zu helfen.
Im Seminar werden drei Kategorien von Fächern unterrichtet: 1) weltanschauliche Fächer (besonders Bibelkunde und Moral), da gerade die praktische soziale Arbeit ein verinnerlichtes Leben verlangt; 2) Geschichte, Psychologie und Pädagogik, Staatsbürgerkunde und Soziallehre; 3) die praktischen Gegenstände, wie Sozialversicherung, Gewerkschaftskunde, Jugendfürsorge, Berufsberatung und Sozialpolitik. Ein eigener Lehrgegenstand ist „Arbeiterkultur", eine Sache, die noch in den Anfängen steckt. Für das kommende „Zeitalter des Arbeiters" — so die Meinung P. Bredendicks — ist hier eine große Aufgabe zu erfüllen: die Gestaltung des Heimes und der Freizeit, vor allem des Sonntags aus den Kräften des Christentums und des Arbeiterlebens zugleich. Derzeit ist das Kino gleichsam die Kirche des Arbeiters; dieser sucht dort nicht bloß Ablenkung, sondern auch etwas fürs Gemüt, wie überhaupt das Verlangen nach lebenerfüllenden geistigen Werten in der Arbeiterschaft größer ist, als man gemeinhin annimmt. P. Bredendick ist der Meinung, daß die Menschen vielfach nur deshalb die heidnischen Vergnügungen aufsuchen, weil noch nichts christlich Geformtes da ist. So ist auch hier eine ausgesprochene Pionierarbeit zu leisten.

Zwei Filme: „Es kommt ein Tag . . ."

Den deutschen Film *„Es kommt ein Tag"* darf man vielleicht den besten seit Kriegsende nennen. Die junge Film-Aufbau A. G. in Göttigen, die sich mit an erster Stelle innerhalb der heutigen deutschen Filmproduktion darum bemüht, dem deutschen Film wieder etwas von seiner ehemaligen Weltgeltung zurückzugewinnen, hat ihn hervorgebracht, der Regisseur Rudolf Jugert hat ihn gedreht, und zwei hervorragende junge Schauspieler geben ihm, neben einem ausgewogenen Ensemble, sein Gesicht: Dieter Borsche (bekannt aus der „Nachtwache" als der katholische Kaplan) und Maria Schell, eine junge Schweizerin, die eine neue Note beseelter Schönheit und innerer Anmut mit sich bringt. Aber damit ist das Wesentlichste noch nicht gesagt; dem Film liegt die Novelle „Korporal Mombour" von Ernst Penzoldt zugrunde, und hier erleben wir es wieder einmal, daß es eine der legitimen Möglichkeiten des Films ist, dem Atem eines epischen Kunstwerks nachzuspüren und ihn ruhig, behutsam in seine Bildsphäre zu übersetzen. Die Geschichte ist herzbewegend einfach und hat im Grunde nur ein Thema, das Dreiklang-Thema von Krieg, Liebe und Tod. Ein altes Thema also, ein heute wieder mit neuen Akzenten versehenes, immer gültiges Thema. Aber wenn wir dabei einige Kampfszenen des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 zu sehen bekommen, so doch nur, um die Sinnlosigkeit des Krieges zu beweisen. In Wahrheit geht es um das hohe Gut des Friedens und um die echten menschlichen Beziehungen, die durch den Krieg wohl bedroht, aber im tiefsten nicht in Frage gestellt werden.
Der deutsche Korporal Mombour erschießt bei einem Rückzugsgefecht der Franzosen einen jungen französischen Leutnant, dessen stilles Gesicht sich ihm einprägt und aus dessen persönlichem Besitz er ein handgeschriebenes Notenblatt zurückbehält. Der Zufall führt ihn, als sein Regiment im Städtchen St. Godard Quartier nimmt, in ein Haus, dessen Bewohner seinen eigenen Namen tragen und die ihn, den „Feind", von einer seltsamen Sympathie bewegt, nicht nur wie einen Freund, sondern wie einen Sohn gastlich aufnehmen. Die Eltern und die junge Madeleine, vor allem aber die schwer leidende Mutter leben in der bangen Erwartung der Rückkehr ihres Sohnes, dessen belebende Gegenwart jeder auf seine Weise entbehrt; „die Welt wird schöner durch seine Anwesenheit", sagt die Mutter von dem jungen Musiker, und Madeleine spielt ihm eine der volksliedhaften Kompositionen des Bruders vor, zu der sie selber den anmutig-schlichten Text verfaßt hat. Es braucht nur noch weniger anderer Indizien, um den Korporal Mombour, der vom ersten Augenblick an von Madeleines Zauber eingefangen worden ist und auch ihr Herz gewonnen hat, begreifen zu lassen, daß „sein Toter" eben jener Gaston Mombour, sein Namensvetter, ist, der Sohn des Hauses, das ihn voller Liebe aufgenommen hat. Nur Madeleine ist dazu ausersehen und verurteilt, das furchtbare Wissen um diese schicksalhafte Verknüpfung mit dem Geliebten zu teilen; während die Nachricht von Gastons Tod in das bis dahin so friedvolle Haus einbricht, ringt Madame Mombour selbst bereits mit dem Tode, und Friedrich Mombour ist bereit, an einer barmherzigen Täuschung mitzuwirken: er zieht die Uniform Gastons an und bereitet der Sterbenden noch einen Augenblick des höchsten Glücks, bevor sie die Augen schließt. In diesem Moment aber wird das Städtchen von den Franzosen angegriffen: als der Korporal, von den Fanfaren seines Regiments gerufen, auf die Straße stürzt, trifft ihn, den die Deutschen für einen Franzosen halten, eine deutsche Kugel. Über dem Antlitz des Sterbenden, den sie in ihren Armen hält, spricht Madeleine zum erstenmal die Worte: „Ich liebe Dich".
Diese Erzählung, die auch in ihrer filmischen Übersetzung jeden falschen Ton vermeidet und alles in einer wunderbar verhaltenen Schwebe läßt, ist in eine winzige Rahmenhandlung eingebettet; der Erzählende sagt dann in seinem letzten Satz noch den eigentlichen Kommentar dazu: „Vielleicht meint Ihr, daß alles zuviel Zufall sei an dieser Geschichte. Aber ist es nicht ein größerer Zufall, daß wir alle verschiedene Namen haben an Stelle eines einzigen? Und lieben wir nicht alle zu wenig — in diesem kurzen Leben und angesichts des langen Todes?"
Was den Film übrigens besonders schön macht, ist der Umstand, daß er von seinem Gegenstand her viel französische Atmosphäre mitbekommen hat, die sich auch aus dem teilweise französisch geführten Dialog ergibt und die sich auch auf die Photographie erstreckt: so „malerisch", so pastos, so eingebettet in ein kompositionelles Ganzes ist selten in einem deutschen Film photographiert worden. Eine ganz hervorragende Leistung ist noch besonders anzumerken: die Darstellung der Madame Mombour durch Lil Dagover, die hier den Beweis liefert, daß

es für eine Frau durchaus möglich ist, auf eine bezaubernde Art zu altern. — Der Film, der mit seinem Titel jene Menschheitshoffnung ausspricht, daß einmal der Tag kommen möge, an dem der Wahnsinn des Krieges aufhört, wird auf den kommenden Filmfestspielen in Venedig 1951 für den Preis des Internationalen Katholischen Filmbüros in Vorschlag gebracht werden: er verdient das unbedingt, denn hier geht es einmal ganz von innen her, ohne jeden äußeren Aufwand, um die ewigen Güter der Menschheit, die nicht damit schon angedeutet, geschweige denn gesichert sind, daß in einem Film katholische Geistliche auftreten oder gottesdienstliche Handlungen gestellt werden. Er ist vielmehr ein Beispiel für die Möglichkeiten, vom „Profanen" her, ohne inhaltlich religiöse Probleme, die zum Beispiel als schwere Fracht der „Nachtwache" anhafteten, zu den entscheidenden Menschenproblemen vorzustoßen und durch vieles Ungesagte den Ausblick auf eine höhere Ordnung um so überzeugender zu gewinnen.

... und „Johanna von Orléans"

Das wird besonders klar, wenn man den mit so viel Spannung erwarteten amerikanischen Farbfilm betrachtet, in dem Ingrid Bergman als *„Johanna von Orléans"* wirkt. Es ist wieder einmal alles an historischer und technischer Vervollkommnung aufgeboten, deren der heutige Film fähig ist; dennoch ist im Endeffekt nicht sehr viel mehr als ein interessanter bunter Bilderbogen herausgekommen, der das Eigentliche verfehlt. Charaktervolle Gesichter, gute wie böse; korrupte Fürsten, weltliche sowohl wie geistliche, klirrende Rüstungen und wehende Fahnen, zarte Landschaften, mittelalterliche Städtebilder und ein stellenweise allzu rotglühender Himmel: das ist der Hintergrund, vor dem sich das sehr nordische Gesicht dieser Johanna abhebt, dem sie vom Psychologischen her überzeugende Wandlungen zu geben weiß, ohne damit doch, nur für einen Augenblick, jene Sphäre des Geheimnisses zu treffen, die sich so mühelos um die „Bernadette" der Jennifer Jones herstellte. Ist es nur ein Unvermögen der Schauspielerin, ist es das Unvermögen des Regisseurs Victor Fleming? Keiner scheint hier von dem angerührt gewesen zu sein, von dem man angerührt sein muß, wenn man sich um das Leben einer Heiligen müht — der Schritt in die „andere" Sphäre wird nirgends vollzogen, keine Kapelle und keine Musik, kein Kruzifix und kein noch so nach innen gesammeltes oder verzücktes Gesicht der Angeklagten oder auf dem Holzstoß Stehenden läßt uns hier vergessen, daß wir es mit nichts anderem als einem historischen Film unter anderen zu tun haben. Dabei muß man nicht einmal an Claudel-Honeggers szenisches Oratorium von der „Johanna auf dem Scheiterhaufen" denken, das diesen Überschritt in den Bereich des Übernatürlichen von der Kraft des Dichterischen her leistet: „Bernadette" sowohl wie auch „Monsieur Vincent" haben bewiesen, daß auch der Film vor einer solchen Aufgabe nicht zu resignieren braucht. Doch ist wohl eine grundsätzliche Voraussetzung in der Gesinnung unerläßlich, mit der man an die Schöpfung eines solchen Werkes herantritt; sie wird sich ihm als ein wesenhaftes Fluidum mitteilen, wo sie vorhanden ist, so wie hier Ungenügen und Leere zurückbleiben, obwohl alles Material zusammengetragen worden ist, aus dem das „Wunder" eines Heiligen-Films hätte entstehen können.

Aus Süd- und Westeuropa

Ein neues Meßformular für Mariä Himmelfahrt

Papst Pius XII. las das Pontifikalamt nach der Verkündigung des Dogmas am 1. November zum erstenmal nach einem neuen Proprium, das nunmehr in der ganzen Kirche für das Fest Mariä Himmelfahrt vorgeschrieben wird.

Das neue Proprium unterscheidet sich im ganzen Wortlaut von dem bisherigen Formular für das Fest des 15. August. In den Psalmteilen wird die neue Übersetzung verwendet, die damit ihren Einzug ins Missale hält. Die neue Messe beginnt mit den Worten: „Signum magnum".

Das neue Formular lenkt durchgehend unsere Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Himmelfahrt der Gottesmutter für unser Leben. Im Kirchengebet bitten wir, daß wir, „stets aufmerksam auf die himmlischen Dinge, wert gefunden werden, die Herrlichkeit Marias zu teilen". Im Stillgebet heißt es: „Durch die Fürbitte der seligen Jungfrau Maria, die in den Himmel aufgenommen wurde, mögen unsere Herzen, von Liebe entflammt, sich immer nach Gott sehnen." Das Schlußgebet erfleht, daß wir „durch die Verdienste und die Fürbitte der seligen Jungfrau Maria, die in den Himmel aufgenommen wurde, zur Herrlichkeit der Auferstehung gelangen" mögen.

Die neue Epistel wiederholt die Segensworte des Propheten Ozias über Judith. Das Evangelium gibt die Bezugnahme auf Maria Magdalena auf und ersetzt sie durch das Magnificat. Das Magnificat klingt im Kommunionvers noch einmal auf.

Der Seligsprechungsprozeß Pius' X.

Die Ritenkongregation erkannte in ihrer Sitzung am 24. 10. 1950 zwei Krankenheilungen als Wunder an, die auf die Fürbitte des ehrwürdigen Pius X. gewirkt worden sind. Sobald der Papst die Entscheidung der Kongregation bestätigt haben wird, sind die Voraussetzungen für die Seligsprechung erfüllt.

Die beiden Fälle, die als Wunder anerkannt wurden, sind aus einer großen Zahl auffälliger Gebetserhörungen herausgegriffen worden. Es handelt sich um die im Jahre 1939 verstorbene französische Ordensschwester Marie-Françoise Deperras und die noch lebende italienische Schwester Benedetta a S. Maria. In beiden Fällen erklärte die medizinische Kommission der Ritenkongregation, daß diese Heilungen „außer und über den natürlichen Möglichkeiten" liegen. Auf Grund dieser Feststellung der medizinischen Wissenschaft hatten die Theologen darüber zu entscheiden, ob die Kräfte, die diese Heilungen bewirkten, mit Sicherheit als übernatürlich, d. h. als von Gott gewirkt, erkannt werden können. Sie haben diese Frage bejaht. Es ist anzunehmen, daß der Heilige Vater sich dem Urteil der Kongregation anschließen wird. Alsdann kann zur Festlegung des Termins der Seligsprechung geschritten werden.

Msgr. Muench zum Erzbischof erhoben

Papst Pius XII. hat den Regens der Apostolischen Nuntiatur in Deutschland, Msgr. Alois Muench, Bischof von Fargo (USA), zur persönlichen Würde eines Erzbischofs erhoben. Die Ernennung wurde während des römischen Aufenthaltes von Msgr. Muench, der an der Verkündigung des Dogmas teilnahm, bekanntgegeben.

Internationaler katechetischer Kongreß

Vom 10.—14. Oktober tagte in Rom der Internationale katechetische Kongreß unter Teilnahme von mehr als fünfhundert Delegierten, die zumeist vom Episkopat aus mehr als dreißig Ländern entsandt waren. Der Kongreß erbrachte ein Bild von der Organisation, den Methoden, Erfolgen und Schwierigkeiten der katechetischen Arbeit in den wichtigsten Ländern und erörterte außerdem einige grundsätzliche Probleme zeitgerechter Glaubensverkündigung.

Das Wort des Hl. Vaters

Papst Pius XII. gab dazu in seiner Ansprache an die Teilnehmer verschiedene Weisungen. Der Papst sprach zunächst von den Kräften, die dem Glauben entgegenwirken. Nur ein solide gegründeter Glaube könne ihnen unangefochten standhalten. So stelle sich die Frage nach dem Fundament der Katechese.

„Man könnte annehmen, diese Grundlage bildeten die Gesetze, Vorschriften, Bräuche und gesetzmäßigen Riten. Aber dies alles, wie hoch man es auch einschätzen mag, sind Zweige, nicht die Wurzel. Sie haben ihren Nutzen, wenn die entsprechende Lehre der Wahrheit aus ihnen strömt. Und diese Lehre umfaßt das Dogma, die Sittengesetze und die Einrichtungen des Gottesdienstes. Fehlt es daran, daß man jene Dinge durch die Lehre unterbaut, dann schweben sie in den Wolken und hängen im Leeren."

Mit aller Mühe um zeitgemäße Verkündigung müsse vor allem der Glaube an Gott, Christus und die Kirche gelehrt, das Sittengesetz vorgelegt und der Gottesdienst nahegebracht werden. Im übrigen solle der Stoff den Hörern angepaßt sein. „Mit den jungen Menschen, vor allem in den höheren Schulen, können und müssen bisweilen auch nützliche Lebensfragen, die sich aus der Gelegenheit ergeben, sowie eine Auswahl aus der christlichen Philosophie, und auch die Probleme, die zwischen der Heiligen Schrift und der Natur- und Geschichtswissenschaft auftreten, besprochen werden."

In der Form der Darbietung hüte man sich vor zwei Gefahren: „Durch das Bemühen um angenehme und aufgelockerte Darstellung darf nicht die Ehrfurcht, die man dem Heiligen schuldig ist, die Frömmigkeit und die innerliche Überzeugungskraft leiden. Im Geist und Gedächtnis darf nicht nur das Bild und die Anekdote hängen bleiben, während die Hauptsachen zu ihrem Schaden im Schatten stehen. Und ferner hüte man sich davor, daß der Stoff der Katechese durch das bestimmt werde, was den Schülern gefällt, paßt und ihrem wandelbaren Urteil entspricht, so daß man heute, wie zu Zeiten des Propheten Isaias, sagen müßte: ‚Ihr redet, was uns gefällt' (Is. 30, 10)."

Der Papst sprach dann von den Eigenschaften des rechten Katecheten und warnte besonders davor, den Unterricht der weniger Gebildeten leicht zu nehmen. Im Gegenteil: hier müsse man zur soliden Lehre noch die Mühe hinzufügen, sich um so deutlicher verständlich zu machen. Wem diese Aufgabe zugefallen sei, der müsse ein guter Psychologe sein und dürfe erst recht nie aufhören, ein Lernender zu bleiben.

Der Heilige Vater schloß mit einer Feststellung, die jeden Katecheten erschüttern sollte: „Unser Herz empfindet einen Schlag, wenn sich aus Enquêten, wie sie jetzt häufig unter den verschiedenen Altersgruppen, Geschlechtern und Schulen veranstaltet werden, ergibt, daß der größere Teil derjenigen, die vom Glauben abfallen, durch Unzulänglichkeit und Schuld von Priestern zu ihrem traurigen Schiffbruch gelangt sind. Umgekehrt: wo Männer in Volk und Staat mit Autorität und Charakter ihres Amtes walteten und walten und ihrem katholischen Glauben die Treue wahrten und ihn freimütig stützten, da war das sehr häufig das Verdienst eines gebildeten und eifrigen Priesters und seines ehrwürdigen charakterlichen Beispiels."

Katechese der Jugend

Bischof Henri Pinson von St. Flour (Frankreich) befaßte sich in einem Referat mit der Katechese der Altersstufen von 12 bis 18 Jahren. Man müsse feststellen, daß diese Altersgruppen die größten Schwierigkeiten machen. Das liege nicht nur am Alter dieser jungen Menschen und seinen besonderen Schwierigkeiten. Der Unterricht trage ihnen psychologisch zu wenig Rechnung. In diesen Jahren neigt der Mensch dazu, alles zu bezweifeln. Er wird seiner Freiheit gewahr und schäumt über. Deshalb müsse die Lehre jetzt in der Form des Beispiels vor ihn hingetragen werden. Er muß auch in der Religion bewundern und lieben können. Ferner muß ihm auch im religiösen Bereich Gelegenheit zur Aktivität gegeben werden. Von hier aus kam der französische Bischof zu einer Forderung, die vor allem die Religionslehrer der höheren Schulen angeht. Sie ist wohl schon häufig ausgesprochen, aber im allgemeinen nie ernstgenommen oder vielmehr verwirklicht worden. Aber nun, von der Warte dieses Forums verkündigt, wird sie bei der Reform des höheren Religionsunterrichtes nicht mehr übergangen werden dürfen. Wenn der Unterricht in diesen Jahrgängen Früchte zeigen soll, muß er historisch-biblisch-liturgisch ausgerichtet werden und darf nicht mehr länger nur Seminartheologie en miniature bleiben.

Am zweiten Tag wurde ein Überblick über die Schulgesetzgebung der einzelnen Staaten gegeben. Die größten Privilegien genießt der Religionsunterricht zur Zeit in den Staatsschulen von Irland, Malta, Spanien, Österreich und Westdeutschland. Begünstigt, doch nicht in gleichem Maße, ist er in Italien. In den meisten Staaten müssen diejenigen Kinder, die öffentliche Schulen besuchen, außerhalb des Schulunterrichts in Religion unterwiesen werden. Einige dieser Staaten, vor allem die USA, gewähren dafür dem kirchlichen Privatschulwesen größte Freiheit.

Erwachsenenkatechese

Einen bedeutsamen Vortrag über die Glaubensverkündigung und Glaubensschulung in den Kreisen der Erwachsenen hielt der Superior der „Catholic Missionary Society" Englands, John Heenan. Er ist der Meinung, die forcierte Indifferenz weiter Kreise gegenüber dem Glauben sei nur ein Schauspiel. In Wirklichkeit habe eine große Zahl abseits stehender Gläubiger und dem Christentum Fernstehender einen elementaren religiösen Durst. Aber diese Menschen scheuen aus ihrer Erfahrung heraus die üblichen offiziellen Formen der Verkündigung, die gewöhnliche Predigt z. B. Sie reagieren auch nur schwach auf unpersönliche schriftliche Darlegungen, Zeitschriften, Flugblätter usw. Sie öffnen sich aber leicht in der zwanglosen persönlichen Aussprache im kleineren Kreise. Der Erzbischof von Montevideo, Msgr. Anton Barbieri, ergänzte diese Feststellungen, indem er auf die kaum zu überschätzende Bedeutung der Radiosendungen hinwies, sofern sie den rechten Ton treffen.

Ziel der Katechese: Gottesliebe

Aus dem deutschen Sprachgebiet kamen zwei Redner. Msgr. Josef Hlawati, der Direktor der katechetischen Zentralstelle des österreichischen Episkopates, war auserwählt worden, die Funktion des „Bischöflichen Katechetischen Amtes" darzustellen, dessen Errichtung vom Heiligen Stuhl durch das Dekret „Provido sane" allen Bischöfen befohlen worden ist. Dr. Clemens Tilmann, München, sprach über den christlichen Katecheten und zeichnete Christus als sein Vorbild. Er forderte — mit dem Passauer Katholikentag —, daß viel mehr Aufmerksamkeit auf die Schulung der christlichen Eltern zu ihrem Amt als Katecheten verwendet werde. Bezüglich der katechetischen Methode lehre der Herr uns den Primat des Praktischen in der Zielsetzung. Die Katechese will zur „religio" führen. Sie darf deshalb weder bei der bloßen Veranschaulichung der Tatsachen des christlichen Glaubens, noch bei der wissensmäßigen Aneignung des Stoffes oder dem vielfach noch immer überschätzten gedächtnismäßigen Einprägen Halt machen. Wörtlich sollte nur das eingeprägt werden, was der Schüler mit eigenen Worten nicht zu sagen vermag, was zur Terminologie unseres Glaubens gehört und was Wort Gottes oder traditionsgeheiligtes Gebetswort ist. Im ganzen aber ist die Katechese soviel wert, wie sie dazu führt, „daß sie im Werke tun, was sie im Glauben vernommen haben". Das Wissen muß sich zunächst in das Vermögen zu beten umsetzen, dann ins geistliche Gespräch und schließlich in das Werk der Gottesliebe. Tilmann wandte große Mühe auf, die katholische Weltöffentlichkeit auf die Erziehungsmacht der Liturgie hinzuweisen und sprach den Wunsch aus, die Kirche möge bei den bevorstehenden liturgischen Reformen nicht zu ausschließlich dem Anbetungscharakter der Liturgie Rechnung tragen, sondern auch die didaktische Tradition weiterführen. Der Präfekt der Konzilskongregation, Kardinal Bruno, beschloß die Reihe der Redner mit einem erneuten Hinweis auf die Bedeutung des Dekretes „Provido sane".

Römischer Laienkongreß vertagt

Es fällt auf, daß der letzte in der Reihe der großen römischen Kongresse aus Anlaß des Heiligen Jahres plötzlich vertagt wurde. Es handelt sich um den Weltkongreß des Laienapostolates, dessen Zusammentreten ursprünglich auf den 18. Dezember festgelegt war und der nun auf einen noch nicht bestimmten Zeitpunkt im nächsten Frühjahr verschoben wurde.

In der offiziellen Begründung für diese Vertagung heißt es, daß der Kongreß praktisch und theoretisch besser vorbereitet werden soll. Wenn von der „theoretischen" Vorbereitung eines solchen Kongresses die Rede ist, kann das eigentlich nur besagen, daß man in Rom erkannt hat, daß die Theologie des Laienapostolates und des Laienstandes mit der praktischen Entwicklung seiner Rolle im kirchlichen Leben nicht Schritt gehalten hat.

Die Lage der christlichen Arbeitervereine Italiens

In Rom fand am 4. und 5. November der 3. Nationalkongreß der christlichen Arbeitervereine Italiens statt, auf dem die gegenwärtige Lage dieser Organisationen und die Probleme, denen die Arbeiterschaft heute in Italien gegenübersteht, besprochen wurden. 600 Delegierte aus allen italienischen Provinzen nahmen an dem Kongreß teil. Auch waren Abordnungen von entsprechenden Organisationen aus Westdeutschland, Holland, Belgien, Frankreich und Spanien zugegen. Diese Nationalkongresse der christlichen Arbeitervereine Italiens finden alle zwei Jahre statt, und der diesjährige wurde dementsprechend eröffnet mit einem Überblick über die Entwicklung der Vereine in den letzten beiden Jahren. Die christlichen Arbeitervereine umfassen heute in Italien neben den Zentralorganen etwa 5000 Gruppen im ganzen Land und zählen über 600 000 Mitglieder.

Die auf der Tagung behandelten Probleme waren vor allem das Verhältnis zu den demokratischen Gewerkschaften, die soziale Bildung und Berufsschulung, Umschulung, Volksbildungswerke, Urlaubs- und Erholungswesen, wirtschaftliche und kooperative Aktivität.

Die ACLI und die Gewerkschaften

Zwei große Vorträge bildeten die Grundlage der Diskussionen. Der erste davon war der Vortrag des Präsidenten der Christlichen Arbeitervereine Italiens, des Abgeordneten Storchi. Er ging davon aus, daß die Christlichen Arbeitervereine sich bei ihrem letzten Kongreß im Jahre 1948 das Ziel gesetzt hatten, die soziale Bewegung der christlichen Arbeiter zu werden. Sie haben damit eine spezifische Funktion der Initiative, der Förderung und des Einsatzes im sozialen Bereich übernommen. Storchi hob die Leistungen der letzten zwei Jahre hervor, betonte aber, daß die Arbeit in Zukunft noch konkreter werden müsse, so daß die Christlichen Arbeitervereine wirklich die Mitwirkung der christlichen Arbeiter in den sozialen Kämpfen unserer Zeit garantieren. Die Christlichen Arbeitervereine Italiens (ACLI) sind jedoch, als Organe des Antriebs, der Förderung, keine Partei und auch keine Gewerkschaft, obwohl sie sich weder von den politischen Problemen noch von den Gewerkschaftsfragen, die die Arbeiterschaft angehen, abwenden.

Gegenüber den Gewerkschaften besteht, wie Storchi betonte, die Notwendigkeit einer Verständigung und Zusammenarbeit im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Die ACLI haben dabei die Aufgabe, ihren Mitgliedern Richtlinien zu geben und ihre Aspirationen in Übereinstimmung mit den großen Prinzipien der christlichen Soziallehre zu bringen.

Auf den Überblick über die einzelnen Aktivitäten der Vereine, mit denen Storchi seinen Vortrag schloß, brauchen wir hier nicht einzugehen.

Die konkreten Probleme der Arbeiterschaft Italiens

Der zweite Vortrag, der des Abgeordneten Bersani, befaßte sich mit den Problemen, denen die italienische Arbeiterschaft überhaupt heute gegenübersteht: Kampf gegen Not und Arbeitslosigkeit; Versicherungswesen und soziale Sicherheit; Umwandlung der gesamten Wirtschaftsstruktur nach gerechten Gesichtspunkten; Einordnung der Arbeiterschaft in den modernen Staat durch Mitbewältigung der großen Probleme der Kollektivität, und schrittweise Umgestaltung der dirigierenden Schicht.

Das entscheidende Problem für die soziale Lage Italiens ist immer noch die fortdauernde Not der breitesten Volksschichten. Die Reform des Versicherungswesens, das in Italien völlig rückständig ist, wäre daher äußerst dringlich, und es herrscht große Erbitterung darüber, daß sie immer wieder verschoben wird.

Ein weiteres Problem ist das Wühlen der Kommunisten in den Belegschaften der Betriebe. Diesem könnte nur entgegengetreten werden durch eine Reform der Struktur der Unternehmen; eine solche gehört daher zu den wichtigsten Ansatzpunkten der Arbeit der ACLI, die auf legislative Maßnahmen in diesem Bereich drängen.
Selbstverständlich kam auch die Agrarreform und die ersten Schritte zu deren Verwirklichung zur Sprache, da dies ja die dringendste Frage des italienischen Südens ist. Bersani berichtete, daß die bisher gemachten Versuche die Befürchtungen widerlegt haben, die Aufteilung des Großgrundbesitzes könne sich nachteilig auf die Produktion auswirken. Um so mehr drängen die ACLI nun darauf, daß das ganze Programm der Agrarreform zur Durchführung gelangt. Zum Schluß betonte Bersani die absolute Notwendigkeit, daß die ACLI, nachdem sie nun ihr Programm klar herausgearbeitet haben, sich durch verschiedene direkte und indirekte Organe einen tatsächlichen Einfluß zur Verwirklichung ihrer Intentionen schaffen, so daß die christlichen Arbeiter zur Avantgarde der sozialen Neuordnung des Landes werden könnten. Solche bestehen bisher noch nicht.

Gegen die Tendenzen zur christlichen Gewerkschaft

Der ganze zweite Tag des Kongresses war der Diskussion der laufenden Fragen im Anschluß an diese beiden Vorträge gewidmet. Unter diesen Fragen stand aber ganz entschieden eine im Vordergrund, nämlich die der Entwicklung auf eine christliche Gewerkschaft hin; und zwar war die Kritik an allen auf die Gründung christlicher Gewerkschaften in Italien hindrängenden Tendenzen innerhalb der ACLI bei weitem in der Übermacht gegenüber den Trägern dieser Tendenzen. Man hält durchaus an der auf dem vorigen Kongreß im Jahre 1948 festgelegten Orientierung auf eine tätige Mitarbeit innerhalb der demokratischen Gewerkschaften fest und findet die richtigste und wirksamste Möglichkeit der Auswirkung der christlichen Soziallehren und christlichen Impulse dann gegeben, wenn die christlichen Arbeiter und ihre Organisationen, die ACLI, sich innerhalb der bestehenden Gewerkschaften einsetzen.
Zum Abschluß der Tagung wurde eine Erklärung herausgebracht, deren Hauptpunkte folgende sind:
Festgestellt wird das Fortbestehen ungerechter kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen und einer sehr schwierigen Lage der Arbeiterschaft, die auf eine echte Wirtschaftsdemokratie drängt. Als gegenwärtig zu verwirklichende Schritte auf dieses Ziel hin werden genannt: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte; Reform der kapitalistischen Strukturen durch Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsleitung auf kommunitärer Basis; sofortige Bildung eines Nationalrates für Wirtschaft und Arbeit; Agrarreform; Familienlohn; Reform der Sozialversicherungen; Gewerkschaftsgesetzgebung und Reform der Bürokratie.

Das Schulproblem in Frankreich

Gemäß einer Vereinbarung der Parteien beim Zustandekommen der gegenwärtigen Koalition hat die Regierung Pleven nunmehr eine Kommission ernannt, die das Schulproblem studieren und dabei auch die Lage der freien Schulen prüfen soll. Die Kommission, unter dem Vorsitz von Paul-Boncour, zählt mehrere katholische Persönlichkeiten unter ihren Mitgliedern. Sie wird der Regierung Empfehlungen zu unterbreiten haben.
Diese Ernennung ist ein geringer Trost für die Katholiken, die für ihre Schulen bei steigendem Preisniveau immer schwerere Opfer bringen müssen und deren Schulen dem Staate die Aufwendungen für 43 % der Schüler abnehmen. Die Unwilligkeit der katholischen Bevölkerung darüber, daß sie durch ihre Steuern die Staatsschulen finanzieren, aber die eigenen Kinder, der Gleichheit aller Bürger zum Hohn, auf eigene Kosten ausbilden lassen muß, führte im Laufe dieses Jahres zu ernsten Protesten (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 4, Heft 9, S. 393 f.). Doch auch der Staat hat seine Schulsorgen. Die Räume und das Personal der Staatsschulen sind von Jahr zu Jahr weniger imstande, den Nachwuchs an Schülern aufzunehmen, der seit dem Kriege fortdauernd ansteigt. Die freien Schulen könnten einen großen Teil dieser Schüler aufnehmen, wenn man ihre Eltern von der Doppelbelastung befreite, die sie daran hindert, ihre Kinder in die Privatschulen zu schicken. Man könnte also einen Notstand beheben, wenn man vom laizistischen Prinzip abrückte. Die Sozialisten haben jedoch zu erkennen gegeben, daß sie dazu nicht bereit sind, und sie haben dabei die Gefolgschaft aller anderen Laizisten, unter denen sich besonders die Mitglieder des Verbandes der Staatsschullehrer hervortun, deren Präsident Albert Bayet sogar die Mitarbeit in der Regierungskommission ablehnte. Angesichts dieser erklärten Gegnerschaft ist zu befürchten, daß die Arbeiten der Kommission zu keiner Änderung der Gesetzgebung führen werden. Die Grundsatztreue der Laizisten wird den Katholiken vielmehr das Beispiel geben, daß es besser ist, seine Kinder überhaupt nicht oder unzureichend auszubilden, als sie in eine Schule zu schicken, wo sie von einem unerwünschten Geist ergriffen werden.

„Der Christ und die Politik". Deutsch-französisches Studententreffen in Lamorlaye

Christ und Staat, Kirche und Staat, Christ und Politik, kirchliches Einwirken auf die weltliche Ordnung — das ist ein Problemkreis, der in der Herder-Korrespondenz immer wieder beleuchtet worden ist und der zu den wichtigsten Fragen unsrer Zeit gehört, weil er sich mit einer Sphäre befaßt, in der die Christen den ihnen von ihrem Glauben eingegebenen Geist öffentlich zu verwirklichen haben, in welcher Form es auch sei. Eben diese Form ist umstritten, es haben sich letzten Endes zwei Fronten gebildet, die einander gegenüberstehen und deren eine es für die Aufgabe des Christentums hält, christliche Institutionen zu schaffen, in denen christliche Ideale verwirklicht sind, während die andere davon überzeugt ist, daß die freie Verwirklichung des vom Glauben Geforderten nur dann möglich ist, wenn die an sich neutralen Institutionen von christlichen Menschen getragen werden.
Um dieses Problem im Bereich des Politischen (also um den Gegensatz „christliche Politik" oder „Christen in der Politik") ging es auch auf einem deutsch-französischen Studententreffen in Lamorlaye bei Paris, wo Ende der diesjährigen Herbstferien die früheren Begegnungen und Gespräche von Überlingen und Hardehausen fortgesetzt wurden. Durch die Vorträge und Diskussionsbeiträge bedeutender Theologen, Politiker und Publizisten aus beiden Ländern ragte diese Tagung weit über den Zweck der internationalen Verständigung hinaus.

Auf deutscher Seite sprachen: P. H. Hirschmann SJ, Frankfurt, über „Die Stellung der deutschen Katholiken gegenüber der Politik"; Pfarrer Hermann Diems, Ebersbach/Württ., über „Die politische Verantwortung des deutschen Protestantismus"; Generalsekretär Kluthe, Dortmund, über die „Deutschen Gewerkschaften"; F. J. Bautz, Walberberg, über die „Linkstendenzen im deutschen Katholizismus"; Prof. Karl Thieme, Lörrach, über „Das politische Handeln des Christen auf der Grundlage des antiken Nomos und der alttestamentlichen Torah".

Grundsätzliche Orientierung

Der Beitrag *P. Hirschmanns* bestand sowohl in seinem Vortrag wie in den Diskussionen vor allem in der grundsätzlichen Orientierung an der überlieferten kirchlichen Staats- und Gesellschaftslehre. Wenn auf französischer Seite eine gewisse Abneigung gegen die naturrechtlichen Begrenzungen und Betrachtungen vorlag, so beruhte diese wohl vor allem auf den geringen Programm-Möglichkeiten dieser Denkweise. Trotzdem war klar, daß P. Hirschmann einen wesentlichen Punkt der Lehrtradition vertrat, der zutiefst die Würde der menschlichen und damit auch der politischen Natur, ihre Erkenntnismöglichkeiten und ihre Verantwortung rettete. Bloße Geschichtlichkeit ohne göttliches Menschen- und Geschichtsbild kann dem Christen nicht genügen, denn nur dieses gibt eine bindende Sittenlehre. Doch offenbarte sich in der Diskussion sogleich auch die Gefahr einer so rein theoretischen Betrachtungsweise, da verschiedene deutsche Studenten aus dieser sofort kurzschlüssig eine konservativ-abendländische Kulturpolitik ableiten wollten, die einen starken antisozialistischen Affekt verriet.

Protestantismus und politische Verantwortung

Pfarrer *Diems* legte mit großer Klarheit das reformatorische Denken über Bürgergemeinde und Christengemeinde dar. Er rechnete in offener Selbstkritik mit dem politischen Opportunismus weiter evangelischer Kreise zur Zeit des Nationalsozialismus ab, einer Selbstkritik, die auch die Katholiken zu ehrlicher Gewissenserforschung zwang und die zeigte, wie wenig die politische Ablehnung des Faschismus theologisch grundgelegt war, wie sehr der Kirchenkampf ein Kampf um kirchliche Rechte ohne klare Konzeption des Verhältnisses Kirche-Staat war. Von besonderer Bedeutung war Diems' protestantische Begründung der totalen Laizität des Staates, die im Ergebnis weitgehend mit der Position der in Lamorlaye vertretenen französischen Theologen übereinstimmte: das Christliche der Geschichte ist a priori in der Politik nicht wahrnehmbar, sondern kann nur vom Glauben wahrgenommen werden. Die Projektionen des lebendigen Glaubens in Kultur, Recht und Sitte können niemals ein Zukunftsprogramm abgeben.

Das Zusammentreffen der deutschen protestantischen und der französischen katholischen Theologie erwies sich als äußerst fruchtbar. Dabei wurden doch keineswegs die Unterschiede verwischt, die sich vor allem in der Gehorsamshaltung des katholischen Christen gegenüber der „Kirche in Knechtsgestalt" zeigte. Aber das Denken der katholischen Theologen ist im eigentlichen Sinn „evangelisch" — vom Evangelium ausgehend — geworden. So trat in Lamorlaye eine Front hervor, bei der sich französische Jesuiten und deutsche Lutheraner auf der einen Seite, deutsche Katholiken (und auch Theologen) auf der andern Seite gegenüberstanden.

Das unbedingte Gesetz der Nachfolge Christi

Von ganz besonderem Gewicht waren die Darlegungen *K. Thiemes* über den Gehorsam gegenüber Gottes Gebot in den politischen Ordnungen. Soll das metaphysische Richtbild überhaupt einen Sinn haben, so muß das politische Handeln sich ganz klar vor den Geboten Gottes verantworten. Das Gesetz, d. h. die Legitimität, sind für den Menschen des Neuen Bundes nicht aufgehoben, sondern erfüllt, d. h. unübertretbar. Aber das Gesetz ist die Nachfolge Christi, und dieses Gesetz ist verbindlich und kann von keiner „Situationsethik" relativiert werden. Thiemes Darlegungen zeigten die Entwicklung des Gottesgesetzes im Raum der Heiden und dem des Gottesvolkes Alten und Neuen Testaments.

Heilsplan und irdisches Tun

Von besonderem Interesse waren aber vor allem die französischen Vorträge. *P. Liégé* OP, Saulchoir, ein Schüler Congars, sprach über „Die Kirche und ihre besondere Aufgabe. Heilsplan und irdisches Tun". Er gehört zu jenen französischen Katholiken, die heute die Trennung von Kirche und Staat nicht nur annehmen, sondern christlich begründen, weil sie sie dem heilsgeschichtlichen Bewußtsein und dem göttlichen Geheimnis der Kirche nähergebracht habe. Die Würde des christlichen Glaubens verlange in der Politik die Möglichkeit verschiedener Positionen. Vor dem Jüngsten Gericht, so sagte Liégé, könne man keine eindeutige Beziehung zwischen politischen Erfahrungen und dem Fortschreiten des Reiches Gottes aufstellen. Tue man es, so sei das ein Eingriff in die Verhülltheit der irdischen Geschichte. Darum ist auch der „christliche Staat" oder die „christliche Partei" vom neutestamentlichen Denken her unmöglich und in seiner historischen Wirklichkeit für die Glaubensverkündigung „an alle" gefährlich.

Diese „laikale" Haltung wird übrigens auch immer stärker vom französischen Episkopat gefordert. Erzbischof Feltin forderte kürzlich wieder ausdrücklich die Pluralität der christlichen Positionen in der Politik, die allein die wahre Einheit des Glaubens in der Verschiedenheit des Irdischen respektiere.

P. A. Maydieu OP, der Chefredakteur der „Vie Intellectuelle", brachte konkrete Belege zu den Ausführungen seines Ordensbruders, indem er an verschiedenen Beispielen das Zwielichtige einer „christlichen Politik" aufzeigte: Spanien, Westdeutschland, „christliche Staatsmänner", „christlicher Kreuzzug" gegen die sowjetische Politik usw. Maydieu warnte davor, in der realen Machtproblematik Ost-West eine klare übernatürliche Front Satan-Christus zu sehen; damit verfälsche man die Frage und entziehe sich der radikalen sozialen Verpflichtung im Westen und erschwere die Verkündigung der Frohen Botschaft an die Völker Asiens. So furchtbar die Unterdrückung der Freiheit im Osten sei, so wenig erkläre er sich bereit, die irdischen Wohlfahrts- und Freiheitsideale des Westens mit dem eigentlichen Heilsanliegen Christi zu identifizieren. P. Maydieu warf den Christen ihre vielerlei Verfehlungen im Bereich des Politischen vor, darunter etwa die Leichtigkeit, mit der die Arbeiterschaft geopfert werde, oder das Unvermögen, im Klassenkampf das gerechte soziologische Anliegen zu erkennen, die Neigung, reaktionäre Positionen zu beziehen und einem falschen Pazifismus den Mantel christlicher Nächstenliebe umzuhängen.

Keine christliche Front Ost-West

Auch *J. Baboulène* von „Témoignage Chrétien" wandte sich eindeutig gegen jede „kapitalistische Mobilisierung des hl. Thomas" für den „gerechten westlichen Krieg". Die Einheit im Glauben liege in den Ämtern und Sakramenten der Kirche, nicht in einer mittelalterlichen „Christenheit". Auch Baboulène sprach sich für eine echte Laizität des Staates aus, wie wir sie aus dem Aufsatz von Vialatoux und Latreille kennen (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, Heft 4, S. 183—185).

J.-M. Domenach von „Esprit" stellte die Lage der „linken" Katholiken in Frankreich als gegenwärtig sehr schwierig dar, da sie weder den bolschewistischen Totalitarismus, in dem die kommunistische Partei erstarrt ist, noch die Restauration der Rechten mitmachen könnten, die Sozialdemokraten aber in einem sterilen Antiklerikalismus festsäßen, der ihnen auch die Verbindung mit diesen unmöglich mache. Domenach hält es für um so notwendiger, das Bewußtsein der Lage wachzuhalten, um später vielleicht einen Ausweg aus dieser Lage zu finden.

Bedenken gegen politische Weisungen der Hierarchie

Sehr interessant sprach *P. A. Desqueyrat* SJ, Paris, über die „Interventionsmöglichkeiten der Hierarchie in zeitlichen Fragen". Die Kirche sei unfehlbar als Lehrerin und Priesterin, doch in ihrer hirtenamtlichen Praxis immer wieder Irrtümern unterworfen, vor allem, wenn sie kraft ihrer Autorität politische Positionen empfehle. Zwar könne die Kirche kraft ihres Hirtenamtes in bestimmten Gefahren auch konkrete politische Positionen anraten; aber er flehe die Hierarchie an, von diesem Recht in der so äußerst komplizierten und verworrenen gegenwärtigen Lage keinen Gebrauch zu machen, da ihr die nötige sachliche Information fehlt und sie sich nach der Ablösung der mittelalterlichen Ordnung auch nicht mehr um diesen Bereich kümmern sollte, sondern sie den politisch informierten Laien überlassen müßte. Politische Stellungnahmen der Kirche seien heute deshalb besonders bedenklich, weil die Geistlichen ihr Anliegen meist nicht im Gesamtzusammenhang der geschichtlichen Problematik sähen und die Bedeutung der nichtkirchlichen Elemente nicht abschätzen könnten.

Ausgezeichnet analysierte Prof. *George Hahn*, Toulouse, das Dilemma des Christen zwischen apolitischer Feigheit und politischer Existenz. Historisch völlig neue Phänomene (Masse und Massenpropaganda, politische Mythologisierung in Schlagworten wie „Ewiges Deutschland", „Christliches Abendland", „Klassenlose Gesellschaft") fänden die meisten in einer rein negativen Defensive, wodurch schließlich nur das Heraufziehen eines totalen Kommunismus erleichtert werde.

Christentum und Marxismus

Prof. *P. Ricoeur*, Straßburg, setzte sich mit der abstrakten und darum unfruchtbaren Ablehnung des marxistischen Geschichtsmythos auseinander. Die ursprünglich christlichen Kategorien des Geschichtlichen, Konkreten, Anthropo-Kosmischen seien seit Hegel allmählich immer mehr ins Häretische abgebogen worden und heute für den Christen unannehmbar. Aber das darf nicht dazu führen, die echten Impulse im Marxismus zu erkennen. Diese sind: 1) Die Geschichte geht auf ein eschatologisches Ziel zu; bis dahin aber ist das Christliche in ihr völlig dunkel, und es lassen sich keine klaren Fronten christlich-unchristlich erkennen. 2) Wir sind in den Epochen der Geschichte nicht blinde Atome, sondern stehen in einem historisch und soziologisch verifizierbaren Zusammenhang. Hier liegt die Möglichkeit, einen relativen Fortschritt zu erkennen. 3) Der Materialismus ist eine Reaktion auf einen falschen christlichen Idealismus, der nach einer rein irdischen kulturellen Wertskala die ökonomischen Bedürfnisse degradiert hat, anstatt ihr geistiges Element im materiellen Opfer zu erkennen und zu realisieren. 4) Das religiöse Bewußtsein ist individualistisch geworden und hat die kollektiven Zusammenhänge der Erbsünde, der Gnade, der Heils- und Menschheitsgeschichte im Glauben übersehen. Darum darf die säkularisierte Eschatologie und Kollektividee nicht zum Vorwand der Trägheit werden, sonst würden die Christen den Glauben an die Verheißung des kommenden Richters der Geschichte verraten.

In allen Vorträgen von französischer Seite zeigte sich deutlich, daß das Denken der französischen Katholiken nicht nur von der Zahl ihrer höchst ursprünglichen Denker, sondern auch von den historischen Gegebenheiten des Landes gebildet ist: von der langen Trennung von Kirche und Staat, die heute als Vorteil und großer Gewinn begrüßt wird, die aber immerhin der Kirche den Verlust der Massen eingetragen hat. Die Lage in Deutschland ist eine andere, sie kann aber aus den französischen Erfahrungen nur den größten Gewinn ziehen.

Wieviel Kommunisten gibt es in Westeuropa?

Die katholische Wochenschrift „America" veröffentlichte am 7. 10. 1950 folgende Statistik über die Entwicklung des Kommunismus in Westeuropa:

1. Mitglieder der Partei

	nach kommunist. Angaben		nach gegnerischer Schätzung
	1947	1950	1950
Großbritannien . .	43 000	50 000	40 000
Frankreich	1 300 000	769 000	400 000
Italien	2 200 000	2 028 000	1 800 000
Westdeutschland . .	350 000	—	185 000
Niederlande	50 000	55 000	47 000
Belgien	100 000	100 000	50 000
Schweiz	21 000	—	15 000
Dänemark	60 000	60 000	25 000
Norwegen	33 000	33 000	25 000
Schweden	46 000	—	35 000
	4 203 000		2 622 000

2. Vertretung in den Landesparlamenten (beiden Häusern)

	1947		1950	
	Abg. insgesamt	kommun.	Abg. insgesamt	kommun.
Großbritannien	1 490	2	1 485	0
Frankreich	933	274	938	182
Italien	914	200	914	200
Westdeutschland	—	—	402	14
Niederlande	150	14	150	12
Belgien	369	40	387	10
Schweiz	238	7	238	7
Dänemark	225	10	225	8
Norwegen	150	11	150	0
Schweden	380	18	380	11
	4 849	576	5 269	444

Die parlamentarische Vertretung der Kommunisten ist also um 22,9 % geringer geworden. Weit stärker ist der Rückgang der Mitgliederzahl. Er beruht allerdings z. T. auf Reinigungsaktionen, jedoch ist darüber hinaus, nach dem amerikanischen Bericht, in allen Ländern eine echte Abwendung vom Kommunismus festzustellen.

Katholischer Priester kann nicht britischer Abgeordneter sein

Die britische Gesetzgebung hat eine kleine Inkonsequenz ans Licht gefördert. Man erinnert sich noch, daß bei den Jubiläumsfeierlichkeiten Ende September der katholische Episkopat keine Adresse an den König richten durfte, da es offiziell in England keine katholischen Bischöfe gibt.

Nun ereignete sich im gleichen Monat ein Fall, bei dem die Sache umgekehrt lag. Der katholische Priester J. G. McManaway war als Abgeordneter für Belfast West ins Unterhaus gewählt worden. Nach einem Gesetz von 1801 kann jedoch ein Priester nicht Abgeordneter des englischen Parlaments werden. Dieses Gesetz wird auf Pfarrer und Prediger freikirchlicher Gemeinschaften nicht angewendet. Es betrifft nur die Geistlichen der Staatskirche und hat in bezug auf sie seine Berechtigung, da nach englischer Auffassung Staatsbeamte nicht gleichzeitig Abgeordnete sein können.

Nun hat die Wahlprüfungsbehörde des Parlaments entschieden, daß römisch-katholische Priester dem Gesetz unterliegen. McManaway verlor sein Mandat. Das britische Parlament hat damit zugestanden, daß die katholische Kirche in England den Status einer Kirche besitzt, wie er außerdem nur der anglikanischen Kirche zukommt.

Aus Ost- und Südosteuropa

Statistisches zur Priesterverfolgung im Osten

Einer am 15. Oktober im Vatikan veröffentlichten Statistik zufolge sind in den Ländern des europäischen Ostens bisher etwa 11 000 Priester und Ordensmänner hingerichtet, eingekerkert oder deportiert worden. Drei Bischöfe wurden hingerichtet, ein Kardinal lebenslänglich eingekerkert, zwei Erzbischöfe zu langen Gefängnisstrafen verurteilt und wenigstens ein weiterer unter Hausarrest gesetzt.

In Rumänien befinden sich alle Priester im Gefängnis. Ungefähr 700 wurden getötet.

In Albanien sind alle Bischöfe und 715 Priester verhaftet. Zwei Bischöfe wurden getötet. Der Erzbischof des Landes erhielt 20 Jahre Gefängnis.

In Jugoslawien sind, soweit in Rom bekannt, 1954 Priester hingerichtet, verhaftet oder deportiert. 196 wurden ohne Prozeß getötet. Ende 1949 hatten nur noch 400 Gemeinden einen Geistlichen. Der Erzbischof von Zagreb wurde zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt.

In Ungarn wurden seit Juni 1950 583 Geistliche hingerichtet, verhaftet oder deportiert. Ein Bischof wurde von den eindringenden Russen getötet. Der Kardinal ist auf Lebensdauer im Kerker. Im Juni wurden 1000 Mönche und Nonnen ins Konzentrationslager gebracht.

In der Tschechoslowakei sind 300 Priester im Gefängnis. Der Erzbischof von Prag steht unter Hausarrest.

In Polen wurden etwa 1000 Geistliche erschossen oder inhaftiert.

Am schwersten hat verhältnismäßig die Ukraine gelitten. Etwa 3600 Priester wurden in den ehemals polnischen, ungarischen und slowakischen Teilen der Ukraine getötet.

Die übrigen Toten und Gefangenen verteilen sich auf Litauen, die baltischen Länder und den deutschen Osten.

Aus dem Nahen und Fernen Osten

Unterdrückung der Kirche auf dem Dodekanes

Die griechischen Behörden auf dem Dodekanes bemühen sich, die Tätigkeit der katholischen Kirche auf den Inseln durch Verbote und Beschlagnahmungen zu lähmen. Nach einer Meldung aus Alexandrien beabsichtigen sie, die Bevölkerung mit der Zeit zum griechischen Schisma zu führen.

Der Erzbischof von Rhodos, Msgr. Acciari OFM, hat sich entschlossen, nicht ad limina nach Rom zu reisen, weil er befürchten mußte, daß ihm die Wiedereinreise nicht mehr gestattet werden würde.

Der Dodekanes wurde 1945 von Italien an Griechenland abgetreten. Die Griechen führen ihre Maßnahmen gegen die Kirche unter Berufung auf den Friedensvertrag durch. Sie erklären kirchlichen Besitz zu italienischem Eigentum, um ihn alsdann zu beschlagnahmen. So geschah es z. B. mit dem Besitz der Residenz und der Kathedrale auf Rhodos, die den Orthodoxen übergeben wurde. Die katholischen Schulen wurden geschlossen, ebenso Kinderheime, Waisenhäuser, Altersheime und Findlingshäuser. Die Schwestern erhielten Lehrverbot und werden gedrängt, das Land zu verlassen.

Diese Maßnahmen der griechischen Behörden stehen im Widerspruch zu den Verträgen. Sie sicherten den italienischen Bewohnern des Dodekanes das Optionsrecht zu. Priestern und Schwestern wird indes die Ausübung dieses Rechtes verweigert. Behördlicherseits wird behauptet, ihre Zahl sei im Verhältnis zur katholischen Bevölkerung zu groß. Griechenland hat es außerdem abgelehnt, mit dem Heiligen Stuhl auch nur in eine informatorische Erörterung dieser Fragen einzutreten. Diese Weigerung bestärkt den Eindruck, daß Athen mit allen Mitteln das Schisma begünstigt.

Ein syrischer schismatischer Erzbischof vereinigt sich mit dem Heiligen Stuhl

In Beirut wurde bekanntgegeben, daß der jakobitische Erzbischof des Libanon und von Damaskus, Iwanis Gandour, am 27. Mai 1950 seine Wiedervereinigung mit dem Stuhl Petri vollzogen hat. Der Erzbischof sandte ein Unterwerfungsschreiben an den Papst und wurde durch Vermittlung des syrischen Patriarchen von Antiochien, Kardinal Tappouni, in die Gemeinschaft der katholischen Kirche aufgenommen. Papst Pius XII. sagte in seinem Antwortschreiben an Erzbischof Iwanis: „Dieser neue Schritt zu einer Wiedervereinigung der getrennten Brüder des Orients mit der Mutterkirche erfüllt Uns mit heiliger Freude."

Erzbischof Iwanis erklärte, schon die erste Begegnung mit der katholischen Kirche, die sich in einem katholischen Priesterseminar vollzog, habe auf ihn einen tiefen und großen Eindruck gemacht. „Ein Tag in diesem katholischen Seminar und sein Seelen- und Gewissensfriede wiegt die ganzen fünfundvierzig Jahre meines priesterlichen Lebens auf."

Das neue Mitglied des katholischen Episkopates ist 1881 geboren und seit 1908 jakobitischer Bischof. 1932 wurde Msgr. Iwanis Gandour Erzbischof von Libanon und Damaskus. Die schismatische Kirche, der er bisher angehörte, trägt ihren Namen von Jakob-el-Baradai, der sie auf Grund des monophysitischen Glaubens im sechsten Jahrhundert organisierte. Heute zählt diese Gemeinschaft nur noch 80 000 Mitglieder unter einem Patriarchen in Antiochien und 14 Erzbischöfen und Bischöfen. Sie sind von Rom getrennt, weil sie glauben, daß Christus keine neben seiner Gottheit selbständige menschliche Natur besitzt.

„Fortschrittliche Christen" auch in Indochina

Nur in einem einzigen Land des Fernen Ostens ist es der katholischen Mission gelungen, eine große geschlossene Christenheit hervorzubringen: in Indochina, im heute mit seinem alten Namen so genannten Viet-Nam. Hier leben gegenwärtig über 2 Millionen katholischer Indochinesen in meist großen, sehr lebendigen und auch wohlhabenden geschlossenen Gemeinden. Und gerade dieses Land befindet sich nun schon seit fünf langen Jahren in einem furchtbaren Bürgerkrieg, in dem sich eine von der französischen Kolonialmacht gestützte, westlich orientierte Front und eine für die Freiheit der Asiaten kämpfende, doch kommunistische Front gegenüberstehen. Es ist sehr verständlich, daß sich in dieser Lage gerade unter den gebildeten katholischen Indochinesen viele in einem schweren inneren Zwiespalt befinden. Viet-Minh, die kommunistische Partei, erscheint als die Verteidigerin der nationalen Freiheit, bekennt aber eine Weltanschauung, die von der Kirche, der die vietnamitischen Katholiken mit tiefer Überzeugung anhängen, verurteilt worden ist.
Wie in den Satellitenstaaten des europäischen Ostens versucht der Kommunismus daher nun auch in Indochina, die gläubigen Katholiken durch die Aufziehung einer „fortschrittlichen katholischen Bewegung" zu täuschen.
In der Provinz Cochinchina, mit dem einheimischen Namen heute Nam-Bô genannt, ist zu diesem Zweck eine Zeitung gegründet worden, deren Titel auf Deutsch bedeutet: „Für Gott und das Vaterland". Diese Zeitung gibt an, sie sei das Blatt der katholischen Widerstandskämpfer Nam-Bôs. Ihr Herausgeber, ein gewisser Jean Trinh Khanh Vang (der abendländische Vorname bezeugt die christliche Taufe), ist vor einiger Zeit zum Marxismus übergetreten, hat aber von der kommunistischen Partei den Auftrag erhalten, an der Spitze der katholischen Vereine Nam-Bôs zu bleiben, um diese hinters Licht zu führen.
Typisch sind die Argumente, mit denen diese Zeitung die indochinesischen Katholiken zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu überreden sucht: „Die Katholiken haben schon viele Male eng mit kommunistischen Militanten und heidnischen Kompatrioten zusammengearbeitet, um das Banner der Volkserhebung hochzuhalten." „Hand in Hand mit den Kommunisten rufen sie: es lebe das Vaterland, es lebe Viet-Nam, es lebe Ho Chi Minh (der kommunistische Anführer)." „Das ganze Volk hat nur eine Position: den internationalen Imperialismus auf allen Kampffronten zu schlagen, die Gespensterclique Bao-Dais trotz der Anerkennung durch den Vatikan zu schlagen, sich eindeutig auf die Seite der neuen Demokratien zu stellen, an deren Spitze die Sowjet-Union steht."
Die Zeitung „Für Gott und das Vaterland" berichtete kürzlich auch von einer „Versammlung der katholischen Widerstandskämpfer". An ihr sollen vier indochinesische Patres teilgenommen haben. Alle vier waren Militärseelsorger auf kommunistischer Seite. Andere Persönlichkeiten, die als Teilnehmer angeführt werden, sind hinsichtlich ihres Glaubens durchaus zweideutigen Charakters; es sind Chefs der Sureté der vietminh'schen Angriffstruppen, ein Vertreter der Gesellschaft für marxistische Kultur, ein Abgeordneter der religiösen Sekte der Caodaisten!
Durch einen nun schon bekannten Trick versuchen die „fortschrittlichen Christen", den katholischen Gläubigen über ihr Zaudern vor der Zusammenarbeit mit den aufständischen Kommunisten hinwegzuhelfen: sie führen eine Unterscheidung ein zwischen dem Hl. Stuhl und dem Vatikan. Sie behaupten, diese beiden als eines zu bezeichnen, sei nur eine List der Franzosen gewesen, um die Vietnamiten zu täuschen. Die politischen Edikte, die die Zusammenarbeit mit den Kommunisten verbieten, so heißt es hier, gehen nur vom Vatikan aus und binden daher nicht im Gewissen, wie es Dekrete täten, die vom Hl. Stuhl ausgingen.
Der Bericht in „La Croix", dem wir diese Angaben entnehmen (3. 11. 1950), meint, es bestehe wenig Gefahr, daß die katholische Bevölkerung von Viet-Nam diesen naiven Täuschungsversuchen zum Opfer fallen werde. Der eingeborene Klerus steht fest im Glauben und hat seine Seelenstärke bereits unter dramatischen Umständen bewiesen, er wird seine Gläubigen auch gegen dieses neue Manöver des verdeckten Kommunismus zu schützen wissen.

Ökumenische Nachrichten

Revision der Formel „Allein durch den Glauben"

Eine kleine, aber umwälzende Studie über „Das Recht und die Gefahren einer polemischen Formel", nämlich des protestantischen „Allein", legt Landesbischof D. Wilhelm Stählin in einem Augenblick vor, da dieses „Allein", allein durch Gnade, allein durch den Glauben, allein durch das Wort sich neu zu befestigen scheint (Ev. Verlagswerk, Stuttgart). Um so beachtlicher ist die Kritik an den Gefahren dieser Formel. Es wird ihr nicht nur vorgehalten, sie verdunkele „das legitime Und", nämlich die echte Paradoxie der christlichen Existenz, die „ihr Vorbild in der Gleichzeitigkeit der göttlichen und menschlichen Natur in Christus" habe, ferner die Zuordnung der drei Personen der Trinität in der Doxologie und schließlich das „Jesus und Maria" der Marienfrömmigkeit im Weihnachtsliede, das D. Stählin ausdrücklich nennt, mit dem Bemerken allerdings, daß dieses „Und" nicht unbedenklich gesprochen werden dürfe. So wie die römisch-katholischen Theologen ihr „Und" überprüfen sollten, hätten sich die evangelischen Theologen zu fragen, ob ihre Antithese des „Allein" durch die Abwehr eines gefährlichen „Und" nicht wichtige Sachverhalte aus dem Sehfeld verdränge und „neue, nicht minder gefährliche Irrtümer in bedrohliche Nähe rücken".

Das Ende einer humanistischen Illusion

Zunächst stellt Stählin richtig, daß die Vokabel „Wort Gottes" das schöpferische Gotteswort, nicht aber den Lehrvortrag des Predigers meine. Die Formel „sola scrip-

tura“ habe Luther von Occam übernommen; in seiner ursprünglichen Intention habe er jedoch damit „die Autorität der Sache“, Christus, gemeint. Man müsse sich heute darüber klar werden, daß diese polemische Formel nicht eine Haltung decken dürfe, die aus der Heiligen Schrift ein Literaturdenkmal der Philologen gemacht hat, wie das im Protestantismus geschehen sei. Die Heilige Schrift könne nur aus einer lebendigen Tradition gelesen und verstanden werden, und es gebe keine Möglichkeit, aus einer solchen Tradition der Kirche heraus „in ein unmittelbares Verhältnis zur Heiligen Schrift zu springen“. Das sei eine humanistische Illusion. „Die Gefahr, gegen die die Reformation mit ihrem Allein kämpfen wollte, ... ist heute nirgends so sehr verkörpert wie in einer protestantischen Tradition, die sich einfach weigert, aus der Bibel das zu lesen und zu hören, was die Väter der Reformation in ihrer geschichtlichen Lage daraus nicht gelesen oder doch nicht sonderlich beachtet haben“. Also: Schrift *und* Tradition — „wenn diese Formel richtig verstanden wird“.

Verdienst und Würdigkeit

Luther habe noch mit größtem Nachdruck den Zusammenhang von Glauben und Werken betont, sagt Stählin. Aber „es ist den Schülern Luthers nicht gelungen, die Werke als notwendige Frucht des Glaubens in das Verständnis des Evangeliums einzubauen ...“. Ein ähnlicher Mißstand sei die Hilflosigkeit protestantischer Theologen gegenüber dem katholischen meritum. Da helfe ein Rückgang auf den griechischen Urtext. Nun bedeute „Verdienst“, daß wir „würdig werden“, daß wir in Christus von Gott „gewürdigt werden“, wie es in den Orationen der Liturgie immer wieder heiße. Wir empfangen also nicht nur einen Freispruch der Vergebung, sondern „eine echte Seinsfülle ... Gott verherrlicht uns ..., daß unser Sein zum Lobe Seiner Herrlichkeit gereiche“ (Joh. 17,22). Es sei darum unhaltbar, daß „aus Angst vor dem falsch verstandenen Und, vor einem Verdienst, das neben der Gnade stehen und also der Gnade Abbruch tun könnte, nun nicht von einer echten Würde des erlösten und geheiligten Menschen geredet werden“ solle. Aus Angst um den freien Zugang zum Herzen des Vaters werde überdies durch das „Allein“ ein „leerer Raum“ zwischen Gottes Thron und unserer Armseligkeit geschaffen. „Die Herrlichkeit Gottes leuchtet nicht mehr im Spiegelbild seiner Engel, und das Werk Christi gewinnt für uns nicht mehr sichtbare Gestalt in denen, die er erlöst, geheiligt und vollendet hat. Ein entvölkerter Himmel, ein vereinsamter Gott!“ Das sei aber mit dem soli Deo gloria nicht gemeint.

Die Autorität in der Kirche

Und ein Letztes: „Kann man von der Autorität Christi reden, ohne zugleich von der Autorität des Amtes zu sprechen, in dem die Autorität Christi konkrete Gestalt findet bis zu seiner Wiederkunft?“ Das „Christus allein soll herrschen“ führe tatsächlich „mit zwingender Notwendigkeit nur dahin, daß es in der Kirche praktisch überhaupt keine Autorität gibt ...“, wohl aber eine verderbliche Isolierung des evangelischen Predigtamtes. D. Stählin schließt mit dem Ruf: „Wir sollten nicht länger von dem Schreckgespenst einer juristischen Hierarchie und ihrer Machtansprüche uns den Weg zu diesen Erkenntnissen verbauen lassen“. Ein Studium dieser kleinen Schrift berechtigt zu der Frage, wie angesichts solcher Einsichten ein Abbruch des ökumenischen Gespräches verantwortet werden könnte. Diese Frage wird von der Reaktion auf das neue Mariendogma ihre Beantwortung finden, über die wir an anderer Stelle dieses Heftes ausführlich berichten.

Die feierliche Verkündigung des Dogmas der Aufnahme der Allerseligsten Jungfrau Maria mit Leib und Seele in den Himmel

Seit 1870, als die Unfehlbarkeit des Papstes, wenn er ex cathedra spricht, zum Dogma der katholischen Kirche erhoben worden ist, wurde am 1. November dieses Jahres mit der Dogmatisation der Himmelfahrt Mariä zum erstenmal wieder ein Glaubenssatz der Kirche feierlich zum Dogma erklärt, und zum erstenmal in der Geschichte der Kirche geschah dies auf Grund eben jenes bis dahin jüngsten Dogmas der Unfehlbarkeit des Papstes allein durch seinen Mund — nicht allein auf Grund seiner Autorität, denn er hatte den ganzen Erdkreis des katholischen Episkopats hinter sich, von dessen Zustimmung er sich vorher durch eine im Jahr 1946 ausgegebene Rundfrage aufs gewissenhafteste überzeugt hatte. Ja es ist in den Zeiten, da die großen Allgemeinen Konzilien die zu verkündenden Dogmen formuliert und der Welt kundgegeben haben, wohl nie eine so große Zahl von Nachfolgern der Apostel wirklich beteiligt gewesen an der Verkündigung eines Lehrsatzes; denn dem Besuch der Konzilien haben stets große materielle Schwierigkeiten entgegengestanden, und zumal in der christlichen Frühzeit hat an den entscheidenden Konzilien unserer Glaubensformulierungen oft nur eine verhältnismäßig kleine Zahl der Bischöfe teilnehmen können, während die anderen den Konzilsort nicht erreichen konnten. Heute ist der ganze Erdkreis durch unzählige Fäden von Verkehrsmöglichkeiten enger verbunden, als man es früher je für möglich gehalten hätte, und die Kommunikation der Glieder der Kirche untereinander ist so nah, rasch und lebendig wie nie vorher.

Die katholische Welt ist von dem Ereignis dieser Dogmenverkündigung, die Papst Pius XII. am 14. August, an der Vigil des Festes Mariä Himmelfahrt, angekündigt hatte, aufs tiefste ergriffen worden. Obwohl es sich bei dieser Dogmatisation nicht um die Verkündigung eines neuen oder auch nur bisher unbestimmten Glaubenssatzes, oder eines solchen, der im Bewußtsein des christlichen Volkes

verdunkelt oder vergessen gewesen wäre, handelte, oder vielleicht eben darum, ist wohl der ganzen katholischen Welt die Bedeutung einer solchen feierlichen Erklärung fühlbar geworden, die den Glaubensinhalt nicht wandelt und doch diesem bestimmten Glaubenssatz nun den Akzent einer Gewißheit gegeben hat, die man nur als geheimnisvoll bezeichnen kann, als ein mysterium fidei.

Bei der außerordentlichen Bedeutung dieses Ereignisses — das in einigen Ländern, insbesondere in Italien und in Spanien, geradezu einen Taumel der Freude ausgelöst hat — erscheint es uns wichtig, die diesbezüglichen Dokumente im vollen Wortlaut in deutscher Übersetzung wiederzugeben. Wir nehmen dabei einzig die kurze Ansprache des Papstes vor dem halböffentlichen Konsistorium aus, das der Dogmenverkündigung am 31. Oktober vorausgegangen ist. Diese Ansprache gab nur ganz kurz die Etappen an, die der Heilige Vater zur Vorbereitung dieses großen Schrittes durchlaufen hatte, um zu der rituellen Frage an die Kardinäle und Erzbischöfe, die um ihn in diesem Konsistorium versammelt waren, zu gelangen: ob sie mit der Dogmatisation des Glaubenssatzes von der Aufnahme der allerseligsten Jungfrau mit Leib und Seele in den Himmel einverstanden seien — worauf sie die rituelle Antwort erteilten: Placet — es gefällt!

Die Verkündigung des Dogmas geschieht durch eine Bulle. Sie beginnt mit den Worten „Munificentissimus Deus", und aus ihr hat der Heilige Vater auch später bei der öffentlichen Verkündigung des neuen Dogmas an das gläubige Volk auf dem Petersplatz die wichtigsten Stellen vorgelesen, die die Bedeutung und den Sinn des großen Ereignisses erklären. Diese in lateinischer Sprache abgefaßte Bulle hat folgenden Wortlaut:

Apostolische Konstitution

durch die
als Glaubenssatz erklärt wird,
daß die Jungfrau und Gottesmutter Maria
mit Leib und Seele in die Herrlichkeit des Himmels
aufgenommen worden ist

PIUS, Bischof,
Diener der Diener Gottes,
zum immerwährenden Gedenken

Der unendlich freigebige Gott, der alles vermag und dessen Fügungen Taten der Weisheit und Liebe sind, mischt nach seinen unerforschlichen Ratschlüssen im Leben der Völker und der einzelnen Menschen Leiden und Freuden, auf daß alles auf verschiedenem Weg und in verschiedener Weise zusammenwirke zum Besten derer, die ihn lieben *(Röm. 8, 28)*.

So ist auch unser Pontifikat, wie die heutige Welt überhaupt, infolge der schweren Schicksalsschläge und des Abirrens vieler Menschen vom Weg der Wahrheit und der Tugend von manchen Sorgen, Ängsten und Nöten bedrückt. Indes ist es Uns auch ein großer Trost, daß sich, neben anderen Kundgebungen eines offen bekannten und tatkräftigen Glaubens, die Verehrung der jungfräulichen Gottesmutter von Tag zu Tag mächtiger und glühender äußert und überall ein besseres und heiligeres Leben erhoffen läßt. Während so die Allerseligste Jungfrau ihr Mutteramt an den durch Christi Blut Erlösten mit großer Liebe ausübt, ergibt es sich von selbst, daß Herz und Sinn der Kinder sich mächtig gedrängt fühlen, die Ehrenvorzüge der Mutter mit vermehrter Sorgfalt zu überdenken.

Gott der Herr, der von Ewigkeit her mit der Fülle des Wohlgefallens sein Augenmerk auf Maria, die Jungfrau, gerichtet hielt, hat in der Tat, als die Fülle der Zeit gekommen war *(Gal. 4, 4)*, den Ratschluß seiner Vorsehung so verwirklicht, daß die Ehrenvorzüge und Vorrechte, die er ihr in unermeßlicher Freigebigkeit hat zuteil werden lassen, in vollkommener Harmonie zusammenklingen. Um diese unermeßliche Freigebigkeit und vollendete Harmonie der Gnadenvorzüge Mariä hat die Kirche jederzeit gewußt und sie im Lauf der Jahrhunderte mehr und mehr zu erfassen gesucht; in unseren Tagen aber ist es der Ehrenvorzug der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel, der in ganz besonders klarem Lichte hervortritt.

Dieser Ehrenvorzug Mariä zeigte sich in neuem Glanze, als Unser Vorgänger unvergeßlichen Andenkens Pius IX. die Unbefleckte Empfängnis der erhabenen Gottesmutter in feierlicher Entscheidung als Glaubenssatz verkündet hatte. Diese beiden Ehrenvorzüge sind aufs engste miteinander verknüpft. Durch seinen Tod hat Christus zwar die Sünde und den Tod überwunden, und wer durch die Taufe zum übernatürlichen Leben wiedergeboren ist, hat durch Christus Sünde und Tod ebenfalls besiegt; aber die volle Auswirkung dieses Sieges will Gott den Gerechten nach einem allgemein geltenden Gesetz erst dann zuteil werden lassen, wenn einmal das Ende der Zeiten gekommen ist. Daher fallen auch die Leiber der Gerechten nach ihrem Tod der Verwesung anheim, und erst am Jüngsten Tage wird der Leib eines jeden mit seiner verherrlichten Seele vereinigt werden.

Von diesem allgemein gültigen Gesetz wollte Gott die allerseligste Jungfrau Maria ausgenommen wissen. Sie hat durch ein besonderes Gnadenprivileg, durch ihre Unbefleckte Empfängnis die Sünde besiegt, war deshalb dem Gesetz, in der Verwesung des Grabes zu bleiben, nicht unterworfen und brauchte auf die Erlösung ihres Leibes nicht bis zum Ende der Zeiten zu warten.

Als daher feierlich erklärt wurde, Maria sei vom ersten Augenblick ihres Daseins an von der Makel der Erbschuld frei gewesen, erwachte im Herzen der Gläubigen die zuversichtlichere Hoffnung, auch die leibliche Aufnahme Mariä in den Himmel werde sobald wie möglich vom Obersten Lehramt der Kirche als Glaubenssatz verkündigt werden.

Grundlagen der Definition: Der Glaubensschatz der Kirche

Tatsächlich zeigte sich, daß nicht nur einzelne Gläubige, sondern auch Vertreter ganzer Nationen und Kirchenprovinzen, ja sogar zahlreiche Väter des Vatikanischen Konzils inständig diese Definition vom Apostolischen Stuhl erbaten.

Diese Bittgesuche und Wünsche nahmen keineswegs mit der Zeit ab, sondern wuchsen von Tag zu Tag an Zahl und Dringlichkeit. Man veranstaltete in dieser Meinung Gebetskreuzzüge; zahlreiche bedeutende Theologen förderten das Studium dieser Frage teils in privater Arbeit, teils an theologischen Universitätsfakultäten und anderen kirchlichen Lehranstalten; ebenso feierte man vielerorts in der katholischen Welt nationale oder internationale Marianische Kongresse. Diese Bestrebungen und For-

schungen zeigten immer deutlicher, daß auch die Lehre von der Himmelfahrt Mariä in dem der Kirche anvertrauten Glaubensschatz enthalten ist, und hatten meist zur Folge, daß der Apostolische Stuhl in Bittschriften dringend angegangen wurde, diese Wahrheit feierlich als Glaubenssatz zu verkünden.

In diesem heiligen Wettstreit standen die Gläubigen in engster Fühlung mit ihren Oberhirten, die auch ihrerseits Bittschriften in beträchtlicher Zahl an den Stuhl Petri gelangen ließen. Daher lagen, als Wir zur höchsten Würde des Pontifikates erhoben wurden, dem Apostolischen Stuhl viele Tausende solcher Gesuche vor, die aus allen Weltteilen und von allen Schichten von Gläubigen stammten: von Unseren geliebten Söhnen, den Mitgliedern des Heiligen Kollegiums der Kardinäle, von Unseren Ehrwürdigen Brüdern, den Erzbischöfen und Bischöfen, von ganzen Diözesen und von einzelnen Pfarreien.

Während Wir Uns daher in inständigem Gebet zu Gott wandten, er möge Uns in dieser so wichtigen Angelegenheit mit dem Lichte des Heiligen Geistes erleuchten, gaben Wir besondere Anweisungen, die Frage in gemeinsamer Arbeit eingehender zu studieren und inzwischen alle seit den Zeiten Pius' IX. bis auf unsere Tage vorgelegten Gesuche zu sammeln und sorgfältig zu prüfen *(Petitioncs de Assumptione corporea B. Virginis Mariae in caelum definienda ad S. Sedem delatae, 2 Bde, Typis Polyglottis Vaticanis 1942).*

Da es sich um eine Frage von größter Tragweite und außerordentlicher Wichtigkeit handelte, hielten Wir es für angebracht, alle Unsere Ehrwürdigen Brüder im bischöflichen Amt unmittelbar und offiziell zu ersuchen, ein jeder möge Uns seine Ansicht in aller Form kundtun. Daher richteten Wir am 1. Mai 1946 an sie das Schreiben „Deiparae Virginis Mariae", worin die Frage gestellt wurde: „Seid ihr, Ehrwürdige Brüder, vermöge eurer hervorragenden Einsicht und Klugheit der Meinung, daß die leibliche Aufnahme Mariä in den Himmel als Glaubenssatz vorgelegt und definiert werden kann? Und wünscht ihr dies mit eurem Klerus und eurem Volk?"

Sie, die „der Heilige Geist bestellt hat, die Kirche Gottes als Bischöfe zu regieren" *(Apg. 20, 28)*, antworteten in fast vollständiger Einmütigkeit auf beide Fragen zustimmend. Diese „ganz einzigartige Übereinstimmung der katholischen Bischöfe und Gläubigen" *(Bulle Ineffabilis Deus, Acta Pii IX, 1. Teil, Bd. I, S. 615)* in der Ansicht, die leibliche Aufnahme der Gottesmutter in den Himmel könne als Glaubenssatz verkündet werden, zeigt Uns die einhellige Auffassung des ordentlichen kirchlichen Lehramtes und den einmütigen Glauben des christlichen Volkes, einen Glauben, den das kirchliche Lehramt stützt und leitet. Daher tut sie durch sich selbst mit völliger Sicherheit und ohne jeden Irrtum kund, daß dieser Gnadenvorzug Mariä eine von Gott geoffenbarte Wahrheit und in dem göttlichen Glaubensschatz enthalten ist, den Christus seiner Braut anvertraut hat, damit sie ihn in Treue bewahre und ohne Irrtum darlege *(vgl. Conc. Vat., De fide catholica, cap. 4).* Das kirchliche Lehramt waltet dieses ihm übertragenen Amtes, die geoffenbarten Wahrheiten immerfort rein und unversehrt zu bewahren, nicht in rein menschlicher Betätigung, sondern unter dem Beistand des Geistes der Wahrheit *(Joh. 14, 26).* Darum überliefert es diese Wahrheiten unverfälscht, ohne etwas hinzuzufügen, ohne etwas wegzunehmen. „Denn, so sagt das Vatikanische Konzil, der Heilige Geist ist den Nachfolgern Petri nicht versprochen, damit sie auf seine Offenbarung hin eine neue Lehre verkünden, sondern damit sie unter seinem Beistand die durch die Apostel überlieferte Offenbarung, d. h. den Glaubensschatz, gewissenhaft bewahren und treu auslegen" *(Conc. Vat., Const. De Ecclesia Christi, cap. 4).* Daher kann der universellen Übereinstimmung des ordentlichen kirchlichen Lehramtes ein sicherer und unanfechtbarer Beweis entnommen werden, daß die leibliche Aufnahme der Allerseligsten Jungfrau Maria in den Himmel eine von Gott geoffenbarte Wahrheit ist. Sie ist, soweit es sich um die himmlische Verherrlichung des jungfräulichen Leibes der Gottesmutter handelt, von der Art, daß kein menschlicher Geist mit rein natürlichen Kräften sie erkennen konnte. Darum ist sie von allen Kindern der Kirche fest und treu zu glauben. Denn wie das gleiche Vatikanische Konzil sagt: „Mit göttlichem und katholischem Glauben ist all das anzunehmen, was im geschriebenen oder mündlich überlieferten Wort Gottes enthalten ist und von der Kirche als von Gott geoffenbart zu glauben vorgestellt wird, sei es durch eine feierliche Erklärung, sei es durch das ordentliche und allgemeine Lehramt" *(De fide catholica, cap. 3).*

Dieser einmütige Glaube der Kirche zeigt sich seit den frühesten Zeiten im Lauf der Jahrhunderte durch mannigfache Zeugnisse, Anzeichen und Spuren und tritt allmählich in immer hellerem Lichte hervor.

Die Gläubigen hatten, durch ihre Hirten belehrt und geführt, aus der Heiligen Schrift gelernt, daß Maria, die Jungfrau, im Lauf ihrer irdischen Wanderschaft ein Leben voll von Sorge, Not und Leid geführt hat; sie wußten auch, daß die Weissagung des frommen Greises Simeon sich erfüllt hatte, als unter dem Kreuze ihres göttlichen Sohnes, unseres Erlösers, ein scharfes Schwert ihr Herz durchbohrte; sie fanden selbst keine Schwierigkeit darin anzunehmen, auch die Gottesmutter sei, wie schon ihr göttlicher Sohn, durch den Tod aus diesem Leben geschieden. Aber alle diese Erwägungen hinderten sie keineswegs, zu glauben und offen zu bekennen: Marias heiliger Leib sei niemals der Verwesung des Grabes anheimgefallen, niemals sei das erhabene Wohnzelt des Göttlichen Wortes zu Staub und Asche geworden. Im Gegenteil, erleuchtet durch Gottes Gnade und von der Liebe zu Maria, der Mutter Gottes und unserer süßesten Mutter, getrieben, betrachteten sie in immer klarerem Lichte jene wundervolle Übereinstimmung und Verbindung zwischen den Gnadenvorzügen, die Gottes Vorsehung ihr, der hehren Gehilfin unseres Erlösers, hat zuteil werden lassen, Gnadenvorzüge von so unerreichter Höhe, daß nie ein anderes Geschöpf, die menschliche Natur Jesu Christi ausgenommen, so hoch emporgestiegen ist.

Der gleiche Glaube wird klar bezeugt durch die zahllosen Kirchen, die zu Ehren der Aufnahme Mariä in den Himmel Gott geweiht wurden. Ebenso bezeugen ihn die frommen Bilder, die in den Kirchen zur Verehrung der Gläubigen angebracht wurden und die den einzigartigen Triumph der Allerseligsten Jungfrau allen vor Augen führen. Städte, Diözesen und Länder wurden unter den besonderen Schutz der in den Himmel aufgenommenen Gottesmutter gestellt; ebenso wurden mit Zustimmung der Kirche religiöse Genossenschaften gegründet, die von

diesem Gnadenvorzug Mariä ihren Namen haben. Auch darf nicht mit Stillschweigen übergangen werden, daß der marianische Rosenkranz, den der Apostolische Stuhl so warm empfiehlt, ein Geheimnis enthält und zur frommen Betrachtung vorlegt, das, wie alle wissen, die Aufnahme der Allerseligsten Jungfrau in den Himmel zum Gegenstand hat.

Die Liturgie

Noch allgemeiner und glanzvoller aber offenbart sich der Glaube von Hirten und Herde darin, daß dieses Geheimnis seit alten Zeiten in Ost und West durch ein kirchliches Fest gefeiert wurde, eine Feier, aus der die heiligen Väter und die Lehrer der Kirche unaufhörlich Licht schöpften. Ist doch, wie allgemein bekannt ist, „die heilige Liturgie auch ein dem kirchlichen Lehramt unterstelltes Bekenntnis der himmlischen Wahrheiten und kann daher Beweise und Zeugnisse liefern, die von nicht geringem Wert sind, wenn es sich darum handelt, über einen bestimmten Punkt der kirchlichen Lehre zu urteilen" *(Enz. Mediator Dei, A.A.S. Bd. XXXIX, S. 541).*

In den liturgischen Büchern, die das Fest des „Heimganges" oder der „Aufnahme" Mariä enthalten, findet man Aussprüche, die einmütig bezeugen, daß dem heiligen Leibe der jungfräulichen Gottesmutter, als sie aus dieser irdischen Verbannung in die himmlische Heimat ging, durch den Ratschluß der göttlichen Vorsehung jenes Los zuteil wurde, das der Würde der Mutter des menschgewordenen Wortes und den anderen ihr verliehenen Gnadenvorzügen entsprach. Diese Aussage findet sich, um ein treffliches Beispiel zu nennen, in dem Sakramentar, das Unser Vorgänger unvergeßlichen Gedenkens, Hadrian I., an Kaiser Karl d. Gr. schickte. Darin heißt es: „Verehrungswürdig ist uns, o Herr, die Feier des heutigen Tages, an dem die heilige Gottesmutter, die deinen Sohn, unseren menschgewordenen Herrn, aus sich geboren hat, des irdischen Todes starb, aber von den Banden des Todes nicht niedergehalten werden konnte" *(Sacramentarium Gregorianum).*

Was hier in der gewohnten nüchternen Sprache der römischen Liturgie ausgedrückt wird, ist in anderen alten Liturgien des Ostens und des Westens klarer und ausführlicher dargelegt. Das Gallikanische Sakramentar zum Beispiel nennt diesen Gnadenvorzug Mariä ein unaussprechliches Geheimnis, um so preiswürdiger, je einzigartiger es innerhalb der Menschheit durch die Aufnahme der Jungfrau ist. In der byzantinischen Liturgie wird die leibliche Aufnahme Mariä nicht nur beständig mit der Gottesmutterwürde in Verbindung gebracht, sondern auch mit anderen Gnadenvorzügen, vor allem mit ihrer jungfräulichen Mutterschaft, die durch einen besonderen Ratschluß der göttlichen Vorsehung vorausbestimmt war: „Dir hat Gott, der Herr des Alls, verliehen, was die Natur übersteigt: wie er dir in der Geburt die Jungfräulichkeit bewahrt hat, so hat er im Grabe deinen Leib unversehrt erhalten und ihn durch göttliche Übertragung mitverherrlicht" *(Menaei totius anni).*

Der Apostolische Stuhl, der als Erbe das Amt des Apostelfürsten innehat, die Brüder im Glauben zu stärken *(Lk. 22, 32)*, hat dieses Fest durch seine Autorität immer feierlicher gestaltet und damit auch den Eifer der Gläubigen wirksam angespornt, die Bedeutung des Festgeheimnisses mehr und mehr zu erfassen. So wurde das Fest, das vom Anfang an einen ehrenvollen Platz unter den Marienfesten innegehabt hatte, in der Folgezeit in die Reihe der höchsten Feste des gesamten Kirchenjahres aufgenommen. Der heilige Sergius I., der für die vier Marienfeste die „Litanei" oder „Stationsprozession" anordnete, nennt zusammen die Feste der Geburt, der Verkündigung, der Reinigung und des Heimganges *(Liber pontificalis).* Später verlieh der heilige Leo IV. dem Fest, das damals schon unter dem Titel „Aufnahme der Allerseligsten Gottesmutter" begangen wurde, einen höheren Rang und schrieb dafür eine Vigil und eine Oktav vor; der Papst selbst wollte bei dieser Gelegenheit inmitten einer ungeheuren Menschenmenge an der Feier teilnehmen *(ebd.).* Die Tatsache, daß am Vortag des Festes schon seit alter Zeit ein Fasten vorgeschrieben war, ergibt sich auch aus dem Zeugnis des heiligen Nikolaus I., der von den hauptsächlichsten Festtagen spricht, „die die Römische Kirche von alters her angenommen hat und hält" *(Responsa Nicolai Papae I ad consulta Bulgarorum).*

Die Kirchenväter und großen Lehrer

Da nun aber die Liturgie der Kirche den katholischen Glauben nicht schafft, sondern ihn voraussetzt, und die gottesdienstlichen Übungen aus diesem Glauben, wie die Früchte vom Baum, stammen, so haben die heiligen Väter und die großen Lehrer in den Predigten und Ansprachen, die sie an diesem Feste an das christliche Volk hielten, die Lehre von der Aufnahme Mariä in den Himmel nicht aus dieser Feier wie aus erster Quelle geschöpft, sondern sie sprachen darüber wie über eine Sache, die den Gläubigen bereits bekannt und von ihnen angenommen war; sie erklärten sie ausführlicher und vertieften sie nach Sinn und Inhalt, indem sie das, was die liturgischen Bücher oft nur knapp und kurz angedeutet hatten, genauer erklärten, und zeigten, daß der Gegenstand dieses Festes nicht bloß die Freiheit des toten Leibes der Gottesmutter von der Verwesung sei, sondern auch der Sieg, den sie über den Tod errungen hat, und ihre Verherrlichung im Himmel nach dem Vorbild ihres Sohnes Jesus Christus.

So vergleicht der heilige Johannes von Damaskus, der mehr als alle anderen ein begeisterter Verkünder dieser Wahrheit war, die leibliche Aufnahme der Gottesmutter mit ihren anderen Gaben und Vorrechten und ruft mit kraftvoller Beredsamkeit aus: „Es mußte die, die in der Geburt die Jungfrauschaft unversehrt bewahrt hatte, auch nach dem Tod ihren Leib frei bewahren von aller Verwesung. Es mußte die, die den Schöpfer als Kind in ihrem Schoß getragen hatte, in den Zelten Gottes weilen. Es mußte die Braut, die der Vater angelobt hatte, in dem himmlischen Brautgemach Wohnung nehmen. Es mußte die, die ihren Sohn am Kreuz geschaut hatte und damals ihr Herz durchbohrt fühlte vom Schwert der Schmerzen, die sie, als sie ihn gebar, nicht erduldet hatte, ihn jetzt an der Seite des Vaters sitzen sehen. Es mußte die Mutter Gottes besitzen, was ihrem Sohn gehört, und von jeglicher Kreatur als Mutter Gottes und seine Magd verehrt werden" *(S. Joan. Damasc. Encomium in Dormitionem Dei Genitricis semperque Virginis Mariae, Hom. 2, 14; vgl. ebda, Nr. 3).*

Diese Ausführungen des heiligen Johannes von Damaskus stimmen überein mit den Worten anderer, die die gleiche Lehre vortragen. Finden sie doch ebenso klare und bestimmte Aussagen in den Predigten, die frühere oder spätere Väter, meist bei Gelegenheit dieses Festes,

gehalten haben. So fand z. B. der heilige Germanus von Konstantinopel die leibliche Unverweslichkeit der Gottesmutter und Jungfrau Maria und ihre Aufnahme in den Himmel nicht nur ihrer Würde als Gottesmutter, sondern auch ihrer hervorragenden Heiligkeit entsprechend: „Du erscheinst, wie geschrieben steht, ‚in Schönheit', und dein jungfräulicher Leib ist ganz heilig, ganz keusch, ganz Gottes Wohnzelt. Daher ist er fürderhin der Auflösung in Staub nicht verfallen; er ist, weil menschlich, umgewandelt zu einem hohen Leben der Unverweslichkeit. Er ist lebend und überglorreich, der Fülle des Lebens teilhaftig und unsterblich" *(S. Germ. Const. In Sanctae Dei Genitricis Dormitionem, Sermo I).* Ein anderer alter Schriftsteller sagt: „Die glorreiche Mutter Christi, unseres Erlösers, des Spenders von Leben und Unsterblichkeit, ihm ähnlich, der sie aus dem Grabe erweckt und zu sich aufgenommen hat, in einer Art, die ihm allein bekannt ist" *(Encomium in Dormitionem Dominae nostrae Dei parae semperque Virginis Mariae — dem hl. Modestus von Jerusalem zugeschrieben).*

Je mehr sich die kirchliche Feier dieses Festes ausbreitete, und je andächtiger es begangen wurde, desto mehr hielten es die Bischöfe und Prediger in stets wachsender Zahl für ihre Pflicht, klar und lichtvoll das Festgeheimnis und seine enge Verbindung mit den anderen Offenbarungswahrheiten darzulegen.

Unter den scholastischen Theologen, die es als ihre Aufgabe betrachteten, in die von Gott geoffenbarten Wahrheiten tiefer einzudringen und die Übereinstimmung zwischen dem theologischen Denken und dem katholischen Glauben aufzuzeigen, fehlte es nicht an solchen, die darauf hinwiesen, wie wunderbar der Gnadenvorzug der Aufnahme Mariä, der Jungfrau, in den Himmel übereinstimme mit den von Gott geoffenbarten Lehren, die uns die Heilige Schrift überliefert.

Von diesen Überlegungen ausgehend, brachten sie mancherlei Gründe vor, um diesen Gnadenvorzug Mariä zu erläutern. Dabei war der Grundgedanke ungefähr folgender: Jesus Christus wollte, gemäß seiner kindlichen Liebe zur Mutter, daß sie in den Himmel aufgenommen werde. Die Beweiskraft all ihrer Gründe fanden sie in der unvergleichlichen Würde der Gottesmutterschaft und in all den Gaben, die daraus folgen: ihrer hervorragenden Heiligkeit, durch die sie alle Menschen und Engel überragt; ihrer engen Verbindung mit ihrem Sohn und vor allem der innigen Liebe, in der der Sohn seiner ehrwürdigen Mutter zugetan war.

Ferner finden sich zahlreiche Theologen und Prediger, die nach dem Vorbild der heiligen Väter *(vgl. S. Joan. Damasc. Encomium in Dormitionem ... hom. II, 2, 11; Encomium in Dormitionem — dem hl. Modestus von Jerusalem zugeschrieben)* Ereignisse und Aussprüche der Heiligen Schrift mit einer gewissen Freiheit heranziehen, um ihren Glauben an die Aufnahme Mariä in den Himmel zu erläutern. So, um nur einige der am häufigsten angeführten Schriftstellen zu nennen, das Psalmwort: „Erhebe dich, o Herr, zu deiner Ruhestatt, du und deine Lade" *(Ps. 131, 8).* Dabei sehen sie in der Bundeslade, die aus unverweslichem Holz gefertigt und im Tempel Gottes aufgestellt war, ein Bild des reinen Leibes Mariä der Jungfrau, der, frei von aller Verwesung des Grabes, im Himmel zu so hoher Herrlichkeit erhöht wurde. In der gleichen Absicht schildern sie die Königin, die im Triumph in den Königspalast einzieht und zur Rechten des göttlichen Erlösers thront *(Ps. 44, 10 und 14-16).* Andere weisen auf die Braut des Hohenliedes hin, „die heraufsteigt von der Wüste wie eine Rauchsäule, umduftet von Myrrhe und Weihrauch", um mit der Krone geschmückt zu werden *(Hohesl. 3, 6; 4, 8; 6, 9).* Diese Vergleiche werden von ihnen als Bilder jener himmlischen Königin und Braut verwandt, die zusammen mit ihrem göttlichen Bräutigam zum Palast des Himmels emporsteigt.

Die Lehrer der Scholastik sahen nicht nur in manchen Bildern des Alten Testamentes die Aufnahme der jungfräulichen Gottesmutter in den Himmel ausgedrückt, sondern auch in der sonnenbekleideten Frau, die der Apostel Johannes auf der Insel Patmos schaute *(Apk., Kap. 12).* Ebenso schenkten sie unter den Stellen des Neuen Testamentes besondere Aufmerksamkeit den Worten: „Gegrüßet seist du, voll der Gnade; der Herr ist mit dir; gebenedeit bist du unter den Frauen" *(Lk. 1, 28),* da sie in dem Geheimnis der Aufnahme Mariä die Vollendung der Gnadenfülle, die der seligsten Jungfrau zuteil geworden war, und einen besonderen Segen im Gegensatz zu dem Fluch über Eva sahen.

Aus diesen Gründen erklärt zu Beginn der scholastischen Theologie der fromme Amedeus, Bischof von Lausanne, der Leib der Gottesmutter sei unverwest geblieben: man darf nicht glauben, ihr Leib habe die Verwesung gesehen, da er doch in Wahrheit mit ihrer Seele wieder vereinigt und zusammen mit ihr im Himmel erhabener Herrlichkeit teilhaftig geworden ist. „Denn sie war voll der Gnade und gebenedeit unter den Frauen *(Lk. 1, 28).* Sie allein war würdig, den wahren Gott vom wahren Gott zu empfangen; sie hat ihn als Jungfrau geboren, als Jungfrau genährt, sie hielt ihn auf ihrem Schoße und diente ihm in allem mit ehrfurchtsvoller Hingabe" *(Amedeus Lausanniensis, De beatae Virginis obitu, assumptione in Caelum, exaltatione ad Filii dexteram).*

Unter den heiligen Schriftstellern, die damals mit Worten der Heiligen Schrift und mancherlei Vergleichen oder Ähnlichkeiten den frommen Glauben an die Aufnahme Mariä in den Himmel erläuterten, nimmt der „Doctor evangelicus", der heilige Antonius von Padua, einen hervorragenden Platz ein. Auf das Fest Mariä Himmelfahrt bezieht er die Worte des Propheten Isaias: „Die Stätte meiner Füße werde ich verherrlichen" *(Is. 60, 13),* und behauptet mit großer Bestimmtheit, der göttliche Erlöser habe seine geliebte Mutter, aus der er Fleisch angenommen hatte, mit höchster Herrlichkeit ausgestattet. „Hier ist es klar ausgesprochen", sagt er, „daß die allerseligste Jungfrau dem Leibe nach, der die Stätte der Füße des Herrn war, in den Himmel aufgenommen wurde." Daher schrieb der Psalmist: „Erhebe dich, o Herr, zu deiner Ruhestatt, du und deine heilige Lade." Wie Jesus Christus, so sagt er, kraft seines Sieges über den Tod auferstanden ist und auffuhr zur Rechten Gottes, „so erhob sich auch seine heilige Lade, als am heutigen Tag die jungfräuliche Mutter in den himmlischen Palast aufgenommen wurde" *(S. Antonius Patav. Sermones dominicales et in solemnitatibus. In Assumptione S. Mariae Virginis sermo).*

In der Blütezeit der scholastischen Theologie des Mittelalters führt der heilige Albert der Große zum Beweis dieser Wahrheit eine Reihe von Gründen an, die sich auf die heilige Schrift, die Tradition, die Liturgie und theologische Überlegungen stützen, um dann zu schließen:

„Auf Grund dieser und vieler anderer Schlußfolgerungen und Autoritäten ergibt sich, daß die allerseligste Gottesmutter mit Leib und Seele über die Chöre der Engel erhoben wurde. Und dies halten wir unbedingt für wahr" *(S. Albertus Magnus, Mariale sive quaestiones super Evang. „Missus est" q. 132).* In einer Predigt auf Mariä Verkündigung, in der er den Gruß des Engels erklärte: „Sei gegrüßt, du Gnadenvolle ...", verglich er Eva mit der heiligsten Jungfrau und behauptete auf das bestimmteste, Maria sei von dem vierfachen Fluch ausgenommen, dem Eva verfallen war" *(ders., Sermones de sanctis. Sermo 15: In Assumptione B. Mariae. Vgl. auch: Mariale, q. 132).*

Der Englische Lehrer folgte den Spuren seines großen Meisters. Er hat zwar diese Frage niemals ausdrücklich behandelt; sooft er sie aber bei gegebener Gelegenheit berührt, steht er ohne Schwanken zu der Lehre der katholischen Kirche, daß mit der Seele der Gottesmutter auch ihr Leib in den Himmel aufgenommen wurde *(vgl. Summa Theol. III, q. 27, a. 1 c.; ibid. q. 83, a. 5 ad 8; Expositio salutationis evangelicae; In symb. apostolorum expositio art. 5; In IV. Sent., D. 12, q. 1, art. 3, sol. 3; D. 43, q. 1, art. 3, sol. 1 et 2).*

Der gleichen Ansicht ist mit vielen anderen auch der Seraphische Lehrer. Er hält es für ganz sicher, daß Gott, wie er die Allerseligste Jungfrau, als sie den Herrn empfing, und als sie ihn gebar, vor jeder Verletzung ihrer jungfräulichen Reinheit und Unversehrtheit bewahrte, so auch nicht zugegeben habe, daß ihr Leib in Verwesung und Staub zerfalle *(S. Bonaventura, De Nativitate B. Mariae Virginis, sermo 5).* Die Worte der heiligen Schrift erläuternd: „Wer ist die, die heraufsteigt aus der Wüste, überströmend von Wonne, auf ihren Geliebten gestützt?" *(Hl. 8, 5),* wendet er sie in übertragenem Sinn auf die allerseligste Jungfrau an und folgert: „Darum kann man gewiß sein, daß sie dem Leibe nach droben ist ... Ihre Glückseligkeit würde nicht vollkommen sein, wenn sie nicht als Person dort wäre, Person ist aber nicht die Seele allein, sondern Leib und Seele in ihrer Vereinigung. So ist also klar, daß sie in der Vereinigung von Leib und Seele droben ist. Sonst genösse sie nicht die Seligkeit in vollem Maße" *(S. Bonaventura, De Assumptione B. Mariae Virginis, sermo 1).*

In der Spätscholastik, im 15. Jahrhundert, faßt der heilige Bernardin von Siena alles zusammen, was die mittelalterlichen Theologen über die leibliche Aufnahme Mariä in den Himmel ausgesagt und diskutiert hatten, und erwägt es mit großer Sorgfalt. Dabei begnügt er sich nicht, die Hauptgedanken der vorausgegangenen Periode darzulegen, sondern fügt noch weitere hinzu. Die Ähnlichkeit der Gottesmutter an Adel und Würde von Geist und Leib mit ihrem göttlichen Sohne — eine Ähnlichkeit, die uns verbiete, auch nur zu denken, daß die himmlische Königin vom himmlischen König getrennt sein könne — verlange durchaus, daß „Maria nur da sein dürfe, wo Christus ist" *(S. Bernardinus Senens., In Assumptione B. Mariae Virginis, sermo 2).* Auch sei es vernunftgemäß und angemessen, daß, wie ein Mann, so auch eine Frau mit Leib und Seele die Herrlichkeit des Himmels schon jetzt erlangt habe. Schließlich sei auch die Tatsache, daß die Kirche niemals Reliquien der Gottesmutter gesucht und dem Volke zur Verehrung vorgelegt habe, ein Beweis, den man gewissermaßen einen „Erfahrungsbeweis" nennen könne *(ders. a. a. O.).*

In der neueren Zeit waren die angeführten Gedanken der heiligen Väter und der Theologen gang und gäbe. Der heilige Robert Bellarmin macht sich die einheitliche christliche Ansicht der Vergangenheit zu eigen und ruft aus: „Wer könnte wohl, frage ich, glauben, daß die heilige Bundeslade, die Wohnung des Wortes Gottes, der Tempel des heiligen Geistes zusammengebrochen sei? Mich schaudert, auch nur zu denken, daß der jungfräuliche Leib, in dem Gott Fleisch wurde, der Gott geboren, genährt und gehegt hat, in Staub verwandelt oder den Würmern zur Speise überlassen wurde" *(S. Robertus Bellarminus, Conciones habitae Lovanii, concio 40: De Assumptione B. Mariae Virginis).*

Auch der heilige Franz von Sales versichert, man dürfe nicht daran zweifeln, daß Jesus Christus das göttliche Gebot, das den Kindern befiehlt, ihre Eltern zu ehren, aufs vollkommenste erfüllt habe, und legt sich die Frage vor: „Welcher Sohn würde, wenn er könnte, seine Mutter nicht wieder ins Leben zurückrufen und nach ihrem Tod in das Paradies führen?" *(Oeuvres de Saint François de Sales, Sermon autographe pour la fête de l'Assomption).* Und der heilige Alphons schreibt: Jesus wollte nicht, daß der Leib Mariä nach dem Tod verwese, da es für ihn eine Schmach gewesen wäre, wenn der jungfräuliche Leib, aus dem er selbst Fleisch angenommen hatte, die Verwesung geschaut hätte" *(S. Alfonso M. de' Liguori, Le glorie di Maria, parte 2, disc. 1).*

So war das Festgeheimnis in voller Klarheit dargelegt, und es fehlte nicht an Lehrern, die jetzt nicht so sehr die theologischen Konvenienzgründe für die leibliche Aufnahme Mariä in den Himmel erörterten, sondern ihre Aufmerksamkeit unmittelbar dem Glauben der Kirche zuwandten, der mystischen Braut Christi, die nicht Makel noch Runzel *(Eph. 5, 27)* hat und vom Apostel „Säule und Grundfeste der Wahrheit" *(1 Tim. 3, 15)* genannt wird. Gestützt auf diesen übereinstimmenden Glauben betrachteten sie die entgegengesetzte Ansicht als verwegen, um nicht zu sagen häretisch. Der heilige Petrus Canisius erklärte, ebenso wie viele andere: das Wort Aufnahme bedeute nicht bloß die Verherrlichung der Seele, sondern auch die des Leibes, und schon seit vielen Jahrhunderten verehre und feiere die Kirche dieses Geheimnis der Aufnahme Mariä. Dann bemerkt er: „Diese Ansicht ist schon seit einigen Jahrhunderten in Kraft und Geltung; sie ist so im Geist der Gläubigen verankert und von der ganzen Kirche so gutgeheißen, daß diejenigen, die leugnen, Maria sei dem Leibe nach in den Himmel aufgenommen, nicht einmal mit Geduld angehört, sondern als übermäßig streitsüchtig, allzuverwegen und mehr von häretischem als katholischem Geist geleitet, allüberall verspottet werden" *(S. Petrus Canisius, De Maria Virgine).*

Gleichzeitig stellt Suarez, der „Doctor Eximius", für die Mariologie den Grundsatz auf, „man dürfe die Geheimnisse der Gnade, die Gott in der Jungfrau gewirkt habe, nicht nach den gewöhnlichen Gesetzen bemessen, sondern nach der Allmacht Gottes; vorausgesetzt sei nur, daß die Sache sich schicke und die Heilige Schrift nicht irgendwie widerspreche oder entgegenstehe" *(F. Suarez, In tertiam partem D. Thomae, quaest. 27, art. 2, disp. 3).* Gestützt auf den einmütigen Glauben der Kirche, konnte er den Schluß ziehen, das Geheimnis der Aufnahme Mariä in den Himmel sei ebenso fest zu glauben wie das der Unbefleckten Empfängnis; und er war schon damals der

Ansicht, diese beiden Wahrheiten könnten als Glaubenssätze definiert werden.

Die Heilige Schrift

Alle diese Beweise und Erwägungen der Heiligen Väter und der Theologen gründen letztlich auf der Heiligen Schrift. Diese stellt uns die hehre Gottesmutter als aufs engste mit ihrem göttlichen Sohn verbunden und sein Los immer teilend vor Augen. Daher scheint es unmöglich, sie nach diesem irdischen Leben, wenn nicht der Seele, so doch dem Leibe nach von Christus getrennt zu denken, sie, die Christus empfangen, geboren, an ihrer Brust genährt, ihn in den Armen getragen und an ihr Herz gedrückt hat. Weil nun unser Erlöser der Sohn Mariä ist, mußte er, der vollkommenste Beobachter des Gesetzes, in der Tat, wie den Vater, so auch seine liebe Mutter ehren. Da er ihr die große Ehre erweisen konnte, sie vor der Verwesung des Todes zu bewahren, muß man also glauben, daß er es wirklich getan hat.

Ganz besonders ist aber darauf hinzuweisen, daß von den heiligen Vätern schon seit dem zweiten Jahrhundert Maria als die neue Eva hingestellt wird, die mit dem neuen Adam, wenn auch in Unterordnung unter ihn, aufs engste im Kampf gegen den höllischen Feind verbunden war. Dieser Kampf mußte, wie es im Protoevangelium *(Gen. 3, 15)* vorausgesagt ist, zum völligen Sieg über Sünde und Tod, die in den Schriften des Völkerapostels beide immer miteinander verknüpft erscheinen, führen *(vgl. Röm., Kap. 5 und 6; 1 Kor. 15, 21—26; 54—57).* Wie daher die glorreiche Auferstehung Christi ein wesentlicher Teil und das letzte Wahrzeichen dieses Sieges ist, so mußte auch der von Maria gemeinsam mit ihrem Sohn geführte Kampf mit der Verherrlichung ihres jungfräulichen Leibes abschließen; denn, so sagt gleichfalls der Apostel, „wenn ... der sterbliche Leib die Unsterblichkeit anzieht, dann wird sich das Wort erfüllen, das geschrieben steht: Verschlungen ist der Tod im Sieg" *(1 Kor. 15, 54).*

Die erhabene Gottesmutter, die mit Jesus Christus von aller Ewigkeit her „durch ein und dasselbe Dekret" *(Bulla Ineffabilis Deus, 1. c. p. 599)* der Vorherbestimmung in geheimnisvoller Weise verbunden war; sie, die unbefleckt war in ihrer Empfängnis, die in ihrer Gottesmutterschaft unversehrte Jungfrau blieb, sie, die hochherzige Gehilfin des göttlichen Erlösers, der über die Sünde und ihre Folgen den vollen Sieg errungen hat: sie erhielt als herrliche Krone aller ihrer Ehrenvorzüge, daß sie von der Verwesung im Grab verschont blieb und wie ihr Sohn nach dem Sieg über den Tod mit Leib und Seele in die Herrlichkeit des Himmels aufgenommen wurde, um dort zur Rechten ihres Sohnes, des unsterblichen Königs der Ewigkeit *(1 Tim. 1, 17)*, als Königin zu erstrahlen.

Die gesamte Kirche, in der der Geist der Wahrheit wirkt, um sie unfehlbar zur vollen Erkenntnis der geoffenbarten Wahrheiten zu führen, hat im Lauf der Jahrhunderte in vielfacher Weise ihren Glauben zu erkennen gegeben. Die Bischöfe des ganzen Erdkreises haben in fast vollständiger Einmütigkeit die Bitte gestellt, die Wahrheit von der leiblichen Aufnahme der seligsten Jungfrau Maria in den Himmel möge feierlich als Dogma des göttlichen und katholischen Glaubens definiert werden, — eine Wahrheit, die sich auf die Heilige Schrift stützt, die tief im Herzen der Gläubigen wurzelt, die mit den übrigen Offenbarungswahrheiten in vollstem Einklang steht, die durch das Studium, die Wissenschaft und Weisheit der Theologen eine lichtvolle Erklärung und Darstellung gefunden hat. Aus diesen Gründen glauben Wir, daß der durch den Ratschluß der göttlichen Vorsehung bestimmte Zeitpunkt nunmehr gekommen ist, um diesen einzigartigen Gnadenvorzug Mariä feierlich zu verkündigen.

Der Bezug auf die Gegenwart

Wir, die Wir unser Pontifikat unter den besonderen Schutz der Allerseligsten Jungfrau stellten, zu der Wir in so vielen traurigen Geschehnissen Unsere Zuflucht genommen haben; Wir, die Wir ihrem unbefleckten Herzen die gesamte Menschheit öffentlich und feierlich weihten und ihren wirksamen Schutz immer und immer wieder erfuhren: Wir hegen das feste Vertrauen, diese feierliche Verkündigung und Definition der Aufnahme Mariä in den Himmel werde nicht wenig zum Wohl der menschlichen Gesellschaft beitragen. Sie gereicht ja zum Ruhm der Allerheiligsten Dreifaltigkeit, mit der die jungfräuliche Gottesmutter durch ganz besondere Bande verknüpft ist. Sie begründet die Hoffnung, daß sich alle Gläubigen zu einer innigeren Andacht zur himmlischen Mutter angespornt fühlen; daß in allen, die sich des Namens Christi rühmen, das Verlangen lebendig werde, an der Einheit des Mystischen Leibes Jesu Christi teilzuhaben und ihre Liebe zu mehren zu der, die für alle Glieder dieses erhabenen Mystischen Leibes das Herz einer Mutter hat. Es ist auch zu hoffen, daß durch die Betrachtung des herrlichen Beispiels Mariä mehr und mehr die Einsicht wächst, welch hohen Wert das menschliche Leben hat, wenn es vollkommen dafür eingesetzt wird, den Willen des himmlischen Vaters zu erfüllen und für das Wohl der Mitmenschen zu wirken. Und ferner läßt sich in einer Zeit, wo die Irrlehren des Materialismus und die daraus folgende Verderbnis der Sitten das Licht der Tugend zu ersticken und durch die Entfesselung von Kampf und Krieg so viele Menschenleben zu vernichten drohen, erwarten, daß die Wahrheit von der Himmelfahrt Mariä allen in klarem Lichte zeige, für welch erhabenes Ziel wir nach Leib und Seele bestimmt sind. Endlich wird der Glaube an die leibliche Aufnahme Mariä in den Himmel den Glauben auch an unsere Auferstehung stärken und zu tatkräftigem Handeln führen.

Die Tatsache, daß dieses feierliche Ereignis durch den Ratschluß der göttlichen Vorsehung in das Heilige Jahr fällt, das sich nun dem Ende nähert, ist Uns eine besondere Freude. So ist es Uns vergönnt, während das große Jubiläumsjahr feierlich begangen wird, die Stirne der jungfräulichen Gottesmutter mit diesem neuen hellstrahlenden Edelstein zu zieren und ein immerwährendes Denkmal Unserer innigen Andacht zur Mutter Gottes zu hinterlassen.

Nachdem Wir nun immer und immer inständig zu Gott gefleht und den Geist der Wahrheit angerufen haben, verkündigen, erklären und definieren Wir zur Verherrlichung des Allmächtigen Gottes, dessen ganz besonderes Wohlwollen über der Jungfrau gewaltet hat, zur Ehre seines Sohnes, des unsterblichen Königs der Ewigkeit, des Siegers über Sünde und Tod, zur Mehrung der Herrlichkeit der erhabenen Gottesmutter, zur Freude und zum Jubel der ganzen Kirche, in Kraft der Vollmacht unseres Herrn Jesus Christus, der heiligen Apostel Petrus und Paulus und Unserer eigenen Vollmacht: *die unbefleckte,*

immerwährend jungfräuliche Gottesmutter Maria ist, nachdem sie ihren irdischen Lebenslauf vollendet hatte, mit Leib und Seele zur himmlischen Herrlichkeit aufgenommen worden.

Wenn daher, was Gott verhüte, jemand diese Wahrheit, die von Uns definiert worden ist, zu leugnen oder bewußt in Zweifel zu ziehen wagt, so soll er wissen, daß er vollständig vom göttlichen und katholischen Glauben abgefallen ist.

Damit aber diese Unsere Definition der leiblichen Aufnahme Mariä in den Himmel in der ganzen Kirche bekannt wird, wollen Wir, daß dieses Unser Apostolisches Schreiben zum immerwährenden Gedenken bestehe, und Wir befehlen, daß dessen Abschriften, auch den gedruckten Exemplaren, wenn sie von der Hand eines öffentlichen Notars unterschrieben oder durch das Siegel einer in kirchlicher Würde stehenden Persönlichkeit bestätigt sind, der gleiche Glaube beigemessen wird, den man dem Original des Apostolischen Schreibens selbst schenkte, wenn es vorgelegt und gezeigt würde.

Keinem Menschen sei es also erlaubt, diese Unsere Erklärung, Verkündigung und Definition ungültig zu machen, ihr in verwegener Kühnheit entgegenzutreten oder sie zu bekämpfen. Sollte sich aber jemand unterfangen, es dennoch zu tun, so möge er wissen, daß er den Zorn des Allmächtigen Gottes und der heiligen Apostel Petrus und Paulus auf sich herabruft.

Gegeben zu Rom, beim heiligen Petrus, im Jahre des Großen Jubiläums 1950, am ersten November, dem Fest Allerheiligen, im zwölften Jahre Unseres Pontifikates.

Ich, Pius, der Bischof der Katholischen Kirche, habe so definiert und unterzeichnet.

Predigt des Heiligen Vaters an das Volk auf dem Petersplatz

Auf Grund dieses feierlichen Dokumentes geschah dann auch am Morgen des 1. November die feierliche Verkündigung des Dogmas an das gläubige Volk, das sich mit mehr als 500000 Menschen auf dem Platz vor St. Peter versammelt hatte, und an die gesamte Christenheit, die auch durch den Rundfunk mit dem festlichen Ereignis in Rom verbunden war. Nachdem das Dogma in der feierlichen lateinischen Formel des Schlusses der Bulle an das Volk verkündet worden war, hielt Papst Pius XII. in italienischer Sprache eine kurze, mit tiefer Ergriffenheit von der ungeheuren Menschenmenge angehörte Predigt, die in einem von ihm selber verfaßten Gebet endigte. Die Predigt hatte folgenden Wortlaut:

„Ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne und Töchter, die ihr hier in Unserer Gegenwart versammelt seid, und ihr alle, die ihr Uns in diesem heiligen Rom und in allen Ländern der katholischen Welt hört!

Ergriffen durch die Erklärung der Aufnahme der Allerseligsten Jungfrau Maria mit Leib und Seele in den Himmel zum Glaubensdogma, jubelnd in der Freude, die das Herz aller Gläubigen überströmt, deren inbrünstiger Wunsch erfüllt worden ist, fühlen Wir das unwiderstehliche Bedürfnis, mit euch zusammen einen Hymnus der Dankbarkeit zu der gütigen Vorsehung Gottes zu erheben, die euch die Freude dieses Tages und Uns den Trost hat bereiten wollen, die Stirn der Mutter Jesu und unserer Mutter, Maria, mit dem funkelnden Diadem zu schmücken, das jeden ihrer einzelnen Vorzüge krönt.

Nach dem unerforschlichen Ratschluß Gottes öffnet sich über den Menschen dieser so geprüften und schmerzerfüllten, verirrten und enttäuschten, doch auch in heilsamer Weise von der Suche nach einem großen verlorenen Gut beunruhigten Generation ein leuchtendes Stück Himmel, strahlend in Reinheit, Hoffnung, seligem Leben, in dem Maria, die Königin und Mutter, neben der Sonne der Gerechtigkeit thront.

Seit langer Zeit ersehnt, ist dieser Tag endlich der Unsere, endlich der eure. Eine Stimme der Jahrhunderte, ja Wir können sagen, eine Stimme der Ewigkeit ist die Unsere, die mit dem Beistand des Heiligen Geistes das einzigartige Privileg der himmlischen Mutter feierlich verkündet hat. Und ein Ruf der Jahrhunderte ist der eure, der heute aufsteigt aus dem weiten Raum dieses ehrwürdigen, schon immer dem Ruhm der Christenheit heiligen Ortes, dieses geistigen Zieles aller Völker, der jetzt zum Altare und Tempel eurer überströmenden Frömmigkeit geworden ist.

Wie vom Schlag eurer Herzen und von der Bewegung eurer Lippen erschüttert, erbeben selbst die Steine dieser Patriarchalkirche, und mit ihr zugleich scheinen die unzähligen ehrwürdigen Kirchen, die in der ganzen Welt zur Ehre der in den Himmel Aufgenommenen errichtet worden sind, in geheimem Erzittern zu jubeln, Denkmäler eines einzigen Glaubens und irdischer Sockel des himmlischen Glorienthrons der Königin des Weltalls.

Von diesem Freudentag, von diesem Stück Himmel und von der Woge des Jubels der Engel, der sich mit dem der ganzen kämpfenden Kirche vereinigt, muß sich über die Seelen ein Strom von Gnade und Belehrung ergießen, der sie zu neuer Heiligkeit unwiderstehlich antreibt.

Daher erheben Wir von dieser Erde, in dieser Unserer Zeit, in dieser Unserer Generation, vertrauend die Augen zu diesem so erhabenen Geschöpf, und rufen allen zu: empor die Herzen!

Vielen unruhigen und geängstigten Seelen, dem traurigen Erbe einer verworrenen und unruhigen Zeit, Seelen, die niedergedrückt, aber nicht in ihr Schicksal ergeben sind, die nicht mehr an die Güte des Lebens glauben und nur gleichsam zwangsweise den gegebenen Augenblick annehmen, eröffnet das demütige und unerfahrene Mädchen von Nazareth eine höhere Sphäre und gibt ihnen die Kraft, ins Auge zu fassen, zu welcher Bestimmung und welchen Werken jene erhoben worden ist, die, von Gott auserwählt, die Mutter des fleischgewordenen Wortes zu sein, gehorsam den Befehl des Herrn aufnahm.

Und ihr, die ihr Unserm Herzen vor allen nahe steht, die ihr die leidvolle Sorge Unserer Tage und Nächte und jeder Unserer Stunden seid, ihr Armen, Kranken, Flüchtlinge, Gefangene, Verfolgte, Arbeitslose und Heimatlose, Leidende jeder Art und in jedem Lande, ihr, für die der irdische Aufenthalt nur Tränen und Entbehrungen zu haben scheint, so viel Anstrengungen auch gemacht werden und gemacht werden müssen, euch zu helfen: erhebt den Blick zu derjenigen, die vor euch die Straßen der Armut, der Verachtung, der Verbannung, des Schmerzes gewandelt ist, deren Seele selber am Fuße des Kreuzes von einem Schwert durchbohrt wurde und die jetzt ihren Blick ungeblendet in das ewige Licht versenkt.

In dieser Welt ohne Frieden, die von gegenseitigem Mißtrauen, von Zerwürfnissen, Feindschaften, Haß gefoltert wird, weil in ihr der Glaube geschwächt und der Sinn der Liebe und Brüderlichkeit in Christus fast erloschen

ist, und während Wir mit aller Inbrunst darum flehen, daß die Himmelfahrt Mariä ein Zeichen der Wiederkehr der Liebe und des Lebens in die menschlichen Herzen sein möge, werden Wir nicht müde daran zu erinnern, daß nichts jemals wichtiger sein darf als die Tatsache und das Bewußtsein, daß Wir alle Söhne ein und derselben Mutter, Marias, sind, die im Himmel lebt als verbindende Kraft im Mystischen Leib Christi, als neue Eva und neue Mutter der Lebendigen, die alle Menschen zur Wahrheit und zur Gnade ihres göttlichen Sohnes führen will.
Und nun wollen wir niederknien und andächtig beten!

Das Gebet an die Allerseligste, in den Himmel aufgenommene Jungfrau

Jungfrau, unbefleckt empfangen, Gottes und der Menschen Mutter,
1. Wir glauben in der ganzen Glut unseres Herzens, daß du mit Leib und Seele glorreich aufgenommen bist in den Himmel, wo dir die Chöre der Engel und die Scharen der Seligen als ihrer Königin huldigen.
Wir vereinen uns mit ihnen im Lobpreis des Herrn, der dich über alle Geschöpfe erhob, und huldigen dir mit ihnen in Verehrung und Liebe.
2. Wir wissen, daß dein Blick, der einst in zarter Mutterliebe auf der demütigen und hienieden leidenden Menschengestalt Jesu ruhte, nun im Himmel an der verklärten Menschheit der ungeschaffenen Weisheit sich freut und daß die Freude deiner Seele in der Schau des dreieinen Gottes dein Herz aufjubeln läßt in seligem Entzücken.
Und wir arme Sünder, deren Leib den Aufschwung der Seele hemmt, wir flehen dich an: Läutere unsere Sinne, daß wir es lernen, schon hienieden, inmitten der Lockungen der Geschöpfe, Gott zu lieben und nur Ihn allein!
3. Wir vertrauen darauf, daß du voll Erbarmen niederschaust auf unsere Nöte und unsere Ängste, auf unsere Kämpfe und unsere Schwächen; daß du dich mit uns freust an unseren Freuden und an unseren Siegen und daß du die Stimme Jesu hörst, die dir von einem jeden von uns, wie einst von seinem geliebten Jünger, sagt: Sieh da dein Kind.
Und wir, die wir dich als unsere Mutter anrufen, wir machen dich, wie einst Johannes, zur Führerin, Kraft und Trösterin unseres irdischen Lebens.
4. Wir glauben, daß deine Augen, die weinten über eine von Jesu Blut benetzte Erde, sich auch heute noch auf unsere Welt richten, die voll ist von Kriegen, Verfolgungen und Unterdrückungen der Gerechten und der Schwachen.
Und wir erhoffen in dem Dunkel dieses Tales der Tränen von deinem himmlischen Lichte und deinem milden Erbarmen Hilfe in unseren Herzensnöten, in den Heimsuchungen der Kirche und unseres Vaterlandes.
5. Wir glauben endlich, daß du in der ewigen Herrlichkeit, umkleidet mit der Sonne und mit Sternen bekränzt, nach Christus die Freude und die Wonne aller Engel und Heiligen bist.
Und wir Erdenpilger blicken in festem Glauben an die künftige Auferstehung auf dich, unser Leben, unsere Wonne und unsere Hoffnung; zieh uns in Liebe zu dir und zeige uns dereinst, nach diesem Elend, Jesus, die gebenedeite Frucht deines Leibes, o gütige, o milde, o süße Jungfrau Maria.

PIUS PP. XII

Die Ansprache an die Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe am 2. November 1950

Am 2. November hielt der Heilige Vater dann eine Ansprache an die in Rom versammelten Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, in der er ihnen einige Hauptanliegen des gegenwärtigen Augenblicks ans Herz legte. Sie hat folgenden Wortlaut:

Mit einer Ergriffenheit, wie Wir sie selten im Laufe der Jahre Unseres Pontifikates erlebt haben, grüßen Wir heute euch, ehrwürdige Brüder, Unsere Freude und Unsern Festeskranz. Der Grund dieser Herzensfreude ist euch bekannt. Der Ratschluß des ewigen Gottes, dessen Natur Güte ist, hat Uns, die Wir von früher Jugend an die hehre Gottesmutter mit inniger Andacht verehren, ohne Unser Verdienst erwählt, durch den Wahrspruch Unseres höchsten Lehramtes zu bekräftigen und mit irrtumsloser Erklärung feststellen: Es ist eine vom Himmel geoffenbarte Wahrheit, daß die erhabene, von der Erbschuld freie und jungfräuliche Gottesgebärerin mit Seele und Leib in den Himmel aufgenommen worden ist.
Deswegen erfüllt Uns Trost und Freude, so wie Wir Uns auch gestern innig gefreut haben, als ihr in so großer Zahl um Uns, die Wir die Vollmacht Unseres heiligen Amtes ausübten, geschart gewesen seid und durch eure Gegenwart eure vorherigen, fast einstimmigen Urteile bestätigt habt, zugleich als Zeugen des Glaubens eurer Herden hinsichtlich dieses großen Geheimnisses, das Gott und unsere Mutter betrifft.
Es ist fürwahr eine große Stunde, die Wir mit euch verbringen. Wenn Wir die Vorgänge zur Zeit des Allgemeinen Vatikanischen Konzils ausnehmen, ist in der Kirchengeschichte kein Fall bekannt, in der eine größere Schar von Bischöfen als jetzt den Nachfolger des Apostelfürsten umgeben hätte. Die Fortschritte der Technik und die organisatorische Erfahrenheit haben dies zum großen Nutzen der kirchlichen Einheit ermöglicht. Deshalb sagen Wir dem vorsorgenden Gott Dank dafür, daß jene Errungenschaften in die heutige Zeit fallen, in der sich durch den Antrieb der himmlischen Gnade sowohl bei den geweihten Hirten wie bei den ihrer Sorge anvertrauten Gläubigen vielleicht mehr denn je zuvor ein leidenschaftlicher Wunsch nach Einheit regt.
Wenn ihr aus entlegenen Ländern, ja von den äußersten Enden der Welt hier zusammengekommen seid, so ist das ein neues und klares Zeugnis für die Natur der Kirche Christi, die in ihrem Bereich und in ihrem Schoß alle Völker umfaßt. In dem mannigfaltigen Schauspiel, das dieses Heilige Jahr wie kein anderes vor ihm bot, ist diese eure Zusammenkunft und Versammlung gleichsam der Höhepunkt, da sie mit besonderer Deutlichkeit beweist, wie die Katholiken aller Stämme und Zungen im Glauben und in der Liebe zusammenwachsen.

Das Fernbleiben der östlichen Welt

Doch können Wir zu Unserem bitteren Schmerz nicht verschweigen, was nicht durch die Schuld der Kirche, sondern durch äußere Gewalt und Zwang geschieht. Leider fehlen in euren Reihen und in der Schar der Pilger die Christgläubigen aus jenen Ländern, in denen die Freiheit fehlt, sich friedlich mit den Glaubensbrüdern in dieser ehrwürdigen Stadt, der geliebten und liebenden Heimat und Hauptstätte des christlichen Erdkreises, zu treffen. O teuerste, der heiligen Freiheitsrechte beraubte

Kinder, ihr seid keineswegs von Uns vergessen noch Unserem Herzen fern. Ja, wenn es in Unserer Liebe zu den Schäflein Christi Grade geben könnte, so ständet ihr sogar an erster Stelle in Unserem Wohlwollen. Täglich richten Wir zu Gott inständige Gebete für euch und für die Völker, denen ihr angehört. Wir wissen das Gerade vom Krummen zu trennen, Wir wissen die Völker von den Ideologien zu unterscheiden, die ihnen aufgezwungen werden, obgleich sie zeitlichen und ewigen Untergang mit sich bringen. Wir haben zwar gewisse Ideologien verworfen und verurteilt, aber damit haben wir weder gegen gewisse Völker noch gegen gewisse Staaten als solche gehandelt, sondern wir haben nur vor den irrigen Meinungen gewarnt, die den Begriff des ewigen Gottes auf dem Erdkreis auslöschen und den christlichen Glauben zerstören wollen und die sich zur Verwirklichung dieser gottlosen Absicht politischer Parteien bedienen. Wir haben nichts anderes gesagt und getan, als was das Bewußtsein Unserer Pflicht verlangte, das Uns Gebot ist.

Gegen den Krieg

Es ist gewiß nicht nötig, in der Ansprache, die Wir jetzt an euch richten, die Ankage zurückzuweisen, die einige — ihr alle wißt, wen Wir meinen — fälschlich erheben, der Papst wolle den Krieg, arbeite auf den Krieg hin und mache sich dabei zum Helfer eines großen und mächtigen Staates. Wenn in den letztvergangenen Jahren, kaum daß der Weltkrieg beendet war, die Völker infolge der Furcht vor einem neuen bewaffneten Zusammenstoß nicht aus der Unruhe und Erregung herauskamen, ähnlich wie wenn die Erde immer wieder durch Beben erschüttert wird, so trifft die Schuld hierfür in keiner Weise die Kirche und ihr Oberhaupt; diese waren und sind unablässige Sachwalter und Verteidiger des Rechtes, der Gerechtigkeit und des Friedens. Soweit Wir es als Unsere Pflicht erachteten, über Krieg und Frieden zu urteilen, haben Wir es offen und freimütig getan, z. B. — um von Unseren anderen Verlautbarungen zu schweigen — in der Rundfunkbotschaft, die Wir am Heiligen Abend des Jahres 1948 an alle Völker gerichtet haben. Damals glaubten Wir tatsächlich nicht, daß schon bald die Ereignisse Unsere Worte bestätigen würden. Dennoch sei es ferne von Uns, daß Wir die Hoffnung auf die Möglichkeit aufgeben, den Frieden zu bewahren und zu verteidigen, ohne Gefahr kriegerischer Verwicklungen. Die drohenden verhängnisvollen Übel möge Gott fernhalten, bei dem kein Ding unmöglich ist (Lk. 1, 37). Und Fürbitte möge zur Erlangung eines wahren Friedens, der diesen Namen verdient, bei Gott einlegen die gütigste Mutter der Gnaden, die Mutter der Barmherzigkeit, Maria. Das ist die erste, inständige Bitte, die Wir an die Himmelskönigin richten, deren Lobpreis und Ehre zu mehren Wir die große Freude hatten. Ihr aber, ehrwürdige Brüder, sollt den Klerus und das eurer Wachsamkeit anvertraute Volk ermahnen, der Förderung des echten Friedens durch Nächstenliebe, Gebet und Selbstaufopferung jederzeit und mit allen Kräften zu dienen zu suchen.

Fastengebot und Bußgeist

Sie sollen die Waffen des Geistes ergreifen und einen heiligen Feldzug unter dem Zeichen des Kreuzes beginnen. Da sich Uns diese Gelegenheit bietet, wollen Wir euch, ehrwürdige Brüder, und allen, die sich katholisch nennen, etwas kundtun, was Wir schon lange und häufig im Herzen erwägen. Ihr wißt, daß das kirchliche Gebot der Abstinenz und des Fastens in diesen letzten Jahren sehr gemildert worden ist. Dazu drängten die Lebensverhältnisse einer sehr großen Zahl von Katholiken, besonders jener, die in Großstädten wohnen und in Fabriken arbeiten; für diese wäre die Beobachtung des früheren Gebotes schwer, ja fast unmöglich gewesen. Deshalb wurde seinerzeit die erwähnte vorläufige Änderung getroffen.

Die Gläubigen unserer Tage würden aber hinter den Tugenden der Vorfahren zurückstehen, wenn sie nicht durch freiwillige, unserer Zeit gemäße Werke der Buße jene Milderung des althergebrachten Gebotes ausglichen, zumal in einer Zeit, in der mehr als einer jener bösen Geister wütet, die, wie der göttliche Meister sagt, nur durch Gebet und Fasten ausgetrieben werden können (Mt. 17, 20); darum ist die geistige Selbstaufopferung ganz besonders notwendig, um so viele Übel sittlicher und sozialer Art zu überwinden und zu beseitigen. Das geschieht auch bereits. Denn was die Werke der Mildtätigkeit angeht, die nach dem letzten Weltkrieg und während des Krieges selbst geleistet wurden, so können Wir zu Unserem großen Trost sagen: die Freigebigkeit der Katholiken war so groß, daß sie keinen Vergleich mit irgendeinem Beispiel der Wohltätigkeit vergangener Zeiten zu scheuen braucht. So sagen Wir bei dieser Gelegenheit auch Unsrerseits den Bischöfen des katholischen Erdkreises, vor allem jenen, die in wohlhabenden Gegenden ihr heiliges Amt versehen, sowie den ihrer Hirtensorge anvertrauten Gläubigen Dank; Wir sagen Dank dafür, daß sie Uns in reichem Maße die Mittel lieferten, um der Not so vieler Bedürftiger wirksam abzuhelfen. Aber auch abgesehen von dieser hochherzigen Mildtätigkeit, haben Wir die Erfahrung gemacht, daß auch jetzt noch in der Kirche der Bußgeist lebendig ist. Das zeigt sich vor allem sehr deutlich, wenn widrige Umstände und Not, die Gott zuläßt oder schickt, starkmütig und gelassen ertragen werden oder wenn die Vergnügungen und übermäßigen Genüsse freiwillig gemieden werden.

Gegen Luxus und Genußsucht

Wir können aber nicht die Worte Vergnügungen und Genüsse aussprechen, ohne den in unerträglicher Weise wachsenden luxuriösen Aufwand schmerzlich zu beklagen, der dem Elend und der Not vieler anderer so schroff entgegensteht. Luxus und Vergnügungssucht sind die Folge einer Lebensauffassung und Lebensführung, die vom Materialismus gezeichnet ist und zu den entsprechenden Sitten führt. Könnte es denn anders sein? Wenn der Mensch das Bewußtsein der eigenen Würde verliert, wenn er bei seinem Tun Maß und Gleichgewicht verliert, wenn er das Geistige, das Übernatürliche und Ewige nicht mehr achtet, geschweige denn als wahre Quelle des Glücks schätzt, dann nehmen Habsucht und zügellose Gier nach den irdischen Gütern überhand, und statt der Ehrfurcht vor dem Namen und der Majestät Gottes werden die mechanischen Künste und die stumpfe und blinde Gewalt verehrt. Wir nehmen das vorhin gespendete Lob nicht zurück und widerrufen es nicht. Aber auch diese Gier nach Vergnügungen und Luxus darf nicht übersehen und verschwiegen werden, denn sie breitet sich aus wie ein reißender Strom, nicht ohne auch die Katholiken zu berühren und hier und dort bedenklich in

ihre Gebiete und Grenzen einzudringen. Als gütige und nachsichtige Mutter schränkt die Kirche die Freiheit nur in den Dingen ein, die der Einfachheit der christlichen Lebensführung, der Beobachtung der Sittengesetze und der uns obliegenden Pflicht, fremder Not zu helfen, widersprechen. Ist nicht die Freude gleichsam ein Kennzeichen und eine Zier katholischer Völker? Es geht aber nicht an, im Streben nach den Annehmlichkeiten des Lebens die Grenzen des Gerechten und Ehrenhaften zu überschreiten.

Gegenüber einer solchen Unbeherrschtheit richten Wir an alle die dringende Mahnung, sich freiwillig im Zeichen christlicher Entsagung und Selbstaufopferung auch über das hinaus, was die sittlichen Gesetze vorschreiben, einzusetzen, jeder nach dem Maß seiner Kräfte, nach dem Antrieb der Gnade Gottes, nach den Möglichkeiten, die der Beruf bietet. Vielfache Ziele sind da zu erreichen. Vor allem wird jeder einzelne durch Buße seine Vergehen sühnen, die Makel der Sünden aus der Seele tilgen und so immer heiliger und stärker werden. Dann wird er den Glaubensbrüdern und denen, die außerhalb stehen, zum Beispiel und Ansporn dienen; was er der Eitelkeit entzieht, kann er der Nächstenliebe zuwenden, und mitleidend wird er den Bedürfnissen der Kirche und der Armen abhelfen. So haben es die Gläubigen der Urkirche gehalten; fastend und sich auch von Erlaubtem enthaltend, haben sie die Quellen wohltätiger Nächstenliebe gespeist. Solchen Beispielen zu folgen, ist lobenswert und der Lage und dem Zustand unserer Zeit durchaus entsprechend, und zwar nicht nur in dieser oder jener Gegend, die sich von selbst durch die Tugend der Freigebigkeit hervortut und den Bedürfnissen der Kirche abhilft, sondern ausnahmslos in allen Teilen der Welt.

Ehrwürdige Brüder! Es liegt Uns sehr am Herzen, daß Unsere Ratschläge zu voller Auswirkung gelangen. Auch uns gilt, wie den ersten Christen, die Mahnung des hl. Apostels Paulus: „Ich ergänze an meinem Fleische, was an den Leiden Christi noch aussteht, zugunsten seines Leibes, der Kirche" (Kol. 1, 24). Es ist, wie derselbe Apostel sagt, unser aller Pflicht, uns zu mühen „in Geduld, ... in Arbeiten, in Nachtwachen und Fasten ... in aufrichtiger Liebe" (2 Kor. 6, 46) zum Aufbau des Reiches Gottes. Scheint nicht ausdrücklich für die Priester jenes Wort gesagt zu sein: „ ... Ich züchtige meinen Leib und mache ihn mir dienstbar, damit ich nicht etwa, nachdem ich anderen gepredigt habe, selbst verworfen werde" (1 Kor. 9, 27)? Dies ist tatsächlich das zweite Anliegen, das Uns dringende Gebete an die Gottesmutter richten läßt: Möge Maria, die in den Himmel aufgenommen wurde und deren Seele und Leib vollkommen und unbedingt frei waren von jeder Schuld, von jeder ungeordneten Verwirrung, von jeder unbeherrschten Regung, die Erfüllung Unserer Hoffnung von ihrem göttlichen Sohn erflehen.

Ehe und Familie

Wenn man die Zeitverhältnisse genauer betrachtet, so fordern außer den obigen die Fragen über Ehe und Familie eine besondere Aufmerksamkeit. Wir glauben auch richtig zu sehen, wenn Wir angesichts der Unordnung, die Ehe und Familie weithin und tiefgehend zerstört hat, der Ansicht sind, daß sie die moderne menschliche Gesellschaft wie eine Pest vergiftet und die Seelen verdirbt. Wenn auch über die theoretische und praktische Seite dieser Frage unglaublich viel geschrieben wird, so nimmt doch das Übel immer noch zu und verschlimmert sich. Es ist auch kaum anders möglich, da man zur Heilung der Wunde die Ehe vom göttlichen Gesetz, das die menschliche Natur überall offenbart und die Lehre der Kirche in gleicher Weise vertritt, loslöst.

Gegen Schundliteratur und Utilitarismus

Es ist unmöglich, den schmutzigen Strom der Bücher, Hefte, Artikel und Zeitungen aller Art zu beschreiben, die durch Wort und Bild der oberflächlichsten und schamlosesten Art das gesunde Urteil des Volkes und den rechten Sinn der Menschen verderben.

Wir kennen und achten durchaus die Fortschritte, deren sich Medizin, Psychologie und Sozialwissenschaft rühmen; ja Wir wünschen sogar dringend, daß sich die Seelsorge, die Eheberatung, die Institute zur Förderung des Wohles der Familien ihrer bedienen. Wir lehnen es aber ab und verwerfen es, daß sich außer den sittlich guten und ernstgemeinten Bemühungen und über sie hinaus unter dem verlogenen Vorwand der Belehrung eine armselige Literatur breitmacht, die in den ungebildeten und unwissenden Lesern krankhafte Reize hervorruft und unter dem Schein der Wissenschaftlichkeit die bösen Anreize der Verführung beschönigt.

Es ist nicht recht, daß Wissenschaftler und Künstler Wissen um Dinge, das nur ihnen selbst nützt, anderen in unkluger Weise zum Schaden an Leib und Seele mitteilen. Man soll sich davor hüten, den Irrtum aus der Zeit der Aufklärung weiterzugeben, Wissen einfachhin sei bereits hinreichend, um den Menschen und seine Handlungen gut zu machen; wenn dieser Gedanke sonst schon gefährlich ist, auf diesem Gebiet wirkt er zerstörend.

Nicht weniger Schaden richten auch Publikationen an, die ausdrücklich beabsichtigen, die öffentliche Meinung künstlich zu beeinflussen. Diese öffentliche Meinung soll dann, nicht ohne Zwang moralischer und öfter noch wirtschaftlicher Art, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern regeln und den Weg für die Schließung der Ehe und die Gründung der Familie angeben. Wird da nicht jede sittliche Ordnung umgekehrt? Der Mensch, das Ebenbild Gottes, überläßt sich in dem innersten Bereich seiner Persönlichkeit der Führung solcher, die immer nur nach der Nützlichkeit fragen. Eine gesunde und unverdorbene Meinung über Ehe und Familie ist zweifellos für die Lebensgrundsätze und -normen von allergrößter Bedeutung, darum ist sie auch dringend nötig.

Ehe und Familie und Gottes Gebot

Aber wenn sie gesund genannt werden soll und es auch wirklich ist, dann bestimmen nicht nur von außen gegebene Vorschriften das Verhalten, sondern immer in erster Linie die Lebensordnung, die aus der unversehrten Natur des Menschen entspringt und die den Menschen an Gott und Gottes Gesetz bindet.

Diese enge Verbindung der Ehe und Familie mit dem Gesetz Gottes ist der Gipfel und der Angelpunkt Unserer Erwägung. Nur dieser Gehorsam gewährt der ehelichen Verbindung den notwendigen Schutz und Halt gegenüber dem menschlichen Leichtsinn, gegenüber Unbeständigkeit und Wankelmut in den harten Schwierigkeiten des Lebens. Auch im Unglück zeigt er seine wohltuende Kraft; er verletzt nicht den Charakter der häuslichen Gemeinschaft und läßt das Band, das die Gatten miteinander verbindet, nicht falsch und trügerisch werden.

In diesem Punkt ist das Urteil mancher Katholiken verworren und unrichtig. Eine falsche Philosophie lehrt nämlich, eine von außen auferlegte Norm sei unbedingt abzulehnen und zu verwerfen, da ein solches Gesetz als mit der wahren Natur des Menschen unvereinbar die unversehrte fruchtbare Lebenskraft feindselig vernichte. Es ist sicher, daß aus einer so verkehrten Philosophie der furchtbare Untergang eines heiligen Ehe- und Familienlebens folgt, denn dieses blüht nur dort, wo die Lehre der Kirche herrscht. Darum gibt es kein wichtigeres Anliegen, als jenen Punkt der christlichen Lehre mit aller Kraft und möglichst weit zu verbreiten, der besagt, daß der Mensch zu einem zeitlichen und ewigen Glück geboren ist, aber keines von beiden erreicht, wenn er nicht seine Pflicht erfüllt und dem Gesetze Gottes gehorcht.

Wird aber diese Bindung aufgegeben, dann sind verschiedene Dinge weder zu begreifen noch zu halten: so das Recht auf Schutz und Vervollkommnung der eigenen Person und ihrer Freiheit und das Gefühl persönlicher Verantwortung. Wer sich auf das Recht der von Gott verliehenen Freiheit beruft, um sich von seiner Ordnung frei zu erklären, widerspricht sich selbst. Dieser Weg ist als verwerflich und schädlich nie zu wählen, auch wenn er Menschen bei harten Schwierigkeiten des Ehelebens helfen soll. Es ist also ein Verderben für die Kirche und den Staat, wenn Menschen, die für andere verantwortlich sind, in Wort oder Leben gewohnheitsmäßig und absichtlich zur Verletzung der Gesetze Gottes in der Ehe, die unter allen Umständen immer ihre Kraft behalten, schweigen. Entschuldigungsgründe sucht man immer wieder in der Not, in der Bedürftigkeit, die schwere Bedingungen für Ehe und Familie schaffen. In herzlicher Vaterliebe bedauern und betrauern Wir diese Verhältnisse. Aber sie geben kein Recht, von der unveränderlich festen Gottesordnung abzuweichen. Nie und nirgends darf sie aufgegeben werden; dagegen müssen die sozialen Verhältnisse unter dem Druck der Not eine Besserung finden. Jeder, der sich Christ nennt, muß, gedrängt von Gerechtigkeit und Liebe, darauf hinarbeiten, daß diese Verhältnisse zum Besseren gewendet werden. In besonderem Maße ist das zu beachten, wenn es gilt, der Unzahl von Menschen zu helfen, die nur nach Beseitigung härtester Schwierigkeiten ein angemessenes, rechtes und glückliches Eheleben führen können.

Ein Wort wird heute sehr häufig gebraucht: soziale Sicherheit. Wenn das, ehrwürdige Brüder, Sicherheit durch die menschliche Gesellschaft bedeuten soll, dann hegen Wir die größte Besorgnis, Ehe und Familie könnten dabei zu Schaden kommen. Zu was für Schaden? Wir fürchten nicht nur, daß die bürgerliche Gemeinschaft sich dann mit Dingen befaßt, die nicht zu ihrer Befugnis gehören, sondern auch, daß der Sinn für ein christliches Leben und eine christliche Lebensauffassung abnimmt, ja ganz erlischt. Mit Berufung auf die soziale Sicherheit spricht man schon von den Forderungen des Malthusianismus; aus dem gleichen Grunde sucht man die Rechte auf Ehe und Nachkommenschaft einzuschränken, wie man andere persönliche Rechte oder ihren Gebrauch einschränkt. Für Christen und alle, die allgemein an Gott glauben, kann soziale Sicherheit nur Sicherheit in jener Gemeinschaft und mit ihr bedeuten, in der das naturgemäße Leben des Menschen, der naturgemäße Ursprung und Fortschritt der Ehe und Familie gleichsam das Fundament sind, auf dem die Gemeinschaft selbst in Ordnung und Sicherheit ihre Funktionen ausübt.

Unter den unheilvollen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit hat die Familie trotz vielfacher Schwächung doch klar bewiesen, welche Widerstandskraft sie besitzt. Diese ihre innere Kraft überwindet leicht alle anderen menschlichen Einrichtungen. Wenn man also der menschlichen Gemeinschaft wirklich helfen will, so soll man nichts unterlassen, was der Familie dienen und sie stützen und was zu ihrem Schutz beitragen kann. Das ist das Dritte, um das Wir inständig die Jungfrau Maria bitten, die in den Himmel aufgenommen wurde. Wo Ehe und Familie in der Gefahr einer so ungünstigen und widerwärtigen Lage sind, daß kaum noch eine Hoffnung bleibt, möge Maria in mächtiger Fürsprache Gott den Schöpfer und Erlöser bitten, daß die Menschen zur Hochachtung vor der erhabenen Auffassung der Ehe zurückkehren, die Er selbst beabsichtigte und grundlegte, und daß alle Kinder der Kirche stets nur untereinander unter dem Segen des Sakramentes das Ehebündnis schließen und durch ihre reine Vereinigung wie in einem heiligen Bild die wunderbare Vereinigung Christi mit der Kirche darstellen.

Jungfräulichkeit

Wo aber die reine Ehe in christlicher Zucht blüht, da blüht zugleich auch die Jungfräulichkeit, die ihre Kraft aus der Liebe Christi empfängt. Wir bitten euch, ermahnt euren Klerus, diese Lebensform, die die Menschen den Engeln ähnlich macht, hochzuachten, sie in Gottesfurcht zu pflegen und auch andere auf diesen vornehmen Tugendweg zu führen, besonders das weibliche Geschlecht, da die Kirche großen Schaden leidet, wenn die Hilfe nachläßt, die Frauen im Apostolat leisten.

*

Das sind die drei Hauptanliegen, die Wir unter der Fürsprache der gütigen Jungfrau Maria Gott dem Herrn vortragen; Wir sind sicher, ehrwürdige Brüder, daß ihr Unser Gebet nach Unserem Wunsch unterstützt. Zu dem, was Wir zu euch sprachen, brauchen Wir zwei Gedanken nicht weiter auszuführen, die Uns sehr am Herzen liegen: Einmal, die katholische Lehre rein und unversehrt zu bewahren, dann aber, eine ausgezeichnete Erziehung und Heiligkeit des Klerus zu fördern. Das haben Wir ausführlich in der Enzyklika „Humani Generis“ und in der Adhortatio Apostolica „Menti nostrae“ behandelt. Dann wünschen und verlangen Wir in dieser so glanzvollen und einzigartigen Versammlung sehnlichst danach zu sagen, daß Unser Herz in Liebe und Dankbarkeit bewegt ist, da Wir sehen, daß die katholischen Oberhirten des Erdkreises ihr hohes Amt so ausüben, daß sie sich in stets treuer Anhänglichkeit an den Nachfolger des heiligen Petrus in gewissenhaft tätiger Wachsamkeit, in weitsichtigem Eifer und im starken Willen zu rüstiger Arbeit bemühen, den Glauben zu fördern.

Mögen die Fluten in wütendem Sturm schäumend heranjagen und unaufhörlich eine der anderen folgen, mögen die Stürme im Innern entstehen oder von außen die Kirche betrüben, ihr vergeblicher Anprall gegen den un-

veränderlichen Willen zur Einheit, über den Wir sprachen, wird zusammenbrechen, wie der göttliche Erlöser es aussprach in seinem letzten priesterlichen Gebet (Jo. 17, 21—23), oder wie Christus es versprach in Seiner Prophezeiung, daß die Pforten der Hölle die Kirche nicht überwinden werden (Mt. 16, 18).

Mit einem Herzen voll Trost und Freude spenden Wir euch allen, ehrwürdige Brüder, die ihr hier zugegen seid, allen euren Amtsbrüdern auf der ganzen Welt wie auch den Priestern und Christgläubigen, die eurer Sorge anvertraut sind, in bereiter und herzlicher Liebe den Apostolischen Segen.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Der Ermahnung an den Klerus der ganzen Welt zweiter, dritter und vierter Teil

II. Teil
Die Heiligkeit des Priesteramtes

Auf dem Kalvarienberg wurde die Seite des göttlichen Erlösers durchbohrt. Aus ihr floß sein heiliges Blut, das wie ein Strom durch den Lauf der Jahrhunderte fließt, die Herzen der Menschen reinigt, ihre Sünden sühnt und ihnen die Schätze des Heiles schenkt.

Der Priester als Ausspender der Geheimnisse Gottes

Zur Verwaltung dieses erhabensten Amtes sind nun die Priester bestimmt. Denn sie vermitteln nicht nur Christi Leben und Gnade den Gliedern seines mystischen Leibes und sind mit ihnen verbunden, sondern sie tragen auch zur Förderung des Wachstums dieses mystischen Leibes bei, da sie der Kirche ständig neue Kinder schenken, dieselben bilden, erziehen und leiten sollen. Da sie „Ausspender der Geheimnisse Gottes" sind (1 Kor. 4,1), müssen sie Jesus Christus in vollkommener Liebe dienen und alle ihre Kräfte einsetzen für das Heil der Brüder. Da sie Apostel des Lichtes sind, müssen sie die Welt durch die Lehre des Evangeliums erleuchten und selber im christlichen Glauben derart innerlich stark sein, daß sie ihn den andern mitteilen können und, den Beispielen und Geboten des göttlichen Meisters folgend, alle zu ihm führen können. Sie sind die Apostel der Gnade und der Verzeihung; daher sollen sie sich ganz der Sorge um das Heil der Menschen weihen, sie zum Altare Gottes rufen, wo sie mit dem Brote des himmlischen Lebens genährt werden können. Sie sind die Apostel der Liebe; daher sollen sie auf die Werke und Unternehmungen dieser Liebe drängen, besonders da in dieser unserer Zeit die Bedürfnisse der Notleidenden ins Unermeßliche gestiegen sind.
Der Priester sei überdies besorgt, daß die Christgläubigen die Lehre von der „Gemeinschaft der Heiligen" recht verstehen, fühlen und erfahren; sie sollen sie eifrig durch jene Institutionen fördern, die „liturgisches Apostolat" und „Gebetsapostolat" genannt werden. In gleicher Weise sollen sie alle übrigen Formen und Arten des Apostolats fördern, die heute wegen der besonderen Nöte des christlichen Volkes von so großer Bedeutung sind. Auch sollen sie sich aufs eifrigste darum kümmern, daß allen die Katechese erteilt wird, daß die „Katholische Aktion" und die „Aktion für die Missionare" so weit wie nur möglich verbreitet und gefördert werden; ebenso, daß durch gut ausgebildete und geschulte Laienkräfte alles das täglich weiter wachse, was zur richtigen Ordnung in den sozialen Fragen gehört, so wie unsere Zeit es erfordert.

Der Priester als Abbild Christi

Doch muß der Priester bedenken, daß das überaus bedeutungsvolle ihm anvertraute Amt um so fruchtbarer sein wird, je inniger er selber mit Christus verbunden und bei seinem Wirken von Christi Geiste geführt ist. Dann wird seine priesterliche Tätigkeit nicht in rein natürlicher Betriebsamkeit aufgehen, welche Leib und Seele müde macht und den Diener des Heiligtums, zum nicht geringen Schaden sowohl seiner selbst wie der Kirche, vom rechten Wege abbringen könnte, sondern seine Arbeit und seine ständigen Bemühungen werden durch die Kraft der göttlichen Gnade gestärkt werden, welche Gott den Hochmütigen versagt, doch jenen, welche demütigen Herzens im „Weinberge des Herrn" arbeiten und nicht sich und das Ihrige (1 Kor. 10,33), sondern die Ehre Gottes und das Heil der Seelen suchen, reichlich und gerne schenkt. Daher möge er, wie Wir schon gesagt haben, im Gehorsam gegen die Gebote des Evangeliums nicht auf sich und auf seine Kräfte vertrauen, vielmehr auf die Hilfe von oben, gemäß dem Wort: „Weder derjenige, der pflanzt, noch derjenige, der begießt, ist etwas, sondern der das Gedeihen gibt, Gott" (1 Kor. 3,7). Wird das Apostolat in dieser Weise aufgefaßt, so kann es nicht anders sein, als daß der Priester wie mit übernatürlicher Kraft alle Herzen an sich zieht. Da er nämlich in sich und seinen Sitten gleichsam ein lebendiges Bild Jesu Christi widergibt, werden alle, die ihm folgen, von innerster Überzeugung getrieben, leicht erkennen, daß er nicht seine, sondern Gottes Worte spricht, und daß er nicht in seiner, sondern in göttlicher Kraft wirkt: „Wenn jemand die Redegabe hat, so trage er Gottes Wort vor. Wer ein Amt hat, verwalte es mit der Kraft, die Gott verleiht" (1 Petr. 4,11). Ja er muß, wenn er nach Heiligkeit strebt und seines Amtes mit größter Vollkommenheit waltet, so eifrig die Rolle und Person Christi spielen, daß er ehrfurchtsvoll das Wort des Völkerapostels wiederholen kann: „Nehmt mich zum Vorbild, so wie ich Christus" (1 Kor. 4,6).

Warnung vor der „Häresie der Aktion"

Aus diesen Gründen ehren Wir jene mit wohlverdientem Lobe, die aus Liebe zu Gott und aus Liebe zu den Nächsten in den Jahren, die auf den entsetzlichen und langdauernden Krieg gefolgt sind, mit allen Kräften darauf bedacht waren, unter Vorangehen und Führung der Bischöfe so viel materielles und geistiges Elend zu beheben. Doch können Wir Uns nicht enthalten, jenen Unsere

Sorge und Angst auszudrücken, die sich wegen der besonderen Zeitverhältnisse nur zu oft derart in den Strudel der Betriebsamkeit stürzten, daß sie die erste Pflicht des Priesters vernachlässigten, nämlich die Pflicht des Strebens nach eigener Heiligkeit. Wir haben schon öffentlich verkündet (AAS. 1944, p. 239, Brief Cum proxime exeat), daß diejenigen, die verwegen glauben, den Menschen könne das Heil durch die mit Recht sogenannte „Häresie der Aktion" gebracht werden, auf den rechten Weg zurückgerufen werden müßten. Unter Aktion verstehen Wir hier das Tun, das sich nicht auf die Kraft der göttlichen Gnade stützt und nicht beständig jene für die Erlangung der Heiligkeit notwendigen Mittel anwendet, welche von Jesus Christus gegeben worden sind. Doch ebenso hielten Wir es für angebracht, diejenigen zu den Werken ihres heiligen Amtes anzutreiben, die sich zu sehr von den äußeren Dingen fernhalten und, als ob sie der Macht der Hilfe von oben mißtrauten, nicht genug darnach streben, jeder nach seinen Kräften, den christlichen Geist praktisch in alle jene Tätigkeitsbereiche einzuführen, welche unsere Zeit fordert (Ansprache vom 27. September 1947).

Einziges Ziel ist das Heil der Seelen

Wir ermahnen euch alle daher eindringlich, aufs innigste mit dem göttlichen Erlöser vereint, in dessen Kraft wir alles können (Phil. 4,13), in emsiger Sorge bemüht zu sein, für das ewige Heil jener nach Kräften zu wirken, welche die Vorsehung Gottes eurem apostolischen Eifer anvertraut hat. Wie innig verlangen Wir darnach, geliebte Söhne, daß ihr Nachahmer jener heiligsten Männer sein mögt, die in der Vergangenheit durch die unermeßliche von ihnen geleistete Arbeit herrlich bezeugt haben, was in dieser Welt die Macht der göttlichen Gnade wirken kann. Möge jeder von euch das Wort des Völkerapostels, unter Zustimmung der Gläubigen, ehrlich und schlicht auf sich anwenden können: „Ich aber will mit Freuden für eure Seelen Opfer bringen und selber aufgeopfert werden" (2 Kor. 12,15). Erleuchtet die Herzen mit Licht von oben. Leitet die Gewissen auf dem rechten Wege. Bestärkt und tröstet die Herzen, die von Zweifel geschüttelt oder von Schmerzen gepeinigt werden. Fügt aber diesen hauptsächlichsten Werken des Apostolates noch andere hinzu, deren Notwendigkeit die heutige Zeit laut kundtut. Allen muß jedoch ganz klar werden, daß der Priester in allen seinen Tätigkeiten nichts anderes sucht als das Heil der Seelen, nach nichts anderem trachtet als nach Christus, dem er seine Kräfte und sich selber weihen soll.

Nachfolge Christi in Liebe, Geduld und Gleichmut

So wie Wir euch jedoch, indem Wir euch ermahnt haben, nach eurer Heiligung zu streben, aufgefordert haben, das lebendige Abbild Christi in euren Sitten auszuprägen, appellieren Wir jetzt auch um der Erlangung und Förderung der Heiligkeit und Wirksamkeit eures priesterlichen Amtes willen aufs eindringlichste an euch, daß ihr euch bemüht, den Spuren des göttlichen Erlösers beständig nachzufolgen: Er zog voll des Heiligen Geistes „umher, Wohltaten spendend und alle heilend, die vom Teufel besessen waren, denn Gott war mit ihm" (Apg. 10,38). In der Kraft dieses selben Geistes und von seiner Stärke getrieben, werdet ihr ohne Zweifel derart euer Amt verwalten, daß es, genährt und entflammt von christlicher Liebe, stark ist in übernatürlicher Kraft und darnach drängt, die gleiche Kraft anderen mitzuteilen.
Euer apostolischer Eifer brenne von jener göttlichen Liebe, gemäß welcher ihr gleichmütig alles ertragt, durch Widerwärtigkeiten nicht geschwächt werdet und alle Menschen umfangt, die Armen und die durch Reichtum Ausgezeichneten, Freunde und Feinde, Gläubige und Ungläubige. Solch tägliche Arbeit und solch tägliche Mühsal verlangt von euch das Heil der Seelen, für das unser Erlöser seine Schmerzen und Ängste so geduldig getragen hat, bis zu den bittersten Martern und zum Tode, um uns dadurch nach seinem Willen die Freundschaft mit Gott wieder zu schenken. Das allein ist, wie ihr wißt, das höchste aller Güter. Wünscht also nicht in übertriebener Begierde den glücklichen Erfolg der Dinge, und wenn ihr trotz eifriger Arbeit die erwünschten Früchte nicht habt erlangen können, laßt den Mut nicht sinken, denn „ein anderer ist, der sät, und ein anderer, der erntet" (Joh. 4,37).
Überdies soll dieser euer apostolischer Eifer von größter Güte leuchten. Denn wenn es auch unbedingt nötig ist, die Irrtümer zu widerlegen und den Lastern entgegenzutreten — was zu tun wir alle von Amts wegen verpflichtet sind —, so muß doch das Herz des Priesters immer von Erbarmen getrieben sein. Man muß natürlich mit aller Kraft die Irrtümer vertreiben, doch die irrenden Brüder lieben und sie durch eifrige Liebe zum Heile zurückrufen. Was für Taten, was für wundersame Werke vermochten heilige Männer auch durch die Güte ihres Herzens zu vollbringen, und das auch in Verhältnissen und Menschenschichten, wo beinahe alles von Trug und Laster gefährdet war! Doch würde ganz gewiß derjenige seiner Pflicht nicht genügen, der, um den Menschen angenehm zu sein, ihren schlechten Begierden schmeichelte oder ihren verkehrten Denk- und Handlungsweisen, nicht ohne Gefährdung der christlichen Lehre und der Unversehrtheit der Sitten, nachgäbe. Wenn aber die Vorschriften des Evangeliums nicht verletzt werden, wenn jene, die in ihrer Schwäche gefallen sind, vom aufrichtigen Wunsche erfüllt sind, wieder auf den rechten Weg zurückzukehren, dann muß sich der Priester jenes Wort in Erinnerung rufen, das der göttliche Meister dem Apostelfürsten gesagt hat, der ihn fragte, wie oft man den Brüdern verzeihen müsse: „Ich sage dir, nicht siebenmal, sondern siebzigmal siebenmal" (Mt. 18,22).

Verzicht auf irdische Dinge

Eure diesbezügliche Tätigkeit soll nicht nach Flüchtigem und Hinfälligem, sondern nach Ewigem trachten. Das sei das vorzüglichste Ziel des Priesters, der pflichtgemäß nach Heiligkeit strebt: nur für die göttliche Ehre und das Heil der Seelen zu arbeiten. Wie viele Priester haben in den schweren Nöten und Verhältnissen unserer Zeit das Vorbild und die Mahnung des Völkerapostels vor Augen gehabt, der mit wenigem zufrieden war und nur das durchaus Notwendige suchte, und der sagte: „Haben wir Nahrung und Kleidung, so laßt uns damit zufrieden sein" (Tim. 6,8).
Bei diesem maßvollen, mit dem Vertrauen auf die göttliche Vorsehung verbundenen Verzicht auf die irdischen Dinge, der Uns höchsten Lobes würdig erscheint, trug das Priesteramt reiche Früchte zum geistlichen und auch gesellschaftlichen Wohle der Kirche.

Solides theologisches Wissen

Diese eure eifrige Tätigkeit möge endlich vom Lichte der Weisheit und Zucht erleuchtet und vom Feuer der Liebe erfüllt sein. Wer nach eigener Heiligkeit und der des Nächsten strebt, muß in der Tat solides Wissen aufweisen, das sich nicht nur auf theologische Studien erstreckt, sondern auch auf alles, was unsere Zeit durch Forschung und Nutzung der Dinge hervorbringt. Mit diesen Kenntnissen geschmückt, wird der Priester wie ein guter Familienvater „Altes und Neues hervorholen" können (Mt. 13, 52), so daß sein Amt von allen hochgeschätzt wird und sich als fruchtbar erweist. Vor allem sollt ihr euer Amt getreulich den Vorschriften dieses Apostolischen Stuhles und den von den Bischöfen gegebenen Richtlinien anpassen. Nie möge es vorkommen, geliebte Söhne, daß jene neuen Formen und Arten des Apostolats, die heute so zweckmäßig sind, zumal in jenen Gegenden, in welchen der Klerus zahlenmäßig nicht ausreicht, ungenützt bleiben oder dann, da sie nicht richtig aufgezogen sind, den Bedürfnissen des christlichen Volkes nicht entsprechen.

Dieser euer tätiger Eifer möge täglich wachsen, die Kirche Gottes stärken, den Christgläubigen beispielhaft voranleuchten und zu einem mächtigen Wall werden, an dem die Angriffe der Feinde Gottes elend zerschellen.

Gruß an die im stillen wirkenden Seelenführer der Pricster

Wir wünschen auch, daß diese Unsere väterliche Mahnung in besonderer Weise zu jenen Priestern gelangt, die demütigen Herzens, doch mit brennender Liebe um die Vermittlung und Mehrung der Heiligkeit der anderen Priester bemüht sind, sei es als deren Ratgeber, sei es als deren Seelenführer oder Verwalter des Bußsakramentes. Was diese zum unschätzbaren Wohle der Kirche beitragen, bleibt meist zu ihren Lebzeiten in Schweigen begraben. Doch in der Herrlichkeit des göttlichen Reiches wird es einst überreich offenbar werden.

Wir haben vor wenigen Jahren mit großer Herzensfreude dem Turiner Priester Joseph Cafasso die höchsten Ehren der hl. Himmelsbewohner zuerkannt. Er hat, wie Ihr wißt, in schwierigsten Zeiten viele Priester so weise, so heilig geleitet, daß er nicht nur ihre Tugend förderte, sondern auch ihr priesterliches Wirken überaus fruchtbar machte. Wir haben das volle Vertrauen, daß uns auch auf Grund seiner mächtigen Fürsprache unser göttlicher Erlöser viele Priester gleicher Heiligkeit schenken wird, die sich selber und ihre Kollegen im heiligen Amte zu so froher Vollkommenheit des Lebens führen, daß alle Christgläubigen angesichts ihres wunderbaren Vorbilds sich getrieben fühlen, diesem freiwillig und gerne nachzufolgen.

III. Teil

Praktische Normen

Bis jetzt haben Wir die hauptsächlichsten Wahrheiten und Gebote vorgelegt, auf denen das Priestertum der katholischen Kirche und seine Amtsführung beruht. Diesen Wahrheiten und Richtlinien werden die Priester, die heiligmäßig leben, ohne Zweifel durch ihr tägliches Handeln gehorchen, während leider die Deserteure und Überläufer die in der heiligen Weihe übernommenen Pflichten in trauriger Weise vernachlässigen.

Nun aber halten Wir es für angezeigt, damit diese Unsere väterliche Mahnung wirksamer werde, einiges, was in besonderer Weise zur heutigen Lebenspraxis gehört, ausführlicher darzulegen, und dies um so mehr, da in unserer Zeit manchmal neue Verhältnisse und neue Diskussionsgegenstände vorliegen, die von Uns sorgfältigere Aufmerksamkeit und Umsicht heischen. Wir wollen daher den gesamten Klerus und vor allem die Oberhirten väterlichen Herzens ermahnen, all das zu fördern und sich von ganzem Herzen angelegen sein zu lassen, was in dieser unserer Zeit notwendig erscheint. Was aber vom rechten Wege abweicht oder ganz verdorben ist, das mögen sie zur Wahrheit, zur Rechtschaffenheit, zur Tugend zurückführen.

Die Ausbildung des Priesternachwuchses

Wie ihr wohl wißt, ist die Zahl der Priester nach den langen und mannigfachen Wechselfällen des jüngsten Krieges sowohl in den katholischen wie in den Missionsländern meist für die wachsenden Bedürfnisse nicht ausreichend. Wir ermahnen daher alle Priester, ob sie nun in der Welt oder in den religiösen Orden und Kongregationen leben, mit vereintem Willen und brüderlich vereinten Kräften emsig nach dem gemeinsamen Ziele zu streben, nämlich dem Wohle der Kirche und der Erreichung ihrer eigenen und der Nächsten Heiligkeit. Denn alle, auch jene, die in Zurückgezogenheit und Schweigen ein verborgenes Leben führen, können ja durch Gebet und Selbsthingabe zur Wirksamkeit des Priesteramtes beitragen. Wer es jedoch durch seine Tat kann, soll das gerne und eifrig tun.

Doch müssen mit Hilfe der göttlichen Gnade auch andere als Kollegen und Arbeitsgefährten herbeigerufen werden. Darum mahnen Wir väterlichen Sinnes besonders die Oberhirten, doch auch alle übrigen, die auf irgendeine Weise für die christliche Herde Sorge tragen, daß sie diese überaus wichtige Angelegenheit unterstützen und fördern, mit welcher der zukünftige Stand der Kirche aufs engste verbunden ist. Gewiß werden der von Christus gegründeten Gesellschaft die nötigen Priester niemals fehlen. Doch müssen wir alle wachen und uns Mühe geben, eingedenk des Wortes: „Die Ernte ist groß, aber der Arbeiter sind wenige" (Lk. 10, 2), und wir müssen mit aller Kraft darnach streben, daß es so viele und so heilige Diener Gottes gebe, als nur möglich.

Der göttliche Erlöser weist uns selber darauf hin, wie am besten zahlreiche Priesterberufe geweckt werden können: „Bittet daher den Herrn der Ernte, daß er Arbeiter in seine Ernte sende (ebda)." Wir müssen dies mit demütigen und vertrauensvollen Gebeten von Gott erflehen.

Erweckung von Hochachtung vor dem Priesterstand

Aber es ist auch nötig, daß die Herzen jener, die zur Übernahme des Priestertums von Gott berufen werden, für den unsichtbaren Antrieb und die Einwirkung des Heiligen Geistes vorbereitet werden. Dazu können zweifellos sowohl christliche Eltern, Seelsorger, Verwalter des Bußsakramentes und Seminarleiter beitragen wie auch alle Priester und Christgläubigen insgesamt, denen es am Herzen liegt, das Wachstum der Kirche zu fördern und für ihre Bedürfnisse zu sorgen. Die Diener Gottes mögen nicht nur durch Predigten und katechetische Unterweisung des Volkes, sondern auch in privaten, ge-

schickt geführten Gesprächen eifrig darauf bedacht sein, die Vorurteile und falschen Auffassungen zu widerlegen, die heute so weithin gegen das Priestertum bestehen, und sie mögen auch dessen erhabene Würde, Schönheit, Nutzen und vorzügliche Verdienste ins rechte Licht rücken. Die Väter und Mütter der Familien jedes Standes aber mögen innige Bitten zum Himmel emporsenden, daß sie gewürdigt werden, wenigstens eines ihrer Kinder dem göttlichen Dienste weihen zu können. Alle endlich, welche den Christennamen tragen, mögen es als ihre Pflicht betrachten, jene zu fördern und mit aller Kraft zu unterstützen, welche sich zum heiligen Dienst berufen fühlen.

Die Auswahl der Priesteramtskandidaten

Die Auswahl und Förderung des Priesternachwuchses, die der Codex Iuris Canonici (can. 1353) den Seelenhirten in die Hände legt und ihnen dringend empfiehlt, muß auch allen Priestern besonders am Herzen liegen. Sie sollen nicht nur demütig und hochherzig danken für die unschätzbare Wohltat, die sie selber empfangen haben, sondern auch nichts für wichtiger, nichts für wünschenswerter halten, als sich einen Nachfolger auszuwählen und mit aller Kraft zu unterstützen, der ihnen mit den Gaben ausgerüstet erscheint, die zu seiner großen Aufgabe erforderlich sind. Um das noch wirksamer erreichen zu können, mögen sie besonders den Jünglingen, mit denen sie freundschaftlich verkehren und bei welchen sie die Anzeichen göttlicher Berufung feststellen, das beste Beispiel geben, so daß sie es nachahmen können.

Eine solche kluge und weise Auswahl der Kandidaten möge immer und überall stattfinden. Sie möge nicht nur unter den Jünglingen stattfinden, die schon im Seminar leben, sondern auch unter denen, die in beliebigen Gymnasien und Schulen dem Studium obliegen, und vor allem unter denen, die in den verschiedenen Formen und Unternehmungen des Apostolates hilfreich mitwirken. Denn wenn diese auch spät zum Priesterberuf kommen, so leuchten sie doch nicht selten durch um so größere und unerschütterlichere Tugend hervor, da sie schon ernste Schwierigkeiten überwunden und im Kampfe des Lebens ihr Herz gefestigt haben und da sie schon in Werken tätig waren, die mit dem Priesteramt eng verbunden sind.

Doch ist es stets notwendig, in die einzelnen Kandidaten des Priestertums sorgfältigst Einblick zu nehmen und besonders zu erforschen, in welcher Gesinnung und aus welchem Grund sie diesen Plan gefaßt haben. Besonders muß, wenn es sich um Knaben handelt, aufmerksam erwogen werden, ob sie die nötigen Eigenschaften des Geistes und Leibes aufweisen und ob sie die Übernahme des heiligen Amtes um dessen Adel und um ihres und der anderen geistlichen Nutzens willen verlangen.

Ihr wißt wohl, ehrwürdige Brüder, welche Gaben des Geistes und des Herzens die Kirche diesbezüglich vom Priesternachwuchs verlangt. Wir halten es daher für überflüssig, bei der Darlegung dieser Dinge zu verweilen. Wir halten es aber für angebracht, euch zu ermahnen, mit der Klugheit, die euch auszeichnet, sorgfältig zu prüfen, ob die, welche die heiligen Weihen empfangen wollen, auch körperlich geeignet sind, und dies um so mehr, da der jüngste Krieg gerade die nachwachsende Jugend oft verhängnisvoll geschädigt und auf vielerlei Weise in der Entwicklung gestört hat. Diese Kandidaten mögen daher diesbezüglich genau untersucht werden, wenn nötig auch unter Beiziehung eines bewährten Arztes. Durch diese weise und kluge Auswahl hoffen Wir, überall zahlreiche und auserwählte Scharen von Priesterzöglingen zu gewinnen.

Die Erziehung in den Priesterseminaren

Wenn viele Oberhirten in schwerer Sorge sind, weil es ständig weniger Jünglinge gibt, die Priester werden wollen, so erfüllt sie doch nicht geringere Sorge in Bezug auf die Erziehung der Jünglinge, die schon in die Seminarien aufgenommen worden sind. Wir wissen wohl, ehrwürdige Brüder, wie mühevoll diese Aufgabe ist und wie viele und große Schwierigkeiten ihr entgegenstehen. Doch aus dieser notwendigerweise übernommenen Pflicht werdet ihr größten Trost schöpfen, da ihr, wie Unser Vorgänger Leo XIII. mahnt, „aus der Umsicht und Sorgfalt, die ihr auf die Erziehung der Priester verwendet, die wünschenswertesten Früchte erntet. Ihr werdet fühlen, daß euer bischöfliches Amt dadurch viel leichter zu führen ist und reicheren Nutzen bringt." (Enzyklika *Quo multum*, 22. August 1886.)

Wir betrachten es daher als nützlich, euch Hinweise zu geben, die durch die gebieterische Notwendigkeit, heilige Priester heranzuziehen, die heute größer denn je ist, nahegelegt werden.

Zeitgemäße Jugenderziehung

An erster Stelle ist zu beachten, daß die Alumnen der untersten Klassen Knaben sind, die aus dem Boden ihres häuslichen Lebens herausgelöst sind. Daher fordert die Sache selber, daß das Leben, das die Knaben in den Seminarien führen, mit dem gewöhnlichen Leben aller Knaben soweit wie möglich in Übereinstimmung gebracht wird. So wichtig also auch einesteils ihre religiöse Bildung genommen und so aufmerksam anderseits ihre natürlichen Fähigkeiten und die Eigenart ihrer Neigungen beachtet werden müssen, so muß das alles doch in geräumigen und luftigen Gebäuden geschehen, die für Gesundheit und Ruhe günstig sind. Doch möge auch in dieser Hinsicht „Maß und Zucht" walten, so daß es nicht vorkommt, daß diejenigen „in kostspieligen Häusern und ausgesuchten Verwöhnungen und Bequemlichkeiten leben" (Ansprache vom 25. November 1948, AAS. 1948, p. 552), die zu Selbstverleugnung und evangelischer Tugend herangezogen werden müssen.

Im allgemeinen ist vorzüglich darauf zu achten, daß die Eigenart des einzelnen Knaben recht gebildet wird. Die Knaben sollen sich immer mehr dessen bewußt werden, was für Gefahren für sie aus ihren Handlungen entstehen können, was für Urteile sie über die Menschen und die Ereignisse fällen, was sie von sich aus noch gerne und freiwillig unternehmen. Daher müssen die Seminarleiter in kluger Weise einschreiten und mit den wachsenden Jahren die strengere Überwachung und die Zügel jeglicher Art allmählich lockern. Sie müssen es erreichen, daß die Jünglinge sich selber leiten, daß sie fühlen, daß sie selber die Urheber ihrer Werke sind. In gewissen Dingen sollen sie den Zöglingen nicht nur Handlungsfreiheit gewähren, sondern sie auch daran gewöhnen, mit ihnen zu diskutieren, damit sie die Wahrheiten, die die Lehre oder die Praxis angehen, leichter aufnehmen. Die Leiter sollen auch keine Bedenken dagegen haben, daß die ihnen anvertrauten Jünglinge die heutigen Ereignisse kennen. Ja, sie sollen ihnen sogar die Kennt-

nisse der Dinge vermitteln, durch die sie sich selber ein reifes Urteil über die Geschehnisse bilden können. Auch Meinungsverschiedenheiten über diese Fragen sollen sie nicht aus dem Wege gehen, um den Geist der Jünglinge für die richtige Einschätzung der Dinge und Verhältnisse zu schulen.

Das Ideal der Aufrichtigkeit

Wenn diese Richtlinien gewissenhaft befolgt werden, werden die zu Rechtschaffenheit und Aufrichtigkeit erzogenen Zöglinge die Reinheit ihres eigenen Lebens wie des der andern und jede Seelenstärke über alles schätzen und Falschheit und jegliche Art von Heuchelei verabscheuen. Diese Reinheit und Aufrichtigkeit wird es den Leitern erleichtern, sie wirksam zu unterstützen, wenn es sich darum handelt, zu untersuchen, ob sie von Gott zur Ergreifung des Priesterstandes berufen sind.

Keine Weltfremdheit

Wenn hingegen die Jugendlichen — besonders jene, die schon in zartem Alter in die Seminarien aufgenommen worden sind — an Orten erzogen werden, die von der menschlichen Gesellschaft allzuweit entfernt sind, werden sie später nicht leicht weder mit dem einfachen Volk noch mit den Gebildeten umgehen können, und es wird ihnen nur zu leicht passieren, daß sie sich entweder dem christlichen Volke gegenüber ungeschickt benehmen oder die erhaltene Bildung geringschätzen. Daher muß man dafür sorgen, daß die Zöglinge allmählich und klug in die innersten Gedanken und Wünsche des Volkes eindringen, damit sie nicht, wenn sie einmal im Priesteramt sind und in der Seelsorge arbeiten, unsicher in ihrer Tätigkeit sind. Das würde nicht allein sie selber verwirren, sondern auch ihr priesterliches Wirken beeinträchtigen.

Geistige Ausbildung

Des weiteren müssen die Leiter der Seminarien die größte Sorgfalt auf die Ausbildung des Geistes der Zöglinge verwenden.

Ihr kennt ohne Zweifel, ehrwürdige Brüder, die Richtlinien und Vorschriften, welche dieser Apostolische Stuhl diesbezüglich wiederholt ausgegeben hat und die Wir selber allen empfohlen haben, als Wir erstmals, zu Beginn Unseres Pontifikates, die Zöglinge der römischen Seminarien und Kollegien empfingen (Ansprache vom 24. Juni 1939, AAS. 1939, p. 245—251).

In dieser Hinsicht wünschen Wir vor allem, daß die künftigen Priester in den Studien der Sprachen und Wissenschaften in keiner Weise den jungen Laien nachstehen, die die gleichen Studien betreiben. Wenn nämlich hierfür gesorgt wird, dann wird zugleich dafür gesorgt, daß der Geist der Schüler eine strenge Ausbildung erfährt und daß zu gegebener Zeit leichter jedes einzelnen Lebenswahl getroffen werden kann. Denn dann wird der Seminarschüler, wenn er sich schließlich für seinen künftigen Lebensstand entscheiden muß, durch keinerlei Zwang genötigt, und er wird der Gefahr entgehen, nur weil ihm die Ausbildung und die Kenntnisse fehlen, die ihm den Zugang zu weltlichen Ämtern eröffnen könnten, auf dem Wege weiterzugehen, der nicht für ihn bestimmt ist, gemäß jenem Worte des ungetreuen Verwalters: „Graben kann ich nicht, zu betteln schäme ich mich" (Lk. 16,3). Wenn dann ein Zögling, auch wenn er nützliche Arbeit für die Kirche zu leisten verspräche, aus dem Seminar austritt, so ist das durchaus nicht zu bedauern. Denn er wird, wenn er den rechten Weg beschritten hat, des im Seminar empfangenen Gutes nicht uneingedenk sein und dem katholischen Eifer der Laien viel von seinem eigenen Eifer hinzufügen.

Theologische und philosophische Bildung

Beim Unterricht der Alumnen ist, obwohl die Kenntnis vieler Fächer nötig ist, unter denen heute vor allem die Einführung in die sozialen Probleme von größter Bedeutung ist, dennoch das Schwergewicht zu legen auf die philosophischen und theologischen Fächer „nach der Methode des englischen Lehrers" (CIC. can. 1366,2) und damit verbunden auf die Kenntnis der Bedürfnisse und der Irrtümer, die unsere Zeit hervorgebracht hat. Denn diese Wissenschaften sind sowohl für den Priester selbst als auch für das christliche Volk von größtem Wert und Nutzen. Die Lehrer der Frömmigkeit versichern, daß diese Dinge, wenn sie nur in geeigneter Weise gelehrt werden, viel zur Bewahrung und Stärkung des Glaubenseifers, zur Schwächung der Begierlichkeiten, zur Vereinigung des Herzens mit Gott beitragen.

Dazu kommt, daß der Priester, der gleichsam das „Salz der Erde" und das „Licht der Welt" ist, mit größter Hingabe zum Schutz des Glaubens durch die Verkündigung des Evangeliums Christi und durch die Widerlegung der entgegengesetzten Irrtümer, die heute auf allen Wegen des Volkes ausgesät werden, tätig sein muß. Er wird aber den Irrtümern nicht kraftvoll entgegentreten können, wenn er sich nicht die überaus starken Argumente der katholischen Philosophie und Theologie völlig zu eigen gemacht hat.

Es ist diesbezüglich nicht unangebracht zu bemerken, daß die Lehrmethode, die in den katholischen Schulen seit langem in Gebrauch ist, sowohl zur klaren Erfassung der Begriffe geeignet ist wie auch zur Bekräftigung dessen, daß die Wahrheiten, die der Kirche, der Lehrerin der Christen, als heiliges Erbe anvertraut sind, unter sich vollkommen übereinstimmen und zusammenhängen. Es fehlt jedoch in unserer Zeit nicht an solchen, die von den neueren Lehräußerungen der Kirche abweichen und die sich nicht genug um klare Umschreibung der Begriffe mühen und die dadurch nicht nur den geraden Weg unserer Schulen verlassen, sondern auch, wie die Erfahrung lehrt, irrigen und zweideutigen Auffassungen Eingang verschafft haben.

Damit also die priesterlichen Studien nicht in beklagenswerter Weise von Schwankungen und Unsicherheiten heimgesucht werden, ermahnen Wir euch, ehrwürdige Brüder, aufs eindringlichste, alle darüber zu wachen, daß die sicheren Richtlinien, die der Apostolische Stuhl über die Pflege dieser Studien erlassen hat, mit unverbrüchlicher Treue aufgenommen und befolgt werden.

Ausbildung von Herz und Sitten

Wenn Wir Uns bis jetzt um des apostolischen Amtes willen, das Wir bekleiden, so ausführlich über die hervorragende Ausbildung des Verstandes der Kleriker geäußert haben, so ist es doch nicht schwer zu verstehen, warum Uns nichts mehr am Herzen liegt als die richtige Ausbildung von Herz und Sitten der Jünglinge. Denn wenn diese nicht erreicht wird, kann gerade die ausgezeichnetste Bildung durch den Hochmut und die An-

maßung, die sich leicht ins Herz einschleichen, zu dem größten Sturz führen. Daher will die Mutter Kirche, daß die Jünglinge schon in den Priesterseminarien mit jener Heiligkeit beginnen, die sie dann im ganzen Leben beweisen und behaupten müssen.

Wie Wir schon hinsichtlich der Priester schrieben, so bestehen Wir nun in gleicher Weise darauf, daß sich die Alumnen zuinnerst von der Überzeugung durchdringen lassen müssen, daß sie mit aller Kraft nach der Erreichung der Herzenszier der Tugenden streben und sie, wenn sie sie erlangt haben, standhaft bewahren und eifrig mehren müssen.

Erziehung zur Frömmigkeit

Da die Jünglinge täglich ungefähr zu denselben Stunden dieselben Frömmigkeitsübungen verrichten, besteht die Gefahr, daß mit der äußeren Betätigung der Religion der innerste Trieb des Herzens nicht mitgeht. Und das kann aus Gewohnheit fast noch leichter bei denen geschehen oder sich verschärfen, die das Priesterseminar verlassen haben und nun in die notwendige Betätigung ihrer amtlichen Obliegenheiten hineingerissen werden.

Daher möge aller Fleiß und alle Mühe aufgewandt werden, damit die, die als Hoffnung des Klerus erzogen werden, ihr Leben, das von übernatürlichem Geiste genährt und unter der Leitung des übernatürlichen Geistes geführt werden soll, in intensiver Frömmigkeit leben. Alles sollen sie vom göttlichen Glauben erleuchtet und mit Christus vereint tun. Sie sollen überzeugt sein, daß diejenigen, die Priester werden wollen und die Stelle des göttlichen Meisters selber in der Kirche vertreten sollen, sich von dieser heiligen Lebensart nicht entfernen können. Nichts drängt die Alumnen stärker zum Streben nach den eines Priesters würdigen Tugenden, zur Überwindung der Schwierigkeiten, zur Verwirklichung heilsamer Absichten als dieser innerliche Sinn der Frömmigkeit.

Die Tugend des Gehorsams

Wer sich um die sittliche Bildung der Kleriker müht, muß es als höchstes Ziel betrachten, daß sie nach jenen Tugenden streben, die die Kirche von den Priestern fordert. Da Wir darüber an einer anderen Stelle dieser Ermahnung schon gesprochen haben, besteht kein Grund, dies hier noch einmal zu wiederholen. Wir können jedoch nicht umhin, die Alumnen unter allen Tugenden, die sie zieren müssen, auf die hinzuweisen, die gleichsam das Fundament jeder priesterlichen Heiligkeit sind. Es ist unbedingt notwendig, daß die Jünglinge sich so um den Gehorsam mühen, daß sie sich gewöhnen, ihren Willen schlicht dem Willen Gottes zu unterwerfen, als dessen Interpreten die Seminaroberen angesehen werden müssen. Nie sei etwas in ihrem Tun, was dem Willen Gottes widerspricht. Zum Vorbild dieses Gehorsams, von dem Wir sprechen, sollen sich die Jünglinge den göttlichen Erlöser selber nehmen, der auf Erden nur ein Ziel hatte: „O Gott, deinen Willen zu tun" (Hebr. 10,7).

Die Jünglinge, die im Seminar leben, sollen schon von den ersten Jahren an lernen, ihren Obern von Herzen wie Söhne zu gehorchen, damit sie später auch dem Willen ihrer Bischöfe sanftmütig dienen, so wie es der unbesiegteste Kämpfer Christi, Ignatius von Antiochien, vorgeschrieben hat: „Alle gehorchet dem Bischof, wie Jesus Christus dem Vater" (Ad Smyrnaeos 8,1; Migne, PG. 5, 714). „Wer den Bischof ehrt, ist von Gott geehrt; wer etwas heimlich vor dem Bischof tut, dient dem Teufel" (ebda. 9, 1; 714f.). „Tut nichts ohne den Bischof, behütet euren Leib als Tempel Gottes, liebet die Einheit, fliehet die Zwietracht, seid Nachahmer Jesu Christi, so wie er selber seines Vaters" (Ad Philadelph. 7,2; Migne, PG. 5,700).

Die Tugend der Keuschheit

Wachsame und kluge Sorge muß angewandt werden, damit die Rekruten des heiligen Dienstes die Keuschheit hochschätzen, lieben und in ihrem Herzen bewahren lernen, denn an ihr liegt es zum großen Teile, daß sie diesen Lebensstand erwählen und darin verharren. Sie muß daher, da sie in der menschlichen Gemeinschaft so vielen Gefahren ausgesetzt ist, im Herzen derer, die die priesterliche Würde empfangen sollen, schon seit langem und fest verwurzelt sein. Die Kleriker sollen daher nicht allein in geeigneter Weise darüber belehrt werden, was der Zölibat der Priester und die von ihnen zu haltende Keuschheit sind (vgl. CIC. can. 132) und was sie für Pflichten auferlegen, sondern sie sollen auch an die Gefahren erinnert werden, die ihnen begegnen können. Ebenso müssen die Alumnen ermahnt werden, sich schon vom zartesten Alter an vor Gefahren in acht zu nehmen und zu jenen Mitteln, die Begierden zu unterdrücken, Zuflucht zu nehmen, die ihnen die Lehrer der himmlischen Dinge nahelegen. Denn je fester und standhafter die Begierden in Zucht genommen werden, desto größere Fortschritte wird das Herz in den übrigen Tugenden machen und desto reichlicher werden die Früchte der priesterlichen Arbeit sein. Wenn ein Kleriker in dieser Sache dem Bösen zuneigt und sich von dieser schlimmen Neigung in einer angemessenen Probezeit nicht lösen kann, soll er aus dem Seminar unbedingt entfernt werden, bevor er die heiligen Weihen empfängt.

Die von Uns genannten und alle anderen eines Priesters würdigen Zierden der Seele werden die Jünglinge in den Seminarien sich leicht erwerben, wenn sie von Kind an eine aufrichtige und zarte Frömmigkeit zu Jesus Christus, „der wahrhaft, wirklich und wesentlich" unter der Gestalt des allerheiligsten Sakramentes zugegen ist und unter uns hier auf Erden weilt, in sich gesogen haben; wenn gleichzeitig die Zöglinge alle ihre Absichten und Arbeiten, die sie unternehmen, von Christus ausgehen lassen und auf Christus ausrichten. Von größter Freude aber wird die Kirche erfüllt sein, wenn die Jünglinge mit der Frömmigkeit zum allerheiligsten Sakramente der Eucharistie eine besondere Verehrung der allerseligsten Jungfrau Maria verbinden, eine Verehrung, kraft deren das Herz sich ganz der Gottesmutter anvertraut und zur Nachahmung ihrer Tugenden gedrängt wird. Denn bei keinem Priester, dessen Jugend durch eine hervorragende Liebe zu Jesus und zu Maria genährt worden ist, wird eine vorzügliche und eifrige Wirksamkeit ausbleiben.

Sorge um die Neupriester

Wir können an dieser Stelle nicht umhin, ehrwürdige Brüder, euch auch zu ermahnen, euch der Neupriester in besonderer Weise anzunehmen.

In dem Augenblick, da sie die Abgeschlossenheit des Seminars zur Übernahme der seelsorgerlichen Aufgaben verlassen, kann den Priestern daraus, daß sie nun ins offene Feld des Apostolates hinaustreten, eine Gefahr entstehen, wenn sie nicht schon klug auf die neue Lebens-

weise vorbereitet worden sind. Ihr müßt euch daher im klaren sein, daß die guten Hoffnungen, die man auf die Neupriester setzt, leicht enttäuscht werden können, wenn sie nicht erst allmählich in die Arbeit eingesetzt werden oder wenn sie nicht jemand bei ihren eigenen Initiativen weise überwacht und väterlich leitet.

Studienhäuser für Neupriester

Daher billigen Wir es lebhaft, wenn diese Neupriester, wo immer es möglich ist, während einiger Jahre in gewisse Kollegien aufgenommen werden, wo sie unter Leitung erfahrener Männer noch tiefer in die Frömmigkeit und die heiligen Disziplinen eingeführt und für die priesterlichen Aufgaben herangezogen werden, jeder nach seiner Veranlagung. Aus diesen Gründen wünschen Wir, daß solche Kollegien für die einzelnen Diözesen, oder, wenn die Sache es verlangt, für mehrere Diözesen zusammen errichtet werden.

Was diese Unsere Stadt anbetrifft, so haben Wir dies nach Vollendung des 50. Jahres Unseres Priestertums schon mit Freuden getan, indem Wir ein solches Haus unter dem Namen des hl. Eugenius für die Jungpriester einrichten ließen (AAS. 1949, pp. 165—167).

Wir mahnen euch, ehrwürdige Brüder, daß ihr, soweit möglich, die noch unerfahrenen Priester nicht gleich mitten in die Arbeit hineinstellt und sie auch nicht Orten zuteilt, die von der Hauptstadt der Diözese oder deren wichtigeren Ortschaften zu weit entfernt sind. Denn wenn sie diesen Lebensstand so abgesondert, unerfahren, allen Gefahren ausgesetzt, bar kluger Lehrer beginnen, so könnte das für sie und ihren Eifer zweifellos sehr nachteilig sein.

Gemeinschaftliches Leben

Wir billigen es auch entschieden, ehrwürdige Brüder, wenn diese Neupriester mit dem Ortspfarrer und seinen Mithelfern zusammenleben, weil sie auf diese Weise unter Führung der Älteren leichter zu den heiligen Obliegenheiten herangebildet und feuriger mit dem Eifer der Frömmigkeit erfüllt werden können. Alle Seelsorger machen Wir daher darauf aufmerksam, daß der künftige Erfolg dieser Jungpriester zu einem großen Teile in ihren Händen liegt. Denn die Begeisterung und Kraft, mit der diese Jungpriester an die erste Arbeit herangehen, kann durch das Beispiel der Älteren erstickt oder zum mindesten gemindert werden, wenn diese nicht an Tugenden hervorragen oder wenn sie unter dem Vorwand, die alte Routine, an die sie gewöhnt sind, dürfe nicht geändert werden, ein müßiges Leben führen.

Was die Kirche schon früher gewünscht hat (CIC. can. 134), das billigen auch Wir und empfehlen es eindringlichst, daß nämlich der Klerus einer Pfarrei oder mehrerer benachbarter Pfarreien den Brauch gemeinschaftlichen Lebens einführe.

Wenn dieser Brauch gemeinschaftlichen Lebens auch gewisse Unbequemlichkeiten mit sich bringen mag, so kann es doch niemandem zweifelhaft sein, daß daraus der größte Nutzen erwächst. Zuerst einmal wird der Eifer der Liebe und Hingabe dadurch bei den Priestern täglich mehr entflammt. Dann wird dem christlichen Volk dadurch bezeugt, daß sie sich von ihren eigenen Interessen und von ihren Angehörigen willentlich gelöst haben. Endlich wird dadurch offenbar, mit welch gewissenhafter Sorgfalt die Priester ihre Keuschheit hüten.

Fortsetzung der Studien im Priesterstand

Im übrigen müssen die Priester auch den Studien obliegen, wie es im Codex Iuris Canonici heißt: „Die Kleriker sollen die Studien, besonders die theologischen, nicht aufgeben, wenn sie ein Priesteramt erhalten haben“ (can. 129). Im Codex werden neben dem Examen, das den Neupriestern „jedes Jahr während voller drei Jahre“ (can. 130,1) auferlegt wird, auch Zusammenkünfte vorgeschrieben, die sie öfters im Jahre „zur Förderung von Wissenschaft und Frömmigkeit“ (can. 131,1) abhalten sollen.

Zur Förderung der Studien, die die Priester oft wegen zu geringer Geldmittel nicht pflegen können, ist es höchst wünschenswert, daß die Ortsordinarien gemäß alter hervorragender Tradition der Kirche die Bibliotheken, die einst beim Ordinariat oder bei den Kanonikerkollegien oder in den Pfarreien selber bestanden haben, zu neuem Leben erwecken.

Diese Bibliotheken besitzen, obwohl sie häufig ausgeplündert und aufgehoben worden sind, nicht selten noch ein reiches Erbe an Pergamenten, Handschriften und Büchern, „die einen prächtigen Beweis einerseits für die vielen Arbeiten der Kirche und die von ihr ausgeübte Autorität, anderseits für den göttlichen Glauben und die Frömmigkeit unserer Vorfahren, ihre Studien und ihren edlen Geschmack liefern“ (Brief von Kard. Gasparri an die Bischöfe Italiens, 15. April 1923). Mögen diese Bibliotheken nicht bloß als vernachlässigte Aufbewahrungsorte betrachtet werden, sondern als lebendige Einrichtungen, in denen ein geeigneter Raum für die Durchsicht der Bücher hergerichtet werden soll. Vor allem sollen die Bibliotheken zur Benutzung in unserer Zeit ergänzt und mit Schriften aller Art unter besonderer Berücksichtigung der religiösen und sozialen Fragen ausgestattet werden, damit die Lehrer, die Pfarrer und besonders die Jungpriester daraus genug Wissen zur Verkündigung der evangelischen Wahrheiten und zur Widerlegung der Irrtümer schöpfen können.

IV. Teil
Aktuelle Probleme

Die Neuerungssucht

Wir halten es endlich für Unsere Aufgabe, ehrwürdige Brüder, euch auf die ganz besonderen Schwierigkeiten unserer Zeit hinzuweisen. Wir nehmen an, daß euch bekannt ist, daß unter den Priestern, besonders unter denen, die sich weder durch Bildung und Wissen noch durch strenge Lebensführung auszeichnen, eine ständig weiter um sich greifende und schwerwiegende Neuerungssucht schwelt.

An sich ist Neuheit kein Zeichen für Wahrheit, und sie ist nur unter der Bedingung zu loben, daß sie zugleich die Wahrheit bekräftigt und zu Rechtschaffenheit und Tugend führt.

In der gegenwärtigen Zeit sind manche schwer vom Wege abgeirrt. Da ist zu beklagen, daß verschiedene Arten von Philosophen aufstehen und, ohne die Sitten der Menschen irgendwie gebessert zu haben, wieder verschwinden. Da kann man durch Häßlichkeit hervorstechende Kunstwerke sehen, die sich nichtsdestoweniger fälschlich christlich nennen. Der Verwaltungsapparat dient an nicht wenigen Orten mehr dem Wohlergehen einzelner

Bürger als dem Gemeinwohl. Die Wirtschafts- und Sozialordnung birgt mehr Gefahren für die anständigen als für die raffinierten Menschen. Es ist verständlich, daß es in unseren Tagen Priester gibt, die irgendwie von diesen Dingen angesteckt sind. Sie nehmen bisweilen Anschauungen und eine Lebensart, auch in Kleidung und Leibeskultur, an, die in gleicher Weise ihrer Würde wie ihrem Amt widersprechen. Sie lassen sich sowohl in den Predigten, die sie an das Volk halten, als auch in der Widerlegung der Gegner von der Sucht nach Neuheit leiten. Sie schwächen dadurch nicht nur ihren Glauben, sondern schaden auch ihrem Rufe und mindern die Wirksamkeit ihres heiligen Amtes.

Mahnung an die Ordinarien zur Wachsamkeit

Angesichts dieser Sachlage wenden Wir Uns vor allem an eure Geschicklichkeit, ehrwürdige Brüder, und Wir zweifeln nicht, daß ihr gegenüber der maßlosen Leidenschaft für die alte oder für die künftige Zeit, die bei vielen eingerissen ist, jene Klugheit walten lassen werdet, die auch dann weise und wachsam ist, wenn es sich um neue Wege handelt und untersucht werden muß, was an Eifer und was an Kampf unternommen werden soll, damit schließlich allein die Wahrheit den Sieg davonträgt. Wir sind sicher weit davon entfernt zu behaupten, die apostolische Arbeit müsse nicht dem Leben, wie es heute ist, angepaßt werden, oder die Werke, die jetzt gegründet werden, müßten nicht den Bedürfnissen dieser Zeit dienen. Da aber jegliche priesterliche Tätigkeit in der Kirche gemäß der Stufenordnung der Rechte und Würden geordnet sein muß, so dürfen Neuerungen auf diesem Gebiet nicht ohne den Bischof eingeführt werden. Die Oberhirten der gleichen Gegend oder Nation mögen daher öfter zu Beratungen zusammenkommen, um sich um die lokale Zweckmäßigkeit zu kümmern und für der religiösen Wirksamkeit möglichst angepaßte und günstige Arbeitsmethoden zu sorgen. Wenn das alles nach der festgelegten Ordnung geschieht, dann kann das priesterliche Wirken nicht ohne Frucht bleiben. Alle mögen überzeugt sein: Gottes Willen muß mehr gehorcht werden als dem Willen der Menschen, und die apostolische Betätigung hat sich nicht nach den Meinungen der einzelnen, sondern nach den Gesetzen oder Richtlinien der kirchlichen Gewalt zu richten. Denn wer meint, er könne durch ungewohnte und absurde Handlungen die Armut seines Herzens verdecken oder erfolgreich für die Ausbreitung des Reiches Christi tätig sein, der ist von aller Hoffnung verlassen.

Priester und soziale Frage: Der Kommunismus

Eine ebenso richtige Haltung wie die, von der Wir eben geredet haben, müssen die Priester, wie Wir glauben, einnehmen, wenn es um die sozialen Lehren geht, so wie sie heute dargelegt werden.

Es gibt heute viele, die sich fürchten vor den Machenschaften der Kommunisten, die vor allem darauf ausgehen, denen, denen sie zeitliches Glück verheißen, den Glauben aus den Herzen zu reißen, und die ihnen auch völlig ratlos gegenüberstehen. Der Heilige Stuhl hat jedoch durch kürzlich herausgebrachte Erlasse klar den Weg gewiesen, den alle gehen müssen und den niemand unbeschadet seiner Gewissenspflicht verlassen darf.

Der Kapitalismus

Auf der andern Seite gibt es viele, die ängstlich und unsicher sind gegenüber jener Wirtschaftsform, die nach der Zusammenballung zu großer privater Reichtümer benannt wird. Auch daraus entstehen schwere Schäden, wie die Kirche mehr als einmal erklärt hat. Die Kirche hat nicht nur den Mißbrauch großen Reichtums, sondern auch den des Eigentumsrechtes selber angeprangert, auf dem diese Wirtschaftsform beruht und den sie verteidigt. Sie hat auch gelehrt, daß Reichtümer und Besitz dazu beitragen müssen, durch Arbeit Sachwerte zu produzieren, zum Nutzen der ganzen menschlichen Gemeinschaft wie zum Schutz und Vorteil der menschlichen Freiheit und Würde. Die Schäden, die aus beiden Wirtschaftsformen entstehen, sollen alle und insbesondere die Priester von der Notwendigkeit überzeugen, die von der Kirche verkündete Soziallehre treuen Herzens anzunehmen, sie weiterzugeben und nach Kräften in die Tat umzusetzen. Diese Lehre allein vermag die so tief eingerissenen Übel zu beheben. Denn sie fügt alle Pflichten der Gerechtigkeit und der Liebe in höchster Vollendung zusammen. Sie läßt eine Gesellschaftsordnung erstehen, die die einzelnen Bürger nicht unterdrückt und sie einander nicht durch zu großes Streben nach eigenem Vorteil entfremdet, sondern vielmehr alle durch einen gewissen Einklang der Interessen und durch die Bande brüderlicher Verbundenheit miteinander vereint.

Das Vorbild Christi

Die Priester sollen auf der Spur des göttlichen Meisters den Bedürftigen und den Arbeitern in ihrer Not, ja allen, die in Armut und Elend sind, nach Kräften helfen. Unter diesen befinden sich bekanntlich auch viele aus dem Mittelstand und sogar aus dem Priesterstand selber. Doch sollen sie auch jene nicht vernachlässigen, die zwar genug Besitz haben, aber an einer Not des Herzens leiden. Diese sollen zur völligen Erneuerung ihres Lebens aufgerufen werden, indem sie an das Beispiel des Zachäus erinnert werden, der gesagt hat: „Die Hälfte meiner Güter gebe ich den Armen, und wenn ich jemand betrogen habe, erstatte ich es vierfach" (Lk. 19,8). Wenn es um die soziale Frage geht, mögen die Priester nie vergessen, worauf ihr Amt hinzielen muß. Eifrig und ohne Zögern sollen sie die Grundsätze darlegen, die in den verschiedenen Gesellschaftsklassen das Eigentumsrecht, den Reichtum, die Gerechtigkeit und die Liebe betreffen, und sie sollen durch ihr Beispiel lehren, wie diese Grundsätze am besten zu verwirklichen sind.

Diese Grundsätze sollen jedoch auch die Laien in die Tat umsetzen. Wenn sie der Sache nicht gewachsen sind, soll der Priester sie auf bestmögliche Art instruieren und bilden.

Notlage vieler Geistlicher

Hier erscheint es Uns angebracht, das Problem der wirtschaftlichen Notlage zu berühren, in der sich sehr viele Priester seit dem letzten Kriege befinden, zumal in jenen Gegenden, die, sei es unmittelbar durch den Krieg, sei es durch die politischen Zustände, die größten Schäden davongetragen haben. Da Wir unter diesen Verhältnissen sehr leiden, lassen Wir nichts unversucht, was in Unserer Macht steht, um das Unglück, die Leiden und die größte Not zu beheben.

Ihr wißt wohl, ehrwürdige Brüder, daß Wir in den Gegenden, wo die Not am größten schien, durch die Konzilskongregation den Bischöfen außerordentliche Vollmachten und besondere Weisungen erteilt haben, um die ärgsten wirtschaftlichen Ungleichheiten unter den Priestern der einzelnen Diözesen auszugleichen. Und Wir wissen, daß die Priester mancherorts in lobenswerter Weise den Mahnungen ihrer Oberhirten nachgekommen sind. An anderen Orten jedoch sind Schwierigkeiten aufgetaucht, und die gegebenen Richtlinien haben nicht voll und ganz zur Auswirkung kommen können. Wir ermahnen euch daher, väterlicher Gesinnung auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen, da es nicht angeht, daß den in den Weinberg des Herrn gesandten Arbeitern das tägliche Brot fehlt. Laßt es euch nicht verdrießen, Uns immer wieder zu informieren, welchen Erfolg eure Bemühung hat.

Alters- und Krankenversicherung für die Priester

Wir empfehlen auch eindringlich, ehrwürdige Brüder, euch miteinander zu beraten, um den Priestern nicht nur im Augenblick das Lebensnotwendige zu sichern, sondern auch — wie wir es in der bürgerlichen Gesellschaft schon verwirklicht sehen und billigen — für ihre Zukunft durch gewisse Vorkehrungen und geeignete Mittel vorzusorgen, besonders für den Fall von Krankheit, Invalidität und Alter. Dadurch könnt ihr ihnen die Sorge um ihren Lebensabend abnehmen.

Wir möchten daher all jenen Priestern danken, die ihre eigenen Unbequemlichkeiten hintansetzen, um ihren notleidenden Kollegen im heiligen Amte, besonders den alten und kranken, zu Hilfe zu kommen. Wenn sie das tun, bringen sie einen hervorragenden Erweis jener gegenseitigen Liebe, die Christus seinen Jüngern als Kennzeichen auftrug, woran sie von allen erkannt werden sollten: „Daran werden alle erkennen, daß ihr meine Jünger seid, wenn ihr Liebe habt zueinander" (Joh. 13, 25). Wir wünschen auch, daß die Priester aller Nationen durch stets innigere Bande brüderlicher Gemeinschaft miteinander verbunden seien, damit immer klarer zutage tritt, daß sie als Diener Gottes, des gemeinsamen Vaters aller, überall auf Erden, wo immer sie sind, von der gleichen Liebe zueinander beseelt sind.

Anruf an die Hilfe der Gläubigen

Doch ist euch ohne Zweifel klar, daß ihr der großen Schwierigkeiten dieses Anliegens nicht Herr werden könnt, wenn nicht auch die Christgläubigen sich verpflichtet fühlen, dem Klerus zu Hilfe zu kommen, jeder nach seinen Kräften, und wenn nicht alle geeigneten Mittel angewandt werden, die zu diesem Ziele führen.

Mahnt daher das euch anvertraute Volk an seine Pflicht, den notleidenden Priestern zu helfen, denn immer gilt das Wort des göttlichen Erlösers: „Der Arbeiter ist seines Lohnes wert" (Lk. 10, 7). Wie kann man von den Priestern eifrige Arbeit in ihrem Amt verlangen, wenn ihnen das Lebensnotwendige fehlt? Übrigens bereiten Gläubige, die das vernachlässigen, den Feinden der Kirche, wenn auch unwillentlich, selbst den Weg; denn diese konnten den Klerus in gewissen Nationen dadurch leichter in Armut stoßen, um ihn dann von seiner legitimen Autorität zu lösen.

Verpflichtungen der Regierungen

Auch die Regierungen sollten je nach den verschiedenen Verhältnissen ihrer Staaten zum Unterhalt des Klerus beitragen, zumal deren Tätigkeit Gesinnung und Sitten der Bürger zum größten Vorteil der ganzen Gesellschaft sehr günstig beeinflußt.

Zusammenfassung

Zum Schluß können Wir Uns, bevor Wir dies Schreiben beenden, nicht enthalten, euch jene Mahnungen hier nochmals zusammenfassend zu wiederholen, die ihr täglich vor Augen haben müßt, da sie als die hauptsächlichsten Richtlinien eures Lebens und Arbeitens zu betrachten sind. Da wir Priester Jesu Christi sind, müssen wir uns darum mühen, daß die Erlösung, die er vollbracht hat, sich in den Herzen der Menschen mit voller Kraft auswirkt. Wenn wir nun die schweren Nöte dieser unserer Zeit aufmerksam erwägen, müssen wir uns anstrengen, die vom rechten Wege abgeirrten oder durch den Nebel der Begierden geblendeten Brüder zu den christlichen Geboten zurückzuführen. Wir wollen die Völker durch das Licht der christlichen Lehre erleuchten, durch die christlichen Gebote leiten und mit dem Bewußtsein der christlichen Pflichten ganz durchdringen. Wir wollen endlich alle aufmuntern, mutig die Schlachten der Wahrheit und der Gerechtigkeit zu schlagen.

Nochmalige Mahnung zur Heiligkeit

Aber das gesteckte Ziel werden wir nur dann erreichen, wenn wir eine solche Höhe der Heiligkeit erlangen, daß wir das Leben und die Tugend, die wir aus Christus geschöpft haben, auf die anderen überströmen lassen können.

Wir ermahnen daher die einzelnen Priester mit der Mahnung des Apostels: „Vernachlässige nicht die Gnade, die dir durch die Handauflegung der Ältesten verliehen ist" (1 Tim. 4, 14); „in allem sei ein Vorbild guter Werke, in der Lehre, in der Lauterkeit, in der Würde. Dein Wort sei gesund und unanfechtbar, damit der Gegner beschämt werde und uns nichts Böses nachsagen könne" (Tit. 2, 7 f.).

Geliebte Söhne, schätzt die Gnade des empfangenen Amtes hoch. Lebet so, daß sie in euch stark sei und überreiche Frucht trage, so daß diese zum geistlichen Nutzen der Kirche und zur Besserung ihrer Feinde reichlich beitrage.

Damit diese Unsere väterliche Ermahnung erreiche, was sie bezweckt, ermahnen Wir euch immer und immer wieder mit den Worten, die so gut in dieses Heilige Jahr passen: „Erneuert euch in eurem Sinn durch den Geist und ziehet den neuen Menschen an, der nach Gott geschaffen ist in wahrer Gerechtigkeit und Heiligkeit" (Eph. 4, 23 f.); „seid Nachahmer Gottes als seine geliebten Kinder und wandelt in der Liebe, wie auch Christus euch geliebt und sich für uns Gott hingegeben hat als Opfergabe" (ebda. 5, 1 f.); „erfüllt euch mit dem Heiligen Geiste, redet miteinander in Psalmen und Hymnen und in geistlichen Gesängen, singet und jubelt Gott in euren Herzen" (ebda. 18 f.), „wachet in beharrlichem Gebete für alle Heiligen" (ebda. 6, 18).

Aufforderung zu besonderen Exerzitien

Da Wir diese Aufforderungen des Völkerapostels im Herzen erwägen, halten Wir es für angebracht, euch zu raten, daß ihr euch im Laufe dieses Heiligen Jahres geistlichen Exerzitien außerhalb der festgesetzten Ordnung unterzieht, so daß Ihr in dem daraus gewonnenen Frömmigkeitseifer auch die Herzen der anderen besser dazu aufrufen könnt, aus den Schätzen der göttlichen Barmherzigkeit zu schöpfen.

Maria als Patronin der Priester

Wenn ihr aber ganz besonders erfahrt, wie schwierig es ist, auf dem mühevollen Wege der Heiligkeit voranzuschreiten und euren Pflichten nachzukommen, dann erhebet vertrauensvoll Auge und Herz zu jener, die, da sie die Mutter des ewigen Priesters ist, auch die liebevollste Mutter des katholischen Klerus ist. Ihr kennt die Güte dieser Mutter euch gegenüber wohl, und ihr habt auch an vielen Orten in der Predigt auf die Barmherzigkeit ihres unbefleckten Herzens hingewiesen und den Glauben und die Frömmigkeit des christlichen Volkes oft in wunderbarer Weise geweckt.

Wenn die jungfräuliche Gottesgebärerin alle in brennender Liebe umfaßt, dann gewiß in besonderer Liebe die Priester, die das lebendige Abbild Jesu Christi in sich tragen. Wenn ihr daher diese außergewöhnliche Liebe und den besonderen Schutz der allerseligsten Jungfrau für euch zum großen Trost eures Herzens betrachtet, dann werdet ihr spüren, daß eure Mühe um Heiligkeit und Erfüllung der priesterlichen Pflichten leichter wird.

Wir empfehlen der erhabenen Gottesmutter, der Mittlerin der himmlischen Gnaden, alle Priester auf der ganzen Erde innig. Auf ihre Fürbitte sende Gott euch eine überreiche Ausgießung seines Geistes. Dieser wird sowohl alle Priester zur Heiligkeit antreiben, als auch das Menschengeschlecht sittlich erneuern.

In der Hoffnung, daß dies sich auf die Fürsprache der unbefleckten Jungfrau Maria glücklich und heilsam erfüllen werde, flehen Wir auf euch alle die Fülle der Gaben von oben herab, besonders auf die Bischöfe und Priester, die Verfolgung, Kerker und Verbannung erdulden, weil sie die Rechte der Kirche und ihre Freiheit pflichtgemäß verteidigt haben. Ihnen gilt Unsere besondere Liebe, und mit väterlichem Herzen ermahnen Wir sie, sich in jener priesterlichen Standhaftigkeit und Tugend, worin sie sich bis jetzt so beispielhaft bewährt haben, weiter auszuzeichnen.

Zum Unterpfand dieser himmlischen Gnaden und zum Zeugnis Unserer väterlichen Gesinnung erteilen Wir aus liebevollstem Herzen jedem einzelnen von euch, ehrwürdige Brüder, und eurem gesamten Klerus den Apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom bei St. Peter, am 23. September, im Jahre des großen Jubiläums 1950, im 12. Jahre Unseres Pontifikates.

Pius PP. XII.

Die Kirche in den Ländern

Eine Denkschrift der polnischen Bischöfe

Kardinal Sapieha und Erzbischof Wyszynski haben im Anschluß an eine Bischofskonferenz am 13. September d. J. an den Staatspräsidenten eine Denkschrift gerichtet, deren Text jetzt vorliegt. Sie werfen darin einen Rückblick auf die kirchenpolitische Entwicklung seit 1945, die in der Feststellung gipfelt, daß die Bedrückung der Kirche durch den Staat seit dem Abkommen vom 14. April d. J. (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., Heft 9, S. 412) nur noch rücksichtsloser geworden ist. Was in den letzten Monaten über staatliche Maßnahmen gegen die katholischen Schulen, den Religionsunterricht, den Klerus und zur Beschränkung des kirchlichen Lebens bekannt wurde, wird hier zusammengestellt und bestätigt. Das Gesamtbild der Entwicklung in Polen wird zu einem neuen Beispiel und Beweis dafür, daß Verträge oder Vereinbarungen zwischen der Kirche und kommunistischen Staatsorganen keinen Modus vivendi schaffen können. Sie können allenfalls nur den Sinn haben, vor der Geschichte die Verantwortung festzulegen.

Fortschreitende Unterdrückung seit 1945

Im ersten Teil zählt die Denkschrift auf, was die Kirche seit 1945 hinnehmen mußte: einseitige Aufhebung des Konkordates, Nichtanerkennung des kirchlichen Status in den westlichen Gebieten, Verbote katholischer Organisationen, Liquidation der kirchlichen Schulen, der Presse, des kirchlichen Eigentums mit Einschluß des karitativen, mannigfache Einschränkungen auf ureigenst religiösem Gebiet; dann vor allem die hemmungslose Propaganda für glaubensfeindliche Ideen und Organisationen, verbunden mit den verschiedensten Maßnahmen, sie den Bürgern aufzuzwingen. „Das letzte Jahr, besonders seit dem Abschluß des Übereinkommens, ist gekennzeichnet durch die Beschleunigung im Tempo der Liquidation der kirchlichen sozialen Einrichtungen und Anstalten."

Die Bischöfe waren loyal

„Trotz einer so schwierigen Lage der Kirche im wiedererstandenen Polen hat der Episkopat bei der Leitung der kirchlichen Angelegenheiten eine Haltung großer Mäßigung in seinen Verlautbarungen zu der wirklichen Lage beobachtet. Er hielt sich von rein politischer Tätigkeit fern und unterbreitete Ihnen, Herr Präsident, und der Regierung die Beschwerden der Kirche. Er vermied es, die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen der Regierung politisch zu kritisieren, und sprach nur in Verteidigung der Rechte der Kirche und der Religion, wenn diese nicht beachtet wurden. In dieser Verteidigung der kirchlichen Rechte wandten sich die Bischöfe nur bei solchen Gelegenheiten an das katholische Volk, wo die Regierung die Vorstellungen des Episkopates unbeachtet

ließ oder wo die Rechte und das Wohl der Gläubigen es verlangten."

„In diesen Dokumenten und Verlautbarungen hat der Episkopat niemals den Präsidenten der Republik und die Regierung angegriffen, trotzdem die Bischöfe von führenden Personen der Regierung oft genug in einer sehr unangemessenen Weise dargestellt wurden. Seit der Wiederbelebung Polens war es die Auffassung der Kirche, daß die neuen Gegebenheiten in Betracht gezogen werden müssen. Aus diesem Grunde nahm die Kirche die Neuordnung der wiedergewonnenen Gebiete im kirchlichen Bereich in Angriff und hatte dabei große Erfolge in der Stabilisierung der sozialen Verhältnisse. Die Kirche gebrauchte ihren großen religiösen und sittlichen Einfluß, um die Geister zu beruhigen, die ob aller Leiden damals sehr erregt waren. Durch ihre Verkündigung brachte die Kirche hohe sittliche Werte zur Geltung, ohne die der schnelle Wiederaufbau des Landes unmöglich gewesen wäre."

Die Jugenderziehung

Unter den einzelnen Beschwerden, die die Bischöfe nunmehr vortragen, stehen die Sorgen um die Jugend voran. Ungeachtet der polnischen Tradition und verfassungsmäßigen Gewissensfreiheit „ist in Polen ein System und Programm der Erziehung aufgerichtet worden, das nicht ohne völlige Preisgabe der Heiligen Schrift durchgeführt werden kann". In allen öffentlichen Erziehungseinrichtungen wird mit allen Mitteln der Materialismus verkündet. Die Schüler werden an der Erfüllung ihrer religiösen Pflichten verhindert. „Für ihre religiöse Haltung muß die katholische Jugend oft schmerzliche Beeinträchtigung in ihren bürgerlichen Rechten hinnehmen, besonders hinsichtlich der Versammlungsfreiheit, der Zulassung zu höheren Schulen usw. Und dies, obwohl die Vereinbarungen zu § 10 A des Abkommens das Recht der Schuljugend zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten eindeutig bestätigen." Die staatliche Erziehungsform ist mehr als ein Angriff gegen die Kirche. „Dies ist ein Kampf gegen jede Art des Ausdrucks menschlichen religiösen Lebens. Den Beweis dafür liefern die Bestimmungen für Kindergärten, die neuen Lehrbücher und die Anweisungen an die Lehrerschaft in den Instruktionen vom September." In den Kindergärten wird gegen die Seelen der Kinder Gewalt geübt und der offene Konflikt mit der Familienerziehung heraufbeschworen.

„Wenn wir über diese Dinge sprechen, sollten wir Namen und Orte nennen. Aber wir wissen nicht, Herr Präsident, wer dann bestraft werden würde: diejenigen, die die Gewissen der Kinder vergewaltigen, oder die Kinder und ihre Eltern. Solche Dinge haben sich in Polen bereits ereignet."

Der Religionsunterricht

Das Kirchenabkommen garantiert den Religionsunterricht. „Tatsächlich gibt es jetzt etwa 1000 Schulen, in denen Religion nicht gelehrt wird. Ihre Zahl wächst. Nach der Aufhebung der Privatschulen sind staatliche Schulen, in denen Religionsunterricht erteilt wurde, der Vereinigung der Kinderfreunde übergeben worden, die ihre Schulen ohne Religion führt. Das ereignet sich dem erklärten Grundsatz zum Trotz, wonach in Polen nur Staatsschulen bestehen dürfen. ... Es ist bemerkenswert, daß diese ganze Prozedur, staatliche Schulen in Schulen der Vereinigung der Kinderfreunde zu verwandeln, nur dazu dient, die Religion aus der Schule zu entfernen; denn im übrigen besteht zwischen den staatlichen und den Schulen der Kinderfreunde keinerlei Unterschied. Es ist klar, daß durch dies Vorgehen der Kampf gegen die Religion in den Schulen ausgetragen werden kann, ohne daß es gesetzlicher Vorschriften bedarf." Auch diese Maßnahmen sind eine Unterdrückung der Gewissensfreiheit; denn vielerorts gibt es gar keine anderen Schulen als die der Kinderfreunde, und an anderen Plätzen wird stärkster Druck auf wirtschaftlich abhängige Bürger ausgeübt, ihre Kinder dorthin zu schicken.

„Zusammenfassend muß festgestellt werden: Im Widerspruch zu § 10 A des Abkommens, worin festgelegt wird, daß die Regierung nicht die Absicht hat, die gegenwärtige Stellung des Religionsunterrichts in den Schulen einzuschränken, hat die Regierung der Republik Polen solche Beschränkungen eingeführt, und zwar 1. durch die Umwandlung von Schulen mit Religionsunterricht in solche ohne Religionsunterricht, sogenannte Schulen der Kinderfreunde; 2. durch Einschränkung der Stundenzahl für Religion in den obersten und zweitobersten Klassen; 3. durch Entfernung zahlreicher Priester und Religionslehrer, die die Bischöfe zu ersetzen außerstande sind."

„Im Gegensatz zum Sinn des § 10 C des Abkommens, worin gesagt wird, daß ‚die bestehenden Schulen katholischen Charakters erhalten bleiben sollen', sind neuerdings einige katholische Schulen ohne Grund aufgehoben worden, andere durch Aufhebung der Nachwuchsklasse zu langsamer Aufhebung bestimmt worden. Ein Programm widerchristlicher Ideologie ist allen diesen Schulen zur Pflicht gemacht worden, wodurch ihr katholischer Charakter verletzt wird." Auch ungesetzliche Vorschriften personeller Art müssen diese Schulen sich gefallen lassen.

Zwang zum Eintritt in die Staatsjugend

„Die katholische Jugend, der es verboten ist, religiösen Vereinigungen anzugehören, wird zum Eintritt in die Polnische Jugendliga gezwungen, eine antichristliche Organisation, die ein materialistisches Programm vertritt und den ‚tödlichen Haß gegen den Feind' proklamiert, der dem Geist brüderlicher Liebe völlig entgegengesetzt ist."

Entfernung von Priestern aus den Schulen

Im Zusammenhang mit der Friedenskampagne wurden über 500 Priester aus den Schulen entfernt, und zwar auch solche, die unterzeichneten. Übrigens war ja die Unterzeichnung freiwillig.

„Das Motiv, mehr als 500 katholische Priester aus polnischen Schulen als ‚Feinde des Friedens' zu entfernen, ist so ungerechtfertigt, daß es der ganzen Friedensaktion, die mit solchen Auswirkungen durchgeführt wird, nur Eintrag tun kann."

Die Bischöfe und die Friedensbewegung

Die Bischöfe verwahren sich alsdann gegen den Druck, den die Regierung ausübte, um sie zur persönlichen Unterschrift unter den Stockholmer Appell zu zwingen. „Möge der Staat mit politischen Mitteln nach Frieden streben, möge er aber die Kirche nicht zum Gebrauch politischer Mittel zwingen." „Die Kirche wünscht und hat es nötig, in ihrem religiösen Bereich zu verbleiben. Auf diesem Gebiet besitzt die Kirche Mittel, die dem Staate

nicht zur Verfügung stehen. Sie sind so bedeutend, daß ihre Vernachlässigung die politischen Bemühungen in dem Kampf um den Frieden zum Scheitern bringen kann."

„Der Episkopat wünscht diese Haltung bei den ferneren Bemühungen um den Frieden zu bewahren. Wir wünschen Ihnen zu versichern, Herr Präsident, daß der beruhigende Einfluß der Bischöfe auf die Bevölkerung und die Aufrechterhaltung sittlicher Disziplin und Ordnung, auch in den schwierigsten Verhältnissen unseres wiedererstandenen Vaterlandes, mehr Gewicht haben wird, wenn der Episkopat in seiner eigenen Zuständigkeit sittlicher und religiöser Arbeit für den Frieden verbleibt."

Die wiedergewonnenen Gebiete

„Der polnische Episkopat hat versprochen, dem Apostolischen Stuhl die Frage der Stabilisierung der kirchlichen Verhältnisse in den Gebieten der wiedergewonnenen Länder, die von Apostolischen Administratoren verwaltet werden, vorzutragen. Die Kenntnis des Kirchenrechts und der derzeitigen kirchlichen Organisation in den wiedergewonnenen Gebieten zwingt uns, auf die Tatsache Nachdruck zu legen, daß die gegenwärtigen Ordinarien in Ausübung ihres Amtes von ordentlichen Bischöfen nicht wesentlich zu unterscheiden sind. Die Apostolischen Administratoren sind in der Lage gewesen, Diözesen zu schaffen, die sämtlichen kirchlichen und religiösen Bedürfnissen ihrer Gläubigen genügen. Diese Tatsache findet ihre Bestätigung in der wirklichen Stabilisierung des kirchlichen Lebens in den wiedergewonnenen Gebieten, von der man sich auch bei oberflächlicher Beobachtung überzeugen kann. Nur die gesetzliche Form unterliegt der Entscheidung des Heiligen Stuhles. Auch in ältesten Diözesen werden in manchen Pfarreien Administratoren statt der Pfarrer eingesetzt. So gibt es in Warschau Administratoren, die in genau derselben Weise Pfarrechte ausüben, wie es in den neugewonnenen Gebieten üblich ist. Hieraus darf nicht der Schluß gezogen werden, daß in den wiedergewonnenen Gebieten nur eine zeitweilige Ordnung besteht."

„Der Episkopat ist bereit, diese Sache dem Heiligen Stuhl zu unterbreiten. Bei Vorbereitung eines Schreibens an den Heiligen Vater hat der Episkopat sich jedoch vor Schwierigkeiten befunden, die in dieser Angelegenheit nicht ohne Bedeutung sind. In den letzten Wochen haben sich gewisse Ereignisse abgespielt. Die Gebäude des Seminars in Breslau sind enteignet worden. Der Mietvertrag für das Seminargebäude in Allenstein ist aufgehoben worden. Die gleiche Lage besteht in Oppeln. Aus diesen Gründen sind die Apostolischen Administratoren nicht imstande, ihre Tätigkeit auf dem wichtigsten Felde ihrer Kirche fest zu begründen: durch die Heranbildung des Klerus."

„Es gibt noch viele andere Beispiele auf anderen Gebieten des kirchlichen Lebens. Der Episkopat hat in seinem Schreiben vom 8. August 1950 die Regierung um eine offizielle Stellungnahme dazu ersucht. . . . Dieser Brief ist noch ohne Antwort geblieben."

Die „patriotischen Priester"

Auch in Polen besteht eine Vereinigung „patriotischer Priester". Bei ihrer Existenz „handelt es sich nicht um das Problem der Freiheit politischer Meinungsäußerung oder der Zusammenarbeit mit dem Regime, weil der Episkopat diese nicht verbietet". Tatsächlich aber wird der Versuch gemacht, durch dieses Mittel zweifelhaften Personen aus dem Klerus eine besondere nationale Rolle zuzuspielen. „Solchen Personen die Stellung von Reformern des kirchlichen Lebens in Polen zuweisen zu wollen, ist sehr gefährlich für ihre Stellung innerhalb der katholischen Gemeinschaft, die ihre Priester kennt und weiß, welchen von ihnen sie trauen kann."

Die neuen Statuten des Caritas-Verbandes

Im vergangenen Frühjahr hatte die Regierung den polnischen Caritasverband unter dem Vorwand von Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., Heft 8, S. 364) in eigene Verwaltung genommen. Im Kirchenabkommen haben die Bischöfe zugestimmt, daß den Priestern die Mitwirkung in dem reorganisierten Verband, nunmehr einer laikalen Vereinigung, gestattet werden sollte. Jetzt müssen sie dagegen Vorbehalte anmelden. „Es ist klar, daß das Übereinkommen nicht auf eine Vereinigung angewendet werden kann, die im Widerspruch zu katholischen Grundsätzen steht."

Vor allem aber könne der neue Verband keinen Anspruch auf die Rechtsnachfolge und das Eigentum des früheren erheben, der von den Bischöfen aufgelöst wurde. „Das Abkommen beschränkte in keiner Form die Rechte der Kirche auf das bewegliche Eigentum und die gesetzlichen Ansprüche des früheren kirchlichen Caritasverbandes, die demnach im Eigentum der Kirche verbleiben und der Kirche zurückerstattet werden sollten." Es soll bemerkt werden, daß über diese Frage, die zweifellos geklärt werden mußte, in dem Abkommen nichts enthalten war.

Das Amt für kirchliche Angelegenheiten

Auch Polen hat ein solches Amt geschaffen. Die Bischöfe bestreiten dem Staate nicht das Recht hierzu, verwahren sich aber gegen die Bestimmung, daß dies Amt beauftragt sein solle, „die theologischen und religiösen Seminare, ebenso wie die anderen religiösen Schulen zu überwachen".

Angriffe gegen den Heiligen Stuhl

Zu diesem Punkt macht die Denkschrift wiederum darauf aufmerksam, daß derartige Angriffe seitens der offiziellen Kreise die katholischen Gefühle des polnischen Volkes tief verletzen, das die entschuldigende Unterscheidung zwischen Papst und Vatikanstaat nicht ernst nehmen kann.

Repressalien gegen den Klerus

„Einer der beklagenswertesten Gesichtspunkte der gegenwärtigen Lage der Kirche in Polen ist die Tatsache, daß eine große Zahl von Priestern unter Überwachung steht. Viele sind verhaftet, ohne Urteil eingekerkert oder zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden."

„Klerus und Episkopat leiden unter der Pein des ungerechten Systems der Belästigung durch Verhöre, zu denen sie unaufhörlich vor die Polizei und die Behörden bestellt werden. Viele Priester wurden aus ihren Kirchen geholt, während Kinder auf die Beichte warteten. Das ist ein neuer Zug in unserm Leben; denn unsere Priester hatten bisher wenig mit dem Strafgesetz zu tun."

Auch die Bischöfe verwahren sich dagegen, daß sie bei ihren kanonischen Visitationen von Geheimpolizei umgeben sind. Das Volk müsse einen merkwürdigen Eindruck von diesem Institut gewinnen.

Die Orden

„Die Lage der Klöster ist höchst alarmierend. Sogar ihrer karitativen Wirksamkeit beraubt, restlos enteignet, bedroht durch Verhaftungen, verfolgt durch alle Arten von Kommissionen, befinden sich die Klöster in Polen in einer besonders schwierigen Lage."

Die Ausführung des Abkommens

„Der polnische Episkopat hat klare Beweise seines guten Willens und Vertrauens gegeben, als er im April das Abkommen unterzeichnete, trotzdem dieses seitens des Regimes nur wenige Garantien enthielt. Der Episkopat hat versucht, seine Verpflichtungen zu erfüllen, schwebende Angelegenheiten dem Heiligen Stuhl unterbreitet und den Klerus beauftragt, das Volk von dem Übereinkommen zu unterrichten."

„Andererseits ist der Episkopat nicht der Meinung, daß das Regime die Beschlüsse des Abkommens erfüllen will. Im Gegenteil, geradezu von dem Augenblick der Unterzeichnung des Abkommens an ist die Lage in den Schulen, Klöstern, Orden und in der Caritas stetig schlechter geworden. Der Erziehungsminister lehnt es offen ab, die Rechte der Kirche anzuerkennen, die durch das Abkommen gesichert sind. Die Konferenz der Bevollmächtigten der Bischöfe und des Regimes, die mit mühsamer Sorgfalt vorbereitet wurde, ist vom Erziehungsminister offen ignoriert worden."

„Die Ausführung des Abkommens war offiziell von der Unterzeichnung des Appells durch die Bischöfe abhängig gemacht worden. Nachdem dieselbe vollzogen war, schritt die Ausführung des Abkommens in keiner Weise voran."

Schlußfolgerungen

„In diesem Brief legen wir angesichts der Geschichte dafür Zeugnis ab, daß wir frei bleiben möchten von einem zukünftigen Vorwurf, wir hätten die Wahrheit verschwiegen. Wir erklären feierlich, daß wir für die gegenwärtige Lage der katholischen Kirche in Polen keine Verantwortung tragen. Diese Bekräftigung ist nötig; denn im freien Polen waren Kirchenverfolgung und Religionskampf etwas Unbekanntes. Was die katholische Kirche in den vergangenen fünf Jahren durchmachen mußte, ist im höchsten Grade ungewöhnlich in der Geschichte Polens. Es erregt Erstaunen und Fragen. Die katholische Bevölkerung ist besorgt und bestürzt. Die ganze Nation, die nichts sehnlicher wünscht als Einigkeit und friedliche Arbeit, wurde in ihren religiösen Gefühlen tief verwundet. Mit Recht ist zu fürchten, daß der gegenwärtige Religionskampf der Einigkeit und Integrität der polnischen Nation und des Staates den größten Schaden bringen wird. ... Trotz der Leiden der katholischen Kirche im Polen von heute glaubt der Episkopat an den Sieg der Vernunft über die atheistische Weltanschauung. Er wird nicht aufhören, im Weinberg Christi zu wirken, um das bedrängte Volk von sozialem Unrecht zu befreien und die Grundlagen eines wahren Friedens zu stärken."

Die Reaktion

Die Regierung hat mit einer heftigen Note des Kirchenamtes geantwortet, in der die Bischöfe ultimativ aufgefordert werden, in den eroberten Gebieten definitive Ernennungen vorzunehmen. Wenn der Vatikan in flagranti antipolnischer Haltung fortfahre, diese Gebiete als Bestandteile deutscher Diözesen zu betrachten, könne die Regierung ihrerseits den bisherigen Zustand nicht länger dulden und betrachte den Mangel an Initiative, den der Episkopat hierin zeige, als Bruch des Abkommens.

Brief aus Kalifornien

Wenn man heute über den amerikanischen Katholizismus berichten will, wird man zwei Seiten hervorheben müssen, die ihn wesentlich charakterisieren: einmal die breiten Schichten eines in sich gefestigten, gut durchgegliederten kirchentreuen Volkes, meist städtischer Prägung und dem unteren Mittelstand zugehörig, aber sich zunehmend in die sozial höheren Berufe hocharbeitend. Dann aber, sich neben einer Reihe moderner Ordensgründungen als eine Elite unter den Laien daraus kristallisierend, Gruppen, die — meist klein an Zahl — ein Leben in apostolischem Geiste zu führen bestrebt sind. Mit klarem Blick für die Gefahren, die Not, die Leiden, in die die moderne Zivilisation die Menschen stürzt, nehmen sie in einem gemeinsam von Gebet, Armutsideal und Nächstenliebe geprägten Tageslauf die Arbeit in der Fürsorge, in den Elends- und Negervierteln der Großstädte, unter den Gewerkschaften, in den Hochschulen, auch in der Publizistik, in Presse, Zeitschrift und Buchhandel auf sich. Für beide Richtungen — für den Typ des modernen, aber religiös geprägten Massenmenschen und für den von missionarischem Eifer durchdrungenen geistigen Führer — bietet der amerikanische Boden, sein historisches Klima, beste Voraussetzungen. Man muß staunen über die Weitsicht eines Father Hecker oder eines Kardinal Gibbons, die zu ihrer Zeit bereits dem Katholizismus in Amerika eine große Zukunft voraussagten.

Unter den vielen Deutschen, die in diesem Jahr im Rahmen des geistigen Austausches nach den Vereinigten Staaten kommen konnten, ist eine große Zahl von Katholiken gewesen. Sie haben bei der eigens für diesen Zweck geschaffenen Stelle im Hause der *National Catholic Welfare Conference* in Washington einen präzis ausgearbeiteten Reiseplan erhalten, der sie an die Zentren religiösen Lebens im Osten und im Mittelwesten führte. Das ist deshalb zu begrüßen, weil sie in der Heimat durch Aufsätze, Reiseberichte, Vorträge und Predigten mit dazu beitragen werden, das teils veraltete, teils unwahre Bild vom amerikanischen Katholizismus zu berichtigen. Nach dem Westen konnte wegen der für den Europäer ja unvorstellbar großen Entfernungen nur ein kleinerer Teil von Besuchern geführt werden. Vielleicht ist deshalb eine Schilderung des katholischen Lebens, wie es sich in den großen Mittelpunkten San Francisco und Los Angeles spiegelt, von besonderem Interesse.

Katholisches Leben in San Francisco und Los Angeles

San Francisco übt bereits durch die kühne Gestaltung einer großartigen Landschaft eine unvergleichliche Anziehungskraft aus. Sehr schnell heimisch aber wird man in dem Viertel von Old St. Mary's Church, dort, wo der Geschäftsdistrikt mit den geschmackvollen Läden in das ausgedehnte Chinesenviertel, die größte Chinesensiedlung außerhalb Chinas, übergeht. Dieses hat ein eigenes katholisches Zentrum, ein großes Haus mit Kindergarten, Schule, Bibliothek, Fürsorgeberatung und einer schlichten, in chinesischem Kunstgewerbestil gehaltenen, der Muttergottes geweihten Kapelle. Das betriebsame Leben dieser Umgebung wirkt bis hinein nach Old St. Mary's, der einstigen Kathedrale der Stadt. Den ganzen Tag ist hier das Allerheiligste ausgesetzt, den ganzen Tag finden sich Menschen zum Gebet davor ein, besonders zur heiligen Messe um 12.10, die während der Mittagspause die vielen täglichen Kirchenbesucher vereinigt, die morgens nicht zu Messe und Kommunion gehen können, und wieder abends nach Geschäftsschluß zur Anbetung. Die Paulisten versorgen die Kirche. Ihrer Initiative verdankt auch die großzügige Leihbücherei dicht daneben ihr Entstehen. In einem bis abends 9 Uhr geöffneten Leseraum mit den führenden katholischen Zeitschriften und Büchern sind unter der Rubrik für den interessierten Nichtkatholiken auch Übersetzungen von Karl Adams Christus, Holzners Paulus und der Hymnen an die Kirche von Gertrud von Le Fort aufgestellt. Denn dem Suchenden außerhalb der Kirche den Weg zum Glauben zu zeigen, das ist die große und über das ganze Land mit Erfolg durchgeführte Aufgabe der Paulisten. Zweimal in der Woche versammeln sich unter ihrer Führung in dem kleinen Vortragsraum hinter der Bibliothek Menschen aller Berufs- und Altersschichten, um die brennenden religiösen Fragen miteinander zu erörtern.

In Los Angeles befindet sich ein ähnliches „Catholic Information Center" mitten im Geschäftsbezirk der Stadt und unweit der in einem modernen Hochhaus untergebrachten erzbischöflichen Kanzlei: ein neuzeitlich ausgestatteter Buchladen, daneben ein Lesezimmer, in dem der Priester der im gleichen Haus eingebauten Kapelle zu Besprechungen zur Verfügung steht. Auch da Bewegung, Leben, reger Besuch der Mittagsmessen — es sind auffallend viel junge Menschen, die daran teilnehmen. Man spürt erneut, wie bereits in anderen amerikanischen Großstädten: die Kirche ist mitten im Leben des Volkes, sie ist hier ebenbürtiger Partner geworden, ist ganz gegenwärtig und von geheimer Kraft der Ausstrahlung.

Pionierhaftes Stadium der Kirche im Westen

Jene Laiengruppen, die etwa in Chicago, Milwaukee, Cansas City so mutige Arbeit leisten, haben hier im Westen noch nicht Fuß gefaßt. Es gibt noch kein Friendship House für die Andersfarbigen; in Alt-San Diego haben die Sacred Heart Schwestern erst 1945 ein Settlement House eingerichtet. Mag auch San Francisco eine Großstadt ohne Slums sein, wer nimmt sich der Scharen der Mexikaner in Los Angeles an? Das unbarmherzige Schicksal jener jüngsten der Einwandererschichten wurde gerade in einem überall laufenden ausgezeichneten Film „The Lawless" bloßgelegt. Man trifft sie in der alten Plaza Church, dem historischen Denkmal, das der Stadt den Namen gab, 1822 erbaut an Stelle der 1779 errichteten Kapelle „Reina de los Angeles". Ihr gegenüber steht in blendendem Weiß die Missionskirche der Methodisten. Hier an der Westküste ist eben noch alles in einem mehr pionierhaften Stadium. Dazu trägt neben der sehr viel jüngeren Besiedlungsgeschichte der neue, noch immer anhaltende Menschenstrom nach Kalifornien das Seine bei.

Das katholische Erziehungswesen

In welch mächtigem Ausbau ist allein das Erziehungswesen begriffen! Im katholischen Sektor sind die Orden mit der Gründung und Übernahme neuer Pfarrschulen und höherer Schulen (1949 z. B. in der Erzdiözese San Francisco neun Elementarschulen und zwei Höhere Schulen) und mit der Erweiterung akademischer Bildungsanstalten führend daran beteiligt — wie auch früher schon in den andern Teilen des Landes. Heute freilich stehen sie zum Teil unter verstärktem Druck der öffentlichen Schulverwaltung. Los Angeles — im Schnelligkeitsgrad seines Bevölkerungswachstums und seiner Raumausweitung zur Zeit von keinem Ort der Welt überboten — hat eben den katholischen Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen erhöhte Grundsteuern auferlegt, obwohl die katholischen Schulen den Steuerzahlern der Provinz Los Angeles jährlich 15 Millionen Dollar ersparen (ein Kind der öffentlichen Elementarschule kostet sie jährlich 226 Dollar und 2 Cent). Ein Blick in die Sondernummern, die die Diözesanblätter anläßlich des Schulbeginnes im September herausgeben, in den „Monitor" in San Franzisco, die „Tidings" in Los Angeles oder das „Southern Cross" in San Diego, lassen den europäischen Betrachter nicht aus dem Staunen herauskommen. Und welch unbeschreibliche Überraschung und Freude ist es, einige dieser Anstalten besuchen zu können! Das älteste Frauen-College in San Francisco ist das der Dominikanerinnen in San Rafael auf der andern Seite der Golden Gate Bridge, wegen seines ausgezeichneten Rufes auch früher schon von Töchtern nichtkatholischer Eltern besucht, heute mit einer Kunst- und Musikschule, mit eigenem Rundfunk-Studio und einer Theater-Abteilung verbunden. In Los Angeles sind neben den guten Schulen der Nonnen von Notre-Dame de Namur die Schwestern vom Unbefleckten Herzen Mariens zu nennen, eine spanische Kongregation, die 1864 als erster Schulorden nach Kalifornien berufen worden ist. In den dicht an die Hollywood Boulevards angrenzenden Hügeln haben sie sich ihr vollendet ausgestattetes Frauen-College errichtet. Es führt seit 1930 staatlich anerkannte Kurse für Lehrerausbildung und seit 1949 sogar zum „Master of Science in Education", der zur Anstellung in Schulaufsicht, Schulverwaltung usw. berechtigt. Stadtberühmt geworden ist es durch hochaktuelle Diskussionsabende mit führenden Persönlichkeiten des Landes, etwa Rednern der revolutionären Universität von Chicago. Unweit davon, fast im bunten Scheinwerferlicht Hollywoods, haben sich die Dominikanerinnen von der ewigen Anbetung ein strahlend neues Kloster „zu den Engeln" errichtet und ihren älteren Bau als Einkehrhaus zur Verfügung gestellt. Sie kommen dem im ganzen Lande verbreiteten Verlangen nach Einkehrtagen damit entgegen. Unvergleichlich ob seiner herr-

lichen Lage Mount St. Mary-College in den Händen der Schwestern von St. Joseph von Carondelet: hoch in den Hollywood-Bergen gelegen, mit weitem Blick über Los Angeles, die umliegenden Wälder bis hin zum Pazifischen Ozean im Westen, besteht es aus einer Gruppe von Bauten in spanischem Renaissancestil, mit allem Zubehör, wie Freilichttheater, Turnplätzen, Schwimmbassin. Wer hat solch kühnen Plan ersonnen und ausgeführt, ist die Frage. Ein paar Schwestern hätten ihn sich ausgedacht und dafür gebetet, die schlichte Antwort — es sei ja alles ein Gnadengeschenk. In San Diego, der Grenzstadt gegen Mexiko hin, wirbt die Society of the Sacred Heart um Unterstützung für eine Universität. Die Bodenarbeit für Wege, Parkplätze, Sportterrains auf dem über 150 Morgen großen Gelände sei geleistet, nun ginge es an die Errichtung von Gebäuden in einer Ausdehnung von 4½ Morgen.

Das spirituelle Leben

Neben dieser großzügigen Bautätigkeit haben all die Genannten auch Zeit, sich Fragen des inneren Lebens zu widmen. Ende August luden die Christlichen Brüder — sie bereiten und verkaufen nebenbei einen köstlichen Wein — Priester, Nonnen, Seminaristen und Studenten der höheren und Hochschulen an der Westküste in ihr College ein, das in einem der von Oakland erreichbaren obstreichen Täler gelegen ist. Zu der Arbeitsgemeinschaft über das „studentische Apostolat" hatten sie Redner von weit her, aus Notre Dame (Indiana) und Milwaukee, herangeholt, um über deren Erfahrungen in der Katholischen Aktion zu hören. Bis die Sterne über den einsamen Bergen aufzogen, saß man im Garten, in Gespräche vertieft über eine falsche Spiritualität, die, auf religiöse Übungen eingeengt, sich nicht im täglichen Leben kundtue, über den Angelismus, einen irrigen Humanismus, der am Wesen der Inkarnation vorbeigehe. Lehrer und Schüler gaben einander scharfe, geistsprühende Analysen einer fehlgeleiteten religiösen Mentalität bis in die innersten Winkel des heutigen jungen Menschen.

Die katholische Vergangenheit Kaliforniens

Mag auch die Arbeit unter den Laien im Osten und Mittelwesten weitergediehen sein — Kalifornien hat jenen Landesteilen gegenüber eines voraus: eine einheitliche katholische Geschichte. Die Tragweite dieser Tatsache kann nur ermessen, wer die Geschichtslosigkeit unendlicher Breiten dieses Kontinents erlebt hat. Die Zeugen der Vergangenheit, die 21 Missionsstationen der Franziskaner aus den Jahren 1768—1824, ragen noch in die Gegenwart. Neun dieser alten Missionen hat ihr Begründer, der spanische Indianermissionar Pater Junipero Serra, selbst mit errichtet, als erste von Mexiko aus San Diego de Alcala, dann San Carlos de Carmelo (1770), auch San Gabriel Arcangel, das die zehn Jahre später erbaute benachbarte Kapelle der Königin der Engel mit versorgte, 1776 auch San Francisco de Asis, heute als Mission Dolores das historische Denkmal der Stadt. Der Weg, der sie alle miteinander verband, ist heute eine vielbefahrene Straße, die noch immer den stolzen Namen „El Camino Real" — der Königliche Weg — trägt; die Stationen selbst, seit 1829 von der mexikanischen Regierung aufgelöst, der Überflutung, den Erdbeben und Feuersbrünsten ausgeliefert, verfielen, wurden vergessen; aber die Glaubensglut ihrer Gründer flackert wieder auf, die Bezeichnung „Mission" füllt sich mit bedeutungsvollem Inhalt. Einige der Stationen sind bereits, andere werden noch restauriert; Randolf Hearst hat Gelder dafür zur Verfügung gestellt. In Santa Clara haben die Jesuiten 1851 ein noch bestehendes College inmitten eines großartigen Palmengartens eingerichtet; Santa Barbara als Küstenort ist eher als Zentrum ausgedehnter moderner Wohngegenden bekannt geworden. Anders aber in Carmel, der Grabstätte Pater Juniperos, des „Apostels von Kalifornien", dessen Heiligsprechung in Rom überprüft wird. Schon heute zieht es die Gläubigen in seinen Bann, die dann zu dem höhergelegenen, Meer und Bucht überschauenden Kloster der Karmeliterinnen kommen. Im vergangenen Jahr gedachte man anläßlich der Hundertjahrfeiern der Gründung des Staates Kalifornien in einem eindrucksvollen Schauspiel im Coliseo von Los Angeles des historischen Ereignisses: „El Camino Real de la Cruz" — der königliche Weg des Kreuzes, weil ja immer ein großes Kreuz als erstes bei der Gründung der Siedlungen aufgerichtet worden war — wurde zu einer Kreuzwegfeier des Herren umgedeutet: um ein Riesenkreuz in der Mitte wurden die 14 Stationen in lebenden Bildern dargestellt, vor denen ausgesuchte Schauspieler die Meditationen sprachen und die Menge der 35 000 Gläubigen in gemeinsamem Gebet antwortete. Ein historischer Prolog über die Gründung der Stadt leitete die Andacht ein. Denn es sollte die Erinnerung feierlich begangen werden, daß der Staat Kalifornien gegründet worden ist von Männern, die dem Kreuz verhaftet waren.

Katholische soziale Selbsthilfe in Mittel- und Südamerika

Aufstände auf den Antilleninseln sind nicht selten. Bald handelt es sich um eine Erhebung gegen den langjährigen Diktator Trujillo auf Santo Domingo, dann wieder kommt es zu Ausschreitungen unter Arbeitern und Studenten auf Cuba, zu Rassenkämpfen zwischen Kreolen und Indern auf Trinidad. Zuletzt horchte die Welt auf, als ein Nationalistenaufstand in Puerto Rico zu einem Attentat auf Präsident Truman in Washington führte. In der ehemaligen US-Musterkolonie rufen wirtschaftliche Notstände und Geburtenüberschuß eine anschwellende Arbeitslosenziffer hervor, und kirchliche Kreise machen auf eine rapid zunehmende Demoralisation aufmerksam. Das Land hat die relativ höchste Scheidungsziffer und Kriminalität in der Welt. Die politischen Exzesse sind von Kommunisten angestiftet worden, aber soziale Mißstände sind meist das treibende Übel.

Die Antillen

Diese Inselgruppen gehören weder zur großen nordamerikanischen Wirtschaftseinheit, mit der sie allerdings am meisten verbunden sind, noch sind sie der lateinamerikanischen Rohstoffwirtschaft eingegliedert. Die Eng-

länder haben ihre karibischen Kolonien ehrlich die „slums of the Empire", die „Elendsviertel des Weltreichs" genannt, obwohl sie seit vielen Jahren die Not bekämpfen. Hierbei kommt den Angelsachsen ihre Tugend zustatten, daß sie nicht auf die Initiative des Staates warten, sondern die Selbsthilfe anzuregen verstehen.
Ein Beispiel, das in Mittelamerika Schule machte, gab die katholische Franz-Xaver-Universität in Antagonish, Kanada. Von dort aus wurden in Pfarreien, Distrikten und schließlich ganzen Provinzen zur Linderung der wirtschaftlichen Notlage Konsum- und Kreditgenossenschaften auf religiöser Grundlage errichtet. Kanadische Missionare übertrugen diese bewährte Selbsthilfeidee auf verschiedene Inseln des Karibischen Meeres.

Jamaica

Besonders schwierig sind die Verhältnisse auf der Insel Jamaica. Auch dort war, wie fast überall in diesem Wirtschaftsraum, die gesunde vielgliedrige und daher krisenfeste Wirtschaftsstruktur zugunsten des Bananen- und Zuckerrohr-Großanbaus aufgegeben worden. Das fehlende wirtschaftliche Gleichgewicht, die Abhängigkeit von den Weltmarktschwankungen, die geringe Flächenausdehnung, die stark ansteigende Bevölkerungsziffer und der geringe Anteil des Volkes an der Regierung vermehrten auf Jamaica wie sonst auf den Antilleninseln die sozialen Mißstände und vertieften die Gegensätze zwischen Reich und Arm, Plantagenbesitzern, Arbeitern und Arbeitslosen.
Die Insel zählt rund 1 1/4 Million Einwohner. Seit 1944 hat sie eine Verfassung, die es der Bevölkerung gestattet, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Fast eine Million Einwohner sind Neger, die in der Landwirtschaft arbeiten, über 200 000 sind Mestizen. Auf der Insel gibt es rund 70 000 Katholiken, davon etwa die Hälfte in der Hauptstadt Kingston und rundherum. Die Mehrheit und die Tradition, das soziale und moralische Klima sind evangelisch. 65 Missionare der Gesellschaft Jesu aus Neuengland arbeiten seit beinahe zwei Jahrzehnten auf Jamaica in der Seelsorge und wurden ungewollt zu wirtschaftlichen Reformatoren des Landes. Sie weckten den Selbsthilfegeist und behoben wirtschaftliche Probleme, nachdem sie in ihrer Seelsorge die inneren Fundamente dazu geschaffen hatten. P. John Peter Sullivan wurde von seinen Oberen für die Genossenschaftsarbeit bestimmt und begann sein Werk in Kingston mit religiöser Aufbauarbeit in der Gemeinschaftsmesse, in sozialen Arbeitskreisen und durch Anleitung zum Studium der päpstlichen Enzykliken. Sehr lang und eingehend wurde die religiös-soziale Schulung gepflegt, bis man den Sprung in die soziale und wirtschaftliche Praxis wagte, „von der Gemeinschaft am Altar zur genossenschaftlichen Arbeit". Wohl nirgends in der Welt wurde die Gründung einer Kreditgenossenschaft gründlicher, systematischer und geistvoller vorbereitet, als es durch P. Sullivan in Kingston geschah. In rund zehn Jahren hat dann die erste Kreditgenossenschaft der Dompfarrei zu Kingston über zweihundert Nachfolgerinnen über die ganze Insel hin, bei Fischern, Angestellten, Frabrikarbeiterinnen und in anderen Berufen gefunden. Lange beschränkte man sich auf Spargemeinschaften, die die Groschen der Armen sammelten und sie ihnen wieder zuführten, erst später ging man auch daran, Verkaufs- und Verbrauchsgenossenschaften einzurichten. Die von P. Kempel in der Hafenstadt Seaford Town gegründete Eierverkaufsgenossenschaft vermochte durch Sparsamkeit und Zusammenarbeit der Landleute den Marktpreis aufs Fünffache zu erhöhen. In Port Royal, „einer der korruptesten Städte Amerikas", konnten die Genossenschaften unter der Leitung von P. Charles Judah und P. Sullivan die Arbeitslosigkeit, von der zeitweise 1/3 der Bevölkerung erfaßt war, bekämpfen und Geldmittel zum Wohnungsbau aus eigenen Rücklagen und von der allmählich aufhorchenden Regierung beschaffen. Aus den religiösen Abendkursen von Kingston kamen die jugendlichen Laienmissionare, die das Elend von Port Royal an der Wurzel bekämpften. Die Kirche gewann auf diese Weise wieder Anklang in breiten Kreisen der Stadt. Allein aus freiwilligen Mitteln wurden die Aufklärungs- und Werbeschriften gedruckt und wird P. Sullivans einflußreiches Nachrichtenblatt, der „Jamaican Cooperator", unterhalten.

Trinidad, San Domingo

Eine andere britische Insel des karibischen Raumes, die Kronkolonie Trinidad, wurde ebenfalls von der Gesellschaft Jesu für die Genossenschaftsidee gewonnen und zieht ihre Vorteile daraus. 1947 war man bereits so weit, in Ciudad Trujillo, der Hauptstadt von Santo Domingo, die erste Karibische Soziale Konferenz abhalten zu können, wozu sich Vertreter aus fünfzehn karibischen Randstaaten einfanden. Eine genossenschaftliche Zusammenarbeit über die Länder hinaus für den gesamten wirtschaftlichen Großraum ist im Werden.
Auch in Santo Domingo haben seit 1947, dem Jahr der offiziellen Anerkennung der christlichen Genossenschaftsidee im Karibischen Raume, kanadische Missionare, die Väter der Gesellschaft für äußere Mission aus Scarboro (Ontario), auf gleiche Art wie die Jesuiten in Trinidad und Jamaica Selbsthilfeorganisationen geschaffen, die ebenfalls sehr harte Anfänge zu überwinden hatten. Jedoch verbreitete sich diese gesunde Idee so rasch, daß im Februar 1950 dem zweiten Dominikanischen Nationalkongreß und der Eröffnung einer kooperativen Landeszentrale in Yamasà bereits 800 Landesdelegierte beiwohnten. Wieder ist die religiöse Unterweisung, die christlich-soziale Haltung Grundvoraussetzung für die Erreichung wirtschaftlicher Ziele. Der Pfarrgeistliche beaufsichtigt die Selbsthilfegemeinschaft seiner Pfarrei, die viele religiöse Vorteile durch diese Aktivisten hat. Neben der Monatsversammlung ist das Studium sozialer Fragen an zwei Abenden allgemeine Verpflichtung. Jede Ortsgruppe hat eine Bücherei von sozialen Schriften und liest den „Cooperador Dominicano". In wenig mehr als zwei Jahren haben sich immerhin zwölf dominikanische Kreditgenossenschaften gebildet, die ihr Sparkapital von rund 100 000 DM in mehr als 600 geschäftliche Transaktionen umgesetzt und ausgeliehen hatten. Für wesentlicher als diese Zahl gilt der erzieherische Wert dieser Genossenschaften, die Sparsamkeit, Häuslichkeit und Gemeinschaftssinn verbreiten helfen.

Cuba

Der wirtschaftliche Selbsthilfegedanke ist eines der ältesten Elemente der katholischen Sozialbewegung. Ein

Heiliger dieses Jubiläumsjahres, den Papst Pius XII. als „modernen Organisator und Vorläufer der Katholischen Aktion" bezeichnete, der spanische Priester, spätere Erzbischof und Ordensgründer Antonio Claret, hat als Oberhirt von La Habana (Cuba) gegen „Übel, die abzustellen sind", geschrieben und gewirkt. Er gründete gegen die wirtschaftliche Verelendung die ersten Sparkassen Amerikas und bestimmte im einzelnen, wie sie einzurichten seien, welche Männer sie betreuen sollten, wie die Ausleihbedingungen zu halten seien. Der mit dem Heiligen befreundete spanische Generalgouverneur der Insel unterstützte 1854 durch staatliche Anordnungen den Bischof. Während seines sechsjährigen Wirkens auf Cuba tat Antonio Claret sein Bestes, um diese Einrichtungen zu fördern; er opferte aus seiner Tasche das Geld für die Verwaltungsbücher und die Buchführung und überwachte die soziale Nutzung der Zinserträgnisse. Auch nach dem Fortgang ihres Gründers blühten die Sparkassen Clarets und nützten der Wirtschaft der großen amerikanisch-spanischen Insel.

Uruguay, Landarbeiterhilfe und Gewerkschaft

Uruguay, das Musterland unter den südamerikanischen Demokratien, hat innerhalb seiner christlichen Führungsschicht offensichtlich schöpferische Kräfte ans Licht gebracht. Unabhängig von angelsächsischem Beispiel und unmittelbaren Anregungen, wie sie im karibischen Raume zu beobachten waren, entwickelte die kleine, aber hochorganisierte Republik differenzierte Formen christlicher Selbsthilfe auf Gemeinschaftsbasis. Salesianerpater Horacio Meriggi hat sich schon vor 25 Jahren von der Not seiner bäuerlichen Umwelt gerufen gefühlt, Volkskassen zu gründen. Sie arbeiten als Sparinstitute und soziale Anleihegeber. Viele Arbeitersiedlungen gehen auf diese Volkskassen zurück. Den Bauern gewähren sie Erntekredite. Der kleinere Maßstab, die ortsgebundene Sachkenntnis dieser Geldinstitute des P. Meriggi ermöglichte ihnen, dem Wettbewerb der zentralisierten Großbanken, die mit einem Male sich auch der kleinen Leute annehmen wollten, standzuhalten. Als natürliche Ergänzung ergab sich für P. Meriggi die Sammlung der Landarbeiter und Kleinbauern in den „Sindicatos Cristianos Agricolas" zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Für die regelmäßigen Tagungen wurden Gemeinschaftshäuser errichtet, denen man Erholungsstätten angliederte. Auch Molkereien, Käsereien und Konsumgenossenschaften entstanden. Gegen den oft unsozialen Großgrundbesitz des Landes wird auf ganz legalem Wege gekämpft und zahlreichen Pächtern durch den gesteuerten Erwerb von verkaufsreifen Gütern zu Besitz verholfen. 80 % des Preises leiht die Staatsbank, 20 % geben Meriggis Volkskassen her, wenn die Pächter und Arbeiter keine flüssigen Mittel beschaffen können. P. Meriggi sammelt die neuen Eigentümer, veranlaßt die Verhandlungen und Verteilungen für seine unbeholfenen Schützlinge, die durch ihn zu Haus und Hof und Boden kommen. Wo Güter waren, entstanden blühende Dörfer, aus denen sich neue Freunde zu den „Christlichen Bauernverbänden" dieses vorbildlich wirkenden Salesianerpaters gesellen.

Noch älter als diese christliche Sammlungsbewegung unter der Landarbeiterschaft ist die christliche Gewerkschaftsarbeit im hochentwickelten Uruguay, die schon seit Jahrhundertbeginn mit der marxistischen sich messen muß und kann. Gemeinsam haben beide für die Arbeiterrechte gekämpft, die christlichen Arbeiter zuerst in den „Uniones gremiales", dann in den „Sindicatos democratico-cristianos"; sie haben den Achtstundentag und die Sonntagsruhe für Handwerker und Arbeiter schon vor der staatlichen Anerkennung im Jahre 1917 praktisch durchgesetzt. Um 1920 entstanden christliche Handelsangestelltenverbände, die bei der Sicherung sozialer Urlaubsbestimmungen mitkämpften. In Buenos Aires wie in Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay, waren es christliche Kreise, die auf die unwürdige Lage der Heimarbeiterinnen aufmerksam machten und die ausgebeuteten Näherinnen organisierten und zum Streik veranlaßten, bis Presse und Behörden sich der Sache annahmen und eine wesentliche Besserung eintrat. Es war nach alledem nicht verwunderlich, wenn sich bei der Maifeier von 1950 die christlichen Gewerkschaften Uruguays als ein sehr mächtiger Berufsverband der Öffentlichkeit vorstellen konnte. Die christliche politische Vertretung im Parlament ist leider unbedeutend, wenn auch charaktervoll. Das Feld behaupten der Liberalismus und die Linksgruppen, deren Parteiapparat eine lebendige Vertretung der christlichen Grundsätze bei der Gesetzgebung seit Jahrzehnten erfolgreich hintanhalten konnte.

Brasiliens christliche Arbeiterschaft

Das Land, in dem die katholische Kirche Südamerikas lange die schärfste Gegnerschaft erfuhr, ist Brasilien (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, Heft 9, S. 408 f.). Die Freimaurer als Vorkämpfer der Unabhängigkeit und des liberalen Fortschritts wußten das traditionalistische Kirchentum zu schwächen und die Möglichkeiten christlicher Kräftesammlung lange zu unterbinden. Die Lauheit und Unentschlossenheit vieler Katholiken kam ihnen zustatten. Die christliche Arbeiterbewegung Brasiliens trat später in Erscheinung als im benachbarten Uruguay. Erst 1932 entstand im politisch sehr maßgeblichen Staate Rio Grande do Sul die christliche Arbeiterbewegung mit dem ersten „Circulo Operario (de Pelotas)", der schon nach 3 Jahren die Gauchos dieses aktiven Südstaates zu einer Federaçao vereinigen konnte. Wiederum 2 Jahre später führte die geradezu sprunghafte Entwicklung, die Versäumtes im Sturmschritt nachzuholen bestrebt schien, den Gründer der Circulos, P. Leopoldo Brentano SJ, nach Rio de Janeiro, wo im gleichen Jahre noch die Konstituierung der „Arbeiterkreise" auf Bundesbasis erfolgen konnte. Immer schon wurde in diesem Verbande neben der materiellen Fürsorge die geistig-religiöse Vertiefung fest im Auge behalten. „Wir tragen einen Glauben in uns, sehen aber auch schon seine Verwirklichung." In 250 Ortsgruppen sind heute 200 000 Mitglieder vereinigt, die in 64 Verbandsheimen sich treffen. Von allen Arbeiterverbänden des christlichen Lateinamerika scheint diese sehr junge Organisation vielleicht die umfassendste und vielseitigste zu sein, wenngleich ein bewahrend-passiver Charakter trotz der Vielfalt ihrer Betätigung für sie eigentümlich ist. Ihre Hauptkraft zieht die Federaçao immer noch aus dem Gründerstaate Rio Grande do Sul, obschon im nördlichsten Bundesstaate, im tropischen Ceara, noch einmal soviele Ortsgruppen vorhanden sind: die Volks- und teilweise auch Wirtschaftskraft kommt

aus dem gemäßigten Süden. Die soziale, caritative, schulische und hygienische Arbeit des brasilianischen christlichen Arbeiterverbandes wird in Südamerika kaum nochmals erreicht, am ehesten von den christlichen organisatorischen Einrichtungen der Weltstadt Buenos Aires. In 263 Schulen wird Anfangsunterricht, Nähen und Hauswirtschaft gelehrt, 254 Ärzte und 166 Dentisten betreuen die Säuglingsanstalten und Kinderkrippen, die Ambulanzen und Fürsorgeeinrichtungen. 25 Apotheken, 27 Konsumläden und 23 Lichtspielhäuser gehören dem Verbande, der bereits 27 Bücher herausgeben konnte. Noch höher steht ihm allerdings die Erneuerung der christlichen Arbeiterfamilie, die durch Einkehrtage, Studienzirkel, Familienweihen und Gemeinschaftsfeste vielseitig gefördert wird. Er leistet den wirksamsten Beitrag zur Schaffung des sozialen Friedens unter der Arbeiterschaft und zur Weckung des christlichen Gemeinschaftssinnes unter den politisch gefährdetsten Brasilianern.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Das neue Mariendogma und die evangelische Welt

Es war zu erwarten, daß eine Dogmatisierung von Mariä Himmelfahrt eine tiefe Bewegung der Trauer und auch manche Empörung in der protestantischen Ökumene auslösen würde. Noch liegt die Mehrzahl offizieller und begründeter Stellungnahmen der verschiedenen christlichen Glaubensgemeinschaften nicht vor. Wir werden darüber erst später im Zusammenhang berichten können. Wer sich über das jetzt schon erkennbare Ausmaß der Ablehnung wundert, möge eine Tatsache in Rechnung stellen, die hier in aller Nüchternheit um der Wahrheit willen ausgesprochen werden muß: viele der verantwortlichen Theologen und führenden Persönlichkeiten auf protestantischer Seite haben auch unter dem Eindruck geurteilt, den sie bei katholischen Kollegen vorfanden, und der war in Deutschland, was die Opportunität und die wissenschaftliche Begründung des Dogmas angeht, eine Zeitlang hier und da ziemlich negativ. Darum kann z. B. das Gutachten der Evangelisch-Theologischen Fakultät von Heidelberg „Zur Dogmatisierung der leiblichen Himmelfahrt Mariens", das Prof. D. Edmund Schlink im Sommer 1950 verfaßt hat — und zwar für die innerkatholische Aussprache —, erklären: es sei „schwer verständlich, wie solche römische Theologen dieses Dogma wirklich aufrichtig glauben können, die es nach seiner Dogmatisierung bejahen, nachdem sie vor der Dogmatisierung wohlbegründete Bedenken angemeldet hatten" (Chr. Kaiser-Verlag, München 1950, S. 19). Da der Protest der lutherischen Bischofskonferenz, der durch die Tagespresse ging, auf dieses Gutachten zurückgeht, das auch für die Ökumene bestimmt ist, empfiehlt es sich, seine Grundgedanken ausführlicher darzulegen; denn sie werden für die noch ausstehenden Stellungnahmen maßgebend sein.

„. . . von der apostolischen Autorität gelöst"

Mit aufrichtiger Achtung und menschlicher Wärme hält dieses Gutachten zunächst die Situation des „Neuanfangs für eine Begegnung beider Kirchen in suchender Liebe" fest, wie sie aus dem gemeinsamen Kampfe erwachsen ist und zu ernsten Gesprächen, sonderlich von Personen kirchlichen Vertrauens, miteinander geführt habe; um dann unter Verzicht auf die Voraussetzungen der römischen Dogmatik, lediglich auf Grund der Voraussetzungen der evangelischen Theologie, die Frage zu prüfen, welche Folgen die Dogmatisierung für das gegenseitige Verhältnis haben werde. Das Fundament sei die Lehre der Apostel, die die endgültige und abgeschlossene Offenbarung Gottes an seine Kirche darstellt. Die Apostel verkünden nur die Auferstehung Jesu Christi, sonst „kennen sie nur eine sakramentale, aber keine leibliche Auferstehung der Gläubigen vor der Wiederkunft des Herrn". Es wird indessen kein Bezug genommen auf Mt. 27, 52 f., eine Stelle, die bei Karl Rahner eine so bemerkenswerte Rolle spielt („Wort und Wahrheit", November 1950). Sodann wird „das Schweigen der Tradition" während der ersten fünf Jahrhunderte und mancherlei Schwanken in der kirchlichen Beurteilung der Assumptafrage bis ins 16. Jahrhundert erwähnt. Das Fehlen der Zeugnisse der Heiligen Schrift und der frühen Tradition mache nach evangelischem Urteil die Dogmatisierung unmöglich. Die Römische Kirche würde „in diesem Akte nicht der Autorität der apostolischen Lehre gehorchen, sondern sich von ihr lösen. Sie würde ohne apostolische Legitimität und ohne göttlichen Auftrag handeln . . ." (S. 11). Dieses schwerwiegende Nein zur Begründung des Dogmas — die Form der unfehlbaren Lehrentscheidung wird nicht angegriffen — berücksichtigt nicht den entscheidenden ekklesiologischen Sachverhalt, auf den es Rom bei der Definition zugleich ankam: den Glauben an die ununterbrochene Herrschaft des von Christus verheißenen Heiligen Geistes in Seiner Kirche, die seit 1200 Jahren auf die Assumpta hingewiesen hat und heute durch die vereinten Träger des kirchlichen Lehramtes die päpstliche Lehrentscheidung bestätigt. Auf die Theologie vom „Glaubenssinn" in der Kirche (M. D. Koster OP) wird überhaupt nicht eingegangen.

Die „angefochtene" Mutter

Was den Inhalt des Dogmas angeht, so ist hier wie an vielen anderen protestantischen Voten zu beobachten, daß die Gottesmutter wieder stark in den Mittelpunkt der Christologie rückt. „Zu keiner Zeit kann die Kirche die irdische Mutter Jesu verschweigen, sie würde sonst die Wirklichkeit der Menschwerdung doketisch auflösen." Aber dann wird aus wenigen, keineswegs allen Stellen

des NT, die auf Jesu Mutter Bezug nehmen, bewiesen, was man anthropologisch vorher festgelegt hat: daß Maria wie wir im Glauben angefochten war und durch das Dunkel des Glaubens hindurch mußte. Gerade dadurch sei sie den Christen ein Trost. Die Dogmatisierung löse sie aus der Gemeinschaft der Kirche heraus und distanziere sie von dem wartenden Gottesvolk. Hier ist noch nicht der Schritt des Erkennens getan, den Asmussen (s. unten) und Stählin (vgl. Seite 117f.) getan haben: Gott zieht durch Christus und in Christus die Menschheit, zuerst Maria, dann die Heiligen, in Seine Herrlichkeit, ohne daß damit der Zusammenhang zur Menschheit abgeschnitten wäre; im Gegenteil, die Erlösung ist erfüllt. Infolgedessen bleibt das Pochen auf den „alleinigen Mittler Christus Jesus" von mangelndem Verständnis getrübt, obwohl die katholische Lehre von Maria als der Gehilfin Jesu Christi treffend wiedergegeben wird (S. 14). Aber die Gutachter meinen, das neue Dogma schaffe hier eine Änderung, während es doch, wie aufs Gewisseste ausgesprochen ist, den Unus Mediator et Redemptor bestätigt.

Ökumenische Auswirkungen

Weil für evangelisches Verständnis Schrift und Tradition durch die Dogmatisierung verlassen werden, werde durch diesen Schritt der Glaube von Christus abgelenkt und „würde damit zugleich das Moment des Erkennens verlieren ... Eine Dogmatisierung der Assumptio würde mehr bedeuten als nur eine abweichende Interpretation der biblisch-apostolischen Lehre, auch mehr als die verschiedene Beantwortung der Frage, wo die geschichtliche apostolische Lehre zu finden sei. Denn es wäre darauf verzichtet, die kirchliche Lehre auf die Lehre der Apostel zu gründen. Das müßte als grundsätzliche Infragestellung der Apostolizität der Römischen Kirche verstanden werden". Eine der Auswirkungen wäre die Erkenntnis in den Kreisen der Ökumene, „daß die Heilige Schrift für die Römische Kirche hinsichtlich dessen, was heilsnotwendig zu glauben ist, nicht wirklich maßgebend und darum gemeinsame biblisch-theologische Arbeit nur von ganz untergeordneter Bedeutung für alle Bemühungen um die Einheit der Kirche sein kann ...", da die Römische Kirche sich auch „auf den Anspruch gründet, selbst ‚apostolische Tradition' produzieren zu können". Die Dogmatisierung der Assumptio würde „nicht anders als durch eine autoritäre Außerkraftsetzung von allgemein anerkannten wissenschaftlichen Forschungsergebnissen zustandekommen" können. Sie würde „inmitten der kirchlichen Annäherungsbestrebungen unserer Zeit als ein grundsätzliches Nein der Römischen Kirche verstanden werden, und zwar nicht nur von der Evangelischen Kirche in Deutschland, sondern auch vom Weltprotestantismus und der orthodoxen Christenheit". Denn diese „Dogmatisierung der Assumptio Mariae würde nicht anders verstanden werden können als die Dogmatisierung eines Mythos, der der geschichtlichen Grundlage entbehrt", und „dieser Mythos würde von der Römischen Kirche in eine Reihe mit den geschichtlichen Heilstaten Gottes gestellt ...". Dies würde es daher „den antichristlichen und achristlichen Leugnern der Offenbarung Gottes in der Geschichte erleichtern, die christliche Botschaft als Mythos abzulehnen". Diese Frage sei „auch für den Bereich des politischen und sozialen Zusammenarbeitens nicht bedeutungslos", denn solche Zusammenarbeit sei nicht nur rein taktisch gemeint. Damit schneidet das Gutachten ein Problem an, dessen Ausreifen nach und nach sichtbar werden wird. Die Warnung, die an keiner Stelle einen feindseligen Ton annimmt, schließt mit dem Bekenntnis zu dem Wege suchender Liebe zueinander. Einer der Mitverfasser, Prof. Dr. Bornkamm, Präsident des Evangelischen Bundes, sprach auf der Generalversammlung dieses Bundes im Oktober immer noch davon, daß „neue gemeinsame Lebensformen für beide Konfessionen" gefunden werden müßten.

Lutherische Vorwürfe

Eben diese Linie hatten auch die Thesen von Prof. D. Walter Künneth, Erlangen, eingeschlagen, der als heftiger Gegner der katholischen Mariologie bekannt ist (abgedruckt im „Nachrichtenblatt für die evangelisch-lutherischen Geistlichen in Bayern", München, 31. Juli 1950). Auch hier wird „theologisch möglich und kirchlich rechtmäßig der Entwurf eines evangelischen Marienbildes, das jedes Konkurrenzverhältnis zu Christus ausschließt", anerkannt und Maria als Vorbild demütigen Christuszeugnisses bis zur Nachfolge gesehen. Diese Tür ist aufgegangen. Jedoch meint Künneth dann, die römische Marienverehrung im Zuge der religionsgeschichtlichen Schule als eine wohl christliche Intention bezeichnen zu müssen, die aber mit heidnischen Einschlägen und Gefahren durchsetzt sei und deren „Gefälle zu einer primitiven abergläubischen Volksfrömmigkeit gefördert" werde. Er lehnt schon die altchristliche Parallele Eva-Maria ab, besonders aber die Zuerkennung himmlischer Würde, die Maria zu einem „Heilssubjekt" mache. „Der römische Katholizismus versteht Maria als Sinnbild seines eigenen Wesens ... der kreatürlichen Mitwirkung der Kirche zum Heile ..." Darum sieht Künneth die lutherische Rechtfertigungslehre allein aus Gnade gefährdet. So auch sein Göttinger Vortrag vom 9. Oktober auf der Generalversammlung des Evangelischen Bundes. Aber auch hier verbaut kein Ton der Feindschaft das Gespräch, wenngleich Künneth es wohl nicht für möglich hält.

Reformierte Stimmen

Von dieser Haltung unterscheiden sich andere Stimmen aus dem evangelischen Lager erheblich, so besonders ein Aufsatz von Dr. Joseph Chambon im „Deutschen Pfarrerblatt" (1. und 15. Oktober 1950) über „Maria — die Herbstreife eines Menschenkultes", der auch bekannte Marienerscheinungen und Verirrungen in das Urteil einbezieht. Fast eine Sondernummer zur Mariologie könnte man die „Reformierte Kirchenzeitung" vom 1. November 1950 nennen. Allerdings ist hier wieder zu beobachten, daß ein von Pfr. D. Harmanus Obendiek verfaßter Leitartikel die biblischen Stellen über „Maria, die Mutter Jesu und Jüngerin Jesu" zu einer tiefinnerlichen Predigt über das Wort zusammenbindet: „Selig sind, die das Wort Gottes hören und bewahren". Maria, der es gegeben war, Gottes Wort zu hören und zu bewahren, durch alle Anfechtungen hindurch. Der Name der Gottesmutter hoch geehrt. „Auch bei Maria siegt die Gnadenmacht des göttlichen Wortes über Ärgernis und Torheit." Prof. O. Weber, Göttingen, fügt eine Betrachtung über das neue katholische Dogma an, die mit den Zeichen

ehrlicher Trauer die „schärfsten Verfechter des Papalismus“ für dieses Dogma verantwortlich macht. Immerhin betont er mit Karl Barth: „Es besteht nicht der mindeste Grund für das unter uns verbreitete Verfahren, die Mutter des Herren gleichsam der römischen Kirche zu überlassen, als hätten wir nichts mit ihr zu tun.“ In diesem Sinne hatte auch schon das Organ der französischen Reformierten „Réforme“ am 2. September Stellung genommen und darüber geklagt, daß der Graben zur Römischen Kirche tiefer werde und man sich fragen müsse, ob nicht ein Wille dahintersteht, den Graben unüberschreitbar zu machen.

Es würde nicht schwer sein, andere Stimmen zu zitieren, die eine fanatische Leidenschaft gegen Rom ausdrücken. Man muß sich wundern und dankbar sein, daß sie bisher nicht in den Vordergrund der führenden Publizistik traten. Im Gegenteil darf man sehr vorsichtig sagen, daß der Name Mariens wieder zu leuchten beginnt; und das ist für Katholiken, die mit gleicher Liebe zu den getrennten Brüdern schauen, ein Grund zu wahrhafter Freude. Der Graben wurde wohl tiefer, aber das Zeichen am Himmel ist wieder da, für uns alle, das heilsame Zeichen des Sieges der begnadeten Demut.

Ein großes Gnadenzeichen

Es liegt sogar ein großes Gnadenzeichen vor: ein Büchlein des lutherischen Theologen D. Hans Asmussen, Propst zu Kiel, über „Maria, die Mutter Gottes“ (Ev. Verlagswerk, Stuttgart, 61 S.). Diese Schrift bezeugt wider alles Erwarten einen durchdringenden Blick für das ganze Geheimnis Mariens und dürfte die erste grundlegende lutherische Mariologie sein, die in einem Augenblick höchster Verantwortung für die Einheit der Christenheit ein rettendes Wort spricht. Mit klarer Absicht wirft Asmussen die Frage auf: „Ist Maria nicht die Mutter Gottes, dann hat die Kirche aller Zeiten geirrt — oder aber wir, die wir der Maria diese Bezeichnung verweigern, haben uns von der allgemeinen christlichen Kirche getrennt“. Von Maria her prüft Asmussen, der wie kein evangelischer Theologe sich, ungeachtet aller Anfeindungen, um die Fortführung des Gespräches mit Rom bemüht, die wesentlichen Züge des evangelischen Glaubens durch. Er geht dabei jeweils von protestantischen Vorurteilen aus, aber diese erweisen sich ihm als säkulare Irrungen, die nicht in der Heiligen Schrift ihren Grund haben. Die ganze Weltgeschichte als Heilsgeschichte „ist nur dazu da, um Israel und Juda, und damit Maria und damit Jesus zu ermöglichen“. Deshalb lege die Bibel Gewicht darauf, daß die Mutter Jesu eine bestimmte Gestalt und nicht irgendein Mythos ist. Denn „Maria garantiert die Geschichte Jesu und garantiert uns eine uns zugängliche Geschichte“. Allen „Doketen“ hält er entgegen: „Man hat Jesus nicht ohne Maria ... Es hängt unser Heil daran“, und wer Christus Gottes Sohn heißt, müsse die Echtheit seiner Aussage daran prüfen, welche Rolle Maria in seinen Gedanken spiele. „Nur wenn die Menschheit selbst tat, was getan werden mußte, dann haben wir Grund, fröhlich zu sein. Aber das läßt sich in Übereinstimmung mit der Bibel nur sagen, wenn unser Glaube an Jesus zugleich seine Mutter umfaßt ... Und wenn jemandes Glaube Maria nicht umfaßt, so kann er nur in einer glücklichen Inkonsequenz selig und errettet werden.“

In Maria steht die Menschheit in „Mitwirkung“

„Man redet in unserer Kirche gern von der Alleinwirksamkeit der Gnade. Man redet mit Recht davon. Aber welches Gewicht eine solche Rede hat, sieht man doch erst, wenn man ermißt, daß die Gnade allein in solchen Menschen wirkt, die mitwirken. Und Maria ist das aufgerichtete Zeichen in der Menschheitsgeschichte, daß die Gnade allein wirkt, aber eben in solchen Menschen, die ‚mitwirken‘.“ Und er fährt fort: „Wir glauben doch vielmehr, daß da, wo Gemeinschaft mit Gott ist, der Mensch tut, was Gott tut. Das aber ist das eigentliche Problem der ‚Mitwirkung‘. Nirgend aber wird das Problem so deutlich gestellt wie bei Maria. Es ist Gottes Heiliger Geist, der das Kind Jesus im Mutterleibe werden läßt. Was da in der Krippe liegt, ist Gottes Werk, in ganz anderer Weise als jedes andere Kind ... Aber es ist doch wohl auch Marias ‚Werk‘?! Alles spricht dafür, daß dieses Kind die Züge Marias an sich trug ... Hinter Maria aber stand die ganze Menschheit, die mit Adam ihren Anfang nahm. Diese ganze Menschheit kam zum Zuge, als Maria ihr Kind gebar. Sie war in ‚Mitwirkung‘, als die Mutter Maria Mutter wurde. Denn ein Mensch lebt nicht für sich allein; alle vorherigen Geschlechter fordern ihr Teil an ihm. Deshalb kulminiert in Maria die ‚Mitwirkung‘ aller Geschlechter seit Adam ... Maria fällte eine Entscheidung für das ganze Menschengeschlecht, als sie zu dem Engel sprach ...“ Man wird kaum sagen können, daß Asmussen die Bücher von Heinrich Maria Köster studiert hat. Man wird noch weniger annehmen dürfen, daß er das Geheimnis des hl. Grignon und das „Goldene Buch“ kennt. Aber was heißt es, wenn Asmussen schreibt: „Und als Menschheitsereignis ist darum auch zu beurteilen, was aus dieser Entscheidung Marias folgte. So wie sich Gott zu Maria verhielt, so verhält er sich zur Menschheit. Und nur, wenn die Menschen in die Entscheidung der Maria eintreten, kann ihnen die Entscheidung der Maria heilsam sein. Auf Menschheitsebene muß die Geburt aus der Jungfrau verstanden werden. Das Empfangen ist es, was der Menschheit gebührt, ebenso wie dem einzelnen Menschen ... Dieses Gesetz der Empfängnis herrscht seither in Gottes Reich und in der Kirche. Überall, wo es verkehrt wird, da versinkt die Kirche in Ketzerei. Denn überall da wird sie dem Willen des Mannes unterworfen. Und gerade das darf nicht geschehen!“

Leider streift Asmussen nur die marianischen Stellen der Heiligen Schrift, aber er sagt darüber hinaus den unerhörten Satz, „daß das ganze übrige Neue Testament geradezu die Luft der Jungfrauengeburt atmet“. Er holt weit aus im Alten Testament und hebt das Bild der „Ehe“ Gottes mit Israel wieder ins Bewußtsein, das Bild jenes Bundes, der auf Maria und die Geburt des Gnadensohnes aus der Jungfrau hinführt. „Maria ist der Inbegriff jenes Ereignisses, daß der Heilige Geist sich zum wirksamen Herren auch der Körperlichkeit macht ... Denn hinfort wird nur der wahrhaft geboren, der aus der Kirche durch den Geist hervorgeht ... Wenn in der Kirche die Aufmerksamkeit sinkt, mit der man auf Maria achtet, dann ist die Schwärmerei nahe, welche eine reine Geistesgeschichte annimmt ...“ So wird ihm das Magnificat zum Ort, da jeder echte Christ sich wiederfindet. Und er weist die Sorge vor „Menschenvergötte-

rung“ zurück mit dem Hinweis auf den Lobgesang der Elisabeth, als Maria sie besuchte: „Du bist gebenedeit...“ Mit Elisabeth müsse die ganze Kirche Maria besingen. Allerdings bestehe die Gefahr, weil Maria so groß und so herrlich sei, den Sohn nur in Maria zu nehmen, während wir doch Maria in und mit Christus empfangen. Maria aber nicht besingen, sei dasselbe, als wenn ein Mensch spräche: „Man kann es doch nicht genau wissen, ob die Menschheit wirklich gerettet ist.“ Damit ist wohl die pastorale Intention der Dogmatisierung von Mariae Assumptio getroffen: diese Gewißheit unbedingt zu machen.

Gott und Mensch

Asmussen stellt diese Marienbetrachtung auch in den geistesgeschichtlichen Umbruch unseres Lebensgefühls, für den wir noch keine gültigen Worte gefunden hätten und der es nun möglich mache, Maria, wie überhaupt die großen biblischen Gestalten, denen E. Stauffer in seiner „Theologie des NT“ einen Mittlercharakter zuschreibt (S. 185), nicht nur als Einzelne zu sehen, sondern als unsere „Repräsentantin“. Besonders die johanneischen Stellen über Maria bei der Hochzeit von Kana und der Kreuzesszene führten uns vor das Geheimnis des Typus in der Erlösung. Der Jünger werde zum „Sohn“ dieser „Mutter“; und der „Mutter“ wird es obliegen, „Mutter“ solcher Söhne zu sein und ihnen damit die Möglichkeit zu geben, ihre Sohnschaft gegen Gott mit der Sohnschaft gegen die Kirche zu bewähren. Zur Hochzeit von Kana heißt es: „Es wird immer in der Christenheit jenen Typus geben, der den Herrn zu seinen Wunderwerken reizt“. Hier will Asmussen „in die Tiefen der Erlösung hinabsteigen. Gott spricht nämlich in seiner Erlösung zwar ein deutliches Nein zu unserer Sündhaftigkeit, aber nicht zu unserer Geschöpflichkeit ...“, und damit stellt sich Asmussen dem Geheimnis, ob Maria auf seiten der Menschheit oder auf seiten Gottes gehört, und er sucht die protestantischen Vorwürfe gegen ihre „Vergötterung“ bei den Katholiken zu entkräften. Zwar macht er starke Vorbehalte, ob es möglich sei, „besondere Offenbarungen Gottes an seine Diener“ (die er ausdrücklich anerkennt!) verbindlich für alle zu erklären. Diese Frage scheint auf die Dogmatisierung zu zielen, ohne daß von ihr gesprochen wird. Aber dann geht er der Sache mit großer Entschlossenheit und Schärfe des Blickes auf den Grund.
Er meint, die Einwände gegen die katholische Verherrlichung der Gottesmutter kämen nicht eigentlich aus dem evangelischen Glauben, sondern aus einer Weltanschauung. „Stimmt die uns so vertraute Scheidung und Unterscheidung von Gott und Mensch wirklich so absolut, wie wir sie zu nehmen gewohnt sind? Es lassen sich doch im Neuen Testament eine Reihe von Zügen nachweisen, welche nicht ohne weiteres in dieses Schema passen. Das kann auch gar nicht sein, wenn Jesus Christus wirklich der Mittler ist. Die Eigenart seines Mittlertums bringt es mit sich, daß nicht nur Er an Menschlichem teilnimmt, sondern daß auch wir an dem Seinen teilnehmen.“ Diese Scheidung, die wir machen, „vermag nicht auszudrücken, was entsteht, wenn das Werk des Mittlers zum Tragen kommt“. Ähnlich wie Landesbischof D. Stählin weist auch Propst Asmussen darauf hin, daß wir in Christus auf die Seite Gottes gegen die Welt gestellt sind, daß wir „der göttlichen Natur teilhaftig werden“, weil Jesus vor dem Vater sagte: „Ich habe ihnen gegeben die Herrlichkeit, die Du mir gegeben hast“. Das Geheimnis der Heiligkeit! Gott und seine Heiligen bilden eine Einheit, und Maria steht mit allen Heiligen auf der Seite Gottes der Welt gegenüber! „Maria ist der Urtyp der Gläubigen“, und „die Welt der Erlösung ist ein sinnvoller Organismus. Dies nicht zu sehen, das hat sicher zu allen Zeiten zur Folge, daß man mit der Aufgabe der Heiligung ebensowenig zu Rande kommt wie mit dem Bau der Kirche! ... Darum ist die Kirche in Unordnung, wenn Maria in ihr nicht den rechten Ort hat, wenn also sie — und alle anderen — nicht so behandelt wird, wie es dem Orte entspricht, an welchen Gott uns stellt ...“

Mariens Teilnahme am Mittlertum Christi

So wird diese merkwürdige, zeitgemäße Schrift auf jeder Seite, was H. M. Köster auf seine Weise unlängst in dem Aufsatz „Das theologische Gewissen und die marianische Frage“ (Theologie und Glaube, Heft 5) versucht hat: theologische Gewissenserforschung vor dem Namen und Bild Mariens. Sie führt dann Asmussen unfehlbar in die Fülle des „totus Christus“. Sie ist in dieser leidvollen, aber segensreichen Spannung um die Erkenntnis der Gottesmutter vielleicht die Brücke über den Graben, der sich so vertieft zu haben scheint. Bis zu welchem Ausmaß das wahr ist, zeigen die letzten Seiten der Schrift über das priesterliche Mittleramt Mariens: „Gehört das Priesterliche zum Wesen des Glaubens, dann ist aber auch die Frage nach der Mittlerschaft neu gestellt ... dann müssen wir aber auch anerkennen, daß Maria in dieser Mittlerschaft steht, weil sie ein vornehmes Glied der priesterlichen Schar ist. Die Frage ist nur, ob es sich um eine Mittlerschaft in Christus oder um eine Mittlerschaft neben Christus handelt ... Rechnen wir aber mit einer Mittlerschaft in Christus, dann sagen wir damit aus, daß Christi Werk nicht fruchtlos geblieben ist.“ So sieht denn Asmussen in voller Klarheit, daß Maria, die Mutter des Herren, „in seiner Nachfolge teilnimmt am Mittlertum“. Und er gewinnt schließlich im Ernstnehmen der Seligpreisungen, bei denen Jesus ein neues Sein der Heiligkeit von wirklichen Menschen aussagte, den Zugang zu der Tiefe fortwirkender Inkarnation des Logos in der Communio Sanctorum. Er beklagt es, daß die evangelische Christenheit nicht mehr wage, von Menschen, an denen die Gnade sich erweise, Gott zur Ehre auszusagen, daß sie in Christus die Seligkeit erlangt haben.
Asmussen beschließt diese in ihrer schamhaften männlichen Sprache tief gläubige Schrift mit folgenden Sätzen: „Solange die Verehrung, welche wir dem Herrn Christus angedeihen lassen, ohne das Echo des Segens ist, mit welchem Gott die Mutter Jesu Christi segnete, müssen wir uns den Verdacht gefallen lassen, daß wir gar nicht den Einen Mittler Jesus Christus meinen, sondern nur eine zeitlose Idee, der wir den Namen Jesus Christus beilegen. Unsere Lehre über die Maria mag noch so sauber sein — solange unsere Gebete an ihr vorbeigehen, ist uns die Herrlichkeit ihres Sohnes nicht im Vollsinn aufgegangen.“

Eine Kanzelabkündigung der lutherischen Landesbischöfe

Vor Redaktionsschluß erreicht uns der volle Wortlaut der „Erklärung der Lutherischen Bischofskonferenz zu dem durch den Papst in Rom definierten Dogma von der

leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel", zuerst am 5. November in Kulmbach von dem „Leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands", D. Hans Meiser, im Gottesdienst verlesen. Dazu erhalten wir die Nachricht, daß diese Erklärung inzwischen auch als Kanzelabkündigung in den Gemeinden der lutherischen Landeskirchen bekannt gegeben worden ist. Wir drucken daher den vollen Wortlaut ab, der eine beträchtliche Vergröberung des Heidelberger Gutachtens darstellt und daraus die Folgerungen zieht, ohne den Versuch, sich in die katholische Situation und Dogmenentwicklung zu versetzen, alle für die Prüfung dieser Frage erforderlichen Unterlagen abzuwarten oder alle erreichbaren Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Es ist hier nicht der Ort, die Legitimation der „Lutherischen Bischofskonferenz" zu diesem Schnellurteil zu prüfen. Immerhin bleibt eine bemerkenswerte Tatsache festzustellen: D. Meiser und die ihm folgenden Landesbischöfe haben den Mut, bei der Abwehr des Primats im Widerspruch zu der herrschenden lutherischen Universitätstheologie die Geburt Jesu, des Sohnes Gottes, aus der Jungfrau Maria zu bekennen und zu gestatten, daß Maria „Gottesmutter" genannt werden „darf", womit Maria „eine besondere Stellung innerhalb des ganzen Menschengeschlechts" einnimmt. Es war also vermutlich die Absicht der Landesbischöfe, das seit 400 Jahren von den lutherischen Kirchenhäuptern verleugnete oder, wie D. Otto Dibelius einmal sagte, preisgegebene Lehramt endlich wieder — wenigstens Rom gegenüber — auszuüben, und sei es im Widerspruch zu der Mehrzahl der lutherischen Theologen, die die Jungfrauengeburt ablehnen. Die Glaubwürdigkeit dieses neu betätigten Lehramtes wird sich an seiner Folgerichtigkeit innerhalb der VELKD vor der Christenheit zu erweisen haben.

Der Wortlaut der Erklärung Landesbischof Meisers

Am 1. November 1950 hat Papst Pius XII. in Rom die Lehre von der leiblichen Aufnahme Mariens in die himmlische Herrlichkeit zur Würde eines definierten Dogmas erhoben.

Diese Entscheidung innerhalb der römisch-katholischen Kirche ist so verhängnisvoll und für uns Glieder am Leibe Christi so schmerzlich, daß wir als Bischöfe der evangelisch-lutherischen Kirche dazu nicht schweigen können. Wir bezeugen darum allen Gliedern der Kirche Jesu Christi:

1.

Die Lehre von der leiblichen Aufnahme Mariens in die himmlische Herrlichkeit (gewöhnlich die Lehre von der Himmelfahrt Mariens genannt) hat keinen Grund in der Heiligen Schrift und widerspricht ihrem klaren Zeugnis von der Aufeinanderfolge der Auferstehung Christi und der Auferstehung aller Glaubenden (1 Kor. 15, 23 ff.).

Nach dem Zeugnis der Heiligen Schrift ist Maria, die Mutter Jesu, in einzigartiger Weise von Gott in Dienst genommen worden, indem sie als Jungfrau den Sohn Gottes geboren hat. Sie darf daher mit den Vätern der Kirche Gottesmutter genannt werden und nimmt insofern eine besondere Stellung innerhalb des ganzen Menschengeschlechtes ein.

Zugleich zeigt uns aber die Heilige Schrift, daß Maria, wie viele andere Menschen, den Weg Jesu nicht zu verstehen vermochte und daß er ihr nicht nur ein Schmerz, sondern auch eine Anfechtung war. Und wenn sie dann nach Jesu Tod und Auferstehung der urchristlichen Gemeinde angehörte, so nur als schlichtes Glied. Die Bibel berichtet uns nichts davon, daß sie in der Gemeinde mit einer besonderen Würde bekleidet gewesen wäre.

Wird aber Maria durch die unbiblische Behauptung ihrer unbefleckten Empfängnis und ihrer Himmelfahrt tatsächlich aus dem Zusammenhang der Menschheit herausgelöst, über alle Heiligen und Engel erhoben und gar als „Mittlerin und Miterlöserin" neben Jesus Christus gestellt, dann wird das biblische Bild der Mutter Jesu zerstört.

Wenn das Dogma feststellt, daß der Leib Mariens schon jetzt in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ist, dann wird vorweggenommen, was Gott der Herr sich für das Ende der Zeit vorbehalten hat, ja noch mehr, Maria erhält eine sie von der übrigen christlichen Gemeinde unterscheidende christusähnliche Würde und Rangstellung.

2.

Auch in den nachbiblischen Lehrzeugnissen der alten christlichen Kirche, die wir mit der römischen Kirche gemeinsam haben, findet sich kein Hinweis auf die Himmelfahrt Mariens.

Erst vierhundert Jahre nach Christus taucht eine Legende auf, die folgendes erzählt:

Als Maria, die Mutter Jesu, auf dem Sterbebett lag, waren alle Apostel um sie versammelt. Da nahte sich Jesus mit seinen Engeln, nahm ihre Seele auf und übergab sie dem Erzengel Michael. Als die Apostel am nächsten Tage ihren Leib zu Grabe bringen wollten, erschien Jesus zum zweiten Male und entrückte ihren Leib in einer Wolke in das Paradies, wo sich die Seele wieder mit dem Leib vereinigte.

Obwohl verantwortliche Kirchenlehrer gegen die Anerkennung dieser Legende Einspruch erhoben, führte die aus alten außerchristlichen Erinnerungen genährte Volksfrömmigkeit zur Entstehung eines Kirchenfestes zu Ehren der angeblichen Himmelfahrt Mariens. Noch bis zum Jahre 1568 bringt das römische Brevier zum Ausdruck, daß die Kirche nicht weiß, was mit dem Leib Mariens geschehen ist.

Wenn heute der Papst als oberster Lehrer der römischen Kirche aus der Legende von der Himmelfahrt Mariens einen Glaubenssatz macht und an diesen das ewige Heil aller Gläubigen bindet, so ist damit auch innerhalb der Lehrtradition der römischen Kirche ein tiefer Einschnitt erfolgt. Der Papst verläßt den bisherigen Grundsatz, daß nur das wahrhaft katholisch ist, „was überall, was immer, was von allen geglaubt worden ist".

3.

Die Christenheit der Welt steht damit zum erstenmal in ihrer Geschichte vor der Tatsache, daß ein Papst aus der ihm 1870 zugesprochenen Unfehlbarkeit heraus einen Glaubenssatz definiert.

Der Widerspruch, der damals aus allen christlichen Kirchen gegen das Unfehlbarkeitsdogma laut wurde und zur Abspaltung der altkatholischen Kirche von Rom führte, erhält durch die Dogmatisierung der leiblichen Himmelfahrt Mariens eine erschreckend eindrückliche Recht-

fertigung. Denn dieses Dogma ist nicht nur wie manches ältere Dogma der römischen Kirche eine irrige Auslegung der apostolischen Lehre, sondern hat überhaupt keinen Grund mehr in der Botschaft der Apostel und bedeutet darum die grundsätzliche Loslösung des römischen Bischofs vom Gehorsam gegenüber den Aposteln unseres Herrn Jesu Christi.
Obwohl die römisch-katholische Theologie sich bemüht, die Verehrung Mariens von der der Heiligen Dreieinigkeit geschuldeten Anbetung abzugrenzen, kann sie nicht verhindern, daß die Volksfrömmigkeit durch das neue Dogma zur Übertretung des ersten Gebotes verleitet wird. Die Losung: „Durch Maria zu Christus!" verdunkelt in Wahrheit den Weg, den Gott den Menschen zum Heil gewiesen hat.

4.

Die dem Evangelium widersprechende Dogmatisierung der Himmelfahrt Mariens erfüllt uns schließlich mit besonderem Schmerz im Blick auf das Verhältnis der christlichen Kirchen zueinander.
Durch den Kampf wider die gottfeindlichen Mächte, der in dieser dem Ende zueilenden Zeit in letzter Schärfe entbrannt ist, waren die christlichen Kirchen in einer Weise einander zugewandt, daß ihre Glieder das Gefühl der Fremdheit und der polemischen Erstarrung gegeneinander verloren und aufeinander zu hören und voneinander zu lernen bereit wurden.
Voraussetzung dieser Annäherung war die Anerkenntnis, daß das Zeugnis der Apostel die Grundlage der kirchlichen Lehre sein müßte. Durch die nun erfolgte Entscheidung der römischen Kirche ist diese Grundlage verlassen. Mit tiefer Sorge sehen wir voraus, welche Folgerungen sich aus dieser Preisgabe der Grundlagen der Kirche ergeben können.

5.

Unseren Gemeinden aber bezeugen wir in dieser Stunde das alleinige Heil in Christo, dem Gekreuzigten und Auferstandenen. Wir bleiben bei dem Herrenwort des Johannesevangeliums: „Niemand fährt gen Himmel, denn der vom Himmel herniedergekommen ist, nämlich des Menschen Sohn, der im Himmel ist" (Joh. 3, 13).
Wir rufen unsere Gemeinden auf, es durch Wort und Wandel zu bekräftigen, daß es zur Seligkeit keines anderen Mittlers als unseres Herrn Jesu Christi bedarf:
„Auf Christi Himmelfahrt allein ich meine Nachfahrt gründe."

Den Demütigen ſchirmt und befreit Gott; den Demütigen liebt und tröſtet er; dem demütigen Menſchen neigt er ſich zu; dem Demütigen ſchenkt er reiche Gnade; und nach ſeiner Erniedrigung erhebt er ihn in die Glorie.
Dem Demütigen enthüllt er ſeine Geheimniſſe und führt ihn ſanft zu ſich und ladet ihn ein.

Thomas von Kempen

Beachten Sie von jetzt ab stets auf der dritten Umschlagseite unser Stichwortregister zum jeweiligen Heft.

HERDER-KORRESPONDENZ

Viertes und fünftes Heft - 5. Jahrgang - Januar/Februar 1951

Die Krieger dieser Welt führen oft genug ungerechte Kriege, unser allmächtiger Herr dagegen kämpft für himmlische Dinge und mit himmlischen Waffen; und gleicherweise kämpfen seine Soldaten den guten Kampf des Glaubens. Sie streiten gegen ihre und ihres Meisters drei großen Feinde: die Welt, das Fleisch und den Teufel. Er ist bedeckt mit Blut, aber es ist sein eigenes Blut, das er vergossen hat für unsere Erlösung. Und die ihm folgen, sind rot von Blut; aber auch das ist sein Blut, denn so steht geschrieben: „Sie haben ihr Gewand gewaschen und weiß gemacht im Blut des Lammes".

John Henry Newman

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Gegen den Klassenkampf

Vertreter der Evangelischen Kirche und der Katholischen Arbeiterbewegung haben in einer gemeinsamen Erklärung, die am 9. Dezember in einer Pressekonferenz im Kölner Kettelerhaus bekanntgegeben wurde, Arbeiter und Unternehmer zum sozialen Frieden aufgerufen. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

In der evangelischen und katholischen Sozialarbeit stehende Organisationen und Persönlichkeiten sehen seit Monaten mit Sorge, daß sich die sozialen Schichten unseres Volkes immer mehr entfremden. Unter dem Einfluß unfruchtbarer und weithin veralteter Wirtschaftsdoktrinen droht ein neuer Klassenkampf von oben und unten. Im Blick auf das weltpolitische Geschehen kann dies nur bedauert werden.

Wir vermissen bei vielen Unternehmern eine ausreichende Würdigung der Tatsache, daß der Wiederaufbau ihrer Betriebe nicht nur der unternehmerischen Leistung, sondern zugleich der Mitarbeit aller in der Wirtschaft Tätigen und einem Konsumverzicht des gesamten Volkes zu verdanken ist. Daraus ergeben sich moralische und rechtliche Verpflichtungen, die baldigst erfüllt werden müssen. Große Teile der Unternehmerschaft haben noch nicht erkannt, daß der wichtigste aller ihrer Geschäftspartner die eigene Mitarbeiterschaft ist und daß sich ihr Betriebsinteresse der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung unterzuordnen hat.

Auch die Gewerkschaften sind in der Gefahr, den Aufbau zentraler Machtbefugnisse über die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Volksgesamtheit zu stellen. Die berechtigte Forderung der Arbeitnehmerschaft nach einer besseren sozialen Wirtschaftsordnung wird durch die Rückkehr zu marxistisch-materialistischen Ideen, die leider im DGB zunehmend sichtbar wird, gefährdet. Innerhalb der Arbeiterschaft und auch unter den Mitgliedern des DGB sind breite Schichten christlicher Arbeitnehmer, die nicht gewillt sind, die Festlegung auf solche Ideen mitzumachen. In den letzten Wochen sind Veröffentlichungen des DGB herausgebracht worden, die den christlichen Arbeiter aufs tiefste verletzen und schwer gegen die weltanschauliche Toleranz verstoßen. Die Presse des DGB hat eine wirtschafts- und sozialpolitische Linie bezogen, die allzu einseitig parteipolitisch ausgerichtet ist.

Die Christen aller Konfessionen sind verpflichtet, gemeinsam darauf hinzuweisen, daß das Mittel der rücksichtslosen Gewalt weder im Völkerleben noch zwischen den Sozialpartnern Segen bringen kann, sondern zum Verderben aller führen wird. Deshalb müssen alle Beteiligten bereit sein, auch dem Standpunkt der Gegenseite Rechnung zu tragen, wenn sie nicht die eigene Sache verderben wollen. Zu solcher Bereitschaft rufen wir auf.

Gibt es eine deutsche öffentliche Meinung über die Wiederbewaffnung?

Bei der Diskussion über die „Wiederbewaffnung" Deutschlands wird manchmal die Tatsache übersehen, daß, obwohl eine offizielle Volksbefragung nicht stattfinden soll, von Ende 1948 bis jetzt eine Reihe von privaten Meinungsbefragungen vorgenommen wurden, die in ihrer Gesamtheit ein zwar nicht eindeutiges, aber beachtliches Bild von der Einstellung der westdeutschen Bevölkerung zu dieser Frage vermitteln können. Veranstalter dieser Befragungen waren nach modernen Verfahren arbeitende unabhängige Meinungsforschungsinstitute und parteipolitisch nicht gebundene Zeitungen und Zeitschriften, die sich der einfachen Methode der Leserumfrage bedienten. Die einzelnen Ergebnisse seien hier in zeitlicher Reihenfolge zusammengestellt:

1. Im Oktober 1948 stellte die Zeitschrift „Die Wandlung", deren Mitherausgeber Karl Jaspers war, ihren Lesern die Frage: „Wünschen Sie persönlich ein verfassungsmäßiges Recht zu besitzen, den Kriegsdienst zu verweigern?" 76,3 % der Antworten lauteten „Ja!"

2. Die „Frankfurter Neue Presse“ übernahm die Frage der „Wandlung“ und legte sie ihrem Leserkreis vor. Am 24. 12. 1948 veröffentlichte sie das Ergebnis: 88,3 % hatten die Frage bejaht!

3. Zur gleichen Zeit bat die „Kasseler Zeitung“ ihre Leser, zur Kriegsdienstverweigerung Stellung zu nehmen. Für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sprachen sich 94,4 % der antwortenden Leser aus.

4. Die nächste Leserumfrage wurde im November 1949 von den „Bremer Nachrichten“ veranstaltet: 75 % der eingegangenen Leserzuschriften lehnten eine Wiederbewaffnung Deutschlands entschieden ab.

5. Im Januar 1950 fand die Wiederholung einer wissenschaftlichen Meinungsanalyse vom Juni 1949 statt, beide wurden vom Institut „Emnid“ (Bielefeld) durchgeführt. Die Frage lautete: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden, oder daß Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden würde?“ „Nein!“ antworteten 74,6 %, noch etwas mehr als bei der ersten Umfrage ein halbes Jahr früher.

6. Die im Auftrag der deutschen katholischen Bischöfe erscheinende Zeitschrift „Mann in der Zeit“ (Fulda) stellte im Januar 1950 den Wehrdienst ebenfalls zur Diskussion. 90 % der Zuschriften lehnten den Wehrdienst sowohl in einer westdeutschen Armee wie in einem europäischen Verbande ab. Die Redaktion schrieb dazu: „Die tragende Schicht der deutschen katholischen Männer lehnt in ihrer überwiegenden Mehrheit grundsätzlich Wehrdienst und Krieg ab. Daher entbehren alle Diskussionen über Remilitarisierung in Westdeutschland jeder realen Grundlage.“

7. Im Mai 1950 ließ die Erziehungsabteilung des amerikanischen Landeskommissariats für Bayern durch deutsche Fachleute an 560 Studenten der Universitäten München und Erlangen, von denen 70 % ehemalige Wehrmachtsangehörige waren, die Frage richten: „Angenommen, Deutschland hätte wieder eine Wehrmacht — würden Sie dann Soldat sein wollen?“ „Nein!“ antworteten in Erlangen 91 %, in München 96 % der Studenten.

8. Das Institut „Disma“ (Hamburg) führte am 15. August 1950 eine „Blitzumfrage“ in ganz Westdeutschland durch und stellte fest, daß von den befragten Männern im Falle einer Wiederbewaffnung höchstens jeder zehnte sich freiwillig melden würde, während weit mehr als jeder dritte sogar einer Einberufung widersprechen und den Kriegsdienst verweigern wollte.

9. Der „Reutlinger Generalanzeiger“ fragte im August 1950 seine Leser: „Willst Du wieder eine Wehrmacht?“ und „Bist Du für eine europäische Armee mit deutschen Kontingenten?“ Die erste Frage wurde von 91,3 %, die zweite von 90 % der Umfrageteilnehmer verneint. (Für Neutralität Deutschlands waren 80,5 %.)

10. Die illustrierte Wochenschrift „7 Tage“ (Konstanz) erhielt auf ihre im September 1950 gestellten Fragen „Wünschen Sie eine Wiederaufrüstung Deutschlands?“ und „Sind Sie selbst bereit, wieder Militärdienst zu tun?“ sechzehntausend Antworten. Davon verneinten die erste Frage 73 %, die zweite 85 %. (Für Neutralität Deutschlands sprachen sich 84 % aus.)

11. Die „Abendpost“ (Frankfurt) rief ihre Leser am 28. Oktober 1950 zu einer „privaten Volksbefragung“ auf, bei der sich 68,25 % grundsätzlich gegen jede Art von Remilitarisierung wandten.

12. Im Oktober 1950 stellte die in Essen erscheinende Zeitschrift „Befreiung“, das Organ der katholischen Arbeiterjugend CAJ, Wiederbewaffnung und Kriegsdienstverweigerung zur Diskussion. In einem offenen Brief an den Bundeskanzler teilte die Redaktion das Ergebnis mit: 71 % der Befragten verwarfen entschieden und teilweise radikal den Gedanken einer Wiederbewaffnung. Die Zahl der Jungarbeiter, die sich an dieser Umfrage beteiligten — fast alle waren schon einmal Soldaten — war größer als bei allen vorherigen Diskussionen der Zeitschrift.

13. Zur gleichen Zeit befragte die „Frankenpost“ (Hof a. d. Saale) ihre Leser nach ihrer Meinung. 89 % der Zuschriften lehnten die Wiederbewaffnung vorbehaltlos ab.

14. Die Zeitschrift „Der Spiegel“ (Hannover) berichtet am 15. 11. 1950 von zwei gleichzeitigen Abstimmungen unter den Studenten von Cambridge und Bonn über die Beteiligung Westdeutschlands an der Atlantikverteidigung. Während in Cambridge die Mehrheit für deutsche Soldaten war, sprachen sich 70 % der Bonner Studenten gegen deutsche Beteiligung aus.

15. Ein ähnliches Ergebnis zeigte eine Befragung von Göttinger Studenten, über die „Die Welt“ (Hamburg) am 3. 12. 1950 berichtet: 69 % sprachen sich gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag aus.

Man kann zusammenfassend von diesen Unternehmungen also sagen: Es wurden zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen unabhängigen Veranstaltern in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik verschiedenartige Bevölkerungskreise angesprochen. Es entsteht dabei das Bild der Ablehnung der Wiederaufrüstung Deutschlands und Befürwortung des im Bonner Grundgesetz verankerten Kriegsdienstverweigerungsrechtes durch die überwiegende Mehrheit der Befragten, die sicher einen starken Teil der westdeutschen Bevölkerung repräsentieren. Eingeschränkt wird die Gültigkeit dieses Bildes vielleicht durch die Überlegung, daß bei den Befragungen der Zeitungen und Zeitschriften wahrscheinlich nur die antworten, die in dieser Frage eine stark affektiv unterbaute Überzeugung haben, denn der normale deutsche Zeitungsleser muß schon von einem starken Affekt getrieben sein, ehe er sich öffentlich äußert. Auf der anderen Seite berichten die betreffenden Organe jedoch, daß die Beteiligung an dieser Umfrage sehr groß gewesen sei. Der Vorgang der öffentlichen Meinungsbildung darf also auch nicht unterbewertet werden.

Welche Gründe die einzelnen bewogen haben, sich gegen Wiederbewaffnung und Kriegsdienst auszusprechen, läßt sich aus dem vorliegenden Material nicht mit Sicherheit ermitteln. Immerhin erlauben die mit einem Teil der Befragungen veröffentlichten Meinungsäußerungen folgende Rückschlüsse:

1. Eine Täuschung über die Bedeutung der für die westliche Welt drohenden Gefahr kann nicht ohne weiteres unterstellt werden, denn die Befragungen zeigen, daß auch nach dem Ausbruch des Koreakrieges kein Meinungsumschwung eintrat (vgl. Nr. 8—15), wie manchmal angenommen worden ist.

2. Beleidigter „Nationalstolz“ („Diffamierung des deutschen Soldatentums“) begründete zweifellos manchmal die Ablehnung. Aber dieses Motiv darf (vgl. etwa Nr. 6 und 12) nicht überschätzt werden.

3. Die Auffassung, daß der moderne Krieg an sich nicht nur letztlich erfolglos, sondern auch sittlich verwerflich

ist, hat vor allem in christlichen Kreisen beider Bekenntnisse stark an Boden gewonnen. Hinzu kommt noch die Befürchtung, daß in einem kommenden Krieg Deutsche gegen Deutsche kämpfen müßten.

4. Es besteht weitgehend die Ansicht, daß — ganz abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen — die konkrete politisch-geographische Lage eine Wiederbewaffnung Deutschlands nicht ratsam erscheinen läßt.

Trierer Seminaristen in den Kohlenzechen

In der Trierer Theologischen Zeitschrift (Heft 9/10, 1950) berichtet J. Höffner über einen interessanten Versuch:

In den Osterferien 1950 arbeiteten zehn Trierer Theologiestudenten etwa fünf Wochen lang in den Kohlenzechen des Rhein-Ruhrgebietes. Mit den Zechen-Leitungen war vereinbart worden, daß die Theologen von einander getrennt in verschiedenen Gruben unter Tage, also nicht in den Büros, beschäftigt werden und in den Ledigenheimen wohnen sollten. Die folgenden Auszüge aus den Berichten geben die Eindrücke wieder, welche die Theologen bei den Kumpels gewonnen haben.

Das Arbeitsethos

„Als ich meine erste Schicht begann, wurde ich sehr drastisch begrüßt: Was willst du denn hier? Wo kommst du her? Hast du deine Mutter kaputt geschlagen? Aus welchem Zuchthaus haben sie dich laufen lassen? Wir sind nämlich lauter Ausgestoßene, keine Menschen mehr. — Die Selbstachtung des Bergmannes, besonders des jungen Kumpels, ist weithin geschwunden. Die Arbeit wird seelenlos erledigt und abgetan, ja sie erscheint dem Kumpel als ein diabolisches Werk, zu dessen Vollzug er erbarmungslos verdammt ist. Diese Stimmung überträgt sich auf den Arbeitsplatz, der seinen organisatorischen Ausdruck im Betrieb findet. Dazu gehören alle, die den Betrieb leiten und in der Verwaltung tätig sind und nach Ansicht des Kumpels die dicken Ausbeutergehälter beziehen. Alle in der Verwaltung Tätigen, von den Schreibern angefangen, werden als Parasiten verschrieen, die sich auf Kosten der Kumpels mästen. Nicht selten beginnt die Abneigung schon beim Steiger. Aus dieser Einstellung ergeben sich die Arbeitsregeln: Die Zeche muß man schädigen, wo immer man kann, aus Rache dafür, daß sie einen wie eine Zitrone ausquetscht. Die Zeche ist reich genug, und außerdem kann sie uns gar nicht bezahlen, was wir schuften. Allein daß wir hier sind, ist nicht zu bezahlen."

Akkord-Arbeit

„Ich empfand die Akkordarbeit als geldgierige und unwürdige Schufterei. Die Leute werden rücksichtslose, harte Nur-Verdiener. Die alten Bergleute ärgern sich, daß sie im Vergleich zu den jungen Gedingearbeitern mit weniger Lohn nach Hause gehen. Sie weisen darauf hin, daß sie ihre beste Kraft dem Bergwerk geopfert haben und deshalb besser gestellt sein müßten als die jungen Leute, auch wenn sie jetzt nicht mehr im Gedinge arbeiten könnten."

Freizeit

„Wenn ich jetzt von den Bergleuten ganz allgemein gesprochen habe, so nehme ich im folgenden die alteingesessenen Familienväter aus. Das Leben der meisten Insassen des Ledigenheimes läuft in einem geschlossenen Kreis ab: Gedinge — Geld — Vergnügen. Wenn der Kumpel auch gut ißt — er muß bei seiner schweren Arbeit ein gutes Essen haben —, so bleibt doch ein gut Teil des Verdienstes übrig, und dieses wird umgesetzt in Zigaretten, Schnaps, Kino und dergleichen. Auch leistet man sich einige hochmoderne Kleidungsstücke für den Ausgang und für den Umgang mit Mädchen, von denen die billigsten häufig genug gerade recht und gesucht sind. Wessen das Herz voll ist, dessen fließt der Mund über, und damit ist schon der Inhalt der Gespräche angegeben, die geführt werden."

„Dauernd spricht man hier in ekelerregender Weise über Dinge, die dem Menschen heilig sein sollten. Dabei tun sich meist die Älteren, die Verheirateten, besonders hervor."

Verhältnis zur Religion

„Nach den bisherigen Ausführungen könnte man vermuten, daß es um die Religion des Kumpels sehr böse steht. Ich kann jedoch diesem Urteil nicht ohne weiteres zustimmen. Immer wieder habe ich echte religiöse Ansätze festgestellt. Im Kumpel schlummern tiefe seelische Kräfte. Auffällig ist der große Hunger nach Liebe und Glück. Unter einer rauhen Schale steckt ein edler, fast weicher Kern. Viele können uns in ihrer Kameradschaftlichkeit ein Vorbild sein. Ich verstehe die Priester recht gut, die mir sagten, sie würden eine Arbeiterpfarrei einer ‚bürgerlichen' vorziehen. Die religiöse Lage bei den Bergleuten möchte ich mit einem Feld vergleichen, das zwar guten Boden hat, aber schon lange Jahre brach liegt und deshalb mit Disteln und Dornen überwuchert ist. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Feld einer besonderen Bearbeitung bedarf. Die üblichen Methoden der Seelsorge genügen nicht. Hier muß gerodet werden."

„Der Arbeiter ist nicht unreligiös, aber er ist unkirchlich, ja antikirchlich. Mancher meiner Arbeitskameraden sagte mir, er sei Katholik gewesen: ‚Aber in die Kirche gehe ich nicht mehr; das ist ja alles Unsinn!' Viele waren an Kleinigkeiten gescheitert: der eine, weil ein Kaplan während der Evakuierung ihm eine notwendige Bescheinigung nicht ausgestellt, sondern eine Frau bevorzugt habe; ein anderer wegen des schlechten Lebens der „frommen" Christen; ein dritter, der aus der Kirche ausgetreten war, lehnte die Rückkehr ab, solange die Kirche ihren Reichtum nicht zur Linderung der heutigen Not verwende."

Kumpel und Priester

„Gerade in der Zeche ist mir die zentrale Stellung des Priesters aufgegangen. Auch in den Außenstehenden und Abgefallenen lebt noch ein verborgenes Ideal des christlichen Priesters: Ja, wenn sie so wären, wie sie nach ihren Predigten sein müßten! — Wie wird der Priester dort unten gesehen? Zum Vergleich ziehe ich die Achtung heran, die dem Priester — wenigstens bis vor kurzem — in Eifel und Hunsrück entgegengebracht wurde. In der Grube ist es umgekehrt. Der Priester gilt nicht als der Gottgeweihte, sondern als ein Mensch, den man übertriebenen Idealen gegenüberstellt und dessen Schwächen deshalb kraß hervortreten. So hält man sich für berechtigt, die Priester als Schwindler und Lügner zu verschreien, die den Dummen, die darauf hereinfallen, alles mögliche vormachen, selber aber nicht daran glauben und nicht danach leben. Die Priester sind Heuchler schlimmster Art,

die sich durch solches Tun nur ein angenehmes Leben verschaffen wollen. Pfarrer und Bürgermeister mästen sich auf Kosten ihrer Gemeinden. Und du, so sagte man mir, studierst jetzt nur, um uns später um so besser hinters Licht führen zu können! Im Arbeiter steckt ein tiefes Mißtrauen gegen die ‚Intellektuellen'. Er fühlt sich von denen, die ihm mit ihrem Wissen zur Seite stehen müßten, verraten und verlassen, und nichts schadet dem Pfarrer vielleicht mehr als das Herauskehren des Studierten."

„Das einzige, was sie genau vom Priester wissen, ist, daß er nicht heiraten darf. Danach wird sogleich gefragt. Gerade als Zölibatär erregt der Priester das Interesse des Kumpels. Natürlich wollen die Kumpels ganz genau wissen, daß der Zölibat der tollste Schwindel der Pfaffen ist. Es wird für unmöglich gehalten, daß ein normaler Mensch jungfräulich leben könne. So wird der Priester zu dem Gegenüber, auf das man die eigene sexuelle Not projiziert mit der unausgesprochenen Befürchtung, es könne doch etwas davon wahr sein und schwere Konsequenzen für die eigene Lebensführung nach sich ziehen."

Verschüttete Sehnsucht

„Wenn der Kumpel einen Priester vor sich sähe, der wirklich das Ideal Christi lebt und sich nicht als ‚Herr' vor ihm verschließt, so würde ohne Zweifel das religiöse Empfinden wieder lebendig werden. Ein Kaplan sagte zu mir: Beim Kumpel ist die Antenne noch da; nur haben wir noch nicht den richtigen Sender gefunden. Das gilt auch für die Jüngeren, mit denen wir im Heim zusammen lebten. Die meisten sind Ostvertriebene und haben viel Schweres hinter sich. In den entscheidenden Jahren ihres Lebens fehlten ihnen Leitung, Liebe und Güte. Wenn ihnen ein guter Mensch begegnet, sind sie schon halb gewonnen. Für den Priester wird es freilich nicht leicht sein, den Zugang zum Lager zu finden, da man schon gegen sein Kleid Mißtrauen hegt. Hier müssen Laienapostel mithelfen."

Neue Methoden der Seelsorge

„Auf dem Heimweg traf ich einen Benediktinerpater, der zum erstenmal die Verhältnisse im Ruhrgebiet kennengelernt hatte. Er war erschüttert über die Hast und Not, der diese Menschen ausgeliefert sind, und meinte, er wisse nun erst recht, wie sehr er diesen Menschen durch sein Gebet helfen könne. Mir kam der Gedanke, daß den Menschen an der Ruhr noch viel mehr geholfen werden könnte, wenn im Sinne der Regel des hl. Benedikt die *Arbeit* des modernen Menschen christlich gemacht würde. Mit Freude habe ich deshalb im ‚Michael' die Notiz gelesen, daß französische Benediktiner dazu übergegangen sind, mit ihrem monastischen Leben im Kloster den Acht-Stundentag in der Fabrik zu verbinden, besser noch: den Acht-Stundentag in ihr monastisches Leben einzubauen."

„Als wir gingen, waren wir Freunde der Kumpels geworden. Sie baten uns, wiederzukommen. Auch haben sie die herzliche Bitte an uns gerichtet, wir möchten doch schreiben. Eines ist gewiß: Wir haben den Kumpel kennengelernt. Wir werden ihn nicht vergessen. Wir werden ihn überall, wo er wegen seiner Arbeit, wegen seines Aussehens und wegen seiner rauhen Art gering geschätzt wird, stets entschieden verteidigen."

Christliche Verkündigung vor Menschen unserer Zeit

Die „Trierer Theologische Zeitschrift" (Heft 9/10, 1950, S. 303) berichtet von dem Versuch des Pfarrers an der St. Johanniskirche in Saarbrücken, eine Form christlicher Verkündigung zu finden, bei der die Menschen unserer Zeit sich die Offenbarung wirklich aneignen. Die übliche Predigt, so meinte dieser Pfarrer, geht zu einem Ohr herein und zum andern hinaus, weil sie völlig passiv entgegengenommen wird. Vielleicht bleibt das eine oder andere gute Wort hängen und wird beherzigt. Aber es kommt zu keiner Ganzheitsschau und zu keiner tief gegründeten Überzeugung.

Wenn man unter christlicher Überzeugung etwas Größeres versteht als jenes bald mehr, bald weniger dunkle und passive Glauben an einige Grundwahrheiten, das die meisten unserer Christen dank einer guten Tradition durch ihr Leben bewahren, wenn man mit dem Wort „Überzeugung" ein konsequentes und vitales Einstehen für jene Wahrheiten bezeichnen will, dann wird der Pfarrer von St. Johann sicherlich recht haben. Der Glaube ist ja, katholisch verstanden, eine Tugend des Intellektes, eine Qualität, eine Prägung dieser Seelenkraft. Jedermann weiß, bei wie vielen Christen die Glaubenswahrheit sozusagen als atavistisches Rudiment aus der Jugend im Intellekt ein Schattendasein führt, seit der Schulzeit nicht mehr weiter entwickelt, in keinem Verhältnis zur sonstigen geistigen Bildung. Warum? Weil man seit dem Schulunterricht durchaus nichts mehr hinzugelernt hat. Die Predigt als doctrina hat völlig versagt.

Nicht Predigt, sondern Arbeitsgemeinschaft

Der Pfarrer von St. Johann in Saarbrücken versprach sich etwas von einer anderen Methode. „Ganz anders antwortet der heutige Mensch dann, wenn in einer Arbeitsgemeinschaft gemeinsam in Rede und Gegenrede ein vorher gehörtes Referat über irgendein zeitgemäßes Thema durchgearbeitet wird". Durch diese Methode werde die Aktivität geweckt, die in der Tat Voraussetzung jeder geistigen Aneignung ist; denn der Geist des Menschen wird ja spontan tätig. Weiter, dachte der Saarbrücker Pfarrer, wird bei der arbeitsgemeinschaftlichen Methode ein schwerer Komplex des heutigen Laien abreagiert, nämlich der der Unterlegenheit gegenüber dem Mann auf der Kanzel. Daß es einen Inferioritätskomplex des Laien gegenüber dem Pfarrer gibt, wissen alle, ob geistlich oder weltlich, die nicht selbst Pfarrer sind, und auch viele Pfarrer. Auf dem letzten Katholikentag fiel ja das Wort von den pfarrlichen Pseudobistümern. In St. Johann erstrebte man also in aller Demut die neue Ebene: die Ebene der Gleichberechtigung, die Ebene des mündigen Christen. Der Pfarrer stieg, wie die „Trierer Theologische Zeitschrift" unter Josef Höffners Schriftleitung sagt, „von seiner gottgeweihten Höhe" herab. Er riskierte damit große Unbequemlichkeiten: offenes Urteil und Kritik. Aber es zeigte sich, „daß auch der Priesterstand an solch einer mündigen Laienschaft wächst und daß durch die Teilung der Verantwortung seine Autorität nicht zurückgeht".

Der Glaube aus dem Hören

Gegen den Saarbrücker Versuch könnte man sogleich einwenden, daß er nicht tief genug ansetze. Schließlich werde da auch nur geredet, wenn auch in anderer Form. Also: Intellektualismus und Rationalismus in neuem Gewand! Der den Versuch wagte, kann sich jedoch recht-

fertigen. Er braucht nicht erst neu hervorzuheben, daß nach Paulus der Glaube vom Hören kommt, daß also die Erweckung des Glaubens durch das Wort (und nicht nur durch die soziale Tat!) Anordnung Christi ist. Doch wird er mit Recht betonen, daß alles darauf ankommt, was man eigentlich mit dem Reden erreichen will. Es geht nicht um „Bildung" im herkömmlichen Sinne, nicht um ein Stopfen von Wissenslücken. Am besten lassen wir diesen Pfarrer mit seinen eigenen Worten sagen, worum es ihm ging. Im Pfarrbrief an seine Gemeinde schreibt er: „Wir wollen zu der Quelle, die Christus ist, hingehen, um zu trinken". Damit sagt er sicher etwas sehr Wesentliches. Der Herr hat ja die Frau von Samaria durch den Dialog bekehrt. Und dieser Dialog berührte, wie jeder echte Dialog, im Vorübergehen sehr verschiedene Gegenstände und kam doch zum Ziel. So kam es denn dem Saarbrücker Pfarrer nicht so sehr auf die Gegenstände an. Er wählte sie nach ihrer vordergründigen Wichtigkeit, nach dem mutmaßlichen Interesse usw. aus. Sie waren ihm nicht Zweck, sondern Weg, auf dem er seinen Zweck erreichen wollte.

Für die Leser dieses Berichtes wird es hoffentlich einigermaßen überzeugend wirken, was die „Trierer Theologische Zeitschrift" über die Teilnahme sagt: „Es war nicht immer der gleiche Kreis von Zuhörern bei den verschiedenen Arbeitsgebieten, und es waren keineswegs die Uninteressiertesten, die eine besondere Auswahl unter den verschiedenen Stoffen trafen . . . Der Zuhörerkreis war . . . über die eigentlichen Laienhilfskräfte der Pfarrei hinausgewachsen und bestand aus jung und alt, hoch und nieder, Männern und Frauen; aus sehr belesenen und vielseitig gebildeten Menschen ebenso wie aus dem ganz schlichten Besucher, der einfach kam, um zu hören und zu lernen".

Vielfältige Themen, doch nur ein Ziel

Von den Themen, die man als Mittel der Verkündigung geeignet fand, seien folgende genannt: „Zeitfragen und Grundbegriffe" (Zölibat, Priesterliche Persönlichkeit, Rechts- und Liebeskirche); „Geistige Grundlagen des 18. und 19. Jahrhunderts"; „Soziale Frage" (Betriebsverfassung, Kommunismus); „Christliche Kunst"; „Liturgie" (Mahl- oder Opfergemeinschaft, Gemeinschaftsmesse, Abendmesse, Landessprache in der Messe); „Ausgewählte Bibeltexte".

Die Arbeitsgemeinschaften klangen in Feierstunden aus, zu denen an Sonntagabenden zahlreiche Zuhörer strömten. Zu diesen Feierstunden scheute der Pfarrer keine Mühe, alles aufzubieten, um sie zu Ereignissen zu machen, sowohl im Programm wie in der Wahl der Redner.

Mündigkeit der Laien

Als Ergebnis einer bisher zweijährigen Arbeit in dieser Form stellt die „Trierer Theologische Zeitschrift" fest: „Obwohl auch mit dieser Form der Seelsorge, der ‚Kirchlichen Laienschulung', der kirchenferne Christ noch selten erreicht wird, so ist doch in den kirchentreuen Besuchern dieser Abende eine Wendung zur Mündigkeit, zur apostolischen Mitverantwortlichkeit geschehen, die sicherlich in die Räume hineinstrahlen wird, die scheinbar noch nicht zu erreichen sind. Wenn ungeschulte Menschen, die nie vor einem größeren Kreis von Zuhörern, erst recht nicht vor dem ‚Herrn Pastor', ein Wort zu sagen wagten, jetzt lebhaft in die Debatten eingreifen, wenn einem manchmal ganz ergriffen gestanden wird, daß man mit neuen Augen sehen gelernt habe, wenn in der Wirtschaft verantwortlich tätige Leute ernsthaft ihr soziales Gewissen überprüfen und ihre Methoden christlich zu korrigieren bemüht sind, wenn aus dem passiven Predigthörer dem Prediger das aktive Gegenüber erwächst, an dessen Echo die kirchliche Wortverkündigung sich erwärmt und zündend wird . . . , wir haben in diesen Jahren froh verspürt, daß Sein Geist es ist, der lebendig macht".

Laienapostolische Woche „Du und die zehn Gebote"

Ein interessantes Experiment führte der Essener Katholiken-Ausschuß in der Woche vom 15. bis 22. Oktober durch: er veranstaltete mit 63 Laiensprechern, darunter 17 Frauen, eine laienapostolische Woche unter dem Thema „Du und die zehn Gebote". Plakate und Pressehinweise sorgten neben Kanzelverkündigungen für eine gute äußere Vorbereitung und machten die Öffentlichkeit auf diesen für Deutschland neuen Weg aufmerksam. Während Priester in 25 Pfarrkirchen der Stadt allabendlich Predigten über die Gottesgebote vom Sinai hielten, sprachen über dasselbe Thema Laien, und zwar Männer und Frauen aller Stände und aus allen Berufen, in öffentlichen Versammlungsräumen, Wirtschaften und Schulen. Akademiker, Beamte, Lehrer waren unter den Laienrednern ebenso vertreten wie Handwerker, Arbeiter und Hausfrauen. Auch Ratsherren erklärten sich zur Mitarbeit bereit. In dieser einen Woche wurden insgesamt 272 Abende mit Vorträgen über die einzelnen Gebote von Laien bestritten.

In vier Arbeitskreisen, die sich über etwa vier Monate erstreckten, hatten sich die Laiensprecher vorher zusammengefunden und waren in wochenlanger Vorbereitung — jeweils unter Anleitung eines Theologen — in die von ihnen übernommene Aufgabe hineingewachsen. Der Erfolg dieses neuen Weges katholischer Lehrverkündigung war derartig gut, daß der Essener Katholiken-Ausschuß eine ähnliche Aktionswoche, wiederum unter dem Gesamtthema „Du und die zehn Gebote", demnächst (voraussichtlich zum Beginn der Fastenzeit) in den restlichen 33 Pfarrbezirken der Stadt durchführen will. Dieser für Deutschland erste Versuch planmäßiger laienapostolischer Breitenarbeit ist nicht nur erregend-neu, sondern spornt auch — wie bereits Zuschriften aus anderen Städten und Bistümern zeigen — zum Nachahmen an.

Die österreichischen Bischöfe zu aktuellen Fragen

Die am 21. und 22. November in Wien tagende Herbstkonferenz der österreichischen Bischöfe hat, abgesehen von einer Reihe innerkirchlicher Fragen, auch zu drei aktuellen Fragen des öffentlichen Lebens Stellung genommen: zur Eherechtsfrage, zum Problem der Volksdeutschen und zum Problem der ehemaligen Nationalsozialisten.

Das österreichische Eherecht

In der Frage des Eherechtes nahmen die Bischöfe ihre Weisung aus dem Jahre 1938 ausdrücklich zurück, wonach die Geistlichen verpflichtet waren, eine kirchliche Trauung erst nach Vollzug der standesamtlichen vorzunehmen. Die Bischöfe erklären, daß künftig jeder Fall eines Nachsuchens um kirchliche Trauung ohne vorangehende standesamtliche Trauung dem Ordinarius

vorzulegen ist, der nach Prüfung des Falles Erlaubnis oder Auftrag zur Vornahme der kirchlichen Trauung erteilt.

Mit dieser Weisung an den Klerus haben die Bischöfe einen neuen Vorstoß unternommen, das noch immer geltende nationalsozialistische Eherecht in einem wichtigen Punkt abzuändern. Denn noch immer besteht jener Paragraph 67 des reichsdeutschen Personenstandsgesetzes, der eine Strafsanktion gegen Priester vorsieht, die eine kirchliche Trauung ohne vorhergehende standesamtliche vornehmen. Noch dazu ist jener Paragraph 67 in verschärfter Form nach Österreich übertragen worden, da die reichsdeutsche Fassung dieses Paragraphen nicht nur im Fall der Todesgefahr, sondern auch im Fall des „sittlichen Notstandes" eine Ausnahme von der Vorschrift der vorhergehenden standesamtlichen Trauung zuläßt.

In Anwendung dieses verschärften Paragraphen 67 wurden im April dieses Jahres in Vöcklabruck (Oberösterreich) zwei Geistliche, der Pfarrer und der Kaplan, zu bedingten Arreststrafen verurteilt, weil sie ein Brautpaar, das die für die standesamtliche Trauung erforderlichen Dokumente aus dem Ausland nicht beschaffen konnte und seit längerem im Konkubinat lebte, kirchlich getraut hatten. Die Verurteilten legten die Nichtigkeitsbeschwerde ein, wurden aber vom Obersten Gerichtshof abgewiesen. Es versteht sich, daß der Unwille des katholischen Volkes sich besonders gegen diesen Paragraphen 67 richtet, zumal dieser offenkundig gegen die verfassungsmäßig garantierte Religions- und Kultusfreiheit verstößt, indem die Spendung eines Sakramentes letzten Endes von einer behördlichen Bewilligung abhängig gemacht ist, die auch verweigert werden kann.

Das Echo auf die Erklärung der Bischöfe war auf sozialistischer Seite sehr unfreundlich. Ein Leitartikel in der „Arbeiterzeitung", dem Zentralorgan der SPÖ (vom 25. Nov.) nannte den Beschluß der Bischöfe eine Herausforderung und unterschob ihnen ganz zu Unrecht die Absicht, die obligatorische kirchliche Trauung, die auch vor dem Forum des Staates keine Scheidung zuläßt, einführen zu wollen. Die Bischöfe werden offen beschuldigt, die Staatsbürger „zur Mißachtung der staatlichen Gesetze anzueifern" und einen „Kulturkampf" heraufzubeschwören, statt gegen die Not und Ausbeutung des Volkes aufzutreten.

Wesentlich freundlicher im Ton, aber ebenso ablehnend in der Sache, war die Antwort, die der sozialistische Justizminister Dr. Tschadek in einer Wählerversammlung im Burgenland am 24. November gab. Er erklärte, daß im Staate eine einheitliche Ehegesetzgebung für alle Staatsbürger bestehen müsse; es erscheint ihm völlig ausgeschlossen, daß es kirchliche Ehen gibt, die vom Staat nicht anerkannt werden können. Solche Ehen müßten zu dauernden Schwierigkeiten führen. Minister Tschadek versicherte, daß seine Partei keinen Kulturkampf wolle. Er selbst sei Katholik — es ist das erstemal, daß ein sozialistischer Minister in der Öffentlichkeit so spricht — und habe in seiner politischen Laufbahn niemals versucht, der Kirche Schwierigkeiten zu bereiten. Er wolle der Kirche ihr Amt nicht erschweren, doch er appelliere an die Bischöfe, auch ihrerseits die Aufgabe des Staates nicht zu erschweren. „Der Kulturkampf", so sagte Minister Tschadek weiter, „hat dem Staat und der Kirche nur Schaden gebracht. Bemühen wir uns doch, gemeinsam eine Ebene zu finden, die die Religion hinaushebt aus der Politik des Alltags!" Ist diese Formulierung nur eine schöne Umschreibung der alten sozialistischen These „Religion ist Privatsache", oder kommt hier ein echter Verständigungswille zum Ausdruck? Bei allem Festhalten am sozialistischen Standpunkt ist der Ton der Rede so gehalten, daß ein Gespräch, eine Fühlungnahme zwischen Kirche und Staat nahegelegt wird.

Es traf sich, daß tags darauf die große Herbstkundgebung der Katholischen Aktion Wiens mit dem Thema „Notschrei der Familie" stattfand, auf welcher Erzbischof Koadjutor Dr. Franz Jachym das Schlußwort übernommen hatte. Das Thema „Familie" bot ihm Gelegenheit, auch zur Frage des Eherechtes Stellung zu nehmen und Minister Tschadek zu antworten. Nach einleitenden Worten über die Not und Gefährdung der Familie, die letztlich in der Krise des Glaubens wurzelt, und über die Notwendigkeit materieller Hilfe für die Familie in Form von Familienausgleichskassen und staatlichen Kinderbeihilfen erklärte er, daß der Staat auch durch seine Gesetzgebung die Ehe schützen müsse.

„Es wäre töricht und überheblich zugleich, wollte er (der Staat) dabei nicht mit allen Institutionen zusammenarbeiten, die außer und neben ihm noch Macht über die Herzen der Menschen haben, insbesondere mit der Kirche." Es sei unverständlich, daß Kirche und Staat nicht zu gemeinsamer Beratung zusammentreten. Er sei persönlich überzeugt, daß sich die Kirche keineswegs verschließe. Wenn man staatlicherseits mit dem bestehenden Konkordat nicht einverstanden sei, sondern Änderungen wünsche, warum bemühe man sich nicht darum? „Auch für die Kirche und den Apostolischen Stuhl sind Konkordate nur Kompromisse, weder unveränderlich, noch vollständig und für alle Zeiten gedacht." Es könne jedenfalls nur verletzen, wenn man versuche, eine Regelung zu verewigen, die letztlich in der Gewalttat vom März 1938 ihren Ursprung habe. „Wenn gläubigen Katholiken", so fuhr der Koadjutor fort, „der Eheabschluß in der Kirche als Gewissenspflicht aufgetragen ist, so könnte sich auch der modernste Staat damit zufriedengeben ... Will man aber unbedingt eine Ergänzung oder Änderung, dann suche man sie ohne Einseitigkeiten auf dem vorgesehenen Wege! Jedenfalls verschanze man sich nicht hinter die in einem Staate gewiß notwendige Gleichheit des Rechtes für alle, denn auch der Katholik verlangt für seine Ehe keinen i-Punkt mehr an bürgerlichen Rechtswirkungen, als sie jedem anderen Bürger nach dem Gesetz zustehen."

Dieser letzte Satz ist sehr wesentlich, da eines der Hauptargumente der Gegner die notwendige Einheitlichkeit des staatlichen Eherechtes ist, die durch Wegfall des Paragraphen 67 des Personenstandsgesetzes und durch eine fakultative kirchliche Trauung angeblich gefährdet ist.

Auf diese Rede antwortete die „Arbeiterzeitung" mit einer kurzen, aber gegen den Koadjutor nicht unfreundlichen Notiz. Doch ist in der letzten Zeit durch eine neuerliche Erklärung des Justizministers in der Budgetdebatte des Nationalrates am 8. Dezember eine Versteifung eingetreten, indem der Minister kategorisch erklärte, daß er am Paragraphen 67 festhalte; er sei be-

reit, die Probleme mit den Vertretern der Kirche freimütig zu erörtern, aber er sei nicht bereit, auf die Einheitlichkeit des Eherechtes in Österreich zu verzichten.

Die Volksdeutschen und die ehemaligen Nationalsozialisten

Die Stellungnahme der Bischöfe zum Problem der Volksdeutschen und der ehemaligen Nationalsozialisten wurde in Form eines Briefes an Bundeskanzler Figl der Öffentlichkeit mitgeteilt. Die Bischöfe erklären, daß hinsichtlich beider Probleme in nächster Zeit schwerwiegende Entscheidungen zu treffen sein werden, von denen es abhängen wird, ob sich die Betroffenen positiv zum Staate einstellen oder nicht. Was bisher über die Beratungen der beiden Probleme verlautet wurde, sei aber nur geeignet gewesen, die Erregung der Betroffenen zu steigern. Bei den Volksdeutschen handle es sich darum, ihnen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die eine ethische und rechtliche Forderung ist, und damit die Grundlage für eine staatsbürgerliche Existenz zu geben. Die schwere seelische Belastung eines gleichsam „vogelfreien" Daseins müsse aufhören. Der Gedanke, den einheimischen Arbeitsmarkt vor der Konkurrenz der strebsamen Volksdeutschen schützen zu wollen, gehe nur vom Materiellen aus und stelle nicht den Segen in Rechnung, der sich aus einer großzügigen, der christlichen Nächstenliebe entsprechenden Haltung ergeben könnte.

Hinsichtlich des NS-Problems betonen die Bischöfe, daß der Anspruch der ehemaligen Nationalsozialisten, als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt zu werden, heute von keiner Partei mehr bestritten wird, daß aber trotz der Zusagen der Parteien vor den Wahlen bisher wenig geschehen ist. Die Bischöfe erklären in aller Öffentlichkeit, daß sie den Beschluß der Bundesregierung, von der Einbringung einer Amnestievorlage für Formaldelikte des NS-Gesetzes Abstand zu nehmen, da nicht mit der Zustimmung aller vier Besatzungsmächte zu rechnen sei, bedauern. Das Argument der Regierung werde von weiten Kreisen der Bevölkerung nicht anerkannt, da ja auch in der Frage des Staatsvertrages und in vielen anderen Fragen von der Regierung Schritte unternommen werden, die nicht die Zustimmung der vier Besatzungsmächte finden. Die Bischöfe verweisen ferner auf das zu Ende gehende Heilige Jahr und fragen, welchen Beitrag Österreich geleistet habe, daß das Heilige Jahr „ein Jahr der großen Rückkehr und des großen Verzeihens" werde. „Berufenere als wir", so schließt der Brief der Bischöfe, „haben das NS-Gesetz als Unrecht bezeichnet. Kann die Wiederherstellung des Rechtes als eine unzeitgemäße Milde angesehen werden? Noch ist es nicht zu spät und liegt es in der Hand der christlichen Politiker, Mittel und Wege zu finden, ein gegebenes Versprechen einzulösen und damit das Vertrauen weiter Volkskreise wiederherzustellen."

Erste Österreichische Soziale Woche

Unter dem Leitwort „Freiheit und soziale Sicherheit" tagte in Wien vom 18. bis 22. Oktober die Erste Österreichische Soziale Woche. Veranstalter war das Katholische Sozialwerk für Österreich, das damit ein Unternehmen ins Leben rief, von dem zu hoffen steht, daß es im Laufe der Jahre zu ähnlicher Bedeutung aufwächst, wie sie die „Sozialen Wochen" Frankreichs und Italiens schon seit langem besitzen. Die öffentlichen Vorträge faßten das Problem: Wie kann die Freiheit vor der totalen staatlichen Organisation gesichert werden? sehr allgemein an, während die Erarbeitung konkreter Lösungen und Vorschläge den gleichzeitig tagenden Arbeitsgemeinschaften übertragen war.

Technokratie und Freiheit

Die Eröffnung der sozialen Woche erfolgte in festlichem Rahmen im Prälatensaal des Wiener Schottenstiftes durch Kardinal Innitzer unter Anwesenheit von Bischof Leo Pietsch von Graz und Vertretern des Sozial- und des Unterrichtsministeriums. Daran schloß sich als erster Vortrag der des Präsidenten des Sozialwerkes, Univ.-Prof. Ferdinand Westphalen, über „Wege sozialer Aktivität" an. Der Vortragende ging von der Tatsache aus, daß trotz einer jahrzehntelangen intensiven Sozialpolitik die soziale Zerrissenheit nicht behoben worden ist. Diese ist eben nicht eine Frage dieser oder jener Maßnahmen, sondern liegt in unserer ganzen Lebenskrise begründet: im Verlust der Fähigkeit, aus den Kräften der Persönlichkeit, d. h. aus den Kräften der Freiheit eine Ordnung zu schaffen. Die soziale Frage ist heute vor allem die Frage, wie in der zu schaffenden Ordnung die echte menschliche Freiheit, die heute aufs äußerste bedroht ist, gesichert werden könne. Der Großteil der Menschen kann sich Ordnung nur mehr als totale Organisation vorstellen, was auch die verschiedenen Zukunftsromane verraten. So steigt das Bild der „Technokratie" vor uns auf, in der alles organisiert und geplant und der Mensch nichts als ein berechenbares Teilchen einer riesigen Maschine ist. Prof. Westphalen sieht das Wesentliche, was gegen diese Tendenz getan werden kann, darin, daß die noch vorhandenen Bastionen echter Freiheit und Verantwortung erhalten bleiben, nämlich die Familie und das Eigentum. Dazu komme als Drittes die Belebung der kleinen Gemeinschaften, denen die Möglichkeit gegeben werden müsse, in Selbsthilfe, ohne Anrufung des Staates, soziale Ordnung zu schaffen. Dadurch wird echte soziale Freiheit und soziale Verantwortung geweckt und in täglicher Bewährung jene Haltung gefördert, die allein imstande ist, die Bedrohung der Freiheit abzuwehren.

Auch Univ.-Prof. Johannes Meßner — der eben aus England nach Wien zurückgekehrt und in letzter Zeit vor allem durch sein Standardwerk „Das Naturrecht" hervorgetreten ist — stellte das Problem der Freiheitssicherung in die Mitte seiner Ausführungen. Er verwies auf die nicht wenigen Stimmen, die sagen, daß im Zug der fortschreitenden Technisierung der Gesellschaft die Sache der Freiheit endgültig verloren sei. Nicht von außen komme die Gefahr, sondern aus unseren eigenen Reihen: aus der wachsenden Bürokratisierung und nicht zuletzt aus der Leugnung der Willensfreiheit, die die These des 19. Jahrhunderts war und auch heute noch von mächtigen Strömungen in der westlichen Welt vertreten wird. Denn wenn es in Wahrheit keine Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Individuums gibt, erhalten mit Notwendigkeit die kollektiven Mächte das Übergewicht.

Als Ausweg aus dieser Krise nannte Prof. Meßner einerseits — wie Prof. Westphalen — die Aktivierung der kleinen Gemeinschaften, womit eine Dezentralisierung und Entbürokratisierung sowie eine Stärkung der Einzelinitiative und Einzelverantwortung bewirkt wird, an-

dererseits eine Idee der Freiheit, die nicht mehr, wie im vergangenen Jahrhundert, als negative Freiheit, zu tun, was einem beliebt, sondern als sittliche Verantwortung begriffen wird.

Fürsorgestaat und kleine Gemeinschaften

Von den weiteren Vorträgen war der von Prof. André Piettre (Straßburg) am interessantesten. Er sprach über „Soziale Aktionen in Frankreich" und hob sowohl die Größe des Geleisteten wie die Gefahren hervor, die sich aus der umfassenden Fürsorge des Staates ergeben. Der gesamte Sozialaufwand Frankreichs (für Krankheit, Unfall, Alter, Familienzulagen) erreicht jährlich eine Summe von 1000 Milliarden Francs (davon 400 Milliarden für Familienzulagen) und kommt damit fast der Höhe des Staatsbudgets gleich. Daß dadurch die Wirtschaft schwer belastet und die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland erheblich beeinträchtigt wird, liegt auf der Hand. Die größte Gefahr dieser Entwicklung besteht aber darin, daß alle Sorge und Verantwortung auf den Staat geworfen und die Einzelinitiative und -veranwortung geschwächt wird. Die Lösung dieser Schwierigkeit — die Sozialversicherung kann ja nicht abgeschafft werden, die Familien könnten ohne die Zulagen gar nicht existieren — sieht Prof. Piettre in Übereinstimmung mit Prof. Westphalen in der Übertragung von staatlichen Funktionen auf die Menschen, die mit der Sache selbst zu tun haben. Betriebsgemeinschaften und örtliche Gemeinschaften könnten sehr viele Funktionen der staatlichen Verwaltung übernehmen.

Somit wiesen alle Vorträge in die gleiche Richtung: Der Tendenz zur totalen staatlichen Organisation, der großen Gefahr unserer Zeit, könne dadurch begegnet werden, daß einerseits persönliche Initiative und Verantwortlichkeit geweckt wird, andererseits die kleinen Gemeinschaften belebt und mit sozialpolitischen Aufgaben betraut werden. Darüber hinaus bedarf es eines erneuerten sozialen Denkens und eines richtigen Freiheitsbegriffes.

Einzelfragen der Praxis

Im Anschluß an den letzten Vortrag legten die vier Arbeitsgemeinschaften, die im kleinen Kreis geladener Persönlichkeiten getagt hatten, ihre Ergebnisse vor. Der Arbeitskreis über „Das Recht auf Arbeit und die Politik der Vollbeschäftigung", geleitet von Univ.-Prof. Degenfeld-Schonburg, stellte fest, daß die Arbeitslosigkeit unter der Jugend weit größer ist als unter den Erwachsenen (10—15 % bei der männlichen und 20 bis 25 % bei der weiblichen Jugend gegen 5—6 % bei den Erwachsenen) und daß verschiedene sozialpolitische Schutzmaßnahmen zu Gunsten der Jugendlichen sich in Wahrheit gegen diese richten, da sich die Lehrlingshaltung vielfach nicht mehr lohnt. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit befaßte sich der Arbeitskreis mit dem Vorschlag der „Werkschule" von Dr. Rittinger; eine Schule, welche eine Erziehungs- und Bildungsarbeit leistet und zugleich ihre Schüler halbtägig in Arbeit schickt, so daß die doppelte Anzahl Jugendlicher in Arbeit und zugleich in Ausbildung stehen könne. Der Plan wurde nach sorgfältiger Prüfung der Einwände gebilligt. In der Frage der Vollbeschäftigung sieht der Arbeitskreis die sogenannte aktive Budgetpolitik: erhöhte Steuern in Zeiten der Prosperität und erhöhte staatliche Investitionen in Zeiten der Depression, als eine zwar wichtige, aber keineswegs ausreichende Maßnahme zur Sicherung der Vollbeschäftigung an.

Der zweite Arbeitskreis über „Probleme der betrieblichen Sozialpolitik" unter Leitung von Prof. Dr. Walter Heinrich setzte sich vor allem für die Schaffung kleinerer Gemeinschaften im Betrieb (Arbeitskameradschaften, Gruppenerzeugung u. ä.) ein. Dadurch wird wieder der Mensch als Person in den Mittelpunkt des Betriebes gestellt. Bei den Unternehmern müßte das Verständnis für die Fragen der Menschenführung geweckt werden, wofür Zusammenkünfte und Kurse wichtig wären. In der betrieblichen Sozialpolitik dürfe der Betreute nicht passives Objekt sein. Viele sozialpolitische Aufgaben könnten aus den Zentralen in die Betriebe bzw. in örtliche Verbände verlegt werden.

Der Arbeitskreis „Die Genossenschaft als ein Weg zur Sozialreform", geleitet von Dr. Karl Kummer, leugnete nicht die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung dieses Prinzips entgegenstellen: die gemeinsame Gegnerschaft der Marxisten wie der Liberalen, die Schwierigkeit der Kapitalbildung und die Hemmnisse von seiten der Steuerbehörden, die bestrebt sind, den Ertrag möglichst ganz wegzusteuern. Der Weg zur Vergenossenschaftung muß vorsichtig begangen werden. Die bisherigen Erfahrungen sind aber ermutigend. Viel Aufklärung wird freilich noch geschehen müssen, bei den Arbeitern wie bei den Unternehmern. Doch der Weg der Genossenschaft — das war die Überzeugung aller Teilnehmer — wird sich als ein Weg in die Zukunft erweisen.

Der vierte Arbeitskreis endlich, unter der Leitung von Zentraldirektor Walter Kamschal, handelte von den „Fragen der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitersiedlung". Man setzte sich entschieden für das Wohnungseigentum in Form von Siedlungshäusern sowie von Stockwerkeigentum ein. Weitere Forderungen waren der Ausbau der diözesanen Siedlungswerke und der Abbau bürokratischer Bestimmungen und die Ermäßigung der Gebühren.

Zum Schluß richtete Prof. Rudolf Henz, der Präsident der Katholischen Aktion, ein Mahnwort an die Teilnehmer: nicht der Gefahr zu erliegen, der schon viele Initiativen im katholischen Raum erlegen sind, nämlich es bei den Worten bewenden zu lassen. Vielleicht kann nur ein kleiner Teil des Gesagten verwirklicht werden, dieser Teil aber *muß* verwirklicht werden, wenn die Kirche in die Welt hineinwirken will.

Die SOS-Gemeinschaft

Seit 1. Januar dieses Jahres arbeitet in Wien, I., Herrengasse 14, die SOS-Gemeinschaft. Sie entstand aus der Initiative eines Kreises junger Katholiken, die sich das Wort P. Lombardis, das er bei seinem Abschied von Wien im vorigen Herbst gesprochen hat, „Tut etwas!", zu eigen gemacht haben.

Seit dem 1. Januar wurde (mit Einschluß der mitbeteiligten Frauen und Kinder) 8000 Menschen geholfen. 130 000 Schillinge (Stand Anfang Dezember) wurden bisher aufgewendet, eine Unmenge von Kleidern, Wäsche, Schuhen, Hausrat und Möbeln verteilt und in nicht wenigen Fällen Medikamente beschafft oder ein Heilstättenaufenthalt ermöglicht. Täglich werden bei der SOS-Gemeinschaft 6—7 Pakete mit Wäsche und Kleidern im Gesamtgewicht von 100—120 kg abgegeben und an die Hilfsbedürftigen verteilt. Die Geber sind in

der Hauptsache der Mittelstand: Angestellte, Beamte und freie Berufe.

Das Besondere der SOS-Gemeinschaft, das sie von anderen caritativen Werken unterscheidet, besteht darin, daß die einzelnen Notstandsfälle in den Wochenzeitungen „Das offene Wort" und „Die Furche" der Öffentlichkeit mitgeteilt werden und deren Hilfsbereitschaft aufgerufen wird. Denn gegenüber der allgemeinen und anonymen Not unserer Zeit sind die Menschen gleichsam stumpf geworden in natürlicher Abwehrhaltung gegen Dinge, die von ihnen nicht geändert werden können, die aber, in voller Schärfe gewußt, eine unerträgliche Beunruhigung ihres Lebens darstellen würden. Im konkreten Fall könnte jedoch geholfen werden: durch mich, durch meine Freunde und Bekannten, durch eine erschwingliche Geldsumme, durch den Verzicht auf eine nicht lebensnotwendige Anschaffung, durch Abgabe gebrauchter Kleider und Möbel usw. Es hat sich erwiesen, daß die Hilfsbereitschaft gerade des Mittelstandes, der ja in Österreich durch die politische Säuberung und durch die Unterbewertung der geistigen Arbeit besonders schwer getroffen wurde, noch sehr groß ist. In den meisten Fällen wird mehr gegeben, als für den geschilderten Fall gebraucht wird. Und — was für die Entwicklung des Werkes sehr bezeichnend ist — das Aufweisen konkreter Notstandsfälle hat die Gebefreudigkeit so gesteigert, daß derzeit schon 80 Prozent der Spenden ohne nähere Bestimmung eingehen. Mehrere Wiener Firmen steuern regelmäßig Naturalgaben bei.

Geholfen wird in erster Linie Familien, in zweiter Linie den alten Leuten und dann den Verwahrlosten. Wöchentlich sind es etwa 350 Menschen, denen in mehr oder minder großem Ausmaß geholfen werden kann. Die Notstandsfälle werden durch Caritas-Schwestern erhoben, um die Zahl der unehrlichen Hilfesucher, die sich natürlich auch herandrängen, in engen Grenzen zu halten. Ganz vermeiden kann man ja diese Fälle nicht.

Die SOS-Gemeinschaft untersteht bei aller Selbständigkeit ihrer Führung der Diözesancaritas. Die Gehälter der Angestellten werden zum größten Teil durch Spenden aufgebracht.

Wie dringend heute die caritative Hilfe ist, erhellt aus folgenden Zahlen: 1 Million Menschen leben heute in Österreich unter dem Existenzminimum (auch wenn man dieses sehr niedrig mit 200 Schillingen pro Kopf ansetzt), darunter 350 000 Sozialrentner. Nach amtlichen Schätzungen fehlen in Österreich 250 000 Wohnungen. Dabei verfallen jährlich mehr Wohnungen, als gebaut werden. 62 000 Menschen wohnen noch immer in Flüchtlingslagern, und 6000 Menschen in Wien warten auf die Einweisung in ein Asyl.

Die Katholische Aktion in der Diözese Linz

Der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg Oberösterreichs hat eine Parallele in der erstaunlichen Aktivität im kirchlich-religiösen Bereich. Vordem ein Gebiet rein bäuerlicher Prägung und eines sehr konservativen Katholizismus, gehört nun Oberösterreich bzw. die Linzer Diözese zu denjenigen österreichischen Diözesen, in denen die Katholische Aktion mit ihren Gliederungen und Werken am weitesten ausgebaut und intensiviert ist.

Als Krönung jahrelanger Arbeit fand am 22. Oktober in Linz der erste Diözesantag der Katholischen Aktion statt, an welchem 900 Delegierte aus allen Gliederungen teilnahmen. Vorangegangen war ein gemeinsamer Hirtenbrief der beiden Bischöfe, des Diözesanbischofs Dr. Calasanz Fließer und seines Koadjutors Dr. Franz Zauner, über Wesen und Ziel der Katholischen Aktion, in welchem die Bischöfe den Appell des Heiligen Vaters an den italienischen Episkopat aufnahmen und Priester und Volk zum Aufbau der vier fundamentalen Gliederungen der KA aufforderten.

Auf dem Diözesantag wurde zunächst über den Stand der einzelnen Gliederungen berichtet. Die Katholische Jugend (14—25jährige) zählt 9900 Burschen und 14 600 Mädchen, die Katholische Jungschar 5900 Buben und 7700 Mädchen. Die männliche Katholische Mittelschuljugend (KMJ) hat 31 % sämtlicher katholischer Mittelschüler des Landes erfaßt, die Katholische Arbeiterjugend (KAJ) verfügt über eine Anzahl sehr aktiver Gruppen, und 35 von ihren Aktivisten bereiten sich auf das Priestertum vor. Was die Männerbewegung betrifft, so gibt es in allen Pfarreien Männerausschüsse, in manchen sogar regelmäßige Männerrunden. Durch eine große Werbeaktion konnte die Abnehmerzahl des „Volksboten" (Innsbruck) seit Mai 1949 von 800 auf 6200 gesteigert werden. Mit der Frauenarbeit wurde in 60 % der Pfarren bereits begonnen; von der Frauenzeitschrift „Licht des Lebens" werden 10 000 Stück abgesetzt. Von den Werken der KA ist vor allem das Bildungswerk zu nennen, das über den Bereich der Hauptstadt hinausgewachsen ist und 30 Filialstellen im Lande besitzt. Ein biblisch-theologischer Laienkurs zählt 80—100 Teilnehmer. Ein Filmarbeitskreis beliefert mit seinen Gutachten 170 Stellen im Lande. Das sind Zahlen, die allein schon eine Vorstellung vermitteln von dem, was hier in wenigen Jahren aufgebaut worden ist. Nicht minder wichtig ist, daß in allen Sparten eine verantwortungsbewußte Laienführerschaft zur Verfügung steht.

Der Diözesantag bezeichnete auch die Entscheidung für eine Reihe von grundsätzlichen Fragen, die in den vergangenen Jahren der KA zu lösen aufgegeben waren. Nicht theoretische Erörterungen hatten am Anfang gestanden, sondern die praktische Arbeit, und aus dieser erfolgte nun die Entscheidung.

In der Fragestellung: unmittelbare Seelsorge durch den Priester mit rein religiösen Mitteln oder auch mittelbare Seelsorge durch den Laien mit Zuhilfenahme natürlicher Mittel wie Gemeinschaft, Spiel, Sport erfolgte die Antwort zu Gunsten der zweiten Methode (die, wie eigentlich überall in der KA Österreichs, am ausgeprägtesten in der katholischen Jugend gepflegt wird). In der Frage: Elitenbildung oder Organisierung des katholischen Volkes, sowie in der Frage: KA als offene und daher unverbindliche Gemeinschaft oder KA als festgefügte Organisation mit eindeutig erfaßbaren Mitgliedern und klar umrissenen Verpflichtungen, fiel die Entscheidung jeweils für die zweite Alternative.

Das Neue, das dieser erste Diözesantag brachte, kann in folgende drei Sätze zusammengefaßt werden: 1) Die bisherige Entwicklung wurde klar herausgestellt und die durch die Praxis der vergangenen Jahre gewonnene Arbeitsweise für die ganze Diözese verbindlich gemacht. 2) Mit der organisatorischen Erfassung des katholischen Volkes soll laut bischöflichem Auftrag Ernst gemacht werden. Für die Jugend ist dies nichts Neues, da sich bestimmte Formen der Aufnahme bereits herausgebildet

haben und ein Monatsopfer üblich geworden ist. Neu aber ist die Sache für die Männer und Frauen. Die Statuten der einzelnen Gliederungen legen fest, wie man Mitglied wird, welche Verpflichtungen sich daraus ergeben, wie hoch der finanzielle Beitrag ist. 3) Die Bischöfe haben alle, die es hören wollen, eindeutig zur Katholischen Aktion, zum Eintritt in ihre Gliederungen aufgerufen: „Burschen und Mädchen, Männer und Frauen, Bauern, Arbeiter und Männer der Wirtschaft, Lehrer und Akademiker", wie es in dem Hirtenbrief heißt.
Seither werden in der ganzen Diözese Kleruskonferenzen abgehalten, auf denen der Koadjutor und die Referenten des Seelsorgeamtes den Klerus über die Ergebnisse des Diözesantages und die nun aufzunehmende Arbeitsweise informieren. Ähnliche Tagungen finden in den Dekanaten für die Laienführung, insbesondere für die Männer statt.

Aus Süd- und Westeuropa

Die Bedeutung des Buches im Zeitalter des Films

Der Heilige Vater hat am 12. Dezember die in Rom zu einem Kongreß versammelten katholischen Verleger empfangen und an sie eine kurze Ansprache über die Bedeutung des Buches in der heutigen Zeit gerichtet. In dieser Ansprache sagte er:

„Wir leben in einer Zeit des Films und des Fernsehens. Zweifellos haben beide einen beträchtlichen Teil der Zeit an sich gerissen, der früher dem gedruckten Wort gehörte. Und doch verleihen auch gerade sie dem guten Buch wiederum eine gesteigerte Bedeutung. Denn wenn Wir auch die Bedeutung der Technik und Kunst des Films voll anerkennen, so bringt doch der einseitige Einfluß, den er auf den Menschen, vor allem die Jugend, durch seine fast ausschließlich visuelle Wirkung ausübt, eine solche Gefahr geistigen Niedergangs mit sich, daß man bereits beginnt, ihn als eine Gefahr für das ganze Volk zu empfinden. Um so mehr ist es daher Aufgabe des guten Buches, das Volk zu einem tieferen Verständnis der Dinge, zum Denken und Nachdenken zu erziehen.
Wir wünschen Ihnen daher ein immer tieferes Verantwortungsgefühl gegenüber dem Menschen, der Ihr Buch in die Hand nimmt und dessen höchster Wert, nämlich seine geistliche und sittliche Vervollkommnung, durch diese Lektüre gefördert und niemals geschädigt werden soll."

Vatikanische Kritik an den Vereinten Nationen

Die Tatsache, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen einem von sieben Staaten eingebrachten Programm zur Stärkung des Einflusses der UNO zustimmte, in dem vor allem das Hindernis des berüchtigten Vetos einer Großmacht im Sicherheitsrat beseitigt werden soll, gab dem „Osservatore Romano" (25. 10.) Veranlassung zu kritischen Bemerkungen über die Grundlagen der Vereinten Nationen.
Die Krisis dieser Vereinigung der Völker, sagt er, hat ihren tiefsten Grund im Moralischen. Darum kann sie auch durch organisatorische Änderungen allein nicht behoben werden. Man muß zuvor anerkennen, daß Friede und Sicherheit nur auf der Grundlage der Gerechtigkeit zustande kommen können, was der Papst der Welt seit 1939 unermüdlich einzuschärfen sucht. Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise in der UNO reichen zurück in die Zeiten ihrer Gründung. Damals wurden die im übrigen wenig geschätzten sittlichen Werte „in Worten hoch erhoben, weil die Not des Augenblicks es forderte". Eine innere Harmonie zwischen Politik und Moral wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt überzeugend sichtbar. Die Vereinten Nationen waren vielmehr beherrscht vom Gewicht der Großmachtinteressen.
Der „Osservatore Romano" nennt zahlreiche Hinweise des Papstes auf die Notwendigkeit, daß man die Gerechtigkeit zur Grundlage politischer Entscheidungen machen müsse, und schließt: „Die gegenwärtigen Ereignisse geben den Worten Papst Pius' XII. einen prophetischen Klang ... Niemals war es tatsächlich evidenter als jetzt, daß die Grundlagen der Gerechtigkeit moralische oder aber gar keine sind. Das zeigt sich an der traurigen Geschichte der UNO von 1945 bis zum heutigen Tage."

Der Kongreß der Ordensleute

Der Kongreß der männlichen Ordensgemeinschaften in Rom hatte von allen internationalen Zusammenkünften des Heiligen Jahres die größte Presse. Die Aufgabe dieser Versammlung war durch das Wort ‚*aggiornamento*' ausgedrückt worden: Anpassung an die Bedürfnisse der Gegenwart. Ein Teil der Weltöffentlichkeit erwartete Sensationen. Man muß sich darüber wundern, daß es immer noch Publizisten gibt, die die katholische Kirche so wenig kennen. Davon abgesehen war aber das Interesse, das man gerade diesem Ereignis entgegenbrachte, sehr begründet. Und vielleicht hat niemand die Gründe besser dargestellt als P. Riccardo Lombardi in dem Aufsatz, den er im „Osservatore Romano" am Vorabend des Kongresses veröffentlichte. Man weiß, daß Lombardi seit längerer Zeit schon das besondere Vertrauen des Papstes besitzt. Seine Äußerungen sind deshalb von mehr als privater Bedeutung.
In seinem Aufsatz im „Osservatore" sagt P. Lombardi, weshalb die katholische Welt so gespannt auf diesen Kongreß horcht: Jedermann spürt und weiß, daß das Gefüge unserer Gesellschaft erschüttert ist. Die Welt kann bald sehr große Umwälzungen erleben. Niemand weiß, wie sie dann aussehen wird. Aber es muß uns alles daran gelegen sein, daß wir als Christen in diesem Augenblick unsere Pflicht erfüllen, daß wir zur Stelle sind, wenn und wo Entscheidungen fallen. Diese Bereitschaft wird von jedem einzelnen gefordert. Aber natürlich warten alle Katholiken auch auf das „aggiornamento" der Kirche; denn der Katholik ist nun einmal gefühlsmäßig darauf eingestellt, daß die kirchliche Führung den Anstoß gibt. Deswegen sah die katholische Weltöffentlichkeit in diesem Ordenskongreß sozusagen einen Probefall. Die Ordensgemeinschaften sind, wie die Allgemeinheit sie sieht, der schlagkräftigste, aber auch der traditionsgebundenste Teil der militia Christi. Man hat das Gefühl, daß die Ordensgemeinschaften infolge ihrer Treue zum Überkommenen nicht immer in dem Maße „zur Stelle" sind, wie sie es könnten, und daß deshalb ihr Potential nicht genug ausgenutzt wird. Man wußte andererseits, wie zartfühlend und vorsichtig die kirchliche Führung sich gerade gegenüber den Orden verhält und wegen der Unantastbarkeit der Gelübde

verhalten muß. Deshalb die Spannung, wie denn die Orden selbst in diesem Augenblick ihre Aufgabe sehen und welche Folgerungen sie ziehen würden.
Der Kongreß besaß keine förmliche Autorität, obwohl er von der päpstlichen Kongregation für das Ordenswesen einberufen worden war. Nur 35 Generalobere von 150 Gemeinschaften nahmen daran teil. Es handelte sich um einen unverbindlichen Austausch der Ansichten und Erfahrungen zwischen den Ordensleuten. Jedoch waren hervorragende Vertreter aller Gemeinschaften anwesend und kamen zu Wort. Deswegen darf man die Ergebnisse des Kongresses als ein Votum werten, das von der Kirche nicht übergangen werden wird.
Was hat der Ordenskongreß erbracht? Man wird das wesentlichste Ergebnis darin sehen müssen, daß die Teilnehmer einmütig die Regeln und Traditionen ihrer Gemeinschaften dem aktuellen Bedürfnis der Kirche unterordneten. Es wurde wiederholt gesagt, der Heilige Stuhl als höchster Oberer aller Orden könne den einzelnen Gemeinschaften die zeitgemäße Form ihres Apostolates vorschreiben. Denn darüber bestand kein Zweifel, daß auch das Ordensleben in das Apostolat eingeordnet sein muß.
Wenn nun allerdings die Meinung geäußert worden ist, diese Einordnung könne zum Beispiel darin bestehen, daß die beschaulichen Orden verpflichtet würden, sich zu „betätigen", oder gar daß sie in ihrer bisherigen Struktur nicht mehr länger bestehen bleiben würden, dann zeigen solche Äußerungen nichts weiter als ein grobes Mißverständnis des Apostolates. Immerhin hat es der Ordenskongreß für notwendig befunden, sich mit diesem Mißverständnis zu beschäftigen. Er hat von neuem bestätigt, daß Gebet und Sühne als einziger Lebensinhalt religiöser Gemeinschaften auch dann berechtigt sind und erhalten bleiben müssen, wenn es an Kräften für das tätige Apostolat mangelt.
Überhaupt macht es auf den außenstehenden Beobachter dieses Kongresses großen Eindruck, wie er sich darin einig war, daß das „aggiornamento" der Methoden, von dem wir meist zuviel erhoffen, weniger wichtig ist als die reine Ausprägung der klösterlichen Ideale in einer Art und Weise, die unseren Zeitgenossen „einleuchtet". Es wurden also manche Vorschläge für die Reform des Lebensstiles und der Aszese in den Klöstern vorgebracht, die unter diesem Gesichtspunkt „fällig" und notwendig sind. Vielleicht betreffen sie weniger die männlichen als die auf dem Kongreß nicht vertretenen weiblichen Orden. Der Kongreß war damit einverstanden, daß die Aszese unserer Tage an die psychologischen und hygienischen Erkenntnisse unserer Zeit angepaßt werden soll und daß auch das Gebetsleben der kirchengeschichtlichen Entwicklung folgen muß, die zu einem neuen Erlebnis der Bibel und der Liturgie geführt hat.
Auch darüber bestand Einverständnis, daß die Erziehung des Ordensnachwuchses auf der Höhe der Zeit stehen müsse und daß überhaupt keine der modernen Erfindungen, handle es sich nun um das Telefon, das Auto, die Zeitung oder das Fernsehen, grundsätzlich aus dem Lebensbereich des Ordensmannes verbannt werden darf. Aber ebenso wurde die Gefahr gesehen, daß man schwer unterscheiden kann, inwieweit dies alles nützlich ist und wie bald es zu einem Vorwand wird, um eine geheime Welthörigkeit zu tarnen. Es kam dem Kongreß deshalb nicht so sehr darauf an, Regeln für den Gebrauch der Dinge aufzustellen, als die Teilnehmer darin zu festigen, daß die evangelischen Räte auch heute in ungetrübter Reinheit stehen bleiben müssen.
Einige Berichte über den Kongreß heben besonders jene Bemerkungen hervor, die eine größere Zentralisierung befürworteten, sei es in der Weise, daß die päpstliche Kongregation mehr als bisher von ihren Rechten Gebrauch macht, sei es dadurch, daß eine stärkere Vereinigung autonomer Gemeinschaften angestrebt wird. Wir haben den Eindruck, daß man in dieser Frage mit großer Vorsicht verfahren wird, und mit Recht; denn Ordensgemeinschaften sind keine militanten Bataillone, die nach Bedarf eingesetzt werden können, sondern Gemeinschaften, die ihren Sinn und ihre Kraft in der Freiheit persönlichen Opfers besitzen, die zu respektieren wichtiger ist als eine geschäftige Aktionstaktik.
Während des Kongresses wurde die apostolische Konstitution „Sponsa Christi" veröffentlicht, die das „aggiornamento" der weiblichen Orden zum Gegenstand hat. Ihre gemessenen Anordnungen sind wahrscheinlich ein Hinweis darauf, wie die Leitung unserer Kirche Tradition und Zeitbedürfnis zu vereinen sucht.

Der Kongreß über die Kirchenmusik

Während des Heiligen Jahres hat in Rom auch ein internationaler Kongreß der Musica sacra unter der Leitung von Msgr. Anglès, dem Leiter des päpstlichen Instituts der Kirchenmusik, stattgefunden. Wir wollen hier nicht über alle auf diesem Kongreß behandelten Fragen berichten, sondern nur darauf hinweisen, daß die Notwendigkeit, alle Studien, Bemühungen und Initiativen im weiten Gebiet der Kirchenmusik aufeinander abzustimmen, sich immer lebhafter fühlbar macht. Man kann sagen, daß sich die Diskussionen des Kongresses hauptsächlich in drei Richtungen bewegten: 1. historische Forschung, Wiederbelebung und praktische Ausübung der liturgischen Musik; 2. die Orgel und ihre Rolle in der Kirche; 3. das Oratorium und die religiöse Musik, die den Gottesdienst begleitet. Man findet manchmal in Zeitungen und selbst in ernsthaften Zeitschriften die Behauptung, daß die Kirchenmusik heute den Museen angehöre und nicht mehr lebendig sei. Man hätte aber nur einmal einen Augenblick in einen der drei großen Säle des alten römischen Palastes hineinzuhören brauchen, in dem gleichzeitig die drei verschiedenen Gruppen des Kongresses tagten, um sich davon Rechenschaft zu geben, daß nichts falscher sein könnte als diese Behauptung.

Liturgische Musik

Als erstes: die musikwissenschaftlichen Forschungen sind noch in keiner Weise abgeschlossen. Man kann vielmehr sagen, daß sich in jedem Augenblick noch neue Gebiete voll großer Schwierigkeiten auftun. Wenn der gregorianische Gesang schon eine gewisse relative Systematisierung in der vatikanischen Sammlung gefunden hat und der ambrosianische auf gutem Wege dazu ist, so hat man doch über den byzantinischen noch keinerlei Überblick, noch viel weniger über den gallikanischen und den mozarabischen, von deren Existenz viele nicht einmal etwas wissen. Die Entzifferung der Neumen wird vielleicht immer eine Quelle unendlicher Diskussionen bleiben, bei denen es sich nicht nur um eine Frage im kirchlichen Raum, sondern um eine solche der Wissenschaft

handelt. So nahmen an diesen Diskussionen neben den Benediktinern und den bärtigen griechischen Mönchen von Grottaferrata auch so bekannte Musikwissenschaftler wie Egon Wellesz und Fausto Torrefranca teil, die alle von der gleichen wissenschaftlichen Leidenschaft erfüllt waren und damit das Interesse für diesen Gegenstand bewiesen.

Eine andere Frage, die sich im Gebiet des liturgischen Gesanges stets wieder erhebt, ist die, wie dieser Schatz von in ihrer unendlichen Mannigfaltigkeit dennoch einheitlichen Musikstücken in der ganzen Welt praktisch aufgeführt werden könne. Es ist bekannt, daß man seit der energischen Reform Pius' X. den gregorianischen Gesang einigermaßen im Geiste des Originales ausführen kann; aber wieviele Priester sind in der Lage, den musikalischen Text korrekt zu lesen und ihren Pfarrkindern beizubringen? In den Seminaren wird der musikalische Unterricht oft genug vernachlässigt oder zumindest zweitrangig behandelt. Solange nicht jeder Bischof einen Sachverständigen für liturgischen Gesang zu seiner Verfügung hat, der darüber wachen sollte, daß die Neupriester die grundlegenden Kenntnisse zur Ausführung des gregorianischen Gesanges lernen, wird der religiöse Hymnus immer wieder wie in der Vergangenheit gebrüllt werden. Natürlich sind schwerwiegende materielle Hindernisse zu überwinden, um eine seit Jahrhunderten eingewurzelte Gewohnheit auszurotten. Der Kongreß hat bewiesen, daß diese Probleme praktisch mehr oder weniger in allen katholischen Ländern bestehen.

Die Orgel

Ähnliche Probleme bestehen hinsichtlich der Anwendung der Orgel. Dieses alte, gleichsam an die Existenz der Kirche gebundene Instrument wird nur zu oft durch ein Harmonium ersetzt, und man läßt die Orgel verfallen. Nicht alle Kirchen können natürlich eine großartige Orgel besitzen; aber vom musikalischen Standpunkt aus ist es ein großer Jammer, daß man viele alte Orgeln hat zugrunde gehen lassen, da diese selbst bei beschränkter Tastatur und Pedalen einen Reichtum an Klangfarben und Klangschönheit besitzen, den man bei modernen Instrumenten meistens vermißt. Lebhaft wurde auch die Verwendung der Hammond-Orgel diskutiert. Manche sehen in ihr die Rettung, andere wollen sie geradezu exkommunizieren. Man hat sich schließlich darauf geeinigt, sie für große Kirchen für geeignet zu halten.

Moderne Kirchenmusik

Der dritte Punkt war vor allem für den modernen Beobachter interessant: das Oratorium erfreut sich in der Tat eines neuen Interesses bei den modernen Komponisten. Andererseits allerdings erfordert die Ausführung nicht streng liturgischer Musik eine beachtliche musikalische Ausbildung und kann nur mit großer Vorsicht angewandt werden. Oft genug ist es in der Vergangenheit vorgekommen, daß man in der Kirche während des Gottesdienstes Kompositionen zu hören bekam von zwar äußerlich modernem Stil, die aber doch im Grunde nur ungeschickte Übertragungen profaner Musik auf den kirchlichen Anlaß darstellten. In Italien haben sie meist einen melodramatischen Charakter. Über diesen Punkt kann man unendliche Diskussionen führen, weil es sich in jedem einzelnen Fall darum handelt, ob man eine Komposition vom musikalischen Standpunkt für einen bestimmten Gottesdienst zulassen kann oder nicht. Auch auf diesem Gebiet könnte die Zusammenarbeit der Geistlichen mit Kritikern, Musikwissenschaftlern und Kennern fruchtbar sein.

Zum Schluß sei nochmals betont, daß dieser Kongreß auch über den Kreis der Katholiken hinaus bei all denen, die die Bedeutung der Kirchenmusik begriffen haben, lebhafte Teilnahme gefunden hat. Die Auffassung der Kongreßteilnehmer gegenüber den verschiedenen Problemen war erstaunlich einmütig; sie waren alle der Überzeugung, daß man sofort etwas tun müsse, um die Kirchenmusik ihrem wahren Wesen zuzuführen.

Kirche und USA im Ost-West-Konflikt

Gegenüber der weit verbreiteten Vorstellung, daß der Vatikan und die Vereinigten Staaten in der Front gegen den Kommunismus Verbündete seien, gab der „Osservatore Romano" in seiner Sonntagsausgabe zum 19. November einige wichtige Richtigstellungen. Der Leitartikel stammte aus der Feder von Piero Bargellini.

Wenn sowohl die Kirche wie die USA dem Kommunismus entgegentreten, sind sie dabei doch von sehr unterschiedlichen Motiven geleitet. Die Gründe der Kirche sind eminent und ausschließlich theologische; die der Vereinigten Staaten vorwiegend, wenn nicht ausschließlich politische. Möglich, daß Amerika versucht, seine Motive aus der politischen auf die religiöse Ebene zu heben. Ausgeschlossen, daß die Kirche die ihrigen von der religiösen auf die politische senken wird.

„Die Kirche sucht die Allianz von niemandem, auch wenn sich in der Geschichte jemand aus zufälligen Gründen an ihrer Seite einfindet. Es ist nicht wahr, daß die Kirche an der Seite der Fürsten, des Adels, der Bourgeoisie steht.

Im Gegenteil, eine auch nur oberflächliche geschichtliche Untersuchung zeigt einen scharfen Gegensatz zu allen, die versucht haben, die Religion zu einem Werkzeug der Politik zu machen. So kann es auch nicht wahr sein, daß die Kirche in einem politischen Konflikt mit einer politischen Macht verbündet ist.

Die Kirche war nicht mit Spanien, war nicht mit Frankreich, war nicht mit Österreich, war nicht mit dem König von Neapel, war nicht mit dem Großherzog von Toskana. Es ist unmöglich, daß sie heute mit Amerika ist. Die Kirche ist, wo Christus ist. Und Christus ist immer und wird immer mit der Kirche sein bis zum Ende der Zeiten."

Das Pfarrproblem in Italien

Daß die Pfarre, diese unterste, aber für den einfachen Gläubigen wichtigste Einheit des kirchlichen Aufbaus, in ihrer bisherigen Struktur fragwürdig geworden ist, hat man zuerst in Frankreich erkannt. In der Vergangenheit waren Pfarre und Lebensraum identisch; heute spielt sich das Leben der meisten, insbesondere auch das der arbeitenden Menschen nicht mehr innerhalb des beschränkten Bezirks ihrer Pfarre ab, und ihre Arbeitsstätte (die Fabrik) ebenso wie ihre Freizeitstätten (an erster Stelle das Kino) liegen außerhalb der Pfarre und stellen sie in eine Lebensgemeinschaft mit Menschen aus anderen Pfarren. Und anderseits wohnt im Bezirk der Pfarre neben den Gläubigen meist eine Überzahl an Gleichgültigen oder Ungläubigen. Dieser Zustand ist in einem Land wie

Frankreich besonders deutlich zu fassen, aber er wird auch in anderen Ländern der alten Christenheit immer ausschlaggebender. Auch in Italien hat man feststellen müssen, daß die Pfarre nicht mehr den Lebensraum der Pfarrkinder umgreift, sehr zum Schaden von deren religiöser Festigkeit und Beheimatung.

Rückgang des lebendigen Glaubens

Auf der Arbeitstagung einer Gruppe von katholischen Akademikern in Mailand im vergangenen Jahr hat man die Frage der Zeitgemäßheit der gegenwärtigen Pfarrstruktur eingehend erörtert; die Vorträge, die bei dieser Gelegenheit gehalten worden sind, sind jetzt als Broschüre erschienen („Innovazioni o rinnovamento della Parocchia?", hsg. v. R. P. Roberto Perenna). In dieser Broschüre wird festgestellt, daß die lebendige Betätigung des Glaubens auch in Italien im letzten Dezennium erschreckend nachgelassen hat. So sind z. B. die Kommunionen in dem Zeitraum von 1938 bis 1948 durchweg um 30—50 % zurückgegangen. An den sonntäglichen Meßbesuch halten sich nur noch 15—17 % der Getauften gebunden. Löst man diese Gesamtzahl in einzelne Kategorien auf, so wird das Bild noch trostloser: die Jugend erscheint nur zu 5—7 %, die Männer nur zu 2—3 % in der Sonntagsmesse.

Hoffnung auf die Elite

Allerdings hat sich hier, wie in den meisten altchristlichen Ländern überhaupt, auch ein Wandel vollzogen, den man vielleicht als hoffnungsvoll ansprechen darf: während früher vor allem die Intellektuellen der Religion den Rücken kehrten, gerade die geistige und kulturelle Elite die Kirche verließ und die Religion eine Angelegenheit des einfachen Volkes, der einfältigen Seelen zu sein schien, sind es heute die Ungebildeten und vor allem die Halbgebildeten, die außerhalb der Kirche stehen, während die Intelligenz zu ihr zurückkehrt (es fragt sich nur, ob die in der Geschichte so oft beobachtete Folge, daß Gedanken, die zuerst in der Führerschicht lebendig waren, fünfzig Jahre später, popularisiert, in die Breite eindringen und diese bestimmen, ein echtes Gesetz des historischen Ablaufs darstellt, das auch heute noch gilt; oder ob es Eliten anderer, nicht geistig-kultureller Art gibt, die unter besonderen Verhältnissen, wie den heutigen, die Führung an sich reißen können).
Immerhin, wer heute praktizierendes Glied der Kirche ist, ist es in viel größerem Prozentsatz als früher nicht aus Traditionalismus und Konformismus, sondern aus echter Überzeugung und Ergriffenheit. Die Gläubigen streben wahrhaft nach einem vollkommeneren Leben. Aus diesem echten Drang nach Vervollkommnung sind eine Reihe von Bewegungen entstanden, die missionarisch in die glaubenslose Umwelt hinaus wirken wollen. Aber fast alle diese Bewegungen sind außerhalb der Pfarre aus individueller Initiative entstanden.

Mitarbeit der Laien

Um die Pfarre, die ja nun eben doch die Kernzelle des christlichen Lebens ist, diesen neuen Verhältnissen anzupassen, genügt es nicht, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die die Pfarrkinder an ihre Pfarre binden könnten, sondern es gilt, das Bewußtsein von der Aufgabe und Unersetzlichkeit der Pfarre zu erneuern. Hier ist die Mitarbeit der Laien in erster Linie von größter Fruchtbarkeit. Die italienische Arbeitsgruppe der katholischen Akademiker legte denn auch besonderes Gewicht auf die Wichtigkeit der Mitarbeit der Laien an der Erneuerung der Pfarre. Doch betonte sie sehr energisch, daß diese nur unter Führung des Pfarrers vor sich gehen dürfe, da der Pfarrer als Vater seiner Gemeinde eingesetzt sei und diese Rolle nicht zu ersetzen sei.
Der Arbeitskreis kam auch auf die Frage des Unterhalts der Priester zu sprechen, da ein würdiger Lebensstandard der Geistlichen eine wichtige Voraussetzung für deren fruchtbare Arbeit sei (diese Frage ist in gewissen Gegenden Italiens äußerst akut bei der erschreckenden Armut mancher Pfarrer). Man stellte die Pflicht der Gemeinde fest, für ihre Geistlichen angemessen mitzusorgen. In den Ländern, in denen der Staat die Kirche nicht unterstützt, sind diese ausschließlich auf die freiwilligen Abgaben der Gläubigen angewiesen. Dennoch müssen die Geistlichen sich davor hüten, sich durch ein übersteigertes Tarifsystem (für Messen, für Taufen und Beerdigungen usw.) in ein schiefes Licht zu bringen, als ob ihre geistlichen Handlungen selber käuflich seien. Man versucht daher, alte Mißstände auf diesem Gebiet auszumerzen und lieber ein allgemeines Spendensystem einzuführen. In Frankreich ist manches in dieser Hinsicht geschehen (Abschaffung der gestaffelten Tarife vor allem). Auch in Italien haben vereinzelte Diözesen hier schon ein gutes Beispiel gegeben (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 3, Heft 11, S. 488 f.).

Kommunisten treten für die Unternehmer ein

Wir berichten in den Meldungen aus Amerika über das „Gemeinwohl im Wirtschaftsleben". Hier ist die Ergänzung dazu. Der Administrator des Europäischen Hilfsprogramms der USA in Rom, M. Leon Dayton, hatte auf einer Unternehmertagung in Genua den italienischen Unternehmern den Vorwurf gemacht, sie seien selbstsüchtig, und ihre Versicherungen, daß sie sich um die Hebung des Lebensstandards der Allgemeinheit bemühten, seien Gerede. „Sind Ihre Pläne auf dem Profitinteresse der einzelnen Unternehmer aufgebaut, oder ziehen Sie die Ziele in Erwägung, die wir erreichen müssen, wenn West-Europa von der sowjetischen imperialistischen Herrschaft bewahrt bleiben soll?"
Dieses Monitum war zuviel für die italienischen Kommunisten. Sie klagten die Vereinigten Staaten an, daß ihre Vertreter „Italien wie eine Kolonie behandelten", wenn sie sich derart „in das delikate Problem der Beziehungen zwischen Bürgern und Vertretern nationaler Belange" einmischten. Da die Kommunisten, meint „America" (4. 11. 1950), sich wohl kaum einbilden werden, daß ihre Kommentare auf die Beziehungen zwischen den Unternehmern und den Amerikanern Eindruck machen, sollte ihnen am Ende daran gelegen sein, das gegenwärtige System der Ausbeutung der Allgemeinheit durch das „Big business" aufrecht zu erhalten? Man kann auch dies eine Form der Sorge um das Allgemeinwohl nennen.

Die Woche von Assisi

Unter den vielen Bemühungen, die in verschiedenen Ländern gemacht worden sind, um Priester und Laien einander nahezubringen, hat eine in Italien besonderen Erfolg gehabt, die der sogenannten „Woche von Assisi", die von der Bewegung „Pro Civitate Christiana" ausgeht. Die erste

dieser Wochen fand im Jahr 1942 statt. Der eigentliche Initiator dieser Zusammenkünfte ist Don Giovanni Rossi und neben ihm unter anderen auch der in Deutschland bekannte Schriftsteller Piero Bargellini. In jenen dunklen Jahren hatte man die Absicht, in einer Stadt wie Assisi, die schon an sich zur religiösen Betrachtung einlud, Theologen, Philosophen, Schriftsteller und Künstler zusammenzuführen. Man wollte keinen der üblichen Kongresse abhalten, und zudem erlaubte auch der Krieg keinen weiteren Radius dieses Unternehmens. Man wollte vielmehr in einem verhältnismäßig kleinen Rahmen ein Experiment ausführen und es dann später, wenn der Versuch geglückt wäre, weiter ausbreiten. Da man nicht die Absicht hatte, diese Zusammenkunft nur auf dieses eine Mal zu beschränken, sondern sie alljährlich wiederholen wollte, so mußte man einen Beziehungspunkt finden, der sich im Laufe einer längeren Zeit weiterentwickeln ließe. Darum nahm man zur Grundlage der Zusammenkünfte das Nizänische Glaubensbekenntnis, und jedes Jahr sollten die Vorträge sich um eine bestimmte Frage daraus drehen, so daß sich die Gedanken aller um ein und denselben Punkt konzentrieren würden. So war das Thema der ersten Woche von Assisi: „Ich glaube an Gott, den allmächtigen Vater". Über dieses Thema sprachen Theologen, Philosophen, Schriftsteller und Künstler, und zwar auch Nichtkatholiken oder wenigstens solche, die ihren Glauben nicht praktizierten. Der Erfolg war sofort sehr groß. Die Botschaft Christi zu übergehen, ist heute noch für einen Gebildeten völlig unmöglich; aber auf Grund ihrer beruflichen oder künstlerischen Betätigungen haben viele Laien lange Jahre hindurch das Evangelium nicht mehr im Wortlaut gelesen oder näher überdacht. Für viele Intellektuelle ist diese Aufforderung, über einen Gegenstand zu sprechen, der lange Zeit hindurch nicht in ihr Blickfeld getreten war, eine Mahnung gewesen, der gegenüber sie nicht taub geblieben sind, und nach vielen Jahren haben sie wieder angefangen, über die Botschaft Christi nachzudenken von irgendeinem Gesichtspunkt aus, und das hat häufig Früchte getragen, die man kaum hätte erwarten dürfen. Auf Grund von Bekenntnissen der Betreffenden weiß man jetzt, daß, wenn sich diese äußere Gelegenheit nicht geboten hätte, viele Laien diese Revision ihrer Einstellung zum Christentum und zu Christus sicher noch auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben hätten, vielleicht bis zum Sterbebett. Gewiß haben auch die Kriegsjahre und das Unglück der gegenwärtigen Zeit viele ehemals feindliche Geister dazu gebracht, mit neuem Ernst über den Glauben der Väter nachzudenken; und dieser ist ja für die Mehrzahl der Italiener der katholische. Bei dieser Zusammenkunft haben jedoch nicht nur die Katholiken gesprochen, sondern auch Außenstehende, die dort sagen konnten, was sie wollten; nur wurde sofort nach deren Vortrag der orthodoxe katholische Standpunkt formuliert, den übrigens auch die Mehrheit einnahm. Selbstverständlich waren nicht solche Leute eingeladen, von denen man Beleidigungen hätte erwarten können; doch jeder, der ein lebhaftes Interesse für das Christentum oder gewisse seiner Aspekte zeigte, war willkommen.

Im ersten Augenblick konnte man die Sache für ein Luftschloß halten. Doch heute, nach acht Jahren, kann man sagen, daß die Zusammenkunft von Assisi zu einem feststehenden Bestandteil der sommerlichen Gewohnheiten vieler italienischer Intellektueller geworden ist. So ist in diesem Jahr der achte Band des „Simbolo" herausgekommen, einer Art Jahresschrift, in der die einzelnen Vorträge gesammelt werden, die in Assisi gehalten worden sind. In diesem Jahr war das Thema besonders interessant; es wurde von dem Text gebildet: „Er hat gelitten unter Pontius Pilatus".

Wenn, wie man hofft, das ganze Credo durchgegangen ist, so wird man auf diese Weise eine Art von neuem Kommentar besitzen, der zugleich ein sehr interessantes Zeugnis für das Denken einer großen Gruppe von modernen Intellektuellen darstellt. Die besten Namen der italienischen Literatur sind in dieser Sammlung, die sich von selber bildet, zu finden; und mancher Schriftsteller ist dabei, dessen Name der italienische Leser mit dem größten Staunen dort finden wird, weil er ihn für völlig taub gegenüber allen religiösen Problemen gehalten hätte. Dieser italienische Versuch, der in die Reihe vieler Versuche in den verschiedensten Ländern gehört, Laien und Priester, Laien und Theologen in geistigen Austausch zu bringen, kann vielleicht durch seine besondere Form auch anderswo zur Anregung dienen.

Opus Dei, eine neue Ordensgemeinschaft in Spanien

Die Herder-Korrespondenz hat einen Bericht im Dezember 1949 „Das Rätsel Spanien" überschrieben. Dieses Rätsel hat auch eine übernatürliche Seite. Spanien war immer eine Welt für sich. Ob es erst durch den Islam von Europa getrennt wurde oder ob seine geographische Lage es von Anfang an mit sich brachte, sicher ist, daß es auch nach der Reconquista und auch nachdem es durch seinen europäischen König, den Kaiser Karl V., der niemals dort heimisch werden konnte, zur ersten Macht Europas emporgestiegen war, sowohl in politischer als vor allem auch in religiöser Beziehung für einen europäisch orientierten Geist stets eine unverstandene fremde Welt geblieben ist. „Rückständig" nannte man es nicht erst im 19. Jahrhundert und nicht nur von seiten des politischen und religiösen Liberalismus. Selbst in Rom ist die starre Orthodoxie Spaniens oft als Belastung empfunden worden. Trotzdem kam der erste „moderne" Orden, der der Jesuiten, der gerade das verwirklichte, was für die neue, überaus schwierige Lage der Kirche nötig war, aus Spanien. Er war so modern, daß der hl. Ignatius sich mühsam Verständnis für sein Werk bereiten mußte.

Auch heute entsteht in diesem „rückständigen" Spanien wiederum ein neuer Orden, vielleicht wiederum gerade das, was die Kirche in ihrer Lage, die sicher nicht leichter ist als die vor 400 Jahren, nötig hat.

Ende der zwanziger Jahre hat ein junger Priester, Don José Maria Escriva, eine Gefolgschaft zu sammeln begonnen, die am 2. Oktober 1928 als „Opus Dei" konstituiert wurde. Zwei Jahre später wurde ihm ein weiblicher Zweig angegliedert. Glied des Opus Dei kann jeder werden, der bereit ist, die drei Gelübde des Ordenslebens abzulegen. Zweck der Vereinigung ist die Heiligung des Arbeitslebens. Die Priester des Werkes, die in einer Societas Sacerdotalis Sanctae Crucis zusammengefaßt sind und die satzungsgemäß nur in verhältnismäßig kleiner Anzahl vorhanden sein sollen, haben die geistige Leitung. Ihrer Ausbildung galt in erster Linie die unermüdliche stille Arbeit des Gründers. Im Jahre 1943, nach fünfzehnjähriger Vorbereitung, erhielt die

priesterliche Gesellschaft des heiligen Kreuzes das Nihil obstat, und gleichzeitig erhielt das Opus Dei als damit unauflöslich verbundenes Werk die Approbation nach Diözesanrecht.

Für die Lage der Kirche und die großen Ziele von P. Escriva genügte jedoch diese kleine Welt nicht. Er wandte sich nach Rom, und dort fand er großes Interesse. Seitdem die Dekrete Leos XIII. religiöse Gesellschaften mit nur privaten Gelübden möglich gemacht hatten, drängte die Entwicklung in dieser Richtung weiter, und was seit 1900 in der Luft lag, die Gründung ganz freier, in der Welt verborgener religiöser Gemeinschaften, das wurde durch die Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit brennendes Bedürfnis und dringendes Anliegen des Heiligen Vaters. So traf es sich glücklich, daß dieser Spanier nicht nur einen fertigen Plan, sondern eine bereits jahrelang erprobte und wohlfunktionierende Vereinigung vorweisen konnte. Daher kam es, daß schon drei Wochen nach der Verkündigung der neuen apostolischen Konstitution „Provida Mater Ecclesia" am 2. Februar 1947 durch das Decretum Laudis die Priestervereinigung des Heiligen Kreuzes, verbunden mit dem „Opus Dei", als erstes Weltliches Institut nach Päpstlichem Recht approbiert wurde. Dieses Decretum Laudis ist dann am 16. 6. 1950 endgültig bestätigt worden.

Schon haben sich Zweigniederlassungen in anderen Ländern, vor allem in Italien, aber auch in Frankreich, England und Amerika gebildet. Doch nicht nur die Verbreitung nach außen, auch die interne Arbeit des Opus Dei gewinnt einen größeren Radius. Am Anfang ging man langsam und behutsam vor. Die Arbeit beschränkte sich auf apostolisches Wirken im jeweiligen Lebensraum der Mitglieder. Aber in dem Maß, in dem die Mitgliederzahl wuchs, vervielfältigte sich die Arbeit mit ungewöhnlichem Elan. So sind Studentenheime des „Opus Dei" schon an zahlreichen wichtigen Universitäten Europas und Amerikas zu finden. Und das ist nur ein Beispiel der Tätigkeit des Institutes. Denn nicht nur unter den Gebildeten, sondern unter allen Klassen und Berufen, von den niedersten bis zu den höchsten, hat es sein Arbeitsfeld, von einer kleinen Zelle aus Kreise bildend oder in vorhandene Kreise eindringend, um sie mit Hilfe des Heiligen Geistes umzugestalten.

Diese ganze Arbeit wird still und ohne Aufheben, aber unter Einsatz der ganzen Person geleistet. Unter sich in echter Demut verbunden, wirken die Mitglieder als „die Unbekannten" in der Welt. Es ist ein Charakteristikum des „Opus Dei", die Gemeinsamkeit des Lebens als eine geistige Gemeinschaft aufzufassen, nicht als eine Gemeinschaft des äußeren Tageslaufs. Zerstreut und verankert in der Welt, sind die Mitglieder eng in der Liebe und vor allem im Gehorsam Christi verbunden.

Und darin tritt wieder das Rätsel Spanien hervor. Denn es gibt keinen größeren Individualisten als den Spanier. Er scheut sich fast, ein Versprechen zu geben, weil er nicht weiß, ob er die heute eingegangene Bindung morgen noch ertragen kann. Wenn er aber sich Gott hingibt, so vermag er auf seinen eigenen Willen zu verzichten, wie es sonst nur die größten Asketen fertig bringen. So werden im „Opus Dei" selbstverständlich keine neuen geistlichen Mittel in Anwendung gebracht, sondern es handelt sich darum, den nach den ewig gleichen, von Christus selbst gegebenen Anweisungen geformten Menschen so einzusetzen, wie es die Kirche und die übernatürliche Bestimmung des Menschen in der historischen Stunde erfordern, was ja stets der Sinn einer neuen Ordensgründung war.

Da die Mitglieder des „Opus Dei" nicht als solche zu erkennen sind, sind viele Gerüchte über diesen „mächtigen, halb geheimen Orden des intellektuellen Katholizismus", mit „etwas an Freimaurerei erinnernden Formen", verbreitet; nach einer Lissaboner Darstellung ist „Opus Dei" nicht mehr und nicht weniger als „heute die wichtigste Kontroll- und Ausleseorganisation der Regierung Francos"; so in „Die Welt", Hamburg, 4. 5. 1950, wogegen Professor Neuß im „Rheinischen Merkur" vom 1. 7. 1950 Einspruch erhoben hat. Nach spanischen Darstellungen hat das „Opus Dei" in noch nicht einem Vierteljahrhundert über hundert Niederlassungen in Spanien, Europa, Amerika und Afrika errichtet.

Welche Gefahren bedrohen die bäuerliche Welt?

Die von Dominikanern herausgegebene Zeitschrift „La Vie Intellectuelle" übt in ihrer Nummer vom Oktober 1950 scharfe Kritik an der „Sozialen Woche" von Nantes, über die wir in der Herder-Korrespondenz Jhg. 5, Heft 1, S. 36—41 ausführlich berichtet haben; sie befaßte sich mit dem Problem der bäuerlichen Welt, die sich endlich auch in die Umwälzung der modernen Welt mit hineingerissen findet. Der Verfasser der Kritik, G. Allo, wirft der Tagung vor allem vor, sie sei nicht so gründlich und sachgerecht gewesen, wie man es von den Sozialen Wochen Frankreichs bisher gewöhnt gewesen sei. Daher habe sie auch in den verschiedensten Kreisen Widerstand gefunden, vor allem bei der jungen Landbevölkerung der Katholischen Aktion. Hier regt sich vor allem eine gewisse Ungeduld gegenüber einem auf der Tagung zutage getretenen Vorurteil zugunsten altherkömmlicher Strukturen, namentlich des Familienbetriebs.

Gegen den bäuerlichen Familienbetrieb

Es wäre ungerecht, diese kritische Haltung der Landjugend gegenüber den Positionen der Sozialen Woche von Nantes auf ihre Neuerungssucht zurückzuführen. In Wahrheit haben die Referate der Tagung die wirklichen Schwierigkeiten unterschätzt, die die Interessierten innerhalb der überlieferten Strukturen zu ertragen haben. Die Landjugend fand ihre Situation nicht adäquat dargestellt; denn Familienbetrieb bedeutet für sie nie-endende Arbeit, keinerlei Freiheit, weder für Frau noch für Kinder, vorzeitige Erschöpfung aller Kräfte, äußerst begrenzte Möglichkeiten, sich technisch auszurüsten. Auch der Vergleich, der in Nantes zwischen Familienbetrieb und Großbetrieb gezogen wurde, ist so nicht gültig, da die Beispiele sehr besondere Fälle betrafen, z. B. die außerordentliche Fruchtbarkeit des Bodens in Flandern oder den besonderen Charakter des Anbaus, z. B. von Blumen und Gartengemüse usw. Man hat bei der Stellungnahme zugunsten des Familienbetriebs auch völlig dessen Tendenz zur Konzentration des Bodens in einer Hand übersehen, zu der der Bauer gedrängt wird, um den Boden technisch günstig auszunutzen: so entsteht hier von selbst ein kapitalistischer Geist, und die Unterliegenden werden dann immer wieder in die Rolle des ländlichen Tagelöhners absinken. Beim Familienbetrieb steht und fällt alles mit der Identifikation Familie-Bodenbesitz, daher gibt hier nur zu oft der Boden bei den wichtigsten menschlichen Entscheidungen den Ausschlag: Ehe-

gefährte, Kinderzahl werden nicht frei gewählt, sondern unter dem Zwang des Bodens. Man heiratet Land zu Land; der Umfang des Bodens bestimmt die Kinderzahl usw.
Übrigens haben sich auch Historiker gewundert, daß die Soziale Woche von Nantes so ohne weiteres den Familienbetrieb als die naturgegebene Form des landwirtschaftlichen Betriebs vorausgesetzt hat, da doch die individuelle Familienwirtschaft in Privateigentum keineswegs die ewige Wirklichkeit des Landbaus darstellt, sondern ihr jahrhundertelang ganz andere Typen vorangegangen sind, viel patriarchalischere Großfamilienbetriebe oder Gemeinschaftsformen.

Es geht um die geistige Haltung

Was der Kritiker der „Vie Intellectuelle" aber der Sozialen Woche von Nantes vor allem vorwirft, ist, daß sie nicht als das wichtigste Problem das des die Strukturen beseelenden Geistes angesehen habe. Um die menschlichen Werte des Landes zu retten, gilt es nicht, diese oder jene Struktur vorzuziehen, sondern die Hierarchie der Werte zu sichern. So wäre es das wichtigste gewesen, den Geist des Kapitalismus zu verurteilen, der sich in alle Organisationen einschleichen kann, ebensowohl in die familienhafte wie in die des Großbetriebs, wie er auch ebenso beiden ferngehalten werden kann. Diese spirituelle Dimension des Problems der bäuerlichen Welt in der Umwälzung der Gegenwart, die man von einer Institution wie der Sozialen Woche wohl an erster Stelle hätte erwarten dürfen, sei nicht aufgewiesen worden.
Man hat sich an eine gegebene Struktur geklammert, weil es wirklich eine Gefahr der Sozialisierung und Kollektivierung gibt. Aber das ist keine Lösung. Man muß den Mut haben, neue Strukturen aufzunehmen, sie aber aus dem vollen christlichen Geist zu gestalten.
So wird also der Sozialen Woche von Nantes einerseits Mangel an wissenschaftlicher Strenge bei ihren Analysen, anderseits das Fehlen einer theologischen Unterbauung vorgeworfen. Man hat die christlichen Prinzipien als bekannt vorausgesetzt und aus ihnen übereilt fertige Lösungen abgeleitet. Aber gerade das macht die Tragödie des christlichen Denkens in unserer Zeit aus: man bleibt einerseits bei platonischen Wahrheiten stehen, die man nicht in die Wirklichkeit überführt, und man bezieht anderseits im Namen der christlichen Soziallehre festgelegte Positionen, als ob sie die einzig möglichen wären.
Gewiß, die christlichen Prinzipien sind bei den früheren „Sozialen Wochen" studiert und dargestellt worden, aber das genügt nicht. Man hätte auch diesmal wieder vom christlichen Menschenbild, von der christlichen Hierarchie der Werte ausgehen müssen. Da man aber weder von der exakten Analyse der Tatsachen noch von der Offenbarung ausgegangen ist, hat man sich in der Zwischenwelt der Meinungen und zufälligen Parteinahmen gehalten und ist von der Wirklichkeit und vom christlichen Geist gleich weit entfernt geblieben.
Die Kritik wirft zuletzt die Frage auf: Werden die „Sozialen Wochen", die so lange mutig gegen Vorurteile angekämpft haben, sich nun an die traditionelle bäuerliche Welt wie an eine letzte Bastion der „Rechtgesinntheit" klammern? Wird man gegenüber der Umwälzung in der Landbevölkerung ebenso blind sein, wie man es beim Entstehen der Industriearbeiterschaft war, wo ja auch „die Christen zu spät gekommen sind"?

Ein Institut für höheren katechetischen Unterricht

Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs hat ebenso wie die französische „Nationale Kommission für den Religionsunterricht" (Commission nationale des catéchismes) Hochschulkurse für Katechetik verlangt. Zur Erfüllung dieser sehr aktuellen Forderung war die Schaffung solcher Kurse am Institut Catholique von Paris beschlossen worden.
Diese Kurse haben nun mit dem akademischen Jahr 1950/1951 begonnen. Sie umfassen: einen Kurs in kerygmatischer Theologie (Problem Glaube und moderne Welt, lebendige Darstellung des Geheimnisses Christi); einen Kurs in positiver und Pastoraltheologie (Religionsunterricht in der Geschichte der Kirche und für unsere Zeit); einen Kurs in katechetischer Technik und Dokumentierung (Methoden, Erfahrungen, Zeugnisse). Ergänzt wird diese Schulung durch verschiedene Nebenkurse an den Fakultäten und höheren Schulen.
Die Schulung richtet sich besonders:
an die künftigen Diözesanleiter des Religionsunterrichts und ihre Helfer;
an die Dozenten der katechetischen Pädagogik an den Großen Seminaren;
an die Leiter der religiösen Studien an Kollegien und Unterrichtsstätten aller Arten und Stufen;
an die Ordensangehörigen beiderlei Geschlechts, die für die Vorbereitung ihrer Untergebenen auf den Religionsunterricht verantwortlich sind;
an die von der Diözesanleitung für die verantwortungsvolle Aufgabe des Religionsunterrichts vorgeschlagenen Laien.

Die religiöse Freiheit in Schweden

„The Catholic Herald" brachte vor einiger Zeit eine Nachricht über den Stand der religiösen Freiheit in Schweden, die wir um der Gerechtigkeit willen veröffentlichen, weil wir auch über die Diskussionen hinsichtlich des gleichen Problems in Spanien wiederholt berichtet haben.
Nach dieser Nachricht hat die schwedische Regierung eine Kommission eingesetzt, um Vorschläge über die Zulassung katholischer Schulen und die Abänderung des Status der Katholiken auszuarbeiten. Katholische Privatschulen ohne staatlichen Zuschuß, jedoch unter staatlicher Überwachung, sollen gestattet werden. Nichtkatholische Kinder dürfen sie indes nur mit besonderer königlicher Erlaubnis besuchen.
Die katholischen Kinder in den Staatsschulen sollen von der Teilnahme am evangelischen Religionsunterricht befreit werden. Sie sollen aber ihre Prüfungen in katholischer Religionslehre vor evangelischen Prüfungskommissaren abzulegen haben.
Katholische Brautleute werden ihre Eheschließung auch fernerhin vor dem evangelischen Pfarrer, in seiner Eigenschaft als staatlichem Eheschließungsbeamten, zu bekunden haben.
Die Kommission empfiehlt ferner, dem Ausschluß der Katholiken von hohen Staatsämtern ein Ende zu machen. Nur für die Ämter des Justiz- und des Unterrichtsministers soll er bestehen bleiben.
Religiösen Orden soll, obwohl sie nach dem Bericht mit der lutherischen Freiheit des Gewissens unvereinbar sind, gestattet werden, in beschränkter Zahl Niederlassungen zu eröffnen für Katholiken schwedischer Nationalität, die sich zum Ordensleben berufen fühlen. Ihre Zahl und

Art bedürfen besonderer königlicher Bewilligung. Ausländische Ordensleute sollen nicht zugelassen werden.
Die Zahl der Katholiken beträgt gegenwärtig etwa 17 000 gegen 11 000 vor dem Krieg. Der Zuwachs stammt zum großen Teil aus der Einwanderung baltischer, polnischer und ungarischer sowie einer kleinen Zahl sudetendeutscher Flüchtlinge.

Aus Ost- und Südosteuropa

Wie kam das ungarische Kirchenabkommen zustande?

Die amerikanische Zeitschrift „Time" bringt einen Bericht über die Verhandlungen, die dem ungarischen Kirchenabkommen vorausgingen. Wir müssen der Zeitschrift die Verantwortung für diesen Bericht überlassen. Darin wird das folgende Gespräch zum Verhandlungsbeginn am 9. Juli d. J. wiedergegeben. Die Erzbischöfe Grösz und Czapik hatten als Begleiter P. Horvath SJ mitgebracht. Für die Regierung war der stellvertretende Ministerpräsident und Parteichef Rakosi erschienen.

P. Horvath ersuchte zunächst um die Freilassung von Kardinal Mindszenty.

Rakosi: „Bitte, keine Erörterung darüber. Das Volk hat entschieden."

Horvath: „Sie wissen genau so wie ich, wer das entschieden hat. Es war alles andere als eine Entscheidung des Volkes."

Rakosi: „Nichts mehr."

Die Vertreter der Kirche setzten sich dann ebenso erfolglos für die Orden ein. Die Klöster waren durch Razzien vorsorglich bereits geräumt.

Dann kam das Gespräch auf die Schulen. Rakosi schlug vor, die entlassenen klösterlichen Lehrkräfte sollten an die Staatsschulen übernommen werden.

Horvath wandte ein: „Wie können Sie uns das anbieten? Wie können Sie erwarten, daß Ordensleute entgegen ihren Grundsätzen nach kommunistischen Lehrbüchern unterrichten?"

Rakosi: „Ich habe Ihnen ein Angebot gemacht. Nehmen Sie es an oder nicht. Wenn nicht, dann geben Sie offen zu, daß Sie sich weigern, die ungarische Jugend zu erziehen."

Am Ende der Unterredung fragte Erzbischof Czapik: „In den vier Jahren haben Ihre Leute in der Regierung kein einziges der Versprechen gehalten, die Sie gegeben haben. Was für Garantien haben wir, daß sie die neuen halten werden?"

Rakosi gab zur Antwort: „Gut, Sie glauben uns also nicht. Was beabsichtigen Sie daraufhin zu unternehmen?"

Die amerikanische Zeitschrift schließt: „Tatsächlich konnte die Kirche daraufhin so gut wie gar nichts tun."

Immerhin ist das religiöse Leben in Ungarn noch nicht völlig unterdrückt. Die acht zugelassenen Schulen haben das Schuljahr begonnen, eine mit 240, eine mit 123 Schülern. Die anderen Zahlen sind nicht bekannt. Die Bischöfe konnten zur Feier der Dogmenverkündigung einen Hirtenbrief erlassen und forderten das ganze Volk zur Generalkommunion am 1. November auf. Am 8. oder 10. Dezember sollte die Himmelfahrt der Gottesmutter in ganz Ungarn offiziell verkündigt und gefeiert werden. Aber schon an Allerheiligen fanden im ganzen Lande um Punkt 12 Uhr mittags, während der Arbeitspause, überfüllte und ergreifende Gottesdienste statt. Auch darin kann man einen Beweis ungebrochenen Glaubensmutes erblicken, daß zum neuen Schuljahr 40 % der Eltern gemäß dem Gesetz in schriftlicher Form Religionsunterricht für ihre Kinder erbeten haben.
Die durch die Wahl des Msgr. Beresztoczy zum Bistumsverweser von Esztergom gefährdete kirchliche Ordnung (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., Heft 12, S. 540) hat der Heilige Stuhl inzwischen wieder gesichert, indem er Bischof Hamvas von Csanad zum Apostolischen Administrator des Erzbistums ernannt hat.

Die Gerüchte über Jugoslawien und die Wirklichkeit

Seit dem vorigen Jahre kehren in der Presse Meldungen immer wieder, nach denen die jugoslawische Regierung eine Änderung ihrer kirchenpolitischen Linie erwäge. Als erstes Zeichen dieser Kursänderung, heißt es immer wieder, sei die Freilassung des Erzbischofs von Zagreb, Aloys Stepinac, beabsichtigt. Mehrfach wurden „dem Vatikan nahestehende Kreise" oder „wohlinformierte Persönlichkeiten in Rom" als Quellen dieser Meldungen genannt. Es war auch davon die Rede, Belgrad habe diplomatische Annäherungsversuche beim Vatikan unternommen, und zuletzt hieß es im November, es sei eine Delegation der Regierung auf dem Wege.
Wenn diese Gerüchte wahr wären, dürfte man zwar nicht erwarten, daß der Vatikan sie bestätigte, ehe die Verhandlungen beendet wären. Doch würden die Gerüchte gewiß nicht, wie es geschah, im „Osservatore Romano" ebenso regelmäßig dementiert worden sein, wie sie auftauchten. Zuletzt schrieb das vatikanische Blatt am 8. Dezember: „Die Wahrheit ist, daß Jugoslawien, soweit es sich auch vom Gehorsam gegen die Kominform gelöst haben mag, der kommunistischen Ideologie treu geblieben ist. Den Prüfstein dieser Treue bildet der antireligiöse Haß, der die Pressemänner der Belgrader Regierung erfüllt." Denn in einem totalitären Regime könne die Haltung der Presse als Maßstab für die Ansichten der Regierung gelten. Gegenüber den Tendenzen eines Teils der amerikanischen Öffentlichkeit, die Sache so darzustellen, als handle es sich bei dem Kirchenkonflikt in Jugoslawien nur um die Person des Erzbischofs Stepinac, sagt der „Osservatore Romano": „Wer auf den Kern der Frage achtet, für den ist es klar, daß der düstere Fall des Erzbischofs Stepinac nur die Wirkung viel tieferer Ursachen ist." In Jugoslawien handle es sich nach wie vor um eine richtige Verfolgung. Nur daß sie „mehr oder weniger durch gesetzliche Formen verhüllt ist".
Wenn öfters behauptet worden ist, die katholische Kirche und die Vereinigten Staaten seien Verbündete im Kampf gegen den Kommunismus, ist gerade der Fall Jugoslawien geeignet, den Unterschied zwischen der Haltung der Kirche und derjenigen der weltlichen Mächte in dieser Sache darzutun. Tito hat am 11. Oktober 1950 von Staatssekretär Dean Acheson die Zusicherung einer amerikanischen Anleihe erhalten. Der gleiche Tito, der noch am 18. Februar dieses Jahres in einer Rede erklärt hatte, das jugoslawische Volk werde eher nackt gehen als sich dem Westen beugen oder in Amerika um eine Anleihe betteln. Er sandte als Unterhändler eine Persönlichkeit nach Amerika, die nach Mitteilung des

NCWC (11. 12. 1950) ihre Lorbeeren im Kampf gegen die Kirche geerntet hat. Die weltliche Presse Amerikas begründet die amerikanische Hilfeleistung damit, daß die Amerikaner jedem helfen müßten, der Not leidet, wer es auch immer sei. Die katholische Presse wertet die Zusicherung Achesons als Ausdruck der politischen Lage, sagt aber heute schon voraus, man werde sich in den Hoffnungen täuschen, die mit dieser Anleihe verbunden werden.

Tatsächlich zeigt die Haltung Amerikas gegenüber Jugoslawien, daß seine Staatsmänner gegenüber dem Kommunismus nur nach dem Gesichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit verfahren und bereit sind, sich mit ihm zu arrangieren, wenn sie glauben, dadurch ihre politische Position stärken zu können. Die amerikanischen Katholiken haben denn auch vergeblich versucht, das Staatsdepartement zu bewegen, daß es für die Anleihe Bedingungen hinsichtlich der Menschenrechte in Jugoslawien stellen möge. Das Vorgehen der amerikanischen Regierung ist geeignet, alle Christen zu ernüchtern, die der Meinung sind, es könne in heutiger Zeit der Kirche von politischen Mächten Hilfe kommen. Es zeigt vielmehr, daß die Politik unserer Tage ausschließlich von dem Gedanken der Zweckmäßigkeit geleitet ist. Damit wird nicht notwendig ein Vorwurf gegen die Politiker ausgesprochen. Im Falle Jugoslawien nehmen sie eine Chance wahr, den Frieden zu retten. Sie verzichten gegenüber diesem Nahziel auf die Behauptung der Menschenrechte. Sie wählen das „minus malum". Sie handeln, oder glauben zu handeln im Interesse der westlichen Welt.

Dies aber kann nicht der Standpunkt der Kirche sein. Die Kirche kann unter keinen Umständen mit einer kommunistischen Macht Frieden schließen, wenn sie durch eine solche Maßnahme der Unterstützung die Vergewaltigung der Menschenrechte anerkennt. Der Vatikan handelt konsequenter als Washington. Ihm ist es nicht um das eine oder andere Entgegenkommen zu tun, z. B. um die Freilassung des Agramer Erzbischofs, sondern um die Wiederherstellung eines sittlichen Zustandes im jugoslawischen Staatsleben. Der Vatikan fordert deshalb nicht Entgegenkommen, sondern Gerechtigkeit, und zwar in allen Punkten, in denen gegenwärtig in jenem Lande Gewalt geschieht. Diese Gewalt äußert sich u. a. in folgenden Maßnahmen:

1. Kein Lehrer in Jugoslawien, ob an einer Volks-, Mittel- oder Hochschule tätig, darf an der heiligen Messe teilnehmen, unter Strafe sofortiger Dienstentlassung. Die kirchlichen Behörden haben das gesamte Lehrpersonal von der Sonntagsmesse dispensiert.
2. Wer sich kirchlich trauen oder seine Kinder taufen läßt, muß dafür eine staatliche Gebühr von mindestens 15 Dollar entrichten, die sich im Höchstfall bis auf 100 Dollar steigert. Außerdem ist er Repressalien ausgesetzt, besonders als Beamter oder Militärperson. Die kirchlichen Behörden haben als Antwort darauf Maßnahmen für Eheschließungen ohne Priester getroffen.
3. Kollekten innerhalb oder außerhalb der Kirche sind verboten. Mit einem Priester zu sprechen, zieht selbst für Kinder Schikanen nach sich.
4. Wer den Religionsunterricht besucht, ist von der Zulassung zu höheren Studien ausgeschlossen. Religionsunterricht darf nur gehalten werden, wenn er zeitlich nicht mit offiziellen Veranstaltungen zusammenfällt.
5. Die Verbreitung sämtlicher Druckerzeugnisse ist lizenzpflichtig. Die Lizenz wird selbst für Gebetbücher regelmäßig verweigert.
6. Der Bezug von Wein und Weizenmehl ist kartenpflichtig. Zuteilungen für die Messe werden verweigert.
7. Jedermann ist verpflichtet, den Marxismus öffentlich zu vertreten. Es gibt keine Gedanken- und Redefreiheit.
8. 300 Priester befinden sich derzeitig im Gefängnis, 1954 sind liquidiert.

Aus Amerika

Fortschritt der Gewinnbeteiligung

In jedem Jahre berichten wir über die Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft gewinnbeteiligender Betriebe in USA, dem „Council of Profit Sharing Industries" (vgl. zuletzt Herder-Korrespondenz 4. Jhg. S. 251). Die diesjährige Tagung fand am 30. November und 1. Dezember in Cincinnati statt. Die Zahl der Mitgliedsfirmen ist seit dem letzten Jahr von 153 auf 276, die der beteiligten Arbeiter von 224 000 auf fast 300 000 gestiegen. Jedoch ist die Zahl der Betriebe, die ihren Leuten in irgendeiner Form Gewinnbeteiligung gewähren, weit höher. Einer der Redner auf der Tagung, Professor Dempsey, Dekan der Handelsfakultät der St. Louis-Universität, sagte auf Grund einer Enquête seines Institutes, daß im Gebiet von St. Louis etwa ein Achtel aller Betriebe bereits zu diesem System übergegangen sind.

Auch die diesjährige Tagung bewies die einmütige Überzeugung der Teilnehmer, daß Gewinnbeteiligung eine sehr profitable Kapitalanlage für den Unternehmer ist. Einen der Hauptvorträge hielt Thomas Pike, Chef einer Ölraffinerie in Los Angeles. Nach dreijähriger Erfahrung fällte er das Urteil: „Gewinnbeteiligung ist nicht nur in der Idee richtig, sondern sie macht sich bezahlt in dem harten alltäglichen geschäftlichen Konkurrenzkampf . . . Die Moral in unserm Betrieb war sehr hoch, unsere Produktion stieg dauernd, der Umsatz wuchs wesentlich und unser Nettogewinn erreichte einen Rekord." Pike hat als notwendige Voraussetzung zur Gewinnbeteiligung freiwillig in seinem Betrieb einen Betriebsausschuß geschaffen, dem er selbst als Vorsitzender, 2 Direktoren, der Finanzchef, der technische Leiter, die Meister der Abteilungen und Vertreter aller Abteilungsbelegschaften angehören. Der Ausschuß entscheidet „über alle Phasen der gesamten Tätigkeit der Gesellschaft".

Wie heißen die zehn Gebote?

Im Durchschnitt konnten die Befragten immerhin sechs aufzählen. Darunter war allerdings häufig das Gebot: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst". Der Ort der Umfrage war natürlich Amerika. Und die Befragten waren diesmal 83 Studenten, die an ihrem College auf allgemeine religiöse Bildung geprüft wurden. Es handelte sich um Studenten aller Konfessionen, auch Katholiken, die aber nicht durch konfessionelle Privatschulen gegangen waren, sondern ihre religiöse Praxis und Wissenschaft nur vom Elternhaus und vom kirchlich-privaten Religionsunterricht her besaßen.

Die Umfrage hat, wie „The Christian Century" (13. 9. 1950) sagt, ein Ergebnis gezeitigt, das durch die Erfahrungen vieler Geistlicher und Pädagogen bestätigt wird,

Der Stand des Wissens über religiöse Dinge im Durchschnittspublikum, auch in der Intelligenzschicht, ist unglaublich niedrig. Nicht, als ob die Sphäre der religiösen Gegenstände überhaupt nicht existierte. 55 von den 83 Studenten konnten über den Koran Auskunft geben. „Es ist ganz einfach wahr, daß viele amerikanische College-Studenten mehr von der Geschichte und den Grundlehren des Islam wissen als vom jüdisch-christlichen Glauben." Auch von diesem kennen sie, wie die Antwort auf die Frage nach den zehn Geboten zeigt, dies und das. Aber alles ist unbestimmt, unklar und fragmentarisch. Es ist ein sehr allgemeines Wissen über Religiöses, aber es ist nicht im geringsten ein religiöses Wissen, das heißt ein Bemühen um die religiöse Wahrheit.

Diese Studenten und ihre Kollegen sind nicht atheistisch und haben keine Antipathie gegen das Christentum. Im Gegenteil, sie betrachten sich als Christen und halten es für selbstverständlich, daß die Bergpredigt und die zehn Gebote die Grundlage der sittlichen Auffassungen bilden, die ein ordentlicher Mensch zu haben hat. Aber was die Bergpredigt eigentlich sagt, wissen sie nicht; sie wissen auch nicht, wo sie steht. 34 Studenten versetzten die acht Seligkeiten ins Alte Testament. Und nur 4 brachten alle zehn Gebote zusammen. 11 konnten angeben, in welchem Buch der Schrift sie zu suchen sind. Vom Christentum haben sie nur eine ethische Vorstellung. Jesus ist ihnen „der größte sittliche Lehrer aller Zeiten". Daß der Mensch ein Sünder ist und namentlich daß er zufolge der Erbsünde eine radikale Neigung zum Bösen hat, bezweifeln sie, und sie glauben nicht, daß er in seiner Vernunft und natürlichen Gutwilligkeit ungenügend ausgerüstet ist, um sein Heil zu erlangen. Mit dem Begriff der Gnade vermögen sie gar nichts anzufangen. 56 von den 83 wußten nichts vom biblischen Bericht über den ersten Sündenfall. Christentum, das ist für sie der Begriff, durch den man die herkömmliche Manier bezeichnet, ein anständiges Leben zu führen.

70 von 83 konnten die vier Evangelien nicht aufzählen. Daß die Fragen dieses Examens hauptsächlich das biblische Wissen zu ermitteln versuchten, erklärt sich daraus, daß die Umfrage nicht an einem katholischen College stattfand. 8 waren der Meinung, das Vaterunser sei ein Teil der Psalmen. 74 konnten nicht einmal ungefähr angeben, was Jesus als die größten Gebote bezeichnet hat. 2 errieten richtig, was der Inhalt der Apostelgeschichte ist, einer konnte die Städte angeben, durch die das Christentum am Anfang seinen Weg machte. Der Bericht in „Christian Century" betont wiederholt, es handle sich durchaus nicht um krasse Einzelfälle, sondern um ein typisches Bild, das dem Berichterstatter bei vielen Fragen in einer langen eigenen Praxis stets bestätigt worden sei. Darum sagt er mit Recht: Wenn Menschen von solchem Nichtwissen davon sprechen, das Christentum sei die Grundlage unserer Gesellschaft und unseres sittlichen Lebens, „dann kann man schwerlich glauben, daß diese Behauptungen viel mehr ausdrücken als eine pure Theorie, die man als Erbschaft einer oberflächlichen religiösen Kindererziehung gefühlsmäßig ins Leben mitnimmt". 29 Studenten wußten, daß die Bibel mit der Genesis anfängt, und um den Platz des letzten Buches der Schrift stritten Job, Jeremias, Ecclesiastes und die Sprüche. Als Vorläufer Jesu wurde Johannes zumeist durch Moses und Buddha ersetzt. Nur neun Studenten konnten drei Könige von Israel aufzählen, und unter ihnen waren Abraham und Herodes bevorzugt. Was ein Prophet sei, darüber wurde viel gerätselt. Nicht wenige suchten die Erleuchtung von dem in der englischen Aussprache verwandten Profit.

Die befragten Studenten waren seit einem Jahre Mitglieder ihres College. In den Natur- und Sozialwissenschaften, sagt der Berichterstatter, in Sprachen und Sport sind sie schon von der High School her auf beachtlichem Niveau. Was aber die religiöse Kultur angeht, um von der Religion zu schweigen, sind sie schlechterdings ungebildet. Von dieser Durchschnittslage muß heute die religiöse Unterrichtung auch der Intelligenz ausgehen.

Die Herder-Korrespondenz nimmt diesen Bericht zum Anlaß für die Frage, ob nicht auch der gehobene Ton und die an Voraussetzungen reiche Form, in der in unseren Landen vor Gebildeten über religiöse Wahrheiten gesprochen zu werden pflegt, zu grausamen Enttäuschungen führen würde, wenn man die Wissensvoraussetzungen der Hörer einmal näher untersuchte. Ein Religionslehrer zeigte der Schriftleitung einen Untersekundaneraufsatz im Anschluß an die Behandlung der ersten Periode der Kirchengeschichte. Darin stand zu lesen: „Petrus wurde ungefähr im Jahre 44 in Antiochia geboren und kam 66 beim Brande Roms ums Leben." Requiescat in pace!

Die amerikanische Nachkriegshilfe

Wie „The Commonweal" (3. 11. 1950) mitteilt, beläuft sich die Summe der Mittel, die die Vereinigten Staaten seit Kriegsende zur Unterstützung der notleidenden Länder in aller Welt aufgewendet haben, bis zum 30. 6. 1951, also einschließlich des laufenden Etatsjahres, auf 42,591 Milliarden Dollar. Diese Zahl beruht auf den amtlichen Ermittlungen des Senatsausschusses für die Bundesausgaben unter Vorsitz des Senators Harry F. Byrd. Von diesen Mitteln wurde ein Sechstel für militärische Hilfe ausgegeben, der Rest für wirtschaftliche Unterstützungen und für ausgesprochen caritative Hilfe. Die Mittel, die von privaten Organisationen und einzelnen Bürgern aufgebracht wurden, sind selbstverständlich nicht einbegriffen. Wenn man die Bundesausgaben für Auslandhilfe auf den einzelnen Bürger umlegt, ergibt sich, daß jeder Amerikaner in den vergangenen sechs Jahren mit seinen Steuern 283 Dollar für die Auslandhilfe aufgebracht hat. Diese Hilfe hat, wie „The Commonweal" mit Recht bemerkt, verschiedene Länder Europas in den verflossenen Jahren vor der äußersten Not und politischen Radikalisierung gerettet. Sie hat der politischen Aktivität des Westens den sozialen und moralischen Rückhalt gegeben. Die Zeitschrift fügt aber auch hinzu, daß diese Hilfe, wenigstens was ihren Umfang betrifft, wesentlich durch die sowjetische Bedrohung ausgelöst wurde. Andernfalls „würden wir als Nation wahrscheinlich sehr wenig zur Hebung des Lebensstandards im Ausland beigetragen haben". Und doch müsse man zugeben, daß nur diese Hebung des Auslandes auch die inländische Prosperität bis zu diesem Augenblick ermöglicht habe. Diese Selbsterkenntnis sollte in Europa kein Gefühl der Überheblichkeit auslösen. Auch diejenigen, die über amerikanische Selbstsucht schimpfen, essen von amerikanischem Brot.

Die Moraltheologie und der Atomkrieg

Der Dekan der Theologischen Fakultät an der Katholischen Universität in Washington, Francis J. Connell CSSR, hat in einem Aufsatz, worin er unter gewissen Kautelen den Gebrauch der Atombombe rechtfertigte, den Ausspruch getan: „Die katholische Theologie enthält einen gründlichen Traktat über die sittlichen Grundsätze hinsichtlich der Kriegführung."

Gegen diesen Ausspruch und gegen den Beweis zur Rechtfertigung der Atombombe wandte sich in „The Commonweal" (29. 9. 1950) Gordon C. Zahn. Er behauptet: „Die Theologen haben es bei ihrer Betrachtung der Moralität der Atombombe bis dahin unterlassen, sie in ihren sozialen Zusammenhang zu stellen." Zahn stützt sich vor allem auf das von der amerikanischen Regierung herausgegebene Buch: „Die Wirkung der Atomwaffen" (Government Printing Office Washington, 1,25 Dollar). Es zeige in Wort und Bild nicht nur, daß diese Wirkungen grauenhaft und maßlos sind, sondern vor allem, daß sie wegen ihrer Nachwirkungen der Kontrolle durch denjenigen, der die Bombe anwendet, entzogen sind. Die Atombombe sei also ihrem Wesen nach nicht mehr eine Waffe, die gegen den Feind gerichtet ist, sondern ein Mittel unterschiedsloser Zerstörung und deshalb kein Mittel eines gerechten Krieges, der sich ja immer und nur gegen den ungerechten Angreifer selbst richten kann. Connell habe zu Unrecht behauptet, daß die Atombombe von einer gewöhnlichen „Bombe, einer Kanone, einer Handgranate oder einem Gewehr nicht wesentlich verschieden sei".

In seiner Entgegnung erhält Professor Connell jedoch seine Behauptung aufrecht, und zwar mit dem Argument: „Der Grund, warum diese Waffen (vom moralischen Gesichtspunkt) nicht wesentlich verschieden sind, ist, daß sie im Krieg demselben Zweck dienen, den Feind zu töten oder zu verwunden." Die Atombombe töte mehr Menschen. „Aber dies begründet nur einen Unterschied dem Grade nach, nicht einen spezifischen oder wesentlichen" (im moraltheologischen Sinne dieses Wortes).

In Fortsetzung der Diskussion weist Professor Edwin E. Aubrey von der Universität von Pennsylvanien (The Commonweal 3. 11. 1950) darauf hin, daß der Washingtoner Theologe auch in seiner Erwiderung nur den gerechten ‚Zweck' der Anwendung dieser Waffe herausgestellt, nicht aber das Wesen des ‚Mittels' untersucht habe. Nicht widerlegt sei der Einwand Zahns, daß die Atombombe im Gegensatz zu allen anderen Waffen unterschiedslos Kämpfer und Nicht-Kämpfer tötet, weil sie unter Berücksichtigung ihrer strategischen Verwendungsmöglichkeiten nur zum Zweck einer Totalvernichtung abgeworfen werden kann. Sie tötet also nicht nur ‚mehr' Feinde, sondern sie tötet Nicht-Feinde ebenso wie Feinde. Allerdings, fügt er hinzu, wird die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten im modernen, totalen Krieg sehr schwierig. Er glaubt aber doch, daß dieser Unterschied grundsätzlich aufrechterhalten werden muß und daß darum die Atombombe, die ihn vollständig aufhebt, zu einem unsittlichen Mittel wird, das auch für den gerechtesten Zweck nicht verwendet werden dürfte.

Mehr gegen die theologische Sicherheit Connells wendet sich in der gleichen Nummer der Zeitschrift John Doebele. Es ist keineswegs allgemein bekannt, sagt er, daß die katholische Theologie die Grundsätze, die für die Beurteilung eines modernen Krieges in Betracht kommen müssen, bereits klar erarbeitet habe. Er zitiert dann die Äußerung Papst Pius XII., worin der Papst sagt: „Hätte es eine Möglichkeit gegeben, die Handlungen der öffentlichen Gewalt zu kontrollieren und zu korrigieren, würde die Welt nicht in den Strudel eines Vernichtungskrieges gestürzt worden sein. Um für die Zukunft die Wiederholung einer solchen Katastrophe zu verhindern, müssen wir im Volk selbst derartige Garantien schaffen." Und er erwähnt weiter die Äußerung aus der Weihnachtsansprache 1948, wonach es „eine Pflicht der Nationen im ganzen ist, ein angegriffenes Volk nicht im Stich zu lassen". Dann fragt er: Was sagt die Theologie über die konkreten Folgerungen, die sich aus solchen Grundsätzen für jeden einzelnen als Christen und als Glied des Staates ergeben? Der Syllabus Pius' IX. (Nr. 32) behaupte, daß der Klerus naturrechtlich (!) von der Militärpflicht immun sei, obwohl doch naturrechtliche Bürgerpflichten auch für den Klerus gültig sein müßten.

Auf die von dem römischen Theologen Ottaviani geäußerten Ansichten hinsichtlich des modernen Krieges (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg. S. 122) wurde nicht eingegangen. Jedoch dienen auch sie, verglichen mit der Weihnachtsbotschaft von 1948, zur Unterstützung des dringenden Verlangens, die katholische Moraltheologie möge dem Problem gründliche Untersuchungen schenken. Es ist, wie Connell sagt: „In diesen kritischen Tagen ... ist es von entscheidender Bedeutung, daß unsere Bürger Belehrung über die sittlichen Gesichtspunkte der Kriegführung erhalten."

Kirche und Gewerkschaft

Kardinal Stritch, Erzbischof von Chicago, war vom nationalen Gewerkschaftskongreß der CIO, der Ende November in dieser Stadt abgehalten wurde, eingeladen worden, am dritten Tage die Verhandlungen mit einer Andacht zu eröffnen. Dabei hielt der Kardinal eine kurze Ansprache, worin er auf die Begrüßung durch den CIO-Präsidenten Philipp Murray, der kurz zuvor zum elften Mal wiedergewählt worden war, antwortete. Murray hatte hervorgehoben, daß die katholische Hierarchie der Gewerkschaftsbewegung in ihren Anfängen große Dienste geleistet hat, weil sie unermüdlich für die Koalition der Arbeiter eintrat. Der Kardinal antwortete: „Jetzt ist die Arbeit organisiert. Mit dem Wachstum ihrer Organisation wird die furchtbare Verantwortung zu einer Realität, die das Volk unseres Landes auf Ihre Schultern gelegt hat, der Sie der Führer eines großen Teiles unserer Bevölkerung sind. In seiner Tiefe betrachtet, ist der Weltkonflikt unserer Tage die Frage, ob sich der einzelne in einer recht geordneten Gesellschaft mit brüderlichen Beziehungen seiner Menschenrechte erfreuen oder der Sklave einer totalitären Gesellschaft sein soll. ... Unsere Demokratie ruht im Grunde auf zwei Prinzipien: dem Grundsatz, daß unsere angeborenen Rechte von Gott stammen, und dem andern, daß wir alle in Christus kraft seines heiligen Blutes zur Brüderschaft verbunden sind. Wenn wir aus diesen beiden Grundsätzen unsere politische Philosophie entwickeln, sieht man leicht, daß auch die Wirtschaft in diese Demokratie eingepaßt und von derselben Philosophie geleitet werden muß."

Über das Gemeinwohl im Wirtschaftsleben

Philipp Murray, Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes CIO und der Gewerkschaft der Stahlarbeiter, hat „eine gesunde und wesentliche Erhöhung der Löhne" gefordert. „New York Times" hat ihm dafür in einem Leitartikel einen scharfen Verweis erteilt. Truman fordert Unternehmer, Arbeiter, Landwirte und Verbraucher auf, im Interesse der größeren Ziele Opfer zu bringen. Die Kredite für Ratenzahlungsgeschäfte sind eingeschränkt worden. Der Einzelhandel bezahlt diese Einschränkung mit einer „wesentlichen Einschränkung seines Lebensstandards". Die Baukredite sind eingeschränkt. „Ein ernstes Opfer der Bauunternehmer und Architekten." Die Einkommensteuern sind erhöht (was für eine sechsköpfige Familie von mittlerem Einkommen etwa 10 Cents pro Woche ausmacht). „Die Allgemeinheit sieht ihren Lebensstandard herabgesetzt", kommentiert „New York Times". Und in diesem Augenblick, wo alles darauf ankommt, eine Inflation zu verhindern, fordern die Arbeiter von Herrn Murray Lohnerhöhung!

John C. Cort macht diese Tatsachen zum Anlaß einer recht vernünftigen Betrachtung in „The Commonweal" (17. 11. 1950). Zunächst unterzieht er die Opfer der Unternehmer in diesem Feldzug für das Allgemeinwohl einer näheren Beleuchtung. Dabei stellt sich heraus, daß die zwanzig größten Stahlproduzenten in USA im ersten Halbjahr 1950 nach Abzug der Steuern 359 Millionen Dollar, und das sind 45 % mehr als im Jahre 1949, verdient haben. 1949 galt bis dahin als ein glänzendes Jahr. Der Stahlarbeiter dieser gleichen Firma bekommt 64 Dollar pro Woche. Er liegt über dem Durchschnittsverdienst des Industriearbeiters mit 60,53 Dollar für 40,9 Arbeitsstunden. Andere, viele andere Arbeiter liegen unter diesem Satz, weil ja zu einem statistischen Durchschnitt eben auch dies gehört, daß lebendige Menschen ihn nicht erreichen. Die Kaufkraft des Dollar in USA mag der einer D-Mark etwa entsprechen. So kommt Cort zu der Frage: Haben Sie schon eine Familie mit dieser Summe unterhalten? Er richtet diese Frage sowohl an den Kommentator von „New York Times", wie auch an die Opfernden unter den Einzelhändlern, Bauunternehmern usw.

Aber im übrigen habe ja „New York Times" recht. Opfer müssen gebracht werden, Opfer von allen Seiten. Und so muß man denn von den Führern der einzelnen Gruppen der Wirtschaftsgesellschaft verlangen, daß sie ihre Leute zur Vernunft bringen und sie nicht noch aufputschen. Was man jedoch damit von ihnen fordert, kann man sich erst vorstellen, wenn man sich in ihre Seele versetzt. Mr. Murray ist Gewerkschaftsführer, Mr. Alias ist Syndikus eines Unternehmerverbandes. Sie führen Lohnverhandlungen. Der eine denkt: Wenn die Erhöhung beträchtlich ist und die Arbeitszeit etwas verkürzt wird, bin ich der gemachte Mann. Der andere überlegt sich: Wenn ich sie dazu bringe, statt mit 10 % mit 5 % zufrieden zu sein, dann können wir die Preise erhöhen und eine nette Dividende machen. Dann wird die Opposition endlich ruhig und ich selbst vielleicht Vize-Präsident.

So egoistisch sind die Führer? Ja, sagt Cort, es hat Ethiker gegeben, die immer schrieben, man müsse das Gute um des Guten willen tun. Und es gibt viele, die es den christlichen Kirchen verargen, daß sie mit Himmel und Hölle operieren. Es soll auch Heilige gegeben haben, die eher in die Hölle wollten als Gott beleidigen. Das sind ungewöhnliche Leute. Man muß sich überlegen, ob viel dabei herauskommt, wenn man die Wirtschaft auf solche ungewöhnliche Leute, bzw. auf ihre Art zu denken aufbaut.

Tatsache ist heute, daß der Unternehmer oder der Vertreter der Unternehmer rechtlich nur seinen Aktionären oder den Mitgliedern seines Verbandes verpflichtet ist und der Gewerkschaftssekretär seinen Mitgliedern. Die Wirtschaft hat zwar auch gesetzliche Pflichten gegenüber der Allgemeinheit. Doch sie sind negativer Art. Das heißt: dies und jenes darf man nicht tun. Stacheldrahtzäune, die an einigen Stellen mit Hilfe eines smarten Anwalts ein wenig aufgeschnitten werden können. Aber ein Verbands- oder Gewerkschaftsmann, der sich vor seinen Leuten (im internen Kreis) mit Opfern für die Allgemeinheit ausreden wollte, würde gewiß nicht mehr lange Gelegenheit bekommen, diese Opfer fortzusetzen. Kann man die Sache also Herrn Murray übelnehmen? Was ist die Moral von der Geschichte? Es ist „an alien idea", ein weltfremder Gedanke, zu erwarten, daß ein Interessenvertreter „ideal" handeln könnte. „Wenn das Gemeinwohl eine konkrete Bedeutung haben soll, muß man Organisationen und Möglichkeiten zu seiner Vertretung finden, die ihm Fleisch geben." Das heißt eine Wirtschaftsverfassung, in der man nicht dadurch Vize-Präsident wird, daß man, gegen das Allgemeininteresse, seiner Gruppe 10 % nach Hause bringt, sondern dadurch, daß man eine Entscheidung für alle trifft. Das Eigeninteresse ist der Angelpunkt der Wirtschaft und wird es immer sein. Und was heißt sonst Wirtschaft? Es kommt darauf an, ihm durch Organisation der Kooperation den Anreiz in der entgegengesetzten Richtung zu geben als bisher.

Der ECOSOC und die Menschenrechte

Die Vereinten Nationen werden in der Presse fast allein im Zusammenhang mit der Abwehr von Aggressionen und der diplomatischen Erhaltung des Friedens beachtet. Von ihren Organen wird neben der Vollversammlung nur der Sicherheitsrat einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Seine Tätigkeit ist wegen der Veto-Bestimmung in seiner Geschäftsordnung fast lahmgelegt.

Mehr in der Stille, aber vielleicht auf die Dauer mit einem größeren Erfolg, auch für den Frieden, wirkt der Wirtschafts- und Sozialrat, offiziell Economic and Social Council geheißen. Zu seinen Obliegenheiten gehört unter anderem auch die Vorbereitung einer internationalen Konvention über die Menschenrechte, die bestimmt ist, ratifiziert und ein Gesetz des Völkerrechts zu werden und damit der schon zwei Jahre alten „Erklärung der Menschenrechte" der Vereinten Nationen vom 10. 12. 1948 (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 2, S. 512) Leben zu verleihen.

Die Kommission für die Menschenrechte, ein Ausschuß des Wirtschafts- und Sozialrates, hat einen Entwurf für dieses Gesetz fertiggestellt. Er hat auch bis auf drei, allerdings sehr wichtige Punkte bereits die Zustimmung des Rates. Die drei Fragen, mit denen sich die Kommission nun noch befassen muß, betreffen: 1. die Hereinnahme der wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte, 2. Bestimmungen über das Vorgehen gegen Personen oder Staaten, die das Gesetz verletzen, 3. die Durch-

führung in Bundesstaaten, in denen Gliedstaaten oder Länder einen Teil der Gesetzeshoheit und der Verantwortung für die Menschenrechte tragen. Erst wenn hierüber Einigung erzielt ist, kann sich die Vollversammlung endgültig mit der Konvention befassen.
Unter den fehlenden Grundrechten vermissen katholische Organisationen, die beratenden Status beim ECOSOC besitzen, vor allem das Elternrecht auf Erziehung der Kinder. Bezüglich des Prozeßverfahrens sah der Entwurf bisher nur für Staaten eine Aktivlegitimation vor. Möglicherweise wird sie nun auch Organisationen zuerkannt werden, die beratenden Status bei den UN haben, und es besteht sogar in einigen Delegationen Neigung, Einzelpersonen als Kläger zuzulassen.
Für die Aufnahme der Sozialrechte tritt vor allem der Sowjetblock ein. Die westlichen Großmächte sind zurückhaltend, weil sie glauben, es werde unmöglich sein, sich über ihren konkreten Inhalt allgemein zu einigen, nicht nur wegen der verschiedenen sozialen Ideologien, sondern auch wegen der Verschiedenheit der sozialen Verhältnisse in den Ländern der Welt. Die USA möchten sie deshalb einer späteren Vereinbarung überlassen und jetzt das Erreichbare möglichst schnell verwirklichen.
Neben seinen Bemühungen um die Menschenrechte beschäftigt sich der ECOSOC vor allem mit dem Problem der Hilfe für die rückständigen Länder, dem Flüchtlingsproblem, dem Programm der Vollbeschäftigung und den internationalen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen. Zu den ihm untergeordneten Organisationen gehört sowohl die Unesco wie die Economic Commission for Europe und die Welternährungsorganisation.

Volksabstimmung über das Gebet

In Kanada fand in diesem Jahre nach eindringlichem kirchlichem Aufruf eine Familien-Rosenkranzwoche statt. Radio Montreal übertrug jeden Abend eine Viertelstunde lang das Rosenkranzgebet.
Nach Abschluß der Woche erhielt die Radiostation 15 000 Hörerbriefe und der Erzbischof weitere 5000, die darum baten, der Sender möge diese Sendung dauernd fortsetzen. Sie sei eine große Hilfe, wenn man am Abend die Familie zum Rosenkranz versammeln wolle.

Katholische Presse und katholisches Leben in Cuba

Der angesehenste und verbreitetste Repräsentant der katholischen Presse Cubas, die von Franziskanern redigierte Wochenschrift „Semanario Católico", früher „San Antonio", benützt die Jubiläumsausgabe anläßlich ihrer 40-Jahr-Feier zu einer Überprüfung der nationalen kirchlichen Lage. Teile des Katholizismus wirkten mit dem die Zeit bestimmenden Liberalismus bei der politischen Befreiung des Landes kurz vor der Jahrhundertwende zusammen, konnten aber dennoch eine Verquickung der Begriffe Kirche und fremde Herrschernation nicht verhindern, einer Gleichsetzung von religiöser Praxis mit antinationaler spanienfreundlicher Einstellung nicht genügend entgegenwirken. Mit der Unabhängigkeit von 1898 fiel der Tiefpunkt in der öffentlichen Geltung des Katholizismus zusammen, der bis 1933 in langsamem, später jedoch rascherem Ausbau der kirchlichen Organisationen überwunden wurde. Standesvereinigungen, Sozialinstitute und Bildungseinrichtungen entstanden, 1946 selbst eine katholische Universität der Augustiner, die aber noch nicht völlige Autonomie errungen hat. Heute „erobert sich die neue Generation von 1950, die zum guten Teil unter dem Zeichen Christi marschiert, Lehrstühle, Zeitungen und Zeitschriften, Gerichtstribünen und Parlamentssitze". Der Eucharistische Kongreß Cubas von 1947 war ein deutliches Zeichen des Aufschwungs, den Pius XII. als „Seelenfrühling" jener Insel begrüßte.
Noch aber sind in der Hauptsache Schule, Presse, Gesetzgebung und Regierung Cubas achristlich, wenngleich nicht mehr antichristlich. Die Hauptarbeit steht noch bevor. Es gibt eine intensive protestantische Propaganda (40 000 Konfessionsangehörige, fast 3 000 Besucher protestantischer Schulen), die aus der eingewurzelten Dankesgesinnung gegenüber den nordamerikanischen Befreiern von 1898 Vorteile zieht. Daneben gibt es vor allem Lauheit und Irrtümer gegenüber der Kirche neben offener Feindschaft auf seiten der Freimaurer, wogegen seit 1929 als Männerbünde die „Caballeros Católicos" und die „Caballeros de Colón" mutig und geschlossen ankämpfen. Von den rund 10 000 Mitgliedern der 140 Ortsgruppen der „Katholischen Herren" ist die Hälfte als Aktivisten anzusprechen, die viel dazu beitragen, die cubanischen Männer wieder ins kirchliche Leben einzugliedern. Eine besondere Pioniergarde sind die „Jungmänner der Anunciata", soziale Vorkämpfer in der Marianischen Kongregation seit dem Erscheinen von Rerum Novarum (1891). Manche sozial-christlichen Experimente mißlangen zwar, orthodoxe Arbeiterkongregationen verschwanden ebenso wieder wie die neutral gedachten Gewerkschaften. Die „Democracia Social Cristiana" von 1941 ist in der theoretischen Aufklärungsarbeit recht erfolgreich gewesen, kam aber noch zu keinerlei praktischen Ergebnissen. Die Arbeiter-Apostel der jungen JOC-Bewegung versprechen mehr zu erreichen.
Vortrupp des cubanischen Katholizismus sind die Franziskanerpatres, die heute 19 der 61 von Orden betreuten Pfarreien verwalten. In 16 Niederlassungen leben 80 Männer jenes Ordens, aus dessen Reihen einst der erste Cubamissionar stammte und die sich als erste der Negersklaven annahmen. Sie gründeten die ersten Schulorganisationen und stellen die geistlichen Beiräte der männlichen und weiblichen Jugendverbände der Katholischen Aktion. In 136 katholischen höheren Schulen erziehen zahlreiche Ordensgesellschaften 51 000 Kinder. Vielversprechend ist auch die Hochschularbeit der ACU, die sich schon 3 Lehrstühle zu sichern wußte, allmählich die Akademikerschaft rekatholisiert, aber auch in den Elendsvierteln der Hauptstadt, in Jugendstrafanstalten, ebenso in der Durchdringung der Parteipolitik mit christlichen Grundsätzen praktisch arbeitet. Über Volksmissionen, Katechese, Sozialarbeit gäbe es ebenfalls erfreuliche Tatsachen zu melden, denn seit einer Generation ist das katholische Cuba erfolgreich aktiv geworden (vgl. auch Heft 3, S. 145 f.).

Aus den Missionen

Mehr Missionare für Afrika. Missionsgebetsintention für Januar 1951

Die imponierendsten Wachstumszahlen, die die katholische Weltmission in neuester Zeit erreichte, hat der Erdteil Afrika aufzuweisen, der heute 15 Millionen Katholiken zählt. Allein in den Gebieten der Propagandakongregation wuchs die Katholikenzahl

in der Zeit von 1923 bis 1949, d. h. in wenig mehr als 25 Jahren, von 2231000 auf 11016099.

Einheimische Priester und ausländische Missionare

Für diese 11 Millionen stehen 1096 einheimische und 6366 ausländische Priester zur Verfügung. Das Ideal wäre, wenn die 11 Millionen Katholiken schon vollständig von einheimischen Priestern betreut werden könnten, während die ausländischen Missionare sich ganz dem Missionsapostolat widmeten. Bei 180 Millionen Einwohnern Afrikas liegt hier noch eine gewaltige Aufgabe. Leider aber ist die Zahl der einheimischen Priester trotz guten Wachstums immer noch ganz gering. Ehe der einheimische Klerus imstande ist, die gesamte Seelsorge zu übernehmen, wird noch sehr viel Zeit vergehen. Es ist zudem ja auch notwendig, daß dieser einheimische Klerus sich selbst am Missionsapostolat beteiligt. Denn nach einem Wort Benedikts XV. soll Afrika Afrika bekehren. Die augenblickliche Priesterzahl (1 Priester auf 1476 Getaufte) würde in einer geordneten Heimatseelsorge bei uns gerade genügen, um die Christen zu betreuen. In Afrika kommen aber über 2 Millionen Taufbewerber in Frage, die sich zum Teil vor den Toren der Kirche drängen und eine sorgfältige Einführung in den christlichen Glauben und die christliche Lebenspraxis verlangen. Dazu kommen dann die Anforderungen der Neueroberung in zum Teil unendlichen Weiten. Es gibt tatsächlich heute noch große Gebiete Afrikas, die missionarisch nur ganz dünn besetzt sind. So ist z. B. die französische Tschad-Kolonie, ein Gebiet vom doppelten Umfang Frankreichs, eigentlich jetzt erst in Angriff genommen worden. 10 Priester arbeiten dort auf einem Areal von 1 Million qkm, während gleichzeitig in demselben Gelände Tausende von bettelnden und handeltreibenden Marabuts sich als Werber für den Islam betätigen.

In Afrika liegen die Dinge, allgemein gesehen, heute so, daß sich die Zahl der Missionare nicht in demselben Maße erhöht, in dem die Christenzahl steigt. Dem augenblicklichen Missionspersonal fehlen Kraft und Zeit, um die eigentliche Missionsaufgabe vor der Erstarrung zu bewahren. Das Tempo der Bekehrungen verlangsamt sich schon zusehends. Die Gründe dafür liegen nicht ausschließlich auf dem Gebiete des Priestermangels, aber doch zu einem großen Teil. Das Anwachsen der Christenzahl gestattet auch nicht mehr eine befriedigende Individualseelsorge, und der innere Ausbau der älter werdenden Christengemeinden entzieht immer mehr Priester dem Außenapostolat. Sie werden für Schulen, Internate, Hospitäler, Brautheime, Sozialwerke aller Art, Caritaseinrichtungen, innerkirchliche Organisation, Standesseelsorge usw. benötigt.

Vervielfältigung der Aufgaben

Vor fünfzig Jahren hatte der Afrikamissionar ein schweres, aber recht einfaches Werk. Er predigte, bildete Katecheten aus und errichtete einige behelfsmäßige Gebäude. Diese Verhältnisse sind endgültig vorbei. Für den Unterhalt der zahlreich erstehenden und für die Kirche notwendigen Werke mußten mit der Zeit Plantagen eingerichtet, Wälder gerodet werden. Es entstanden einheimische religiöse Kongregationen, die betreut werden wollen. Ein gewaltiges Schulwerk mußte im Interesse des Apostolates aufgebaut werden und erfordert in den leitenden Stellungen spezialisierte Priesterkräfte, die den Anforderungen der Regierung an Ausbildung genügen. In letzter Zeit macht sich immer dringender das Bedürfnis nach Organisierung der christlichen Arbeiter, nach Schaffung von sozialen Sekretariaten, Selbsthilfeorganisationen wirtschaftlicher Art für die Eingeborenen bemerkbar. Der Priester muß sich heute auch um Zeitungswesen, Volksbüchereien, Kino, Rundfunk, Sport, ehrbare Unterhaltung bemühen. Man braucht Volkstumsspezialisten und Theologen, um die Anpassungsfrage vorwärts zu treiben. So entstand in den blühendsten Christengemeinden ein großer Priestermangel. Die Stoßkraft der Mission nach außen wird zusehends gelähmt. Wer die Frage näher studieren will, der lese die beachtenswerte Broschüre, die Dr. Pater Augustin Tellkamp SVD jüngst über „Die Gefahr der Erstickung für die katholische Weltmission" bei Aschendorff, Münster 1950, erscheinen ließ.

Erstickung der Stoßkraft

Was der Rückgang der Stoßkraft der Weltmission in einer Zeit bedeutet, wo Afrika mit Riesenschritten seiner politischen und kulturellen Selbständigkeit engegengeht, wo die Kulturfronten sich dort endgültig zu festigen beginnen und wo in diesen Jahrzehnten entschieden wird, ob der Islam oder das Christentum Afrika das Gepräge geben werden, kann sich jeder vorstellen. Gerade die Afrikamission ist am meisten von dem Gesetz der Erstickung bedroht, und hier wieder besonders Mittelafrika, in Mittelafrika aber Belgisch-Kongo. Während dort im Jahre 1896 der einzelne Priester erst für 100 Christen zu sorgen hatte, stieg deren Zahl 1905 auf 230, 1920 auf 930, 1937 auf 1600, 1941 auf 1820. In der Mission Urundi hat der einzelne Priester sogar die Obsorge für 4400 Christen, während in einer Reihe von Missionen des Kongo 2000 bis 4000 Christen dem einzelnen Seelsorger und Missionar anvertraut sind. Wo soll da das Missionsapostolat bleiben? Wie sollen die Hunderttausende erfaßt werden, die sich in manchen Gebieten zur Kirche drängen? Es haben schon Bischöfe geschrieben, daß sie sich vor die traurige Perspektive gestellt sehen, Katechumenen abweisen zu müssen, weil es an Priestern fehlt. Es ist sicher, daß in Kamerun, in Angola, in Kongo, in Uganda Hunderttausende sofort den Taufunterricht beginnen könnten, wenn mehr Priester vorhanden wären.

Katholische Europäer in Nordafrika ohne Priester

Im Norden des Erdteils lebt noch eine große Zahl meist europäischer Katholiken, deren religiöses Leben teilweise recht schwach ist. Aber es fehlt an Priestern, um dieses religiöse Leben zu erneuern. Ein gelebtes Christentum wäre in diesen islamischen Gebieten ein großer werbender Faktor für die Kirche.

Entscheidungsstunde der Christianisierung Afrikas

Dem Missionswillen der westlichen Welt ist in Afrika noch ein großer Spielraum gegeben. Aber Afrika braucht dringend mehr Priester, und da die Heranbildung des einheimischen Klerus naturgemäß bei den aus der Primitivität kommenden Völkern nur langsam vorangehen kann, braucht Afrika sofort mehr ausländische Priester. Eine neue religiöse, soziale und politische Struktur ist in Afrika im Werden, die für kommende Jahrhunderte

ebenso langdauernde Verfestigungen schaffen wird wie etwa der Prozeß der Christianisierung Europas. Es ist heute nicht mehr so, daß uns das dunkle Afrika wie eine Aufgabe gegeben ist, die wir in Ruhe auch noch in kommenden Jahrhunderten erfüllen können. Wenn der gewaltige Zivilisationseinbruch aus Europa abgeebbt ist, werden die Formen in Afrika in gewisser Weise erstarrt sein, auch bekenntnismäßig. Mit jedem Jahrzehnt wird die Arbeit in den Gebieten, wo der moderne Materialismus und die Diesseitskultur sich breitgemacht haben, schwieriger. Afrika braucht sofort viele Berufe, um eine Aufgabe zu erfüllen, deren Gelingen auch dem Christentum des Abendlandes einen unvergleichlichen Schutz gewähren würde.

Das Apostolat in den großen Häfen Asiens und Afrikas. Missionsgebetsintention für Februar 1951

In den großen Häfen Asiens und Afrikas befinden sich an Bord der Seeschiffe immer auch sehr viele Katholiken. Es ist eine bekannte Tatsache, auf die schon oft hingewiesen wurde, daß unter den Seeleuten auf den Weltmeeren der prozentuale Anteil der Katholiken viel größer ist, als man nach dem Anteil des Katholizismus an der Weltbevölkerung erwarten sollte. Der Osservatore Romano glaubte im Jahre 1936 die Feststellung machen zu dürfen, daß 700 000 katholische Seeleute auf den sieben Meeren fahren. Damals befanden sich in 47 von 700 Häfen katholische Seemannsmissionen. Heute werden von diesem Apostolat 288 Häfen erfaßt, von denen 70 in Missionsgebieten liegen.

Der Ausbau des Apostolates des Meeres in den Häfen Asiens und Afrikas ist bisher vernachlässigt worden. Der Schwerpunkt seiner Organisation liegt noch immer in den westlichen Ländern. Es kann aber weder für die christliche Mission noch für die christlichen Seeleute an den Küsten dieser Erdteile gut sein, wenn die mangelnde Betreuung der Häfen fortdauert. Einige dieser Häfen wachsen heute enorm. Die Bevölkerung von Dakar in Westafrika ist z. B. in wenigen Jahren von 80 000 auf 200 000 angestiegen, und der Hafen der Hauptstadt des neuen mohammedanischen Staates Pakistan sieht heute auf seiner Reede eine internationale Schiffskonzentration, während die Bevölkerung dieser Stadt (Karachi) in kurzer Zeit von 200 000 auf 1½ Millionen sich vergrößerte.

Die Bedeutung des Seemanns in den Missionsländern

Kardinal Piazza hat in einer Rede auf dem 12. Internationalen Kongreß des Apostolates des Meeres, der im Heiligen Jahr zu Rom stattfand, betont, es handle sich beim Seemannsapostolat um ein schweres und drängendes Problem. In den Missionsländern aber ist dieses Problem angesichts der dort sich vollziehenden großen geistigen und kulturellen Umschichtung besonders drängend. Nicht nur sind dort die christlichen Seeleute selbst im Glauben schwer gefährdet. Sie gefährden auch eventuell durch schlechtes Beispiel das ganze Missionswerk. Obwohl der moderne Flugverkehr neben den großen Seehäfen immer mehr neue Einfallstore im Binnenland der Kontinente entstehen läßt, so sind die Häfen doch noch immer in größtem Maße die Eingangspforten für das Missionsapostolat. Die christliche Mission muß höchsten Wert darauf legen, daß das moralische Klima hier am Ansatzpunkt ihrer Arbeit möglichst sauber ist, besonders was das Verhalten der Weißen in einer Periode angeht, wo die Farbigen überaus kritisch das Gehaben der weißen Rasse betrachten. Wenn christliche Matrosen der weißen Völker in den Slums, den Vergnügungsvierteln und Verbrecherzentren der Hafenstädte herumlungern, sich dort in Tingeltangels und Bordellen herumtreiben, betrunken durch die Straßen taumeln, so ist dies nicht nur dem Ansehen der Weißen unzuträglich, sondern auch dem der westlichen Missionare. Welche Stärkung würde es anderseits für christliche Missionsgemeinden in den Hafenstädten Asiens und Afrikas bedeuten, wenn christliche Seeleute in ihren Gottesdiensten erschienen, an der Freizeitgestaltung der katholischen Bevölkerung teilnähmen und durch ihr Verhalten dem sittlichen Leben der Einwohner eine Stärkung gäben.

Tätigkeit und Ausbildung der Seemannspastoren

Meist sind leider die Missionare in den Hafenstädten mit Seelsorge überlastet, so daß sie keine Zeit finden, auf die Schiffe zu gehen. Das aber ist notwendig. Auf den Schiffen sind die Matrosen am besten zu erreichen, zumal oft die Besatzung in mehrtägigen Aufenthalten überhaupt nicht an Land geht. Die Priester können unmöglich den durch die Hafenstädte vagabundierenden Seeleuten nachgehen. Von den Schiffen aus lassen sich die Leute auch in Seemannsheime geleiten, wo sie Ansprache, anständige Vergnügung und Geselligkeit finden. Für dieses Hafenapostolat braucht ein Missionar gewöhnlich eine eigene Schaluppe oder ein Motorboot, das immer für ihn bereit ist. Er muß aber selbst auch immer bereit sein. Wenn der Seemannspastor der Millionenstadt Karachi in Indien nur dann auf die Schiffe gehen kann, wenn er als Pfarrer einer Missionsgemeinde einen Vertreter bekommt, so ist dies ein unhaltbarer Zustand.

Der Seemannspastor muß an sich schon eine besondere Ausbildung erhalten. Er findet den Weg zum Herzen der Seeleute nur, wenn er von ihrem Beruf etwas versteht, mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen vertraut ist, arbeitsrechtliche Kenntnisse besitzt und in Schwierigkeiten richtig helfen kann. Das lernt man nicht im Priesterseminar und auch nicht in der Betreuung einer Missionspfarrei. Für den Seemannspriester Asiens und Afrikas ist dazu noch eine tiefe Kenntnis der gesellschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Umwelt dieser Länder nötig. Er hat es ja nicht nur mit weißen Seeleuten zu tun, sondern auch mit farbigen. Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes übrig, als erfahrene Priester aus dem Missionsklerus an zentralen Bildungsstätten in den Missionen selbst ähnlich zu schulen, wie man die Seemannspastoren in der westlichen Welt jetzt schulen will. Gut wird es sein, für diese Aufgabe in den Missionen Angehörige von Orden zu nehmen, die weit verstreute Missionsgebiete in größerer Zahl in dem betreffenden Erdteil besitzen. Die durch die Ordenszugehörigkeit gegebenen Verbindungen können eine große Erleichterung der Arbeit für die Seemannspastoren bedeuten und auch jene Tätigkeit von Hafen zu Hafen schaffen helfen, die nun einmal in den Missionsländern unumgänglich notwendig sind. Darüber sind sich alle Kenner der Probleme einig, daß ein Seemannsapostolat, das nur aus isolierten örtlichen Seelsorgsstellen besteht, keinen großen Wert hat. Der Seemann ist immer unterwegs, und das Apostolat, das ihm dient, muß ihm überallhin folgen können. Eine Gesamtorgani-

sation des Apostolates des Meeres, wie sie in England und in den Vereinigten Staaten besteht, muß auch für Afrika und Asien geschaffen werden.

Laienhelfer im Seemannsapostolat

Jeder Priester, der im Seemannsapostolat arbeitet, soll nach den Worten von Kardinal Piazza auf dem Kongreß in Rom seinen Johannes den Täufer haben, der ihm die Wege bereitet. Es gilt also, Laienapostel dem Seemannspfarrer in den Missionsländern zur Seite zu stellen. Es gibt in diesem Apostolat ja auch Aufgaben, die nur der Laie lösen kann. Die Auswahl von Laien der Missionsgemeinden in den Hafenstädten ist nun ein besonders heikles Problem. Es ist dort schwer, vor allem Weiße für diese Arbeit zu gewinnen. Dazu kommt, daß wegen der Rassenspannungen unserer Tage der weiße Laie beim farbigen Matrosen und der farbige Laie beim weißen Matrosen nicht das Vertrauen findet, das der weiße Missionar noch bei Christen aller Völker besitzt.

In den westlichen Ländern gibt es heute viel mehr Seemannsheime als in den Missionen. Auch dort müssen Häuser errichtet werden, wo der Seemann Unterkunft, Beratung, soziale, karitative, seelsorgliche Betreuung, berufliche Fortbildung und Unterhaltung findet.

Der Kongreß von Rom beschloß, für das gesamte Seemannsapostolat eine unter Aufsicht der Kirche stehende Zentrale zu schaffen. Dieser Zentrale sollen auch die Arbeiten des Seemannsapostolats in den Missionen unterstellt werden. Die kirchliche Oberaufsicht über dieses Apostolat hat seit 1924 die Sektion für Auswanderer der Konsistorialkongregation.

Katholiken und Rassenfrage in Südafrika

Eine evangelische Kirchenkonferenz in Transvaal hat einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, sie möge jegliche Einwanderung von Katholiken in das Land verbieten.

Es ist wahrscheinlich, daß diese unfreundliche Geste mit der Opposition der Katholiken gegen die gesetzliche Unterdrückung der Eingeborenen zusammenhängt, die von der Regierung des Ministerpräsidenten Malan betrieben wird. Malan war früher Pfarrer der reformierten niederländischen Kirche. Die Herder-Korrespondenz hat über seine Maßnahmen, die auch auf den Widerspruch evangelischer kirchlicher Kreise stießen, ausführlich berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 3, Heft 10, S. 449 f.).

Vor einigen Monaten hatte nun die katholische soziale Vereinigung des Kaplandes nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die katholischen Grundsätze über die Rechte des Menschen die rassische Diskriminierung in Südafrika als ungerecht und unchristlich erweisen.

Die katholischen Bischöfe hatten durch die Stimme des Apostolischen Vikars von Kapstadt, Msgr. Hennemann, schon Ende 1948 darauf hingewiesen. Sie äußerten sich erneut im Jahre 1950 durch eine Proklamation des Apostolischen Vikars von Natal, Msgr. Hurley OMI. Der Bischof erhob im Namen der christlichen Grundsätze über die Menschenrechte drei Forderungen: 1. auch den Eingeborenen Schulbildung zu gewähren, 2. ihnen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen, 3. Maßnahmen zur Ermöglichung eines menschlichen Familienlebens unter ihnen zu treffen.

Der Bischof sagt, daß die Katholiken die Schwierigkeit des Rassenproblems in Südafrika durchaus nicht verkennen. Eine politische und soziale Gleichberechtigung der weißen und der farbigen Rassen könne in diesem Augenblick nicht hergestellt werden, weil die Farbigen nicht genügend gebildet sind, um verständnisvoll am öffentlichen Leben der Nation teilzunehmen. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Analphabeten. Jedoch ist es etwas anderes, dies anzuerkennen, und etwas anderes, diesen Zustand zu verewigen.

Die weiße Bevölkerung, die 20 % der Gesamtbevölkerung ausmacht, besitzt 85 % des Landes. Für die Farbigen stehen 13 % der Bodenfläche zur Verfügung, die sich aber im Regierungseigentum befinden. Der Farbige kann kein Bodeneigentum erwerben. Er kann auch keinem gelernten Beruf nachgehen. Die Gewerkschaften üben ein rigoroses Monopol zugunsten der Weißen aus. Alle Berufsschulen sind nur Weißen zugänglich. Die Volksschulen reichen nach Zahl und Lage für die Eingeborenen nicht im entferntesten aus. Die wirtschaftlichen Verhältnisse erschweren auch dort den Schulbesuch, wo er räumlich möglich wäre.

Das Familienleben der Eingeborenen wird durch die soziale Unterdrückung fortschreitend verschlechtert. Die Reservationen sind übervölkert, so daß die Männer Weib und Kind verlassen müssen, um außerhalb ihr Brot zu verdienen.

Die Kirche müht sich um die Erziehung der Eingeborenen. Im Vikariat Natal besuchen 17 000 Kinder ihre Schulen. Man sollte sich aber großzügig zu einer kulturellen Entwicklung der schwarzen Rasse entschließen, ehe sie dem Kommunismus zum Opfer fällt.

Ökumenische Nachrichten

„Die ökumenische Kirche" und internationales Recht

Die Vierteljahrsschrift des Weltrates der Kirchen, „The Ecumenical Review" (Oktober 1950) veröffentlicht neben den Dokumenten der Tagung des Zentralausschusses in Toronto auch einen Bericht über „Die Kirche und internationales Recht". Dieser Bericht wurde auf der Tagung des Zentralausschusses im Jahre 1949 auf Veranlassung von Bischof Berggrav, Oslo, durch eine Expertenkommission für die Tagung von Toronto erarbeitet. Er sollte die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Erforschung des Naturrechts und seiner Bedeutung für die internationalen Fragen klären, ferner das christliche Verständnis von Recht und Gerechtigkeit und schließlich das Verhältnis zwischen der christlichen Anschauung vom Recht und der Lehre vom Naturrecht. Diese Kommission tagte im April 1950 in Bossey unter dem Vorsitz von Baron van Asbeck. Aus Deutschland waren entsandt Prof. W. Grewe, Prof. Dr. E. Kaufmann und Dr. H. Dombois. Wie bei allen ökumenischen Konferenzen ergaben sich auch hier in grundsätzlichen Fragen Differenzen, die nicht durch eine lehramtliche Instanz, sondern durch weiteres Suchen nach der Wahrheit bereinigt werden sollen.

Ein zusammenfassender Bericht versucht dennoch, gewisse Ergebnisse festzuhalten. Sie gehen von der Tatsache

aus, daß die Gemeinschaft der Christen ein politisches Faktum ist, daß „die Kirche Christi eine ökumenische Gemeinschaft" ist und daß diese Gemeinschaft in einer Übergangsphase des internationalen Rechtes einer sich immer mehr ausbildenden internationalen Rechtsgemeinschaft der Staaten gegenübersteht, zu der sie grundsätzlich positiv eingestellt ist, deren Entwicklung die „ökumenische Kirche" aber durch Entfaltung ihres christlichen Rechtsbewußtseins fördern und beeinflussen sollte. Abgesehen von der Verschiedenheit der Grundansicht: hier die Ableitung des positiven Rechts aus einem biblischen Naturrecht, dort seine Begründung auf dem christologisch verstandenen Gnadenrecht Jesu Christi, herrscht Einmütigkeit in der These, daß der Staat keine unbedingte Souveränität und keine Verfügungsgewalt unbeschadet der Normen eines internationalen, die Freiheit und Würde der Person und der Familie achtenden Rechtes habe. Es wird auch die Souveränität parlamentarischer Majoritäten bestritten. Das wirksamste Mittel zur Integration eines internationalen Rechtes sei „das lebendige und mutige Zeugnis der christlichen Gemeinschaft". Die Kirchen müßten die Entwicklung des internationalen Rechtes, in welchem nicht wie früher nur die Staaten, sondern auch die einzelnen Personen Subjekte sind, begrüßen. Sie müßten vor allem ihre Schuld bekennen, daß sie allzulange den Staaten nicht nur das Urteil über Recht und Unrecht überlassen, sondern es ihnen geradezu zugeschoben hätten, womit die Kirchen die Staaten in die Versuchung geführt hätten, ihre Souveränität zu überschätzen. Unter den ständigen Erfordernissen zählt der Bericht auf: 1. die Kirche müsse alles in ihrer Macht Liegende tun, um ihre Mitglieder mit den internationalen Fragen zu befassen und sie darüber zu unterrichten, damit sie ihr Gewissen darauf einrichten; 2. besonders müßten diejenigen Personen gefördert werden, die in politischer und wirtschaftlicher Verantwortung stehen; 3. „die ökumenische Kirche hat die unschätzbare Möglichkeit und die dringlichste Verantwortung, so oft wie möglich politisch führende Christen aus jeder Nation oder Klasse oder Rasse zusammenzurufen, damit sie gemeinsam darüber nachdenken — über und außerhalb ihrer verschiedenen Verpflichtungen — welchen Dienst sie ihrem gemeinsamen Herrn schulden." Kurzum, die Kirche müsse Gewissen der Staatsmänner und Völker werden. Wie das bei erheblich differierenden Anschauungen von politischer Gerechtigkeit und ohne ein allgemein verbindliches Lehramt wirksam geschehen könne, wird indes nicht erörtert. Es scheint nach dem Wortlaut des Berichtes nicht, daß der Zentralausschuß sich bereits mit diesem vorläufigen Ergebnis in Toronto befaßt hat. Der Bericht läßt erkennen, daß die Überlegungen zum Thema „Kirche und Recht", die — wie z. B. vorstehende Meldung beweist — hier und da in ein Neuland vorstoßen, auf ökumenischer Basis von ähnlicher Unbestimmtheit bleiben müssen wie die vortheologischen Unterscheidungen auf dem Gebiete der Ekklesiologie.

„Nationalrat der Kirche Christi in USA"

So heißt der Titel der neuen Gesamtorganisation von 29 protestantischen Denominationen in USA, die am 28. November 1950 in Cleveland (Ohio) nach umfangreicher Gebetsvorbereitung in den Gemeinden des ganzen Landes gegründet wurde. Dieser National Council löst den bisherigen „Federal Council of Churches" von 1908 ab, der der erste Versuch war, den Prozeß unaufhaltsam erscheinender Zersplitterung zu wenden. Dem Federal Council gehörten indessen vorwiegend Denominationen kalvinistisch-methodistischer Herkunft an, etwa die Hälfte des amerikanischen Protestantismus, während die Vereinigte Lutherische Kirche und die Protestantische Episkopalkirche nur eine lose Arbeitsgemeinschaft zu ihm unterhielten. Denn diese beiden Gruppen lehnten aus dogmatischen Gründen den Anspruch des Federal Council ab, „die Gemeinschaft und die katholische Einheit der christlichen Kirche zum Ausdruck zu bringen". Bemühungen nach dem ersten Weltkrieg zu weiteren Zusammenschlüssen scheiterten. Es ging zunächst eine Periode der Sammlung unter den Hauptdenominationen voraus, bis die Gründung des „Weltrates der Kirchen" in Amsterdam ein lebendigeres ökumenisches Gewissen wachrief, dem der neue National Council Rechnung trägt. Bei seiner Konstituierung war der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Dr. Visser 't Hooft, zugegen. Zum Präsidenten des Nationalrates wurde der Bischof der Protestantischen Episkopalkirche, Henry Knox Sherill, gewählt, zum Generalsekretär der frühere Generalsekretär des Federal Council, Dr. Cavert.

Bei dieser Tagung standen die ernsten politischen Ereignisse in Fernost stark im Vordergrund und führten zu verschiedenen Resolutionen gegen Haß und nationale Eigensucht und gegen das „unwahre Dogma, daß der Krieg unvermeidlich sei". Sodann legten sechzehn führende amerikanische Kirchenmänner, darunter Reinhold Niebuhr, einen Bericht über die Verwendung der Atomwaffen vor, die sich nur dann moralisch rechtfertigen lasse, wenn ein mit gleichen Waffen erfolgter Angriff auf Amerika oder seine Verbündeten abzuwehren sei. Ein Präventivkrieg wird ausdrücklich und entschieden verworfen.

Mit der Gründung des National Council aber ist die von den kongregationalistischen Kreisen erstrebte Einigung keineswegs abgeschlossen. „Christian Century" (15. Nov.) weist darauf hin, daß auf Cleveland die Kirchenkonferenz von Cincinnati am 23. Januar 1951 folgen werde. Hier werde den Denominationen der Plan des Methodistenbischofs Ivan Lee Holt für die Gründung einer United Church of Christ vorgelegt, „in welcher die Einzelgemeinden alle wesentlichen Attribute der Selbstverwaltung behalten, aber zu Presbyterien zusammengefaßt werden sollen, die ihrerseits wieder Bischöfe wählen". Seit Ende des Jahres 1948 hat die Herder-Korrespondenz wiederholt über diesen Plan und seine Schwierigkeiten berichtet (z. B. Jhg. 4, S. 255 ff.). „Christian Century" meint, es werde in Cincinnati nicht gleich zur Gründung dieser „Vereinten Kirche Christi" kommen, wenn nur erst die Denominationen bereit seien, den Plan ernsthaft zu prüfen. Jedem Christen müsse es nachgerade als eine Schande erscheinen, der Vereinten Kirche Christi nicht anzugehören. Auf dogmatische Fragen scheint man wenig Rücksicht zu nehmen.

„Im Fundamentalen einig . . ."?

Präses Dr. Gustav Heinemann hatte durch einen Aufsatz gegen den lutherischen Konfessionalismus vom Anfang vergangenen Jahres den Protest der Lutherischen Generalsynode von Ansbach (Juni 1950) auf sich gezogen. Er meldete sich zu

seiner Verteidigung abermals zu Wort in einem Augenblick, als die Lutheraner die Einheit der EKD wegen der dort geduldeten „politischen Schwärmerei" preiszugeben drohten. Wir entnehmen dieser Replik, die in der „Ev. Luth. Kirchenzeitung" vom 30. Nov. 1950 abgedruckt ist, einige Stellen, die die ganze Fragwürdigkeit des lutherischen Konfessionalismus beleuchten, demgegenüber jene von Laien geförderte Bewegung zur Einheit eines evangelischen Bekenntnisses — wobei praktisch der reformierte Spiritualismus und Kongregationalismus siegen würde — an Boden gewinnen muß. Dr. Heinemann geht von der Annahme aus, daß Reformierte und Lutheraner, wie das in den unierten Gebieten Preußens sich erwiesen habe, „im Fundamentalen einig" seien. Diese Einigkeit zu festigen, sei das berechtigte Anliegen der Laien gegenüber den Theologen. Sodann erklärt der Präses der Synode der EKD:

„Meine Behauptung, daß die mit dem Ansbacher Beschluß der VELKD-Synode in Erinnerung gerufenen Kontroversen zwischen den protestantischen Konfessionen keine kirchentrennende Bedeutung haben, wird von den Lutheranern selbst zur Genüge erwiesen. Es besteht nämlich in den genannten Kontroversen unter den Lutheranern selbst keine Lehreinheit . . . Weder die Kirchenleitungen der in der VELKD zusammengeschlossenen lutherischen Kirchen, noch die akademischen Lehrer lutherischer Theologie, noch erst recht nicht die Fülle der Pfarrer in diesen Kirchen, von den Gemeinden gar nicht zu reden, denken über Gesetz und Evangelium, Luthers Lehre von den beiden Reichen, über Erwählung und Verwerfung, über das Verhältnis von Glaube und Werken, über Amt und Gemeinde, Zeit und Ewigkeit, über die Lehre von der Person Jesu Christi, über die Tatsache seiner Kondeszenz, über das Wesen der Kirche und ihre Verfassung, über Gottesdienst und Kultus u. a. m. alle das gleiche. Sie wissen sich dennoch als eine Kirche, und zwar lediglich deshalb, weil sie im Fundamentalen einig sind. Und dieses gemeinsame Fundamentale ist genau das ‚Minimum', worin sie auch mit den Reformierten und Unierten übereinstimmen. Ich bitte die lutherischen Brüder, doch einmal zu sagen, warum denn in all den Kontroversfragen nun nachgerade seit mehr als zweihundert Jahren auch in ihren Kirchen keinerlei Lehrzucht mehr geübt worden ist? Noch nicht einmal in der Abendmahlslehre wird von ihnen Lehrzucht geübt . . . Das ist es, was wir Nichttheologen an aller Kontroverstheologie gemerkt haben und weshalb wir die Wahrheitsfrage nicht immer nur ausgerechnet dann erhoben wissen wollen, wenn es um die alten lutherisch-reformierten Gräben geht. Erst wenn dieselben Maßstäbe auch innerhalb der lutherischen oder reformierten Kirchen exerziert werden, könnte es glaubhaft erscheinen, daß die theologischen Kontroversen wirklich kirchentrennend sind. Was uns Nicht-Theologen besonders befremdet, sind die mannigfachen Versuche, die in den unierten Kirchen auch äußerlich erreichte evangelische Gemeinschaft immer wieder in Frage zu stellen und nach Wegen zu ihrer Auflösung oder Zersetzung zu suchen."

Ein lutherischer Sprecher, der Dr. Heinemann in der gleichen Zeitschrift antwortet, weiß demgegenüber wenig überzeugende Argumente anzuführen außer diesen: „Wir meinten, wir ständen mit der Lehre von der Taufe mit der reformierten Kirche auf gemeinsamem Boden. Es stellte sich aber heraus, daß von derselben gewichtigen reformierten Schule her die biblische Lehre von der Taufe verleugnet und der Schwärmerei Tür und Tor geöffnet wird. Wir wußten immer schon, daß Calvin Luthers Lehre von den zwei Reichen, die bekanntlich wiederum aufs engste zu Luthers Rechtfertigungslehre gehört, nicht billigte, sondern theokratische Wege ging. Heute erleben wir, daß durch reformierte Theologie eine unsagbare Verwirrung in den elementarsten Fragen der politischen Betätigung des Christen in unsere Reihen getragen wird. So müssen wir ehrlicherweise von Punkt zu Punkt bis ins Herz der Christologie hinein den Dissensus zwischen lutherischer und reformierter Theologie konstatieren . . ."

„Rettet den Frieden um Christi willen!" Getreu seiner geistlich-politischen Grundlinie seit Eisenach 1948, im Interesse der Einheit des deutschen Protestantismus und der Einheit des deutschen Volkes unermüdlich der Sache des Friedens zu dienen, hat der Rat der EKD während des Höhepunktes der Koreakrise Anfang Dezember, etwa gleichzeitig mit Papst Pius XII., einen Appell an die Kirchen der Welt um ihr Gebet für den Frieden gerichtet. Die Botschaft ist diesmal auf einen besonders ernsten Ton gestimmt und nicht so getrost im Glauben wie frühere dieser Art. Sie lautet:

I.

„Wir fühlen uns gedrungen, unsere christlichen Brüder in der Welt darauf aufmerksam zu machen, daß die Verhältnisse in Deutschland auf eine äußerst kritische Entwicklung zutreiben. Wenn nicht neue Regelungen gefunden werden, erscheint eine neue Katastrophe fast unvermeidlich. Die Aufteilung Deutschlands durch einen eisernen Vorhang ist nicht nur für unser Volk, sondern auch für Europa und die ganze Welt eine Gefahrenquelle geworden, aus der unabsehbares Unheil entstehen kann. Wenn nicht alsbald Schritte auf eine positive Lösung hin getan werden, dann werden sich binnen kurzem die hochgerüsteten Mächte der Welt auf dem Boden unseres Landes gegenüberstehen. Dadurch wird die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Krise außerordentlich gering.

II.

In dieser äußerst bedrohten Lage bitten wir um Jesu Christi willen alle Kirchen in der Welt, das Äußerste zu tun, um den Frieden zu retten. Wir bitten sie insbesondere, durch ihre Regierungen bei den Vereinten Nationen dahin zu wirken, daß unverzüglich konkrete Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr ergriffen werden. Wir sind nicht in der Lage, unmittelbar politische Vorschläge zu vertreten. Es muß den Regierungen und den Vereinten Nationen überlassen bleiben, ob sie eine neue Mächtekonferenz oder eine Aktion der Vereinten Nationen oder eine andere Maßnahme für das geeignete Mittel halten. Wir können nur bitten, daß die Regierungen der Welt ihre Verantwortung wahrnehmen und ohne Rücksicht auf nationale Sonderinteressen und Prestigefragen neue Wege zur Befriedung der Welt beschreiten."

Den besonderen Hintergrund dieser Bitte bildet der anscheinend nicht mehr aufzuhaltende scharfe Kulturkampf in der Ostzone. Er konzentriert sich in der Forderung, die Kirchenleitung der Landeskirche von Berlin-Brandenburg, also der Amtsitz von Bischof D. Otto Dibelius, solle nach Brandenburg/Havel verlegt werden, andernfalls staatliche Repressalien drohen. Ein Licht auf die Gesamtsituation wirft ein Vortrag des Präses der Synode, Pfr. Scharf, in einer Berliner Kirche. Darin heißt es (Ende Oktober): Auf dem Parteitag der SED sei besonders deutlich geworden, daß der historische Materialismus sich als eine förmliche Religion der „Gegenkirche" verstehe, der sich die Kirche in der Ostzone gegenübersieht. Vom Lobpreis des Erreichten über das Sündenbekenntnis in Form einer rigorosen Selbstkritik bis zum materialistischen Credo habe der Parteitag der SED alle Stücke nach Art einer christlichen Liturgie dargeboten. Der Kirche sei jedoch ein Mitsprechen des materialistischen Glaubensbekenntnisses unmöglich; nur deshalb habe die Kirchenleitung der Pfarrerschaft die Unterzeichnung des Stockholmer Friedensappells und den Eintritt in die „Nationale Front" abgeraten... Auch auf dem Parteitag der Ost-CDU sei eindeutig klar geworden, daß der Kurs in der Sowjetzone auf die Errichtung einer Staatskirche hinziele, in der die Freiheit der christlichen Verkündigung nicht gewahrt bleibe. Als ermutigend und tröstlich bezeichnete Präses Scharf das Aufblühen des kirchlichen Lebens in der Ostzone. Auf dem seit Jahrhunderten unkirchlichsten Boden Deutschlands gebe es ein neues, verinnerlichtes Gemeindeleben, wie man es noch vor kurzem nicht erwartet habe. („Junge Kirche" H. 19, 20. November 1950.)

Rheinische Synode gegen Aufrüstung

Unter den mancherlei Verlautbarungen der jüngsten Zeit zu dem von Kirchenpräsident D. Niemöller hartnäckig verfolgten Anliegen einer Politik ohne Waffen ist die am wenigsten beachtete, aber beachtlichste ein fast einstimmiger Beschluß der „2. Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland". Er erfolgte zeitlich kurz vor dem von den lutherischen Kirchenführern beantragten Scherbengericht über Niemöller (vom 17. November in Berlin-Spandau), das bekanntlich sein Ziel verfehlte, weil außer von den „Landesbruderräten" der Ostzone auch aus dem Rheinland ein kirchliches Votum vorlag, Niemöllers „prophetische" Autorität zu achten und ihm — bei Wahrung der gebotenen „Zurückhaltung" für kirchliche Persönlichkeiten — die Freiheit des politischen Wortes zu lassen. Im Hintergrund stand allerdings auch eine Intervention des Bischofs von Chichester, Dr. Bell, vom Exekutivausschuß des ökumenischen Rates, und des Generalsekretärs Dr. Visser't Hooft zugunsten der Einheit der EKD „in der gegenwärtigen Weltsituation".

Die rheinische Synode, die sich auf ein sehr lebendiges Gemeindewesen stützt, ist gleichsam die „Hausmacht" von Präses Dr. Heinemann, Essen, im kirchenpolitischen wie im politischen Kräftespiel. Ihre Entscheidung zeigt, daß die Linie Niemöllers nach der Weichenstellung des Essener Kirchentages zu einer um sich greifenden Realität von politischem Gewicht durchdringt. Darum zitieren wir aus dem Beschluß der Synode folgende Abschnitte im Wortlaut:

„Die ganze Christenheit bittet in jedem Gottesdienst um den Frieden der Welt. Sie erblickt in der Herstellung und Erhaltung des Friedens die vornehmste Aufgabe der Staatsmänner aller Völker. Wohl können Völker und Staatsmänner vor der Notwendigkeit stehen, Kriege führen zu müssen. Wir erfahren dann Gottes Zorn über unseren Unglauben und unseren Ungehorsam. Kommt solche Not wieder über uns, können wir nicht getrost in ihr bestehen, wenn wir nicht in Glauben und Geduld alles getan haben, was wir zur Erhaltung des Friedens zu tun schuldig sind. Wir haben bis zur Stunde keinen wirklichen Frieden. Darum hat für uns Deutsche vor allen Rüstungsfragen in Ost und West die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern und die Wiederaufrichtung der Einheit Deutschlands zu stehen. Wege, die dahin führen können, sollten mit ganzem Ernst gesucht werden.

Die Synode muß jeden fragen, ob eine deutsche Wiederaufrüstung oder ein deutscher Beitrag zur europäischen Verteidigung in der gegenwärtigen Lage dem Frieden dient. Das Wettrüsten aller Staaten, die Deutschland besetzt haben, reißt unser Vaterland immer mehr auseinander. Eine Beteiligung an dem Wettrüsten hindert uns an der Erfüllung notwendiger sozialer Aufgaben, fördert das Wiedererwachen nationalistischer Bestrebungen und trennt Ost- und Westdeutschland in zwei feindliche bewaffnete Lager. Alles Wettrüsten steht zudem in der Gefahr, daß es gewollt oder ungewollt zum Kriege führt. Das deutsche Volk hat in zwei Weltkriegen viele seiner besten Söhne verloren. Die Ordnung seines sozialen Lebens und seiner Sitte ist zerstört. Der Wille zu ihrem Wiederaufbau wird durch eine Wiederaufrüstung im Keime bedroht. Wir glauben nicht, daß unser Volk imstande ist, die äußeren und inneren Belastungen einer Wiederaufrüstung oder gar eines neuen Weltkrieges zu tragen ...

Die Frage, vor die wir durch die Aufrüstung gestellt sind, ist so schwer, daß keine politische Entscheidung über sie gefällt werden darf, von deren Notwendigkeit das Volk nicht überzeugt ist. Wir bitten die deutschen Regierungen und Parteien bei der Entscheidung über Fragen des Friedens und der Wiederaufrüstung zu bedenken, daß es sich dabei um das Schicksal des ganzen deutschen Volkes handelt ..."

Apokalyptische Predigt

Im Geist eines Theodor Haecker geht Günter Jacob, Generalsuperintendent der Niederlausitz (Cottbus) das Problem der politischen Predigt an („Die Geschichtsdeutung der Kirche" in der Festschrift für Bischof D. Otto Dibelius „Die Stunde der Kirche", Ev. Verlag Berlin 1950). Er handelt von der „Sackgasse, in der jede kirchliche Predigt enden muß, wenn in der Ecclesia das Amt der Apokalypsis verschüttet und die Vollmacht zur Profetie erloschen ist". Das sei daran erkennbar, daß die Predigt nicht mehr „eine die Geschichte der Polis aufdeckende, richtende und wendende Predigt" ist, weil sie dem eschatologischen Spannungsfeld der Heilsgeschichte, dem eigentlichen Ereignis, d. h. der Begegnung der Ecclesia mit der satanischen Macht, ausweicht und versucht, den Glauben in die Bereiche der Innerlichkeit einzuschließen. Das geschehe auch, wenn der Prediger allzu selbstverständlich mit überlieferten Geschichtsdeutungen hantiere, wenn er christliche Kostüme schon für Offenbarungen hält oder

wenn er sich hinter den windgeschützten Kirchenmauern „weigert, nach dem Erdbeben unserer Tage mit seinen planetarischen Verwüstungen unsere traditionellen Geschichtsbilder gründlichst in Frage zu stellen". Es sei auch nicht damit getan, daß an die Stelle der preußischen Könige und Hindenburgs oder Hitlers jetzt Karl Marx, Liebknecht oder andere treten. Gerade weil alle möglichen Geschichtsbilder das eigentliche Geschehen zu verdecken drohen, müsse die Predigt die Geschichte unseres Volkes inmitten der Geschichte der Kirche Jesu Christi enthüllen und versuchen, das Fazit aus den Katastrophen der Zeit zu ziehen. Der Verfall der Kirche gehe Hand in Hand mit dem Verfall der apokalyptischen Predigt, die die babylonische Gefangenschaft im Zeitalter der Volkskirche und der konstantinischen Epoche durchbrechen müsse. Die Weltherrschaft Christi wurde verleugnet, indem man die großen liturgischen Formeln der Hl. Schrift zum erbaulichen Zierat kirchlicher Innenarchitektur machte. Das Wort des „Magnificat", das den „eigentlichen Zugang zu aller christlichen Deutung der Weltgeschichte erschließt", das Wort: „Er stößt die Gewaltigen vom Stuhl und erhebt die Niedrigen", und die Seligpreisungen der Bergpredigt, die keineswegs eine private Frömmigkeit beschwören, wurden vergessen. Jacob zeigt an Theologen wie Emil Brunner, Paul Schütz und anderen, auch an Reinhold Schneider, wie heute an den verschiedensten Stellen das Amt der Apokalypsis wieder entdeckt wird. Wie weit freilich Luthers Deutung der Weltgeschichte „von exemplarischer Bedeutung sein muß", wird nach dem Buch von E. W. Zeeden „Martin Luther . . . im Urteil des deutschen Luthertums" mindestens umstritten sein. Hier droht wie nirgend sonst die ärgste Gefahr einer Repristination überholter Gesichte. In die Zukunft aber weist das Bekenntnis Jacobs zur „Heimkehr" in die große und weite Geschichte der Kirche, in der „doch Franziskus und Bodelschwingh, die hl. Elisabeth und Mutter Eva Tiele-Winckler wieder verehrt werden" dürfen.

Vorzeitige Antworten. Ein lutherisches Wörterbuch

Die lexikographische Erfassung des theologischen Wissens, die von evangelischen Theologen seit der „Realenzyklopädie" immer erneut versucht worden ist, hat ihre besonderen Probleme, weil es keine einhellige evangelische Theologie gibt und weil sie in einem Menschenalter die verschiedensten Erkenntnisphasen durchläuft. Wenn sich dennoch ein Kreis lutherischer Theologen unter Führung des Schulreferenten Edo Osterloh und des Dozenten Hanns Engelland daran gewagt hat, für den praktischen Gebrauch des theologischen Nachwuchses ein „Biblisch-Theologisches Handwörterbuch zur Lutherbibel" aufzustellen, dessen erste Lieferung erschienen ist (Vandenhoek & Ruprecht), so ist dieser Versuch in der Tat, wie die Herausgeber sagen, noch „Stückwerk". Sie setzen die Fachgelehrsamkeit voraus, die sie zum Teil anderen Nachschlagewerken, vor allem Kittels Wörterbuch, entnehmen; aber sie passen sich nicht überall den neuen Ergebnissen der Forschung und theologischen Besinnung an. So reich z. B. der Artikel „Abendmahl" mit den Funden von J. Jeremias ausgestattet ist, er bleibt hinter den aufgebrochenen dogmatischen Lösungen zur Sakramentsfrage zurück. Auch verwendet er zur Darstellung der katholischen Lehre keineswegs die neuesten Werke von Jungmann, Rahner, Graber oder Pascher. Dieser Artikel zeigt daher in seiner apologetischen Haltung ein vorökumenisches Stadium theologischer Kenntnisse, das von maßgebenden evangelischen Fachgelehrten abgetan ist. Eine Neigung zur Vorsicht scheint dahin zu wirken, daß Forschungen zum Apostelamt (Schlier) oder zum Johannesevangelium (Cullmann) nicht zu Worte kommen (Stichwort „Abschiedsreden"). Der Artikel „Christus" holt exegetisch weit aus, aber er läßt die christologische Fülle des „totus Christus, ille et nos" (hl. Augustin), die Beziehung zur Ekklesia vermissen. Das Stichwort „Beichte" vom Leiter der Kirchenkanzlei D. Brunotte geht an den Bestimmungen neuerer Verfassungen evangelischer Landeskirchen vorbei, die die Geistlichen auf die Pflicht zum Beichthören hinweisen. Das Stichwort „Bund" übersieht das Bild des „Ehebundes" Gottes mit Israel in seinen Auswirkungen auf das NT, z. B. Eph. 5, 22 ff. Es ist schwer, ein solches Werk, das offensichtlich trotz seiner Beschränkung wirklichen Tiefgang anstrebt, nach der ersten Lieferung zu beurteilen. Man möchte ihm die Zeit des Ausreifens wünschen.

Die orthodoxe Mariologie und die katholischen Mariendogmen

Eine Darlegung der orthodoxen Mariologie, die als eine erste offizielle Reaktion auf das neue römisch-katholische Marien-Dogma gewertet werden kann, enthält das Mitteilungsblatt des Exarchats des Moskauer Patriarchen in Westeuropa. Verfasser ist der Professor am orthodoxen theologischen Institut St. Dionys in Paris Wladimir Loßkij.

Loßkij weist einleitend darauf hin, daß die orthodoxe Kirche keine selbständigen mariologischen Dogmen habe. Als die Kirche auf dem Konzil zu Ephesus gegen Nestor feierlich erklärte, daß Maria Gottesgebärerin sei, ging es ihr um die hypostatische Union in Jesus Christus. Man hatte also gegenüber den Leugnern der göttlichen Mutterschaft Mariä vor allem und zuerst die Christologie im Auge. Zu gleicher Zeit aber war damit die Verehrung der Gottesgebärerin indirekt dogmatisch bestätigt. „Jedoch kennen wir Fälle", schreibt Loßkij, „wo Christen, die aus rein christologischen Beweggründen heraus die göttliche Mutterschaft der heiligen Jungfrau anerkennen, aus gleichem Grunde sich von jeder besonderen Verehrung der Mutter Gottes fernhalten, weil sie keinen anderen Mittler zwischen Gott und den Menschen kennen wollen als den Gottmenschen Jesus Christus."

Daraus geht hervor, daß das christologische Dogma von der Gottesgebärerin für sich genommen, ohne die Verehrung, welche die Kirche ihr erweist (d. h. die Tradition), die einzigartige Stellung Mariä als Himmelskönigin nicht zu stützen vermag. Im Hinblick auf Maria ist es unmöglich, die rein dogmatischen Tatsachen von denen des verehrenden Kultus zu trennen.

Die orthodoxe Kirche und die Unbefleckte Empfängnis

Nach einer Verteidigung der Tradition, womit sich Loßkij ersichtlich gegen die protestantische Auffassung wendet, geht er zur Behandlung des römisch-katholischen Dogmas von der Unbefleckten Empfängnis über. Er begründet den ablehnenden orthodoxen Standpunkt eben durch die Tradition, in gewissem Sinne aber auch durch anthropologische Argumente. Die Tradition, als

unaufhörliches Wirken des Heiligen Geistes in der Kirche, erschließt insbesondere erst den vollen Zusammenhang zwischen Altem und Neuem Testament. Die Mutter Gottes steht auf dem Gipfel der Heiligkeit des Alten Testaments, dessen Grenzen sie aber zugleich überragt. Die Heilsgeschichte der Juden ist der mühselige Weg der gefallenen Menschheit der „Fülle der Zeiten" entgegen, da der Engel der Jungfrau Maria die Fleischwerdung Gottes verkünden und von ihren Lippen das menschliche Einverständnis zum Ablauf des göttlichen Heilsplanes einholen wird. Durch die demütige — und freie — Antwort der Jungfrau (Luk. 1,38) wird die Tragödie der gefallenen Menschheit gelöst. Die Fleischwerdung war somit nicht nur das Werk des Vaters, sondern auch das Werk des Glaubens und des Willens der Jungfrau. Loßkij verweist hier auf Nikolaus Kabasilas, der in seiner Homilie über die Verkündigung diese freie Rolle der Mutter Gottes neben der Tat Gottes hervorhebt.

Die freie Antwort auf den Ruf Gottes ist der Abschluß einer langen Reihe von Erwählungen und vorbereitenden Ereignissen des Alten Testaments. „Das römisch-katholische Dogma von der Unbefleckten Empfängnis" — wir lassen wieder Loßkij sprechen — „scheint diese ununterbrochene Folge der vorbereitenden Heiligung im Alten Testament, die ihre Erfüllung im Augenblick der Verkündigung findet, zu unterbrechen . . . Die orthodoxe Kirche läßt diese Sonderstellung der heiligen Jungfrau neben der gefallenen Menschheit, dieses ‚Privileg', das aus ihr im Hinblick auf das zukünftige Verdienst ihres Sohnes schon vor dem Erlösungswerk ein losgekauftes Wesen macht, nicht zu. Nicht eines Privilegs wegen, das sie bei der Empfängnis durch ihre Eltern schon erhalten hätte, verehren wir die Mutter Gottes über alle Kreatur. Sie war heilig und rein von aller Sünde seit dem Mutterschoß, und dennoch stellte diese Heiligkeit sie noch nicht außerhalb der Menschheit vor Christus . . . Die zweite Eva, die erwählt war, um die Mutter Gottes zu werden, vernahm das Wort des Engels im Zustand der gefallenen Menschheit . . . Die heilige Jungfrau ist unter dem Gesetz der Erbsünde geboren und trägt mit allen die gemeinsame Verantwortung für den Fall. Aber die Sünde vermochte nie Gewalt über sie zu erlangen . . . Sie war unter der universellen Herrschaft der Sünde ohne Sünde, frei von aller Verführung der dem Fürsten dieser Welt unterworfenen Menschheit, nicht *über* die menschliche Geschichte gestellt, sondern ihre höchste Berufung *innerhalb* der Verkettung der Geschichte verwirklichend."

Aber erst durch ihren Sohn und in Seiner Kirche kann die Mutter Gottes die Vollkommenheit derer erreichen, die das Bild des himmlischen Menschen tragen werden (1 Kor. 15,49). Trotz der Herabkunft des Heiligen Geistes am Tage der Verkündigung verleiht ihr auch das natürliche Band, das sie mit dem Gottmenschen verbindet, noch nicht den Zustand der vergotteten Kreatur. Loßkij unterscheidet in Analogie zu der doppelten Herabkunft des Heiligen Geistes auf die Apostel — am Abend der Auferstehung und an Pfingsten — die funktionelle und persönliche Sendung des Heiligen Geistes. Wie die Apostel durch die erste, „funktionelle" Sendung des Heiligen Geistes, ohne Rücksicht auf ihre subjektiven Eigenschaften, die Macht zu binden und zu lösen erhielten und erst die zweite Sendung des Heiligen Geistes ihnen die Voraussetzung zur Verwirklichung der persönlichen Heiligkeit gab, so wurde auch die Mutter Gottes am Tag der Verkündigung der „objektiven" Aufgabe der göttlichen Mutterschaft teilhaftig, um ihre letzte Verherrlichung erst nach einem persönlichen Weg der Heiligung nach dem Pfingstwunder erreichen zu können.

Die Lehre von der Himmelfahrt Mariä

„Durch die Gnade zu besitzen, was Gott durch Natur hat" — das ist die höchste Berufung der kreatürlichen Wesen auf dem historischen Wege der Kirche. Wenn die Mutter Gottes in ihrem persönlichen Leben die ganze Heiligkeit verwirklichen konnte, die ihrer Rolle als Gottesgebärerin entsprach, so mußte sie bereits auf Erden durch die Gnade alles das erreichen, was ihr Sohn schon vermöge Seiner göttlichen Natur besaß. „Dieser höchste Ruhm der Mutter Gottes, das von einer kreatürlichen Person vor dem Ende der Welt realisierte ‚Eschaton', muß sie außerhalb von Tod, Auferstehung und Letztem Gericht stellen . . . Die höchste Verwandlung, durch welche die Gottesmutter mit dem himmlischen Ruhm ihres Sohnes umgeben wird, wird von der Kirche am Tage der Himmelfahrt gefeiert: ihr Tod, dem nach dem intimen Glauben der Kirche unbedingt die Auferstehung und leibliche Aufnahme der Allerheiligsten in den Himmel folgen mußte."

Eine dogmatische Formulierung dieser Vorgänge lehnt Loßkij aber mit der Begründung ab, daß jeder Versuch dieser Art fast einem Sakrileg gleichkäme. Seiner Ansicht nach liegt nämlich ein tiefer Sinn darin, daß die Gottesmutter niemals Gegenstand der apostolischen Predigt war. Das Geheimnis der Gottesmutter Maria gibt sich nur den wirklich Gläubigen als in der Tradition gereifte Frucht ihres Glaubens kund. Die Autoren der apokryphen Berichte, sagt Loßkij, haben oft unbedacht an jene Mysterien gerührt, über welche die Weisheit der Kirche Schweigen bewahrt. Über die von der Kirche in der Tiefe ihres esoterischen Bewußtseins aufbewahrten Geheimnisse etwas auszusagen, jeder Versuch einer Formulierung, wäre nahezu ein Sakrileg. Unter Hinweis auf den hl. Basilius den Großen („Über den Heiligen Geist") vertritt Loßkij hier eine Eigenart östlicher Theologie und Geisteshaltung, die „das Geheimnis Gottes lieber hütet als offenlegt" (vgl. J. Tyciak, Wege östlicher Theologie). Diese östlich-platonische Tradition scheut sich vor einer Objektivierung innerer Wahrheiten und betrachtet das Entlassen des Sinnes aus der potentiellen Sphäre in die äußerliche Aktualität einer positiven Form geradezu als einen Fall der Wahrheit.

„Schweigen wir also", beschließt Loßkij seine Betrachtungen, „und versuchen wir nicht über den allerhöchsten Ruhm der Gottesmutter zu dogmatisieren. Seien wir nicht allzu gesprächig mit den Gnostikern, die mehr sagen wollten, als es bedurfte — und mehr als sie konnten — und die Spreu ihrer Häresien dem reinen Weizen der christlichen Tradition beigemischt haben."

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Die Weihnachtsbotschaft Papst Pius' XII. vom 23. Dezember 1950

Der Heilige Vater hat in diesem Jahr die Rundfunkbotschaft an den Episkopat und die Gläubigen der ganzen Christenheit, die er alljährlich am Heiligen Abend zu senden pflegt, bereits am Vortag der Weihnachtsvigil, am 23. Dezember, gehalten, da am 24. die feierliche Schließung der Heiligen Pforten der vier römischen Hauptkirchen und damit der Abschluß des Heiligen Jahres stattfand. Diese Weihnachtsbotschaft spiegelt genau das Merkwürdige dieser Stunde für die Christenheit: sie beginnt mit dem freudigen und dankbaren Rückblick auf die großen Ereignisse und feierlichen Augenblicke des Heiligen Jahres und fährt fort unter dem düsteren Schatten der gegenwärtigen Weltsituation mit den dringlichsten Mahnungen zu Eintracht und Selbstlosigkeit, mit dem Hinweis auf die grundlegenden Irrtümer der menschlichen Haltungen in unserer Zeit, die am tiefsten Grund der Unfriedfertigkeit der Welt liegen, mit dem Aufruf zum Gebet um Frieden. Der Papst spricht an einer Stelle seiner Botschaft von den „stürmischen zwölf Jahren seines Pontifikats", und wir erinnern uns mit Beklommenheit, daß er den Stuhl Petri bestieg, als der zweite Weltkrieg vor den Toren stand. Er betont, daß er seit damals nie aufgehört hat, zum Frieden zu mahnen und Völker und Regierende aufzufordern, ihre eigenen Interessen dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Das Zusammenfallen des Endes des Heiligen Jahres mit der neuen furchtbaren Kriegsgefahr wird an einer Stelle der Weihnachtsbotschaft insbesondere dadurch bedeutsam gemacht, daß der Heilige Vater auf den Gedanken hinweist, das Heilige Jahr müsse auf die ganze Erde als Gebet um den Frieden ausgedehnt werden. Das Jubeljahr ist in seiner festumrissenen Gestalt zu Ende gegangen; aber es soll weiterleben als Gebetskreuzzug um den Frieden, wie ihn die Welt nie dringender ersehnt hat. Daß der Weltfriede nicht erhalten werden kann, wenn er nicht auf innerer Versöhnung und sozialer Gerechtigkeit beruht, hat der Heilige Vater ebenfalls wiederum unterstrichen. Die katholische Christenheit wird dieser Aufforderung zu einer Fortsetzung des Betens und der „großen Rückkehr" des Heiligen Jahres angesichts der drohenden Gefahren und in dem Bewußtsein, daß die tiefgreifenden und nicht zu beseitigenden Gegensätze sich auf rein menschliche Weise nicht bewältigen lassen, sicher überall mit der größten Bereitschaft Folge leisten, eingedenk auch jener wunderbaren Friedensstiftungen früherer Zeiten, auf die der Papst kurz vorher in seinem Aufruf zur öffentlichen Abhaltung von Gebeten für den Frieden (vgl. S. 188 f.) hingewiesen hat.

Die Botschaft Pius' XII. zu Weihnachten 1950 hatte folgenden Wortlaut:

I.

Der Abschluß des Heiligen Jahres

Ein Jahr, Ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne, ist nun verflossen seit dem letzten Heiligen Abend, seit jenem denkwürdigen Tag, an dem Wir unter gespanntester Erwartung der katholischen Welt das Große Jubiläum verkündeten und eröffneten, das dem Leben der Kirche eine so tiefe Furche eingeprägt und selbst die höchsten Erwartungen übertroffen hat.

Wie ein Echo von gestern meinen Wir noch die Hammerschläge zu hören, die die zum geistigen Ziel aller Völker gewordene Heilige Pforte öffneten, und den Jubel zu vernehmen, mit dem die Gläubigen die Botschaft aufnahmen.

Von jener heiligen Schwelle flog der Engel des Herrn zu den vier Enden der Welt, um gleichsam die unzähligen Romfahrer zu vereinen und zur gemeinsamen Heimat der Gläubigen zu geleiten, die Pilger, die danach dürsteten, sich reinzuwaschen in den heilbringenden Wassern der Buße, und die sehnlichst danach verlangten, die große Heimkehr zu vollziehen und die große Vergebung zu erwerben.

Der gleiche Engel scheint heute, wie in fernen Tagen der Erzengel Raphael zu Tobias, zu sagen: „Lobet den Herrn auf Erden und danket Gott. Seht, ich kehre zurück zu dem, der mich gesandt hat. Schreibt alles auf, was sich ereignet hat" (Tob. 12, 20).

Das Wort „Ende", das das Gesetz des gegenwärtigen Lebens auch den teuersten und heiligsten Dingen, den frohesten und fruchtbarsten Ereignissen auferlegt, wird auch auf die Heiligen Jubelpforten geschrieben werden, und es wird in den Herzen ein Gefühl beglückender Freude und zugleich sehnsüchtiger Erinnerung hinterlassen, dem ähnlich, das die drei Apostel bei ihrem Abstieg vom Tabor erfüllte.

Wenn es würdig und recht ist, immer und überall dem Vater, dem Geber jeder vollkommenen Gabe, Dank zu sagen, dann wird mit um so größerer Inbrunst morgen, wenn Wir die Heilige Pforte versiegeln, ein Lobpreis des Dankes aus Unserem Herzen und von Unseren Lippen aufsteigen, und mit ihm werden sich in einzigartigem Freudenruf, tausendfach verschieden im Laut, jedoch eins im Empfinden, die Stimmen der ganzen katholischen Welt vereinen.

Die großen Ereignisse des Heiligen Jahres

Wenn Wir zum letztenmal auf der Schwelle stehen, auf die so viele Pilger ihren Fuß gesetzt haben, um hier Reinigung und Verzeihung zu suchen, dann werden, wie in einer Gesamtschau, vor Unserem geistigen Auge all die Wunder dieses wirklich unvergleichlichen Jahres stehen, die Pracht der großen liturgischen Feiern in ihrem Glanz, das unsichtbare, aber um so schönere Leuch-

ten der Seelen, die sich erneuert und geheiligt haben durch Reuetränen im Bußgericht und durch die Tränen der Liebe an den Stufen der Altäre.

In Unserer Erinnerung werden die feierlichen Heilig- und Seligsprechungen wieder aufleben, eine lebendige Bezeugung dafür, was die menschliche Natur mit Hilfe der Gnade Gottes zu erreichen vermag und wie reich die Kirche zu allen Zeiten an heilbringenden Werken ist.

Wir werden nochmals die Rufe brausenden Jubels, das andächtige Beten, die Gesänge hören, deren Begeisterung die Gewölbe des Petersdoms mitschwingen ließ: und der Dom, außerstande, die ständig wachsenden Scharen zu fassen, dehnte sich nach außen und breitete die weiten Arme seiner Kolonnaden aus. Wir werden im Geiste das Osterfest und Fronleichnam, den Abend der Heiligsprechung Maria Gorettis, den von ungewöhnlichem, geheimnisvollem Glanze erleuchteten Morgen der Verkündigung des Dogmas von der Aufnahme Marias in den Himmel wiedererleben. Wir werden noch einmal auf den Straßen des christlichen Rom die großen Buß- und Bittprozessionen zu Ehren der heiligen Bilder des Gekreuzigten und der seligsten Jungfrau sehen. In reicher Fülle werden sich Uns die Erinnerungen an die vielen Kongresse aufdrängen, die der kirchlichen Wissenschaft und den Fragen des Apostolats galten, an das Echo Unserer Worte, die Menschenmund ebenso wie die Stimme der Presse und des Rundfunks auf der ganzen Welt verbreiteten, an die päpstlichen Urkunden, die an alle möglichen Personen gerichtet waren, besonders an die Enzyklika „Humani generis" und Unsere „Ermahnung an den Klerus", von denen Wir reichste Frucht erwarten.

Der Hirt und die Herde

Mit tiefem Heimweh werden Wir Uns an euren teuren Anblick erinnern, an den euren besonders, Ehrwürdige Brüder im Bischofsamt, die ihr in so eindrucksvoller Zahl zu Uns gekommen seid und so gelehrig auf Unser Wort gehört habt, doch auch an euer aller Bild, geliebte Söhne und Töchter! Nie werden Wir den Ausdruck eurer Augen vergessen können und noch weniger die Bewegungen eurer Lippen, die Uns eure Nöte und geheimen Hoffnungen anvertrauen wollten. Unaussprechliche Ergriffenheit, die auch Unser Herz weich werden ließ, sooft Wir unter Unser teures christliches Volk hinabstiegen.

Keine Sorge und keine Müdigkeit hat je vermocht, Uns eurem Verlangen zu entziehen und Unsere Begegnungen mit euch zurückzustellen. Euch zu Uns zuzulassen, ja euch zu erwarten und herbeizuwünschen, war Uns mehr ein Herzensbedürfnis als eine Pflicht Unseres Hirtenamts. Und jedesmal, wenn Wir länger verweilten, euch zu grüßen und Nation um Nation, Diözese um Diözese, Pfarrei um Pfarrei, Gruppe um Gruppe aufzurufen, wollten Wir gleichsam alle eure Rufe, alle eure Gebete sammeln, die ihr Unsern Händen anzuvertrauen wünschtet, um sie Jesus vorzulegen.

Wie gern hätten Wir euch alle an Unser Herz gedrückt; euch alle fühlen lassen, wie Wir Liebe mit Liebe vergalten, wie gern in euer aller Gemüt das Wort des Vertrauens und der Hoffnung eingesenkt, in euch besonders, Jesu Lieblinge und Unsere, ihr Armen und Kranken, die ihr an einigen Tagen den schönsten Schmuck der Basilika des hl. Petrus gebildet habt; in euch sahen Wir immer den reichsten und kostbarsten Schatz der Kirche.

Wiederauffindung der Gruft des Apostelfürsten

Wenn also während des Heiligen Jahres die „Confessio Petri" im Vatikan Zeuge und Mittelpunkt so gewaltiger Kundgebungen der Einheit im Glauben und der Liebe der Katholiken der ganzen Welt war, so hat die Herrlichkeit dieser Stätte noch in anderm Sinn ihre Vollendung gefunden. Die Ausgrabungen unter eben dieser Confessio sowie ihre wissenschaftliche Auswertung (Forschungen, die Wir von den ersten Monaten Unseres Pontifikats an im Sinne hatten) kamen, wenigstens soweit sie das Grab des Apostels betreffen, im Laufe des Jubeljahrs zu einem glücklichen Abschluß. In kürzester Zeit wird ein Text- und Tafelwerk das Ergebnis der sehr genauen Forschungen zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Das Ergebnis ist von höchster Reichhaltigkeit und Bedeutung. Aber auf die wesentliche Frage, die Frage, ob man wirklich das Grab des heiligen Petrus wiedergefunden hat, antwortet das Schlußergebnis der Arbeiten und Studien mit einem ganz klaren Ja. Das Grab des Apostelfürsten ist wiedergefunden worden.

Eine zweite, der ersten untergeordnete Frage betrifft die Reliquien des Heiligen. Wurden diese gefunden? Am Rande des Grabes fand man Reste menschlicher Gebeine, von denen man jedoch nicht mit Sicherheit nachweisen kann, daß sie zu den sterblichen Überresten des Apostels gehören. Dies hat indes mit der geschichtlichen Wirklichkeit des Grabes nichts zu tun. Die Riesenkuppel wölbt sich genau über dem Grab des ersten Bischofs von Rom, des ersten Papstes, einem zunächst äußerst bescheidenen Grab, über dem aber die Verehrung der späteren Jahrhunderte in wunderbarer Folge der Bauten das größte Heiligtum der Christenheit erstehen ließ.

II.

Die Früchte des Heiligen Jahres

Die Millionen von Menschen jedoch, die aus den vier Himmelsrichtungen zum Mittelpunkt der katholischen Christenheit geeilt sind, um an dem Weltereignis des Heiligen Jahres teilzunehmen, um den Jubiläumsablaß zu gewinnen, um sich in einem Bad der Läuterung und Heiligung zu erneuern, um mit Freuden so nahe wie möglich an der Quelle Gnaden aus dem Born des Erlösers zu schöpfen (vgl. Is. 12, 3), werden sie sich vielleicht damit begnügen, in ihre Heimatländer zurückzukehren als Bevorzugte unter vielen hundert Millionen, die sich einer solchen Begünstigung nicht erfreuen konnten? Werden sie ihnen von all dem Schönen erzählen, das sie erlebt haben, und in diesen Erinnerungen ausruhen von der trüben Wirklichkeit des Alltags, den sie so für einige Zeit vergessen? Nein, sie müssen sich nunmehr durchdringen lassen von der ebenso ehrenden wie verantwortungsvollen Aufgabe, sich durch Wort und Beispiel unter den Gläubigen ihrer Heimat zu Boten und Förderern des Geistes zu machen, von dem ihr Herz übervoll ist.

Wie ein Baum im Garten des Familienvaters ist das Heilige Jahr herrlich aufgeblüht; und wenn an dessen Neige seine Blüten den Boden mit ihren Blättern übersäten, so ist das nur ein Zeichen, daß jetzt die Früchte wachsen und reifen sollen. Ja, diese müssen wachsen und reifen! Die Welt hungert und dürstet danach, während ihre Lebenverhältnisse, ihr materielles und geistiges Elend ihr keineswegs die rechtmäßige Erfüllung gewähren, die sie erwartet. Die täglichen Nöte und Sorgen beanspruchen und verbrauchen die Kräfte so vieler Herzen, daß sie nicht mehr Zeit noch Ruhe noch Lust dazu finden, dem Seelenheil jenes Mindestmaß zuzuwenden, das zu den wesentlichen Pflichten eines jeden Christen gehört.

Die große und schwere Pflicht des Apostolats

Auch dort, wo der Welt- und Ordensklerus in fleißigem Bemühen, unterstützt durch die eifrige Mitarbeit der Laien, das religiöse Leben zur Blüte bringt, ist doch die Zahl der religiös unterernährten, im Glauben erschlafften und schwankenden Christen noch derart groß, daß die mütterliche Sorge der Kirche nicht achtlos darüber hinwegsehen kann.

Diese Kinder der Kirche dem Zustand bequemer, aber gefährlicher Teilnahmslosigkeit zu entreißen, ist die drängende Pflicht, die jetzt dem katholischen Apostolat obliegt.

Jeder aufmerksame Beobachter, der die gegenwärtigen Verhältnisse in ihrer konkreten Wirklichkeit zu sehen und zu bewerten weiß, kann nur erschrecken angesichts der schweren Hindernisse, die sich dem Apostolat der Kirche entgegenstellen. Wie der Strom der glühenden Lava Meter um Meter sich am Hang des Vulkans herunterschiebt, so dringt die verwüstende Woge des Zeitgeistes drohend vor und macht sich breit in allen Lebensgebieten und in allen Schichten der Gesellschaft.

Ihr Verlauf, ihr Rhythmus und ihre Auswirkungen sind je nach den Ländern verschieden und gehen von einem mehr oder weniger bewußten Verkennen des sozialen Einflusses der Kirche bis zum systematischen Mißtrauen, das bei einigen Regierungsformen den Charakter offener Feindschaft und Verfolgung annimmt.

Wir haben volles Vertrauen, daß Unsere geliebten Söhne und Töchter den Weitblick und Mut besitzen, entschlossen die aus einer solchen Lage der Dinge sich ergebenden Pflichten ins Auge zu fassen und zu erfüllen. Ohne Verbitterung, aber auch ohne Schwäche werden sie sich darauf verlegen, durch Taten die Vorurteile und Bedenken vieler Irregeleiteter, die noch einer unbefangenen und sachlichen Auseinandersetzung zugänglich sind, zu zerstreuen. Sie werden ihnen den Sinn dafür öffnen, daß es keine auch noch so geringe Unvereinbarkeit zwischen der Treue zur Kirche und der Hingabe an die Interessen und das Wohl von Volk und Staat gibt und daß die beiden Pflichtenreihen, die der wahre Christ sich immer vor Augen halten muß, vielmehr in vollkommenster Harmonie aufs engste verbunden sind.

Über die Spannungen mit nichtkatholischen Christen

Absichtlich übergehen Wir bei dieser Gelegenheit gewisse Meinungsverschiedenheiten, die kürzlich zwischen Katholiken und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften in Erscheinung getreten und zum Teil unangebrachterweise auf das Gebiet politischer Auseinandersetzungen übertragen worden sind, mit Stillschweigen. Wir wollen hoffen, daß sich, über solche ebenso unerfreuliche wie schädliche Streitigkeiten hinweg, in allen nichtkatholischen Kreisen Männer und Frauen guten Willens finden werden, die sich mit Recht wegen der Gefahren sorgen, von denen gegenwärtig das heilige Erbe des christlichen Glaubens bedroht ist, und die in ihren Herzen andere Gedanken als solche der Uneinigkeit und Zwietracht unter Brüdern hegen.

Die Abwesenheit der Völker des Ostens

Wer versucht ist, diese Notwendigkeit und Pflicht aus dem Auge zu verlieren, der möge doch, soweit es möglich ist, beachten, was bei einigen wie von einer eisernen Mauer eingeschlossenen Völkern vor sich geht, und er möge bedenken, in was für eine Lage diese in ihrem geistigen und religiösen Leben gebracht worden sind.

Er würde dann Millionen von katholischen Brüdern und Schwestern sehen, die durch altehrwürdige und heilige Überlieferungen der Treue mit Christus und in kindlicher Einheit mit dem Apostolischen Stuhle verbunden sind, er würde Völker sehen, deren heldenhafte Bemühungen um die Erhaltung und Verteidigung des Glaubens mit untilgbaren Zügen in die Annalen der Kirche eingeschrieben sind; er würde sie, sagen Wir, häufig ihrer bürgerlichen Rechte und selbst ihrer persönlichen Freiheit und Sicherheit beraubt sehen, abgeschnitten von jeder lebendigen, gesicherten und unverletzten Verbindung mit dem Mittelpunkt der Christenheit, und dies sogar in den persönlichsten Angelegenheiten ihres Gewissens, während der Druck auf ihnen lastet, sich allein zu fühlen und zuweilen wie verlassen vorzukommen!

Unter der Kuppel Michelangelos, wo die Stimmen der Pilger aus allen freien Ländern ertönten und in den verschiedensten Sprachen, aber mit den gleichen Worten des Glaubens, mit den gleichen Jubelliedern lobsangen, da war ihr Platz leer. Was für eine schmerzliche Leere für das Herz des gemeinsamen Vaters, für das Herz aller Gläubigen, die in ein und demselben Glauben, in ein und derselben Liebe geeint sind! Aber sie, die großen Abwesenden, waren um so mehr zugegen, wenn in den unzählbaren, ihres katholischen Glaubens bewußten Scharen nur ein Herz zu schlagen und nur eine Seele zu leben schien, was sie zu einer geheimnisvollen, aber wirksamen Einheit machte.

Allen diesen Bekennern Christi, die ungerechterweise sichtbare oder unsichtbare Ketten tragen und die um des Namens Jesu willen Schmach erleiden (Apg. 5, 41), senden Wir bei diesem Abschluß des Heiligen Jahres Unseren tiefbewegten, dankbaren und väterlichen Gruß. Möge er bis zu ihnen gelangen, durch die Mauern ihrer Gefängnisse und den Stacheldraht ihrer Konzentrations- und Zwangsarbeitslager dringen, in jene fernen Gegenden, die dem Blick der freien Menschheit entzogen und wie von einem Schleier des Schweigens bedeckt sind, der aber nicht das Endurteil Gottes und nicht den unparteiischen Wahrspruch der Geschichte zu hindern vermag.

Im süßesten Namen Jesu ermahnen Wir sie, hochherzig auszuharren in ihren Leiden und Demütigungen;

damit leisten sie einen Beitrag von unschätzbarem Werte zum großen Kreuzzug des Gebetes und der Buße, der mit der Ausdehnung des Heiligen Jahres auf den ganzen katholischen Erdkreis seinen Anfang nehmen wird.
Und mögen ihre und unsere Gebete in überströmender Liebe, gemäß dem Beispiel Christi, der Apostel und der wahren Nachfolger des Erlösers, auch jene umfassen, die heute sich noch in den Reihen der Verfolger befinden.

III.

Der innere Friede der Völker

Wenn wir nun Unseren Blick in die Zukunft richten, so stellt sich Uns als erste dringende Frage die des inneren Friedens der einzelnen Völker. Der Kampf ums Dasein, der Gedanke an Arbeit und Brot scheidet selbst Menschen, die im gleichen Land wohnen und Söhne derselben Heimat sind, in feindliche Lager. Auf beiden Seiten erheben sie den berechtigten Anspruch, nicht als Objekte, sondern als Subjekte des sozialen Lebens gewertet und behandelt zu werden, vor allem im Staat und in der nationalen Wirtschaft.
Darum haben Wir wiederholt mit wachsender Dringlichkeit auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Bemühungen um soziale Sicherheit als auf die unerläßlichen Vorbedingungen hingewiesen, alle Glieder eines Volkes, hoch und niedrig, zu einem Organismus zu verbinden.
Dürfte sich nun wohl jemand einbilden, der Sache des inneren Friedens zu dienen, wenn er selbstsüchtig nur in den Gruppen, die sich seinen eigenen Interessen entgegensetzen, die Quelle aller Schwierigkeiten und das Hindernis für Wiederaufbau und Fortschritt sieht?
Können Organisationen sich schmeicheln, der Sache des inneren Friedens zu dienen, wenn sie sich zum Schutz der Interessen ihrer Mitglieder nicht mehr an die Vorschriften des Rechts und Gemeinwohls halten, sondern sich auf die Kraft der organisierten Zahl und auf die Schwäche der andern verlassen, die nicht in gleicher Weise zusammengeschlossen sind oder stets von der Anwendung von Gewalt zugunsten der Rechtssatzungen und des Gemeinwohls absehen?
Darum können die Völker den inneren Frieden nur von Menschen, Regierenden oder Regierten, Führern oder Gefolgschaft, erwarten, die sich bei der Wahrung ihrer Sonderinteressen oder ihrer persönlichen Ansichten in ihrem Urteil nicht versteifen und nicht einengen lassen, die es vielmehr verstehen, ihren Blick zu weiten, und die großzügig ihre Ziele dem Besten der Gemeinschaft anpassen. Wenn man in vielen Ländern über die Teilnahmslosigkeit der jüngeren Generationen gegenüber dem öffentlichen Leben klagt, liegt dann nicht vielleicht der Grund auch darin, daß sie zu selten das leuchtende und begeisternde Beispiel von Männern erlebten, wie wir sie soeben zeichneten?

Die Not der seelischen Armseligkeit

Unter der Oberfläche unbestreitbarer politischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten verbirgt sich also eine schlimmere seelische und sittliche Not: die große Zahl der engen und kleinlichen Geister, der Egoisten und Erfolgsjäger, der Mitläufer, die sich aus Irrtum oder Kleinmut vom Schauspiel der großen Masse, von der Lautstärke der Meinungen, vom Rausche der Erregung überwältigen lassen. Von sich aus würden sie keinen Schritt fertig bringen, wie es doch die Pflicht lebendiger Christen ist, um, vom Geiste Gottes geführt, mit Festigkeit voranzuschreiten im Lichte der ewigen Wahrheiten und mit unverbrüchlichem Vertrauen auf die göttliche Vorsehung. Hier liegt die eigentliche, die tiefste Not der Völker.
Gleich Termiten im Hause zernagt sie die Menschen von innen und macht sie unfähig für ihre Aufgabe, noch bevor es nach außen zutage tritt. Beschleunigt durch den Krieg, aber doch schon seit langem vorbereitet, sind in den Fundamenten der industriell-kapitalistischen Ordnung wesentliche Änderungen eingetreten. Seit Jahrhunderten dienende Völker bahnen sich den Weg zur Unabhängigkeit; andere, bisher Bevorzugte bemühen sich, auf alten und neuen Wegen ihre Stellung zu behaupten. Das immer stärkere und allgemeinere Verlangen nach sozialer Sicherung ist nur das Echo auf eine Lage der Menschheit, in der bei den einzelnen Völkern vieles, was durch Herkommen festbegründet war oder schien, schwankend und unsicher geworden ist.

Die Verflochtenheit aller Schicksale

Warum also schafft die durch die Umstände hervorgerufene Gemeinsamkeit der Unsicherheit und Gefahr bei den einzelnen Völkern nicht auch das Bewußtsein der gegenseitigen Mitverantwortlichkeit? Sind denn, so gesehen, die Sorgen des Arbeitgebers nicht auch jene seiner Arbeiter? Ist nicht in jedem Volk die industrielle Produktion durch den wechselseitigen Einfluß ihrer Bestimmung mehr denn je mit der landwirtschaftlichen Erzeugung verkettet? Und ihr, die ihr teilnahmslos bleibt gegenüber den Nöten des Flüchtlings, des obdachlos Umherirrenden, solltet ihr euch nicht eins fühlen mit ihm, dessen trauriges Los von heute morgen das eurige sein kann?
Warum sollte diese Verbundenheit aller, die sich ohne Lebenssicherheit und in Gefahr befinden, nicht für alle zum sicheren Wege werden, auf dem die Rettung kommen kann? Warum sollte dieser Geist der Solidarität nicht gleichsam zum Angelpunkt der sozialen Ordnung in ihren drei natürlichen Formen: der Familie, dem Eigentum und dem Staat, werden, um diese wieder, der Lage der Gegenwart angepaßt, ihrer organischen Zusammenarbeit zuzuführen? Der Lage der Gegenwart angepaßt; denn diese ist trotz aller Schwierigkeiten doch ein Geschenk Gottes, durch das sich unser christlicher Geist neu bezeugen soll.

IV.

Der äußere Friede

Menschen ohne christlichen Sinn, irregeworden an der Vergangenheit oder leidenschaftlich einem Idol der Zukunft verschrieben, Menschen, die mit der Gegenwart nicht zufrieden sind: das ist eine schwere Gefahr für den inneren Frieden der Völker und gleichzeitig für ihren äußeren Frieden.

Wir meinen damit noch gar nicht den gewalttätigen, Recht und Liebe mißachtenden Angreifer von außen. Aber eben der findet in den Krisen der Völker, in ihrem Mangel an geistigem und sittlichem Zusammenhalt eine mächtige Waffe, sozusagen eine Hilfstruppe im Innern des Landes selbst.

Es kommt darauf an, daß die Völker sich nicht aus Prestigegründen oder durch veraltete Ideen dazu verleiten lassen, die allen gemeinsame Gefahr zu verkennen oder nicht zu beachten und der inneren Erstarkung anderer Völker politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu machen.

Es kommt darauf an, daß sie einsehen, wie sehr ihre natürlichen und zuverlässigsten Bundesgenossen dort zu suchen sind, wo der christliche Gedanke oder wenigstens der Glaube an Gott auch für die öffentlichen Angelegenheiten Geltung hat, und daß sie nicht einzig ein vermeintliches nationales oder politisches Interesse im Auge haben und dabei die tiefen Gegensätze in den grundlegenden Lebensauffassungen nicht beachten oder nicht ernst nehmen.

Was Uns diese Warnung diktiert, ist der Anblick der Mißverständnisse und der Unentschlossenheit auch der aufrichtigen Friedensfreunde gegenüber einer so großen Gefahr. Und weil Uns das Wohl aller Nationen am Herzen liegt, halten Wir dafür, daß die enge Solidarität aller Völker, die Herr ihres Geschickes sind, ihre Einigung in gegenseitigem Vertrauen und wechselseitiger Hilfe das einzige Mittel zum Schutz des Friedens oder die beste Gewähr für seine Wiederherstellung ist.

Das Ausmaß der drohenden Vernichtung

Leider ist in den letzten Wochen die Bruchstelle, die in der äußeren Welt die gesamte internationale Gemeinschaft in gegensätzliche Lager scheidet, immer tiefer geworden, so daß der Weltfrieden in größter Gefahr schwebt. Die Menschheitsgeschichte hat nie eine gewaltigere Entzweiung gesehen; sie fällt mit der Weite der Erde selbst zusammen. Heute würden in einem Krieg, den Gott verhüten möge, die Waffen in solchem Ausmaß Tod und Verderben bringen, daß sie die Erde fast „wüst und leer" (Gen. 1,2), als Einöde und Chaos, ähnlich der Öde nicht ihres Zeitenmorgens, sondern ihres Untergangs, zurückließen. Alle Nationen würden in den Strudel mithineingerissen werden; der Kampf hätte seine Rückwirkung und würde sich vervielfachen sogar unter den Bürgern ein und desselben Landes; er würde alle Einrichtungen der Gesittung und alle geistigen Werte in äußerste Gefahr bringen, weil diesmal der Zwiespalt die schwierigsten Fragen alle in sich vereint, um die man sich zu anderen Zeiten getrennt gestritten hat.

Die allgemeine Sehnsucht nach Frieden

Die drohende furchtbare Gefahr verlangt eben wegen ihrer Schwere gebieterisch, daß man jede sich bietende Gelegenheit bis zum letzten ausnützt, um der Vernunft und Gerechtigkeit im Zeichen der Eintracht und Liebe zum Triumph zu verhelfen. Man nütze sie, um zur Gesinnung sorgender Güte und Milde gegenüber allen Völkern zurückzukehren, die sich ja ehrlich und einzig nach Frieden und Lebenssicherheit sehnen. Möge in den internationalen Einrichtungen wieder das gegenseitige Vertrauen herrschen, das freilich Ehrlichkeit der Absichten und Aufrichtigkeit der Aussprache voraussetzt. Mögen die Schranken geöffnet, die Drahtverhaue beseitigt, jedem Volk freier Einblick in das Leben aller anderen gewährt werden. Möge die dem Frieden so abträgliche Abschließung bestimmter Länder von der übrigen Kulturwelt aufgehoben werden.

Wie sehr wünscht die Kirche mitzuhelfen, solchem Kontakt von Volk zu Volk den Weg zu ebnen! Für sie stellen Ost und West keine Wesensgegensätze dar, sondern sie haben Anteil an einem gemeinsamen Erbe, zu dem beide Herrliches beigesteuert haben und auch in Zukunft beizusteuern berufen sind. Kraft ihrer göttlichen Sendung ist sie allen Völkern eine Mutter, allen jenen, die den Frieden suchen, eine treue Helferin und weise Führerin.

Das Friedenswerk des Papstes

Und doch — o Verleumdung — werden Wir von wohlbekannter Seite bezichtigt, den Krieg zu wollen und zu diesem Zweck mit „imperialistischen" Mächten zusammenzuarbeiten, die, so wird behauptet, mehr von der Gewalt mörderischer Kriegswaffen als von der Anwendung des Rechts erhoffen.

Was können Wir auf eine so bittere Kränkung antworten, wenn nicht dies: Durchforscht die stürmischen zwölf Jahre Unseres Pontifikats, prüft jedes über Unsere Lippen gekommene Wort, jeden von Unserer Feder geschriebenen Satz — ihr werdet dort nichts finden als Aufforderungen zum Frieden.

Erinnert euch im besondern des unheilvollen August 1939, als Wir, während die Angst vor einem blutigen Weltkonflikt immer beklemmender wurde, von den Ufern des Albanersees Unsere Stimme erhoben und im Namen Gottes Regierende und Völker beschworen, ihre Zwistigkeiten in gemeinsamer und ehrlicher Verständigung beizulegen. Nichts ist verloren mit dem Frieden — riefen Wir aus —, alles kann mit dem Krieg verloren sein.

Versucht das alles unbefangenen und geraden Sinnes zu erwägen, und ihr werdet anerkennen müssen: Wenn es in dieser von widerstreitenden Interessen zerrissenen Welt noch einen sicheren Hafen gibt, wo die Friedenstaube ruhig ihren Fuß aufsetzen kann, so ist es hier, auf diesem vom Blut des Apostels und der Märtyrer geweihten Boden, wo der Statthalter Christi keine heiligere Pflicht und willkommenere Sendung kennt als die, unermüdlicher Vorkämpfer für den Frieden zu sein.

Das sind Wir in der Vergangenheit gewesen. Das werden Wir in Zukunft sein, solange es dem göttlichen Stifter der Kirche gefällt, auf Unseren schwachen Schultern die Würde und Last des Obersten Hirten zu belassen.

Aufruf zum Gebet

Lang, schwierig, mit Stacheln und Dornen übersät ist der Weg, der zum wahren Frieden führt. Indes ist die überwältigende Mehrheit der Menschen gerne bereit, alle Opfer auf sich zu nehmen, um nur vor der Katastrophe eines neuen Krieges bewahrt zu bleiben. Doch ist ein solches Unterfangen so groß, und die rein natürlichen Mittel sind so schwach, daß unsere Blicke sich nach oben

richten und unsere Hände sich flehentlich erheben zur Majestät dessen, der vom Glanz seiner Gottheit zu uns herabstieg und wie „einer von uns“ geworden ist.
Die Macht des Herrn, der die Herzen der Herrscher lenkt, wie es Ihm gefällt, wie Wasserbäche in ihrem Lauf (Spr. 21, 1), kann auch den Sturm bändigen, der das Schifflein schüttelt, in dem sich voll Furcht nicht nur die Gefährten Petri, sondern die gesamte Menschheit befinden. Dabei bleibt es für die Kinder der Kirche eine heilige Pflicht, mit ihren Gebeten und mit ihren Opfern den Herrn der Welt, Jesus Christus, Gott hochgelobt in Ewigkeit (Röm. 9, 5), zu bestürmen, daß Er den Winden und dem Meere befehle und der gequälten Menschheit die „große Stille“ (Mt. 8, 26) des wahren Friedens schenke.
In dieser Gesinnung erteilen Wir von Herzen euch, geliebte Söhne und Töchter, und allen, die auf der weiten Welt Unsere Stimme hören, den Apostolischen Segen.

Erneuter Aufruf zum Gebet um den Völkerfrieden

Der Heilige Vater hat am 6. Dezember durch einen Rundbrief an den katholischen Episkopat die Welt noch einmal zu einem großen öffentlichen Friedensgebet aufgefordert. Dieser Rundbrief, der mit den Worten „Mirabile illud“ beginnt, hat folgenden Wortlaut:

Das wunderbare Schauspiel brüderlicher Eintracht, das die zahllosen Scharen der Gläubigen boten, die während des Heiligen Jahres in frommer Pilgerschaft aus fast allen Nationen nach Rom gekommen sind, scheint Uns eine mahnende Stimme zu besitzen und vor der Welt feierlich zu bezeugen, daß alle Völker nicht Krieg, nicht Zwietracht, nicht Haß wollen, sondern sich inbrünstig nach Frieden, Eintracht der Herzen und jener christlichen Liebe sehnen, aus der allein eine bessere und friedlichere Zeit hervorgehen kann.
Wir wünschen inbrünstig, daß alle diese mahnende Stimme hören möchten, während Wir zugleich voller Sorge sehen, wie die Völker sich in der furchtbaren Drohung von Kriegen ängstigen und in manchen Gegenden die Kriegsfurie schon die Blüte der Jugend dahinmäht.
Ist es nicht vollkommen klar, daß diese blutigen Kämpfe Zerstörungen, Gemetzel und Elend aller Art mit sich bringen? Die Kampfmittel und Kriegsrüstungen, Erfindungen des zu ganz anderen Zielen bestimmten menschlichen Geistes, sind heute so ungeheuer, daß es jedem mit Herz begabten Menschen Entsetzen einflößen muß, vor allem, weil sie nicht nur die Heere treffen, sondern auch die Zivilpersonen, Kinder, Frauen, alte Leute und Kranke, und zugleich mit ihnen die heiligen Bauten und die herrlichsten Kunstwerke! Wer wird nicht von Entsetzen gepackt im Gedanken, daß neue Friedhöfe sich an die zahllosen des letzten Krieges anschließen, neue rauchende Trümmer von Dörfern und Städten neue trostlose Schutthaufen bilden sollten? Wer zittert schließlich nicht im Gedanken daran, daß die Vernichtung neuer Reichtümer, die unvermeidliche Folge eines Krieges, die Wirtschaftskrise noch schwerer gestalten könnte, unter der fast alle Völker und besonders die ärmeren Schichten leiden?
Wir, der Wir Unsern Geist über die Fluten der menschlischen Leidenschaften erheben und väterliche Gefühle gegenüber den Völkern und Nationen jeder Rasse hegen, der Wir die Unversehrtheit und ruhige Sicherheit aller und die tägliche Zunahme des Wohlstandes wünschen: Wir, ehrwürdige Brüder, können Uns, immer wenn Wir sehen, wie der heitere Himmel von drohenden Wolken verdunkelt wird und neue Kriegsgefahren die Menschheit bedrohen, nicht enthalten, Unser Wort zu erheben, um alle zu mahnen, die Zwietracht zu begraben, die Streitigkeiten beizulegen und jenen wahren Frieden zu errichten, der die Rechte der Religion, der Völker und der einzelnen Bürger sichert, indem er sie öffentlich und aufrichtig anerkennt, wie es notwendig ist.
Jedoch wissen Wir wohl, daß menschliche Mittel nicht ausreichen, ein so hohes Ziel zu erreichen; es kommt zuerst darauf an, die Herzen zu erneuern, die Leidenschaften zu unterdrücken, den Haß zu beschwichtigen, die Normen der Gerechtigkeit wirklich in die Praxis zu überführen, eine gerechtere Verteilung der Reichtümer durchzuführen, die gegenseitige Liebe zu nähren und aller Tugend anzufeuern. Zur Erreichung eines so großen Zieles kann nichts besser dienen und geeigneter sein als der christliche Glaube. Seine göttliche Lehre besagt, daß die Menschen Brüder sind und eine einzige Familie bilden, deren Vater Gott, deren Erlöser und Lebenspender Christus mit seiner himmlischen Gnade, deren unvergängliches Vaterland der Himmel ist. Wenn diese Lehren wirklich in die Tat umgesetzt würden, dann würden gewiß keine Kriege, keine Aufstände und Unruhen, keine Vergewaltigung der bürgerlichen und religiösen Freiheiten das öffentliche und private Leben bedrohen, sondern eine auf Gerechtigkeit gegründete ruhige Heiterkeit würde die Herzen überfluten, und der Weg stünde offen, eine immer größere Wohlfahrt zu erreichen.
Das ist eine schwere, jedoch eine notwendige Arbeit. Wenn sie aber notwendig ist, soll man nicht zögern, sondern sie sofort in Angriff nehmen. Und wenn sie schwer ist und die menschlichen Kräfte übersteigt, müssen wir uns mit Gebet und Flehen an den himmlischen Vater wenden, wie es in den vergangenen Jahrhunderten unsere Väter in all ihren Schwierigkeiten getan haben, nicht ohne glücklichen und heilsamen Ausgang. Aus diesem Grunde ermahnen Wir euch aufs neue lebhaft, ehrwürdige Brüder, öffentliche Gebete anzusagen und die euch anvertraute Herde einzuladen, von Gott den Frieden und die Eintracht der Völker zu erflehen, so daß sich im Zeichen des Glaubens ein neuer Kreuzzug erhebt, der sich jenen Kämpfen entgegenwirft, von denen der menschlichen Gesellschaft so große Gefahr droht.
Sicher wißt ihr, daß Wir in der Nacht vor dem Fest der Unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria das heilige Meßopfer feiern und über den Rundfunk Unsere flehende Stimme zu allen Hörern gelangen lassen wollen. In dieser heiligen Nacht, so wünschen Wir, mögen alle Gläubigen ganz besonders mit dem Stellvertreter Christi

vereint und unter dem wirksamsten Schutz der allzeit reinen Jungfrau und Gottesgebärerin den Vater der Barmherzigkeit anflehen, damit der Haß aufhört, alle Dinge nach Gerechtigkeit und Billigkeit geordnet werden und so endlich über alle Völker und Nationen ein voller und sicherer Friede aufleuchtet.

Außerdem ist es Unser Wunsch, daß während der üblichen Novene zur Vorbereitung auf das hochheilige Weihnachtsfest nochmals mit der gleichen Glut des Herzens Gebete zum göttlichen Knaben erhoben werden, damit er uns gewähre, daß jener Friede, den die Engel den Menschen guten Willens über der heiligen Krippe verkündet haben, aufleuchte und sich auf Erden befestige.

Auch soll nicht versäumt werden, den neugeborenen Erlöser und seine göttliche Mutter inbrünstig darum zu bitten, daß der katholische Glaube, der die sicherste Grundlage der menschlichen Gesellschaft und des bürgerlichen Lebens bildet, bei allen Völkern die ihm geschuldete Freiheit genießen möge und daß diejenigen, die „Verfolgung um der Gerechtigkeit willen leiden", die im Kerker sind, weil sie die heiligen Rechte der Kirche unbeugsam verteidigt haben, oder die von ihrem Sitz entfernt wurden, und auch jene, die im Elend fern von ihrem Vaterland und ihren Familien leben oder die noch in Gefangenschaft festgehalten werden, himmlischen Trost erhalten und endlich das erlangen mögen, was das Ziel ihrer glühendsten Gebete und sehnsüchtigsten Wünsche ist.

Wir sind gewiß, ehrwürdige Brüder, daß ihr mit dem Hirteneifer, den Wir bei euch gewohnt sind, diese Unsere väterlichen Ermahnungen eurem Klerus und Volk in der geeignetsten Weise mitteilen werdet; und ebenso sind Wir gewiß, daß alle Unsere geliebten Söhne in Christus in allen Gegenden der Welt mit spontaner Zustimmung dieser Unserer Aufforderung nachkommen werden.

Inzwischen sei Unterpfand der göttlichen Gnaden und Zeugnis Unserer väterlichen Liebe der apostolische Segen, den Wir euch allen und jedem einzeln von euch, ehrwürdige Brüder, euren Gläubigen und besonders denen, die nach dieser Unserer Meinung beten, in innigster Liebe im Herrn erteilen.

Ansprache an den Ordenskongreß

Der Heilige Vater richtete am 8. Dezember an den Religiosenkongreß (über den wir in diesem Heft, S. 162 f. berichten), eine lateinische Ansprache, die wir hier in eigener Übersetzung wiedergeben.

Ein einmaliges Ereignis in der Kirchengeschichte

Das Heilige Jahr, das, nicht durch Unser Verdienst, sondern durch die liebevolle Barmherzigkeit Gottes, sich an Wohltaten reicher erwiesen hat, als Menschen voraussehen konnten, hat in einer wunderbaren Reihe von Schauspielen bewiesen, wie stark in der Kirche Christi, unserer Mutter, der Glaube, wie reich das Leben in ihr ist. Zu den Ereignissen und Unternehmungen von besonderem Ernst und besonderer Bedeutung gehört gewiß auch euer Kongreß, leuchtet euer brüderlicher Kreis hervor, den Wir jetzt mit den liebevollsten Worten begrüßen wollen.

Was seit Beginn der Kirchengeschichte nie geschehen ist, das geschieht jetzt zum erstenmal: daß nämlich die Genossenschaften, deren Mitglieder die evangelische Vollkommenheit zum Ziel ihres Lebens gewählt haben, sich zu einer so ruhmvollen Zusammenkunft eingefunden haben, wie sie in diesen letzten Tagen stattgefunden hat, um über ihre gemeinsamen Anliegen zu beraten.

Daß dies geschah, war nach Unsrer Meinung eine Notwendigkeit der hierzu herangereiften Zeit. Der Wandel der Zeitverhältnisse, mit denen es die Kirche zu tun hat, verschiedene lehramtliche Äußerungen, die innerhalb der Kirche selber verkündet worden sind und die auch die Fragen des Standes der sittlichen Vollkommenheit berühren, die dringenden Bedürfnisse des apostolischen Wirkens, das ihr in weitem Maße erfolgreich ausübt, alle diese Fragen drängten darauf, daß ihr euch ihnen in gründlichen Diskussionen und Untersuchungen zuwendetet.

Eure Leistung liegt allein schon darin, daß ihr die Lage klärt. Das ist durch eure sorgfältigen Überlegungen gefördert worden; viele Vorschläge sind vorgebracht worden, und in der Vervollkommnung der Tugenden wird eure Bemühung, so hoffen Wir, nicht minder fruchtbar sein. Wenn euer Wille nach diesen strebt, wird Gottes Gnade sie anfeuern, und diese haben eure und besonders eurer Schwestern in Christo Gebete und Werke frommer Abtötung auf das Unternehmen, das ihr begonnen habt, mit glühendem Flehen herabgerufen.

Zum Unterpfand aber der göttlichen Hilfe und Erleuchtung verlangt ihr, damit euer Kongreß wohl fortgeführt und abgeschlossen werde, den väterlichen Segen des Stellvertreters Christi. Ehe Wir euch diesen erteilen, halten Wir es für gut, euch einiges vorzutragen, was die Züge betrifft, die als zum Wesen des Ordenslebens notwendig dazugehörig erklärt werden müssen, und diese Erklärungen mögen dann eure Erwägungen und Taten als Richtlinien leiten.

I.

Die Stelle der Orden in der Kirche

Vor allem wollen Wir kurz berühren, welche Stelle die Orden und Kongregationen in der Kirche einnehmen. Ihr wißt, daß unser Erlöser die Kirche bei ihrer Gründung mit einer hierarchischen Ordnung ausgestattet hat. Denn zwischen den Aposteln und ihren Nachfolgern, zu denen auch diejenigen hinzuzurechnen sind, die ihnen in ihrem Amte helfen, und den einfachen Gläubigen hat Er den Abstand eines gewissen Unterschieds gelegt, und durch diese doppelte Ordnung ist die Struktur des Reiches Gottes auf Erden festgelegt. Daher ist es durch göttliches Recht selber festgesetzt, daß die Kleriker sich von den Laien unterscheiden *(can. 107)*. Der Stand des Ordenslebens steht nun zwischen diesen beiden Ordnungen; er ist aus dem Anfang der Kirche hervorgegangen und besteht zu dem Zweck und hat seinen Wert darin, daß er mit dem Ziel der Kirche auf seine Weise zusammenhängt, das darin besteht, die Menschen zur Heiligkeit zu führen. Obwohl jeder Christ unter Führung der Kirche diesen heiligen Gipfel ersteigen

muß, so schreitet doch der Ordensmann auf einem ganz eigenen Weg und durch Hilfsmittel höherer Natur dorthin voran.
Übrigens ist der Ordensstand in keiner Weise dem einen oder dem andern der beiden Stände, die nach göttlichem Recht in der Kirche bestehen, vorbehalten, da sowohl Kleriker wie Laien gleichermaßen Ordensleute sein können und da umgekehrt sowohl den Ordensleuten wie auch denen, die es nicht sind, der Zugang zur Priesterwürde offensteht. Daher irrt, wer bei der Beurteilung der Grundlagen, die Christus bei der Gründung der Kirche gelegt hat, glaubt, die besondere Form des Weltklerus sei als solche vom göttlichen Erlöser eingerichtet und geheiligt worden, und die besondere Form des regulierten Klerus sei, so gut und schätzenswert sie auch sei, eben weil sie auf anderen Grundlagen beruhe, zweitrangig und untergeordnet. Wenn man die von Christus gestiftete Ordnung dagegen wirklich vor Augen hat, so hat keine der beiden Formen nach göttlichem Recht irgendeinen Vorrang, da dieses Recht weder die eine der anderen überordnet noch eine von beiden zurückdrängt. Denn was beide unterscheidet, worin ihr verschiedenes Wesen besteht und welche Aufgabe jede von ihnen beim Wirken für das Heil der Menschen hat, all das hat Christus dem Wandel der Zeiten und Umstände zu umschreiben überlassen, oder, wenn Wir Unsern Gedanken genauer ausdrücken wollen, den Bestimmungen und Beschlüssen der Kirche anvertraut.

Die Orden und das Hirtenamt

Zweifellos muß nach göttlichem Recht der Priester, ob er nun weltlicher Priester oder Ordensmann ist, sein Amt so ausüben, daß er dem Bischof als Mitarbeiter zur Seite steht und untergeordnet ist. Diese Tatsache — die übrigens auch der kirchliche Brauch bestätigt — ist im Codex iuris canonici in den Vorschriften über die Ordensleute wie auch die Pfarrer und Ortsordinarien *(can. 626—631; 454 § 5)* völlig klar enthalten. Es geschieht auch nicht selten, daß in den Missionsländern der gesamte Klerus, der Bischof nicht ausgenommen, zur regulierten Miliz gehört. Darum darf aber doch niemand meinen, dies sei völlig außer der Regel und gewohnten Norm, so daß man es nur als einen vorübergehenden Zustand ansehen müsse, und sobald es sich machen lasse, müsse die heilige Verwaltung dem weltlichen Klerus übergeben werden.
Doch auch die Exemption der Orden widerspricht weder den der Kirche gegebenen Prinzipien der göttlichen Stiftung noch widerstreitet sie dem Gesetz, wonach der Priester dem Bischof gehorchen muß. Denn nach den Paragraphen des kanonischen Rechtes unterstehen die exempten Ordensleute der Jurisdiktion des Ortsbischofs, insofern sie beabsichtigen, das bischöfliche Amt auszuüben und in der öffentlichen Seelsorge mitzuarbeiten. Wenn Wir es auch haben hingehen lassen, so ist doch in den Erörterungen der letzten zehn Jahre über die Exemption vielleicht nicht genügend beachtet worden, daß die exempten Ordensleute, auch nach den Vorschriften des kanonischen Rechts, immer und überall der Jurisdiktion des römischen Oberhirten als ihres obersten Moderators unterstehen, dem zu gehorchen sie auch kraft des Gehorsamsgelübdes *(can. 499, § 1)* verpflichtet sind. Denn der oberste Hirte besitzt, wie über die gesamte Kirche, so auch über jede einzelne Diözese und jeden einzelnen Gläubigen eine ordentliche und unmittelbare Jurisdiktion. Daher steht fest, daß dem grundlegenden, von Gott gegebenen Gesetz, nach dem Kleriker und Laien sich der bischöflichen Herrschaft unterwerfen müssen, auch die Angelegenheiten der exempten Ordensleute durchaus gehorchen und schließlich dem Willen Christi und dem Statut für beide Stände genau wie der Klerus im Gehorsam entsprechen müssen.

II.

Ordensstand, Priesterstand und die evangelischen Räte

Was bisher gesagt worden ist, hängt mit einer anderen Frage zusammen, die darzulegen und zu erörtern Uns nun am Herzen liegt: sie betrifft die Art und Weise, wie der Priester und der Ordensmann, jeder auf seine Weise, jeder die ihm gemäße sittliche Vollkommenheit anstreben soll.
Es entspricht nicht der Wahrheit zu behaupten, daß der priesterliche Stand als solcher, und wie er nach göttlichem Recht gestiftet ist, auf Grund seiner Natur oder wenigstens auf Grund eines gewissen Postulats dieser Natur verlange, daß seine Mitglieder die evangelischen Räte befolgen, und er könne oder müsse deshalb ein Stand (zu erwerbender) evangelischer Vollkommenheit genannt werden. Der Priester ist nicht durch göttliches Recht an die evangelischen Räte der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams gebunden; insbesondere ist er nicht auf die gleiche Weise gebunden, wie eine solche Verpflichtung durch die öffentlichen Gelübde entsteht, die im Ordensstand abgelegt werden. Das hindert allerdings nicht, daß der Kleriker für sich und aus eigenem Antrieb diese Bindung auf sich nimmt. Auch daß die Priester des lateinischen Ritus zum heiligen Zölibat verpflichtet sind, hebt den Unterschied zwischen dem Klerikerstand und dem Ordensstand nicht auf und schwächt ihn nicht ab. Der regulierte Kleriker jedoch gelobt den Stand der evangelischen Vollkommenheit nicht als Kleriker, sondern als Ordensmitglied.
Daß Wir durch die Apostolische Konstitution „Provida Mater Ecclesia" verkündet haben, daß die Lebensform, der die Weltlichen Institute folgen, als ein öffentlich anerkanntes Statut der evangelischen Vollkommenheit zu betrachten sei, weil ihre Mitglieder in bestimmter Weise verpflichtet sind, die evangelischen Räte zu befolgen, widerspricht in keiner Weise der hier von Uns ausgesprochenen Meinung. Nichts spricht dagegen, daß sich Kleriker zu Weltlichen Instituten zusammenschließen, um den Stand der evangelischen Vollkommenheit in dieser Lebensform anzustreben, aber wenn sie dann auch dem nach Vollkommenheit strebenden Stand angehören, tun sie es nicht als Kleriker, sondern als Mitglieder des Weltlichen Instituts. Denn ein solches Institut hält sich an die evangelischen Räte, die als Charakteristikum des Ordensstandes in diesem mit größter Vollkommenheit verwirklicht werden, als an seine Lebensregel, an der es festhält, erfüllt sie jedoch so, daß es nicht vom regulierten Stand abhängt; sondern es ist in der äußeren Lebensform, soweit sie nicht notwendig zu der oben erwähnten Vollkommenheit dazugehört, völlig selbständig.

III.

Die Berufung zum Ordensstand

Es erscheint Uns angebracht, auch bei der Frage zu verweilen, aus welchen Gründen der Ordensstand gewählt wird.

Manche Leute behaupten, der Ordensstand sei seiner Natur und seinem Ziel nach, das man keineswegs zu verurteilen brauche, nichts anderes als eine Zuflucht des Heiles für die Ängstlichen und Furchtsamen, die nicht stark genug sind, die Entscheidungen des stürmischen Lebens zu ertragen, die mit den Schwierigkeiten nicht fertig werden können und vielleicht auch nicht wollen und die darum aus Schwäche der Welt den Rücken kehren und im Hafen des behüteten Gemeinschaftslebens Zuflucht suchen; man müsse aber bei diesen das Vertrauen auf Gottes Gnade und auf sich selbst stärken, so daß sie, anstatt eine träge Ruhe zu suchen, diese ihre innere Neigung abschütteln und es wagen, den Kampf des gewöhnlichen Lebens auf sich zu nehmen. Ist es etwa nicht so?

Wir haben jetzt nicht vor abzuwägen, auf Grund welches Antriebs die Einzelnen den Ordensstand wählen. Wir wollen den eigentlichen und wahren Grund angeben, weshalb die schützende Einfriedung dieses ruhigen Lebens aufgesucht werden soll. Dieser ist weit entfernt von der eben angeführten Meinung, die im ganzen genommen falsch und ungerecht ist. Denn der Vorsatz, in den Ordensstand einzutreten, und die Standhaftigkeit, bei diesem Vorsatz zu bleiben, verlangt ebenso wie der Entschluß zum Eintritt in den Priesterstand große Begeisterung und eine lebendige Bereitschaft, sich aufzuopfern. Die Kirchengeschichte, die die Taten der Heiligen der Orden herrlich überliefert, von ihren Missionsexpeditionen erzählt und über die asketischen Lehren berichtet, ebenso wie ein Blick auf die Dinge selbst beweist klarer als der Tag, daß im Ordensstand nicht weniger als in der Welt Männer und Frauen von unbesiegbarer und hochherziger Tugend gelebt haben. Sind im übrigen etwa die Mönche und Nonnen, die an den Unternehmungen zur Ausbreitung des Evangeliums teilnehmen, die die Kranken pflegen, die Jugend erziehen, in den Schulen arbeiten, etwa von der menschlichen Gemeinschaft abgesondert und haben sie ihren Willen ihr entfremdet? Kämpfen nicht vielmehr viele von ihnen ebenso wie die Weltgeistlichkeit und deren Laienhelfer in den ersten Schlachtenreihen für die Sache der Kirche?

Hier können Wir Uns nun nicht enthalten darauf hinzuweisen, daß die Tatsachen die vorhin angeführte Meinung vollständig widerlegen. Wenn die Zahl derer, besonders der jungen Mädchen, die in den geschlossenen Garten des Ordenslebens eintreten wollen, abnimmt, so geschieht das meist deswegen, weil es ihnen zu hart erscheint, ihr eigenes Urteil aufzugeben und ihre Entscheidungsfreiheit niederzulegen, was das Gehorsamsgelübde seiner Natur nach mit sich bringt. Ja als hohe Form moralischer Vollkommenheit wird von einigen nicht die aus Liebe zu Christus aufgegebene Freiheit, sondern eben die Einengung durch diese Abtötung gepriesen. Darum sei zur Formung des gerechten und heiligen Menschen folgende Regel vorzuziehen: die Freiheit möge beschränkt werden, soweit es notwendig ist, jedoch die Zügel der Freiheit gelockert werden, soweit es eben möglich ist.

Wir übergehen hier die Frage, ob das neue Fundament, auf dem sie das Gebäude der Vollkommenheit aufrichten wollen, ebenso stark und tragfähig wäre, das apostolische Werk der Kirche zu stützen und zu steigern, wie es jenes war, dem 1500 Jahre lang die alte Regel des um Christi Liebe willen angenommenen Gehorsams zugrunde lag. Was aber nun vor allem wichtig ist, das ist, jenen Gedankengang eindringlich zu untersuchen, damit klarer hervortritt, was er in sich verbirgt. Wenn er genau betrachtet wird, so verkennt er nicht nur völlig die Natur des evangelischen Rates, sondern er wendet ihn gewissermaßen in sein Gegenteil. Niemand ist verpflichtet, sich dem evangelischen Rat des vollkommenen Gehorsams zu unterwerfen, dessen Wurzel jene Lebensregel ist, in der man auf die Fähigkeit der eigenen Willensentscheidung verzichtet, niemand, ob es sich nun um einzelne Menschen oder um Genossenschaften handelt. Aber man muß selbstverständlich die Worte so verstehen und annehmen, wie sie klingen. Wenn also diese Norm mit dem Gehorsamsgelübde verbunden ist, ist sie dann nicht von hohem Wert, und ist das nicht auch durch jenes Schriftwort und das erhabenste Beispiel ausgedrückt: „Er erniedrigte sich selbst und ward gehorsam bis in den Tod“ (Phil. 2, 8)?

Deshalb täuscht sich derjenige und wird getäuscht, der hinsichtlich der Wahl des Ordensstandes um Rat fragt und jene Norm und Meinung zwar zu befolgen bereit ist, dabei aber die innere Neigung und den Drang der göttlichen Gnade falscherweise außer acht läßt. Wenn daher die Aufforderung der Stimme Gottes jemanden mit sicheren Anzeichen zum Gipfel der evangelischen Vollkommenheit aufruft und er durch ein gewisses Zögern gehemmt wird, so möge ihm zur Erfüllung dieses erhabenen Vorsatzes die freiwillige Aufopferung seiner Freiheit vorgeschlagen werden, wie sie das Gehorsamsgelübde verlangt, das Gelübde, das die Kirche so viele Jahrhunderte lang erwogen, erprobt, definiert und bestätigt hat. Niemand darf gegen seinen Willen dazu gedrängt werden, sich auf diese Weise opfern zu wollen; jedoch wenn er es will, möge ihm niemand davon abraten oder ihn zurückhalten.

IV.

Inneres Leben und äußere Werke

Soweit diese Frage. Nun möchten Wir noch etwas über die äußeren Werke und das innere Leben sagen. Weniges, was zum regulierten Leben und überhaupt zum Ordensleben gehört, ist ausführlicher als diese Frage (die ja auch in der Tat von größter Bedeutung ist) behandelt worden. Nichtsdestoweniger wollen auch Wir zu dieser Frage Unsere Meinung sagen.

Nicht zufällig ist es geschehen, daß in Unserer Zeit jene Philosophie entstanden und verbreitet worden ist, die man Existentialismus nennt. Denn die Menschen, die heute leben, meinen leicht, sie könnten, da die Ereignisse zu schwer zu lösenden metaphysischen und religiösen Fragen führen, die höheren Fragen beiseite schieben, und es sei schon genug, zu tun, was jetzt und hier getan werden müsse. Doch wer den heiligen Glauben bekennt, weigert sich, sich nach dieser Anschauung nur um die einzelnen Zeitmomente zu kümmern und sich

dem Strom des Lebens kopfüber anzuvertrauen. Er weiß, daß die unsichtbaren Dinge *(Hebr. 11, 1)* an erster Stelle stehen und in höchstem Maße wahr sind und dies immer bleiben werden, so daß sie niemals untergehen werden. Doch ach, obwohl es an Ermahnungen nicht gefehlt hat, sind auch Männer der Kirche, Ordensleute nicht ausgenommen, in nicht geringem Maße von dieser Ansteckung befallen; und wenn sie auch das, was über die menschlichen Sinne und unsere ganze Natur hinausgeht, nicht leugnen, so hat es doch für sie wenig Gewicht.

Ist aber diese äußerst ernst zu nehmende Gefahr nicht schon überwunden? Wir wollen Gott danken, aber Wir dürfen es wohl hoffen; manches, was Wir mit Augen sehen und was das Leben mit sich bringt, flößt Uns dieses Vertrauen ein.

Die eifrigste Aktivität und Reichtum inneren Lebens können zusammengehen. Zwei Sterne, die in der Lebensform des Ordens hervorleuchten, beweisen das aufs strahlendste: der heilige Franziskus Xaverius und die heilige Teresa von Jesus.

Eifrige Tätigkeit und Pflege des inneren Lebens fordern nicht allein ihre wechselseitige Ergänzung, sondern, zum mindesten was ihre Bewertung und den Willen zu ihnen anbetrifft, daß sie im gleichen Maß und Schritt fortschreiten. Mit den glühenden Werken gleichzeitig und entsprechend sollen also Glaube, Gebet, der Eifer, sich und das Seine Gott hinzugeben, der Glanz eines furchtlosen Gewissens, Gehorsam, Geduld im Leiden, die feurige und wachsame Liebe zu Gott und dem Nächsten glühen.

Das gilt nicht nur für die einzelnen Ordensgenossen, wenn sie solche nicht dem Gewand, sondern auch dem Geiste nach sind, sondern es bildet auch für die ganze Ordensgemeinschaft den Grund, warum das Ordensleben vor Gott und den Menschen fest begründet und der weitesten Anerkennung würdig ist. Eben dies fordert die Kirche von euch mit dringender Bitte, daß euer äußeres Wirken eurem inneren Leben entspricht und beide zusammen ein unerschütterliches Gleichgewicht herstellen. Werdet ihr nicht beide, Kleriker und Laien, weiterkommen, wenn ihr den Stand der evangelischen Vollkommenheit erwählt? Wenn es so ist, bringt ihr die Früchte dieses Standes hervor, damit der mystische Leib Christi, der die Kirche ist, aus eurer Kraft und Glut selber Kräfte schöpfe. Eben daher kommt es, daß die kontemplativen Orden der Kirche notwendig sind und ihr zu beständiger Zier und zum Quell himmlischer Gnaden dienen.

Wohltätigkeit ist noch nicht Caritas

Ihr wißt, daß man häufig davon spricht, die tätige Nächstenliebe verliere allmählich ihre religiöse Natur und werde von der Welt übernommen (laizisiert). Aber die Wohltätigkeit, die ihre Wurzeln nicht im Glauben hat, sondern anderen Ursprungs ist, ist nicht Caritas und kann nicht katholisch genannt werden. Die Caritas hat eine Würde, eine Tiefe, hat Kräfte, die die bloße Philanthropie, selbst wenn sie an Werken und Hilfsmitteln reich ist, nicht besitzt. Ebenso wenn man die katholischen Ordensschwestern in der Krankenpflege mit den Krankenpflegerinnen vergleicht, die diesen Beruf nur aus Menschenliebe oder um des Lohnes willen ausüben, so besitzen jene etwas, was anders und größer ist. Sie können allerdings hinter anderen zurückstehen, was die technischen Hilfsmittel anbelangt; und Wir ermahnen sie daher auch jetzt, daß sie in dieser Hinsicht mit den anderen Schritt halten, ja sie sogar übertreffen. Doch wo Ordensschwestern arbeiten, in denen der Geist ihres Ordens lebendig ist, da wird eine Atmosphäre verbreitet, in der die Tugend Erstaunliches leistet, dem weder die technischen Erfindungen noch die ärztliche Kunst gleichkommen.

Daher sollen die Orden und Kongregationen, die sich einem aktiven Leben weihen, all das im Auge behalten und pflegen, woraus ihrem Wirken die heiligen Richtlinien voranleuchten, und in der Tiefe eines reinen Gewissens sollen sie das Feuer des Heiligen Geistes wachhalten.

V.

Anpassung der Ordensinstitutionen an die Zeit

Geliebteste, Wir wollen auch kurz auf das Anliegen der Ordensinstitutionen eingehen, sich den veränderten Zeiten anzupassen und Neues und Altes in schönem Bündnis miteinander zu verbinden.

Wenn die Jungen heute hören: „Wir müssen mit unserer Zeit gehen", „Wir müssen unsre Unternehmungen unsrer Zeit anpassen", so werden sie von außerordentlicher Begeisterung ergriffen, und wenn sie unter den Bannern der Ordensmiliz dienen, möchten sie vor allem darauf die Kräfte der künftigen Ordensarbeit richten. Und das ist in gewisser Hinsicht auch richtig. Denn meist war es so, daß die Ordensgründer ihr neues Werk ausdachten, je nachdem es die wichtigsten und keinen Aufschub duldenden Bedürfnisse und Aufgaben der Kirche gerade erforderten; daher paßten sie ihre Gründung ihrer Zeit an. Wenn ihr das Beispiel eurer Väter nachahmen wollt, so müßt auch ihr so handeln, wie sie gehandelt haben. Erforscht die Meinungen, Urteile, Sitten eurer Mitmenschen, unter denen ihr lebt, und wenn sich dort Bruchstücke des Guten und Gerechten finden, so schöpft aus diesen kostbaren Elementen; sonst werdet ihr nicht imstande sein, sie zu erleuchten, zu stützen, aufzuheben, zu führen.

Unveränderliches Erbe der Kirche

Aber es gibt auch das Erbe der Kirche, das schon seit ihren frühesten Zeiten unverändert fortbesteht, das sich im Wandel der Zeiten nicht mitverwandelt, und dieses ist den Bedürfnissen und der Sehnsucht des Menschengeschlechts in höchstem Maße angemessen: ein Teil davon ist eben jener katholische Glaube, den Wir gegen neue Gefahren kürzlich auch durch die Enzyklika „Humani generis" geschützt haben. Wenn ihr diesen von keinem Makel befleckt bewahrt und ihm eifrig dient, so könnt ihr fest davon überzeugt sein, daß in ihm überaus starke Kräfte leben, durch die jede Zeit geprägt werden muß.

Übrigens ist das Ziel des Standes der Vollkommenheit ein Teil jenes Erbes, und diesem sollt ihr mit größtem Eifer nachstreben, damit ihr durch seine Hilfsmittel und auf seinem Wege heilig werdet und durch direkte oder indirekte Wirkung auch eure Nächsten heilig macht, so daß sie der göttlichen Gnade reichlicher teilhaftig wer-

den und fromm leben und sterben. Eben in diesem Erbe ist die so erhabene und so wichtige Wahrheit enthalten, daß es einen einzigen Weg zur Vollkommenheit gibt, nämlich die Verleugnung seiner selbst aus Liebe zu Christus. Dies aber wird in keiner Weise durch die sich wandelnden Zeiten gewandelt.

Bedürfnisse einer verwandelten Zeit

Aber es gibt Nebenumstände, und zwar viele, bei denen ihr den Geist und die Bedürfnisse der Menschen und der Zeit berücksichtigen könnt und müßt. Übrigens ist das auch zu nicht geringem Teil bereits geschehen und wird jetzt, nachdem ihr eure Gedanken und Vorschläge miteinander verglichen habt, erst recht und entschieden geschehen. Daß ihr schon vieles in lobenswerter Weise erneuert habt, geht aus all dem hervor, was ihr in den Schulen, im Jugendunterricht, zur Linderung menschlicher Not, zur Pflege und Ausbreitung der Glaubenskenntnis einzeln oder durch eure Orden leistet. Man darf also sagen — und niemand kann Unsre Behauptung in Abrede stellen —, es sei schon eine große Arbeitslast bewältigt worden, durch die ihr den verwandelten Zeiten neu und in geeigneter Weise entgegentretet.

Doch bei jener von euch geforderten Anpassung an die Bedürfnisse einer verwandelten Zeit ist es Unsrer Meinung nach besonders wichtig, daß ihr in kluger Forschungsarbeit untersucht, was an geistlichen Kräften in euren Mitmenschen lebendig ist, von welchen verborgenen Wünschen sie getragen werden, was das wahre Gesicht ihres Geistes ist. Wir meinen nicht jenes Gesicht, das das Böse und Verwerfliche verrät, das den Tumult der Begierden und das Gift der Laster ausdrückt. Aber in den Menschen liegt, eben weil sie Menschen sind, wie viel mehr aber in den Christen, auch wenn sie irren und in Schuld verstrickt sind, nicht wenig Gutes, liegt ein Verlangen nach mehr Gutem. Diesen Regungen sollt ihr nachgehen, diesem Verlangen zu Hilfe kommen, doch dabei sorgsam darauf achten, daß ihr nichts von der Welt annehmt, was in ihr traurig und böse ist, sondern daß umgekehrt ihr ihr das Eure einflößt, das heil und heilig ist und mit ihren gesunderen Impulsen übereinstimmt. Was bei den anderen auf schüchterne Weise gut ist, das sollt ihr pflegen, glätten, steigern, daraus sollt ihr wie aus Teilchen von Gold kostbare Gefäße bilden, wie aus Bächlein Ströme machen.

Man sagt, und vielleicht nicht umsonst, drei Dinge seien dem Wesen und den Neigungen unserer Zeit besonders eigentümlich: im Denken und Erörtern Weite, im Ordnen und Organisieren Einheit, im Handeln Schnelligkeit. Sind diese drei nicht auch Kennzeichen des Evangeliums, sind sie nicht die Mitgift derer, die den katholischen Glauben mit Mund und Sitte bekennen? Welch größere Weite könnte uns bei unserm Denken vorgebreitet werden als die Weite, die der Satz des Apostels meint: „Alles ist euer; ihr aber seid Christi, Christus aber Gottes“ (1 Kor. 3, 23)? Welche Einheit könnte in Verstehen und Liebe enger sein als jenes Einfache und Eine, das mit den Worten der Heiligen Schrift so ausgedrückt ist: „Gott ist alles in allem“ (1 Kor. 15, 28). „Du sollst den Herrn deinen Gott lieben aus deinem ganzen Herzen, aus deiner ganzen Seele, mit deinem ganzen Denken und mit deiner ganzen Kraft ... Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ (Mk. 12, 30—31).

Daß wir aber biegsam und lebendig sein müssen und uns nicht durch die schädliche Rücksichtnahme auf vergängliche Dinge halten lassen dürfen, daran gemahnt uns das Wort: „Niemand, der seine Hand an den Pflug legt und zurückblickt, ist für das Reich Gottes geeignet“ (Luk. 9, 62). Wenn ihr Vorbilder jener Tugend betrachten wollt, in denen jene drei Lobpreisungen hervorleuchteten, so denkt an den Apostel Paulus und alle die, die in der Kirche Christi Hervorragendes und unsterblichen Gedenkens Würdiges vollbracht haben.

Das gemeinsame Ziel tätigen und beschaulichen Lebens

Denn das Ziel, das euch im kontemplativen und im aktiven Leben vorleuchtet, und ebenso das, was die übrigen Kinder der Kirche, Priester und Laien, erstreben müssen, ist die christliche Vollkommenheit und die Erlangung des Heils des Menschengeschlechts. Darum liegt es euch ob, die ungeheuer wirksamen Hilfsmittel zu benutzen, die die evangelischen Räte zur Einhaltung des Ordensgelübdes darstellen, um in ununterbrochenem Kampf die Begehrlichkeit des Fleisches, die Begehrlichkeit der Augen und den Hochmut des Lebens (1 Joh. 2, 16) zu bändigen und so heiliger hervorzugehen und in der Sorge um das Heil des Menschengeschlechts die eifrigen Diener Gottes zu sein. Richtet eure Gedanken und Werke darauf, dieses hohe Ziel zu erreichen, und „in der Liebe verwurzelt und gegründet“ (Eph. 3, 17), in der Kraft des Glaubens vereint, reich an Demut, laßt keine Gelegenheit vorübergehen, die Menschen, eure Brüder, zum Schöpfer und Erlöser wie verirrte Schafe zurückzuführen.

Übereinstimmung von Leben und Glauben

Eurem Vorbild treu und vertrauend sorgt dafür, daß eure Sitten mit eurem Namen übereinstimmen und eure ganze Lebensweise eurem Gelübde entspricht. Nach dem Wort des Völkerapostels: „Seid besorgt, die Einheit des Geistes durch das Band des Friedens zu bewahren“ (Eph. 4, 3), möge der Friede herrschen in euch und unter euch, unter den Gefährten eines Ordens und Hauses und mit denen, die anderen Orden angehören; zwischen euch und allen anderen, die mit euch arbeiten und mit denen ihr arbeitet, um die Menschen für Christus zu gewinnen. Mögen die Streitigkeiten und Unstimmigkeiten aufhören, die auch hoffnungsvolle Unternehmungen schwächen und zum Mißerfolg verurteilen: die Kirche als Feld apostolischen Wirkens steht weit offen, und Arbeit und Mühe in Hülle und Fülle ist für jeden vorhanden.

Wenn der Glaube des Ordensmannes durch lebendige Beispiele gestützt ist und mit ihm zusammen eine eherne Befolgung der Gelübde hervorleuchtet, wenn dem Priester nichts zu schwer und mühsam in der Sorge um das Seelenheil ist, dann wird von ihnen auch heute gelten, was der Apostel von der Predigt des Gotteswortes sagt, das „lebendig ist, kraftvoll und schärfer als jedes zweischneidige Schwert“ (Hebr. 4, 12). Um ein Beispiel zu gebrauchen: Wir haben kürzlich die Gläubigen ermahnt, daß sie in dieser unseligen Zeit, in der der Niedergang des Reichtums vieler und beweinenswertes Elend mit maßlosem Luxus in heftigem Gegensatz stehen, mäßig leben und freigebig gegen den von

Entbehrung erdrückten Nächsten sein möchten. Auf denn, tut euch vor den anderen in einem so wichtigen Werk christlicher Vollkommenheit, Gerechtigkeit und Liebe durch euer Beispiel hervor und leitet sie an, Christus nachzufolgen.
Endlich wünschen Wir innig, daß die wirksame Gnade unsres Herrn Jesus Christus aus eurer Zusammenkunft reiche und bleibende Früchte hervorgehen lassen möge, und erteilen zum Unterpfand Unseres Wohlwollens euch, die ihr hier anwesend seid, und den Ordensfamilien auf dem ganzen Erdkreis aus vollem Herzen den Apostolischen Segen.

Hirtenworte in die Zeit

Das Kind — Bürger zweier Welten

Die Bischöfe der Vereinigten Staaten haben dieses Jahr zum Abschluß ihrer gemeinsamen Beratungen einen Hirtenbrief über die religiöse Erziehung herausgegeben, den wir als ein Musterbeispiel für eine klare, umfassende und gleichzeitig zeitbezogene Pastoral über dies dringliche Thema unsern Lesern nicht vorenthalten möchten.

In dem gegenwärtigen erbitterten internationalen Streit hat sich das amerikanische Volk entschlossen auf die Seite der menschlichen Freiheit gestellt. Wir haben es auf uns genommen, uns unnachsichtig den Aggressionen derjenigen zu widersetzen, die die von Gott verliehenen Rechte des Menschen leugnen und darauf aus sind, die ganze Menschheit unter der Herrschaft des gottlosen Materialismus zu versklaven. Damit haben wir eine ernste und dauernde Verantwortung auf uns genommen, die gewissenhafte Überlegung verdient.
Es ist von grundlegender Wichtigkeit, daß unser Volk begreift, daß die menschliche Freiheit aus der geistigen Natur des Menschen entstammt und nur blühen kann, wenn die Dinge des Geistes sich einer gebührenden Achtung erfreuen. Die Grundsätze unseres gegenwärtigen Handelns müssen in dem Licht dieser Wahrheit bewertet werden. Aber wir müssen noch weiter gehen. Es wäre ein geringer Trost, heute Erfolg zu haben, wenn uns die Welt morgen des Vertrauens, das sie auf uns gesetzt hat, unwürdig finden würde. Wir müssen daher sorgfältig prüfen, welche geistige Bildung wir unsern Kindern geben, um sie fähig zu machen, ihre künftige sittliche Verantwortung gegenüber Gott und ihren Mitmenschen zu erfüllen.
In den vergangenen Jahrzehnten sind große Fortschritte in der Befriedigung der physischen, emotionalen und sozialen Bedürfnisse des Kindes gemacht worden. Aber seine sittlichen und religiösen Bedürfnisse fanden nicht dieselbe Sorgfalt und dasselbe Verständnis. Infolgedessen verraten viele unserer Kinder heute Verwirrung und Unsicherheit, weil diese unbefriedigten Bedürfnisse für die harmonische Entwicklung ihres ganzen Wesens von grundlegender Bedeutung sind.
Das Kind muß als Ganzheit gesehen werden. Es muß als ein Bürger zweier Welten gesehen werden. Sicherlich gehört es zu dieser Welt, aber zuerst und zuhöchst gehört es dem Reiche Gottes. Von seiner frühesten Jugend auf muß es gelehrt werden, daß der wesentliche Sinn seines Lebens darin liegt, daß es von Gott geschaffen und für ein ewiges Leben bei Gott bestimmt ist.
Die Aussichten des Kindes, diese große Hoffnung, die Gott in es gelegt hat, zu erfüllen, müssen realistisch beurteilt werden. Es kommt in einer Gesellschaft zur Reife, in der die sozialen, sittlichen, geistigen und geistlichen Werte überall auseinanderfallen. In einer solchen Gesellschaft braucht es dringend die zusammenfassende Kraft der Religion, wie sie Christus gelehrt hat. Diese Kraft allein kann ihm einen vollständigen und vernünftigen Sinn für sein Dasein geben.
Sie wird in ihm zuerst ein Bewußtsein für Gott und die Ewigkeit erwecken. Sie öffnet ihm den Blick auf eine übernatürliche, vom Glauben offenbarte Welt, die sich von der Welt der Natur, wie seine Sinne sie ihm enthüllen, unterscheidet. So entdeckt es ein höheres Leben als dieses tägliche Leben und eine lichtere Welt als die, die es sieht. Zweitens wird sie ihm einen dauernden Sinn des Lebens geben, denn sie lehrt es, daß es erschaffen wurde, um Gott in dieser Welt zu erkennen, zu lieben und ihm zu dienen und sich dadurch die ewige Seligkeit zu verdienen. Drittens wird sie es zu einem tiefen Verantwortungsgefühl für die Rechte und Pflichten führen, die es auf Grund seiner Bürgerschaft im Himmel wie auf Erden besitzt. Schließlich wird die Religion es dazu aufrufen, jede Lebensform, die es erwählt, zu heiligen und den Willen Gottes überall dort zu suchen und anzunehmen, wo er sich ihm zeigt. So wird die Religion als ein Prinzip der Integration dem Kinde helfen, in sich ein Gefühl für Gott, ein Gefühl für seine Bestimmung, ein Gefühl der Verantwortung und ein Gefühl für seinen Auftrag in diesem Leben zu entfalten.

I. Der Sinn für Gott

Das Kind ist an sich noch kein Ganzes. Es findet seine Ergänzung nur in einem Leben mit Gott, und dieses Leben muß schon hier auf Erden beginnen. Die Eltern müssen daher schon frühzeitig Sorge für das Wachstum ihres Kindes in Gott tragen. Diese Sorge kann nicht so lange verschoben werden, bis die Schule sie übernimmt. Sie muß schon zu Hause mit Hilfe einfacher Übungen der Frömmigkeit und des Gebetes beginnen. Morgen- und Abendgebet, Tischgebet vor und nach der Mahlzeit, der Familienrosenkranz, das Sprechen eines kurzen Gebetes jedesmal, wenn die schlagende Uhr den Vorübergang einer anderen Stunde, die uns näher zur Ewigkeit führt, anzeigt, ein andächtiges Kreuzzeichen, Achtung für das Kruzifix und andere religiöse Gegenstände, all diese Übungen sollten in der religiösen Erziehung des Kindes eingeübt werden. Niemand kann daran zweifeln, daß das Kind bereit ist, eine solche Bildung zu empfangen, und wo die Eltern versäumen,

sie zu erteilen, verlieren sie eine große Gelegenheit, in ihrem Kinde jene Haltung des Gewahrseins der Gegenwart Gottes zu entwickeln, die für seine volle Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist.

Dem Kinde sind nur zwei Wege offen. Entweder wird es seinen Mittelpunkt in Gott oder in sich selber haben. Es ist erschaffen und bestimmt für Gott, aber es trägt in sich jene aufhaltenden Wirkungen der Erbsünde, die es geneigt machen, die Befriedigung jeder selbstsüchtigen Laune zu suchen. Diese Neigung seines Willens zu korrigieren, so daß nicht das Selbst, sondern Gott den Mittelpunkt seines Lebens einnimmt, ist eine der anspruchsvollsten Aufgaben der Eltern.

Um diesem Anspruch zu genügen, sollen die Eltern die starken übernatürlichen Bewegkräfte benutzen, die sich aus dem Leben Christi ergeben. Sie sollen die Kinder ermutigen, ihm nachzufolgen, besonders in seinem Gehorsam, in seiner Geduld, in seiner Sorge für andere, und jenem Geiste selbstlosen Schenkens nachzueifern, das so charakteristisch für Christus ist. Dafür gibt es viele praktische Wege, vor allem aber den, dem Kinde häufig Gelegenheit zu geben, zu Hause Akte der Selbstverleugnung zu üben. Wenn es lernt, auf seine selbstsüchtigen Launen um Christi willen zu verzichten, so entdeckt es nicht nur ein übernatürliches Motiv für seine Handlungen, sondern lernt auch, Gott jenen zentralen Platz in seinen Gefühlen zu geben, den er einnehmen muß, wenn das Kind zu seinem vollen geistigen Wachstum kommen soll.

Es hätte jedoch wenig Wert, das Gefühl für die Gegenwart Gottes im Kinde während der Vorschuljahre zu stärken, wenn seine Schulerziehung ihm dieses Gefühl rauben sollte. Seine Schulerziehung sollte mit seiner Erziehung zu Hause aus einem Stück sein. Die katholischen Eltern, die diese wesentliche Wahrheit klar erfaßt haben, haben sich großen Opfern und riesigen Ausgaben unterworfen, um Schulen einzurichten und zu erhalten, die die geistige Entwicklung des Kindes, die zu Hause begonnen worden ist, fortsetzen und erweitern können. Dadurch haben die Eltern innerhalb ihrer Zuständigkeit gehandelt, denn sie und nicht der Staat besitzen das erste Recht auf Erziehung.

Es folgen dann in dem Hirtenbrief einige Abschnitte, die sich mit amerikanischen Schulproblemen, vor allem auch mit der Verantwortung des Staates für die religiöse Erziehung des Kindes befassen. Die Bischöfe wehren sich in einem dieser Abschnitte auch dagegen, daß die Sorge für die elternlosen Kinder allein von den Staatsstellen in Anspruch genommen wird, und behaupten das Recht der freien, vor allem der religiösen Wohlfahrtsinstitutionen, sich um diese Kinder zu kümmern.

II. Der Sinn für die Bestimmung des Menschen

Das Kind, dessen Augen für Gott geöffnet worden sind, muß dazu ermutigt werden, sich auf seinem Lebensweg von dem sicheren Licht dieser Einsicht führen zu lassen, sonst wird es Irrlichtern folgen. Es ist zu jung und unreif, um sich selber überlassen zu bleiben. Seinen Antrieben und Wünschen, die wegen seiner zarten Jahre weithin unreguliert sind, muß durch eine religiöse Erziehung eine sichere Richtung gewiesen werden, wenn es jenes große Ziel erreichen soll, für das es geschaffen wurde: Gott zu erkennen, ihn zu lieben und ihm zu dienen.

Das Kind muß Gott erkennen. Es ist ein großer Unterschied zwischen dem Wissen um Gott und der Erkenntnis Gottes. Dieser Unterschied besteht in der persönlichen Erfahrung. Es genügt nicht, daß man dem Kind die notwendigen Wahrheiten über Gott vermittelt. Sie sollten ihm so vermittelt werden, daß es sie sich aneignet und zu einem Stück seiner selbst macht. Gott muß ihm so wirklich werden wie sein eigener Vater oder seine eigene Mutter. Er darf keine Abstraktion bleiben. Tut er das, so wird er nicht geliebt, und wenn er nicht geliebt wird, dann ist alles Wissen des Kindes über ihn unfruchtbar. Wo Liebe ist, dort sind auch Werke. „Wer mich liebt, hält meine Gebote." Das ist das Zeugnis Christi, und es muß auf das Kind angewandt werden. Es sollte dazu gebracht werden, Gottes Gebote und Vorschriften als Wegweiser anzusehen, die seinen Schritten die untrügliche Richtung geben. Bei dieser Aufgabe haben die Kirche, die Familie und die Schule alle eine Rolle zu spielen.

Von der Zeit an, wo die Kirche das Wasser der Taufe über seine Stirne gießt, bis zu der Zeit, wo sie es beim Tode Gott übergibt, gibt es keinen Augenblick, wo sie dem Kinde nicht durch ihre Sakramente und Lehren ständig hilft, Gott zu dienen. Die Einschärfung der natürlichen und übernatürlichen Tugenden, die wiederholten Warnungen dagegen, den Forderungen seiner niederen Natur zu erliegen, der Balsam, mit dem sie die von der Sünde in seinem Leben verursachten Wunden heilt, und die Kanäle der Gnade, die sie ihm beständig offen hält: all dieses sind Hilfen, die die Kirche dem Kinde gibt, um seine Schritte auf Gott zuzulenken. Die Eltern sind verpflichtet darauf zu achten, daß es sich dieser Hilfen reichlich bedient, und sie müssen es außerdem durch ihre eigenen täglichen Handlungen dazu anleiten, Gott zu lieben und ihm zu dienen. Das Heim ist seine erste Schule. Das, was es dort sieht und hört, wird es schnell nachahmen. Sie müssen diesen Nachahmungsdrang, der die Quelle von so viel Unglück und bleibendem Schaden sein kann, zum Vorteil des Kindes ausnutzen, indem sie ihm zu Hause ein gutes Beispiel christlichen Lebens geben.

Wird dieses Beispiel nicht gegeben, so wird das Kind durch den Gegensatz zwischen dem, was es gelehrt bekommt, und dem, was es praktiziert sieht, verwirrt werden. Diese Verwirrung wird noch verstärkt, wenn es auf eine Schule geht, wo es Religionsunterricht bekommt. Dort wird es gelehrt, den Namen Gottes heilig zu halten; zu Hause aber hört es, wie der Name Gottes in Mutwillen oder Zorn vergeblich geführt wird. In der Schule lernt es, sich mit seinen Mitschülern zu vertragen und mit ihnen zusammen zu arbeiten, aber zu Hause darf es seine Geschwister kränken und sich mit ihnen zanken. In der Schule lehrt man es strenge Vorschriften des Anstandes und der Ehrlichkeit, während es zu Hause vielleicht hört, wie sich seine Eltern listiger Geschäftspraktiken und kluger Umgehungen der Wahrheit rühmen. Durch diese Widersprüche verstört und zwischen sich widersprechenden Bindungen an das Heim und die Schule hin- und hergerissen, muß das Kind das Vertrauen zu seinen Eltern und Lehrern verlieren, daß sie fähig sind, ihm wirksame Richtlinien für sein Leben zu geben.

Eine engere Verbindung zwischen Heim und Schule sollte von den Eltern und Lehrern gesucht werden, da-

mit sie gegenseitig ihre Einsichten und Urteile über das Kind austauschen können. Auf diese Weise können Heim und Schule besser zusammengefügt werden, und die Konflikte, die so oft das Leben des Kindes beunruhigen und denen man nicht das Verständnis und die Aufmerksamkeit entgegenbringt, die sie verdienen, können auf ein Minimum reduziert werden.

Wenn wir von der Verantwortung der Eltern sprechen, so müssen wir daran erinnern, daß diese Verantwortung nicht allein auf die Mutter abgewälzt werden kann. Auch der Vater hat seine Verantwortung, und er darf sich nicht vor ihr drücken. Es genügt nicht, daß er die materiellen Unterhaltsmittel für die Familie beiträgt. Er ist auch verpflichtet, sich selber mit den Interessen und Tätigkeiten seines Kindes zu identifizieren. Wenn das Kind die ganzen Wohltaten der elterlichen Führung ernten soll, so muß diese Führung auch Festigkeit und Beständigkeit enthalten, die beizutragen des Vaters Pflicht ist.

Vater und Mutter haben eine natürliche Zuständigkeit, ihre Kinder in den Dingen der Geschlechtlichkeit zu unterrichten. Falsche Zurückhaltung sollte sie nicht davon abhalten, ihre Pflicht in dieser Hinsicht zu tun. Das Geschlecht ist eine der Gaben Gottes. Es sollte nicht ignoriert oder als etwas Böses behandelt werden. Wenn die geschlechtliche Aufklärung zu Hause in der richtigen Form geschieht, so wird in dem Kinde eine tiefe Ehrfurcht entstehen, und es werden ihm jene ungehörigen Schlußfolgerungen erspart, die es oft zieht, wenn es ihm selber überlassen bleibt, sich über Dinge des Geschlechtes zu orientieren. Wir protestieren jedoch in der stärkstmöglichen Form gegen die Einführung geschlechtlicher Aufklärung in den Schulen. Eine solche Aufklärung muß, um von Nutzen zu sein, viel weiter gehen, als eine bloße Information es tut, und sie muß individuell geschehen. Das Geschlecht ist mehr als eine biologische Funktion. Es ist aufs engste verbunden mit der Heiligkeit und Einzigkeit der menschlichen Persönlichkeit. Es kann voll und richtig nur innerhalb eines religiösen und sittlichen Zusammenhanges gewürdigt werden. Wenn es anders behandelt wird, so muß das Kind es losgelöst von dem beherrschenden Ziel seines Lebens, nämlich dem Dienste Gottes, sehen.

In der modernen Gesellschaft sind viele unheilvolle Einflüsse am Werk, deren Einwirkung auf die Persönlichkeit des heranwachsenden Kindes kein freies Spiel haben dürfen. Die Eltern sollten die Spielgefährten, die Tageseinteilung ihres Kindes sorgfältig überwachen. Sie dürfen es nicht wie einen Erwachsenen behandeln. Es ist darauf angewiesen, gegen bestimmten Umgang gewarnt zu werden, ja dieser muß ihm unter Umständen sogar verboten werden. Besonders in den Übergangsjahren ist dies von großer Wichtigkeit. Die Vergnügungen, an denen es teilnimmt, die Filme, die es besucht, die Bücher, die es liest, die Rundfunk- und Fernsehsendungen, die es zu Hause hört oder sieht, müssen sorgfältig überwacht werden.

III. Gefühl für Verantwortung

Eine allgemeine Klage, die gegen Haus und Schule heute erhoben wird, lautet, daß sie das Gefühl des Kindes für Verantwortung nicht schärfen. Sicherlich wird es auf seine Rechte aufmerksam gemacht, aber es hat auch Verpflichtungen, die diesen Rechten zugeordnet sind. Seine Erziehung und seine Bildung weisen Mängel auf in dem Maße, wie diese Verpflichtungen dem jugendlichen Geiste nicht eingeprägt werden.

Die Religion betont nichts mit größerer Dringlichkeit als die Verantwortung jedes einzelnen vor Gott. Es ist die Pflicht der Eltern, darauf zu achten, daß sich in ihrem Kind ein tiefes Gefühl für die persönliche Verantwortung entwickelt, daß es schon so früh wie irgend möglich lernt, daß es vor Gott Rechenschaft für seine Gedanken, Worte und Werke abzulegen hat. Die häusliche Erziehung muß diese Lehre in jeder möglichen Form vertiefen. Das Kind sollte dazu angehalten werden, über die Erfüllung der häuslichen Aufgaben und Pflichten, die ihm seine Eltern auferlegen, genaue Rechenschaft abzulegen. Es muß zu der Einsicht gebracht werden, daß jedes Familienglied am Dienste Gottes dadurch teilnimmt, daß es eine bestimmte ihm zugewiesene Rolle ausfüllt. Das so erzogene Kind wird imstande sein, in seinem späteren Leben zu erkennen, wie die getreue Erfüllung seiner Pflichten als Bürger auf den Dienst Gottes bezogen werden kann.

Ein großer Teil der Entleerung unserer heutigen Gesellschaft ist auf die ungesunde Trennung zurückzuführen, die zwischen dem Arbeitsleben und dem geistlichen Wachstum entstanden ist. Der Gedanke der Arbeit als eines Mittels zur Förderung der Heiligung ist weithin verloren gegangen. Es ist eine Aufgabe der Eltern, diesen Gedanken wieder lebendig zu machen und auf die täglichen Erfahrungen des Kindes anzuwenden. Aus dem Bewußtsein, daß selbst die kleinsten Haushaltsarbeiten, wenn sie getreulich erfüllt werden, es Gott näher führen, wird das Kind eine dauernde Haltung entwickeln, alle Dinge, die es tut, auf Gott zu beziehen. Und so kann jede Arbeit, wie knechtlich oder geringfügig sie auch sein mag, einen Sinn bekommen, der reiche geistige Früchte bringen kann.

Auf diese Art und Weise wird das Kind schon zu Hause eine Lehre erfahren, die es ihm erleichtert, sich den Forderungen des Schullebens anzupassen. Wenn es seine Stelle in dieser größeren Gemeinschaft einnimmt, so tut es das schon als verantwortliches Wesen. Es sieht seine Hausarbeiten, seine Aufmerksamkeit in der Schule und seine Teilnahme am Leben der Schule als Teil desselben göttlichen Planes, den es schon zu Hause gelernt hat und durch den jede Tat in Gottes Augen Bedeutung hat. Wenn es so in seinem ganzen täglichen Leben den übernatürlichen Wert seines Tuns beachtet, so wird es das gegen jede Nachlässigkeit in der Erfüllung irgendeiner Pflicht schützen. Je größer seine Begabung ist, desto bewußter wird es sich seiner Verpflichtung sein, Gott durch eine richtige Ausübung dieser Gaben zu dienen.

Wenn das Kind sich beständig dessen bewußt ist, daß seine Zeit und seine Begabung Gott gehören, so entsteht in ihm der Wunsch, sie richtig zu benutzen, und es wird weggeführt von jedem schädlichen Umgang und jenen schädlichen Vergnügungen, die so häufig zu jugendlichen Straftaten führen. Das setzt jedoch voraus, daß angemessene Freizeiteinrichtungen und Möglichkeiten für die Entfaltung seiner Interessen an Basteleien, Spielen und anderen Beschäftigungen vorhanden sind, so daß seine überquellende Tatkraft gesunde Ausdrucksmöglichkeiten finden kann.

Die geistlichen Hilfen, die dem Kind zur Vertiefung seines Verantwortungsgefühls zur Verfügung stehen,

dürfen nicht vernachlässigt werden. Die Eltern sollten zur Übung der abendlichen Gewissenserforschung und der wöchentlichen Beichte anhalten. Das Kind, das am Ende jedes Tages seine Gedanken, seine Worte und seine Werke überdenkt, um herauszufinden, was Gott nicht wohlgefällig gewesen ist, wird allmählich ein inniges Gefühl für die Ansprüche entwickeln, die Gott an sein Leben stellt. Die Übung der wöchentlichen Beichte lehrt es, sich bewußt zu machen, wie es seine Zeit und seine Begabung mißbraucht hat. Sie vertieft in ihm jenes Gefühl, daß es Gott Rechenschaft ablegen muß, welches notwendig ist, wenn es die richtige Reue für seine Verfehlungen empfinden und die richtigen Vorsätze zur Besserung fassen soll.

IV. Der Sinn für den Auftrag des Menschen

Dadurch daß das Kind lernt, daß es Gott für den Gebrauch seiner Zeit und seiner Gaben Rechenschaft ablegen muß, wird es nicht nur ein Verantwortungsgefühl, sondern auch das Gefühl für einen Auftrag in der Welt erwerben. Denn die religiöse Unterweisung wird es daran erinnern, daß sein zukünftiges Glück sich nicht dadurch erfüllt, daß es seinen selbstsüchtigen Wünschen nachgibt, sondern daß es seine ganze Persönlichkeit dem Dienste Gottes widmet. „Ich bin gekommen, um den Willen dessen zu tun, der mich gesandt hat." Dies muß das Schlüsselwort für die Aufgabe des Kindes in dieser Welt werden. Der Wille Gottes muß ihm allmählich wichtiger werden als jede persönliche Rücksicht. Nur wenn es diese Wahrheit sich aneignet, wird es ihm gegeben werden zu sehen, wie alle Dinge, selbst Enttäuschungen und Rückschläge, im Dienste Gottes zum Guten gewendet werden können.

Da nicht jeder dazu berufen ist, Gott in derselben Weise oder in derselben Stellung zu dienen, muß auf die Anleitung des Kindes zur Berufswahl große Sorgfalt verwendet werden. Die Ziellosigkeit seiner Ausbildung wird es sonst ohne ständige Richtung für seine Talente und Fähigkeiten lassen. Die Eltern und Lehrer müssen ihm helfen, einen Beruf zu wählen und zu verfolgen, für den es geeignet ist und in dem es Gott am besten dienen kann. Ein tieferes Bewußtsein des Kindes für seinen Auftrag in diesem Leben wird viel dazu beitragen, jene empörende Verschwendung von Zeit und Kraft zu beseitigen, die in so vielen Fällen heute seine Ausbildungsjahre charakterisiert und es später verhindert, seine volle Rolle im bürgerlichen Leben zu spielen.

Unter den Knaben und Mädchen unseres Vaterlandes hat Gott einige dazu bestimmt, das Werk seiner Kirche für die Rettung der Seelen weiterzuführen. Diesen hat er einen religiösen Beruf gegeben, und hier wird in der Tat an die Großmut der amerikanischen Eltern ein höherer Anspruch gestellt. Wenn sie ihrem Kinde aufrichtig eingeprägt haben, daß es seine Lebensaufgabe ist, Gottes Willen zu tun, so müssen sie auch den Wunsch haben, mit diesem Willen zusammenzuwirken und zu seiner Erfüllung beizutragen. Gottes Ansprüche stehen über jeder menschlichen Rücksicht. Wenn er das Kind in seinen besonderen Dienst ruft, so dürfen die Eltern nicht vor dem Opfer zurückschrecken, das ihnen eine solche Berufung häufig auferlegt. Der Schmerz, daß das häusliche Band zerrissen wird, wird mehr als aufgewogen durch die geistliche Freude, die diejenigen haben, die im Weinberg des Herrn arbeiten.

Wenn wir hier die oberste Bedeutung der Religion für die geistliche Entwicklung des Kindes betonen, so wenden wir nur die ewigen Grundsätze, welche die Kirche von ihrem göttlichen Gründer empfangen hat, auf die heutigen Zeitumstände an. 1900 Jahre lang hat die Kirche liebevoll die Worte Christi für das Kind bedacht: „Lasset die Kleinen zu mir kommen und wehret es ihnen nicht, denn ihrer ist das Himmelreich." Alle, denen die Sorge für das Kind anvertraut ist, sollten erkennen, was dieses Wort enthält. Ihre große Aufgabe ist es, dem Kinde zu zeigen, daß es ein Bürger nicht nur dieser Welt ist, sondern jener Welt, die im Jenseits bei Gott liegt, dessen Reich das Reich der Kinder ist.

Die Kirche in den Ländern

Jerusalem

Die letzten hundert Jahre

Es ist etwas Seltsames, daß an den heiligen Orten dieser Welt, sei es in Lhasa oder Mekka, Rom oder Jerusalem, neben dem Heiligen auch das Unheilige lebt. Beide treten an solchen Orten in ihrer stärksten Form auf, und es scheint ein noch unbekanntes Gesetz für diese Erscheinung zu geben. Auch in der Geschichte Jerusalems, soweit sie uns bekannt ist, ist es wohl immer so gewesen. So ist es denn zu verstehen, daß auch die Geschichte des „christlichen" Jerusalem nicht immer eine heilige war. Es scheint, daß der Begriff der politischen „Einflußsphäre" öfter das Motiv zu kleinen oder großen „Kreuzzügen" gewesen ist als die heiligen Stätten.

In den letzten hundert Jahren, bis zum ersten Weltkrieg, war es Frankreich, das sich der christlichen Interessen im Heiligen Lande annahm; Frankreich war Schirmherr der katholischen Kirche in der Levante, so wie es Rußland gegenüber der griechisch-orthodoxen war. Es ist klar, daß die Interessen der beiden Staaten nicht immer die frömmsten waren. Oft scheint die Interventionsmöglichkeit wichtiger als das Objekt, nämlich die Interessen der beiden Kirchen, gewesen zu sein.

Besonders während jener hundert Jahre wurde von diesen beiden Kirchen, und selbstverständlich auch seitens der protestantischen Kirchen, eine Unmenge religiös-caritativer Institutionen ins Leben gerufen. Auch hier dürfte nicht immer die Caritas, sondern die willkommene Möglichkeit der geistigen Kolonisation, welche insbesondere mit Hilfe von Schulen durchgeführt wurde, von Wichtigkeit gewesen sein. Hauptbeteiligte waren bis zum ersten Weltkrieg zuerst Frankreich und Rußland und dann auch Italien und Deutschland, welche ja beide ein gewisses Interesse an der Levante hatten.

Die Beziehungen zwischen „Ost“ und „West“ hatten, was den Glauben anbetrifft, auch damals schon die Form eines kalten Krieges angenommen. Aber auch innerhalb der römischen Kirche waren die Beziehungen zwischen den „nationalen“ Häusern keineswegs vorbildlich.
Nach der Übernahme des Mandats für Palästina durch die Engländer übernahm England die Rolle Rußlands, das ja durch die Revolution ausgeschieden war. Nach dem zweiten Weltkrieg schieden Deutschland und Italien als Faktoren aus, Frankreich blieb in seiner ehemaligen Position sehr geschwächt.

Das Projekt der Internationalisierung von 1947

Als im November 1947 die Vollversammlung der UNO beschloß, Palästina in zwei autonome Staaten zu teilen, nämlich einen jüdischen und einen arabischen, beschloß sie gleichzeitig einen autonomen Stadtstaat mit internationaler Regierung, ähnlich wie Tanger, in Jerusalem und Umgebung zu schaffen. Dieser Staat wurde hauptsächlich auf Wunsch der interessierten Kirchen ins Leben, d. h. aufs Papier gerufen. Es handelte sich um ein Gebiet von ca. 100 qkm, Jerusalem und Umgebung einschließlich Bethlehem.
Die Vertreter der Juden Palästinas haben damals diesem Statut für Jerusalem sowie dem ganzen Teilungsplan zugestimmt. Die Araber verwarfen den Beschluß der UNO vollständig. Die Beweggründe der Juden waren äußerst einfach: Die Umgebung Jerusalems war fast ausschließlich von Arabern besiedelt, und im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung, die bereits abzusehen war, wäre es ihnen unter diesen Umständen unmöglich gewesen, die Stadt gegen einen Angreifer, der wenigstens damals in der Übermacht war, zu verteidigen. Auch mag dabei der Wunsch mitgespielt haben, die „christliche Welt“ davon zu überzeugen, daß die Interessen der verschiedenen Kirchen gewahrt werden würden.
Die Entwicklung der letzten drei Jahre in Palästina hat sämtliche Voraussetzungen des Jahres 1947 umgeworfen. Die arabischen Mächte respektierten den Beschluß der UNO in keiner Weise. Die UNO ließ den Jerusalem-Beschluß auf dem Papier, und die Juden haben den jüdischen Teil Jerusalems, d. h. die Neustadt, gegen die Übermacht des Belagerers halten, ja sogar einen „Korridor“ zum westlichen Gebiet des Staates Israel herstellen können. Es ist klar, daß sich damit auch die Einstellung der Regierung Israels geändert hat. Schon im Sommer 1948 machte sie kein Hehl daraus, daß an eine Internationalisierung Jerusalems nicht mehr zu denken sei.

Heutiger Zustand in der Stadt

Die Altstadt Jerusalems und ihre Umgebung befindet sich in den Händen der arabischen Legion, der Armee König Abdullahs von Transjordanien. Auch er will einer Internationalisierung nicht zustimmen. Jerusalem gefällt ihm zu gut, und die Möglichkeit, seine Residenz eines Tages vom Beduinendorf Amman nach Jerusalem verlegen zu können, ist zu verlockend. Seine Ansprüche auf die Stadt sind lediglich auf Faustrecht gegründet. Das „Fait accompli“, vor allen Dingen das militärische, ist schließlich im Orient, wie überall, das letzte und beste Argument. Erst vor einigen Wochen erklärte König Abdullah (seit er einen Teil Palästinas westlich des Jordans annektierte: König von Jordanien), daß Jerusalem nur „über seine Leiche“ (wörtlich) international werde.
Es hat sich unterdessen wenig geändert: Die Israelregierung hat Jerusalem zur Hauptstadt des Staates Israel erklärt. Die UNO hat noch einmal beschlossen, Jerusalem zu internationalisieren, und diesen Beschluß dem „Trusteeship council“ zur Durchführung übergeben. Dieser faßte erneut Beschlüsse, schuf ein neues Statut für Jerusalem und legte dieses zu den übrigen Akten, da man auch dort ein Fait accompli zu schätzen weiß.
Es ist verständlich, daß eine Stadt, die von zwei Regierungen beansprucht wird, welche jede über eine ansehnliche Armee verfügt, nicht ohne weiteres einem dritten, unbewaffneten Beansprucher ausgeliefert wird.
Jede der zwei Parteien, Juden wie Araber, hat eine Unmenge von Gründen, und zum Teil berechtigten Gründen, gegen die Internationalisierung Jerusalems angeführt. Der Hauptgrund der jüdischen Ablehnung war der, daß die UNO ihre Unfähigkeit, die jüdischen Bewohner der Stadt im Falle einer erneuten Aggression zu schützen, bewiesen habe. Dazu noch der, daß Jerusalem ja schon immer die Hauptstadt Israels gewesen sei, und ein Israel ohne Jerusalem undenkbar wäre.

Die Haltung der Religionsgemeinschaften: die katholische Kirche

Die verschiedenen Religionsgemeinschaften, die Interessen in Palästina wahrzunehmen haben, haben zur Frage der Internationalisierung Jerusalems verschiedene Stellungen eingenommen. An der Spitze jener, die eine solche wünschen, stand immer die katholische Kirche. Ihre verschiedenen Wortführer und Organe behaupteten, und zwar zum großen Teil zu Recht, daß zur endgültigen Befriedung der Stadt, zum Schutze der heiligen Stätten, zum Schutze der freien Glaubensbekennung und der religiösen Institutionen ein internationales Statut unerläßlich sei. (Tendenziöse Meldungen, die besagten, Papst Pius XII. sei letzthin von der Forderung der Internationalisierung Jerusalems abgewichen, sind im Osservatore Romano und im Blatt der Katholischen Aktion in Italien „Il Quotidiano“ ausdrücklich dementiert worden.)

Die protestantischen Kirchen

Der Großteil der protestantischen Kirchen und Sekten hat sich gegen die Internationalisierung ausgesprochen; zum Teil aus rein politischen Erwägungen, indem sie jeweils die Politik ihrer Mutterländer, hier hauptsächlich Englands und Amerikas, vertreten, und zwar nicht immer ganz freiwillig. Zudem glaubten sie, daß die beiden Staaten Israel und Jordanien genügend Garantien für eine „Religionsfreiheit“ — sie ist im Orient immer eine leere Phrase geblieben — böten.
Den Protestanten ist der Begriff „Heilige Stätten“ immer fremd geblieben. Ja es haftet diesem Worte in protestantischen Ohren derselbe Klang an wie etwa dem Wort Heiligenverehrung. Dazu kam die Furcht, daß Jerusalem eine katholische Stadt werden könnte, ja müßte, und daß damit ein nur allzu beliebtes Missionsfeld für sie verloren gehen würde. Man darf diese Furcht nicht unterschätzen. Jede der Kirchen und Sekten unterhält, soweit es nur möglich ist, eine Missionsstation in Palästina, und zwar möglichst in Jerusalem. Obwohl als

Missionsfeld lange nicht so fruchtbar wie China oder Zentralafrika, liefern diese Missionsstationen doch ein Propagandamaterial, das sehr geeignet ist, Gläubige, besonders in Amerika, zu Geldspenden zu bewegen. Von solchen Einnahmen kann dann oft noch eine andere, wenn nicht mehrere Stationen unterhalten werden.

Die orthodoxe Kirche

Die griechisch-orthodoxe Kirche und mit ihr die übrigen Ostkirchen haben sich nur sehr vorsichtig, wenn überhaupt, geäußert. Die griechisch-orthodoxe Kirche war in Palästina, so wie überall, immer von der jeweiligen Regierung abhängig. So darf man denn sicher sein, daß sie nichts unternehmen wird, was der Regierung Jordaniens oder Israels nicht angenehm sein könnte.
Als im Herbst 1949 die Vollversammlung der UNO wiederholt die Internationalisierung Jerusalems beschloß, bildete sich bei der Abstimmung eine höchst eigenartige, ja nie dagewesene Koalition, die für den Beschluß stimmte: die katholischen Staaten mit Frankreich an der Spitze, der islamische Block und die Volksdemokratien. Die katholischen Interessen sind eindeutig. Die islamischen Staaten wünschen Jordanien, den einstigen Verbündeten, der in Ungnade fiel, zu schädigen. Der Sowjetblock allerdings hatte recht eigene Gründe.

Sowjetrussische Interessen

Die Russen haben von jeher nichts zu tun unterlassen, was zur allgemeinen Unruhe im vorderen Orient beitragen könnte. Eine Spaltung zwischen Abdullah und der Arabischen Liga war also das Günstigste, was man im Moment fördern konnte. Aber das dürfte noch lange nicht alles gewesen sein. Wie schon vorher erwähnt, hatte die russische Kirche unter dem Protektorat des Zaren bzw. seiner Familie ziemlich umfangreichen Grundbesitz im Heiligen Lande erworben. Nach der Revolution in Rußland beanspruchte die Sowjetregierung diesen Kirchenbesitz für sich, da es sich hier um Eigentum des russischen Staates handle. Die englische Mandatsregierung hat diese Ansprüche nie anerkannt. Die neue israelische Regierung allerdings sprach, möglicherweise unter dem Druck der Verhältnisse, diese Güter der Sowjetregierung zu. Der Klerus, soweit er in Israel verblieb, wurde gleichgeschaltet, und ein Archimandrit wurde aus Moskau gesandt, um nach den Rechtgläubigen zu sehen.
Mitten im Stadtzentrum, in der jüdischen Zone, gibt es einen „russischen Platz": einen für Jerusalem sehr großen Gebäudekomplex inclusive einer Kathedrale und großer Pilgerheime. Die englische Mandatsregierung hatte einen Großteil der Gebäude gemietet und dort einen Teil ihrer Verwaltung untergebracht. Die israelische Regierung hat dann diese Gebäude automatisch übernommen und unter anderem auch ihre Gerichte dort untergebracht.
Am 7. November 1949 feierte der russische Klerus den Tag der russischen Revolution in der Kathedrale und hißte auch auf dem Gebäude des Obersten Gerichtshofes in Israel eine rote Fahne. Es soll dann einen Notenwechsel zwischen der Regierung und der sowjetischen Gesandtschaft in Tel-Aviv gegeben haben. Bei dieser Gelegenheit wurde der israelischen Regierung erklärt, daß die fraglichen Gebäude, wenn auch vermietet, so doch Besitz der Sowjetregierung seien. Es ist nicht schwer, aus diesem, wenn auch harmlosen Zwischenfall die Absichten der Sowjetregierung in Jerusalem zu erkennen. Heute stehen sich in Jerusalem zwei Armeen gegenüber, getrennt durch einen Stacheldraht, Schützengräben und einen Waffenstillstandsvertrag. Es besteht also immer die Gefahr, daß die friedlichen Zustände von heute plötzlich ein Ende finden könnten, denn auf beiden Seiten gibt es Elemente, die im Kriege noch eine heroische Tat sehen.
Die Stadt selbst ist geteilt, und es ist oft schwerer, von der jüdischen „Zone" in die arabische zu gelangen, als von einem der beiden Teile nach Europa zu reisen. Zudem sind beide Teile in der Gewährung des freien Zugangs zu den heiligen Stätten, von dem ja immer wieder die Rede ist, weiter und weiter abgerückt. Von einem freien Zugang kann heute in keiner Weise die Rede sein.

Dringlichkeit der Internationalisierung

Es wäre eigentlich durch diese Tatsachen genügend Grund gegeben, der Stadt wirklich ein internationales Statut zu geben, um sie der Welt zu erhalten. Jerusalem ist schließlich Heiligtum dreier Religionen und nicht nur eine nationale Hauptstadt.
Es ist immer wieder die Rede davon, daß die Bevölkerung der Stadt ein internationales Regime nicht wünsche. Das ist nicht ganz richtig. Gewiß ist ein Gutteil der jüdischen Bevölkerung heute so national gesinnt, daß sie eine nicht israelische Regierung bereits als Fremdherrschaft ansehen würde. Die arabische Bevölkerung aber dürfte in keiner Weise gegen ein internationales Statut sein, da sie wirtschaftlich davon nur profitieren würde (wie übrigens die jüdische Bevölkerung auch). Man darf nicht vergessen, daß das Statut der UNO eine „Jerusalem"-Regierung vorsieht, d. h. die Verwaltung des Staates würde in den Händen der Bevölkerung liegen. Lediglich die Kontrolle über die Wahrung des Statuts würde von der UNO ausgehen.
Schließlich würde die Internationalisierung, wenn sie jemals durchgeführt werden sollte, beweisen, daß der Mensch nicht nur unter einer nationalen Fahne glücklich und in Frieden leben kann. In Jerusalem würde sie zum Beweis der Möglichkeit einer Völkerverständigung werden.
Heute läßt sich unmöglich sagen, ob die Pläne der UNO jemals verwirklicht werden können. Auch die jetzige Vollversammlung, welcher wiederum neue Pläne unterbreitet werden, wird wahrscheinlich keine befriedigende Lösung, d. h. eine solche, die sich verwirklichen läßt, finden. Ob Jerusalem jemals eine Stadt des Friedens wird, ist höchst unsicher. Aber immerhin besteht noch die Hoffnung, daß sich irgendwann auch in Jerusalem die Vorbedingungen durchsetzen werden, die zur Erhaltung des Friedens notwendig sind.

Die Lage in China

Es scheint, als habe China plötzlich das Geschick der Menschheit in Händen. Wenn wir die Welt in zwei „Blocks" gespalten sahen, so meinten wir bis vor kurzem mit dem „Block der westlichen Welt" die Vereinigten Staaten von Amerika und, an sie angelehnt, die Länder Westeuropas, mit dem „Block der östlichen Welt"

Rußland und seine osteuropäischen Satellitenstaaten. Als China unter die Herrschaft der chinesischen Kommunisten kam und zur „Volksrepublik China" wurde, neigten wir sogleich dazu, es als einen neuen, wenn auch großen Satellitenstaat anzusehen, der von nun an die sowjetische Macht unterstützen werde. Daß China durch seine Größe und seine Rußland weit übertreffende Bevölkerungsmasse allerdings eine besondere Rolle in der Gruppe des „Ostblocks" spielen könne, war von Anfang an klar. Bei den äußerst widerspruchsvollen Berichten, die die westliche Welt aus China erhält, ist es aber bis heute noch völlig undeutlich, welchen Charakter, welche Macht und welche Selbständigkeit dieses neue China besitzt. Vielleicht wird sich das offenbaren, wenn es durch die Verhältnisse in der asiatischen Welt genötigt (oder verführt) wird, handelnd einzugreifen; vielleicht aber bleibt es trotz dieses handelnden Hervortretens in seinem eigentlichen Wesen für uns undurchsichtig. China hat ein tiefeingewurzeltes Nationalgefühl. Es hat jahrhundertelang alles Fremde völlig von sich fern gehalten, weil es das Fremde verabscheut; es hat das Eindringen der westlichen Welt mit Widerwillen ertragen und macht sich jetzt von ihr wieder frei — die Auflehnung gegen die Fremden ist ja ein wichtiges Moment in allen kommunistischen Aufständen Asiens, das ihnen zugleich den Charakter der nationalen Erhebung gibt. Ist es anzunehmen, daß China mit seinen 500 Millionen Einwohnern, seinem starken Nationalgefühl, seinem alten Selbstbewußtsein sich jetzt freiwillig der, sei es auch nur ideellen, Herrschaft eines anderen, wiederum fremden Volkes, der Russen, beugen werde? In der Spannung zwischen Ost und West steht die chinesische Volksrepublik an der Seite der Sowjetunion. Aber wir sind heute noch völlig außerstande zu erkennen, ob sie es als „Satellit" tut, ob sie von Moskaus Direktiven abhängt, oder ob sie vielleicht ihrerseits Rußland benutzt, um ein eigenes Ziel zu erreichen. Ohne die Hilfe eines hochindustrialisierten Landes kann China sein Erneuerungsprogramm nicht durchführen; es braucht Maschinen und Ingenieure. Tschang Kai-schek hatte diese Hilfe bei den Westmächten gesucht; aber er hat sich seine Ideale nicht rein erhalten können und ist mehr und mehr der Korruption einer bestimmten Clique erlegen, bis er schließlich nur noch mit der Stütze der Fremden gegen sein eigenes Volk stand. Mao Tse-tung braucht die Hilfe Rußlands. Er muß für diese Hilfe zahlen durch Unterstützung der sowjetischen Politik und sicher auch durch allerlei Maßnahmen seiner Innenpolitik; aber ist das sein letztes Wort? Ist jener „demokratische Vorsozialismus", aus dessen Geist er das uralte Bauernland neu organisieren will und den er als „Vorstufe" zu einem später durchzuführenden echten Kommunismus bezeichnet, wirklich nur ein Durchgangsstadium? Jedenfalls unterscheidet sich Maos Regime in wesentlichen Punkten von allen anderen kommunistischen Herrschaftsformen, wie wir sie in der osteuropäischen Welt sehen. Wir haben darüber schon früher in der Herder-Korrespondenz berichtet (vgl. Jhg. 4, Heft 3, S. 122—124 und Heft 8, S. 379—382). Inzwischen ist ein weiteres gutes halbes Jahr vergangen, und die Berichte aus dem Neuen China sind immer noch ebenso widerspruchsvoll. Auf der einen Seite hört man immer öfter von der Zuziehung russischer Techniker und Theoretiker bei der Neugestaltung des Landes. Auf der anderen Seite scheinen die Verwirklichungen immer stärker einen Geist der Mäßigung aufzuweisen. Ist das erstere dem Einfluß einer radikalen Gruppe zuzuschreiben, die, wie manche meinen, Mao aus seiner ausschließlichen Führerstellung zu verdrängen trachtet, Mao, dessen Geist sich eben in jener Mäßigung ausdrückt, die das Korrelat eines sehr chinesischen Realismus ist? Oder ist die Situation eine rein taktische? Wenn China heute das Zünglein an der Waage zwischen Ost und West, ja zwischen Krieg und Frieden ist, was für ein China ist es denn eigentlich? Wir können diese Frage noch nicht beantworten; aber es ist klar, daß alles, was wir aus China vernehmen, für uns eine ganz unmittelbare Wichtigkeit besitzt.

Das Neue China und das Christentum

So vorsichtig wie über alle anderen Verhältnisse im Neuen China müssen wir über sein Verhalten gegenüber dem Christentum urteilen. Es erscheint heute als eine schwere Belastung für die christliche Mission in fast allen Missionsländern, daß sie mit der Herrschaft der weißen Rasse verquickt ist. Das kompliziert in China das Verhalten der neuen Machthaber gegenüber den christlichen Missionaren in negativer Richtung. Gegenüber der Religion als solcher dagegen scheint das Verhalten so unentschieden zu sein wie vieles andere. Auf der einen Seite existiert die schroffe marxistische Ablehnung jeder Religion, auf der anderen Seite scheint die chinesische Wirklichkeit immer deutlicher aller Gewaltanwendung und Schroffheit abgeneigt. Die Lage der christlichen Missionen ist in den einzelnen Provinzen durchaus verschieden; ob das an regionalen Machthabern liegt, die mehr oder weniger streng marxistisch denken, ob an der jeweiligen räumlichen Nähe oder Ferne von der Sowjetunion und ihrem dementsprechenden Einfluß; ob es Ausdruck einer stufenweisen Entwicklung ist — die aber keineswegs auf allmähliche Straffung der Zügel auszugehen scheint, sondern durch die im Gegenteil schon gestraffte Zügel wieder gelockert werden —, das können wir wohl kaum beurteilen. Insbesondere aber muß man stets daran denken, daß viele Maßnahmen sich nicht gegen den Gläubigen, sondern gegen den Ausländer, gegen den Fremden richten.

„La France Catholique" hat am 15. September 1950 einen Überblick über die Lage der christlichen Mission in den einzelnen chinesischen Provinzen gegeben. Die geschilderten Verhältnisse sind die bis etwa Mitte August 1950 bestehenden. Danach war die Lage bis dahin die folgende: in der *Nordmandschurei* war die Kirche fast völlig zerstört. In den Städten war ein gewisses Apostolat noch möglich, auf dem Land dagegen waren alle Kirchen und Missionsgebäude beschlagnahmt, und missionarische Tätigkeit konnte nur noch im geheimen ausgeübt werden. In der *Südmandschurei* war die Lage etwas besser.

In der *Mongolei* bestanden Schulen, Krankenhäuser und Seminare weiter, und das Apostolat war ziemlich ungestört.

In *Nord- und Mittelchina* konnte das Apostolat in den Städten praktisch unbehelligt weiter ausgeübt werden; jedoch war die Lage auf dem Land, wo die Priester in Hausarrest gehalten werden, Kirche und Schulen enteignet worden sind, sehr traurig.

In den *inneren Provinzen des Westens* schien noch alles unverändert wie früher zu sein. Die Missionen hatten kaum zu leiden und arbeiteten unbehelligt.

In *Südchina* war die Lage uneinheitlich. Manche Missionen hatten zu leiden, andere nicht. Auch an der *Südostküste* konnte die religiöse Arbeit ohne zu große Schwierigkeiten fortgeführt werden, wenn die Priester auch in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt waren und die Schulen den neuen Verhältnissen angepaßt werden mußten.

Man kann also, außer in der durchaus unter russischem Einfluß stehenden Mandschurei, nicht von einer durchgängigen und konsequenten Verfolgung des Christentums sprechen. Im Gegenteil hatte sich — so sagte jener Bericht, der vorzugsweise auf Meldungen der Agenzia Fides beruht — eine gewisse Toleranz für alle jene Priester herausgebildet, die als Arbeiter lebten, und das waren fast alle. Schwierigkeiten bestanden vor allem im Unterrichtswesen, das, wie in allen kommunistischen Staaten, im Neuen China eine Angelegenheit ausschließlich des Staates werden soll. Diese Schwierigkeiten haben sich inzwischen grundsätzlich verschärft. Davon weiter unten. Dagegen besteht in der chinesischen Volksrepublik bisher noch eine erstaunliche Pressefreiheit, so daß die Presse vielleicht das wirksamste Mittel des Apostolats zu werden bestimmt ist.

Die Lage der caritativen Anstalten

Außerdem scheinen aber auch die Caritaswerke ungehindert weiter arbeiten zu dürfen, soweit sie nicht durch finanzielle Schwierigkeiten von sich aus ihre Einrichtungen schließen müssen. Der NCWC News Service meldet aus Tokio vom 13. November, daß von den 254 katholischen Waisenhäusern, die 1948 in China bestanden, 60 wegen finanzieller Schwierigkeiten geschlossen worden und die Kinder von wohltätigen Familien aufgenommen worden sind; die übrigen 194 Anstalten bestehen jedoch weiter. Alle Leprosarien bestehen weiter. Etwa 120 katholische Werkstätten arbeiten weiter unter der Leitung von Missionaren und Missionsschwestern. Sechs Pflegerinnenschulen, die in Verbindung mit katholischen Krankenhäusern arbeiten, bestehen fort und werden von den Schwierigkeiten, unter denen andere Schulen zu leiden haben, nicht betroffen. Von den acht großen, wohlorganisierten Gewerbeschulen, die Ende 1949 bestanden, hat nur die in Schanghai ihre Tätigkeit eingestellt; zwanzig kleinere Gewerbeschulen konnten sogar seit der Unterstellung unter das kommunistische Regime neu eröffnet werden. Auch haben viele Seminarien in China Gewerbekurse für ihre Studenten eingerichtet.

196 Krankenhäuser mit Platz für 81 628 Kranke und 4 262 alte Leute haben mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen infolge ihrer verringerten Zuschüsse und der Steuerauflagen. Etwa zehn Krankenhäuser und neun Hospize haben aus finanziellen Gründen geschlossen werden müssen; von einem Krankenhaus wird berichtet, es sei „übernommen" worden.

Außerordentlich zugenommen haben die Apotheken. Fast jede Pfarre mit einem ständigen Missionar hat eine kleine Apotheke eröffnet. Vor allem wirksam sind die Wanderapotheken, die von einem Missionar oder einer Schwester, ausländischen sowohl wie einheimischen, von Haus zu Haus zu den Kranken hingetragen werden, wobei sich der direkte menschliche Kontakt zwischen dem Missionar und dem Volk in Stadt und Land am selbstverständlichsten herstellt. Viele Konversionen sind unmittelbar aus diesem Kontakt hervorgegangen. Die Meldung aus Tokio sagt, es sei erlaubt anzunehmen, daß sich die 781 im Jahre 1948 registrierten Apotheken bis Ende 1950 verzehnfacht haben. Sie sind gut organisiert und imstande, alle Krankheiten zu behandeln, die keinen Krankenhausaufenthalt erfordern. Nach den letzten Meldungen werden diese Apotheken von 80 000 Personen im Monat beansprucht.

Die neue Schulverwaltungsgesetzgebung

Seit Mitte August hat sich die Lage der christlichen Missionen in China vielleicht grundlegend durch die neue Schulgesetzgebung geändert. Diese Gesetzgebung ist darauf angelegt, das gesamte mittlere und höhere Schulwesen nach und nach ausschließlich in die Hand der Regierung zu bringen. Wahrscheinlich handelt es sich hier ebensosehr darum, die Leitung aller, auch der bisherigen Privatschulen in chinesische Hände zu bringen und sie den ausländischen Missionaren abzunehmen, wie darum, die religiöse Erziehung zu unterbinden. Kurse in marxistischer Weltanschauung mußten schon seit längerer Zeit auch an Missionsschulen und christlichen Universitäten gehalten werden, wozu besondere Lehrkräfte bereitgestellt wurden. Religionsunterricht durfte nicht während der Schulstunden, an vielen Orten nicht im Schulgebäude erteilt werden. Die neue Gesetzgebung ändert an diesen Bestimmungen nichts. Religionsunterricht außerhalb der Schule kann aber auch jetzt noch weiter gegeben werden. Die Schulen jedoch sollen von Chinesen geleitet werden.

Am 14. August erließ das Erziehungsministerium ein Dekret über die „Vorläufige Regelung der Verwaltung der privaten Erziehungsanstalten", in dem festgelegt wird, daß Privatschulen in finanziellen Schwierigkeiten Unterstützung von der Regierung erhalten können, „wenn sie nützliche Arbeit leisten". Private Mittelschulen müssen sich neu registrieren lassen. Sie dürfen Religionsunterricht nicht als Pflichtfach geben und ihre Schüler nicht zur Teilnahme an Gottesdiensten und religiöser Betätigung verpflichten.

Jedenfalls darf aber die Verwaltung der Finanzen und allen Eigentums nur in der Hand von Chinesen liegen.

Da der Unterricht in allen Schulen nach den offiziellen Lehrbüchern zu geschehen hat, erhalten die Kinder also auch in den von den katholischen Missionen geleiteten Schulen nun einen Unterricht auf der Grundlage einer materialistischen Weltanschauung; man sagt ihnen in der Schule, Gott existiere nicht. Für katholische Eltern ist es unter diesen Umständen sehr schwer, ihre Kinder im Glauben zu erziehen. Doch garantiert die chinesische Gesetzgebung Freiheit der Religion, und die örtlichen Behörden haben schon öfter, wenn von irgendwoher Maßnahmen gegen die Ausübung dieses Rechts versucht wurden, die unter Druck Gesetzten tatsächlich in Schutz genommen, so daß der bedrohte Religionsunterricht außerhalb der Schule weiter erteilt werden konnte. Es ist schwer zu entscheiden, ob sich darin die Überzeugung des Kommunisten ausdrückt, die Religion werde, als überholt, mit der Zeit von selbst verschwinden, oder ob darin das Geltenlassen des anderen, das an sich dem chinesischen Charakter entspricht, zum Ausdruck kommt.

Es ist selbstverständlich, daß die Katholiken irgendwie gegen die Gefahren dieses Zustandes reagieren müssen.

Als am wirksamsten hat sich die Organisation der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Laienkatecheten in ganz kleinen Gruppen erwiesen. Die Jugendgruppen sollen nicht mehr als zehn bis zwölf Mitglieder umfassen; in dieser kleinen Gemeinschaft bildet sich das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Gläubigen und damit zu Gott am sichersten.

Die Übernahme der katholischen Fu Yen-Universität durch den Staat

Die erste wichtige katholische Position, die auf Grund dieser neuen Gesetzgebung verloren ging, ist die Fu Yen-Universität in Peking. Die kommunistische „New China News Agency" hat am 14. Oktober mitgeteilt, daß kommunistische Autoritäten die von den amerikanischen Patres vom Göttlichen Wort geleitete Fu Yen-Universität übernommen hätten. Als Grund wurde angegeben, daß die Patres einerseits fünf ihnen zugeteilte „progressive" Professoren nicht hätten anstellen und ihren Unterricht den fortschrittlichen Richtlinien nicht hätten anpassen wollen und daß die Universität anderseits seit August keine Geldmittel mehr von ihren ausländischen Geldgebern erhalten hätte und daher finanzieller Unterstützung bedürfe. In der Tat wurde die Fu Yen von amerikanischen Geldern erhalten, die seit einiger Zeit stark gekürzt gewesen zu sein scheinen. Die Fu Yen besteht seit 26 Jahren und gehört zu den bedeutendsten Hochschulen Ostasiens. Was wird aus ihr unter der neuen Verwaltung werden?

Die Meldung der „New China News Agency" sagt, Religionskurse seien auch künftig an der Fu Yen-Universität als freie Vorlesungen erlaubt; auch würden einige Priester als Professoren bleiben. Mit Bezug auf die Fu Yen hat der chinesische Erziehungsminister bekannt gegeben, daß es Ausländern nicht erlaubt sei, neue Schulen in China zu gründen, daß aber die bereits bestehenden weiterbestehen bleiben dürften. Vom 28. Oktober wird dann aus Tokio (nach NCWC News Service) gemeldet, die Regierung habe nun einen offiziellen Erlaß herausgegeben, in dem die Richtlinien angegeben seien, nach denen die Fu Yen künftig geleitet werden solle. Darin heißt es: „Die Beziehungen zwischen der Kirche und Fu Yen (unter der neuen Regierungskontrolle) können nur fortbestehen, wenn die erstere die Geldmittel beschafft und für die wahlfreien Religionskurse sorgt. Sie hat nichts mit der Verwaltung der Schule oder anderen sie betreffenden Dingen zu tun, da das eine Verletzung des Allgemeinen Erziehungsprogramms und der Erziehungspolitik und -gesetzgebung der Regierung bedeuten würde."

In dem Erlaß werden dann „einige fundamentale Prinzipien" über die Organisation des Erziehungswesens angegeben:

„1. In einem unabhängigen demokratischen Land können Ausländer keine Schulen eröffnen, außer solchen, die ausländische Immigranten zur Erziehung ihrer eigenen Kinder errichten.
2. Missionsschulen, die von Ausländern im alten China errichtet worden sind und die schon seit vielen Jahren bestehen, dürfen vorläufig weitergeführt werden unter der Bedingung, daß sie das Allgemeine Programm der politischen Volkskonsultativkonferenz Chinas und die Erziehungspolitik und -gesetzgebung des Landes genau befolgen. Aber die Zentralvolksregierung behält sich das Recht vor, sie unter ihre eigene Leitung zu übernehmen, wenn die Umstände es erfordern sollten. Unter keinen Umständen ist es erlaubt, neue Schulen dieser Art zu errichten.
3. Religion und Erziehung sind zwei verschiedene Dinge, die strikt voneinander getrennt werden müssen, so daß keine Mißverständnisse oder Verwirrungen irgendwelcher Art entstehen können. Religiöse Betätigungen wie Gebet, Lesen heiliger Schriften usw. sind in den Klassenräumen der Schulen nicht gestattet.
4. Religionskurse können an von Kirchen gegründeten Universitäten und Akademien gehalten werden, aber sie müssen wahlfrei sein, und die Kirchen dürfen ihre Studenten nicht zwingen oder locken, an diesen Kursen teilzunehmen.
5. Die „provisorischen Anordnungen für Höhere Schulen" und die „provisorischen Regeln betreffs der Leitung privater Hochschulen", die kürzlich vom Erziehungsministerium der Zentralvolksregierung herausgegeben worden sind, sind Verordnungen, die von allen privaten Universitäten und Akademien des Landes befolgt werden müssen."

Aus Tokio wird (nach NCWC News Service) vom 20. November gemeldet, daß nach der Übernahme der Leitung der Fu Yen-Universität durch die Regierung des Neuen China fünf Priester, sechs Schwestern und fünf Laienprofessoren von ihrem Rang als Mitglieder des Fakultätskorps hätten zurücktreten wollen. Dieser Austritt war als Protest gegen die Übernahme der Universität durch die Regierung und als Ausdruck der Meinung gedacht, daß die Fu Yen von jetzt ab nicht mehr als katholische Universität betrachtet werden könne. Auf die wiederholten dringenden Bitten der katholischen Studentenschaft, der Professoren und Arbeiter, zu bleiben und ihre geistliche Betreuung nicht aufzugeben, haben sie ihren Entschluß wieder aufgegeben. Sie haben sich aber zusichern lassen, daß sie ihre wahlfreien Religionskurse weiter halten können und haben gegen die Übernahme protestiert. Es ist den Priestern und den Schwestern für den Fall, daß sie bleiben, auch zugesichert worden, daß sie in ihren eigenen Wohnungen bleiben können.

Nach der Übernahme der Fu Yen-Universität durch die Regierung sind nun noch zwei katholische Universitäten in katholischen Händen in China übrig: die Tsinku-Universität in Tientsin und die Aurora-Universität in Schanghai. Sie haben zusammen ungefähr 1400 Studenten.

Von dem Dekret werden ebenso die protestantischen Hochschulen in China betroffen: die Nanking University, das Gingling College in Nanking und die West China University in Schanghai.

„Allchinesisches christliches Gemeinschaftskomitee"

Für die nichtkatholischen christlichen Körperschaften in China scheint die Verständigung mit dem neuen Regime bedeutend einfacher als für die katholische Kirche. Eine Anzahl von ihnen ist offiziell auf die Seite der Volksregierung getreten und entfaltet nun eine lebhafte Tätigkeit, die in der kommunistisch-chinesischen Presse breiten Raum einnimmt. Die protestantischen Kirchen Chinas sind bereits seit 14 Jahren zusammengeschlossen zu einem „Allchinesischen christlichen Gemeinschaftskomitee", das kürzlich seine jährliche Tagung in Schang-

hai abgehalten hat. Es nennt sich von jetzt ab, unter Billigung der kommunistischen Regierung, „Konferenz der chinesischen christlichen Führer". Nach einer Meldung der „New China News Agency", die die „Neuen Zürcher Nachrichten" am 11. November wiedergegeben haben, ist das Komitee bei der diesjährigen Konferenz zunächst gründlich „gesäubert" worden und hat dann Frau Dr. Wu Yi-fang, eine bekannte Parteigängerin Moskaus, zur Vorsitzenden ernannt. Frau Wu gehört dem protestantischen Gingling College an, das bisher die Missionsschulen gestützt hat. Die Konferenz nahm einen Fünfjahresplan an „zur Schaffung einer wahrhaft freien christlichen Bewegung in China, getrennt von ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit dem Westen". Den „Neuen Zürcher Nachrichten" zufolge bildete den Hauptpunkt der Beratung „die Reformierung der christlichen Kirchen" in China. Einstimmig wurde die von den Kommunisten im Juli 1950 geschaffene „Deklaration der Vereinigten Christen" gebilligt, die besonders den amerikanischen Imperialismus als Gefahr erklärt. Sie fordert die chinesischen christlichen Körperschaften dringend auf, eine administrativ unabhängige, autonome, finanziell selbständige und mit eigenem Kultus wirkende Kirche zu errichten. Die Konferenzführer gelobten, die Peking-Regierung voll zu unterstützen. An Mao Tsetung wurde eine Respekt-Botschaft gesandt. Bereits im Mai hatte der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai vor einer Besucherdelegation in Schanghai sein Programm einer unabhängigen christlichen Bewegung entwickelt. Er sah in den christlichen Missionaren Werkzeuge zur Verbreitung eines westlichen Imperialismus und forderte die chinesischen christlichen Organisationen auf, sich von ihnen zu lösen. Nach Berichten aus Hongkong, so fahren die „Neuen Zürcher Nachrichten" fort, ist eine nationale Werbung größten Ausmaßes im Gang, um Unterschriften für diese „Deklaration der Vereinigten Christen" zu gewinnen. Mehr als tausend Christen der Mandschurei sollen unterzeichnet haben, in den größeren Städten werden Diskussionsgruppen gebildet zum Studium der Reform der christlichen Kirche. „Catholic Herald" teilt am 17. November mit, daß 6000 Unterschriften in Schanghai, 400 in Chungking zusammengekommen sind. In Harbin, Wuhan, Fukien, Peking haben Versammlungen stattgefunden, auf denen die offizielle Zustimmung zu den Programmpunkten der Deklaration verkündet wurde. Auch „Christian Century" berichtet in seiner Nummer vom 15. November von einem Manifest, ohne es näher zu bezeichnen, das aber vermutlich das gleiche ist, und zitiert daraus. Es heißt da, es rufe alle chinesischen Christen auf, „mitzuhelfen, gewisse fundamentale Grundsätze zu verwirklichen". Diese wären: Stützung der Regierung, Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus und eventueller Verzicht auf alle finanzielle Unterstützung vom Ausland. Das Dokument erklärt, die Kirchen müßten „alle christlichen Mitglieder instand setzen, die von den Imperialisten in China begangenen Verbrechen klar zu erkennen und die Tatsache hinsichtlich der Art und Weise kennen zu lernen, wie die Imperialisten in China die Kirche für ihre Interessen benutzt haben ... Sie müssen zur Wachsamkeit gegenüber dem Imperialismus angehalten werden, insbesondere gegenüber den Intrigen der amerikanischen Imperialisten, die reaktionäre Kräfte in China auf dem Wege über die Religion an die Macht bringen wollen". Um dieses Programm durchzuführen, sollen die Kirchen „konkrete Pläne ausarbeiten, die sie instand setzen sollen, sich in naher Zukunft selbst erhalten zu können". Diese Erklärung sei von hervorragenden Christen unterzeichnet, die z. T. mit Namen genannt werden: eine große Zahl von Leitern der YMCA und YWCA, der Quäker und der wichtigsten Denominationen in China. „Christian Century" sieht in diesem Manifest die Parallele zu Entwicklungen in osteuropäischen Satellitenstaaten — vielleicht den einzig möglichen, aber einen tragischen Schritt der chinesischen Protestanten.

In den Lehrbüchern ist inzwischen die englische Sprache durch die chinesische ersetzt worden. An verschiedenen christlichen Universitäten sind die Vorlesungen in englischer Sprache verboten worden. Chinesisch wurde als ausschließlich zulässig erklärt.

Doch sind nicht nur die protestantischen Gruppen im Neuen China angesprochen. Eine von der offiziellen Agentur in Peking im September veröffentlichte Erklärung gegen den amerikanischen Imperialismus ist von bedeutenden Persönlichkeiten des Protestantismus, des Buddhismus und des Islam unterzeichnet. Der Text schloß auch die Katholiken in den Protest mit ein, obwohl kein Katholik unterzeichnet hat. Er besagte: „Wir von den verschiedenen religiösen Organisationen in Peking, Buddhisten, Protestanten, Katholiken und Mohammedaner, protestieren gegen die Invasion der amerikanischen Imperialisten in Formosa und Korea." Ähnliche Erklärungen sollen die Protestanten in Kwangtung abgegeben haben. Es heißt auch, daß religiöse Gruppen in China den Stockholmer Appell unterzeichnet haben. „New China News Agency" sagt, er sei „unterzeichnet worden von christlichen, buddhistischen und mohammedanischen Führern". „Catholic Herald" sagt dazu (17. 11. 1950), es scheine sicher, daß die kommunistische Regierung beschlossen habe, diese religiösen Gruppen eine Rolle in der neuen chinesischen Regierung spielen zu lassen. Die katholische Kirche scheine absichtlich nicht erwähnt zu werden, wo es sich um Betätigungen handle, die die volle Billigung der Regierung fänden. Schon beim ersten Zusammentreten des Politischen Volkskonsultativrats im Oktober 1949, dessen Zweck es war, die Bildung der Chinesischen Volksregierung vorzubereiten, wurden die Sitze für „religiöse Körperschaften" nur Protestanten, Buddhisten und Mohammedanern angeboten und von diesen angenommen.

Was geschieht wirklich?

Es ist nicht ganz einfach, diese Meldungen zu interpretieren. Für die protestantischen Kirchen in China besteht an sich kein Grund, warum sie sich nicht von ihren westlichen Mutterkirchen lösen und selbständig organisieren sollten; ja selbst die katholische Kirche könnte sich ohne Einbuße des Glaubens und Verletzung des Gehorsams „von ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit dem Westen trennen", wenn es sich nur um die Sphäre der Organisation handelte. Was wäre verständlicher als der Wunsch, die christliche Lehre nur in der eigenen Sprache gelehrt zu bekommen?

Wir kennen die großzügigen Erklärungen der europäischen sowjetischen Satellitenregierungen gegenüber der Religion und den Kirchen, wo dann die Praxis ganz anders aussieht. In China scheint es jedoch anders zu

sein. Fast möchte man sagen, in China sei es gerade umgekehrt: die offiziellen Erklärungen könnten viel strenger ausgelegt werden, als sie es dann tatsächlich werden. So erfahren wir mit Staunen, daß von den acht Priesterseminaren, die 1948 geschlossen worden sind, drei wieder aufgemacht werden konnten. Ein Bischof aus Westchina berichtet (laut Internationalem Fidesdienst vom 28. Oktober 1950) ebenfalls, daß in seiner Diözese im November 1949 ein neues Kleines Seminar eröffnet werden konnte, gegen das bisher nichts unternommen worden ist. Kipa teilt mit (23. November 1950), daß der Priesternachwuchs sich in China gegenwärtig auf 4056 Anwärter belaufe, wovon 3629 auf den Weltklerus entfallen (zum Vergleich ist die Zahl der neugeweihten Weltpriester 1948 mit 3321 und 1940 mit 6502 angegeben). Der eben erwähnte westchinesische Bischof berichtet weiter, er habe auch einen Lehrkurs für Laienkatechetinnen im Jahre 1950 eröffnen können, ebenso sei Zuwachs an einheimischen Schwestern zu verzeichnen.

Daß die kleinen Pfarrschulen, in denen Kinder in der Religion unterwiesen wurden, fast überall eingegangen sind — was allerdings der schwerste Verlust für die Missionierung ist —, beruht auf den finanziellen Schwierigkeiten, deren die christlichen Gemeinden in China, seit sie nicht mehr von den Geldern der Missionen getragen werden können, noch nicht haben Herr werden können. In der Armut der Christen liegt wohl überhaupt die größte Schwierigkeit für die Ausbreitung des Christentums in China, wenn es von der westlichen Welt abgeschnitten ist: es fehlt das Geld für alle jene Einrichtungen, durch die die christliche Mission zu wirken pflegte. Die Regierung der chinesischen Volksrepublik hilft hier natürlich in keiner Weise. Sie scheint die Religion nicht wichtig genug zu finden, um gegen sie ernstlich vorzugehen, aber sie hält sie für überflüssig (bei einer Klassifizierung der verschiedenen Stände nach ihrem Nutzen für die Nation, die die kommunistische Presse in China im vorigen Sommer veröffentlicht hat, stehen die Missionare an letzter Stelle: Soldaten, Arbeiter, Bauern, Beamte, Handwerker, Intellektuelle, freie Berufe, Kaufleute, Prostituierte, Missionare). Hat das Christentum in China die Kraft, in dieser Armut zu leben und sie etwa gar in einen neuen Antrieb zu verwandeln?

Der katholisch-soziale Gedanke im Staat und in der Gesellschaft in Mexiko und Argentinien

Die soziale Auseinandersetzung in Lateinamerika scheint sich zwischen zwei Extremen zu bewegen. Einerseits äußern sich vornehmlich in den Ländern des Karibischen Raumes, der anscheinend am stärksten von der angelsächsischen Nachbarschaft und den dortigen selbständigen geistigen Regungen beeinflußt wird, starke Ansätze zur Selbsthilfe, zur Organisation der wirtschaftlich-sozialen Stärkung ohne Zuhilfenahme des Staates und seiner Organe, wie wir in unserm vorigen Heft S. 144 ff. dargestellt haben. Anderseits treffen wir in den Außenländern des gewaltigen lateinischen Kulturblocks, in Mexiko und Argentinien, einen ausgesprochenen Staatssozialismus, der die Spannungen zwischen Unternehmern und Besitzenden einerseits und Arbeitern und Proletariern andrerseits auf gesetzlichem Wege zu mindern und zu leiten sucht.

Mexiko

In Mexiko haben die rund vier Jahrzehnte sozialer Kämpfe zuerst eine Unterdrückung und dann eine beharrliche starke Zurücksetzung der katholischen Kirche mit sich gebracht. Hier wurde ein areligiöser Fürsorgestaat geschaffen, der seine marxistisch-linksradikale Herkunft nicht verleugnet. Die Schäden, die in Mexiko aus der sozialistischen Staatswirtschaft und dem Kirchenkampf gerade für die hispanische Kultur und das soziale Gefüge des Volkes immer unverhohlener zutage traten, riefen jedoch energische Abwehrkräfte auf den Plan. Als eine der zukunftsreichsten Sozialbewegungen Lateinamerikas erscheint so Mexikos „Sinarchismus", eine Vereinigung, die seit fast eineinhalb Jahrzehnten „mit Ordnung" (das bedeutet der Name) eine gegliederte Lebensform des Volkes anstrebt. Sie hat dabei gegen die linksradikalen Nivellierungstendenzen im Gesellschaftlichen, gegen die kollektive Agrarreform und gegen die staatliche Korruption im Wirtschaftlichen zu kämpfen. Am 23. Mai 1937 wurde diese Bewegung in der Stadt León im mexikanischen Staate Guanajuato gegründet. Ihre Anhänger und Vorkämpfer sehen in ihr, wie Lic. C. Alvarez in einem Aufsatz „El Alma Franciscana del Sinarquismo Mejicano" in der spanischen Zeitschrift „Fomento Social" IV/16, 1949, sagt, „die aufstrebendste staatsbürgerlich-soziale Bewegung Amerikas". Seit 1938 sammelt die Wochenzeitung „El Sinarquista" die Kleinbauern und Landarbeiter des Landes; sie erreicht dabei die größte Auflageziffer aller einheimischen Publikationen. Die idealen christlichen Ziele dieser Massenbewegung, die bald eine Million Anhänger hatte, wurden auch dann nicht bezweifelt, als sie die faschistischen Werbemethoden des eigenen Grußes, der Aufmärsche und der Versammlungen getreu nach europäischem Vorbild aufnahmen. Erst seit 1944, als Parteigänger des Sinarchismus auf den Präsidenten Camacho, als auf den Repräsentanten des ungerechten Staates, ein Attentat verübten und damit unverantwortlicherweise das zentrale Prinzip der Gewaltlosigkeit verrieten, wurde die Lage gespannt. Im gleichen Jahre spaltete sich die zu breit gewordene Bewegung; die im Vergleich zu den Rebellen zurückhaltenderen, aber immer noch reichlich ungeduldigen Sinarchisten taten sich zu einer Wählerbewegung zusammen, um der Kirche und dem christlichen Volke über das Parlament die verfassungsmäßigen Rechte zu erkämpfen. Doch auch als die radikalen Führer Calles und Cardenas in der national-revolutionären Linksregierung von gemäßigteren Führern abgelöst wurden, blieb die Haltung der Regierung gegenüber der christlichen Bewegung so mißtrauisch, daß die sinarchistische Wählervereinigung „Fuerza Popular" 1949 als konfessionelle Parteibildung und wegen des Verdachts der Verbindung mit der spanischen Falange verboten wurde. Die reinen Idealisten, die in der sinarchistischen Bewegung eine Art amerikanischer Franziskusnachfolge des 20. Jahrhunderts sehen wollen, haben diese Maßnahme mit Jubel begrüßt, weil sie die ursprünglichen Ziele: allgemeine Rückkehr zur Religion, Reform der Landesverfassung in Richtung auf eine katholische Rehabilitierung und Gesellschaftsreform

auf privatwirtschaftlicher Grundlage, nach einer politisch überhitzten Periode wieder rein herauskommen sehen. Opfergesinnung, Milde, Reinheit werden siegen, „denn der Sinarchismus ist vor allen Dingen franziskanisch, er bedeutet Freiheit, Ordnung, Bruderschaft, Gerechtigkeit, Kampfgeist und Liebe, er wird Mexiko verwandeln und sein Jahrhundert bestimmen" (Lic. Alvarez). Die kommunistische Revolution hat die Ordnung vernichtet, nun soll sie gewaltlos und in Armut wiederhergestellt werden. Der Besitz aber hat eminent soziale Aufgaben: Familienlohn, Sozialversicherungen und Gewinnanteil der Arbeiter sind seine selbstverständlichen Auflagen.

Die Hauptaufgaben der heutigen zweiten Phase der Bewegung, nachdem Sammlung und Aufbau der „Sinarchistischen Union" als abgeschlossen gelten dürfen, liegen bei der Landwirtschaft. Hier gilt es, die kollektivistische Staatswirtschaft der Revolutionen, das gemeinschaftliche „Ejido"-System durch geschulte landwirtschaftliche Kleinbesitzer abzulösen. Parallelen zu dem christlichen Distributivismus Chestertons und Bellocs in England, der sich in Kanada und Australien als segensreich erwiesen hat, sind unverkennbar. Hunderttausende von Pesos wurden schon für Urbarmachungen, Straßenbau, Schulbauten aufgewendet. Ein großer landwirtschaftlicher Nationalkongreß wurde durchgeführt. Man bemüht sich, im Volk das Gefühl für den Wert und die Würde der Arbeit zu wecken und damit den zerstörenden Ideen des halbkommunistischen Gewerkschaftsführers für Mexiko und Lateinamerika, Toledano, entgegenzuwirken. Carrasco, der dritte Chef dieser christlich-sozialen Volksbewegung, stellt heute seinen Leuten folgende ganz konkrete Aufgaben: Errichtung weiterer Landschulen, Durchführung von Fachkursen, hygienische Volksaufklärung und -erziehung, Hebung des Lebensstandards, Errichtung von Musterhöfen in landwirtschaftlichen Bezirken, Gründung genossenschaftlicher Kreditanstalten, Förderung des Sojabohnenanbaus.

Die katholische Kirche in Mexiko hat es vermieden, sich offiziell hinter die „Sinarchistische Union" zu stellen, obgleich diese sich immer leidenschaftlich zum Christentum und seiner Soziallehre, vor allem aber zum Lebensideal des hl. Franziskus von Assisi bekannt hat. Darin ist auch der Grundsatz der „gewaltlosen Gewalt" mit enthalten. So kämpft also im linksautoritären Mexiko eine halbfaschistische Volksbewegung katholischer Orientierung um die christlichen Persönlichkeitswerte in Wirtschaft und Gesellschaft. Nach vorübergehender Anpassung an die Methoden des Gegners lenkte sie auch in der Taktik wieder zum Eigenständigen zurück.

Argentinien

In Argentinien hat sich ein äußerlich dem mexikanischen in mancher Hinsicht verwandter Staatssozialismus entwickelt; aber er stammt aus christlichem und rechtsautoritärem Gedankengut und ist darum dem der marxistischen Nationalrevolutionäre Mexikos prinzipiell entgegengesetzt. Gegen den Staatspräsidenten Perón läßt sich viel sagen; es steht außer Zweifel, daß sein hartes, eigenwilliges Regiment über Presse, Großgrundbesitz und Unternehmerschaft seine militärische Herkunft und seinen von dieser bestimmten Aufstieg nicht verleugnet, wenn er auch vom Geist reiner Diktatur zu einer autoritär-sozialen Haltung umgeschwenkt ist. Der bisherige Kriegsminister Perón wurde 1943 zum Arbeiterstaatssekretär; am 17. 10. 1945 befreiten ihn die Proletarier, die „Descamisados" (die „Männer ohne Hemd"), von seinen Gegnern, eben den Militärs, und 1946 wurde er zum Staatspräsidenten gewählt. Perón regiert, wie es bei R. P. Hernán Benítez, „La Argentina de ayer y de hoy", Buenos Aires 1950, heißt, dem wir in der Hauptsache folgen, nicht als General, sondern als Freund und Sprecher der Arbeiter, die er anspricht: „Leute, laßt uns Christen sein!" Wenn man zahlreichen Kundgebungen und Kommentaren glauben darf, fühlt sich Perón als Vollstrecker der päpstlichen Sozialenzykliken. Sein Ziel ist soziale Gerechtigkeit, der „justicialismo peronista". Viele Zweige der staatlichen und staatlich gelenkten Wohlfahrtseinrichtungen tragen Züge des Dritten Reiches, decken sich mit „Arbeitsfront", „Kraft durch Freude", mit Familien- und Kinderbetreuung dieser Epoche; das macht sie vielen Europäern trotz ihrer imponierenden Zahlen verdächtig. Aber Perón brachte Argentinien im sozialen Bereich den gleichen Fortschritt, wie es ihn in der Verkehrs-Technik durch den Übergang vom plumpen Ochsenwagen zu Auto und Flugzeug (unter Auslassung der Eisenbahn) machte. Peróns „Zehn Gebote des Arbeiters" sind der Eckstein des „justicialismo"; sie verbürgen Recht auf Arbeit und auf gerechten Lohn, auf Ausbildung (selbst der Besuch der Universität ist frei) und ordentliche Arbeitsstätten, auf Gesundheitsfürsorge und Wohlfahrt der Familien, auf Altersfürsorge und Familienschutz, auf Vereinsfreiheit und Aufstiegsförderung. Es ist eine auffällige und nicht nur als propagandistisch zu wertende Tatsache, daß Argentinien als erstes Land seinen Auslandsvertretungen geschulte Gewerkschaftsattachés beigab. Die westdeutsche Bundesrepublik hat das nachgeahmt. Argentiniens Strafvollzug ist vorbildlich, und das gesamte Gefängniswesen des Landes beruht auf humanen erzieherischen Grundsätzen. Die Unterbringung der Sträflinge, Sport und Fortbildung, vor allem aber die vernünftige Arbeitspädagogik stellen das argentinische Gefängniswesen an die Seite des als vorbildlich anerkannten der Schweiz (nach dem Beitrag „América" in der Zeitschrift Revista de la Universidad de Buenos Aires Jan./März 1950). Am berühmtesten unter allen Sozialeinrichtungen ist wohl die „Stiftung für soziale Hilfe", der Madame Perón vorsteht. Selbst ein Kind des niederen Volkes, arbeitet sie, obwohl sie heute die Rolle einer der elegantesten Frauen der Welt spielt, im Wohlfahrtsministerium für die Alten und Kranken, Kinder und Bedürftigen. Der Umfang der von ihrer Stiftung „Fundación Ayuda Social María Eva Duarte de Perón" betreuten Einrichtungen ist gewaltig: Kinder- und Mütterkliniken, Polikliniken, verschiedene Spezialkrankenhäuser, Alters- und Erholungsheime, Fremdenheime, eine Kinderstadt bei Buenos Aires und eine Universitätsstadt für 2½ tausend Studenten in Córdoba. Sie setzte das Gesetz über Alterspensionen durch und stellt viele Ungerechtigkeiten ab, von denen sie erfährt, indem sie kleine Beobachtertrupps durchs Land reisen läßt. Natürlich werden die freiwillig gegebenen Mittel für die Stiftung in diesem wirtschaftlich blühendsten Land Südamerikas nur aufgebracht, weil mit gehörigem Nachdruck für diese sozialen Einrichtungen geworben wird. Grundsätzlich gilt jedenfalls, daß in Argentinien eine große soziale Anstrengung gemacht wird, um den enterbten Arbeiter zum gleichberechtigten

Bürger eines neuen sozialen Rechtsstaates zu erheben, was nicht ohne Zusammenstöße mit den Besitz- und Herrschaftsrechten von ehedem und mit den alten Trägern der früheren mißbrauchten Formaldemokratie vor sich gehen kann.

Man hat Peróns Vorgehen auf die Formel gebracht, daß er daran gegangen ist, die seit einem halben Jahrhundert erfolglos gepredigten Sozialenzykliken mit autoritärem Druck durchzusetzen. Daß die alten Verhältnisse nicht mehr zurückkehren können, sieht man heute allgemein ein; darum stützt man in weitem Maße „die dritte Stellung, den justicialismo", der zwischen Kapitalismus und Kommunismus einen „Rechtskommunismus" oder den neuen christlichen Arbeiterstaat („obrerismo cristiano") verwirklichen will. Die beiden letzteren Formeln wurden von dem bekannten Kanzelredner, Schriftsteller und Philosophen Hernán Benítez, einem der beredtesten Verteidiger der gegenwärtigen Staatsform, gebraucht. Von ihm stammt auch das Wort von dem „Lebensstandard des argentinischen Arbeiters, dem höchsten unter allen Völkern, das nordamerikanische miteingeschlossen". Perón hat sich auch in der neuen Gewerkschaftsbewegung der CGT (Confederación General de Trabajo) eine willfährige, begeisterte Massenbewegung geschaffen. Sie ist nach P. Benítez „das wahre Rückgrat des Landes". Auch innerhalb Amerikas hat sich diese dritte Gewerkschaftsrichtung durchzusetzen verstanden. Was sie für die Zukunft bedeutet, bleibt abzuwarten.

Wichtiger ist hier wohl noch die Kernfrage: darf „Rerum Novarum" mit Gewalt durchgesetzt werden, so wie man es in Südamerika immer wieder versucht? Hat nicht in Ekuador der vieljährige Präsident García Moreno die Spielregeln der Demokratie als für sein Volk nicht nützlich erachtet und das Gute mit Zwang durchsetzen wollen — bis er den Mördern aus dem gegnerischen Lager erlag? Perón versteht es unzweifelhaft besser und erfolgreicher, sein Volk für sich zu gewinnen, und er steht erst am Anfang seines Weges. Die Hungerlöhne sind abgeschafft, nun will man die ungebührlichen Gewinnspannen, die Zinsanhäufung beschneiden, später soll das Beamtentum reorganisiert werden. Und mit südländischem Enthusiasmus wiegt man sich schon in der Hoffnung, die Nachbarvölker mitzureißen, „damit die Ruhe und Ordnung des Mittelalters, die Kultur der Renaissance und die abenteuerliche Begeisterung unseres Jahrhunderts" sich verschmelzen und der schon von Belloc und Chesterton bekämpfte „Sklavenstaat der plutokratischen Völker" ebenso überwunden wird wie der marxistische Totalitarismus.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Zum Dogma der Himmelfahrt Mariä

Wir haben im vorigen Heft (S. 147 ff.) über die verschiedenen Äußerungen zu der Verkündigung des Dogmas von Mariä Himmelfahrt berichtet. Stadtdechant Dr. Grosche, Köln, hat nun in Heidelberg einen Vortrag gehalten, der ausdrücklich auf die Einwände vor allem des Heidelberger Gutachtens eingeht. Da er wohl die vorläufig beste Zusammenfassung dessen darstellt, was in Deutschland von katholischer Seite zu diesen Einwänden gesagt worden und zu sagen ist, bringen wir ihn unsern Lesern im Wortlaut zur Kenntnis.

An Maria sind die Gedanken der Herzen offenbar geworden

Die Himmelfahrt Mariä, das heißt die Aufnahme der allerseligsten Jungfrau Maria mit Leib und Seele in den Himmel steht seit mehr als einem Jahrtausend im Glaubensbewußtsein der morgenländischen und abendländischen Kirche. Tausende von Kirchen sind der in den Himmel aufgenommenen Gottesmutter geweiht. Tausende von Bildern haben das Geheimnis der Verherrlichung Mariä dem gläubigen Volk verkündigt. In seinem ersten, vier Jahre nach seiner Konversion (1849) veröffentlichten Buch *Discourses addressed to mixed congregations* hat J. H. Newman, der spätere Kardinal, in einer Predigt „*On the fitness of the glories of Mary*" den Glauben an die Himmelfahrt Mariä als von den Jahrhunderten überlieferten Glauben bekannt.

Trotzdem hat die Verkündigung dieses Dogmas, das heißt, die feierliche, durch den Papst als den obersten Lehrer der Kirche ausgesprochene Erklärung, daß die Aufnahme der allerseligsten Jungfrau Maria mit Leib und Seele in den Himmel zu dem der Kirche übergebenen und von ihr gehüteten Offenbarungsschatz gehöre, eine lebhafte Bewegung hervorgerufen, und zwar bei katholischen und nichtkatholischen Christen. Unsere evangelischen Brüder haben ihre Bedenken sowohl gegen die Verkündigung als gegen den Inhalt der Lehre in den verschiedensten Formen ausgesprochen, desgleichen auch die Häupter der anglikanischen Kirche. Orthodoxe Stimmen haben sich zwar nicht gegen den Inhalt der Lehre, aber gegen die Tatsache ihrer Dogmatisierung erklärt, was von ihren Voraussetzungen aus verständlich ist. Von anglikanischer und evangelischer Seite aber ist gerade auch der Inhalt des Glaubenssatzes selber auf das entschiedenste bestritten worden. Allein auch bei katholischen Christen sind Bedenken geäußert worden; das sogenannte „neue Dogma" ist das Gespräch des Tages geworden. Warum, so fragt man, überhaupt dieses neue Dogma? Wenn sein Inhalt schon lange Zeit geglaubt worden ist, wie ja die Liturgie zeigt, die durchaus im Sinn der erfolgten Dogmatisierung verstanden worden ist, auch wenn sie selbst das Dogma in keiner Weise formulierte, warum dann, so heißt es, jetzt auf einmal die feierliche Definition? Ich würde dagegen zunächst fragen, und zwar unsere katholischen Glaubensbrüder: Wenn das Dogma wirklich geglaubt worden ist, warum dann diese Aufregung? Ist diese Aufregung nicht ein Zeichen dafür, daß die überkommene Lehre der Kirche, so wie sie in der Liturgie gefeiert wurde, nicht wirklich ernst genommen worden ist?

Wenn unsere evangelischen Brüder sich zur Dogmatisierung der leiblichen Himmelfahrt der allerseligsten Jungfrau Maria geäußert haben, so haben sie es, wie es in dem von Heidelberger Professoren der evangelischen Theologie vor der Verkündigung des Dogmas verfaßten Gutachten heißt, getan „in der Verantwortung, die wir als Glieder getrennter Kirchen für einander tragen"; sie haben mit der Abfassung ihres Gutachtens zum Ausdruck bringen wollen, „daß die evangelische Theologie sich bei einer so weittragenden Frage ihrer gesamtchristlichen reformatorischen Verantwortung bewußt ist". Wir sind unseren evangelischen Brüdern dafür dankbar, daß sie sich zu dieser Verantwortung der Glieder getrennter Kirchen für einander bekennen; und wir sind aus der gleichen Verantwortung heraus bereit, ihre Bedenken und Fragen zu hören. Wir empfinden es mit ihnen schmerzlich, daß durch die Verkündigung des Dogmas die Kluft zwischen den Konfessionen im Augenblick neu aufgerissen zu sein scheint. Auch wir wissen ja in tiefer dankbarer Freude um das, was in den vergangenen Jahren zwischen katholischen und evangelischen Christen, besonders bei uns in Deutschland, aber auch etwa in Frankreich und Holland geschehen ist, wissen um die menschlichen und wahrhaft christlichen Begegnungen in den Jahren der Verfolgung und des Krieges, der Evakuierung und der Gefangenschaft. Wir wissen, daß wir uns besser verstehen gelernt haben. Aber gerade die Theologen, die sich in ernstem und strengem theologischem Gespräch um die Klärung der dogmatischen Unterschiede seit Jahren bemüht haben, haben immer wieder erfahren, daß, in wievielen Punkten auch eine Verständigung und Annäherung erfolgte, nun eben doch die letzte Kluft blieb, die sich nicht schließen läßt, der letzte, für alles menschliche Bemühen noch unaufhebbare Unterschied in der Lehre. Die breiten Massen des Kirchenvolkes haben sich vielfach getäuscht. Sie haben eine Wiedervereinigung der Christenheit manchmal sehr in der Nähe gesehen, haben geglaubt, die Unterschiede, die uns noch trennen, seien eigentlich gar nicht so bedeutend und tiefgreifend. Und da scheint es mir, das sogenannte neue Dogma bringe eine Ernüchterung, die für viele schmerzlich ist, wie jede Zerstörung einer Illusion, die aber heilsam ist, weil sie unerbittlich die Wahrheit aufdeckt, jene Wahrheit, die uns ja schließlich allein die Tatsache der Trennung der Kirche ertragen läßt. Und da möchte ich J. A. Möhler zitieren, der im Vorwort zur ersten Auflage seiner Symbolik bekennt, daß er gerade „durch die schärfste und rückhaltloseste Bezeichnung der Gegensätze" einem irenischen Zweck zu dienen glaube. Denn, so fährt er fort, „die Ansicht, es seien keine erheblichen und ins Herz des Christentums eingreifenden Unterscheidungen vorhanden, kann nur zur gegenseitigen Verachtung führen; denn Gegner, denen das Bewußtsein einwohnt, daß sie keine ausreichenden Gründe haben, Gegner zu sein, und es dennoch bleiben, müssen sich verachten". So hat die Verkündigung dieses Dogmas die Kluft zwischen den Konfessionen nicht aufgerissen, aber sie uns wieder in ihrer ganzen abgründigen Tiefe offenbar gemacht. An Maria sind die Gedanken der Herzen offenbar geworden.

Der Schriftbeweis

Das Gutachten unserer evangelischen Brüder stellt die entscheidende Frage: Ist die leibliche Auferstehung und Himmelfahrt Mariens Inhalt der apostolischen Lehre? und behauptet zunächst, daß in den Schriften des Neuen Testamentes sich nicht nur kein Zeugnis für die Himmelfahrt Mariens finde, sondern daß die apostolische Verkündigung über die Auferstehung der Toten keinen Raum für eine Auferstehung zwischen der Auferstehung Jesu Christi, des Erstlings der Auferstandenen, und der Auferstehung der Glaubenden, bzw. aller Menschen bei der Wiederkunft Christi lasse. Für diese These beruft sich das Gutachten auf *1 Kor. 15, 23.* Ich glaube nicht, daß diese Stelle die vorgebrachte These beweist. Mir scheint im Gegenteil auch diese Stelle einen Raum für eine Auferstehung von Toten zwischen Ostern und dem Jüngsten Gericht offen zu lassen. Die Stelle lautet von Vers 20 ab: „Nun ist Christus auferstanden von den Toten, der Erstling der Entschlafenen. Da durch einen Menschen der Tod kam, so auch durch einen Menschen die Auferstehung von den Toten. Denn wie in Adam alle starben, so werden auch in Christus alle lebendig gemacht werden, jeder in seiner Ordnung; zuerst Christus, dann die Christus bei seiner Wiederkunft gehören werden". Nur von diesen, die Christus endgültig gehören, die also auferstehen „zum Leben", ist hier die Rede. Dafür spricht auch eine durch alte Zeugen überlieferte, diesen Sinn verdeutlichende Lesart: „die auf die Wiederkunft Christi hoffen". Ich glaube also nicht, daß übersetzt werden muß: „dann, die Christus gehören, bei seiner Wiederkunft", das heißt, daß an dieser Stelle gesagt sein soll, daß alle übrigen erst bei der Wiederkunft Christi auferstehen werden, sondern es soll an dieser Stelle doch nur das eine gesagt werden, daß Christus der erste ist, der aufersteht, und daß es keine Auferstehung der Toten ohne die Auferstehung Jesu Christi gibt. Daß alle außer Christus erst bei seiner Wiederkunft auferstehen werden, scheint mir an dieser Stelle nicht gesagt zu sein. Die hier erschlossene Möglichkeit (daß Tote auch vor dem Jüngsten Gericht auferstehen können) wird als Wirklichkeit berichtet *Matth. 27, 52:* „Und die Gräber der Toten öffneten sich, und viele Leiber der entschlafenen Heiligen wurden auferweckt, und sie kamen aus den Gräbern heraus nach seiner Auferstehung und gingen in die Heilige Stadt und erschienen vielen". Die Annahme, hier habe es sich um eine zeitweilige Rückkehr in das irdische Leben gehandelt, die auf katholischer Seite etwa noch von Lagrange vertreten worden ist, scheint mir, abgesehen von der Deutung des Begriffs der „entschlafenen Heiligen" und seinem Zusammenhang mit dem „Abstieg des Herrn in die Hölle", abgesehen auch von der Deutung des Begriffs der „Heiligen Stadt", vor allem aus zwei Gründen unmöglich zu sein: Erstens weil hier im Evangelium verkündigt werden soll, daß die Auferstehung Jesu die Auferstehung aller Gläubigen bedeutet und bewirkt, und zweitens weil ausdrücklich gesagt wird, daß die Auferstandenen vielen „erschienen", das heißt aber doch offensichtlich, daß ihre Gegenwart in der Welt der Gegenwärtigkeit des auferstandenen, aber noch nicht in den Himmel aufgefahrenen Herrn parallel gesetzt wird. Ich habe mich gefreut, nachträglich zu sehen, daß diese Deutung von P. Hermann Zeller SJ, Innsbruck, ausführlich begründet und auch von Karl Rahner SJ aufgenommen worden ist. Exegetisch scheint mir die Behauptung der Unmöglichkeit einer leiblichen Auferstehung vor dem Jüngsten Tag also nicht haltbar zu sein.

Das Gutachten spricht alsdann über das Schweigen der Tradition während der ersten fünf Jahrhunderte. Dabei wird mit Nachdruck gesagt: „Mit Recht haben namhafte römische Dogmatiker einen historischen Traditionsbeweis für die Assumptio Mariae als unmöglich erklärt". Das ist richtig. Kann man doch schon bei dem großen Kölner Dogmatiker M. J. Scheeben lesen: Es ist „eine höchst undankbare wie unmöglich zu lösende und mehr schädliche als nützliche Aufgabe, im Interesse der theologischen Wahrheit der leiblichen Aufnahme Mariä in den Himmel eine historische Spezialtradition über diesen Gegenstand bis auf die apostolische Zeit zurückzukonstruieren" (Katholische Dogmatik, 5. Buch nr. 1738). Die Bulle des Heiligen Vaters hat denn auch keinen Versuch unternommen, einen Traditionsbeweis im historischen Sinn für das Dogma zu führen, ebenso wie einen Schriftbeweis im üblichen Sinn. Der Papst hat von „Zeugnissen, Anzeichen und Spuren" gesprochen und dabei besonders auf die Liturgie hingewiesen, auf das Sacramentarium Gregorianum, das Hadrian I. an Karl den Großen sandte, in dem es heißt: „Verehrungswürdig ist uns, Herr, die Feier dieses Tages, an welchem die allerseligste Jungfrau Maria den zeitlichen Tod erlitt, aber nicht von den Fesseln des Todes gehalten werden konnte, da sie Deinen Sohn, unseren im Fleisch erschienenen Herrn, geboren hat"; auf ein gallikanisches Sakramentar, in dem dieses Privileg genannt wird: „ein unaussprechliches Geheimnis, das um so mehr zu preisen ist, als es unter Menschen durch die Aufnahme der Jungfrau Maria einzigartig ist", und der Papst hat dabei betont (und das gleiche scheint mir auch für die Legende zu gelten), daß die Liturgie den Glauben nicht schafft, sondern ihn voraussetzt. Wenn die Bulle Schriftstellen zitiert, so tut sie es mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß die Traditionszeugen „mit einer gewissen Freiheit" solche Stellen auf die Himmelfahrt Mariä gedeutet haben, z. B. die Psalmenstelle: „Mache dich auf, o Herr, zu Deiner Ruhe, Du und Deine geheiligte Lade" *(Ps. 131, 8)*. Der Papst, der sich in seinem Rundschreiben über die Heilige Schrift so streng und nüchtern gegenüber aller allegorischen und mystischen Deutung der Schrift gezeigt hat, konnte nicht der Versuchung erliegen, durch eine solche Deutung einen „Beweis" zu versuchen. Und in den Äußerungen der Tradition, die die Bulle vom Sacramentarium Gregorianum bis zu Franz Suarez anführt, sieht der Heilige Vater nichts anderes als *argumenta* und *considerationes,* die sich freilich auf die Heilige Schrift als letztes Fundament stützen, nicht jedoch auf irgendeine Einzelstelle, sondern schließlich einzig und allein auf die uns durch die Schrift verbürgte besondere Verbundenheit Mariens mit ihrem Sohn. Die Heilige Schrift stellt uns Maria dar als die, die mit ihrem göttlichen Sohn auf das innigste verbunden ist und sein Los immer geteilt hat, so wie es schließlich bei Lukas geschrieben steht: „Und Simeon segnete sie und sprach zu Maria, seiner Mutter: Siehe, dieser ist gesetzt zum Falle und zur Auferstehung vieler in Israel, und als ein Zeichen, dem man widersprechen wird. Und ein Schwert wird deine eigene Seele durchdringen, damit die Gedanken vieler Herzen offenbar werden" *(Lk. 2, 34 f.)*. Gewiß wird auch auf den Zusammenhang der Verherrlichung der Gottesmutter mit ihrer Unbefleckten Empfängnis hingewiesen (genau wie es Newman in der erwähnten Predigt vor hundert Jahren getan hat), auf die von den Vätern seit Justin immer wieder hinzugezogene Eva-Maria-Parallele (die ebenfalls Newman in seinem Sendschreiben an Pusey so ausführlich behandelt hat). Aber all das ist nicht das Entscheidende. Das evangelische Gutachten hat durchaus recht, wenn es sagt, „auch die aufgeschlossenste Überprüfung der Argumente und Beweisversuche, die anstelle eines Traditionsbeweises von römischer Theologie vorgetragen werden, kann bestenfalls nur zu dem Ergebnis einer Möglichkeit, aber mangels des apostolischen Zeugnisses nicht zum Ergebnis der Wirklichkeit der Assumptio führen". Aber wir glauben eben, daß das apostolische Zeugnis nicht durch die Theologie garantiert wird, sondern durch den Heiligen Geist. Auf der Cathedra sitzen in der katholischen Kirche nicht die Professoren, sondern die Bischöfe und an ihrer Spitze der Papst. Die Bischöfe der Welt aber haben, wie wir wissen, in überwältigender Einmütigkeit ausgesprochen, daß die leibliche Himmelfahrt der Gottesmutter von der Kirche geglaubt wird. Darum heißt es in der Bulle: „Da also die gesamte Kirche, in welcher der Geist der Wahrheit lehrt und sie zur vollen Erkenntnis der geoffenbarten Wahrheit unfehlbar leitet, vielfältig im Laufe der Jahrhunderte ihren Glauben kundgetan hat, und da die Bischöfe des Erdkreises in nahezu einmütiger Zustimmung darum bitten, daß die Wahrheit der leiblichen Aufnahme Mariä in den Himmel als Dogma des göttlichen und katholischen Glaubens definiert werde — eine Wahrheit, die sich stützt auf die Heilige Schrift, die den Seelen der Gläubigen innerlichst eingepflanzt ist, die vom kirchlichen Kultus von den ältesten Zeiten her verbürgt ist, die mit den übrigen Wahrheiten in höchstem Maße übereinstimmt, die durch das Studium, die Wissenschaft und die Weisheit der Theologen herrlich ausgelegt und erklärt worden ist, so glauben Wir, daß der von der göttlichen Vorsehung angeordnete Augenblick gekommen ist, daß Wir dieses ausgezeichnete Privileg der Jungfrau Maria feierlich verkündigen". Das Dogma ist nicht „das Ergebnis eines Gedrängtwerdens des Papstes durch die Forderungen der hochwogenden Marienfrömmigkeit der Mittelmeerländer" oder gar „des Papstes ganz persönliche eigenste Entscheidung" (Sonntagsblatt), sondern es ist Entscheidung der Kirche, die daran glaubt, daß sie vom Heiligen Geist geleitet und an alles erinnert und in alle Wahrheit eingeführt wird; Entscheidung der Kirche, die in ihrem Glauben an den Heiligen Geist mit den Aposteln zu sagen wagt: „Es hat dem Heiligen Geist und Uns gefallen". Es geht hier also schließlich um die Frage: Glauben wir wirklich, daß unser Herr Jesus Christus uns in seiner Kirche nicht als Waisen zurückgelassen, sondern uns seinen Heiligen Geist gesandt hat, daß er uns in alle Wahrheit einführe? Und hier wird wohl der tiefste Unterschied klar, der uns trennt, unser Verständnis der Kirche. Maria ist hier nur die Stelle, an der die Gedanken offenbar werden. Die Verkündigung des Dogmas ist also nicht das Ergebnis theologischer Untersuchung, auch nicht das Ergebnis unerleuchteter Frömmigkeit, sondern es ist für uns ein Werk des Heiligen Geistes. Die theologische Untersuchung hat ihre Aufgabe, und mir scheint, es wachsen ihr gerade durch die Verkündigung des Dogmas Aufgaben neu zu, so die Frage nach dem Traditionsbeweis als solchem, nach einer Klärung des heute noch rein historistisch begriffenen

Kriteriums des Vinzenz von Lerin, die Frage nach dem „ordentlichen Lehramt der Kirche", wirklich bedeutsame Fragen einer theologischen Erkenntnislehre, dann auch die wahrhaftig schwierige Frage nach der Dogmenentwicklung, das heißt nach einer auch für den evangelischen Christen als legitim anzusehenden Dogmenentwicklung. Aber das Entscheidende ist nicht die Theologie, sondern der Glaube der Kirche. Es war für mich bei der Verkündigung des Dogmas am ersten November der ergreifendste Augenblick, als der Heilige Vater nach der feierlichen Anrufung des Heiligen Geistes über den Petersplatz rief: „Orate", und dann die Hunderttausende, mit dem Heiligen Vater auf die Knie sanken; und erst als nach einem langen Schweigen das „Levate" erklungen war, folgte die Verkündigung des Dogmas.

Maria und Christus

Wenn ich nun zum Inhalt des Dogmas übergehe, so möchte ich zunächst sagen, daß auch der römisch-katholische Christ dem Satz des Gutachtens, daß das eigentliche Bekenntnis der Kirche das zu Jesus Christus, dem Sohne Gottes, unserem Herrn ist, ohne jeden Vorbehalt zustimmen wird. Und er wird es dankbar vermerken, daß auch unsere evangelischen Brüder sagen: „Als irdische Mutter des ewigen Gottessohnes und in diesem Sinn als Theotokos gehört Maria unablösbar zur göttlichen Heilstat der Fleischwerdung des ewigen Gotteswortes hinzu und nimmt eine exzeptionelle Stellung innerhalb des ganzen Menschengeschlechtes ein. Zu keiner Zeit kann die Kirche die irdische Mutter Jesu verschweigen, sie würde sonst die Wirklichkeit der Menschwerdung doketisch auflösen". Ja, auch von dem folgenden Satz würden wir keinen Abstrich machen: „Daß Gott im Leib der Jungfrau Maria seinem ewigen Sohn durch den Heiligen Geist die Stätte der Fleischwerdung bereitet hat, ist allein begründet in der göttlichen Gnade, die über Maria kam und ihr die Verheißung ermöglichte". Wenn aber dann trotz dieser Betonung der exzeptionellen Stellung Mariä innerhalb des ganzen Menschengeschlechts der Vorwurf erhoben wird (und ihn teilt auch die Erklärung der evangelisch-lutherischen Bischöfe), daß von der katholischen Lehre nun durch die Verkündigung des Dogmas der leiblichen Himmelfahrt noch stärker als bisher Maria aus der Gemeinschaft der Kirche herausgelöst und von dem wartenden Gottesvolk distanziert werde, so bin ich mir nicht ganz klar, ob es sich hier nach allem, was die Kirche bisher schon von Maria gesagt hat, und unter der Voraussetzung, daß es leibliche Auferstehung der Toten nach *Matth. 27, 52* auch vor dem Jüngsten Tage gegeben hat, um mehr als eine gefühlsmäßige Distanzierung handeln kann. Im übrigen hat, wie mir scheint, *Hans Asmussen* in seinem schönen Büchlein über „Maria, die Mutter Gottes" ausgeführt, daß die Alternative: steht Maria auf der Seite der Menschen oder auf Seiten Gottes, doch wohl zu simpel ist, und er hat betont, daß Maria, die Mutter des Herrn, nicht nur ihn als seine irdische Mutter hervorbrachte, sondern auch in seinem Reiche zu seiner Jüngerin wurde (es steht ja geschrieben, daß sie alle Worte in ihrem Herzen bewahrte), daß sie in seiner Nachfolge teilnimmt an seinem Mittlertum (wenn nach Apok. die Heiligen mit Christus herrschen, dann sicher sie!), und Asmussen hat seinen evangelischen Mitbrüdern den Vorwurf nicht erspart, „daß ihre Kritik an den katholischen Brüdern solange schwach ist, wie sie selbst wesentliche Momente des biblischen Zeugnisses unbeachtet lassen". Das gilt auch gerade in bezug auf den Vorwurf, daß — als christologische Konsequenz der Dogmatisierung — die einzigartige Mittlerschaft Jesu Christi durch das Dogma von der Himmelfahrt noch stärker als bisher bedroht werde. Unsere evangelischen Brüder glauben nun sagen zu müssen, daß trotz der Distinktionen, die in bezug auf die Mittlerschaft Jesu Christi und Mariens von uns gemacht werden, hier doch eine Parallelisierung von Jesus und Maria weitergeführt werde, die nach evangelischem Urteil die Ehre Jesu Christi, unseres alleinigen Herrn und Heilandes, antastet. Das ist eine Sorge, die wir wirklich ernst nehmen. (Viel ernster als etwa die durch das „Sonntagsblatt" ausgesprochene Erinnerung daran, daß Maria die Titel einer „Tochter Gottes" und „Göttin" von mittelalterlichen Mariologen bereits zugesprochen worden sind; ich weiß nicht, wo das geschehen ist, aber ich weiß, daß Jesus gesagt hat, daß die Schrift jene Götter nennt, an die Gottes Wort ging — *Joh. 10, 34; Ps. 82, 6*). Diese andere Sorge, daß die Mittlerschaft Jesu Christi bedroht werde, müssen wir mit unseren evangelischen Mitbrüdern teilen. Denn wir wissen ja auch, daß die Marienfrömmigkeit manchmal Formen annimmt, die nicht zu rechtfertigen sind, und daß darum eine verantwortungsvolle Seelsorge die Aufgabe hat, fromme Gefühle abzukühlen, und daß insbesondere unsere Prediger, wenn sie von Maria sprechen, in heiliger Nüchternheit zu sprechen haben; daß sie, wie P. Odilo Rottmanner OSB zu sagen pflegte, nur „weise von der weisesten Jungfrau" reden sollten. Aber wir müssen nun doch unsererseits auch eine Frage stellen: Wo ist denn der Glaube an Jesus Christus in den letzten drei Jahrhunderten im Sinne der von den alten Konzilien ausgelegten apostolischen Verkündigung unversehrt geblieben? Da wo Maria verehrt worden ist, oder wo sie nicht verehrt worden ist? Asmussen hat in der Einleitung zu seinem Marienbüchlein darauf hingewiesen, daß ein Theologe, der die theologische Debatte in den letzten Jahren bestimmt hat, in diesem Jahr Adolf Harnacks vor fünfzig Jahren gehaltene Vorlesungen über das Wesen des Christentums neu herausgegeben hat, — ich nehme an, nur als historisches Dokument. Aber Asmussen sagt klipp und klar: „Harnacks ‚Wesen des Christentums' und die Bekenntnisse der alten christlichen Kirchen, die lutherische eingeschlossen, haben in ein und derselben Christenheit keinen Platz." Nun läßt sich aber nicht leugnen, daß dieses Buch in der evangelischen Kirche vor fünfzig Jahren einen Platz gehabt hat und daß es wirklich für seine Zeit repräsentativ war, dieses Buch, in dem die Christologie der alten kirchlichen Bekenntnisse aufgegeben war und der ungeheuerliche Satz stand, nicht der Sohn gehöre in das Evangelium, sondern allein der Vater. Dieses Buch war das Ende einer Entwicklung. Und wir wissen, daß kein ernst zu nehmender evangelischer Theologe heute seine Grundthese vertritt. Aber es scheint uns, als finge da und dort der Geist dieses Buches wieder an aufzuleben. Jedenfalls glauben wir unseren evangelischen Mitbrüdern sagen zu müssen, daß dieses Buch doch eigentlich jeden warnen muß, der glaubt, den Sohn behalten zu können, wenn er die Mutter aufgibt. Wenn dann ausdrücklich noch von den Konsequenzen für den Glauben gesprochen wird, so können wir nur sagen, daß für uns der Glaube an den einen Herrn

Jesus Christus durch die Marienverehrung auch nicht im geringsten verdunkelt oder abgeschwächt wird, daß wir nicht „an Maria glauben" so, wie wir an Jesus Christus glauben als den, in dem wir die Vergebung der Sünden haben, sondern daß wir einfach glauben, und zwar schließlich, weil das nun doch in der Schrift steht, daß Gott Wunderbares an ihr getan hat, und daß schließlich Maria, die gebenedeite Mutter des Sohnes, die ist, an der gerade sein Heilswerk in Herrlichkeit aufleuchtet.

Das Fundament der Apostel

Aber zuletzt ist die Frage, auf die dann auch das Gutachten wieder zurückkommt, die, ob die Kirche, die uns diesen Glaubenssatz zu glauben lehrt, nicht *das Fundament der Apostel* aufgegeben hat. Auf dieses Argument hat eigentlich schon der Mann die Antwort gegeben, dessen verehrungswürdigen Namen ich bereits genannt habe, *J. H. Newman*. Gerade er hat sich mit diesem Argument mehr als ein Jahrzehnt lang mit höchster Leidenschaft gegen die römische Kirche gewehrt. Aber das Studium der ersten fünf Jahrhunderte, das Studium des arianischen, monophysitischen und donatistischen Streites hat ihn schließlich vor die Alternative gestellt: entweder haben schon die Väter der ersten fünf Jahrhunderte das Fundament der Apostel aufgegeben, oder aber, wenn sie es nicht aufgegeben haben, dann kann man auch nicht sagen, das Tridentinum habe dieses Fundament aufgegeben. Die Frucht dieser Studien war schließlich jenes Buch über „Die Entwicklung der christlichen Lehre", nach dessen Abschluß Newman sich in die römisch-katholische Kirche aufnehmen ließ. Auf dieses Buch ist eine bündige Antwort, wie mir scheint, bis heute noch nicht erfolgt. Wer die Apostolizität der römisch-katholischen Kirche bestreiten will, wird sich mit dem ungeheuren in diesem Buch zusammengetragenen Material und seiner Deutung auseinandersetzen müssen. Auch da liegt sowohl für die katholische wie evangelische Theologie eine große, durch die Verkündigung des Dogmas neu gestellte Aufgabe.

Der Sinn der Dogmatisierung

Schließlich spricht das Gutachten in einem zweiten bis dritten Abschnitt von der Auswirkung der Dogmatisierung auf die Auseinandersetzung zwischen der evangelischen und römischen Kirche und von der Auswirkung auf die Auseinandersetzung zwischen den Kirchen und der Welt. Ich möchte noch einmal sagen, daß es uns schmerzlich ist zu sehen, wie sehr unsere evangelischen Brüder sich durch die Tatsache der Dogmatisierung der Himmelfahrt haben erschüttern lassen. Aber sie dürfen versichert sein, auch wir leiden unter der Zerreißung des Leibes Christi. Und gerade auch der Heilige Vater hat diese Wunde des Leibes Christi oft beklagt. Auch wir sind bemüht, das Maß der Unterschiede zu verringern und ein Maximum an Gemeinsamkeit — ohne Verschweigung der noch vorhandenen Differenzen — zu finden, aber wir können die Wahrheit nicht verschweigen, die der Heilige Geist in unserer Zeit in der Kirche feierlich hat bezeugen wollen. Wir wollen mit unseren nichtkatholischen Brüdern zusammenstehen und Zeugnis ablegen für unseren Herrn Jesus Christus gegenüber einer Welt, die Christus und seinen Vater leugnet. Aber wir glauben nun eben auch, daß gerade die Verkündigung des Dogmas von der Himmelfahrt Mariens ein solches Zeugnis für Christus und sein Werk ist. Das Gutachten spricht an einer Stelle von den Motiven, die zur Dogmatisierung geführt haben: von einem weiteren Schritt in der verherrlichenden Hervorhebung der Gottesmutter, von dem Bemühen, einen symbolischen Ausdruck zu finden für die Lehre von dem durch Gottes Gnade erhöhten Menschen oder auch für die Lehre von der Kirche als der Braut und Ehegattin Christi. Allein, wir haben es nicht nötig, die Motive zu erraten. Sie sind in der Bulle deutlich angegeben. Auch da ist von einer Verherrlichung der Mutter Gottes die Rede. Aber es steht ja doch geschrieben, daß alle Geschlechter sie seligpreisen sollen — und ich sehe wirklich nicht, was ein Gegner des Dogmas hat sagen wollen, wenn er mit Emphase betont, Maria habe allezeit in der Verborgenheit bleiben wollen; wo doch geschrieben steht, daß alle Geschlechter sie seligpreisen sollen. Ich möchte Asmussen herzlich danken für den schönen Satz: „Maria nicht besingen, das ist dasselbe, als wenn ein Mensch spräche: man kann es doch nicht genau wissen, ob die Menschheit wirklich errettet ist." Da ist ganz deutlich jener soteriologische Sinn der Dogmatisierung ausgesprochen, der vielleicht mit dem „symbolischen Ausdruck für die Lehre von dem durch Gottes Gnade erhöhten Menschen" gemeint und hoffentlich nicht abgelehnt wird. Aus der Bulle selbst geht hervor, daß das Dogma sich eigentlich nach zwei Seiten hin wendet: einmal gegen einen das Christentum schon von der Gnosis und schließlich vom griechischen Denken her bedrohenden Spiritualismus. Die Botschaft von der Auferstehung des Fleisches war das große Ärgernis, in dem sich das Ärgernis von der Fleischwerdung des Wortes umkehrte. Als die Griechen auf dem Areopag „von der Auferstehung der Toten hörten", spotteten einige; andere sagten: „Wir wollen dich hierüber ein andermal hören" *(Apg. 17, 32)*; und als Paulus vor dem Landpfleger Felix stand, da konnte er sagen, das Verbrechen, dessen er von den Juden angeklagt werde, müsse das eine Wort sein, das er gerufen hatte, als er vor dem Hohen Rat stand: „Der Auferstehung der Toten wegen werde ich heute von euch gerichtet" *(Apg. 24, 21)*. Man kann bei Nygren im zweiten Band von „Eros und Agape" nachlesen, welche Bedeutung dieses Lehrstück von der Auferstehung der Toten im zweiten Jahrhundert hatte. Hier rückt das Ärgernis des Christentums jedem einzelnen Christen förmlich auf den Leib. Schon die frühe Kirche hat, indem sie von der Auferstehung des Fleisches sprach, jeder Umdeutung der Auferstehung der Toten ins rein Geistige von vornherein den Weg verlegt. Aber wenn man sich daran erinnert, wie die christliche Predigt gerade auch in neuerer Zeit viel lieber von der Unsterblichkeit der Seele als von der Auferstehung des Fleisches geredet hat, dann weiß man, daß auch dem Christen von heute diese zentrale Wahrheit neu verkündigt werden muß. Es ist wirklich kein Zufall, daß das neue Dogma nicht an einem Marienfest, sondern an Allerheiligen ausgesprochen worden ist. Und nur darum hat das Dogma auch bei manchen katholischen Christen so befremdend wirken können, weil sie mit der Auferstehung des Fleisches — spiritualistisch oder rationalistisch verdorben — nichts Rechtes mehr anzufangen wußten. Und doch ist dies der vorletzte Satz des Credo. Wenn Asmussen geschrieben hat: „Maria ist die Repräsentantin des Fleisches, in welches der Sohn Gottes

eingegangen ist, und welches er über alle Kreaturen erhoben hat, denn seit seiner Himmelfahrt sitzt Jesus zur Rechten der Majestät Gottes, und mit ihm sitzt dort unser Fleisch und Blut", dann fühlt der katholische Christ sich in dem soteriologischen und eschatologischen Anliegen, um das es ihm bei der Himmelfahrt Mariens geht, im Grunde verstanden. Es ist gesagt worden, vielleicht hätte das Dogma deshalb verkündigt werden müssen, damit das Ärgernis des Christentums vom Christen heute wieder einmal wirklich erfahren werde. Es geht um die Erlösung dieser wirklichen Welt. An Maria wird sichtbar, „daß die Erlösung die ganze Schöpfung in sich begreift, daß sie vor allem auch auf den Leib des Menschen sich erstreckt, weil der Leib zum Wesen des Menschen gehört: der Leib, der den Herrn getragen hat, ist nach dem Glauben der Kirche, wie er sich in der Liturgie ausspricht, nicht der Verwesung anheimgefallen, und der Leib des Christen, der genährt ist mit dem Fleisch und Blut des Herrn, der hat das ewige Leben, und Gott wird ihn auferwecken am Jüngsten Tag. So bekennt die Kirche gerade auch in ihrem Glauben an die Himmelfahrt der Gottesmutter ihren Glauben daran, daß von der Erlösung der ganze Mensch ergriffen wird, weil durch das Leiden des eingeborenen Sohnes Gottes alle Kreatur erneuert wird, weil sie erfüllt ist von dem Wohlgeruch göttlicher Süßigkeit" (Grosche, Pilgernde Kirche 1938, 140). Das ist auch von Asmussen ausgesprochen worden: „Maria ist der Inbegriff jenes Ereignisses, daß der Heilige Geist sich zum wirklichen Herrn auch der Körperlichkeit macht", zum lebendigmachenden Geist, der auch unsere sterblichen Leiber erwecken wird, wie er nach dem Glauben der Kirche den Leib, der den Herrn getragen hat, bereits erweckt hat. Der letzte Satz des Credo aber heißt: Ich glaube an das ewige Leben, die vita aeterna, die vita venturi saeculi, und auch um diesen Satz geht es bei dem neuen Dogma. Wie es sich auf der einen Seite gegen den Spiritualismus wendet, so auf der anderen gegen den Materialismus, gegen jene Innerweltlichkeit, in der der heutige Mensch wie in einem Gefängnis sitzt, ohne noch etwas von seiner Gefangenschaft zu wissen, wie Graham Greene einmal gesagt hat. Mit Nachdruck hat der Heilige Vater in seiner Bulle gerade von diesem Sinn des Dogmas gesprochen. Was es verkündigt, ist schließlich nichts anderes als der Ruf des Herrn: „Suchet zuerst das Reich Gottes." „Du kümmerst dich um viele Dinge, eins nur ist notwendig." „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber an seiner Seele Schaden leidet." Es ist nichts anderes als der Ruf des Apostels: „Wenn Ihr mit Christus auferstanden seid, so suchet, was droben ist, wo Christus ist in der Herrlichkeit des Vaters." „Wir haben hier keine bleibende Stätte, sondern suchen die künftige." „Unser Bürgertum ist im Himmel, von wo wir auch unseren Herrn Jesus Christus erwarten, der den Leib unserer Niedrigkeit umgestalten und gleichmachen wird dem Leibe seiner Herrlichkeit." Was es verkündigt, ist schließlich nichts anderes als das Evangelium. Und nun bitte ich unsere evangelischen Brüder um eins: uns zu glauben, daß es uns auch bei diesem Dogma um nichts anderes geht als um das Evangelium — auch wenn wir von Maria reden. Denn wir wissen ja von der Schrift, daß sie alle Worte in ihrem Herzen bewahrte. Die Kirche hat sich durch die warnenden und beschwörenden Worte unserer Brüder nicht abhalten lassen, das Dogma von der Himmelfahrt Mariä zu verkündigen. Und wenn es ihnen schwer fällt, das zu verstehen, dann mögen sie an jenes Wort denken, das Newman in seinem Sendschreiben an Pusey geschrieben hat: „Die Ehre Unserer Lieben Frau liegt dem Katholiken mehr am Herzen als die Bekehrung Englands." Wir bitten unsere Brüder, daß sie nicht aufhören mögen, sich zu bemühen, uns zu verstehen, und daß nun nicht sie in einer Selbstsicherheit straucheln, vor der sie uns so oft warnen zu müssen glauben. Und dann laßt uns tun, was wir alle tun können, katholische und evangelische Christen, laßt uns einmütig mit Maria, der demütigen Magd, den Herrn preisen: „Meine Seele erhebt den Herrn, und mein Geist freut sich Gottes, meines Heilandes, denn er hat die Niedrigkeit seiner Magd angesehen. Siehe, von nun an werden mich seligpreisen alle Kindeskinder. Denn er hat große Dinge an mir getan, der da mächtig ist und dessen Name heilig ist."

Arbeiter-Mönche

Das abendländische Mönchtum im eigentlichen Sinne, das mit der Regel des hl. Benedikt im 6. Jahrhundert unserer Zeitrechnung begann, hat im Laufe der Zeit mehrere Male tiefgreifende Reformen durchgemacht, in denen es sich zugleich auf die Strenge seines Ursprungs zurückbesann und das den sich wandelnden Zeiten Nötige herausbildete. Ein Drang zu einer solchen „Reform", zu einer Rückbesinnung auf das ursprüngliche Anliegen des Mönchtums, wie es der hl. Benedikt auffaßte, und zugleich zu einer genaueren Entsprechung zwischen dem mönchischen Leben und den tiefsten geistigen Bedürfnissen unserer Zeit ist auch heute wieder lebendig. Einen größeren Rahmen zu diesem Streben bildet das Reformbedürfnis der Orden und Kongregationen überhaupt, das den Hintergrund des großen Religiosenkongresses in Rom Anfang Dezember ausmachte, von dem wir an anderer Stelle dieses Heftes berichten. Innerhalb des benediktinischen Mönchtums gibt es aber eine besondere, viel tiefergreifende Besinnung auf das Wesen des eigenen Ordens, auf Grund deren vielleicht ein neuer Typ der Verwirklichung benediktinischen Geistes entstehen kann, eine „benediktinische Reform" unserer Zeit. Ansätze dazu sind in einigen fernen Ländern bereits vorhanden. Doch auch in Frankreich und Belgien wird die Frage lebhaft diskutiert. Und aus Frankreich stammt auch die Überlegung, die wir hier wiedergeben wollen.

Die Vierteljahresschrift „Rhythmes du Monde", die sich zur Aufgabe setzt, ein gegenseitiges Sichverstehen zwischen den geistigen Eliten der alten christlichen Welt und den Missionsländern zu schaffen, vor allem die religiösen Hochformen alter Kulturländer christlichen Formen gegenüberzustellen, so daß die Erfüllung der tiefsten Bedürfnisse des Menschen, die solche Formen dann aus dem christlichen Glauben erfahren können, hervortritt, hat ihr neuestes Heft, das zweite im Jahr 1950, dem Mönchtum gewidmet. „Zeit der Mönche" — mit diesem Gesamttitel ist nicht eine ferne Vergangenheit, sondern unsere Zeit gemeint. Eine Reihe von Aufsätzen stellt das Wesen und die Bedeutung der abendländischen Orden und Kongregationen in der Gegenwart dar; ein zweiter Teil berichtet über das Mönchswesen anderer Religionen: in Indien, in Tibet, in Japan.

Von besonderem Interesse erscheint uns der Aufsatz von A.-M. Henry OP, dem Herausgeber der bekannten Zeitschrift „La Vie Spirituelle", über „Arbeiter-Mönche". Dieser Aufsatz geht der Entwicklung und merkwürdigen Umbildung des Benediktinerordens im Laufe der Jahrhunderte nach und erwägt die Möglichkeiten, für unsere Zeit neue geistliche Lebensformen aus der Regel des hl. Benedikt abzuleiten, die gerade unseren Bedürfnissen entsprechen, den Entartungen unserer Welt entgegenwirken könnten.

Lebendiges Mönchtum

P. Henry geht von der Tatsache aus, daß das Benediktinertum heute lebendiger ist, als es seit langem war. Das geht schon allein aus der Zahl der Berufungen, aus der Mannigfaltigkeit neuer Gründungen hervor, ebenso aber auch aus der Leidenschaft, mit der innerhalb des Ordens über seine Prinzipien diskutiert wird. Diese Lebendigkeit hat dazu geführt, daß man auch von außen auf die Benediktiner mit neuem Interesse zu blicken begonnen hat. Und von manchen Seiten ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht auch das benediktinische Mönchtum auf seine Weise bei dem wichtigsten Apostolat unserer Zeit, dem der Rückgewinnung der Arbeiter für das Christentum, eingesetzt werden könnte.

Auf diese Frage, so sagt P. Henry, würden heute wohl noch die meisten Mönche, zum mindesten aber die meisten Äbte, mit Nein antworten: Das liegt nicht in unserer Berufung, entspricht nicht unserem Gelübde. Andere dagegen stellen sich ganz schlicht die Frage, ohne sie noch zu beantworten. Auch P. Henry will sie keineswegs beantworten, sondern nur die Argumente dafür und dagegen darlegen, und er glaubt, als Angehöriger eines anderen Ordens, also nicht als Beteiligter, vielleicht in einer günstigeren Position zu dieser Darlegung zu sein, als es ein Ordensmitglied wäre.

Die Regel des hl. Benedikt

Es scheint einfach zu sein, jede derartige Frage in betreff des Benediktinerordens zu lösen, weil es ein Dokument gibt, das alle für verbindlich halten: die Regel des hl. Benedikt, die Regel des Gründers. Aber dieser Schein trügt, weil es sich nun darum handelt, wie diese Regel auszulegen ist. Und da bestehen zwei Richtungen: die eine, die die Regel interpretiert im Namen der Institutionen, auf die sich das benediktinische Mönchtum fast ununterbrochen berufen hat seit dem entscheidenden Tag, an dem die Mönche ihre ländliche Abgeschiedenheit verließen und sich im Jahre 580 in Rom niederließen, und vor allem seit der glänzenden Epoche von Cluny; und die andere, die von allem absehen will, was diese Regel später an Organisationen getragen hat, und sich statt dessen an den strengen Sinn dessen hält, was der hl. Benedikt selber in seiner Zeit, seiner kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Umwelt im Sinn gehabt hat. Wenn man die beiden Richtungen in dieser Weise einander gegenüberstellt, erscheint es ganz selbstverständlich, daß man sich für die letztere entscheidet. Und doch darf man nicht vergessen, daß die erstere das Gewicht einer Tradition von mehr als tausend Jahren hinter sich hat. Es kann sich nicht darum handeln zu leugnen, daß diese Tradition auch heute noch ihren Wert hat. Welche Interpretation die richtige, die alleingültige ist, ist jedenfalls nicht so einfach zu sagen, wie manche meinen. Es kommt ja noch dazu, daß der Wandel der Welt und das starke Wachstum der Institutionen selber die Interpretation der ursprünglichen Regel erschweren. Ganz offenbar kann heute nirgendwo mehr die Gründung des hl. Benedikt ganz genau so, wie sie im Jahr 547 beim Tode Benedikts bestand, wiederholt werden. Während damals die Mönche, selbst die städtischen Mönche des Lateran, in einer Umwelt mit bäuerlicher Kultur lebten, leben heute die Mönche selbst auf dem Lande in einer Zeit tiefgreifend industrialisierter Kultur. Nur ein Beispiel ist das elektrische Licht, das es jedem ermöglicht, auch nach Einbruch der Dunkelheit weiterzuarbeiten. Oder der Bau der Klöster, den die Mönche einst selber ausführten: er wird heute selbstverständlich von Architekten errichtet, weil das Bauen viel zu viel technische Kenntnisse voraussetzt, als daß die Mönche ohne Architekten auskommen könnten — wobei dann der Bau freilich häufig recht wenig mönchhaft ausfallen mag. Dabei wirkt sich auch leicht eine traurige Neigung zu falscher Romantik aus, weil die Architekten im Auftrag der Mönche nach Mustern der Vergangenheit neue Bauten errichten. Auch die Kleidung wird nicht mehr, wie einst, von den Mönchen selber hergestellt; sie kaufen den Stoff zu ihrem Habit und können folglich auf der ganzen Welt gleich gekleidet einhergehen — was der hl. Benedikt nicht vorausgesehen hat, da er vorschreibt, die Mönche sollten sich bekleiden mit dem, was sie „im Land, in dem sie wohnen, vorfinden oder sich möglichst billig beschaffen können" (Kap. 55 der Regel). Auch wo die Mönche sehr einfach zu leben gewillt sind, wäre es ein archäologischer Luxus, wenn sie sich dabei der Werkzeuge des 6. Jahrhunderts bedienen wollten. Und wenn sie sich ihr Brot verdienen wollen, zwingt die Konkurrenz sie, sich auf dem Niveau der modernen Zivilisation zu halten. Es kann sich also nur darum handeln, den Geist der Regel wiederzufinden, wie er vor jenen ersten Institutionen war, und zu sehen, ob sich aus diesem Geist eine benediktinische Institution von Arbeitermönchen ableiten ließe.

P. Henry geht nun so vor, daß er die benediktinische Institution des 6. Jahrhunderts in dreifacher Hinsicht untersucht, nämlich in Hinsicht auf die Klerikatur, auf die körperliche Arbeit und auf die Klausur, um dann zu sehen, ob die moderne Errichtung eines Arbeitermönchtums etwa „unmönchisch" wäre.

Die Klerikatur

Benedikt selber war nicht Priester, und er hat keinen Priesterorden gegründet, sondern eine monastische Institution nach dem Vorbild des damaligen Mönchtums geschaffen, dessen wichtigstes Merkmal das Asketentum im ursprünglichen Sinn war. Seine Gründung ist bestimmt für einfache Mönche, wenn auch nicht verschlossen für Kleriker; aber „wenn ein Priester um Aufnahme in den Orden nachsucht, soll man seinem Gesuch nicht leicht stattgeben. Wenn er jedoch insistiert und unveränderlich bei seiner Absicht bleibt, soll er wissen, daß er an die ganze Disziplin der Regel gebunden sein wird und daß man ihm nichts erlassen wird" (Kap. 73). Man tritt nicht in den Orden ein, um Priester zu sein, sondern um „Gott zu suchen" (Kap. 58). Die Regel will also keine Miliz zur geistlichen Eroberung der Welt bilden, sondern nur einer Gemeinschaft von Asketen, die in der Nachfolge Christi gegen Satan um die Welt

kämpfen, Halt geben, so daß sie auf diesem Weg fortschreiten können. Nichts könnte daher anpassungsfähiger, nichts weniger spezialisiert sein als diese ursprüngliche Regel, in der selbst das Wort Kontemplation nicht als ein besonderes Charakteristikum des Mönchtums vorkommt. Von hier aus also steht der Idee eines Klosters von bloßen Laienmönchen nicht das geringste entgegen. Im Gegenteil, diese wären ihren ersten Brüdern wieder ganz nahe.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die glänzende Umbildung der ursprünglichen Gestalt des Mönchtums im frühen Mittelalter zu einer Klerikergemeinschaft neben den großen Werten, die sie zeitigte, auch schwere Schäden gefördert hat. Zweifellos haben sich die Mönche aristokratisiert, intellektualisiert und vom Volk getrennt. Die Religionskarte Frankreichs, die in den letzten Jahren bis ins Detail ausgeführt worden ist, hat ganz allgemein um die großen Klöster herum Zonen von besonderem Antiklerikalismus aufzuweisen! Es scheint, als ob die Entwicklung des Mönchtums zur Klerikatur seit dem 8. bis 10. Jahrhundert ein wesentliches Gleichgewicht der ursprünglichen Gründung zerstört hat. Von hier aus versteht man sehr gut das Drängen einer Anzahl von jungen Mönchen auf eine Deklerikalisierung des Ordens im Geiste der alten Regel. Und man blickt mit Freude auf einige kühne Gründungen in Mexiko, Martinique und im Belgischen Kongo.

Die Handarbeit

Seit einigen Jahrhunderten hat sich die Gewohnheit herausgebildet, vorwiegend den Laienbrüdern die körperliche Arbeit oder zum mindesten alle schwere Arbeit in den Klöstern zu überlassen. Aber ursprünglich waren alle Mönche Laienbrüder, „Konversen" (wie Benedikt selber sie anredet). Was man später Laienbrüder nennt, ist eine Einrichtung, die sich im 9., 10. und 11. Jahrhundert in enger Verbindung mit den damaligen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen herausbildete. Damals boten Bauern dem Kloster ihren Besitz, ihre Arbeit und ihre Person als „Ehrengabe" an: das Kloster stellte sie als Knechte, als Hörige, als Oblaten ein. Sie legten unwiderrufliche Gelübde in die Hand des Abtes ab. Aber sie waren nicht Mönche: sie nahmen nicht teil an der Klausur, sie waren Externe. Sie lebten nicht in, sondern neben dem Kloster. Was sie von den Mönchen unterscheidet, ist nicht, daß sie nicht lesen können (es gab auch unter den Mönchen Analphabeten); nicht, daß sie nicht am Offizium teilnehmen (sie nahmen daran teil, sobald sie gerade anwesend waren, wenn sie auch beim gläubigen Volk ihre Sitze hatten); nicht, daß sie körperlich arbeiten (das taten auch die Mönche noch): sondern daß sie nicht in Klausur leben. Der Gehorsam, der sie, wie die Mönche, an den Abt bindet, macht sie zu echten Ordensleuten, aber darum, daß sie außerhalb des Klosters leben, kann man sie nicht Mönche nennen. Die Gefahren einer solchen Einrichtung lassen sich leicht erkennen. Die Mönche, deren ehemalige Diener diese neuen Laienbrüder häufig gewesen sind, betrachteten sie auch innerhalb des Ordens als ihre Diener, während sie selbst Kleriker, Liturgiker und Intellektuelle geworden waren.

Wenn wir nun das Problem der Arbeitermönche betrachten, so verbietet, von der ursprünglichen Regel her betrachtet, nichts, daß gewisse Laienbrüder in Fabriken arbeiten gehen. Sie würden jeden Abend, vielleicht sogar mittags, und jeden Samstag/Sonntag ins Kloster zurückkehren und sich in der Stille neue Kraft holen. Sie hätten keine missionarische Aufgabe, ebensowenig wie die alten Laienbrüder im 12. Jahrhundert, die außerhalb der Abtei arbeiteten, aber sie würden in die Welt der Arbeit das Zeugnis ihrer eigenen Mühe stellen und für die Klostergemeinschaft einen Beitrag zu deren Lebensunterhalt erwerben. Sie würden zudem die Abteien aus dem Bann des Kapitalismus befreien. Denn manche Klöster leben mit von dem, was die Kirche im kapitalistischen System am meisten verurteilt: vom Geldverleih auf Zinsen, von Gewinnanteilen von Aktien und dergleichen. Gewiß, dieses System erlaubt den Mönchen, ihre Zurückgezogenheit und Einsamkeit zu bewahren. Aber es führt in der heutigen Welt zu einer aristokratischen Absonderung, die dem Geist des Mönchtums widerspricht, und es fügt sich in ein Netz sozialer Beziehungen, die das Verständnis für die Not der Menschen, vielleicht sogar die Barmherzigkeit gefährden. Viele sehen diese Gefahren, und eben darum möchten manche Mönche, ja auch Äbte, Arbeiterbrüder an ihr Kloster angliedern.

Manche gehen noch weiter. Im Gedanken an die alten Mönchsklöster, in denen es noch keine Laienbrüder gab, sondern alle arbeiteten, möchten sie ganz kleine Abteien von zwölf bis zwanzig Mönchen gründen, von denen einige in Fabriken arbeiten sollten. Warum sollte es heute unmöglich sein, mitten unter dem Volk zu leben und an der Welt der Arbeit teilzunehmen, so wie es die Mönche des frühen Mittelalters in ihrer Umwelt getan haben? Sicher ist es nicht zu wünschen, daß die Mönche wieder ungebildete Barbaren würden; aber gut wäre es gewiß, wenn auch die modernen Arbeiter Mönche werden könnten und wenn das Mönchtum neben seinen Theologen, Gelehrten, Künstlern auch wieder Arbeiter hätte, in denen es den Anschluß an das Volk fände.

Die Klausur

Nichts scheint also dagegen zu sprechen, daß gewisse Mönche als Mönche im vollen Sinn, fest mit einer Abtei verbunden, das Leben eines Arbeiters lebten — wenn nicht die Klausur wäre, wenn nicht die Klausur zum vollen Mönchsleben gehörte. Mit dem Problem der Klausur berühren wir den schwierigsten Punkt des Problems der Arbeitermönche. Denn der Mönch ist in der Tat wesensmäßig ein Mann, der die Welt flieht, auf den Platz in der menschlichen Gesellschaft verzichtet, um Gott zu suchen und ihm in der Schule eines Abtes zu dienen. Diese Absonderung von der Welt ist die älteste Tradition des Mönchtums überhaupt.

Der Zweck dieser Absonderung ist natürlich der innere Verzicht, die Loslösung des Herzens. Aber es wäre ein Irrtum, wenn man die Klausur auf eine innere Haltung ohne sichtbare Form beschränken wollte. Dennoch ist sie ein Mittel, nicht ein Ziel, und alles, was Mittel ist, kann sich wandeln, sich entwickeln. Die Frage wäre also: welches ist die Form der Klausur, die heute am besten den Absichten der Einrichtung des Mönchtums entspräche? Der hl. Benedikt hatte eine geschlossene Wirtschaftseinheit mit strenger Klausur geschaffen. Wie weit kann man heute diese Form verwirklichen? Zweifellos kann man diese Frage nicht einfachhin beantworten. Es gibt mehrere Antworten, und es gibt mehrere Formen, bene-

diktinisch zu leben. Feldarbeit macht die Klausur relativ leicht (obgleich es in der Geschichte manchmal so gegangen ist, daß die Abtei praktisch die umwohnende Bevölkerung in sich aufgenommen hat, anstatt sich von ihr zu distanzieren; wieviele heutige Ortschaften sind aus Klostersiedlungen entstanden!). Die Feldarbeit erlaubt auch, eine große Einfachheit des Lebens zu bewahren. Darum erscheint die Landarbeit als die vorzüglichste Arbeit der Mönche. Aber auch die Landarbeit hat sich heute gewandelt, hat sich industrialisiert, und der Unterschied zwischen Landarbeiter und Fabrikarbeiter ist nicht mehr so groß und nimmt immer mehr ab. Die großen Landgüter sind oft zu großen Unternehmen im industriellen Sinn geworden. Dieses neue Phänomen könnte morgen schon auch die Existenzform gewisser Klöster verwandeln.

Arbeitermönch und Mönchsregel

Auf Grund dieser Erwägungen scheinen sich für das Problem der Arbeitermönche — sei es in der Stadt, sei es auf dem Lande — nun zwei Lösungen abzuzeichnen:

1. Die Fabrik gehört zum Kloster, und die Mönche oder Laienbrüder sind Arbeiter. Wahrscheinlich müßte man dann andere Arbeiter von außerhalb hinzuziehen, die Lohnarbeiter des Abtes wären. Diese paternalistische Lösung stellt keine Schwierigkeiten gegenüber der Regel her, ja sie hat eine gewisse Verwandtschaft mit der Wirtschaftsform zur Zeit des hl. Benedikt. Aber sie ist in unsrer heutigen Welt fast schon anachronistisch. Selbst wenn die Äbte die Forderungen ihrer gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erfüllten, würden diese doch wohl etwas anderes von den Mönchen erwarten. Und die Rolle der Arbeitgeber würde den Mönchen die Einfachheit des Lebens und die Gleichheit mit dem einfachen Volk gewiß nicht erleichtern.
2. Die Fabrik gehört nicht zum Kloster, und die Mönche arbeiten dort als Lohnempfänger. Aber läßt sich das mit dem Geist der Klausur vereinbaren?

Gibt es aber nicht vielleicht eine mittlere Lösung, die darin bestände, nur einen Teil der Glieder der mönchischen Gemeinschaft in die Fabrik zu schicken? Dann wäre die Klausur kein leeres Wort, auch nicht für die, die außerhalb arbeiten. Der Kern des Problems besteht vielleicht in der Frage, ein wie großer Teil der Mönche notwendig in der Klausur zurückbleiben müsse, um das unerläßliche geistige Klima des Gebets, des Schweigens, der Sammlung zu erhalten und so die geistliche Erholung und Wiederherstellung auch der anderen zu ermöglichen.

Diese letztere Lösung hätte, während sie, so weit wie möglich, das Wesen der Klausur erhält, den ungeheuren Vorteil, dem Kloster die Einfachheit des Lebens zu erhalten, die sich darin ausdrückt, daß die Mönche sich auf die demütigste Weise ihr Brot verdienen, und zugleich wären sie eng verbunden mit den Armen. Vielleicht könnte so unsre Zeit den Arbeitermönch als neuen Typ schaffen, so wie das 9. und 10. Jahrhundert den Typ des Laienbruders schuf.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Kirche und Staat

Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat werden in der Theologie zumeist unter den höchsten Gesichtspunkten, aber darum auch in sehr abstrakter Weise erörtert. Wenn man einen Kirchenbegriff zugrundelegt, der nur die unveränderlichen Wesensmerkmale der Stiftung Jesu Christi einchließt, und eine Idee vom Staate, in der nur die allgemeinsten und formalsten Kennzeichen aller staatsähnlichen Gebilde Ausdruck finden, dann entsteht eigentlich kaum ein Problem, oder es findet doch sogleich seine grundsätzliche Lösung.

Auch der säkularistische Geist unserer Epoche hat keine Schwierigkeiten, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu bestimmen; denn er will von einem Anspruch Gottes in der Welt der gesellschaftlichen Beziehungen nichts wissen. Für ihn sind die „Religionsgesellschaften" private Vereinigungen, die unter keinen anderen Bedingungen stehen als die übrigen Gebilde des Privatrechts. Für ihre Duldung oder Förderung gelten die Maßstäbe der öffentlichen Ordnung.

Will man aber das Verhältnis von Kirche und Staat realistisch diskutieren, muß man von den Tatsachen ausgehen. Einen Versuch dieser Art unternimmt Heinrich Rommen, der ehemalige Sozialphilosoph des Katholischen Volksvereins und gegenwärtige Professor dieses Faches am St. Thomas-College in St. Paul, Minnesota, in der Zeitschrift „The Review of Politics" (Bd. 12 Nr. 3, Juli 1950, S. 321—340), die von Waldemar Gurian herausgegeben wird und als die führende sozialwissenschaftliche Publikation im katholischen Nordamerika gelten darf.

Voraussetzungen einer realistischen Erörterung

Zu den Voraussetzungen, die der Sozialphilosoph zu machen hat, wenn er der Wirklichkeit seines Gegenstandes gerecht werden will, gehört an erster Stelle ein wirklichkeitsgemäßer Kirchenbegriff. „Man darf der Natur und dem Selbstverständnis der Kirche nicht ausweichen, wenn man dem Problem von Kirche und Staat nahekommen will. Andernfalls würde der Ausdruck ‚Kirche' nur höchst private Ansichten ganz privater Einzelpersonen aus jenem Raum irrationaler Gefühle und unwissenschaftlicher Einbildung bezeichnen, den der säkularistische Agnostiker ‚Religion' nennt." Die Kirche, mit der die Sozialphilosophie es zu tun hat als mit einer gesellschaftlichen Gegebenheit, ist eine göttliche Stiftung, nicht eine menschliche Vereinigung. Aus diesem Grunde ist ihre Grundstruktur menschlicher Willkür und geschichtlicher Veränderung entzogen. Es kommt nicht darauf an, ob man den Glauben der Kirche an ihre göttliche Stiftung teilt. Ein realistischer Sozialphilosoph muß ihn, insofern dieser Glaube das Selbstverständnis der Kirche bestimmt und damit eine unab-

änderliche gesellschaftliche Tatsache schafft, respektieren. Diese Tatsache verkörpert sich unter allen religiösen Gemeinschaften am stärksten in der katholischen Kirche. Deshalb gewinnt das Problem ihr gegenüber besondere Schärfe. Das Verständnis wird noch mehr verbaut durch den spiritualistischen Begriff von Religion, den sich der neuzeitliche Individualismus gebildet hat und der es ihm sehr schwer macht, objektive und besonders gesellschaftliche religiöse Gebilde zu verstehen, die auf unveränderlichen dogmatischen Grundlagen ruhen. Ganz besonders gilt dies für Amerika, das klassische Land der traditions-, formen- und dogmenfreien pietistischen Gemeinschaften.

Die Anpassungsfähigkeit der Kirche

Wenn also der Sozialphilosoph einerseits den dogmatischen Begriff der Kirche als gesellschaftliche Tatsache voraussetzt, muß er andererseits die geschichtlichen Wandlungen des Sozialgebildes Kirche ins Auge fassen. Wie schon das Kirchenrecht außer den göttlichen Gesetzen auch menschliche enthält, greift die Kirche in ihrer Tätigkeit überhaupt in die geschichtlich veränderliche Welt hinüber. Als Gottesvolk lebt sie in ihr und muß sich mit ihr stets von neuem auseinandersetzen. Sie muß die Nahziele und Mittel, durch die sie ihre unveränderliche Aufgabe zu erfüllen trachtet, dem Wechsel der Verhältnisse anpassen. Dieser Wechsel tritt vor allem in den wechselnden Staatsauffassungen und Staatsformen in Erscheinung. Die Kirche hat den antiken heidnischen Staat erlebt, das christliche Reich des Mittelalters, den konfessionellen Nationalstaat gallikanischer Prägung mit dem Gottesgnadentum, den paritätischen christlichen Staat und endlich den modernen weltlichen Staat in seinen beiden Grundformen, der einen, die ein Naturrecht anerkennt und um seinetwillen volle Religionsfreiheit gewährt, und der anderen laizistischen und antiklerikalen Form. Jedesmal, wenn die Gestalt des Staates sich ändert, entsteht von neuem die Frage nach dem Verhältnis der Kirche zu ihm. Unveränderliche Grundsätze verlangen nach neuen Anwendungen. Wie hart es dann auch innerhalb der Theologie zuweilen hergeht, dafür ruft Rommen den Fall des heiligen Kirchenlehrers Robert Bellarmin ins Gedächtnis, dessen Werk „De summo pontifice" zeitweise auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt wurde, weil sein Verfasser bestritt, daß die direkte Gewalt des Papstes in zeitlichen Angelegenheiten göttlichen Rechtes sei.

Differenzierung des Staatsbegriffs

Zu den Voraussetzungen einer sachgemäßen Erörterung des Verhältnisses von Kirche und Staat gehört zweitens nun aber auch ein Staatsbegriff, der an der Geschichte orientiert ist. Obgleich der allgemeinste Zweck des Staates von der Natur selbst gesetzt ist, läßt doch die ‚Homogeneität' der im Staate vereinigten Menschen, ihre Übereinstimmung in den Grundsätzen, Zielen und Mitteln, durch die der Endzweck ihrer Staatsgemeinschaft verwirklicht werden soll, Raum für viele Möglichkeiten. Der Staat kann auf einer sehr breiten oder auf einer schmalen Grundlage übereinstimmender Auffassungen ruhen und demgemäß eine entsprechend umfassende Tätigkeit entfalten oder sich mit eben jenem wenigen begnügen müssen, worin seine Bürger übereinstimmen. In einem ‚katholischen' Staate z. B. sind Regierung und Volk sich darüber einig, daß die Gesetze der Kirche auch im staatlichen Leben voll erfüllt werden müssen. Auch ein solcher Staat ist vor der Kirche in seinem Bereich souverän. Aber ihm gegenüber übt die Kirche rechtens ihre ‚potestas indirecta' aus.

Diese Verwirklichung des Staates, sagt Rommen, birgt ihre eigenen Gefahren. Die größte besteht darin, daß „die Übereinstimmung im Religiösen als Grundlage der politischen Loyalität betrachtet wird". Der Häretiker wird dann zum Staatsfeind. Die Geschichte der Albigenser, der verschiedenen Judenverfolgungen und besonders der Inquisition in Spanien zeigt traurige Beispiele davon, daß Regierungen einer derartigen Begriffsverwechslung erlegen sind. Mehrfach mußten die Päpste selbst zur Mäßigung mahnen. Von einer noch umfassenderen Homogeneität war das mittelalterliche Reich getragen. Wir dagegen leben in einer Welt, die von zwei selbständigen und je in ihrem Bereich vollkommenen Gesellschaften ausgefüllt ist. Wenn die höhere in diesem Falle in den Bereich der niederen eingreift, dann kann das nicht willkürlich, sondern nur in genau bestimmten Fällen geschehen. Das Recht, über das Vorliegen eines solchen Falles zu urteilen, liegt zwar bei der höheren Gesellschaft, doch trägt sie vor der Gerechtigkeit und dem Gewissen auch die Beweislast.

Der religiös neutrale Staat eine vollendete Tatsache

Indessen ist ja auch diese Gestalt des Nebeneinander von Kirche und Staat eigentlich nicht mehr die unsrige. Die Geschichte hat die Tatsache des religiös neutralen Staates geschaffen, der die Grundrechte der Glaubensfreiheit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Rücksicht auf ihren Glauben anerkennt. „Allerdings ist dieser Staat nicht völlig ‚neutral'; denn er beansprucht das Recht, von seinen Bürgern zu fordern, daß ihre äußere Religionsausübung nicht die öffentliche Ordnung stört, worunter diejenigen sittlichen Werte verstanden werden, die er als Grundlage seiner eigenen Existenz ansieht." Rommen führt als Beispiel dieser Einschränkungen die Verweigerung der Vielehe gegenüber den Mormonen und die Frage der Kriegsdienstverweigerung an. Dies ist also der Staat, mit dem wir es zu tun haben. „Wir sollten uns darüber klar sein, daß es außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten liegt, zu solchen kirchlich-staatlichen Beziehungen zurückzukehren, wie sie im mittelalterlichen Reich oder im konfessionellen Staat der Gegenreformation bestanden haben." Ihm gegenüber konnte die Kirche ihre indirekte Gewalt geltend machen, obwohl gerade der Gallikanismus verdeutlicht, mit wie wenig Erfolg dies zuweilen geschah.

Die potestas indirecta

Selbstverständlich gehört der Anspruch auf die indirekte Gewalt zu den unveräußerlichen Rechten der Kirche. Jedoch ist es eine andere Frage, was für ein Gebrauch unter den heutigen staatlichen Verhältnissen von diesem Recht gemacht werden kann. Die Geschichte ist hierfür nicht ohne Beispiel. Die indirekte Gewalt verpflichtet unmittelbar nur einen christlichen Regenten und christliche Bürger. In einem christlichen Staat trifft sie in ihren Auswirkungen auch die in ihm lebenden Nichtchristen (Juden, Sarazenen). Aber sie erreichte auch noch ungläubige Völker und Staatenlenker, insofern die Kirche die christlichen Staaten aufrief, in solchen Ländern die

Freiheit ihrer Missionstätigkeit zu sichern, wie es im spanischen und portugiesischen Kolonialzeitalter geschah. Dies, sagt Rommen, war nach allgemeiner theologischer Lehre die einzige Gewalt, die der Papst gegenüber den Ungläubigen beanspruchen konnte, wobei ihm außerdem das Naturrecht zur Seite stand.

Und nun trifft der Verfasser die Feststellung, die für seine Beweisführung grundlegend ist: „Wenn wir in den Lehren der früheren Theologen nach einem Beispiel für den modernen neutralen Staat Ausschau halten, kommt ihre Idee von dem rein naturrechtlichen Staat der Ungläubigen, natürlich mutatis mutandis, dem Muster des modernen weltlichen Staates, über den die Kirche nur eine sehr schwache indirekte Gewalt geltend machen kann, am nächsten." Bis zum 18. Jahrhundert meinten die Theologen, wenn sie von der Vorstellung eines christlichen Staates ausgingen, in Wirklichkeit den katholischen. „Zu Bellarmins Zeit waren auch die Staaten der Häretiker juristisch noch katholische Staaten, weil die Theologen sich noch nicht die Vorstellung hatten aneignen können, daß die Reformation endgültig die una sancta zerrissen hatte." Nun aber haben wir es mit einem Staate zu tun, der nur mehr auf dem Naturrecht ruht, wie Thomas ihn einst gegenüber der Civitas Dei Augustins theoretisch konzipierte. „In dem naturrechtlichen Staat mögen nun wohl die Begriffe von der Kirche als vollkommener Gesellschaft auf geistlichem Gebiet und von der kirchlichen Freiheit fruchtbarer und angemessener sein als der Begriff von der indirekten Gewalt."

Der Begriff des neutralen Staates schließt die Grundrechte ein. Er schließt Vereinbarungen und Konkordate der Kirche mit den Regierungen keineswegs aus. Der Staat der Grundrechte steht im Gegensatz zum totalen Staat, der seine Ansprüche auch auf religiösem Gebiet geltend macht, und zu jeder Form religiöser Intoleranz. „Der neutrale Staat ist einfach ein Staat, in dem die notwendige moralische Homogeneität nur auf natürlichen Werten beruht, wie sie in den Präambeln der modernen Verfassungen und besonders in deren Grundrechten ausgesprochen oder anerkannt sind." Sie machen das Wesen der Demokratie aus. Dieser Staat also enthält sich jeder religiösen Einmischung nicht aus Indifferentismus, sondern weil seine unitas ordinis lediglich mehr auf der Homogeneität seiner Bürger hinsichtlich des Naturrechts beruht, wie auch immer diese Anerkennung des Naturrechts bei den einzelnen motiviert sein mag. Er ist also, wegen der schmaleren Basis der Homogeneität seiner Bürger, nicht mehr imstande, in seiner Politik spezifisch christliche oder katholische Prinzipien anzuwenden. Statt dessen respektiert er vollkommen die religiöse Freiheit des einzelnen. „Indem wir die Überzeugungen anderer achten, beugen wir uns nicht vor dem ‚Irrtum', sondern ehren wir das gute Gewissen und die Persönlichkeit unseres Mitbürgers, seine Freiheit und Aufrichtigkeit, ohne Rücksicht auf den objektiven Irrtum. Wir tragen der Tatsache Rechnung, daß er gemäß unserer eigenen Lehre verpflichtet ist, seinem Gewissen auch dann zu folgen, wenn es irrt."

Dieser weltliche Staat, die Realität der Gegenwart, ist nicht notwendig ein Staat nach dem Ideal der französischen Laizisten, aber er bedeutet die Trennung von Kirche und Staat. Er ist das Ergebnis einer geistigen Bewegung, in deren Verlauf sich zunächst die Herrschenden und dann die Allgemeinheit „säkularisiert" haben und die zuletzt in Gesetzen ihren Ausdruck fand. Er braucht der Kirche nicht feindlich zu sein, und deshalb braucht sie ihn auch nicht unter allen Umständen zu bekämpfen.

Anerkennung dieses Staates durch die Katholiken

Nun sind aber, fährt Rommen fort, Andersgläubige schwer davon zu überzeugen, daß die Katholiken es mit der Anerkennung eines solchen Staates ehrlich meinen. Sie setzen gern voraus, daß wir gemäß einem Ausspruch verfahren, den man zu Unrecht Louis Veuillot unterschoben hat: „Wenn ihr die Mehrheit habt, fordern wir Freiheit auf der Grundlage eurer Prinzipien. Wenn wir in der Mehrheit sind, werden wir euch die Freiheit auf Grund unserer Prinzipien verweigern." Die Andersgläubigen fürchten also, daß wir die Grundrechte der modernen Demokratie nur zu unsern Gunsten gelten lassen. Wir müssen dartun, daß wir diese Grundrechte, einschließlich der religiösen Freiheit, der Rede- und Pressefreiheit, nicht ausgenommen den Schutz andersgläubiger Minderheiten in überwiegend katholischen Ländern, ehrlich und aus Überzeugung annehmen. Die Kirche selbst hat durch den Mund Pius' XII. diese Annahme ausgesprochen, indem der Papst ein internationales Gesetz über die Grundrechte befürwortete. Die Kirche kann denn auch nicht für sich die Grundrechte fordern und zugleich sie anderen verweigern. Rommen zitiert in diesem Zusammenhang den vorher schon von Pribilla (Dogmatische Intoleranz und bürgerliche Toleranz, Stimmen der Zeit, Bd. 144 S. 27) angeführten Satz Gregors IX. an die französischen Bischöfe aus dem Jahre 1233: „Dem Juden muß das gleiche Entgegenkommen bewiesen werden, das die Christen in heidnischen Ländern für sich zu erfahren wünschen." Die vorbehaltlose Annahme der Grundrechte der Gleichheit aller Bürger und der Freiheit der religiösen Überzeugung und ihres Ausdrucks sowie der religiösen Propaganda setzt voraus, daß wir unterscheiden zwischen dem Dogma und gewissen zeitbedingten theologischen Meinungen, die einer Annahme der Grundrechte entgegenstanden. Sie macht es ferner nötig, daß wir gewisse Begriffe, die in einer bestimmten geistigen und geschichtlichen Umwelt entstanden sind, auf ihre Tragweite untersuchen. „Wir sollten die Tatsache betonen, daß die Freiheit der Presse, des Gewissens und der Wissenschaft (Philosophie) nur insofern verurteilt wurde, als sie auf der Grundlage des theologischen Indifferentismus oder des philosophischen Relativismus gefordert wurde. Wir sollten ferner betonen, daß, wenn diese Rechte geschichtlich auch auf Grund einer schlechten Philosophie, etwa des Rationalismus und Deismus (z. B. Jefferson), in Anspruch genommen wurden, dieser geschichtliche Ursprung keineswegs eine Art Erbsünde ist, durch die diese Rechte selbst befleckt sind. Wir sollten dazu gelangen, zu zeigen, daß im Gegenteil diese Rechte kein Gegenstand theologischer oder metaphysischer Wahrheit sind, sondern praktische politische Maximen, daß die Rechte der Person, der Eltern auf dem Naturrecht beruhen, das durch den Glauben nicht abgeschafft ist." Zu dem bekannten Satz: Man dürfe dem Irrtum nicht das gleiche Recht einräumen wie der Wahrheit, bemerkt Rommen, daß von ‚Recht' nur die Rede sein kann, wenn es sich um Personen handelt. Dann hat der Satz überhaupt nur einen Sinn, wenn man ihn auf mala fide Irrende anwendet. Es sollte auch nicht übersehen werden, sagt er schließlich, daß unsere Kennt-

nis von der Psychologie des Glaubens, des Unglaubens und des Abfalls vom Glauben seit dem Mittelalter fortgeschritten ist, so daß wir die mittelalterliche Gleichsetzung von Irrtum und Schuld nicht mehr vollziehen. Der Massenabfall der modernen Intelligenz und des Proletariats hat seine Ursache auch in anderm als in persönlicher Schuld. Bezüglich des Proletariats hat kein geringerer als der Papst selbst dies hervorgehoben, wenn er seinen Abfall als den „größten Skandal" unserer Zeit kennzeichnete. Wir kennen ferner aus einer besseren Erfahrung, als es diejenige war, über die die klassischen Theologen des Mittelalters verfügten, die großen Gefahren jeder bürgerlichen und sozialen Intoleranz. Die Freiheit des irrigen Gewissens ist die gleiche wie die des rechten mit der einen und einzigen Einschränkung, daß seine Rechte „beschränkt sind durch das, was wir die ‚öffentliche Ordnung' nennen, das heißt die wesentlichen Bedingungen des gesellschaftlich-politischen Lebens im strengen Sinne."

Religiöser Zwang

Um einige Beispiele der Anwendung dieser Lehre zu geben, führt Rommen nun zunächst das Elternrecht an. Schon Schröteler hatte in seinem Buch über „Das Elternrecht" (München, 1936) den Fall der Juden im Kirchenstaat erwähnt, die gezwungen wurden, katholischen Unterricht anzuhören (wie gegenwärtig noch die evangelischen Kinder in den spanischen Staatsschulen). Wie einst die skotistische Ansicht über die Berechtigung der Zwangstaufe für jüdische Kinder im 16. Jahrhundert von thomistischer Seite als Mißachtung des Elternrechts verworfen wurde, so wird auch der Mißbrauch, Kindern einen Unterricht in der fremden Religion zuzumuten, sein Urteil finden müssen. Rommen gibt es in den Worten Kettelers vor der Frankfurter Versammlung: „Ich verlange für Katholiken und gläubige Protestanten das Recht zur Erziehung ihrer Kinder im katholischen oder protestantischen Glauben, wie ich auch das furchtbare Recht des Ungläubigen anerkenne, seine armen Kinder im Unglauben zu erziehen." Und Schröteler weist darauf hin, daß die Theologen den erwähnten Brauch im Kirchenstaat wohl würden abgewiesen haben, wenn es sich nicht um den Kirchenstaat gehandelt hätte. Außerdem sei eine solche Praxis nutzlos, erreiche das Gegenteil der Absicht und verleite zur Anwendung gleicher Methoden gegenüber christlichen Minoritäten seitens unchristlicher Mehrheiten.

Der neutrale Staat ein Grundsatz des Völkerrechts

Was Leo XIII. in seiner Enzyklika „Immortale Dei", die sich noch mit einem christlichen Staat beschäftigte, gesagt hat: es könnten Umstände eintreten, die auch eine christliche Regierung zu voller Toleranz nötigen, dies ist nunmehr zu einem anerkannten Grundsatz des Völkerrechts geworden. Wir stehen vor dem politischen Ergebnis einer langen geistigen und wissenschaftlichen Entwicklung, die den Wert der Freiheit und Würde der je einmaligen menschlichen Person erkennen gelehrt hat, in einem Zeitpunkt, wo diese Würde gegen die kollektiven Mächte verteidigt werden muß. Es wird dabei vorausgesetzt, daß die Achtung der persönlichen Würde eine gegenseitige ist. So aber schließt sie nicht nur direkten Zwang, sondern auch schon jeden Druck durch irgendeine soziale Benachteiligung Andersgläubiger aus.

Glaubensfreiheit wichtiger als Ausübung der kirchlichen Gewalt

Noch ein anderer Grundsatz, der neuerdings immer stärker ins Bewußtsein der Theologie tritt, beeinflußt die katholische Einstellung zu den demokratischen Grundrechten. Während die Kirche zu jener Zeit, als die theologische Lehre vom Verhältnis zwischen Kirche und Staat zuletzt ausgebildet wurde, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Heilsanstalt erlebt und von da her in die Betrachtung einbezogen wurde, steht die Ekklesiologie jetzt im Zeichen eines neu erwachten Bewußtseins der Heilsgemeinschaft des Volkes Gottes, in dem jeder einzelne zum Zeugnis aufgerufen wird. Es liegt auf der Hand, daß damit die Bedeutung der kirchlich-staatlichen Beziehungen zurücktritt, während die Freiheit für den einzelnen, seiner Überzeugung gemäß zu leben, zu reden und sich mit anderen zu vereinigen, überaus wichtig geworden ist. Denn es sind ja die modernen Grundrechte, die der persönlichen und gemeinschaftlichen freien Tätigkeit des Laien in Welt und Leben Raum gewähren. Es sind die Grundrechte, die den Raum der freien Gesellschaft gegenüber dem Staate sichern. „Die Freiheit der Kirche als Anstalt und als Volk Gottes tritt in den Vordergrund."

Rommen ist der Ansicht, daß es im Grunde schon immer diese Freiheit war, die von der Kirche, je nach den Umständen der Zeiten, beansprucht und auch selbst in Dokumenten, wie Gregor VII. oder Bonifaz VIII. sie schrieben, eigentlich intendiert worden ist. „Die Vorrangstellung der Kirche, ihr Ziel und ihre Gestalt, (war) die letzte Grundlage dieser Freiheit. Allerdings ist in unseren Zeiten diese Freiheit der Kirche oftmals sozusagen indirekt gegründet auf den persönlichen Rechten ihrer Kinder."

Das Beispiel Belgiens

Belgien ist der erste Staat gewesen, der in die Verfassung von 1830 die Grundrechte mit dem Grundsatz der Volkssouveränität einfügte. Der belgische Episkopat nahm trotz einer konservativ katholischen Opposition eine freundliche Haltung zu dieser Verfassung ein: Die Religion benötige die Freiheit, und die Freiheit Religion. In unserm Zeitalter brauchten wir keine anderen Garantien für die Erfüllung unserer religiösen Pflichten als die Freiheit selbst. Und es könne nicht nur der Katholik in Belgien frei sein; die Freiheit aller sei zur Bedingung *seiner* Freiheit geworden. Gregor XVI., obwohl Urheber der Enzyklika ‚Mirari vos', hat diese Haltung der Bischöfe gebilligt. Sie hat sich in der belgischen Gestaltung des Schulwesens voll bewährt. Belgien verpflichtete sich zwar nicht gegenüber der Kirche, wohl aber gegenüber den Eltern, die dies fordern würden, zur materiellen Unterhaltung von Schulen, über deren Charakter die Eltern bestimmen.

Das wirkliche Problem unserer Zeit

Die gesellschaftliche Kraft, von der die Kirche in unseren Tagen bedroht wird, sagt Rommen, ihr Rivale, ist nicht der moderne Staat, sondern die totalitäre, heidnische Bewegung, die sich gegebenenfalls in den Besitz eines Staatsapparates setzt, indem sie die Grundrechte aufhebt. Wir haben also allen Grund, diese Rechte zu verteidigen.

Die Kirche braucht die Freiheit nicht zu fürchten, wie es vielleicht eine spiritualistische Sekte tun muß, die weder

eine Tradition, noch eine Organisation, noch ein depositum fidei hat. Die Kirche braucht vom Staate nichts als die Freiheit.
Wie sie diese Freiheit beansprucht, muß sie sie auch gewähren und nicht nur die Autonomie des Staates und der Gesellschaft in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst anerkennen, sondern auch „jenes Gebiet innerster persönlicher Tätigkeit, innerhalb dessen die Person ihre Entscheidung ganz in eigener Verantwortung zu treffen hat. Das Prinzip der ‚metaphysischen Hierarchie der Werte' hebt das ebenso wichtige Prinzip der Autonomie nicht auf".
Es ist richtig, daß auch der Staat Gott zu verehren hat. Jedoch vermag er diesen Akt nur durch seine Bürger zu vollziehen. Wenn eine Homogeneität der Bürger in bezug auf die Religion nicht oder nicht mehr vorhanden ist, dann ist die Neutralität ihres Staates, nicht als metaphysisches Prinzip, aber als politische Maxime, die sicherste Garantie für die Freiheit der Kirche. Im übrigen ist der irdische Teil des bonum commune Aufgabe des Staates, und so würde auch ein christlicher Regent, der sich auf dieses beschränkte, streng genommen seine Pflicht erfüllen. Der Staat kann nicht mehr tun, als daß er seinen Bürgern optimale Möglichkeiten schafft, die natürliche und übernatürliche Wahrheit zu finden. „Dies scheint für uns heute der Sinn des Satzes zu sein, daß der Staat die Wahrheit gegenüber dem Irrtum zu bevorzugen und zu begünstigen habe."

Berufsständische Ordnung, Subsidiarität und Mitbestimmung in der holländischen Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung

Wir haben in der Herder-Korrespondenz (4. Jhg., H. 5, S. 232f.) schon einmal auf die holländische sozialwirtschaftliche Gesetzgebung hingewiesen, die von besonderer Bedeutung ist, weil sie echte Ansatzpunkte einer berufsständischen Ordnung enthält, das Prinzip der Subsidiarität weitgehend berücksichtigt und eine Lösung des überbetrieblichen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in sozialem wie wirtschaftlichem Bereich anbietet.
Der Aufbau der Organe der neuen Wirtschaftsgesetzgebung ist in dem oben erwähnten Artikel geschildert. Wir wollen aber unsern Lesern die sehr instruktive Erörterung der Prinzipien, die dieser Gesetzgebung zugrundeliegen, nicht vorenthalten, wie sie von der holländischen Regierung der Ersten Kammer der Generalstaaten bei der Vorlage des Gesetzentwurfs gegeben worden ist.

I.

Zwei Aspekte der neuen Ordnung

Es freut die Unterzeichneten, daß so viele Mitglieder mit dem Zweck des Gesetzentwurfes einverstanden sind. Mit diesen Mitgliedern sind sie der Ansicht, daß die Organisation der gewerblichen Wirtschaft für die niederländische Volksgemeinschaft großen Wert haben kann.
Auf zwei Aspekte der Organisation der gewerblichen Wirtschaft ist besonders hinzuweisen. Sie strebt die Förderung einer zweckmäßigen Ordnung des sozial-ökonomischen Lebens an. Ausgangspunkt bei der Organisation der gewerblichen Wirtschaft ist, daß ein Höchstmaß der Volkswohlfahrt sich nicht in einem System vollständiger Freiheit und Ungebundenheit erreichen läßt. Eine gewisse Regelung des sozial-wirtschaftlichen Lebens ist notwendig. Wie weit die Regelung gehen soll, hängt von Zeit- und Ortsverhältnissen ab.
Diese Ordnung kann in verschiedener Weise zustande kommen. Sie kann geschehen seitens der staatlichen Obrigkeit, sie kann auch, wenigstens zum Teil, von der gewerblichen Wirtschaft selbst durchgeführt werden. Dieser Gesetzentwurf will die gewerbliche Wirtschaft einschalten, um eine zweckmäßige Organisation der Arbeit für das Gemeinwohl zustande zu bringen. Der Entwurf will Organe der gewerblichen Wirtschaft ins Leben rufen, die für soziale und wirtschaftliche Regelungen verantwortlich oder mitverantwortlich sind.

Aufgaben der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorgane

Die Unterzeichneten sind der Meinung, daß die Schaffung von Organen der gewerblichen Wirtschaft, die eine eigene Aufgabe haben und eigene Verantwortung tragen, für eine gesunde Gesellschaftsordnung erforderlich ist. Diese Körperschaften werden ihr Betätigungsgebiet in einem bestimmten Gewerbezweig oder in einem bestimmten Sektor der gewerblichen Wirtschaft finden müssen. Diesen Körperschaften kann die Regelung einer Anzahl Angelegenheiten auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet überlassen werden. Das trägt dazu bei, daß die Ministerien sich nicht mit allerlei Einzelheiten zu befassen brauchen. Dies kommt der Übersichtlichkeit der Staatsverwaltung zugute, es wird mehr Sicherheit gewonnen, daß Maßnahmen in sachverständiger Weise getroffen werden, der Abstand zwischen Führung und Geführten wird geringer, die Wirksamkeit der Regelung selbst und deren Durchführung wird gefördert, die Bürokratie mehr vermieden.
Diese Aufgabe der Körperschaften der gewerblichen Wirtschaft bezüglich Regelung und Durchführung wird autonomer und selbständiger Art sein können. Es gibt Angelegenheiten, deren Regelung solchen Körperschaften ganz überlassen werden kann; es gibt andere Angelegenheiten, für welche die Aufgabe der Körperschaften mehr darin bestehen wird, die Maßnahmen der Zentralbehörde durchzuführen. Inwieweit ersteres oder aber letzteres zu erfolgen hat, hängt nicht allein von dem in Frage stehenden Gegenstand ab, sondern auch von den Umständen.
Neben dieser Aufgabe der Regelung und Durchführung werden diese Körperschaften ein bedeutendes Arbeitsfeld finden können, indem sie sowohl die Obrigkeit als auch die dem Gewerbezweig oder dem Sektor der gewerblichen Wirtschaft, für welche die betreffende Körperschaft eingesetzt ist, angehörenden Gewerbegenossen informieren. Die Körperschaft wird die Obrigkeit orientieren über die Situation in dem betreffenden Teil der gewerblichen Wirtschaft, über die Aussichten für die künftige Entwicklung, über die dort herrschenden Bedürfnisse und Notwendigkeiten. Die Obrigkeit wird hierdurch besser auf dem laufenden bleiben, was selbstverständlich einer zweckmäßigen sozial-ökonomischen Führung zugute kommen wird. Die Körperschaften werden den Gewerbegenossen über viele für die Betriebsführung wichtige Angelegenheiten Auskunft erteilen können.

Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft schließt nicht ein bestimmtes Ausmaß der Ordnung des sozialökonomischen Lebens ein. Sie betrifft nur die Weise, in der die notwendigen Ordnungsmaßnahmen zustande kommen. Sie gewährt der gewerblichen Wirtschaft einen tatsächlichen Einfluß bei der Beantwortung der Frage, ob und inwieweit es unter den gegebenen Verhältnissen erwünscht ist, Regelungen bezüglich irgendeiner Angelegenheit zu treffen.

Mitbestimmung der Arbeiter

Der zweite Aspekt, den die Unterzeichneten besonders betonen wollen, ist der Platz der Arbeit im Dienstverhältnis. Der Gesetzentwurf bezweckt, in den Wirtschaftsorganen der Arbeit eine Rechtsstellung zu geben. Auch dies ist eine Bedingung für eine gute Gesellschaftsordnung. Die Arbeit ist eins der wesentlichen Elemente im Erzeugungsprozeß. Der Träger der Arbeit, der arbeitende Mensch, steht nicht neben der gewerblichen Wirtschaft. Er ist nicht die Gegenpartei der gewerblichen Wirtschaft, der zu einem bestimmten Preis seine Arbeitskraft liefert. Der Arbeiter ist nicht in geringerem Maße, wenn auch wohl in anderer Weise als der Unternehmer Betriebsgenosse.

Unternehmer und Arbeiter stehen nebeneinander und sie müssen, mit vollständiger Anerkennung der besonderen Stelle, welche der Unternehmer in dem Unternehmen einnimmt, zusammenarbeiten. Der Entwurf will, wie viele Mitglieder bemerkten, die Solidarität, das natürliche Verbundensein aller in Unternehmung und Betrieb tätigen Personen als Grundlage sozialer und wirtschaftlicher Arbeit akzeptieren.

Daß der Arbeiter in die Organisation der gewerblichen Wirtschaft miteinbezogen wird, ist von großer Bedeutung. Damit wird in der Organisation der Gesellschaft anerkannt, daß Unternehmer und Arbeiter prinzipiell gleichwertig nebeneinander stehen. Gleichzeitig wird hierdurch die Arbeit im Dienstverhältnis mitverantwortlich gemacht für den Sachverlauf in den Wirtschaftsorganen.

Diese Mitverantwortlichkeit der Arbeit soll nicht auf soziale Angelegenheiten beschränkt bleiben. Abgesehen davon, daß es schwierig ist, zwischen sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten eine Grenze zu ziehen, und abgesehen von der Tatsache, daß sich keine Sozialpolitik frei von Wirtschaftspolitik und unabhängig von wirtschaftlichen Daten führen läßt, besteht kein Rechtsgrund dafür, den Arbeiter bei dem Zustandekommen wirtschaftlicher Regelungen in einem Gewerbezweig oder in einem Sektor der gewerblichen Wirtschaft, mit dem seine Interessen aufs engste verbunden sind, auszuschließen. Welcher Rechtsgrund wäre dafür anzuführen, daß die Regelung wirtschaftlicher Angelegenheiten den Unternehmern vorbehalten bliebe? Hierbei ist zu bedenken, daß es sich nicht um die leitende Stellung des Unternehmers in dem Unternehmen handelt und nicht um die autoritäre Funktion, die dem Unternehmer im Rahmen des Unternehmens zweifellos zukommt.

Die Unterzeichneten haben volles Vertrauen, daß dieser Aufbau der Wirtschaftsorgane eine gute Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern sehr fördern wird. Bei Unternehmern und Arbeitern wird dadurch das Bewußtsein lebendiger werden, daß die Früchte der Betätigung des Betriebs in angemessenem Verhältnis der Unternehmertätigkeit, der Arbeit und dem Kapital zugute kommen sollen. Die Unternehmer werden eine tiefere Erkenntnis gewinnen, welcher Platz der Arbeit gebührt und welche berechtigten Ansprüche sie hat. Die Arbeiter werden sich einen besser begründeten Begriff bilden können von den Anforderungen, die eine gesunde Betriebsführung stellt.

Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft kann, von diesen beiden Aspekten aus betrachtet, ein bedeutsames Mittel sein zur Förderung der Wohlfahrt in unserem Lande, sowohl in materieller als in geistiger Hinsicht. Materiell, weil es eine ihrer großen Aufgaben sein wird, die sozial-ökonomische Struktur im Gleichgewicht zu halten, geistig, da sie dem Unternehmer und dem Arbeiter Verantwortung fürs Allgemeinwohl auferlegt.

II.

Bleibende Aufgaben des Staates

Organisation der gewerblichen Wirtschaft bedeutet keineswegs, daß die Obrigkeit des Landes auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet keine Aufgabe mehr hätte. Einstweilen wird es stets Aufgaben geben, zu deren Erfüllung die Körperschaften der gewerblichen Wirtschaft nicht die geeigneten Instanzen sind.

Subsidiarität

Die unmittelbare Aufgabe des Staates wird in Zeiten wirtschaftlicher Zerrüttung größer sein als in Zeiten der Wohlfahrt. Es ist nicht möglich, eine natürliche Grenze zu ziehen zwischen den Angelegenheiten, welche die Obrigkeit des Landes und welche die Wirtschaftsorgane regeln können. Eine solche natürliche Abgrenzung dieser beiden Tätigkeitsgebiete ist in der Natur dieser Materie nicht gegeben. Die Bestimmung der Aufgabe der Obrigkeit und der Wirtschaftsorgane im einzelnen Fall ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Als erste Regel für eine zweckmäßige Gesellschaftsordnung darf dabei gelten, daß der Staat keine Aufgaben an sich ziehen soll, die niedrigere Organe des Gemeinschaftslebens ebensogut oder besser erfüllen können. Dies läßt sich so ausdrücken, daß der Staat subsidiär zu handeln hat, vorausgesetzt daß beachtet wird, daß diese Subsidiarität der Verpflichtung des Staates zu primärer Tätigkeit bezüglich einiger Angelegenheiten auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet nicht im Wege steht, da die Erledigung derselben entweder infolge der Art des Gegenstandes oder infolge der in Frage stehenden Interessen oder durch andere Umstände, wie z. B. die Verhältnisse in einem Gewerbezweig, nicht in der Sphäre von gewerbewirtschaftlichen Körperschaften erfolgen kann.

Staatliche Aufsichtsbefugnis

An zweiter Stelle hat die Staatsobrigkeit der Organisation der gewerblichen Wirtschaft gegenüber eine kontrollierende Aufgabe. Die Staatsobrigkeit trägt insbesondere die Verantwortung für das Gemeinwohl. Sie hat darüber zu wachen, daß die Tätigkeit der gewerbewirtschaftlichen Körperschaften mit den Anforderungen der allgemeinen Interessen vereinbar ist. Damit sie diese Aufgabe erfüllen kann, muß die Staatsobrigkeit selbstredend gewisse Befugnisse hinsichtlich der Organisation der gewerblichen Wirtschaft besitzen.

Bei der Beurteilung der Frage, welche Befugnisse der Staatsobrigkeit diesbezüglich zuzuerkennen sind, ist nicht nur zu berücksichtigen, was für eine Möglichkeit des Einschreitens dringend erforderlich ist, sondern auch, daß Zusammenarbeit der Obrigkeit und der gewerblichen Wirtschaft erwünscht ist. Es soll Regel sein, daß sie nicht einander gegenüberstehen, sondern zusammenarbeiten für das sozial-ökonomische Wohl des ganzen Volkes.

Dabei ist es jedoch notwendig, daß beide ihre eigene Verantwortlichkeit behalten. Diese Verantwortung für die Tätigkeit der gewerbewirtschaftlichen Körperschaften haben an erster Stelle die Wirtschaftsgenossen zu tragen und dies soll auch so bleiben.

Auf diesen Prinzipien ist der Gesetzentwurf aufgebaut. Die Körperschaften, die Wirtschaftsgruppen und Wirtschaftsverbände sind Organe der gewerblichen Wirtschaft mit eigener Aufgabe und Verantwortung. Sie stehen hierarchisch nicht unter der Krone oder unter einem Minister. Sie sind keine der Staatsbehörde unterstellten Organe. Instruktionen bezüglich der diesen Körperschaften überlassenen Angelegenheiten kann die Staatsbehörde diesen Körperschaften nicht erteilen. Vertreter der Obrigkeit sind nicht Mitglieder der Vorstände.

Die wichtigsten Beaufsichtigungsbefugnisse der Staatsobrigkeit bestehen in dem Recht der Genehmigung, der Verordnungen in der Regel unterliegen, und in dem Recht der Nichtigerklärung, das für alle Beschlüsse, Verordnungen einbegriffen, der gewerblichen Wirtschaft besteht. Die Obrigkeit kann daher handelnd eingreifen, wenn es für das allgemeine Interesse nötig ist.

Sicherung der Zusammenarbeit

Daneben hat die Obrigkeit einige Befugnisse, die zur Förderung der Zusammenarbeit im obigen Sinne von besonderem Nutzen sein können. Zwischen Obrigkeit und gewerbewirtschaftlichen Körperschaften soll Vertrauen bestehen und gegenseitiges Verständnis für die Stellung beider. So ist es z. B. sehr wichtig, daß der Vorsitzende der Organisation eine Persönlichkeit ist, die sowohl für die Obrigkeit als für die Wirtschaftsgenossen annehmbar ist, während es vor allem für die Wirtschaftsgruppen besonders wichtig ist, daß die Sicherheit besteht, daß der Vorsitzende unbedingt objektiv ist, in Anbetracht der großen Verschiedenartigkeit der einer solchen Körperschaft angehörigen Betriebe und der Tatsache, daß das allgemeine Interesse in hohem Maß von Regelungen einer Wirtschaftsgruppe betroffen werden kann. Aus diesem Grunde bestehen die Vorschriften, daß die Krone den Vorsitzenden der Wirtschaftsgruppe bestellt und daß die Ernennung des Vorsitzenden eines Hauptwirtschaftsverbandes und eines Wirtschaftsverbandes der Genehmigung der zuständigen Minister bedarf.

Ferner ist es wichtig, daß die Obrigkeit stets auf dem laufenden ist von den in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft lebenden Ideen und daß andrerseits den Wirtschaftsorganen die Ansichten der Obrigkeit nicht ganz unbekannt sind. Aus diesem Grunde erfolgte die Einsetzung ministerieller Kontaktpersonen. Diese ministeriellen Kontaktpersonen beeinträchtigen die Entschließungsfreiheit der Wirtschaftsorgane nicht. Sie können jedoch dadurch, daß sie nach allen Seiten orientieren, dazu beitragen, daß die Entscheidungen nach reiflicher Erwägung zustande kommen.

III.

Sicherung der Lebenskraft der Wirtschaftsorgane

Eine Wirtschaftsorganisation kann nur dann Wert haben, wenn sie für die Wirtschaftsgenossen lebendig ist und vom Vertrauen der Wirtschaftsgenossen getragen wird. Um möglichst sicher zu stellen, daß die gewerbewirtschaftlichen Körperschaften lebendige Organismen sein werden, wurde den betreffenden Wirtschaftsgenossen und dem Sozial-ökonomischen Rat eine wichtige Rolle zuerteilt bei dem Zustandekommen der Körperschaften; ferner ist die Zusammensetzung der Verwaltungsorgane, ausgenommen soweit es sich um die Vorsitzenden der Wirtschaftsgruppen handelt, in der Regel den freien Unternehmer- und Arbeiterverbänden völlig überlassen.

Der Entwurf bietet die Möglichkeit, Hauptwirtschafts- und Wirtschaftsverbände durch allgemeine Verwaltungsverordnung einzusetzen. Einsetzung durch allgemeine Verwaltungsverordnung kann jedoch nur geschehen, wenn der Sozial-ökonomische Rat für eine solche Einsetzung ein günstiges Gutachten abgegeben hat im Einverständnis mit einer seiner Ansicht nach genügend repräsentativen organisatorischen Vertretung der betreffenden Unternehmer und der betreffenden Arbeitnehmer. Es ist daher nötig, daß eine genügend repräsentative organisatorische Vertretung der betroffenen Wirtschaftsgenossen sich mit der Einsetzung einverstanden erklärt, so daß gegen die Ansicht einer solchen Vertretung keine Einsetzung durch allgemeine Verwaltungsverordnung möglich ist. Sowohl die organisatorische Vertretung von Unternehmern als die von Arbeitern wird der Einsetzung beizustimmen haben. Hierbei wird selbstredend, wenn verschiedene Vereinigungen von Unternehmern oder von Arbeitern bestehen, nicht bloß die Anzahl der Vereinigungen, die sich einverstanden erklären, sondern auch die Zahl — und auf der Seite der Unternehmer die gesellschaftliche Bedeutung — der Wirtschaftsgenossen, die jede von ihnen vertritt, berücksichtigt werden. So wird Einsetzung durch allgemeine Verwaltungsverordnung nicht möglich sein, wenn eine Vereinigung von Unternehmern oder Arbeitern, welche die Mehrheit der organisierten Unternehmer oder Arbeiter repräsentiert, dagegen Einspruch erhebt.

Einsetzung von Wirtschaftsorganisationen durch das Gesetz kann natürlicherweise nicht an die Zustimmung des Sozial-ökonomischen Rates und der Vereinigungen von Wirtschaftsgenossen gebunden werden, weil Gebundensein des Gesetzgebers nicht möglich ist. Wohl schreibt der Entwurf ein solches Verfahren vor, daß das Urteil der betroffenen Wirtschaftsgenossen auch dann vollständig zu seinem Recht kommen wird. Bei ihrer Beratschlagung über einen diesbezüglichen Gesetzentwurf werden die Generalstaaten über die bezüglich der Einsetzung bei der gewerblichen Wirtschaft bestehenden Auffassungen orientiert sein. Bei der Entscheidung darüber, ob eine bestimmte gewerbewirtschaftliche Organisation eingesetzt werden soll, wird es natürlich von großer Wichtigkeit sein, ob man die Zuversicht haben kann, daß Unternehmer und Arbeiter bereit sein werden, durch Taten daran mitzuarbeiten, daß die Körperschaft ihre Aufgabe gut erfüllt. Hierbei wird es wichtig sein, wie die Mitglieder in Par. 2 des allgemeinen Teils des vorläufigen Berichtes bemerkten, ob die Beratungen zwischen den Beteiligten bestimmte Formen angenommen haben.

Für die Lebenskraft der Organisation ist es ferner von großem Wert, daß die Verwaltungsorgane in enger Verbindung mit den Vereinigungen von Unternehmern und Arbeitern stehen. Die Wirtschaftsorganisationen sind in einem gewissen Sinn eine Form föderativer Zusammenarbeit von Unternehmer- und Arbeiterverbänden. Die Verbände von Unternehmern und Arbeitern haben eine außerordentlich wichtige Funktion. Sie sind die Träger der Organisation der Wirtschaft. Sie werden befruchtende Arbeit zu leisten haben. Sie sind andererseits die Kontaktorgane zwischen Wirtschaftsorganisation und Wirtschaftsgenossen. In diesem Zusammenhang ist ein gut entwickeltes Vereinsleben von großer Bedeutung. Die Unterzeichneten haben volles Vertrauen, daß hier die Auswirkung wechselseitig sein wird und daß eine gesetzliche Regelung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft den freien Vereinigungen bedeutsame Anregungen geben wird. Bereits jetzt lassen sich deutlich Symptome wahrnehmen, die in diese Richtung weisen.

IV.

Die Befugnisse der Wirtschaftsorgane

Wie in Abschnitt I bereits bemerkt wurde, werden die Befugnisse der gewerbewirtschaftlichen Organisationen sein: Beratung und Aufklärung, Regelung und Durchführung. Von diesen sind natürlicherweise die Befugnisse der Regelung die eingreifendsten, womit nicht gesagt ist, daß diese Befugnisse für jede Körperschaft die wichtigsten sein werden. Welche — im besonderen regelnde — Befugnisse zuzuerkennen sind, wird in jedem konkreten Fall zu entscheiden sein. Verschiedene Umstände üben hier Einfluß aus, wobei auf die allgemeine wirtschaftliche Lage des Landes und die Lage in dem Wirtschaftszweig hingewiesen werden möge.

Die Zuerkennung von Befugnissen wird in jedem Einzelfall aufs neue sorgfältig zu erwägen sein. Das Gesetz oder die allgemeine Verwaltungsverordnung wird keine Befugnisse zuzuerkennen haben, die angesichts der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung nicht dafür in Betracht kommen, der betreffenden gewerbewirtschaftlichen Körperschaft zuerkannt zu werden. Ferner kann gemäß dem Entwurf die allgemeine Verwaltungsverordnung nur Befugnisse zuerkennen, über deren Zuerkennung der Sozial-ökonomische Rat im Einverständnis mit den organisierten Wirtschaftsgenossen ein günstiges Gutachten abgegeben hat. Gegen ihren Willen werden daher den gewerbewirtschaftlichen Körperschaften nur dann Befugnisse zuerkannt werden können, wenn die Generalstaaten dies beschlossen haben.

Die Befugnisse werden auf sozialem und ökonomischem Gebiet liegen. Auf sozialem Gebiet darf man darauf vertrauen, daß es möglich sein wird, die Regelung der Arbeitsbedingungen weitgehend gewerbewirtschaftlichen Körperschaften zu überlassen, wie dies im Falle des Bergwerks-Industrierates (Mijnindustrieraad) bereits geschah. Für die Zuerkennung dieser Befugnisse werden die sogenannten horizontalen Organisationen, die Wirtschaftsverbände, in Betracht kommen. Dabei sei bemerkt, daß die Regierung niemals den Standpunkt vertreten hat, daß die zu regelnden Angelegenheiten nicht in den Amtsbereich des Ministers für Soziale Angelegenheiten fallen würden. Sie gehören sogar zum engsten Arbeitsgebiet dieses Ministers. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft als solche, soweit sie mit diesem Entwurf an der Tagesordnung ist, liegt jedoch primär auf dem Arbeitsgebiet des Wirtschaftsministers. Was die materiellen Befugnisse der Wirtschaftsorganisation betrifft, sind die sozialen Befugnisse sicherlich nicht die unwichtigsten. Bei der Behandlung in der Zweiten Kammer wurde hierauf nachdrücklichst aufmerksam gemacht. Der Umfang der Befugnisse, die auf wirtschaftlichem Gebiet zuerkannt werden können, wird zum großen Teil durch die bei den betroffenen Wirtschaftszweigen herrschenden Verhältnisse bestimmt werden. Dabei ist darauf zu achten, daß nicht solche Befugnisse zuerkannt werden und daß sicher kein solcher Gebrauch der Befugnisse gemacht wird, daß einer im allgemeinen Interesse gelegenen Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft entgegengewirkt wird. So dürfen die Industrialisierung, die Arbeitsbeschaffungs- und Landwirtschaftspolitik der Regierung nicht durchkreuzt werden. Dem individuellen Unternehmen ist die Freiheit zu lassen, die es zu seiner Entfaltung braucht. Ein gesunder Wettbewerb, der für die internationale Position der niederländischen Wirtschaft eine Lebensbedingung ist, darf nicht behindert werden. Der Entwurf bezweckt nicht im geringsten, zu einer Förderung des Privatmonopols zu führen, wie einige Mitglieder zu glauben scheinen. Es hat ferner keinen Sinn, Befugnisse zuzuerkennen, für die kein Bedarf besteht.

Horizontale und vertikale Organisationen

Befugnisse, die hauptsächlich für einen bestimmten Wirtschaftszweig Bedeutung haben und keinen Rückschlag auf andere Wirtschaftszweige bewirken, werden dafür in Betracht kommen, Wirtschaftsverbänden zuerkannt zu werden. Wenn es sich jedoch um Befugnisse handelt, bei denen verschiedene Stufen der Produktion und der Verteilung eines bestimmten Erzeugnisses unmittelbar betroffen werden, dann ist es am Platz, sie einer Wirtschaftsgruppe zuzuerkennen, die aus den Wirtschaftsgenossen in den verschiedenen Stufen besteht.

Daß außerhalb des Gebietes der Landwirtschaft nur ausnahmsweise Symptome vorhanden sind, aus denen man schließen könnte, daß die Möglichkeit gegeben sei, auf Grund bestehender Verhältnisse Wirtschaftsgruppen ins Leben zu rufen, können die Unterzeichneten nicht zugeben. In der gewerblichen Wirtschaft gibt es eine nicht unbedeutende Anzahl Regelungen auf Grund des Zivilrechtes, die verschiedene Stufen in der Produktion und Verteilung bestimmter Erzeugnisse betreffen. Die Unterzeichneten wollen nicht behaupten, daß in allen Fällen, in denen solche Regelungen bestehen, Wirtschaftsgruppen zustande kommen sollen. Sie erwähnen dies nur, um aufzuzeigen, daß es für die gewerbliche Wirtschaft ganz und gar kein neuer Gedanke ist, Regelungen in einem sich aus verschiedenen Stufen aufbauenden Sektor der gewerblichen Wirtschaft zu treffen. Es wird näher zu erwägen sein, bezüglich welcher Produkte die Bildung einer Wirtschaftsgruppe erwünscht ist. Die Ansicht der gewerblichen Wirtschaft wird dabei große Bedeutung haben.

Sicherung vor Mißbrauch

Der Meinung der Unterzeichneten zufolge braucht man nicht zu befürchten, daß die Organisation der gewerblichen Wirtschaft zu einem System ausarten wird, in dem eine Reihe von Maßnahmen zustande kommen zur Begünstigung privater Gruppeninteressen und zum

Nachteil allgemeiner Interessen. An erster Stelle ist hierbei die Zumessung der Befugnisse von Bedeutung. Bei Zuerkennung von Befugnissen, die zum Schaden des allgemeinen Interesses mißbraucht werden können, wird nur mit größter Vorsicht vorgegangen werden. Bezüglich einer nicht unbedeutenden Anzahl von Befugnissen ist jedoch Mißbrauch nicht ernstlich zu befürchten, weil hier die Interessen des Wirtschaftszweiges oder Sektors der gewerblichen Wirtschaft dem allgemeinen Interesse nicht entgegengesetzt sind. Ferner wird durch die Handhabung des Rechtes der Genehmigung und der Nichtigerklärung vollste Überwachung möglich sein, daß keine Maßnahme getroffen wird oder gültig bleibt, die mit den höheren Interessen der Gesellschaft nicht vereinbar ist. Die Unterzeichneten setzen dabei Vertrauen in die Vorstände der gewerbewirtschaftlichen Körperschaften.

Auch in der gewerblichen Wirtschaft, bei Unternehmern und Arbeitern, ist die Zahl derer nicht gering, die bereit und imstande sind, nicht allein an die eigenen Interessen zu denken.

In diesem Zusammenhang darf ferner bestätigt werden, daß die Unterzeichneten ebenso wie viele Mitglieder davon überzeugt sind, daß durch die Einführung einer Organisation der gewerblichen Wirtschaft in den Niederlanden das Zusammengehen der niederländischen mit der belgisch-luxemburgischen gewerblichen Wirtschaft nicht erschwert wird. Mit diesen Mitgliedern sind die Unterzeichneten der Ansicht, daß bestimmte Formen internationaler Zusammenarbeit sogar sehr gefördert werden können durch ein System der Wirtschaftsorganisation, das es ermöglicht, internationale Vereinbarungen wirkungsvoll zu machen.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Der Sinn der Arbeit in der modernen Welt

Inmitten der neuen konfessionellen Erregung um das Dogma, das die Menschen, die an Jesu Auferstehung glauben, vor die Aussicht ihrer eigenen Auferstehung stellt, ruft eine Stimme des christlichen Gewissens still, aber vernehmlich zur Sache der Christen in dieser Welt. J. H. Oldham, einer der eifrigsten Missionare der Anglikanischen Kirche für die Pionierarbeit christlicher Soziologie, heute im Alter von 76 Jahren einer der Weisen der ökumenischen Bewegung, hat in Zusammenarbeit auch mit namhaften katholischen Soziologen, darunter P. de Lubac und Ernst Michel, das Ergebnis einer Studienkommission über „Die Arbeit in der modernen Welt" vorgelegt (deutsch im Ev. Verlagswerk Stuttgart). Schon einmal hat die Herder-Korrespondenz seinen erleuchteten Vorarbeiten für die Amsterdamer Weltkirchenkonferenz einen beträchtlichen Raum gewährt (vgl. Jg. 2, Heft 10, S. 468). Im Rahmen der 3. Kommission, die die Probleme der sozialen Unordnung zu bearbeiten hatte, war Oldham die Sichtung des schwierigsten, für die Existenz der Kirche in der modernen Welt entscheidenden Kapitels über die Technik, die Arbeit und die Bildung verantwortlicher menschlicher Gruppen innerhalb des industriellen politischen Kollektivs zugefallen. Die vorliegende Schrift behandelt nur einen kleinen Ausschnitt dieses Bereiches und prüft die Frage, ob es in der modernen Welt für den Christen eine Möglichkeit gibt, seine Arbeit als Antwort auf den Anruf Gottes, als Gebet zu verrichten oder ob er dieser Welt den Rücken kehren müsse. Der Wert dieser Schrift liegt darin, daß sie die wohl durchdachten Gedanken eines sorgfältig aus Theologen, Soziologen und im industriellen Leben verantwortlichen Männern zusammengesetzten Gremiums wiedergibt, Gedanken, die abermals durch die Kritik eines weiteren Kreises von Fachleuten geklärt und bereichert wurden. Sie erteilt nicht christlich-theologische Ratschläge an die Männer der Praxis, sondern sie trägt theologisch durchleuchtete Erfahrung der Praktiker vor. Sie verbirgt dabei nicht ihre Vor- und Grundentscheidungen: nämlich die Bejahung des menschlichen „Abenteuers", diese Welt wissenschaftlich-technisch vollkommen in die Gewalt zu bekommen, mit dem Rat, auch die Kirche solle sich zu diesem Ja durchringen; ferner den Glauben an eine „allumfassende Aufwärtsentwicklung des Lebens", zu welcher die Christen als Sauerteig einen entscheidenden Beitrag leisten könnten. So schließt der Verfasser mit der Forderung an die Kirche, nicht so sehr die Berufstätigen für kirchliche Arbeiten zu interessieren als vielmehr den arbeitenden Menschen zu folgen, um ihre Arbeit christlich zu durchformen. „Das geistliche Amt bedarf einer vollständigeren und systematischeren Lehre von der Beziehung der weltlichen Berufsarbeit zum Kommen des Reiches Gottes ..." Also nur die zweifelhafte Eschatologie eines „Sozial-Evangeliums"? Nein, die Schrift enthält viel wesentlichere Dinge, eine Fülle guter Beobachtung.

Wiederentdeckung der Person im Industrieprozeß

Die Analyse der modernen Welt mit ihrer Tendenz zur Ausbildung einer „administrativen und direktorialen, also verwalteten und geplanten Gesellschaft" findet, daß die Maschine als Produktionseinheit nicht mehr einen Mann, sondern drei Mann erfordert und daß der einzelne Mensch zu einer anonymen auswechselbaren Einheit geworden sei. Sie findet aber gleichzeitig in der Einsetzung des Menschen als unpersönlicher Funktion der Maschine eine neue soziale und persönliche Einheit, das *team,* die natürliche Einheit der Mannschaft. Diese Gruppe, nicht das Individuum ist die entscheidende menschliche Wirklichkeit. Oldham stellt fest, daß diese Entdeckung noch keineswegs durchweg anerkannt sei. Nach der Auflösung der sozialen Ordnung durch den Industrieprozeß zeige sich hier ein kleiner Anfang ihrer Wiederherstellung. Die Produktion schafft die Kameradschaft, und kluge Ingenieure oder Betriebsleiter sind bereits darauf gekommen, diese Kameradschaft bewußt zu pflegen, nicht aber sie zu zerstören. Es wird bereits einem Tatbestand Rechnung getragen, den Ernst Michel die verdrängten menschlichen Kräfte unter der Ober-

fläche des rationalisierten Arbeitsprozesses genannt hat. Es kommt darauf an, diese Kräfte natürlicher Verantwortungsbereitschaft, Zuneigung, Freude an der Sache, kameradschaftlicher Treue und Disziplin anzusprechen, um die zwischen Arbeit und Person aufgerissene Kluft wieder zu schließen. Die Unterordnung der Industrie ausschließlich unter die technische Rationalität sei keine notwendige Folge des Aufkommens der Maschine, sondern ein Akt menschlicher Freiheit. Aber die Erkenntnis setze sich durch — zumal, da die Zahl der Qualitätsarbeiter seltener wird —, daß die Person die Zentralfigur der Produktion ist und daher der Pflege bedarf. Es wird gesehen, daß die Struktur der Industrie im Dienste der Menschen umzugestalten sei.

Das christliche Problem der Arbeit

Damit sei es überhaupt möglich geworden, meint Oldham, die Frage ins Auge zu fassen, ob es einen christlichen Sinn innerhalb des modernen Produktionsprozesses geben kann und was von Seiten der Christen getan werden muß, um die Tendenz zur Entmenschlichung der Arbeit umzukehren. Da die Bibel eine Auffassung von der Arbeit bekundet, die einer vortechnischen und vorindustriellen Gesellschaft eigen ist, sei diese Frage nur im Zusammenhang mit christlicher Erfahrung innerhalb der modernen Welt zu beantworten. Voraussetzung sei zunächst die illusionslose Klarheit darüber, daß zwischen dem Leben des Christen, das ein Zwiegespräch mit Gott ist, und der modernen Gesellschaft ein absoluter Gegensatz besteht, weil hier „alles industrielle, politische und kulturelle Tun von der Annahme geleitet wird, daß Gott völlig außer Rechnung gelassen werden kann". Man dürfe aber nun nicht einfach die christliche Anschauung der vorherrschenden Ansicht der modernen Gesellschaft entgegenhalten. „Zu fragen ist, was der moderne Atheismus leugnet. Eine falsche Vorstellung von Gott leugnen, heißt noch nicht notwendig Leugnung Gottes. Nicht nur eine Änderung der modernen Anschauungsweise dürfte nötig sein, sondern auch eine Änderung der üblichen Deutung des Christentums. Insbesondere sollte der christliche Gedanke klarer als bisher seine Stellung zu dem großen Abenteuer bestimmen, in dem die Menschheit durch Wissenschaft und Technik versucht, ihr Schicksal in eigene Kontrolle zu nehmen... Müssen wir es als eine dämonische Äußerung menschlichen Hochmuts betrachten, als ‚ungeheuerliche kollektive Wiederholung des Verbrechens des Prometheus'? Oder kann das Christentum in seiner Weltanschauung einen Platz finden für die erwiesene Tatsache, daß der Mensch fähig ist, die verborgenen Kräfte der Welt zu entdecken und seine Umwelt umzuformen?"

Gestützt auf Gedanken von P. de Lubac („Etudes", Okt.-Nov. 1947) stellt Oldham die Frage, „ob es nicht die geschichtliche Mission der Kirche in der heutigen Zeit sein mag, ausdrücklicher, als sie es bisher getan, Ja dazu zu sagen, daß die Kräfte, die der Mensch durch Wissenschaft und Technik erworben hat, Kräfte sind, die ihm vom Schöpfer eingepflanzt wurden und die zu üben ihm aufgegeben ist; und im selben Atemzuge zu erklären, daß diese Kräfte nur dann für des Menschen Wohl und nicht für seine Zerstörung gebraucht werden können, wenn er sich immerfort seiner wirklichen Natur als der eines Wesens bewußt ist, das im Grunde und von Uranfang an in Beziehung zu Gott und seinen Mitmenschen lebt." Mit Zitaten aus E. Michels „Renovatio" weist Oldham darauf hin, daß der praktische Unterschied eines christlichen Verständnisses des Lebens für das gesellschaftliche Handeln des Menschen weniger zutage trete, als man meine, trotz der radikalen Verschiedenheit der Haltung gegenüber dem modernen Menschen. Die wesenhafte Demut, das empfindliche Gewissen, die Freiheit von Sorge um die Ergebnisse seiner Arbeit, das Wissen um die Oberflächen und Tiefen der menschlichen Existenz sei meist nicht offen erkennbar, wirke sich aber als eine schöpferische Kraft aus, als ein Sauerteig, als produktive Phantasie, um Schritt für Schritt Wege aus den sozialen Schwierigkeiten durch Opfer und Gebet zu bahnen. „Sehen wir das menschliche Leben als eine beständige Antwort, als Opfer und Gebet zu Gott, so müssen wir die Tatsache in Rechnung ziehen, daß sich der Bereich der persönlichen Entscheidung in der Gesellschaft im Vergleich zu früheren Zeiten verengt und daß sich der Bereich der Dinge, die der kollektiven Entscheidung unterworfen sind, außerordentlich erweitert hat. Die meisten Entscheidungen, nach denen sich das Tun der Einzelnen zu richten hat, sind Entscheidungen einer Gruppe, einer Gewerkschaft, eines Direktoriums, einer Partei oder des Volkes im Ganzen. Da ist es nicht der Einzelne, sondern die Gruppe, die auf Gottes Forderung antworten muß. Unter solchen Umständen muß die Antwort, die der Einzelne Gott gibt, die Bemühung sein, die Entscheidung der Gruppe zu beeinflussen, zu welcher er gehört, und zwar in dem Sinne, daß sie sich möglichst eng an das hält, was nach seiner Überzeugung Gottes Wille für das Leben ist."

„Triumph der Renaissance über die Reformation"

Allerdings müsse man wieder „ein neues Verständnis für den Radikalismus des vom Christentum geforderten Bruches mit den herrschenden Wertungen, Normen und Gewohnheiten" aufbringen und sich dessen erinnern, daß „die Welt als ein Ganzes und nicht nur die Einzelnen in ihr der Gegenstand der erlösenden Liebe Gottes sind." Man müsse auch zugeben, daß „der Versuch der Reformation, das weltliche Tun mit christlichem Sinn zu erfüllen, zu keinem erfolgreichen Abschluß gebracht wurde", so daß Oldham Reinhold Niebuhr zustimmt, es läge „ein fast vollständiger Triumph der Renaissance über die Reformation" vor. Das mönchische Ideal dürfe nicht einfach übergangen werden, und die Menschen müßten sich wieder fragen, ob sie in diesem oder jenem Beruf der industrialisierten Welt Gott dienen können, wenn sie Christen im Vollsinne sein wollen.

So wie die Dinge heute liegen, werde das Leben des Christen oft in zwei Teile gespalten. Die ehrlichen Naturen scheitern daran, die Schwachen werden gelähmt. „Wenn Christentum ein Glaube sein soll, der auf dem Kampfplatz des Lebens gelebt werden kann, auf dem die überwältigende Mehrheit der Christen ihn leben muß, so muß es seine ganze Kraft darauf richten, das gemeine Leben als Ganzes zu einem Rahmen zu machen, in dem der Einzelne ein christliches Leben führen kann." Was könne von Seiten der Kirche geschehen, fragt Oldham. Er reflektiert nicht auf das übernatürliche Wesen der Kirche, auf ihre „Weltlosigkeit", er nennt sie „eine neue Dimension der Wirklichkeit". Es sei ein hoffnungs-

loses Unterfangen, nur vom wiedergeborenen Einzelnen auszugehen. Das christliche Denken müsse seine individualistischen Voraussetzungen abstreifen. Das Evangelium sei keine „Anwendung der Grundsätze Jesu" auf das soziale Leben, „es verkündet eine schon erfüllte Wirklichkeit" der Erlösung. Leider verlieren sich Oldhams Gedanken hier doch ins Allgemeine, verflüchtigen sich zur „Idee der Kirche"; und alle Stimmen, die er anführt, sprechen mehr oder weniger von Versuchen, innerhalb des industriellen Prozesses wieder das Wesen des Menschen sich recht und freudig zur Ehre Gottes entfalten zu lassen. Der Gedanke der Arbeit als Sühne fehlt fast ganz, und es bleibt bei der Forderung, die Berufe einer kritischen Prüfung zu unterziehen, wieweit sie für Christen in Frage kommen oder nicht. „Eine christliche Arbeitslehre will keine neue Art von theologischem Beruhigungsmittel sein. Eins wird eine solide theologische Lehre von der Arbeit nicht tun, sie wird der großen Masse der Menschen nicht sagen, Gott fordere von ihnen zu tun, was sie bereits aus wirtschaftlichen Gründen tun. Wenn eine echte christliche Lehre von der Arbeit formuliert worden ist, so wird sie etwas sein, um das sich viele Leute überhaupt nicht kümmern werden. Die christliche Lehre von irgend etwas Menschlichem muß das Menschliche nicht nur durch Sinngebung erhellen, es muß auch eine Kritik seiner bestehenden Lebensformen sein."

Widerspruchsvolle Tendenzen innerhalb der russischen Kirche

Mißstände und Gefahren

Patriarch Alexius wies im April in einer Ansprache an den neu geweihten Bischof von Tallinn (Reval) auf Mißstände und Gefahren in der russischen Kirche hin. Unwürdige Priester, ermahnte Alexius den neuen Bischof, habe er an das Wort des Propheten Maleachi zu erinnern: „Wo ihr's nicht höret noch zu Herzen nehmen werdet, daß ihr meinem Namen die Ehre gebt, spricht der Herr Zebaoth, so werde ich den Fluch unter euch schicken und euren Segen verfluchen . . ." Anderseits habe der Bischof nicht blind solchen Leuten zu vertrauen, die sich als kirchliche Eiferer ausgeben und die tatsächlichen, meist aber erdachten Laster und Mängel ihrer Priester anprangern. Hier gälte es, gemäß dem Wort des Apostels Paulus „wider einen Ältesten keine Klagen ohne zwei oder drei Zeugen anzunehmen".

„Schädliche Einflüsse" in der Kirche

Der Patriarch nennt dann zwei „im heutigen kirchlichen Leben vorherrschende, für den Bischof betrübliche und für die Kirche schädliche Erscheinungen: die Neigung vieler Laien, sich eine ihnen nicht zukommende Macht in der Kirche anzueignen, und das Bestreben einzelner, ungebetene Richter ihrer geistlichen Hirten zu sein". Solche Leute dringen durch Vortäuschen frommen Sinnes in die kirchlichen Kreise ein und sind bemüht, ihren Einfluß auf alle Gemeindeangelegenheiten zu erstrecken. „Der Bischof darf solche Unordnung in der Kirche Gottes nicht dulden; seine Pflicht ist es, solche arglistigen Elemente aus den Mauern der Kirche zu vertreiben, die, weil sie zur Zeit ihren Betätigungsdrang im Bereich des bürgerlichen Lebens nicht befriedigen können, Zuflucht in der Kirche suchen und sich erdreisten, ihren dunklen Machenschaften unter dem Schutz der Kirche nachzugehen."

Zweifellos verrät sich in diesen Worten des Patriarchen die Existenz einer starken Opposition gegen das bestehende Kirchenregiment. Zwei Erklärungen sind möglich. In konservativen Emigrantenkreisen weist man immer wieder auf die Existenz einer die staatliche Bindung des Episkopats nicht gutheißenden kirchlichen Richtung hin, die als „Katakombenkirche" zahlreiche Gläubige umfassen soll und den Kampf gegen die offizielle Hierarchie und die „legalisierte" Kirche überhaupt führe. Es ist anderseits nicht ausgeschlossen, daß sich der Patriarch hier Versuchen gegenüber zur Wehr setzt, die Kirche vermehrt unter weltlichen Einfluß zu stellen.

Kirche und Staat

Neben dem mehrfach beobachteten stärkeren Hervortreten der religionsfeindlichen Propaganda in diesem Jahre gibt es auch andere Anzeichen einer erneuten Krise im Verhältnis des Staates zur Kirche. Obwohl gemäß Paragraph 135 der Stalin-Verfassung die Geistlichen und Anhänger der Kirche grundsätzlich nicht vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind, rief jetzt der Moskauer Rundfunk dazu auf, keine „Kirchenleute und andere asoziale Überbleibsel" (nämlich Saboteure, Diebe, Kosmopoliten, Opportunisten, Individualisten usw.) bei den bevorstehenden Kommunalwahlen in die örtlichen Sowjets zu wählen.

Unterdessen fährt die Kirche fort, ihre Rolle in der von den Bolschewisten angeordneten „Friedenskampagne" zu spielen. Im letzten Heft des Patriarchatsblattes veröffentlicht der Erzbischof Lukas von der Krim neben einigen Antworten der autokephalen orthodoxen Kirchen auf den letzten Friedensaufruf des russischen Patriarchen einen Artikel unter der Überschrift: „Verteidigen wir den Frieden, indem wir dem Guten dienen!" Wer gegen die demokratische Ordnung kämpfe, „die in nie dagewesenem Maße die elementaren Forderungen der Gerechtigkeit verwirkliche", sei kein Christ. Schwere Sünde sei es, sich gegen jene „gesegnete Tätigkeit" zu stellen, die dem Volke seine die Ungleichheit beseitigenden Rechte und allen Alten, Kranken und Invaliden Hilfe gebracht habe. Womit könne nun die Kirche den Kampf der Völker für gesunde soziale und internationale Verhältnisse unterstützen?

Die wahre Aufgabe der Kirche liegt nicht in den Bestrebungen der Ökumenischen Bewegung; auch nicht in solchen Anliegen, wie sie etwa der „Sozialpfarrer" Cordes in seinem Buch „Die soziale Aufgabe der Kirche" (Göttingen 1932) herausstellt. „Von den heiligen Aposteln und Kirchenvätern haben wir nichts davon gehört, daß wir aus unserer Mitte Fachleute für Soziologie, politische Ökonomie, internationales Recht und Geschichte der Diplomatie sowie politische Redner heranbilden sollen. Uns ist etwas ganz anderes gelehrt worden: Mit dem Blut der Märtyrer und den Gebeten der Gerechten sollen wir gegen die fürchterliche Schlange angehen — aber nicht mit der Einmischung in die Politik. Dem Übel des Krieges und jedwedem sozialen Bösen kann die Kirche nur durch ihren Dienst am Guten entgegenwirken, denn nur durch das Gute wird das Böse besiegt. Die Kirche ist unüberwindbar in ihrer Stärke, die aus Millionen von Gläubigen besteht, die ihrem Geiste nach den hll. Sergius und Seraphim verwandt sind . . ."

Sozialismus und Patriotismus
Gegen die materialistische Ideologie des Kommunismus

Wir erwähnen diesen Artikel, in dem die Position der Moskauer Patriarchatskirche dem Ökumenismus gegenüber charakteristisch zum Ausdruck kommt, vor allem in der Absicht, dem Leser eine Plattform zu zeigen, auf welcher der heutigen russischen Hierarchie ein Zusammenarbeiten mit dem kommunistischen Staat möglich erscheint: Bejahung sozialer Bestrebungen, wenn sie auch der Kirche nicht als eigentliche Aufgabe obliegen. Ohne auf die soziale Wirklichkeit in der Sowjetunion einzugehen, müssen wir erwähnen, daß in der Tat der Erzbischof Lukas für seine vorbildliche soziale Einstellung bekannt ist. So stellte er den größten Teil der ihm von Stalin für seine wissenschaftlich-medizinischen Arbeiten zugesprochenen Prämie den Kriegswaisen zur Verfügung. Die Persönlichkeit des Erzbischofs Lukas erscheint uns für die Betrachtung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in der UdSSR um so bedeutungsvoller, als sich Lukas nicht scheute, sich von der staatlichen Ideologie klar abzusetzen. Aus dem Munde dieses vom Staat in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit anerkannten verdienten Gelehrten und Geistlichen müssen die Worte, die er Anfang 1948 in einem Aufsatz zur Verteidigung des Friedens schrieb, einiges Gewicht gehabt haben: „Wir stehen selbstverständlich dem Materialismus, der die ideologische Basis des Kommunismus bildet, vollkommen fremd gegenüber; aber dies hindert uns nicht, all das Gute voll erhabener sozialer Wahrheit zu sehen, das uns unsere neue staatliche Ordnung gegeben hat ..."

Die Formelhaftigkeit, mit der solche grundsätzlichen Äußerungen auch an anderer Stelle auftreten, scheint ihnen den Wert persönlichen Eintretens für eine persönliche Überzeugung wieder zu nehmen. So sagt Patriarch Justinian von Rumänien in einer Radioansprache über das Verhältnis der orthodoxen Kirche zum neuen rumänischen Staat: „Wir, die Diener Christi und Seiner Kirche, sind von der materialistischen Doktrin weit entfernt. Aber das hindert uns nicht, all das Gute in der sozialen Gerechtigkeit und in allem zu sehen und anzuerkennen, was uns die staatliche Macht gegeben hat."

„Welches ist nun unser wahres Verhältnis zu unserer Regierung, zu unserer neuen sozialen Ordnung?", fragt Erzbischof Lukas. „Wir haben keinerlei Anlaß zur Feindschaft gegen die Regierung; denn sie gab der Kirche völlige Freiheit und mischt sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten ein" — so optimistisch glaubt der Hierarch die Lage sehen zu können. „Wir russischen Menschen lieben unser Vaterland heiß, und mit seinen Feinden haben wir nichts gemein."

Hiermit deutet der Erzbischof auf die andere, vielleicht noch wichtigere Plattform, auf der Kirche und Sowjetstaat im Verlauf der letzten Jahre zu einer neuen Zusammenarbeit gekommen sind: den Patriotismus. Auf diesem Gebiet hat der russische Episkopat im Kriege eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Aber auch heute noch präsentieren die russischen Kirchenfürsten ihren Gläubigen schwungvolle patriotische Aufrufe, in denen sie sich auch zu ganz absonderlichen Lobpreisungen Stalins und seiner Weisheit versteigen. Bei allem Glauben an die positiv-christlichen Kräfte innerhalb der russischen Kirche wollen wir unseren Lesern nicht ein Musterbeispiel solcher Idolatrie vorenthalten — den Glückwunsch der russischen Bischöfe zu Stalins 70. Geburtstag.

Lobpreis Stalins

Der Glückwunsch an den „Führer, Lehrer und Freund der Werktätigen" ist den Bischöfen „sittliche Pflicht". Mit Genugtuung stellen sie fest, daß die ganze Welt in Stalins Taten den „Triumph der sittlichen Prinzipien" über die in dem „absterbenden System der Gesellschaftsordnung" herrschende Grausamkeit und Unterdrückung sieht. Der Sieg der Gerechtigkeit offenbare sich in den wohltätigen Veränderungen im inneren Leben des Landes, während das Streben zur allgemeinen Wohlfahrt der Außenpolitik ihr Gepräge gebe. Stalins „tiefer Glaube an die Würde des Menschen" und seine unablässige Sorge um den Menschen werden in allen staatlichen Maßnahmen deutlich.

Weiter heißt es: „Wie alle Interessen der Werktätigen, so sind Ihnen auch die Anliegen der gläubigen russischen Menschen nahe, die die russische orthodoxe Kirche bilden." Mit dem „Gefühl tiefster Befriedigung" darüber präzisieren die Bischöfe ihre Dankbarkeit gegenüber der Stalin-Verfassung dahingehend, daß diese den Kirchenleuten eine durch nichts beeinträchtigte Freiheit zum Bekennen des orthodoxen Glaubens und der Geistlichkeit völlige Gleichheit der bürgerlichen Rechte gewähre. „Dank der Stalin-Verfassung können die kirchlichen Menschen unseres Landes nicht nur ihre kirchlichen Ideale frei verwirklichen, sondern auch am gesellschaftlichen und staatlichen Leben teilnehmen."

„Auch jetzt" — heißt es zum Schluß — „da wir auf Schritt und Tritt in unserem kirchlichen und bürgerlichen Leben den wohltätigen Ergebnissen Ihrer weisen staatsmännischen Führung begegnen, können wir unsere Gefühle nicht zurückhalten und bringen Ihnen, teurer Joseph Wissarionowitsch, zu Ihrem 70. Geburtstage im Namen der russischen orthodoxen Kirche unseren tiefen Dank dar ... Wir beten für die Stärkung Ihrer Kräfte und wünschen Ihnen mit unserem Gebet noch viele Jahre des Wirkens zur Freude und zum Glück unserer großen Heimat und segnen Ihren heldenhaften Dienst an ihr ..."

Diesen Glückwunsch der russischen Bischöfe an Stalin nahm das Juli-Heft der kirchlichen Zeitschrift der Auslandsrussen in Paris zum Anlaß, seinen Lesern die durch den Paragraph 13 des Programmes der KP vorgezeichnete und heute wieder in zahlreichen antireligiösen Äußerungen der Sowjetpresse zum sichtbaren Ausdruck kommende religiöse Situation in der UdSSR in Erinnerung zu rufen. „Wie schwer wird es einem gläubigen Menschen, die Verlautbarungen der amtierenden Hierarchie des Moskauer Patriarchats zu lesen", heißt es dort. „Unwillkürlich erhebt sich die Frage, wo denn eigentlich die Grenze der Kompromisse sei? Wie kann die kirchliche Hierarchie die Verantwortung auf sich nehmen, die Verfolger der Kirche zu preisen und zu verherrlichen!"

Aber damit nicht genug. Im Glückwunschtelegramm des Katholikos-Patriarchen Kallistrat von Georgien an Stalin lesen wir: „Mit Ihrer Verfassung haben Sie in den Herzen der Werktätigen der ganzen Welt die evangelischen Grundsätze der Brüderlichkeit, Einigkeit und Freiheit verankert ... Wir hoffen, daß die Gegner der Wahrheit und Gerechtigkeit sehend werden, zu Ihnen kommen und sagen werden: Wahrhaft bist du, Joseph, Weiser, und gerecht sind deine Gerichte; lehre uns, wie wir in Frieden mit den Brüdern leben sollen, die wir beleidigt und erniedrigt haben."

Warnung des Patriarchen vor der Welt und Ermahnung zur Verinnerlichung

Um unsere Übersicht abzurunden, führen wir noch einige Gedanken des Patriarchen Alexius zu seiner Auffassung von den Pflichten des Priesters an. In seinen Ermahnungen, die er den Zöglingen der Leningrader Geistlichen Akademie Ende des vorletzten Jahres mit auf den Weg gab, wies der Patriarch schon damals auf die Gefahr außerkirchlicher Einflüsse hin und warnte vor den Versuchungen der Welt.

„Das rechtgläubige russische Volk", sagt Alexius hier, „verzehrte sich in der Suche nach wahrhaft guten geistlichen Hirten. Wir glauben daran, daß es auch jetzt eine ganze Anzahl davon gibt, doch bei weitem nicht so viele, wie es das rechtgläubige russische Volk eigentlich wünscht und wie es zum Wohl und Gedeihen unserer orthodoxen Kirche bedarf." Daher sehe das russische Volk mit besonderer Liebe auf die zukünftigen Geistlichen, die frei sind von jener Versuchung, „die unlängst wie ein Orkan in unserer Kirche einbrach und der leider viele geistliche Hirten erlagen."

„Das rechtgläubige russische Volk vermag sehr fein den wahren Hirten zu erkennen und zu schätzen. Die Edelsteine, die auf den Mitren und Kreuzen vieler heutiger Priester funkeln, verführen es nicht ... Es möchte seine geistlichen Hirten im Schmuck seelischer Eigenschaften sehen ... Wenn es zum Priester geht, erwartet es von ihm ein Wort des Heils ... Es traut nicht den lauten Reden so mancher Prediger, in denen nicht die Stimme der Heiligen Schrift und der heiligen Väter hörbar ist, sondern die voll sind der irdischen Worte irdischer Wortkünstler ... Die Herde verzeiht ihrem Hirten wohl eine gewisse Herbheit und Strenge, die manchem Charakter eigen sind, sieht ihm sogar seine Schwächen nach, aber niemals wird der rechtgläubige russische Mensch seinem Priester den Unglauben oder eine nachlässige, andachtslose, äußerlich formale Erfüllung seiner priesterlichen Obliegenheiten verzeihen ..."

Der Patriarch formuliert seine Anforderungen an den Priester in zwei Pflichten: Gebet und geistliches Heldentum. Das russische Volk kenne sich gut darin aus, ob der Priester während seiner geistlichen Amtshandlung wirklich betet oder nur äußerlich die Büchervorschriften erfüllt. Das geistliche Heldentum habe den ganzen Lebenswandel des Priesters zu erfüllen. Er darf nicht sich selbst leben, sondern nur seiner Herde. Priestertum und Mönchtum sind eng verwandt, und „wenn die heilige Kirche den Priester dazu segnet, eine Familie zu haben, so nur darum, daß er einen Trost in seiner vielgestaltigen priesterlichen Tätigkeit hat ... Wohl dem Priester, der seine Familie zur Höhe geistlichen Lebens zu erheben vermag, dessen Familie eine Kirche im eigenen Heim ist; wehe aber demjenigen, der, selbst auf der Suche nach weltlichen Zerstreuungen, auch seine Familie auf den Weg weltlicher Versuchungen bringt ..."

Es sei auch keine Nebensächlichkeit, fährt der Patriarch fort, wie sich der Priester zu seiner äußeren Erscheinung verhält. „Zu unserem Leidwesen sehen wir jetzt bei manchen geistlichen Personen, mit welcher Ehrfurchtslosigkeit sie sich zu ihrer geistlichen Tracht verhalten und daß sie es vorziehen, das Aussehen eines katholischen Paters oder eines lutherischen Pastors zu haben. Ist das nicht ein Zeichen dafür, daß sie auch andere weltliche Gewohnheiten nicht abgelegt haben? ..."

Alexius wendet sich scharf gegen die Versuche, auch an den geistlichen Schulen weltliche Gepflogenheiten einzuführen. „Wir hoffen alle, daß unsere zukünftigen Priester Menschen von hohen sittlichen Eigenschaften sein werden ... Dieses geistige Heldentum ist schwierig, insbesondere wenn die Welt mit solchem Ungestüm und in breitem Strom ins kirchliche Gebiet einbricht, wenn Menschen, die bereits dem geistlichen Stande angehören, häufig den Versuchungen dieser Welt erliegen und damit ihre geistliche Autorität vor ihrer Herde verlieren."

„Ich rufe Gottes Segen herab auf die Lehrer und Schüler dieser geistlichen Anstalt", so beschließt der Patriarch seine Ansprache; „möge über der Schule der Schutz der Gottesmutter weilen; mögen Lehrer und Schüler täglich im Gebet zu ihr eilen, als zu einem unerschöpflichen Quell himmlischer Segnungen, und mögen uns allen die Gebete des heiligen Großfürsten Alexander Newskij, dessen Gedächtnis wir heute so feierlich mit euch begehen, zum Segen sein. Amen."

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Übersetzungsfehler im deutschen Text von ‚Humani generis'

Im 1. Heft des laufenden Jahrgangs brachte die ‚Herder-Korrespondenz' die Enzyklika ‚Humani generis' „im vollen Wortlaut der vom Vatikan herausgegebenen deutschen Übersetzung" (S. 25). Jeder Leser wird auf diese Kennzeichnung hin erwarten, daß er ein Dokument, welches die Stellungnahme des für alle katholischen Christen maßgebenden kirchlichen Lehramts zu grundlegenden Fragen der Theologie, Philosophie und Anthropologie bietet, in einer deutschen Fassung vorgelegt erhält, die den lateinischen Originalwortlaut so präzis wiedergibt, wie es irgend möglich ist. Auf stilistische Gefälligkeit des deutschen Textes kann man hier verzichten, wenn nur der Gedanke des Papstes richtig herauskommt, der ja durch dieses Dokument hindurch die Gedanken von Zehntausenden deutscher katholischer Lehrer und Seelsorger, indirekt also von Millionen Gläubigen, zu normieren bestimmt ist.

Es wirkt infolgedessen einigermaßen erschütternd, wenn man in diesem „offiziellen" deutschen Text ganz wesentliche Übersetzungsfehler feststellen muß. Ich notiere zunächst eine Reihe solcher Entstellungen, die Professor Hugo Rahner, Innsbruck, aufgefallen und von ihm im Dezemberheft der ‚Schweizer Rundschau' berichtigt wor-

den sind. (Weglassen kann ich dabei die Analyse der allerdings total irreführenden Vertauschung von „nicht immer“ mit „noch immer“ in Abschnitt 14 der österreichischen Ausgabe, weil es sich dabei um einen zum Glück nur in dieser passierten bloßen Druckfehler handelt.) Als die schwerste Sinnverfälschung kennzeichnet Rahner mit Recht die folgende, welche sich in der Herder-Korrespondenz auf S. 29, Spalte 1, Z. 12 v. u. findet; er schreibt dazu:

„Es geht hier um das Kernstück des Rundschreibens, die Festlegung des rechten Verhältnisses zwischen Philosophie und Offenbarungslehre. Die vom Vatikanischen Konzil definierte Fähigkeit des menschlichen Verstandes, im Licht und unter der Leitung des die Offenbarung Christi hütenden kirchlichen Lehramts eine fruchtbare Erkenntnis der göttlichen Mysterien zu erreichen, ist abhängig von der Gesundheit der philosophischen Lehre, die einer solchen theologischen Forschung zugrunde liegt. Solche von der Kirche gehegte und empfohlene Philosophie, also die scholastischen Lehrsätze, könnten, so sagt der Papst, um so weniger beiseitegesetzt werden, als ‚das Lehramt der Kirche selbst die Grundsätze und wesentlichen Lehren, die von Männern hohen Geistes langsam aufgedeckt und umschrieben wurden, am Maßstab der göttlichen Offenbarung selbst gemessen hat (ad ipsius divinae revelationis trutinam vocavit)‘. Als Übersetzung dieses fundamentalen Satzes steht im deutschen Text: ‚Weil das Lehramt der Kirche selbst die Grundsätze und wesentlichen Behauptungen, die von geistvollen Männern allmählich aufgedeckt und bestimmt wurden, zum Maßstab der göttlichen Offenbarung gemacht hat.‘ Also genau das Gegenteil vom lateinischen Urtext. Wer also nicht genau und getreu den lateinischen Text liest, wird mit höchster Verwunderung feststellen (und welcher dialektische Theologe, dessen Ablehnung der menschlichen Vernunftkraft für eine theologische Erkenntnis das Rundschreiben zu Beginn ... so ausdrücklich abwehrt, wird das nicht tun?), daß hier gelehrt wird, die Offenbarung habe sich zu messen an den Sätzen der scholastischen Philosophie.“

Nicht ganz so grundstürzend, aber wahrlich noch schwer genug, sind die drei folgenden von Rahner notierten Fehlübersetzungen (auf S. 27, Spalte 1, Absatz 2, Z. 1/2 und 11, sowie Spalte 2, Absatz 2, letzte Zeile):

„Hier ... tadelt der Papst die Bestrebungen gewisser Theologen, ‚dogmatum significationem quam maxime extenuare‘; das wird wiedergegeben mit dem Satz: ‚Den Begriff der Dogmen möglichst abzuschwächen‘. Richtiger müßte es heißen: ‚Den Inhalt oder den Sachgehalt der Dogmen abzuschwächen‘ — denn eben dies gibt der Frage eine ganz andere Wendung: es geht nicht darum, daß man den Begriff vom Dogma an sich leugnet, sondern es geht um den Versuch, das Inhaltliche, das Gemeinte der Dogmenformulierungen abzuschwächen. Man dürfte wohl, wenn man es genau nimmt (und die lateinische Enzyklika redet mit der genauen Präzision der echten Theologie), auch die Wendung von den ‚opiniones dogmaticae‘ der im Glauben von der Kirche getrennten Christen ... nicht wiedergeben mit ‚Glaubenssätze der von der Kirche Getrennten‘, sondern vielmehr mit ‚dogmatischen Meinungen‘.“ Im drittnächsten Absatz „steht eine ebenso grundsätzliche Frage, wo es genau auf jedes Wort ankommt. Die dort gerügte Ablehnung der aus der scholastischen Philosophie übernommenen Terminologie führt, so sagt der Papst, von selbst auch zur Schwächung der spekulativen Theologie, ‚von der man dann annimmt, sie entbehre der wahren Sicherheit, weil sie sich auf die ‚ratio theologica‘ stütze‘. Dieses Wort von der ratio theologica hat seinen eindeutigen Sinn und besagt ‚theologische *Vernunft*gründe‘. Was soll man aber dann sagen zu der Tautologie, die in der deutschen Übersetzung in dem Satz zu lesen ist: ‚Dies führt zur Schwächung der spekulativen Theologie, der sie keine Sicherheit zuschreiben, weil sie sich auf theologische *Beweis*gründe stützt‘?“

Ähnlich zu bedauern ist auch, daß im drittnächsten Absatz (dem 2. auf S. 28) bei der Verbindlicherklärung von Lehrurteilen, welche „die Päpste in ihren Akten ‚*data opera*, d. h. nach gründlicher Prüfung‘ über eine bislang umstrittene Frage aussprechen“, die für den Verbindlichkeitsgrad solcher amtlicher Verlautbarungen (zum Unterschied etwa von Gelegenheitsäußerungen) keineswegs unerhebliche obige lateinische Wendung einfach nicht mit übersetzt ist.

Ganz besonders beklagenswert aber wegen seiner drohenden Auswirkungen in der praktischen interkonfessionellen Zusammenarbeit, die wahrlich auch ohnedies genügend gefährdet ist, muß der folgende mir bei Durcharbeitung der Enzyklika unter diesem Gesichtspunkt aufgefallene Fehler genannt werden, welcher zusammen mit unerwünschter Grenzverwischung auch die von Papst Pius XII. selbst wiederholt empfohlene Kampfgemeinschaft fälschlich zensuriert erscheinen läßt: Der Papst beanstandet (S. 26, Spalte 2 Mitte), daß die übereifrigen Ireniker „non modo respiciant ad irruentem atheismum communibus viribus propulsandum, sed etiam ad opposita in rebus quoque dogmaticis reconcilianda“. Das heißt, zunächst einmal ängstlich nach dem Buchstaben übersetzt, daß jene Getadelten „... nicht allein hinblicken auf den mit vereinten Kräften zurückzutreibenden (über uns) hereinbrechenden Atheismus, sondern auch auf die sogar in dogmatischen Angelegenheiten zu versöhnenden Gegensätze“. Etwas freier formuliert, würde der päpstliche Tadel jene treffen, „die nicht nur auf die mit vereinten Kräften zu leistende Abwehr des Atheismus ausgehen, sondern auch auf die Versöhnung der Gegensätze in Sachen des Dogmas selbst“. Das heißt, der Papst befürwortet nach wie vor, daß alle Offenbarungsgläubigen mit vereinten Kräften den vom neuen Heidentum drohenden Gefahren entgegentreten; er tadelt nur jede Religionsmengerei. Wie soll man das nun aus der „offiziellen“ Übersetzung herauslesen: „Sie geben sich einem solchen ‚Irenismus‘ hin, daß sie ... nicht nur auf den Atheismus schauen, den sie mit vereinten Kräften bekämpfen, sondern auch auf die Beseitigung der Gegensätze in den Glaubenslehren“?

Es erscheint uns notwendig, nicht nur anzuregen, daß diese schweren Fehler überall verbessert werden, wo deutsche Texte der Enzyklika mit denselben verbreitet worden sind, notfalls durch Beilage von Berichtigungsblättern, damit die Lehrmeinung des Papstes selbst nicht durch die Fehler eines subalternen Übersetzers verdrängt werde, sondern auch für die Zukunft inständig zu bitten, daß alle, die für solche „offiziellen“ Übersetzungen verantwortlich sind, das lehramtliche Wort des irdischen Stellvertreters Christi genügend ernstnehmen, um es genau wiederzugeben.

Basel *Karl Thieme*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BACKES, Ignaz. *Die Enzyklika „Humani generis" vom 22. August 1950 und die Wissenschaft.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 59 Heft 11/12 (Nov./Dez. 1950) S. 326—332.

Zusammenfassende Wiedergabe des Textes und Versuch einer genaueren Bestimmung der in der Enzyklika angezielten Strömungen.

BRUNNER, August. *Vom Gottesglauben primitiver Völker.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 2 (November 1950) S. 94 bis 104.

Darstellung der ethnologischen und religionswissenschaftlichen Forschung, die, von W. Schmidt ausgehend, die These von der geschichtlichen Entwicklung der monotheistischen Gottesidee widerlegt und den Hochgottglauben als Urgut der Menschheit nachweist.

COLOMBO, Sac. Carlo. *Il significato dell' Enciclica „Humani generis".* In: Vita e Pensiero Jhg. 33 Okt. 1950 S. 509—518.

Die Enzyklika richtet sich gegen ganz bestimmte Irrtümer; es wäre falsch, ihre Verurteilung auf das gesamte Werk der Theologen auszudehnen, die diese Irrtümer vertreten haben: die frz. Theologen der „Neuen Theologie". Darstellung derselben nach Deman in „Theologische Revue". Darlegung der Gedanken der Enzyklika.

D'OUINCE, René. *Quelques Commentaires de l'Encyclique „Humani generis".* In: Etudes Dezember 1950 S. 353—373.

Überblick über die wichtigsten Kommentare und kommentierten Zusammenfassungen der Enzyklika „Humani generis" in Frankreich, die dazu beitragen können, den Sinn der päpstlichen Lehräußerung besser zu verstehen. Alle frz. Bischöfe haben es als ihre Hirtenpflicht angesehen, sich zu äußern, auch um die frz. Intellektuellen vor Entmutigung zu bewahren. Viele führende Laien werden zitiert.

ENGLHARDT, Georg. *Dogmatische Theologie und Seelsorge.* In: Anima Jhg. 5 Heft 3 (1950) S. 197—205.

Die Gleichursprünglichkeit von Wort und Sakrament erlebt heute wieder eine bewußtere Anerkennung als „Ausrichtung alles seelsorglichen Wirkens auf die zentralen Lebensgründe der kirchlichen Gemeinschaft hin". Zu wünschen wäre eine eigene historische Darstellung des Verhältnisses von Theologie und Seelsorge.

FRANSEN, P. *Die Formel „si quis dixerit ecclesiam errare" in Kanon 6 und 8 der 24. Sitzung des Trienter Konzils (Juli bis November 1563).* In: Scholastik Jhg. 25 Heft 4 (1950) S. 492—517.

Am Kanon der Ehescheidung wird die Formulierung des Anathema expliziert, wie sie in der Polemik gegen die Protestanten, die die Rechtsmacht der Kirche und ihre Unfehlbarkeit leugneten, entstanden ist.

GUERRERO, E., SJ. *El Estado Laico como Ideal Cristiano.* In: Razón y Fe Nr. 634 (Nov. 1950) S. 341—354.

Gegen die in „Esprit" von Vialatoux und Latreille vertretene These, wonach allein der laizistische Staat auf Grund seiner Neutralität gegenüber der menschlichen Willensfreiheit dem Glaubensakte die religiöse Freiheit garantiere, wird hier von spanischer Seite angeführt: Für die Kirche sei die körperlich-geistige Freiheit zum Glauben kein höchster Wert, vielmehr eine Schwäche, der niemals der Staat und seine Verfassung unterzuordnen sind. Nach Natur und göttlicher Anordnung sei der Glaubensakt frei, dennoch könne ein katholischer Staat den Glauben betont und vordergründig darbieten, dürfe ihn aber nicht aufdrängen.

HOLSTEIN, Henri. *Questions de Théologie.* In: Etudes November 1950 S. 241—252.

Bericht über den gegenwärtigen Stand des Problems Kirche und mystischer Leib Christi: wie weit ist die sichtbare Kirche identisch mit der unsichtbaren? Zur Frage des Heils der Getrennten und der Ungläubigen. Vorsichtige Abwägung der Äußerungen der letzten Päpste und der theologischen Studien bes. in Frankreich und Belgien.

KÜNZLE, Pius. *Zur Enzyklika „Humani generis". Geschichte und Verurteilung der „Neuen Theologie".* In: Civitas Jhg. 6 Heft 3 (Nov. 1950) S. 74—86.

Der Verfasser verfolgt in ausführlicherer Weise die teils anonymen Vorgänge und Kontroversen in Frankreich, die jetzt durch die Enzyklika ihre Entscheidung gefunden haben.

MAYDIEU, A.-J. *Les Chrétiens n'ont-ils rien à dire?* In: La Vie Intellectuelle Oktober 1950 S. 260—275.

In der von der Angst vor Tod und Vernichtung gequälten Welt hat der Christ eine Botschaft des Lebens: Christus ist gestorben und auferstanden. Zwar ist das nicht jene Sicherheit, die die irdischen Menschen suchen, aber wenn irgend etwas helfen kann, so doch diese Botschaft. Wenn der Christ sie bezeugt, wird ihm vielleicht die Rettung des irdischen Lebens dazugegeben werden.

NÖTSCHER, F. *Auslandsliteratur zum Alten Testament.* In: Theologische Revue Jhg. 46 Nr. 3 (1950) S. 127—136.

Dieser verdienstliche Überblick befaßt sich besonders mit der Literatur des engl. Sprachgebietes und gibt zu jedem Werk eine kurze Inhaltsangabe.

RAHNER, Hugo. *Hemmschuh des Fortschritts? Zur Enzyklika „Humani generis".* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 3 (Dez. 1950) S. 161—171.

Ein genaueres Eingehen auf den Text zeigt die großen Schwächen der sog. „offiziellen" deutschen Übersetzung. Der Verfasser erklärt die pädagogische Diktion des Rundschreibens, das die Absicht hat, die Wissenschaft von den Extremen weg in die Mitte der Freiheit und damit erst in ihr eigenes Wesen zu führen.

RAHNER, Karl. *Das „Neue" Dogma. Zur Definition der Himmelfahrt der hl. Jungfrau und Gottesmutter.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 11 (Nov. 1950) S. 805—820.

Die Exegese (Mt 27, 52 f) ergibt, daß die Definition der „inneren Logik der Sache" entspricht und aus einer Reifung des Glaubensbewußtseins entstehen konnte. Gleichwohl ist für den Theologen damit noch nicht alles entschieden; vielmehr sieht er sich zu einer Neudurchdenkung der Natur der Dogmenentwicklung aufgerufen.

RAMOS, A. T., OSB. *Hacia la Vulgata Española.* In: Cultura Bíblica Jhg. 7 Nr. 75/76 S. 285—287.

Nur ein einziger spanischer Bibeltext (Nácar-Colunga) geht auf die Originalsprachen zurück. Daher sind viele Übersetzer heute noch eigentlich „Verräter" am Wort Gottes. Forderung eines gelehrten Arbeitsausschusses zur Gewinnung eines einwandfreien Textes.

SEITERICH, Eugen. *Die Vernünftigkeit des Glaubens nach dem Neuen Testament.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 59 Heft 11/12 (Nov./Dez. 1950) S. 333—348.

Die Schrift läßt keinen Zweifel, daß Jesus und die Apostel nie einen blinden Glauben verlangt haben, sondern immer nur ein rationabile obsequium.

DE SILIO, Francisco Xavier. *Donoso Cortés, en Su Tiempo y en el Nuestro.* In: Arbor, Nr. 57/58 (Sept./Okt. 1950) S. 56 bis 64.

Europa erlebt eine Renaissance des großen katholischen Traditionalisten aus spanischer Wurzel und von gesamteuropäischer Bildung und Zeitwirkung, Cortés. Seine liberale Vergangenheit bis 1848 wird erst heute erforscht, um solcherart seine ganze Entwicklung zu verstehen, die in ihrem antirevolutionären Impuls, trotz des Systemmangels und mancher Stilbrüche in seinem Werke, größte Beachtung findet.

Philosophie

BRUGGER, Walter. *Das Ziel des Menschen und das Verlangen nach der Gottesschau.* In: Scholastik Jhg. 25 Heft 4 (1950) S. 535—548.

Weil das übernatürliche Ziel rein geschenkt ist, wird der Begriff eines natürlichen Zieles notwendig. Das Verhältnis beider, das die mittelalterl. Philosophie als Problem stehen ließ, soll hier (auch in einer Auseinandersetzung mit H. de Lubac) geklärt werden. Das Wesen des Menschen hat eine natürliche Vollendung, aber so, daß die Grenzen von Gott her überschritten werden können und sich eine „überfließende Vollendung" konstituiert.

CONRAD-MARTIUS, Hedwig. *Naturwissenschaft und Naturphilosophie.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 1 (Oktober 1950) S. 29—44.

Dieser Essay, der aus einer Auseinandersetzung mit Seilers Philosophie der unbelebten Natur (Olten 1948) hervorwächst, befaßt sich mit dem Verhältnis der philosophia perennis zur modernen Naturwissenschaft. Es werden vier unaufgebbare Positionen genannt, die zusammen den Realismus und Objektivismus (der christlichen Philosophie) umschreiben. Demgegenüber dreht die mathematische Physik den Bau der Welt nur scheinbar um, da die physikalischen Sachverhalte ihrem Wesen nach keine „unmittelbare Realübersetzung" erfahren dürfen. Im Anschluß an diese einleuchtende Widerlegung versucht die Verfasserin eine eigene Deutung der schwebenden naturwissenschaftl. Grundfragen.

EGENTER, Richard. *Kasuistik als christliche Situationsethik.* In: Münchener Theologische Zeitschrift Jhg. 1 Heft 4 (1950) S. 54—65.

Diese Ausführungen sprechen für eine vorsichtige Aufnahme der Anregungen aus der modernen Situationsethik in die Kasuistik, die die Mitte zwischen platonisierender Normenwissenschaft und Existentialismus halten soll und nur dann ihren Aufgaben genügt, wenn sie zugleich Essenz- und Existenzethik ist.

JASPERS, Karl. *Zu Nietzsches Bedeutung in der Geschichte der Philosophie.* In: Die Neue Rundschau Jhg. 61 Heft 3 (1950) S. 346—358.

Nach Jaspers' Meinung ist Nietzsche als der dunkelste und vieldeutigste Denker des 19. Jh. auch heute noch nicht zureichend verstanden. Seine Bedeutung liegt darin, daß er das problematische Wesen unserer Zeit den nichtsahnenden Zeitgenossen ins Bewußtsein steigen ließ.

LÖWITH, Karl. *Christentum und Geschichte.* In: Merkur Jhg. 4 Heft 12 (1950) S. 1241—1252.

Der Verfasser demonstriert in diesem ausgezeichneten Essay den modernen Fortschrittsglauben als Verweltlichung des jüdischen Messianismus und der christl. Eschatologie. Während allein die jüdische Existenz positiv geschichtlich (im religiösen Sinne) interpretiert werden kann, bleibt das christliche Verhältnis zur Geschichte negativ und somit dem Fatalismus scheinbar verwandt. Was nottut, ist eine fundamentale Unterscheidung von Heilsgeschichte und Weltgeschichte.

LEISEGANG, Hans. *Deutsche Nietzsche-Literatur.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 75 Nr. 8 (August 1950) S. 338 bis 467.

Zusammenfassung der Bibliographie von 1945—1950.

PENALVER, P. *La Filosofía en Hispano-América.* In: Arbor Nr. 57/58 (Sept./Okt. 1950) S. 65—84.

Trotz der allgemeinen Aufgabe des Wunschtraumes einer präkolombianischen Philosophie in Amerika ist die ernstere Frage nach einer eigenen Philosophie Lateinamerikas noch im Fluß. Meist ist ein Parallelismus zur spanischen (Suárez, Balmes, Krausismo), französischen (Voltaire, Comte, Bergson, Maritain) und deutschen (Kant, Haeckel, Scheler, Hartmann, Heidegger) Entwicklung unverkennbar, weshalb P. aus diesen und ontologischen Gründen „höchstens ... eine gewisse Einheitlichkeit des Denkens, jedoch schwer bestimmbar" und nie entscheidend, als „hispanoamerikanische Philosophie" anerkennen will.

SELVAGGI, F., SJ. *Le leggi statistiche e il miracolo.* In: Civiltà Cattolica Jhg. 101 Nr. 2407 (21. Okt. 1950) S. 45—56 und Nr. 2408 (27. Okt. 1950) S. 202—213.

Auch wenn die Natur durchweg nicht strengen Kausalgesetzen, sondern statistischen Gesetzen gehorchen sollte, so bedeutet das doch nicht, sie sei undeterminiert. Ihre Gesetzmäßigkeit ist auch dann so beschaffen, daß der Begriff des Wunders als des Eingreifens einer höheren Macht, das innerhalb des natürlichen Ablaufs des Geschehens unmögliche Reaktionen auslöst, seinen Sinn behält.

STALLMACH, Josef. *Gegenwärtiges Philosophieren.* In: Deutsche Universitätszeitung Jhg. 5 Nr. 20 (20. Oktober 1950) S. 3—5.

Zum Deutschen Philosophenkongreß vom 1.—5. Oktober in Bremen. Der Beobachter stellt ein Zurücktreten der ontologischen und erkenntnistheoretischen Kernprobleme und eine stärkere Betonung der philosophischen Grenzgebiete und der Berührung mit den Fachwissenschaften fest. Seine besondere Beachtung finden die Ausführungen zur Anthropologie und zu den Problemen der Geschichte.

Kultur

ABELÉ, Jean. *Die Explosion des Uratoms. Die modernen Kosmogonien und der Schöpfungsbericht.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 10 (Oktober 1950) S. 736—748.

Die Darstellung und Diskussion der modernen Expansionstheorie ergibt, daß keine abstrakte, rein rationale Erkenntnis des außerzeitlichen Weltanfangs möglich ist und der Wissenschaftler daher zu einem Innehalten und Hinhören auf die Offenbarung gezwungen wird. Die heute geübte geistige Geozentrik kann allein durch die Erscheinung Jesu Christi gerechtfertigt werden.

ANTZ, Joseph. *Was liest unsere Jugend heute?* In: Pädagogische Rundschau Jhg. 5 Heft 2 (Nov. 1950) S. 63—66.

Nach einem Überblick über den Büchermarkt, der sich stark an die im guten und schlechten Sinne alte Jugendliteratur anlehnt, gibt der Verfasser eine kurze positive Kritik des Schüler-Preisausschreibens der französischen Zone, das ein starkes moralisches Interesse und eine durchgängige Begeisterungsfähigkeit der jungen Generation beweist.

ARBOLEYA, Enrique Gómez. *Posición y Ámbito del Problema de Europa.* In: Revista de Estudios Políticos, Vol. XXX Nr. 50 (1950) S. 105—123.

Europa beginnt mit dem Griechentum, gipfelt im Christentum, hat die Entwicklung von Wissenschaft und Staat als hervorragende Charakteristiken. Seine Einheit wird hier gesehen als „Lebensform, die den Menschen von sich selbst als Person Besitz ergreifen ließ" — also: Humanismus (christlich und nichtchristlich), Freiheitsbewußtsein und Geschichtssinn.

ELIOT, T. S. *Von Poe zu Valéry.* In: Merkur Jhg. 4 Heft 12 (1950) S. 197—205.

Poe's Einfluß auf Baudelaire, Mallarmé und besonders Valéry bringt die „interessanteste Entwicklung des dichterischen Bewußtseins überhaupt" hervor, die Entwicklung zur „poésie pure". Zugleich wird deutlich, daß wir heute eine neue Ästhetik brauchen, in der der Gegenstand wieder Bedeutung hat, in der die Inspiration der Technik vorgeht und in der der Dichter spontan und unreflektiert schafft.

ELIOT, T. S. *Das wüste Land.* In: Die Neue Rundschau Jhg. 61 Heft 3 (1950) S. 327—335.

Die Dichtung in der fast unbekannt gebliebenen Übersetzung von Ernst Robert Curtius aus dem Jahre 1927; dazu die Anmerkungen und Quellenangaben, mit denen der Dichter selbst sein Werk erläutert.

GIBERT, H. *Tendances et hésitations de la médecine.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 44 (Nov. 1950) S. 668—672.

Das Verhältnis Arzt—Kranker verwandelt sich langsam in das Verhältnis Medizinische Wissenschaft — Krankheit, durch Spezialisierung, Technik des Heilens, öffentliches Gesundheitswesen. Unvermeidlich durch die Gegebenheiten unsrer Welt. Um so sorgsamere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, daß das Menschlich-Persönliche nicht völlig erdrückt wird.

GUARDINI, Romano. *Die Verwandlungen in Dantes Hölle der Diebe.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 1 (Oktober 1950) S. 45 bis 61.

Eine geistvolle Interpretation der restlosen und fortgesetzten Zerstörungen, durch die das Ich hindurchgehetzt wird.

GURIAN, Waldemar. *Toynbees Zeitmaschine.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 1 (Oktober 1950) S. 71—80.

Diese Kritik schreibt dem Historiker eine nur an Wiederholungen interessierte soziologische Haltung zu, die schließlich nichts anderes hervorbringt als einen „unmöglichen Versuch, das Mysterium der Zeit durch raffinierte Begriffsmontagen zu erklären".

HOHOFF, Curt. *Gottfried Benn.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 11 (Nov. 1950) S. 838—848.

Zur Genesis eines Dichters, der heute besonders unter der Jugend an Bedeutung und Gefolgschaft gewinnt. Er versucht, mit dem Nihilismus fertig zu werden, und erwartet eine allgemeine Wandlung, für die er einen Mythus der reinen ästhetischen Formen schaffen will. „Wenn Benn nicht christlich reden kann, so liegt das am Christentum, das einem Dichter dieses Ranges keine anderen Werte mehr zeigen kann als solche, die schon unsere Großväter hatten".

KEMP, Friedhelm. *Elisabeth Langgässer.* In: Hochland Jhg. 34 Heft 1 (Oktober 1950) S. 91—94.

Eine Kritik am Werk der Verstorbenen, deren dichterischen Bemühungen es wohl nicht gelungen sei, das Zwielicht von Geschlecht und Intellekt, von Natur und Geist zu erhellen.

LÜDERS, E. M. *Alles oder nichts. Zur Weltansicht Albert Camus'.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 2 (November 1950) S. 105—117.

Der Roman „Die Pest" führt in eine Tiefe, in der sich Christentum und Heidentum berühren, doch wird der Durchbruch zum Glauben nicht erreicht.

MÜNZ, Erwin K. *Dadaismus-Surrealismus und die moderne Seelsorge.* In: Begegnung Jhg. 5 Heft 9 (1950) S. 209—213.

Mit einer Interpretation der inneren Entwicklung der André Breton, Louis Aragon, Paul Eluard soll ein Einblick in die seelischen Bemühungen und religiösen Sehnsüchte gewonnen werden, die der moderne Ungläubige zwar nicht dem Seelsorger eingesteht, die aber in den Dichtungen zum Durchbruch kommen und die fruchtbaren Punkte zum Vorschein bringen.

NÉRAUD DE BOISDEFFRE, Pierre. *Albert Camus ou l'Expérience tragique.* In: Etudes Dez. 1950 S. 303—325.

Der Aufsatz geht in sehr kluger und liebevoller Weise der Entwicklung Camus' nach, bis zu seinem letzten Werk, dem Drama „Die Gerechten"; er nennt ihn mit Malraux den „größten lebenden Schriftsteller Frankreichs", worin sich der weite Geist dieser von Jesuiten herausgegebenen Zeitschrift erweist; denn Camus „liebt die Kirche nicht" und nennt „das Christentum wesentlich eine Religion der Ungerechtigkeit", gegründet auf „das Opfer des Unschuldigen." Aber Camus geht dem Gespräch mit den Christen nicht aus dem Weg und sieht es auf der Seite der von ihm glühend verteidigten „verbotenen Werte" des Humanen.

ODDONE, A., SJ. *La tutela dell' infanzia e dell' adolescenza nelle leggi sulla stampa.* In: Civiltà Cattolica Jhg. 101, Heft 2409 (4. Nov. 1950) S. 293—304.

Die italienische Pressegesetzgebung bietet noch nicht genug Handhaben, gegen ein Schrifttum vorzugehen, das die sittliche Bildung der Kinder und Jugendlichen gefährdet. Die Schmutz- und Schundliteratur überschwemmt auch Italien ebenso mit pornographischen Druck-Erzeugnissen wie mit solchen, die Verbrechen und Rohheit darstellen, auch schon für die Jugend. Pressefreiheit bedeutet nicht unbegrenzte Freiheit zur Immoralität. Die Presse-Artikel der Verfassung müssen daher schärfer gefaßt werden.

ROTH, Paul. *UNESCO.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 2 (November 1950) S. 81—93.

Bericht über die Bemühungen um das Deutschlandproblem, die seit zwei Jahren erfreuliche Fortschritte zeitigen konnten. Der Verfasser hält eine christliche Zusammenarbeit mit der UNESCO auf praktischem Gebiete für möglich und wünschenswert.

RÜDIGER, Otto. *Marginalien zum Werke Elisabeth Langgässers.* In: Die Neue Rundschau Jhg. 61 Heft 3 (1950) S. 364 bis 369.

Der Kritiker stellt im Werk der Dichterin einen Mystizismus fest, der sich mehr und mehr im Chaos der Gnostik verirrt.

THURN, Hubert. *Analytische Psychologie und Erziehung.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 2 (November 1950) S. 117—128.

Nach Abstrich der Auswüchse in der wissenschaftlichen Psychiatrie ergibt sich ein klarer und brauchbarer Sinn für die Pädagogik.

WENIGER, Erich. *Universität und Volksbildung.* In: Die Sammlung Jhg. 5 Heft 10 (Oktober 1950) S. 608—617.

Das Problem der Volkshochschule läßt sich nicht mit einer Fortsetzung der sogenannten Universitätsausdehnung lösen. Die Universität kann nicht unmittelbar in der Volksbildung wirksam werden, es bedarf einer erst noch auszubildenden Übersetzungskunst für ihre wissenschaftliche Arbeit und ihre Ergebnisse.

Soziales und politisches Leben

ALLO, G. *Le monde rural dans l'économie moderne. (La Semaine Sociale de Nantes).* In: La Vie Intellectuelle (Okt. 1950) S. 323—336.

Die Dominikanerzeitschrift übt scharfe Kritik an der letztjährigen Sozialen Woche Frankreichs über die bäuerliche Welt; sie wirft ihr Voreingenommenheit zugunsten des Familienbetriebs, Mangel an wissenschaftlicher Strenge und theologischer Unterbauung vor und fragt, ob die Sozialen Wochen Frankreichs, die so lange eine Vorhut im Ringen um soziale Erneuerung gewesen seien, nun zu ermatten beginnen und im bäuerlichen Leben eine letzte, um jeden Preis zu verteidigende Position sähen.

BARDET, Gaston. *Die Sackgasse der Technik. Der Arbeiter als Funktion und als Mensch.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 9 (Sept. 1950) S. 673—684.

Das Maschinenwesen, nicht aus dem Werkzeugcharakter herleitbar, zeigt sich als Rückschritt („Gegenschöpfung") in die erstarrte Welt der Ameisen- und Termitenhaufen. Das Christentum, ohne die Möglichkeit einer Anpassung, hat gegen die herrschende Technik zu kämpfen und muß mit dem Ziel der Dezentralisierung der Arbeitsweise den Rückweg zum Menschen freilegen.

BORKENAU, Franz. *Die ausgebliebene Revolution. Von Rosa Luxemburg zur SED.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 11 (Nov. 1950) S. 821—829.

Der Autor versteht es, den Strukturwandel und Niedergang der kommunistischen Bewegung aus einer verfehlten und selbstmörderischen Politik heraus, die sich Hitlers bedienen zu können glaubte, verständlich zu machen.

BOSC, Robert. *Berlin entre l'Est et l'Ouest.* In: Etudes Dez. 1950 S. 343—352.

P. Bosc SJ ist einer der besten französischen Kenner Deutschlands. Er hat die Berliner Situation selber kennengelernt, stellt voller Sorge die Schwäche der „Résistance" der Intellektuellen fest, die im Osten fast ganz erdrückt, im Westen und Osten vor allem von beiden Konfessionen getragen ist. Er nennt Berlin einen europäischen Entscheidungspunkt.

BOURGNON, E. *Relations entre le capital et le travail en Suisse.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 44 (Nov. 1950) S. 679— 689.

Die Gewerkschaften streben sämtlich auf Arbeitsgemeinschaften (nicht Korporationen) hin, die Masse der Arbeiter, nicht durch Krieg aufgestört, durch die Krise in anderen Ländern selber begünstigt, ist gleichgültig; die Unternehmer zum großen Teil kurzsichtig zufrieden mit dem bisher funktionierenden Sozialwesen, ohne Einsicht in den Wandel der Zeit. In der Welschschweiz aufgeschlossener als in der deutschen Schweiz.

BRAUN, Hanns. *Von der Gewalt der Friedfertigen. Zu Gandhis Autobiographie.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 1 (Okt. 1950) S. 16—25.

An Gandhis Beispiel soll deutlich werden, wie sich zwischen der technisierten politischen Übermacht und der Apathie der Ergebung ein Weg auftut, der vielleicht zu einem klassischen Weg Europas werden könnte.

DESQUEYRAT, H. *Bilan spirituel du Capitalisme.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 44 (Nov. 1950) S. 693—708.

Es ist das Wesen der Eigentümlichkeiten einer auf Kapital gegründeten Wirtschaftsform, Handlungsweisen und Gesinnungen zu begünstigen, die rein egoistisch sind und das religiöse Leben ersticken. Klare Analyse der einzelnen Elemente dieses Zusammenhangs.

GLORIEUX, P. *De la bienfaisance à l'entr'aide.* In: Masses Ouvrières Jhg. 6 Nr. 57 (Oktober 1950) S. 19—46.

Die Christenpflicht, für die Notleidenden zu sorgen, hat sich immer in „Werken", in Wohltätigkeit geäußert. Was sie gab, fordern heute die Menschen als Gerechtigkeit. Hilfe nehmen sie nur noch als brüderliche Hilfe, nicht mehr als „väterliche Fürsorge" an. In Wahrheit ist diese brüderliche Hilfe die höhere Form der Caritas, weil sie, indem sie materielle Not lindert, zugleich seelisch zur Entfaltung eigener Kräfte hilft; darum ist dieser Wandel, der Umstellung fordert, von den Christen zu begrüßen.

HUXLEY, Aldous. *Die zweifache Krise.* In: Die Neue Rundschau Jhg. 61 Heft 3 (1950) S. 299—326.

Unter der politischen Ebene (und deren Zerfall bedingend) spielt sich ein Niedergang der biologischen Substanz ab. Es ist interessant zu verfolgen, wie der Verfasser, ausgehend von einer materialistischen Bewertung der Existenzbedingungen des Menschen, schließlich zur Forderung nach einer vergeistigten Behandlung der Dinge gelangt, um so vom Grunde her auch der politisch-geistigen Ebene ihre Ordnung wiederzugeben.

JOSTOCK, Paul. *Zur wirtschaftlichen Situation der Familie im heutigen Deutschland.* In: Caritas Jhg. 51 Heft 9/10 (Sept./Okt. 1950) S. 209—219.

Eine bis auf den Stand von 1949 geführte Darstellung, die die Fehler einer nur statistischen Betrachtung zu vermeiden sucht und aus den Gegebenheiten die Möglichkeit und Notwendigkeit von Wirtschafts- und Sozialreformen ableitet.

MANN, Golo. *Der Fortschrittsglaube Amerikas.* In: Universitas Jhg. 5 Heft 10 (Oktober 1950) S. 1153—1161.

Dieser Aufsatz versteht es, klar zu machen, wie das in gewisser Weise religiös bedingte ungeschichtliche Denken Amerikas durch die Auseinandersetzung mit den politischen Tatsachen gezwungen wird, sich vom Isolationismus zum Weltföderalismus zu wandeln.

MILLARD, André. *Tentation d'anarchisme.* In: Masses Ouvrières Jhg. 6 Nr. 57 (Oktober 1950) S. 1—4.

Für den christlichen Arbeiter ist heute die Gefahr, von kommunistischen Gedanken angesteckt zu werden, lange nicht so groß wie die Gefahr anarchistischer Neigungen, die sich auch gegen die Ordnung der Kirche richten können. Mahnung, nicht immer wieder Neues in neuen Gruppen versuchen zu wollen: die bestehenden Organisationen der christlichen Arbeiter und Arbeiterjugend sind elastisch genug, auch ohne Neuerungen alle positiven Antriebe aufzunehmen.

RYCKMANS, Xavier. *Quand une population vieillit.* In: Construire Jhg. 5 Nr. 8 (Oktober 1950) S. 7—19.

Ein Volk „altert" im demographischen Sinn, wenn der Prozentsatz alter Leute steigt, wie es heute überall der Fall ist — eine Tatsache, deren Probleme viel zu wenig beachtet werden: Belastung des Nationalvermögens mit Unterhaltspflicht, Belastung der Produktion durch die geringere Arbeitskraft und zu große Vorsicht der Alten, Behinderung bei allen neuen Versuchen. Gegenmittel: Steigerung der Geburten, so daß das normale Verhältnis von einem alten Menschen (über 60 Jahren) zu 4—5 Kindern (unter 14 Jahren) erhalten bleibt.

TORRES, Angel. *Reforma de la Empresa y Jurados de Empresa.* In: Fomento Social V/20 (Okt./Dez. 1950) S. 429—43.

Ein Kernstück der spanischen Wirtschaftsreform in sozial-christlichem Sinne stellt der Betriebsrat (Junta de Jurados de la Empresa) dar, der laut Staatsgrundgesetz Mitbestimmungsrechte ausübt, und zwar sowohl auf sozialem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Nur industrielle Betriebe mit über 50 Arbeitern haben vorläufig solche Körperschaften, denn man will vorsichtig und schrittweise vorgehen. Die Vorschläge des sozial-reformerischen Bischofs von Malaga wollten ihren Einflußbereich — wohlweislich, möchte man sagen — auf rein soziale Fragen eingeschränkt wissen — ohne Erfolg bisher.

WARNACH, Walter. *Père Bruckberger oder vom geschichtlichen Verhalten des Christen.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 10 (Oktober 1950) S. 725—735.

Ein Warnruf gegen die fortschreitende Selbstentmächtigung der Christen. In der Person des französischen Dominikaners, des „Priesters des Widerstandes", konkretisiert sich die christliche Verantwortung für die politische Freiheit, die letztlich im Verhältnis der Endlichkeit zur ewigen Wahrheit begründet liegt.

WÜLLNER, J. *Zum Problem der Nachkriegskriminalität.* In: Begegnung Jhg. 5 Heft 11 (1950) S. 292—293.

In der statistischen Zusammenfassung fällt der sprunghafte Anstieg der Gewaltdelikte und der zunehmende Anteil der Jugendlichen auf. Die Gründe hierfür reichen weit in die Vorkriegszeit hinunter und verästeln sich in alle Gebiete; daher ist jetzt ein organisatorischer Zusammenschluß aller in Frage kommender Institutionen und Persönlichkeiten nötig.

X. *La convention collective de la General Motors.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 44 (Nov. 1950) S. 690—692.

Bericht über den Kollektivvertrag zwischen General Motors und der Gewerkschaft der Auto-Arbeiter: Lohnsteigerung, Anpassung des Lohns an etwaige Preissteigerungen (bei Preissenkung Lohnsenkung höchstens bis zu 3 cts pro Stunde), Pension für alte Arbeiter, festgelegt für die nächsten 5 Jahre; auf der anderen Seite keine Streiks in den nächsten 5 Jahren. Recht des Unternehmens zu jeder Verbesserung der Produktion. Recht der Gewerkschaft, jeden neu eingestellten Arbeiter mindestens ein Jahr lang als Mitglied zu haben. Man verspricht sich große Stabilisierung der sozialen Lage durch solche Verträge.

Mensch, Staat und Wirtschaft. Sonderheft der Schweizer Rundschau Jhg. 50 Heft 7/8 (Oktober/November 1950).

Inhalt dieses Sondersheftes: Wilhelm OSWALD gibt in christlicher Schau eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Staatstypen; Roman BOOS weist auf die Gefahren des modernen Staates hin, der die Spannung und Polarität von Hegen und Pflegen nicht mehr zu handhaben weiß; Peter DÜRRENMATT zeigt die „mittlere Linie" als das politische Prinzip, mit dem der Kleinstaat die Möglichkeit und auch die Sendung hat, Freiheit und Gerechtigkeit zu verbinden. Erik v. KUEHNELT-LEDDIHN stellt in einer geistreichen Interpretation den Nationalsozialismus als die heute durchgängige politische Einstellung dar, deren Wesen in der Herrschaft der Mediokrität besteht und die auch im Kommunismus und im common sense am Werke ist. Arthur Fridolin UTZ weist auf die völlige Berechtigung hin, mit der im Bereiche der Wirtschaft die christliche Metaphysik immer als Hemmschuh des Fortschritts gewirkt hat und so die im engeren Sinn kulturelle Entwicklung beschützt. Adolf GRABOWSKY zeigt, wie die soziale Entwicklung über das Kartellwesen hinausging und nun nach neuen Wirtschaftsreformen verlangt. John HENNIG fügt einen Aufsatz über die Berücksichtigung von Staat und Wirtschaft in der Liturgie an. Das Heft enthält noch weitere Beiträge über Elend und Größe des Menschen, über das neue schweizerische Arbeitsrecht, über das Sowjetsystem und die Versuche der christlichen Soziallehre.

Was ist Europa? (Che cos'è l'Europa?) Sondernummer von Humanitas Jhg. 5 Nr. 8/9 (August/Sept. 1950).

Die italienische Zeitschrift hatte im Januar eine Rundfrage an Persönlichkeiten aller westeuropäischen Nationen geschickt: 1) Gab und gibt es ein Europa? 2) Wenn ja, was sind seine Strukturelemente, ohne die man nicht von Europa sprechen könnte? 3) Existieren in Europa selbsterzeugte oder von außen eingedrungene anti-europäische Elemente? 4) Welche Werte müssen verteidigt werden? 5) Wie soll sich Europa gegenüber anderen Kulturen verhalten, mit denen es unausweichlich in Kontakt steht?
Die Antworten aus allen Ländern Westeuropas, auch aus Deutschland, bejahen fast ausnahmslos nicht nur die Vergangenheit Europas, sondern auch seine Gegenwart, glauben an seine Lebensfähigkeit und die Notwendigkeit, seine Werte zu verteidigen und ihnen neue Situationen zur Auswirkung zu schaffen. Europas Existenz ist notwendig sowohl für es selbst als auch als Vermittler zwischen Ost und West.

Chronik des katholischen Lebens

GOLDBRUNNER, Josef. *Vertrauenskrise im Beichtstuhl.* In: Anima Jhg. 5 Heft 3 (1950) S. 197—205.

Aus gewissen Parallelen mit der Psychotherapie ergibt sich, daß die religiösen Anlagen im Beichtkind nur geweckt werden können, wenn der Priester die Religion nicht nur hat, sondern sie auch ist, d. h. wenn ihm eine religiöse Durcharbeitung der ganzen Persönlichkeit gelungen ist.

HENOUMONT, E. *Zwei Jahre „Kirchliche Laienschulung" in Saarbrücken - St. Johann.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 59 Heft 11/12 (Nov./Dez. 1950) S. 303—305.

Bericht über eine Gemeinschaftsarbeit, die außerhalb der Katholischen Aktion geleistet wird, als Seelsorge, als Schulung des Laien in Wissen und Erkenntnis, mit dem Ziel, in allen Gegenwartsfragen einen sicheren Standpunkt zu gewinnen.

KOEP, Leo. *Übertragung der heiligen Messe durch den Rundfunk?* In: Begegnung Jhg. 5 Heft 10 (1950) S. 267—268.

Der Verfasser spricht dafür, daß nur der Wortgottesdienst zur Übertragung gelangt, während der Opfergottesdienst der persönlichen Teilnahme vorbehalten bleibt.

KOHLER, Adolf. *„Ist Frankreich Missionsland?"* In: Begegnung Jhg. 5 Heft 10 (1950) S. 244—246.

Einem allgemeinen soziologischen und religiösen Niedergang stellen sich zwei Bewegungen entgegen: Katholische Aktion und Missionierung. Verfasser berichtet von der Ausbildungsstätte für Missionare in Lisieux.

LAUFER, Carl. *Die Mission als geistiger Wiederaufbau der Menschheit.* In: Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft Jhg. 34 Heft 3 (1950) S. 161—177.

Für die Mission fordert der Verfasser vom katholischen Volk eine stärkere Bewußtheit und ein Umdenken. Im Heidentum stecken so viele positive religiöse Werte, daß der Missionar eigentlich nur eine „Rückerinnerung" (im antiken Sinn) an den christlichen Gott zu wecken braucht, um die Heiden für die wahre Religion zu retten und die Menschheit im ganzen wieder in ihre ursprüngliche Würde einzusetzen.

LEDESMA, A. *El Apostolado Liturgico del Uruguay.* In: Latinoamérica Nr. 22/II (Okt. 1950) S. 451—453.

Unter Leitung eines deutschen Priesters der Erzdiözese Paderborn, des P. August Born SAC, entstand 1938 in Montevideo eine für ganz Lateinamerika vorbildliche liturgische Zentralstelle, die durch Konferenzen und Ausstellungen, Kurse, Vorträge und Einzelberatungen weithin wirkt. Für schöne Kirchenbauten, einwandfreie Fertigung von Meßgeräten und Paramenten sorgt das ALDU ebenso wie für Sonntagsgebetbücher, eine neue Übersetzung der Paulusbriefe, die bisher 12-bändige Sammlung „Eclesia orante" und den liturgischen Teil der „Revista Bíblica" in Buenos Aires.

LÖFFLER, Franz Joh. *Die Aufgaben eines Kathedralchores.* In: Begegnung Jhg. 5 Heft 9 (1950) S. 230—231.

Schilderung der fast ideal zu nennenden Lösung der Frage in Regensburg, wo eine umfassende Erziehung der Chorknaben ihre innige Verbindung mit der liturgischen Musik verbürgt und eine stete Entwicklung des Chorgesanges selbst erlaubt.

MALLEY, Fr. *Autour du Congrès M.P.F. de Nancy.* In: Efficacité Jhg. 5 Nr. 8 (Oktober 1950) S. 172—176.

In Frankreich ist eine klare Scheidung durchgeführt worden zwischen Katholischer Aktion und christlicher Sozialaktion. Die Kardinäle und Erzbischöfe haben erklärt, das Mouvement Populaire des Familles (M.P.F.) sei nicht Katholische Akion; als solche ist statt dessen die ACO (Action Catholique des Ouvriers) neu geschaffen worden, während das M.P.F. als soziale Organisation nun von jeder Bevormundung durch die Hierarchie befreit ist. Das M.P.F. arbeitet im zeitlichen Bereich, die ACO im spirituellen.

ROMMERSKIRCH, Erich. *Erlöschen die Ordensberufe?* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 59 Heft 11/12 (Nov./Dez. 1950) S. 349—359.

Als Grund für den Nachwuchsmangel wird die immer größer werdende Differenz zwischen dem Lebensstil der Orden und dem der Welt angegeben. Nach den Forderungen des Verfassers soll zwar von dem Vollkommenheitsstreben nicht abgegangen werden, doch soll es in die Mitte der Welt gestellt und mit deren Rhythmus in Einklang gebracht werden.

RONDOT, Pierre. *Les Problèmes religieux au Viet-Nam. Le Catholicisme.* In: Etudes Dezember 1950 S. 326—342.

Die Kirche hat in Viet-Nam als einzigem Land Ostasiens seit dem 16. Jahrhundert Fuß gefaßt und eine bedeutende Christenheit geschaffen, die ein Zehntel der Bevölkerung ausmacht. Ihre Lage in der Gegenwart ist sehr bezeichnend für die Lage der Kirche in den Missionsländern überhaupt, im Kampf mit den neuen Götzen der Technik, des Nationalismus, des Sozialstaates (Kommunismus). Die vietnamitischen Katholiken stehen in einer schweren Krise, Spaltung und Bewährungsprobe zwischen Nationalismus und Glaube.

SAURAS, Mario J., SJ. *Datos Históricos de Enseñanza.* In: Studia, Revista Mensual de Cultura Religiosa, Mallorca XXII Nr. 255 (Sept. 1950) S. 129—133.

Selbst im katholischen Spanien haben sich katholische Privatschulen staatlicher Übergriffe zu erwehren, wenn man sie z. B. als wirtschaftliche Unternehmen besteuern will, ihre Lehrer- und Schülerzahl reglementiert, ihre Kandidaten beim staatlichen Abitur zu drücken und zu benachteiligen sucht, nur weil der Staat den Überschuß an akademischen Lehrkräften nicht unterbringen kann und Gegner der Schulorden nachteiligen Einfluß auszuüben wissen.

WOODRUFF, Douglas. *Ideologia o Fede?* In: Vita e Pensiero Jhg. 33 (Okt. 1950) S. 519—522.

Übersetzung eines Artikels der englischen Wochenzeitschrift The Tablet (9. 9. 50), der sich mit der Stellungnahme englischer Zeitungen zum Dogma von Mariä Himmelfahrt beschäftigt. Die anderen Konfessionen bedauern alle den „neuaufgerissenen Graben"; vom weltlichen Standpunkt aus dagegen wundert man sich, daß die entscheidendste Verlautbarung des Papstes im Heiligen Jahr so wenig zu den Zeitereignissen spricht, so rein religiös ist. Das aber ist immer die Art Pius' XII. gewesen, gerade weil die Gefahr besteht, daß viele Menschen heute nur auf Rom schauen, weil es irdisches Bollwerk gegen den Kommunismus scheint.

**** Das Netz des Fischers. Erwägungen zum Stand der Katholischen Aktion in Österreich.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 9 (Sept. 1950) S. 647—665.

Die Forderung einer konkreten, aber gewaltlosen Macht für die Kirche unterscheidet den Verfasser von den „Spiritualisten" sowohl wie von den „Politikern" im katholischen Lager. Zwei Körperschaften sollen die KA zu einer natürlichen Führungsrolle bringen, eine, die die Situation prüft und Entscheidungen faßt, und eine, die hierfür Material sammelt und aufschließt. Der Aufsatz charakterisiert die noch ausstehenden Aufgaben.

MOUNIER, Emmanuel. *Gedenknummer des Esprit.* Jhg. 18 Nr. 12 (Dez. 1950) S. 721—1064.

Dieses Sonderheft zum ehrenden Gedenken des im März 1950 mitten aus vielseitigem Schaffen herausgerissenen Gründers der Zeitschrift und führenden Katholiken Frankreichs beginnt mit Tagebuchseiten Mouniers aus der Gefangenschaft als Widerstandskämpfer 1942 (worunter tagtäglicher Bericht über einen 14tägigen Hungerstreik). Es folgen Aufsätze von Freun-

den: Pierre-Aimé Toucard: Dernier Dialogue; Paul Fraisse: Sa puissance d'accueil; François Goguel: Positions Politiques; Jean-Marie Domenach: Les Principes du Choix politique; Jean Lacroix: Mounier Educateur; Francis Jeanson: Une Pensée combattente; Paul Ricoeur: Une Philosophie personnaliste; Henri Marrou: Un Homme dans l'Eglise; Père André Depierre: Ce Témoin persévérant de Dieu. Als dritter Teil folgt eine Reihe von Zeugnissen, Tagebuchblättern und Briefen Mouniers, Briefen an ihn, die ein Lebensbild ergeben. Im Anhang ist eine Bibliographie gegeben.

Estatistica acerca do Clero Indigena. In: Revista Eclesiastica Brasileira X/3 (Sept. 1950) S. 759/760.

Über die auffällige Zunahme des einheimischen Klerus in der Weltkirche einige beachtliche Zahlen: in Missionsländern um 1800 550, um 1900 ca 1000, 1950 ca 7000 eigene Geistliche. Bischöfe und Prälaten um 1800 und 1900 noch keine, heute 73, davon 30 in China, das mit 1000 die meisten eigenen Seminaristen und 2000 eigene Priester aufweist (vor Maos Herrschaft ebensoviele fremde). Korea hatte mit 128 eigenen Priestern die Zahl der ausländischen übertroffen. Afrika nur 400, Indochina 1470 (das Dreifache der Ausländer), Indien-Ceylon 3000, das Doppelte der ausländischen Priester. Auf 1 eigenen Landespriester treffen noch unbekehrte Heiden: in Afrika 400 000, in Japan 350 000, in China 240 000, in Korea 210 000, in Indien 120 000.

Declaraciones de la Jerarquía de Honduras en torno a una Campaña. In: Latinoamérica Nr. 22/II (Okt. 1950) S. 474 bis 475.

Eine ausländerfeindliche Kampagne wurde gegen ein Dutzend spanischer Paulistenpatres entfacht, ohne deren Hilfe 25 Pfarreien und über ½ Million Seelen in Honduras seelsorgerisch verwaist wären. Die Kirche kennt keine Grenzen und keine Fremden unter ihren Gläubigen, weshalb der Landesepiskopat mahnt, den fehlgeleiteten Eifer in der Förderung der beiden bischöflichen Seminarien (mit 50 Studenten) nutzbringender zu bewähren.

A Crise da Responsabilidade. In: Brotéria Vol. LI Fasc. 5 (Nov. 1950) S. 377—396.

Der Leitartikel dieser wichtigen portugiesischen Monatsschrift will prüfender Auftakt sein zum „Nationalkongreß der Katholischen Männer", der Anfang Dezember in der Landeshauptstadt tagte. Als achristliche Weltanschauungen werden Materialismus, Idealismus und Evolutionismus erwogen, bekämpft und mit dem christlichen Menschenbild konfrontiert.

El Poder Civil de España sobre la Iglesia. In: Criterio, Buenos Aires XXIII/1123 (14. 9. 1950) S. 629.

Im Juni war in San Sebastian eine feierliche öffentliche Schlußkundgebung der Mädchengruppen der Katholischen Aktion vom Zivilgouverneur der Provinz Guipúzcoa verboten worden. Die Tatsache, daß baskische Volkstänze und Ansprachen auf dem Programm gestanden hatten, genügte, um den Weihbischof von Saragossa und Jugendführer der Förderung des baskisch-nationalistischen Separatismus zu verdächtigen, wogegen „Ecclesia", das Zentralorgan der Spanischen Katholischen Aktion, heftig protestierte.

Continuar la Escuela Laica, Ayudar a la Católica — en Chile. In: Seminario Católico, La Habana Nr. 1228/1229 (Okt. 1950) S. 19.

Im Kampf um den Religionsunterricht an den höheren staatlichen Schulen Chiles errangen die oppositionellen katholischen Parteien einen großen politischen Erfolg: ohne jegliche Einflußnahme des Episkopates stimmte der freimaurerische Staatspräsident samt beiden Kammern einer Verdoppelung der Staatszuschüsse für die 750 katholischen Privatschulen zu. Neue Gefahren sind: freidenkerisch-sektiererische Gegenarbeit, Mangel an Religionslehrern, finanzielle Überlastung des Staates; endlich: legislative Totgeburt des parlamentarischen Erfolges in den Ausschüssen.

Problemas de la Educación Católica en América Latina. In: Latinoamérica Nr. 22/II (Okt. 1950) S. 456—457.

Die katholischen Privatschulen Lateinamerikas werden vom Totalitätsanspruch des laizistischen Staates allgemein bedrängt. Die Staatsschulen kommen aber teurer zu stehen, so erzieht z. B. in einem bestimmten Lande die Kirche 79% der Jugend mit nur 2,1% des staatlichen Kultusetats als Zuschuß. In 12 der 20 lateinamerikanischen Länder, die zu 90% katholisch sind, besteht eine laizistische Staatsschule, obgleich erwiesenermaßen die meisten Eltern Religionsunterricht wünschen. Historische Gründe (Liberalismus und Freimaurer) erklären manches.

Eine neue, bedeutungsvolle Kundgebung der Päpstlichen Bibelkommission. In: Benediktinische Monatschrift Jhg. 26 Heft 11/12 (1950) S. 473—476.

Die an die Diözesan-Seminarien gerichtete Kundgebung enthält Hinweise für die Unterrichtsmethode und einen Aufruf zur Intensivierung des Bibelstudiums, das mehr auf eine praktische Heilswissenschaft ausgerichtet werden soll.

Rundschreiben des Erzabtes Ildefons Rea von Monte Cassino an alle Benediktiner über die neueste Auffindung der Reliquien der hll. Benedikt und Scholastika in Monte Cassino am 1. August 1950. In: Benediktinische Monatschrift Jhg. 26 Heft 11/12 (1950) S. 485—486.

Eine alte Überlieferung findet ihre Bestätigung, daß echte Reliquien der Heiligen von Fleury an Monte Cassino zurückgegeben worden sind.

BULTMANN, Rudolf. *Ursprung und Sinn der Typologie als hermeneutische Methode.* In: Theologische Literaturzeitung Nr. 4/5 (1950) S. 205—212 (Sonderheft Theologentag Marburg).

Hier ist der Marburger Vortrag Bultmanns im vollen Wortlaut und mit exegetischen Beispielen erschienen, über den „Herder-Korrespondenz" Jg. 4, H. 11, S. 522 berichtet hatte.

DEHN, Günther. *Der Christ und der Krieg.* In: Junge Kirche Heft 16/17 (15. Oktober 1950) Sp. 569—582.

Die vom jetzigen Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers mitherausgegebene Zeitschrift der „Bekennenden Kirche" hat durch diesen ebenso tiefen wie nüchternen Aufsatz des Bonner Pastoraltheologen einen wesentlichen Beitrag zu der Frage gegeben, wie sich der Christ im Kriegsfall verhält und wie er insbesondere der Frage der Remilitarisierung Deutschlands begegnen soll.

EMRICH, Wilhelm. *Dogma und Geschichte. Ein Beitrag zur Verständigung zwischen den Konfessionen.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 5 Heft 11 (Nov. 1950) S. 1150—1158.

Das gemeinsame christologische Dogma zeigt die Möglichkeiten der Verständigung, wenn Luthers Auslegung als ins Corpus christianum gehörig betrachtet wird und geschichtliche Differenzen nicht verabsolutiert werden. Die Revision bestimmter Formulierungen des Tridentinums, Anerkennung einer besonderen Frömmigkeit und eine protestantische Synthese von liberaler und modern-orthodoxer Theologie sollen das Zusammengehen der Konfessionen bewirken.

GOLLWITZER, Helmut. *Der Christ zwischen Ost und West.* In: „Evangelische Theologie" Heft 4 (1950) S. 154—168.

Verf. schildert die christliche Freiheit, die zwar nicht über den weltpolitischen Gegensätzen stehe, aber sie entschärfe und ihre nüchterne, unbefangene Beurteilung ermögliche. Der Christ im Osten sei ein Mensch, der die Sünden der Kirche büßt und der, da ihm die Freiheit als Unverbindlichkeit genommen wurde, sie ganz in Christus findet.

KARRER, Otto. *Von ökumenischer Haltung und Hoffnung.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 1 (Oktober 1950) S. 1—15.

Wie stellt sich das Verhältnis des Katholiken zur Ökumenischen Bewegung heilsgeschichtlich dar? Entgegen dem selbstgerechten Pharisäismus, der sich in dem Wort von der „Rückkehr" der Protestanten ausspricht, wird hier ein wechselseitiges Geben und Nehmen in der geistigen Annäherung befürwortet und die konkrete Möglichkeit hierzu in den Themen nachgewiesen: kirchliche Autorität; Schrift und Tradition; Verbindung von Sakramentalem und Rechtfertigung aus dem Glauben.

LIALINE, D. C. *Le Dialogue Théologique à Amsterdam.* In: Irénikon (1950) 3e Trimestre S. 278—301.

Der Aufsatz setzt die im 2. Heft der Zeitschrift begonnene sehr kritische Studie über die „phänomenologische Methode" zur Lösung der ekklesiologischen Schwierigkeiten des „Weltrates der Kirchen" fort und geht besonders auf die Schwäche der „katholischen" Gruppe in Amsterdam ein. Auch werden die Folgerungen für eine ökumenische Arbeit römisch-katholischer Theologen gezogen, die mit der phänomenologischen Methode die Mängel in der Heiligkeit der Kirche entdecken würden.

MAURER, Wilhelm. *Die Einheit der Theologie Luthers.* In: Theologische Literaturzeitung N. 4/5 (Sonderheft Theologentag Marburg) (1950) Sp. 245—232.

In Auseinandersetzung mit Joseph Lortz skizziert Verf. die „dialektische Einheit" der Theologie Luthers. Wo auch immer man den Einheitspunkt ansetze, in der persönlichen Heilserfahrung oder in der Christologie, in beiden Fällen sei diese Theologie unfähig zur Reformation der Kirche gewesen.

NIEMÖLLER, Wilhelm. *Ein Gebet für den Frieden.* In: Evangelische Theologie Heft 4 (Oktober 1950) S. 175—189.

Ein Beitrag zur Geschichte der Bekennenden Kirche im Dritten Reich. Die Schilderung der Vorgänge im Anschluß an die Gebetsanweisung vom 27. Sept. 1938 soll — ohne Rücksicht auf die beteiligten Personen — den Mythos vom Kirchenkampf entzerren.

SIMMEL, Oskar. *Die Verkündigung des Mariendogmas. Ein Wort der Kirche zum ökumenischen Gespräch.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 3 (Dez. 1950) S. 172—179.

Gegen den Protest der Heidelberger Theologischen Fakultät und ihre Behauptung, die Kirche würde die Gläubigen von Christus wegführen, wird hier der Sinngehalt von Mittlerschaft dargestellt und eine evang. Entsprechung bei H. Asmussen (Maria) und W. Stählin (Freu dich, Begnadete; beide 1950) herangezogen.

STEINBERG, Heinz. *Protestantismus und Politik.* In: Die Sammlung Jhg. 5 Heft 10 (Oktober 1950) S. 628—632.

Aufruf zu einer rechtverstandenen, zum Teil an der KA orientierten Politisierung des Christentums.

HERDER-KORRESPONDENZ

Sechstes Heft - 5. Jahrgang - März 1951

Ein herrliches Buch verfaßt gegenwärtig der Heilige Geist! Kein Tag vergeht, ohne daß nicht Buchstaben gesetzt werden, Druckerschwärze gebraucht wird und Blätter ausgefüllt werden. Doch wir befinden uns in der Nacht des Glaubens. Das Papier übertrifft an Dunkelheit die Druckerschwärze. Die Lettern sehen verworren aus. Eine Sprache aus einer andern Welt wird da gesprochen; man versteht nichts davon. Erst im Himmel werdet ihr dieses Evangelium lesen können.

Jean-Pierre de Caussade

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Aus den Fastenhirtenbriefen der deutschen Bischöfe

Drei Anliegen

Die Themen der Fastenhirtenbriefe unseres Episkopats sind auch dieses Jahr — fast noch stärker sogar als im vorigen — vorgegeben durch die großen Anliegen, die der Heilige Vater in seiner Ansprache am Tage nach der feierlichen Verkündigung des neuen Mariendogmas ausdrücklich den Bischöfen für ihre Arbeit in dem nunmehr auf die ganze Erde ausgedehnten Heiligen Jahr und der Mutter Gottes für ihre Fürbitte empfohlen hatte: das Gebet und das Wirken für den Frieden; die Erhaltung des Geistes der Zucht und der Buße in der Kirche; die Erneuerung der Familie.

Sicher ist das erste dieser Themen, die Frage von Krieg oder Frieden, dasjenige, das die Gemüter am meisten belastet, es klingt in fast allen Hirtenbriefen an, der Kardinal von *Köln* hat es zum Zentralthema seines Fastenhirtenbriefes gemacht. Das Thema der Buße und der Zucht ist dem Charakter der Fastenzeit besonders gemäß, es gibt den Grundton aller Fastenhirtenbriefe. Daß aber fünf Hirtenbriefe *(Aachen, Eichstätt, Osnabrück, Speyer* und *Würzburg)* die Familie zum Zentralthema machen und drei weitere ihr die gewichtigsten Abschnitte widmen *(Freiburg, Münster, Paderborn),* darin drückt sich die von dem Bischof von *Eichstätt* formulierte Überzeugung aus, „daß der Aufstieg aus dem Niedergang, den wir erleben in Volk und Kirche, nur von der Familie her erfolgen kann", daß sie die „große Hoffnung", die „ernsteste Sorge" und die „große verpflichtende Aufgabe" ist.

Vier der Fastenhirtenbriefe bleiben außerhalb des Rahmens dieser drei Themen: der Bischof von *Hildesheim* spricht noch einmal von dem Dogma der Himmelfahrt; der Bischof von *Mainz* setzt seinen vorjährigen Fastenhirtenbrief mit einem neuen tiefgehenden Lehrschreiben über die Liturgie fort, das jeder, der um die pastorale Auswertung der Enzyklika „Mediator Dei" bemüht ist, sorgfältig studieren sollte; der Bischof von *Passau* zieht die Lehre aus dem Passau/Altöttinger Katholikentag und setzt sich vor allem liebevoll und besonnen mit der dort ausgesprochenen Warnung vor dem „Traditionschristentum" auseinander; der *Münchener* Hirtenbrief endlich spricht sehr originell über die „Kirchensteuer im Geiste des Evangeliums". Die Diözese *Berlin,* die noch den Hingang ihres Oberhirten betrauert, mußte dieses Jahr auf einen Fastenhirtenbrief verzichten.

„Das Wort, das ihr erwartet"

Was erwarten die Menschen von heute, die frommen und die schwankenden, die aber noch bereit sind, sich ansprechen zu lassen, von ihren Oberhirten, wenn diese zu ihnen sprechen? Ein Wort, das „hilft, tröstet, aufrichtet, ermutigt", das ihnen einen festen Halt in ihrer Unsicherheit gibt, eine Weisung für ihr Verhalten, das „ihrer besonderen leiblichen oder seelischen Not gerecht wird" und ihnen das gibt, „was ihnen in diesem Augenblick wirksam helfen könnte", ein Wort, das ihnen ihre Situation in ihrer Schwierigkeit und Verflochtenheit erhellt und ihnen zur Erkenntnis verhilft, das ihnen Hoffnung gibt für die so unsichere Zukunft.

Jeder, der jemals in der Lage war, zu Menschen sprechen zu müssen, die ein Wort der Führung, der Stärkung und des Trostes von ihm erwarteten, kennt jenes Gefühl der Ohnmacht und der Furcht vor dem Versagen angesichts der Vielfalt, der Kompliziertheit der Nöte und Probleme, der Unsicherheit der Lösungen und der Gefahr des allzu einfachen und deshalb unwirksamen Trostes. „Warum soll ich es euch nicht gestehen", so sagt aus dem lebhaften Gefühl dieser Verantwortung der Bischof von *Münster,* „jetzt wo ich daran gehen will, meinen Fastenhirtenbrief zu schreiben, befinde ich mich in großer Verlegenheit." „Die Aufgabe des Oberhirten ist es", so sagt der Bischof von *Augsburg,* „aufmerksam in die Zeit hineinzuhorchen und euch dann zu sagen, was er als die große Erwartung und Hoffnung Gottes erkennt; was als eine brennende Aufgabe der Zeit erscheint und was sich als eure Aufgabe daraus ergibt." Das beantwortet die Frage nach dem „Was" der Hirtenbriefe:

die Erkenntnis der Zeit, die Erkenntnis des Willens Gottes mit dieser Zeit und die Erkenntnis der sich daraus ergebenden Aufgabe. Die Frage des „Wie", des wirklich in die Herzen der Menschen treffenden Wortes, kann nicht auf eine Formel gebracht werden, aber da das Wort des Hirten ja das Wort der Offenbarung Gottes, des „Vaters der Erbarmungen und des Gottes allen Trostes" für die Zeit deutet, so muß das Vertrauen auf seine helfende Kraft, wie der Bischof von *Münster* sagt, „ersetzen und ergänzen, was ich nicht vermag". Es ist damit in weitem Umfange der formalen Kritik entzogen.

Die Fundamente des Glaubens

Vielen ist der Verlauf des Heiligen Jahres, seiner großen Ereignisse und Kundgebungen, eine gewisse Überraschung, vielleicht sogar Enttäuschung gewesen. Sie hatten vielleicht erwartet, daß die Kirche, deren Größe, völkerverbindende Kraft und Einheit sich im Zusammenströmen der Pilger des ganzen Erdkreises so kraftvoll kundtat, nun in die Wirren der Völker ein kraftvolles Wort der Entscheidung werfen würde. Der Papst aber forderte zu Taten der Buße und des Gebetes für den Frieden auf. Sie hatten eine Verurteilung der gewalttätigen Politik der Gottlosen und eine Verteidigung der Freiheit erwartet. Es kam aber eine Verurteilung der philosophischen und theologischen Irrtümer der Zeit und die Einschärfung der sicheren Grundlagen der Glaubenswissenschaft und -lehre. Sie hatten eine neue soziale Enzyklika erwartet; es kam die Verkündigung eines neuen Mariendogmas. So wie die Kirche im Heiligen Jahr die Menschen aufforderte, sich nach innen zu kehren und die Lebenskraft ihres Glaubens und ihrer Frömmigkeit zu erneuern, so sicherte sie selber die Fundamente des Glaubens und der Lehre und fügte ihrem Lehrgebäude etwas hinzu. Sie tat damit kund, daß sie die Begründung ihrer Wirkmacht für das Reich Gottes zuerst in der Sicherung und Festigung ihres Glaubens und in der Festigung und Erneuerung des Glaubenslebens ihrer Kinder sieht.

Die Fastenhirtenbriefe der Bischöfe spiegeln in etwa diesen Charakter des Heiligen Jahres. Sicher wird in ihnen manches Konkrete zu konkreten Fragen und konkreten Forderungen gesagt, und manche Erkenntnis über die Zeit wird ausgesprochen. Aber das geschieht meist nur wie am Rande — es geht wesentlich in ihnen um die Sicherung und Vertiefung der Glaubens- und Sittenlehre, ihre innerliche Aneignung und Bewährung im Leben, es geht um die innerliche Glaubenshaltung. Damit ist zugleich ausgesprochen, was der Zeit fehlt und was den Menschen der Zeit fehlt zu ihrem Heile. Es geht, so sagt der Bischof von *Augsburg*, um das „Bleiben", das „Verharren" in der Lehre Christi. „Dann werdet ihr die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen (Joh. 8, 31)."

„Wir brauchen uns nicht zu fürchten"

In dieser „Unaktualität" der Hirtenbriefe liegt also eine immanente Kritik an der Zeit. Niemand wird den Bischöfen Gleichgültigkeit gegen die Zeit vorwerfen können. Sie sehen die Drohungen der Zeit als die Bedrohung der Wahrheit des Menschen und seines Verhältnisses zur Wahrheit Gottes und der Kirche, sie sehen die Abwehr dieser Drohung in der Sicherung des Glaubens und Glaubenslebens, in der innigeren Gemeinschaft mit der Kirche. Dies gibt ihnen gegen die äußere Bedrohung unseres Lebens eine gewisse Gelassenheit. „Wir brauchen uns nicht zu fürchten, wenn . . . wir ein starkes christliches Geschlecht bleiben", heißt es beim Bischof von *Augsburg*. Und diese Gelassenheit findet einen — man möchte fast sagen — verwegenen Ausdruck beim Erzbischof von *Bamberg*, wenn er sagt: „Das Christentum wird nicht aus seinen Angeln gehoben und seiner Größe beraubt, wenn Mongolen bis zum Atlantischen Ozean und darüber hinaus vordringen. . . ." Und weiter: „Auch wenn . . . Rom unterginge und der Mittelpunkt der Kirche sich verlagern würde, wäre es doch ausgeschlossen, daß die Kirche keinen Mittelpunkt hätte, daß sie ohne den Statthalter Christi auf Erden, ohne Bischof und Priester wäre und das christliche Volk ein Schattendasein führen müßte."

Frieden

So ist es auch zu verstehen, wenn der Bischof von *Regensburg*, wo er der Mahnung des Heiligen Vaters zum Gebet um den Frieden, den Frieden der Seelen, der Familien, den sozialen Frieden und den Völkerfrieden gedenkt, mit einer kurzen Wendung sagt: „Wir wollen vor allem innig beten um den Frieden der Seelen . . ." und bei ihm als der Begründung allen Friedens stehen bleibt. In dem Hirtenschreiben des Kardinals von *Köln* freilich wird jene Zuordnung von innerem Frieden, dem Frieden mit Gott, mit dem äußeren Frieden, dem zwischen den Menschen und den Völkern, ausgiebig erörtert, und er geht auch den Fragen, die den sozialen Frieden belasten, der Frage des Lastenausgleichs und der Neuordnung des Verhältnisses der Sozialpartner, nicht aus dem Wege, ebensowenig wie er der schwierigen Frage der Verteidigung des Friedens aus dem Wege geht, wenn er auch nur die klassische Lösung der katholischen Moraltheologie wiederholen kann, deren politische Anwendung der Vernunft und dem Gewissen des politischen Menschen überlassen bleibt: „Wer den Frieden will, muß auch zur Verteidigung des Friedens bereit sein. Friede unter kommunistischer Zwangsherrschaft ist kein Friede. Oft und deutlich genug haben die Päpste erklärt, daß der Kommunismus weder mit christlichem Denken noch mit der primitivsten Menschenwürde vereinbar ist. Es wäre gewiß das Idealste, wenn die gesamte Welt abrüsten und die Schwerter zu Sicheln umschmieden würde. Solange diese Lösung nicht erhofft werden kann, müssen die friedliebenden Völker zu erkennen geben, daß sie zu allen Opfern bereit sind, die zur Verteidigung ihrer Freiheit und Menschenwürde erforderlich sind."

Familie, Wohnung, Siedlung

Auch die Hirtenbriefe über die Familie konzentrieren sich darauf, wie Ehe und Familie sich von innen, vom gelebten Glauben her aufbauen, wie die allerdings manchmal kräftig beim Namen genannten Kräfte der Zerstörung und Zersetzung überwunden, wie Haus und Erziehung aus frohem Christentum auferbaut werden sollen. Ein besonderer Nachdruck wird überall auf die Stärkung des Willens zum Kinde, auf die Verurteilung des Gebrauchs unnatürlicher Mittel und vor allem des Verbrechens gegen das keimende Leben gelegt. Aber gerade in diesen Hirtenbriefen steht auch sehr viel Konkretes an Einzelforderungen für den gesunden Lebensraum der Familie. Die Forderung des Familienlohns wird eingeprägt, vor allem aber das schwierigste Problem,

das der Wohnungsnot, überall beim Namen genannt. Die Bischöfe von *Speyer* und *Würzburg* wenden sich, wie es ja schon die Katholikentage von Bochum und Passau getan haben, ausdrücklich gegen die Tendenz, den Bau von „Kleinstwohnungen" in den Vordergrund des Wohnungsbaus zu stellen, die immer wieder auftaucht; sie vertreten nachdrücklich die Forderung nach der „familiengerechten Wohnung", wie sie diese Katholikentage aufgestellt haben, und stellen klar, daß die beste Antwort darauf die Siedlung ist. Die kirchlichen Siedlungswerke werden den Gläubigen wieder dringend ans Herz gelegt. Der Bischof von *Speyer* berichtet von einer 10%igen „Glockensteuer", die von allen Gemeinden, die neue Glocken kaufen, für die Siedlung abzuführen ist. Er fordert weiter eine familiengerechte Steuer- und Sozialgesetzgebung. Der Bischof von *Würzburg* fügt noch eine Mahnung an alle Ärzte, Hebammen, Juristen und Rechtsanwälte bei, in ihren Wirkbereichen alles zu vermeiden, was der Familie schadet, und alles zu tun, was sie fördert. Er fordert weiter, daß sich die Caritasarbeit der Gemeinden besonders auf die Not der Familie konzentrieren solle.

Besonders beherzigenswert ist seine Mahnung an die christlichen Familien, sich ihre Ausstrahlungskraft zu wahren und ins Weite zu wachsen. „Drum hütet euch vor dem Familienegoismus, der sich selbstsüchtig abkapselt. Gewiß darf euer Heim kein Durchgangslager sein, aber seine Türe muß offen stehen für Freund und Nachbar, für Bedürftige und Vereinsamte. Gerade die entsetzliche Familiennot, von der wir in diesem Hirtenbrief so oft hören, ruft nach Familien mit der Strahlkraft verstehender, helfender Liebe. So seid Familien inmitten der großen Pfarrfamilie."

Bemerkenswert ist auch sein Hinweis auf die Gefahr, daß die Pfarrei mit ihren vielfältigen Organisationen die Familie auseinanderreißt, anstatt ihr zu dienen. Er erhebt in diesem Zusammenhang die Forderung, daß „auch der meistbeschäftigte Jungführer und die unentbehrlichste Jungführerin mindestens drei Abende in der Woche im Kreise der Familie verbringen" soll. Daß hier eine Schwierigkeit steckt, ist ja längst bekannt; manche Führer katholischer Vereine und der Katholischen Aktion bezahlen ihre Arbeit damit, daß sie fast keinen Sonntag mehr in ihrer Familie sein können.

„Gliederung — nicht Splitterung"

Daß die notwendige Aufgliederung des katholischen Volkes in nach Ständen, Berufen, Lebensaltern und vielerlei anderen Gesichtspunkten gegliederte Organisationen neben der Fruchtbarkeit solcher Gliederung auch Gefahren in sich birgt und daß eine Koordinierung der Arbeit vielerorts schon wieder dringend wird, ist den Bischöfen nicht entgangen. Der Bischof von *Limburg* hat dafür die treffliche Formel „Gliederung — nicht Splitterung" gefunden; der Bischof von *Münster* ordnet für den Bereich der Pfarrei ausdrücklich an, daß die für die verschiedenen Aufgabenbereiche und Gruppen Verantwortlichen sich in regelmäßigen Abständen zu Beratungen mit dem Pfarrer zusammenfinden.

„Traditionschristentum"

Ganz besonderes Interesse wird in diesem Jahr bei allen, die am Passau/Altöttinger Katholikentag oder an den an ihn anschließenden Erörterungen teilgenommen haben, der Hirtenbrief des Bischofs von *Passau* finden, der sich, wie schon gesagt, sehr glücklich und besonnen mit der Warnung vor dem „Traditionschristentum" auseinandersetzt. Wenngleich sicherlich niemand ernsthaft daran denkt, diese Kennzeichnung in erster Linie auf die sich auf diesem Katholikentag in fast überwältigender Weise äußernde Volksfrömmigkeit des bayrischen Landvolkes zu beziehen, so findet der Bischof es doch nötig, diese Warnung „nicht einfach gekränkt abzulehnen . . . sondern ehrlich zu prüfen". Er stellt zunächst fest, daß nicht alle Gewohnheit von Übel ist, sondern daß sie vielmehr auch ein hervorragendes Mittel im Dienste der Erziehung darstellt, ohne die die Einübung der Christenpflichten unmöglich ist. Aber diese Gewohnheit muß durch bewußte Bejahung ihres Inhaltes zur lebendigen Haltung werden, sie darf nicht zu reinem Herkommen und Brauch absinken. Er gibt zu, daß das „Gewohnheitschristentum, das vor einem halben Jahrhundert noch von einer wirklichen religiösen Substanz lebte, heute auf weite Strecken völlig ausgehöhlt ist, so daß es nur mehr eine tote Kruste, eine vertrocknete Schale ohne lebendigen Kern darstellt. Es versagt in der Regel sofort, wenn so ein Christ durch die Verhältnisse aus der gewohnten Umgebung herausgerissen und in eine ganz andere, religiös gleichgültige oder gar ungläubige Welt versetzt wird. Das ist seit Jahrzehnten die große Klage der Diaspora-Seelsorger, daß die zugewanderten katholischen Bayern zu einem großen Prozentsatz ihrem Glauben verloren gehen. Das war auch die allgemeine Feststellung der Kriegspfarrer, daß eigentlich nur die aktiven Mitglieder der katholischen Jugendgruppen und der Vereine — leider auch sie nicht alle — sich auch in gleichgültiger oder gehässiger Umgebung mutig zu ihrem Glauben bekannten." So ist die innere Aneignung des kostbaren Erbes des Glaubens zur großen Aufgabe gerade unserer Zeit geworden. Ein in der Überlieferung wurzelndes Christentum, das von dem Geiste der lebendigen Glaubensaneignung durchdrungen ist, wird dann freilich wahrscheinlich besonders kostbare Früchte tragen.

Der Bischof führt dann weiter aus, daß das Herkommen auch nicht „das Grab der Freiheit" werden dürfe; daß das Herkommen kein Wert an sich sei, an dem zu rütteln als eine Unfrömmigkeit gilt, auch wenn es längst durch die Verhältnisse überholt sei. „Wir Alten dürfen es darum der Jugend nicht verargen, wenn sie das Wort Gottes zeitnah verkündet wissen will, wenn sie Gestaltung des Gottesdienstes, der Sakramentspendung, der Feierstunden und Andachten sowie sonstiger kirchlicher Veranstaltungen mehr den Forderungen der unter Führung der Bischöfe stehenden Liturgischen Bewegung angepaßt haben will, wenn sie im kirchlichen Leben den Gemeinschaftscharakter wieder mehr in die Erscheinung treten lassen will nach dem Vorbild früherer Jahrhunderte und den Forderungen, die in der Sache selbst liegen. Freilich dürfen auf diesem heiklen Gebiet nicht Launen das Wort führen und Unordnung schaffen, aber auch die Gewohnheit als solche und auch das Herkommen darf nicht ein unübersteigliches Hindernis bilden für eine gesunde Entwicklung und die Wiederherstellung einer sinngemäßen Form, wenn auch mancherlei Rücksichten ein taktvolles Vorgehen fordern."

„Kirchensteuer im Geiste des Evangeliums"

Eine wichtige und nützliche pastorale Aufgabe unternimmt der Fastenhirtenbrief des Kardinals von *München:* nämlich dem Kirchenvolk Sinn und Notwendigkeit der Kirchensteuern darzutun, etwas von ihrer Verwendung zu sagen und es dadurch auch an der materiellen Sorge des Oberhirten einer großen Diözese mit ihren vielfältigen Aufgaben und Einrichtungen teilnehmen zu lassen. Er versucht gewissermaßen eine biblische Begründung der Kirchensteuer, und es wird vielleicht manchen überraschen, dort aufgewiesen zu finden, daß „Christus für alle Zeiten die Kirchensteuer zum christlichen Gebot erhoben" hat, und daß „der Apostel Paulus die Kirchensteuer geradezu als göttliche Anordnung verkündet". Über die Kirchensteuer hinaus wird auch hier zu freiwilliger Beihilfe für das Siedlungswerk der Diözese aufgerufen.

Abendmessen

Schließlich muß hier noch eine Mitteilung erwähnt werden, die der Kardinal von *Köln* seinen Diözesanen mit besonderer Freude macht und die sicher von vielen mit großer Freude aufgenommen wird: „Rom hat die Abendmesse wieder gestattet. Das Heilige Offizium richtete unter dem Datum des 12. Januar 1951 an mich ein Schreiben, durch das die deutschen Bischöfe, auf deren inständiges Bitten namentlich im Interesse des arbeitenden Volkes hin, erneut auf ein Jahr die Vollmacht erhalten, Abendmessen an Sonntagen und an Werktagen zu gestatten. Die Vollmacht geht sogar über das in früheren Jahren Gewährte hinaus. Bezüglich der Nüchternheit vor der heiligen Messe und Kommunion gelten die bisherigen Bestimmungen. Daraufhin gestatte ich, daß alle Abendmessen, die von uns von April 1945 ab gestattet wurden, wieder gehalten werden. Für neu einzurichtende Abendmessen ist die Genehmigung meines Generalvikars einzuholen. Möge die Abendmesse viel Gnade und Segen vermitteln!"

Una-Sancta-Arbeit in der Krise

Bei einer Zusammenkunft der Marianischen Priesterkongregation Passau am 20. 12. 1950 sprach Abt Emmanuel M. Heufelder OSB von Niederalteich in Anwesenheit des Diözesanbischofs Simon Konrad Landersdorfer OSB über die Wiedervereinigung im Glauben. Die Weltlage mache dieses Anliegen immer dringender. Alle Versuche, die Menschheit auf einem anderen Weg als dem religiösen (politisch, wirtschaftlich, geistig) zu einigen, seien mißlungen. Es bleibe nur die Möglichkeit einer religiösen Einigung der Christenheit, wenn die Menschheit nicht in ein neues Chaos versinken soll. Die Alternative heißt: Corpus Christi Mysticum oder Collectivum. Hinter dem Gegensatz von Ost und West steht das Schisma von 1054.

In dieser Sicht, so erklärte der Abt, ist die Erklärung der Instruktion des Heiligen Offiziums an die Diözesanbischöfe über die Ökumenische Bewegung vom 20. 12. 1949 wegweisend: „Das hochbedeutsame Werk der ‚Wiedervereinigung' aller Christen in dem einen wahren Glauben und in der einen wahren Kirche muß mehr und mehr eine der vorzüglichsten Aufgaben der gesamten Seelsorge werden und ein Hauptanliegen des inständigen Gebetes aller Gläubigen zu Gott . . ." Auch für die katholische Kirche selber ist diese Arbeit entscheidend. Wir spüren alle: Es müßten innerhalb der Kirche neue Kräfte lebendig werden. Wir brauchen geistige Erwecker, die eine mitreißende religiöse Gesamtbewegung herbeizuführen vermögen. Vielleicht sind die großen Heiligen und Apostel, die wir brauchen, heute noch gar nicht innerhalb der sichtbaren katholischen Kirche, sondern noch unter den „Andersgläubigen". Vielleicht ist mancher erst auf dem Weg nach Damaskus, und die Stunde kommt erst, wo aus dem Saulus ein Apostel der Gnade wird. Was bedeutet heute ein Mann wie Newman für unsere Kirche!

Katholische Versäumnisse

Die Una-Sancta-Arbeit ist zweifellos in einer schweren Krise. Aus den römischen Verlautbarungen zur Ökumenischen Bewegung (Monitum, Instructio, Enzykliken, „Mystici Corporis" und „Humani generis") haben die getrennten Brüder allzusehr nur das Negative, die Warnung und Hemmung herausgehört, und wir Katholiken haben es bisher versäumt, die positiven Möglichkeiten, die aufgezeigt wurden, zu verwirklichen. Darum hat auch die Verkündigung des Dogmas von der Assumptio Mariae zunächst auf die Nichtkatholiken so stark negativ gewirkt. Die Instructio verpflichtet die Bischöfe, „diese ganze Arbeit nicht nur genau und wirksam zu überwachen, sondern auch in kluger Weise zu fördern und zu leiten". Es wird als „notwendig" bezeichnet, „daß mehrere Bischöfe sich zusammentun, um Einrichtungen und Anstalten zu schaffen, in denen die Gesamtarbeit auf diesem Gebiet laufend verfolgt, studiert und zweckmäßig geleitet wird". Es sind bisher noch wenig positive Maßnahmen in dieser Hinsicht bekannt geworden. Man darf sich nicht mit der Feststellung beruhigen, daß in absehbarer Zeit eine Wiedervereinigung der getrennten Christen nicht zu erwarten sei. Wer wagt es zu sagen, wie weit die Dinge von Gott her schon gereift sind? Es sind in der letzten Generation viele Dinge in der Annäherung der Bekenntnisse geschehen, die man vor 30 Jahren nicht für möglich gehalten hätte.

Die Bischöfe bedürfen zur Durchführung der Instructio der besonderen Mithilfe des Klerus. Der Klerus muß für die Wiedervereinigung nicht weniger Interesse haben als für die Mission, ja er muß nach der ausdrücklichen Weisung der höchsten kirchlichen Glaubensbehörde im „Werk der Wiedervereinigung eine der vorzüglichsten Aufgaben der gesamten Seelsorge" sehen. Es muß dem Klerus die Möglichkeit gegeben werden, in Pastoralkonferenzen und auf anderen Wegen (durch Amtsblätter, Bistumsblätter, insbesondere auch durch die Herder-Korrespondenz) sich über das Anliegen fortlaufend zu orientieren. Er muß wissen, daß der Heilige Geist seit Jahrzehnten gleichlaufende Bewegungen in den getrennten christlichen Gemeinschaften hervorgerufen hat. Auch im Protestantismus gibt es eine sakramental-liturgische Erneuerung, die sich mit unserer Liturgischen Bewegung trifft. Die Bibelbewegung bei uns ist nicht bloß eine Liebhaberei einzelner, sondern sie hilft wesentlich mit, daß wir uns auf dem Boden der Heiligen Schrift neu finden. Die „Actio Catholica" gibt dem Laien von neuem eine verantwortliche Stellung und Aufgabe als Glied der Kirche und greift damit ein reformatorisches Anliegen neu auf. Priester, die der liturgischen Erneuerung, der Bibelbewegung, der Katholischen Aktion in diesem Sinne dienen, bahnen der Wiedervereinigung den Weg.

Aufgaben der Priesterseminare

Besonders wichtig ist es, daß alle Theologen schon in ihrer Ausbildungszeit für die Arbeit an der Wiedervereinigung erwärmt und ausgebildet werden. Die für die Priesterseminarien vorgeschriebenen „Dies orientales" mögen in diesem Sinn zu „Dies unionis" ausgestaltet werden. Im theologischen Studium müssen alle entsprechenden Möglichkeiten ausgeschöpft werden. An der katholischen Universität Nymwegen in Holland besteht eine eigene Professur für vergleichende Betrachtung der katholischen und evangelischen Lehre. Wir brauchen eine „ökumenische Theologie", die im Gegensatz zur früheren Kontroverstheologie nicht nur das Trennende und Unterscheidende herausarbeitet, sondern zugleich die Wege weist, um die Gegensätze aus der Wurzel zu lösen. Es wurde z. B. jetzt schon wiederholt in wissenschaftlichen Arbeitskreisen über die Gnadenlehre festgestellt, daß die Gegensätze zwischen katholischer und protestantischer Rechtfertigungslehre in Wirklichkeit gar nicht bestehen, wenn genau untersucht wird, was von beiden Seiten ernsthaft gemeint ist. Eine solche Theologie müßte vor allem das Problem Schrift und Tradition in neuer Tiefe behandeln. Man erkennt auch im Protestantismus, daß „die Schrift allein" als Prinzip des Glaubens nicht ausreicht. Der Protestantismus selber erkennt sich als eine Tradition, wie man die Schrift erklärt. Umgekehrt werten wir Katholiken die Schrift theoretisch und praktisch viel zu wenig aus. Es ist kein Zweifel, daß im Protestantismus ein ganz ernsthaftes Ringen eingesetzt hat gerade um die theologischen Fragen, deren Lösung für eine Wiedervereinigung entscheidend ist: z. B. das Wesen des kirchlichen Amts und der Kirche überhaupt. Auf unserer Seite müßten die Gedankengänge und die Anliegen der getrennten Brüder viel ernster aufgenommen werden.

Das Wichtigste aber ist, daß alle mithelfen, eine geistige Haltung und Atmosphäre zu schaffen, die eine Wiedervereinigung möglich macht. Nur der darf auf eine „Rückkehr — Conversio" von anderen warten, der selber unablässig sich bemüht, „zurückzukehren zum Hirten und Hüter der Seelen" (1 Petr. 2, 25). Das Gleichnis vom verlorenen Sohn ist sehr lehrreich. Bei der Rückkehr des jüngeren Bruders zeigt es sich, daß der ältere Bruder durchaus nicht die hohe Gesinnung seines Vaters hat, daß auch er nicht voll und ganz „daheim" gewesen war. Am meisten steht einer Wiedervereinigung die pharisäische Selbstgerechtigkeit der „beati possidentes" entgegen. Schuldig sind vor Gott nicht nur solche, die sich „mala fide" von der Kirche getrennt haben. Schuldig sind sicher auch die, die bisher nicht größeren Schmerz über die Spaltung empfunden haben, die es einfach hingenommen haben, daß der Leib Christi zerrissen ist. Und die größte Schuld haben wohl diejenigen, die die Kirche in ihrem Leben nicht fleckenlos darstellen, daß sie die anderen mit unwiderstehlicher Gewalt anzieht.

Ein Ostzonenurteil Die Strafkammer des Landgerichts Ost-Berlin verurteilte am 31. Januar 1951 die Buchhändlerin Frau Margarete Mocny wegen des Verkaufs katholischer Bücher und Zeitschriften, die in den Westzonen erschienen sind, unter Zubilligung mildernder Umstände zu 1½ Jahren Gefängnis. Frau Mocny war seit dem 20. 10. 1950 in Untersuchungshaft.

Die Anklage

Aus den persönlichen Verhältnissen der Angeklagten hob die Anklageschrift hervor, daß sie „kleinbürgerlichen Kreisen entstammt", „irgendwelchen demokratischen Organisationen nicht angehört", daß sie „unwiderlegt behauptet, nicht Mitglied der NSDAP gewesen zu sein" und ihre Bücher „in den meisten Fällen aus dem Morus-Verlag bezieht", „dessen Inhaber der Bischof von Berlin Graf Preysing ist". Sie versandte die Bücher „an eine Unzahl Personen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik".

Unter den versandten Schriften hielt der Staatsanwalt besonders drei für anklagewürdig, an erster Stelle die Schrift von Heinz Brauweiler „Der dialektische und historische Materialismus". Er zitierte daraus folgende Stellen: „. . . was unterscheidet die rechtliche Lage der Staatssklaven im alten Griechenland und Rom von der der heutigen Zwangsarbeiter im Sowjetparadies oder in Aue?" Und: „Sind wir nicht bereits in der von der Praxis des dialektischen und historischen Materialismus erfüllten Welt auf dem offenbaren Weg zurück in die Bestialität?" Aus dem Buch von Plotzke „Ehe und Familie im Spiegel unserer Zeit": „Solange man den Vertriebenen nicht ihre Heimat zurückgibt, bleibt die überwiegende Mehrzahl von ihnen entwurzelte Masse und droht, als Proletariat auf die Dauer ein gefährlicher Unruheherd in Mitteleuropa zu werden." Ferner beanstandete die Anklage, daß in dieser Schrift die Sozialgesetzgebung der Ostzone, welche im Versicherungsrecht die „Lebensgefährtin" der „Ehefrau" gleichstellt, als Fortsetzung der im Dritten Reich begonnenen Untergrabung der Ehe bezeichnet wird. Aus der Abhandlung von Gustav Gundlach „Die Kirche zur heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsnot", die „in tendenziöser Art gesellschaftliche Probleme behandelt", wird der Satz angeführt: „Mit Grauen erinnert der Papst besonders an das Vorgehen der bolschewistischen Form des Kommunismus in Rußland und an seine unheilvolle Tätigkeit in Asien und anderswo." Endlich zieht die Anklage die „Stimmen der Zeit" mit einem Aufsatz „Sklavenlager im 20. Jahrhundert" heran. Dort heißt es: „Die Zwangsarbeit ist zum festen Bestandteil der sowjetischen Wirtschaft geworden. Sie ist eine der wichtigsten Ursachen für das Bestehen des Eisernen Vorhanges." „Eine Unzahl weiterer tendenziöser Gerüchte enthält dieses Heft."

Aus den Beweisen zieht die Anklage den Schluß, daß Frau Mocny gegen das Kontrollratsgesetz Nr. 38 vom 12. 10. 1946 verstoßen hat, da sie durch Verbreitung dieser Schriften „den inneren Frieden des deutschen Volkes und den Frieden der Welt gefährdet hat"; denn der Inhalt dieser Bücher „richtet sich in übler Weise gegen die Sowjetunion und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik und ist geeignet, in bestimmten Bevölkerungskreisen Kriegsstimmung zu erzeugen".

Der Staatsanwalt

In der Hauptverhandlung wies der Staatsanwalt nach, daß Rußland seit 1917 bemüht ist, die Welt vor weiteren Kriegen zu bewahren, daß aber der Antikommunismus diese Bemühungen hindert. Seine schlimmste Form, der Nationalsozialismus, wurde durch das Konkordat von 1933 salonfähig und führte zur Katastrophe. Um die Menschheit vor einer Wiederholung zu bewahren, haben die Alliierten das genannte Gesetz geschaffen, das

die braune und die schwarze Pest bekämpft. Die Schuld der Angeklagten vermindert sich, weil sie wegen häuslicher Überlastung nicht alles lesen konnte. Andererseits mußte sie wissen, daß die Kirche eine unversöhnliche Gegnerin des Sozialismus ist, und deshalb besonders vorsichtig beim Vertrieb kirchlicher Schriften sein. Was den Inhalt der Schriften angeht, so besteht er aus haltlosen und tendenziösen Gerüchten. Es gibt in Rußland keine Sklaven. Gäbe es sie, hätte Rußland nicht das leisten können, was es geleistet hat.

Der Richter

Auch der Richter stimmte hierin dem Staatsanwalt durchaus zu. Er fragte die Angeklagte, ob sie von russischen Bestialitäten gegen Menschen etwas gelesen oder gehört habe, was die Angeklagte verneinte. Diese sagte, sie sei beim kurzen Durchsehen der fraglichen Schriften nicht auf die beanstandeten Stellen gestoßen. Sie habe diese Schriften darum geführt, weil sie von einem bestimmten geistlichen Kundenkreis gefragt worden seien.

Der Verteidiger

Auch der Verteidiger, der hervorhob, daß er selbst nicht gläubig sei, stimmte der Beurteilung des tendenziösen Inhaltes der Schrift von Brauweiler zu. Die beiden anderen Bücher seien aus der Sittenauffassung der katholischen Kirche zu verstehen, die nach jahrtausendelangem Bestande jetzt diese Auffassungen erschüttert sieht und sie deshalb verteidigt. Die Stelle über die Rückgabe der Heimat an die Vertriebenen sei als Forderung auf eine Bodenreform in Westdeutschland zu werten, die in der Ostzone ja das Problem gelöst hat. Man müsse der Angeklagten zugute halten, daß sie in ihrer Kirche eine Autorität sieht, der sie ohne weitere Prüfung vertraut. Der Verteidiger hatte den Eindruck, daß seine Mandantin nur ein kleines Rädchen im Betrieb war und daß Verleger und Autoren vor Gericht gestellt werden müßten, nicht aber die kleine Frau aus dem Volke. Er müsse deshalb um ein mildes Urteil bitten.

Das Urteil

Das Gericht entsprach diesem Gedankengang, indem es wesentlich unter dem Antrag des Staatsanwalts blieb, der 2½ Jahre gefordert hatte. Die Angeklagte nahm das Urteil an. Es ist rechtskräftig geworden. Die Urteilsbegründung hob hervor, daß diese Schriften tatsächlich den Frieden gefährdeten. Es sei auch keine Minderung dieser Gefahr, daß die Schriften hauptsächlich in die Hände von Geistlichen kamen, da diese ja in ihren Predigten derartige Gedanken weiterverbreiten können. Aber das Gericht mußte doch auch darin dem Verteidiger recht geben, daß die Schuld der Angeklagten an der Verbreitung dieser Gerüchte relativ gering ist, und kam deshalb zu dem angegebenen Urteil, das als „außerordentlich verständnisvoll und mild" bezeichnet wird.

Gemeinschaft der katholischen Organisationen

Auf Einladung des Zentralkomitees der Deutschen Katholikentage trafen sich am 9. Februar in Frankfurt a. M. Vertreter katholischer Verbände, Einrichtungen und Werke. Sie stimmten der Gründung einer Gemeinschaft der katholischen Organisationen zu, die in Verbindung mit dem Zentralkomitee in Zukunft dem Zwecke der gegenseitigen Information und der Koordinierung der katholischen Kräfte zu gemeinsamen Aufgaben dienen soll.

„Das Evangelium muß neu gepredigt werden!" Weihnachtsseelsorgertagung 1950 in Wien

Die Weihnachtsseelsorgertagung, die das Österreichische Seelsorgeinstitut unter der Leitung von Domkapitular Dr. Karl Rudolf alljährlich veranstaltet, stand diesmal unter dem Titel „Das Evangelium muß neu gepredigt werden!" Dieses Wort wird dem hl. Klemens Maria Hofbauer zugeschrieben, in dessen Zeichen „Das Heilige Jahr der Heimat" in Österreich begangen wird, zumal in diesem Jahr die 200. Wiederkehr seines Geburtstages (26. 12. 1751) gefeiert wird.

Mit einer Teilnehmerzahl von fast 300 Seelsorgern aus Wien und den übrigen österreichischen Diözesen sowie Gästen aus Südtirol und der Schweiz wurde der Vorkriegsstand fast erreicht. Kardinal Innitzer eröffnete und beschloß die Tagung mit einer Andacht und Ansprache in der Kirche „Maria am Gestade", wo der hl. Klemens Maria Hofbauer begraben liegt, und unterstrich die Bedeutung der Tagung durch sein Erscheinen an allen drei Arbeitstagen (27.—29. 12.).

Das erste Referat wurde von Pfarrer Dr. Erwin *Hesse* gehalten: „Die Frohbotschaft vom Reiche Gottes, das immer Gültige und das heute Aktuelle". Pfarrer Hesse stellte nicht, wie man vielleicht erwartet hätte, die Frage des Wie, sondern die Frage des Was in die Mitte seines Vortrages. Das Reich Gottes, das das zentrale Thema der Predigten Jesu war, müsse auch das zentrale Thema der heutigen Predigt sein. Das Reich Gottes als die Herrschaft Gottes in den Seelen und in der Welt; nicht bloß als ferne Hoffnung am Ende der Zeiten, sondern als Verwirklichung jetzt und heute, die die völlige Umkehr der Herzen fordert und alle anderen Werte zweitrangig werden läßt. Dabei bleibt aber der Blick auf die grundsätzlich immer, auch in unserem Leben mögliche Parusie gewahrt, wodurch unser Leben eine ungeheure Spannung und unser sittliches Streben den letzten Ernst erhält. Der apokalyptische Charakter der Zeit, in der sich die Visionen der Apokalypse wortwörtlich erfüllen können, gibt der Predigt über das Reich Gottes eine ganz besondere Aktualität, ohne daß dabei die Zeiten mit menschlichen Maßstäben gemessen werden dürfen.

Als nächster Referent wies Professor Dr. *Liener* auf die heutige Zeit und die seelische Verfassung der Zuhörer hin. Nicht die objektive Wahrheit, sondern die Erlebniswerte: Ethos, Schönheit, Macht, Liebe ... sind die Ideale der heutigen Menschen. Darin liegen große Gefährdungen, aber auch starke Auftriebe ins Sittliche und Religiöse. Das Christentum müsse besonders dem jungen Menschen als Erfüllung und Überhöhung seiner innersten seelischen Anliegen nahegebracht werden.

Das höchste Predigervorbild aufleuchten zu lassen, war Ziel des Vortrages von Rektor Pater *Rohner* SVD: „Christus als Prediger". Pater Rohner hob besonders die Einfachheit, die Anschaulichkeit, Poesiefülle und die Aktualität der Predigt Jesu hervor, die ganz aus der jeweiligen Stunde gesprochen wurde, ferner die Vereinigung von Jenseitigkeit und Naturnähe, von subtilstem Dogma und lebensnaher Moral.

Am zweiten Tag sprach Univ.-Prof. Dr. Michael *Pfliegler* über „Das Ethos des Predigers". Er betonte, daß die

Wirkung einer Predigt nicht vom rednerischen Talent des Predigers abhängt, auch nicht vom homiletischen Aufbau oder der Schärfe der Argumentation, sondern — nächst der Gnade, die Gott gibt — vom Ethos des Menschen, der hinter der Predigt steht. Besonderen Nachdruck legte Professor Pfliegler darauf, daß der Prediger sich selbst in seine Forderungen einschließe, daß er Verständnis habe für die menschliche Natur und die Komplexität der menschlichen Handlungen — denn nur wer sich verstanden fühlt, ist zur Bekehrung bereit —, daß er den Gegner gerecht behandle, jede ehrliche Überzeugung und Leistung achte und alle Übertreibungen, alles Ironisieren und alle Formen der Eitelkeit (z. B. in der Wahl der Zitate) vermeide. Prof. Pfliegler sagte vieles, was sicher schon oft von anderen gesagt worden ist, aber er sagte es in seiner ruhigen, ganz unpathetischen Art, so daß eine starke Wirkung davon ausging.

Ein Nachmittag war in Form gesonderter Arbeitsgemeinschaften den Fragen der Kurzpredigt, der Predigt auf dem Dorfe, der Kinderpredigt und der Auswertung des Sonntagsevangeliums gewidmet. Die Kurzpredigt, über die Pfarrer *Blieweis* referierte, ist sehr wichtig, da sie der geringen Konzentrationsfähigkeit des heutigen Menschen entspricht und seinem Wunsch nach Sachlichkeit und Verzicht auf Rhetorik entgegenkommt. Doch müsse daneben unbedingt in Stadt und Land eine Hauptpredigt von 25—30 Minuten Dauer gehalten werden. Für die Erreichung Fernstehender ist die längere Predigt zweckmäßiger.

Auf dem Dorf, wo dem Zug zum Materialismus nur durch eine sehr intensive Seelsorge entgegengearbeitet werden kann, ist nach den Ausführungen von Dechant *Kinzl* noch immer die Predigt das wichtigste Seelsorgemittel. Wichtig ist die vom Handgreiflichen ausgehende Anschaulichkeit und die Beachtung der Tatsache, daß das Dorf in seiner früheren Abgeschlossenheit nicht mehr besteht, sondern durch tausend Fäden mit der Welt verbunden ist. Was heute in der Luft liegt, ist daher auch im Dorfe aktuell.

Die Diskussion über die Kinderpredigt führte nach einem Referat des Wiener Kinderseelsorgers Pater Johann *Glaser* zur Feststellung folgender Grundsätze: Das Kind und seine Umwelt muß gründlich studiert werden; das Evangelium muß dem Kind nicht nur gepredigt, sondern in seine eigentümliche Umwelt einverleibt werden; die Predigt muß kurz, anschaulich und herzlich sein; als Form der Predigt kommt gelegentlich auch der Dialog mit den Kindern in Betracht.

Im Arbeitskreis „Um die Auswertung des Sonntagsevangeliums" betonte Pfarrer *Hesse*, daß das Thema der Sonntagspredigt im allgemeinen das Sonntagsevangelium sein wird. Bei der Erklärung des Sonntagsevangeliums steht aber der Prediger nicht immer im umhüteten Raum des Dogmas. Da bedarf es eigener wissenschaftlicher Studien und guter Kommentare. Ungemein wertvoll für die Erschließung einer Perikope ist zu wissen, wo sie im Leben Jesu steht.

Von größtem Interesse war der Bericht über die Ergebnisse einer Rundfrage, was die katholischen Laien von der üblichen Predigt halten. Die Antworten, die in einer vielleicht etwas einseitigen Auswahl mitgeteilt wurden, waren sehr negativ. Die Predigten seien nichtssagend und konventionell. Sie haben ein Pathos, das unleidlich ist, einen salbungsvollen oder einen süßlichen Ton. Die ewig gleichen Mahnungen, die Gebote zu halten, verfehlen ihre Wirkung. Die Predigt gehe an der eigentlichen Problematik der Zeit vorbei. Man will einen knappen sachlichen Predigtstil und in der Themenwahl die Fragen, die die Menschen von heute wirklich bewegen. In der Aussprache, die sich an den Bericht anschloß, wurde darauf hingewiesen, daß das Niveau der Durchschnittspredigt in Zusammenhang steht mit der Verkümmerung der Theologie als Folge der Aufklärung und des Josephinismus, die noch heute nachwirken. Es wäre von größtem Nutzen für die Predigt, wenn die Laien ihre Passivität aufgeben und in ein Gespräch mit dem Priester treten wollten.

In die gleiche Richtung ging auch die Kritik, die Redakteur Dr. Otto *Schulmeister* in seinem Referat „Zeitgemäße Sprache" äußerte: keine barocke Pracht, keine süßen Gefühle, kein Pathos. Rede in der Sprache unserer Zeit, aber ohne künstliche Adaptierungen (etwa an die Bilder der heutigen Kriegstechnik).

Dompfarrer Dr. Karl *Dorr* sprach über das Thema: „Wie wird eine Predigt?" Er forderte vor allem die unmittelbare Begegnung mit der religiösen Wahrheit, oder anders gesagt, die existentielle Beziehung zur Wahrheit und das Gefühl für die Zeitsituation. Auch die Lebensschicksale der Pfarrkinder soll man kennen; dann wird von selbst vieles davon in die Predigt einfließen und ihr Farbe und Lebensnähe geben. Man möge sich die Predigtthemen frühzeitig setzen und schon nach dem Verlassen der Kanzel an die nächste Predigt denken. Der Versuch, Laien zur Vorbereitung der Predigt heranzuziehen, habe sich sehr bewährt. Pfarrer Dorr benützte die Gelegenheit seines Vortrages, um zu erklären, wieviel er und viele andere seiner Generation für ihren Weg als Prediger Prof. Pfliegler und Dr. Rudolf verdanken.

Ein recht interessantes, weil ganz konkretes Referat war das von Pfarrer Josef Ernst *Mayer* (das infolge Erkrankung des Referenten von Dr. Rudolf verlesen wurde) über „Neue Formen der Wortverkündigung". Die Dialogpredigt sei eine Möglichkeit, die Irrlehren der Zeit zu Worte kommen zu lassen. Denn nur wenn man sie ausspricht, bannt man sie. Auch die Schwierigkeiten und Dunkelheiten des Glaubens müssen ausgesprochen und ertragen werden. Für all dies ist die Dialogpredigt die geeignete Form. Trotzdem müsse sie aber eine Ausnahme bleiben.

Für die vielen, die nicht mehr in die Kirche kommen, bieten sich andere Formen moderner Wortverkündigung dar. So die Aussprache in den Sprengelversammlungen. Die Bewohner einiger Wohnblocks werden zu einer Aussprache in eine Privatwohnung eingeladen. Eine Methode, die das Vorhandensein aktiver Laien voraussetzt. Der profane Raum bietet große Vorteile: es kommen Menschen, die auf keine Weise in die Kirche oder ins Pfarrhaus zu bringen wären, und der Priester lernt seine Pfarre illusionslos kennen. Es steht schlimmer, so erklärte Pfarrer Mayer, als wir ahnen. Doch eine Kränkung hat Pfarrer Mayer in den fünfzig Sprengelversammlungen, die er bisher gehalten hat, nicht erfahren. Es müsse leider auch gesagt werden, daß sich die sogenannten „guten Christen" als unfähig erwiesen haben, ein religiöses Gespräch zu führen, da sie sich viel zu rasch zufrieden geben. Auch die Frage- und Antwort-Abende der Katholischen Aktion „Fragen Sie die Kirche!" haben sich bewährt. Es wurden stets viele Kirchen-

fremde und Suchende angezogen. Auch hier trat keine Feindseligkeit gegen die Kirche zutage. Im weiteren nannte Pfarrer Mayer die Straßenpredigt, die nicht den Sekten überlassen werden dürfe.

Am Nachmittag des Abschlußtages sprach Professor Pius *Parsch* über „Die Liturgie als Predigtquelle", wofür er sicherlich der Berufenste war, und Dr. *Rudolf* über das Thema „Praktischer Zugang zu jeder Perikope" mit einer großen Zahl wertvoller Anregungen.

Die Aussprachen, die den Referaten folgten, waren sehr rege, kamen aber infolge der Länge der Referate etwas zu kurz. Viel Erfahrung, viel Suchen und seelsorgliche Beunruhigung trat in ihnen zutage.

Ein „moralischer" Film

Man stellt sich gewöhnlich einen „moralischen" Film als eine Schwarz-Weiß-Fabel vor, von Sittenrichtern (möglicherweise in geistlichem Gewand) vorgetragen, von fragwürdigem Niveau und also, alles in allem, sterbenslangweilig — so daß dadurch vermutlich noch nie ein Mensch gebessert oder auch nur zur Besinnung aufgerufen worden ist. Die Filmproduzenten, die einen solchen Film herausbringen, werden höchstwahrscheinlich keinen Erfolg haben, denn so etwas will niemand sehen, in solche Filme sind nur irgendwelche Gruppen zwangsweise hineinzutreiben.

Aber die Filmproduzenten sind keineswegs immer mit Blindheit geschlagen. Jetzt z. B. läuft schon seit Wochen in allen größeren Städten Westdeutschlands ein Film, in den Erwachsene und Kinder eilen, in dem sie sich außerordentlich gut amüsieren und sich dennoch — das gilt jedenfalls für die Erwachsenen — auf eine eindringliche Weise beim Gewissen gepackt fühlen. Dieser im besten Sinne „moralische" Film heißt „Das doppelte Lottchen" und ist von Erich Kästner, dem alten Spötter und Zweifler, vielleicht werden sogar manche sagen: dem Zyniker; auf jeden Fall: von Kästner, dem Moralisten. Denn was er auch sonst noch sein mag: er ist ein Moralist, von jener klassischen Art, die ihre Ahnenlinie von Montaigne und Lichtenberg abzuleiten vermag, von jenem klugen und distanzierten Blick auf die Menschen und auf das Weltgeschehen, der sich freilich nicht in eine letzte metaphysische Tiefe und Verantwortung stürzt, dafür aber alle Ungerechtigkeit und Unanständigkeit als ärgerlich empfindet. Ein solcher „Moralismus" verändert seine Akzente mit den wechselnden Epochen; zu dem Kästnerschen gehört es, daß er nicht nur einen Blick, sondern ein Herz für die Jugend hat. Man findet in allen seinen Büchern, die mindestens ebensosehr für Kinder wie für Erwachsene geschrieben sind, die ausgesprochene und unausgesprochene Grundthese, daß man Kindern (wie den Menschen überhaupt) nichts vormachen, daß man sie der Wahrheit würdigen und darin bereits als vollgültige Menschen ernst nehmen soll. Das wird von Kästner nicht moralphilosophisch begründet, es wird vielmehr in zumeist sehr witzigen Geschichten demonstriert, aber gerade die Jugend pflegt das Wesentliche daran sehr schnell zu begreifen, und die Kästner-Bücher: „Emil und die Detektive", „Pony Hütchen" und auch „Das doppelte Lottchen", das schon ein Buch war, ehe es ein Film wurde, werden nicht nur wegen ihrer spannenden Unterhaltsamkeit verschlungen, sondern weil in ihnen eine Luft von Anstand und „Zivilcourage" weht, für die die Jugend sehr empfänglich ist. Es herrscht eine durchaus „profane" Luft, eine durchaus profane Begründung des „Moralischen". Man kann darüber pädagogisch diskutieren, ob man „wenigstens" diese Art des Moralischen an die Jugend heranbringen solle, in einer weithin säkularisierten und profanierten Welt, oder aber ob man, wenn das „Moralische" nicht sofort seine tiefste theologische Verknüpfung findet, besser ganz darauf verzichten solle. Im Hinblick auf eine praktische Pädagogik wird man sich wohl zunächst einmal für das erstere zu entscheiden haben, und die Möglichkeit, das andere unter Umständen folgen zu lassen, der Gunst der Umstände und dem zusätzlichen Geschick, der besonderen Erleuchtung auch der jeweiligen Pädagogen überlassen müssen.

„Das doppelte Lottchen" ist die reizende Geschichte eines Mädchen-Zwillingspaares, das sich in einem bayerischen Ferienheim in „Seebühl am Bühlsee" entdeckt, nachdem jedes von der Existenz des anderen Geschwisterteils zunächst keine Ahnung gehabt hat. Denn die Eltern sind geschieden, der komponierende Vater lebt mit Lotte in Wien, die bildredigierende, berufstätige Mutter mit Luise in München. Aber nun sie sich einmal entdeckt, nun sie auch an Hand von Photos die ihnen gemeinsam gehörenden Eltern und ihr fragwürdiges Verhalten in Bezug auf sie, die Kinder, entdeckt haben, beschließen die beiden ein Komplott: sie gehen vertauscht zurück nach Wien und München und bewirken schließlich — eine plötzliche Erkrankung des Wiener Zwillings tut das Ihre an dramatischer Beschleunigung — die endgültige Wiedervereinigung der Eltern und die Wiederherstellung der Familie. Dabei fallen viele beherzigenswerte Worte, sowohl von seiten der Kinder wie von seiten der Erwachsenen, aber ohne „erhobenen Zeigefinger", es bleibt vielmehr alles in der Atmosphäre der Heiterkeit und einer Leichtigkeit, die dennoch keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, wie ernst hier von ernsten Dingen gehandelt wird.

Eltern, die vorhaben, sich scheiden zu lassen, sollten ruhig erst einmal bei Luise und Lotte (die als „Schauspieler" Jutta und Isa Günther heißen und wohltuend unberührt von Star-Allüren sind) in die Schule gehen, sie sollten sich von ihnen vor Augen führen lassen, was es heißen kann, was zusammengehört, auseinanderzureißen. Es bleibt nur zu wünschen, daß sich dann auch im Leben gelegentlich ein Drehbuch-Autor mit der moralisch-besinnlichen Ader eines Kästner findet, der ihre Lebensgeschichte weiterschreibt, und ein so warmherzig begabter „Regisseur" wie Joseph von Baky, der es in die Hand nimmt, ihr Schicksal zu einem guten Ende zu führen.

Aus Süd- und Westeuropa

Die Kirche und der Rotary-Club

Das Heilige Offizium, die mit der Überwachung der Reinheit der Glaubens- und Sittenlehre in der katholischen Kirche beauftragte römische Kongregation, hat auf die Anfrage, ob Katholiken Mitglieder des sogenannten „Rotary-Clubs" sein könnten, mit dem Datum vom 20. 12. 1950 folgendes Dekret als Antwort erlassen, das am 11. 1. 1951 publiziert worden ist:

„Es ist den Priestern verboten, der Vereinigung ‚Rotary-Club' anzugehören oder an ihren Versammlungen teilzunehmen. Was die Laien angeht, so haben sie sich

an die Vorschriften des Canon 684 des CIC zu halten."
Der Canon 684 des CIC schreibt vor, „sich zu hüten vor geheimen, verurteilten, revolutionären, verdächtigen Vereinen und vor solchen, welche sich der allgemeinen kirchlichen Aufsicht zu entziehen suchen".
Dies Dekret verschärft die bisher geübte Praxis der Kirche gegenüber Rotary mindestens, was die Zugehörigkeit von Priestern betrifft. Bisher war ihnen nur „abgeraten", Mitglied zu werden. „Non expedit" hieß es im Dekret der Konsistorialkongregation (Act. Ap. Sed. 6. 2. 1929 S. 42). Jedoch sind wiederholt Ausnahmen zugestanden worden.
Die neue Verschärfung hat vor allen Dingen in angelsächsischen Ländern einiges Aufsehen und einige Diskussionen hervorgerufen, so daß sich der Osservatore Romano veranlaßt sah, einen gewissermaßen offiziösen Kommentar dazu zu geben. Es wird darin zunächst darauf hingewiesen, daß das Verbot der Zugehörigkeit zum Rotary-Club für die Geistlichen nur eine Wiederholung einer schon am 4. Februar 1929 ergangenen Weisung der Konsistorialkongregation sei, und zwar beziehe sich dieses Verbot auf die Mitgliederversammlungen des Rotary-Clubs, in denen die wirtschaftlichen und beruflichen Geschäfte ihrer Mitglieder erörtert würden. Es erstrecke sich nicht auf solche Versammlungen, die zwar vom Rotary-Club einberufen seien, aber zu Zwekken, die der priesterlichen Tätigkeit nicht entgegenstehen und auch für Außenstehende zugänglich seien, etwa, um caritative Initiativen zu verwirklichen.
Was die Laien angehe, so spreche das Dekret kein direktes Verbot aus, sondern habe den Charakter einer Warnung. Man wolle keineswegs dem Rotary-Club alle die einzelnen Eigenschaften zusprechen, die im Canon genannt seien. Es genüge jedoch, wenn eine Vereinigung auch nur eine dieser Eigenschaften habe, um sie vom katholischen Standpunkt aus als verdächtig zu betrachten. Im Falle des Rotary-Clubs erscheinen die Weisungen des Heiligen Offiziums schon durch den laizistischen und areligiösen Geist gerechtfertigt, der die Haltung des Clubs bezüglich vieler Probleme charakterisiere, in denen der Katholik durch die Lehre der Kirche gebunden sei, so z. B. auf moralischem Gebiet und in Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Dieser Charakter werde ganz offenbar durch Artikel 3 des Statutes und durch die Gesamtheit der 11 Artikel des sogenannten „ethischen Kodex" des Rotary-Clubs, wie auch durch verschiedene von Leitern des Rotary-Clubs früher gemachte Erklärungen dargetan. Dieser Geist des Laizismus und der religiösen Indifferenz öffne der Infiltration von freimaurerischen und antiklerikalen Elementen in den Rotary-Club Tür und Tor. Tatsächlich sei in vielen Ländern ein maßgebender Einfluß der Freimaurerei im Rotary-Club deutlich. Als solche Länder werden in dem Kommentar des „Osservatore Romano" Spanien, Holland und einige Länder Südamerikas genannt, deren Bischöfe schon strenge Weisungen gegen den Rotary-Club erlassen hätten. Eine römische Meldung des NCWC fügt weiter die Namen Italien, Schweiz und Belgien hinzu und weist namentlich darauf hin, daß der Rotary-Club in Mexiko z. B. die Kirchenverfolgung unter Präsident Calles sehr aktiv unterstützt habe. Der Osservatore Romano weist dann weiter darauf hin, daß in anderen Ländern die Lage durchaus anders sei, wo sich der Club durch den Einfluß von der Kirche gegenüber freundlich eingestellten Leitern und Mitgliedern sehr tolerant und wohlwollend gegenüber religiösen Interessen verhalten habe. Es müsse also den Bischöfen überlassen bleiben, zu bestimmen, ob in ihrem Jurisdiktionsbereich der Rotary-Club die in Canon 684 genannten Kennzeichen habe oder nicht und ob die Zugehörigkeit von Katholiken zu ihm geduldet werden könne. Die Bischöfe hätten allerdings die Pflicht, bei einer solchen Entscheidung nicht nur von der Lage ihrer eigenen Diözese auszugehen, sondern immer die religiösen Interessen ihres ganzen Landes zu berücksichtigen.
Die englische Wochenschrift „Catholic Herald" weist in einem ihrer Artikel darauf hin, daß man die tieferen Hintergründe solcher Bewegungen nicht übersehen dürfe. „In der gegenwärtigen säkularisierten Welt", so heißt es dort, „ist es erschreckend leicht, eine gotterfüllte Religiosität durch ein Ideal rein humanitären guten Willens und Diensteifers zu ersetzen. Vielen erscheint ein solches Ideal reiner und einfacher, und doch ist es im Grunde genommen selbstbezogen, wohingegen die echte Religiosität wesentlich selbstabgewendet und gottbezogen ist. Sie allein ist von Dauer und hält gegenüber den Irrtümern stand, welche die Welt in ihre gegenwärtigen Schwierigkeiten geführt haben. Nicht allein der Rotary-Club, sondern praktisch jede weltliche Vereinigung leidet unter diesem grundsätzlichen Mangel. Dabei liegt die Schwäche bei den Christen selber. Wenn sie ihre religiösen Ideale wirklich lebten, so würden sie die Rotarier und alle Menschen ähnlicher Art zu einem wahren Verständnis des menschlichen Zusammenlebens in Gott bekehren. Das wäre ihre Aufgabe. Es scheint jedoch, daß der Heilige Stuhl Informationen besitzt, daß eher das Gegenteil stattfindet."

Was ist der Rotary-Club?

Da das Wesen, der Zweck und die Organisation des Rotary-Clubs in weiteren Kreisen sehr wenig bekannt sind, scheint es zweckmäßig, darüber etwas zu berichten. Wir entnehmen diese Mitteilungen einem längeren Aufsatz der Schweizer „Orientierung" (15. 10. 1950).
Der Rotary-Club wurde 1905 von dem Rechtsanwalt Paul Harris in Chikago gegründet. In dem Club sollten sich nach der Absicht des Gründers Männer verschiedener Berufe, und zwar möglichst in der lokalen Gruppe aus jedem Beruf nur je einer, vereinigen, um der Entfremdung unter den Gruppen der Gesellschaft entgegenzuwirken und gemeinsam für die Idee des „Dienstes an der Öffentlichkeit" zu wirken. Heute besteht der Club in 82 Ländern mit 7000 einzelnen Clubs und ca. 350 000 Mitgliedern, überwiegend Geschäftsleuten und Angehörigen freier Berufe. Die Ämter werden nach föderalistischem Prinzip durch Wahl vergeben. Die Befugnisse der Gewählten sind bedeutend. Jedes Jahr tagt ein Gesamtkongreß. 1946 nahmen 16 000 Rotarier daran teil. Die Zentrale ist in Chikago. Unter ihr leiten drei Sekretariate in London, Zürich und Bombay die Weltorganisation.
Beherrschender Grundsatz ist das Ideal des Dienstes. Es soll sich in vier konkreten Zielen verwirklichen: 1. Freundschaft, 2. Dienst am Beruf in Redlichkeit und Hebung der Berufsmoral, 3. Dienst an der Gemeinschaft durch Teilnahme an Werken der Nächstenliebe, besonders auch durch Hilfe an der Jugend, 4. gegenseitige Verständigung zwischen den Völkern, Pflege internationaler Beziehungen.

Dies alles sind Grundsätze einer natürlichen Sittlichkeit. Was daraus gemacht wird und welche Haltung von ihnen her gegenüber der Kirche eingenommen wird, das hängt von den Mitgliedern ab. Der Gründer des Clubs war Freimaurer. Jedoch unterscheidet sich Rotary von der Freimaurerei in folgendem: 1. Er ist keine geheime Gesellschaft. Es besteht auch keine Schweigepflicht. 2. Die Rotarier verbergen die Tatsache ihrer Mitgliedschaft nicht. 3. Rotary strebt nicht nach der Menge, sondern nach der Güte. Es werden aus jedem Beruf nur wenige, möglichst die Würdigsten aufgenommen. 4. Rotary befaßt sich weder mit Politik noch mit Religion. Er verbietet die Diskussion darüber. 5. Rotary hat nicht das Prinzip unbedingter Kameradschaft, d. h. er deckt kein ehrenrühriges Verhalten seiner Mitglieder. 6. Rotary erstrebt und leistet Dienst an der Allgemeinheit. 7. Rotary hat kein antikatholisches Prinzip. Übrigens ist der gegenwärtige Präsident katholisch. Die Aufnahme von Mitgliedern ist an keine konfessionellen Rücksichten gebunden.

Im ganzen wird die Einstellung von Rotary zur Kirche je nach den Ländern und örtlichen Verhältnissen unterschiedlich sein. In ausgesprochen katholischen Ländern, wie Italien, Spanien und Lateinamerika, vielleicht auch in Holland trägt die betonte Hervorhebung der „natürlichen" Ethik, der Toleranz usw. einen etwas anderen Charakter als in den germanischen und angelsächsischen Ländern. Sie bedeutet dort allzu leicht mindestens eine betonte Distanzierung gegenüber allem, was katholisch oder, wie man in diesem Fall zuweilen gern sagt, was „bigott" ist. Es liegen keine Anzeichen vor, diese gewollte Distanzierung auch den deutschen Rotariern zu unterstellen.

Zweifelhafte Wundererscheinungen

Im „Osservatore Romano" hat Msgr. *Alfredo Ottaviani* einen Leitartikel veröffentlicht, dessen Überschrift „Siate, cristiani, a muovervi più gravi" ein Dante-Zitat darstellt und bedeutet: Christen, seid vorsichtig in euern Handlungen. Mit diesem Aufsatz wird in der offiziellen Zeitung des Vatikans zum Thema der umstrittenen Wundererscheinungen der Gegenwart Stellung genommen. Vor 50 Jahren hätte man sich bei dem damals herrschenden Wissenschaftsglauben und aufklärerischen Rationalismus wohl kaum vorstellen können, daß es heute nötig sein würde, gegen eine geradezu erstaunliche Leichtgläubigkeit gegenüber sogenannten Erscheinungen zu warnen. Aber, so führt Ottaviani aus, seit 50 Jahren wohnen wir einem Wiederaufleben der Volksleidenschaft für das Wunderbare auch auf religiösem Gebiet bei. Massen von Gläubigen strömen zu den Orten angeblicher Wunder, während sie die Kirche, die Sakramente und die Predigt fliehen. Man darf sich darüber gewiß nicht wundern, da die menschliche Einsicht durch die Erbsünde auch auf dem Gebiet des Religiösen verdunkelt ist. Aber aus dem Wort und dem Blut Christi geboren, ist die Kirche da, um die wahre Religion zu hüten und zu interpretieren.

Die Erscheinungen, die den besonderen Anlaß kirchlicher Warnungen in der Gegenwart bilden, sind die von Voltago in Italien, von Espis und Bouxières in Frankreich, von Ham-sur-Sambre in Belgien, von Heroldsbach in Deutschland und von Necdah in den Vereinigten Staaten. Wenn die Kirche davor warnt, diese Erscheinungen als Wunder zu verehren, so will sie damit keineswegs die Macht Gottes, Wunderbares geschehen zu lassen oder zu bewirken, bestreiten, sondern nur falsche Wunder bekämpfen.

Christlicher Glaube und Wunder

Wörtlich fährt dann Ottaviani fort:

„Jeder gute Christ weiß schon vom Katechismus her, daß die wahre Religion im wahren Glauben, in der Offenbarung besteht, die mit dem Tod des letzten Apostels abgeschlossen und der Kirche zur Auslegung und Bewahrung anvertraut worden ist.

Nichts anderes, zu unserm Heil Notwendiges kann uns mehr offenbart werden, wir haben nichts mehr zu erwarten, wir besitzen — wenn wir es nur ausnützen wollten — bereits alles. Auch die anerkanntesten Visionen können uns nur neue Antriebe zum Eifer, nicht neue Elemente des Lebens und der Lehre vermitteln. Die wahre Religion besteht wesentlich, außer in der Erkenntnis, in der Liebe zu Gott und in der daraus folgenden Liebe zum Nächsten: und die Liebe zu Gott äußert sich mehr noch als in Kult und Ritus darin, den Willen Gottes zu tun, seinen Geboten zu gehorchen. . . .

Ein guter Christ weiß, daß die Heiligkeit der Heiligen nicht wesentlich in ihren übernatürlichen visionären Gaben, ihren Prophezeiungen und Wundern besteht, sondern in der heldenmäßigen Ausübung der Tugend....

Die Lehre der Kirche ist in diesem Punkte niemals zweifelhaft gewesen; und wer lieber Ereignissen von zweifelhafter Bedeutung nachläuft als dem Worte Gottes, liebt die Welt mehr als Gott."

Das Entscheidungsrecht der Kirche gegenüber Wundern und Erscheinungen

Ottaviani weist dann darauf hin, daß es Sache der Bischöfe und des Papstes ist, über die Echtheit eines Wunders oder einer Erscheinung zu entscheiden, ebenso wie es Sache des Architekten ist, das Haus zu bauen, oder Sache eines Arztes, den Kranken zu heilen. Das Widerstreben der Gläubigen, in diesen Dingen auf die Geistlichkeit zu hören, beruht nach Ottavianis Meinung darauf, daß die Geistlichkeit in den letzten 50 Jahren von allen Seiten so sehr angegriffen und verleumdet worden ist, daß sich ein gewisses Mißtrauen auch bei den Gläubigen eingeschlichen hat. Doch bei der Rückkehr zum Glauben, die sich offensichtlich heute in weiten Kreisen vollzieht, muß sich auch das Vertrauen der Gläubigen auf die Entscheidungskraft des Klerus in geistlichen Dingen wiederherstellen.

Manche der zweifelhaften Phänomene mögen Erscheinungen natürlicher Religiosität sein; christliche Phänomene sind sie jedenfalls nicht. Sie können denen, die immer bereit sind, das Christentum mit Vorwürfen zu überhäufen, neue Vorwände liefern, sich zu entrüsten, wie Christen sich mit abergläubischen Erscheinungen einlassen. Wenn diese Erscheinungen, so sagt Ottaviani, Überreste heidnischer Religiosität sind, so ist es also Aufgabe der Kirche, uns von diesen Irrtümern zu befreien, genau so, wie sie uns vor moralischen Irrtümern durch ihre Macht, Sünden zu vergeben, befreit. Eben darum müssen die Katholiken auf das Wort Gottes hören, das allein die Kirche unverdorben besitzt und bewahrt, und sie dürfen nicht wie hirtenlose Schafe anderen Stimmen nachlaufen. Ottaviani schließt seinen Aufsatz mit der

Fortführung des Dante-Zitates, dem er die Überschrift entnommen hat, welche lautet: „Ihr habt das Alte und das Neue Testament und den Hirten der Kirche, der euch führt; das ist genug für eure Rettung" (Par. V, 73—77).

Aus Ost- und Südosteuropa

Die Hierarchie in den deutschen Ostgebieten

In seiner Weihnachtsbotschaft hat der Primas von Polen die Gläubigen damit vertraut gemacht, daß das neue Jahr „noch mehr und größeres Leid und Unglück für die Kirche bringen werde". „Die Katholiken sollen sich darüber klar sein, daß die Partei sich nicht an die Stelle Gottes setzen darf. Für die Katholiken ist Christus Gott."

Das neue Leid hat nicht lange auf sich warten lassen. Und der Angriff, der nun begonnen hat, stellt eine Usurpation kirchlicher Lebensrechte dar, die in den betroffenen Gebieten die Organisation der Kirche außer Funktion setzen kann. Die polnische Regierung hat ihre Ankündigung wahr gemacht, daß sie die kirchlichen Verhältnisse in den Westgebieten selbst ordnen werde, wenn die Bischöfe es nicht täten. Die Bischöfe konnten diesem Verlangen nicht entsprechen, da der Heilige Stuhl vor Abschluß eines Friedensvertrages die Lage der Gebiete östlich von Oder und Neiße als provisorisch betrachtet. Nunmehr hat die Regierung die Apostolischen Administratoren von Breslau, Oppeln, Landsberg, Danzig und Ermland gezwungen, ihre Verwaltungsgebiete zu verlassen, und staatliche Verwalter an ihre Stelle gesetzt. Sie wurden in einigen Meldungen als Kapitularvikare bezeichnet, die gewählt worden seien. Da jedoch in den Administraturen zur Zeit keine Domkapitel bestehen, könnte die Wahl nur durch eine Gruppe von Geistlichen erfolgt sein, die der Regierung dazu die Hand geboten haben. Die Neuernannten selbst, deren Namen inzwischen veröffentlicht wurden, sind in den Listen der sogenannten „demokratischen Priester" nicht zu finden. Der Primas von Polen hat mündlich beim Staatspräsidenten gegen die Ernennungen protestiert. Ob es zu einer Einigung kommt, steht noch dahin. Die fünf Administraturen sind jedenfalls gegenwärtig ohne bischöfliche Leitung, wenn nicht insgeheim Vollmachten für eine solche erteilt worden sind. Zweifellos wird der Klerus dieser Gebiete vor schwere Entscheidungen gestellt werden. Bisher sind in Polen nach neueren Meldungen etwa 1000 Priester im Gefängnis. Ihre Zahl kann sich leicht erhöhen. In den ehemals deutschen Ostgebieten wohnen heute nahezu vier Millionen Katholiken. Sie verteilen sich wie folgt: Administratur Breslau 1 600 000 mit 615 Priestern, Oppeln 1 200 000 mit 616 Priestern, Landsberg 180 000 mit 355 Priestern, Danzig 275 000 mit 95 Priestern und Ermland 622 000 mit 220 Priestern.

Schismatische Bestrebungen

Hand in Hand mit den Bemühungen, die rechtmäßige Leitung der Kirche zu behindern, werden die Bestrebungen verstärkt, innerhalb des Klerus für nationalkirchliche Ideen zu werben. Sie gehen von der Gruppe der sogenannten „patriotischen Priester" aus. Über die Stärke und tatsächliche Bedeutung dieser Gruppe liegen zuverlässige Meldungen nicht vor. Ihre Prominenten werden von staatlicher Seite immer wieder an die Öffentlichkeit gestellt. Es dürfte aber in Polen noch weniger gelingen, eine schismatische Kirche zu schaffen, als in der Tschechoslowakei.

Verhaftung eines Bischofs?

Auch in Alt-Polen ist ein erster Anschlag gegen die Leitung der Kirche erfolgt. Der Bischof von Kielce, Msgr. Ceslaus Kaczmarek, wurde unter Hausarrest gestellt. Sein Name wurde schon im vorigen Jahr von den Kommunisten mit besonderem Affekt genannt. Man hat einen Priesterprozeß in Krakau benutzt, den Bischof in Zusammenhang mit staatsfeindlichen Kreisen zu bringen, nachdem er schon lange der Zusammenarbeit mit den Nazis bezichtigt worden war. Zwei andere Bischöfe, Msgr. Jalbrzykowski von Wilna, der gegenwärtig in Bialystok residiert, und Msgr. Baziak von Lemberg, der ebenfalls nur mehr ein Restgebiet seiner an die Russen abgetretenen Diözese verwaltet, erhielten ein Verbot, ihren bisherigen Titel zu führen.

Der Druck auf das katholische Volk

Der Druck auf das katholische Volk wirkt sich augenblicklich hauptsächlich in der Sache des Religionsunterrichtes aus. Einmal geht es dabei um die Gewinnung der Jugend für den Kommunismus, und andererseits ist das Mittel geeignet, die Gesinnungstreue der Eltern herauszufordern. Der Religionsunterricht ist durch den Vertrag vom vorigen Jahre gewährleistet. Man sucht nun die Eltern, vor allem die Angestellten und Arbeiter der Staatsbetriebe, zu zwingen, daß sie ihre Kinder aus den Staatsschulen herausnehmen und in die Parteischulen schicken, die vom Staatsjugendverband betreut werden. Diese Aktionen tragen systematischen Charakter.

Gesamtbild

Die Beschleunigung des Tempos im polnischen Kirchenkampf veranlaßte den Korrespondenten der „Times", davon zu sprechen, der Kampf sei „ins letzte Stadium" eingetreten. Die Kirche sei dem Martyrium nahe. Die Bischöfe „sehen dem Unvermeidlichen entgegen". Wie verhält sich das Volk? „Trotz der Lawine marxistischer und antiklerikaler Propaganda — manchmal auch gerade wegen ihr — strömen sie noch sonntags in die Kirchen. Die geistige Beeinflussung und die Ablenkungen der neuen Zeit mögen die Jugend schließlich vielleicht der Kirche entfremden. Aber für die ältere Generation ist der Katholizismus noch ein gelebter Glaube."

Nachrichten aus der Tschechoslowakei

Alle Nachrichten über das kirchliche Leben in der Tschechoslowakei stammen entweder aus staatlichen Quellen oder aus Mitteilungen von Flüchtlingen. Letztere stimmen wohl in den tatsächlichen Angaben zumeist überein. Aber auf die Frage, wie sich Klerus und Gläubige halten und wie man die weitere Entwicklung einschätzen müsse, läßt sich eine umfassende und beweisbare Antwort zur Zeit nicht geben.

Propagandaerfolge beim Klerus?

Der Wiener NCWC-News-Service-Vertreter gewinnt aus Berichten von Flüchtlingen den Eindruck, daß die intensive Propaganda des exkommunizierten Priesters

und Ministers Plojhar „einige Wirkung auf den jüngeren Klerus ausübt", obwohl die Zahl der Apostaten gering ist. Man befürchtet eher, daß viele, willens, ihren priesterlichen Pflichten treu zu bleiben, der propagandistischen Unterscheidung zwischen Kirche und vatikanischer Politik gewisse Zugeständnisse machen und versuchen, die Anerkennung der geistlichen Autorität des Heiligen Stuhles mit politischer Haltung im Sinne ihrer Machthaber zu vereinbaren. Nach einer Züricher Information aus Flüchtlingskreisen waren im Juni 1950 nicht mehr als zehn Priester Parteimitglieder, und die „Gesellschaft patriotischer Priester" soll nur 150 Mitglieder zählen. Auf einem von der Regierung veranstalteten Priesterkongreß in Velehrad waren im Juli 450 Teilnehmer anwesend. Aber viele von ihnen brachten den Mut zum Protest auf, so daß den Veranstaltern das Konzept verdorben wurde.

Von den insgesamt etwa 7000 Priestern befinden sich nach den uns zugänglichen Schätzungen etwa 3000 in irgendeiner Form von Haft, überwiegend in Arbeitslagern. Die noch amtierenden Priester sind, jeder für sich, völlig isoliert. Sie dürfen ihren Amtsbezirk nur mit besonderer Bewilligung der Polizei verlassen, so daß selbst nachbarliche Treffen kaum mehr möglich sind. Bei Mitteilungen, Anweisungen und Instruktionen, die sie empfangen, wissen sie oft nicht, ob sie von der legitimen Autorität ausgehen oder von den verschiedenen staatlichen Stellen, die sich in die Leitung der Kirche einmischen. In den meisten Diözesen gibt es jetzt staatliche „Generalvikare", in allen zeichnet der Staatskommissar die vom Bischof ausgehende Post gegen. Wie gefährlich der unmittelbare Umgang mit dem Bischof ist, zeigt die Tatsache, daß bereits drei bischöfliche Sekretäre in Prag, Olmütz und Königgrätz in Schauprozessen verurteilt worden sind.

Das Urteil gegen die slowakischen Bischöfe

Die Slowakei ist durch das bekannte Preßburger Urteil im Januar d. J. ihrer Bischöfe beraubt worden bis auf den Apostolischen Administrator von Rosenau, Msgr. Pobozny, der noch als Gefangener in seinem Hause leben darf. Das Preßburger Urteil beendete einen Staatsprozeß, der ganz nach dem traurigen Muster des Mindszentyverfahrens ablief. Verurteilt wurden der dreiundsiebzigjährige Bischof von Spis, Msgr. Vojtassak, zu 24 Jahren Gefängnis, der Weihbischof Buzalka von Tyrnau und der byzantinische Bischof von Presov, Msgr. Gojdic, beide zu lebenslänglichem Kerker. Sie folgen in ihrem Schicksal dem Weihbischof von Olmütz, Msgr. Zela, der einige Wochen vorher in Prag zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die vier Prälaten sind die ersten Bischöfe dieses Landes, denen ein förmlicher Prozeß gemacht wurde. Von einem Verfahren gegen Erzbischof Beran wurde und wird immer wieder gesprochen, jedoch hat der Vatikan bekanntgegeben, daß er seit vielen Monaten ohne sichere Nachricht über Msgr. Beran sei.

Der Preßburger Prozeß war wiederum ein Schulfall jener barbarischen Justiz, die die Angeklagten zwingt, sich selbst anzuklagen und zu richten. Wieder war der unabhängigen Presse der Zutritt zur Hauptverhandlung verwehrt und wurden nur Ausschnitte aus der Verhandlung durch das Radio gesendet. Diese aber bestanden in unerhörten Selbstbezichtigungen der Angeklagten, die sich der Spionage, des Hochverrates und anderer Verbrechen schuldig erklärten und auch ihre pflichtmäßigen Handlungen, z. B. ihre Hirtenbriefe, verdammten. Wie der „Osservatore Romano" hervorhob, besteht kein Zweifel darüber, daß die Angeklagten geistig gebrochen waren. „Noch nie gab es eine derartige Verleugnung der eigenen Ideen, ein solches Eingestehen phantastischen Komplizentums; vor allem aber noch nie diese Selbsterniedrigung und Selbstvernichtung, in der das Opfer die Ungerechtigkeit preist, die es niederschlägt, und um Gnade bittet, so daß es selbst seinen Charakter, seine Integrität und seine Würde wegwirft."

Weitere Priesterprozesse

Im ganzen fanden in der Tschechoslowakei im Laufe der letzten zehn Monate fünf derartige monströse Prozesse gegen bekannte Geistliche statt. Der erste war der große Ordensprozeß, über den hier ausführlich berichtet wurde (Herder-Korrespondenz 4. Jhg. S. 411). Ferner gab es, außer den Bischofsprozessen, noch zwei großangelegte Verfahren in Prag. Das eine galt den bischöflichen Sekretären und einigen anderen Priestern, das andere traf hauptsächlich Pfarrer. Neben den üblichen Anklagen wegen staatsfeindlicher Tätigkeit, Spionage usw. fehlte auch nicht ein großes Wirtschaftsdelikt. Ein Priester hatte so viel gehamstert, daß 13 Schaufensterkästen in einer Hauptstraße Prags in Anspruch genommen werden mußten, um diese Waren alle dem Volk zeigen zu können. Es fehlte dabei nichts, angefangen von Fleisch, Fett, Kakao, Kinderschuhen bis zu Rohkupfer und Revolvermunition. Eine andere Nachricht gehört in diesen Zusammenhang. Sie ist so ungeheuerlich, daß wir sie nur mit äußerstem Bedenken weitergeben. Nach einer Meldung der „Neuen Züricher Nachrichten" vom 16. 12. 50 hat ein geflohener tschechischer Geistlicher in Linz erklärt, daß im städtischen Krankenhaus einer tschechischen Stadt Mönche und Ordensfrauen mit Syphilis infiziert worden seien, um gegebenenfalls für Sittlichkeitsprozesse bereitzustehen.

Das Bild dieser Dämonie wird abgerundet durch das, was man über die Behandlung der Ordensleute in den Konzentrationslagern erfährt, in die sie vor nun fast einem Jahre überführt wurden. Im ganzen wurden im April und Mai v. J. mehr als 800 Angehörige männlicher Orden verhaftet und in Lager gebracht. 60 Klöster wurden geschlossen. Die Gefangenen werden nach jener verführerischen Methode behandelt, die zwischen brutalen Strafen und kleinen Vergünstigungen, z. B. Sonntagsurlaub, variiert. Ihre Zeit ist mit schwerer körperlicher Arbeit und ideologischer Schulung ausgefüllt, wobei zuweilen einzelne der Gefangenen die Rolle des Schulungsleiters übernehmen müssen.

Aus den Missionen

Katholische Erziehung in Japan
Missionsgebetsintention für März 1951

Von den 85 Millionen Japanern besuchen zur Zeit 17,5 Millionen Schulen aller Art. Das japanische Volk ist in seiner Wurzel so jugendfrisch wie kaum ein anderes der östlichen und auch der westlichen Welt. Japan ist aber zugleich auch das Land, in dem das Schulwesen besonders entwickelt ist. Die schulpflichtige Jugend wird nun fast restlos in staatlichen Volksschulen erfaßt. Private Volksschulen

sind bis auf wenige Ausnahmen meist nur als Vorstufe für private Mittelschulen erlaubt. So kommt es, daß in den staatlichen Volksschulen Japans 10,5 Millionen Kinder unter 14 Jahren erzogen werden, in privaten Volksschulen aber nur 21 000. Ein Viertel der Kinder aus privaten Volksschulen wird in katholischen Schulen erfaßt. Es ist aber nicht so, als ob die 5409 Kinder in katholischen Volksschulen alles Katholiken wären. Ein hoher Prozentsatz der Besucher dieser Schulen besteht aus heidnischen Kindern. Da nun die katholische Bevölkerung Japans weit mehr als 5409 Kinder aufweist, stehen wir vor der Tatsache, daß wahrscheinlich mehr als die Hälfte aller katholischen Volksschulkinder Japans die Staatsschulen besuchen müssen oder auch andere private Erziehungsanstalten, die nicht in christlichem oder katholischem Geiste geleitet sind. Überblickt man die Gesamtzahl der Besucher katholischer Schulen aller Grade in Japan, so ergibt sich sogar, daß rund 80 Prozent ihrer Schüler nicht christlich sind.

Das bedeutet in einem Lande, wo dem Katholizismus noch nicht 1/4 Prozent der Bevölkerung angehört, eine ernste Gefahr für die christliche Erziehung der Mehrheit der katholischen Kinder, zumal in Japan das Elternhaus noch weniger als anderswo daran gewöhnt ist, die Aufgaben zu übernehmen, die ihm naturrechtlich, aber auch durch das Gebot der Kirche obliegen. Es sind nach dem Kriege mannigfache Versuche gemacht worden, den Religionsunterricht in den japanischen Staatsschulen einzuführen. Merkwürdigerweise haben die Besatzungsbehörden dagegen Stellung genommen mit der Begründung, zur sittlichen Erziehung seien nur die Eltern geeignet. Sicherlich kann die katholische Kirche Japans des erfreulichen Konvertitenzuwachses aus gebildeten Kreisen nicht recht froh werden, wenn Tausende katholischer Kinder eine ganzheitliche, katholische Erziehung entbehren.

Der Geist der japanischen Staatsschulen

Die japanische Staatsschule sah zwar seit ihrer Gründung durch Kaiser Meiji eine Moralerziehung mit westlichem Einschlag vor, nie aber Religionsunterricht als Lehrfach. Dieser wurde sogar 1902 ausdrücklich verboten. Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, daß die bewußte Angleichung Japans an die westliche Zivilisation auch in breiten Strömen westlichen Naturalismus, Positivismus und Materialismus in die Schulen einströmen ließ. Besonders die Lehrerschaft wurde von dem modernen Denken erfaßt. Und da weltanschauliche Systematik und streng logischer Aufbau von Systemen in Japan nicht beliebt sind, war es unvermeidlich, daß ein weitgehender Eklektizismus das Denken der Lehrerschaft beherrschte. Im Untergrund des modernen Denkens lebten zugleich die alten heidnischen Anschauungen weiter. Eine einheitliche religiös-sittliche Bildung der Jugend war unter diesen Umständen unmöglich. Verschiedene größere Untersuchungen über das weltanschauliche Denken der Schulkinder führten zu erschütternden Ergebnissen. Daß katholische Kinder in Staatsschulen unter diesen Umständen in ihrem Glauben mehr als gefährdet sind, ergibt sich von selbst.

Seit 1947 sind in den Schulen zwar einige Konzessionen an die Religion gemacht worden. So dürfen Religionen als „gesellschaftliche Phänomene" studiert werden. Auch wurden für die persönliche religiöse Betätigung größere Freiheiten gegeben. Die Privatschulen dürfen Moral und Religion außerhalb des Stundenplanes lehren. Aber die überwältigende Mehrheit der japanischen Schulkinder entbehrt bis zum 18. Lebensjahr den Unterricht in den elementarsten Begriffen der Moral.

Nichtkatholische Kinder und Lehrer an Missionsschulen und umgekehrt

Sollte nun die Kirche nicht wenigstens einen kleinen Teil des ihr drohenden weltanschaulichen Schadens dadurch abwehren können, daß sie die bisher von heidnischen Kindern besetzten Plätze in ihren Schulen für katholische Kinder freimacht? Die katholische Japanmission glaubt diesen Weg unter keinen Umständen gehen zu dürfen. In einem Missionsland muß die Schule Missionsschule bleiben. Sonst würde die Kirche in Japan nur noch auf das Wachstum durch erwachsene Konvertiten angewiesen sein. Sie muß aber auch im Denken und Leben der Schuljugend sich einen Raum schaffen, der über die Erziehung der Kinder katholischer Eltern hinausgeht. Im übrigen ist die wirtschaftliche Lage der japanischen Katholiken nicht derart, daß sie ein hochentwickeltes Mittelschulwesen nur aus eigenem Vermögen bestreiten können. Die 141 000 Katholiken Japans haben heute schon etwa 100 Schulen, die nach den staatlichen Vorschriften einzurichten und mit qualifizierten Lehrkräften zu besetzen eine nicht geringe finanzielle Aufgabe darstellt. Leider müssen die katholischen Schulen heute auch viele heidnische Lehrkräfte anstellen, in manchen Anstalten mehr als 50 Prozent. Das bedeutet natürlich auch eine innere Gefahr für die katholische Erziehung innerhalb der katholischen Anstalten. Diese muß aber in Kauf genommen und mit geeigneten Mitteln abgewehrt werden. Eine überraschende Feststellung hat man übrigens in den letzten Jahren gemacht: Etwa 1400 katholische Lehrer (nach neuesten Mitteilungen sogar 2000) sind in nichtkatholischen Schulen Japans festgestellt worden. Daß die kleine Japanmission in den letzten Jahrzehnten so viele katholische Lehrer hervorbrachte, ist ein ehrendes Zeugnis für die Güte ihres Unterrichtes und den Weitblick ihrer Erziehungsmethoden. Diese katholischen Lehrer, die in heidnischen Lehrerkollegien arbeiten, sind direkt oder indirekt eine wertvolle Apostolatshilfe. P. Roggendorf SJ hat sich mit Erfolg bemüht, die katholische Lehrerschaft Japans zu erfassen und ihr durch eine eigene pädagogische Monatsschrift zu dienen, die sich wachsenden Ansehens erfreut.

Eine dringende Aufgabe der katholischen Schulen ist, Kindern aus weniger bemittelten katholischen Schichten Zugang zu höherer Bildung zu verschaffen. Nur mit solchen Kräften kann später die Kirche in der so wichtigen sozialen Aktion erfolgreich tätig sein.

Katholische japanische Universitäten und Hochschulen

Auf die Universitätsbildung können wir hier nur kurz eingehen. Wir haben heute 6 anerkannte Universitätskollegien und 5 sogen. Junior-Colleges für Mädchen. Aber die Protestanten besitzen eine vielfache Zahl solcher Institute und arbeiten mit viel reicheren Mitteln als die katholischen Hochschulen. Im Rahmen der neuen Universitätsverfassung in Japan müssen vor allem Graduierten-Colleges geschaffen werden, die schließlich die Spitze und die Blüte des Universitätswesens darstellen und auch den christlichen Gemeinschaften gestatten, ihre

eigenen Führer heranzubilden. Millionen sind schon für eine Internationale Christliche Universität der Protestanten gesammelt worden. Auch die Katholische Universität in Tokio strebt danach, sich eine Hochschule für Graduierte anzugliedern.

Die Schulfrage ist in Japan, das heute durch ein kulturelles Vakuum geht, das zugleich ein sittliches und religiöses ist, von ungeheurer Bedeutung. Die christliche Schule schafft die Fundamente einer christlichen Gesellschaftsordnung. In den Erzieherkreisen auch des heidnischen Japan ist die Ratlosigkeit groß. Die Pädagogik mußte in Übereinstimmung mit dem Edikt des Kaisers Meiji, das jetzt abgeschafft ist, auf die konfuzianische Theorie gestützt werden. „Auf welcher Theorie", so fragen die Pädagogen Japans, „sollen wir denn nun aufbauen?" Wer sieht hier nicht die Möglichkeiten einer christlichen Pädagogik?

Ökumenische Nachrichten

Ein Monitum von Präs. Marc Boegner

In diesem Jahre wurden die Feiern der Gebetsoktav um die Einheit im Glauben nicht überall mit demselben Eifer, sondern oft „in Hoffnung gegen alle Hoffnung" begangen. Denn Ereignisse des Heiligen Jahres hatten bei den getrennten Brüdern manche tiefe Enttäuschung und Trauer ausgelöst. Um so erfreulicher scheint es, daß in einem Rückblick auf das Heilige Jahr der ehemalige Präsident der französischen Protestanten, Pfarrer Marc Boegner, einer der sechs Präsidenten des Ökumenischen Rates, zwar feststellt, daß sich das allgemeine Klima seit 1949 abgekühlt habe, aber dennoch die „Instructio" des Heiligen Offiziums zur Frage der ökumenischen Bewegung insofern positiv beurteilt, als nunmehr alle Bischöfe von Amts wegen verpflichtet seien, die ökumenischen Probleme zu studieren. Er findet auch sonst manchen positiven Zug an der „Instructio". Dagegen bringt er abermals zum Ausdruck, daß nicht nur das neue Mariendogma, sondern auch die Enzyklika „Humani generis" unheilvolle Zeichen für das ökumenische Gespräch seien. Der Graben habe sich vertieft. Der 1. November 1950 sei ein epochemachender Einschnitt für die ökumenische Bewegung und werde auch, nach seiner persönlichen Kenntnis, von einer großen Zahl von Katholiken so betrachtet, die sich heute nicht nur über die Infallibilität, sondern auch über das vorangegangene Dogma „Immaculata Conceptio" ihre Gedanken machten. Die Enttäuschung sei um so größer, als jene Ereignisse gerade in das Jahr fielen, das der Papst mit der Mahnung zur großen Heimkehr eröffnet habe.

Was die Zukunft angehe, äußert Präsident Boegner sein unerschütterliches Vertrauen. Es sei gut und heilsam, daß die römisch-katholische Kirche mit ihren klaren und radikalen Positionen keinen Zweifel mehr gelassen habe, welches nach ihrem Urteil der Weg zur Einheit im Glauben sei. Niemand könne nunmehr irgendwelche Illusionen hegen. Es sei aber interessant, so erklärt er ausdrücklich, daß „bedeutende Priester der katholischen Kirche und Repräsentanten ihrer Theologie" ihm, Boegner, in den letzten Monaten versichert hätten, auch der Ökumenische Rat dürfe nun in seinen Entschlüssen keinen Zweifel aufkommen lassen, daß für ihn eine Vereinigung in der allgemeinen Kirche Christi mit der römisch-katholischen Kirche, „so wie sie jetzt ist", nicht in Frage komme! Boegner fügt dieser, wie uns scheint, ein wenig intriganten Mitteilung hinzu, daß der Ökumenische Rat auf seiner nächsten Tagung seine Stellung gegenüber der römisch-katholischen Kirche genau umschreiben werde. (Nach „Le Semeur" 49. Jhg. Heft 3/4 S. 170.)

Der geeinte Protestantismus in USA

Eine Sondernummer des „Christian Century" vom 13. Dezember 1950 enthält ausführliche Einzelheiten über die Gründung des „Nationalrates der Kirche Christi in USA" in Cleveland (Ohio), über die wir im letzten Heft einen kurzen Bericht gaben. Da es sich hier um den Versuch handelt, „die christliche Führung im amerikanischen Leben" dem Protestantismus zu sichern und eine Plattform zu gewinnen, von der aus der amerikanische Gesamtprotestantismus „zu dieser Nation unter Gott" vernehmlich reden und sich „für den demokratischen Charakter des protestantischen Lebens einsetzen" kann, empfiehlt es sich, folgende Einzelheiten nachzutragen. Zunächst liegt jetzt eine vollständige Liste der Mitglieder dieses „Bundes der Kirchen" vor, der außer den Southern Baptists und den Missouri-Lutheranern alle protestantischen Denominationen offiziell angehören. Das sind:

Baptisten	
American Baptist Convention	1 583 360
National Baptist Convention of America	2 594 521
National Baptist Convention USA	4 385 206
Sonstige	6 462
Church of Brethren (Brüdergemeinde)	185 088
Congregational Christian Churches	1 184 661
Disciples of Christ	1 738 605
Evangelical and Reformed Church	714 583
Evangelical United Brethren Church	711 537
Friends (Quäker)	74 810
Lutheraner	
Augustana Lutheran Church	312 326
Danish Evangelical Lutheran Church	13 931
United Lutheran Church of America	1 349 663
Methodisten	
African Methodist Episcopal Church	1 066 301
African Methodist Episcopal Zion Church	520 175
Colored Methodist Episcopal Church	381 000
Methodist Church	8 792 569
Mährische Brüder	38 923
Orthodoxe	
Rumänische	50 000
Russische	300 000
Syrische	20 300
Ukrainische	39 500
Presbyter	
Presbyterian Church in the US.	653 594
Presbyterian Church in the USA.	2 401 849
United Presbyterian Church of N. A.	213 810
Protestant Episcopal Church	1 671 366
Reformed Church in America	179 085
	31 183 225

Ein christologisches Problem?

Die Gründung des Nationalrates wurde außerordentlich feierlich unter Anrufung der Heiligen Dreifaltigkeit

vollzogen. Die „dogmatische" Präambel lautet: „Nach göttlicher Vorsehung ist die Zeit gekommen, da es recht erscheint, die wesentliche Einheit der christlichen Kirchen der USA in Jesus Christus als ihrem Herrn und Heiland zu manifestieren und durch die Schaffung einer alle umschließenden kooperativen Agentur (agency) die allgemeinen Körperschaften der einzelnen Kirchen fortzuführen und alle ihre Interessen und Funktionen zu kombinieren." In der Aussprache wurde unter dem Murren der Disciples of Christ die christologische Formel „Herr und Heiland" beanstandet, weil sie nicht mit der entsprechenden Formel im Grundartikel des Ökumenischen Rates „Jesus Christus als Gott und Heiland" übereinstimme. Die Prüfung der Formel wurde vertagt.

Der geschaffene Apparat, der ohne Hilfsarbeiter und Büropersonal 800—1000 Personen beschäftigen wird, ist außerordentlich kompliziert und umfaßt verschiedene zentrale „Departments" mit einigen „Divisions" für Fragen der Schule, der Mission und des christlichen Lebens. In einer Leitglosse von „Christian Century" wird daher bereits vor der Gefahr gewarnt, diese Organisation könnte zu einer „bloßen Maschine, zu einer Charlie-Chaplin-Phantasmagorie von Rädern und knirschenden Getrieben" werden. Da in den Gründungstagen Präsident Truman gerade von der Möglichkeit eines Einsatzes der Atombombe in Korea sprach, hat die Versammlung sich besonders auch mit der moralischen Gefahr beschäftigt, in welcher sich das amerikanische Christentum angesichts des koreanischen Krieges befinde. An Truman wurde ein mahnendes Schreiben gerichtet, das vor Hysterie und Selbstgerechtigkeit warnte und erneut die Notwendigkeit einer internationalen Kontrolle der Atomwaffen betonte. Unter anderem ist beabsichtigt, im Nationalrat dem Laientum einen vorherrschenden Platz einzuräumen.

Kurz vor der Tagung von Cleveland fand eine Konferenz der drei im Nationalrat vertretenen lutherischen Denominationen statt, in der ein kirchlicher Zusammenschluß des ganzen amerikanischen Luthertums gefordert wurde. Die Aussprache ergab erhebliche Schwierigkeiten. Man war indessen einig in der Verurteilung des neuen Mariendogmas und benutzte es, um „aufs heftigste" einer amerikanischen Botschaft beim Vatikan zu widersprechen.

Der Rückschlag von Toronto

Die Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates in Toronto hatte im Juli 1950 mit auffallender Distanzlosigkeit den Beschluß der Uno zu einer „Polizeiaktion" gegen den nordkoreanischen Angreifer gebilligt, so daß unser Bericht dieses Ereignis nicht ohne ein Fragezeichen lassen konnte (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 4, Heft 12, S. 543). Inzwischen hat dieser Beschluß offenbar so heftige Reaktionen ausgelöst, besonders unter den „jungen Kirchen" Asiens, daß die Zeitschrift des Ökumenischen Rates, „Ecumenical Review" im Januar 1951 ihre Aufsätze fast ausschließlich einer kritischen Prüfung der Frage widmet, ob und unter welchen Bedingungen derartige Kundgebungen zu aktuellen politischen Ereignissen bzw. zu bereits gefallenen Entscheidungen der Mächte im Interesse der kirchlichen Aufgaben des Rates verantwortet werden können. Zur „Verantwortung der Kirche in der Politik" schreibt Kenneth G. Grubb, London, der Vorsitzende der ständigen Kommission für internationale Angelegenheiten, ganz offen, es sei die erste Aufgabe des Rates, seine Mitglieder zu behalten und nicht, sie durch politische Pronuntiamentos zum Austritt zu veranlassen! Die politischen Fragen müßten sehr viel sorgfältiger durch Fachleute und Theologen studiert werden, und es seien dabei drei Bedingungen zu beachten: erstens müßte über die theologischen Prinzipien und ihre biblische Grundlegung Einverständnis herrschen, sodann müßte man das bisherige Stadium der Versuche, Zugang zu internationalen Fragen zu erhalten, durch die Bestellung eines Gremiums erfahrener Fachleute ablösen. Es sei nicht Sache der Kirche, bestehende Rivalitäten der internationalen Politik unnötig zu verschärfen, sondern sie müßte ein Ort der Versöhnung sein. Grubb gibt keineswegs das Ziel auf, dem Ökumenischen Rat einen starken politischen Einfluß auf die internationale Lage zu sichern, aber dazu sei nach seiner Meinung noch viel zu tun, besonders sei ein größerer Strom von Informationen über alle aktuellen und möglichen Spannungen und Krisenherde in der Welt notwendig.

Asiatischer Protest

Sehr viel kritischer äußert sich der indische Delegierte M. M. Thomas über das gleiche Thema. Wenn eine Krise so tief im vorpolitischen, geistigen und ideologischen Bereich wurzele, hätte die Kirche die Pflicht, diese Voraussetzungen hinter jeglicher Politik zu demaskieren und unter eine christliche Kritik zu stellen. Dabei seien nicht die Interessen der Kirchen oder der Christen in erster Linie zu vertreten, sondern die Herrschaft Christi über die christlichen wie heidnischen Mächte zu bezeugen. Der kritische Grundgedanke müsse sowohl beim Eintreten für die Freiheit des Glaubens wie für Recht und Ordnung wie für den Frieden in der Welt stets die soziale Gerechtigkeit und die Würde des Menschen überhaupt sein. In Asien z. B., wo die Völker und die Christen seit Jahrzehnten gegen das herrschende Recht der imperialistischen Mächte angekämpft hätten, würde es nicht verstanden, wenn die Kirchen sich schlechthin auf die Seite der herrschenden Ordnung und des status quo stellen, wie das in der Korea-Erklärung von Toronto geschehen sei, einer Erklärung, die gänzlich an den Christen Asiens vorbeigesprochen wurde, weil sie keinerlei Kritik an den sozialen Zuständen in Südkorea enthielt.

Ähnlich scharf urteilt der australische Kongregationalist John Garret über „die Worte und Taten der Kirchen". Vor allem warnt er angesichts der australischen Verhältnisse davor, daß die Kirche sich unbesehen mit der politischen Front gegen den Kommunismus identifiziere, nur deshalb, weil man in Westeuropa Angst vor dem Kommunismus habe. „Der Name Christi darf nicht nach Asien kommen in Verbindung mit den Namen Bao Dai und Syngman Rhee.... Die christliche Botschaft in Asien darf niemals in erster Linie antikommunistisch sein und muß immer, auf eine sehr menschliche Weise, pro-asiatisch lauten und unabhängig vom politischen Wetter bleiben. Japanische Christen müßten sich rüsten für die Mission in der Sowjetunion. Ein Freund, der jetzt in China Missionar sei, habe ihm erklärt, die australischen Kirchen seien bald reif für Missionare aus China! Gegen die Erklärung von Toronto schlägt Garret vor, man solle das prophetische Amt der politischen Kritik besser

einzelnen namhaften Christen überlassen, die jeweils unter der Autorität Jesu Christi an ihrem konkreten Platz sprechen. Und man müsse besser darauf achten, daß jedes echte christliche Wort ein fleischgewordenes Wort sei. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß zwar die Stimme christlich klingt, daß aber der rechte Arm nicht zum Leibe Christi gehört. Man solle selten reden und statt dessen besser hinhorchen, was Gott zu sagen hat.

Die Ausführungen des amerikanischen Sprechers Charles P. Taft, eines prominenten Mitglieds des „Nationalrates" für wirtschaftliche Fragen, prüfen ebenfalls die Möglichkeit, wie die Kirchen wirksam zu heiklen Fragen sprechen könnten. Taft meint, man müsse vorher überlegen, ob eine Erklärung wirksam sein könnte, ehe sie beschlossen würde. Es käme vor allem darauf an, die christlichen Grundsätze im täglichen Leben der Laien zur Wirksamkeit zu bringen. Die Reihe der Artikel schließt mit einer Kritik des französischen Delegierten Roger Mehl, Straßburg, der zu dem Urteil gelangt, die Kirchen hätten zu viel Selbstvertrauen hinsichtlich ihrer Gaben, die Geister zu unterscheiden, und griffen erst ein, nachdem die ideologischen Blocks bereits ihre Stellung bezogen hätten. Wenn sie schon reden wollten, müßten sie den Problemen vorauseilen. Das Fatale an der Erklärung von Toronto sei ihr Präzedenz-Charakter, der den Ökumenischen Rat leicht zwingen könnte, in einer identischen oder ähnlichen Lage wieder zu reden. Dieses Heft der „Ecumenical Review" wird sicherlich dazu beitragen, daß der Ökumenische Rat in Zukunft vorsichtiger auftritt, was einer Organisation nicht ganz leicht wird, die zum Teil noch davon lebt, daß sie von sich reden macht. Der Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates, der vom 30. Januar bis 1. Februar unter dem Vorsitz des Lordbischofs von Chichester, Dr. Bell, in der Schweiz tagte, hat einen längeren Brief an die Mitgliedskirchen gerichtet, der zur Verschlechterung der Weltlage Stellung nimmt und die Gesichtspunkte vorstehender Aufsätze zusammenfaßt. Besonders wird betont, daß die Aufrüstung der Mächte sich in den Grenzen der Sicherheit zu halten hätte.

Der Kreuzweg nach Lund

Als eine erste umfassende Unterrichtung über den Stand der Arbeiten der ökumenischen Bewegung „Faith and Order" (Glaube und Verfassung) veröffentlicht der Generalsekretär Oliver Tomkins, London, eine Broschüre „Die Kirche im Heilsplan Gottes" (The Church in the purpose of God, London 1950). Auch ein Kenner dieser Arbeiten und der Geschichte von „Faith and Order" seit Lausanne und Edinburgh wird erstaunt sein über die kaum zu übersehende Fülle von Problemen, denen sich die Theologen der rund 150 Glaubensgemeinschaften im Jahre 1952 auf ihrer Weltkonferenz von Lund gegenübersehen werden. Dabei ist diese Schrift nicht einmal für die Fachleute, sondern für gebildete Leser geschrieben. Es finden sich darin viele bekannte Dinge, darunter gute Analysen des Berichtes der I. Sektion von Amsterdam 1948 über „Die Kirche" und „unsere tiefsten Unterschiede", auch ein Vorentwurf über das Wesen des Ökumenischen Rates, wie er in geläuterter Fassung in Toronto unter dem Titel „Die Kirche, die Kirchen und der Weltrat der Kirchen" angenommen wurde (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 5, S. 100f. — Hier sei ein Druckfehler berichtigt: auf S. 100 rechte Spalte muß es zu Beginn von Abschnitt 1 heißen „Er ist keine Superkirche. Er ist nicht die Weltkirche. Er ist nicht die Una Sancta Catholica Ecclesia, von der die Bekenntnisse sprechen". D. Schr.). Mit zu dem wertvollsten gehört die Bibliographie im Anhang, die vollständige Liste der Mitglieder der Theologischen Kommissionen (1. Über die Kirche, 2. über den Gottesdienst, 3. über Interkommunion). Zur ersten Kommission gehört als deutscher Vertreter Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg, zur 2. Kommission, deren stellvertretender Vorsitzender D. Asmussen ist, gehört noch Landesbischof D. Stählin. Bischof D. Otto Dibelius hat seinen Sitz in der 3. Kommission niedergelegt.

Keine „Synthese"

Aus dem reichen Stoff sei folgendes herausgegriffen. Die umfassende Publikation, die der Vorsitzende der 1. Kommission, Dr. Newton Flew, Cambridge, im Jahre 1939 plante, sah vor einen ersten Band über die biblische Grundlegung der Kirche im Alten und Neuen Testament, einen zweiten Band über die Lehre von der Kirche vom 2. bis 20. Jahrhundert, darunter Kapitel über die abweichenden Lehren der verschiedenen Kirchen seit der Reformation einschließlich der Römisch-Katholischen Kirche, und einen dritten Band über den gegenwärtigen Glauben der verschiedenen Kirchengemeinschaften. Ein vierter Band sollte ursprünglich „eine Synthese" der verschiedenen Lehren versuchen, „die von allen angenommen werden könnten". Es kennzeichnet die Entwicklung der letzten zehn Jahre, daß dieser Plan des vierten Bandes fallen gelassen wurde (S. 35f.). Eine bemerkenswerte Übersicht über die „transkonfessionellen Tendenzen der Theologie", die durch alle Kirchen hindurchgehen — Liberalismus, biblische Theologie und Eschatologie, Aktualismus und Konfessionalismus —, hat eine wörtliche Ähnlichkeit mit einem Aufsatz von Prof. D. Edmund Schlink über das gleiche Thema in „Le Semeur", der Zeitschrift der protestantischen Studentenschaft in Frankreich (Nr. 3/4 1951) „Après l'année sainte". Die Berichte über das Problem der Kirche enthalten keine Fortschritte gegenüber dem Dokument von Toronto.

Ähnliche Schwierigkeiten legt der Bericht über die Gottesdienste dar, der im August 1950 in der Schweiz von der 2. Kommission ausgearbeitet wurde. Man ist sich darüber klar, daß in der Anbetung Gottes das Herz aller ökumenischen Dinge zu suchen ist. Ein Überblick über die verschiedenen Typen christlicher Anbetung, von der orthodoxen Liturgie bis zum Erwarten des Heiligen Geistes im Schweigen der Quäker, sucht den lebendigen Glauben aus dem Gottesdienst zu entnehmen. Möglichkeiten gemeinsamer Anbetung werden hier so wenig gesehen wie in dem Bericht über die Abendmahlsliturgie, der lediglich eine allgemein verbreitete Reaktion gegen den „Spiritualismus" früherer Generationen feststellt (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 4, S. 545). Völlig verschieden wird aber in den einzelnen Kirchen das Verhältnis von Wort und Sakrament aufgefaßt, andrerseits seien Versuche im Gange, den Gedanken des Opfers wieder in die Abendmahlsfeier aufzunehmen. Die Frage der Taufe sei noch zu wenig studiert und müsse infolge der von Karl Barth aufgeworfenen Fragen neu durchdacht werden. Der Bericht über das heikle Problem der „Interkommunion", das heißt der Teilnahme am Abendmahl

einer anderen Glaubensgemeinschaft, mit der keine kirchliche Gemeinschaft in Glaube und Lehre besteht, zeige die ganze Not des Ökumenischen Rates, der von sich glaube, daß seine Mitglieder „in Jesus Christus geeint sind", ohne doch Eine Kirche sein zu können. Es wird betont, der Ökumenische Rat müsse auf seinen Tagungen sehr behutsam dafür sorgen, daß nicht der Eindruck entstehe, er überspringe durch gemeinsame Abendmahlsfeiern die bestehenden Lehrunterschiede über die Natur des Sakramentes und das Wesen der Kirche. Für einen solchen Versuch sei noch keine leichte Lösung in Sicht, und es müsse bei vier verschiedenen Abendmahlsfeiern bleiben.

„Die vergessenen Faktoren"

Ein eigenes Kapitel zählt die vollzogenen Unionen auf, die seit 1937 in den verschiedenen Ländern und Erdteilen stattgefunden haben, besonders in USA (Zusammenfassung der weißen Methodisten), erwähnt aber auch, daß Unionen von der Art, wie sie in Südindien gefunden wurden, neue Spaltungen herbeiführten, z. B. zwischen Anglikanern der südindischen Union und den in der Lambethkonferenz zusammengeschlossenen Anglikanern.

Das fruchtbarste Kapitel des ganzen Buches legt die „vergessenen Faktoren" dar, d. h. alle jene vielseitigen nichtkirchlichen und nicht-theologischen Ursachen der Spaltung, die inzwischen weitgehend von der Geschichte überholt seien und deren Berechtigung einer Nachprüfung bedürfen. Auf diesem Gebiet hat vor allem eine amerikanische Kommission ganze Arbeit geleistet; aber es scheint nicht, als wollten die Theologen aus diesen oft recht peinlichen Tatsachen gar so bald die Konsequenzen ziehen.

Für einen katholischen Beobachter, der die Möglichkeiten eines Gespräches mit den deutschen Protestanten studiert, gibt diese Schrift viele Anregungen zum Nachdenken und zur Vorsicht. Sie zeigt, wie tief die protestantischen Theologen, und zwar gerade jene, die das Gespräch mit den katholischen Freunden bisher führend bestritten haben, in das Wirrsal ökumenischer Probleme verstrickt und wahrscheinlich immer tiefer verstrickt werden. Wir müssen uns wohl sehr viel stärker als bisher mit dem Gedanken vertraut machen, daß ein sog. interkonfessionelles Gespräch in Deutschland fruchtbar nur geführt werden kann, wenn die katholischen Partner eine hinreichende Kenntnis der ökumenischen Probleme besitzen, jener Probleme, die ihren protestantischen Freunden Not und — Freude machen. Die Schrift von Oliver Tomkins, der weitere folgen werden, bestätigt aufs eindringlichste das Urteil Roms, wonach die ökumenische Frage nicht von einem Winkel der Kirchengeschichte her mit Erfolg angepackt werden kann, sondern letzten Endes nur durch ein globales, wohlorganisiertes Studium und durch eine globale Führung vorankommt.

Neueste Entwicklung der Orthodoxie in der Tschechoslowakei

Allem Anschein nach ist die Tschechoslowakei berufen, in den Expansionsplänen des Moskauer Patriarchats die entscheidende Rolle als Hauptaufmarschgebiet der Orthodoxie in Mitteleuropa zu spielen. Außer der zentralen Lage der Tschechoslowakei kommt den Moskauer Plänen eine schon seit Ende des 19. Jahrhunderts bestehende, stark panslawistisch gefärbte orthodoxe Bewegung unter den Tschechen entgegen. Schon die alten russischen Slawophilen zeigten für die Tschechen gewisse Sympathien, weil sie im Hussitentum noch den alten Geist der Orthodoxie zu verspüren glaubten. Bekanntlich war die orthodoxe Mission im Großmährischen Reich, die von den Slawenaposteln Kyrill und Methodius im 9. Jahrhundert begonnen wurde, nur von kurzer Dauer. Dieser westlichste Außenposten des byzantinischen Glaubens kam bald wieder unter den Einfluß der fränkischen Bischöfe und wurde im Laufe der Zeit vollständig latinisiert.

Die Wiederherstellung dieser alten orthodox-slawischen Tradition machte sich der tschechische Bischof Gorazd zur Aufgabe. Er war aus der sogenannten „Tschechoslowakischen Nationalkirche" hervorgegangen, einer Richtung, die schon seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts innerhalb der römisch-katholischen Kirche bestand und gewisse Reformen verlangte, darunter vor allem Berücksichtigung des slawischen Elementes. Im Jahre 1920 hatte sich diese nationalkirchliche Bewegung unter Abtrennung von Rom selbständig gemacht. Sehr bald kam es zu heftigen inneren Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Absicht einiger Mitglieder, sich gänzlich vom Katholizismus zu trennen und die orthodoxe Lehre anzunehmen. Der größere Teil der „Tschechoslowakischen Nationalkirche", im Jahre 1930 etwa 800 000 Gläubige, verblieb bei der eingeschlagenen Richtung, eine Minderheit von etwa 20—30 000 Gläubige schloß sich unter Führung des schon 1921 vom serbischen orthodoxen Patriarchen geweihten Bischofs Gorazd zu einer tschechoslowakischen orthodoxen Kirche zusammen, die in kanonischer Abhängigkeit von der serbischen Kirche stand.

Im Jahre 1942 wurde Bischof Gorazd von den Deutschen erschossen, da man ihn der Mittäterschaft an dem Attentat auf den Reichsprotektor von Böhmen und Mähren Heydrich verdächtigte. Die orthodoxe Kirche wurde verboten, erst 1945 konnte sie sich erneut unter Führung des tschechischen Priesters Cestmir Kračmar konstituieren. 1946 unterstellte sie sich der russischen Kirche, die ihr umgehend wirksame Unterstützung zuteil werden ließ. Der Moskauer Patriarch ernannte einen Exarchen für die Tschechoslowakei und beorderte zu diesem Zweck den russischen Erzbischof Eleutherios von Ostasien nach Prag.

Religiöse Tendenzen und politische Absichten

Auf der wichtigen Moskauer Kirchenkonferenz im Juli 1948 wurden auch für die inzwischen 65 Gemeinden zählende orthodoxe Kirche in der Tschechoslowakei wichtige Entscheidungen getroffen. Ihre Bedeutung wurde zunächst in der Erhebung des Erzbischofs Eleutherios zum Metropoliten dokumentiert, ein Schritt, der hinsichtlich der kaum 60 000 orthodoxen Tschechen an sich nicht gerechtfertigt erscheint. Ferner wurde zur Heranbildung von Priestern die Organisation des orthodoxen Theologiestudiums beschlossen. Bereits Ende 1948 wurde das erste Priesterseminar in Karlsbad eröffnet. Anläßlich der Einweihungsfeiern wurden der russische Pariarch Alexius und sein Exarch als die Erneuerer der „ruhmreichen Tradition der orthodoxen Schulen des ersten Jahrtausends nach der Geburt Christi" gefeiert. Die große russische Kirche, hieß es, gebe dem Land der

hl. Kyrill und Methodius symbolisch das zurück, was sie bei der Missionierung Rußlands geistlich von ihm erhalten habe. Mit einem Seitenblick auf den alten tschechisch-deutschen Gegensatz wurde die symbolische Lage des Karlsbader Priesterseminars auf westlichstem Vorposten des Slawentums hervorgehoben.

Ende 1949 wurde die Zahl der tschechoslowakischen orthodoxen Eparchien auf drei erhöht, wie es hieß im Zusammenhang mit der Vermehrung der orthodoxen Gemeinden. Die Prager Eparchie leitet der russische Exarch mit dem Titel eines „Metropoliten von Prag und der ganzen Tschechoslowakei". Der neu errichtete tschechische Bischofssitz von Olmütz-Brünn wurde mit dem zum Bischof geweihten Tschechen Kračmar besetzt. An die Spitze der slowakischen Eparchie von Preschau wurde unter gleichzeitiger Weihe zum Bischof der frühere Vorsteher der russisch-orthodoxen Gemeinde in Alexandrien Alexius Dechterow berufen. Zur Einsetzung der neuen Bischöfe in ihr Amt begab sich der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, der Metropolit Nikolai von Krutizy, Anfang vorigen Jahres in die Tschechoslowakei, wo er von der Bevölkerung überall mit großer Begeisterung empfangen wurde. Diese Reise zeigte, welche Rolle die russische Kirche, die sich starker Sympathien erfreut, in den Plänen der Moskauer Außenpolitik zu spielen vermag. Sie wird heute überall vom bolschewistischen Staat gefördert, wo sie die von alters bestehenden Los-von-Rom-Tendenzen gegen den im westlichen Kulturkreis verwurzelten römischen Katholizismus stützt.

Die orthodoxe Kirche in der Tschechoslowakei soll ihrer Bedeutung gemäß in absehbarer Zeit die Autokephalie erhalten, d. h. selbständig werden. Vorläufig bemüht sie sich unter ihrer russischen Oberleitung um eine weitere Missionierung, wobei man sich durch Hervorkehrung des nationalen Moments, Beteiligung an Huß-Feiern usw., von der auf gleicher Basis stehenden „tschechoslowakischen Nationalkirche" weitere Übertritte erhofft. Im Sinne dieser orthodoxen Expansion in der Tschechoslowakei bedeutete die Beseitigung der Union in der Slowakei im April vorigen Jahres und die Rückführung dieser seit 1646 den päpstlichen Primat anerkennenden griechisch-katholischen Eparchie von Preschau in den Schoß der griechisch-orthodoxen Kirche eine wichtige Etappe. Der erst kurz zuvor in der Slowakei eingetroffene russische Bischof hatte, wie man sieht, seine Aufträge schnellstens erfüllt. Anderseits dürfen die Tendenzen zum Wiederanschluß an die Orthodoxie in der unierten Bevölkerung (sowohl in der Slowakei als auch in der Karpatho-Ukraine und in Ostgalizien) nicht verkannt werden.

Nachdem das Konzil der unierten Kirche der Slowakei Ende April 1950 (vgl. Herder-Korrespondenz Jahrg. 4, Heft 12, S. 539) die Rückkehr zur Orthodoxie beschlossen hatte, wurde am 28. Juli, dem Tage Wladimirs des Heiligen, des Täufers Rußlands, auf einer Versammlung der orthodoxen Preschauer Eparchie die Errichtung einer zweiten orthodoxen Eparchie in der Slowakei mit Bischofsitz in Michailowzy beschlossen. Am 29. Juli wählte die Eparchialversammlung des neuen Bistums den bisherigen Generalvikar Victor Michalič zum Bischof von Michailowzy. Nach Angaben des Bischofs Alexius von Preschau war die Zahl der orthodoxen Gemeinden in der Slowakei — bis Januar 1950 nur achtzehn — im September bereits auf weit über hundert gestiegen. Die offiziellen Berichte stellen die Vorgänge in der Slowakei als elementare Volksbewegung hin zum „Glauben der Urväter" dar. Die Regierungsbehörden und die russische Kirche unterstützen die Bevölkerung in ihrem Wunsch einer geistlichen Neuorganisation. Der Widerstand eines Teiles der unierten Geistlichkeit ist an gewissen Einzelheiten abzulesen; die Haltung dieser Geistlichen wird jedoch mit politischem Widerstand gegen das volksdemokratische Regime, ja mit ausländischer Spionage in Zusammenhang gebracht.

Auszeichnung des orthodoxen Patriarchen von Antiochien für den russischen Exarchen in der Tschechoslowakei

Das gesamtorthodoxe Interesse an der orthodoxen Missionierung in der Tschechoslowakei zeigt ein Schreiben des Patriarchen von Antiochien, Alexanders III., an den Exarchen des Moskauer Patriarchen in Prag, Metropolit Eleutherios. In Anerkennung seiner Verdienste um die „Wiedervereinigung von Hunderttausenden von Unierten mit der Orthodoxen Kirche" zeichnete der Patriarch von Antiochien den russischen Exarchen in der Tschechoslowakei mit dem höchsten Orden der Kirche von Antiochien aus.

Der Exarch des Moskauer Patriarchen für Westeuropa an die abendländischen Orthodoxen

Namens der russischen Kirche, die „Millionen von Russen, unsere Zeitgenossen, geistlich nährt und in heutiger Zeit eine große kirchliche und historische Mission verwirklicht", wandte sich der noch immer in Rußland weilende Exarch des Moskauer Patriarchen für Westeuropa, Erzbischof Photius, im Oktober mit einem Sendschreiben an die westeuropäischen orthodoxen Christen. Der Aufruf enthält eine deutliche Anspielung auf die jüngsten Versuche einiger (früher katholischer) Priester des Westeuropäischen Exarchats in Paris, nach Ausscheiden aus der Moskauer Jurisdiktion und mit Hilfe des in Paris lebenden auslandsrumänischen Metropoliten Wissarion eine selbständige westeuropäische orthodoxe Jurisdiktion zu begründen, und ermahnt die Gläubigen, sich nicht durch die Verfehlungen von Leuten in die Irre führen zu lassen, „die äußerlich unter uns weilten, aber in Wahrheit nicht zu uns gehörten" und „von einer Jurisdiktion zur anderen überwechseln".

Der Erzbischof hat hier zweifellos vor allem den Priester Sergius Arbogast Heitz und den Professor für Liturgik am Pariser Orthodoxen Institut St. Dionys Oberpriester Alexius van der Mensbrugghe im Auge, die kürzlich auf einer Tagung in Badenweiler den Versuch machten, auch die deutschen Orthodoxen für den Plan einer abendländischen orthodoxen Jurisdiktion unter den Auspizien des rumänischen Metropoliten Wissarion zu gewinnen. Diese Absichten wurden damals durch das Auftreten der vom Pariser Exarchat gesandten Vertreter zunichte gemacht, vor allem durch Hinweis auf die vom Hl. Synod der rumänischen Kirche verfügte Amtsenthebung des Metropoliten Wissarion. Die anwesenden deutschen Orthodoxen zeigten auch von sich aus keinen Wunsch, aus der Jurisdiktion der — meist zur russischen Emigration gehörenden — Kirchengruppe auszuscheiden, der sie sich angeschlossen haben.

Diese Vorgänge sind zweifellos der Anlaß zu dem erwähnten Sendschreiben des Erzbischofs Photius. Er erkennt hier die Berechtigung des Wunsches der westeuropäischen Orthodoxen nach einem eigenen Bistum — natürlich im Schoße des Moskauer Exarchats — an und kündigt in diesem Zusammenhang schon für die nächste Zukunft ein „breit angelegtes schöpferisches Programm" an.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Die Fastenansprache des Heiligen Vaters an den Klerus von Rom

Wie alljährlich, so hat auch in diesem Jahr am 6. Februar zu Beginn der Fastenzeit der Heilige Vater eine mahnende Ansprache an den Klerus seiner Diözese Rom gehalten. Er leitete sie ein mit einem Gedenkwort an den eben verstorbenen Generalvikar seiner Diözese, den Kardinal Marchetti-Selvaggiani, der während 20 Jahren die Diözese Rom verwaltet hatte, und mit einer Begrüßung für dessen Nachfolger in diesem Amte, Kardinal Micara. Der erste Teil seiner Ansprache galt dann einem Rückblick auf das Heilige Jahr, das auch für die Gläubigen Roms bis zuletzt ein Jahr ungewöhnlicher Segnungen gewesen sei. Dann fuhr der Heilige Vater fort:

Die Welt in Angst vor neuen Katastrophen

„Doch, geliebte Söhne, auch dieses ‚andere Rom', auf das Wir soeben mit einem Wort hingewiesen haben — d. h. diejenigen, die in Unkenntnis oder uneingedenk der Gebote Gottes und der Gesetze der Kirche leben — existiert.

Wenn Wir an die gegenwärtigen Zustände in den großen Städten denken — und was Wir sagen wollen, gilt leider nur zu oft auch, darüber hinaus, bis in die entlegensten Landstriche —, können Wir Uns nicht einer ernsten Sorge erwehren: diese angstgeschüttelte Welt zwischen der furchtbaren Erinnerung an einen kaum beendeten grausamen Krieg und der Furcht vor einem neuen Konflikt, der noch unvergleichlich schrecklicher wäre, ruft mit einem Schrei der Angst nach Sicherheit ihres Lebens. Gebe Gott, daß man von der Sicherheit, die sie erwartet, nicht sagen muß, was der heilige Augustinus in seinem ‚Gottesstaat' (Buch 2, Kap. 20) über die Heiden seiner Zeit schrieb, als die Einbrüche der Barbaren ins Römische Reich Rom und den Provinzen unter unbeschreiblichen Leiden Vorboten eines baldigen Untergangs brachten.

Gleichen sich nicht die damaligen und die gegenwärtigen Verhältnisse? Und müssen deshalb nicht alle, die einen Teil der Verantwortung tragen, ihre Bemühungen vervielfältigen, um den Einbruch des moralisch Bösen, das die öffentliche und private Lebensluft verpestet, zu überwinden und zu zügeln?

Wiedergewinnung der der Kirche Entfremdeten

Doch um auf die Pflichten der Hirtensorge zurückzukommen, so haben Wir kürzlich in Unserer Weihnachtsbotschaft das dringende Bedürfnis hervorgehoben, das augenblicklich für das katholische Apostolat besteht, die schwachen, kraftlosen oder im Glauben schwankenden Seelen zurückzugewinnen. Wenden wir diesen Gedanken auf die Stadt Rom an. Könnt ihr mit kalter Unbeteiligtheit den traurigen Zustand dieser Seelen mitansehen? Jeder von euch muß in sich die Absichten des guten Hirten gegenüber allen, die im Gebiet seiner Pfarre wohnen, nähren und dessen Mission erfüllen.

Apostolat der Laien

Anderseits ist es oft für den Priester ungeheuer schwierig, gewisse Schichten direkt zu erreichen. Und eben hier tut sich ein weites Arbeitsfeld für die Mitarbeit der Laien auf. Wir brauchen euch nicht noch einmal die Katholische Aktion zu empfehlen, die große Organisation, die der Kirche so viele hervorragende Dienste leistet. Doch außerdem wissen Wir, daß einige katholische Laien — auf Anregung und unter Leitung des Priesters — kleine Vereine oder Kreise gebildet haben, wo je nach den Umständen ein- oder zweimal im Monat Berufskollegen, Verwandte, Freunde sich versammeln, um unter sachkundiger Leitung unter anderen auch religiöse Fragen zu behandeln und zu diskutieren. Es ist erstaunlich — wie man Uns versichert —, wie viele Konversionen schon in diesen Zirkeln stattgefunden haben. Und mit dem Familienhaupt oder beiden Eheleuten zugleich gewinnt man im allgemeinen die ganze Familie.

Diese freundschaftliche Art des Apostolats nimmt dann die verschiedensten Formen an, um sich den besonderen Bedürfnissen und Möglichkeiten anzupassen. So laden z. B. manchmal überzeugte und eifrige Katholiken Personen, die der Religion fernstehen und noch weit davon entfernt sind, sich dazu überreden zu lassen, in die Kirche zu gehen und der Messe beizuwohnen, in die Intimität ihres Heims ein; dann hören sie zusammen katholische Sonntagsübertragungen im Radio oder irgendeine religiöse Lektüre, oder sie vereinen sich auch, um gemeinsam ein Gebet zu sprechen.

Einige mögen vielleicht sagen: diese guten Katholiken, Männer und Frauen, geben sich mit recht wenig zufrieden! Recht wenig? Und doch ist es schon etwas, und Wir wollen hier an die Worte Jesu Christi erinnern: ‚Wer ... nicht gegen uns ist, der ist für uns' (Mk. 9, 40, nach dem griechischen Text). Wenn man nicht sofort mehr erreichen kann, ist es doch immer schon ein Anfang, der früher oder später vielleicht einen Kontakt mit der Kirche wenigstens in diesem oder jenem Punkt erleichtern wird, in Erwartung einer vollkommeneren Mitgliedschaft, die schließlich nicht wenige zu den Füßen des Altars führen wird, wo sie mit den heiligen Sakramenten gestärkt werden.

Aus ganzem Herzen loben Wir diese Apostolatsarbeit der Laien, und Wir ermahnen euch, geliebte Söhne, sie mit freundlichen Augen anzusehen, sie zu ermutigen

und vor allem sie sich frei entfalten zu lassen, ob nun diese Gruppen in den Grenzen der Pfarre bleiben oder sich auch darüber hinaus ausbreiten, ob sie sich mit der organisierten Katholischen Aktion zusammenschließen oder nicht. In jedem Fall ist dies schon an sich Apostolat der Laien, und zwar von der besten Art.

Warnung vor Verbürokratisierung der Pfarrarbeit

Schließlich möchten Wir euch einladen, einen Gedanken zu betrachten, der eure gesamte pastorale Wirksamkeit leiten und erleuchten sollte. Widmet euch ihr mit ganzer Seele, gebt eurer ganzen Arbeit das persönliche Siegel eures Geistes und eures Herzens. Mit diesen Worten beabsichtigen Wir, euch vor einem Exzeß der Bürokratie bei der Seelsorge zu bewahren. Zweifellos ist das gute Funktionieren des Pfarramtes eine Aufgabe, zu der ihr streng verpflichtet seid. Aber es ist notwendig, daß eure Pfarrkinder immer und überall die Güte, die väterliche Liebe spüren, die das Herz des Hirten erfüllt. Jeder eurer Gläubigen muß das fühlen, muß leicht zu euch vordringen können und bei euch die Hilfe und Stütze finden, die seinem Vertrauen entspricht.

Das setzt aber offenkundig eine genaue Kenntnis eurer Pfarre voraus, Straße für Straße, Haus für Haus, einen sachlichen Blick für die religiösen Zustände wie für die Probleme und Bedürfnisse des Volkes, das auf eurem Gebiet lebt. Auch diese Kenntnis verlangt, um vollständig und gründlich zu sein, eine technische Vorbereitung, für die die Pfarrkartothek ein sehr nützliches Instrument bildet. Sie erlaubt, in einem Augenblick alle Notizen zu finden, die jede einzelne Familie und jeden einzelnen Gläubigen betreffen. Muß man aber deswegen das ganze Gewicht oder auch nur ein größeres Gewicht auf diese Dokumentation legen? Sie soll doch nur eine Hilfe — wenn auch gewiß eine kostbare — für eure persönlichen lebendigen Beziehungen zu den Pfarrkindern bilden. Zeigt in einer wirksamen Weise das Interesse und die Liebe, die ihr für sie hegt! Kümmert euch persönlich um die religiöse Erziehung der Kinder, wenigstens in den Hauptpunkten. Es ist leicht — das habt ihr schon oft erfahren —, durch die Kinder das Herz der Eltern zu gewinnen, um sie so, wenn es nötig ist, zum Glauben und zur religiösen Praxis zurückzuführen.

Sorge um Priesterberufe

Aber eine eurer teuersten Aufgaben bei der christlichen Bildung der Heranwachsenden muß die Sorge für die kirchlichen Berufungen sein, und Wir würden Uns selber Vorwürfe machen müssen, wenn Wir diese Gelegenheit vorbeigehen ließen, ohne davon zu reden. Es ist eine Pflicht, die sich von selbst ergibt, und der sich jeder einfache Priester spontan mit Liebe widmet. Jedoch ist ihre Bedeutung so groß, daß die Kirche daraus ein positives Gebot gemacht hat, und Wir brauchen euch nicht an den Canon 1353 des Kodex des kanonischen Rechts zu erinnern, der in erster Linie die Pfarrer, aber auch die Priester überhaupt dazu verpflichtet, sich ganz besonders um die Knaben zu kümmern, die Zeichen einer Berufung ablegen, um sie in der Tugend zu bewahren, zur Frömmigkeit zu erziehen, für ihre ersten Studien zu sorgen und den kostbaren, von Gott in ihr Herz gelegten Keim zu hüten.

Wer könnte auf den Gedanken kommen, dieses schon vor mehr als 30 Jahren erlassene Gesetz habe etwas von seiner Kraft und Notwendigkeit verloren? Die Ereignisse, die stattgefunden haben, der Krieg mit seinen Folgen und die gesamte gegenwärtige Lage haben seine Dringlichkeit nur noch gesteigert, da sie die Schäden, die aus dem Priestermangel hervorgehen, zumal im gewissen Gegenden noch verschärft haben.

Darum haben Wir auch kürzlich in Unserer Ermahnung ‚Menti nostrae' die Aufmerksamkeit und den Eifer des ganzen Klerus auf diesen Gegenstand gelenkt. Hier in der Intimität dieser Audienz wenden Wir Uns mit verdoppeltem Nachdruck an die Priester Roms, d. h. an den Klerus und vor allem die Pfarrer Unserer geliebten Diözese. Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, euch die Statistiken vorzulegen, die die schmerzliche Klage über die zu geringe Zahl der römischen Priester bestätigen, die oft an Unser Ohr dringt. Wir haben diese Statistiken mit eigenen Augen gesehen, und sie könnten einen tiefen Schrecken hervorrufen, wenn es ein Übel ohne Heilmittel wäre. Aber das ist nicht so. Die Erfahrung der Priester, die sich der geistlichen Leitung der Jugend in den Erstkommunionhäusern, in den marianischen Kongregationen, in den Kreisen der Katholischen Aktion, beim ‚kleinen Klerus' widmen, versichern Uns, daß es in Rom nicht an Priesterberufen fehlt. Aber damit die guten Samen zur Reife kommen, müssen sie in den Pfarren und den Familien richtig gepflegt werden.

Mitarbeit des außerpfarrlichen Klerus

Der Pfarrklerus ist oft mit Arbeit überladen, vom üblichen Dienst, von den Anforderungen der Verwaltung, von den katholischen Organisationen erschöpft. Es wäre aber besser, einige der sichtbareren, aber weniger wichtigen Aktivitäten einzuschränken, um sich dafür um so intensiver der Bildung der Jugend zu widmen. Wieviel römische Kleriker könnten außer dem Pfarrklerus bei einer so heiligen und überaus wichtigen Sache aufs eifrigste mitarbeiten!

Gott sei Dank kann der römische Klerus sich der schönen Überlieferung jener Priester rühmen, die, da sie kein mit Seelsorge verbundenes Amt hatten, sich mit Jugendlichen umgaben, die sie zu einem frommeren und hochherzigeren Leben erzogen, in den ersten Elementen unterwiesen und allmählich auf das Seminar vorbereiteten und die so ein bewundernswürdiges Vorbild jenes edlen Apostolats gaben, das gewiß niemals abnehmen darf.

Aber Unser Vertrauen wächst, wenn Wir heute mit dem Pfarrklerus vereint die erlesene Gruppe von Fastenpredigern sehen, die in dieser heiligen Zeit den Beitrag ihrer überzeugenden Beredsamkeit von der Kanzel herab und in den privaten Beziehungen zu den Gläubigen einsetzen werden. Euch, geliebte Söhne, den Kanzelrednern, legen Wir ans Herz, soweit es euch möglich ist, mitzuhelfen, in den Herzen der Knaben und Jünglinge die Zeichen der Berufung zu entdecken und zu unterscheiden und in den Seelen der Eltern das Bewußtsein ihrer Verantwortung zu wecken, wenn der göttliche Meister ihnen den ‚Anteil Gottes', d. h. den einen oder andern ihrer Söhne abfordern sollte, um ihn zu einem Diener des Altars zu machen. Es ist unmöglich, daß der

Einfluß eurer Worte, eures Beispiels, eures Gebetes nicht seine wohltätigen Wirkungen hervorbringen sollte.
So sei denn euer aller Gebet wie auch das eurer Gläubigen und der heiligen Seelen eurer Pfarren glühend und beständig! Das Unsere steigt unaufhörlich zu Gott und zu der Königin der Apostel empor, um auf euch und auf alle, die eurem Eifer anvertraut sind, den Überfluß der göttlichen Gnaden herabzurufen, zu deren Unterpfand Wir euch aus der Fülle Unseres Herzens Unsern väterlichen Apostolischen Segen erteilen."

Apostolische Konstitution „Sponsa Christi" zur Förderung der heiligen Einrichtung der weiblichen Orden

Der Stand der Jungfrauen in der frühen Kirche

Die Braut Christi, die Kirche, hat seit den ersten Anfängen ihrer Geschichte durch zahlreiche Akte und Zeugnisse die Gefühle der Hochschätzung und mütterlichen Liebe bekundet und durch unanfechtbare Dokumente bestätigt, die sie für die gottgeweihten Jungfrauen hegt. Das ist im übrigen nicht verwunderlich. Die christlichen Jungfrauen sind in der Tat „der edelste Teil der Herde Christi". Getrieben von christlicher Liebe, alle Sorgen der Welt als unwürdig zurückweisend und siegreich die leichte, doch sehr gefährliche Teilung des Herzens vermeidend, weihen sie sich nicht nur vollständig Christus als ihrem wahren Seelenbräutigam, sondern sie weihen auch für immer ihr ganzes, mit den köstlichen Edelsteinen aller christlichen Tugenden geschmücktes Leben dem Dienste Christi und seiner Kirche.
Diese mystische Selbstauslieferung der Jungfrauen an Christus und ihre Hingabe an die Kirche vollzog sich in den ersten Jahrhunderten des Christentums spontan, eher in Taten als in Worten. Später, als die Jungfrauen nicht nur einen Stand, sondern bereits eine von der Kirche definierte Lebensform und bestätigte Ordnung bildeten, begann man, das Jungfräulichkeitsgelübde öffentlich abzulegen, um so durch ein immer engeres Band gesichert zu sein. In der Folge weihte die Kirche, wenn sie das heilige Gelöbnis oder die Verpflichtung zur Jungfräulichkeit entgegennahm, die Jungfrau als eine Gott und der Kirche unverletzlich geweihte Person durch einen feierlichen Ritus, der mit Recht zu den schönsten Denkmälern der alten Liturgie gerechnet wird; die Kirche unterschied diese Jungfrauen eindeutig von den andern Personen, die sich Gott nur durch private Gelübde und Verpflichtungen weihten.
Das Gelübde des jungfräulichen Lebens stand unter dem Schutz einer wachsamen und strengen Askese; gleichzeitig wurde es durch sämtliche Frömmigkeitsübungen und die Ausübung der Tugenden genährt und gefördert. Die Lehre der alten Väter, ebenso der griechischen wie der übrigen, der orientalischen wie der lateinischen, stellt uns ein gewiß treues und sehr schönes Bild der christlichen Jungfrau vor Augen. Alles, was sich in ihren Schriften auf die innere und äußere jungfräuliche Heiligkeit und Vollkommenheit bezieht, ist aufs sorgfältigste und mit großer Liebe sehr eindrucksvoll und lebendig beschrieben.
Wie weit das engelgleiche Leben der christlichen Jungfrauen in jener ersten Zeit seiner Geschichte den Ermahnungen und den Schilderungen der Kirchenväter entsprochen hat und mit welch heldenhaften Tugenden es uns reich geschmückt erscheint, wissen wir einesteils direkt und auf sicherem Wege durch die geschichtlichen Dokumente und Denkmäler; andernteils ist es uns zweifellos erlaubt, es aus anderen, ebenfalls authentischen Quellen zu erschließen und abzuleiten.

Besonders seit den Christen der Friede zugebilligt worden war, wurde es dann im Gefolge der Eremiten und Zönobiten immer häufiger üblich, die gottgeweihte Jungfräulichkeit durch ein ausdrückliches und feierliches Gelübde der Räte der Armut und des strengeren Gehorsams zu vervollkommnen und zu festigen.

Beginn des gemeinschaftlichen Lebens

Die Frauen, die das Jungfräulichkeitsgelübde abgelegt hatten und die sich schon vorher zu einem Gemeinschaftsleben, möglichst getrennt vom Verkehr mit Männern, zusammengeschlossen hatten, teils aus Liebe zur Einsamkeit, teils um sich vor den sehr schweren Gefahren zu schützen, die sie in der verdorbenen römischen Gesellschaft von allen Seiten bedrohten, folgten, begünstigt durch die Zeitumstände, sehr bald dem Beispiel der gewaltigen Menge der Zönobiten; sie überließen im allgemeinen den Männern das Einsiedlerleben, sie ahmten das Gemeinschaftsleben nach und übernahmen dieses fast alle.
Die Kirche empfahl im allgemeinen den Jungfrauen das Gemeinschaftsleben in einem ziemlich weiten Sinn: lange Zeit hindurch wollte sie nicht einmal den geweihten Jungfrauen ein streng monastisches Leben auferlegen; sie ließ sie vielmehr in der Welt, geehrt, wie es ihnen gebührt, aber frei. Doch die Zahl der durch liturgische Zeremonien geweihten Jungfrauen, die in ihren Privathäusern wohnten oder ein ziemlich freies Gemeinschaftsleben führten, nahm mehr und mehr ab. Schließlich verschwanden sie, an einigen Orten de iure, überall aber de facto. Auch wurde diese Lebensform nicht wieder hergestellt, später wurde sie sogar verboten.
Unter diesen Verhältnissen wandte die Kirche ihre mütterliche Fürsorge vor allem den Jungfrauen zu, die den besseren Teil erwählten, die Welt vollkommen aufgaben und das vollkommen christliche Leben in den Klöstern in seiner Fülle wählten, indem sie das Gelübde der Jungfräulichkeit mit dem der strengen Armut und des vollkommenen Gehorsams verbanden. Ihr Gelübde zönobitischen Lebens erhielt von der Kirche durch immer strengere Klausurvorschriften vorsorglich den äußeren Schutz. Im Inneren organisierte sie die Lebensform dieser Jungfrauen derart, daß sie in ihrer Gesetzgebung und Ordensaskese nach und nach mit Klarheit und Eindeutigkeit den Typ der Nonne herausbildete, der unter der strengen Disziplin der Regel völlig dem kontemplativen Leben geweiht war.

Die mittelalterlichen Nonnenklöster

Zu Beginn des Mittelalters galten nach dem vollkommenen Verschwinden der Lebensform der in der Welt lebenden geweihten Jungfrauen die Nonnen, die sich an Zahl, Eifer und Mannigfaltigkeit außerordentlich ent-

wickelt hatten, allein als Gemeinerbinnen und rechtmäßige Nachfolgerinnen der Jungfrauen der vorangegangenen Zeit. Sie waren nicht nur Erbinnen und Nachfolgerinnen, sondern sie verwalteten das empfangene Erbe treu und förderten es mit Sorgfalt, und die, die fünf Talente erhalten hatten, gewannen fünf weitere dazu. Die liturgischen Denkmäler, die kanonischen Dokumente, die geschichtlichen Zeugnisse aller Art, die Schriften, Skulpturen und Gemälde bestätigen und beweisen diesen Ursprung und diese Würde, diese Verdienste und diese Heiligkeit der Klosterfrauen.

Während mehrerer Jahrhunderte und bis zum Ende des Mittelalters waren nun — wie aus den Dekretalen und aus dem ganzen Kodex des Kanonischen Rechtes selber klar hervorgeht — die Nonnen die einzigen Frauen, die mit den Mönchen und Regulierten Kanonikern den Stand der Vollkommenheit darstellten, der bereits feierlich bestätigt und völlig anerkannt war, so daß er immer vollkommener einen offiziellen Charakter annahm.

Dann, nach Überwindung zahlreicher und ernster Schwierigkeiten, wurden zuerst alle unter dem Namen Bettelorden, Spitalbrüder, Loskauforden oder anderen derartigen Bezeichnungen bekannten Brüder und ungefähr drei Jahrhunderte später die sogenannten Regulierten Kleriker ebenfalls mit den Mönchen und Regulierten Kanonikern zusammen zu den echten Ordensleuten und Regulierten gezählt. Doch alle Nonnen, sowohl diejenigen, die das alte monastische oder kanonische Leben führten, als auch diejenigen, die die zweiten Orden der Bettelbrüder bildeten, folgten, was das kanonische Recht anbetrifft, der einen edlen alten Institution und nahmen alle die gleiche Form des Ordenslebens auf sich.

So wurden also bis zu den ersten Frauenkongregationen, die im 16. und 17. Jahrhundert entstanden, ausschließlich diejenigen als Nonnen angesehen, die de facto und de jure das Ordensleben rechtmäßig gelobten. Und obwohl man die Kongregationen zuerst geduldet und sie dann mit der Zeit auch, zuerst praktisch und dann auch auf Grund eines gewissen Gewohnheitsrechts, rechtlich anerkannt hatte, waren es doch bis zur Veröffentlichung des Codex Iuris Canonici ausschließlich die Nonnen, die nach strengem Recht als wirkliche Ordensfrauen und Regularen anerkannt waren.

Die strenge Lebensform und Heiligkeit der Nonnenklöster

Wenn hier jemand den Blick auf die Geheimnisse des monastischen Lebens richten wollte, wie könnte er je die Schätze religiöser Vollkommenheit zählen und wägen, die in den Klöstern verborgen sind? Die Blüten und Früchte der Heiligkeit, die diese geschlossenen Gärten für Christus und seine Kirche hervorgebracht haben, den Einfluß der Gebete, die Schätze an Hingabe, endlich die Güter aller Art, durch die die Nonnen um den Preis großer Anstrengungen ihre Mutter, die heilige Kirche, geschmückt, gestützt und getröstet haben?

Der streng und genau festgelegte Typ der Ordensfrauen, der in den Texten der kanonischen und asketischen Regeln festgelegt ist, wurde, was seine hauptsächlichen Züge anbetrifft, leicht und getreu von den zahllosen Orden, Klöstern und Konventen übernommen, die immer in der Kirche bestanden haben, und während mehrerer Jahrhunderte wurde er mit Zähigkeit festgehalten. Diese allgemeine Treue und Beständigkeit verschafften der heiligen Einrichtung der Klosterfrauen eine Einheit, die stets allen Neuerungen kräftig widerstanden hat, und zwar mit mehr Kraft als alle anderen Institute von Regulierten und Ordensleuten beiderlei Geschlechts. Dieses Verdienst darf man ihnen in den richtigen Grenzen nicht absprechen.

Diese Einheit der Ordensfrauen, die wir soeben gelobt haben, hat im übrigen kein Hindernis gebildet dafür, daß sowohl hinsichtlich des asketischen Lebens wie der inneren Disziplin seit den ältesten Zeiten verschiedene Formen und Abwandlungen zugelassen worden sind; wunderbar in seinen Heiligen, hat Gott so die Kirche, seine Braut, bereichert und geschmückt.

Diese Mannigfaltigkeit der Ordensfrauen scheint aus der gleichen Mannigfaltigkeit der Orden und Gemeinschaften der Männer hervorzugehen, denen die weiblichen Orden in gewisser Weise angeschlossen sind. Tatsächlich haben sich fast alle Mönchsorden, die Regulierten Kanoniker und besonders die Bettelorden bemüht, Zweite Orden zu gründen, die sich, während ihr Charakter als weibliche Orden stets respektiert wurde, doch voneinander unterschieden, wie sich die Ersten Orden voneinander unterschieden. Ebenso haben auch mehrere Orden von Regulierten Kanonikern und mehrere Männerkongregationen in neuerer Zeit ihrer Regel entsprechende Nonnenorden gegründet.

Diese Abwandlungen der weiblichen Orden, von denen wir soeben gesprochen haben und die wir sowohl im Hinblick auf die Geschichte der Institution wie im Hinblick auf die ihnen gemeinsamen inneren Umwandlungen betrachtet haben, sind es durchaus wert, mit Aufmerksamkeit geprüft zu werden. Gewiß haben sie, während sie die allgemeine Form des kontemplativen Lebens bewahrten und die grundlegenden Normen und Prinzipien der bestehenden Disziplin streng festhielten, zugleich der alten Einrichtung gleichsam eine neue Energie der Heiligkeit geschenkt.

Die neuen Frauenorden am Ende des 16. Jahrhunderts

In neuerer Zeit, besonders am Ende des 16. Jahrhunderts, wurden neue Frauenorden gegründet und nach und nach von der Kirche approbiert; z. B. die Institute der Ursulinen, der Englischen Fräulein, die Kongregation der Schwestern von U. L. Frau, der Orden der Helmsuchung, die Gesellschaft U. L. Frau, die Schwestern Unserer Lieben Frau von der Liebe und mehrere andere. Diese neuen Gründungen, die schon bei ihrem Entstehen oder später genötigt oder moralisch gezwungen waren, das allgemeine, für Nonnen geltende Recht anzunehmen, wenn sie ein wirkliches Ordensleben, das einzige damals für Frauen anerkannte, geloben wollten, bereiteten auf verschiedene Weise die Erneuerung dieses Rechtes selbst vor.

Diese neuen Formen von Frauenorden verpflichteten sich, auch wenn sie das kanonische kontemplative Leben gelobten und schließlich auch zwar ungern, jedoch aufrichtig die ihrer besonderen Lebensweise angepaßte päpstliche Klausur, wegen der damals herrschenden Anschauungen, angenommen hatten, doch oft nicht zur Rezitation des heiligen Offiziums. Dagegen leisteten sie mit lobenswertem Eifer als Aufgaben ihres Berufs zahlreiche Werke des Apostolats und der Caritas, wie sie ihnen ihrem Geschlecht und ihrem rechtlichen Stand zu entsprechen schienen.

Spaltung in rein kontemplative und tätige Orden

Im Lauf der Jahre ließen viele Klöster einer großen Anzahl von Orden, die nach ihrer Regel ein ausschließlich kontemplatives Leben hätten führen sollen, sei es nach dem Beispiel der neuen Orden, sei es auf Grund der Entwicklung der Kongregationen und Gesellschaften, die sich bemühten, das Leben der Vollkommenheit mit einer fruchtbaren Ausübung der Caritas, der Hilfeleistung und der Erziehung zu verbinden, sei es endlich infolge der allgemeinen Entwicklung aller Verhältnisse und Ideen, an vielen Orten mit Billigung und unter kluger Leitung des Heiligen Stuhles Werke des Apostolats zu.

Seitdem ist es allmählich so gekommen, daß die Einrichtung der weiblichen Orden im ganzen nicht mehr nur Orden umfaßt, die nach ihren Regeln und Konstitutionen voneinander abweichen, sondern es vollzog sich auch eine tiefere Scheidung, nämlich die zwischen Klöstern und Orden, die ausschließlich das kontemplative Leben pflegten, und solchen, die mit dem kontemplativen Leben kanonisch gebilligte Werke des Apostolats verbanden, entweder kraft besonderer Vorschriften der Konstitutionen oder auf Grund von später erteilten Konzessionen des Heiligen Stuhles.

Die Erschütterungen der Gegenwart

In unserer Zeit spürt die ganze Einrichtung der weiblichen Orden, sowohl in den Orden und Klöstern, die bis dahin getreulich ein ausschließlich kontemplatives Leben geführt hatten, als besonders in denen, die nach kirchlichem Entscheid das kontemplative Leben harmonisch mit Werken des Apostolats verbanden, stark den Widerhall der Entwicklung und Veränderung aller Geschehnisse und Verhältnisse. Zweifellos mußten, da diese Orden sich Aufgaben der Erziehung und der Caritas widmen, die sich infolge der aufgekommenen Sitten oder auf Grund des Eingriffs der öffentlichen Macht heute in einer Weise vollziehen, die mit gewissen traditionellen Vorschriften der päpstlichen Klausur kaum vereinbar oder geradezu unvereinbar sind, diese Klausurvorschriften unter Beibehaltung ihres grundlegenden Charakters weise gemildert werden, so daß sie sich mit den Werken vertragen. Das verlangte offenbar der Nutzen der heiligen Kirche und der Seelen, denn wenn man nicht auf diese Weise gehandelt hätte, hätten diese Werke entweder überhaupt nicht oder nicht auf die gleiche Weise unternommen werden können. Und nicht nur hinsichtlich der apostolischen, sondern auch der rein kontemplativen Orden haben die Zeitverhältnisse und die große Armut, unter denen sie leiden, bisweilen Anpassungen oder weitherzige Interpretationen nahegelegt oder aufgenötigt.

Heute würde z. B. der sog. soziale Sinn der Menschen schwerlich eine zu strenge Interpretation des Canon 601 ertragen, selbst wenn es sich um kontemplative Nonnen handelte. [Der Canon 601 verbietet einer Nonne, die die Gelübde abgelegt hat, das Kloster ohne Erlaubnis des Heiligen Stuhles zu verlassen, außer im Falle sehr schwerer Krankheit oder dringender Gefahr.] So zeigt sich der Heilige Stuhl mehr und mehr geneigt, in väterlicher Weise vielen Bedürfnissen und Notwendigkeiten entgegenzukommen, die früher nach allgemeinem Urteil nicht ernst genug erschienen wären, um eine Übertretung oder eine Ausnahme von der päpstlichen Klausur zu rechtfertigen. Außerdem ist die Unverletzlichkeit und Heiligkeit des Hauses, die zwar nicht die einzige Ursache der päpstlichen Klausur war, aber doch vielleicht gemäß den Zeitumständen zu den übrigen Gründen für deren Auferlegung und Regelung hinzu kam, heute mehr respektiert und gesichert als früher.

Neue Formulierung der Bedingungen des kontemplativen Lebens

Zusammenfassend scheint es Uns, nachdem Wir so den Ursprung der heiligen Einrichtung der Frauenorden dargelegt haben, nützlich, jetzt deren eigentliche und notwendige Elemente wohl herauszuheben, die das kontemplative Leben der Klosterfrauen als deren erstes und hauptsächliches Ziel direkt angehen. Neben diesen ursprünglichen und wesentlichen Zügen, die die kanonische Form des weiblichen Ordenslebens in rechtlicher Hinsicht klar umreißen, traten andere von großer Bedeutung hinzu, die zwar nicht unerläßlich sind, sie aber doch vervollständigen, weil sie ziemlich genau dem allgemeinen Ziel des Ordenslebens der Frauen entsprechen und dazu dienen, es sicherzustellen. Im Gegensatz dazu befinden sich gewisse Züge in der Institution der Frauenorden, die zu diesem Ziel nicht notwendig sind und es nicht ergänzen, die vielmehr äußerlich und historisch sind, d. h. solche, die zweifellos aus den Verhältnissen vergangener Zeiten hervorgegangen sind; und diese haben sich geändert. Wenn diese Elemente nicht mehr nützen oder ein größeres Gut verhindern können, so läßt sich kein besonderer Grund einsehen, an ihnen festzuhalten.

So haben wir uns denn entschlossen, während wir die ursprünglichen und wesentlichen Elemente der ehrwürdigen Einrichtung der Ordensfrauen vollständig beibehalten, hinsichtlich der anderen Elemente, die man äußerlich und nebensächlich nennen könnte, ihnen mit Weisheit und Klugheit gewisse Anpassungen an die gegenwärtigen Verhältnisse zu gewähren, die dieser Einrichtung nicht nur größeren Glanz, sondern auch vollere Wirksamkeit verleihen können.

Wir sind dazu geneigt und selbst gezwungen, der Institution der Klosterfrauen diese vernünftigen Modernisierungen zu gewähren, auf Grund der Informationen, die wir aus allen Gegenden der Welt empfangen und die uns mit Sicherheit die große Notlage erkennen lassen, in der sich häufig, um nicht zu sagen immer, die Klosterfrauen befinden. Ja es gibt zahlreiche Klöster, die — ach — fast vor Hunger, Elend und Entbehrung sterben; es gibt viele andere, die infolge von materiellen Schwierigkeiten ein hartes und meist unerträgliches Leben führen. Es gibt außerdem Klöster, die zwar nicht im Elend leben, die aber, weil sie von jedem anderen Kloster getrennt und isoliert sind, häufig zu Grunde gehen. Außerdem bringen die zu strengen Gesetze der Klausur oft große Schwierigkeiten mit sich. Schließlich wachsen die Bedürfnisse der Kirche und der Seelen ständig und verlangen die Mitwirkung aller, um die dringend notwendige vielfache Hilfe aufzubringen; so scheint der Augenblick gekommen, das monastische Leben im allgemeinen selbst bei den Klosterfrauen, die ganz der Kontemplation geweiht sind, mit einer maßvollen Teilnahme am Apostolat zu verbinden.

Unser Urteil über diesen Punkt ist sehr häufig durch die Zeugnisse der Ortsordinarien und der Ordensoberen bestätigt worden, die uns aus verschiedenen Ländern in völliger Übereinstimmung zugekommen sind.

Neue Regelung der Gelübde und der Klausur

Einige von den Entscheidungen, die im folgenden in den Generalstatuten für die Klosterfrauen aufgeführt sind, bedürfen einer Erläuterung, so daß wir die Regeln und Grundsätze aufzählen wollen, die es ermöglichen sollen, jede dieser Vorschriften leicht, sicher und korrekt zu verstehen. Was nun zunächst das kontemplative Leben der Klosterfrauen betrifft, so muß unerschütterlich an dem festgehalten werden, was gemäß dem Geiste der Kirche von je in Geltung stand: alle Klöster der Nonnen müssen das kontemplative Leben der Regel entsprechend immer und überall als ihr erstes und hauptsächliches Ziel bekennen. Darum müssen die Arbeiten und Dienste, denen die Klosterfrauen sich weihen können und müssen, derart sein, und so nach Ort, Zeit, Maß und Art disponiert und geregelt werden, daß das wirklich und aufrichtig kontemplative Leben der ganzen Gemeinschaft wie jeder einzelnen Nonne nicht nur gewahrt, sondern auch ständig genährt und gestärkt wird.

Unter dem Druck der Umstände sind früher in gewissen Gegenden Erlasse und Konzessionen ergangen, durch die die feierlichen Gelübde in einfache Gelübde umgewandelt worden sind. Diese stellen zweifellos die Bewilligung einer nachteiligen Dispens (can. 19) dar, um so nachteiliger, als dieses Privileg einer grundlegenden Prärogative der Ordensfrauen entgegensteht; denn die feierlichen Gelübde, die eine vollständigere und engere Weihe an Gott mit sich bringen als die anderen öffentlichen Gelübde, stellen das kanonisch unerläßliche und hauptsächliche Kennzeichen der Orden dar. Da nun die feierlichen Gelübde, wie es sich in einer langen Erfahrung in verschiedenen Ländern gezeigt hat, sowohl von den männlichen wie von den weiblichen Orden, auch wenn sie dem Zivilrecht unbekannt sind, leicht und ohne Verwicklungen beobachtet werden können und die Sicherung der anderen Güter der Gemeinschaft durch andere Mittel gebührend gewahrt werden kann, selbst wenn den Orden oder den Klöstern, wie es hie und da geschieht, der Status einer juristischen Person verweigert wird, so zielen die Gesetzgebung und die Praxis des Heiligen Stuhles schon seit einer Anzahl von Jahren gleichermaßen darauf hin, diese nachteiligen Dispensen, von denen wir eben gesprochen haben, zu beschränken und womöglich abzuschaffen. In der Tat dürfen die Klosterfrauen nicht der Ehre, des Verdienstes und der Freude beraubt werden, die feierlichen Gelübde abzulegen, die ihnen zukommen.

Um eine bessere Bewahrung des feierlichen Gelübdes der Keuschheit und des kontemplativen Lebens zu sichern und um den geschlossenen Garten der Klostenfrauen gegen alle Angriffe der Welt zu verteidigen, so daß keine List, kein Attentat ihn verletzen, keine weltliche oder profane Beziehung ihn stören kann, damit er vielmehr das wahre Claustrum der Seelen bleibt, in dem die Ordensfrauen frei dienen können, hat die Kirche in ihrer weisen und wachsamen Fürsorge eine strengere Klausur als besondere Institution für die Ordensfrauen geschaffen, sorgfältig ihre Regeln aufgestellt und sie für immer mit schweren päpstlichen Sanktionen gesichert. Diese ehrwürdige Klausur der Klosterfrauen, die auf Grund der höchsten Autorität, von der sie ausgeht, und der Sanktionen, die sie innerlich und äußerlich schützen, die päpstliche heißt, wird von dieser Unserer gegenwärtigen Konstitution unter Berücksichtigung der verschiedenen Verhältnisse der Klöster, die ihr bisher unterworfen gewesen sind, bewußt und feierlich bestätigt, ja sogar mit Überlegung auch auf jene Klöster ausgedehnt, die bis jetzt auf Grund rechtmäßiger Dispensen nicht zu ihr verpflichtet gewesen sind.

Große und kleine päpstliche Klausur

Die Klöster, die ein ausschließlich kontemplatives Leben führen und im Umkreis des Ordenshauses keine ständigen Werke der Erziehung, der Caritas, der Einkehr oder anderes dergleichen zulassen, sollen an der päpstlichen Klausur, von der in den Canones 600—602 des Kodex die Rede ist und die man die große nennt, festhalten oder sie einrichten.

Für jene Klöster, die entweder auf Grund ihrer Regel oder kraft besonderer rechtlicher Entscheidungen des Heiligen Stuhles mit dem komplativen Leben in den klösterlichen Gebäuden selbst die Ausübung gewisser Dienste vereinen, die sich mit diesem vertragen, wird die päpstliche Klausur, während ihre notwendigen und wesentlichen Vorschriften erhalten bleiben, in Bezug auf die Vorschriften, die nur schwer oder gar nicht beobachtet werden können, gemäßigt. Hinsichtlich der anderen Dinge, die für die päpstliche Klausur des Kodex nicht so unerläßlich scheinen (Can. 599, 604, § 2), wird sie entsprechend ergänzt. Diese gemilderte und den gegenwärtigen Bedürfnissen angepaßte päpstliche Klausur soll im Unterschied zu der alten, strengeren die kleine heißen; sie kann auch jenen Klöstern zugebilligt werden, die zwar ein ausschließlich kontemplatives Leben führen, aber nicht die feierlichen Gelübde haben oder denen sonstige Vorbedingungen fehlen, die mit Recht von der Rechtswissenschaft und der Praxis der Kurie für die große päpstliche Klausur gefordert werden. Eine genaue Definition aller Elemente der kleinen päpstlichen Klausur wird in den nachfolgenden allgemeinen Statuten und in den Instruktionen der heiligen Religiosenkongregation kraft Unserer Autorität und in Unserem Namen gegeben werden.

Autonomie und Zusammenschluß der Klöster

Hinsichtlich der Autonomie der Nonnenklöster oder ihrer gegenseitigen Freiheit halten Wir es für nützlich, hier zu wiederholen und auf die Ordensfrauen anzuwenden, was Wir zu diesem Thema hinsichtlich der Mönche in der Homilie gesagt haben, die Wir am 18. September 1947 in der Patriarchalbasilika des heiligen Paulus vor den Mauern beim Abschluß der 1400-Jahrfeier des Todes des heiligen Benedikt von Nursia gehalten haben. Da die Verhältnisse sich geändert haben, erscheint ein Zusammenschluß der Nonnenklöster in vieler Hinsicht ratsam und oft sogar notwendig, um die Verteilung der Ämter, die nützliche und oft notwendige zeitweilige Versetzung der Nonnen von einem Kloster zum andern aus verschiedenen Gründen, die wirtschaftliche Hilfe, die Zusammenordnung der Arbeiten, den Schutz der gemeinsamen Observanz und andere Dinge dieser Art zu erleichtern und anzupassen. All das kann durchgeführt werden, ohne der notwendigen Autonomie Abbruch zu tun und ohne Schaden für die strenge Klausur oder die Zurückgezogenheit oder die strenge Disziplin des monastischen Lebens. Wir haben sichere und unbestreitbare Beweise dafür in der reichen Erfahrung der monastischen Männerkongregationen ebenso wie in den zahlreichen Beispielen von

Zusammenschlüssen und Verbänden von Klosterfrauen, die schon approbiert worden sind. Übrigens bleibt die Errichtung von Verbänden und die Billigung der Statuten, die diese festlegen sollen, dem Heiligen Stuhl vorbehalten.

Körperliche und geistige Arbeit der Nonnen

Was die körperliche oder geistige Arbeit anbetrifft, so sind alle, Männer und Frauen, die sich dem kontemplativen Leben weihen, ohne Ausnahme dazu nicht nur durch das Naturgesetz, sondern ebenso durch eine Pflicht der Buße und Sühne verpflichtet. Außerdem ist die Arbeit im allgemeinen das Mittel, durch das die Seele gegen Gefahren gewappnet wird und sich zur Höhe erhebt, durch das wir pflichtgemäß mit der göttlichen Vorsehung mitarbeiten, sowohl in der natürlichen Ordnung wie in der Ordnung, die über die Natur hinausgeht; durch das auch die Werke der Nächstenliebe vollführt werden. Schließlich ist die Arbeit auch die hauptsächliche Regel und das Gesetz des Ordenslebens schon von seinen Ursprüngen an, da es ja heißt: „Bete und arbeite". Es ist sicher, daß die Disziplin des Ordenslebens immer zu einem großen Teil ihre Organisation und ihre Erfüllung auf das Gebot der Arbeit gestützt hat.

Die Arbeit der Klosterfrauen muß unter dem Gesichtspunkt der Ewigkeit so beschaffen sein, daß diejenige, die sie unternimmt, sie an erster Stelle in heiliger Meinung tut, indem sie oft an die Gegenwart Gottes denkt; sie soll sie im Gehorsam übernehmen und gerne ihre persönliche Abtötung damit verbinden. Die so ausgeführte Arbeit wird eine ständige Übung aller Tugenden und ein Unterpfand der wirksamen Vereinigung des kontemplativen Lebens mit dem aktiven Leben nach dem Beispiel der Familie von Nazareth sein.

Wenn man die Klosterarbeit im Hinblick auf ihre Natur oder ihre Disziplin nach den Regeln, den Konstitutionen und den überlieferten Bräuchen jedes Ordens betrachtet, muß sie nicht nur den Kräften der Klosterfrauen angemessen sein, sondern auch so organisiert und ausgeführt werden, daß sie den Klosterfrauen je nach Zeit und Umständen den notwendigen Unterhalt verschaffen und sich den Armen, der Kirche und der menschlichen Gesellschaft nützlich erweisen kann.

Werke der Nächstenliebe

Da die Vollkommenheit des christlichen Lebens ganz besonders auf der Liebe beruht und die Liebe, durch die wir einzig den Herrn über alles lieben sollen und alles andere in Ihm, wirklich ein und dieselbe ist, so verlangt unsere Mutter, die Kirche, von allen Klosterfrauen, die nach kanonischem Recht das kontemplative Leben geloben, gleichzeitig mit der vollkommenen Gottesliebe die vollkommene Liebe zum Nächsten; und kraft dieser Liebe und kraft ihres Standes müssen alle Mönche und Nonnen sich vollkommen der Kirche und den Bedürfnissen aller Armen geweiht fühlen.

Daher müssen sich alle Klosterfrauen völlig dessen bewußt sein, daß ihr Beruf ganz und durchaus apostolisch ist, ohne Grenzen des Ortes, der Zeit oder der Dinge, und daß er sich immer und überall auf alles bezieht, was auf die eine oder andere Weise die Ehre ihres Bräutigams oder das Heil der Seelen betrifft. Dieser allgemeine apostolische Beruf der Klosterfrauen hindert keineswegs die Klöster, Gott in ihren Gebeten die Bedürfnisse der ganzen Kirche und jedes einzelnen Menschen zu empfehlen.

Das allgemeine Apostolat aller Klosterfrauen, durch das sie eifersüchtig die Ehre ihres göttlichen Bräutigams wahren und das Heil der ganzen Kirche und aller Gläubigen fördern müssen, benutzt hauptsächlich folgende drei Mittel:

1. Das Beispiel der christlichen Vollkommenheit durch ihr Leben, das auch ohne Worte die Gläubigen tief und beständig zu Christus und zur christlichen Vollkommenheit mitreißt und wie ein Banner die guten Soldaten Christi zum guten Kampf und zum Sieg ermutigt und anzieht.
2. Das Gebet, das sie entweder öffentlich im Namen der Kirche feierlich siebenmal am Tag zu den kanonischen Stunden oder privat in all seinen Formen mit Ausdauer Gott darbringen.
3. Den Eifer, sich hinzugeben, indem sie zu den Abtötungen, die aus dem gemeinschaftlichen Leben und der treuen Beobachtung der Regel entstehen, andere Übungen der persönlichen Abtötung hinzufügen, die entweder durch die Regel vorgeschrieben sind oder die sie völlig freiwillig übernehmen, um so hochherzig zu vervollständigen, „was an dem Leiden Jesu Christi fehlt, für seinen Leib, der die Kirche ist".

Nachdem Wir so die Geschichte der Institution der Klosterfrauen ins Gedächtnis zurückgerufen und sorgsam beschrieben haben, in welchen Grenzen sie den gegenwärtigen Bedürfnissen des Lebens angepaßt werden können, wollen Wir nun allgemeine Regeln aufstellen, nach denen diese Anpassung durchgeführt werden soll. Die Heilige Religiosenkongregation wird die Konstitution und die allgemeinen Statuten auf die Zusammenschlüsse von Klöstern, die schon stattgefunden haben oder stattfinden sollen, sowie auf die einzelnen Klöster anwenden. Auf Unsere Autorität gestützt, kann sie mittels Instruktionen, Erlassen, Antworten oder anderer Dokumente dieser Art alles, was sich auf die exakte und wirksame Ausführung der Konstitution und auf den prompten und treuen Gehorsam gegenüber den allgemeinen Statuten bezieht, zum Abschluß bringen.

Allgemeine Statuten für die Klosterfrauen

Artikel 1

§ 1. Unter dem Namen Klosterfrauen sind in dieser Konstitution in Übereinstimmung mit dem Recht (Canon 488, 7) außer den Nonnen mit feierlichen Gelübden auch die verstanden, die nur einfache ewige oder zeitliche Gelübde in Klöstern abgelegt haben, in denen gegenwärtig feierliche Gelübde abgelegt werden oder es kraft der Konstitution werden müßten, außer wenn der Kontext oder die Natur der Sache ausdrücklich das Gegenteil verlangt.

§ 2. Der rechtmäßigen Benennung als Klosterfrau (Can. 488, 7) und der Anwendung der Gesetzgebung für Klosterfrauen widerspricht keineswegs: 1. das einfache Gelübde, das rechtmäßig in den Klöstern abgelegt worden ist (§ 2); 2. die kleine päpstliche Klausur, die den Klöstern vorgeschrieben oder rechtmäßig erlaubt worden ist; 3. die Ausübung von Werken des Apostolats, die mit dem kontemplativen Leben verbunden ist, entweder auf Grund der vom Heiligen Stuhl für gewisse Orden approbierten und bestätigten Konstitutionen oder durch eine

gesetzliche Vorschrift des Heiligen Stuhles oder kraft einer mehreren Klöstern erteilten Konzession.

§ 3. Diese Apostolische Konstitution betrifft in rechtlicher Hinsicht nicht: 1. die religiösen Kongregationen (Can. 488, 2) und die Schwestern, die diesen angehören (Can. 488, 7) und die auf Grund ihrer Konstitution nur einfache Gelübde ablegen; 2. die Frauengenossenschaften, die ein Gemeinschaftsleben nach der Art der Ordensfrauen führen, und ihre Mitglieder (Can. 673).

Artikel 2

§ 1. Die besondere Form des monastischen Ordenslebens, das die Klosterfrauen unter ihrer streng geregelten Disziplin getreulich führen sollen und zu dem die Kirche sie bestimmt, ist das kanonische kontemplative Leben.

§ 2. Unter dem Namen kanonisches kontemplatives Leben versteht man nicht jenes innere Gott zugewandte Leben, zu dem alle in den Orden lebenden Seelen und selbst die Seelen in der Welt berufen sind und das jede überall in sich selbst führen kann, sondern das äußere Gelübde der Ordensdisziplin, die sowohl durch die Klausur wie durch die Frömmigkeitsübungen, das Gebet und die Abtötung, wie schließlich durch die Arbeiten, denen sich die Klosterfrauen unterziehen müssen, derart auf die innere Betrachtung hingeordnet ist, daß das ganze Leben und die ganze Tätigkeit von der Suche nach dieser mühelos durchdrungen werden kann und wirksam durchdrungen werden muß.

§ 3. Wenn das kanonische kontemplative Leben unter der strengen Ordensdisziplin nicht regelmäßig eingehalten werden kann, so kann der monastische Charakter nicht zuerkannt werden, und er kann auch nicht behalten werden, wenn er bereits besessen wird.

Artikel 3

§ 1. Die feierlichen Ordensgelübde, die von allen Mitgliedern des Klosters oder zum mindesten von einer Kategorie unter ihnen abgelegt werden, stellen das hauptsächliche Merkmal dar, auf Grund dessen die Frauenklöster rechtlich nicht zu den religiösen Kongregationen, sondern zu den regulierten Orden (Can. 488, 2) gezählt werden. In diesen Klöstern zählen alle Ordensfrauen, die ein Gelübde abgelegt haben, rechtlich gemäß dem Canon 490 zum Begriff der Regularen, und ihr eigentlicher Name ist nicht der von Schwestern, sondern von Nonnen (Can. 488, 7).

§ 2. Alle Klöster, in denen nur einfache Gelübde abgelegt werden, können um die Wiederaufnahme der feierlichen Gelübde nachsuchen. Ja wenn keine sehr ernsten Gründe dem entgegenstehen, sollen sie Sorge tragen, diese feierlichen Gelübde wieder von neuem einzuführen.

§ 3. Die alten feierlichen Formeln der Jungfrauenweihe, die im römischen Pontifikale stehen, sind den Nonnen vorbehalten.

Artikel 4

§ 1. Die strenge, sogenannte päpstliche Klausur der Nonnen wird, indem sie auch weiterhin und für alle Klöster die Merkmale behält, die ihr natürlich sind, in Zukunft zwei Arten umfassen: die große Klausur und die kleine Klausur.

§ 2. 1. Die große päpstliche Klausur, d. h. diejenige, die im Kodex Canon 600—602 beschrieben ist, bestätigen Wir durch Unsere gegenwärtige Apostolische Konstitution in vollem Maße. Die heilige Religiosenkongregation, die auf Grund Unserer Autorität handelt, wird die Gründe angeben, denen zufolge die Dispens von der großen Klausur zugebilligt werden kann, damit die Natur der Klausur bewahrt und sie doch zugleich besser der Situation unserer Zeit angepaßt werden kann. 2. Die große päpstliche Klausur soll auf Grund von § 3, 3 gemäß der Regel in allen Klöstern in Kraft stehen, die ein ausschließlich kontemplatives Leben führen.

§ 3. 1. Die kleine päpstliche Klausur wird von der alten Klausur der Nonnen alles das festhalten und durch ihre Sanktionen schützen, was in den Instruktionen des Heiligen Stuhles ausdrücklich als notwendig zur Bewahrung und zum Schutze der natürlichen Form dieser Klausur definiert worden ist. 2. Dieser kleinen päpstlichen Klausur unterstehen die Nonnenklöster mit feierlichen Gelübden, die entweder auf Grund ihrer Konstitution oder kraft einer rechtmäßigen Konzession Beschäftigungen übernommen haben, die sie in Kontakt mit auswärtigen Personen bringen, und zwar so, daß mehrere Ordensmitglieder und ein beträchtlicher Teil des Hauses diese Arbeiten und Funktionen ausüben. 3. Ebenso sollen alle Klöster, in denen zwar ein ausschließlich der Kontemplation geweihtes Leben geführt wird, aber nur einfache Gelübde abgelegt werden, mindestens den Vorschriften dieser Klausur unterliegen.

§ 4. 1. Die große oder kleine päpstliche Klausur muß als eine notwendige Bedingung betrachtet werden, nicht nur, um feierliche Gelübde ablegen zu können (§ 2), sondern auch, damit die Klöster, in denen nur einfache Gelübde abgelegt werden (§ 3), zukünftig als echte Nonnenklöster gemäß dem Canon 488, 7 betrachtet werden können. 2. Wenn die Regeln der päpstlichen Klausur, zum mindesten der kleinen Klausur, nicht regelmäßig eingehalten werden können, müssen die feierlichen Gelübde abgeschafft werden, wenn sie in diesem Kloster bestehen.

§ 5. 1. Die kleine päpstliche Klausur muß, zumal in den charakteristischen Punkten, die sie von der Klausur der Männerkongregationen und -orden unterscheiden, auch an jenen Orten beobachtet werden, wo die Nonnen keine feierlichen Gelübde ablegen. 2. Wenn man sich in einem Kloster auf unumstößliche Weise davon Rechenschaft geben muß, daß auch die kleine Klausur nicht regelmäßig beobachtet werden kann, dann muß dieses Kloster in das Haus einer Kongregation oder einer Genossenschaft verwandelt werden.

Artikel 5

§ 1. Von den gottgeweihten Frauen beauftragt die Kirche ausschließlich die Nonnen damit, Gott in ihrem Namen, sei es im Chorgebet (Can. 610, § 1), sei es privatim (Can. 610 § 3) das öffentliche Gebet darzubringen. Sie verpflichtet sie durch eine schwere Verpflichtung kraft der ihrer Konstitution gemäßen Regel, dieses Gebet jeden Tag durch die Rezitation der Stundengebete auszuführen.

§ 2. Alle Nonnenklöster und alle Nonnen mit feierlichen oder einfachen Gelübden sind überall verpflichtet, das Offizium Divinum im Chor gemäß dem Canon 610 § 1 und gemäß ihren Konstitutionen zu verrichten.

§ 3. Nach Canon 610 § 3 sind die Nonnen, die kein feierliches Gelübde abgelegt haben, wenn sie beim Chorgebet gefehlt haben, nicht streng verpflichtet, außer bei

besonderer Vorschrift ihrer Konstitution (Can. 578, 2), die Stundengebete privat zu rezitieren; jedoch ist es nicht nur, wie oben (Art. 4) gesagt, die Absicht der Kirche, daß überall bei den Nonnen die feierlichen Gelübde wieder aufgenommen werden, sondern auch, daß, wenn diese Wiederaufnahme vorläufig nicht verwirklicht werden kann, die Nonnen mit einfachen ewigen Gelübden anstelle der feierlichen Gelübde getreulich die Aufgabe der Rezitation des Offizium Divinum ausführen.
§ 4. In allen Klöstern muß die Klostermesse mit dem Tagesoffizium entsprechend den Rubriken, soweit eben möglich, gefeiert werden (Can. 610, § 2).

Artikel 6

§ 1. 1. Die Nonnenklöster sind zum Unterschied von anderen weiblichen Ordenshäusern auf Grund des Kodex und seiner Dispositionen eigenen Rechts (Can. 488, 8). 2. Die Oberinnen jedes Nonnenklosters sind rechtlich höhere Obere und besitzen alle Vollmachten, die solchen zustehen (Can. 488, 8), sofern nicht durch den Kontext oder die Natur der Dinge gewisse dieser Vollmachten nur die Männer betreffen (Can. 490).
§ 2. 1. Der Umfang der rechtlichen Eigenständigkeit oder Autonomie der Nonnenklöster ist durch das allgemeine Recht oder durch das besondere Recht festgelegt. 2. Die juristische Vormundschaft, die das Recht den Ortsordinarien oder den Regularoberen über jedes Kloster zubilligt, erfährt keine Minderung, weder durch diese Konstitution, noch durch die Tatsache des Zusammenschlusses der Klöster, die in der Konstitution (Art. 7) erlaubt und durch ihre Autorität eingeführt wird. 3. Die rechtlichen Beziehungen jedes Klosters zu den Ortsordinarien oder den Regularoberen werden auch weiterhin durch die Vorschriften des allgemeinen Rechts und des besonderen Rechts geregelt.
§ 3. Durch diese Konstitution wird in keiner Weise festgelegt, ob das einzelne Kloster abhängig vom Ortsordinarius oder ob es in den Grenzen des Rechts von dieser Abhängigkeit befreit und einem Regularoberen unterstellt ist.

Artikel 7

§ 1. Die Nonnenklöster sind nicht nur eigenen Rechtes (Can. 488, 8), sondern auch rechtlich unterschieden und voneinander unabhängig; sie sind miteinander nur durch geistliche und moralische Bande verbunden, selbst wenn sie nach dem Recht dem gleichen Ersten Orden unterstellt sind.
§ 2. 1. Diese gegenseitige Unabhängigkeit der Klöster, die eher zugelassen als vom Recht gefordert ist, wird durch die Einrichtung von Klosterverbänden keineswegs betroffen, und man soll diese letzteren nicht als durch das Recht untersagt oder als in irgendeiner Weise weniger in Übereinstimmung mit der Natur und den Zielen des Ordenslebens der Nonnen betrachten. 2. Es wird nicht allgemein vorgeschrieben, Klosterverbände zu errichten. Jedoch werden diese Verbände vom Apostolischen Stuhl sehr empfohlen, sowohl um den Übeln und Unzuträglichkeiten vorzubeugen, die eine vollkommene Trennung verursachen kann, als auch, um die Observanz der Regel und das kontemplative Leben zu fördern.
§ 3. Die Errichtung einer wie immer beschaffenen Vereinigung oder eines Verbandes von Nonnenklöstern ist dem Heiligen Stuhl vorbehalten.
§ 4. Jede Vereinigung oder jeder Verband von Klöstern muß notwendigerweise durch eigene Gesetze organisiert und regiert werden, die der Heilige Stuhl bestätigen muß.
§ 5. 1. Unter Beachtung der §§ 2 und 3 des Artikels 6 und der grundlegenden Autonomieidee, wie sie hier definiert ist (§ 1), steht nichts dem im Wege, daß in der Organisation der Klosterverbände nach dem Beispiel verschiedener monastischer Kongregationen und Orden von Kanonikern oder Mönchen diese Autonomie durch entsprechende Bedingungen oder Erleichterungen gestützt wird, wie sie notwendig oder am nützlichsten erscheinen. 2. Jedoch sind jene Formen von Vereinigung, die dieser Autonomie, von der wir in § 1 dieses Artikels gesprochen haben, widersprechen und die auf eine Art Zentralverwaltung herauslaufen würden, in besonderer Weise dem Heiligen Stuhl vorbehalten und können nicht ohne ausdrückliche Erlaubnis seinerseits eingeführt werden.
§ 6. Die Klosterverbände sind auf Grund ihres Ursprungs und der Autorität, von der sie direkt abhängen und durch die sie verwaltet werden, päpstlichen Rechts gemäß den Vorschriften des kanonischen Rechtes.
§ 7. Der Heilige Stuhl kann seine unmittelbare Überwachung und seine Autorität über den Verband, je nachdem der Fall es verlangt, durch einen Ordensassistenten ausüben lassen, dessen Funktion es nicht nur sein wird, den Heiligen Stuhl zu vertreten, sondern auch, die Erhaltung des echten Geistes des jeweiligen Ordens zu fördern und seine Oberinnen durch seine Mitarbeit und seinen Rat darin zu unterstützen, den Verband in Gerechtigkeit und Klugheit zu leiten.
§ 8. 1. Die Statuten des Verbandes müssen übereinstimmen nicht nur mit den Regeln, die auf Grund Unserer Autorität durch die Heilige Religiosenkongregation aufgestellt werden, sondern auch mit der Natur, den Gesetzen, dem Geist, den asketischen, disziplinären, rechtlichen und apostolischen Überlieferungen jedes Ordens. 2. Der Hauptzweck der Klosterverbände ist der, sich gegenseitig brüderlich zu helfen, nicht nur, um auf diese Weise den Geist der Frömmigkeit und die der Regel entsprechende monastische Disziplin aufrechtzuhalten, sondern auch, um die wirtschaftliche Lage zu erleichtern. 3. Im Notfall sollen bei der Approbation der Statuten besondere Normen aufgestellt werden, die die Möglichkeit und moralische Verpflichtung regeln, einander um den Austausch von Nonnen zu bitten und sich diesen zu gewähren, die entweder zur Leitung der Klöster oder zur Heranbildung der Novizen in einem gemeinsam für alle Klöster oder für mehrere unter ihnen zu errichtenden Noviziat oder endlich zur Sicherung der materiellen oder moralischen Bedürfnisse der Klöster oder der Nonnen notwendig erscheinen.

Artikel 8

§ 1. Die monastische Arbeit, der sich die Nonnen des kontemplativen Lebens ebenfalls widmen müssen, soll so weit wie möglich mit der Regel, den Konstitutionen und den Traditionen jedes Ordens übereinstimmen.
§ 2. Diese Arbeit soll so geregelt werden, daß sie zusammen mit den anderen von der Kirche gebilligten Einkünften (Can. 547—551, 582) und mit Hilfe der Vorsehung den Nonnen einen gesicherten und entsprechenden Unterhalt verschafft.

§ 3. 1. Die Ortsordinarien, die Regularoberen und die Oberinnen der Klöster und der Verbände sind verpflichtet, ihre ganze Sorge und Aufmerksamkeit darauf zu wenden, daß es den Nonnen niemals an der unerläßlichen, passenden und einträglichen Arbeit fehlt. 2. Die Nonnen ihrerseits sind im Gewissen verpflichtet, nicht nur in ehrenhafter Weise im Schweiße ihres Angesichtes ihr Brot zu verdienen, von dem sie gemäß dem Rat des Apostels leben (2 Thess. 3, 10), sondern auch, wie die Zeiten es erfordern, von Tag zu Tag ihr Geschick und ihre Eignung für die verschiedensten Arbeiten zu steigern.

Artikel 9

Damit alle Nonnen ihrer göttlichen Berufung zum Apostolat getreu seien, dürfen sie sich nicht damit zufrieden geben, die allgemeinen Mittel des monastischen Apostolats zu benutzen, sondern sie sollen sich bemühen, darüber hinaus auch noch das folgende zu beobachten:

§ 1. Die Nonnen, die in ihren besonderen Konstitutionen oder auf Grund der Vorschriften der Regel genau umschriebene apostolische Werke haben, sind verpflichtet, sich diesen treulich zu widmen gemäß ihren Konstitutionen oder Statuten und gemäß diesen Vorschriften.

§ 2. Die Nonnen, die das ausschließlich kontemplative Leben geloben (nn. 19, 22, 2), sollen 1. wenn sie in ihrer eigenen Tradition eine besondere Form äußeren Apostolats zulassen oder zugelassen haben, indem sie zugleich stets das kontemplative Leben bewahren, treulich an dieser besonderen Form des Apostolats festhalten, nachdem sie sie den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt haben; wenn sie sie aufgegeben haben, sollen sie sich alle Mühe geben, sie wieder aufzunehmen. Wenn irgendein Zweifel betreffs der Anpassung übrig bleibt, muß der Heilige Stuhl zu Rate gezogen werden; 2. wenn im Gegenteil das ausschließlich kontemplative Leben bisher niemals weder auf Grund der approbierten Konstitution noch auf Grund der Überlieferung in einer festen und beständigen Weise mit einem äußeren Apostolat verbunden gewesen ist, so können und dürfen die Nonnen nur im Fall der Notwendigkeit und für eine begrenzte Zeit aus Nächstenliebe diese Formen, besonders die speziellen und persönlichen des Apostolats, übernehmen, die gemäß den vom Heiligen Stuhl festzusetzenden Regeln mit dem kontemplativen Leben, wie es im Orden praktiziert wird, vereinbar erscheinen.

Alle in diesem Schreiben enthaltenen Vorschriften sollen auf Unsern Willen und Befehl beständig, fest und gültig sein unter Aufhebung alles Entgegenstehenden, selbst des einer besonderen Erwähnung Würdigen.

Allen Abschriften und allen Auszügen, auch den gedruckten, die jedoch durch einen öffentlichen Notar unterzeichnet und mit dem Siegel eines kirchlichen Würdenträgers ausgestattet sind, soll nach Unserm Willen derselbe Glaube entgegengebracht werden, den man diesem Schreiben entgegenbringen würde, wenn es vorgelegt und gezeigt würde.

Es sei also niemandem erlaubt, dieses Dokument Unserer Erklärung und Entscheidung zu verletzen oder ihm in verwegener Kühnheit entgegenzuhandeln. Wenn jemand die Anmaßung haben sollte, dieses zu versuchen, so wisse er, daß er sich den Zorn des allmächtigen Gottes und der seligen Apostel Petrus und Paulus zuzieht.

Gegeben zu Rom bei Sankt Peter am 21. November, geweiht der Darstellung der Allerseligsten Jungfrau, im Jubeljahr 1950, im 12. Jahre Unseres Pontifikates.

Pius XII., Papst.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Was will die Enzyklika „Humani generis"?

Die Enzyklika „Humani generis" vom 12. 8. 1950 (Text in Herder-Korrespondenz 5. Jhg. Heft 1, S. 25) wurde schon wenige Tage nach ihrem Erscheinen von dem italienischen Publizisten Pamfilo Gentile als eines der weittragendsten Dokumente des Pontifikates Pius' XII. bezeichnet. Der „Osservatore Romano" (28./29. 8. 1950) setzte diese Kennzeichnung an die Spitze des Leitartikels, den er der Enzyklika widmete. Er gab seinem Aufsatz die Überschrift: „Um die Rettung der Vernunft". Der Ausdruck war wohl mit Bedacht gewählt. Der Verfasser des offiziösen Kommentars spricht zunächst davon, daß die kirchliche Autorität durch dies Dokument die menschliche Vernunft gegen den Relativismus verteidigen wolle, weil mit der Anerkennung absoluter Wahrheiten die unveränderlichen Grundlagen der Kultur stehen oder fallen. Aber außerdem wolle der Papst auch vor „Abenteuern im Denken" warnen und auch in diesem Sinne zur Vernunft mahnen. Der Heilige Vater möchte uns sagen: „Überstürzt nichts! Geht ernsthaft und abwägend voran!" Und dieser Rat ist denn wohl auch für die Deutung der Enzyklika zu beachten.

Keine Denunziationen

Es sind nicht nur außerhalb der katholischen Öffentlichkeit unsinnige Pauschalurteile über die Enzyklika abgegeben und maßlose Folgerungen daraus gezogen worden. Auch katholische Kommentatoren haben da und dort den Rat zur Mäßigung vergessen und eine merkwürdige Einseitigkeit gezeigt. Überhaupt zeugte es von kleinlichem Geist, wenn das Interesse für dies Lehrschreiben sich vorwiegend in der Frage ausgedrückt hätte: „Wer ist gemeint?" Als ob die wesentliche Absicht eines so gewichtigen Dokumentes darin bestünde, den einen oder andern Gelehrten und Publizisten mundtot zu machen! War es nicht eine einladende Geste und, mehr als das, ein Zeugnis für die weitherzige Achtung, die der Heilige Vater jedem aufrichtig gemeinten Wort und insbesondere jeder ernsthaften Forschung entgegenbringt, wenn er keine theologische Richtung und erst recht keine Person mit Namen nannte? Wenn das notwendig gewesen wäre, hätte er es sicherlich getan. Das beweist die kuriale Praxis des Heiligen Offiziums und des Index. Wer deshalb bei der Deutung der Enzyklika hauptsächlich darauf ausgeht, den Dieb zu suchen, wird ihren Absichten schwerlich gerecht. Es sind nicht Personen be-

troffen, sondern Gedanken oder, besser gesagt, gedankliche Strömungen, die unserer Zeit und unseren Erlebnissen entspringen und von denen wir alle berührt oder wenigstens gefährdet werden.

Unter Mißachtung jener Diskretion, die das päpstliche Dokument bewahrt, ist gesagt worden, daß in erster Linie einige bestimmte französische Theologen damit gemeint seien. Hierüber hat der Bischof jener Diözese, in der sich eines der wichtigsten Forschungszentren dieser französischen Theologie befindet, eine wichtige Äußerung getan. Kardinal Gerlier, der Erzbischof von Lyon, gab in seinem Diözesanblatt bekannt, daß er in einer Audienz mit dem Papst von der Enzyklika gesprochen habe: „Nachdem er die Notwendigkeit einer Stellungnahme betont hatte, fuhr der Papst fort, — und er fügte es mit demselben Nachdruck hinzu, denn er würdigte sich, es mir dreimal zu wiederholen —, er wolle vor allem und auf das entschiedenste nicht, daß seine Mahnungen wen auch immer schmerzen, verletzen oder verbittern sollten. Man würde in aller Form seine Absicht verfälschen, wenn man ihr einen derartigen Sinn unterlegte. Er wolle sie als väterliche Ratschläge aufgefaßt wissen. Wenn ich", sagte Kardinal Gerlier, „die Schwelle einiger vertraulicher Mitteilungen überschreiten könnte, würde ich euch sogar sagen, daß der Text der Enzyklika davon eine deutliche Spur zeigt." Der Kardinal teilte ferner mit: „Der Papst hat uns energisch erklärt, daß man seine Absichten nicht weniger verkennen würde, wollte man aus ‚Humani generis' eine Art Schranke machen, welche die Freiheit der Forscher entmutigen könnte, während er mehr denn je darauf Wert legt, daß man in der geistigen Gärung unserer Tage zwar die Grenzsteine achtet, die er den Weg entlang aufgestellt hat, diesen Weg aber an der Spitze der Arbeiter des Geistes fortsetzt." In dieser Gesinnung schrieb P. Labourdette OP, der zuvor in den französischen Kontroversen seine warnende Stimme erhoben hatte, nach dem Erscheinen der Enzyklika: „Wo sich das Rundschreiben jeder Namensnennung enthält, würde man sich mit einem Versuch, die Betroffenen zu nennen, doch wohl dadurch schweren Unrechtes schuldig machen, daß man mit einer Inquisition der Gesinnungen, mit Verdächtigungen und niedrigen Unterstellungen die Ehre christlicher Theologen und Philosophen angriffe, die der Kirche durchaus und treu gehorsam sind" (Revue Thomiste 5 [1950] 32).

Die Stimmung in Frankreich

Es ist dennoch bekannt, und Hugo Rahner hat es in seinem Kommentar zur Enzyklika (Stimmen der Zeit, 76. Jhg., 3. Heft, Dez. 1950 S. 169) offen ausgesprochen, daß „zunächst (aber keineswegs ausschließlich) bestimmte Erscheinungen in der neuen französischen Theologie gemeint sind". Deshalb war auch das Echo auf die Enzyklika nirgendwo lebhafter als in Frankreich. Die Stimmung in diesem Lande schilderte der Pariser Korrespondent von „The Commonweal" (6. 10. 1950, S. 628) in einem längeren, sehr offenen Aufsatz.

„Es besteht kein Zweifel, schreibt er, daß die geistigen Haltungen, die durch ‚Humani generis' aufgedeckt werden, in Frankreich weit verbreitet sind. Doch ist es schwer, genau zu sagen, wie weit. Viele Mitglieder des Klerus und noch mehr Laien sind sich wohl bewußt, daß vieles in der gegenwärtigen Katechese und Verkündigung der Kirche wirkungslos verhallt — in Wort und Schrift. Und diese Leute haben sich gewaltig angestrengt, die Botschaft der Kirche dem Verständnis des Durchschnittsmenschen im zwanzigsten Jahrhundert anzupassen." Sie fragen sich, ob es denn nicht möglich sei, moderne wissenschaftliche Erkenntnisse in das Denksystem einzufügen, das die Kirche seit dem Mittelalter ihren Gläubigen darbietet und das in einer Reihe von Punkten überholt ist. Darin liegt nichts Unberechtigtes, und die Enzyklika selbst erkennt die Berechtigung dieser Frage an. Einige aber sind bis in die Nähe des Agnostizismus geraten und „legen einen gefährlichen intellektuellen und moralischen Laxismus an den Tag". „ So war die Reaktion der französischen Katholiken beim Erscheinen der Enzyklika, im ganzen genommen, — wenigstens bei denjenigen aus den verschiedensten Kreisen, die ich im Laufe einiger weniger Wochen erreichen konnte — eine einstimmige: ‚Eine Maßnahme, die vielleicht unangenehm ist, wie jede Maßnahme einer Autorität, aber eine Maßnahme, die notwendig geworden ist. Es gab Leute, die wirklich im Begriff standen, zu weit zu gehen.' "

Viele französische Katholiken, schreibt Robert Barrat weiter, hatten Schlimmeres befürchtet. Sie atmeten auf, als sie den Text lasen. Sie fühlten sich dadurch eingeschüchtert, daß kurz zuvor einige Männer gemaßregelt worden waren, „die in einer Anzahl intellektueller Kreise von Katholiken und anderen als die Avantgarde der französischen Theologie betrachtet werden". „Müssen wir nun annehmen, wie einige Beobachter von außen erklären, daß römische Kreise politischen Einflüssen nachgegeben haben (der in Rom einflußreiche spanische Klerus macht der französischen Geistlichkeit schwere Vorwürfe wegen ihrer politischen und sozialen Fortschrittlichkeit) und bestrebt sind, eine gewaltsame Integration durchzusetzen?"

Besorgnisse

„Ungeachtet beruhigender Anzeichen", sagt Barrat,„ bleibt eine gewisse Besorgnis in katholischen avantgardistischen Kreisen bestehen. Dieser Name soll hier keinen geringschätzigen Sinn haben. Ich habe gewisse vorwärts schauende Christen im Auge, die nicht etwa kommunistische Parteigänger sind. Ich meine alle Katholiken, die durch das geistige Elend ihres Landes bedrückt sind und es ablehnen, wohlgefällig mit gutem Gewissen zu schlafen, die vielmehr mit aller Kraft für den Fortschritt des Gottesreiches wirken. Diese Kreise haben recht, wenn sie, ohne darum pharisäisch zu sein, sagen, daß nirgendwo sonst das Problem der Trennung der Kirche von der modernen Welt so dringend gestellt und mit so großem Mut und Freimut studiert worden ist wie in Frankreich. (Die Beziehung von Wissenschaft und Glauben, die Abwesenheit der Kirche in den proletarischen Massen, die Vereinigung der uneinigen Zweige des Christentums.) Und nirgendwo sonst sind so viele Hinweise für Lösungen dieser Probleme gegeben worden."

„Diese Trennung, so fügt man in jenen Kreisen hinzu, tritt zweifellos in Italien, Spanien oder den südamerikanischen Ländern nicht hervor. Diese Länder erfreuen sich einer alten katholischen Kultur, innerhalb deren das soziale Schwergewicht zugunsten der Religion einwirkt. Solche Menschen haben keine günstigen Voraussetzungen, um die Lage zu verstehen, in der sich Frankreich, Deutschland oder die katholischen Völker hinter dem Eisernen Vorhang befinden. Ihre Urteile neigen zuweilen zu einem Mangel an Einsicht oder Mitgefühl."

Weil sie fürchten, mißgünstige Geister könnten sich der Enzyklika bemächtigen, sind jene Kreise in Frankreich, wie Barrat sagt, besorgt, daß die Enzyklika auf geistigem Gebiet eine Entwicklung einleiten könnte, die dann auf praktischem ihre Folgen hat, für die Mission de Paris zum Beispiel oder für die Mission de France, die sehr viele Feinde haben, aber nach Ansicht derjenigen, die sie von innen her kennen, „der einzige ernsthafte und wirksame Anlauf sind, einem entchristlichten Volk von neuem das Evangelium zu bringen".

Und noch ein Unbehagen empfinden jene Kreise nach den Erfahrungen des Berichterstatters. „Gestehen wir ein: es gibt eine philosophia perennis. Muß diese überzeitliche Philosophie derart sein, daß sie uns keine Hilfe bietet, unsere eigene Zeit und ihre Probleme zu verstehen und unseren Zeitgenossen bei ihren oft ganz ehrlichen Bemühungen um die Wahrheit beizustehen? Oder trifft das etwa nicht zu für die gehobene Darbietung der katholischen Lehre und eine Anzahl von Seminarien? Das thomistische System wird oft seines Markes beraubt und in Form eines Kompendiums dargeboten, das schwer zu verdauen ist. Die Studenten werden getadelt, weil sie neuerungssüchtig sind. Aber wenn die alten Dinge ihnen anziehend dargeboten würden, würden sie nicht so darauf aus sein, das Leben anderswo zu suchen. Leben, das ist es, was sie zuerst von allem suchen, und die Bewegung des Gedankens und des Wissens." Sie würden die thomistische Philosophie gern aufnehmen, wenn man ihnen zeigte, wie mit ihrer Hilfe auf die Fragen unserer Tage eine Antwort gegeben werden kann. Und nun ist es „die Furcht, die viele haben, daß eine Wende zur Vergangenheit vollzogen werden könnte, zu Traditionen, die ihres Geistes entleert sind, zu einem routinierten Lehren mumifizierter Gedanken".

Man ruft nach einer Ergänzung

Barrat schließt seinen Bericht über die Stimmung in diesen französischen Kreisen: „Es muß also gesagt werden, daß die neue Enzyklika, um die Zustimmung der anspruchsvollsten Gläubigen zu erlangen, — und zwar eine Zustimmung, die nicht nur gläubig wäre, sondern zugleich auch aus tiefer Einsicht käme — nach einer Ergänzung ruft. Gleichgültig in welcher Form, müßte diese Ergänzung ausführlicher über alle jene besonderen Punkte handeln, hinsichtlich derer Rom seine Lehre zu erklären wünscht. Dadurch, daß einige vorgeschlagene Lösungen für irrig erklärt sind, ist das Problem selbst nicht gelöst. Und nicht schon dadurch, daß Rom einfach die Lösungen angibt, zu denen es letztlich gelangt, wird das Recht der Gläubigen befriedigt, über die Zwischenstufen unterrichtet zu werden, die zu diesen Lösungen führten." Die Kirche muß den Gläubigen einen Weg zeigen, der sie in den Stand setzt, einerseits am Glauben festzuhalten, ohne andererseits in der Diskussion mit intelligenten Ungläubigen in den Schein zu geraten, sie müßten „lächerliche Ansichten vergangener Zeiten vertreten". „Wenn solch eine Ergänzung nicht erfolgt, kann man annehmen, daß die Kirche hier in diesem zwanzigsten Jahrhundert an ihrem Busen zahlreiche späte Galileis züchten wird. Und die spöttische Bemerkung, mit der ‚Le Monde' seinen Kommentar über die Enzyklika beschloß, könnte recht behalten: ‚Es wäre ein großer Irrtum, zu meinen, daß die Entwicklung des christlichen Gedankens ohne Hindernisse und ohne Opposition vor sich gegangen wäre.'"

Die Kommentare zur Enzyklika, die bis jetzt in theologischen Zeitschriften erschienen sind, führen zumeist den Nachweis, daß „Humani generis" kein Hindernis für die wissenschaftliche Forschung aufrichte, die der Papst im Gegenteil mehrfach ermuntert. Sie weisen hin auf die Notwendigkeit, in unserer Zeit schleichender Häresien — „wir sind in der paradoxen Situation von Häresien ohne Häresiarchen" (Marrou) — diese beim Namen zu nennen, und sie machen aufmerksam auf die Aufgabe des obersten Lehrers, die Theologen zu warnen: nun, jener Aufsatz von Barrat zeigt, daß die Gläubigen dies alles nicht nur verstehen, sondern daß sie sogar aus vollem Herzen damit einverstanden und dafür dankbar sind, aber noch etwas mehr erhoffen.

Eine Äußerung im „Esprit"

Einer jener französischen Avantgardisten hat dafür an einem Orte Zeugnis abgelegt, der in der geistigen Bewegung des heutigen Frankreich sicherlich hervorragend ist. Henri Marrou, Professor für Geschichte des Christentums an der Sorbonne, schreibt im „Esprit" (Okt. 1950 S. 562) einen Aufsatz zur Enzyklika, der einen ebenso vorbildlichen Glaubensgeist atmet, wie er theologische Einsicht in die Wesensgesetze der Kirche offenbart. Aber bezeichnenderweise ist auch dieser Aufsatz überschrieben: „Über den guten Gebrauch einer Enzyklika". Auch ihm ist die Furcht anzumerken, daß diejenigen die Oberhand gewinnen, „die ihrer Natur gemäß von der Enzyklika nichts anderes behalten werden als ihre negativen Schlußfolgerungen und daraus ganz negative Regeln für ihr Verhalten ziehen werden". Wer Dogmengeschichte treibt, wird des Historismus verdächtigt, wer ad tollendum schisma betet, des Irenismus geziehen werden usw. „Ich zögere nicht zu sagen, daß wir derartigen Bestrebungen eine besondere Wachsamkeit entgegensetzen müssen. Ich gebrauche dies Wort mit Absicht. Bekanntlich existiert in jeder Diözese seit der Modernistenkrise ein Überwachungsorgan mit dem Auftrag, die Häresie aufzuspüren. Gewiß, es ist notwendig, vor allem die Reinheit des Glaubens zu sichern. Aber die Gesundheit der Kirche fordert nicht minder gebieterisch, daß man ihn gegen die Dummheit schützt."

Marrou behauptet, daß gerade die jüngere Generation der Geistlichen für die modernen Geistesströmungen besonders anfällig sei. „Nicht ohne Ärgernis beobachten wir bei ihnen diese Besessenheit von der Aktion, diesen Eifer, sich dem Zeitgeist anzupassen, verbunden mit einer gepflegten Gleichgültigkeit (um nichts Schlimmeres zu sagen) gegenüber der überlieferten Theologie und ihrem begrifflichen Apparat, — alles, wohlverstanden, im Verein mit dem glühendsten Eifer und der edelsten Selbsthingabe." Es sei doch wahrhaft erstaunlich, daß die Bildung und Erziehung, die diese Geistlichen gemäß § 1366 CIC im Seminar genossen haben, sie so wenig beeindruckt und so geringe Spuren hinterlassen hat. Was folgt daraus? „Es genügt nicht, den heiligen Thomas zu lehren. Man muß es außerdem in einer Art und Weise tun, die ihn den Hörern nicht für immer verleidet." Das ist allerdings selbstverständlich. Und übrigens zeigt die Äußerung von Marrou, daß die katholischen Laien, auch wenn sie sich selbst größere Freiheiten gestatten, doch vom Klerus Zurückhaltung gegenüber den modernen Ansichten erwarten. Sie bestätigt also, daß es an der Zeit war, durch dieses Hirtenschreiben daran zu erinnern.

Man fürchtet den Integralismus

Marrou kommt mehrmals auf die Befürchtung zurück, die Enzyklika könnte mißbraucht werden. „Es ist notwendig, zu vermeiden, daß diese Mahnungen und Urteile (des Papstes) nicht zum Vorwand für eine neue Woge integralistischen Terrors werden und in der Kirche zeitweise jede Bemühung um ein originelles und neues Denken lähmen ... In den Kreisen der Katholiken gibt es zu viele ängstliche Geister, die nicht begreifen können, daß der Irrtum und, wenn man will, die Häresie ein ... unvermeidliches Nebenergebnis jeder schöpferischen Lehrtätigkeit ist. Allerdings: daß der Papst die Kirche vor gewissen falschen Ansichten zu schützen hat, ist in gewisser Beziehung ein Trost. Man möge sich täuschen oder riskieren, sich zu täuschen! Wenn man nur energisch denkt! Aber jene Leute verwechseln Rechtgläubigkeit mit Denkfaulheit, sichere Lehre mit Nachplappern, und um Irrtümer und Risiken zu vermeiden, verzichten sie freiwillig aufs Denken und würden es gern sehen, daß alle so wie sie selbst verzichteten."

Die Enzyklika selbst, sagt der Verfasser, tut alles, um einem solchen Mißbrauch vorzubeugen. Sie fordert ja zur Auseinandersetzung mit der Gedankenwelt unserer Zeit auf. Wenn man diese ihre Absicht, verbunden mit der dabei gebotenen Sorgfalt, verwirklicht, kann sie eine vielleicht entscheidende Etappe zum Aufblühen einer großen Epoche der Theologie werden.

Kommentar der französischen Jesuiten

In den Etudes (83. Jhg., Oktober 1950, S. 108), der französischen Jesuitenzeitschrift, analysiert P. Robert Rouquette den psychologischen Grund derartiger stimmungsmäßiger Befürchtungen, wie wir sie oben durch Zeugnisse belegt haben. Er ist mit Marrou darin einig, daß die Haltung der französischen Katholiken gegenüber der Enzyklika sich in aufrichtiger innerer Zustimmung bekunden muß und daß es ein großer Irrtum wäre, zu meinen, die Gläubigen oder der Klerus von Frankreich wären weniger von Anhänglichkeit gegen den Stuhl Petri erfüllt als andere Völker. Aber die Katholiken Frankreichs, fährt Rouquette fort, leben unter besonderen Bedingungen und daher auch in einer eigenen Mentalität. Sie stehen unter dem seelischen Druck der Tatsache, daß ihr Volk Christus verloren hat. „Auch wir glauben, daß die Kirche im Besitz der Wahrheit ist ... aber was uns psychologisch vor allem zur Reflexion und zur Aktion treibt, ist die bedrückte Feststellung, daß die Welt entchristlicht ist ... und was wir suchen, das ist, diejenigen zur Wahrheit der unfehlbaren Kirche heimzuführen, die sie nicht kennen."

Aus dieser geistigen Situation entsteht eine erste Frage. Warum bezieht die Kirche so oft negative Positionen und verurteilt? Warum bezeugt sie der Welt nicht ihre Sympathie, knüpft an das Körnchen Wahrheit an und sucht es weiterzuentwickeln? Rouquette antwortet darauf: „Wir wollen in den Beziehungen zwischen dem Lehramt und den schöpferischen Bewegungen nicht eine Opposition oder einen Zusammenprall erblicken, sondern eine Dialektik vereinter Kräfte ... Die schöpferische Bewegung braucht nicht Selbstmord zu begehen. Oft unter Leiden, muß sie das wägende Urteil des Lehramtes als einen wohltätigen Willen Gottes hinnehmen und sich dadurch Schranken ziehen lassen. Aber zu gleicher Zeit bleibt die Pflicht bestehen, die apostolische und geistige Forschungsarbeit fortzusetzen."

Ähnlich steht es um eine andere Frage: Verurteilt die Kirche hier nicht etwas, was kein Katholik glaubt und vertritt, untergründige Tendenzen, die durch die lehramtliche Formulierung notwendig so vereinfacht werden, daß jeder Katholik mit Recht behaupten kann: Was hier verurteilt wird, habe ich nie gesagt? Rouquette sucht gegenüber diesem Einwand den Sinn und die Absicht lehramtlicher Urteile, wie sie die Enzyklika ausspricht, herauszuarbeiten. Selbst wenn man unterstellt, daß die verurteilten Ansichten in dieser vereinfachten Definition von niemandem gelehrt würden, würden die Formulierungen der Kirche dennoch den Punkt bezeichnen, zu dem die dadurch betroffenen Bewegungen schließlich hinstreben. Sie stecken die Grenze ab, an die diese Bewegungen stoßen werden, wenn sie sich nicht dialektisch umbiegen und korrigieren lassen. Davon abgesehen trifft die Kirche durch ihr Urteil den vulgären Begriff solcher Anschauungen und verhütet, daß sie sich sozial schädigend auswirken. Es liegt dem Lehramt weniger an der privaten Meinung eines Gelehrten als daran, daß gewisse Meinungen, vergröbert und von allen wissenschaftlichen Kautelen befreit, im Volk Unheil anrichten. Deshalb wird der Gelehrte zu größerer Vorsicht im Ausdruck genötigt.

Wo liegen die Gefahren?

Es sind, wie Rouquette sagt, vor allem drei zum Irrtum führende Tendenzen, die durch „Humani generis" in diesem Sinne korrigiert und abgebogen werden sollen: religiöser Synkretismus, dogmatischer Relativismus und theologischer Archaismus (womit das Zurückgehen auf frühchristliches Denken zur leichteren Verständigung mit den getrennten Brüdern gemeint ist). „Es ist leicht zu sehen, daß ausdrücklich oder einschlußweise mit der Verurteilung der Übertreibungen die maßvollen Bestrebungen anerkannt werden."

Was bedeutet dies? Nun, wenn der Synkretismus verurteilt wird, bleibt es doch gestattet, danach zu forschen, ob sich nicht in gewissen dogmatischen Formeln der verschiedenen Bekenntnisse in Wirklichkeit Anschauungen ausdrücken, die weit weniger voneinander abweichen, als die Formeln vermuten lassen. Ebensowenig ist es in Zukunft verboten, Andersgläubigen die katholische Wahrheit in einer Sprache vorzutragen, die die ihrige ist, und dadurch Vorurteile auszuräumen.

Der anarchische Evolutionismus und der dogmatische Relativismus sind verworfen. Trotzdem steht die Kirche zugleich in Zeit und Ewigkeit. Sie entwickelt sich. Mag man die Entwicklung in der Lehre nun auch nicht als Entfaltung eines Keims verstehen dürfen, da das Depositum fidei schon am Anfang ganz gegeben ist, so darf man doch wohl sagen: „Wie ein genialer Gedanke schon ganz enthalten ist im überquellenden Reichtum seiner ersten Intuition, lebt auch die Offenbarung in der Zeit, läßt sich auseinanderfalten, artikuliert sich, vertieft sich in ihre Richtung, wird mehr und mehr sie selbst, ohne sich zu verändern, bereichert sich an ihrem eigenen Reichtum. In ihrer kontinuierlichen und homogenen Entwicklung unterscheidet man endgültige Abschnitte in Gestalt der unveränderlichen Formulierungen der Glaubensdefinitionen."

Auf größere Vorurteile wird die Enzyklika nach Mei-

nung von Rouquette in ihrer Lehre über die thomistische Philosophie stoßen. Man dürfe aber das, was der Papst sagt, nicht forcieren. Die Enzyklika definiert das Wesen des Thomismus in sehr allgemeinen Worten. Sie betont hauptsächlich, daß er am besten geeignet ist, den Dogmen Ausdruck zu geben. Dadurch tritt sie für den Wert der erkenntnistheoretischen Prinzipien des thomistischen Realismus ein, die ohnehin Gemeingut des katholischen Denkens sind. Im einzelnen erkennt Papst Pius XII. die Entwicklungsfähigkeit der christlichen Philosophie an und sagt nirgendwo, daß die modernen Forschungen und Erkenntnisse den Irrtum an sich verkörpern und nichts beizutragen hätten. Sicherlich, fügt Rouquette hinzu, hat die scholastische Philosophie seit ihrer Wiederentdeckung vor allem auf dem Gebiet ihrer geschichtlichen Erforschung Hervorragendes geleistet. Es liegt im Interesse des Apostolates, daß sie nun auch sachlich weiterentwickelt und auf die Höhe der Erkenntnisse unserer Zeit gehoben wird, sofern dies nur organisch und ohne Bruch mit den Prinzipien der Tradition geschieht. Man soll daran denken, wie es Thomas selbst einst gelang, die Synthese zwischen Augustin und Aristoteles zu schaffen.

Auch die Exkurse der Enzyklika über den Evolutionismus und die Interpretation der Genesis bieten keinen Grund zur Erregung. Die Kirche scheut keine sichere Erkenntnis der Natur- und Geschichtswissenschaft. Sie wehrt sich nur dagegen, daß Hypothesen als sichere Wahrheit ausgegeben werden. Es ist z. B. nicht verboten, daß ein Gelehrter die evolutionistischen Thesen als eine Hypothese der Erklärung betrachtet, die den Tatsachen recht gut Rechnung trägt; wenn er nur an der Erschaffung der menschlichen Seele festhält. Oder wenn der Papst von der Geschichtlichkeit der Genesis spricht, sagt er doch, daß es sich dabei um ein besonderes Genre der Geschichtsschreibung handelt. Es ist also für die Erforschung der literarischen Arten volle Freiheit gegeben.

Was fordert die Enzyklika?

So wird denn, abgesehen von der Zustimmung zu solchen Wahrheiten, die jedem Katholiken selbstverständlich sind, vom katholischen Forscher nur so viel verlangt, daß er „eine Haltung der Lenksamkeit" bewahre. Er muß schweigen können, wenn die Kirche einmal urteilt, daß es für das Allgemeinwohl besser ist, wenn er schweigt. Dies ist nicht zu viel verlangt von einem wahrhaft Gläubigen, der weiß, daß seine persönliche Ansicht nicht nur dem Irrtum unterworfen, sondern vor allem auch, daß sie für das Leben und die Gedankenwelt der Kirche nicht unersetzlich ist.

Kein Anathema!

Auch in Belgien ist ein Kommentar zur Enzyklika erschienen, der sich besonders bemüht, hervorzuheben, wie vorsichtig und genau man das Dokument studieren muß, ehe man die Behauptung wagt, diese oder jene Auffassung eines katholischen Schriftstellers sei durch „Humani generis" verurteilt. Jean Levie SJ beginnt seine Betrachtungen in der „Nouvelle Revue théologique" (Bd. 72 Nr. 8, September 1950, S. 785), indem er zahlreiche Beispiele dafür bietet, wie sorgfältig abgewogen und nuancenreich die Enzyklika spricht. Ihr Blick ist nicht rückwärts gewendet, und ihr Anliegen besteht nicht darin, einen Syllabus tatsächlicher Irrtümer zu schaffen. Der Papst schaut in die Zukunft. Er sieht, wie schon so oft seit Antritt seines Pontifikates, die Auswirkungen des Grundübels unserer Zeit, des „religiösen und moralischen Agnostizismus". Er sieht, wie sich auch im katholischen Lager unter dem Einfluß des Zeitgeistes gewisse Tendenzen bemerkbar machen, die vielleicht heute noch tragbar sind, morgen oder übermorgen aber in die Nähe des Irrtums oder in den Irrtum führen können. Er will vorausschauend warnen, auf diese Gefahren aufmerksam machen und verhüten, daß es eines Tages zu einer Krise wie der modernistischen kommt, der die gegenwärtige innerkatholische Situation nach der Enzyklika eben gerade nicht vergleichbar ist. Es handelt sich um Anfänge, nicht um die Verurteilung bereits verbreiteter Häresien. Die Warnungen des Papstes gelten darum, wie der Kommentator ausführt, besonders im Hinblick auf die Gefahr geistiger Verwirrung der Öffentlichkeit. Das Hirtenschreiben erwähnt, wie leicht schon Studenten eine vorsichtig formulierte Ansicht ihres Lehrers verallgemeinern und vergröbern. Da heute die Anteilnahme der Massen am geistigen Leben um vieles leichter und allgemeiner geworden ist, wächst auch die Gefahr, daß wissenschaftliche Hypothesen, in ein Schlagwortwissen umgemünzt, in breiten Kreisen falsch verstanden, einseitig ausgelegt und dazu benutzt werden, um religiös verderbliche praktische Konsequenzen zu ziehen. Es wäre in der Tat nichts gewonnen, wenn in dieser Situation Träger des kirchlichen Apostolates, um mit der Welt Kontakt zu gewinnen, Zugeständnisse an diese moderne Sprachverwirrung machten.

Kein Stop für die theologischen Kontroversen

Was die Kontroversen angeht, die in den letzten Jahren innerhalb der Theologie ausgetragen wurden, findet Levie, daß der Papst sich große Zurückhaltung auferlegt. Beispielsweise ist in bezug auf die strittige Frage nach dem Verhältnis zwischen Natur und Übernatur nichts anderes verworfen als die Behauptung, „das Gott nicht geistbegabte Wesen schaffen kann, ohne sie zur Gottesschau zu bestimmen und zu berufen". Im übrigen greift der Papst in die Kontroverse nicht ein. Der Existentialismus wird nur insoweit abgelehnt, als er den Atheismus einschließt oder den Wert des metaphysischen Urteils leugnet. Es wird nichts darüber gesagt, ob ein Existentialismus möglich sei, der sich von diesen Irrtümern freihält.

Als Ganzes betrachtet, ist die Enzyklika ein erleuchtetes Werk genauesten Abwägens im Ton der Liebe und des Friedens. Sie fordert vor allem, daß auch wir einander nicht verdächtigen und bekämpfen, sondern loyal auf die Absichten des Heiligen Vaters eingehen.

Kein neuer Syllabus

In deutscher Sprache hat P. August Bea SJ in der „Scholastik" (36. Jhg. Heft1, S. 36) eine Erläuterung der Enzyklika gegeben, der wir wohl mit Recht besondere Aufmerksamkeit schenken; denn ihr Verfasser steht in Rom an verantwortungsvoller Stelle. Auch er geht davon aus, daß sich seit dem Kriege in der katholischen Theologie Strömungen zeigten, die „konsequent durchgeführt, für die Reinerhaltung der katholischen Glaubenslehre verhängnisvoll werden konnten". Diese Strömungen sind, wie sich aus den Literaturangaben von Bea ergibt, vor allem in Frankreich zu suchen und berühren das Dogma in so wichtigen Fragen wie denjenigen nach

dem gnadenhaften Wesen der Übernatur, dem Wert der dogmatischen Formulierungen, der Beweisbarkeit der praeambula fidei, dem Dasein und Wesen der Erbsünde, der christlichen Philosophie und dem Thomismus. Nachdem der Papst schon 1946 in zwei Ansprachen an die Jesuiten und Dominikaner (vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg. 1946/47 S. 173/174) eine erste Warnung ausgesprochen hatte, zeigte es sich, daß jene Strömungen nicht zum Stillstand kamen. Deshalb mußte die Enzyklika erscheinen, um „mit klaren und unzweideutigen Ausführungen den Standpunkt des kirchlichen Lehramts" zu bestimmen, „ohne aber der wissenschaftlichen Forschung irgendwie Fesseln anzulegen, soweit sie nicht gegen eine kirchliche Lehre verstößt". Sie ist also kein neuer Syllabus; d. h. die Enzyklika bietet kein Verzeichnis genau formulierter Irrtümer. Sie nennt nur beispielshalber einige Strömungen, in denen Irrtümer vorkommen, was z. B., wie oben berichtet, vom Existentialismus gilt.

Die Enzyklika möchte stattdessen die psychologischen Wurzeln aufdecken, die den Theologen verlocken könnten. Es sind Neuerungssucht, das Streben, mit der Wissenschaft Schritt zu halten, und ein ungesunder Irenismus. Die Neuerungssucht ist um so gefährlicher, je mehr sie dem Lehramt aus dem Weg geht und esoterischen Charakter annimmt. Das Wettstreben mit der Wissenschaft wird bedenklich, sobald man vorschnell wissenschaftliche Hypothesen als bewiesene Tatsachen behandelt und ihretwegen dogmatische Wahrheiten modern umdeutet. Der Irenismus, als Gesinnung eine christliche Forderung, darf nicht die Wahrheit verdunkeln, daß die Kirche in ihrer Lehre die Offenbarung treffend auslegt.

Akute Gefahren

Aus diesen Wurzeln entstehen gewisse, gegenwärtig aktuelle Gefahren für den Theologen. Auch dieser Kommentar spricht an dieser Stelle nur von „Gefahren". Ihre erste ist der dogmatische Relativismus, also eine Ansicht, derzufolge „alle Begriffe nur Annäherungswerte" sind, woraus sich ergibt, daß verschiedene Formulierungen, gewachsen auf dem Boden verschiedener Philosophien, einander ergänzen, wohl auch dialektisch widersprechen und sich gegenseitig ablösen können. Es geht dabei nicht nur um neue Ausdrücke für die gleiche Sache. Der Gehalt unserer Erkenntnis soll dem Wandel, nicht nur der Vervollständigung unterworfen sein. „Es ist ohne weiteres klar, daß diese Anschauungen den Glauben an die Lehre der Kirche in einen unklaren Subjektivismus auflösen." Wer derartigen Ansichten Raum gibt, verkennt die Natur des kirchlichen Lehramtes. Bea unterstreicht in diesem Zusammenhang die Bemerkung des Heiligen Vaters über die verpflichtende Kraft der Enzykliken.

Wichtig sind, wie er sagt, die Ausführungen über das Verhältnis zwischen lebendigem Lehramt und dogmengeschichtlichen Forschungsergebnissen. Der entscheidende Faktor in der Frage: was ist offenbart? wird dargestellt durch die Übereinstimmung der katholischen Bischöfe und Gläubigen, die unter dem Walten des Heiligen Geistes steht. Das gilt auch für die Bibelwissenschaft und, soweit sie mit den Glaubenswahrheiten zusammenhängt, für die Philosophie.

Auch P. Bea hebt hervor, daß der Papst die katholische Wissenschaft nicht mehr bindet, als für die Reinheit des Glaubens nötig ist. So vermeidet er beispielsweise den Ausdruck „scholastische Philosophie", offenbar um die Gelehrten nicht an „eine bestimmte Ausprägung oder Schattierung" der in der Kirche anerkannten Philosophie zu binden. Darüber hinaus gewährt er in allen Fragen, die nicht mit der Glaubenslehre zusammenhängen, völlige Freiheit. Jedoch kann der Katholik nur einer solchen Philosophie anhängen, die nicht die Unveränderlichkeit der Wahrheit selbst in Frage stellt, indem sie unseren Begriffen den objektiven Wert aberkennt.

Der Wunsch der Seelsorger und Publizisten

Auch P. Bea betont, daß die Enzyklika zwar die Freiheit der Forschung sichern will, andererseits aber Vorbeugungen treffen möchte, daß die noch ungesicherten Hypothesen auf den Gebieten der Bibel-, Natur- und Geschichtswissenschaft nicht leichtfertig in die urteilslose Masse getragen werden. Es gibt niemanden, der die Berechtigung einer solchen Warnung verkennen würde. Denn wer möchte das Volk mit Problemen belasten, die es nicht hat? Jedoch haben gerade die französischen Kommentare gezeigt, daß diese Warnung in der Praxis mit sehr viel Diskretion befolgt werden muß. Wie die Herder-Korrespondenz gelegentlich berichtet hat (4. Jhg. S. 466), ist die Anteilnahme der Massen am kulturellen Leben sehr weit fortgeschritten, wenn sich diese Anteilnahme bei vielen vielleicht auch darin erschöpft, daß sie wissenschaftliche Hypothesen und Schlagworte aufgeschnappt und teilweise verstanden haben. Der Volksredner und Schriftsteller, erst recht der Publizist, der sich an gehobene Schichten zu wenden hat, befindet sich also in einer Zwangslage. Auch ohne neuerungssüchtig zu sein, muß er Stellung nehmen zu dem, was das Radio, die Zeitung, das Magazin des Wissens, die Volkshochschule usw. verbreiten. Zwischen ihnen und der Schultheologie gibt es erstens eine Kluft des Ausdrucks. Sie kann vielleicht bei einiger Gewandtheit überwunden werden. Es gibt aber auch Anschauungen, die durch alle diese Mittel der Publizistik allgemein geworden sind, z. B. die Thesen einer gemäßigten Entwicklungslehre, die Thesen eines wie immer formulierten Historismus, ein gewisses Gefühl für das Recht des einzelnen auf seine Religion usw. Wer vor den Menschen, die mit solchen Gefühlen, Stimmungen, Schlagworten oder Vorurteilen angefüllt sind, als Verkündiger der katholischen Wahrheit aufzutreten hat, muß heute nicht nur darauf achten, daß er die volle katholische Wahrheit verkündet, sondern auch darauf, daß er sich mit seinen Behauptungen nicht dem Augurenlächeln der mehr oder weniger Gebildeten aussetzt. Es ist ihm deshalb nicht damit allein geholfen, daß er nun weiß, was er nicht sagen darf. Er muß vielmehr erwarten, daß die theologische Wissenschaft jetzt erst recht das Ihrige tut, um ihn mit Argumenten auszurüsten, die sich auf der Rostra moderner Publizistik sehen lassen können. Diese Forderung des französischen Kommentators Barrat darf sicher unterstrichen werden. Vielleicht ist es mehr eine Frage des Ausdrucks als der Sache. Aber wir sind weit davon entfernt, mit den Ausdrücken der Schultheologie den intellektuellen Anforderungen des modernen Katholiken, geschweige denn denen des Zweiflers zu genügen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang die schwer-

wiegenden Worte anführen, die René d'Ouince, bemerkenswerterweise in der Jesuitenzeitschrift „Etudes" (Dezember 1950, S. 357), geschrieben hat, wo er auf dieses Thema zu sprechen kommt: „Ich halte es für gefährlich, eine wasserdichte Scheidewand zwischen die Forschung der Spezialisten und die gewöhnliche Lehre zu legen, zwischen die Wissenschaft und die seelsorgliche Verkündigung. . . . Natürlich ist es eine schlechte Pädagogik, seinen Hörern eine Lehre darzubieten, wenn sie nicht imstande sind, sie zu begreifen. Aber ist es nicht wünschenswert, sie schleunigst darauf vorzubereiten? Es ist klug, einem engen Kreis von Spezialisten das Studium schwieriger Fragen vorzubehalten, wenn diese noch nicht einen zufriedenstellenden Ausdruck gefunden haben. Aber wenn es eine Gefahr voreiliger Verbreitung gibt, gibt es eine andere Gefahr der Esoterik. Wenn man die Anstrengung scheut, das breite katholische Publikum zu erziehen, riskiert man, zu einer doppelten Darstellung der Lehre zu kommen: der einen, die nur für die eingeweihten Geister bestimmt ist und den zeitgemäßen Anschauungen und Forschungsergebnissen Rechnung trägt, und der anderen, einer Elementarlehre, ‚ne varietur', die für die Masse der Gläubigen bestimmt ist. Der Anschein eines Doppelspiels wird uns des Pharisäismus, der Heuchelei verdächtig machen. Um im Innern der Kirche ein gewisses Ärgernis der Schwachgläubigen zu vermeiden, werden wir das Ärgernis der Wissenden, die außerhalb stehen, provozieren. Man muß auch mit den Wissenden Mitleid haben."

D'Ouince führt dann das Beispiel der Bollandisten an, die manche fromme Heiligenlegende zerstörten, der neueren Exegeten, die manche Naivität im Schriftverständnis auszuräumen hatten, und sagt schließlich, er halte nicht viel von einer Katechese, die den Gläubigen, der mit dem Geist der Zeit und ihren Fragen erfüllt ist, gerade in diesen Fragen im Stiche läßt. „Darum erlaube ich mir, der Meinung zu sein: wenn sonst gebildete Christen allzu demütig erklären, daß sie in religiösen Fragen nicht zu Hause sind und sich allzu willig in das Eingeständnis flüchten, daß sie nicht zuständig sind, dann ist ihre Demut gewiß nicht vom rechten Schrot und Korn." Und er zitiert Marrou: „Es ist nicht normal, es ist nicht gesund, daß ein guter Katholik bei den Erinnerungen an seinen Elementarkatechismus stehenbleibt."

Künftige Aufgaben

Auch Karl Thieme hat in seinem Beitrag in den „Frankfurter Heften" (6. Jg. Heft 2, Februar 1951, S. 130) hervorgehoben, daß in der Enzyklika „mit keinem Wort angedeutet" wird, die Verkündiger der Botschaft Christi, seien sie nun Seelsorger oder Publizisten, wären künftig darauf hingewiesen, diese Botschaft ihren Hörern in der Form eines „vergröberten theologischen Begriffsnetzes" auszurichten. Schon die Tatsache, daß eine Zeitschrift wie die „Frankfurter Hefte" es für notwendig hält, ihrer sehr differenzierten Leserschaft über „Humani generis" zu berichten, zeigt ja, daß die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Welt, zwischen Evangelium und Zeitgeist, zwischen Theologie und empirischer Wissenschaft nicht mehr auf den Kreis der Gelehrten beschränkt bleiben kann. Wenn z. B. der Rundfunk die breiteste Öffentlichkeit über Teilhard de Chardin orientiert, nachdem er ihn als „Gelehrten in der Soutane" vorgestellt hat (Südwestfunk, Sendung vom 9. 2. 51), ist es fraglich, ob die katholischen Publizisten, jo sogar ob Studentenseelsorger und Religionslehrer ihre Stellungnahme zu solchen Problemen aufschieben können, bis die Theologen sich darüber geeinigt haben werden. Karl Thieme zeichnet aber auch zugeich die Linien auf, in denen sich die Auseinandersetzung halten muß, wenn sie im Geist der Enzyklika vor sich geht. Sie darf weder die Bedeutung der Dogmen abschwächen noch jene Philosophie schlechthin preisgeben, die nun einmal gewürdigt worden ist, dem Evangelium ihren „Lautleib" darzubieten.

Thieme hat in seinem Kommentar auch, soweit wir sehen, als bisher einziger, darauf hingewiesen, um wieviel schwieriger es ist, mit den Geistern unserer Zeit zu sprechen, als in jenen Tagen, da Thomas von Aquin sich vor die Aufgabe gestellt sah, die Gedankenwelt des Aristoteles dem Christentum zu assimilieren. Wir haben es heute mit Philosophien und Weltanschauungen zu tun, die auf einem Abfall von Christus beruhen. Sie sind in ihrem tiefsten Kern antichristlich, nicht nur unchristlich. Darum lassen sie sich nicht assimilieren. Sie müssen, wie Thieme sagt, zuvor „denaturiert" werden, man muß sie umdenken, nicht nur zu Ende denken. Man kann ihr „Anliegen" aufnehmen. Aber was ihre „Errungenschaften" betrifft, muß der christliche Denker sich vor der Versuchung bewahren, alles immer neu in Frage stellen und von Grund auf neu denken zu wollen. Eine Geisteshaltung, die sich „katholisch" nennt, muß sich auch in dem Vertrauen zur Katholizität der Wahrheit bekunden, d. h. sie muß die Überzeugung in sich schließen, daß es Wahrheiten gibt, die ein für allemal erworben sind, Wahrheiten, auf denen wir weiterbauen können.

Vielleicht haben wir damit die Entscheidung bezeichnet, vor die der Heilige Vater uns schließlich im letzten stellt. Thieme beginnt seine Betrachtung mit der Pilatusfrage. Die Enzyklika verlangt von uns, daß wir uns dem Lehramt des Stellvertreters Christi nicht nur unterwerfen, sondern anvertrauen, daß wir nicht nur die offene Häresie scheuen, sondern uns erst recht vor der Versuchung hüten, die der Teufel nach dem Vatikanischen Konzil erfunden hat und die Karl Rahner (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 4, S. 217) als schleichende oder kryptogame Häresie gekennzeichnet hat, indem gerade er, der hervorragende Vertreter der angeblich ebenfalls betroffenen Verkündigungstheologie, die Besorgnisse der Enzyklika vorwegnahm.

Unser Überblick über einige der wichtigsten Äußerungen zu „Humani generis" dürfte gezeigt haben, daß in der katholischen Öffentlichkeit jener Länder, auf die der Heilige Vater vielleicht mit besonderer Sorge schaut, ein einmütiges und vertrauensvolles Ja auf seine Mahnungen antwortet, ein weiteres Zeichen, daß die innere Verbindung der Gläubigen mit dem Vater der Christenheit wohl kaum jemals inniger war als heute und daß auch die Einheit im Geiste, wie Paulus sie im Epheserbrief (vgl. 4, 4—6) zeichnet, nicht im geringsten bedroht ist. Darum ist es auch gerechtfertigt, zu hoffen, wie Thieme sagt, daß die Enzyklika „auf alle, die nach ihrer Weisung Lehrzucht zu üben haben, als Vorbild wirken wird", und daß man nicht nur Verständnis für Irrende zeigt, sondern auch „Geduld hat mit Anliegen, die noch unvollkommen ausgedrückt, aber an sich nicht ganz unberechtigt sind".

Christen und Juden

Wieder Antisemitismus

Daß es, nachdem wir an der Ermordung von 6 Millionen Juden schuldig geworden sind, heute einen „Antisemitismus" in Deutschland gibt, der sich nicht nur im Verborgenen, sondern schon wieder laut und öffentlich zu äußern wagt, müßte alle, die um die Zukunft unseres Volkes besorgt sind, müßte aber vor allem die Christen, die um Gottes Absicht mit Israel wissen, aufs tiefste erschrecken. Es ist zu hoffen, daß der einsichtige und verantwortungsvolle Teil des deutschen Volkes mit den groben Formen jener judenfeindlichen Äußerungen — deren Gefährlichkeit jedoch nicht unterschätzt werden sollte — fertig werden wird; aber es ist nicht zu verkennen, daß diese Äußerungen nur möglich sind, weil eine latente Abneigung, ein verborgenes Mißtrauen gegen die Juden weithin auch bei den Christen besteht, die bereit sind, sie zuzulassen. Hier ist in den Seelen ein unerhelltes Gebiet, ein auch von der kirchlichen Verkündigung vielfach unerhelltes Gebiet, in dem sich dunkle Kräfte einnisten können. Wir haben in der Herder-Korrespondenz schon des öfteren auf die Arbeit des Freiburger Kreises um den „Rundbrief zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und Neuen Gottesvolk im Geiste der beiden Testamente" hingewiesen(vgl. Jhg. 4, H. 9, S. 385), die sich bemüht, diesen unheimlichen Komplex durch eine sorgfältige Darlegung der biblischen Antwort auf die Judenfrage und durch eine Analyse ihrer geschichtlichen Wurzeln aufzulösen und so wenigstens die Christen fähig zu machen, sie durch die wirkliche christliche Liebe zu überwinden. Der Kreis hat soeben eine sehr inhaltsreiche Schrift „Beiträge zur christlichen Betrachtung der Judenfrage" herausgegeben (Bezug durch Dr. Gertrud Luckner, Freiburg i. Br., Werthmannhaus, Preis DM 2.70), die für jede Beschäftigung mit dem Problem des christlich-jüdischen Verhältnisses eine unentbehrliche Grundlage ist.

Wurzeln der Judenfeindschaft

Das Problem des Judentums und seiner durch alle Wandlungen der Geschichte hindurch bestehen bleibenden Identität mit sich selber heißt „Aussonderung". Es muß und kann im letzten nur religiös verstanden und beurteilt werden — wobei freilich für den Christen alles darauf ankommt, es richtig, d. h. im Geiste der biblischen Offenbarung, zu beurteilen und das Urteil nicht durch Irrtümer und Mißverständnisse zusätzlich zu belasten. Aber diese religiös zu beurteilende Aussonderung hat geschichtlich-kulturelle Folgen, die sich addieren und schließlich zu jenem Komplex von Kollektivhaß werden, der sich als Denkgewohnheit und Gefühlstradition nach den Gesetzen der Massenpsychologie an endlose Generationen weitervererbt.

„Die ursprüngliche Judenfeindschaft entspringt der elementaren Reaktion des einfachen, naturhaft undifferenzierten Menschen auf eine in sich geschlossene Gruppe von Fremdbürtigen, die sich unter seinesgleichen ansiedelt, aber zugleich (scheinbar oder wirklich hochmütig) absondert", heißt es in dem Beitrag von Professor Karl Thieme („Die Judenfrage im Lichte des Gotteswortes"). Dieser Satz gilt schon für die späte heidnische Antike, er gilt ebenso für die islamische Welt, er behält seine Geltung im christlichen Abendland. Professor Wilhelm Neuß zeigt anschließend (in seinem Beitrag „Die Kirche und das Judentum in der Geschichte"), wie durch die geschichtlichen Bedingungen ihres Zusammenlebens der religiöse Gegensatz zwischen Christen und Juden schon von Beginn der Ausbreitung des Christentums im römischen Reich „eine Note der gruppenmäßigen Abneigung und Feindseligkeit erhält". Für die Begründung der Feindschaft zwischen Juden und Christen in der mittelalterlichen Welt aber macht er eine sehr erhellende Bemerkung, die in entsprechender Modifikation für die Fühl- und Denkweise des einfachen Volkes wohl auch heute noch von Bedeutung ist.

„Erben einer zweitausendjährigen Stadtkultur"

Die Isolierung der Juden in der mittelalterlichen Welt, so sagt Neuß, ist eine doppelte: zunächst die, daß sie allein als Nichtchristen in einer sonst ganz christlichen Welt lebten, die ihrer anhaltenden „Verstocktheit" gegenüber der Botschaft Christi in wachsendem Maße mit Ungeduld begegnete. Die andere aber, die zumeist ganz übersehen wird, besteht darin, daß „die Juden in der mittelalterlichen Welt ein Stück fortlebender Antike waren". Das bedeutete nicht nur die Tradition von Kenntnissen — z. B. medizinischen —, die ihnen eine gewisse Überlegenheit gaben; diese antike Welt „war eine Stadtwelt mit internationalem Handelsaustausch" und daher kapitalistisch aufgebaut, ähnlich wie die Welt von heute. Die germanische Gesellschaftsordnung aber war ökonomisch auf der Landwirtschaft und nicht auf der Geldwirtschaft aufgebaut. Dazu kam das kanonische Verbot des Zinsnehmens, das für die Juden nicht galt, den Germanen aber in ihrer Wirtschaftsstruktur selbstverständlich war. Zwar lebten anfangs in den ehemals römischen Ländern auch noch Juden als größere Grundbesitzer. „Aber je länger, desto mehr mußten sie aus dem agrarischen Leben zurückweichen, da es immer fester in das Gefüge der feudalen Ordnung eingeschlossen wurde, in die der Nichtchrist nun einmal nicht aufzunehmen war. Sie mußten sich auf den Handel, auf das Gewerbe im eigenen Kreise, und je nach den Verhältnissen, das Geldgeschäft zurückziehen. In dieser Weise waren nun die religiöse Isolierung und die gesellschaftlich-wirtschaftliche, die letztlich aus der Bewahrung der antiken Verhältnisse kam, miteinander verflochten."

Diese Sonderstellung änderte sich auch in den städtischen Verhältnissen des späten Mittelalters nicht. „Aus den Zünften der Städte und aus ihren Gilden waren sie natürlich ausgeschlossen, weil die Korporationen ja christlich-kirchlich aufgebaut waren. Daher konnten sie in die geordnete, ehrenvolle wirtschaftliche Tätigkeit gar nicht eintreten. Das Geldgeschäft und ein gewisser Handel, je nach den Privilegien, die der Landesherr gab, der den Judenschutz hatte und ihre Abgaben empfing, das war es, worin ihr wirtschaftlicher Verkehr mit den Christen bestand."

Wie überraschend wirksam die Prägung durch diese geschichtliche Tradition auch heute noch ist, und wie sie das Mißbehagen des Volkes dem Juden gegenüber beherrscht, braucht nicht besonders dargelegt zu werden: es ist nicht nur das Mißbehagen gegenüber dem in der Geldwirtschaft Kundigeren, sondern auch gegenüber den Vorzügen des jüdischen Menschen von heute: „intellektuelle Beweglichkeit, schlagender Witz, unbestechliche Kritik, gepflegtes Kunstverständnis, altüberlieferter Respekt vor geistiger Leistung" (Thieme). Und es ist bezeichnend, daß

dies Mißbehagen vor allem in bäuerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen zu Hause ist. Es ist, wie Thieme treffend sagt, die Reaktion des einfachen Menschen gegenüber „dem Erben einer mehr als zweitausendjährigen Stadtkultur".

Besondere deutsche Judenfeindschaft?

Die Judenfeindschaft ist zwar in der christlichen Welt ein besonders beklagenswertes Phänomen, aber sie ist kein besonderes Phänomen der christlichen Welt. Wie aber konnte es kommen, daß sie in Deutschland ein solches Ausmaß annahm und zu solch schrecklichen Taten führte? Hat der Deutsche seinem Charakter oder seiner geschichtlichen Entwicklung nach eine besondere Disposition dazu?

Zu dieser Frage macht F. M. Müller-Claudius („Die Juden inmitten der Deutschen einst und jetzt") eine Bemerkung, die tief führen könnte und unserer ernsten Gewissenserforschung wert ist. „Wenn in Deutschland", so sagt er, „der antisemitische Ächtungskomplex wohl sehr viel tiefere Wurzeln geschlagen hat als in irgendeinem anderen Lande, so liegt das nicht zuletzt daran, daß bei uns, als dem Ursprungsland der erbitterten Glaubenskämpfe seit der Reformation, das Gesetz der Liebe lange, besonders lange überwuchert wurde durch eine Verhärtung der Herzen gegeneinander, die dann wieder allenthalben zu Ächtungsgefühlen zwischen den Christen der verschiedenen Konfessionen führte. Es konnte nicht anders sein, als daß dadurch die Haßempfänglichkeit im Volksganzen weithin und unheilvoll vertieft wurde.... Das ist hart, aber es ist wahr, und Deutschland ist durch die erbitterten Konfessionskämpfe für die Fieberhitze der kollektiven Ächtungsgefühle in besonderem Maße anfällig geworden; eben dadurch ist auch der Haßkomplex des Antisemitismus so übermäßig erregbar geworden, wie sonst fast nirgends in der Welt."

Es ist sicher kein Zufall, daß an der jüdisch-christlichen Arbeit nach dem Kriege gerade jene katholischen und protestantischen Kreise besonders beteiligt sind, denen auch die Glaubensspaltung als eine tiefe Wunde des deutschen Volkes bewußt ist, die um ihre Überwindung beten und sich um die Eintracht zwischen den Konfessionen in den gemeinsamen Anliegen der Christen bemühen. Es sind gerade jene Menschen unter den getrennten Christen, denen es nicht um Toleranz oder bloße Humanität geht und die jeder Indifferenz und Verschleifung der Wahrheit aufs tiefste abgeneigt sind, deren Verantwortung für das Wirken der Liebe vielmehr aus einer erfahrenen Verpflichtung der Wahrheit ihres Glaubens wach geworden ist.

Die Judenfrage im Lichte der Offenbarung

Wie stellt sich die jüdische Frage nun aber im Lichte der Wahrheit des christlichen Glaubens, d. h. im Lichte der Offenbarung? Die „Aussonderung" der Juden, von der wir anfangs sprachen, beruht letzten Endes auf ihrem getreuen, ja buchstabengetreuen Festhalten am Gesetz, das nach der Katastrophe des irdischen jüdischen Königstums — und da es an die Stelle des allein für sie gemeinten Gottkönigtums getreten war, mußte es scheitern — allein das Volk retten und vor der Aufsaugung durch die andern, mächtigeren und kulturell überlegeneren Völkern retten konnte und gerettet hat. Das Gesetz baute den „trennenden Zaun" um sie auf, und bis zum Beginn des neuen geistlichen Königstums des Gottessohnes ist dieses Gesetz und die Aussonderung, die es bewirkt, „heilig, gerecht und gut" (Röm. 7, 12). Aber mit dem Erscheinen Christi ist dieser trennende Zaun niedergelegt, und die Zugehörigkeit zum Gottesvolk ist unabhängig von der buchstäblichen Erfüllung des Gesetzes geworden (Apg. 15). Indem die meisten der Juden sich weigern, dies anzuerkennen, und weiter am Gesetz und der Hoffnung der fleischlichen Erfüllung der Verheißung Gottes festhalten, wird ihre Gesetzestreue aber im Sinne der Offenbarung zur Hartnäckigkeit und Verstocktheit.

Dies und dies allein ist es aber, was die Kirche als die „Schuld" der Juden bezeichnet — ihren Unglauben. Nicht aber erhebt sie die leider in den Köpfen vieler unbelehrbarer Christen noch immer spukende Anklage des „Gottesmords", die auf einer mangelnden Unterscheidung „zwischen der schuldhaften subjektiven Mordabsicht der Synedristen, die dem Menschen Jesus galt, und dem objektiven Vorgang, durch den jene — ohne sich dessen bewußt zu sein —, ‚den Herrn der Herrlichkeit gekreuzigt zu haben' (1 Kor. 2, 8)", beruht. Er war „laut ausdrücklichen neutestamentlichen Bezeugungen (Apg. 3, 17) keineswegs bewußt als solcher gemeint und wäre unterblieben (1 Kor. 2, 8), wenn seine Anstifter gewußt hätten, was sie taten (Luk. 23, 24). Wie furchtbar schuldig sich auch diese Anstifter durch ihr mörderisches Verhalten einem Menschen gegenüber gemacht hatten, den sie ‚nicht einer Sünde zeihen konnten' (Joh 8, 46) — die Gesamtheit der jüdischen Menschen von damals und vollends späterer Generationen ist für diese Schuld nicht haftbar zu machen" (Thieme). Es wäre gut, wenn unsere Katechese und Verkündigung ernsthaft und bewußt daranginge, diese Vorstellung, die das christlich-jüdische Verhältnis unnötiger- und zusätzlicherweise vielfach noch immer belastet, aus den Köpfen auszuräumen.

Eine wichtige historische Parallele

Es ist also das Verharren „auf dem einmal eingeschlagenen Wege des fleischlichen nationalreligiösen Messianismus", der zunächst zu den von Christus angekündigten nationalen Katastrophen der jüdischen Aufstände (Titus-, Tranjans- und Hadrianskrieg 67—135 n. Chr.) und dem weiteren jüdischen Schicksal in der Zerstreuung unter den Völkern geführt hat. Das Verständnis für dieses Schicksal für uns heute versucht Thieme mit dem Aufweis einer wichtigen Parallele unseres deutschen Schicksals zu öffnen: „Die Schuld der Juden, am von ihren Vorvätern überlieferten Buchstabengesetz festzuhalten (Luk. 5, 38), ist also Schuld von einer Art, wie sie auch Nichtjuden sich mutatis mutandis oft als Verdienst anrechnen. Etwa Deutsche, welche in der Traditionslinie von Friedrich II. über Fichte bis zu Bismarck verbleiben wollen, obwohl dieselbe bei Hitler endet, indem sie bestreiten, daß dies wesensgemäß gekommen ist. Ähnlich wollen die Juden von der Lehre ihrer pharisäischen Rabbiner nicht abweichen, obwohl der große Akiba den Terroristen Bar Kochba als messianischen König Israels anerkannt hatte, durchaus dem Wesen dieser Lehre gemäß, ganz wie die meisten Vertreter der friderizianischen Tradition den Hitler, solange er Erfolg hatte, als Erneuerer der ‚deutschen Herrlichkeit' gelten ließen. Man muß das heute so aussprechen, weil es keine einprägsamere und mehr erleuchtende Analogie gibt, um Deutsche das jüdische

Schicksal und das eigene in seiner unheimlichen Ähnlichkeit verstehen und also meistern zu lehren.
Hat man diese Grundtatsache aber einmal begriffen, so tritt bei jedem Gutwilligen an Stelle der Feindschaft oder Verachtung ein letztlich geradezu liebevolles Verständnis für den Juden, und zwar besonders denjenigen Juden, welcher immer noch am Gesetz festhält. Aber auch die Folgen der Abwendung von demselben im Judentum werden dann auf einmal viel besser verständlich. Kein Wunder, daß viele Juden und ehemalige Juden sich schämen, Israeliten zu sein und aus der Leidensgemeinschaft ihres unglücklichen Volkes für die eigene Person auszuscheiden oder nur innerhalb gewisser Grenzen daran teilzuhaben versuchen. Ähnlich wie viele Deutsche und ehemalige Deutsche froh sind, wenn sie der deutschen Paria-Situation nach dem zweiten Weltkrieg mehr oder weniger weit enthoben wurden."

Die Lösung des christlich-jüdischen Problems

Der Christ weiß, daß nach dem ausdrücklichen Wort Gottes die Juden sich am „Ziel der Zeiten" als Volk für ihren wahren Gott und König Jesus Christus entscheiden werden. Thieme weist jedoch darauf hin, daß auch die näheren Umstände der Judenbekehrung „durch Gottes Wort weit genauer offenbart wird, als die meisten Christen ahnen", und daß hier eine verpflichtende Regel für unser Verhältnis zu den Juden gegeben wird. Sie ergibt sich aus der Exegese vor allem des Römerbriefes (9—11) und dem aus ihr hervorgehenden Verständnis der Heidenmission Pauli. „Paulus", so sagt Erik Peterson dazu, „verfolgt mit seinem Heidenapostolat nicht nur die Absicht, den Heiden das Evangelium zu verkünden, sondern er will zugleich damit auch die Juden eifersüchtig machen." „Es soll", wie Thieme weiter ausführt, „nicht mehr ein unerleuchteter Gesetzeseifer zum Tode sein (Röm. 10, 2), sondern eine heilsame Eifersucht auf die Gottwohlgefälligkeit der zur Gottes- und Nächstenliebe bekehrten Heidenchristen, wodurch sich die Juden zur Anerkennung dessen gewinnen lassen, der diesen Heiden in seiner Person den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs offenbart und sie für ihn gewonnen hat: Jesus Christus." Und so interpretiert er weiter die von besonderer Innigkeit erfüllten Worte des Apostels, wo er von den „Liebesgaben" der neubekehrten Heiden für die Armen des alten Gottesvolkes spricht (Röm. 15, 25 ff.; 1 Kor 16, 1 ff.; 2 Kor. 8, 9; Gal. 2. 10).
„Was bedeutet es aber", so schließt Thieme, „nun für uns heute, daß Sankt Paulus durch heiden-christliches Liebeswerk die Juden zuletzt für Christus zu gewinnen gewiß war? Es kann nur bedeuten, daß wir Christen aus den Heiden in Gottes Wort die unüberhörbare Aufforderung zu vernehmen haben, uns gegenüber den Juden so zu verhalten, daß sie die Gottheit Jesu aus der Gottgemäßheit unseres Handelns gerade auch ihnen gegenüber schließlich doch erkennen müssen. Ob der Moment, wo dies geschehen wird, noch in weitem Felde liegen oder sehr nahe bevorstehen mag, das brauchen wir hier nicht zu erörtern. Es genügt, daß wir die Juden heute mehr denn je in einer einzigartig gefährdeten Lage erkennen, um uns ihnen gegenüber, als in besonderer Weise Nächsten, einzigartig verpflichtet zu wissen. Je entschlossener wir daraus die Konsequenzen ziehen, desto gewisser werden wir, jeder zu seinem Teil, dazu beitragen, daß geschieht, was Gott will, daß sie sich zu ihm bekehren. (Zuerst einzeln, was ja auch schon Paulus ins Auge faßt [Röm. 11, 14] und dereinst, schwerlich ohne Mitwirkung dieser Erstlinge, in ihrer Gesamtheit.)
Denn an unserer Liebe sollen — und nur an unserer Liebe können sie schließlich erkennen, daß wie allen, so auch ihnen das Joch des Buchstabengesetzes, das eigenmächtig abzuschütteln sich als unmöglich erwies, wirklich und gültig vom Halse genommen ist durch Gott selbst, weil er in Jesus sein Geheiß und seine Verheißung erfüllt hat, so daß alle es nun in seiner Nachfolge erfüllen können; also weil der Endsinn des Gesetzes: Christus ist (Röm.10, 4), Jesus von Nazareth, ihr König und ihr Gott."

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Inwiefern gründet das Privateigentum im Naturrecht?

Zu jenen Thesen des Naturrechts, die zwar dem gesunden Menschenverstand und besonders der natürlichen Selbstliebe einleuchten, vor dem kritischen Urteil aber nicht sonderlich überzeugend begründet sind, gehört auch die Lehre, „daß der Zweck der Güter der Erde am besten erfüllt wird durch das Privateigentum" und daß „die Institution des Privateigentums somit dem sekundären Naturrecht angehört".
Es ist dies eine Wahrheit, die kein Katholik in Frage stellen kann; denn sie liegt in den Enzykliken Leos XIII. und Pius' IX. der ganzen Lehre über den Aufbau der Gesellschaft zugrunde. Wie ist aber diese Wahrheit in sich selbst, und wie ist sie in der christlichen Tradition begründet? Um Mißverständnissen vorzubeugen, mag daran erinnert werden, daß es sich nicht so sehr um das persönliche Kleineigentum handelt als um die Produktionsmittel. Man weiß im allgemeinen, daß die Tradition in dieser Sache einige Schwankungen zeigt, und so pflegen denn die großen katholischen Fachlexika den heiligen Thomas zu zitieren und im übrigen sich vorwiegend auf Leo XIII. zu berufen. Es ist deshalb sehr dankenswert, daß ein belgischer Jesuit, Léon de Sousberghe, uns im Rahmen eines Aufsatzes in der „Nouvelle Revue Théologique" (Bd. 72. Nr. 6, S. 580—607) nicht nur einen Abriß der Tradition in dieser Frage bietet, übrigens mit einigen erstaunlichen Ergebnissen, sondern daß er vor allem auch eine tiefere Begründung jener so entscheidend wichtigen Lehre anbahnt. Man kann mit Spannung darauf warten, wie sich die Fachwissenschaft zu seiner Ansicht äußern wird, aus der sich, wenn sie richtig ist, ganz gewichtige Folgerungen ergeben können.

Eine sehr junge Lehre

Der Verfasser stellt am Anfang fest, daß die These von der naturrechtlichen Begründung des Privateigentums in ihrer heutigen Form sehr jung ist. Sie stammt, wie er sagt, von dem italienischen Jesuiten Taparelli d'Azeglio, der mit seinem 1840 erschienenen „Saggio teoretico del diritto naturale" zum Wegbahner der neuscholastischen Naturrechtsphilosophie geworden ist. Taparelli stützt seine Philosophie übrigens „sul fatto" und nicht auf die scholastische Tradition, von der er nicht viel wußte. Man muß sich vergegenwärtigen, daß ja damals im ganzen Bereich der Theologie die Fäden zur Vergangenheit abgerissen waren. Über die Entstehung des durch seinen Einfluß sehr wichtigen Werkes von Taparelli bringt übrigens de Sousberghe einiges Material, das historisch sehr interessant ist (S. 593 Anm. 33).

Taparelli hat auch die Begründung für seine Eigentumsthese geschaffen. Sie ist nach van Sousberghe aus seinem Werk in die Enzykliken eingegangen und wird bis zum heutigen Tage von allen Autoren fast ohne Abänderung übernommen. „La tradition catholique commence donc au milieu du dix-neuvième siècle!" Ob es die Furcht war, sich mit den älteren Zeugen der Tradition auseinanderzusetzen, die mit dieser These im Widerspruch zu stehen scheinen, oder ein anderer Grund, man hat sich jedenfalls um die ältere Tradition, von gelegentlichen Zitaten abgesehen, nicht gekümmert. De Sousberghe meint, daß man infolge dieser Vernachlässigung der älteren Tradition zu einer dürftigen Begründung des Eigentums gekommen sei, die, geschichtlich betrachtet, aus der Gedankenwelt des 18. Jahrhunderts stammt. Folgt man der christlichen Tradition und berücksichtigt man auch und gerade jene Zeugen, die dem Gemeineigentum das Wort reden, dann gelangt man zu einer anderen Begründung dieser Lehre, die vielleicht einleuchtender, auf alle Fälle aber tiefer in der Theologie verwurzelt ist.

Die alte Tradition

Hierzu tritt der Verfasser zunächst den Traditionsbeweis an. „Der Gegensatz der Meinungen ist nur zu deutlich. Ihn aufzulösen, das verpflichtet uns, die tiefe, inspirierte Einheit der Tradition zu erfassen und mit ihr den ganzen Reichtum der Lehre, die ebenso komplex ist wie die Sache selbst." Von den Philosophen der Antike hat natürlich Platon auf die ältesten christlichen Denker den stärksten Einfluß ausgeübt. Und man kennt von den Vätern auch fast nur diejenigen Texte, die das Gemeineigentum für ideal erklären. Einige davon sind ihnen später unterschoben worden. Die Summe der Väterlehre, sagt unser Autor, hat im Decretum Gratiani ihren Niederschlag gefunden. „Iure naturae omnia sunt communia omnibus — iure gentium sunt distinctio possessionum et servitus."

Natürlich entsteht daraus ein Problem der Harmonisierung. Und dies Problem hat Legisten und Theologen veranlaßt zu jener „Flora von Distinktionen" zwischen mehr und weniger strikten Naturgesetzen, zwischen imperativen, indikativen, solchen, die immer, und solchen, die nur in der unverdorbenen Welt Geltung haben. Dies alles wird in dem Aufsatz de Sousberghes durch eine Fülle von Zitaten belegt. Man wird nicht erwarten, daß wir sie in diesem Bericht, der ja zum Studium des Originals anregen will, wiedergeben. Im Endergebnis kommt die Tradition zu folgender Lehre: „Die private Aneignung der Güter ist ein Zugeständnis an die Verderbtheit der Natur, um Streitigkeiten und Nachläßigkeiten zu vermeiden." Aber, wo die Gnade in vollem Reichtum wirksam ist, dort herrscht eine Verfassung des Gemeineigentums. Weil die Christenheit von dem Ideal der Gemeinde von Jerusalem abgewichen ist, gleicht sie „einem Wein, der zu sehr verwässert, seinen ursprünglichen Geschmack verloren hat". So also stehen die Dinge vor Thomas.

Thomas von Aquin

In der berühmten Frage 66 der Secunda Secundae formuliert der heilige Thomas den Grundsatz: „Die private Aneignung ist erlaubt, der Gebrauch zum allgemeinen Wohl pflichtmäßig." Hätte man diesen Satz durchgedacht, meint de Sousberghe, dann wäre man schon längst zu der These durchgedrungen, die er selbst für eine endgültige Lösung ansieht: „Gemeinbesitz und private Aneignung, beides stammt aus dem Naturrecht. Die private Aneignung ist der Weg oder die unerläßliche Zwischenstufe, um von einem rein negativen Gemeineigentum zur positiven Gütergemeinschaft zu gelangen." „Unglücklicherweise" sind die aristotelischen Begriffe des heiligen Thomas in dieser Frage von seinen Nachfahren nicht aufgegriffen worden. Da heißt es dann wieder: Die Gütergemeinschaft ist das naturgewollte Ideal, das Privateigentum dagegen ein Zugeständnis an die durch die Erbsünde verdorbene Natur. Für Lessius, Molina, Vasquez und die anderen hervorragenden Geister an der Wende zur Neuzeit ist der Kommunismus weder gegen die Natur noch unter allen Umständen unmöglich, sondern lediglich praktisch gefährlich als Quelle gesellschaftlicher Unordnung. Man ist begeistert von den Schilderungen Campanellas und Thomas Morus'. Aber sie gehören in eine Welt, die von der Sünde nicht befleckt ist. Der Mensch im Stande der verdorbenen Natur ist gezwungen, an die Stelle der verlorenen inneren Freiheit äußere gesellschaftliche Sicherungen zu setzen.

Säkularisierung der Begriffe

Unmerklich verschiebt sich aber nun in der Eigentumsfrage die Bedeutung der Begriffe. Man war davon ausgegangen, daß dem Stande der Unschuld die Gütergemeinschaft, dem sündigen Menschen das Privateigentum angemessen sei. Doch schon bei den genannten Scholastikern des 16. Jahrhunderts tritt ein anderes Begriffspaar an die Seite des bisherigen: Der ursprüngliche Stand des Menschen ist identisch mit Vereinzelung und der gegenwärtige Stand mit Vergesellschaftung, in die der Mensch durch einen Vertrag oder durch stille Übereinkunft eintritt. Und diese Übereinkunft schafft das ius gentium, das neben anderm auch das Privateigentum garantiert. Damit wird das Problem aus der Theologie herausgenommen und säkularisiert. Das Privateigentum wird nicht mehr wie früher als Folge der Sünde, sondern als Folge der Vergesellschaftung angesehen. Die Philosophie des 18. Jahrhunderts kündigt sich an.

Das Recht auf den Arbeitsertrag

Im Jahre 1689 trägt John Locke als erster Philosoph das Argument vom „Recht auf den Arbeitsertrag" vor, das vor ihm nur bei einzelnen Juristen zum Schutz der Privatinteressen gegen die Forderungen der Könige ange-

führt worden war. Locke hat diesem Argument zu durchschlagendem Erfolg verholfen. Bei de Lugo klingt es allerdings schon an. Dies Argument ist ein Ausdruck der sozialen Strukturänderungen. In der mittelalterlichen Gesellschaft, die vom Gesetz der Solidarität beherrscht ist, hat es keinen Sinn, es sei denn, um gegen die Erpressungen der Fürsten, ihre Steuern und Kontributionen zu protestieren. Als solche aber verlieh die mittelalterliche Gesellschaftsordnung dem einzelnen seine Daseinssicherung nicht auf Grund eines Rechtes, das sich aus seiner Arbeitsleistung herleitete, sondern auf Grund seiner Eingliederung in einen Stand.

Im England des 16. und 17. Jahrhunderts entsteht auf dem Lande die Pachtwirtschaft und in den Städten die Bourgeoisie, die von Manufaktur und Handel über See lebt. Es entsteht der Typ des individuellen Unternehmers. Was die Entwicklung in England gegenüber der parallelen in Italien beschleunigt, war der Kampf gegen eine rigorose Besteuerung unter den Stuarts und der Puritanismus. Lockes „Treatise on Civil Government" verteidigt in dieser bindungslos gewordenen Gesellschaft das Lebensrecht des unternehmerischen und arbeitenden Menschen gegen staatliche Willkür. Dies ist — wahrscheinlich zum Erstaunen manches Sozialisten — der Ursprung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag! Allerdings hat schon 1754 Thomas Rutherforth die Schwäche des Lockeschen Argumentes aufgedeckt: Um zu beweisen, sagt er, daß auch der Effekt der Arbeit eines Menschen ihm allein gehört, müßte man beweisen, daß auch das Material, an dem er arbeitete, ihm allein gehört. Und das kann nicht sein, wenn die anderen dem Privateigentum an diesem Material nicht zugestimmt haben. Trotzdem auch sonst Bedenken laut wurden gegen die Großzügigkeit, in der mit Lockes Argument die höchsten Unternehmergewinne als Arbeitsertrag (fremder Arbeit!) gerechtfertigt wurden, setzte sich seine Ansicht durch. Im 18. Jahrhundert beherrscht sie den Kontinent.

Das Recht, Vorsorge zu treffen

Zugleich mit dieser von Locke formulierten individualistischen (!) These, die später zum Schlagwort der Sozialisten geworden ist, entstand im 18. Jahrhundert eine andere Vorstellung, die auf die Eigentumsbegründung Einfluß erlangte, die Vorstellung, daß der Mensch durch seine Arbeit seine Zukunft sichern und sein Glück schmieden müsse. Und daraus wurde „das Recht, für seine Bedürfnisse Vorsorge zu treffen", das in der heutigen katholischen Eigentumsbegründung eine so große Rolle spielt. Selbstverständlich war dieser Gedanke der mittelalterlichen Gesellschaft vollkommen fremd. Aber die Zersetzung der ständischen Gesellschaft in Verbindung mit der geographischen, wirtschaftlichen und technischen Ausweitung des Horizontes der Möglichkeiten mußte zu der Überzeugung führen, daß das Gewicht der gesellschaftlichen Entwicklung bei der Initiative des einzelnen liegt, und diese Überzeugung suchte und fand ihre philosophische und rechtliche Anerkennung: Reichtum ist der Lohn des Tüchtigen, Armut die Strafe des Trägen. Der Fortschritt der Zivilisation hing offenbar von den Tüchtigen ab, der wertvolleren Schicht der Gesellschaft. Der Schutz des Eigentums diente also zugleich der Gesamtheit. So kamen die Grundrechte, die den Schutz des Eigentums sichern, in Verfassungen und Proklamationen der Menschenrechte hinein.

Die Neuscholastik

Von dort übernahm Taparelli d'Azeglio seine Eigentumslehre. Er gründete sie erstens auf das Recht, Vorsorge zu treffen, und zweitens auf das Recht, die Früchte der eigenen Arbeit zu ernten! Er war sich weder über die Zusammenhänge seiner Argumente mit der Tradition im klaren, noch legte er darauf Wert, diese zu ergründen. „Er nimmt aus der Erbschaft des 18. Jahrhunderts das herüber, was nach seiner Meinung mit christlicher Lehre vereinbar ist." Die seitherige „sehr reiche katholische Literatur über diesen Gegenstand ist sichtlich auf der Suche nach anderen Argumenten, ohne bisher ein entscheidendes gefunden zu haben, das allgemein Anerkennung fände". Einer der neuesten und angesehensten katholischen Naturrechtler, Jean Leclercq in Löwen, schreibt wörtlich: „Wenn die Tätigkeit des Menschen einen Gegenstand derart verwandelt hat, daß sie ihm einen Nutzen verleiht, den er aus sich nicht hatte, hat der Mensch das Recht, den Nutzen aus seiner Arbeit zu ziehen. Von diesem Recht spricht man, wenn man sagt, das Eigentum gründe im Naturrecht."

Kritik der bisherigen Eigentumsbegründung

Wie man es dieser Formulierung sofort ansieht, und wie es auch de Sousberghe sagt, ist sie zur Begründung des Eigentumsrechtes, zumal des Grundeigentums und Produktionsmitteleigentums, nicht sehr viel wert; denn jeder Kommunist wird sie unterschreiben. Daß Arbeit Eigentum begründet, wie dieser Satz behauptet, ist nur dann richtig, wenn man Nutzen und Eigentum gleichsetzt. Der Satz ist also nur zu gebrauchen, wenn bereits darüber entschieden ist, daß die Gesellschaft den „Nutzen" in der Form des „Eigentums" gewährleistet. An und für sich gilt er auch in jeder anderen Form der Güterverfassung. Er hat also mit der Begründung des Eigentumsrechtes nichts zu tun. Geschichtlich betrachtet, mag er Eigentum begründet haben in Gegenden und bei Völkern, die überreich an Land waren, das man nur in Bearbeitung zu nehmen brauchte, die außerdem wenig gesellschaftliche Klassenbildung aufwiesen, so daß niemand von fremder Arbeit zu leben beanspruchte, und die, soweit es sich um industrielle Arbeit handelt, sich mit Selbstversorgung begnügten. In einer entwickelten Wirtschaftsgesellschaft konnte nie davon die Rede sein, daß es der Sinn der Arbeit gewesen wäre, Eigentum an dem bearbeiteten Gegenstand zu begründen. Was sollte denn der Mensch mit dem, was er über den eigenen Bedarf produzierte! Ebensowenig kann davon die Rede sein, daß das Recht auf den Arbeitsertrag als Eigentumsbegründung in den Geist des Mittelalters und der christlichen Tradition dieses Zeitalters gepaßt hätte, das „nicht daran dachte, jedem das Produkt seiner Arbeit zu gewähren, sondern sich bemühte, mittels des Produktes der Arbeit aller in einer vielgliedrigen sozialen Hierarchie das Schicksal eines jeden zu sichern und dafür Vorsorge zu treffen". Nunmehr aber, sagt Sousberghe, hat das 18. Jahrhundert mit seiner Verteidigung des Privateigentums durch das „Recht auf den Arbeitsertrag" schließlich die Masse der Eigentumslosen an die Gnade der Besitzenden ausgeliefert!

Die seitherige Entwicklung hat dieses extrem individualistische Prinzip sozusagen zu einer „Figur des Archaismus" gemacht. Und sie hat zugleich das andere, geschichtlich damit verbundenen Prinzip von der „Vor-

sorge" illusorisch werden lassen. In der Wirtschaftsgesellschaft unserer Tage hängt beides, der Nutzen der persönlich geleisteten Arbeit wie auch die Vorsorge, die man durch sie für sich und seine Familie treffen kann, ganz und gar vom Funktionieren der gesellschaftlichen Zusammenarbeit unübersehbarer Faktoren ab. Und es ist schlechterdings unmöglich, den Anteil zu bestimmen, den ein einzelner Mensch daran hat. „Wir können deshalb von nichts anderem sprechen als von einem Recht auf Abgeltung der Arbeit im Rahmen der Gemeinschaftsleistung und haben auf diese Weise dann kein eigentliches Eigentumsrecht begründet, d. h. kein Recht auf ein (über den Konsum hinaus) verbleibendes Eigentum." Und was die Vorsorge angeht, kann der einzelne unter den heutigen Umständen sie nur in sehr eingeschränktem Maße von sich aus treffen. Seine Zukunft hängt im großen ganzen vom Schicksal der Gesellschaft ab, der er angehört.

Ansatz zu einer neuen Eigentumsbegründung

So sind also die Argumente, auf die man gemeinhin das Eigentumsrecht begründet, recht schwach. Aber die These selbst behauptet sich. Es muß in ihr also eine Wahrheit enthalten sein, die bis jetzt nur noch nicht genügend erkannt worden ist. „Diese Wahrheit, im Raum des Gedankens und im Raum der wirtschaftlichen Unternehmungen, ist die Wahrheit von dem überragenden Wert der persönlichen Inbesitznahme, der Herrschaft der Person über die Natur, oder umgekehrt, von der Unvollkommenheit der kollektiven Herrschaft oder kollektiven Inbesitznahme des Universums." Die Geschichte beweist, daß nur der einzelne fähig ist, die menschliche Herrschaft über die Natur fortschrittlich zu gestalten, sowohl was deren Beherrschung als auch was ihre Nutzbarmachung betrifft. Wo in den Urzeiten der Menschheit, im Stadium des Sammler- oder Jägerlebens, eine Gesamtheit Besitz ergriff, handelte es sich nicht um eine wirkliche Beherrschung oder gar Auswertung des Landes. Sobald man damit anfing, waren die Einzelnen Träger dieser Kultur, und sie zwangen allmählich die Gesamtheit zur Anerkennung dieser Tatsache und zur Anerkennung ihrer Rechte. „Was ist im Grunde eine Zivilisation wie die unsrige? Keine kollektive und homogene Eroberung, sondern ein ungeheueres Gefüge und die disparateste Erbschaft von individuellen Anstrengungen und Schöpfungen, wo dieses oder jenes vom Glück begünstigte persönliche Genie die menschliche Herrschaft auf einem Gebiet unendlich viel weiter als auf anderen ausdehnt, indem es, sozusagen, Fühler von sehr ungleicher Länge zur Eroberung des Alls ausstreckt." Übrigens liegt hier der wahre Kern der Philosophie des 18. Jahrhunderts.

Die Rolle der Erbsünde

Es war die Rede von der Herrschaft des persönlichen Menschen über die Natur. Hat die Theologie nichts dazu zu bemerken? Die Theologie wirft die Erbsünde in die Debatte um das Eigentumsrecht. Muß dies nicht aus einem bedeutend wichtigeren Grund geschehen als deswegen, weil der Mensch durch die Erbsünde faul und egoistisch geworden ist? Er hat die Herrschaft über die Dinge, über das Universum verloren, die ihm nach der Schöpfung anvertraut wurde! Und zwar deshalb, weil die Beziehungen zwischen ihm und seinesgleichen, zwischen ihm und der Natur tief gestört sind: die Solidarität, im weitesten Umfang dieses Begriffes, ist dahin, und mit ihr die Möglichkeit zur Gemeinschaft über die Welt der Sachgüter.

Es ist ein Rest davon geblieben. Sehen wir nicht in den Anfängen, daß „die ökonomische Gemeinschaft sich noch einigermaßen auf die einzelne Familie stützt"? Aus ihr entwickeln sich allmählich andere Verbindungen. Man nennt sie „höhere". In Wirklichkeit umgreifen sie wenige, bestimmte Interessen. Nur mit Gewalt kann die politische Gemeinschaft sich wichtiger machen, als es die persönliche ist. Also genau das Gegenteil von dem, was die Vertragstheorien der beginnenden Neuzeit lehren: am Anfang steht nicht die Kollektivinitiative, aus der sich die Individuen herauslösen. Umgekehrt: der Mensch fängt im kleinen Kreise an und schließt sich zu größeren zusammen. Die Inbesitznahme des Alls vollzieht sich vom einzelnen her. So liegt denn „die wahre Begründung des persönlichen Herrschaftsrechtes nicht in der Entwicklung oder Zielstrebigkeit der menschlichen Persönlichkeit, noch in ihrem Recht auf die Frucht ihrer Arbeit, und noch weniger darin, daß der Mensch ohne Zuhilfenahme seines Interesses egoistisch und träge ist, sondern in dem Mangel menschlicher Solidarität, der künftig die Auswertung und Inbesitznahme der Welt nicht zuläßt, es sei denn vermöge der Aneignung und Beherrschung durch den einzelnen Menschen."

Synthese der Tradition

So kommen wir zu einer Synthese der ganzen christlichen Tradition in dieser Frage. Ihr Ausgangspunkt ist die Anerkennung der Tatsache, daß Gott die Erde und ihre Schätze für alle Menschen bestimmt hat. Darüber gibt es in der Tradition keine Meinungsverschiedenheit. Die Erde gehört allen, alle haben ein Anrecht auf sie. Mit diesem Anspruch ist allerdings zugleich auch eine Pflicht verbunden, die Pflicht, die Erde tatsächlich zu beherrschen, sie zu kultivieren und auszuwerten. Wollte man also die ursprüngliche Gegebenheit genau ausdrücken, müßte man sagen: Die Erde steht der Allgemeinheit zur Verfügung, derart daß niemand ausgeschlossen ist (negatives Gemeineigentum). Wie aber nun diese Herrschaft angetreten und ausgeübt werden soll, diese Frage will unter zwei Gesichtspunkten beantwortet werden: Wie wird der Zweck der Erdengüter, allen zu dienen, erfüllt, und wer ist fähig, sie in Besitz zu nehmen? De Sousberghe hat schon oben dargelegt, daß er die Fähigkeit zur Herrschaft nur der individuellen Person zuerkennt. Dies ist wohl die entscheidende Voraussetzung seiner Beweisführung. Aber die tatsächliche Besitzergreifung durch den einzelnen kann nach der Tradition, wenn man sie in ihrer Gesamtheit betrachtet, nur verstanden werden als „ein erster Schritt zur Gemeinschaft (vers la mise en commun)" der Güter. „Was die Gesellschaft in einem ihrer Glieder besitzt, wird gewissermaßen, noch unvollkommen und anfänglich vielleicht, jedoch von ihr besessen." So ist es also die Gesamtheit, die durch eines ihrer Glieder die Herrschaft über die Güter antritt.

Das Eigentum und die Gemeinschaft

Die Ausübung dieser Herrschaft über die Produktionsgüter steht, vom Zweck dieser Güter her betrachtet, unter dem Gesetz der „communication", der Vergemein-

schaftung des Nutzens. Was heißt das? Sousberghe stellt an die Spitze dieser Betrachtung den Satz: „Nur wer vollkommen der Herrschaft fähig ist, ist auch der vollkommenen Mitteilung fähig", ein anderer Ausdruck für das metaphysische Prinzip: nemo dat quod non habet. So kann also auch die Vergemeinschaftung des Nutzens nur von einzelnen kommen, aber auch dies nur, insoweit er die Herrschaft tatsächlich erlangt hat. Die produktive Inbesitznahme der Erde ist ein langwieriger, ja ein sozusagen ins Unendliche fortschreitender Prozeß. An seinem Anfang steht die Besitzergreifung, steht das Eigentum; am Ende die „communication". „Es ist also die persönliche Arbeit, die zu tun bleibt, und nicht die getane Arbeit, die das Eigentum rechtfertigt." In dem Maß, wie die Arbeit getan ist, erfüllt sich der Zweck des Eigentums und entsteht die Pflicht zur „communication". ‚Communication', Mitteilung an die Gemeinschaft, setzt ‚communion', Gemeinschaft voraus. Die Scholastiker teilen die Gemeinschaften in vollkommene und unvollkommene ein. Im weltlichen Bereich gilt der Staat als vollkommene, die Familie als unvollkommene Gesellschaft. Man sollte nicht übersehen, daß der Gesichtspunkt, nach dem diese Einteilung geschaffen wurde, nur einer von vielen möglichen ist. Der Staat gilt als vollkommen, weil er die vollkommene Macht besitzt. Unter dem Gesichtspuncht, der für unsere Frage von Bedeutung ist, also was die Vergemeinschaftung der Güter betrifft, kommt es nicht auf die Gewalt, sondern auf die innere Solidarität der Gemeinschaften an. Man erinnere sich daran, daß der Mangel an Solidarität in der menschlichen Gesellschaft Grund für die Einrichtung des Privateigentums ist. Die Vergemeinschaftung der Güter folgt also der inneren Einheit, der Zusammengehörigkeit der Gemeinschaftsglieder.

Familie, Kirche, Staat

Wenn man die drei Gemeinschaften Kirche, Staat und Familie als Prototypen aller anderen ins Auge faßt, bedarf es keiner Ausführungen, um zu sagen, in welcher Rangstufe der Vollkommenheit sie aufeinander folgen, wenn man nicht die Macht, sondern die innere Einheit als Maßstab ihrer Vollkommenheit ansieht. Selbstverständlich ist der Staat die unvollkommenste von ihnen. Deshalb ist die Gütergemeinschaft in Familie und Kirche weit leichter zu verwirklichen als im Staate. „Die Gütergemeinschaft verwirklicht sich nur nach dem Maße der Gemeinschaft der Geister und Herzen und kann sich nur aus ihr ergeben." Man beachte, daß dieser Satz keine Predigt ist, sondern ein Gesetz zum Ausdruck bringt.

Die Gütergemeinschaft, die ‚communication' als Endzweck der individuellen Güterherrschaft, ist also insoweit Naturrecht, als die communio der Geister oder der Herzen hergestellt ist, eine Anwendung des ‚koina ton philon' des Aristoteles. Von hier aus wird es deutlich, warum die frühere katholische Tradition die Gütergemeinschaft im Rahmen der staatlichen Gesellschaft mit anderen Augen betrachtete als wir. Für sie war ja die staatliche Gemeinschaft nur die Fortsetzung der Kirche in die Welt hinein, der ‚weltliche Arm' des einen und einzigen corpus Christianum. Und wie jene Zeit nur ein Reich kannte, kannte sie auch nur eine Geschichte, die Heilsgeschichte, und wußte nur von einem einzigen Zweck aller irdischen Dinge: den Menschen zu heiligen. „Die vollkommene Einheit in Christus ist das Ziel des sozialen Lebens."

Der Individualismus in der Eigentumslehre

Diese Auffassung ist in der Neuzeit, und besonders durch die Französische Revolution, einem andern Begriff gewichen. Staat, das bedeutet nunmehr: Garantie für die Entfaltung und das Dasein des einzelnen als einzelnen. Auch der Kommunismus hat nichts von der Idee des ‚cor unum et anima una'. Auch er ist nur eine Antithese innerhalb einer atomistischen Gesellschaftsauffassung. Von dieser verweltlichten Sicht haben sich, wie de Sousberghe sagt, auch die katholischen Philosophen in dieser Frage gefangennehmen lassen. „Sie sind ebenso einseitig der Begründung des naturrechtlichen privaten Eigentums zugeneigt, wie sie in den Zeiten der Scholastik der naturrechtlichen Gütergemeinschaft zuneigten. Unglücklicherweise vernachlässigen sie es, den ergänzenden Gesichtspunkt hervorzuheben: daß die Gütergemeinschaft ebenso von der Natur gefordert wird, daß sie aber nur frei und unter den oben genannten Bedingungen einer sozialen Einheit hergestellt werden kann."
Andernfalls „macht man auch nur unvollkommen die wirkliche Grenzlinie zwischen dem Marxismus und der katholischen Lehre deutlich, die in der Freiheit liegt, und den Gegensatz, der zwischen beiden besteht. Es ist wesentlich der Gegensatz zweier Vorstellungen von Entwicklung: Die eine, geistig und frei, beugt sich vor der Vielgestaltigkeit des Wirklichen, die andere, materialistisch und gewaltsam, eine elementare Vereinfachung, zwingt die Tatsachen und Erkenntnisse in ein Prokrustesbett und macht die Geschichte zu einer Karikatur: Ausbeutung des Menschen durch den Menschen."

Bereicherung der Eigentumslehre

Die katholische Eigentumslehre braucht die ältere Tradition nicht zu fürchten. De Sousberghe erhebt gegen die neueren Vertreter der katholischen Naturrechtsphilosophie, wenigstens soweit unsere Frage in Betracht kommt, keinen leichten Vorwurf, wenn er sagt, daß sie totschweigen, was ihnen nicht paßt, und durch einseitige Zitierungen den älteren Traditionszeugen zuweilen das Gegenteil von dem unterschrieben, was sie wirklich gesagt haben, mit einem Wort: daß sie Manipulationen vornehmen, nur zum entgegengesetzten Zweck, wie es im frühen Mittelalter geschah. Damals unterschob man den Vätern Texte, die für den Kommunismus plädierten. In der Neuzeit sucht man möglichst nach Belegen für den privaten Charakter des Eigentums. In Wahrheit wäre es notwendig, den von Taparelli in die katholische Philosophie eingeführten Eigentumsbegriff von Locke und dem 18. Jahrhundert um die Gesichtspunkte der früheren Tradition zu bereichern. Dann würde er dem komplexen Problem weit angemessener sein als bisher, da man das Eigentum durch das fragwürdige Recht der Personensorge und des Arbeitsvertrages unterbaute. Das entspricht nach Ansicht unseres Verfassers auch durchaus nicht der Tendenz der Kirche, die alle Formen der Vergemeinschaftung und Kooperation auf freiwilliger Grundlage ermutigt. Das liegt auch im Zuge der Zeit. Die Befreiung des Individuums in der Neuzeit hat paradox und, wie oben dargelegt wurde, dennoch gemäß dem Wesen der Natur zu steigender Verdichtung der gesellschaftlichen Beziehungen und der gegenseitigen Abhängigkeit geführt. „In Zukunft gibt es die Möglichkeit und sogar die Notwendigkeit gemeinschaftlicher Herrschaft, wo früher die individuelle sich aufnötigte;

gewisse Tätigkeiten dürfen nicht mehr als Feld der Eroberungen betrachtet werden, das dem freien Belieben des individuellen Unternehmungsgeistes anvertraut ist, sondern unmittelbar als Ort seiner Dienstleistung." In unserer Zeit scheint der Fortschritt in Richtung auf die Beherrschung der Natur nicht mehr durch Ausdehnung des Privatrechtes und erweiterte Befreiung der Einzelperson, sondern im Gegenteil durch Anstrengungen zu größerer Zusammenarbeit und gemeinschaftlicher Bemühung gefördert zu werden.

Eigentum kein Bollwerk gegen die Gemeinschaft

Es wäre aber gleichwohl ein Irrtum, mit Mounier das Eigentum als Sicherung der persönlichen Freiheitssphäre gegenüber der Gemeinschaft auffassen und auf das dazu notwendige Mindestmaß einschränken zu wollen, also nur das kleine persönliche Eigentum gelten zu lassen. Eigentum ist, wie die Tradition zeigt, nicht dazu da, Sicherungen gegen die Gemeinschaft aufzurichten, sondern „es ist das, was dem Menschen die Möglichkeit geben soll, ein Maximum in die gesellschaftlichen Beziehungen einzubringen". Es ist ja doch die wichtigste Chance zur Entfaltung sozialwirtschaftlicher Privatinitiative, die es gibt. Als solche wird es bei aller durch die moderne Entwicklung gebotenen Vermehrung des Gemeineigentums in dessen Rahmen bestehen bleiben müssen. Die Entwicklung der verstaatlichten Betriebe in England in Richtung auf autonome Körperschaften ist ein zeitgemäßes Beispiel dafür. „Es scheint nötig, auf Kompromißformeln auszugehen, in denen Gemeinherrschaft und persönliche Herrschaft zu enger Zusammenarbeit kommen, ohne daß eine von beiden sich zum Schaden der anderen allein durchsetze und die andere ersetze."

Wohin geht die chinesische Revolution?

Kürzlich ist in China die zweite Auflage eines zum erstenmal 1948 erschienenen Werkes mit dem Titel „Die kommunistische Partei Chinas und andere Organisationen in China" herausgekommen; es enthält die wichtigsten Reden der führenden Männer der Partei, insbesondere die Mao Tse-tungs, und bezeugt damit die Kontinuität der Politik des chinesischen Kommunismus vor und nach der Machtergreifung. Diese Politik stützt sich auf zwei Hauptpunkte: die Beziehungen der Partei zu anderen, nichtkommunistischen, aber anti-nationalistischen Organisationen in China, und die Agrarreform. Die französische Zeitschrift „Cahiers du Monde Nouveau" bringt einige wichtige Stellen aus diesen Reden, die als Dokumente äußerst beachtenswert sind (7. Jg., Nr. 46, S. 115—118).

Verhältnis der kommunistischen Partei Chinas zu den nichtkommunistischen Gruppen

Aus dem einleitenden Aufsatz des Buches, der eine Rede Maos wiedergibt, zitieren die „Cahiers du Monde Nouveau" folgende Stellen: „Worin besteht gegenwärtig die Generallinie der kommunistischen Partei Chinas? . . . Es ist die Linie der neuen demokratischen Revolution, die der großen Volksmassen, die von der Arbeiterklasse angeführt werden, die sich gegen den Imperialismus, die Überreste der Feudalherrschaft und die kapitalistische Bürokratie erheben. Es ist klar, daß eine solche Revolution keine andere Klasse als die Arbeiterklasse an ihrer Spitze haben kann und keine andere Partei als die kommunistische Partei Chinas. Es ist ebenso klar, daß die Einheitsfront, die das Volk im Lauf dieses Kampfes gebildet hat, sehr weit ist. Sie umfaßt die Arbeiter, die Bauern, die Mitglieder der freien Berufe, die Intellektuellen, die liberale Bourgeoisie und einen Teil des Adels, der mit den Ausbeutern gebrochen hat. Eben das nennen wir die breiten Volksmassen. . . Einige fragen sich, ob die Kommunisten, wenn sie einmal an die Macht gelangt sind, die Diktatur des Proletariats und die Herrschaft einer einzigen Partei einführen werden wie in den UdSSR. Wir antworten ihnen, daß ein neodemistischer Staat, der aus der Einheit aller demokratischen Klassen hervorgegangen ist, sich grundlegend von einem sozialistischen Staat mit Diktatur des Proletariats unterscheidet. Während der Periode ihres neodemistischen Systems kann und darf China kein von einer Partei monopolisiertes Regime haben. Es gibt keinen gültigen Grund, um die Mitarbeit der nichtkommunistischen Parteien abzulehnen, die bereit sind, mit uns ohne Feindschaft zuzusammenzuarbeiten." Diese Sätze beweisen — wie wir schon in der Herder-Korrespendenz Jg. 4, H. 8, S. 379 ff. dargelegt haben —, daß die Regierung Maos zum mindesten für den Augenblick keine rein proletarische ist, sondern mit anderen Organisationen zusammenarbeiten will.

Die Agrarreform

Ebenso klar ist die offizielle Position in der anderen Frage, der der Agrarreform. Das eingangs erwähnte Buch veröffentlicht eine andere Rede Maos, in der es heißt:
„In China ist der Feudalismus der Verbündete des Imperialismus und bildete die Grundlage von dessen Regime. Daher stellt die Agrarreform ein fundamentales Element der neuen demokratischen Revolution Chinas dar. Die Agrarreform besteht in folgendem: sie wird sich auf die armen Bauern stützen und eine enge Verbindung mit den mittleren Bauern herstellen und damit versuchen, das System der feudalen und halbfeudalen Ausbeutung vollkommen zu liquidieren und die Landwirtschaft zu entwickeln. Einzig die arme Bauernschaft kann und muß unsere Stütze bei der Verwirklichung der Agrarreform sein. Das Hauptziel dieser Reform besteht darin, die Ansprüche der armen Bauern und Taglöhner zu befriedigen, die den Boden reklamieren.
Andrerseits besteht eine der Aufgaben dieser Reform darin, die Ansprüche einer gewissen Kategorie von mittleren Bauern zu befriedigen, die autorisiert werden müssen, Landanteile zu behalten, die etwas größer sind als die mittleren Landanteile der armen Bauern. Es muß darüber gewacht werden, daß kein Anschlag auf die mittleren Bauern, die Handwerker und die Angehörigen der freien Berufe gemacht wird.
Endlich darf man zur Neuverteilung der Immobilien und Ländereien nicht schreiten, bevor eine gewisse Stabilisierung der Situation eingetreten ist und ehe die große Mehrheit des Volkes in den Kampf mithineingezogen ist."

Das Ziel der Industrialisierung

Auch diese Position stimmt nicht mit der der UdSSR überein, zum mindesten was die gegenwärtige Etappe betrifft. Es gibt keine Kolchosen, sondern nur einfache Kooperativen nach den Prinzipien, die schon Sun Yat-sen ausgesprochen hatte. Diese Reform genügt allerdings

nicht, um China lebensfähig zu machen. Dazu muß es industrialisiert werden; aber das ist erst dann möglich, wenn die landwirtschaftliche Produktion erheblich gesteigert ist. Darum rät Mao dem Volk:
„Um die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln, raten wir den Bauern, stufenweise und auf der Grundlage freier Zustimmung verschiedene Arten von Produktionskooperativen und Konsumgenossenschaften auf Grund des Systems des Privateigentums zu organisieren. Die Liquidation des Feudalsystems und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion legen die Grundlagen für die Entwicklung der Industrie und für die Umwandlung unseres Landes in ein Industrieland: und das ist das Endziel der neuen demokratischen Revolution."

Die gegenwärtige Etappe der chinesischen Revolution in Stalins Interpretation

Der Kampf der kommunistischen Partei Chinas geht also gegenwärtig um eine vorläufige Position. Die „Cahiers du Monde Nouveau" zitieren anschließend einen Passus aus einer kürzlich gehaltenen Rede Stalins, der diese Lage Chinas zu verstehen und zu billigen scheint. Diese Rede bildet in dem eingangs erwähnten Buch das 5. Kapitel. Darin heißt es:
„. . . Wenn die erste Etappe (der chinesischen Revolution) sich durch die Tatsache ausgezeichnet hat, daß die Spitze der chinesischen Revolution sich hauptsächlich gegen den ausländischen Imperialismus richtete, so besteht der charakteristische Zug der zweiten Etappe darin, daß die Revolution ihre Spitze wesentlich gegen die inneren Feinde richtet, vor allem gegen die Feudalherren, gegen das Feudalregime. Aber in dieser Etappe sind die Schwierigkeiten noch keineswegs alle gelöst. Was wäre daran zu verwundern? Wissen wir nicht, daß sich in der Geschichte unserer Revolution ähnliche Fälle ereignet haben, wenn auch in einer anderen Situation und unter anderen Verhältnissen? Wissen wir nicht, daß die erste Etappe unserer Revolution ihre Aufgabe der Vollendung der Agrarreform nicht vollkommen abgeschlossen, sondern sie der Etappe der Oktoberrevolution übergeben hat, die ihrerseits die Aufgabe der Ausrottung der Überreste des Feudalismus völlig und endgültig erfüllt hat? Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn die zweite Etappe der chinesischen Revolution die Agrarreform noch nicht völlig abschließen kann und wenn diese Etappe, nachdem sie Millionen von Bauern aufgerüttelt und gegen die Überreste des Feudalismus aufgewiegelt hat, die Vollendung dieses Werks der folgenden Etappe der Revolution überläßt: der sowjetischen Etappe. Und das wird nur ein weiterer Vorteil für die sowjetische Revolution in China sein."
Die „Cahiers du Monde Nouveau" beschließen ihr Referat mit der Betrachtung: „Sowjetische Revolution — dieses Wort Stalins beleuchtet die Zukunft der Unternehmung Maos eindeutig. Diejenigen, die immer noch an eine sozialistische Revolution ‚in chinesischem Stil' glauben, werden ihren Eindruck revidieren müssen. . . . Das Buch schließt zudem mit einem Satz Maos aus einer anderen seiner Reden: ‚Die politische Linie und die Methode Lenins bleiben die Grundlagen unsrer Partei'."
Der Bericht in den „Cahiers du Monde Nouveau" stammt, dem Namen nach zu schließen, aus der Feder eines Asiaten, Ley Hion. Eines westlich orientierten Asiaten natürlich. Nur die Zukunft kann erweisen, ob seine Interpretation des Verhältnisses Mao Tse-tungs zu Moskau richtig, seine Voraussage der Zukunft zutreffend ist. Daß eine starr bolschewistische ideologische Linie in China immer schärfer hervorzutreten beginnt, scheint auch der Bericht eines Chinesen (wiederum eines westlich orientierten Chinesen) in der italienischen Zeitschrift „Vita e Pensiero" (Dez. 1950, S. 645—651) über die Kontrolle des Denkens im neuen China zu beweisen.

Kontrolliertes Denken im Neuen China

C. D. Chang berichtet über die Zwangsumerziehung an den Universitäten und Hochschulen Chinas, die augenblicklich durchgeführt wird. Studenten und Professoren werden dazu erzogen, nur das zu denken, was die marxistisch-leninistische Weltanschauung zuläßt, ganz wie in anderen Moskau-hörigen Staaten. Von Gewaltmaßnahmen weiß Chang nichts zu berichten; trotzdem lassen sich gewisse Vorgänge schwerlich anders als durch ein Regime der Furcht erklären.
Der erste Eingriff in das geistige Leben der Universitäten und Hochschulen von seiten der Kommunisten bestand darin, daß sie das Verwaltungssystem demokratisierten, das zur Zeit der Kuomintang und Tschiang Kai-scheks „nach dem Führerprinzip" organisiert war. Heute liegt die Verwaltung in den Händen eines gemischten Gremiums aus Vertretern der Professorenschaft, der Studenten und des Personals. Ausschlaggebend sind die Studenten. Diese Lage gleicht durchaus der in den ersten Zeiten der Sowjetunion. Dort hat man allerdings seit 1936 wegen völliger Auflösung der Disziplin zu anderen, geeigneteren Verwaltungsmethoden zurückkehren müssen.
Was den Lehrstoff anbetrifft, so müssen alle Studenten die Grundgedanken des Marxismus-Leninismus erlernen. Nach diesen wird Geschichte und Geschichte der Philosophie gelehrt. In die Naturwissenschaften hat die neue Doktrin bisher noch nicht eingegriffen. Das Ausschlaggebende ist aber ohne Frage die „Richtigstellung der falschen Ideen". Zu diesem Zweck sind die Studenten genötigt, an Diskussionsgruppen teilzunehmen, in denen „Selbsterziehung" nach sowjetischem Muster getrieben wird. Der Teilnehmer an diesen Diskussionsgruppen muß in sich selber alle Überreste einer bürgerlichen Denkart aufstöbern, sie bekennen und bereuen und so langsam Fortschritte machen in der marxistischen Denkart und Gesinnung. Wer sich der Kritik des die Gruppe leitenden Kommunisten nicht beugt, wird aus der Gruppe ausgeschlossen. Gewöhnlich kommt der Ausgeschlossene nach kurzer Zeit reuig wieder zurück.

Die „unglücklichste Klasse im Neuen China"

Die unglücklichste Klasse in China ist nach diesem Bericht heute die der Professoren, die nicht mehr, wie die Jugend, leicht beeinflußt werden können. Die Professoren der chinesischen Universitäten haben gehofft, der chinesische Kommunismus werde weitherziger sein als der Kommunismus anderer Länder. Die Regierung der Kuomintang hatte bereits eine scharfe intellektuelle Kontrolle ausgeübt: sie hofften, nun Erleichterung zu finden. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Denn die Kommunisten, ebenso auf Alleinherrschaft ihrer Gedankenwelt bedacht wie vorher die Nationalregierung, sind im Besitz weit wirksamerer und raffinierterer Methoden. Daß einige der bekanntesten liberalen chinesischen Gelehrten

zu ihrer Ideenwelt übergetreten sind, läßt sich nur damit erklären, daß sie einer Herrschaft des Terrors gegenüberstehen. Es wäre verständlich, wenn der Druck dahin ginge, sich von den Einflüssen der westlichen Welt zu lösen, die keineswegs eine makellose Rolle in Ostasien gespielt hat. Statt dessen geht er dahin, die Sowjetunion als das Muterbeispiel hinzustellen und daraus einen Glaubensartikel zu machen. Die „Sündenbekenntnisse" bekehrter Professoren, die C. D. Chang hier zitiert, haben eine fatale Ähnlichkeit mit den Sündenbekenntnissen von Kommunisten in den kommunistischen Ländern, die „von der Linie abgewichen" sind. Sie bereuen ihre früheren Irrtümer und gestehen mit gerührten Worten, daß sie sich jetzt gebessert und sehr gefördert fühlen. Was diese chinesischen Gelehrten aufgeben, ist allerdings ebenfalls eine ihnen fremde Kultur, ist der amerikanische Liberalismus, der gewiß stark kompromittiert war durch sein Zusammengehen mit der Korruption der letzten Zeiten der Kuomintang. Daß zugleich mit dieser aber auch jeglicher Geist der Freiheit verschwinden sollte, wäre das Ende aller Hoffnungen auf den Realismus und die Mäßigung Chinas.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Die Lage in der russisch-orthodoxen Auslandskirche

Übersiedlung des Bischofssynods nach USA

Der Vorsitzende des Bischofssynods der russisch-orthodoxen Auslandskirche, Metropolit Anastasius, verließ am 23. November 1950 seine bisherige Residenz München. Mit ihm verlegt der Bischofssynod seinen Sitz nach den Vereinigten Staaten, wo das Dreifaltigkeitskloster in Jordanville bei New York in letzter Zeit immer deutlicher zum Weltzentrum der russischen Auslandskirche geworden ist. Die Entwicklung der russischen Kirche Nordamerikas wird mit der Anwesenheit des Oberhauptes der über die ganze Welt verbreiteten Synodalen Gruppe in ein neues Stadium treten. „Prawoslawnaja Russj" schrieb, der Metropolit Anastasius habe Europa verlassen, „um auch in der Neuen Welt, die von den kirchlichen Wirren zerrissen ist, den Frieden zu verkünden und alle wahren Söhne der von der Versklavung durch die Mächte des Bösen noch freien russisch-orthodoxen Kirche um sich zu vereinen".

Der Wunsch, mit der seit dem berüchtigten Konzil von Cleveland (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 2, H. 2, S. 89f. u. Jhg. 4, H. 4, S. 137f. u. H. 11, S. 514 ff.) abgespaltenen nordamerikanischen Metropolie ins Einvernehmen zu kommen, womöglich ihre Vereinigung mit der Auslandskirche zu erreichen, ist aber nur ein Nahziel. Das große Fernziel, das sich dem Bewußtsein der Auslandskirche immer konkreter abzeichnet, deutete eine Rede an, die am 10. Dezember in New York während einer großen Versammlung zu Ehren des Bischofssynods gehalten wurde. Auf dieser Versammlung war alles anwesend, was in der konservativ eingestellten politischen und kirchlichen Emigration Namen und Bedeutung hat. In der erwähnten Rede hieß es nach einer Aufforderung an die nordamerikanische Metropolie, ihre Kräfte mit denen der Auslandskirche zu vereinen: „Es zeichnet sich uns ab das kommende Gericht der Treuen über die Ungetreuen — nach der Befreiung des heiligen Kremls — und die Reinigung des Volkes der Moskoviter durch allgemeines Gebet und Buße. Und vor das Gericht der Diener der Kirche, die ihr in den Tagen ihrer Leiden treu geblieben sind, wird, als einfacher Mönch gekleidet, der Oberhirte der Auslandskirche treten, dem Gott es gebieten wird, in das befreite Moskau einzuziehen. . . . Er wird berichten, wie die Hierarchie zusammen mit dem Kirchenvolk die Heimat verließ, wie der begnadete Organismus der Auslandskirche geschaffen wurde, wie ihre Bischöfe mit dem Volk die Weiten der Welt in Ost und West, Süd und Nord durchzogen..., das Volk in der göttlichen Wahrheit, im Dienst am Nächsten und der Bewahrung der Heiligtümer des nationalen Geistes unterwiesen, in nichts den Versuchungen des Fürsten dieser Welt erliegend."

Diese Versuchungen sind zur Zeit freilich sehr groß. Die Auslandskirche, die ihre Kräfte ganz auf das Gebiet der Vereinigten Staaten konzentriert, verschweigt nicht ihre Abhängigkeit von deren materiellen Mitteln. Die starke Anlehnung an das „freie Amerika", das durch göttliche Vorsehung berufen sei, die erste Rolle im politischen Leben der Welt zu spielen, wird in allen Verlautbarungen deutlich. Ein Sendschreiben des Bischofskonzils der Auslandskirche bezeichnete es als die Mission des amerikanischen Volkes, Bollwerk der Ordnung, der Gerechtigkeit und des Friedens zu sein. Die Auslandskirche hoffe, in Amerika auch für sich den Schutz der Freiheit zu finden.

Konzil der Bischöfe der Auslandskirche

Die besondere Bedeutung des Bischofskonzils, das vom 25. November bis 16. Dezember in der Nähe von New York tagte, stand mit der Übersiedlung des Metropoliten Anastasius nach Amerika in Zusammenhang. Zu Beginn des Konzils weihte Anastasius in Jordanville eine soeben fertiggestellte große Kirche nach einem feierlichen Ritus, der bis ins 8. Jahrhundert zurückgeht. Große kirchliche Feierlichkeiten in Jordanville und New York gaben dem Konzil einen bedeutungsvollen Rahmen. Am 10. Dezember zelebrierte der Metropolit Anastasius unter Assistenz von dreizehn Bischöfen in New York einen feierlichen Gottesdienst. Tausende von Russen standen unter dem Eindruck der faszinierenden Persönlichkeit Anastasius', in der ihnen die lebendige Kontinuität der alten Tradition des heiligen Rußland gegenübertrat.

Der vom Konzil gewählte neue Bischofssynod hat folgende Zusammensetzung: Vorsitzender: Metropolit Anastasius; Mitglieder: Erzbischof Vitalius (ostamerikanische Eparchie), Erzbischof Tichon (westamerikanische Eparchie), Erzbischof Johannes (westeuropäischer Bezirk), Bischof Eulogius (Vertreter der autonomen ukrainischen Kirche), Bischof Gregor (Vertreter der autonomen weißrussischen Kirche, Bischof von Ostkanada).

Die Stimmung, unter deren Eindruck das Konzil stand, formulierte am Vorabend der Sitzungen ein redaktioneller Artikel in „Prawoslawnaja Russj": Rußland stehe nicht als politische Macht im Zentrum der Weltereignisse, sondern halte in geistiger Hinsicht die Schlüsselposition im Kampf des Lichtes mit der Finsternis in der ganzen Welt. Diese Anschauung fußt auf dem Glauben, daß Rußland die stärkste Quelle geistigen Lichtes — und eben deshalb von den Mächten des Bösen befallen sei. Daraus ergebe sich die Rolle der russischen Emigration im geistigen Ringen unserer Zeit, im besonderen die Rolle ihres geistigen Zentrums, der russischen Emigrationskirche.

Das oben erwähnte Sendschreiben des Konzils ruft zur Treue gegenüber der „Katakombenkirche" in der Heimat auf, „die — möge sie sich in den Tiefen der Erde befinden oder sich im Schoße des russischen Volkes verborgen halten — das Geheimnis des Glaubens mit reinem Gewissen hütend die Lüge bekämpft, die von der bolschewistischen Staatsgewalt und den ihr hörigen russischen Bischöfen und Klerikern verbreitet wird". Angesichts der sich vorbereitenden schrecklichen Heimsuchungen, die die Welt mit dem weiteren Vordringen des kommunistischen Übels befallen werden, so heißt es an anderer Stelle, müsse die Kirche ihre Hilfe den Völkern gewähren, die sich zu einer heiligen Allianz im Kampfe für die Rettung der christlichen Kultur zusammenschließen wollen. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch mit den anderen christlichen Kirchen, „soweit ihre Anstrengungen auf die Niederwerfung des gemeinsamen Feindes gerichtet sind", wird versichert.

Kirchenfriede in Amerika?

Weiterhin berührt das Sendschreiben das Verhältnis zur nordamerikanischen Metropolie. Wenn auch aus der allgemeinen Lage heraus im Augenblick noch keine Vereinigung möglich sei, so sei doch auf beiden Seiten der gute Wille zu friedlicher Zusammenarbeit vorhanden.

Diese „innere Annäherung" im Verhältnis zur nordamerikanischen Metropolie ist wohl in erster Linie dem persönlichen Auftreten des Metropoliten Anastasius und seiner nüchternen Beurteilung der Lage zu verdanken. Metropolit Anastasius setzte sich über alle Gegensätze und Hemmnisse hinweg und schuf durch ein persönliches Treffen der Hierarchen beider Gruppen die Voraussetzungen für eine weitere Annäherung. Allerdings hatte sich kurz zuvor auch auf seiten der nordamerikanischen Metropolie das Bild gewandelt, indem das „Achte allamerikanische Konzil" in seinen Beschlüssen eine klare Abgrenzung vom Moskauer Patriarchat vollzog, was nur durch Aufhebung der bekannten Resolution von Cleveland möglich war (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 4, Heft 3, S. 137 f.). Eine wesentliche Rolle dürfte hierbei der zum Nachfolger des verstorbenen Metropoliten Theophil gewählte Metropolit Leontius gespielt haben; er hatte seinerzeit gegen die Vereinigung mit dem Moskauer Patriarchat Stellung genommen.

Europa

Vor seinem Abflug nach den Vereinigten Staaten verschaffte sich Metropolit Anastasius in ausgedehnten Reisen nach Österreich, zu den Gemeinden in Deutschland, in die Schweiz, nach Frankreich, Belgien und England einen Überblick über die Gesamtlage der Auslandskirche in Europa. Der Zusammenhalt der in Europa verbleibenden Gemeinden wurde durch den Abschiedsbesuch des verehrungswürdigen Hierarchen erneut gefestigt. Überall begleitete ihn die wundertätige Ikone der Muttergottes von Kursk. In England fand eine Zusammenkunft mit dem Erzbischof von Canterbury statt.

Deutschland

Nachfolger des im September verstorbenen Metropoliten Seraphim (Lade) wurde der 75jährige Erzbischof Benedikt (Bobkowskij). Er gehört der weißrussischen Geistlichkeit an. Seit 1941 war er Bischof von Brest, 1942 Erzbischof von Grodno und Bialystok. Im Jahre 1944 wurde er mit der gesamten weißrussischen Hierarchie nach Deutschland evakuiert, wo er seit 1946 als Mitglied des Bischofssynods der russischen Auslandskirche und in häufiger Vertretung des Metropoliten Anastasius tätig war. Er lehnte eine Übersiedlung nach Amerika ab und erklärte sich bereit, dafür das schwierige Amt des Leiters der deutschen Eparchie zu übernehmen. Die Metropolitenwürde schlug er aus. Nach Amtsübernahme stattete Erzbischof Benedikt dem Kardinal Faulhaber und anderen offiziellen Persönlichkeiten Besuche ab.

Der dem Moskauer Patriarchat unterstehende Erzbischof Sergius von Berlin wurde durch Verfügung des Patriarchen Alexius vom 27. 9. 1950 nach Kasan versetzt. Eine Schweizer Zeitung meldete, Erzbischof Sergius sei unter der Beschuldigung, in Deutschland westliche Tendenzen gezeigt zu haben, verhaftet worden. Zum neuen Leiter des Berliner Bistums wurde der Bischof Boris von Tschkalow und Busuluksk ernannt. Bischof Boris mußte sich bereits Anfang 1949 eine Versetzung gefallen lassen, da er es während des Festes der Wasserweihe in Saratow zu Äußerungen religiösen Volksglaubens kommen ließ, die den Unwillen der Sowjetpresse hervorriefen.

Auf die Fragen von Vertretern der evangelischen Kirche über die religiöse Lage in der Sowjetunion antwortete Bischof Boris, daß heute noch drei Viertel der Bevölkerung christlich getauft und etwa die Hälfte aller Ehen kirchlich eingesegnet werden; fast sämtliche Beisetzungen fänden nach kirchlichem Ritus statt. In einer Ansprache vor Weihnachten forderte der Bischof die Gläubigen auf, sich auf das Fest der Geburt Christi in der Weise vorzubereiten, wie es heute die Gläubigen in der Heimat täten. Wer heute, nach der Umwertung aller Werte, christlich sei, sei dies in einem ganz tiefen und ernsten Sinne, im Gegensatz zur äußeren Kirchlichkeit des vorrevolutionären Rußland, wo man mehr oder weniger gezwungen zur Kirche gegangen sei.

Westeuropa

Der zur Zeit noch in Amerika weilende Erzbischof Johannes von Schanghai, der seit Monaten die Einreise der auf die Philippinen evakuierten China-Russen nach Amerika betreibt, ist zum Leiter des westeuropäischen Bezirks der Auslandskirche bestimmt worden. Er gilt als besondere Stütze der Auslandskirche, der er die Treue hielt, als die chinesischen Gemeinden der russischen Auslandskirche nach Kriegsende zur Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats überwechselten. Die Evakuierung seiner Gemeinden über Schanghai auf die Philippinen-Insel Samar ist eine der größten Tragödien im Leben der russischen Emigration.

Der bisherige Bischof von Brüssel und Westeuropa,

Nathanael, wurde Bischof vom Haag. Als zweiter Vikar des westeuropäischen Bezirks wurde im September 1950 der bisherige Archimandrit Leontius von Metropolit Anastasius zum Bischof von Genf geweiht.

Australien

Die russisch-orthodoxe Eparchie in Australien unter Leitung des Erzbischofs Fedor befindet sich in ständigem Wachstum. Infolge der russischen Einwanderung wurden in letzter Zeit viele neue Gemeinden gegründet. In Sidney ist eine Kathedralkirche im Bau.

Indien

Wie „Prawoslawnaja Russj" mitteilt, sollen die orthodoxen Malabarchristen im Süden der Westküste Indiens eine Angliederung an die russische Auslandskirche erwägen. Auch auf Ceylon sollen Missionsmöglichkeiten geboten sein.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

ARNOLD, Franz. *Glaubensschwund und Glaubensverkündigung.* In: Universitas Jhg. 5 Heft 12 (Dez. 1950) S. 1429 bis 1434.

Der Verfasser bemüht sich um eine Absetzung des Evangeliums von der wissenschaftlichen Theologie, um dadurch ein erhöhtes Bewußtsein von der Eigenständigkeit der Verkündigung zu schaffen. Diese Frage entscheidet über den Glaubensschwund, der nur durch eine unwissenschaftliche, zeitnahe Verkündigung von „echter Solidarität" aufgehalten werden kann.

BEA, A., SJ. *La sacra Scrittura „ultimo fondamento" del domma dell'Assunzione.* In: Civiltà Cattolica Jhg. 101 Nr. 2411 (2. Dez. 1950) S. 547—561.

P. Bea geht insbesondere auf das Protoevangelium als Schriftgrundlage für das Dogma von der Himmelfahrt Mariä ein.

CAVALLI, F., SJ. *Echi del domma dell'Assunzione tra i protestanti.* In: Civiltà Cattolica Jhg. 102 Nr. 2413 (6. Jan. 1951) S. 31—46.

Cavalli führt die protestantischen Reaktionen auf das Himmelfahrtsdogma in den verschiedenen Ländern auf und geht auf die einzelnen Argumente nacheinander ein. Hauptthema: die protestantische Welt hat die Position der kath. Theologie überhaupt nicht verstanden, für die der Consensus omnium fidelium der Ausgangspunkt ist und die dann erst nach dessen Zusammenhang mit Schrift und Tradition sucht. Ebenso ist der kath. Kirchenbegriff und die Unfehlbarkeit des Papstes mißverstanden.

FEUILLET, André. *L'énigme de la souffrance et la réponse de Dieu.* In: Dieu Vivant Nr. 17 (4. Trimester 1950) S. 77—92.

Die Weisheit der Antike hat auf das Rätsel des Leidens keine Antwort gewußt, da sie es zu unmittelbar mit Strafe oder Prüfung in Zusammenhang brachte, wohl aber das Buch Job, da Job niemals zugibt, schuldig zu sein und sein Leiden als gerecht nicht anerkennt, wohl aber die absolute Hoheit und unbegreifbare Weisheit Gottes vorbehaltlos annimmt. Christus allein konnte diese Auffassung vom Leiden dann noch ergänzen und vertiefen durch sein Sühneleiden.

FRANCK, Simon. *Le royaume de Dieu et le „monde".* In: Dieu Vivant Nr. 17 (4. Trimester 1950) S. 15—34.

Das Reich Gottes ist und bleibt „nicht von dieser Welt" und der Christ in unabänderlichem Widerspruch zur Welt. Wenn er „Cäsar geben soll, was Cäsars ist" (unter dem Symbol eines Geldstücks), so soll er ihm gerade nicht seine Seele geben, die ganz und ausschließlich Gottes ist, sondern es bedeutet, sich in der Welt dem Willen Gottes zu unterwerfen, indem man ihrer Form keine prinzipielle Bedeutung zumißt. Dazu gehört der feste Glaube, daß das Reich Gottes eine eigene Realität hat, bereits hat, nur in einer anderen Dimension, „nicht von dieser Welt".

HAMER, Jérôme. *Le Baptême et la foi.* In: Irénikon 1950, 4. Trimester, S. 387—405.

Der belgische Dominikaner prüft für das ökumenische Gespräch das Verhältnis von Glaube und Taufe, das für die Protestanten durch die Thesen von K. Barth zum Problem geworden ist.

HORST, Friedrich. *Naturrecht und Altes Testament.* In: Evangelische Theologie 1950, Heft 6, S. 253—273.

Hier ist der wertvolle Vortrag des Mainzer Alttestamentlers abgedruckt, über dessen Bedeutung die Herder-Korrespondenz Jhg. 5, S. 58 berichtet hat: Nachweis eines Naturrechtes im AT.

MOORE, Sebastian, OSB. *The theology of the Mass and the liturgical datum.* In: The Downside Review Bd. 69 Nr. 215 (Januar 1951) S. 31—44.

Moore untersucht den Opferbegriff. Er lehnt die Auffassung ab, daß wir Leib und Blut Christi zum Opfer darbringen. Das Opfer ist vielmehr der Typus, dem in der Messe der Antitypus, die Realität des Gegebenseins des Leibes und Blutes Christi entspricht. Die Konsekration spricht die Vollendung, nicht eigentlich die Erneuerung des Opfers aus.

PHILIPS, G. *Quelques publications récentes autour du problème de l'Assomption.* In: Ephemerides Theologicae Lovanienses 26. Jhg. H. 3/4 (Juli—Dez. 1950) S. 365—382.

Kritischer Überblick über die neueste Literatur zum Dogma der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel.

Philosophie

BROGLIE, Louis de. *Jenseits der Physik.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 12 (Dez. 1950) S. 898—908.

Der aus seinen populären Darstellungen bekannte Nobelpreisträger will nachweisen, daß der Fortschritt der Physik (namentlich der Quantenmechanik) Korrekturen an den metaphysischen Begriffen Zeit, Raum, Kausalität und Individualität mit sich bringt. Es wird jedoch nicht ganz klar, ob und wie diese Begriffsklärung in die wirkliche Dimension der Metaphysik eindringt.

ORTEGA Y GASSET, José. *Insichselbst-Versenkung und Selbstentfremdung.* In: Merkur Jhg. 5 Heft 1 (Jan. 1951) S. 22—42.

Der Autor legt dem Begriff der Aktion eine Dreiteilung bei: 1. Selbstentfremdung (uneigentliches Existieren), 2. Versenkung (Sinnentwurf), 3. Aktion (planvolle Handlung). Aus dieser Struktur heraus wird eine gestufte Geistes- und Kulturgeschichte der letzten Jahrzehnte versucht.

WENIGER, Erich. *Die Pädagogik in ihrem Selbstverständnis heute.* In: Die Sammlung Jhg. 6 Heft 1 (Jan. 1951) S. 8—19.

Die grundsätzliche Erörterung der Bildungsfragen läßt den protestantischen Standpunkt und die Einflüsse von Martin Buber hervortreten. Danach müssen alle einzelnen Bildungsziele zerbrechen, während die Ebenbildlichkeit im Wandel besteht.

Kultur

BARZEL, Werner. *„Wir sind Utopia".* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 4 (Jan. 1951) S. 295—301.

Die eingehende Untersuchung weist besonders der dramatischen Bearbeitung der bekannten Dichtung ein aufklärerisches Christentum ohne Christus nach, für dessen humanitäre Weltanschauung das eigentliche Glaubensmysterium verborgen bleibt.

BONSIRVEN, Joseph. *Révolution dans l'histoire des origines chrétiennes?* In: Etudes (Febr. 1951) S. 213—218.

Über die Textrollen, die vor 3 Jahren in der Nähe des Toten Meeres aufgefunden worden sind, sind bisher eine Anzahl von Forschungen veröffentlicht worden. Sie ergeben als Verfasser dieser Schriften eine jüdische Sekte kurz vor oder nach Christus. Ein jüdischer Gelehrter, M. Dupont-Sommer, hat aus ihnen Umwälzendes für die Vorgeschichte des Christentums herauslesen wollen, während alle übrigen Forscher bisher nur Bestätigung von schon Bekanntem in ihnen finden. Sie beweisen kein „Christentum vor Christus".

BUCHHOLZ, Friedrich. *Gregorianik heute.* In: Evangelische Theologie 1950, Heft 6, S. 241—253.

Verfasser behandelt das Vordringen des Gregorianischen Chorals in der evangelischen Kirchenmusik, bei Berneuchenern und im Alpirsbacher Kreis, und ihre Spannungen zu der reformatorischen Grundhaltung.

CHASTAING, Maxime. *Le Détective et les mystiques.* In: La Vie Intellectuelle 18. Jg. H. 12 (Dez. 1950) S. 560—572.

Der Detektivroman als Vorstufe zu den großen religiösen „Romanen der Sünde und der Gnade".

CHAUCHARD, Paul. *Das Robotergehirn oder die reproduktive Intelligenz der Maschinen.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 1 (Januar 1951) S. 21—26.

Zur Problematik der neu inaugurierten Wissenschaft der Kybernetik. Der technische Automat stellt die Menschheit vor eine ähnliche Gefahr wie die Atomkraft, welche Gefahr jedoch durch unsere Selbstbeschränkung und durch die „Tugend der Stärke" gebannt werden soll.

DANIEL-ROPS, Henry. *Cristianesimo di fronte al grande crollo.* In: Humanitas Jhg. 5 Nr. 12 (Dez. 1950) S. 1212—1224.

Kurzer Überblick über die Rolle des Christentums im Zusammenbruch des römischen Reichs im 5. Jahrhundert, aus dem drei Lehren für die Gegenwart gezogen werden: eine Lehre der Geduld, eine des Glaubens und eine der Hoffnung.

DIEPGEN, Paul. *Die Wandlungen des Arztideals.* In: Universitas Jhg. 5 Heft 11 (Nov. 1950) S. 1331 und Fortsetzung.

Diese knappe Kulturgeschichte des Arztes verdient unser Interesse, weil sie den prinzipiellen Zerfall des menschlichen Vertrauens besonders scharf hervortreten läßt und die Frage nach seinen Gründen zwar nicht gleich beantwortet, aber doch deutlicher macht.

ELLUL, Jacques. *Der Kinsey-Bericht und die moralische Situation unserer Zeit.* In: Universitas Jhg. 5 Heft 12 (Dez. 1950) S. 1409—1421.

Diese kritische Stellungnahme zur ersten soziologischen Untersuchung des Sexualproblems (Sexual Behavior in the Human Male) geht nicht so sehr auf die erschreckenden Ergebnisse der Erhebungen ein, als vielmehr auf die Tatsache, daß das zunächst nur wissenschaftlich gedachte Werk ein Best-Seller wurde. Somit rangiert das Werk selbst als ein Faktor der Sexualfrage. Seine materialistisch-biologische Grundhaltung („es gibt keine Moral; was alle tun, ist richtig") wird verheerend auf die öffentliche Sittlichkeit wirken.

EMMANUEL, Pierre. *Pourquoi j'écris.* In: Le Semeur 49. Jhg. H. 2 (Dez. 1950) S. 84—88.

Der bekannte französische Lyriker antwortet auf die Frage, warum er schreibt: um zu erkennen, und zwar um die Wahrheit in ihrer Wesenheit zu erkennen.

GÖRRES, Ida Friederike. *Die „Erfindung" der Frau. Zu Simone de Beauvoirs „Le deuxieme sexe".* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 1 (Januar 1951) S. 58—63.

Die These der Frau J. P. Sartres, nach der die weiblichen Eigenarten der Frau ein vom Manne aufgezwungenes Fiktivum sind, erweist sich als Atheismus, da sie aus einem untergründigen Haß gegen die (zweipolige) Schöpfung und den Schöpfer konzipiert ist.

GUYARD, M. François. *Faulkner et le Tragique.* In: Etudes Februar 1951 S. 172—183.

„Entsetzlich und gefährlich, ist doch das Werk Faulkners niemals pervers oder ungesund. Wie jede authentische tiefe Angst bezeugt es verzweifelt das Elend des modernen Menschen, der ist, als ob die Erlösung nie stattgefunden hätte." Die Wurzeln seines Weltbildes sind puritanisch-lebensfeindlich und in den Südstaaten der USA gelegen.

KREISSEL, Rita. *Jugend und Film. Versuch einer psychologischen Deutung.* In: Die pädagogische Provinz Jhg. 4 Heft 12 (Dez. 1950) S. 716—724.

Hier wird die wichtige Aufgabe in Angriff genommen, die psychologisch völlig neue, unvergleichliche Situation der Filmbetrachtung nach ihren formalen Elementen zu untersuchen. Als positive Wirkung zeigt sich Weltgewandtheit und geistige Beweglichkeit; negativ jedoch: eine gefährliche Energiestauung, eine Unterdrückung der produktiven Einbildungskraft und eine sehr weitgehende Abstumpfung gegenüber feineren Reizen der Natur.

LEDER, Georg. *Stern der Ungeborenen. Zum letzten Roman von Franz Werfel.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 4 (Jan. 1950) S. 271—280.

Die Interpretation stellt das umfangreiche Werk in den Zusammenhang der späten Schriften des Dichters und löst daraus den tiefen religiösen Zug ab, der allerdings die letzte Konsequenz, den Übertritt zur kath. Kirche, vermied um der schicksalhaften Bindung an Israel willen. Diese Entscheidung muß der christliche Leser achten.

MATTEUCCI, Benvenuto. *Santità e poesia.* In: Humanitas Jhg. 5 Nr. 12 (Dez. 1950) S. 1168—1184.

Zwischen Heiligkeit und Dichtung bestehen zahlreiche Analogien, der Inspiration, der Auserwählung, der Hingabe, des menschlichen Typs usw. Sie können zusammenfließen im Mystiker, im Propheten. Der Künstler, ob gläubig oder nicht, muß zugleich am Schönen und am Guten teilhaben.

MORÉ, Marcel. *La pensée religieuse de Simone Weil.* In: Dieu Vivant Nr. 17 (4. Trimester 1950) S. 35—68.

Die nach ihrem Tode veröffentlichten Tagebücher S. Weils zeigen, daß sie der Kirche nie so nah gewesen ist, wie es P. Périn, der Herausgeber der „Attente de Dieu", gemeint hat. Moré beschuldigt ihren Reinheitsbegriff des Stolzes, sieht in ihrem Denken die Häresie der Katharer fortgesetzt. Die zweifellos notwendigen Vorbehalte gegenüber gewissen Thesen S. Weils sind hier jedoch durch eine stets fühlbare heftige persönliche Antipathie gegenüber ihrer Person verdorben.

ROSENSTOCK-HUESSY, Eugen. *Die jüdischen Antisemiten oder die akademische Form der Judenfrage.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 6 Heft 1 (Jan. 1951) S. 8—17.

Der scharfsichtige Traktat wirft dem Akademismus vor, immer nur Natur zu sehen und daher die Judenfrage überhaupt nicht vor Augen zu bekommen, denn Völker und Rassen sind nie nur Natur. Ihrem religiösen Sinne nach und im Hinblick auf die kirchliche Mission leben Christen und Juden füreinander. Das übernatürliche Wesen des Menschen sieht der Verfasser im Anschluß an Franz Rosenzweig trinitarisch als das Offensein von Christentum, Judentum und Heidentum zueinander.

ROUQUETTE, Robert. *Mystère de Simone Weil.* In: Etudes Jhg. 84 (Januar 1951) S. 88—106.

R. Rouquette betont die Echtheit von Simone Weils religiösem und mystischem Erlebnis. Den Grund ihres Wesens sieht er bestimmt von der religiösen Erfahrung des Unglücks, den Grund ihres Denkens vom Stoizismus eines Marc Aurel. Ihre Wirkung geht aus von der ungeheuren Konzentrationsfähigkeit, die ihrer Sprache die Intensität gibt, ebenso aber auch von der Wahrhaftigkeit ihrer Aussage.

SCHLÜTER-HERMKES, Maria. *Ein Weltmann als Meister der Spiritualität.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 2 (Dez. 1950) S. 138—154.

Der Essay sucht eine Vertiefung in die Gedankenwelt des engl. Religionsphilosophen deutscher Herkunft Friedrich von Hügel, der mit der Bemühung, die zeitlosen Wahrheiten in das Hier und Jetzt zu halten, unsere großen Fragen vorwegnahm und im ökumenischen Gespräch eine neue Bedeutung gewinnt.

SCHÖNINGH, Franz Josef. *Der unbekannte Ibsen. Bemerkungen zu „Peer Gynt".* In: Hochland Jhg. 43 Heft 2 (Dez. 1950) S. 116—137.

Die ausführliche Studie deckt ein tiefreligiöses Mysterienspiel auf und führt mit der Frage, wie die Abkehr vom Evangelium möglich war, in die Geheimnisse und Schwierigkeiten der späten Lebensjahre des Dichters.

SCHRECKENBERG, Willy. *Die Situation des Buches und unsere Verantwortung.* In: Die Neue Ordnung Jhg. 5 Heft 1 (Jan. 1951) S. 32—45.

Das Buch als eine letzte Feste gegen Kollektivismus und Vermassung droht seine Bedeutung zu verlieren. Grund hierfür ist die Kluft zwischen geistiger Elite und breitem Publikum. Mit ernsten Worten wird auf die „vermittelnde Aufgabe" hingewiesen, die besonders der Kritik, der Presse und den Büchereien gestellt ist.

SRBIK, Heinrich Ritter von. *Die Bismarckkontroverse. Zur Revision des deutschen Geschichtsbildes.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 12 (Dez. 1950) S. 918—931.

Wie schon öfters an dieser Stelle vermerkt, drängt sich die historische Selbstbesinnung der Deutschen im Bismarckproblem zusammen. Der bekannte Wiener Historiker referiert den bisherigen Stand der Kontroverse und weist besonders auf den Unterschied katholischer und protestantischer Deutung hin, eine letzte Klärung der Fragen wird durch das „Ineffabile der geschichtlichen Persönlichkeit" verhindert.

VICHNEWSKY, Vsewolod. *La Tragédie optimiste.* In: Esprit Jhg. 19 Nr. 2 (Febr. 1951) S. 169—200.

„Esprit" gibt hier den 1. Akt des Werkes eines der angesehensten Dramatiker des bolschewistischen Rußland mit einer Einführung des Autors selber wieder. Wir lesen sowohl Einführung wie Drama mit den widerspruchsvollsten Gefühlen, sie stellen eine merkwürdige Mischung von Ewig-Menschlichem mit der abstraktesten Parteidoktrin dar. Über das dichterische Niveau wird man erst urteilen können, wenn die weiteren Akte des Dramas in den folgenden Heften veröffentlicht sind.

Politik

BIGO, Pierre. *Le Communisme et nous.* In: Masses Ouvrières 6. Jhg. Nr. 59 (Dez. 1950) S. 6—33.

Die revolutionäre Haltung des Christen ist ganz verschieden von der des Marxisten. So ist es für ihn normal, angesichts des Kommunismus, auch wenn er mit ihm im Willen zur Veränderung der Lage des Proletariats übereinstimmt, gleichsam „gespalten", „gekreuzigt" zu sein.

BOZZOLA, G. B. *Dopo il III Congresso Nazionale delle ACLI.* In: Realtà Sociale d'oggi Jhg. 5 Nr. 11 (Nov. 1950) S. 568—663.

Bericht über den Kongreß der Christl. Arbeiterverbände Italiens, deren wichtigstes Problem immer noch ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften ist, ein Problem, das erschwert ist durch die Tatsache, daß ihr eigenes Programm noch zu wenig klar und konkret ist.

DIRKS, Walter. *Was die Ehe bedroht. Eine Liste ihrer kritischen Punkte.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 6 Heft 1 (Jan. 1951) S. 18—28.

In einer Aufsatzserie sollen soziologische Diagnosen der Ehenot gestellt und Ansätze einer Therapie entwickelt werden. Dabei wird die Krise als prinzipiell zum Wesen der Ehe gehörig betrachtet. In diesem ersten Artikel wird ein Katalog von Ursachen gegeben, aus dem uns das unter „Arbeiterbewegung" Gesagte besonders lesenswert erscheint, da hier die Analyse in die tieferen geistesgeschichtlichen Zusammenhänge eindringt.

HEYDTE, Fr. Aug. Frhr. von der. *Wege zur europäischen Föderation.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 4 (Jan. 1951) S. 264—271.

Zusammenfassende Chronik der Entwicklung des Gedankens einer Weltorganisation über regionale Pakte. Im Ganzen des geschichtlichen Zusammenhanges will der Verfasser gegen alle Vorwürfe das Positive des Europarates in Erinnerung bringen.

MEANEY, John W. *Propaganda as psychical coercion.* In: The Review of Politics Bd. 13 Nr. 1 (Januar 1951) S. 64—87.

Eine Untersuchung der Grundsätze, auf denen die Propaganda des Dritten Reiches beruht, ergibt die Anfälligkeit der gesamten westlichen Kultur für ihre Methoden.

NEUNDÖRFER, Ludwig. *Wie die Menschen heute leben. Deutschland — fünf Jahre nach dem Zusammenbruch.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 1 (Januar 1951) S. 48—57.

Eine anschauliche Deskription der Verschiebungen im sozialen Bereich, durch die es zu einer „unsichtbaren Armut" gekommen ist. Die unterste Schicht besteht heute aus wertvollen Menschen, die ihre Deklassierung bewundernswert meistern — und verbergen.

SUGRUE, Thomas. *The community adventure in Israel,* und *HUCHET BISHOP,* Claire. *The communitarian movement in Europe.* In: The Commonweal Bd. 53 Nr. 14 (12. Jan. 1951) S. 343—345.

Die Aufsätze zeigen, daß die Idee der kommunistischen Lebensgemeinschaft auf freiwilliger Grundlage in unseren Tagen erfolgreich verwirklicht wird.

ULAM, Adam B. *The Background of the Soviet-Yugoslav Dispute.* In: The Review of Politics Bd. 13 Nr. 1 (Jan. 1951) S. 39—63.

Der Aufsatz analysiert an Hand des politischen Gegenspiels der beiden Staatsmänner wichtige Grundsatzfragen kommunistischer Politik.

WILCZKOWSKI, C. *L'Unité russe et ses failles.* In: Etudes (Febr. 1951) S. 156—171.

Außerordentlich interessanter Überblick über die Erfolge der sowjetischen Erziehung in Rußland bei der intellektuellen Elite, wo sie offenbar völlig versagt, und bei der Masse, wo sie wahrscheinlich nur sehr oberflächlich ist. Der sog. „neue Mensch" Sowjetrußlands stellt nur einen gewissen, immer schon vorhanden gewesenen Typ des unbedenklichen und erfolgreichen Strebers an die leitenden Stellen. Der Bericht baut auf Angaben aus sowjetischen Publikationen auf.

Europa zwischen Furcht und Hoffnung. In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 1 (Januar 1951) S. 5—19.

Auf eine Rundfrage der Zeitschrift antworten hier bekannte Persönlichkeiten aus allen Gebieten öffentlichen Wirkens: Rudolf Kassner, Fr. C. Copleston, Denis de Rougemont, Evelyn Waugh, Jürgen Rausch, Ch. Hollis, Cl. Münster, Pascual Jordan, D. Dubarle. Sie fassen die Frage sehr unterschiedlich an, sehen aber das Hauptproblem durchaus in der Rettung personaler Freiheit.

Katholische Chronik

BEAUDUIN, Dom Lambert. *Jubilé du Monastère de l'Union.* In: Irénikon 1950 (4. Trimester) S. 367—376.

Der erste Aufsatz einer Folge über die Geschichte und Bedeutung des 1925 von Pius XI. gegründeten Unionsklosters Amay in Belgien.

BOEHM, Hans Otto. *Deutschlands stillschweigende Apostasie.* In: Die Besinnung Jhg. 5 Heft 6 (Nov./Dez. 1950) S. 300 bis 305.

Ausgehend von einem Wort E. Mouniers nennt der Verf. die fehlende Umsetzung des religiös Erfahrenen ins Konkrete einen anhaltenden Abfall, dessen Wurzel in der unheilvollen Trennung von Kirche und Welt im Personalen zu suchen ist.

PRIBILLA, Max. *Die Kirche zwischen Ost und West.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 4 (Jan. 1951) S. 241—252.

Gegen Karl Barths Zurückhaltung im Kampf gegen den Kommunismus, die paradigmatisch für den Protestantismus überhaupt gesetzt wird. Das Wort vom „ehrlichen Gottlosentum" des Bolschewismus unterschätzt die Verschleierungen und Tarnversuche jener Macht, gegen die nur eine unerschrockene Absage wirksam ist. Der Verfasser spricht sich für interkonfessionelle Zusammenkünfte aus, die die Einheitlichkeit der Stellungnahme bewirken soll.

ROUQUETTE, Robert. *Positions et Oppositions d'Emmanuel Mounier.* In: Etudes (Febr. 1951) S. 145—155.

Den Kern von Mouniers Wesen hat sein katholischer Glaube ausgemacht. Aus diesem heraus hat er versucht, eine Aktion zu führen, die sich ebenso weit von den Irrtümern und Sünden des Kapitalismus wie des Kommunismus fernhielte. Doch ist seine Haltung gegenüber dem Kommunismus nach der Meinung Rouquettes zu versöhnlich gewesen, weil er immer mehr die Theorie, die hätte gereinigt werden können, im Auge hatte als die monströse politische Macht.

SENDKER, Adalbert. *Aufgaben der Caritas an der heimat-, berufs- und arbeitslosen Jugend.* In: Caritas Jhg. 51 Heft 11/12 (Nov./Dez. 1950) S. 257—264.

Überblick über die fürsorgerische Situation der Jugend, über den Aufbau des Jugendwerkes im Bundes- und Länderformat und über die Einschaltung der katholischen Dienste.

STOLPE, Sven. *Ein Wort über Caux.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 12 (Dez. 1950) S. 967—970.

Ein kluges Resumé, das das Positive zu würdigen weiß, jedoch Mangel an Verständnis für tiefere geistige Realitäten, für das Leiden als Mysterium und Lebensaufgabe feststellen muß.

Ireland to-day. In: Blackfriars Bd. 32 Nr. 371 (Febr. 1951).

Das ganze Heft gibt eine gute Übersicht über dieses katholische Land, das zu Unrecht etwas am Rande unseres Horizontes bleibt. Besonders interessant im Hinblick auf Fragen der Katholischen Aktion.

LAROS, Matthias. *Der Christ und der Krieg.* In: Die Neue Ordnung Jhg. 5 Heft 1 (Jan. 1951) S. 61—67.

Eine Rede für die „aktive Friedensbewegung", die sich nicht als „falscher Pazifismus" gegen die Notwendigkeit eines starken Waffenschutzes verschließt. Besondere Beachtung findet die neue Lage des Problems, wie sie durch die Existenz der modernen, in jedem Falle ungerechten Waffen entsteht.

Ökumenische Chronik

EUDOKIMOW, Paul. *La Bible dans la piété orthodoxe.* In: Irénikon 1950 (4. Trimester) S. 377—386.

Die orthodoxe Geistigkeit ist wesentlich biblisch. In der Begegnung mit der Heiligen Schrift erlebt der Orthodoxe die Gegenwart Christi, der selber die Schrift auslegt. Die Bibel könne die Konfessionen zusammenführen, wenn jeder seine intellektuellen Spekulationen abstreife und mit den Vätern das Wort als eucharistische Gabe empfange.

KREINER, Artur. *Die evangelischen Akademien.* In: Die Besinnung Jhg. 5 Heft 6 (Nov./Dez. 1950) S. 316—321.

Ein Kurzbericht über die Entwicklung dieser Einrichtung, der besonders interessiert wegen der Darstellung der inneren Spannungen und Tendenzen (z. B. auf eine Interkonfessionalität hin).

LEIPOLD, Johannes. *Zur katholischen Volksfrömmigkeit.* In: Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung 1951, Nr. 1—3.

Diese apologetische Aufsatzreihe, die fortgesetzt wird, erklärt die katholische Volksfrömmigkeit als Synkretismus aus ihren geschichtlichen und vorchristlichen Wurzeln, besonders das Aufkommen der Gnadenorte, des Heiligen- und Reliquiendienstes.

MAIWALD, Serge. *Protestantismus und Tiefenpsychologie.* In: Universitas Jhg. 5 Heft 12 (Dez. 1950) S. 1473—1479.

Der Herausgeber der Zeitschrift wirft, von der modernen Psychologie ausgehend, das Problem der Intensivierung des protestantischen Glaubenslebens auf. Die Predigt als zentrale Funktion des Gottesdienstes vermag nicht die „Tiefenperson" zu erfassen; dies leistet nur eine Liturgie, wie sie etwa der Berneuchener Kreis erstrebt. Das Januarheft der Zeitschrift bringt Diskussionsbeiträge führender protestantischer Theologen (P. Althaus, R. Hupfeld, Th. Bovet), die alle dem Anliegen Maiwalds zustimmen, jedoch mehr oder weniger am Nutzen einer liturgischen Reform zweifeln und eine individuelle Seelsorge im Zusammenklang mit Gemeinschaftspflege (wie sie etwa in der Zellenarbeit oder in der Oxford-Bewegung geschieht) vorziehen. Weitere Stellungnahmen sollen folgen.

SCHLIER, Heinrich. *Das Ende der Zeiten. Die Offenbarung des Johannes und die Geschichte.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 5 Heft 12 (Dez. 1950) S. 885—897.

Der evangelische Neutestamentler von Bonn versucht eine Klärung des Verhältnisses von Weltgeschichte und Heilsgeschichte. Die prophetisch in die Eschatologie hinausreichende Erkenntnis stellt kein beherrschendes historisches Wissen her, sondern bringt den Menschen mit seiner Ergriffenheit in den Besitz der Grund-Geschichte Jesu Christi. Aus diesem Bezug klären sich alle weiteren Fragen, zumal die von der Freiheit der geschichtlichen Person.

SCHWEIZER, Eduard. *Die Urchristenheit als ökumenische Einheit.* In: Evangelische Theologie 1950, Heft 6, S. 273—288.

Dieser Vortrag macht an Hand des Neuen Testaments den Versuch, zu zeigen, daß die verschiedenen urchristlichen Gemeinden ursprünglich die Offenbarung mit sehr verschiedenen dogmatischen Akzenten gepflegt haben, die in der katholischen Einheit alle zu Worte kommen konnten und sich gegenseitig ergänzten. Dabei wird der einigende Einfluß der apostolischen Hierarchie und das kritische Prinzip zur Ausscheidung der Häresie übersehen.

WOODS KIMBALL, Harry. *Protestant and Roman Catholic cooperation,* und LA FARGE, John, SJ., *A Catholic statement on tolerance.* In: America Bd. 84 Nr. 14 (6. Jan. 1951) S. 397 bis 400.

Die beiden Aufsätze, der erste von einem protestantischen Theologen, bringen nach den Stockungen des letzten Jahres in erfreulicher Weise das Gespräch über die Zusammenarbeit wieder in Gang.

HERDER-KORRESPONDENZ

Siebentes Heft - 5. Jahrgang - April 1951

Es ist immer wieder nützlich, darüber nachzudenken, zu welchem Endzweck, mit welcher Erwartung wir predigen, lehren, unterweisen, diskutieren, Zeugnis ablegen, loben und tadeln; welche Frucht die Kirche mit Recht als Erfolg ihrer geistlichen Bemühungen voraussieht. Der heilige Paulus gibt uns einen Grund an. Er mühte sich mehr ab als alle Apostel. Und warum? Nicht um die Welt zu zivilisieren, nicht um das Antlitz der Gesellschaft zu glätten, nicht um die Unternehmungen der weltlichen Regierung zu erleichtern, nicht um Wissen zu verbreiten, nicht um den Verstand zu bilden, nicht für irgendeinen großen weltlichen Zweck, sondern »um der Auserwählten willen« (2 Tim. 2, 10). Und ebendies ist das Amt der Kirche in jedem Volk, bei dem sie Eingang gefunden hat; sie unternimmt viel; sie erwartet und verspricht wenig.

John Henry Kardinal Newman

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Wir leben in einer Zeit der Restauration

Nach dem Ende des Krieges 1945 haben viele von uns gehofft, sie könnten auf den Trümmern einer vergangenen Welt nun etwas wirklich Neues aufbauen, etwas, in dem die Fehler der Vergangenheit vermieden sein würden und das die Kraft haben würde, einer verhängnisvollen Entwicklung wie der der vorangegangenen Zeit zu widerstehen. Heute, nachdem sechs Jahre vergangen sind, müssen wir uns eingestehen, daß zwar vieles wieder aufgebaut worden, weniges aber aus einem neuen Geist geschaffen worden ist. In der kirchlichen Arbeit ist dies nicht anders als im sonstigen öffentlichen Leben. Die vom Caritas-Verband herausgegebene Zeitschrift „Lebendige Seelsorge" hat in ihrer Januarnummer 1951 einen Aufsatz von Stefan Augsten mit dem Titel „Der restaurative Charakter der kirchlichen Arbeit seit 1945" gebracht, der einen guten Überblick über die diese Tendenz bestätigenden Tatsachen bringt. Gerade die Zusammenstellung dieser Fakten aus den verschiedensten Gebieten kirchlicher Tätigkeit ist geeignet, uns zum Bewußtsein zu bringen, wie stark und wie bedenklich diese Tendenz ist, und eben darum halten wir es für gut, die verschiedenen Punkte dieser Übersicht hier kurz wiederzugeben.

Augsten beginnt mit einigen scharfen Formulierungen, die den restaurativen Charakter der letzten Jahre kennzeichnen: „Wir alle sind aus einem Geist der Restauration geboren und haben zudem das Unglück, in eine Zeit entscheidender Umbrüche hineingeworfen zu sein". Es ist eine Zeit der „geistigen Wende", in der uns die „geistige Wendigkeit" fehlt. Wir haben wohl die physische Kraft gehabt, wieder aufzubauen, aber „nicht den geistigen Schwung, Trümmer als Gnade und Neubau nach Gehalt und Gestalt als Aufgabe anzusehen".

Er gibt dann einen kurzen Überblick über die Entwicklung bis 1945, die im Zeichen der Auflösung aller früher geschaffenen katholischen Bewegungen und Organisationen durch den Nationalsozialismus stand, und er schließt diesen Überblick mit der Erkenntnis, daß „ein Neuaufbau, nicht nur ein Wiederaufbau, hätte geleistet werden müssen . . . das Gnadenhafte in der Zerstörung haben wir aber nicht erkannt".

Die verschiedenen Gebiete, in denen er den Geist der Restauration wirksam sieht, sind: Restauration der Gebäude, Restauration der Seelsorge, Restauration des Organisationswesens, der katholischen Schule, des Schrifttums und der kirchlichen Verwaltung.

Der Kirchenbau

Der Wiederaufbau der zerstörten Kirchen hätte nach Augsten Gelegenheit geboten, die Probleme der Pfarre genau zu durchdenken. Man hätte vielleicht nicht alle Pfarren und Pfarrkirchen in der alten Größe wiederherstellen sollen. Man hätte vielleicht öfter kleine familienhafte Bezirke mit höchstens 2000 Seelen mit intimen Kirchenbauten als Mittelpunkt schaffen sollen. Es wäre vielleicht wichtiger gewesen, kleine Kirchen oder Kapellen mitten in die noch bewohnten Blocks zu stellen, da ja die Erfahrung zeigt, daß die Menschen heute lieber in solche kleinen Gotteshäuser als in die großen leeren Kirchen gehen, und man hätte die alten großen Kirchen später als eine Art Dekanatskirchen für große Feiern und Gottesdienste der Masse wiederherstellen können. Aber das hat man nicht getan.

Die Caritas

Auch bei dem Aufbau caritativer Anstalten hat man sich vielleicht zu sehr an die Wiederherstellung früherer Bauten gehalten als an die neuen Bedürfnisse, an das Eingehen auf die spezifische Not der Nachkriegsjahre durch spezifische Hilfseinrichtungen, vor allem durch den Bau von Heimen für Menschen, die körperlich oder seelisch nicht imstande sind, in der Welt zu leben, die aber keiner der anerkannten Kategorien von Hilfsbedürftigen angehören. Eben für diese müßte heute die Gemeinschaft der Gläubigen einstehen.

Der Gottesdienst

Durch den Nationalsozialismus und die Kriegsjahre ist auch die Gottesdienstordnung aus den Fugen geraten und mußte erneuert werden. Mancher kluge Pfarrer hat dabei nicht die alte Ordnung von 1933 wiederhergestellt, sondern der Betsingmesse mehr Raum gegeben, den Kindergottesdienst kindertümlicher gestaltet, das Hochamt dort, wo es nur schwach besucht wird, nicht mehr auf die günstigste Stunde des Sonntagvormittags gelegt, die Predigtdauer beschränkt und dergleichen mehr. Aber an vielen Orten wurde doch die dringend erforderliche Anpassung an die Bedürfnisse der Zeit nicht durchgeführt. Leider ist auch die Abendmesse weitgehend wieder abgeschafft, obwohl auch in normalen Pfarreien viele Gläubige physisch nicht imstande sind, an Wochen- oder abgeschafften Feiertagen morgens die Messe zu besuchen.

Die Predigt

Ein besonderes Problem bilden auch die Volksmissionen. Sie haben wohl Augenblickserfolge, vor allen Dingen in den Städten; aber Dauerwirkungen sind kaum feststellbar. Das hängt sicher oft genug damit zusammen, daß die Missionare heute wieder genau die gleichen Predigten halten, die vor 1933 so durchschlagende Wirkungen hatten. Aber auch die gewöhnliche Predigt ist oft fragwürdig geworden. „Unseren Gläubigen ist oft ihre Substanz zu dünn. Sind sie denn anspruchsvoller geworden in den letzten Jahren? Nein, sie sind nur anders geworden." Der Prediger hält sich häufig zu sehr an sein altes einziges Studium und alte Vorlagen, während nur ein intensives neues Studium der Zeit und der Theologie helfen könnte. „Gepredigt wird nicht nur die alte Wahrheit, sondern auch die alte Form."

Die Organisationen

„Nicht leicht irgendwo war die Restauration der letzten Jahre so verhängnisvoll wie im Organisationswesen." Die Ursache sieht Augsten vor allem darin, daß die Pfarrämter ihre Instruktionen von den Zentralen entgegennehmen, und diese sind nichts anderes als die wiederaufgerichteten alten Organisationszentralen. Man hätte aber Geduld haben müssen und von unten her neue Formen wachsen lassen müssen, anstatt von oben her zu organisieren.

Die Schule

In vielen Ländern der Deutschen Bundesrepublik hat sich die Konfessionsschule wieder durchgesetzt. Religionsunterricht wird fast überall wieder in der Schule erteilt. Aber hat auch ein wirklicher Fortschritt in der religiösen Erziehung der Schuljugend stattgefunden? Haben die christlichen Konfessionsschulen auch wirklich eine christliche Atmosphäre? Vielleicht wäre es wichtiger gewesen, anstatt der Restauration der Konfessionsschule zuerst einmal die Schaffung katholischer Lehrer- und Lehrerinnenbildungsstätten durchzusetzen, „in denen nicht nur katholisches Bekenntnis, sondern katholisches Leben Vorbedingung für die Aufnahme wäre, in denen jene Menschen nicht nur fachlich, sondern auch religiös-ethisch zu katholischen Erzieherpersönlichkeiten herangebildet würden". Wichtig wäre es gewesen, eine katholische Erzieherbewegung und eine katholische Elternbewegung ins Leben zu rufen. Diese hätten besser als die Konfessionsschule eine wirklich katholische Atmosphäre der Schule garantiert.

Die Publizistik

Auch die katholischen Verlage bemühen sich zwar ehrlich um eine gute Produktion, aber, so sagt Augsten, sie haben es nicht leicht mit den Autoren. Man staunt, wie wenig gutes Neues in den langen Jahren des erzwungenen Schweigens ausgedacht wurde. Um so mehr Zeitschriften gibt es, und der Leser fragt sich, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn man sich damals, als man wieder anfangen durfte, zu schreiben und zu drucken, erst einmal zu einer einheitlichen Planung zusammengesetzt hätte, um dann als Gemeinschaftsleistung einige wenige wirklich gute Standeszeitschriften herauszubringen. Auch die Kirchenblätter hätten nicht unbedingt wieder in die alten Bahnen zurückkehren müssen. Wir hätten vielleicht besser eigens redigierte Blätter für die Großstadt, für die Kleinstadt und für das Dorf schaffen sollen.

Die Gebetbücher

Der Neuanfang nach 1945 hätte auch die große Chance geboten, ein in allen Diözesen verwendbares deutsches Gebet- und Gesangbuch zu schaffen. Statt dessen haben die meisten Bistümer ihre alten Diözesangesang- und Gebetbücher wieder neu aufgelegt. Der Einheitstext der Gemeinschaftsmesse und die Einheitslieder allein genügen nicht.

Die Politik

Schließlich ist auch die Politik der Christen wieder in den alten Parteibetrieb zurückgesunken, wenn auch im allgemeinen die alten Namen der Parteien nicht restauriert wurden. „Sicher wollte die Union der Christen ursprünglich etwas Neues werden: eine Kraft, hierzulande das Antlitz der Erde zu erneuern. Aber eben das ist sie ganz sicher nicht geworden. Die katholische Tagespresse, die die öffentliche Meinungsbildung erneuern könnte, ist ebenfalls nicht zum Zuge gekommen. Wir haben zwar an manchen Orten versucht, sie aufzubauen: aber 1. kamen wir etwas zu spät; 2. haben die andern die besseren Redakteure.

Die kirchliche Verwaltung

In der kirchlichen Verwaltung hat man sich auch an die alten Einteilungen gehalten. Man hat sich die Gelegenheit entgehen lassen, Gruppen tatkräftiger Laien mit dem Mut zu ehrlicher Kritik wie zu verantwortungsbewußter Initiative dem Pfarrer zur Seite zu stellen. Man hat die Dekanate unbesehen im alten Umfang erneuert, anstatt die Gelegenheit zu ergreifen, sie den neuentstehenden regionalen Gliederungen, den neuen Mittelpunkten um Landratssitze, Kleinstädte, Industrieorte und Märkte anzupassen. Man hätte auch mit den Dekanaten das Problem der Seelsorge an den Seelsorgern verbinden können. Für die überdiözesane Zusammenarbeit wünscht sich Aug-

sten ein kirchliches Außenamt und Innenamt nach dem Vorbild der evangelischen Kirche, das gewisse allgemeine Probleme, wie z. B. die seelsorgliche Betreuung der deutschen Auslandsarbeiter sachgemäß lösen könnte.

Was können wir noch tun?

„Was können wir tun?" Diese Frage ist die Überschrift des letzten Absatzes des Berichts von Augsten.
Was zu tun bleibt als Wegbereitung für das erhoffte Neue, wird dies sein:
1. Eine viel genauere Bestandsaufnahme der kirchlichen Wirklichkeit, besonders der soziologischen Struktur in den Pfarreien, viel genauer, als es bisher üblich war, mit gründlicheren Methoden, redlicher und intensiver;
2. eine ernsthafte Klärung des Verhältnisses von Priestern und Laien, nicht in der Form einer Abgrenzung ihrer Rechte, sondern als theologisch fundierter Aufweis ihrer je besonderen Verantwortung für die Entfaltung des fortlebenden Christus;
3. eine echte Erwartung der Epiphanie einer für unsere Verhältnisse gearteten Methode offensiv-missionarischer Seelsorge, die wohl hier und dort schon tastende Versuche macht, aber im ganzen erst noch durch leidvolle Erfahrungen hindurch einer brauchbaren Praxis entgegenreifen muß.
Gerade dies ist wohl das letzte, was gesagt werden muß: daß wir uns offen halten müssen in gläubiger Erwartung; daß wir das Vertrauen bewahren müssen auf die neue Stunde der Gnade, — auch dann, wenn wir auf den Gnadenruf vergangener Jahre nicht die rechte Antwort zu geben vermochten. Das Opfer bitterer Unzulänglichkeit und das Gebet um neue Kraft, um neue Einsicht, um neue Gnade wird uns in dieser Offenheit, in dieser Erwartung erhalten.

Arbeiter wünschen die tägliche Abendmesse

Auf eine eigens versandte Anfrage der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands in betreff der täglichen Abendmesse äußerten 753 Jungarbeiter ihre Ansicht. 87,1 % sprachen den Wunsch nach Einführung der Abendmesse aus, und zwar sagten 30,1 %, sie würden diese heilige Messe täglich, und 57,1 %, sie würden sie häufig besuchen. 9,8 % brachten zum Ausdruck, sie würden gelegentlich zur Abendmesse kommen. Die Mehrzahl dieser Arbeiter muß täglich vor 6 Uhr früh aufstehen, um zur Arbeit zu gehen. Ihnen ist also der Besuch der Frühmessen unmöglich. 98 % der Befragten erklärten, sie wären in der Lage, an der Abendmesse teilzunehmen.
Die Zahl der Antworten mag für eine allgemeine Beurteilung dieser Frage zu gering erscheinen. Jedoch erweisen die Antworten einwandfrei, daß den Werktätigen, besonders den Arbeitern, der Besuch der werktäglichen Frühmesse tatsächlich unmöglich ist. Es wäre unbillig zu erwarten, daß diese Werktätigen nun auf eine erste Anfrage hin in Massen und mit Begeisterung antworten müßten. Dazu sind sie der täglichen Messe zu lange und zu sehr entwöhnt. Aber wenn der Heilige Vater selbst es als den größten Skandal des vergangenen Jahrhunderts bezeichnet hat, daß die Arbeiterschaft der Kirche entfremdet wurde, ist sicherlich die Entfremdung von der Quelle der Gnaden daran nicht unbeteiligt. Die Anfrage der westdeutschen Arbeitervereine zeigt, daß ein Verlangen nach der Wiedereröffnung dieser Quelle vorhanden ist.

Französische und deutsche Priester in Altenberg

Die katholischen Jugendverbände Frankreichs sind nicht in einem Bund zusammengefaßt. Eine der einflußreichsten Gruppen ist die A. C. J. F., die spezialisierte Katholische Aktion der französischen Jugend. In Deutschland dagegen ist der Bund der Katholischen Jugend die Zusammenfassung aller kirchlichen Jugendarbeit, und die KDSE steht als eigene Vereinigung der Studenten in loser freundschaftlicher Beziehung zu ihm. Die Priester der Katholischen Aktion in der französischen Jugend unter Führung von P. Motte SJ hatten im vergangenen Jahr ihre deutschen Mitbrüder nach Paris eingeladen. Dieses Jahr waren alle im Haus Altenberg vom 1. bis 7. März 1951 zusammen, um „Das Glaubensproblem und die Erziehung zum Glauben bei der Jugend" zu besprechen. Aus den Referaten war zu erkennen, daß die Lage keine wesentlich verschiedene ist, weder vom Volkstum noch von der religiösen Sicht her. Allerdings ist Frankreich dadurch, daß es keinen staatlichen Religionsunterricht hat, in der allgemein sich anbahnenden Entwicklung voraus; und die Versuche, eine neue Methode zu finden, sind in Frankreich systematischer durchgebildet als bei uns.
Prälat *Ludwig Wolker* gab ein Bild der deutschen Situation. Der Glaube der Jugend bleibt bei denen, die noch in der Kirche stehen, ein Kinderglaube, der aus Gehorsam und Legalität beibehalten wird. Durch die Umwelt wird er bis in die Fundamente unsicher, und seine Werthaftigkeit wird bedroht. Jeder Glaube gilt als gleichwertig, seine Wirkkraft auf Familie, Gesellschaft und Wirtschaft ist kaum zu merken. Daher ist der Mangel an Vitalität und Herzlichkeit im Religiösen zu verstehen. Im Ethischen sind natürliche Werte, die für die Übernatur Voraussetzung wären, wie Treue, Ehre, Wahrhaftigkeit und Freiheit des Gewissens zerstört. Auch die Gestalt der Kirche bietet Anstoß. Dazu kommen die Gefahren, die von aller Genußsucht drohen. Hier ist die große Chance für den echten Erzieher. Menschen müssen durch Menschen gerettet werden. Methodisch gesehen muß für die Jugend Heimat geschaffen werden, auch im Glauben. Dazu kommt liturgische Erziehung und eine Glaubensverkündung, die erlebnisgebunden ist. Das Apostolat ist noch schwach.
Diese Ausführungen wurden spezialisiert für die Studenten (Dr. Strasser, Mainz), für die Landjugend (Domvikar Moschner, Altenberg), für die Arbeiterjugend (Karl Sroka, Essen, Nationalkaplan der CAJ) und für die Priestererziehung (Regens Dr. Frotz, Bensberg b. Köln). Mit ihnen wechselten die französischen Geistlichen in ihren Referaten. P. *de Bigu SJ* und P. *Allo OP* sprachen für die Landjugend. Die Technik hat alle Tradition erschüttert. Was man früher von Gott erwartete, kann man heute oft selbst tun. Die Maschine hebt den natürlichen Rhythmus auf. Sie verlangt kapitalistisches Denken und fordert eine neue Erziehung zu Glaube, Hoffnung und Liebe. Dies geschieht nicht nur in einer Beheimatung, sondern vor allem in der Arbeit der kleinen Équipe im Milieu selbst. Die jungen Menschen müssen zum Beobachten und Urteilen erzogen werden und auf Grund des Evangeliums zum Handeln kommen.
Als Merkmale für die Situation unter den Studenten nannte P. *Seillon SJ* eine große Instabilität, starken Individualismus und einen gewissen Antiintellektualismus. Die Krise für den Glauben sei besonders stark beim Übergang von der Schule zur Universität und von dieser ins

Leben. Er bezeichnete die Methode der JEC (Jeunesse Étudiante Chrétienne) als besonders geeignet, diesen Krisen zu begegnen.

Ähnliches wurde für den jungen Arbeiter durch Abbé *Grenet* gezeigt. Sein Glaube soll persönlich werden, so daß er in der Gemeinschaft der Kirche denkt und rein ist von allem Fremden. Der Jungarbeiter aber ist von allen Seiten her entpersönlicht worden, die Fühlung zur Kirche ist ihm abgerissen. Er sucht nicht das Statische, sondern das Dynamische, Zukunftsträchtige. Er ist ernüchtert und enttäuscht. Darum muß auch hier die Bildung im religiösen vom Natürlichen, Konkreten ausgehen. Sie muß im Milieu stehen und sich in Taten beweisen.

Daß die normalen Methoden nicht ausreichen, zeigte P. *Mesnard*, der für die Arbeit in der Seemannsjugend verantwortlich ist, besonders anschaulich. Hier sind alle Möglichkeiten einer normalen Pfarrei weggefallen, und nur der Laie, der aktiv unter seinen Kameraden steht, kann Kirche bauen. Daß auch der Klerus einen Blick für die neue Lage gewinnen muß, und daß in dieser Richtung in Frankreich schon manches geschieht, zeigte Kanonikus *Boulard*.

Ein Besuch des Bundeshauses, des Kolpinghauses und der Abtei Maria Laach beschloß das wirklich brüderliche Treffen der französischen und deutschen Jugendseelsorger.

Das deutsche Kanonistische Institut in München

Durch die Errichtung eines Kanonistischen Institutes im Rahmen der Theologischen Fakultät der Universität München im März 1947 ging ein langgehegter Wunsch der deutschen Bischöfe und der deutschen Kirchenrechtswissenschaft in Erfüllung. Im Jahre 1926 hatte Kardinal Schulte die Angliederung eines Kanonistischen Institutes an die Universität Köln geplant. Schwierigkeiten im Preußischen Landtag ließen den Plan scheitern. Von wissenschaftlicher Seite war es vor allem der Freiburger Kanonist Hilling, der wiederholt die Errichtung einer Kanonistischen Fakultät oder wenigstens eines Institutes in Deutschland gefordert hat.

Belgien besitzt eine berühmte Kanonistische Fakultät in Löwen. In Frankreich wurde vor mehr als 50 Jahren auf Initiative des Heiligen Stuhls die Pariser Fakultät gegründet. Es folgten die Kanonistischen Fakultäten in Lyon und Toulouse und 1925 das Kanonistische Institut der Universität Straßburg. Spanien hat zwei Kanonistische Fakultäten, Irland eine im St. Patricks-College in Maynooth, während Italien neben denen der Ewigen Stadt noch über weitere Ausbildungsstätten verfügt. Von den außereuropäischen seien Washington, Ottawa und Quebec genannt.

Diese Institute im Ausland machten die Gründung einer eigenen Ausbildungsstätte in Deutschland zu einer dringenden Notwendigkeit. Deutschland kann auf eine große Tradition in der wissenschaftlichen Pflege des kanonischen Rechtes zurückblicken. Mehrere Reihenwerke und Zeitschriften, die auch im Auslande hohes Ansehen genießen, zeugen von dem deutschen kirchenrechtlichen Schaffen. Die von Ulrich Stutz begründeten Kirchenrechtlichen Abhandlungen erreichten eine Zahl von 118 Heften. Das Archiv für katholisches Kirchenrecht ist mit seinen 123 Bänden die älteste Zeitschrift des Kirchenrechts. Der kirchlichen Rechtsgeschichte widmet sich die Kanonistische Abteilung der Savigny-Zeitschrift für Rechtsgeschichte. Zu erwähnen sind noch in diesem Zusammenhang die Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Staatswissenschaft, und als jüngste Reihe die von A. M. Koeniger in Bonn herausgegebenen Kanonistischen Studien und Texte. Ungeachtet dieser großen Leistungen ging der Unterricht des Kirchenrechts an den deutschen Juristischen Fakultäten mehr und mehr zurück und erreichte in der nationalsozialistischen Zeit seinen tiefsten Stand. An den Theologischen Fakultäten war seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein für die Ausbildung der Theologiestudenten berechneter kirchenrechtlicher Unterricht eingeführt worden. Seiner Zielsetzung nach trägt er grundrißartigen Charakter und ist auf die Bedürfnisse der Seelsorge ausgerichtet. Das Fehlen einer deutschen Kanonistischen Fachausbildungsstätte war eine bedenkliche Lücke im deutschen Hochschulwesen.

Daß an der Universität München ein Kanonistisches Institut gegründet werden konnte und als Zweig der Theologischen Fakultät auch an deren konkordatsrechtlichem Schutz teilhat, ist der Geisteswende, die sich im deutschen Universitätsleben nach der Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft vollzogen hat, nicht minder der engen Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche in Bayern zu danken.

Das Institut hat die Aufgabe, die hohe Tradition der deutschen Forschung auf kirchenrechtlichem Gebiet fortzuführen sowie geeignete Fachkräfte für den Dienst an den deutschen Diözesankurien heranzubilden. Es führt eine dem Lehrplan der Kanonistischen Fakultäten entsprechende Ausbildung durch. In deren Verlauf werden sämtliche Disziplinen des Kirchenrechts mit Einschluß des orientalischen Kirchenrechts, des Missions- und Schulrechts und des liturgischen Rechts, des Staatskirchenrechts, Diözesanrechts und der christlichen Gesellschaftslehre gelehrt. Durch Vorlesungen und Übungen müssen sich die Hörer um eine Grundausbildung im deutschen staatlichen Recht bemühen. Qualifizierten Laienkräften für die Katholische Aktion wird neben der Ausbildung im kanonischen Recht eine umfassende Bildung in der Theologie zuteil.

Die Direktion des Institutes führt Prof. D. Dr. Klaus Mörsdorf, der auf Anregung seines Lehrers Eduard Eichmann 1946 als o. Professor von Münster an die Theologische Fakultät in München berufen wurde. Um die Errichtung und planmäßige Ausgestaltung des Institutes hat sich Prof. Mörsdorf besondere Verdienste erworben. Zwei neue Lehrstühle wurden geschaffen, eine ordentliche Professur für kirchliches Prozeß- und Strafrecht und eine außerordentliche für kirchliche Rechtsgeschichte, außerdem eine planmäßige Dozentenstelle. Im Sommersemester 1947 nahm die kanonistische Fachausbildung ihren Anfang. Im Wintersemester 1947/48 habilitierten sich für das Fachgebiet des Kirchenrechts D. Dr. Peter Josef Keßler und D. Dr. Karl Weinzierl. Keßler, der am 1. 1. 1948 zum a. o. Professor für kirchliche Rechtsgeschichte ernannt worden war, folgte im Wintersemester 1948/49 einem Ruf als Ordinarius für Kirchenrecht nach Münster. Sein Nachfolger wurde Dr. Ph. Hofmeister OSB. Zum Lehrkörper des Instituts gehörte der unerwartet im Herbst 1948 verstorbene Domkapitular und Vizeoffizial D. Dr. Erwin Roderich von Kienitz. Als Honorarprofessor hatte er das Fachgebiet Deutsches Staatskirchenrecht vertreten.

Auf Bitten seiner Eminenz Kardinal Faulhabers erhielt das Kanonistische Institut durch Reskript der Hl. Studienkongregation vom 18. 5. 1949 die vorläufige Anerkennung des Hl. Stuhles und das Päpstliche Privileg zur Verleihung der akademischen Grade. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus erteilte für den staatlichen Bereich die Befugnis, die akademischen Grade des Lizentiates und des Doktorates im kanonischen Recht zu erteilen sowie Habilitationen für das Fachgebiet des kanonischen Rechtes vorzunehmen. Inzwischen haben die ersten Absolventen den auf sechs Semester berechneten Grundlehrgang mit der Lizentiatenprüfung abgeschlossen.

Kinderwünsche Der Jugendseelsorger, der Religionslehrer und jeder Erzieher fragt sich heute, inwieweit der Krieg und seine Folgen die Vorstellungs- und Wunschwelt der Kinder und Jugendlichen beeinflußt haben mögen. Es gibt Pädagogen, die mit guten Gründen darauf vertrauen, daß die Seele des Kindes durch die geschichtlichen Katastrophen nur sehr oberflächlich berührt wird; andere sprechen von der frühreifen Jugend unserer Zeit, deren Seele bewußt und unbewußt die Erfahrungen und Urteile der Erwachsenen angenommen hat, so daß das Kindliche in ihr zugedeckt sei. Was denkt, fühlt und wünscht das Kind heute?

Die beiden Kinderzeitschriften von Haus Altenberg richteten an ihre Leser im Alter von zehn bis vierzehn Jahren eine Rundfrage, um ihre Wünsche aufzuspüren. Die Frage war gut und einfach gestellt: „Was wünschst du dir am liebsten?“ Um die Antworten richtig zu werten, wird man voraussetzen dürfen, daß ein Teil der Kinder ganz naiv das aussprach, was ihr Herz bewegt, und daß ein anderer Teil in die Rolle des kleinen Publizisten verfiel. Sie schrieben, was nach ihrer Ansicht heute von vernünftigen Menschen gewünscht werden muß. Aber die einen wie die anderen spiegeln in ihrer Antwort das wider, worum sich das Interesse der Menschen bewegt.

Die Zeitschriften erhielten 3000 Antworten aus Westdeutschland und Groß-Berlin. Sowohl bei den Jungen wie bei den Mädchen stand der Wunsch nach Frieden an der Spitze. 12,76 % der Jungen und 21,01 % der Mädchen sprachen ihn aus. Demnächst kam der Wunsch nach der ewigen Seligkeit, für die sich 7,61 % der Jungen und 11,32 % der Mädchen entschieden. Es ist ebenso interessant, daß diese beiden Wünsche an der Spitze stehen, wie daß in allen weiteren Belangen die Jungen nun andere Wege gehen als die Mädchen.

Bei den Jungen sieht „der größte Wunsch“ so aus: 5,63 % sehnen sich nach einem Fotoapparat, 5,41 % nach einem Fahrrad, 4,97 % nennen den Priesterberuf, 4,31 % einen Fußball als Ziel ihrer Sehnsucht. 3,56 % wünschen sich vor allem ein Meßbuch, 3,34 % sorgen sich um die Gesundheit eines nahen Angehörigen, 2,99 % wollen ein Abenteuerbuch geschenkt haben, 2,95 % nennen die Rückkehr eines Vaters oder Bruders aus der Gefangenschaft und 2,24 % heimatvertriebene Kinder stellen die Rückkehr in ihre Heimat über alles andere.

Die Mädchen sind ein wenig selbstloser oder gefühlsreicher. 5,75 % wünschen an erster Stelle, daß einer ihrer Familienangehörigen wieder gesund wird, und 5,61 % sprechen von der Sehnsucht nach Gnade, Reinheit und Zufriedenheit. Dann folgen auch bei ihnen die Meßbücher (3,64 %), der Wunsch der heimatvertriebenen Kinder nach Rückkehr (2,69 %), anstelle der Fahrräder die Rollschuhe (2,86 %) und bei 2,69 % die Heimkehr eines vermißten Vaters.

Unter den anderen Wünschen ist die Skala sehr lang und reicht von Schulerfolgen und Weltreisen bis zu Schuhen, Nähmaschinen und Tieren. Vier Mädchen möchten ein Junge sein und sechs Jungen wünschen sich das Geld für eine höhere Schulausbildung. Im ganzen ist es ein recht erfreuliches Ergebnis. Die unverdorbene Natur der Kindesseele bietet den Pädagogen keinen Anlaß zum Pessimismus.

Probleme der Katholischen Aktion Österreichs Nachdem das nationalsozialistische Regime 1938 die Katholische Aktion und die katholischen Vereine aufgelöst hatte, sind 1945 nur wenige dieser Vereine wieder erstanden. Der freie Raum wurde vielmehr von der neu ins Leben tretenden Katholischen Aktion eingenommen, die in den folgenden Jahren immer mehr ausgebaut und intensiviert wurde und die eigentliche Organisation des katholischen Volkes geworden ist. Mit dieser Entwicklung ergab sich eine Anzahl Probleme, da schon der Begriff der Katholischen Aktion manche Fragen in sich birgt und verschiedene organisatorische Möglichkeiten zuläßt.

Diözesan — Überdiözesan?

Das eine Problem betrifft das Verhältnis von diözesaner und überdiözesaner Organisation. Als eine rein kirchliche, der Hierarchie unterstehende Organisation schließt sich die Katholische Aktion naturgemäß der Gliederung der Kirche in Diözesen, Dekanate und Pfarren an. Während die alten Vereine fast durchwegs gesamtösterreichisch waren — und praktisch die Einflußnahme des Diözesanbischofs in mancher Hinsicht einschränkten —, untersteht die Katholische Aktion voll und ganz dem Diözesanbischof. Sie ist also in einem Maße föderalistisch organisiert, wie es keine katholische Organisation in Österreich jemals war.

Andererseits besteht die Notwendigkeit einer überdiözesanen Zusammenfassung und Koordinierung. Zu diesem Zweck wurde 1950 die „Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Aktion Österreichs“ geschaffen, die auf der Bischofskonferenz im November 1950 ein erstes Rahmenstatut erhalten hat. Es ist festzuhalten, daß diese Koordinierungsstelle eine aus den diözesanen Katholischen Aktionen bestehende Arbeitsgemeinschaft ist und daß keine Möglichkeit besteht, etwa eine Diözese zu majorisieren. Straffer organisiert sind einzelne Gliederungen der Katholischen Aktion, vor allem die Katholische Jugend, die im Katholischen Jugendwerk Österreichs zusammengeschlossen ist. Bei den Männern und Frauen ist die überdiözesane Zusammenfassung schon wesentlich lockerer.

Naturstände oder berufliche Gliederung

Die Aufgliederung der Katholischen Aktion innerhalb der Diözese erfolgt nicht nur nach Naturständen: Männer, Frauen, männliche Jugend, weibliche Jugend — den vier Säulen, von denen der Heilige Vater in seiner Mahnung an den Klerus Italiens gesprochen hat (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 261) —, sondern auch nach Berufen. In der Katholischen Jugend ist die berufliche Aufgliederung in Arbeiterjugend, Landjugend und Mittelschuljugend (KAJ, KLJ, KMJ) bereits durchgeführt, innerhalb der Männer ist sie im Gange. Es gibt einen Katholischen

Akademikerverband und in diesem — wenn auch noch nicht in allen Diözesen gleichmäßig — Arbeitsgemeinschaften für Juristen, Ärzte, Publizisten, Techniker, Männer der Wirtschaft.

In der Berufsgruppe der Lehrer ist die frühere „Reichsvereinigung der katholischen Lehrerschaft Österreichs" sowie der „Verein christlicher Mittelschullehrer" wiedererstanden, während sich in einigen Diözesen neue Vereinigungen von Lehrern gebildet haben, die auf dem Boden der Katholischen Aktion stehen, so in der Steiermark die sehr aktive „Gemeinschaft katholischer Erzieher". Das ist eine organisatorische Uneinheitlichkeit, die naturgemäß manche Spannungen mit sich bringt.

Außerdem wird in der Katholischen Aktion, wie auch in der Seelsorge, immer stärker die Familie gesehen, da die Familie die entscheidende Gemeinschaft ist sowohl für die Schaffung eines christlichen Milieus wie auch für Glaube oder Unglaube der kommenden Generation. Bei einer Aufgliederung in die Naturstände allein bestünde die Gefahr, daß die gemeinschaftsbildende Kraft der Familie geschwächt wird. In einer großen Zahl Wiener Pfarren gibt es Runden junger Eheleute, eine Gemeinschaftsform, die sich offensichtlich bewährt und im Vordringen ist. Ähnlich ist es in den übrigen Diözesen. In Wien besteht ein Familienwerk, das sich unter anderem die Förderung der Familienkultur und die Weckung der Verantwortung für die so notwendigen sozialpolitischen Maßnahmen für die Familie zur Aufgabe macht.

Es versteht sich, daß die Katholische Aktion nicht nur ein zentraler Apparat ist, sondern ihre Arbeit vor allem pfarrlich zu fundieren sucht. In den Pfarren entstehen die organischen Gemeinschaften, die die eigentliche Arbeit der Katholischen Aktion tragen. Hier liegt in diesem Jahr der Schwerpunkt der Arbeit.

Persönliche oder institutionelle Erneuerung

Ein weiteres Problem liegt im Gegensatzpaar: persönliche oder institutionelle Erneuerung, beschlossen. Selbstverständlich wendet sich die Katholische Aktion in Österreich primär an den Menschen, da ja ohne religiöse Erneuerung alles Wirken in der Öffentlichkeit zur bloßen Betriebsamkeit wird. Daher bemüht sich die Katholische Aktion sehr um Einkehrtage und Exerzitien, vor allem in diesem „Heiligen Jahr der Heimat", das im Zeichen des hl. Clemens Maria Hofbauer, des großen Erneuerers der persönlichen und sakramentalen Frömmigkeit steht. Zugleich aber ist die Katholische Aktion der Ansicht, daß das Institutionelle nicht unterschätzt werden darf, und setzt sich daher energisch für die Erneuerung der Institutionen ein. Sie hat ein bestimmtes religions- und sozialpolitisches Programm: Freiheit der Eheschließung im Sinn der Gleichberechtigung der kirchlichen Eheschließung mit der staatlichen; Öffentlichkeitsrecht und staatliche Subventionen für die katholischen Privatschulen, damit das Recht der Eltern auf freie Wahl der Schule auch praktisch verwirklicht wird; wirksamer Schutz der Jugend gegen sittliche Gefährdung; sozialpolitische Maßnahmen für die Familien in Form von entsprechenden Familienbeihilfen, Ausgleichskassen, Begünstigung der Familie in Wohnungsbau und Siedlung.

Es mögen in der Frage, wie weit die Katholische Aktion ins Konkrete gehen soll, verschiedene Positionen möglich sein. Die Katholische Aktion in Österreich hat jedenfalls die ihre bezogen: sie geht sehr weit ins Konkrete. Eine besondere Wachsamkeit gegenüber dem öffentlichen Leben ist auch deshalb geboten, weil sich die SPÖ, der fast gleich starke Koalitionspartner der ÖVP, noch nicht völlig von ihrer früheren religions- und kirchenfeindlichen Haltung losgelöst hat, so groß auch die Wandlung seit 1938 ist. Es ist nicht vergessen, daß ein Mann der SPÖ im Frühsommer 1950 ein völlig unmotiviertes Verbot der bestehenden Bahnhofsgottesdienste in Wien — er könne nicht für den ungestörten Verlauf der Gottesdienste garantieren, obwohl niemand jemals eine Störung versucht hat — erlassen und damit einen ausgesprochen unfreundlichen Akt gegenüber der Kirche gesetzt hat.

Feste Mitgliedschaft?

Auch das Problem: offener Verband oder mitgliedmäßige Erfassung stand lange Zeit zur Debatte und wird immer mehr im Sinn strafferer Erfassung entschieden. Die Katholische Aktion drängt zusehends auf organisatorische Verfestigung hin. In der Diözese Linz beschloß man auf dem ersten Diözesantag der Katholischen Aktion am 22. Oktober 1950 eine feste Mitgliedschaft für die Jugend (wie sie zum Teil schon vorher bestand), für Männer und Frauen (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 161). Ähnlich ist es in der Steiermark. Dort ist im Herbst je ein Aufruf an die Männer und an die Frauen ergangen, einer „Gemeinschaft katholischer Männer" bzw. Frauen beizutreten mit bestimmten Verpflichtungen zu täglichem Gebet im Kreis der Familie, heiliger Kommunion, Exerzitien, Mitarbeit in der Pfarre und einem bestimmten Monatsopfer.

Elite oder Organisation des Volkes

Ein weiteres Problem ist: Katholische Aktion als Elitenbildung oder als Organisation des katholischen Volkes überhaupt. Die Katholische Aktion betrachtet sich nicht als eine Elite (sie hält es vielmehr für gefährlich, von Elite zu sprechen), sondern will breitere Volksschichten erfassen und als die Organisation des katholischen Volkes gelten. Auf der anderen Seite aber braucht die Katholische Aktion einen engeren Kreis von Menschen, die „Aktivisten", wie man sie nennt, die in höherem Maße ihre Zeit und Kraft für die Kirche zur Verfügung stellen, die in besonderer Weise missionarisch tätig sein wollen und ein höheres Maß von Schulung besitzen müssen. In diesem Sinn wird in allen Diözesen der Aktivistenschulung großes Gewicht beigemessen.

Dachorganisation oder Eigenständigkeit

Schließlich liegt auch in der Stellung zu den anderen religiösen Verbänden, besonders zu den Marianischen Kongregationen, der Legion Mariens, den Dritten Orden, die alle eine große Zahl sehr wertvoller Menschen besitzen, eine gewisse Frage. Sollen diese Organisationen als Teile der Katholischen Aktion betrachtet werden oder außerhalb dieser bleiben? Es wäre möglich gewesen, die Katholische Aktion als Dachorganisation der vorhandenen und neu zu schaffenden Verbände aufzufassen. Diesen Weg ist aber die Katholische Aktion in Österreich nicht gegangen. Sie will vielmehr eine eigenständige Organisation sein, bei der es eine Kollektivmitgliedschaft nicht gibt. Daher sind die Marianischen Kongregationen und anderen religiösen Vereinigungen nicht Teile der Katholischen Aktion. Derzeit stehen Marianische Kongregationen und Katholische Aktion noch etwas beziehungslos nebeneinander. Doch die

Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit wird immer stärker erkannt. Vielleicht entsteht daraus eine Art Konsult, wie ihn Pater Lombardi bei seinem Kreuzzug der Liebe im November vorigen Jahres vorgeschlagen hat. Aber gegenwärtig sind diese Fragen noch ungelöst.

Haben die Volksmissionen noch Erfolg?

Der Wert der Volksmission, besonders im städtisch-industriellen Milieu, wird heute vielfach bezweifelt. Steht der außerordentliche Aufwand an Organisation und seelsorglicher Bemühung überhaupt noch in einem Verhältnis zum erzielten Erfolg? Kann der Volksmissionar über den Kreis der Kirchentreuen hinaus noch einen Teil der Lauen oder gar der Fernstehenden erfassen?

Für diese Frage ist das Ergebnis einer Volksmission aufschlußreich, die im Advent 1950 in St. Pölten, einer vorwiegend durch Industrie und Verkehr bestimmten Mittelstadt (35 000 Einwohner) gehalten wurde. Von den fünf Großbetrieben der Stadt sind zwei (russisch kontrollierte) USIA-Betriebe. 17% der Bevölkerung sind akatholisch, 10% sind Apostaten, teils der freidenkerischen, teils der nationalsozialistischen Propaganda. Die Abfallsbewegung geht neuerdings im Zusammenhang mit der Einforderung der Kirchenbeiträge, vorläufig noch nicht stark, aber doch offenkundig weiter. 1100 Ehen entsprechen nicht den Vorschriften der Kirche. Es ist also ein seelsorglich schwerer Boden, auf dem sich diese Volksmission abspielte.

Die Vorbereitung geschah durch Plakate, durch Mitteilung in der Wochenpresse und vor allem durch Flugblätter, die persönlich in die Familien gebracht wurden. Diese Arbeit wurde von Aktivisten durchgeführt, von denen sehr viele erwachsene Männer waren. Die Katholische Jugend führte eine eigene Werbung für die Jugend durch. Außerdem machten die Stadtseelsorger in den vorbereitenden Wochen und in der letzten Woche vor Beginn der Mission auch die Missionare Hausbesuche. Hier erlebte man gelegentlich rücksichtslose Ablehnung.

Gepredigt wurde morgens und abends. Dabei zeigte sich, daß die Frühpredigten, in denen Fragen des vertieften religiösen Lebens besprochen wurden, recht gut, die Abendpredigten aber, die mehr für die Fernerstehenden gedacht waren, schlechter besucht waren. Es ergab sich also, daß das Gros der Missionsteilnehmer aus den Kirchentreuen bestand. Die Zahl derer, die sich durch außerordentliche religiöse Veranstaltungen ansprechen lassen, ist in der Provinzstadt sehr gering, weit geringer als im Dorf und geringer als in der Großstadt. Auch ein Großteil der Brauchtumschristen, die im allgemeinen noch den Sonntag halten, vor allem die Geschäftsleute, sind für eine intensive Beschäftigung mit religiösen Fragen nicht zu haben.

Trotzdem ist der Erfolg der Volksmission nicht gering einzuschätzen: 32,7% der Seelenzahl ist zur Beichte gegangen. Die Kindermission erfaßte 88%, die Einkehrtage für die Oberstufe der Mittelschulen 76% der in Betracht Kommenden. Es kam zu 44 Reversionen und zu 21 Ehesanierungen. Die Pfarrseelsorger und Missionare bestätigen, daß die Mission bei vielen Menschen eine sehr tiefe Wirkung ausgeübt hat.

Als Hinweise für die Zukunft wurden gewonnen: Freimachung des Klerus für intensive Seelsorge durch stärkeren Laieneinsatz im Religionsunterricht, Errichtung von Notkirchen, von Jugendheimen und karitativen Einrichtungen.

Aus Süd- und Westeuropa

Änderung der Karsamstagsliturgie

Die Heilige Ritenkongregation hat am 9. Februar 1951 ein Dekret „De solemni Vigilia paschali instauranda" veröffentlicht (Acta Apostolicae Sedis 1951, S. 128 ff.), das die Verlegung der Karsamstagsliturgie auf die Nacht von Karsamstag zu Ostersonntag einleitet.

Schon seit langem ist der Heilige Stuhl von vielen Seiten gebeten worden, die Karsamstagsliturgie wieder auf den Zeitpunkt zu verlegen, an dem sie ursprünglich in der urchristlichen Kirche gefeiert worden und auf den ihre Texte abgestimmt sind, nämlich die Nacht vor dem heiligen Osterfest. Mit der Karsamstagsliturgie ist es im Laufe der Zeit so gegangen, daß sie aus den verschiedensten praktischen Gründen allmählich immer weiter vorverlegt wurde, zuerst auf die frühen Abendstunden, dann auf den Nachmittag, dann schließlich auf die Morgenstunden des Karsamstag, während sie in Wahrheit die nächtlichen Vigilgebete des Osterfestes und die Auferstehungsmesse enthält. Diese dem Sinn widersprechende Entwicklung rückgängig zu machen und den tiefen Sinn der Ostervigil wieder zum Ausdruck zu bringen, ist der wichtigste Grund zu der Neuerung. Dazu kommt aber auch noch ein praktischer Grund, nämlich der, daß die Gläubigen zum großen Teil an der herrlichen Karsamstagsliturgie in den letzten Jahrhunderten nicht mehr haben teilnehmen können, weil der Karsamstag ein Arbeitstag ist, während nach der neuen Regelung alle im Stande sein werden, sie mitzufeiern.

Der Heilige Vater hat sich daher entschlossen, zuerst eine Kommission zum Studium der geschichtlichen Probleme, die mit einer solchen Neuerung verknüpft sind, zu betrauen und hat dann die Ritenkongregation beauftragt, das eingangs erwähnte Dekret zu erlassen, das die feierliche Ostervigil in der Nacht vor dem Ostersonntag fakultativ für dieses Jahr einführt. Es steht den Ortsordinarien zu, sie nach ihrem Ermessen durchzuführen. Sie sollen dann der Ritenkongregation über ihre Erfahrungen berichten, so daß ein endgültiger Erlaß die in diesem Jahr gemachten Erfahrungen miteinbeziehen kann.

Änderungen der Texte

Der veränderten Stunde entsprechend und auch in Anbetracht gewisser grundlegend veränderter Zeitverhältnisse haben die Rubriken der Liturgie gewisse Änderungen erfahren. Der wichtigste Gesichtspunkt war der, die ursprüngliche liturgische Überlieferung so getreu wie möglich zu bewahren, ja gewisse Elemente, die im Lauf der Jahrhunderte verloren gegangen sind, wieder zum Leben zu erwecken. Dagegen sind gewisse spätere Entstellungen wieder ausgemerzt worden. Besonderes Gewicht ist darauf gelegt worden, den ursprünglichen Symbolismus hervorzuheben. Eine Kürzung haben die Prophetien erfahren: statt der bisherigen zwölf werden es in der nächtlichen Feier nur noch vier sein.

Der Gottesdienst soll künftig gegen 10 Uhr abends beginnen, jedenfalls so, daß die Messe um Mitternacht anfangen kann.

Unter den Neuerungen fällt besonders die Hervorhebung des Symbols der Osterkerze auf, die ja die Auferstehung Christi versinnbildlicht und die nun wieder im Mittelpunkt des liturgischen Dramas steht. Die Kerze wird unter einigen uralten bedeutungsvollen Riten vorbereitet,

so der Einschneidung des Kreuzes, des Alpha und Omega und des Jahresdatums. Dabei spricht der Priester die Worte: Christus heri et hodie — principium et finis — alpha et omega. — Ipsius sunt tempora — et saecula. Ipsi gloria et imperium — per universa aeternitatis saecula. Amen. Beim Anzünden des Lichtes sagt der Priester: Lumen Christi gloriose resurgentis dissipet tenebras cordis et mentis. Sodann wird das Licht drei Mal mit dem uralten Ruf des „Lumen Christi" begrüßt und an ihm die Kerzen angezündet, die Priester, Assistenz und Volk tragen. Vor der brennenden Osterkerze werden die feierlichen Prophetien gesungen, die in alter Zeit auch geradezu den Namen „laus cerei" trugen.

Bei den Fürbitten ist eine Änderung eingeführt worden, die sich auf die veränderte Struktur der politischen Welt bezieht. Anstelle des Gebetes für den Kaiser des Heiligen Römischen Reiches ist eine Fürbitte für die Regierenden der einzelnen Nationen getreten, die folgenden Wortlaut hat: Respice etiam ad eos, qui nos in potestate regunt, et ineffabili pietatis et misericordiae tuae munere dirige cogitationes eorum ad iustitiam et pacem, ut de terrena operositate ad caelestem patriam perveniant cum omni populo tuo.

Die Erneuerung des Taufgelübdes

Die bisher angeführten Neuerungen betreffen mehr oder weniger nur Änderungen in der Anordnung oder Betonung. Eine völlige Neuigkeit dagegen ist die Erneuerung des Taufgelübdes, die alle an der Feier teilnehmenden Gläubigen ablegen. Verknüpft ist diese feierliche Rezitation des Taufgelübdes mit der Weihe des Taufwassers, der in den alten Zeiten die Taufe der Katechumenen folgte. Die gemeinsame Rezitation wird eingeleitet durch herrliche Worte des heiligen Augustin und des heiligen Paulus, die der Priester spricht. Dadurch erhält auch die ganze Fastenzeit ihren feierlichen Abschluß als eine Zeit der geistigen Erneuerung und neuen und feierlichen Verpflichtung zur Treue gegenüber Christus.

Der nächste Eucharistische Weltkongreß

Gemäß einer Meldung aus Rom hat Papst Pius XII. dem Vorschlag des ständigen Komitees der Eucharistischen Kongresse zugestimmt, wonach der erste Kongreß nach Kriegsende im Mai 1952 in Barcelona stattfinden soll. Es wurden keine Gründe dafür genannt, warum Spanien diese Ehre zuteil geworden ist. Doch vermutet man, daß dadurch der Eifer belohnt wird, mit dem man in Spanien in den letzten Jahren die eucharistische Frömmigkeit pflegte und uralte spanische Tradition wieder belebte. Es fanden in der jüngeren Vergangenheit u. a. auch eine Reihe regionaler und diözesaner Eucharistischer Kongresse in Spanien statt, so in Bilbao, San Sebastián und Barcelona. Die Stadt Barcelona wurde sowohl wegen ihrer günstigen Lage und modernen Einrichtung als auch deshalb gewählt, weil die eucharistische Bewegung in dieser Diözese besonders lebhaft ist.

Der erste Eucharistische Kongreß fand 1881 in Lille statt. In neuerer Zeit folgten sich die Kongresse von Köln 1909, Wien 1912, Chikago 1926, Buenos Aires 1934, Manila 1936 und als 34. und letzter Kongreß vor dem Kriege der von Budapest im Jahre 1938. Von allen diesen Kongressen ging ein Impuls zur Gemeinschaft der Völker im Zeichen des Glaubens an Christus aus. Man kann Spanien beglückwünschen, daß es berufen wurde, der ersten derartigen Begegnung nach dem Kriege dienen zu dürfen.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung

Der Internationale Bund christlicher Gewerkschaften meldet, daß er z. Zt. folgenden Mitgliederbestand hat:

Christliche Fraktion des Österreichischen Gewerkschaftsbundes:	110 000
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften des Saarlandes:	50 000
Solidarität der baskischen Arbeiter:	75 000
Christlich-nationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz:	50 000
Schweizerischer Verband Evangelischer Arbeiter und Angestellten:	23 000
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Belgiens:	550 000
Katholischer Arbeiterbund Kanadas:	88 000
Christlicher Arbeiterbund Frankreichs:	950 000
Christliche Arbeitervereine Italiens (außergew. Mitglied):	900 000
Luxemburger Christlicher Gewerkschaftsbund:	5 000
Katholische Arbeiterbewegung in Holland:	310 000
Christlich-Nationaler Gewerkschaftsbund in Holland:	160 000
Zusammen	3 271 000

Außer Kanada zählt er also z. Zt. nur europäische Mitglieder. Doch berechtigt die Entwicklung einer christlichen Gewerkschaftsbewegung in andern Weltteilen zu großen Hoffnungen. Es gibt christliche Gewerkschaften in Indochina, Neu-Kaledonien, in den französischen Gebieten in Afrika und Amerika, im Belgischen Kongo und in Indonesien. Auch in Kolumbien, Costa-Rica und Ekuador bestehen bereits größere Gesamtverbände, die sich zur christlichen Soziallehre bekennen und als gleichberechtigte Partner führenden Anteil am sozialen Geschehen nehmen, während in vielen anderen Ländern Lateinamerikas die Entwicklung der Organisationen unter den äußerst unbefriedigenden Lebensverhältnissen leidet (vgl. Herder-Korrespondenz, Jhg. 4, S. 409 ff.).

Bild eines italienischen Industrieortes und seiner religiösen Verhältnisse

Die von Katholiken herausgegebene italienische Zeitschrift „Realtà sociale d'oggi" bringt häufig sehr lebendige und eindrucksvolle Schilderungen ganz konkreter Erfahrungen aus dem Bereich des Arbeiterapostolates. So hat in der Januarnummer dieses Jahres P. Greco, der geistliche Berater der christlichen Arbeiterbewegung in dem Industrieort Sesto S. Giovanni, die Verhältnisse dieses Ortes und die Probleme seiner Bevölkerung lebendig und lehrreich geschildert.

Zusammensetzung einer Arbeiterbevölkerung

Sesto S. Giovanni liegt an der Peripherie von Mailand und ist mit dieser größten Stadt Italiens durch zahlreiche schnelle Verkehrsmittel verbunden, so daß die Bevölkerung sich als zu dieser gehörig empfindet. Der Ort hat 50 000 Einwohner. Es ist aber interessant, zu wissen, daß er vor 60 Jahren nur 8 000 Einwohner besaß, die fast ausschließlich Bauern waren. Damals galt Sesto S. Giovanni als eine der vorbildlichsten Ortschaften der Diözese Mailand. Dann ließen sich dort Fabriken nieder, und es strömten Arbeitsuchende aus allen Teilen Italiens herbei,

armes Volk jeglicher Geistesart, jeglicher Sitte, jeglicher Moral. Diese Neuankömmlinge hatten zuerst mit Elend und Entbehrung jeder Art zu kämpfen und lebten in Verhältnissen, die für die sittlichen Zustände höchst verhängnisvoll waren. Als sie dann anfingen, zu Geld zu kommen, warfen sie sich zum Ausgleich in einen Strudel von Vergnügungen mit allen Konsequenzen, die daraus folgen.

In Sesto gibt es vier große Fabriken, einige kleinere und zahllose ganz kleine Betriebe. Werkstätten, die acht bis zehn Arbeiter beschäftigen, befinden sich fast in jedem Haus im Kellergeschoß. Im ganzen arbeiten in Sesto 50 000 Arbeiter, von denen ungefähr die Hälfte mit ihren Familien auf dem Lande leben. Von den übrigen 25 000 kehren etwa 15 000 jeden Abend nach Hause zurück, und 10 000 schlafen in Herbergen. Von diesen letzteren sind ungefähr 3 000 in den Unterkünften der großen Fabriken untergebracht, 7 000 wohnen privat oder in Gastwirtschaften. Die auswärtigen Arbeiter kommen aus zahlreichen Dörfern der Provinzen Bergamo, Como, Cremona und Varese.

In den Fabriken treffen daher die verschiedensten Geistesarten, Sitten, politischen und gewerkschaftlichen Anschauungen zusammen. Ein negativer Einfluß geht gewöhnlich von dem Leben in Gasthäusern aus. Die Welt der Arbeiter mit all ihren guten und bösen Seiten formt sich in den Betrieben und strahlt nicht nur auf Sesto, sondern auf all die Dörfer aus, in die allabendlich oder auch nur am Wochenende die Arbeiter zurückkehren. In dieser Arbeiterwelt gibt es Faktoren, die die Masse einen, und andere, die sie zersetzen.

Einigende und trennende Faktoren

Es gibt dringende Bedürfnisse, in denen sich alle einig sind. Das ist z. B. eine allgemeine Reform der Struktur der Betriebe. Alle betonen, daß es nicht so weitergehen kann. Alle finden, daß es auf der einen Seite zu viel, auf der anderen zu wenig gibt, eine schreiende Ungerechtigkeit, die alle verbindet, und das bedeutet eine gemeinsame Stimmung von Unzufriedenheit.

Andere Umstände wieder trennen die Masse. Z. B. sind viele der Meinung, daß diejenigen, die täglich vom Lande hereinkommen, keine wirklichen Arbeiter sind, sondern Arbeiterbauern mit einem doppelten Verdienst, und daß sie in Sesto denen das Brot streitig machen, die keine anderen Einnahmequellen haben. Diese Arbeiterbauern leben in ständiger Furcht, ihre Arbeit zu verlieren; darum lehnen sie sich an die Majorität an und bilden so eine Masse, die den Linksparteien zur Disposition steht, auch wenn sie zu Hause ganz anders denken.

Die Pfarrer aus den betreffenden Dörfern sagen, daß die Bauern, die nach Sesto gehen, nach kurzer Zeit nicht mehr wiederzuerkennen sind. Diese Situation wirft das Problem der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen dem Klerus von Sesto und dem jener Dörfer auf.

Die religiöse Lage

Die religiöse Lage des Ortes ist die folgende: Es bestehen sechs Pfarreien, und diese sind mit ausgezeichneten Priestern und allen Zweigen der Katholischen Aktion ausgestattet. Der Meßbesuch beläuft sich an den hohen Festen auf 50 % der Familien. Auf manche Familien hat der Priester keinerlei Einfluß, aber im allgemeinen wenden sich doch viele an ihn um Rat und vor allem um finanzielle Unterstützung. Es ist aber schwer zu sagen, ob es in Sesto in religiöser Hinsicht gut oder schlecht steht, ob es aufwärts oder abwärts geht. Bei gewissen religiösen Kundgebungen strömt viel Volk herbei. Wenn man sich aber die Statistiken besieht, ganz besonders die der Jugend, könnte man den Mut verlieren. Geht man in die Tiefe und fragt man sich, wer wirklich das Christentum lebt, so könnte man geradezu pessimistisch sein.

Dieser Lage gegenüber wirft nun P. Greco die Frage auf, was zu tun ist. Die Pfarreien haben viel getan und tun viel, um Zugang zu allen Familien zu finden. Es gibt die caritativen Werke, es gibt Predigten in den Höfen, Familienzusammenkünfte in den Häuserblocks — alles das wird mit größtem Eifer betrieben. P. Greco glaubt aber nicht, daß damit viel zu erreichen ist. Auf den Dörfern, glaubt er, könnte die Katholische Aktion sehr viel mehr erreichen, wenn sie den Mut zu neuen Experimenten hätte.

Katholische Aktion in den Betrieben und deren Gegner

P. Greco ist aber vor allem überzeugt davon, daß die Katholische Aktion nur etwas erreichen kann, wenn sie aufs nachdrücklichste in den Betrieben ansetzt. Gewiß muß es auch die Katholische Aktion außerhalb der Fabriken geben, aber die eigentliche Hoffnung bilden die Zellen innerhalb der Betriebe. Hier nämlich treffen sich alle christlichen Arbeiter, während in den Pfarrgruppen nur die der Pfarre angehörenden zusammenkommen. Hier sind die Arbeiter eines einzigen Betriebs unter sich, während sich in den Pfarrgruppen die aus verschiedenen Betrieben treffen. Schließlich ist es eine Tatsache, daß die Entchristlichung der Masse der Arbeiter sich am Arbeitsplatz vollzieht und also auch dort bekämpft werden muß.

Eine Statistik des Kirchenbesuchs der Arbeiter einer Fabrik hat ergeben, daß nur etwa 15 % zur Messe kommen. Ihre religiösen Kenntnisse sind minimal, bei den meisten herrscht eine Stimmung der Gleichgültigkeit. Doch hat die antichristliche Propaganda ihnen die Überzeugung beigebracht, daß die Kirche auf sozialem Gebiet versagt hat, und in der Tat ist in der Vergangenheit bei vielen Priestern das soziale Gewissen schwach entwickelt gewesen. Um so wichtiger wäre es, die Arbeiter mit den sozialen Enzykliken und mit den von der Kirche unternommenen praktischen Versuchen zur Verwirklichung der christlichen Soziallehre bekannt zu machen. Im allgemeinen hat der Arbeiter kein Vertrauen zu den Christen; er behauptet, die Christen hätten keine klaren Ideen, sie seien rückständig, hätten Angst vor Neuerungen und dergleichen. Zudem ist ihr moralisches Niveau sehr niedrig.

P. Greco berichtet nun über einige Versuche, die in dieser Umgebung unternommen worden sind, um den Verfall des Glaubens und der Sitten zu bekämpfen.

Da gibt es zuerst einmal die caritativen Bemühungen. Es bestehen fünf Vinzenzkonferenzen in den Fabriken, deren Tätigkeit nicht selten heftigen Angriffen von seiten der Gegner ausgesetzt ist, die als Gegenzug in den gleichen Fabriken eine „interne Assistenz" aufgezogen haben. Das katholische Caritaswerk lebt daher unter sehr großen Schwierigkeiten, während die interne Assistenz sogar von der Betriebsleitung durch beträchtliche Zuwendungen unterstützt wird. Mehr Erfolg haben die Volksbildungswerke, die als Abendschulen eingerichtet sind. Hier werden Kurse in der katholischen Soziallehre vor verschiedenen Arbeitergruppen gehalten. Man konnte bemerkenswerterweise vor allem bei der Kirche fernstehenden Arbeitern ein lebhaftes Interesse dafür feststellen.

Ungewöhnliche Versuche

„Eines Tages", so erzählt P. Greco, „stellte der Herr mir zwei junge Leute zur Verfügung, die an geistlichen Exerzitien teilgenommen und sich bekehrt hatten. Diese gründeten ein ‚Zentrum zur Organisation von geistlichen Exerzitien'. Diese jungen Leute widmeten alle ihre Energie und eine bewundernswürdige Ausdauer der Aufgabe, ihre Kameraden in die Exerzitien zu schicken. Man kann sagen, daß ihre Initiative in fast alle Betriebe und in die verschiedenen Abteilungen der Betriebe eingedrungen ist. Die Erfolge sind außerordentlich: offensichtliche Konversionen, Arbeiter, die in einer erstaunlichen Weise und vor all ihren Arbeitskameraden und -kameradinnen völlig verwandelt zurückkehren und ihren wiedergewonnenen Glauben ohne jegliche Menschenfurcht bezeugen und dann auch die andern, die natürlich völlig verblüfft sind, auffordern, dorthin zu gehen; und nicht wenige folgen auch dieser Aufforderung."

Neben dieser außergewöhnlichen Form des Apostolates gibt es in Sesto auch die typischen Militanten oder Aktivisten der Katholischen Aktion der Arbeiter. Sie haben viel von sich reden gemacht, sie hielten Versammlungen und betätigten sich in verschiedenster Weise; doch muß man sagen, daß diese Dinge noch am Beginn stehen.

Besser Laieneinsatz als Arbeiterpriester

P. Greco hält die Einrichtung von Arbeiterpriestern, wie sie in Frankreich existieren, wenigstens für den Augenblick in seinem Bereich nicht für geeignet. Dagegen hält er es für notwendig und erfolgreich, Arbeiter und Arbeiterinnen, die überzeugt davon sind, daß sie eine ganz bestimmte Berufung haben, so auszubilden, daß sie ihr Apostolat in der Fabrik mit Geschick durchführen können. Sie würden dabei so ausdauernd und eifrig sein, daß kein Priester es besser machen könnte. Studientage für Aktivisten und Aktivistinnen haben denn auch ein solches Apostolat in die Wege geleitet. Diese Aktivisten wollen aber nicht die in den Betrieben bestehenden Stellen der Katholischen Aktion ablösen, sondern ihnen nur wirksam zur Seite stehen. Der Priester, der diese Aktivisten betreut, wird durch sie in kürzester Zeit mit der Welt der Arbeiter bekannt und hat das Gefühl, auf diese Weise wirklich konkret mit den Problemen in Berührung zu kommen. Er sieht, daß hier viel zu tun ist. Erwähnenswert ist, daß die Aktivistinnen zum großen Teil der Kategorie der Angestellten angehören und daher nur eine bestimmte Schicht der Arbeiterinnen repräsentieren; die Aktivisten dagegen stehen in der eigentlichen Welt der Arbeiter drin; diese ist die eigentlich dynamische Welt und diejenige, auf die es am meisten ankommt. In dieser gewinnt auch die gegnerische Propaganda am meisten Anhänger, und hier kann man den Herzschlag der politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Probleme spüren.

Ein Sieg der christlichen Aktivisten

Zum Schluß kann P. Greco einen ersten sichtbaren Erfolg verzeichnen: gerade während er seinen Bericht abschloß, erfuhr er, daß bei der Betriebsrätewahl in einer der größten Fabriken Sestos zum erstenmal die Kommunisten geschlagen worden sind und sich in der Minderheit befinden, nämlich sechs gegen sieben. Das erscheint ihm als ein sehr bezeichnender Sieg, da er auf einem für die Kommunisten so günstigen Terrain errungen worden ist, und er hofft, daß es der Beginn einer Reihe von weiteren Siegen sei.

Die Gefahr der Anarchie stärker als die des Kommunismus?

Neigung zur Anarchie — damit soll hier ganz allgemein die Auflehnung gegen jede Art von Zwang, nicht eine revolutionäre Doktrin bezeichnet werden. Die Frage, ob die christlichen Arbeiter heute besonders in Gefahr sind, vom Kommunismus angezogen zu werden und zu ihm überzugehen, ist in einem der letzten Hefte der bekannten Zeitschrift der französischen Arbeiterseelsorger „Masses Ouvrières" (Okt. 1950) keineswegs einfach bejaht worden. André Millard, der Verfasser des betreffenden Aufsatzes, meint, eine gewisse Versuchung bestehe zwar und einzelne erlägen ihr auch, aber die wirklich lebendigen Christen unter den Arbeitern seien viel eher von einer anderen Gefahr bedroht, nämlich von der des Anarchismus.

Das erklärt sich vielleicht ganz einfach damit, daß ihre Position als Christen und Arbeiter zugleich sie daran gewöhnt hat, zu sehr vielen herrschenden Strömungen Nein zu sagen: sie sagen Nein zum amerikanischen Block und Nein zum russischen Block, Nein zum Krieg, Nein zum Kapitalismus, dessen Druck sie empfinden, Nein zum Kommunismus, dessen Totalitätsansprüche sie verabscheuen, Nein zu den politischen Parteien, die sie enttäuscht haben, Nein zum Staat und seinen Einrichtungen, an denen sie sich ständig reiben. Sie revoltieren und reden von permanenter Revolution.

Die Gefahr der Selbstgerechtigkeit

In dieser Haltung kommen echte menschliche und christliche Anliegen zum Ausdruck: ein Verlangen nach dem Absoluten, eine unbeschränkte Selbsthingabe, der Wille, nicht mit dem Bösen zu paktieren. Aber wer sähe nicht, daß zugleich auch eine große Gefahr darin liegt? Vor allem ist es die Gefahr eines sehr geheimen Stolzes, einer geheimen Überzeugung, selber rein, unbestechlich, integer zu sein, während es die anderen nicht sind.

Leicht hält der Aktivist alle, die nicht so denken wie er, für „reaktionär". Er kann nicht mit anderen Temperamenten zusammenarbeiten. Er kann wohl die Rolle des aufrüttelnden Propheten spielen, aber nicht Gruppenführer sein, weil er auch die Gutwilligsten entmutigt, und je weniger ihm die Aufgabe gelingt, desto intransigenter wird er.

Anarchische Neigung auch gegenüber der Kirche

Und so kommt es, daß er auch als Christ Schwierigkeiten hat, die Kirche anzunehmen, wie sie ist. Er versteht ihre Geduld mit all ihren verschiedenen Kindern, ihre vorsichtig-klugen Ratschläge nicht; er nennt das alles Schwerfälligkeit und Kompromißsucht. Seine Gefahr ist, zum religiösen Subjektivismus abzugleiten.

Solche extremen Fälle sind natürlich selten; aber eine gewisse Neigung zur Anarchie besteht gegenwärtig doch bei einer ganzen Anzahl christlicher Arbeiter, in den französischen christlichen Arbeiterbewegungen, bei jungen sowohl wie älteren, selbst bei manchen Arbeiterseelsorgern, die die ihnen anvertrauten Laien gefährlich aus dem Gleichgewicht bringen dadurch, daß sie sie in allerlei Abenteuer mit hineinreißen. Damit soll natürlich keineswegs die Notwendigkeit geleugnet werden, neue Wege des Apostolats, des „Engagements" zu suchen. Der französische Episkopat selber hat diese Notwendigkeit der Pionierarbeit ja immer wieder betont. Aber gewisse praktische Versuche beweisen doch, daß die Linie der Katholischen Aktion in dem er-

wähnten Sinn häufig mißverstanden wird. Als Beispiel weist Millard etwa auf die Neigung hin, sich mit der bestehenden JOC, der „Christlichen Arbeiterjugend", nicht zu begnügen, sondern wieder besondere Gruppen zu gründen, um sich, wie dann gesagt wird, als Christen nicht von der Masse der Arbeiter zu trennen. Sollte man nicht lieber, anstatt aus mißverstandenem Vollkommenheitsdrang immer wieder Neues zu versuchen, das Bestehende verbessern?

Das Evangelium lehrt uns, daß das christliche Leben in einer ständigen Spannung zwischen Gegensätzen besteht: das Reich Gottes läßt sich Gewalt antun, und den Sanftmütigen wird es zum Erbe gegeben. So muß auch jede christliche Bewegung sowohl heftig wie klug sein, revolutionär, doch auch sorgsam und gütig. Gerade die französische Kirche ist heute elastisch genug, alles in sich aufzunehmen, was wirklich dem Apostolat dient; diesem erteilt sie dann ihren Auftrag.

Die Kirche ist keine Gesellschaft der Vollkommenen

„Sagen wir nur ehrlich", fährt Millard fort: „dieser Auftrag ist uns zuweilen unbequem ... aber wenn wir die kirchlichen Bindungen leicht nehmen, ihren zeitlichen Apparat zu schnell zurückweisen, sind wir dabei ganz sicher, nicht vielleicht etwas Wesentliches zu verletzen?" Die irdische Kirche ist niemals eine Gesellschaft von Vollkommenen. Darum muß jeder die Kirche seiner Zeit so nehmen, wie sie ist. Aus dem Wunsch heraus, die Kirche möchte ihrer Sendung immer treuer erscheinen, gelangt man nur zu leicht dazu, die konkrete Kirche abzulehnen zugunsten einer ganz persönlichen Traumkirche. Vor solchen anarchischen Neigungen muß die Katholische Aktion ihre eifrigsten Mitglieder bewahren. Und gerade für die neue Form, die kürzlich in Frankreich für die Katholische Aktion der erwachsenen Arbeiter geschaffen worden ist (vgl. in diesem Heft S. 317), ist gegenseitige Duldung und Zügelung der anarchischen, nur die eigene Tendenz anerkennenden Triebe eine der wichtigsten Voraussetzungen. Die Freiheit der Kinder Gottes ist nicht Anarchie, sondern Annahme in Liebe; und gerade Einordnung trägt zur Errichtung des Reiches Gottes bei.

Eine mutige unter den christlichen Zeitungen

Die führende katholische Zeitung in Madrid, „Ya", beschloß, die moralischen Qualifikationen der laufenden Filme durch die katholische Filmzensur bekanntzugeben. Daraufhin boykottierten die Filmtheater das Blatt durch Unterlassung der Reklame. Die Zeitung verzichtete auf die Anzeigen und setzte die Veröffentlichung der Klassifizierungen fort. „Als Journalisten haben wir unseren Lesern Informationen über die Filme zu vermitteln", schrieb das Blatt, „und als Katholiken haben wir den Wünschen der Bischöfe zu entsprechen. Wir können den Filmunternehmern nicht gestatten, daß sie das Publikum hindern, die moralische Einstufung ihrer Filme zu erfahren. Soweit wir daran beteiligt sind, gehen sittliche Interessen allen anderen vor." Die spanische Zeitung hat inzwischen die Unterstützung dreißig anderer Blätter gefunden. Sie veröffentlichen die moralische Klassifikation auf Grund einer Initiative der spanischen Bischöfe und der Anordnungen des Heiligen Offiziums in der Sache des Films.

Ein Sozialist respektiert „die Überzeugung der anderen"

Ein Katholik, der mit Leo XIII. und den Päpsten des Namens Pius fühlt, kann nicht anders, als mit der Idee des Sozialismus zu sympathisieren. Er fragt sich nur, wo eigentlich heute diese Idee mit Leidenschaft verfochten und wo sie geübt wird. Das Anliegen des Sozialismus war und ist es, dem kleinen Mann das Leben zu erleichtern. So versteht jedenfalls die Masse der Anhänger ihren Sozialismus. Und darin sind wir als Christen mit ihnen einig. Der Sozialismus der Massen ist im Grunde genommen ein wirtschaftlich-soziales Anliegen. Es ist durchaus möglich, dies Anliegen von den weltanschaulichen Tendenzen zu befreien, die herkömmlicherweise mit ihm verbunden sind. Allerdings begegnen die Anstrengungen in dieser Richtung hüben und drüben manchen Schwierigkeiten. Aber es ist schon ein Fortschritt, daß sie unternommen, und wohl kaum mehr eine Frage, daß sie auf die Dauer von Erfolg gekrönt sein werden.

In den letzten Monaten gab es in dieser Angelegenheit so etwas wie eine Sensation. Der belgische Sozialistenführer Henri Spaak unternahm einen Vorstoß zugunsten der katholischen Schule. Daß er dies tat und wie es ihm dabei erging, dies zeigt uns die geheime Verständigungssehnsucht der Besten auf beiden Seiten und die Schwierigkeiten, mit denen sie dabei zu rechnen haben.

Wir können uns mit einer schlichten Wiedergabe des Falles begnügen.

Henri Spaak veröffentlichte zu Ende des vorigen Jahres in der belgischen sozialistischen Zeitung „Le Peuple" einen Aufsatz, der sich hauptsächlich mit der Schulfrage befaßte. Das Pariser katholische Blatt „La Croix" druckte ihn nach. In diesem Artikel ermahnte Spaak seine Parteifreunde, sie sollten sich von „dem lächerlichen Überlegenheitskomplex des Freidenkers" lösen und die Katholiken für die Schaffung einer wirklichen Wirtschaftsdemokratie auf der Basis sozialer Gerechtigkeit gewinnen. Zu diesem Zweck wäre es notwendig, die sozialistische Einstellung gegenüber der Religion und der Erziehungsfrage in dem Sinne zu revidieren, daß man der Religion Achtung, Toleranz und Verständnis entgegenbringe.

Es ist bezeichnend für die delikate Atmosphäre solcher Gespräche, wenn Spaak diese Äußerungen durch den Hinweis stützte, daß „er sagen müsse, was er denke", auch wenn die Opposition dadurch herausgefordert würde.

Er stellte dann vier Punkte heraus, die für die Annäherung zwischen Katholiken und Sozialisten entscheidend seien: 1. Katholiken und Sozialisten müßten die Gründe dafür anerkennen, daß es religiöse und neutral-öffentliche Schulen gibt. 2. Die Eltern müßten tatsächlich in der Wahl zwischen beiden Schulen frei sein. 3. Schulen, die diese Wahl beeinträchtigen, sollten nicht gestattet werden. 4. Die Anhänger der öffentlichen Schulen sollten die Zuschüsse für religiöse Schulen nicht bekämpfen.

Für Vereinigung von Katholiken und Sozialisten

„Ich glaube", hieß es in dem Aufsatz, „daß es viele Gründe gibt, deretwegen die katholischen Arbeiter und andere aufrichtige Katholiken sich mit uns vereinigen sollten, um eine wirkliche Wirtschaftsdemokratie in unserm Lande herbeizuführen und die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Ich möchte hinzufügen, daß nur eine solche Vereinigung uns Sozialisten die Möglichkeit geben wird, unsere Aufgabe in Belgien zu erfüllen. Es ist selbst-

verständlich, daß wir zu diesem Zweck unsere Einstellung besonders im Hinblick auf die Religion und die endgültige Regelung der Erziehungsfrage präzisieren müssen.

Das Schlagwort: „Religion ist Privatsache"

Unser altes Schlagwort, „Religion ist Privatsache", scheint angesichts eines der grundsätzlichsten Probleme nicht zu genügen, eines Problems, das die persönlichsten Gefühle des menschlichen Gewissens angeht.

Jenes Schlagwort legt den Indifferentismus nahe. Auf alle Fälle hat es sich praktisch als völlig ungenügend erwiesen, um die Befürchtungen der Katholiken zu beseitigen. Übrigens ist unser Verhalten nicht immer beruhigend gewesen. Denn das überlieferte Freidenkertum im schlechten Sinne dieses Wortes hat sich nicht freigehalten von Sarkasmus und Verspottung der Religion, besonders der Kirche.

Kann also diese ein wenig überhebliche und überlegene Teilnahmslosigkeit in einer Sache, die für viele aus unserm Volk eine sehr wichtige Sache ist, genügen? Ich glaube nicht.

Jenes Schlagwort gilt nur, infosern es deutlich ausdrückt, daß Sozialismus mit allen philosophischen Überzeugungen vereinbar ist, daß er nicht beansprucht, für das Problem der Herkunft oder Bestimmung des Menschen eine Lösung zu bieten, daß er auf diesem Gebiet wie auch auf anderen eine wirkliche Achtung vor der Freiheit und eine ehrliche Rücksicht und Toleranz übt.

Gemäß dieser Voraussetzung muß unsere Haltung derart sein, daß Katholiken sich unter uns heimisch fühlen können. Wir müssen aus unserer Mitte den lächerlichen Überlegenheitskomplex des Freidenkers verbannen und den Gläubigen zeigen, daß diejenigen von uns, die ihren Glauben nicht teilen, dennoch wissen, wie tröstlich und erhaben die christliche Deutung der Welt ist und auch, wieviel Wesentliches auf allen Gebieten die Welt den Lehren Christi schuldet.

Dieses Klima wirklich freien Denkens, frei von Hemmungen, Zweifeln und sogar von gelegentlichen Ressentiments, diese Atmosphäre wirklichkeitsbezogener Klugheit, weisen Verständnisses und achtungsvollen Verhaltens gegenüber einer der großartigsten Äußerungen des Denkens und Handelns der Menschen ist die notwendige Voraussetzung für unser Übereinkommen mit den Katholiken.

Die Schulfrage

Wenn einmal diese Auffassung unter uns geschaffen ist und von den anderen verstanden wird, ergibt sich leicht eine Lösung für das Problem der religiösen Erziehung. Nur müssen beide Seiten vergessen, wie sie bis dahin behandelt worden sind, aus den alten Geleisen herausgehen und es wagen, etwas Neues zu versuchen, nachdem sie sich über einige Tatsachen und Grundsätze verständigt haben."

Spaak fordert nun, wie schon oben gesagt, daß weder die Katholiken noch die Anhänger der Staatsschulen danach trachten sollen, das Schulsystem der anderen zu beseitigen; daß die Familienväter wirklich frei über die Form der Erziehung ihrer Kinder bestimmen sollen; daß die Schulen gemäß diesem Elternwillen gestaltet und keine künstlichen Konkurrenzschulen erhalten werden sollen; endlich, daß die Anhänger der Staatsschule diese zwar fördern, die Konfessionsschule aber nicht der staatlichen Unterstützung zu berauben suchen sollen.

Revision der sozialistischen Schulpolitik

„Ich bitte diejenigen, die seit Jahrzehnten, oft mit bewunderungswürdigem Eifer, am Schulkampf teilgenommen haben, zu verstehen, daß ihre Position schlecht, ja daß sie grundsätzlich falsch ist und daß sich dies in den vergangenen dreißig Jahren in Form der aufeinander folgenden Zugeständnisse zeigte, die sie zu machen gezwungen waren.

Warum auf diesem Wege fortfahren? Warum nicht einen andern suchen? Warum nicht schließlich dies Problem definitiv lösen?

Ich werde auf dem nächsten Parteikongreß nicht anwesend sein. Aber ich hoffe, daß irgend jemand der Unpopularität, die alle Erneuerer anfänglich umgibt, Trotz bietet und die Behauptung wagt, daß in der Sache der Erziehung folgende reale Probleme bestehen: Tatsächliche Wahlfreiheit für das Familienoberhaupt, Rationalisierung, Schaffung der notwendigen öffentlichen Schulen und Verbesserung der bereits bestehenden."

Zu weit gegangen?

Dieser Aufsatz war ein mutiger Vorstoß. Jetzt, drei Monate später, neigen belgische Katholiken zu der Befürchtung, daß die ausgestreckte Hand ein wenig zurückgezogen werden mußte, daß selbst ein Spaak über die traditionellen sozialistischen Vorurteile so kühn nicht hinwegspringen durfte.

Der Parteiführer sah sich gezwungen, seine Ausführungen zu interpretieren. Er meldete Einschränkungen der staatlichen Unterstützung für nicht-öffentliche Schulen an, die in seinem ersten Aufsatz nicht vorgesehen waren.

Im Anschluß an jenen Aufsatz nämlich erhob sich in sozialistischen Kreisen und auf dem besagten Parteikongreß eine mächtige Opposition. Und Spaak schrieb einen zweiten Aufsatz. Darin führte er zu der dritten seiner vier Forderungen aus, „es müßten alle Unterstützungsmittel radikal vorenthalten werden, wenn das Bedürfnis für eine Schule nicht zwingend nachgewiesen wird". In diesem Aufsatz erhob der Verfasser auch den Vorwurf der „Illoyalität" gegen gewisse katholische Schulen. Er sagte, daß die Sozialisten die öffentliche Schule verteidigen müßten „gegen die illoyale Konkurrenz der Privatschulen". „Wenn das Recht eines jeden stabilisiert wird, ein Erziehungssystem nach seiner eigenen Wahl zu schaffen, stehen wir vor der schwierigen Frage der Staatsbeihilfe. Die Ansicht der großen Mehrheit unserer Genossen . . . ist es, daß Staatsbeihilfen keineswegs eine berechtigte Folgerung aus der Freiheit der Erziehung sind."

Die Konfessionsschule und die sozialistische Doktrin

Aber Spaak persönlich wahrt sich doch eine unter Sozialisten ungewöhnliche Individualität des Denkens. „Haben wir das Recht zu erklären, daß eine Privatschule niemals aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden darf und auf diese Weise der öffentlichen Schule, der Schule unserer Wahl, eine enorme Vorgabe zu gewähren?"

„Als ich über diese Frage nachdachte, kam ich zunächst zu der Folgerung, daß dies kein Gegenstand der sozialistischen Doktrin im eigentlichen Sinne ist. Denn in einigen Ländern, vor allem in solchen, in denen der Sozialismus gesiegt hat, haben unsere Freunde sich rückhaltlos zur Unterstützung der Privatschulen verstanden. Es ist also eine Frage der politischen Taktik, die sich aus den besonderen Verhältnissen in Belgien ergibt. Zu ihnen gehört die

Tatsache, daß hier eine konfessionelle Partei besteht und eine militante Kirche. Wenn wir in der Lage der Briten oder Skandinavier wären, würde unsere Einstellung der ihrigen gleichen.

Unsere Politik hinsichtlich der Unterstützungen, die wir 30 Jahre lang betrieben haben, war für uns eine Politik der Verlegenheit. Wir erklärten Unterstützungen für unberechtigt. Aber die Verhältnisse zwangen uns, sie zu gewähren, und, was noch übler ist, sie in törichter Weise zu gewähren zum Nachteil eines vernünftigen und gut organisierten Schulsystems. Schließlich waren wir gezwungen, sie nicht nur solchen Privatschulen zuzuwenden, die Nutzen stifteten, sondern auch solchen, die politische Schöpfungen für den Kampf und die Propaganda waren. Deshalb sage ich, daß unsere Politik, die wir seit 1920 gegen unsere Neigung befolgt haben, revidiert und geändert werden muß."

Spaak möchte nicht dahin mißverstanden werden, daß er aus politischem Opportunismus spreche. „Es handelt sich um eine Frage der konsequenten sozialistischen Doktrin in der Frage der Erziehung unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in Belgien."

„Zu allererst müßten die Rechte der Regierung auf dem Gebiete der Erziehung anerkannt werden: ihr Recht, ein öffentliches Erziehungssystem aller Stufen zu schaffen, zu organisieren und zu entwickeln, wo immer dafür Bedarf besteht. Sodann sollte die Rationalisierung des ganzen Erziehungssystems gefordert werden, verbunden mit grundsätzlicher Verweigerung aller Unterstützung für Schulen, deren absolute Notwendigkeit nicht nachgewiesen wird.

Im Rahmen eines solchen Systems sollte die Frage der Unterstützungen meiner Ansicht nach überprüft werden. Nur im Rahmen eines solchen Systems können wir veranlaßt werden, an Privatschulen Unterstützungen zu zahlen, nicht mehr in ungeordneter Weise und mit schlechter Laune, sondern in folgerichtiger Anwendung einer wohlbegründeten Doktrin und, wie ich glaube, als feierliche Bezeugung unserer aufrichtigen Achtung vor der Überzeugung anderer, die ja ein wesentlicher Grundsatz der sozialistischen Demokratie ist."

Was wollen die englischen Rundfunkhörer hören?

Der Bericht einer amtlichen englischen Kommission über den Zustand des englischen Rundfunks enthält u. a. eine interessante Aufstellung über die Reihenfolge der Beliebtheit der wichtigsten Sendungsarten. Die Hörer sind dabei in drei Gruppen aufgeteilt: 1. Hörer mit Volksschulbildung, 2. solche mit höherer Schulbildung, 3. solche mit Universitätsbildung.

In der ersten Gruppe lautet die Reihenfolge der Beliebtheit: kabarettistische Sendungen, Hörspiele, leichte Musik, Operetten, Militärmusik, Kinoorgel und Blechmusik, gottesdienstliche Sendungen, Tanzmusik, Diskussionen und Vorträge. An allerletzter Stelle stehen Sinfoniekonzerte, Dichtung und Kammermusik.

Die Spitze in der zweiten Gruppe halten dieselben Sendungsarten in etwas anderer Reihenfolge: Hörspiele, leichte Musik, kabarettistische Sendungen und Operetten. Dann aber folgen Diskussionen, große Oper, die sog. „Feature"sendungen und Vorträge. Die gottesdienstlichen Sendungen fallen auf die 13. Stelle zurück, unmittelbar vor die Kinoorgel. Die letzte Stelle nehmen auch hier Dichtung und Kammermusik ein.

In der dritten Gruppe nehmen Hörspiele die erste Stelle ein, dann aber folgen Sinfoniekonzerte und wiederum leichte Musik. Diskussionen, Vorträge und große Opern stehen wie in der zweiten Gruppe an den nächsten Stellen. Gottesdienstliche Sendungen stehen an 11. Stelle, unmittelbar neben Kammermusik, an viertletzter Stelle steht selbst in dieser Gruppe Dichtung, unmittelbar hinter der Tanzmusik, während Militärmusik, Blechmusik und Kinoorgel die letzten Plätze einnehmen.

Das Interesse an den gottesdienstlichen Sendungen ist also bei der zweiten Gruppe, die wohl die Masse der sogenannten Gebildeten darstellt, am niedrigsten und bei den Akademikern auch nicht wesentlich höher. Prediger bestätigen, daß es sich bei dem Interesse an der Predigt ähnlich verhält, warnen aber davor, die Tatsache gewissermaßen „überzuinterpretieren".Sie besage nur, daß die Gebildeten der üblichen Predigt und gottesdienstlichen Rundfunksendung skeptischer gegenüberstehen, damit nicht aber auch notwendigerweise der Religion.

Aus Ost- und Südosteuropa

Was geht in der tschechischen Kirche vor sich?

Am 10. März meldeten die Rundfunkstationen, daß der Erzbischof von Prag, Msgr. Beran, aus seinem Bistum ausgewiesen und mit einer Geldstrafe belegt worden ist. Nach einer Reuter-Meldung soll sich der Erzbischof sogar in Haft befinden, weil er sich gegen das Strafgesetz vergangen habe. Nach derselben Meldung hat der Generalvikar des Erzbistums, Dr. Opatrny, demissioniert. Das Domkapitel habe einen der Regierung genehmen Geistlichen, den kürzlich ernannten neuen Domherrn Dr. Antonin Stehlik, zum „Kapitularvikar" des Erzbistums gewählt. Die Reuter-Meldung stützt sich auf offizielle Mitteilungen von Radio Prag.

Wie wir im vorigen Heft berichteten, sind vor einiger Zeit die bischöflichen Sekretäre von Prag, Olmütz und Königgrätz zu Gefängnis verurteilt worden, weil sie die Obliegenheiten ihres Amtes wahrgenommen haben. Sie übermittelten der damals noch akkreditierten Nuntiatur Berichte ihrer Bischöfe, gaben deren Hirtenschreiben aus und stellten dem Klerus Anweisungen ihrer Oberhirten zu. Dies galt als Spionage, Verteilung staatsfeindlicher Schriften und Aufreizung zum Widerstand. Die Sekretäre wurden verurteilt. Die Bischöfe wurden nicht vor Gericht gestellt. Die tschechischen Kommunisten halten es offenbar nicht für zweckmäßig, Bischofsprozesse zu inszenieren, trotzdem das „Schuldkonto" des Prager Erzbischofs sicherlich für lebenslängliches Zuchthaus hinreichen würde. Man hat ihn nur ausgewiesen. Der Erzbischof hat schließlich unterm Nationalsozialismus im Konzentrationslager gesessen. Und anscheinend ist er doch so populär, daß Gottwald und Fierlinger auf den Rat des Gesundheitsministers, des exkommunizierten Priesters Plojhar, beschlossen haben, ihn „milde zu behandeln".

Wenn so die Kommunisten im tschechischen Landesteil sich etwas von diplomatischem Vorgehen versprechen, so wissen sie, daß das in der Slowakei nichts nützen würde. Deswegen wurden dort die Bischöfe als Staatsverbrecher verurteilt. Die tschechischen Bischöfe sind keine Staatsverbrecher: für sie genügt Hausarrest, bzw. Ausweisung. Denn in der Tschechei findet man unter den Klerikern solche — wie viele, wissen wir noch nicht —, die sich gleich-

schalten lassen. Zu diesen zählen also nunmehr, wenn wir dem tschechischen Pressedienst Glauben schenken, auch die Mitglieder des Prager Domkapitels und ein Mitglied des Episkopates, der mehr als siebzigjährige Weihbischof Eltschkner. Soweit wir unterrichtet sind, haben jetzt sämtliche tschechische Diözesen neben den weltlichen Staatskommissaren, die im Vorzimmer der Bischöfe sitzen und ihre Post abzeichnen, auch geistliche ‚Generalvikare' von Staats wegen, die zum Teil ernannt, zum Teil gewählt, zwischen den Instruktionen des Kirchenministeriums und den Pflichten eines katholischen Priesters den mittleren Weg suchen. Es ist uns noch nicht bekannt, inwieweit diese Generalvikare unter das vor einiger Zeit veröffentlichte Dekret fallen, das denjenigen Priestern Exkommunikation androht, die im Gegensatz zu den rechtmäßigen kirchlichen Oberen aus der Hand des Staates Ämter annehmen. Man muß allerdings vermuten, daß die Bischöfe diesen Generalvikaren keine Jurisdiktion erteilt haben. Andernfalls würde der tschechische Pressedienst es wohl bekanntgegeben haben.

Von der Tätigkeit der Generalvikare erfuhr man in letzter Zeit nur dies eine, daß sie in Prag eine Konferenz abgehalten haben, der Radio Prag Publizität verlieh. Es sollen fünfzig Geistliche und der Minister Plojhar dabei zugegen gewesen sein. Die Konferenz erörterte die Verbesserung der kirchlichen Verwaltung, die Frage des Religionsunterrichtes und die des Priesternachwuchses. Für den Priesternachwuchs existieren zur Zeit nur die von der Regierung errichteten, finanzierten und geleiteten Seminare in Prag und Preßburg. Für diese Seminare behält sich der Staat auch das Recht vor, die Kandidaten auszuwählen. Er bemüht sich sogar um Kandidaten, denen der vierfache Lohn eines Arbeiters und freie Entscheidung hinsichtlich des Zölibates versprochen wurde.

Es war nicht zu ermitteln, wer eigentlich an dieser Prager Konferenz teilgenommen hat. Nur die Namen des Weihbischofs Eltschkner und des ehemaligen Caritasdirektors, Prälat Oliva, wurden bekannt. Und ferner wurde bekanntgemacht, daß die Konferenz zum Schluß ein Ergebenheitstelegramm verfaßte und den Wunsch aussprach, die Kirche möge insgesamt gegenüber dem volksdemokratischen Regime eine positive Haltung einnehmen. An wen dies Telegramm gerichtet wurde, ist bis heute nicht zu ermitteln. Es ist auch nicht zu erfahren, ob die früheren bischöflichen Generalvikare an diesem Treffen beteiligt waren und ob sie überhaupt noch amtieren.

So bietet die kirchliche Lage in der Tschechoslowakei das Bild vollständiger Verwirrung. In diesem Bild erscheint nur eine einzige klare Linie: daß Prag ein baldiges Schisma erstrebt und erhofft. Soweit man von außen her diese Hoffnung beurteilen kann, ist sie nicht unbegründet. Sie ist um so bedrohlicher, als die Prager Regierung sich offenbar sogar auf einen Bischof verläßt. Es wurde mitgeteilt, daß Msgr. Eltschkner die Prager Staatskleriker weihen wird und daß der Bischof Lazik von Tyrnau den Preßburger Seminaristen die Weihe erteilen werde. Es gingen auch bereits Gerüchte, daß einige Generalvikare zu Bischöfen geweiht werden würden.

Wir bitten unsere Leser, alle diese Nachrichten, die auf die staatlichen tschechischen Nachrichtenquellen zurückgehen, mit großem Vorbehalt aufzunehmen. Möglicherweise tun wir den tschechischen Priestern, die darin erwähnt werden, Unrecht. Wenn wir diese Nachrichten weitergeben, geschieht es nicht zuletzt aus dem Grunde, um zum Gebet für die tschechoslowakischen Glaubensbrüder anzuregen, ad tollendum oder ad praecavendum schisma. Nach menschlichem Ermessen hat der Feind in der Tschechoslowakei schwere Einbrüche erzielt. Der tschechische Episkopat unter Führung der Bischöfe Beran, Matocha und Picha hat im Gegensatz zu dem polnischen und in Nachahmung des Beispiels von Kardinal Mindszenty den Weg der Intransigenz beschritten. Man muß jetzt den Eindruck gewinnen, daß weitere Kreise des Klerus ihm die Gefolgschaft versagen. Doch erreichen uns andererseits auch zahlreiche Mitteilungen von ungebeugtem Widerstand gegen die Staatskirche. Fierlinger hat gesagt, er wolle Heinrich VIII. nachahmen. Dieses Wort allein genügt, um den Ernst der Lage zu kennzeichnen.

In Ungarn wartet man ab

Seit langem beobachtet man, daß die Kirchenverfolgung im Osten ein Ganzes darstellt, wobei die Rollen wechselnd verteilt sind. Es wurde seinerzeit davon gesprochen, daß der allgemeine Plan auf einer Funktionärkonferenz in Karlsbad unter dem Vorsitz Wyschinskis festgelegt worden ist. In Ungarn herrscht augenblicklich Ruhe. Das bedeutet natürlich nicht, daß keine Zwischenfälle vorkommen. Einer der neuesten ist die Verhaftung von 43 Theologiestudenten im Januar. Es steht außerdem wahrscheinlich wieder ein Prozeß gegen einen der bekanntesten Ordensgeistlichen bevor. Es gibt verschiedene „Reinigungsaktionen". Aber insgesamt herrscht noch jener Schwebezustand, der durch das Kirchenabkommen eingeleitet wurde. Die Lage wird gekennzeichnet durch eine Rede des Vizepremiers und Parteisekretärs Rakosi gegen Ende des vorigen Jahres. Rakosi sagte: „Während der Laufzeit des Abkommens haben wir beobachtet, daß viele es hauptsächlich als eine Gelegenheit ansehen, die schwierigen Zeiten zu überstehen. Wir merken uns das und werden nicht schlafen. Wir halten das Abkommen nach Geist und Buchstaben, aber wir sind auf der Hut. Wir lernen aus der Erfahrung. Wir werden uns durch das Abkommen nicht einschläfern lassen, so daß eines guten Tages die Reaktion, getarnt durch die Kirche, wieder zum Angriff vorgehen könnte."

Die ungarischen Bischöfe haben zu Weihnachten einen Hirtenbrief herausgegeben, der zum Gebet für den Frieden aufruft. Die Advents- und Weihnachtszeit stand im Zeichen starker Anteilnahme am kirchlichen Leben.

Frauenkloster zur Förderung byzantinischer Studien

Wie die Abtei Chevetogne bei Amay-sur-Meuse in Belgien seit 25 Jahren die von Papst Pius XI. den Benediktinern anvertraute Aufgabe übernommen hat, Mittelpunkt aller Vorarbeiten zu den Wiedervereinigungsbestrebungen mit der Ostkirche zu sein, Studien aller Art über östliche Kirche und Gläubigkeit zu betreiben, östliche Liturgie zu pflegen und Gäste aus dem Osten bei sich zu beherbergen, so hat vor kurzem auch eine Gruppe von Benediktinerinnen ein Parallelkloster gründen können. Gelehrte Ordensfrauen aus verschiedenen Ländern haben sich auf Anregung einer Schweizerin schon seit 20 Jahren auf diese Aufgabe vorbereitet und im Januar vorigen Jahres durch den Bischof von Chur, Msgr. Jelmini, die „Casa San Benedetto" in Cureglia bei Lugano zur Verfügung gestellt bekommen, in der sie ein „Centro di studi Bizantini" eingerichtet haben. Ihre

byzantinische Hauskapelle ist am 29. Januar 1950 geweiht worden. Diese Benediktinerinnen haben ihre Ausbildung in dem Chevetogne nahestehenden Benediktinerinnenkloster Ermeton-sur-Biert in Belgien erhalten. Wie in Chevetogne, werden auch in Cureglia, so meldet die Berner Zeitung „Vaterland" (27. Dez. 1950), Messe und Vesper und das ganze große Offizium unter der Assistenz der Klosterfrauen von einem Pater von Chevetogne nach altslawischem Ritus gefeiert. Auch in Cureglia beschäftigt man sich mit dem Studium der byzantinischen Liturgie und insbesondere der byzantinischen Kirchenmusik, sowie mit der Übersetzung slawischer Werke.
Zu dem Haus gehört ein Gästeflügel, in dem jedem, der sich für diese Arbeit interessiert und der zugleich einige stille Klostertage im Tessin verbringen will, Aufnahme gewährt wird.

Aus Amerika

„Brüderlichkeit in der Welt"

Präsident Truman hat auf Ersuchen des amerikanischen nationalen Rates der Christen und Juden die Woche vom 18.—25. Februar zur „Woche für Brüderlichkeit in der Welt" erklärt, in der in USA überall Veranstaltungen stattfinden sollten, die als „praktische Demonstration der Grundsätze der Brüderlichkeit" gedacht waren, welche „nichts weiter ist als die Erfüllung der Absicht Gottes, daß alle Seine Kinder wie eine Familie zusammenleben sollen". Ähnliche Organisationen in andern Ländern, die mit dem amerikanischen Rat zu der im vorigen Sommer in Paris gegründeten „World Brotherhood" zusammengeschlossen sind, haben den Gedanken einer solchen Woche ebenfalls aufgegriffen; auch in Deutschland ist sie von einigen der hier bestehenden „Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit" durchgeführt worden.
John LaFarge SJ, der frühere Herausgeber der Wochenschrift „America", begrüßt in dieser Zeitschrift (Bd. 84, Nr. 17 vom 27. 1. 1951) den Gedanken aufs wärmste, denn er entspricht einem in seiner Weihnachtsbotschaft 1947 vom Heiligen Vater ausdrücklich ausgesprochenen Wunsche, die Menschheit möge „einer harmonischeren Zukunft entgegengehen dadurch, daß sie die Mächte der Spaltung und Zwietracht durch den aufrichtigen Geist der Brüderlichkeit überwindet, der alle Klassen, Rassen und Völker mit dem einen Bande der Liebe verbindet". Er hebt besonders hervor, daß der Geist und das Programm der Veranstalter alle interkonfessionellen Kompromisse und allen religiösen Indifferentismus ausschlösse, so daß Katholiken an diesen Veranstaltungen unbesorgt teilnehmen und auf ihnen die katholische Stellungnahme zu den Fragen der öffentlichen Sittlichkeit „in einer Sprache, die alle anspricht", aussprechen könnten. Tatsächlich enthält das Statut der World Brotherhood die ausdrückliche Bestimmung, daß die Organisation „keine Kompromisse zwischen den religiösen Doktrinen anstrebt, die verschiedenen Glaubensüberzeugungen nicht auf einen Nenner zu bringen sucht, sich auf keine gemeinsamen Gottesdienste einläßt und nicht verficht, eine Religion sei so gut wie die andere".
Trotzdem sieht LaFarge sich genötigt, ein gewisses Gefühl des Unbehagens zu äußern, das durch Erinnerungen an den Mißbrauch hervorgerufen wird, der mit Begriffen wie „Weltbrüderlichkeit" früher schon öfter von Feinden der Kirche getrieben worden ist.
Er macht zunächst einmal darauf aufmerksam, daß man in der amerikanischen Atmosphäre entstandene Bewegungen nicht ohne weiteres in andere Länder übertragen könne, ohne die lehrmäßigen Überzeugungen, die ihnen zugrunde liegen, klar zu definieren. In USA, so sagt er, „bringt unser praktischer Bürgergeist Menschen verschiedenen Glaubens und verschiedener Formen der Religionsausübung bei mannigfachen öffentlichen Aufgaben zusammen, ohne daß die Gefahr dogmatischer Kompromisse entsteht. Aber die hier aus Vereinfachungsgründen angenommenen einfachen Formeln können zu erheblichen Komplikationen führen, wenn man sie etwa in Mexiko, Spanien, Italien oder Belgien anwendet."
Den einzigen Weg für die Bewegung für Brüderlichkeit in der Welt, diesen Schwierigkeiten zu entgehen, sieht er, wie gesagt, darin, klar zu definieren, worauf der erstrebte Geist der Brüderlichkeit sich begründe. „Denn Brüderlichkeit kann kein Selbstzweck sein. Brüderlichkeit um der Brüderlichkeit willen ist — wenn sie als Lehre und Grundsatz verkündet wird — nichts als sentimentaler Idealismus."
Nachdem all die Götzen, die pseudoreligiösen Ideale der Vergangenheit — des Liberalismus, des Fortschritts, der Wissenschaft usw. — zusammengebrochen sind und eine „metaphysische Angst" das Grundgefühl der Menschen geworden ist, ist es fraglich geworden, „ob wir zu einer dauernden und wirksamen Eintracht zwischen den sozialen und rassischen Gruppen nur durch den Gebrauch verschiedener sozialer Techniken unter Absehung von einer moralischen Substanz kommen können. Beständig wächst vielmehr die Überzeugung, daß alle zwischenmenschlichen Beziehungen auf klar herausgearbeiteten sittlichen und religiösen Grundsätzen beruhen müssen, wenn sie den schweren Beanspruchungen, die die Zukunft stellen wird, standhalten wollen." Daß dabei Schwierigkeiten entstehen, muß in Kauf genommen werden, „denn keine Bewegung, die mehrere Gruppen vereinen will, kann lange Bestand haben, wenn sie darauf aus ist, allen zu gefallen, selbst auch nur allen Angehörigen der Gruppen, die sie zu harmonisieren bestrebt ist. Und sie kann ihre zweifellos vortrefflichen Ziele nicht erreichen, wenn sie bloß zu einem organisierten System von Techniken des Gesprächs zwischen diesen Gruppen wird — so nützlich solche Techniken sein mögen. Es kann natürlich viel Gutes geschafft werden, wenn die Angehörigen der verschiedenen Religionsgemeinschaften die Gründe und die Möglichkeiten der Beseitigung von Spannungen und Konflikten wissenschaftlich erforschen. Aber wenn mehr als eine unschädliche therapeutische Wirkung, eine vorübergehende Besserung erzielt werden soll, müssen die Teilnehmer zu den geistigen und sittlichen Wurzeln dieser Konflikte durchstoßen, und sie müssen wissen, daß die ihre Diskussion veranstaltende Organisation sie dabei unterstützt, indem sie selber einen klaren und unzweideutigen Standpunkt gegenüber den großen Entscheidungen der Zeit einnimmt." Wo diese geistige und religiöse Basis gefunden werden kann, darauf deuten die Ermahnungen aller religiösen Führer hin, die sich der Tiefe des die Welt bewegenden Kampfes gegen die Gottlosigkeit bewußt sind.
Die Katholiken, so schließt P. LaFarge, folgen nur dem Rufe des Heiligen Vaters zu gemeinsamem Wirken aller, die an Gott und seine Gebote glauben, wenn sie in einer Bewegung für Brüderlichkeit, für eine Verbesserung menschlicher Beziehungen und Beseitigung von Konflikten

und Spannungen zwischen sozialen, rassischen und religiösen Gruppen mitarbeiten. Aber sie müssen darauf sehen, daß die geistige und religiöse Grundlage dieses Strebens nach Brüderlichkeit klar definiert und gesund ist, damit keine rein humanitären Verschwommenheiten und Verwechslungen zu neuen Verwirrungen führen und die große Entscheidung gefährden.
Diese Ausführungen P. LaFarges als Wegweiser für die Teilnahme der Katholiken an der Brüderlichkeitsbewegung erscheinen um so beachtlicher, als sie von einer so klaren amerikanischen Selbstkritik an dem optimistischen Glauben Amerikas an pädagogische und psychologische Techniken ausgehen.

Volksverbundenheit des amerikanischen Episkopats

Eine kleine Meldung einer amerikanischen Kirchenzeitung wirft ein helles Licht auf einen Zug des amerikanischen Katholizismus, den wir schon öfters hervorgehoben haben: die Volksverbundenheit des amerikanischen Episkopats wie überhaupt des amerikanischen Klerus. Als der Bischof von Syracuse das Totenamt für seine im Alter von 87 Jahren verstorbene Mutter las, nahmen daran nicht nur vier Bischöfe, 200 Geistliche und die Spitzen der städtischen Behörden von Syracuse teil, sondern vier Sonderzüge brachten Gläubige aus allen Teilen der Diözese. Der Charakter der Familienhaftigkeit im Zusammengehörigkeitsgefühl von Hierarchie und Volk könnte nicht schöner und ergreifender zum Ausdruck kommen. Er ist freilich nur möglich durch die relative Kleinheit der Bistümer, die es dem Bischof erlaubt, wirklich als Hirte mit allen Gliedern seiner Herde verbunden zu sein.

Jugend im Militärdienst

„America", die Wochenschrift der amerikanischen Jesuiten, enthält eine Betrachtung über die Notwendigkeit, die 18-Jährigen unter der neuen Wehrdienstgesetzgebung zur militärischen Ausbildung heranzuziehen, um die amerikanischen Streitkräfte bis Mitte des Jahres auf die für erforderlich gehaltene Stärke von 3,46 Millionen Mann zu bringen, und fragt, wie sich die Berufs- und Collegeausbildung der amerikanischen Jugend mit diesem Programm vereinen lasse.
Etwa zur gleichen Zeit berichtet der englische „Catholic Herald" von den ernsten Bedenken, die von den Militärseelsorgern gegen die Heranziehung junger Menschen von 18—20 Jahren zum Dienst in den Besatzungsarmeen in Europa oder in Japan vorgebracht werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß sie den Versuchungen, denen sie als Besatzungssoldaten ausgesetzt sind, in keiner Weise gewachsen sind. Die Straffälligkeit ist gerade bei dieser Altersklasse am größten. Trotz aller erzieherischen Bemühungen ist ein Eingreifen der Vorgesetzten in ihre Lebensführung angesichts der Vielzahl der Verführungen weithin unwirksam, wirksam wird es meist erst, wenn sie straffällig im Sinne des Militärgesetzbuches geworden sind. Es wird die Forderung erhoben, nur ältere Soldaten zum Besatzungsdienst heranzuziehen.

Die Lage des Katholizismus in Guatemala

Bekanntlich ist der Priestermangel das große Übel, unter dem alle lateinamerikanischen Staaten leiden. Es ist aber nicht so, daß es überall nur an dem Glaubenseifer der katholischen Bevölkerung fehlt, um Priesterberufe hervorzubringen, oder daß der bloße Mangel an religiöser Unterweisung das Volk in seinem religiösen Leben erstarren und verkümmern ließe. In den verschiedensten mittel- und südamerikanischen Staaten herrscht auch in der regierenden Schicht eine ausgesprochene Feindschaft gegen Religion und Kirche. Nicht der Kommunismus allein ist der Feind des Glaubens, sondern eine fast ebenso heftige, wenn auch vielleicht weniger grausame Bekämpfung erfährt er von seiten der Freimaurer und Freidenker. Ein Beispiel dafür bieten die Zustände in Guatemala.

Der Priestermangel

Dieses Land hat die größte Bevölkerungszahl unter den sechs Republiken Zentralamerikas, nämlich 3 717 000 Einwohner. Von diesen sind, wie der Internationale Fidesdienst am 25. November 1950 mitteilte, 98,4 % katholisch. Im ganzen Lande gibt es nur 60 000 Protestanten. Zwei Drittel der Gesamtbevölkerung sind Vollblutindianer; sie sind aber alle getauft, so daß es keine Heiden mehr zu bekehren gibt, das ganze Land als katholisch betrachtet werden kann und auch schon von alters her eine katholische Hierarchie besitzt. In diesem Lande nun ist der Priestermangel ganz ungeheuer. Für die 3½ Millionen Katholiken existieren nur 149 Priester; es wären also noch ungefähr 3 000 Priester nötig, um den Bedürfnissen einigermaßen gerecht zu werden. Doch selbst von diesen 149 Priestern sind nicht alle in der Seelsorge beschäftigt, da die Kollegien, Seminare, Hospitäler usw. viele der für das Apostolat geeigneten Kräfte verschlingen. Dazu kommt noch Krankheit und Überalterung bei vielen. So ist der tatsächliche Zustand der, daß manche Priester für 80 000 Seelen zu sorgen haben, die in einem Gebiet von 120 Kilometern im Umkreis leben. Solche Priester verbringen ihr Leben mit Reisen im Gebirge. Sie besuchen ihre Gläubigen einmal im Monat und müssen sich auf die elementarste Seelsorge beschränken, d. h. auf Taufen, Beichthören und Versehung der Sterbenden, wenn sie gerade in der Nähe sind.
Von den eben erwähnten 149 Priestern stammt aber nur ein kleiner Bruchteil aus Guatemala selbst; mehr als die Hälfte sind Fremde. Guatemala hat keine Priesterberufe unter seiner Jugend. Die Erzdiözese und die zwei Diözesen des Landes (Guatemala, Quezaltenango und Vera Paz) haben gegenwärtig insgesamt nur 33 Kandidaten für das Priesteramt.

Auflösung der Familie, laizistische Schule

Eine Hauptursache dieses Mangels an Priesterberufen ist die Auflösung der Familie. In Guatemala besteht die Zivilehe, kirchliche Trauungen dürfen nicht vor der Zivilrauung vorgenommen werden. Bei der geringen religiösen Unterweisung und dem seltenen Auftauchen des Priesters begnügen sich die meisten mit der bürgerlichen Trauung. Außerdem gilt ein dreijähriges Zusammenleben auch ohne bürgerliche Trauung als Ehe, so daß solche Paare auch rechtlich als verehelicht anerkannt werden, wenn sie Zeugen für ihr Zusammenleben beibringen können. Die Folge davon ist, daß die Zahl der unehelichen Kinder ins Ungemessene steigt. Die illegitimen Kinder genießen dieselben Rechte wie die legitimen. Das hat aber für die Priesterberufe die furchtbare Folge, daß ein großer Teil der jungen Leute im Land durch ihre unglückliche Geburt für die Priesterweihe einem doppelten Hindernis begegnet: dem kanonischen und auch einem psychologischen;

denn sie entbehren die unersetzliche Erziehung in einer katholischen Familie. Außerdem erhalten auch die meisten Kinder in Guatemala keine religiöse Erziehung durch die Schule. Entweder werden sie nicht zur Schule geschickt, oder es besteht keine Schule in erreichbarer Nähe, oder wenn sie schon eine Schule besuchen, so ist die Erziehung darin antireligiös. Nach der neuesten Statistik besuchen 282766 Kinder im schulpflichtigen Alter in Guatemala keine Schule. In den staatlichen Schulen werden 195484 erzogen. Die in diesen Staatsschulen unterrichteten Kinder erhalten eine rein laizistische Bildung. Die Laienschule existiert schon seit 70 Jahren in Guatemala und wurde durch die Verfassung von 1945 neuerlich anerkannt. Wie in den kommunistischen Ländern begnügt sich die Staatsschule nicht mit dem Ausschluß der Religion vom Unterricht, sondern sie bekämpft sie aktiv.

Ausnahmegesetze für Priester und Kirche

Äußerst schwierig ist auch die Stellung des Priesters vor dem Gesetz. Das gesamte künstlerische Erbe der Nation, das auf dem Boden und zum Nutzen der Kirche entstanden war, ist vom Staat zum staatlichen Eigentum erklärt worden. Die Kirche dagegen ist nicht mehr besitzfähig. Daher leben alle religiösen Gemeinschaften in äußerster Armut. Einige von ihnen, wie die Dominikaner und Franziskaner, sind auf einem winzigen Raum zusammengepfercht, während sich neben ihnen die stolzen Gebäude der Regierung auf dem Grund erheben, der ehemals ihnen gehört hat.

Der Priester ist in Guatemala schweren Ausnahmebestimmungen unterworfen. Daß er nur das aktive, nicht das passive Wahlrecht hat und kein ziviles Amt bekleiden darf, wäre nicht weiter schlimm. Aber jedes Eingreifen seinerseits in soziale oder Arbeitsfragen wird mit schärfsten Strafen belegt. Dadurch werden einerseits seiner Tätigkeit enge Grenzen gezogen, und andererseits wird auch sein Ansehen untergraben. Einwanderungsgesetze verbieten katholischen Priestern die Einreise nach Guatemala, während protestantischen Pastoren dieser Weg offen steht. Auch das ist ein schwerer Schlag für die katholische Kirche in diesem Land; denn die fremden Priester waren bisher die einzigen, die die gewaltigen Lücken in der Seelsorge ausfüllen, die einzigen, die sich der Heranbildung eines nationalen Klerus widmen konnten. So bleibt nur zu hoffen, daß der durch die letzte Revolution ans Ruder gekommene neue Präsident von Guatemala den religiösen Bedürfnissen eines katholisch getauften und seiner Anlage nach tief religiösen Volkes mehr Verständnis entgegenbringen wird.

Chilenische Probleme

Die soziale und geistige Struktur Chiles nimmt durchaus an den Spannungen teil, die wir in allen lateinamerikanischen Staaten sehen, obwohl jede auch wieder ihre eigenen Züge hat, die auf dem Verhältnis zwischen indianischer Urbevölkerung und Einwanderern, auf der Herkunft der Eroberer aus Spanien oder Portugal, auf den geographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes, auf Klima und Bevölkerungsdichte und dergleichen beruhen. Die spanische Eroberschicht in Chile hat den katholischen Glauben in das Land mitgebracht, auch die nur noch spärliche indianische Bevölkerung ist fast durchweg getauft. Aber die Macht der Kirche über die Herzen ist schon lange nicht mehr unbestritten, und der Priestermangel läßt vor allem die Landbevölkerung fast ohne Seelsorge. Ein beträchtlicher Teil der herrschenden Schicht gehört der Freimaurerloge an, während sich innerhalb der kirchentreuen Schichten eine heftige Spannung zwischen konservativen und sozial fortschrittlichen Kräften herausgebildet hat. Darüber hat die Herder-Korrespondenz bereits früher berichtet (Jhg. 4, S. 409).

Kampf zwischen Kirche und Freimaurertum

Anläßlich eines Kampfes in der Nationalversammlung über die Einführung des Religionsunterrichts als Pflichtfach in den chilenischen Staatsschulen hat sich im September vorigen Jahres gezeigt, daß die chilenische Freimaurerloge mit allen Mitteln gegen Religion und Kirche vorzugehen entschlossen ist. „El Diario Ilustrado", eine der Tageszeitungen von Santiago de Chile, hat zur Zeit dieses Schulkampfes ein freimaurerisches Dokument vom April 1950 veröffentlicht, das sich an die freimaurerische Lehrerschaft richtete. In diesem wurden die Mitglieder der Loge daran erinnert, daß sie sich im Dienste eines Apostolats zu betrachten haben, das sich gegen die Kirche richte. Es sei ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihre Frauen und Kinder nicht in die katholische Kirche gingen noch ihre Kinder die katholische Schule besuchten. Die Erziehung habe auf laizistischer Basis zu erfolgen, und der Geist des Laizismus sei ebenso beim Heer wie in allen öffentlichen Akten der Regierung durchzusetzen. Zu diesem Zweck hat die Große Loge von Chile einen eigenen Zweig organisiert, der sich „Laizismus und antiklerikaler Kampf" nennt.

Inzwischen ist das Gesetz zur Einführung des Religionsunterrichts als Pflichtfach an den chilenischen Staatsschulen von der Nationalversammlung angenommen worden. Die Freimaurer haben aber ihren Kampf gegen die Kirche darum keineswegs aufgegeben. Ihre Ziele sind: gesetzliche Einführung der Ehescheidung, Gleichheit der ehelichen und unehelichen Kinder vor dem Gesetz, Besteuerung aller kirchlichen Gruppen und Abschaffung eines Gesetzes von 1934, das den „weiblichen Katecheten" das Recht gibt, Religionsunterricht an den Volksschulen zu erteilen.

Unter den katholischen Gruppen des Landes hat vor allem die Katholische Aktion die Auseinandersetzung mit den freimaurerischen Kreisen aufgenommen. Sie wehrt sich gegen die Behauptung, die Kirche erstrebe eine Vorzugsposition, eine Machtstellung im Lande. In Chile besteht zwar Trennung von Kirche und Staat; aber da fast 100% der Bevölkerung katholisch sei, sei es keine Frage der Bevorzugung, sondern der Gerechtigkeit, wenn diese für ihre Kinder in den Schulen pflichtmäßigen Religionsunterricht verlangte; eine Klausel sorge zudem auch dafür, daß auf besonderen Wunsch der Eltern einzelne Kinder von diesem Unterricht dispensiert werden können.

Die sozialen Spannungen im chilenischen Katholizismus

Während die katholischen Kreise nach außen diesen Kampf gegen einen christentumsfeindlichen Geist zu führen haben, besteht in ihren eigenen Reihen der Gegensatz zwischen der konservativen Gruppe und jenen Katholiken, die sich der sozialen Probleme der Gegenwart bewußt sind, fort. Diese Spannung wurde so stark, daß sie im vorigen Frühjahr zu einem warnenden Brief des päpstlichen Staatssekretariats an Kardinal Caro Rodriguez, den Primas von Chile, und im Anschluß daran zu einem

Hirtenbrief des gesamten chilenischen Episkopats führten. Beide Mahnungen haben nicht die erwartete Wirkung gehabt. Die Streitigkeiten dauern unvermindert fort, so daß der Episkopat Anfang Dezember erneut in einem Hirtenbrief darüber Klage führen mußte, wie sehr die Grundtugend der Christen, die Liebe, bei ihnen vernachlässigt werde und daß die erbitterten politischen Auseinandersetzungen unter den chilenischen Katholiken nur den Feinden der Kirche zugute kommen könnten. Die Bischöfe mahnten dringend, man möge die politischen Differenzen begraben und sich auf der Linie der christlichen sozialen Grundsätze, auf die sich allerdings beide Parteien berufen, einigen.

Die Arbeiterfrage in Chile

Das Problem, um das es dabei geht, ist die Arbeiterfrage, die in Chile einen sehr düsteren Aspekt hat. In allen lateinamerikanischen Ländern ist ja der Gegensatz zwischen einer kleinen Schicht Begüterter und der Masse eines in extremer Armut lebenden Volkes so kraß, wie wir es uns in unseren westlichen Ländern kaum vorstellen können. Der Kommunismus hat es leicht, bei dieser armen Bevölkerung Anhang zu finden; er wächst schnell und ist bereits eine ernste Gefahr geworden. Unter diesen Umständen war es die äußerste Zeit, daß vor vier Jahren in Chile eine christliche Arbeiterbewegung nach europäischem Vorbild, vor allem die Organisation der Christlichen Arbeiterjugend JOC gegründet wurde. Der Episkopat, voran Kardinal Caro von Santiago, fördert sie nach Kräften. Sie hat denn auch in den vier Jahren ihres Bestehens einen kräftigen Aufschwung genommen. Die Bischöfe haben der katholischen Arbeiterbewegung eine Anzahl Priester zur Verfügung gestellt, und seit zwei Jahren hat der Kardinal einen kanadischen Priester gewonnen, der Spezialist in der Organisation und geistigen Fundierung des Arbeiterapostolats ist.

Bei der mangelhaften Vorbereitung der chilenischen Arbeiterjugend, die, wie überall in Lateinamerika, zum großen Teil aufs Konto des unzureichenden Religionsunterrichts infolge des Priestermangels zu setzen ist, hatte die JOC es anfangs nicht leicht. Doch ist sie nun so weit, daß sie sich im vorigen Jahr am 1. Mai zum erstenmal der Öffentlichkeit in einer Vollversammlung präsentieren konnte, in der sie diesem internationalen „Tag der Arbeit" einen christlichen Sinn zu geben bemüht war und zugleich ihr nächstes Ziel vor die Öffentlichkeit stellte: dem Land eine bessere Arbeitergesetzgebung zu verschaffen.

Die chilenische JOC zählt heute in Santiago, wo sie zuerst entstand, 50 Pfarrgruppen. Sie ist in 10 chilenischen Diözesen eingeführt. Sie ist selbst in die Salpeterbergwerke der öden chilenischen Pampa vorgedrungen. Nach dem Vorbild des Dienstes in Kanada will sie jetzt auch in Chile eine Ehevorbereitung organisieren (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 206/207). Für ein Land wie Chile muß es auch bereits als ein sehr gewichtiges Zeichen angesehen werden, daß die JOC in den vier Jahren ihres Bestehens schon fünf Priesterberufe geweckt hat.

Christlich-soziale Tendenzen in Cuba

Eine der verheißungsvollsten Werdestätten des neuen sozialen Denkens in Lateinamerika, insoweit es von der angelsächsischen Initiativkraft angeregt wurde, ist die große Insel Cuba. Schon seit dem Wirken des heiligen Antonio Maria Claret als Erzbischof von Habana im vergangenen Jahrhundert (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 5, S. 145 f.) weist dieses Land blühende katholische Organisationen auf, die auch in der Zeit des herrschenden Liberalismus den Glauben hochhielten und in unserem Jahrhundert Kälte und Ferne gegenüber der Religion überwanden.

„Democracia social cristiana"

Eine für das christliche Leben außerordentlich vielversprechende Gemeinschaft ist die seit 1941 sich ganz allmählich festigende und wachsende „Democracia social cristiana" (DSC). Der Anstoß ging von den Studenten der Universität Habana aus. Auch Männer der Marianischen Kongregation spürten die soziale Verpflichtung. Aus der A. C. U. (Agrupación Católica Universitaria) wurde allmählich dann eine mächtige Bewegung, die aus allen katholischen Verbänden Anhang gewann und das anfangs ihnen gegenüber bestehende Mißtrauen überwand. Die ersten Schriften der DSC beweisen deutlich, wie die Beispiele genossenschaftlicher Selbsthilfe Finnlands, Dänemarks, Schwedens, der Schweiz und besonders des französisch-katholischen Kanada, der Provinz Quebec, Schule machten, so daß „eine jener langsamen Bewegungen entstand, die mit dem 19. Jahrhundert wirtschaftlich und sozial Schluß machen werden". 1945 gab es 1 Million Genossenschaften und 161 Millionen Genossenschaftler in der Welt. Die christliche Fundierung, die sich bei den nordamerikanischen Franzosen als so vorteilhaft erwiesen hatte, formulierte dann das bedeutende Buch Pfarrer Coadys: „Les maîtres de leur destin", in dem die politische Demokratie auf die wirtschaftliche gegründet wurde. Das Cuba der „Christlich-sozialen Demokratie" wurde für würdig befunden, 1946 die zweite Tagung der „Interamerikanischen Seminare für soziale Studien" aufzunehmen, an der sich doppelt so viele Nationen wie vier Jahre vorher bei der ersten Tagung in Washington beteiligten, nämlich 29 mit 87 Delegierten (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 1, H. 1, S. 39 ff.). Es war keine offizielle Konferenz, sondern ein Treffen der katholischen sozialen Aktivisten Amerikas und Europas (außer Deutschland und Italien), bei dem landwirtschaftliche, arbeitsorganisatorische, rassische und völkische Fragen behandelt wurden. Aus der Schlußresolution sei der Satz hervorgehoben: „Die verschiedenen Genossenschaftsformen für Kredit, Einkauf, Verbrauch und Erzeugung sind zu fördern, weil so der kleine Landbesitz begünstigt wird. Gleichzeitig ist auf eine umfassende Ausbildung des Bauern besonderer Wert zu legen, um ihn für die Erfüllung seiner Pflichten auszurüsten. Falls die landwirtschaftliche Erzeugung die Bearbeitung größerer Flächen erfordert, ist der genossenschaftliche Landbesitz empfehlenswert."

Ausweitung auf den Mittelstand

Aus der Zusammenarbeit von Studenten und Arbeitern, aus den Reden, den Flugblättern und der Werbetätigkeit der Monatsschrift „Justicia Social Cristiana" entwickelte sich als fester Niederschlag nach zwei weiteren Jahren das Sekretariat der DSC, eine ständige, aktive, energische Informations- und Organisationszentrale, die immer wieder einhämmert: „Wir sind keine Gewerkschaft . . keine politische Organisation . . wir kämpfen friedlich . . sind gegen den Klassenhaß . . wollen den sozialen Frieden und allgemeine Wohlfahrt durch Verchristlichung des Lebens in Cuba." Der Organismus wurde allmählich größer, aber

auch schwerfälliger, und die Einordnung neuer Kräfte kostete Zeit und Kraft. Dennoch durfte P. Foyaca SJ, der Initiator der DSC-Bewegung, 1948 sagen, daß die Hierarchie seines Landes samt dem päpstlichen Nuntius hinter diesem sozialen Aufbruch stehe. Die DSC wandte sich dann auch in der Einsicht, daß für den Arbeiter im allgemeinen mehr gedacht und geplant werde als für den im modernen Konkurrenzkampf vereinsamten Mittelstand, an diesen und sammelte die Einzelgänger dieser Gruppe. Diese neueste Aufgabe brachte allerorts neue Anhänger; dem Generalsekretariat gliederten sich lebendige Ortsgruppen an. Im gleichen Jahr 1948 gab P. Foyaca unter dem Titel „Democracia social cristiana" seine gesammelten Reden, Vorträge und Aufsätze heraus, die über Habana und Cuba hinaus eine Rüstkammer des modernen sozialen Gedankens christlicher Demokraten in Lateinamerika enthalten; sie sind mehr als nur ein Zeitdokument, nämlich eine echte Kraftquelle für alle, die wissen, daß der Christ nicht auf die Gnade des Staates warten darf, um den sozialen Nöten der Gegenwart entgegenzutreten, sondern vom kleinen Kreis aus das große Ganze erneuern muß.

Aus den Missionen

Um einen starken Glauben der Christen in China
Missionsgebetsintention für April 1951

Die Bestrebungen der rotchinesischen Regierung gehen offenbar nicht nur dahin, die christlichen Kirchen als „Teil des kapitalistischen Systems" mit diesem zum Verschwinden zu bringen. Sie versuchen schon im jetzigen Stadium der Entwicklung, die Kirche „gleichzuschalten", um auch von innen ihre Auflösung vorzubereiten. Die Methoden des Kreml in den Satellitenstaaten des europäischen Ostens machen in China Schule. Wir berichten darüber an anderer Stelle S. 293 f. 306. Nationale Kirchen, denen jede Verbindung mit Rom und der Welt genommen ist, sind das Ziel. Es wird von der Glaubenstiefe und der Einsicht der Christen in den Sinn des raffinierten Spieles abhängen, ob wenigstens das Gros der Christen gerettet und mit den christlichen Kirchen der Welt in Verbindung gehalten werden kann. Schon einmal wurde eine christliche Kirche in China zum Erlöschen gebracht, die schismatische nestorianische Kirche während der T'ang-Dynastie. Was damals infolge der ungeheueren Entfernung der chinesischen Kirche von ihrer Mutterkirche in Persien wie ein Naturprozeß vor sich ging, soll diesmal mit künstlichen Mitteln von außen versucht werden. Aus vielfachen Gründen hat dieser Plan keine großen Aussichten, verwirklicht zu werden, zumal angesichts des immer stärkeren Aneinanderwachsens der Völker.

Manche Anpassungstheoretiker haben vor der kommunistischen Machtergreifung die Zukunft der Kirche Chinas von der Umgestaltung ihrer äußeren Struktur im Sinne einer stärkeren Sinisierung der Formen abhängig machen zu müssen geglaubt. Nehmen wir an, wir hätten heute eine chinesische Kirche mit vollkommen chinesischem Kulturausdruck, etwa nach Art der unierten Kirchen des Ostens. Würde ein solcher Tatbestand die Gleichschaltung dieser Kirche nicht eher erleichtert als erschwert haben? Das Ziel der Kirche bleibt selbstverständlich die Einsenkung des christlichen Glaubens in die Kultur des chinesischen Volkes, ja die Vermählung mit dieser Kultur, und wir müssen mit dem verstorbenen Benediktinerabt Lu Tseng-tsiang sagen, daß die Kirche Chinas leider noch immer ein zu westliches Gesicht hat. Vielleicht wird es sich in naher Zukunft zeigen, daß die Verzögerung der restlosen Anpassung in China doch einen sehr providentiellen Sinn hatte. Einem Gegner wie dem Kommunismus gegenüber ist es im Grunde wenig belangreich, ob die Kirche Chinas in ihrem Kulturausdruck noch Züge ihrer westlichen Mutterkirchen trägt oder nicht: sie wird auf alle Fälle verfolgt werden.

Das Grundproblem in China ist also nicht die Sinisierung des Kulturausdrucks der Kirche, sondern die Vertiefung des Glaubenslebens. Der Glaube ist aber in seiner Fülle nicht wirklich eingesenkt, wenn er nicht apostolisch, sich selbst ausbreitend, wirkt. China wird nie bloß durch eine Handvoll von Priestern, Schwestern und Katechisten bekehrt werden. Die Kirche muß organisch wachsen durch das Laienapostolat, auch in der Verfolgung, selbst wenn die äußeren Einrichtungen der Mission vernichtet und die Seelsorge weitgehend unmöglich gemacht wird.

Das Organ der Priester Chinas, das in Hongkong erscheinende „China Missionary Bulletin", hat in den letzten beiden Jahren aus allen Diözesen Nachrichten über das religiöse Leben gebracht. Das gebotene Bild ist nicht einheitlich. (Vgl. den Bericht in unserm Januar/Februarheft S. 200.) In vielen, meist städtischen Gemeinden Mittel- und Südchinas, wo der Kommunismus sich später als im Norden einrichtete, erlebt man ein Aufblühen des Glaubenslebens, ein neues Erwachen des Apostolatsgeistes, einen großen Bekennermut, einen sehr starken Besuch der Gottesdienste an den Hauptfesten des Kirchenjahres, eine Wiederbeteiligung vieler abständiger Katholiken am kirchlichen Leben und ein Anwachsen der Konversionen. Die Redaktion der Zeitschrift erklärte unter dem Eindruck gleichlautender optimistischer Nachrichten aus 30 Diözesen: „Liegt die Kirche Chinas im Sterben? Nach den Berichten der Missionschronik offenbar nicht! Nein, sie lebt intensiv. Sie kämpft, und zwar glänzend. Die Zukunft . . . ist Gottes Sache."

Gegen Mitte des Vorjahres meldete sich dann eine Opposition gegen die optimistischen Nachrichten der Zeitschrift aus den Reihen der Missionare selbst an. Die nun anhebende Diskussion ergab, daß die guten Nachrichten durchaus keine Fiktion waren. Die Zeitschrift mußte indes zugeben, daß sie einige traurige Nachrichten hie und da nicht brachte, weil sie gewisse Personen oder die Stellung der örtlichen Kirche gegenüber den kommunistischen Machthabern gefährden konnten. Anderseits wurde klargestellt, daß im Norden die Verhältnisse infolge fast völliger Unterdrückung des kirchlichen Lebens stellenweise trostlos sind, daß in den Städten weitaus größere Freiheit als auf dem Lande herrscht, daß schließlich die Zahl der Abfälle nicht größer ist als sonst heutzutage bei allgemeinen Verfolgungen der Kirche. Das flache Land, wo die Christen stellenweise isoliert und auf weite Räume verteilt leben, ist durch Spitzelei, Druck, Schikanen, Überwachungen am meisten gefährdet. In den Städten haben sich viele vom Lande vertriebene Priester angesammelt und stärken so die wachsenden Kräfte, die sich dem in China so lange vernachlässigten Gebildetenapostolat widmeten. Die gebildeten Heiden sind durch das Einfluten des gottlosen Materialismus vielfach sehender geworden für spirituelle Werte und bewundern den tapferen Kampf der Kirche.

Mittel, die Abtrünnigen zurückzugewinnen, gibt es außer der Gnade Gottes heute in China keine. Besonders jene, die einmal in die Fänge der kommunistischen Partei geraten sind, befinden sich in furchtbarer Lage, wenn sie zur Kirche zurückkehren wollen. Sie werden an sich schon dauernd bespitzelt und riskieren beim Austritt aus der Partei den Verlust von Besitz, Arbeit und Brot.

In vielen Gebieten hat durch die Verfolgung die selbständige Laienaktion für die Kirche erstmalig in der Geschichte voll eingesetzt. Während das Leben und die Entwicklung der Christengemeinden früher hauptsächlich auf dem Missionar ruhte, verbergen und beherbergen die Laien heute die Priester und versuchen sich erfolgreich im Apostolat von Mensch zu Mensch, wo der Priester durch Beschränkungen und Ausgehverbote gehindert ist. Die Katholische Aktion in ihrem wahren Sinn, mit der legitimierten Unabhängigkeit der Laien, die ihre eigene Aufgabe sehen, gewinnt jetzt in der Verfolgung erstmalig ihre wahre Gestalt. Die Christen betrachten sich heute im Leben draußen in vielen Teilen Chinas als die Erstverantwortlichen des Apostolats. Das ist ein großer Gewinn.

Beunruhigend ist natürlich die wachsende Zahl der Katholiken, die durch die Verhältnisse der Seelsorge entgleiten. Schon vor der kommunistischen Herrschaft beklagte die Kirche mehr Verluste durch nicht mehr erfaßte Abwanderer als Gewinne durch Konvertiten. Im Augenblick, wo das Seelsorgsnetz so stark zerrissen ist, verschärfen sich diese Schwierigkeiten. Schließlich ist der Faktor Zeit für die verfolgte Kirche Chinas die stärkste Bedrohung in Richtung auf eine Erschlaffung des religiösen Lebens. Besonders die Jugend, auf die täglich die suggestive Kraft der materialistischen Schlagworte niederprasselt, ist gefährdet.

Ist so einerseits ein langsames religiöses Ausbluten der Kirche Chinas und ein Rückgang ihrer Bekennerzahl zu fürchten, so liegt anderseits eine große Möglichkeit für die Kirche in dem Erwachen des religiösen Empfindens bei vielen Heiden, die plötzlich in der Kirche eine rettende Kraft gegen die Welle des Materialismus empfinden. In diesem Sinne konnte einer der Herausgeber von China Missionary Bulletin schreiben, es sei heute günstige Zeit, die revolutionierende Lehre des Evangeliums vorzustellen. Das Volk war unzufrieden mit den alten Idealen und dem alten Regime. Manche, die die neue Herrschaft verkosteten, sind mit dieser ebenfalls unzufrieden. Selbst die Begeisterung der Jugend hat sich vielerorts unter den Enttäuschungen unverwirklichter Ideale abgekühlt. „So ist vielleicht trotz des düsteren irdischen Ausblicks diese Zeit, religiös gesehen, der lichtvollste Augenblick in der Geschichte der chinesischen Kirche."

Hoffnungen und Sorgen der Kirche in Indien

Das Studienkomitee der indischen katholischen Bischofskonferenz, das vom 13. bis 17. Januar tagte, hat eine Botschaft an die indische Regierung gerichtet, in der die positiven wie die besorgniserregenden Aspekte der Entwicklung der Kirche in Indien dargelegt werden. Die Bischöfe danken zunächst der indischen Regierung für die verfassungsmäßige Erklärung der religiösen Freiheit und Erziehung. Sie habe unter den Katholiken Indiens das Gefühl sicheren Vertrauens erweckt, daß ihren berechtigten Ansprüchen stattgegeben werde. Die Bischöfe drücken vor allem dem Präsidenten und Premierminister Indiens ihren Dank aus für seine Erklärung, daß nach der indischen Verfassung alle wirtschaftlichen und erzieherischen Erleichterungen zu Gunsten der zurückgebliebenen Kasten ohne Rücksicht auf die religiöse Zugehörigkeit gewährt werden würden.

Gleichzeitig drücken aber die Bischöfe ihre Besorgnis über die zunehmenden Angriffe von Staatsregierungen auf die Freiheit und Selbständigkeit konfessioneller Schulen aus, wobei sie besonders auf die Politik der Regierung von Travancore-Cochin hinweisen, wo ja schon seit längerer Zeit ein Schulkampf im Gang ist (vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg., Heft 1, S. 13). Neuerdings verlangt die Regierung dort, daß 80 Prozent der bei den freien Schulen eingehenden Schulgelder an den Staat abgeführt werden und daß in den subventionierten Schulen nur Lehrer ernannt werden, die auf einer der Regierung vorher vorgelegten Liste stehen. Die Bischöfe betrachten die Beschränkungen als Verstoß gegen die Verfassung und stellen der katholischen Hierarchie von Travancore-Cochin ihre Unterstützung im Kampf um die gesetzmäßigen Rechte der Privatschulen und die Freiheit der katholischen Erziehungsinstitute in Aussicht.

Daß bei der religiösen Struktur Indiens die Durchführung der Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse immer wieder auf Schwierigkeiten stößt und eine erhöhte Wachsamkeit der Kirchenführer erfordert, zeigt auch eine Resolution der Jahresversammlung der indischen Katholischen Union, die am 6. und 7. Januar in Mangalore stattfand. In dieser Resolution wird die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Tatsache gelenkt, daß gewisse Klauseln in dem Gesetzesantrag eines künftigen Hindugesetzbuches den Eltern das natürliche Recht auf die Erziehung ihrer Kinder nehmen möchten, wenn diese Eltern sich vom Hinduismus ab- und einer anderen Religion zuwenden.

Die Mission de Paris geht in die Mission

Es darf als eine aufsehenerregende Nachricht bezeichnet werden, daß die Mission de Paris ein erstes Mitglied nach Ägypten entsandt hat, um in diesem Lande eine ähnliche Einrichtung ins Leben zu rufen. Es ist der Grundgedanke der Mission de Paris, daß der Missionar, auch wenn er Priester ist, das Milieu und möglichst sogar den Beruf derjenigen Menschen teilen müsse, die er bekehren will, daß er also z. B. als Arbeiter unter die Arbeiter gehen soll. Es ist wichtig, zu vermerken, daß das Apostolische Vikariat von Ägypten sich diese Auffassung aneignete, indem es den Priester Jean P. Mahieu von Paris nach Alexandria rief. Er hat seine Tätigkeit unter den Arbeitern dieser Stadt bereits aufgenommen.

Filmvorstellungen für die Eingeborenen Rhodesias

In seinem Siegeszug über die ganze Erde hat das Kino auch in allen größeren Städten Afrikas Einzug gehalten. Es wird von den Schwarzen eifrig besucht. Der Internationale Fidesdienst (24. 2. 51) berichtet sehr anschaulich, wie diese einfachen Gemüter auf den Film reagieren: Gefahren und Nutzmöglichkeiten sind ganz ähnlich wie bei Kindern. Als Beispiel für diese Entwicklung wird der in Nordrhodesia gelegene Minenbezirk Copperbelt angeführt, wo jede Außensiedlung und jeder Stadtteil sein

eigenes Lichtspieltheater, für gewöhnlich im Freien, hat. All die Tausende afrikanischer Minenarbeiter und ihre Familien in den Außensiedlungen und die afrikanischen Stadtarbeiter, die in den ihnen zugeteilten Stadtbezirken wohnen, können wöchentlich einmal eine Filmvorführung sehen, und das zu dem sehr erschwinglichen Preis von drei Pence für Erwachsene und einem Penny für Kinder. Die im Programm vorgesehenen Filme werden in Lusak zensuriert und treten dann ihren Weg durch Rhodesia an. Programmäßig beginnt man mit einem Zeichentrickfilm, es folgt die Wochenschau mit dem afrikanischen, eigentlich südafrikanischen Spiegel und den englischen Weltnachrichten. Nach einem meist komischen Kurzfilm kommt der Hauptschlager, ein Wildwest- oder Cowboy-Film.

Was gefällt dem schwarzen Publikum?

Um die Mentalität des Schwarzen kennen zu lernen, gibt es kein besseres Mittel, als ihn zu beobachten, wie er im Verlauf einer Kino-Abendvorstellung reagiert. Was die Technik des Films angeht, ist er wie ein Kind; er hat keine Idee von Kulissen, vom Hintergrund des Filmwerks; die bewußte Täuschung kann er nicht durchschauen, für ihn ist alles Wirklichkeit. Wenn er eine Micky Maus oder Donald Duck sieht, glaubt er, Amerika sei ein Land, wo die Mäuse tanzen und die Enten sprechen. Das ist umsomehr verständlich, da der rhodesianische Eingeborene — wie übrigens auch andere Afrikaner — in seinen zahlreichen Märchen oder Fabeln mit Vorliebe gerade die Tierwelt sprechen läßt. Da es sich in der Wochenschau um Personen oder Ereignisse handelt, von denen er nichts weiß, so fehlt ihm auch das Interesse daran; es müßte denn sein, daß ein Schwarzer an einem Hundertmeterlauf teilnimmt oder daß ein Fußballkampf ausgetragen wird; in diesem Fall gibt es Momente stürmischer Begeisterung, gleichviel was für Mannschaften auf dem Spielfeld stehen. Wenn die folgende komische Darstellung Bewegung und Leben zeigt, hat sie sicherlich großen Erfolg. Dasselbe läßt sich durchaus nicht von den sogenannten musikalischen Komödien sagen, in denen sich ein halbnacktes Ensemble etwa in „boogie-woogie" austobt. Solchen Aufführungen gegenüber ist der Schwarze, auch wenn er geradewegs aus dem Busch kommt, kein Kind. Durch sarkastisches Lachen und Hu-Hu-Zwischenrufe gibt er zu verstehen, daß er es für Unrecht hält, wenn man seine Tänze nachäfft, die für ihn etwas Ernsthaftes, ja Heiliges sind, wo jede Geste einen tiefen Sinn hat, der seine Seele ganz gefangen nimmt. Man leistet ihm den denkbar schlechtesten Dienst, wenn man ihm solche Dinge vorsetzt. Ganz sicher haben solche Filme, auch wenn sie noch so kurz sind, die Wirkung, den Weißen in den Augen des Schwarzen herabzusetzen. Diese Gefahr ist um so größer, als der Eingeborene auch hier nicht die Fiktion durchschaut, sondern alles für bare Münze nimmt.

Höhepunkt: der Wildwestfilm

Der Wildwestfilm bedeutet den Höhepunkt des ganzen Abends, er ist im Grunde die einzige Filmhandlung, die den Neger interessiert. Und warum? Weil er ihn versteht. Die Handlung ist einfach, komplizierte Dialoge gibt es nicht. Da ist die unendliche Weite der Prärie, da ist Bewegung und Kampf ums Leben — mit einem Wort, alles kommt nahe an seine eigenen Lebensbedingungen heran. Mehr noch — und das ist vom moralischen Standpunkt aus hochwichtig —: der klassische Wildwestfilm verkörpert den Vorrang der Gerechtigkeit, ihr Übergewicht über das Gangstertum; die Handlung, die uns abgeleiert, monoton vorkommt, ist eine wahre Freude für den Neger, er wird ihrer nicht überdrüssig, im Gegenteil, er möchte seine Helden immer wieder von neuem sehen; und sobald Bill Elliot, Gene Autrey oder Roy Rogers auftreten, entringt sich ein Jubelschrei der Kehle der Zuschauer: „Jeckey": das gilt dem Helden, der Gerechtigkeit schafft.
Wenn man dem Eingeborenen den prächtigsten Farbfilm vorführt und er findet nicht seinen „Jeckey", so ist alles umsonst, er geht enttäuscht heim. Selbst wertvolle Filme wie „Jungle Book" oder „Bambi" erzielen nicht die gewünschte Wirkung. Neben dem Wildwestfilm ist der einzige Film, der einen sehr großen Erfolg errungen hat, der „King of Kings", der „König der Könige" — und das ist ein gutes Zeichen für die Zukunft des religiösen Films unter den Eingeborenen.

Erzieherische Möglichkeiten des Films

An Hand dieser Beobachtungen, die sich auf die verschiedene Art beziehen, wie der Neger auf die verschiedenen Filme reagiert, zeigt sich, daß das Kino immer noch eine Neuheit für ihn bedeutet. Längst ist noch nicht alles durchgeprobt, was er etwa aufnehmen könnte. Vor einiger Zeit hat man einen Film vorgeführt, der die Abenteuer eines jungen Eingeborenen in seiner Berührung mit dem Stadtleben zeigt, seine schrittweise Anpassung an die neue Umgebung und ihre Lebensbedingungen und schließlich seine Rückkehr ins heimische Dorf. Unnötig zu sagen, daß ein solcher Film, der noch dazu an Ort und Stelle gedreht wurde, großes Interesse findet. Wenn das Kino auf dem Gebiet der Erziehung und des Unterrichtes eine Rolle zu spielen berufen ist, dann fällt ihm diese Rolle vor allem bei den Völkern zu, für welche das Bild das Hauptwerkzeug des Unterrichtes ist. Und hier wäre gerade der Kurzfilm das Ideal: An Ort und Stelle aufgenommen, mit kurzer Beschreibung einiger Seiten des christlichen Lebens, der Wohltaten der Erziehung und der Hygiene, mit einer Brandmarkung der Folgen der Unwissenheit und des Aberglaubens müßten solche Filme nicht bloß Anziehungskraft haben, sondern auch gewiß zum geistigen und körperlichen Wohl des Eingeborenen beitragen.
Die Überwachung, die die geistliche und bürgerliche Behörde ausübt, darf sich daher nicht auf die Beurteilung des dargebotenen Films beschränken; sie wird nur dann wirksam sein, wenn sie ebenso den Zuschauer, in unserm Fall den in städtischer Umgebung lebenden Eingeborenen, ins Auge faßt. Viele Menschen ohne Unterschied der Hautfarbe gehen ins Kino, ohne viel zu überlegen, und die guten oder schlimmen Wirkungen auf ihre Person bleiben ihnen unbewußt. Wenn die Heranbildung eines „Kino-Gewissens" in Europa oder Amerika notwendig ist, dann gewiß ebenso dringend auch in Afrika.

Ökumenische Nachrichten

Wieder „Kirche der altpreußischen Union"

Die am 20. Februar 1951 in Berlin-Spandau endgültig erfolgte gesetzliche Neugründung der „Ev. Kirche der altpreußischen Union" (APU), die im wesentlichen die Landeskirchen von Rheinland, Westfalen, Berlin-Brandenburg, Prov. Sachsen und die Reste von Pommern und

Schlesien (früher auch Ostpreußen) umfaßt, d. h. jene Gebiete, die vor 1864 zu Preußen gehörten, ist für katholische Beobachter ein schwer begreiflicher Tatbestand. Es ist indessen nicht nur Chronistenpflicht, dieses bereits früher angekündigte Ereignis zu verzeichnen; denn es kommt ihm für das Gesamtleben innerhalb der EKD erhebliche Bedeutung zu. Seit Monaten waren die evangelischen Zeitschriften von diesem heiß umkämpften Problem erfüllt, das mit der Generalsynode vom 10. Dezember 1950 in erster Lesung geregelt wurde. Die Reformierten, ein zwar kleines, aber maßgebendes Element in dieser Kirchengründung, feiern den Fortbestand der APU als ihren Sieg, die Lutheraner der VeLKD haben alles aufgeboten, um ihn zu verhindern, und haben noch durch ihren leitenden Bischof D. Hans Meiser, München, mit „Besorgnis, ja Bestürzung" gegen diese Neugründung protestiert. Damit wird schlagartig deutlich, daß es sich hier vordergründig um den gelungenen Versuch handelt, der Ausbreitung des konfessionellen Luthertums in den altpreußischen Raum und einer allmählichen Aufspaltung der EKD in eine lutherische und eine reformierte Kirche einen wirksamen Riegel vorzuschieben. „Dieser Block wäre nur in der Negation gegen das organisierte Luthertum zusammengebunden", schrieb u. a. die „Ev.-luth. Kirchenzeitung" (Nr. 1, 1951). Das ist nicht ganz richtig.

Alte und neue Tendenzen

Zunächst die äußeren Tatbestände. Auf der ersten evangelischen Kirchenführerkonferenz nach dem Zusammenbruch 1945 in Treysa wurde auch für die ehemalige APU eine provisorische Regelung getroffen. Während nun die beiden starken, von jeher durch lebendige Kirchlichkeit und Finanzkraft ausgezeichneten Provinzen Rheinland und Westfalen selbständige Landeskirchen mit synodaler Struktur gründeten und die Organe der Berliner Zentralverwaltung, des Oberkirchenrates, in ihrem Bereich abschafften (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 11, S. 521 f), hielt Bischof D. Otto Dibelius den Berliner Oberkirchenrat mit Fleiß am Leben, wobei ihn das Bedürfnis der Kirchen der Ostzone nach stärkerem Zusammenschluß unter einer schlagkräftigen Leitung unterstützte. Die neue Verfassung hat jedoch die Provinzen als selbständige Landeskirchen bestätigt und die APU zu einer Föderation gemacht. Der Oberkirchenrat ist abgeschafft und durch eine Kanzlei ersetzt, die unter der Direktion eines von allen Gliedkirchen beschickten „Rates" arbeitet, wobei ihr nur allgemeinste Angelegenheiten vorbehalten sind. Dieser Kirchenbund wird durch die Persönlichkeit von Dibelius, der damit einen starken Rückhalt für seine schwere Position innerhalb der Ostzone erhält, aber auch durch das Erfordernis kirchlicher wie politischer Einheit über die Zonengrenze hinweg, nicht nur durch die unverkennbare Spitze gegen das „Luthertum" zusammengehalten.

Aber auch diese Ansicht ist nicht erschöpfend. Im Hintergrund steht wiederum, wie bei allen evangelischen Provisorien dieser Zeit, die Wahrheitsfrage. In der Führung der APU sind heute wesentlich jene Kreise vertreten, die als „Bekennende Kirche" die lange und bitter errungene Erfahrung machten, daß die konfessionellen Unterschiede des 16. Jahrhunderts vor allem in der Abendmahlsfrage (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 12, S. 574 f) nicht mehr ausreichen, um ein Auseinandergehen zu rechtfertigen, weil neue gemeinsame Glaubenserfahrungen eine tiefere Erkenntnis des Evangeliums angebahnt haben, deren Ausreifung abgewartet werden muß. Was seit 1817 durch königliche Kabinettsorder gewaltsam erzwungen wurde, nämlich die Union, und zwar als Ausdruck antidogmatischer Tendenzen des 18. Jahrhunderts, wird heute aus ganz entgegengesetzten Motiven freiwillig beibehalten, aber nicht einer als nichtig erkannten Tradition zuliebe, sondern in Hoffnung auf ein Neues, auf „rechte Kirche". Darum wird die lutherische Lösung als konfessionalistische Restauration abgelehnt, und darum ist dieses merkwürdige Ereignis einer „Kirchengründung" auch für das Kontroversgespräch von ausgiebiger Bedeutung.

Darum muß freilich lutherischen Kritikern, die es auch innerhalb der APU reichlich gibt, recht gegeben werden: die von reformierter Seite triumphierend betonte Abendmahl- und Kanzelgemeinschaft in der APU, die z. B. auf den Generalsynoden in Erscheinung trat, verdeckt die Wahrheitsfrage, die sich damit nicht beruhigen läßt. Dieses Provisorium bleibt durchaus zweideutig und wird von vielen innerhalb der APU schmerzlich getragen. Es wird nun hier wie in der EKD das Gespräch über die Frage nicht abreißen, ob die APU „Kirche" oder „Kirchenbund" sei. Die verbreitetste Ansicht gibt sicher der „Nachrichtendienst" der rheinischen Landeskirche wieder, wenn er den Grundartikel der Verfassung der APU dahin interpretiert: die APU versteht sich als Kirche, und zwar „nicht als Konfessionskirche, sondern als evangelische Kirche ... Ihr gemeinsames Bekenntnis ist zuerst und grundlegend das Bekenntnis zu Jesus Christus"; sie ist ferner Kirche der Reformation mit besonderer Betonung des sola fide und des sola scriptura. Dieser „Grundartikel" lautet mit dem „Vorspruch", der ihm am 20. Februar hinzugefügt wurde, folgendermaßen:

Der Grundartikel

„Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union weiß sich gerufen, in Buße und Dank auch über ihrer besonderen Geschichte die Gnade Gottes zu glauben, deren sie sich in ihrer gegenwärtigen Entscheidung getröstet. ... Sie bekennt sich zu Jesus Christus, dem Fleisch gewordenen Worte Gottes, dem für uns gekreuzigten, auferstandenen und zur Rechten Gottes erhöhten Herrn, auf den sie wartet. Sie ist gegründet auf das prophetische und apostolische Zeugnis der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments. Sie steht in der einen, heiligen, allgemeinen, christlichen Kirche, in der das Wort Gottes lauter und rein verkündigt wird und die Sakramente recht verwaltet werden. Sie bezeugt ihren Glauben als Kirche der Reformation in Gemeinschaft mit der Alten Kirche durch die altkirchlichen Glaubensbekenntnisse: das apostolische, das nicänische und das athanasianische Bekenntnis. Sie bekennt mit den Vätern der Reformation, daß die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments die alleinige Quelle und Richtschnur unseres Glaubens ist und daß das Heil allein im Glauben empfangen wird. Sie weiß ihre lutherischen, reformierten und unierten Gemeinden für das Verständnis der Heiligen Schrift gewiesen an die Bekenntnisse, die gemäß den Grundordnungen ihrer Gliedkirchen in den Gemeinden gelten. Gebunden an das Wort der Heiligen Schrift, bejaht die Evangelische Kirche der altpreußischen Union die Theologische Erklärung von Barmen (1934) als ein Glaubenszeugnis in seiner wegweisenden Bedeutung für die versuchte und angefochtene Kirche." (Vgl. zum letzten Satz Herder-Korrespondenz 2. Jhg., Heft 5/6, S. 266 f.)

Ordnung der Beichte

Ein Ausschuß für Gemeindeaufbau der „Vereinigten ev.-luth. Kirchen in Deutschland" (VeLKD) hat eine Ordnung des kirchlichen Lebens entworfen, die auch einen Abschnitt „Von der Beichte und Lossprechung" enthält. Er hat folgenden Wortlaut (nach „Ev. luth. Kirchenzeitung" Nr. 24 vom 31. Dezember 1950):

1. „Der große Schatz der Kirche ist die Botschaft von der Vergebung der Sünden. Wo Vergebung der Sünden ist, da ist Leben und Seligkeit. Diesen Schatz auszuteilen, hat Gott nicht nur das Predigtamt eingesetzt und die Sakramente gegeben, sondern auch das Amt der Schlüssel gestiftet. Er hat seiner Gemeinde die Vollmacht verliehen, in der Kraft des Heiligen Geistes Sünden zu erlassen oder zu behalten. Nur wo in dieser Vollmacht gehandelt wird, kann die Gemeinde leben. Denn unvergebene Schuld zerstört die Gemeinschaft, Vergebung schafft sie. Darum ist jeder Christ zur Beichte gerufen.

2. Zu einer rechten Beichte gehört, wie Luther im Kleinen Katechismus sagt, daß man die Sünden bekenne und daß man die Absolution oder Vergebung von dem Beichtiger empfange, als von Gott selber, und ja nicht daran zweifle, sondern fest glaube, die Sünden seien dadurch vergeben vor Gott im Himmel.

3. Die Kirche kennt die Einzelbeichte und die gemeinsame Beichte. Wer in Anfechtung und Gewissensnöten Hilfe und Befreiung sucht, tut gut, persönlich zu beichten und den Zuspruch der Vergebung zu empfangen. Er soll dabei getrost einzelne Sünden nennen, die sein Gewissen beschweren. Niemand wird zur Einzelbeichte gedrängt. Wir sollten sie aber suchen und ihren besonderen Segen mit Freude und Dank hinnehmen.

In der gemeinsamen Beichte bekennt der Beichtende seine Schuld als Sünder unter Sündern. Er empfängt dabei die Absolution einzeln unter Handauflegung oder unter dem Zuspruch, der allen Beichtenden gilt. Jeder, der beichtet, muß wissen, daß dem Unbußfertigen seine Sünden behalten bleiben und daß die Gabe der Lossprechung das Gebot einschließt, von den alten Sünden zu lassen und in einem neuen Leben zu wandeln.

Beichte und Absolution haben ihre selbständige Bedeutung auch unabhängig vom Empfang des heiligen Abendmahls.

4. Es gehört zu den Amtspflichten der berufenen Diener am Wort, zum Hören der Beichte und zur Absolution für jeden bereit zu sein. Sie sind durch ihr Amt verpflichtet, das Beichtgeheimnis unverbrüchlich gegen jedermann und auch vor Gericht zu wahren. Darüber hinaus kann jeder Christ, wenn ihn jemand in seiner Not darum bittet, im Namen Gottes die Vergebung der Sünden zusprechen. Damit wird auch er zum Beichtiger, der zum Schweigen verpflichtet ist."

In dem anschließenden Abschnitt über das heilige Abendmahl wird ausdrücklich auf die Möglichkeit zur vorherigen Einzelbeichte hingewiesen.

Ethelbert Stauffer verteidigt sich

Im vergangenen Jahr hatte der Göttinger Neutestamentler Joachim Jeremias in der „Ev. Luth. Kirchenzeitung" (Nr. 10) die in katholischen Kreisen bekannte und geschätzte „Theologie des NT" von Ethelbert Stauffer, Erlangen, einer eingehenden Kritik unterzogen, die dieses Buch weitgehend in Frage stellt. In der Nummer vom 15. November nahm Stauffer Gelegenheit zu einer Verteidigung über „Prinzipienfragen der neutestamentlichen Theologie", die allgemeines Interesse verdient. Wir erfahren zunächst, welche Folgerungen Stauffer aus der Tatsache zieht, daß Jeremias der religionsgeschichtlichen Grundthese seines Buches zustimmt: „Die apokalyptische Gedankenwelt ist die geistige Welt, in der die Männer des NT zu Hause waren." Stauffer erzählt, er habe während der Drucklegung seines Werkes ein Kürzung um fast 50% vornehmen müssen, der gerade die reiche Gedankenwelt der vorchristlichen Apokalyptik weitgehend zum Opfer gefallen sei. Inzwischen hätten die Lederrollen aus der Wüste Juda unsere Vorstellung von dieser Apokalyptik in ungeheurer Weise bereichert. So bleibe es nunmehr methodische Grundforderung aller ernst zu nehmenden religionsgeschichtlichen Herleitung: „Zur Erforschung der Vorgeschichte des Urchristentums dürfen künftig nur solche Texte herangezogen werden, die die Männer des NT nachweislich gekannt haben können. Genealogie, nicht Analogie!" Er nennt das Einverständnis von Jeremias dazu „einen Wendepunkt unserer religionsgeschichtlichen Arbeit".

Nun aber die Bedenken, die Jeremias gegen den heilsgeschichtlichen Aufbau des Werkes von Stauffer vorbrachte, der seinerseits, wie er sagt, heute noch dazu steht: Angesichts der Tatsache, daß die Einleitungswissenschaft zum NT immer noch auf so schwachen Füßen stehe, hätten alle entwicklungsgeschichtlichen Konstruktionen für die 5 Jahrzehnte zwischen Jesus und Johannes keinen Wert, sowenig wie eine Zerstückelung und ein Nebeneinander der theologischen Erfassung verschiedener Autoren, wie sie auch Bultmann treibe. Man müsse den Mut aufbringen, das ganze Neue Testament in theologischer Fragestellung als Einheit zu behandeln, und die Probleme der urchristlichen Theologie theologisch entfalten. Gerade dazu hatte Jeremias erklärt: „Das Entscheidende, worum es im NT geht, ist die schlichte Realität des neuen Lebens", diese aber hätte Stauffer nicht zur Darstellung gebracht, die „neue Sittlichkeit", die „gegenwärtige Erfahrung des Heiles in Christo". Diese Konzeption lehnt Stauffer ausdrücklich ab, mit Argumenten, die zur Kenntnis genommen werden müssen, weil sie einen tiefen Riß innerhalb der lutherischen Theologie verraten.

Stauffers Grenzen

Stauffer hält nämlich die Konzeption von Jeremias nicht für neutestamentlich. „Gründet sich die Glaubensgewißheit des NT wirklich auf das Erlebnis des neuen Lebens oder gar auf das Offenbarwerden des gegenwärtigen Heils in der neuen Sittlichkeit? Nein! . . . Das neue Leben, von dem die Männer der Urkirche sprechen, ist mit Christus verborgen in Gott. Es ist kein anschauliches oder vorfindliches Phänomen, auch der Geist, auch die neue Sittlichkeit ist kein erlebnishaftes Offenbarwerden des Heils, aus dem man analytisch deduzieren könnte. Der Christenmensch ist eine neue Kreatur nicht im seinshaften, sondern im geltungshaften Sinne. Das ist eine Grundthese meines Buches, auch heute noch." Jeremias meine, „aber doch auch im seinshaften Sinne". Hier liege der entscheidende Differenzpunkt. Schon vor Jahren habe der katholische Theologe A. Kolping (Neuschöpfung und Gnadenstand 1946) diese These Stauffers zitiert „als die protestantische Formulierung der neutestamentlichen Rechtfertigungslehre. Genau so sind meine Sätze gemeint. Es geht mir hier um das zentrale Anliegen der Reformation, um den articulus

stantis et cadentis ecclesiae im Sinne Luthers. Der Geltungsbegriff stammt von Luther. . . . Er hat uns die Augen dafür geöffnet, daß der getaufte Mensch simul peccator et iustus ist und bleibt. . . . Mit alledem aber hat er uns, so meine ich, das rechte Verständnis der Schrift erschlossen, von dem wir nichts abtun, zu dem wir aber auch nichts hinzutun sollten." Diese betonte Grenzziehung zur katholischen — und neuerdings mancher lutherischen — Interpretation des Neuen Testaments ist beachtlich, zumal da sie vielleicht hier und da übersehen wurde!

Stauffer verteidigt sodann seine „christozentrische Geschichtstheologie" aus der Beobachtung, daß alle Aussagen des NT einen Zeitkoeffizienten haben und auf eine durchgehende Zeitachse bezogen sind, ja ein lineares Denken verraten und sich in ein geschichtliches Gesamtverständnis der Wirklichkeit einfügen, das den ganzen Kosmos umfaßt. Hier berührt er sich mit O. Cullmanns Buch „Christus und die Zeit". Schließlich gibt Stauffer zu, daß Jesus in seinem Werk zu kurz kommt (obwohl es in dem ganzen Buch um die begriffliche Erklärung der Selbstoffenbarung Jesu in seinen Würdenamen gehe), und er teilt mit, daß er mit den Vorarbeiten zu einer „Geschichte Jesu und seines Zeitalters" begonnen habe.

Das Kirchenrecht im Neuen Testament

Prof. Albrecht Oepke, Leipzig, bekannt durch die Kommentierung zahlreicher Stichworte in Kittels Theologischem Wörterbuch, veröffentlichte in der „Ev. luth. Kirchenzeitung" (1. und 15. Dez. 50) eine Folge von Aufsätzen über „Das Recht im NT", sowohl über die Anerkennung des Strafrechtes, des Privatrechtes wie auch über die ziemlich distanzierte Achtung des Staates als Rechtsträger, die er eine „Haltung aktiver Passivität gegenüber dem totalitären Staat" nennt. Ein Abschnitt behandelt auch „Das Kirchenrecht im NT", dessen Vorhandensein Oepke weitgehend bejaht. Er schreibt darüber unter anderem:

„Wie die Lehre, so wird auch die Lebensordnung und das ‚Recht' der Kirche nicht nur grundsätzlich von Jesus relativiert — darin hatte Sohm recht —, sondern ebenso auch durch Christus aktuell bestimmt und gedeckt. In der Nichtberücksichtigung dieser Tatsache hatte Sohm unrecht. Schon die Urgemeinde hat ihre Rechtsordnungen und Ämter. Der rein ‚eschatologische', kirchen- und rechtsfreie Urstand, von dem Bultmann einmal träumte, hat in Wahrheit nie existiert. Die Gemeinde brauchte von Anbeginn an eine Seinsform, nicht bloß deshalb, weil sie doch auch in Raum und Zeit existierte, sondern grundsätzlich. Sie wußte sich als das Israel der Endzeit, als Rechtsnachfolgerin und Vollendung des alten, bundesbrüchigen Gottesvolkes. . . . Sie ist die berufene Trägerin und Hüterin der Tradition vom Auferstandenen. Schon darin liegt ein rechtliches Moment . . . Auch bei Paulus finden sich bereits Ansätze zum Kirchenrecht." Oepke nennt die Geldsammlungen des Apostels für die Armen in Jerusalem „eine kirchenpolitische Demonstration für die Einheit des Leibes Christi". Paulus kenne ein besonderes Recht der Apostel, z. B. auf Unterhalt. „Also ein gewisses Kirchenrecht gehört von Anfang an zum Wesen des Christentums und der Kirche. Nur: es ist ein Recht sui generis, eigener Art. Es wird sehr ernst genommen. Aber es ist kein Zwangsrecht im diesseitigen Sinne . . . Paulus arbeitet nicht mit einem starren Amtsbegriff, sondern ständig mit Gründen und pneumatischer Beglaubigung." Schon in den Pastoralbriefen sei das Bild erheblich anders, obwohl man auch hier von einem rein juristischen Verwaltungsapparat weit entfernt sei. Das Recht der Urkirche sei keine abstrakte Idee und kein Zwangsrecht der Majorität gegen eine Minorität oder das Individuum. Das Individuum kann im Konfliktsfalle recht haben gegen die Gesamtheit, aber auch umgekehrt . . . Das Evangelium enthält ein Ja zum Kirchenrecht, und doch auch ein kritisches Nein zu jeder ‚Verrechtlichung'. Indem das Kirchenrecht auf letzte Grundlagen gestellt wird, wird es eben in der Verabsolutierung ständig relativiert."

Diese nicht eben vollständigen Gedanken sind immerhin ein weiterer Beitrag zu dem unter lutherischen Theologen wachsenden Verständnis für ein eigenes, religiöses Recht der Kirche.

Das Verhältnis der russisch-orthodoxen Auslandskirche (Synodale Gruppe) zur katholischen Kirche und zum Protestantismus

Die Forschungsarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Probleme der orthodoxen Kirche wurde zwar mit großem Interesse von der dem Bischofssynod unterstehenden russischen Auslandskirche aufgenommen, aber über die Ergebnisse, zu denen man auf evangelischer Seite gekommen war, herrschte bittere Enttäuschung. Daß die evangelische Kirche trotz der Auslieferung der russischen Kirche an den gottlosen Staat die Stimme ihrer Schwester-Kirche in der Sowjetunion zu hören glaubt, beweise, daß man bei den Protestanten die apokalyptische Tragweite der mit dem Moskauer Patriarchat zusammenhängenden Fragen nicht sieht.

Diese politische Kritik am Protestantismus hat sich in letzter Zeit noch wesentlich verschärft. In einem vor dem Bischofskonzil in USA (Herder-Korrespondenz Jhg. 5, Heft 6, S. 276) gehaltenen Referat des Bischofs Nathanael von Westeuropa über den Kampf des Kommunismus gegen das Christentum richtete der Bischof scharfe Worte gegen „die Tendenz des Protestantismus, dem ideellen Einfluß des Kommunismus zu erliegen und sich vor ihm zu beugen", eine Tendenz, die sich sogar in den freien Ländern bemerkbar mache. Keine einzige protestantische Kirche oder Organisation habe den Kommunismus verurteilt. Dem englischen Bischof Barnes, dem Dekan von Canterbury Hewlett Johnson, ja sogar Karl Barth und Visser 't Hooft wird offene Predigt eines Bundes zwischen Christentum und Kommunismus vorgeworfen. Daß der Protestantismus den Kommunismus nicht verurteilt hat, zeige, daß er in ethischer Hinsicht kränkelt. „Darin sehen wir das Ergebnis einer schon jahrhundertelangen Bearbeitung der protestantischen Gemeinschaften durch die antichristliche Bewegung des Freimaurertums . . ."

Ein äußerst erfreuliches Symptom sieht der Bischof aber in der Verurteilung des Kommunismus im Jahr 1949 durch die katholische Kirche. „Diese Stellung zum Kommunismus ist unserer tiefen Überzeugung nach die einzig annehmbare, und aus diesem Grunde empfinden wir dem Katholizismus gegenüber tiefe Sympathie."

Damit ist von einem Hierarchen der Synodalen Auslandskirche, die bisher auch der römischen Kirche gegenüber in starker Reserve verharrte, eine deutliche Geste der Annäherung an Rom gemacht worden, die jedoch von größerem Wert sein würde, wenn sie sich nicht so deutlich und einseitig auf das Politische beziehen würde.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Der Papst an die spanischen Arbeiter

Zur Feier des 75. Geburtstags des Heiligen Vaters hat die spanische Arbeiterschaft am 11. März große Kundgebungen veranstaltet. Unternehmer, Angestellte und Arbeiter haben daran sowohl in der Hauptstadt Madrid als auch in den Provinzhauptstädten und kleineren Städten teilgenommen. Jede dieser Kundgebungen befolgte ein gemeinsames Programm, das mit einer hl. Messe und Weihe an den Erlöser begann und dann Ansprachen je eines Arbeitgebers, eines Angestellten und eines Arbeiters brachte. Alle bezeugten dabei ihre unauflösliche Treue gegenüber dem Heiligen Vater. Den Höhepunkt der Festlichkeiten bildete sodann eine Rundfunkbotschaft, die Papst Pius XII. durch den Vatikanischen Sender an die spanischen Arbeiter richtete. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Geliebte Söhne, spanische Unternehmer, Angestellte und Arbeiter, die ihr in Madrid und in den Provinzen versammelt seid, um euch Christus, dem Erlöser, zu weihen und seinem Statthalter auf Erden eine begeisterte Huldigung kindlicher Verehrung darzubringen! Welch herrliches Schauspiel — so laßt Uns beginnen — bietet eine so eindrucksvolle Menge von Arbeitern wie die eure, wenn sie Jesus Christus als ihrem wahrhaften Erlöser zujubelt!

Dem Lohnarbeiter, dem Handarbeiter, dem Mann eines harten und schweren Lebens, den die Sorgen von heute, so groß sie sind, die von morgen nicht vergessen lassen, haben viele sich angeboten und bieten sich, namentlich in diesen jüngsten Zeiten, an, das Banner der Befreiung zu entrollen. Ihr aber folgt unentwegt der Fahne Christi! Und ihr bekennt offen und feierlich mit dem ersten Papst, dem hl. Petrus: ‚In keinem andern ist das Heil. Und es ist den Menschen unter dem Himmel kein anderer Name gegeben, in dem wir gerettet werden können' (Apg. 4, 12). Ihm, seiner Kirche, dem Nachfolger des hl. Petrus die Treue zu bewahren, seid ihr entschlossen, koste es, was es wolle.

Aber Treue wird mit Treue vergolten. Und da ihr in dieser Stunde gewiß von Uns ein Wort erwartet über das, was die Kirche euch für die Sicherung eurer Existenz und zur Befriedigung eurer gerechten Wünsche zu bieten vermag, so wollen Wir mit Unsrer ganzen väterlichen Liebe euch dieses Wort sagen. Fassen Wir es denn in drei Punkte:

Die Magna Charta des Arbeiters

1. Niemand kann der Kirche den Vorwurf machen, uninteressiert an der Arbeiterfrage und an der sozialen Frage vorbeigegangen zu sein oder ihr nicht die gebührende Bedeutung zuerkannt zu haben. Wenige Fragen haben die Kirche so stark beschäftigt wie diese beiden, seitdem vor sechzig Jahren Unser großer Vorgänger Leo XIII. mit seiner Enzyklika ‚Rerum Novarum' den Arbeitern die Magna Charta ihrer Rechte übergeben hat.

Die Kirche war und ist sich ihrer Verantwortlichkeit völlig bewußt. Ohne die Kirche ist die soziale Frage unlösbar. Aber ebensowenig ist die Kirche in der Lage, sie allein zu lösen. Sie bedarf dazu der Mitwirkung der geistigen, wirtschaftlichen und technischen Kräfte der Träger der gesellschaftlichen Macht.

Die Kirche ihrerseits hat zur religiös-sittlichen Begründung der ganzen sozialen Ordnung umfassende und wohldurchdachte Richtlinien gegeben. Die Sozialgesetzgebungen der verschiedenen Länder sind großenteils nichts anderes als Anwendungen der von der Kirche aufgestellten Grundsätze. Vergeßt auch nicht, daß alles Gute und Gerechte, das ihr in den übrigen Systemen findet, schon in der katholischen Soziallehre vorliegt. Und wenn sie der Arbeiterbewegung Ziele setzen, die die Kirche verwirft, so handelt es sich stets um trügerische Güter, welche die Wahrheit, die menschliche Würde, die soziale Gerechtigkeit oder das wirkliche Wohlergehen aller Bürger opfern.

Konkrete Probleme

2. In ihrer zweitausendjährigen Geschichte mußte die Kirche inmitten der verschiedensten sozialen Gebilde leben, angefangen von dem antiken mit seiner Sklaverei bis zu dem mit den Worten Kapitalismus und Proletariat gekennzeichneten modernen Wirtschaftssystem. Die Kirche hat nie die soziale Revolution verkündet. Doch hat sie immer und überall seit dem Brief des hl. Paulus an Philemon bis zu den sozialen Lehräußerungen der Päpste des XIX. und XX. Jahrhunderts sich zielbewußt bemüht, zu erreichen, daß man mehr den Menschen in Rechnung stelle als die wirtschaftlichen und technischen Errungenschaften, und daß alle, soweit es an ihnen liegt, ein echt christliches und ein menschenwürdiges Leben führen.

Daher verteidigt die Kirche das Recht auf das Privateigentum, ein Recht, das sie grundsätzlich für unantastbar hält. Aber sie besteht auch auf der Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung des Besitzes und verurteilt das Naturwidrige einer sozialen Lage, wo einer kleinen Gruppe von Bevorrechteten und übermäßig Reichen eine ungeheure, völlig verarmte Volksmasse gegenübersteht. Wirtschaftliche Ungleichheiten wird es immer geben. Aber alle jene, die in irgendeiner Weise auf die Entwicklung der Gesellschaft Einfluß nehmen können, müssen stets bestrebt sein, eine Lage zu schaffen, die allen so viel in die Hand gibt, daß sie nicht nur leben können, sondern auch sparen.

Viele Faktoren müssen zu einer größeren Streuung des Besitzes mitwirken. Jedoch wird der wichtigste immer der gerechte Lohn sein. Ihr wißt sehr wohl, geliebte Söhne, daß der gerechte Lohn und eine bessere Verteilung der Naturgüter zwei der dringlichsten Forderungen in dem Sozialprogramm der Kirche sind.

Sie sieht mit offenen Augen und begünstigt auch all das, was im Rahmen der durch die Umstände gegebenen Möglichkeiten darauf hinzielt, Elemente des Gesellschaftsvertrages in den Arbeitsvertrag einzuführen, und die allgemeine Lage des Arbeiters verbessert. Die Kirche ermuntert gleicherweise all das, was dazu beiträgt, daß die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sich menschlicher und christlicher gestalten und von gegen-

seitigem Vertrauen beseelt seien. Der Klassenkampf kann niemals ein soziales Ziel sein. Die Aussprachen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern müssen zum Hauptziel Eintracht und Zusammenarbeit haben.

Religiöse Ermahnungen

3. Ein solches Werk können aber nur Menschen durchsetzen, die aus dem Glauben leben und ihre Pflicht im Geiste Christi erfüllen. Die Lösung der sozialen Frage war niemals leicht. Doch die unsäglichen Katastrophen dieses Jahrhunderts haben sie beängstigend erschwert. Die Wiedervereinigung der Klassen, die Bereitschaft zum Opfer und zur gegenseitigen Achtung, die Schlichtheit der Lebensführung, der durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage gebieterisch geforderte Verzicht auf Luxus: dies alles und so viele andere Dinge sind nur erreichbar mit der Hilfe der göttlichen Vorsehung und Gnade. Seid darum Männer des Gebetes! Erhebt eure Hände zu Gott, damit durch seine Erbarmung und trotz aller Widerstände dieses große Werk verwirklicht werde.

Bei dieser Gelegenheit müssen Wir auch mit einigen Worten väterlicher Anerkennung jener Einrichtungen gedenken, die ihr in großer Zahl begründet habt und noch immer neugründet zum Zwecke der Erziehung der jungen Arbeiter, um aus ihnen hervorragende Facharbeiter und gleichzeitig überzeugte Christen zu bilden. Ihr könntet nichts Besseres tun. In der Ausbreitung und Blüte dieses Werkes erkennen Wir ein vielversprechendes Zeichen für die Zukunft.

Man wirft dem christlichen Glauben gern vor, daß er den Sterblichen, der um sein Leben kämpft, mit der Hoffnung auf das Jenseits tröstet. Die Kirche, so sagt man, kann dem Menschen in seinem irdischen Leben nicht helfen. Nichts ist falscher als dies. Es genügt, wenn ihr auf die große Vergangenheit eures geliebten Spanien zurückschaut. Wer hat mehr als die Kirche dazu beigetragen, daß das Familien- und das gesellschaftliche Leben dort ein glückliches und ungestörtes war? Für die Lösung der gegenwärtigen sozialen Frage aber hat niemand ein Programm aufgestellt, das die Lehre der Kirche überträfe an Sicherheit, innerer Stärke und Wirklichkeitsnähe.

Um so mehr ist es ihr Recht, alle zu ermahnen und zu trösten und ihnen in Erinnerung zu rufen, daß der Sinn des irdischen Lebens im Jenseits, im ewigen Leben liegt. Je lebendiger ihr von dieser Wahrheit durchdrungen seid, desto stärker werdet ihr euch gedrängt fühlen, an einer annehmbaren Lösung der sozialen Frage mitzuarbeiten. Es wird immer wahr bleiben, daß das Wertvollste, was die Kirche für dieses Ziel geben kann, ein Mensch ist, der, unerschütterlich gegründet im Glauben an Christus und das ewige Leben, die Aufgaben dieses Lebens erfüllt.

Das war es, was Wir euch sagen wollten.

Ein Wort noch, geliebte spanische Arbeiter, der Anerkennung und des Dankes für die Huldigung an Unsere geringe Person. Und was sollen Wir euch darauf erwidern? Während des ganzen großen Jubiläums, das soeben endete, haben Wir die glühende Liebe des spanischen Volkes für den Papst mit Unseren eigenen Augen gesehen und mit Händen greifen können. Aber ebenso konnten die spanischen Pilger — unter denen Wir Uns an euch, liebe Arbeiter, erinnern, besonders an euch, die ihr bei der Schließung der Heiligen Pforte zugegen wart — die Liebe sehen und erfahren, die der Papst für sie hegt. ‚Spanien für den Papst!', war ihr leidenschaftlicher und spontan hervorbrechender Ruf, auf den Wir mit väterlicher Liebe antworteten: ‚Und der Papst für Spanien!'

Gott gebe euch seinen Segen, geliebte Söhne, er segne gleicherweise euer Vaterland und seine Lenker, wie Wir aus der Überfülle Unsrer väterlichen Liebe euch allen den Segen erteilen."

Die Kirche in den Ländern

Ein wichtiges Ereignis in den polnisch verwalteten Ostgebieten

Im letzten Heft meldete die Herder-Korrespondenz (S. 243), daß die polnische Regierung die Apostolischen Administratoren von Breslau, Oppeln, Landsberg a. d. W., Danzig und Ermland (Allenstein) abgesetzt und aus ihrem Territorium ausgewiesen hat. Sie setzte an die Stelle dieser Administratoren staatliche Bistumsverweser. Jetzt gab die schweizerische katholische Nachrichtenagentur Kipa bekannt, daß der Primas von Polen diesen Geistlichen nachträglich die kirchliche Jurisdiktion verliehen hat.

Der Erzbischof von Gnesen und Warschau war, wie es in der Meldung heißt, zu dieser Entscheidung ermächtigt auf Grund der Vollmachten, die der Heilige Stuhl dem Primas von Polen im Jahre 1945 zwecks Wiederherstellung der Seelsorge in jenen Gebieten übertragen hat. Diese Vollmachten gingen sehr weit. Kardinal Hlond veranlaßte auf Grund dieser Vollmachten im Jahre 1945 den Bischof von Ermland, Maximilian Kaller, im Gehorsam gegen den Heiligen Stuhl seine bischöflichen Rechte an den Kardinal zu übergeben und seine Diözese zu verlassen. Der Kardinal beugte sich damit dem Zwang der politischen Verhältnisse. Sein Nachfolger hat nunmehr das gleiche getan, und diesmal trifft das Schicksal die damals von Kardinal Hlond eingesetzten polnischen Prälaten.

Die kirchenrechtliche Seite

Die Entscheidungen von 1945 und 1951 sind keine Vorgänge, die in der Kirchengeschichte unerhört wären. Im kanonischen Recht wird zum Ausdruck gebracht, daß jedes kirchliche Amt so besetzt werden muß, wie es der Seelsorge am dienlichsten ist. Deshalb kann auch der an und für sich unabsetzbare Inhaber eines kirchlichen Beneﬁziums, ein residierender Bischof oder ein Pfarrer, seines Amtes enthoben oder von der Ausübung dieses Amtes suspendiert werden, wenn dringende Gründe der Seelsorge dies notwendig machen. Erst recht lag es im Rahmen des Kirchenrechtes, daß die bisherigen Administra-

toren aus ihrer provisorischen Stellung abberufen wurden. Da die Kirche gezwungen ist, auf die politischen Gewalten Rücksicht zu nehmen, kann sie in Personalfragen nachgeben, wenn dadurch der Seelsorge gedient wird, und sie hat es oft getan, nicht nur im ganzen Mittelalter, sondern auch in neuerer Zeit. Man erinnere sich daran, daß am Ende des preußischen Kulturkampfes auf Initiative der preußischen Regierung der Kölner Kardinal Melchers durch Bischof Krementz von Ermland ersetzt wurde.

Im Interesse der kirchlichen Einheit

Nachdem die vom Staate bestimmten neuen Bistumsverweser die kirchliche Jurisdiktion erhalten haben, spielt es keine Rolle mehr, daß sie vom Staate ausgewählt wurden. Sie sind rechtsgültig zu Inhabern der bischöflichen Gewalt geworden. Es ist daher nur konsequent, daß Erzbischof Wyszynski die Gläubigen jener Gebiete ermahnt hat, den neuen Oberhirten mit Vertrauen entgegenzukommen. Dennoch ist die Entscheidung des Primas von Polen einer der wichtigsten Vorgänge in der Kirchengeschichte unserer Tage. Der Vertreter des Papstes hat nicht nur einen personellen Vorschlag, eine Präsentation des Staates angenommen, sondern er hat ein fait accompli, eine Usurpation kirchlicher Rechte oder doch den Versuch einer solchen so rechtzeitig sanktioniert, daß jeder Verwirrung der kirchlichen Verhältnisse vorgebeugt wurde. Der Erzbischof hat durch seine Entscheidung einer Spaltung des Klerus und der Gläubigen oder doch jenen Gewissensnöten zuvorkommen wollen, in die die tschechoslowakischen Katholiken geraten sind (vgl. die Meldung S. 293 f.). Er hat es vermieden, aus einer Sache, bei der es sich um das Prestige und ein freilich sehr wichtiges Recht der Kirche, nicht aber um die Wahrheit des Evangeliums oder die Erfüllung der kirchlichen Sendung handelte, einen casus belli zu machen. So bewahrte er die geschlossene Phalanx der Gläubigen vor der Zersplitterung durch einen Kampf, dessen Notwendigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben war und auch dem letzten gläubigen Katholiken einleuchten mußte. Er schonte die Kräfte für eine kommende noch wichtigere Auseinandersetzung. Er gab zugleich den neuernannten, sicherlich in eine Zwangslage versetzten Bistumsverwesern die Möglichkeit, vielleicht sogar den Impuls, in ihrem neuen Amt der Kirche aufrichtig zu dienen.

Die Frage der Anpassung an den totalen Staat

Vielleicht beschreitet die Kirche mit diesem wohlerwogenen Schritt die Bahn zur Anpassung ihrer Institution an die Gegebenheiten des möglicherweise kommenden totalitären Zeitalters. Wir haben uns daran gewöhnt, die Freiheit der Kirche im freien Staat als eine wesentliche, notwendige und infolgedessen unverzichtbare Bedingung für die Erfüllung ihres göttlichen Auftrages anzusehen. In Wirklichkeit ist aber diese Freiheit erst eine Errungenschaft der modernen Demokratie (die Herder-Korrespondenz hat zu diesem Thema bereits eine Reihe von Beiträgen veröffentlicht). Es ist noch gar nicht so lange her, daß man eine Stabilisierung des Verhältnisses der Kirche zum Staat auf der Grundlage dieser Freiheit, also der freundschaftlichen Trennung beider Gewalten, mit Argwohn betrachtete und der potestas indirecta einen vollkommeneren Ausdruck zu verleihen suchte, als sie ihn findet, wenn Kirche und Staat getrennt sind. Doch waren wir auf dem Wege, uns damit abzufinden, daß das Zeitalter des konfessionellen Staates zu Ende geht und daß es unserer Zeit entspricht, eine Form des Nebeneinander zu suchen, wie sie sich in den Vereinigten Staaten bewährt hat. Ehe wir aber noch dahin gelangt sind, hat die Geschichte der Demokratie und mit ihr die Geschichte der menschlichen Freiheit den Höhepunkt überschritten. Die Kirche in Osteuropa mußte das zuerst an sich erfahren, und sie sucht jetzt in Polen nach Mitteln und Wegen, auch im totalen Staat und in der vom Staate aufgesogenen Gesellschaft ihre Sendung zu erfüllen. Sie weicht der Gewalt und verzichtet in einem Grade auf ihre Bewegungs- und auf ihre Verfassungsfreiheit, daß wir den Atem anhalten. Aber letztlich geht es nicht um die Freiheit der Kirche und um das Kirchenrecht, sondern darum, daß die Kirche im Vertrauen auf den Beistand Gottes auch dann noch das Mögliche tut, wenn sie unfrei geworden ist.

Kirche und Kommunismus

Wir sind alle davon überzeugt, daß die totalitäre Ära, wenn sie im Zeichen des Kommunismus über uns kommen sollte, eine Zeit der Verfolgung sein würde, wenigstens im Anfang. Diese Verfolgung würde sich anderer Methoden bedienen als jede vorhergegangene. Es scheint uns, daß es Methoden sind, die nicht allein der menschliche Verstand so klug ersonnen hat. Einer solchen Verfolgung zu begegnen, ist im tiefsten allerdings eine Sache des Bekennens, des Martyriums und damit der Gnade. Aber, soweit wir handeln müssen, ist es doch auch eine Sache der Klugheit, die sich der Methode des Gegners anpaßt. Wenn also, wie es zur Zeit geschieht, der Gegner vor allem darauf ausgeht, die Kirche innerlich zu spalten, wundert es uns nicht, daß der Primas von Polen angesichts der Ereignisse in der Tschechoslowakei alles tut, um die Einheit zu erhalten. Die polnischen Bischöfe vermeiden jeden Anschein eines unbegründeten Widerstandes. Ein Widerstand um der kirchlichen Freiheit und der kirchlichen Rechte willen hatte solange einen guten Sinn, als die Idee des Rechtes wenigstens dem Schein nach auch vom Gegner respektiert wurde. So war es etwa noch im preußischen Kulturkampf und in gewissem Sinne sogar noch im Dritten Reich. Jetzt ist in den kommunistischen Staaten die Idee des Rechtes durch die Idee der materialistischen Geschichtsentwicklung ersetzt worden. Gegenüber dieser Idee, die nicht mehr das Recht, sondern die tatsächliche soziale Macht allein in Betracht zieht, geht es darum, zu erweisen, daß in der Kirche eine Macht lebendig ist, der der Kommunismus mit seinen Eingriffen auf organisatorischem Gebiet und mit seinen Schikanen gegen die eine und andere Form kirchlichen Lebens keineswegs beikommen wird. Die Kirche kann auf sehr vieles verzichten. Sie kann aus der Öffentlichkeit verschwinden. Sie kann stumm gemacht werden. Man kann sie sogar der Priester berauben. Man muß aber schon jedem einzelnen ihrer Gläubigen das Herz aus dem Leibe reißen, um sie zu vernichten. So wird sich die polnische Regierung nach etwas Neuem umsehen müssen, wenn sie nicht vorzieht, einzusehen, daß die Kirche in ihrem Herrschaftsbereich wirklich keine sozialreaktionäre Macht sein möchte, sondern nur und allein als ein „Reich von jener Welt" dasein will. Warum sollten nicht auch kommunistische Regenten eines Tages zu der Einsicht kommen, daß ihre Idee, die am Schreibtisch eines einsamen Denkers in London entstand, bei ihrer Verwirklichung mit Gegeben-

heiten zu rechnen hat, die jener Denker falsch einschätzte? Hat das römische Imperium sich schließlich davon überzeugt, dann wird vielleicht auch der Kommunismus einsehen, daß man Religion mit staatlichen Zwangsmitteln ebensowenig einführen wie ausrotten kann.

Erzbischof Wyszynski hat es für richtig gehalten, seiner Regierung mehrere Beweise der Loyalität zu geben, die den Zweck haben, die Kommunisten davon zu überzeugen, daß es auch ein Nebeneinander von totalem Staat, kommunistischer Gesellschaft und katholischer Kirche geben kann, wenn man die Welt mit realistischen Augen ansieht statt durch die Brille einer Doktrin. Wahrscheinlich werden die derzeitigen Machthaber in ihrem Fanatismus für die Doktrin davon nicht zu überzeugen sein, und es wird noch langer Kämpfe und für die Gläubigen vieler Leiden bedürfen, bis auch der Kommunismus sich aus einem sozialen Idol zu einer Gesellschafts„ordnung" gewandelt haben wird.

Die Auffassung der polnischen Katholiken

Was von christlicher Seite dazu beigetragen werden kann, formulierten in einem namentlich gezeichneten Aufsatz in der polnischen katholischen Wochenschrift „Tygodnik Powszechny", die dem Kardinal in Krakau nahesteht, zwei der Schriftleiter dieses Blattes als ihre persönliche Ansicht in folgenden Sätzen:

„Wir sind keine Marxisten. Darum dürfen und können wir keine Verantwortung für die Verwirklichung sozialistischer Ideale übernehmen. Aber wir haben die heilige Pflicht, für das christliche Lebensideal zu kämpfen. An diese Pflicht sind wir unwiderruflich gebunden, in jedem Stadium, auf jedem Gebiet, für jeden Augenblick unseres Lebens. In diesem Kampf für unsern Glauben, unsere Moral, unsere christliche Erziehung, für die Freiheit, nach der Wahrheit zu streben, kann es kein Verzichten geben, keinen Kompromiß, keine Synthese. Ruhig und voller Vertrauen bereiten wir uns vor und sind bereit, jeden Kampf auf kultureller Ebene zu bestehen.

Das heißt aber nicht, daß Katholiken sich gegen den kommunistischen Staat verschwören oder irgendwie versuchen dürften, um ihrer kulturellen Verteidigung willen die Festigkeit dieses Staates zu untergraben.

Wir sind alle für Mäßigung. Wir haben den Wunsch, die bestehenden Spannungen zu mildern, nicht, sie zu vermehren. Auch unter der Volksdemokratie bleibt Polen unser Vaterland, und die Wohlfahrt und Sicherheit unseres Landes ist gemeinsames Anliegen aller Polen."

Der polnische Episkopat hat schon mit dem Abkommen vom vorigen Jahre (vgl. unsern Kommentar 4. Jhg. S. 412) in diesem Sinne gehandelt. Man darf vermuten, daß er sich dabei von der Überlegung leiten ließ, der polnische Katholizismus sei so stark und so tief begründet, daß er diese diskrete Haltung gegenüber dem Kommunismus verkraften kann, wie es auch Friedrich Funder in seinem Aufsatz im NCWC-News-Service (26. 2. 51) annimmt. Wir hoffen und vertrauen darauf. In der Schweiz und den angelsächsischen Ländern, deren Völker den totalen Staat bisher noch nicht kennen, wird den Polen vorgehalten, welche Gefahren aus der „Nachgiebigkeit gegen den Staat" entstehen können. „Die rebellischen Priester mögen sich sagen, daß ihre unloyale Tätigkeit nicht bestraft wird. Die neuen Generalvikare von Staates Gnaden werden es zudem wohl nicht so leicht auf einen Widerstand gegen das kommunistische Regime ankommen lassen" (Kipa). Nun, abgesehen davon, daß es sich nicht mehr um Generalvikare von Staates Gnaden handelt, sondern um Ordinarien der katholischen Kirche, hat der Widerstand gegen den Staat in Bern ein anderes Gesicht als in Warschau.

Niemand verkennt, wohin die polnische Regierung zielt. Sie hat den neuen Bistumsverwesern den Rat gegeben, ihre Diözese von reaktionären Pfarrern zu säubern. Sie hat gleichzeitig den Pfarrern dieser Territorien eine Steuererleichterung bis zu 75% angeboten, wenn sie sich im Dienste der Demokratie betätigen. Sie hat dafür von einigen Kleruskonferenzen in den umstrittenen Gebieten freundliche Zusicherungen erhalten. Eine Versammlung von Geistlichen in Oliva faßte die Entschließung, „daß das Vorgehen der Regierung in den Westgebieten mit dem kanonischen Recht übereinstimmt und auch den Wünschen der Bevölkerung entspricht". Dies alles ist nicht entscheidend. Es ist auch kein entscheidendes Argument, wenn westliche Stimmen darauf hinweisen, in wievielen Fällen die Regierung das vorjährige Abkommen gebrochen hat. Sie hat z. B. die Militärseelsorge unterbunden, sie hat den Religionsunterricht schikaniert, sie hetzt gegen den Vatikan, sie greift durch ihre Maßnahmen in den Westgebieten die in jenem Abkommen anerkannte geistliche Hoheit des Heiligen Stuhles an. Dies alles ist richtig. Aber die polnischen Bischöfe scheinen zu wissen, daß es sich bei alledem um jenes psalmistische „Toben" handelt, von dem geschrieben steht: „Dominus subsannabit eos" und dem wir Christen nur Einfalt und Klugheit entgegensetzen können.

Die Lage der Kirche in China

Das Dunkel, das über China — „hinter dem Bambusvorhang" — für unsere Augen liegt, ist immer noch das gleiche. Wir glauben, eine Veränderung wahrzunehmen, können uns aber kein deutliches Bild davon machen, wie sie aussieht und was sie bedeutet. Woher stammen überhaupt die Nachrichten? Rotchina gibt sich in seiner Presse kund, der gegenüber aber die gleichen Bedenken bestehen wie gegenüber allen Selbstaussagen totalitärer Staaten: sie zeichnen das, was sie zu sein vorgeben wollen, und viele Züge dieses Bildes erschrecken uns. Ob sie aber überhaupt der Wahrheit entsprechen, ob wir sie richtig deuten, wo wir uns eine Deutung zugetrauen, können wir kaum kontrollieren. Wir erhalten auch Nachrichten von der „anderen Seite", der nichtkommunistischen Seite. Welchen Weg nehmen aber diese? Sind sie zuverlässig? Und wenn ja, gehen sie von Stellen aus, die einen Überblick über die gesamte Lage haben und somit imstande sind, die ihnen bekannten Tatsachen richtig einzuordnen?

Verschärfung der ideologischen Linie

Eine Verschärfung der „ideologischen Linie" ist wohl zweifellos festzustellen, wie wir schon im vorigen Heft der Herder-Korrespondenz (S. 274 ff.) dargelegt haben. „Témoignage Chrétien", die französische Wochenschrift, hat, wie schon früher, auch Anfang Februar (9. 2. 1951) wieder den Standpunkt vertreten, daß es sich dabei um die Konkurrenz zweier Strömungen im chinesischen Kommunismus handle, einer gemäßigteren, deren Führer Mao

Tse- tung selber, der Außenminister Tschu En-lai und der Oberste General Tschü Teh seien, und einer radikalen von strikter marxistischer Observanz unter Führung von General Lin Piao und dem Arbeitsminister Li Si-sang, dem besonderen Vertrauensmann des Kreml. Diese starren Doktrinäre drängen nach jener Nachricht allmählich immer weiter in den Vordergrund. Zugleich hält sich auch die Ansicht, Mao Tse-tung benutze manche seiner schärferen innenpolitischen Maßnahmen als taktische Züge gegenüber der Sowjetunion selber, genau so wie er vielleicht auch den chinesischen Einsatz in Korea benutze; für China habe er auf diese Weise bereits die Übernahme bedeutender Rechte in der Mandschurei gewonnen, wo die Russen ihm vor allem die Hafenanlagen von Dairen und zahlreiche, allerdings stark demontierte Industriewerke abgetreten haben. Anderseits teilt „Le Monde" unterm 24. 2. mit, daß Mao doch auch selber sein Wort zu den neuerdings eingeführten scharfen Maßnahmen gegen antikommunistische Bestrebungen gesagt habe. Der chinesische Rundfunk, so wird hier gemeldet, hat eine Erklärung Maos verbreitet, in der es heißt: „Das chinesische Volk muß von den Erfahrungen der Sowjetunion lernen und wissen, daß nur energische Unterdrückungsmaßnahmen die gegenrevolutionären Strömungen einschränken und schließlich vernichten können." Was aber die Erfahrungen Sowjetrußlands sind, wissen wir nur zu gut.

Eine chinesische „Widerstandsbewegung" unwahrscheinlich

Möglicherweise, aber keineswegs sicher ist die Verschärfung der Maßnahmen gegen antikommunistische Elemente als Reaktion auf deren wachsende Betätigung anzusehen. Einer der führenden Männer im Staatsrat hat (wie ebenfalls „Le Monde" am 24. 2. meldet) kürzlich gesagt, es sei in letzter Zeit „ein starkes Anwachsen dissidenter Elemente zu bemerken, die zu Attentaten, Sabotageakten, Brandstiftungen und anderen Handlungen übergingen, die die öffentliche Ordnung störten". Nach der gleichen Quelle meldet jedoch United Press auf Grund von französischen Nachrichten aus Indochina, daß man den von Formosa ausgehenden Gerüchten über eine Widerstandsbewegung in China keinerlei Glauben zu schenken habe. Gegen die Regierung kämpften nur die Banditentrupps, die genau so schon gegen Tschiang Kai-schek gekämpft haben. Allerdings sei in manchen Gegenden die Bevölkerung selber antikommunistisch. Sie verhalte sich jedoch passiv, da sie wisse, daß ein Aufstand im gegenwärtigen Augenblick keinerlei Aussicht auf Erfolg habe.

Verschärfte Maßnahmen gegen Ausländer

Das verschärfte Vorgehen der kommunistischen Regierung Chinas auch gegen die Kirche steht in engem Zusammenhang mit der Erstarrungstendenz der offiziellen Doktrin. Ein wichtiger Faktor oder zum mindesten ein wichtiger Vorwand bei ihrem Vorgehen gegen christliche Einrichtungen und Personen bleibt jedoch immer noch der leidenschaftliche Nationalismus, mit dem der Kommunismus in China verbunden ist. Aufs Konto des Fremdenhasses kann man wohl in erster Linie die Beschlagnahme gewisser, von französischen Gelehrten oder Jesuiten unterhaltener wissenschaftlicher Institute setzen, die mit Religion und christlicher Kirche an sich nichts zu tun haben und keinen Herd einer antikommunistischen Propaganda darstellen. „Le Monde" meldete unterm 16. Dezember 1950, daß die chinesische Volksregierung am 14. Dezember das Institut Pasteur in Schanghai, das Observatorium in Zikawei und das Observatorium in Zose beschlagnahmt habe, an welch letzteren französische Jesuiten bedeutende meteorologische Forschungen durchführten. Alle diese Institute wurden mit französischem Geld betrieben.

Verschärfter Kampf gegen die Religion

Aber es ist nicht zu verkennen, daß der Kampf gegen die christliche Religion selber immer prinzipieller wird. Anfangs scheint man sich mit einer lässigen Duldung der Glaubensüberzeugungen begnügt zu haben, da man glaubte, ihren natürlichen Tod in absehbarer Zeit erwarten zu können. Das geht schon aus der Darstellung hervor, die das Pekinger Regierungsorgan kürzlich von der Einstellung zur Religion gab: „Religion", so heißt es da, „entsteht, wenn die Menschen sich gewissen natürlichen und gesellschaftlichen Gesetzen nicht gewachsen fühlen und geheimnisvolle Kräfte um Hilfe anrufen. Daher ist es klar, daß die Religion eines natürlichen Todes stirbt, wenn die Menschen die Natur besiegt haben und alle Klassenunterschiede und alle Bedrückung ausgerottet sind. Jeder Zwang gegen rein religiöse Glaubensmeinungen ist daher unnütz. Deswegen beschützen wir die Religionsfreiheit genau so, wie wir die Freiheit, die Religion abzulehnen, schützen." Wenn man diese Definition mit der Definition der Religion vergleicht, die kürzlich in dem offiziellen sowjetischen, im Moskauer Staatsverlag erschienenen Fremdwörterbuch gegeben wurde, so wird man eine gewisse Ähnlichkeit, aber auch die Verschiedenheit des Akzents feststellen können. Dort heißt es: „Religion ist ein falscher, unwissenschaftlicher Glaube an Gott, Engel, Geister usw. . . . Die Liquidation der bürgerlichen Gesellschaft und die Errichtung des kommunistischen Systems hat die Grundlagen der Religion zerstört und die Gesetze der natürlichen Wissenschaft an die Stelle der listigen und verschlagenen Lügen gesetzt, die von allen Religionen propagiert werden."

Man will in China aber nun wohl doch dem „natürlichen Tod" etwas nachhelfen — wobei jedoch auch nicht übersehen werden darf, daß immer noch nationalistische, patriotische Gründe die Einstellung zu den christlichen Konfessionen entscheidend mitbestimmen. Die schärfsten Druckmaßnahmen richten sich zweifellos immer noch gegen die ausländischen Missionare. Ihr Besitz wird konfisziert, sie werden gedrängt, das Land zu verlassen, ihre Bankkonten werden bis auf kleine Abhebungen gesperrt. Daß in erster Linie die amerikanischen Missionare (Maryknoller Missionare) zu leiden haben, ist kein Wunder. Gegen sie werden immer wieder Anklagen auf Spionage, Verstecken von Waffen, geheime Radiosendungen und Verführung chinesischer Bürger zur Spionage erhoben, aber auch Anklagen, die sie als Volksverderber hinstellen, z. B. durch Ausbeutung von Arbeitern, Verkauf von Opium usw. Doch auch die chinesischen Christen aller Konfessionen werden immer stärker bedrückt. Dabei haben die Katholiken die schwerste Belastung zu ertragen. Die protestantischen Gruppen haben chinesische Nationalkirchen gründen und sich ohne Widerspruch ihres Gewissens von ihren ausländischen Mutterkirchen trennen können. Die chinesischen Katholiken können das nicht, und den in marxistischen Kategorien Denkenden mag es tatsächlich unmöglich sein, diesen Standpunkt der Katholiken zu verstehen, den Standpunkt, nach dem eine Unterscheidung zwischen politischer und religiöser Verbunden-

heit möglich ist. Für wen die politische Sphäre die alles umfassende ist, der kann die Eigenständigkeit der religiösen nicht in den Blick bekommen.

Eine Diskussion des katholischen Standpunkts vor der Regierung

In der Tat hat die Regierung in Peking kürzlich — wie der NCWC-Nachrichtendienst unterm 19. Februar meldet — zu einem Diskussionstreffen eingeladen, bei dem über die Zukunft der religiösen Gruppen in China diskutiert werden sollte. Einem ungenannten katholischen Priester, der an dieser Diskussion teilnahm, wurde der Vorwurf gemacht, er spreche gegen die protestantische Bewegung für eine unabhängige Kirche, der alle fortschrittlichen Elemente in China zustimmten. Darauf scheint er die Haltung der Katholiken folgendermaßen verteidigt zu haben (über den Vorfall wird auch an anderen Stellen mit abweichendem Wortlaut berichtet, so in „La Croix" vom 26. 1. 51, so daß man auch hier Vorbehalte gegenüber der Exaktheit der Meldung machen muß): „Der Sinn und das Ziel unsres Glaubens besteht darin, die Seligkeit im nächsten Leben zu erlangen. Die Erlangung dieser ewigen Seligkeit hängt von dem Streben des einzelnen nach dem sittlich Guten ab, da dieses Leben auf Erden nur die Vorbereitung des anderen Lebens ist. Kein Christ kann ein gutes Leben führen, wenn er nicht auch ein guter Bürger und Patriot ist. Darum müssen wir Katholiken die besten Patrioten sein und unsre Pflicht zur Verteidigung unsres Landes tun.

Die katholische Kirche hat nichts mit Imperialismus zu tun. Auch sind nicht alle Ausländer Imperialisten. Den Glauben, den wir bekennen, haben wir durch die Predigten der Fremden empfangen. Wir glauben nicht an Menschen, sondern an das Evangelium Jesu Christi. Ja wir glauben an Jesus nicht als an irgendeinen Juden, der einmal in der Geschichte existiert hat, denn das wäre überhaupt keine Religion. Wir glauben an Ihn als an den Sohn Gottes und selber Gott . . .

Wir sind zum Gehorsam gegenüber dem Heiligen Vater verpflichtet, nicht als einer politischen Person, sondern als dem Führer in Glauben und Sittlichkeit, weil er das Haupt der Kirche und der Stellvertreter Jesu Christi ist. In politischen Dingen oder irgendwelchen anderen Beziehungen außer dem übernatürlichen Glauben sind wir ihm keine Rechenschaft schuldig."

Aber das sind Gedankengänge, die die marxistisch denkenden Kommunisten auch in dieser einfachsten Form nicht verstehen.

Der Druck auf die einfachen Gläubigen

Wir haben schon früher darüber berichtet, auf welche Weise die Tätigkeit auch der Priester chinesischer Herkunft in vielen Gegenden Chinas behindert wird. Sie haben keine Bewegungsfreiheit mehr und gefährden sowohl sich selbst als auch ihre Herde, wenn sie diese besuchen. Doch wird auch der einfache chinesische Katholik unter starken Druck gesetzt. Kardinal Tien, der sich seit einiger Zeit auf einer Rundreise in Europa befindet, hat darüber (laut einer Meldung der Kipa vom 9. Dez. 1950) berichtet. So werden katholische Beamte ihrer Posten bei der Eisenbahn, der Post und in der öffentlichen Verwaltung enthoben. „La Croix" berichtet unterm 26. 1. 1951, daß seit Dezember ein Gesetz besteht, wenn es auch noch nicht durchgeführt wird, das bestimmt, daß allen Christen verboten werden soll, die Kirche zu besuchen. Die Priester sollen Befehl erhalten, ihre Kirche während der ganzen Zeit der Agrarreform, d. h. ungefähr ein Jahr lang, zu schließen, offenbar, um den Arbeitsrhythmus nicht zu hemmen. Nach dem Internationalen Fidesdienst vom 17. Februar 1951 besteht auch ein Verbot, sich zum Gebet zu versammeln, ein Verbot, den Missionar zu sehen, und in manchen Landstrichen selbst ein Verbot, katholische Bücher zu lesen. Zumal in Nordchina ist in ganzen Provinzen jede religiöse Betätigung streng untersagt. In einer Stadt in Schansi wurden 70 katholische Arbeiter zu mehreren tausend Arbeitstagen verurteilt, weil sie sich am Sonntag die Zeit genommen hatten, die Kirche zu besuchen. In einer Diözese in Hopeh sind von 150 Kirchen und Kapellen nur noch 3 offen. In einer Diözese in Schansi sind 8 von 9 zentral gelegenen Kirchen von den Kommunisten konfisziert worden. Weitere 60 Kirchen von 67 wurden geschlossen. Alle katholischen Schulen der Diözese, einschließlich des Seminars, sind konfisziert worden.

Eine regierungstreue Gegenkirche?

Der aus den europäischen Oststaaten bekannte kommunistische Schachzug, eine Art Gegenkirche aufzustellen, wird offenbar auch in China versucht. Der chinesische Rundfunk berichtete, daß ein gewisser Priester Wang Liangtso in Kwangyuan in Nord-Szechuan eine „katholische Reformbewegung" ins Leben gerufen habe. Weiter behauptete er, daß mehr als tausend Katholiken in Tschungking unter Führung eines katholischen Bischofs, dessen Name in katholischen Kreisen jedoch gänzlich unbekannt ist, eine Erklärung unterschrieben hätten, nach der sie es ablehnten, weiter fremde Priester aus imperialistischen Ländern in China aufzunehmen. Von dem genannten Father Wang ist bekannt, daß er stark antiamerikanisch eingestellt ist, und es wäre daher möglich, daß er die antiamerikanische Kampagne der chinesischen Regierung irgendwie unterstützt hat. Unwahrscheinlich dagegen erscheint es den maßgeblichen Stellen, daß er wirklich den Versuch zur Gründung einer schismatischen selbständigen Kirche machen würde. Unterrichtete katholische Kreise in Japan halten diese Meldung überhaupt für eine Erfindung. Der NCWC-Nachrichtendienst meldete am 15. Febr. aus Tokio, nunmehr aus verläßlicher Quelle über den Vorgang aufgeklärt zu sein. Ein Katechet Pater Wangs habe seinen Namen unter einem Manifest mißbraucht, ohne ihn auch nur zu fragen. Im übrigen muß es auffallen, daß die chinesische Presse bei ihren Berichten über die Entstehung einer katholischen Unabhängigen Kirche kaum Namen zu nennen weiß, während es für sie sonst geradezu charakteristisch ist, daß sie eine Passion dafür hat, Namen aufzuzählen. Das scheint also zu beweisen, daß die Idee einer schismatischen „katholischen" Kirche unter den chinesischen Katholiken wenig Erfolg hat. Auf einem Manifest aus Tientsin, das die kommunistische Presse mitteilt, hat (nach dem NCWC-Nachrichtendienst vom 29. 1. 51) kein einziger Priester mit unterzeichnet. Ein anderes Manifest aus Wuhan trägt ausschließlich Unterschriften einer Studentengruppe der Hochschule.

Vorsorgliche Maßnahmen der Hierarchie

Die chinesische Hierarchie macht sich jedenfalls auf alles gefaßt. Ende Dezember 1950 wurde Bischof Frederick O. Donaghy M. M. von Wuchow verhaftet. Er hatte je-

doch schon einen Monat vorher zwei Priester zu seinen Substituten ernannt für den Fall, daß er „aus irgendeinem Grund von seiner Diözese getrennt sein würde". Der eine von diesen ist ein Maryknoller Missionar, der andere ein einheimischer Priester. „The Tablet" vom 27. Januar berichtet, daß alle Bischöfe in China ihren Priestern die Erlaubnis erteilt haben, zu jeder Tageszeit, wo immer eine kleine Gemeinde versammelt werden kann, Messe zu lesen. Diese Vollmacht ist sämtlichen Ordinarien durch den Internuntius Msgr. Antonio Riberi erteilt worden. Für Messen, die nach 11 Uhr vormittags gelesen werden, ist das Nüchternheitsgebot für Priester und Volk, soweit dieses kommunizieren will, nach dem Muster der Messen während des Krieges oder der Abendmessen erleichtert worden. Gleichzeitig sind alle Bischöfe vom Internuntius aufgefordert worden, eine Anzahl von Priestern zu bestimmen, die einer nach dem andern die Leitung der Diözese übernehmen können, wenn der Bischof irgendwie an der Ausübung seiner Funktionen verhindert sein sollte. Priester, die unter solchen Umständen eine Diözese übernehmen, haben dieselben Rechte und Pflichten wie ein residierender Bischof, mit Ausnahme derjenigen streng episkopalen Charakters. Sie haben den gleichen Rang wie ein apostolischer Präfekt.

Gefährdung des Glaubens und Bekennermut

Eines ist gewiß: die einfachen chinesischen Katholiken werden unter diesen Verhältnissen schwer verwirrt. Sie befinden sich in einem angstvollen, unklaren Zustand, da sie ja auch außer der offiziellen kommunistischen Presse keinerlei Informationsorgan besitzen. Zumal auf dem Land ist ein Rückschritt des Glaubens, Abfall und Neigung zum Abfall nicht mehr zu leugnen. Viele Gläubige haben (so meldet der Internationale Fidesdienst vom 17. Febr. 1951) mit Glaubensschwierigkeiten zu kämpfen, und zahlreiche Neubekehrte werden zwar nicht geradezu abtrünnig, haben es aber doch eilig, das Schiff zu verlassen, das zu sinken droht. Die Jugend, die ganz durch die „Produktion" in Anspruch genommen ist, zeigt überhaupt wenig religiöses Interesse. Viele Christen passen sich irgendwie der Lage an und hören auf, die Sakramente zu empfangen. Viele geben vor allem das Gebet auf. Die Zahl derer, die antireligiösen Vereinigungen beitreten, nimmt zu, ebenso die Zahl derer, die sich schwere Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, wie Heirat mit Heiden, Ehescheidung und Wiederverheiratung und dergleichen. Die größte Gefahr für die Christen in China ist jedenfalls heute die, den Glauben zu verlieren. Wenn sie die Macht des Bösen, gegen die sie offenbar nichts vermögen und von der sie anscheinend nicht befreit werden können, siegreich sehen, werden sie sich schließlich als von Gott verlassen betrachten und sich fragen, ob Gott denn überhaupt existiert.

Allerdings gibt es auf der anderen Seite auch wieder solche, die nun erst die Kraft und Gewalt des Glaubens erfahren, deren Glaube sich vertieft und deren Zeugniskraft Bewunderung weckt. Ja auch bei den Heiden zeigt sich (nach dem Internationalen Fidesdienst vom 17. Febr.) oft ein neues religiöses Bedürfnis, aus dem heraus sie sich für die Kirche und ihre Lehre interessieren. Allein in Peking sind, wie „La Croix" am 12. 2. meldete, im Jahr 1950 1000 Konversionen zu verzeichnen gewesen. Es ist vielleicht erwähnenswert, daß 700 davon anläßlich der Verkündigung des Dogmas von Mariä Himmelfahrt stattfanden.

Aber alle diese Meldungen sind einzelne Züge, und erst die Zukunft wird lehren, wie sie sich zu einem Ganzen zusammenfügen.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Die Moraltheologie sucht neue Wege

„Neunzehnhundert Jahre nach Christus gibt es noch ein Problem der christlichen Moral. Es gibt ihrer sogar mehrere, und anstatt einfacher, werden sie vielleicht immer schwieriger ... Die Moral macht gegenwärtig eine Krise durch ... Ich spreche von dem Wissen und dem Unterricht in Moral."

„Das Problem der Unterweisung in der Moral und der moralischen Bildung ist vielleicht heute das heikelste Problem innerhalb der Kirche. Hat doch Pater Sertillanges in seinem Buch ‚Les études du prêtre d'aujourdhui' geschrieben: ‚In der Morallehre liegt der schwächste Punkt des heutigen Katholizismus und verhältnismäßig auch der unsres Lehrkörpers selbst.' Daß ein Mann, der ein halbes Jahrhundert damit verbracht hat, die fundamentalen Probleme des Glaubens und der Überlieferung zu erforschen, am Ende seiner Laufbahn zu diesem Schluß kommt, macht gewiß einen tiefen Eindruck."

Diese Zitate stammen von Jacques Leclercq, dem Moraltheologen und international anerkannten katholischen Sozialphilosophen der Universität Löwen. Seine zahlreichen Werke über naturrechtliche und sozialtheoretische Probleme gehören zu den beachtenswertesten auf diesem Gebiet, und die Herder-Korrespondenz hat ihn schon häufig als Gewährsmann genannt.

Professor Leclercq hat die Bilanz seiner Lehr- und Forschungsarbeit in einem Werk niedergelegt, dem er den Titel „L'enseignement de la morale chrétienne" (Ed. du Vitrail, Paris 1950, 346 S., 540 frs.) gab. Vielleicht gehört es zu den bahnbrechenden Werken des vorigen Jahres. Wir weisen heute nur kurz auf seine Thesen hin und behalten uns vor, darauf zurückzukommen.

Die Krise der Moraltheologie

Man darf also aussprechen: Es gibt eine Krise der Moraltheologie. Für die Theologen unter den Lesern ist dies nichts Neues. Arthur Vermeersch SJ, der zu seiner Zeit in

Rom als der in moralischen Fragen maßgebende Lehrer galt, pflegte — wie seine Schüler erzählen — schon vor fünfundzwanzig Jahren in Erregung zu geraten, wenn er auf jene moraltheologischen Kompendien zu sprechen kam, die sich wie Rezeptbücher lesen. Und wie sein eigenes so schwieriges Werk beweist, war dieser Gelehrte schon damals auf dem Wege, der Moraltheologie ihren wissenschaftlichen Rang zu wahren, indem er mit einem umfassenden Wissen auf den Gebieten der Theologie, Philosophie und Rechtswissenschaft eine Moraltheologie des Evangeliums und der Prinzipien verkündete, statt sich in die Aufreihung zusammenhangloser Gebote zu verlieren.

Die Theologen also wissen längst um die Krise in der Moraltheologie. Ist es aber recht, diese Krise vor den Augen der Laien auszubreiten? Nun, wer dagegen Bedenken hat, ist vielleicht etwas ins Hintertreffen geraten. Die Laien fühlen die Krise mehr, als einige Theologen annehmen. Leclercq schreibt den einigermaßen verblüffenden Satz: „Wenn man die Darstellungen der Moraltheologie von einem Ende bis zum andern durchgegangen ist, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Lehre einen anderen Ton hat als das Evangelium." Ein französischer Kommentator fügt hinzu: „Gerade unter den besten oder lautersten Christen sind solche, die sich darüber beklagen. Es kommt vor, daß sie an den Ratschlägen der Moralisten Ärgernis nehmen." „Es kommt", wie Leclercq bemerkt, „auch vor, daß die Theologiestudenten durch den scheinbaren Gegensatz zwischen theologischer und evangelischer Lehre verwirrt werden".

Es liegt in der Natur der Sache, daß Laien, die ihr Leben aus dem Glauben gestalten möchten, an der Moraltheologie mehr interessiert sind als an irgendeiner andern theologischen Disziplin. Die brennende Anteilnahme der Laienwelt an dem Problem der „Situationsethik" zeigt darüber hinaus, daß Laien, die zu den Besten oder vielmehr den Willigsten zählen, sich gerade in dieser Zeit der Umwälzungen mit ihren Schwierigkeiten und in ihrem guten Willen von Lehrern im Stich gelassen fühlen, die bei ihnen den Anschein erwecken, daß sie Paragraphen anbieten, wo jene nach dem Evangelium beraten sein möchten.

In Deutschland am wenigsten

Es muß allerdings gesagt werden, daß in Deutschland die Krise der Moraltheologie weniger in Erscheinung tritt als anderswo. Das mag daran liegen, daß der deutschsprachige Klerus im großen ganzen mit den Gläubigen sehr verbunden lebt. Das zeigt sich im Beichtstuhl, dessen Vollmachten in weitherziger und doch wegweisender Weise ausgeübt werden. Auch darf nicht vergessen werden, daß deutsche und österreichische Moraltheologen, angefangen von Linsenmann und Hirscher über Schindler bis auf Pfliegler und Tillmann mit seiner Schule, aus der nur Theodor Steinbüchel erwähnt werden möge, Moraltheologie nicht als Gesetzeskunde aufgefaßt haben, sondern als Wegweisung zur Nachfolge Christi. Das Münchener Auditorium Steinbüchels beispielshalber war nicht deswegen überfüllt, weil er künstlich erleichterte Interpretationen angeboten hätte, sondern weil er zwischen der Strenge des Gesetzes und der Kapitulation vor der Situation einen dritten Weg suchte: den Weg der Verantwortung vor dem lebendigen Gott. Es handelte sich nicht um Nachgiebigkeit, sondern um ein bis ins letzte konsequentes Bemühen, die christliche Moral als Nachfolge des lebendigen Vorbildes Jesus Christus darzustellen, wie sie im Angesicht unserer Zeit geboten ist. Es wurde der Geist unserer Zeit mit der Person und Lehre des Herrn konfrontiert, und so wurde Moraltheologie zur Seins- und Wegdeutung für die Hörer.

Auch Jacques Leclercq sieht die Krise nur dort, wo die Moral dargeboten wird wie ein erratischer Block überkommener Gebote. Die christliche Unterweisung macht den Eindruck einer veralteten, abstrakten Lehrweise. Sie trifft die Situation nicht, sie packt nicht. Sie bildet ein majestätisches Ganzes, das in einer konventionellen, unserer Sprechweise fremden Sprache dargeboten wird und sich mit Fragen beschäftigt, die ihrerseits ebenfalls unseren Sorgen fernstehen: man kann sie bewundern wie einen jener alten Paläste, die man als historisches Denkmal besichtigt, in denen man aber nicht wohnen möchte. Die jungen Leute, die aus unseren Lehranstalten hervorgehen, die Gläubigen, die unsere Predigt hören, haben den Eindruck einer „Barrierenmoral", die sie an vielem hindert, aber zu wenigem ermuntert. Sie haben nicht den Eindruck eines Anrufs, der alle Sehnsucht nach Größe und Edelmut weckt. „In den theologischen Lehranstalten und auf den Kanzeln der Stadt- und Dorfkirchen erscheint die Moral", wie Leclercq sagt, „nicht als eine Moral des erobernden Schwungs, sondern als eine Moral der Selbstbeherrschung und Zügelung." Moral predigen ist gleichbedeutend mit warnen, verbieten, Auswüchse geißeln, gegen irgend etwas Stellung nehmen und polemisieren.

Leclercq wagt sogar zu sagen: „Es ist dieselbe Geschichte mit der geistlichen Literatur. Sie redet von Demut, Armut, Keuschheit, Bescheidenheit, Verzicht, Gehorsam, aber nicht von Begeisterung und Eroberung." Es geht nicht, fügt er hinzu, um die Übereinstimmung zwischen Denken und Handeln, also um eine Frage moralischer Schwäche, sondern um die intellektuelle Zustimmung. Das ist nicht überheblich oder leichtfertig gesagt. Leclercq sagt wiederholt, mit welchem Schmerz er es ausspricht. Und wer könnte auch übersehen, wie christliche Laien sich über das Bücherverbot, das Sonntagsgebot, die Ehegebote, die Fastengebote, die sozialen Lehren, insbesondere die Eigentumslehre der Moral hinwegsetzen — vielleicht doch nicht immer nur aus sittlicher Schwäche, sondern letztlich doch auch aus dem Mangel eines richtigen Erfassens der christlichen Idee, weil es versäumt worden ist oder niemand vermocht hat, den inneren Zusammenhang zwischen den Geboten, der Würde der menschlichen Person und dem Beispiel Christi herzustellen, von dem aus allein der Christ moralisch geformt werden kann.

Schwächen der Klerusausbildung

Leclercq bestreitet keineswegs die Notwendigkeit der kasuistisch-juristischen Moral. Er weist sogar sehr einleuchtend darauf hin, wie es kam, daß die katholische Sittenlehre sich ganz überwiegend unter diesem Gesichtspunkt präsentiert. Der amtliche Verkündiger der Gebote Christi, der Seelsorger, bedient sich im allgemeinen der Gedankengänge und der Methode, die er während seines Studiums in sich aufgenommen hat. Wohl ist auf dem Seminar immer davon die Rede, daß die Verkündigung etwas anderes sei als die wissenschaftliche Aneignung des Glaubensgutes. Die Erfahrung lehrt aber, daß man den Seelsorger überfordert, wenn man ihm dies Umdenken zumutet. Wer erinnert sich nicht seines Religionsunterrichtes in der höheren Schule, jener Theologie en minia-

ture, für die sich eben alle diejenigen nicht zu erwärmen vermochten, die nun einmal nicht zum Studium der Theologie berufen waren! Es muß eben unfruchtbar sein, wenn die Seelsorger ein Abbild ihrer eigenen Professoren bleiben. Denn in welcher Weise haben sie in ihrem Seminar die Moral kennen gelernt? Leclercq sagt: fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Verwaltung des Bußsakramentes. Er nennt zwei Gründe dafür. Der eine liegt darin, daß die Studenten der Theologie, genau so wie ihre Kommilitonen von den anderen Fakultäten, für die Praxis „abgerichtet" werden müssen. „Wie die übrigen theologischen Fächer hat sich auch die Moral unter dem Einfluß sehr bestimmter praktischer Notwendigkeiten entwickelt. Es handelte sich darum, Priester auszubilden, die in der Lage sind, ihr Amt zu verwalten. Sie müssen den Gläubigen sagen, was zum Stand der Gnade nötig ist. Deswegen ist die Moraltheologie um den Begriff der Sünde herum aufgebaut, weil sie sich auf die gültige Spendung der Sakramente, besonders des Bußsakramentes, konzentriert. Der Moraltheologe hat nicht in der Doktrin zu unterrichten, denn dafür ist die Dogmatik da; er hat nicht das Evangelium zu verkünden: das besorgt die Exegese. Er muß bei seinem Handwerk bleiben. Und er hat genug damit zu tun, alle Pflichten auseinanderzusetzen, die zur Bewahrung des christlichen Lebens notwendig sind."

Der andere Grund für die Krise der Moraltheologie ergibt sich aus unserm neuzeitlichen Wissenschaftsbegriff. Die theologischen Wissenschaften haben, genau so wie die anderen Wissenschaften, derartige Fortschritte gemacht, daß man sie nur noch mit Arbeitsteilung und Spezialisierung bewältigen kann. „Wenn die Wissenschaft dadurch gewonnen hat, hat die Unterweisung dadurch gelitten." Die zukünftigen Priester „empfangen einen in Fächer eingeteilten Unterricht und haben Mühe, die Einheit darin zu erkennen".

„Der Professor der Dogmatik beschäftigt sich nur mit dem Dogma, der Moralprofessor mit der Moral. In der Dogmatik studiert man die Wahrheiten an und für sich, ihren Sinn, ihren exakten Ausdruck. Man versagt sich, auf die sittliche Bedeutung einzugehen. Denn das gehört in die andere Vorlesung. In der Moral lernt man, was man tun muß. Aber man versagt sich, vom Dogma zu reden. Denn das gehört in die andere Vorlesung!"

Was ist die Folge? Durch die Zerstückelung wird aus dem Evangelium eine Theorie. „Wenn man das Dogma lehrt, lehrt man es um seiner selbst willen und nicht, wie Christus und der heilige Paulus es lehrten. Christus hat seine Lehre nur vorgetragen, um zum Leben zu führen, und das Leben ist nur ein christliches, wenn es die Verwirklichung der Lehre ist. Das vom Leben getrennte Dogma wird unfruchtbar. Es erfüllt nicht mehr das, was Christus von ihm erwartete. Die vom Dogma getrennte Moral hört auf, christlich zu sein. Dies ist eine der wichtigsten Ursachen des Unbehagens unserer Zeit."

Leclercq erwähnt in diesem Zusammenhang einen psychologischen Irrtum der gegenwärtigen Universitätstheologie. „Der dogmatische Unterricht, wie er gewöhnlich gegeben wird, scheint die stillschweigende Überzeugung vorauszusetzen, daß eine exakte Doktrin genügt, damit das Leben sich automatisch danach richtet." Sie irrt auch soziologisch. „Man setzt das Christentum als bekannt voraus. Aber es ist nicht bekannt. Es ist nie bekannt. Von Generation zu Generation muß es jeder wieder aufs neue kennen lernen, und der analytisch-systematische Unterricht Punkt für Punkt und Teil für Teil ist erst dann fruchtbar, wenn man das Ganze meistert, wenn man den Geist Christi und den Sinn, den er dem Leben mitteilt, kennt."

Leclercq erläutert dies noch weiter: „Die Moraltheologie ist zuerst in einer christlichen Zeit und ‚in der Perspektive einer christlichen Zeit' ausgearbeitet worden. In einer homogenen Christenheit, wie sie sich im Mittelalter herausgebildet hatte, ist jedermann von Geburt katholisch, und der Glaube wird nicht in Zweifel gezogen. Bekanntlich denken die Menschen in der Mehrzahl nicht daran, etwas in Zweifel zu ziehen, was niemand in ihrer Umgebung in Zweifel zieht. Was man nicht bezweifelt, ist evident. Der Glaube ist eine unreflektierte Selbstverständlichkeit für den Christen in einem homogenen Milieu. Da alle Welt katholisch ist, besteht das religiöse Problem nicht darin, zum Glauben zu bekehren, indem man zeigt, daß Christus die Quelle aller Reinheit und jeder Vollkommenheit ist — niemand zweifelt daran —, sondern zu den christlichen Sitten zu bekehren. Denn das Bekenntnis zu der als evident betrachteten Lehre schließt nicht automatisch ein, daß man sein Leben nach den Forderungen des Glaubens richtet, und in dieser homogenen Christenheit stellt sich das Problem der Sittlichkeit um so schärfer, als es das einzige Problem zu sein scheint."

Die Universitätstheologie wird sich dagegen wehren, daß der Löwener Gelehrte ihr eine Aufgabe zumutet, die sie als „unwissenschaftlich" empfindet und die herkömmlicherweise dem Spiritual des Priesterseminars obliegt. Aber Leclercq zeigt ganz einfach die Konsequenzen der bestehenden Methode in der Praxis auf. Der junge Priester geht in die Seelsorge hinaus mit der Vorstellung, daß es zweifache moralische Maßstäbe gibt. Für seine Person befolgt er die Ratschläge seines Spirituals. Er selbst führt ein „geistliches Leben". Aber für das Volk gilt, was der Moralprofessor ihn gelehrt hat. Und „die Moraltheologie beschäftigt sich damit zu erfassen, was der Christ zu tun hat, um im Stand der Gnade zu bleiben oder dahin zurückzukehren, wenn er das Unglück gehabt hat, ihn zu verscherzen". Denn der Seelsorger betrachtet seine Herde „als eine christliche Masse, die das Christentum zwar annimmt und nicht bezweifelt, die es aber nicht notwendigerweise auch liebt und die nicht immer den Wunsch hat, es zu befolgen". Was folgt daraus für die Einstellung des Seelsorgers? „Ein Gefühl allgemeiner Entmutigung. Daß die Masse Tugend üben könnte, ist eine Utopie. Zu erreichen, daß sie wenigstens ihre Sünden bereue, ist alles, was man hoffen kann." „So erscheint die Moralwissenschaft als das wesentliche Mittel, die Welt zu verchristlichen: vom Beichtstuhl aus lenkt man die Gewissen." Der Seelsorger hat daraus schon die Konsequenz gezogen, daß Moralpredigten zwecklos sind. Jedenfalls kann man auf Grund seiner Ausbildung keine Moralpredigt halten, die die Gläubigen anregen oder gar begeistern würde. Man hat Moral für den Beichtstuhl gelernt. Und das ist eigentlich der einzige Ort, wo man davon einigen Nutzen hat.

Da die Moral so einseitig im Hinblick auf Praxis und Einfachheit gelehrt wird, „versäumt die Moralvorlesung die Grundlegung durch die Prinzipien, die systematische Darlegung, die Synthese . . . Die christliche Moral gerät in Gefahr, nur noch ein Grenzfall der natürlichen Moral zu werden. Mehr noch: sie wird zu einer schlechten natürlichen Moral, denn die Moralisten, die wenig Neigung zeigen, die grundlegenden Wahrheiten zu erforschen, werden der Verführung erliegen, gewisse von ihnen recht

leichtfertig anzuführen, da sie die Denkformen der eigenen Zeit nicht systematisch beherrschen. Sie erwecken oft den Eindruck, wenn sie eine Moralvorschrift begründen, das erstbeste Argument vorzubringen, das ihnen durch den Kopf geht."

Das Verdienst der Kasuistik

Es ist aber trotz aller Kritik keineswegs Leclercqs Absicht, die unzweifelhaften Verdienste der herkömmlichen Moraltheologie zu leugnen. Er will nur auf einen Mangel hinweisen, der sowohl von den jungen und zukünftigen Seelsorgern wie von aufrichtig bemühten Laien empfunden wird. Was an den durchschnittlichen theologischen Lehranstalten als Moraltheologie geboten wird und dann seinen Weg auf die Kanzel und in die Schule findet, ist nur ein Teil dessen, was geboten werden müßte. Es hat, um mit Leclercq zu sprechen, seine Berechtigung nur als Beichtstuhlanweisung, die das notwendige Minimum ins Auge faßt, unter der Bedingung, daß diese Moral nicht als „die christliche Moral" präsentiert wird. Unter diesem Vorbehalt wird man zweifellos zugeben müssen, daß sich unter den trockenen unpersönlichen Formeln Schätze einer brauchbaren Psychologie verbergen, die das ganze Drama des Menschenlebens erfassen. Nur wer diese Formeln als solche verwenden will, ohne sie auf die Wirklichkeit zu übertragen, wird große Irrtümer begehen.

Forderungen an die Verkündigung

Das Heilmittel gegen diese Gefahr besteht, wie Leclercq fortfährt, darin, die christliche Morallehre wieder an ihren richtigen Platz zu stellen, nämlich in den Zusammenhang mit der unerschöpflichen Quelle des Evangeliums. Dessen fundamentale Lehren erfüllen alle Sehnsucht des Menschenherzens.

Die Sittenlehre steht nach dem Evangelium vor allem im Zusammenhang des Heils, der Verwandlung durch Christus, des Reichs Gottes. Um dieses Bewußtsein zu wecken, sollte der Moralunterricht in zwei Stufen vor sich gehen: Zuerst sollte die christliche „Moral des Alltags" gelehrt werden, die der natürlichen Moral sehr nahesteht, dann aber eine „allgemeine Orientierung des Lebens", die in der Darstellung des Raumes besteht, in dem christliches Leben dank der Erlösung im Zeichen des Reiches Gottes sich aufbauen und entfalten kann. Es muß deutlich werden, „daß das Christentum alle Perspektiven verändert. Es ist totalitär. Die Aufgabe, die es uns stellt, ist so groß und schön, daß man nicht ohne Enthusiasmus daran denken kann, und man kann nicht daran glauben, ohne von glühendem Verlangen ergriffen zu werden, daran mitzuarbeiten. Wenn man sieht, was diese Aufgabe ist, begreift man, daß es die größten Opfer wert ist."

Leclercq meint auch, der Moralunterricht müsse auf die Weise erteilt werden, die der Herr selbst befolgt hat. Christus fängt nicht damit an, sich selbst zu offenbaren und zur Nachfolge aufzufordern, um dann eine Sittenlehre anzuhängen. Sondern er führt die Menschen über die Moral zu den Geheimnissen des Glaubens. „Das ist sehr wichtig. Christus glaubt, die Moral einem Publikum predigen zu können, das die dogmatische Lehre noch nicht kennt. Die Moralpredigt ist weithin der Auftakt zu der Offenbarung dessen, was er vollbringen will. Das ist nun sehr anders als unsere Methode." Das ganze christliche Altertum hat diese Methode Christi noch beibehalten. Und es war „die einzige Periode der Geschichte, in der das Christentum sich unwiderstehlich ausgebreitet hat, allein durch seine innere Kraft, gegen die sozialen Mächte. Das sollte uns nachdenklich stimmen." Sollte es uns nicht ebenso nachdenklich stimmen, daß moderne Bewegungen, die weiten Anklang finden, wie etwa die „Moralische Wiederaufrüstung" von Caux, die Anthroposophie, der Kommunismus (vgl. den Bericht von Douglas Hyde, Herder-Korrespondenz, 2. Jhg., 1947/48, S. 408), nicht zuletzt auch verschiedene eigentlich religiöse Bewegungen, wie die Quäker, die Heilsarmee und verschiedene Sekten, den Menschen von der Moral her ansprechen und gewinnen?

Der Unterricht in der christlichen Sittenlehre müßte die großen Themen der Liebe zu den Menschen, der Suche und Anschauung Gottes, die heute die Menschen begeistern, in ihrer christlichen Form aufweisen und daran zeigen, wie hoch das Christentum über alle rein menschlichen Konstruktionen emporragt. „Die Predigt Christi entwirft eine Lebensform, in der sich jede Vollkommenheit und jede Größe verwirklicht. Die Vollkommenheit wird identisch mit dem Guten und Schönen. Sie führt zum Glück. Alle diese Begriffe weisen aufeinander zurück. Sie drücken verschiedene Erscheinungsweisen der gleichen Wirklichkeit aus. Der Moralunterricht muß zuerst ein Appell sein, diese großartige Wirklichkeit zu sehen, und in dieser Begeisterung der Seele können dann die einzelnen Fälle der Anwendung vernünftig gelöst werden." Gegenstand des Moralunterrichts muß es sein, „das Gute zu tun, nicht das Böse zu meiden".

Das heißt: die erste sittliche Pflicht in intellektueller Hinsicht ist es, nachzudenken, in Hinsicht auf das Tun, seine Persönlichkeit zu entwickeln. Die sittliche Erziehung besteht vor allem darin, ein Gefühl für die sittlichen Werte, für die Orientierung des Lebens und seine Einheit zu wekken. Eine spezifisch christliche Moralpädagogik kann ja nur von dieser Gesamtschau aus „die grundlegenden Gegebenheiten" sichtbar werden lassen. „durch die die Lehre Christi sich von allen anderen unterscheidet": vor allem Gottes Eingreifen selbst in das schlichteste Leben, die Einmaligkeit des Anrufs Gottes an jede einzelne Person und demgegenüber die menschliche Unzulänglichkeit. Aus diesen beiden Grundtatsachen folgen alle anderen: die Notwendigkeit der Buße, die Sakramente, die Tugend, die erst von der Menschwerdung ihre durchschlagende Begründung bekommen, mit einem Wort: Christsein bedeutet soviel wie von Christus imprägniert sein. Es fehlt der christlichen Moralpädagogik ganz einfach an Selbstvertrauen. Sie läßt sich durch den Anschein deprimieren, als könnten die Menschen, einzig getrieben durch die Schwerkraft der bösen Natur, allein noch an der untersten Grenze zum Halten gebracht werden.

Leclercq möchte durch sein Buch, und dies ist wohl der persönliche Grund, warum er es geschrieben hat, dazu ermutigen, daß wir den traurigen Realismus korrigieren, der unsere Sittenlehre bestimmt, und daß wir statt dessen daran glauben, daß eine Vollkommenheit, wie Christus sie verkündet, nicht außerhalb des Möglichen liegt.

Kasuistik und Situationsethik

In mehreren Berichten dieser Zeitschrift zur Frage der Situationsethik (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg. [1949/50] S. 124 ff und 456 ff, 5. Jhg. [1950/51], S. 74 ff) kam zum Ausdruck, daß der Begriff der „Situation" zwar häufig herhalten muß, um Flucht und Schwäche zu recht-

fertigen, daß er aber doch auch im Sinne des Anrufs zur persönlichen Verantwortung vor der je einmaligen Forderung des lebendigen Christus verstanden wird und eine impulsive Kraft besitzt, die von der gewöhnlichen Lehre der Moralisten nicht ausgeht. Man wartet geradezu darauf, daß sich nun Moraltheologen finden werden, denen es gelingt, dies Anliegen der Situationsethik in der Moraltheologie heimisch zu machen, indem sie die Lehre von den Geboten und die überkommene Kasuistik dahin entwikkeln, daß sie „zur selbständigen Gestaltung des konkreten Lebens befähigt".

Wertvolle Vorüberlegungen dazu liefert Richard Egenter in seinem Aufsatz „Kasuistik als christliche Situationsethik" (Münchener Theologische Zeitschrift 1. Jhg. 1950, S. 54—65). Er macht zu Beginn auf eine Gefahr aufmerksam, die ernstlich droht, wenn man allzu unbedenklich auf eine genaue Formulierung der allgemeinen Christenpflichten und die damit von selbst gegebene Kasuistik verzichten wollte. „Ohne sie verliert sich die christliche Ethik leicht in eine lebensfremde platonisierende Darstellung der allgemeinen Normen bzw. der isoliert gesehenen Werte, oder sie begnügt sich mit gewissen Gefühlsurteilen, mit einer antlitzlosen existentialistischen Situationsethik, die in ihrer Konsequenz die sittliche Verpflichtung aufheben." Darum fordert Egenter heute gerade „eine gründliche kasuistische Schulung des christlichen Laien, der bei dem allgemeinen Schwund des christlichen Brauchtums und angesichts des drohenden Kollektivismus und Totalitarismus sich plötzlich vor unerwartete Entscheidungen gestellt sehen mag, für die im voraus keine Anweisungen gegeben werden konnten." Und dies ist für Egenter das Problem, vor dem heute die Moraltheologie steht: eine Kasuistik zu schaffen, die nicht in konstruierten Fällen Musterbeispiele für die praktische Entscheidung vorlegen will, sondern die „die christliche Ethik zur Bemeisterung des Konkreten", d. h. zum Ernstnehmen des Individuellen schult, ohne darum das Gesetz preiszugeben.

Das sieht zunächst wie die Quadratur des Kreises aus. Doch wie schwierig es auch sein mag: christliche Ethik im Sinne des Evangeliums darf nicht außer acht lassen, daß dem Christen aufgegeben ist, nicht bloß die Gebote zu erfüllen, sondern darin „*sich* zu leisten und zu vollenden". Darum darf er nicht einfach Gesetze anwenden, sondern muß auf den eigenartigen Anspruch Gottes hören, der gerade an ihn ergeht, also auf die Situation, die „niemals rational völlig in eine Summe hier einschlägiger allgemeiner Normen" aufgelöst werden kann. So geht es denn um eine Ethik, die sich einerseits nicht nur auf die „Darlegung der geltenden Werte und Normen" einschränkt, andererseits aber auch nicht nur „Typen", „abstrakte, tote Beispiele" bietet, sondern sich der „je einmaligen Situation des handelnden Christen" zuwendet, eine Moral, die „den Christen immer wieder und mit ernster Eindringlichkeit auf die konkrete Situation hinzuweisen und ihm das Rüstzeug zu liefern (hat), mit dem er in jedem Augenblick als mündiger Christ zu leben vermag". Wie kann diese Forderung erfüllt werden? Wie kann durch die Erfüllung dieser Forderung die Moral zugleich — im Sinne von Leclercq — wieder anschaulich und konkret, impulsiv und ermutigend, auf das Beispiel Christi bezogen und darum mehr als nur natürlich-sittliche Lehre werden, und wie kann man zugleich der entgegengesetzten Gefahr vorbauen, daß die Moral dem persönlichen Gefühl ausgeliefert wird und das normative Element, ja vielleicht sogar ihre Substanz verliert und auf wenige allgemeine christliche Haltungen reduziert wird, die im Ernstfall zu gar nichts verpflichten?

Katholische Ethik hält fest am Gesetz

Egenter sieht die erste Voraussetzung darin, daß man die Normen des göttlichen Gesetzes „aus dem Wesen und den Werten der Schöpfungsordnung" heraus entwickelt. In einer katholischen Sittenlehre darf nie verdunkelt werden, daß es Normen gibt, die jeden einzelnen und ihn in jeder Situation binden. Denn in der Schöpfung waltet Ordnung, d. h. in der Vielheit der Individualitäten waltet Einheit ihres Seins. Aber dies ist nun eben der Sinn der Gebote, daß sie das Gesetz des Seins und in ihm das Moment des Wertes zum Ausdruck bringen. Es ist also, wie man jene Formulierung Egenters wohl verstehen darf, nicht unberechtigt zu verlangen, daß die Moral die Gebote als Wahrheiten in ihrer Seinsbezogenheit darstelle. Sie dürfen nie heteronom erscheinen; denn sie sind es nicht.

Die Brücke zur Situation

Wie findet nun die Moral mit diesen ihren Wahrheiten die Brücke zum einzelnen Menschen in der Einmaligkeit seiner Lebenssituation? Egenter entgegnet: durch die Kasuistik. Doch kann das keine Kasuistik sein, die im „erklärenden, typischen Beispiel" besteht. Der Casus oder die Situation muß allerdings, wie es ja die überkommene Kasuistik auch versuchte, „als Schnittpunkt verschiedener Forderungen" begrifflich bestimmt werden. Und „eine konkrete Situation läßt sich auf diese Weise schon sehr weitgehend bestimmen". Was aber nun die Kasuistik, wie Egenter sie versteht, neu berücksichtigen muß, ist dies: „Der Schnittpunkt liegt, bildlich gesprochen, nicht auf einer Ebene, sondern in einem Raum." Die Forderung der Situation wird also nicht „durch einfache Addition von Einzelnormen" erfaßt, sondern — erlauben wir uns hinzuzufügen — durch ihre Integration! Ohne Bild gesprochen: In der Situation schneiden sich nicht nur Normen, sondern „Normen ... nach verschiedenen Gesichtspunkten".

Egenter bringt ein lehrreiches Beispiel: Jemand müßte einen Arbeitsplatz verlassen, weil er darin dauernd Glaubensgefahren ausgesetzt ist. Eine Fülle von Gesichtspunkten macht die konkrete Situation aus: Glaubensgefahr, Existenzsorge, das Ärgernis des Bleibens, der Rückhalt für andere Arbeitsgenossen, die Freude an dieser Arbeit und damit die Leistung, eine (etwa vorhandene) Gesundheitsschädlichkeit derselben Arbeit, die Notwendigkeit politischer Interessenvertretung, all das schafft geradezu einen Wirrwarr von Gesichtspunkten. Am Ende fragt man sich, ob es überhaupt möglich sei, hier zu einem rationalen Urteil zu gelangen, ob also die Situation als solche überhaupt rational zu bewältigen sei.

Anscheinend bleibt ein „Rest" übrig, der mehr ist als ein Schnittpunkt von Normen. So entsteht die Frage: „Kann das Konkrete über die Tatsache hinaus, daß es je einmaliger Schnittpunkt allgemeiner Normen ist, sittlich normierend wirken?" Man wird wohl sagen dürfen, daß diese Frage darüber Aufschluß gibt, wie sich die von Egenter entworfene Kasuistik von der herkömmlichen unterscheidet. Das Konkrete als solches könnte zur Norm werden? „Das läßt sich bejahen." Für diesen lapidaren Satz beruft sich Egenter auf Karl Rahner als Zeugen. In Karl Rahners von der Herder-Korrespondenz (4. Jhg., S. 124 ff.) referiertem Aufsatz über Situationsethik und Sünden-

mystik, den die „Stimmen der Zeit“ nachgedruckt haben (Bd. 145, Heft 5 [1950], S. 330—342), wird ausgesprochen, „daß es ein Gewissen gibt, in dem der Mensch inne wird, was er gerade als der je Einmalige (Sperrung von uns) zu tun hat.“ „Dieser Individualfunktion des Gewissens“ — folgert Egenter — „hat nunmehr die Kasuistik zu dienen.“ Egenter tut gut daran, Voreilige zu erinnern: „Der ‚Ort‘ der individuellen Gewissensentscheidung kann immer nur innerhalb der allgemeingültigen Normen liegen. Aber wie findet man diesen Ort?“

Zunächst muß man der „persönlichen Eigenart des Handelnden“ Rechnung tragen. „Sodann spielt die ebenfalls nur in ihrer Tatsächlichkeit zu erfassende Situation des Handelnden eine Rolle.“ Dies alles aber war auch der herkömmlichen Kasuistik nicht fremd, und wie Egenter sagt, dient es nur dazu, den Schnittpunkt der Normen zu bestimmen. Also: das Konkrete als solches wird dadurch noch nicht erfaßt.

Der Zentralbegriff christlicher Ethik

An dieser Stelle nun wirft Egenter das Wort in die Debatte, mit dem auf derselben Münchener Lehrkanzel schon Theodor Steinbüchel auszudrücken pflegte, worin denn die Eigenart des Menschen besteht, der als Christ Entscheidungen trifft: das folgenschwere Wort vom „personalistischen, dialogischen Charakter der christlichen Ethik“.

Der Christ ist auf das Du des Mitmenschen gewiesen. Dies ist der entscheidende Unterschied gegenüber jeder natürlichen und insbesondere der aristotelischen Ethik. „Hier reicht“, wie Egenter sagt, „die allgemeine Norm, die uns mit dem Wesen des Menschen gegeben ist, nicht aus“. Wir ergänzen: nicht *mehr* aus. Das Du verlangt nicht nur die Achtung seiner Würde als Mensch, es verlangt die Ernstnahme seines Ich. „Dieses jedoch (das Ich) erschließt sich uns nie völlig und wird nur, wie Max Scheler betont, im Mitvollzug seines Erlebens einigermaßen faßbar. Das Ich ist zudem eine dynamische Größe; man kann ihm nicht ein für allemal gerecht werden; denn es wandelt sich von Augenblick zu Augenblick in seinem Anspruch, der uns sittlich bindet.“ Egenter macht an Beispielen klar, wie der Anspruch des Du die Normen sprengt. Wir stehen vor dem Neuen und Eigentümlichen christlicher Ethik: vor dem „rational nicht völlig auszulotenden biblischen Begriff des Nächsten“. Er sprengt auch jene Systematik in der Ethik, die die „Situation“ nur als Schnittpunkt von Normen verstehen möchte. „Infolge der Unergründbarkeit des mitmenschlichen Du“ entzieht sich sein Anspruch der rationalen Bestimmung. „Zur rationalen Standortbestimmung der sittlichen Pflicht muß hier die Intuition kommen, die aus der Liebe quillt . . . Hier schon offenbart sich der Wagnischarakter vieler und gerade sehr tiefgreifender sittlicher Entscheidungen.“ Egenter nimmt die Möglichkeit schwerwiegender Irrtümer nicht leicht. „Trotzdem darf die christliche Ethik nicht resignieren.“

Das Wagnis, von dem die Rede war, wird zwar nicht geringer, aber es ist gerechtfertigt, weil wir wissen, daß durch das mitmenschliche Du hindurch Gott selbst uns anspricht. Der Dialog des christlichen Lebens hat Gott zum letzten Partner. Noch weniger als der Mitmensch kann Gott zum Objekt unseres Handelns werden. „Weil er der Herr der Schöpfung ist, kann die geheimnisvolle Vorsehung Gottes vom Menschen sogar etwas verlangen, was sonst den Forderungen des sittlichen Naturgesetzes widerspricht“ (Abraham!). Wenn auch nach Vollendung der Offenbarung durch Christus, meint Egenter, nicht mehr anzunehmen ist, daß derartige Forderungen Gottes an einen Menschen ergehen werden, bleibt doch sein Anspruch unergründlich und zuweilen „schlechthin irrational und unerwartet“ (Jeanne d'Arc, Maria Ward). „Es ist Aufgabe der Kasuistik, zu zeigen, wie man ganz praktisch in diese Begegnung mit der göttlichen Vorsehung hineingeht.“ Und es ist die Liebe, die „demütige, anbetende Liebe“, die hier das letzte Wort hat. Es kann ein gewagtes Wort sein. Egenter erinnert, ohne es zu sagen, an das Recht des augustinischen „Ama et fac quod vis“. Keine Morallehre hat das Recht, es aus der Welt zu schaffen.

Wohl aber zeigt sich von hier aus nun der tiefste Sinn solcher Lehre. Die Kasuistik hat nicht nur die Aufgabe zu fragen, ob etwas Sünde sei oder nicht. Nicht eine Grenzmoral zu etablieren, ist ihre Aufgabe, sondern dem Gotteskind den Weg in die Freiheit und in die Liebe zu weisen. So wird deutlich, „daß die Kasuistik niemals nur Sache einer rationalen Technik ist, sondern aus Gesinnungen heraus betätigt werden muß.“ Das soll nicht bedeuten, daß man sich auf die Eingebungen des Augenblicks verlassen dürfte. Es bedarf des Wissens. Aber ebenso bedarf es „des religiösen Aktes“, um den Anspruch Gottes zu vernehmen.

Normen zukünftiger Kasuistik

Aus diesen Erwägungen ergeben sich für Egenter folgende Normen einer zukünftigen katholischen Kasuistik, die aber, wie er sagt, nicht mehr sein wollen als eine Diskussionsgrundlage.

Das Urteil über eine Situation richtet sich primär an der Wegweisung aus, die die Kirche hic et nunc durch ihre Lehräußerungen, ihre Gesetzgebung, ihren Erfahrungsschatz und das Beispiel ihrer Heiligen bietet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß „in der christlichen Lebenspraxis sich zuweilen außerchristliche Einflüsse bemerkbar machen, die oft nur langsam wieder ausgeschieden werden konnten“. „So muß eine gewisse Kritikfähigkeit des mündigen christlichen Wissens und Gewissens vorhanden sein.“

In zweiter Linie kommen in Betracht:

1. Die Situation als Schnittpunkt verschiedener Normen und Werte. Zu ihrer Beurteilung gehört deren sichere Kenntnis.
2. Die Situation „als Durchgangspunkt einer geschichtlichen Entwicklung“, also ihre Bedeutung für die Dynamik des Lebens.
3. Der Vorentscheid, mit dem ein Mensch in die Situation hineingeht, sein bisheriger Entwicklungsstand.
4. Die Möglichkeit, daß eine gegebene Norm genauer präzisiert werden muß.
5. Die Frage vom dialogischen Charakter unseres Seins her: „Wird das rechte Verhalten in dieser Situation dadurch verändert, daß ich eine mir zugewandte Lebensäußerung eines Mitmenschen zu berücksichtigen habe?“

Diese und vielleicht noch andere Gesichtspunkte hat der Christ zu klären:

1. mit Hilfe einer „Konfrontation des betreffenden Falles mit der Heiligen Schrift und besonders mit dem Leben des Herrn“. Egenter sagt sehr gut, was das Ziel einer solchen Konfrontation sein muß. Christus bietet weder ein System noch Rezepte, sondern „durch und durch Kasuistik“. Daraus ergibt sich, daß wir an seinem Vorbild nicht den Inhalt unserer Entscheidung, wohl aber ihre Motive ablesen können;

2. mit Hilfe „der Fülle des Glaubenswissens", das zur Erhellung dieser Situation von Wert ist;
3. mit Hilfe des Gebetes. Der Christ „wird manches anders ansehen, wenn er versucht, gläubig und demütig die Liebe des Vaters mitzuvollziehen, im Geist der Bergpredigt also eine Situation zu gestalten". „Darum gehört Gebet und Opfer wesentlich in das christliche Situationsethos hinein", ohne daß darum die nüchterne Reflexion der kritischen Vernunft verachtet werden dürfte.

Wir haben vorhin die kritische Frage einer christlichen Situationsethik zu formulieren versucht: Wenn die Situation rational nicht restlos begriffen werden kann, gibt es dann überhaupt noch eine Möglichkeit, ihr anders als gefühlsmäßig zu begegnen? Die Kriterien, die Egenter dafür gegeben hat, sind nützlich. Am Ende aber bleibt es doch wahr: sowenig die Dogmatik die Geheimnisse der Offenbarung rational ergründet, sowenig die Historie uns sagen kann, wie Christus wirklich auf Erden erschien und welches sein Charakter war, so wenig kann die Moral sich erkühnen, eindeutig zu bestimmen, wie man jetzt nun handeln müsse. Gnade bleibt es zuletzt, wie wir die Offenbarung aufnehmen, Gnade bleibt es, ob trotz aller Christologie, Exegese und Apologetik die Gestalt Christi vor uns aufleuchtet, und so bleibt es erst recht Gnade, und zwar die größte, daß wir je und je das tun, was der Herr von uns erwartet. Es ist nicht die Wissenschaft, von der man erwarten dürfte, daß sie das Leben meistert. Ein klein wenig hilft sie dabei.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Die neue Katholische Aktion der Arbeiter in Frankreich

Die Spannung zwischen Kirche und Welt

Im vorigen Jahr hat sich in Frankreich eine Spaltung der Bewegung vollzogen, in der sich die Katholische Aktion der Arbeiter, wenn sie dem Alter der Zugehörigkeit zur Christlichen Arbeiterjugend, der JOC, entwachsen waren, vor allem rege gezeigt hat: der „Volksbewegung der Familien" (Mouvement Populaire des Familles, M.P.F.).

Sowohl die Mitglieder dieser christlichen Arbeiterbewegung wie auch die französische Hierarchie hatten schon in den letzten zwei Jahren steigend ein Unbehagen gespürt gegenüber den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Katholischen Aktion im Bereich der Arbeiterschaft: im Grunde handelte es sich dabei um das uralte Problem der Beziehung zwischen dem Christen und der Welt, zwischen den geistlichen und den irdischen Dingen. Diese Spannung hat alle Jahrhunderte der christlichen Existenz in den verschiedensten Formen erfüllt. Diese Spannung hat in unserer Zeit nur eine neue Gestalt angenommen dadurch, daß — wie man es auszudrücken pflegt — die Laienschaft zur Mündigkeit in der Kirche gelangt ist. Das bedeutet, daß die breite Masse der christlichen Laien, soweit sie ihren Glauben wirklich leben und von dem Eifer um das Reich Gottes verzehrt werden, handelnd mit einbezogen sind in die Auseinandersetzung zwischen Christentum und Welt. Dieser Tatsache trägt die Katholische Aktion Rechnung. In ihr nimmt der Laie am Apostolat der Kirche teil, d. h. er übernimmt seinen Anteil an der Verantwortung für das Wachsen des Reiches Gottes auf Erden. Wie sich dieses Apostolat der Laien jedoch vollziehen soll, dafür hat sich noch immer keine eindeutige Formel gefunden. Soll der Laie das Milieu, in dem er lebt, verchristlichen, indem er die gesellschaftlichen Strukturen erneuert? Oder soll er durch sein persönliches christliches Zeugnis unmittelbar auf die einzelnen Menschen seiner Umgebung wirken? Zweifellos sind beide Aufgaben unserer Zeit gestellt, aber nicht beide mögen unter den Begriff der Katholischen Aktion fallen.

Was ist Katholische Aktion?

Daß hier Unklarheiten bestehen, wurde ganz besonders sichtbar in den Gruppen der katholischen Arbeiterbewegung, und unter diesen wiederum ganz besonders in Frankreich. Vor 25 Jahren wurde die JOC, die „Christliche Arbeiterjugend", gegründet, die seither einen so mächtigen Aufschwung genommen und eine so große Rolle in der Wiederverchristlichung der Arbeiterklasse gespielt hat. Sie hat sich mit vollem Schwung in den Bereich des Zeitlichen geworfen. Für den erwachsenen Arbeiter aber erscheint diese Form des Einsatzes nicht als Katholische Aktion möglich, und zwar gerade weil er nicht mehr auf der Stufe der Jugend steht, in der alle Kräfte noch zusammen in der Ausbildung stehen. Der ältere Arbeiter, der Familienvater der jungen Arbeiterfamilie sieht konkretere und darum beschränkte weltliche Aufgaben vor sich. Er darf sie nicht mehr ohne weiteres mit seinem christlichen Einsatz identifizieren, weil das Christentum etwas viel Weiteres und Tieferes ist, aus dem für den irdischen Einsatz die mannigfaltigsten Haltungen hervorgehen können. Die Laienschaft hat das gespürt, die Hierarchie hat es deutlich gesehen. Und so sind beide einander im März vorigen Jahres entgegengekommen, die Laien, indem sie am 5. März ein Dokument mit Richtlinien einer Neuorganisation der Katholischen Aktion vorgelegt haben, die Hierarchie, indem sie durch die „Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs" ein Dekret erlassen hat, das die Grundsätze der neuen Katholischen Aktion der Arbeiter aufstellt. Im Oktober vorigen Jahres hat sich dann die „Volksbewegung der Familien" umorganisiert in die sogenannte „Befreiungsbewegung des Volkes" (Mouvement de Libération du Peuple, M.L.P.), die nun nicht mehr Katholische Aktion, sondern Soziale Aktion der Christen ist. In einem Bericht über diese Vorgänge im „Esprit" vom Oktober 1950 sagt P. Daniel Pézeril, dies sei vielleicht die wichtigste prinzipielle Stellungnahme der Katholischen Aktion seit ihrem Bestehen.

Das Dekret der französischen Hierarchie

Wir geben zunächst den Text des Erlasses wieder, mit dem die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe

Frankreichs die neue Katholische Aktion der Arbeiter gegründet hat. Er lautet:

„Die Versammlung drückt ihre lebhafte Befriedigung über die Bemühungen der christlichen Leiter der verschiedenen weltlichen Bewegungen aus, zusammen mit ihren Seelsorgern die Grundlagen einer Katholischen Aktion der Arbeiter in dem Geist und auf Grund der Richtlinien der prinzipiellen Entscheidung vorzubereiten, die sie selber im Oktober 1949 getroffen hat. Sie dankt ihnen und beglückwünscht alle, die daran mitgearbeitet haben, die Bewegung jener Katholischen Aktion zu organisieren, der die Hierarchie ihre Hoffnungen auf den christlichen Aufstieg der Arbeiterwelt anvertrauen will.

Sie definiert die grundlegenden Züge der neuen Bewegung folgendermaßen:

1. Der wesentlich apostolische Charakter der ACO Katholische Aktion der Arbeiter):

Die ACO ist das organisierte Apostolat der Laienschaft der Arbeiter, die dazu berufen sind, an der apostolischen Mission der Kirche zur Verkündigung des Glaubens in der Arbeiterwelt mitzuarbeiten. Sie kann nur solche Christen in ihren Reihen zählen, die von Liebe zur Arbeiterwelt erfüllt, stolz darauf, ihr anzugehören, und entschlossen sind, sie in der Liebe Christi weiterzubringen und das Arbeiterleben so zu verwandeln, daß es ein Leben von Gotteskindern und Gliedern am Leibe Christi wird.

2. Unabhängigkeit und Transzendenz der ACO:

Die ACO muß, eben auf Grund der Transzendenz ihrer Mission, gegenüber allen zeitlichen Bewegungen unabhängig sein. Ihre Aufgabe ist nicht die technische Umwandlung der politischen oder wirtschaftlichen Strukturen der irdischen Ordnung.

Sie lehrt die Christen die grundlegende Pflicht, die ihnen als Bürger auferlegt ist, sich dieser dringenden Aufgabe der Gestaltung einer menschlicheren, gerechteren, brüderlicheren, der Ausstrahlung des Christentums geöffneteren Welt hinzugeben. Sie soll diese irdische Ordnung mit christlichem Geist erfüllen, indem sie ihr das christliche Menschenbild mit all seinen Forderungen in Bezug auf die einzelne Persönlichkeit, die Familie, die Gesellschaft, die internationalen Fragen gemäß den Prinzipien der Soziallehre der Kirche vor Augen stellt.

Aber die ACO als solche achtet die Freiheit der irdischen Ordnung und die Autonomie des Staates in seinem eigenen Bereich. Sie versagt es sich, als solche ihren Mitgliedern irdische Stellungnahmen vorzuschreiben.

So notwendig und edel auch die religiöse Durchdringung sein mag, die sie den Aktivisten der verschiedenen Bewegungen mitteilt, so hat doch die Katholische Aktion ihren Wert nicht in dieser Beziehung zum zeitlichen Bereich, den sie beseelt: sie hat einen eigenen, absoluten, von all ihren Beziehungen, mit was es auch sei, unabhängigen Wert. Ihr ganzer Wert liegt darin, daß sie ein Organ der Kirche in einem bestimmten Lebensbereich ist und daß sie den Auftrag erhält, an der fortschreitenden Aufrichtung des Reiches Gottes in diesem Arbeitermilieu, das ihr anvertraut ist, mitzuarbeiten.

3. Die besonderen Aufgaben der ACO: Erziehung, geistige Durchdringung, Zeugnis.

a) Das erste Ziel der ACO muß die Erziehung des Arbeitermilieus dazu sein, in allen Lebensfragen deren christlichen Aspekt zu entdecken, ihre Mitglieder zum Bewußtsein ihrer Verantwortung als Bürger und Apostel zu wecken, im Licht des Glaubens die konkreten Verwirklichungen zu suchen, die sie in ihren zeitlichen Bewegungen zu wecken und zu fördern verpflichtet sind. Sie soll es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, ihren Mitgliedern die Lehre der Kirche nahezubringen und sie zu ihrem Auftrag heranzubilden, Zeugnis von der Wahrheit des Christentums abzulegen.

b) Das zweite Ziel der ACO soll die geistige Durchdringung ihrer Mitglieder sein, die sich in ihren verschiedenen zeitlichen Aktionen einsetzen. Sie soll ihnen dabei zur Seite stehen, um es ihnen zu ermöglichen, den christlichen Charakter ihres Einsatzes festzuhalten.

c) Ein drittes Ziel soll das gemeinsame Zeugnis von der Liebe und Einheit der Christen in Christus sein, das die ACO gegenüber allen, Gläubigen und Ungläubigen, ablegt. Das hohepriesterliche Gebet Jesu zu seinem Vater möge ihr ständiger Wahlspruch sein: „Vater, auf daß alle eins seien . . . damit die Welt glaube."

Jeder von ihnen soll seine Bindung an seine besondere zeitliche Bewegung festhalten und deren besondere Programmpunkte in der politischen, sozialen, gewerkschaftlichen Aktion usw. befolgen. Aber in der ACO sollen sie lernen, sich gegenseitig zu kennen, zu verstehen, einander mit ihren verschiedenen Gesichtspunkten anzunehmen, sich zu helfen, sich alle in Christus mit einer einzigen Liebe zu lieben. Die individuellen Zeugnisse haben ihren Wert. Nichts jedoch kann das kollektive Zeugnis einer menschlichen Gemeinschaft ersetzen, die durch die Liebe zu Jesus Christus zusammengeschweißt ist, denn diese wird gleichsam die Gegenwart der lebendigen Kirche in der Arbeiterwelt sein, die sie noch nicht kennt."

Interpretationen dieses Schritts

Die Zeitschrift der Seelsorger der Christlichen Arbeiterjugend in Frankreich „Masses Ouvrières" hat eine Doppelnummer Juni—Juli 1950 der Gründung dieser neuen Bewegung der Katholischen Aktion gewidmet. Sie veröffentlicht das Dekret der Kardinäle und Erzbischöfe mit einem ausführlichen Kommentar. Sie bringt außerdem Stellungnahmen von mehreren Mitgliedern der französischen Hierarchie, einen Bericht über die Vorgeschichte der Neugründung, den die Nationalen Seelsorger der JOC verfaßt haben, und eine Reihe von Stimmen aus der Laienschaft. Diese letzteren sind aber noch kein Echo auf die neue Entwicklung, da es dazu noch zu früh ist. Auch heute noch wird man kaum sagen können, wie sich nun tatsächlich der Schnitt auswirkt, der hier in Frankreich zwischen der weltlichen, und das heißt vor allem der politischen und gewerkschaftlichen, Tätigkeit der christlichen Arbeiterbewegungen und dem eigentlich religiösen Bereich der Katholischen Aktion erfolgt ist. Was gemeint war, sagen die Nationalen Seelsorger in ihrem Bericht deutlich: „Die sichtliche Sorge bei diesem Trennungsstrich ist es, eine Katholische Aktion der Arbeiter zu verwirklichen, die auf keinen Fall den Verdacht der Theokratie, des maskierten Übergriffs der Kirche auf die freie Entwicklung der irdischen Bereiche aufkommen läßt. Wir müssen sagen, daß diese so betonte Sorge ein glücklicher Fortschritt ist. Manche mögen wohl von einer neuen Christenheit mit einer ‚christlichen Organisation' des Staates träumen. Die Katholische Arbeiteraktion ist nicht geeignet, diese Vorstellung zu fördern."

Gewiß mögen nun auf der anderen Seite bei den Arbeitern gewisse Besorgnisse entstehen: Wird die Katholische Aktion nicht gar zu geistlich werden? Werden ihre Mit-

glieder noch wirklich in der weltlichen Arbeit drinstehen können? Wird der Christ sich nicht aus der Welt und die Welt sich vor den Christen zurückziehen?

Katholische Aktion und Einsatz im weltlichen Bereich

Die Nationalen Seelsorger der ACO schreiben dazu: „Der metaphysische Wert der Katholischen Aktion liegt in der Mission der Kirche, die die ihre ist. Ihr praktischer Wert wird sich durch die Kraft ihrer Ausstrahlung in das ganze irdische Leben erweisen." Sie formulieren den gleichen Gedanken auch mit dem Wort: „Das Reich Gottes ist nicht von dieser Welt, aber es ist in dieser Welt." Das bedeutet: „Eine Katholische Aktion der Arbeiter, die es ihren Mitgliedern erlauben würde, sich ihren irdischen Aufgaben zu entziehen und zu glauben, daß sie schon alles getan hätten, wenn sie an einem Zirkel geistlicher Betrachtungen teilnehmen, würde nicht den Namen Katholische Aktion verdienen." Nur wird die Katholische Aktion der Arbeiter keine eigenen weltlichen Aufgaben stellen, sondern ihre Mitglieder werden sich in die Gruppen ihres Milieus einordnen. Das ist nun — wie auch P. Pézeril im „Esprit" betont — etwas ganz anderes als eine bloß negative Definition, es ist vielmehr eine kühne Stellung des Christen in der Welt. Tatsächlich wird hier das Fehlen eigener Institutionen im Bereich der irdischen Ordnung als normaler Zustand der Glaubensverkündigung für die Kirche hingestellt. Das kann die wichtigsten Folgen haben. Es kann der Neuregelung der Katholischen Aktion der Arbeiter etwa vorgeworfen werden, sie verzichte damit auf ein ungemein nützliches Prestige, da es sehr wirkungsvoll sei, wenn die Welt Taten sehe, wie z. B. die Organisation von Hilfeleistungen, Caritasarbeit und dergleichen. Auf diesen Einwand haben die Seelsorger geantwortet: „Die Katholische Aktion der Arbeiter muß stark genug sein, dem Beispiel unseres Herrn Jesus Christus zu folgen und der Versuchung nicht zu erliegen; sie muß das Prestige und den Ruhm der irdischen Welt zurückweisen. Das Zeugnis von Selbstlosigkeit, das sie damit ablegt, wird zweifellos zu guter Letzt fruchtbarer sein, als es jedes Prestige der konkreten Verwirklichungen und Dienste sein könnte."

So betont denn auch P. Pézeril in seinem Bericht im „Esprit", daß es zu den schönsten und wichtigsten Errungenschaften des christlichen Bewußtseins gehöre zu erkennen, daß es nicht darauf ankommt, vor den Nichtchristen Gott weiß welche irdischen Wohnungen zu bauen, zu denen uns Christus weder Steine noch Mörtel gegeben hat. Eben das bezeugt die neue Katholische Arbeiter-Aktion.

Verantwortung der Laien in der Kirche

Und wenn diese Gründung — so kann weiter gefragt werden — schon keinen Rückzug der Kirche aus ihrer Verantwortung für die Welt darstellt, ist sie dann nicht vielleicht auf der anderen Seite ein Rückschritt hinsichtlich jener Bewegung, die man die „Promotion der Laien in der Kirche", die „Mündigwerdung", den Aufstieg der Laien nennt? Auch diese Frage wirft der Bericht der Nationalen Seelsorger in „Masses Ouvrières" auf. Bedeutet der Schnitt zwischen weltlich-sozialer Betätigung und Katholischer Aktion nicht vielleicht, daß die Kirche zwar ihren Kindern größere Freiheit im weltlichen Bereich geben will, aber nur um sie innerhalb der Kirche auf dem Gebiet der Katholischen Aktion, also der Mitwirkung am Apostolat, um so kürzer zu halten?

Demgegenüber berufen sich die Nationalen Seelsorger auf eine Definition der Katholischen Aktion, die Kardinal Gasparri im Jahr 1922 in hochoffizieller Eigenschaft gegeben hat: „Katholische Aktion ist nicht Direktive auf theoretischem Gebiet, sondern Exekutive im praktischen Bereich." Im Lichte des Glaubens konkrete Lösungen zu suchen, ist Sache der Laien der Katholischen Aktion. Und im Licht des Glaubens handeln ist unmöglich für den, der seine Kenntnis der Lehre der Kirche nicht ständig erneuert und vertieft. Gerade in diesem Sinn soll die neue Katholische Aktion der Arbeiter diese in den Stand setzen, am Apostolat der Kirche teilzunehmen.

Fortbestehen von Unklarheiten

In einem Bericht der „Vie Intellectuelle" (Dezember 1950) formuliert A.-Z. Serrand sehr klar: „In der neuen Gründung ... findet die Laienschaft gleichzeitig die Erlaubnis zur Vielfalt im profanen Bereich und zur Einheit im Religiösen." In dieser Stellungnahme wird jedoch die Gefahr eines Abbremsens des Aufstiegs der Arbeiterschaft zur Mitverantwortung innerhalb der Kirche als sehr viel ernster angesehen, als es die Nationalen Seelsorger tun. Serrand fürchtet vor allem, daß die Verlagerung des Akzents vom Handeln auf die geistige Ausrüstung zum Handeln automatisch die Rolle des Klerus stärken und damit die Bedeutung der Laien zurückdrängen werde. So tritt seiner Meinung nach hier die grundlegende Problematik aller Katholischen Aktion überhaupt in Erscheinung. Sie liegt bereits in den kanonischen Definitionen. Auf Grund derselben haben die zivilen Mächte sie häufig als politisch angegriffen, während die päpstlichen Dokumente immer wieder ihren apostolischen Charakter betont haben. Wie soll man in der Tat die Teilnahme der organisierten Laienschaft am hierarchischen Apostolat verstehen? Es beruht auf Erinnerungen an geschichtliche Erfahrungen, daß die Hierarchie sich gewisse Bereiche des Apostolats hat vorbehalten wollen und daß sie deshalb bei der Katholischen Aktion immer mehr die Verchristlichung der sozialen Schichten und Strukturen und nicht die Bekehrung der Einzelnen in den Vordergrund gerückt hat. Dazu kommt, daß die Taktik der letzten Jahrzehnte zur Spezialisierung gedrängt hat, und so ist die Katholische Aktion „spezialisierte Verchristlichung, gerechtfertigt durch Glaubensverkündigung und getragen von einer organisierten Laienschaft" geworden. Niemals aber sind die Beziehungen zwischen Verchristlichung und Apostolat klar definiert worden. Das ist allerdings auch sowohl in theologischer wie in existenzieller Hinsicht tatsächlich schwer. Aber es bleibt eine Frage, wieweit die Verchristlichung der Strukturen mit der Verkündung der Lehre des Evangeliums zusammenfällt. Der Bericht der „Vie Intellectuelle" schließt mit der Feststellung, daß die Lösung dieser Frage zum Glück nur der Kirche selber zustehe.

Der Segen reinlicher Scheidung

Während so die Gruppe von Christen um diese dominikanische Zeitschrift eine kritisch abwartende Haltung gegenüber der neuen Gründung zeigt, hat eine andere der führenden Gruppen des französischen Katholizismus, nämlich „Jeunesse de L'Eglise", sich in einem Brief vom Oktober 1950 sehr positiv zu der neuen Ordnung der Dinge gestellt. Der Brief hebt hervor, daß gerade jene lebendigsten Gruppen des französischen Katholizismus, die im

letzten Jahrzehnt so sehr auf Einsatz der Kirche in der Welt gedrängt haben, seit kurzem immer dringlicher eine reinliche Scheidung von geistlichem und weltlichem Bereich fordern. Darin liegt aber keine Umschwenkung und kein Gegensatz. Denn diese Scheidung scheint „Jeunesse de L'Eglise" gerade darum so notwendig, weil der christliche Einsatz in der Welt ein solcher des Gewissens und nicht der festgelegten politischen oder gewerkschaftlichen Haltung sein soll. Während die Gruppen der sozialen und politischen Aktion sich auf ein bestimmtes Programm festlegen müssen, ist es das Anliegen dieser Gruppen, dem Christen die Gewissensfreiheit zum Einsatz in der Welt zu bewahren, so daß er als Christ nicht auf eine einzige Linie beschränkt ist, sondern seinen Einsatz im Kampf für das Reich Gottes auf den verschiedensten Linien vollziehen kann. Eben darum scheint ihnen der Schnitt, den die neue ACO zwischen weltlichem Einsatz und Apostolat gelegt hat, in vollem Umfange begrüßenswert.

Brief aus Italien: Über den italienischen Film

Die Anfänge der italienischen Filmkunst

Merkwürdig ist die Geschichte des italienischen Films. Zu Beginn des Jahrhunderts entstanden, machte er zuerst sein Glück mit den sogenannten„ Leidenschaftstragödien", die, wenn man sie noch einmal ganz reproduzieren könnte, heute die besten komischen Filme abgäben. Auch D'Annunzio versuchte sich mit seiner „Cabiria" im Film, einem prunkvollen, raffiniert sinnlichen Drehbuch, das die damalige Filmtechnik nicht angemessen wiedergeben konnte. Nach dem ersten Krieg zeigten sich dann einige gute Ansätze. Künstler wie De Sica, Falconi u. a. traten hervor, die bewiesen, daß sie begriffen hatten, was für Möglichkeiten der Film bot. Doch zwei Umstände trugen dazu bei, daß der italienische Film sich im Ausland noch keinen Namen machen konnte. Der erste war der, daß die italienischen Filmschauspieler fast alle vom Theater kamen und sich nur sozusagen mit einer gewissen Herablassung den Anforderungen des Films, den sie für eine geringere Kunstgattung hielten, fügten. Die Theaterkrise war damals in Italien noch nicht mit voller Heftigkeit ausgebrochen; die bedeutenderen Schauspieler konnten, wenn auch mit staatlichen Zuschüssen, die jedoch nicht immer nach Verdienst, sondern häufig nach persönlichen Gesichtspunkten verteilt wurden, eigene Truppen halten, mit denen sie die Halbinsel durchreisten. Der zweite hemmende Umstand war dann die staatliche Kontrolle unter dem Faschismus, die alles verzögerte und viele Versuche erstickte. Das Ministerium übte die Kontrolle nicht selber aus, sondern gab die Manuskripte zur Überprüfung oder forderte einen Regisseur auf, einen Film zu drehen, ohne sich um dessen Eignung für einen besonderen Vorwurf zu kümmern, kurz, tat alles, um lebendige Initiativen im italienischen Filmschaffen zu lähmen. So kam es, daß in Italien unter dem Faschismus bis zum Krieg die amerikanischen Filme das Feld beherrschten und das Publikum von vornherein mißtrauisch war, sobald ein italienischer Film angekündigt wurde. Trotzdem gelang es einigen jungen Regisseuren, sich mit Geschick durch die Maschen der Zensur durchzuschlängeln und sich durch die Lebendigkeit gewisser Teile, wenn nicht des Ganzen eines Films, durch die Frische und Sorgfalt der Einzelheiten, die in der Filmarbeit ein so wesentliches Element darstellen, einen Namen zu machen: so Camerini, Soldati, Lattuada und Blasetti. Diese verschafften sich Anerkennung bei allen, die einen Film unvoreingenommen ansehen können.

Praktische Lage nach Kriegsende

Nach dem letzten Krieg hat sich diese Lage natürlich völlig geändert. Es gibt keine behördliche Einmischung mehr, außer der der moralischen Überwachung; dafür haben die materiellen und technischen Schwierigkeiten — die Ziffern, auf die sich die Herstellungskosten eines guten Films belaufen, erscheinen dem Laien unglaublich — eine sofortige Wiederaufnahme des Filmschaffens hinausgezögert. Indessen wurden die Lichtspieltheater gleich nach Kriegsende wieder eröffnet, ja sie vermehrten sich zusehends, während die alten ruhmreichen Bühnen immer weniger Anklang beim Publikum fanden und sich leider oft genug in Kinos umwandeln mußten. Die Schauspieler brachten keine Truppen mehr zusammen, und viele von ihnen, auch die besten, spielen heute beim Film oder lesen im Rundfunk und können nur gelegentlich zur Bühne zurückkehren.

Neue Elemente im Nachkriegsschaffen

Inzwischen organisierte sich der italienische Film neu. Schauspieler und Schauspielerinnen gingen direkt zum Film, ohne vorher auf der Bühne gestanden zu haben; es erschien also eine Generation von Filmkünstlern, die von Anfang an auf die Möglichkeiten des Films eingestellt waren. Das ist vor allem für die weiblichen Rollen wichtig geworden: um eine große Schauspielerin auf der Bühne zu sein, ist es nicht nötig, schön zu sein, während das auf der Leinwand unerläßlich scheint. Vor dem Krieg konnte es geschehen, daß die Rolle einer verführerischen Frau einer Schauspielerin anvertraut wurde, die nicht verführerisch war; das wäre heute nicht mehr möglich. Außerdem aber hat sich der italienische Film im Verlauf verschiedener Versuche und Erfahrungen eine eigene stilistische Linie geschaffen. Das zeigt sich auch darin, daß er sich allmählich einen Namen und Erfolg im Ausland, ja sogar in Amerika errungen hat. Das Verdienst daran kommt einigen Regisseuren zu, die Themen von allgemein menschlichem Interesse gefunden haben, die sie dann in einer ganz besonderen, ganz italienischen Art mit hervorragenden Schauspielern ausgeführt haben.

Komiker und satirische Tradition

Besondere Erwähnung verdienen die großen Komiker, die nach all den Tragödien, die der alte italienische Film immer wiederholt hatte, nun den lebendigen Beweis von dem tief eingewurzelten satirischen Geist lieferten, der immer noch im italienischen Volk lebendig ist. Der bekannteste dieser Komiker ist Totò, der unermüdlich einen Filmstreifen nach dem andern schafft, ohne daß sich sein komisches Genie jemals erschöpft. Auch Aldo Fabrizi hat in der letzten Zeit eine internationale Anerkennung für seinen Film „Prima Comunione" erhalten. Eduardo De Filippo, der große neapolitanische Schauspieler und Autor, bringt das Volk von ganz Italien zum Lachen mit seinem Film „Napoli Millionaria". Mit der Zeit haben sich diese Komiker, denen es gelingt, den Menschen wieder etwas gute Laune zu geben, ein immer größeres Publikum gewonnen, das sich bei ihnen von dieser so schwierigen und

tragischen Welt erholt. Sie sind allerdings so typisch italienisch, daß sie sich wohl schwer ins Ausland exportieren lassen. Ein guter Teil ihrer Komik liegt darin, daß sie mit vollendeter Natürlichkeit ihren besonderen Landstrich verkörpern, der eine das Volk von Rom, der andere das von Neapel oder von Norditalien.

Die Entdeckung des einfachen Volks

Mit ihnen ist das Volk, wie es arbeitet, sich müht und lacht, auf die Leinwand gelangt. Und damit allerdings gehören sie zu der großen Entdeckung des italienischen Nachkriegsfilms: dem Dorf, dem Volkstümlichen, der Folklore. Zum ersten Mal ist dieses volkstümliche Element, wenigstens zum Teil, in dem Film „Paisà" eingefangen worden und hat dem italienischen Film internationalen Ruf eingetragen. Seither haben die Italiener das Volkstümliche auf der ganzen Halbinsel aufgespürt, auf Sizilien, auf Sardinien, ja auf den kleinen Inseln, wie z. B. auf Stromboli, das den Titel des berühmten italienisch-amerikanischen Films Rossellinis mit der Bergman abgegeben hat. Man kann nicht sagen, daß die Regie bei diesen Versuchen immer geschickt vorgegangen ist; auf der Jagd nach Charakteristischem, Typischem sind Szenen gedreht worden, die Italien als ein viel mittelalterlicheres Land erscheinen lassen, als es in Wahrheit ist. Doch ist diese „Entdeckung" noch längst nicht ausgeschöpft, und vielleicht bleibt sie bei einem so individualistischen Volk wie dem italienischen auch tatsächlich unerschöpflich.
Auf diesem Gebiet haben die italienischen Regisseure einen andern genialen Einfall gehabt, der anfangs große Schwierigkeiten zu bieten schien, sich dann aber reich an erfreulichen Überraschungen erwiesen hat: die Verwendung von improvisierten Schauspielern, die an Ort und Stelle engagiert wurden und oft nur bei einer Episode in einem einzigen Film mitspielten. Das scheint fast unmöglich, ist aber wahr. Die Italiener mit ihrer spontanen und ausdrucksvollen Mimik haben einen angeborenen Theaterinstinkt, der in Aktion tritt, wenn irgend ein beliebiger Mann aus dem Volk von einem Augenblick zum andern die Hauptrolle in einem modernen Film übernehmen soll: mit einer Natürlichkeit, die mancher Schauspieler erst nach jahrelanger Ausbildung und Erfahrung erwirbt, versteht er auf der Leinwand zu rezitieren. So hat sich die Entwicklungslinie der Schauspielkunst im Film zwischen der ersten und der zweiten Nachkriegszeit also logisch vollendet: zuerst die absolute Vorherrschaft der Berufsschauspieler vom Theater, jetzt das plötzliche Auftreten von Gelegenheitsspielern. Ein Musterbeispiel bietet vor allem der Film, der im vergangenen Jahr so großes Aufsehen in aller Welt gemacht und den höchsten Filmpreis Amerikas erhalten hat: der Film „Fahrraddiebe" (Ladri di biciclette), dessen Erfinder und Regisseur Vittorio De Sica ist.

Der Film „Fahrraddiebe"

Ein interessantes und wichtiges Element dieses Films liegt darin, daß er nach dem halbautobiographischen Roman eines Schriftstellers geschaffen worden ist, der zugleich Maler und Aquarellist ist und dessen Name in der italienischen Kunstgeschichte lebendig bleiben wird: Luigi Bartolini. Ein Vergleich zwischen dem Film und dem Roman ergibt, daß keine direkte Abhängigkeit besteht. De Sica hat dem Buch Bartolinis die Anregung entnommen, nämlich die Geschichte dieses Fahrraddiebstahls, der einen Mann fast um den Verstand bringt, ihn mit einer Art Besessenheit erfüllt und ihn treibt, dem Schatten des Vehikels in jede Sackgasse, jeden Winkel, in das verwickelte Spiel der Komplizenschaft der Diebe nachzujagen — ein offenbar wirklichkeitsgetreues Bild Roms unter der Besetzung der Alliierten, die nur daran dachten, den Krieg zu beenden, von der Bevölkerung nicht „belästigt" werden wollten und sich um die Ordnung des täglichen Lebens und den Schutz der Gesetze nicht weiter kümmerten. Aus dieser grauen Umgebung geht der Protagonist hervor, ein armer arbeitsloser Arbeiter mit Frau und einem Söhnchen, der das Glück hat, schließlich bei einer Firma angestellt zu werden, die sich durch Ankleben von Manifesten an Mauern betätigt. Für diesen Beruf ist der Besitz eines Fahrrads unerläßlich, und der arme Kerl schafft es sich an, indem er die letzten Bettücher von zu Hause verkauft. Ganz glücklich beginnt er seine Arbeit, aber während er gerade auf der Leiter steht und eines der ersten Manifeste anklebt, kommt ein verdächtig aussehender Jüngling heran, faßt schon von weitem das Fahrrad ins Auge, stürzt sich plötzlich darauf und stiehlt es. Der Arbeiter läuft verzweifelt hinter dem Dieb her, wird aber von einem Komplizen abgelenkt und muß nun befürchten, wenn er das Rad nicht wiederfindet, seinen Verdienst wieder zu verlieren. Er berät sich mit den vertrautesten seiner Freunde — und nun folgt eine Reihe von Szenen, von denen eine köstlicher als die andere ist, mit den Versuchen, das arme Stahlroß bei den Lumpenhändlern wieder zu entdecken, da die Diebe häufig, damit ihre Beute nicht wiedererkannt werden kann, die Fahrräder auseinandernehmen und die einzelnen Teile an verschiedenen Orten verkaufen, wodurch das Suchen praktisch unmöglich wird. Doch dem Armen widerfährt in seinem Unglück geradezu noch ein letzter Hohn: während er durch Rom streift und die von den Dieben bevorzugten Orte aufsucht, taucht einen Augenblick gerade jener Jüngling vor ihm auf, der ihm sein Rad gestohlen hat. Es beginnt eine neue Jagd, bei der ihn sein kleiner Junge begleitet, der ihn nicht mehr verlassen will. Mit diesem Einfall hat De Sica eine besonders glückliche Hand gehabt: es ist ihm gelungen, einen Jungen aufzutreiben, der als Schauspieler die ganze Unmittelbarkeit besitzt, die Kinder häufig haben. Das psychologische Spiel im Ablauf der Szenen ist besonders fein, manchmal auch etwas grausam; denn schließlich wird der Dieb gefaßt, aber wer kann bezeugen, daß er gestohlen hat, wenn er das Rad nicht mehr bei sich oder in seinem Haus hat? Der Polizist, der zu Hilfe gerufen wird, erklärt dem Bestohlenen, daß er niemanden, auch wenn man weiß, daß er schuldig ist, ohne sichere Beweise verhaften dürfe. So hat auch diese Verfolgung dem armen Mann nur Enttäuschung gebracht; er ist jetzt auf dem Gipfel der Verzweiflung angelangt; in ungerechter Wut jagt er seinen Jungen weg, und beim Anblick eines schönen Rades wird er nun selber von der Versuchung ergriffen, zu stehlen. Er versucht es tatsächlich, aber da er nicht zum Dieb geboren ist, wird er sofort geschnappt und von dem Eigentümer mißhandelt, der ihn jedoch nicht ins Gefängnis bringen läßt. Das Schlimmste ist, daß sich diese Szene unter den entsetzten Augen des Kleinen abspielt, der nicht nach Hause gegangen ist. Der Vater ist gedemütigt, das Kind beleidigt durch den Zorn des Vaters; eine Art Zank bricht zwischen ihnen aus, und das Kind entfernt sich in der Nähe einer Brücke einen Augenblick vom Vater. Plötzlich hört man einen Schrei: es scheint, daß jemand am Ertrinken ist. Der Vater läuft verzweifelt herbei, weil er denkt,

es sei sein Kind, er brüllt und weint; aber gottlob, es ist nur ein Jüngling, dem es beim Baden schlecht geworden ist. Und da versöhnen sich nun die beiden wieder; der Vater erinnert sich, daß sein Kind noch nichts gegessen hat. Er trägt es voll Zärtlichkeit in eine Wirtschaft, wo sie die letzten Soldi ausgeben, um sich zu stärken. Und sie lächeln zusammen nach all dieser Traurigkeit.

Das typisch Italienische

In dieser Schlußnote schwingt ein Ton, den man sozusagen in allen italienischen Filmen von einigem Niveau finden kann. Selbst der kälteste Regisseur kann nicht umhin, diese Saite zu berühren: die Saite des Herzens. Natürlich besteht dabei die große Gefahr, sentimental und rührselig zu werden. Aber die ständige Übung hat gelehrt, mit Zurückhaltung vorzugehen, das Gefühl zu dämpfen, ohne es darum zu ersticken oder zu verbergen. Und diese zurückhaltende Wärme schimmert überall durch und gibt dem italienischen Film in seinen besten Augenblicken eine Intensität des Ausdrucks, die ihn als solchen beispielsweise vom amerikanischen oder französischen unterscheidet. Man kann sich fragen, ob sich in einem solch düsteren Bild der Unmoralität, wie es der Film „Fahrraddiebe" zeichnet, nicht eine Gefahr birgt — aber in Wahrheit werden selbst die rohesten Szenen, die am schwersten zu ertragenden Geschehnisse von einer höheren Sittlichkeit überstrahlt, eben jener menschlichen Wärme, die in gewissen Augenblicken das Böse als eine geringere Episode im großen Rahmen des Guten erscheinen läßt.

Moralische Absicht und internationale Wirkung

Daß sich im übrigen De Sica mit dem Film „Fahrraddiebe" einer moralischen Absicht zugewandt hat, beweist auch der nächste Film, den er kürzlich gedreht hat und der sicher auch einen großen internationalen Erfolg haben wird. Er heißt „Morgen ist es zu spät" und behandelt mit viel Takt, mit Humor und zeitweilig mit verhaltener Dramatik das so wichtige Thema der sexuellen Erziehung der Jugend. In diesem Film hat De Sica eine wichtige Rolle als Schauspieler, ist aber nicht der Regisseur, wenn man auch seine Hand häufig im Szenenschnitt wiedererkennt. Die Erfahrung der „Fahrraddiebe" hat es ihm ermöglicht, nicht nur einen, sondern mehrere Jungen zu finden, die vollendete Schauspieler sind. Die Hauptheldin ist ein etwas blutarmes Mädchen von kaum 19 Jahren, die aussieht, als sei sie noch nicht 17 und die wirklich erstaunlich in ihrer Rolle als kaum aufgewachtes Kind ist. Das Motiv mag an „Frühlingserwachen" von Wedekind erinnern, aber mehr durch den Gegensatz: Das gefährliche Argument ist mit sehr verständnisvollem Ton behandelt. In gewissen Szenen dieses Films ist nur noch der Rahmen, die Stimme, das Milieu italienisch; das Problem ist allgemein menschlich und immer gültig. Eben daran erkennt man, daß De Sica sich bemüht, aus dem rein italienischen Milieu herauszukommen und zum internationalen Filmwerk vorzudringen. Und gewiß hat er zahllose Gründe, so zu handeln. Gegenwärtig ist De Sica dabei, einen weiteren Film zu drehen mit dem Titel „Morgen ist auch noch ein Tag", dessen Thema der Selbstmord ist; und auch hier will er ein Übel bekämpfen, das in diesen Zeiten des Elends und der Verzweiflung in allen Ländern seine Ernte hält. Mit diesem Hinweis wollen wir nur unterstreichen, daß im italienischen Regisseur und Schauspieler, mehr oder weniger offen, tiefe moralische Anliegen wirksam sind. Und so scheint es denn, daß entgegen aller Erwartung auch der Film von der Moral erobert wird. Aber es ist eine Moral, die in der Kunst Gestalt werden muß, um sich dadurch allen Menschen und in jedem Lande spontan aufzudrängen. Sicher ist es kein Zufall, daß die „Fahrraddiebe", nachdem sie den bekannten Erfolg in Amerika gehabt haben, jetzt den gleichen Erfolg in Rußland zu haben scheinen. So ist denn die Kunst eine der wenigen Dinge, die von den Moskowitern und den Newyorkesen auf die gleiche Weise verstanden werden.

Aus der Ökumenischen Bewegung

„Evangelium und Mythos"

Zum Hauptthema der evangelischen Theologie

Eine der interessantesten Bemerkungen des Heidelberger Gutachtens gegen die Dogmatisierung von Mariae Assumptio (vgl. Herder-Korrespondenz V, S. 147 f) war im Schlußteil der Vorwurf: „Die Dogmatisierung der Assumptio würde es daher den antichristlichen und achristlichen Leugnern der Offenbarung Gottes in der Geschichte erheblich erleichtern, die christliche Botschaft als Mythos abzulehnen." Was bedeutet dieser Satz? Er zeigt ein sehr schwieriges Krisenzentrum an, das die evangelische Theologie zur Zeit durchzustehen hat und das unmittelbarer an die Substanz greift als das umstrittene Thema „Kirche und Politik" in der Frage Krieg und Frieden. Es ist indes kein Zufall, daß die entschiedenen Gegner einer sog. „christlichen Politik" mehr oder weniger im Lager des Marburger Exegeten Rudolf Bultmann stehen, der im Jahre 1941 mit seiner Programmschrift „Neues Testament und Mythologie" den seit langem drastischsten Angriff auf das kirchliche Bewußtsein der evangelischen Brüder geführt hat, just in einem Augenblick, als namhafte Vertreter der „Bekennenden Kirche" eine sehr weitgehende Wendung zum katholischen Seins- und Glaubensverständnis vorzunehmen schienen. Diesen Einsatz muß man wohl beachten! Die Schrift führt den Untertitel „Die Entmythologisierung der neutestamentlichen Verkündigung als Aufgabe" und erschien etwa gleichzeitig mit dem Kommentar über „Das Evangelium des Johannes" (11. Aufl. Göttingen 1950), der am radikalsten von allen Werken Bultmanns die Entmythologisierung des Evangeliums und seine Interpretation auf einen gnostischen Existentialismus hin durchführt, jedenfalls sehr viel gründlicher, als es in dem kleinen Buch über „Das Urchristentum im Rahmen der antiken Religionen" geschieht (Zürich 1949).

Die allein uns hier angehende Frage, auf die wir uns beschränken müssen, ist: Welche geistliche Kraft brachte die evangelische Theologie in diesem Jahrzehnt auf, um den

tödlichen Angriff abzuwehren und Bultmanns Frage aufzulösen? Die theologische Kontroversliteratur, die sich an das Erscheinen der Schrift Bultmanns unmittelbar anschloß und während des Krieges nur wenigen in die Hand kam, hat inzwischen Hans W. Bartsch unter dem Titel „Kerygma und Mythos" (Reich und Heidrich, Hamburg 1948) neu herausgegeben. Die Flut der Literatur ist in den letzten Jahren angeschwollen und umfaßt Synodalbeschlüsse und Anträge auf eine Lehrentscheidung gegen Bultmann; sie hat darum die Vorbereitung eines Fortsetzungsbandes notwendig gemacht. Die jüngste Übersicht über den Stand der Diskussion gab Prof. Günther Bornkamm, Heidelberg, in der Berliner Zeitschrift „Zeichen der Zeit" (1951, Heft 1). Darin heißt es:

Warum Entmythologisierung?

Bultmann „sieht das in Frage stehende Problem in der umfassenden und tiefgreifenden Diskrepanz zwischen der Vorstellungswelt des Neuen Testaments und dem modernen, unwiderruflich durch die Wissenschaft geformten Denken. Mythisch ist das dreistöckige Weltbild des Neuen Testaments (Himmel, Erde, Hölle); mythisch die Vorstellung vom Menschen, dessen Dasein durch über- und unterweltliche Mächte (Gott, Satan — Engel, Dämonen) bestimmt wird; mythisch die Vorstellung von der Geschichte als dem Kampfplatz dieser göttlichen und teuflischen Mächte und die Idee der beiden Äonen, von dem Ablauf der alten, unter der Gestalt widergöttlicher Mächte stehenden, unter kosmischen Katastrophen ihrem Ende zueilenden Weltzeit und dem Kommen einer seligen Heilszeit, einer neuen Schöpfung. Mythisch ist demzufolge auch die Vorstellung des Heilsgeschehens, das in diesen Rahmen eines mythischen Welt- und Geschichtsbildes hineingezeichnet ist: die Vorstellung von einem Gottwesen, das in Menschengestalt herabkommt, Wunder vollbringt, die Dämonen besiegt, stellvertretend für die Menschen den Sühnetod stirbt, auferstanden, zum Himmel gefahren ist und auf den Wolken des Himmels in Bälde zu Totenauferstehung und Gericht wiederkehren wird. — Diese mythische Vorstellungswelt ist für den modernen Menschen unwiderruflich zerbrochen. Seine Welt hat für mythische Gestalten und Geschehnisse keinen Raum mehr. Er kann daher die christliche Botschaft mit allen ihren, vor allem aus der spätjüdischen Apokalyptik und der hellenistischen Gnosis ihr zugewachsenen Vorstellungen nicht mehr verstehen. Die Frage ist darum, ob die Verkündigung des Neuen Testaments wesensmäßig diesen Vorstellungsformen verhaftet ist, und wenn nicht, so ist die Aufgabe der Entmythologisierung der christlichen Botschaft geboten — ohne Willkür und einzelne Abstriche, in einem radikalen und methodischen Sinn." Ein entsetzliches Programm! —

Wie glaubt Bultmann diese Frage lösen zu können? Durch eine „existentiale Interpretation", d. h. durch die Frage, wie im Evangelium der Mensch seine Existenz, also sich selber, versteht. Auf diesem Wege, der praktisch die Seinsanalyse von Martin Heidegger auf das Evangelium überträgt, meint Bultmann den Anschluß an den modernen Menschen wieder zu finden. Heidegger, so sagt Bultmann, gebe nur eine profane Darstellung der neutestamentlichen Anschauung vom menschlichen Dasein: „Der Mensch, geschichtlich existierend in der Sorge um sich selbst auf dem Grunde der Angst, jeweils im Augenblick der Entscheidung zwischen der Vergangenheit und der Zukunft, ob er sich verlieren will an die Welt des Vorhandenen, des ‚man', oder ob er seine Eigentlichkeit gewinnen will in der Preisgabe aller Sicherungen und in der rückhaltlosen Freigabe für die Zukunft! Ist nicht so auch im Neuen Testament der Mensch verstanden? Wenn man gelegentlich beanstandet hat, daß ich das Neue Testament mit Kategorien der Heideggerschen Existenzphilosophie interpretiere, so macht man sich — fürchte ich — blind für das faktisch bestehende Problem. Ich meine, man sollte lieber darüber erschrecken, daß die Philosophie von sich aus schon sieht, was das Neue Testament sagt" (Kerygma... S. 35). Dennoch ist es für Bultmann ein Problem, ob das philosophische Reden von der „Verfallenheit" des Menschen nicht am Ende eine frevelhafte, eigenmächtige Deutung des Phänomens der Sünde sei. Hier bleibt Bultmann der Botschaft des Evangeliums verhaftet, die in Christus sich ereignet hat und ein historisches Geschehen ist, ein Ereignis, das Gottes vergebende Liebe an uns offenbar macht. Das nackte Faktum des Kreuzes bleibt ihm bei der Entmythologisierung übrig, aber schon der Botschaft von der Auferstehung bestreitet er den Charakter einer historisch bezeugten Tatsache. „Christus der Gekreuzigte und Auferstandene begegnet uns im Wort der Verkündigung, nirgends anders. Eben der Glaube an dieses Wort ist in Wahrheit der Osterglaube" (Kerygma .. S. 50), die Geschichte vom leeren Grabe und die Auferstehungsberichte seien mythische Rede, „um die Bedeutsamkeit der historischen Gestalt Jesu zum Ausdruck zu bringen". Christi Kreuz und Leiden und Auferstehung seien „eschatologisches Ereignis" und als solches in der Verkündigung wie im konkreten Lebensvollzug des Glaubens, in der Tat der Liebe, im Aufsichnehmen des eigenen Kreuzes gegenwärtig. Die eschatologische Existenz des Menschen sei das „Sein in Christus", in dem wir Vergebung haben. — Aber: was heißt hier „Sein"?

Die Einwände

Handelt es sich hier nicht in der Tat um einen Neoliberalismus, der durch dialektische Theologie und Existenzphilosophie neu herausgeputzt wurde und der dem „sola fide" die breite Basis des „sola scriptura" nahezu ganz entzogen hat? Ein Stück exegetischer Hybris, exegetischer Nihilismus der religionsgeschichtlichen Schule? Man hatte sofort eingewandt: das Fragezeichen, das Bultmann hinter die Auferstehung als historische Tatsache, also hinter das Urkerygma, setzte, bedeute die Preisgabe der Geschichtlichkeit der Offenbarung. Aber es fanden sich immer wieder namhafte Verteidiger Bultmanns, die ihm sein kirchlich legitimes Anliegen attestierten — er gilt heute noch weithin als „Kirchenlehrer" —, wenn er auch irre. Denn es sei unbestreitbar, daß das mythische Weltbild der Antike, soweit es im Neuen Testament enthalten sei, vom modernen Menschen nicht nachvollzogen werden könne. Indessen beweisen nun die einen mit J. Schniewind (†), daß das Evangelium von Jesus Christus aus Nazareth, dem fleischgewordenen Gotteswort, selber die Entmythologisierung der antiken Weltanschauung darstelle, während andere, darunter Emil Brunner und Helmuth Thielicke, behaupten, das geschichtliche Eingreifen Gottes, das Reden Gottes mit dem in der Anschauung lebenden Menschen könne nur im mythischen Bilde geschehen — was Brunner nicht hindert, die Himmelfahrt, den Abstieg in die Hölle und die Jungfrauengeburt als „reine Mythen" abzulehnen (Dt. Pfarrerblatt 1950, S. 696). Thielicke dagegen geht soweit, die mythische Denkform „als eine

Krippe zu ehren, in welcher der Herr ruhen wollte", und er weist hier auf die katholische Theologie hin, von der man trotz des protestantischen Widerspruches zur „analogia entis" in dieser Sache sehr viel lernen könnte (Kerygma . . S. 203 f). Die strengen Lutheraner dagegen erklären mit E. Schlink: „Wer die Bibel entmythologisieren wollte, übersähe, daß ihr Zeugnis samt und sonders entmythologisiert ist, da Gottes Wort, in der Offenbarung eingehend in die Sprache des Menschen, die Mythen der Menschen durchbrach." Wieder andere sagen, wer den Mythos beseitigen wolle, beseitige „das Ärgernis des Evangeliums", was Bornkamm eine „leichtfertige Spiegelfechterei mit dem Begriff des Ärgernisses" nennt. Wieder andere sagen mit E. Stauffer, der moderne Mensch sei im Begriff, sich wieder mythischen Anschauungen hinzugeben und habe daher wieder ein Organ für die mythische Sprache. Wie man sieht, nirgends eine durchgreifende Klarheit oder Übereinstimmung, und zwar offensichtlich deshalb, weil keine anerkannte systematische Theologie vorhanden ist, die dem existentiellen und dialektischen Seinsbegriff Bultmanns, wenn nicht dogmatisch so doch biblisch-exegetisch, einen eindeutigen christlichen Seinsbegriff entgegenstellen kann, der Bultmann entlarvt.

Eine gefährliche Wurzel

Das ist nicht von ungefähr; und Bornkamm hat wohl bisher am besten die sachliche Überlegenheit Bultmanns über alle seine Gegner damit gekennzeichnet, daß er von ihm sagt: „Mit Recht hat Bultmann, wie ich glaube, die Rechtfertigungsbotschaft, also die Lehre von Gesetz und Evangelium, zum Leitfaden der Auslegung des Heilsgeschehens gemacht. Es geht ihm dabei selbstverständlich nicht darum, die ganze neutestamentliche Theologie in das Prokrustesbett paulinischer Gedanken hineinzuzwängen. Die paulinische Theologie ist ihm nur das vornehmste Beispiel für eine sachgemäße Auslegung des urchristlichen Kerygmas. Die Bindung an die Rechtfertigungslehre führt Bultmann freilich dazu, die ganze neutestamentliche Heilsbotschaft auf den Umkreis dessen zu reduzieren, was mögliches Welt- und Existenzverständnis des Menschen ist. Eben darum gerät er immer wieder in den Verdacht, er löste die Theologie in christliche Anthropologie auf . . . (was z. B. allein schon das Inhaltsverzeichnis seiner „Theologie des Neuen Testaments" bestätigen würde!). Es könne kein Zweifel sein, fährt Bornkamm fort, daß „Bultmann mit aller Energie auf dem Heilsgeschehen extra nos zu beharren versucht . . . Aber das Heilsgeschehen reduziert sich bei ihm auf das factum brutum, die nackte, völlig uneinsehbare, gerade in seiner völligen Unbegründbarkeit die Unterwerfung des Glaubens fordernde Tatsache, daß in Jesus Christus die Offenbarung Gottes geschehen ist und Gott erlösend gehandelt hat. Jesus Christus ist zur bloßen Heilstatsache geworden und hört auf, Person zu sein. Er hat keine Geschichte mehr . . ." Es geht also darum, Bultmann von der irrtümlichen Ausarbeitung seiner Grundwahrheit zu überzeugen und ihm wie den meisten seiner Gegner klar zu machen, daß sie sich „von einem verhängnisvollen positivistischen Wirklichkeitsbegriff leiten lassen".

Einige Folgerungen

Es sei dahingestellt, ob dort die Lösung liegen könnte. Die Lehren, die katholische Freunde aus einem Studium dieser ausgedehnten Kontroverse ziehen könnten, dürften wohl auf folgender Linie zu suchen sein: Da Bultmanns Entmythologisierung in der Tat eine wesentliche Wurzel in der Rechtfertigungslehre Luthers zu haben scheint — Bultmann selber erklärt, daß Kierkegaard und Heidegger aus Luthers Existenzverständnis schöpfen (Kerygma . . S. 37) —, stellt sein wohlüberlegter und bis heute wohlgezielter Angriff auf den neuen lutherischen „Fundamentalismus" einen intensiven Ausbruch des stets virulenten genuinen protestantischen Seinsverständnisses dar. Dieses ist völlig „unweltlich", „jenseitig" und dialektisch, es verlegt das „Sein in Christo" ganz in die Verborgenheit des Kreuzes, in die „eschatologische Existenz", in welcher Gottes Gnade immer in der Zukunft liegt. Das will heißen: dieses Seinsverständnis scheut leidenschaftlich und zäh vor der fortwirkenden Fleischwerdung des Wortes und fürchtet daher eine kirchliche, dogmatisch gebundene Existenz im „Volke Gottes", in welchem die Objektivierungen des Heiligen Geistes durch Sakramente und kanonische Ordnungen das Wort Gottes geschichtlich repräsentieren und übermitteln.

Wer freilich meint, Luther habe ursprünglich nur subjektivistisch-einseitig das Katholische wiederentdeckt, und die Reformation beruhe eigentlich auf einem theologischen Mißverständnis, wird nicht leicht erklären können, wieso heute alle Versuche evangelischer Theologen, Bultmann zu widerlegen und unschädlich zu machen, durch den unerhört wirksamen Kreiselkompaß der lutherischen Rechtfertigungslehre mit ihrem radikal unkatholischen Seinsverständnis zunichte werden müssen; denn jener Kompaß bringt die evangelische Theologie auch bei den größten Schwankungen immer wieder auf den ursprünglichen Kurs. Es fehlt ihr bisher der archimedische Punkt einer christlichen Ontologie im leibhaften Mysterium der Erlösung. Der Fall Bultmann ist daher keine innerevangelische Angelegenheit. Er ist geradezu ein Probefall für die Aussichten einer fruchtbaren Aussprache über die Eine Kirche. Schwerlich wird man einstweilen damit rechnen dürfen, daß die lutherischen Landesbischöfe ihr neu entdecktes Lehramt nächst Pius XII. nun an Bultmann versuchen werden! Nicht das Mariendogma gibt Bultmann und seinen Freunden Auftrieb für ihre Sache, sondern die Verschlossenheit evangelischer Theologen für die heilsamen Lehren dieses Dogmas von der „neuen Schöpfung in Christus". Wenn es wahr ist, daß — wie Thielicke sagt — Bultmann den Mythen der Moderne erlegen ist, z. B. dem Mythos von der in sich ruhenden Endlichkeit der Welt, und wenn es wahr ist, daß diese säkulare Mythologie „aus dem Aufstand" gegen Christus geboren ist, „aus dem Aufstand der Weisheit dieser Welt", dann allerdings ist es auch wahr, daß das neue Dogma diese moderne Welt gründlich entmythologisiert, damit wir — mit einem Ausdruck aus der Sakramentslehre des hl. Thomas zu reden (III, 61, 1) — „die abgöttischen Dienste meiden, die im Kult der Dämonen bestehen".

Daß eine solche Entmythologisierung der modernen Welt zur vordringlichsten Aufgabe der christlichen Verkündigung gehört, hat ein Gutachten des „Theologischen Konvents Augsburgischen Bekenntnisses" vom März 1950 erkannt, auf das wir zurückkommen, falls daraus ernste Entschlüsse im lutherischen Lager heranreifen. Unterdessen wird die im April stattfindende offizielle Fortsetzung des sogen. „Frankfurter Abendmahlgespräches" evangelischer Theologen lutherischen, reformierten und unierten Bekenntnisses einen neuen Prüfstein für den Charakter des protestantischen Seinsverständnisses bilden.

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Die Entchristlichung der Massen und die Trennung von Kirche und Staat

Als ein eifriger und fast stets von Bewunderung für Ihre Anstrengungen erfüllter Leser der Herder-Korrespondenz möchte ich Sie bitten, mir zu erlauben, ein Wort zu Ihrem Bericht über das Studententreffen in Lamorlaye (H. K. Dezember 1950, S. 113—115) zu bemerken. Dieser Bericht scheint mir durch Sachlichkeit und Klarheit gleicherweise hervorzuragen und gibt ein ausgezeichnetes Bild über Strömungen und Meinungen im französischen Katholizismus, die dazu beitragen, die Originalität der geistigen Bewegungen jenseits des Rheines auszuzeichnen. Ein kleiner Halbsatz im Schlußparagraphen erscheint mir nun desto unverständlicher, als die vorhergehenden Seiten von so tiefschürfender Einfühlung getragen und belebt waren. Es handelt sich um den Satz: „von der langen Trennung von Kirche und Staat, die heute als Vorteil und großer Gewinn begrüßt wird, die aber immerhin der Kirche den Verlust der Massen eingetragen hat." Dies ist gewiß nur ein kleiner Halbsatz in einem großen Bericht, er behauptet aber so wesentlich Falsches, daß es mir nicht gelingt, ihn unwidersprochen zu lassen.

Wer die religiösen Verhältnisse in Frankreich einigermaßen kennt, wird bestimmt nicht zu behaupten wagen, der Verlust der Massen sei auf die Trennung von Kirche und Staat zurückzuführen. Viel eher könnte behauptet werden, daß der Anfang einer Rückkehr der Arbeitermassen zur Kirche, der in beschränktem Maße festzustellen ist, ohne die geistige Erneuerung, die als Folge der Trennung von Kirche und Staat entstand, undenkbar wäre.

Ist es nicht so, daß der Abfall der Industriearbeiterschaft (in Frankreich wie in Deutschland) im 19. Jahrhundert eintrat als Folge der Unfähigkeit großer Teile des kirchlichen Apparates und vieler Priester, Laien und Würdenträger, den neuen Phänomenen des Industriearbeitertums und des Kapitalismus geistig und sozial gerecht zu werden? Waren die Fronten auf diesem Gebiet nicht in den 80er, 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts schon scharf gezogen, und hat auf einer anderen Ebene die christliche Arbeiterbewegung in den „nichtgetrennten" Ländern wie Deutschland oder Italien bessere Fortschritte gemacht als in Frankreich? Sind nicht JOC (nach ihrem belgischen Ursprung), Mouvement Populaire des Familles, Arbeiterpriester vor allem auf französischem Boden zur Entfaltung gekommen, und darf man behaupten, daß dies geschehen, weil dort die „Not" am größten war? Ist die Paganisierung und Entchristlichung des deutschen Industriearbeiters in „katholischen" Gegenden weniger weit fortgeschritten als in Frankreich? Vier Jahre Leben in Deutschland haben mich davon keineswegs überzeugt. Wiegt sich — und diese Frage geht über das Industriearbeiterproblem hinaus — nicht ein großer Teil der deutschen katholischen Kirche und des Kirchenvolkes seit 1945 in der trügerischen Sicherheit, einem mehrheitlich christlichen Volk anzugehören, ja dieses Volk zu sein, während unter dieser nach 1945 restaurierten Oberfläche der christliche Inhalt zum Teil schon verschwunden, zum Teil erschreckend verdünnt ist?

Auch wenn das Wort „Massen" nicht ausschließlich als auf die Industriearbeiterschaft bezogen verstanden sein soll, so kann keineswegs behauptet werden, die Trennung von Kirche und Staat hätte Wesentliches zur Entchristlichung der Landbevölkerung beigetragen. Die Untersuchungen von Soziologen wie André Siegfried und François Goguel *(Histoire des Partis sous la IIIe République,* Édit. du Seuil) zeigen, daß gerade auf dem Lande die politische Orientierung seit über hundert Jahren fast gar keine Verschiebung erlitten hat und daß die politischen Optionen (die ja auf dem Land weit stärker als in der Stadt mit den religiösen Haltungen identisch sind — katholisch = konservativ, freidenkerisch = links) auf Ereignisse aus der Zeit der französischen Revolution, ja auf noch länger zurückliegende Perioden zurückweisen. So ist z. B. das rein agrarische Departement Creuse von jeher, d. h. seit es Wahlen gibt, immer auf der äußersten Linken gestanden und auch seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts weitgehend entchristianisiert, obgleich es fast keine Industrie aufweist. Diese Verhältnisse sind z. T. auf die Aufteilung der Kirchengüter nach 1789 und die Angst der Bauern vor einer Rückkehr der alten Herrschaft, z. T. auf noch ältere Vorgänge zurückzuführen.

Auch in den Massen des Bürgertums hat die Dechristianisierung seit der Trennung von Kirche und Staat meines Erachtens keine Fortschritte gemacht. Die Anzahl der Schüler der zu 99% katholischen Privatgymnasien und Mittelschulen ist seit ihrer Gründung unaufhaltsam gewachsen und kommt derjenigen der ebenfalls stark gewachsenen staatlichen und neutralen „Lycées" fast gleich.

Ich will diese Bemerkungen nur als Beispiele für eine Beweisführung angeben, die meines Erachtens nicht unschwer zu bringen wäre. Ich bin fest überzeugt davon, daß die Dechristianisierung des französischen Volkes um die Zeit der Trennung von Kirche und Staat (1904/6) und der vollkommenen Identifizierung von Religion und politisch-sozialem Konservativismus ihren Höhepunkt bereits erreicht hatte und daß seitdem allmählich die entgegengesetzte Bewegung anläuft.

Diese wiederum ist nur möglich geworden dadurch, daß die Trennung den Schleier der Sicherheit und des Besitzes zerriß, die Kirche zur Armut und zur Bewußtwerdung ihrer Verluste zwang und daß die „arme" Kirche der Identifizierung von Religion und einer politisch-sozialen Haltung ein Ende setzen konnte. Die geistige Bewegung, zu deren Hauptleuchten Marc Sangnier, Jacques Maritain, Georges Bernanos, Emmanuel Mounier u. a. gehören, hat in der vom Staat befreiten Kirche ihren Nährboden gefunden. Freilich ist die Kirche, ob mit dem Staat verbunden oder von ihm befreit oder von ihm geknechtet, immer dieselbe. In der Zeit, in der wir leben, gibt es aber wohl doch kirchliche Lebensformen, die den Bedingungen und Anforderungen mehr oder weniger gewachsen sind, und ich kann nicht verbergen, daß ich von der Bedeutung der Nationalunterschiede auf diesem Gebiete nicht überzeugt bin. Es will mir scheinen, daß auch viele deutsche Freunde nicht mehr von der Richtigkeit einer weitgehenden Identifizierung von kirchlichen, staatlichen und sozial-konservativen Belangen überzeugt sind.

Joseph Rovan

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BLINZLER, Josef. *Geschichtlichkeit und Legalität des jüdischen Prozesses gegen Jesus.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 5 (Febr. 1951) S. 345—357.

Gegen Lietzmann und Bultmann, die den jüdisch-religiösen Prozeß als unhistorisch verwerfen, wird hier das Material der neuesten Forschung ausgebreitet und der Schluß auf die unbestreitbare Echtheit der Berichte von jenem Prozeß gezogen.

CASSIEN, Msgr. *L'enseignement de la Bible sur la procession du Saint-Esprit.*
DUBARLE, A.-M. *Les fondements bibliques du „Filioque".* In: Russie et Chrétienté 4. Serie Nr. 3—4 (Juli-Dez. 1950) S. 125—150 und 229—244.

Das ganze Heft dieser dem Verständnis der orthodoxen Gläubigkeit gewidmeten Zeitschrift befaßt sich mit der Diskussion der Stellung der katholischen und der orthodoxen Dogmatik zum Problem des Hervorgehens des Heiligen Geistes „vom Vater und vom Sohne" — einem der grundlegenden Kontroverspunkte der beiden Kirchen. Außer den angeführten Darlegungen der orthodoxen (Cassien) und der katholischen (Dubarle) Bibelexegese enthält das Heft Aufsätze über die Lehre der griechischen Väter (J. Meyendorff) und der lateinischen Väter (Th. Camelot) zu dieser Frage, die theologische Position der Orthodoxie (S. Verkhovsky) und die der lateinischen Theologen (H.-F. Dondaine) sowie Diskussionsberichte vom Treffen katholischer und orthodoxer Theologen im Pariser Institut „Istina" im Januar vorigen Jahres, das dieser Frage gewidmet war.

ITURRIOZ, I. *Neue Theologie.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 50 Heft 11 (Februar 1951) S. 649—660.

Der spanische Jesuit löst die umstrittene Bewegung richtig aus der Zeitsituation Frankreichs ab und macht deutlich, daß das Schlagwort Relativismus nicht auf diese Suche nach einer absoluten Theologie paßt. „Freilich ist es eines, den wirklich absoluten Wert einer Wahrheit zu leugnen, ein anderes, jeden ständigen Wahrheitswert eines Systems absolut zu leugnen." Leider wird kein Bezug auf die Enzyklika genommen.

KARRER, Otto. *Rückblick auf die marianische Kontroverse.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 50 Heft 11 (Februar 1951) S. 661—668.

Es wird die Frage der ökumenischen Bedeutung des Dogmas in einer Kritik zu einem Aufsatz G. Kümmels (NZZ 3. 12. 50) aufgegriffen und der protestantischen Position Inkonsequenz in der Bewertung von Schriftstellen vorgeworfen.

LAROS, Matthias. *Kardinal Newman und das „neue Dogma".* In: Die Neue Ordnung Jhg. 5 Heft 1 (Jan. 1951) S. 6—26.

Wir erfahren, daß Newman die „bisher beste theologische Begründung" des marianischen Dogmas gegeben hat. Die von Vinzenz von Lerin beeinflußte Idee der organischen Lehrentwicklung, die in der Schrift keimhaft beginnt, erklärt ein wachsendes Glaubensbewußtsein, für das die „Zeugenschaft der Laien" eine entscheidende Rolle spielt. Der Verfasser geht auf die Kontroversliteratur ein und bringt die aus der neuen dogmatischen Situation entstehenden Konsequenzen für die Una-Sancta-Bewegung zur Darstellung.

MAGRATH, Oswin OP. *The Structure of Religious Poverty.* In: Life of the Spirit Bd. 5 Nr. 56 (Februar 1951) S. 342—349.

Die Zusammenhänge zwischen der Armut und der Gesamtheit christlicher Tugenden werden sichtbar gemacht.

MILLER, Athanasius. *Zur Typologie des Alten Testaments.* In: Benediktinische Monatschrift Jhg. 27 Heft 1/2 (Jan./Febr. 1951) S. 12—19.

Der Sekretär der Päpstlichen Bibelkommission spricht ein vermittelndes Wort zum Verhältnis der realistischen und pneumatischen Exegese. Die Möglichkeit und Berechtigung der geistigen Deutung liegt zuerst im „typischen Sinn" des AT, aber der Literalsinn hat den Primat als stützenden Grund und beständiges Korrektiv.

MUELLER, Klaus Götz. *Franz Rosenzweig und das Christentum.* In: Zeitwende Jhg. 22 Heft 6 (Febr. 1951) S. 541—544.

In der Gestalt Rosenzweigs, auf die sich jeder Versuch jüdisch-christlicher Verständigung wird besinnen müssen, sieht der Verfasser das Problem von Judentum und Deutschtum konkret geworden. Die geforderte Synthese zielt nicht nur auf ein eschatologisches, sondern auch historisches Miteinander des Juden und Christen.

RAHNER, Karl. *Zum Sinn des neuen Dogmas.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 50 Heft 10 (Jan. 1951) S. 585—596.

Es wird hier nicht die Definibilität, sondern der Inhalt des Dogmas zum Gegenstand gemacht. Der Sinn der Verklärung zeigt sich als die Gewinnung einer neuen Dimension der Wirklichkeit. „Zur Wirklichkeit der ganzen Schöpfung gehört schon jetzt jene neue Dimension, die wir den Himmel nennen und die dann auch neue Erde genannt werden kann, wenn sie alle irdische Wirklichkeit und nicht nur einen Anfang davon sich untertan gemacht haben wird."

SCHRÖDER, Rudolf Alexander. *Christliche Lebenswerte im Alten Testament.* In: Zeitwende Jhg. 22 Heft 6 (Febr. 1951) S. 534—541.

Der Verfasser bemüht sich darum, Christi eigenen Hinweisen folgend die Lebenswerte als ein grundlegendes Element des AT nachzuweisen.

TARSER, Franz S. *Seelsorge. Eine ernste Besinnung.* In: Die Besinnung Jhg. 6 Heft 1 (Jan./Febr. 1951) S. 25—38.

Mit einer beachtenswerten Studie erhellt der Verfasser die Verkehrung der Worte Seele und Geist seit dem 18. Jahrhundert. Vom biblischen Sinn der Worte ausgehend, erhält die Seelsorge ihre eigentliche Bedeutung zurück, und man kann von hier aus die Fragen der kerygmatischen Theologie in einer deutlicheren Weise stellen. Der Aufsatz tritt nun in eine Auseinandersetzung mit den Büchern von Arnold, Schurr, Schildenberger, aber auch mit Thielicke, Asmussen und Maurer.

Anima Heft 4 1950.

Das Heft ist ganz der Frauenseelsorge gewidmet. F. X. v. HORNSTEIN fordert eine „einwandfreie Theologie der Frau", die die oft von der Literatur herkommenden Ressentiments der Theologen auslöscht und der Seelsorgspsychologie zugrund gelegt werden kann. F. DECURTINS versucht vom wissenschaftlichen Standpunkte aus, das psychologische Eigensein der Frau zu umreißen. Eine interessante ethnologische Studie von R. MOHR zeigt die völlig verschiedenartige Ausprägung der fraulichen Schamhaftigkeit bei den Urvölkern und gewinnt daraus einige Hinweise für unsere Seelenführung. L. DUPRAZ beschreibt die bestimmten Erwartungen, die die Frau durch ihre besondere intuitive Kraft und Liebesfähigkeit an die Seelsorge heranträgt. Während R. SVOBODA die besonderen religiösen Konflikte der Frau nach ihrer psychogenen Bedingtheit befragt, eruiert die Ärztin Eva FIRKEL die sexuelle Krise und warnt vor einer künstlichen Provokation; sie fordert von der Seelsorge eine Hebung des Selbstbewußtseins der Frau, die neben Mutter und Jungfrau einen eigenen religiösen Seinssinn hat. Weitere Beiträge von WILLWOLL, ROESLE, STEINER, WIDMER, SIMONETT, BAHLEM u. a. widmen sich spezielleren Fragen und dem persönlichen Verhältnis des Seelsorgers zur Frau.

Philosophie

ARIZMENDI, C. A. F. *Dialogando con Eugenio d'Ors.* In: Criterio Jhg. 23 Nr. 1126/1128 (26. 10. u. 23. 11. 1950) S. 867—870, 923—928.

Einer der repräsentativen spanischen Denker, Interpret Maurice Blondels, diskutiert mit einem argentinischen Publizisten die Elemente und Tendenzen seiner Philosophie: suprarationalistisch-vitalistisch, d. h. für ihn: integralistisch. Eugen d'Ors weiß sich darin in der Nähe von Scheler, K. Schmitt und Spengler, deren anekdotische Züge er systematisiert und katholisiert. Sein Kulturprogramm ist traditionalistisch und universalistisch zugleich, sieht die allgemeine Entwicklung im wiederkehrenden Rhythmus von Barock und Klassik gegeben. Letztere, ökumenisch erweitert und katholisch vertieft, ist auch die Waffe von d'Ors gegen die zeitgenössische Philosophie, die nur ein „irrationaler Verzweiflungsschrei" sei.

BRUNNER, August. *Die unvollendbare Welt.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 5 (Febr. 1951) S. 321—332.

Man ist versucht, diese Darstellung des Verhältnisses des Menschen zur Welt einen christlichen Existentialismus zu nennen. Die in der Neuzeit verlorene Einheit von Himmlischem und Irdischem kann in ihrer Harmonie nicht hergestellt werden, da der Mensch in sich selbst zerrissen und entfremdet ist. Die Aufgabe des Selbstseins bleibt bestehen, wenn sie auch nur zu ständigem Scheitern führen kann.

KLEIN, Joseph. *Nicolai Hartmann.* In: Die Sammlung Jhg. 6 Heft 2 (Febr. 1951) S. 95—111.

Diese Rede, bei der Trauerfeier im November 1950 gehalten, entwickelt das Herauswachsen des Philosophen aus dem Marburger Neukantianismus und die damit zusammenhängende „Auferstehung der Metaphysik".

LEISEGANG, Hans. *Der Geist des Marxismus.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 30 Heft 11 (Febr. 1951) S. 680—689.

Der Marxismus findet hier seine Darstellung als ein politischer Mythos im Anschluß an die sehr gelobten Untersuchungen von I. Bochenski und W. Theimer (bei Francke, Bern).

Naturphilosophie in Abwehrstellung? Eine Kontroverse zwischen Julius Sailer und Hedwig Conrad-Martius. In: Hochland Jhg. 43 Heft 3 (Febr. 1951) S. 295—302.

Sailer wehrt sich gegen den Aufsatz „Naturwissenschaft und Naturphilosophie" der katholischen Naturphilosophin; er stößt sich besonders am Intuitions- und Evidenzbegriff und rollt die erkenntnistheoretische Frage nach dem Realitätswert der mathematisch-physikalischen Erkenntnis von neuem auf. Der Leser würde eine stärkere Betonung der inhaltlichen naturphilosophischen Fragen begrüßt haben.

Kultur

FRANCESCHI, Gustavo. *Impresiones de Europa.* In: Criterio Jhg. 23 Nr. 1124 (28. September 1950) S. 639—641.

Der argentinische Publizist fand auf seiner Reise durch Italien, Frankreich, Belgien, Deutschland und Österreich überall eine auffällige Vergnügungslust, vernahm vornehmlich zwei Klagen: Mangel an Arbeit und an Gemeinschaftsbewußtsein der Klassen. Noch ist die Alte Welt geistig-künstlerisch tonangebend, aber politisch-sozial ist sie schwankend geworden und auf der Suche nach neuen Grundlagen

HANSEN-LÖVE, Friedrich. *Die Welt von Morgen. Zur Krise der Krisenliteratur.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 2 (Febr. 1951) S. 147—150.

Ein übersichtliches Sammelreferat, das sich besonders der zeitkritischen Werke von René Guénon „Die Krise der Neuzeit", Pitrim A. Sorokin „Die Krise unserer Zeit" und Romano Guardini „Das Ende der Neuzeit" annimmt.

HOFFMANN-LANGGÄSSER, Wilhelm. *Das unauslöschliche Siegel. Welt und Werk Elisabeth Langgässers.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 2 (Febr. 1951) S. 85—96.

Der Philosoph und Gatte der Dichterin verdeutlicht den „grundsätzlichen Wandel" von der heidnischen Auffassung einer in sich kreisenden Natur zur erlösungsbedürftigen Natur (Durchbruch im „Gang durch das Ried") und zur Realität der Übernatur selbst. Besondere Beachtung findet auch die Problematik des christlichen Naturgedichtes. Die Zeitschrift veröffentlicht an dieser Stelle zwei nachgelassene Gedichte der Dichterin.

HOFSTAETTER, Peter. *Erziehung und Propaganda.* In: Universitas Jhg. 6 Heft 2 (Febr. 1951) S. 137—146.

Eine grundsätzliche, obzwar pragmatistisch angelegte Untersuchung über das meist unterschätzte Phänomen der Propaganda. Grund der Wirkung ist hier ebenso wie bei der Erziehung die „Bedürfnisspannung im Objekt"; die Erziehung steht mehr auf der Seite des Realitätsprinzips (deckt das Bedürfnis mit einer Sache), die Propaganda verschiebt sich dagegen zur Lustseite hin.

HURWICZ, Elias. *Die „Verweltlichung" des Judentums.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 3 (Febr. 1951) S. 263—273.

Eine neue Phase des Judentums zeigt sich in ihrer historischen Bedingtheit. Das Fehlen der zentralen religiösen Autorität läßt alle Intentionen im Ziel der nationalen Erneuerung zusammenstreben.

KAMPMANN, Theoderich. *Der Übermensch, Mythos und Wirklichkeit.* In: Theologie und Glaube Jhg. 41 Heft 1 (Jan. 1951) S. 23—40.

Ganz im Geiste Pascals wird das christliche Menschenbild, die geheimnisvolle Einheit von Natur und Übernatur, gegen das humanistische (z. B. bei Hermann Hefele) und das messianistische bei Nietzsche und Stefan George — als die beiden extremen Vereinseitigungen — gestellt.

PATZSCHKE, Wilhelm. *Geistige Bindung in der Fürsorgeerziehung.* In: Die Sammlung Jhg. 6 Heft 2 (Febr. 1951) S. 79—90.

Ausgedehnte Erfahrung in der Asozialen-Bildung geben dem Verfasser Gelegenheit, in konkreter und ausgezeichneter Schärfe den Unterschied von utilitaristischer, humanistischer und christlicher Erziehung darzustellen. Erstere zieht alle Bindung in die Triebsphäre hinab; die zweite spaltet den Menschen und läßt nur die Zone rein geistiger Zwecklosigkeit gelten; die dritte aber „vergeistigt das Fleisch" im Zentralbegriff der Agape.

PINILLOS, José D. *Ideas para una intelección de Alemania.* In: Arbor Jhg. 17 Nr. 60 (Dez. 1950) S. 385—405.

Diese psychologisch-philosophische Deutung und Vergleichung der deutschen Eigenart sieht uns zwiespältig: als Athen und Sparta, Kulturmenschen und Wikinger. Genauer: die vorherrschende Kraft sei der Wille, nachweisbar an geistigen Führern von Luther bis Hartmann, geäußert im autoritären, obrigkeitlichen und militaristischen Zug der deutschen Geschichte. Einem solchen anti-metaphysischen Formalismus (gipfelnd in Kant) stehe entgegen: hintergründige Dunkelheit, pantheistisch-romantisches Naturgefühl als anderer Pol. Folge: Spannung zwischen Hirn und Herz, Wissenschaft und „Stimmung", Technik und Dämonie, endigend in Desintegration und Kompensation durch Aktivität, äußerlichen Aufbau ohne innere Neuorientierung.

TRAPP, Georg. *Um das „Wahrheitsserum". Zur Frage der Narkoanalyse.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 4 (Jan. 1951) S. 289—295.

Als diagnostische Hilfe für Analyse und Therapie hat die Narkoanalyse ihre medizinische Berechtigung, jedoch wird, gemäß der allgemeinen Einstellung der Juristen und nach der geltenden Strafprozeßordnung zum Schutz der freien Willensbetätigung und der personalen Entscheidung, die forensische Verwertung abgelehnt.

Libertad para la prensa católica en España. In: Criterio Jhg. 23 Nr. 1128 (23. 11. 1950) S. 942/943.

Anläßlich des Tages der katholischen Presse forderte der Primas Spaniens, der Erzbischof von Toledo, uneingeschränkte Freiheit für eine katholische Tagespresse, die nicht durch Kirchenzeitungen oder Zeitschriften der Katholischen Aktion („Ecclesia"), noch weniger aber durch „auchkatholische" Publikationen (z. B. der Falangisten) ersetzt werden könne, besonders da manche der letzteren billige Erotik propagieren. Noch immer ist es nicht gelungen, Blätter wie den vor 1930 so berühmten Madrider „El Debate" wieder herauszubringen. Von den 500 rein kirchlichen Zeitungen und Zeitschriften untersteht die überwiegende Mehrheit der Staatszensur. Solche Überwachung bedeutet unbegründetes Mißtrauen gegen eine „vollkommene Körperschaft" wie die Kirche, die der spanische Staat als solche ausdrücklich anerkannt hat. Zwischen Libertinage und Drosselung der Presse gebe es einen Mittelweg, der noch unbegangen ist.

RÉGAMEY, P,-R., OP. *Les possibilités chrétiennes des artistes incroyants.* In: La Vie intellectuelle März 1951 S. 4—23.

Zur Schaffung echter religiöser Kunst genügt nicht die Gläubigkeit des Künstlers, wenn diese sich nicht mit seinen schöpferischen Kräften trifft. Der ungläubige Künstler kann in der Tiefe seiner schöpferischen Kräfte dem Bereich des Sakralen aufgeschlossen sein durch Triebe, die den Glauben ersetzen; die Theologie hat keine Schwierigkeit, das zu verstehen, und die Erfahrung beweist es. Aus dieser Begegnung von echter Schöpferkraft und wenn auch beschränkter sakraler Erfahrung gehen echtere sakrale Kunstwerke hervor als aus dem guten Willen katholischer Künstler ohne diese tief innerliche Kongruenz der Kräfte.

Soziales und politisches Leben

BERGGRAV, Eivind. *Die Kirche und die internationalen Angelegenheiten.* In: Dokumente Jhg. 7 Heft 1 (Jan. 1951) S. 13—21.

An eine allgemeine naturrechtliche Erörterung, nach der die Kirche nicht Partei ergreift, sondern das menschliche Gewissen für den Anruf Gottes öffnen soll, schließt der Verfasser den Entwurf einer „Präambel zum internationalen Recht" an. Sieben Prinzipien als allgemeine christliche Grundsätze sollen von allen Staaten anerkannt werden.

BOZZOLA, G. B. *Cinque anni di sindicalismo comunista in Italia.* In: Realtà sociale d'oggi Jhg. 6 Nr. 2 (Febr. 1951) S. 105—120.

Sehr klarer Überblick über die Geschichte der Einheitsgewerkschaft in Italien nach 1945, die immer mehr in die Hand der Kommunisten geriet, dadurch im Jahr 1948 auseinanderfiel und immer noch weiter zerbröckelt. Zuerst fielen die christlichen Arbeitervereine ACLI ab, dann die Freien Gewerkschaftler, jetzt ganze sozialistische Gruppen.

D'HARCOURT, R. *Température allemande.* In: Etudes März 1951 S. 308—322.

D'Harcourt informiert seine Leser eingehend und objektiv über die Reaktionen Westdeutschlands auf die Wiederbewaffnungsfrage.

IRIBARNE, M. F. *La crisis de las clases medias.* In: Arbor Jhg. 17 Nr. 59 (Nov. 1950) S. 191—211.

Es gibt eine Unmasse an Literatur über das „dunkle Martyrium", den „Verfall" wie über „Orientierung, Verteidigung, Sammlung, Revolution" des Mittelstandes, der heute zwischen kapitalistischem Großbürger und Proletarier eingekeilt steht. Sein konservativer, präkapitalistischer „Standes"-Charakter fällt gegenüber den modernen labilen „Klassen"-Elementen der gesellschaftlichen Gegner auf. Abgrenzung von den anderen Ständen erfolgt gewöhnlich negativ; seine Zahl bleibt hinter seiner Wirtschaftskraft und Gesellschaftsgeltung wesentlich zurück, denn die moderne Entwicklung ist ihm nachteilig, sein „moralisches Gleichgewicht" erschüttert. Proletariat und Mittelstand stehen heute in einer Front, beide um Besitzanteil ringend. Vermutlich wird der Mittelstand die „Manager" Burnhams stellen, jedenfalls ist er „die kostbarste Reserve der Gesellschaft", die wichtigste Aufstiegsgruppe.

KONZEN, P. Roque SJ. *Central Dos Caicas Rurais.* In: Noticias, São Leopoldo, Brasilien, Nr. 27 (Okt. 1950) S. 35—36.

Noch älter als die christliche Arbeiterselbsthilfe Brasiliens des P. Brentano SJ (vgl. HK Jhg. 5, S. 146/147) sind die landwirtschaftlichen Raiffeisenklassen seiner Ordensbrüder Amstad und Rick (1902), seit 1925 zu einem Zentralverband von ca. 50 Kassen zusammengeschlossen. Drei Viertel der rund 25 000 Mitglieder sind Bauern, die über ein Gesamtkapital von etwa einer halben Milliarde Cr. Dollar verfügen. Der Artikel ist zur 100-Jahrfeier des Geburtstages (9. Nov. 1851) von P. Amstad, dem Initiator der Kreditselbsthilfe in Südbrasilien, geschrieben.

MARITAIN, Jacques. *The Problem of Means. How can the people control the State?* In: Commonweal Bd. 53 Nr. 17 (2. 2. 1951) S. 415—421.

Ein wichtiger Beitrag zur politischen Ethik, Vorabdruck aus dem kommenden Buch: Der Mensch und der Staat. Unter dem Titel dieses Aufsatzes behandelt Maritain die Ethik der politischen Mittel, also das Problem der moralischen Rationalisierung der Politik als Gegenstück zu ihrer technischen Rationalisierung, wie sie etwa Machiavelli und der Kommunismus lehren.

MEDINA, C. *La Escuela Técnica Obrera „Belén" en La Habana.* In: Latinoamérica, Jhg. 2 Nr. 24 (Dez. 1950) S. 549—550.

Seit 1940 ist dem Jesuiten-Gymnasium von Habana eine Technische Hochschule für Arbeiter angegliedert worden, die nach Schülerzahl und Disziplinen ständig zunimmt. U. a. werden besondere Landwirtschaftszweige (Zuckerrohrkultur) sowie Flugwesen und Dieselmotorenbau gelehrt; wegen der strengen Auslese bei der Aufnahme festigt sich der Ruf dieses neuartigen sozialpädagogischen Versuchs auf freiwilliger korporativer Basis. Giron, der spanische Arbeitsminister, plant für sein Land die Errichtung gleichgearteter Anstalten in großem Maßstab.

MEISSNER, Boris. *Stalinistische Autokratie und bolschewistische Staatspartei. Zur innerpolitischen Nachkriegsentwicklung der Sowjetunion.* In: Europa-Archiv Jhg. 6 Nr. 4/5 (1. 3. 1951) S. 3735—3766.

Es ist unmöglich, diesen gründlich gearbeiteten und mit reichem Material versehenen Artikel inhaltlich auch nur im gröbsten zu skizzieren. Die Außenpolitik soll aus der innerpolitischen Entwicklung heraus verstehbar werden; es geht darum, die Zwangsvorstellung eines unabwendbaren Ost-West-Konfliktes zu bekämpfen. Das Heft bringt noch weitere Beiträge zum Ost-Problem.

O'DONOVAN. *W. J. Euthanasia.* In: Blackfriars Bd. 32 Nr. 370 (Januar 1951) S. 24—30.

Dieser Bericht über die Euthanasiedebatte im Oberhaus erhält seine Bedeutung durch die eingangs zitierte Wendung des Dekans von St. Paul: „Wenn ich die Argumente für und wider überschaue, komme ich zu dem Ergebnis, daß die Ziele der Gesellschaft für Legalisierung der Euthanasie mit dem christlichen Begriff der Menschenrechte und -pflichten übereinstimmen."

PRELOT, Marcel. *Les démocrates d'inspiration chrétienne entre les deux guerres.* In: La Vie Intellectuelle 18. Jg. H. 12 (Dez. 1950) S. 532—559.

Kurzer geschichtlicher Uberblick über die Entwicklung der christlich-demokratischen Bewegung in Frankreich von Marc Sangnier bis zu den „Nouvelles Equipes françaises".

ROTH, Paul. *Der Aufbau der Vereinten Nationen.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 5 (Febr. 1951) S. 332—344.

Ein lesenswerter Aufriß der nur wenig bekannten Struktur der Weltorganisationen, die in ihrem Zusammenhang fast alle Bereiche des menschlichen Daseins betreffen (Unterricht, Postverkehr, Epidemienbekämpfung, Hebung der Landwirtschaft usw.).

RIDEAU, E. *Les Obscurs.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 48 (März 1951) S. 161—172.

Die Zeitschrift der Christlichen Sozialen Aktion in Frankreich widmet den Hauptteil dieser Nummer der „Mühsal der Menschen". Eingeleitet wird dieser Uberblick über die Gefahren des Arbeitslebens, Betriebsunfälle, Vorsorge usw. durch eine Sammlung kleiner Situationsbilder, die E. Rideau in der grauen Masse der kleinen Leute gesammelt hat. Die Schlußfolgerung sagt, daß dem nur durch Änderung der sozialen Struktur abzuhelfen sei, diese aber nur durch einen Wandel des Herzens geschaffen werden könne.

UTZ, Arthur Fr. *Zum Problem der berufsständischen Ordnung.* In: Die Neue Ordnung Jhg. 5 Heft 1 (Jan. 1951) S. 55—60.

Der Beruf ist seiner Idee nach ein gesellschaftliches Ordnungsprinzip, kann aber in der Wirklichkeit seinen wirtschaftlichen und politischen Charakter nicht austilgen. Die so entstehende Lücke zwischen dem berufstätigen Individuum und der rein kulturell verstandenen Gesellschaft soll durch eine neue Form der „Freizeitgestaltung" überbrückt werden.

La Paix possible. In: Esprit Jhg. 19 Nr. 3 (März 1951) Sondernummer. Mitarbeiter: Jean Lacroix, J.-M. Domenach, P. Fraisse, J.-W. Lapierre, H. Bartoli, J. Baboulène, A. Berger, P. Ricoeur.

„Esprit" versucht, wie schon seit langem und in verstärktem Maß seit Mouniers Tod, dem Nichtkommunisten auch den kommunistischen Standpunkt verständlich zu machen. Überzeugend kommt heraus, daß sich der Ostblock politisch ebenso sehr vom Westen bedroht fühlen muß wie umgekehrt, das gleiche Mißtrauen, die gleichen Angstreaktionen auf beiden Seiten (wobei manche Einzelinterpretationen uns zu weit zu gehen scheinen). These: das freiwirtschaftliche System ist an sich im Zerfall begriffen, die Planwirtschaft an sich die der Zukunft. Forderung: ein dritter Weg muß gefunden werden, der weder der des Ostens noch der Amerikas ist, wobei die Zeit ein hilfreicher Faktor ist, da Geschichte wesensmäßig nicht stillsteht und also auch die Blocks sich in sich wandeln müssen. Das Falscheste ist Resignation.

Chronik des katholischen Lebens

BRENA, Tomas G. *La Unidad de los Católicos.* In: Noticias, São Leopoldo, Brasilien, Nr. 27 (Okt. 1950) S. 702—704.

Uruguays führender christlicher Politiker ist der Meinung, daß die voneinander abweichende Stellungnahme der Katholiken zu den wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht so verschieden zu sein brauche. Die Welt erwarte Weisung und Hilfe von den Katholiken. Sie müßten sich vor allen anderen verständigen und für diesen Zweck eigene Verbände und Versammlungen schaffen, wenn sie sich nicht an Himmel und Erde versündigen wollen, indem sie eine gegebene Stunde verpassen.

GEMELLARO, G. *La preparazione del clero ai suoi compiti sociali.* In: Realtà sociale d'oggi Jhg. 6 Nr. 2 (Febr. 1951) S. 97—104.

Verfasser ist kirchlicher Konsultor des Katholischen Instituts für soziale Tätigkeit (ISAC). Er weist kurz darauf hin, daß es zwar Tendenz der Kirche ist, die direkte soziale Aktion der Priester zu beschränken und diese den Laien zu überlassen, daß der Priester aber, um den Laien geistig stützen zu können, besonderer Einsicht in die Probleme bedarf. Zu diesem Zweck sind in Italien die Sozialkurse und -schulen für den Klerus eingerichtet worden, z. B. Istituto Sociale Ambrosiano in Mailand.

GOLLWITZER, Helmut. *Der Christ zwischen Ost und West.* In: Europa-Archiv Jhg. 6 Nr. 3 (5. Febr. 1951) S. 3718—3726.

Die heikle Frage der deutschen Remilitarisierung soll auf eine rein politische reduziert und ihrer ideologischen Radikalismen entkleidet werden. Der Antikommunismus ist für Westeuropa ebenso Gefahr wie der Kommunismus selbst, da durch ihn wesentliche Schäden im eigenen Lager verborgen werden können.

GÜRSTER, Eugen. *Gedanken zur religiösen Situation Amerikas.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 3 (Febr. 1951) S. 209—229.

Ein wertvoller Beitrag zur Diskussion um den Sonderwert des spezifischen amerikanischen Katholizismus. Dessen Struktur wird aus der allgemeinen Mentalität des Amerikaners, aus seiner Geschichte, aus der religiösen Verehrung der Freiheit heraus verstanden. Der Verfasser spricht von den religiösen Potenzen nicht so optimistisch wie E. Waugh, findet aber „in gewisser Beziehung das Fühlen und Denken Amerikas weniger verweltlicht als das Europas".

LAUBACH, Jakob. *Bekenntnisschule oder Gemeinschaftsschule?* In: Hochland Jhg. 43 Heft 3 (Febr. 1951) S. 304—307.

Kurz und treffend werden die wesentlichen Unterschiede der Problemlage in den europäischen Ländern behandelt und dann der Vorschlag gemacht, die Frage nach Altersstufen zu trennen: auf einer bekenntnismäßig „geschlossenen" Grundbildung baut eine „offene" Weiterbildung auf.

MERTES, Alois. *Grundströmungen im europäischen Katholizismus.* In: Dokumente Jhg. 7 Heft 1 (Jan. 1951) S. 48—59.

In diesem Aufsatz erscheinen Frankreich und Spanien als die extremsten Gegensätze (als die Differenz von mittelalterlicher Einheitsidee und französischem Elitekatholizismus), zwischen denen sich die Skala der typischen Erscheinungsformen in den anderen Ländern ausspannt.

NAIDENOFF, G. *Religiöse Lage und Statistik.* In: Dokumente Jhg. 7 Heft 1 (Jan. 1951) S. 22—34.

Der Verfasser nimmt in einem sehr vernünftigen Sinn Stellung zu den immer häufiger werdenden, auf statistischer Grundlage aufgebauten universalhistorischen Prognosen. Die Chancen des Christentums sind unberechenbar und offen für die historische Tat einer Minderheit (Fall des Kaisers Constantin), die die Verchristlichung der Kultur wieder einleitet.

D'OUINCE, R. *Aspect politique de la Question scolaire en France.* In: Etudes März 1951 S. 289—307.

Die Schulfrage in Frankreich — staatlich-laizistische Einheitsschule oder Pluralität der Schulen, wobei der Staatsschule vor allem die konfessionelle, sog. „Freie Schule" gegenübersteht — versteift sich immer mehr, da mit Parteipolitik verquickt. Laizistische und katholische Richtung sind sich einig nur darin, keinen Staatstotalitarismus zu wollen. Für beide Parteien ist das Problem vor allem ein finanzielles, auf der einen Seite der erstarkenden Konkurrenz, auf der andern der kulturellen Leistung. Eine Verständigung wäre sachlich gewiß zu finden, wenn die Partei-Ideologien sich nicht einmischten.

SCHAEZLER, Karl. *Eine brennende Frage.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 3 (Febr. 1951) S. 250—262.

Eine sorgfältige, religionsstatistische Auslegung der neuesten demoskopischen Erhebungen. Das allgemeine Interesse, die Aufgeschlossenheit und Bereitschaft für religiöse Fragen bleibt weitgehend unfruchtbar. Die eigentümliche Versperrung des wirklichen Zugangs hat nach Ansicht des Verf. ihren Grund in einem Versagen des Christen gegenüber den sozialen Fragen.

Misiones Católicas en Latino-América. In: Latinoamérica Jhg. 2 Nr. 23 (Nov. 1950) S. 504—507.

4,5 Millionen Seelen werden in den 20 Missionsgebieten Latein-Amerikas, den heißesten und dünnstbesiedelten Zonen des Kontinents, seit 1895 in steigendem Maße von 1000 Priestern und 1500 Schwestern katechisiert und zivilisiert. Führende Orden sind Franziskaner, Kapuziner und Salesianer, nach dem nationalen Anteil stehen Spanier, Italiener, Deutsche an der Spitze. Nur einheimischer Klerus könnte in die riesigen Lücken einspringen, jedoch gibt es noch Missionsgebiete (z. B. Panama, Costarica, Venezuela) ohne Seminare; andre, wie die Provinz Araucania der deutschen Kapuziner, sind seit 25 Jahren erfolgreich auf eigenen Nachwuchs bedacht.

La Escasez de Clero en la América Latino. In: Latinoamérica Jhg. 2 Nr. 24 (Dez. 1950) S. 556—558.

Das brennendste Problem des südamerikanischen Katholizismus, sein Priestermangel, hat viele überholte historische und aktuelle psychologische Gründe. Die politische Befreiung nach 1800 war zugleich Abkehr von der Heimat der südamerikanischen Priesterschaft, weshalb von den 49 Bistümern von 1800 eine Generation später nur noch 10 intakt waren. Aufschlußreiche Priesterzahlen aus Mexiko: 1800: 7300 Priester, dann erste (nationale) Revolution; 1815: 4300, 1910: 5000 Priester. 1911 Beginn der zweiten (liberal-marxist.) Revolution, bewirkt Tiefstand; 1944: 3800 Priester. Seit 1920 nahm die lat.-amerikan. Bevölkerung um 100 Prozent, die Geistlichkeit um 30 Prozent zu. Gegenwärtiger Stand: 25 000 Priester für 150 000 000 Seelen. Zahlreiche Diözesen, Vikariate und Präfekturen sind noch ohne Seminar, 7 Länder haben nur ein höheres Nationalseminar, aber gerade deren Aufbau scheint am vordringlichsten. 1949 wurden im Durchschnitt 2 Priester je Diözese geweiht (in 78 aber niemand). Mexiko und Argentinien stellen sich am besten. Noch ist fremde Hilfe unentbehrlich, denn „nirgendwo ist die Kirche bedrohter", aber auch „die Ernte reifer und im Verhältnis reichlicher".

HERDER-KORRESPONDENZ

Achtes Heft - 5. Jahrgang - Mai 1951

Es ist wohl kein Mensch ganz gefeit gegen die Regungen des Zorns und der Entrüstung über den doch immer wieder zu beobachtenden Triumph des geheimen oder offenbaren Bösen in dieser Welt der Phrase, der Lüge, der Heuchelei. Aber aller Zorn und alle Entrüstung, so gerecht sie auch sein mögen, verstummen am Ende im Menschen in dem Gedanken Pascals: Jesus liegt im Todeskampf bis zum Ende der Welt. Das Kreuz ist aufgerichtet in dieser Welt, und der Mensch hat sich ihm zu unterwerfen.

Ferdinand Ebner

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Der Papst an den deutschen Episkopat

Der Heilige Vater hat nach Abschluß des Heiligen Jahres und zum Dank für die Glückwünsche zu seinem 75. Geburtstag am 1. März 1951 ein Dankesschreiben an die deutschen Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

Die treuen Grüße und Segenswünsche, Geliebte Söhne und Ehrwürdige Brüder, die Sie im eigenen Namen wie im Namen Ihres Klerus und Ihrer Gläubigen Uns zu den heiligen Festen entboten haben, warm und herzlich wie immer, in der Sprache lebendiger und inniger Verbundenheit mit dem Nachfolger Petri, sind ein würdiges Schlußwort unter die hundertfältigen erhebenden und beglückenden Erlebnisse, Erfahrungen und persönlichen Begegnungen, die das Heilige Jahr zwischen den deutschen Katholiken einerseits, dem Mittelpunkt der Kirche und ihrem Oberhaupt anderseits ermöglicht und verwirklicht hat.

Die Zahl der deutschen Romfahrer im Heiligen Jahr hat ein Zehnfaches von dem erreicht, was ursprünglich vorgesehen war; und unter den hunderttausend Pilgern hat sich die junge Generation besonders stark hervorgetan, nicht allein durch ihre Menge, sondern vor allem durch ihre religiöse Wärme und ihren Gebetseifer. Wir glauben dies als Zeichen dafür nehmen zu dürfen, daß sich die Gesamtlage Deutschlands gegenüber den ersten Nachkriegsjahren merklich gebessert hat. Darüber hinaus aber berechtigt es zu einer tröstlichen Feststellung: so groß die Schwierigkeiten auf dem weiten Gebiet der Seelsorge sein mögen — und sie sind überall groß — und so vorsichtig man in der Beurteilung religiöser Verhältnisse sein muß, für die katholische Kirche in Deutschland besteht kein Grund zum Verzagen: es ist noch viel kostbarer Glaube in Ihrem Volk, den die fortschreitende Verweltlichung des Lebens nicht anzustecken vermochte, der im Gegenteil sich erst recht zu behaupten und durchzusetzen versteht.

Dafür sprechen auch die statistischen Angaben, die Uns aus Ihren Reihen zugingen, dafür der Verlauf des Passauer Katholikentages, dafür die erhebenden Feiern im November und Dezember zu Ehren der in den Himmel aufgenommenen Gottesmutter, dafür das Gründen, Bauen und oft heldenhafte Wirken der Bischöfe, Priester und Laienhelfer in der Ostzone und in der Diaspora überhaupt. Was Wir aus Ihren Schreiben und aus anderen Quellen von dort erfuhren, hat Uns mit großem Trost erfüllt. Wir hatten noch im November Gelegenheit, die Lage der katholischen Kirche in der Ostzone mit dem Bischof von Berlin, Kardinal Konrad von Preysing, eingehend zu behandeln, nicht ahnend, daß es die letzte Aussprache mit ihm sein würde. Sein überraschend schnell erfolgter Tod ging Uns auch deshalb so nahe, weil Unser Beruf Uns in früheren Jahren öfters mit ihm zusammenführte.

In zweien Ihrer Schreiben wird, mit vollem Recht, als vordringlichste Aufgabe die Rettung der christlichen Ehe und des christlichen Familiengeistes bezeichnet. Dürfen Wir als Gegenstück und Ergänzung beifügen: die Heiligung des Klerus, seine Festigung im Beruf, in der Reinheit der Glaubenslehre und in priesterlichem Tugendernst. Nicht nur in Ihren Ländern, überall in der katholischen Welt macht sich die Forderung, daß der Priester auf der Höhe seiner Aufgabe stehe, heute besonders nachdrücklich geltend. Wir wollten dieser Forderung durch die Adhortatio Apostolica „Menti Nostræ" und, soweit die Reinheit der Glaubenslehre in Frage steht, durch die Enzyklika „Humani generis" entgegenkommen. Wie Wir hören, denkt der eine oder andere der deutschen Bischöfe daran, in Sachen der religiösen Erziehung des Klerus gleich von Beginn der philosophisch-theologischen Studien an neue Wege zu gehen. Wir können sie nur ermutigen, den geplanten Versuch zu wagen.

Wenn sich, wie Wir schon erwähnen konnten, in Deutschland, jedenfalls in der Bundesrepublik, die wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren zum Besseren zu wenden begannen, so wissen Wir doch, wie sehr das Ausbleiben eines endgültigen und erträglichen Friedens wie die übrige Unfertigkeit und Unsicherheit der allgemeinen Lage auf Ihrem Volke lastet. Es möge Unserer

warmen Teilnahme versichert sein. Wir Unserseits zweifeln nicht, daß die deutschen Katholiken durch ein Leben ganz nach dem Glauben und in sorgsamer Wahrung der christlichen Rechtschaffenheit, Zucht und Sitte in Ehe, Familie und Erziehung, im Beruf und im Geschäftsleben wie in allen sozialen Beziehungen, ein gewaltiges Maß übernatürlicher und auch zeitlicher Segnungen auf ihr Vaterland herabzuziehen imstande sind.
Als Unterpfand dieser Segnungen erteilen Wir Ihnen, Geliebte Söhne und Ehrwürdige Brüder, Ihrem Klerus und Ihren Gläubigen aus der Fülle des Herzens den Apostolischen Segen.

Ein Hirtenwort zur Wohnungsnot

Bischof Simon Konrad Landersdorfer von Passau hat am 8. April in seiner Diözese einen sehr ergreifenden Mahnruf an seine Diözesanen verlesen lassen, in dem er sie auffordert, für das kirchliche Siedlungswerk zu spenden. Er sagt ihnen:
„Ich bitte euch um eine ausgiebige Spende, wie es dem Sammlungszweck und euren Vermögensverhältnissen entspricht. Ihr sollt nicht bloß zum Scheine geben, d. h. ein kleines Geldstück hineinwerfen, das kein Opfer für euch bedeutet. Es sollen Häuser und Wohnungen gebaut werden. Das ist nicht möglich, wenn alle nur wenige Pfennige geben. Ihr wißt auch, daß das Bauen um vieles teurer geworden ist.
Ich bitte euch um der Not willen, der abgeholfen werden soll. Es geht um unsere Brüder und Schwestern, die vor dem seelischen Ruin stehen. Es geht um Menschen, die keine Familie gründen können, weil sie keinen Raum haben. Es geht um vielköpfige Familien, für welche das Leben in einem einzigen Raum nicht mehr zu ertragen ist. Es geht um Kinder, die in ihren Wohnhöhlen nicht gesund aufwachsen können. Da kann die Kirche nicht untätig zuschauen. Die Kirche hat sich noch immer um die Not ihrer Kinder gekümmert. Dazu hat sie vom Herrn den Auftrag. Die Kirche aber sind wir alle, Bischof, Priester und Gläubige. Alle sind wir verantwortlich dafür, daß Menschen neben uns nicht leiblich und seelisch verkommen müssen. Ich bitte euch: Ladet euch das nicht auf das Gewissen, daß ihr vorbeischaut und vorbeilebt an dem Wohnungselend unserer Zeit!
Ich bitte euch um des Heiles eurer eigenen Seelen willen. Ich rufe euch die Worte des Liebesjüngers Johannes zu, sie sollen euch auf der Seele brennen: ‚Wer irdisches Gut besitzt und seinen Bruder Not leiden sieht und sein Herz vor ihm verschließt, wie kann die Liebe Gottes in ihm bleiben?' (1 Joh. 3, 17). Ich müßte nicht der Hirte eurer Seelen sein, wenn ich nicht auch um euch bangen würde. Vielleicht leben auch von euch so manche in der Ungnade Gottes, weil ihnen das grausame Los derer nicht zu Herzen geht, die bis heute noch kein menschenwürdiges Obdach gefunden haben. Bereitet mir nicht den Schmerz, auch euch, die ihr noch anscheinend gläubig zur Kirche und zum Opfer Christi kommt, zu denen rechnen zu müssen, die von Gottes Gnade und Liebe ausgeschlossen sind. Das wäret ihr nämlich, wenn ihr denen nicht mehr helfen wollt, denen ihr helfen könnt und helfen sollt. Ihr kennt alle das Wort: ‚Geben ist seliger als Nehmen!' Das ist nicht etwa ein von den Menschen erfundenes Sprichwort, sondern ein Wort des Herrn selber, das uns der Apostel überliefert hat (Apg. 20, 36). Glaubet an dieses Wort und nehmet es ernst!"

Pax-Romana-Tagung über die Menschenrechte

In der Osterwoche tagten in Limburg an der Lahn nahezu zweihundert deutsche und ausländische Mitglieder der internationalen Spitzen-Organisation katholischer Akademiker, die in der „Pax-Romana-Bewegung" zusammengeschlossen sind. Thema der Vorträge, Referate, geistlichen Ansprachen und Debatten waren „Die Menschenrechte", und so setzte sich denn die Kerntruppe der um dieses Thema Bemühten vor allem aus Juristen zusammen, aus deutschen und ausländischen Hochschullehrern, Juristen aus Verwaltung und Justiz, aus praktischen Politikern, Rechtsphilosophen und Theologen. Im Verlaufe der Tagung gesellten sich ihnen eine stattliche Anzahl an der Pflege internationaler Beziehungen interessierter Persönlichkeiten hinzu. Zwei Bischöfe, Dr. Wilhelm Kempf von Limburg und Bischof Stohr von Mainz, nahmen an verschiedenen Tagen an den Vorträgen und Aussprachen teil.
Zunächst galt es, einige grundsätzliche Besinnungen vorzunehmen. Sie wurden in der Eröffnungsansprache von Staatssekretär Lammers umrissen und in dem tiefschürfenden Vortrag des Père Dubois OP (Direktor des „Institut International d'Etudes Diplomatiques" in Paris) theologisch fundiert. Wenn Christen, wenn Katholiken sich über den Anteil ihrer Mitverantwortung am öffentlichen Leben klar sind, wenn sie sich über den Zusammenhang ihrer Rechte und Pflichten an den lautersten und maßgeblichsten Quellen orientiert haben: an der Heiligen Schrift, den Kirchenvätern, Konzilsakten und Enzykliken; wenn sie ferner davon überzeugt sind, daß sich die friedliebende und aufbauende Kraft des Christentums in ihrer fundamentalen Bedeutung für das Leben der Völker erweisen und sich dabei mit allen Kräften „guten Willens" in der Welt verbünden müsse, so erhebt sich daraus die sehr einfache und praktische Frage: Was können wir tun? Wo kann unsere Mitwirkung sinnvoll ansetzen, damit unsere Überzeugungen nicht als Proklamationen im leeren Raum verhallen?
Die Diskussion um die „Menschenrechte" bietet einen solchen sinnvollen Ansatzpunkt. Daß wir heute von ihnen reden, bedeutet, daß sie nicht selbstverständlich, daß sie gefährdet sind, daß sie überhaupt erst wieder neu gefunden und im Bewußtsein der Menschheit verankert werden müssen. Erst unter dem Druck einer bestimmten historischen Situation, nämlich unserer nach zwei Weltkriegen erschütterten Menschheitssituation, ist das Gewissen wieder hellhörig geworden. In einem großen Teil der Welt sehen sich die Menschen heute veranlaßt, ihre „Grundrechte", nämlich die schon „vor dem Staat liegenden, von Gott gewährten Rechte" (Papst Pius XII. an die amerikanischen Gesetzgeber 1944) neben ihren Rechten *im* Staate neu zu bedenken, zu formulieren und nach ihren möglichen Sicherungen Ausschau zu halten.

Geschichte der Entstehung der Menschenrechte

Der Zusammenhang der Menschenrechte mit den Uranliegen des Christentums liegt auf der Hand. Regierungsdirektor Dr. Kipp vom Bundesinnenministerium legte in einem längeren Referat sehr instruktiv dar, welche Entwicklung der Gedanke der Menschenrechte von der Antike her genommen hat und wie er in dem jeweiligen Rechtswesen verankert — oder nicht verankert — werden konnte. In der griechischen Polis sowohl wie im römischen Imperium war der Einzelmensch

noch völlig in das Staatsganze eingebunden; die bei Plato, Aristoteles, in der Stoa vorhandenen naturrechtlichen Ideen fanden hier noch keine volle politisch-rechtliche Verwirklichung. Erst mit dem Christentum und seinem Menschenbild, mit der Vorstellung von der Gottebenbildlichkeit, der Hoheit und Würde der Person konnte der mit sittlicher Verantwortung ausgerüstete Mensch auch Träger von Rechten gegenüber dem Staat werden. (In einer Kanzelansprache knüpfte Generalsekretär D. Paul Wolff, Bonn, ähnliche Gedanken an das Pascal-Wort an: „Was der Mensch ist, wissen wir nur durch Jesus Christus.") In dem erwähnten historischen Referat wurde aber dankenswerterweise auch nichts von den Versäumnissen und Fehlhandlungen beschönigt, denen sich auch und gerade das Christentum bezw. im besonderen Sinne die Kirche in bezug auf den Respekt vor der „Freiheit" des Menschen schuldig gemacht hat. Seit das Christentum die mannigfachsten Verbindungen mit dem Staate eingegangen ist, genauer also: seit es durch Konstantin zur Staatsreligion wurde, ist es der Versuchung nicht entgangen, den Menschen auch zu seinem Heile zwingen zu wollen. Denn ein solcher Zwang bedeutete häufig, aus den verschiedensten Situationen heraus, ein Zur-Ordnung-Rufen des Staatsbürgers und eine Schutzmaßnahme zugunsten des Staates; Inquisition und Ketzerverfolgung haben hier u. a. ihre Wurzeln. Die historische Entwicklung jedoch, vor allem auch die große dominikanische Tradition, welche sich immer wieder der Rückbesinnung auf die naturrechtlich begründbaren und mit den Aussagen der Offenbarung zur Deckung gelangenden Menschenrechte annahm, diese Entwicklung, in welche dann ebenfalls die protestantische und rationalistisch-liberalistische Betonung der Freiheit des Individuums einmündete, hat im Laufe der Jahrhunderte zu tiefgreifenden Wandlungen geführt. Zu der Erklärung der Menschenrechte von Virginia (1764) führte ausschließlich jene individualistisch-reformatorische Linie, in der sich Rationalismus und eine nominalistische Willensethik verbanden; ähnlich steht es mit der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten am 4. Juli 1776, welche die Menschenrechte ihrer Verfassung als unangreifbare selbstverständliche Wahrheit voraussetzt. Wohl haben wirtschaftliche Motive hier in die religiös-ethischen weitgehend hineingespielt; dennoch gilt es, festzuhalten, daß bei jenem ersten großen Aufleuchten des Menschenrechtsgedankens in der Neuzeit nicht scholastisch-realistisches Gedankengut sich politisch manifestierte, sondern jene Geistesströmungen zum Zuge kamen, die größtenteils als Widerpart dazu entstanden waren. Das hat sich bis zum heutigen Tage nicht wesentlich geändert: nicht Katholiken, sondern die sogenannten „Liberalisten" westlich-zivilisatorischer Prägung waren es, die neuerdings den Gedanken der Menschenrechte vorangetrieben haben. Und so gehört es denn, vor und neben aller Kritik an dem liberalistischen Gedankengut, zu den vordringlichsten Aufgaben der Katholiken, sich in ernster Gewissenserforschung ihre Versäumnisse klarzumachen.

Noch ist es nicht zu spät, katholische Gesichtspunkte bei der weiteren Beratung über die Menschenrechte anzumelden. Die „Pax Romana" hat eine beratende Stimme in der UNESCO; auf diese Weise ist sie imstande, sich, wie auch in anderen Fragen von allgemein-kultureller Bedeutung, in die noch in der Schwebe befindlichen Fragenkomplexe um die Menschenrechte einzuschalten.

Die gegenwärtige Problemlage

Welches aber ist nun die derzeitige Problemlage? Sie wurde von verschiedensten Gesichtspunkten her beleuchtet: von Prof. Dr. Hermann Mosler, Frankfurt, in einem Referat „Die Anwendung der Menschenrechte auf die deutsche Situation"; von Dr. jur. Josef Mühlenhöver, Bundesjustizministerium, Bonn, in seinen Ausführungen über „Die Bestrebungen der Vereinten Nationen und des Europa-Rates zur Durchsetzung der Menschenrechte", die zusammen mit dem ergänzenden Bericht der Schweizer Juristin Dr. Otti Ruckstahl (Wil/St. Gallen) für viele Nicht-Juristen wohl erstmalig Klarheit über die ganze Materie brachten. Schließlich müssen auch noch die Ausführungen des französischen UNESCO-Vertreters, M. Havez, in diesem Zusammenhang genannt werden. Es ergibt sich aus alledem folgendes Bild:

Bereits 1946 haben Vertreter der UNO eine Umfrage in der Welt nach den Ansichten über die Menschenrechte gehalten. Zu den damals eingehenden „klassischen" Antworten gehört die von Gandhi, welcher alle „Rechte" des Menschen aus seinen Pflichten gegenüber dem Mitmenschen, aber auch gegenüber einem höchsten Gut abgeleitet sehen wollte. Aber auch die Antwort eines so am äußersten Gegenpol stehenden „Liberalisten" wie Benedetto Croce lautet im wesentlichen nicht anders. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind, wie M. Havez mitteilte, in einer Publikation zusammengefaßt, an deren 1949 erschienenen französischen Ausgabe u. a. Jacques Maritain mitgearbeitet hat (die deutsche Ausgabe ist kürzlich erschienen). 1948 erfolgte sodann die UNO-Deklaration der Menschenrechte, der, eben als „Deklaration", noch keine bindende Kraft zukommt. Aber ein darauf fußender UNO-Pakt-Entwurf von 1950 ist noch in Arbeit, und er ist es im besonderen, der die Aufmerksamkeit aller Interessierten, einschließlich der Limburger Versammlung, auf sich zieht. Als drittes aber existiert bereits die Straßburger „Europa-Konvention", die am 4. November 1950 von 15 europäischen Staaten in Rom beschlossen wurde. Großbritannien hat als erstes Land diese Konvention ratifiziert; in Kürze soll sich auch das Bonner Parlament damit beschäftigen. Sobald 10 Ratifikationsurkunden vorhanden sind, tritt die Konvention in Kraft.

Die strittigen Punkte: Eigentumsrecht, Elternrecht, Wahlrecht

Es bestehen, neben grundsätzlichen weitgehenden Übereinstimmungen, einige Unterschiede zwischen Deklaration, Pakt-Entwurf und Europa-Pakt. Es gibt vor allem 3 Zusatz-Artikel, die der Beratenden Versammlung des Europa-Rates aus dem Jahre 1950 vorlagen, von dem Ministerausschuß anläßlich der Verhandlungen über die Unterzeichnung der Konvention in Rom jedoch nicht akzeptiert worden sind. Der Ministerausschuß hat sie zur erneuten Beratung an den Sachverständigen-Ausschuß der leitenden Regierungsbeamten zurückverwiesen; er wird vermutlich in Kürze zusammentreten, um über eine Lösung dieser Probleme erneut zu beraten. Diese drei umstrittenen Artikel betreffen das Eigentumsrecht (Art. 11), das Elternrecht (Art. 12) und das Wahlrecht (Art. 17). Die besonderen Überlegungen und Debatten in Limburg richteten sich infolgedessen vor allem auf diese drei Artikel und die mit ihnen zusammenhängenden Probleme.

Eigentumsrecht

Die Sicherung des „Eigentums" erwies sich als eine besonders schwierige Aufgabe. Daß jede juristische oder natürliche Person einen Anspruch auf Eigentum habe, ist eine farblose und wirkungslose Formulierung; alle Versuche jedoch, darüber hinauszugehen und eine internationale Sicherung einzuschalten, ist angesichts der im Fluß befindlichen sozialen und Wirtschaftsstrukturen in den verschiedenen Ländern überaus heikel. (So kann beispielsweise Großbritannien im gegenwärtigen Augenblick kaum mit derselben Unbedingtheit einer Entschädigung bei Enteignungen zustimmen, wie es das noch 1917 gekonnt hätte.) Auch gibt es einfach noch keine internationale Instanz, die den Anspruch eines Einzelnen, über seinen Staat hinweg, gegen diesen Staat erzwingen könnte. Ohne solche Realisierbarkeit aber wäre eine rein ideologische Deklaration weniger als der in den einzelnen Ländern de facto im Gebrauch befindliche Mindeststandard des vorhandenen Gesetzes. Professor Worthley, Manchester, gab gerade zu den speziellen englischen Verhältnissen einige interessante Hinweise: eben dort wird nach ungeschriebenem Gesetz verfahren; der Widerstand gegen eine Kodifikation jedoch ist außerordentlich groß. Die kurze Anwesenheit Eugen Kogons bei der Limburger Tagung führte dazu, die theologisch-philosophische Fragestellung: Gehört Eigentum primär oder sekundär zur Person? in etwa zu klären; man fand mit Kogons Hilfe die Formel, daß Eigentum, ethisch betrachtet, nicht zentral und primär sei, vom Ökonomisch-Wirtschaftlichen her gesehen aber doch. Daß es also in der „Konvention" nicht formuliert worden ist, hängt mit der schwierigen Formulierbarkeit seiner Funktion in der heutigen Gesellschaft zusammen. Das Limburger Gremium sah seine Aufgabe darin, zu eben dieser Klärung mit beizutragen und hat die Ergebnisse seiner Überlegungen in seine Schlußresolution mit aufgenommen.

Elternrecht

Die Diskussionen um das „Elternrecht" warfen ebenfalls schwierige Probleme auf. Auch hier sprechen innerstaatliche Überlegungen mit, die z. B. in Rom den französischen Einwand hervorriefen: wenn man den Eltern das unbegrenzte Erziehungsrecht über ihre Kinder einräume, so müsse prinzipiell auch den kommunistischen Eltern das Recht zugestanden werden, ihre Kinder — mit staatlichen Mitteln — kommunistisch zu erziehen. Grundsätzlich stehen sich hier die Anschauung vom Recht des Kindes auf Erziehung, wobei sich der Staat die Aufsicht darüber zuspricht, und die vom Recht der Eltern gegenüber. In Nordrhein-Westfalen ist bisher ein Kompromiß gefunden worden: hier hat man es in der Verfassung so formuliert, daß die Eltern den Anspruch des Kindes auf Erziehung zu realisieren hätten. Sehr eindeutig aber war die katholische Stellungnahme zu diesem Gesamtkomplex. Mehrere Geistliche, darunter P. Laurentius Siemer OP, Walberberg/Köln, präzisierten mit unmißverständlicher Schärfe, daß den Eltern unter gar keinen Umständen ihr Erziehungsrecht von Staat oder Kirche beschnitten werden dürfe; der Kirche, d. h. den Priestern und Laien, sei es aufgegeben, das Ihre dazu zu tun, daß den Eltern die richtige Erziehung der Kinder ermöglicht werde. Irrten sie aber bona fide dabei, so müsse dieses Risiko mit in Kauf genommen werden und in seinen Folgen der Barmherzigkeit und Gerechtigkeit Gottes überlassen bleiben. Prinzipiell sei dieses Risiko kein anderes als dasjenige, das Gott selbst mit seiner Schöpfung eingegangen sei. Von ähnlicher Deutlichkeit und Schärfe waren auch die Formulierungen, die sich auf das Recht des Religionswechsels bezogen: auch hier wurde jeder Weg, der zu einem Zwang führen könnte, abgelehnt und selbst dem irrenden Gewissen sein verpflichtendes Hoheitsrecht eben als Gewissen zuerkannt. Père Dubois OP war es, der bei diesen Formulierungen mit besonderer seelsorglicher Wärme eingriff und sie zu einem Abschluß brachte.

Das Recht auf politischen Widerstand

Das Recht zum politischen Widerstand, das ebenfalls zur Gewissensverpflichtung werden kann — und übrigens in zwei deutschen Verfassungen schon verankert ist: der Bremer und der hessischen (siehe hierzu Prof. Heyland: „Das Recht auf Widerstand, zugleich ein Beitrag zur hessischen Verfassung") — gehörte, zusammen mit den Überlegungen, die dem Asylrecht galten, zu den abschließenden Diskussionspunkten, die noch einmal auf eine hohe Ebene prinzipieller Betrachtung gerückt wurden, als Prof. van den Ven (Utrecht und Nymwegen) das Wort ergriff. Ihm ging es darum, aufzuzeigen, wie jedes formulierte Menschenrecht, ob deklariert oder konveniert, schon positives Recht sei. „Formulierung als solche ist ohne Kontingenz nicht möglich." Zu den Menschenrechten aber muß man den Menschen als in seinem Sein seiend betrachten, nur daraus lassen sich die Werte ableiten, die sich aus seiner Würde ergeben. Während also ein reiner Positivist, wie z. B. Kelsen, seine Normen nur auf Grundnormen aufbaut, deren letzte im „leeren Sein" hängen bleibt, sieht van den Ven die Werte als Stufen, die auf dem Sein aufruhen, und die Normen als auf den Werten aufruhende Stufen. Nur indem auf solche Weise das Sollen seinen Sinn aus dem Sein schöpfe, so führte er aus, ist die den Juristen angehende Verkettung zwischen wirklichem Sein und zu verwirklichendem Sein möglich. Van den Ven wies übrigens darauf hin, daß sich zur Zeit auch außerhalb des katholischen Bereichs, vor allem bei Coing, ein materielles Wertdenken anbahne.

Das Problem der Gleichheit

Was nun aber die Verwirklichung anlangt, so hielt der holländische Referent es für wichtig, noch besonders auf das Problem der „Gleichheit" einzugehen. Sind die Menschen wirklich alle „gleich"? Vom Christlichen her gesehen, ist der einzelne Mensch unersetzlich und unvertretbar; die Einheit des Menschengeschlechts besteht aus seinem Menschsein einerseits, jedoch aus seiner Andersheit andererseits. Und diese „Andersheit" ist gar nicht in Kategorialbegriffe zu fassen, sondern nur im Personsein seiend zusammenzufassen. „Vielleicht besteht die Gleichheit nur darin, daß wir alle ungleich sind!", formulierte er nicht ohne Humor, fügte dann aber sogleich hinzu, daß eine menschliche Gemeinschaft wohl viel eher und richtiger zu verwirklichen sei, wenn man die Menschheit in ihrer Gleichheit und Ungleichheit zugleich ins Auge faßte, nicht in einer Gleichheit von Mosaikstückchen. Denn so würde nur ein „Es", niemals aber ein „Ich" und ein „Du" gesehen, und darin liege die eigentliche „Unmenschlichkeit". Als das Wichtigste aber bezeichnete van den Ven die Interpretation, auf die es noch mehr ankomme als auf die Formulierung, wobei er allerdings

nicht so weit gehen wollte, wie es in Amerika geschieht, wo alles Recht außerhalb der richterlichen Auslegung überhaupt in seinem Rechtscharakter verneint wird. Vielmehr berief sich der holländische Gelehrte auf Radbruch, dessen Wort er zitierte: „Gesetzinterpretation ist nicht Nachdenken eines Vorgedachten, sondern Zuendedenken eines Gedachten." Auf die Menschenrechte angewandt heißt das: zwar kreisen in den verschiedensten Kreisbewegungen, auf nationalem und supra-nationalem Boden, die Interpreten um die Menschenrechte herum; der christliche Interpret kann aber auch das „liberal" Formulierte richtig interpretieren; er kann auch hier, wie überall, das Unvollkommene aufnehmen und „heimholen".

Die Aufgabe des Christen

Mit diesen Betrachtungen von hohem Rang sah sich die Limburger Versammlung auch in ihrem Verhältnis zur übrigen, nicht-christlichen Welt auf den richtigen Weg gewiesen. Denn es läßt sich nicht daran vorbeisehen, daß es nicht nur darum geht, mit allen Menschen „guten Willens" im Einvernehmen zu arbeiten, sondern auch anzuerkennen, daß gerade von profaner und „liberalistischer" Seite bisher sehr bedeutende Dinge auf dem Wege zur Verwirklichung der Menschenrechte geleistet worden sind. So ziemt denn auch dem Christen vor allem Bescheidenheit, die seine unerläßliche Aktivität zu lenken hat, wie bei der Schlußkundgebung der Präsident der „Pax Romana", M. Millot, betonte, ferner Selbstkritik und Selbsterforschung als Voraussetzung jeglicher Intervention.

Die Resolution

Die in deutscher, französischer und englischer Sprache abgefaßte Resolution, die als Ergebnis dieser Tagung an die leitenden Stellen der „Pax Romana" weitergegeben wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die Tagung der Pax Romana 1951 in Limburg hat über die Sicherung der Menschenrechte beraten an Hand der Allgemeinen Erklärung der UNO vom 10. 12. 1948 und des darauf aufbauenden Paktentwurfs von 1950 sowie an Hand der Europäischen Konvention vom 4. 11. 1950 und des hierzu geplanten Zusatzprotokolls. Sie hat mit Genugtuung die damit zur Sicherung der Menschenrechte erreichten Fortschritte festgestellt.

Durch den Glauben und die Nächstenliebe verpflichtet, wünschen die in Limburg versammelten katholischen Intellektuellen aus den verschiedensten Ländern Europas und Amerikas, einen positiven Beitrag zu den schwebenden Verhandlungen zu leisten durch folgende Entschließungen:

1. Die katholischen Christen werden nicht aufhören, mit allem Nachdruck auf das den Eltern von der Natur und damit von Gott gegebene primäre Recht hinzuweisen, die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen; dieses Recht gehört notwendig in die allgemeinen Menschenrechte hinein.

2. Bei einer Konvention zur Wahrung der Menschenrechte kann nicht verzichtet werden auf den Schutz des Rechts auf Eigentum und den Schutz vor entschädigungsloser Enteignung (‚fair compensation').

3. Der Sicherung der Menschenrechte dient es, daß jeder das Recht hat, an der Bestellung der leitenden Organe des Staates und an ihrer Kontrolle teilzunehmen.

Bei freventlicher Verletzung der Menschenrechte besteht ein Recht auf Widerstand.

Auf überstaatliche Rechtsgarantien für ein Mindestmaß an politischer Freiheit kann, angesichts der unerträglichen Unterdrückung in totalitär regierten Staaten, in einer internationalen Konvention nicht verzichtet werden.

4. Der Schutz des Lebens als Menschenrecht ist unvollständig, wenn nicht zugleich auch das Leben im Mutterschoß vom Augenblick der Empfängnis an geschützt wird.

5. Der Schutz gegen Ausrottung im Sinne des Abkommens über das Genocidium muß erstreckt werden auf den Schutz gegen unrechtmäßige Austreibung von Menschen aus ihrer Heimat, die durch staatliche oder sonstige Gewaltanwendung erfolgt.

Die Versammlung ist sich bewußt, daß damit die Forderungen, die vom katholischen Standpunkt an die internationale Sicherung der Menschenrechte gestellt werden müssen, nicht erschöpft sind. Sie hält die geplante Einbeziehung sozialer und kultureller Grundsätze für eine notwendige Ergänzung, die des weiteren Studiums bedarf."

Kritik am badischen Kultusministerium

Wie auf einer Tagung der Religionslehrer an den höheren Schulen des Erzbistums Freiburg bekannt wurde, genießt der Religionsunterricht in den Ländern Südbaden und Württemberg-Hohenzollern seitens der Schulbehörden eine Bewertung, die für die Katholiken unbefriedigend ist und, als Beispielsfall der Kulturpolitik betrachtet, sehr zu denken gibt. Es handelt sich um zwei Länder, in denen die Katholiken eine ziemlich große Majorität besitzen und die kulturpolitisch unter dem bestimmenden Einfluß der Christlich-Demokratischen Union stehen.

In diesen beiden Ländern ist der Religionsunterricht an allen Schulen ordentliches Lehrfach. Aber die Leistungen der Schüler in der Religionslehre werden bei ihrer Qualifikation hinsichtlich der Versetzung in eine höhere Klasse, bei der Schulgeldbefreiung und bei Auszeichnungen nicht berücksichtigt. Religion ist auch beim Abiturientenexamen und bei der in Südbaden noch bestehenden Oberstufenprüfung nicht unter den Prüfungsfächern. Dementsprechend wird es auch den Kandidaten des höheren Lehramtes nicht gestattet, Religionslehre als ordentliches Lehrfach zu wählen.

Diese schulamtliche Einschätzung des Religionsunterrichtes steht im Vergleich mit allen anderen Ländern der Bundesrepublik, die über eine nennenswerte katholische Bevölkerung verfügen, insbesondere mit Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, einzig da. Sie wird aber von den betreffenden Kultusministerien gegenüber den Vorstellungen der Bischöfe mit besonderer Hartnäckigkeit verfochten. Und darum verdient sie die wachsame Aufmerksamkeit der Katholiken.

Das badische Kultusministerium macht die Angelegenheit zu einem exemplarischen Fall der religiösen Freiheit. Religion sei eine Sache persönlicher Entscheidung. Deswegen dürfe der Staat von der Haltung und den Leistungen eines Schülers auf diesem Gebiete sein Urteil nicht abhängig machen. Der Staat diene durch diese Indifferenz sogar der Religion. Es könnte ja sein, daß ein Schüler den Religionsunterricht aufgäbe, würde er gegebenenfalls durch ihn seine Gesamtbeurteilung verschlechtern. Der Erzbischof von Freiburg dagegen verlangt, daß der Staat anerkenne, daß das Wissen eines Schülers in der Religionslehre als Element seiner Bildung

in Gleichberechtigung mit den anderen wissenschaftlichen Fächern gewertet werden muß. Andernfalls werde dieses Fach nicht nur in den Augen des Schülers, der Eltern und der Lehrer psychologisch disqualifiziert, sondern es werde auch zum offiziellen Ausdruck gebracht, daß das Wissen von den religiösen Fundamenten unserer Kultur seitens der badischen Regierung als „Privatsache" betrachtet wird, genau so, wie es für die Beurteilung eines Schülers unerheblich ist, wie er turnt, zeichnet und singt.

In diesem Gegensatz der Argumente ist tatsächlich eine höchst wichtige Sache zur Diskussion gestellt. Wir bekennen uns dazu, daß die religiöse Entscheidung in einem demokratischen Staat zu den Grundrechten der Person gehört. Das heißt: niemand darf zu einem religiösen Bekenntnis oder Unterricht gezwungen werden. Alle deutschen Länder respektieren dieses Recht, indem sie den Schülern oder den Eltern die An- oder Abmeldung vom Religionsunterricht gewährleisten. Eine ganz andere Frage ist es aber, ob es einem christlichen oder abendländischen Staate gleichgültig sein kann, daß seine zukünftigen Bürger ein gediegenes Wissen über die religiösen und sittlichen Grundwahrheiten im Rahmen des Zieles der Schulerziehung unter Beweis stellen, ein Wissen, das unter unseren Verhältnissen im Religionsunterricht der christlichen Kirchen normalerweise erworben wird. Man würde wohl die abendländische Idee der Kultur preisgeben, wenn man darauf verzichten wollte. Man würde sich in die Gemeinschaft jenes Liberalismus begeben, der dem Marxismus den Boden bereitete, wenn man die religiöse Bildung von Staatswegen als unerheblich betrachtete. Wohl ist es Privatsache, wie sich der Bürger in seinem Gewissen gegenüber der Religion entscheidet. Aber nicht kann es Privatsache sein, um die religiösen Grundlagen unserer Kultur zu wissen. Wer diese Elemente der Kultur ignoriert, ist im abendländischen Sinne nicht gebildet und deshalb, nach den Maßstäben unserer Schule, an und für sich nicht „reif". Wir finden also in der staatlichen Nichtbewertung des Religionsunterrichtes einen Rest liberalistischen Denkens am Werk, der nicht in eine Zeit und ein Gemeinwesen paßt, dem es um geistige Neuorientierung im Sinne des abendländischen Europa zu tun ist.

Die religiösen Sendungen des Rundfunks Bremen

Mehrmals hat in letzter Zeit die westdeutsche Presse auf die religiösen Sendungen des Nordwestdeutschen Rundfunks hingewiesen, die vom Sender Bremen gestaltet werden, so der „Katholische Beobachter" am 17. 3., der „Michael" am 18. 3. und der „Rheinische Merkur" am 30. 3. Der Nordwestdeutsche Rundfunk hat kürzlich durch eine Rundfrage die überraschende Feststellung machen können, daß 46 % seiner gesamten Hörer regelmäßig kirchliche Sendungen abhören. Das beweist auf jeden Fall, wie wichtig es ist, daß diese Sendungen gut gemacht werden und dadurch wirklich ihre Aufgabe erfüllen können. Es ist vielleicht auch ein Beweis dafür, daß die besondere Art der vom Bremer Sender ausgesandten Funkgottesdienste besonderen Anklang findet. Wie Clemens Kaminski, der Vertreter der katholischen Kirche im Rundfunkrat des Senders, selber gesagt hat, ist es sein Ziel, die religiöse Sendung mit echten funkischen Mitteln zu gestalten. Über die Grundsätze dieser seiner Arbeit hat der „Michael" (18. März) berichtet.

Besonders geglückt sind offenbar die biblischen Schulfunksendungen des Bremer Senders. Dieser hatte etwas Ähnliches schon früher mit Bildern aus dem Alten Testament im Kinderfunk erprobt und sendete nun kürzlich eine Serie „Mächte und Gestalten um Christus", also Bilder aus dem Neuen Testament, in den seit Februar in Bremen eingeführten Schulfunksendungen. Produktion und Bearbeitung dieser Sendereihe ist einer Equipe anvertraut, in der ein evangelischer Dramaturg und ein katholischer Pädagoge mit Unterstützung von Vertretern beider Religionsgemeinschaften (Bremen hat Simultanschulen) zusammenarbeiten. „Es ist interessant", so berichtet der „Rheinische Merkur", „daß es gar nicht einmal besonders schwierig war, für Manuskript und Produktion eine dem Stoff angemessene Form zu finden. Es zeigte sich einmal mehr, wie unendlich reich die Bibel ist und wie bestürzend aktuell gerade das Neue Testament für den heutigen Menschen sein kann."

Im einzelnen umfaßte die Sendereihe folgende Sendungen:

„Johannes der Täufer" (Erklärung der messianischen Idee);

„Ein Volk in Unruhe" (Verdeutlichung der Zeitsituation, in der Jesus wirkte);

„Der Hohe Rat" (Zusammenstoß zwischen überzeitlicher Wahrheit und zeitlichem Irrtum);

„Die Nacht von Bethlehem" (Weihnachtsgeschichte nach Lukas);

„Die Weisen aus dem Morgenland".

Die Reaktion auf diese Sendungen ist außerordentlich tief gewesen. Viele Lehrer haben es lebhaft begrüßt, diese Sendungen in ihren Unterricht einbauen zu können. Und für die Kinder ergab sich eine wirklich bewegende Begegnung mit dem Stoff des Neuen Testaments. Der Erfolg dieser Sendungen hat auch andere Sender ermutigt, sie zu übernehmen. So hat der Südwestfunk die drei ersten dieser Reihe gebracht, und der Süddeutsche Rundfunk Stuttgart wird die Bremer Produktionen im Sommer senden. An dieser Sendereihe zeigte sich besonders gut, daß die Plastik und kristallene Klarheit des biblischen Textes den Autor und damit schließlich auch den Regisseur zu einer Einfachheit zwingt, die wahrhaft kindgemäß ist, ohne daß dabei eine Verkindlichung im negativen Sinne einträte. Auf einer Tagung des Nordwestdeutschen Rundfunks wurde denn auch beschlossen, sowohl die alttestamentarische wie die neutestamentliche Sendereihe fortzusetzen, zumal es sich aus den Zuschriften ergeben hat, daß auch viele Erwachsene die Schulfunksendungen mithören. Vorgesehen sind für den Sommer die Themen: „Saulus" (Im Schatten des Tempels); „Stephanus" (Der erste Märtyrer); „Paulus" (Der Beginn der Heidenmission).

Übrigens haben die religiösen Sendungen des Bremer Rundfunks auch bereits im vergangenen Herbst die Aufmerksamkeit des Auslands auf sich gezogen. „La Vie Catholique", die Genfer katholische Monatszeitung, hat im Oktober 1950 sehr zustimmend auf seine Arbeit hingewiesen.

Maria Goretti im Film

Ein neuer Heiligen-Film läuft, und zwar ein schöner. Nach der „Bernadette", nach „Monsieur Vincent" ist dies der dritte Fall eines religiösen Films, zu dem man uneingeschränkt ja sagen kann, weil er nicht nur nichts an peinlichen

Gefühlen erregt — wie die „gutgemeinten" religiösen Filme es so häufig tun —, sondern weil er eindeutig gut ist und darüber hinaus noch auf zarteste Weise im realen Bild dem Überrealen Einlaß gewährt. Aber auch dieser Film stammt nicht aus Deutschland, er ist in Italien gemacht, der Heimat der jüngsten Heiligen. Er heißt „Himmel über den Sümpfen" („Cielo sulla palude"); er hat den großen Regisseur Augusto Genina zum Urheber, und alle seine Darsteller, die junge Maria und ihren nur wenig älteren jugendlichen Mörder eingeschlossen, sind Menschen aus dem Volke, keine Berufsschauspieler. Aber die Namen Ines Orsini und Mauro Matteucci werden sich einem einprägen.

Tiefer allerdings wird sich einem die Lebensgeschichte selber einprägen, die hier erzählt wird: „realistisch"-eindringlich, wie es die Italiener mit ihrem „Neo-Realismus" jetzt auf so erstaunliche Weise können, in der ganzen Breite des Elends und der herzangreifenden Mühsal, wie sie das Siedlerleben auf den noch unbezwungenen tödlichen Sümpfen mit sich brachte; aber mit dem „Himmel" eines unbezwingbaren Glaubens in den Herzen der Armen, der sich dann fast mühelos auch als Himmel zu ihren Häupten öffnet. Eine „anima naturaliter christiana" wird in der Gestalt dieser Maria Goretti hier sichtbar; es braucht keiner Wunder, keiner Erscheinungen und zum Glück auch keiner filmischen Kunststücke, um diesen Überschritt aus der einen Wirklichkeit in die andere sichtbar und glaubhaft zu machen: während dieses junge Wesen stirbt und als letzte, vollkommen „natürliche" Handlung für ihren Mörder bittet; als das Volk von der Straße in das Krankenzimmer hereindringt, weil es den unfehlbaren Instinkt für das hat, was da vor sich geht, wohnen wir diesem Überschritt bei: ein kleiner Hauch nur, und das „ganz Andere" hat uns angerührt, leicht wie Schmetterlingsflügel und dennoch mit einem Gewicht, das Zeit in Ewigkeit verwandelt.

Wie das zustande kommt? Vielleicht gerade durch das „Weglassen", durch den vollkommenen Verzicht auf Besonderes, der nun allerdings in sich selbst schon wieder etwas Besonderes darstellt. Hier ist offenbar ein Regisseur, der es lange Zeit nicht gewagt hat, den Stoff zu ergreifen, und der sich ihm dann nur mit großer Ehrfurcht und Bescheidenheit genähert hat, für seine Zurückhaltung belohnt worden. Von wem, aus welcher Quelle, das wird ihn vielleicht Maria Goretti wissen lassen, der er dieses Denkmal gesetzt hat. Ein junger Mann sagte, nachdem er diesen Film gesehen hatte: „Jetzt kann ich mir vorstellen, daß ich mich auch einmal an Maria Goretti wenden werde; vorher kam mir das höchst unwahrscheinlich vor." Er hat sicherlich recht, und er wird vielleicht nicht der einzige bleiben, dem es so geht.

Bibelbewegung in Österreich

Zur Förderung der Bibelfreudigkeit der Katholiken bildeten sich in Österreich, unabhängig voneinander, aber gleichzeitig Ende 1950, das Bibelapostolat des bekannten Altmeisters der Bibelbewegung, Prof. Pius Parsch, und im Wiener Seelsorgeamt das Bibelreferat, das dem Stadtpfarrer Dr. Erwin Hesse übertragen wurde.

Beide Institutionen arbeiten eng miteinander. Das Bibelapostolat sorgt vor allem für billige Volksbibeln. Derzeit liegt das Neue Testament zu einem Preise von nur S 6.— (DM 1.—) vor, und eine Ausgabe des Alten Testamentes wird bald folgen. Dieser erstaunliche und vorher für unmöglich gehaltene Preis wurde dadurch möglich, daß Prof. Parsch eine eigene Druckerei geschaffen hat und nach dem Grundsatz handelt, daß an der Bibel niemand verdienen soll.

Was die Verkaufsmethoden betrifft, so hat sich herausgestellt, daß eine Werbung von Haus zu Haus versagt, denn die Katholiken kennen diese Art, Bibeln anzubieten, nur von den (sehr rührigen) Sekten und ziehen sich sofort zurück. Dafür hat sich eine einfache Mitteilung von der Kanzel, etwa daß an der Kirchentür nach Schluß der heiligen Messe Bibeln verkauft werden, sehr bewährt. Nicht selten wurden fünfzig und mehr Exemplare auf einmal verkauft.

Das Bibelreferat im Seelsorgeamt suchte zunächst durch eine Rundfrage zu ermitteln, in welchen Pfarren Bibelabende gehalten werden. Man wußte nur von einigen wenigen Pfarren, daß sie solche Bibelabende halten, und war daher sehr überrascht, zu erfahren, daß es in einer ganzen Anzahl Pfarren regelmäßig geschieht. Die Runden haben meist schon vor dem Krieg begonnen und wurden durch alle Schwierigkeiten (NS-Behörden, Abberufungen zum Wehrdienst, Bomben) durchgehalten. Es sind durchweg feste Runden, meist 14-tätig, einige monatlich, einige aber auch wöchentlich. Noch größer ist die Zahl der Gläubigen, die nicht in eigenen Bibelrunden zusammengefaßt sind, sondern unter irgendeiner anderen Bezeichnung vereinigt, regelmäßig Bibelabende haben.

Gewiß, die Pfarren, in denen es Bibelabende gibt, sind noch in der Minderzahl, aber die Rundfrage hat gelehrt, daß es wesentlich besser um die Heranführung der Gläubigen an die Bibel steht, als es den Anschein hatte. Es ist auch bemerkenswert, daß alle Schichten, Männer, Frauen und — nicht zum geringsten — Jugend, bei den Bibelabenden anzutreffen sind.

Um die Bibelarbeit stärker in Schwung zu bringen, veranstalten Prof. Pius Parsch und Pfarrer Hesse in den Pfarren Bibelwochen (mit täglichen Bibelabenden). Der Erfolg ist groß, sowohl was den Verkauf der Bibeln als auch was die Gründung von Bibelrunden anlangt. In den Sommerferien plant die Leitung des Katholischen Jugendwerkes Österreichs zusammen mit dem Bibelreferat eine Tagung, um die Jugendseelsorger stärker für die Bibelarbeit zu gewinnen.

In der Methode der Bibelerklärung werden verschiedene Wege gegangen. Die einen Seelsorger sind mehr für das Dozieren, die anderen für eine aktive Mitarbeit der Gläubigen und Diskussion. Ein weiterer wesentlicher Unterschied liegt darin, daß die einen eine kurze Schriftstelle gründlich ausschöpfen, während die anderen mehr um die großen Zusammenhänge bemüht sind und daher rascher vorgehen.

Eine weitere Beobachtung soll noch vermerkt werden: Die Sektenpropaganda wirkt aneifernd auf den Katholiken; es wird ihm zum Bewußtsein gebracht, daß die Beschäftigung mit dem Wort Gottes eine Verpflichtung ist, die er bisher vernachlässigt hat.

Weiterer Ausbau der Salzburger Universität

Im Ausbau der Salzburger Universitätseinrichtungen wurden am 14. Dezember 1950 zwei neue Institute ins Leben gerufen, ein psychologisches Institut unter der Leitung von Univ. Prof. Ildefons Betschart und ein

„Institut zur Erforschung des christlichen Altertums" unter der Leitung von Univ. Prof. Thomas Michels.
Bei dem feierlichen akademischen Akt in Gegenwart des Fürsterzbischofs Dr. Rohracher sprachen die beiden Institutsleiter über Zielsetzung und Arbeitsweise ihrer Institute. Prof. Betschart wies darauf hin, daß die moderne Psychologie bedeutende neue Erkenntnisse zutage gefördert habe; da aber hierbei weniger die philosophia perennis als das naturwissenschaftliche Denken mit seinem feineren oder gröberen Materialismus Pate gestanden habe, seien die Vorbehalte auf christlicher Seite sehr groß gewesen. Heute aber gelte es, die wertvollen Ergebnisse der modernen Psychologie ins christliche Denken hereinzunehmen. Das neue Institut könne nicht mit kostspieligen psychophysischen Apparaturen aufwarten, sondern sehe seine Aufgabe in der Sichtung und Klärung der neuen Erkenntnisse.
Prof. Thomas Michels, der Leiter des Institutes zur Erforschung des christlichen Altertums, erklärte, daß die christliche Antike nicht bloß eine historische, sondern vor allem eine theologische Größe sei. Männer wie Dölger, Hugo Rahner und Odo Casel hätten über ihre Forschungsergebnisse hinaus das theologische Denken wesentlich befruchtet. Das Institut werde das christliche Altertum vor allem von der religions- und liturgiegeschichtlichen Seite her betrachten.

Aus Süd- und Westeuropa

Die Tagung des französischen Gesamtepiskopates und das Problem der katholischen Schule

Wir haben früher schon in der Herder-Korrespondenz eingehend über das Schulproblem in Frankreich berichtet. Durch die seit 1906 bestehende Trennung von Kirche und Staat liegt die Frage der religiösen Erziehung der Kinder dort praktisch anders als bei uns; letzten Endes aber handelt es sich dort, wie überall in der westlichen Welt, ganz allgemein um das Problem, wie eine gründliche und der Auseinandersetzung mit einer andersdenkenden Umwelt gewachsene christliche Durchformung der heranwachsenden Jugend inmitten unserer in ihren christlichen Fundamenten erschütterten Welt gestaltet werden soll.

Die gegenwärtige Lage des katholischen Unterrichtswesens

In Frankreich stellt sich das Problem im Augenblick folgendermaßen: allein die staatliche Schule, die offiziell in neutralem Geist geführt wird, aber durch ihre Herkunft aus dem Antiklerikalismus des modernen französischen Staates häufig noch eine antireligiöse Haltung weiterführt, wird durch den Staat finanziell gestützt. Daneben besteht eine große Organisation des sogenannten freien Unterrichts, der zum größten Teil von der katholischen Kirche getragen wird (es gibt jedoch auch protestantische Privatschulen und solche ohne Konfession). Der konfessionelle private Unterricht umfaßt alle drei Schultypen, Volksschule, Mittelschule und Universität. Er hat auch eine Anzahl von Berufsschulen ins Leben gerufen. Dieser Schultyp erhält keinerlei staatliche Unterstützung und befindet sich schon seit der Befreiung Frankreichs im Jahre 1944 in einer stets wachsenden finanziellen Krise. Die Katholiken sind der Meinung, daß ihrem Unterrichtswesen, da es dem Wunsch einer großen Zahl von französischen Eltern entspricht, ebenso staatliche Unterstützung zustehe, wie dem öffentlichen Unterrichtswesen. Die laizistischen Schulverbände sind dagegen der Meinung, wo eine katholische Privatschule sich finanziell nicht halten könne, solle sie vom Staat übernommen und damit laizisiert werden. Tatsächlich ist es aber dem Staat vollkommen unmöglich, von heute auf morgen, wie gewisse Gruppen es wünschen, eine einheitliche Staatsschule zu schaffen. Es stehen ihm weder die Schulgebäude noch das Geld noch die Lehrkräfte zur Verfügung, die Schüler der Privatschulen, die etwa ein Viertel aller französischen Schulpflichtigen betreuen, zu übernehmen, am wenigsten im jetzigen Augenblick, wo die nach dem Krieg geborenen, ganz erheblich zahlreicheren Geburtenjahrgänge im Begriff sind, schulpflichtig zu werden. Die französische Nationalversammlung hat im vorigen Jahr eine Kommission zum Studium des gesamten Schulproblems ernannt. Diese hat Anfang November ihre Arbeit begonnen. Die Organisationen des laizistischen Unterrichtswesens, die zur Mitarbeit aufgefordert worden waren, haben sich aber von vornherein geweigert, weil sie sich auf keinen Fall mit einer Ausdehnung der finanziellen Subventionen auf den privaten Unterricht einverstanden erklären wollten. Dadurch ist die Tätigkeit der Kommission von Anfang an gelähmt gewesen und hat nichts erreicht.

Die Lage der Kirche in Frankreich überhaupt

Als Anfang März bekannt wurde, daß der französische Episkopat zum ersten Male seit dem Jahre 1906, als die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt wurde, in seiner Gesamtheit am 3. und 4. April zusammenkommen werde, um die laufenden Fragen zu beraten, war es sofort deutlich, daß das Schulproblem den wichtigsten Punkt ihrer Beratungen bilden würde. Frankreich kennt sonst nicht, wie Deutschland, regelmäßige Bischofskonferenzen, an denen alle französischen Bischöfe teilnehmen, sondern die französische Kirche erledigt ihre allgemeinen Fragen üblicherweise durch die zweimal im Jahr tagende „Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs". Es ist also schon ein aufsehenerregendes Ereignis gewesen, daß in diesem Jahr der gesamte Episkopat in Paris im Institut Catholique zusammenkam. Die Zeitung „Le Monde" hat aus diesem Anlaß am 30. März einen Rückblick über die Entwicklung der Kirche in Frankreich seit 1906 gegeben. Darin wird der grundlegende Wandel betont, der sich in diesem Zeitraum vollzogen hat. Damals hatte der antiklerikale Geist die Kirche gezwungen, sich auf sich selber zurückzuziehen, und sie war der Gefahr einer konservativen Erstarrung nicht entgangen. Heute ist diese Erstarrung völlig aufgebrochen. Auch hat die Kirche einen gewissen politischen Ehrgeiz, den sie vom ancien régime übernommen hatte, aufgegeben. Ihre irdische Macht und die Zahl ihrer Gläubigen ist zurückgegangen; dafür aber ist ihre geistige Kraft gereinigt und gestärkt, und sie erscheint heute selbst ihren Gegnern eindrucksvoll und verführerisch. Der Leser der Herder-Korrespondenz ist über die Lebendigkeit im französischen Katholizismus auf allen Gebieten wohl unterrichtet. Nirgendwo ist die Kirche früher und wacher der gesellschaftlichen Umwälzung unserer Zeit innegeworden. Heute erkennt sie schon deutlich die neuen Typen menschlicher Gruppierungen, in denen die Arbeit jeglicher Art zur festesten Bindung geworden ist. Nirgendwo hat sich die Katholische Aktion mannigfaltiger entwickelt und erfolgreicher gewirkt. Doch gerade in der

Entwicklung der Katholischen Aktion in Frankreich (über die wir in der Herder-Korrespondenz im vorigen Heft berichtet haben) erkennt der Aufsatz in „Le Monde" den neuen Schritt, der heute von der Kirche gemacht werden muß. Nachdem sich die Katholische Aktion mit vollem Schwung in die sozialen Probleme hineinbegeben hatte, zieht sie sich heute in gewisser Weise wieder daraus zurück, nicht allerdings, weil sich die Kirche unbeteiligt in den Kirchenraum zurückziehen will, sondern vielmehr, um dem weltlichen Bereich seine selbständige freie Entfaltung zu lassen und diesen nur vom Religiösen her zu beseelen. Was immer, so heißt es in „Le Monde", die Versammlung der französischen Bischöfe beraten wird, dieses viel größere Problem des Verhältnisses zwischen der Kirche und der Welt wird im Hintergrund stehen, ganz besonders auch hinter der Erörterung der Schulfragen.

Die drei Fragenkreise, mit denen sich die Versammlung am 3. und 4. April beschäftigt hat, waren: die Organisation des Sekretariats des Episkopats und des Sekretariats der Katholischen Aktion; die Pastoral der Sakramente; und das Problem des freien Unterrichtswesens. Nur zu letzterem hat die Versammlung eine große Erklärung herausgegeben. Wir geben hier kurz deren Inhalt wieder.

Die katholische Schule als Ideal der katholischen Erziehung

Die französischen Bischöfe betonen, wie sehr sie um die christliche Erziehung der Jugend besorgt sind. Sie machen in ihrer Erklärung keine positiven Vorschläge, sondern sie wollen „allen Menschen guten Willens" nur die unerschütterliche Position der Kirche hinsichtlich der Jugenderziehung noch einmal ins Gedächtnis rufen. Diese besteht darin, daß die Kirche von den katholischen Eltern als ihre Glaubenspflicht verlangt, daß sie ihre Kinder im Glauben erziehen, und das heißt, sie womöglich einer katholischen Schule anvertrauen. Denn das Christentum beschränkt sich nicht darauf, nur eine gewisse Anzahl von Lehrsätzen und moralischen Vorschriften zu verkündigen, sondern es ist wesentlich Licht und Leben. Die christlichen Eltern, die ihren Kindern diese gleiche Gesinnung mitgeben wollen, müssen wünschen, daß religiöse Erziehung und menschliche Bildung nicht auseinanderfallen. Das hat übrigens auch Papst Pius XII. kürzlich in seiner (in diesem Heft S. 353 f. teilweise wiedergegebenen) Ansprache an die katholischen Dozenten im öffentlichen Unterricht in Frankreich unterstrichen. Er nannte darin die katholische Schule die Normalschule für das katholische Kind, wenn er auch zugleich den Einsatz katholischer Lehrkräfte in der konfessionslosen staatlichen Schule für diejenigen Kinder, die nicht katholische Schulen besuchen können, sehr begrüßte. Aber nur die christliche Schule kann christliche Eltern vollkommen befriedigen. Darum betonen die französischen Bischöfe, daß es ihnen unmöglich sei, die Berechtigung eines Zweifels an der Notwendigkeit der christlichen Schule anzuerkennen. Sie geben zu, daß in einem nicht einheitlich gläubigen Lande für die Eltern, die dies wünschen, neutrale Schulen zur Verfügung stehen müssen; anderseits aber sind sie der Meinung, daß der Staat streng darüber wachen muß, daß auch auf solchen Schulen der Glaube der christlichen Kinder nicht gekränkt wird.

Die Finanzfrage

Die Bischöfe kommen dann auf das grundlegende finanzielle Problem zu sprechen. Bei dem heutigen Stand der Dinge, wo die katholischen Schulen keine finanzielle Unterstützung erhalten, müssen sie durch das Schulgeld der sie besuchenden Kinder unterhalten werden. Infolgedessen können sie nur von Kindern begüterter Eltern besucht werden. Dagegen erheben die Bischöfe Einspruch, sie wünschen, daß der Besuch einer katholischen Schule jedem französischen Kind nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch ermöglicht werde. Heute ist aber zudem auch der Punkt erreicht, wo die Schichten, die bisher die katholischen Schulen getragen haben, an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Wenn der Staat nicht eingreift, werden die christlichen Schulen eingehen, und zwar gerade in dem Augenblick, wo zahlreichere Kindergenerationen das schulpflichtige Alter erreichen.

Katholische Kinder auf laizistischen Schulen

Die Bischöfe gehen schließlich auch auf die religiöse Erziehung der katholischen Kinder ein, die staatliche Schulen besuchen müssen. Sie betonen, daß sie, wenn sie auf dem Bestand oder auch selbst auf der Neuerrichtung katholischer Schulen bestehen, damit nicht gegen die staatliche Schule kämpfen wollen, deren Verdienste sie anerkennen, wie sie ja auch soeben vom Papst anerkannt worden sind (vgl. in diesem Heft S. 353). Nur muß auch in diesen Schulen die christliche Erziehung der Kinder gesichert sein. Und wenn das in einer Anzahl von großen Schulen und vielen Lyzeen geschieht, so sind doch die Verhältnisse an sehr vielen Volksschulen und technischen Schulen noch völlig unbefriedigend.

„Dies sind", so endet die Erklärung, „die wesentlichen Forderungen eines gerechten Schulwesens in unserem Land. Es ist Sache der Familienorganisationen und der übrigen zuständigen Organisationen, die konkreten Formen für die verschiedenen Unterrichtsstufen auszuarbeiten, ohne dabei die Notwendigkeit zu vernachlässigen, die soziale Gerechtigkeit auf allen anderen Gebieten zu verwirklichen ... Wir rufen mit all unseren Wünschen und mit der Glut unseres Gebetes den Tag herbei, wo Frankreich, seinem Ideal treu, unserem trostlosen Schulkonflikt in einer loyalen Bemühung um gegenseitiges Verständnis ein Ende bereiten wird. Wir hoffen, in einer Atmosphäre von französischer Brüderlichkeit Freiheit und Recht friedlich verwirklicht zu sehen."

Mit dieser Botschaft tritt also der französische Episkopat mit dem ganzen Gewicht seiner vollzähligen und einstimmigen Meinung für die Erhaltung und Gleichberechtigung des katholischen Unterrichtswesens neben dem staatlichen in Frankreich ein. Die Pionierarbeit katholischer Lehrkräfte im öffentlichen Schuldienst ist wertvollstes Apostolat. Aber eine wahrhaft christliche Erziehung und Bildung kann nur dort in ruhiger Arbeit erzielt werden, wo der Geist der ganzen Schule, der Unterricht aller Fächer vom Geist des Glaubens durchdrungen ist. Auch in katholischen Schulen — darauf wird in Frankreich immer wieder hingewiesen — ist das nicht selbstverständlich, da das gesamte europäische Bildungsgut seit Jahrhunderten so stark säkularisiert ist, daß wir es schon fast nicht mehr bemerken; noch ferner von der religiösen Wurzel stehen die modernen Naturwissenschaften und die technische Welt. Um so wichtiger könnte

die Rolle einer durch und durch katholischen Schulausbildung, in der auch diese säkularisierten Fächer neu in den Zusammenhang der christlichen Welt gestellt würden, für die Zukunft des Christentums werden. Dies wäre die große Aufgabe des katholischen Unterrichtswesens.

Die UNESCO, die Geschichte der Menschenrechte und Christus

Im Dezember 1948 hat bekanntlich die UNO den Text einer „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" angenommen. Von Oktober bis Dezember 1949 war im Palais Galliéra in Paris eine Ausstellung zu sehen, die diesen Text kommentierte. Damals haben sich verschiedene katholische Stimmen sehr berechtigtermaßen gegen den Geist erhoben, der sich in dieser Ausstellung bekundete, und man meinte annehmen zu können, daß auf die von ihnen erhobenen Einwände künftig Rücksicht genommen werden würde. Aber eine Art von Katalog dieser Ausstellung, der Ende 1950 unter dem Namen „Album-Exposition" von der UNESCO herausgegeben worden ist mit der Bestimmung, in Schulen, Bibliotheken, Museen und dergleichen kleine Ausstellungen nach dem Vorbild der großen zu veranstalten, bekundet noch immer den gleichen Geist, weist noch immer die gleichen Lücken auf wie die Ausstellung im Palais Galliéra selber. Die französische Wochenzeitung „La France Catholique" stellt in ihrer Nummer vom 6. April 1951 diese merkwürdigen Lücken zusammen, die sich alle auf die Rolle des Christentums bei der Entwicklung der Menschenrechte und ganz besonders auf die Lehre, ja die Person Christi selber beziehen. Der Katalog geht nacheinander die Entwicklung der verschiedenen Formen der Achtung vor der Menschenwürde durch, die schließlich zur Formulierung der Menschenrechte geführt haben.

Lücken in der Geschichte des Begriffs der Menschenwürde

In dem Kapitel über die Sklaverei geht der Katalog unmittelbar von den antiken Philosophen — Epiktet, Seneca, Marc Aurel — zu „den ersten Botschaften der christlichen Kirche" und zum hl. Paulus über. Er erkennt an, daß diese Botschaften „zu stark vom Prinzip der Gleichheit der Seelen angesichts der Erlösung durchdrungen sind, als daß die Anwendung dieses Prinzips auf die Sklaven nicht einen breiten Raum darin finden müßte". Doch übergeht er zwischen Licinius und Paulus völlig Christus selbst. Weder bei Paulus noch später bei den christlichen Kaisern, die zum erstenmal die Freilassung begünstigten, werden deren Grundsätze auf Christi Wort zurückgeführt.

Bei dem Recht auf Bewegungsfreiheit werden zwar die Reisen der irischen Mönche und die Universalität der mittelalterlichen Universitäten erwähnt, nicht jedoch die grundlegende Durchbrechung des Clanprinzips durch die Reisen der Apostel und die wichtige Rolle der mittelalterlichen Pilgerzüge.

Besonders paradox ist es, daß die Kapitel über die Abschaffung unmenschlicher Behandlung und über die Garantien gegen die Willkür sowie über die Gleichheit vor dem Gesetz die Botschaft des Evangeliums und die Lehräußerungen der Päpste überhaupt nicht erwähnen. Beim historischen Überblick über die Geschichte der Gesetzgebung wird wohl Justinian gerühmt als der, der das römische Recht erst zur vollen Entfaltung gebracht habe; doch vor ihm werden die christlichen Kaiser Konstantin und Theodosius ausgelassen.

Das Bewußtsein von der Würde der Arbeit und die soziale Gesetzgebung beginnen nach dem Katalog mit dem 19. Jahrhundert. Auch hier sind die Lehren des Evangeliums gänzlich übergangen, und die Bergpredigt spielt keine historische Rolle. Unbekannt sind auch die neuesten Forschungen über mittelalterliche und spätere Verhältnisse in dieser Hinsicht — man hat z. B. kürzlich einen Text entdeckt, durch den Philipp II. von Spanien den Achtstundentag gesetzlich festgesetzt und die absolute Sonntagsruhe geboten hat, die auch an den höheren Feiertagen (20 im Laufe des Jahres) gelten sollte. Aber auch die großen Sozialenzykliken der Päpste des 19. Jahrhunderts und die modernen christlichen Soziallehren werden nicht erwähnt.

In dem Kapitel über „Lebensstandard und Unterstützungswesen" konnte der Beitrag des Christentums nicht derart übergangen werden. Er wird als „beträchtlich" anerkannt, und der diesbezügliche Abschnitt ist von unangreifbarer Gerechtigkeit; jedoch wird auch hier Christus selber und seine Lehre nicht erwähnt. Das muß um so mehr auffallen, als die Übersicht sonst nicht mit Namen spart und die Urheber von Lehren häufig genannt werden, etwa Montaigne oder Voltaire; später werden Charles Dickens und das Rote Kreuz genannt, doch nicht die christlichen Caritas-Einrichtungen des 19. Jahrhunderts.

Auch daß das Christentum einen ganz neuen Begriff vom Wesen der Familie gebracht hat, wird in dem diesbezüglichen Kapitel nicht erwähnt.

Im Kapitel „Emanzipation der Frauen" wird das Christentum als hemmend angeführt: „es scheint den Frauen vor allem Unterordnung und Resignation gepredigt zu haben". Zum Beleg dafür wird die berühmte Stelle aus dem Korintherbrief angeführt: „Das Haupt des Mannes ist Christus, das Haupt der Frau ist der Mann." Es wird dann allerdings zugegeben, daß die Kirche im Laufe der Jahrhunderte diese starre Haltung des Apostels Paulus aufgegeben habe. Doch welche Rolle die Frau in der christlichen Welt in Gestalt der Gottesmutter Maria spielt, wird nicht gesehen. In ähnlicher Weise könnte man auch die restlichen Kapitel des „Albums" durchgehen.

Systematische Auslassungen

„La France Catholique" zieht aus dieser kritischen Betrachtung des Katalogs einige ganz bestimmte Schlüsse:

1. Man hat bei der Zusammenstellung dieser Texte verschiedene gute und vor allem die schlechten Seiten aus der Geschichte des Christentums aufgenommen, aber nirgends die Gestalt und Lehre Christi selber, und das scheint ganz systematisch geschehen zu sein.

2. Daher ist die radikale Neuerung, die das Christentum in die Welt gebracht hat, nicht gesehen, und man hat nicht begriffen, daß die Idee einer persönlichen Bestimmung des einzelnen Menschen überhaupt erst mit der Verkündigung Christi in die Welt gekommen ist. Und da in dem „Album" gesagt ist, daß der Buddhismus „die Achtung vor dem Leben als eine der obersten Menschenpflichten" lehrt und daß China „eine der vollendetsten Zivilisationen, die die Welt gesehen hat, auf die gegenseitigen Pflichten gründete", warum wird nichts dergleichen über die auf Christi Lehre gegründete Kultur gesagt?

3. Wo aber das Christentum erwähnt wird, ist es sehr fraglich, ob es richtig zur Darstellung gelangt und verständlich gemacht wird. Wenn es etwa von der christlichen Caritas heißt, sie bestehe in „einer freiwilligen Gabe, die den Empfänger in der Abhängigkeit vom Wohltäter belasse", wie sollte man danach ahnen, was die christliche Liebe wirklich für den Christen ist, jene selbstlose Liebe, die zwar notwendig ist, aber nur in einer rein innerlichen Verpflichtung? Auch wenn Leo XIII. zwischen Proudhon und Marx als Befürworter des Gewerkschaftswesens und des Streikrechts abgebildet ist, gibt das wohl kaum einen richtigen Eindruck von der sozialen Tätigkeit der katholischen Kirche. So daß UNO und UNESCO mit diesem Katalog also weder Christus noch dem Christentum noch der christlichen Geschichte gerecht geworden sind.

Berichtigung zur Ansprache des Papstes an den Ordenskongreß

Zu unserm Bedauern haben sich in die von uns gebrachte Übersetzung der lateinischen Ansprache des Heiligen Vaters an den Ordenskongreß in Rom am 8. Dezember vorigen Jahres (Herder-Korrespondenz Heft 4/5, Seite 189ff.) eine Anzahl von Übersetzungsfehlern eingeschlichen. Leider ist es uns nicht möglich, die kleinen Ungenauigkeiten hier richtigzustellen. Doch fühlen wir uns verpflichtet, die schwereren, sinnstörenden Fehler zu berichtigen.

In der Einleitung handelt es sich vor allem um den Ausdruck „verschiedene lehramtliche Äußerungen" (S. 189 l.) im dritten Absatz. Hier muß es heißen: „verschiedene Lehrmeinungen".

S. 190 l. heißt es im zweiten Absatz in der Mitte, die „besondere Form des regulierten Klerus sei, so gut und schätzenswert sie auch sei, eben weil sie auf anderen Grundlagen beruhe, zweitrangig und untergeordnet". Der richtige Sinn dagegen ist: „Die besondere Form des regulierten Klerus dagegen, die ja aus der der Weltgeistlichen abgeleitet sei, sei zwar auch gut und anerkannt, jedoch nur etwas Sekundäres, und sie spiele eine Hilfsrolle".

Im folgenden Absatz ist die Rede von „den Vorschriften über die Ordensleute wie auch die Pfarrer und Ortsordinarien". Richtig muß es heißen: „über die Ordensleute, die Pfarrer oder Ortsordinarien sind".

S. 190 l. letzter Absatz muß der Satz: „Denn nach den Paragraphen des kanonischen Rechts unterstehen die exempten Ordensleute der Jurisdiktion des Ortsbischofs, insofern sie beabsichtigen, das bischöfliche Amt auszuüben und in der öffentlichen Seelsorge mitzuarbeiten", richtig heißen: „Denn nach den Vorschriften des kanonischen Rechtes unterstehen die exempten Ordensleute der Jurisdiktion des Ortsbischofs, soweit es die Verwaltung des bischöflichen Amtes und die rechte Ordnung der Seelsorge verlangen".

S. 190 r. oben heißt der Schluß des ersten Absatzes „... und schließlich dem Willen Christi und dem Statut für beide Stände genau wie der Klerus im Gehorsam entsprechen müssen". Richtig muß es heißen: „und daß überhaupt beide Gruppen von Geistlichen der von Christus gewollten Satzung mit gleicher Hingabe entsprechen müssen".

Am sinnstörendsten ist eine Fehlübersetzung auf Seite 191 l. im letzten Absatz gewesen, die sich dann noch im ganzen Schluß des dritten Teiles auswirkt. Zunächst ist der richtige Sinn des einleitenden Satzes dieses Abschnittes folgender: „Hier können wir uns nun nicht enthalten, auf einen tadelnswerten Umstand hinzuweisen, der der vorhin angeführten Meinung völlig entgegengesetzt ist." In der viertletzten Zeile der Spalte steht dann die völlig sinnwidrige Fehlübersetzung „Einengung durch diese Abtötung". Richtig muß dieser ganze Satz heißen: „Manche preisen gar nicht die aus Liebe zu Christus aufgegebene Freiheit, sondern die Einschränkung solcher Abtötung", womit gemeint ist, daß sie für eine Milderung der Abtötungen eintreten. Im gleichen Sinn ist dann der Schlußsatz des folgenden Absatzes (S. 191 r.) unklar geworden. Er muß richtig heißen: „Wenn diese Norm mit dem Gehorsamsgelübde verglichen wird, so ergibt sich, daß sie nicht denselben hohen Wert wie jenes besitzt; außerdem drückt sie auch nicht jenes Schriftwort und das herrliche Beispiel aus: ‚er erniedrigte sich selbst und ward gehorsam bis in den Tod' (Phil. 2, 8)". Im folgenden Absatz muß der Satz, der beginnt: „Wenn daher die Aufforderung der Stimme Gottes...", sinngemäß übersetzt werden: „Wenn die Aufforderung der Stimme Gottes jemanden mit sicheren Zeichen zum Gipfel der evangelischen Vollkommenheit einlädt, so soll ihm ohne alles Zögern um der Durchführung dieses hochherzigen Vorsatzes willen das freiwillige Freiheitsopfer vorgeschlagen werden."

Auf Seite 192 l. heißt es im 5. Absatz fälschlich: „Werdet ihr nicht beide, Kleriker und Laien, weiterkommen, wenn ihr den Stand der evangelischen Vollkommenheit erwählt?" Richtig muß es heißen: „Bekennt ihr nicht beide, Kleriker und Laien, offen, daß ihr den Stand der evangelischen Vollkommenheit erwählt habt?"

Schließlich ist noch auf Seite 193 l. am Schluß des zweiten Absatzes eine Fehlübersetzung unterlaufen, wo es heißt, es sei „schon eine große Arbeitslast bewältigt worden". Richtig muß es heißen: „... daß die Arbeitslast heute bedeutend größer geworden ist, so daß ihr den verwandelten Zeiten neu und in geeigneter Weise entgegentreten müßt."

Aus Ost- und Südosteuropa

Hirtenwort und Romreise des Primas von Polen

Der Erzbischof von Gnesen und Warschau, Msgr. Wyszynski, ist am 4. April in Begleitung des Bischofs von Lodz, Msgr. Klepacz, und einer weiteren kirchlichen Persönlichkeit in Rom eingetroffen. Es hat Überraschung hervorgerufen, daß die polnische Regierung die Ausreiseerlaubnis erteilte. Allerdings erinnert man sich, daß vor einem Jahre Kardinal Sapieha von Krakau ebenfalls nach Rom reisen durfte.

Damals ebenso wie jetzt fanden die Besuche der polnischen Erzbischöfe zu einem Zeitpunkt statt, der auf den Abschluß wichtiger Vereinbarungen zwischen Kirche und Staat folgte. Vor einem Jahr wurde, während der Reise des Kardinals, das allgemeine Abkommen unterzeichnet, durch das der Episkopat sich verpflichtete, auf politischem und sozialpolitischem Gebiet die Pläne der Regierung zu unterstützen (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg. S. 412). Jetzt begab sich der Primas von Polen nach Rom, nachdem er den von der Regierung ernannten Ordinarien der westlichen Gebiete die kirchliche Jurisdiktion verliehen

hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., April 1951, S. 306). Die Regierung erblickt darin die kirchliche Zustimmung zur endgültigen Eingliederung dieser Territorien in den polnischen Staatsverband.

Die neuen Ordinarien wurden, wie es in verschiedenen Meldungen heißt, von den Konsistorien, die in den ehemals deutschen Diözesen jetzt die Stelle der Domkapitel vertreten, als „Kapitularvikare" gewählt. Da die Apostolischen Administratoren zuvor vom Staat ausgewiesen und die Diözesen somit ohne Leitung waren, haben die Konsistorien den Standpunkt eingenommen, zu einer solchen Wahl berechtigt zu sein. Ob die Wahlen kirchenrechtlich gültig waren oder nicht, ist unerheblich geworden, nachdem Erzbischof Wyszynski den Gewählten auf Grund seiner Apostolischen Vollmachten die Jurisdiktion verliehen hat. Vor dem Kirchenrecht leitet sich ihre Gewalt also nicht aus der Wahl der Konsistorien, sondern aus der Delegation durch den Beauftragten des Heiligen Stuhles her. Der Primas hat nicht etwa die Wahlen saniert, sondern die Gewählten von sich aus ernannt. Kirchenrechtlich ist also die Lage der ehemals deutschen Diözesen nicht präjudiziert worden; nach wie vor werden sie in Abwesenheit eigener Bischöfe durch den Papst vermittels päpstlicher Beauftragter regiert.

Was nun aber die Tätigkeit der neuen Administratoren betrifft, liegt ein erstes Anzeichen dafür vor, daß auch im kirchlichen Rechtsbereich Maßnahmen zu erwarten sind, die mit den Rechten eines Apostolischen Administrators nach dem CIC schwerlich vereinbart werden können. Nach Mitteilung der „Kipa" hat der neue Administrator von Breslau durch ein Dekret alle von ihrer Residenz abwesenden Inhaber kirchlicher Benefizien, d. h. also alle heimatvertriebenen Domkapitulare, Domvikare und Pfarrer ihrer Titel und Ämter verlustig erklärt. Gemäß der Weisung, die die Regierung den neuernannten Ordinarien mitgab, soll durch diese Maßnahme auch auf der unteren Ebene das Provisorium beendet und die Bahn für einen endgültigen kirchlichen Zustand freigemacht werden. Doch könnte gerade durch diese Entscheidung die ganze Angelegenheit vor dem Forum des Heiligen Stuhles anhängig werden; denn es ist sehr wohl möglich, daß die betroffenen Benefiziaten gegen das Dekret beim Heiligen Stuhl Rekurs einlegen werden.

Über die Besprechungen des polnischen Primas in Rom dürfte ein Communiqué nicht zu erwarten sein. Daß der Heilige Stuhl in der Frage der von Polen besetzten deutschen Gebiete seine Haltung ändert, ist unwahrscheinlich. Jedoch entspricht es den Gepflogenheiten des obersten Hirtenamtes, der politischen Zwangslage der Kirche in einem einzelnen Lande, soweit möglich, Rechnung zu tragen. Die Bedeutung dieser Reise besteht also nicht darin, daß von ihr neue öffentliche Entscheidungen ausgehen werden, sondern darin, daß der polnische Episkopat mit denjenigen Weisungen und Vollmachten versehen werden wird, die ihn in Stand setzen, auch weiterhin sein schweres Amt im Sinne der Einheit mit dem Apostolischen Stuhle auszuüben.

Es verdient größte Beachtung, daß Erzbischof Wyszynski kurz vor seiner Abreise aus Warschau ein Hirtenwort an seinen Klerus richtete, in dem er gerade diesen Gesichtspunkt seiner bisherigen Entscheidungen hervorhob. In der Botschaft heißt es: „Wir leben in einer Zeit außerordentlicher Verwirrung. Wir leben in einer Zeit schrecklicher Kirchenverfolgung. In unserm zwanzigsten Jahrhundert, das die Freiheit der Welt und die Freiheit des Gewissens verkündete, gibt es Länder und Staaten, welche die Bischöfe ihrer geistlichen Autorität berauben und Priester ins Gefängnis werfen." Der Erzbischof warnt vor der Gefahr des Schismas und verurteilt diejenigen, „die — aus der kirchlichen Einheit ausgeschlossen — sich ungesetzlich die geistliche Autorität anmaßen und Stellen einnehmen, die durch die Einkerkerung von Bischöfen und Priestern frei geworden sind. Die Feinde des Glaubens scheuen keine Mühe, um aus den Priestern fanatische Propagandisten der neuen Ordnung zu machen. Die Diener Gottes sollen nach den Plänen des materialistischen Systems zu Sklaven politischer Ziele werden." „Die katholische Religion, die vom Hohenpriester Christus gestiftet wurde, kennt nur ein einziges Priestertum. Alle anderen sind keine Hirten, sondern Wölfe! Das Priestertum der katholischen Kirche ist an Rom gebunden. Darum darf nur solchen Geistlichen gehorcht werden, die ihre Autorität von einem katholischen Bischof erhalten haben und in Einheit mit dem Heiligen Apostolischen Stuhl stehen. Auf der Erde gibt es keine einzige Autorität, die die übernatürliche Autorität Christi, seines Stellvertreters, des Papstes, und seiner Gesandten, der Bischöfe, ersetzen könnte. Man mag meine Worte hart und rauh finden. Ja, sie sind streng und herb. Aber sie sind nur unserer Zeit angepaßt. Und diese Zeit verlangt, daß wir ohne Unterlaß den wahren Gottesglauben verkünden. Dieser Gottesglaube allein kann unsere Welt noch retten."

Die polnische Presse beantwortete diese Botschaft damit, daß sie sie als Angriff gegen die ‚patriotischen Priester' deutete. Die Regierung werde aber diese Priester zu schützen wissen und den niederen Klerus gegen einen Mißbrauch der Amtsgewalt seitens der Bischöfe vertreten. Es ist der klugen Amtsführung des Warschauer Erzbischofs bisher gelungen, dem Staat zu einer solchen Vertretung keine Gelegenheit zu bieten, indem er politische Zurückhaltung, praktische Verständnisbereitschaft und religiöse Unbeugsamkeit zu vereinigen wußte. Er wird in Zukunft wahrscheinlich vor noch größere Bewährungsproben gestellt werden. Gerade in diesen Tagen haben die letzten katholischen Presseorgane aufgehört zu existieren, weil sie es ablehnten, sich der Vorzensur zu unterwerfen. Ein weiteres Beispiel, daß der Episkopat vor allem der Verwirrung der Geister vorzubeugen sucht, die im Nachbarland soviel Unheil anrichtet.

Klärung der Ereignisse in der Tschechoslowakei

Neuere Nachrichten bestätigen und klären die Ereignisse im kirchlichen Leben der Tschechoslowakei, von denen wir in letzter Zeit (vgl. besonders 5. Jhg., Heft 7, S. 293) Bericht erstattet haben. Diese Nachrichten zeigen, daß die „Konferenz der Generalvikare", die am 15. Februar unter Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Fierlinger, der das Kirchenamt leitet, und in Anwesenheit von Plojhar stattfand, den Auftakt zu einer Entwicklung gab, an deren Ende nach dem Willen der Staatsmänner die Vollendung des Schismas stehen soll.

Nach einem Kommentar des Blattes der „Katholischen Volkspartei" beruhte die Bedeutung dieser Versammlung „auf der Tatsache, daß die anwesenden Vertreter aller Bistümer bereits den neuen hohen Klerus repräsentieren, der in Übereinstimmung mit dem Willen der katholischen

Geistlichkeit gewählt wurde, da die große Mehrheit der Geistlichen ihre Mission in unserer Zeit begriffen und sich für die großen sozialen Ziele unserer Volksdemokratie entschieden hat, in der sie gleichzeitig die Verwirklichung ihrer christlichen Ideale erblickt".

Hier ist also die Rede von einem „neuen hohen Klerus", der in Übereinstimmung mit dem Willen der Geistlichkeit erwählt wurde, womit ausgedrückt werden soll, daß diese neue Hierarchie gemäß dem kanonischen Recht bestellt worden ist. Wie man darauf bedacht ist, diesen Schein zu erwecken, zeigen am klarsten die Vorgänge im Erzbistum Prag. Das Prager Domkapitel besitzt auf Grund apostolischen Privilegs seit alters das Recht, sich selbst durch Kooption zu ergänzen. Das Kapitel bestand Ende Februar nur noch aus drei Mitgliedern, unter denen der Weihbischof Eltschkner ist. Das Kapitel hat nun vier neue, der Regierung genehme Domkapitulare kooptiert, darunter den Prager Pfarrer Stehlik. Allerdings hätte diese Wahl durch den Erzbischof bestätigt werden müssen, was wahrscheinlich nicht geschehen ist. Am 10. März wurde dann Msgr. Beran aus Prag deportiert und außerhalb seiner Diözese in Hausarrest gesetzt. Gleichzeitig trat der bisherige Generalvikar zurück. Darauf übernahm das Domkapitel die Verwaltung der Diözese und wählte den Domkapitular Stehlik zum Kapitularvikar. In ähnlicher Form wurde die Stellung des vom Staate eingesetzten „Apostolischen Administrators" in Neusohl (Slowakei) dem kanonischen Recht „angepaßt". Dieser Administrator, Johann Dechet, war schon im vorigen Jahr eingesetzt und wegen der Annahme dieses Amtes von Rom namentlich exkommuniziert worden. Nunmehr hat das inzwischen durch den Staat ergänzte Domkapitel in Neusohl ihn zum „Kapitularvikar" erwählt.

Diese und ähnliche Manipulationen haben zu bedeuten, daß die Regierung darauf ausgeht, das bisherige Nebeneinander von kirchlicher und staatlicher Diözesenverwaltung durch ein System zu ersetzen, das vor der breiteren Öffentlichkeit und besonders vor den entsprechend informierten, nicht eingeweihten Gläubigen den Anschein erwecken soll, es sei nun auch kirchenrechtlich alles in Ordnung. Es stellt den tschechoslowakischen Katholiken ein gutes Zeugnis aus, daß alle weniger raffinierten Versuche, sie von der kirchlichen Einheit abzubringen, gescheitert sind, darunter die groß inszenierte „Katholische Aktion". Was wird nun werden?

Unglücklicherweise trifft die Installation des neuen „Kapitularvikars" in Prag zusammen mit einem anderen Ereignis, das in der gleichen Linie liegt. Einige der rechtmäßigen Bischöfe und Ordinarien haben der Regierung den durch das tschechische Kirchengesetz geforderten Treueid geleistet, den der Staat bisher nur von Weihbischof Eltschkner zu erzwingen vermochte. Diese Bischöfe sind der dreiundachtzigjährige Bischof Picha von Königgrätz, der neben den Bischöfen Beran und Matocha unter die Säulen des Episkopates zählte, der Bischof Trochta von Leitmeritz, der Bischof Lazik, Apostolischer Administrator von Tyrnau, Bischof Carsky, Apostolischer Administrator von Kosice und ferner Kapitularvikar Stehlik und der auf ebenso zweifelhafte oder vielmehr unrechtmäßige Weise eingesetzte Administrator des tschechischen Anteils von Breslau, Msgr. Onderek. Bezüglich des Treueides von Msgr. Picha liegen Untergrundnachrichten vor, die berichten, daß sein Eid mittels medizinischer Torturen erpreßt worden ist. Jedenfalls muß damit gerechnet werden, daß diese Eidesleistungen unter einem uns unbekannten Zwang zustande gekommen und deswegen null und nichtig sind. Doch bestätigen sie der falsch unterrichteten, eingeschüchterten und zum Teil natürlich auch urteilslosen Masse der Gläubigen den Eindruck, daß in der katholischen Kirche des Landes jetzt die Anpassung an die kommunistische Staatsform vollzogen ist. Der tschechische Rundfunk ist bereits so weit gegangen, Stehlik dem Lande als das neue Haupt der katholischen Kirche vorzustellen.

Der Heilige Stuhl über die „neue tschechische Hierarchie"

Der Heilige Stuhl hat bereits am 17. März durch eine Verlautbarung der Konsistorialkongregation sein Urteil über die neue Hierarchie gesprochen. Es lautet:

„Seit vielen Monaten werden in der tschechoslowakischen Republik in vielfacher und unerhörter Weise die Rechte der Kirche verletzt, und viele kirchliche Persönlichkeiten sind in ungerechter Weise bedrängt worden: Die Ortsordinarien wurden verhindert, ihre Amtspflichten zu erfüllen, ihre oberhirtlichen Rechte wurden usurpiert, die Behörden der bischöflichen Kurien und Ordinariate sowie kirchliche Benefizien wurden einigen Personen durch Willkür von Laien übertragen, die sich eine Einmischung in die Leitung der Diözesen anmaßen. Überdies hat man vielen Weltgeistlichen und Ordenspersonen die Freiheit genommen. Nicht wenige Bischöfe sind durch freventliches Beginnen vor den weltlichen Richter gezogen und ins Gefängnis geworfen worden. Jüngst ist dann der Metropolit von Prag, Josef Beran, der schon seit einiger Zeit in seiner Residenz gefangen gehalten und vollständig an der Ausübung seiner Jurisdiktion verhindert wurde, ruchlos von seinem Amtssitz und seiner Erzdiözese fortgebracht worden.

Gegen diejenigen, die Delikte dieser Art begehen, kommen mehrere Canones des kirchlichen Gesetzbuches in Anwendung, durch welche je nach der Verschiedenheit der Fälle die einfache oder die dem Apostolischen Stuhle speciali modo vorbehaltene Exkommunikation verhängt wird; a) wenn jemand einen Bischof vor einen Laienrichter zieht (Can. 2341); b) wenn jemand gegen die Person eines Erzbischofs oder Bischofs Gewalt anwendet (Can. 2343, 3); c) wenn jemand direkt oder indirekt die Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion behindert und sich dabei an irgendeine Laiengewalt wendet (Can 2334, 2); d) wenn jemand gegen die rechtmäßigen kirchlichen Obrigkeiten hinterhältig arbeitet oder auf irgendeine Weise ihre Amtsbefugnisse zu unterwühlen trachtet (Dekret der Konzilskongregation vom 29. Juli 1950); e) wenn jemand ein kirchliches Amt oder Benefizium oder eine kirchliche Würde ohne kanonische Ernennung und Einsetzung in Besitz nimmt oder sich unrechtmäßig einsetzen läßt oder dieselben behält (dasselbe Dekret).

Deshalb erklärt die Heilige Konsistorialkongregation, daß alle diejenigen, die physisch oder moralisch die genannten Delikte begangen oder daran teilgenommen haben, gemäß Canon 2209, 1—3 den vorgenannten Exkommunikationen verfallen sind und ihnen unterworfen bleiben, solange sie nicht vom Apostolischen Stuhl davon absolviert werden."

So kann also kein Zweifel bestehen, daß der Heilige Stuhl nicht beabsichtigt, den vom Staate unter Mißbrauch des Kirchenrechtes getroffenen Maßnahmen Duldung zu

gewähren. Es drängt sich der Vergleich mit den polnisch verwalteten Westgebieten auf. Aber der Vergleich zeigt auch den Unterschied der Verhältnisse. Die polnische Regierung hat im Gegensatz zur tschechischen bisher keinen direkten Eingriff in die kirchliche Jurisdiktion getan. Sie hat es ferner vermieden, bei der ersten Gelegenheit eines Versuchs staatlicher Personalpolitik sich solcher Priester zu bedienen, die mit der Kirche bereits in Konflikt geraten waren. Es handelt sich also um eine völlig andere Situation. Das zeigt sich auch in der bisher bekannten Amtsführung der neuen Amtsträger. Eine der ersten Maßnahmen des „Kapitularvikars" von Prag war es, die von Erzbischof Beran über den Minister Plojhar verhängte Suspension aufzuheben, so daß dieser — auf Grund des oben zitierten Dekretes natürlich auch exkommunizierte — Priester an Ostern erstmals wieder zelebrierte.

Die tschechische Regierung hofft, daß die Zeit für sie arbeitet. Sie hat vor allem den Priesternachwuchs in die Hand bekommen. Nach Schließung aller Vorbereitungsanstalten existieren jetzt nur die Seminare und Fakultäten in Prag und Preßburg unter der Leitung staatstreuer Lehrer. Die weitaus meisten der früheren Theologen haben sich weltlichen Berufen zugewandt; denn in diesen Seminaren können nur Staatstheologen verbleiben, eine kleine Zahl: in Preßburg sollen es 37 sein. So wird zum mindesten das äußere Gesicht der tschechischen Kirche nach dem Willen der Regierung geprägt werden.

Was weiß man über die innere Einheit Rußlands?

Wir wissen aus Erfahrung, daß ein totalitäres Regime Methoden besitzt, die es nach außen als einheitlichen, gleichsam monolithischen Block erscheinen lassen, in dem 100 % der Einwohner einmütig hinter der Staatsleitung stehen, und daß dies nach außen projizierte Bild, das etwa aus den sogenannten „Wahlen" hervorgeht, doch nichts beweist. Die Zustimmung von 98 % der Bevölkerung zu den sowjetischen Einheitslisten bei den letzten Wahlen in Rußland erlauben keinerlei Einblick in die wirkliche Zustimmung oder Ablehnung, die das Regime bei den 180 Millionen russischer Untertanen nach 34 Jahren sowjetischer Lebensform findet. Allerdings scheint sie uns, wenn nichts anderes, so doch zu beweisen, daß das Regime fest im Sattel sitzt und eine bemerkenswerte Unerschütterlichkeit besitzt.

Oder gibt es Anzeichen, daß dem nicht so ist? Kann man an irgendwelchen bekannt werdenden Tatsachen ablesen, daß eben doch keine Einheitsgesinnung in Rußland herrscht und „der sowjetische Mensch" nichts so Eindeutiges ist, wie das Regime glauben machen möchte? C. Wilczkowski, dessen Zusammenstellung „Die russische Einheit und ihr Versagen" (L'Unité russe et ses failles) „Etudes", die französische Jesuitenzeitschrift, in ihrer Februarnummer 1951 aufgenommen hat, ist dieser Meinung. Er warnt davor, die Festigkeit des Sowjetregimes zu überschätzen, wenn es sich auch 34 Jahre lang und über einen furchtbaren Krieg hinüber gehalten hat. Eine solche Überschätzung könnte die schwersten politischen Folgen haben; denn wenn man Rußland für identisch mit seiner Regierung, zum mindesten in der Gegenwart und der näheren Zukunft, hält, so bedeutet das, daß man sich darauf gefaßt machen müßte, sich eines Tages entweder dem Sowjetsystem zu unterwerfen oder gegen es Krieg zu führen. Aber wie sind in Wahrheit die Beziehungen zwischen den breiten Schichten und der Gruppe der Macht in Rußland? Bestehen Aussichten, daß System und Volk in Rußland jetzt oder in Zukunft ganz zusammenfallen?

Spannungen in der Führerschicht

Da ist als erstes Zeichen fehlender Einheitlichkeit die Uneinheit in der Führerschicht selber zu nennen. Stalins Gruppe selber ist keineswegs einfach die normale Fortentwicklung von Lenins Herrschaft. Sie ist vielmehr nur das Endresultat einer Reihe von Staatsstreichen. Das hat die ganze Welt von ferne beobachten können. In wesentlichen Punkten weicht das gegenwärtige System von dem ursprünglichen Lenins ab: es ist ein hierarchisches System geworden, in dem die Privilegien wachsen, je höher man auf der Leiter steigt, und in dem die Arbeiterklasse, in deren Namen es geführt wird, tatsächlich die enterbteste Klasse darstellt. Man wird kaum voraussagen können, ob bei solchen Wandlungen nicht doch einmal die Grenze des Zerreißens erreicht wird. Nach der Lockerung der Kriegsjahre hat das Regime seit 1946 eine Rückwendung zu starrer Dogmatik für nötig befunden. Wer weiß, ob es diese, wie es hofft, so lange aufrechterhalten kann, bis es eine neue, ihm völlig gefügige Generation herangebildet hat?

Die geistige Elite

Denn es gibt, so meint Wilczkowski, Anzeichen, daß eine geistige Elite existiert, die, der Propaganda überdrüssig, den offiziellen Wahrheiten gegenüber skeptisch geworden ist und im geheimen andere Überzeugungen hegt. Man darf nicht die politische Führerschicht mit dieser intellektuellen Elite verwechseln; sie geht aus anderen Lagern hervor. Die politische Führerschicht um Stalin, größtenteils älterer Herkunft, besteht tatsächlich durchweg aus überzeugten Marxisten und Materialisten, die so denken, weil sie keine andere Gedankenwelt kennen. Für den Großteil der intellektuellen Elite liegen die Verhältnisse aber ganz anders. Das klingt fast unglaublich und paradox. Aber es gibt eine Erklärung dafür.

Die marxistische Intelligenz, die nach der radikalen Ausrottung der alten russischen Bildungsschicht im sowjetischen Staat Bildung und Erziehung in die Hand nehmen mußte, war wenig zahlreich und nicht sehr tüchtig. Ihr Wirken erlitt zahlreiche Schiffbrüche und wurde für den auf „Wissenschaftlichkeit" stolzen Staat nach und nach kompromittierend. Dazu kam, daß der neue Kurs Stalins von dem alten Marxismus-Leninismus so stark abwich, daß die an ihren Ideen hängenden orthodoxen marxistischen Intellektuellen ihm nur gefährlich werden konnten. Einige der Hervorragendsten widersetzten sich denn auch öffentlich. Sie wurden deshalb durch große Reinigungsaktionen ausgemerzt. Aber das war nur möglich, weil eine andere intellektuelle Elite bereitstand, an ihren Platz zu treten. Was von der vorrevolutionären Intelligenz noch übrig war, hatte sich in der Tat zur Zeit der NEP wieder aufraffen und organisieren können. Und da es an kommunistischen Intellektuellen mangelte, ließ man diese Gruppe gewähren, in bescheidenem Maße ihre Studien fortsetzen und Schüler heranbilden. Auf diese nichtmarxistischen Elemente griff die Diktatur im Augenblick der Wandlung der staatlichen Struktur zurück.

Man ernannte sie zu „Bolschewiken ohne Partei" und bot ihnen Akademikerstellen, Universitätslehrstühle und andere wichtige Posten an. Die Überreste der marxistischen Elite wurden bald von diesen „Neutralen" überschwemmt und absorbiert. Prinzipiell sollte ein strenger Dirigismus alle Abweichungen von der Linie verhüten. Aber er führte nicht zu den gewünschten Resultaten. Die offizielle Lehre entbehrte in der letzten Vorkriegszeit und während des Krieges gar zu sehr der Beständigkeit, als daß sie wirksam hätte sein können. Die Intellektuellen befolgten gewisse „Spielregeln", ließen sich aber in ihrer ernsten Arbeit in den Bibliotheken, den Studiengruppen und den Laboratorien dadurch nicht stören. Zahlreiche Professoren hielten sich zwar in ihren Vorlesungen an die offiziellen Richtlinien, trugen diesen jedoch in ihren persönlichen Forschungen und bei der Leitung der Arbeiten ihrer Schüler in keiner Weise Rechnung. Von marxistischen Studien hielt man sich am weitesten fern, da diese immer mit erheblichen Gefahren verbunden waren. Gerade in diesem Gebiet begnügte man sich mit der Wiederholung von bloßen Schlagworten.

Flucht vor den offiziellen Thesen

Wir wissen aus offiziellen Mitteilungen aus den Jahren 1948/49, daß die Flucht vor den offiziellen Lehren so weit ging, daß die meisten Lehrstühle für Marxismus-Leninismus leerstanden. Ebenso wurden Themen gemieden, die irgendeine Art von Konformismus verlangt hätten. So kamen auf 394 Themen zu literarischen Doktordissertationen in den Jahren 1943—48 212 auf die vorrevolutionäre russische Literatur; 158 hatten Themen aus der ausländischen Literatur und nur 24 solche aus der sowjetischen Literatur der Gegenwart (Mitteilung des offiziellen „Literarischen Nachrichtenblattes" 15. Oktober 1949). Ebendort heißt es (24. Sept. 1949): „Der Minister für das höhere Unterrichtswesen sollte einmal über die Tatsache nachdenken, daß unter allen Professoren und Dozenten mit Lehrauftrag nur einer, buchstäblich nur ein einziger, sowjetische Literatur lehrt." Die studentische Jugend beschäftigt sich mit Rilke, E. T. A. Hoffmann, den russischen Symbolisten, der Pleïade um Puschkin, den kleineren Poeten des 18. Jahrhunderts, sogar mit dem Roman eines Dumas père; sie weigert sich, sich mit dem „sozialistischen Realismus" zu beschäftigen, den sie zu verachten scheint. Zur Ergänzung dieses Bildes muß man dann noch wissen, daß die Mehrzahl der akademischen Lehrer in Rußland (und diese lenken tatsächlich das wissenschaftliche Leben des Landes) gegen 65 Jahre alt ist, daß die Leiter des Unterrichtswesens noch heute Männer, die unter dem „Ancien Régime" ihre Ausbildung erhalten haben, oder deren Schüler sind, daß die Mehrzahl der Intellektuellen nicht der Partei angehört. Das ist die Schicht, in deren Händen die nationale Neuerziehung liegt.

Erfolg der sowjetischen Erziehung bei der Masse

Dieser Teil von Wilczkowskis Ausführungen ist der interessanteste. Er fragt sich dann weiterhin, wie es nun mit der breiten Masse des Volkes steht. Auch da ist es ein entscheidendes Faktum, daß die Ziele der sowjetischen Erziehung viermal gewechselt haben und daß es vier Typen von „neuen Menschen" gegeben hat. Diese Experimente haben sich weitgehend gegenseitig aufgehoben. Die einzige wirkliche Konstante in diesen verschiedenen Ansätzen war ihr Positivismus und ihre Religionsfeindlichkeit. Man sollte also meinen, daß sich gerade hier die Wirksamkeit der Erziehung zeigen würde. Jedermann weiß jedoch, wie schnell die lang unterdrückte orthodoxe Kirche, als sie im Krieg wieder offiziell anerkannt wurde, wieder aufgestiegen ist! Auch sind neben der Orthodoxie die alten Sekten und eine Anzahl neuer wiedererschienen (unter letzteren die „Aszensionisten", von denen die sowjetische Presse kürzlich berichtet hat). Auch gibt es wieder Kriegsdienstverweigerer. Man spricht auch von mystischen Strömungen in der intellektuellen Jugend. Es sieht also wirklich so aus, als habe die bolschewistische Erziehung den russischen Menschen nicht tiefgehend verwandelt, sondern sei mehr an der Oberfläche hingeglitten.

Der neue Menschentyp

Trotzdem springt es in die Augen, daß ein gewisser „sowjetischer Menschentyp" auf der Weltbühne erschienen ist. Man sieht ihn in allen russischen Illustrierten ebenso wie etwa in den russischen Delegationen in der westlichen Welt. Aber ist das wirklich ein neuer Menschentyp? Doch vielleicht nur insofern, als ein bestimmter Typ, den es auch früher gab, jetzt an die Führung gelangt ist, ein Typ, den man früher bei reichgewordenen Kulaken, Schiebern und aus dem einfachen Soldatenstand aufgestiegenen Offizieren, bei gewissen Beamten und Polizisten finden konnte. Sie waren früher verstreut und weniger sichtbar, sind aber jetzt an der sichtbarsten Stelle, weil das Regime solcher Männer bedarf. Sie sind nicht so sehr das Produkt einer theoretischen Erziehung, als vielmehr das Produkt eines Milieus und einer „natürlichen Auswahl". Die Doktrin stellt für diese Menschen häufig nur eine politische Leitschnur dar, die sie davor bewahrt, Fehltritte zu begehen.

In der breiten Masse zeigt sich — so wiederholt Wilczkowski eine kürzliche Äußerung von Jean Rounault — eine einzige paradoxe psychische Neuerung: Das russische Volk ist zu einem Volk von Händlern und Schwarzhändlern geworden! Die schwierigen Lebensverhältnisse haben die Russen jeglicher Schicht gelehrt, sich irgendwie durchzuschlagen, mit List, mit Verstellung, mit Ellenbogenkraft. Ebenso haben sie allerdings neue Formen von gegenseitiger Hilfe, von „Lumpensolidarität", von passivem Widerstand entwickelt, und sicher sind sie weniger lenksam, weniger geduldig, als sie früher waren.

Schließlich muß noch auf ein Moment hingewiesen werden, das der bolschewistischen Erziehung die stärksten Hindernisse entgegensetzen kann: die Neuerstarkung der Familie, die heute wieder ein sehr festes Gebilde in Rußland geworden ist. Wo die Familie dem Geist der Schule entgegenwirkt, ist deren Einfluß zum Scheitern verdammt.

Bedeutung für die politische Weltlage

Wir haben hier aus dem Aufsatz von Wilczkowski nur diejenigen Argumente herausgehoben, die mit sicheren oder wenigstens einigermaßen gesicherten Tatsachen arbeiten; alles, was er noch an Konjekturen anführt, haben wir beiseite gelassen. Er schließt mit der Feststellung, daß die „stalinistische Mystik" gewiß in Parteikreisen und in gewissen Kreisen der Jugend stark ist, daß man außerdem keinesfalls die Stärke des sowjetischen Apparats unterschätzen darf, ebensowenig wie die Macht der Trägheit und den Patriotismus, der bei vielen die

Opposition gegen das Regime nicht zur Auswirkung gelangen läßt. Aber eines ist doch jedenfalls deutlich: Sowjetrußland ist kein „Monolith", sondern in seinem Innern bestehen starke und wahrscheinlich wachsende Spannungen, die vielleicht einen einfachen Ausweg aus dem Dilemma: Ausbreitung des Bolschewismus oder Krieg gegen ihn?, bringen können.

Aus den Missionen

Das Christentum in Indonesien. Missionsgebetsintention für Mai 1951

Der Vormarsch des Kommunismus auf dem Festland Südostasiens läßt für das Christentum auf der dem Festland vorgelagerten Inselwelt der Philippinen und Indonesiens ernste Befürchtungen hegen. Wie zur Zeit die chinesischen Kommunisten heimlich auf den 7000 Inseln der Philippinen Sendboten absetzen, ohne daß dies verhindert werden könnte, so fließt durch die Hände von Chinesen, die sich in Indonesien einschleichen und unter den fast 2 Millionen dort seßhafter Landsleute bequem untertauchen können, dauernd Geld zum Aufbau der Fünften Kolonne über Singapore ins Land. Die christlichen Chinesen in Indonesien leiden unter dem Verdacht, der einmal wieder auf der chinesischen Bevölkerung hinsichtlich ihrer nationalen Zuverlässigkeit lastet, zumal schon früher wegen ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit und Gewandtheit seitens der einheimischen Bevölkerung Progrome gegen die Chinesen unternommen wurden. Die indonesische Regierung hat leider in dem Bestreben, den Frieden mit Moskau zu wahren, dem Kulturattaché der Regierung Mao Tsetungs ein Mitspracherecht in allen Fragen des Schulwesens der Chinesen eingeräumt, sicherlich ein erstaunliches Entgegenkommen seitens eines souveränen Staates!

Islam und kommunistische Gefahr

Hätten wir in Indonesien ein Staatengebilde vor uns, das von fanatischen Mohammedanern etwa sunnitischer Observanz bewohnt wäre, so könnte man hoffen, daß es sich gegen den Kommunismus immun zeigen würde, zumal dies Land ja die von den Kommunisten überall verheißene nationale Unabhängigkeit und die Befreiung vom Joch der westlichen Mächte schon erreicht hat. Aber der Islam stellt dort nur eine Überlagerung tieferer animistischer und hinduistischer Kulturschichten dar. Er ist zwar die Religion des weitaus größten Teiles der Indonesier, aber von den 50 Millionen Mohammedanern Javas (zwei Dritteln der Einwohner Indonesiens) praktiziert nur ein Drittel, und im Ostgebiet des Landes, dem sogenannten Großen Osten, ist die Bevölkerungsmehrheit animistisch. Da die allgemeine Wirtschaftsnot, verstärkt durch die augenblickliche Weltkrise, in Indonesien noch nicht überwunden ist, könnte der tiefe Lebensstandard der Massen auch in einem überwiegend äußerlich mohammedanisierten Lande doch der Nährboden für eine kommunistische Überfremdung werden. Das Gewerkschaftskartell Indonesiens schwimmt schon ganz und gar im kommunistischen Fahrwasser. Hat sich der Kommunismus einmal mit Hilfe von außen in den Sattel gesetzt, so könnte er versuchen, das Islamproblem in ähnlicher Weise zu lösen, wie Rußland es in seinen islamischen Gebieten getan hat.

Droht dem Christentum Indonesiens von außen die kommunistische Gefahr, so von innen der Anspruch des Islam auf Bildung eines rein islamischen Staates, ein Anspruch, gegen den sich der im ganzen Lande hochverehrte Präsident Soekarno und auch die Mehrheit des derzeitigen Parlaments kräftig wehren. Obwohl der Islam an den Putschversuchen der letzten Jahre führend beteiligt war, hat er eben doch nicht den öffentlichen Einfluß, um sich gegen die augenblickliche Ideologie der Staatsführung durchzusetzen. Allgemein wird die islamische Gefahr zur Zeit als gering angesehen, zumal es den Mohammedanern an wirklich gebildeten und einflußreichen Führern fehlt. Die Regierung hat bisher erfolgreich die Grundsätze eines modernen religiös neutralen Staates gegen alle Unduldsamkeit verteidigt. Weicht die Regierung von dieser Linie ab, so gerät sie unweigerlich in die Abhängigkeit von rechts (Islam) oder links (Kommunismus). Es ist schwer zu sagen, ob und wie lange ein Regime westlicher Art sich inmitten der noch unstabilen Verhältnisse Südostasiens halten kann. Die Entscheidung wird der Ausgang des Ringens zwischen den Weltimperialismen bringen.

Eine dritte Gefahr für das Christentum kann das augenblicklich starke Einströmen westlicher Ideen in Indonesien bringen, wenn hier nicht die Spreu vom Weizen gesondert wird und das Neuheidentum Boden gewinnt. Hier wird eine weitere Entwicklung sichtbar, die im Endergebnis auch dem Kommunismus die Wege bereiten kann. Jedes Einströmen westlichen Diesseitsgeistes erleichtert ja dem Kommunismus den Sieg.

Die Christen als Bürger des neuen Staates

Die christlichen Gemeinschaften haben sich rückhaltlos der Regierung für den Aufbau zur Verfügung gestellt: sowohl der Kalvinismus, der heute bitter die einst ihm so freigebig geschenkte Unterstützung der holländischen Regierung vermißt und große Mühe hat, das Mißtrauen der Einheimischen gegen die Religion der einstigen Herren zu überwinden, als auch der Katholizismus, der nach langer Unterdrückung durch den Kalvinismus sich im 19. Jahrhundert kräftig entwickelte und heute in 21 Apostolischen Vikariaten und Präfekturen 800 000 Mitglieder (darunter noch 70 000 Europäer) zählt. Der Schwerpunkt der Kraft des Katholizismus liegt auf den noch animistischen Kleinen Sunda-Inseln, die Aussicht bieten, in wenigen Jahrzehnten ein katholisches Land zu werden. Aber auch im mohammedanischen Java sind sehr gute Ansätze zur Entwicklung der Kirche vorhanden. Hier erlebt man auch, eine sonst in islamischen Gebieten sehr seltene Erscheinung, daß man Mohammedaner, besonders wenn sie frühzeitig die Lehrerbildungsanstalten der Mission besuchen, zur Konversion bringen kann. Die meisten Missionare sind noch Holländer, die es verstanden, durch selbstlosen Dienst am Volke das Vertrauen der neuen Regierung zu gewinnen. Ein Bischof, 70 Priester, 60 Brüder und 300 Schwestern sind schon Kinder des Landes, und 400 junge Einheimische bereiten sich auf das Priestertum vor. Die katholische Kirche wird heute in Indonesien als übernationale Macht angesehen und hat die Krise der Ablösung des Kolonialsystems anscheinend sehr gut überstanden, zumal sie in den bewegten Jahren strengste Neutralität auf politischem Gebiet beobachtet hat. Der Dienst am neuen Staate, der mit Rom freundschaft-

liche diplomatische Beziehungen unterhält (Internuntius in Djakarta und indonesischer Gesandter am Vatikan), ist der Kirche leicht gemacht, wenn die sog. 5 Grundpfeiler (Pantja Sila) die Magna Charta der indonesischen Freiheit bleiben. Von Soekarno im entscheidenden Augenblick der Unabhängigkeitsbewegung verkündet, treten sie ein für die Anerkennung des souveränen Gottes, für ganzmenschheitliches Empfinden („Humanität"), Demokratie, soziale Gerechtigkeit und einen Nationalismus, der frei ist von jeder nationalen Überheblichkeit. Die Demokratie soll nach Soekarno nicht in Parlamentarismus ausarten, der zur Förderung eines entarteten Kapitalismus geführt habe, sondern eine politisch-ökonomische Staatsform sein, die wirklich dem sozialen Frieden dient. Der nationale Gedanke basiert auf der „gottgegebenen geopolitischen Einheit Indonesiens", die „von Nordsumatra bis Papua" reicht. Es ist schwer, gegen diese Konzeption einer geopolitisch umgrenzten Vaterlandsliebe Einwände vom Standpunkt der christlichen Ethik zu erheben.

Das Bedürfnis nach der Hilfe katholischer Laien aus Europa

Der schwache Punkt des Systems ist sein hoher Idealismus. Die Durchführung fordert vom Volke hohe geistige Bildung und Zucht, Bedingungen, die in dem neuen Staatswesen mit seinem zurückgebliebenen Bildungswesen nur schwach gegeben sind. Die Zukunft wird erweisen, ob das Ideal entsprechende Verwirklichung findet. Die Missionare aber können im Rahmen dieses Systems dem Staate durchaus bejahend gegenüberstehen und ihm wertvolle Hilfe leisten. Indonesien braucht hier vor allem auch die Mitarbeit geschulter katholischer Laien, die Holland entsprechend der Entwicklung zu stellen hätte. Die Ausbildung solchen Laienhelfertums ist bisher leider nicht mit der nötigen Weitsicht betrieben worden. Die Kampfatmosphäre zwischen Holland und Indonesien, die Uneinigkeit der Katholiken Hollands hinsichtlich der Lösung des indonesischen Problems, der niederschmetternde Eindruck, den das Zurückströmen holländischer Kaufleute, die ihre Werte liquidiert hatten, auf die katholische akademische Jugend machte, lassen vieles hier begreiflich erscheinen. Dennoch bedarf die Kirche Indonesiens solcher Laien, die es wagen, trotz einer noch unsicheren politischen Zukunft des Landes der werdenden einheimischen Kirche Indonesiens um des Reiches Gottes willen helfend zur Seite zu treten. Die indonesische Regierung wird solchen Kräften im Dienste der Kirche nicht den Eintritt ins Land verwehren.

Das Programm der Pantja Sila ist zur Zeit der stärkste Garant für die freie Entfaltung des Christentums in Indonesien, wenn auch die Verfassungsänderung vom 14. August 1950, die nach zum Teil gewaltsamer Herbeiführung eines Einheitsstaates anstelle des von den Holländern geförderten Föderalsystems neue verfassungsrechtliche Grundlagen schuf, die bei den Verhandlungen in Amsterdam ausgehandelten religiösen Grundrechte allzusehr zusammenstrich. Die Katholiken haben, da die Regierung die sofortige Annahme dieser Verfassung als Forderung eines Staatsnotstandes erklärte, nur mit großem Bedenken zugestimmt. Die Formulierungen in Sachen der Religion könnten einmal sehr gegen das Christentum mißbraucht werden. Möge eine solche Befürchtung nie Wahrheit werden!

Katholisches West-Afrika

In Kumasi, der Hauptstadt der westafrikanischen Goldküste, fand zum erstenmal in der Geschichte Westafrikas Anfang März d. J. ein Eucharistischer Kongreß statt, nachdem im Februar die ersten allgemeinen Wahlen vorausgegangen waren. Die junge nationale Regierung hatte zunächst eine sehr reservierte Haltung gegenüber dem Plan einer solchen Kundgebung des katholischen Christentums eingenommen. Sie war wahrscheinlich von nationalen Prestigegefühlen bedrückt. Aber der Verlauf des Kongresses überwand alle Vorurteile.

Etwa 50 000 — 70 000 Menschen waren zusammengeströmt. Man hatte mit einer so großartigen Teilnahme nicht gerechnet, und nun wurde den Behörden und der Bevölkerung klar, daß „es sich hier um ein Ereignis handelte, das bedeutender war als alles, was Kumasi jemals erlebt hatte". Die Katholiken, die in der Hauptstadt und im Lande eine Minorität darstellen, wurden selbst erst in diesen Tagen von ihrem Minderwertigkeitskomplex frei. Noch am ersten Tage der Feierlichkeiten war man nicht ohne Sorgen über das Gelingen. Mancher Nichtkatholik war von Mißtrauen erfüllt. Aber am zweiten Tage war der Bann gebrochen. König Otonfo Sir Nana Osei Agyeman Prempey II., der der methodistischen Konfession angehört, gab den führenden Persönlichkeiten einen würdigen Empfang zu Ehren des Apostolischen Legaten, Erzbischof Mathew, bei dem der Fürst der Kirche hohe Anerkennung zollte.

Die Auswirkungen des Kongresses lassen sich noch nicht übersehen. Jedoch ist eines gewiß: die Katholiken sind nunmehr neben den zahlenmäßig überlegenen Methodisten und den privilegierten Anglikanern als gleichberechtigt anerkannt. Ganz besonderen Eindruck auf die Bevölkerung machte das Erscheinen des schwarzen Bischofs Kiwanuka inmitten der übrigen Mitglieder des Episkopates. Die Presse hob diese Tatsache als einen überzeugenden Beweis der Gleichberechtigung hervor, die die katholische Kirche allen ihren Söhnen gewährt. Besonders die Jugend zeigte sich davon begeistert. Die Anwesenheit einer sehr großen Zahl von Negerpriestern aus den verschiedenen Ländern Westafrikas machte auf ihre Landsleute einen großen Eindruck.

Der Kongreß bestärkte von neuem die Hoffnung, daß Afrika einem Aufblühen des Reiches Gottes entgegengeht, das providentiell zu sein scheint. Missionarisch betrachtet, das Land der Zukunft!

Die Rassenfrage in der Südafrikanischen Union

Über die Rassenpolitik, die die Regierung der Südafrikanischen Union unter der Leitung Dr. Malans eingeschlagen hat und über die sich jeder gerecht denkende Mensch, erst recht jeder Christ empören muß, hat auch die Herder-Korrespondenz bereits mehrmals berichtet (Jhg. 3, S. 449f., Jhg. 4, S. 303f.). Die katholischen Bischöfe und auch die im Ökumenischen Rat vertretenen protestantischen Kirchen haben lauten Protest gegen diese Politik erhoben; doch es muß leider gesagt werden, daß dies die eingeschlagene Richtung nicht beeinflußt hat. Der eigentliche Grund dazu ist darin zu suchen, daß die Mehrzahl der in Südafrika lebenden Weißen nicht hinter diesen Protesten steht; sie sind nicht gewillt, auf die ihnen aus der völligen Diskriminierung ihrer schwarzen Landsleute erwachsenen Vorteile zu ver-

zichten. Um so mehr ist gewiß jeder einzelne kleine Vorstoß zu einer Überwindung der Rassenvorurteile, einer Niederlegung der Trennungsmauer (bisweilen im wörtlichsten Sinn) zu begrüßen: so wenn, wie der Internationale Fidesdienst am 10. März berichten konnte, bei der Einweihung einer neuen Kirche für die Eingeborenen im Städtchen Middelburg in der Provinz Transvaal auch die weißen Katholiken sehr zahlreich teilgenommen haben und dort auch bei den jährlichen Fronleichnamsprozessionen in den letzten Jahren die Katholiken aller Rassen gemeinsam dem Allerheiligsten folgen. Und ebenso wenn sich in Kapstadt (wie Kipa am 8. Januar meldete) eine Gruppe von bisherigen Angehörigen der Holländischen Reformierten Kirche, aus deren Reihen Dr. Malan hervorgegangen ist, von dieser gelöst und eine neue kalvinistische Kirche gegründet hat, weil sie die Rassenpolitik der Regierung und ihrer bisherigen Kirche nicht mehr mitmachen wollen: diese Gruppe soll ausdrücklich nicht nur Farbige, sondern ebenso Weiße im Sinne der Rassengleichheit vor Gott umfassen.

Aber im ganzen ist die Lage der Schwarzen in Südafrika immer noch, infolge der südafrikanischen Rassengesetzgebung, trostlos und völlig entwürdigend. Das bezeugt auch der Bericht einer englischen Journalistin, Monica Whatley, in der Londoner katholischen Wochenschrift „The Universe" vom 26. Januar 1951 (abgedruckt in „La Croix" 29. 3. 51), die eine Rundreise durch die Südafrikanische Union gemacht, mit vielen Personen gesprochen und die Verhältnisse mit wachen und scharfen Augen beobachtet hat. Sie hat die Zustände derart empörend gefunden — das Wohlleben der $2\,^1/_4$ Millionen Weißer auf Kosten der für sie arbeitenden 8 Millionen völlig entrechteter Schwarzer —, daß sie befürchtet, eine solche Ungerechtigkeit müsse, wenn sie nicht bald behoben werde, in einem furchtbaren Blutbad enden.

Der Lebensstandard der Weißen und der Schwarzen

Ihrem Bericht zufolge ist der Lebensstandard der Weißen in Südafrika höher als irgendwo sonst, vielleicht einzig die USA ausgenommen. Sie besitzen alle hübsche, wenn nicht luxuriöse Häuser, Autos und das beste Essen und Trinken. Ihnen allein stehen die besten Schulen für ihre Kinder zur Verfügung, und jede erdenkliche Form von Vergnügung und Unterhaltung ist ihnen zugänglich.

Daneben leben die Schwarzen in krassem materiellem Elend. Ihnen ist 83 % des Bodens ihres Landes abgenommen worden, während sie doch fast viermal zahlreicher sind als die Weißen, so daß sie auf ihrem eigenen Grund nicht existieren können: sie sind gezwungen, für die Weißen zu arbeiten, teils auf den Gütern, wo sie derart schlecht behandelt werden, daß sie diese Arbeit immer mehr verlassen, um in die Bergwerke zu gehen, die den andern Teil ihrer schweren Lebensmöglichkeiten bilden. Dort sind sie von ihren Familien getrennt und dadurch jeder Versuchung preisgegeben. Um die Bergwerke herum siedeln sie in den engen, ihnen zugewiesenen Arealen, zusammengepfercht in unbeschreiblichem Schmutz und unter den unhygienischsten Verhältnissen. Die Kindersterblichkeit ist sehr groß. Und in diesem Land der Sonne, in dem die Sterblichkeit durch Tuberkulose unter den Weißen geringer ist als in jedem anderen Land der Welt, ist sie unter den Schwarzen höher als irgendwo sonst in der Welt. Die Regierung tut nichts, um diese Verhältnisse zu bessern. Die wenigen den Schwarzen zugänglichen Krankenhäuser reichen in keiner Weise aus, ebensowenig wie die für sie bereitstehenden Schulen. Neue Maßnahmen, die Dr. Malan kürzlich in Vorschlag gebracht hat, können das Elend noch erheblich steigern: da die Schwarzen sogar die Bergwerksarbeit der harten Behandlung auf den Gütern der Weißen vorziehen, macht sich bei diesen allmählich ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. Dr. Malan hat nun eine Lösung vorgeschlagen, die ihn zugleich von einem anderen schwierigen Problem befreien würde: im letzten Jahr ist die Zahl der Strafarreste auf 7000 gestiegen, während die Gefängnisse nur Platz für 700 hatten. Die Farmer sind nun ermächtigt worden, eigene Gefängnisse zu bauen, durch die sie sich eine unbegrenzte Zahl von irgendwie straffälligen Arbeitskräften sichern können, wobei sie gleichzeitig dem Staat die Kosten des Neubaus von Gefängnissen ersparen. Diese Arbeitssklaven würden sie nichts kosten außer dem Gefängnisbau, und der Lohn des freien schwarzen Arbeiters würde dadurch noch mehr herabgedrückt.

Die Abriegelung von der Bildung

Neben dem Landverlust, der das gegenwärtige Leben der Schwarzen zum Elend verurteilt, ist für die Zukunft das schlimmste, daß der Staat ihnen eine angemessene Schulbildung versagt. Die Regierung behauptet, den Schwarzen keine politischen Rechte geben zu können, weil sie rückständige Analphabeten seien; aber sie tut alles, sie in diesem Zustand zu erhalten. Miß Whatley hatte den Eindruck, daß sie trotz vieler Reisen nirgendwo einen solchen Hunger nach Bildung angetroffen habe wie bei den Schwarzen Südafrikas. Bildung würde ja auch Fortkommen in der Welt und Macht bedeuten. Der Bischof von Port-Elizabeth hat gesagt, viele Schwestern würden die Eingeborenenkinder mit Freuden in ihre Schulen aufnehmen; aber hier versagen die weißen Katholiken: sie würden zweifellos sofort ihre Kinder aus der Schule herausnehmen, wenn farbige aufgenommen würden, und da die Schulen von dem Geld dieser Weißen leben, müßten sie dann ihre Pforten schließen. So kommt es, daß höchstens 5 % der Schwarzen lesen und schreiben können.

Die Verantwortung der weißen Christen

Die Bischöfe, die Priester und Schwestern der katholischen Kirche und eine eben erst erwachende geistige Elite unter den weißen Katholiken Südafrikas kämpfen zwar gegen all diese furchtbaren Ungerechtigkeiten an, aber sie setzen dabei viel aufs Spiel, und viele von ihnen sind darum sehr vorsichtig in ihren Äußerungen. Die Mehrzahl der Katholiken steht nicht hinter ihnen. So kommt es, daß nur eine einzige Gruppe von Weißen überhaupt keine Rassenschranken anerkennt: die Kommunisten. Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen die kommunistische Propaganda einen nur zu günstigen Boden findet. Sind die Regierenden völlig blind demgegenüber? Sollten sich nicht wenigstens die Christen besinnen und den scharfen Vorwurf in ihrem Gewissen fühlen, daß die atheistischen Kommunisten den Bruder im Schwarzen erkennen, während die Christen hier versagt haben? Miss Whatley nennt es eine Beleidigung der Weisheit des Allmächtigen, wenn der Christ im Menschen anderer Farbe den Bruder nicht anerkennt; denn Gott ist es, der die Menschen mit verschiedener Hautfarbe geschaffen hat, und

„wir leugnen die universale Vaterschaft Gottes jedesmal, wenn wir einem nicht-europäischen Kind die Erziehung, einem nicht-europäischen Volk die Gerechtigkeit verweigern".

Ökumenische Nachrichten

Die 3. Synode der EKD

Die dritte Generalsynode der EKD, die vom 1.—5. April in Hamburg tagte, hatte als Hauptthema die Neuregelung der kirchlichen Diakonie, d. h. vor allem den Erlaß eines neuen Hilfswerk-Gesetzes, weil die im Januar 1949 in Bethel beschlossene Ordnung nur für zwei Jahre befristet war. Damals wurde das Hilfswerk, das unter der tatkräftigen Führung seines ersten Begründers und Leiters, Dr. Gerstenmaier, sehr selbständig geworden war und den alleinigen Verteiler aller Liebesgabensendungen aus dem Ausland darstellte, stärker unter die kirchliche Verantwortung gestellt. Das neue Gesetz verändert seine Gestalt völlig im Sinne einer Dezentralisation. Das Nachlassen der Auslandsspenden macht eine sehr viel größere Aktivität der lokalen Instanzen erforderlich; und da die Person von Dr. Gerstenmaier heute einen ganz bestimmten politischen Kurs repräsentiert, der im Osten mißbilligt wird, war besondere Rücksicht auf die Ostzone erforderlich. Denn deren Innenminister Dr. Steinhoff hatte am 15. Februar ein Einfuhrverbot auswärtiger Liebesgaben bzw. deren Verteilung durch die „Volkssolidarität" angeordnet. Innerpolitische Angriffe, die in jüngster Zeit gegen den Leiter des Hilfswerks erfolgten, haben auf die Neuregelung keinen Einfluß gehabt. Der Rat der EKD hat die Angriffe auf Dr. Gerstenmaier als unbegründet zurückgewiesen, und die Synode hat dem Hilfswerk das Vertrauen ausgesprochen. Das neue Gesetz schränkt die Stellung des Zentralbüros ein. Statt eines „Leiters des Hilfswerkes" gibt es künftig nur einen „Leiter des Zentralbüros". Eigene wirtschaftliche Unternehmungen müssen abgestoßen werden. Die Errichtung von Heimen und Anstalten muß vom Verwaltungsrat und vom Rat der EKD genehmigt werden. Der Hilfswerksausschuß wird auf eine breitere Grundlage gestellt. Es gehören ihm an der Vorsitzende des Rates der EKD und ein weiteres Mitglied des Rates, je ein Vertreter der Hilfswerke der Gliedkirchen der EKD, der Leiter des Zentralbüros, der Präsident des Zentralausschusses für Innere Mission und eine Reihe anderer Vertreter, darunter sechs Delegierte der Synode. Der Ratsvorsitzende ist gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates, der die Geschäftsführung überwacht. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Oktober 1951 müssen ausgegliedert sein: das Evangelische Verlagswerk Stuttgart, die Wochenzeitung „Christ und Welt", die Veredelungswirtschaft G.m.b.H., die Matthiasfilm G.m.b.H., die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Ev. Hilfswerkes der EKD und die Sozialwerke-Gesellschaft für Wohnung und Hausrat m.b.H.
Ein zweites Gesetz hat einen „Diakonischen Beirat" geschaffen, um die Wahrnehmung des Liebesgebotes einheitlich anzuregen. Damit ist der Plan hinfällig geworden, neben Kirchenkanzlei und Außenamt als dritte Zentralbehörde ein „Diakonisches Amt" zu schaffen. Ein Aufruf der Synode an die Gemeinden mahnt zu verstärkter Übung praktischer Liebespflicht in den Gemeinden selbst.

Politische Spannungen bereinigt

Der Rechenschaftsbericht von Bischof D. Dibelius über das verflossene Jahr legte mit großer Offenheit die bedauerlichen politischen Spannungen dar und erklärte u. a., es sei leider nicht immer deutlich der Unterschied zwischen christlichem Gewissensernst und Parteikritik zum Ausdruck gekommen. Es sei nicht damit getan, hinterher die Schärfe dieser oder jener Äußerung zu bedauern. Wer als Christ rede, müsse unmißverständlich reden. In der sehr offenen Aussprache sagte D. Niemöller, er betrachte diesen Teil seiner politischen Tätigkeit als abgeschlossen, und er fand gegenüber der Bonner Regierung Worte des Einlenkens (wie Epd meldet). Sehr mutig waren die Erklärungen von Bischof D. Dibelius über die Lage in der Ostzone: „Mit einem totalen Staat, der unter Einsatz aller seiner Machtmittel die materialistische Weltanschauung zur Geltung zu bringen sucht, wird die Kirche Jesu Christi innerlich niemals zusammenkommen. Dieser Gegensatz darf nicht verschleiert werden. Inzwischen haben es die politischen Verhältnisse mit sich gebracht, daß die staatlichen Beziehungen zu den Kirchenleitungen sich freundlicher darstellen. Man erhoffte von ihnen Vermittlerdienste für eine Wiedervereinigung Deutschlands, wie sie die östliche Politik in überraschender Wendung ins Auge gefaßt hatte. Die Kirchenleitungen des Ostens lehnten es nicht ab, zu einer solchen Auflockerung der Situation auch ihrerseits die Hand zu bieten. Daß man ihnen politische Ahnungslosigkeit vorwirft, werden sie gern in Kauf nehmen — wenn sie nur im Dienste der Liebe und des Friedens getan haben, was sie konnten."
Zum Schluß unterstrich D. Dibelius den Wunsch des evangelischen Volksteiles, es möchte ein Diplomat evangelischer Konfession an den Vatikan entsandt werden. In dem Bericht des Kirchlichen Außenamtes wurde die wachsende Not der deutschen Auslandsgemeinden dargelegt und eine verstärkte Pflege der Verbindung zu den orthodoxen Kirchen erwähnt. Man habe den Schriftenaustausch mit dem Moskauer Patriarchat ausgebaut und werde demnächst einen evangelischen Pfarrer als ständigen Vertreter des Außenamtes zum Patriarchen von Konstantinopel entsenden.

Volk Gottes — Kirche — Hl. Geist

Die Aussprache über das Dokument von Toronto „Die Kirche, die Kirchen und der Weltrat der Kirchen" (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 5, S. 100 f.) hat begonnen. Das Aprilheft 1951 der „Ecumenical Review" ist hauptsächlich dem Abdruck von Gutachten und Stimmen zu diesem Thema gewidmet, die manche interessante Kritik im Rahmen allgemeiner Zustimmung zum Ausdruck bringen. Der methodistische Prof. Clarence T. Craig, Madison N. J. (USA), ist mit dem Dokument nicht zufrieden, weil es nicht ein Zeugnis für die Einheit, sondern für die Spaltungen der Kirchen sei, „die noch im Leibe Christi existieren". Um weiter zu kommen, müsse man zunächst unterscheiden „zwischen der Tatsache der Einheit des Volkes Gottes und den Unterschieden in unseren Lehren über die Natur dieser Kirche". Die „Wirklichkeit" fordere unsere Theorien heraus, sagt Craig, und diese Wirklichkeit des einen Volkes Gottes werde immer noch von vielen Mitgliedern des Rates nicht anerkannt. Auf der anderen Seite erklärt er, es gehe nicht an, dauernd zu beteuern, man sei „eins in Christus", obwohl man nicht eine Kirche bilde. Diese

Aufspaltung der Begriffe sei im Lichte des Neuen Testaments unhaltbar. Hier sei eindeutig die Kirche der Leib Christi, und für das biblische Denken sei der Leib nicht ein äußeres Gewand, sondern die Person selbst. Für den hl. Paulus bedeute daher „in Christus" ein Sein in der Kirche. Die Sache des Ökumenischen Rates sei künftig gefährdet, wenn es nicht gelinge, dieser biblischen Erkenntnis Rechnung zu tragen und ein gewisses Maß kirchlicher Einheit herzustellen.

Prof. Peter Brunner, Heidelberg, ein führendes lutherisches Mitglied des ökumenischen Arbeitskreises, der in Deutschland regelmäßig mit katholischen Theologen tagt, betrachtet das Dokument von Toronto als einen Fortschritt. Er handelt in seinem Votum von dem „pneumatischen Realismus", der im Ökumenischen Rat einen Ausdruck gefunden habe. Die Ekklesiologie von Toronto sei der Reflex einer unmittelbaren geistlichen Erfahrung und die Anerkennung einer objektiven dogmatischen Wahrheit, die das Gewissen der Christen bindet, einer Erfahrung, die nicht Menschen geschaffen, sondern von Gott empfangen haben. Die Tatsache der Una Sancta sei heute eine unzerstörbare Realität, die sich trotz der Reformation behauptet habe. In den letzten Jahrhunderten habe zweifellos die Lehre vom Heiligen Geist doketische Züge angenommen, heute dagegen setze der Heilige Geist seine Fleischwerdung durch und schärfe das Gewissen der Christen, daß es die Einheit des Leibes Christi auch in einer äußeren sichtbaren Solidarität bezeuge. Zum erstenmal in der christlichen Geschichte sei in Toronto ein Hinweis gegeben worden, auf welcher Basis Mitglieder des Rates, die sich gegenseitig von der Kommunion ausschließen müssen, dennoch einander in Liebe zugestehen, daß sie lebendige Glieder des Leibes Christi sind. Auch gewinnen die Sakramente immer größere Bedeutung für die Besinnung innerhalb des Rates. Die Taufe werde als das ökumenische Sakrament erkannt, und man nehme ihre Wirkungen wieder ernst. Man müsse sich allerdings fragen, ob es wirklich der Herr selber ist, der angesichts der schon vorhandenen geistlichen Einheit noch die Trennung in der Verwaltung des Abendmahls aufrechterhält. Andrerseits läge bei einer Kirche, die Christen einer anderen Gemeinschaft vom Abendmahl ausschließe, nicht etwa ein Mangel an Liebe vor, sondern es zeige sich die konkrete Verantwortung für die Einheit der Kirche. Man müsse diese Trennung als ein Kreuz tragen und als ein aufgerichtetes Zeichen erkennen, das uns mahnt, die Einheit des mystischen Leibes der Kirche solle nicht ohne äußere und sichtbare Zeichen sein.

Rücksicht auf Rom

Der anglikanische Bischof von Malmesbury rät, sich mehr als bisher auf das Wirken der Gnade zu stützen, wenn man den Entschluß, beieinander zu bleiben, durchhalten wolle. Er warnt sodann vor der Gefahr, daß der Ökumenische Rat eine antirömische statt eine nichtrömische Institution werde. In diesem Falle würden die Anglokatholiken ihm ihre Unterstützung entziehen. Man dürfe die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Römisch-Katholische Kirche zwar nicht ein Mitglied des Ökumenischen Rates werde, aber doch „in ein gewisses paralleles Verhältnis" zu ihm tritt. Die anglikanische Kirche werde jedenfalls im Mai dieses Jahres auf ihren beiden Synoden das Dokument von Toronto einer offiziellen Prüfung würdigen.

Schließlich sei erwähnt, daß der ökumenische Studiensekretär der niederländisch-reformierten Kirche, H. van der Linde, mit Recht von der neuen kritischen Theologie des Neuen Testaments eine Förderung des Ökumenischen Rates erwartet, wobei allerdings nicht unerwähnt bleiben darf, daß nach einem Bericht der „Reformierten Kirchenzeitung" Rudolf Bultmann in einer öffentlichen Rede die christologische Formel des Rates „Jesus Christus als Gott und Heiland" als unbiblisch abgelehnt hat. Der lutherische Erzbischof von Upsala, Yngve Brilioth, spricht sich in seinem Gutachten für eine sichtbare Gestalt der Kirche mit Ritus und Verfassung aus, in welcher die unsichtbare Kirche Fleisch wird. Es sei aber zu begrüßen, daß der Rat einstweilen von einer Definierung einer ekklesiologischen Zielsetzung absehe. Bischof Newbigin von Südindien fordert, daß der Rat sich nur als eine Übergangserscheinung zu einer geeinten Kirche betrachtet. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die erste Reihe von Beiträgen zur Aussprache über das Dokument von Toronto nur die schwebenden Differenzen widerspiegelt, ohne einen sicheren Weg zu ihrer Überwindung zu wissen. Indessen ist der Doketismus kräftig im Abnehmen.

Die Einheitskirche von Cincinnati

Es ist für die richtige Beurteilung der künftigen Entwicklung des Ökumenischen Rates notwendig, die inneramerikanischen Tendenzen zu kirchlichen Fusionen sorgfältig zu beobachten. Anläßlich unserer ersten Meldung über die Gründung des „Nationalrates der Kirche Christi in USA" (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jg. S. 178 und 246) hatten wir darauf hingewiesen, daß die im wesentlichen kongregationalistischen Denominationen — sie machen im Nationalrat über $^2/_3$ der Christen aus — auf eine völlige Einigung zur „Vereinten Kirche Christi", eine sogenannte organische Union, hindrängen, wobei sie von den christlichen Frauenorganisationen unterstützt werden. Es liegt nun der Verfassungsentwurf vor, den der Methodistenbischof Lee Holt auf der Konferenz von Cincinnati am 23. Januar 1951 zur Diskussion gestellt hat („Christian Century", 14. Februar 1951). Diese Konferenz sollte die Linie fortsetzen, die im Dezember 1949 in Greenwich (Con.) begonnen wurde und deren Substanz die Opposition gegen den Einfluß der „katholisch"-bischöflichen Gruppen, d. h. besonders der Anglikaner und Orthodoxen innerhalb der ökumenischen Arbeit ist (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, S. 255 f.). Es ist merkwürdig, daß die Verfassung der EKD eine Anregung zu diesem Einigungsvorschlag gegeben hat. Auf der Konferenz von Cincinnati waren offiziell vertreten die Kongregationalisten, die Disciples of Christ, die Methodisten, Presbyterianer und Evangelisch-Reformierten, von kleineren Gemeinschaften abgesehen. Sie umfassen zusammen ca. 17,5 Millionen Christen. Die Baptisten fehlten. Die Redner, darunter Charles Clayton Morrison, der Mitherausgeber des „Christian Century", George W. Richards (Ev. Ref.) und Bischof Holt, nannten die bisherigen Ergebnisse der ökumenischen Bewegung eine halbe Sache. „Der nächste Schritt muß eine organische Einheit sein." Der vorgelegte Plan wurde in dieser ersten Fassung noch nicht gebilligt. Bischof Oxnam (Meth.), einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates, nannte den Plan warnend „zu kongregationalistisch". Anderen Methodisten war er im Technischen noch zu wenig konkret. Die

Disciples of Christ schlugen vor, die Nomenklatur der Ämter und Organe flüssiger zu gestalten, z. B. den Vorsitzenden der synodalen Instanz „Bischof oder Sekretär oder Superintendent, Direktor oder sonstwie" zu nennen.

Der Fusionsplan

Der Wortlaut des Dokumentes geht von einem „göttlichen Imperativ" aus, den vereinigten Kräften des Bösen die Kräfte der Erlösung entgegenzustellen, und zwar „durch das persönliche und korporative Zeugnis und die zusammengefaßte Aktion der geeinten Christen". Der zweite Abschnitt spricht von dem „gemeinsamen Erbe des christlichen Glaubens" und sagt: „Wir teilen einen gemeinsamen Glauben an Gott unseren Vater, an Jesus Christus seinen Sohn, unseren Heiland, an den Hl. Geist, unseren Führer und Tröster, an die Hl. Katholische Kirche, durch welche Gottes ewiger Plan der Erlösung verkündet wird und seine Königsherrschaft auf die Erde gekommen ist ..." Diese stark entdogmatisierte trinitarische Formel widerspricht offensichtlich der sogenannten „christologischen Basis" des Ökumenischen Rates („Jesus Christus als Gott und Heiland") und bleibt auch hinter der Formel des Nationalrates zurück („Jesus Christus als Herr und Heiland"), die ihrerseits schon das Mißfallen der Disciples of Christ erregt hatte (vgl. S. 247 linke Spalte). Sie leitet zu dem Vorhaben über, „unter Führung des Hl. Geistes in Christus Einheit zu suchen mit jener christlichen Freiheit des Gewissens und der Organisation, deren wir uns jetzt erfreuen, und dabei uns zu vereinigen zu einem sichtbaren Leibe, der die Vereinte Kirche Christi heißen soll, zur Förderung des Erlösungswerkes Christi in der Welt ..." Die Organisation baut auf selbständigen Ortsgemeinden der einzelnen Denominationen auf. „Die Ortskirche ist die ökumenische Kirche, die an einem besonderen Ort in Erscheinung tritt." Darum werden die verschiedenen Gemeinden eines Ortes — das ist in USA die Regel — durch einen Ausschuß zusammengefaßt. Die Verwaltung des Abendmahles und die des Eigentums bleibt autonom, soweit das Eigentum nicht zusammengelegt wird. Die Ordination der Pfarrer geschieht „zum Dienst der Kirche Jesu Christi". Sie wird durch das Presbyterium, die nächsthöhere Instanz, auf Vorschlag der Ortsgemeinde unter Vorsitz des „Bischofs" vollzogen, um damit anzuzeigen, daß der Ordinierte der ganzen Kirche gehört. Das übergeordnete Presbyterium, aus Vertretern der verschiedenen Denominationen bestehend, ist besonders für den geistlichen Nachwuchs verantwortlich und nimmt die Wahl der Delegierten zur „Konferenz" vor, einer Art Provinzialsynode, die von Geistlichen und Laien beschickt wird und sich einen „Bischof" wählt als „geistlichen Berater und Führer der Kirchen und Pfarrer und als Verwaltungsaufsicht". Die letzte Instanz ist ein „Generalrat", der alle zwei Jahre tagt und die Einheit dieser Union repräsentiert, die „Weihe eines neuen Bischofs" vornimmt und die gemeinsamen Aufgaben durchführt.

Es handelt sich also um ein lockeres Schema, in welchem allmählich die angehörigen Denominationen zusammenwachsen können. Seiner Struktur nach unterscheidet es sich durch seine große Einfachheit und dogmatische Unbedenklichkeit von dem Unionsversuch der „Kirche von Südindien", die immerhin auch die Anglikanische Kirche einbezogen hat, weil deren episkopale Sukzession und Weihe zugrundegelegt wurde. Man darf wohl damit rechnen, daß diese Union der amerikanischen Freikirchen liberaler Prägung noch vor Lund Wirklichkeit wird und dann dem Ökumenischen Rat zu schaffen macht, bei dessen „christologischer Basis" man heute schon zweifeln darf, ob sie von allen Mitgliedern des Rates aufrichtig anerkannt worden ist.

Asmussens umkämpfte Mariologie

Es war zu erwarten, daß Asmussens mutiges und tiefgründiges Marienbuch auf lebhaften Widerspruch auch im lutherischen Lager stoßen werde. Man darf sich wundern, daß nur so wenig davon laut wird. Im wesentlichen blieb es bisher dem Erlanger Apologeten Walter Künneth vorbehalten, in der „Ev. Luth. Kirchenzeitung" (15. Januar) einen scharfen Protest gegen den Propst von Kiel vorzutragen. Er verschweigt darin nicht seine ernste Zustimmung zu gewissen Grundthesen über die Bedeutung der Jungfrau Maria in dem Geheimnis der Inkarnation. Er versteht ihn freilich falsch, wenn er meint, für Asmussen stehe Maria eindeutig auf seiten des Menschen. Aber dann kommt der Vorwurf, das Marienbuch verlasse in wesentlichen Stücken den Boden des biblischen Zeugnisses und versteige sich in unkontrollierbare Spekulation, so daß es in unmittelbare Nähe zur katholischen Mariologie gerate. Er meint damit alles, was über die Mittlerstellung und die Heilsnotwendigkeit Marias ausgesagt wird. Es zeigt sich hier ein unverkennbarer Mangel der Schrift Asmussens, daß er seine Einsichten nicht gründlicher belegt hat, wozu er bisher nur in Vorträgen über den Römerbrief, besonders über die Geschichtsmächtigkeit Abrahams für das Volk Gottes Gelegenheit nahm, z. B. in Mainz im Rahmen des „Instituts für europäische Geschichte" von Prof. Joseph Lortz. Künneth sagt, Asmussen provoziere geradezu die Gefahr einer heillosen Verwirrung, denn er „sieht nur die Front des liberalen Intellektualismus, gegen den wir uns mit ihm zusammen wenden. Er übersieht aber die nicht minder verderbliche Front der spekulativen Schwärmerei ...". Es sei kein Wunder, daß katholische Kreise dem Buch und seinem Verfasser Beifall zollen, da ihn von der katholischen Mariologie nur noch wenige Schritte trennen. Darum fordert Künneth — während die 2. Auflage des Buches schon verkauft wurde — ein kompromißloses Christuszeugnis zur Stärkung der evangelischen Festigkeit.

Asmussen ist Künneth die Antwort nicht schuldig geblieben. In Nr. 4 derselben Zeitschrift (28. Februar) stellt er die Frage: „Ist Christologie auch Mariologie?" Man müsse zunächst feststellen, daß die katholische Kirche mit Maria von der Christologie mehr bewahrt habe als die evangelischen Kirchen ohne Maria. Wer sich heute als evangelischer Theologe zur Jungfrauengeburt, zum Sühnetod Christi, zur leiblichen Auferstehung, zum jüngsten Tag bekenne, müsse sich beinahe entschuldigen, daß er die landläufige Entmythologisierung nicht mitmache. Asmussen stellt sodann eine Reihe meist vergessener mariologischer Aussagen Luthers zusammen und erklärt aufrichtig, daß „Luther viel katholischer ist als Wilhelm Stählin und Hans Asmussen". Das Mariendogma sei mit Recht in breitester Front so verstanden worden, daß hier in Maria von allen Menschen geredet wird. „Der Individualismus der hinter uns liegenden Epoche ist in diesem Dogma ... überwunden. Die Aufgabe aller Konfessio-

nen ... besteht darin, die kirchliche Lehre vom Individualismus zu lösen, auch und gerade dann, wenn wir von Maria reden ... Dogmatisch gesehen erfordert diese Überwindung des Individualismus, daß wir das Verhältnis der Heilstatsachen zu unserem Glauben nicht mehr allein unter dem Schema Subjekt—Objekt sehen. Daß Jesus Christus von der Jungfrau geboren ist, ist nicht so sehr Gegenüber und Gegenstand meines Glaubens, sondern bestimmendes und gestaltendes Ereignis meines eigenen Lebens. In der Geburt Christi bin ich selbst von neuem geboren, in seiner Auferstehung selbst auferstanden. Darum redet jedes Wort, das von meiner Neugeburt, von meinem Tode, von meinem Auferstehen redet, von Jesu Christi Geburt, Tod und Auferstehen, und insofern atmet das ganze Neue Testament die Jungfrauengeburt. Damit ist der Raum abgesteckt, in dem sich unsere Auseinandersetzung mit dem Katholizismus in Zukunft abspielen wird. Hier liegt Roms gegenwärtige Stärke. Wer nicht in diesem Raum und aus diesem Raum heraus redet, der redet an Rom vorbei."

Kein Scheinbiblizismus!

Sodann verteidigt Asmussen den Gedanken der Vermittlung des einigen Mittlers und weist darauf hin, daß „diese Vermittlung uns entgegentritt im Apostolat und in der Predigt, aber auch in allen geschichtlichen Entscheidungen, in denen einer für viele Generationen ein ‚fiat' spricht". Er wagt es auch zu sagen, daß der Heilige Geist, wenn er uns immer tiefer in das Christusgeheimnis hineinführt, eben dann in gewisser Hinsicht zu neuen Lehren führt. Zeige doch schon das Neue Testament solche Fortschritte der Glaubenserkenntnis. „Wir dürfen uns nicht gegen Rom auf einen Scheinbiblizismus zurückziehen!" Dann fällt allerdings der nicht zu übersehende Satz: „Wir sind uns einig in der Ablehnung des vatikanischen Konzils. In der Begründung dieser Ablehnung aber sind wir uns nicht einig. Das Herrenwort ‚Ihr seid es nicht, die da reden, sondern eures Vaters Geist ist es, der durch euch redet' nur auf die Apostel zu beziehen, ist exegetisch unmöglich ... Es kann vom lutherischen Verständnis aus nicht bestritten werden, daß die christliche Kirche Wahrheiten formuliert, die ohne allen Zweifel geglaubt werden müssen ... Nur auf dieser Basis läßt sich mit dem Papst darüber streiten, ob das Vaticanum recht ist oder nicht. Gibt man diese Basis preis, dann hat man den Krieg verloren, ehe man ihn anfängt." Zum Schluß gibt Asmussen seiner Sorge Ausdruck, daß man in katholischen Kreisen oft eine Gleichsetzung oder Nebeneinanderstellung von Christus und Maria antreffe, „die uns tief betrübt". Er prüft indessen so wenig wie in seinem jetzt im „Hochland" (April) erschienenen Kieler Vortrag zum Assumptio-Dogma, welche Bedeutung dem „und" zwischen Jesus und Maria zukommt. So verwechselt er offensichtlich auch Assensio, die Auffahrt Christi, und Assumptio, die Aufnahme Mariens in die Herrlichkeit des Sohnes, die sogar das ausführliche Referat des evangelischen Theologen Walter Delius in „Die Zeichen der Zeit" (Heft 4) sauber einhält und in der päpstlichen Bulle gewahrt sieht.

Der oben genannte Aufsatz sollte von uns Katholiken richtig verstanden und gewürdigt werden. Es ist ein erster überaus kühner Versuch, unmittelbar nach der Verlautbarung der lutherischen Landesbischöfe in einer vom Katholizismus ziemlich unberührten Gegend nicht nur ein kritisches, sondern vor allem ein positives Wort zu diesem heiß umstrittenen Dogma zu sagen. Asmussen verblüfft seine Hörer mit einem Bekenntnis Luthers zur Immaculata, ohne es selber mitvollziehen zu können. Er bezeugt sogar ein freilich reserviertes Wort der Achtung vor Fatima und seinen segensreichen Folgen in Portugal, wobei er sich auf einen evangelischen Zeugen beruft. Er freut sich über die Wahrung des Lehramtes seitens der lutherischen Landesbischöfe gegenüber dem Papst — weil diese Entscheidung für die Jungfrauengeburt und gegen die lutherische Universitätstheologie ausgefallen sei. Er freut sich nicht minder, daß der Papst in einem Augenblick das Gehör der ganzen Welt findet, wo er die Menschen von ihren politischen Sorgen zurückruft, um ein Zeugnis für die Auferstehung abzulegen, während leider in der evangelischen Kirche um politische Fragen gestritten werde. „Indem die Augen der Welt auf die Mutter Jesu Christi, die Jungfrau Maria, gerichtet werden, werden wir alle vor eine Frage gestellt, der wir in unserer Literatur und auch in unseren Predigten ziemlich hilflos gegenüberstehen und die offensichtlich von größter Bedeutung ist. Wenn der Papst sein Dogma verkündet, dann steht ja dahinter die Überzeugung, welche unsere Kirche mit ihm teilt, daß Jesus Christus ohne Zutun eines Mannes von einer Jungfrau geboren wurde. Ist das wirklich eine gute Botschaft? Ob ich es euch klarmachen kann, weiß ich nicht; aber die Tatsache, daß die ganze Welt so zugehört hat bei dieser Botschaft, zeigt mir, daß die ganze Menschheit an einer Stelle eine Antwort erwartet, wo sie bisher keine Antwort von uns bekommen hat ..." Asmussen freut sich an dem Marienzeugnis des Papstes, weil es zeige, „wieviel der erlöste Mensch Gott wert ist", und fragt seine lutherischen Brüder: „Was könnt ihr denn eigentlich darüber sagen, wieviel wir Menschen Gott wert sind? Was habt ihr denn eigentlich der Lehre des Papstes Besseres entgegenzusetzen? Es ist ja nicht damit getan, daß wir einfach sagen: ‚Weil es der Papst sagt, ist es alles schlecht und nicht richtig. Deshalb brauchen wir nicht darauf zu hören.' Wenn das der Weisheit letzter Schluß wäre, dann wäret ihr nicht heute abend hier zusammengeströmt." Das sind außerordentliche Worte in dem Gespräch zwischen Christen und in dieser Frage!

Wenn Asmussen zum Schluß einige Bedenken gegen das Dogma anmeldet und wenn er meint, ein Christuszeugnis sei noch wichtiger als ein Marienzeugnis, so ist ihm — mit Joseph Weiger, der den Vortrag mit feinen Bemerkungen zurechtrückt — unter anderem diese Frage vorzulegen: Sollte nicht am Ende der moderne Mensch mit seiner verstiegenen, souveränen maskulinen Geistigkeit einer Art Vorbehandlung durch die jungfräuliche Mutter Maria bedürfen? Muß dieser Mensch nicht erst den Nullpunkt ihrer liebevollen Niedrigkeit vor Gott durchschreiten, ehe er wieder den fleischgewordenen Christus Jesus ganz zu sehen bekommt, der sich für das Bewußtsein dieses Menschen längst in einen bloßen Logos aufgelöst hat?

Rom — Wittenberg — Genf

Der Herausgeber der ev.-luth. „Monatsschrift für Pastoraltheologie", Pfr. Gerhard Kunze, Preetz, stellt „zur Klärung der Lage" im Märzheft 1951 anläßlich des „erregendsten Ereignisses innerhalb der christlichen Kirchen", nämlich der Verkündigung des neuen Mariendogmas, die Frage: „Auf

welcher Grundlage kann heute das Gespräch mit Rom fortgesetzt werden?" Gestützt auf das eingehend zitierte dokumentarische Material der „Herder-Korrespondenz", in der man als evangelischen Sprechern fast nur Bischof Stählin und Propst Asmussen begegne, untersucht Kunze die interkonfessionelle Lage, wie sie nach der Dogmatisierung und nach der ihm sehr wichtigen Enzyklika „Humani generis" entstanden ist. Er glaubt feststellen zu müssen, daß nach den römischen Verlautbarungen Una-Sancta-Gespräche offensichtlich nur noch als Konversionsgespräche möglich sind. „Wir müssen die Hauptvertreter des Gespräches mit Rom bitten, in aller Öffentlichkeit uns zu erklären, auf welcher Position sie das Gespräch nun weiterzuführen gedenken, nachdem wirklich keinerlei Illusionen mehr erlaubt sind, und auf welcher Basis sie mit ihren Gesprächspartnern verhandeln. Selbstverständlich muß jedem unbenommen bleiben, sich mit Professoren, Priestern, Ordensleuten, Bischöfen oder Kardinälen zusammenzusetzen, um dogmatische Konsequenzen, die man nicht ohne weiteres oder vielleicht falsch versteht, auf ihre theologischen Voraussetzungen zurückführen zu lassen. Dabei geht es dann einfach um Fragen des Erkennens und Verstehens und dürfte in Parallele gestellt werden etwa damit, daß einer Arabisch lernt, um mit Islam-Theologen das Corpus doctrinæ des Islam möglichst tief zu erfassen. Von solchen rein wissenschaftlichen Gesprächen abgesehen, handelt es sich aber doch im Bemühen um die Una Sancta um etwas völlig anderes. Wir müssen wissen, wie von uns diese Gespräche überhaupt weitergeführt werden können, ohne daß ihnen von vornherein das Angebot der Selbstaufgabe impliziert. Werden wir erwarten dürfen, daß uns die Führer des Gespräches Rede und Antwort ohne Hörner und Zähne in aller Öffentlichkeit stehen werden, oder soll die kirchliche Lage bei uns weiter getrübt bleiben dadurch, daß man sich gegenseitig erzählt, der oder jener bedeutende lutherische Theologe gehe in Paderborn aus und ein . . .?" Kunze meint, „es wird höchste Zeit, daß wir aufmerken", zumal, wie er behauptet, die katholischen Zeitschriften, darunter auch die „Stimmen der Zeit", den neuen Schriften von Stählin und Asmussen eine Bedeutung zuschreiben und eine Interpretation geben, die diese Theologen „in ein recht zweideutiges Licht rücken".

Pfr. Kunze dürfte wissen, daß die erwähnten „Gespräche" keine „Una-Sancta-Gespräche" sind und auf Grund einer von der Berliner Synode 1950 ausdrücklich erteilten Ermächtigung geführt werden, einer Ermächtigung, die seitens des Rates der EKD im Dezember 1950 nach Prüfung der neuen Lage erneuert worden ist, da das umfangreiche Gebiet der dogmatischen Kontroversen, die hier wissenschaftlich erforscht werden, noch lange nicht erschöpft ist. Der Aufsatz dürfte daher eine sehr einseitige und übertrieben ängstliche Opposition nicht nur gegen die genannten Theologen, sondern gegen das Unternehmen des ökumenischen Arbeitskreises überhaupt sein. Leider zeigen die Zwischenbemerkungen zu den aus der „Herder-Korrespondenz" entnommenen Dokumenten, besonders zu dem Übersetzungsfehler von „Humani generis", einen derart polemischen Ton, daß von dieser Seite her ein Gespräch offensichtlich nicht mehr gewünscht wird, gerade als hätte man in der Christenheit schon alles absolviert, was den gigantischen Berg von Mißverständnissen und theologischer Sprachverwirrung im Laufe von Jahrhunderten angehäuft hat. Stehen wir doch erst am Anfang dieser mühevollen und segensreichen Arbeit, die glücklicherweise im März dieses Jahres ihren Fortgang genommen hat.

„Versuchliche Dichtung"

Der begabte Literatur- und Filmrezensent der „Stimme der Gemeinde", des Organs der „Bekennenden Kirche", Pfr. Herbert Werner, Stuttgart, gibt in der „Evangelischen Theologie" (Februar 1951) ein eindrucksvolles Gesamtbild der katholischen Dichtung der Gegenwart. Aus Werken der Langgässer und Le Fort, Bernanos', Claudels und anderer wird der mutige, realistische Enthüllungscharakter dieser Dichtung in treffenden Zitaten dargelegt: das Dahingegebensein des gläubigen Menschen in die Armut, in das Elend dieses Lebens und seine Verlorenheit an eine Welt, die der Hölle nur gar zu ähnlich sieht. Ein evangelischer Leser dieser erschütternden Konzentration dichterischer Visionen des Menschen — und ein katholischer Leser wohl nicht minder — muß geradezu den Eindruck gewinnen, daß es der katholischen Dichtung der Gegenwart vorbehalten blieb, die lebendige Brücke zu schlagen, ja mehr noch, das tiefe Zusammenstimmen der getrennten Christen untereinander zu erwirken, besonders dadurch, daß sie für das katholische Bewußtsein den Durchbruch in jenen Bereich des „simul peccator et justus" geöffnet hat, für den Luther und mit ihm unsere evangelischen Brüder hartnäckig Zeugnis ablegen, jene „dreckichte Heiligkeit" der Christen, von der zwar die sakramentale Ontologie nichts weiß, von der aber die Aszetik der Heiligen von jeher erfüllt war. Pfr. Werner ist offensichtlich ergriffen von diesen Einsichten und Bekenntnissen der katholischen Dichter, deren Apostolat im evangelischen Raum gar nicht überschätzt werden kann. Wenn er nun den besonderen katholischen Zügen nachspürt, die diese Werke von ähnlichen des Existenzialismus unterscheiden, so findet er drei „Aufträge", welche diese Dichtung heute ausrichtet: die Nacktheit und Ernüchterung, in der sich der Mensch am Ende seiner Leidenschaften vorfindet, öffnet ihn für die Gnade, die ihm folgt. Der Ausgezogene, Armgemachte und Losgeschälte findet die Teilnahme am Leiden des Gekreuzigten, dessen er ansichtig wird; und diese „Armgemachten sind die Geheiligten und Heiligen. Sie sind der Schatz der Kirche. Sie retten die Welt. Durch sie ragt Gottes Gnade herein in die dahingegebene Welt, wurzelt in der Welt und umfaßt die Welt. Und dieses scheint mir die letzte große Aussage der katholischen Dichtung zu sein". Bis zur letzten Seite dieses Aufsatzes wird der evangelische Leser hingerissen, wahrscheinlich so sehr, daß er kaum mehr einen Unterschied seines evangelischen Bußglaubens von dieser katholischen Tiefe des Gnadenbewußtseins bemerkt. Aber dann wird er aufgeschreckt durch einen theologischen Warnruf: diese Dichtung mündet in der Verehrung der Heiligen und — der Gottesmutter und ist daher ein direkter Weg zur verbotenen „analogia entis". Werner schließt: „Wir Evangelischen können nicht dem Werk des Menschen das Wort reden, auch nicht in seiner feinsten Form, die geradezu wie seine radikale Verleugnung anmutet: der heiligen Armut. Die katholische Dichtung der Gegenwart, der wir so wenig zur

Seite zu stellen haben, ist große Dichtung. Ist sie am Ende trotz, ja gerade wegen ihrer großartigen Aussagen nicht eine über alle Maßen versuchliche Dichtung?"
Herbert Werner hat eine große Gabe der Einsicht und Einfühlung. Sollte ihm wirklich verborgen geblieben sein, daß alle die von ihm zitierten Dichter nichts anderes im Sinne haben, als in der nüchternen Sprache unserer Generation zu verkünden, daß Gott allein in Jesus Christus die Ehre gebührt, gerade in seinen elenden Heiligen?

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Der Papst über eine Ordnung der Welt ohne Gleichmacherei

Am 6. April hat der Heilige Vater die Teilnehmer am Kongreß der „Allgemeinen Bewegung für eine Weltföderation" empfangen und an sie folgende Ansprache gehalten:

Die Kirche als Friedensförderin

Meine Herren Mitglieder der „Allgemeinen Bewegung für eine Weltföderation"! Lebhaft berührt durch Ihren ehrerbietigen Besuch, bieten Wir Ihnen Unsern herzlichen Willkommgruß. Unser lebendiges Interesse für die Sache des Friedens in einer so hart geprüften Menschheit ist Ihnen wohlbekannt. Wir haben es häufig genug bezeugt. Es gehört im übrigen zu Unserer Sendung. Die Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens ist immer Gegenstand Unserer dauernden Sorge gewesen und wird es immer noch mehr. Und wenn die Ergebnisse nur zu oft Unseren Mühen und Unseren Handlungen nicht entsprochen haben, so wird Uns der Mißerfolg doch niemals entmutigen, bis endlich der Friede in der Welt herrschen wird. Dem Geiste Christi treu, arbeitet die Kirche mit all ihrer Kraft darauf hin; sie tut es durch ihre Lehren und durch ihre Ermahnungen, durch ihren ununterbrochenen Einsatz, durch ihr unaufhörliches Gebet.
Sie ist in der Tat eine Macht des Friedens, zum mindesten dort, wo man die Unabhängigkeit und die Sendung achtet und ehrt, die sie von Gott erhalten hat, wo man nicht versucht, sie zur gehorsamen Dienerin politischer Selbstsucht zu machen, wo man sie nicht als Feindin behandelt. Sie will den Frieden, sie wirkt für den Frieden, ihr Herz ist mit all denen, die ihn mit ihr zugleich wollen und sich diesem Ziel widmen. Doch weiß sie — und das ist ihre Pflicht — zwischen den echten und den falschen Freunden des Friedens zu unterscheiden.
Sie will ihn, und darum bemüht sie sich, alles zu fördern, was im Rahmen der göttlichen, natürlichen und übernatürlichen Ordnung zu seiner Sicherung dient. Ihre Bewegung, meine Herren, hat sich zum Ziel gesetzt, eine wirksame politische Organisation der Welt zu schaffen. Nichts entspricht mehr der überlieferten Lehre der Kirche noch ihrer Lehre über den gerechten oder ungerechten Krieg, zumal unter den heutigen Verhältnissen. Man muß zu einer Organisation dieser Art kommen, und wäre es nur, um dem Wettrüsten ein Ende zu machen, durch das sich seit Jahrzehnten die Völker ruinieren und völlig nutzlos erschöpfen.

Das Wesen des Menschen verlangt Vielfalt

Sie sind der Meinung, daß diese Organisation, um wirksam zu sein, föderativen Charakters sein müsse. Wenn Sie darunter verstehen, daß sie von dem Automatismus einer mechanischen Gleichmacherei befreit werden müsse, so sind Sie auch damit in Übereinstimmung mit den Prinzipien des sozialen und politischen Lebens, die die Kirche mit Entschiedenheit aufstellt und vertritt. In der Tat wäre keine Weltorganisation brauchbar, die nicht mit der Vielfalt der natürlichen Beziehungen, mit der normalen organischen Ordnung übereinstimmte, die die besonderen Verhältnisse der Menschen und der verschiedenen Völker regelt. Andernfalls würde es ihr, wie immer sie aufgebaut wäre, unmöglich sein, Bestand und Dauer zu haben.
Darum sind Wir überzeugt, daß es die erste Sorge sein muß, diese grundlegenden Prinzipien auf allen Gebieten sicher zu verankern oder wiederherzustellen: auf nationalem und konstitutionellem, wirtschaftlichem und sozialem, kulturellem und sittlichem Gebiet.
Auf nationalem und konstitutionellem Gebiet. Überall ist das Leben der Nationen gegenwärtig zersetzt durch den blinden Kult der bloßen Zahl. Der Bürger ist Wähler. Aber als solcher ist er in Wahrheit nur eine der Einheiten, deren Summe eine Mehrheit oder Minderheit ergibt, die durch die Verschiebung einiger Stimmen, vielleicht sogar einer einzigen, umgestürzt werden kann. Für die Parteien gilt er nur im Hinblick auf seinen Wert als Wähler wegen der Unterstützung, die seine Stimme bringt; von seiner Bedeutung und seiner Rolle in der Familie oder im Beruf ist keine Rede.
Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Es gibt keine natürliche organische Einheit zwischen den Produzenten, sobald der quantitative Utilitarismus, die bloße Erwägung des Gewinns die einzige Norm ist, die den Produktionsort, die Arbeitsverteilung bestimmt, sobald die „Klasse" und nicht mehr die Zusammenarbeit in der Berufsgemeinschaft die Menschen in der Gesellschaft künstlich einteilt.
Auf kulturellem und sittlichem Gebiet. Die von allen Banden, allen Regeln, allen objektiven und sozialen Werten losgelöste individuelle Freiheit ist in Wahrheit nur tödliche Anarchie, besonders im Bereich der Jugenderziehung.

Keine Weltordnung kann Bestand haben ohne Förderung des Eigenlebens

Solange man die universale politische Organisation nicht auf diese unerläßliche Grundlage gestellt hat, läuft man Gefahr, den Todeskeim der mechanischen Gleichmacherei in sie selber hineinzulegen. Wir möchten alle, die daran denken, sie zu verwirklichen, einladen, darüber, zumal auch vom föderalistischen Standpunkt aus, nach-

zudenken. Andernfalls würden sie die zersetzenden Kräfte fördern, unter denen die politische Ordnung nur schon allzusehr gelitten hat. Sie würden nur noch einen weiteren gesetzlichen Automatismus zu allen anderen hinzufügen, die die Nationen zu ersticken und den Menschen zu einem passiven Werkzeug herabzuwürdigen drohen.

Wenn sich also die künftige politische Weltorganisation im Geiste des Föderalismus unter keinem Vorwand in das Spiel der mechanischen Gleichmacherei einspannen lassen kann, so wird sie doch nur in dem Maße eine wirksame Autorität ausüben, als sie überall das Eigenleben einer gesunden menschlichen Gemeinschaft, einer Gesellschaft wahrt und fördert, deren Mitglieder gemeinsam zum Wohl der ganzen Menschheit mitwirken.

Die großen Anforderungen an die Weltorganisation

Welch ein Maß von moralischer Festigkeit, kluger Voraussicht, Anpassungsfähigkeit wird diese Weltautorität besitzen müssen, am dringendsten in den kritischen Augenblicken, in denen die Menschen guten Willens sich gegenüber dem bösen Willen auf die Autorität stützen können müssen! Kann man nach all den vergangenen und gegenwärtigen Prüfungen wagen, die gegenwärtigen Hilfsmittel und Methoden der Regierungen und der Politik für ausreichend zu erachten? In der Tat ist es unmöglich, das Problem der politischen Weltorganisation zu lösen, ohne bereit zu sein, sich zuweilen von den gebahnten Wegen zu entfernen, ohne sich auf die Erfahrungen der Geschichte, eine gesunde Sozialphilosophie und selbst auf ein gewisses Ahnungsvermögen schöpferischer Einbildungskraft zu berufen.

Das ist, meine Herren, ein weites Feld der Arbeit, des Studiums und des Handelns; Sie haben das begriffen und die Arbeit aufgenommen; Sie haben den Mut, sich ihr zu widmen; Wir beglückwünschen Sie, Wir drücken Ihnen Unsere Wünsche für einen guten Erfolg aus, und Wir rufen aus ganzem Herzen auf Sie und Ihre Aufgabe die Erleuchtung und die Hilfe Gottes herab.

Der Papst an die katholischen Lehrer der Staatlichen Schulen Frankreichs

Da in Frankreich in letzter Zeit der Kampf um die freie, d. h. katholische Schule wieder einmal mit einiger Heftigkeit geführt wird und eine wichtige Rolle in der Innenpolitik spielt, da zudem Anfang April zum ersten Male seit dem Jahre 1906 der gesamte Episkopat Frankreichs zusammengekommen ist, um unter anderem ganz besonders das Problem der katholischen Schule zu beraten (worüber wir in diesem Heft S. 336 f. berichten), vergißt man leicht, daß an den „laizistischen" staatlichen Schulen Frankreichs längst eine große Anzahl von überzeugt katholischen Lehrern tätig sind. So wichtig der Kirche auch die Erhaltung der katholischen Privatschule ist, so legt sie doch zugleich großen Wert auf diese Mitarbeit von Katholiken in den staatlichen Unterrichtsorganen. Sie haben hier eine ganz besondere apostolische Aufgabe zu erfüllen. Ihnen ist es zu verdanken, daß in zahlreichen staatlichen Schulen Frankreichs, von den Volksschulen bis zu den Universitäten, der antiklerikale Geist zurückgegangen ist und der christliche Glaube Achtung und Sympathie findet. Dieser Einsatz hat um 1910 mit Péguy begonnen und sich seither immer mehr ausgebreitet. Sehr bezeichnend ist z. B. auch, daß der Lehrstuhl für die Geschichte des Ursprungs des Christentums an der Sorbonne, den bis vor kurzem der „Rationalist" Guignebert innehatte, heute von einem Spezialisten der Patrologie, Henri Marrou, besetzt ist. Daß die Kirche diesem Einsatz einer katholischen Lehrerschaft im staatlichen Unterricht sehr positiv gegenübersteht, bekundet sich auch darin, daß Ende März eine zahlreiche Gruppe katholischer französischer Professoren und Dozenten im Staatsdienst anläßlich einer Pilgerfahrt nach Rom beim Heiligen Vater empfangen worden ist.

Vor den etwa 3000 Mitgliedern der „Union Catholique de l'enseignement publique", die bei der Audienz anwesend waren, hat der Heilige Vater eine Ansprache gehalten, deren wichtigsten, auf die Situation dieser Gruppe bezüglichen Teil wir widergeben:

„Euer persönlicher — menschlicher und christlicher — Wert muß nicht nur die Grundlage, sondern auch der Bereich eines tatkräftigen Einsatzes sein, und zwar ebenso zum Nutzen eurer persönlichen Heiligung wie eures Apostolats. Denn schließlich geht eure missionarische Kraft sichtbar von dem Beispiel aus, das ihr mit eurem Glauben und mit eurer durch und durch christlichen Lebensführung gebt; sie strahlt unsichtbar von dem Reichtum eures übernatürlichen inneren Lebens aus, der sich allen Seelen mitteilt, in erster Linie denen, die euch am nächsten, die euch in weitem Umfang anvertraut sind.

Ihr habt auch durchaus recht, wenn ihr euch darum bemüht, durch eure Unterrichtstätigkeit einen direkteren Einfluß auszuüben; gerade darin zeigt sich das Verantwortungsvolle eures Apostolats.

Es war bei Beginn eurer Bewegung von unbezweifelbarer Wichtigkeit. Die immer noch sehr begrenzte geistige Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts hat seine Wichtigkeit nicht verringert. Trotz dem unermüdlichen Eifer und Nachdruck, mit dem die Kirche die christlichen Eltern dahin belehrt, daß es ihre erste Pflicht sei, ihren Kindern eine Erziehung zu geben, in der das religiöse Element, sowohl das dogmatische wie das moralische, nicht von dem allgemeinen menschlichen Unterricht getrennt ist, sondern ihn aufs innigste durchdringt; trotz der Ermutigungen, die sie den Militanten zukommen läßt, die in selbstloser Weise große Mühen und Opfer auf sich nehmen, um die ausdrücklich katholische Schule zu fördern, ist es doch eine Tatsache, daß eine gewaltige Anzahl von Kindern auf Grund oft unvermeidlicher Umstände von diesen Schulen nicht erfaßt werden, etwa wenn keine Schule, wie man sie wünscht, in erreichbarer Nähe ist, oder auf Grund der Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit der Familien, oder wegen weltlicher Interessen. Sollen diese jungen Seelen nun der christlichen Bildung, auf die sie ein Anrecht haben, völlig beraubt sein?

Auf den ersten Blick könnte man meinen, daß viele Hindernisse euren guten Willen lähmen: das Verbot, das sogenannte konfessionelle Gebiet zu betreten, das häufig mißbräuchlich auf den ganzen religiösen Bereich ausgedehnt wird; die unendliche Mannigfaltigkeit der Schüler und Studenten, die aus den verschiedensten Milieus kommen und schon von einem ersten Siegel gezeichnet sind, in dem man die Formen einer seltsam zusammen-

hanglosen Erziehung oder das Fehlen jeglicher Erziehung erkennt; die Zurückhaltung, die gegenüber jungen Menschen notwendig ist, von denen die einen den verschiedenartigsten religiösen Richtungen angehören, die anderen leider überhaupt keine Religion haben.

Trotzdem glaubt ihr, ohne gesetzlich verbotene oder auch nur unberechtigte Eingriffe einer großen Zahl dieser jungen Seelen Gutes tun zu können und zu müssen. Könntet ihr das ohne diesen geheimen Einfluß der überströmenden Gnade, von der Wir gesprochen haben, und ohne das Gebet? ...

Alle Zweige des menschlichen Wissens offenbaren dem Verstand die Werke Gottes, seine ewigen Gesetze und ihre Anwendung auf den physischen, sittlichen und sozialen Gang der Welt. Noch unmöglicher ist es, irgend jemandem die Geschichte der Ereignisse und Einrichtungen umfassend und unparteilich darzulegen, ohne daß darin, auch ohne dogmatische oder apologetische Darstellung oder Färbung, das Licht Christi und seiner Kirche mit übermenschlicher Leuchtkraft aufglänzt.

Mut, Vertrauen, Ausdauer, geliebte Söhne und Töchter! Eure Aufgabe ist zu schön, zu sichtlich von Gott gesegnet, als daß man daran zweifeln könnte, daß sie durch die Prüfungen und Schwierigkeiten hindurch, die euch niemals fehlen werden, und auch durch die Erfolge hindurch, die ihr immer wieder erfahrt, wenn nicht zu vollkommenem Siege, so doch wenigstens zu glänzenden Ergebnissen führen wird. Die Wohltat, die davon für euer Vaterland selber ausgehen wird, wird gewiß Vieler Augen öffnen, wird eurem Werk die Sympathie von mehr als einem erwerben, der es noch guten Glaubens mit einem gewissen Mißtrauen, einer gewissen Zurückhaltung betrachtet. Das ist das Ziel Unserer teuersten Wünsche, Unseres inbrünstigsten Gebetes, und zur Beschleunigung seiner Verwirklichung flehen Wir die Gunst dessen auf es herab, der in allererster Linie „Lehrer" genannt wird, in dessen Namen Wir euch aus der Fülle Unseres väterlichen Herzens ebenso wie euern Kollegen, euern Schülern, eurer Familie und allen, die euch teuer sind, Unseren apostolischen Segen erteilen."

Die Kirche in den Ländern

Die Haltung der Katholiken im französisch-vietnamesischen Konflikt

Das politische Durcheinander im vietnamesischen Konflikt gehört zu den verwickeltsten Erscheinungen der Zeit. Darum kann es uns nicht verwundern, wenn sowohl die Katholiken Frankreichs wie auch die 1 400 000 Katholiken des 20 Millionen Einwohner zählenden Vietnam in der Stellungnahme zu den noch dauernd in Fluß befindlichen Vorgängen unsicher und gespalten sind. Die Undurchsichtigkeit der Verhältnisse hat leider auch einen erheblichen Teil der katholischen Weltpresse zum Verzicht auf eine Analyse des Verhaltens der Katholiken geführt. Angesichts der Bedeutung der katholischen Interessen, die hier in Frage stehen, wollen wir jedoch versuchen, die verschiedenen Stellungnahmen der katholischen Gruppen möglichst klar herauszuarbeiten, ohne allerdings alle Schattierungen und Differenzierungen des vielgestaltigen Phänomens erfassen zu können.

Die Rechtsfrage

Am 9. März 1945 hatten die Japaner, die das Gebiet von Vietnam im Laufe des Krieges besetzt hatten, die französische Verwaltung abgeschafft, die französische Armee zur Kapitulation gezwungen und den Kaiser Bao Dai veranlaßt, die Unabhängigkeit des Landes auszurufen (11. März 1945). Die Japaner wahrten sich aber bestimmte Rechte für den Süden des Landes (Cochinchina). Bevor dann die Japaner ihrerseits besiegt und am 16. August zur Kapitulation gezwungen wurden, betraute die Konferenz von Potsdam die Briten und Chinesen damit, auf einem durch den 16. Breitengrad getrennten Gebiete die japanischen Truppen zu entwaffnen und die Schaffung einer demokratischen Republik nach den Grundsätzen der Antlantik-Charta und der Charta der Vereinten Nationen vorzubereiten. Die Franzosen sollten von der Entwaffnungsaktion ausgeschlossen werden, weil sie im Krieg ein Abkommen mit Japan zur „gegenseitigen Verteidigung" Südostasiens abgeschlossen hatten. Am Tage der Kapitulation Japans erschien dann die Viet-Minh (Liga für die Unabhängigkeit Vietnams) auf der politischen Bühne. Sie war mit alliierter Hilfe in China während des Krieges als Kleinkampfgruppe gegen die Japaner aufgestellt und mit Waffen ausgerüstet worden. Neun Tage nach dem öffentlichen Auftreten der Viet-Minh verzichtete Bao Dai auf die Herrschaft, und der Führer der Viet-Minh, Ho Chi Minh, proklamierte erneut die Unabhängigkeit des Landes, diesmal als „Volks-Republik". Nach Auffassung führender vietnamesischer Katholiken, darunter auch des Bischofs Nco-Dinh-Thuc von Vinh-Longh, war Vietnam nach der Kapitulation Japans politisch „Niemandsland". Am 13. September landeten englische Truppen in Saigon. Statt aber selbst die Entwaffnungsaktion der Japaner durchzuführen und in dem Gebiet südlich des 16. Breitengrades die Vorbereitungen zur Schaffung einer demokratischen Regierung zu treffen, riefen sie gegen das Abkommen von Potsdam die Franzosen herbei, was in ganz Vietnam beträchtliche Aufregung hervorrief. Die Franzosen eroberten nächtlich die wichtigsten Gebäude von Saigon. Am nächsten Tage wandten sich die vietnamesischen Bischöfe an den Heiligen Stuhl sowie an die Völker von England und den Vereinigten Staaten zugunsten der Unabhängigkeit und des Friedens im Lande. 24 Stunden später herrschte in Saigon Belagerungszustand und Terror. Es kam zum allgemeinen Kampf zwischen Franzosen und Vietnamesen, der mit der schnellen Eroberung der Hauptzentren des reichsten Gebietes des Landes, Cochinchina, durch französische Panzerkolonnen endete. Der französische Oberkommissar, Admiral Thierry d'Argenlieu, von Herkunft ein zur Marine eingezogener Unbeschuhter Karmelit, hatte nun die Aufgabe, dem Lande die unabhängige Regierung zu geben. Allzu hastig trat er in Verhandlungen

mit Ho Chi Minh und anerkannte unter Vorbehalt vieler Rechte die Unabhängigkeit des Landes, nachdem mit den Chinesen die Entwaffnungsaktion nördlich des 16. Breitengrades geregelt war. Für Cochinchina wurde in dem Abkommen vom 8. März 1946 mit Ho Chi Minh eine Volksabstimmung über die endgültige Zugehörigkeit dieses Gebietes vereinbart.

Während aber Ho Chi Minh mit den „Ehren eines Staatsoberhauptes" nach Frankreich reiste, um über das zukünftige Statut des Landes zu beraten, rief d'Argenlieu eine autonome Regierung in Cochinchina aus. Die vietnamesischen Katholiken betrachten mit ihren übrigen Landsleuten diesen politischen Akt als glatten Bruch des Abkommens vom 8. März 1946. Damit nicht genug. Derselbe Admiral d'Argenlieu berief nun ohne Teilnahme einer vietnamesischen Abordnung eine „Indochinesische" Konferenz nach Dalat ein und sabotierte damit die in Frankreich begonnenen Verhandlungen mit Ho Chi Minh. D'Argenlieu sah offensichtlich, daß Ho Chi Minh ein großes Spiel treiben wollte, fürchtete auch seine Zusammenarbeit mit den französischen Kommunisten und suchte den Fehler seiner zu schnellen Fühlungnahme mit Ho Chi Minh durch neue Fehler wiedergutzumachen. In Frankreich kam es zu heftigen Auseinandersetzungen der Vertragspartner und schließlich zu einem modus vivendi, der alle Zeichen eines verhüllten Bruchs an sich trug. Wider das Abkommen mit Ho Chi Minh vom 8. März 1946 kontrollierten nun die Franzosen den für die Reiszufuhren wichtigen Hafen von Haiphong im Norden. Es kam zu Schießereien mit vietnamesischen Zöllnern, die das Vorgehen als erneuten Rechtsbruch auffaßten. Aus diesen Plänkeleien entwickelte sich dann im Norden ein folgenschwerer Kampf zwischen Franzosen und Vietnamesen, bei dem die Franzosen das Vietnamesen-Viertel von Haiphong in Asche legten. Unter den Trümmern lagen 20 000 Tote. D'Argenlieu wurde am 6. März 1947 abgelöst. Die Verhandlungen seines Nachfolgers Bollaert mit Ho Chi Minh zerschlugen sich, die Franzosen holten Mao Dai wieder und ließen ihn eine Puppenregierung schaffen, der die Unabhängigkeit und Einheit Vietnams als Morgengabe geschenkt wurde. Die entsprechenden Abkommen sahen Vietnam als Teil der Französischen Union an und wurden vom französischen Parlament, nicht aber bis heute von einem vietnamesischen Parlament ratifiziert. Mao Tse-tung, Rußland, die Satelliten Rußlands anerkannten nun in schneller Folge die Regierung Ho Chi Minhs, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, 40 Länder des amerikanischen Blocks und der Vatikan anerkannten die Regierung Bao Dais. Die gebildeten Katholiken Vietnams betrachten das Abkommen zwischen Frankreich und Bao Dai ebenso als juristisch nichtig wie die entsprechenden Abkommen zwischen Rußland und Ho Chi Minh. In der amerikanischen Zeitschrift „Worldmission" (Februar 1951, S. 68) betont der schon genannte Bischof von Vinh-Long: „Ein Übereinkommen, das von zwei Parteien unterzeichnet wurde, von denen die eine (Bao Dai) eine Kreatur der anderen (Frankreich) ist, hat keinen juristischen Wert." Praktisch wird das von den Franzosen besetzte Gebiet nicht einmal auf Grund dieses Abkommens mit Bao Dai regiert. Der französische Oberkommissar hat nämlich gleich die Rechte in Anspruch genommen, die ihm das neue Abkommen für den Kriegsfall gab. Er regiert praktisch kraft außerordentlicher Vollmachten das Land, und Bao Dai wechselt die Minister seines Kabinetts alle paar Monate auf entsprechende Winke der Franzosen. Die Regierung Bao Dais hat keine eigenen Einnahmen zur Verfügung. Die Franzosen verwalten die einzige Einnahmequelle, die Zölle. Sechzig Prozent des gesamten Budgets stellen die Gehälter des Kolonialpersonals dar.

Die Haltung der französischen Katholiken

Die französischen Katholiken hatten und haben politisch wenig Einfluß auf das Geschehen in Vietnam. Wenn auch ihre Elite sich geistig von den Ideen des Kolonialzeitalters loszulösen beginnt, so hofft doch die Masse der Katholiken, die „Französische Union" retten zu können, zumal diese auch selbst heute noch von weitblickenden vietnamesischen Katholiken unter der Bedingung ersehnt wird, daß Vietnam als gleichberechtigter Partner auf der Grundlage eines Abkommens zweier absolut souveräner Staaten in sie eintritt. Die Politik des Karmeliters d'Argenlieu, die entscheidend die jetzige Entwicklung beeinflußt hat, wird wenig kritisiert. Die letzten Gründe für das Verhalten des Admirals, der zweifellos nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat und nur auf Drängen der französischen Regierung mit kirchlicher Erlaubnis im Amte blieb, können heute noch nicht übersehen werden. Die französischen Katholiken haben mit Rührung zur Kenntnis genommen, daß d'Argenlieu nach der Abdankung dem Papst alle seine Orden überreichte und sich wieder ins Kloster zurückzog. Viele Katholiken Frankreichs verkennen indes die schwierige Lage der vietnamesischen Katholiken, die es nach ihrer Meinung verabsäumt haben, das Schwergewicht ihrer Stellung im Lande politisch in die Waagschale zu werfen. Durch ihre unklare Haltung, so meinen sie, werde Ho Chi Minh indirekt kostbare Hilfe geleistet. Die jungkatholische Schicht Frankreichs, ausgezeichnet durch ihre geistige Dynamik, möchte dem in der jetzigen Notzeit sichtbar werdenden Bestreben des vietnamesischen Katholizismus nach religiöser Vertiefung durch Vermittlung des Besten im katholischen Geistesleben Frankreichs helfen. Dadurch hoffen sie, die kulturelle Union zwischen den geistigen Spitzen des französischen und vietnamesischen Katholizismus zu erreichen.

Die Haltung der vietnamesischen Katholiken gegenüber Frankreich

Wenn man die junge studentische Generation der Vietnamesen, auch jene, die in Paris oder Löwen studiert, hört, findet man nur die radikale Feststellung: Die Brükken sind endgültig abgerissen, der Dialog mit Frankreich hat aufgehört! Frankreich hat im Anfang der Besetzung des Landes vor fast hundert Jahren einiges Verständnis für die vietnamesische Kultur aufgebracht, dann aber besonders durch die aus der „École Coloniale" hervorgegangenen Beamten eine egoistische, den Protektoratsvertrag von 1883 systematisch unterhöhlende Politik betrieben. Die Beamtenbürokratie beeinflußte die Entwicklung verhängnisvoll. Die katholischen Gebildeten Vietnams beklagen, daß die französische Kolonialpolitik, seit vierzig Jahren von der französischen radikalsozialistischen Partei angeführt, absolut laizistisch war. In den Jahren vor 1930 war die Gebildetenschicht Vietnams, die universale Werte aus dem Westen auch heute noch wirklich schätzt, bereit, mit Frankreich auf der Basis gegenseitiger Hochachtung in Freiheit zu einem Einvernehmen zu

gelangen. Aber Frankreich hat seine Stunde nicht erkannt. Die junge Gebildetengeneration betrachtet diesen Krieg nur als den Kampf zweier ökonomischer Systeme egoistischen Charakters auf dem Rücken ihres verwüsteten unglücklichen Vaterlandes.

Die reifere Schicht unter den katholischen Gebildeten — sie ist klein, weil die Christen in hundertjähriger Verfolgung nur selten zu Stellung und Besitz kamen — hat miterlebt, wie das Christentum, nachdem es so lange am Rande des nationalen Lebens stehen mußte, endlich doch in die Kultur Vietnams hineinwuchs. Den Grund für diesen Wechsel der Lage bildet die Tatsache, daß das Einströmen der westlichen Gedankenwelt die asiatischen Religionen, vor allem den Ahnenkult und den vielgestaltigen Synkretismus des Landes so schwächte, daß das Christentum unter gewissen Bedingungen heute in das innere Leben der Nation weiter vorschreiten kann. Das Christentum ist heute zu einer vietnamesischen Religion geworden. Die französischen Missionare stehen in der gegenwärtigen Krise zumeist treu zu den nationalen Idealen des Landes. Die Brücke zum französischen Katholizismus möchten die Katholiken Vietnams nicht abbrechen. Aber man muß sich darüber klar sein, daß die Katholiken Vietnams hundertprozentig national denken und auch in der langen Verfolgungsgeschichte gedacht haben. Auch sind die Katholiken Vietnams ausgesprochen fortschrittlich eingestellt und darum seelisch weit geöffnet für den Kulturumbruch in Asien. Das Christentum war, von der vietnamesischen Kultur aus gesehen, eine revolutionäre Kraft. Die Verfolgungen haben in den Katholiken das Wissen darum gestärkt, daß sie für einen revolutionären Glauben kämpften. So ist es nur natürlich, daß sie heute nicht konservativ denken. Das ist Verheißung und Gefahr. Da die Katholiken vom laizistischen Frankreich nie begünstigt wurden, erhoffen sie auch vom laizistischen Frankreich nichts. Sie weisen darauf hin, daß ein Drittel der französischen Kammer kommunistisch ist und daß der übrige Teil des Parlaments keine stabilen Regierungen bilden kann. Sie hassen den Kommunismus. Wie soll aber dieses Frankreich, das sich selbst vom Kommunismus nicht befreien kann, Vietnam davon befreien können? Die Katholiken Vietnams haben bisher bei ihrer doch im Grunde kleinen Zahl (noch nicht ein Zehntel der Bevölkerung) keine eigene politische Partei gebildet, versuchten vielmehr, ihre Rechte innerhalb der bestehenden politischen Gruppen zu wahren, ohne Grundsätze preiszugeben. Sie gingen also im politischen Leben der Nation auf.

Die Haltung der vietnamesischen Katholiken gegenüber Ho Chi Minh

Will man die vielfach in Europa unverstandene derzeitige Aufteilung der Katholiken in zwei Lager (und ein drittes der „Neutralen") verstehen, so muß man sich vergegenwärtigen, daß zwar alle die Freiheit ersehnen, aber sich in der turbulenten Entwicklung seit Kriegsschluß über die Wege zum Ziel nicht mehr verständigen konnten, weil ihnen alle Verbindungsmöglichkeiten fehlen. Überall herrscht Kriegsrecht mit den üblichen Verkehrsbeschränkungen. Dazu kommen die militärischen Aktionen und die Bandenkämpfe. Die Masse der Katholiken sind kleine Leute, deren geistige Führer immer die Priester waren, von denen 80% Einheimische sind. Wie schon gesagt, ist die soziologische Struktur des vietnamesischen Katholizismus durch die fast hundertjährige Verfolgung bestimmt. Alle Christen stehen, bis auf wenige Renegaten, gegen den Kommunismus, nicht nur, weil sie von ihm die Vernichtung des Christentums fürchten, sondern auch, weil sie wissen, daß die Verbindung des Kommunismus mit China wieder eine chinesische Fremdherrschaft bringen kann, wie sie das Land von 111 v. Chr. bis 938 n. Chr. erdulden mußte.

Woher kommt es aber dann, daß noch heute Katholiken und selbst eine Anzahl Priester im Lager Ho Chi Minhs stehen? Als die von den Alliierten ausgerüstete Viet-Minh 1945 im Lande auftrat, war sie eine nationale Partei, die sogar die kommunistische Partei in den von ihr beherrschten Gebieten auflöste. Das mußte die Katholiken täuschen. Sie wurden weiter verwirrt durch die Tatsache, daß Bao Dai zugunsten Ho Chi Minhs abdankte und als „Oberster Berater" in seine Dienste trat, daß ferner die Franzosen mit Ho Chi Minh Verträge abschlossen. Erst allmählich wurde klar, wer Ho Chi Minh war und was er wollte. Nun standen katholische Männer und Frauen in seinen politischen Gliederungen und ein Teil der Jugend in Ho Chi Minhs Armee. Man kann annehmen, daß die Katholiken in den von der Viet-Minh besetzten Gebieten heute Klarheit über deren Charakter haben. Vor 1948/49 konnten sie diese nicht haben. Soll man sich nun von ihr lösen? Kann man das überhaupt? Läßt sich nicht anderseits auch der Standpunkt vertreten, daß ein Verbleiben von Katholiken im System Ho Chi Minhs Vorteile für die Kirche bringt? Ist nicht tatsächlich auch heute noch Ho Chi Minh genötigt, auf die starken Katholikengruppen im Norden Rücksicht zu nehmen? Hat er nicht zwei Bischöfe seines Gebietes, weil er die dortigen Katholiken sonst nicht fest in seine Hand bringen konnte, zu „Beratern" ernannt, dieselben Bischöfe, die dann Bao Dai zu seinen Vertretern ernannte, obwohl die beiden Oberhirten sich weder bei der einen noch bei der anderen Seite um den Titel bemühten? Kann ein Ausbrechen aus den Reihen der Viet-Minh nicht schwere Repressalien gegen Angehörige auslösen? Wer die Verhältnisse in den russischen Satellitenstaaten kennt, kann sich unschwer ein Bild von den Gebieten machen, die Ho Chi Minh kontrolliert. Die Furcht beherrscht schließlich alles Denken. Ho Chi Minh hat auch alles getan, um durch Ausnutzung der leider nur zu häufigen und krassen Übergriffe der Franzosen die Gemüter zu verwirren. Er hat Zwischenfälle provoziert und sie der anderen Seite in die Schuhe geschoben. Er suchte auch die Katholiken seiner Machtzone gegen die der anderen Machtzone auszuspielen. Man bedenke, daß es in Vietnam keine eigentlichen Frontlinien gibt. Die Machtgrenzen sind elastisch, und oft sehen sich nächste Angehörige, ohne es zu wollen, plötzlich zum Kampf gegeneinander geführt, der Vater gegen den Sohn, der Angehörige des einen Dorfes gegen den Verwandten im Nachbardorf. Nur in ganz persönlichem Gewissensentscheid kann der Katholik im Lager Ho Chi Minhs die Lage meistern.

Die Haltung der Katholiken gegenüber Bao Dai

Bao Dai hatte die Gelegenheit, als er nach seiner Abdankung von Ho Chi Minh zu Beratungen nach China geschickt wurde, benutzt, um sich in Hongkong von ihm loszulösen. Die Abkommen Frankreichs mit ihm nach seiner Wiederernennung zum Staatschef brachten viele Katholiken, die in erster unklarer Gefühlswallung sich Ho

Chi Minh nicht angeschlossen hatten, zu der Auffassung, unter ihm könne man am besten die jetzt klar erkannte kommunistische Gefahr bekämpfen. So stehen viele Katholiken auch in der französisch-vietnamesischen Armee. Sollte diese Armee weitere Erfolge erringen, so ist anzunehmen, daß noch mehr Katholiken, die sich bis jetzt zurückhielten, zu Bao Dai stoßen, weil sie hier eine Möglichkeit sehen, das politische Chaos zu beenden. Aber innerlich hat die Regierung Bao Dais auch bei den Katholiken keinen Kredit. Diese Regierung hat keine Fühlung mit dem Volk. Man hat auch nicht vergessen, daß der in Frankreich erzogene Bao Dai immer den Franzosen gefügig war. Die Illegalität seiner Regierung wird allgemein als solche empfunden.

Die Attentisten, Vorsichtigen und Zwiespältigen

Die undurchsichtigen politischen Verhältnisse haben Tausende von Katholiken zu einer Politik des Abwartens geführt, die natürlich unter Umständen auch den Kommunisten nützt. Andere sind in verhältnismäßig ruhige Gebiete geflüchtet und leiden unter seelischen Qualen, nicht zuletzt deshalb, weil das Christentum jetzt so ohnmächtig ist. Unter diesen Flüchtlingen befinden sich sehr edle und religiös tiefe Menschen. Wieder andere glauben, jetzt sei die Zeit gekommen, dem Katholizismus nach einer Periode der äußeren Organisation größere innere Tiefe zu geben. Sie suchen in ihren Priestern Führer zu spiritueller Vervollkommnung in dieser Notzeit. Die jeweils vom Bandenkrieg Betroffenen stehen oft unter fürchterlichem Druck und suchen die reine Selbstverteidigung und die Verteidigung ihres Besitzes, ohne dabei den Glauben verleugnen zu müssen. Wo sie genügend zahlreich sind, haben sie oft unter kirchlicher Hilfe die Selbstverteidigung nach rechts und links erfolgreich geführt, wie in dem stark katholisch durchsetzten Gebiet von Phat-Diem, dessen Landschaft mit Kirchtürmen übersät ist und an katholische Gebiete in Europa erinnert. Hier hat man „Mobile Einheiten" zur Verteidigung der Christengemeinden gebildet. Die Priester sind unter den gequälten Christen heute Führer in allen Lebensfragen. Auf ihnen lastet eine fürchterliche Verantwortung. Sie sagen sich, daß sie zunächst Seelsorger für alle ihre Gläubigen sein müssen, in welchem Lager auch immer sie stehen, auch für die Abwartenden, Unentschlossenen, Opportunisten. Selbst beim Anraten der Selbstverteidigung müssen sie vorsichtig sein, weil eben damit große Gefahren verbunden sind. Wo sich die Christen zur Verteidigung gegen die Truppen Ho Chi Minhs von den Franzosen Waffen geben ließen, war die Waffenlieferung meist so unzureichend, daß die Christendörfer den gutgeschulten Banden unterlagen und furchtbar für ihre Selbstverteidigung büßen mußten. Die Priester wagen aus religiösen Gründen oft auch nicht, die Jugend zum Eintritt in das französisch-vietnamesische Heer zu bewegen, von den politischen Gründen ganz abgesehen. Denn beim Militär ist die katholische Jugend mangels geordneter seelsorglicher Betreuung in großen sittlich-religiösen Gefahren. Dazu gibt der kinderliebende Annamit seine Söhne nicht gerne für den gefahrvollen Kriegsdienst her, zumal er sie in seinem schweren Existenzkampf heute dringend braucht. Die Katholiken Vietnams und ihre Priester leben so im allgemeinen in schweren Gewissensnöten. Täglich müssen Bischöfe, Priester und Laien ganz persönliche und der wechselnden Lage angepaßte Entscheidungen treffen. Es ist für die Bischöfe unmöglich, durch allgemeine Anweisungen Gewissensnormen zu geben. Eines steht nur fest: die Masse der Katholiken will treu zu ihrem Glauben stehen, lehnt den Kommunismus innerlich ab und steht unerschüttert zur nationalen Selbständigkeit. Man hat im französisch kontrollierten Gebiet in jüngster Zeit eine Partei gegründet, die Volksbewegungs-Partei, die im katholischen Norden ihre stärkste Stütze hat. Damit ist den Katholiken erheblicher Einfluß auf die Partei gegeben. Aber die Vietnamesen sind an das Funktionieren eines westlichen Parteisystems noch nicht gewöhnt. Es fehlt auch an Führern, und man kann sich schwer vorstellen, daß die Katholiken auf diesem Weg zu einer einheitlichen politischen Willensbildung kommen und die Gesamtgeschicke des Landes wirksam beeinflussen könnten.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Echte und falsche Reform in der Kirche

Der französische Dominikanerpater *Yves M.-J. Congar*, der durch seine theologischen Veröffentlichungen auf dem Gebiete der ökumenischen Arbeit und der kirchlichen Laienbewegung hervorgetreten ist, hat vor kurzem in der Sammlung „Unam Sanctam" ein großes Werk herausgegeben unter dem Titel „Vraie et fausse réforme dans l'Eglise" (Editions du Cerf, 1950). Dieser 648 Seiten umfassende Band ist der vierte Teil eines großangelegten Werkes, das den Titel trägt „Essais sur la Communion catholique". Das Werk soll folgende Teile enthalten:

I. Eléments et conditions de la Communion catholique
II. Etudes sur le Schisme
III. Communion catholique et vérités devenues folles
IV. Vraie et fausse réforme dans l'Eglise
V. Tradition et Communion catholique
VI. Diversité et Unité. Monotraditionalisme et Catholicité
VII. La „Communicatio in sacris". L'„Intercommunion"
VIII. Rome et la Communion catholique.

Es handelt sich also um nichts weniger als um die Bausteine zu einer Ekklesiologie. Pater Congar schreibt selbst, daß sein Ziel sei, ein Werk über die Kirche als Volk Gottes und als Leib Christi auszuarbeiten.

Das Hauptanliegen, das den Verfasser bei diesem Unternehmen bewegt, ist der Umstand, daß die vielen Traktate über die Kirche sich bisher immer nur mit der *Struktur* der Kirche befaßt haben, nie aber mit ihrem *Leben*. Unter Struktur der Kirche versteht er die Kirche in ihren Wesenselementen, in dem also, was in ihr unantastbar ist und nie preisgegeben werden kann, ohne daß die Kirche zerstört würde.

Etwas anderes sind die Lebensäußerungen der Kirche, wie

z. B. die Reformbewegungen oder aber auch die Abfallserscheinungen in der Geschichte der Kirche. Dieses Phänomen wurde dogmatisch eigentlich immer nur im Hinblick auf das Prinzip der Einheit der Kirche untersucht, nie aber in sich selbst. Möhler und Newman sind die ersten Bahnbrecher einer Art Phänomenologie der Kirche. Auf diese stützt sich Congar denn auch weithin, wobei er deren Ansätze weiterführt.

I. Sinn der Reform in der Kirche

In den heutigen Reformbestrebungen in der Kirche, wie sie nach den beiden letzten Weltkriegen in Frankreich sowohl als in Deutschland aufgetreten sind, fällt die Redlichkeit und Verantwortung auf, mit der die Selbstkritik der Kirche ausgesprochen wird. Im Grunde genommen geht diese Kritik darauf hinaus, das Bild Christi einfacher und deutlicher zum Ausdruck zu bringen, das Wesen des Christentums, das durch eine christliche Welt, d. h. durch die konkrete Erscheinung des christlichen Lebens mit ihren geschichtlichen soziologischen Verflechtungen verdeckt wird, wieder zum Leuchten zu bringen.

1. Die theologische Bestimmung der Kirche

Bei der Kritik an der Kirche ist es entscheidend zu wissen, was man unter Kirche versteht, bzw. in welchem Sinn die Kirche überhaupt sündig genannt werden kann. Im Alten Bunde ist das Volk Gottes ein sündiges und treuloses Volk. Das Reich Gottes, von dessen Erwartung im Neuen Bunde die Rede ist, kennt nur Reine. Die Kirche aber bildet nur die irdische Phase dieses Reiches und birgt in dieser Zwischenstufe Gute und Böse. Kein Glied der Kirche entgeht der Sünde, mit Ausnahme der Mutter Gottes.

Nun ist die Kirche Volk Gottes wie im Alten Bunde, aber auch mehr, sie ist Leib Christi und Braut Christi. Als solche ist sie Tempel des Heiligen Geistes und heilig. Nur als Volk Gottes ist sie sündig. Dieser Gedanke wird bei den Vätern unter den Symbolen des Mondes und des unreinen Weibes weiter entwickelt und ist auch Lehre der Kirche. Die Kirche ist nicht ohne Sünder, sie selber aber ist heilig. Sofern sie von Gott ist, wird ihr, und damit auch den Gläubigen, wirklich Gottes Heiligkeit mitgeteilt. Sofern sie aus Menschen besteht, ist sie sündig. Die Möglichkeit der Verbindung dieser beiden sich widersprechenden Elemente liegt in der Existenz der Kirche in Christus, im menschgewordenen Gott.

So ergeben sich folgende verschiedenen Bedeutungen der Kirche:

1. Die Kirche ist Leib Christi, sofern sie *in Christus existiert*, in seine Heilstat hineingenommen ist. Sie ist sozusagen das Ursakrament.
2. Man spricht ferner von Kirche im Sinne der Gesamtheit der von Christus eingesetzten Heilsmittel. Das ist die Kirche als *Institution*. Sie umfaßt das Glaubensdepositum, die Sakramente, das Lehr-, Priester- und Hirtenamt.
3. Unter Kirche versteht man aber auch die Hierarchie, also Papst, Bischöfe und Priester.
4. Schließlich versteht man unter der Kirche die Gemeinschaft der Gläubigen.

Entscheidend ist, daß diese Betrachtungsweisen nie auseinander gerissen werden dürfen.

Die Kirche als Braut Christi und als Werk des Heiligen Geistes, ebenso aber auch als Institution Christi, ist heilig und unantastbar, darum auch unreformierbar. Auch als Gemeinschaft der Christen ist die Kirche als ganze heilig und kann sich als ganze nicht von Gott abwenden. Die einzelnen Glieder der Kirche hingegen können versagen sowohl gegenüber der Gabe des übernatürlichen Lebens wie gegenüber der Gabe der Ämter. Die einzelnen Glieder der Hierarchie wie auch die einzelnen Gläubigen beten zusammen das Confiteor.

2. Kirche der Sünder

Es hat in der Geschichte der Kirche immer wieder die spiritualistische Versuchung gegeben, die Kirche nur als Kirche der Heiligen gelten zu lassen. Die Sünder gehören aber mit zur Kirche, solange ihre Sünde nicht ausdrücklich diese Zugehörigkeit zur Kirche aufhebt wie bei der Häresie, beim Schisma oder der Apostasie. Wohl zerstört die Sünde die Gemeinschaft mit Christus, nicht aber die mit der Kirche, was in den Parabeln von den guten und schlechten Fischen im Netz wie vom Weizen und Unkraut im Acker zum Ausdruck kommt.

Bei aller Heiligkeit der Institution der Kirche kommt doch in deren konkreten Äußerungen notwendigerweise auch das Menschliche mit zum Ausdruck und damit auch zwangsläufig das Versagen der Vertreter dieser Institution. „Eine der Versuchungen der Männer der Kirche liegt bestimmt darin, in ihrem Bewußtsein das, was sie konkret tun, mit ihrer heiligen Funktion zu identifizieren. Diese Männer, die die heiligste Autorität ausüben, können mangelhaft informiert sein und es an genügender Einsicht fehlen lassen. Sie können Gelegenheiten verpassen, sich das Volk entfremden, durch ihre Enge oder ihren Mangel an Verständnis Nichtwiedergutzumachendes anstiften“ (119). Die Geschichte ist voll solcher einzelner Beispiele, und höchste Vertreter der Kirche haben dies in kritischen Zeiten auch zugegeben.

Bei Newman finden wir in der Via media (vgl. das Bändchen „Die Einheit der Kirche und die Mannigfaltigkeit ihrer Ämter“ in den „Zeugen des Wortes“) den Ansatzpunkt zum Verständnis dieses geschichtlich dialektischen Zusammenspiels von heilig Göttlichem und sündig unzureichend Menschlichem im Leben der Kirche. Man wird stets unterscheiden müssen zwischen dem Wesen eines Amtes und seiner geschichtlich konkreten Ausübung in all ihren möglichen soziologischen Verhaftungen. Congar unterscheidet in diesem Sinne zwischen Christentum und christlicher Welt.

Bei dieser Unterscheidung darf man nie die ganze Kirche aus den Augen verlieren, die „zugleich heilige und sündige, unfehlbare und fehlende, vollkommene und doch vielfältigen geschichtlichen Unvollkommenheiten unterworfene Kirche“ (128).

II. Echte Reform in der Kirche

Ausgehend von dem Grundprinzip des Christentums, daß das gesamte Werk Gottes Geschichte und Entfaltung ist, angefangen von der Schöpfung bis zum Heilswerk, zeigt Congar, daß diese geschichtliche Entfaltung nicht automatisch im Sinne des Entwicklungsgedankens aufzufassen ist, sondern durch immer neue Anrufe Gottes ausgelöst wird. „Die fleischliche Menschheit ist nichts anderes als die Entfaltung Adams; die religiöse und gerettete Menschheit nichts anderes als die Entfaltung Abrahams; sie ist das Volk Gottes, das hervorgegangen ist aus den Verheißungen, die an Abraham gerichtet wurden. Dieses wurde zu-

erst in Israel und dann über Israel hinaus in der Kirche verwirklicht" (134). Die ganze Bibel ist nichts anderes als die Geschichte dieses Entfaltungsprozesses. Immer wieder ist im Keim die noch verborgene Fülle enthalten, die stufenweise offenbar wird. „Nicht allein die Bibel beginnt mit einer Genesis und hört auf mit einer Apokalypse, d. h. mit einer Enthüllung; alle Gaben Gottes, ja sein ganzes Werk ist so" (135). Das Frühere erhält seinen Sinn durch das Ende.

Weil wir innerhalb dieser Entfaltung *als Menschen* Partner Gottes sind, gibt es Stufen darin. Der Prozeß schreitet vom Äußeren zum Inneren. Man denke z. B. an die alttestamentlichen Opfer gegenüber dem neutestamentlichen Opfer. Nun besteht immerfort die Gefahr, in diesem Prozeß auf einer erlangten Stufe stehen zu bleiben. Wir kennen den Widerstand der Juden, die sich an äußere Reinheitsvorstellungen oder an einen nationalen Messianismus festklammerten und sich so dem Anruf Gottes gegenüber verschlossen. Das Beispiel Israels ist typisch für alle späteren Herzensverhärtungen in der Kirche. Denn wenn auch der Kirche die Fülle der Verheißungen zuteil wurde, so bleibt doch auch in ihr noch ein Spielraum der Entfaltung. Die Verheißung ist noch nicht die letzte Erfüllung. Die Kirche auf Erden ist Mittel im Hinblick auf eine endgültige Wirklichkeit.

Das Christentum ist ferner eine Wirklichkeit, die von oben kommt und doch zeitverhaftet bleibt. Die Christenheit wächst und entfaltet sich in dieser Welt gemäß der Sendung des Herrn, seine Botschaft in alle Welt hinauszutragen. Die Kirche muß, soweit sie beweglich und wandelbar ist, der Bewegung der Welt folgen. Ihrem Wesen nach ewig, muß sie doch in ihren äußeren Gestalten mit der Welt Fühlung halten. Die Kirche muß im Gespräch bleiben mit der Welt, schenkend, aber auch den allgemeinen Rahmen ihres Lebens empfangend, nicht von dieser Welt und doch in dieser Welt lebend. Die Welt ist das Strombett, das nicht selten dem Volk Gottes den Lebensraum geboten hat. Man denke an die Rolle, die die Antike für das Christentum gespielt hat.

Die Fragen der Welt nimmt die Kirche auf, um auf sie zu antworten. In den Fragen der Welt verbirgt sich oft ein Anruf Gottes an die Kirche. Es ist begreiflich, daß die Kirche, die ewig ist, sich dem Neuen in der Welt gegenüber zuweilen zögernd verhält. Sie kann nicht blind irgend welchen neuen Bewegungen folgen. Aber was einholbar ist, holt sie heim.

1. Die Versuchung zum Pharisäismus

Es gibt zwei Versuchungen für die Kirche. Congar nennt sie die Versuchung zum Pharisäismus und die Versuchung, Synagoge zu sein. Die erste verführt dazu, die Mittel zum Zweck zu machen, die zweite, an erworbenen Formen starr festzuhalten.

Riskieren wir nicht auch heute oft, daß „das eigentliche Ziel unseres Tuns nicht das Reich Gottes und der Dienst an den Seelen sei, sondern das Funktionieren um seiner selbst willen und der Erfolg unserer Werke: unserer Werke um ihrer selbst willen" (162)? Und dies angesichts einer redlich sich mühenden Welt, der gegenüber die Christen zu der größten Redlichkeit aufgerufen sind! Suchen wir Gottes Erfolg oder den unseren? Es gibt nicht nur einen politischen Klerikalismus, sondern auch einen moralischen und psychologischen, der den priesterlichen Eifer verfälscht und von außen empfindlich als solche Verfälschung empfunden wird. Die Priester erscheinen dann „als Diener eines Apparates, statt als Diener Gottes und der Menschen" (165). Diese Gefahr ist zumal groß, wenn die Kirche vom Staat unterstützt wird und aus dieser Symbiose von Kirche und Gesellschaft eine geschlossene „christliche Welt" entsteht, die der Offenheit des Geistes des Christentums widerspricht. Gegen solche Verquickungen haben die Propheten stets ihre Stimme erhoben. Insofern ist die Kirche zumeist in einer besseren Situation, wenn sie in der Welt Widerstand findet, als wenn sie von der Welt gern geduldet wird.

2. Die Versuchung, Synagoge sein zu wollen

Die zweite Versuchung der Kirche ist die, an übernommenen Formen starr festzuhalten und sich neuen Bedürfnissen und Forderungen gegenüber zu verschließen. „Der Leib der Kirche ist gewachsen, nicht aber seine Haut. So droht er sie zu zerreißen" (171). Man hat zuweilen gesagt, die Kirche sei immer im Rückstand gewesen. Eine gewisse Zurückhaltung der Kirche gegenüber dem Neuen ist natürlich. Darin liegt eine Weisheit, wie die Geschichte lehrt. Ein Sichverschließen jedoch und ein Festhalten an überalterten Formen bringt die Gefahr mit sich, daß viele Menschen mit der Kirche nicht mehr zurecht kommen. Die Formen, in denen die Kirche ihre Lehre darbietet, ihre Liturgie gestaltet, ihr Apostolat aufbaut, sind stets geschichtlich gebunden gewesen. Es wäre ebenso falsch, dieses Relative zu verabsolutieren, wie das Absolute der Kirche zu relativieren. So besteht immer wieder die Gefahr, überkommene, soziologisch bedingte kirchliche Gewohnheiten mit den unwandelbaren Prinzipien der Kirche zu verwechseln. Die Routine siegt dann gegen die Wahrheit.

3. Gegenstand der heutigen Reformbestrebungen

Auf Grund dieser Prinzipien sucht Congar den Sinn der heutigen Krise in der Kirche zu verstehen. Er bemerkt, daß im Gegensatz zum Modernismus die heutige Selbstkritik nicht an der Wesensstruktur der Kirche ansetzt, nicht am Dogma, nicht an der kirchlichen Autorität, sondern an einer gewissen christlichen Kultur, an gewissen Zügen des zeitlichen Antlitzes der Kirche. Es geht also nicht um eine theologische, sondern mehr um eine soziologische Kritik.

„Das Problem der soziologischen Strukturen des kirchlichen Lebens ist ein sehr tiefes Problem, und das einer Reformbewegung, die auf diese Ebene zielt, ist aufs engste verbunden mit den Forderungen des Evangelismus" (191). Man muß die falsche Vorstellung eines „rein" Geistigen preisgeben, „das sich in seiner Reinheit unabhängig von einer konkreten Situation verwirklichen könnte" (191). Daraus ergeben sich drei Grundsätze für eine echte Reform:

1. Sie darf nicht rein „moralisch" sein, sondern muß bis zur Ebene der Strukturen vordringen und wirksame Mittel der Geschichte ins Werk setzen.
2. Der Reform im eigentlich religiösen Sinn muß eine Reform auf der Ebene der äußeren und wirtschaftlichen Lebensbedingungen zur Seite gehen.
3. Keine volle Reform der Anpassung ist möglich, ohne daß die Kirche sich den Strukturen einer neuen Welt anpaßt, die sie taufen muß (vgl. das geschichtliche Beispiel der Bettelorden).

4. Das Prophetentum in der Kirche

Die Kirche braucht Propheten, soll sie sich von den Verkrustungsprozessen der Geschichte freihalten. Es gibt freilich Propheten und Reformatoren. Das Wesen des Propheten liegt darin, seine Zeit von Gott her zu beurteilen, wodurch er in Gegensatz zu seiner Zeit tritt. Die Gabe des Prophetentums ist der Kirche nie versagt geblieben. Sie kommt der Hierarchie zu, ebenso aber einzelnen vom Geist Gottes Gesandten. Der Prophet in der Kirche kündet den Willen Gottes für seine Zeit und ist so berufen, die Kirche zu reformieren. Er bildet das dynamische Element in der Kirche, das, für sich allein betrachtet, auch seine Gefahren hat. Es ist aber auch verhängnisvoll, dieses erneuernde Element zu unterdrücken.

5. Bedingungen für eine echte Reform

a) Primat der Liebe

Die erste Bedingung für den Erfolg einer Reformbewegung in der Kirche ist der Primat der Liebe und des Pastoralen. Die Gefahr für den Propheten liegt darin, sich mit seiner Erkenntnis allein in der Kirche zu fühlen. Liebe und Erkenntnis müssen sich bei ihm die Waage halten, soll er sich nicht von der Kirche trennen, was die Reformatoren taten, die ihr System über das Ganze der Kirche stellten und sich gegen das Dogma der Kirche erhoben. Die Chance der heutigen Reformbewegungen ist, daß sie aus apostolischen Nöten, aus einem pastoralen Anliegen entstanden sind.

b) Verbleib im Verbande der Kirche

Die zweite Bedingung ist der Verbleib im Verbande der Kirche, das Sentire cum Ecclesia, freilich nicht nur im Sinne eines passiven Gehorsams der Hierarchie gegenüber, als sei die Kirche ein großer Verwaltungsapparat, in dem alles immer nur von oben bestimmt wird, sondern im Sinne des eigenen Mitlebens mit der Kirche.
Die Initiative zu Reformen geht zumeist nicht von oben, sondern von unten aus. Im übrigen bleiben Reformen von oben, wenn sie nicht von unten auf breiterer Basis mitgetragen werden, unwirksam. Jedenfalls muß zwischen oben und unten eine Übereinstimmung erzielt werden. Die Reformbewegung muß in der Kirche bleiben, darf nicht zum Schisma führen. Die Spannung zwischen Autorität und Reform muß ausgetragen werden, denn beide sind vom selben Heiligen Geist bestimmt. An der Verbundenheit mit der ganzen Kirche kann man die Orthodoxie einer Reformbewegung ablesen. Anderseits soll die höchste Stelle der Kirche allen Anregungen von außen gegenüber offen bleiben; das Umgekehrte drohte sie zu isolieren.

c) Geduld

Die dritte Bedingung für den Erfolg aller Reformbewegungen ist die Geduld. Man muß den Dingen ihre Zeit lassen. Die Reformatoren konnten alle nicht warten. Das Christentum ist geschichtliche Wirklichkeit, die Reformatoren haben das nicht begriffen. Auf der anderen Seite muß jeder Prophet sich auf Unverständnis und Verfolgung gefaßt machen. Auch darin muß er Geduld haben.

d) Treue zur Überlieferung

Die vierte Bedingung liegt in einer echten Rückkehr zur Überlieferung, nicht aber in der mechanischen Einführung einer Neuerung. Stets muß die Überlieferung befragt werden, was nicht dasselbe ist wie eine Routine. Die Tradition ist die Gegenwart des Anfangs in allen Stufen seiner Entfaltung bis heute, ja bis zum Endziel. „Sie umfaßt somit die Quellen (Schrift als Tatsache des Urchristentums), die Lehre der Väter, den Ausdruck des Glaubens und des Gebetes der ganzen Kirche (Liturgie), die authentischen Forschungen der Lehrer und Geistesmänner, die Entfaltung der Frömmigkeit und der Lehre und schließlich das Denken und die Bewegung der konkreten Kirche, der Kirche von heute, die immerfort am Werke des Glaubens, des Lobes, der Kontemplation und des Apostolates ist unter der Regulierung ihres Lehramtes“ (336). Mit der Rückkehr zu den Quellen ist also nicht gemeint eine Rückkehr zu der buchstäblichen Form eines Teilausdrucks der Lehre der Kirche.

III. Ziel der Reformation

Den Reformatoren ging es weniger um eine Reform im Lebensbereich der Kirche als um eine Reform der Lehre der Kirche. Sie haben gewisse augustinische Tendenzen einer Spiritualisierung der Kirche überboten, weil sie den Heilsakt Gottes und die sichtbaren Heilsmittel der Kirche nicht mehr zusammenbrachten. So wurde die Kirche für sie zur communio sanctorum, zur Gemeinschaft der Auserwählten, die sie völlig trennten von einer institutionellen Kirche. Die Kirche wird vom Individuum, bzw. vom Heil des Einzelnen her gesehen. Damit wird aber die Wirklichkeit der Kirche als Braut Christi aufgelöst.
Congar spricht bei Luther von einem „Galatismus“, weil der Galaterbrief, mehr noch als der Römerbrief, der Lieblingsbrief Luthers gewesen ist, der seiner Neigung entgegenkam, die Kirche zu spiritualisieren. Für Luther „baut sich die Kirche auf durch das Anhangen des Glaubens an den in Gott verborgenen und daher unsichtbaren Christus: sie ist das ganz geistige und unsichtbare Reich des geistigen und unsichtbaren Christus in unserem Glauben“ (387). Wohl gibt es äußere Zeichen wie Taufe, Altarssakrament und Evangelium; sie haben aber nur anzeigenden Charakter. Der neuralgische Punkt bei Luther ist das Auseinanderfallen von innerem und äußerem Aspekt der Kirche, von Glauben an Christus und kirchlichem Apparat. Das Festhalten an äußeren Formen ist nach Luther ein Abfall in die Natur. Damit entfällt der Gesichtspunkt einer formellen Sichtbarkeit der Kirche und ihrer Apostolizität. Das ist alles fleischlich.
So verkennt Luther die Mittlerrolle der äußeren Elemente des Christentums, sie sind für ihn lediglich Zeichen eines rein geistigen Christentums, welches das Wort wirkt. Nach Luther wird man nicht häretisch, wenn man sich Rom entzieht, denn der Glaube ist etwas Inneres. Für Luther gibt es im Christentum nur eine Bewegung von innen nach außen. Alles kommt von Gott allein. Es gibt keine Rückkehr zu Gott von außen nach innen, keine Freiheit, kein Verdienst.

1. Gnade ohne Kirche

Dem entspricht eine bestimmte Vorstellung von der Gnade. Sie ist Akt Gottes, der im Himmel ist, im Ansehen des Leidens Christi, ohne geschichtlichen Bezug zu diesem. Der Glaube ist etwas ganz Inneres. Damit kommt den äußeren Zeichen die gleiche Rolle zu wie den alttestamentlichen Zeichen. Da ist gar kein Raum mehr für die Kirche als Institution. Luther hat kein Verständnis für die mit Christus einende Funktion der Ämter. Damit

erklärt sich heute der vergebliche Versuch des Protestantismus, eine Ekklesiologie zu bauen. Auch bei Calvin muß man sich fragen, ob die Kirche vom Himmel aus erbaut wird oder vom menschgewordenen Worte aus. Der Protestantismus will das Christentum nur als prophetisches Statut, nicht als apostolische Institution. Später unterscheiden die Protestanten zwischen der unsichtbaren Kirche und dem sichtbaren Kirchentum, das aber rein menschliches Werk ist. Die Kirche als Leib Christi hat keinen Sinn mehr.

Hinter dieser Auffassung birgt sich ein falsches Verständnis von Transzendenz, als ob die Souveränität Gottes nicht gerade darin gipfelte, das Geschöpf sein und handeln zu lassen, „als werde sie gemindert, wenn sie dem Geschöpf die Möglichkeit einer Partnerschaft bietet" (453).

2. Kritik des protestantischen Kirchenbegriffs

Aus den vorausgehenden Untersuchungen ergibt sich die Kritik des protestantischen Kirchenbegriffs von selbst. „In Jesus Christus, dem menschgewordenen Wort, der Ursache des Heils, ist der neue und endgültige Lebensbaum mitten unter uns gepflanzt" (470). Die Früchte sollen wir später ernten, aber jetzt schon haben wir teil am Leben. Das Verhältnis zum Heil ist somit nicht ein bloßes Erwarten, sondern schon Besitz. Das Mittel, das uns mit Gott eint, ist nicht rein geistig, nicht der göttliche Prädestinationsakt oder ein rein innerlicher Rechtfertigungsakt, sondern der Mittler Jesus Christus, der Mensch geworden ist, der Leib Christi wirksam in Lehr-, Priester- und Hirtenamt der Kirche. Im Zusammenwirken des Heiligen Geistes mit dem apostolischen Leib, des Heiligen Geistes und der Sakramente vollzieht sich die pneumatisch-kanonische Sendung der Kirche. Die Reformatoren wollten die menschliche Mittlerrolle übergehen. Und doch brauchten sie Prediger; an die Stelle der Bischöfe traten die Lehrer, die das Wort Gottes verkünden.

Auf eines macht Congar noch aufmerksam: „Zwischen der geistigen Wirklichkeit der Verbundenheit mit Gott und den sichtbaren kirchlichen Mitteln besteht kein absolutes Band. Nicht alles kommt vom sichtbaren apostolischen Apparat. Schon zu Anfang hat die Kirche einen heiligen Paulus gehabt, der nicht zu den Zwölfen gehörte, dessen Sendung nicht vom Christus im Fleisch, sondern vom Herrn der Herrlichkeit ausging; diese Tatsache wird heftig, ja polemisch im Brief an die Galater verkündet und dem Gegensatz zwischen Fleisch und Geist, zwischen Gesetz und Evangelium das Tor geöffnet. Daraus entwickelte sich die Möglichkeit eines ‚Galatismus', wie auch eines ‚Marcionismus'" (481f.). Die Macht Gottes ist nicht an die Sakramente gebunden. „Hier müßte man allerdings der Frage tiefer nachgehen, inwiefern der Heilige Geist nicht ein bloßer Stellvertreter Christi ist" (482). Darin liegt ein berechtigtes Element des Protestantismus, das man nur nicht zum Gesetz für das Ganze erheben darf.

3. Kritik des protestantischen Schriftprinzips

Der Protestantismus sieht Schrift und Kirche in einem rein äußeren Verhältnis. „Als Wirklichkeit entspringt die Autorität der Kirche und des Papstes (aber) nicht von der Schrift, sondern vom Herrn, der sie eingesetzt hat und der deren Wirken durch seinen Geist sichert; von dieser Wirklichkeit gibt die Schrift Zeugnis und dies selbst, wenn man sie lediglich als ein historisches Zeugnis betrachtet, durch das wir erfahren können, was Jesus getan, gewollt und gesagt hat" (488).

Die wahre Glaubensregel ist die Tradition, das, was von Christus den Aposteln und von diesen wiederum der Kirche überliefert wurde, also in einem weiteren Sinn als dem der mündlichen Überlieferung. Diese Überlieferung ist wie eine Art Sakrament, darin der Heilige Geist wirken muß, damit das Leben in Christus genährt wird. „Der Heilige Geist ist gleichsam die Seele der Überlieferung, der Gesamtheit der ‚Sakramente', durch die die Kirche sich als Leib Christi oder Gemeinschaft der Heiligen auferbaut" (489). Die Heilige Schrift gehört somit zum Depositum fidei, zum Erzeuger der Einheit in der Kirche. Die Heilige Schrift ist ein lebendiges Zeugnis über die Wirklichkeit des Christentums. „Das kirchliche Lehramt richtet nicht über die Schrift, sondern wird von ihr gerichtet. Aber indem es sein Zeugnis gibt, ist es Richter über die Schriftinterpretation der Gläubigen" (492). „Die Kirche empfängt streng genommen den Inhalt ihres Glaubens nicht aus der Schrift: sie findet ihn nur darin wieder, was etwas ganz anderes ist. Der Inhalt ihres Glaubens ist die Überlieferung: id quod traditum est ei, id quod tradit, und das sind nicht nur Aussagen, Ideen, sondern Wirklichkeiten" (498). „Das Volk Gottes lebt von den Wirklichkeiten, die Gott ihm geschenkt hat, wozu auch das Wort Gottes gehört; die Heilige Schrift verhält sich zu diesem wie ein Sakrament, aber die Wirklichkeiten gehen weit über das hinaus, was ihre Worte ausdrücken" (499). Die Reformatoren aber haben die Heilige Schrift aus der Überlieferung herausgelöst als eine äußere Norm, nach der die Kirche immerfort reformiert werden muß. Es hängt dies mit einer falschen Sicht des Transzendenz-Immanenz-Verhältnisses zusammen.

Für den modernen Protestantismus ist die Bibel nur wie ein Zeichen, dem gegenüber das reine Wort Gottes das Eigentliche ist, während die Schrift menschlich ist. Für Karl Barth gibt es das Problem des Übergangs vom Worte Gottes in seinem transzendenten und göttlichen Sinn zum Worte Gottes, das von Menschen zum Ausdruck gebracht wird. Damit wird das Wort Gottes den Lehrern bzw. Theologen ausgeliefert. Die Frage ist aber, ob die Bischöfe oder die Doctores die Glaubensregel sind. Die Geschichte des Protestantismus mit der Vielfalt gegensätzlicher Autoritäten gibt die Antwort auf diese Frage.

IV. Kirchliches Lehramt und Reformarbeit

1. Die Theologen in der Kirche

In diesem Zusammenhang stellt Congar die folgenschwere Frage nach der Rolle der Theologen innerhalb der katholischen Kirche. „Das Lehramt, das die Last und das Charisma des apostolischen Zeugnisses trägt, regelt den Glauben der Gläubigen; aber der apostolische Glaube im Sinne eines objektiven Depositums der geoffenbarten Wahrheiten regelt das Zeugnis des Lehramtes und bestimmt die Kompetenz, in deren Grenzen es Autorität und Gnade hat" (523). „Die Kirche hat das, was ihr gegeben wurde, in sich, sie empfängt es nicht von außen; sie ist jedoch diesem Gegebenen unterworfen und muß sich innerhalb seiner objektiven Grenzen halten. Deshalb muß sich die Kirche informieren, und sie tut es in der Regel, zu einem großen Teil wenigstens, indem sie die Theologen befragt" (527). „Die Überlieferung läßt sich nicht auf ihre Dokumente einschränken, sie kann sie aber auch nicht entbehren" (528). Die kirchliche Autorität wird nicht unmittel-

bar von Gott inspiriert, sondern genießt lediglich den Beistand des Heiligen Geistes, was einschließt, daß selbst die dogmatischen Definitionen eine große menschliche Arbeit voraussetzen, auf die sie nicht verzichten können. Der Theologe muß zu diesem Zweck eine objektive und kritische Arbeit leisten. Darin liegt der Sinn der positiven Theologie. Als solcher kann der Theologe aber niemals das Lehramt ersetzen.

2. Überlieferung und theologische Reform

Man muß sich hüten, die Überlieferung mit einer überkommenen Theologie zu verwechseln. „Die Gefahr liegt hier auf seiten der Kirchenmänner, die von Amts wegen den Auftrag der Tradition haben, als Menschen jedoch nicht vermeiden können, Gefangene gewisser überkommener, weniger glücklicher Ideen zu sein, die mit der tiefen Überlieferung der Kirche mehr oder weniger übereinstimmen" (531). Oft handelt es sich dabei um eine gewisse Theologie, die nur zu einer bestimmten Zeit Gemeingut ist. So muß die Kirche die Entfaltung der theologischen Arbeit wünschen. Damit ist nicht gesagt, daß sie sich vor allem dem Neuen anpassen müßte. Es ist natürlich, daß die Kirche, „die mit Vorliebe den pastoralen Standpunkt einnimmt und sich auf die Ebene der Liebe stellt, mehr an das Ärgernis der Schwachen als an das der Starken denkt. Sie nimmt gleichwohl dieses auch nicht leicht, sie ist Mutter der Gelehrten wie der Unwissenden" (534).

3. Gründe für die Zurückhaltung des Lehramtes

So ist die allgemeine Haltung der Kirche gegenüber Reformbewegungen in der Regel abwartend. Es gibt dogmatische und pastorale Gründe für diese Haltung. Zwar ist es möglich, daß überkommene Vorstellungen dabei der echten Überlieferung den Weg versperren. Es kann auch sein, daß in einer bestimmten Krisensituation das Wesentliche nur durch periphere und relative Elemente gerettet werden kann. Die Kirche muß eben vor allem das Depositum wahren. Die Anpassung an die Bedürfnisse einer neuen Welt betrifft das Leben der Kirche, nicht das Wesen der Kirche, sie tritt deshalb hinter diesem Wesentlicheren zurück. Diese Haltung der zurückhaltenden und sich selbst bewahrenden Sammlung des Lehramts hat eine wesentliche Funktion im Lebensrhythmus der Kirche. Oft leitet sie eine große Reformbewegung ein. Das Leben hat nur Gewinn von solchen Festigungen der inneren Struktur der Kirche. Die Kirche nimmt überdies einen überindividualistischen Standpunkt ein. Reformbewegungen müssen von der Masse der Gläubigen aufgenommen werden können, sollen sie nicht Unheil stiften.

Natürlich gibt es eine Reihe von Motiven auch nicht theologischer Natur, die die Kirche zur Zurückhaltung bewegen. Das dogmatische Prinzip der Überlieferungstreue führt leicht zu einem gewohnheitsmäßigen Festhalten am Überkommenen. Oft scheint eine unvollkommene Ordnung besser als ein Wandel. Die berechtigte Gehorsamshaltung im Klerus führt leicht dazu, den Gehorsam als oberste Tugend anzusehen. Dann wird der Gehorsam zur mechanischen Unterwerfung ohne innere Entscheidung. Aus einem Sicherungsbedürfnis folgt eine Haltung der Ängstlichkeit und des Kleinmuts. Dies führt zu einer Verweichlichung des Religiösen, die die Männer aus der Kirche treibt. Hinzu kommt der Mangel an Aufgeschlossenheit der Weltsituation gegenüber, die gegen Reformbestrebungen blind macht. Und schließlich spielt dabei auch die instinktive Abwehr eines jeden gegen das ungewohnte Neue eine Rolle. In diesem Zusammenhang beleuchtet Congar die politischen Hintergründe des Integralismus im französischen Katholizismus.

Es gibt eine schwere Verantwortung der Kirche den Reformbewegungen gegenüber, wie umgekehrt eine schwere Verantwortung der Reformwilligen gegenüber der Kirche. Verschließt sich die Kirche, dann riskiert sie den Verlust oder zum wenigsten die Lähmung der besten Kräfte in der Kirche.

4. Prognose für die kirchliche Reformbewegung unserer Zeit

Das Schlußergebnis Congars lautet in bezug auf die heutigen Reformbestrebungen in der Kirche zuversichtlich. Zunächst ist die heutige Reformbestrebung in ihren theologischen Positionen gesund: keine Spur von Modernismus beseelt sie. Sie will in der Kirche bleiben. Selten ist aber auch in der Geschichte eine Reformbewegung von der Hierarchie so positiv aufgenommen worden wie die heutige. Der Hauptgrund liegt wohl darin, daß diese Reformbewegung auf dem Boden des Pastoralen ansetzt. Wir haben es nicht mit einer rein intellektuellen Reformbewegung zu tun wie im 16. Jahrhundert. Das apostolische Anliegen beseelt auch die führenden neuen Theologen. In Frankreich droht keinerlei Schisma.

Zum Schluß seines Buches beklagt Congar, daß die Bistümer der einzelnen Länder nur Fühlung hätten mit Rom, nicht aber untereinander. Jedes katholische Land müsse sich als ein Teil in der Kirche auffassen, nie als das Ganze. Um so mehr bedürfe es der Ergänzung durch die anderen Teile. Als letzten Wunsch äußert er, innerhalb der Grenzen des Glaubens möchte man die Theologen frei ihre Meinungen äußern lassen, ohne daß sie dauernd fürchten müßten, entweder als reaktionär oder als ketzerisch verdächtigt zu werden. Er beklagt, daß sich die einzelnen Theologengruppen voreinander abschließen.

Es gibt wenige theologische Bücher, die bei aller theologischen Unterbauung so aktuell wären wie dieses und gerade auch bei uns in Deutschland Beachtung verdienten, nicht zuletzt auch deshalb, weil in diesem so thomistischen Buch der Geist Möhlers und der Tübinger Schule weht.

Ungläubige Künstler und christliche Kunst

Christliche Kunst ist nicht nur etwas, was der einzelne Künstler nach Maßgabe seiner Inspiration schafft, sondern sie hat eine bestimmte Stellung und Aufgabe im christlichen Kult. Der Gottesdienst bedarf des kirchlichen Raums, des Kirchenbaus, und dieser wiederum ist seit den ältesten Zeiten des Christentums mit Zierat und mit frommen Darstellungen ausgeschmückt worden. So lange wir in Freiheit leben und unsern Glauben frei entfalten dürfen, drängt es uns dazu, unsere Gotteshäuser zur Ehre Gottes schön zu gestalten und in der Ausschmückung das Heilige zum Ausdruck zu bringen, so gut wir können. Es ist jedoch allgemein bekannt, daß Kirchenbau und religiöse Kunst heute zu einem Problem geworden sind. Zwar gibt es neue Lösungen, die viele von uns befriedigen

oder sogar begeistern; aber ein großer Teil des christlichen Volkes, für das doch die Gotteshäuser bestimmt sind, hängt an älteren Formen, die wiederum die fortschrittlicheren Gruppen für durchaus unbefriedigend halten. Denn diesen erscheint es fraglich, ob das Konventionelle einer solchen Kunst, das nicht aus dem ursprünglichen Empfinden eines in der heutigen Zeit lebenden Menschen hervorgeht, echte Kunst und als solche der großen Aufgabe würdig sein könne. Andererseits sind gerade unter den führenden modernen Künstlern, die im Bereich der Kunst echter Ausdruck unserer Zeit sind, viele ungläubig. So kann die Frage entstehen, wie sich Glaube und echte Kunst in unserer Zeit zusammenfinden können. Diese Frage stellt sich ganz besonders, wenn Künstler, von denen bekannt ist, daß sie nicht zur Kirche gehören, Kirchen bauen oder ausschmücken. Wir haben in der Herder-Korrespondenz schon früher berichtet, daß das in Frankreich in zwei berühmten Fällen geschehen ist. Der eine ist die kleine Gebirgskirche, die die Dominikaner von Assy in der Provence von den bekanntesten modernen französischen Malern haben ausschmücken lassen; Braque, Léger, Bonnard, Matisse, Lurçat haben daran mitgearbeitet. Der zweite ist die Kapelle, die Henri Matisse im Krankenhaus von Vence gebaut und ausgeschmückt hat (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, S. 197). Weite Kreise der Katholiken Frankreichs haben sich über diese beiden Kirchenbauten aufgeregt. Uns interessiert die sich daran anknüpfende Kontroverse wegen der prinzipiellen Frage, was für ein Verhältnis zwischen einem nichtgläubigen modernen Künstler und der sakralen Kunst bestehen kann.

Wir haben schon früher einmal (Herder-Korrespondenz Jg. 3, S. 462 ff.) einen Aufsatz von P. Régamey aus der französischen Vierteljahresschrift „La Maison Dieu" wiedergegeben, der sich mit einem Teilproblem dieser Frage beschäftigte, nämlich mit der Beziehung zwischen moderner Kunst und Kirchenbau, also dem architektonischen Teil der Frage. P. Régamey hat jetzt in der Zeitschrift „La Vie Intellectuelle" (März 1951) einen Aufsatz mit dem Titel „Die christlichen Möglichkeiten ungläubiger Künstler" veröffentlicht, in dem er an die Kontroverse anknüpft, die sich im Hinblick auf die Kirche von Assy und die Kapelle von Matisse in Vence erhoben hat. Régamey hat eine besondere Technik, ein solches Problem aufzurollen. Er führt nämlich zuerst die Argumente der einen Seite, dann die der anderen Seite an; darauf bringt er eine doktrinäre Zusammenfassung, und von dieser aus rückgreifend holt er aus den vorher angeführten Argumenten für und wider das Richtige heraus. So hatte er es in dem früher angeführten Aufsatz gemacht, und so macht er es auch diesmal wieder.

Was spricht gegen die Mitarbeit Ungläubiger an einem sakralen Werk?

Er beginnt damit, die Argumente derjenigen Partei anzuführen, die die Mitarbeit von Ungläubigen an einem religiösen Bau für widersinnig halten.

Diese sagen nämlich:

1. Wer an einem religiösen Werk mitarbeiten will, wie es der Bau oder die Ausschmückung einer Kirche ist, muß selbst religiös sein. Das ist ein Gesetz der übernatürlichen Ordnung. Die Grundlage des religiösen Lebens aber ist der Glaube. Darum ist ein ungläubiger Künstler ungeeignet, an einem religiösen Werk mitzuschaffen, dessen Bestimmung es ja ist, geradezu andere zum Glauben hinzuführen. Am ungeeignetsten ist gewiß ein Künstler, der sich offen zum Materialismus bekennt.

Dieses Argument, so sagt P. Régamey, geht zweifellos aus dem echtesten und authentischsten christlichen Gefühl hervor, nämlich dem für das christliche Mysterium in seiner Fülle und für die Liturgie, die es unter uns verwirklicht. Gerade dieses Gefühl hat aber im gläubigen Volk und selbst beim Klerus weitgehend seine Kraft verloren. Es beginnt heute gerade erst wieder zu erwachen. Aus ihm allein kann der überlieferte Sinn der sakralen Kunst wiedergefunden werden, und es müßte schließlich wirklich dazu führen, ihn neu zu beleben. Dieses Gefühl nun lehnt sich dunkel gegen die Mitarbeit von Ungläubigen am Werk Gottes auf. Régamey zieht es hier ans Licht. Dieses Argument trägt auch insgeheim alle die folgenden.

2. Wenn der Künstler nicht gläubig ist, wird er sich für die Schaffung des ihm aufgetragenen Kunstwerkes, gerade insofern es christlich ist, nicht voll einsetzen. Das christliche Thema wird ihm nur ein Vorwand für sein Schaffen sein.

3. Gegen die moderne Kunst überhaupt erhebt diese Partei insbesondere den Vorwurf, daß sie sich den Mächten des Dunkels verschrieben hat, daß sie nicht die hellen geistigen Schaffenskräfte walten läßt, sondern den Kräften des Unbewußten lauscht und sich von diesen überwältigen läßt. Diese Kräfte sind aber durch die Erbsünde getrübt und können nur durch ein Leben aus dem Glauben gereinigt werden. Der moderne Künstler liebt die moralisch und spirituell gefährlichen Bereiche; er fürchtet die schönen Gefühle, als ob sie nur schlechte Literatur und schlechte Bilder hervorbringen könnten. Und auch wenn diese Kunst religiöse Themen aufgreift, so gefällt sie sich in deren tragischem Aspekt, in der Darstellung von Elend und Sünde.

4. Schließlich, so sagen diese Kreise, bildet der Glaube auch die Gemeinschaft, die zwischen dem Künstler und dem gläubigen Volk bestehen muß. Je aufrichtiger der moderne Künstler also in seinem Schaffen ist, desto weiter wird er sich von der Gefühlswelt des Volkes entfernen und dieses leicht genug vor den Kopf stoßen.

5. Tatsächlich, so sagen sie, macht sich der Unglaube auch insofern in den religiösen Werken der ungläubigen Künstler bemerkbar, als sie häufig Irrtümer hinsichtlich der wahren Lehre Christi oder den Einfluß gewisser verdächtiger Geistesströmungen verraten.

Argumente für die Mitarbeit ungläubiger Künstler an sakralen Werken

Diesen Schwierigkeiten, die man am häufigsten gegen die Mitarbeit nichtgläubiger Künstler an religiösen Werken anführt, stellt nun P. Régamey die Argumente gegenüber, mit denen die andere Gruppe die Mitarbeit nichtgläubiger Künstler befürwortet, weil diese heute oft echtere religiöse Kunst schaffen als gläubige.

1. Wenn man, anstatt auf Grund einer religiösen Position die Mitarbeit nichtgläubiger Künstler a priori abzuweisen, die Werke gläubiger Künstler, so wie sie wirklich sind, betrachtet, so liefern diese meist einen recht kümmerlichen Begriff vom Glauben. Anstatt von der Voraussetzung eines lebendigen, ganzen, ausgeglichenen Glau-

bens auszugehen, sollte man den Glauben der christlichen Künstler betrachten, wie er wirklich ist. Und da zeigt er sich meist voller Unkenntnis, Irrtum und Verschwommenheit. Er bleibt theoretisch; aber selbst als Theorie ist er weit davon entfernt, einen Zusammenhang mit dem heute lebendigen Leben zu finden. Wenn er künstlerische Entwürfe hervorbringen soll, kann er nichts Großes und Natürliches schaffen, wie in den großen Zeiten der Vergangenheit. Aus dem mittelmäßigen und blutlosen Glauben gehen auch mittelmäßige und blutlose Werke hervor.

Doch selbst wenn der Glaube des Künstlers als solcher der Kritik standhält, so ist damit, daß er sich vornimmt, ein religiöses Werk zu schaffen, nicht gesagt, daß er auch wirklich sakrale Kunst hervorbringen kann. Man kann das Sakrale nicht einfach wollen, es ist ein Geschenk. Es ist nicht so, als ob die sakrale Kunst ohne weiteres aus dem Glauben des Künstlers hervorgehen könne und der Glaube eine Art Herrschaft über die künstlerischen Mittel habe, die ihm dienstbar gemacht werden könnten. Eine solche Vorstellung enthält den Irrtum jeder Zweckkunst.

2. Dem gewohnheitsmäßigen Glauben vieler christlicher Künstler, der nicht ursprünglich genug ist, um sich in der Tiefe der schöpferischen Kräfte mit diesen zu verbinden, stehen die wahrhaft christlichen Reaktionen mancher ungläubiger Künstler gegenüber. Wir alle, so sagt P. Régamey, kennen jene „Ungläubigen", deren religiöse Forderungen uns anstacheln und uns beschämen. Für sie ist nichts schon „fix und fertig"; sie reagieren mit der Unmittelbarkeit des Instinkts. Ganz das gleiche geschieht im Bereich der Kunst, und wir sollten die Kirche von den Werken profitieren lassen, die diese ungläubigen Künstler auf Grund ihrer Sensibilität, ihres Einfühlungsvermögens in die Wirklichkeiten unseres Glaubens hervorbringen können. Viele von ihnen verlangen ja in der Tat mit wahrer Inbrunst nach dem sakralen Bereich.

3. Zudem sind die bildenden Künste in jedem Fall schon dermaßen unzulänglich gegenüber den übernatürlichen Geheimnissen, daß in ihrem Bereich der ausdrückliche Glaube durch gewisse andere Werte ersetzt werden kann. Hier gehen einige allerdings mit ihren Argumenten sehr weit. Sie sagen wie Michelangelo: „Jede gute Malerei ist an sich schon edel und fromm"; sie ist also geeignet, Gott zu ehren, ohne daß es dazu des übernatürlichen Glaubens bedarf.

4. Das wichtigste Argument aber wächst in einem ganz anderen Klima. Es ist, wie P. Régamey sagt, auf die schlagendste Weise von P. Couturier, dem Anreger des Kirchenbaus in Assy, formuliert worden: „Der große Künstler ist immer ein intuitiver Mensch. Das genügt fast für alles ... Das Genie bringt nicht den Glauben hervor, aber zwischen der Inspiration des Mystikers und der des Helden und des großen Künstlers besteht eine zu tiefgehende Analogie, als daß man nicht zu ihren Gunsten ein günstiges Vorurteil haben sollte."

Und das gilt nicht nur für die großen Genies. Wo immer es künstlerisches Genie, ob klein oder groß, gibt, und wo immer dieser im wahren Sinn schöpferische Trieb auch nur ein weniges aufbricht, muß es dort auch nach dem Maß und der Richtung dieses Triebs ein neues Auffassungs- und Ausdrucksvermögen für gewisse Wirklichkeiten des Glaubens geben.

Der theologische Aspekt der Frage

Um die verschiedenen Argumente für und wider die Mitarbeit nichtgläubiger Künstler bei einem religiösen Werk richtig werten zu können, gibt nun P. Régamey eine theoretische Grundlegung für dieses Problem. Daß die Rolle des Glaubens wesentlich und entscheidend ist, ist klar. Und das gilt für die beiden Ebenen, die in den vorhin angeführten Argumenten zu Tage getreten sind: die der tiefsten Natur der Dinge, wo das Werk seinen Wert als gottgeweihter Kult nach Maßgabe des es tragenden Glaubens erhält, und die der Erfahrung, wo man in den tatsächlich vorliegenden Werken den Glauben, aus dem sie hervorgegangen sind, geradezu bis in seine Nuancen feststellen kann. Die theologische Überlegung und die Beobachtung der einzelnen Fälle führen nun beide dazu, drei Aspekte dieser Einwirkung des Glaubens auf die Schaffung sakraler Werke genauer zu umschreiben:

Nicht Richtigkeit, sondern Lebendigkeit des Glaubens ist für das Kunstwerk entscheidend

1. Entscheidend ist nicht so sehr, wieviel der Glaube als solcher im menschlichen Herzen des Künstlers bedeutet, als vielmehr sein Zusammentreffen mit den schöpferischen Kräften. Welch grundlegendes Verhältnis hat der übernatürliche Glaube des Künstlers zu dem, was man „künstlerischen Glauben" nennen könnte? Die Erfahrung lehrt, daß dieser „künstlerische Glaube" eben so tief verwurzelt ist wie der übernatürliche Glaube. Der Wert des Kunstwerkes hängt davon ab, daß er ebenso unbedingt ist. Im einzelnen Fall würde das heißen: Wenn man sich fragt, ob ein Künstler die nötige innere Disposition besitzt, um ein bestimmtes christliches Thema zu behandeln, so bedeutet das: Ist dieses Thema so geartet, daß es gleichsam mit der schöpferischen Substanz verschmelzen kann, so daß der Künstler jenen geheimnisvollen inneren Befehl und Zwang spürt, der das Werk schafft? Die bisherigen Werke eines Künstlers können dem Beobachter verraten, ob er für ein bestimmtes Thema offen ist und für dieses bestimmte Möglichkeiten mitbringt. Doch ist dann noch eine lange Vorbereitung nötig. Die christlichen Einflüsse müssen dem Künstler bis ins innerste Herz dringen und in seinem Unbewußten reifen, in jenen Tiefen, in denen sich das Geheimnis der schöpferischen Kräfte vollzieht.

Es braucht nicht betont zu werden, daß der übernatürliche Glaube hier wirksamer sein kann als jedes stellvertretende Erlebnis; aber es muß ein gelebter Glaube sein, der sich mit den innersten Kräften des Menschen verbindet. Wenn er dies nicht tut, kann er bei einem gläubigen Künstler eben in jenen schöpferischen Tiefen versagen, wo ein ungläubiges Genie, das mit einer gewissen religiösen Einfühlungsgabe ausgestattet ist, etwas Überzeugendes hervorbringt.

Dem Nichtgläubigen können einzelne Glaubensinhalte höchst lebendig sein

2. Im Kunstwerk — das ist die Meinung P. Régameys — drückt sich nicht so sehr das Vorhandensein oder die Abwesenheit des Glaubens schlechthin aus, als vielmehr der Wert oder der Mangel ganz bestimmter Glaubenskräfte. Eben darum kann man vom Kunstwerk nicht ablesen, ob dahinter der eigentliche übernatürliche Glaube oder etwas Stellvertretendes steht. Auch in diesem Punkt treffen sich

die theologische Überlegung und die Erfahrung. Im Prinzip ist gewiß der wirkliche Glaube geeignet, alles im Künstler „in Ordnung" zu bringen. Aber meist hat der Mensch schon genug damit zu tun, sich dem Glauben in seinem allereigensten Gebiet nachzuformen, nämlich in dem des Urteilens, des Wollens und Fühlens. Welch besonderes Glück gehört dazu, daß er seinen Einfluß bis in jene Tiefen des Instinkts ausübt, in denen das Kunstwerk seine Eigentümlichkeit empfängt! Tatsächlich hat es auch keinen Zweck, über diese Dinge zu theoretisieren, sondern man muß die einzelnen Künstler beobachten und die Gelegenheiten erkennen.

Da, wo der Christ nicht durch seinen Glauben vom vollen Miterleben seiner eigenen Zeit abgetrennt ist, muß der Glaube ihn in der Tat ganz besonders befähigen, in seiner innersten Tiefe richtig auf diese Zeit zu reagieren, weil er ein richtigeres Wissen um die übernatürliche Ordnung der Welt hat. Aber andererseits kann der Nichtgläubige, wenn er auch nicht in vollem Umfang mit dem christlichen Lebensgefühl übereinstimmen kann, doch in gewissen Sphären mit diesem zusammentreffen. P. Régamey drückt dieses Verhältnis durch einen Vergleich aus: der christliche Künstler ist theoretisch wie eine Antenne, die alle übernatürlichen Wellen auffangen kann; der Ungläubige dagegen kann nur einige auffangen. Aber diese Überlegenheit des Christen besteht eben nur theoretisch; tatsächlich gibt es so unendliche Möglichkeiten der Zusammensetzung der künstlerischen Natur, daß die Voraussetzungen für beide Gruppen von Künstlern sich ungefähr die Waage halten. Durch diese Tatsache ist aber die Theorie keineswegs widerlegt. Es verhält sich nur so, daß bei jedem Künstler die künstlerischen Möglichkeiten verhältnismäßig sehr beschränkt sind, und seinen Anteil am Mitleben in Christus, am sensus Ecclesiæ, erhält ein jeder gemäß seiner schöpferischen Aufrichtigkeit.

Der Künstler hat die Aufgabe, sinnliche Qualitäten zu finden, die Ausdruck geheimnisvoller Wirklichkeiten sind; er drückt im Sinnlichen und durch es etwas von jenen Wirklichkeiten aus. So ist es für das sakrale Kunstwerk das Wesentliche, daß er eben die Fähigkeit hat, das, was er im Bereich des Sinnlichen schafft, für das Jenseitige durchsichtig zu machen. Für diese Ausdruckskraft des Werkes kann es unwichtig sein, ob sie auf dem eigentlichen übernatürlichen Glaubensurteil beruht oder auf einer unbestimmteren Offenheit für diese Sphäre. Und wer dürfte sich anmaßen zu urteilen, ob der Künstler, der ein von der sakralen Wirklichkeit durchleuchtetes Werk schafft, wirklich glaubt oder nicht? Nur Gott allein sieht die Herzen.

Das Kunstwerk nimmt teil am Glaubensinhalt der Kirche

3. Es ist im künstlerischen Bereich um so schwieriger, den vollen Glauben von seiner Stellvertretung zu scheiden, als es sich beim sakralen Kunstwerk in jedem Fall um etwas handelt, das am Glauben der Kirche teilnimmt. Auch der ungläubige Künstler, der sich in seinen schöpferischen Tiefen einem ganz bestimmten Glaubensgegenstand öffnet, nimmt dadurch an der Lehre der Kirche teil, und zwar in ebenso fruchtbarer Weise wie der Gläubige. Gewiß ist auch in dieser Hinsicht wieder der Gläubige in einer Vorzugsstellung, denn für ihn ist die gesamte Lehre der Kirche etwas Selbstverständliches, und zwischen den einzelnen Lehrinhalten besteht bei ihm ein natürliches Gleichgewicht. An diesem kann der Ungläubige nur durch viel größere Mühe teilhaben. Aber in unserer Zeit geschehen auch gerade in dieser Hinsicht die erstaunlichsten Dinge. Denn auch hier handelt es sich wieder mehr um die Kraft der religiösen Sensibilität als um den bewußten Akt des Glaubens.

Diese doktrinäre Zusammenfassung abschließend, sagt P. Régamey, daß sich eben auf diesem Gebiet des religiösen Kunstwerks ganz besonders deutlich die ungeheure Kompliziertheit unserer Zeit zeigt, die die klare Linie durchbricht, nach der der übernatürliche Glaube des Künstlers den religiösen Wert seines Werks bestimmen sollte. Der Bruch durchzieht zwei Ebenen: die des Glaubens und seiner Kraft, die schöpferischen Tiefen zu erreichen, und die der schöpferischen Kräfte selbst.

Klarstellungen

Von hier aus nun rückt P. Régamey die zu Anfang aufgeführten Argumente der beiden gegnerischen Parteien zurecht.

Das religiöse Kunstwerk verlangt, so zeigte sich, nicht so sehr den religiösen Charakter des Künstlers als solchen, als den seiner schöpferischen Kräfte. Der eigentlich religiöse Künstler im Dienste der Kirche ist also derjenige, der seinem Werk am stärksten die Eigentümlichkeit des Heiligen mitteilen kann. Es kann daher geschehen, daß ein durchaus ungläubiger Künstler für eine bestimmte kirchliche Aufgabe ganz besonders aufgeschlossen ist. Natürlich ist dieser Zustand unserer Gegenwart überhaupt anormal. In einer völlig christlichen Welt wäre so etwas undenkbar und ein Ärgernis. Aber in den Verhältnissen, in denen sich unsere Zeit befindet, entspricht es der innersten Lage. Zwischen einem Werk, das von den höchsten Idealen ausgeht und die größten religiösen Ambitionen bezeugt, das aber in seinen künstlerischen Qualitäten schwach ist, und einem anderen, dessen Inspiration bescheidener ist, das aber eine unbestreitbare künstlerische Qualität besitzt, ist die Wahl unzweideutig: das letztere gehört in die Kirche und ehrt Gott besser. Denn es sind eben die künstlerischen Qualitäten, in denen der sakrale Charakter zum Ausdruck kommt.

Die Fehler der konventionellen Kunst

Sicher ist es auch irrig, wenn man dem modernen Künstler, wie es oft geschieht, Stolz vorwirft; auch hier gibt es unendliche Abstufungen. Und es ist geradezu beunruhigend, zu sehen, mit welcher Leichtfertigkeit und welchem Hochmut gewisse Christen einen solchen Vorwurf erheben. Es wäre dem christlichen Geiste gemäßer, beizeiten die wunderbaren religiösen Hilfsquellen zu erkennen, die sich in der modernen Kunst andeuten. Und anstatt die Gefahr von dorther zu fürchten, täte man besser einzusehen, wie viel verworrene Sinnlichkeit, wie viel Eitelkeit sich in den Werken der konventionellen Frömmigkeit äußert, wie hier die höheren Werte zu Gunsten der niedrigsten mißbraucht werden, wie viel ungesunder Kitsch hier geboten wird.

Der große moderne Künstler und das Gefühl für das Mögliche

Andererseits muß nochmals wiederholt werden, daß die Intuitionen des Genies nicht jedweden Künstler zu jedwedem sakralen Werk befähigen. P. Régamey weist hier

noch einmal auf die Kirche von Assy hin, zu deren Ausschmückung P. Coutourier und Kanonikus Devémy die einzelnen berühmten modernen Künstler gerade für die Aufgabe herangezogen haben, die ihnen besonders gemäß war. Darum ist diese Kirche zu einer der seltenen modernen Kirchen geworden, in denen man von der gläubigen und heiligen Atmosphäre ergriffen wird. Bei jener Krankenhauskapelle, die Henri Matisse in Vence gebaut und allein vollständig ausgeschmückt hat, verhält es sich sogar so, daß Matisses gesamtes künstlerisches Werk von hier aus in der Rückschau eine ganz unerwartete geistige Bedeutung erhält. Solche Künstler überschreiten nie die Grenze des Möglichen. Und sie bezeugen, daß dieses Mögliche weiter reicht, als man gedacht hätte. Von den großen modernen nichtgläubigen Künstlern sollten daher die gläubigen Künstler lernen, das Gefühl für das Mögliche wiederzufinden. Sie sollten sich auch ihrerseits damit bescheiden, das zu geben, was ein heutiger Künstler überzeugend zu geben vermag, und sie sollten sich nicht länger einbilden, etwas geben zu können, was gewiß theoretisch vollkommener wäre, was aber in unserer Zeit nur eine Parodie werden kann. Zeiten so radikaler Umwälzung, wie wir sie erleben, sind Zeiten der Armut. Nur Werte der Armut können in ihnen fruchtbar sein. Diese aber sind dann reicher, als man glaubte. Jene Armen aber, die die „Ungläubigen" sind — bisweilen wahrhaft mitleiderregend arm —, können der Kirche authentische Schätze im Sinne Christi schenken, wenn die Kirche sie in Dienst nimmt. Was sie ihr dann schenken, erstatten sie ihr zurück; denn es ist ihr Glaube, der sie bei diesem Schaffen stützt. Ihr Werk mag darum dann oft so ergreifend ausfallen, weil sie, ohne es zu wissen, in ihrer Tiefe das tiefste verborgene Schicksal der Kirche in unserer Zeit miterleben.

Vor dem ersten Weltkongreß des Laienapostolats

Zum erstenmal wird in diesem Jahr ein Weltkongreß des Laienapostolats stattfinden. Er wird, nachdem er schon einmal verschoben worden ist, nun endgültig vom 7. bis 14. Oktober in Rom tagen. Das Präsidium wird Advokat V. Veronese, der Generalpräsident der Katholischen Aktion in Italien, innehaben.

Die Vorbereitungen zu diesem Kongreß, der wegen seiner Erstmaligkeit und wegen der großen Bedeutung, die das Laienapostolat in unserer Zeit gewonnen hat, ein ungewöhnlich wichtiges Ereignis sein wird, sind schon seit Ende 1949 im Gang. Wir geben Auszüge aus einem einführenden Bericht über diese Vorabeiten wieder, den Advokat Veronese selber herausgegeben hat:

Einführung zum Kongreß

Seit Ende des zweiten Weltkriegs, schreibt er, hat sich die Weltlage zutiefst verändert, und auch die Stellung der militanten Katholiken, der für das Apostolat wirkenden Laien erscheint unter neuen Gesichtswinkeln.

Wir stehen vor einer historischen Tatsache: alle Probleme haben sich nunmehr auf eine internationale Ebene verlagert, und unsere Vereinigungen, unsere Organisationen und Bewegungen dürfen eine Tatsache nicht unterschätzen, die uns vor neue Realitäten und vor neue Verantwortlichkeiten stellt.

Alle leitenden Persönlichkeiten und — um einen Modeausdruck zu gebrauchen — alle technischen Experten des Apostolats sind sich darüber klargeworden, und seit Ende des Krieges wurden die internationalen Fühlungnahmen immer häufiger zum großen Nutzen derer, die an ihnen teilnahmen. Diese Bestrebungen, die bereits vor dem Kriege innerhalb der internationalen katholischen Organisationen (der O.I.C., d. h. der „Organisations Catholiques Internationales", wie wir sie nennen) bestanden, erwiesen sich als notwendig in einer Welt, die immer stärker nach Vereinheitlichung strebt ...

Der Gedanke eines Weltkongresses für das Laienapostolat entstand in Italien am Vorabend des Jubiläums. Dies ist gewiß nicht eine einfache Wirkung des Zufalls. Im Eifer der Vorbereitungen der Jubelfeiern ließen die Monate, die dem Heiligen Jahre vorangingen, die Wirklichkeiten, von denen wir eingangs sprachen, sowie die Notwendigkeiten, die sie nach sich ziehen, besonders deutlich erkennen ...

So war es unter diesen Bedingungen nur natürlich, daß denen, die im Laufe des Jahres 1950 in Rom unmittelbare und ständige Zeugen jener Welle lebendiger Katholizität waren, der Gedanke kam, ihren Brüdern, die für die gleiche Sache kämpfen, eine Begegnung vorzuschlagen, um gemeinsam und unter Bezugnahme auf die neuen Notwendigkeiten das Fazit zu ziehen aus ihrem bisherigen Wirken und die Grundlagen zu schaffen für ihr künftiges Handeln.

Beginn der Vorarbeiten

Der Gedanke eines Weltkongresses für das Laienapostolat wurde erstmals am 16. Mai 1949 dem Zentralrat der Katholischen Aktion Italiens vorgetragen. Das Thema wurde anläßlich der Generalversammlung in Bologna am 2. Oktober 1949 wieder aufgegriffen, und am 29. des gleichen Monats wurde innerhalb der Katholischen Aktion Italiens eine Kommission für die Internationalen Beziehungen gebildet, die gleichzeitig das Vorbereitende Komitee des Kongresses wurde.

Im Laufe des Monats Januar gaben wir über die Apostolischen Nuntien und Delegierten allen Bischöfen das Bevorstehen des Kongresses bekannt, wobei wir den Bischofskonferenzen oder den eigens hierfür vorgesehenen Stellen die Auswahl der zur Beteiligung zuzulassenden Organisationen überließen ...

Im Hinblick auf die Jubiläumsveranstaltungen einerseits und andererseits auf die Notwendigkeit, die Themen des Kongresses zu vertiefen und sie auf Grund einer internationalen Konsultation endgültig festzulegen, schien es aber angebracht, den Kongreß auf ein späteres Datum zu verschieben. In seiner Sitzung vom 10. Mai 1950 beschloß deshalb das Vorbereitende Komitee, den Kongreß auf das Jahr 1951 zu verlegen und die Dezembertage, die ursprünglich für den Kongreß vorgesehen waren, zu einer Vorbereitenden Konferenz zu benutzen ...

Die Ziele des Kongresses

Seit 1949 waren die Ziele des Kongresses bereits wie folgt festgelegt:

1. Betrachtung der dogmatischen, moralischen und asketischen Prinzipien des Laienapostolats im Lichte alter und neuer päpstlicher Dokumente.

2. Schaffung einer objektiven Dokumentation der verschiedenen Formen der Organisationen des Laienapostolats und weitestgehende Erläuterung der Motive, die es bewirkten, daß dieser oder jener Methode der Vorzug gegeben wurde: auf diese Weise soll eine gegenseitige Aufklärung und persönliches Kennenlernen ermöglicht werden.
3. Aufzeigung der ganzen Reichweite des Betätigungsfeldes, auf dem die Laien von heute ihr Apostolat ausüben müssen.
4. Klarlegung der grundlegenden Ziele des Laienapostolats, die heute auf internationaler Ebene wirksam verfolgt werden können; daraus folgend Erkenntnis der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens auf dieser internationalen Ebene.
Ein erster Programmentwurf war übrigens bereits im Dezember 1949 verteilt worden und hatte Anlaß gegeben zu zahlreichen Bemerkungen und Anregungen ...
Die Diskussionen, deren reger Verlauf ein Maßstab war für das große Interesse, das dem Kongreß entgegengebracht wurde, ließen vor allem folgende Punkte erhellen:
1. Die Notwendigkeit, daß der Kongreß ausgeht von einer konkreten und umfassenden Schau der Bedürfnisse der Welt von heute, von der Antwort, die die Kirche diesen Anforderungen bietet, und von der Bereitschaft und von dem tatkräftigen Bemühen der Katholiken, diese Antwort in die Wirklichkeit der Tat zu übertragen.
2. Die Zweckmäßigkeit, dem Kongreß eine einheitliche Linie zu geben, nach der sich die verschiedenen Argumente ausrichten können.
3. Den Wunsch, die Kongreßthemen bereits vorher gut vorzubereiten und zu vertiefen.
4. Den Wunsch, das Programm zu vereinfachen und den Gruppenbesprechungen weitestgehenden Raum zu belassen sowohl für die Diskussion der Probleme als auch zur Bekanntgabe der eigenen Erfahrungen auf dem Gebiete des Apostolats ...
Nach diesen Vorarbeiten sind wir nunmehr in die Phase der unmittelbaren Vorbereitung des Kongresses getreten.
Den katholischen Kräften des Apostolats, so schließt Veronese seinen Bericht, fehlt es nicht an großmütiger Gesinnung, an Opfergeist, an Disziplin, viel eher fehlt es ihnen bisweilen an einem wirklichen Wissen um die Sache, sie leiden unter Verwirrung und Unsicherheit angesichts gewisser konkreter und aktueller Probleme und auch vielleicht bisweilen noch an Übrigbleibseln eines Nationalismus, der in einem schreienden Gegensatz steht zu unserem christlichen Namen.
Und wenn es unserem Kongreß gelingt, alle zu überzeugen von der Notwendigkeit, unsere Unwissenheit zu überwinden, alle Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen und unsere Seelen wirklich universalen Begriffen zu öffnen, so wird er in uns allen jenen entschlossenen Willen wecken, der jede gewünschte Verwandlung oder neue Wirklichkeit zu erzeugen vermag.

Kommentar zum Studienprogramm

Inzwischen ist ein genaues Programm des Kongresses bereits ausgearbeitet worden. Über die Gedanken, die zu seiner Formulierung geführt haben, gibt Msgr. Pietro Pavan vom Istituto Cattolico di attività sociale in Rom, der Leiter der Sozialen Wochen Italiens, Auskunft in einem Kommentar zum Studienprogramm. Wir geben ihn vollständig wieder.
Das Programm ist in fünf Themen unterteilt: das erste dient der Einführung und wird in einer einzigen Lektion behandelt; die übrigen vier werden je zwei Vorlesungen für sich in Anspruch nehmen.

Die Welt von heute und das Apostolat der Laien

Das erste Thema möchte einen klaren Überblick geben über die Welt von heute, ihre wirtschaftliche Struktur, ihre politischen Bewegungen, ihre tiefinnersten Bestrebungen. Diese rasche Untersuchung wird ergeben, daß der Fortschritt der Wissenschaft und der Technik wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Probleme aufgeworfen hat, die in ihren wesentlichen Elementen bei allen Völkern anzutreffen sind. Desgleichen hat derselbe Fortschritt die Beziehungen der Völker untereinander vermehrt, er hat ihre völkischen Sonderheiten abgemildert und die ihnen gemeinsamen Züge stärker entwickelt: Wissenschaft und Technik lassen die verschiedenen Völker einander immer ähnlicher werden. Diese Untersuchung wird aber auch zeigen, wie infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, wie er historisch erfolgt ist, die Kulturwelt in Verfall geraten ist, wie sich die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen starr mechanisiert haben und wie der Einzelmensch und die Völker in ihrem geistigen Leben erschreckend verarmt sind. Aber auf Grund dieser tiefen Antithese, die für große Epochen der Geschichte bezeichnend ist, ist die Familie der Menschheit heute gleichzeitig ergriffen von einer immer lebhafteren Sehnsucht nach einem Ausweg und bewegt sich bereits wieder in Richtung einer einheitlichen Neuordnung der ganzen Welt auf allen Gebieten: Wirtschaft, Politik, Kultur.
Dies ist die Welt, die die Kirche heute zur Wahrheit und zur Liebe zurückführen soll: es ist eine ungeheure Aufgabe, für deren Lösung der Beitrag des Laienapostolats unentbehrlich ist. Die Dringlichkeit und die Notwendigkeit des Laienapostolats für ein so in die Weite wie auch in die Tiefe reichendes Unterfangen erhellt aus einer dreifachen Ordnung der Dinge:
a) Viele Menschen haben sich heute dem Lichte des Glaubens verschlossen; sie sind daher nur Laien zugänglich, und nur Laien können ihnen die Botschaft des Evangeliums verkünden.
b) Die verschiedenen Zweige der Wissenschaft und der Erkenntnis können zur transzendenten — und höchsten — Wahrheit wie Strahlen zur Sonne mit Hilfe einer ureigenen besonderen Dialektik zurückgeführt werden nur durch diejenigen allein, die mitten in diesen Dingen leben, die sie mit ihrem eigenen Verstande erfaßt haben und sie daher genauestens kennen, und dies sind gewöhnlich Laien und können für gewöhnlich nur Laien sein in Anbetracht der Vielseitigkeit und der Fülle des Wissens, die die Wissenschaft und die Erkenntnis heute erreicht haben.
c) Die Humanisierung und die erneute christliche Durchdringung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen läßt sich normalerweise nur von innen her erzielen, und zwar für gewöhnlich nur durch Laien, die innerhalb dieser Strukturen leben und die die unerläßliche wirkliche Kompetenz besitzen, um die menschlichen und christlichen Grundsätze in diese Strukturen einzubauen.

Die doktrinären Grundlagen des Laienapostolats

Hier aber stellt sich die Frage: Ist die Verpflichtung der Laien zum Apostolat nur gegeben durch die historischen Umstände unseres Augenblicks? Hierauf können wir nur mit einem Nein antworten. Und so sind wir bei unserem zweiten Thema angelangt: die doktrinären Grundlagen des Laienapostolats. Wie bereits gesagt, ist dieses Thema auf zwei Vorlesungen verteilt.

Das erste Referat unterstreicht, daß das Laienapostolat aus den oben angeführten Gründen dringender nötig ist denn je; es ist aber vor allem eine innerste Forderung des christlichen Lebens selbst; und es geht hervor aus der Tatsache, daß jeder Gläubige ein Glied des mystischen Leibes Christi ist, wie auch aus dem Gebot der Gottes- und der Nächstenliebe und aus den Verpflichtungen, die der Gläubige durch Taufe und Firmung übernahm: daher hat die Kirche zu allen Zeiten einen apostolischen Beitrag von den Laien gefordert.

Das zweite Referat hingegen behandelt das Wesen des Laienapostolats sowie seine Formen. Was seine Natur anbelangt, so soll deutlich herausgestellt werden, daß das Apostolat der Laien im wesentlichen zusätzlich zum Apostolat der kirchlichen Hierarchie erfolgt. Hinsichtlich der Formen ist nicht beabsichtigt, auf die verschiedenen Typen der bestehenden Organisationen, durch die heute die Laien ihr Apostolat in den verschiedenen Ländern ausüben, einzugehen, statt dessen aber auf einige grundlegende Kriterien ihrer Unterscheidung, wie etwa: die Abhängigkeit von der kirchlichen Obrigkeit (unmittelbare, mittelbare oder indirekte Abhängigkeit); das spezifische Wirkungsgebiet (das religiöse, kulturelle, soziale, wirtschaftliche usw. Gebiet); das Kriterium des Aufbaus der Organisationen (nach Pfarrämtern oder Berufskategorien oder Milieus). Schließlich wird diese Vorlesung zum Ausdruck bringen, daß das Apostolat der Laien, so verschiedenartig es in seinen Strukturen und in der Weise oder den Methoden der Durchführung auch sein mag, grundsätzlich einheitlichen Charakter trägt: denn es stammt aus der gleichen Quelle, strebt nach dem gleichen Ziel und ist von ein und demselben Geist durchdrungen. Aus der Kirche hervorgegangen, lebt es innerhalb der Kirche nach deren ausdrücklichem Auftrag und unter der Leitung ihrer Hierarchien.

Die Heranbildung der Laien zum Apostolat

Das Apostolat der Laien ist so dringlich wie noch nie; es ist eine tiefinnerste Forderung des christlichen Lebens; daraus folgt, daß die Laien zum apostolischen Wirken herangebildet werden müssen; und so kommen wir zum dritten Thema: die Heranbildung der Laien zum Apostolat, und auch dieses Thema ist in zwei Referate aufgeteilt.

Die erste Vorlesung wird zeigen, wie die Heranbildung der Laien zum Apostolat zu den natürlichen Aufgaben der Seelsorge gehört. Bei dieser Schulung müssen zwei grundlegende Gesichtspunkte vor Augen gehalten werden: Darstellung des Christentums in einer einheitlichen Schau, Erziehung zu einem inneren Leben. Das heißt, das Christentum wird dem Verstand nähergebracht in seinen dogmatischen, sittlichen und liturgischen Elementen, aber auch in seinen doktrinären Ausstrahlungen auf das wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Leben, in seinen konkreten Übereinstimmungen mit diesen Lebensgebieten zumindest hinsichtlich der ideellen Grundlage. Aber der Apostel muß von einem lebendig treibenden Verlangen, einer brennenden Sehnsucht nach der Eroberung der Wahrheit und der Liebe erfaßt sein; von einem Verlangen und einer Sehnsucht, die nur in einem Gott wohlgefälligen Leben ihre Nahrung finden können. In dem gleichen Referat wird auch die Rede sein von dem beachtlichen Beitrag zur Heranbildung zum Apostolat, den die praktische Ausübung desselben mit sich bringen kann.

In dem zweiten Referat hingegen wird die Rede sein von der Erziehung des Laien zum Apostolat in seinen verschiedenen Formen (Einzelapostolat, organisiertes Apostolat, Apostolat auf der Grundlage der Pfarrgemeinde, der Berufskategorie, des Milieus, Apostolat auf religiösem, sittlichem, kulturellem usw. Gebiet). Es besteht ein enges Band zwischen der Kenntnis des Lebens in seinen konkreten Ausdrucksformen und der Wirksamkeit des Apostolats. Daher behandelt dieses Referat auch den pädagogischen und den technischen Aspekt des Apostolats; diese können, konkret gesehen, von ausschlaggebender Bedeutung sein, vorausgesetzt jedoch, daß die Methode im Dienste des Zieles steht und nicht umgekehrt. Ferner wird dieses Referat auch der Bedeutung des organisatorischen Moments in unserer heutigen Zeit gebührend Rechnung tragen und unterstreichen, wie nötig es ist, dieses Bewußtsein im Laien zu entwickeln.

Für eine christliche Sozialordnung

Das Apostolat der Laien entspricht, wie bereits gesagt, einem tiefinneren Bedürfnis des christlichen Lebens; deshalb gehört es zu den natürlichen Aufgaben des Seelsorgers, dieses Pflichtbewußtsein in den Laien zu entwickeln. Welches aber ist das grundlegende Ziel, zu dem die Laien von heute durch ihr vielseitiges apostolisches Wirken gelangen sollten? Und so kommen wir zum vierten Thema: Einer christlichen Sozialordnung entgegen.

Die erste Vorlesung knüpft an das Motiv des ersten Themas an, sie beginnt mit einer Diagnose der augenblicklichen wirtschaftlichen und sozialen Lage der Welt. Die Gegenwart des Staates in den verschiedenen Gebieten wird immer umfangreicher und dringt immer mehr in die Tiefe. In einem weiten Gebiete ist bereits eine völlige Gleichschaltung eingetreten in allen Sektoren des Zusammenlebens: sei es in der Wirtschaft, der Politik, dem sozialen Leben, der Kultur, der Moral, der Religion. Nach welcher Richtung strebt die geschichtliche Entwicklung? Heute wie noch nie dürsten die Menschen nach Gerechtigkeit; doch dürsten sie auch nach Freiheit.

Daher wird die Sehnsucht nach einer Neuordnung aller sozialen Beziehungen, in der sich Gerechtigkeit mit Freiheit verbindet, immer stärker und lebendiger empfunden. Die Schemata des Liberalismus und des Kollektivismus sind nicht dazu angetan, als Leitsterne in einer derartigen Neuordnung zu dienen.

Daher will das zweite Referat in knapper Synthese die wesentlichen Züge der christlichen Auffassung vom Zusammenleben der Menschen darlegen; diese Auffassung tritt klar zutage aus den inneren Bestrebungen der Menschen von heute. Daraus erhellt für die Katholiken die Pflicht, sich voll und ganz einzusetzen, um diese christliche Auffassung in die soziale Wirklichkeit umzusetzen.

Bereitschaft und Verantwortung der Katholiken im internationalen Leben

Aus den in der einführenden Vorlesung dargelegten Gründen aber lassen die Grundprobleme des Menschen auf sozialem Gebiete nur noch Lösungen zu, die für die ganze Welt gelten; und so kommen wir zum fünften und letzten Thema: Anwesenheit und Verantwortlichkeit der Katholiken im internationalen Leben.

Die erste Lektion hat überwiegend informativen Charakter: sie bringt kurze Hinweise über die augenblickliche Organisation der Völkergemeinschaft und über die katholischen Organisationen mit internationalem Charakter. Diese informatorischen Darlegungen werden jedoch so geführt, daß aus ihnen erhellt, wievielerlei Probleme es gibt und wie tief sie sind und wie sie auf der ganzen Welt erörtert werden müssen; in allen wichtigsten Gebieten wird das Leben der einzelnen Völker immer mehr bedingt durch die Entscheidungen und Ausrichtungen, die die internationalen Organisationen geben.

Das zweite und letzte Referat handelt daher von der Pflicht der Katholiken, am internationalen Leben teilzunehmen, in ihm gegenwärtig zu sein gemäß ihren eigenen Möglichkeiten und gemäß ihrem eigenen Glauben: d. h. im Gebet, in der technischen Bereitschaft, mit der konkreten Tat sowohl in den neutralen als auch in den katholischen Organisationen; und hiermit sollen sie einen gültigen Beitrag leisten zum Aufbau einer menschlicheren und christlicheren Welt.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Lastenausgleich

Die Diskussion um den Lastenausgleich tritt jetzt in ein entscheidendes Stadium. Wir halten es für angebracht, die Argumente, mit denen die Geschädigten Kritik am Regierungsentwurf üben, einmal zusammengefaßt darzustellen.

Am 31. Januar d. J. fand im Deutschen Bundestag die erste Lesung des Regierungsentwurfs eines Gesetzes über einen Allgemeinen Lastenausgleich statt. Federführend für diesen Entwurf ist das Bundesfinanzministerium. Es ist bekannt, daß der Bundesminister für Vertriebene im Kabinett gegen diesen Entwurf gestimmt hat. Der Finanzminister leitete seine Begründung mit folgenden Sätzen ein:

„Die Bundesregierung legt Ihnen hiermit einen Gesetzentwurf von einer Wichtigkeit und Bedeutung vor, wie er in der Geschichte der deutschen Parlamente wahrscheinlich selten zur Beratung und zur Behandlung gestellt ist, einen Gesetzentwurf, der eine der allergrößten Fragen des deutschen Volkes lösen soll, eine Frage, die nur gelöst werden kann, wenn das deutsche Volk an ihre Lösung mit sittlichem Ernst und innerem Zusammenhalt und Gemeinsinn herantritt."

Man wird jedes dieser Worte unterschreiben können.

Seit den Währungsgesetzen der Besatzungsmächte schwebt der Lastenausgleich als Furcht oder Hoffnung über den Deutschen der Bundesrepublik, schafft Gegensätze und fördert den Materialismus und die Spekulation auf beiden Seiten, bei den Abgabepflichtigen und bei den Entschädigungsberechtigten. Die deutschen Vorschläge gingen dahin, den Lastenausgleich mit der Währungsreform zu verbinden. Damals stand das deutsche Volk noch unter dem Eindruck des völligen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Auch der vom Krieg verschont gebliebene Sachbesitz wurde als Zufallsbesitz, als fragwürdig empfunden. Die Währungsreform war die einmalige Gelegenheit, die Kriegsverluste auf Sach- und Geldvermögen in gleicher Weise zu verteilen und so einen Lastenausgleich herbeizuführen, durch den der Krieg von allen, den Besitzern von Sach- oder Geldvermögen, von Ausgebombten und Vertriebenen mit einigermaßen gleichen Anteilen bezahlt worden wäre. So aber traf die Währungsreform nur das Geld und legalisierte dadurch jede, die erlaubte und unerlaubte, Spekulation in Sachwerten. Sie ordnete wohl den Lastenausgleich an, für den die Deutschen bis Ende 1948 die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen sollten, vernichtete aber nicht nur gleichzeitig die psychologischen Voraussetzungen für denselben, sondern belastete ihn auch noch mit den Milliarden Verlusten der Währungsgeschädigten.

Haben die Geschädigten einen Rechtsanspruch?

Nach dem Inhalt und Ablauf der Währungsreform müßte der Lastenausgleich mit zwingender Logik eine Reform des Sachbesitzes werden. Nur eine solche Reform könnte eine befriedigende Antwort auf die Frage der Vertriebenen, Ausgebombten und enteigneten Sparer geben: „Haben wir den Krieg allein verloren?"

Es wird zu untersuchen sein, ob der Regierungsentwurf des Lastenausgleichgesetzes geeignet ist, eine solche Reform des Sachbesitzes herbeizuführen oder wenigstens einzuleiten, oder ob die Vorschläge und Forderungen der Geschädigten in dieser Richtung geeigneter und durchführbar erscheinen.

Zuvor muß etwas zum Anspruch der Geschädigten und der bisherigen Lastenausgleichsgesetzgebung gesagt werden.

Der Regierungsentwurf erkennt grundsätzlich den Rechtsanspruch der Geschädigten auf eine Hauptentschädigung an. Zwar ist diese Anerkennung in der Begründung des Finanzministers nicht ohne Widerspruch in sich formuliert:

„Dieser Rechtsanspruch wird aus dem Gedanken der Notgemeinschaft als eine freiwillige Leistung des deutschen Volkes übernommen."

Doch steht selbst diese Anerkennung im Widerspruch zur Stellungnahme des Bundesrats, der einen Rechtsanspruch auf Hauptentschädigung ablehnt. Die Geschädigten behaupten, daß sie nach Gesetz und Recht einen Rechtsanspruch besitzen. Sie berufen sich auf die Kriegssach-

schädenverordnung, das Währungsumstellungsgesetz, die Haager Landkriegsordnung und das Allgemeine Landrecht, sie berufen sich damit auf die Gesamthaftung des Volkes, die Rechtsgrundlage für die entsprechenden Bestimmungen in allen diesen Gesetzen ist. Nach der Haager Landkriegsordnung haben z. B. die Vertriebenen mit ihrem zurückgelassenen Vermögen Reparationen gezahlt. Für die Reparationen aber haftet das ganze Volk.

Schon in der bisherigen Lastenausgleichsgesetzgebung, d. h. im Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände vom 8. 8. 1949, das unter seinem Untertitel „Soforthilfegesetz" bekannter ist, wurde der Rechtsanspruch bei der Unterhaltshilfe anerkannt. Nach dem Willen des deutschen Gesetzgebers — des Wirtschaftsrates — sollte dieses Gesetz „Erstes Lastenausgleichsgesetz" heißen. Die Stellungnahme und die Auflagen der Besatzungsmächte haben nicht nur den Titel dieses Gesetzes geändert, das vom Wirtschaftsrat am 14. 12. 1948 verabschiedet wurde, nachdem die Beratungen in dem sogenannten „Fünfzehnerausschuß" bald ergeben hatten, daß die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Probleme des endgültigen Lastenausgleichs in der von den Besatzungsmächten gesetzten Frist nicht zu lösen waren. So ist das Soforthilfegesetz zu einem Übergangsgesetz geworden, das durch das endgültige Lastenausgleichsgesetz abgelöst werden soll. Die Konzeption dieses Gesetzes aber hat, ob das erkannt und anerkannt wird oder nicht, entscheidend auf die Gestaltung des Regierungsentwurfs für das Lastenausgleichsgesetz gewirkt. Das kann oder muß vielleicht sogar den Schluß zulassen, daß die Schwierigkeiten der Probleme des endgültigen Lastenausgleiches, die inzwischen gewiß nicht geringer geworden sind und die im Jahre 1948 zu der Zwischenlösung des Soforthilfegesetzes führten, auch im jetzigen Regierungsentwurf keine Lösung gefunden haben. Mit anderen Worten, die Reform des Sachbesitzes ist nicht erreicht oder gar nicht versucht worden.

Die Bilanz des Volksvermögens

Zu einem Ausgleich der Kriegslasten, selbst wenn er nicht als Reform des Sachbesitzes, als Neuordnung des Eigentums geschieht, gehört eine Bilanz: Bestehengebliebenes Vermögen, verlorenes Vermögen. Je genauer diese Bilanz festgestellt, je offener sie vorgelegt würde, desto mehr würde das zur sachlichen Einsicht der Beteiligten auf beiden Seiten beitragen. Diese Bilanz fehlt bisher, trotzdem von der Seite der Geschädigten ein Feststellungsgesetz zur Ermittlung der kriegsbedingten Vermögensschäden eingebracht wurde, das im Lastenausgleichsausschuß des Bundestages seit über einem halben Jahr beraten wird. Die Geschädigten verlangen Feststellung ihrer gesamten Kriegsschäden und nicht nur, wie es der Regierungsentwurf vorsieht, Feststellung ihrer Verluste, soweit sie zur Entschädigung kommen. Für die Aktivseite dieser Bilanz hat der Bundesfinanzminister in seiner Begründung das belastbare Vermögen mit 90 Milliarden DM angegeben. Es handelt sich um das Vermögen am Stichtag der Währungsreform, da die sogenannte Vermögensabgabe vom Stichtagvermögen geleistet werden soll. Es würde zu weit führen, alle Einwände gegen diese Zahl von 90 Milliarden vorzubringen. Nur einige Zahlen sollen in diesem Zusammenhang genannt werden. Das heutige Volkseinkommen in der Bundesrepublik wird auf 70—80 Milliarden jährlich geschätzt, die Ausgaben für Alkohol und Tabak betragen jährlich 10 Milliarden DM. Seit der Währungsreform bis September 1950 sind über 20 Milliarden DM in der Wirtschaft der Bundesrepublik investiert worden, wobei nach den Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften und amtlichen Angaben 4,5—5 Milliarden DM durch Steuerhinterziehung in die Selbstfinanzierung geflossen sind. Angesichts dieser Zahlen wird die Ziffer von 90 Milliarden DM belastbares Stichtagvermögen fragwürdig, eine klare Bilanz um so dringlicher. Die These, daß die Wirtschaft jährlich nicht mehr als 1,5 Milliarden DM für den Lastenausgleich aufbringen könne, während gleichzeitig von einem Steuerprogramm gesprochen wird, das 2 Milliarden zusätzlich einbringen soll, bedarf des Beweises, der sich aber nicht auf mangelnde Leistungsbereitschaft stützen darf. Wenn der Bundesfinanzminister in seiner Begründung die Kriegssachschäden mit 28 Milliarden DM, die Flüchtlingsschäden mit 25 Milliarden DM und die sogenannten Altsparschäden (bis 1940) mit 35,4 Milliarden DM beziffert, so ergibt das 88,4 Milliarden DM. Bei der im Entwurf vorgeschlagenen sogenannten 50%igen Vermögensabgabe müßte theoretisch eine 50%ige Entschädigung der geschätzten Schäden möglich sein, besonders dann, wenn juristische Personen kein Entschädigungsrecht erhalten. Wenn der Entwurf zu Entschädigungsvorschlägen gelangt, die bei größeren Verlusten nur Bruchteile dieser theoretisch möglichen Entschädigungen vorsehen, dann liegt das an der Konstruktion der Abgaben. Der Entwurf sieht folgende Abgaben vor: Vermögensabgabe, Vermögenssteuer, drei Währungsgewinnabgaben: Hypothekengewinnabgabe, Obligationsgewinnabgabe, Kreditgewinnabgabe.

Die Aufbringung der Mittel

Die sogenannte Vermögensabgabe soll 50% des steuerpflichtigen Vermögens (Schulden werden abgesetzt) betragen bei einer Freigrenze von 5000 DM, die bei 25 000 DM voll gewährt wird und die bei 35 000 DM aufhört. Diese Vermögensabgabe wird nun von vornherein nach dem Entwurf durch Verrentung gestundet, d. h. der Abgabepflichtige zahlt diese Abgabe in Raten von 6% (bei gewerblichem Vermögen) 5% (bei Hausbesitz) 4% (bei landwirtschaftlichem Besitz) vom halben Vermögen für Tilgung (2%) und Zins (4,3 und 2%) 30 Jahre hindurch. Die Soforthilfeabgabe wird angerechnet. Durch diese Verrentung hört die Abgabe auf, eine Vermögensabgabe zu sein. Sie wird tatsächlich und begrifflich zu einer Vermögenssteuer, die aus dem Ertrag und nur aus dem Ertrag geleistet wird. Der Bundesfinanzminister hat vor kurzem in Hamburg in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft klar ausgesprochen, daß keine Vermögensumschichtung beabsichtigt ist: „Man muß den Weg der steuerlichen Höchstbelastung gehen, wenn man eine Vermögensumschichtung oder Konfiskation vermeiden will." Der Widerspruch zu den Wahlreden seines Fraktionskollegen Kunze, des Vorsitzenden des Lastenausgleichsausschusses des Bundestages, vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein liegt offen. Kunze hatte erklärt: „Überall, wo es wirtschaftlich vertretbar und sinnvoll ist, muß der Lastenausgleich zu einer echten Vermögensumschichtung führen." Der wirkliche Charakter der Vermögensabgabe als Steuer wird besonders auch

dadurch deutlich, daß sie nicht einmal im Konkurs voll fällig wird und Vorrecht genießt. Hier werden bei der bekannten Steuermoral, oder richtiger gesagt Steuerunmoral, Gefahren begründet, die gar nicht überschätzt werden können.

Es wird auf das Aufkommen zum Lastenausgleich in den ersten Jahren ankommen. Das sind die entscheidenden Jahre für die Bewährung des Gesetzentwurfs auch nach den Worten des Bundesfinanzministers. 10, 20 oder 30 Jahre können die meisten Geschädigten nicht warten. Deshalb haben die Geschädigten die Substanzabgabe verlangt. Die Bezeichnung „sofortige Fälligkeit der Vermögensabgabe" hat zu meist nicht gut gemeinten Unterstellungen geführt, als ob die Geschädigten Barzahlung der 45 Milliarden Vermögensabgabe sofort bei Inkrafttreten des Gesetzes verlangten. Sie verlangen lediglich bei größeren Vermögen, bei denen Substanzleistungen in Geld oder Naturalgütern möglich sind, daß die Verrentung der Vermögensabgabe mit marktüblichem Zins erfolgt. Wenn bei größeren Vermögen der Nachweis erbracht wird, daß eine Leistung in Naturalgütern oder Geld nicht möglich ist, soll es ebenso wie bei kleineren Vermögen (bis ca. 15 000 DM Abgabe) bei der im Entwurf vorgeschlagenen Verrentung bleiben. Angesichts der vorher genannten Zahlen für die Wirtschaft der Bundesrepublik, angesichts des Luxuskonsums und der Kontraste des Lebensstandards kann die Forderung der Geschädigten auf eine derart gestaltete Substanzabgabe verständlich werden. Wenn der Bundesfinanzminister davon spricht, daß der Gesetzentwurf großen Wert auf den Vorschlag der freiwilligen Ablösung legt, so ist irgendein Anreiz hierfür im Entwurf nicht festzustellen. Der Zinsdruck nach dem Vorschlag der Geschädigten könnte solch ein Anreiz sein.

Die Feststellung der Vermögenswerte

Für die Feststellung der abgabepflichtigen Vermögen, aber auch der Vermögensverluste soll der Einheitswert maßgebend sein. Es wird kaum bestritten, daß der Einheitswert die tatsächlichen Verkehrs- oder Ertragswerte nur in Ausnahmefällen erreicht. Meist liegen diese Werte bedeutend höher. Die Unterschiedlichkeit der Einheitswerte in sich macht es aber schwierig, um nicht zu sagen unmöglich, sie durch generelle Zuschläge den Verkehrswerten anzugleichen. Man würde mit solchen Zuschlägen die Fehler multiplizieren. Es wäre nach Auffassung der Geschädigten zu prüfen, ob eine vorläufige Veranlagung bis zur Neufestsetzung der Einheitswerte oder einem zwischenzeitlichen Vermögensübergang eine Lösung bedeuten würde. Es wird eingewandt, daß die Wirtschaft sich auf eine vorläufige Veranlagung, also auf eine unsichere Regelung, nicht einlassen kann. Nun, wenn die abgabepflichtige Seite immer behauptet, daß mit den Einheitswerten der wirkliche Vermögenswert erfaßt wird, dann gibt es keine Unsicherheit, dann ist eine Nachveranlagung nicht zu erwarten. Andererseits könnte eine vorläufige Veranlagung ein Anreiz sein, die Vermögensabgabe vorzeitig abzulösen, wenn eine voll abgelöste Vermögensabgabe jede Nachveranlagung ausschließt. Für die Entschädigungsseite lehnen die Berechtigten die Einheitswerte als Bemessungsgrundlage des Schadens ab. Es ist bei dieser Ablehnung tatsächlich zu bedenken, daß selbst dort Vermögen und auch große Vermögen verloren wurden, wo eine Verschuldung den Einheitswert erreichte oder gar überschritt. Und für viele Vermögen (volksdeutsches Eigentum) gibt es keine Einheitswerte. Die Geschädigten verlangen schließlich für Abgabe und Entschädigung eine Wertsicherungsklausel. Sie verweisen dabei auf den Lastenausgleich, der in Finnland durchgeführt wurde und bei dem die Leistung auf beiden Seiten durch Indexklausel vor Wertschwankungen gesichert wurde.

Heranziehung neuer Vermögen

Der Entwurf sieht 1 % Vermögenssteuer für das Vermögen vor, das nicht der Vermögensabgabe unterliegt. Der Bundesrat hat der Einbeziehung der Vermögenssteuer in den Lastenausgleich widersprochen, weil er sie den Ländern erhalten will. Der richtige Gedankengang des Entwurfs ist, daß das Stichtagvermögen, das der Vermögensabgabe unterliegt, die Tendenz hat, an Bestand zu verlieren. Die Abgabe muß zwangsläufig im Laufe der Jahre zurückgehen. Wenn nicht auch neues Vermögen, das steigende Tendenz hat, mit der Vermögenssteuer zum Ausgleich herangezogen wird, muß ein Fehlbetrag im Aufkommen die Folge sein. Die Geschädigten folgen hierin dem Vorschlag des Entwurfs.

Vermögen der öffentlichen Hand

Das land- und forstwirtschaftliche Vermögen der öffentlichen Hand soll nach dem Entwurf von den Lastenausgleichsabgaben freigestellt werden. Daß dies Vermögen vor jedem privatem zur Seßhaftmachung vertriebener Bauern bereitstehen sollte, bedarf eigentlich keiner Begründung. In diesem Sinne verlangen die Geschädigten die Abgabepflicht des öffentlichen land- und forstwirtschaftlichen Besitzes.

Das Hausratvermögen

Die Geschädigten sollen nach dem Entwurf für den gesamten verlorenen Hausrat 400 DM erhalten mit einem Zuschlag von 200 DM für die Ehefrau und 100 DM je Kind. Über die Unzulänglichkeit dieser Sätze ist nicht zu diskutieren, und doch erfordern sie einen Aufwand von ca. 5,4 Milliarden DM, dem irgendein Aufkommen aus Hausratvermögen nicht gegenübersteht. Der Entwurf läßt jedes Hausratvermögen abgabefrei, im Gegenteil er gewährt noch eine Freigrenze bei Vermögensabgabe und Vermögenssteuer. Die Geschädigten verlangen die Belastung der Hausratvermögen von einem bestimmten höheren Einkommen oder Vermögen ab. Ein höheres Einkommen oder ein größeres Vermögen läßt, wo kein Kriegsschaden eingetreten ist, das Vorhandensein ausreichenden oder mehr als ausreichenden Hausrats vermuten. Hier kann eine auf Einkommen oder Vermögen abgestellte Abgabe den Verbraucherverzicht herbeiführen, zu dem in weit größerem Umfang die Geschädigten immer gezwungen sind, wenn sie sich den notwendigsten Hausrat schaffen wollen. Niemals kann daran gedacht werden, kleine und mäßige Vermögen mit einer Hausratsabgabe zu belasten.

Währungsgewinnvermögen

Der Entwurf sieht die vorher erwähnten drei Währungsgewinnabgaben vor. Schon aus der Soforthilfe ist die Leistung für die Umstellungsgrundschulden bekannt. Der Tatbestand, der diesen Abgaben zugrunde liegt, ist der,

daß durch die Abwertung in der Währungsreform für den Schuldner ein Gewinn in Höhe von 90 % der Schuld eintrat, der bei den Hypotheken schon durch Währungsgesetz dem Lastenausgleich zugewiesen wurde. Jetzt sollen noch die Gewinne bei Anleihen und Krediten erfaßt werden. Es ist bei diesen Währungsgewinnabgaben, ohne daß hier auf recht komplizierte Einzelheiten eingegangen werden kann, so, daß zur Ermittlung der Gewinne eine teilweise oder (bei der Obligationengewinnabgabe) auch totale Vermögensvergleichung durchgeführt werden muß. Das Vermögen am Währungsstichtag wird mit dem Vermögen eines früheren Stichtages verglichen, um den Zuwachs, den Gewinn, zu ermitteln. Diese Vermögensvergleichung und die daraus folgende Vermögenszuwachsabgabe, aber nicht nur beschränkt auf Währungsgewinne, werden diskutiert und gefordert, solange überhaupt vom Lastenausgleich gesprochen wird. In der Begründung sagte der Bundesfinanzminister:
„Die Währungsgewinnabgaben sind politisch und — ich möchte sagen — ethisch notwendig."
Man kann der Auffassung sein, daß dieselbe Notwendigkeit bei Rüstungs-, Kriegs- und Hortungsgewinnen gegeben ist, die in Sachvermögen umgewandelt wurden. Offensichtlich ist man im Bundesfinanzministerium noch im Dezember 1949 der gleichen Auffassung gewesen. In der Denkschrift des Finanzministeriums vom Dezember 1949 (Text Ziff. 62) wird bestätigt, daß für einen Vermögensvergleich — Vermögen vom 1. 1. 1940 und Vermögen am Währungsstichtag — wohl die Unterlagen nicht restlos vorliegen, daß sich aber „nach Befragen aller beteiligten Stellen" die Lücken schließen lassen werden. Heute erklärt der Bundesfinanzminister, daß dieser Vermögensvergleich technisch nicht durchführbar ist. Er bleibt aber angesichts seiner eigenen Denkschrift die Begründung für den plötzlichen Wechsel seiner Auffassung schuldig, was um so befremdender wirken muß, da der Vermögensvergleich bei den Währungsgewinnabgaben im Interesse der Abgabepflichtigen — das ist wichtig festzustellen — teilweise durchgeführt wird. Wenn man daran denkt, daß total Ausgebombte und Vertriebene völlig ihres Vermögens beraubt sind, kann es nicht wundernehmen, daß sie kompromißlos die Vermögenszuwachsabgabe fordern. Es gilt für sie angesichts ihrer totalen Enteignung einfach als unerträglich, daß Rüstungs-, Kriegs- und Hortungsgewinne in ihrem Bestand nicht angetastet werden sollen; denn die sogenannte Vermögensabgabe rührt nicht an den Bestand, sondern nur an den Ertrag.

Ethik oder Technik

Hier ist das entscheidende Kriterium, ob der Entwurf die Sachbesitzreform überhaupt versuchen will. Politisch und ethisch — um mit dem Bundesfinanzminister zu sprechen — ist die Wegnahme des Vermögenszuwachses zwischen 1940 und 1948 die primitivste Forderung einer ehrlichen Sachbesitzreform. Es wäre interessant, die letzten Gründe zu erforschen, die zu dem in keiner Weise ausreichend begründeten Verzicht auf die Vermögenszuwachsabgabe geführt haben, zumal bekannt ist, daß maßgebende Fachleute im Bundesfinanzministerium den Vermögensvergleich und die Vermögenszuwachsabgabe für notwendig und durchführbar halten. Es muß bedenklich stimmen, wenn eine ethische Notwendigkeit wegen technischer Schwierigkeiten unerfüllt bleiben soll.

Sozialer Lastenausgleich?

Auf der Entschädigungsseite ist festzustellen, daß alle Beteiligten einen kollektiven Lastenausgleich dem Worte nach ablehnen, sich also zur individuellen Entschädigung bekennen. Hier gehen die Auseinandersetzungen mehr um die Frage: „quotaler" oder „sozialer" Lastenausgleich. Der quotale Lastenausgleich verlangt eine Quote auf das verlorene Vermögen, der soziale, daß nicht das Vergangene, das verlorene Vermögen die Leistung des Lastenausgleichs bestimmen soll, sondern die Zukunft, die soziale und volkswirtschaftliche Zweckbestimmung. Von dieser Auffassung aus kommt der Bundesrat konsequent zu der vorher schon erwähnten Negierung des Rechtsanspruchs auf Hauptentschädigung. Der Entwurf geht einen dritten Weg des quotalen Ausgleichs mit starkem sozialem Akzent, und diesen Weg fordern auch die Geschädigten, nur unterscheiden sie sich in ihren Vorschlägen bei der Ausgestaltung und Ausstattung der Entschädigungen. Die Geschädigten lehnen den nur sozialen Lastenausgleich „nach vorne" ohne Bezugnahme auf ihre Vermögensverluste ab, weil er die Rechte ihres Privateigentums, die ihre Entschädigungsansprüche darstellen, verneint. Überzeugend hat der Sprecher aller Geschädigten, insbesondere der Vertriebenen, der Bundestagsabgeordnete Dr. Kather, in der Bundeshausdebatte am 31. Januar gesagt und sich dabei auch auf Prof. Carlo Schmid berufen:

„Das Recht ist immer und ewig ein unteilbares Ganzes, und man kann es nicht vorübergehend oder auch nur im Raum suspendieren, ohne es in seinem wesentlichen Gehalt und für die Dauer zu gefährden."

Form der Entschädigung

Der Entwurf sieht in der Hauptsache folgende Entschädigungen vor: Hauptentschädigung und als Vorausleistung auf die Hauptentschädigung die Eingliederungshilfe, Kriegsschadenrente, Hausratentschädigung, Wohnraumhilfe.

Bei der Hauptentschädigung soll die obere Schadensgrenze nach dem Entwurf 150 000 DM sein und der vorläufige Höchstbetrag der Hauptentschädigung als Eingliederungshilfe 15 000 DM. Die Geschädigten lehnen eine starre Höchstgrenze bei der Schadensfeststellung und bei der Entschädigung ab, weil sie auf eine willkürliche Begrenzung ihrer Eigentumsrechte hinausläuft. Sie sehen aber die Notwendigkeit einer echten sozialen Gestaltung der Entschädigungen und die Unmöglichkeit ein, größere Vermögensverluste prozentual gleich zu entschädigen, weshalb sie sich für volle Entschädigung bei Kleinvermögen und dann für eine stark degressive Staffel bei der Entschädigung aussprechen, die bei großen Vermögen zu so geringen Prozentsätzen führen soll, daß sie praktisch auf eine obere Entschädigungsgrenze hinauslaufen. Abgabeschulden müssen mit Entschädigungsansprüchen aufgerechnet werden können. Bei der Eingliederungshilfe müssen die Zuteilungen nach sozialer und volkswirtschaftlicher Dringlichkeit erfolgen. Wo die Eingliederungshilfe nicht ausreicht, muß zusätzlich Kredithilfe erfolgen. Die Umgestaltung der Vermögensabgabe als Substanzabgabe soll einen direkten Naturalausgleich zwischen Abgabepflichten und Entschädigungsberechtig-

ten, also eine menschliche Begegnung, herbeiführen helfen.

Bei der Kriegsschadenrente geht der Entwurf davon aus, daß durch sie Bezüge aus Fürsorge und etwaigen Renten aufgestockt werden sollen. Danach sind die Sätze bemessen. Hierzu zwei Beispiele: Ein Vertriebener im Alter von 68 Jahren, der 40 000 DM Vermögen verlor, soll monatlich 40 DM Kriegsschadenrente erhalten, ein Vertriebener, der über 70 Jahre alt ist und über 150 000 DM Vermögen einbüßte, erhält den Höchstsatz von 70 DM Kriegsschadenrente monatlich. Daß die Geschädigten gegen diese Regelung protestieren, wenn sie einstmals aus eigenem Vermögen ihre Altersversorgung hatten und deshalb mit der Fürsorge nichts zu tun haben wollen, muß verständlich erscheinen. Sie verlangen Vollversorgung aus ihrem Rechtsanspruch für erlittenen Kriegsschaden, und diese Versorgung muß auf ihr verlorenes Vermögen Bezug nehmen. Sie stellen dabei aber die Forderung, daß die öffentlichen Haushalte Beiträge zum Ausgleichfonds leisten, die der Höhe der eingesparten Fürsorgemittel entsprechen. Denn die Begründung des Entwurfs argumentiert, daß durch die Fürsorgeleistungen an die Geschädigten der Ausgleichfonds um rund 280 Millionen DM entlastet wird. Der vom Entwurf vorgeschlagene Weg, grundsätzlich alle Geschädigten zu Fürsorgeempfängern zu machen, um diesen Beitrag der öffentlichen Hand zu erreichen, muß besonders fragwürdig erscheinen, nachdem die Unterhaltshilfeempfänger nach dem Soforthilfegesetz mit ihrem Rechtsanspruch aus der Fürsorge herausgenommen wurden.

Die vom Entwurf vorgeschlagenen Sätze für die Hausratentschädigung wurden schon genannt. Die Geschädigten verlangen eine Erhöhung dieser Sätze und eine Bezugnahme auf den tatsächlich erlittenen Hausratverlust in mäßiger Staffel nach Pauschalsätzen.

Die Wohnraumhilfe, wie sie der Entwurf vorsieht, ist auch ein Beweis dafür, wie die bisherige provisorische Lastenausgleichsgesetzgebung die Gestaltung des Entwurfs beeinflußt hat. Diese Wohnraumhilfe kommt stark in die Nähe des sonst abgelehnten kollektiven Ausgleichs. In den Wohnungsbau sind aus Soforthilfemitteln bisher ca. 1 Milliarde DM aus den Umstellungsgrundschulden geflossen, und weitere Bereitstellungen des Hauptamtes für Soforthilfe aus dem sonstigen Soforthilfeaufkommen in ungefähr gleicher Höhe sind erfolgt. Selbst wenn man unterstellt, daß der mit diesen ungefähr 2 Milliarden DM geförderte Wohnraum durchweg Geschädigten und Vertriebenen zugute kommt — eine Unterstellung, die keinesfalls zutreffend ist —, so tritt hier eine groteske Zweckentfremdung der Lastenausgleichsmittel ein, wenn man von der Vorstellung ausgeht, daß der Lastenausgleich eine Reform des Sachbesitzes herbeiführen soll. Diese ca. 2 Milliarden DM Lastenausgleichsmittel vermehren zum weitaus größten Teil den Sachbesitz nicht der entschädigungsberechtigten Eigentümer, sondern in erster Linie den der großen Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften, an die dann die Geschädigten günstigstenfalls Miete zahlen dürfen. Die Geschädigten verlangen daher, daß auch mit den für die Wohnraumhilfe zum Einsatz kommenden Lastenausgleichsmitteln Entschädigungen geleistet werden derart, daß nur Entschädigungsberechtigte Eigentum an diesem Wohnraum und diesen Häusern erwerben können, deren Erstellung mit Lastenausgleichsmitteln gefördert wurde oder wird.

Die Kernfrage

Es könnte bei der Untersuchung der einzelnen Vorschläge und Gegenvorschläge so aussehen, als ob die Standpunkte der beiden Seiten im Lastenausgleich, die Auffassungen des Entwurfs und die Auffassungen der Geschädigten, gar nicht so weit auseinander liegen, als ob durch geringes Nachgeben auf beiden Seiten eine einheitliche Auffassung zustande kommen könnte. Die Situation ist anders.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat am 10. März d. J. zum allgemeinen Lastenausgleich Stellung genommen. Er erklärt:

„Der Lastenausgleich muß mehr sein als der Versuch zur Sanierung der Sozialfürsorge und Entlastung der Länderhaushaltungen. Soziale Existenzsicherung und Vermögensentschädigung sind zwei Aufgaben, die gemeinsam gelöst werden müssen. Eigentum ist durch die Katastrophe des zweiten Weltkrieges und seine Folgen noch mehr Zufallsbesitz als vorher geworden. Solange unsere Gesellschaftsordnung das Privateigentum anerkennt, fordert der Grundsatz gleichen Rechtes aller vor dem Gesetz, daß der Eigentumsanspruch dessen, der es verlor, genau so schutzwürdig ist wie der Anspruch jenes Menschen, der es zufällig behalten konnte. Millionen von Vertriebenen, Ausgebombten und Sparern haben einen Rechtsanspruch auf Ausgleich. Die Ablehnung eines Entschädigungsanspruchs für Vermögensverluste würde als schwerer Rechtsbruch empfunden werden. Die Neuverteilung der Eigentumstitel am vorhandenen Sachvermögen durch einen sozialen Vermögensausgleich ist daher eine sittliche Pflicht! Die Gewerkschaften fordern für dieses Ziel eine echte Vermögensabgabe. In diesem Punkt ist der Gesetzentwurf völlig ungenügend. Was im Gesetzentwurf als Vermögensabgabe bezeichnet wird, ist in Wahrheit gar keine Abgabe aus dem Vermögen, sondern eine Steuer, deren Höhe nach dem Vermögensstand an einem Stichtag bemessen wird. Sie ist praktisch nur eine Fortsetzung der Soforthilfeabgabe, die von den Betrieben, wie im allgemeinen ihre Ertragslage zeigt, bereits über die Preise auf die Allgemeinheit der Verbraucher abgewälzt wird. Darüber hinaus wollen die Gewerkschaften eine echte Vermögensabgabe, die mit sofortiger Fälligkeit durch Abtretung von Eigentumstiteln oder Geld eine Vermögensumschichtung zugunsten der Geschädigten herbeiführt."

Der Vertreter der Zentrumspartei, Dr. Reismann, der nicht Vertriebener ist, hat in der Bundeshausdebatte am 31. Januar d. J. in seinen höchst beachtlichen Ausführungen folgende Sätze gebracht:

„Unsere Fraktion schlägt zusätzlich zu den Wegen, die der vorliegende Gesetzesantrag bisher aufgezeigt hat, andere Wege vor, und zwar verlangen wir in erster Linie, daß ein Vermögensvergleich stattfindet, wie er in anderen Ländern — ich verweise hier auf Holland — stattgefunden hat und mit Erfolg durchgeführt worden ist. Den Einwand des Ministers, das sei nicht möglich, da die Unterlagen fehlen, lassen wir nicht gelten. Es ist bekannt, daß 90 % der Vermögenssteuer-Unterlagen aus der Vorkriegszeit noch vorhanden sind, etwa 10 % fehlen. Diese 10 % lassen sich bei gutem Willen sehr wohl rekonstruieren. Wir verlangen, daß der gute Wille von der Verwaltung aufgebracht wird. Man muß dabei aber berücksichtigen, daß es auf die kleinen Fische gar nicht ankommt. Die kleinen Vermögen brauchte man bei dieser

Gelegenheit nicht zu besteuern. Worauf es aber wesentlich ankommt, das ist — und das verlangen wir außerdem —, daß ein Vermögensvergleich vor allen Dingen die Kriegsgewinne und die Rüstungsgewinne erfaßt. Denn das scheint die wesentliche Triebfeder dabei zu sein, daß man an einen solchen Gedanken nicht herangegangen ist, daß gerade die Großindustrie, die 1 : 1 umgewertet, also für sich privatim schon ihren Lastenausgleich vollzogen hat — die 1 : 1 und sogar darüber hinaus umgestellt hat —, daß diese Kreise kein Interesse an einem Vermögensvergleich haben. Dieser Vermögensvergleich muß stattfinden, wenn wir nicht in unserem Volk das Gefühl von bitterer Enttäuschung über mangelnden guten Willen sich endgültig festigen lassen wollen, das sich allein schon durch die Verschleppung des Lastenausgleichsgesetzes und seiner Vorlage in weitesten Kreisen verbreitet hat."

Schließlich soll noch der Bundestagsabgeordnete Dr. Kather mit zwei weiteren Äußerungen anläßlich der Bundeshausdebatte kurz zitiert werden:

„Auch ein Pessimist unter uns hätte es noch vor kurzem nicht für möglich gehalten, daß wir in diese Stunde unter so ungünstigen Vorzeichen eintreten würden, wie es tatsächlich der Fall ist. Die Regierung hat uns einen Entwurf vorgelegt, der von der Gesamtheit der Geschädigten als unannehmbar bezeichnet worden ist. . . .

Ich darf weiter darauf hinweisen, daß es vollkommen verfehlt ist, immer von einer 50prozentigen Abgabe zu sprechen. Nimmt man den wahren Wert, rechnet man den Zeitwert auf 30 Jahre und berücksichtigt man den Unterschied der Kaufkraft, so kommt man zu einer Abgabe von vielleicht 10 oder 12% und nicht mehr. Und dazu können wir unter keinen Umständen ja sagen."

Diese Stellungnahmen machen deutlich, wie die Situation tatsächlich ist, und man wird besonders darauf achten müssen, daß die Stellungnahme der Gewerkschaften schon rein äußerlich abseits jeder am Lastenausgleich interessierten Partei oder Gruppe oder Organisation erarbeitet wurde. Die Situation ist so, daß der Entwurf nicht so sehr in den einzelnen Bestimmungen und Vorschlägen, von denen nur ein kleiner, aber der entscheidende Teil besprochen werden konnte, das Gegensätzliche der Auffassungen erkennen läßt. Es ist die Gesamtkonzeption des Entwurfs, der widersprochen wird. Diese Konzeption wird besonders offenbar an der vorgeschlagenen Vermögensabgabe und der Verweigerung des Vermögensvergleichs mit folgender Vermögenszuwachsabgabe.

Die Behauptung Dr. Kathers ist nicht zu widerlegen, daß die Vermögensabgabe in Wirklichkeit eher 15 als 50% beträgt. Bei kleineren Vermögen ist sie unter Berücksichtigung der Freigrenze noch geringer. Die ganze Konstruktion der Vermögensabgabe bleibt unverständlich. Gerade die Frage dieser Vermögensabgabe hat den Riß zwischen Abgabepflichtigen und Entschädigungsberechtigten vertieft und droht ihn unheilbar zu machen. Die einen fühlen sich bedroht, die anderen betrogen. Es ist psychologisch falsch und muß sich unheilvoll auswirken, wenn man mit einem Abgabesatz von 50% des Vermögens, dem Worte nach, den Entschädigungsberechtigten zu beweisen versucht, daß das Äußerste an Leistung herausgeholt wird. Die Geschädigten stehen im Leben und wohnen zu dicht mit den Abgabepflichtigen zusammen, um nicht erkennen zu können, was die 50%ige Abgabe in Wirklichkeit ist, und sie spüren am eigenen Leibe, was diese Abgabe ihnen bringt oder nicht bringt. Wenn dann noch hinzukommt, daß Kriegs-, Rüstungs- und Hortungsgewinne infolge der fehlenden Vermögenszuwachsabgabe in ihrem Bestand unangetastet bleiben, dann wird es offenbar, daß die von den durch Zufall besitzlos Gewordenen verlangte und für notwendig erachtete Sachbesitzreform gar nicht versucht wird. Die Geschädigten prägen das bittere Wort: „Von der Vermögensumschichtung wird nur im Wahlkampf gesprochen."

Diktieren hier etwa die Mächte des Geldes?

Das Bundesfinanzministerium hat den Entwurf vorgelegt. Bei der Schwierigkeit der Gesetzesmaterie — der Entwurf sieht ca. 50 Rechtsverordnungen zur Durchführung des Gesetzes vor; das mag die Schwierigkeiten zur Genüge kennzeichnen — ist von einem besonders qualifizierten großen Stab des Bundesfinanzministeriums mit zwei Ministerialdirektoren an der Spitze eine mühsame Arbeit geleistet worden. Der Entwurf hat 328 Paragraphen, und die Begründung umfaßt 144 Seiten. Aber es ist, ohne Phantasie und konstruktive Ideen, daraus ein Steuergesetz auf der Abgabeseite, eine verlängerte Soforthilfe auf der Entschädigungsseite geworden. „Nach dem Willen des Finanzministers", sagen die Geschädigten. Im Hinblick auf den abgelehnten Vermögensvergleich scheint die Vermutung berechtigt, daß noch stärkere Kräfte am Werk sind, daß das Diktat der Geldmacht die Konzeption des Entwurfs bestimmte. Das wäre verhängnisvoll. Die vom Finanzministerium geleistete Arbeit, zu der kein anderes Ressort imstande war oder instandgesetzt worden wäre, gibt aber der Position des Regierungsentwurfs eine beträchtliche Stärke.

Für die Klärung der politischen Situation des Gesetzentwurfs sind zwei Rundfunkgespräche bedeutsam, die in der Zeit der Bundeshausdebatte stattfanden. Es sprach der Bundestagsabgeordnete Kunze (CDU) mit dem Bundestagsabgeordneten Seuffert (SPD), und es sprach der Hamburgische Senator Dr. Dudek vom Bundesrat. Das Gespräch Kunze—Seuffert mußte bei den Geschädigten die größte Bestürzung hervorrufen. Die Tendenz des Gespräches war, zu einer Verständigung in dem Sinne zu gelangen, daß Konzessionen auf der Entschädigungsseite in Richtung eines sozialen Lastenausgleichs das Einverständnis für die Abgabeseite sichern könnten. Das Gespräch des Senators Dr. Dudek, der den sozialen Lastenausgleich des Bundesrates vertrat, enthielt sinngemäß folgende Formulierung: „Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Regelung wird ein kleiner Kreis ehemals sehr wohlhabender Leute nicht zufrieden sein. Man wird sich mit den Vorwürfen dieser Menschen abzufinden wissen." Die ehemals sehr wohlhabenden Menschen werden aber meistens nicht die am härtesten Betroffenen sein. Am härtesten betroffen sind die Mittelständler ohne Verbindungen und Beziehungen, Bauern, Handwerker, Kaufleute, Freiberufliche, deren Zahl in die Hunderttausende geht und die nicht mit einer Versorgung abgefunden werden wollen, die wenig über der „Wohlfahrt" liegt.

Hier liegt eine Bewährungsprobe des Christentums vor uns

Wer als Christ sich bemüht, den richtigen Standpunkt zum Problem Lastenausgleich zu finden, der sollte die

großen sozialen Enzykliken „Rerum novarum" und „Quadragesimo anno" immer wieder lesen und durchdenken. Dort ist die Lösung zu finden. Auf der Kundgebung des Bundestages des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 26. Sept. 1950 in Düsseldorf traf allerdings Prof. Dr. Agartz folgende Feststellung:

„Ermahnungen sind häufig ergangen, und wir müssen leider bekennen, daß selbst die päpstlichen Enzykliken Leos XIII. „Rerum novarum" und Pius' XI. „Quadragesimo anno" auf die christlichen Unternehmer ohne spürbare Wirkung geblieben sind."

Können die Christen der heutigen Zeit in Deutschland dieser Feststellung widersprechen? Ein Widerspruch in Worten, in Entschließungen und Verlautbarungen genügt nicht mehr. Widerspruch ist nur noch durch die Tat möglich, durch den in Liebe umgesetzten Glauben.

Leo XIII. erklärte, daß der Staat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht hat, ordnend in die Eigentumsverhältnisse einzugreifen, wenn sich der Besitz in den Händen weniger anhäuft, denen eine Masse Besitzloser gegenübersteht, die nicht mehr aus eigener wirtschaftlicher Kraft zu Eigentum kommen können. Damals hatte Leo XIII. nur die Mißbildungen des Eigentums vor Augen, die der Kapitalismus jener Zeit einleitete oder begründete. Für heute muten seine Worte wie Prophezeiungen an. Mit welcher Härte und welcher Willkür ist die heutige Eigentumsverteilung zustandegekommen! Der erste Weltkrieg, die Inflation, Nazi-, Rüstungs-, Kriegs- und Hortungsgewinne, Bombenschäden und Vertreibung und schließlich die Währungsreform haben eine Besitzverteilung herbeigeführt, bei der mit Recht das Wort Zufallsbesitz geprägt wird. Das Eigentum ist mißbildet. Die Sachbesitzreform, die Neuordnung des Eigentums, ist sittliche Pflicht geworden. Dieser Pflicht sollte der Lastenausgleich dienen. Es geht um mehr als um Abgaben und Entschädigungen.

Ein neues Proletariat ist in Deutschland entstanden. Einmal schon wurde ein Proletariat entchristlicht und wandte sich dem Marxismus zu. Der Lastenausgleich im Geiste eines Tatchristentums als Neuordnung des Eigentums könnte verhindern, daß die „Flüchtlinge zu Figuren in Stalins Spiel" werden, wie einmal die „Zeit" schrieb. Der Bundesfinanzminister hat gesagt, es stehe in der Schrift nichts von einem quotalen Lastenausgleich. Dort steht aber einiges über Gerechtigkeit zu lesen. Und dann eine Geschichte vom barmherzigen Samaritan. Damals gingen Priester und Levit, die Großen, die Gesetzgeber ihres Volkes, an ihrem geschlagenen Bruder vorüber. Es war ihr Unheil. Die Gleichnisse des Herrn haben typische Bedeutung.

Die Reform des deutschen Ehe- und Familienrechts in christlicher Sicht

Am 10. und 11. März 1951 hielt in Bonn der Katholische Akademikerverband eine Tagung ab, die sich mit den Problemen des Ehe- und Familienrechts befaßte, dessen Neufassung im künftigen deutschen Gesetz bevorsteht. Die Auffassung von Ehe und Familie ist in besonderem Maße weltanschaulich bedingt, und es ist dringend notwendig, daß sich die Katholiken darüber klar werden, was sich von ihrer Auffassung dieser Einrichtungen rechtlich fassen, wieviel davon unter den heutigen Verhältnissen verwirklichen läßt. Eben dieser Klärung war die Arbeit der Tagung gewidmet. Zwei Hauptreferate befaßten sich mit den beiden Hauptproblemen in diesem Bereich, dem der Ehegesetzgebung und dem der rechtlichen Stellung der Frau in der Familie. Das erste, „Grundprobleme der Familienrechtsreform", hielt Prof. Conrad, Bonn, mit einem kurzen Korreferat des Paderborner Theologen Prof. Ermecke. Das zweite, über die „Gleichberechtigung der Frau", hielt Prof. Bosch, Bonn, mit einem Korreferat von Frau Ministerialrat Dr. Dünner, Koblenz.

Positives Recht und Theologie

Eben da Ehe und Familie einen besonderen Platz im christlichen Weltbild einnehmen, wurde mehrmals im Laufe der Tagung versucht, die positiv rechtlichen Fragen in einen deutlichen Zusammenhang mit Lehren der Offenbarung zu bringen. Prof. *Peters*, Münster, betonte gleich zu Beginn der Tagung einleitend, daß es für uns Christen bei der Neuordnung des Familienrechts darum gehe, die auf Grund der göttlichen Offenbarung und des Naturrechts für uns gültigen Prinzipien herauszustellen, auf die der Gesetzgeber das positive Recht hinzuordnen habe. Dieses Anliegen ist gerechtfertigt, nachdem das Bonner Grundgesetz die Bindung an das Naturrecht ausgesprochen hat. Auch die deutschen Länderverfassungen bekennen sich zum Naturrecht oder zum natürlichen Sittengesetz als verbindlicher Norm. In der deutschen Rechtsprechung vollzieht sich die Abkehr vom Rechtspositivismus nationalsozialistischer Prägung. Nicht mehr der Staat ist die Quelle allen Rechtes und entscheidet über die Sittlichkeit des Gesetzes. Es gibt ein vorstaatliches, ein überpositives Recht, das den Staat bindet. Damit bewegen wir uns auf dem Wege zur Einheit allen Rechts. Für uns Christen, so sagte auch Prof. *Ermecke*, ist für alle Fragen des positiven Rechts die Vorentscheidung durch unser Menschenbild gegeben, nach dem der Mensch Ebenbild Gottes ist und nicht nur das, sondern darüber hinaus auf Christus bezogen. Prof. Ermecke glaubte, die Bestimmungen des positiven Rechtes aus der Rückführung der Probleme auf die naturrechtlichen Grundlagen gewinnen zu können. Das ergab für ihn im Hinblick auf die Familie als einen Organismus die Notwendigkeit der Funktionsaufteilung, wobei der Mann das Haupt, die Frau das Herz wäre. Als Menschen seien Mann und Frau gleichartig und gleichberechtigt; als Ehegatten seien sie ungleichartig und darum auch ungleich berechtigt.

In der Diskussion legte besonders Prof. *Flatten*, Köln, auseinander, daß die Schriftstellen, in denen von der Unterordnung der Frau die Rede sei (Gen. 3, 16; 1 Petr. 3, 1; 1 Kor. 11, 3; Eph. 5, 22—24; 1 Kor. 14, 34—35), nicht als ewig gültiges Gesetz zu deuten seien und man ihre zeitgeschichtliche soziologische Färbung nicht übersehen dürfe. Weder der Codex Juris Canonici (c. 1111, 1113) noch die Enzyklika „Casti connubii" kennen die Leitungsgewalt des Mannes in der Familie. Tatsächlich gibt es über das Verhältnis von Mann und Frau zu- und nebeneinander keine eindeutige theologische Position, so daß es nicht möglich ist, von hier aus rechtliche Formulierungen zu finden — ganz abgesehen davon, daß das, was Ehe und Familie in ihrem tieferen menschlichen oder gar religiösen Sinn sind, überhaupt für das Gesetz, das es mit den äußeren Ordnungen zu tun hat, nicht faßbar

ist und auch nicht faßbar zu sein braucht. Es muß für den Christen genügen, sich bei seinen Rechtsauffassungen ganz allgemein von seinem Wissen um den Menschen leiten zu lassen. Die sachlichen Referate der Tagung befaßten sich denn auch durchaus mit den positiv rechtlichen Fragen und Zielen.

Die Probleme des deutschen Eherechts

Prof. *Conrad* begann sein Referat „Grundprobleme der Familienrechtsreform" mit einem historischen Rückblick auf das 19. Jahrhundert, in dem unser bestehendes Familienrecht entstanden ist. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) ist in einer Zeit geschaffen worden, die unter den Auswirkungen der französischen Revolution das Individuum und seine Rechtsstellung als das beherrschende Element ansah. Heute wird uns die Unzulänglichkeit dieses positiven Rechts, das an Stelle eines überindividuellen Begriffs „Familie" nur eine Summe von Rechtsregeln kennt, die die Beziehungen der durch Ehe und Familie miteinander verbundenen Personen ordnen, wieder sichtbar, weil die Zeit des Liberalismus von einer neuen Epoche abgelöst wird, die zur Vergemeinschaftung des Individuums drängt.

Insbesondere befaßte sich Prof. Conrad mit der Entchristlichung unsres Eherechts. Die Gemeinschaft der Ehegatten tritt im Gesetz nur noch am Rande in Erscheinung. Gerade das Eherecht ist ein Spektrum des individualistischen Geistes. Mit der Einführung der Zivilehe hat die französische Revolution die uralte Verbindung zwischen Staat und Kirche beseitigt. Deutschland hat die Zivilehe von Frankreich übernommen. In Frankreich stand es ursprünglich den Verlobten frei, ob sie die kirchliche oder die weltliche Eheschließung wählten; erst durch Napoleon ist der Vorrang der staatlichen Eheschließung und die Bestrafung bei Nichtbeachtung geschaffen worden. Das deutsche Personenstandsgesetz vom Jahr 1937 (§ 67) zeigt noch die gleiche religionsfeindliche Tendenz. In Wahrheit darf der Staat nicht das Recht haben, die kirchliche Eheschließung zweitrangig zu behandeln; aber durch eine Bestimmung wie die des § 67 Pers.Stg. hat er die Möglichkeit, durch staatliche Ehehinderungsgründe den Abschluß einer Ehe zu verhindern, die nach kirchlichem Gesetz zulässig wäre, wie es in der nationalsozialistischen Zeit tatsächlich weithin geschehen ist.

Heute sind katholische Ehegrundsätze im deutschen Eherecht kaum mehr verwirklicht. Die Wirkungen der Ehe bestimmen sich ausschließlich nach staatlichem Recht. Als notwendige Folge davon unterwirft die katholische Kirche ihre Glieder ihrem eigenen Eherecht und zieht eine klare Trennung zwischen staatlichem und kirchlichem Eherecht.

Vor allem verwirklicht das heute geltende deutsche Recht in keiner Weise mehr das Prinzip der Unauflöslichkeit der Ehe, wie es die katholische und auch die protestantische Kirche fordern. Das BGB kannte noch Ehescheidung in erster Linie nur bei Verschulden eines Teils. Scheidung ohne Verschulden war auf den Fall von Geisteskrankheit beschränkt. Das Ehegesetz vom 20. 2. 1946 behielt demgegenüber jedoch im wesentlichen die bedeutende Vermehrung der Scheidungsgründe bei, die das Ehegesetz vom Jahre 1938 gebracht hatte: Scheidung bei Zerrüttung der Ehe auf Grund eines auf geistiger Störung beruhenden Verhaltens (§ 44), bei ansteckender oder ekelerregender Krankheit (§ 46) und bei Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft (§ 48). Mit letzterem Scheidungsgrund nähert sich das deutsche Recht stark dem Zerrüttungsgrundsatz. Nach § 48 ist die Scheidung einer tiefgehend und unheilbar zerrütteten Ehe möglich, wenn die häusliche Gemeinschaft seit 3 Jahren aufgehoben und die Wiederherstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten ist. Jeder der Ehegatten kann Scheidung beantragen. Damit ist die Aufrechterhaltung der Ehe der Willkür der Ehegatten überlassen, aus deren Verhalten der Richter auf die objektive Zerrüttung schließen muß.

Kritik an der Scheidungspraxis der deutschen Gerichte

Die deutschen Richter haben, so führte Prof. Conrad aus, vor allem seit dem Jahre 1938 in nicht zu vertretendem Maße zur Ausweitung der Scheidung beigetragen und dabei Grundsätze angewandt, die unserer christlichen Auffassung von der Ehe Hohn sprechen. Insbesondere befaßte er sich mit der Behandlung des in § 48 Eheg. gegebenen Widerspruchsrechtes des schuldlosen Ehegatten, das mangels seiner absoluten Wirkung bei der laxen Würdigung des Wesens der Ehe keinen Schutz darstelle. Die nationalsozialistischen Gerichte hätten den Widerspruch fast immer als unbeachtlich angesehen, wenn der klagende Eheteil noch jung genug war, um in einer neuen Ehe Kinder zu zeugen oder wenn er mit einem neuen festen Verhältnis die ernstliche Absicht zum Eheabschluß nachwies. Zwar habe das Reichsgericht in den Fällen der gealterten Ehefrauen, die ein Leben lang zur Ehe gestanden hätten, einschränkend gewirkt, aber prinzipiell einer extensiven Anwendung des § 48 nicht Einhalt geboten. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe scheint heute dieser Grundrichtung zu folgen, da er entschieden hat, § 48 stehe mit den Forderungen der objektiven Sittlichkeit in Einklang (Urteil vom 22. Jan. 1951 — IV ZR 73/50 — in „Neue Juristische Wochenschrift" 1951 S. 193). § 48 ist der Kernpunkt der Eherechtsreform. Die Unauflöslichkeit der Ehe wird bei der Machtkonstellation der christlichen zu den sozialistischen Parteien im Gesetz nicht zu erreichen sein. Fallen muß aber das Recht auf Scheidung bei schwerer Erkrankung und nach 3jähriger Trennung. Keinesfalls darf dem an der Zerrüttung allein oder überwiegend schuldigen Teil ein Recht auf Scheidung zugebilligt werden.

Ziviltrauung und kirchliche Trauung

Aus der Diskussion des ersten Abends war die Frage der fakultativen Zivilehe bemerkenswert. Man hielt zwar fest, daß die Zwangszivilehe eindeutig gegen die Kirche gerichtet und von der Kirche nur geduldet gewesen sei. Trotzdem kam man schließlich darin überein, in der Regel die bisherige Lösung beizubehalten, wofern nur der Gewissensfreiheit des trauenden Priesters keine Schranken mehr gesetzt würden.

Die Gleichberechtigung der Frau in der Familie

In dem zweiten Hauptreferat, das sich mit dem zweiten, sehr heiklen Problem des Familienrechts nach christlicher Anschauung befaßte, dem der Gleichberechtigung der Frau in der Familie, entwickelte Prof. *Bosch* nochmals die Gedanken, über die wir in der Herder-Korrespondenz im Nov. 1950 (Heft 2, S. 89 ff.) berichtet haben. Die Schwierigkeit liegt hier vor allem darin, daß einerseits auch von

katholischer Seite die Gleichberechtigung der Frau vor dem Gesetz erstrebt und erkämpft wird, anderseits jedoch im Familienbereich Grenzen dieser Gleichberechtigung erkannt werden. Prof. Bosch setzte sich denn auch nochmals mit den Entschließungen des 38. Deutschen Juristentags vom September 1950 auseinander, denen er vorwarf, daß in den Erörterungen über die Durchführung der Gleichberechtigung der Frau nach Art. 3 Abs. 2 Bonn GG für den Bereich der Familie von überspitzten individualistischen Auffassungen ausgegangen worden sei, während doch die Gleichberechtigung in sinnvoller Auslegung des Verfassungsgebotes nach Grundsätzen zu erfolgen habe, die dem Wesen der Ehe und Familie entsprächen. Im Familienbereiche sei Art. 3 Abs. 2 Bonn GG nur nach Maßgabe des Art. 6 Bonn GG, der die natürliche Ordnung der Familie ausdrücklich unter seinen Schutz stellt, zu realisieren. Ohne Zweifel sei das geltende Recht reformbedürftig. Es bedeute u. a. eine Diskriminierung der Frau, wenn der Mann einseitig die Schlüsselgewalt der Frau beseitigen könne, wenn die Überlassung von Wirtschaftsgeld und Nadelgeld im Ermessen des Mannes liege und wenn die Frau an den während der Ehe erzielten wirtschaftlichen Erfolgen nicht teilnehme. Die Rechtsstellung der Ehegatten dürfe überhaupt nicht unter dem Gesichtspunkt der Abgrenzung selbständiger Interessensphären, sondern müsse unter dem einer weitgehenden Bindung an den überindividuellen Organismus Familie gesehen werden. Im Interesse der Frau und der Familie sei allerdings eine Beschränkung der Testierfreiheit des Mannes zu Gunsten eines obligatorischen Noterbrechtes der Familie im Gesetz notwendig.

Die Neuordnung der elterlichen Gewalt

Entgegen dem geltenden Rechte (§ 4 des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung vom 15. 7. 21) müßten Verträge über die religiöse Erziehung der Kinder rechtsverbindlich sein. In der Frage der Leitungsgewalt in Ehe und Familie, die Prof. Bosch für den Mann aus der Struktur der Familie heraus als existentielle Notwendigkeit fordert, trug er die gleichen Vorschläge zur Abänderung des geltenden Rechtes vor, wie er sie schon in einem Aufsatz der Süddeutschen Juristenzeitung 1950 S. 626 ff. formuliert hatte: Die Mutter müßte ein echtes Mitwirkungsrecht erhalten. Gemeinsame Beratung und Herbeiführung einer gemeinsamen Entscheidung müsse stets oberste Pflicht beider Elternteile sein. In den Fällen der Nichteinigung hätte jedoch der verständige Wille des Vaters zu gelten, was nicht ausschließe, daß in den Fragen, die in erster Linie zu den Aufgaben der Mutter gehörten, der verständige Wille der Mutter gelten sollte. Zu beseitigen seien § 1687 BGB (Bestellung eines Beistandes für die die elterliche Gewalt ausübende Mutter) und § 1697 BGB (Verlust der elterlichen Gewalt bei Wiederverheiratung). Prof. Bosch ging auch noch auf die ebenfalls sehr schwierige Frage des Rechts der Frau auf den Beruf ein. Er war der Ansicht, die Frau solle ein Recht auf die persönliche Entfaltung in einem Beruf haben, eine Pflicht zur Berufsarbeit jedoch nur, wenn die Erhaltung der Familie dies erfordere. Die Pflicht zur innerhäuslichen Betätigung dürfe nicht einseitig von der Frau gefordert werden. Auch der Mann sei dazu verpflichtet.
Schließlich kam noch das eheliche Güterrecht zur Sprache, das Bosch eine Schmach des deutschen Rechtes nannte und für das er dringend eine völlige Umgestaltung forderte. Die Vermögensgrundlage solle der Hausgemeinschaft nicht entzogen werden. Es gelte aber, die Bindungen gleichmäßig zu verteilen für Mann und Frau und eine funktionale Gütergemeinschaft mit gemeinsamer Verwaltung aufzurichten. Im Streitfall müsse das Vormundschaftsgericht die ultima ratio sein. Das, was verdient wird, kommt zum Hausgut. Bei Scheidung kommt Teilung in Frage, im Todesfall Übergang an den anderen Gatten.

Die allgemeine Gleichberechtigung der Frau und deren Grenzen

In einem Korreferat richtete Frau Ministerialrat Dr. *Dünner* an die katholischen Frauen die Aufforderung, die Erörterungen über die Durchführung der Gleichberechtigung leidenschaftslos zu führen. Sicher müsse die Frau die ihrer Personenwürde entsprechende Stellung im Gesetz erhalten. In Ehe und Familie gehe es aber zunächst nicht um Rechtspositionen, sondern um die Gemeinsamkeit des Opfers aus ganzheitlicher Bindung. Alle Erwägungen der Neugestaltung des Gesetzes müßten auf Ehe und Familie hingeordnet sein, in der die Frau das tragende Element der alles einigenden und umfassenden Liebe sei. Aus dieser Sicht sei der betont individualistische Zug in den Reihen der Frauen zu bedauern. Frau Dr. Dünner warnte vor Zersplitterung und vor der Mitarbeit der katholischen Frauen in den überparteilichen Frauenverbänden, die gerade in den Grundsatzfragen zu einer Abschwächung der katholischen Forderungen und zu Verwirrungen führen müsse.

Natürliche Ordnung der Familie und positive Normierung

Die Familie ist ihrem Ursprung nach vor dem Staat und lebt nach ihrer eigenen Gesetzlichkeit in ihrer natürlichen Ordnung, unabhängig vom Staat. Ihr umfassendes Wesen und die wechselseitige Bezogenheit ihrer Glieder aufeinander schaffen die natürliche Einheit, in der den gleichwertigen Persönlichkeiten von Mann und Frau verschiedenartige Funktionen zugeordnet sind. Ist die Familie vor dem Staat, so sind Eigenständigkeit, Handlungsfähigkeit und Autorität ihr wesensnotwendig. Aus ihrer natürlichen Ordnung ergeben sich also für das Ganze und für die einzelnen Glieder Rechte und Pflichten, die das positive Recht nicht setzt, sondern nur bestätigen und gewährleisten kann. In der Aussprache konkretisierte sich dieses Problem in der Frage: muß die Entscheidungs- und Leitungsgewalt in der Ehe und Familie überhaupt positiv normiert werden? Für den Bereich der Ehe glaubt Bosch auf Justifizierung verzichten zu können, keinesfalls jedoch für den Bereich der elterlichen Gewalt, bei der er wegen des Kindeswohls den Einbruch des Staates in den elterlichen Erziehungsbereich fürchtet. Hier wird sich nun zeigen, ob das neue deutsche Gesetz gewillt ist, im Grundgesetz der Familie das zu normieren, was als Mindestmaß zur Erhaltung der natürlichen Ordnung der staatlichen Autorisierung bedarf.
Als das entscheidende Ergebnis der Tagung kann man wohl die Übereinstimmung feststellen, die in der grundsätzlichen Frage erzielt wurde: daß nämlich die Gleichberechtigung der Frau nicht den Bestand der Familie gefährden darf und daß alle Reformarbeit im Familienrecht von Art. 6, Abs. 1 Bonn GG ausgehen muß, in dem der Schutz der Familie garantiert ist.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Die orthodoxe Mariologie und die katholischen Mariendogmen

Eine knappe Zusammenfassung der orthodoxen Lehre über die Gottesgebärerin Maria enthält das im vorigen Jahr erschienene Buch des inzwischen verstorbenen Metropoliten Seraphim „Die Ostkirche". Die orthodoxe Verehrung der Gottesgebärerin sei eine Folgerung aus der Lehre von der hypostatischen Union der göttlichen und menschlichen Natur in Christus. Weil die Immerjungfrau den Heiland geboren hat, glaubt der orthodoxe Christ, daß sie am Heilswerk Christi mitgewirkt hat. Sie ist die Vertreterin der ganzen Welt, und weil sie in sich das Irdische mit dem Himmlischen verbunden hat, sind durch sie alle Menschen Teilnehmer der göttlichen Natur geworden. Die betreffenden liturgischen Texte und die in ihnen enthaltenen Gedanken, erläutert der Metropolit, „sind aber nur dann verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß nach orthodoxer Anschauung die Menschheit eine Ganzheit, eine organische Einheit, eine Einheit in der Mehrheit, und die allerheiligste Jungfrau Maria die Vertreterin der Menschheit vor der Gottheit ist". Auf die katholische Lehrentwicklung wird nicht eingegangen; das Buch will, wie der Metropolit im Vorwort sagt, unter Vermeidung jeder Polemik nur eine objektive Darstellung des orthodoxen Glaubens sein.

Moskauer Stimmen

Als letzten Beitrag zur Kritik der römischen Dogmatik brachte das Journal des Moskauer Patriarchats im September 1949 einen Aufsatz des Bischofs Isidor von Reval über die orthodoxe Auffassung der Geburt Mariä im Unterschied zur katholischen. Bischof Isidor wurde im Juni 1947 geweiht und gleichzeitig nach Reval versetzt. Vorher war er seit 1946 Rektor der Geistlichen Akademie und des Geistlichen Seminars von Leningrad (was für das Gewicht seiner Aussagen wohl von Bedeutung ist). Er starb im Dezember 1949. Wir greifen die wichtigsten Punkte heraus.

Gemäß den Worten des Apostels (Röm. 5, 12) ist durch Adam die Sünde und als deren Folge der Tod zu allen Menschen gekommen. Weil Maria zur sündigen Nachkommenschaft Adams gehört, unterlag auch sie der Erbsünde, von der sie wie alle Gläubigen erst durch die Taufe befreit wurde. Ihre Taufe durch den Jünger Johannes berichtet der hl. Epiphanius von Cypern (Hymnus am Feste Christi Himmelfahrt). Anderseits bezeugt ihr Tod, dem sie wie alle Menschen unterlag, das Vorhandensein von Sünde in ihr, zumindest der Erbsünde.

Gemäß dem abzulehnenden katholischen Dogma von der Unbefleckten Empfängnis Mariä, sagt Bischof Isidor, wird Maria aus der Nachkommenschaft Adams herausgenommen und erscheint als ein höheres Wesen, eine neue Schöpfung Gottes mit der besonderen Bestimmung, die Mutter des Fleisch werdenden Gottessohnes zu werden. Aber damit wäre der Zusammenhang zwischen ihr und den Menschen unterbrochen. Der Bischof weist auf die sich nach orthodoxer Anschauung hieraus für die Christologie ergebenden Folgen hin: Christus hätte dann von Seiner Mutter nicht das Fleisch angenommen, das auch das unsere ist, sondern „irgend ein anderes". Hiermit wäre auch die Einheit der Natur zwischen uns und dem Gottmenschen aufgehoben, auf der aber der ganze Heilsplan beruht.

Nach katholischer Lehre, fährt der Bischof fort, erhält die Gottesmutter Unbeflecktheit nicht als Gnadengeschenk, das ihr freies Mitwirken in sittlichem Heldentum voraussetzt, sondern als eine Eigenschaft ihrer Natur, sozusagen auf mechanische Weise. Eine von Natur verliehene Vollkommenheit hat aber an sich keinen sittlichen Wert. Die Ausführungen des Bischofs zeigen, daß es der Orthodoxie gerade auf Freiheit und freies sittliches Mitwirken Mariä und in ihr der ganzen Menschheit ankommt. Bezeichnenderweise wendet sich die protestantische Auffassung, der die zuerst genannten Punkte der orthodoxen Kritik am römischen Dogma annehmbar erscheinen, gegen die Betonung des freien Mitwirkens der Gottesmutter. So schreibt Friedrich Heyer in einem Referat über den Aufsatz des Bischofs Isidor (Blätter für orthodoxes Christentum, Heft 3/1950), ein evangelischer Christ würde mehr rühmen, „daß der Herr Großes an Seiner Magd getan hat, als deren sittliche Leistung, freilich ohne dabei das Personhafte an dem Menschen auszulöschen, der sich Gott so ganz ergibt ..."

Bischof Isidor führt ferner einen Gesichtspunkt an, den auch Wladimir Losskij (Herder-Korrespondenz Jg. 5, Heft 4/5, S. 181) besonders hervorhebt. Die Orthodoxie betrachte die Erhabenheit und Herrlichkeit der Gottesmutter als das Ergebnis der geistlichen Mühen der ganzen Menschheit vor ihr. So ist sie denn eine „Frucht" — nicht mechanischer göttlicher Einwirkung, sondern der vorbereitenden Anstrengungen der ganzen Menschheit, die in ihr kulminieren.

„Das Verweilen der Gottesmutter in der Erbsünde bis zu ihrer Erlösung durch den Heiland hindert keineswegs, in ihr das erwählte Gefäß der göttlichen Gnade zu erblicken, die ihr zu persönlicher Heiligkeit Beihilfe leistet; darum wird sie auch in der orthodoxen Kirche die ‚Reine' genannt." (Das Kirchenslawische verwendet hier dasselbe Eigenschaftswort wie in der Wortverbindung „Unbefleckte Empfängnis".) Die Grundlage für die Verherrlichung der Gottesmutter erblickt die orthodoxe Kirche also nicht in ihrer Empfängnis, sondern in ihrem Leben und Sterben. „Nach ihrem leiblichen Tod ging die Gottesmutter nicht nur mit ihrer unsterblichen Seele ins Leben des kommenden Äons ein, sondern auch der Leib der Gottesmutter erfuhr bereits jene Wandlung, die die anderen Menschen erst bei der allgemeinen Auferstehung erwartet ... Mit anderen Worten, in der Gottesmutter fanden die allerhöchsten Erwartungen der Christenheit faktisch bereits ihre erste Verwirklichung. Ihr Beispiel ist das Unterpfand auch unserer Auferstehung."

Auffallenderweise brachte das Moskauer Patriarchat bis Ende 1950 noch keine Stellungnahme zum neuen Dogma von Mariä Himmelfahrt (bis jetzt liegt der abgeschlossene Jahrgang 1950 des Journals des Moskauer Patriarchats vor).

Eine Betrachtung zum Feste der Himmelfahrt Mariä von N. Popow im August-Heft 1950 zeigt uns die orthodoxe Auffassung noch unbelastet von einer sichtbaren Bezugnahme auf die römische Lehrentwicklung. Der Verfasser

berichtet über die kirchliche Tradition, die sich um das Fest des „Entschlafens" Mariä gebildet hat (so bezeichnet die russische Kirche die Himmelfahrt Mariä).
Die Überlieferung besagt, daß der Gottesmutter auch die Zeit ihres Entschlafens vom Erzengel Gabriel verkündet wurde. „Nach der Himmelfahrt des Herrn lebte die Gottesmutter noch etwa fünfzehn Jahre auf Erden und war zur Zeit ihres Entschlafens über sechzig Jahre alt. Die Entschlafung der Allerheiligsten Jungfrau fand, gemäß der Überlieferung, am 15. August zur dritten Stunde statt (bei uns zur neunten Stunde)... Der Herr Jesus Christus stieg selbst herab, umgeben vom Chor der Engel und von den Vätern und Propheten, die einst das Erscheinen der Allerreinsten Jungfrau und Mutter des Herrn auf Erden prophezeit hatten. Voller Andacht in das Antlitz des Herrn, ihres Sohnes, blickend, ohne jegliches Leiden und gleichsam einschlafend legte die Gottesmutter ihre allreine Seele in seine Hände." Ihr Leib, den man in Gethsemane zur Ruhe bestattet hatte, blieb jedoch nicht lange im Grabe. Am dritten Tage wurde das Grab geöffnet, um dem Apostel Thomas, der beim Begräbnis nicht zugegen gewesen war, die Möglichkeit zu geben, der Dahingeschiedenen die letzten Ehren zu erweisen. Aber das Grab war leer, und man fand nur die Tücher, in die ihr Leib gehüllt worden war. Am selben dritten Tage, lautet die Überlieferung, erblickten die Apostel während ihres üblichen Abendmahls den unverweslichen Leib der Gottesmutter in ihrer himmlischen Herrlichkeit.
Die Bedeutung des Festes des Entschlafens Mariä, das schon von der Urchristenheit gefeiert wurde und im 4. Jahrhundert vom hl. Hieronymus erwähnt wird, liegt darin, daß sich seit dem Entschlafen der Gottesmutter ihr bis dahin in der Innerlichkeit ihrer Demut verborgener Ruhm nun ganz offenbart hat. Aber nicht nur die Erinnerung macht diesen Feiertag für uns so bedeutungsvoll; vielmehr ist er der Beginn einer großen Hoffnung für uns erdgeborene und der Mutter Gottes wesensgleiche Menschen, denn „heute ist der Himmel auch dem Menschen zugänglich geworden". Mariä Entschlafung „bestätigt uns jene Wahrheit der Auferstehung Christi, daß der Tod nicht die Vernichtung unseres Seins ist, sondern nur eine Stufe im Übergang von der irdischen zur himmlischen Existenz und — nach einem frommen Leben — zur ewigen himmlischen Herrlichkeit".
Vor dem Throne ihres Sohnes ist die Mutter Gottes zur großen Fürsprecherin des Menschengeschlechtes geworden. Ihre Hilfe wurde den Menschen seit ihrer Entschlafung sichtbar zuteil, und die zahlreichen wundertätigen Mutter-Gottes-Ikonen der orthodoxen Kirche sind die lebendigen Denkmäler ihres Erbarmens und Mitleidens mit uns, sowohl in unseren persönlichen Nöten als auch in den schweren Zeiten unseres Vaterlandes.

Stimmen aus der russisch-orthodoxen Auslandskirche

Die Synodale Gruppe hat bisher lediglich einen Auszug aus der „Darlegung der Lehre der orthodoxen Kirche über die Gottesmutter" des russischen Bischofs Ignatius Brjantschaninow (1807—1866) gebracht („Prawoslawnaja Russj", Nr. 18, Sept. 1950). Hier wird vor allem die Macht der Sünde und des Todes über Maria betont. Allerdings heißt es, daß der Heilige Geist bei seiner zweiten Herabkunft auf die Gottesmutter (am Tage der Pfingsten) „in ihr die Herrschaft des ewigen Todes und der Erbsünde brach, sie auf die hohe Stufe christlicher Vollkommenheit erhob und sie zu einem neuen Menschen nach dem Bilde des Herrn Jesus Christus machte".
„Warum vollzog sich die Vernichtung des ewigen Todes in ihr nicht bereits bei der ersten Herabkunft des Heiligen Geistes auf die Jungfrau? Wir antworten: diese Vernichtung des ewigen Todes war erst die Frucht der Erlösung; bevor nicht die Erlösung geschah, konnte dieser Sieg nicht stattfinden."
Die sich regende orthodoxe Kritik am Dogma von der Himmelfahrt Mariä hat inzwischen weiteren Niederschlag im orthodoxen Schrifttum der Pariser russischen Emigration gefunden (vgl. den Bericht über die orthodoxe Mariologie bei Wladimir Losskij, Herder-Korrespondenz Jhg. 5, Heft 4/5, S. 181).
In der Zeitschrift der russischen christlichen Studentenbewegung (Nov.-Dez. 1950) schreibt I. Meyendorff, daß die liturgischen Texte am Feste des Entschlafens Mariä den klaren Glauben an die Himmelfahrt der Jungfrau Maria mit Leib und Seele enthalten. Eine eindringliche Sprache redet nach Ansicht des Verfassers auch der Umstand, daß die orthodoxe Kirche niemals eine Verehrung der Gebeine der Gottesmutter gekannt hat.
Die orthodoxen Texte sprechen von einem natürlichen Tode, der sich vor der leiblichen Verherrlichung an Maria wie an allen Menschen vollzog. Das neue römische Dogma weise aber eine Unklarheit in bezug auf den Tod der Gottesmutter auf. In der Tat sei nach katholischer Lehre Maria von der Erbsünde und folglich auch vom Tode befreit. Somit brauchte sie nicht zu sterben. Dieser Gedanke werde von einigen „katholischen Theologen des scholastischen Typs" konsequent vertreten. Die Wahrheit ist aber auf seiten jener Katholiken, die sich bemühen, die beiden Mariendogmen unabhängig voneinander zu verstehen. „Sie finden die Begründung ihrer Anschauungen in den alten lateinischen gottesdienstlichen Texten, die vom natürlichen Tode der Gottesmutter und ihrer darauf folgenden Verherrlichung zeugen. Für uns ist es offensichtlich, daß gerade diese Katholiken die wahren Vertreter des alten westlichen Christentums sind, d. h. des einen und wahren."
G. T. Spasskij, Dozent am orthodoxen Theologischen Institut St. Sergius in Paris, sieht den Unterschied zwischen katholischer und orthodoxer Lehre in den unterschiedlichen Auffassungen über das Wesen der Heiligkeit der Gottesmutter und im Zusammenhang damit in der verschiedenen Beurteilung ihres Mitwirkens an der Rettung der Welt und des Menschen. (T. G. Spasskij, Zum Dogma der Himmelfahrt der Gottesmutter, in: Der Kirchliche Bote des Westeuropäischen orthodoxen russischen Exarchats, Nr. 1/1951.)
Zwar hätten die liturgischen Texte des orthodoxen Gottesdienstes, auf denen sich der orthodoxe Glaube an Maria gründet, auf katholischer Seite weitgehende Berücksichtigung gefunden, aber doch keine vollständige, weil nämlich diejenigen Texte übergangen wurden, die in einer bestimmten Richtung anderslautende Folgerungen zulassen. Bei allen alten Hymnographen — Romanos, Andreas von Kreta, Johannes von Damaskus, Kosmas von Majuma, Germanos usw. — finden sich zahlreiche Stellen, die der Verehrung der Gottesmutter und insbesondere ihrer Himmelfahrt gewidmet sind. Im Unterschied zum Dogma von der Unbefleckten Empfängnis, sagt der Verfasser, „kann das Dogma des Jahres 1950 in der Orthodoxie eine derartige Ablehnung nicht hervor-

rufen". Spasskij sieht im Glauben an Tod, Auferstehung und Himmelfahrt Mariä, so wie er in den liturgischen Texten enthalten ist, eine Gemeinsamkeit zwischen Orthodoxen und Katholiken, die jedoch in verschiedener Formulierung und mit verschiedener Betonung des einen oder anderen Elements zum Ausdruck gebracht wird. Das neue römische Dogma hebt gerade das letzte Moment hervor, die Verherrlichung der Gottesmutter durch ihre Himmelfahrt. Daß das Dogma nicht direkt vom „Tode" der Gottesmutter spricht, nur von der „Vollendung ihres irdischen Lebenslaufes", scheint dem Verfasser durch die Rücksicht auf das Dogma von der Unbefleckten Empfängnis bedingt, das Maria der Erbsünde enthebt und dessen Sinn zufolge auch der Tod, als Folge der Sünde, bei ihr nicht eintreten konnte, was jedoch keineswegs im katholischen Dogma gesagt ist. In alter Zeit wurde das Fest in der griechischen Kirche „Kimesis", in der lateinischen „Dormitio" genannt. Der griechische Terminus bedeutet nicht nur Schlaf, Einschlafen (vgl. das russische „Entschlafung"), sondern wird vom Apostel Paulus auch in Anwendung auf die Verstorbenen gebraucht. Während die griechische Bezeichnung heute noch beibehalten ist, wurde das lateinische „Dormitio" bald durch „Assumptio" ersetzt.

Das griechische Wort „Metastasis", mit dem die Texte auch den Tod Mariä bezeichnen, bedeutet immer das direkte Wirken des Sohnes, der seine Mutter zu sich in den Himmel erhebt. Die Himmelfahrt Mariä ist somit eine Gabe des Sohnes. Das neue römische Dogma verschweige aber völlig die Auferweckung Mariä, von der die alten liturgischen Texte reden. Der orthodoxe Glaube an die Auferweckung Mariä beruht auf der alten Lehre von der Auferweckung der Toten. Die Gottesmutter erleidet infolge der Erbsünde den Tod; durch ihre Auferweckung und Himmelfahrt bricht der Sohn das Gesetz der menschlichen Natur, so daß sich das singulare Privilegium der Jungfrau auch auf die Überwindung der Zeit bis zur eschatologischen Erfüllung erstreckt. Wiederum verbiete es das Dogma von der Unbefleckten Empfängnis von der Auferweckung Mariä zu sprechen. Wenn aber die Gottesmutter nicht selbst die Pforten des Todes durchschritten habe, hätte sie nicht mit ihrem Sohn das Leid des Todes und den Sieg über ihn teilen können. Hier liegt nach Ansicht Spasskijs eine „offensichtliche Lücke in der katholischen Lehre" vor.

Tod und Auferweckung der Gottesmutter zeigen also, daß sie weder Gott noch Gottmensch ist. Die Außerkraftsetzung des Naturgesetzes der Verwesung erwirbt sie sich durch ihre Mutterschaft, durch ihren heiligmäßigen und gerechten Lebenswandel und die jungfräuliche Reinheit. Die Erwähnung ihrer Eltern am Schluß jeder orthodoxen Liturgie hat nach Spasskij die Bedeutung einer ständigen Erinnerung an die „Verwandtschaft" der Gottesmutter mit uns. Damit ist eine bestimmte Auffassung ihres und des allgemein-menschlichen Mitwirkens am Werke der Rettung verbunden.

Katholizität in der Frage der Verehrung Mariä

Die Dogmatisierung von Mariä Himmelfahrt hat neben ihrer Kritik auch noch eine andere, beachtenswerte Auswirkung auf orthodoxer Seite gefunden. Die meisten orthodoxen Verlautbarungen zu diesem Thema sehen sich gegenüber der ablehnenden protestantischen Haltung veranlaßt, die orthodoxe Auffassung von der Verehrung der Gottesmutter erneut zu betonen. So wird diese von dem Priester A. Knjazew (Lehrer am orthodoxen theologischen Institut St. Sergius in Paris) in erster Linie durch die zahlreichen Erscheinungen sowie durch die Wunder der Gottesmutter, die sie mit ihren wundertätigen Ikonen an den christlichen Völkern vollzieht, begründet. (A. Knjazew, Zur Frage der Verehrung der Gottesmutter, in: Der Kirchliche Bote des Westeuropäischen orthodoxen russischen Exarchats, Nr. 2/1951.) Freilich haben diese Zeugnisse für die „rationalistischen Protestanten und Sektanten" keinerlei Bedeutung. Doch sollten sie wenigstens die entsprechenden Stellen der Heiligen Schrift beherzigen. Knjazew befaßt sich eingehender mit den Worten Christi über Seine Mutter, die von den Protestanten oft gegen die Verehrung Mariä ins Feld geführt werden, und stellt fest, daß „gerade die Worte des Herrn, die wohl herabwürdigend für die Gottesmutter klingen mögen, den Schlüssel zum Verständnis des evangelischen Zeugnisses über sie bilden". Die Protestanten sollten nicht so sehr auf den Buchstaben als vielmehr auf den Geist des Evangeliums achten. Ohne Übertreibung könne gesagt werden, daß die Verehrung der Gottesmutter der orthodoxen Kirchlichkeit ihre Gestalt verleiht. Natürlich stehe dem theologischen Denken noch die Aufgabe bevor, auf der Basis der kirchlichen Erfahrung die Grenzen dieser Verehrung festzulegen.

Zusammenfassend zu den russisch-orthodoxen Stellungnahmen läßt sich sagen: Der Glaube an die leibliche Himmelfahrt Mariä wird auf orthodoxer Seite geteilt. Es wird jedoch das Moment ihrer Auferweckung und Erhebung in den Himmel durch Jesus Christus betont. Der Erlösung durch den Herrn bedurfte sie wie alle Menschen, und ihre Himmelfahrt darf nicht als Folge eines Privilegs gesehen werden, das sie von der übrigen Menschheit abhebt. Die orthodoxe Kritik nimmt eben in erster Linie Anstoß an dem inneren Zusammenhang des neuen Dogmas mit dem Mariendogma von 1854 und macht mit aller Schärfe die alten Bedenken der orthodoxen Kirche gegen die Unbefleckte Empfängnis geltend. Vor allem das anthropologische und sittlich-energetische Moment hindern die Anerkennung beider Dogmen. Es ist aber nicht richtig, in der katholischen Auffassung die Rolle des menschlichen Mitwirkens sowie die Tatsache des Todes Mariä einseitig zu übersehen. Beide Momente bringt die Bulle „Munificentissimus Deus" durchaus zur Geltung.

Uneinheitliche Auffassung bei den Griechen

Dem „Kirchlichen Boten des Westeuropäischen orthodoxen russischen Exarchats" entnehmen wir auch einige kurze Angaben über offizielle Verlautbarungen zum neuen römischen Dogma in den Organen der griechischen Kirchen.

Die liberalste und sich nach Meinung des Referenten vom anglikanischen Standpunkt kaum abhebende Ansicht vertritt Prof. Alivisatos (Athen) in „Ekklesia". „Seiner Meinung nach haben die Wendungen, mit denen unsere liturgischen Texte von der leiblichen Himmelfahrt der Gottesmutter sprechen, für uns nicht die Bedeutung, die ihnen von der römisch-katholischen Kirche zugeschrieben wird." Ungeachtet der besonderen Bedeutung der Verehrung der Gottesmutter auch für die orthodoxe Kirche sei das neue Dogma weder durch die Heilige Schrift noch durch die Tradition bezeugt.

Das offizielle Blatt des Patriarchen von Alexandrien „Pantainos" dagegen schrieb, die Anglikanische Kirche hätte sich nicht in diese Frage einmischen sollen; ihre These sei mit der orthodoxen Lehre nicht zu vereinbaren. „Wir lehnen dieses Dogma nicht ab. Aber die Kirche sollte lieber eine Kodifikation von Dogmen vermeiden; denn eine Kodifikation bringt die Rationalisierung des Glaubens mit sich."
Ähnlich schrieb der Metropolit von Heliopolis, Gennadios, in „Orthodoxia", dem Organ des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel: „Wir Orthodoxen feiern ebenfalls die Entschlafung der Gottesmutter als ihre Himmelfahrt. Aber dieses Fest und diese Überlieferung bedürfen meiner Ansicht nach keiner dogmatischen Festlegung."
Wir können aus den kurzen Angaben des Referenten nicht ersehen, ob die beiden letztgenannten Autoren die Frage klären, warum das bestehende orthodoxe Dogma nicht in gleicher Weise als unzulässige Rationalisierung des Glaubens zu gelten hat wie eine neue Dogmatisierung. Daß alle orthodoxen Kommentatoren verständlicherweise dem Papst ohnehin das Recht zur Dogmatisierung absprechen, scheint besonders scharf aus dem Aufsatz des Prof. Alivisatos hervorzugehen. Zu dieser Frage sei noch bemerkt, daß für die orthodoxe Auffassung von einer dogmatischen Entwicklung an sich schon gar keine Rede sein kann und sein darf. Die orthodoxe Kirche wäre in ihrer heutigen Situation auch gar nicht in der Lage, ein neues Dogma zu verkünden. Darüber müßte nach orthodox-konziliarischer Auffassung ein ökumenisches Konzil der gesamten Christenheit, wie es nach dem Jahre 787 nicht mehr stattfand, entscheiden.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BUBER, Martin. *Drei Bilder von Gut und Böse.* In: Theologische Zeitschrift Jhg. 7 Heft 1 (Januar/Februar 1951) S. 1—17.

Der Baum der Erkenntnis, Kain, die Sintflut werden so gedeutet, daß das wachsende sittliche Bewußtsein klar wird und die Fragen nach Gut und Böse in der Lehre von den beiden Trieben, dem bösen, der sich als Leidenschaft verselbständigen kann, und dem guten, der zur großen Liebe und zum großen Dienst tauglich macht, ihre Antwort finden.

CONGAR, M.-J., *Autour du dogme de l'Assomption.* In: Dieu Vivant Nr. 18 (1. Trimester 1951) S. 107—112.

„Dieu Vivant" läßt einen Professor des Orthodoxen Seminars St. Serge in Paris, T. Spasskij (S. 93—97), und einen Anglikaner, den Oxforder Theologen E.-L. Mascall (S. 99—106), zur Dogmatisierung der Himmelfahrt Mariä zu Wort kommen, als dritten dann P. Congar. Die orthodoxe Kirche glaubt an die Himmelfahrt, hält sie aber nicht für dogmatisch fixierbar; der Anglikaner wirft dem Lehramt der katholischen Kirche vor, man habe hier nicht einen Glaubenssatz als heilsnotwendig fixiert, sondern als heilsnotwendig geschaffen. Congar klärt demgegenüber die Begriffe Glaubensdepot und biblische Grundlage und erläutert, wie der Inhalt des Dogmas durch die Analogie des Glaubens gefunden werde.

DAVIS, H. Francis. *The Priesthood of the Faithful.* In: The Downside Review (Frühjahr 1951) S. 155—170.

Ein kurzes und wesentliches Resumé der neueren Werke über das allgemeine Priestertum und Laienapostolat, sehr geeignet, um eine Übersicht über den Stand der Frage zu gewinnen.

DIRKS, Walter. *Wie erkenne ich, was Gott von mir will?* In: Frankfurter Hefte Jhg. 6 Heft 4 (April 1951) S. 229—244.

Versuch, mit einzelnen Überlegungen, Reflexionen und Beobachtungen so etwas wie eine christliche Situationsethik zu begründen. Der Aufsatz richtet sich gegen Karl Rahners „Situationsethik und Sündenmystik" (Stimmen der Zeit Februar 1950) und will zeigen, daß das situative Denken für uns heute, die wir nicht mehr in den objektiven Ordnungen früherer Zeiten leben, einen guten Sinn hat.

DRINKWATER, F. H. *War and Conscience.* In: The Commonweal Bd. 53 Nr. 21 (2. 3. 1951) S. 511—514.

Der Verfasser ist der Meinung, daß es auch heute möglich und notwendig ist, die Kriegführung in den Bahnen der Gerechtigkeit zu halten. Er vermißt, daß die katholische Öffentlichkeit hierauf keinen Nachdruck legt und statt dessen durch einen nicht ernst zu nehmenden absoluten Pazifismus geschwächt wird.

GRÜN, Sturmius. *Israels politische Messiaserwartung.* In: Benediktinische Monatschrift Jhg. 27 Heft 3/4 1951 S. 118—128.

Der durch Jahrtausende hindurch festgehaltene Messiasglaube setzt einen übernatürlichen Ursprung voraus. Aus der Frage hiernach entwickelt der Verfasser leicht faßlich die Geschichte der Offenbarung, die Pädagogik Gottes, das Mißverständnis der Juden und den Opferweg, der Israel auferlegt wurde und der sich jetzt in einem bestimmten Sinn erfüllt haben soll.

SCHLUND, Robert. *Zur Quellenfrage der Vatikanischen Lehre von der Kirche als Glaubwürdigkeitsgrund.* In: Zeitschrift für katholische Theologie Jhg. 72 Heft 4 1950 S. 443—459.

Entgegen der bisherigen Auffassung, daß die Lehre von der Kirche als Glaubwürdigkeitsgrund auf den Kardinal Dechamp von Mecheln zurückginge, will der Verfasser nachweisen, daß die unmittelbare literarische Quelle bei Joseph Kleutgen (Theologie der Vorzeit) zu finden wäre und daß man es hierbei überhaupt mit einem für die Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts hochbedeutsamen Werke zu tun habe.

SÖHNGEN, Gottlieb. *Die biblische Lehre von der Gottebenbildlichkeit des Menschen.* In: Münchener Theologische Zeitschrift Jhg. 2 Heft 1 1951 S. 52—76.

Es wird zwischen einer natürlichen (besonders im AT niedergelegten) und einer übernatürlichen (im NT gegebenen) Ebenbildlichkeit unterschieden. Das Verhältnis der beiden wird an Hand einer Interpretation von Röm. 1, 20 dargestellt. Mit Bonaventura wird gesagt, daß die eine die Voraussetzung der anderen und die andere die Aktualisierung der einen ist.

WEIGL, Eduard. *Die Alleinmesse (sine ministro et sine populo).* In: Münchener Theologische Zeitschrift Jhg. 2 Heft 1 1951 S. 46—51.

Die Antwort auf die Berechtigung der Alleinmesse wird aus einer geschichtlichen Darstellung gewonnen. Der Verfasser gibt die äußersten Notfälle an, in denen eine Alleinmesse stattfinden kann.

Anima Jhg. 6 Heft 1 1951.

Dieses Sonderheft will eine genauere Kenntnis des Dogmas der Hölle und einen Einblick in die segensreiche Auswirkung dieser Doktrin in der Seelenführung vermitteln. In Beiträgen von Svoboda, Haekel, Oudenrijn, Morand, Zumkeller, A. Hoffmann, Schöllgen, Diego Goetz, Garrigou-Lagrange u. a. werden Themen behandelt, unter denen vielleicht besonders die Fragen interessieren, ob die Seelsorger gegenüber dem Dogma der Hölle ihre Pflicht erfüllt haben, wie sich die Seelsorge Christi und die Pastoration der Kirchenväter zur Frage der Hölle stellt, auf welche Weise dem modernen Menschen der Glaube an die Hölle nahezubringen ist und was wir heute über die Kennzeichen der Prädestination sagen können.

St. Augustine's Teaching on Schism. By the Abbot of Downside. In: The Downside Review (Frühjahr 1951) S. 137—154.

Aus Anlaß der Besprechung des Werkes von G. G. Williss „Saint Augustine and the Donatist Controversy" erörtert der Verfasser unter neuen Gesichtspunkten das Problem der Zugehörigkeit zur Kirche.

Philosophie

EHRENTREICH, Alfred. *Wandlungen des Nietzsche-Bildes in den letzten Jahrzehnten.* In: Die Sammlung Jhg. 6 Heft 3 (März 1951) S. 140—148.

In diesem ersten Teil eines weiter ausholenden Aufsatzes wird die Nietzsche-Apotheose im George-Kreis und bei E. Bertram besprochen.

Nach ihrer Anlage verspricht diese Untersuchung eine gute Zeitgeschichte der Jahre um die beiden Weltkriege zu werden.

EINSTEIN, Albert. *Der philosophische Rahmen der Physik.* In: Universitas Jhg. 6 Heft 3 (März 1951) S. 319—322.

In einer Form, bei der durch die Kürze die Klarheit etwas leidet, wird die Durchbrechung des mechanistischen Weltbildes als ein Vorgang im ontologischen und kategorialen Bereich (nicht etwa allein in dem der positiven Wissenschaft) geschildert.

DESSAUER, Philipp. *Die Gottesvorstellung des Atheismus.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 4 (April 1951) S. 317—333.

Der einleuchtende und begrifflich sehr klare Gedankengang greift ein oft übersehenes Thema auf. Gerade der entschiedenen Verneinung liegt eine bestimmte Gottesvorstellung zugrunde, die in einem eigentümlichen „Aufklärungsvorgang" entsteht. Dieser Vorgang ist an sich echt und gut (das Christentum ist „aufgeklärt" gegenüber den Primitivreligionen), aber er kann sich verkehren und in seiner Perversion zum Nihilismus führen.

Kultur

BEER, Otto F. *Graham Greene, der Dichter der modernen Lebensdramatik.* In: Universitas Jhg. 6 Heft 3 (März 1951) S. 295—298.

In den Romanen des Dichters wird eine „Naturgeschichte des Skeptikers, des desillusionierten Zynikers, des Sadisten: des Bösartigen in unserer Welt" gesehen. Der besondere Wert der Werke soll nun darin bestehen, daß keine Dichtung der Hoffnungslosigkeit, sondern eine solche der Erlösung gegeben wird; wobei diese Erlösung entweder religiös oder auch nur psychologisch dargestellt sein kann.

D'ESTER, Karl. *Aus den Anfängen der christlichen Publizistik.* In: Begegnung Jhg. 6 Heft 3 1951 S. 72—83.

Von Paulus an bis zur Congregatio de propaganda fide wird die Idee der christlichen Publizistik in ihrer geschichtlichen Genesis dargestellt. Wichtig ist dieser Ausschnitt als Ankündigung des ersten deutschen umfassenden und illustrierten Werkes über die Geschichte der Weltpresse.

FLÜGEL, Heinz. *Sartres Hölle.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 4 (April 1951) S. 365—373.

Die summarische Betrachtung der Werke des französischen Existenzialisten zeigt zum Schluß, daß — entgegen der Tendenz des Autors — die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen in aller Eindringlichkeit ad oculos demonstriert wird.

GEBSATTEL, Victor-Emil von. *Anthropologie der Angst.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 4 (April 1951) S. 352—364.

Es wird davon ausgegangen, daß sich die Angst im Laufe der Geschichte objektiv vermehrt hat. Angst ist jedoch nicht nur Krankheit und Krankheitssymptom, sie hat auch einen positiven Sinn, Aufruf zur Konstitution der ganzen Person zu sein. Der bekannte Psychiater zeigt, wie der Angst eine Gleichgewichtsverschiebung zugrunde liegt, nach der die Führungszentren im Menschen mehr oder weniger erlöschen und ihren Platz der Tiefenperson überlassen.

HOLTHUSEN, Hans Egon. *Konversion und Freiheit.* In: Merkur Jhg. 5 Heft 3 (März 1951) S. 232—252.

Der Aufsatz greift das interessante, wichtige, aber auch heikle Problem der modernen Konversionen (z. B. Claudel, Dali, Greene, Waugh, Langgässer, Eliot) auf. Er unterscheidet den „offenen" Konvertiten von demjenigen, der aus Verzweiflung in den Glauben springt. Dieser Sprung führt leicht in einen doktrinären Radikalismus, während die andere Form der Bekehrung die Kontinuität des inneren Lebens wahrt und in der Entscheidung die Freiheit des Entscheidens behält. Der Verfasser bekennt sich zu einer Offenheit gegen alle Widersprüche und befürwortet darin die Zumutung an unsere äußerste Spannkraft. In einem zweiten Teil befaßt er sich auch mit dem Problem der politischen Konversion. Der Wert des Aufsatzes liegt mehr im Aufwerfen vieler Fragen als in den Antworten, die er darauf gibt.

HÜLLEN, Werner. *Zwischen Angst und Glauben. Die Weltschau Franz Kafkas.* In: Begegnung Jhg. 6 Heft 3 1951 S. 93—95.

Die Interpretation geht von den Aphorismen und von den Mitteilungen aus, die Max Brod, der Freund des Dichters, veröffentlicht hat. Angst und Verzweiflung resultieren aus der Immanenz, aus der Verlorenheit an den Kausalzusammenhang (die „Totschlägerreihe"), aus dem es keinen Ausweg gibt; und doch weiß sich der Dichter vor eine Transzendenz gestellt. Wichtig. da Kafka als Ausdruck des modernen Existenzgefühls gilt. Es dämmert die Ahnung von einer Brücke zur Transzendenz auf (die religiöse Gemeinschaft), aber es fehlt das Bewußtsein der Erlösung, das als spezifisch christliches dem jüdischen Autor nicht gegeben sein kann.

MARÍAS, Julián. *Présence et absence de l'Existentialisme en Espagne.* In: Dieu Vivant Nr. 18 (1. Trimester 1951) S. 115—136.

Die neuere spanische Philosophie, obwohl beeinflußt von Kierkegaard, Husserl, Heidegger, ist, außer bei Unamuno, nicht existenzialistisch. Ortega ist das Haupt der neuen Richtung, neben ihm drei Katholiken: M. García Morente, Juán Zaragüeta und vor allem Xavier Zubiri. Bei allen treten zwar die Probleme des Existenzialismus auf, finden aber eine andere Antwort (nicht nur deskriptiv und irrational) durch den Begriff der „raison vital". Verstehen heißt: etwas im Leben funktionieren sehen, es ist schließlich ratio schlechthin, konkrete, geschichtliche ratio.

ODDONE, A., SJ. *L'Indifferentismo religioso.* In: Civiltà Cattolica Jhg. 102 Nr. 2417 (3. März 1951) S. 519—531.

Analyse der verschiedenen Stufen des religiösen Indifferentismus, der den Religionshaß des 19. Jahrhunderts abgelöst hat: praktischer und theoretischer Indifferentismus, letzterer wieder gestuft in absoluten und relativen. Der absolute ist gleichgültig gegen Gott überhaupt, der relative gleichgültig gegen den Wert der verschiedenen Religionen oder schließlich der verschiedenen Konfessionen. Toleranz ist schon ein erster Schritt darauf zu.

OUWENDIJK, Dick. *Keine Trennung der Sünde von der Ganzheit unseres Geisteslebens.* In: Begegnung Jhg. 6 Heft 3 1951 S. 65—69.

Der holländische Dichter nimmt Stellung zum Problem der Sünde im christlichen Roman. Der Autor hat die Aufgabe, Sünde und Tugend in ihrer Hintergründigkeit zu untersuchen, die mögliche Verkehrung beider zu verfolgen, das Vorgespiegelte zu demaskieren und so das Bewußtsein der Verantwortung zu steigern.

PANIKER, Raimundo. *El Christianismo no es un Humanismo.* In: Arbor Jhg. 18 Nr. 62 (Febr. 1951) S. 165—186.

Ein bekannter spanischer Philosoph nimmt Gedanken seines Werkes „Cristianismo y Cristiandad" vorweg, in dem er den christlichen Humanismus als „letztes Zugeständnis an den achristlichen Geist unserer Epoche", als mangelhaft begründet, gegenwartsausgerichtet und als „theozentrischen Humanismus" als in sich absurd verurteilt. Noch weniger sei die Bergpredigt mit jeglichem Anthropozentrismus vereinbar, da es ihr um Hinwendung zu Gott allein gehe. Darum anstatt „christlichen Humanismus" ein „humanes Christentum"!

RODRIGUET, Ramón Insúa. *Historia de la Filosofía en Hispanoamérica.* In: Revista de Estudios Políticos Jhg. 33, Nr. 54 (1950) S. 248.

Bei der geringen schöpferisch-originären Wirkkraft der lateinamerikanischen Philosophie werden ihre Grenzen gerne erweitert bis in die Bereiche der Dichtung, Politik und Theologie hinein. Es ist ferner auch kaum verwunderlich, daß „alle Philosophenschulen der Alten Welt in der Neuen ihre Ausleger und Anhänger fanden". Frankreich hat dabei das Übergewicht.

SANABRIA, P. J. R., SJ. *El Tercer Congreso Interamericano de Filosofía.* In: Sapientia Jhg. 5 Nr. 17 (1950) S. 219—230.

Der mexikanische Philosophieprofessor beurteilt objektiv den Kongreß in seinem Heimatlande 1950 als Gegenkundgebung zum argentinischen Philosophenkongreß von Mendoza 1949, der thematisch vielfältiger und nach Vertreterbesetzung überragender verlief. Mexiko bot nur eine antichristliche Existentialistenkundgebung ohne bedeutende Namen, daher mit dürftigen sachlichen Voraussetzungen und mangelnder öffentlicher Teilnahme, politisch eingeengt und dilettantisch durchgeführt. Für Existentialisten ein Erfolg, für andere ein Fehlschlag.

THURN, Hubert. *Lebenshilfe durch Seelenkunde.* In: Stimmen der Zeit. Jhg. 76 Heft 6 (März 1951) S. 457—460.

Durch dieses Sammelreferat erhalten Eltern und Erzieher einen Überblick über diejenige Literatur, die die Entwicklungsschwierigkeiten der Jugendlichen und die Wege einer gesunden pädagogischen Überwindung behandelt.

WASMUTH, Ewald. *Irdische und himmlische Liebe.* Ein Novalis-Gedächtnis. In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 3 (März 1951) S. 197—206.

Es wird die Einheit von Biographie und Philosophie des Dichters gezeigt. Die Liebe zu der frühverstorbenen Sophie von Kühn verwandelt sich schrittweise aus sinnlicher zu geistiger Natur, sie wird als die Kraft der Verwandlung die bestimmende Macht der Welt, die Einheit von Himmel und Erde; jedes Ding kann hierzu die Mittlerrolle übernehmen.

WEIZSÄCKER, Carl Friedrich von. *Wohin führt uns die Wissenschaft?* In: Deutsche Universitätszeitung Jhg. 6 Heft 6 (30. März 1951) S. 8—10.

Ein Vortrag im Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft macht auf die inneren Gefahren der Wissenschaft aufmerksam, zeigt ihre Krisen, zeigt, daß die „reine Wissenschaft" eine Utopie ist, und macht darauf aufmerksam, daß die Vereinigung von Wissenschaft und Erziehung für uns zum Notwendigsten gehört. Diese Erziehung muß von der Menschlichkeit des Dozenten ausgehen.

ZIESCHÉ, Hermogenes. *Leib-seelische Gefahren im biologischen Werdegang der heutigen Jugend.* In: Caritas, Freiburg Jhg. 52 Heft 1/2 (Januar/Februar 1951) S. 11—17.

Es läßt sich eine merkwürdige Verschiebung der Reifungsvorgänge feststellen, durch die die biologischen Entwicklungsstadien jeweils durchschnittlich zwei bis drei Jahre früher eintreten. Da jedoch die seelische Entwicklung ihre Intervalle beibehalten hat, ergibt sich eine gefährliche Diskrepanz, aus der sich die Zustände der Verwahrlosung erklären lassen.

BENEDETTI, A. *Progetti di legge per l'apprendistato.* In: Realtà sociale d'oggi. Jhg. 6 Nr. 3 (März 1951) S. 214—222.

Italien steht vor der gesetzlichen Regelung des Lehrlingswesens. Dabei stehen sich verschiedene Gesetzentwürfe gegenüber, je nach dem Menschenbild: die kommunistischen und linkssozialistischen wollen vor allem die wirtschaftlich-produktive Nutzbarkeit der Arbeitskraft entwickeln, daher Lehrlingsausbildung fast ganz im Betrieb, fast nur praktisch gerichtet. Die ACLI (Christlichen Arbeitervereine) u. a. wollen mehr ganzheitliche Erziehung, mit Berufs- und Abendschulen. Das Problem ist, drei Ziele zu vereinigen: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; Förderung der nationalen Wirtschaft; und Erziehung eines höheren Menschentums.

BRUGAROLA, M. *Los esfuerzos de España para su industrialización.* In: Razón y Fe Nr. 638 (März 1951) S. 229—250.

Fünf Forderungen sind unabdinglich für einen wirksamen Aufbau der spanischen Industrie: 1. Zustrom fremden Kapitals (am besten als Maschinen); 2. Noch wichtiger: verbesserte, verbreitete technische Ausbildung, besonders für Ingenieure; 3. Schulung eines Facharbeiterstammes, mit Leistungssteigerung durch Gewinnanteil; 4. Beschränkung der Staatsaufsicht und -einmischung, besonders in der Rohstoffverteilung, mit Handelserleichterung; 5. Mitwirkung aller Beteiligten, besonders der Gewerkschaftssyndikate an der staatlichen Wirtschaftspolitik, mit Erfolg in der Schwerindustrie bereits durchgeführt.

CALDERÓN, J. E. *28 000 000 de trabajadores versus el Comunismo.* In: Latinoamérica Jhg. 3 Nr. 26 (Febr. 51) S. 83—84.

In der ORIT ist die gesamtamerikanische Arbeiterschaft seit Januar 1951 vereinigt, Mexiko und Argentinien ausgenommen. Letztgenannte Staaten kontrollieren ihre Arbeiterverbände, die darum als unfrei gelten und nicht in die antikommunistische, antitotalitäre Arbeiterbewegung aufgenommen werden konnten. Sitz der neuen Organisation ist Habana; Peru und Cuba stellen den Präsidenten und Sekretär.

DE AZEREDO SANTOS, J. O *Rolo Compressor Totalitario e a Responsabilidade dos Católicos.* In: Revista Eclesiastica Brasileira Jhg. 10 Nr. 4 (Dez. 1950) S. 789—817.

Innerhalb des brasilianischen Katholizismus dominiert die Anhängerschaft Maritains, was nicht hindert, daß hier ein Sprecher der von diesen angegriffenen „fixistas-reacionarios" den „tradicionalismo" rechtfertigt. Amoroso Limas Parteinahme für Maritain und für Thomas Morus' „Utopia" als Grundlage eines modernen christlichen Staates sozialistischer Prägung, selbst der wirtschaftliche Sozialismus der „katholischen Revolutionäre" Maritains, die in Brasilien die Arbeiterrechte zu Vorrechten erheben und u. a. laut „Bewegung von Montevideo" das Lohnsystem der Arbeiterschaft abschaffen wollen, werden abgelehnt.

D'YDEWALLE, C. *Aspects de la Yougoslavie.* In: Etudes Jhg. 84 April 1951 S. 21—33.

Das Land Titos ist zwar streng kommunistisch regiert, das bedeutet auch religionsfeindlich; aber es hat seinen alten Charme bewahrt, es ist immer noch vorwiegend ein Land von Bauern und darum ein Land von Individualisten. Die Bauern und auch die Städter diskutieren leidenschaftlich, zum Unterschied zu Moskau und seinen Satelliten. Der antireligiöse Kampf ist häufig ein Machtkampf zwischen dem kleinen Ortsfunktionär und dem gläubigen Volk. Einig sind sich alle im Haß gegen Moskau.

HARDOUIN, L. *Problèmes religieux en Yougoslavie.* In: La Vie Intellectuelle April 1951 S. 71—77.

Persönliche Eindrücke nach einem Aufenthalt in Jugoslawien. Ein neuer Kurs gegenüber der Kirche scheint eingeschlagen. Sonntags die Kirchen gefüllt; freie Ernennung neuer Bischöfe. Jedoch noch viel Schikanen untergeordneter Stellen, und natürlich keinerlei Förderung. Ein kluger jugoslawischer Katholik meint, es bestehe die große Gefahr, daß bei weiterer Freiheit sich alle reaktionären Elemente an die Kirche anschließen, darum sei auch die wohlgemeinte Einmischung und Aufdeckung von Mißständen durch das Ausland nur nachteilig. Ziel müsse sein, in einer armgewordenen Kirche aufrichtig für das Wohl des Landes mitzuarbeiten.

HÖFFNER, Joseph. *Die bolschewistische Pseudoreligion.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 60 Heft 3/4 (März/April 1951) S. 78—86.

Dieser Aufsatz tut seinen guten Dienst als erste Einführung in die Zusammenhänge von Atheismus, Materialismus, Dialektik, Kollektivismus und Messianismus.

HOHOFF, Curt. *Eine verlorene Generation? Zur Reservestellung der Dreißigjährigen.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 3 (März 1951) S. 177—183.

Der Verfasser zeichnet zunächst das Bild einer in sich selbst vergrabenen, kalten und harten Generation und zeigt dann, daß diese Ausprägung ihren Grund in einer Enttäuschung hat, in der Enttäuschung darüber, daß die beiden Grundanliegen Europas, eine neue übernationale Staatlichkeit und eine neue Theologie, nicht zu verwirklichen sind. Die Analyse liest sich als ein mit viel Schwung vorgetragener Angriff auf die Kräfte der Beharrung.

IDDESLEIGH, Lord. *A Catholic in Politics.* In: Blackfriars Bd. 32 Nr. 372 (März 1951) Seite 101—107, und MILTON Ernest. *Catholics and the Stage.* In: Blackfriars Bd. 32 Nr. 373 (April 1951) S. 161—165.

Blackfriars bringt in den folgenden Nummern eine Reihe von Essays, in denen hervorragende katholische Fachleute der einzelnen Gebiete des öffentlichen Lebens Grundsätze und Erfahrungen zu diesem Thema darlegen. Wertvolles Material zur Berufsethik.

JANSSEN, Arthur. *Bauernschicksal in der Ostzone.* In: Begegnung Jhg. 6 Heft 3 (1951) S. 82—85.

Sachlicher Bericht über die finanziellen technischen und geistigen Nöte der Bauern und über die Versuche, die Mißerfolge der SED-Politik durch Propaganda zu überwinden.

LEBRUN-KÉRIS, G. *L'Inde et le Communisme.* In: La Vie Intellectuelle April 1951 S. 40—59.

Ein äußerst pessimistisches Bild des neuen Indien: wirtschaftlich schwach, arm, die 60% Unberührbarer in unvorstellbarem Elend, ohne politische Stärke, zu zentralistisch regiert, innerlich uneins, in gefährlichem Bruderzwist mit Pakistan. Auch die indische Weltanschauung kraftlos, da ohne das Gebot der Nächstenliebe. Trotzdem kaum ein Boden für den Kommunismus, da die Masse zu resigniert zur Revolte; wohl aber leichte Beute für Rußland oder China, geschützt nur dadurch, daß keiner dieser kommunistischen Rivalen dem andern einen solchen Machtzuwachs gestatten würde.

MAITRON, Jean, GOUROT, Jean, GAMZON, Denise R. *Communautés.* In: Esprit Jhg. 19 Nr. 4 (April 1951) S. 529—582.

Der erste dieser Aufsätze berichtet über „Milieux Libres", d. h. die verschiedenen Versuche kommunitärer Arbeits- und Lebensgemeinschaften auf anarchistischer oder kommunistischer Basis am Anfang des Jahrhunderts, die alle gescheitert sind, weil zu sehr auf Ideologien aufgebaut. Der zweite berichtet über die Gemeinschaft Boimondau, die realistisch genug ist, um bemerkenswerte Erfolge zu haben. Der dritte geht über die Gemeinschaftsformen im neuen Staat Israel. Eine Einleitung der Redaktion nennt die kommunitären Versuche den besten Weg, gegen die Staatstotalitarismen ebenso wie gegen individualistische Entartungen anzukämpfen.

Movimiento obrero católico en Brasil. In: Fomento Social Jhg. 4 Nr. 21 (Jan.-März 1951) S. 125.

Die christliche Arbeiterbewegung Brasiliens unter der Ägide von P. Brentano SJ dürfte mit dem deutschen katholischen Werkvolk und der spanischen Zirkelbewegung von P. Antonio Vicent SJ zu vergleichen sein, da alle drei unabhängig von den neutralen Gewerkschaften wirken. Die 250 brasilianischen Gruppen mit 250 000 Mitgliedern haben neben den sozialen und kulturellen Aufgaben vor allem eine religiös-moralische Zielsetzung.

PALANQUE, R. *Les rapports de l'Eglise et de l'Etat dans la France contemporaine.* In: La Vie Intellectuelle April 1951 S. 4—22.

Im Anschluß an das Geschichtswerk A. Latreilles „L'Église catholique et la Révolution française". Die Trennung von Kirche und Staat seit 1905 ist der Kirche zugute gekommen; trotzdem wäre es nötig, gewisse Fragen zwischen beiden vertraglich zu regeln, z. B. das Schulproblem, die rechtliche Stellung der katholischen Werke, die Frage der Jugendorganisationen usw., nicht durch ein Konkordat, doch z. B. durch ein Ministerium für religiöse Angelegenheiten. Es wäre Zeit, der Umwandlung der feindlichen Trennung von 1905 in ein wohlwollendes Getrenntsein rechtlich Ausdruck zu verleihen.

RIGGS, Fred. *Das Welt-Flüchtlingsproblem.* In: Europa-Archiv Jhg. 6 Heft 6 (20. März 1951) S. 3807—3818.

Ein Kenner der Flüchtlingspolitik der Vereinten Nationen gibt einen Überblick über die Situation der 30 bis 60 Millionen Flüchtlinge, gibt die juristische Definition und skizziert die Möglichkeiten der Besserung. Er vertritt die Ansicht, daß die deutschen Flüchtlinge, die sich im eigenen Land befinden, nur „unter besonderen Umständen" Gegenstand der internationalen Fürsorge sein können.

TIGERINO, Julio Ycaza. *El Problema Político de Hispano-América.* In: Revista de Estudios Políticos Jhg. 33 Nr. 53 (1950) S. 151—167.

Ein junger antiliberaler Politiker Nikaraguas fordert zur eigenständigen gesellschaftstreuen politischen Neuorientierung auf, abseits vom Nationalismus und „christlichen Sozialismus", der ihm nur „eine schlechte Nachahmung des marxistischen Syndikalismus" dünkt. „Die Gewerkschaften sind nicht mehr Einrichtungen des Wirtschaftskampfes, sondern des politischen Machtkampfes", da bei ihnen der Marxismus Kampfboden und -methoden diktiert. Für seinen Kontinent gehe es um Besinnung auf die ländlich-handwerkliche Sozialstruktur und Rückkehr zum Obrigkeitsstatt Planungsstaat.

The Truth behind the Politics. In: The Sword Bd. 11 Nr. 146 (März 1951) S. 163—166, und HODSON, Alban. *Forming a group.* In: The Sword Bd. 11 Nr. 146 (März 1951) S. 180—181.

Die Bewegung „The Sword of the Spirit", vor fast 11 Jahren von Kardinal Hinsley als interkonfessionelle Gruppe zur christlichen Durchdringung des öffentlichen Lebens begründet, kämpft einen schweren und zähen Kampf, der unsere größte Aufmerksamkeit verdient. Die beiden Aufsätze zeugen von den Zielen und Methoden dieses Ringens, dem man in Deutschland Nachahmung wünschen kann.

Chronik des katholischen Lebens

D'HARCOURT, Robert. *Französische Jugend von heute.* In: Deutsche Universitätszeitung Jhg. 6 Heft 5 (9. März 1951) S. 3—4.

In dieser allgemein gehaltenen Charakterisierung der jungen Generation findet man auch einen längeren Abschnitt über ihre Religiosität, die eine eigentümliche Härte, Realismus und Willen zur Tat aufweist. Die Ähnlichkeit mit der Situation in Deutschland gibt dem Verfasser Gelegenheit, auf die „moralische Zusammengehörigkeit Europas" hinzuweisen.

HILLIG, Franz. *Im Lichte des Kreuzes. Ein Orden für Kranke.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 6 (März 1951) S. 421—428.

Bericht über den am 11. April 1930 von fünf jungen Französinnen gegründeten Orden, der die Gebrechlichen aufnimmt.

LÖWENSTEIN, Felix zu. *Kirchliche Siedlungsarbeit in Deutschland.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 6 (März 1951) S. 401—413.

Ergebnis einer ausgedehnten Studienfahrt 1950. Wir stellen fest, daß die tatsächliche Leistung im sozialen Wohnungsbau (15 000 Einheiten für 67 000 Menschen) meist unterschätzt wird. Wir erhalten auch Aufschluß über den Aufbau der Siedlungsgenossenschaften, über ihre Schwierigkeiten und über die Erfahrungen, die in der Zukunft beachtet werden müssen.

MÜLLER, Johannes. *Pfarrjugend.* In: Katechetische Blätter Jhg. 76 Heft 3 (März 1951) S. 119—124.

Der Sinn dieses Wortes wird nach seiner historischen Herkunft geklärt; es ergibt sich keine Berechtigung, es auf bestimmte organisatorische Kreise anzuwenden, da die Verlebendigung der katholischen Kirche gleiche Aufgabe aller katholischen Jugendorganisationen ist.

OUDENRIJN, M. A. van den, OP. *Mchithar en de Mchitharisten.* In: Het Christelijk Oosten en Hereniging Jhg. 3 Nr. 4 (April 1951) S. 245—259.

Geschichte der Mechitaristen: Armenische Benediktiner mit Abteien auf San Lazzaro bei Venedig und in Wien, gegründet vor 200 Jahren, beschäftigt mit wissenschaftlichen Studien, auch profanen, zum Nutzen ihrer Glaubensbrüder, zu denen sie auf Mission und als Lehrer gesandt werden. Ihre Tätigkeit unter den russischen Armeniern heute sehr eingeschränkt, dagegen auf die armenische Diaspora im vorderen Orient, in Frankreich und Amerika ausgedehnt.

PAPPERT, Wilhelm. *Fragen um die Seelsorge vom Altare aus.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 60 Heft 3/4 (März-April 1951) S. 70—77.

In diesem ersten, mehr theoretischen Teil will der Verfasser alle seelsorglichen Bestrebungen unserer Zeit unter dem Titelproblem zusammenfassen. Ziel ist dabei die in der inneren Teilnahme an der Meßfeier stetig wachsende Selbsthingabe an Gott.

PUSCHMANN, Bernhard. *Der Religiosenkongreß in Rom 1950.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 60 Heft 3/4 (März-April 1951) S. 105—108.

Bericht über den erstmaligen Kongreß zur Erneuerung der kirchlichen Vollkommenheitsstände. Besonders bemerkenswert ist die Ansprache des Hl. Vaters und der in allen Fragen durchklingende Ruf nach der Zeitnähe.

ROUQUETTE, Robert. *Y a-t-il trop de Prêtres en France?* In: Etudes Jhg. 84 April 1951 S. 61—68.

Im Anschluß an das Buch von Kanonikus Boulard „Essor ou déclin du Clergé français". Frankreich gehört zu den Ländern mit dem höchsten Prozentsatz von Priestern im Verhältnis zu seiner Bevölkerung. Aber die Verteilung ist schlecht, die ländlichen Pfarreien oft noch nach mittelalterlichen Verhältnissen abgegrenzt, die Vokationen nehmen ab, vor allem weil der Lebensstandard reine Misere ist. Besonders die Landbevölkerung wird ständig ärmer an Berufen. Notwendig ist eine Anzahl von Maßnahmen gegen diese Übelstände von seiten der Hierarchie.

Chronik des ökumenischen Lebens

EHLERS, Hermann. *Struktur und Aufgabe der Evangelischen Kirche in Deutschland heute.* In: Europa-Archiv Jhg. 6 Heft 7 (5. April 1951) S. 3861—3870.

Der Aufsatz beginnt mit einer Darstellung der verfassungsmäßigen Konstitution der EKD und behandelt dann die Fragen, die gegenwärtig diskutiert werden; also besonders das Problem, ob heute noch eine Volkskirche möglich ist, auf welche Weise die Spaltung Deutschlands von der Kirche her überwunden werden kann und wie sich das Verhältnis der Kirche zum Staat und zur Politik darstellt.

FALLON, P., SJ. *Our attitude to Non-Catholics.* In: Orate *fratres* Bd. 25 Nr. 3 (Februar 1951) S. 113—120.

Fallon gibt in diesem Aufsatz Hinweise für unser Verhalten gegenüber getrennten Brüdern, die von kluger Einfühlung und aufrichtiger Liebe zeugen.

HAMER, Jérôme, OP. *Een theologie van het christelijk Dualisme.* In: Het Christelijk Oosten en Hereniging Jhg. 3 Nr. 4 (April 1951) S. 260—267.

Auseinandersetzung mit dem Werk des Basler französischen protestantischen Pfarrers Leuba „L'Institution et l'événement", das im Anschluß an die Diskussionen der Ökumenischen Tagung in Amsterdam die Fragen der protestantischen Ekklesiologie aufrollt und vieles für den katholischen Leser sehr Bedenkenswerte enthält.

NOBECOURT, J. *Martin Niemöller et la paix.* In: La Vie Intellectuelle April 1951. S. 78—90.

Der Bericht stellt den „völligen Irrealismus" von Niemöllers politischem Verhalten und dessen Gefährlichkeit heraus, läßt aber seiner Aufrichtigkeit als bekennender Christ durchaus Gerechtigkeit widerfahren.

VOIGT, Gottfried. *Gottesdienst als Heilsgeschehen.* In: Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung Jhg. 5 Heft 6 (31. März 1951) S. 86—88.

Gegen die pädagogische und die darstellende Auffassung vom Wesen des Gottesdienstes (verdeutlicht an Luther und Schleiermacher) wird behauptet, daß die Liturgie nicht nur Hinführung zur „Sache", sondern diese „Sache" selbst ist. Der Verfasser lehnt sich an die Liturgiedeutung von W. Stählin an und bemüht sich um eine Abgrenzung seiner These gegen die römische Auffassung.

VOLK, Hermann. *Verbreiterte Basis reformatorischer Theologie?* In: Theologische Revue Jhg. 47 Heft 1 1951 Sp. 1—10.

Zu W. Stählin „Alleiniges Recht und Gefahr einer polemischen Formel" und Asmussen „Maria, die Mutter Gottes". Die beiden Werke geben dem Verfasser Anlaß zu einer grundsätzlichen Besinnung über das, was man die „katholisierenden Tendenzen" des Protestantismus genannt hat. Luthers „sola fide" bleibt weiterhin ein Anliegen, darf aber nicht als theologische Aussage gewertet werden. Auch darf die Mariologie sich nicht auf Schriftstellen beschränken, sondern muß aus dem Ganzen der Offenbarung heraus denken und urteilen. Die reformatorische Position wird zwar verbreitert, aber nicht verlassen.

Die Fülle des Materials ermöglicht es uns, den um 8 Seiten geringeren Umfang des Doppelheftes Nr. 4/5 (Januar-Februar) 1951 mit diesem Heft auszugleichen. Das Heft umfaßt daher 56 Seiten.

HERDER-KORRESPONDENZ

Neuntes Heft - 5. Jahrgang - Juni 1951

Du wirst nicht behaupten wollen, Moses sei auf trockenem Boden und die Juden durchs Meer, die Reichen auf einem Weg und die Armen auf einem anderen gezogen, die Frauen unter glühendem Himmel und die Männer unter der Wolke; sondern alle zogen durch das Meer, alle unter der Wolke, alle mit Moses. Da dieser Durchzug das Vorbild der zukünftigen Taufe war, mußte dies vor allem im Bilde ausgedrückt werden, es mußte vor allem im Bilde ausgedrückt werden, daß alle die gleiche Bestimmung haben, so wie alle hier an den gleichen Dingen teilhaben.

Johannes Chrysostomos

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Lohngerechtigkeit

Die 4. Studientagung des Deutschen Zweiges des Internationalen Instituts für Sozialwissenschaften und Politik in Freising, die unter dem Thema „Lohngerechtigkeit" stand, faßte das Ergebnis ihrer Arbeit in folgenden Entschließungen zusammen:

I. Familienausgleich

Nach christlicher Auffassung ist es eine Forderung der Sozialgerechtigkeit, den Lohn so hoch zu bemessen, daß ein strebsamer Arbeiter damit den standesgemäßen Unterhalt für sich und seine Familie bestreiten kann. Unter den heute gegebenen Verhältnissen muß dem Familienvater, insbesondere dem kinderreichen, durch Zulagen der ihm zukommende Ausgleich gewährt werden. Deshalb sollte, wie dies in andern Ländern bereits mit Erfolg geschehen ist, auch in Deutschland die Schaffung von nichtstaatlichen Institutionen nach dem Prinzip der selbsterrichteten Ausgleichskassen in Angriff genommen werden.

II. Vergrößerung des Sozialproduktes

Um den Reallohn weiter steigern zu können, ist mit allen der Menschenwürde angemessenen Mitteln auf eine weitere Vergrößerung des Sozialproduktes hinzuarbeiten. Die so wachsende Güterfülle hat auch der Arbeiterschaft in Form einer Erhöhung des Reallohnes zugute zu kommen. Neuere Versuche, die Arbeiterschaft direkt an der Steigerung der Produktion durch Gewinnbeteiligung, Ertragslohn oder Erlösquote teilnehmen zu lassen, verdienen sorgsame Beachtung. An einer Steigerung des Produktionsergebnisses sind auch alle übrigen Bevölkerungsschichten, insbesondere auch die geistigen Arbeiter, die in öffentlichen Diensten Stehenden sowie die Rentner zu beteiligen.

III. Eigentumsbildung

Der Lohn muß so hoch bemessen sein, daß er im Laufe der Zeit dem sparsamen Arbeiter auch den Erwerb von Eigentum für sich und seine Familie ermöglicht. Darum sollten Wege gefunden werden, daß das Kapital, das für eine weitere Steigerung der Produktion dringend benötigt wird, sich nicht einseitig auf der Unternehmerseite, sondern auch auf der Arbeiterseite bildet. Lohnerhöhungen oder Gewinnbeteiligung sind am ehesten dann zu rechtfertigen, wenn dafür gesorgt werden kann, daß dieser Teil des Lohnes tatsächlich der Kapitalbildung dient und nicht einseitig dem Konsum zugeführt wird.

Personensorgerecht der Eltern unverzichtbar

Nachdem schon das frühere Reichsgericht entschieden hatte, daß die elterliche Gewalt weder als Ganzes noch in einzelnen Funktionen dem Rechte nach abgetreten werden kann und daß lediglich die Eltern einzelne Funktionen ihrer Rechte und Pflichten bei der Pflege und Erziehung der Kinder Dritten zur Ausübung überlassen dürfen, hat nunmehr der neue Bundesgerichtshof mit Urteil vom 29. 1. 1951 (IV ZR 53/50) festgestellt, daß das Recht der Personenfürsorge, dem eine Pflicht der Erziehungsberechtigten entspreche, unverzichtbar sei.

Mit dieser Entscheidung wird der im deutschen Familienrecht geltende Grundsatz des Verbotes der Aufgabe von Rechten und Pflichten der natürlichen Erziehungsberechtigten nochmals ausdrücklich bestätigt und zum Ausdruck gebracht, daß die Eltern ihre Rechte und Pflichten haben, gleichgültig, ob sie sie haben wollen oder nicht. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes wird auch bei der Neuordnung des deutschen Familienrechts zu beachten sein.

Zur Neugestaltung des Unehelichenrechts

Die Vorsitzende des „Katholischen Fürsorge-Vereins für Mädchen, Frauen und Kinder" in Dortmund, der sich seit 50 Jahren vor allem mit der Fürsorge für uneheliche Kinder befaßt, Fräulein Elisabeth Zillken, nimmt zur Neugestaltung des Unehelichenrechtes (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jg., S. 561 ff.) wie folgt Stellung:

„Zunächst ist die Frage zu beantworten, ob unser heutiges Unehelichenrecht dem Art. 6 Abs. 5 Bonner Grundgesetz widerspricht, wonach unehelichen Kindern durch die

Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen sind wie den ehelichen Kindern. Viele behaupten das, indem sie die Forderung nach gleichen Entwicklungsbedingungen in die Forderung nach gleichen Rechten umsetzen. Entwicklungsbedingungen sind aber etwas anderes als die formale Rechtsstellung.

Die günstigsten Entwicklungsmöglichkeiten eines ehelichen Kindes sind in einer guten, vollständigen und gesunden Familie begründet. Die Qualität einer Familie aber, die ihr Kind liebt, schützt und gut erzieht, beruht nicht auf Rechtsbestimmungen; wohl kann man sie mit Rechtsbestimmungen stützen und schützen. Wo diese gute Familie fehlt, mag auch für das eheliche Kind der starke Schutz der Öffentlichkeit eintreten. Nach unserem Recht gilt die Vermutung, daß eine Familie ihr Kind gut erziehen kann und will. Erst bei ihrer Zerstörung durch den Tod oder beim Nachweis ihres Ungenügens lassen wir für das eheliche Kind den Schutz der Öffentlichkeit eintreten. Die Tatsache, daß jemand durch Eheschließung eine Familie begründet und erst dann Kinder zeugt, läßt uns bis zum Beweis des Gegenteils vermuten, daß die Betreffenden verantwortungsbewußt erst das Heim bereiten wollten, ehe sie Kinder in die Welt setzen.

Anders liegen die Dinge beim unehelichen Kinde. Diejenigen, die ihm das Leben gaben, haben zunächst nur bewiesen, daß sie nicht zuerst das Heim bereiteten, ehe sie dieses Leben zeugten. Wir lassen darum beim unehelichen Kind in jedem Fall mit der Geburt den öffentlichen Schutz eintreten und beseitigen ihn erst, wenn nachgewiesen ist, daß Vater und Mutter dieses Kindes trotzdem verantwortungsbewußte Menschen sind und liebend für ihr Kind sorgen.

Eine der verschiedenen Voraussetzungen für den Eintritt des Schutzes der Öffentlichkeit ist im wesentlichen heute im Unterschied in der Rechtsstellung des unehelichen Kindes von der des ehelichen Kindes begründet. Das eheliche Kind untersteht der Schutz- und Erziehungsgewalt seiner Eltern, das uneheliche Kind untersteht wohl der Sorge seiner Mutter, es gehört in vollem Umfang in ihre Familie, aber Mutter und Kind stehen zunächst unter dem starken Schutz der Öffentlichkeit (Vormundschaft). Das uneheliche Kind braucht einen Vormund. Es steht unter Pflegekinderschutz, auch wenn es sich bei seiner Mutter oder seinen Großeltern befindet. Dieser Schutz hat sich außerordentlich bewährt, sowohl im Schutze der Gesundheit und Lebenskraft als auch in der Bildung und Ausbildung des unehelichen Kindes. Ihn beseitigen, hieße die Entwicklungsbedingungen des unehelichen Kindes wesentlich verschlechtern und sie auf die Zeit vor 1924, ja sogar vor 1900 zurückführen.

Wie aber schaffen wir dem unehelichen Kinde möglichst günstige Entwicklungsbedingungen?

1. Indem wir nichts von dem vorhandenen bewährten Unehelichenschutz, der im Bürgerlichen Gesetzbuch und im Jugendwohlfahrtsgesetz grundgelegt ist, beseitigen,
2. indem wir niemals auf Kosten der verantwortungsbewußten Mutter dem Vater Rechte verleihen,
3. indem wir niemals beiden Rechte gemeinsam verleihen und dadurch das Kind in die unglücklichen Entwicklungsbedingungen hineinbringen, in denen heute zum größten Teil die Kinder aus geschiedenen Ehen stehen, die zwischen den nicht zusammenlebenden Eltern hin und her gezerrt werden.

Es scheint uns bedenklich, durch die Verleihung der elterlichen Gewalt an einen Vater, der das Kind nicht auch rechtlich in seine Familie aufnehmen will oder kann (ein Großteil der unehelichen Väter ist bereits verheiratet), den öffentlichen Schutz des Kindes zu beseitigen."

Zur wirtschaftlichen Besserung der Lage der unehelichen Kinder fordert Fräulein Zillken die Heraufsetzung der Unterhaltspflicht vom 16. auf das 18. Lebensjahr und die Verpflichtung des Vaters, eine Berufsausbildung des Kindes, die über das 18. Lebensjahr hinausgeht, zu vollenden.

Ein „spiritueller" Film: „Das Tagebuch eines Landpfarrers" . . .

Als man zum erstenmal davon hörte, daß der Bernanos-Roman „Le journal d'un curé de campagne" — „Das Tagebuch eines Landpfarrers" — in Frankreich verfilmt würde, fragte man sich beunruhigt, was dabei wohl herauskommen werde. Denn allzusehr sind wir es gewohnt, daß der Film einem bereits vorgegebenen Kunstwerk Gewalt antut, und so stellt sich denn die Befürchtung ein, man könne das, was einem in seiner Urform vertraut und teuer ist, in der filmischen Fassung wesensfremd wiedersehen. Und gerade Bernanos — und gerade der „Landpfarrer"! Wie nahe hätte es gelegen, die Handlungsbestandteile des Buches über Gebühr zu dramatisieren, dafür aber den intimen Monolog zu verflüchtigen, der in seinem Kern das Zwiegespräch einer Seele mit ihrem Gott ist und eben darin so voll von den kühnsten Abenteuern des Geistes, daß alle äußere Dramatik daneben verschwindet.

Aber keine dieser Befürchtungen hat sich bewahrheitet. Der Regisseur *Robert Bresson* hat den kostbaren Stoff in die Hand genommen, und es ist etwas daraus hervorgegangen, was sich neben dem Roman sehen lassen darf, was ihm die Waage hält.

Um das Wichtigste zu sagen: Die Eindringlichkeit und Kontinuität des spirituellen Gesprächs ist bewahrt geblieben, der Bereich des mystischen Geschehens ist angeleuchtet worden. Wir sehen, wie das „Tagebuch" entsteht, wie es geschrieben wird; der Film enthält kein Wort, das nicht aus dem originalen Text stammte. Wir hören die ohne jeden Aufwand berichtende Stimme des jungen Landpfarrers, die somit den akustischen Rahmen, die Basis des äußeren Geschehens bildet. Eine äußerste, „asketische" Konzentration ist schon mit diesen wenigen Mitteln erreicht. Die äußeren Geschehnisse sind nur das Material, das unter den Händen des Schreibenden (Sprechenden) einströmt: das Seite für Seite anwachsende Selbstzeugnis eines Heiligen. Eines Heiligen, der vom Tode gezeichnet ist und auf eine rührend-einfache Weise noch zu leben verlangt, der von seiner Heiligkeit nichts ahnt, weil er unendlich demütig und vor allem: unbeschreiblich traurig ist. Das große Bernanos-Thema von der „Traurigkeit", die sich mit schwindelerregender Sicherheit an der Nachbarschaft der Verzweiflung vorbeibewegt, und einmal, ein einziges Mal während der zwei Filmstunden, auch den Lichtstrahl eines Lächelns durchbrechen läßt: diese hier so unter Qualen gesegnete Traurigkeit hat in der Gestalt des jungen Schauspielers Claude Laydu eine einzigartig schlichte Verdeutlichung erfahren. Es ist bekannt geworden, daß Laydu — den Bresson erst nach langem Suchen als den für diese Rolle Geeigneten fand — um dieses Filmes willen eineinhalb Jahre in einem Land-Pfarrhaus gelebt und sich so von innen her, das heißt, nicht nur im geistig-phantasie-

mäßigen, sondern auch im geistlichen Nachvollzug, den Dingen genähert hat, die es hier darzustellen galt. Anders ist das, was hier so außerordentlich gelungen ist, auch nicht zu erklären. Aber welche Muße gehört dazu, welch langer Atem, des Regisseurs und des Schauspielers; Dinge also, die sonst nicht gerade zu den elementaren Techniken des Films zu gehören pflegen, die man aber aufbringen kann, wo es sie aufzubringen lohnt.

So ist denn eine ganz neue Art des Films daraus hervorgegangen: ein Kammerspiel, dessen Bühne völlig nach innen verlegt ist; dessen Bilder, obwohl der eintönigen Realität des täglichen Lebens entnommen, nur symbolische Verdeutlichungen dieses innersten Innen sind; dessen Höhepunkte: die entscheidenden Gespräche mit dem jungen Mädchen Chantal (bewundernswert: Nicole Ladmiral), mit der alternden Comtesse, mit dem Pfarrer des Nachbardorfes, mit dem auf Abwege geratenen Jugendfreund aus dem Theologen-Seminar, nur Stationen darstellen auf dem leid- und auch jubelerfüllten Wege eines Frühvollendeten zu seinem Ziel. Was sich dem jungen Landpfarrer auf diesem Wege entgegenstellt: Trotz und Starrsinn, Hochmut und Verbitterung; was er in seinem geistlichen Eifer zu durchdringen und zu bezwingen sucht, um es zunächst zu noch unheilvolleren Formen herauszulocken: das sind jene sublimen Erscheinungsformen des „Teufels", denen wir bei Bernanos zu begegnen gewohnt sind und die im Optischen zu beschwören dem Film ebenfalls auf eine Weise gelungen ist, die man nur bewundern kann und für die man danken muß.

Bresson, der den Film in monatelanger Arbeit im Artois gedreht hat, hat sich zur „Methode" dieser seiner Filmarbeit selber geäußert. Es sei ihm darauf angekommen, sagt er, „eine szenische Askese zu vollenden, die den Zugang zum Dahinter, zum Geheimnis öffnen wird. Die starre Unbeweglichkeit ist mein Ziel. Ich widerspreche damit allem, was jemals über das Wesen des Films geschrieben wurde, ich tue es aber im festen Glauben, daß wir nur damit über das bereits Erreichte hinauskommen und Neuland erobern können." Das „Geheimnis" ist hier in der Tat angerührt; und die „Unbeweglichkeit", von der Bresson spricht, entspricht der erregenden „Langeweile" des Buches, in dem ein Ungreifbares mit der glühenden Zielstrebigkeit eines wahrhaft Liebenden umkreist und ergriffen wird. Und das ist allerdings „Neuland", Neuland des Films.

. . . und ein „religiöser Film: „Das Tor zum Frieden"

Es ist nicht ganz einfach, von diesem französischen Film auf einen deutschen Film „umzuschalten", der zweifellos seine eigenen Verdienste hat, mit dem „Tagebuch" aber kaum zu vergleichen ist. Auch Liebeneiners Film „Das Tor zum Frieden" ist ein religiöser Film; besser gesagt: er eben ist ein „religiöser" Film, während jener Bernanos-Film alle Qualitäten des „Spirituellen" besitzt. „Das Tor zum Frieden" ist ein Hymnus auf den österreichischen Wallfahrtsort Mariazell, ein reich orchestriertes religiöses Volksstück mit anzengruberscher Färbung, ein Dokument der Marienverehrung. Die durch zwei Generationen reichenden Schicksale einer deutsch-ungarischen Gutsbesitzersfamilie werden in inniger Verknüpfung mit dem wundertätigen Gnadenbild des Wallfahrtsortes geschildert; Glück und Unglück, Leid und Prüfung, Abfall und Bewährung, Kriegs- und Flüchtlingserlebnisse vollziehen sich in stetem Zusammenhang mit der Statue der Muttergottes, deren heimholende Wirkkraft schließlich als Symbol für die Kirche selber steht. Vom Krieg Zerstreute finden sich wieder; eine Sängerin (Hilde Krahl), die ihre Stimme verloren hat, gewinnt sie zurück; ein schwacher und gefährdeter Mensch, der viel Unheil angerichtet hat, wird zum reuigen Sünder und ordnet sich, büßend und kreuztragend, in eine der gewaltigen Lichterprozessionen ein, die sich im Bereich der herrlichen Barockkirche Mariazell vollziehen und in denen sich das gläubige Volk in der ungebrochenen Kraft seines Glaubens manifestiert. Zusammen mit der großen, monumental ins Bild geholten Gebirgslandschaft gewinnt der Film in solchen Szenen den Wert eines Dokumentarfilms. Ein oratorisch erweitertes Marienlied (Musik von Bert Rudolf; Text von der Drehbuchverfasserin Leopoldine Kytka) unterstreicht das betrachtende und gefühlsmäßige Element: kurz, es ist alles hereingeholt, woran sich ein religiös empfängliches Filmpublikum erbauen kann. Es gibt Längen, die man hätte vermeiden können, aber es gibt — das muß angemerkt werden — keine theologischen oder liturgischen „Schnitzer", da der Film von P. Petrus Trefflinger, dem Abt von Mariazell, sorglich überwacht worden ist. Eine Reihe guter Schauspieler: Paul Hartmann, Vilma Degischer, Michael Tellering und ein ausgezeichneter junger Nachwuchsschauspieler, Klaus Dorneich, haben das Ihre zu diesem Film beigetragen.

Dennoch — ein solches „Dennoch" muß angemerkt werden. Der Film erlebte seine Uraufführung in den verschiedensten westdeutschen Städten zu der gleichen Zeit, in der die Aprilnummer des „Hochland" die Beiträge von Propst Asmussen und Dr. theol. h. c. Josef Weiger zum neuen Mariendogma brachte. In der vor den evangelischen Gemeinden Kiels gehaltenen Ansprache Asmussens, die jenes Verständnis für die Bedeutung Mariens und jene Verehrung für sie bezeugt, die sich auch noch beim frühen Luther findet, stoßen wir immer wieder auf den Einwand, daß sich die Mutter Gottes im katholischen Bewußtsein unmittelbar *neben* Jesus Christus befinde, daß sie mit ihm durch ein „und" verknüpft sei, das ihr denselben Rang verleihe wie ihm selber. Asmussen zitiert dabei einen katholischen Satz: „Schauen wir voll Vertrauen hinauf zu dem leuchtenden Doppelgestirn, von dem Gottes Botschaft uns kündet!" Und er bemerkt zu diesen und anderen Beispielen: „Uns wird zwar versichert — und wir sind verpflichtet, nicht nur als Menschen, sondern auch als Christen, der Ehrlichkeit dieser Versicherung Glauben zu schenken —: ‚Wir katholischen Menschen denken gar nicht daran, Maria neben Jesus zu stellen.' Wir bitten aber unsere katholischen Brüder, unsere Frage mit ganzem Nachdruck ernst zu hören, ob ihr das nicht am Ende doch tut."

Nun, auch mit Josef Weigers schöner Ergänzung in der Hand, in der er zwischen „Ascensio" (Christi) und „Assumptio" (Mariae) unterscheidet und so wichtige Sätze sagt, wie z. B.: „Wir deuten uns das Marienleben im Licht der vollendeten Christusherrlichkeit" — auch mit dieser und anderen theologischen Unterscheidungen im Hintergrund dürfte es schwer halten, angesichts des Filmes „Das Tor zum Frieden" jene protestantischen Bedenken zu zerstreuen. Hier ist jene handfeste katholische Volksfrömmigkeit, die, indem sie liebt, glaubt und verehrt, alle „Unterscheidung" hinter sich läßt und das „Und" als völlig selbstverständlich erscheinen läßt. Der Film wird sicherlich vielen Menschen zur Erbauung und

zum Troste dienen. Er wird aber auch viele andere von neuem stutzig machen und Einwände im Sinne Asmussens hervorrufen. Die „Unterscheidung", wiewohl hier unsichtbar, ist gewiß durchaus vorhanden; sie wird aber mit diesem Film nicht zu belegen sein.

Männerring Neudeutschland in Bad Brückenau

Während der deutschen Jugendbewegung der gesellschaftliche Durchbruch aus vielerlei Gründen gemeinhin mißlang, hat ihre katholische Ausprägung (in den Bünden Quickborn, Neudeutschland, Heliand u. a.) sich ihre Öffentlichkeit im kirchlichen Raum erobert: in der liturgischen Bewegung, in der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Klerus und Laien, in der Formung eines neuen Kirchenbewußtseins überhaupt. Man könnte also sagen, daß sich die katholische Jugendbewegung erfüllt hat, im Kirchenvolk aufgegangen ist. Soweit die Bünde nach 1945 neu gegründet wurden, sind sie ein Neues, ohne die Tradition der Jugendbewegung im präzisen Sinne, wenn auch in der Gunst jener „Alten" aus der Zeit zwischen den Weltkriegen, die im übrigen sich zwar im öffentlichen Leben leicht erkennen, aber ihre berufliche Aufgabe als einzelne und auch in der Vereinzelung zu erfüllen suchen.
Doch hatte die Jugendbewegung nicht ursprünglich mehr gewollt: eine Erneuerung des gesamten sozialen Lebens? Mußten dazu die Bünde nicht in ihr Mannesalter eintreten? In diesem Zusammenhang gesehen, bedeutet der erste Bundestag des Männerringes „Neudeutschland" in Bad Brückenau vom 25. April bis 6. Mai 1951 ein jedenfalls bemerkenswertes Ereignis. „Neudeutschland" bezeichnet sich in seinem Hirschbergprogramm als eine „Lebensgemeinschaft", die nach 1945 in die Jungengemeinschaft, den Hochschulring und den Männerring gegliedert wurde. Aber es konnte lange Zeit scheinen, daß die „Alten" sich nicht mehr zusammenfänden und sich bestenfalls mit der zweifellos wichtigen Funktion einer Altherrenschaft begnügen müßten. Dies vor allem aus zwei Gründen: 1) Die Kontinuität war durch das Verbot im nationalsozialistischen Regime und die Blutopfer des Krieges abgerissen, und zwar gerade in dem Augenblick, als die berufliche und soziale Differenzierung der einzelnen ohnehin kritisch für die Gemeinschaft werden mußte. 2) Die Ausdrucksformen der Jugendbewegung konnten nicht wieder aufgegriffen werden, sie waren nicht mannesgemäß. Die Brückenauer Tagung mit ihren nahezu tausend Teilnehmern (Männern und Frauen), von vielen kritisch erwartet, war eine Überraschung: Es gelang ihr, diese Differenzierung — ohne sie verleugnen zu wollen — in einer Gemeinschaft zu binden und innerhalb der gesellschaftlichen Formen eines Badeorts das alte Anliegen der Jugendbewegung nicht zu vergessen. Die integrierende Kraft ging eindeutig von den Gottesdiensten aus. Bischof Julius Döpfner, der als der zuständige Ordinarius das eröffnende Pontifikalamt feierte, hob in seiner Rede zur Festakademie ausdrücklich hervor, wie sehr er es empfunden habe, daß die Circumstantes sich zu einer festen Gemeinde zusammenschlossen. Und ähnlich war es bei dem schließenden Pontifikalamt, das der Limburger Bischof Wilhelm Kempf mit seinen Bundesbrüdern zelebrierte. Wenn die 40-50-Jährigen um den Altar standen, gab es keinen Kontinuitätsbruch. Hier hatte sich einst der Bund zusammengefunden, vom Altar her fanden die Männer und Frauen mit ihren so verschiedenartigen, in der zeitlichen Not einzeln gegangenen Lebenswegen einen Anfang neuer Gemeinschaft. Vom Altar aus war es dann auch möglich, daß dieser neudeutsche Bundestag zu einem sozialen und geistigen Gefüge wurde: mit seinen ihm angehörenden Lehrern und Publizisten (P. Hans Hirschmann SJ, Dr. R. Barzel, Prof. G. Fischer, Dr. J. Goldbrunner, Prof. R. Egenter. Dr. H. Ibach, Dozent Dr. W. Grenzmann, Prof. K. Holzamer), mit seinen Musikern und Künstlern, aber auch seinen gesellschaftlichen Veranstaltungen, die u. a. bewiesen, daß auch eine Modeschau sinnvoll gestaltet werden kann. Überhaupt war es die Eigenart dieses Treffens, daß das intellektuelle Moment nicht im Vordergrund stand, sondern seinen Platz in einer umfassenden Lebensordnung hatte, entsprechend dem Leitgedanken: „Christliche Weltverantwortung aus dem Geist des Ganzen." Die Initiative hatten die in der Wirtschaft tätigen und teilweise führenden Männer, vorab Walter Casper, der Leiter des Männerringes. Der so einfache und so oft vergessene Satz, daß zur Gestaltung dieser Welt auch Mittel dieser Welt gehören, wurde hier beachtet, die soziale Frage nicht diskutiert, sondern mit konkreten Lösungsversuchen innerhalb dieses bündischen Kreises angegangen, Beruf und Bund in den Fachgilden koordiniert. Man ist realistisch genug, sich nicht zu überschätzen. Aber eine gesellschaftliche Erneuerung wächst ja organisch aus solchen kleinen Gemeinschaften, deren Wert Ministerpräsident Hans Ehard betont hervorhob.
Dieses innerhalb der Geschichte der Jugendbewegung eigenartige Treffen war ein Anfang. Er kann noch viele in der Vereinzelung lebende Kräfte integrieren, auch über diesen Bund hinaus. Soweit es an ihm selbst liegt, wird die weitere Verwirklichung davon abhängen, ob man das Wort Bischof Kempfs beachtet, der ebenso vor dem Pessimismus warnte wie vor einem säkularen Optimismus, dem er die eschatologische Botschaft entgegenhielt. Es hätte, so wurde von einem Teilnehmer zusammenfassend gesagt, keinen Sinn, in einen Zug einzusteigen, der mit restaurativem Dampf fährt (wer weiß, wie lange noch) und dessen Lokomotive die Jugendbewegung noch vor 25 Jahren, wenn auch ziemlich erfolglos, mit Steinen beworfen hat. Ohne den geistlich-geistigen Impetus werden Täter zu Geschaftelhubern — ohne Tat aber auch der Geist zum leeren Intellektualismus, der immerfort diskutiert, ob er besteht.

Das bäuerliche Volksbildungsheim in Maria-Trost

Die Krise des Bauerntums ist heute eine allgemeine Erscheinung. Sie hat alle europäischen Staaten erfaßt und durchdringt alle Bereiche des bäuerlichen Lebens, den geistlich-sittlichen und den religiösen nicht minder als den wirtschaftlichen und sozialen. Daß es die biologische Reserve des Volkes und der soziologische Rückhalt der Kirche ist, der von der Krise erfaßt wird, gibt dem Problem eine besondere Schärfe.
Das alte Bauerntum mit seinem stark von Brauch und Sitte bestimmten Christentum, den vortechnischen Arbeitsweisen, der patriarchalischen Sozialordnung kann nicht konserviert werden. Darüber besteht volle Einmütigkeit. Es gilt daher, Zellen bewußten Christentums aufzubauen und im besten Sinn modern denkende, weltoffene Menschen zu bilden. Somit ist einer der entscheidenden Ansatzpunkte zur Überwindung der Krise das bäuerliche Volksbildungsheim aus christlichem Geist.
In der Steiermark hat schon nach dem ersten Weltkrieg ein Priester, Josef Steinberger, jetzt Hofrat und Ehren-

doktor der Grazer Universität, ein bäuerliches Volksbildungsheim errichtet, die berühmte Schule „St. Martin", die 1930 vom Land übernommen wurde (aber weiterhin unter Steinbergers Leitung blieb). St. Martin hat in den drei Jahrzehnten einen Einfluß ausgeübt, der kaum überschätzt werden kann.

Seit Sommer 1949 besitzt die Steiermark — außer verschiedenen anderen von Land oder Bund getragenen bäuerlichen Volksbildungsheimen — das von der Kirche errichtete Volksbildungsheim in Maria-Trost bei Graz, das von dem früheren langjährigen Leiter des katholischen Bildungshauses in der Laachgasse, Direktor Josef Schneiber, geführt wird.

Es ist zu sagen, daß in der Steiermark nicht nur am meisten für die bäuerliche Volksbildung getan wird, sondern daß auch die Voraussetzungen für die bäuerliche Volksbildungsarbeit hier günstiger sind als anderswo. Trotz der bedeutenden Eisenindustrie in den Tälern um den steirischen Erzberg ist der bäuerliche Grundcharakter des Landes erhalten geblieben. Keine Großstadt, nicht einmal die Landeshauptstadt Graz mit ihren 220 000 Einwohnern, strahlt großstädtisches Wesen in das Land hinaus. Auch das Vorherrschen des bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebes, der als Familienbetrieb geführt wird, verstärkt die Bindung zur ländlichen Heimat. Daneben gibt es freilich in reichem Maße Auflösungserscheinungen in Familie, Sittlichkeit und Religion. Doch ist nach den Aussagen der Seelsorger und Lehrer der Tiefstand der Nachkriegsjahre schon überwunden. Gerade in der Heimkehrergeneration, die in die Auflösungserscheinungen am stärksten hineingezogen wurde, scheint mehr und mehr eine Besinnung stattzufinden. Die Männer, die die Enge der bäuerlichen Gebundenheit in den Kriegsläuften gründlich durchbrochen haben, sind heute am ehesten zur Ausformung eines neuen bäuerlichen Lebensbildes bestimmt.

Das bäuerliche Volksbildungsheim Maria-Trost ruft in den Wintermonaten Bauern und Bäuerinnen in Kursen zu jeweils 3 Tagen, Mädchen zu 3 Wochen und Burschen zu 6 Wochen zusammen. Der Grundgedanke der Bildungsarbeit ist, einen neuen Typus des bäuerlichen Menschen auszubilden, der der gegenwärtigen Wirtschafts- und Soziallage gewachsen ist. Denn bei krampfhaftem oder hilflosem Festhalten an alten Wirtschafts- und Lebensformen wird das Bauerntum in eine immer aussichtslosere Defensivstellung gedrängt. Doch bleibt alle fachliche Durchbildung Stückwerk, wenn sie nicht von einer geistig-sittlichen Entfaltung des bäuerlichen Menschen von den Wurzeln her getragen ist. Die Kirche kann diese Wurzeln nur im Religiösen sehen, das alle Lebensbereiche durchdringt. Liberaler Humanismus und Fortschrittsglaube könnten im Ergebnis nur destruktiv wirken.

Aus diesen Erkenntnissen wendet sich das Bildungsheim Maria-Trost grundsätzlich an jene bäuerlichen Schichten, die bereits durch das ländliche Fachschulwesen der Steiermark gegangen sind. (Dieses ist nach Dichte und Qualität als vorbildlich zu bezeichnen; in den verschiedenen Bauernschulen laufen pro Jahr — 1951 — mehr als 150 Burschenkurse, 100 Mädchenkurse und an die 60 Fortbildungslehrgänge der Landwirtschaftskammer).

Der Zuspruch zu den Kursen ist sehr rege. Geworben wird dafür in der kirchlichen Presse. Doch immer mehr wächst der Anteil derer, die von ehemaligen Teilnehmern im Freundeskreis geworben wurden.

Das Programm der Kurse geht von einer Lagebestimmung des Bauernstandes aus und sucht für alle Bereiche, wirtschaftlich, sozial, kulturell usw., die Grundhaltungen zu erarbeiten. Das Schwergewicht liegt in einer konkret erlebten religiösen Bildung. Das religiöse Volksschulwissen, meist nur mehr in Bruchstücken vorhanden, soll sich zu einem neugewonnenen, lebenformenden Glaubensgut wandeln. Daher werden Exerzitien in den Lehrgangsplan eingebaut. Ein breiter Raum ist den Fragen der Ehe und Familie gewidmet, wobei die Formung des Familienlebens und Erziehungsfragen hervortreten. Das landwirtschaftliche Fachwissen wird mehr in größerem Zusammenhang und in Form von Aussprachen und Besichtigungen weiterentwickelt. Grundlage ist die Bejahung der Technisierung der Landwirtschaft.

Auch der Rednerschulung ist ein beträchtlicher Raum zugewiesen; weniger mit dem Ziel, Redner für die Öffentlichkeit heranzubilden, als den bäuerlichen Menschen die Konkretisierung und Formulierung seiner eigenen Gedanken zu lehren. Damit wird ein wertvolles psychologisches Mittel der Persönlichkeitsbildung mit Erfolg aktiviert.

Dazu kommt die Pflege der Gemeinschaftsformung und die Übermittlung von Lied, Musik, Volkskunst, wobei es den Lehrern nicht auf den Gegensatz ländlich-städtisch, der ja nur beschränkt Geltung hat, sondern auf die Unterscheidung von Wert und Unwert ankommt. Nichts gemahnt in diesem Haus an museale Volkstumspflege. Der reiche Bildschmuck, die besondere Liebe des Hausherrn, zeigt zeitgenössische Malerei und Graphik in bester Wahl. Wie Direktor Schneiber versichert, wird diese Kunst von den Lehrgangsteilnehmern mit viel Verständnis aufgenommen.

Im Sommer, da die Bauern von ihren Höfen nicht abkömmlich sind, finden in Maria-Trost Lehrgänge für Seelsorger, Lehrer, Laienkatecheten, Landjugendführer statt, so daß auch von der anderen Seite her an der Neubegegnung von Stadt und Land gearbeitet wird.

Aus Süd- und Westeuropa

Dekret zur Verhütung der unerlaubten Weihe von Bischöfen

Das Heilige Offizium hat am 9. April 1951 das nachstehende Dekret erlassen, das am 21. April in den Acta Apostolicae Sedis veröffentlicht wurde:

„Die Oberste Heilige Kongregation des Heiligen Offiziums hat kraft besonderer Vollmacht, die ihr vom Papste verliehen wurde, folgendes Dekret erlassen:

Ein Bischof, gleichviel welchen Ritus und welchen Ranges, der jemandem die Bischofsweihe erteilt, der vom Heiligen Stuhle weder ernannt noch ausdrücklich bestätigt worden ist, und derjenige, der eine solche Weihe empfängt, zieht sich dadurch ohne weiteres die dem Heiligen Stuhl in höchster Form vorbehaltene Exkommunikation zu, auch wenn er unter dem Zwang schwerer Furcht stand (gemäß der Norm des Canon 2229, § 3, nr. 3).

Dies Dekret tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft."

Dies Dekret ist schon seiner Form nach außergewöhnlich; denn nach allgemeinem kirchlichem Recht werden kirchliche Gesetze erst drei Monate nach ihrer Veröffentlichung wirksam. Inhaltlich ergänzt es das Kirchenrecht für einen Fall, der in dem 1918 erlassenen Codex Iuris Canonici nicht vorgesehen zu werden brauchte. Bisher wurde der weihende Bischof und der Geweihte lediglich mit Suspension von den bischöflichen Amtshandlungen bestraft, wenn

sie die Weihe vollzogen, ohne das authentische päpstliche Dekret in Händen zu haben. Auch darin liegt eine Verschärfung, daß ein weihender Bischof künftig ohne Rücksicht auf seine kirchliche Würde exkommuniziert wird. Bisher waren Kardinäle gemäß can. 2227 CIC vom kirchlichen Strafgesetz exemt. Die Strafbestimmung des Dekretes ist die schärfste, die das Kirchenrecht kennt. Es gibt nur sechs Exkommunikationen, die „specialissimo modo" dem Heiligen Stuhl vorbehalten sind, d. h. von denen nur der Heilige Stuhl lossprechen kann, darunter die Exkommunikation wegen Profanation des heiligsten Altarssakramentes, der Verletzung des Beichtgeheimnisses und des Angriffs gegen die Person des Papstes. Auch darin kommt die äußerste Strenge des Gesetzgebers zum Ausdruck, daß im Gegensatz zu anderen Strafbestimmungen in diesem Falle der Milderungsgrund von Furcht und Zwang nicht geltend gemacht werden kann.

In berufenen Kreisen des Vatikans wird zugegeben, daß in diesem Dekret, wiewohl es rein innerkirchlichen Charakters ist, „ein Element der Zeitgemäßheit" Ausdruck findet. Niemand ist sich darüber im unklaren, daß der Heilige Stuhl beabsichtigt, gewissen Eventualitäten in den von Rußland kontrollierten Ländern vorzubeugen, die der Heilige Stuhl offenbar nunmehr als im Bereich des Möglichen liegend ansieht. Es ist bekannt, daß die tschechische und die polnische Regierung die auf ihre Initiative in diesem Jahre von kirchlichen Körperschaften gewählten Diözesanverwalter als Bischöfe im Sinne des Staatskirchenrechtes betrachten. Es ist zu vermuten, daß diese Regierungen, insbesondere die tschechische, demnächst auf die übrigen Bischöfe einen Druck ausüben werden, diesen Persönlichkeiten die bischöfliche Weihe zu erteilen. Der Heilige Stuhl hat nun unzweideutig zu erkennen gegeben, daß hier die Grenze erreicht ist, über die hinaus ein staatlicher Eingriff in die kirchliche Verfassung nicht mehr geduldet werden wird.

Das Urteil der italienischen Arbeiterschaft über ihre christlichen Arbeitervereine

Die christlichen Arbeitervereine Italiens, eine Organisation, die wie die deutsche katholische Arbeiterbewegung (KAB) neben den Gewerkschaften steht und selber weder gewerkschaftlichen noch politischen Charakter hat, haben seit ihrer Gründung im Jahre 1948 ständig an Mitgliederzahl zugenommen. Anfangs schlossen sich die christlichen Arbeiter natürlicherweise in ihnen zusammen, nachdem die nach dem Krieg geschaffene Einheitsgewerkschaft auseinandergebrochen war und diejenigen Arbeiter, die den immer stärker kommunistischen Kurs des Restes der Gewerkschaft nicht mitmachen wollten, noch keine andere gewerkschaftliche Form der Organisation vorfanden. Heute bestehen neben der alten kommunistischen Gewerkschaft in Italien freie Gewerkschaften, in die sich die nicht-kommunistischen Arbeiter einschreiben lassen können. Der nichtgewerkschaftliche Charakter der Christlichen Arbeitervereine (ACLI) kann daher um so deutlicher ausgearbeitet werden. Trotzdem stehen in ihren Reihen viele, die diese Unterscheidung nicht begriffen haben und die in den ACLI die verschiedensten gewerkschaftlichen Aufgaben wahrgenommen sehen wollen — wie denn überhaupt eine große Unklarheit und Unsicherheit in der italienischen Arbeiterschaft gegenüber ihren verschiedenen Organisationen, auch den gewerkschaftlichen Formen, besteht. Aus diesem Grund hat die Sektion der ACLI der Provinz Mailand im vergangenen Jahr eine Rundfrage ausgegeben, die die Einstellung der Arbeiter zu den ACLI sondieren sollte. Sie wurde an die „Betriebszellen" (Nuclei Aziendali) gerichtet als an die empfindlichsten und bewußtesten Stellen, die in unmittelbarem Kontakt mit der Masse der Arbeiterschaft stehen und die ebenso an die Arbeiter und Arbeiterinnen, die den ACLI angehören, als an jene, die ihnen nicht angehören, herankommen können. Beide Gruppen wurden gefragt, was sie von den ACLI halten und wie sie ihre sozialen Einrichtungen beurteilen. Diese Rundfrage erwies sich als eine geschickte Sonde der Mentalität der italienischen Arbeiterschaft gegenüber christlichen Organisationen, gegenüber der Idee der Organisation überhaupt und im Hinblick auf die Mischung von ideellen und wirtschaftlichen Beweggründen zur Teilnahme an dieser Bewegung. Die katholische Zeitschrift „La Realtà d'oggi" berichtet über die Ergebnisse dieser Rundfrage in ihrer Nummer vom März dieses Jahres. Der Bericht umfaßt zwei Teile, einen ersten, der die Antworten der Mitglieder der ACLI zusammenfaßt, und einen zweiten, der die Antworten der Außenstehenden ordnet.

Im ersten Teil handelt es sich vor allem darum, die Gründe aufzudecken, warum die Arbeiter und Arbeiterinnen den ACLI beitreten. Ein zweiter Fragenkreis betrifft das Urteil der Mitglieder der ACLI über die verschiedenen „Dienste", die die Vereine eingerichtet haben. Zur Frage gestellt wurde auch der Konfessionalismus der Organisation. Schließlich versuchte man zu erkennen, wie weit die Arbeiter die Scheidung zwischen ACLI, Gewerkschaften und politischen Parteien erkennen und klar mitvollziehen.

Der zweite Teil faßt die Antworten zusammen, die einesteils von der extremen Linken, andernteils aus der „grauen Masse" gekommen sind und in denen die Vorwürfe deutlich werden, die üblicherweise gegen die ACLI erhoben werden, nämlich daß sie mit dem Klerus oder mit politischen Parteien oder mit der Regierung oder mit dem kapitalistischen System liiert seien. In diesem zweiten Teil wurde auch die Frage aufgeworfen, ob die Arbeiter, wenn sie von der absoluten Unabhängigkeit der ACLI überzeugt wären, sich ihnen in größerer Zahl anschließen würden oder ob es noch andere Gründe zur Ablehnung gebe. Endlich wurden auch die Arbeiter, die den ACLI nicht angehören, um ihr Urteil gegenüber den verschiedenen Einrichtungen und „Diensten" der ACLI befragt: welche sie am meisten billigten, welche am stärksten ablehnten.

Das Urteil der Mitglieder der ACLI

Die erste Frage, die an die Vertreter der Mitglieder der ACLI gerichtet wurde, lautet: Welcher Hauptgrund hat deine Aclisten bewegt, sich unsrer Bewegung anzuschließen? Die Antwort lautete: in der Mehrzahl (50 bis 100%) gehören sie den ACLI aus ideologischen Gründen an, in der Minderheit wegen wirtschaftlicher Vorteile. Im allgemeinen haben die Mitglieder der vorwiegend aus Angestellten bestehenden Kategorien sich aus rein ideologischen Gründen eingeschrieben; in den vorwiegend aus Arbeitern bestehenden Kategorien auch aus wirtschaftlichen Gründen. Dort wo die Zellen der ACLI bereits eine große Zahl von Mitgliedern umfassen, ist der Prozentsatz derjenigen, die sich um wirtschaftlicher Vorteile willen anschließen, nicht zu übersehen. Wo die ACLI erst in der Bildung begriffen sind, treten ihnen die Mitglieder aus rein ideellen Motiven bei.

Die zweite Frage an diese Gruppe lautete: Was halten die Aclisten von den verschiedenen Formen der Dienstorganisationen der ACLI?
Die Antworten ergaben, daß fast alle Fürsorgeorganisationen in Gunst stehen, dann die Ferienorganisationen, die Berufskurse, die Konsumvereine. Hier wird fast allgemein ein weiterer Ausbau verlangt. Es wurde aber kritisiert, daß nicht alle Arbeiter finanziell in der Lage sind, von diesen Einrichtungen Gebrauch zu machen. Außerdem kam auch heraus, daß viele Arbeiter, die Mitglieder der ACLI sind, nichts von diesen Einrichtungen wissen.
Dritte Frage: Gibt es unter den Mitgliedern der ACLI Bedenken gegenüber ihrer konfessionellen Gebundenheit und Ablehnung etwa der Gegenwart von Geistlichen? Die Antworten ergaben, daß diese Gebundenheit im allgemeinen nicht auf Widerstand stößt, daß sich höchstens in gewissen Angestelltenschichten einige fragen, ob die ACLI nicht ihre Mitgliedschaft erweitern könnten, wenn sie auf die starke konfessionelle Bindung verzichteten.
Die vierte Frage betraf die etwa bestehenden Unklarheiten über das Verhältnis der ACLI zu den Gewerkschaften und den Parteien bei den Aclisten selber. Es zeigte sich, daß solche Unklarheiten bei allen, die nicht eng am Leben der ACLI teilnehmen, tatsächlich weitgehend bestehen.

Das Urteil der Außenstehenden

Was denken die Kommunisten über die ACLI? Die Antworten auf diese Frage können nicht überraschen. Die Kommunisten werfen den ACLI vor, sie seien zu eng mit dem Klerus verbunden (100 % der Befragten hat diese Antwort gegeben); einige begnügen sich nicht mit dem Ausdruck „mit dem Klerus verbunden", sondern nennen es „Abhängigkeit" vom Klerus oder sagen, die ACLI seien „eins mit dem Klerus". 100 % sind auch der Ansicht, die ACLI seien von der politischen Partei der „Democrazia cristiana" und von der Regierung abhängig. 80 % sind der Ansicht, die ACLI seien mit dem kapitalistischen Regime verbunden, um die Pläne der Kommunisten zur sozialen Neuordnung zu durchkreuzen. Sie halten das „fortschrittliche Auftreten" der ACLI für Heuchelei.
Neben den Kommunisten wurde aber auch die „graue Masse" befragt. Hier herrscht die Meinung vor, die ACLI seien eine unnütze Organisation, und zwar, weil sie nur ein Duplikat anderer schon bestehender Organisationen seien, entweder der Katholischen Aktion oder der Christlich-Demokratischen Partei oder der Freien Gewerkschaften oder gewisser sozialer Einrichtungen; ein eigenes Ziel der ACLI erkennt man nicht. Die Stimmung läßt sich hier vor allem in dem Satz zusammenfassen: Wir wollen erst mal sehen, was dabei herausschaut.
Doch auch in der „grauen Masse" herrscht die Meinung, die ACLI seien zu eng mit dem Klerus verbunden (Antwort von 80 % der Befragten), ja geradezu ein „Werkzeug des Klerus", oder sie hingen von der Regierungspartei ab (Meinung von 100 % der Befragten) und sie seien vom kapitalistischen System abhängig (dies ist vor allem in den hauptsächlich aus Arbeitern bestehenden Kategorien bis zu 100 % die Meinung).
Auf die Frage, ob die Befragten den ACLI beitreten würden, wenn sie von deren absoluter Unabhängigkeit überzeugt wären, fiel die Antwort fast überall negativ aus, und zwar entweder aus allgemeinem Mißtrauen gegen jede Form von Organisation, die gewerkschaftliche mit eingeschlossen; oder aus Trägheit und dem Bedürfnis, sich aus allem drauszuhalten, weil man nie weiß, wozu das führt, oder weil man meint, wenn man keiner Organisation angehöre, sei man „frei" und „unabhängig". In der „grauen Masse" besteht als stärkstes Gefühl Mißtrauen gegen alles und alle; man scheut die Verantwortung und erwartet eine Besserung der Verhältnisse mehr oder weniger von einem Wunder.
Gegenüber den sozialen Einrichtungen der ACLI hatten die den ACLI nicht angehörigen Arbeiter meist kein Urteil, weil sie zu wenig bekannt sind. Am geschätztesten sind die Fürsorgeeinrichtungen, die Urlaubsorganisationen, die Konsumvereine und die Berufskurse.

Was läßt sich aus diesen Urteilen lernen?

Der Bericht über diese Rundfrage in „La Realtà sociale d'oggi" wirft zum Schluß die Frage auf, was man aus diesen verschiedenen Antworten schließen dürfe. Er stellt fest, daß im allgemeinen die Ansicht herrscht, daß die Christlichen Arbeitervereine sich in keiner Weise abgezeichnet haben, weder durch ihre soziale Betätigung noch durch ihre Lehre noch vor allem durch ein unabhängiges und autonomes Auftreten. Das geht eben daraus hervor, daß die ACLI so häufig nicht von Gewerkschaften, Partei und Regierungssystem unterschieden werden. Gewiß ist es deutlich, von woher diese Meinung gestützt und suggeriert wird; nichtsdestoweniger könnte sie keinen so weit verbreiteten Anhang finden, wenn Mitglieder und Nichtmitglieder einen stärkeren Eindruck von der Eigenständigkeit der Arbeit der ACLI hätten. Die ACLI sind bis heute im Lauf ihrer dreijährigen Geschichte nicht als eine Organisation mit eigenem sozialem Ziel deutlich geworden. Daneben hat die Rundfrage aber auch bewiesen, daß die große Masse des italienischen Proletariats, die „graue Masse", noch nicht zu einem politischen Bewußtsein erwacht ist und daher das Neue dieser erst vor kurzem entstandenen Organisation überhaupt nicht wahrnimmt; sie erkennt ihren Charakter als den einer „sozialen Bewegung" nicht. Daraus muß man wohl schließen, daß die Bewegung nicht richtig aufgezogen ist, ohne daß man deshalb die einzelnen sozialen Dienste abzulehnen braucht. Der Berichterstatter der „Realtà sociale d'oggi" ist der Überzeugung, daß die Arbeits- und Organisationsformel der ACLI wohl die richtige ist, daß es aber noch einer langen und geduldigen Arbeit bedarf, ehe man der Masse der italienischen Arbeiterschaft ihren Charakter begreiflich gemacht haben wird.

Die Soziale Woche Frankreichs in Montpellier

Die 38. Tagung der Sozialen Wochen in Frankreich wird in diesem Jahr in Montpellier von Dienstag, den 18. Juli, bis Sonntag, den 23. Juli stattfinden.
Das Thema der Woche lautet: Gesundheit und Gemeinschaft. Die Entdeckungen im Bereich der Biologie und die Sozial-Medizin im Dienst des Menschen.
Unter diesem Titel sind alle moralischen, sozialen und politischen Konsequenzen der letzten Entdeckungen auf den Gebieten der Biologie und der Medizin — vor allem der Sozial-Medizin — inbegriffen. Sie werden auf der Tagung in Montpellier behandelt, um sie richtig beurteilen zu können und um ihnen eine Richtung zu geben, die nicht zur Unterwerfung und Entmenschlichung führt, sondern zur Befreiung der Person und der Familie.
Künstliche Befruchtung, Vorherbestimmung des Geschlechts, Eugenik, Rassenlehre, Wahrheitsdrogen, psycho-

logische und psychoanalytische Praktiken, alle diese brennenden Fragen sollen in voller Freiheit und Ernsthaftigkeit auf ihre moralischen und sozialen Auswirkungen hin geprüft werden.

Aber die Soziale Woche in Montpellier wird sich nicht allein auf diese Probleme beschränken. Es werden auch andere behandelt, die zwar weniger wichtig erscheinen, aber nichtsdestoweniger brennend sind: Sozialisierung der Medizin, Berufsgeheimnis, nationale und internationale Organisierung der Medizin, Arbeiterbetreuung, Reform des Krankenhauswesens und öffentliche Beihilfe.

Sie will jedoch eine soziale Woche bleiben und sich nicht etwa in eine medizinische oder moralische Woche verwandeln. Aus diesem Grund haben sich die Veranstalter an ein Gremium gewandt, das sich neben Medizinern auch aus Wissenschaftlern der benachbarten Disziplinen, Moralphilosophen, Soziologen, Juristen und aus Persönlichkeiten der praktischen Sozial-Arbeit zusammensetzt. Sie werden in exakten, wissenschaftlichen Vorträgen, deren Titel im provisorischen Programm vermerkt sind, alle Fragen des Grundthemas behandeln.

Wie jedes Jahr wird die Soziale Woche durch allgemeine Diskussionen, Versammlungen und Ausstellungen vervollständigt.

Als Tagungsort wurde Montpellier gewählt, da dort die weltberühmte und angesehenste medizinische Fakultät Frankreichs ihren Sitz hat, deren wissenschaftliche und gleichzeitig spirituelle Lehrtradition ununterbrochen fortlebt. Die Soziale Woche wird sich hier an einen ihrer bedeutendsten Mitarbeiter aus der Anfangszeit erinnern: an Professor Joseph Grasset.

Den Eröffnungsvortrag wird, wie alljährlich, Charles Flory, der Präsident der Sozialen Wochen Frankreichs, halten. Sein Thema lautet: Der Einzelne und die Familie im Hinblick auf die neuen Verfahren im Bereich der Biologie und die Entwicklung der sozialen Institutionen.

Die weiteren Vorträge sind in zwei Gruppen eingeteilt. Durch diese Einteilung soll versucht werden, der Gefahr einer Flucht aus der Wirklichkeit in die graue Theorie vorzubeugen, die allzu leicht sozialphilosophische Diskussionen zu überschatten pflegt.

I. Aus der Praxis

2. Remy Collin, Professor an der medizinischen Fakultät von Nancy, spricht über: Die Fortschritte in der Biologie und ihre Folgerungen;

3. Professor J. Euzière, Ehren-Doyen an der medizinischen Fakultät von Montpellier, über: Die Fortschritte in der angewandten Psychologie;

4. Jean Rivero, Professor der juristischen Fakultät von Poitiers, über: Die Umwandlungen im sozialen Bereich und die Entwicklung der Sozialgesetzgebung;

5. Dr. Pierre Merle (Montpellier), Präsident der Ärztekammer von St. Luc, St. Come und St. Damien, über: Die Entwicklung der Medizin und die ärztlichen und sozialen Einrichtungen;

6. Paul Durand, Professor der juristischen Fakultät von Nancy, über: Die staatlichen Gesundheitsdienste im Ausland;

7. Dr. Yves Biraud, Direktor der Weltgesundheits-Organisation, über: Die internationale Organisation für Gesundheit.

II. Doktrin

8. P. Ducatillon OP über: Die Gesundheit als christlicher und menschlicher Wert;

9. Kanonikus Pierre Tiberghien, Professor der Theologie an der katholischen Fakultät von Lille, über: Die medizinische Einwirkung auf das Leben;

10. P. Beinaert, Redakteur der Zeitschrift „Etudes", über: Der Dienst am Einzelmenschen;

11. Joseph Folliet, Professor der Soziologie an der katholischen Fakultät von Lyon, über: Sicherheit und Verantwortlichkeit;

12. M. Peyssard, Generalinspekteur beim Ministerium für Gesundheit und Wohlfahrt, Generaldirektor der Öffentlichen Fürsorge von Marseille, über: Das Problem der gelenkten Gesundheit;

13. Jacques Doublet, Bearbeiter der Petitionen im Staatsrat, Mitglied des Hohen Komitees für Bevölkerung und Familie, über: Bevölkerung und Eugenik;

14. Robert Lafon, O. Professor der medizinischen Fakultät von Montpellier, über: Die Methoden der Psychologie und ihre Anwendung auf Kleinkinder und Kinder im Entwicklungsalter;

15. Dr. René Barthe, stellvertr. Chefarzt der Französischen Elektrizitäts- und Gaswerke, über: Der Mensch und die Arbeit: Anpassung und Wiederanpassung;

16. Frl. Libermann, Fürsorgerin, über: Die soziale Schichtung im gesamten Gesundheitswesen;

17. Marc Rivière, Professor der medizinischen Fakultät von Bordeaux, über: Die humanere Gestaltung der ärztlichen Massenbetreuung;

18. Dr. René Biot, Generalsekretär der Studiengruppe für medizinische Fragen in Lyon, über: Die Forderungen einer Gesundheitspolitik.

Opfertod eines Arbeiterseelsorgers

Der Priester Michel Favreau, Mitglied der Equipe der Arbeiterpriester in Bordeaux, ist vor wenigen Wochen als Hafenarbeiter beim Entladen eines Dampfers tödlich verunglückt. Die letzte Aufzeichnung in seinem Tagebuch lautete: „Am Abend unseres Lebens werden wir nach unserer Liebe beurteilt werden." Der junge Priester hat ein Alter von 29 Jahren erreicht. Im Herbst vorigen Jahres hatte er sich von seinem Bischof beurlauben lassen, um in Bordeaux als Hafenarbeiter apostolisch zu wirken. Sein Tod und seine Beerdigung machten tiefen Eindruck. Unmittelbar nach dem Unglück legten seine Kameraden zum Zeichen der Anteilnahme und des Protestes gegen die ungenügenden Sicherheitsvorkehrungen für zwei Stunden die Arbeit nieder. Die kommunistische Zeitung widmete dem Toten einen Nachruf voll aufrichtiger Anerkennung. Die kommunistische Gewerkschaft war bei Requiem und Beisetzung offiziell vertreten. Zu Hunderten waren die Arbeitskameraden erschienen, unter ihnen sehr viele, die lange keine Kirche mehr betreten hatten. Um ihnen die Teilnahme zu ermöglichen, war das Requiem auf den späten Abend gelegt worden. Neben den Arbeitern hatten sich Katholiken aller Stände und Menschen jeder Weltanschauung eingefunden. Der Trauerzug wird als das ergreifendste Ereignis bezeichnet, das Bordeaux in letzter Zeit gesehen hat. Es sei eine schweigende Huldigung vor der Liebe eines Christen und Priesters gewesen, dessen Tod um so erschütternder war, da das Unglück geschah, während Michel Favreau kurze Zeit für einen übermüdeten spanischen Arbeitskameraden stellvertretend eingesprungen war.

In seinem Nachruf an der Bahre des Toten sagte der Erzbischof von Bordeaux: „Dieser Tod besiegelt die Vermählung unserer Mission mit der arbeitenden Klasse unserer Stadt durch Blut und vollendet eine Integration, die damit begann, daß die Missionare die Arbeit und die Gefühle ihrer Kameraden teilten."

Es ist hervorgehoben worden, daß der Sinn dieser neuen Art von Mission unter den Arbeitern durch den Opfertod dieses jungen Priesters einen schlichten und überzeugenden Ausdruck gefunden hat. Das, was der Erzbischof mit dem Wort ‚Integration' bezeichnen wollte, hat John Perret, ein Anglikaner, der die Pariser Arbeitermission besuchte, vielleicht noch treffender als ‚Inkarnation' gekennzeichnet. Perret schilderte die Eindrücke von seinem Besuch im „Manchester Guardian" und im „Catholic Herald". Er wohnte an einem Werktag der abendlichen Messe im armseligen Zimmer eines Pariser Arbeiterpriesters bei. An die Messe schloß sich die gemeinsame kärgliche Mahlzeit der anwesenden Arbeitskameraden, die der Priester als Helfer gewonnen hat. Dabei wurde von den apostolischen und caritativen Aufgaben des morgigen Tages gesprochen. Während des Mahles kamen und gingen Besucher. Die äußerste Armut und die selbstverständliche Gemeinschaft, die der englische Besucher hier erlebte, veranlaßten ihn zu folgendem Urteil:

„Diese Christen waren von Eifer durchdrungen. Sie mühten sich verzweifelt um die Rettung der anderen, und diese anderen waren ihnen sichtlich Brüder und Schwestern, Menschen, die ihnen unendlich viel bedeuteten.

Man fühlte, daß diese enge Gemeinschaft von ‚Heiligen' wie ein Leuchtfeuer in die Dunkelheit strahlte, wo die Begriffe von Moral, Liebe, Familienleben und vom Zweck unseres Daseins ganz und gar unchristlich sind, und das Licht dieses Feuers war klar und anziehend.

Das Mädchen, das rechts vom Priester saß, war Sekretärin der örtlichen kommunistischen Partei gewesen, bis sie sich vor kurzem hatte taufen lassen. Der junge Mann neben mir war ebenfalls kommunistischer Führer gewesen. Jetzt strebte er auf das Priestertum hin, und er war nicht der einzige in diesem Bezirk, der eine Berufung in sich fühlte. Es waren auch einige Kommunisten rund um den Tisch, die als Fragende gekommen waren.

Wir überzeugten uns davon, daß alle Angelegenheiten, die das Leben dieser Gemeinschaft betrafen, von der Gemeinschaft entschieden wurden als dem Organ des Heiligen Geistes. Der Priester war gewiß der anerkannte Ratgeber. Aber es war die Gemeinschaft, die darüber entschied, ob er und seine Helfer sich zur Verfügung ihrer Herde halten oder wieder in der Fabrikarbeit untertauchen sollten, um nicht den Kontakt zu verlieren.

Es ist bemerkenswert, daß ihr Sinn für die Eingliederung in das Corpus Christi den Priester und die Teilnehmer dazu drängt und zwingt, eine dauernde ‚Inkarnation' (wenn dies Wort erlaubt ist) inmitten des kommunistischen Milieus zu üben und zu erhalten, nach dem Beispiel des heiligen Paulus, des Expharisäers, unter den Heiden."

•

Christlicher Film und Rundfunk in Spanien Ungeachtet der starr erscheinenden Orthodoxie, des strengen Traditionalismus Spaniens besteht in diesem Land auch eine erstaunliche Unbefangenheit und Offenheit in der Frage des Einsatzes modernster Mittel zur Verkündigung des Glaubens an die breiten Massen. Das zeigt sich ganz besonders im spanischen Filmschaffen. Die spanische Kirche fördert nicht nur die Herstellung von belehrenden und erbauenden Filmen, sondern auch die von echten Spielfilmen, und sie geht darin so weit, daß der spanische Pfarrer Venencio Marco mit Zustimmung seines Erzbischofs selber die Hauptrollen in solchen geistlichen Filmen spielt.

Pfarrer Marco kann als vorbildlicher moderner Missionspriester angesehen werden. Zuerst wurde er durch seine Rundfunkpredigten bekannt. Jetzt spielt er die Hauptrolle in dem Film „Cerca del Cielo" (Dem Himmel nahe), der das Schicksal des Märtyrerbischofs Anselmo Polanco von Teruel darstellt. Bischof Polanco ist 1937 von den Rotspaniern ermordet worden, als er bis zum Ende bei seiner Gemeinde aushielt. Ein solcher Schritt: ein Pfarrer als erster Darsteller in einem Film, ist natürlich etwas wie eine Revolution, zumal in Spanien. Pfarrer Marco hatte vorher schon Nebenrollen in einigen Filmen gespielt. Er selber verspricht sich sehr viel von solchen Filmen, er glaubt, daß sie „eine große seelische Wohltat für viele Seelen" werden können, und er meint, wir brauchten auch Priester, die Drehbücher schreiben, „so wie Calderon, Lope de Vega und Molinas einst ihre Dramen verfaßten. Derart wird das Kino menschenformend werden und seinen großen erzieherischen Aufgaben gerecht werden".

Auch der Rundfunk wird in Spanien für die Anliegen der Kirche eingesetzt. Spanien hat seinen „Funkpriester" (wie die USA den ihren in Fulton Sheen), den Pfarrer Vicente Mena. Menas Hauptanliegen ist aber nicht so sehr die religiöse Belehrung, obwohl er auch eine Sendung „Guia Espiritual" (Geistliche Führung) leitet, die wöchentlich einmal schlichten Katechismusunterricht bietet. Der Kern seines Wirkens liegt vielmehr in dem großangelegten nationalen Hilfswerk, das er durch seine Funksendungen aufgezogen hat. Alle Notleidenden, alle „Mühsamen und Beladenen" können sich an ihn wenden, und er gibt dann deren Anliegen durch den Rundfunk an die Öffentlichkeit weiter. „Alles, was ich erbat", sagt er, „hat man mir gegeben, sogar einen Esel, als ein Hausierer ihn anforderte, und ein andermal statt der benötigten 2 Thermometer deren 73 und statt 4 Fahrrädern 48." Bevor die Gaben zugeteilt werden, wird die Bedürftigkeit der Bittsteller nachgeprüft. In einem Jahr wurden 21 824 Bittgesuche eingereicht und 140 000 Peseten sowie zahlreiche Gegenstände weitergegeben. Viele Spender bleiben ungenannt. An der Art der Bitten sieht man, daß es sich hier um ein „großes Hilfswerk für kleine Leute" handelt, die sich durch die Vermittlung des „Funkpriesters" meist gegenseitig helfen, unabhängig vom Staat. Es zeigt sich darin, daß das technische Mittel des Rundfunks die Herzen oft unmittelbarer erreicht als die „karitative Bürokratie", in der heute die Hilfsbereitschaft nur zu leicht untergeht.

Das Sozialinstitut Leos XIII. in Madrid Die sozialen Verhältnisse sind in unserer Zeit viel zu verwickelt geworden, als daß der gute Wille genügen könnte, um sich in den verschiedenen konkreten Situationen nach der Maßgabe der christlichen Morallehre zurechtzufinden. Was gut ist, was getan werden muß, kann erst entschieden werden, wenn man die Situation versteht und die Tragweite der einzelnen Handlung überschaut. Die Kirche bemüht sich seit Jahrzehnten, die christliche Soziallehre allen bekannt zu machen; aber das ist noch nicht genug für das einzelne christliche Gewissen, um sich seinen persön-

lichen Fragen gegenüber zurechtzufinden. Daher hat man in mehreren Ländern Versuche unternommen, den Klerus in den sozialen Fragen auszubilden, so daß er in der Seelsorge wirklich sachgerechten Rat erteilen kann. Diese Unternehmungen stehen noch im Anfang und sind noch viel zu wenig zahlreich, verdienen aber, mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt zu werden. In Italien bestehen seit einigen Jahren Sozialkurse für Priester in der Sozialschule in Villa Cagnola (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg. S. 440). Die katholische Universität Lille hat Sozialkurse für Priester eingerichtet. Ähnliche Einrichtungen in Löwen und in Salzburg wenden sich doch nur an eine wenig zahlreiche Elite.

Seit dem 1. Dezember 1950 ist neben dem bekannten Sozialen Institut für die Priester Spaniens des Bischofs von Malaga (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg. S. 302) nun auch in Madrid ein kirchliches Sozialinstitut mit dem Namen Leos XIII. eröffnet worden. Die soziale Kommission des spanischen Episkopats ist die Trägerin dieser neuen Einrichtung. Dem Lehrkörper gehören Bischöfe, Ordens- und Weltpriester und Laien an, darunter der berühmte spanische Sozialtheoretiker P. Azpiazu SJ. Das Institut bietet zwei verschiedene Lehrgänge, einen zweijährigen für künftige Lehrer an Höheren Schulen, Diözesanführer und Diözesansekretäre und einen gründlicheren vierjährigen, der eine geistige Elite heranbilden soll, die dem Episkopat zur Verfügung stehen würde. Der erste Lehrgang schließt mit dem Rang eines „graduado", der zweite mit dem eines „diplomado" ab. Es können jedoch auch Laien und auch Ausländer an dem Institut Leo XIII. studieren. Der Abschluß einer höheren Schulbildung (Matur) ist Voraussetzung zum Studium. Für minderbemittelte begabte Anwärter sind halbe und ganze Freistellen vorgesehen.

Der Studiengang wendet sich den sozialen Problemen nicht vom technisch-wissenschaftlichen Gesichtspunkt aus zu, sondern vom moralischen. Der Priester soll lernen, die christliche Sittenlehre auf die sozialen und wirtschaftlichen Fragen anzuwenden. Dazu muß er aber die Gegebenheiten des sozialen Lebens wirklich kennen. Er lernt also die Grundlagen, den Aufbau, die Erfordernisse, die konkreten Schwierigkeiten der Betriebe, die Grundfragen des Wirtschaftsgefüges verstehen. Dadurch soll er sich die Stellung eines unabhängigen, aber einflußreichen Schiedsrichters erwerben. Spanien ist ein Land mit vielen winzigen Landpfarreien, die vom modernen Wirtschaftsbetrieb noch kaum berührt sind. Es braucht auch zahlreiche Geistliche für Waisenhäuser, Krankenhäuser, Schwesternheime und Studienanstalten, wo das Verständnis für die sozialen Probleme nicht so dringend erforderlich ist. Aber immer stärker tritt die Bedeutung der Industriestädte im Leben des Landes hervor. In ihnen sind die sozialen Probleme ebenso akut wie in der ganzen übrigen modernen Welt. Das hat sich eben jetzt wieder bei den großen Lohnstreiks in Barcelona gezeigt, die offenbar nur der Beginn einer ganzen Kette von sozialen Unruhen sind. Hier sind Priester mit Verständnis für die sozialen Fragen dringend nötig, damit es sich nicht eines Tages herausstellt, daß die Kirche sich zum zweitenmal in diesem Land die Masse der Arbeiterschaft, die arme Bevölkerung der großen Städte hat aus der Hand nehmen lassen, während die widerchristlichen Bewegungen sich ihrer mit unermüdlicher Propaganda annehmen.

Bevölkerungskontrolle und Ehescheidung in England

Das britische Unterhaus wird sich demnächst mit einem Plan zur Rationalisierung der Bevölkerungsbewegung in England zu befassen haben. Dem Plan liegt ein ausführlicher und sorgfältiger Bericht einer königlichen Kommission zugrunde, die zum Studium dieser Frage eingesetzt war. Ihr Vorschlag geht dahin, durch Rationalisierungsmaßnahmen die Bevölkerung Englands um 6 % zu erhöhen und dann auf dieser Höhe zu halten. Zu diesem Zweck sollen, in Verbindung mit dem staatlichen Gesundheitsdienst, einerseits den kinderarmen Familien Mittel und Erleichterungen gewährt werden, die einen Anreiz zur Erhöhung der Kinderzahl bieten, andererseits Einrichtungen zur Schulung, Beratung und praktischen Hilfe zwecks Einschränkung der Zahl der Kinder auf ein normales Mittelmaß geschaffen werden. Der Bericht befürwortet also im Interesse des körperlichen und geistigen Wohls der Kinder und im Interesse der Nation eine rationale Planung und Standardisierung des Lebens.

Einspruch des Episkopates

Die englischen Bischöfe haben nicht gezögert, in einer offiziellen Verlautbarung anläßlich der letzten Bischofskonferenz darauf aufmerksam zu machen, daß dies Projekt schon in seiner Grundauffassung die christlichen Begriffe von Ehe, Familie und Persönlichkeit verleugnet und daß es falsch ist, weil es die Natur zu vergewaltigen sucht. In der Tat haben wir es hier mit einem Dokument zu tun, das ebenso ein beredtes Zeugnis für die soziale und ökonomische Krise unserer Zeit und den daraus entstehenden Zwang zur Ausweitung der Kontrolle des Staates ablegt, wie es andererseits dartut, daß der technische Verstand des Menschen unserer Tage sich unterfängt, auch in die Geheimnisse des Schöpfers ehrfurchtslos hineinzugreifen.

Die englischen Bischöfe erkennen in ihrer Kundgebung zunächst an, daß der Bericht das Ergebnis sorgfältiger Studien ist und zahlreiche anerkennenswerte Vorschläge zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage der Familie enthält und machen dann folgende Bedenken geltend:

„Die wichtigeren Vorschläge der Kommission gründen ausschließlich auf diesseitigen Erwägungen. Die Kommission hat richtig erkannt, daß die Eheleute der Hilfe und Anleitung bedürfen, um ihre physischen Wünsche in Einklang zu bringen mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Aber sie scheint die Grundwahrheit übersehen zu haben, daß Eheleute, die sich in ihren Schwierigkeiten an Gott wenden, geistige und seelische Kraft erhalten, ihre Wünsche so weit einzuschränken, daß sie den Gegebenheiten des Augenblicks und ihren persönlichen Verhältnissen entsprechen. Der Mangel dieser Erkenntnis und der Erkenntnis, daß Millionen daran glauben, stört das Gleichgewicht des Berichtes und entwertet einige seiner Schlußfolgerungen.

Die Kommission empfiehlt in ihrer rein diesseitigen Betrachtung des Problems einen Plan, durch den die Bevölkerung um etwa 6 % erhöht und dann auf diesem Stande gehalten werden soll. Um dies Ziel zu erreichen, schlägt sie zum Anreiz finanzielle und andere Mittel und Hilfen vor, die die Eltern von kleineren Familien ermutigen sollen, mehr Kinder zu haben. Dies ist grundsätzlich anzuerkennen. Aber die Kommission empfiehlt auch, daß allen Eheleuten Unterricht über künstliche Empfängnisverhütung erteilt werden soll. Sie scheint anzunehmen,

und zwar auf Gründe hin, die uns unzureichend erscheinen, daß ein derartiger Unterricht das angemessene Wachstum der kleineren Familien nicht hindern würde, und die Wahrscheinlichkeit zu übersehen, daß die kleinen Familien wohl noch kleiner werden würden, wenn die künstliche Empfängnisverhütung zu einer vom Staate gebilligten Methode gemacht würde.

Das hauptsächliche Ziel des Unterrichts über künstliche Empfängnisverhütung ist jedoch die Begrenzung der Fruchtbarkeit der größeren Familien. Dies Ergebnis würde sicherlich erreicht werden. Aber es könnte wohl geschehen, daß die Geburtenbeschränkung solche Ausmaße erreichen würde, daß sie zu einem ernsten Rückgang der Bevölkerung führte.

Der Erfolg des empfohlenen Planes hängt also von zwei erwarteten Entwicklungen ab: daß die kleinen Familien sich um einiges vergrößern und daß die großen Familien etwas kleiner, aber nicht zu klein werden. Aber was würde sich ereignen, wenn die kleinen Familien noch kleiner und die großen ebenfalls kleine Familien würden?

Sind die Kinder der Kleinfamilie wertvoller?

Der Plan kann ebenso deswegen beanstandet werden, weil er einen Angriff gegen die große Familie darstellt. Diesen Angriff scheint die Kommission damit zu rechtfertigen, daß die kleinere Familie einen intelligenteren Menschentyp hervorbringt. Diese Schlußfolgerung beruht auf Voraussetzungen, die uns unzureichend erscheinen. Aber selbst wenn sie sicher wäre, bliebe die weitere Frage offen, ob die Intelligenz die einzige oder die wichtigste Eigenschaft ist, die wir bei den Kindern der Zukunft zu sehen wünschen.

Es scheint uns, daß die Kommission zuviel Gewicht auf die Beweiskraft von Intelligenz-Tests gelegt hat. Selbst wenn diese auf ihrem eigenen beschränkten Felde vertrauenswürdig sind, sagen sie doch nichts aus über den Charakter oder die Gesamtpersönlichkeit. Intelligenz und Charaktergröße sind nicht miteinander verheiratet, und wir geben mit Nachdruck unserer Ansicht Ausdruck, daß die Kommission einen schlechten Maßstab angelegt hat und daß jeder Angriff auf die große Familie, der auf der Voraussetzung minderer Intelligenz ihrer Mitglieder gründet, mißverstanden und ungerechtfertigt ist. Wenn Intelligenz und Charakter zusammen herangebildet werden können, um so besser. Aber der Charakter ist das Wichtigere von beiden, und derjenige würde dreist sein, der leugnen wollte, daß eine große Familie eine gute Schule der Charakterbildung ist.

Da der Unterricht über künstliche Empfängnisverhütung mittels des nationalen Gesundheitsdienstes ein wesentlicher Bestandteil des vorgeschlagenen Planes ist, müssen wir den Plan schon allein deswegen verwerfen. Wir müssen erneut erklären, daß die künstliche Empfängnisverhütung ihrem Wesen nach unsittlich ist, im Widerspruch mit dem Gesetz Gottes steht und eine Verstümmlung des Sinnes und des Vorganges des sexuellen Aktes darstellt. Daß diese Praxis bereits weit verbreitet ist, daß sie von einem weiten Kreis der öffentlichen Meinung hingenommen wird, entkräftet keineswegs die Wahrheit der vorgenannten Feststellung, noch vermindert es unsere Pflicht, sie öffentlich bekannt zu machen. Diese Pflicht wird noch dringender angesichts der offensichtlichen Gefahr, daß ein ungerechtes Hindernis für die berufliche Laufbahn katholischer Ärzte geschaffen wird, die im Gewissen verpflichtet sind, die Erteilung des Unterrichts über künstliche Empfängnisverhütung zu verweigern, den die Kommission den im Rahmen des nationalen Gesundheitsdienstes Praktizierenden zur Pflicht machen will.

Ein alarmierendes Symptom des Staatstotalitarismus

Trotzdem der Unterricht über künstliche Empfängnisverhütung der böseste Punkt des vorgeschlagenen Planes ist, glauben wir, daß die ganze Konzeption auf falschen und heidnischen Grundsätzen beruht. Sie ist ein Beispiel jener ‚Grenzüberschreitung staatlicher Tätigkeit', die der Heilige Vater kürzlich verurteilt hat. Mit ihr maßt sich der Staat tatsächlich die Aufgabe und das Recht an, zu bestimmen, wie viele Kinder, Wesen mit einer unsterblichen Seele, auf diesen Inseln geboren werden sollen. Es ist natürlich richtig, daß der Bericht keinerlei Zwang für die Eheleute nahelegt. Aber wer kann daran zweifeln, daß mit den weitreichenden Aufgaben, die der Bericht für den Staat ins Auge faßt, eine Tür zur dauernden Steigerung der staatlichen Ansprüche und Vorrechte auf diesem Gebiete geöffnet wird, vielleicht bis zu dem Punkt, daß Eheleute, die sich in ihrem Verhalten der augenblicklichen staatlichen Praxis nicht anpassen, bestraft werden.

Nach den Vorschlägen der Kommission soll im Endergebnis die Familie zum Faustpfand der Bevölkerungsplanung gemacht werden. Welche Sorgfalt auch darauf verwandt werden mag, einen Teil der Eltern zu mehr Kindern und andere zu weniger Kindern zu veranlassen, das wirkliche Anliegen besteht nicht darin, die vorhandenen Familien zu begünstigen, sondern die Größe der Familien in künftigen Generationen festzulegen. Selbst wenn wir in der Zukunft lesen könnten, selbst wenn wir mit Sicherheit wissen könnten, daß eine so und so große Bevölkerung für England in, sagen wir, fünfzig Jahren die optimale sein würde, könnte solch ein Eingriff in die Menschenrechte, solch ein Einbruch in die geheiligte Innerlichkeit des Familienkreises nicht gerechtfertigt werden. Er ist um so weniger gerechtfertigt, wenn wir uns darüber Rechenschaft geben, daß die Annahme, auf der der Bericht beruht, sich als unrichtig erweisen könnte und daß unvorhersehbare Ereignisse die bevölkerungspolitischen Notwendigkeiten des künftigen England sehr verschieden von denen gestalten könnten, die in dem Bericht unterstellt worden sind.

Für die Eheleute selbst würde es einen Verzicht auf ihre Menschenrechte und eine Auslieferung an materialistische Normen bedeuten, wenn sie ihre Familien in Rücksicht auf einen vom Staate vorgeschriebenen wirtschaftlich motivierten Plan zahlenmäßig zu beschränken hätten, selbst wenn dies durch unanfechtbare Mittel geschähe. Wenn aber die Mittel zur Einschränkung, die in dem Plan befürwortet und angewendet werden sollen, nicht einwandfrei, sondern sündhaft sind, bleibt uns kein anderer Weg offen, als den Plan geradeheraus zu verdammen und die Katholiken unseres Landes darauf hinzuweisen, daß es ihre Pflicht ist, alle gesetzlichen Mittel, die in ihrer Macht stehen, anzuwenden, um die Verwirklichung dieser Vorschläge zu verhindern."

Erleichterung der Ehescheidung

Man muß es paradox nennen, aber es kennzeichnet die Verworrenheit der Begriffe über die menschliche Natur, daß zu gleicher Zeit in England ein Plan zur Erleichterung der Ehescheidung verhandelt wird. Ein von der Labour-

abgeordneten Mrs. White im Unterhaus eingebrachter Antrag zur Änderung des Eherechtes fordert die Möglichkeit der Ehescheidung für Ehepaare, die seit sieben Jahren getrennt gelebt haben. Die Herder-Korrespondenz hat allerdings erst im letzten Heft (5. Jhg., Heft 8, S. 376) darüber berichtet, daß der Zerrüttungsgrundsatz in Deutschland, dank der Einmütigkeit nationalsozialistischer und alliierter Auffassungen in dieser Sache, schon sehr viel konsequenter durchgeführt ist, als es jetzt in England versucht wird.

Der Antrag an das Parlament fand in der Öffentlichkeit, namentlich von seiten der katholischen, anglikanischen und methodistischen Kirche sowie verschiedener religiöser Organisationen, so heftigen Widerspruch, daß er vorläufig zurückgezogen und zum Studium an eine königliche Kommission überwiesen worden ist.

Die englischen Bischöfe nahmen auch zu dieser Angelegenheit in einer offiziellen Proklamation der Bischofskonferenz Stellung. Darin betonen sie folgende Gesichtspunkte:

1. Jede Gesetzgebung, die die Dauerhaftigkeit der Familie schwächt, mindert den Standard der öffentlichen und privaten Sittlichkeit.
2. Kein Volk kann vorankommen, wenn es die Ganzheit der Lehre Christi mißachtet.
3. Mitgefühl mit unglücklichen Eheleuten ist kein genügender Grund zur Mißachtung des göttlichen Gesetzes.
4. Die Ehe ist kein Privatvertrag, sondern begründet Verpflichtungen gegen die Gesamtheit.
5. Die Auflösung einer Ehe aus Rücksicht auf die individuell Betroffenen gefährdet den Bestand aller Ehen.
6. Gefühle sind ein unsicherer Führer zum Verständnis des Naturgesetzes.
7. Wer ein Herz für das Vaterland hat, muß jeden Versuch beklagen, die Zahl der zerbrochenen Familienheime zu mehren.
8. Der Weg zur Stärkung der Familie liegt in der Erschwerung der Ehescheidung.
9. Der katholische Weg, sie zu vermeiden, besteht in einer vermehrten Sorgfalt bei der Vorbereitung neuer Ehen.
10. Die Erleichterung der Ehescheidung mehrt die Verantwortungslosigkeit hinsichtlich der Ehe.

Bischof Ellis von Nottingham zeigte in einer über ganz England verbreiteten Rede vor der Vereinigung katholischer Mütter die Gefahren der steigenden Ehescheidungsziffer auf. Die Scheidungen in England sind von 400 zu Beginn dieses Jahrhunderts auf 60 000 jährlich gestiegen. „Scheidung ist das Krebsgeschwür der Ehe, nicht ihr Heilmittel", sagte der Bischof. Man kann diese Frage nicht vom Gefühl her lösen. „Ein warmes Herz und ein schwacher Kopf sind sehr schlechte Partner." Wir befinden uns heute inmitten einer Auflösung der christlichen Zivilisation unseres Landes, die man leicht in Parallele setzen kann zum Ende des Imperium Romanum; nur daß dieses damals vom Christentum aufgefangen wurde.

Der Aufruf der englischen Bischöfe fand eine vorbildliche Resonanz seitens des katholischen Volkes. Namentlich die Vereinigung der Mütter und der katholischen Jungmänner trat auf den Plan. Aber auch die katholische Presse und ungezählte einzelne Laien gaben ihrer Überzeugung durch Reden, offene Briefe und eine Flut von Eingaben an die Abgeordneten Ausdruck. Sie erreichten dadurch, daß das Unterhaus, in dem zunächst eine eindeutig günstige Stimmung für den Antrag bestand, die Sache zu weiterem Studium zurückgestellt hat.

Englische Kontroverse über den Charakter des religiösen Funks

Eine Kommission unter dem Vorsitz von Lord Beveridge hat ihre Untersuchungen über die religiösen Rundfunksendungen der British Broadcasting Company in einem Bericht zusammengefaßt, der die heftigste Kritik der englischen Katholiken ausgelöst hat. Der katholische Berater der Rundfunkabteilung für religiöse Sendungen, P. Agnellus Andrew OFM, hat den Bericht für „schlechthin unannehmbar" erklärt und für den Fall seiner Annahme die Konsequenz gezogen, daß die Katholiken ihre Mitarbeit beim britischen Rundfunk aufgeben müßten. Er wirft dem Bericht „Verworrenheit und Mißverständnis" des Zwecks religiöser Rundfunksendungen vor.

Die Beveridge-Kommission hat es als Zweck der religiösen Rundfunksendungen bezeichnet, „das Christliche und Liberale zu erhalten, nicht aber einen engen doktrinären Standpunkt einzunehmen" ... „Er sollte nicht dahin verstanden werden, für eine einzelne Kirche Konvertiten zu suchen, sondern das gemeinsame Element aller religiösen Körperschaften zu pflegen." Diese Auffassung wird vom Rundfunkreferenten der katholischen Kirche Englands als „BBC-Religion" gekennzeichnet. „Sie würde den religiösen Funk eindeutig auf ein vereinbartes Schema festlegen, auf den geringsten gemeinsamen Nenner in der Doktrin und die Verteidigung christlicher Werte", also auf jenen Indifferentismus, vor dem der Papst ausdrücklich gewarnt hat.

Bisher hat der englische Rundfunk sich an die Grundsätze gehalten, die Sir William Haley, der Generaldirektor der BBC, im letzten Jahr folgendermaßen formulierte: „Wir sind Bürger eines christlichen Landes, und die BBC als staatliche Einrichtung gründet ihre Politik auf eine positive Haltung gegenüber den christlichen Werten. Sie sucht diese Werte zu erhalten und ihre Anerkennung zu fördern." Noch deutlicher erklärte der Leiter der religiösen Abteilung: Die BBC möchte das religiöse Ziel des Rundfunks so verstanden wissen, daß „die katholischen Rundfunksprecher grundsätzlich das ganze Depositum der katholischen Lehre übermitteln und daß kein Hindernis für bestimmte Punkte der katholischen Lehre besteht, die Widerspruch erzeugen könnten". Dementsprechend waren die Manuskripte der katholischen Sendungen frei von jeder Zensur, und es bestand kein Verbot, irgendwelche katholischen Wahrheiten oder Einrichtungen im Rundfunk darzustellen.

Die katholische Kirche hat in einem Memorandum des Kardinals Griffin vom Parlament gefordert, daß der religiöse Funk als eine „von der gewöhnlichen Tätigkeit der BBC ganz getrennte Funktion" behandelt und nur dem Generaldirektor verantwortlich sein solle. Der religiöse Funk solle von beratenden Ausschüssen gestaltet werden. Die Zahl der Sendungen jeder Richtung solle deren zahlenmäßiger Stärke entsprechen. Diese Vorschläge sind von der Beveridge-Kommission abgelehnt worden. Die katholische Kirche wird, nach Mitteilung von P. Andrew, zwar nicht auf diesen Vorschlägen bestehen. Sollte aber das Parlament den Beveridge-Bericht zum Gesetz erheben, würde sie sich vor unüberwindliche Schwierigkeiten hinsichtlich weiterer Mitarbeit gestellt sehen.

Die englischen Katholiken bitten also nicht ängstlich um die Gunst des Rundfunks, sondern versuchen, die Rundfunkgesellschaft vermöge der Disziplin ihrer Gemeinschaft für ihre Forderungen zu gewinnen.

Die Zulassung der Jesuiten in Norwegen

Der Außenminister Norwegens hat dem Storting die Aufhebung der Verfassungsklausel vorgeschlagen, die den Mitgliedern der Gesellschaft Jesu den Aufenthalt auf norwegischem Boden verbietet. Die Aufhebung der Klausel ist nach Ansicht des Ministers dadurch notwendig geworden, daß die von den Vereinten Nationen angenommene Erklärung der Menschenrechte jede Art von Diskriminierung aus religiösen Gründen verbietet. Norwegen kann deshalb die Erklärung der Menschenrechte nicht ohne Vorbehalt ratifizieren, wenn es nicht seine Verfassung ändert. Das Außenministerium legt Wert darauf, daß das Land sich im Interesse seines internationalen Ansehens rückhaltlos auf den Boden der Menschenrechte stellt.

Verschiedene lutherische Bischöfe des Landes haben den Antrag des Außenministeriums befürwortet. Jedoch ist aus den Kreisen evangelischer Pfarrer und von einzelnen Universitätstheologen auch Widerspruch laut geworden, der von der Wiederzulassung der Jesuiten eine Störung des konfessionellen Friedens befürchtet. Dazu schreibt die Zeitung „Verdens Gany": „Geben wir zu, daß man keine Sympathie für die Jesuiten und ihre Lehre empfindet, auch nicht in ihrer heutigen Form. Aber das ist kein genügender Grund, um sie durch einen Akt der Autorität auszuschließen. Das wäre eine seltsame Geistesfreiheit, die wir damit bekunden würden. Eine geistige Tendenz muß mit geistigen Waffen bekämpft werden, solange sie sich nicht auf dem Boden der Illegalität zeigt und nicht ihre Zuflucht zur Gewalt nimmt." Wenn man die Klausel schon nicht aus Liebe zu den Jesuiten aufheben wolle, dann müsse man es aus Selbstachtung tun.

Aus Nord- und Südamerika

Gewinnbeteiligung

NCWC-News Service berichtete wiederholt von günstigen Erfahrungen, die katholische Unternehmer mit der Gewinnbeteiligung ihrer Belegschaften machten. Hier zwei Beispiele:

Mr. Alan Turner ist der Chef einer Textilfabrik in Derby (Mittelengland) mit 200 Arbeitern. Er versucht, die Ideen der Sozialenzykliken in die Tat umzusetzen, d. h. er betrachtet und behandelt seine Arbeitnehmer als Mitarbeiter und Genossen. Inmitten seiner Fabrik befindet sich eine Kapelle, in der man sich bei bestimmten Gelegenheiten zum gemeinsamen Gebet versammelt. In der Fabrik gibt es keine Zeitkontrolle. Die Arbeiter sind nur durch das Gewissen gebunden, die Stunden einzuhalten und ernstlich zu arbeiten. Zehn Vertreter der Arbeiter und zehn von der Geschäftsleitung bestellte Treuhänder der geschäftlichen Belange treffen sich regelmäßig im „Betriebsrat", um die laufenden Angelegenheiten des Unternehmens zu besprechen und zu entscheiden. Dabei führt im Turnus ein Arbeitgeber- und ein Arbeitnehmervertreter den Vorsitz.

Turner, der daran glaubt, daß die Soziallehre der Päpste nicht nur akademischen Wert hat, begann diese „Sozialisierung" seines Unternehmens vor zehn Jahren mit der Berufung des „Betriebsrates". Im letzten Jahr war er soweit, die Zeitkontrolle abzuschaffen. Die Arbeitnehmervertreter widersprachen; sie glaubten, das würde mißbraucht werden. Jedem neu eintretenden Arbeiter wird mitgeteilt, daß er sich in einer christlichen Gemeinschaft befindet, die auf Brüderlichkeit und gegenseitigem Verständnis beruht.

Der „Betriebsrat" arbeitet glatt und freundschaftlich. Die Arbeitnehmervertreter haben sich im Laufe der Zeit eine bemerkenswerte Sachkenntnis angeeignet. Sie haben verschiedene Verbesserungen vorgeschlagen, und die Geschäftsleitung hat davon profitiert. Sie haben sich mit besonderem Eifer der Erhöhung und Rationalisierung der Produktion angenommen, daneben kümmern sie sich besonders um die Anpassung des Lohnes an die individuelle Leistung. Am Gewinn werden sie bis dahin nach Ermessen der Geschäftsleitung beteiligt. Ein verbindliches Gewinnbeteiligungssystem, das Barausschüttungen und Rücklagen kombiniert, wird zur Zeit ausgearbeitet. Außerdem existiert ein Pensions-, Invaliditäts- und Notfond. Ein Sozialausschuß sorgt für sonstige Vergünstigungen, besonders für eine billige und nützliche Freizeitgestaltung.

Über dem Eingang zur Fabrik hängt das Kruzifix. Über einem Tor stehen die Worte: „Segne, Herr, das Werk unserer Hände." Zum Feierabend ruft die Glocke zu kurzem Gebet in die Kapelle. Etwa 30 bis 40 Leute folgen ihrem Ruf. Von den 200 Arbeitern sind etwa 100 Katholiken.

Ein zweites Beispiel: Mr. Julian J. Reiß besitzt die „Northland Motors Company" in Saranac Lake N. Y. Auch er berichtet, daß es in seinem Unternehmen „wenige oder keine Streitigkeiten" gibt und daß die Arbeiter „einen sehr realen Sinn" dafür haben, daß sie Teilhaber sind. In sieben Jahren verteilte die Firma 227 536 Dollar Gewinnbeteiligung. Neben dem normalen Lohn wurden durchschnittlich 2000—3000 Dollar pro Arbeitnehmer ausgeschüttet. Der höchste Anteil eines einzelnen betrug 4612 Dollar. Die Arbeitnehmer erhalten 60% vom Nettogewinn, jedoch mit der Maßgabe, daß das Kapital von dem verbleibenden Anteil von 40% die gesamten Steuern trägt.

Vorstoß gegen die katholische Schule in Kanada

Kanada ist zu 43% katholisch. Die Zahl der Katholiken überschreitet 6 Millionen. Sie gehören überwiegend dem französischen Teil des Landes an. Die Provinz Ontario mit der Hauptstadt Toronto beheimatet mehr als die Hälfte von ihnen. Die französischen Provinzen Kanadas genießen weitgehend kulturelle Autonomie, die sich bis jetzt sehr zugunsten der katholischen Erziehung auswirkte. In Ontario unterhalten die Katholiken auf dem Lande achtklassige, in den Städten zehnklassige Schulen für fast alle katholischen Kinder. Die Staatsschulen werden fast ausschließlich von Nichtkatholiken besucht. Die katholischen Schulen erhalten Staatszuschüsse. Sämtliche von Katholiken gezahlten Schulabgaben kommen den Privatschulen zugute. Ein idealer Zustand!

Aber auch dieses Land bleibt vom Geistesstrom der Zeit nicht unberührt. Eine vom Staat Ontario eingesetzte Kommission zur Reform des Schulwesens, der bezeichnenderweise unter 20 Mitgliedern nur 5 Katholiken angehörten, hat vorgeschlagen, die Gesetzgebung dahin zu ändern, daß nur mehr 6 konfessionelle Klassen subventioniert werden. An die sechsklassige Grundschule soll eine vierklassige Sekundarschule und an diese das dreijährige College angeschlossen werden. Die beiden Oberschulformen sollen in der Regel staatlich und interkonfessionell sein. Jedenfalls sollen private Oberschulen keine Subventionen mehr erhalten. Auf den Oberschulen soll wahl-

weise ethischer oder interkonfessioneller Religionsunterricht erteilt werden, auf dem College jedoch nur in der Unterklasse.

Von allen staatlich subventionierten, also auch den katholischen Elementarschulen fordert der Vorschlag, daß der religiöse Unterricht von der Darlegung „besonderer Lehren und Dogmen" absehe und sich auf „jene grundlegenden Wahrheiten des Christentums, die von allen Menschen guten Willens angenommen werden", beschränke. Man wünscht also auch in Kanada das Experiment des „positiven Christentums" zu machen. Ebenso soll in allen diesen Schulen die religiöse Toleranz dadurch gefördert werden, daß alle religiösen Bilder und Zeichen konfessionellen Charakters daraus entfernt werden, ausgenommen die Räume, in denen Religionsunterricht erteilt wird, während der Stunden dieses Unterrichts, und daß die Lehrkräfte im Dienst keine religiöse Kleidung tragen.

Die Kommission, die an ihrem Memorandum von 1179 Seiten fast sechs Jahre gearbeitet und nahezu 1000 einzelne Vota eingeholt hat, wie sie auch Europa und die USA studienhalber bereiste, hat zum Ausdruck gebracht, daß sie „Religion für einen wesentlichen Bestandteil der Bildung" hält. Aber sie hat zugleich auch ihren Begriff von „Religion" dokumentiert. In einem Augenblick, wo der Westen vom Osten lernen könnte, daß die geistige Ausrichtung des Menschen gar nicht umfassend und konkret genug gestaltet werden kann, wenn sie ihn wirklich formen soll, möchte man in Kanada den Liberalismus etablieren und das Christentum auf Gemeinplätze reduzieren.

Die kanadischen Katholiken haben nach einer Ankündigung von Kardinal McGuigan nicht die Absicht, sich stillschweigend gefallen zu lassen, daß das Schulsystem, dessen sie sich seit mehr als 100 Jahren erfreuten und das ihnen durch die Verfassung von 1867 garantiert wurde, in dieser Richtung geändert wird. Wir sehen ihrer Abwehr mit Hoffnung und Sympathie entgegen.

Die religiöse Lage in Portorico

Wir haben in den letzten Heften der Herder-Korrespondenz verschiedentlich Überblicke über die Lage der Kirche in den Staaten Lateinamerikas gegeben. In diese Reihe gehört auch ein Bericht über Portorico, die östlichste Insel der Gruppe der Großen Antillen, die zwar im Besitz der Vereinigten Staaten ist, aber ein durchaus autonomes kulturelles Leben führt. Die Insel ist schon von Columbus entdeckt und bis Ende des 19. Jahrhunderts in spanischem Besitz geblieben, und ihre Einwohnerschaft besteht zum großen Teil aus spanisch-indianischen Mischlingen.

Der Internationale Fidesdienst hat im Februar einen Bericht seines Korrespondenten aus Aibonito gebracht, der die religiöse Situation dieses Landes schildert. Es gehört durchaus in den Rahmen der Verhältnisse der anderen lateinamerikanischen Staaten. Zwar ist der größte Teil der $2\frac{1}{4}$ Millionen Einwohner des Landes katholisch getauft, aber dieser Katholizismus besteht in breiten Schichten nur dem Namen nach. Es gibt in der letzten Zeit wohl einen religiösen Aufschwung, und es bildet sich eine bewußt katholische Elite heraus; aber das sind vorläufig nur Anfänge, wenn auch vielversprechende. Was den Niedergang des Glaubens in Portorico bewirkt hat, sind die verschiedenen Übelstände, die auch in den anderen lateinamerikanischen Staaten herrschen: eine außerordentliche Sittenverwilderung, eine freigeistige Atmosphäre des Unterrichtswesens, das Wirken protestantischer Sekten, der Freimaurerei und des Spiritismus, und dazu, zum Teil aus alledem resultierend, der erschreckende Priestermangel.

Ehe, Familie, Bevölkerungsprobleme

Eines der größten Übel in Portorico ist zweifellos die Ehescheidungssucht. Die Insel steht hier an erster Stelle in der ganzen Welt. Man hat in einem einzigen Jahr auf 100 Ehen 21 Scheidungen gezählt, während selbst in den Vereinigten Staaten, die man im allgemeinen für das Land der zahlreichsten Ehescheidungen hält, in dem gleichen Zeitraum nur 16 Scheidungen auf 100 Ehen kamen. Dazu kommt die Propaganda für die Geburtenkontrolle. Die Bevölkerung von Portorico nimmt alljährlich um 55 000 Seelen zu; damit hat das Land eine der höchsten Geburtenziffern der Welt, und seine Bevölkerungsdichte ist die drittgrößte unter allen Nationen und die größte in Amerika. Dieser Bevölkerungszuwachs stellt ein sehr ernstes soziales Problem dar, dem man neuerdings nur durch eine scharfe Geburtenkontrolle und Sterilisation beikommen zu können glaubt. 1946 gab es in Portorico bereits 146 Sterilisationskliniken, zu denen 50 000 Personen ihre Zuflucht nahmen. Das Ministerium für öffentliche Aufklärung und Gesundheit unterstützt diese Aktion. Trotzdem gibt es, zumal auf dem Lande, noch viele Familien mit zehn, zwölf oder fünfzehn Kindern.

Die Schulverhältnisse

Von den schulpflichtigen Kindern Portoricos besuchen ungefähr 95 % die Staatsschulen. Diese werden in einem laizistischen Geiste geführt, der teilweise ausgesprochen religionsfeindlich ist. Vor einigen Jahren wurde ein Gesetz, das Religionsunterricht für die staatlichen Schulen in Portorico vorsah, zwar vom Senat angenommen, fand aber nicht die Zustimmung der Nationalversammlung. Das freie Schulwesen kann sich zwar unbeschränkt entfalten; aber es ist noch nicht genügend entwickelt, um einen größeren Einfluß auszuüben. Nur 3,7 % der Kinder besuchen katholische Schulen. Allerdings steigt dieser Prozentsatz für das Universitätswesen auf 11 %, so daß eine gebildete katholische Schicht im Entstehen begriffen ist.

Die nichtkatholischen Geistesrichtungen

Eine Anzahl von protestantischen Sekten, gegenwärtig 16 an der Zahl, neben einer Reihe von weniger faßbaren Gruppen, entfaltet eine eifrige Tätigkeit auf der Insel. Sie können vor allem eine große Anzahl von Pastoren und Laienpredigern einsetzen. Die Protestanten haben gegenwärtig 400 Kirchen und 700 Sonntagsschulen mit 100 000 Kindern, einige karitative Werke, 2 große Buchhandlungen, 8 religiöse Zeitschriften und 25 Wochenprogramme im Rundfunk.

Einen wichtigen Platz nimmt auch die Freimaurerei ein, die einen stark antikatholischen Kampf führt. Es heißt, daß die Freimaurer fast alle höheren Posten in den Ministerien der Post und des Unterrichtswesens innehaben und daß sie auch zu allen anderen Stellen in der Regierung, im Finanzwesen, im Handel und im Heer Zutritt haben.

Der Spiritismus ist für das Land eine wahre Plage. Er findet besonders bei der armen Landbevölkerung Anhang.

Katholische Hoffnungen und Sorgen

Trotzdem ist der katholische Glaube im Herzen des Volkes erhalten geblieben, und aus ihm beginnen heute neue Kräfte aufzusteigen. Das katholische Schulwesen, an sich von geringem Umfang, gipfelt doch in drei katholischen Universitäten. Der Rundfunk bringt wöchentlich 32 katholische Sendungen. Die Dominikaner veröffentlichen eine Zeitschrift „El Piloto", die in ganz Amerika anerkannt ist. Es bestehen einige katholische Bruderschaften, und das Heilige Jahr mit seinen großen Volksmissionen hat einen über Erwarten großen Erfolg gehabt. Allerdings leidet die Kirche in Portorico unter dem gleichen Übel wie die Kirche in allen lateinamerikanischen Ländern, nämlich unter dem unvorstellbaren Priestermangel. Das ganze Land besitzt gegenwärtig nur 295 Priester, von denen nur 40 aus Portorico selber hervorgegangen sind. Auf dem großen Seminar sind gegenwärtig im ganzen nur 12 Priesteranwärter. Zum Glück ist die Zahl der Schüler des kleinen Seminars, das für alle Diözesen Portoricos zusammen in Aibonito von den Jesuiten geleitet wird, heute 92, gegenüber 36 vor zwei Jahren.

Im ganzen fehlt es dem Katholizismus auf der Insel noch an Organisation und Zusammenfassung. Es gibt keine katholische Tageszeitung und keine katholische Partei. Der Berichterstatter des Fides-Dienstes muß also seine Übersicht in einem Ton zwischen Sorge und Hoffnung abschließen; doch hält er die Hoffnung auf die neuerwachte religiöse Bewegung für die begründetere Haltung.

Aus Asien und Ozeanien

Kirche und Islam im Nahen Osten

Eine sehr bemerkenswerte Erklärung in Bezug auf das Verhältnis der Mohammedaner zu den Katholiken im vorderen Orient und die Lage der Kirche in diesen Ländern gab vor kurzem der Patriarch der unierten griechisch-melchitischen Kirche von Antiochien, Maximus IV. Saïgh, ab. Es handelt sich um die erste öffentliche Äußerung eines katholischen Prälaten seit den Gerüchten von einer katholischen und islamischen Zusammenarbeit gegen den Unglauben.

Der Patriarch sagte: „Die Autonomie, deren wir uns in der Verwaltung unserer Kirche erfreuen, und die Achtung, die Rom unseren Vorrechten und Überlieferungen entgegenbringt, sind ein Hinweis darauf, was die große melchitische Kirche eines Tages bedeuten wird, wenn durch Gottes Gnade die zwei Schwesterzweige (der unierte und der orthodoxe) unter einer einzigen Hierarchie in Unterordnung unter den Heiligen Stuhl vereinigt sein werden." (Heute zählt der orthodoxe Zweig 500 000, der unierte 250 000 Gläubige. Allerdings leben von ihnen 200 000 bzw. 70 000 in Amerika.)

„Die mohammedanische Intoleranz gegen die Christen verschwindet allmählich in dem Maße, als christliche Politiker zur Teilnahme an der Regierung, den Parlamenten, den diplomatischen und konsularischen Vertretungen ihrer Länder im Ausland berufen worden sind. Unsere Staatsoberhäupter, ob Könige oder Präsidenten, sind von freier Gesinnung und Schützer der Minderheiten. Die Elite der Mohammedaner, von denen viele in unseren Schulen erzogen wurden, versteht uns und ist vorurteilsfrei. Wir vertrauen darauf, daß die Massen, die diesen Geist noch oft vermissen lassen, ihrem Beispiel folgen werden. Als Zeichen der Zeiten ist es wichtig, daß ungeachtet der verderblichen Tätigkeit einiger Vereinigungen von mehr politischem als religiösem Charakter, wie der muselmanischen Bruderschaft, Berührungen und Begegnungen zwischen Islam und Christentum in einer Atmosphäre gegenseitiger Achtung und Freundschaft stattfinden. Solche Begegnungen wären vor zwanzig Jahren undenkbar gewesen. Sie versprechen viel für die Zukunft und werden schließlich jahrhundertealte Vorurteile ausräumen. Wir spielen also hier die Rolle eines Vermittlers zwischen der westlich-christlichen Zivilisation auf der einen Seite und der arabisch-muselmanischen andererseits."

Bezüglich der Juden fügte der Patriarch hinzu: „Es wäre verfrüht, von ‚Beziehungen' zwischen uns und den jüdischen Behörden zu sprechen. Wir müssen das Ende des Kriegszustandes zwischen Israel und den Ländern der arabischen Liga abwarten. Alles, was wir sagen können, ist, daß wir großes Leid erfahren angesichts der schrecklichen Prüfungen, die unsere Gläubigen wie alle anderen Araber in Palästina getroffen haben, da sie gezwungen wurden, in den arabischen Nachbarländern Zuflucht zu suchen und unter unerträglichen Bedingungen zu leben."

Diesen Feststellungen des Patriarchen Maximos Saïgh kommt das Gewicht hoher Autorität und Sachkenntnis zu. Er steht seit 1947 an der Spitze einer Kirche, die sich von Ägypten, dem Sudan und Libyen im Westen bis nach Cilicien und Mesopotamien, also über das ganze Gebiet des alten ottomanischen Reiches erstreckt. Seine Feststellungen werden aber auch durch gewisse andere Tatsachen bestätigt.

Zu diesen Tatsachen gehört unter anderem der glänzende Empfang, der dem Sekretär der Kongregation für die Orientalische Kirche, Kardinal Tisserant, seitens der ägyptischen Regierung und Bevölkerung zuteil wurde, als der Kirchenfürst vor einigen Monaten auf Grund einer offiziellen Einladung einem wissenschaftlichen Kongreß in Kairo beiwohnte. Es ist das erste Mal in der Geschichte, daß ein Kardinal in dieser Form in ein mohammedanisches Land gebeten wurde. Der Rektor des mohammedanischen Kulturzentrums, der Al-Azhar-Universität, begrüßte den Kardinal auf einem Empfang, der ihm zu Ehren veranstaltet wurde, mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß „Islam und Christentum ihre Bemühungen im Kampfe gegen die zersetzenden Theorien des materialistischen Atheismus vereinen werden". Bemerkenswerterweise wurde dem Kardinal, der viele christliche Gemeinden im ganzen Lande besuchte, überall auch seitens der Bevölkerung ein achtungsvoller Empfang bereitet.

Die katholische Kirche in Ägypten

Ägypten bildet, zusammen mit Saudi-Arabien und Pakistan, die Basis der geistigen und politischen Macht des Islam. In diesen Ländern ist die Religion ein wichtiges, vielleicht sogar das wichtigste Grundelement des nationalen Bewußtseins. Sie fühlen sich als mohammedanische Staatsgebilde in einem ebenso entschiedenen Sinne, wie die europäischen Nationen im Mittelalter sich als christliche empfanden.

In Ägypten treffen nun mehrere Umstände zusammen, die zu einer Auseinandersetzung dieses religiösen Nationalbewußtseins mit der christlichen Gedankenwelt und mit dem Christentum als sozialer Wirklichkeit zwingen.

Einerseits liegt Ägypten von diesen drei Ländern dem Westen am nächsten und ist dem westlichen Säkularisierungsprozeß am meisten zugänglich. Zweitens zählt es zwei Millionen Christen gegenüber den 18 Millionen Mohammedanern, und diese Christen haben sich seit eineinhalb Jahrtausenden im Lande behauptet. Deshalb ist Ägypten der gegebene Schauplatz für die Begegnung von Islam und Christentum in einer gemeinsamen sozialen Aufgabe.

Msgr. Cardinale, der Nuntiaturrat in Kairo, hat unlängst in einem durch NCWC-News Service verbreiteten Aufsatz über die Geschichte der mit Rom unierten koptischen Kirche Ägyptens eine erfreuliche Entwicklung feststellen können. In diesem Jahre begehen wir das tausendfünfhundertjährige Gedächtnis des Konzils von Chalcedon, das den Monophysitismus verurteilte und mit dem das Schisma in der koptischen Kirche beginnt, die damals in einen monophysitischen und einen katholischen Teil zerrissen wurde. Beide haben den Ansturm des Islam überstanden und dadurch eine einzigartige Lebenskraft bewiesen. Die katholischen Kopten Ägyptens wurden bis ins 18. Jahrhundert durch Franziskaner und Jesuiten betreut. 1741 konvertierte der koptische Bischof von Jerusalem und wurde zum Apostolischen Vikar für die katholischen Kopten ernannt, konnte aber wegen des Widerstandes der Monophysiten Ägypten nicht betreten. 1824 wurde das koptische Patriarchat von Alexandrien neu errichtet. Es konnte aber erst 1895 provisorisch und 1899 endgültig besetzt werden. Seit 1926 stand Msgr. Khouzam als Administrator an seiner Spitze, bis Papst Pius XII. im Jahre 1948 ihn zum Patriarchen erhob und die vier Bistümer Alexandrien, Hermopolis, Lykopolis und Theben-Luxor schuf. Unter der Amtstätigkeit des Patriarchen Markus II. Khouzam ist die Zahl der katholischen Kopten auf 75 000 gestiegen. Die Herder-Korrespondenz hat im 3. Jhg. (1948/49) auf Seite 310 und 336 über die kirchlichen Verhältnisse Ägyptens berichtet.

Anfang Mai ist ein wichtiger Versuch unternommen worden, auf politischem Gebiet den Einfluß der Christen durch die Gründung einer „Christlichen Demokratischen Partei" zu stärken, in deren Gründungskreis alle christlichen Konfessionen vertreten sind. Unter den Programmpunkten dieser Partei sind folgende zu nennen: 1. Die Politik Ägyptens soll unabhängig von religiösen und rassischen Gesichtspunkten auf eine nationale Grundlage gestellt werden. 2. Der Staat soll sich von der Religion trennen. 3. Die Deklaration der Menschenrechte soll für die Rechte der Bürger maßgebend sein. 4. Die christlichen Feiertage sollen ebenso geschützt werden, wie es die mohammedanischen sind. 5. Es soll volle Freiheit des Übertrittes zu einer Religion bestehen. Alle religiösen Gemeinschaften sollen die gleichen Rechte hinsichtlich der Propaganda und der Benutzung des Rundfunks haben. Ihren Mitgliedern soll ohne Unterschied der Zugang zu öffentlichen Ämtern offenstehen.

Die Gründung einer christlichen Partei zu diesem Zeitpunkt ist durch verschiedene Umstände bestimmt worden. Die Wafd-Partei, die bei den Wahlen des vorigen Jahres siegte, hat den Christen nicht die Vertretung gewährt, die ihrer Zahl entsprochen hätte. Das Parlament hat nur 10 christliche unter 300 Abgeordneten, die Regierung einen christlichen Minister. Das wird um so bedenklicher empfunden, als der ägyptische Staat den Einfluß der religiösen Gemeinschaften zurückzudrängen trachtet. So liegt gerade jetzt ein Gesetzentwurf vor, durch den die Ehegerichtsbarkeit der Kirchen eingeschränkt werden soll. Ferner machen sich innerhalb des Islam antichristliche Strömungen geltend, wie die oben erwähnte „muselmanische Bruderschaft", denen man durch einen Zusammenschluß der Christen rechtzeitig zu begegnen hofft. Das Prestige der Christen auf politischem Gebiet kann bei den breiten Massen dadurch gewinnen, daß sie sich um die soziale Hebung der verelendeten Fellachen bemühen. Die katholischen Vinzenzvereine haben im letzten Jahr über 100 000 Dollar dafür aufgewendet. Noch wichtiger ist das Eintreten führender katholischer Persönlichkeiten für ihre Rechte. In diesem Zusammenhang ist der Name des Leiters der katholischen Schulorganisation, P. Heinrich Ayrout SJ, zu nennen. Er hat die Vertretung der Fellachen zu seiner Lebensaufgabe gemacht und sich erst jüngst vor dem Kongreß der Baumwollindustrie so entschieden für sie eingesetzt, daß er von kapitalistischen Kreisen schwere Vorwürfe hinnehmen mußte, allerdings auch bei einsichtigen Mohammedanern Unterstützung fand. Die politische Chance der Christen Ägyptens liegt darin, daß sie, frei von Bindungen gegenüber den Nutznießern der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und in ihrer Lehre weniger konservativ als die Mohammedaner, für soziale Gerechtigkeit eintreten können, wenn es ihnen gelingt, einig zu werden. Die Führung wird hierbei der katholischen Kirche zufallen, und vielleicht ergeben sich daraus für die Zukunft Möglichkeiten einer engeren Begegnung mit dem Islam auch auf anderen Gebieten.

Das japanische Bevölkerungsproblem

Die Frage, wie die stark wachsende Bevölkerung Japans auf die Dauer ernährt werden soll, wird nicht zur Ruhe kommen und gehört zu den entscheidenden Problemen des Weltfriedens. Man muß es wohl als einen Ausbruch der Verzweiflung registrieren, daß führende Zeitungen in Tokio unlängst den Vorschlag machten, eine Kindersteuer einzuführen, um dem Bevölkerungszuwachs radikal ein Ende zu bereiten. Nach dem Vorschlag sollen die Eltern für das vierte Kind 10 000 Yen, für das fünfte 30 000, für das sechste 100 000 und für das siebente 500 000 Yen bezahlen. 1000 Yen entsprechen nicht ganz 3 Dollars. Ein Arbeiter verdient im Monat ungefähr 10 000 Yen. Man möchte nicht glauben, daß dieser ungeheuerliche Vorschlag ganz ernst gemeint ist. Aber daß er ernsthaft vorgebracht werden kann, zeigt, daß die Dinge einer Katastrophe entgegentreiben. Japan wird 1960 bereits über 90 Millionen Einwohner haben. Es muß also für dieses Volk irgendein Ventil geöffnet werden.

Die Katholiken unter den Vertretern der Besatzungsmacht in Japan geben sich die äußerste Mühe, die Aufmerksamkeit ihres Landes und der Welt auf dieses Problem zu lenken. Aus ihren Kreisen stammt ein vernünftiger Vorschlag zur Lösung, der in seiner Kühnheit und Originalität sicherlich Beachtung verdient. Eine japanische Massenauswanderung ist technisch ebensowenig durchführbar wie eine deutsche, ja sie begegnet aus rassischen Gründen noch größeren Schwierigkeiten als eine europäische. So machen die Urheber dieses Planes den Vorschlag einer anderen Form japanischer Kolonisation. Man solle den Japanern in den unentwickelten Ländern der Erde, z. B. in Afrika und Südamerika, eine Menge kleiner Gebiete von jeweils höchstens 10 englischen Quadratmeilen verpachten. Sie sollen diese Gebiete mit ihren eigenen Leuten entwickeln und ausnutzen. Die Produktion dieser Kolonien soll aus-

schließlich nach Japan exportiert und dem japanischen Preisniveau angepaßt werden, so daß für die Volkswirtschaft der Pachtländer daraus keine Beunruhigung entsteht. Man geht davon aus, daß in weiten Teilen der Erde völlig ungenutzte und auf absehbare Zeit auch nicht zu nutzende Flächen brachliegen, weil zu ihrer Erschließung die Arbeitskräfte fehlen. Da aber diese Länder weder das Kapital noch ein politisches und nationales Interesse für eine Einwanderung großen Stiles aufbringen, muß ein Weg gesucht werden, diese Landflächen zugunsten der übervölkerten Gebiete zu nutzen, indem man sie der Volkswirtschaft der raumbeengten Länder eingliedert.

Wenn man vor den Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens kapituliert und auch sonst keinen Ausweg für den japanischen Bevölkerungsüberschuß findet, glauben die Verfasser, daß der Augenblick kommen wird, in dem die Not zu einer gewaltsamen Expansion der biologisch kraftvollen Völker führt, unter denen das japanische an einer der ersten Stellen steht. Der japanische Friedensvertragsentwurf weise bei aller Großzügigkeit keinen Ausweg für diese Schwierigkeit. Papst Pius XII. habe aber bereits am 1. Juni 1941 darauf aufmerksam gemacht, daß die Friedensverträge der Zukunft den Fehler der vergangenen vermeiden müßten, die Quellen der Natur einseitig den Siegern vorzubehalten. Denn alle Völker der Welt hätten ein Anrecht darauf, ihren elementaren Bedürfnissen entsprechend daran beteiligt zu werden.

Die Kirche auf den Philippinen

Die seltsame Gruppe der 7000 Inseln knapp nördlich vom Malaiischen Archipel gehört statistisch zu den „katholischen" Ländern der Erde und müßte demnach eigentlich ein Kraftzentrum der Mission im Fernen Osten sein, das einzige in diesem Teil der Erde. Von den 18 Millionen Einwohnern bebekennen sich 16 Millionen zu unserm Glauben. 1,5 Millionen gehören der um 1900 entstandenen schismatischen Kirche des exkommunizierten Priesters Gregor Aglipay an (Aglipayaner), 700 000 sind Mohammedaner, 400 000 evangelische Christen, 50 000 Buddhisten, 13 000 Shintoisten und 80 000 verteilen sich auf die verschiedensten christlichen und heidnischen Religionen.

Trotz dieser Statistik sind die Philippinen Missionsgebiet der katholischen Kirche, und zwar eines der sorgenvollsten. Die Kirche auf diesen Inseln leidet sowohl an innerer Schwäche wie auch unter dem Druck mächtiger feindlicher Strömungen aus dem säkularen Raum. Für die innere Schwäche ist es kennzeichnend, daß die Philippinen so wenig Priester hervorbringen wie kaum ein anderes Land der Erde. Infolgedessen gibt es nur 2053 Geistliche, d. h. je einen für etwa 8000 Seelen. Deswegen liegt die Seelsorge im argen. 85 % der Sterbenden gehen ohne die Sakramente in die Ewigkeit, ein großer Teil der Kinder wird zwar getauft, empfängt aber niemals katholischen Unterricht. Das liegt hauptsächlich an dem Priestermangel, aber auch daran, daß die Priester durch die Verschiedenheit der Sprachen, deren man 70—80 zählt, sehr behindert werden. Nur 5 Millionen sprechen Tagalog, die offizielle Landessprache, und nur 5 Millionen verstehen Englisch, kaum eine halbe Million Spanisch. Die übrigen verständigen sich nur in ihrem Stammesidiom.

Daß die Kirche auf den Philippinen trotz der verheißungsvollen Anfänge ihrer Geschichte, die ins 16. Jahrhundert hinaufreicht, in der neueren Zeit einen so starken inneren Rückschlag erlitten hat, hängt wesentlich mit dem Übergang der Kolonialherrschaft von den Spaniern auf die Amerikaner zusammen. Diese zwangen nach Übernahme der Inseln im Jahre 1898 etwa 900 spanische Priester, das Land zu verlassen. Allerdings war der Mission schon im 18. Jahrhundert durch die Unterdrückung des Jesuitenordens ein schwerer Schlag zugefügt worden. Diese beiden Ereignisse haben die Seelsorge lahmgelegt. Hinzu kam das Schisma, das der Priester Gregor Aglipay unter Ausnutzung nationalistischer Bestrebungen anschließend an den Wechsel der Kolonialherrscher ins Leben rief. Er gründete die „Unabhängige Katholische Kirche der Philippinen", wurde ihr Oberhaupt und fand anfangs sehr starke Gefolgschaft unter den national empfindenden Bewohnern.

Wie in allen anderen Ländern lateinischer Kultur und deren Kolonialgebieten, spielen auch auf den Philippinen die Laizisten unter Führung der Loge eine bedeutende und betont antikatholische Rolle. Sie beherrschen vor allem das Erziehungswesen. Die Schulgesetzgebung auf den Inseln, die ja seit 1946 souverän sind, legt davon Zeugnis ab. Gemäß Artikel 180 der Verfassung dürfen Privatschulen nur mit staatlicher Genehmigung bestehen. Etwa 100 katholische Schulen warten seit Jahren vergeblich auf diese Genehmigung, obwohl sie sie beantragt haben. Sie hängen in der Luft. Da und dort gibt es plötzlich Schwierigkeiten mit den Behörden, Drohungen, Schließungen und sonstige Schikanen. Vor allem aber werden die Zeugnisse dieser Schulen nicht anerkannt. Durch diese Unsicherheit und im Zeichen dieser feindseligen Atmosphäre der Öffentlichkeit gibt es keine ruhige Entwicklung. Andererseits berichtet auch die philippinische Mission von Anzeichen erfreulichen Fortschrittes gerade auf dem Gebiet der Erziehung. Die von den Dominikanern geleitete Universität in Manila hat 20 000 Studenten. Die Schulen der Jesuiten und der Missionare vom göttlichen Wort (SVD) üben gleichfalls nachhaltigen Einfluß aus. Es scheint sich allmählich innerhalb der großen Masse der nur dem Namen nach katholischen Bevölkerung eine intellektuelle Elite herauszubilden, von der, ähnlich wie in Südamerika, auf die Dauer eine katholische Renaissance erwartet werden darf, wenn die alte katholische Welt diesem Missionsgebiet die notwendige Unterstützung angedeihen läßt.

Meinungsverschiedenheiten um eine katholische Universität

Die Regierung des Bundesstaates Neu-Süd-Wales in Australien hat dem Antrag der Missionsgenossenschaft vom Heiligen Kreuz auf Errichtung einer katholischen Universität in Sidney stattgegeben und die Anerkennung sämtlicher Diplome dieser Hochschule in Aussicht gestellt. Der Antrag wurde von Kardinal Gilroy unterstützt.

Der Erzbischof von Melbourne, Msgr. Mannix, sprach sich zu gleicher Zeit vor einer Versammlung der katholischen Akademikervereinigung gegen Pläne aus, die auf Errichtung einer katholischen Universität in seinem Gebiete zielen. Der Erzbischof sieht das größte Hindernis für einen solchen Plan in den Kosten, die für eine moderne Universität aufgewendet werden müssen. Er befürwortet katholische Colleges im Rahmen staatlicher Universitäten.

Von den Vertretern anderer Glaubensgemeinschaften, die sich zu der Tatsache der Genehmigung einer katholischen

Universität in Sidney äußerten, betonen die einen, daß konfessionelle Universitäten die bürgerliche Gemeinschaft gefährden, andere, daß das Niveau der Universität dadurch in Frage gestellt werde, hauptsächlich wohl von der finanziellen Seite her. Der anglikanische Bischof Moyes sprach sich für die Genehmigung aus, weil Bildung ein religiöses Fundament verlangt.

Der Antrag der katholischen Missionsgesellschaft verzichtet auf staatliche Zuschüsse mit Ausnahme der Steuerfreiheit. Die Väter vom Heiligen Kreuz wollen das amerikanische Universitätssystem in Australien erproben. Es wird ihnen entgegengehalten, daß die wissenschaftliche Bedeutung verschiedener konfessioneller Universitäten in den Vereinigten Staaten wegen des Mangels an Geldmitteln sehr gering ist und daß dies System deshalb nicht zur Nachahmung reizt. Jedoch haben die katholischen Universitäten und Colleges in Nordamerika gar nicht den Ehrgeiz, erstklassige Stätten der Forschung zu sein. Wohl gibt es unter ihnen solche Zentren, wie die Fordham-University oder Notre-Dame. Die Mehrzahl begnügt sich mit dem bescheideneren Vorhaben, durchschnittliche Akademiker in gediegener Weise auszubilden. Und es ist keineswegs ausgemachte Sache, daß diese Ausbildung deswegen weniger gediegen sein müßte, weil sie nicht unter der Leitung erstklassiger Forscher und in verschwenderisch ausgestatteten Forschungsinstituten erfolgt. Es gibt auch hier einen mittleren Weg. Wer die deutschen Universitäten kennt, der weiß, daß die Mehrzahl der Studenten von den Forschungsergebnissen der Kapazitäten und den Mitteln, die für ihre Institute aufgewendet werden, nur sehr bescheiden profitiert, weil die meisten Studenten sich in großem Abstand von den berühmten Männern bewegen, deren Erkenntnisse übrigens in den meisten Fällen weit mehr durch ihre Publikationen als durch ihre Kollegs Allgemeingut werden.

Es wird wohl kaum eine Frage sein, daß die wissenschaftliche Forschung und die Ausbildung der zukünftigen Forscher heutzutage von niemand als vom Staate oder wenigstens unter seiner Mithilfe finanziert werden können. Ob damit aber einer katholischen Universität als akademischer Ausbildungsstätte für die geistige Führungsschicht die Daseinsberechtigung entzogen ist, dies ist eine völlig andere Frage. Das Argument des Bischofs Moyes jedenfalls ist mit finanziellen Gründen nicht so leicht zu entkräften.

Aus den Missionen

Die solide christliche Heranbildung der Lehrer in den Missionen. Missionsgebetsintention für Juni 1951

Ebenso wie Recht und Notwendigkeit der christlichen Missionsschulen verteidigt die Kirche Recht und Notwendigkeit der Heranbildung katholischer Lehrkräfte der Missionen in eigenen Lehrerseminarien. Nach den letzten Statistiken der Propagandakongregation zählte man 1949 in 307 Seminarien 19183 Lehrerseminaristen. Von den Seminarien fallen 209 allein auf Afrika, das weit mehr als die Hälfte (13720) aller Seminaristen stellt. Das deutet darauf hin, daß in Afrika die Missionsschule heute am stärksten entwickelt ist. Ein Blick auf die Schulstatistik bestätigt dies: Von den 92111 Lehrern in den Missionen waren 1949 53008 in Afrika tätig. Dieser Erdteil beherbergte allein 66% der 41632 Missionsvolksschulen, und von den 3216720 Kindern dieser Schulen sind 60% Afrikaner. Das Bild verschiebt sich freilich, wenn man die Statistik der Mittel- und Höheren Schulen heranzieht. Wenn auch Afrika der Schülerzahl nach hier einen knappen Vorsprung vor Asien erreicht hat, so weisen doch die Höheren Schulen und Hochschulen in Asien noch siebenmal mehr Schüler auf als in Afrika. Nach der Unterdrückung der chinesischen Schulen wird sich aber das Gesamtbild noch weiter zugunsten Afrikas verschieben.

In den gehobenen Missionsschulen im Bereich der Propagandakongregation sind nicht nur katholische Lehrkräfte tätig. Während aber in Afrika nichtkatholische Lehrpersonen eine Ausnahme darstellen, gibt es Länder in Asien, wo für den Unterricht in den profanen Lehrfächern der gehobenen Schulen bis zu 50 und mehr Prozent der Lehrer Nichtkatholiken, meist Heiden, sind. Die Mission hat hier eben nicht genügend qualifizierte Kräfte zur Verfügung.

Selbstbehauptung gegenüber den Kolonialregierungen

Die Vorbildung der katholischen Lehrer an katholischen Lehrerbildungsanstalten ist heute auch in den Missionen durch die allgemeine Tendenz der Staaten gefährdet, die Schule in ihre Hand zu bekommen. Denn wer die Schule der Kirche entziehen will, beabsichtigt dasselbe für ihre Lehrerseminarien. In den Ländern der Primitiven besaß die Mission in der Zeit der Pioniertätigkeit praktisch das Schulmonopol. Die Kolonialregierungen stellten dann später den christlichen Schulen eine Staatsschule meist laizistischen Charakters gegenüber oder suchten die christliche Schule in eine eigene religiös oder konfessionell neutrale Schulpolitik einzubauen. Das wachsende, allgemeine Bildungsbedürfnis hat zu einem solchen Ausbau der Staatsschulen geführt, daß die christlichen Missionsschulen in Gefahr sind, immer mehr zu einer Minderheit zu werden.

Wenn die christlichen Schulen in den Kolonialländern nicht einen ganz und gar christlichen Charakter tragen, verfehlen sie nicht nur ihr eigenes Erziehungsziel, sondern sind mitverantwortlich für die Säkularisierung der Farbigen, die in ungestümem Bildungsdrang die Schule nur als Mittel zur Gewinnung eines weltlichen Wissens und dadurch wirtschaftlichen Fortkommens suchen. Nicht so sehr von dem Schulprogramm und der Schulordnung, als vielmehr von der Lehrerpersönlichkeit wird es dann abhängen, ob die falschgesehene Wertordnung der Farbigen so korrigiert werden kann, daß sie eine Bildung erhalten, die für ihr ewiges Heil keine Gefahr, vielmehr Förderung bedeutet, eine Bildung aber auch, die sie zu aufbauenden, nicht zu niederreißenden Elementen der Gesellschaft macht. Daher die ungeheure Bedeutung christlicher Lehrerpersönlichkeiten in der stürmischen Aufwärtsentwicklung der Kolonialländer.

Selbstbehauptung in freien Staaten der farbigen Welt

Neben den Kolonialregierungen treten immer stärker die selbständig werdenden Staaten der farbigen Welt mit dem Anspruch auf, Schule und Lehrerbildung in die Hand zu bekommen. Selbst da, wo eine nach westlichem Muster geformte freiheitliche Verfassung dem Wortlaut nach die Freiheit der christlichen Schulen sichert, wie in Indien und Indonesien, löst zur Zeit ein Versuch den anderen ab, die Freiheit der christlichen Schulen zu beschränken oder aufzuheben. Es ist hier zunächst das Bestreben sichtbar, die neue Ideologie, die zur Sicherung der jungen Staaten un-

entbehrlich erscheint, in der Schule zu verankern, in der die Zukunft der Nation vorbereitet wird, zumal die große Zahl der erwachsenen Analphabeten mit der neuen Entwicklung nicht mitkommt. Gedankengänge, die durchaus nicht christlich sind, sondern dem entchristlichten Abendland entstammen, sollen nun in Schule und Lehrerbildung hineingepreßt werden. Aber auch die in den betreffenden Ländern lebenden Religionen (z. B. Islam und Hinduismus) bemühen sich jetzt, die freiheitlichen Verfassungen zu unterhöhlen und ihr Denken auch zur weltanschaulichen Grundlage der Erziehung zu machen.

Während die christlichen Missionen in ihren Anfängen ungestört ihren Lehrern eine christliche Vorbildung nach bewährten pädagogischen Grundsätzen (wenn auch oft leider ohne Verwertung einer modernen Pädagogik) geben konnten, wenn sie diese Kandidaten rein positiv ohne Auseinandersetzung mit Zeitströmungen bilden konnten, so sehen sie sich heute genötigt, die Unterscheidungslehren des Christentums in der Auseinandersetzung mit der Umwelt schärfer herauszuarbeiten, um das Einströmen irriger Auffassungen in den Geist des zukünftigen Erziehers abzuhalten. Die Weltkulturkrise, der riesige Umbruch aller Lebensformen, nicht zuletzt auch die materialistische Welle nötigen dazu.

Selbstbehauptung gegen nichtchristliche Ideologien im eigenen Schulkörper

Bei diesem Bemühen ergeben sich nun neue Schwierigkeiten. Die christlichen Missionsschulen können bei der Hochschraubung der Bildungsforderungen in allen Staaten ihre Schulen und Lehrerbildungsanstalten nur mit großen Selbstkosten halten. Die Staaten benutzen nun vielfach von ihnen eingeführte Subventionssysteme, um auf die Bildung der Lehrer für christliche Schulen beherrschenden Einfluß zu gewinnen. Soweit die Forderungen hinsichtlich der Lehrpläne, der Examina, der Benutzung der Lehrbücher, der anzuwendenden Pädagogik und Didaktik religiöse Belange nicht berühren, kann die Kirche ihnen entsprechen. Sie findet oft Gutes in diesen Bestimmungen, das auf manche Rückständigkeiten in der katholischen Lehrerbildung der Vergangenheit aufmerksam macht, oft aber hat man kirchlicherseits hier auch eine andere Meinung und besseres Wissen. Immerhin, man kann und muß sich anpassen. Aber mit den Vorschriften und Erziehungssystemen werden oft nichtchristliche Ideen vorgelegt, in den Schulbüchern stehen oft Dinge, die mit der katholischen Weltanschauung nicht vereinbar sind. Es ist der Kirche noch lange nicht überall gelungen, in ihren Lehrerbildungsanstalten der Missionen geeignete Lehrbücher durchzusetzen. Soweit hier entstehende Konflikte um eines höheren Gutes willen nicht durch Proteste und Verweigerung der Zusammenarbeit gelöst werden können, ist das einzige Mittel zur Zurückdämmung der Schäden auf geistigem Gebiete die Erziehung von Lehrern zu echten christlichen Persönlichkeiten.

Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich in den Missionen heute bei der Vorbildung der Lehrer für gehobene Schulen. Die staatlichen Forderungen hinsichtlich der Vorbildung dieser Lehrer zwingen die Missionen oft, ihre Lehramtskandidaten an regionale staatliche Vorbildungsanstalten auf religiös neutraler Basis zu senden. Sollen diese Männer hier nicht ihren christlichen Idealen entfremdet werden, so kann nur eine ganz christliche Grundschulbildung den zukünftigen Lehrer vor schweren Schäden bewahren. An den Höheren Schulen in den Missionsländern mit alter Zivilisation ist eine besondere Gefahr für die christliche Schule die Beschäftigung nichtchristlicher Lehrer. Nur wenn der Teil des Lehrkörpers, der katholisch ist, ein hohes religiöses Wissen besitzt und von seinem Glauben tief durchdrungen ist, kann der Geist der katholischen Schule gerettet werden.

Die Erziehung der christlichen Lehrerpersönlichkeit in den Missionen ist heute unendlich schwieriger als früher. Die gewaltige Bewegung im Kulturgeschehen der Welt nötigt dazu, den christlichen Lehrern in den Missionen allmählich eine weltanschauliche Ausbildung zu geben, die jener in den altchristlichen Ländern ähnlich ist. Im Angleich der Kulturen und im Austausch der Gedanken wird die katholische Lehrervorbildung der Missionsländer vor dieselben Probleme wie bei uns gestellt. Heimat und Mission kommen auch hier einander immer näher.

Ökumenische Nachrichten

Evangelische Hirtenworte gegen Bultmann

In Fortführung unseres Berichtes „Evangelium und Mythus", zum Hauptthema der evangelischen Theologie heute (vgl. S. 322 f.), sind wir jetzt in der Lage, aus dem Rechenschaftsbericht von Bischof D. Otto Dibelius, den er Anfang April vor der Hamburger Synode der EKD abgegeben hat, einen Abschnitt vorzulegen, der sich auf den Fall Bultmann bezieht. D. Dibelius trägt mit dieser Erklärung der Tatsache Rechnung, daß der Rat der EKD — die nicht „Kirche" im eigentlichen Sinn ist — keine Lehrentscheidungen treffen kann, andererseits ist seine persönliche Stellungnahme so eindeutig, daß sie wenigstens in seinem Amtsbereich respektiert werden wird. Diese Erklärung lautet nach „Evangelische Welt" vom 16. April folgendermaßen:

Das Zeugnis von D. Dibelius

„Nicht beschäftigt hat sich der Rat mit den theologischen Fragen, die heute unserer jungen Theologengeneration auf der Seele brennen. Er hat nicht geglaubt, hier eine Aktiv-Legitimation zu haben. Wir sind verschiedentlich auf das dringlichste gebeten worden, zu den Veröffentlichungen Rudolf Bultmanns ein Wort zu sagen. Wir haben es nicht getan. Es ist wohl niemand unter den Mitgliedern des Rates und der Kirchenkonferenz, der nicht mit sorgenvoller Aufmerksamkeit verfolgt hätte, daß die Unruhe in der theologischen Welt über diese Dinge im letzten Jahr so groß geworden ist, daß sich der württembergische Landesbischof genötigt gesehen hat, einen ausführlichen Hirtenbrief an die Pfarrer seiner Landeskirche ergehen zu lassen, und daß auch andere Bischöfe und theologische Körperschaften das Wort dazu genommen haben. Der Versuch Bultmanns, von der modernen Existentialphilosophie her die Botschaft des Neuen Testaments neu zu erfassen und zu beschreiben, hat bei vielen den Eindruck erweckt, daß hier eine menschliche und darum zeitgebundene Weltanschauung zum Richter über biblische Aussagen gemacht wird, die für den christlichen Glauben unaufgebbar sind, daß unter der Parole der Entmythologisierung aus der Offenbarung Gottes ein Selbstverständnis des Menschen wird und daß nicht mehr deutlich bleibt, daß das Wort vom Kreuz etwas wesenhaft anderes ist als die Lehre der jüdischen Rabbiner und die Bemühungen der hellenistischen Gnosis. . . . Wir rufen gewiß nicht nach einer Zensur der Kirche über Ar-

beiten der theologischen Wissenschaft. Wir haben die Zuversicht, daß die theologische Wissenschaft sich auch in Zukunft immer wieder selbst korrigieren wird, wie wir das in der Vergangenheit stets erlebt haben. Wir wissen auch, daß viele von denen, die zu Rudolf Bultmanns Füßen gesessen haben, bezeugen, daß sie bei ihm gelernt haben, was es um die Rechtfertigung durch den Glauben in der Gemeinschaft der Kirche Jesu Christi ist. Aber man wolle es der Leitung der Kirche nicht verdenken, wenn sie zum Ausdruck bringt, daß die ganz andersartigen Auswirkungen einer solchen Theologie, die eben auch da sind, sie mit ernster Sorge erfüllen. Sehe ich recht, so sind diese andersartigen Auswirkungen im Westen stärker als im Osten. Vielleicht liegt das nicht nur an den geographischen Verhältnissen, sondern auch daran, daß sich der Osten in besonderer Weise zum Kampf gegen eine vordringende Weltanschauung gefordert sieht, die dem christlichen Glauben entgegengesetzt ist. In solchem Kampf sind die Herzen nicht offen für eine Kritik an der Heiligen Schrift von einer anderen Weltanschauung her. Man spürt instinktiv, daß nur die einfältige Beugung unter das Evangelium die Kraft zu dem geben kann, was die Stunde fordert: nämlich bereit zu sein, für die ewige Wahrheit Gottes zu leiden und, wenn es sein muß, auch zu sterben."

Der Hirtenbrief von D. Haug

Aus dem von D. Dibelius erwähnten Hirtenwort des Stuttgarter Landesbischofs D. Martin Haug bringen wir nachstehend die wichtigsten Teile. Dieser Brief an die württembergischen evangelischen Pfarrer wurde unter dem 26. Januar 1951 erlassen, bald nach dem württembergischen Landeskirchentag, auf welchem D. Haug schon ähnlich gesprochen hatte. Das bisher ungedruckte Dokument ist uns um so wertvoller, als D. Haug auf jenem Kirchentag im Hinblick auf die katholische Kirche und das neue Mariendogma erklärt hatte: „Wir mußten gegen das neue Dogma protestieren, aber wir wollen darüber die Gemeinschaft mit der katholischen Kirche, die wir in den vergangenen Jahren gefunden haben, nicht wieder preisgeben" („Evangelische Welt", 16. Februar 1951).

Das Hirtenschreiben geht von dem Schriftwort aus: „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende", und sagt dazu, die Kirche verkünde mit dieser Botschaft keinen Mythus, der sich in ein modernes Existenzverständnis auflösen läßt, sondern „die wirkliche Gegenwart Jesu Christi in seiner Kirche". Aber durch die Gemeinden ginge heute eine Bewegung der Unruhe, es könnte durch die theologische Arbeit die Grundlage des Evangeliums in Zweifel gezogen werden. Darum sei es an der Zeit, daß man sich klar werde „über Recht und Grenzen des theologischen Prinzips der Entmythologisierung. . . . Die Erschütterung über die Anwendung des Mythusbegriffs auf die neutestamentliche Botschaft und über den Versuch, durch eine ‚Entmythologisierung' diese Botschaft in die Sprache einer modernen Existentialphilosophie zu übersetzen, droht zu einer Vertrauenskrise gegenüber aller theologischen Arbeit zu werden. Wir haben darum allen Grund, sorgsam zu scheiden zwischen berechtigter Kritik an verfehlten Methoden und unberechtigter Verallgemeinerung einzelner Urteile. Bei aller Anerkennung der besonderen Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung werden wir als Pfarrer in unserem Teil uns der Verpflichtung nicht entziehen können, ein Stück der Mitverantwortung für die Bildung rechter theologischer Erkenntnis zu tragen." Auf die besonderen Methoden Bultmanns eingehend, sagt D. Haug, die Gemeinden spürten, wie aus der biblischen Verkündigung die reale Gegenstandsbezogenheit gestrichen und die wesenhaft zum biblischen Heilsverständnis gehörende Geschichtlichkeit der göttlichen Offenbarung in einen Mythus verkehrt werde. Grundsätzlich müsse zwar das theologische Anliegen anerkannt werden, das biblische Zeugnis in die Sprache und die Vorstellungsweise unserer Zeit zu übersetzen, was weder durch bloße Wortübertragung des griechischen Originals ins Deutsche noch durch repristinierende Übernahme biblischer Begriffe geschehen könne. Er wolle die theologische Arbeit nicht behindern, vielmehr glaube er, sich darauf verlassen zu können, daß die Theologen selber die Irrtümer mancher ihrer Arbeitshypothesen einsehen und abstellen, vor allem die Fragwürdigkeit eines immanenten Wissenschaftsbegriffes. Wer aber in den Gemeinden zu predigen habe, könne nicht bis zum Abschluß der theologischen Forschung warten. So sehr es anzuerkennen sei, daß in der „existenzialen Interpretation" die unentbehrliche Beziehung der Heilsaussagen auf uns festgestellt wird, so sehr müsse doch zunächst der wirkliche Jesus Christus der Evangelien, besonders der Synopse, verkündet werden, damit die Menschen an ihn glauben, ihn lieben können. Wir müssen doch wissen, wer das war, der für uns gestorben und auferstanden ist.

Darum ermahnt Landesbischof Haug seine Pfarrer, sie sollten ihre Verkündigung gemäß ihrem Amtsgelübde ausrichten: „. . . Ich wollte sie unmißverständlich hingewiesen haben auf die Pflicht ernsthafter Exegese der neutestamentlichen Texte, die weder durch eine historische Analyse noch durch eine orthodoxe Repristination schon richtig geschieht, sondern in klarer hermeneutischer Verantwortung für unseren Hörer von heute erfolgen muß. Ich wollte ihnen aber ebenso unmißverständlich meine Besorgnis aussprechen, daß dieser Verpflichtung in dem Unternehmen der ‚Entmythologisierung' nicht wirklich genügt wird, da diese sich an ihrem Ergebnis als ein Angriff auf die Substanz des Wortes enthüllt." Er könne nicht eine „doppelte Buchführung zwischen Kanzel und Studierstube" zulassen. Der starke Hirtenbrief, der den Eindruck hinterläßt, daß hier eine ernste Not gemeistert werden muß, schließt mit folgenden bischöflichen Ermahnungen:

Um die Substanz des Evangeliums

1. „Beten Sie um jene existenzielle Begegnung mit dem Worte des Christus, die Sie aus Hörern zu Nachfolgern, aus Theologen zu Jüngern, aus Rednern zu Zeugen macht, und leben Sie Ihren Gemeinden das Leben eines mit dem auferstandenen Christus durch seinen Geist verbundenen Hirten vor, der im Worte Gottes den festen Grund unter den Füßen hat.
2. Widerstehen Sie dem Versuch einer Deutung des Evangeliums mit dem Mythusbegriff und einer dementsprechend verkürzenden Interpretation in eine vermeintlich mythenfreie Existenzdeutung; niemand wird Sie rechtfertigen können, wenn Sie Ihrer Gemeinde die Christuswahrheit in solcher Verkürzung darbieten wollen.
3. Ringen Sie in unablässiger Erkenntnisbemühung um das rechte und volle Verständnis des biblischen Evangeliums und um seine rechte und volle Übersetzung für den heutigen Menschen; bleiben Sie Ihrer Gemeinde nicht das Kostbarste am Evangelium schuldig: die Botschaft vom Gekreuzigten, der der lebendige Herr seiner heutigen Gemeinde ist.

4. Lassen Sie sich die Verbindung nicht zerreißen zwischen dem Inhalt Ihrer Verkündigung und dem personalen Handeln Gottes in dem geschichtlichen Jesus Christus. Sie haben der Welt als Heil keine zeitlose Lehre, keine Moral, keine Religion, und auch keine Existenzdeutung anzubieten, sondern den lebendigen Herrn selbst . . .
5. Führen Sie die Gemeinde hin vor das anschauliche Bild dieses Christus, wie es die ersten Evangelien zeichnen, und zeigen Sie ihr in den Zügen des in Niedrigkeit Wandelnden die Wahrheit, die Liebe, die Herrlichkeit des Erhöhten, damit sie ihn liebgewinne und ihr Heil in ihm erkenne.
6. Verkürzen Sie nicht den heilsgeschichtlichen Aspekt des Handelns Gottes in dem menschgewordenen Christus: Gott sammelt seine Gemeinde nach seinem ewigen Vorsatz schon von Anbeginn an und wird ihre Geschichte zum Ziel führen in einer eschatologischen Vollendung; nicht bloß das Heute, sondern auch das Gestern und das Morgen gehört ihm.
7. Geben Sie nicht zu, daß die kosmische Weite der christlichen Botschaft sich auf eine anthropologische Aussage verengt; der Christus, dem wir selber gehören, ist zugleich der Herr aller Mächte und Gewalten, und wir stehen durch ihn in ständiger Berührung mit den Kräften der künftigen Welt . . .
10. Halten Sie den eigentlichen Sinn des Gottesdienstes, das wesenhafte liturgische Ziel der Gemeinde fest: taufend, predigend, das Mahl haltend, sammeln wir uns in der Gemeinde um nichts anderes als um den gegenwärtigen Herrn . . ."
Der Brief ist unterzeichnet „von Ihrem Bischof, Mitbruder im Predigtamt und Mitstreiter um die Wahrheit D. Martin Haug."
In Ergänzung sei vermerkt, daß auch der Landesbischof von Baden, D. Bender, schon auf der Herbsttagung der Badischen Landessynode 1950 sehr entschiedene Worte gegen die Ausbreitung der Bultmannschen Exegese geäußert hat. Ob ähnliche Erklärungen auch von den eigentlich lutherischen Bischöfen der VELKD ergingen, ist uns nicht bekannt geworden. An den beiden Hirtenworten von D. Dibelius und D. Haug ist übrigens zu beachten, wie sich allmählich das evangelische Bischofsamt, 1933 als antikatholisches und politisches Führungsamt den evangelischen Landeskirchen aufgezwungen, nunmehr in der Richtung zum theologischen Lehramt entwickelt und wie es sich vorsichtig, aber entschieden gegenüber der umstrittenen Lehrautorität der evangelisch-theologischen Fakultäten vorschiebt, ohne daß freilich bisher etwas Wesentliches zur dogmatischen Begründung dieser neuartigen bischöflichen Autorität gesagt werden konnte. Angesichts der zu erwartenden Widerstände in der evangelischen Pfarrerschaft wird das Bischofsamt alsbald genötigt sein, sich über seine biblischen und geschichtlichen Fundamente auszuweisen. Damit hat an einer anderen Stelle ein höchst fruchtbarer Prozeß der Besinnung auf die ganze Wirklichkeit des Christus und seiner Kirche begonnen.

Ein europäischer Fragebogen

In Anlehnung an die ständige 4. Kommission des Ökumenischen Rates für internationale Angelegenheiten — deren Vorsitzender Kenneth E. Grubb ist — wurde eine „ökumenische Kommission für europäische Zusammenarbeit" gebildet. Sie gedenkt, die besondere Verantwortung der protestantischen Christen für europäische Zusammenarbeit und Einheit wahrzunehmen. Es gehören ihr an: André Philip, Frankreich, als Präsident, Dr. C. L. Patijn, Holland, als Vizepräsident, Kenneth E. Grubb, England, Dr. Gustav Heinemann, Deutschland, Max Kohnstamm, Holland, Pierre Mahillon, Belgien, Prof. Mario Rollier, Italien, Martin Wight, England (Royal Institute of Foreign Affairs). Diese Kommission hat im Januar 1951 eine Denkschrift über die gegenwärtige europäische Lage ausgearbeitet. Diese wendet in ihrer Analyse der „Idee der Neutralität" besondere Aufmerksamkeit zu und meint, daß die Idee der Neutralität in Europa angesichts der wachsenden Spannung zwischen der Sowjet-Union und den USA immer populärer werde; man erkenne aber auch, daß die Neutralität und Unabhängigkeit Europas nur auf der Grundlage einer politischen und militärischen Einheit behauptet werden könne. Die Dinge drängten zu Entschlüssen und zu gründlicher Überlegung. Unter den Argumenten zugunsten der europäischen Einheit wird als erstes die Tatsache genannt, daß der europäische Kontinent sein Vertrauen zu den Staatsnationen verloren hat, wie sie heute bestehen. Als wirtschaftliche Vorbedingung der Einheit wird eine Massenproduktion gefordert, weil bisher alle Versuche, die Menschen gegen wirtschaftliche Unsicherheit durch Schaffung einer verantwortlichen Gesellschaft zu schützen, gescheitert seien. Schließlich wird geltend gemacht, daß die Verteidigung Europas von seiner wirtschaftlichen Kraft und Organisation abhängen müsse und der Lebensstandard des Arbeiters nicht gesenkt werden dürfe. Auch wird eine vorherige Einigung europäischer Nationen ohne England als dienlich für eine spätere europäische Gesamteinigung angesehen. Für die europäischen Kirchen, so erklärt die Denkschrift, bedeute diese Entwicklung eine Herausforderung. Sie müßten sich alsbald über eine gemeinsame Haltung klar werden, die es ihnen ermögliche, ihrer europäischen Verantwortung gerecht zu werden. Um diese Klärung zu fördern, hat die Kommission verschiedene Fragebogen zusammengestellt, die sie zur Gewissenserforschung an die Christen der verschiedenen Länder richtet. Diese Fragen zeugen von einer beträchtlichen Schärfe und Unabhängigkeit des Urteils, und sie werden sicher ihre Wirkung nicht verfehlen.

Zur politischen Gewissenserforschung

Unter den Fragen, die besonders an Frankreich und Italien gerichtet sind, heißt es z. B.: „Stammt eure Begeisterung für die europäische Einheit nicht etwa aus dem Wunsch, ein Mißtrauen gegenüber euren nationalen Einrichtungen zu kompensieren? Erkennt ihr an, daß eine gesunde Föderation aus Staaten gebildet werden muß, die Vertrauen zu ihren eigenen nationalen Einrichtungen haben?" . . . „Bis zu welchem Punkt könnt ihr in Frankreich euren alten Haß und eure alte Furcht vor Deutschland vergessen im Augenblick, da Maßnahmen zur Verteidigung Europas getroffen werden, die zur Wiederbewaffnung von Deutschland führen könnten?" . . . „Seid ihr euch dessen in Frankreich bewußt, daß eure Begeisterung für die Sache Europas falsch wäre, wenn sie, nur unter einer neuen Form, nach Prestige trachtete?" . . . „Erkennt ihr in dem Versuch, einen Krieg um jeden Preis zu vermeiden, das Verlangen, eine gewisse Lebensform zu verlängern, oder ist es der Wunsch, ein Leben zu retten, das zu leben wert ist?"
In den Fragen an Deutschland heißt es: „Seid ihr entschlossen, die Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß eine

verlängerte Teilung Deutschlands euer Beitrag zum Frieden Europas und seiner Einheit sein könnte . . .?" Es wird sodann gefragt, ob etwa die deutsche Angst vor einer Teilung Deutschlands nur aus der Idee stammt, daß die Einheit Deutschlands sozusagen eine göttliche Ordnung ist, oder aus wirklichem Verantwortungsbewußtsein; oder ob sich darin gar der Einfluß eines neuen Nationalismus offenbare. Sei sodann der Vorschlag, ein geeintes neutrales Deutschland unter internationaler Kontrolle zu schaffen, wirklich realisierbar oder macht es am Ende die Einigung Europas unmöglich?

England wird u. a. gefragt, ob es angesichts seines Privilegs, von den Folgen einer militärischen Katastrophe bewahrt geblieben zu sein, der neuen wirtschaftlichen und politischen Organisation Europas genügend Unterstützung verleihe und ob seine passive Haltung zu verantworten sei. „Bis zu welchem Punkt ist die britische Haltung zur europäischen Politik bestimmt durch das Vorhandensein des Ärmelkanals? Seid ihr sicher, daß in einem neuen Krieg der Ärmelkanal auch nur die Rolle der Maginotlinie spielen wird?" „Könne die Rücksicht auf die Dominions ein hinreichendes Argument der Zurückhaltung gegenüber Europa sein?" ... „Seid ihr bereit, die Ratschläge der Kontinentalen ebenso gutwillig anzunehmen, wie die Amerikaner die Ratschläge nichtamerikanischer Nationen annehmen?" . . . „Seid ihr dessen ganz gewiß, daß die überlieferte Methode, von einem Tag zum andern mit Kompromissen und Aushilfen fortzuwursteln, der gegenwärtigen Lage angemessen ist . . .?"

Auch den Amerikanern werden Fragen vorgelegt, z. B. ob sie bereit sind, jene Verantwortung auch wirklich zu übernehmen, die ihrer tatsächlichen Macht entspricht, sonderlich die Verantwortung für Europa? „Habt ihr die Absicht, die Vereinigung Europas selbst dann zu fördern, wenn eines Tages ein geeintes Europa in voller Unabhängigkeit seine Haltung und seine Art zu handeln wählen sollte?" oder „Habt ihr bemerkt, daß die Mehrzahl der Europäer gerne einen amerikanischen Druck hinnehmen, wenn er sich in der Richtung konstruktiver Ziele wie der Einheit Europas äußert?" oder „Versteht man in Amerika, daß ein verarmtes Europa eine wirtschaftliche Planung annehmen muß und daß dies nicht bedeutet, es habe seinen Glauben an die Freiheit verloren oder es bewege sich auf den Kommunismus zu?"

Es ist im Rahmen dieser Meldung nicht möglich, alle Fragen aufzunehmen, die der volle Wortlaut in „Le Semeur" vom April 1951 (Heft 6) enthält, aber es wird aus diesen Proben schon deutlich, daß die eingeschlagene Methode durchaus fruchtbar ist und den Christen der verschiedenen Länder hilft, über ihre eigene Nase hinwegzusehen. Diese Methode wäre gewiß auch für katholische Christen anwendbar, um zur Schaffung eines europäischen Bewußtseins beizutragen.

Unter den besonderen Fragen, welche die Kommission „an die Kirchen" richtet, sind folgende erwähnenswert: „Seid ihr Christen anderer Länder euch dessen bewußt, daß viele Christen in Deutschland die Überzeugung haben: das 1945 über Deutschland ergangene Gottesgericht schließt mit ein, daß dieses Land nicht eher wieder Waffen ergreifen darf, ehe nicht das Risiko einer Rückkehr des nationalsozialistischen und militärischen Geistes beseitigt ist?" oder „Erkennen die Kirchen in Westeuropa, daß die Sorge um die europäische Einheit sie ihre Verantwortung gegenüber den Kirchen in Osteuropa vergessen lassen könnte? Erkennen sie, daß die Christen des Westens eine besondere Anstrengung machen müssen, um alle möglichen geistlichen Verbindungen mit denen im Osten aufrecht zu erhalten und diese enger zu gestalten?" oder „Anerkennen die europäischen Kirchen eine besondere Verantwortung zur Schaffung einer gemeinsamen Ethik, d. h. gemeinsamer Prinzipien, die sowohl die Bestimmung des Menschen wie seine Beziehungen zur Gemeinschaft definieren, ohne welche eine europäische Zusammenarbeit keine solide Grundlage haben kann?"

„Ökumenische Nuntiaturen"

Nachdem über diesen Genfer Lieblingsgedanken jahrelang nach heftigen Dementis geschwiegen worden war, taucht er wieder auf in einer Analyse der „Ökumene als rechtliche Erscheinung" von Hans Liermann, dem Erlanger Kirchenrechtler, in „Ev. luth. Kirchenzeitung" vom 30. April 1951. Interessant ist zunächst die historische Perspektive, in welcher Liermann den Ökumenischen Rat sieht: man könne mit gewissem Recht aussprechen, „daß auf den eigentümlich verschlungenen Pfaden der Geistesgeschichte die Verfassung der Ökumene nach dem Muster des Völkerbundes und der UN eine Rückkehr zu ursprünglich kirchlichen Formen bedeutet. Denn die internationale Konferenz ist ja aus dem mittelalterlichen Kirchenkonzil heraus entstanden, auf dem sich regelmäßig kirchliche und weltliche Interessen überschnitten haben. Dazu kommt, daß die aus der angelsächsischen Ideologie stammende moderne Völkerbundsidee einen religiösen Unterton hat . . . Seit die Pilgerväter auf der Mayflower 1620 ihren Staatsvertrag nach dem Muster der Erzväter des Alten Testaments als Bund mit Gott aufgerichtet hatten, schwingt in der amerikanischen Demokratie, mag sie sich in nationaler oder übernationaler Form darstellen, der Gedanke des heiligen, göttgewollten und gottgesegneten Bundes mit . . . Auf diese Weise steckt auch in der Ökumene der Gedanke des ‚Covenant', des heiligen Bundes. Ihre Verfassung ist zugleich — es wäre unklug, das zu leugnen — ein Zeichen des Siegeszuges, den das angelsächsische Rechtsdenken über große Teile der Welt hinweg in den letzten Jahrzehnten angetreten hat. Aber es wäre ebenso unklug, die Ökumene deswegen abzulehnen, weil sie diese verfassungsrechtlichen Züge angenommen hat . . ."

Liermann fügt hinzu, es werde Rom immer leichter sein, seine Stimme zu den großen Weltfragen zu erheben als einer so schwerfälligen genossenschaftlichen Organisation wie dem Ökumenischen Rat. Um so größer müsse aber das Schwergewicht solcher Verlautbarungen sein, die wirklich einheitlich erarbeitet wurden. „Sie können vor allem dann, wenn sie sachlich mit der Stimme Roms übereinstimmen, was im einzelnen Fall sehr gut denkbar ist, wirklich als die Stimme der gesamten Christenheit angesehen werden." Im Anschluß erinnert Liermann an das Material, das 1948 für die Weltkirchenkonferenz von Amsterdam ausgegeben wurde. Darunter „befand sich der Vorschlag eines in der ökumenischen Bewegung führenden Engländers, Kenneth E. Grubb, der für die Ökumene ein alsbaldiges Einschalten in die internationale Diplomatie forderte. Es sollte für diesen Zweck ein Büro geschaffen werden, dem Kardinalstaatssekretariat der römischen Kurie vergleichbar, bei dem alle Fäden zusammenlaufen sollten. Es sollten Vertreter der Ökumene bei den UN und in den Hauptstädten der Welt ernannt, also ‚ökumenische Nuntiaturen' geschaffen werden. Sicher ist dieser Plan zu rasch vorgeprellt. Er ist wohl in Amsterdam gar nicht debattiert worden. Aber er ist immerhin symptoma-

tisch für die Möglichkeiten der Entwicklung. Wer es ablehnt, daß sich die Kirche überhaupt mit säkularen Fragen befaßt, auch wenn sie an die religiöse Existenz rühren, der muß vor dieser Entwicklung zurückscheuen. Wer dagegen den anderen Standpunkt einnimmt, muß sich sagen, daß eine solche oder eine ähnliche Entwicklung, wie sie in dem Plan von Grubb zu früh aufgezeigt worden ist, eines Tages sich einstellen muß. Man kann als Weltorganisation nicht mitten in der Welt stehen, ohne sich gewisser Mittel zu bedienen, die weltlich sind. Damit ist nicht gesagt, daß sie unbedingt auch in einem weltlichen Sinne gehandhabt werden müßten."

Das „christliche Chaos" im Spiegel der „Time"

In USA haben Kirchenfragen wesentlich mehr Publizität als in Deutschland. Sonst wäre es der weitverbreiteten politischen Wochenschrift „Time" vom 26. März nicht eingefallen, Bischof Henry Knox Sherrill, New York, von der Episkopalkirche das Wort zu dem komplizierten ekklesiologischen Dokument des Ökumenischen Rates von Toronto zu geben. Dazu hatte die Schriftleitung eine graphische Skizze der religiösen Zersplitterung veröffentlicht mit der Beschriftung: „Das christliche Chaos (vereinfacht)". Infolgedessen erhielt der Herausgeber der „Time" eine große Anzahl von Zuschriften, die er zum Teil in der Nummer vom 16. April veröffentlicht hat, darunter viele, die sich beklagen, in dem Diagramm des christlichen Chaos nicht aufgeführt worden zu sein. Unter den beachtlicheren Zuschriften lesen wir von einem methodistischen Pfarrer, das gegenwärtige Chaos werde die größte schöpferische Periode der Christenheit sein. Eine Anglikanerin vertritt die These, die Englische Kirche sei älter als die römische Kirche und sei sich immer treu geblieben. Ein Episkopalist beklagt sich über die unerlaubte Vereinfachung des Protestantismus durch die „Time" und verteidigt seine Denomination gegen den Verdacht, im ökumenischen Schmelztiegel etwas vom apostolischen oder nizänischen Glaubensbekenntnis zu opfern. Es gäbe zwei ganz verschiedene Arten von Protestantismus: die eine verwirft den alten Glauben der Apostel, die andere bewahrt ihn ebenso wie die römische Kirche. Die Episkopalkirche habe sich daher kein anderes ökumenisches Ziel gesteckt als dieses, die altgläubigen Protestanten und die römischen Katholiken zusammenzuführen — angesichts der in der „Herder-Korrespondenz" laufend berichteten Entwicklung ein sehr beachtlicher Gedanke. Der allem Anschein nach ziemlich mokante Herausgeber der „Time" kann an dieser Stelle die Zwischenbemerkung nicht unterlassen, daß der bekannte anglikanische Bischof Barnes von Birmingham in England in seinem Buch „Der Aufstieg des Christentums" die Jungfrauengeburt als eine finstere, halb heidnische Geschichte bezeichnet hatte und fügt hinzu, die „Time" habe ähnliche Gedanken auch bei den anderen Vetter-Bischöfen der Anglikanischen Kirche angetroffen. Ein glühendes Protesttelegramm eines Anglikaners beanstandet, daß die Episkopalkirche auf der „Time"-Karte nicht zu der „katholischen" Gruppe gerechnet worden sei. Auch ein römischer Katholik kommt zu Wort und schreibt, ihn langweile allmählich das ganze Geschwätz der Protestanten von der geeinten christlichen Kirche, andererseits sei es doch schrecklich, mit ansehen zu müssen, in welch einer verzweifelten Konfusion sich die Protestanten befänden. Wir Katholiken neigten dazu, die Achseln zu zucken und zu sagen: sie haben sich selbst in das Unglück gebracht, jetzt sollen sie auch zusehen, wie sie wieder herauskommen. In Wahrheit, fährt der katholische Schreiber fort, seien wir Katholiken schuld daran, daß diese Schafe sich so weit zerstreut haben: „Wir haben sie durch unsere Unarten und unsere Schande aus dem Hause getrieben, das ihnen ebenso gehört wie uns." Der Herausgeber der „Time" schließt die Reihe der Zuschriften mit der Notiz: diese Briefe seien der beste Beweis dafür, daß die „Time" mit Recht behauptet habe, das Christentum im allgemeinen und die Episkopalkirche im besonderen „befinden sich in einer interessanten Verfassung".

Die EKD und der Ökumenische Patriarch. Eine Berichtigung

In dem Bericht über die dritte Synode der EKD (Herder-Korrespondenz Maiheft Seite 347) hatten wir berichtet, daß die EKD demnächst einen evangelischen Pfarrer als ständigen Vertreter des Außenamtes zum Patriarchen von Konstantinopel entsenden werde. Aus dem jetzt vorliegenden Tätigkeitsbericht der Synode geht hervor, daß es sich keineswegs um eine ständige Vertretung des Außenamtes der EKD handelt, sondern daß der für Arbeiten in der evangelischen Gemeinde deutscher Zunge in Konstantinopel für fünf Monate delegierte deutsche Pfarrer Fritz lediglich beauftragt wurde, bei Antritt seiner pfarramtlichen Tätigkeit dem Ökumenischen Patriarchen die Segenswünsche des Rates der EKD zu übermitteln.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Der Papst über die Bedeutung des Mittelstandes

Papst Pius XII. übersandte mit dem folgenden Brief des Substituten des Staatssekretariats, Msgr. G. B. Montini, seine päpstliche Anerkennung und den Apostolischen Segen an die 11. Spanische Soziale Woche, die vom 16. bis 21. April in Barcelona unter dem Präsidium des Msgr. Albino González Menéndez-Reigada, Bischofs von Córdoba und Präsidenten des Ständigen Komitees der Spanischen Sozialen Wochen, tagte:

„Ich hatte die Ehre, dem Heiligen Vater die Nachrichten vorzutragen, die Eure Exzellenz mir über die bevorstehende Feier der 11. Spanischen Sozialen Woche in der Stadt Barcelona übermittelt hat.

Sehr glücklich und zu gebotener Stunde hat das Ständige Komitee der Sozialen Wochen als allgemeines Thema für diese die ‚Probleme des Mittelstandes' vorgeschlagen, dessen Bedeutsamkeit im gegenwärtigen Stand der Gesellschaft allgemein bekannt ist.

Es handelt sich in der Tat um eine Gesellschaftsschicht von weitestem Ausmaß; ihre Glieder gehören Industrie und Landwirtschaft, Handwerk und Handel an, sind An-

gestellte und Angehörige freier Berufe; es ist ein beachtlicher Bevölkerungsteil mit charakteristischen Eigenschaften, dessen sozialer Einfluß eine besondere Beachtung verdient.
Das Kennzeichen dieser Schicht ist ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit, auf Grund deren es ihr möglich ist, die soziale Stabilität sowie die Güterproduktion zu sichern. So stellt sie eine glückliche Harmonie zwischen der persönlichen Arbeit und dem privaten Eigentum her. Im persönlichen Bemühen und in eigener Arbeit bewahrt der Mensch des Mittelstandes seine Selbständigkeit und seine Würde, ohne seinen Lebensunterhalt erbetteln zu müssen; mit den privaten Gütern verwirklicht er eine gesunde und gerechte Aufteilung des Eigentums, das so den Charakter der Verantwortlichkeit behält, ohne in die Formen eines namenlosen Kollektivismus zu verfallen, indem es seine wahre Funktion als die einer Säule der sozialen Ordnung bewahrt.
Aber eine Reihe von Umständen hat, namentlich in diesen letzten Zeiten, infolge der wirtschaftlichen Fortentwicklung, zu starken Güterkonzentrationen geführt, wobei vielfach das eben gekennzeichnete Gleichgewicht gestört wurde. Solche und andere leicht aufzählbare Gründe, wie die Inflation, die dem Geiste des Sparens so schädlich ist, und die übermäßigen fiskalischen Lasten, haben beim Mittelstand Schwierigkeiten und weitgehende Verwirrung heraufgeführt, die schleunigst geheilt werden müssen.
Der Heilige Vater hat in dem Programm der Sozialen Woche den Eifer erkannt, mit dem man danach strebt, die Gesamtheit dieser familiären, wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Probleme zu studieren, und er wünscht, daß zu allen — Lehrern und Teilnehmern der Woche — sein aufmunterndes Wort dringe, das sie bei dieser mit edlen und erhabenen Absichten aufgenommenen sozialen Arbeit aneifere, jetzt zu Nutz und Frommen des Mittelstandes, und immer mit dem Ziel, den Katholiken die Gewissensbildung zu geben, die sie in den sozialen Fragen brauchen, in denen sie so viel tun können und müssen aus den Motiven des Glaubens heraus, den sie bekennen.
Seine Heiligkeit erfleht vom Allerhöchsten das göttliche Licht auf die Arbeiten der Sozialen Woche herab und spendet, mit besonderem Wohlwollen gegenüber allen Teilnehmern, von ganzem Herzen Eurer Exzellenz und ihnen den Apostolischen Segen."

Was ist Katholische Aktion?

In der ersten Maiwoche fanden in Rom verschiedene Zusammenkünfte und die Generalversammlung der italienischen Katholischen Aktion statt, deren Mitglieder am 5. Mai vom Heiligen Vater empfangen wurden. Der Heilige Vater hat an sie eine Ansprache gehalten, in der er wiederum das Wesen der Katholischen Aktion in sechs Punkten grundlegend gekennzeichnet hat. Da die große Bewegung der Katholischen Aktion immer noch im Werden begriffen ist und sich in immer neuen Versuchen manifestiert, erscheint es von Zeit zu Zeit immer wieder nötig, ihren Charakter zu definieren und von den anderen organisierten Bewegungen in der katholischen Kirche abzuheben. Nach einigen einleitenden Worten sagte der Papst folgendes:

Wir möchten eure Aufmerksamkeit auf einige Gedanken lenken, die die Katholische Aktion als solche betreffen.

Das Besondere der Organisation der Katholischen Aktion

1. Vor allem seid ihr „Katholische *Aktion*". Dieses Wort „Aktion", das zugleich präzis und umfassend ist, bezeichnet den eigentümlichen Charakter eurer Organisation und unterscheidet euch von anderen katholischen Vereinen. Nicht als ob diese nicht auch eine Aktion ausübten, aber ihre Aktion ist gewöhnlich auf ein besonderes und bestimmtes Ziel gerichtet, das durch eine organisierte fortlaufende Arbeit erreicht werden soll, ob sich diese Tätigkeit nun auf religiösem und caritativem Gebiet oder auf sozialem und wirtschaftlichem oder in anderen Bereichen der Kultur abspielt. Darum nennen sich diese Vereine auch gewöhnlich nach dem Ziel, das sie sich gesetzt haben.
Ihr dagegen nennt euch einfach „Katholische Aktion", weil ihr ein allgemeines, nicht ein besonderes und genau umschriebenes Ziel habt und keine feste Achse bildet, um die sich der Mechanismus irgendeiner Organisation dreht; ihr seid vielmehr wie eine Empfangsstation, an der die zur Tat drängenden Katholiken zusammenkommen und sich organisieren.
Daraus folgt, daß es bei euch nicht — wie es berechtigter- und nützlicherweise in anderen Vereinen der Fall ist — neben den regelrechten aktiven Mitgliedern andere, sozusagen Ehrenmitglieder geben kann, die nur dem objektiven Zweck des Vereins anhängen, regelmäßig ihre Mitgliedschaft erneuern, ihren finanziellen Beitrag bezahlen, vielleicht die periodischen Veröffentlichungen erhalten und gelegentlich an den Versammlungen teilnehmen. Demgegenüber könnte man sich keine Gruppe der Katholischen Aktion vorstellen, in die Mitglieder aufgenommen würden, die nicht im vollen Sinne aktiv wären. Die Mitgliedskarte erwerben, Vorträge und Diskussionen anhören, eine Zeitung beziehen, vielleicht ohne sie überhaupt zu lesen, könnte das genügen, um sich ein echtes Glied der Katholischen Aktion zu nennen? Wäre das kein Widerspruch zwischen dem Namen und der Sache? Würde ein kleiner Kern aktiver Mitglieder, dem bei den großen öffentlichen Kundgebungen eine amorphe Masse von Anhängern als Gefolge und Chor zur Seite träte, den Namen Katholische Aktion verdienen?
2. Die Katholische Aktion untersteht — ihr wißt es wohl — in besonderer Weise unmittelbar der kirchlichen Hierarchie, mit der sie im Apostolat zusammenarbeitet. Bei der italienischen Katholischen Aktion liegt die Präsidentschaft des Ganzen und der einzelnen Diözesan- und Pfarrgruppen in der Hand von Laien, die jedoch ihrerseits von kirchlichen Assistenten beraten und geführt werden, während in den marianischen Kongregationen, die sich mit vollem Recht auch Katholische Aktion nennen können, der Pfarrer der natürliche Präsident ist (vgl. Constit. Bis saeculari vom 27. September 1948, Acta Ap. Sedis Bd. 40 S. 393 ff.). Doch damit diese Leitung für eure weiblichen Vereine wirklich heilig und fruchtbar sei, überlassen die Priester mit feinfühliger Zurückhaltung den Leiterinnen oder der Sorge und den Händen frommer und kluger Frauen alles, was diese selber, manchmal sogar besser, tun können, und sie selbst beschränken ihre Tätigkeit auf die eigentlich priesterliche Aufgabe.

Über den Begriff des Apostolats

Diese Betrachtungen über die Organisation der Katholischen Aktion veranlassen Uns, einige allgemeine Bemerkungen anzufügen, die auch wegen gewisser unrichtiger Tendenzen notwendig sind, die sich in unserer Zeit gezeigt haben.

Vor allem ein Wort über den Begriff des Apostolats. Es besteht nicht nur in der Verkündigung der frohen Botschaft, sondern auch darin, die Menschen zu den Quellen des Heiles zu führen, wenn auch in voller Achtung ihrer Freiheit, sie zu bekehren und die Getauften mit glühendem Eifer dazu zu erziehen, daß sie vollkommene Christen werden.

Die Bedeutung von Diözese und Pfarre

Es wäre übrigens irrig, in der Katholischen Aktion — wie es kürzlich von einigen geschehen ist — eine wesentlich neue Sache, eine Veränderung in der Struktur der Kirche, ein neues Apostolat der Laien zu sehen, das neben dem des Priesters stünde und nicht diesem untergeordnet wäre. Es hat in der Kirche immer Zusammenarbeit der Laien mit dem Apostolat der Hierarchie in Unterordnung unter den Bischof und diejenigen gegeben, denen der Bischof die Verantwortung für die Seelsorge unter seiner Autorität übertragen hat. Die Katholische Aktion hat dieser Mitarbeit nur eine neue Form und akzidentelle Organisation geben wollen, um ihre Ausübung zu verbessern und zu stärken.

Wenn die Katholische Aktion auch ursprünglich, wie die Kirche selbst, nach Diözesen und Pfarren organisiert ist, so hindert das nicht ihre Fortentwicklung über die engen Grenzen der Pfarre hinaus. Man muß vielmehr zugeben, daß trotz der ganzen Bedeutung der Werte und der grundlegenden und unersetzlichen Kräfte der Pfarre die schnell wachsende Verflochtenheit des modernen Lebens dringend einen weiteren Ausbau der Katholischen Aktion fordern kann. Aber auch dann bleibt diese immer ein Apostolat von Laien, das dem Bischof und seinen Delegierten unterstellt ist.

Religiöse, nicht soziale Mission

3. Die Tätigkeit der Katholischen Aktion erstreckt sich auf das gesamte religiöse und soziale Gebiet, d. h. so weit, wie eben die Mission und das Werk der Kirche reicht. Nun ist es bekannt, daß das normale Wachstum und Erstarken des religiösen Lebens ein bestimmtes Maß von gesunden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen voraussetzt. Wem zöge sich nicht das Herz zusammen, wenn er sieht, wie wirtschaftliches Elend und soziale Übel das christliche Leben gemäß den Geboten Gottes erschweren und nur zu oft heroische Opfer verlangen? Aber daraus darf man nicht schließen, daß die Kirche dazu übergehen müßte, ihre religiöse Sendung zurückzustellen und in erster Linie auf die Heilung des sozialen Elends hinzuwirken. Wenn die Kirche immer darauf bedacht gewesen ist, die Gerechtigkeit zu verteidigen und zu fördern, so hat sie doch seit der Zeit der Apostel auch angesichts der ärgsten sozialen Mißstände ihre eigene Mission erfüllt und versucht, durch die Heiligung der Seelen und die Umwandlung der inneren Triebe auch die Heilung der sozialen Übel und Schäden einzuleiten; denn sie ist überzeugt, daß die religiösen Kräfte und die christlichen Prinzipien mehr als alle anderen Mittel dazu geeignet sind, die Heilung zu bewirken.

Persönliche Initiative

4. Die äußere wohldisziplinierte Organisation der Katholischen Aktion schließt den persönlichen Scharfblick und den Geist der Voraussicht und der Initiative der Einzelnen nicht aus, sondern fördert ihn vielmehr im ständigen Kontakt mit den Gliedern der Katholischen Aktion des gleichen Ortes, des gleichen Berufes, des gleichen Kreises je nach der besonderen Eignung eines jeden. Jeder hält sich aufrichtig zur Verfügung, sobald irgendwie Bedarf für einen Einsatz oder eine katholische Unternehmung vorliegt. Jeder bringt mit seiner Begeisterung und seiner Hingabe in selbstloser Weise den anderen Vereinen und Einrichtungen, die seine Mitwirkung wünschen können, um ihr Ziel sicherer und vollkommener zu erreichen, Hilfe. Mit anderen Worten, mit dem wahren Begriff der Katholischen Aktion würde sich die Mentalität von Mitgliedern, die sich als die trägen Räder einer riesigen Maschine betrachten, die unfähig wären, sich selber zu bewegen, wenn die Zentralkraft sie nicht in Bewegung setzt, nicht vertragen. Ebenso wäre es unzulässig, wenn man die Führer der Katholischen Aktion in der Rolle von Leuten sähe, die eine elektrische Zentrale bedienen und die vor dem Schaltbrett nur darauf bedacht sind, in dem weiten Netz den Strom durchzuschicken oder zu unterbrechen, zu regulieren oder zu lenken.

Vor allem müssen sie einen persönlichen sittlichen Einfluß ausüben, der die normale Folge der Achtung und Sympathie sein wird, die sie sich zu erwerben wissen, und der ihren Anregungen, Ratschlägen, der Autorität ihrer Erfahrung Kredit verschaffen wird, sobald es sich darum handelt, die aktionsfähigen katholischen Kräfte in Bewegung zu setzen.

Katholische Aktion und Politik

5. Wir brauchen euch nicht darüber zu belehren, daß die Katholische Aktion nicht dazu berufen ist, eine Kraft im Bereich der Parteipolitik zu sein. Die katholischen Bürger können sich als solche sehr wohl an einer Vereinigung zu politischer Aktivität zusammenschließen; das ist ihr gutes Recht, ebenso als Christen wie als Bürger. Die Anwesenheit und Teilnahme von Gliedern der Katholischen Aktion in ihren Reihen — in dem oben angeführten Sinn und diesen Grenzen — ist berechtigt und kann sogar durchaus wünschenswert sein. Dagegen wäre es, auch im Hinblick auf den Artikel 43 des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien, nicht zulässig, daß die italienische Katholische Aktion als solche eine parteipolitische Organisation würde.

Die Katholische Aktion und die andern katholischen Organisationen

6. Ebensowenig hat die Katholische Aktion ihrem Wesen nach die Aufgabe, an der Spitze der anderen Vereine zu stehen und über diese eine Art autoritären Patronats auszuüben. Die Tatsache, daß sie der unmittelbaren Leitung der kirchlichen Hierarchie unterstellt ist, führt zu keiner derartigen Folgerung. Tatsächlich ist das Ziel jeder Organisation das, welches die Art ihrer Leitung festlegt. Und es kann geschehen, daß dieses Ziel eine solche unmittelbare Leitung nicht erfordert, ja nicht einmal günstig erscheinen läßt. Darum hören jedoch diese Organisationen nicht auf, katholisch und mit der Hierarchie vereint zu sein.

Im Vergleich zu ihnen liegt der besondere Sinn der Katholischen Aktion, wie wir gesagt haben, eben in der

Tatsache, daß sie gleichsam der Treffpunkt jener aktiven Katholiken ist, die immer bereit sind, mit dem Apostolat der Kirche mitzuarbeiten, einem Apostolat, das durch göttliche Einrichtung hierarchisch ist und das in den Getauften und Gefirmten die ihm auf übernatürliche Weise verbundenen Mitarbeiter findet.

Hingabe und Gehorsam gegenüber der Kirche

Daraus ergibt sich eine Folgerung, die zu gleicher Zeit eine väterliche Ermahnung nicht nur für die Katholische Aktion eines bestimmten Landes, sondern für die Katholische Aktion jeden Landes und jeder Zeit ist. Ihr Aufbau nämlich wird sich in den verschiedenen Gegenden den besonderen Verhältnissen des Ortes anpassen müssen; doch in einem Punkt müssen alle ihre Glieder gleich sein: im „sentire cum Ecclesia", in der Hingabe an die Sache der Kirche, im Gehorsam gegenüber denen, die der Heilige Geist als Bischöfe eingesetzt hat, um die Kirche Gottes zu lenken, in der kindlichen Unterwerfung unter den Obersten Hirten, dessen Sorge Christus seine Kirche anvertraut hat. Und wie könnte es auch anders sein, da ja ihr, Glieder der Katholischen Aktion, sozusagen eins seid mit dem Bischof und dem Papst?
In diesem Wunsch erteilen Wir euch, geliebte Söhne und Töchter, aus der Fülle Unseres Herzens Unseren Apostolischen Segen.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Mehr Muttersprache in der Liturgie

In dem Rituale, das der Heilige Stuhl jüngst den deutschen Diözesen gewährt hat, wird der Wunsch nach vermehrtem Gebrauch der Muttersprache bei der Spendung der Sakramente weitherzig erfüllt. Taufe, Trauung und Krankensakramente dürfen, von den wenigen Worten der Spendeformeln abgesehen, in deutscher Sprache vollzogen werden. Da außerdem auch das Begräbnis in der Volkssprache gehalten werden darf, das deutsche Hochamt von Rom autorisiert ist, die Nachmittags- und Abendandachten, die Komplet und in einigen Gebieten die Vesper deutsch oder fast ganz deutsch gesungen werden dürfen, hat man in Deutschland Grund, zufrieden zu sein; kein anderes Land der lateinischen Kirche ist bisher so privilegiert worden.
Verständlicherweise erstreben andere Völker für sich ein gleiches Vorrecht. Über die französische Diskussion haben wir schon früher ausführlich berichtet (Herder-Korrespondenz 1. Jg. S. 177 ff. u. 2. Jg. S. 28 ff.). Aber auch in England und Amerika wird diese Forderung sehr vernehmlich erhoben und gehört zu den dauernden Themen der katholischen Presse. Die englischen und amerikanischen Befürworter der Muttersprache erregen unser Interesse aus zwei Gründen. Sie befassen sich sehr scharfsinnig mit den Argumenten für und wider den alleinigen Gebrauch des Lateinischen und berühren dabei auch die wichtige Frage des Kultmysteriums. Außerdem aber gehen sie zum Teil über das hinaus, was Rom den Deutschen zugestanden hat, und wollen der Muttersprache auch Eingang in die heilige Messe verschaffen.

Bestrebungen in England

In England wurde im Jahre 1944 eine „Liturgische Gesellschaft" begründet. Ihr vornehmlichster Zweck ist es: „soweit die Lehren der katholischen Kirche dies gestatten, und in Unterordnung unter die Anordnungen der Bischöfe einen vermehrten Gebrauch der Muttersprache in den öffentlichen Gebeten, Riten und Zeremonien der Kirche und in der Spendung der Sakramente anzustreben, zur größeren Ehre Gottes und zum Heil der Seelen. Unsere einzige Absicht ist die Belehrung und Erbauung unser selbst und der uns anvertrauten Gläubigen vermittels eines umfassenderen Gebrauchs unserer Muttersprache, mit dem Ziel tieferen Verständnisses und verständigerer Teilnahme an den heiligen Mysterien."
Schon 1936 hatte der bekannte englische Jesuit C. C. Martindale in einem Brief an den „Catholic Herald" diesen Wunsch in die Öffentlichkeit getragen und damit einem Strom gleichgesinnter Äußerungen die Bahn gebrochen. Unter den Laien machte sich besonders Donald Attwater zum Fürsprecher dieses Anliegens, und in neuerer Zeit trat der im vergangenen Jahr verstorbene erste Sekretär der Liturgischen Gesellschaft, Rev. Samuel J. Gosling, unermüdlich durch Reden und Aufsätze dafür ein. Er hat noch im vergangenen Jahre in einem Artikel im „Catholic Herald" (23. 6.) zusammenfassend seine Ansichten vorgetragen.

Warum Latein?

Das Lateinische, sagt er, war zu keiner Zeit der Geschichte die einzige liturgische Sprache der Kirche. Ebensowenig ist es die ursprüngliche. Man vergißt sehr häufig, daß die Gründe, die vormals den Übergang vom Griechischen zum Lateinischen nahelegten, dieselben oder von derselben Art sind wie die Gründe, die gegenwärtig für die Zulassung moderner Sprachen angeführt werden. Es waren praktische und politische Erwägungen, die dem Lateinischen dazu verhalfen, die offizielle Sprache der Kirche zu werden. Erst seit der Reformation kamen religiöse Motive hinzu.
Nun zeigt aber schon eine oberflächliche Beschäftigung mit diesem Problem, daß die weltweite Organisation der Kirche einer einzigen, möglichst unveränderlichen und gemeinsamen Sprache bedarf, in der ihre Dekrete und Anordnungen, Lehren und Formulare ausgedrückt werden. Dadurch wird nicht nur ein sichtbares Merkmal ihrer Einheit geschaffen, sondern, nach den Worten des Heiligen Vaters, zugleich auch einer Verstümmelung der Lehre vorgebeugt und die Möglichkeit des Gedankenaustausches zwischen den Bischöfen, Theologen und Gelehrten der verschiedenen Nationen und Sprachen gesichert.
Wenn man allerdings von einer „gemeinsamen Sprache" der Kirche redet, so gilt das nur für den kleinen Kreis jener ihrer Mitglieder, die eben genannt wurden, denen man ferner noch den Klerus und einen Bruchteil der gebildeten Laien hinzurechnen darf. Mag es auch wünschenswert sein, daß jeder Katholik die offizielle Sprache der Kirche versteht: wir sind doch wohl darin einig, daß dies

Ideal nicht mehr erreichbar ist. Was die kirchlichen Gesetze und Lehrverkündigungen angeht, werden sie ja denn auch schon längst nur noch den Bischöfen und Theologen lateinisch übermittelt. Das Volk wird in seiner eigenen Sprache darüber unterrichtet. (Wo völkische Minderheiten leben, tritt die Kirche nachdrücklich dafür ein, daß sie den Religionsunterricht in ihrer eigenen Sprache erhalten, so etwa vor Jahren in Südtirol.) Niemand befürchtet, daß die Rechtgläubigkeit darunter leiden könnte, oder wenn diese Gefahr besteht, wird sie durch die Zensur unwirksam gemacht. Es gibt nur mehr eine Ausnahme von dieser selbstverständlichen Regel: die liturgischen Gebete und Riten. „Das Lateinische ist ins Englische übersetzt worden, soweit wir belehrt werden sollen; warum nicht auch, wo wir beten?"

Auch in der Liturgie wünscht niemand unter den Katholiken, das Lateinische völlig zu verdrängen. „Was den Klerus betrifft, die private Rezitation des Breviers, die Klöster, Seminare und Ordenshäuser, wo Latein gesprochen wird, besteht kein Wunsch nach einer Änderung." Wenn aber von dem Volk, das nur seine Muttersprache kennt, „erwartet und verlangt wird, daß es die ihm zukommende Rolle im liturgischen Gottesdienst der Kirche spiele, wünschen wir, daß dieselbe Methode, die bei allen anderen offiziellen Verlautbarungen der Kirche angewandt wird, auch auf die offiziellen Gebete übertragen werde, daß sie also in derjenigen Sprache gesprochen werden, die das Volk versteht".

Das Gebet, so fährt Gosling fort, ist nach der Definition des Katechismus und den Vätern eine Erhebung des Geistes und Herzens zu Gott, ein Gespräch mit Gott. Es folgt aus dem Wesen der Sprache, daß beide Teilnehmer des Gesprächs sie verstehen müssen. Das Gebet ist ferner auch Rede Gottes an uns. Die Ehrfurcht verlangt, daß wir ihn zu verstehen suchen, wenn er zu uns redet. Gilt das nicht auch für verschiedene Teile der heiligen Messe?

Verfehlte Begründungen für die lateinische Sprache

Unter den Gründen, die man für den alleinigen Gebrauch der lateinischen Sprache in der Liturgie anführt, sind neben sehr gewichtigen auch einige wenig stichhaltige, darunter an erster Stelle das Argument, daß der Katholik sich wegen der lateinischen Sprache überall auf der Erde im Gottesdienst zu Hause fühle. Das ist nach Gosling „einfach nicht wahr". Bei den allermeisten, nämlich den stillen heiligen Messen, spielt die Sprache für den teilnehmenden Gläubigen gar keine Rolle. Er erkennt die Messe wieder am Altar und seinem Zubehör, an den liturgischen Gewändern und Geräten und vor allem an den heiligen Handlungen. Er erkennt sie, auch wenn er, wie es ja zumeist der Fall ist, kein einziges Wort versteht.

Ebensowenig ist es wahr, wenn oft behauptet wird, Latein sei „immer schon die Sprache der Kirche gewesen". Es ist zur Sprache der Kirche geworden, als und weil es die Umgangssprache des Volkes geworden war! Und dann ist es die Sprache der Kirche geblieben, weil es die Sprache der Politiker und Gelehrten war. Als dann die Reformatoren auf der Muttersprache im Gottesdienst bestanden, wurde die Kirche nach der entgegengesetzten Richtung gedrängt, und unter diesem Gesichtspunkt wurde das Problem vierhundert Jahre lang einzig und allein diskutiert.

Wenn man häufig hört, der Gebrauch der Muttersprache in denjenigen liturgischen Gebeten, die sinngemäß vom Volk gesprochen oder gehört werden sollen, könne die Rechtgläubigkeit gefährden, so hat doch noch niemand zu erklären vermocht, inwiefern denn die Rechtgläubigkeit des Volkes dadurch gesichert wird, daß es diese Gebete überhaupt nicht versteht. In Wirklichkeit wird die Rechtgläubigkeit dadurch gewährleistet, daß das Volk in seiner Muttersprache richtig unterrichtet wird!

Die Muttersprache Voraussetzung aktiver Teilnahme

Die drei letzten Päpste haben betont darauf hingewiesen, daß die aktive und verständnisvolle Teilnahme des Volkes an der Liturgie „die erste und unersetzliche Quelle wahren christlichen Geistes ist". Man kann sich schwer vorstellen, wie ihre Wünsche in Erfüllung gehen sollen, solange die Masse der Gläubigen der Liturgie aus Gründen der Sprache nicht folgen kann.

Liturgie ist schon der Wortbedeutung nach „Werk des Volkes". Sie war es in der Zeit ihres Ursprunges auch tatsächlich in weit höherem Maß als heute. Eine der Voraussetzungen, damit sie es wieder werde, besteht darin, daß ihre Sprache verstanden wird. Es ist für Katholiken keine Frage, daß allein der Heilige Stuhl darüber zu entscheiden hat, in welchem Ausmaß diese Voraussetzung unter Würdigung aller Umstände verwirklicht werden kann. Den Wunsch zu äußern, ist keinem Katholiken verwehrt.

Die Stimmung des Volkes

Tatsächlich verging denn auch kaum eine Woche, ohne daß „Catholic Herald" mehrere Leserbriefe veröffentlichte, die weitaus überwiegend für die Muttersprache plädierten. Unter ihnen war, unserer Erinnerung nach, keiner, dessen Urheber dafür eingetreten wäre, daß die ganze heilige Messe in der Muttersprache gefeiert werden sollte. Niemand möchte das Geheimnis antasten, das über den Hauptteilen der Messe liegt. Es ist allerdings nicht ganz richtig, wenn zuweilen behauptet wird, die Kirche wolle dies Geheimnis auch durch die Sprache wahren. Denn bekanntlich sprechen gemäß den Rubriken die Bischöfe, im Gegensatz zu den gewöhnlichen Priestern, die Worte des Canons auch in der stillen Messe mit lauter Stimme, also doch zu den Ohren des Volkes. Aber die ganze Diskussion über unsere Frage wird auch von den größten Freunden der Muttersprache mit dem gebührenden Sinn für die Überlieferung und für die Autorität der Kirche geführt, und deshalb richtet sich der Wunsch nach Übertragung der liturgischen Gebete in die Muttersprache, soweit die heilige Messe in Betracht kommt, immer nur auf diejenigen Gebete, die eigentlich das Volk zu sprechen hat, und auf den Lehrgottesdienst in der Vormesse.

Die Fülle der Meinungsäußerungen in dem führenden Blatt der englischen Katholiken fand in einer eigenen Stellungnahme des Herausgebers, Michael de la Bedoyere, vom 5. 1. 1951 einen vorläufig zusammenfassenden Abschluß. Er tritt dafür ein, daß die für das Volk bestimmten Teile der Messe, die für den Empfänger bestimmten Teile der sakramentalen Riten und sämtliche nicht streng liturgischen Gebete und Andachten in der Muttersprache gehalten werden sollen.

Latein gleich Chinesisch

„Ich glaube", schreibt er, „daß eine große Anstrengung der Einbildungskraft notwendig ist, wenn wir versuchen, uns in die Lage derjenigen (der großen Mehrheit) zu versetzen, für die Latein Chinesisch ist — und erst recht in die Lage der Chinesen und der anderen Gläubigen der entfernten Teile der Erde, für die Latein eben Latein ist."

„Es ist eine Tatsache, daß die große Mehrheit der heutigen Katholiken durchaus kein Latein versteht. Nehmen wir einmal an, diese Gebete und Hymnen würden in chinesischer Sprache gesprochen oder gesungen. Wenn du sie auch immer auf chinesisch gehört und irgendwo zu Hause eine englische Übersetzung davon hättest, würdest du dich bei dem Gedanken glücklich fühlen, daß immerzu chinesisch gesprochen wird? Nun gut, Latein ist für Millionen von Katholiken chinesisch."

„Wie viele gehen zur Beichte und verstehen, wenn sie sie hören, die Worte der Lossprechung und das folgende herrliche Gebet? Ist es ohne Bedeutung, sie im Augenblick des Hörens zu verstehen, diese durchweg bedeutsamen Worte, die der Priester im Namen Christi spricht und um deretwillen du gekommen bist?"

Hinsichtlich der heiligen Messe ist de la Bedoyere der Ansicht, daß die wenigen laut gesprochenen Stücke des Canon so bekannt sind (besonders das Vaterunser), daß ihre Übersetzung in die Muttersprache „unnötig ist. Aber das Proprium der Messe wenigstens ist eindeutig für das Volk bestimmt, mit dem besonderen Gebet zum Tagesheiligen, den Lesungen aus der Bibel und besonders der Epistel und dem Evangelium und den tiefsinnigen Anrufungen in Introitus und Graduale."

Die klassische Sprache

Pater Martindale hat seine Meinung in der letzten Äußerung, die uns bekannt und im Herbst vergangenen Jahres getan wurde, wenn wir ihn recht verstehen, ein wenig eingeschränkt. Er wünscht nach wie vor, daß die Muttersprache bei der Absolution in der Beichte, bei der Trauung und „kurz gesagt, bei allem, was persönlich ist im Gegensatz zu dem, was gemeinschaftlich ist", verwendet werde. Bezüglich der heiligen Messe aber schreibt er: „Ich schwanke zum Teil, weil ich fürchte, daß das stolze Latein der Kollekten niemals angemessen übersetzt werden kann."

Keine Furcht vor Häresie!

Nicht weniger als in England beschäftigt man sich in den Vereinigten Staaten mit unserer Frage. In „The Commonweal" brachte John Cort, dessen Aufsätze sich immer durch einen entwaffnenden common sense auszeichnen, die Sache zur Sprache. Auch sein Aufsatz löste begeisterte Zuschriften von Laien, Ordensschwestern und Priestern aus, die sich indes durchweg der Maßhaltung befleißigen. Man will weder das Latein abschaffen, noch dem Urteil des Heiligen Vaters vorgreifen. Aber es ist deutlich zu spüren, wohin der Zug unserer Zeit geht. Wenn sich einem unserer Leser hier der Vergleich mit der Aufklärungszeit nahelegen sollte, die ja auch nach dem Gebrauch der Muttersprache verlangte, glauben wir, darauf aufmerksam machen zu sollen, daß die Motive damals und heute sicherlich verschieden sind. Heute denkt wohl niemand daran, die Geheimnisse des Glaubens in eine „vernünftige Verehrung des höchsten Wesens" zu verwandeln, sondern es sind Stimmen frommer Menschen, die sehnsuchtsvoll an das Geheimnis herangeführt werden wollen. Und übrigens hat ja schon Sebastian Merkle gezeigt, daß die Aufklärung, wo sie unter den Einfluß gläubiger Geister kam, auch Segen gewirkt hat. Es war Wessenberg, der einigen deutschen Diözesen die deutsche Vesper schenkte, die in diesen Diözesen zu einer wirklich volkstümlichen und erbauenden Form der Nachmittagsandacht geworden ist und durch die teilweise fragwürdigen Andachten mancher Diözesangebetbücher unter keinem Gesichtspunkt erreicht wird.

Gegengründe

In der führenden liturgischen Zeitschrift von USA „Orate fratres" (Bd. 25, Nr. 3, Februar 1951, S. 121) hat kürzlich ein ungenannter Verfasser aus dem Kreise der amerikanischen Liturgiewissenschaftler zu den Gründen gegen die Muttersprache Stellung genommen. Er setzt sich dabei insbesondere mit dem englischen Msgr. Ronald A. Knox auseinander. Knox ist einer der bedeutendsten geistlichen Schriftsteller in England, und er hat die gelungenste Übersetzung der Heiligen Schrift geschaffen. Er sprach sich in einem Aufsatz in „Clergy Review" (November 1950) im wesentlichen gegen die Änderung der sprachlichen Gestalt unserer Liturgie aus.

Monsignore Knox ist offenbar der Ansicht, die übrigens im Klerus nicht einsam dasteht, daß die Liturgie auf das Volk vor allem durch ihre geheimnisvolle Fremdheit wirke, die nicht zuletzt in der unverstandenen Sprache verehrt wird. Er vergleicht die Wirkung der Liturgie auf das Volk mit dem Reiz, den die mit leuchtenden Flüssigkeiten gefüllten Flaschen in den Schaufenstern englischer Apotheken auf die Kinder ausüben. Wenn ein Kind die farbige Flüssigkeit ausschüttete, würde es enttäuscht sein. So, meint Knox, könnte es dem Volk ergehen, wenn man die Worte der Liturgie übersetzte. Die Farbigkeit der Liturgie, an der sich das Volk erbaut, liege in ihrem Geheimnis.

Er tritt ferner für die lateinische Liturgie ein, weil sie „uns mit den Katakomben verbindet". Darauf erwidert ihm der amerikanische Liturgist: Liegt dies Band tatsächlich in der lateinischen Sprache? Sind wir also mit den syrischen, arabischen, slawonischen Katholiken weniger verbunden? Und sprachen nicht Christus und seine Mutter aramäisch?

Knox fürchtet, die muttersprachlichen Bestrebungen könnten darauf ausgehen, nicht nur eine Übersetzung der römischen Liturgie ins Englische, sondern eine englische Liturgie zu erreichen, „etwas wie die anglikanische Liturgie von 1549, nur mit dem Namen des Papstes darin". Er selbst spricht sich für die Schott-Methode aus, d. h. dafür, daß man den Gläubigen „eine gute, treffende Übersetzung in das Englisch unserer Tage" in die Hand gibt.

Knox macht auch darauf aufmerksam, daß gewisse Stücke unserer Liturgie, beispielsweise die Exorzismen bei der Taufe oder der Gesang „In paradisum" bei den Exequien, auf die Gläubigen und die etwa anwesenden Andersgläubigen eine unerwünschte Wirkung ausüben könnten, wenn sie diese Worte in einer modernen Sprache hörten. Dahinter steht die Erkenntnis, daß unsere Liturgie zum Teil so sehr von der Geschichte vergangener Zeiten und ihrem Weltbild geformt ist, daß ihre Übersetzung allein nicht hinreichen würde, um sie unseren Zeitgenossen verständlich zu machen. Man müßte zu langen Erklärungen greifen und, da das nicht möglich ist, solche Partien inhaltlich umgestalten. Die überkommene Liturgie würde sich also wandeln und, angesichts der Verschiedenheit und Weite der katholischen Welt von heute, notwendigerweise differenzieren. Man darf ja nicht nur an Europa und Amerika denken, sondern muß vor allem die Vorstellungswelt der asiatischen und afrikanischen Kirchen in Betracht ziehen. P. Martindale hat in seiner oben erwähnten Äußerung die Psalmen herangezogen, um an einem Beispiel zu zeigen, wie wenig mit einer bloßen Übersetzung getan ist.

So meint Knox, die Bewegung zur Muttersprache in der Liturgie würde das Unterste zuoberst kehren. Und darum fürchtet er sich davor; denn er möchte vor allem die Ehrfurcht vor dem in der Liturgie verborgenen Geheimnis der Gnade gewahrt wissen. Sein Kritiker dagegen bestreitet, daß dies berechtigte Anliegen irgend etwas mit der Sprache zu tun habe. Die Geschichte der Reformation beweise, daß die Protestanten den Sinn der Liturgie veränderten, obwohl sie noch lange Zeit die lateinische Sprache behielten. Und umgekehrt, wenn eine unverstandene Sprache die Ehrfurcht verbürge, warum fürchte man dann nicht für die Ehrfurcht derjenigen, die Latein verstehen? Könnte es nicht gerade so sein, daß jemand, der lange Zeit hindurch den stillen Messen beigewohnt hat, ohne sie zu begreifen, und dem dies etwas Gewöhnliches geworden ist, eben dadurch der Transzendenz des dreimal heiligen Gottes eingedenk wird, daß er plötzlich die Worte versteht, mit denen die Liturgie sich an Gott wendet? Wenn es auch wahr ist, daß die erhabensten Worte sich mit der Zeit abnutzen — und Msgr. Knox legt darauf sehr viel Gewicht —, so wird man nach Ansicht des Kritikers doch wohl kaum sagen können, daß diese Schwierigkeit dadurch gelöst wird, daß man an Stelle verstandener Worte unverstandene duldet, um die Ehrfurcht zu schützen. Wenn man aber davon spricht, daß niemand in der Lage sei, die liturgischen Texte angemessen zu übersetzen, so darf darauf hingewiesen werden, daß auch die Bibel uns erst durch die Muttersprache nahegekommen ist, obwohl sie weder einen Shakespeare noch einen Milton, weder Dante noch Petrarca, weder Rabelais noch Montesquieu zu ihrem sprachlichen Nachschöpfer gehabt hat. Luther aber, der diese Aufgabe gemeistert hat, ist den deutschen Katholiken verschlossen geblieben. Dennoch lebt die Bibel, und zwar in der Muttersprache der Gläubigen. Die Sprache ist dafür nicht wesentlich. Denn das Neue Testament ist kein literarisches Monument. Es wird durch Homer und Vergil und wohl auch durch das Alte Testament bei weitem übertroffen. So ist es auch bei der Liturgie von untergeordneter Bedeutung, wie sie übersetzt wird, wenn auch gewünscht werden muß, daß sie den sprachlichen Glanz des Latein bewahrt.

Empfindungen eines jungen Menschen

Unsere Schriftleitung hat vor einiger Zeit den Brief eines jungen Lesers erhalten, in dem einige Sätze standen, die zwar nicht völlig richtig sein mögen, in denen sich aber, wie wir meinen, gewisse Gefühle ausdrücken, die unter den Laien weit verbreitet sind und an denen die Kirche nicht einfach vorbeigehen kann. Wir zitieren aus diesem Brief: „Ich schreibe diese Zeilen als ein Laie, der die Messe nicht tiefer erlebt hat als viele andere. . . . Ich bin kein Wissenschaftler. Aber was hat schließlich die Wissenschaft mit der Messe zu tun? . . . Ich wage es, den Mund zu öffnen. . . . Jüngst, am heiligen Weihnachtsfest, ging ich mit einigen Freunden zur Christmette. . . . Während der Messe sang der Kirchenchor. Die Responsorien stellten ein Duett zwischen Pastor und Kirchenchor dar. . . . Vor dem Altar stand eine lange Reihe von andächtigen Meßdienern, vielleicht, um den Vorhang vor dem jüdischen Heiligtum nachzubilden. Sie erzielten jedenfalls diese Wirkung. (Daß der modern gewordene, hie und da reichlich theatralisch an- und aufgezogene Apparat von Ministranten eine zwiespältige Wirkung ausübt, ist keine vereinzelte Beobachtung. Die Red.) Wir wissen, daß über 90% des Volkes die lateinischen Worte des Priesters nicht verstehen. Man wählt also eine Art Priestervertreter, der die Gebete auf deutsch nachsagt und auf den wir an Stelle des Berufenen und Geweihten hören. . . . Messe sei eine Gemeinschaftsfeier, liest man oft. Ich habe dann wohl noch keine Messe erlebt. Komisch, die Gemeinde versammelt sich, um das Herrenmahl zu feiern, der Priester steht 50 Meter von ihr entfernt und braucht Meßdiener, um eine Antwort zu bekommen. Das Volk singt hin und wieder ein Lied oder jeder liest privatissime seinen Schott. Und wenn dann von der Messe als einer Gemeinschaftsfeier gesprochen wird, nickt man mit dem Kopf.

Wenn ich tanzen gehe, singe ich die gemeinsamen Liedchen mit, freue mich über einen Gemeinschaftstanz, tanze auch mit weniger bekannten Mädchen, schau' mir die Leute an und höre zu, wenn jemand etwas bietet. Wenn die Messe eine Gemeinschaftsfeier ist, warum soll es dort so sehr anders sein? . . . Wir gehen jahrelang zum selben Tisch des Herrn und grüßen uns immer noch nicht. Ein Mädchen, mit dem wir einen Abend lang auf einem Fest zusammengetroffen sind, würde jeder von uns grüßen. Der Priester liest leise sein Evangelium, während ein nicht einmal besonders beauftragter Laie die Schrift dem Volke liest. Nach dem Credo schweigt dann der Laie, und der Geweihte liest vor, daß ein Schirm und ein Handschuh in der Kirche gefunden und beim Küster abzuholen sind. . . . Die Messe ist der Mittelpunkt unseres Glaubens, die letzte Brücke. Wir Laien sehnen uns nach der Messe. Wir schreien nach dem Priester. Und der Priester kehrt uns den Rücken zu und ‚liest' eine stille Messe. Das Kino könnte ein Zeichen unserer Zeit sein. Haben wir schon gemerkt, in wie vielen Dingen unsere Haltung im Kino unserer Haltung in der Kirche ähnelt? . . . Ob nicht auch die heiligsten, wohlbegründetsten Traditionen fallen dürfen, wenn sie den Weg ins innerste Heiligtum hemmen?"

Der Schreiber dieses Briefes möge uns nicht verübeln, daß wir seine Sätze veröffentlichen. Sie sind es wert, weil sie aus dem Herzen kommen, obwohl sie der Form und des Maßes ermangeln. Sie zeigen aber gerade darum, daß zwischen der Form unserer Liturgie und den Bedürfnissen und der Ausdrucksfähigkeit des Menschen unserer Tage, der viele Mängel haben mag, dessen Sehnsucht aber jedenfalls sehr unkompliziert und ehrlich ist, ein Spalt klafft. Die Kirche ist berufen, sich darum zu kümmern, wie man diese Kluft überbrückt.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Das Problem von Wohltätigkeit und Selbsthilfe

Die Tagung der katholischen Werke Frankreichs in Lyon im vergangenen Jahr hatte ihre gesamten Vorträge unter das Thema: „Die Kirche als Erzieherin zur Liebe" gestellt. Die Liebestätigkeit der Kirche trifft heute an vielen Orten auf unerwartete Widerstände. Wo die Not groß ist, nimmt man zwar ihre materielle Hilfe an, aber ohne die Dankbarkeit früherer Zeiten; denn der Arme lebt heute in dem Bewußtsein, daß ihm vieles von dem, was ihm unter dem Namen der Wohltätigkeit gegeben wird, eigentlich von Rechts wegen zusteht, und gerade wir Christen sollten die ersten sein anzuerkennen, daß die Forderungen der elementarsten Gerechtigkeit ganzen Gesellschaftsschichten gegenüber in der Vergangenheit oft in keiner Weise erfüllt worden sind und daß es eine Beleidigung der Menschenwürde ist, das als Almosen zu geben, was in Wirklichkeit jedem Menschen zustehen sollte. Dennoch ist eines der ersten Gebote des Glaubens nicht nur das unausschöpfliche höchste Gebot zur Liebe ganz allgemein, sondern eben auch zur barmherzigen Nächstenliebe, eben zu jener Liebe, aus der die Werke der Caritas hervorgehen. Die sieben Werke der Barmherzigkeit bleiben immer noch ein Leitfaden christlichen Handelns, da es ja Christus selber ist, der uns gesagt hat, daß wir im Armen, dessen Hunger und Durst wir stillen, dessen Leib wir mit Kleidern bedecken, dem wir Wohnung geben, den wir in Krankheit und Unglück trösten, Ihn selber vor uns haben. Wir müssen also zwar zuerst einmal dafür Sorge tragen, daß Gerechtigkeit hergestellt werde; aber über die Gerechtigkeit hinaus muß es offenbar auch noch Anlässe geben, bei denen wir uns barmherzig erweisen können. Wo finden wir diese, ohne unsre Brüder, die Armen und Unglücklichen, zu kränken? Einer der Vorträge der Tagung der französischen „Werke" befaßte sich eben mit diesem Problem. Der Vortrag ist unter dem Titel „Von der Wohltätigkeit zur Selbsthilfe" im Oktoberheft 1950 in der Zeitschrift „Masses Ouvrières" veröffentlicht worden; sein Verfasser ist Kanonikus Glorieux, der Rektor der Katholischen Fakultäten von Lille.

Christliche Liebestätigkeit und „Wohltätigkeit"

Die so oft anzutreffende Gleichsetzung von Caritas und Almosengeben — das sagt Glorieux gleich zu Anfang — kann uns nur vor den Kopf stoßen. Die christliche Liebe ist nur dann echt, wenn sie auf irgendeine Weise in Christus an der Liebe Gottes teilhat. Diese Liebe ist überall, sie ist ebenso in der Verkündung der Wahrheit wie im offiziell Gott dargebrachten Gottesdienst wie in den Beziehungen der Menschen untereinander notwendig: sie ist keineswegs nur Almosengeben und nicht einmal nur körperliche und geistige Werke der Barmherzigkeit. Aber allerdings drängt sie zu diesen, gerade zu diesen Werken der geistlichen, aber auch der materiellen Hilfe, die sich den armen, leidenden, verlassenen, ausgebeuteten Gliedern Christi zuwendet.

An sich ist weder die Wohltätigkeit gegenüber den Notleidenden noch die genossenschaftliche Selbsthilfe der Armen und Unglücklichen etwas spezifisch Christliches; aber sie empfangen von der christlichen Lehre her doch ein besonderes Licht, eine übernatürliche Begründung. Heute handelt es sich jedoch nicht darum, diese beiden Formen von Liebestätigkeit in ihrem christlichen Aspekt aufzuzeigen, sondern in der modernen Gesellschaft findet ein überall zu beobachtender Übergang von jener Haltung, in der der Arme Wohltaten zu empfangen bereit ist, zu jener statt, in der der Arme sich selber helfen möchte, allenfalls durch die gegenseitige Hilfe der Armen untereinander, welche letztere in tief christlichem Geist geschehen kann. Wie soll sich dieser Entwicklung gegenüber nun die gleichsam offizielle Caritas der Kirche, wie die Barmherzigkeit des hilfsbereiten Einzelnen verhalten?

Ablösung kirchlicher Caritas durch Staat und bürgerliche Organe

Eines ist sicher: Hand in Hand mit den antichristlichen, antireligiösen Strömungen der Gegenwart geht auch ein mehr oder weniger unterirdisch geführter Kampf gegen die Liebestätigkeit der Kirche, dies ihr eigentümliche Wirken, auf das sie mit Recht immer stolz war. Es ist, als ob man ihr nach vielen anderen Vorrechten nun auch das des Wohltuns abnehmen wollte, durch das sie sich die Herzen gewinnen könnte. Es ist aber auch, als ob Wohltätigkeit überhaupt diskreditiert werden sollte, um andere, männlichere und „gerechtere" Haltungen an deren Stelle zu setzen.

Doch was soll die Kirche tun, wenn man ihr das authentischste Zeichen ihres Glaubens, das der gegenseitigen Liebe, nimmt? Was hat sie dann noch einer gleichgültigen oder heidnischen Welt zu bieten? So werden sich viele fragen. Aber hier muß nun doch zuerst untersucht werden, ob die Gefahr wirklich besteht, daß die christliche Liebe unterbunden würde.

Glorieux gibt zunächst zu, daß sich das Feld der Caritas — aus zwei völlig verschiedenen Gründen übrigens — tatsächlich mehr und mehr verengert. Der eine der Gründe ist der, daß vieles, was früher der Wohltätigkeit unterstand, heute zur sozialen Gerechtigkeit gehört. Der andere Grund liegt darin, daß der Staat und die bürgerliche Gesellschaft immer mehr Aufgaben übernehmen, die bisher der Kirche oder der Privatinitiative vorbehalten waren. Es wäre aber unrecht, wenn man dabei von Übergriffen des Staates und der bürgerlichen Sphäre sprechen wollte. Das Wohl des Bürgers ist ja wirklich etwas, was zum Ressort des Staates gehört. Er hat nur lange gebraucht, um zu dieser Erkenntnis zu kommen, und noch länger, um die Aufgabe wirklich zu übernehmen, die ja eine schwere Belastung bedeutet. Es ist also daran nichts zu bedauern, vorausgesetzt, daß der Staat seine Aufgabe richtig erfüllt und daß die Armen es nicht zu bedauern haben, aus dem Schutz der Kirche in den des Staates übergegangen zu sein; und vorausgesetzt auch, daß der Staat die Fürsorge nicht zu seinem Monopol macht und alle anderen Hilfeleistungen verbietet. Diese Vorbedingungen müssen allerdings erfüllt sein.

Das Gebot der Liebe geht an den einzelnen Christen

Dann aber bleibt der christlichen Nächstenliebe immer noch genug zu tun. Ist doch schon die Gerechtigkeit selber

nicht in Ordnung ohne Mitwirkung der Liebe; immer wird es notwendig sein, sie zu mildern oder zu beleben und sie durch die Absicht der Liebe zu vervollkommnen. Gerechtigkeit und Liebe dürfen niemals so gegeneinander abgegrenzt werden, daß, wo es die eine gibt, für die andere kein Raum mehr wäre.

Wenn man dabei auf die Geste des Wohltäters verzichten muß, so ist das nur um so besser. In ihr konnte sich die Eitelkeit befriedigen, während es doch allein auf die Sache ankommen sollte. Caritas ist kein apologetisches Werkzeug; Christus selber hat gesagt: „Wenn du Almosen gibst, soll deine Rechte nicht wissen, was deine Linke tut." Daß aber die Menschen das gute Werk erkennen und für es den Vater loben, das ist eine Folge, die sich mit Notwendigkeit einstellt, wie Christus selber gesagt hat. Der Barmherzige strahlt aus, ob man will oder nicht.

Noch verkehrter wäre es, wenn man das Gebot der Nächstenliebe allein in den kirchlichen Caritaswerken verwirklicht sähe, die allerdings vom Staat unterbunden werden können; in Wahrheit richtet sich das Gebot an den einzelnen Christen, der in seinem persönlichen Leben Christi Liebe verwirklichen muß. Und was könnte ihn je hindern, den Geist der Liebe im Verkehr mit seinen Mitmenschen zu bekunden? Sicher ist es gut, wenn die Kirche auch als Institution den Geist ihres Stifters bezeugt, und sie muß dies tun, solange sie kann; eben darum fordert sie auch für sich überall das Recht, Werke der Caritas einzurichten. Sie beansprucht dieses Recht aber nicht für sich allein und hat keinen Grund zu trauern, wenn auch andere Organisationen, wie z. B. der Staat, die Pflicht zur Fürsorge erkennen und erfüllen. Für die Kirche bleibt auch dann immer noch ein unendliches Feld offen.

Christliche Liebestätigkeit und Mündigwerden der Hilfsbedürftigen

Das eigentliche Problem liegt aber in der heutigen Zeit nicht einmal in dieser Kompetenzabgrenzung mit dem Staat. Es liegt bei denen, für die gesorgt werden soll, selber, und hier ist die Schwierigkeit viel verwirrender und schwerer einzuordnen.

Auf allen Gebieten läßt sich nämlich heute unleugbar eine Verhärtung der Haltung der unteren Klassen gegenüber allem, was nach Paternalismus aussieht, feststellen. In den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Vorgesetzten und Angestellten, überall ist dies deutlich spürbar. Die Arbeiterklasse wünscht, daß die Gesten der Wohltätigkeit, ja der Fürsorge überhaupt, durch ein besseres Lohnsystem und eine Verbesserung der gesamten Berufsorganisation immer seltener notwendig werden. Sie will ihre Fürsorge selber in die Hand nehmen, die Verwaltung und Verteilung der Sozialversicherungsgelder selber beaufsichtigen, nicht mehr wie Minderjährige behandelt werden — was nur gerecht ist. Aber dies Bewußtsein der Arbeiterklasse von der eigenen Würde macht sie mißtrauisch auch gegen die selbstloseste und wahrhaft christlichste Haltung, die nach „Wohltätigkeit" aussieht. Sie beginnt, sich eine neue Vorstellung von Nächstenliebe zu machen: sie will nicht mehr Caritas, sondern Ermöglichung, sich selber zu helfen. Nur in dieser Form versteht sie die christliche Liebe. Nur in dieser Form achtet sie sie.

Die Selbsthilfeorganisationen nehmen in der Tat in der heutigen Sozialstruktur eine immer wichtigere Stellung ein. Man ist sich der gegenseitigen Abhängigkeit der Menschen untereinander, ihrer Solidarität im Guten und Bösen, ob sie wollen oder nicht, bewußter geworden. Zusammen mit den demokratischen Ideen (und selbst unter den totalitären Staatsformen) hat sich daraus ein Arbeitsethos gebildet, das darauf angelegt ist, daß der einzelne sich freiwillig in einen gemeinsamen Arbeitsvorgang einordnet und ganz bewußt seinen persönlichen Beitrag dazu liefert.

Auf dem Gebiet der Hilfeleistung bei materiellen Unglücksfällen hat sich daraus eben die Mentalität der Selbsthilfe, d. h. der gegenseitigen Hilfe innerhalb einer festen Gemeinschaft gebildet.

Zwei Methoden des Helfens

Die reine Wohltätigkeit, die, wie ihr Name sagt, aufrichtig sucht, wohlzutun, Gutes zu tun, dem Elend, das sie entdeckt, Hilfe zu bringen, ging doch nicht darüber hinaus, eben dem einzelnen Unglücksfall nach Kräften abzuhelfen. Hatte sie den Hunger gestillt, die Blöße bedeckt, die Krankheit geheilt, so hatte sie ihr Werk wohlgetan. Die genossenschaftliche Selbsthilfe hat sich dagegen ein ganz neues Ziel gesteckt: sie will den Menschen, dem Hilfe gebracht wird, selber mit einordnen in das Werk seiner Errettung, seiner Entfaltung. Er wird nicht wie ein Kind behandelt, für das man ganz und gar sorgen muß, sondern wie ein Mann, dem man nur die nötigen Mittel geben muß, damit er sich selber hilft. Welche der beiden Methoden ist die bessere? Die organisierte Selbsthilfe entscheidet sich für die letztere. Doch stehen sich in allen Bereichen heute noch die beiden Tendenzen gegenüber, bei den karitativen Aufgaben wie überall sonst. Welcher soll man folgen?

Wollte man die Caritas einzig auf die Methoden der Selbsthilfe beschränken, so würde man sie einer Menge von Möglichkeiten, sich auszuwirken, berauben. Doch nicht nur das; es besteht eine Gefahr, die Caritas zu einer bloßen Form der Solidarität herabzuwürdigen. Und sicher wäre es unsinnig, nur um „zeitgemäß" zu sein, das Beste und Wesentlichste unsres christlichen Lebens preiszugeben. Aber in Wahrheit sind sowohl Wohltätigkeit wie auch Selbsthilfe nur Formen, an denen die christliche Liebe offenbar werden kann, die ihrem Wesen nach etwas Übernatürliches ist. Nicht jede Wohltätigkeit ist auch wirklich christliche Liebe. Man kann sie aus bloßem natürlichem Mitleid ausüben, wenn nicht gar aus Nützlichkeitsgründen oder Parteiinteressen. Ebenso ist die gegenseitige Hilfe der Selbsthilfegruppe nicht notwendigerweise christliche Liebe, auch sie kann ganz andere Motive haben. Aber in beiden Formen von Hilfeleistung kann sich die echte christliche Liebe auswirken. Immer wird es besondere Bedürfnisse, Personen und Fälle geben, für die nur die eigentliche Wohltätigkeit die rechte Hilfe bringen kann. Aber die neue Form der Hilfe, die Selbsthilfe, hat gewisse Vorzüge, die der christlichen Liebesbetätigung eine ganz neue Richtung geben können. Die in genossenschaftliche Hilfe umgewandelte Caritas scheint in der Tat ihrem Zweck besser zu entsprechen als die einfache Wohltätigkeit und zudem auch dem Geist des Evangeliums näher zu stehen. Denn wir müssen unsre Nächstenliebe auf die „ganze Person" des Hilfsbedürftigen ausdehnen, Leib und Seele, so wie Christus selber

die Menschen geliebt hat und liebt. Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, materielle Hilfe zu bringen, wenn wir mehr tun könnten. Wir dürfen die, denen wir helfen wollen, nicht wie unmündige Kinder behandeln. Manchmal sind sie solche, gewiß; aber wenn sie selbständig genug sind (und zwar ebenso die einzelnen wie die sozialen Gruppen), dann muß die wahre christliche Liebe das beachten, sie muß ihre Methode ändern und von der Wohltätigkeit zur Anregung der Selbsthilfe übergehen.

Eine neue Verwirklichung der christlichen Brüderlichkeit

Das wahre christliche Verhältnis der Menschen zueinander kommt dabei viel mehr zur Geltung. In dieser Mitwirkung zur Selbsthilfe entfaltet sich das Gefühl der Brüderlichkeit: wir sind alle Brüder, einige mehr, andere weniger begünstigt von der Natur, einige stärker, andere schwächer. Auch heißt es bei Paulus: „Einer trage des anderen Last; so erfüllt ihr das Gebot Christi", und dieser Aufforderung kommt die christliche Liebe besser nach in der Form der genossenschaftlichen Selbsthilfe als in der Wohltätigkeit.

P. Glorieux geht in einem letzten Teil seines Vortrags auf speziellere Fragen ein. Er betont, keine Richtlinien geben zu können, sondern nur Anregungen. Diese teilt er ein in solche für die individuelle Nächstenliebe und solche für die öffentliche Caritas. In der Ausübung der persönlichen Liebespflicht wird immer noch oft genug die Form der Wohltätigkeit notwendig sein; doch muß sie darauf achten, jede paternalistische Geste zu vermeiden, jeden Versuch zur Selbsthilfe zu ermuntern und dem Empfänger seiner Gaben oder seiner Hilfe Vertrauen entgegenzubringen.

Oft wird die persönliche Wohltätigkeit aber auch nicht mehr nur auf den Einzelnen stoßen, sondern auf Gruppen, auf Bewegungen, die sich schon das Ziel gesetzt haben, Selbsthilfe zu organisieren. Kann der Einzelne hier helfen oder wird er gar darum gebeten (man denke etwa an Unterstützungen bei Streiks), so soll er sich gewiß nicht auf den Standpunkt stellen, private Hilfe solle auch nur an private Personen gehen und nicht gegebenenfalls irgendwelche berechtigte und schöne Bemühungen der Selbsthilfe unterstützen.

Die institutionelle Caritas umfaßt auf christlicher Basis die imposante Reihe der Pfarrwerke, der Werke der Bewegungen und Organisationen und außerdem die Werke der karitativen Orden. Für sie gelten die gleichen Mahnungen wie für die individuelle Caritas. Auch sie dürfen sich nicht paternalistisch verhalten, sie dürfen die Caritas nicht zu apologetischen Zwecken benutzen. Auch sie müssen allen Formen von Selbsthilfe mit größter Sympathie begegnen und sich allen neuen Bedürfnissen und neuen Lösungen aufgeschlossen erweisen. Eine Anzahl von Kongregationen ist entstanden mit ganz bestimmten Aufgaben einer noch rein paternalistisch aufgefaßten Caritas. Ihnen wird es nicht leicht werden, den Übergang zu neuen Formen zu finden. Und doch verscherzen sie sich die Zuneigung der Hilfsbedürftigen ebenso wie die der aufgeschlosseneren Christen, wenn sie den Anschluß nicht finden. Ihn zu finden, muß sie die echte christliche Liebe befähigen, die über alle Hindernisse siegt.

Ein urchristliches Anliegen

Zum Beweis aber, daß all diese neuen Aufgaben der Caritas, diese Neuorientierung von der bloßen Wohltätigkeit weg zu einer Hilfe, die den, der sie empfängt, nicht erniedrigt, in Wahrheit nicht neu sind, sondern das Ziel aller echten christlichen Liebe, zitiert Glorieux zum Schluß einen Absatz des hl. Augustinus:

„Du gibst dem Hungrigen Brot, aber besser wäre es, wenn niemand Hunger hätte und du niemandem Brot gäbest. Du kleidest den Nackten; aber wären doch alle gekleidet und es gäbe keine solche Notwendigkeit! Du begräbst die Toten; käme doch endlich jenes Leben, in dem niemand mehr stirbt! Du versöhnst die Streitenden; käme doch endlich der ewige Friede, der Friede Jerusalems, wo niemand in Zwietracht lebt! Alle diese Dienste erfüllen in der Tat Bedürfnisse. Schaffe die Unglücklichen ab. Dann gäbe es auch keine Werke der Barmherzigkeit mehr: aber wird darum das Feuer der Liebe erlöschen? Echter ist die Liebe, die du einem Glücklichen entgegenbringst, den du in keiner Weise verpflichten kannst; reiner wäre diese Liebe und freimütiger. Denn wenn du einen Unglücklichen verpflichtest, wünschst du vielleicht, dich ihm gegenüber zu erheben, willst du, daß er unter dir sei, er, der dich veranlaßt hat, Gutes zu tun. Er befand sich in Bedürftigkeit; du hast ihm aus deinen Mitteln mitgeteilt. Weil du ihn verpflichtet hast, erscheinst du irgendwie größer als er, der Verpflichtete. Wünsche, daß er deinesgleichen sei: und gemeinsam stellt euch unter Den, der durch niemanden verpflichtet werden kann."

Zur rechtlichen Lage der katholischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik

Wenn man die Veröffentlichungen der letzten beiden Jahre, die die rechtliche Lage der katholischen Kirche in Deutschland zum Gegenstand haben, einer aufmerksamen Betrachtung unterzieht, so wird man unschwer feststellen, daß zwar das Grundgesetz der Westdeutschen Bundesrepublik eingehend auf seinen kirchenpolitischen Gehalt untersucht worden, daß aber bis zum heutigen Tage hinsichtlich der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ein Gleiches nicht geschehen ist. Man mag sich fragen, woher diese Tatsache rührt. Ist sie auf mangelndes Interesse des westdeutschen Katholizismus für die Sorgen der Glaubensbrüder hinter dem Eisernen Vorhang zurückzuführen, oder schätzt man den praktischen Wert verfassungsrechtlicher Bestimmungen im Gebiet der DDR von vornherein so gering ein, daß man die Verfassung des deutschen Ostzonen-Staates einer näheren Untersuchung gar nicht für wert erachtet? Wie immer auch die Antwort lauten mag, das Vorhandensein der erwähnten Tatsache stellt einen offenbaren Mangel dar; denn mögen auch die natürlichen Rechte und Freiheiten des Einzelnen oder ganzer Gemeinschaften durch eine Verfassung noch so beschnitten und eingeengt sein, immer hat die ausübende Staatsgewalt doch so lange noch den äußeren Rechtsschein für sich, wie sich ihr Verhalten innerhalb der Grenzen hält, die durch die Verfassung gesteckt wurden. Werden aber diese Grenzen verlassen, dann kommt der Staatsgewalt auch jener Rechtsschein der Verfassungsmäßigkeit ihres Handelns nicht mehr zugute.

Im folgenden soll daher ein Überblick über die Rechtslage der Kirche, wie sie sich aus der Verfassung der DDR

ergibt, gegeben und im Zusammenhang damit an Hand der Nachrichten, die nach Westdeutschland gelangt sind, auf die tatsächlich bestehenden Verhältnisse andeutungsweise hingewiesen werden.

Tendenz zur Trennung von Kirche und Staat

Anders als im Grundgesetz der Westdeutschen Bundesrepublik hat in der Verfassung der DDR gegenüber der Weimarer Reichsverfassung eine Verschiebung zu Gunsten des Gedankens der Trennung von Staat und Kirche stattgefunden. Das liegt einmal an dem von vornherein schon ungleich schwächeren katholischen Bevölkerungsanteil der DDR, zum anderen daran, daß der Verfassungsentwurf auf dem von Otto Grotewohl aufgestellten Entwurf der SED fußte, die auch bei der Zusammensetzung des Volkskongresses, der die Verfassung beriet und am 20. Mai 1949 verabschiedete, die zahlenmäßige Überlegenheit hatte. Daß die äußeren, durch das Vorhandensein der sowjetischen Besatzungsmacht gegebenen Machtverhältnisse entscheidend mitgewirkt haben, ist selbstverständlich.

Rein äußerlich tritt der Unterschied zum Westdeutschen Grundgesetz schon im Aufbau der ostdeutschen Verfassung zutage. Während das Grundgesetz mit der Aufzählung der Grundrechte des Staatsbürgers beginnt, also vom Individuum ausgeht, beginnt die ostdeutsche Verfassung mit der Bestimmung der Grundlagen der Staatsgewalt; sie geht also vom Kollektiv aus. In der Gliederung schließt sie sich dabei aber an die Weimarer Reichsverfassung an. Vergleicht man die ostdeutsche Verfassung weiter mit dem westdeutschen Grundgesetz, so fällt auf, daß sich erstere nicht damit begnügt, die Religionsbestimmungen der Weimarer Verfassung einfach in Bausch und Bogen zu übernehmen, sondern daß sie sich die Mühe der Neuformulierung der Bestimmungen über Religion und Religionsgemeinschaften macht. Der Grund für dieses Verhalten des Gesetzgebers dürfte in dem Bestreben liegen, die Rechtsstellung der Religionsgemeinschaften einer Revision zu unterziehen und gegenüber der Weimarer Verfassung abzuändern.

Glaubens- und Gewissensfreiheit

In Artikel 41 Abs. 1 Verfssg. DDR wird analog dem Grundgedanken des Art. 135 WRV (Weimarer Reichsverfassung) zugesichert, daß jeder Bürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit genieße und die ungestörte Religionsausübung unter dem Schutz der Republik stehe. Abs. 2 bringt dann jedoch eine Einschränkung, die besagt, daß Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, religiöse Handlungen und Religionsunterricht nicht für verfassungswidrige und parteipolitische Zwecke mißbraucht werden dürfen. Dieser Einschränkung gegenüber dürfte der nachfolgenden Erklärung, daß den Religionsgemeinschaften das Recht nicht bestritten würde, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen, keinerlei Bedeutung beigemessen werden, da es ja dem Staat völlig in die Hand gegeben ist, eine jede derartige Stellungnahme, die nicht seinen augenblicklichen Ansichten entspricht, als verfassungswidrig oder parteipolitischen Zwecken dienend zu bezeichnen. Die im Gebiet der DDR geübte Praxis hat die Richtigkeit dieser Ansicht denn auch zur Genüge bewiesen. Zwar erklärte der damalige Minister für Arbeit und Gesundheitswesen in der Ostregierung, Luitpold Steidle (der ursprünglich aus der katholischen Jugendbewegung kommt, in Stalingrad als Regimentskommandeur gefangen genommen wurde und über das Nationalkomitee Freies Deutschland in eine führende Stellung in der Ostzonenverwaltung einrückte), auf der 4. Jahrestagung der Ost-CDU vom 13./14. 11. 1949 noch u. a.: „In der Verfassung ist die Stellung zur Kirche klar umrissen. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutze der Republik. Die Verfassung bietet damit eine sichere Grundlage für die Vermeidung eines Kirchen- und Kulturkampfes, den manche unserer Mitbürger, vor allem in den Westzonen, entzündet sehen möchten. Das Recht der Religionsgemeinschaften, zu den Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen, ist unbestritten. Damit gewährt die Regierung den Christen volle Verantwortlichkeit in der Öffentlichkeit."

Aber bereits Ende April 1950 richtete Ministerpräsident Otto Grotewohl an die Ministerpräsidenten und Polizeidienststellen der Länder der DDR ein Schreiben, in dem es heißt, daß die am 23. April in fast allen (evangelischen) Kirchen der Ostzone verlesene Kanzelverkündigung über die Abwehr materialistischer Tendenzen im christlichen Leben nicht im Einklang mit der Verfassung der Ostzonenrepublik stehe und daher als illoyal betrachtet werden müsse. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sehe in der Kanzelverkündigung einen Mißbrauch der Verfassung und einen Angriff gegen das volksdemokratische Regime der Ostzone.

In einer Stellungnahme zu der Frage: „Gibt es eine Glaubens- und Gewissensfreiheit in der DDR?" erklärte das Bischöfliche Ordinariat Berlin im Frühjahr 1950, daß alle bisherigen Schritte der katholischen Kirche bei der Regierung der DDR für die Regierungsvertreter Anlaß gewesen seien, in öffentlichen Reden und Kundgebungen das Eintreten für Lebensrecht und Lebensmöglichkeit der katholischen Kirche in einen politischen Kampf umzudeuten und ihr volksfeindliche Ziele zu unterschieben. Auch ein am 22. 4. 1950 von dem kürzlich verstorbenen Bischof von Berlin, Kardinal Graf von Preysing, an den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, gerichtetes Memorandum, in dem mutig und rückhaltlos auf die fehlende Gewissensfreiheit hingewiesen wurde, verhallte ungehört. In dem Memorandum heißt es wörtlich: „Die Glaubensfreiheit, soweit sie noch in der DDR geduldet ist, wird in steigendem Maße planmäßig auf die Kultusfreiheit innerhalb der Kirchenmauern eingeschränkt. Soweit das religiöse Leben außerhalb der liturgischen Form zu seiner naturgemäßen Betätigung drängt, muß die Verordnung vom 1. Juli 1949 über die Anzeigepflicht von Veranstaltungen dazu dienen, der Polizei die Handhabe zu bieten, dagegen einzuschreiten. Die Einschränkung des religiösen Lebens auf das rein ‚Kultische' bei gleichzeitiger Formung des öffentlichen und privaten Lebens nach dem Geiste des Materialismus gehört zum Liquidationsrezept des ‚Religiösen' überhaupt, wie es sich in der Literatur des Materialismus findet."

Art. 42 Verfssg. DDR, der die Religionsausübung, das Recht zur Verweigerung der Religionsangabe und die Benutzung der religiösen Eidesformel regelt, entspricht bis auf unbedeutende Formulierungsunterschiede dem Artikel 126 WRV. Der zweite Absatz dieses Art. 42 lautet: „Die Ausübung privater oder staatsbürgerlicher

Rechte oder die Zulassung zum öffentlichen Dienst sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis". Welche Wege die Praxis geht, zeigt ein als „streng vertraulich" gekennzeichnetes Schreiben des Zentralkomitees der SED, Abt. Volksbildung, in dem es heißt: „Es ist selbstverständlich, daß eine kirchliche Bindung eines Volkspolizisten, vor allem eines Offiziers, mit dem Gedankengut des fortschrittlichen Sozialismus unvereinbar ist. ... Es wird daher nochmals folgendes festgestellt: Im Prinzip sind Kirchenaustritte von Genossen der Volkspolizei nach wie vor erwünscht, ja sogar geboten. ... Es wird den einzelnen Genossen der Volkspolizei zur Pflicht gemacht, in den diesbezüglichen Erklärungen den Kirchenbehörden gegenüber zu betonen, daß der Austritt aus rein persönlichen Erwägungen und auf eigenen Entschluß erfolgt ist."

Rechtsstellung der Kirche

Art. 43 Verfssg. DDR stimmt im großen und ganzen mit Art. 137 WRV überein. In ihm wird festgestellt, daß es keine Staatskirche gibt und daß die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften gewährleistet wird. Es fällt jedoch auf, daß im Abs. 1 des Art. 43 der ostdeutschen Verfassung der in Art. 137 Abs. 2 WRV enthaltene Satz: „Der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebiets unterliegt keinen Beschränkungen" nicht aufgenommen worden ist. Vollständig fehlt auch Abs. 4 des Art. 137 WRV, der den Erwerb der Rechtsfähigkeit für Religionsgesellschaften den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts unterwirft, d. h. der Eintragung ins Vereinsregister gemäß §§ 21 ff. BGB. Es bleibt abzuwarten, ob die religionspolitische Praxis dazu übergehen wird, die Verleihung der Rechtsfähigkeit irgendwelchen Sondervorschriften zu unterwerfen, wie dies etwa nach der preußischen Verfassung von 1850 der Fall gewesen ist. Die auf eine vollständigere Trennung von Staat und Kirche gerichtete Tendenz der ostdeutschen Verfassung macht ein solches Vorgehen allerdings unwahrscheinlich.

Im übrigen bleibt die katholische Kirche nach Art. 43 Abs. 3 Verfssg. DDR Körperschaft des öffentlichen Rechts; sie ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten nach Maßgabe des für alle geltenden Gesetzes (Art. 42 Abs. 2 Verfssg. DDR) und darf weiterhin Kirchensteuern erheben (Art. 43 Abs. 4 Verfssg. DDR).

Ablösung der öffentlichen Leistungen

Dem Art. 138 WRV entspricht Art. 45 der ostdeutschen Verfassung. Er behandelt die Frage der Ablösung der öffentlichen Leistungen an die Religionsgemeinschaften. In diesem Verfassungsartikel wird der zentralistische Zug der ostdeutschen Verfassung besonders deutlich. So heißt es im Abs. 1: „Die ... öffentlichen Leistungen ... werden durch Gesetz abgelöst" und nicht wie in der Weimarer Verfassung: „... durch die Landesgesetzgebung". Auch fand der im Art. 138 Abs. 1 WRV enthaltene Satz: „Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf", keinen Eingang in Art. 45 Abs. 1 Verfssg. DDR. Die Republik hat demnach die Kompetenz für die Ablösungsgesetzgebung vollständig an sich gezogen. Der Gedanke, die Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften abzulösen, um so in möglichst wirkungsvoller Weise die Idee der Trennung von Kirche und Staat ihrer Verwirklichung näher zu bringen, fand erstmalig Eingang in die Weimarer Verfassung, ohne daß jedoch das zur Durchführung erforderliche Reichsgesetz jemals ergangen wäre. Wie weit Art. 45 Verfssg. DDR bisher realisiert wurde, ist aus den vorliegenden Meldungen nicht zu ersehen. Jedenfalls hat bereits das Land Brandenburg vor der Errichtung der DDR eine Teilablösung vorgenommen, indem es durch Verordnung bestimmte, daß die kraft öffentlichen Rechts geschuldeten Leistungen der Gemeinden an Kirchengemeinden und der Kirchengemeinden an die Gemeinden fortfallen. Gebäude und Grundstücke des Staates, der Provinz, der Gemeinden und ehemaligen Kirchenpatrone, die am 31. 1. 1933 in ihrem vollen Umfange Zwecken der evangelischen oder katholischen Kirche gewidmet waren, gingen in das Eigentum der nutznießenden kirchlichen Stellen über. Mit dem Eigentumsübergang erloschen etwa bestehende Baulasten der früheren Eigentümer.

Seelsorge in öffentlichen Anstalten

Art. 141 WRV ist in unveränderter Form in Gestalt des Art. 46 in die ostdeutsche Verfassung übernommen worden. Demzufolge ist die katholische Kirche (wie auch die übrigen Religionsgesellschaften), soweit ein Bedürfnis besteht, zur Vornahme religiöser Handlungen in Krankenhäusern, Strafanstalten oder anderen öffentlichen Anstalten zugelassen. Soweit die Meldungen erkennen lassen, wird von Seiten der ostdeutschen Regierung der Verfassungsbestimmung wenigstens in etwa in der Praxis Rechnung getragen, wo es sich um Krankenhäuser und ordentliche Strafanstalten handelt. Zu den Gefängnissen der Abt. V der Volkspolizei, die an die Stelle der früheren NS-Gestapo getreten ist, wird der Kirche jedoch der Zutritt zum Zwecke der Vornahme religiöser Handlungen versagt.

Schule und Religionsunterricht

Eine bedeutende Verschlechterung der kirchlichen Rechtsstellung gegenüber der Weimarer Reichsverfassung ist hinsichtlich der Bekenntnisschule und des Religionsunterrichts in der Verfassung der DDR eingetreten. Die Schulartikel (Art. 34—40 Verfssg. DDR) übergehen die Forderung der Kirche nach Bekenntnisschulen mit völligem Stillschweigen; die Art. 40 und 44 Verfssg. DDR legen bezüglich des Religionsunterrichts fest, daß er eine Angelegenheit der Religionsgesellschaften sei, denen das Recht zur Erteilung gewährleistet wird: „... Der Religionsunterricht wird von den durch die Kirche ausgewählten Kräften erteilt. Niemand darf gezwungen oder gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen. Über die Teilnahme am Religionsunterricht bestimmen die Erziehungsberechtigten". Der Religionsunterricht ist somit als ordentliches Lehrfach aus der Schule völlig verschwunden, während er nach Art. 149 Abs. 1 WRV schulplanmäßiges Lehrfach an allen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen war. Eine Diskrepanz, die jedoch im Wege der Gesetzesauslegung zu beheben ist, ergibt sich beim Vergleich der Art. 44 und 48 der ostdeutschen Verfassung insofern, als Art. 44 den Erziehungsberechtigten das Recht zubilligt, die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen, während Art. 48 dem Kind vom vollendeten 14. Lebensjahr ab die Berechtigung gibt, über seine Religionszugehörigkeit selbst zu bestimmen. Mit dem Art. 48 hat sich die Verfassung der DDR übrigens dem Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 angeschlossen.

Kirchenaustritt

Art. 47 Verfssg. DDR soll den Kirchenaustritt erschweren, indem er eine entsprechende Erklärung bei Gericht oder die Einreichung einer solchen Erklärung in öffentlich beglaubigter Form verlangt und davon die bürgerliche Wirkung abhängig macht. Der tatsächliche Wert der angeführten Verfassungsbestimmung ist denkbar gering, da das menschliche Trägheitsmoment, auf das bei der Formulierung des Art. 47 gerechnet wurde, ohne Schwierigkeit durch den starken psychischen Druck überwunden wird, den die Staatsgewalt auf das einzelne Individuum auszuüben in der Lage ist und auch tatsächlich ausübt, da, um mit den Worten des Kardinals v. Preysing zu sprechen, „dem Materialismus in der DDR der Rang einer exklusiven staatlichen Weltanschauung, einer exklusiven Staatsreligion eingeräumt und in Theorie und Praxis dem gesamten Volksleben aufgezwungen werden soll".

Sonntagsschutz

Der Sonntag und die nicht näher bestimmten Feiertage werden in der Verfassung nur noch unter dem sozialpolitischen Gesichtspunkt der Arbeitsruhe geschützt (Art. 16 Abs. 2 Verfssg. DDR). Daß kaum ein anderer Verfassungsartikel so wie dieser in der Praxis verletzt wird, bedarf wohl keiner besonderen Ausführungen. Es mag nur auf die heutigen Zeitungsmeldungen der ostdeutschen Presse hingewiesen werden, die von sogenannten „freiwilligen" Sonn- und Feiertagsschichten zur Steigerung der Produktion berichten. Entziehen kann sich dem kaum jemand, da schwere wirtschaftliche Nachteile damit verbunden wären.

Religion ist Privatangelegenheit

Im ganzen gesehen haben die Religionsbestimmungen der Verfassung der DDR die Rechtsstellung der katholischen Kirche geschwächt. So kommentiert auch Steinhoff den Abschnitt B Kapitel V der Verfassung, indem er sagt: „Was die Religionsgemeinschaften anbetrifft, hält sich der Entwurf an den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, daß Religion Privatangelegenheit ist".

Fortgeltung des Konkordats

Über die Frage der Fortgeltung der völkerrechtlichen Verträge ist in der ganzen Verfassung kein Wort verloren worden. Wohl aber stellt Art. 5 Abs. 1 Verfssg. DDR fest, daß die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts die Staatsgewalt und jeden Bürger binden. Unter Berufung auf diese Verfassungsbestimmung kann, ähnlich wie mit den Artikeln 25 u. 123 Abs. 2 des westdeutschen Grundgesetzes, die Weitergeltung des deutschen Konkordatssystems auch im Gebiet der DDR vertreten werden. Das bedeutet, daß die Bestimmungen des Reichskonkordats und die des preußischen Konkordats weiterhin Anwendung finden müssen. Die rechtliche Fortgeltung des preußischen Konkordats ist ja bekanntlich trotz der durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 erfolgten Auflösung des Landes Preußen dadurch gewährleistet, daß in Art. 2 des Reichskonkordats ausdrücklich festgestellt wurde, daß die mit den deutschen Ländern abgeschlossenen Konkordate bestehen bleiben und die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche innerhalb der betreffenden Staatsgebiete unverändert gewahrt werden sollten. Hierdurch wurde u. a. auch das landesgesetzlichen Charakter tragende preußische Konkordat auf die höhere Ebene des Reichsrechts gehoben. Es war daher nicht mehr an den Fortbestand des preußischen Staatswesens gebunden. Eine ausdrückliche Stellungnahme von amtlichen Stellen der Deutschen Demokratischen Republik ist in der Konkordatsfrage bisher jedoch nicht erfolgt. Zur Veranschaulichung der in Ostdeutschland geübten Praxis seien aber zwei Fälle erwähnt, die auf Grund einer Einsichtnahme in den amtlichen Schriftwechsel mitgeteilt werden können. Im ersten Falle handelte es sich um die Neuerrichtung einer Pfarrei, bei der gemäß Art. 12 des Reichskonkordats die staatliche Mitwirkung insofern erforderlich ist, als der Staat die Erhebung zur Körperschaft des öffentlichen Rechts vollziehen muß. Die Mitteilung der kirchlichen Behörde von der erfolgten Pfarreierrichtung an die zuständige staatliche Stelle wurde von dieser damit beantwortet, daß sie mitteilte, die Errichtung sei „genehmigt", da es sich um eine innerkirchliche Angelegenheit handle. Der Hinweis der Kirchenbehörde, daß es sich nicht um die Erteilung einer „Genehmigung" handeln könne, sondern nur um die Erhebung der betreffenden Kirchengemeinde zur juristischen Person, d. h. zur Körperschaft des öffentlichen Rechts, zu der der Staat schon seit dem Allgemeinen Landrecht Friedrichs d. Gr. verpflichtet sei, wurde damit abgetan, daß dennoch der Art. 43 Abs. 2 Verfssg. DDR anzuwenden sei, demzufolge es den Religionsgemeinschaften selbst überlassen bleibe, ihre Angelegenheiten nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze zu ordnen und zu verwalten. Die Frage, ob das Reichskonkordat als geltendes Recht anerkannt wird, wurde damit von beiden Seiten offengelassen. Im zweiten Falle handelte es sich um die Anzeigeerstattung von der erfolgten Ernennung eines Weihbischofs für die Diözese Berlin gemäß Art. 9 Abs. 3 des preußischen Konkordats in Verbindung mit Art. 2 Abs. 1 des Reichskonkordats. Das Bischöfliche Ordinariat teilte die durch den Papst erfolgte Bestellung dem Beirat für die kirchlichen Angelegenheiten in Berlin mit der Bitte um Kenntnisnahme mit. Der Beirat ging auf diese Aufforderung ein und nahm unterschriftlich Kenntnis von der Ernennung des Weihbischofs, wodurch er ein konkordatsmäßiges Verhalten an den Tag legte.

Sind Konkordate mit den Ländern möglich?

Es soll noch kurz die Frage gestreift werden, ob die Verfassung der DDR die rechtliche Möglichkeit zum Abschluß neuer Konkordate zwischen den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik und der Kirche offen läßt. Wie beim Bonner Grundgesetz, so wird man diese Frage auch für die Verfassung der DDR grundsätzlich bejahen dürfen, allerdings nur sehr grundsätzlich. Das aus Art. 78 Abs. 2 WRV bekannte Recht der Länder, in Angelegenheiten, deren Regelung ihrer Gesetzgebung untersteht, mit auswärtigen Staaten Verträge zu schließen, ist zwar im Art. 117 Abs. 2 Verfssg. DDR übernommen worden. Es erhebt sich aber die Frage, welche Angelegenheiten denn nun der Gesetzgebungsgewalt der Länder unterstehen. Bei der Beantwortung wird der bisher verborgen gebliebene Pferdefuß sichtbar. So ist entsprechend der in der Weimarer Verfassung getroffenen Einteilung auch in den Art. 111 u. 112 Verfssg. DDR zwischen grundsätzlicher, konkurrierender und ausschließlicher Gesetzgebungskompetenz unterschieden worden. Die der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Republik unterstehenden Sachgebiete sind im

Art. 112 Verfssg. DDR erschöpfend aufgezählt, sie schließen nicht die Religionsgesetzgebung mit ein. An sich müßten also danach die Länder hinsichtlich der Religionsgesetzgebung selbständig sein, aber das Prinzip der Grundsatzgesetzgebung durch die Republik, wie es im Art. 111 Abs. 1 Verfssg. DDR zutage tritt, wurde zuungunsten der Länder ganz wesentlich eingeschränkt. So wird festgelegt, daß die Republik „auf allen Sachgebieten einheitliche Gesetze erlassen" kann, d. h. also, daß sie erstens befugt ist, sich jeder Materie gesetzgeberisch anzunehmen, und zweitens, daß sie diese Materie dann aber auch bis ins einzelne Detail regeln „kann". Die im zweiten Halbsatz des Art. 111 Abs. 1 Verfssg. DDR gemachte Einschränkung, daß sich die Republik „jedoch bei ihrer Gesetzgebung auf die Aufstellung von Grundsätzen beschränken solle", ist eben nur eine Soll- und keine Mußvorschrift und deshalb in ihrem Wert durchaus problematisch. Außerdem wird die Hintertür noch durch die nähere Ausdeutung, worauf sich das Wörtchen „soll" bezieht, offen gehalten. Die Republik „soll" sich nämlich auf die Aufstellung von Grundsätzen beschränken, „soweit hierdurch dem Bedürfnis einheitlicher Regelung Genüge geschieht". Wer aber bestimmt, wann das der Fall ist? Die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz der Länder reicht gemäß Art. 111 Abs. 2 Verfssg. DDR so weit, als „die Republik von ihrem Recht zur Gesetzgebung keinen Gebrauch macht". Ob die DDR aber bereit ist, in dem Falle, daß ein Land den Wunsch hätte, mit der Römischen Kurie zu einem Konkordatsabschluß zu kommen, auf ihr umfassendes Gesetzgebungsrecht zu Gunsten des betreffenden Landes zu verzichten, scheint bei den offenkundigen Zentralisierungsbestrebungen der ostdeutschen Verfassung recht unwahrscheinlich.

Staatlicher Gesundheitsdienst und Naturrecht

Die irische Regierung hat im Parlament einen Gesetzentwurf eingebracht, der die allgemeine und kostenlose ärztliche Versorgung der werdenden Mütter und der Kinder bis zu 16 Jahren vorsah. Gegen diesen Entwurf hat der irische Episkopat Einspruch erhoben, und die Regierung hat den Entwurf zurückgezogen. Der Gesundheitsminister ist daraufhin zurückgetreten.

Eine Stellungnahme der irischen Bischöfe

Der Einspruch der Bischöfe hatte folgenden Wortlaut: „Nach Ansicht der Bischöfe stehen die Befugnisse, die der Staat in dem vorgeschlagenen Gesundheitsdienst für Mutter und Kind an sich nimmt, direkt in Widerspruch zu den Rechten der Familie und des einzelnen und geben schwerwiegendem Mißbrauch Raum. Ihr Charakter ist ein solcher, daß keine Versicherung, sie würden maßvoll gehandhabt werden, ihre Erhebung zum Gesetz rechtfertigen kann. Zum Gesetz erhoben, würden sie ein geeignetes Instrument für einen künftigen totalitären Angriff darstellen.

Das Recht, für die Gesundheit der Kinder zu sorgen, steht der Familie zu und nicht dem Staate. Der Staat hat nur ein subsidiäres Interventionsrecht; zur Ergänzung, nicht zur Verdrängung. Er soll bedürftigen oder nachlässigen Eltern zu Hilfe kommen. Er darf aber nicht neunzig Prozent der Eltern ihrer Rechte berauben wegen zehn Prozent bedürftiger oder nachlässiger Eltern. Es ist keine gesunde Sozialpolitik, der ganzen Gemeinschaft einen staatlichen Gesundheitsdienst aufzuerlegen unter dem Vorwand, dadurch den bedürftigen zehn Prozent das, wie man sagt, Unwürdige eines Bedürftigkeitsnachweises zu ersparen.

Das Recht, für die körperliche Erziehung der Kinder zu sorgen, gehört der Familie und nicht dem Staate. Die Erfahrung hat bewiesen, daß die körperliche oder Gesundheitserziehung eng verbunden ist mit wichtigen sittlichen Fragen, über die die katholische Kirche eine genau bestimmte Lehre besitzt. Erziehung zur Mutterschaft schließt Belehrung über sexuelle Beziehungen, Keuschheit und Ehe ein. Der Staat ist unzuständig, darüber Belehrung zu erteilen. Mit der größten Besorgnis betrachten wir den Vorschlag, den örtlichen Gesundheitsbeamten das Recht zu übertragen, katholische Mädchen und Frauen darüber zu belehren, wie sie sich in diesem Lebensbereich, der einen ebenso persönlichen wie geheiligten Charakter hat, verhalten sollen. Die gynäkologische Fürsorge könnte so verstanden werden und wird in einigen anderen Ländern so verstanden, daß sie Maßnahmen zur Geburtenbeschränkung und Schwangerschaftsunterbrechung einschließt. Wir haben keine Gewähr, daß staatliche Beamte die katholischen Grundsätze über solche Maßnahmen beachten. Ärzte, die in Anstalten ausgebildet worden sind, zu denen wir kein Vertrauen haben, könnten zu Medizinalbeamten für den vorgeschlagenen Gesundheitsdienst ernannt werden und die gynäkologische Fürsorge im Widerspruch zu den katholischen Grundsätzen ausüben. Der vorgeschlägene Gesundheitsdienst zerstört auch das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten und betrachtet alle Krankheitsfälle als Gegenstand öffentlicher Berichte und Forschungen ohne Rücksicht auf das individuelle Recht zum Privatleben. Die Ersetzung privater Ärzte durch einen vom Staat bezahlten Dienst ist weder als notwendig erwiesen noch ist sie von Vorteil für den Patienten, die Öffentlichkeit im allgemeinen oder den ärztlichen Beruf.

Die Bischöfe stehen den Maßnahmen zur Förderung der allgemeinen Gesundheit durchaus wohlgesinnt gegenüber. Sie sind jedoch der Ansicht, der Staat sollte, statt die kostspielige bürokratische Einrichtung eines staatlichen Gesundheitsdienstes zu schaffen, lieber in Erwägung ziehen, die gynäkologischen Kliniken und sonstigen Einrichtungen, die gegenwärtig Mangel leiden, zu unterstützen und ausreichende Zuwendungen für Mütter sowie Steuererleichterungen für kinderreiche Familien zu gewähren.

Die Bischöfe haben den Wunsch, daß die Regierung sorgfältig die Gefahren erwägen möge, die in dem vorliegenden Entwurf enthalten sind, bevor sie beantragt, ihn zum Gesetz zu erheben. Deshalb halten sie es für ihre Pflicht, ihre Ansichten zu dieser Sache in privater Form so früh wie möglich vorzutragen, da sie die hiermit verbundenen Belange für sittlich und religiös äußerst bedeutsam ansehen."

Dieser Brief der Bischöfe wurde schon im Oktober 1950 an den Ministerpräsidenten Costello gerichtet und jetzt, zusammen mit dem daran anknüpfenden Briefwechsel, von dem zurückgetretenen Gesundheitsminister Dr. Browne veröffentlicht. Dieser versuchte, in einem langen Memorandum die Bedenken der Hierarchie zu zerstreuen. Die Bischöfe befaßten sich damit auf ihrer

Konferenz in Maynooth am 4. April und kamen wiederum zu dem Ergebnis, daß der Plan in folgenden Punkten gegen das Naturrecht bzw. die kirchliche Sittenlehre verstößt.

1. Der Staat „maßt sich an", eine allgemeine staatliche Funktion und Kontrolle in Sachen der Erziehung, speziell im Hinblick auf die intimen Belange der persönlichen und ehelichen Keuschheit auszuüben.
2. Der Staat „maßt sich an", eine allgemeine staatliche Funktion und Kontrolle hinsichtlich des Gesundheitsdienstes auszuüben, der „für die weit überwiegende Mehrheit der Bürger durch persönliche Initiative und gesetzmäßige Vereinigungen eigentlich gewährleistet sein sollte und gegenwärtig gewährleistet ist".
3. Der Staat mischt sich unzulässig und sehr weit in das persönliche Leben von Patienten und Ärzten, Eltern und Kindern ein.
4. Es wird eine schwere Besteuerung der Gesamtheit notwendig, ohne daß die meisten Bürger es nötig haben oder wünschen, diesen Dienst des Staates in Anspruch zu nehmen.
5. Der Staat zwingt durch die Höhe der Steuer sehr viele, auf private Heilbehandlung zu verzichten und die staatliche in Anspruch zu nehmen.
6. Der Staat erschüttert hierdurch das Selbstvertrauen jener Familien.
7. Ein solches Gesetz gibt vermöge der erforderlichen Ausführungsbestimmungen der Bürokratie neue Macht.

Sowohl der Gesundheitsminister wie auch der Ministerpräsident hatten im Verlauf der Verhandlungen erklärt, sie würden kein Gesetz vertreten, das nach dem Urteil der Kirche gegen deren Sittenlehre verstößt. Sie haben deshalb aus der endgültigen Stellungnahme des Episkopates die Konsequenzen gezogen. Ähnlich wie die Bischöfe hatten auch die Standesvereinigungen der Ärzte gegen den Entwurf schwere Bedenken angemeldet.

Der Einspruch der Bischöfe in dieser Angelegenheit und sein Erfolg ist aus dem Grunde bemerkenswert, weil er zeigt, daß wenigstens in einem europäischen Lande das Naturrecht von der Gesetzgebung kompromißlos geachtet und die geistliche Autorität in ihrer Zuständigkeit für die Auslegung des Naturrechts anerkannt wird. Aber diese Auslegung ist auch inhaltlich von größtem theoretischem Interesse für die Wissenschaft vom Naturrecht und von hoher aktueller Bedeutung, ja sie ist ein ausgesprochener Präzedenzfall für mannigfache Probleme staatlicher Wohlfahrtspolitik, denen der Christ als Politiker in allen westlichen Ländern begegnet.

Ein Kommentar: Schutz der Persönlichkeit und des Eigentums

Diese Bedeutung der Stellungnahme des irischen Episkopates wurde vom Londoner „Tablet" (21. 4. 1951), dem wir auch die obigen Texte entnommen haben, in einem längeren Kommentar gewürdigt. Der Verfasser stellt fest, daß die irischen Bischöfe einige Grundsätze der katholischen Sozialethik geltend gemacht haben, „hinsichtlich derer die Katholiken in vielen Ländern der Welt in den Jahren seit dem Kriege sich haben verwirren lassen oder es für klug gehalten haben, leise zu treten. Wir unsererseits sind der irischen Hierarchie dankbar für diese offene Sprache zu einer Zeit, da es Mode geworden ist, eine Reihe von Maßnahmen staatlicher Politik als ‚soziale Gerechtigkeit' zu deklarieren, die tatsächlich der Gerechtigkeit widersprechen."

Es handelt sich, sagt „The Tablet", letzten Endes darum, ob der Staat ohne zwingenden Grund auf dem Wege der Besteuerung dem einen sein Eigentum nehmen und es dem andern geben kann. „Es ist erstaunlich, wie oft Christen von menschlicher Verantwortung und Würde sprechen und behaupten, daß sie die grundlegende Bedeutung des Eigentums verstehen, dann aber fortfahren, solche Entscheidungen als christlichen Fortschritt hinzustellen, durch die das Eigentum seiner wesentlichen Bedeutung und seines Wertes beraubt wird, weil sein Besitz zu einer unsicheren Sache gemacht und von den veränderlichen Launen eines Wahlergebnisses, wenn nicht gar von den Einfällen von Beamten und Ministern abhängig wird. Wenn das Eigentum seine Funktion erfüllen soll, muß es von der öffentlichen Meinung und dem Gesetz mit einem Charakter wirklicher Unverletzlichkeit bekleidet werden, und das schließt die Ablehnung einer Politik ein, durch die es irgendwann aus unwesentlichen Gründen leichthin weggenommen werden kann."

Der Kommentar hebt hervor, daß die irischen Bischöfe einen hochwichtigen Beitrag zu einem Problem geliefert haben, vor dem die Katholiken in allen jenen Ländern stehen, in denen sie Einfluß auf die Gesetzgebung haben, darunter auch in Deutschland: nämlich „die Unterstützung der proletarischen Massen zu gewinnen, indem sie mit sozialistischen Ideen Kompromisse schließen."

„The Tablet" stellt anerkennend fest, daß die irischen Bischöfe sich nicht gescheut haben, in einer Angelegenheit ihre Stimme zu erheben, die in den Augen der Urteilslosen nichts mit Religion zu tun hat und eine „Einmischung in die Politik" genannt werden wird, die tatsächlich aber das Naturrecht und damit die sittlichen Belange angeht. Sie haben sich damit als geistige Führer der Nation erwiesen, und ebenso ist es kein Zeichen von Schwäche bei der Regierung, sondern ein Beweis ihrer Stärke, daß sie auf die Stimme dieser Führer gehört hat, ohne den Vorwurf der Unterordnung unter die Bischöfe zu fürchten.

Gibt es hier eine „katholische Lösung"?

Trotzdem berührt auch „The Tablet" die Frage, die man sich unwillkürlich stellt, wenn man von dieser Sache hört: Gibt es in einer Frage dieser Art eine Antwort, die man schlechterdings als die katholische Lösung bezeichnen kann? Am 28. 4. veröffentlichte die gleiche Zeitschrift eine erste Zuschrift, die dagegen Bedenken anmeldet. Sie richten sich hauptsächlich gegen das vierte und fünfte Argument der Bischöfe. „Um für die Bedürftigen zu sorgen, sagt man, wird denen Unrecht getan, die normalerweise für sich selbst sorgen können. Wenn das ein unberechtigter Eingriff des Staates in die persönlichen Rechte ist, hat der Staat seit langem in die Rechte eingegriffen. Die Steuern der Allgemeinheit werden dazu benutzt, um die allgemeinen Schulen zu finanzieren. Wo liegt der Unterschied zwischen der Bildungs- und der Gesundheitsfürsorge? Wir erhöhen dauernd den Minimalstandard der Bildung. Das Mittel dazu ist erhöhte Besteuerung. Seit langem hat man aus öffentlichen Mitteln ein Minimum an Gesundheitsfürsorge gewährleistet. Muß die Tatsache, daß die moderne Anschauung über dieses Minimum heute eine angemessene vor- und nachgeburtliche Gesundheitsfürsorge fordert, besagen, daß die Einrichtung eines solchen Dienstes einen Grundsatz des Naturrechtes verletzt?" Kann

man also, fragt der Verfasser, ein solches Problem allein nach Grundsätzen entscheiden, wie es die Bischöfe getan haben? Wäre es so, dann müßte man sagen, daß viele Steuern auf Kosten natürlicher Rechte erhoben und ausgegeben werden.

Diese Frage berührt einen Punkt, an dem die Äußerungen des kirchlichen Lehramtes zu politischen oder sozialen Fragen von der Laienwelt und erst recht von der nicht-katholischen Öffentlichkeit des öfteren nicht oder nicht richtig verstanden werden. Man gesteht der Kirche wohl das Recht zu, ihre sittlichen Grundsätze angesichts sozialer Probleme zu verkündigen. Sobald diese Verkündigung aber die Form eines Urteils über konkrete soziale Sachverhalte oder Entscheidungen annimmt, erhebt man Einwände aus dem Gefühl heraus, daß die Kirche sich hier auf das Feld der Tatsachen begibt, zu deren Beurteilung sie keine unfehlbare Zuständigkeit besitzt. In unserm Falle nehmen die Bischöfe den Standpunkt ein, daß auch unter den heutigen Verhältnissen für die Gesundheit der Bevölkerung eines Landes genügend gesorgt werden kann, ohne daß der Staat diese Sorge in eigene Hände nimmt. Dies ist zweifellos keine grundsätzliche, sondern eine Tatsachenfrage, wie der Einsender des Briefes an „The Tablet" richtig bemerkt. Man kann an dem Prinzip der Subsidiarität festhalten und doch der Meinung sein, daß eine Gesundheitsfürsorge, die unserm Stande der Zivilisation entspricht, für die Allgemeinheit nur durch den Staat sichergestellt werden kann. Auch die irischen Bischöfe haben in ihrem Urteil zugestanden, daß eine gewisse Ausweitung des staatlichen Gesundheitsdienstes im Zuge des zivilisatorischen Fortschrittes notwendig ist. Dies gilt für alle staatlichen Dienste, und die Moraltheologie zieht die Notwendigkeit erhöhter Staatsintervention auf den verschiedensten Lebensgebieten in Betracht. Die Herder-Korrespondenz hat im vorigen Jahrgang (4. Jhg. 1949/50 S. 464 — vgl. bes. S. 466) zu diesem Thema den Beitrag eines der bedeutendsten katholischen Sozialphilosophen veröffentlicht.

Um den Einwand zu zerstreuen, daß die Kirche durch eine Stellungnahme wie die vorliegende ihre Zuständigkeit überschritten habe, daß sie also eine tatsächliche, sozialpolitische Entscheidung getroffen habe, muß man wohl zunächst darauf hinweisen, daß die Ausübung des kirchlichen Lehramtes hinsichtlich konkreter Fragen überhaupt unmöglich wäre, wenn man ihm nicht zugleich das Recht einräumte, Tatsachen als solche festzustellen. Ein konkretes sittliches Urteil setzt immer voraus, daß der zugrunde liegende Tatbestand oder Sachverhalt zutreffend festgestellt ist. Nun ist allerdings die vollständige Erkenntnis sozialer Sachverhalte ein höchst schwieriges und kaum von Spezialisten zu bewältigendes Unternehmen. Jedoch liegt es im Bereich der allgemeinen menschlichen Urteilsfähigkeit, sich darüber so weit zu orientieren, daß man erkennen kann, wo die sachlichen Erfordernisse überschritten werden oder wo sie mit anderen Forderungen in Konflikt geraten. Das wird jedem Richter und jedem Abgeordneten zugestanden. Das muß auch den kirchlichen Richtern und Gesetzgebern zugestanden werden. Sie werden sich in einer so schwierigen Frage zweifellos ebenso sachverständiger Gutachter bedienen, wie es weltliche Behörden tun. Aber ebenso wie diese besitzen sie die Zuständigkeit, Tatsachen zu beurteilen.

Das Urteil der irischen Bischöfe hält sich durchaus in diesen Grenzen. Sie haben zunächst festgestellt, daß der Gesetzesvorschlag die Gefahr nicht genügend ausschloß, der Staat könne mittels dieses Gesetzes sich in Gebiete einmischen, die ihn nichts angehen, z. B. die Sexualerziehung. Diese Gefahr mußte, da sie unmittelbar sittlichen Charakters ist, unter allen Umständen ausgeschlossen werden. Die Bischöfe haben ferner festgestellt, daß die Verstaatlichung des Gesundheitswesens nicht der einzig mögliche Weg ist, eine angemessene Gesundheitsfürsorge zu gewährleisten. Sie haben sodann dargelegt, daß dieser Weg bestimmte Rechte verletzen würde, deren Antastung durch das Gemeinwohl nicht zwingend erfordert ist. Dies ist wohl ein Urteil tatsächlicher Natur. Aber es ist mit der richterlichen Beurteilung des Falles nicht nur wesentlich verbunden, sondern es liegt auch im Bereich richterlicher Beurteilungsmöglichkeit. Die Bischöfe haben nicht, wenigstens nicht im einzelnen, gesagt, was der Staat nunmehr zu tun habe. Dies wäre nicht mehr Sittenlehre, sondern Sozialpolitik gewesen. Positiv haben sie sich darauf beschränkt, den Anspruch der kinderreichen Familie und bedürftigen Mütter hervorzuheben, der ein sittlicher ist.

So wird ein Katholik, der mit dem Wesen des kirchlichen Lehramtes im besonderen und mit den sozialphilosophischen Prinzipien über die Autorität im allgemeinen vertraut ist, einem Urteil des Papstes oder der Bischöfe auch dann innerlich zustimmen, wenn diese Träger des Lehramtes über tatsächliche Sachverhalte ein Urteil abgeben. Er wird sich klar sein, daß dies Urteil einen anderen Charakter trägt als eine private Äußerung oder auch eine auf der Kanzel vorgetragene Auffassung eines Priesters, der nicht Bischof ist; denn der gewöhnliche Priester spricht nur im Rahmen der ihm vom Bischof übertragenen Vollmacht mit Autorität. Der Katholik weiß allerdings, daß die Kirche ihr Urteil über soziale Tatbestände ändern kann, daß sie also unter Umständen auch einer Verstaatlichung des Gesundheitswesens zustimmen kann, wenn sich die Verhältnisse selbst geändert haben. Er folgt dann dem Urteil der Kirche. An das kirchliche Lehramt richtet er lediglich die Forderung, daß seine Sprache so unzweideutig und seine Darstellung so sachlich sei, daß sie ihn auch psychologisch in dem Vertrauen bestärkt, die Kirche habe ihr Urteil auf das Sorgfältigste erwogen. Es mag sein, daß die Stellungnahme der irischen Bischöfe unter diesem Gesichtspunkt in einigen Teilen noch sorgfältiger hätte formuliert werden können. So könnte z. B. die etwas gewagte Gegenüberstellung von neunzig und zehn Prozent der Bevölkerung vermieden und genauer dargelegt worden sein, unter welchen Umständen und in welchem Ausmaß eine Erhöhung der Steuern im vorliegenden Falle vertretbar oder erforderlich gewesen wäre. Doch darf man nicht vergessen, daß der bischöfliche Einspruch zunächst nicht an die Öffentlichkeit gerichtet war und nur Bedenken zu einer begrenzten Frage anmeldete, die genügend waren, um diesen Entwurf zurückzuweisen.

Der „Schutz der Menschenrechte" vor dem deutschen Bundestag

Die Vorgeschichte des Abkommens

Unter Verwendung eines Entwurfs der Rechtssektion der „Europäischen Bewegung" hatte die beratende Versammlung des Europarates schon auf ihrer ersten Tagung im Sommer 1949 dem Ministerausschuß die Ausarbeitung

eines Vertrages empfohlen, der für alle in dem Staatsgebiet der Vertragsstaaten lebenden Personen bestimmte Menschenrechte und Grundfreiheiten sichern sollte. Im November 1949 berief daraufhin der Ministerausschuß ein Sachverständigenkomitee, dem unter anderen der bekannte katholische niederländische Völkerrechtler Professor Pater Beaufort angehörte. Die Sachverständigen legten dem Ministerausschuß im März 1950 einen Entwurf mit verschiedenen Alternativlösungen vor, zwischen denen zu wählen Aufgabe der Politiker sei. Dazu wurde eine neue Kommission, diesmal aus leitenden politischen Beamten, eingesetzt. Den von dieser Kommission redigierten Textvorschlag nahm der Ministerausschuß an und leitete ihn zunächst wieder der beratenden Versammlung zu, die sich im Sommer 1950 mit ihm befaßte und einige Ergänzungen und Abänderungen vorschlug. Der Ministerausschuß konnte sich jedoch nicht entschließen, diese Vorschläge — bis auf einen Auszug aus der von der beratenden Versammlung empfohlenen Präambel — anzunehmen, und beschloß, das Abkommen in der von den Ausschüssen entworfenen Form zu akzeptieren. Am 4. November 1950 wurde das Abkommen von den Vertretern von zunächst 13 der 15 Mitgliedstaaten des Europarats — einschließlich der Vertreter der Bundesrepublik und des Saargebiets — unterzeichnet.

Unter den Ergänzungsvorschlägen der beratenden Versammlung, die der Ministerausschuß ablehnen zu müssen geglaubt hatte — wobei sich das Vetorecht, das jedem Mitgliedstaat im Ministerausschuß zusteht, offenbar verhängnisvoll ausgewirkt hatte —, befanden sich die Gewährleistung des Rechts der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, eine Sicherung des Rechts auf Eigentum „im Einklang mit dem allgemeinen Interesse" und die Verpflichtung der Staaten zur Achtung der politischen Freiheit ihrer Staatsangehörigen und zur Durchführung freier und geheimer Wahlen in ihren europäischen Gebieten „in angemessenen Zeitabständen".

Seit der Unterzeichnung des Abkommens haben die Mehrzahl der Signatarstaaten das Abkommen ratifiziert. Auch der deutsche Bundestag befaßte sich im letzten Monat auf Grund eines interfraktionellen Antrags der Regierungsparteien, des Zentrums, der Bayernpartei und der SPD mit dem vom Ministerausschuß beschlossenen Vertrag zum Schutz der Menschenrechte.

Der Wert des Abkommens

Die Bedeutung des Vertrags vom 4. November 1950 liegt nicht in der Aufzählung der zu schützenden Grundrechte. Diese Aufzählung ist lückenhaft, man könnte fast sagen, willkürlich. Politische, teilweise innen- und sogar parteipolitische Interessen hatten sich offenbar allzusehr in den Vordergrund gedrängt und verhindert, daß wichtige primäre Grundrechte des Menschen in dem neuen Abkommen formuliert und unter den Schutz dieses Vertrags gestellt wurden. Das katholische Europa vermißt schmerzlich eine Sicherung des Elternrechts und eine Ausdehnung des Schutzes des menschlichen Lebens auf das Leben im Mutterschoß vom Augenblick der Empfängnis an. Soziale und wirtschaftliche Rechte werden durch das Abkommen vom 4. November 1950 nicht gewährleistet. Kein Wort des Vertrages weist darauf hin, daß Ausgangspunkt und Fundament aller einzelnen Menschenrechte die Würde der menschlichen Persönlichkeit und die Achtung dieser Würde ist. Nicht nur die Organisation der Vereinten Nationen, sondern auch die Gesetzgeber einer Reihe europäischer Staaten haben vollständigere Grundrechtskataloge aufgestellt.

Die Bedeutung des vom Ministerausschuß des Europarats angenommenen Vertrags liegt auch nicht in der äußerst genauen Präzisierung der einzelnen Tatbestände der durch das Abkommen zu sichernden Rechte. Manche dieser Präzisierungen sind sicher Meisterstücke juristischen Denkens. Doch jede derartig genaue Präzisierung trägt in sich die Gefahr der Erstarrung und der Vergewaltigung des Lebens, das sich in der Fülle seiner Möglichkeiten von keiner schriftlich fixierten Norm ganz erfassen läßt.

Die Bedeutung des Abkommens, über das nunmehr auch der deutsche Bundestag zu beraten hat, liegt vielmehr in zwei Fakten: Zunächst darin, daß zum erstenmal ein internationaler Standard des Rechtsdenkens und der Rechtsverwirklichung als bindende Verpflichtung für die Vertragspartner im Völkerrecht vertraglich festgelegt wird; zweitens darin, daß internationale Instanzen die Einhaltung dieses Standards überwachen sollen. Die Tatsache, daß ein solcher Standard als völkerrechtliche Verpflichtung innerhalb Europas vertraglich anerkannt wird, läßt uns wenn nicht vergessen, so doch einstweilen hinnehmen, daß der Katalog der einzelnen Rechte, durch den dieser Standard umschrieben wird, dürftig und lückenhaft ist; die Tatsache, daß solche internationalen Organe die Rechtsverwirklichung in den einzelnen Staaten kontrollieren können, läßt uns übersehen, daß diese Kontrolle schwerfällig und mangelhaft ist.

Es ist zu wünschen — und es ist nicht zuletzt Aufgabe des katholischen Europa, daran zu arbeiten —, daß die Lücken des Katalogs der Grundrechte möglichst bald in einem Zusatzprotokoll geschlossen werden und daß das Verfahren vor den internationalen Organen so wirksam als möglich gestaltet wird (vgl. den Bericht über den Pax-Romana-Kongreß in Limburg im vorigen Heft der Herder-Korrespondenz S. 330 ff.) Der Vertrag vom 4. November 1950 ist nur ein erster Anfang: aber er ist ein Anfang.

Die geschaffenen internationalen Organe

Das Abkommen vom 4. November 1950 sieht zwei Organe vor, die die Erfüllung der Vertragsverpflichtungen durch die Signatarmächte zu überwachen haben: eine Schlichtungskommission und einen Gerichtshof. Die Schlichtungskommission hat eine doppelte Aufgabe: Sie tritt einerseits als Schlichter auf, um, wie es im Vertrag heißt, eine „freundschaftliche Lösung" zu erreichen — das Schlichtungsverfahren vor der Kommission muß notwendig jedem Verfahren vor dem Gerichtshof vorausgehen; die Kommission hat anderseits die Aufgabe, in der Rolle einer Untersuchungsbehörde die Voraussetzungen für ein Verfahren vor dem Gerichtshof zu prüfen bzw. zu schaffen. Jeder Mensch, jede Organisation und jede Menschengruppe in einem Staat kann sich beschwerdeführend an die Kommission wenden, wenn der in Frage kommende Staat, gegen den sich die Beschwerde richtet, die Zuständigkeit der Kommission zur Entgegennahme solcher Beschwerden erst einmal grundsätzlich anerkannt hat und wenn alle innerstaatlichen Rechtsmittel, der Beschwerde abzuhelfen, erschöpft sind.

Hat die Kommission die Zulässigkeit und den Tatbestand der Beschwerde überprüft und ist es ihr nicht gelungen, die „freundschaftliche Lösung der Frage" zu erreichen, kann die Kommission entweder den Ministerausschuß des

Europarats oder den durch das Abkommen geschaffenen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit der Sache befassen.
Legt die Kommission die Beschwerde dem Ministerausschuß vor, so entscheidet dieser mit $^2/_3$ Mehrheit — der Grundsatz der Einstimmigkeit ist hier erstmalig durchbrochen! —, ob eine Verletzung des Abkommens vorliegt. Er kann dabei dem „beklagten" Staat eine Frist zur Abhilfe der Beschwerde setzen; läßt der Staat diese Frist verstreichen, beschließt der Ministerausschuß über die Wirkung seiner Entscheidung wieder mit $^2/_3$ Mehrheit, das heißt: ohne Vetorecht.
Den Gerichtshof kann die Kommission nur dann mit der Sache befassen, wenn der beteiligte Staat, der „Beklagte", die Rechtsprechung des Gerichtes grundsätzlich bedingungslos anerkannt hat. Der befaßte Gerichtshof entscheidet dann, ob eine Verletzung des Abkommens vorliegt, und spricht nötigenfalls der verletzten Partei „gerechte Wiedergutmachung" zu.
Die Wirksamkeit sowohl der Kommission wie des Gerichtshofes hängen also von einer besonderen Anerkennung ihrer Zuständigkeit durch die Signatarstaaten, das heißt von der Annahme der sog. „Fakultativklauseln" der Artikel 25 und 48 des Abkommens, ab: den Staaten steht frei, das Abkommen ohne diese beiden Klauseln, das heißt ohne Anerkennung der geschaffenen internationalen Organe, anzunehmen und zu ratifizieren.

Die Kritik am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Die Bestimmungen des Vertrags vom 4. November 1950 über den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind in der Theorie scharf kritisiert worden. Einige dieser Einwände sind offenbar unbegründet, so etwa der Hinweis, daß der Vertrag den Richtern das Prädikat „unabhängig" verweigert habe; tatsächlich hat Artikel 39 Absatz 2, der von den Kandidaten zum Richteramt „höchstes sittliches Ansehen" verlangt, Artikel 40, der eine Absetzbarkeit der Richter ausschließt und Artikel 59, der den Richtern die Privilegien und Immunitäten internationaler Organe zusichert, eine genügende Garantie für die Unabhängigkeit der Richter des europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte geschaffen. Man kann auch über den andern Einwand hinweggehen, das Abkommen sehe nicht vor, nach welchen Normen der Gerichtshof zu entscheiden habe; es bedurfte keiner ausdrücklichen Erwähnung, daß der Gerichtshof das Abkommen „im Einklang mit den allgemeinen anerkannten Vorschriften des Völkerrechts" auszulegen hat, von denen Artikel 26 des Vertrags spricht. Schwerwiegender ist ein anderer Einwand, den der französische Völkerrechtslehrer Roslin schon in der Beratenden Versammlung erhoben hat: er macht geltend, es sei unbillig, daß durch das Abkommen ein nicht demokratisch zusammengesetztes Organ die den Volkswillen repräsentierende und sich in demokratischen Formen vollziehende gesetzgeberische Tätigkeit demokratischer Staaten überwachen soll. Es ist richtig: nach dem Abkommen entscheidet nicht der Wille des Volkes als einzige Quelle des Rechts über die Rechte und Freiheiten der Menschen in einem Staat: dieser Volkswille erscheint durch überstaatliches Recht gebunden; er wird von einem überstaatlichen Organ an Hand überstaatlicher Rechtsnormen kontrolliert. Ein entscheidender Schritt in der Entwicklung des Rechts!
Doch ist dies ein begründeter Einwand gegen die Errichtung dieses Gerichtshofs? Im Gegenteil! Aus katholischer Sicht muß man diese Entwicklung begrüßen; sie ist ein weiterer Schritt heraus aus dem Irrgarten des Rechtspositivismus und hin zur Anerkennung eines objektiven, nicht vom Menschen geschaffenen, sondern ihm aufgegebenen Rechtes. Die Normenkontrolle, die im festgelegten Bereich des Schutzes bestimmter Menschenrechte dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zusteht, wird das staatliche Gesetz letztlich auf dem Boden eines solchen objektiven Rechts und an seinem Maßstab zu prüfen haben: Grund genug für den Katholiken, die Errichtung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gutzuheißen und sich in dem Staat, dem er angehört, für die Annahme der Fakultativklauseln des Abkommens vom 4. November 1950 trotz vieler Schönheitsfehler dieses Vertrags mit ganzer Kraft einzusetzen. Manchen dieser Schönheitsfehler wird die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs noch korrigieren können.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Gibt es eine Verständigung über die Imago Dei?

Zur „Theologischen Ethik" von H. Thielicke, Tübingen

Einer der fruchtbarsten Gedanken des I. Bandes der „Theologischen Ethik" von Prof. D. Helmut Thielicke (Dogmatische, philosophische und kontroverstheologische Grundlegung. J. C. B. Mohr, Tübingen 1951. 740 S.) ist die Erkenntnis, daß die Kontroverse mit der katholischen Moraltheologie beim Denkschema einzusetzen habe und daß sie letzten Endes ein Problem der theologischen Erkenntnistheorie sei (1134). „Innerhalb des ontologischen Systems selbst kann man nicht gegen die katholische Gnadenlehre polemisieren. Hier ist alles getan, um die Gnade ohne Verdienst zu preisen, und wir gestehen gerne, daß die konsequente Intention auf die Gnade hin, welche die katholische Theologie innerhalb ihres Denkschemas ständig erkennen läßt, uns immer wieder die Bruderschaft und Verbundenheit *ἐν Χριστῷ* verspüren läßt. Aber das darf uns nicht hindern, um der Wahrheit willen aufzuzeigen, daß diese evangelische Intention des Katholizismus in dem gegebenen Rahmen des Denkens nicht verwirklicht werden kann, sondern hinter ihrem Ziel zurückbleiben muß." Wer dieses umfangreiche Werk aufmerksam liest, wird bald den Eindruck gewinnen, daß es, alles in allem, ein großes Geschenk für ein aussichtsreiches Kontroversgespräch darstellt, einen energischen, von vordergründiger Polemik ziemlich befreiten Anlauf, in ständiger Prüfung an den von der katholischen Theologie gestellten Fragen eine reformatorische Ethik zu erarbeiten, eine Ethik, die fähig

sein soll, die christliche Verantwortung an der Welt wieder zu meistern. Es kann in diesem Bericht nicht entfernt der ganze Gehalt des Werkes ausgebreitet werden. Ein kurzer Einblick in seinen Aufriß möge dazu dienen, zum Kernstück hinzuführen, der Lehre von der Imago Dei, über die nun endlich wieder ernsthaft verhandelt werden kann, nachdem sie von evangelischer Seite theologisch durchsichtig gemacht und von offensichtlichen protestantischen Verirrungen gereinigt wird. Das ist ein gewaltiger Schritt vorwärts, über den zu urteilen freilich den Berufenen vorbehalten bleiben muß. Wir können hier nur auf diese Gabe aufmerksam machen, nicht ohne Erstaunen, sie gerade von Thielicke zu empfangen. Es mag ein besonderes Zeichen darin liegen, daß die Widmung des Werkes der Theologischen Fakultät von Heidelberg gilt, deren bedeutendste Vertreter seit Jahren an erster Stelle das ökumenische Gespräch mit katholischen Freunden führen.

„Man kann nicht sagen", bekennt der Verfasser freimütig, „daß die reformatorischen Kirchen und hier wieder das Luthertum, in dessen Bereich die vorliegende Ethik beheimatet ist, für diese Aufgabe besonders gerüstet seien. Sie sind sogar in alarmierender Weise sorglos. Es ist beschämend, in wie ungleich stärkerer und eindrucksvollerer Weise sich die römisch-katholische Theologie bemüht — ob mit Erfolg, ist eine andere Frage —, die Voraussetzungen der Reformation zu verstehen, ihr bisheriges Lutherbild zu korrigieren und ihr theologisches Verhältnis zum Protestantismus neu zu bestimmen. Wir haben dem nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen... Es ist das Schicksal der reformatorischen Theologie, daß sie nur unter den Augen dieses Partners und im Angesicht seiner Kontrolle zur eigenen Selbstgewißheit kommen kann." Thielicke spricht seinen geheimen Wunsch aus, es möchten auch katholische Theologen in der Begegnung mit der reformatorischen Theologie zu ähnlicher Selbstprüfung bewegt werden, und äußert seine Sorge, ob die katholischen Theologen sich durch diese Arbeit auch verstanden fühlen. Die Antwort wird ihm bald zugehen.

Der Ausgangspunkt

Der Verfasser geht aus von der Infragestellung der christlichen Ethik durch die Dämonisierung der Welt und die Eigengesetzlichkeit des Lebens, von der Frage, wie es zu dieser Verselbständigung der Ethik, zu ihrer Ausgliederung aus dem dogmatischen Bereich gekommen ist; wobei er feststellt, daß daran auch die lutherische Rechtfertigungslehre sonderlich durch ihre Umdeutung bei Melanchthon mitschuldig ist. Er bestreitet, daß es möglich sei, hinter dieses säkulare Selbstverständnis des modernen Menschen künstlich zurückzugehen und das Eigengewicht der Wirklichkeitsmächte, z. B. in Staat und Ehe, zu ignorieren. „Die Aufgabe einer christlichen Ethik hat ausschließlich darin zu bestehen, fragend und Verantwortung heischend auf jenes säkularistische Verständnis der Wirklichkeit zuzugehen und es als ein System erkennbar zu machen, mit dessen Hilfe sich der Mensch vor dem Zugriff Gottes zu schützen sucht. Im Vollzug dieser Funktion übt sie das kirchliche Wächteramt aus." So sieht er als das Thema einer theologischen Ethik „das Spannungsfeld zwischen dem alten und dem neuen Äon": eine solche Ethik, sagt er, ist „ein unmögliches Unternehmen, insofern das Störungsfeuer der kommenden Welt über ihr liegt; und sie ist zugleich ein notwendiges Unternehmen, insofern wir in jenem Spannungsfelde leben und einen modus vivendi finden müssen..." Das Geheimnis der Ethik ist ein eschatologisches, ein christologisches — „es beruht auf der nicht auszugleichenden Spannung zwischen Gottheit und Menschheit in Christus" — und ein sakramentales — „es beruht auf der nicht auszugleichenden Spannung zwischen Zeichen und bezeichneter Sache". Summa: „Die theologische Ethik ist eschatologisch oder sie ist nicht."

Der zweite Teil des Buches umfaßt die Prinzipienlehre der Ethik, zunächst die Lehre von Rechtfertigung und Heiligung, darin die Lehre von der Person, sodann die Lehre vom Gebote Gottes des Schöpfers und dem Gesetz über der gefallenen Welt, mit den Abschnitten über den christologischen Charakter der imago Dei und ihre Auseinandersetzung mit der katholischen Schöpfungs- und Urstandslehre, aus der ganz neue Folgerungen für eine reformatorische Ethik geschöpft werden. Es folgt schließlich die Lehre von der Sünde und ein größeres Kapitel über „das Problem der normativen Instanzen", über das Gewissen und vor allem über das Naturrecht, wieder in ständiger Überprüfung an der katholischen Naturrechtslehre. Der II. Band soll sich, soweit ersichtlich, mit den konkreten Fragen der christlichen Ethik gegenüber den herrschenden säkularistischen Systemen beschäftigen.

Das „ontologische" und das „personalistische" Schema

Der ganzen Auseinandersetzung liegt die konstruktive Hypothese zugrunde, wonach das katholische Denken zutiefst ontologisch bestimmt, das reformatorische Denken dagegen personalistisch sei: „Ontologisch denken bedeutet, das Sein und seine Gestalten unter einem doppelten Aspekt anzusehen: einmal als elementare Bestandteile, die in ihrer qualitativen Besonderheit aufzuweisen sind (z. B. Vernunft, Gewissen, Sinnlichkeit, Körper und Geist), und ferner im Hinblick auf die Ordnung, in der jene Elementarteile aufeinander bezogen sind. Im Rahmen dieses Denkens gibt es deshalb gewisse kontinuierliche Gegebenheiten, die ganz unabhängig von der Frage ‚christlich oder nicht-christlich, Glaube oder Unglaube' sind. ... Personalistisch denken bedeutet dagegen, alle Realitäten des menschlichen Lebens ausschließlich von dem personalen Bezug zwischen Gott und Mensch, genauer gesagt: von der in Christus gegebenen Gemeinschaft zwischen Gott und Mensch her zu sehen. Da diese Gemeinschaft nur im Glauben gegeben ist, bedeutet also das personalistische Denken zugleich: alle jene Realitäten ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Glaubens und folglich unter der Herrschaft der Alternative zu sehen: daß sie entweder durch die Existenz des Glaubenden charakterisiert und also ‚gerechtfertigt' sind, oder aber daß sie durch den Unglauben charakterisiert und also ‚Sünde' sind (Röm. 14, 23)".

Thielicke wird sich an manchen Stellen darüber klar (z. B. 1005), daß das ontologische Schema nicht das allein maßgebende der katholischen Theologie ist. Er sieht z. B. in der Lehre vom meritum, deren billige Ablehnung durch die protestantische Polemik er zurückweist, einen Versuch, zum personalistischen Denken vorzustoßen (mit dem Buß-Sakrament und der eucharistischen Frömmigkeit ist er wenig vertraut!). Auf der anderen Seite meint er, „auch wird sich das, was wir die personalistische Tendenz des reformatorischen Denkens nannten, fragen lassen müssen, ob hier nicht ein ‚-ismus', und sei es eben der ‚Personalismus', über die biblischen Heilsgehalte Herr geworden sein könnte und ob nicht im etwaigen Zwangsschema eines

solchen ‚-ismus' das Pleroma der biblischen Aussagen verkürzt werde (!). Jedenfalls werden wir unsere Lehre von der imago Dei nicht einfach mit der personalistischen Denkweise als solcher rechtfertigen dürfen — zumal die Bibel auch durchaus ontologische Hinweise enthält — sondern wir werden das personalistische Denken nur sozusagen von Fall zu Fall, nämlich in einem dienenden usus organicus gegenüber den konkreten Heilslehren der Schrift anwenden dürfen und zugleich die ständige Bereitschaft aufbringen müssen, das Schema auch dieses unseres Denkens durchbrechen und umschmelzen zu lassen." (963/64.)

Imago Dei „ein Relationsbegriff"

Diese Bereitschaft hindert Thielicke nicht, an dem reformatorischen Ansatz eines Personbegriffes festzuhalten, der nach biblischer Aussage ein „Relationsbegriff", nämlich die „Existenz coram Deo" ist. „Das bedeutet negativ: Es läßt sich überhaupt nicht sagen, wer der Mensch ‚an sich' ist. Im strengen Sinn gibt es für den Christen überhaupt keine ‚Anthropologie', weil es grundsätzlich keine Möglichkeit geben kann, den Menschen als ‚Objekt' in unser Gesichtsfeld zu bringen. ... Der Mensch ist, abgesehen von der Tatsache, daß er entweder Sünder oder Begnadigter ist, schlechthin nichts. Hier geht es wirklich um einen Bruch mit der Identität des Ich", um neue Schöpfung in Christus, nicht nur um Wiederherstellung der Natur und Addition der Übernatur. Darum handelt es sich für Thielicke wie für Luther „bei der Gottebenbildlichkeit ausschließlich um einen theologischen und nicht einen ontologischen Begriff, um einen Beziehungs-, nicht um einen Seins-Zustand. ... Die imago Dei beruht auf der Spiegelung des lumen alienum, deren die sich spiegelnde doxa Gottes immer mächtig bleibt. Als imago Dei ist der Mensch nur Spiegel, aber nicht Phosphor. Anders ausgedrückt: er vollzieht diese imago Dei in der Art und in dem Maße, wie er Jünger ist, wie er in der Gemeinschaft mit Christus lebt. ... So faßt also die reformatorische Lehre von der imago Dei diese nicht als ontischen Restbestand der Schöpfung auf, der als Eigenschaft des Menschen zu beschreiben wäre und dessen einzelne Elemente diagnostisch oder gar existenzphilosophisch erhoben und als natura-Unterbau der gratia verstanden und benutzt werden dürften. Sondern die imago Dei wird mir, so gewiß sie nur eine bestimmte Zuordnung, eine bestimmte Beziehung zu Gott ist, in ihrem positiven Modus als justitia aliena in Christus zuteil, sowohl eschatologisch wie gegenwärtig. Die Ebenbildlichkeit des Menschen in diesem Sinne ist nur im Urbild Jesu Christi präsent und wird mir darum nur ‚in Christus' zuteil. Die imago Dei im positiven Modus ist nichts anderes als — der Glaube." Bezeichnend ist aber, daß Thielicke als Bild für den reflektorischen Charakter der Imago stets den Spiegel oder den von der Sonne erwärmten Stein wählt, niemals aber das liebende Fiat der erneuerten Kreatur.

Imago Dei ist „character indelebilis"

Andererseits gelangt er zu der folgenschweren Feststellung, daß auf Grund der Bibel nicht von einem Verlust dieser Gottebenbildlichkeit des Menschen gesprochen werden dürfe, „sie bildet einen character indelebilis. Wohl aber gibt es den negativen Modus der Gottebenbildlichkeit, der jedoch als ein bloßer Modus immer noch auf ihre Gegebenheit deutet und darum etwas prinzipiell anderes ist als ihr Nicht-Vorhandensein oder Nicht-mehr-Vorhandensein." Darum bekämpft Thielicke mit aller Entschiedenheit die Übertragung des ontologischen Schemas auf diesen Sachverhalt durch die lutherische Orthodoxie, die einen totalen Verlust der imago behauptet, weil sie das personalistische Schema Luthers verlassen habe und auf diese Weise den ärgsten Häresien anheimfiel. Er geht sogar so weit, dem Katholizismus zuzugestehen, „daß selbstverständlich die imago Dei, daß überhaupt die humanitas eine ontische Seite besitzt, doch lasse sich das Spezifische der Glaubensbeziehung nur in personalen Kategorien, nicht aber in einer medizinalen Gnadenlehre oder in dem Subtraktions- und Additionsverfahren der katholischen Urstands- und Erbsündenlehre ausdrücken. Es sei aber entscheidend, daß der Subjektcharakter der Gnade, den die katholische mit der reformatorischen Rechtfertigungslehre im ersten Stadium der Heilsübermittlung gemeinsam habe, durchgehalten und an keiner Stelle an ein proprium des Menschen preisgegeben werde.

Wiederum entdeckt Thielicke, der sich seinem Vorsatz gemäß wirklich weitgehend von der katholischen Theologie in Frage stellen läßt, daß die reformatorische Rechtfertigungslehre geradezu zu einer Aufhebung des Personhaften führen kann. Wenn allen Ernstes ein Fortschreiten in der Gnade, eine Weiterentwicklung des Menschen durch die Heiligung bestritten werden sollte, so wäre damit jede ontische Existenz der Person, d. h. jedes Subjektsein bestritten. Das aber sei unmöglich und unzulässig. Es gehe nur um den Rang in der theologischen Aussage, der dieser ontischen Seite der Heiligung zugemessen werden dürfe; denn in keinem Falle dürfe eine Reflexion des erlösten Menschen auf sich selbst geduldet werden, in welchem er das Stehen coram Deo verlasse. „Man kann nicht eindringlich genug darauf hinweisen, daß hier, und wirklich nur hier, die Kontroverse mit der katholischen Theologie liegt." (Das hatte bereits Robert Grosche 1938 in seinem Aufsatz „Simul iustus et peccator" in „Pilgernde Kirche" mit seiner Analyse der theologischen Aussageweise Luthers durchblicken lassen!)

Die „Zerreißprobe" reformatorischer Ethik

Damit ist der Punkt bezeichnet, an dem das Gespräch neu einsetzen kann. Hier ist die Scheidewand sehr dünn geworden. Es dürfte der katholischen Theologie, wenn sie ständig auf die Intention der anderen Seite hört, nicht schwer fallen, eine ganze Reihe verbleibender Mißverständnisse aufzuhellen oder Thielicke das Ärgernis zu erklären, wie z. B. Scheeben einen ganzen Traktat über Natur und Gnade schreiben konnte, ohne auf die Sünde Bezug zu nehmen. Das wird um so leichter sein, als Thielicke die praktischen Folgen der einseitigen lutherischen Rechtfertigungslehre hellsichtig überblickt. Die „tiefste und erregendste Frage", die geradezu das ganze Unternehmen einer reformatorischen Ethik überhaupt in Frage stelle, wird in folgendem sichtbar: „Wenn man in der imago-Dei-Lehre auf jede inhaltlich-ontische Bestimmung verzichtet und nur von der Relation zu Christus spricht, endet man letzten Endes vor der Alternative, entweder ‚in Christus' oder außerhalb seiner, entweder im Glauben oder außerhalb des Glaubens zu stehen. Dann aber enthält die christliche Lehre offenbar keinerlei Weisung für die außerhalb des Glaubens stehende Menschheit, keinerlei allgemein verbindliche Normen — auch nicht die Gebote Gottes — oder? Denn dann ist doch alles

außerhalb des Glaubens Liegende dem gleichen corpus peccati einbeschlossen; denn es ist alles Lüge. Es hat keinen Sinn, das Gewissen zu schärfen; denn es ist alles Sünde. Ja, es hat keinen Sinn, die Gebote Gottes — wenn auch nur als Naturrecht — ernst zu nehmen; denn was ich im Gehorsam gegen sie täte, wäre nur ein ‚blendendes Laster' (Augustin). Würde damit die Öffentlichkeit der Welt nicht in ungeheuerlichster Weise preisgegeben und die Christenheit zu einem esoterischen Klub, der keinerlei Kommunikation mehr mit der Außenwelt besäße? Wir stehen damit vor einem Problem, das an unsere Grundlagen rührt und das uns letzten Endes vom römischen Katholizismus gestellt wird." An anderer Stelle spricht Thielicke sogar von der Zerreißprobe der reformatorischen Ethik, wenn sie nichts anderes zu sagen habe als dies, daß alles Handeln außerhalb des Glaubens nichts als Sünde sei; und er weist ausführlich auf den schweren Widerspruch der politischen Ethik Luthers und des Luthertums hin, nämlich ihre Notlösung handfester „Schöpfungsordnungen". Sie sei zwar noch zu Luthers Zeiten angesichts einer christlichen Gesellschaft möglich gewesen, aber heute komme man zu Lösungen wie unter dem Naziregime.

Wenn nicht alles täuscht, so wird eine Überwindung der moraltheologischen Kontroverse darin zu finden sein, daß man Thielicke die sogenannte katholische Ontologie als ein Denkschema aufweist, welches auch die personale Existenz der erlösten Menschen in der Gegenwart Gottes und in der Erfüllung seines Willens als den Kern und Gipfel des Christseins in Fülle wahrt und entfaltet. Er hat sich den katholischen Fragen wirklich gestellt, auch in der Naturrechtslehre. Was ihm bei seinem Bemühen mangelt, ist eine tiefere und lebendige Erfahrung des Katholischen an seinen Quellen, eine Erfahrung, die seine hypothetische Konstruktion durchbrechen und ihn zur Revision seiner Begriffe führen könnte. So auch zu der Erkenntnis, daß Luthers ausschließliche Herausarbeitung des personalistischen Charakters des Heilsvorganges weitgehend geistesgeschichtlich bedingt war, weil er als Kern des Menschseins das reflektierte Bewußtsein annahm und weil dieser Spiritualismus, wie besonders das tiefgründige Buch von Lambinet über das Wesen des katholisch-protestantischen Gegensatzes dargelegt hat, der Gnade Gottes die umwandelnde Macht im Sein des Menschen faktisch streitig macht. Vielleicht würde Thielicke dann auch die wachsende Gruppe jener evangelischen Theologen, die mit Osiander und den beiden Schlatter die Heiligung von der Einwohnung des Hl. Geistes so undialektisch verstehen wie der Apostel Johannes, etwas freundlicher betrachten.

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Kritik der Remilitarisierungsumfragen

Die Bedeutung der Motiven-Analyse

Die „Herder-Korrespondenz" veröffentlichte unter dem Titel „Gibt es eine deutsche öffentliche Meinung über die Wiederbewaffnung" im Januar-Februar-Heft 1951 die Befragungsergebnisse einiger Meinungsforschungsinstitute, Zeitungen und Zeitschriften. Auf Grund der hohen Prozentzahlen ergab sich das suggestive Bild „der Ablehnung der Wiederaufrüstung Deutschlands und Befürwortung des im Bonner Grundgesetz verankerten Kriegsdienstverweigerungsrechtes durch die überwiegende Mehrheit der Befragten". Die starke Leserwirkung, die durch diese Veröffentlichung im In- und Ausland hervorgerufen wurde, berechtigt unser Vorhaben, an die in Deutschland geübte Meinungsforschung die Sonde der wissenschaftlichen Kritik anzulegen. Ohne kritische Wertung der Methoden besteht die Gefahr politischen Mißbrauches, auch wenn die Träger der Methoden selbst politisch unabhängig sein mögen. Grundsätzlich ist zu beachten:

Leser-Umfragen sind Stroh-Voten

Umfragen von Zeitungen und Zeitschriften werden von der Wissenschaft als Stroh-Voten bezeichnet. Das heißt, ihre Ergebnisse sind Zufallsergebnisse. Nicht jedes öffentliche Organ besitzt eine Leserschaft, die soziographisch genau erfaßt und beschrieben werden kann. Es gibt Zeitungen, die nur von einer bestimmten Gruppe (Altersschicht, Konfession, sozialer Schicht usw.) gelesen werden, und es gibt Zeitungen, die vom sensationsbestimmten Straßenverkauf leben. Da von den Zeitungen nur das Ergebnis ohne soziographische Aufgliederung der Befragten und ohne Möglichkeit einer Nachprüfung veröffentlicht wird, bleibt unter allen Umständen zweifelhaft, ob und in welcher Hinsicht es als repräsentativ betrachtet werden kann. Man könnte allenfalls das „Gesetz der großen Zahl" gelten lassen. Aber wer gibt die Gewähr, daß sich hinter der „großen Zahl" nicht eine organisierte Aktion verbirgt? Nur eine einwandfreie soziographische Aufgliederung nach Geschlecht, Alter, Wohnort usw. vermöchte einen Einblick in die Zuverlässigkeit zu geben. Die wissenschaftliche Erfahrung beweist, daß in Deutschland die öffentliche Meinung wesentlich von Gruppenverhältnissen bestimmt wird. Die Bildungsstufen z. B. sind von besonderer Bedeutung. Die Zeitungsumfrage gibt meist überhaupt keinen Aufschluß darüber, welche Gruppen vertreten waren und ob ihre Vertretung auch dem Stärkeverhältnis entsprach. Zu dieser Kritik an der objektiven Grundlage der Leserumfragen kommt die psychologisch einleuchtende Feststellung, daß solche Umfragen überwiegend nur von jenen beantwortet werden, die sich durch die Frage gefühlsmäßig stark angesprochen fühlen. Das ist bei einem Gesamtdurchschnitt immer nur ein gewisser Bruchteil. Wissenschaftlich können Zeitungsumfragen daher nur als Symptom, nicht als gültige Repräsentativerhebung gewertet werden.

Der psychologische Gehalt der Frage ist durch Zeit und Situation bestimmt

Man kann Umfrage-Ergebnisse von verschiedener Fassung der Fragen, zu verschiedenen Zeiten gestellt und beantwortet, nicht auf einen Nenner bringen. Jede konkrete

Frage enthält eine sehr bestimmte Situation. Objektiv und subjektiv. Wird nur die Meinungsstatistik erhoben — d. h. die Summen der „Ja", „Nein" oder „Unentschieden" (bzw. „Ohne Angabe") —, muß die Wertung streng im Rahmen der Frage-Situation bleiben. Eine Frage wie: „Wünschen Sie persönlich ein verfassungsmäßiges Recht zu besitzen, den Kriegsdienst zu verweigern?" („Die Wandlung" 1948 — Die „Frankfurter Neue Presse" 1948) betrifft die grundgesetzliche Verankerung eines als Menschenrecht oder religiöse Gewissensvorschrift gefühlten persönlichen Rechtes. Wie weit dahinter ein Wille zu tatsächlicher Kriegsdienstverweigerung steht, darüber etwas auf Grund der 76,3 % oder 88,3 % „Ja" bestimmt auszusagen, wäre unwissenschaftlich. Das betrifft eine zweite Situation. Aus dem summarischen Umfrage-Ergebnis sind die Motive der Antworten nicht zu ersehen. Es dürfen auch keine Motive willkürlich unterstellt werden. Alle Fragen, die sich im Gedankenkreis der „Remilitarisierung" halten, betreffen Vorstellungen von einer Restauration, d. h. sie verlangen eine Stellungnahme zur Frage der Wiederkehr von Situationen, die bestimmten Epochen der Vergangenheit angehören. Das sind Fragen wie: „Sind Sie für eine Remilitarisierung Deutschlands?" — „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden?" — „Willst du wieder eine Wehrmacht?" — „Wünschen Sie eine Wiederaufrüstung Deutschlands?" — Jede dieser Fragen beschwört mehr oder weniger stark, d. h. suggestiv das Bild der Vergangenheit. Das kommt deutlich genug in der stereotypen Verwendung des Umstandswortes „wieder" zum Ausdruck. Die hohen Prozentzahlen, mit denen die Wiederkehr vergangener Gebilde abgelehnt wird, müssen situationsgemäß als leidenschaftlicher Widerstand gegen eine Restauration gewertet werden. Wiederum wäre es verfehlt, aus diesem Zahlenergebnis der Meinungsstatistik auf eine absolute Ablehnung der Bewaffnung zu schließen. Dies alles betrifft nur die Problematik der Fragestellung, vom Fragwürdigen der Zeitungsumfrage an sich abgesehen. Schon diese Betrachtung genügt zum Beweis, daß ein Schluß von der Meinungsstatistik auf die Motive — die Verhaltensweisen der Befragten — nicht ohne weiteres erlaubt ist. Die Meinungsstatistik muß durch eine Analyse der Verhaltensweisen erhellt werden.

Meinungsstatistik und Analyse der Verhaltensweisen

Gerade in Erkenntnis der vielschichtigen Gruppenbildung in Deutschland hat die Forschungsstelle für Volkspsychologie in Wiesbaden, als deren wissenschaftlicher Leiter ich hier das Wort ergreife, die Analyse der Verhaltensweisen folgerichtig und planmäßig-zusammenfassend ausgebaut. Indem sie durch ihre psychologisch geschulten Mitarbeiter die wortgebundene Frage mit dem offenen Interview verbindet, werden die Befragten veranlaßt, ihr spontan abgegebenes Urteil gedanklich zu erläutern und zu begründen. Aus diesen mündlichen Begründungsaussagen lassen sich ihre Verhaltensweisen — nach Motiven-Gruppen geordnet — herausheben. Die Meinungsstatistik, die an sich nur einen bestimmten Zustand in der Gruppenhäufung von Vorstellungen, Gefühlen oder Willensregungen widerspiegelt, wird so sozialpsychologisch durchleuchtet. Dann erst können wir eine sichere Aussage über Meinungen und Motive abgeben.

Im folgenden will ich zur Frage der Bewaffnung einige Beispiele nach der von der genannten Forschungsstelle angewendeten Methode anführen.

I. Befragung im Januar 1950

Im Januar 1950 legte die Forschungsstelle 3000 Personen, die nach dem durch die Bevölkerungsstatistik gegebenen, gültigen Quoten-Schlüssel aus allen Ländern der Bundesrepublik ausgewählt waren, folgende Frage vor: „Sind Sie für eine gesamteuropäische Armee, zu der auch die Deutschen einige Divisionen zu stellen hätten?" Die Frage entsprach genau einer zu dieser Zeit gegebenen Situation. Keine Beimischung von Restaurations-Vorstellungen, keine suggestiven Unterstellungen.

a) Der Befragten-Querschnitt, soziographisch gesehen

Von den Befragten waren: männlich 47 %, weiblich 53 %; Altersgruppen: 16—25 Jahre 21 %, 26—49 Jahre 45 %, 50—65 Jahre 24 %, über 65 Jahre 10 %; soziale Schichten: wirtschaftlich Schwache, Lohnempfänger 57 %, mittlere Schichten 29 %, gehobener Mittelstand und Oberschicht 14 %; Konfessionen: katholisch 48 %, evangelisch 46 %, andere 6 %; Anteil der Länder: Baden 4 %, Württemberg-Hohenzollern 4 %, Rheinland-Pfalz 5 %, Bayern 20 %, Baden-Württemberg 7 %, Hessen 9 %, Nordrhein-Westfalen 29 %, Schleswig-Holstein 6 %, Niedersachsen 14 %, Hamburg 2 %. Der Querschnitt entsprach mit geringen Abweichungen der soziographischen Struktur des Gesellschaftsaufbaues. Vor allem war der Querschnitt in den für die Meinungsbildung entscheidenden Gruppen des Geschlechts, Alters, der sozialen Schicht und der Konfessionen genau eingehalten.

b) Meinungsstatistik

Die Beantwortung der Frage ergab folgende Meinungsstatistik:

	Ja	Nein	Unentschieden
Gesamtquerschnitt	32 %	53 %	15 %
Männer	38 %	51 %	11 %
Frauen	26	55	19
16—25 Jahre	31 %	52 %	17 %
26—49 „	32	54	14
50—65 „	31	55	14
über 65 „	34	47	19
Wirtsch. Schwache-Lohnempfänger	29 %	55 %	16 %
Mittlere Schichten	33	53	14
Gehob. Mittelstand-Oberschicht	38	44	18
Katholiken	30 %	54 %	16 %
Evangelische	33	51	16
Andere	31	55	14
Baden	28 %	51 %	21 %
Württemberg-Hohenz.	28	61	11
Baden-Württemberg	27	59	14
Rheinland-Pfalz	27	58	15
Bayern	29	53	18
Hessen	28	58	14
Nordrhein-Westfalen	34	52	14
Schleswig-Holstein	37	47	16
Hamburg	35	51	14
Niedersachsen	40	44	16

Der Unterschied gegenüber den hohen Prozentzahlen der Zeitungsumfragen ist ersichtlich. In einer Befragung nach soziographisch-objektivem Querschnitt erscheint auch die

wesentliche Gruppe der „Unentschiedenen". In der obigen Statistik erreicht sie in einigen Gesellschaftsgruppen fast ein Fünftel. Im Gesamtquerschnitt sprach sich die Hälfte gegen, ein Drittel für eine deutsche Beteiligung aus. Es handelt sich um eine ziemlich feste Meinungsbildung. Auffällige Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt bringt nur der Länderdurchschnitt. Wir sehen den Norden (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg) an der Spitze derer, die eine deutsche Beteiligung bejahen. Im deutschen Süden stoßen wir entweder auf betonte Ablehnung oder weitgehende Unentschlossenheit.

c) Analyse der Verhaltensweisen

Die Motive der 32% für eine deutsche Beteiligung:

Nehmen wir die Gruppe derer, die sich für eine deutsche Beteiligung an einer gesamteuropäischen Armee aussprachen, als Ganzes, lassen sich aus den im freien Interview geäußerten Begründungsaussagen folgende Verhaltensweisen herausheben:

25% sind für deutsche Divisionen zur Abwehr des östlichen Bolschewismus
18% versprechen sich von einer deutschen Beteiligung eine Förderung der europäischen Einheit
15% stimmen unter dem Vorbehalt zu, daß den Deutschen in der Europa-Armee Gleichberechtigung eingeräumt wird
15% sehen in der Verteidigung eine notwendige Funktion des Staates
10% sind für ein wehrhaftes Deutschland
10% versprechen sich von deutschen Divisionen eine Milderung der Arbeitslosigkeit
7% betonen die Bedeutung der militärischen Erziehung für die Jugend.

Die Motive der 53% gegen eine deutsche Beteiligung:

Nehmen wir die Gruppe als Ganzes, lassen sich aus den Begründungsaussagen folgende Verhaltensweisen herausheben:

25% erklärten: Armee bedeutet Krieg
20% betonten, daß sie grundsätzlich gegen Militarismus seien
15% meinten, daß die Deutschen nur Kanonenfutter für andere wären
10% forderten allgemeine Abrüstung
10% (vor allem Frauen und Mütter) sagten, daß schon zuviel deutsches Blut geflossen sei
10% beriefen sich auf politische Erfahrungen: Kriegsverbrecheranklage — entwürdigende Behandlung deutscher Soldaten — zwangsweise Entwaffnung und Demontage
4% sagten: „Ohne uns"
3% meinten: Polizei genügt
3% verlangten eine rein deutsche Armee oder zuerst die Verwirklichung von Pan-Europa.

Die Analyse der Verhaltensweisen beweist die Vielschichtigkeit der Motiv-Gruppen. Bei den Anhängern der deutschen Beteiligung lassen sich drei fast gleich starke Strömungen erkennen: 1. Abwehr des Bolschewismus, 2. Stärkung der deutschen Souveränität durch eine deutsche, gleichberechtigte Armee, 3. Förderung der Europa-Einheit. Bei den Gegnern der deutschen Beteiligung erkennen wir als seelische Hauptgründe: 1. Kriegsfurcht, 2. Antimilitarismus, 3. Kriegsmüdigkeit (Höhe der Opfer), 4. Verletztes Ehrgefühl, 5. Mangelhafte Berücksichtigung der nationalen Interessen.

Zusammenfassung: Die Bejahung der deutschen Beteiligung ist nicht eine Zustimmung zu einer „Remilitarisierung", sondern hat überwiegend politische Motive: Das gilt für die Abwehr des Bolschewismus ebenso wie für den Gedanken der Europa-Einheit. In der Mitte steht die nationale Forderung nach deutscher Souveränität. Die Ablehnung der deutschen Beteiligung ist auch nicht einfach eine primitive Ablehnung einer sogenannten „Remilitarisierung", sondern wurzelt psychologisch: im erschütterten politischen Selbstvertrauen („Armee bedeutet Krieg"), in physischer und seelischer Erschöpfung, im verletzten Rechts- und Ehrgefühl. Nur ein Teil huldigt einem ideologischen und programmatischen Widerstand gegen jede Bewaffnung. Die Überwindung eines Erschöpfungszustandes braucht Zeit. Alles übrige ist eine Frage der Gewinnung des politischen Selbstvertrauens.

II. Befragung im Januar 1951

Im Januar 1951 legte die Forschungsstelle 1500 Personen aus allen Ländern der Bundesrepublik die Frage vor: „Sind Sie für eine deutsche Beteiligung an einer Europa-Armee im Rahmen des Verteidigungsplanes der Atlantikpakt-Staaten?" — Diese Frage sollte eine Kontroll-Frage gegenüber der Umfrage von 1950 sein. Die Fragestellung war noch genauer auf die Situation zugespitzt.

a) Die Berechnung des Querschnittes für die Auswahl der Befragten folgte den soziographischen Gesichtspunkten des Vorjahres, doch wurden die Ergebnisse der neuen Volkszählung entsprechend berücksichtigt.

b) Die Meinungsstatistik

Aus Raumgründen führen wir nur jene Teilgruppen an, die bedeutsame Abweichungen vom Gesamtquerschnitt zeigen:

	Ja	Nein	Unentschieden
Gesamtquerschnitt	43%	45%	12%
Männer	50%	40%	10%
Frauen	36	50	14
Wirtschaftl. Schwache und Lohnempfänger	39%	49%	12%
Mittlere Schichten	48	42	10
Gehob. Schichten und Oberschicht	49	37	14
Volksschule	35%	52%	13%
Mittelschule/Oberschule	49	40	11
Hochschule	54	36	10
Baden	42%	48%	10%
Württemberg/Hohenzollern	24	41	35
Baden-Württemberg	37	50	13
Rheinland-Pfalz	50	46	4
Bayern	43	43	14
Hessen	50	42	8
Nordrhein-Westfalen	43	45	12
Schleswig-Holstein	36	54	10
Niedersachsen	51	40	9
Hamburg	25	70	7

Gegenüber der Umfrage vom Vorjahre ergibt sich folgendes Bild: Die Gruppe der Unentschiedenen ist nur sehr wenig zurückgegangen. In die Mehrheit derer, die eine

bestimmte Stellung bezogen, teilen sich Bejahung und Ablehnung zu fast gleichen Hälften. Sehr auffällig ist eine starke Bewegung innerhalb der Teilgruppen. Männer stimmen zur Hälfte zu, Frauen nur zu einem Drittel. Das bestätigte die Prognose vom Vorjahre. Wir hoben die starke Wirkung politischer Motive, aber auch den auf Heilung durch die Zeit angewiesenen physischen und psychischen Erschöpfungszustand hervor. Die Männer reagierten stärker auf die politischen Motive, während die Frauen als Leidtragende der hohen Blutopfer in ihrer Zurückhaltung verharrten. Wachsender Wohlstand in den sozialen Schichten und Bildungsstufe stärken die Neigung zu einer deutschen Beteiligung. Im Länderdurchschnitt zeigt sich wiederum der Süden besonders zurückhaltend.

Zusatzfrage: „Halten Sie die Einführung der Wehrpflicht für zweckmäßig?"

Den 43 % im Gesamtdurchschnitt, die sich für eine deutsche Beteiligung an einer Europa-Armee im Rahmen des Verteidigungsplanes der Atlantikpaktstaaten aussprechen, legte die Forschungsstelle die zusätzliche Frage vor: „Halten Sie die Einführung der Wehrpflicht für zweckmäßig?" Die Antworten ergaben folgenden Gesamtquerschnitt:

Ja:	38 %
Ja mit Vorbehalt:	10 %
Nein:	43 %
Unentschieden:	9 %

Analyse der Verhaltensweisen gegenüber der Wehrpflicht:

Nehmen wir die Gruppen, die mit „Ja" oder „Ja mit Vorbehalt" antworten (insgesamt 48 %), als Ganzes, lassen sich aus den mündlichen Begründungsaussagen folgende Verhaltensweisen herausheben:

40 % meinen: Freiwiligkeit genügt nicht — Verteidigung geht alle an: notwendiges Übel

18 % betrachten Wehrpflicht als Erziehungsfaktor

15 % meinen, Wehrpflicht gehört zum Wesen des Staates

15 % erhoffen durch Wehrpflicht einen wirksamen Schutz gegen Angriffe aus dem Osten

12 % führen politische („Gleichberechtigung") oder soziale („Minderung der Arbeitslosigkeit") Gründe an.

Nehmen wir die Gruppe, die mit „Nein" antwortete (43 %), als Ganzes, lassen sich aus den mündlichen Begründungsaussagen folgende Verhaltensweisen heraus: heben:

70 % betonen: deutsche Beteiligung nur auf der Grundlage eines Freiwilligenheeres

25 % führen politische Gründe an: Widerspruch zur Verfassung — Herausforderung des Ostens — Folgen der Entmilitarisierungspolitik

5 % lehnen entschieden eine Wiedereinführung des Kommisses ab.

Zusammenfassend läßt sich zur Haltung der 43 %, die sich für eine deutsche Beteiligung an einer Europa-Armee aussprachen, gegenüber der Wehrpflicht aussagen: Die knappe Hälfte sieht die Wehrpflicht als notwendig an, da sie sich von Freiwilligenmeldungen nicht den erwarteten Erfolg verspricht. Man befürchtet auch, daß sich bei Freiwilligkeit nur die „Früheren" melden würden. Gerade die Wehrpflicht soll nach ihrer Meinung vor einer „Re"-militarisierung bewahren. Die andere — noch kleinere — Hälfte ist gegen eine Wehrpflicht, weil in ihr die Gefahr eines Gewissenszwanges oder überhaupt eines „bösen Zwanges" sieht. Man befürchtet politische Komplikationen. Ein kleine Gruppe wehrt sich leidenschaftlich gegen eine Wiedereinführung des Kommisses. Im Rahmen der Gesamtbefragung bedeutet diese Analyse: Die Zustimmung zu einer deutschen Beteiligung an einer Europa-Armee ist nicht gleichbedeutend mit einer Zustimmung zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. In der Frage der deutschen Beteiligung ist der größere Teil mit mehr oder weniger Vorbehalt für die Wehrpflicht, der kleinere nur für ein Freiwilligenheer. Im gesamten hat der Wehrpflichtgedanke noch keine Aussicht, in der Volksmeinung eine absolute Mehrheit zu erlangen.

Die politische Situation

Wir sahen, daß in der Frage nach der deutschen Beteiligung an einer Europa-Armee der politischen Situation und der politischen Fragestellung eine entscheidende Bedeutung zukommt. Wir machten die Probe auf diesen Schluß, indem wir den 1500 Befragten noch diese Frage vorlegten: „Wenn es zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen Atlantikpakt-Staaten und Sowjetblock kommt: Soll sich die Bundesrepublik den Westmächten anschließen?" In dieser Frage liegt der Schwerpunkt auf der politischen Situation, die freilich mit dem Begriff „Verschärfung der Spannungen" die Konsequenz eines militärischen Konfliktes einschließt. Die Meinungsstatistik ergab im Gesamtquerschnitt:

Ja:	61 %
Nein:	21 %
Unentschieden:	18 %

Das bedeutet: daß es im Konfliktfall zwischen West und Ost die Frage einer „Re"-militarisierung kaum mehr gibt. Zwei Drittel fast sind im Konfliktfall für den Anschluß an die Westmächte. In ihren Verhaltensweisen auf Grund der mündlichen Begründungsaussagen kommt zum Ausdruck, daß Deutschland ideologisch und kulturell zum Westen gehöre und daß ihm kein anderer Weg übrigbleibe. Nur ein geeintes Europa könne dem östlichen Druck Widerstand leisten. Neutralität sei unmöglich. Nicht einmal ein Viertel lehnt den Anschluß an die Westmächte ab. Dieser Teil glaubt an die Möglichkeit der Neutralität und befürchtet im anderen Falle einen deutschen Bruderkrieg nach dem Beispiel Koreas.

Schlußfolgerung: Aus dieser vergleichenden, kritischen Darstellung verbleibt als Erkenntnis:

1. Fragen nach Remilitarisierung gehören in den Kreis der Restaurationsvorstellungen.
2. Die Restauration wird von der überwiegenden Mehrheit abgelehnt. In diesem Sinne kann der vielberufene „deutsche Militarismus" als tot gelten.
3. Die Frage einer deutschen Teilnahme an der Verteidigung Europas ist im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Frage des politischen Selbstvertrauens. Die hauptsächliche Hemmung liegt in einer physischen und seelischen Erschöpfung.
4. Im Falle eines Konfliktes zwischen West und Ost wird sich die Mehrheit für einen Anschluß an die Westmächte entscheiden.

Wiesbaden, Ende April 1951

Forschungsstelle für Volkspsychologie
Dr. Franz Lorenz, wissenschaftlicher Leiter

Die Lage der Katholiken in Schweden

In Ihrem Heft 4/5 dieses Jahrgangs — Januar/Februar 1951 — veröffentlichen Sie eine Meldung des „Catholic Herald" auf S. 168 der oben angeführten Nummer. Zu dieser Meldung haben wir um eine schwedische Stellungnahme gebeten und erfahren dazu von zuständiger Seite, daß es bei den Vorschlägen der eingesetzten Kommission nicht nur um die Stellung der Katholiken in Schweden geht. Die Kommission befaßt sich vielmehr mit einer Neuordnung der schwedischen Staatskirche überhaupt und aller anderen Glaubensgemeinschaften in Schweden. Zu dem Kommissionsentwurf liegt im übrigen bereits ein Gegenvorschlag vor. Wann die nunmehr eingeleitete Neuregelung endgültig wird, ist noch nicht abzusehen.

Zu den Einzelheiten wird folgendes von Schweden bemerkt: Es trifft nicht zu, daß nicht-römisch-katholische Kinder römisch-katholische Privatschulen nur mit besonderer königlicher Erlaubnis besuchen dürfen. Wenn die Schule als solche die behördliche Genehmigung dazu hat, kann sie ohne individuelle Genehmigung auch nicht-römisch-katholische Kinder unterrichten. Das gilt z. B. für die französische Schule in Stockholm. Richtig ist, daß katholische Kinder in Zukunft vom evangelischen Religionsunterricht in den Staatsschulen befreit werden sollen; nicht richtig ist, daß sie ihre Prüfung in katholischer Religionslehre vor einer evangelischen Kommission abzulegen haben. Dagegen soll kontrolliert werden, ob sie nach der Abmeldung vom evangelischen Religionsunterricht auch wirklich am römisch-katholischen Unterricht teilnehmen. Da die Kommission vorsieht, daß die Pfarrer der Staatskirche auch weiterhin ihre Funktion als Standesbeamte behalten, würden auch in Zukunft römisch-katholische Brautleute, wie Sie richtig schreiben, ihr Aufgebot beim Pfarrer der Staatskirche in seiner Eigenschaft als Standesbeamter zu bestellen haben, während die Trauung in der römisch-katholischen Kirche erfolgt.

Während die Kommission die Bekleidung von Staatsämtern nur noch im Bereich der Justiz und Unterrichtsverwaltung an die Zugehörigkeit zur Staatskirche binden will, sieht der Gegenvorschlag vor, daß auch diese Ausnahme aufgehoben wird.

Richtig ist, daß religiöse Ordensniederlassungen mit königlicher Bewilligung zugelassen werden sollen, aber es sollen dabei ausländische Ordensleute entgegen Ihrer Meldung nicht ausgeschlossen sein.

Frankfurt a. M.

Kirchliches Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland

Gerhard Strathenwerth

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

CONGAR, M.-J., OP. *„Dieu a besoin des hommes". Réflexions d'un théologien.* In: La Vie Intellectuelle Mai 1951 S. 4—22.

Ausgehend von dem Film, in dem eine priesterlose Gemeinde aus Verlangen nach „Kirche" den Küster zwingt, alle Amtshandlungen eines Priesters auszuführen, erörtert Congar, wie weit die Mission des Laien in der Kirche gehen kann und von wo an das Wirken der Hierarchie unersätzlich ist: bei der eigentlichen Verwirklichung der Kirche, insbesondere bei der Weihe des Priesters, durch den allein wiederum das Sakrament der Eucharistie, die Messe, vollzogen werden kann. Taufe, Ehe, Weitergabe des Glaubens, selbst eine nicht sakramentale Beichte, nur das kann der Laie übernehmen.

SEMMELROTH, Otto. *Überlieferung als Lebensfunktion der Kirche.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 7 (April 1951) S. 1-11.

Der kath. Begriff der Tradition wird aus der Offenbarung selbst und aus der Heilsökonomie Gottes entwickelt, die die Belehrung fordert, um den Einzelnen zur Hingabe an Gott und für die unmittelbare Gnad• bereit zu machen. Die Überlieferung ist eine „lebendige", d. h. Gottes Wort wird in ein Leben hereingenommen, das selbst schon voller Erkenntnisse und Wahrheiten ist; daraus entsteht die Problematik der Entfaltung des Glaubensgutes und des Kriteriums ihrer Rechtmäßigkeit.

Philosophie

LÖWITH, K. *Skepsis und Glaube.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 4 (April 1951) S. 247—258.

Mit der Titelunterscheidung, die dem in Nordamerika lebenden Philosophen wesentlicher ist als der traditionelle Gegensatz von Vernunft und Offenbarung, will der Verfasser jene beiden Begriffe wieder in ihrer vollen Schärfe hervortreten lassen. Anhand von Kurzinterpretationen zu Tertullian, Kierkegaard und Pascal, in denen sich die drei Möglichkeiten des Verhältnisses von Skepsis und Glaube spiegeln (der ausschließende Gegensatz, der mögliche Überschritt von Skepsis zum Glauben, das mögliche Zusammenbestehen beider), soll das Wort „wer sucht, der findet" seine Auslegung erfahren.

NINK, Caspar. *Vom Anfang der Philosophie.* In: Scholastik Jhg. 26 Heft 2 (1951) S. 177—190.

Aus dem Geist der Scholastik heraus wird alle transzendentale und idealistische Philosophie, die mit einem absolut gewissen Satz beginnen will (das Ego bei Descartes und Husserl), abgewiesen. In der Auseinandersetzung mit den „Cartesianischen Meditationen" Husserls wird einsichtig, daß allem Denken und Urteilen eine vorgegenständliche Seinserschließung zugrunde liegt, die prinzipiell die Grenzen der Subjektivität sprengt.

Kultur

GOLDBRUNNER, Josef. *Funktionelle Erziehung.* In: Katechetische Blätter Jhg. 76 Heft 4 (April 1951) S. 137—145.

Bericht zu einer Studienreise in Amerika, wo die katholische Privatschule mit viel Opferfreude und großem pädagogischem Geschick zu einer beneidenswerten Blüte gebracht wurde. Gerade auf dem religiösen Gebiet ist dort das „functional teaching", die Überwindung der Lernschule in der Lebensschule wirksam geworden und hat Formen entwickelt, von denen wir lernen sollten.

KAMPMANN, Theoderich. *Der Übermensch, Mythos und Wirklichkeit.* In: Theologie und Glaube Jhg. 41 Heft 1 (1951) S. 23—40.

Der Aufsatz wird fortgesetzt. Aus Nietzsche und Dostojewski spricht eine lange Entwicklung, die den Glauben an den Übermenschen schon zu einem Allgemeingut werden ließ, ihn also breiter machte, als er literarisch erscheint. Die Studie weitet sich zu einem allgemein geistesgeschichtlichen Essay aus.

LÜDERS, E. M. *Die Wiederentdeckung des Bösen in der modernen Literatur.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 7 (April 1951) S. 23—33.

Dieser Artikel hebt sich aus der Flut der Beiträge zur Diskussion um die Darstellung der Sünde im modernen Roman heraus. Es wird die gewichtige Frage gestellt, ob wir (bes. die Deutschen mit ihrer eigenartigen Geistesgeschichte) die heute allgemein als falsch erkannte optimistisch-harmonistische Epoche des 18. und 19. Jahrhunderts als Irrweg ablegen können, ohne historische Substanz zu verlieren. An Eliot wird der Umschwung zum objektiv-metaphysischen Wirklichkeitssinn gezeigt, der uns die schwierige Aufgabe auferlegt, die jüngere Vergangenheit umzudeuten und bislang verdeckte Strömungen des Katholizismus zur Präsenz zu bringen.

WENIGER, Erich. *Bildung und Persönlichkeit. Georg Misch zum 70. Geburtstag.* In: Die Sammlung Jhg. 6 Heft 4 (April 1951) S. 216—229.

Der bekannte Pädagoge versucht, in einem Zeitschriftenaufsatz Kritik an der ganzen bisherigen Bildungstheorie zu üben und die Grundzüge und Grundkategorien einer neuen Theorie, die man Erziehung zur Freiheit nennen möchte, zu entwerfen. Die Kritik stellt sich dar als eine „heilsame Resignation" auf das Erreichbare. Die Bildung soll nicht mehr auf „Persönlichkeit" abzielen, sondern nur die eigentlichen Entscheidungen des Lebens dadurch vorbereiten, daß sie die überlieferten hohen Güter bereitstellt und in Geltung hält, im übrigen aber den Menschen für die wenigen Entscheidungen, in denen er selbst „kompetent" ist, frei läßt.

Soziales und politisches Leben

BARRAT, Robert. *The Notion of Neutralism.* In: The Commonweal Bd. 54 Nr. 2 (20. April 1951) S. 33—35.

Eine der besten Analysen der politischen Mentalität in Europa, die wir gelesen haben.

BRUCULERI, A., SJ. *Sulla retribuzione delle lavoratrici.* In: Civiltà Cattolica Jhg. 102 Nr. 2419 (7. April 1951) S. 14—23.

Das Recht der Frau auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit wie der Mann, heute in fast allen Staaten geschützt, bedürfte zwar nach Anischt des italienischen Jesuiten gewisser geringer Rektifikationen wegen des bisweilen geringeren Ertrags der Frauenarbeit bei größeren Unkosten, ist aber eine Forderung der Gerechtigkeit.

DE CESARIS, B. *Posizioni del movimento dei lavoratori cristiani in Italia.* In: La Realtà sociale d'oggi Jhg. 6 Nr. 4 (April 1951) S. 291—306.

Herausarbeitung der Stellung der Christlichen Arbeiterbewegung in Italien, die nicht Gewerkschaft sein will, da es ihre Aufgabe ist, die Klassenposition des Proletariats (inclusive des proletarisierten Mittelstandes) mit christlichem Geist zu durchdringen (also eine Aufgabe als Glied der Arbeiterbewegung, nicht der Kirche): Gegenwart der Christen im Aufstieg der arbeitenden Klasse. Eine Sammlung der christlichen Arbeiter in einer Gewerkschaft könnte nicht die stark kommunistische Arbeiterschaft durchdringen, könnte nicht alle antikommunistichen Kräfte in der Arbeiterschaft sammeln, würde sich dem stark antiklerikal eingestellten unteren Mittelstand verschließen. Dagegen ist die Christl. Arbeiterbewegung auf die Wirkung von Mensch zu Mensch eingestellt.

KENNEDY, William F. *The third Way: A new Economics.* In: The Commonweal Bd. 54 Nr. 1 (13. April 1951) S. 14—16.

Professor Kennedy (Universität von Kalifornien) lenkt hier sehr nachdrücklich die Aufmerksamkeit der Amerikaner auf die Forderungen von Wilhelm Röpke zur Stützung des Mittelstandes. Er sieht darin die Rettung der Menschenwürde.

LÖWENSTEIN, Felix zu. *Demokratie als Aufgabe.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 7 (April 1951) S. 12—23.

Der Verfasser will die Öffentlichkeit auf etwas meist Vergessenes aufmerksam machen: Die moderne Demokratie stammt aus dem unchristlichen, aufklärerischen Denken. Hauptsächlich die drei Parolen der grundsätzlichen Leugnung der Autorität, der gesellschaftlichen Gleichheit der Menschen und der absoluten Freiheit sind für uns bedenklich. Obwohl sich in der demokratischen Grundhaltung schon manches gewandelt hat, ist die christliche Demokratie eine noch in der Zukunft liegende Aufgabe.

PAGANI, C. *Un'inchiesta religioso-morale fra le maestranze di un centro industriale.* In: La Realtà sociale d'oggi Jhg. 6 Nr. 4 (April 1951) S. 330—337.

Eine Rundfrage bei den Innungen in einem oberitalienischen Industrieort ergab, daß die Arbeiter zu 99 % für ihre Kinder eine religiöse Erziehung wünschen, weil nur diese ihnen hohe Ideale geben könne, auch wenn die Eltern selber ungläubig geworden sind; dabei ist etwa ein Drittel der Befragten mit den Priestern, so wie sie sind, einverstanden, ein zweites Drittel wünscht die Priester heiliger, dem Arbeiter näher, bessere Ratgeber und Tröster, das letzte Drittel ist antiklerikal in der typischen Form der politischen antiklerikalen Propaganda der Linkspresse.

SLESSER, Sir Henry. *The Law and the Catholic Judge.* In: Blackfriars Bd. 32 Nr. 374 (Mai 1951) S. 205—210.

Der bekannte britische Jurist beschäftigt sich hier besonders mit den Gefahren für die richterliche Unabhängigkeit, die sich aus der Entwicklung des modernen Staates ergeben. Die Verwaltung wird immer unabhängiger von Gesetzgebung und Justiz. Die beiden letzteren Gewalten garantierten in England immer in gewissem Maße das Naturrecht. Die Verwaltung und die sich herausbildende Verwaltungsjustiz ist ohne diese Tradition und zu Opportunitätsentscheidungen geneigt.

Destins de la Jeunesse. In: Revue de l'Action Populaire Nr. 50 (Mai 1951). Sammelnummer.

Die Zeitschrift der katholischen Sozialbewegung versucht, einen Überblick über die Lage und die Probleme der heutigen Jugend zu geben. J. Despinette schreibt über die Mentalität der frz. Jugend im allgemeinen, ihr Leben in Gruppen, ihr Mißtrauen gegenüber Programmen, ihre Unsicherheit, ihren Ernst. Msgr. Fougerat über den frz. Studenten 1951, mit den gleichen Tendenzen. J. Sommet über die Arbeiterjugend, ebenfalls in kleinen Gruppen lebend, mit vielversprechendem Realismus, doch großen moralischen Schwierigkeiten. Eine Studie (J. Dofny) gilt der deutschen Jugend diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, sieht in der ersteren große Unsicherheit, Lebenskampf, praktische Sorgen, bei der letzteren Mitgerissenheit von neuen Idealen, von den Kommunisten geschickt ausgenutzt. Alle Aufsätze entwerfen ein besorgniserregendes, wenn auch keineswegs abstoßendes Bild.

Familienfragen. In: Caritas Jhg. 52 Heft 3/4 (März/April 1951) Sammelnummer.

Dieses Heft ist ganz den Familienfragen gewidmet. Karl Borgmann und Franz Klein geben eine Übersicht über die Situation, die Entwicklungstendenzen und die vom christlichen Standpunkt zu fordernden Ziele im Familienrecht. Wir erfahren, wieweit das Prinzip der Unauflöslichkeit in der Jurisdiktion berücksichtigt ist, wie der Bedrohung einer mechanistischen Gleichberechtigung in der Ehe begegnet werden kann, wo die Reform des Unehelichenrechts und die des Pflegekindschafts- und Adoptionsrechts steht. Josepha Fischer-Erling teilt Erfahrungen aus der katholischen Eheberatung mit. Martha Krause-Lang und Grete Borgmann orientieren über die Familienbewegungen in Deutschland und Amerika, wobei wir gerade im letzteren Falle sehen, wie die Familienkrise auf eine lebendige Weise von innen her angepackt werden kann. Freilich sind die amerikanischen Methoden der Patres Delehey und Dowling nicht ohne weiteres vorbildlich für die europäische Mentalität.

Chronik des katholischen Lebens

ANGERHAUSEN, Julius. *Die aszetische Führung junger Arbeiter.* In: Katechetische Blätter Jhg. 76 Heft 5 (Mai 1951) S. 203—210.

Es wird eine sinnvolle, der Arbeiterjugend angepaßte Aszese gesucht, die sich wesentlich von der des Erwachsenen oder etwa des Akademikers unterscheidet. Zunächst besteht die Übung darin, den Arbeitstag mit seinen Mühsalen zu bejahen und als natürliche Aszese auf sich zu nehmen; hinzu kommt eine besondere Führung zu Ehrfurcht, Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und Reinheit. Wie dies im einzelnen zu geschehen hat, kann der Priester nur dann bestimmen, wenn er die Lebensbedingungen der Jungarbeiter genau kennt.

KUMLIEN, Gunnar D. *Christians and - or Bourgeois.* In: The Commonweal Bd. 53 Nr. 26 (6. April 1951) S. 641—643.

In Italien gibt es zwei Siedlungen für heimatlose Jugendliche: Santa Marinella und Nomadelphia. Das erstere ist ökonomisch gesund. Es nimmt nur so viel Zöglinge auf, wie es die ökonomische Lage gestattet. Es ist ein Anlaß zur Bewunderung durch Minister und Kardinäle. Das zweite spannt die Kraft des Vertrauens aufs äußerste an. „Wir können nicht warten", ist seine Devise. Es ist in jeder Beziehung proletarisch. Seine Mitarbeiter sind unter andern Ordensleute, die aus ihrem Orden weggingen, um der Bourgeoisie zu entgehen. Der Berichterstatter hält die zweite Siedlung für wesentlich christlicher.

KURIG, Wilhelm. *Katholische Jugend in Amerika.* In: Katechetische Blätter Jhg. 76 Heft 4 (April 1951) S. 164—168.

Die eigentümliche Situation der Jugend in der Neuen Welt ergibt sich daraus, daß eine eigentliche Jugendbewegung fehlt; trotzdem wurde viel Wertvolles geschaffen. Ein wesentlicher Unterschied zu unserer Lage besteht darin, daß der gesamte Klerus nicht nur mitmacht, sondern sogar ein antreibendes Element ist.

PONTMARIN, Georges. *Die Lage der Chinamission.* In: Dokumente Jhg. 7 Heft 2 (1951) S. 109—122.

Der Verfasser, der wohl die Situation der katholischen Kirche im kommunistischen China aus persönlicher Erfahrung kennt, fordert eine allgemeine Anstrengung, damit die Missionierung (nach der Niederlage im 13. und 18. Jahrhundert) nicht zum drittenmal in China stirbt. Vor allem fordert er eine volkseigene und volksnahe Kirche mit Priestern, die nicht „latinisiert" sind, sondern die „um jeden Preis" die Loyalität gegenüber der Regierung wahren sollen.

R. M. *Die Kirche und der Krieg.* In: Begegnung Jhg. 6 Heft 4 (1951) S. 107.

Resümierender Bericht zu einem Vortrag des Münchener Moraltheologen Richard Egenter. Naturrechtlich muß die Kriegsdienstverweigerung zurückgewiesen werden, da der Begriff der Notwehr gültig und verpflichtend ist. Weil aber der totale Krieg seinen Mitteln nach unerlaubt ist, muß alles getan werden, um den Frieden zu erhalten. Welche Wege noch offenstehen, wird hier gesagt.

Romania. Aggravamento della persecuzione anticattolica. In: La Civiltà Cattolica Jhg. 102 Nr. 2420 (21. April 1951) S. 224 bis 232.

Zusammenfassender Bericht über die Lage in Rumänien: Druck zur Annahme des „Statuts des katholischen Kults", Versuchung zum Schisma; die Konventikel von Gheorgheni; Widerstand der Katholiken; Lage der Katholiken des lateinischen Ritus; die orthodoxe Kirche.

Ökumenische Chronik

BRUNNER, Peter. *Pneumatischer Realismus. Bemerkungen zur theologischen Bedeutung der „Toronto-Erklärung".* In: Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung Jhg. 5 Nr. 8 (30. April 1951) S. 122—124.

Der Versuch einer Auslegung, der zugleich die Umrisse eines Dogmas von der Kirche festhalten will. Die pneumatische Realität kann durch keine Reformation oder Schisma zerstört werden und ist auch jetzt — ganz gegen die Auffassung des Spiritualismus und Doketismus — in der Einigung der Kirchen am Werk. „Die besondere Wirkungsweise des Heiligen Geistes besteht nämlich darin, daß das Pneuma in Entsprechung zu der Tatsache, daß der Logos Fleisch wurde, auch seinerseits ins Fleisch eindringt, ohne die besondere Einmaligkeit der Fleischwerdung des Logos in Frage zu stellen."

KUNZE, Gerhard. *Liturgie am Scheideweg. Liturgismus oder Erfüllung der Liturgie?* In: Monatsschrift für Pastoraltheologie Jhg. 40 Heft 3 (März 1951) S. 112—122.

Der erste Teil eines auf Fortsetzung angelegten Aufsatzes verspricht eine gute Übersicht über den Stand der protestantischen Liturgiewissenschaft, die in einem Vergleich mit der katholischen schlecht wegkommt und erst auf ihre Ziele hingestoßen werden muß.

HERDER-KORRESPONDENZ

Zehntes Heft - 5. Jahrgang - Juli 1951

Wir beten zu Gott in der Zeit, und Gott erhört unser Gebet in der Ewigkeit. Wie sollen nun für unsere menschliche Kurzsicht Zeit und Ewigkeit zusammenstimmen, Gebet und Erhörung sich finden? Die Zeit muß sich klein machen, sie muß sich gleichsam so lange zusammenziehen, bis sie nichts mehr ist als Gegenwart, konkrete, lebenerfüllte Gegenwart. Eine solche Gegenwart – so paradox das klingt – hört auf, an die Vergangenheit und Zukunft zu grenzen. Sie füllt das Nichts ihres zeitlosen Raumes mit der Gegenwart aus. Das Gebet, das der Mensch in dieser Gegenwart betet, wird in ihr unmittelbar von Gott erhört. Das Gebet selbst ist auch Erhörung.

Ferdinand Ebner

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die Notwendigkeit der Abendmessen Das Hauptsekretariat der CAJ hat in 56 Groß- und Mittelstädten Westdeutschlands sowie in 92 kleineren Orten in der Nähe von Industriezentren eine Umfrage über die Möglichkeiten der Berufstätigen, an Werktagen die heilige Messe zu besuchen, sowie über den Wunsch dazu veranstaltet.

Unter den Befragten waren 74,4 % Arbeiter und 21,6 % Angestellte. Bei 74,5 % handelte es sich um männliche, bei 21,5 % um weibliche Berufstätige. Der Altersaufbau der Befragten zeigt, daß die sonst so schwer zu einer Äußerung zu bewegenden jüngeren Schichten in erfreulichem Umfange an den Antworten beteiligt waren. Es waren nämlich

26,2 % unter 18 Jahren
58,7 % von 18 bis 25 Jahren
15,1 % über 25 Jahre.

Die Untersuchung der Frage, ob es diesen Menschen überhaupt möglich ist, vor der Arbeit eine Messe zu besuchen, ergab folgende Tatsachen:

Die Beendigung der Nachtruhe lag:

bei 10 % vor 5 Uhr morgens
bei 42 % zwischen 5 und 6 Uhr
bei 24 % zwischen 6 und 6.30 Uhr
bei 16 % zwischen 6.30 und 7 Uhr.

Für den Weg zur Arbeitsstätte benötigen:

5,3 % mehr als eine Stunde
19 % mehr als eine halbe Stunde
49 % mehr als eine Viertelstunde
24 % mindestens eine Viertelstunde.

Dabei gehen 42 % zu Fuß, 26 % benutzen das Fahrrad, 30 % öffentliche Verkehrsmittel.

Die erste heilige Messe an Werktagen aber beginnt in den Kirchen der Befragten (deren Entfernung bei 84,5 % nicht mehr als 15 Minuten beträgt):

bei 1,1 % vor 6 Uhr
bei 30,6 % zwischen 6 und 6.30 Uhr
bei 65 % nach 6.30 Uhr.

84,5 % der Befragten mußten also erklären, daß es ihnen unmöglich sei, an Werktagen eine heilige Messe am Morgen zu besuchen. Auf die Frage, ob sie denn eine Abendmesse besuchen würden (als deren günstigster Zeitpunkt im allgemeinen die Zeit um 19.30 Uhr ermittelt wurde), antworteten:

9,8 % mit „zuweilen"
57,1 % mit „öfters"
30,1 % mit „regelmäßig"

Selbst wenn man von diesen Antworten so viele Abstriche macht, wie der Abstand zwischen gutem Willen und Tat es geraten erscheinen läßt, zeigt die Umfrage doch, daß 1. die Einrichtung der Abendmessen angesichts der Arbeitsbedingungen der überwiegenden Zahl der Berufstätigen eine unabweisliche Forderung der liebevollen Rücksicht der Kirche auf ihre Gläubigen geworden ist, 2. daß der Wunsch nach dieser Einrichtung lebendig ist.

„Thomas heute". Eine Tagung des Thomas-Instituts in Köln Das Thomas-Institut der Universität Köln veranstaltete gemeinsam mit der Görres-Gesellschaft am 19. und 20. Mai in Köln, der Stadt also, in der Thomas von Aquin in der Mitte des 13. Jahrhunderts vier Jahre lehrend gewirkt hat, eine philosophisch-theologische Tagung, bei der von den verschiedensten Gesichtspunkten her nach der Bedeutung des Aquinaten für unsere Gegenwart gefragt wurde.

Auf dieser Tagung, zu der sich geistliche und weltliche Professoren aus Deutschland, Holland und der Schweiz eingefunden hatten und bei der man Dominikaner neben Franziskanern und Jesuiten, Weltklerus neben zahl-

reichen Laien sah, konnte man der fortwirkenden Mächtigkeit des thomistischen Geistes innewerden; und in dem Maße, in dem sich in den Referaten und Diskussionen eine äußere sowie eine innere Dynamik ausbreitete, wurde die tiefe „Aktualität" spürbar, die von Thomas auch heute auszugehen vermag. Am nachhaltigsten geschah das in dem groß angelegten Vortrag von P. Heinrich Christmann OP, dem Betreuer der deutschen Thomas-Ausgabe in Walberberg, dessen Rede zwar die abschließende Krönung der Tagung darstellte, aber damit auch nach rückwärts erst allem Voraufgegangenen seinen Platz und sein Gewicht gab. Darum erscheint es gerechtfertigt, mit dem Bericht über diesen Vortrag zu beginnen.

Das Erkenntnisproblem bei Thomas

Der Mensch ist, so führte Pater Christmann aus, sofern er Mensch ist, auf die Vollendung im „Pleroma" des Geistes, auf die Vereinigung mit dem Weltursprung als dem höchsten Gut angelegt. Da dieses höchste Gut geistiger Natur ist, gelingt ihm solche Verbindung nur auf dem Wege der Erkenntnis: im Verlangen nach Erkenntnis und Wissen bezeugt sich die tiefste „Natur" des Menschen. Er findet sich angewiesen auf die Dinge, so muß er also die Dinge befragen können. Nach Thomas nun sind das Erkenntnisverlangen des Menschen und die Erkennbarkeit der Dinge aufeinander hingeordnet. Der Geist wird lebendig in der Erkenntnis, jedoch nur in der Erkenntnis von „etwas": er ist seiner Natur nach angelegt auf das Sein schlechthin. Daraus ergibt sich als Bedingung des geistigen Werdens Weltoffenheit und als „naturrechtliche Forderung" Freiheit der Forschung, jene anscheinend liberalistische Erfindung. Weit gesteckt sind bei Thomas die Grenzen der Vernunft, aus deren Gebrauch der Mensch seine Würde bezieht und die erst von einem späten Rationalismus eingeengt und in Mißkredit gebracht worden ist. Maßstab dieses vernünftigen Erkennens ist immer wieder die Sache — ein auch für den modernen Wissenschaftler nicht zu überbietendes Erkenntnisprinzip. So gilt denn auch im Bereich des philosophisch-profanen Erkennens nach Thomas keine Autorität, da diese als solche niemals fähig ist, innere Evidenz zu erzeugen, vielmehr lediglich der aus der Sache kommende Beweis. In diesem Sinne ist die „Wahrheit" die letzte Instanz: „wer von der Wahrheit spricht, ist unbezwinglich, gleich, mit wem er es zu tun hat". Thomas selber war kühn und für seine Zeit revolutionär genug, von solchen Voraussetzungen her zum Beispiel seinem Ordensoberen zu widerstehen, der ihm 42 Artikel zur Beantwortung vorlegte: Thomas wies sie zurück, weil sie nicht theologischer, sondern rein philosophischer Observanz seien: „Außerdem sehe ich nicht, was das mit der Glaubenslehre zu tun hat . . ."

Es leuchtet ein, daß es für ein so verstandenes Erkennen keine „Willkür" gibt, da die Grenzen der Forschung allemal von den Dingen her vorgeschrieben werden. Allerdings bedeutet die von Thomas vertretene Autonomie der Philosophie niemals eine Autonomie ohne Gott: dies ist die Abgrenzung gegenüber der „voraussetzungslosen" modernen Wissenschaft, die es übersieht, daß auch die Natur der Dinge auf Gott zurückgeht.

Erkenntnis und Offenbarung bei Thomas

Nun ist aber — so führte P. Christmann weiter aus — die Fülle des möglichen Seins mit der Schöpfung nicht erschöpft: Gott hat sich in sie hinein offenbart, das philosophische Erkennen wird demnach vom theologischen ergänzt (nicht aber widerlegt). Das Licht der Vernunft wird vom Licht des Glaubens bestätigt, beide stehen nicht im Gegensatz zueinander: Thomas trat mit aller Entschiedenheit der averroistischen Lehre von der doppelten Wahrheit entgegen, die sich in ihren vom Nominalismus erweiterten Folgen vor allem innerhalb des Protestantismus ausgewirkt hat und auch noch einem großen Teil der modernen Skepsis zugrunde liegt. Im Gebiet des Glaubens gibt es eine gültige Autorität, das kirchliche Lehramt, das die geoffenbarten Glaubenswahrheiten zu verwalten hat. Auch hierüber gibt es bemerkenswert „modern" klingende Sätze von Thomas: daß man sich dieser Autorität eben um Gottes willen zu beugen habe und daß es unter der menschlichen Würde sei, sich in einem anderen Sinne binden zu lassen. Die Luft eines in Freiheit gebundenen Geistes weht im Denken des Aquinaten, das zudem ein unaufhörliches Gespräch mit Vergangenheit und Gegenwart war. Thomas sah den Wert der Tradition auch gerade darin, daß ein Mensch allein niemals alles tun und erkennen kann, weder im profan-philosophischen noch im theologischen Bereich, sondern jeweils auf das Miteinander, die Kommunikation angewiesen ist. Er hat auch sich selbst in aller Demut nicht für unfehlbar gehalten: er, der so weitgehend die Philosophie des Aristoteles übernahm, wußte, daß andere vor ihm gedacht haben und Künftige nach ihm denken müßten. So konnte denn auch einmal während dieser Tagung in seinem Sinne gesagt werden, daß die Kirche, um der Wahrheit willen, auch Thomas fallen lassen könne, da es ihr um die Wahrheit und nicht um Thomas gehe, und es durfte an den Satz von Etienne Gilson erinnert werden, daß Thomas nicht darum recht habe, weil das, was er sage, christlich sei, sondern weil es die Wahrheit sei.

Ein solcher Geist echter Freiheit war auch in den Diskussionen zu spüren, die sich an die verschiedenen Vorträge anschlossen. So ging es im Zusammenhang mit dem Referat von P. Josef de Vries SJ: „Probleme der natürlichen Gotteserkenntnis bei Thomas von Aquin", um höchst abstrakte Formulierungen, um das Spezialproblem der „Indifferenz der Kontingenz". Dabei tastete man sich zu äußersten Denkmöglichkeiten vor. Hier war es vor allem Professor Bernhard Welte, Freiburg, der sich gegen jeden Ansatz möglicher Kurzschlüsse erhob und zum Beispiel der „optimistischen" Äußerung eines Konfraters — der sich dabei auf die höchst sublimen Ausführungen Professor Andrés, Walberberg, über „Die Potenz-Akt-Lehre bei Thomas" bezog —, daß ein sinnvolles Ding den Sinn des Weltganzen erweisen könne, zu bedenken gab, daß andererseits auch ein „Un-Sinn" die ganze Theodizee zu Fall brächte.

Thomas und die Mystik

Auch in der Diskussion, die sich an das Referat von Professor Urs von Balthasar, Zürich, über „Vita activa und vita contemplativa bei Thomas von Aquin" anschloß, trat Dr. Welte neben dem Mitarbeiter P. Christmanns, P. Bernward Dietsche OP, besonders hervor. Balthasar hatte mit Hilfe einer fast verwirrenden Gelehrsamkeit die Mystik-Lehre des Thomas auseinandergelegt, d. h. er bemühte sich klarzulegen, daß es in der nüchternen Konzeption des Aquinaten gerade keine Mystik etwa im Sinne des heiligen Johannes vom Kreuz

oder der großen Teresa gäbe, ihm vielmehr die Gaben des Heiligen Geistes als höhere Erkenntnisquellen genügten. Nach Urs von Balthasar hat die Gabe der Prophetie, die nicht nur als vorausschauende Weissagung verstanden werden darf, vielmehr die Gabe der inspirierten Auslegung bedeutet, eine zentrale Stelle bei Thomas, und nach Thomas' Selbst- und Zeitverständnis stellt der „Doctor sacrae scripturae" den „Propheten" innerhalb der Kirche dar.

Wesentlich ging es in dem Vortrag Professor von Balthasars auch um das Problem der „Schwelle" und der „negativen Theologie". Denn wohl ist das „Wort" ins Fleisch gekommen, es will sich also nicht nur entziehen und einem negativen Stammeln überlassen; dennoch bleibt ein „Rest", der sich jeder Aussage entzieht, auch bei Thomas. Schließlich wurde auch nach dem Wertmaßstab des echten mystischen Erlebens gefragt: er wurde in seiner „sozialen" Funktion innerhalb der Kirche gefunden, indem es sich in der Kirche und für die Kirche, nicht nur als individuelles „Erlebnis" vollzieht.

„Humani generis"

Nicht ohne Absicht war in die Mitte der Tagung das Referat von Stadtdechant Dr. Grosche über die Enzyklika „Humani generis" gerückt worden, denn in gewissem Sinne durfte man die gesamte Tagung als einen Kommentar zu diesen päpstlichen Auslassungen verstehen. Grosche betonte den Charakter des Hirtenschreibens, den diese Enzyklika hat, weshalb sie nicht mit einem dogmatischen Lehrstück verwechselt werden darf. Er belegte die Stellungnahme des Papstes zu den modernen philosophischen und theologischen Richtungen verschiedentlich mit Stellen aus den Schriften neuerer Theologen selber. Dies traf besonders bei dem Problem der Irreversibilität der Geschichte zu; so kann es beispielsweise bedauert werden, daß der Begriff der „Natur" durch den der „imago dei" ersetzt worden ist — umkehrbar ist aber dieser Vorgang nicht mehr. Im Anschluß an Grosches Ausführungen ergab sich eine äußerst lebhafte Diskussion, in der man sich mit außerordentlichem Nachdruck dagegen wandte, daß man die positive Theologie — wie Grosche es formuliert hatte — als Voraussetzung der spekulativen Theologie ansehe. Die Quelle der spekulativen Theologie, so wollte man es verstanden wissen, sei lediglich der „Glaubenssinn", und zwar des Gläubigen innerhalb der Kirche, dem denn auch übernatürlicher Charakter zukomme. Sowohl Professor Koch, der Leiter des Thomas-Instituts, wie Dr. Grosche wandten dagegen ein — und wurden dabei wiederum von Professor Welte unterstützt —, daß man doch wohl eine biblische Theologie gelten lassen müsse und daß außerdem die Berufung auf den „Glaubenssinn" eine gefährliche Sache sei, denn er könne ja auch in einem protestantischen Sinne seine eigenen Wege gehen. In dieser Frage wurde keine Einigung erzielt, und zu den vielen Eindrücken, die die Tagung vermittelte, gehörte somit auch der, daß man nicht nur gewisse Aporien, sondern auch menschliche Aspekte unter Umständen als solche stehen lassen muß.

Auf die Frage, inwieweit Thomas heute noch etwas bedeuten kann, war die Tagung selber somit durch den leidenschaftlichen Einsatz der Teilnehmer eine vielfältig variierte Antwort.

Neubesinnung des Religionsunterrichtes in Österreich

Als erste große katholische Tagung Österreichs nach dem Krieg veranstaltete das Erzbischöfliche Amt für Unterricht und Erziehung unter der Leitung von Kanonikus Hlawati in der Zeit vom 16. bis 20. April eine „Tagung für Religionsunterricht und religiöse Erziehung." Es ging um die Neubesinnung des Religionsunterrichtes sowohl hinsichtlich seiner theologischen Grundlagen wie in methodischer Hinsicht. Vor allem die Bibelbewegung und die liturgische Bewegung haben für die Glaubensverkündigung und damit auch für den schulmäßigen Religionsunterricht neue Gesichtspunkte gebracht. Auf der anderen Seite dringen die pädagogischen Ideen und Erfahrungen, die im Begriff Schulreform zusammengefaßt sind, auch in den Religionsunterricht ein. Der in Österreich in Verwendung stehende Katechismus ist noch ein abstrakter Frage- und Antwort-Katechismus und soll durch einen neuen sogenannten Lehrstück-Katechismus ersetzt werden.

Die Teilnahme an der Tagung übertraf die Erwartungen bei weitem, so daß noch rasch ein größerer Saal gesucht werden mußte. Nicht weniger als 700 Priester und 200 Laienreligionslehrer, denen das Unterrichtsministerium die Tage frei gegeben hatte, waren aus den verschiedenen Diözesen Österreichs gekommen. Die Eröffnung der Tagung nahm Kardinal Innitzer in Anwesenheit des Apostolischen Internuntius Dellepiane und des Unterrichtsministers Hurdes vor. Der Minister sprach über die hohe und schwere Aufgabe des Religionslehrers und wies darauf hin, daß auch heute noch die Kultur von der Religion als ihrer Mitte abhängt. Hierauf gab Erzbischof-Koadjutor Jachym aus persönlicher Erfahrung ein Lebensbild Msgr. Wilhelm Pichlers, des bedeutenden Pioniers eines modernen Religionsunterrichtes. Pichler legte 1912 dem Internationalen Kongreß für Katechetik ein für die drei ersten Klassen der Elementarschule bestimmtes „Religionsbüchlein" vor, das nicht nur in Österreich in Verwendung genommen wurde, sondern, in 54 Sprachen übersetzt, den Weg in die Welt nahm,vor allem in die Missionsländer. Der volle Erfolg seiner Ideen freilich blieb Pichler zu Lebzeiten versagt. Denn als 1930 die Frage der Neufassung des Katechismus den Bischöfen zur Entscheidung vorlag, wurde nicht Pichlers Entwurf, der bereits ein Lehrstück-Katechismus war, angenommen, sondern auf die alte Form des Frage- und Antwort-Katechismus zurückgegriffen.

Bibel, christozentrisches Dogma, Liturgie

Die Referate des ersten Arbeitstages behandelten die theologischen Grundlagen des neuen Katechismus und Religionsunterrichtes. Unter Hinweis auf die großen Enzykliken Pius' XII. über die biblischen Studien „Mystici Corporis" und „Mediator Dei" führte P. Jungmann SJ, der bekannte Innsbrucker Universitätsprofessor und Verfasser des Werkes „Missarum Sollemnia", aus, daß der neue Katechismus aus drei Quellen geschöpft werden müsse: der Bibel, dem christozentrischen Dogma und der Liturgie. Es sei aus der Situation der Glaubenskämpfe und der einseitigen Bewertung der Hl. Schrift bei den Protestanten zu erklären, wenn bei der Neubegründung der Kinderkatechese nach dem Tridentinum nicht der biblische Bericht vorangestellt wurde, wie in früheren Zeiten. Heute aber sei der Weg frei für eine volle Einbezie-

hung der Heiligen Schrift. Die Enzyklika „Mystici Corporis" bezeichnete P. Jungmann als ein „hohes Vorbild für die dogmatische Neubesinnung". Indem die Glaubenslehre ganz auf ihren Mittelpunkt Christus hin orientiert wird, erscheint sie wieder als ein Ganzes. Mit dieser Neubesinnung wird auch der Meinung entgegengearbeitet, daß das Christentum vor allem eine Summe von Pflichten sei, etwas, was wir Gott zu leisten haben, während es doch in Wirklichkeit in erster Linie die Botschaft von dem ist, was Gott für uns geleistet hat. Hinsichtlich der Enzyklika „Mediator Dei" erklärte P. Jungmann, daß die Enzyklika bei aller Warnung vor Übertreibungen die wesentlichen Anliegen der Liturgischen Bewegung voll bejaht und sich zu eigen gemacht habe. In einem anschließenden Referat erläuterte Prof. Kammerlander, Innsbruck, die Grundgedanken des künftigen Lehrstück-Katechismus. Dieser soll bibelnah, liturgienah und lebensnah sein und verschiedene Lehrmethoden miteinander verbinden. Er soll der kindlichen Erlebnisweise entsprechen, die Selbsttätigkeit des Schülers anregen und auch den verschiedenen Begabungen der Religionslehrer Raum geben.

Eine moderne Methode

Die folgenden Vorträge, vielfach in Arbeitsgemeinschaften aufgegliedert, galten den methodischen Forderungen, die sich aus der heutigen Kinder- und Jugendpsychologie ergeben, und Einzelfragen der Praxis. Wenn auch — wie in den Arbeitsgemeinschaften klar gesagt wurde — die Methoden des heutigen Arbeitsunterrichtes nicht ohne weiteres auf den Religionsunterricht übertragen werden können, da die spezifische Aufgabe der Glaubensverkündigung anderes verlangt, so sind doch die berechtigten Anliegen der Schulreform im heutigen Religionsunterricht in hohem Maße erfüllt: die Prinzipien der Anschaulichkeit, der Bodenständigkeit, der Konzentration und der Selbsttätigkeit des Schülers.

Dazu hat die Situation nach 1945 viel beigetragen. Die Jahre der Herrschaft des Nationalsozialismus, in denen der Religionsunterricht weitgehend aus der Schule verdrängt war, bedeuteten eine tiefe Zäsur. 1945 mußte der Religionsunterricht ganz neu aufgebaut werden. Der große Mangel an Priestern konnte nur dadurch ausgeglichen werden, daß Laien herangezogen wurden. Und diese brachten von den Lehrerbildungsanstalten die modernen Methoden mit und gaben dadurch dem gesamten Religionsunterricht starke Impulse. Es fehlten ferner die Lehrbücher und Lehrbehelfe; daher mußten in eigener Initiative Anschauungsmittel hergestellt werden, wodurch neue Wege beschritten und schöpferische Fähigkeiten geweckt wurden.

Diese Neugestaltung des Religionsunterrichtes fand einen überzeugenden Ausdruck in der sehr reichhaltigen Ausstellung „Der moderne Religionsunterricht", die in den Räumen des Schottenstiftes zwei Wochen lang allgemein zugänglich war und nicht weniger als 12 000 Besucher zählte. Hier waren nicht nur die Anschauungsmittel, die der Religionslehrer von der ersten Volksschulklasse an bis in die Oberstufe hinauf verwendet, sehr instruktiv, sondern mehr noch die Zeichnungen der Schüler. Diese Zeichnungen, die hauptsächlich in Hausarbeit hergestellt wurden, gaben Aufschluß, wie das Kind die Inhalte der Religion erlebt und was ihm an Verständnis zugemutet werden kann.

Die Situation an den staatlichen Schulen

Die Stellung des Religionsunterrichtes an den staatlichen Schulen in Österreich ist im allgemeinen befriedigend. In der Elementarschule werden in der ersten und zweiten Klasse je eine Stunde, in den übrigen Klassen je zwei Stunden Religionsunterricht erteilt; in Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg sogar zwei bzw. drei Stunden wöchentlich. In den Mittelschulen sind es in jeder Klasse zwei Stunden wöchentlich. Der Religionsunterricht ist obligater Lehrgegenstand, doch besteht die Möglichkeit der Abmeldung.

Schwer aber wiegt das Fehlen des Religionsunterrichtes an der Mehrzahl der Berufsschulen. Nur die Landesschulräte von Oberösterreich und Tirol haben ihn eingeführt. In Wien ist der Zustand uneinheitlich. An den Berufsschulen, die dem Stadtschulrat unterstehen, gibt es keinerlei Religionsunterricht, an den sogenannten höheren Fortbildungsschulen, das sind die Schulen, die dem Ministerium direkt unterstehen, gibt es Religion als Wahlfach mit einer Stunde wöchentlich. Es ist auffällig, daß die Sozialisten, die der Einführung des Religionsunterrichtes in die Elementar- und Mittelschulen — sogar als eines obligaten Lehrgegenstandes — zugestimmt haben, den hartnäckigsten Widerstand gegen den Religionsunterricht an den Berufsschulen erheben. Nicht einmal als Wahlfach wollen sie ihn gelten lassen. Diese zwiespältige Haltung ist wohl aus der Meinung der Sozialisten zu erklären, daß der Religionsunterricht im Kindheitsalter vorübergehende Berechtigung hat — ist doch die Mehrzahl der sozialistischen Arbeiter durch den Religionsunterricht gegangen, ohne den Glauben ins Leben mitzunehmen —, daß er aber im Alter von 14—18 Jahren tiefer eindringen könnte und dann die materialistische Weltanschauungseinheit in der Arbeiterwelt sprengen würde.

Die Einstellung der Eltern und Schüler zum Religionsunterricht

Von der Möglichkeit der Abmeldung vom Religionsunterricht wird nur sehr wenig Gebrauch gemacht. In der Erzdiözese Wien z. B. nehmen von 203 400 katholischen Elementarschülern 202 800 und von 25 300 Mittelschülern 25 000, also 99 % am Religionsunterricht teil. Kaum geringer ist die Teilnahme am Religionsunterricht in den Berufsschulen, soweit er dort eben gestattet ist.

An diesen Zahlen ist auffällig, daß die Abmeldungen vom Religionsunterricht weit zurückbleiben hinter dem Ausmaß der Kirchenfremdheit im österreichischen Volk. Man rechnet in den Großstädten mit 15 bis 25 % praktizierenden Katholiken. Die übrigen kommen gelegentlich in die Kirche oder haben wenigstens soweit Verbindung mit der Kirche, daß sie die Kirchenbeiträge zahlen und auf ein kirchliches Begräbnis Wert legen. Also schicken sehr viele Eltern, die selbst keine Beziehung zur Religion mehr haben, ihre Kinder in den Religionsunterricht. Was bewegt sie dazu? Nach den Erfahrungen der Religionslehrer ist das Hauptmotiv der Eltern die Erwägung, daß die Religion im Kindesalter etwas Schönes ist, das die Kinder ruhig mitmachen sollen. Später einmal werden die Kinder selbst entscheiden, wie sie es mit der Religion halten wollen. Aber verbauen soll man ihnen den Weg zur Religion von vornherein nicht.

Die Einstellung der Schüler zum Religionsunterricht ist weit positiver als die des Elternhauses. Die Religionslehrer erleben immer wieder, daß bei Kindern aus ungläubigen Familien eine elementares Interesse an den Fragen um Gott aufbricht, ein Beweis, daß es eine natürliche religiöse Anlage im Kinde gibt. Die Kinder selbst wollen am Religionsunterricht teilnehmen und halten gegen das Milieu des Elternhauses durch. Freilich später, nach Verlassen der Schule und besonders dort, wo kein Religionsunterricht mehr nachfolgt, wird in den meisten Fällen das ungläubige Milieu die Oberhand gewinnen und die verheißungsvollen Ansätze des Kindesalters zunichte machen. Doch wahrscheinlich wird auch dann nicht alles verloren sein.

Die Methode der Selbsttätigkeit des Schülers steigert das Interesse. Es wird in der Religionsstunde viel debattiert und gelesen. Bei der männlichen Jugend ist die Haltung des Suchens und des rationalen Zweifels häufig anzutreffen. Bei den Mädchen besteht ein großes Interesse am einfachen biblischen Bericht und ein ausgeprägter Sinn für die konkreten Fragen des Lebens. Die Fragen der Ehe begegnen sogar sehr großem Interesse.

Religionsunterricht und Seelsorge

Während der NS-Zeit wurden als Ersatz für den Religionsunterricht Seelsorgstunden in der Pfarre eingerichtet. Sie haben sich sehr gut bewährt. Als nun nach 1945 der Religionsunterricht wiedererstand, wurden die Seelsorgstunden weitergeführt. In diesem Nebeneinander liegen noch manche ungelöste Fragen. Es fehlt derzeit noch an einer rechten Abstimmung zwischen Religionsunterricht und Seelsorgstunde, es sei denn, daß beide in einer Hand liegen. Die Abstimmung ist allerdings auch sehr schwierig, da nur etwa 25 % der Kinder, die den Religionsunterricht besuchen, auch in die Seelsorgstunden gehen. Der Religionsunterricht kann wohl einiges von dem, was die Kinder in der Seelsorgstunde lernen, hereinnehmen, aber er kann die Seelsorgstunden nicht voraussetzen. Eine weitere Frage ist, ob der Schwerpunkt der religiösen Praxis in der Pfarre oder im Bereich der Schule sein soll. Die Seelsorgstunden bauen auf dem Pfarrprinzip auf und wollen das Kind in der Pfarrgemeinschaft fest verankern, damit es später, nach Verlassen der Schule, dem religiösen Leben treu bleibt. Andererseits verlangt das stärker werdende Schulbewußtsein, wie es sich in Schülergemeinde und Schulklub kundgibt, daß die Klassengemeinschaft auch als religiöse Gemeinschaft, nicht bloß als Lern- und Ausflugsgemeinschaft, in Erscheinung tritt. Es wäre auch eine Einseitigkeit, wenn die Schüler den geistlichen Religionslehrer immer nur als Lehrer und nie als Priester sähen. So die Problemlage. Die Fragen wurden aber auf der Tagung nur gestreift und sollen erst auf einer späteren Tagung eingehend behandelt werden. Die Lösung wird wohl dahin gehen, daß die Schulgemeinschaft wenigstens einige Male im Jahr, im Heiliggeistamt zu Schulbeginn, zu Weihnachten und zu Ostern in der Kirche zusammenkommt, während der Schwerpunkt des religiösen Lebens der Kinder und Jugendlichen in der Pfarre ist. Für diese Lösung ist allerdings das Unverständnis der Eltern, die aus ihrer eigenen Kindheitserinnerung heraus den schulmäßigen Religionsunterricht für völlig ausreichend halten, ein großes Hindernis.

Abschluß der Tagung

Bei der Schlußveranstaltung wurden die Ergebnisse der Tagung in einer Resolution zusammengefaßt. Bei der Erstellung des neuen Katechismus, der auf den theologischen Grundlagen von Bibel, Liturgie und christozentrischem Dogma aufbaut, soll an die Methode Wilhelm Pichlers als Erbe und Auftrag angeknüpft werden. In methodischer Hinsicht wird auf die Prinzipien der Kindertümlichkeit, Aktivität, Konzentration und Heimatbezogenheit verwiesen. Im weiteren fordert die Resolution die enge Zusammenarbeit von Religionsunterricht und Seelsorge. Für die künftigen Religionslehrer wird eine stärkere methodisch-praktische Ausbildung und eine fachliche Weiterbildung gewünscht. Ferner fordern die Religionslehrer einheitlich für das ganze österreichische Bundesgebiet für die erste und zweite Klasse der Pflichtschule je zwei Wochenstunden und für die übrigen Klassen je drei Stunden wöchentlich, sowie die Freigabe von Schultagen zur Durchführung der religiösen Übungen. Bischof-Koadjutor Zauner, Linz, der Referent der Österreichischen Bischofskonferenz für Schulfragen, würdigte den Anteil der Laienlehrer an der Erteilung des Religionsunterrichtes (ihre Missio canonica sei keine „Missio zweiter Ordnung") und forderte erneut die Schule der freien Elternwahl, da der Geist der Schule wichtiger ist als alle Fragen der Methodik.

Bundestagung der Katholischen Jugend Österreichs

Vom 14. bis 16. April fand in Wien im Jugendhaus Neuwaldegg die Frühjahrstagung der Bundesführung der Katholischen Jugend Österreichs statt. Einen weiten Raum nahm die Besprechung der Jahresparole ein, die den inhaltlichen Schwerpunkt der Jahresarbeit bestimmen soll. Das abgelaufene Arbeitsjahr hatte unter der Parole „Dich ruft das größere Leben!" die Erziehung der Jugend zu Ehe und Familie einerseits und zum Priester- und Ordensstand andererseits im Auge. Aus einer intensiven Beschäftigung mit den Schwierigkeiten der jungen Leute bei der Familiengründung ist das familienpolitische Programm der Katholischen Jugend hervorgegangen, das unter dem Titel „Forderungen der Katholischen Jugend Österreichs zu einer familienfreundlichen und familienbejahenden Politik" veröffentlicht wurde und bei maßgeblichen öffentlichen Stellen starke Beachtung gefunden hat. Dieses Programm fordert Ausbau des Kinderbeihilfefonds zu Familienausgleichskassen, Mobilisierung aller öffentlichen und privaten Mittel zum Wohnungsbau, insbesondere zur Förderung des Eigenheims mit Garten, Kampf gegen die Bodenspekulation durch Zwangsverkauf baureifen Grundes, strikte Durchführung des Wohnungsanforderungsgesetzes, langfristige Ehestandsdarlehen, Erziehung zur Familie in der Schule und Bekämpfung der familienzerstörenden Tendenzen in Presse, Film und Rundfunk. (Bei diesen Forderungen ist hervorzuheben, daß sie ganz unabhängig von den Linien der Parteipolitik sind. Strikte Durchführung des Wohnungsanforderungsgesetzes und Zwangsverkauf von Grund und Boden liegen keineswegs auf der Linie der ÖVP, der bekanntlich die große Mehrheit des Kirchenvolkes ihre Stimme bei den Wahlen gibt, sondern auf der Linie der SPÖ. Und Familienausgleichskassen sind bisher weder von der ÖVP noch von der SPÖ zu einem ihrer sozialpolitischen Anliegen erklärt worden.)

Das kommende Arbeitsjahr soll unter der Jahresparole: „Deine Arbeit: Auftrag Gottes — Dienst am Volk!" stehen. Um das Berufsethos der jungen Generation steht es im allgemeinen schlecht. Ihre Haltung zu den großen Lebensaufgaben ist ja weithin aufs schwerste erschüttert. Diese schwierigen Verhältnisse gerade auf dem Gebiet des Berufslebens, die teilweise sehr ungünstigen Berufsaussichten haben ihr Teil dazu beigetragen, Arbeitsfreude und Verantwortungsbewußtsein im Berufsleben zu mindern. Andererseits ist gerade das Berufsleben eines der großen Bewährungsgebiete im Christenleben. So geht es darum, der Jugend das richtige Verhältnis zum Beruf und zu einer im Gewissen verantwortlichen Pflichterfüllung zu geben; aber auch vor allem die reifere Jugend mit den Fragen des Arbeitsrechtes und der sozialen Gesetzgebung vertraut zu machen. Als besondere Aufgabe soll gesehen werden, den jungen Menschen in den entscheidenen Altersstufen Hilfe zur rechten Berufswahl zu geben. Außerdem soll die Jugend zu einem Wettbewerb auf den verschiedenen Gebieten des beruflichen und außerberuflichen Schaffens aufgerufen werden.

Eines der großen Probleme, an dem sich die gesamte Weiterentwicklung der Katholischen Jugend entscheidet, ist die Frage des Führernachwuchses. Wohl steht bereits ein ansehnlicher Stab von Laienführern zur Verfügung, sowohl in den Pfarren wie in den Dekanaten und Diözesen und auf der Ebene der gesamtösterreichischen Führung. Trotzdem ist die Zahl der Kräfte angesichts der großen Aufgaben unzureichend. Es ist nämlich sehr schwer, aus der jungen Generation, die wir gegenwärtig vor uns haben, aktive Kräfte zu wecken. Die heutige Jugend — und das gilt für Stadt und Land und für alle Schichten —, ist für Ideale sehr wenig ansprechbar. Der materialistische Zeitgeist, der nur fragt: was nützt mir das und wie komme ich am leichtesten durchs Leben?, ist tief in die Jugend eingedrungen. Das bedeutet zugleich Mangel an Verantwortungsbewußtsein und Mangel an Aktivität. Auf Grund dieser Erfahrungen besprach man auf der Tagung Schulungs- und Bildungspläne und die inneren und äußeren Verpflichtungen der Führungskräfte.

In der Frage Masse und Elite schwebt der Jugendführung vor Augen, die Elite — sofern man dieses gefährliche Wort überhaupt gebrauchen will; gemeint sind die Menschen, die die religöse und sittliche Selbstbildung wirklich ernst nehmen, den Willen zum Apostolat haben, an Schulungswochen und Exerzitien teilnehmen, auch wenn sie nicht ausgesprochene Führerbegabungen besitzen — in besonderen Gruppen religiös zu vertiefen und praktisch zu schulen, aber zugleich in ihren bisherigen Pfarrgruppen zu belassen. Eine Herauslösung der „Aktivisten", oder wie man sie sonst nennen mag, aus dem Kreis der übrigen wäre keine Lösung des Problems.

Ein weiterer Gegenstand der Beratungen war die kulturelle Arbeit der Katholischen Jugend. Ein Bericht über die bisherige Tätigkeit der Laienspielstelle, die unter der Leitung von P. Siegfried Hornauer steht, zeigte, wie ihre mühsame Arbeit immer stärkeren Boden gewinnen konnte. Im kommenden Sommer soll wieder eine gesamtösterreichische Laienspielwoche abgehalten werden. Auch zwei Singwochen in größerem Rahmen werden stattfinden.

Die sportliche Betätigung der Katholischen Jugend soll planmäßiger ausgebaut werden. Grundlage dafür ist das neue Abkommen, das mit der Österreichischen Turn- und Sportunion abgeschlossen wurde.

Schließlich wurde die Neuwahl der Bundesführung vorgenommen. Der bisherige Bundesführer Wolf Müller, der zum Ausbau der Jugendarbeit sehr viel geleistet hat, mußte, um seine Studien abzuschließen, sein Amt zurückgeben. Aus der Wahl ging als neuer Bundesführer Ing. Hubert Lehner hervor. Mit der Bundesführung der weiblichen Jugend wurde abermals Rita Brandstätter betraut.

Die Osternachtfeier in Österreich

Auf der 7. Tagung der östereichischen Liturgischen Kommission, die am 10. Mai in Salzburg unter dem Vorsitz von Bischof-Koadjutor Zauner (Linz) stattfand, wurde auch eine Übersicht über die Durchführung der Osternachtfeier in Österreich gegeben. Die Verlautbarung des päpstlichen Dekretes erfolgte so spät, daß die Mehrzahl der Pfarrer bei aller freudigen Zustimmung zu der Neuerung sich nicht entschließen konnte, ohne Vorbereitung der Gläubigen die Neuerung durchzuführen. Die Zahl der Pfarren (und Klosterkirchen), die die Osternachtfeier hielten, gibt also kein Bild von der liturgischen Aufgeschlossenheit des österreichischen Klerus. In der Stadt (nicht Diözese) Wien hat, gefördert durch die in kürzester Zeit erschienenen Klosterneuburger Texte und die Texte des Wiener Seelsorgeamtes, ein gutes Drittel der Pfarrer die Osternachtfeier gehalten. Die Landgebiete der Wiener Erzdiözese sowie die übrigen Diözesen, wo man die Texte nicht so rasch zur Verfügung hatte, stehen freilich weit zurück. Vielfach waren es in einer Diözese nur 10 bis 12 Pfarren, in Oberösterreich etwa 5 %, im Burgenland 12 % der Pfarren. Die Diözese Gurk (Kärnten) hat, auch mit Rücksicht auf die starke Verwurzelung der Osterbräuche in der bisherigen Form der Osterliturgie, von der Neueinführung überhaupt abgesehen.

Die Antwort des Kirchenvolkes auf die Neuerung war sehr positiv, ein Beweis mehr, daß die liturgische Bewegung tiefe Wurzeln gefaßt hat. Fast alle Pfarren, die den Versuch gewagt hatten, meldeten, daß die Teilnahme und die Freude der Gläubigen sehr groß war. Gegenüber früher, wo die Vigil am Karsamstagmorgen gehalten wurde, war die Teilnahme 3—5mal, in manchen Pfarren sogar zehnmal so groß. Der Besuch glich dem einer überdurchschnittlich besuchten Pfarrmesse. In einigen Pfarren näherte sich die Besucherzahl derjenigen der Weihnachtsmette. Anwesend waren die tiefer religiös Interessierten, viel Jugend und viele Männer.

Die Osternachtfeier wurde meist um 22.30 Uhr begonnen, so daß die Messe in die Mitternachtsstunde fiel. Auf der Tagung der Liturgischen Kommission wurde auch zur Sprache gebracht, ob diese Zeit die zweckmäßigste ist. Die Mehrzahl der Stimmen sprach sich für die Abhaltung am Abend aus, weil so der Ostersonntag kein verschlafener Tag wird, sondern sein volles Gewicht mit Verpflichtung zum Gottesdienstbesuch behielte. (Die Erfahrung zeigte allerdings, daß der Besuch der Messe am Ostersonntag durch die Mitternachtsmesse in keiner Weise beeinträchtigt war.) Außerdem würde die traditionelle Auferstehungsprozession, auf die man wegen der Teilnahme vieler Fernstehender nicht gern verzichten möchte, die aber, am Nachmittag gehalten, mit dem Sinn der neuen Osternachtfeier nicht vereinbar ist, sich sehr gut an die Osternachtfeier anschließen. Auch die Kinder und alten Leute könnten dann daran teilnehmen. Die Pfarrer

der Landgemeinden hingegen haben sich für die Abhaltung der Ostervigil in den frühen Morgenstunden des Sonntags ausgesprochen. Ein Problem ist übrigens die Einfügung der volkstümlichen Osterbräuche in die neue Liturgie.

Die weiteren Beratungsthemen der Liturgischen Kommission waren die Interpretation des erleichterten Nüchternheitsgebotes, die Erstellung eines Einheitsliederkanons der österreichischen Diözesen — der mit dem deutschen Einheitsliederkanon weitgehend übereinstimmen wird — und die Frage der Brevierreform. Mit dieser letzteren Frage wird sich auf der Grundlage der Vorschläge von Prof. Fischer (Trier) die nächste Tagung der Liturgischen Kommission befassen.

Aus Süd- und Westeuropa

Italienische Industriearbeiter, religiöse Kindererziehung und Priester

Wie in unserem vorigen Heft geben wir auch diesmal wieder eine der kleinen religionssoziologischen Analysen wieder, die die sehr lebendige italienische Zeitschrift „Realtà sociale d'oggi" veröffentlicht. Diese durch Rundfragen gewonnenen Einblicke in die konkrete religiöse Situation erscheinen uns darum interessant, weil sie Verhältnisse bloßlegen, die mehr oder weniger auch bei uns und überhaupt in den westeuropäischen Ländern vorliegen. Der italienische Arbeiter hat aber vielleicht eine besondere und ansprechende Leichtigkeit, sich zu äußern, und die von dem Kreis um „Realtà sociale d'oggi" durchgeführten Rundfragen sind modern, elastisch, lebendig, aufgeschlossen und werden höchst anschaulich geboten und treffend kommentiert.

Es handelt sich diesmal (im Aprilheft der Zeitschrift und aus der Feder von C. Pagani) um die Fragen: Was halten die Industriearbeiter von der religiösen Erziehung ihrer Kinder?, und: Was halten sie von ihren Priestern? Natürlich betrifft die Analyse nur einen winzigen Ausschnitt aus der Gesamtheit der italienischen Arbeiterschaft, nämlich die Industriearbeiter eines einzigen oberitalienischen Industrieortes — Saronno, zwischen Mailand und Como gelegen —, und selbst dort sind nicht alle Betriebe erfaßt worden. Der Ausgangspunkt war folgender: In den Ortschaften, die dem Ambrosianischen Ritus angehören, der ja in Mailand und der alten Mailänder Kirchenprovinz bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben ist, werden in den Tagen vor Weihnachten alle Wohnbauten, einschließlich der Fabriken, durch den Priester gesegnet. Da der Priester sonst nicht viele Gelegenheiten hat, mit der Arbeiterbevölkerung in Kontakt zu kommen, hat er sich diese nicht entgehen lassen wollen, sondern sie nach Möglichkeit ausgenutzt. So ist der Besuch des Geistlichen dadurch vorbereitet worden, daß die tätigen Mitglieder der Christlichen Arbeitervereine (ACLI) kurz vorher kleine Flugblätter verteilt haben; auf der einen Seite stand ein Glückwunsch und ein Gedanke, auf der andern zwei Fragen: 1. Glaubst du, daß deine (vorhandenen oder zukünftigen) Kinder besser ohne Religion aufwüchsen? und 2. Wie möchtest du deine Priester haben?

Verteilt wurden diese Zettel nur in den Fabriken, in denen es Christliche Arbeiter — Aclisten — gab, die sich um die Ausfüllung und Wiedereinsammlung der Zettel kümmern konnten, daher fielen einige der vorhandenen Betriebe weg. Ausgeteilt wurden im ganzen 3900 Zettel, praktisch in allen wichtigen Betrieben des Ortes. Zurückgegeben wurden 1055, d. h. 27 %.

Ergebnisse in Ziffern

Der Prozentsatz der Beteiligung ist zwar nicht allzu groß, genügt aber doch, um ein einigermaßen zutreffendes Bild der Mentalität der Arbeiterschaft von Saronno zu geben, und zwar vor allem, weil die Aclisten, die die Zettel eingesammelt haben, einerseits ihre Arbeitskameraden persönlich sehr gut kennen, anderseits auch noch mündlich mit ihnen gesprochen haben. Nachdem sie die Zettel in ihren Betrieben eingesammelt hatten, haben sie sich versammelt und gemeinsam festgestellt, daß ebenso Männer wie Frauen (diese letzteren nur wenig häufiger) geantwortet haben, ebenso der Kirche Nahe- wie Fernstehende. Die große Zahl derer, die nicht geantwortet haben, erklärt sich in erster Linie durch elementare Trägheit, selten durch Vorurteile. Sie beweist anderseits, daß diejenigen, die geantwortet haben, dies völlig frei getan haben. Übrigens sind die Zettel auch anonym abgegeben worden und waren meist noch sorgfältig zugeklebt. (Die Anonymität sollte nicht dem christlichen Arbeitskameraden, sondern sicher vor allem dem Pfarrer gegenüber gewahrt bleiben.)

Auf die Frage: Glaubst du, daß deine Kinder besser ohne Religion heranwüchsen? haben 1025, d. h. 97,15 % mit Nein, nur 6, also 0,5 % mit Ja, 24, also 2,3 % unentschieden geantwortet.

Auf die Frage: Wie möchtest du deine Priester haben? erklärten sich 23,14 % mit den Priestern, so wie sie sind, einverstanden; 50,28 % wünschten sie sich heiliger und vollkommener; 19,23 % übten scharfe Kritik („Geschaftlhuber", „Politikaster"); der Rest hat unentzifferbare Antworten gegeben oder die Frage nicht beantwortet.

Die an sich schon beredten Zahlen gewinnen nun noch Leben durch die mündlichen Äußerungen der Arbeiter. Sie bezeugen aufs deutlichste das Gefühl von der Notwendigkeit der Religion und den Wunsch nach einem heiligmäßigen Klerus.

Was erwartet der Arbeiter von der Religion?

Fast alle Arbeiter waren sich der Wichtigkeit der Religion bewußt, auch die, die den Klerus angreifen. Sie haben auch ihre Gründe angegeben. Darunter steht an erster Stelle der, daß die Religion die sicherste Hilfe in den Schwankungen des Lebens biete. Die Religion ist notwendig als „sicherer Schild gegen alle Gefahr", als „Rettungsanker in den bitteren Enttäuschungen, die das Leben bringt", sie „gibt Kraft, der traurigen Wirklichkeit des Lebens standzuhalten", ist „der Trost, die Hoffnung, die Wahrheit, die nicht täuscht"; sie „gibt Hoffnung und Ergebung".

Außerdem erkennen die Arbeiter in der Religion auch „den stärksten Antrieb, die Menschen nach oben zu treiben"; sie „gibt hohe Ideale", „legt den Keim zu allen hohen Tugenden, die den Menschen auch schon in diesem Leben glücklich machen", sie schenkt „reine Seelen und gesunde Leiber"; „Geist, Herz, Wille werden richtig erzogen"; „die Kinder wachsen zu allen hochherzigen Taten heran".

Viele sehen in der Religion allerdings auch eben nur diese Funktion einer Erzieherin zur Gesittung.

Man hält sie auch für die sicherste Grundlage gegenseitiger Liebe und Verständigung unter den Menschen: „wo Gott ist, ist Frieden"; „wer mit Gott ist, ist besser zu seinem Nächsten"; „die Religion verbrüdert uns".
Nur wenige betonen die Notwendigkeit der Religion aus rein übernatürlichen Gründen, indem sie auf die Existenz Gottes des Schöpfers oder die Notwendigkeit der Gnade und auf das Ziel, Gott nach dem Tode zu erreichen, hinweisen.
Ein Leben ohne Religion wird von diesen italienischen Arbeitern noch durchweg als eine Katastrophe empfunden: „wir wären alle Barbaren", „wie die Wilden", „wie Tiere ohne Lebensziel", „wie hungrige Wölfe" und dergleichen mehr.
Die sechs Personen, die ihre Kinder ohne Religion erziehen wollten, stehen eindeutig unter dem Einfluß kommunistischer Propaganda; „die Religion ist weiter nichts als eine Ausbeutung der Arbeiterklasse und wird durch die Propaganda der Christlich-demokratischen Partei zu deren Zwecken verwandt"; „ich ziehe die Lehre von Marx vor".
Im ganzen ergibt sich: die oberitalienische Arbeiterschaft ist, trotzdem sicher die meisten von ihnen kommunistisch oder linkssozialistisch wählen, noch tief in ihrer religiösen Überlieferung verwurzelt. Dabei herrschen die natürlichen Beweggründe für die Hochschätzung der Religion vor: die Leute fühlen die Unzulänglichkeit des Menschen, seine Unfähigkeit, von sich aus ohne Gott glücklich, zufrieden, gut und sogar nur vernünftig zu sein oder ohne ihn ein geordnetes Zusammenleben aufzubauen. Die politische Frage aber trägt Verwirrung in diese Hochschätzung des Glaubens.

Arbeiter und Priester

Das Urteil der Arbeiter über die Priester war natürlich nicht so einfach zu klassifizieren; in der mündlichen Unterhaltung haben sie schließlich alle Meinungen von sich gegeben, die man überhaupt nur über den Klerus haben kann. Doch heben sich gewisse typische Einstellungen heraus. Da sind zunächst diejenigen, die mit den Priestern, so wie sie sind, zufrieden sind. Aber hier verraten manche Antworten doch eine Art Resignation („der Priester ist, wie Gott will"; „wie Gott ihn erleuchtet") oder auch eine gewisse Oberflächlichkeit. Immerhin ist ein großer Teil wirklich zufrieden und auch einsichtig genug, einzelnes Versagen nicht den Priestern insgemein anzukreiden.
50 % aller Befragten haben aber den Priestern alle Arten von Besserungswünschen vorgetragen, und der Bericht sagt, es habe sich daraus eine Art Vademecum bester Gedanken ergeben, die jeder Priester mit Nutzen meditieren könnte. Heiligkeit verlangen diese Arbeiter von ihren Geistlichen mit dem größten Nachdruck („unter Verwendung von superlativischen Ausdrücken und mit einer Fülle von volkstümlichen Ausrufen", schreibt der Berichterstatter): „heilig, aber altruistisch und umgänglich!" Man hält ihnen Christus als Beispiel vor, aber auch die Apostel, den Pfarrer von Ars, Don Bosco. Sie sollen ihre ganze Kraft der Seelsorge widmen. Manche wünschen sich die Priester auch moderner, wirklichkeitsnäher, zeitgemäßer, dies vor allem auch, damit sich die Jugend mehr angezogen fühle. In vielen Antworten werden die Priester geradezu flehentlich gebeten, sich doch der Arbeiter wirklich anzunehmen, ihnen nahe zu sein, sie zu verstehen, sie zu leiten, „denn die Lage ist bös", „denn die Arbeiter haben Führung nötig". Sie sollen „ein neues Wort unter die Arbeiter tragen", „ohne langes schwarzes Gewand, damit sie hereinkommen und sehen können, wie es in den Fabriken wirklich aussieht". Weniger konservativ sollten sie sein, die Forderungen der sozialen Gerechtigkeit begreifen, mehr zu den Armen als zu den Reichen halten. Vor allem wird im Priester der Ratgeber, der Führer und Lehrer gesucht. Darum soll er auch „besser predigen!" — nämlich „das Evangelium", „die Wahrheit", „die christliche Lehre", „das Gute", „den Glauben an Gott" predigen. Der Priester soll gut, verständnisvoll, nachsichtig, demütig sein, nicht diktatorisch, und er soll die nicht hassen, die nicht so denken wie er. Und sehr bezeichnend scheint eine Antwort wie diese: „Sie sollen uns Arme wirklich lieben, denn im Grunde lieben auch wir sie, selbst wenn wir in unsrer Verzweiflung auch mal schlecht von ihnen sprechen; denn sie sprechen uns von Gott, und wir lieben Gott, denn Er ist arm, und Er versteht uns wirklich".
200 der abgegebenen Antworten üben eine offene Kritik an den Priestern, wie sie heute sind. Weniger geschäftstüchtig, weniger aufs Geld aus, weniger um Almosen bettelnd, weniger „bürgerlich". Vor allem aber (146 von den 200 sind darin einig) wünscht man den Priester weniger mit der Politik beschäftigt. Und dann: ärmer.

Was kann man daraus lernen?

Die Mitglieder der Christlichen Arbeitervereine (die Aclisten), die diese Rundfragen durchgeführt haben, waren sich selber darüber einig, daß die diesmal ausprobierte Methode nicht die beste Methode ist, zahlreiche Antworten zu erhalten. Man würde mehr erreichen, wenn man nicht Zettel verteilte und sie dann später wieder einsammelte, sondern wenn dazu befähigte Aclisten mit den Zetteln rundgingen und sie selber nach Angabe der Befragten ausfüllten. Übrigens würden sie von vielen Arbeitskameraden auch schon ohne gründlichere Befragung die Gedanken wiedergeben können, wenn sie seit vielen Jahren mit ihnen zusammenarbeiten. Man könnte auf diese Weise auch Alter, Geschlecht und Lebensverhältnisse der einzelnen besser festhalten und bei der Beurteilung der Antworten auswerten. Eine zweite Einschränkung der Gültigkeit der Analyse sahen die Aclisten darin, daß sie kurz vor Weihnachten, d. h. in einer dem Religiösen allgemein günstigeren Stimmung durchgeführt wurde. Im übrigen aber wurde doch folgendes völlig klar:
Nach der Meinung der Arbeiter gehört Heiligkeit zum Priesterstand; sie scheint ihnen im Wesen des Amtes zu liegen und dürfte für den Priester gar nichts besonders Rühmenswertes sein. Zugleich soll der Priester „sozial" sein; darunter verstehen sie: ihnen nahe, vertraut mit dem Arbeiterleben, selber arm, verständnisvoll und gütig. Man braucht den Priester als Lehrer! Man will ihn nicht zum Arbeiter machen, sondern nur sein Wort mitten unter sich haben. Was die rein ablehnenden Stimmen gegenüber dem Klerus anbetrifft, so waren die Aclisten der Meinung, daß sie nichts mit speziellen Verhältnissen und auch nichts mit der beginnenden Wahlpropaganda zu tun hatten, sondern das Resultat der ununterbrochenen Propaganda der kommunistischen Presse sind. Diese Haltung ist so aus Vorurteilen zusammengesetzt, daß sie schwer zu fassen ist. Das einzige Mittel dagegen ist eine

Klärung der Begriffe und vor allem der verschiedenen Ebenen (des Politischen und des Religiösen). Dazu müssen die christlichen Arbeiter selber klare Begriffe haben. Aber mehr noch ist es von Bedeutung, daß jeder einzelne Christ alles abstreift, was Technik, Politik, Gewerkschaftsinteresse sein könnte. Nur dann kann man hoffen, den kommunistisch infizierten Arbeitern den Unterschied zwischen politischen Positionen und dem wahren christlichen Glauben begreiflich zu machen.

Die Gemeindewahlen in Italien Am 27. Mai und am 10. Juni haben in einem großen Teil Italiens Gemeindewahlen stattgefunden. Gemeindewahlen pflegen im allgemeinen und in anderen Ländern keine weittragende politische Bedeutung zu haben; sie betreffen die Verwaltung jeweils umgrenzter Gebiete und entfachen daher nur lokale Leidenschaften. Der Kampf geht um Cliquen oder um Personen. Die Richtung der großen Politik des Landes wird davon nicht betroffen.

Die jüngsten Gemeindewahlen in Italien haben dagegen einen durchaus politischen Charakter gehabt. Nicht als ob es letzten Endes um anderes gegangen wäre als bei allen Gemeindewahlen. Aber seit den letzten politischen Wahlen in Italien im April 1948, als sich ein Kampf bis aufs Messer zwischen Kommunisten und Antikommunisten abspielte und schließlich die Christliche Demokratie siegreich aus dem Kampf hervorging — man war dessen bis zuletzt nicht sicher gewesen —, haben die Parteigegensätze oft äußerst scharfe Formen angenommen, und es konnte nicht ausbleiben, daß behauptet wurde, die Regierung sei nicht mehr der wahre Ausdruck des Volkswillens. Für die Christlich-Demokratische Partei, weitaus die stärkste in der Regierung und eigentliche Alleinherrscherin unter der Führung de Gasperis, war, so wurde behauptet, die große Zahl der Stimmen im Frühjahr 1948 nur unter dem Druck der Angst vor einem russischen Angriff zustandegekommen. Die jetzigen Gemeindewahlen sind daher als Prüfstein der wahren Volksmeinung aufgefaßt und mit der entsprechenden Leidenschaft betrieben worden. Da es sich auch diesmal wieder, wie vor drei Jahren, ganz ausgesprochen um den Wettlauf zwischen Kommunisten und Christlichen Demokraten handelte, während die übrigen Parteien der Linken, der Mitte und der Rechten nur das Gewicht ausbalancieren können, so war es auch diesmal wieder ein stark weltanschaulich gefärbter Kampf. Obwohl die italienischen Kommunisten nur zum allergeringsten Teil Atheisten sein mögen (was auch aus unserm Bericht auf S. 431 f. hervorgeht), so sind sie doch jedenfalls heftig antiklerikal; aber bei einem Sieg der Kommunistischen Partei Italiens käme es ja auch gar nicht nur auf die italienischen Kommunisten an, sondern auf die dahinterstehende Macht Rußlands. Da es klar ist, was das bedeutet, hat sich die italienische Hierarchie berechtigt und verpflichtet gefühlt, ihr Wort zu den Wahlen zu sagen.

Mahnungen des italienischen Episkopats

Dem Episkopat kam es vor allem darauf an, die Gläubigen aus ihrer Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Vorgängen aufzuwecken, sie einmal wieder auf ihre Wahlpflicht hinzuweisen und ihnen ans Herz zu legen, nach den rechten Grundsätzen zu wählen. So sagte Kardinal Schuster von Mailand: „Der gegenwärtige Wahlkampf überschreitet die Grenzen des politischen Feldes und wird zu einem wesentlich religiösen Kampf. Auf dieser Ebene ist es daher die Pflicht der Kirche, entschieden einzugreifen, denn es handelt sich dabei nicht einfach um die Befähigung für Verwaltungsposten, sondern um einen Kampf, der offen politisch geworden ist; ja mehr noch: religiös. Es geht vor allem darum, Italien seinen katholischen Glauben und seine katholischen Sitten zu erhalten; es ist wirklich ein Kampf ‚pro aris et focis', um die Altäre und Herdstätten, wie die alten Römer sagten."

Bei einer Predigt in seiner Kathedralkirche Santa Maria del Fiore in Florenz sagte der dortige Erzbischof Kardinal Dalla Costa: „Wählen ist mehr als ein Recht; es ist eine heilige Pflicht; eine falsch abgegebene oder nicht abgegebene Stimme ist eine soziale Sünde, deren böse Folgen die Gemeinde, das Land und der Staat fühlen werden." Er mahnte sein Volk, sich nicht durch die Zweideutigkeit des Wortes Politik beeinflussen zu lassen. Politik bedeutet „nichts anderes als die Kunst, gut zu regieren und zu verwalten". Sie sollten daran denken, daß, wer immer eine Gemeinde, eine Provinz oder ein Land regiert, Gesetze und Verordnungen erläßt, die ihrerseits wieder das Gewissen, die Seelen und den Glauben des Volkes, das er regiert, verletzen können.

Auch Kardinal Nasalli-Rocca von Bologna ermahnte sein Volk, zu bedenken, daß „Wählen ein moralischer Akt ist, für den man Gott Rechenschaft ablegen muß", und daß sie ihre Stimmen einem Würdigen geben müßten, der sein Mandat gemäß dem Willen Gottes für das seelische, sittliche und materielle Wohl des Volkes benutzen werde. „Zweifellos kann man seine Stimme nicht einem Kandidaten geben, der Maximen und Prinzipien bekennt, die dem katholischen Glauben entgegenstehen, oder der Bewegungen und Vereinigungen angehört, die diese üblen Prinzipien bekennen, propagieren und einimpfen; denn das würde offensichtlich die antichristliche Aktion stärken, die diese Leute ins Werk setzen würden, wenn sie erst einmal an der Macht wären."

In ähnlicher Weise haben sich auch die ligurischen Bischöfe unter ihrem Anführer, Erzbischof Siri von Genua, und Bischof Bernareggi von Bergamo geäußert. Die ligurischen Bischöfe wiesen nachdrücklich darauf hin, daß, wer seine Stimme den Kommunisten oder Linkssozialisten gebe, gemäß dem Dekret des Hl. Offiziums von den Sakramenten ausgeschlossen werde.

Antiklerikale Angriffe und deren Abwehr

Die Formen eines Wahlkampfes bringen es mit sich, daß solche Äußerungen des Episkopats von den Gegnern nicht ruhig hingenommen werden können. Man war sich ihres Einflusses auf das italienische Volk wohl bewußt (man schreibt jetzt nach den Wahlen tatsächlich vor allem diesen bischöflichen Mahnrufen die Aufrüttelung der Gleichgültigen zu). Der Antiklerikalismus ist in Italien eine alteingewurzelte Erscheinung, er ist keineswegs auf die extreme Linke beschränkt. Auch die liberalen Mittelschichten sind seit dem Bestehen des italienischen Staates antiklerikal, ebenso die Republikaner und auch die langsam anwachsende Gruppe der Neofaschisten. Diese verschiedenen Gruppen haben den Bischöfen und damit der Kirche vorgeworfen, sie habe mit diesen Verlautbarungen das Konkordat verletzt, das dem Klerus Einmischung in die Politik verbietet; denn sie habe damit eindeutig die Christlich-Demokratische Partei gestützt. Es wurde sogar

ein Strafantrag gegen sie im Senat eingebracht. Tatsächlich haben die Bischöfe sich gehütet, ihre Gläubigen zur Stimmabgabe für eine bestimmte Partei aufzufordern. Sie haben aber vor jenen Parteien und Gruppen gewarnt, deren Programm mit dem Glauben nicht vereinbar ist. Wenn im „Osservatore Romano" zweimal von Federigo Alessandrini tatsächlich die Stimmabgabe für die Christlich-Demokratische Partei zwecks Sammlung aller christlichen Stimmen in einer Partei gefordert wurde, so ist Alessandrini keineswegs offiziell ermächtigt und redet nicht im Namen der Kirche oder gar der Bischöfe, ja nicht einmal im Namen des Vatikans.

Über die Frage, inwieweit Äußerungen des „Osservatore Romano" die Ansichten des Heiligen Stuhles wiedergeben, ist erst vor kurzem aus anderm Anlaß ein klärendes Wort gesagt worden. Amerikanische Zeitungen hatten nach der Abberufung von General MacArthur einen Kommentar des päpstlichen Blattes als Parteinahme des Heiligen Stuhles gedeutet. Daraufhin veröffentlichte der offizielle katholische Nachrichtendienst (NCWC-News Service) folgende „Anweisung für die Schriftleiter katholischer Zeitungen":

„Sie wollen davon Kenntnis nehmen, daß der ‚Osservatore Romano', obwohl er in der Vatikanstadt herausgegeben wird, nicht das offizielle Organ des Vatikans ist, ausgenommen die von Zeit zu Zeit erscheinende Spalte mit offiziellen vatikanischen Verlautbarungen, die immer unter derselben Überschrift erscheint. Wer mit dem Blatt vertraut ist, weiß, daß der Inhalt, außer dem, was unter dieser Überschrift erscheint, nicht offiziell ist. In diesem Falle war der Kommentar zu MacArthur in einem Artikel enthalten, der zweimal wöchentlich im ‚Osservatore Romano' erscheint und von G. L. Bernucci geschrieben wird. Dieser regelmäßige Artikel enthält nicht offizielle vatikanische Ansichten, sondern die des Verfassers . . . Wir sind darüber informiert, daß er in diesem Falle . . . nicht notwendig die Ansichten des Osservatore selbst wiedergibt." Auf den Fall Alessandrini übertragen bedeutet das, daß auch die im „Osservatore Romano" aus seiner Feder veröffentlichte Werbung für die Christlich-Demokratische Partei nicht als Stellungnahme des Vatikans selber angesehen werden kann.

Eine Verteidigung des Rechtes der Bischöfe, ganz allgemein durch Appell an das christliche Gewissen vor den Wahlen ihres Amtes als Hirten zu walten, ist dagegen aus einer völlig unverdächtigen und unerwarteten Richtung gekommen: Ignazio Silone, einer der Führer der rechts-sozialistischen Gruppe, einer der Männer, die Italien auch international am rühmlichsten repräsentieren und dessen Romane allerdings bei aller Distanz von der Kirche eine tiefe Religiosität verraten, hat in der Zeitung „La Nuova Stampa" am 27. 4. 51 geschrieben: „Niemand kann der Kirche in der Ausübung ihres Amtes, das nicht nur ein religiöses, sondern auch ein sittliches ist, das Recht bestreiten, ihre Gläubigen vor den Gefahren und Täuschungsversuchen der Gegner zu warnen . . .".

Der Ausgang der Wahlen

Eine Partei, die an der Regierung ist, setzt sich immer der Kritik aus. Schon diese Tatsache allein ließ erwarten, daß die Christlichen Demokraten Stimmen verlieren würden. Das ist in der Tat eingetroffen, wenn auch anscheinend nicht in dem Maß, wie man gedacht hatte. Die Verteilung der Stimmen und Sitze ist in einer merkwürdigen Weise vor sich gegangen. Der Regierungsblock steht als Sieger da; aber die Regierungspartei hat Stimmen verloren. Der kommunistische Block hat einige seiner wichtigsten Positionen aufgeben müssen — darunter die entscheidenden Zentren Mailand, Genua, Venedig, Turin, Florenz —; aber die Kommunistische Partei hat ihre Stimmen im großen und ganzen behalten, ja neue dazugewonnen. Die Verluste liegen bei den kleineren Linksparteien, besonders bei den kommunisierenden Linkssozialisten Nennis. Gewonnen haben die kleinen Mittelparteien, die Rechtssozialisten der Vereinigung Saragat-Romita-Silone und die Liberalen, jedoch auch in erheblichem Maße die Neofaschisten des Movimento Sociale Italiano. Jedenfalls haben dank der Listenverbindungen auch die gläubigen Christen bei diesen Wahlen sich nicht unbedingt auf die Christlich-Demokratische Partei verpflichtet gefühlt, sondern ihre Stimmen den anderen, mit dieser Partei verbundenen kleineren Gruppen gegeben.

Zur Bewertung des Ergebnisses muß auch betont werden, daß die Gemeindewahlen nicht in ganz Italien stattgefunden haben. Von den etwa 30 Millionen Wahlberechtigten in Italien sind diesmal nur rund 19 Millionen zur Wahl aufgerufen worden — dazu noch die etwa 2½ Millionen Sizilianer, die am 3. Juni ihre Regionalvertretung wählten, eine Körperschaft, die eine Art Autonomie genießt und etwas außerhalb der allgemeinen politischen Vorgänge in Italien steht. Gewählt wurde in 58 von den 90 Provinzen Italiens und in 4906 Gemeinden. Erst im Oktober finden die Komunalwahlen in Süditalien und in jenen Gebieten statt, die, neben Sizilien, eine gewisse Unabhängigkeit genießen: Sardinien, das Val d'Aosta und das Trentino. Diese Teilung der Wahlen wird offiziell mit technischen Schwierigkeiten begründet: Mangel an geschulten propagandistischen Kräften, Saisonarbeiten usw. Doch hat man vielleicht auch gedacht, bei etwaigen unerwarteten Linkswahlen im Norden im Süden später ein Gegengewicht schaffen zu können. Jedenfalls ist der Kräfteeinsatz so geteilt worden. Von Süditalien ist, trotz der schrecklichen Not der Landarbeiter, der zahlreichen Revolten der Landbesitznahme, trotz der Erbitterung über die immer wieder verzögerte Agrarreform keine ernstliche kommunistische Bewegung zu erwarten. Es fehlt dort Industrie und Industrieproletariat und letzten Endes jegliche politische Tradition. Das Übergewicht der antikommunistischen Parteien ist mit den jetzigen Kommunalwahlen also als fortdauernd erwiesen.

Der französische Episkopat zur Wahlpflicht

Frankreich und Italien sind die beiden westeuropäischen Länder, in denen es sehr starke kommunistische Parteien gibt. Beide Länder haben in den letzten Wochen einen Wahlgang gehabt, dem heftige Wahlkämpfe vorausgegangen sind. In Italien handelte es sich um die Gemeindewahlen, deren politischer Charakter nur darin bestand, daß sie als Gradmesser der politischen Kräfte aufgefaßt wurden. Frankreich dagegen hat am 17. Juni sein Parlament neu wählen müssen. Das Vorhandensein einer so starken kommunistischen Masse im Land hat der französischen Politik in den letzten Jahren einen unaufhörlich spürbaren Charakter von Unsicherheit gegeben, noch über die übliche Unstabilität französischer Regierungsbildungen im allgemeinen hinaus. Sie bedeutet die Anwesenheit eines Elementes, das nicht mehr rein französ-

sisch ist, eines Geistes, der dem traditionellen französischen Geist strikt entgegenzustehen scheint. Sie bedeutet selbstverständlich auch religiösen Kampf. Für die Kirche in Frankreich ist jedoch der Kommunismus nicht der einzige Gegner; der aus der Französischen Revolution herstammende Antiklerikalismus, der liberale Geist der breiten Mittelstandsschichten hat ja längst eine tiefe Entchristlichung des Landes gezeitigt. Hierbei hat vor allem auch die Schulfrage eine ausschlaggebende Rolle gespielt, da die öffentlichen Schulen immer noch in einem laizistischen Geist geführt werden, der sich religiös neutral nennt, aber in den meisten Fällen religionsfeindlich ist. Die bewußten Christen haben also bei einem Wahlgang eine ganz klare Position zu verteidigen: die Erhaltung oder Erneuerung eines christlichen Geistes im öffentlichen Leben ihres Landes — was allerdings keineswegs bedeutet, daß die Mittel und Wege, dieses Ziel zu erreichen, eindeutig oder gar parteilich gebunden wären. Die Herder-Korrespondenz hat immer wieder darüber berichtet, wie vielschichtig diese Probleme in Frankreich liegen und auch von den verantwortungsbewußten Christen gesehen werden, wie sich oft zwei verschiedene Wege zum gleichen Ziel zeigen: man könnte sie den traditionellen und den missionarischen nennen. Eines aber ist klar: eine Wahl geht die Christen als Christen an, ist eine Sache, die sie vor ihrem Gewissen zu verantworten haben. Der französische Episkopat hat sich darum (ebenso wie der italienische, wie wir an anderer Stelle S. 433 berichten) verpflichtet gefühlt, die Gläubigen auf ihre Pflicht und ihre Verantwortung hinzuweisen. Er hat dem Gewissen der Gläubigen aber allen nötigen Spielraum gelassen.

Wählen ist eine ernste Pflicht

An wichtigster Stelle steht Msgr. Feltin, der Erzbischof von Paris. Er hat in seinem Kirchenblatt vom 9. Juni einen kurzen Aufruf veröffentlicht, der am 10. Juni in allen Pfarreien von der Kanzel verlesen werden sollte. Er lautet: „Wählen ist eine schwere Verpflichtung. Die Vertreter der Nation müssen von allen Franzosen gewählt werden. Keine Stimmenthaltung kann ohne ernste Verhinderung (impossibilitas maior) gerechtfertigt erscheinen.

Die Gewählten müssen ihrer Aufgabe würdig sein, d. h. sie müssen sich verpflichten zu verteidigen: 1. die Rechte der menschlichen Person; 2. die Würde und Festigkeit der Familie; 3. die soziale Gerechtigkeit, Quelle jeder wahren Brüderlichkeit, weil sie, um das Wohl der Gemeinschaft besorgt, für alle Arbeiter einen lebensnotwendigen Lohn fordert; 4. die Grundfreiheiten, die dem Menschen gestatten, den Geboten Gottes zu gehorchen; insbesondere die tatsächliche Freiheit für die Eltern, ihren Kindern eine den Forderungen ihres christlichen Gewissens entsprechende Bildung und Erziehung zu geben.

Der Friede ist das tägliche Werk aller. Keine Partei kann behaupten, sein alleiniger Garant zu sein."

Der Erzbischof von Marseille, Msgr. Delay, hat folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

„Da Wähler und Wählerinnen am 17. Juni ihre Vertreter in der Nationalversammlung wählen müssen, erinnern wir sie feierlich daran, daß Wählen eine ernste Verpflichtung ist und daß Stimmenthaltung, außer aus besonderen ernsten Gründen, ein schweres Verschulden sein kann. Man muß also diese Pflicht erfüllen und sich bemühen, es mit wirklicher Einsicht in die gewichtigen Interessen, die auf dem Spiel stehen, und im vollen Bewußtsein der eigenen Verantwortung zu tun.

Unter den gegenwärtigen nationalen und internationalen Verhältnissen geht es nicht so sehr darum, unter Personen und Parteien, als vielmehr zwischen der Errichtung eines heidnischen Materialismus in unserm Land, der Freiheit und Menschenwürde zerstören würde, und dem Sieg der christlichen Lebensauffassung zu wählen, jener Lebensauffassung, die zugleich tief menschlich und allein imstande ist, der Welt Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden zu sichern. Diese Entscheidung drängt sich dem christlichen Gewissen unabweisbar auf."

Genaue und praktische Weisungen

Msgr. Richaud, Erzbischof von Bordeaux, hat seinen Diözesanen nicht nur die Pflicht zu wählen dringend ans Herz gelegt, sondern auch sehr ausführliche Anweisungen gegeben, wie ein jeder sich vergewissern könne, wann er gut wähle. Um gut zu wählen, sagte er in seinem Hirtenbrief, muß man:

„1. sich genau über das Programm der Kandidaten informieren und die Ausdrücke darin abwägen; sich ebenso über den ziemlich komplizierten Mechanismus des neuen Wahlrechtes unterrichten, um sich über die Folgen seiner Stimmabgabe genau Rechenschaft ablegen zu können.

2. Man darf seine Stimme nur solchen Kandidaten geben, deren Programm die tatsächliche Achtung der Familienrechte, der sozialen Gerechtigkeit, der menschlichen Person, der öffentlichen Sittlichkeit und der religiösen Freiheit (Freiheit des Kults, Freiheit des Gewissens, Unterrichts- und Erziehungsfreiheit, Freiheit der katholischen Wohltätigkeit und Caritas) sichert. Die Christen müssen sich des Prinzips des Primats des religiösen Bereichs bewußt sein. Wenn die Rechte Gottes nicht gewahrt werden, kann keine Gesellschaft und keine Nation bestehen.

Doch muß man darauf aufpassen, daß eine Stimme nicht verloren geht, indem man sie einem Kandidaten gibt, dessen Programm zwar ausgezeichnet sein mag, der aber keine Chance hat durchzukommen. Gerade hier muß der Sinn für das Gemeinwohl das Opfer persönlicher Vorlieben inspirieren.

Man soll auch allen Manövern der letzten Stunde mißtrauen, ebenso all denen, die sich auf eine Parole des Ordinariats berufen sollten, eine Parole, die niemals ausgegeben werden wird.

3. Es ist nötig, sich an das Dekret des Heiligen Offiziums vom 1. Juli 1949 zu erinnern und es in Rechnung zu stellen; in diesem Dekret ist ausdrücklich erklärt worden, daß es nicht erlaubt sei, ‚sich als Mitglied in eine kommunistische Partei einschreiben zu lassen oder eine solche irgendwie zu begünstigen', sonst könne man nicht zu den Sakramenten zugelassen werden. Es ist klar, daß diejenigen, die für kommunstische Kandidaten stimmen, die kommunistische Partei fördern und also unter die Sanktionen dieses Dekrets fallen würden."

Msgr. Richaud mahnt schließlich inständig dazu, daß „zwischen allen Katholiken und zwischen allen Bürgern trotz des Wahlkampfs das große Gebot des Evangeliums der gegenseitigen Achtung und Brüderlichkeit aufrechterhalten werde. Für die Repräsentanten und Verteidiger einer Partei ist das das einzige Mittel, sich die Achtung aller zu erwerben. Man kann klar und eindeutig sein ohne Ausfälle und Beleidigungen".

Klerus und Katholische Aktion im Wahlkampf

Der Bischof von Montpellier, Msgr. Duperray, gibt seinen Diözesanen ähnliche Ratschläge, fügt dann aber noch besonders hinzu:

„1. Wir zählen auf unsre Priester, daß sie sich von jeder Bloßstellung im Wahlkampf freihalten.

2. Wir bitten die Leiter der Katholischen Aktion, sich nicht als Kandidaten einer politischen Partei aufstellen zu lassen oder, wenn sie das wünschen, vorher ihr Amt als Leiter niederzulegen.

3. Wir erinnern unsre Gläubigen daran, daß sie in dem legitimen Wettstreit des Wahlkampfes ein Beispiel von Loyalität und Mäßigung geben müssen."

Neubildung von Kommissionen des französischen Episkopats

Der französische Episkopat hat bisher keine besonderen Arbeitsstellen besessen. Bei der Vollversammlung, die im April dieses Jahres stattgefunden hat (vgl. Herder-Korrespondenz Heft 8, S. 336), wurde nun die Schaffung von Kommissionen für die Hauptfragenkreise beschlossen, die ein wirksames Band zwischen der Hierarchie und der religiösen und apostolischen Aktivität im Land herstellen sollen. Die neu eingerichteten Kommissionen ändern nichts an der bisherigen Struktur der Bewegungen und der katholischen Werke. Sie sollen die Probleme studieren und Bewegungen und Werke mit ihrem Rat unterstützen. Außerdem sollen sie die zweimal jährlich zusammentretende „Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs" informieren und ihnen die Ergebnisse ihrer Arbeit vorlegen.

Geschaffen wurden 15 Kommissionen je unter der Leitung eines Bischofs. Wir führen sie hier mitsamt ihren Leitern auf:

1. Kommission für den Klerus und die Seminare. Leitung: Kardinal Liénart, Bischof von Lille, unter Assistenz von Msgr. Bazelaire, Erzbischof von Chambéry.
2. Kommission für die männlichen und weiblichen Orden in ihren Beziehungen zur Hierarchie. Leitung: Kardinal Saliège, Erzbischof von Toulouse.
3. Kommission für die allgemeine katholische Aktion. Leitung: Kardinal Gerlier, Erzbischof von Lyon.
4. Kommission für die Arbeiterwelt. Leitung: Msgr. Guerry, Erzbischof-Koadjutor von Cambrai.
5. Kommission für die bäuerliche Welt. Leitung: Msgr. Lefebvre, Erzbischof von Bourges.
6. Kommission für die unabhängigen Schichten. Leitung: Msgr. Moussaron, Erzbischof von Albi.
7. Kommission für die Jugend. Leitung: Msgr. Dubourg, Erzbischof von Besançon.
8. Kommission für die Ausländer. Leitung: Msgr. Lamy, Erzbischof von Sens.
9. Kommission für das Unterrichtswesen. Leitung: Kardinal Roques, Erzbischof von Rennes.
10. Kommission für den Katechismus. Leitung: Msgr. de Provenchères, Erzbischof von Aix.
11. Kommission für Presse, Rundfunk, Film. Leitung: Msgr. Gaillard, Erzbischof von Tours, mit Unterstützung von Msgr. Grente, Erzbischof-Bischof von Le Mans.
12. Kommission für die Seelsorge und Liturgie. Leitung: Msgr. Martin, Erzbischof von Rouen.
13. Kommission für das Seemannsapostolat. Leitung: Msgr. Delay, Erzbischof von Marseille, mit Unterstützung von Msgr. Cazaux, Bischof von Luçon.
14. Kommission für die karitativen und Sozialwerke. Leitung: Msgr. Richaud, Erzbischof von Bordeaux.
15. Generalkommission. Leitung: Msgr. Feltin, Erzbischof von Paris.

Alle diese Kommissionen werden mit dem Sekretariat der Katholischen Aktion und dem Sekretariat des Episkopats zusammenarbeiten, die ihre bisherigen Aufgaben behalten und die außerdem damit beauftragt sind, die notwendige Zusammenarbeit zu garantieren.

Der 5. Nationalkongreß des Nationalverbandes der Katholischen Aktion in Frankreich

Anfang Juni kamen in Paris 300 Vertreter der Katholischen Aktion aus 75 französischen Diözesen und zahlreiche Seelsorger der Katholischen Aktion zum dreitägigen Nationalkongreß der Katholischen Aktion Frankreichs zusammen. Sie repräsentierten 139 verschiedene „mouvements" der Katholischen Aktion, in denen alle Milieus, alle Alter und beide Geschlechter erfaßt sind (die „frommen Vereine" gehören nicht dazu). Alle diese Bewegungen unterstehen seit kurzem den von der Vollversammlung des französischen Episkopats Anfang April neu errichteten bischöflichen Kommissionen (vgl. linke Spalte), die jedoch die Tätigkeit des eigenen Sekretariats der Katholischen Aktion nicht einschränken sollen. Gerade die Vielfalt der Initiativen machte jedoch eine straffere Zusammenfassung nötig, damit, wie Erzbischof Feltin von Paris auf dem Kongreß scherzend sagte, der Episkopat die Aufsicht über all diese Bewegungen behalten könne und die Katholische Aktion nicht zu „einer gewissen Teilnahme des Episkopats am Apostolat der Laien" würde.

Es war also ein besonderer Programmpunkt dieses Kongresses, die enge Zusammenarbeit mit der Hierarchie zu betonen und ihre Notwendigkeit den Teilnehmern deutlich ins Bewußtsein zu rufen. Daher betraf auch der Eröffnungsvortrag, den Msgr. Audrain, Mitglied der neugeschaffenen Bischofskommission für die Katholische Aktion, hielt (deren Präsident Kardinal Gerlier am Erscheinen verhindert war, weil er zur Seligsprechung Pius' X. in Rom weilte), eine Darstellung der Konstituierung der einzelnen „Kirchen" — wir würden heute sagen: Diözesen — in ihren Ursprüngen: der Bischof ist es, der in seiner Diözese die Einheit des Glaubens, die Einheit der Gnade und des Lebens, die Einheit des Kults und die Einheit des Apostolats sichert. Ihm stehen Klerus und Gläubige zur Seite. Seine Rolle kann durch nichts ersetzt werden. Das wissen auch die Verfolger der Kirche hinter dem Eisernen Vorhang und im fernen Osten, die vor allem die Kirche ihrer Bischöfe berauben wollen.

Auf der anderen Seite darf der Klerus die Laien, die am Apostolat der Kirche mitarbeiten, nicht wie bloße Statisten behandeln — das betonten gleicherweise M. Le Cour Grandmaison als Vertreter der Laien und Msgr. Feltin, der Erzbischof von Paris. Welche Rolle den christlichen Laien heute in der Welt zukommt, legte P. Daniélou eindrucksvoll und objektiv dar.

Versuch einer „christlichen Fabrik"

NCWC-News-Service teilt mit, daß die vor einem Jahr gegründete Caritasgesellschaft in Colombes bei Paris ihr erstes Geschäftsjahr erfolgreich abschließen konnte. Es handelt sich bei dieser Gesellschaft um das Experiment einiger Kapital-

geber, die im Sinne christlicher Verantwortung für den Gebrauch ihres Eigentums vor einem Jahr den Entschluß faßten, eine „christliche Fabrik" zu gründen. Sie wollten ein Unternehmen ins Leben rufen, das „den beschäftigten Geistes- und Handarbeitern mit der Hilfe ihres Kapitals die Möglichkeit geben sollte, durch ihre Arbeit einen anständigen Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu verdienen, und das im Geist der Gerechtigkeit und Liebe ein gesundes Arbeitsmilieu sein sollte". Kapitalanhäufung als Selbstzweck sollte ausgeschlossen sein und ein etwaiger Gewinn zwischen den Kapitalgebern und den Beschäftigten im Verhältnis 1:1 aufgeteilt werden. Man wollte also in diesem Betrieb den Beweis erbringen, daß auch innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems ein Unternehmen existieren kann, dessen Teilnehmer sich vorbehaltlos durch das Sittengesetz in ihrem wirtschaftlichen Verhalten bestimmen lassen.

Dafür wurden folgende Grundsätze aufgestellt, auf die sich jeder Mitarbeiter schriftlich zu verpflichten hat:

1. Teilnahme am Wirtschaftsleben: a) Gute Produktion, d. h. Güter und Dienstleistungen von Qualität, b) Produktion zu gerechtem Preis, so daß die Gleichheit im Verkehr mit den Konsumenten gewahrt wird.
2. Soziale Gerechtigkeit: a) Eine Führung des Unternehmens, die eine Stabilität gewährleistet, um den Mitarbeitern wie dem investierten Kapital Sicherheit zu geben. Diese Führung der Geschäfte soll das Anliegen aller sein. b) Innerhalb der Grenzen, die hierdurch gezogen sind, gleiche Beteiligung am Gewinn für jeden Mitarbeiter und gerechte Bedingungen für alle. c) Verschiedene Formen sozialer Hilfe für die Mitarbeiter: Berufsausbildung und beruflicher Aufstieg, gemeinschaftliche Einrichtungen (Gesundheit, Sport, Wohnung usw.) in eigener Regie oder in Beteiligung an größeren Organisationen.
3. Geistige Einstellung: Die Caritas-Gesellschaft wünscht, ein Ort zu sein, an dem Gott zuerst gedient wird, d. h. wo jeder einzelne seine Arbeit tut in einem Geist des Gehorsams, wo die Autorität zum Wohle aller ausgeübt wird und wo die menschlichen Beziehungen von dem Gebot des Evangeliums: „Liebet einander" geleitet sind.
4. Apostolat: Die Caritas-Gesellschaft glaubt, daß sie eine Mission zu erfüllen hat: die nämlich, als Beispiel für eine Betriebsgemeinschaft zu dienen, die von christlichem Geist erfüllt ist, und daran zu arbeiten, daß sich der Geist der Gerechtigkeit und Liebe in der Industrie als ganzer durchsetzt.

Und der meßbare Erfolg? Mit einem Kapitaleinsatz von 10 000 Dollar, der später auf 48 000 erhöht wurde, ist eine Metallplattenfabrik ins Leben gerufen worden, deren Umsatz 120 000 Dollar jährlich erreicht und die Kosten um 30 000 Dollar überstieg.

Staat, Presse und öffentliche Meinung

Der Bischof von Malaga, Msgr. Angel Herrera Oria, der vor seiner Priesterweihe lange Zeit als Chefredakteur der großen katholischen Zeitung „El Debate" und als Politiker tätig war und in seiner jetzigen Stellung als berufener Sprecher des Episkopates in Fragen des öffentlichen Lebens gelten darf, äußerte sich in einem Vortrag über das richtige Verhältnis des Staates zur Presse und kommentierte dabei auch die Papstrede über die öffentliche Meinung vom Februar 1950 (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg. S. 313).

Die spanische Zensur ist schon wiederholt gegen die Presse der Katholischen Aktion eingeschritten und hat erst neuerdings die Veröffentlichung einer offiziellen Erklärung der Katholischen Aktion verhindert, in der diese ihre Beteiligung am Generalstreik von Barcelona dementierte. Der Bischof forderte deshalb ein Pressegesetz in Übereinstimmung mit den Grundrechten des spanischen Volkes, an das auch die staatliche Zensur gebunden sein müsse, die gegenwärtig ganz nach Ermessensgrundsätzen verfährt. Ein solches Gesetz müsse „im Rahmen der Gesamtordnung der staatlichen Gesetzgebung stehen." Es müsse „sowohl den Publizisten wie den Lesern eine rechtmäßige Freiheit garantieren" und zugleich „die Hoheitsrechte der Regierung, das Gemeinwohl und die sittliche Ordnung schützen".

„Grundzüge eines Pressegesetzes", sagte der Bischof „müßten nach meiner Ansicht folgende sein: Bestimmung des Begriffs dessen, was Verstoß gegen das Gesetz ist, ein unabhängiges Gericht, ein schnelles Verfahren, Beurteilung allein durch das Gericht, ernste Strafen für schwerwiegende und schuldhafte Fahrlässigkeit und sehr schwere Strafe in Fällen offensichtlicher Bosheit." Der Bischof bekannte sich zu der gleichen Auffassung, die schon im vergangenen Jahr der Primas von Spanien, Kardinal Pla y Deniel, ausgesprochen hat: „Wenn man anerkennt, daß die Kirche eine vollkommene Gesellschaft ist, wie der spanische Staat es getan hat, kann man ihr nicht das Recht auf eine eigene Presse verwehren, und zwar nicht nur auf eine Kirchenpresse . . ., sondern auf eine Presse für die Zwecke des Apostolates, der Belehrung und Information. Denn in unserer Zeit übt die Art und Weise der Information einen äußerst wichtigen Einfluß auf die Leser aus, der zuweilen von größerer praktischer Bedeutung ist als die Belehrung.... Es gibt ein gerechtes Mittelmaß für die verantwortliche Freiheit der Presse in einer christlichen und zivilisierten Gesellschaft, die auch durch Artikel 12 der christlichen spanischen Verfassung verbürgt ist. . . . Diese ist nicht ein akademisches Programm für zukünftige Geschlechter, sondern Grundlage des Rechtes, promulgiert im Gesetz über die Nachfolge des Staatschefs und bestätigt durch eine Volksabstimmung."

Bezüglich der Papstrede vom Februar 1950 sagte Bischof Herrera: Drei Gesichtspunkte sind zu ihrer Deutung heranzuziehen. Der Papst verdammt eine Staatsführung, die keine Kundgabe der öffentlichen Meinung duldet. Dies Urteil betrifft die atheistisch totalitären Staaten. Es bezieht sich nicht auf Regierungen, die die Pressefreiheit lediglich einschränken. Andererseits aber ist eine Regierung immerhin zu tadeln, wenn sie der öffentlichen Meinung, etwa mittels der Zensur, ein übertriebenes Schweigen abnötigt. Drittens ist zu beachten, daß der Papst hier eine allgemeine Lehre verkündigt und nicht über einen konkreten Fall urteilt, es sei denn, eine Regierung handle direkt gegen die dargelegten Grundsätze. Die Worte des Papstes müßten aber als wegweisend für die Regierung aufgefaßt werden.

Wie der Papst sagte, gibt es zwei Gründe für das Fehlen einer öffentlichen Meinung: gewaltsame und rechtswidrige Unterdrückung oder Teilnahmslosigkeit der Menschen gegenüber dem öffentlichen Leben. Der zweite Grund treffe für Spanien sicher nicht zu. Im christlichen Geist, in der praktischen Vernunft und im festen Charakter der Spanier seien vortreffliche Voraussetzungen für die Bildung einer reifen öffentlichen Meinung zur Stelle. Allerdings bedürfe es, um sie zu wecken, der Mitarbeit geeigneter, ausgebildeter und gebildeter Männer an den

großen Zeitungen, wie sie nur gewonnen werden können, wenn ein Pressegesetz ihnen eine rechtmäßige Freiheit sichert.

Die Christliche Arbeiterjugend und die UNO

Die JOC, die Weltorganisation der Christlichen Arbeiterjugend, ist schon seit 1946 unter die beratenden Mitglieder der UNESCO aufgenommen; das heißt, sie hat eine beratende Stimme bei den kulturellen und pädagogischen Plänen und Einrichtungen, die die Vereinten Nationen durch ihr für diesen Bereich zuständiges Organ, die UNESCO, ins Leben rufen wollen. Die Christliche Arbeiterjugend hat aber vor allem Ziele im Bereich des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, und es ist ihr Anliegen, auch gerade diese in der Organisation der freien Welt zur Geltung zu bringen. Durch ein Schreiben M. Hogans, des Chefs der Sektion der sog. nicht-regierungsabhängigen (non-gouvernemental) Organisationen, vom 17. April 1951 an den Präsidenten der JOC in Brüssel ist sie nun in den Kreis eben dieser nicht-regierungsabhängigen Organisationen mit beratender Stimme bei der UNO aufgenommen worden. Sie hat damit das „beratende Statut Kategorie B" erhalten. Sie kann von nun an Gutachten, Empfehlungen, Denkschriften und Studien zu allen Fragen, die sie im wirtschaftlichen und sozialen Bereich angehen, bei der UNO einreichen. Für die JOC sind das alle Fragen, die sich prinzipiell auf das Leben der Arbeiterjugend beziehen; doch gehören im weiteren Bereich auch etwa Rassenfragen, Probleme der Gewerkschaftsfreiheit, Frauenfragen, Fragen der Bevölkerungspolitik, zumal in den rückständigen Ländern, dazu.

Auf diese Zulassung hat die JOC seit 5 Jahren gewartet. In dieser Zeit hat sich das Internationale Sekretariat der Vereinten Nationen in Lake Success detaillierte Informationen über die Organisation der JOC, ihre Ziele und Statuten vorlegen lassen und sich mit ihren Hilfsmitteln, ihrer Verbreitung in den verschiedenen Ländern und Kontinenten befaßt. Berichte über ihre Tagungen, über die Verwendung ihrer Gelder, über ihre sozialen Einrichtungen sind geprüft worden, und das Sekretariat der JOC hat zu diesem Zweck umfangreiche exakte Berichte zusammenstellen müssen. Alle diese Unterlagen haben dazu geführt, daß anläßlich der 12. Sitzung des Sozial- und Wirtschaftsrats der UNO am 20. Februar in Santiago de Chile die Aufnahme der JOC unter die nichtgouvernementalen Organisationen beschlossen und erstmals der chilenischen JOC mitgeteilt worden ist.

Die Internationale JOC hat damit eine neue Verantwortung vor sich: sie hat nunmehr das Recht und die Pflicht, im Namen der jungen Arbeiter an die wichtigste übernationale Organisation der westlichen Welt heranzutreten.

Das Elternrecht im Entwurf zur Konvention über die Menschenrechte

Die Kommission der Vereinten Nationen, die mit der Ausarbeitung des Entwurfs zu einer internationalen Konvention über die Menschenrechte beauftragt ist, hat nach einer Meldung von NCWC-News-Service einen Artikel angenommen, der den Eltern das Recht zur religiösen Erziehung ihrer Kinder und zur freien Wahl der Schule gewährleistet.

Der Artikel erkennt an: das Recht eines jeden auf Erziehung und Bildung, das jedem ohne Unterschied zusteht; den Elementarschulzwang und die Pflicht zur Schaffung entsprechender Einrichtungen für alle; die Allgemeinzugänglichkeit und allmählich zu verwirklichende Unentgeltlichkeit der höheren Schulbildung, die jedem nach dem Maß seiner Begabung offenstehen soll.

„Die Pflicht der Staaten, unentgeltliche und verpflichtende Volksschulen einzurichten, soll nicht als unvereinbar mit der elterlichen Freiheit erachtet werden, für die eigenen Kinder andere als die staatlichen Schulen zu wählen, wenn diese dem von den Staaten festgelegten Minimalstandard entsprechen." Ferner soll der Staat „die Freiheit der Eltern achten, die religiöse Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren Überzeugungen vorzunehmen".

Die Kommission nahm ferner in den Entwurf eine Bestimmung über die Einführung der Zwangs-Volksschulen in allen noch rückständigen Gebieten auf, die zwei Jahre nach der Unterzeichnung beginnen soll. Ferner stimmte sie der völligen Gleichberechtigung von Mann und Frau in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dingen zu, die für weite Teile der Erde einen umwälzenden Charakter hat.

Aus Ost- und Südosteuropa

Pastoralinstruktion der polnischen Bischöfe

Im Namen der polnischen Bischöfe hat Msgr. Choromanski als Sekretär der Bischofskonferenz im Mai eine Instruktion an den polnischen Klerus erlassen, in der es heißt:

Auf Dekanatskonferenzen und bei anderen Gelegenheiten setzten die Bischöfe schon oft die Grundsätze auseinander, von denen sich der Episkopat bezüglich des mit dem Staat am 14. April 1950 getroffenen Abkommens leiten läßt. Es ist angezeigt, nochmals darauf zurückzukommen. Der Episkopat respektiert das Gesetz und die staatliche Autorität. Er will alle Kräfte des Klerus für das religiöse, moralische und karitative Werk gemäß der Not der Nation einsetzen.

Im Erziehungsbereich entwickelt und fördert der Klerus, dank der Grundsätze katholischer Ethik, in den Kindern und Jugendlichen die christlichen Tugenden, die für die Wechselbeziehungen und die Zusammenarbeit aller Schichten und Berufe von Wichtigkeit sind. Die Lehre der Kirche über die menschliche Arbeit pflanzt dem Volk eine tiefe Achtung vor dem Arbeiter ein und macht, daß der Christ in der Arbeit eine Pflicht und eine Tugend sieht. So begreift der Katholik, daß er seine Kräfte und Fähigkeiten nicht nur zum eigenen Profit, sondern für das Allgemeinwohl einsetzen muß. Darum hat sich auch die katholische Gemeinschaft so geschlossen an das Aufbauwerk nach dem Krieg gemacht. Wenn wir aber in unseren Städten und Dörfern den Schutt wegschaffen, können wir unsere Augen nicht davor verschließen, daß es noch andere große soziale Nöte gibt und daß wir deshalb nicht nur bauen und aufbauen, sondern allen Bevölkerungsschichten zum Wohlstand verhelfen müssen. Noch größer ist unsere Pflicht, die Nation zum Geist des Opfers, der Selbstverleugnung, des Fleißes und des guten Willens beim Wiederaufbau zu erziehen. Der Klerus soll nicht müde werden, all diese Tugenden, die zum Neubau der Nation wichtig sind, im Volk zu wecken.

Bezüglich Artikel 7 und 8 des „Abkommens" lenken wir die Aufmerksamkeit des Klerus erneut auf die Grundsätze der Kirche betr. Zusammenarbeit von Kirche und Staat. Die Geistlichen müssen sich strikte auf ihre kirchliche Arbeit beschränken. Damit leisten sie den Gläubigen und dem Staat den besten Dienst. Den Gläubigen, weil sie so zu Gott geführt werden, und dem Staat, weil dessen Bürger eine gewissensbindende Auffassung ihrer Pflichten in Familie, Beruf und Staat bekommen. Die Geistlichen vermeiden politische Dispute, sie haben allen Bürgern ungeachtet deren politischen Neigungen zu dienen. Die Erfahrung lehrt, daß die Geistlichen ihrem Land einen bessern Dienst leisten, wenn sie für die Nation nicht mit Waffen kämpfen, sondern sie im christlichen Glauben einigen. Die Geistlichen enthalten sich deshalb jeglicher Tätigkeit mit politischem Charakter. Sie mischen sich nicht in Diskussionen ein, vermeiden, Leute nach ihrer politischen Überzeugung einzustufen, und machen ihre priesterliche Dienstleistung nicht von dem abhängig, was jemand glaubt oder politisch denkt. Es ist nicht an uns, Leute nach ihrem politischen Programm einzuschätzen; es ist aber unsere Pflicht, den Gottesglauben allen zu verkünden und ihnen zu helfen, auf den Weg zu Gott zu kommen. Wir enthalten uns darum aller Tätigkeiten, die auf den Staat oder politische Autoritäten gerichtet sind oder die sich mit Wirtschaftsfragen befassen. Wir sind nicht dazu geweiht worden, um Verteiler zeitlicher Güter zu sein. Der Klerus soll sich auch aller staatsfeindlichen Betätigung enthalten und keinen geheimen Organisationen, welches Ziel dieselben auch immer verfolgen, anhängen (gemäß Kan. 2335, 2336).

In polnischen Auslandskreisen wird der Erlaß dieser Instruktion im gegenwärtigen Augenblick dahin gedeutet, daß die Bischöfe öffentlich zu erkennen geben wollen, daß sie am Abkommen vom 14. April 1950 nach Geist und Buchstaben festhalten. So würde die Verantwortung für ein Scheitern dieses modus vivendi sichtbar auf den Staat fallen. Die polnische Presse hatte in letzter Zeit in sehr lauten Tönen die Kirche der Mißachtung dieses Vertrages geziehen.

Die Erklärung muß auch im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Propaganda für das „Friedensplebiszit" betrachtet werden. Nicht weniger als eine halbe Million Aktivisten sammelt dafür Unterschriften. Die Mehrzahl der Geistlichen hat die Unterschrift geleistet. Jedoch haben eine ganze Anzahl führender Persönlichkeiten des Klerus unter Berufung auf diese Instruktion sich geweigert zu unterschreiben, an ihrer Spitze Erzbischof Wyszynski selbst. Die Pastoralinstruktion stellt also die Loyalität der Kirche gegenüber dem Staat ins Licht, sucht aber zugleich auch der Ausnutzung des Klerus zu propagandistischen Zwecken unter Mißbrauch dieser Loyalität vorzubeugen, indem sie den Geistlichen einen Rückhalt gegen die Forderungen der örtlichen Organe gewährt.

Priester- und Volkserziehung in Prag

Radio Vatikan hat eine Anweisung des Heiligen Stuhles an die Studierenden der staatlichen Priesterseminare in Prag und Preßburg veröffentlicht. Darin heißt es, daß die Studien an den Theologischen Fakultäten und Seminaren, die von der tschechoslowakischen Regierung eingerichtet worden sind, den Seminaristen verboten werden, ausgenommen den Fall, daß die Bischöfe sie genehmigen und ihr Programm mit den päpstlichen Studienordnungen übereinstimmt.

Über das Prager Seminar wird bekannt, daß etwa 100 Studenten sich dort befinden, von denen 80 das Abitur und etwa 20 die Vorbildung durch Arbeiterlehrgänge haben. Die Tagesordnung sieht zehn Minuten Besprechung der Tagespresse und dreimal wöchentlich einen politischen Vortrag vor. Alle Studenten müssen pflichtgemäß der Union der tschechischen Jugend und der Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion angehören.

Für die religiöse Volkserziehung hat die staatliche Caritas-Organisation jetzt einen neuen Katechismus herausgegeben, der Meldungen zufolge das Imprimatur eines der exkommunizierten staatlichen Diözesanverwalter trägt. In dem Katechismus werde u. a. gelehrt, daß die Arbeit für die Gemeinschaft am Sonntag erlaubt sei und die kirchliche Trauung im Rang hinter der staatlichen stehe.

Ungarische Zielstrebigkeit

Ein Erlaß des ungarischen Ministerrates verfügte, wie „Kipa" meldet, die gesteigerte Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte. Künftig sollen 50 Prozent aller Arbeiter Frauen sein. Bei Neueinstellungen in den intellektuellen Berufen, den Büros, der Verwaltung und in der Leichtindustrie soll die Quote der Frauen 80 Prozent betragen. Die verheirateten Frauen sollen bei der Heranziehung nicht ausgenommen werden. Deshalb ist zu ihrer häuslichen Entlastung der Ausbau der Gemeinschaftsküchen, Gemeinschaftswäschereien und Kinderhorte zu beschleunigen. Diese Maßnahme zeigt erneut, daß die Auflösung der Familie ein integraler Bestandteil des Totalitarismus ist.

Auch das ungarische Parlament hat nunmehr einstimmig ein Gesetz zur Errichtung eines eigenen Ministeriums für kirchliche Angelegenheiten verabschiedet, an dessen Spitze der ehemalige Finanzminister Stefan Kossa tritt. Er gilt als ein besonders entschiedenes Mitglied der kommunistischen Partei. Früher war er Straßenbahnschaffner in Budapest. Das Ministerium wird auf Grund des Gesetzes die besondere Aufgabe haben, über die Innehaltung des Kirchenabkommens zu wachen. Es wird auch die Auszahlung der Staatshilfen an die Kirche vorzunehmen haben.

Die Einrichtung dieses Amtes wird staatlicherseits als notwendig angesehen, da die Bischöfe mehrfach gezeigt hätten, daß sie den Geist des Abkommens nicht respektieren. Insbesondere wird ihnen vorgeworfen, sich bei den Wahlen ihrer Pflicht zur nationalen Aufklärung des Volkes entzogen und, was noch schwerwiegender ist, das Friedensplebiszit nicht unterstützt zu haben. Besonders heftige Angriffe wurden in dieser Beziehung gegen Erzbischof Groesz, Bischof Hamvas und Bischof Peteri erhoben. Jedoch war für die Pressemeldung von der Verhaftung dieser drei Mitglieder des Episkopates bisher noch keine sichere Bestätigung zu erlangen.

Gegen den Vorwurf der Pflichtversäumnis wegen der Nichtbeteiligung am Friedensplebiszit hatte sich der Episkopat erst vor kurzem durch einen Hirtenbrief verwahrt. Die Bischöfe berufen sich darin auf die Anerkennung, die der Vorsitzende des Weltfriedensrates Joliot-Curie in seinem Schreiben an Unterstaatssekretär Montini vom Frühjahr d. J. dem Friedenswerk des Papstes gezollt hat. Zum Beweise christlicher Mitarbeit an der Befriedung der

Welt ordneten die Bischöfe öffentliche Gebete in allen Kirchen an, die während des ganzen Monats Mai abgehalten wurden.

Völkermord mit neuen Methoden

Völkermord nennt man den planmäßigen Versuch, ein Volk oder eine Volksgruppe als ganze auszurotten. Wie kein anderes kennzeichnet dieses Verbrechen den Abstieg der Kultur unserer Zeit in die Barbarei. Die Vereinten Nationen haben es als eine ihrer ersten Aufgaben betrachtet, den Völkermord in Kriegs- und Friedenszeiten durch eine Konvention zu ächten. Dies Abkommen ist bereits in Kraft getreten. Doch haben, abgesehen von den Ostblockstaaten, auch die USA und England es bisher nicht ratifiziert. Gegenwärtig werden in den Vereinigten Staaten neue private Anstrengungen gemacht, die Ratifikation zu beschleunigen. Die Ereignisse in Korea haben die Notwendigkeit dieser Konvention von neuem erwiesen.

Der Völkermord geschieht zwar auf Erden, solange es eine Geschichte der Menschheit gibt. Aber in früheren Zeiten entsprang er zumeist der Rache und vollzog sich in der primitiven Form der Vergeltung. Heute ist er zum Mittel zielbewußter Politik geworden und greift zu Methoden, deren Teufelei kaum mehr zu überbieten ist. Ein Beispiel dieser Methoden wird aus litauischen Quellen in USA gemeldet. Nachdem ein großer Teil der litauischen Bevölkerung verschleppt worden ist, haben die Russen, gemäß dieser Meldung, neuerdings ein billigeres Verfahren angewendet. Man deportiert nur mehr das Familienoberhaupt. An seiner Stelle erscheint ein Kalmücke oder Russe und übernimmt in der verbleibenden Familie die Stelle des Vaters. Er übernimmt auch den Namen der Familie und die ehelichen Rechte. So soll die Ausrottung eines Volkes zugleich gesichert und getarnt werden. In einer solchen Einzelmaßnahme spiegelt sich vielleicht am deutlichsten der Fortschritt des ideologischen Wahnsinns des Kollektivismus seit den letzten zwanzig Jahren. An die Stelle des KZ tritt der Schmelztiegel für Menschen und Familien.

Aus Amerika

Der antikatholische Affekt in USA

Die Amerikaner sind stolz darauf, das freieste und toleranteste Volk der Welt zu sein. Sie bemühen sich, uns in Europa den Sinn dafür beizubringen, daß niemand wegen seiner Religion oder Rasse benachteiligt werden darf. Allerdings decken sich auch in Amerika Ideologie und Wirklichkeit nicht. Das bekannteste Beispiel dafür ist das Negerproblem. Die langsamen Fortschritte der Bewegung gegen die Diskriminierung der Neger zeigen, daß man auch in USA nicht über den Schatten seiner eigenen Geschichte hinwegspringen kann.

Ähnlich verhält es sich mit dem antikatholischen Affekt, der dem Ideal bürgerlicher Toleranz zum Trotz ein zähes Leben hat. Sein bevorzugter Schauplatz ist die Schule. Unter dem Vorwand, die verfassungsmäßige Trennung von Staat und Kirche zu wahren, bemühen sich die antikatholischen Kräfte, den Einfluß der katholischen Kirche auf die Erziehung möglichst zu hindern. Sie haben dabei gewisse Erfolge. So hat ein höchstrichterliches Urteil im sog. Fall McCollum die Duldung des freien Religionsunterrichtes in den Staatsschulen als verfassungswidrig erklärt. Ferner sucht man den Kindern, die katholische Privatschulen besuchen, einen Teil der Fürsorge vorzuenthalten, die der Staat der Jugend zukommen läßt. Es muß aber gesagt werden, daß es viele konsequent denkende Amerikaner gibt, die diese kleinlichen Machenschaften nicht billigen, und unter ihnen sind aus neuester Zeit die Stimmen zweier protestantischer Kirchenführer mit besonderer Anerkennung zu nennen. Der bekannte Professor Dr. Reinhold Niebuhr sagte am 20. April in einer Versammlung in Cleveland, die leidige Schulfrage wäre schon längst begraben, wenn nicht gewisse Kreise außerhalb des Katholizismus mit unvernünftigen Gründen gegen die Gewährung der staatlichen Erziehungshilfen an die Kinder der Pfarrschulen Opposition machten. Auch ein anderer führender protestantischer Theologe, Professor van Dusen, nimmt den gleichen Standpunkt ein. In politischen Kreisen macht diese Auffassung ebenfalls gewisse Fortschritte. So hat gerade jetzt der Staat Kalifornien den pfarrlichen Schulen der unteren Grade vollständige Steuerfreiheit zugestanden.

Auf der anderen Seite ereignen sich auch heute noch merkwürdige Fälle von undemokratischer Intoleranz. So hat der Verwaltungsrat der Gemeindeschulen in Boone (Iowa) einen jungen katholischen Lehrer, Robert F. Shorb, obwohl er Kriegsteilnehmer war, entlassen, weil er seinen eigenen Sohn in die katholische Privatschule schickte, wie es der amerikanische Episkopat den Gläubigen zur Gewissenspflicht macht. Der Lehrer hatte von dem verfassungsmäßigen Recht der Gewissenfreiheit Gebrauch gemacht. Erfreulicherweise hat aber auch dieser Fall die öffentliche Meinung mobilisiert. Wie die Zeitschrift „America" (12. 5. 1951) mitteilt, erwartet man, daß die Union für bürgerliche Freiheit sich seiner annehmen wird.

Auch auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens ereignen sich Dinge, die mit unseren Vorstellungen von amerikanischer Toleranz nicht übereinstimmen. Die gleiche Zeitschrift „America" zählt in ihrer Nummer vom 5. Mai drei solcher Fälle auf einmal auf, die sich bemerkenswerterweise sogar in New York abspielten. Ein katholischer Angestellter eines bedeutenden Verlages wurde unter nichtigen Vorwänden entlassen. Er hatte Grund, zu vermuten, es sei nur darum geschehen, weil er als Katholik hervorgetreten war. Er bewarb sich nach seiner Entlassung bei einem zweiten großen Verlagsunternehmen. Da bekam er die Antwort, man könne keine Katholiken einstellen. Der Verlag müsse die katholischen Buchtitel zurückziehen, um in der Öffentlichkeit nicht als zu katholisch zu erscheinen. Und eine dritte Verlagsfirma empfand es als Unglück, daß zwei ihrer katholischen Bücher best-seller wurden. Sie muß nun weitere Manuskripte katholischen Charakters „freundlich ablehnen", da auch sie den katholischen Nimbus fürchtet.

Diese Furcht reflektiert nichts anderes als eine unter den Nichtkatholiken der Vereinigten Staaten weitverbreitete Angst, die katholische Kirche könnte zu mächtig werden. Und dann sei es um die Toleranz geschehen. Paul Blanshard hat diesen unbestimmten Gefühlen jüngst in einem Buche Ausdruck verliehen, das eine ungemein weite Verbreitung erlangte und darum jetzt in einem zweiten Werk fortgesetzt wird. Der Autor versucht die Kirche als eine dem Kommunimus verwandte totalitäre Macht darzustellen. Diese Bücher sind vielleicht das wichtigste

neuere Dokument für die Möglichkeit, im Rahmen der verfassungsmäßig verbürgten Toleranz dem Hang zur Diskriminierung Andersdenkender Tribut zu zahlen. Der Geist der Demokratie will also auch in Amerika ständig von neuem errungen sein.

Katholischer Beitrag zum antikatholischen Affekt in USA

Man erinnert sich, daß der Rossellini-Film „The Miracle" in New York auf katholische Proteste hin von der Zensurbehörde als Gotteslästerung charakterisiert und verboten wurde, obwohl er in Rom unbeanstandet vorgeführt worden war. Einige Stücke von Charlie Chaplin wurden auf die Forderung der Vereinigung katholischer Kriegsteilnehmer von den Fernsehsendungen ausgeschlossen. Ein Studenten-Magazin an der Rutgers-University hatte eine kurze Geschichte gebracht, die in der dortigen katholischen Gemeinde als unmoralisch und gotteslästerlich bewertet wurde, und man forderte daraufhin das Verbot der Zeitschrift.

Diese Aktionen von katholischer Seite wurden unter Einsatz der „Massen" der Gläubigen, der Massenpropaganda und des Drucks einer künstlich hergestellten öffentlichen Meinung durchgeführt. Gegen den Gebrauch solcher Methoden legt die katholische Zeitschrift „The Commonweal" (2. und 16. 3., 27. 4.) grundsätzlich Verwahrung ein und weist darauf hin, daß diese Demonstration der katholischen Macht der sicherste Weg sei, um die antikatholische Furcht vor dem Wachsen dieser Macht zu steigern.

Die grundsätzlichen Bedenken der Zeitschrift beziehen sich darauf, daß die Katholiken im Gegensatz zu ihren Prinzipien in diesen Fällen versucht hätten, durch gesellschaftlichen Druck die bürgerliche Freiheit einzuschränken, und daß sie außerdem die Freiheit der Kunst beeinträchtigt hätten.

Was die bürgerliche Freiheit betrifft, schreibt die Zeitschrift: „Wenn Katholiken der Stimme der Kirche gehorchen, ist das ein freier Akt. Wenn man andere, die nicht glauben, auch nur indirekt zum gleichen Gehorsam drängt oder zwingt, heißt das soviel wie Unterwürfigkeit fordern." Man mag dadurch im Augenblick Erfolge erringen, wie es in diesen Fällen geschah. Aber ob es Dauererfolge sind, ist sehr fraglich; denn so züchtet man „bei den andern eine natürliche, instinktive Abneigung, die auf der gleichen Selbstachtung beruht".

„The Commonweal" setzt sich mit dem Argument einer katholischen Zeitung auseinander, die die Aktionen verteidigt hatte. Diese Zeitung schrieb: „Die Verfassung gibt niemandem das Recht, Böses zu tun. Freiheit bedeutet nicht, daß der Mensch das Recht hat, Böses zu tun. Freiheit bedeutet nicht, daß ein Mensch das Recht hat, seine Mitmenschen zu vergiften oder seinen eigenen Geist zu vergiften." Eine solche Argumentation, meint „The Commonweal", ist eine Über-Simplifikation, die den Unterschied zwischen moralischer und bürgerlicher Freiheit wegläßt.

Der Verfasser jenes Aufsatzes verteidigt seine Ansicht in einem Leser-Brief an „The Commonweal". Unter Berufung auf Leo XIII. und mehrere Autoren legt er dar, daß die bürgerliche Freiheit nicht den Sinn hat, die einzelnen Menschen von Staats wegen zu schützen, wenn sie das Naturgesetz verletzen, wenn sie also z. B. in diesem Falle eine Blasphemie begingen.

Darauf antwortet „The Commonweal": „Das bürgerliche Recht, das hier in Frage steht, ist nicht das Recht, ein Sakrileg zu begehen; noch verleiht das bürgerliche Recht, das ein Atheist besitzt, ihm das Recht, nicht an Gott zu glauben. In beiden Fällen steht in Frage das Recht des Bürgers, sich von seinem eigenen Gewissen leiten zu lassen oder auch den Befehl seines Gewissens zurückzuweisen, ohne daß der Staat sich einmischt. Dieses bürgerliche Recht beruht auf dem Naturrecht der Gewissensfreiheit." Als Gewährsmann zitiert diese Antwort Heinrich Rommen, der für Amerika im Interesse des Gemeinwohls die Neutralität des Staates hinsichtlich religiöser Auffassungen als Maxime politischer Klugheit bezeichnet.

Was hätte also geschehen sollen? „The Commonweal" sagt, man hätte sich damit begnügen müssen, seine Meinung zu diesen Stücken zu sagen und sich allenfalls zu entschließen, ihnen die Unterstützung zu versagen, indem man zugleich so klar wie möglich die Gründe dafür bekanntgab. Nun aber habe man den Anschein erweckt, „als ob wir amerikanischen Katholiken das Ringen um die Geister und Herzen der Menschen auf einen Streit zwischen Schlagzeilen und gesellschaftlichen Machtgruppen hinausführten und damit dem Wert, den die katholische Lehre der freien Zustimmung und vernünftigen Sittlichkeit beimißt, Abbruch täten". Die Mitbürger würden sich ihre Vorstellungen von katholischer Toleranz nicht nach Maritain, Rommen und Courtney Murray, sondern nach derartigen Aktionen bilden. „Taten sprechen lauter als Worte."

In einem besonderen Aufsatz behandelt die Zeitschrift die Frage, ob denn in diesen Fällen überhaupt ein kompetentes Urteil über den Wert der Stücke abgegeben worden sei, und sie überschreibt diesen Aufsatz: „Der katholische Spießbürger". Der Verfasser macht folgende Gesichtspunkte geltend: 1. Jedes Thema darf von einem Künstler aufgegriffen werden, wenn er ihm nur gewachsen ist. 2. Wer ein Thema an und für sich als „unmoralisch" bezeichnet, beweist mangelnde Unterscheidungsgabe; denn die Immoralität liegt immer nur in der Darstellung des Themas. 3. Das Urteil über den Wert eines Kunstwerks vermag weder die Polizei noch ein Frontkämpferbund noch der Klerus allein auf Grund seiner Weihe kompetent zu fällen, sondern nur der Sachverständige. 4. Wenn ein negatives Urteil über ein Kunstwerk gefällt ist, ist es unter den heutigen Verhältnissen unzweckmäßig, es durch Massendruck und Polizeigewalt unterdrücken zu wollen, weil man ihm dadurch erst recht Publizität verleiht. Man soll es ignorieren. 5. Die Kirche als Inkarnation der Wahrheit soll sich mehr als alle anderen Organisationen vor den, allerdings modernen, Methoden hüten, an denen der Staub von krummen Wegen haftet.

Natürlich muß die Kirche darüber wachen, daß weder durch Kunstwerke noch durch andere Erscheinungen des öffentlichen Lebens „dem Glauben oder den Sitten in der Öffentlichkeit eine schwere Gefahr erwächst", wie auch dieser Verfasser zugibt. Aber, so lautet der Tenor aller Aufsätze, welche Gefahr ist die größere: daß die Kirche gewisse Sünden in der Öffentlichkeit stillschweigend duldet oder daß sie in den Verdacht gerät, die Botschaft Gottes den Menschen aufzwingen zu wollen, sie dadurch erst recht zum Widerspruch reizt und obendrein durch ihren Widerstand für die Sünde und die Sünderin Propaganda macht?

Statistik der Kirche in USA

Nach den Angaben des offiziellen katholischen Jahrbuchs für USA ist die Zahl der Gläubigen in den Vereinigten Staaten im letzten Jahr um 868737 auf 28634878 gestiegen. Während die erste Zahl die Taufen und Konversionen nennt und deshalb genau ist, beruht die zweite auf den Ungefähr-Angaben der Pfarrämter, da es keine staatliche Konfessionsstatistik gibt. Die zweite Zahl umfaßt deshalb nur die den Pfarrern bekannten Gemeindemitglieder. Die Zahl der Konvertiten überschritt zum fünftenmal in aufeinanderfolgenden Jahren 100000. In den letzten 10 Jahren sind 1006247 Übertritte gezählt worden.

Die größten Diözesen sind Chikago mit 1,726 Millionen Gläubigen, Boston mit 1,334, Brooklyn mit 1,294, New York mit 1,288, Newark mit 1,072 und Philadelphia mit 1,070. Im ganzen bestehen 23 Erzbistümer mit 104 Bistümern. Es gibt 43889 Priester, 7620 Laien-Ordensbrüder und 152178 Ordensschwestern. In den katholischen Schulen sind 111095 Lehrkräfte tätig, davon 15262 Laien und 84142 Ordensschwestern. Von den insgesamt 11767 Schulen und Erziehungsinstituten sind 392 Seminare, Noviziate und Ordenskollegien für den Klerus- und Ordensnachwuchs bestimmt, 236 Anstalten sind Universitäten und Colleges, 2429 höhere Schulen und 8710 Volksschulen. Mit Einschluß der Waisenhäuser stehen 4939164 Kinder und Jugendliche unter kirchlicher Erziehung. Von ihnen studieren 236636 an Universitäten oder in Colleges. Es gibt 759 allgemeine und 112 spezielle katholische Krankenhäuser mit 108438 Betten.

Aus den Missionen

Die solide christliche Bildung der Katholiken in Indien. Missionsgebetsintension für Juli 1951

Die Inder sind ein außerordentlich religiöses Volk, und auch das religiöse Leben der Katholiken Indiens braucht den Vergleich mit jenem in anderen Ländern nicht zu scheuen. Gute Beobachter glauben, gerade den tiefen religiösen Ernst an den indischen Christen hervorheben zu müssen, der sie vor anderen asiatischen Christengruppen auszeichnet.

Absonderung und Zersplitterung

Immerhin stand dieser indische Katholizismus bis zur Selbständigkeitserklärung des Landes in einer gewissen Abkapselung vom übrigen Leben des Volkes da. Der Kastengeist beeinflußte auch ihn, und die Bildung besonderer Wahlkörperschaften für die Christen unterstrich diese Absonderung auch auf gesellschaftlichem und politischem Gebiete. Selbst untereinander fühlten sich die Katholiken des riesigen Subkontinents nicht als geschlossene Gemeinschaft. Zu verschieden waren die kulturelle Gestalt und die hartnäckig festgehaltenen religiösen Überlieferungen der einzelnen Gruppen, zu riesig ihre Entfernung voneinander. Dazu kommt, daß 31 % der Katholiken des Landes nicht dem lateinischen Ritus angehören. Ist die Vielzahl der Riten zwar ein Schmuck für die universale Kirche, so sind die verschiedenen Riten doch jahrhundertelang eigene Wege gegangen und haben sich in den Formen des religiösen Lebens einander entfremdet. Dem stärkeren erobernden Aktivismus der lateinischen Kirche mit ihrer Anpassung an die modernen Lebensformen stand die mehr nach innen gerichtete und volkstumhaft etwas verkrampfte Haltung der unierten Kirchen gegenüber. Dazu kommt dann noch als erschwerendes Moment der Einheit die Verschiedenheit der Rassen- und Menschentypen, die größer ist als etwa zwischen den Völkern Europas.

Gesamtindische Verantwortung

Die neue Zeit legt nun in Indien allmählich viele Schranken nieder. Die Christen bilden politisch-gesellschaftlich keine Sondergruppe mehr. Sie können ihr Dasein nur im Rahmen des Gesamtvolkes verteidigen und sehen sich aufgerufen zur Mitarbeit an der neuen Ordnung. Vorbedingung dazu ist ein stärkerer geistiger und organisatorischer Zusammenhalt der Katholiken ganz Indiens, eine stärkere Pflege der sozialen Tugenden, eine staatsbürgerliche Erziehung nach christlichen Grundsätzen, eine offenere Geisteshaltung gegenüber den echten Werten im indischen Kultur- und Geistesleben, ein tieferes Verstehen der gesellschaftspolitischen Aufgabe des Katholizismus. Indien besitzt heute als großen Erfolg langer Entwicklung eine gesamtindische Bischofskonferenz, in der die Bischöfe aller Riten einträchtig zusammenarbeiten, sowohl in der Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte der Kirche als auch in der Vereinheitlichung der Initiativen. Die indische Kirche muß zu stärkerer Selbsterfassung ihres Gesamtlebens kommen und auch dem Apostolat mit eigenen Kräften mehr Aufmerksamkeit schenken als bisher. Daher der mühevolle Versuch, die Katholische Aktion auch auf überdiözesaner Grundlage auszubauen, die Christen aus einer traditionsgebundenen Geistesart zu lösen, Priester aus den priesterreichen Diözesen des Südens für das Apostolat im Norden zu gewinnen, gesamtindische Körperschaften zur wissenschaftlichen Klärung moderner Apostolatsaufgaben zu schaffen, moderne Bewegungen auf sozialem Gebiete auszulösen. Es müssen Männer und Frauen herangebildet werden, die im öffentlichen Leben Seite an Seite mit Nichtchristen arbeiten, mit ihnen in geistigen Kontakt treten, die es auch nicht verschmähen, in die politische Arena zu steigen und dort für katholische Ideen zu werben und einzutreten. Es fehlt auch weithin an Persönlichkeiten, die den so dringend notwendigen geistigen „approach" an die indische Philosophie und Theologie fördern.

Neustellung der sozialen Frage

Die vordringlichste Frage ist in Indien heute die soziale Frage. Wird sie nicht nach neuen Grundsätzen angepackt, nachdem die alte soziale Ordnung allmählich unter dem Ansturm der technischen Zivilisation sich auflöst, so muß das Land in Chaos sinken. Allein schon die wachsende Industrialisierung Indiens muß mit Notwendigkeit zur Stellung der sozialen Frage unter westlichen Aspekten führen. Gewiß waren die Caritasarbeit der Kirche, ihr Schulwesen, ihre Bemühungen um die Hebung der niederen Kasten und der Ureinwohner sowie um die Emanzipierung der Frau wertvolle soziale Arbeit. Aber die neue Zeit fordert vor allem die unmittelbare Auseinandersetzung mit den Fragen von Kapital und Arbeit in Theorie und Praxis. Hier muß das Christentum mit seiner Gesellschaftslehre in den außerkirchlichen Raum vordringen. Es ist in Indien heute die einzige Kraft, die auf naturrechtlicher Basis die Mitte zwischen den das Land bedrohenden Extremen zeigt: einem Sozialradikalismus mit kommunistischen Vorzeichen, der trotz aller Gegen-

behauptungen erhebliche Fortschritte macht, und den Kräften des alten Heidentums, die das aussichtslose Experiment versuchen wollen, in einem hinduistischen Staate strengster Observanz die moderne Industriekultur zu bändigen.

Die Katholiken Indiens haben hier die wahre Lage und ihre wahre Aufgabe weithin noch nicht gesehen. Es fehlt an sozialer Bildung und auch an Verständnis für die Möglichkeiten, vom Christlichen her das Sozialprogramm der Regierung zu beeinflussen. Selbst die Gefahr des Kommunismus wird weithin nicht gesehen: „Bereits ist ein guter Teil der katholischen Arbeiter in den Städten unter sozialistischen und kommunistischen Einfluß geraten. Einige der hervorragendsten unter den revolutionären Arbeiterführern sind Christen. Es ist von allergrößter Bedeutung, daß ihnen die soziale Lehre und das soziale Apostolat der Kirche gegeben werden und durch sie auch ihren Hindu-Brüdern aus dem Arbeiterstand" (P. D'Souza SJ, „Worldmission" September 1950).

Ein zentrales Sozialinstitut

Unter diesen Umständen ist die jüngst erfolgte Gründung eines zentralen Sozialinstituts in Poona, die der Initiative der Oberen der Jesuitenmissionen in Indien entsprang, von größter Bedeutung. Es soll durch Veröffentlichungen und praktische Führung in den modernen sozialen Fragen der katholischen Kirche Indiens dienen. Seit Mitte 1950 wurden aus den verschiedensten Missionen geeignete Kräfte an dieses Institut gezogen. Am 6. Januar 1951 ist das „Institute of Social Order" eingeweiht worden. Erste Aufgabe soll die Verbreitung der katholischen Gesellschaftslehre sein. Als zweite untergeordnete Aufgabe ist die Unterstützung der Sozialarbeiter in der Organisierung sozialer Arbeit vorgesehen. In Poona soll später eine eigene Schule für Sozialarbeiter entstehen. Das Institut will auch Informationen über die Sozialarbeit der Kirche den Katholiken und der großen Öffentlichkeit vermitteln, wie es auch die ganze soziale Aktion im In- und Ausland verfolgt. Bischöfen und führenden Laien soll es beratend bei Verhandlungen mit der Regierung zur Verfügung stehen.

Gesellschaftsformung nach christlichen Grundsätzen

So geht das Bemühen der verantwortlichen Stellen in Indien dahin, die Katholiken, deren persönliche Verbindung mit Gott und der Welt des Religiösen überhaupt durch das geistige Klima des Landes mehr gesichert ist als anderswo, zum Bewußtsein der Gliedschaft an einer großen indischen und einer noch größeren universalen Gemeinschaft der Katholiken zu erziehen. Aus diesem Bewußtsein heraus sollen sie der eigenen Gemeinschaft, aber auch der sie umgebenden heidnischen Welt in sozialchristlichem Sinne besser dienen: nicht nur in Verbreitung des Glaubens, sondern auch der christlichen Liebe als des gestaltenden Prinzipes einer Gesellschaftsformung nach christlichen Grundsätzen.

Ökumenische Nachrichten

Neuentdeckung des „katholischen" Paulus

Die Herder-Korrespondenz konnte in den letzten Jahren des öfteren über manche evangelischen Beiträge berichten, die eine zunehmende Besinnung der neutestamentlichen Exegese vom lutherischen zum katholischen Paulus erbracht haben. Mit der „Theologischen Ethik" von Thielicke (vgl. unser voriges Heft, S. 416f.) erreichten uns andere Neuerscheinungen, die ebenfalls aus der Enge der reformatorischen Rechtfertigungslehre herausführen. Da sei zunächst auf die erweiterte 2. Auflage der 1938 veröffentlichten Schrift von Paul Althaus, Erlangen, „Paulus und Luther über den Menschen" hingewiesen (1951, C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh, 132 S.). Diese Schrift trägt den Ergebnissen der neutestamentlichen Wissenschaft Rechnung, die Luthers Auslegung des Römerbriefes, besonders von Römer 7, als unpaulinisch und weitgehend auch als unbiblisch erwiesen hat. Althaus stellt sich auch den Fragen, die über das Verhältnis Luthers zu Paulus durch den Katholizismus aufgegeben werden, verzichtet allerdings nicht darauf, zu prüfen, ob der katholische Paulus das letzte Wort einer biblischen Theologie sei.

Der erste Teil der Schrift zeigt, daß diese Erkenntnis, wonach Luther mit seinem „simul iustus et peccator" den Römerbrief falsch verstanden hat, eine lange Geschichte innerhalb der evangelischen Theologie der letzten 50 Jahre besitzt, deren man sich für das interkonfessionelle Gespräch heute wieder mehr erinnern sollte, vor allem der Arbeiten von Adolf Schlatter und seiner Schule. Der zweite Teil gibt eine Darstellung der Anthropologie des Apostels Paulus und stellt klar heraus, daß Paulus in dem „Ich" von Röm. 7, 14f. den vorchristlichen Menschen unter dem Gesetz, nicht aber den Christenmenschen gemeint hat, der vom Heiligen Geiste erfüllt ist. Mit Römer 8 beginne ein neuer Zustand, ein neues Leben. Paulus hat allen Ernstes an die Möglichkeit einer christlichen Existenz ohne Sünde, an das posse non peccare, geglaubt und hat so gelehrt. Seine Briefe setzen das Ende der Macht der Sünde voraus, wenn er auch die Augen nicht davor verschließt, daß in den Gemeinden gesündigt wird. Paulus habe außerdem durch Röm. 7, 14f. nichts von seiner Anerkennung guter Taten im Judentum und im Heidentum zurückgenommen. Eine eingehende Gegenüberstellung der paulinischen mit der lutherischen Anthropologie macht ihren Gegensatz ganz offenkundig, und man muß den Mut zur Wahrheit bewundern, der hier waltet. Freilich läßt es sich Althaus nicht nehmen, diesen Gegensatz doch wieder in eine spannungsvolle Harmonie zu deuten. Er erklärt ihn u. a. aus den unterschiedlichen Standorten: Paulus wurde als reifer Mann zum Christen bekehrt und sprach dazu noch in einer eschatologischen Situation, er sah auf die Tat, nicht auf die verbleibende Begierde. Luther dagegen erfuhr als getaufter Christ die Macht der Sünde in der Wirklichkeit des Christenlebens, und seine Not war nicht, daß das Wollen nicht zur Tat führt, sondern für ihn lag die eigentliche Sündigkeit auch des gerechtfertigten Christen darin, daß das Herz nicht freudig Gott zu lieben vermag, was bei Paulus entweder gar nicht erwähnt oder doch nicht als Sünde beurteilt werde. Luther stehe mit dem Ernstnehmen des „Du sollst nicht begehren . . ." mehr in der Strenge der Gewissensprüfung an Hand der Bergpredigt. Ein Jahrtausend monastischer Aszese lag hinter ihm, die ein differenziertes Gewissen hervorgebracht habe, während sich die römisch-katholische Lehre von der Konkupiszenz in der Tat auf Paulus berufen könne, wenn sie die nach der Taufe verbleibende Begierde nicht einfach als Sünde beurteilt, wie es Luther tat. Zwar habe er damit Paulus mißdeutet, aber nicht die neutestamentliche Erkenntnis verletzt. Mit dieser Harmonisierung ist aller-

dings das theologische Problem der Gültigkeit der Exegese Luthers nicht gelöst, zumal da es noch sehr wesentliche andere Punkte gibt, wo Luther Paulus nicht verstanden hat. Die Frage wird daher die evangelische Theologie weiter intensiv beschäftigen. Das Buch von Althaus ist insofern bedeutsam, als hier die neuen Entdeckungen der Exegese in die systematische Theologie hineinwirken. Was die Berücksichtigung des katholischen Standpunktes anlangt, so könnte Althaus' Schrift manches Licht gewinnen, wenn er die neuen katholischen Bemühungen um eine vertiefte Gewissenserforschung beachtet hätte, wie sie z. B. seit einigen Jahren in den „Katechetischen Blättern" vorgetragen wurden.

Wie sehr bereit gerade Althaus ist, die neue katholische Literatur kennen zu lernen und persönliche Verbindung mit katholischen Theologen zu pflegen, zeigte eben erst sein Vortrag im Bayerischen Rundfunk vom 9. Juni über „Das neue Verhältnis katholischer und evangelischer Theologie". Hier stellte er ähnlich wie Thielicke dankbar fest, daß die katholischen Theologen im letzten Jahrzehnt mit viel größerer Entschlossenheit daran gearbeitet hätten, ihr Bild von evangelischer Kirchengeschichte und Theologie zu revidieren, als es umgekehrt die evangelischen Theologen getan hätten; und er rühmt es Asmussen nach, daß er die Linie Schlatters energisch wieder aufgenommen habe und die neue Selbstbesinnung der evangelischen Theologie an Hand der katholischen Theologie kräftig fördere. An nicht unwichtigen Punkten seien die Akten über schwebende Kontroversen durchaus noch nicht geschlossen. Bei aller Nüchternheit im Urteil über die Konsequenzen dieser Wendung hinsichtlich einer möglichen Überwindung der Glaubensspaltung meint Althaus, von dieser Begegnung bleibenden Segen erwarten zu dürfen.

Der Kosmos in der Botschaft des Paulus

Von einer ganz anderen Seite geht Otto A. Dilschneider, Dozent an der Kirchlichen Hochschule Berlin, die Frage der Exegese des Apostels Paulus an. Nachdem er sich als Großstadtpfarrer durch seinen umstrittenen „Grundriß einer Dogmatik der Offenbarung" mit dem Titel „Gegenwart Christi" einen Namen gemacht hatte (2 Bände, Bertelsmann, Gütersloh 1948), ein Werk, in welchem er die Kirche vor die Wirklichkeit des Heiligen Geistes ruft, legt er nun eine theologische Grundlegung für eine Evangelische Akademie vor, die zugleich eine systematische Kritik der Unzulänglichkeiten der Evangelischen Akademien darstellt, jener zahlreichen nach dem Zusammenbruch geschaffenen Einrichtungen, wo sich in ständigem Wechsel das Gespräch zwischen Theologen und Vertretern aller Berufe und Wissenschaften vollzieht. Dieses neue bemerkenswerte Buch nennt sich „Das christliche Weltbild" (C. Bertelsmann-Verlag 1951, 320 S.). Es kommt damit ein ehemaliger Pfarrer der „Bekennenden Kirche" zu Wort, der die Rückkehr zur Restauration seit 1945 beklagt und dagegen ankämpft.

Das Buch nimmt sich in seinem ehrlichen Ringen um eine neue Universitas fast zuviel vor. Es will in seinem Hauptteil eine Diagnose der gesamten Wirklichkeit geben, die Mächte des Kosmos, Staat, Wirtschaft, Recht, Biologie, Physik, Technik auf ihre eigenmächtigen Strukturen durchleuchten und ihnen überall das christliche Welt- und Menschenbild entgegenstellen, ein Versuch, dem sowohl die katholische Tradition wie die neuartige und wirkungsvolle kooperative Arbeitsweise der ökumenischen Bewegung ermangelt, so daß die Grundlage einer Evangelischen Akademie bei allem Tiefsinn im einzelnen noch recht vage und abstrakt herauskommt. Wesentlicher ist die Beobachtung, daß die bisherige Arbeit der Evangelischen Akademien in einer Art berufsständischer Volksmissionen steckengeblieben und das eigentliche Wesen einer „Evangelischen Akademie" noch gar nicht in Sichtweite gekommen ist.

Den Grund dafür glaubt Dilschneider darin sehen zu müssen, daß es dem paulinisch geprägten Christentum der Reformatoren an kosmischer Weite fehlt oder daß vielmehr die Reformatoren gar nicht die Weite und Fülle der paulinischen Botschaft erfaßt haben. Sie haben vielmehr mit Luther gleichsam einen Zirkel in Röm. 1, 17 oder 3,28 eingesetzt und mit dem Radius des Römerbriefes einen Kreis in die Heilige Schrift geschlagen. Was nicht da hinein paßte und noch über Kirche und Sakramente usw. zu sagen gewesen wäre, wurde nicht als biblische Botschaft erkannt. Der Schicksalsweg des Heilsindividualismus habe zur totalen Isolation geführt und die Einheit von Mensch und Kosmos aufgelöst. Die Krise des christlichen Geistes beruht auf der Verabsolutierung der reformatorischen Theologie des 2. Glaubensartikels. Dilschneider sucht nach einer ökumenischen Theologie. Als den Weg dahin nennt er ein vierfaches „Sola", nämlich „sola scriptura, sola gratia, sola fides et solus Christus". Dieser Blick in seine „Präludien" zeigt noch keine überzeugende Klarheit, und auf diesem Wege dürfte er sein Ziel nicht erreichen.

Der „kosmische Christus"

Der wertvollste Abschnitt führt „von der konfessionellen Verengung zur Universalität der paulinischen Botschaft" und beginnt mit einer Kritik der Römerbriefauslegung Luthers. Auch Dilschneider bekennt sich zu der bahnbrechenden Leistung Adolf Schlatters und nennt Paulus den Begründer einer Theologie vom Christus präsens, nicht aber einer Rechtfertigungstheologie. Schon der Römerbrief habe im 5. Kapitel eine kosmische Äonenlehre entfaltet, an der die Reformatoren (übrigens auch die Gegenreformation!) vorübergegangen seien. Darin ist er mit Asmussen einig, von dem wir demnächst eine genauere Interpretation dieser so unerschlossenen Teile des Römerbriefes zu erwarten haben werden. „Wer die Erlösung des Menschen so ausschließlich zum Thema der Theologie macht, wie es die Reformatoren taten, und wer dies im 20. Jahrhundert unbeirrt fortführt, verfällt einer falschen Schau der Dinge und gibt das Geschichtsbild der Bibel preis." Paulus dagegen vollziehe eine unlösliche Verbindung zwischen Soteriologie und Kosmologie, und das Jesusbild der Evangelien zeige dieselben Züge, auch befinde sich hier das Johannesevangelium in der gleichen Linie mit den Synoptikern. Dilschneider weist ausdrücklich auf den neuen Band IV des „Theologischen Wörterbuchs zum Neuen Testament" hin (bes. S. 134—140 und 1040—50), wo für die Erkenntnis des kosmischen Christus das wissenschaftliche Material ausgebreitet wird. Er hebt sogar die hohe Bedeutung der alttestamentlichen Weisheitslehre für das Verständnis der Christusbotschaft heraus, die der katholischen Liturgie nie verloren ging.

Merkwürdig bleibt allerdings der kulturphilosophische Einschlag in dieser pragmatischen Apologie des universalen Paulus. Dilschneider spricht von den „Strukturen des

christlichen Glaubens" und fragt, „ob es überhaupt möglich ist, von der Basis einer einzigen Stilform des Christentums her eine christliche Universitas zu veranschlagen." Er sieht in der Agape, im Amor Dei, die anthropologische Struktur des abendländischen Christentums und möchte „die Sophia in der kosmologischen Struktur des morgenländischen Christentums" für das abendländische Glaubensbewußtsein fruchtbar machen, um der Restauration des reformatorischen Epigonentums zu entfliehen. Es lebt in diesen Gedanken ein starkes Verlangen nach dem Auferstehungsgeist der Ostkirche, deren vornehmste Denker zu Wort kommen. Vielleicht macht sich hier eine besondere Mission der Berliner Kirchlichen Hochschule geltend, die ihr Gesicht weitgehend nach Osten wenden muß. Wir vernehmen jedoch mit Erstaunen die Nachricht, daß sich in New York Reinhold Niebuhrs „Union Theological Seminary" mit der orthodoxen „St. Vladimir Academy" vereinigt hat, in der Tat ein ökumenisches Unternehmen von unabsehbaren Perspektiven, und es muß für die Berliner Hochschule sehr viel Anziehungskraft besitzen, wenn man mit solcher Überzeugung die These vertritt: „Die (evangelische) Kirche hat sich mit ihrer Erkenntnis nicht weiterentwickelt. Sie ist im 16. Jahrhundert stehen geblieben . . . Es besteht keine quantitative Deckung zwischen dem Wort Gottes und der Lehre der Reformatoren." Dieser Vorwurf soll nicht nur die Reformatoren, sondern die abendländische Christenheit überhaupt treffen, die zu einer Entwicklung beigetragen hat, in der Christus als die Sinn-Mitte der abendländischen Kultur verloren ging. Ähnlich wie Thielicke stellt daher Dilschneider der evangelischen Ethik die Aufgabe, alles bereitzustellen, was der Heiligung des gesamten Geisteslebens in der Weisheit Christi dient.

Der Fall Bultmann in Hessen

Die jüngste Tagung der hessischen Landessynode hatte sich u. a. auch mit zwei Anträgen zu befassen, die eine Entfernung von Prof. Rudolf Bultmann aus dem landeskirchlichen Prüfungsamt forderten, weil seine Theologie der „Entmythologisierung des NT" untragbar sei. Der theologische Ausschuß der Synode nahm mit großer Mehrheit gegen 8 Stimmen bei 18 Enthaltungen eine Erklärung an, die Bultmanns Bemühen, die biblische Botschaft von Jesus Christus aus der Sprache ihrer Zeit in die Sprache unserer Zeit zu übertragen, als berechtigt anerkennt. Das bedeute nicht, daß seine Methode und seine Ergebnisse für die Kirche verbindlich wären und daß sich nicht ernsthafte Einwände gegen sie erheben lassen. Jedoch dürfte die Kirche um der Wahrheit willen die theologische Diskussion darüber nicht abschneiden. Kirchenpräsident D. Niemöller hatte ebenfalls ein Verbleiben Bultmanns im Prüfungsamt befürwortet, mit der Begründung, es gäbe keine Theologie, die man heilig sprechen könne. Er habe von Bultmann viel zum Verständnis des Neuen Testaments gelernt.

Kirchliche Erklärung zur Volksbefragung in der Ostzone

Anläßlich der Volksbefragung über die Remilitarisierung vom 3.—5. Juni in der Ostzone hatten Vertreter der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg die zuständigen Regierungsstellen auf die Gewissensnot hingewiesen, die aus dieser Befragung entstehe, und auf konkrete Fälle von Druck aufmerksam gemacht. Innenminister Steinhoff gab die Zusicherung, es sollten keine Zwangsmaßnahmen gegen das Fernbleiben von der Abstimmung erfolgen. Das Ja sei keine Entscheidung über politische Fragen, sondern gelte nur der Ablehnung der Remilitarisierung. Auf Grund dieser Fühlungnahme erließ der Präses der Synode von Berlin-Brandenburg, Dr. Moeller, eine Bekanntmachung an alle Pfarrer. Darin heißt es: Die Evangelische Kirche in Deutschland hat seit 1945 das deutsche Volk gemahnt, die auf ihm liegende Schuld nicht zu leugnen und jeden Gedanken an Vergeltung zu meiden. Sie hat davor gewarnt, seine Hoffnung auf einen Krieg zu setzen, und auch einer Remilitarisierung im Osten wie im Westen widersprochen. Darüber hinaus ist der Weltrat der Kirchen gebeten worden, konkrete Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens zu treffen. In Übereinstimmig mit dieser Haltung „erklären wir zur Volksbefragung vom 3.—5. Juni 1951:
1. Der Christ, der an der Befragung teilnimmt und mit Ja antwortet, wendet sich damit an die für ihn zuständige Obrigkeit . . . und warnt sie vor jeder Herstellung menschenmordender Waffen und der Ausbildung an ihnen. — 2. Wir haben die Obrigkeit unseres Staatsgebietes gebeten, die Freiheit der Abstimmung dadurch zu gewährleisten, daß eine offene Abstimmung nicht zugelassen wird und daß die Empfehlung der Teilnahme an der Volksbefragung von aller Haßpropaganda und aller Diffamierung derer freigehalten wird, die sich gewissensmäßig genötigt sehen, der Abstimmung aus diesem Grunde fernzubleiben . . ." Es wird sodann empfohlen, bei einer Beteiligung an der Wahl die Wahlkabine zu benutzen.

Was ist ein lutherischer Bischof?

Das neue evangelische Bischofsamt ist nicht unbestritten, und es ist wieder einmal eine Aussprache darüber im Gange, was seinem Ansehen schaden könnte und was nicht. Dazu hat der Landesbischof von Hannover, D. Dr. Hanns Lilje, eine bemerkenswerte Stellungnahme veröffentlicht („Evangelische Welt" 16. Mai 1951). Darin heißt es: „Für mich ist das lutherische Bischofsamt, dogmatisch gesehen, lediglich eine Zweckmäßigkeitsinstitution. Der Mann, der bei uns Bischof heißt, könnte genau so gut Präsident oder gar Pastor heißen, ohne daß sich an seinem bekenntnismäßigen Status irgend etwas ändern würde. Ich denke, das ist klar genug. Ich kann nur wünschen, daß jeder ‚Präses' oder ‚Kirchenpräsident' von gleich klaren Vorstellungen über die Bedeutung seines Amtes geleitet werde. Nur eines geht nicht, daß unsere reformierten Brüder in einer gewissen Gesetzlichkeit ihr Verständnis vom Amt uns aufzwingen. Ein Bischofsamt muß nicht sein; es ist aber unbiblisch, zu sagen: ‚es darf nicht' sein . . . Es ist nicht wahr, daß sich um den lutherischen Bischofstitel in besonderer Weise die Gefahr der Menschenvergötterung ranke. Die Mehrzahl der lutherischen Bischöfe in Deutschland sind redliche, zur Menschenvergötterung völlig ungeeignete Leute. Dagegen gibt es andere Gestalten des kirchlichen Lebens, die, ohne den Bischofstitel zu führen, in so hohem Maße zum ‚Führerkult' verleiten, daß nicht nur ihre Evangeliumsverkündigung, sondern alles, was sie sagen und tun, einschließlich ihrer politischen Überzeugung, von ihren Anhängern mit dem Eifer verteidigt wird, der nur der Verteidigung des Wortes Gottes gehört . . . Haben die Kritiker sich nicht klargemacht, welche geistliche Verantwortung mit einem

solchen Bischofsamte verbunden ist, das im wesentlichen *non vi, sed verbo* ausgeübt wird? Offenbar nicht, denn es ist ihnen durchweg auch unbekannt, daß die kirchenregimentlichen, rechtlichen Befugnisse der Landesbischöfe in unseren lutherischen Kirchen nicht größer sind als die der leitenden Amtsträger in anderen Kirchen, ja in manchen Punkten sogar wesentlich geringer."

Also doch Gespräch mit Rom

Die lutherische „Monatsschrift für Pastoraltheologie" (Juni 1951) bringt die Erwiderung von Propst D. Asmussen, Kiel, auf den Angriff des Herausgebers, Pfr. Gerhard Kunze, gegen das Gespräch mit Rom, über welchen wir in Heft 8, S. 350 berichtet hatten. Asmussen bezeichnet diesen Angriff als ein gutes Werk, weil er das Verhältnis zu Rom ausdrücklich auf die Tagesordnung gesetzt habe. Auch er ist der Meinung, es sei Wachsamkeit geboten. „Denn die Bewegung gerade auch der Theologen und der aus Theologenkreisen stammenden Menschen auf Rom hin ist für jeden, der sieht, aufregend. Wäre nicht in römischen Kreisen christliche Besonnenheit vorhanden, dann wären schon Zahlen bei Konversionen von Theologen sichtbar geworden, die uns die Haare zu Berge stehen lassen würden. Die Dinge liegen noch ernster, als Sie sie darstellen." Asmussen rät sodann, zu prüfen, woher die Konversionsneigung gerade unter den Gebildeten komme, und macht auf innere Widersprüche in der dogmatischen Haltung der lutherischen Theologie aufmerksam, aus welcher der Liberalismus immer noch nicht verbannt sei. „Ist es Ihnen nicht doch ein abschreckendes Problem, daß die gleichen Kirchen evangelischen — auch lutherischen — Bekenntnisses sich außerstande erweisen, ein weisendes Wort zur Leugnung der Trinität, der Jungfrauengeburt, der Auferstehung, des Jüngsten Tages, etwa durch Bultmann zu sagen — aber im selben Augenblick bereit waren, eine Bischofserklärung gegen die Assumptio Mariae widerspruchslos hinzunehmen, die kaum ein evangelischer Professor unterschreiben kann? Ein Bultmannianer und ‚Mutter Gottes'? Ein Harnack-Schüler und Jungfrauengeburt? Glauben Sie mir, Tausende, gerade Gebildeter, sehen und hören das und — denken sich ihr Teil. Hier liegt die gegenwärtige Kraft Roms uns gegenüber zum allergrößten Teile. Was ist denn geschehen mit unserer Kirche? Doch dieses, daß wir zwar — reichlich billig — die Rechtfertigungsformel annehmen, uns aber vorbehalten, das Lehrgefüge, aus der sie geboren ist, als Requisit vergangener Zeiten mit mehr oder weniger Deutlichkeit abzulehnen. Wir heißen uns Lutheraner und sind es nicht! Weiteste Partien der Theologie Luthers müssen wir eigentlich als ‚katholisch' ablehnen — und tun es auch, wenn jemand anders sie vertritt. . . . Und dies halte ich für einen Krebsschaden bei uns, daß wir ‚Luthertum' sagen und doch nur das meinen, was uns das 19. Jahrhundert und das, was wir ‚Wissenschaft' heißen, zu meinen erlaubt . . ."

Leider gibt Asmussen, wie der Herausgeber mit Recht in seinem Nachwort bemerkt, keine ausdrückliche Antwort auf die ihm gestellte Frage, wie denn ein Gespräch mit Rom möglich sein soll, das nicht bei einer Unterwerfung endet. Vielmehr nennt Asmussen, ähnlich wie in seinem Buch „Warum noch lutherische Kirche?" die breite (vielleicht etwas zu breit gezeichnete) gemeinsame Basis der römisch-katholischen und der lutherischen Kirche und macht geltend, daß angesichts dieses Befundes nicht gesagt werden könne, das Gespräch hätte ausschließlich wissenschaftliches Interesse, wo es um die Einheit in Christo gehe.

Pfr. Kunze nimmt die Gelegenheit wahr, im Unterschied zu seinem Angriff im Märzheft seiner Zeitschrift, nun doch die Notwendigkeit eines Gespräches mit Rom zuzugeben, als dessen geeignetste Basis er die reine Wissenschaft ansieht. Um seinerseits die Voraussetzungen eines theologischen Gesprächs zu nennen, beginnt er in wahrhaft dankenswerter Weise mit der Rezension einer Reihe neuer katholischer Standardwerke, darunter Jedins Geschichte des Konzils von Trient, deren Kenntnis er für alle evangelischen Theologen als unerläßlich erachtet. Er schreibt über diese Werke voll ehrlicher Bewunderung und stellt als einen schmerzlichen Mangel für das erfolgreiche Gespräch fest, daß die evangelischen Theologen eine so beklagenswerte Unkenntnis der lateinischen Sprache aufweisen. Er ist überzeugt davon, daß alle Erörterungen des Bekenntnisstandes der Lutheraner ins Leere stoßen, wenn man nicht eine tiefe Kenntnis des Tridentinums und seiner Geschichte besitze. „Denn es geht doch einfach darum, wieweit der Katholizismus nach Trient noch von den lutherischen und kalvinistischen Bekenntnisschriften getroffen wird."

Anglikanische Diskussion über die Freimaurerei

Bereits seit längerer Zeit kämpft eine zahlenmäßig kleine, aber sehr aktive Gruppe englischer Geistlicher dagegen an, daß Würdenträger und Kleriker der anglikanischen Kirche der Loge angehören. So ist z. B. der Erzbischof von Canterbury prominentes Mitglied. Diese Gruppe führte auf einer Versammlung des Kirchenparlaments der Südprovinz der englischen Kirche, also der Kirchenprovinz von Canterbury, eine erregte Debatte über diese Frage herbei. Sie forderte die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung darüber, ob „die theologischen Voraussetzungen der Freimaurerei, im Unterschied von deren humanitärer Tätigkeit, mit dem christlichen Glauben der Kirche vereinbar seien". Zur Begründung wurde u. a. darauf hingewiesen, daß das Gesetz der Freimaurerei sich mit der Natur Gottes befaßt, daß der Name Christi von jedem freimaurerischen Ritual in der Großloge ausgeschlossen ist, daß dagegen die Namen einiger heidnischer Gottheiten mit großer Feierlichkeit darin vorkommen.

Die Mehrheit der Teilnehmer der Kirchenversammlung bezeichnete die Motion als „schlecht nach Form und Inhalt". Es fiel sogar das Wort „Verrat". Der Vorsitzende wies dann den Antrag auf die Zurufe der Mehrheit hin zurück. Am nächsten Tage verlangte die Minorität seine Aufnahme in die Tagesordnung. Die Majorität setzte aber durch, daß die Versammlung sich für unzuständig erklärte, und ging darüber hinweg.

In diesen Kreisen befürchtet man eine ernste Krisis in der Kirche, wenn eine Entscheidung hinsichtlich der Zugehörigkeit zur Loge getroffen würde. Denn die Zahl der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die ihr angehören, wird auf mehr als eine halbe Million geschätzt. Doch glaubt man, daß die Minorität die Angelegenheit vor die allgemeine englische Kirchenversammlung bringen wird.

Kirchen-Lobbies in Washington

Wie alle großen wirtschaftlichen Interessenverbände, so unterhalten auch die christlichen Glaubensgemeinschaften Amerikas ihre Agenten in Washington, die Lobbies, um die Gesetzgebung der USA zu beeinflussen. Über die Kirchen-Lobbies wurde bisher geschwiegen. Ein Buch von Luke Ebersole, „Church Lobbying in the Nation's Capital" bringt nun eine sorgfältige Dokumentation über Zwecke und Methoden des kirchlichen Agentenwesens, um dieses, soweit es die protestantischen Interessen anlangt, zu höchster Wirtschaftlichkeit und Wirkung zu bringen. Denn — das ist der Hintergrund des Buches, wie ein Bericht in „Christian Century" vom 4. April zeigt — die Katholiken seien in Washington, auch in der hohen Beamtenschaft, aufs beste vertreten! Die Mehrzahl dieser Lobbies vertreten einzelne Denominationen, was im Interesse ihrer Wirkung zu begrüßen sei. Es müsse aber ein Koordinierung dieser Agentenarbeit angestrebt werden, um die katholische Überlegenheit auszugleichen. Leider sei es bisher immer noch so, daß die Lobbies die Hälfte ihrer Zeit darauf verwenden müßten, ihre Existenzberechtigung und ihre Unkosten vor den Finanzausschüssen ihrer Denominationen zu rechtfertigen, wobei sie nie genau wissen, wielange man sie in ihrer Tätigkeit beläßt. Damit würde eine tüchtige Vertretung des Protestantismus in Washington erschwert. Auch hätten sich diese Kirchen-Lobbies immer noch nicht dem Gesetz über das Agentenwesen unterworfen, das der Kongreß gegen Mißbräuche erlassen habe, so daß auf ihre Tätigkeit ein Schatten falle. Der gegebene Weg offizieller Einflußnahme auf die Politik der USA sei die Einschaltung des neugegründeten „Nationalrates der Kirchen in USA".

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Die Seligsprechung Pius' X.

Am 3. Juni ist Papst Pius X. durch seinen Nachfolger, unseren heutigen Papst Pius XII., seliggesprochen worden. Seit 200 Jahren ist damit zum erstenmal wieder ein Papst zu den Ehren der Altäre erhoben worden, ein Ergebnis von so großer Bedeutung, daß die ganze katholische Welt mit großer Hingabe daran teilgenommen hat. In Rom waren auf dem Petersplatz viele Tausende zusammengeströmt, an die der Heilige Vater eine Ansprache zum Preis des neuen Seligen gehalten hat. Wir geben diese Ansprache mit Ausnahme der Einleitungsworte vollständig wieder. Nachdem der Heilige Vater die Erinnerungen wachgerufen hatte, die heute noch viele unter den Lebenden an seinen 1914 verstorbenen Vorgänger haben, fuhr er fort:

„Er war Hirte, ein guter Hirte. Dazu schien er geboren. Auf all seinen Lebensstufen, die ihn vom bescheidenen häuslichen Herd, arm an irdischen Gütern, aber reich an Glauben und christlichen Tugenden, auf den höchsten Gipfel der Hierarchie führten, blieb der Sohn des Dörfchens Riese immer sich selber gleich, immer einfach, freundlich, allen zugänglich, ebenso in seinem ländlichen Kanonikat wie im Kapitel von Treviso, im bischöflichen Palais von Mantua, auf dem Patriarchenstuhl von Venedig und im Glanz des römischen Purpurs. Und er blieb auch immer noch der gleiche im höchsten Glanz auf der Sedia gestatoria und unter dem Gewicht der Tiara, als die Vorsehung, die Lenkerin der Seelen, den Geist und das Herz seiner Mitkardinäle dahin führte, den aus den müde gewordenen Händen des großen Greises Leo XIII. gesunkenen Hirtenstab in seine väterlich starken zu legen. Solcher Hand gerade bedurfte die Welt.

Da er die furchtbare Last des höchsten Hirtenamtes nicht von seinem Haupt abwenden konnte, nahm er, der Ehren und Würden immer geflohen hatte, so wie andere ein unbekanntes und bescheidenes Leben fliehen, mit Tränen den Kelch aus den Händen des göttlichen Vaters an.

Aber nachdem er einmal sein Fiat gesprochen hatte, erwies dieser Demütige, der den irdischen Dingen abgestorben war und nur mehr nach den himmlischen verlangte, die unüberwindliche Festigkeit und die männliche Kraft seines Geistes, die Größe seines Mutes, die die Kennzeichen der Helden der Heiligkeit sind.

Von seiner ersten Enzyklika an war es, als ob eine leuchtende Flamme sich erhoben habe, um die Geister zu erhellen und die Herzen zu entzünden. Nicht anders fühlten die Jünger von Emmaus ihre Herzen entbrennen, als der Meister sprach und ihnen den Sinn der Schrift deutete (Luk. 24, 32).

Habt nicht auch ihr, geliebte Söhne, die ihr jene Tage erlebt habt, diese Glut gefühlt und von seinen Lippen die genaue Diagnose der Übel und Irrtümer der Zeit zugleich mit dem Hinweis auf die Wege und Heilmittel zu ihrer Heiligung gehört? Welche Klarheit des Gedankens! Welche Kraft der Überredung! Es war wahrhaft die Wissenschaft und Weisheit eines inspirierten Propheten, der unerschrockene Freimut eines Johannes des Täufers und eines Paulus von Tarsos; es war die väterliche Güte des Stellvertreters und Vikars Christi, der alle Bedürfnisse überwacht und sich um alle Interessen und alle Leiden seiner Kinder kümmert. Sein Wort war Donner, war Schwert und Balsam; es teilte sich kraftvoll der ganzen Kirche mit und reichte noch wirksam weit darüber hinaus; es erhielt seine unwiderstehliche Gewalt nicht nur von der Unanfechtbarkeit seines Gehaltes, sondern auch von seiner aus dem Innern kommenden durchdringenden Wärme. Man fühlte in ihm die Seele eines Hirten glühen, der in Gott und aus Gott lebte ohne ein anderes Ziel, als seine Lämmer und Schafe zu Ihm zu führen. Wenn er daher, den jahrhundertealten Überlieferungen seiner Vorfahren treu, im wesentlichen alle feierlichen (nicht prunkvollen) äußeren Formen des päpstlichen Zeremoniells beibehielt, so bewies doch in solchen Augenblicken sein sanfter und ernster, auf einen unsichtbaren Punkt gerichteter Blick, daß alle diese Ehrungen sich nicht auf ihn, sondern auf Gott bezogen.

Die Tugendfülle Pius' X.

Die Welt, die ihm heute in der Glorie der Seligen zujubelt, weiß, daß er den ihm von der Vorsehung vorgezeichneten Weg in einem Glauben ging, der Berge versetzen konnte, mit einer unerschütterlichen Hoffnung auch in den dunkelsten und ungewissesten Stunden, mit einer Liebe, die ihn dazu trieb, sich im Dienste Gottes und zur Rettung der Seelen jeglichem Opfer zu unterziehen.

Um dieser theologischen Tugenden willen, die gleichsam das Grundgerüst seines Lebens waren und die er in einem Grad von Vollkommenheit ausübte, die jede rein natürliche Größe in unvergleichlichem Maße übertrifft, erstrahlte sein Pontifikat wie in den goldenen Zeiten der Kirche.

Während er in jedem Augenblick aus der dreifachen Quelle dieser höchsten Tugenden schöpfte, schmückte und vollendete der selige Pius X. seinen ganzen Lebenslauf auch in der heroischen Übung der Kardinaltugenden: einer allen Schiksalsschlägen standhaltenden Stärke, einer unbeugsam unparteiischen Gerechtigkeit, einer Mäßigkeit, die mit einer völligen Selbstverleugnung verschmolz, und einer geschickten Klugheit, einer Klugheit des Geistes jedoch, die „Leben und Frieden" ist und frei ist von der „Klugheit des Fleisches, die Tod und Feindschaft gegen Gott ist" (Röm. 8, 6—7).

Das Verhältnis von Klugheit und Stärke

Ist es vielleicht wahr, wie einige behauptet oder unterschoben haben, daß im Charakter des seligen Pius die Stärke häufig größer gewesen ist als die Klugheit? Das konnte die Ansicht von Gegnern sein, die zum großen Teil auch Feinde der Kirche waren. Soweit sie jedoch von solchen, die doch den apostolischen Eifer Pius' X. bewunderten, geteilt wurde, erweist es sich, daß die Tatsachen dieses Urteil widerlegen; denn man muß seine Hirtensorge für die Freiheit der Kirche, die Reinheit der Lehre, die Verteidigung der Herde Christi gegen drohende Gefahren bedenken, und diese hat nicht immer überall jenes Verständnis und jene volle Zustimmung gefunden, die man hätte erwarten sollen.

Heute, da eine sorgfältige Prüfung sämtlicher Akten und Angelegenheiten seines Pontifikats stattgefunden hat, heute, wo man den Fortgang jener Ereignisse kennt, ist kein Zaudern, keine Einschränkung mehr möglich, und man muß anerkennen, daß Pius X. auch in den schwierigsten, unerfreulichsten, verantwortungsschwersten Zeiten, unterstützt von der großen Seele seines treuen Staatssekretärs, des Kardinals Merry del Val, eine erleuchtete Klugheit bewiesen hat, wie sie den Heiligen niemals fehlt, auch wenn sie sich bei ihrer Anwendung in einem schmerzlichen, wenn auch unvermeidlichen Gegensatz zu den trügerischen Forderungen der menschlichen, rein irdischen Vernunft befinden. Mit seinem Adlerblick, der schärfer und sicherer war als der Mangel an Voraussicht kurzsichtiger Vernünftler, erkannte er die Sendung der Kirche in der Welt, sah er mit den Augen eines heiligen Hirten, was ihre Pflicht inmitten einer entchristlichten Gesellschaft, einer von den Irrtümern der Zeit und den Verirrungen des Jahrhunderts angesteckten oder zum mindesten bedrohten Christenheit ist.

Erleuchtet von der Klarheit der ewigen Wahrheit, geleitet von einem empfindlichen, erleuchteten, streng rechtlichen Gewissen, hatte er häufig hinsichtlich der augenblicklichen Pflicht und der zu fassenden Entschlüsse Intuitionen, deren vollkommene Richtigkeit diejenigen in Staunen versetzte, die nicht mit derselben Erleuchtung begnadet waren.

Von Natur war niemand sanfter und liebenswürdiger als er, niemand ein größerer Freund des Friedens, niemand väterlicher. Aber wenn in ihm die Stimme des Hirtengewissens sprach, dann zählte nur das Bewußtsein der Pflicht; dieses erlegte allen Überlegungen menschlicher Schwäche Schweigen auf; es machte alle Rückzüge unmöglich; es befahl die energischsten Maßnahmen, auch wenn sie seinem Herzen schmerzlich waren.

Dieser „Landpfarrer", wie er sich manchmal gerne nannte — und das macht ihm nur Ehre —, konnte sich angesichts der Angriffe auf die unabdingbaren Rechte der menschlichen Freiheit und Würde, auf die heiligen Rechte Gottes und der Kirche riesenhaft aufrichten in der ganzen Majestät seiner höchsten Autorität. Dann ließ sein „non possumus" die Mächtigen der Erde erzittern und zuweilen den Rückzug antreten, und zugleich stärkte es die Zaudernden und belebte die Schüchternen.

Dieser diamantenen Stärke seine Charakters und seiner Haltung, die sich von den ersten Tagen seines Pontifikates an zeigte, muß man zuerst das Erstaunen, dann die Abneigung derer zuschreiben, die ihn zu einem „Zeichen, dem widersprochen wird" machen wollten, und die dabei den dunklen Grund der eigenen Seelen enthüllten. Also nicht übermäßiges Vorwiegen der Festigkeit über die Klugheit. Im Gegenteil, diese beiden Tugenden, die gleichsam denen das Chrisma erteilen, die Gott zum Regieren bestimmt, waren bei Pius X. derart ausgeglichen, daß er bei einer objektiven Prüfung der Tatsachen ebenso hervorragend in der einen wie außerordentlich in der anderen erscheint. Ist nicht gerade die Harmonie der Tugenden in den hohen Bereichen des Heldentums das Zeichen einer reifen Heiligkeit?

Pius X. als Förderer kirchlicher und profaner Wissenschaften

Ein Mann, ein Papst, ein Heiliger von solcher Größe wird schwer einen Historiker finden, der gleichzeitig seine gesamte Erscheinung und deren vielfältige Aspekte umfaßt. Doch auch die einfache schmucklose Aufzählung seiner Werke und seiner Tugenden, wie Wir selber sie in diesem Augenblick nur mit kurzen, unvollständigen Andeutungen versuchen können, genügt, um die lebendigste Bewunderung hervorzurufen.

Von ihm gilt zweifellos, daß er jedes Gebiet, dem er seine Aufmerksamkeit und Tatkraft zuwandte, mit einer klaren, hohen und weiten Einsicht, mit einer seltenen geistigen Eignung betrat, die ihn ebenso glücklich in der Analyse wie mächtig in der Synthese machte und jedem seiner Werke den Stempel der Universalität ebenso wie der Einheit aufdrückte, einer Einheit, die alles in Christus zusammenfassen und erneuern sollte.

Als Verteidiger des Glaubens, als Künder ewiger Wahrheit, als Hüter der heiligsten Überlieferungen offenbarte Pius X. einen außerordentlich feinen Sinn für die Bedürfnisse, Strömungen und Energien seiner Zeit. Darum ist er eingereiht worden unter die glorreichen Päpste, die treuen Hüter der Schlüssel des Himmelreiches auf Erden, denen die Menschheit jedes echte Vorwärtskommen auf dem wahren Weg des Guten und jeden ursprünglichen Fortschritt verdankt.

Sein Eifer für den sittlichen Einfluß der Kirche hat ihn zu einem unvergleichlichen Förderer der heiligen und profanen Wissenschaften gemacht. Müssen wir noch an den neuen Antrieb erinnern, den er den biblischen Studien gegeben hat? An die wirksame Förderung der philosophischen und theologischen Studien auf Grund der Methode, der Lehren und der Prinzipien des Englischen Lehrers? Und müssen wir auf dem Gebiet der menschlichen Wissenschaften noch an seine Neuorganisation der Sternwarte erinnern? Auf dem Gebiet der Künste an seine Erneuerung der Kirchenmusik und die Neuordnung der Pinakothek?

Die Kodifizierung des kanonischen Rechts

Er ist jedoch nicht nur ein Außenstehender oder reiner Theoretiker, den es schon befriedigte, nur ein Ziel zuzuweisen, eine Anordnung zu erteilen und dann anderen die Ausführung zu überlassen. Sein Werk ist vielmehr ein wesentlicher Beitrag, ein echtes Richtunggeben. Klug in der Enthaltung von unnützen Kleinigkeiten, geht er doch ins Konkrete und Besondere und bestimmt mit Genauigkeit und praktischem Sinn die einzuschlagenden Wege, damit das Ziel leicht, schnell und vollständig erreicht würde. So ging er bei der Kodifizierung des kanonischen Rechtes vor, die man das Meisterwerk seines Pontifikates nennen kann. Von Anfang an entschließt er sich dazu mit dem erleuchteten Mut großer Männer, kühn nimmt er das „arduum sane munus" auf sich, und er widmet sich ihm mit unermüdlichem Eifer. Und wenn es ihm auch — um die Worte seines Nachfolgers Benedikt XV. zu gebrauchen — nicht gegeben war, das gewaltige Werk zu Ende zu führen, so muß doch er allein als der Urheber jenes Kodex betrachtet werden, und darum wird sein Name für immer als einer der bedeutendsten Päpste in der Geschichte des kanonischen Rechtes gefeiert werden, neben dem Innozenz' III., Honorius' III. und Gregors IX.

Sorge um den Priesterstand

Wenn er bei jeder dieser Unternehmungen stets vom Eifer für die Ehre Gottes und für das Heil und die Vollkommenheit der Seelen geleitet war, mit welchem Eifer mußte er sich dann erst der Sorge um die Hirten der frommen Herde selber zuwenden, von denen die Ehre Gottes und die Heiligung der Seelen unmittelbar abhängt? Das beweisen seine ständigen Bemühungen, der Braut Christi einen Klerus zu geben, der durch Heiligkeit und Wissen seiner hohen Berufung entspräche. Und wer könnte ohne Rührung die väterliche Ermahnung *Haerent animo* (4. August 1908) lesen, in der sich seine priesterliche Seele beim Jubiläumsfest seiner Weihe rein spiegelt?
Durchdrungen vom Gedanken des heiligen Paulus, daß der Priester eingesetzt ist für die Menschen in allen Dingen, die sich auf Gott beziehen (Hebr. 5, 1), versäumt er nichts, was zu einer wirksameren Ausübung dieses erhabenen Amtes dienen könnte.
Vor allem durch die Verbreitung der Kenntnis der lebendigen christlichen Lehre. So gab er weise Instruktionen aus, um deren Notwendigkeit zu betonen, ihren Gegenstand zu umschreiben und die dazu geeignete Methode festzulegen (Enzyklika *Acerbo nimis,* 15. April 1905). Damit nicht genug: er selbst kümmert sich darum, daß ein neuer Katechismus zusammengestellt wird, um diesen Unterricht allen Lebensaltern und allen Intelligenzstufen anzupassen. Und auch das genügt ihm noch nicht: an einigen Sonntagen erklärt er persönlich das Tagesevangelium den Gläubigen der Pfarreien von Rom. Mit gutem Recht wurde er darum der Papst der christlichen Lehre genannt.

Sorge um das Laienapostolat

Die dürre Leere, die der Sektengeist des Jahrhunderts um das Priestertum aufgerissen hatte, beeilte er sich durch eine aktive Mitarbeit der Laien am Apostolat zu überwinden. Trotz der widrigen Umstände, ja gerade von diesen angestachelt, kümmerte sich Pius X., wenn er sie nicht geradezu ins Leben rief, durch neue Richtlinien um die Bildung eines glaubensstarken Laientums, das in vollkommenem Gehorsam mit den verschiedenen Stufen der kirchlichen Hierarchie verbunden sein sollte. Und was man heute in Italien und in der Welt auf dem weiten Gebiet der Katholischen Aktion bewundert, beweist, wie sehr dieses Werk unseres Seligen im Geiste der Vorsehung war. Es strahlt auf ihn ein Licht zurück, das während seines Lebens vielleicht nur wenige hätten voraussagen können. Darum müssen die Scharen der Katholischen Aktion in die Reihen der erwählten Seelen, deren sie gedenken und die sie verehren als Vorläufer und Förderer ihrer segenbringenden Bewegung, mit Recht auch den seligen Pius X. einreihen.
Noch ein anderes Hindernis von größtem Ernste stellte sich der Erneuerung einer christlichen und katholischen Gesellschaft entgegen: einerseits die Spaltung in der Gesellschaft selber und andererseits die Kluft, die Kirche und Staat, zumal in Italien, trennte. Mit der den Heiligen eigenen Weite und Klarheit der Sicht weiß er, ohne die geringste Verletzung der unabänderlichen und unabdingbaren Prinzipien zu erlauben, die Regeln für die Organisation einer volkstümlichen christlichen Bewegung aufzuzeigen, die Strenge des „non expedit" zu mildern und auf weite Sicht den Boden zu bereiten für jene Versöhnung, die Italien den religiösen Frieden bringen sollte.

Der Papst der allerheiligsten Eucharistie

Was aber diesem Papst ganz besonders eigentümlich ist, das ist, daß er der Papst der allerheiligsten Eucharistie in unserer Zeit gewesen ist. Hier leuchtet die innere Übereinstimmung und Verbundenheit der Gefühle des Stellvertreters Jesu Christi mit dem Geiste Jesu selber in fast göttlichem Lichte auf. Wenn Wir über diesen Punkt schweigen würden, würden Wir es den Kindern von gestern und heute unmöglich machen, dem zuzujubeln, der die jahrhundertealten Schranken niederlegte, die sie von ihrem Freund im Tabernakel fernhielten. Nur in einer zugleich weisen und reinen und evangelisch kindlichen Seele wie der seinen konnte der glühende Seufzer Jesu lebendigen Widerhall finden: „Lasset die Kindlein zu mir kommen", und zugleich auch das Verständnis des innigsten Wunsches dieser, in die Arme des göttlichen Erlösers zu eilen. So war er es, der Jesus den Kindern und die Kinder Jesus gab. Wenn Wir darüber schweigen wollten, so würden es die Altäre des allerheiligsten Sakramentes selber verkünden, und die üppige Blüte von Heiligkeit, die durch diesen Papst der Eucharistie in unzähligen Seelen zur Entfaltung gebracht worden ist, denen die häufige oder tägliche Kommunion heute der grundlegende Kern der christlichen Vollkommenheit geworden ist, würden es bezeugen.

Pius X. als Vorbereiter auf unsere schwere Zeit

Geliebte Söhne und Töchter! Eine Stunde der Glorie geht an diesem leuchtenden Nachmittag über uns hin. Es ist eine Glorie, die das römische Pontifikat eng einhüllt, eine Glorie, die auf die ganze Kirche ausstrahlt, die hier ganz nahe das von Gebeten umgebene Grab eines einfachen Sohnes des Volkes einschließt, den Gott erwählt, bereichert und erhöht hat.

Aber vor allem ist es eine Glorie Gottes, denn in Pius X. offenbart sich das Geheimnis der weisen und gütigen Vorsehung, die der Kirche und durch sie der Welt in jeder Epoche ihrer Geschichte beisteht. Was bedeutet, so fragten Wir zu Beginn, der Name Pius X.? Wir glauben, die zukünftigen Siege zu sichern.

dies nun ganz deutlich zu sehen. Durch seine Person und durch sein Werk wollte Gott die Kirche auf die neuen und schweren Pflichten vorbereiten, die ihr in den kommenden wirren Zeiten bevorstanden. Er wollte in passender Weise eine in der Lehre einige, im Gehorsam feste und in ihren Hirten wirksame Kirche, ein hochherziges Laientum, ein unterrichtetes Volk, eine vom frühesten Alter an geheiligte Jugend, ein für die Probleme des sozialen Lebens waches christliches Gewissen schaffen. Wenn die Kirche Gottes heute keineswegs vor den Kräften zurückweicht, die die geistigen Werte zerstören, sondern leidet, kämpft und mit göttlicher Hilfe fortschreitet und ihr Erlösungswerk ausübt, so verdanken wir das zum großen Teil dem weitschauenden Handeln und der Heiligkeit Pius X. Heute scheint es ganz klar, wie sein ganzes Pontifikat von Gott geleitet war nach einem Plan der Liebe und der Erlösung, um die Seelen darauf vorzubereiten, die Kämpfe unserer Zeit aufzunehmen und unsere und Ihr aber, die ihr ihn gegenwärtig, lebendig und nahe fühlt in dem in seinem Leben begonnenen Werk und in dem Schutz, den er euch von heute an erwirbt, vertraut auf seine Fürbitte und betet gemeinsam mit Uns zu ihm:

Gebet zu dem seligen Papst Pius X.

O seliger Papst, treuer Diener deines Herrn, demütiger und treuer Jünger des göttlichen Meisters, in Schmerz und Freude, in Mühen und Sorgen erfahrener Hirte der Herde Christi, wende deinen Blick auf uns, die wir vor deinen jungfräulichen Überresten knien. Schwer sind die Zeiten, in denen wir leben; sie fordern harte Mühen von uns. Die Braut Christi, die dir einst anvertraut war, befindet sich von neuem in schweren Ängsten. Ihre Söhne sind von unzähligen Gefahren des Leibes und der Seele bedroht. Der Geist der Welt geht umher wie ein brüllender Löwe, suchend, wen er verschlinge. Nicht wenige fallen ihm zum Opfer. Sie haben Augen und sehen nicht; Ohren und hören nicht. Sie schließen ihren Blick vor dem Licht der ewigen Wahrheit; sie lauschen den Stimmen von Sirenen, die trügerische Botschaften bringen. Du, der du hienieden ein großer Erwecker und Führer des Volkes Gottes warst, sei unsere Hilfe und unser Fürsprecher für uns alle, die sich Jünger Christi nennen. Du, dessen Herz brach, als du die Welt in den blutigen Krieg stürzen sahst, hilf der Menschheit, hilf der Christenheit, die heute wieder von einem ähnlichem Unglück bedroht ist; erwirke von der göttlichen Barmherzigkeit die Gabe eines dauernden Friedens und als Weg dazu die Rückkehr der Geister zu jenem Geist wahrer Brüderlichkeit, den nur die gottgewollte Gerechtigkeit und Eintracht den Menschen und Nationen wiederbringen kann. Amen."

Die Kirche in den Ländern

Die religiöse Lage in Jugoslawien

Jugoslawien hat sich dem Westen genähert. Wenigstens hat es die Hilfe des Westens in Anspruch genommen. Kann man daran die Erwartung knüpfen, daß es auch sein Verhältnis zur Kirche revidieren wird? Werden die bürgerlichen Freiheiten hergestellt werden? Bisher konnte man nicht feststellen, daß die angelsächsischen Mächte in diesem Sinne auf die Regierung Titos eingewirkt haben, obwohl die katholische Presse beider Länder bei jeder Gelegenheit eine solche Intervention fordert. Der „Osservatore Romano" hat im Laufe des letzten Jahres wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß von römischer Sicht aus keine Abschwächung der religiösen Verfolgung beobachtet werden konnte. Hunderte von Priestern, an ihrer Spitze der Erzbischof von Agram, sind im Gefängnis. Der Religionsunterricht in den Schulen ist in den meisten Fällen unmöglich, weil man den Geistlichen persönlich die Erlaubnis verweigert, ihn zu geben, und auch in den Kirchen darf vielfach während der Woche nicht katechisiert werden. In Agram haben nur sechs oder sieben Priester die Lizenz. Die offizielle Propaganda für den metaphysischen Materialismus und gegen die katholische Hierarchie, besonders gegen den Vatikan, wird in Parteikreisen und gelegentlich auch in der Öffentlichkeit fortgesetzt. Neue Verhaftungen und andere Einschränkungen der persönlichen Freiheit gegenüber Geistlichen sind nicht vereinzelt. Das alles sind keine Anzeichen, die zu hoffen berechtigen. Tito andererseits und seine Emissäre im Ausland behaupten, und ausländische Besucher Jugoslawiens bestätigen zum Teil, daß im Lande eine wirkliche, wenn auch nicht die volle Freiheit der Religionsausübung hergestellt ist.

Interviews

Im Lauf des letzten Jahres haben eine Anzahl von Interviews über kirchliche Anliegen stattgefunden. Einmal erklärte Tito, Erzbischof Stepinac könnte freigelassen werden, wenn er außer Landes ginge. Daraus konnte man entnehmen, daß er vielleicht zu einem Modus vivendi kommen wolle. Später sagte der Diktator wieder, Stepinac könne nicht entlassen werden, weil die orthodoxe Kirche daran zu großen Anstoß nehmen würde. Jugoslawische Parlamentarier erklärten in London, es bestehe überhaupt keine Hoffnung, daß der Prozeß wieder aufgenommen werden würde. Dann aber gestattete die Belgrader Regierung wieder zwei amerikanischen Korrespondenten, C. L. Sulzberger (New York Times) und A. H. Singleton (Associated Press), den Gefangenen zu besuchen, und die erste Frage Singletons lautete: Glauben

Sie, daß die Wiederaufnahme ihres Prozesses den staatlichen und kirchlichen Interessen nützen würde? Der Erzbischof bejahte diese Frage, sagte aber sogleich, die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sei dem Apostolischen Stuhl vorbehalten. Er sagte außerdem, er werde korrekt behandelt, und er machte einen gesunden und ungebrochenen Eindruck. Jugoslawien wahrt also in diesem Falle die Korrektheit seiner Justiz, und wie es scheint, bewegt es sich auch sonst gegenüber der Kirche, unbeschadet dezidierter weltanschaulicher Gegnerschaft, ja sogar Feindschaft und mancher oder häufiger Akte polizeilicher Willkür — denn auch dies Land hat ja seine Staatspolizei — immerhin mehr in den Bahnen des Rechts als die übrigen kommunistischen Staaten. Eine Entwicklung der Verhältnisse zum Besseren ist also nicht so unbedingt ausgeschlossen wie anderswo.

Beobachtungen an Ort und Stelle

Wie es nun gegenwärtig um das religiöse Leben in Jugoslawien bestellt ist, das schildert, samt den komplizierten Verwicklungen der dortigen Situation, ein sehr vorsichtiger und abgewogener Reisebericht von Louis Hardouin in „La Vie intellectuelle" vom April dieses Jahres. Der Verfasser ist sich bewußt, daß er trotz persönlicher Bewegungsfreiheit nicht alles, was geschieht, zu Gesicht bekam und daß es selbst dann noch schwer wäre, die einzelnen Tatsachen in ihrer Bedeutung richtig gegeneinander abzuwägen. Immerhin hat er vieles gesehen und mit Leuten aller Art gesprochen, auch mit einer Anzahl von Geistlichen.

Hardouin schreibt, eine Verfolgung des Glaubens, im gewöhnlichen Sinn dieses Wortes, habe er nicht beobachtet. Die Kirchen seien offen, und der Dom von Agram sei am Sonntag gefüllt gewesen. Laien und Priester, die er gesprochen, hätten nicht den Eindruck gemacht, als fürchteten sie wegen ihrer religiösen Haltung eine unmittelbare Bedrohung. Es gebe einige katholische Zeitschriften, jedoch wegen mangelnder Papierzuteilung nur von beschränkter Auflage, die in keinem Verhältnis zur offiziellen Presse stehe. Auch die Priesterseminare seien geöffnet. Die Theologischen Fakultäten existieren noch. Allgemein könnte man vielleicht sagen: „Die Freiheit besteht, aber nicht die Gleichheit der Chancen." Die Atmosphäre des öffentlichen Lebens, der Stil der Propaganda ist dem Religiösen abträglich, obwohl direkte Angriffe meist gemieden werden. Der Marxismus, nicht nur der soziologische, sondern der philosophische, ist offizielle Doktrin, auch in den Schulen. Die geistigen Ziele der Partei und ihrer Organisationen, sagt Hardouin, sind nicht viel anders als die der atheistischen Kreise der westlichen Länder. Aber der Unterschied liegt darin, daß die Kirche nicht die gleichen Möglichkeiten zu ihrer Abwehr hat. Die Stimme des Atheismus klingt laut, die der katholischen Kirche schwach, und sie wird künstlich geschwächt.

Die geschichtlichen Bedingungen erschweren die Lösung

Kann man sich vorstellen, daß Jugoslawien allmählich zu einem Zustand gelangt, wie er im Westen besteht, vor allem in Frankreich, wo in einem religiös neutralen Staat eine offene weltanschauliche Auseinandersetzung vor sich geht, deren Teilnehmer sich nichtsdestoweniger in bürgerlicher und politischer Zusammenarbeit treffen? Das wird nach den Eindrücken dieses Beobachters sehr schwer halten, und es ist für jeden Jugoslawen ein ungewohnter, völlig neuer Gedanke. Denn die nationale und religiöse Struktur dieses Landes und auch seine Geschichte begünstigen tiefe oder gar totale Gegensätze innerhalb der Bevölkerung und ihrer Ansichten über politische und religiöse Probleme. Die religiöse Spaltung zwischen Katholiken und Orthodoxen fällt mit der nationalen zwischen Kroaten und Slowenen einerseits, Serben, Mazedoniern und Montenegrinern andererseits zusammen. Dadurch bekommt alles Religiöse zugleich eine nationale Färbung, und die Religion gerät so nah an die Politik, daß der katholische Begriff von der Religion als einer überpolitischen und von rein politischen Gegensätzen unberührten Größe auch von den jugoslawischen Katholiken nicht vollzogen werden kann.

Auch geschichtlich ist die Religion, die Kirche sowohl wie alles, was zu ihren Gegnern zählt, so eng mit den Schicksalen des Landes verbunden, auch von jeher verbunden gewesen, daß jedermanns Meinung über das Verhältnis von Kirche und Staat mit Affekten und Stimmungen geladen ist und zwischen Wünschen und Befürchtungen pendelt. Denn bis 1941 waren sowohl die Orthodoxie wie der römische Katholizismus in ihren Gebieten Staatsreligion, im mehr oder minder vollständigen Sinne. Und auch während des Krieges hatte die Kirche ihre „Versuchungen und Schwierigkeiten" im Verkehr mit dem damaligen Regime und den deutsch-italienischen Besatzungen. Wenn sie auch nicht Partei ergriff, repräsentierte sie doch weiter in der Öffentlichkeit gemäß alter Überlieferung und geriet dadurch bei allen Gegnern der damaligen Verhältnisse in ein Zwielicht. Als diese Gegner an die Macht kamen, rechneten sie zugleich mit der älteren wie mit der jüngeren Vergangenheit ab. Es fragt sich, ob diese Phase vorübergehen wird.

Man tastet nach einem Modus vivendi

Hardouin ist davon überzeugt, daß das Regime von heute eine neue Plattform für seine Beziehungen zur Kirche sucht. „Die Rücksicht auf die Meinung des Westens, die innerpolitische Erfahrung, die Absicht, zu einem liberaleren Regiment zu kommen, das allgemeine Bestreben auf einen neuen Humanismus hin tragen zu dieser Neigung bei." Augenblicklich tastet man herum.

Natürlich beobachtet man ein sehr unterschiedliches Verhalten zur Religion in Stadt und Land, in den einzelnen Kreisen der Politik und Gesellschaft, bei eingefleischten alten und jungen Aktivisten der Partei und beim breiten Publikum. Das kennzeichnet ja gerade diese Übergangszeit des Tastens. Am Badestrand der Adria tragen die Damen das Kreuz an der Halskette, selbst im Badeanzug. Auf den Dörfern gilt der Priester dagegen je nach der Begabung und Robustheit der Ortsgewaltigen vielfach als Inkarnation der politischen Reaktion, und so ist es wohl auch klar, daß man weniger zu fürchten hat, wenn man in den Dom von Zagreb geht, als wenn man in der Dorfkirche der Sonntagspflicht nachkommt. Aber, sagt Hardouin: „Die Entwicklung zur Normalisierung ist gewiß." Vor nicht langer Zeit konnten in Belgrad aus Anlaß einer Bischofsinthronisation kirchliche Feierlichkeiten abgehalten werden. Ein slowenischer Bischof erhielt schriftlich die Zusicherung staatlicher Nicht-Intervention bei kirchlichen Stellenbesetzungen, sehr anders als in den übrigen Ostblockstaaten.

Die Katholiken Jugoslawiens stehen nach den Informationen des französischen Reisenden in diesem Augenblick vor der Frage, ob sie weiter passiven Widerstand leisten oder aber sich politisch neu orientieren sollen. Hardouin hat mit Priestern gesprochen, die ihm sagten, die Dinge gingen jetzt wesentlich besser als zuvor. Ein Jugendführer dagegen brüstete sich, in dem von ihm geleiteten Erholungsheim gehe kaum mehr einer in die Kirche. Ein Ordensgeistlicher sagte, auf dem Lande sei es für den Priester unmöglich, eine positive Haltung zum Staat einzunehmen, weil dann die Gläubigen sofort das Vertrauen zu ihm verlieren würden. Andererseits hat sich die Vereinigung der Volksfront-Geistlichen längst nicht so exponiert wie in den anderen Ländern. Manche Katholiken „meinen, daß es notwendig ist, mit dem Regime zusammenzuarbeiten. . . . Sie betrachten die Revolution und die sozialistische Verfassung als Gegebenheiten", während andere auf dem Standpunkt beharren, daß dies Regime grundsätzlich unannehmbar und darum die unabhängige Haltung Gewissenspflicht sei.

Eine katholische Persönlichkeit, an die Hardouin die Frage richtete, welche Botschaft er den Glaubensbrüdern im Westen bringen solle, eine Persönlichkeit von abgewogenem Urteil, sagte ihm: „Die Dinge sind bei uns deswegen kompliziert, weil es viel Klerikalismus gab, Verbindungen zwischen geistlicher und politischer Macht und materielle Vorteile daraus. Heute stellen sich den jugoslawischen Katholiken schwierige Probleme. Sie lernen die Tugend der Armut, und Armut tut der Kirche gut. Augenblicklich entwickeln sich die Dinge für die religiöse Freiheit günstig, und die beste Weise, die Entwicklung zu beschleunigen, ist es, freiwillig an dem mitzuarbeiten, was sich vollzieht." Die Gegenwart der Katholiken in der Volksfront sei der Emigration und der Tatenlosigkeit vorzuziehen. Ziel dieser Mitarbeit müsse es sein, einem „Pluralismus" den Weg zu ebnen, d. h. der Trennung von philosophischen Anschauungen und bürgerlicher Zusammenarbeit. Für einen politischen Pluralismus im Sinne der westlichen Demokratie, also für die Zulassung nicht-kommunistischer Parteien, sei Jugoslawien gegenwärtig noch nicht reif, weil diese notwendig alle reaktionären Kräfte ansaugen würden. Aber der „moralische Pluralismus" könne und müsse angestrebt werden. Die jugoslawischen Katholiken müßten deshalb ihre Brüder im Ausland bitten, ihre Probleme nicht durch eine gut gemeinte, aber unzeitgemäße Beeinflussung der Stimmung zu vervielfältigen. Sie sollten sich zurückhalten. Es wäre denkbar, daß sie eines Tages vor ähnliche Probleme gestellt werden könnten. Und vielleicht würden die jugoslawischen Katholiken zu Lösungen gelangen, von denen dann auch andere Länder Nutzen ziehen könnten.

Der französische Beobachter zeigt also gegenüber der Lage in Jugoslawien ein vertrauensvolleres Gesicht, als es ein deutscher oder österreichischer wahrscheinlich täte. Er hätte das nicht deutlicher machen können als dadurch, daß er die eben genannte Stimme so ausführlich am Schluß seines Berichtes zu Wort kommen ließ. Die weitere Entwicklung wird zeigen, inwieweit er dazu berechtigt war. Wenn wir durch Zurückhaltung eine Entwicklung ermutigen können, wie der Gewährsmann unseres Berichterstatters sie sich vorstellt, und wenn es dazu beiträgt, daß wir auch an sich unbedeutende und ungenügende Zeichen eines Entgegenkommens der jugoslawischen Regierung zur Kenntnis nehmen, werden wir damit etwas Gutes tun. Auch eine sozialistische oder marxistische Gesellschaftsordnung und ihre Entwicklung ist, wie an anderer Stelle dieses Heftes gesagt wird, kein absolut determinierter Prozeß, gegen den wir ohnmächtig wären. Unsere Reaktion auf seine Ausartungen darf deshalb nicht reaktionär sein.

Die katholische Kirche und der skandinavische Protestantismus

Über dieses Thema hat der norwegische Dominikaner Pater F. D. Thorn in „Irénikon" (I, 1951) Ausführungen geschichtlicher wie theologischer Art gemacht, die im gegenwärtigen Stadium des interkonfessionellen Gesprächs ein allgemeineres Interesse verdienen, zumal da sie vielleicht für manches andere Land und manche anderen protestantischen Kirchengemeinschaften gelten. P. Thorn geht von der Feststellung aus, die P. Pribilla SJ 1933 nach einer Vortragsreise durch Schweden machte: „Die historischen, psychologischen und theologischen Voraussetzungen für eine Konversionsbewegung fehlen", und er schließt sich dieser Ansicht vollauf an, mit der Absicht freilich, zu prüfen, warum es so ist und was geschehen könne, um diese Lage zu ändern, besonders in Norwegen. Obwohl sich nun hier seit 100 Jahren wieder ein katholisches Leben entfaltet, obwohl eine Sigrid Undset als Konvertitin ihr bedeutendes literarisches Werk beigesteuert hat, begegnet der Katholizismus auf seiten der lutherischen Staatskirche völligem Unverständnis, auch wenn die katholische Lehre noch so vollkommen dargelegt wird. Denn sie erscheint in jedem Falle den Protestanten als ein Widerspruch zum wirklichen Leben und zu ihrer Geschichte. Die 1537 gegründete norwegische Staatskirche betrachtet sich als legitimen Erben der römisch-katholischen Kirche, als dieselbe Kirche Christi, die seit König Olafs Zeit bestanden hat. Sie hat in den letzten 400 Jahren ein so reiches christliches Leben hervorgebracht und in andere Länder, z. B. nach Amerika, verpflanzt, daß sie sich durchaus nicht als abgehauenen Ast oder als isolierten Raum betrachten kann.

Wenn demgegenüber der katholische Standpunkt dahin formuliert wird, die norwegische Kirche sei eine Sekte, ein abgehauener Ast — was vom Gedanken des „Mystischen Leibes Christi" her eine notwendige Folge ist — so muß das schwerwiegende Folgen für die protestantisch-katholischen Beziehungen haben. Es bedeutet, daß wir uns weigern, eine sichtbare Gegenwart der Kirche Christi in Norwegen seit 1537 zuzugeben und, wie es in dem offiziellen Gebetbuch des Apostolischen Vikariats von Oslo heißt, daß wir behaupten, durch die Reformation sei das norwegische Volk der Sakramente und aller Gnaden beraubt worden, die es mit Christus vereinen. Demgegenüber sind folgende Tatsachen nicht zu leugnen: die Taufe ist gewiß ein gültiges Sakrament in der norwegischen Kirche, und die Predigt von Christus erweckt den Glauben in den Herzen. Mit diesen und anderen Gaben hat die norwegische Christenheit seit 1537 gelebt. Wir müssen verstehen, daß unsere lutherischen Brüder in Norwegen sich weigern, die Jahrhunderte ihres religiösen Lebens der römischen Doktrin zuliebe als bloße Täuschung anzusehen. „Solange wir über diesen Punkt keine befriedigende Antwort gegeben haben, dürfen wir nicht hoffen, verstanden zu werden."

Die katholische Verantwortung

Allerdings muß man im Auge behalten, daß die Bedeutung der norwegischen Staatskirche sich seit fast einem Jahrhundert durch die Vorherrschaft des Liberalismus im öffentlichen Leben wesentlich gewandelt hat. Der Staat betrachtet es nicht mehr als seine eigene Aufgabe, die Kirche zu leiten und das Evangelium zu verbreiten. Er benutzt gleichzeitig die Pfarrer als staatliche Verwaltungsorgane, z. B. als Standesbeamte. Eine Auflösung dieses leidvollen Verhältnisses würde die christliche Unterweisung an den Schulen in Frage stellen. Die katholische Aktivität in Norwegen sieht sich daher heute vor der Verantwortung, ob und wie sie einen positiven Beitrag zur Erhaltung der christlichen Substanz in Norwegen leisten kann. Darf daher unsere Aktion für die katholische Kirche in den nordischen Ländern sich mit einer Aktion gegen die lutherischen Staatskirchen verbinden? Soll der Katholizismus dort in einer Front mit dem materialistischen Humanismus gegen das protestantische Christentum wirken? Dürfen wir es dahin kommen lassen, daß viele Protestanten uns als Feinde ansehen? P. Thorn gibt interessante Einblicke in die öffentliche Debatte zwischen dem „Katolsk Ugeblad", einer katholischen Wochenzeitung, und protestantischen Organen zu dieser Frage und begrüßt es, daß die Haltung der katholischen Zeitung ökumenische Verantwortung zeige, wenn sie ausdrücklich ein Interesse an der Bewahrung des Glaubens an die Gottheit Christi bekundet, der unerläßlichen Basis einer möglichen Wiedervereinigung. Erst wenn dieser Glaube in Skandinavien erlösche, schreibt das Blatt, müsse die katholische Mission beginnen. Dieser Haltung, meint P. Thorn, widerspreche leider die Tatsache, daß das Apostolische Vikariat für Norwegen der „Propaganda", d. h. der römischen Kongregation für die Missionen, unterstehe, was für viele Protestanten ein schweres Ärgernis bedeutet. Wir müßten laut und deutlich verkünden, daß wir als aufrichtige Freunde aller wahren Christen handeln, und den Verdacht von uns weisen, wir wollten Proselyten machen oder Mitkämpfer eines katholischen Unternehmens werben, wogegen schon J. Maritain eine ernste Warnung ausgesprochen habe. Könnte das geschehen, so wäre einiges getan, um die psychologischen Schwierigkeiten zu lösen.

Die theologische Aufgabe

Es müßten indessen auch die erforderlichen theologischen Vorbedingungen geschaffen werden, die eine Rückkehr der nordischen Völker zur katholischen Einheit ermöglichen. Da gelte es vor allem, die Formel „außerhalb der Kirche kein Heil" richtig zu interpretieren und zu prüfen, wieweit die protestantischen Christen in Skandinavien wirkliche Häretiker seien, wobei die Unterscheidung von materiellem und formellem Häretiker eine Hilfe sein könnte. P. Thorn selber hält sich nicht für befugt, eine fertige und gültige Antwort zu geben. Es gäbe zweifellos, auch nach der Bibel, nur Eine Kirche. Wir müssen anerkennen, daß die getauften und ernsthaft gläubigen Christen in jedem Falle geistlich dieser Kirche angehören. „Wir können nicht zugeben, daß alle Christen nicht eins sind." Die unvollkommene Zugehörigkeit der Protestanten zur Kirche bezeichnen die Theologen mit dem Ausdruck „voto". Da die Einheit existiert, können wir nicht für ihre Verwirklichung mit der Voraussetzung arbeiten, sie sei verloren. Daß ein Teil der Kinder der Kirche außerhalb ihrer sichtbaren Gemeinschaft im Exil lebt, macht die Kirche nicht weniger eins. „Wir können keinen anderen Ökumenismus anerkennen als jenen, der die bereits bestehende Einheit wieder entdecken will." Dieser schwerwiegende Satz ist sicher nicht genferisch gemeint. P. Thorn denkt daran, man solle den getrennten Christen klarmachen, daß sie schon zur römisch-katholischen Kirche gehören, die im eigentlichen Sinne ihre Mutter ist. Insofern liegen seine Ausführungen annähernd auf der Linie, die im vorigen Jahre in einem Aufsatz von P. Gribomont im „Irénikon" gezogen wurde (vgl. Herder-Korrenspondenz 4. Jhg., S. 366 ff.). Er will aber nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß eine Situation, die vor 400 Jahren als politisch-religiöse Entscheidung gegen die Einheit mit Rom im Bunde mit weltlichen Mächten geschah, ganz ohne die ausdrückliche Revision dieser Entscheidung überwunden werden könne. Andrerseits beweise die Geschichte, daß Gott sich in den skandinavischen Völkern, die durch die Reformation der ordentlichen Heilsmittel beraubt wurden, dieser lutherischen Staatskirchen als außerordentlicher Werkzeuge zum Heil der Seelen bedient habe, nicht weil sie lutherisch waren, sondern trotz dieser Eigenschaft. Sie haben ihre Kräfte aus den christlichen Werten geschöpft, die sie von der Mutterkirche empfangen hatten, und insofern könnte man sagen, daß die Katholische Kirche in Skandinavien nie aufgehört hat wirksam zu bleiben. Im übrigen verweist P. Thorn die weitere Prüfung der Probleme an die Theologen. Sein weitschauendes pastorales Verantwortungsbewußtsein macht in der Tat eine gewissenhafte Lösung mancher verbleibender dogmatischer Schwierigkeiten, die in der lutherischen Lehre liegen, nicht überflüssig.

„Dialektische Solidarität"?

Sodann ist ernsthaft zu bedenken, daß auch die norwegische Staatskirche ein Mitglied des „Weltrates der Kirchen" geworden ist, womit ein ganz neues und sehr viel umfassenderes Problem aufgegeben wird, das nicht mehr im skandinavischen Raum allein einer Lösung entgegengeführt werden kann, sowenig wie das Gespräch in Deutschland außerhalb dieses Rahmens zu Resultaten gelangen dürfte. Dieser Situation trägt auch „Irénikon" Rechnung: in der gleichen Nummer setzt Pater D. C. Lialine seine kritische Aufsatzfolge über die Dokumentationen des „Weltrates der Kirchen" fort, die er im vergangenen Jahre begonnen hatte, und zwar mit einer Durchleuchtung des ekklesiologischen Dokumentes von Toronto. Bei allen Mängeln, die diesem Dokument anhaften, kommt Lialine schließlich zu einem relativ wohlwollenden Urteil. In Toronto sei der Ökumenische Rat zwar nicht als eine „Una Sancta im Werden", sondern als eine „dialektische Solidarität" definiert worden, ein ganz neues und wertvolles Phänomen in der christlichen Welt, vergleichbar der von den Orthodoxen so geschätzten „Soborovanie".

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Der neue deutsche Einheitskatechismus

Zwei Bücher haben für die Erziehung des christlichen Volkes mehr Bedeutung und Gewicht als alle gelehrten Werke der Theologie: die Biblische Geschichte und der Katechismus.

Die Biblische Geschichte, die für den biblischen Unterricht geschaffen wurde, nachdem er in der Aufklärungszeit zu einem besonderen Unterrichtsfach erhoben worden war, hat nach der Theorie der Gegenwart den Heilsplan Gottes klar zur Darstellung zu bringen. Wie umfassend bei dieser Zielsetzung die Stoffauswahl werden muß (ob so umfassend, daß die Biblische Geschichte eine Schulbibel, also eine Miniatur der Bibel wird), wie der „goldene Mittelweg" (so wörtlich wie möglich der Bibel entnommen, so kindertümlich wie nötig) verwirklicht werden kann, ferner die Fragen der Bebilderung und der buchtechnischen Ausgestaltung bleiben offene Fragen, die aber lange nicht an die Katechismusproblematik heranreichen.

Der Katechismus, als Schülerbuch keine Wesenseinrichtung der Kirche, sondern in der Zeit der Reformation geboren, ist eine Summula des christlichen Glaubens und Lebens. Er soll die wichtigsten Dinge darstellen, die zum katholischen Glauben und Leben gehören. Er ist ein Lehr-, Lern- und Wiederholungsbuch für die Kinder. So hat der Katechismus Anteil an der Problematik jeder echten Seelsorge, die nur dann ihre pastorale Aufgabe erfüllen kann, wenn sie mit dem Blick auf das unwandelbare Heilsgut des Gottesreiches die religionspädagogischen Erfahrungen der Jahrhunderte, den Fortschritt in der Lehrmethode, die Wandlungen der Schule und die Situation der Zeit beachtet, alles edle Wachsen und Blühen der jeweiligen Zeit in Dienst nimmt und den großen Gefahren der Zeit begegnet. Wir verstehen darum von selbst, daß es ein immerwährendes Katechismusproblem gibt und daß die vierhundertjährige Geschichte dieses Buches nicht zu einer abschließenden, endgültigen Lösung geführt hat noch auch führen kann.

In unseren Tagen gibt man sich sehr große Mühe, den besten Katechismus für unsere Zeit zu verfassen. Der Auftrag zum Entwurf eines solchen wurde im Jahre 1937 dem Deutschen Katechetenverein vom Gesamtepiskopat Deutschlands anvertraut. Die seit nunmehr fünfzehn Jahren aufgewandte Mühe und Arbeit für dieses Werk sind bewundernswert. Oft und allgemein wurde dafür zum Gebet aufgefordert. Rundbriefe und Probetexte wurden versandt. Männer der Theorie und Praxis wurden um ihr Urteil gebeten. In vielen Gegenden Deutschlands wurden Kurse abgehalten. Auch die Fühlungnahme mit den katechetischen Bestrebungen in der Weltkirche wurde nicht versäumt.

Eine ganz ansehnliche Literatur gibt über diese Arbeiten, Beratungen und Korrekturen Auskunft. (Das Wichtigste: Katechetische Blätter; Götzel, Auf dem Wege zum neuen deutschen Katechismus. Freiburg 1944; Delcuve, Où en est l'enseignement religieux? Paris 1937; die Zeitschrift „Lumen Vitae", Löwen, besonders Bd. V, Nr. 4, Okt.-Dez. 1950, Sondernummer: „Une enquête internationale sur Le Manuel de Catéchisme"; ferner F. M. Willam, Katechetische Erneuerung, Innsbruck 1946; und: Der Lehrstückkatechismus als ein Träger der katechetischen Erneuerung, Freiburg 1949; J. A. Jungmann, Die Frohbotschaft und unsere Glaubensverkündigung, Regensburg 1936; und: Christus als Mittelpunkt religiöser Erziehung. Freiburg 1933; J. Hofinger, Geschichte des Katechismus von Canisius bis zur Gegenwart. Innsbruck-Leipzig 1937; Fr. Weber, Geschichte des Katechismus in der Diözese Rottenburg. Freiburg 1939; K. Raab, Das Katechismusproblem in der katholischen Kirche, Freiburg 1934; F. X. Arnold, Dienst am Glauben, Freiburg 1948; derselbe: Grundsätzliches und Geschichtliches zur Theologie der Seelsorge, Freiburg 1949).

Der neue Katechismus, der dieses Jahr vollendet werden soll, ist nun soweit gediehen, daß wir uns ein Gesamturteil erlauben können.

Der Gesamtaufbau des Katechismus

Das Kind wächst unter günstigen Verhältnissen zunächst durch die Familie und dann durch Teilnahme am religiösen Leben der Pfarrgemeinde hinein in die Welt des Glaubens. Es empfängt das Ganze unseres Glaubens mehr milieumäßig. In der Grundschule ist heute weithin das Biblische Religionsbüchlein der Leitfaden für die religiöse Formung und Erziehung des Kindes. In der fünften oder vierten Klasse beginnt dort, wo in der Unterstufe das Biblische Religionsbüchlein gebraucht wird, der gesonderte Unterricht in der Biblischen Geschichte. Sie ist das Buch, welches die Heilsgeschichte in geschichtlich-genetischer Weise, in heilspragmatischer Form darstellt.

Als Ergänzung hierzu verlangte die maßgebende und führende katechetische Richtung bisher den systematisch, nicht heilsgeschichtlich aufgebauten Katechismus, in dem vor allem das reifere Kind in der Form des inneren Zusammenhangs, des klaren Aufbaues, der Über- und Zusammenschau unseren Glauben wie einen geschlossenen, fest in sich ruhenden Dom begreifen soll. Aus dieser Sicht entstand die weitverbreitete Einteilung in Glaubens-, Sitten- und Gnadenmittellehre. Diese und ähnliche Einteilungen sind zum Stein des Anstoßes geworden. Sie gelten als Abbild der wissenschaftlichen Theologie und als unberechtigter Einbruch der Theologie in die Verkündigung. Ihre Verwirklichung in den Katechismen von Jos. Deharbe, Jak. Linden und Th. Mönnichs übertrieb zudem das apologetische Moment. Heute kommt die Forderung der Aufklärung nach historischer Darbietung der Glaubenslehre und das Bestreben Hirschers, die bisher nie zum Allgemeingut der Katechetik werden konnten, erneut zur Geltung.

Die Väter des neuen Katechismus fordern und verwirklichen den heilsgeschichtlichen Gesamtaufbau.

Der neue Katechismus beginnt mit einer allgemeinen Einleitung über das Geschenk des Glaubens und unser ewiges Ziel.

Die Lehre über Gott geht aus von den Werken Gottes und gibt die Offenbarungen Christi über den Vater wieder. Dann folgt die Lehre über die Schöpfung und die Lehre über die Erbsünde.

Die Christologie entspricht den drei Abschnitten im Leben Christi: Das öffentliche Leben und Lehren; Das Leiden und das Erlösungswerk; Die Auferstehung und die Verherrlichung.

Die öffentliche Tätigkeit Jesu nimmt einen wichtigeren

Platz ein als früher. Die Person Jesu und sein Werk, seine Aufgabe als Meister und Beispiel, als Herold und Gründer des Reiches Gottes und seine menschlichen Eigenschaften, das alles tritt deutlicher hervor. In allen Artikeln wird besonderes Gewicht gelegt auf den Heilswert der behandelten Wahrheiten und auf ihre Bedeutung für unser Leben.

Christologie im Mittelpunkt

Die Christologie ist der Mittelpunkt des Katechismus. Sie enthält im Keim die Lehren von der Kirche, das Leben des Christen in der Gnade, die Tätigkeit Christi in den Sakramenten und die Eschatologie. Alle anderen Hauptthemen sind im wesentlichen eine Entfaltung der Christologie.

Nachdem diese Grundlage geschaffen ist, kann man das tiefste Geheimnis unseres Glaubens lehren, das Geheimnis von der Heiligen Dreifaltigkeit. Diese Reihenfolge der Darlegung entspricht der göttlichen Offenbarung. Der Sohn und der Vater haben sich kundgetan im irdischen Leben Jesu, der Heilige Geist wurde uns besonders an Pfingsten geoffenbart. Die Gesamtheit von Worten, Taten und Ereignissen ist die Grundlage für die Dreifaltigkeitslehre, die Gott selbst uns gegeben hat.

Wie die Christologie wird die Lehre von der Kirche im geschichtlichen Rahmen der Erlösung dargestellt. Die Kirche erscheint im öffentlichen Leben des Erlösers als die Gemeinschaft der Jünger Jesu, als das neue Volk Gottes, das von Jesus und dann von den Aposteln geleitet wird, mit Petrus als oberstem Hirten. Die Todesstunde Christi am Kreuze ist die Geburtsstunde der Kirche. Am Pfingsten wird sie vom Heiligen Geist belebt und vor der Welt bestätigt. So erscheint die Kirche im neuen Katechismus zunächst als die Gabe von oben, als die einmalige übernatürliche Wirklichkeit, die sie ist, als der mystische Leib des Herrn. Erst in der Folge handelt es sich um ihre Organisation und ihre Ämter im einzelnen.

Dann wendet sich die Aufmerksamkeit dem einzelnen Christen zu, der in der Kirche lebt und von ihr das Heil empfängt. Für das Verständnis des christlichen Lebens ist die Entwicklung des christlichen Handelns aus seiner neuen Geburt, aus seinem neuen Sein wesentlich. Deshalb verbindet der neue Katechismus die wichtigsten Sakramente (Taufe, Firmung und Eucharistie) mit den christlichen Grundtugenden. So entsteht folgende Anordnung: 1. Bekehrung, Taufe und Gnade. 2. Die Haupttugenden: Glaube, Hoffnung, Liebe, Nächstenliebe, Erfüllung des Willens Gottes; Sünde, Buße, Demut, Vollkommenheit. In dieser Anordnung kommt der Vorrang der theologischen Tugenden und der christlichen Grundhaltung sowie ihr Zusammenhang mit der Taufe deutlich zum Ausdruck. Man kann die christlichen Grundtugenden nicht in die Gebote Gottes einreihen, ohne ihre Bedeutung abzuschwächen. Darauf folgt die Firmung und die Eucharistie.

Nun wendet sich die Darstellung den Pflichten des Christen in der Welt zu. Der durch den Glauben und die Taufe neugeborene Mensch hat sich in den Ordnungen der Welt zu bewähren. Er findet dort: die Familie, das Eigentum, die sozialen Organisationen usw. Hier behandelt der Katechismus die zehn Gebote, ohne mehr in sie hineinzulegen, als sie enthalten.

An die Behandlung der zehn Gebote schließen sich organisch die Lehrstücke über das Bußsakrament an. Darauf folgen die Lehrstücke über die Krankensalbung, die Priesterweihe und die Ehe, jene Sakramente, die für besondere Situationen und Stände eingesetzt sind; auch dem Ordensstand ist ein Lehrstück gewidmet.

Den Abschluß bildet, entsprechend dem göttlichen Plan die Vollendung der Schöpfung: die Vollendung und Verherrlichung von Seele und Leib, von Individuen und Gesellschaft, von Menschheit und Weltall in dem Reich, in dem Gott ewig herrscht.

Das Glaubensbekenntnis gibt für diesen Aufbau den allgemeinen Rahmen. Die übrigen katechetischen Formeln (sieben Sakramente, zehn Gebote, die theologischen Tugenden usw.) sind in den Gesamtrahmen eingefügt und werden an ihrem organischen Ort behandelt, zum Memorieren vorgelegt.

Gründe für den heilsgeschichtlichen Aufbau

Mancherlei Gründe sprechen für den heilsgeschichtlichen Aufbau des Katechismus.

Ein Katechismus darf nicht zu sehr der Zeit verhaftet sein, weil er sonst in unserer kurzlebigen Zeit zu schnell veraltet. Aber der Katechismus muß den großen Zeitirrtümern begegnen und die großen positiven Strömungen der Zeit berücksichtigen.

1. Die große Häresie unserer Tage ist der Atheismus, der Deismus und Pantheismus. Darum ist es notwendig, daß auch im Katechismus das Bild vom lebendigen Gott, vom handelnden Gott, der in die Geschichte eingreift, der das alte Bundesvolk geführt hat, der in Christus sich geoffenbart hat, eindringlich herausgestellt wird. Das geschieht am besten, wenn die großen Heilstaten der Erlösung konkret, biblisch-historisch dargestellt werden. Unser Glaube soll nicht nur als eine Summe von Glaubenssätzen und Pflichten in Erscheinung treten, sondern als ein organisches Ganzes in seinem geschichtlichen Werden und seiner Entfaltung, so daß er einen großen Totaleindruck hinterläßt.

2. Der neue Katechismus soll nicht nur Wissen, sondern Leben vermitteln. Ehedem erhielt das Kind seine religiöse Erziehung hauptsächlich in der Familie, der Pfarrgemeinde und bürgerlichen Gemeinde. Der Religionsunterricht hatte nur noch manches begrifflich zu klären und das Typisch-Katholische herauszustellen. Heute muß der Unterricht weitgehend religiöses Leben wecken. Die Kinder kommen religiös arm zur Schule. Darum müssen die großen Mysterien des Glaubens eingehender zur Darstellung kommen, was in einem heilsgeschichtlichen Gesamtaufbau eher verwirklicht werden kann.

3. Auch die moderne Lebenspsychologie weist auf diesen Weg. „Die Lehrstücke müssen in ihrer inneren Bewegung auch untereinander zu einer Einheit solcher Art verbunden werden, wie sie dem Leben und nicht wie sie der Wissenschaft eigen ist. Es läßt sich nämlich wohl eine ganz erkleckliche Anzahl von Einzelheiten des Unterrichtes, schön übersichtlich geordnet, nebeneinander im Gedächtnis behalten; ganz und gar unmöglich ist es jedoch, sein Leben zu gleicher Zeit nach vielen Ideen zu gestalten. Der Mensch lebt aus einer oder nur ganz wenigen Ideen, er hat nur ein Ideal oder keines, er hat nur eine Liebe oder keine. Das Leben widersetzt sich jeglicher Aufspaltung, oder es hört von dem Augenblick an, wo es zergliedert wird, eben auf, fruchtbar zu sein. Aus diesem Grunde trachtet man heute darnach, Dogma und Moral, Aszese und Liturgie wieder in eine Einheit

zusammenzuführen, und in die Mitte des gesamten Glaubensgutes wird Christus gestellt. Nach dem Ausspruch eines französischen Geistesmannes gibt es im Herzen Gottes nichts als Jesus Christus oder Dinge, die von Jesus Christus kommen, und Dinge, die zu Jesus Christus hinführen.
So trägt auch der moderne Katholik nur Christus selber und Dinge, die zu ihm in Beziehung stehen, in seinem Herzen" (Delcuve).
4. „Die religiöse Unterweisung in der geoffenbarten Religion ist um so vollkommener zu nennen, je mehr sie sich dem Vorgange der Offenbarung anschließt, vom Vorgange der Offenbarung aus das menschliche Leben beleuchtet und von dorther dem Leben Wege zeigt und Kräfte zuweist, durch die es sein Ziel erreicht. Jener Katechismus, der in der Anordnung der Hauptstücke und in der inneren Zuordnung der einzelnen Fragengruppen dem Geiste und Vorgang der Offenbarung am besten entspricht, wäre also auch der vollkommenste. Von diesem idealen Katechismus aus wäre es dann, wenn man ihn mit einem Hause vergleicht, nicht mehr schwer, in die heiligen Räume der Offenbarung Gottes zu gelangen und von dort aus in die einzelnen Räume des Lebens zurückzukehren" (Willam).
Die Verkündigung soll sich mehr an das vor aller Theologie liegende Evangelium halten. In der Sprache Hirschers heißt das: die Kinder in die Erziehungsschule Gottes schicken.
5. Die religiöse Verkündigung soll grundsätzlich die Religion nicht so sehr als Lehre, sondern als Ereignis, als Tatsache darstellen. So wird sie auch vom einfachen Volk verstanden, das konkret denkt und in der Regel nur bis zu klaren Allgemeinvorstellungen emporsteigt. Auch die gebildete Welt erlebt durch die moderne Philosophie die Wendung zum Konkreten.
6. Der Egoismus des Kindes wird am besten abgebaut, wenn die große religiöse Menschheitsgeschichte das Hauptthema bildet. Unter den bestehenden Katechismen führt der neue deutsche Katechismus am weitgehendsten diesen heilsgeschichtlichen Aufbau durch. Eine große Aufgabe wird es werden, einen Lehrplan zu schaffen, der in ausgewogener Konzentration jeder Klasse das Ganze des Glaubens bieten kann.

Der innere Geist des neuen Katechismus

Der Text des neuen Katechismus ist — ein großer Vorzug — gebetsnahe. Manche Antworten lassen sich ohne jede Veränderung als Gebete verwenden. Die allgemeine Eschatologie bekommt ein größeres Gewicht gegenüber den persönlichen Enddingen. Die christliche Soziallehre — Bedeutung der Gemeinschaft, Leben aus der und für die Gemeinschaft — werden besonders in der Lehre von der Kirche und der Stellung des Christen in der Welt spürbar.
Durchgängig ist der Versuch unternommen, die Wahrheiten als Werte, also in ihrer Bedeutung und Schönheit konzentriert um Christus als Mittelpunkt, darzustellen. In jedem Lehrstück wird das Kind zum Mittun, zum Weiterarbeiten gedrängt.
Der Ausgleich zwischen Gotteswort und Menschenwort ist gut gelungen. Das Gotteswort hat die Führung, bestimmt in der Regel den Anfang der Lehrstücke, das Menschenwort, die Sprache des Lehramtes und der Theologie, deutet und bestimmt das Gotteswort für unsere Zeit und unser Leben. Es gibt ihm eine straffe, knappe Formulierung.

Der Aufbau der einzelnen Lehrstücke

Das Auffallendste am neuen Katechismus ist die Lehrstück-Form. Er besteht nicht nur aus Fragen und Antworten und eingestreuten Erklärungen, sondern bietet das Glaubensgut dem Kinde in zusammenhängender Darstellung und zusammenfassenden Merksätzen dar.
Jedem Lehrstück ist ein Bild vorangestellt. Dann folgt eine Erzählung, meist der Bibel entnommen, seltener der Liturgie und dem Leben der Heiligen. Sie bildet den Ausgangspunkt für die Darstellung der Lehre (Lehrtext). Den Abschluß dieses Teiles bilden Rückblickfragen (Fragen ohne Antworten), an Hand deren sich das Kind Rechenschaft geben kann, ob es das Vorhergehende verstanden hat. Dieser erste Teil des Lehrstückes, nimmt im allgemeinen den weitaus größten Raum ein.
Dann folgt der Merktext in der herkömmlichen Form von Frage und Antwort. Oft ist es nur eine einzige Frage. Den Abschluß bildet der Beitext, der wieder recht ausführlich gehalten ist, und die Anwendung für das Leben, Hinweise auf Liturgie, Antworten auf Einwände, Reimgebete und Psalmen enthält. Aus solchen Lehrstücken, die eine thematische, keine Stundeneinheit bilden, ist der neue Katechismus zusammengesetzt.

Warum diese Neuerungen?

Wie begründet man nun diese bedeutsame Abweichung von den bisherigen Katechismen?
Es werden Gründe angeführt von seiten des Kindes, von seiten der deutschen Schulverhältnisse und von seiten des Katecheten.

Von seiten des Kindes:

Die Kinder kommen oft aus unreligiösen Familien und leben in einer laisierten Welt. Sie bringen wenig religiöses Wissen und vor allem wenig religiöse Erlebnisse mit in die Schule. Darum muß der Katechismus heute mehr als früher den Glauben in seiner Schönheit, Heiligkeit und Werthaftigkeit aufzeigen. Er muß so interressant gestaltet werden, daß er zum Selbststudium anregt, daß das Kind gern darin liest. Er darf nicht zurückstehen hinter den weltlichen Schulbüchern. Darum muß er reicher bebildert sein, und er muß Lehrstücke enthalten, denn ein Buch aus lauter Fragen wirkt trocken und nüchtern.
Fr. M. Willam macht noch geltend, daß der Lehrstückkatechismus sich organischer an das Religionsbüchlein der Grundschule anpaßt, in dem immer aus einer biblischen Geschichte die religiöse Lehre erarbeitet wird.
Ebenso kommt nach Willam die Darstellung des Glaubens als Offenbarung, als Lehr- und Lernwissen und als Lebenselement viel besser den verschiedenen Typen von Religionslehrern und Kindern entgegen. Der Lehrtext spricht mehr das menschliche Gesamtbewußtsein an, der Merktext mehr den Verstand, der Beitext mehr den Willen und das Gemüt des Menschen. Der besonderen Neigung des Katecheten und der Kinder ist die Möglichkeit der Auswahl gegeben.

Von seiten der Schulverhältnisse:

Man fordert für ganz Deutschland einen Einheitskatechismus. Die Schulverhältnisse sind allerdings in Deutschland sehr verschieden. In der Bundesrepublik ist Religion

ordentliches Lehrfach. Die Ostzone hat die laisierte Schule. Dort kann der Katechet oft nur einmal in der Woche oder gar nur alle vierzehn Tage die Kinder zu Glaubensstunden zusammenrufen. Dieser Verschiedenheit soll nicht durch verschiedene Katechismen Rechnung getragen werden, sondern dadurch, daß der Katechismus so elastisch gestaltet wird, daß er in diesen verschiedenen Schulverhältnissen angewandt werden kann. Und das leistet nur der Lehrstückkatechismus. Wem nur wenig Zeit zur Verfügung steht, der kann sich darauf beschränken, die Merksätze zu behandeln und den Lehrtext und Beitext der Familie oder der privaten Arbeit der Kinder überlassen. Wem viel Zeit zur Verfügung steht, der kann ausführlich den Lehrtext durchnehmen und über den Beitext schriftliche Arbeiten verfassen lassen.

Von seiten des Katecheten:

In ganz Deutschland fehlen geschulte Katecheten. Hilfskräfte müssen eingesetzt werden, die oft nur eine kurzfristige Ausbildung erhalten können. In der Ostzone fehlen mancherorts auch diese Hilfskräfte, so daß man den Eltern die religiöse Unterweisung ihrer Kinder überlassen muß. Dazu kommt, daß die Aufgabe und Dringlichkeit der elterlichen Unterweisung und Mitarbeit ganz allgemein heute wieder mehr als bisher erkannt wird. Darum muß der Katechismus ein Buch sein, das sich leicht erklären läßt, das nicht nur die Fragen enthält, sondern dem Katecheten für die Schularbeit und Hausarbeit des Kindes wertvolle Hilfen bietet.

Bedenken

Ein Lehrstückkatechismus in der geschilderten Form begegnet nun freilich auch Bedenken: Wird er nicht zu umfangreich und deswegen zu teuer werden? Wird er übersichtlich genug sein, daß auch das weniger begabte Kind ihn leicht lernen kann?

Das größte Bedenken, zu dem in einer der nächsten Nummern der „Katechetischen Blätter" Dr. Tilmann Stellung nehmen wird, betrifft den Katecheten. Es wird heute von Lehrerkreisen für die weltlichen Schulbücher die Forderung aufgestellt, daß sie es dem Lehrer nicht zu leicht machen, daß er sich vorbereiten muß, daß seine schöpferischen Kräfte wachgerufen werden. Ob nicht der neue Katechismus praktisch den Katecheten zu sehr zum Diener des Buches macht?

Dr. Tilmann stellt zunächst fest: Auch der Lehrstückkatechismus ist nur ein Hilfsmittel in der Hand des Katecheten. Das zeigt sich schon in der Vorbereitung der Unterrichtsstunde: „Da jedes Lehrstück eine Stoffeinheit, nicht aber eine Stundeneinheit darstellt, fragt sich der Katechet: Nehme ich es in zwei, in drei oder nur in einer Stunde durch? Welche Abschnitte aus Lehrtext, Merksätzen und Beitexten fasse ich in der ersten Stunde zusammen? Welche Teile des Lehrstückes lasse ich aus und lasse sie von den Kindern einklammern? Gibt es im Lehrstück Teile, die mir in der zweiten und dritten Katechese über dieses Lehrstück zur Anschauung dienen können? Solche sind häufig in den Beitexten zu finden, bei den Abschnitten: ‚Aus dem Leben der Heiligen', ‚Bibellesung', ‚Wort Gottes', ‚Aufgabe' u. a.

Weiterhin fragt er sich: Wie kann ich das Interesse gerade meiner Klasse wecken? Die Antwort wird sehr verschieden sein, je nachdem, ob es sich um eine Jungen- oder Mädchenklasse handelt, ob die Kinder aufgeschlossen oder stumpf, fromm oder liberal, selbsttätig oder passiv sind, je nachdem, ob es eine 5. oder 8. Klasse ist, je nachdem, was bereits früher durchgenommen ist usw. Dementsprechend wird die Katechese sehr verschieden beginnen und gestaltet werden. Bei Kleineren wird am Anfang oft die durch neuen Stoff oder lebendige Darstellung erweiterte Anschauungsgeschichte des Katechismuslehrstücks stehen, bei Größeren ein Ereignis des Tages, eine Lebensbeobachtung usw., durch die das Interesse geweckt wird. Manchmal sind es die Rückblickfragen, die den Größeren zeigen, daß sie noch nicht alles wissen.

Manchmal ist es die ‚Aufgabe', die als vorbereitendes Tun schon in der vorausgehenden Stunde aufgegeben wird. Jeder erfahrene Katechet hat auch aus seiner bisherigen Arbeit umfangreichen Stoff an Beispielen und Geschichten, Veranschaulichungen und Zeichnungen, die er selbstverständlich bei der Planung der Katechese weitgehend verwenden wird. Ebenso wird er überlegen, wie er die Betätigungsmöglichkeiten verwenden will. In der ganzen Planung ist es allerdings der Übersichtlichkeit wegen für die Kinder besser, wenn das katechetische Material an den Aufbau und die Reihenfolge der Lehrtextabschnitte des Katechismus angelehnt wird."

„Weltkatechismus"?

Man kann sich einen Katechismus denken, in dem das Bild den Mittelpunkt bildet, eine Art Biblia pauperum, und das Wort ganz in Erklärung des Bildes den Glauben verkündet. Die Katechetik kennt Katechismen aus lauter Fragen und Antworten und Katechismen mit zusammenhängendem Text. Die führenden Katechismen der letzten Zeit wählten eine Mischform: Fragen und Antworten mit zusammenhängendem Text im Kleindruck. Der Lehrstückkatechismus erinnert an die Capitula und Canones der Konzilien und wurde bereits von H. Stieglitz und Wilhelm Pichler verwirklicht. Der neue Katechismus berührt sich hinsichtlich der Lehrstückform mit den französischen und amerikanischen Katechismen und den Entwürfen anderer Länder; Willam spricht sogar schon von der Möglichkeit eines „Weltkatechismus" (vgl. Willam, Der Lehrstückkatechismus, Freiburg 1949).

Lehrstückkatechismen sind bereits im Gebrauch in Fankreich, in der französischen Schweiz, in Italien und Nordamerika, während Holland, Belgien und England die alte Form beibehielten. England legt weniger Wert auf das Buch, dagegen alles Gewicht auf die Ausbildung des Katecheten. Bemerkenswerterweise zeigt sich aber gerade in den letzten Wochen auch in England in der katholischen Presse eine Fülle von Äußerungen der Unbefriedigung über den englischen Katechismus. Lehrstückkatechismen sind bezeichnenderweise gerade dort eingeführt, wo die Schulverhältnisse, religiös gesehen, schwierig sind, was doch wohl einem Werturteil gleichkommt.

Die Katechismusverfasser der letzten hundert Jahre ernteten ausnahmslos wenig Dank. Der Kreis um den neuen Katechismus hat sich mehr als frühere Katechismusverfasser mit den Männern der Theorie und Praxis in Verbindung gesetzt. So ist anzunehmen, daß ihr Werk eine gute Aufnahme finden wird.

Über den Wortlaut des Katechismus, die buchtechnische Ausgestaltung und die Bebilderung kann das endgültige Urteil erst gesprochen werden, wenn der Katechismus vollendet ist.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Die Chance des Geistes unter der Herrschaft der Funktionäre

Eine Tagung des Züricher Akademikerverbandes am 20. Mai d. J. stellte sich die Frage nach der „Stellung und den Aufgaben des Akademikers von heute". Daß diese Frage auch in der Schweiz erörtert wird, zeigt, daß die Krisis dieses Standes nicht nur wirtschaftliche und soziale Ursachen hat. Es sind tiefere, es sind geistige Gründe, die das Selbstbewußtsein und das Pflichtbewußtsein des Akademikers bedrohen, soweit es überhaupt noch vorhanden ist. Ein Redner der Tagung berichtete von einer privaten Umfrage in einigen Ortsgruppen des deutschen katholischen Akademikerverbandes, bei der sich herausstellte, daß nur 16 % der Mitglieder außer der Zeitung noch irgendeine Zeitschrift, wenigstens eine Fachzeitschrift halten. Und die „Neuen Zürcher Nachrichten" (25. 5. 51) vermerkten als ein anderes Symptom der Resignation die Tatsache, daß die Züricher Tagung nicht gut besucht war, obwohl sie ein Thema hatte, das jeden Akademiker hätte bewegen müssen, der noch an eine Sendung seines Standes glaubt. Diese Mission müßte, wie auf der Tagung gesagt wurde, darin bestehen, „das öffentliche Leben, vor allem aber die Macht unter der Kritik des Geistes zu halten". Glaubt man nicht mehr, daß dies möglich sei? Hat der Geist in unserer Gesellschaft noch eine Chance?

Fatalismus gegenüber der Geschichte

Es war die Aufgabe eines Referates von Karlheinz Schmidthüs, den Wandlungsprozeß und das Zustandsbild unserer Gesellschaft daraufhin zu untersuchen. Der Redner nannte drei Gründe für den Fatalismus, der die Menschheit und vor allem die Intelligenzschicht befallen hat: An erster Stelle steht die Verzweiflung an der Geschichtsmächtigkeit menschlichen Handelns. Die Hoffnungen, mit denen unser Jahrhundert begann, sind gescheitert; sie sind durch die Dynamik eines anscheinend unabänderlichen anonymen Entwicklungsprozesses geradezu in ihr Gegenteil verkehrt worden. Daher nun eine Stimmung der Indifferenz und Indolenz, daher die Selbstaufgabe des heutigen Menschen und seine Flucht in die Masse. Man lebt nach einem Prinzip, das man als Christ eine Häresie nennen muß: man lebt, als wäre der gesellschaftliche Prozeß eine autonome Macht, eine absolute Größe. Hieraus erklärt sich die verführerische Macht des Marxismus, der diese Verzweiflung in eine Hoffnung umzudeuten weiß.

Ein zweiter Grund für den Fatalismus muß darin gesucht werden, daß der Mensch geistig mit dem atemraubenden Tempo der Veränderungen nicht Schritt halten kann, daß er das Gegenwärtige nicht mehr zu verarbeiten, geschweige denn zu formulieren vermag. Die Realitäten sind dem Denken davongelaufen. Man empfindet, daß wir in Begriffen und in Gegensatzpaaren denken, die nicht mehr stimmen. Wo gibt es z. B. noch die Wirklichkeit, die dem Begriffspaar ‚Bourgeoisie — Proletariat' entspräche? Was heißt heute ‚Arbeiterklasse'? Und wo ist andererseits der Ausdruck für die wirklichen Kräfte gesellschaftlicher Bewegung, für die Funktionäre, die Verwalter, die Verteiler? Wo hat die große Schicht der Rentenempfänger, des ‚dritten Sozialpartners', ihren Ort im sozialen Bild, das wir uns denkend gestalten? Wer sich also der Unzulänglichkeit dieses Bildes bewußt wird, mag die alten Worte nicht mehr aussprechen, und darum schweigt er.

Mit dieser Einsicht in die Unwirklichkeit unserer Begriffe kann auch der Glaube verloren gehen, daß der Gedanke und das Wort überhaupt einen Sinn habe. Sind nicht alle Axiome Schlagworte, Parolen? Hat es einen Sinn, überhaupt zu denken? Und so entsteht jenes innere Vakuum, jene geistige Leere, jene Atrophie des Denkens, jene seelische Primitivierung, der die Zeitung (sofern sie illustriert ist), das Radio, das Auto und das Weekend durchaus genügen.

Bringt die Akademikerschaft zur Überwindung dieses Fatalismus Voraussetzungen mit? Hat sie noch die wirtschaftliche, die soziale und vor allem die geistige Kraft und damit den Willen, die Mächte unter die Kontrolle des Geistes zu nehmen?

Funktionalisierung der Intelligenz

Man wird sich fragen müssen, ob es überhaupt noch eine Akademikerschaft gibt oder ob nicht auch dieser Begriff zu den Requisiten gehört, von denen die Rede war, ob nicht heute eher von einer Schicht der ‚Intelligenz' gesprochen werden müßte, die nicht mehr als Stand anzusprechen ist, weil ihre Vertreter quer durch alle Stände zu suchen sind, und deren Vertreter sich daran erkennen, daß sie persönlich am geistigen Leben teilnehmen, während es das Wesen des Akademikers ausmacht, kraft einer akademischen Ausbildung eine arteigene Funktion in der Gesellschaft auszuüben und eine dieser Funktion entsprechende Bedeutung zu haben.

In dieser Frage wird die Bilanz einer langen Geschichte sichtbar. Es ist die Geschichte des Abfalls vom Geiste, der Funktionalisierung der Intelligenz, d. h. ihrer mehr und mehr voranschreitenden Indienststellung durch die Mächte, mögen sie Staat, Kapital, Partei, Gewerkschaft, Industrie heißen oder sonst einen Apparat bezeichnen. Akademiker zu sein, das hieß einst, sein Leben aus der theoria, aus der geistigen Gesamtschau zu gestalten, der die Akademie dienen wollte. Es bedeutete soviel wie Verpflichtung gegenüber der Wahrheit und Unabhängigkeit von den zeitlichen Mächten oder vielmehr die Freiheit, das Gewissen dieser Mächte zu sein.

Wissenschaft unter der Herrschaft der Nützlichkeit

Was ist aus dieser Idee in der Geschichte des Abendlandes geworden? Sie beginnt mit den mittelalterlichen Universitäten, die in Unabhängigkeit von den sozialen Machtfaktoren, dafür aber der universalen Wahrheit verpflichtet, dem Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft den Weg weisen wollten. Durch sie wurde der Dienst am Geiste zum Beruf im hohen Sinne, die Gesamtheit seiner Diener zu einem Stand, der als soziales Regulativ der feudalen Welt diente.

Der Zerfall des mittelalterlichen Weltbildes, die Relativierung der Wahrheit entzog diesem Stande die Grundlage und lieferte ihn den Mächten aus. Im 14. Jahrhundert tritt er in Frankreich schon in den Dienst des Staates. Die Gegenbewegung des Humanismus, weiter-

getragen von der ‚freien Intelligenz' der Neuzeit, deren Typus der Publizist ist, hat nicht verhindern können, daß, im ganzen betrachtet, der Geist in der Neuzeit die Unterwerfung unter die Gesichtspunkte der Utilität vollzogen hat, die in der Herrschaft der Naturwissenschaften über die Philosophie ihren sichtbarsten Ausdruck findet. Diese Wissenschaften, außerhalb der Universität entstanden und mit der Macht des Staates, der Technik und des Geldes aufs engste verbündet, haben die Wissenschaft überhaupt zur Dienerin der sozialen Mächte gemacht. Auch die von Humboldt durch die Berliner Gründung der modernen Universität aufgeprägte Verpflichtung gegenüber dem Ideal der ‚reinen Wissenschaft' hat es höchstens zur Kulturkritik gebracht (Dilthey, Burckhardt, M. Weber), aber nicht mehr zu gestaltender Kraft. Wissenschaft ist zu einem unter anderen Berufen im heutigen Sinne dieses Wortes geworden, d. h. zur nachweislich nützlichen sozialen Leistung, in der Bedienung des wissenschaftlichen Apparates, der seinerseits zum Gebrauch der Gesellschaft unterhalten wird.

Der soziale „Stellenwert" der Akademiker

Entsprechend dieser Funktion hat sich die soziale Geltung der Akademikerschaft gewandelt, ist ihr ‚Stellenwert' in der sozialen Hierarchie gesunken. Es ist wichtig, zu erkennen, daß dieser ‚Stellenwert' immer durch die Nähe zur entscheidenden Macht in der Gesellschaft bestimmt wird, in der Monarchie durch die Nähe zum Herrscher, in einer Theokratie durch die Nähe zu Gott, in der Technokratie durch die Nähe zum Industrieführer, im totalen Staat durch die Nähe zur Partei. Je anonymer die gesellschaftlich entscheidende Macht wird, um so mehr sinkt der Stellenwert des Akademikers, ja der Persönlichkeit überhaupt. Im anonymen Kollektiv zählt nur noch die berechenbare Leistung, der Roboter. Alles andere ist gleichgewalzt.

Freiheit durch Armut?

Besteht nun eine Hoffnung, daß die Akademiker wieder Philosophen und die Philosophen wieder Führer werden? Auch heute gibt es Anzeichen dafür, daß die Intelligenz wieder ihre Verantwortung für den Weltlauf erkennt, wie Dempf es von der Philosophie in den Zeiten der Krise gesagt hat. Symptome dafür zeigen sich in der Wende zum Naturrecht, in der Dichtung, in der Physik, in der ‚Hoch-Intelligenz' überhaupt. Am Akademikerstand wird es nun liegen, diesem Weg der ‚Hoch-Intelligenz' teilnehmend zu folgen und ihren Erkenntnissen zum Durchbruch in die Breite zu helfen. Wenn der Akademiker erkennt, daß seine Verarmung und die soziale Einebnung nichts anderes ist als das Resultat eines von den Geistigen verschuldeten Verrates des Geistes an die Mächte und einer daraus entstandenen ungerechten sozialen Ordnung, dann kann er gerade in der Armut frei werden für den ethischen Impuls zu neuem Ringen um die Herrschaft des Geistes.

Der Weg der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Auf der Tagung der Gruppe Südwest des Bundes katholischer Unternehmer in Freiburg am 11. März 1951 hielt Professor P. Hans Hirschmann SJ, Frankfurt a. M., ein vielbeachtetes Referat über den Einfluß der christlichen Sozialbewegung auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Wir geben im folgenden die wichtigsten Gedankengänge dieses Referates wieder.

Wo steht die Macht der Gewerkschaften heute?

Der Ausgang des Kampfes um die Regelung des Mitbestimmungsrechtes in der Kohle und Eisen schaffenden Industrie war ein Sieg der Gewerkschaftsbewegung. Aber der Schein der Machtverhältnisse trügt. Der Sieg war unter Einsatz von wenigstens als fraglich zu bezeichnenden Kampfmitteln erreicht worden. Stellt die Regelung des Mitbestimmungsrechtes selbst schon zweifellos weltanschauliche Fragen, so auch die Frage nach Sinn und Grenze des Streikrechtes, die Frage nach dem Verhältnis der politischen Demokratie zu dem, was man unter dem Namen der wirtschaftlichen Demokratie heute vielfach versteht und erstrebt. Es ist die Frage gestellt worden, ob nicht auch bei uns in Deutschland die Macht der Gewerschaften jene gefährliche Grenze erreicht habe, auf die Pius XII. in seiner Ansprache an die Mitglieder der christlichen Arbeitervereine Italiens am 11. 3. 1945 hingewiesen hatte: „Was die Demokratisierung der Wirtschaft angeht, so ist sie nicht weniger von den Monopolen, d. h. von dem wirtschaftlichen Despotismus einer Anhäufung privaten Kapitals bedroht als von der überwiegenden Macht organisierter Massen, die bereit sind, ihren Einfluß zum Schaden der Gerechtigkeit und der Rechte anderer zu gebrauchen." Diese Entwicklung kann den Christen nicht gleichgültig sein. Wie steht es um den Einfluß der christlichen Soziallehre auf die heutige deutsche Gewerkschaftsbewegung?

Die christliche Soziallehre und die deutsche Sozialpolitik vor 1933

Dieser Einfluß war vor 1933 bedeutend: bedeutender, als es dem Zahlenverhältnis der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Kräfte zu denen der freien Gewerkschaften entsprach. Das Geheimnis dieses Erfolges lag im Zusammenwirken mehrerer günstiger Faktoren. Zunächst verfügte die soziale Bewegung der katholischen Christen über eine im Grundsätzlichen und Tatsächlichen ausgezeichnet durchgearbeitete soziale Theorie. Eine Reihe hervorragender Priester und Laien wirkten in ihrer einheitlichen Entfaltung zusammen. Diese Theorie zeigte eine eindrucksvolle Geschlossenheit und Eigenständigkeit, in der sie sich klar gegen Liberalismus und Sozialismus abhob. Zwar zeigten sich gegen Ende der vornationalsozialistischen Zeit gelegentliche Beeinträchtigungen dieser Geschlossenheit — aber der Einfluß des Spannschen Universalismus, des Wiener christlichen Sozialismus und eines gewissen, ebenfalls von Österreich inspirierten Konservativismus kam gegen die Hauptlinie kaum zu nennenswerter Geltung.

Die Übersetzung dieser Theorie in das Bewußtsein breitester Schichten war durch ein gut durchgearbeitetes soziales Bildungswesen gewährleistet. In zahlreichen Kursen und in einem vorzüglichen Schrifttum hat hier vor allem der Volksverein für das katholische Deutschland einen großen Stab von Priestern und Laien für den Einsatz in allen Formen sozialpolitischer Arbeit geschult.

Diese Arbeit wurde wirksam unterstützt durch die katholischen Standesorganisationen. Zeigte auch das Verhältnis dieser Organisationen zu den christlichen Gewerkschaften

eine Zeitlang eine verhängnisvolle Uneinheitlichkeit, so wurde diese doch in den zwanziger Jahren überwunden. Standesorganisationen und christliche Gewerkschaften arbeiteten gut zusammen.
Schließlich stellte die politische Macht der Zentrumspartei eine breite Möglichkeit dar, dem sozialpolitischen Willen all dieser Kräfte zum Zuge zu verhelfen. Gewiß gab es auch hier einen rechten und linken Flügel. Aber beide Flügel standen sich im Grundsätzlichen doch wohl näher als heute etwa die Flügel der CDU.
Im Zusammenwirken dieser Faktoren hatte die christliche Gewerkschaftsbewegung einen Einfluß auf die gesamte Entwicklung der deutschen Sozialpolitik, und im Zusammenhang damit auch auf den Weg der gesamten deutschen Gewerkschaftsarbeit, für den die Christen nicht dankbar genug sein können.

Die Einheitsgewerkschaft

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ging nach 1945 andere Wege. Mehrere Gründe führten zum Verzicht auf die Richtungsgewerkschaften und zur Einheitsgewerkschaft. An erster Stelle wohl der in der Widerstandsbewegung unter Politikern und Gewerkschaftlern gewachsene Wille, nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus durch Vermeidung jeder nicht unbedingt nötigen Aufsplitterung und durch größere Einheit in der Organisation des deutschen Volkes seine Wiederkehr zu unterbinden. Zugleich wohl der Wunsch, bei dem zu erwartenden antitotalitären Pendelschlag in Richtung auf einen neuen Liberalismus dem sich nicht in Richtungsorganisationen aufspaltenden Unternehmertum geschlossener gegenüberzustehen. Wohl auch das Bestreben, durch Zusammenarbeiten mit Sozialisten zu verhüten, daß diese wieder weiter in den alten Marxismus zurückfielen und in seiner Gefolgschaft in ein totalitäres Denken. Leugnen läßt sich auch nicht, daß in weitesten Kreisen der Arbeitnehmer nur geringe Lust bestand, zu Richtungsgewerkschaften zurückzukehren, und daß die Besatzungsmächte die Einheitsgewerkschaften begünstigten.
Haben sie sich bewährt?
Niemand wird leugnen können, daß in den schwierigen Jahren der Nachkriegszeit die Gewerkschaften ein hohes Maß von Verantwortungswillen zeigten und Wesentliches zum wirtschaftlichen Wiederaufbau beitrugen. Er wird ebensowenig an der Tatsache vorbeikommen, daß die Gewerkschaften einer Radikalisierung der notleidenden Massen in Richtung auf den Kommunismus erfolgreich entgegenarbeiteten. Ein Blick in ihr Schrifttum wird ihn überzeugen, daß — von gelegentlichen Entgleisungen abgesehen, die die Führung selbst bekämpfte — jene häufigen Ausfälle gegen Religion und Kirche, denen man früher im Schrifttum der freien Gewerkschaften begegnete, verschwunden sind und damit die antiklerikale Verhetzung in Gewerschaftskreisen aufhörte. Ein Blick in dasselbe Schrifttum zeigt auch, daß heute soziales Gedankengut der Kirche auf diesem Wege viele erreicht, die früher niemals etwas davon erfuhren. Schließlich wird man zugeben müssen, daß die Führung des DGB ihren Willen zur weltanschaulichen Neutralität oft unter Beweis gestellt hat.

Rückgang des christlichen Einflusses in der Einheitsgewerkschaft

Trotzdem wird man den Eindruck nicht los, daß der Einfluß des christlichen sozialen Gedankengutes auf die Gewerkschaftsbewegung immer mehr zurückgeht. Woran liegt das?
Ein Grund liegt zweifellos in dem geringen Mitmachen der christlichen Arbeitnehmer in den Gewerkschaften. Das hat seinen Anlaß teilweise in bedauerlicher Interesselosigkeit, teilweise in einem grundsätzlichen oder tatsachenbedingten Mißtrauen gegenüber neutralen Einheitsgewerkschaften, teilweise wohl auch in Benachteiligungen, über die christliche Gewerkschaftler seitens sozialistischer Gewerkschaftler, die in der Mehrheit sind, klagen.
Ein zweiter Grund liegt zweifellos in der stärkeren Isolierung der christlichen Arbeitnehmer in der Einheitsgewerkschaft. Gerade das Zusammenstehen in den christlichen Gewerkschaften ermöglichte eine einheitliche, vom christlichen Gedanken getragene Meinungs- und Willensbildung, das entsprechende Schrifttum und Kurse ermöglichten ihre Verbreitung in Gewerkschaftskreisen, die Macht ihrer Zentralen auch das Wirksamwerden dieses Willens in der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Hinzu kommt, daß Einheitsgewerkschaften gerade um ihrer weltanschaulichen Neutralität willen nicht geeignet sind, sich auch für die spezifisch christlichen Anliegen einer christlichen Gewerkschaftsbewegung einzusetzen. Für deren Durchsetzung sind die Christen nun auf andere Formen der Einflußnahme als die gewerkschaftliche angewiesen.
Damit hängt zusammen, daß die klare Kenntnis der christlichen Soziallehre in ihrer Anwendung auf die konkreten Fragen der Gewerkschaftspolitik in den christlichen Gewerkschaftlern innerhalb der Einheitsgewerkschaften selbst gefährdet ist. Die Institutionen, denen die alten Gewerkschaftler diese Kenntnisse verdanken, existieren zum großen Teil nicht mehr oder wenigstens nicht mehr in der alten Wirksamkeit. Wissen sie in jenen Fragen, die früher christliche und freie Gewerkschaftler grundsätzlich unterschieden, auch noch Bescheid, so ist das nicht mehr so selbstverständlich hinsichtlich der Weiterentwicklung der kirchlichen Soziallehre oder ihrer Anwendung auf neue Fragen. Noch schwieriger ist die Lage, in der sich hier die christliche Jugend in den Gewerkschaften befindet. Schließlich ist ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Christen durch das gewerkschaftliche Schrifttum heute gezwungen, sich mit sozialistischem Denken und Wollen, das sie oft nicht einmal als solches erkennen, auseinanderzusetzen, ohne für diese Auseinandersetzung hinreichend gerüstet zu sein. So besteht die Gefahr einer starken Infiltration sozialistischen Gedankengutes.

Gibt es einen Ausgleich?

Man könnte nun der Auffassung sein, diese mit der Tatsache der Einheitsgewerkschaften gegebenen Mängel ließen sich ausgleichen durch andere Kräfte, in denen der christlich-soziale Wille seine Verwirklichung anstrebt. So ließe sich dann ein voller Ausgleich für den Wegfall der christlichen Gewerkschaften schaffen. Aber dieser Ausgleich ist heute nicht vorhanden. Die christlichsoziale Theorie verfügt in Deutschland heute weder über eine so große Zahl anerkannter Vertreter wie vor 1933 noch über jene Einheit, die damals unserer sozialen Bewegung soviel Gewicht gab. Die Abgrenzung gegenüber Liberalismus und Sozialismus hat an Deutlichkeit verloren. Die Verbindung der konkreten Sozialarbeit mit den Richtlinien des kirchlichen Lehramtes stand in den letzten Jahren nicht immer eindeutig klar. Man bemüht sich von mehreren Seiten aus, über kritische Punkte dieser Ent-

wicklung hinwegzukommen. Das Fehlen einer Einrichtung, die nach Art des früheren Volksvereins die soziale Bildungsarbeit koordiniert, ist oft bedauert worden. Ein Wiederaufleben des Volksvereins in der alten Form kommt nicht in Frage. Dafür haben sich die Voraussetzungen seiner Wirksamkeit zu sehr gewandelt; die Sozialarbeit in den Bistümern, in den Verbänden, neue soziale Institute verlangen eine neue Form der Zusammenarbeit; sie bereitet sich vor, aber dieser Prozeß läßt sich nicht mit Gewalt abkürzen.

Die Standesorganisationen leiden selbst noch unter Wiederaufbauschwierigkeiten. Weder zahlenmäßig noch kräftemäßig reichen sie für die ihnen gesetzten Aufgaben aus. Die dornige Frage ihres Zusammenbestehens mit anderen Organisationen in den Diözesen ist noch ebensowenig befriedigend gelöst wie die nach dem Weg der Überwindung weitgehender Organisationsmüdigkeit. So können sie noch keinen Ausgleich für den Einfluß schaffen, der mit dem Wegfall der christlichen Gewerkschaften verloren ging. Ähnliches gilt von den Sozialausschüssen der CDU: die Sozialpolitik einer Partei mit einer gegenüber dem alten Zentrum wesentlich erweiterten Wählerbasis muß mehr Spannungen vertragen als dieses.

Wiederaufbau der christlichen Gewerkschaften?

Man versteht, daß viele fragen: Warum denn überhaupt nach einem Ausgleich der christlichen Gewerkschaften suchen? Warum sie selbst nicht wiederaufleben lassen? Aber das ist so einfach nicht, nachdem der Weg der Einheitsgewerkschaften beschritten wurde, nachdem über die Opportunität des andern Weges breite christliche Kreise wenigstens starke Zweifel haben und die Frage der Führung wie der Finanzierung ernsteste Bedenken aufwirft. Wer möchte hier die Gewißheit geben, daß eine neuerliche Aufspaltung unter allen Umständen den christlichen Einfluß auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung steigern müßte?

Gefahren gewerkschaftlicher Fehlentwicklungen

Und dennoch dürfen wir nicht untätig die Entwicklung treiben lassen. Dies um so weniger, weil die Gewerkschaftsbewegung heute in der Gefahr andersgearteter Fehlentwicklungen steht, die früher so stark selbst bei den freien Gewerkschaften nicht gegeben waren. Hier besteht zunächst die Gefahr, daß die Gewerkschaften den Bereich ihrer Zuständigkeit überschreiten und unmittelbar politische Hoheitsaufgaben mitübernehmen wollen; die Gefahr, daß sie die Unterscheidung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Gegebenheiten verwischen; die Gefahr, daß sie bei starker Betonung überbetrieblicher Zielsetzungen in eine gefährliche Spannung zu den Belegschaften und den Belegschaftsvertretungen kommen, aus der der Kommunismus im Betrieb Nutzen zieht; die Gefahr, daß ihre Wirtschaftspolitik einseitig zu Gunsten der Großbetriebe, zu Ungunsten der kleinen und mittleren Betriebe geht; die Gefahr, daß sie auf die Anliegen einer gesunden Familienpolitik nicht hinreichend achten; die Gefahr endlich der Verapparatisierung und Verbürokratisierung, die sie — wie früher das Kapital — in steigendem Maß dazu zwingt, nun auch bei der organisierten Arbeitskraft ein Managertum aufzubauen, dessen innere Beziehung zu den Anliegen der Arbeiter ähnlich problematisch werden kann wie die mancher Unternehmer zu den Eigentümern, mit deren Kapital sie wirtschaften. Alles Fragen, die für den Erfolg einer christlich sozialen Bewegung von entscheidender Bedeutung sind.

Was läßt sich tun?

Was läßt sich tun? Wäre nicht im Rahmen der Einheitsgewerkschaften eine größere Fühlungnahme der christlichen Kräfte nach Art der österreichischen Verhältnisse oder der früheren italienischen Einheitsgewerkschaften möglich? Ließe sich nicht im Ausbau einer sozialen Bewegung vom Betrieb aus nach Art der Werkgemeinschaften (Betriebsmännerwerke, Betriebsgemeinschaften, CAJ-Aktivs) eine Kraft schaffen, die die Bemühungen christlicher Gewerkschaftler in den Einheitsgewerkschaften unterstützt? Würde nicht die Organisation einer Selbstvertretung der Familien nach Art der westeuropäischen Familienverbände gewisse Gefahren mildern? Diese Vorschläge bedeuten keine Unterschätzung der Dringlichkeit jener Aufgaben, die sich aus dem oben Ausgeführten vor allem nahelegen: der Bemühung um die Wiederherstellung einer klaren, den heutigen Aufgaben gewachsenen Theorie und eines entsprechenden sozialen Programms; um die Koordination und Kooperation unseres sozialen Bildungswesens innerhalb der Kirche, um den zeitentsprechenden Ausbau (und gelegentlich wohl auch Umbau) der Standesorganisationen und die Bemühung um ihre Zusammenarbeit untereinander und mit den lebensfähigen Diözesaneinrichtungen. Wir werden wohl noch Jahre zu schaffen haben, bis wir hier wieder zu jener Leistungsfähigkeit der christlichen sozialen Bewegung auch im gewerkschaftlichen Raum kommen, die einmal ein Grund berechtigter Freude war.

Was tut die Bundesrepublik für den Jugendschutz?

Mangelnder Eifer der Bundesorgane für den Jugendschutz

Man kann den Organen der Bundesrepublik in Bonn im allgemeinen nicht den Vorwurf machen, daß sie keinen Mut zur Initiative bei der Einbringung, Beratung und Verabschiedung neuer Gesetze bewiesen. Gesetzesmaterien politischen, wirtschaftlichen oder auch sozialen Inhaltes finden sowohl bei den Regierungsparteien als auch bei der Opposition ein reges Interesse und werden oft mit bemerkenswertem Eifer und mit erstaunlichem Elan durchgepeitscht.

Nur in einer Hinsicht ist bisher eine betrübliche Lücke festzustellen.

Nach dem Bonner Grundgesetz untersteht die Jugendpflege den Ländern; die Jugendfürsorge dagegen obliegt dem Bund. Und hier fehlt es weithin an dem entsprechenden Eifer der Verantwortlichen.

Der viel umkämpfte Jugendplan 1950 soll auf Bundesebene die nötigen Mittel für eine erweiterte Ausbildungsmöglichkeit Jugendlicher zur Verfügung stellen. So begrüßenswert dieser Plan ist, dessen Wirksamkeit freilich bei weitem nicht den Erwartungen entspricht, die durch die in Zeitungsmeldungen genannten, zur Verfügung stehenden Summen erweckt worden sind, muß doch festgestellt werden, daß die Initiative der Bundesorgane vor

den Fragen der geistig-sittlichen Bewahrung und Forderung der Jugend weitgehend versagt. Das zeigt nach der schleppenden Behandlung des „Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit" das gänzliche Erlahmen der Arbeiten an dem „Gesetz zum Schutz der Jugend vor sittlich schädigenden Schriften". Es fehlt anscheinend an einem wachen Verantwortungsbewußtsein gegenüber der durch den Krieg und die Nachkriegszeit hervorgerufenen sittlichen Gefährdung und Verwahrlosung breitester Jugendgruppen.

Zwei notwendige Jugendschutzgesetze

Nach langem Zögern hat Privatinitiative einen Gesetzentwurf zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit vorgelegt. Nach monatelangen Beratungen im Jugendfürsorgeausschuß des Bundestages liegt dieser Entwurf, freilich in sehr abgeschwächter Form, nun dem Plenum des Bundestages zur dritten Lesung vor. Er enthält wichtige Bestimmungen über gewisse Aufenthaltsverbote für Jugendliche an Orten, deren sittliche Gefahren auf der Hand liegen, über den Besuch von Gastwirtschaften durch Jugendliche, über den Genuß von Alkohol und Nikotin; ein Verbot für Jugendliche unter 16 Jahren, an öffentlichen Tanzveranstaltungen teilzunehmen, ferner ein Verbot für Jugendliche, Kabarett-Vorführungen zu besuchen. Zuletzt regelt er den Kinobesuch Jugendlicher durch entsprechende Vorschriften.

Dagegen ist ein anderer wichtiger, vom Bundesinnenministerium selbst stammender Entwurf zu einem „Gesetz zum Schutz der Jugend vor sittlich schädigenden Schriften" sozusagen auf Eis gelegt. Er ist nach Annahme im Bundeskabinett in erster Lesung vom Bundestag an vier Ausschüsse überwiesen worden, und es besteht im Augenblick wenig Wahrscheinlichkeit, daß er Wirklichkeit wird.

Die Entwicklung der jugendgefährdenden Literatur wird zum Skandal

Während also die gesetzgeberische Arbeit in diesem wichtigen Bereich stagniert, geht gleichzeitig die Entwicklung der jugendgefährdenden Literatur selbst von Stufe zu Stufe abwärts und treibt allmählich einem offensichtlichen Skandal entgegen.

Die beste Übersicht über die Art und den Umfang der jugendgefährdenden Literatur bietet das Studium der Auslagen der großstädtischen Kioske. Von den Titelbildern all der bunten Zeitschriften lachen dem Beschauer amerikanische Filmschönheiten in Form der Pin-up-Girls entgegen. Sowohl die meisten Illustrierten wie auch die Wochenendblätter, die Sittenromane, Witzblätter, die Filmzeitschriften, Magazine und Nacktkulturschriften sind auf den Blickfang eingestellt, d. h. sie haben als Titelbild irgendeine sensationelle Pikanterie, eine „Ausgezogenheit", die den Beschauer anlocken und zum Kauf reizen soll. Die scharfe Konkurrenz auf der einen Seite und die Abgestumpftheit der großen Masse auf der anderen Seite zwingen die betreffenden Verlage zu immer neuen Gewagtheiten auf diesem Gebiete. Sie erliegen dem Gesetze des immer stärkeren Reizes. Das Trommelfeuer dieser Titelbilder muß zu einer Zerstörung oder mindestens Verzerrung des Bildes der Frau und des Mädchens führen. Das seelische und geistige Moment tritt vollständig in den Hintergrund, und das rein Körperliche, Animalische drängt sich grell und aufreizend vor.

Die Wochenendzeitschriften: Nivellierung und Indiskretion

In dem Bestreben, „immer lebendig, immer aktuell" zu sein, versuchen die Zeitschriften, Bilder aus allen Bezirken des Lebens zu bieten, und stellen infolgedessen geistig-religiöse Ereignisse neben banale, rein dinghafte Begebenheiten des täglichen Lebens. Bilder von der Eröffnung der Heiligen Pforte, vom Heiligen Jahr, vom Liebeskreuzzug des Paters Lombardi finden sich unmittelbar neben Photographien aus dem Leben und Treiben sattsam bekannter, mangelhaft bekleideter Hollywood-Schönheiten, eines Stars aus der Boxwelt, oder auch einer exotischen Schönheit. Indem hier grundsätzlich alles als „veröffentlichbar" angesehen wird, wird alles Unterscheidungsvermögen zerstört, jede Diskretion beiseite geschoben; ja die Indiskretion wird zum Motiv dieser Veröffentlichungssucht. Die unmerkliche Verwässerung des Geschmackes und Taktes muß zu einer Nivellierung des Welt- und Wertbildes führen. Damit werden zugleich alle moralischen und religiösen Anschauungen entkräftet. Es wird ein Massen-Geschmack erzeugt, dessen Kennzeichen eine völlige Abgestumpftheit gegen jeden höheren Anspruch ist.

Auch die meisten der sich vielfach als Familienzeitschrift gebenden und selbst von vielen christlichen Eltern als solche ins Haus genommenen Wochenendblätter arbeiten mit pikanten oder sensationellen Titelbildern. Als besonderen Blickfang haben sie meist noch eine dicke Balkenüberschrift, z. B. „Goebbels und die Tänzerin" oder „Das Leben auf Karinhall". Schon seit drei Jahren wiederholen sich Woche für Woche Überschriften, die die politischen Sensationen in geschickter Weise mit sexuellen und pikanten Begebenheiten aus der verflossenen Zeit würzen. Eine Fundgrube für diese Wochenendblätter bilden die Skandale um Rita Hayworth, um den Wunderdoktor Gröning oder um Zukunftsträume aus dem Gebiete der Astrologie. Das Thema der Horoskope ist unerschöpflich. Die Erzählungen und Abhandlungen vermeiden zwar das Schlimmste, aber ihr literarisches wie ethisches Niveau ist so gering wie eben noch möglich. Unzweifelhaft bedenklich dagegen ist in den meisten Wochenendblättern der Inseratenteil. Selbst wenn der Text- und Bildteil auch noch einigermaßen gewisse allgemeine Anstandsregeln bewahrt, so ist der Inseratenteil allzuoft ganz eindeutig und huldigt dem heutigen materialistischen Ungeist, der sich im krassesten Sexualismus austobt. Es wimmelt von Inseraten über Aktphotos, über Liebes- und Ehebücher, über empfängnisverhütende Mittel, über Sexualstimulantien und, nicht zu vergessen, über die Anknüpfung von Bekanntschaften und Freundschaften. Die etwa 75 zweideutigen Verlage und Versandgeschäfte, die sich heute in der Bundesrepublik mit dem Vertrieb der obengenannten bedenklichen Artikel befassen, geben sich in den Spalten dieser Inseratenteile der Wochenendblätter ein Stelldichein.

Die „Sittenromane": Sexualschilderung als Aufklärung

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die sogenannten Sittenromane. Dem Aussehen nach sind sie leicht zu verwechseln mit den vielen, vielen Schundheften, die, in Courths-Mahler-Manier, „liebereichen" oder aber abenteuerlichen und kriminellen Schund enthalten. Sie sollten von Rechts wegen eigentlich Unsittlichkeits-Roman heißen. Gerade diese Art „Literatur" ist es, die heute ungeheuer verbreitet ist und großen Schaden anrichtet. Oft greifen sie

einzelne Episoden aus berüchtigten Liebesromanen der Vergangenheit wie Casanova, Zola usw. heraus und bringen diese Episoden unter Fortlassung des Zeitkolorits als rein sexuelle Schilderung. Sie lassen sich aber auch von modernen Schriftstellern pikante, aufreizende Geschichten schreiben und spicken dann solche Erzählungen mit Aktphotos. Das Titelbild verrät zumeist den Charakter dieser Schmutzereien. Sie kommen alle, wie sie sagen, dem Bedürfnis der heutigen Zeit nach Aufklärung entgegen und drucken als besondere Lockspeise den Vermerk „Für Jugendliche verboten", verhüllen sich „schamhaft" mit einem Streifband, auf dem dann zum Überfluß zu lesen steht: „Das Streifband darf nicht entfernt werden". Sie haben schon vielen Jugendlichen, aber auch manchen haltlosen Erwachsenen schweren Schaden zugefügt.

Die Magazine: „Frecher geht's nicht"

Ähnlich verhält es sich mit den Magazinen. „Frecher geht's nicht" lautet die herausfordernde Titelüberschrift eines bekannten Magazins, die als Untermalung für ein ebenso eindeutiges wie frivoles Titelbild gewählt ist. Das Innere der betreffenden Nummer dieses Magazins entspricht voll und ganz dem „verheißungsvollen" Titel. Neben einer Reihe von obszönen Photographien mehr oder minder ausgezogener Revueschönheiten entspricht vor allem der Inseratenteil dem Motto „Frecher geht's nicht". Angefangen von der Anpreisung eines Buches „Sündige Nächte" über ein anderes Inserat, das ein Buch mit dem bezeichnenden Titel „Bring Sonnenschein in deine Nächte" ankündigt, empfehlen nicht weniger als 48 Versandgeschäfte ihre Gemeinheiten: Aktphotos, Schutzmittel jeder Art, Sexualstimulantien und erotische Bücher. Dazu kommen 28 Anzeigen unter dem Kennwort „Briefwechsel". Gerade diese Inserate lassen an eindeutigster Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig; außerehelicher und vorehelicher Geschlechtsverkehr ist das erstrebte Ziel.
Alle diese Frivolitäten sind umrahmt von pikanten kleinen Erzählungen, die ebenfalls stark sexuell gefärbt sind.
Es ist besonders beschämend, daß Magazine dieser Art auch aus dem Ausland eingeführt werden, wo sie, entgegen deutschem Brauch, nicht öffentlich ausgelegt werden dürfen. Österreichische und französische Magazine kommen über die Grenzen und werden bei uns offen ausgelegt und verkauft, während sie in den Ursprungsländern im Interesse des Jugendschutzes bestimmten einschränkenden Vorschriften unterworfen sind.

Sexualwissenschaftliche Zeitschriften: Pseudowissenschaft

Eine besondere Rolle spielen die sogenannten sexualwissenschaftlichen Zeitschriften. Sie kommen auf hohem Kothurn daher und lassen sich Artikel von Autoren mit hochtrabenden Titeln schreiben, aber sind auf den ersten Blick als pseudowissenschaftliche Erzeugnisse erkennbar. Man merkt an der ganzen Aufmachung (Titelbild und eingestreuten Nackt- und Halbnackt-Photographien), sowie besonders an dem Inseratenteil, wes Geistes Kind diese Art sexueller Aufklärung ist, die dort betrieben wird. Bezeichnend für die Haltung dieser Blätter ist eine Kontroverse, die eines von ihnen mit dem Leiter des Volkswartbundes in Köln hatte. Der Inseratenteil, der vom Volkswartbund besonders angeprangert worden war, wird wie folgt gerechtfertigt:
„Es wäre nun noch zu dem Punkt der Anzeigen Stellung zu nehmen, durch die empfängnisverhütende Mittel angeboten werden. Diese Anpreisung, auch in verdeckter Form, ist in der Regel wohl unzüchtig im Sinne des Gesetzes. Aber in der Zeitschrift ‚Liebe und Ehe' wird auch in diesem Fall durch die einwandfreie Tendenz der Schrift die Unzüchtigkeit ausgeschlossen, denn sie wendet sich an Eheleute und Brautleute. Eheleuten aber, so sagte das Reichsgericht, kann der Gebrauch empfängnisverhütender Mittel nicht verboten werden; dies sei wohl unmoralisch, worüber aber die Rechtsordnung als solche nicht entscheiden könne. Wenn aber der Gebrauch derartiger Mittel von der Rechtsordnung nicht verboten sei, könne ihre Anpreisung auch nicht den Begriff der Unzüchtigkeit im Sinne des § 184 StGB erfüllen. Aus diesem Grunde wird die Zeitschrift ‚Liebe und Ehe' auch durch die Aufnahme solcher Anzeigen nicht zu einer unzüchtigen Schrift. Außerdem ist die Verwendung empfängnisverhütender Mittel gegenwärtig so verbreitet, daß das Scham- und Sittlichkeitsgefühl des Durchschnittsmenschen durch eine solche Anzeige nicht verletzt wird."
Hier wird also offen zugegeben, daß die Empfehlung von empfängnisverhütenden Mitteln an Braut- und Eheleute für angemessen gehalten wird.

Die Film-Illustrierten: Zwang des Konkurrenzkampfes

Auch viele Film-Illustrierten begnügen sich ebenfalls nicht mit der Beschreibung der augenblicklich laufenden Filme und der Bildwiedergabe bemerkenswerter Szenen aus diesen Filmen, sondern greifen immer wieder, besonders im Titelbild, zu gewagten Pikanterien, um aufzufallen und im Konkurrenzkampf bestehen zu können. Auch hier ist der Inseratenteil allzuoft eindeutig geprägt und mit den bekannten Inseraten über Aktphotos u. ä. gespickt.

Die Nacktkulturzeitschriften: Verstiegenheit in Geld umgemünzt

Eine eigene Note bringen die sogenannten Nacktkulturzeitschriften in diesen ganzen Wust von Tageszeitschriften. Es kann zugegeben werden, daß der Ton in den Nacktkulturzeitschriften anständiger ist als in den Magazinen. Wogegen man sich jedoch wehren muß, ist die Tatsache, daß sie nicht etwa nur ihre Anhänger mit ihren Photos und ihrer Propaganda über Nacktbaden usw. versorgen, sondern daß sie dauernd Proselyten machen wollen. Was soll eine Nacktkulturzeitschrift auf dem Asphalt? Wozu machen diese Blätter Reklame für Ideen und Ideologien, die vielleicht von ganz wenigen Menschen ernsthaft geglaubt, aber von den meisten — Christen wie Nichtchristen — verworfen werden? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier die verstiegene Ideologie einzelner, vielleicht ehrenwerter Phantasten von findigen Verlegern in bare Münze umgewandelt wird. Leser und Beschauer solcher Schriften sind nicht etwa die wenigen Anhänger der Freunde der Nacktkultur, sondern unsere arme Jugend, die naturgemäß keinen Unterschied zu machen versteht zwischen einem gewagten Titelbild eines Magazins und einem edleren Titelbild einer Nacktkulturzeitschrift, und haltlose Erwachsene, die hinter diesen Bildern nur den Sexus suchen.

Der Vertrieb der Schmutz- und Schundliteratur

Die Verbreitung der erwähnten jugendgefährdenden Schriften geschieht heute nicht nur durch Kioske, Bahnhofsbuchhandlungen, Winkelbüchereien, Händler im Umherziehen usw., sondern in etwa gleichem Umfang durch

über 70 Versandbuchhandlungen und Versandgeschäfte. Bis vor kurzem versuchten sie ihre minderwertige Ware durch Postwurfsendungen an den Mann zu bringen. Nachdem ihnen dieses schmutzige Handwerk gelegt worden ist, überschütten sie auf einen Schlag ganze Städte, Dörfer und Gegenden, indem sie einfach wahllos aus einem Branchenverzeichnis abgeschriebene Adressaten anschreiben. An den Volkswartbund gelangen fast täglich Proteste von Personen jeglichen Alters und Standes aus allen Gegenden der Bundesrepublik, die sich durch die Reklamemethode dieser übelberüchtigten Versandgeschäfte belästigt fühlen.

Gegner des neuen, im Entwurf vorhandenen Gesetzes zum Schutze der Jugend vor jugendgefährdenden Schriften haben oft behauptet, daß dieses Gesetz einmal einen Geisteszwang darstelle und zum andern auch den Buchhandel benachteilige. Was von diesem Entwurf zu halten ist, wird klar, wenn man einmal zusieht, welcher Art diese dauernd inserierenden Versandgeschäfte sind. Nach Angabe der Kölner Staatsanwaltschaft hat eine umfassende Nachprüfung dieser Versandgeschäfte das überraschende Ergebnis gezeitigt, daß nahezu sämtliche Inserate unzüchtige Bilder, Bücher oder Reizpräservative zum Gegenstand haben, sowie daß gegen die meisten Inserenten bereits Strafverfahren bei den örtlichen Staatsanwaltschaften schweben. Die Nachprüfung hat ferner ergeben, daß hinter den Phantasienamen, mit denen inseriert wurde, vielfach dieselben Personen standen. Nach Verwicklung in ein Strafverfahren wird einfach der Name gewechselt. Hinter solchen Verlagen stehen z. B. in einem Falle ein Lebensmittelhändler, in einem anderen eine Stenotypistin, hinter einem dritten die Ehefrau eines Studenten, bei einem eine Sekretärin, hinter einem fünften ebenfalls eine Sekretärin; ein weiterer Verlag hat zum Inhaber einen Mechaniker, und zuletzt ist auch ein Friseur darunter. Eine Einschränkung dieser Verlage trifft also weder Kunst und Wissenschaft noch den ehrlichen Buchhandel.

Die Praxis der Staatsanwaltschaften und Gerichte

Die gerichtliche Bekämpfung oder Einschränkung unsittlicher Literatur ist heute nur auf Grund des § 184 des Strafgesetzbuches möglich. Die Praxis der Staatsanwaltschaften und Gerichte, denen man freilich vielfach den Vorwurf nicht ersparen kann, daß sie einem Formalismus huldigen, der mehr nach dem Buchstaben des Gesetzes als nach seinem Geiste urteilt, beweist jedoch, daß der § 184 nur für die Verurteilung reinster Pornographie, die meist als Privatdruck gedruckt oder hektographiert erscheint, ausreicht. Fast keine Bildveröffentlichung einer Nacktkulturzeitschrift fällt unter den § 184 StGB, es hält sehr schwer, die oben gekennzeichneten Magazine nach diesem Paragraphen zu packen. Selbst was die homosexuellen Zeitschriften angeht, die in letzter Zeit auch in städtischen Kiosken nord- und westdeutscher Großstädte auftauchen, so stehen einige Staatsanwaltschaften auf dem Standpunkt, daß diese Zeitschriften weder durch ihren eindeutigen Bild- und Textteil noch durch ihren Inseratenteil, der gespickt ist mit Anschlußannoncen, einschlägige Bestimmungen des Strafgesetzbuches verletzen. Es wäre durchaus möglich, daß die Zustände von 1932 wieder einträten, wo der berüchtigte „Bund für Menschenrechte" in vielen deutschen Städten Ortsgruppen hatte und seine volkszerstörenden homosexuellen Broschüren und Zeitschriften massenweise unter die Jugend warf.

Die alten Reichsgerichtsurteile des Leipziger Reichsgerichts, die z. T. erheblich strengere Maßstäbe enthielten, als sie in der heutigen einschlägigen Rechtssprechung üblich sind, werden anscheinend nicht mehr für maßgebend gehalten.

So ergibt sich also aus dem Bilde der heutigen Praxis der Staatsanwaltschaften und Gerichte nur der Schluß, daß die vielen erotischen und halberotischen Publikationen der oben gekennzeichneten Art heute praktisch durch keinerlei gesetzliche Vorschriften eingeschränkt erscheinen. Zu diesem Ergebnis kam auch eine Beratung des Volkswartbundes, auf der mit verschiedenen Staatsanwälten und Richtern, die mit der Verfolgung von Delikten aus § 184 StGB befaßt sind, vor einiger Zeit die Schwierigkeiten und Möglichkeiten der heutigen Spruchpraxis der Gerichte erörtert wurden. Es stellte sich dabei vor allem heraus, daß das Fehlen einer gesunden öffentlichen Meinung als maßgebend für die uneinheitliche Auffassung der Staatsanwälte und Richter in Bezug auf die Begriffsbestimmung der Unzüchtigkeit angesehen wird.

Um so dringender erscheint es freilich, daß die unbedingt notwendige einheitliche Auffassung auf diesem Gebiete durch klare Entscheidungen des Obergerichtes in Karlsruhe bald wieder hergestellt wird.

Die Einwände gegen das Gesetz: Wirkungslosigkeit?

Es ergibt sich aus dieser Darstellung, die durch zahlreiche Definitionen und Bescheide verschiedener Staatsanwaltschaften zu belegen wäre, daß der Einwand der Gegner des neuen Gesetzes, daß nämlich die vorhandenen Gesetzesbestimmungen zur Einschränkung dieser Art Literatur genügten, völlig abwegig sind. Aber es wäre ebenso abwegig, aus dieser Wirkungslosigkeit der Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu schließen, daß alle solche Gesetze wirkungslos seien — das habe sich schon bei dem früheren Gesetz von 1926, das die nationalsozialistische Regierung im Jahre 1935 aufgehoben hat, erwiesen. Eine solche Behauptung kann nur auf einer sehr oberflächlichen Kenntnis der Dinge beruhen. Die Erfahrung der Beisitzer der durch dieses Gesetz eingerichteten Prüfstelle in Berlin wie auch des Volkswartbundes, der an der Beurteilung und Einreichung solcher Schriften an die Prüfstelle mitarbeitet, zeigen immerhin zwei nicht zu unterschätzende günstige Wirkungen der damaligen Bestimmungen: daß einmal Schriften, die auf der sogenannten Verbotsliste standen, sehr bald aus der Öffentlichkeit verschwanden, und daß zweitens, was noch vorteilhafter war, die entsprechenden Verlage allmählich vorsichtiger wurden.

Beschränkung der Geistesfreiheit?

Ein anderer grundsätzlicher Einwand gegen das neue Gesetz sagt, es sei aus dem verflossenen autoritären Geist geboren. Es stelle einen starken Eingriff in die Geistes- und Pressefreiheit, die durch das Bonner Grundgesetz geschützt sei, dar. Das Bonner Grundgesetz sieht jedoch ausdrücklich vor, daß die geschützte Geistes- und Pressefreiheit sich Einschränkungen im Interesse des Jugendschutzes gefallen lassen muß. Bei dem geplanten Gesetz zum Schutz der Jugend vor jugendgefährdenden Schriften geht es aber nur um den Schutz der Jugend. Die auf die Verbotsliste zu setzenden Schriften sind für den Erwachsenen jederzeit greifbar. Er ist in seiner Geistes- und Handlungsfreiheit keineswegs eingeschränkt. Nur der Jugendliche soll in seinem eigenen Interesse davor bewahrt werden, Bilder zu sehen oder Schriften zu lesen, mit denen er als unfertiger Mensch eben noch nicht fertig werden kann. Oberstaatsanwalt Dr. Brey, Dortmund, hat bei einem Referat auf

der diesjährigen Frühjahrstagung des Volkswartbundes in Köln-Hohenlind (13. 2. 1951) darauf hingewiesen, daß die Jugend sich ja auch, wenn es um Rechtsgeschäfte geht, bestimmten Einschränkungen unterwerfen muß. Der Jugendliche ist im bestimmten Alter nicht voll rechtsfähig und bedarf in seinem eigenen Interesse der Mithilfe seiner Eltern bzw. seines Vormundes. So und nicht anders ist auch der Schutz gedacht, den der Gesetzgeber im Auge hat, wenn er die Jugend vor jugendgefährdenden Schriften schützen will.

Positive statt negativer Maßnahmen?

Wenn ferner Gegner des neuen Gesetzes sagen, man solle, statt Verbotstafeln aufzustellen, besser positive Maßnahmen ergreifen, um der Jugend gute Literatur in die Hand zu geben, so kann dem nur voll und ganz zugestimmt werden. Natürlich darf es nicht bei dem Verbot schädlicher Schriften bleiben. Jeder weiß, daß die Jugend viel besser als durch Verbote schlechter Literatur durch gute, hochwertige Literatur zu charakterfesten Persönlichkeiten erzogen werden kann. Jeder Jugendpsychologe weiß aber auch, daß man angesichts der tatsächlichen Lage und angesichts der jugendlichen Denkungsweise das eine tun muß und das andere nicht lassen darf. Es muß also unbedingt Sorge getragen werden, daß die Jugend zwar vor dem schädlichen Schrifttum bewahrt bleibt, daß man ihr aber auf der anderen Seite viele Möglichkeiten gibt, gute und wertvolle Schriften in die Hand zu bekommen.

Jugendschutzgesetze ein Ablenkungsmanöver?

Von sozialistischer Seite wird den Befürwortern des Gesetzes immer wieder entgegengehalten, daß sie auf eine bequeme Art und Weise das öffentliche Interesse von der allgemeinen Volksnot ablenken wollten. Man sagt, der beste Jugendschutz bestehe darin, der Jugend ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu geben und für die Beseitigung der Wohnungsnot zu sorgen. Ein Verbot jugendgefährdender Schriften und andere ähnliche Jugendschutzmaßnahmen bedeute immer nur ein Herumdoktern an Symptomen; man gehe dabei nicht auf den Kern der Dinge ein und übersehe den tiefsten Grund all der heute bestehenden sittlichen Gefahren für die Jugend.

Dieser Einwand ist natürlich nicht leicht zu nehmen. Die Beseitigung der Wohnungsnot und die Schaffung ausreichender Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die Jugend können nicht wichtig genug genommen werden, ohne sie kann zweifellos keine endgültige Besserung der materiellen und geistigen Lage der Jugend verwirklicht werden.

Wir wissen aber auch, daß dieses Programm ein Millionenprogramm ist. Es müssen zwar alle Kräfte dafür eingesetzt werden, dieses Ziel zu erreichen; aber das ist eine Arbeit für Jahre und Jahrzehnte, die von unserem verarmten Volk nur ganz allmählich geleistet werden kann.

Und gerade diese Tatsache gibt ein Hauptargument für die Notwendigkeit der baldigen Schaffung eines solchen Jugendschutzgesetzes. Eben weil Familien und Jugend so sehr wohnungsbeschränkt sind, weil Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten fehlen, weil die materielle Not so groß ist, ist es doppelt verwerflich, daß ein grob materialistischer Geist diese Not der Jugend ausnützt, um sie mit Schmutzbildern und Schmutzschriften zu überschütten und zu der materiellen Not auch noch eine ungeheure geistig-sittliche Not hinzuzufügen. Es handelt sich hier keineswegs um eine neue Art von Kulturkampf. In Wirklichkeit handelt es sich nur um die Abwehr dreister Übergriffe einiger weniger Schmutzhändler, die die Not der heutigen Jugend für ihre Zwecke ausnutzen.

Die Bestimmungen des Gesetzes

Welches sind nun die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzentwurfes?

Entscheidend ist der § 1, der bestimmt, daß Schriften, die geeignet sind, Jugendliche sittlich zu gefährden, in eine Liste aufzunehmen sind. Eine Schrift darf nicht auf die Liste gesetzt werden

1. allein wegen ihrer politischen, religiösen oder weltanschaulichen Zielsetzung;
2. wenn sie der Kunst oder Wissenschaft, Forschung oder Lehre dient;
3. wenn sie im öffentlichen Interesse liegt, es sei denn, daß die Art der Darstellung zu beanstanden ist.

Abbildungen sind Schriften im Sinne dieses Gesetzes gleichzustellen.

Die §§ 3—6 befassen sich mit der Wirkung, die eine Aufnahme in diese Verbotsliste hat. Im § 3 wird bestimmt, daß eine solche Schrift einem Jugendlichen unter 18 Jahren nur mit Einverständnis des Erziehungsberechtigten zugänglich gemacht werden darf; die entgeltliche Überlassung ist auch dann noch verboten.

Im § 3 (2) wird der Aufnahme in die Verbotsliste die Schrift gleichgestellt, die eine offensichtlich schwere sittliche Gefährdung Jugendlicher darstellt.

Eine auf die Verbotsliste gesetzte Schrift darf nicht an offenen Kiosken oder durch Reisende vertrieben oder entgeltlich verliehen werden.

§ 6 bestimmt, daß Schriften, die durch Bild für Nacktkultur werben, den Beschränkungen durch die §§ 3—5 unterworfen sind, ohne daß es einer Aufnahme der Schrift in die Liste und einer Bekanntmachung bedarf.

Damit wäre in Verbindung mit den in § 23 ausgeworfenen Strafen gegen alle die, die vorsätzlich diesen Paragraphen zuwiderhandeln oder die Liste zum Zwecke der geschäftlichen Werbung abdrucken oder veröffentlichen, die Jugend gegen die Gefahren, durch das Lesen sittlich bedenklicher Schriften abzugleiten, geschützt, zumal da nach der Begründung des Gesetzes die Begriffsbestimmung „geeignet, Jugendliche sittlich zu gefährden“ weit auszulegen ist und sich keineswegs auf das Sittliche im geschlechtlichen Sinne beschränkt. Sie umfaßt auch Abhandlungen und Erzählungen, die durch das Verherrlichen des Verbrecherischen bedenkliche Vorstellungen in Jugendlichen auslösen können, wie beispielsweise zeitgemäße Kriminalromane.

In der amtlichen Begründung dieser Bestimmung heißt es u. a. im § 6:

„Diese Bestimmung ist neu. Sie soll keine Diskriminierung von Verbänden zur Förderung der ‚Freikörperkultur‘ enthalten. Es steht jedermann frei, einem solchen Verein beizutreten. Es steht weiter diesen Verbänden frei, ihre Mitglieder mit entsprechend illustrierten Schriften zu beliefern. Es bestehen auch keine Bedenken, daß diese Vereine öffentlich für den Gedanken der Nacktkultur werben. Wogegen jedoch eingeschritten werden muß und durch diese Vorschrift allein eingeschritten wird, ist die öffentliche Werbung durch Fotoaufnahmen nackter Männer oder Frauen. Zweifellos ist die Darstellung eines nackten menschlichen Körpers an sich weder unanständig noch obszön. Es ist aber zu berücksichtigen, daß die Anschauungen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes

die Verneinung eines natürlichen Schamgefühls durch ungeniertes Zurschaustellen des nackten Körpers im täglichen Leben ablehnt. Gerade die heranwachsende Jugend, die in dieser Anschauung erzogen worden ist, wird als psychische Folge der Pubertät (labile Phantasie) durch die für sie ungewohnten photographischen Nacktdarstellungen einer vermeidbaren sittlichen Gefahr ausgesetzt. Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung gestattet den Anhängern der Freikörperkultur, diese vermeintlich falsche Erziehung der Jugend zu bekämpfen. Es gestattet ihnen aber nicht, durch Bilder ihr Erziehungsideal der Öffentlichkeit aufzuzwingen und dadurch die in anderen Formen erzogene Jugend sittlich zu gefährden. Überdies erweckt die Aufmachung vereinzelter Zeitschriften dieser Verbände den Anschein, daß die ideellen Bestrebungen hinter den geschäftlichen Interessen der Verleger zurücktreten."

Dieser Gesetzentwurf ist vom Bundeskabinett einstimmig gutgeheißen worden.

Trotz aller Bemühungen interessierter Stellen ist es jedoch bisher nicht gelungen, diese wichtige Gesetzesmaterie so zu beschleunigen, daß mit einer baldigen Verabschiedung des Gesetzes gerechnet werden kann.

Der Bundesrat hat im wesentlichen nur zwei Änderungen gewünscht, die allerdings bedenklich erscheinen können. Er will in § 1 des Gesetzes nur Schriften erfassen, die eine *erhebliche* sittliche Gefährdung bedeuten. Ferner wünscht der Bundesrat den § 6 des Entwurfes, durch den bekanntlich alle Nacktkulturschriften eo ipso auf der Verbotsliste stehen sollen, zu streichen. Zu diesen beiden Änderungsvorschlägen des Bundesrates hat die Bundesregierung schon selbst Stellung genommen und sich dafür eingesetzt, daß es aus gewichtigen Gründen notwendig erscheint, die ursprüngliche Fassung des Entwurfes beizubehalten. In der Stellungnahme der Bundesregierung heißt es: „Der Absicht des Gesetzes würde es nicht entsprechen, wenn eine erhebliche sittliche Jugendgefährdung nur in jenen Fällen angenommen werden würde, die bereits gemäß §§ 184 und 184 a StGB strafrechtlich verfolgbar sind. Der Entwurf will gerade darüber hinausgehend jene weithin vertriebenen Schriften an der Grenze von Gut und Böse erfassen, deren Vertrieb an Jugendliche zur Zeit mangels gesetzlicher Bestimmungen nicht unterbunden werden kann."

Und zu § 6 sagt die Bundesregierung: „Die Nacktkulturbewegung soll durch diese Bestimmung nicht diskriminiert werden ... Trotzdem muß von den Verbänden zur Förderung der Nacktkultur und ihren Zeitschriften gefordert werden, daß sie in der Form der Werbung Maß halten ... Wenn diese Verbände und Zeitschriften sich ... mit den Anschauungen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes in Widerspruch setzen, müssen sie auch in Kauf nehmen, daß ihnen zum Schutz der heranwachsenden Jugend gewisse Vertriebsbeschränkungen gegenüber Jugendlichen auferlegt werden."

Im Interesse unserer schwer ringenden Jugend, die in ihrem innersten Kern noch gesund ist, wäre es dringend zu wünschen, daß nach der Verabschiedung des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit auch das Schriftengesetz bald energisch gefördert wird, d. h. daß die maßgebenden Bonner Instanzen sich endlich aufraffen und neben den gewiß wichtigen Steuergesetzen und sozialen Gesetzesmaßnahmen auch dem geistig-sittlichen Wohlergehen der Jugend ihr volles Augenmerk schenken.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Die orthodoxe Kirche in Polen

Die orthodoxe Bevölkerung

Die orthodoxe Bevölkerung Polens ist zum größten Teil weißrussischer und ukrainischer Herkunft. Sie lebte in der Vergangenheit in ständiger Spannung mit dem polnischen Staat. Als ihre Vorfahren das orthodoxe Christentum annahmen, gehörten die von ihnen besiedelten Gebiete dem alten russischen Fürstenstaat an. Im 14. Jahrhundert kamen sie unter die Herrschaft des fast bis an das Schwarze Meer vordringenden großlitauischen Reiches, dessen Großfürst 1386 den Katholizismus annahm und Litauen durch Personalunion mit dem katholischen Polen zu einem Doppelreich verband, das 1569 durch die Lubliner Union auch politisch vereinheitlicht wurde. Somit hatte Polen-Litauen einen beträchtlichen Prozentsatz orthodoxer Bevölkerung. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts bestand in Kiew eine von der russischen unabhängige litauisch-orthodoxe Metropolie. Unionsversuche der römischen Kirche hatten erst Ende des 16. Jahrhunderts größeren Erfolg (Union von Brest 1596). Danach setzten Unterdrückungsmaßnahmen des polnischen Staates gegen die Orthodoxie ein. Als mit der Ausdehnung der Moskauer Vorherrschaft im 17. und 18. Jahrhundert die betreffenden Gebiete wieder russisch wurden, ging die Union überall zurück. Seit 1839 gingen die unierten Gemeinschaften mehr oder weniger gewaltsam in der Orthodoxie auf, ein Vorgang, der sich unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, nach der Zerschlagung des 1916/18 neu gebildeten polnischen Staates, wiederholte.

Der polnische Staat zwischen den beiden Weltkriegen hatte 4,5 Millionen orthodoxe Einwohner. Nach Verlust der orthodoxen Eparchien Wolhynien, Wilna und Grodno an die UdSSR zählt die orthodoxe Kirche Polens heute nur noch etwa 500 000 Mitglieder.

Unter dem Druck der Polonisierung

Im Zuge der Dezentralisation der um ihre Existenz ringenden russischen Kirche gewährte der Moskauer Patriarch Tychon im Jahre 1921 den russisch-orthodoxen Eparchien in Polen die Autonomie. Die Wünsche der polnischen Regierung gingen jedoch weiter, und 1922 forderte der polnische Ministerpräsident auf einem Konzil der polnischen Bischöfe die sofortige Errichtung einer autokephalen orthodoxen Kirche in Polen. In Moskau weist man heute mit Nachdruck darauf hin, daß die polnische Autokephalie unter Druck der polnischen Regierung entstand.

Seit 1923 wurde die polnische orthodoxe Kirche von dem Warschauer Metropoliten Dionysius (Waledynski) geleitet. Eine auch nur annähernd objektive Würdigung seiner 25jährigen Tätigkeit als Kirchenoberhaupt ist bislang

kaum möglich. Seine Stellung erforderte ständiges Lavieren. Auf der einen Seite wurde er unter dem Druck einer intransigenten Polonisierungspolitik gehalten. Manchen erschien er hier zu nachgiebig; andere sahen in einer mehr oder weniger erzwungenen Anlehnung an den polnischen Staat einen Schutz vor der Sowjetisierung der Kirche, das heißt ihrer Auslieferung an das Moskauer Patriarchat. Ein Geheimbericht an die Regierung führte jedoch das Mißlingen der Polonisierung der orthodoxen Kirche gerade auf die „Sabotage" des Metropoliten Dionysius zurück. Mit der Regierung lebte er in ständigem Konflikt. Sie konfiszierte die Nummern seiner Metropolitan-Zeitschrift und verbot die Verbreitung von Sendschreiben, in denen er gegen die Verfolgungen der Orthodoxen protestierte. Auf der anderen Seite war er das Angriffsziel der nationalistischen Ukrainer, die das Kirchenslawische durch die ukrainische Sprache im orthodoxen Gottesdienst ersetzen wollten und in ihrem Kampf gegen die großrussische Richtung innerhalb der orthodoxen Kirche von der polnischen Regierung unterstützt wurden.

Schwere Kämpfe hatte die orthodoxe Kirche besonders in den Jahren 1938/39 zu bestehen, als Hunderte von orthodoxen Kirchen teilweise unter Beteiligung der Polizei zerstört oder in katholische umgewandelt wurden. Diese Aktionen wurden von den Regierungsstellen im Interesse der Polonisierung zumindest gefördert, wenn nicht gar inszeniert.

Der Streit um die polnische Autokephalie

In der heutigen Auseinandersetzung mit dem Patriarchat von Konstantinopel wirft Moskau dem ökumenischen Patriarchen Meletios IV. vor, die Theorie von der Zuständigkeit Konstantinopels für die gesamte orthodoxe Diaspora, d. h. für die Gemeinschaften außerhalb der autokephalen Landeskirchen, erfunden zu haben. Dieser Anspruch wirkte sich zuerst im Jahre 1924 in der Errichtung der Konstantinopeler Jurisdiktion über die polnische Kirche aus, über deren Zugehörigkeit zur russischen Mutterkirche das Moskauer Patriarchat niemals einen Zweifel zuließ. Die polnische Kirche erreichte bald darauf die Anerkennung ihrer Autokephalie durch den Patriarchen von Konstantinopel. Darin erblickte der russische Patriarch einen ungerechtfertigten Eingriff in die Rechtszuständigkeit der russischen Kirche (Protestschreiben Tychons vom 23.5.1924 an den Warschauer Metropoliten Dionysius).

Die neue Lage im Zeichen der Moskauer Kirchenpolitik

Auch nach dem sowjetischen Siege über Deutschland lehnte Metropolit Dionysius die Angliederung seiner Kirche an das Moskauer Patriarchat ab. Bald kam es um seine Person zu erneuten Auseinandersetzungen, in denen sich Moskau und die sowjetophilen Kreise der polnischen orthodoxen Kirche einerseits und Konstantinopel und die Anhänger des Metropoliten Dionysius anderseits gegenüberstanden. Kurz vor Beginn des Moskauer Kirchenkonzils im Jahre 1948 begab sich, wahrscheinlich von den Russen inspiriert, eine Delegation polnischer Kirchenleute unter Umgehung des Metropoliten Dionysius nach Moskau, erklärte die 1924 von Konstantinopel erhaltene Autokephalie für unkanonisch und erbat den Segen des Patriarchen Alexius für eine rechtmäßige Autokephalie. Metropolit Dionysius wurde praktisch für abgesetzt erklärt. Schon am 4. 5. 1948 hatte ein Dekret der Regierung Bierut den Metropoliten seines Amtes enthoben und den Erzbischof Timotheus von Bialystok und Bielsk als seinen vorläufigen Nachfolger bezeichnet. Dionysius hatte sich anscheinend durch Kollaboration mit den Deutschen unbeliebt gemacht.

Patriarch Alexius und der Hl. Synod gewährten am 22. 6. 1948 die Autokephalie. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut: „1. Mit Rücksicht auf den Verzicht der polnischen Kirche auf ihre unkanonische Autokephalie nehmen der Heiligste Patriarch und der Hl. Synod die kanonische, liturgische und Gebetsgemeinschaft mit ihr wieder auf und verleihen ihr das Recht zu selbständiger Verwaltung in vollem Umfange. 2. Nach der Bestätigung der Autokephalie der polnischen Kirche durch das Konzil der Bischöfe der russischen orthodoxen Kirche wählt die polnische Kirche ihr Oberhaupt. Zu diesem Zeitpunkt erhält die polnische Kirche den von den Kanones für die Autokephalie geforderten Aufbau."

Inzwischen nahm die polnische Orthodoxie am großen Moskauer Konzil als autokephale Kirche teil. Mit dem Eintreffen der letzten Unterschriften sämtlicher russischer Bischöfe unter das Dokument über die polnische Autokephalie war die Neuordnung der Kirchenverhältnisse in Polen am 22. 11. 1948 abgeschlossen.

Am 4. 12. 1948 gab der Erzbischof Timotheus in seinem Dankschreiben der Überzeugung Ausdruck, daß die polnische Kirche in enger brüderlicher Gemeinschaft mit der russischen die Möglichkeit erhalten werde, ihren Anteil an der Errichtung des Friedens und der Gerechtigkeit auf Erden zu leisten. Die immer betonter russophile Einstellung des Erzbischofs Timotheus geht weiterhin aus dem Osterglückwunsch an den Moskauer Patriarchen im Jahre 1949 hervor. Hier schrieb Timotheus, ein ungewöhnliches Licht erfülle seine Seele in dem Bewußtsein seiner Nähe zur heiligen russischen Kirche, die der polnischen Kirche ihre Liebe und Hilfe erwiesen habe. Am Osterfest 1950 schaut er „in Liebe und Hoffnung" auf den Moskauer Patriarchenthron, der die erprobte Festung der Rechtgläubigkeit repräsentiere und den anderen Kirchen immer zur rechten Zeit zur Hilfe gekommen sei.

Metropolit Dionysius tut Buße

Am 22. 8. 1948 sandte der abgesetzte Metropolit Dionysius als „Seiner Heiligkeit niedrigster Diener" ein Reueschreiben an Alexius. „Meine Seele vermag die Last des geistlichen Amtsverbots, das mir durch Ew. Heiligkeit und den Hl. Synod auferlegt ist, nicht zu ertragen . . . Ich flehe Sie an, meine wenn auch verspätete, so doch aufrichtige Buße über alle Verfehlungen, mit denen ich mich der Mutterkirche gegenüber versündigt habe, entgegenzunehmen. In vollem Bewußtsein des provisorischen und kanonisch unvollständigen Charakters der im Jahre 1924 von dem Heiligsten Patriarchen von Konstantinopel gewährten Autokephalie bekenne ich mich zu der heiligen Notwendigkeit, daß die große russische Mutterkirche ihren Segen für das autokephale Dasein ihrer jüngsten Tochter, der polnischen orthodoxen Kirche, gibt. Ich bitte Ew. Heiligkeit wie ein Sohn darum, mir die liturgische und kanonische Gemeinschaft mit der großen russischen Mutterkirche, die mich erzogen und auf die Höhe des Bischofsamtes erhoben hat, sowie auch mit ihrer treuesten polnischen Tochterkirche, mit der mich 25 Jahre priesterlichen Dienens und mühevoller Arbeit verbinden, nicht zu entziehen."

Patriarch Alexius und der Hl. Synod beschlossen daraufhin am 9. 11. 1948, den Metropoliten Dionysius „um seiner aufrichtigen Reue willen" wieder in die kanonische

Gemeinschaft mit der Mutterkirche aufzunehmen und ihm seine Metropolitenwürde zu belassen. Da seine Reueerklärung nach dem 22. 6. 1948 erfolgt und nach diesem Zeitpunkt die Wahl eines Oberhauptes innere Angelegenheit der polnischen Kirche geworden sei, verbiete sich allerdings seine Wiedereinsetzung als Oberhaupt der polnischen Kirche.

Erneuter Konflikt mit Konstantinopel

Wie erwähnt, spielt die Frage der polnischen Autokephalie in den grundsätzlichen und jurisdiktionellen Streitigkeiten zwischen Moskau und Konstantinopel eine wichtige Rolle. Am 23. 2. 1950 wandte sich Patriarch Athenagoras an den Moskauer Patriarchen und rechtfertigte nochmals die 1924 von Konstantinopel verliehene Autokephalie. Er bezieht sich auf die Pflicht des ökumenischen Stuhls, „den in Schwierigkeit befindlichen Kirchengebieten Hilfe zu leisten", sowie auf die „historischen Bindungen" Konstantinopels zu dem polnischen Kirchengebiet. Das ebenso diplomatisch wie verschwommen abgefaßte Sendschreiben läßt durchblicken, daß Konstantinopel in der Verleihung der Autokephalie durch Moskau die Anerkennung des durch die Maßnahmen des ökumenischen Patriarchen im Jahre 1924 geschaffenen Zustandes sieht. Infolgedessen erwarte Konstantinopel vom russischen Patriarchen, daß er sich für die Wiedereinsetzung des Metropoliten Dionysius verwenden werde.
Den mit griechischen Höflichkeitsfloskeln nicht geizenden Brief beantwortete Patriarch Alexius am 3. 7. 1950 mit der Feststellung, Konstantinopel sei offenbar über die innere Situation der polnischen Kirche nicht informiert. Die polnische Kirche habe selbst auf die von Konstantinopel verliehene, unkanonische Autokephalie verzichtet und diese nun in rechtmäßiger Weise von der russischen Kirche erhalten. Damit aber sei die Wahl ihres Oberhauptes ihre eigene Angelegenheit geworden.
Über eine Neuwahl des polnischen Metropoliten ist bisher nichts bekannt geworden. Noch Ende vorigen Jahres trat Erzbischof Timotheus als stellvertretender Leiter der Kirche auf.

Die orthodoxe Kirche und der neue Staat

Jede Beurteilung dieses Verhältnisses muß von den Verfolgungen ausgehen, denen die Orthodoxen in Polen nach dem ersten Weltkrieg, besonders in den Jahren 1938/39, sowohl von seiten der Regierung wie auch des polnischen Katholizismus ausgesetzt waren. „Jetzt ist bei uns eine neue Epoche angebrochen", berichtete ein polnischer Vertreter auf dem Moskauer Konzil im Juli 1948. „Unter der heutigen Staatsordnung gibt es dieses feindliche Verhalten nicht mehr. Der Katholizismus hat sich beruhigt und schweigt." Nach dem Kriege hat sich die Lage der Orthodoxie gefestigt, sagte der Berichterstatter, „weil sich die Regierung uns gegenüber nicht feindlich verhält".
Einer besonderen Förderung erfreuen sich die orthodoxen Geistlichen in den besetzten deutschen Ostgebieten, wo der Aufbau der orthodoxen Kirche bereits auf 22 Gemeinden angestiegen sei. Dreißig weitere Gemeinden und sogar ein Bischofssitz in Breslau seien geplant, ein weiterer in Lodz. Die „große Anzahl von Orthodoxen" in diesen Gebieten ist wahrscheinlich eine Folge von Umsiedlungen aus den an die UdSSR abgetretenen ostpolnischen Gebieten. Die orthodoxen Geistlichen der Gemeinden um Breslau und Lodz herum werden sogar auf verantwortliche Verwaltungsstellen in Stadt und Land berufen.
In demselben Bericht hieß es, daß trotz der faktisch bestehenden, offiziell aber nicht proklamierten Trennung der Kirche vom Staat in den Schulen Religionsunterricht abgehalten wird. Hier befindet sich also die orthodoxe Kirche Polens in einer günstigeren Lage als ihre russische Schwesterkirche, weil sie an dem vorläufig noch günstigeren Zustand in Polen teilhat, der durch den Widerstand des Katholizismus bedingt ist. Abgesehen von einer geringfügigen Unterstützung für Verwaltungszwecke erhält die orthodoxe Kirche keinerlei Hilfsmittel. Sie muß den meist sehr armen Priestern monatliche Beihilfen gewähren. In diesem Zusammenhang wurde dem Moskauer Konzil anscheinend ein Hilfegesuch von den Vertretern der polnischen Kirche vorgelegt.
Die Zahl der orthodoxen Gemeinden in Polen wurde 1948 mit 145 angegeben; sie hatte sich bis Ende 1950 nicht wesentlich verändert. Den Osterglückwunsch an den Patriarchen von Moskau im Jahre 1949 unterschrieben der Erzbischof Timotheus von Bialystok und Bielsk (als stellvertretendes Oberhaupt der Kirche mit Sitz in Warschau), der Bischof Michael von Breslau (Sitz in Bialystok), der Bischof Georg von Lodz, sowie der seiner Amtsgeschäfte enthobene Metropolit Dionysius (Warschau). Die Eparchien Breslau und Lodz sind demnach anscheinend gebildet worden; jedoch mangelt es noch an Bischöfen. Bis Ende 1950 hatte die polnische orthodoxe Kirche weiterhin nur drei Bischöfe.

Der polnische Katholizismus in orthodoxer Sicht

Nach den Angaben des erwähnten polnischen Vertreters auf dem Moskauer Konzil verläuft das Leben der orthodoxen Kirche recht verwickelt. „Wir leben im Meer des Katholizismus ... Wir müssen sowohl mit den Direktiven rechnen, die von der katholischen Kirche ausgehen, als auch mit denen des Staates." Unter den polnischen Katholiken herrscht nach diesen Angaben eine antipäpstliche Stimmung und Ungewißheit über die einzuschlagende Richtung. Die niedere Geistlichkeit sehe in dem Verhalten des Papstes einen direkten Schaden für die nationalen Bestrebungen Polens. Man wisse von vielen Katholiken, daß sie aus Furcht vor Repressalien seitens des Episkopats ihre Stimme nicht zu erheben wagen. Viele Konversionen von Katholiken zur Orthodoxie seien zu verzeichnen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die katholische Geistlichkeit den Wunsch zur Bildung einer selbständigen Kirche in Polen erhebe.

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Zu der Kritik an den Remilitarisierungsumfragen

In der „Herderkorrespondenz" Jhg. 5, Heft 9 übt Herr Dr. F. Lorenz, der wissenschaftliche Leiter der „Forschungsstelle für Volkspsychologie", Kritik an einer Übersicht über 15 Meinungsbefragungen zum Problem der Aufrüstung Westdeutschlands, die von unabhängigen Zeitungen, Zeitschriften und Instituten zwischen 1948 und 1950 durchgeführt worden waren. Die Befragungen, deren Ergebnisse in der Herderkorrespondenz Jhg. 5, Heft 4/5 veröffentlicht wurden, zeigten die Ablehnung der Aufrüstung durch die weit überwiegende Mehrheit der Befragten. Die umfassendste Befragung, an der sich 33 000 Leser beteiligten, war dabei noch nicht mit aufgeführt. Sie wurde Ende 1950 von der Zeitschrift „Spiegel" (Hannover) durchgeführt und wies eine ebenso hohe Zahl der Ablehnungen auf wie die anderen 15 Befragungen. Dr. Lorenz hält diese Befragungen für nicht repräsentativ und teilt zwei von ihm selbst im Januar 1950 und ein Jahr darauf geleitete Befragungen mit, die durch „folgerichtig und planmäßig zusammenfassend aufgebaute Analyse der Verhaltensweisen" „frei von suggestiven Unterstellungen" und daher wissenschaftlich objektiv seien. Das Ergebnis dieser Befragungen zeigt eine weit weniger starke Ablehnung, wenn auch hier die Nein-Stimmen die Ja-Stimmen noch überwiegen.

Es ist ohne Zweifel recht schwer, in einer Frage, die ganz im Mittelpunkt des politischen Kampfes steht, eine wissenschaftlich objektive Haltung zu wahren, um so mehr, als möglicherweise die Veröffentlichung des Befragungsergebnisses selbst wieder meinungsbildend in das Feld der Politik wirken kann. Daß der Verfasser der Kritik in einer so vor eine persönliche Entscheidung stellenden Frage Stellung bezogen hat, ist natürlich und sein gutes Recht. Es zeigt sich aber an mehreren Stellen seiner Kritik, daß er sich auch bei der Bewertung der Befragungen von seiner persönlichen Auffassung nicht ganz frei gemacht hat. Hierfür einige Beispiele:

1. Der Verfasser vertritt die Anschauung, mit dem Wort „Remilitarisierung", ja überhaupt schon mit dem Umstandswort „wieder" werde die Vorstellung einer Restauration des deutschen Militarismus suggeriert. Damit hat er sich aber bereits ein Argument der die Bewaffnung befürwortenden Seite zu eigen gemacht, das nicht frei von propagandistischen Elementen ist. Tatsächlich hat weder das Wort „Remilitarisierung" noch das Umstandswort „wieder" die ihm zugesprochene restaurative Bedeutung: Es ist das sprachlich und sachlich richtig gebildete Gegenstück zu der (nach 1945 erfolgten) „Demilitarisierung". Wir haben in unserem tagespolitischen Wortschatz eine ganze Reihe solcher gewiß nicht schöner Worte, die aber keineswegs etwas Restauratives bedeuten. So denkt etwa auch bei dem Begriff „Remontage" niemand daran, Fabriken nach dem Stand von 1945 zu „restaurieren", sondern an den Aufbau eines besseren und zeitgemäßeren Werkes an Stelle des durch „Demontage" beseitigten. Dasselbe gilt für „wieder". „Wieder Soldat werden" ist eine durchaus zutreffende und wirklich nicht suggestive Bezeichnung der Situation, vor der die aus dem zweiten Weltkrieg heimgekehrte Generation unserer jungen Männer steht, wenn es zu einer Bewaffnung Deutschlands kommen sollte. Daß dabei jeder an den unmittelbar hinter uns liegenden Krieg denkt, ist allerdings richtig. Aber dies ist natürlich, dazu bedarf es wahrlich keiner Suggestion. Eher wäre Suggestion nötig, wollte man erreichen, daß jemand zu der ganzen Frage Stellung nimmt, ohne daß ihm dabei das „Bild der Vergangenheit" vor die Seele tritt. Es heißt also, sich die Sache zu einfach machen, wenn man erklärt, die Ablehnung der „Remilitarisierung" beziehe sich lediglich auf den alten Militarismus und sei daher mit der Befürwortung der Aufrüstung vereinbar.

2. Der Verfasser bewertet die Hauptmotive der Ablehnung als „erschüttertes politisches Selbstvertrauen (Armee bedeutet Krieg)" sowie als „physische und seelische Erschöpfung" („Kriegsmüdigkeit") und schreibt: „Die Überwindung eines Erschöpfungszustandes braucht Zeit. Alles übrige ist eine Frage der Gewinnung des politischen Selbstvertrauens." Aber auch dies ist wieder eine Betrachtungsweise vom Standpunkt der Bejahung einer deutschen Bewaffnung. Von diesem aus zeigt sich allerdings als „Erschöpfung" und „mangelndes Selbstvertrauen", was von einem anderen politischen Standpunkt aus (vorausgesetzt, daß man gewillt ist, einen anderen Standpunkt als aufrichtig möglich gelten zu lassen) vielleicht als „Lernen aus der Geschichte", „Einsicht in die gefährliche geographische, politische und völkerrechtliche Lage Deutschlands" oder gar als „gesunde Abkehr von einer verhängnisvollen Gewaltpolitik" betrachtet werden könnte.

3. Dr. Lorenz hält die Fragen, über die in der Zusammenstellung der Herderkorrespondenz berichtet worden war, für teilweise „suggestiv". Legt man aber seinen strengen Maßstab an die von ihm selbst gewählten Fragen, so wird man das gleiche auch von diesen sagen müssen: Seine erste Frage lautete: „Sind Sie für eine gesamteuropäische Armee, zu der auch die Deutschen einige Divisionen zu stellen hätten?" In dieser Frage ist die deutsche Beteiligung in den Nebensatz gerückt und erfährt dadurch sowie durch die Angabe von nur „einigen Divisionen" eine gewisse Verharmlosung. Dies wird nicht geändert, wenn erklärt wird, diese Frage habe der „zu dieser Zeit gegebenen Situation" entsprochen. Was der gegebenen Situation entspricht, ist gerade Streitpunkt, hängt ein Urteil hierüber doch entscheidend davon ab, welche unmittelbaren Wirkungen man einer Maßnahme wie der Aufrüstung und welches Vertrauen man offiziellen Pressemitteilungen beimißt. Die „gegebene Situation" kann auch schon deshalb nicht so selbstverständlich festgestellt werden, weil bekanntlich eine Reihe von divergierenden Plänen über die Bewaffnung Westdeutschlands nebeneinander bestehen, ohne daß bis heute eine Entscheidung über Stärke („einige Divisionen" oder mehr?) und Organisation (im Rahmen einer „gesamteuropäischen Armee" oder des Atlantikpaktes?) gefallen wäre (vgl. die Unterschiede zwischen Pleven-Plan, Pariser Europa-Armee-Verhandlungen, Expertenverhandlungen auf dem Petersberg). Eine zweite vom Verfasser vorgelegte Frage lautete: „Wenn es zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen Atlantik-

pakt-Staaten und Sowjetblock kommt: Soll sich die Bundesrepublik den Westmächten anschließen?" Nun, „Verschärfung" ist mehrdeutig: Der eine Befragte wird darunter schon den Fall der blutigen Auseinandersetzung sehen, der andere nur eine Zunahme des „kalten Krieges". Jedenfalls geht die vom Verfasser den Antworten zuteil gewordene Auslegung zu weit, wenn sie erklärt: „Zwei Drittel sind im Konfliktsfall für den Anschluß an die Westmächte. In der Frage war nur von „Verschärfung der Spannungen" die Rede. Viele Befragte werden möglicherweise für den Anschluß sein, weil sie erwarten, daß dies die einzige Möglichkeit ist, den Konfliktsfall gerade zu vermeiden.

4. Unter den 15 von Dr. Lorenz kritisierten Befragungen befindet sich auch die des unabhängigen Instituts „Emnid" in Bielefeld, die nach einem kritisch-objektiven Verfahren vorgenommen wurde, das selbst auf den Einwänden gegen Zeitungsumfragen aufgebaut ist, die Dr. Lorenz angibt. Diese Befragung basiert auf einer schlüsselgerechten Repräsentation aller Schichten und Bevölkerungskreise der Bundesrepublik. Die Frage: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden, oder daß Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden würde?" wird auch von einem Befürworter der Bewaffnung als frei von Suggestion bezeichnet werden müssen. Die Befragung wurde dreimal, im Juli 1949 (27,7 % Ja, 60,2 % Nein), im Dezember 1949/Januar 1950 (17 % Ja, 74,6 % Nein) und im November 1950 (13,6 % Ja, 73,4 % Nein) durchgeführt. Sie bestätigt also die zahlreichen Pressebefragungen, was Dr. Lorenz in seiner Kritik nicht erwähnt hat.

Es ließe sich noch manches im allgemeinen und im einzelnen sagen. Aus dem bisher Gesagten ergibt sich aber schon, daß die Kritik an den von der Herderkorrespondenz veröffentlichten 15 Befragungen nicht zutrifft. Die von Dr. Lorenz mitgeteilten abweichenden Befragungen zeigen zwar, daß auf andere Fragen andere Antworten erfolgen. Daß die Fragen der 15 Befragungen aber weniger objektiv waren als die der „Forschungsstelle für Volkspsychologie", dafür konnte eine Begründung nicht erbracht werden.

Freiburg i. Br. *Rüdiger Frank*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BRUNNER, August. *Die Rückkehr der Gespenster.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 8 (Mai 1951) S. 91—102.

Eine Apologie der Religion, d. h. hier des Christentums, gegen die Erklärungsversuche, die die moderne Psychologie, d. h. hier C. G. Jung, für das religiöse Bewußtsein gibt. Der völligen Erniedrigung des Menschen und seiner Preisgabe an die unbewußten und untermenschlichen Mächte muß entgegengehalten werden, daß die Religion ein Moment enthält, in dem Objektives, über dem Menschen Stehendes, zur Gegebenheit kommt.

LECLERCQ, J. *Perspectives nouvelles en Morale chrétienne.* In: Construire Jhg. 6 Nr. 4 (Mai 1951) S. 9—12.

Der bekannte Löwener Moraltheologe hat über die neuen Perspektiven der christlichen Moral einen Vortrag gehalten, den die Zeitschrift der belgischen Katholischen Aktion kurz wiedergibt. Der heutige Christ inmitten der nichtchristlichen Welt hat nicht genug an den Verboten und negativen Regeln, die aus einer Zeit christlicher Gesellschaftsordnung stammen, sondern verlangt nach Zielsetzungen. Moral nicht mehr als Kasuistik, sondern als Orientierung.

RAMBALDI, G., SJ. *Sacerdozio gerarchico e sacerdozio non gerarchico.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 102 Nr. 2422 (19. Mai 1951) S. 345—357.

Der Aufstieg der Laien in der Kirche ist nicht in Parallele zur Demokratisierung der Welt zu sehen. Das allgemeine Priestertum besteht für den Katholiken in der Heiligkeit jedes Gläubigen als Getauften, ist aber in keiner Weise Ersatz für das hierarchische Priestertum der Kirche. Da heute nicht mehr wie in der Reformation die Gefahr besteht, daß die Gläubigen sich zu priesterlich, sondern vielmehr, daß sie sich zu laisiert fühlen, fördert sie das Gefühl der Beteiligung am Apostolat, an sich eine unveränderliche Wahrheit.

Kultur

BORTOLASO, G., SJ. *Fondamenti e sviluppi dello storicismo crociano.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 102 Nr. 2419 (7. April 1951) S. 24—34 und Nr. 2421 (5. Mai 1951) S. 272—281.

Der seit einem halben Jahrhundert das gesamte italienische Geistesleben beherrschende, von Hegel herkommende Philosoph Benedetto Croce hat die Grundpositionen seines Denkens nie wirklich dargelegt! Er nennt sie einfach das „Prinzip des unaufhaltsamen Fortschritts des Denkens". Ihm genügt zum Wahrheitsbeweis seines Systems des historischen Idealismus die innere Widerspruchslosigkeit einer Anzahl von Hegel und Leibniz übernommener Begriffe. Sein eigenes System fällt aber seinem Relativismus zum Opfer.

CAPELLA, Gimeno. *Die UNESCO — eine Zwischenbilanz.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 51 Heft 2 (Mai 1951) S. 65—70.

Der kurze Einblick, den wir hier in das „Gehirn der Welt" tun, kommt einer Diagnose auf Tumor verdächtig nahe. Doch bittet der Verfasser die Kritiker um Schonung, da der Wechsel des Generaldirektors und eine wirksame Beschneidung der anfänglichen Utopien dieser Einrichtung eine wesentliche Besserung versprechen.

COULSON, C. A. *The place of science as a cohesive force in modern society.* In: The Dublin Review 115. Jhg. Nr. 451 (Frühjahr 1951) S. 49—59.

Eine Untersuchung zur Frage, welche Idee der westlichen Welt Bestand verleihen kann. Der Verfasser, theor. Physiker des King's College in London, glaubt, daß die ‚Wissenschaft', die Summe unserer Empirie, bezogen auf Prinzipien, eine überzeugende Grundlage für das abendländische Bewußtsein werden kann.

DEL-NEGRO, Walter. *Wandlung des Materialismus.* In: Zeitschrift für philosophische Forschung Bd. 5 Heft 1 S. 75—81.

Nachdem der alte mechanistisch-atomistische Materialismus durch die neue Physik begraben wurde, erfährt er (etwa bei G. Jacoby) eine Neubelebung. Von der Psychologie her wird die Behauptung aufgestellt, daß die Materie Träger der psychischen Vorgänge sei. Der Verfasser will nun zeigen, daß der Spiritualismus und der Materialismus nach der Auflösung des alten Materiebegriffes gewissermaßen konvergieren.

GROSSRIEDER, Hans. *Die Dämonie André Gides. Oder Konversion und leere Freiheit.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 4 (April 1951) S. 259—268.

Jammes, Claudel und Du Bos bemühen sich scheinbar umsonst um das Seelenheil des Dichters. Es zeigt sich dann die merkwürdige Paradoxie, daß der späte Gide in seinen Tagebuchaufzeichnungen mehr Offenheit für eine metaphysische Welt und für die absoluten Forderungen der Sittlichkeit zeigt als in der Zeit jener religiösen Auseinandersetzungen. Großrieder vermutet eine innere Konversion, über die vielleicht später einmal Aufschluß gegeben werden kann.

GUYON, B. *Le testament d'André Gide: Thésée.* In: La Vie Intellectuelle Juni 1951 S. 51—66.

DES MAZERY, A. *Lettre à un homme de cinquante ans.* Ebd. S. 67—71.

Der Mann von 50 Jahren, B. Guyon, ist dem Zauber des großen Ästheten, Literaten und Sprachkünstlers Gide, des Moralisten eines atheistischen Humanitarismus, Fortschrittsglaubens, Glaubens an die Intelligenz, großen Bürgers im Sinn der Antike bis zum ironisch-raffinierten Alterswerk völlig verfallen. Der Stimmführer der jungen Generation, A. des Mazery, sagt dagegen: Uns bedeutet er nichts, sein Zauber ist vorbei, wir lieben stärkere Kost.

HAMMELSBECK, Oskar. *Sexualkrise und erzieherische Verantwortung.* In: Die Sammlung Jhg. 6 Heft 5 (Mai 1951) S. 282—291.

Die völlig neue und unvergleichliche Situation der Jugendverwahrlosung erfordert ein Umdenken im Bereich der Sexualpädagogik, die nicht mehr geleistet werden kann, wenn die außerschulischen Einflüsse jede pädagogische Maßnahme überflügeln. Wie dennoch die erzieherische Verantwortung gewahrt werden kann (bes. innerhalb der sexuellen Aufklärung) und welche Forderungen die Lehrerschaft hierzu erheben muß, wird hier gezeigt.

HANSEN-LÖVE, Friedrich. *Die Reform der Universität.* Ansatzpunkte und Fehlleistungen. In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 5 (Mai 1951) S. 333—340.

„Bildungsmuseum" oder „Intelligenzfabrik", das ist hier die Frage. Von einem sehr düster gemalten Gegenwartsbild aus werden die Möglichkeiten einer Konvergenz der Wissenschaften, des studium generale und eines europäischen Universitätsplanes sondiert unter löblicher Verwendung auch ausländischer Ansätze und Literatur.

KEMPF, Friedrich. *Aufgang Europas. Zu Friedrich Heers gleichnamigem Buch.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 8 (Mai 1951) S. 81—91.

Diese Kritik zu Heers Analyse des 12. Jahrhunderts verdient gelesen zu werden. Nach einem Kurzreferat, das das Wesentliche des Werkes wiedergibt, werden These und Gegenthese scharf genug herausgearbeitet, daß dem Leser eine eigene Stellungnahme möglich ist. Wenn Heers „radikales Nachwort" das heilige Reich zu vorschnell mit den Zwangssystemen zusammenbringt, so scheint auch Kempfs Zweifel an der von Heer gepriesenen „europäischen Freiheit" unsicher zu sein, solange nicht der zugrundegelegte Begriff der Freiheit aus seiner metaphysischen Wurzel geklärt ist.

LAÍN ENTRALGO, Pedro. *Hacia una teoría del intelectual católico.* In: Arbor, 63/XVIII (März 1951), S. 325—343.

Der bekannte Madrider Universitätsprofessor untersucht die drei Verhaltensweisen katholischer Wissenschaftler, die den Schöpfungsbereich („in creatis" nicht „in divinis") erforschen. Neben den Antirationalisten wie Tertullian, Lamennais und Unamuno gibt es die „Gespaltenen", wie Pascal, Laënnec, Pasteur, die Oratorium und Laboratorium trennen, endlich als dritte Gruppe, die Laíns, der ihr irdischer „Gottesdienst" auch ein Stück „Gottesentdeckung" und Mitarbeit an der Welterlösung bedeutet (Kernbegriff: „oblatio veritatis Deo").

MANNONI, O. *La plainte du Noir.* In: Esprit Jhg. 19 Nr. 5 (Mai 1951) S. 734—749.

Das Unrecht, unter dem der Schwarze in Amerika leidet, ist mehr als nur das faßbare Elend seiner Armut und sozialen Entrechtung, der gegen ihn bestehenden Vorurteile; es kann nicht allein dadurch behoben werden, daß man ihn als „auch einen Menschen" anerkennt, indem man gütigst über seine schwarze Haut hinwegsieht. Er verlangt Anerkennung gerade als Schwarzer, und in ihm wird alle Ungerechtigkeit und Absurdität der Ungerechtigkeit zwischen Menschen überhaupt symbolhaft sichtbar, die darin besteht, daß Menschen einander negieren aus Gründen (schwarze Haut), die nichts mit Wert zu tun haben: als sei dieser Mensch nicht Mensch.

NEUHÄUSLER, Anton. *Augustinus und die Zeitauffassung der heutigen Physik.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 5 (Juni 1951) S. 472—482.

Interessanter Vergleich zwischen der bekannten augustinischen Zeitinterpretation aus dem Gottesstaat („Ohne Zweifel ist die Welt nicht in der Zeit, sondern mit der Zeit zugleich erschaffen") und den modernen Theorien der Weltentstehung. Die Entsprechungen werfen ein neues Licht auf Zeitlichkeit und Ewigkeit und zeigen damit die metaphysische Bedeutsamkeit der modernen Naturwissenschaft.

PIEPER, Josef. *Was heißt akademisch? Oder: Der Funktionär und der Sophist.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 5 (Juni 1951) S. 421—443.

In der grundsätzlich angefaßten Begriffserklärung werden alle Fragen der Bildungs- und Universitätsreform gestreift. „Akademisch" ruft die Erinnerung an Plato auf. Wir müssen dorthin, zu der „Ursprungssubstanz des Akademischen", zurückkehren. Von dort her lassen sich auch die Begriffe der akademischen Freiheit, der sakralen Rückbindung, der Abgrenzung gegen den Typ des Funktionärs und des Vielwissers und der Begriff der „Elite" klären und füllen.

RUSZKOWSKI, Andrés. *El cine europeo busca a Dios.* In: Latino-America Nr. 28/III (April 1951) S. 166—171.

Einer der international führenden katholischen Filmfachleute muß feststellen, daß ungeachtet — besser: wegen — des äußeren Massenerfolges des religiösen Films dieser ein kritisches Stadium erreicht habe, bei dem es sich nun vor allem um Volks- und Jugenderziehung für den Film, um vorsichtigste Fortsetzung der Problemvertiefung und besonders um eine Produktionsdifferenzierung nach soziologischen Gesichtspunkten handle.

UNGERN-STERNBERG, Roderich von. *Über die Ursachen der Ehezerrüttung.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 51 Heft 2 (Mai 1951) S. 71—77.

Diese „bevölkerungswissenschaftliche" Untersuchung, der manches statistische Material zugrundegelegt ist, kommt zu dem Schluß, daß die Ehekrise nicht nur soziale Ursachen, sondern im Verlust der gemeinschaftsbildenden Autoritäten und Bindungen und in einer individualistischen Auslegung der Freiheit ihren Ursprung hat.

VOEGELIN, Erich. *Wissenschaft als Aberglaube. Die Ursprünge des Szientifismus.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 5 (Mai 1951) S. 341—360.

Der fundierte Aufsatz will der totalen Wissenschaftsbesessenheit der Neuzeit auf die Spur kommen. Er nimmt seinen Ausgang von der Unterscheidung der Erscheinungs- und Wesenswissenschaft und erklärt das Entstehen des Vorrangs der ersteren. Die Analyse endet in der Einsicht, daß die Rückkehr zur Freiheit des Geistes kaum oder nur schwer geleistet werden kann.

La Germania. Sondernummer der Humanitas Jhg. 6 Nr. 4 (April 1951).

Dieses Sonderheft der italienischen Zeitschrift über Deutschland enthält Aufsätze über die politischen, wirtschaftlichen und geistigen Probleme Deutschlands. Unter den Autoren sind: Bernhard Reismann, Gonzague de Reynold, Wilhelm Röpke, Hans Lukaschek, Anton Hildkmann, Maria Schlüter-Hermkes, Fritz Nemitz. Die Einleitung aus der Feder des Leiters der Zeitschrift, Mario Bendiscioli, weist darauf hin, daß Deutschland im Begriff ist, wieder in die westliche Welt eingeordnet zu werden, daß die Spannungen innerhalb Deutschlands in diesem Augenblick außerordentlich groß sind, daß auch überall Persönlichkeiten wieder in Geltung treten, die dem System nahegestanden haben, das zur Katastrophe führte, daß aber zu hoffen sei, daß gerade die Wiedereinbeziehung in die freie Welt alle guten Kräfte stärken werde.

Ökumenische Chronik

ALTHAUS, Paul. *Hat die Predigt noch Überzeugungskraft?* In: Universitas Jhg. 6 Heft 4 (April 1951) S. 399—404.

Der bekannte Theologe antwortet hier auf den Aufsatz von Dr. S. Maiwald „Protestantismus und Tiefenpsychologie" (Universitas 5, 12). Althaus weist darauf hin, daß Maiwalds Forderung nach einer evangelischen Liturgiebewegung nur für den südwestdeutschen, „typisch protestantischen" Gottesdienst gilt. Der eigentlich „evangelische" Gottesdienst im übrigen Deutschland habe vornehmlich im Singen, dann aber auch in der Predigt selbst — wo sie aus einem wirklichen Hinhören auf das Gotteswort kommt — Mittel genug, um die Tiefenschicht des Menschen, d. h. seine Ganzheit, zu ergreifen.

Astrologie und Christentum. Eine Tagung in der evangelischen Akademie Tutzing. In: Universitas Jhg. 6 Heft 4 (April 1951) S. 485—486.

Dieser Tagungsbericht ist ebenso interessant wie seltsam. Offenbar gelang es den anwesenden Astrologen, in die Führung zu kommen und einen Schlußbericht durchzusetzen, daß „die richtig verstandene Astrologie nicht im Widerspruch zur Lehre des Christentums stehe".

LIERMANN, Hans. *Ökumene als rechtliche Erscheinung.* In: Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung Jhg. 5 Nr. 8 (30. April 1951) S. 117—120.

Der Aufsatz geht davon aus, daß ökumenisch und katholisch dem Wortsinne nach dasselbe ist, und versucht nun auf dem Boden dieser Gleichheit, die letztlich theologisch begründet ist, den strukturellen Unterschied einer „herrschaftlich" und einer „genossenschaftlich" geleiteten Kirche ohne Wertungen zu entfalten. An die Ökumene, die sich als reines Menschenwerk versteht, werden heute Forderungen der Weltwirksamkeit, der politischen Tätigkeit und der inneren Festigung gestellt, denen sie schon in ihrem juristischen Aufbau gerecht werden muß.

MÜLLER-GANGLOFF. *Katholische Evangelizität? Ein Responsorium zwischen den Konfessionen.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 76 Nr. 4 (April 1951) S. 201—204.

Lortz „Die Reformation als religiöses Anliegen heute", 1948, und Von der Gablenz „Geschichtliche Verantwortung", 1949, bilden ein zusammenhängendes Gespräch, in dem auf jeder Seite besonderer Wert auf die Selbstkritik gelegt wird. Das Ergebnis scheint dem Verfasser darauf hinauszulaufen, daß die Reformationen von Wittenberg und Trient als noch nicht vollendet gedacht werden müssen, in ihrer Konsequenz aber eine weitgehende Annäherung oder Einheit verlangen.

Soziales und politisches Leben

BENEDETTI, A. *L'educazione culturale della classe lavoratrice.* In: Realtà sociale d'oggi Jhg. 6 Nr. 5 (Mai 1951) S. 395—403.

Klassengegensatz ist in Italien heute fast vorwiegend Bildungskluft; Angestellte und Intellektuelle verdienen oft weniger als Arbeiter, haben aber den Ausgleich einer gewissen Einsicht und des Zugangs zu geistigen Werten. Bessere Schulbildung für das Volk ist daher erstes Erfordernis in einem Land, wo die Volksschule nur fünf Jahre umfaßt und das zwölfjährige Kind bereits sich selbst überlassen ist.

CHEYRON, P. *Une nouvelle minorité syndicale?* In: La Vie Intellectuelle Juni 1951 S. 72—75.

Interessante Analyse der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Situation in Frankreich und die internationalen Zusammenschlüsse. Das Problem ist auf beiden Ebenen: Aussonderung der christlichen Arbeiter zur Straffung ihrer Position — oder Eindringen in umfassendere Organisationen zu deren Stärkung gegen den kommunistischen Einfluß.

COBBAN, Alfred. *An Age of revolutionary wars: An historical Parallel.* In: The Review of Politics. Bd. 13 Nr. 2 (April 1951) S. 131—141.

Der Verfasser ist Historiker an der Universität London. Er vergleicht die gegenwärtigen Machtverhältnisse mit den napoleonischen Zeiten und weist überzeugend eine Parallele zwischen den napoleonischen Irrtümern und dem Kreml auf.

FERNANDEZ DE LA MORA, G. *Las aporías de Nuremberg.* In: Arbor, Nr. 64/XVIII (April 1951), S. 536—562.

Der Nürnberger Prozeß war eine „juristische Revolution", die zu beurteilen man von politischen Neigungen unbeeinflußt sein müßte. Dennoch dünken ebenso die sachlichen wie ästhetischen Mängel des Verfahrens dem spanischen Juristen und Diplomaten offenkundig, da er auch vom fachmännischen Standpunkt aus den Versuch einer Rechtsprechung im Namen der Menschheit als mißlungen beurteilen müsse. Der hoffnungsvolle Ansatz zu einem internationalen Strafgesetzbuch endete in einem einseitigen Gerichtshof „ad hoc", der (communis opinio!) eine großartige geschichtliche Chance verpaßt habe.

FLORIDI, U. A., SJ. *I kolchoz giganti nella nuova riforma agraria sovietica.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 102 Nr. 2420 (21. April 1951) S. 138—149.

Bei den neuen Agrarreformen in Rußland müssen die Kolchosbauern auf die ihnen bisher bewilligten kleinen Stücke Landes und Vieh bei ihrem Haus verzichten zu Gunsten reiner Tagelöhnerarbeit auf den neuen Riesenkolchosen, die vor allem auch politisch-strategische Bedeutung haben.

HÄRING, Bernhard. *Mitbestimmung und Mitbeteiligung als Wege zur Entproletarisierung.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 8 (Mai 1951) S. 102—114.

Wenn die Entproletarisierung das eigentliche Problem der sozialen Frage ist, so ist die sog. Sozialisierung nutzlos. Der Mitbestimmung muß eine organische Form der Eigentumsbeteiligung des Arbeiters angegliedert werden, wofür die katholischen Sozialreformer des 19. Jahrhunderts und die Äußerungen des Heiligen Stuhles wegweisend sind.

HUPFELD, R. *Wege zur Überwindung der heutigen Ehekrisis.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 76 Nr. 4 Sp. 207—216.

Ein ausführliches und vergleichendes Referat zur bedeutenderen neuen Literatur. Es zeigt sich eine vorbildliche Lebendigkeit der Frage auf der katholischen Seite. Als gemeinsame Grundhaltung der christlichen Schriftsteller ergibt sich die Ablehnung der Ehereformen, die gegen ihre eigene Absicht die Ehe nicht zur Gesundung, sondern zur Aufhebung führen.

LIGIER, Simon. *Causes psychologiques de déchristianisation en milieu ouvrier.* In: Masses Ouvrières Jhg. 7 Nr. 63 (April 1951) S. 22—50.

Gekürzte Wiedergabe des 1. Kap. des Buches von Ligier „L'Adulte des milieux ouvriers": Erklärung des Antiklerikalismus und der Religionsfeindlichkeit der erwachsenen Arbeiter aus ihrer Mentalität des „männlichen Erwachsenen" überhaupt, als der er sich zu fühlen gelernt hat: gegen alle Bevormundung und Beschützung, dazu rationalistisch und im Umgang mit der Materie in der Arbeit hart und unemotional geworden, unzugänglich für religiöses Erleben.

MEYER, Karl. *Divorce after Separation: The German Experience.* In: Blackfriars Bd. 32 Nr. 375 (Juni 1951) S. 251—257.

Ein Kölner Richter warnt England vor der geplanten Einführung der Trennungsklausel mit Hinweis darauf, daß im letzten Jahr allein 1 % der Kölner Familien durch Scheidung zerstört wurden, ein wesentlicher Teil davon auf Grund der Trennungsklausel. Der Aufsatz verdient Publizität im eigenen Lande.

MICHEL, Ernst. *Das Ehe- und Geschlechterproblem in heutiger Sicht.* In: Universitas Jhg. 6 Heft 4 (April 1951) S. 385—392.

Michel will von einer personalistischen Wesenserfassung des Menschen her auch den Sexus als Menschliches und nicht etwa als Biologisches verstehen, als Biologisches, auf das sich dann irgendwie ein geistiger Überbau stützen soll. Dementsprechend verneint er das Platonische der sog. Eros-Liebe und will den Sexus ernst genommen haben als die Voraussetzung echter Einheitsbildung.

PEREGO, A., SJ. *L'istanza malthusiana e le risorse materiali.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 102 Nr. 2421 (5. Mai 1951) S. 233—246.

Das Problem der Übervölkerung der Erde. Auf Grund neuester Forschungen, zumal in Frankreich und USA, scheint die Erde trotz des ungeheuren Anwachsens der Bevölkerung noch fast unendliche Nahrungsmöglichkeiten zu bieten durch Neukultivierung, Intensivierung, Ausnutzung der Nährstoffe des Meeres usw. Unnötig, weiter hinaus zu denken, da nach der Offenbarung die Welt ja einmal ihr Ende erreicht. Warum nicht glauben, daß sie bis dahin auch ihre Geschöpfe ernähren kann?

SOUSBERGHE, L. de. *Das Privateigentum als Naturrecht. Eine neuscholastische These im Licht der scholastischen Tradition.* In: Dokumente Jhg. 7 Heft 2 (1951) S. 123—141.

Der Aufsatz, über den wir im Märzheft der Herder-Korrespondenz ausführlich berichtet haben, liegt jetzt auch in deutscher Übersetzung vor.

Chronik des katholischen Lebens

AUJOULAT, L. *Laïcat missionnaire.* In: Rythmes du Monde 1. Trimester 1951 S. 33—43.

Der Generaldirektor der Organisation für das Laienapostolat in den Missionen umreißt hier die Aufgabe des Laien in den fernen Ländern heute: zu helfen, zu dienen, nicht zu herrschen. Der Laienapostel muß vor allem eingeborene Laien zum Apostolat anleiten, sich einsetzen, im Missionsland die selbständige Kirche heranzubilden. Er hat hier bestimmte unersetzliche Aufgaben neben dem Missionar, die zu erfüllen er sich beeilen muß, da ihm die fernen Länder vielleicht nicht mehr lange offenstehen werden.

BAYLE, C., SJ. *„Un Secreto Ha Dias Deseo Saber."* In: Razón y Fe, Nr. 640, Bd. 143 (Mai 1951), S. 505—514.

Katholische Presseorgane wie „La Vie Intellectuelle", „Cronaca Sociale" und selbst der „Osservatore Romano" geben immer wieder ungerechten Äußerungen hinsichtlich der Indianerbehandlung bei der Conquista Amerikas, der Rechtmäßigkeit der spanischen Staatsregierung u. ä. Raum, was nur durch Anlegung ungleicher Maßstäbe an die Zustände Europas möglich wird, in Spanien aber echten Zorn hervorruft.

FISHER, Bernhard. *The Spirituality of Thomas More.* In: Life of the Spirit Bd. 5 Nr. 59 (Mai 1951) S. 515—521.

Eine sehr zeitgemäße Darstellung der religiösen Erwägungen und der Grundhaltung des britischen Kanzlers, dem die Problematik des ‚Christen im öffentlichen Leben' zum Schicksal wurde.

KRAUTWIG, Notker. *Die Gefährdung und Erneuerung des Bußsakramentes.* In: Geist und Leben Jhg. 24 Heft 1 (Februar 1951) S. 18—25.

Die „Entwertung der Sünde", d. h. ihre Banalisierung ist die Ursache für die Gefährdung des Bußsakramentes. Die Erneuerung kann nur gelingen, wenn der Heilssinn des Sakramentes wieder ins Bewußtsein gehoben wird. Das Sakrament ist nicht nur Gnadenmittel, es ist der Weg zurück zur Kirche, zu Christus. Die liturgische Bewegung hat bisher hier eine Aufgabe vernachlässigt.

PIMENTEL, Mesquita. O *Catolicismo no Hora Presente.* In: Vozes de Metropolis, Fac. 2, Vol. 9 (März/April 1951) S. 113—128.

Unzufriedenheit mit der katholichen Leistung im nationalen Leben Brasiliens veranlaßt eine Gewissenserforschung, die anhebt beim mangelhaften religiösen Wissen der Gebildeten, weitergeht zur „Entchristlichung des Abendlandes" durch Säkularisierung der Gesellschaft (Ehe, Sonntagsheiligung, Presse, Schule). „Eingeschlafene Katholiken" sind in Familie, Beruf, Gesellschaft schuld an den Niedergangserscheinungen, an der „echten organischen Verelendung ... unter einer gewissen auffälligen Wohlfahrt und Gesundheit". Kongresse und Statistiken täuschen, Demut und Ausdauer allein können dagegen aufkommen.

SIWEK, R. P. *Une stigmatiste de nos jours.* In: Studia Nr. 260/XXIII (Februar 1951) S. 26—27.

Der Verfasser, Professor der Jesuiten-Universität Fordham, N. Y., beschäftigt sich seit 1929 mit dem „Fall Konnersreuth", der für ihn ein Beispiel unter „einer Legion von ähnlichen" ist. P. Siwek ist noch kritischer als der verstorbene Freisinger Professor Westermayr, verwirft zwar entschieden die Mär von „gewissenhaft organisiertem Aberglauben", gibt aber Unwissenschaftlichkeit und Verdunkelung in Konnersreuth zu, was weiterhin einstweilige Zurückhaltung der kirchlichen Autorität erfordere.

VERDET, Paule. *Réflexion sur la Louisiane.* In: Esprit Jhg. 19 Nr. 5 (Mai 1951) S. 693—708.

Louisiana ist der fast rein katholische amerikanische Südstaat, in dem sich also das Negerproblem in einem katholischen Milieu stellt: die Katholiken Louisianas haben es in keiner Weise bewältigt. Die Verhältnisse sind beispielhaft für die Lage der Kirche in Kolonialländern, in der „Situation der Ungleichheit": ein Teil der Gläubigen aus altchristl. Kultur (französische Siedler) wohlhabend, herrschend, der andere Teil, genau so Kinder der Kirche, unterdrückt, als minder behandelt. Hoffnung: der Aufstieg schwarzer Laien — aber noch kaum zu erkennen.
Das Heft enthält erschütternde Berichte und Erzählungen schwarzer Amerikaner sowie eine Anzahl Negro-Spirituals.

WULF, Friedrich. *Christliche Bildung oder Einübung im Christentum?* In: Geist und Leben Jhg. 24 Heft 1 (Februar 1951) S. 1—10.

Diese historische Studie verfolgt die Entwicklung des Glaubensbewußtseins von der romantischen Epoche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts an und zeigt, wie die zu große Natur- und Kulturfreudigkeit, der starke Bildungsoptimismus das Geheimnis des Kreuzes und der Eschatologie übertönt. Unsere Zeit fordert mit ihren eigenen Erfahrungen eher eine demütige „Einübung im Christentum".

Die soziale Botschaft der Kirche. In: Civitas Jhg. 6 Nr. 9 (Mai 1951). Sondernummer.

Die Zeitschrift des Schweizerischen Studentenvereins widmet dieses Heft dem Jubiläum der Enzykliken „Rerum novarum" und „Quadragesimo anno" und untersucht die christliche Einstellung zum politischen Bereich, den Beitrag der christlichen Soziallehre zur Bildung der Gesellschaft und die allmähliche Entfaltung der christlichen Soziallehre selbst in den Lehräußerungen der Päpste.

HERDER-KORRESPONDENZ

Elftes Heft - 5. Jahrgang - August 1951

Nicht der traurige Anblick unserer aufgedeckten Armseligkeit ist die Ursache des Hasses, der die Kirche verfolgt ... Nicht unsere Sünder kehren die Welt gegen uns, sondern unsere Heiligen; nicht unsere Laster, sondern unsere Tugenden und Wohltaten. Jesus Christus war rein, da er gekreuzigt wurde; und wenn die Kirche, weniger glücklich als er, nicht immer jene göttliche Verklärung in den Ihrigen hat, so ist es doch ihre Ehre, stets nur für die nämliche Sache zu leiden, die ihrem Herrn den Tod gebracht hat.

Lacordaire

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Moderner Brautunterricht nun auch in Deutschland

Die Herder-Korrespondenz berichtete im 4. Jahrgang Seite 206 von einem Fernunterrichtsverfahren für Brautleute, das von der Katholischen Aktion der Universität Ottawa erfunden und in ganz Nordamerika mit außergewöhnlichem Erfolg erprobt wurde. Man übernahm zum erstenmal für die religiöse Unterweisung ein Unterrichtsprinzip, das auf den verschiedensten Gebieten weltlichen Wissens schon lange gebraucht wird. Fünfzehn Briefe über die Ehe, in denen alle einschlägigen Fragen behandelt werden, können nacheinander versandt, studiert, vom Schüler beantwortet, vom Lehrer verbessert werden, so daß eine Intensität des Studiums erreicht wird, an die der übliche Brautunterricht wohl kaum jemals heranreicht. Selbstverständlich lassen sich die Unterrichtsbriefe auch als Grundlage von Kursen an Ort und Stelle verwenden, wofür die Herausgeber eine ausführliche Anleitung gegeben haben. Die damalige Meldung der Herder-Korrespondenz begegnete in den Leserkreisen ungewöhnlichem Interesse. Wir freuen uns deshalb, nun mitteilen zu können, daß dieser Ehevorbereitungsunterricht jetzt auch in Deutschland begonnen wird. Die Arbeitsgemeinschaft „Familia" in Aachen, Salvatorberg, hat sich unter der Mitwirkung von P. Anton Kaltenbach und P. Cornelius Ingmann OMI der Sache angenommen. Sie stellt den Seelsorgern die Unterrichtsbriefe für örtliche Ehevorbereitungskurse zur Verfügung und führt auch für einzelne Interessenten den Fernunterricht durch. Es wird uns versichert, daß die amerikanischen Briefe bei der Übersetzung für deutsche Verhältnisse umgearbeitet worden sind. Damit ist für eines der wichtigsten Gebiete der Seelsorge eine neue Einrichtung geschaffen worden, von der man große Erfolge erwarten darf.

Das Katholische Bildungswerk Berlin

Wer heute als unvoreingenommener Besucher aus Westdeutschland oder dem Ausland das katholische Leben Berlins an seinen Quellen kennen lernen will, der wird zunächst der Geschäftsstelle des Katholischen Bildungswerkes Berlin in der Turmstraße, unmittelbar neben dem berühmten Moabiter Dominikanerkloster, einen Besuch abstatten müssen. Was diese viergeteilte, geschundene, ständig unter Dampf gehaltene Stadt an echtem intellektuellem katholischem Leben noch (oder schon wieder) hat, was sie an katholischer Geistigkeit hergibt, wie weit und wie tief ihre Aufgeschlossenheit inmitten der eigenen drängenden Tagesnöte reicht und wie dicht oder locker ihr Kontakt mit den Geistesströmungen ruhigerer Landstriche ist — darüber informiert ihn schon ein Blick in eines der gelbweißen Programmhefte des Bildungswerkes, die zweimal im Jahr in einer Auflage von 5000 Stück erscheinen und in allen Pfarreien der Stadt an Gläubige und interessierte Nichtkatholiken zum Verkauf gelangen. Ein mutiger Vorspruch, ein Wort Pius' XII., leitet das neueste Heft, das Programm des 1. Semesters 1951, ein, ein deutlicher Ausdruck des Geistes, aus dem heraus das Berliner Bildungswerk lebt, und der Intention, unter die es seine Arbeit gestellt hat. „Die Kirche kann sich nicht untätig in ihre Gotteshäuser verschließen, sie darf ihre göttliche und providentielle Mission nicht aufgeben, den vollkommenen Menschen zu bilden und damit ohne Unterlaß am Aufbau einer soliden Grundlage der Gesellschaft mitzuarbeiten." Der nachfolgende Programmteil bleibt hinter dem Auftakt nicht zurück. Er enthält 50 Einzelveranstaltungen, 9 Vortragsreihen und Arbeitsgemeinschaften, 5 Leseabende über die Literatur der Gegenwart, 1 Studienfahrt und 2 Führungen. „Maria und die nichtkatholische Christenheit", „Katholisches Laienapostolat in Amerika", „Kommende kulturelle Aufgaben des Fernsehens", „Ehekrise und Familienleben der Großstadt Berlin", „Thomas von Aquin und das Problem der Wahrheit", „Die Philosophie Edith Steins", „Die Verwöhnung", „Das mittelalterliche Ordensleben in der Mark Brandenburg", „Die Entwicklung der katholischen Staats- und Gesellschaftsauffassung",

„Bibel und Naturwissenschaft", „Bruce Marshall — Georges Bernanos, ein Vergleich": diese kleine Auswahl aus den angeführten Themen zeigt das hohe Niveau, die Vielfältigkeit und Aktualität des Gebotenen. Wenn man bei dem kurzen Überblick bedenkt, daß seit dem Jahre 1945 ein großer Teil der katholischen Intelligenz Berlin verlassen hat, so erscheint die „programmatische" Leistung des Bildungswerkes erst im rechten Licht. Die in jedem Semester neu zu bewältigende Schwierigkeit, qualifizierte Dozenten für die Arbeit zu gewinnen, kann nur durch den opferfreudigen Einsatz der in Berlin selbst ansässigen, durch ihre Berufsarbeit schon stark überlasteten Priester und geistig führenden Laien, sowie durch Heranziehung von Dozenten aus der DDR und aus Westdeutschland bewältigt werden. Gerade deren bereitwillige Mitarbeit — so im letzten Semester die von Prof. Hirschmann SJ aus Frankfurt, Dr. Flintrop vom Haus Altenberg, Dr. Egenter, München, und Dr. Geck, Königswinter — wurde in Berlin besonders dankbar begrüßt. Hier knüpften vor allem die Katholikentage in Bochum und Altötting Fäden. Wenn heute rund 100 Dozenten im Katholischen Bildungswerk Berlin mitwirken — Geistliche, Laien und Ordensfrauen —, von denen in jedem Semester etwa die Hälfte beschäftigt ist, so ist das ein schönes Zeichen für die geistige Initiative des katholischen Berlin.

Dem guten Niveau des Gebotenen entspricht — was bekanntlich nicht immer der Fall ist — eine breite Resonanz von seiten der Zuhörerschaft und der Kursteilnehmer. In den letzten beiden Jahren besuchten 7000—10000 Menschen in jedem Semester die Veranstaltungen, Feierstunden und Führungen des Bildungswerkes. 40 % der Veranstaltungen finden im Ostsektor der Stadt statt. Es waren erhebliche, heute kaum mehr vorstellbare Schwierigkeiten zu überwinden, bis man überhaupt erst geeignete Räume für die Veranstaltungen in hinreichender Zahl zur Verfügung hatte. Ein Großteil der Kirchen und Pfarrhäuser war — als das Bildungswerk im Mai 1946 auf den Plan trat — zerstört. Die frühere Zentrale des Katholischen Vortragswerkes — der Name, unter dem das Bildungswerk in der Nazizeit bis zu seinem Erliegen im April 1943 lief — war ein Trümmerhaufen. Die Verkehrsverbindungen waren denkbar schlecht und primitiv. Katholische Bildungszentren — Universität, Akademikerverband, Görresgesellschaft — gab es nicht mehr und noch nicht. Immerhin verzeichnet der Rechenschaftsbericht vom Jahre 1946 bereits eine Besucherzahl von 4500 für die Monate September bis November — im Vergleich zu anderen Berliner Volkshochschulen eine gewaltige Zahl. Die Schwierigkeiten der Anfangszeit — die, mit Ausnahme der durch die zweifache Währung bedingten, heute im großen ganzen überwunden sind — waren aber nicht nur in technischer Hinsicht groß. So mußte vor jedem Semesterbeginn der Programmentwurf der damals noch auf Viermächtebasis arbeitenden Kommandantur zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Themen waren auf das rein religiöse Gebiet beschränkt. In den Pfarreien standen brennende seelsorgliche Aufgaben im Vordergrund, so daß man den Bemühungen des Bildungswerkes nicht immer das notwendige Verständnis entgegenbrachte. Die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung war durch physische Schwäche und seelische Überbelastung blockiert. Mit der zunehmenden Normalisierung des Lebens fielen diese Hindernisse allmählich fort; es blieben die mit der Teilung der Stadt gegebenen Probleme.

Die Bedeutung, die das Katholische Bildungswerk heute nach Überwindung der Anlaufschwierigkeiten für das katholische Leben Berlins besitzt, zeigt sich weiterhin an den nicht zum eigentlichen Programm gehörenden Veranstaltungen, für die ein sehr reges Interesse besteht. So verschickt das Bildungswerk an alle größeren Seelsorgsstellen Großberlins sog. Rednerlisten, die dem Seelsorger die Möglichkeit bieten, sich an Hand der Liste ein ihm zusagendes Thema oder einen von ihm bevorzugten Dozenten herauszusuchen und für seine Pfarrei oder Gruppe zu verpflichten. Ebenfalls außerhalb des Programms werden in großen Kirchen oder geeigneten Räumen Vorträge für Suchende und religiös Aufgeschlossene gehalten. Die Themen werden öffentlich durch Anschlag an Plakatsäulen, Bahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten bekanntgemacht; der Eintritt ist frei. Ebenso wirbt das Bildungswerk durch öffentliche Anschläge für Theaterstücke, Filme und Konzerte, die für das katholische Publikum von Interesse sind. Gerade hierin (wie auch übrigens in der besonderen Vorliebe für die Pflege der Diözesangeschichte) hat sich das Bildungswerk einen Zug bewahrt, der es mit seiner frühesten Zeit unter Dr. Carl Sonnenschein — der das Bildungswerk als „Katholische Volkshochschule" 1922 ins Leben rief — eng verknüpft.

Man würde ein unvollständiges Bild des Katholischen Bildungswerkes Berlin zeichnen, wenn man die Verdienste seines Leiters, Pfarrer Lic. Dr. Bernhard Stasiewski, und die Liebe und Sorgfalt, mit der er sich der Sache annimmt, verschwiege. Er hat das Bildungswerk nach dem Kriege aus der Taufe gehoben und zu seiner jetzigen beachtlichen Höhe geführt. Aus seiner persönlichen Lektüre und seinen Anregungen entspringt ein großer Teil der Programmthemen. Bevor das Programm gedruckt wird, sendet er die eingereichten Vorschläge zur Begutachtung und Auswahl an sämtliche Seelsorgsstellen. Verbindungsleute in den einzelnen Pfarreien vermitteln ihm Wünsche, Anregungen und auch Kritik von seiten der Hörer und der Pfarrgeistlichen, so daß ein lebendiger Kontakt zwischen Geschäftsstelle, Dozentenkreis und Hörerschaft besteht. Seiner persönlichen Initiative ist die Errichtung einer Lesestube in den Räumen der Geschäftsstelle, die eine gute Zeitschriftenauslage und eine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung hat, zu verdanken. Für die zukünftige Entwicklung hat Dr. Stasiewski sehr konkrete Pläne formuliert. Dazu gehört die Gewinnung zentral gelegener Räume — ein „Zentralproblem" in der Viersektorenstadt —, Einrichtung eines Klubhauses, Erweiterung der Themen, vor allem hinsichtlich der Fragen Film, Funk, Naturwissenschaft, Soziologie, Erweiterung des Dozentenkreises durch Heranziehung westdeutscher Fachleute, Aktivierung der Propaganda im Hinblick auf Suchende und Zweifelnde und — last not least — das Aufspüren neuer Geldquellen zur Finanzierung des gerade in Berlin so eminent bedeutsamen Werkes Katholischer Erwachsenenbildung.

„Restauration, Tradition und positive Erneuerung"

Die von Landesbischof D. Lilje geleitete „Evangelische Akademie Hermannsburg" in der Lüneburger Heide hat seit ihrem Bestehen (1946) schon einige tausend Menschen aller Schichten und Berufe zu Begegnungen und Gesprächen zusammengeholt und dabei mehr und mehr eine eigene Linie und ein charakteristisches Gesicht gewonnen.

Wache Aufgeschlossenheit der Menschen füreinander, Nüchternheit schon in der Fragestellung, kluge Zurückhaltung gegenüber fertigen Rezepten zur Welt- und Lebenserneuerung sind hier zu Hause, und so ist es auch immer wieder heilsam und fruchtbar, wenn sich einmal im Jahr Journalisten mit Theologen und Politikern hier zusammenfinden, um gemeinsam den neuralgischen Punkten der Gegenwart nachzuspüren.

In der diesjährigen Juni-Tagung hatte man sich „Restauration, Tradition und positive Erneuerung" zum Leitmotiv erwählt, Begriffe, die genügend an Programmatik in sich tragen, um zum Ausgangspunkt zahlreicher Referate und Diskussionen zu dienen, mit denen man sich in die Wirklichkeit unseres privaten und öffentlichen Lebens vor-, gelegentlich aber auch daran vorbeitastete. Daß die „Armut" unserer geschichtlichen Situation, die sich auf nationaler Ebene im völligen Fehlen nationaler Symbole dokumentiert, im geistig-geistlichen Bereich aber als „Gnade des Nullpunktes" angesehen und angenommen werden kann — so formulierte es bereits im vorigen Jahr der damalige Bundesinnenminister Dr. Heinemann —, daß diese „Armut" also von selber jede „Restauration" unwahr und darum unmöglich mache, das trat sehr einleuchtend in Bischof Liljes Ausführungen über die Situation der Kirche zutage. Lilje berichtete anschaulich und eindringlich von den verschiedentlich versuchten neuen Wegen der Verkündigung sowohl wie der persönlichen Berührungnahme etwa zu Fabrikarbeitern, zur bäuerlichen Bevölkerung (die, nach Lilje, heute „Problem Nr. 1" darstellt), zur Jugend in den Städten und auf dem Lande. Es dürfte aber kaum zu überhören sein, wenn gerade ein Mann wie Lilje dabei immer wieder betont, daß man „Kirche" nicht nur „hinaustragen" könne, sondern daß man, sofern man überhaupt Christ sein wolle, wirklich in ihr und mit ihr leben müsse, um eben von innen her die „neuen" Formen auf dem Boden des unüberholbar Gültigen zu entwickeln. Einige Sätze über die „dogmatisch fixierte Dogmenfurcht" der sogenannten „Geistigen" waren vielleicht für einige protestantische Ohren überraschend zu hören; was in diesem Zusammenhang sowohl von Bischof Lilje wie von dem badischen Landesbischof Bender gegen die „vergiftende" Gefahr des „Idealismus" jeder Art und Herkunft ausgesprochen wurde, war in dem gemeinchristlichen Gehalt vom Geiste der Enzyklika „Humani generis" weniger weit entfernt, als die meisten Teilnehmer realisieren mochten. Jedenfalls wurde sehr nachdrücklich klar, daß das Christentum zwar „Ideen" hat — so formulierte z. B. der Göttinger Theologe Trillhaas —, selber aber keine „Idee", sondern eine metaphysische Wirklichkeit ist, die sich in der Bewältigung der ganzen Wirklichkeit auszuweisen hat. So gilt es denn, weder zu „restaurieren" noch zu „revolutionieren", sondern an der Sache und an der Gegenwart zu bleiben.

Das schließt freilich die Frage nach der echten Beziehung zur „Tradition" ein, und die wurde dann in einem glänzenden Referat von Professor Freyer (Wiesbaden) über den „Fortschritt" auf sehr neuartige Weise gestellt und beantwortet. Freyer entwickelte die These, der „Fortschritt" sei längst nicht mehr nur eine liberalistische Geschichtskategorie, sondern er sei ein für das 19. Jahrhundert konstitutives geschichtliches Faktum geworden, heraufgeführt von Technik und Industrie, hineinwirkend in unser Welt- und Menschenbild. Denn — und das war Freyers zentrale Behauptung — innerhalb dieser neuen Weltsituation unter dem Zeichen des „Fortschritts" gebe es keine neue und originale Anreicherung sittlicher und kultureller Kräfte mehr, der „Fortschritt" sei wesensmäßig auf „Zehrung" angelegt, auf Zehrung aus der vorhandenen Traditionssubstanz. Nur solange deren Vorrat reicht, meint Freyer, nur solange sie unerschöpft und tragfähig sei, könne es den „Fortschritt" als modernes Phänomen geben; einmal aber werde diese humane Substanz verbraucht sein, und dann ergebe sich für die Zukunft nichts als eine Reihe von Fragezeichen.

Die hieran anknüpfende Diskussion gab zu bedenken, daß es so negativ mit dem modernen, selbst mit dem „vermaßten" Menschen nicht bestellt sei; es wurde an Guardinis Versuche in seinem Buch „Ende der Neuzeit" erinnert, dem „nicht-humanen" Menschen in seiner Bedingtheit durch die „nicht-natürliche" Natur seine neuen ethischen Qualitäten abzuspüren, die Guardini im Zurücktreten der individuellen „Persönlichkeit" und dem dafür stärkeren Bloßlegen des von Gott angerufenen personalen Kerns sieht.

Presseprobleme

Im Rahmen der allgemeinen Problematik ergab sich dann noch eine besondere Kontroverse in Bezug auf das eigentliche Problem der Publizistik durch Referat und Korreferat von Hans Zehrer (Sonntagsblatt) und Karl Korn (Frankfurter Allgemeine Zeitung) zum Thema „Presse zwischen gestern und morgen". In fast wörtlicher Übereinstimmung mit Freyer sieht Zehrer den Vorrat an Humanismus in Deutschland als nahezu erschöpft an, so daß sich für die sogenannte „Haltungspresse" in Deutschland — aber nicht nur in Deutschland! — eigentlich kein Ort mehr ergebe, vor allem keine Möglichkeit, die „vermaßte", lese-unwillige Leserschaft noch anzusprechen. Zehrer sieht — pessimistisch-ironisch — das Heil in der noch menschlich konkreten Lokalpresse, die gerade im „Idyllischen" „existentiell" sei, und er meint, daß der großen Presse nicht viel anderes übrigbleibe, als ebenfalls in die kulturelle „Igelstellung" zu gehen — in der sich übrigens auch die Kirche befinde.

Korn bekannte sich demgegenüber zur „Haltungspresse", trotz allem, was die Presse selber — und zwar bereits vor dem Nationalsozialismus — zur Herbeiführung der vermaßten Leserschaft an Sünden auf dem Gewissen habe (schon damals wurden die „großen" Zeitungen durch die Existenz der Magazine ermöglicht!); er verlangte, daß der Journalist beschreibe, und nicht vor-schreibe, und damit „hart an den Dingen", das heißt eben: real bleibe, und er forderte schließlich sehr konkret die maßgebliche Verleger-Figur, die nicht von kommerziellen, sondern von geistigen Gesichtspunkten aus eine Zeitung mache und ein „Team" von Redakteuren aus Gewissen und geistiger Entscheidung heraus arbeiten lasse. Er fand allgemeine Zustimmung, als er zudem anriet, daß Zeitungen weniger inhaltlich christlich „predigen", als vielmehr von einer christlichen Grundhaltung her arbeiten sollten.

Die Mahnung zur „Demut" gerade an den Journalisten — der im übrigen, wie Korn richtig betonte, heute *der* moderne „Professor", nämlich „Bekenner" sei und dafür dauernde politische Gefährdung auf sich nehme —, diese ergänzende Mahnung kam seltsamerweise nicht nur aus dem Munde eines Bischofs, sondern aus dem des Leitartiklers Ernst Friedländer, der vor intellektuellem Hochmut warnte. In seinem Schlußwort unterstrich Landesbischof Lilje nochmals die Notwendigkeit der Selbstkritik

einerseits und des Respekts vor der Meinung der anderen andererseits, und er gab, deutlicher und autorisierter noch als Korn, den Journalisten die Mahnung mit, „das Wort und den Namen Gottes nicht unnütz im Munde zu führen", sondern in der lebendigen Verwirklichung zu beglaubigen.

Das Wirken der Schwesternschaft St. Bonifatius

Wir haben vor zwei Jahren in der Herder-Korrespondenz Jhg. 3, Heft 10, S. 438 über die Gründung einer neuen Schwesternschaft für die Missionsarbeit in der deutschen Diaspora als Weltliches Institut nach den Regeln des hl. Benedikt berichtet, die als Schwesternschaft St. Bonifatius Ostern 1949 in der Benediktinerabtei Schweiklberg bei Passau gegründet worden ist. Bei der Gründungsfeier war der Caritas-Direktor von Schleswig-Holstein, Pfarrer Preuß, anwesend, der den etwa dreißig jungen Schwestern einen Bericht über die Lage der katholischen Diaspora in Schleswig-Holstein gab. Bekanntlich leben seit Kriegsende in Schleswig-Holstein ebensoviel Ostvertriebene wie Einheimische, und während die Einheimischen rein protestantisch sind, ist unter den Vertriebenen ein sehr großer Teil katholisch. Diese neuen katholischen Bewohner Schleswig-Holsteins fanden keinerlei Voraussetzungen für Gottesdienst und Seelsorge in der neuen Heimat vor. Die Schwesternschaft St. Bonifatius hat die Anregung dieses Vortrags sofort aufgegriffen und als erstes eine Diaspora-Seelsorgestation auf der Insel Hörnum errichtet. Sie hat dort eine Kapelle der heiligen Birgitta gebaut und sich um die Erstkommunion einer Anzahl von katholischen Kindern gekümmert. Sie hat eine rege karitative Tätigkeit in jenem Gebiet aufgenommen, wobei sie in großzügiger Weise vom Ausland unterstützt worden ist. Amerika, die Schweiz und Holland haben zusammen ungefähr einen Waggon Kleider, Wäsche und Schuhe geschickt, die restlos an die Ostvertriebenen verteilt worden sind. Das bisher wichtigste Werk, das die junge Schwesternschaft in der nördlichen Diaspora gegründet hat, ist ein Kindererholungsheim auf der Insel Sylt, das ungefähr 150 Kinder aufnehmen kann und das einzige katholische Heim neben etwa 40 Kinderheimen anderer Richtungen auf der Insel ist. Hier werden vor allem auch Kinder aus Berlin aufgenommen.

Um ihre Tätigkeit nun weiter ausbauen zu können, bedurfte die Schwesternschaft zunächst eines Mutter- und Noviziatshauses, wo weitere Schwestern ausgebildet werden und wohin die in der Arbeit stehenden Schwestern von Zeit zu Zeit zur inneren Sammlung zurückkehren können. Dieses Mutterhaus „St. Lioba" ist fünf Kilometer von Detmold im Teutoburger Wald mit Hilfe des Bonifatius-Vereins und mit amerikanischer Unterstützung errichtet und Ostern 1951 eröffnet worden. Auch diese Neugründung liegt wieder in schwieriger Diaspora und soll Stützpunkt für eine neue Pfarrei werden. Zugleich ist aber ein katholisches Hinterland nahe, und es ist auch wichtig, daß dieses Mutterhaus in der Diözese Paderborn liegt, da Erzbischof Jaeger von Paderborn der Protektor der Schwesternschaft ist.

Wie wir schon vor zwei Jahren berichtet haben, tragen die Bonifatiusschwestern kein Ordensgewand, sondern das Kleid ihrer Heimat und ihrer Zeit. Dadurch ist es ihnen leichter, sich in den Verhältnissen der Diaspora frei zu bewegen. Alle Schwestern machen eine gründliche religiöse und fachliche Ausbildung für die seelsorglichen, karitativen und sozialen Aufgaben der Diaspora durch. Arbeitskräfte für diese außerordentlich wichtige und dringliche Arbeit dürften natürlich noch in viel größerer Zahl zur Verfügung stehen. Das „Mutterhaus der Schwesternschaft St. Bonifatius, St. Lioba, Hiddesen-Lippe" nimmt Bewerberinnen zwischen dem 17. und 30. Lebensjahr auf.

Die Gewissensentscheidung des Richters im Ehescheidungsverfahren

Prof. Dr. Karl Peters, Münster, fordert in einem Aufsatz „Das Gewissen des Richters und das Gesetz" („Gegenwartsprobleme des Rechts", H. 1, 1950, Schöningh, Paderborn), um der Würde der Rechtspflege und der Entfaltung der reichen Kräfte der sittlichen Persönlichkeit willen, zu Gunsten einer gesunden Staatsentwicklung die freie Gewissensentscheidung für den Richter bei der Durchführung eines Gesetzes. Seine Forderung verdeutlicht er am Beispiel der Teilnahme der katholischen Juristen an der Ehescheidung. Die Schwierigkeit einer solchen Entscheidung ergibt sich aus der Reihe von Gesichtspunkten, die hierbei zu berücksichtigen sind. Diese drücken sich in folgenden Fragen aus:

„Ist die staatliche Scheidung der Ehe in sich schlecht oder nicht? Was wird überhaupt geschieden? Die weltliche Ehe, oder aber sind weltliche und sakramentale Ehe so miteinander verwoben, daß die Wirkungen der staatlichen Ehescheidung beides berühren? Bedeutet die Teilnahme an der staatlichen Ehescheidung eine Verdunkelung der Unauflösbarkeit der gültig geschlossenen und vollzogenen sakramentalen Ehe? Gibt sie berechtigtes Ärgernis? Erfordert die heutige Zeit geistiger Verwirrung eine klare Einstellung und Haltung? Mäßigt die Teilnahme scheidungsunfreudiger Richter die Flut der Ehescheidungen? Welche Bedeutung hat die Ehescheidung für die Kinder? Lassen sich die gerechtfertigten Nebenfolgen der Ehescheidung (familienrechtlicher und erbrechtlicher Art, z. B. Regelung der Personensorge, Vermögensauseinandersetzung, Wegfall der Erbberechtigung) nur durch die Scheidung oder aber auch durch andere Rechtsformen ermöglichen? Welche Bedeutung hat es, daß sich der Richter gerade hier gegen das Gesetz stellt, für die Rechtssicherheit und Ordnungsfunktion des Rechtes?"

Auch der Richter, der die Mitwirkung in einer Ehescheidungssache für tragbar hält und also nach dem Gesetz entscheidet, „sollte durchaus die Last der Entscheidung empfinden und die Lösung nicht allzu selbstverständlich hinnehmen".

Wie aber soll der Richter verfahren, wenn er die dem Gesetz entsprechende Entscheidung nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann? Peters untersucht die verschiedenen möglichen Lösungen auf ihre Durchführbarkeit: 1. Der Richter wendet das Gesetz nicht an; er lehnt also die Ehescheidung ab, obwohl sie gesetzlich vorgeschrieben ist und die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. 2. Der Richter wendet das Gesetz gegen seine Gewissensentscheidung an. 3. Der Richter legt die dem Gewissenskonflikt zugrunde liegende Frage dem Verfassungsgericht vor. 4. Der Richter scheidet aus dem Dienst aus. 5. Der Richter entzieht sich der Entscheidung, indem er Krankheit oder Verhinderung vorschützt.

Peters zeigt, daß diese möglichen Verhaltensweisen entweder keine echten Lösungen oder zum Teil sogar unwürdig sind; darum schlägt er folgenden Weg vor: „Der

Richter lehnt die Mitwirkung an dem Verfahren oder die Entscheidung ab. Wie die Ablehnung geschieht, ist von untergeordneter Bedeutung. Man könnte an eine dienstlich zu begründende Erklärung zu den Personalakten denken, sofern es sich um eine generelle Ablehnung bestimmter Fallgruppen handelt, oder um eine Erklärung zu den betreffenden Akten, sofern eine Ablehnung eines Einzelfalles in Betracht kommt. Eine generelle Erklärung würde bei der Geschäftsverteilung zu berücksichtigen sein. Für eine Erklärung im Einzelfall wäre an einen der Selbstablehnung entsprechenden Weg zu denken, solange es an einer ausdrücklichen Gesetzesbestimmung fehlt."
Nachdem Peters die Einwände gegen die vorgeschlagene Lösung zu entkräften versucht hat, meint er abschließend zum Konfliktsfall:
„Wenn es zum Konflikt zwischen dem Richter und dem Gesetz kommt, so bleibt eine Spannung und ein Gegensatz, der, von welcher Seite man auch die Dinge betrachtet, drückend ist. Der Jurist sollte sich daher auch seinerseits darum bemühen, solchen Konfliktsmöglichkeiten entgegenzuarbeiten. Das setzt aber voraus, daß die Juristen, vor allem unsere Richter, sich in viel stärkerem Maß als bisher nicht nur mit der Gesetzesanwendung, sondern auch mit Fragen der Gesetzesgestaltung befassen. Gerade die Richter sollten ihre Verpflichtung zur Mitwirkung an der Schaffung von Gesetzen sehen, in denen die Harmonie der gesetzlichen und sittlichen Ordnung gewahrt ist."

Aus Süd- und Westeuropa

Frieden und Freiheit sind unmöglich ohne Glauben

Der Heilige Vater hat am 23. Juni beim Empfang des Beglaubigungsschreibens des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers von Großbritannien, Sir Walter Roberts, in einer kurzen Ansprache auf das wahre Wesen von Freiheit und Frieden hingewiesen. Er sagte:

„Freiheit als die Grundlage normaler menschlicher Beziehungen darf nicht als schrankenlose Freiheit gedeutet werden, ob es sich nun um Einzelne oder Parteien, ein ganzes Volk, das Kollektiv, wie man heute sagt, oder auch um einen totalitären Staat handelt, der mit äußerster Rücksichtslosigkeit alle Mittel zur Erreichung seiner Ziele benutzen wird. Nein, Freiheit ist etwas ganz anderes. Sie ist der Tempel der sittlichen Ordnung, auf harmonischem Grundriß errichtet; sie ist das Ganze aus den Rechten und Pflichten der Einzelnen und der Familie — und manche von diesen Rechten sind unabdingbar, selbst wenn ein scheinbares Gemeingut ihnen entgegensteht —, den Rechten und Pflichten einer Nation oder eines Staates und denen der Familie der Nationen und Staaten. Diese Rechte und Pflichten sind sorgsam abgemessen und abgewogen durch die Forderungen der Würde der menschlichen Person und der Familie einerseits und des Gemeinwohls anderseits.
Frieden kann nicht dadurch hergestellt werden, daß der Schwache gezwungen wird, sich dem Starken zu unterwerfen. Nein, nur die Verwirklichung echter Freiheit kann wahren Frieden hervorbringen. Während der Kriegsjahre haben Wir die Gelegenheit ergriffen, auf die Grundlagen und Erfordernisse eines wahren Friedens hinzuweisen, indem Wir Unsre Stimme in ernster Mahnung an die Völker der Welt richteten, insbesondere an ihre Führer, sie möchten alle Gefühle von Rache und Haß, alle ruchlose Selbstsucht und alles Mißtrauen gegeneinander ersticken und ausrotten, um dafür in brüderlicher Zusammenarbeit durch ihr Leben und Handeln den Grundsätzen Ehre zu erweisen, daß ein gegebenes Wort ein heiliges Ding ist, daß bloße Macht niemals Recht schafft, daß Vertrauen, Höflichkeit, Gerechtigkeit und eine gleichmäßige Verteilung des Wohlstands für den Frieden der Welt unerläßlich sind. Gewiß ein Ziel, das man mit glühendem Eifer erstreben muß; aber es scheint ferner und ferner wegzurücken; viele wagen nicht einmal mehr zu hoffen, daß es erreicht wird.
Und in der Tat, die letzten zehn Jahre haben mit einer Deutlichkeit, die fast an ein apokalyptisches Weltgericht denken ließ, bewiesen und daran gemahnt, daß Freiheit und Frieden geistige Werte sind, die nur durch den Glauben an einen persönlichen Gott und bedingungslose Anerkennung des christlichen Sittengesetzes gewonnen werden können. Sie liefern einen handgreiflichen Beweis, daß, wo dieser Glaube fehlt, der Tempel des Friedens und der Freiheit auf Sand gebaut ist und beide Begriffe ihren Sinn verloren haben . . ."

Der Papst an die weibliche Christliche Arbeiterjugend Italiens

Der Heilige Vater hat am 1. Juli Vertreterinnen der weiblichen Christlichen Arbeiterjugend Italiens empfangen und an sie eine kurze Ansprache gehalten, in der er sagte:

„In der unvergeßlichen Audienz vom 5. September 1948 haben Wir der weiblichen Jugend der Katholischen Aktion Italiens zugerufen: ‚Vorwärts, vorwärts, besonders ihr, junge Arbeiterinnen!' Und tatsächlich habt ihr große Fortschritte gemacht, an erster Stelle äußerlich. Zweifellos ist auch die Zahl der Gleichgesinnten von nicht geringem Wert. Ihr selber erfahrt es täglich. Das Gefühl, im Kampf für die Sache Jesu Christi allein zu sein oder jedenfalls eine Überzahl von Feinden gegen sich zu haben, ist bitter und vermindert oder tötet das Vertrauen. Ihr könnt euch die Lage eines reinen, aufrechten, frommen jungen Mädchens vorstellen, oder euch an sie erinnern, das gleichsam in einem Meer von Feindschaft und Gleichgültigkeit ertrinkt und in der Werkstatt, in der Fabrik oder im Büro, beim Kommen und Gehen, tage-, monate- und jahrelang immer allein ist wie ein Lamm unter den Wölfen (vgl. Matth. 10, 16), ohne Stütze und Hilfe, und dabei trotz allem seinen Glauben, seine Frömmigkeit und seine Tugend bewahren soll. Wie viele sind tapfer genug, immer weiter auszuharren? Wenn sich aber einige solche Mädchen treffen und sich zu kleinen treuen Gruppen zusammenschließen, so werden sie mit ihrem Apostolatseifer immer mehr andere anziehen, die bis dahin zu schüchtern waren, und jede einzelne wird sich sicherer und stolzer fühlen. So werden sie dadurch, daß sich ihre Zahl erhöht, zu einer Macht, mit der auch die Gegner rechnen müssen und die sie zugleich instand setzt, sich auch die äußeren Mittel zu verschaffen, die zur Förderung ihrer Bewegung notwendig sind. Das ist der Grund, warum Wir Uns freuen, euch so an Zahl und Entfaltung eurer sichtbaren Organisation gewachsen zu sehen.
Wichtiger aber ist, daß ihr auch dem inneren Geist nach gewachsen seid. Wir haben einen Blick auf euren Katechismus geworfen, in dem ihr kurz die Soziallehre der Kirche zusammengefaßt habt, die Unser Vorgänger seligen An-

gedenkens Leo XIII. in seiner Enzyklika *Rerum novarum* so wunderbar dargelegt hat. Dieser Katechismus wird in der Hand jedes eurer Mitglieder sein und von euch gemeinschaftlich in euern Gruppen gelesen werden. Wie werden sich euch da die Ziele klären, denen ihr zustrebt! Wie werden euch jene weisen Lehren geradezu greifbar werden, die ihr in den konkreten Verhältnissen des Lebens und eurer Arbeit anwenden müßt! Und welche Überlegenheit und Sicherheit wird euch die vernünftige und gründliche Einsicht in jene durchsichtig klare Lehre über eure Gegner geben, die häufig nichts weiter verstehen, als die üblichen leeren Formeln einer oberflächlichen Propaganda zu wiederholen! Mit welcher Sicherheit und Leichtigkeit wird jede von euch sie widerlegen und zum Schweigen bringen können!

Ihr seid also innerlich gewachsen. Mit lebhaftem Interesse haben wir die Behandlung des Themas überflogen, das euch eure schöne Zeitschrift ‚Squilli' zum Wettbewerb vorgelegt hatte. Wir waren erstaunt, zu sehen, was die jungen Teilnehmerinnen am Wettbewerb ohne große Studien zuwege gebracht haben. Wir loben besonders die sechs tüchtigen Siegerinnen dieses Wettbewerbs, aber auch die übrigen, die unanfechtbare Beweise ihrer Tüchtigkeit geliefert haben.

Ihr seid innerlich gewachsen, weil ihr kämpft. Euer Kampf ist häufig hart, aber immer tapfer. Mit innerer Anteilnahme haben Wir die Brief-Fragmente gelesen, die eine lebendige Spiegelung eures täglichen Lebens sind, und Wir haben an das Wort des göttlichen Meisters gedacht: ‚Wenn sie mich verfolgt haben, werden sie auch euch verfolgen' (Joh. 15, 20). Diese Kämpfe, die ihr führen müßt, die Drohungen, Beleidigungen und Gewalttätigkeiten, die ihr erleidet, sind das Siegel der wahren Nachfolger Christi, die der Erlöser glücklich und selig genannt hat (Matth. 5, 11).

Ihr seid innerlich gewachsen, weil all eure Schriften, Berichte und Programme nicht Haß und Klassenneid verraten, sondern den Wunsch, daß ihr selber und alle, mit denen ihr es zu tun habt, bessere Christen werden mögen, vollkommene Christen in allen Lebenslagen, Christen der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Liebe. Worauf ihr hinauswollt, ist die Würde des Arbeiters, besonders der Frau und des jungen Mädchens. Die neuen Gesetzesmaßnahmen, die ihr fordert, die bessere Beobachtung der bestehenden Gesetze, die ihr verlangt, haben kein anderes Ziel. Dieses Ziel hat seine Wurzel im heiligen Willen Gottes; er will, daß alle in der Welt der Arbeit, Vorgesetzte und Abhängige, Unternehmer und Arbeiter immer und überall die menschliche Würde achten und Tag für Tag im Geiste Christi Gerechtigkeit und Liebe üben.

Fahrt also fort, mit jugendlichem Eifer diesen Geist unter das arbeitende Volk eures Vaterlandes zu tragen, und ruht nicht, bis die Flamme eures Eifers auch dort glüht, wo jetzt leider die Gier nach Gewinn und Erfolg von keinem sozialen Verantwortungsbewußtsein durchdrungen ist. Möge euer Beispiel und euer entschlossener Wille, vollkommene Christen zu sein, alle die andern mitreißen. Das ist euer Apostolat, das Wir von neuem segnen."

Katholisches Jugendhaus in Rom

Eines der erfreulichsten Symbole für die Aktivität, die die Kirche und die Katholiken neuerdings auf dem Gebiete der internationalen Zusammenarbeit entfalten, ist die Eröffnung eines Jugendhauses in Rom, das den Namen „Domus Pacis" trägt und den katholischen Jugendlichen aller Länder als Mittelpunkt für ihre internationale Organisation, als Treffpunkt für Zusammenkünfte und als Herberge für jugendliche Rombesucher dienen wird. Der Papst selbst hielt über den Rundfunk die Eröffnungsansprache. Das neue Jugendzentrum, sagte er, ist eine Stätte gemeinschaftlicher Besinnlichkeit. Im geistigen Klima Roms und unter den wachsamen Augen des gemeinsamen Vaters wird hier ein brüderlicher Kontakt der geistigen Erneuerung dienen, und damit eröffnen sich „weite Ausblicke für Kultur und Wissenschaft, Philosophie, Glaube und Sittlichkeit, Geschichte und Aktion". Dieser Kontakt wird „den Geist im Besitz von Wahrheit und Glauben stärken, das Herz zum Streben nach Tugend anregen und den Willen zu hochherzigen Impulsen für das Apostolat bewegen", vor allem aber die katholische Jugend aller Länder in einträchtigem Brudersinn an den Quellen des Christentums erfrischen.

Die Eröffnung dieses Hauses gibt nun endlich auch der katholischen Weltjugend einen Mittelpunkt, wie ihn die Jugendorganisationen anderer Weltanschauungen schon lange besitzen. Die Wichtigkeit eines solchen Zentrums im Zeitalter des Weltkontaktes kann kaum überschätzt werden.

Internationale katholische Kommission für Auswanderung

Auf die Initiative des Papstes hin wurde Anfang Juni in Rom eine internationale katholische Kommission für Auswanderungsfragen gebildet. Sie wird ihre Zentrale in Rom (Palazzo Pio bei St. Peter), ferner ein Büro in Genf und Zweigstellen in den einzelnen Ländern haben. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, die gesamte katholische Tätigkeit in Bezug auf Aus- und Einwanderung, Umsiedlung und Flüchtlingshilfe zu koordinieren. Bis jetzt sind elf Völker in der Kommission vertreten: Ver. Staaten, Kanada, Brasilien, Argentinien, Australien, England, Frankreich, Italien, Holland, die Schweiz und Deutschland. Den Vorsitz führt der europäische Direktor des Kriegshilfswerks der National Catholic Welfare Conference von USA, James Norris.

Im einzelnen sind folgende Tätigkeiten vorgesehen: die Vertretung der katholischen Anliegen vor den internationalen Organen und auf ihren Konferenzen, die Vermittlung zwischen den katholischen Gruppen der Aus- und der Einwanderungsländer, die Propaganda für erhöhte Aktivität der Katholiken in diesen Sachgebieten, Beratung und Hilfe bei konkreten Vorhaben, Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Flüchtlingsnot, Unterstützung der Flüchtlinge in Hinsicht auf einen völkerrechtlichen Status, Vertretung der katholischen Grundsätze vor allen gesetzgebenden Organen in Sachen des Bevölkerungsrechts.

Menschliche Hoffnung und christliches Hoffen

Kein besseres Thema als das des menschlichen und des christlichen Hoffens konnte für die diesjährige „Woche der katholischen Intellektuellen" in Paris gewählt werden. Diese Tagungen, die nun schon seit Jahren im Spätfrühjahr vom französischen Zweig der Pax Romana durchgeführt werden, gehören bereits zum festen Bestand der großen kulturellen Veranstaltungen nicht nur Frankreichs, sondern Europas (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, S. 441, Jg. 3, S. 441). Stets sind außer den Fran-

zosen auch eine Anzahl Ausländer unter den Vortragenden und Hörern, Engländer, Amerikaner, Italiener, Spanier, Deutsche und andere. Deutschland, das im vergangenen Jahr durch Romano Guardini und Walter Dirks vertreten war, lieferte zum diesjährigen Thema seinen Beitrag durch die Philosophen Josef Pieper und Max Müller.

Die Tugenden der christlichen Liebe und des Glaubens in ihren Beziehungen zur modernen Welt sind Gegenstand früherer Tagungen gewesen. In diesem Jahr wurde dem Wesen der zweiten theologischen Tugend, der Hoffnung, nachgespürt und versucht, ihr Verhältnis zu der rein irdischen menschlichen Hoffnung — vergleichsweise das der Seele zum Körper — aufzudecken. Wenn ein Thema zeitnahe ist, dann gewiß dieses. Bei den Menschen läßt sich heute einerseits eine verzweifelte Auflehnung gegen die Sinnlosigkeit der Welt feststellen, andrerseits die Flucht in einen unbegründeten Optimismus, der an die Stelle des Hoffens auf Gott die prometheische Hoffnung auf die Wissenschaft, den Fortschritt und die Befreiung des Menschen durch den Menschen selbst setzt. Unser Jahrhundert mit seinem technischen Aufschwung verführt die Menschen dazu, alles von ihrer eigenen Entwicklung zu erwarten. Trotzdem hat gleichzeitig eine tiefe Rastlosigkeit die Menschen bis ins Innerste ihres Wesens ergriffen; es ist eine Zeit vor allem des Zweifelns und Verzweifelns geworden. Gerade diese Unrast beweist, daß die menschliche Hoffnung, die auf das Diesseitig-Zeitliche gerichtet ist, nicht genügt, um dem Menschen Halt zu geben.

Der Christ aber hofft auf die durch Christus verheißene und durch seinen Kreuzestod erwirkte Auferstehung, er hofft auf das ewige Leben. Der Weg zum ewigen Leben führt durch diese Welt. Damit ist der Kreis geschlossen, christliches Hoffen und menschliche Hoffnung berühren sich, sie sind ineinander verflochten, und das eine stellt an das andere Forderungen, denn die Verklärung ist undenkbar ohne das Kreuz, das wir zu tragen haben, undenkbar ohne unsere wenn auch stets scheiternde Bemühung, dem Reiche Gottes schon auf Erden zum Durchbruche zu verhelfen, es hier schon vorzubereiten.

Die Tagung, die sich auf eine Woche erstreckte, gliederte sich in sieben Arbeitsgruppen, in denen das Thema jeweils unter dem Gesichtspunkt einer anderen wissenschaftlichen Disziplin behandelt wurde. Die Sonderthemen lauteten: „Hoffnung, Tugend in harten Zeiten"; „Die Hoffnung und die Befreiung vom Bösen"; „Haben die Christen eine Hoffnung in dieser Welt?"; „Wissenschaft und Technik als Möglichkeit menschlicher Hoffnung"; „Die Menschenrechte und die Verteidigung der Persönlichkeit"; „Krieg und Frieden"; „Zusammenbruch einer Welt". Die Vorträge der Tagung werden demnächst in einem Sammelband in den Editions de Flore, Paris, erscheinen.

Im folgenden werden nicht alle, nicht einmal alle wichtigen Vorträge referiert werden können, sondern es werden nur einige typische Haltungen skizziert. Wir möchten jedoch wenigstens erwähnen, daß unter den Vortragenden auch P. Congar OP, André Latreille, Louis Salleron und der Spanier Santamaria waren.

Der christliche Dichter und die Hoffnung

Für *François Mauriac,* den Nestor der katholischen Schriftsteller Frankreichs, ist das Erwachen und Zunehmen des religiösen Gefühls in der Jetztzeit eine unbezweifelbare Tatsache. „Die Menschen treiben sich unsicher in der Nähe der Kirche herum, weil sie wissen, daß bei uns die letzte Hoffnung liegt." Wohl führt sie dahin manchmal eine recht menschliche Hoffnung, etwa die auf Erhaltung des bestehenden Zustandes oder sonst auf äußere Dinge, die noch um die Kirche sind, oft aber doch auch die Hoffnung auf Freiheit und Gerechtigkeit, die immerhin das bloß Reale transzendieren, auf jene Freiheit und Gerechtigkeit, die dem Gottesreiche und der Kirche wesenseigen sind. Nach dieser Hoffnung dürsten Millionen und sind imstande, sich dafür aufzuopfern. Langsam dringt das Christentum trotz aller scheinbaren Mißerfolge vorwärts. „Wir entfernen uns von dem, was wir wünschen, und trotzdem schreiten wir dem Ziele zu, das für uns auf Erden durch das Kreuz symbolisiert ist. Die Verzweiflung, der Gegenpol der Hoffnung, ist eine Versuchung, der wir nicht erliegen dürfen. Wir haben das Feuer zu hüten, das der Herr für uns auf Erden entzündet hat, das die wilden Tiere verscheucht und die kalten Herzen erwärmt."

Wissenschaft und Technik und der Glaube

Wendet man sich der Wissenschaft und der Technik zu, so verengt sich die Problematik von selbst zu der Frage, ob sie zu einer menschlich-irdischen Hoffnung berechtigen. Es wurde aber immer wieder betont, daß der Leib-Seele-Charakter des Menschen nicht wichtig genug genommen werden könne und daß der Weg zum Reiche Gottes durch die Welt führt. Die Technisierung hat die Wirkung, Bedürfnisse auszulösen und sie zu befriedigen, so sagte *P. Ducatillon OP,* und dies kann ebensowohl zu einem Aufstieg wie zu einer Degradierung führen. Jedenfalls können die heutigen Menschen nicht mehr unter den gleichen Umständen leben wie die früherer Zeiten. Die Gefahr der Wissenschaft und der Technik, die beide an sich ohne moralischen Gehalt sind, liegt, so erklärte auch der bekannte Forscher *André George,* eben in dieser ihrer Ambivalenz, in der Möglichkeit, zum Guten wie zum Schlechten ausgenützt zu werden. Die Wissenschaft ist das, was die Menschen aus ihr machen. Auf der einen Seite steht die materialistische, fortschrittsgläubige Anbetung der Wissenschaft, auf der anderen eine rückschrittliche Abwehr aus innerer Unsicherheit. Zwischen den beiden Extremen gibt es aber noch eine dritte, objektive Haltung. Es darf schließlich nicht vergessen werden, sagte wiederum P. Ducatillon mit Recht, daß die Beherrschung der Natur durch die Menschen von Gott gewollt und ein Teil der Verwirklichung unsrer Hoffnung ist.

Wissenschaft und Glaube sind Begriffe, die man gewöhnlich für unvereinbar hält. Das liegt zu einem großen Teil daran, daß die Forscher des ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts, sofern sie gläubig waren und sind, ihre Wissenschaft streng von ihrem persönlichen Leben trennen, weil sie meinen, Wissenschaft und geistliches Leben nicht in Einklang bringen zu können. *Paul Germain,* Dozent an der Universität Poitiers, erblickt den Grund dafür, daß Wissenschaft und Glaube sich scheinbar so schwer vereinbaren lassen, darin, daß die Wissenschaft unter Abstraktion von Gott arbeitet und daß die modernen Denker durch die antiquierten äußeren Glaubensformen, durch die theologischen Traktate, Predigten usw. abgeschreckt werden.

Wissenschaft als Haltung der Hoffnung

Dabei ist es in Wahrheit so, daß die wissenschaftliche Haltung einen gläubigen Menschen für gewisse Gegebenheiten der christlichen Botschaft gerade besonders offen

machen könnte. Im Gegensatz zu dem der Vergangenheit zugewandten klassischen Humanismus ist der wissenschaftliche Humanismus auf die Zukunft gerichtet. Der Wissenschaftler hat eine Hoffnung, eine Erwartung, er ist orientiert auf die künftige Zeit, eine Zeit also, wo die Menschheit für den Gläubigen als mystischer Leib Christi zur Vollendung gelangt sein wird. Man kann deshalb sagen, daß die menschliche Hoffnung des Wissenschaftlers den Weg für die theologische Tugend des Hoffens bereitet. In einer Menschheit, die jede menschliche Hoffnung aufgegeben hätte, könnte christliche Hoffnung kaum Wurzel fassen.

Zum Verhältnis der Kirche zur Wissenschaft führte Dr. Germain aus, daß es unrecht wäre, nur das Negative zu sehen und nicht auch für die vielfältigen Ermutigungen dankbar zu sein. „Pius XII. fordert uns auf, mit allen Kräften zum Fortschritt der Wissenschaft beizutragen und die für die Theologie notwendigen Ergänzungen zu liefern. Mit der Dankbarkeit für diese Aufforderung verbindet sich der Wunsch, die Verwirklichung des Auftrages nicht hintanzuhalten, ein Wunsch, der nicht nur von einigen Forschern, sondern von der ganzen nach Wahrheit dürstenden Welt getragen wird". Die Wissenschaft dient dem Fortschritt nicht nur im materiellen Bereich, sondern auch im Denken; deshalb kann man sie als eine Hoffnung der Menschheit bezeichnen.

Soziale Ordnung und Hoffnung

Aber welche Hoffnung liegt, so fragte der auch in Deutschland wohlbekannte Soziologe *Gustave Thibon,* in dem Wort von der Sohnschaft Gottes, der Gemeinschaft der Heiligen für diejenigen, die nichts mehr von der Familie wissen? Die Religion predigt die Bindung; zuvor aber muß man Bindungen überhaupt kennen und schaffen. Gott wird immer siegen, doch befreit uns dieses Wissen nicht von der eigenen Anstrengung. Die Wege zum Reich Gottes führen durch die Welt; das bedeutet, daß menschliches Hoffen auf Erden nicht ganz vergeblich sein darf. Was nottut, ist ein sozialer Zustand, in dem die Liebe vorherrscht, in dem sich das Religiöse auch verwirklichen läßt. Deshalb bedarf es der Freiheit in der persönlichen, geistigen, wirtschaftlichen Ordnung, so daß es nicht mehr nötig ist, vom Einzelnen einen Heroismus zu verlangen, zu dem er nicht imstande ist.

In seiner doppelten Funktion als Rechtswissenschaftler und Soziologe sprach Professor *Le Bras* von der juristischen Fakultät der Universität Paris über die Menschenrechte. Er sagte, daß die Geschichte der Menschenrechte gleichzeitig eine Geschichte ihrer Verletzungen sei. Das zu formulieren, was Naturrecht und göttliches Recht als selbstverständlich fordern: das Recht auf das tägliche Brot und das Recht auf eine eigene Heimstätte, hat bisher noch kein Gesetzgeber in Betracht gezogen. Um die Notwendigkeit, diese Rechte zu formulieren, zum Bewußtsein zu bringen, bedurfte es der Zivilisation und zugleich der Barbarei des 20. Jahrhunderts. Die Menschenrechte hängen zutiefst mit Religion, Glaube und Hoffnung auf ein Jenseits zusammen; denn sie sind unvorstellbar, wenn es keinen Gott gibt, der darüber wacht, daß sie geachtet werden, unvorstellbar, wenn man ihn leugnet. Dann kommt es zur restlosen Verknechtung des Menschen, zur Herrschaft schrankenloser Willkür. Der Mensch, der von sich selber das Heil erwartet, der auf ein irdisches Paradies rechnet, ist seiner eigenen Gattung der größte Feind.

Die Menschenrechte, so bemerkte auch *M. Chérier,* Advokat am Pariser Appellationsgerichtshof, sind seit der Französischen Revolution bis in unsere Tage in den Länderverfassungen und neuerdings in den Deklarationen der UNO immer wieder formuliert worden, verwirklicht wurden sie nie.

Mit der faktischen Nichtachtung der menschlichen Person kann und darf sich aber der Christ nicht einverstanden erklären. Es wird heutzutage viel von der Welt der Konzentrationslager gesprochen; dabei vergißt man allzuleicht, daß sie nur Steigerungen der üblichen Gefängnisse sind. Das christliche Gewissen muß sich gegen eine Strafgesetzgebung und vor allem gegen einen Strafvollzug auflehnen, in dem einer der Ansatzpunkte für die barbarische Mißachtung der Menschenrechte, das heißt hier vor allem der Freiheit liegt. Es ist in unserer Zeit üblich geworden, gegen natürliche Rechtsgrundsätze zu verstoßen und nichts dabei zu finden, wenn zum Beispiel einem neuen Gesetz rückwirkende Kraft gegeben wird. Gesetze, durch die eine Kollektivschuld statuiert wird, sind ein Hohn auf jedes menschliche und göttliche Recht und müssen vom Christen schärfstens bekämpft werden. Eine Änderung einzelner Gesetze allein genügt jedoch nicht, es bedarf einer Änderung der gesamten Geisteshaltung. Die öffentliche Meinung muß sich der steten Bedrohung durch den zur technisierten Maschine gewordenen Staatsapparat bewußt sein, und sie muß ständig dazu mahnen, Maßnahmen zur Verteidigung der persönlichen Freiheit zu treffen, einer Freiheit, die gerade uns Christen ein so hohes Gut ist. Wo könnte noch ein christliches Hoffen gedeihen, wenn die menschliche Person zertreten wird?

Friede, Gerechtigkeit und Hoffnung

Es berührte die deutschen Teilnehmer besonders, als *Joseph Folliet,* der bekannte Professor an der katholischen Universität Lyon, von der für den Frieden so notwendigen Freundschaft zwischen dem deutschen und französischen Volk sprach und Erinnerungen früherer Begegnungen deutscher und französischer Jugendlicher aus den katholischen Jugendbewegungen beschwor. Brüderliches Verstehen und Liebe sind Voraussetzung für friedliches Zusammenleben. Jeder muß in sich den Frieden tragen, damit er in der Völkergemeinschaft verwirklicht werden kann, jeder ist mit verantwortlich dafür, daß die menschliche Hoffnung blühen und daß christliches Hoffen sich entfalten kann.

Die politische Lage des Augenblicks spiegelte sich in der Rede *Jean Baboulènes,* des Chefredakteurs von „Témoignage Chrétien". Noch besteht kein Kriegszustand, aber die angstgepeitschte Menschheit beschwört ihn herauf. Die Folge dieser Angst ist eine innere Bedrohung der Demokratie. Anstatt eine wirkliche Schicksalsgemeinschaft zu bilden, begnügen sich die Staaten und Bürger allzuleicht damit, eine Gemeinschaft der Verteidigung zu suchen, und dadurch lassen sie sich von ihren eigentlichen Pflichten ablenken. Wir wissen nur zu gut, daß der Krieg, und auch schon die Vorbereitung auf den Krieg, nicht die gleichen Folgen für alle hat. Die Senkung des Lebensstandards, die Verminderung der sozialen Leistungen treffen immer zuerst und besonders schwer die wirtschaftlich Schwächeren. Eine der gefährlichsten Folgen unserer Situation ist die moralische Bedrohung, die Vergiftung der Beziehungen von Mensch zu Mensch und von Volk zu Volk durch die Lüge. Ein echt christliches Werk, dem entgegenzuwirken, ist die Bewegung Pax Christi. Darüber hinaus

müssen aber Maßnahmen gegen die politische Zersetzung, gegen soziale Reaktion und gegen lügenhafte Propaganda ergriffen werden. Pius XII., der sein Pontifikat unter das Zeichen des Friedens gestellt hat, sagt, der Friede sei das Werk der Gerechtigkeit. Er ist die Vollendung der Gerechtigkeit, also ein Werk, das ständig getan werden muß.
Aus der Perspektive seiner Tätigkeit als Arbeiterpriester in der Pariser Bannmeile nahm *Abbé Depierre* zum Problem der menschlichen und der christlichen Hoffnung Stellung. Man könnte nur dann von Hoffnung sprechen, sagte er, wenn man das „Wir"-Bewußtsein des Proletariats habe. Dort herrscht zwar ein großes Elend, dafür aber auch eine Brüderlichkeit, wie sie in den anderen Schichten selten anzutreffen ist. In diese Welt müsse man hinabsteigen, um zu erfahren, was es heißt, zu hoffen: auf ein besseres Diesseits, das für spätere Generationen vorbereitet werden muß, und auf ein Jenseits, das die endgültige große Befreiung bringt.

Theologie der irdischen und himmlischen Hoffnung

Die christliche Haltung ist wesentlich Hoffnung, sagte der bekannte Jesuitenpater *Daniélou*. Leid und Elend sind nur äußere Erscheinungsformen dessen, was wir Sünde und Tod nennen. Das Bewußtsein der radikalen Ohnmacht des Menschen, sich von der durch die Erbsünde bedingten geistigen Gefangenschaft zu befreien, ist der einzige Weg, der zu christlicher Hoffnung führt; sie ist die Erwartung des von Gott kommenden Heils. Der moderne Mensch setzt in seiner Hybris seine Hoffnung auf den Menschen, und das führt nicht nur zur Entfremdung von Gott, sondern auch zur Vernichtung der Menschlichkeit. Für den Christen liegt die Hoffnung in der Auferstehung. Das Heil ist sicher, aber es bleibt noch im Dunkeln. Die Hoffnung besteht in dem Wunsch nach einer Umgestaltung unseres Wesens, die uns befähigt, Gott zu sehen. Diese Umgestaltung beginnt schon auf Erden. Der Christ muß die irdischen Übel bekämpfen, obwohl er weiß, daß der Enderfolg seiner Bemühungen zweifelhaft ist. Das Christentum vermag zwar die menschliche Gesellschaft nicht entscheidend zu ändern, wohl aber sie ein wenig glücklicher zu machen. Es ist das Paradox des Christentums, daß es immer gegen Elend, Leid und Tod kämpfen muß und dabei weiß, daß letzten Endes die Welt nur durch das Kreuz gerettet wird.

Phänomenologie der Hoffnung

Die Philosophie war durch den Franzosen *Gabriel Marcel*, einen der bedeutendsten katholischen Philosophen der Gegenwart überhaupt, und durch die Deutschen Joseph Pieper und Max Müller vertreten. Marcel versuchte im Wege einer Phänomenologie den Begriff der Hoffnung zu deuten, indem er zunächst von ihrem Gegenteil, der Verzweiflung, ausging. Verzweifeln, sich aufgeben heißt, auf die Selbstaufrichtung verzichten. Hoffnung ist Ablehnung jedes Fatalismus. Verzweiflung ist Hölle und Einsamkeit, Verlust der Bindungen zum Nächsten, während die Hoffnung immer auf ein „Wir" gerichtet ist. In unserer atomisierten Welt, die nur ein Nebeneinander von Egoismen kennt, läuft die Hoffnung Gefahr unterzugehen. Die vom inneren Licht der Hoffnung leuchtende Seele hat eine Sicherheit, die nicht anmaßend, sondern naiv, klar und mutig ist. Die vernunftgemäße Weisheit stützt sich dagegen nur auf Erfahrungstatsachen. Marcel sprach von einer Metaphysik der Hoffnung, die nur christlich und katholisch, allerdings katholisch im universalen Sinne sein könne. Das Gebet erhalte Sinn und Kraft nur, wenn es unser trübes Tagestun erhellt und verklärt, dieses Tun, das tatsächlich ein Kampf gegen die Verzweiflung ist, in uns und bei den anderen. Über die Verzweiflung haben wir keine Macht, solange wir sie nicht als Sünde erkennen, Sünde einer Seele, die sich auf sich selbst zurückzieht und sich weigert, an der Gemeinschaft aller teilzunehmen. Hoffnung muß Bejahung des „Wir" sein und auf der Anrufung des Ewigen beruhen.

Philosophie der Verzweiflung?

Professor *Max Müller*, Freiburg, setzte sich mit der Frage auseinander, ob die deutsche Philosophie eine Philosophie der Verzweiflung sei. Er hält dieser Behauptung entgegen, daß jede wahre Philosophie von der Verzweiflung ausgeht und dies daher kein besonderes Merkmal der deutschen sei. Aufgabe der Philosophie ist schon nach Pascal, das menschliche Elend zu enthüllen bis in die Tiefe, wo nur der Glaube den Menschen seiner berechtigten Verzweiflung entreißen kann. Wahre Philosophie kann weder eine Philosophie der Verzweiflung noch des Hoffens sein. Die moderne deutsche Philosophie eines Heidegger und Jaspers bleibt diesseits von Pessimismus und Optimismus und stellt den Menschen vor die Entscheidung für oder gegen den Glauben, eine Entscheidung, welche die Philosophie selbst nicht treffen kann. Der christliche Glaube an ein Jenseits ist die Hoffnung auf einen Gott der Güte und Gnade, der uns durch Christus versprochen hat, Wohnungen in seinem Hause für uns zu bereiten. Das Erlebnis des Glaubens oder die brutale Lösung durch Selbstmord sind extraphilosophische Entscheidungen, welche das Bewußtsein vom Tod transzendieren. Müller vertritt die Ansicht, daß die Heideggersche und Jasperssche Philosophie die Möglichkeit zur religiösen Entscheidung biete, und deshalb könne man sagen, daß sie in der Linie Pascals und des hl. Augustinus liegen.

Hoffnung und Apokalypse

Wenn *Pieper* von der Hoffnung des Märtyrers spricht, versucht er sie eschatologisch, von der Apokalypse her, zu deuten. Die Endkatastrophe wird geschichtlichen Charakter tragen, was viel bedrohlicher ist als die Vorstellung eines kosmischen Unterganges. Die am Ende stehende „Ordnungswüste" des mit ungeheurer Macht ausgestatteten Herrschaftsgebildes des „Antichrist" wird nicht nur in abstracto den Logos verleugnen, sondern die Kirche, die Unmächtigen durch die Macht bekämpfen. Hiergegen gibt es nur eines: das Standhalten bis zum Blutzeugnis. Der wahre Christ sagt in der Sicherheit seiner Hoffnung trotz allem, was ihm widerfährt, ja zur Schöpfung, und das befähigt ihn auch, in der Katastrophe seine geschichtliche Aktivität beizubehalten.

Untergang und Neuaufstieg

Daniel-Rops, der auch in Deutschland bekannte Verfasser bedeutender religionsgeschichtlicher Werke, griff auf die Zeit des Zusammenbruchs des Römischen Reiches zurück und fand, daß das, was uns damals vorgelebt wurde, uns in unserem Hoffen bestärken muß. Die Christen jener chaotischen Zeit stemmten sich dem Ansturm der Barbaren entgegen, durchtränkten sie mit christlichem Geist und wandelten sie um. Es kommt darauf an, stark im Glauben zu sein wie unsere Vorfahren. Und weiter heißt es gedul-

dig sein: sechs Jahrhunderte mußten vergehen, bis aus den Trümmern der alten die neue christliche Welt entstand. Es mag schwer sein, diesen Gedanken zu fassen; aber Gott mißt nicht nach Menschenmaß, sondern nach Ewigkeiten.
Das Ergebnis der Tagung war eindeutig dies: Der Christ bezieht seine Stärke aus seinem Glauben. Christus hat uns durch seine Auferstehung die Sicherheit der Hoffnung gebracht. Diese Hoffnung gibt uns die Kraft, durch die Welt zu gehen, die tausendfältigen Probleme des Lebens anzupacken, den Kampf gegen Elend und Unglück aufzunehmen und uns nicht von den Vorspiegelungen eines irdischen Paradieses verlocken zu lassen. Es ist dem Christen nicht nur nicht untersagt, sondern sogar geboten, sich der Schöpfung zu bedienen, um das Leben sich und den Mitmenschen ertragbar zu machen. Richtig leben wird er aber nur, wenn er das Glück dort sieht, wo es ihm verheißen ist.

Die Abendmesse in England

Die katholische englische Presse verzeichnet in großer Aufmachung und mit offensichtlicher Befriedigung, daß der neue Bischof von Leeds, Msgr. Heenan, der erst vor einigen Wochen sein Amt antrat, aus Anlaß einer Katholikenkundgebung zu den britischen Festwochen im Fußballstadion seiner Bischofsstadt eine Sonntag-Abendmesse zelebrierte. Die offizielle Anteilnahme der Katholiken von Leeds am britischen Jubiläum bestand in einer Prozession durch die Stadt, einer Versammlung unter freiem Himmel und in deren krönendem Abschluß durch das Meßopfer. Bisher sind in England nach Kriegsende erst zweimal Abendmessen gehalten worden.
Die katholische Presse legt den Bischöfen immer wieder nahe, dem Beispiel der kontinentalen, afrikanischen und asiatischen Länder zu folgen und die Abendmesse zu einer regelmäßigen Einrichtung zu machen. „Catholic Herald" (29. 6.) weist darauf hin, daß Rom einmal die japanischen Bischöfe ausdrücklich ermuntert hat, ein solches Privileg zu beantragen, und dem dann eingereichten Antrag sofort entsprochen hat. Der gegenwärtige Papst hat schon 1933 in Lourdes das Beispiel gegeben.
„Catholic Herald" (15. 6.) veröffentlicht auch die Zuschrift eines Priesters zu dieser Frage. Er schreibt, die Feiertage sollten die Christenheit mit Gnade erfüllen. Tatsächlich werden sie vielen zur Sünde, weil man mit ungenügenden Gründen und schlechtem Gewissen der Messe am Morgen fernbleibt. Die Einführung der Abendmesse ist darum keine „liturgische Delikatesse", sondern „eine äußerst dringende Notwendigkeit".

Die englische Jugend von heute

Vor einer Versammlung der Kolumbusritter entwarf der bekannte Jesuitenpater und Jugenderzieher C. C. Martindale ein düsteres Bild von der englischen, insbesondere der Londoner Jugend. Im Vergleich zur Jugend nach dem ersten Weltkrieg, sagte er, besitzt die heutige erheblich mehr äußere Anständigkeit. Aber innerlich ist sie weit haltloser und triebhafter, neigt mehr zur Brutalität und ebensosehr wie die damalige zur Unehrlichkeit.
Die Haltlosigkeit steht nach diesem Urteil in engem Zusammenhang mit der Auflösung der Familie, die sich den Jugendlichen durch die Selbstverständlichkeit der Ehescheidungen und durch das, was man als wirtschaftliche Unmöglichkeit normalen Ehelebens hinzustellen beliebt, besonders eindrucksvoll darstellt. Für das Schwinden des Verantwortungsgefühls ist im Urteil dieses Briten auch der Staatssozialismus Englands nicht unwichtig, weil er die Vorstellung unterstützt, der einzelne sei nur mehr eine Nummer im Ganzen.
Die Unehrlichkeit wird durch die wirtschaftliche Unsicherheit, die hohen Steuern und Preise begünstigt. Es wird nachgerade selbstverständlich, daß man sich aus jeder peinlichen Situation irgendwie herauswinden muß.
Als besonders bedrohlich sieht P. Martindale eine beträchtliche Zunahme brutaler Gefühle und Verhaltungsweisen an. Es handelt sich dabei am sichtbarsten um steigende Grausamkeit und Empfindungslosigkeit für den Nächsten, doch darüber hinaus auch um ein allgemeines lustvolles Untergehen im rein tierhaften Gefühlsbereich. Hierfür sieht Martindale keine andere als die theologische Erklärung, die Paulus in Römer 2 gegeben hat. Es ist eine Tatsache, die uns anzeigt, daß wir uns bereits in der zweiten Dimension des Paganismus befinden.

Anglikanische Geistliche und Rom

Der katholische Bischof von London-Southwark, Msgr. Cowderoy, sagte in einer Rede vor der Gesellschaft zur Unterstützung der Konvertiten, es gebe in England schätzungsweise 1400 nichtkatholische Geistliche, natürlich hauptsächlich in der anglikanischen Kirche, die in ihrer Glaubensüberzeugung vollständig mit der katholischen Lehre übereinstimmen und sich selbst als „papalists" bezeichnen. „Sie gestehen ein, daß sie im Schisma sind. Doch sie trauern über jede Einzelkonversion zum römisch-katholischen Glauben, weil es nach ihrer Ansicht ihre Pflicht ist, zu bleiben, wo sie sind, um für eine allgemeine Vereinigung mit Rom zu wirken." Der Bischof anerkannte den guten Glauben dieser Geistlichen; er hält aber ihren Standpunkt für nicht vereinbar mit der Loyalität, die sie als Amtsträger ihrer eigenen Kirche schulden. Er glaubt auch nicht, daß sie der katholischen Kirche dadurch einen Dienst erweisen und die Bekehrung Englands zum römisch-katholischen Glauben beschleunigen. Im Gegenteil fordere jede Bemühung um die Wiedervereinigung die größtmögliche Klarheit und Redlichkeit. Wer erkennt, daß er im Schisma ist, muß daraus die Konsequenz des offenen Übertrittes ziehen. Es wäre verkehrt, wenn Katholiken Menschen, die sich in der Lage dieser Geistlichen befinden, in der Annahme bestärkten, daß sie auch ohne offene Konversion „auf eine gewisse Art" Mitglieder oder gar Priester der Kirche wären und eines Tages vielleicht auch von Rom in ihrer Eigenart offen anerkannt werden könnten. Das ist eine Hoffnung, „die nie verwirklicht werden kann".

Der christliche Filmkritiker und sein Publikum

Zu der vom Internationalen Katholischen Filmbüro (OCIC) in Brüssel veranstalteten Generalrats- und Studientagung über das Thema „Christliche Filmkritik" in Luzern vom 25. bis 28. Mai d. J. hatten 26 Nationen aller Weltteile etwa hundert Vertreter entsandt. Die Laien überwogen, und wohl über die Hälfte aller Teilnehmer waren Leute von der Presse, die ja in erster Linie an den Fragen der Filmkritik interessiert sind. Auch Deutschland war mit einer kleinen Schar namhafter Filmfachleute vertreten: Dir. A. Kochs (Köln), Dr. A. Funk (Trier), Dompräbendar Semle (Rottenburg), P. Werner Barzel SJ und

Dr. E. Rümmele (Konstanz), dessen theologische Doktorarbeit über die pastoraltheologische Bedeutung des Spielfilms von 1938 nach dem Urteil aller, die von der Sache etwas verstehen, neu aufgelegt werden sollte. Besonders herzlich willkommen geheißen wurde als Vertreter der evangelischen Kirche Pfr. Werner Heß, der sich mit Dir. Kochs in die Vertretung der christlichen Kirchen bei der „Freiwilligen Selbstkontrolle der Deutschen Filmwirtschaft" teilt. Ein ausführliches Referat des noch jugendlichen Pariser Chefredakteurs von „Radio-Cinéma", J. L. Tallenay (Pseudonym für Chartier), schuf die Grundlage für eine fruchtbare Diskussion.

Die Filmkritik hat eine Doppelaufgabe, sie ist „Information" und „Formation". Der christliche Filmbesucher erwartet zwar von seinem Kritiker eine Lenkung seiner Auswahl nicht nur in künstlerischer Hinsicht, sondern auch aus Verantwortung vor Glaube und Sitte, jedoch soll der Kritiker nicht selbst die Entscheidung treffen, sondern nur dem Leser alle Urteilselemente darbieten, so daß dieser sich eine persönliche Meinung bilden kann. Andererseits trägt die Filmkritik wesentlich zur Bildung bei, besonders bei jenen Geistlichen, die entweder noch immer eine ablehnende Haltung zum Film überhaupt einnehmen, oder aber ihre literarische Bildung in gänzlich ungeeigneter Weise auf Filme übertragen und so in ihrem Werturteil sich nicht selten Irrtümern hingeben. Die Erfüllung dieser Aufgabe setzt beim Kritiker eine ebenso weite wie vielfältige Kenntnis voraus, vor allem muß er die Geschichte des Filmwesens wie einzelner Filme genau kennen, um die zahlreichen Fallen, die die Reklame dem Publikum stellt, vereiteln zu können, etwa, wenn alte Filme unter einem neuen Namen auftauchen usw. Die örtlichen Verhältnisse sind dabei, je nachdem die Kinobesitzer bewußt obstruieren und die gefürchtete objektive Kritik hinauszuschieben versuchen, ganz verschieden, so daß es oft notwendig wird, schon eine kurze Kritik zu bringen, bevor man den Film gesehen hat. Daraus ergibt sich die Wichtigkeit einer schnellen Verbreitung und eines internationalen Austauschs der Bewertungsprädikate und des Besuchs aller Uraufführungen und Pressevorführungen.

Was die künstlerische Seite der Filmstreifen anbelangt, darf der Kritiker nicht alles um jeden Preis erklären wollen. Wesentlich ist jedoch die Objektivität und vor allem die Einheitlichkeit im Urteil, die sich von keinerlei nebensächlichen und persönlichen Rücksichten beeinflussen läßt und auch nationale Filmerzeugnisse nicht günstiger behandeln darf. Bei mittelmäßigen Filmen ist diese Linie oft schwer einzuhalten, aber sie führt dazu, daß der Kritiker bei seinen Lesern an Ansehen gewinnt. In sittlicher Hinsicht ist es nicht notwendig, daß die Sorge um das rechte Urteil sich bis zur Besessenheit steigert. Das große Publikum sucht ja im Kino Zerstreuung und nicht Lebensunterricht; daher soll man keine Probleme suchen wollen, wo keine sind, eine Gefahr, die besonders Gebildeten mit bloßem Buchwissen auflauert. Im Gegenteil, der Kritiker ist es sich schuldig, „klein" zu sein mit seinem „kleinen" Leser, da er ja nicht viele „große" haben wird. Sobald der Schriftsteller zur Feder greift, hat er auch schon sein Gegenüber, an das er sich wendet. Die Hauptsorge des Kritikers nun beginnt mit dem Augenblick, wo der Kinobesucher den Film gesehen hat und entweder befriedigt oder unbefriedigt das Kino verläßt. Andererseits liebt es nicht jedermann, Kritiken zu lesen, welche die Handlung so breit erzählen, daß man ihr auf der Leinwand nicht mehr mit Spannung folgen kann. Aus diesem Grunde ist allen Versuchen und Vorschlägen, die Spalten der Presse einer Art Lehrgang über die Filmkunde — als Gegenstück zur literarischen Bildung — zu öffnen, mit Skepsis zu begegnen. Größeren Erfolg dürften solche Bestrebungen in einem ausgewählten Kreis junger Menschen haben, die gewillt sind, an der Verwirklichung eines „christlichen Kinos" mitzuarbeiten.

Die Kritik der Kritik muß ein Schwanken zwischen Impressionismus und ästhetischem Formalismus, zwischen ethischem Formalismus und Urteilen auf Grund von Äußerlichkeiten beanstanden. Jede dieser Betrachtungsweisen hat natürlich ihre Berechtigung, nur der ausschließliche Gebrauch einer einzigen ist abzulehnen, entscheidend ist jedoch die Herausarbeitung der Bedeutung eines Films, insbesondere seines Sujets. Die Analyse der Handlung und Angaben über die Ausdrucksmittel müßten es ermöglichen, die Bedeutung eines Films als Ganzen, seine Botschaft, zu erschließen, aber die Analyse muß von dem persönlichen Urteil des Kritikers deutlich abgehoben sein, welcher seinerseits als Christ sein Werturteil nicht aufspalten darf in eines vom künstlerischen Standpunkt und eines vom moralischen; er muß sein persönliches Urteil abgeben und es gleichzeitig auf künstlerische Gesichtspunkte und solche tiefer menschlicher Gegenwirkungen gründen.

Die Wichtigkeit des Sujets für die Kritik wurde in der Diskussion besonders von Spaniern und Südamerikanern hervorgehoben. Das Sujet ergibt sich aus dem fertigen Streifen ohne Rücksicht auf etwaige Intentionen seiner Urheber, es ist Träger dessen, was ein Film auszusagen hat. Spricht man heute vom Niedergang des Films, dann bedeutet dies, daß es dem Film an Sujets mangelt, technische Reife vorausgesetzt. Eine Besserung ist nur von einer ernsteren Auffassung des Menschen zu erwarten; der Mensch ist im Grunde, ob er will oder nicht, ein ernstes Wesen; Beweis hierfür ist nicht zuletzt die Tatsache, daß der Film große Massen demoralisieren konnte. Daraus ergibt sich gebieterisch die Herausarbeitung des Sujets. Gewiß fordert der Film eine Kritik „sui generis", aber schon Menendez y Pelayo schrieb: „Indem die Ästheten und Kritiker der Technik den Rücken kehrten und sich hinter absolute Prinzipien verschanzten, sind sie in einen oberflächlichen und pedantischen Dogmatismus verfallen, dessen Nichtigkeit man gewahrt, wenn man versucht, zur Anwendung zu gelangen." Der Kritiker weiß, daß ein Film „voll guter Absichten" ebenso an Wahrheit verlieren kann, wie er an Intentionen gewinnt. Ein Film ist dann gut, wenn sein Sujet wahr ist. Ein Film kann — dies sei einmal mehr betont — nicht an den menschlichen Makeln und Fehlern vorbeigehen. Man darf aber auch nicht übersehen, daß der Film an den Formproblemen unserer Zeit Anteil hat und daß mancher Film nur durch ein gründliches Studium der Form verstanden werden kann. Die Filmkritik ist die notwendige Ergänzung des kirchlichen Filmdienstes, welcher die Filme im Auftrag der Kirche klassifiziert; aber die Kirche hat es nicht nötig, ihre Autorität einzusetzen, um etwa zu entscheiden, ob ein Film künstlerisch gelungen ist. Wichtig ist auch, daß die christliche Kritik am Film so abgefaßt ist, daß sie für den außerhalb der Kirche Stehenden keine Fremdsprache ist. Wir wollen weder ein christliches „Ghetto-Kino", noch eine christliche „Ghetto-Kritik".

Die Gleichschaltung der Kirche in Ungarn

Wie es sich auch aus unserer Meldung über den Prozeß gegen Erzbischof Grösz ergibt, wird die Gleichschaltung der Kirche in Ungarn nach dem Muster der Tschechoslowakei mit großer Energie fortgesetzt.

Die Regierung hat in diesen Tagen durch einen Erlaß angeordnet, daß höhere kirchliche Würdenträger nur nach vorheriger staatlicher Zustimmung ernannt werden können, für deren Erteilung der Präsidentschaftsrat zuständig sein wird. Genehmigungspflichtig ist die Ernennung von Bischöfen, Weihbischöfen, Äbten und höheren Ordensoberen. Die Genehmigung ist für alle seit Januar 1946 ernannten Persönlichkeiten nachzuholen. Darunter fallen also insbesondere die vor kurzem ernannten Weihbischöfe für die Erzdiözesen Esztergom und Kalocsa. In der Tschechoslowakei wurde die gleiche Anordnung im Jahre 1949 getroffen.

Im Augenblick des Druckbeginns trifft die Nachricht ein, daß auch diese Maßnahme durch eine neue überholt ist: die Regierung hat, wie die tschechoslowakische, verschiedene staatliche Kapitularvikare ernannt und amtierende Bischöfe vom Verkehr mit den Gläubigen abgeschnitten.

Was die wenigen, auf Grund des Kirchenabkommens noch bestehenden katholischen höheren Schulen betrifft, wird ihnen durch einen Erlaß des Präsidentschaftsrates vom Mai d. J. die Möglichkeit zur eigenen Gestaltung des Unterrichts stark eingeschränkt. Der Erlaß bestimmt, daß der Eintritt in die höhere Schule ausnahmslos erst nach Beendigung des achtjährigen Volksschulkurses geschehen darf. In den Gymnasien aller Art ist sowohl der staatliche Lehrplan verbindlich, wie auch die staatlichen Unterrichtsbücher und Lehrmittel gebraucht werden müssen. Der Religionsunterricht ist überall nur als freiwilliges Fach zugelassen. Die katholischen Schulen sind also wie alle anderen gezwungen, ihren Schülern die marxistische Lehre aufzuoktroyieren.

Massendeportationen im Osten

Gleichzeitig haben die Regierungen von Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien mit der Deportation „volksfremder Elemente" aus den Großstädten begonnen. In Polen begann die Austreibung mit einem Erlaß am 15. Mai. Zuvor war die ganze Bevölkerung, angeblich zwecks Ausgabe von Ausweisen, in fünf Klassen eingeteilt worden: Klasse I umfaßt die Aktivisten, Klasse II die gewöhnlichen Parteimitglieder, Klasse III die staatlichen Funktionäre und Angestellten öffentlicher Betriebe, Klasse IV die loyalen Staatsbürger, Klasse V die sozialen Parasiten. Dazu gehören beispielshalber: Ausbeuter, Volksfeinde, reaktionäre Geistliche, Mönche und Nonnen, Westlichgesinnte, ehemalige Kapitalisten und Offiziere, ehemalige Anhänger von Mikolajczyk und Anders. Angehörige der Klasse V wurden in größerer Zahl aus Warschau, Krakau, Posen und anderen Städten in entlegene Landgebiete gebracht. Sie durften nur einen kleinen Teil ihrer persönlichen Habe mitnehmen. Die Räumungsfrist war kurz. Am Bestimmungsort waren keinerlei Vorkehrungen für ihre Unterbringung getroffen. Der Kardinal von Krakau hat deshalb die Geistlichen angewiesen, für die Ankommenden nach Möglichkeit Sorge zu tragen.

Das kommunistische Krakauer Blatt schrieb zu den Deportationen: „In unserm Lande dürfen weder Feinde des Staates noch solche Leute, die mit ihnen eng verbunden waren, das Vorrecht haben, Wohnungen in Großstädten besetzt zu halten. Diese verbrecherischen Elemente sollten wenigstens aus unseren großen Städten, wo schöpferische Arbeit geleistet wird, verschwinden." Die Zeitung kündigt an, daß die Städte von diesen unzuverlässigen Elementen und ihren Familien ganz gereinigt werden.

In Ungarn wurden von den Ausweisungen hauptsächlich Bewohner von Budapest, Szegedin und Debreczin getroffen, in der Tschechoslowakei solche aus Prag und Preßburg, in Rumänien Bürger von Bukarest und Klausenburg, in Bulgarien von Sofia, Warna und Plovdiv.

Die Durchführung traf, wie Einzelberichte erkennen lassen, Personen jeden Alters und jeder sozialen Stellung. Der größere Teil wurde anscheinend mit der ganzen Familie ausgewiesen. Zu einem andern Teil wurden die Kinder von den Eltern getrennt. In Ungarn wurden drei Sorten von Polizeibefehlen ausgegeben. Die einen gewährten eine Frist von Tagen, die zweiten von Stunden; wer dagegen das Unglück hatte, einen Befehl der dritten Art zu bekommen, hatte sich auf der Stelle und ohne Gepäck bei der Staatspolizei einzufinden. Die Betroffenen dieser Klasse sind bisher unbekannten Aufenthaltes.

Der Vorsitzende des ungarischen Präsidentschaftsrates, Stefan Kovacs, bemerkte zu der Aktion: „Klassenfremde und unzuverlässige Elemente müssen mit Spezialarbeit beschäftigt und unter Aufsicht gehalten werden. Wir sollten Arbeitsplätze für sie aussuchen. Sie dürfen nicht die Erlaubnis bekommen, zu gehen, wohin sie wollen."

Berichten zufolge, die in Stockholm eintrafen, sind in Ungarn allein etwa 50 000 Menschen für diese Deportationen und Zwangsarbeiten vorgesehen.

Der Sprecher der Vereinigung amerikanischer Staatsbürger ungarischer Nationalität, Dr. Béla Fabian, nannte die gegenwärtig laufende Aktion den „dritten großen Massenmord unserer Zeit". Er nannte folgende Gründe, die die Beherrscher der Satellitenstaaten wahrscheinlich dazu veranlassen: 1. Sie wollen den Charakter der Bevölkerung der Satellitenländer verändern (vgl. dazu die Meldung Herder-Korrespondenz 5. Jhg. Heft 10 S. 440). 2. Sie wollen panische Furcht bei denjenigen erzeugen, die davon betroffen werden könnten. 3. Sie brauchen Sklavenarbeiter. Dies ist ein Weg, sie zu beschaffen. 4. Sie wollen die beherrschten Länder von solchen Menschen reinigen, die zum Potential der Führerschicht der künftigen Widerstandsbewegung gehören.

Die genannte Vereinigung hat das Staatsdepartement aufgefordert, gegen die ungarische Regierung vor den Vereinten Nationen wegen folgender bewiesener Tatsachen Anklage zu erheben:

1. Das ungarische Regime hat ganze Familien gewaltsam aus Städten entfernt und in ländlichen Konzentrationslagern interniert.
2. Es hat minderjährige Kinder von den Eltern getrennt.
3. Schwangere Frauen, kranke und alte Personen beider Geschlechter wurden in Konzentrationslager eingeliefert und der ärztlichen Fürsorge beraubt.

Der Abgeordnete Kersten hat im Repräsentantenhaus einen Antrag auf Abbruch der diplomatischen Beziehungen eingebracht.

Die ungarische Regierung hat bisher die Deportation von 924 Familien aus Budapest zugegeben. Sie bestehen nach

dem Communiqué aus „früheren Fürsten, Grafen und Baronen, Horthy-Ministern, Generälen und Stabsoffizieren, Großhändlern und Großgrundbesitzern".

Der Vatikan lehnt die Amnestie für Erzbischof Stepinac ab

Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug hat folgendes bekanntgegeben: „Mit Bezug auf gegenteilige Mitteilungen der ausländischen Presse in Sachen Stepinac wird festgestellt, daß die jugoslawische Regierung am 2. Juni 1951 durch den Informationsminister und die Vatikanische Gesandtschaft in Belgrad dem Vatikan mitgeteilt hat, daß sie entschlossen sei, die Gefängnisstrafe für Stepinac abzukürzen unter der Bedingung, daß er sofort das Land verläßt.

Am 2. Juli hat der zweite Geschäftsträger der Vatikanischen Gesandtschaft dem Minister des Auswärtigen mitgeteilt, daß der Vatikan dies Anerbieten abgelehnt hat."

Der „Osservatore Romano" bemerkt zur Begründung dieser päpstlichen Entscheidung: „Der Heilige Stuhl ist darüber unterrichtet, daß Seine Exzellenz (Erzbischof Stepinac), im Bewußtsein seiner Unschuld, wünscht, in der Nähe seiner Gläubigen zu bleiben. Der Heilige Stuhl kann nicht umhin, seine Gefühle zu respektieren und beabsichtigt nicht, ihm ein Exil aufzuerlegen, das im Gegensatz zu dem stände, was Erzbischof Stepinac als Gewissenspflicht ansieht."

Die jugoslawische Presse hat die Ablehnung dieses Angebotes sehr heftig kommentiert. Sie variiert den Gedanken: Dem Vatikan ist nichts an der Person Stepinacs gelegen. Er ist froh, den Fall Stepinac zu haben, um in der Welt gegen Jugoslawien Propaganda machen zu können. Die vatikanische Entscheidung kommt Belgrad sehr ungelegen. Das geht aus einer Äußerung von „Politika" hervor. Das Belgrader Blatt schreibt: Die Gefängnishaft des Erzbischofs „hat für Jugoslawien internationale Schwierigkeiten gebracht". Diese Bemerkung hellt die Gründe auf, die Tito bewogen haben, dem Vatikan die Freilassung von Msgr. Stepinac anzubieten. Das Anerbieten fällt zeitlich ungefähr zusammen mit anderen Gesten gegenüber dem Westen. So sagte Tito z. B. in einer Rede in Cetinje, sein Land habe Hilfe von derjenigen Seite erhalten, von der man es am wenigsten erwartet hätte. Der Westen habe sich dadurch mehr von sozialistischem Geist erfüllt gezeigt als die Sowjetunion, die Jugoslawien nur mit Beschimpfungen zu überhäufen wisse.

Der Heilige Stuhl hat sich aber nicht mit einer Geste begnügen wollen, sondern die Wiederherstellung des Rechts gefordert. „Osservatore Romano" weist darauf hin, daß es unmöglich ist, das Schicksal Erzbischof Stepinacs für sich allein zu betrachten und zu behandeln. Wenn Jugoslawien den Weg zur religiösen Befriedung beschreiten wolle, müsse es seine gesamte Haltung gegenüber der Kirche ändern.

Aus den Missionen

Das Missionsapostolat der Ordensfrauen Missionsgebetsintention für August 1951

In der Apostolischen Konstitution „Sponsa Christi" vom 21. 11. 1950 werden die Klosterfrauen, die sich ganz dem beschaulichen Leben geweiht haben, daran erinnert, „daß ihr Beruf ganz und durchaus apostolisch ist, ohne Grenzen des Ortes, der Zeit oder der Dinge, und daß er sich immer und überall auf alles bezieht, was auf die eine oder andere Weise die Ehre ihres Bräutigams oder das Heil der Seelen betrifft." So kann das Missionsapostolat, das primärste und größte Apostolatsanliegen der Kirche in einer zusammenwachsenden Welt, deren Schicksale die nichtchristlichen Völker immer stärker mitbestimmen, nicht übersehen werden. Wir haben vor etwa zwanzig Jahren erlebt, daß Hunderte von Klöstern beschaulicher Frauenorden bestimmte Missionsgebiete in ihr Gebets- und Opferleben besonders einschlossen („adoptierten"). Ja bis zur Stunde werden von der altchristlichen Welt aus hie und da beschauliche Klöster mitten in Missionsländer gepflanzt, um durch Gebet, Buße und Beispiel aus der umfriedeten Klosterstille heraus das äußere Apostolat zu unterstützen und zugleich den rein übernatürlichen Charakter des katholischen Missionswerkes auch vor den Nichtchristen eindrucksvoll zu betonen.

Mission ist ein Anliegen aller Ordensfrauen

Aber auch die tätigen Frauenorden und Kongregationen in der Heimat dürfen ihre Pflicht zur Teilnahme am Missionswerk nicht übersehen, mögen sie auch die Missionsarbeit nicht zu ihren direkten und unmittelbaren Aufgaben zählen. Die im modernen Leben notwendige Spezialisierung auch der Ordensfrauen kann hier leicht zu einer Blickverengung führen. Aber jede Ordensfrau hat sich ganz dem ganzen Christus geweiht und damit auch der Kirche mit allen ihren Aufgaben, einer Kirche, deren Wesensgesetz Wachstum ist, also Mission. Eine Ordensfrau, die sich dem Apostolat der Glaubenserhaltung oder dem Umweltapostolat in einer entchristlichten Gesellschaft widmet, ohne ihr Gebet und ihr tätiges Interesse dem Apostolat der Kirchengründung in den noch nicht von der Kirche erfaßten Ländern der Erde zuzuwenden, würde eine mangelhafte Einstellung zu ihrem Berufe haben und dem Missionswerk kostbare Hilfe entziehen. Die Propagandakongregation hat deshalb durch Dekret vom 14. Juli 1949 die weiblichen Orden und Kongregationen allesamt eingeladen, sich im Rahmen eines Sonderstatuts den Zielsetzungen des Priestermissionsbundes anzuschließen, die Liebe zum Missionswerk in der eigenen Seele zu vertiefen und diese Liebe auch in ihrer Arbeit nach außen zu betätigen. Das Programm dieser Missionstätigkeit soll „in absolutester Form vom Geist der Übernatur und Universalität erfüllt sein". Das Apostolat als Ganzes soll dabei über jedes Sonderinteresse, selbst über das Missionswerk der eigenen Gemeinschaft gestellt werden, ohne letzteres zu vernachlässigen: „Sie (d. h. die Ordensfrauen) müssen in Bejahung des gemeinsamen Geistes der Katholizität zuerst den Missionen im allgemeinen ihr Gebet und ihre Mitarbeit anbieten, dabei vor allem im Auge behaltend, daß alles, was für das katholische Apostolat geschieht, den einzelnen Missionen dann wieder von selbst zugute kommt." An Einzelformen der Missionshilfe werden empfohlen: die Teilnahme an der feierlichen Oktav für die Rückkehr der getrennten Brüder zur Einheit der katholischen Kirche (18.—25. Jan.), die Teilnahme an der öffentlichen und allgemeinen Feier des Weltmissionssonntags, ferner die Förderung des Tages der Kranken für die Missionen, die Verbreitung von Missionskenntnissen in Schulen, Krankenhäusern, Instituten, die Pflege der Missionsberufe bei der Jugend und die aktive Mitarbeit an der Förderung der Missionshilfswerke in Kollegien und Schulen.

Geschichte der Frauenorden in den Missionen

Zehntausende von Ordensfrauen üben nun heute in Übersee als Mitarbeiterinnen am Werk der Kirchengründung den Missionsberuf als Spezialberuf aus. Ihr Missionsapostolat immer vollkommener zu gestalten, ist auch ein Anliegen unserer Gebetsintention. Im Missionseinsatz der Ordensfrauen läßt sich eine interessante Entwicklung wahrnehmen. Eigentlich erst seit dem Entdeckungszeitalter hat man die Hilfe der Ordensfrau in den Missionen angerufen, in der spanisch-portugiesischen Periode ganz schüchtern, später immer kühner, nicht ohne Zusammenhang mit der Entwicklung der Auffassungen über die Emanzipation der Frau im abendländischen Raum. Eine Ordensfrau in öffentlichen Schulen und Krankenhäusern der Mission, die Operations- und Hebammenschwester, die Missionsärztin wären dem 15. und 16. Jahrhundert ein Anstoß gewesen. Ja als Rom den Weg freigab, um den Missionsorden eigene Abteilungen von Schwestern anzugliedern, deren Mitglieder sich der geburtshilflichen Tätigkeit oder dem Beruf der Ärztin widmen sollten, bzw. als Rom die Gründung selbständiger Kongregationen von Missionsärztinnen und Pflegerinnen billigte, schreckten viele weibliche Orden noch vor diesen Aufgaben zurück. In letzter Zeit strebt man auch immer mehr danach, die Missionsschwestern neben den Missionaren im direkten Apostolat unter den heidnischen Frauen und Familien einzusetzen, ohne dabei die bisherige segensreiche Tätigkeit in Schulen, Waisenhäusern, Hospitälern, Familienerziehung durch Brautheime usw. als überflüssig zu betrachten. Man hat nur darauf hingewiesen, daß bei dieser Tätigkeit ohne wache Selbstkontrolle der missionarische Charakter solcher Arbeit vergessen werden kann.

Anpassung der Frauenorden an die Missionsaufgaben

Außerordentlich aufschlußreich zu dieser Frage ist ein Brief, den der Apostolische Internuntius in China, Msgr. Riberi, einer Ordensfrau zum Goldenen Ordensjubiläum schrieb und der in „China Missionary Bulletin" (2/1951) veröffentlicht wurde. Msgr. Riberi stellt hier fest, daß die Caritasarbeit der weiblichen Orden in China das wirksamste Mittel war, um der Kirche das Wohlwollen einer fremden Zivilisation zu gewinnen. Diese Arbeit sei stets eng mit dem Werk der Glaubensverbreitung verbunden gewesen. Aber ihr Ausbau und die Anforderungen, die sie an das Personal stellte, habe die Gefahr heraufbeschworen, daß man diese Werke als Selbstzweck betrachtete. Schritt für Schritt hätten sie ihren Charakter als Instrumente der Glaubensverbreitung, als Sauerteig des Evangeliums in die Massen hinein verloren. Der Internuntius stellt die Frage, ob man das Werk der Schwestern in China und anderswo nicht dynamischer gestalten könne. Ihr apostolisches Leben sei nicht voll gelebt, wenn sie nicht nach den Heiden ausschauten, um sie zu Christus zu führen. Die Regeln und Konstitutionen der Orden sollten selbstverständlich geachtet werden, aber da das Heil der Seelen höchstes Gesetz der Kirche sei, müßten sie in diesem Sinne ausgelegt werden. Außerdem könnten die Regeln dem Missionsland angepaßt werden, was bei manchen in Europa gegründeten Frauenorden nicht genügend beachtet worden sei. Es sei Pflicht der in den Missionen arbeitenden Schwestern, in den Kapiteln der Orden entsprechende Reformvorschläge zu machen und mutig dafür einzutreten. Auch die intellektuelle Bildung der Schwestern sei stärker zu fördern, nicht zuletzt im Interesse ihres geistlichen Lebens. Allzuoft entbehrten die Schwestern auch einer technischen und kulturellen Schulung. Sie müßten eine pädagogische Vorbildung erhalten, so daß sie mit Zuständigkeit und Erfolg den Katechismus lehren könnten. Vor allem müsse eine Schwester, die ihr Leben in den Missionen zubringen wolle, auch die Sprache des Landes lernen. Alle Schwesternausbildung solle so sein, daß sie ein wirksames Mittel zur Hinführung der Heiden zu Christus sei. Der Internuntius empfiehlt eine starke technische Spezialisierung der Schwestern als einziges Mittel, um an die heidnische Gesellschaft heranzukommen, aber auch eine stärkere Teilnahme der Schwestern am Laienapostolat. Hier sei ein unübersehbares Feld der Tätigkeit für Ordensfrauen. Mit ihrem klugen Eifer könnten sie eindringen, wo andere nicht hinkommen. Es gebe keine Grenze für das, was sie hier tun könnten. Solche tätige und kraftvolle Mitarbeit wäre für Priester und Bischöfe ein großer Segen. Für manche Werke seien die Zeiten, in denen wir leben, sehr schwierig. Manche seien — gerade in China — bereits unmöglich gemacht worden. Das sei traurig. Aber von Ungemach könne auch Gutes kommen. Es würde ein großes Gut sein, wenn manche Schwestern es dazu brächten, sich dem direkten Apostolat zu widmen. Nicht wenige Bischöfe hielten dies für eine Führung der Vorsehung.

Ökumenische Nachrichten

Volksbefragung vor einer Remilitarisierung

Im Interesse einer echten Demokratie fordert der Präses der Synode der EKD, Dr. Gustav W. Heinemann, Essen, in Niemöllers „Stimme der Gemeinde" (Juni 1951) eine Volksbefragung, ehe der Bundestag in Bonn zu Beschlüssen über eine Remilitarisierung schreitet. Dr. Heinemann lehnt zunächst die von der Ostzonenregierung propagierte Volksbefragung ab. Die Bundesrepublik müsse sich aber an die Regeln der Verfassung halten. Das Grundgesetz sehe, wie jeder weiß, keine militärische Gewalt vor. Sollte der Bundestag ohne Mitwirkung der SPD mit einfacher Mehrheit über militärische Leistungen und Pflichten Westdeutschlands entscheiden wollen, so würde zumindest Hessen den Verfassungsgerichtshof anrufen. In dieser Lage müsse etwas geschehen: „Unsere Konzeption sollte sein, daß wir im Westen eine vorbildliche Ordnung freiheitlicher Demokratie und sozialer Gestaltung entwickelten und uns auf dieser Basis unter Ablehnung mindestens jeder vorzeitigen westlichen Bindung bis zum äußersten um die Wiederherstellung deutscher Einheit unter Wahrung der Würde und der Freiheit des Menschen bemühen ... Freiheitliche Demokratie — und nur von dieser ist im Augenblick hier weiter zu reden — erfordert, daß eine westdeutsche Entscheidung über militärische Dinge nicht ohne neuen Kontakt mit den Wählern im Volk geschieht. Hier ist nicht nur eine neue Situation entstanden ... sondern hier soll in einer fundamentalen Frage eine radikale Kehrtwendung gegen das Voraufgegangene vollzogen werden. Es ist unfair, die Entscheidungsbefugnis über eine solche Kehrtwendung nachträglich in die auf ganz anderer Grundlage erteilten Wahlmandate vom August 1949 einzubeziehen ... Hier ist zumindest eine Volksbefragung geboten, wobei es selbstverständlich nicht um die suggestiven Fragen der ostdeutschen Aktion, sondern nur um konkrete Kernfragen (z. B. Wiedereinführung einer Militär-

dienstpflicht, Aufstellung von Freiwilligenverbänden) gehen kann. Der Bundestag kann solche Befragung beschließen, und ich meine, er sollte endlich erklären: Wir werden keine Aufrüstung ohne dich, deutsches Volk, machen, du wirst aber für deine Antwort auf unsere Fragen einzustehen haben! Eine solche Erklärung würde falscher Agitation den Wind aus den Segeln nehmen. Sie würde deutlich machen, daß wir dem Gewissenszwang im Osten die Freiheit gewissensmäßiger Entscheidung der Menschen im Westen entgegenstellen ... Fürchtet man das Ergebnis? Wenn wir freiheitliche Demokratie verteidigen wollen, müssen wir sie zunächst einmal exerzieren! Wenn uns zu dem ersteren der Mut fehlt, wird uns zu dem letzteren wahrscheinlich die Kraft fehlen."

Der Berliner evangelische Kirchentag, der am 15. Juli schloß, hat bezeichnenderweise in dieser Frage die Parole des Essener Kirchentages vom September 1950 gegen eine Remilitarisierung nicht wieder aufgenommen und fortgeführt. Präsident Dr. von Thadden-Trieglaff sagte im Stadion, man habe keinen politischen Kreuzzug zugunsten irgendeiner Machtgruppe ausrufen wollen. Es wurde auch keine Kundgebung des Rates der EKD verlesen. Über den Kirchentag selber berichten wir in der nächsten Nummer.

Lutheraner über Apostolische Sukzession

Zur Erarbeitung dogmatischer Entscheidungen des Luthertums in schwebenden Kontroversfragen hat sich im September 1949 ein „Theologischer Konvent Augsburgischen Bekenntnisses" innerhalb der EKD gebildet. Die beiden Vorträge der Herbsttagung 1950 von Prof. Peter Brunner, Heidelberg, über „Schrift und Tradition" und von Dr. Askmark, Sigtuna (Schweden), dem Vertreter des Erzbischofs Dr. Brilioth, über „Successio apostolica in der lutherischen Kirche Schwedens" liegen nunmehr im Druck vor. Über den Vortrag von Prof. Brunner berichten wir an anderer Stelle. Die Grundgedanken der Ausführungen von Dr. Askmark entnehmen wir der „Theologischen Literaturzeitung" (1951 Nr. 6 Sp. 381 f.):

„Im Einklang mit der lutherischen Reformation muß die successio apostolica von der viva vox apostolica her verstanden werden. Das durch Ordination übertragene Amt kann kein Pfeiler der Kirche sein, wenn die Verkündigung dieses Amtsträgers im Widerspruch zum apostolischen Wort steht. Darum ist die Sukzession des Bischofsamtes kein Kennzeichen der Kirche. Um der Reinerhaltung des apostolischen Wortes willen muß die Sukzession des ordinierten Amtes unterbrochen werden, wenn die Amtsträger falsch lehren. Weil die römischen Bischöfe des 16. Jahrhunderts vom apostolischen Wort abgewichen waren, saßen sie nicht mehr auf dem Stuhle der Apostel. Konstitutiv für die Erhaltung der Kirche ist die Sukzession des gepredigten Evangeliums, aber nicht die Sukzession der Bischofsweihe. Um der Erhaltung der Evangeliumsverkündigung willen muß unabdingbar, kraft göttlicher Stiftung, die Berufung ins ministerium ecclesiasticum durch Ordination weitergehen. Eine successio nuda, losgelöst von einer successio doctrinae, ist abzulehnen."

Diese Sätze, fährt der Berichterstatter, A. Kimme, fort, bringen auch die Lehre der schwedischen Kirche zum Ausdruck, die als einzige lutherische Kirche die Sukzession des Bischofsamtes bewahren konnte. Dennoch erblickt die schwedische Kirche in der Bewahrung dieser Sukzession eine Gabe, die nicht verachtet werden dürfe. Eine besondere Bedeutung der bischöflichen Sukzession liege darin, daß sie zeichenhaft den Ursprung des Evangeliums in dem von Christus gestifteten Apostolat zum Ausdruck bringt. Diese bischöfliche Sukzession hebt nach der Überzeugung der schwedischen Kirche die Tatsache nicht auf, daß jeder ordinierte Diener am Wort, der das Evangelium recht verkündet, in der Nachfolge der Apostel steht. Obwohl die Berufung in das Amt der Verkündigung in geordneter Weise durch Ordination (mit Handauflegung und Gebet) geschehen soll, so ist dennoch, dem Bericht über den Vortrag von Dr. Askmark zufolge, der Bestand der Kirche nicht an eine ununterbrochene Kette der Handauflegung gebunden. „Der dreieinige Gott vermag auch dort, wo die Kette der Ordination durch Irrlehren unterbrochen ist, durch die Wirkung seines Wortes unmittelbar einen neuen Anfang zu setzen, durch den die wahre Kontinuität der Amtsweitergabe wiederhergestellt wird."

Diese Gedanken sind ein bemerkenswerter Beitrag zu der ekklesiologischen Stellung der skandinavischen Kirchen, über die wir im letzten Heft S. 452 das Urteil eines katholischen Theologen wiedergaben.

Peter Brunner über Schrift und Tradition

Seit einigen Jahren ist die von der Studienkommission des Ökumenischen Rates zusammengefaßte Aussprache über Grundlagen der Kirche darin einig, daß auch die evangelischen Glaubensgemeinschaften nicht nur auf der Hl. Schrift, sondern zugleich auf einer bestimmten exegetischen wie dogmatischen Tradition beruhen, die bei den einzelnen Gemeinschaften sehr verschieden ist. Die brennende Frage ist daher, welches das legitime Verhältnis von Tradition bzw. „reformatorischer Wertung" zur Hl. Schrift ist. Diese Frage wurde angesichts der herannahenden Verkündung des neuen Mariendogmas im Frühjahr 1950 Gegenstand einer Untersuchung in dem mehrfach erwähnten ökumenischen Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen. Ein Niederschlag dieser Aussprache war die Schrift von Landesbischof D. W. Stählin „Allein". Darin lasen wir u. a., die Hl. Schrift könne jeweils nur aus einer lebendigen Tradition heraus verstanden und erschlossen werden (Vgl. Herder-Korrespondenz, Jg. 5, S. 117 f.). Inzwischen liegt auch das überarbeitete Referat im Druck vor, das der Heidelberger Theologe Peter Brunner damals über „Schrift und Tradition" seinen katholischen Kollegen vorgetragen hatte (Festschrift für Landesbischof D. Hans Meiser „Viva Vox Evangelii". Claudius-Verlag München, 1951 S. 119—140). Daran ist erkennbar, wie stark diese Gedanken das Heidelberger Gutachten zur Frage der Dogmatisierung von Mariae Assumptio beeinflußt haben und weiterhin die lutherische Haltung bestimmen werden. Daher fassen wir die Gedankenführung Brunners kurz zusammen.

Das apostolische Mittlertum

Evangelium und Sakramente kommen von Christus her, sind uns aber durch Zeugen übermittelt, die Christus selber eingesetzt und als Apostel an seiner Statt zur Verkündigung des Evangeliums und zur Verwaltung der Sakramente beauftragt und bevollmächtigt hat, zunächst zu Lebzeiten und hernach durch die Ausgießung des Hl. Geistes. Im Ereignis der Verkündigung bleibt daher Christus der Herr und Urheber des Evangeliums, auch wenn der Träger der Botschaft nicht mehr ein Apostel ist. Durch

Mund und Hand dieser erwählten und autorisierten Zeugen entstanden Evangelium und Sakramente. Daher sind diese Menschen auch die Autorität für ihre Echtheit, und es ist uns versagt, an ihnen vorbei unmittelbar zu Christus vorzudringen. Es bleibt das unaufhebbare Gegenüber von apostolischer Überlieferung und Nicht-Aposteln. Der Apostel ist also eine dogmatische Gegebenheit, die nicht durch den Hl. Geist annulliert wird. Das Apostolische ist normativ. Es umfaßt zugleich die prophetische Überlieferung des Alten Testaments, da das apostolische Zeugnis die Erfüllung dessen feststellt, was die Propheten verheißen haben, was „geschrieben steht". Eine starke und neuartige Hervorhebung des apostolischen Mittlertums neben Christus! Brunner gibt auch zu, daß der Hl. Geist über die Apostel die Gaben, Ämter und Dienste schenkt, Evangelisten, Lehrer, Hirten und Mitarbeiter der Apostel, denen die Gnadenmittel anvertraut sind. Er hütet sich also, mit Luther einfach in das nicht beamtete allgemeine Priestertum abzugleiten.

Der blinde Fleck

Aber er stellt die Frage: wie kann die Verkündigung des Evangeliums rein bleiben? Die Erhaltung des Evangeliums versteht sich nicht von selbst. Bereits im Neuen Testament ist von Irrlehrern die Rede, die die apostolische Lehre verfälschen. Die Ordination macht ihre Träger nicht unfehlbar, trotz ihrer werden sie zu Häretikern. An dieser Stelle weicht Brunner den neuen Ergebnissen evangelischer Exegese des Petrusamtes als eines Primates der Apostelgemeinschaft aus. Er argumentiert z. T. außerhalb einer neutestamentlich fundierten Ekklesiologie und kommt daher zu vorausgesetzten Ergebnissen. Richtig bemerkt er, daß „die Reinheit der Gnadenmittel letzten Endes in der sachlichen Übereinstimmung mit dem Inhalt der apostolischen Verkündigung besteht ... Die sorgsame Überlieferung der apostolischen Verkündigung, die Wahrung ihrer substanziellen Identität im Akte der Wiedergabe, das muß das Grundanliegen der Kirche bis zum Jüngsten Tage sein".
Brunner gibt ferner zu, daß diese Weitergabe zunächst eine mündliche war und daß auch nach ihrer kanonischen Fixierung aus dem breiten Strom apostolischer Überlieferung dieser mündliche Überlieferungsstrom bis auf unsere Tage fortdauert, daß er aber der abgeschlossen vorliegenden normativen apostolischen Verkündigung untergeordnet bleiben und sich daran bewähren müsse. Er betont, daß alle Überlieferung letzten Endes „eine stellvertretende Funktion für die abwesende apostolische Stimme" darstelle (Warum nicht für die abwesende Stimme des Herrn selber?). Die schriftliche und kanonische Gestalt der Überlieferung sei „jeweils ein Durchgangsstadium, ein dienendes Mittel, zu einer stets sich erneuernden mündlichen Gestalt, ... um an jedem Zeitpunkt der Kirche die apostolische Stimme gegenwärtigzusetzen". Denn sie ist es, die im Kanon einzigartig und gültig laut wird.
Das schwierigste Problem — wenn man kein unfehlbares Lehramt als besondere Verheißung des Herrn gelten lassen will — ist nun, was mit dem Strom mündlicher Überlieferung neben dem Kanon wird und wie man hier echte und falsche Überlieferung voneinander unterscheiden soll. Diese Frage, meint Brunner, könne mit Hilfe der mündlichen Überlieferung selbst nicht mehr beantwortet werden. Wenn ein Amtsträger in seiner Evangeliumsverkündigung und Sakramentsverwaltung nicht unfehlbar sei, trotz Berufung und Ordination, „wie sollte er im Blick auf die Feststellung des Bestandes echter apostolischer Überlieferung unfehlbar sein?" Eine Vollmacht, die neben der Autorität der Schrift feststellt, was echte apostolische Überlieferung sei, erzeuge selber Überlieferung. Es sei unter diesen Umständen überflüssig geworden, daß die mündliche apostolische Überlieferung überhaupt eine greifbare historische Realität hat, was sich, wie eine Fußnote sagt, bei der Verkündung des neuen Dogmas schmerzlich bestätigt habe. Eine solche über dem apostolischen Wort stehende, auf Inspiration beruhende Autorität sei dogmatisch als „Enthusiasmus" zu beurteilen. Man sieht also, daß diese Gedankenführung aus einer gewissen Abstraktion von jener Geschichte und Gestalt der Kirche erfolgt ist, inmitten welcher der Primat seinen Platz hat. Brunner nimmt daher an, daß die Auslegung der Schrift in der Kirche insofern gegen Willkür gesichert sei, als der Strom der Überlieferung stets durch die schriftliche kanonische Gestalt der apostolischen Verkündigung hindurchgegangen sein müsse, um gültig zu werden. Von dieser sehr beachtlichen und entwicklungsfähigen Position aus ließen sich dann allerdings manche Fragen an den Überlieferungsstrom des Protestantismus stellen, Fragen, die z. T. bereits von der protestantischen Exegese Zug um Zug beantwortet werden, um die „reformatorische Wertung" hier und da in wichtigen Punkten zu korrigieren. Peter Brunner schließt einstweilen seine Studie, die er anscheinend zu einem Traktat auszubauen gedenkt, mit der Feststellung: um der Erhaltung der apostolischen Autorität willen sei an dem sola scriptura festzuhalten. Das Dogma sei keine Instanz neben, sondern unter dem apostolischen Wort.

Das Zeichen von Buffalo

In diesem Jahrgang hat die „Herder-Korrespondenz" mehrfach Gelegenheit gehabt, über die rapide Zunahme organisatorischer Zusammenschlüsse im nordamerikanischen Protestantismus zu berichten. Dabei spielte nicht nur der Reflex des ökumenischen Gewissens eine Rolle, das sich an dem Werden des „Weltrates der Kirchen" orientiert, sondern vor allem auch ein Zug der Abwehr gegen den vordringenden Einfluß eines einheitlich wirkenden Katholizismus. Der Eindruck katholischer Erfolge und die Sorge vor einer Durchbrechung des staatlichen Schulwesens durch ein katholisches Erziehungssystem, das zugleich die überlieferte Trennung von Staat und Kirche liquidieren könnte, ist bereits so groß, daß „Christian Century" am 13. Juni fast eine Sondernummer zur Warnung der kirchlichen Öffentlichkeit herausbrachte und „die nationale Gefahr eines Pluralismus" an die Wand malte, d. h. eines Staates, in welchem verschiedene Gruppen kulturell völlig getrennt voneinander leben, so daß trotz eines gemeinsamen Wirtschaftssystems kein gemeinsamer politischer Wille mehr entstehen könnte. Um dieser Gefahr zu begegnen, beginnt das Zentralorgan des nordamerikanischen Protestantismus mit einer Artikelfolge, in welcher das Funktionieren lokaler Christenräte der protestantischen Denominationen in der Abwehr der katholischen Ansprüche als Vorbild geschildert und zur Nachahmung empfohlen wird. Der erste dieser Artikel handelt von der „Christlichen Zusammenarbeit in Buffalo (N. Y.)".

Katholische Mehrheit

Dieses Buffalo, an der Mündung des Erie-Sees über die Niagarafälle in den Ontario-See und zugleich an dem Großschiffahrtsweg zwischen den beiden Seen in Rich-

tung Labrador und zum Atlantik gelegen, ist mit seiner rasch wachsenden Bevölkerung von jetzt 577 000 Menschen Amerikas größter Binnenhafen und sein zweitgrößtes Eisenbahnzentrum. Das konfessionell-soziale Problem ist daher entstanden, daß in diesem Jahrhundert hier wie in sehr vielen anderen Städten der Union aus der im 19. Jahrhundert zugewanderten Schicht katholischer Arbeiter, besonders Deutscher, Iren, Italiener und Polen, heute ein kräftiger Mittelstand herangewachsen ist, der dem ursprünglich angelsächsischen und protestantischen Mittelstand an die Seite tritt und ihm seinen vorherrschenden politischen Einfluß streitig macht. Die Protestanten in Buffalo werden nur noch auf 38,4 % geschätzt. Unter ihnen führen die Lutheraner, ihrerseits wieder in drei Gruppen gespalten, mit insgesamt 30 000 eingeschriebenen Mitgliedern. Es folgen die Presbyterianer mit rd. 20 000, die Methodisten und Evang. Reformierten mit je rd. 18 000, die Episkopalisten mit 16 000, Baptisten mit 11 000 und einige kleinere Gemeinschaften. Die ersten Schritte zu einem organisatorischen Zusammenschluß geschahen 1913 mit der Gründung des „Kirchenbundes von Buffalo". Daher hat dieser Bund bereits eine beträchtliche „ökumenische" Erfahrung in der Geltendmachung protestantischer Belange. 1946 wurde der nächste Schritt in ein kulturpolitisches Neuland getan: die bestehende Sonntagsschul-Vereinigung wurde zum Department für christliche Erziehung ausgebaut und ihr der Aufbau eines protestantischen Schulwesens übertragen. Es gelang aber erst 5000 protestantische Kinder in eigene Schulen zu bringen, gegenüber 32 000 römisch-katholischen Kindern, die ihre Konfessionsschulen besuchen. Auch für Hochschulfragen wurde eine eigene Abteilung des Christenrates gebildet, um die 12 000 Studenten zu betreuen. Zur Stärkung der Organisation ist man zunächst darangegangen, durch den Einsatz weltberühmter Missionare wie E. Stanley Jones, des Japaners Kagawa und anderer Männer, die noch nicht „verkirchlichte" Bevölkerung von Buffalo kirchlich zu erfassen, und das sind 40 % aller Protestanten. Man denkt nämlich an noch größere Aufgaben. Ein Social-Department will von bloßer Wohltätigkeitsarbeit zu sozialer Planung im Sinne der christlichen Gerechtigkeit übergehen. Ein Department für öffentliche Angelegenheiten treibt kommunale Verwaltungspolitik durch öffentliche Kundgebungen oder „stille Besprechungen".

Aber der Bischof O'Hara ...

Grundsätzlich sucht dieser Christenrat gutes Einvernehmen auch mit den Andersgläubigen. Das Vertrauensverhältnis zur Reformierten jüdischen Synagoge ist so gut, daß diese die protestantische Kasse mit Zuwendungen versorgt. Dagegen, heißt es, habe die Zusammenarbeit mit den Katholiken in gemeinschaftlichen Fragen, z. B. der Feiertagseinhaltung, des Kampfes gegen öffentliche Unsittlichkeit und gegen Schmutz- und Schundliteratur, beträchtlich gelitten, seit im Jahre 1946 der neue katholische Bischof John Francis O'Hara erschien, vorher Präsident der Universität von Notre-Dame. Denn er holte sofort alle katholischen Kinder aus den öffentlichen Schulen und sammelte sie in katholischen Pfarrschulen. Es wird ihm nachgesagt, er trage sich mit dem Plan, die Hand auf das gesamte Schulwesen der Stadt zu legen. Dem hat man zunächst durch eine Personalbesetzung des städtischen Schulamtes mit 2:2:1 für Katholiken, Protestanten und Juden vorgebeugt. Aber die römisch-katholische Mehrheit verlangt zur Zeit gerade danach, dieses Verhältnis zu ihren Gunsten zu verbessern. In der Tat erscheint diese konfessionelle Schulpolitik nach bisherigen Vorstellungen als durchaus unamerikanisch, aber man sieht keine andere Möglichkeit mehr, den Kampf auszutragen. Der höchst aufschlußreiche Artikel schließt mit einer Schilderung des Einflusses der Laien in diesem vielseitigen Christenrat von Buffalo und hofft, daß die gute Arbeit, die er bisher leistete, durch bessere Arbeit abgelöst werde, um die Stellung des Protestantismus zu behaupten.

Wir können daraus lernen, daß im amerikanischen Leben eine Epoche des Konfessionalismus heraufzieht. Sie zwingt die Protestanten in einem Zeitpunkt zu Zusammenschlüssen, wo ihre Theologie noch tief im Liberalismus und in denominationeller Zersplitterung steckt. Ob daraus eine innere Kräftigung des Protestantismus in USA erwächst, vermag man heute kaum vorauszusagen. Die ökumenische Bewegung wird zwar an Boden gewinnen, aber sie wird auch von Amerika her eine stark antikatholische Prägung erhalten, die auf die Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen nicht ohne tiefgehenden Einfluß bleiben kann.

Süd-Baptisten gegen Ökumene

Einem Bericht der „Time" zufolge (2. 7. 51) hat die zweitgrößte protestantische Denomination in USA nächst den Methodisten, nämlich die 7 Millionen Mitglieder zählende „Southern Baptist Convention", auf ihrer 94. Jahrestagung in S. Franzisco eine entscheidende Resolution gegen ökumenische Kompromisse gefaßt: „Wir bekräftigen hiermit unsere Überzeugung, daß die Süd-Baptisten nicht in eine organische Beziehung zum ‚Nationalrat der Kirche Christi in USA', zum Weltrat der Kirchen oder zu irgendeiner anderen auf Einheit zielenden Organisation treten können, wodurch die von Gottes Wort offenbarten Prinzipien und Lehren der Baptisten beeinträchtigt werden könnten." Eine andere Resolution empfiehlt, Maßnahmen zu treffen, wie man den veränderten Verhältnissen in der amerikanischen Christenheit Rechnung tragen könnte. Anscheinend denken die Süd-Baptisten daran, oppositionelle Kreise in anderen Denominationen, die ebenfalls an den Zusammenschlüssen keine Freude haben, an sich zu ziehen. (Die zum „Nationalrat der Kirche Christi in USA" gehörenden Denominationen haben wir in Heft 6, S. 246, dieses Jahrgangs einzeln aufgeführt.)

Seit der Gründung dieses Nationalrates vor einem halben Jahre ist man sich, wie „Christian Century" (6. Juni) berichtet, noch nicht schlüssig geworden, in welcher Stadt mit vorherrschendem protestantischem Einfluß das Hauptquartier dieser zentralen Organisation aufgeschlagen werden soll. Man war sich nur darüber einig, daß New York, wo nur jeder 20. Bürger ein Protestant ist, dafür ungeeignet erscheint. Unterdessen schwanken die Angebote zwischen Chikago, das größte Aussichten hat, Columbus, Cincinnati und Indianapolis.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Die Enzyklika „Evangelii praecones" über die Förderung der katholischen Missionen

Papst Pius XII. hat zum 25. Jahrestag der Enzyklika Rerum Ecclesiae Pius' XI. vom 27. 2. 1926 am 17. Juni diese neue Enzyklika veröffentlicht, die sich wie jene seines Vorgängers mit den Fragen der katholischen Missionen beschäftigt. Als drittes Dokument gehört in diese Reihe der Apostolische Brief Maximum illud vom 30. November 1919, der ebenfalls die „Verbreitung des Glaubens in der ganzen Welt" betraf. Diese drei Dokumente geben nun eine grundlegende Synthese der Pflichten, Tugenden und Regeln des Missionsapostolats der Kirche und legen auch Zeugnis ab von den Diensten, die die Missionare der Entwicklung der Völker geleistet haben. Wir bringen den Text dieses neuen großen Rundschreibens in einer Überarbeitung der deutschen Übersetzung des Vatikans.

Einleitung

An die Ehrwürdigen Brüder Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe, Bischöfe und anderen Oberhirten, die in Frieden und Gemeinschaft mit dem Hl. Stuhl leben

PAPST PIUS XII.

Ehrwürdige Brüder,
Gruß und Apostolischen Segen!

Die Künder des Evangeliums, die sich auf einem fast unermeßlichen Arbeitsfeld abmühen, „damit das Wort des Herrn seinen Lauf nehme und Ehre gewinne" (2 Thess. 3, 1), stehen Uns in besonderer Weise vor Herz und Geist, da vor nunmehr 25 Jahren Unser Vorgänger unsterblichen Angedenkens Pius XI. die Enzyklika *Rerum Ecclesiae* (Acta Ap. Sedis 1926, S. 65 ff.) herausgegeben und in ihr sehr kluge Ratschläge zur immer weiteren Ausbreitung der katholischen Missionen gegeben hat. Und wenn Wir bedenken, welch große Fortschritte diese heilige Sache in diesem Zeitraum gemacht hat, so sind Wir von großer Freude erfüllt. Tatsächlich hat — wie Wir am 24. 6. 1944 vor den Leitern der Päpstlichen Missionswerke auszuführen Gelegenheit hatten — „der tätige Eifer der Verkündiger des christlichen Glaubens sowohl in den schon vom Licht des Evangeliums erleuchteten Ländern als auch bei den Völkern, die es noch nicht erreicht hatte, eine Intensität und Reichweite wie vielleicht noch nie in der Geschichte der katholischen Missionen angenommen" (A. A. S. 1944, S. 209).

Heute jedoch, in diesen Zeiten voll Unruhe und Gefahr, in denen viele Völker durch entgegengesetzte Interessen geschieden sind, scheint es Uns ganz besonders wichtig, dieses Anliegen wieder und wieder zu empfehlen, da ja die Boten des Evangeliums alle Menschen zu menschlicher und christlicher Liebe überreden und zu brüderlichen Beziehungen anhalten, die sich über die Rivalitäten und die nationalen Grenzen erheben sollen.

Darum haben Wir, als Wir Uns unter den oben erwähnten Umständen an die Leiter der Missionswerke wandten, ihnen u. a. gesagt: „... Die Natur eurer Aufgabe, die durch keine nationalen Grenzen eingeschränkt ist, und eure gemeinsame brüderliche Arbeit machen jenes besondere Kennzeichen der katholischen Kirche vor aller Augen sichtbar, das keine Zwietracht zuläßt, alle Streitigkeiten flieht und den Spaltungen, die die Völker verwirren und zuweilen ins Elend stürzen, völlig fremd bleibt: Wir meinen den christlichen Glauben und die Liebe zu allen, die sich über alle feindlichen Lager, alle staatlichen Grenzen, alle Erdteile und Ozeane erhebt, die jeden einzelnen und alle antreibt und anspornt, das Ziel zu erreichen, das ihr euch gesteckt habt und das darin besteht, das Reich Gottes auf alle Gegenden des Erdkreises auszudehnen" (A. A. S. 1944, S. 207).

Darum benutzen Wir gern die Gelegenheit des 25. Jahrestags der Enzyklika *Rerum Ecclesiae*, um mit großer Freude die schon geleistete Arbeit zu loben, und Wir ermahnen euch alle, ehrwürdige Brüder im Episkopat, euch, Künder des Evangeliums, die Priester und jeden einzelnen Gläubigen, ob ihr nun in Gebieten arbeitet, die noch Missionsland sind, oder an irgendeinem anderen Punkt der Erde, sie stets mit größtem Eifer weiter zu fördern durch Gebete, die ihr an Gott richtet, durch die Ausbildung und Unterstützung der Missionsanwärter und schließlich, indem ihr mit Geldspenden dieser wichtigen Sache zu Hilfe kommt.

Fortschritte

An erster Stelle möchten Wir hier kurz von den bereits erzielten Fortschritten reden. 1926 zählte man 400 Missionen, gegenwärtig sind es rund 600. Damals kamen die Katholiken noch nicht auf 15 Millionen; heute sind es ungefähr 20 800 000. Im gleichen Jahr 1926 gab es ungefähr 14 800 Missionspriester des auswärtigen und einheimischen Klerus, heute sind es mehr als 26 800. Damals waren alle Oberhirten in den Missionen Ausländer; nach 25 Jahren sind 88 von diesen Missionen dem einheimischen Klerus übergeben worden, und da an zahlreichen Orten die kirchliche Hierarchie mit aus den Einheimischen hervorgegangenen Bischöfen schon ordnungsgemäß konstituiert ist, tritt noch offensichtlicher zutage, daß die Religion Jesu Christi wirklich katholisch und an keinem Punkt der Erde ein Fremdling ist.

So ist, um einige Beispiele zu nennen, in Pakistan und in gewissen Gegenden Afrikas die kirchliche Hierarchie gemäß den kanonischen Gesetzen errichtet worden; drei „Plenar"-Konzilien von weittragender Bedeutung sind abgehalten worden, das eine 1934 in Indochina, das zweite 1937 in Australien, das dritte letztes Jahr in Indien. Die Kleinen Seminare haben an Zahl und Qualität bedeutend zugenommen; die Großen Seminare, deren es vor 25 Jahren nur 1770 gab, sind gegenwärtig auf die Zahl von 4300 gestiegen, und zahlreiche regionale Seminare sind gegründet worden.

In Rom ist beim Propagandakolleg ein Missionsinstitut gegründet worden; ebenfalls in Rom und auch an zahlreichen anderen Orten sind Lehrstühle für Missiologie errichtet worden; in Rom wurde das Kolleg St. Peter zur gründlicheren Ausbildung des Eingeborenen-Klerus in den heiligen Wissenschaften, in der Tugend und im Apostolat geschaffen. Zwei neue Universitäten wurden gegründet; die Studienkollegien, die sich früher auf etwa 1600 beliefen, zählen heute mehr als 5000. Die Elementar- und Mittelschulen sind ungefähr doppelt so zahlreich wie damals. Ebenso kann man sagen, daß die Apotheken und

Krankenhäuser, in denen alle Arten von Kranken, Gebrechlichen und Aussätzigen gepflegt werden, sich ungefähr verdoppelt haben. Auch die „Missionsvereinigung des Klerus" hat in diesen Jahren einen großen Aufschwung genommen; die Agenzia Fides wurde geschaffen, deren Aufgabe es ist, Nachrichten über das religiöse Leben zu sammeln, zu redigieren und zu veröffentlichen. Die Druckerzeugnisse nahmen fast überall an Zahl und an Auflagehöhe zu. Zahlreiche Missionskongresse wurden abgehalten, darunter vor allem bemerkenswert der im vergangenen Jahr anläßlich des Heiligen Jahres in Rom abgehaltene, der sehr deutlich machte, was auf diesem Gebiet geleistet worden ist. Vor kurzem hat ein Eucharistischer Kongreß in Kumasi an der Goldküste eine bemerkenswerte Zahl von Teilnehmern in glühender Frömmigkeit vereinigt. Endlich haben Wir zugunsten des Päpstlichen Werkes der Heiligen Kindheit alljährlich einen besonderen Tag bestimmt, an dem dieses durch Gebet und Spenden unterstützt werden soll (Epist. *Praeses consilii*, A. A. S. 1951, S. 88—89). All dies beweist deutlich, daß die Missionsarbeit sich den veränderten Verhältnissen und den wachsenden Bedürfnissen unserer Zeit durch neue Methoden und geeignetere Maßnahmen, wie es nötig ist, anpaßt.

Es soll auch nicht mit Stillschweigen übergangen werden, daß in dieser Zeit fünf neue Apostolische Delegaturen in verschiedenen Gegenden rechtmäßig eingerichtet worden sind. Sie unterstehen der Jurisdiktion der Hl. Propagandakongregation. Außerdem gibt es eine Anzahl von Missionsgegenden, die Apostolischen Nuntien oder Internuntien unterstehen. Und Wir möchten hervorheben, daß die Anwesenheit und der Eifer dieser Prälaten schon reiche Früchte getragen hat; sie haben es vor allem dazu gebracht, daß die Missionswerke besser organisiert worden sind und sich erfolgreicher gegenseitig helfen und dadurch dem gemeinsamen Ziel besser dienen. Auch Unsre Legaten haben diesem gleichen Ziel wichtige Dienste geleistet, indem sie alle Gebiete besuchten, in Unserm Namen an bischöflichen Konferenzen teilnahmen, auf denen die Ortsordinarien ihre Erfahrungen zum gemeinsamen Nutzen verglichen, um so durch gemeinsame Beratung bessere und einfachere Missionsmethoden zu finden. Diese brüderliche Zusammenarbeit des Glaubens und der Werke hat auch den Vorteil mit sich gebracht, daß die zivilen Behörden und die Andersgläubigen größere Achtung vor der christlichen Religion bekamen.

Was Wir hier kurz über den Fortschritt der Missionsarbeit in den letzten 25 Jahren in die Erinnerung zurückgerufen haben und was Wir im Heiligen Jahr sehen konnten — als aus den fernen Gegenden, in denen die Glaubensboten gearbeitet hatten, bedeutende Massen nach Rom strömten, um die Gnade Gottes und Unsern Segen zu erhalten — all dies, sagen Wir, treibt Uns an, den glühenden Wunsch des Völkerapostels zu erneuern, als er an die Römer schrieb: „... um euch von geistlicher Gabe etwas mitteilen zu können zu eurer Stärkung, das heißt, damit wir uns gegenseitig trösten durch den Glauben, den euren sowohl wie den meinen" (Röm. 1, 11—12).

Und es scheint Uns, daß der göttliche Meister selber uns allen die tröstlichen und mahnenden Worte wiederholt: „Schaut auf und sehet die Felder: sie sind schon weiß zur Ernte" (Joh. 4, 35). Doch da die Verkünder der christlichen Wahrheit den gegenwärtigen Anforderungen nicht gewachsen sind, antwortet diesen Worten in gewissem Sinn die Aufforderung wiederum des göttlichen Erlösers: „Die Ernte ist reich, aber der Arbeiter sind wenige. Bittet daher den Herrn der Ernte, daß er Arbeiter in seine Ernte sende" (Matth. 9, 37—38).

Wir wissen, und das ist Unserm Herzen ein großer Trost, daß die Zahl derer, die ein übernatürlicher Drang treibt, das Evangelium auf der ganzen Erde zu verkündigen, in unsern Tagen gottlob wächst und die Hoffnung der Kirche stärkt. Aber es bleibt noch viel zu tun, und viel ist noch von Gott durch demütiges Gebet zu erflehen. Wenn Wir im Geist die ungezählten Völker betrachten, die durch diese Arbeiter des Evangeliums zum einen Schafstall und zum einen Hafen des Heils geführt werden sollen, richten Wir an den Herrn der Hirten die Worte des Ekklesiastikus: „Wie Du vor ihren Augen Dich als den Heiligen erwiesen hast, so erweise Dich vor unsern Augen als den Mächtigen, damit sie Dich erkennen, wie wir es erkannt haben, daß kein Gott ist außer Dir, o Herr" (Ekkli. 36, 45).

Verfolgungen

Dieses heilbringende Wachstum der Missionen ist nicht allein durch die Arbeit der Säer des göttlichen Wortes zustandegekommen, sondern ebenso durch das im Zeugnis des Märtyrertums reichlich vergossene Blut; denn im Lauf dieser letzten Jahre sind bei gewissen Völkern die heftigsten Verfolgungen gegen die entstehende Kirche ausgebrochen. Und gerade in unseren Tagen gibt es im Fernen Osten Gebiete, die aus diesem Grund von frommem Blut getränkt sind. Wir erfahren in der Tat, daß zahlreiche Christen, weil sie tapfer an ihrem Glauben festgehalten haben, Ordensfrauen, eingeborene Priester und selbst einige Bischöfe aus ihrem Heim vertrieben und ihrer Güter beraubt worden sind, daß sie nun außerhalb ihres Landes Hunger leiden oder auch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager eingesperrt und einige sogar grausam ermordet worden sind.

Es ist für Unser Herz ein sehr großer Schmerz, an die Ängste, die Schmerzen, an den Tod dieser teuren Söhne zu denken; Wir sind ihnen allen nicht nur in väterlicher Liebe nahe, sondern Wir reden davon in väterlicher Ehrfurcht, denn Wir wissen wohl, daß ihr Geschick sich zuweilen bis zur Würde des Martyriums erhebt. Jesus Christus, der erste der Blutzeugen, hat gesagt: „Haben sie mich verfolgt, so werden sie auch euch verfolgen" (Joh. 15, 20); „In der Welt habt ihr Traurigkeit, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden" (Joh. 16, 33); „Wenn das Weizenkorn nicht in die Erde fällt und stirbt, bleibt es allein; wenn es aber stirbt, bringt es tausendfältige Frucht" (Joh. 12, 24—25).

Die Boten und Künder der christlichen Wahrheit und Tugend, die fern von ihrer Heimat in der Ausübung ihres heiligen Amtes den Tod finden, sind eine Saat, aus der der Wille Gottes eines Tages eine reiche Frucht aufkeimen lassen wird. Deshalb sagte der Apostel Paulus: „Wir rühmen uns der Trübsale" (Röm. 5, 3); und der hl. Bischof und Märtyrer Cyprian tröstete und ermahnte die Christen seiner Zeit mit den Worten: „Der Herr wollte, daß wir uns freuen und frohlocken in den Verfolgungen; denn wenn Verfolgungen kommen, dann werden Kronen des Glaubens verliehen, dann werden die Kämpfer Gottes erprobt, dann stehen den Märtyrern die Himmel offen. Wir haben uns ja nicht so in den Kriegsdienst aufnehmen lassen, daß wir nun nur an Frieden dächten und den Kampf schmähten und verweigerten, da doch der Herr als

erster im Kriegsdienst vorangezogen ist, der Lehrer der Demut, der Geduld und des Leidens; denn er wollte, was er uns zu tun lehrte, zuerst selber tun, und was er uns zu leiden mahnte, zuerst für uns leiden" (Cyprian., Epist. 56, ML 4, 351 A.).

Die Säer des Evangeliums, die heute in fernen Ländern wirken, arbeiten für eine Sache, die der in den ersten Zeiten der Kirche nicht unähnlich ist. In der Tat befanden sich diejenigen, die mit den Apostelfürsten Petrus und Paulus die Wahrheit des Evangeliums in die Zitadelle des Römischen Imperiums brachten, in Rom in einer ungefähr gleichen Lage. Wer die Kirche betrachtet, wie sie damals entstand, ohne irgendwelche menschliche Hilfsmittel, im Kampf mit allen möglichen Schwierigkeiten, Unglücksfällen und Angriffen, wird sich einer tiefen Bewunderung nicht verschließen können, wenn er sieht, daß das friedliche Häuflein Christen eine Macht besiegt hat, wie es vielleicht nie eine größere gegeben hat. Was aber damals geschah, das wird zweifellos immer wieder geschehen. Wie der junge David, der sich mehr auf die göttliche Hilfe als auf seine Schleuder verließ, den Riesen Goliath in seiner Eisenrüstung zu Boden warf, so wird auch diese göttliche Gemeinschaft, die Christus gegründet hat, niemals und durch keine irdische Macht besiegt werden, sondern gelassen über alle Angriffe triumphieren. Wenn Wir nun auch wissen, daß das auf Grund göttlicher Verheißungen geschieht, die niemals täuschen können, so können Wir Uns doch nicht enthalten, allen denen Unsern Dank auszusprechen, die ihren unerschütterlichen und unbesiegbaren Glauben an Jesus Christus und an die Kirche, die Säule und Grundfeste der Wahrheit (1 Tim 3, 15) bezeugt haben, und Wir ermahnen sie zugleich, in der gleichen Standhaftigkeit fortzufahren.

Häufig erhalten Wir Berichte über solch unbesieglichen Glauben und unerschütterlichen Mut, und sie gewähren Uns großen Trost. Und wenn es nicht an solchen fehlt, die die Kinder der katholischen Kirche von dieser erhabenen Stadt, diesem Apostolischen Stuhl zu trennen suchen, unter dem Vorwand, daß die Liebe jedes Menschen zu seinem eigenen Vaterland und die Treue diesem gegenüber diese Trennung verlange, so konnten und können Unsere Kinder doch mit gutem Recht antworten, daß sie keinem Bürger an Vaterlandsliebe nachstehen, daß sie aber in aller Offenheit verlangen, eine gerechte Freiheit zu genießen.

Aufgaben

Jedenfalls muß man im Auge behalten, was Wir schon weiter oben erwähnt haben, daß die Arbeit, die noch zu leisten bleibt, eine gewaltige Anstrengung und zahllose Arbeiter erfordert. Denken wir daran, daß eine unabsehbare Menge unserer Brüder immer noch „im Schatten und im Dunkel sitzt" (Ps. 106, 10), und daß ihre Zahl sich auf eine Milliarde belaufen mag. Darum scheint auch immer noch der unaussprechliche Seufzer des liebevollsten Herzens Jesu Christi widerzuhallen: „Ich habe auch noch andere Schafe, die nicht zu diesem Schafstall gehören; auch diese muß ich herbeiführen, und sie werden meine Stimme hören, und es wird eine Herde und ein Hirt sein" (Joh. 10, 16).

Und es fehlt nicht an Hirten, ihr wißt es wohl, Ehrwürdige Brüder, die sich bemühen, die Schafe von diesem einen Schafstall, von diesem einzigen Hafen des Heils, fernzuhalten; ihr wißt auch, daß diese Gefahr in gewissen Gegenden von Tag zu Tag zunimmt. Wenn Wir daher vor Gott die unabsehbare Menge derer bedenken, die die Wahrheit des Glaubens noch nicht kennen, und den ganzen Ernst der Gefahr ermessen, in der sich so viele Menschen befinden, sei es durch das immer weitere Umsichgreifen des atheistischen Materialismus, sei es durch eine dem Namen nach christliche Lehre, die aber tatsächlich von den Ideen und Irrtümern des Kommunismus durchsetzt ist, so treibt Uns eine große Herzensangst und Sorge, das Missionswerk aus allen Kräften weiter anzutreiben, und Wir betrachten die Worte des Propheten als an Uns gerichtet: „Rufe, laß nicht ab, wie eine Posaune erhebe deine Stimme" (Is. 58, 1).

Wir empfehlen Gott in ganz besonderer Weise in Unsern Gebeten die Arbeiter in den Missionen im Innern Lateinamerikas, denn Wir wissen, welchen Gefahren, welchen Nachstellungen sie durch die versteckten oder offenen Irrtümer ausgesetzt sind, die die Nichtkatholiken verbreiten.

Der Missionar

In der Absicht nun, das Wirken der Künder des Evangeliums immer erfolgreicher zu gestalten, und damit kein Tropfen ihres Schweißes oder Blutes vergeblich vergossen werde, wollen Wir hier kurz die Prinzipien und Regeln darlegen, von denen die Tätigkeit und der Eifer der Missionare sich leiten lassen soll.

Da muß zunächst bemerkt werden, daß jeder, der den Ruf von oben empfängt, bei fernen Heidenvölkern die Wahrheit des Evangeliums zu verkünden, zu einer ganz großen, ganz erhabenen Aufgabe bestimmt ist. Denn er weiht sein Leben Gott, um dessen Reich bis zu den Enden der Erde auszubreiten. Er sucht nicht seinen eigenen Vorteil, sondern den Jesu Christi (Phil. 2, 21). Er macht sich die herrlichen Worte des Völkerapostels zu eigen: „An Christi Statt ... sind wir gesandt" (2 Kor. 5, 20); „Im Fleische wandelnd, kämpfen wir nicht nach Fleisches Art" (2 Kor. 10, 3); „Den Schwachen ward ich ein Schwacher, um die Schwachen zu gewinnen" (1 Kor. 9, 22).

Er muß also das Land, dem er das Licht des Evangeliums bringt, wie ein zweites Vaterland betrachten und entsprechend lieben; er darf keine materiellen Vorteile, auch nicht die Interessen seines Heimatlandes oder seines Ordens suchen, sondern nur das Heil der Seelen. Gewiß soll er eine tiefe Liebe für seine Heimat und seinen Orden hegen, aber mehr noch muß er die Kirche lieben. Und er soll daran denken, daß sein Orden keinen Nutzen von etwas haben würde, was dem Wohl der Kirche entgegenstände.

Ferner ist es notwendig, daß diejenigen, die zu diesem Apostolat berufen sind, solange sie noch bei den Ihren sind, nicht nur in allen Tugenden und allen kirchlichen Disziplinen geschult und ausgebildet werden, sondern daß sie sich auch jene besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen, die ihnen eines Tages von größtem Nutzen sein werden, wenn sie bei fernen Völkern als Boten des Evangeliums wirken. Darum müssen sie Sprachen lernen, vor allem diejenigen, die sie später brauchen werden; sie müssen etwas von Medizin, Landwirtschaft, Ethnographie, Geschichte, Geographie und anderen Wissenschaften dieser Art verstehen.

Das Ziel der Missionen

Natürlich zielen diese frommen Unternehmungen in erster Linie darauf hin, neuen Völkern das Licht der christlichen Wahrheit aufleuchten zu lassen und neue Gläubige zu gewinnen. Ihr Endziel muß aber sein — und das darf nie

aus dem Auge gelassen werden —, die Kirche fest und endgültig bei den neuen Völkern zu verwurzeln und ihr eine eigene Hierarchie zu geben, die aus den Eingeborenen hervorgegangen ist.

In einem Schreiben, das Wir am 9. August des vorigen Jahres an Unsern geliebten Sohn, Kardinal Pietro Fumasoni Biondi, den Präfekten der Hl. Propagandakongregation, gerichtet haben, haben Wir u. a. geschrieben: „Die Kirche hat keineswegs die Absicht, über die Völker zu herrschen oder irdische Gewalt an sich zu reißen: ihr einziger Wunsch ist es, allen Völkern das übernatürliche Licht des Glaubens zu bringen, die Entwicklung der menschlichen und bürgerlichen Zivilisation und die Eintracht unter den Völkern zu fördern" (Epist. *Perlibenti equidem*, A. A. S. 1950, S. 727).

In dem Apostolischen Schreiben *Maximum illud*, das Unser Vorgänger unsterblichen Andenkens Benedikt XV. im Jahre 1919 erließ, sowie in der Enzyklika *Rerum Ecclesiae* Unseres unmittelbaren Vorgängers Pius XI. sel. Angedenkens wurde betont, daß die Missionen als ihr höchstes Ziel anstreben müßten, in neuen Ländern die Kirche zu errichten. Wir selber haben, als Wir, wie schon gesagt, im Jahre 1944 die Leiter der Missionswerke empfingen, erklärt: „Das Ziel, das sich die Glaubensverkünder mutig und hochherzig setzen, besteht darin, daß sie die Kirche in neue Gebiete tragen, so daß sie dort immer tiefere Wurzeln schlagen und, wenn sie sich genügend entwickelt hat, sobald wie möglich ohne weitere Hilfe der Missionswerke leben und blühen kann. Diese Missionswerke suchen in der Tat nicht ihren eigenen Gewinn, sie müssen vielmehr aus allen Kräften danach streben, das Ziel zu erreichen, von dem Wir gesprochen haben; wenn sie es erreicht haben, werden sie sich gern anderen Unternehmungen widmen" (A. A. S. 1944, S. 210). Darum lassen sich die Glaubensboten nicht auf bereits bestellten Missionsfeldern nieder, als ob das ihre Wohnsitze wären; ihre Aufgabe ist es vielmehr, den ganzen Erdkreis durch die Wahrheit des Evangeliums zu erleuchten und durch die Heiligkeit der Christen zu heiligen. Tatsächlich haben die Missionare sich die Aufgabe gestellt, das Reich des göttlichen Erlösers, der den Tod besiegt hat und auferstanden ist, und dem alle Gewalt im Himmel und auf Erden gegeben ist (Matth. 28, 18), von einem Land zum andern mit immer rascherem Schritt bis zu der entferntesten und unbekanntesten Hütte, bis zum fernsten und unbekanntesten Menschen zu tragen" (A. A. S. 1944, S. 208).

Der Eingeborenen-Klerus

Es ist jedoch klar, daß die Kirche sich in neuen Gebieten nur dann ordentlich festigen kann, wenn ihre Einrichtungen und Werke dort in geeigneter Weise organisiert und aufeinander abgestimmt werden und vor allem wenn dort ein den Anforderungen gewachsener Eingeborenen-Klerus geschaffen und richtig ausgebildet wird. Wir möchten daher folgende ernsten und weisen Sätze aus der Enzyklika *Rerum Ecclesiae* wiederholen: „Wenn ihr dafür sorgen müßt, daß jeder von euch möglichst zahlreiche eingeborene Alumnen hat, so bemüht euch des weiteren, sie gehörig zu erziehen und zu der dem priesterlichen Stande angemessenen Heiligkeit heranzubilden, zu jenem Geist des Apostolats und jenem Verlangen nach dem Heil ihrer Brüder, die sie bereitmachen, selbst ihr Leben für ihre Landsleute hinzugeben" (A. A. S. 1926, S. 76).

„Nehmt an, daß ein Krieg oder sonst ein politisches Ereignis in einem Missionsland ein Regime durch ein anderes ersetzt und daß die Abreise der Missionare einer bestimmten Nationalität gewünscht oder befohlen wird; nehmt an — was gewiß weniger leicht geschehen wird —, daß die Eingeborenen eine höhere Stufe der Zivilisation erreichen und, da sie eine gewisse politische Reife erlangt haben, die Funktionäre, Truppen und Missionare der Nation, die sie beherrscht hat, vertreiben wollen und das nur mit Gewalt erreichen können. Welches Verhängnis würde dann, fragen Wir, die Kirche in jenen Gebieten bedrohen, wenn man nicht in jeder Weise für die Bedürfnisse der neuen Christen gesorgt hätte, indem man das gesamte Gebiet mit eingeborenen Priestern wie mit einem Netz überzogen hätte?" (A. A. S. 1926, S. 75).

Da Wir nun in zahlreichen Gebieten des Fernen Ostens verwirklicht sehen, was Unser unmittelbarer Vorgänger in einer Art Vorahnung geschrieben hat, sind Wir von heftigem Schmerz ergriffen. Die blühenden Missionen, die sich dort befanden und die schon weiß zur Ernte waren (Joh. 4, 35), befinden sich heute in den größten Schwierigkeiten. Möge es Uns zu hoffen erlaubt sein, daß die Völker Koreas und Chinas, die sich durch natürliche Gaben der Menschlichkeit und edlen Gesinnung auszeichnen und schon seit alter Zeit im Glanz einer hohen Kultur erstrahlten, baldmöglichst nicht nur von den Kämpfen und Kriegen befreit werden, die sie zerstören, sondern auch von jener unseligen Lehre, die nur irdische Güter sucht und die himmlischen leugnet; mögen sie auch die christliche Liebe und Tapferkeit der ausländischen Missionare und eingeborenen Priester, die mit ihren Mühen, und wenn nötig auch mit dem Einsatz ihres Lebens, nur das wahre Heil des Volkes suchen, richtig schätzen lernen.

Wir sagen Gott unendlichen Dank dafür, daß in beiden Nationen ein erlesener und bereits zahlreicher Klerus aus der Bevölkerung zur Hoffnung der Kirche hervorgegangen ist und daß verschiedene Diözesen Bischöfen aus dem Lande selbst übergeben werden konnten. Wenn man schließlich so weit gekommen ist, gebührt der Dank dafür jedoch den auswärtigen Missionaren.

Diesbezüglich möchten Wir jedoch auf einen Punkt hinweisen, den Wir einer aufmerksamen Beachtung wert halten, wenn die Missionen, die bisher einem ausländischen Klerus anvertraut waren, in die Hände von nationalen Bischöfen und Priestern übergehen. Der Orden, dessen Mitglieder das Feld des Herrn im Schweiße ihres Angesichts bestellt haben, braucht es nicht unbedingt, wenn ein Dekret des obersten Rates der Hl. Propagandakongregation den von ihnen bebauten und schon fruchttragenden Weinberg anderen Arbeitern übergibt, vollständig aufzugeben; es wäre vielmehr nützlich und angebracht, wenn der Orden dem neuen, dem ortsansässigen Volk entstammenden Bischof noch weiter zur Seite stände. Ebenso wie in den meisten anderen Diözesen der Welt meist Ordensgeistliche dem Ortsbischof helfen, sollen in den Missionsländern die Ordensleute, auch wenn sie einem anderen Volk angehören, nicht aufhören, als Hilfstruppen den Kampf mitzuführen; so wird in glücklicher Weise Wirklichkeit werden, was der göttliche Meister am Brunnen von Sichar sagte: „Der Schnitter empfängt seinen Lohn und sammelt Frucht fürs ewige Leben, damit der Sämann und der Schnitter sich zusammen freuen" (Joh. 4, 36).

(Der 2. Teil der Enzyklika folgt im nächsten Heft.)

Der Papst über die Probleme der bäuerlichen Welt

Vom 25. Juni bis 3. Juli tagte in der Villa Montecucco bei Castel Gandolfo der erste Katholische Internationale Kongreß für Probleme der bäuerlichen Welt. Dieser Kongreß war angeregt worden von der „National Catholic Rural Life Conference" der Vereinigten Staaten, und es nahmen an ihm ungefähr 190 Delegierte aus 20 Ländern teil, die die verschiedenen Organisationen des ländlichen Milieus, wie etwa die bäuerlichen Familienbewegungen, die katholische Landjugend und die katholischen Bauernbünde, vertraten. Thema des Kongresses war die religiöse und kulturelle Bildung der ländlichen Bevölkerung, die immer noch etwa 66 % der Bevölkerung der Erde ausmacht und die im gegenwärtigen Augenblick ganz besonders der kommunistischen Propaganda ausgesetzt ist.

Der Heilige Vater empfing die Teilnehmer des Kongresses am 2. Juli und hielt an sie folgende Ansprache:

Willkommen, geliebte Söhne und Töchter, die ihr durch die gleiche Bindung an die christlichen Grundsätze und die katholische Soziallehre von überallher, aus den entferntesten Ländern von Übersee ebenso wie aus den nächsten Gebieten Europas, zusammengeführt worden seid, um über die Probleme des bäuerlichen Lebens zu beraten. Ihr betont in diesem Augenblick den Geist, in dem ihr eure Diskussionen geführt habt, durch den Wunsch, der Segen des Stellvertreters Christi möge durch seine übernatürliche Kraft deren Schlußfolgerungen und Ergebnisse stärken.

In lobenswertem Weitblick hat euer Kongreß seine Studien auf alle Menschen ausgedehnt, die auf dem Lande leben, sowohl die, die unmittelbar mit der Bearbeitung des Bodens beschäftigt sind, damit er seine pflanzlichen und tierischen Produkte hervorbringt, die ihre eigenen und ihrer Mitmenschen Bedürfnisse befriedigen sollen, wie auch die, die bei und unter jenen leben, um ihnen die verschiedenen Dienste zu erweisen, deren sie bedürfen.

Noch vor irgendwelchem besonderen Nachdenken überzeugt eine doppelte Feststellung auch die Unaufmerksamsten von der Wichtigkeit dieser Probleme: einmal die Tatsache, daß der größte Teil der Menschheit in diesem Sinne auf dem Lande lebt, teils in vereinzelten Bauernhöfen, teils in Dörfern, teils in Marktflecken; dann die Tatsache, daß diese Probleme, die unmittelbar nur diese Bevölkerungsschicht betreffen, durch ihre mittelbaren Auswirkungen auch die ganze Menschheit aufs dringlichste angehen und in Beziehung stehen zur inneren Struktur des Staates und selbst der Kirche durch den tiefgehenden Einfluß, den sie auf die biologische und intellektuelle, geistige und religiöse Entwicklung der Menschheit ausüben.

Industriekapitalismus und Landproblem

Schon Unser Vorgänger Pius XI. heiligen Andenkens hat in seiner Enzyklika „Quadragesimo anno", als er von den günstigen oder schädlichen Folgen des Wirtschaftssystems des industriellen Kapitalismus sprach, die Aufmerksamkeit auf die ländliche Bevölkerung gelenkt (vgl. A.A.S. 1931, S. 210). Die Frage hat seither nichts von ihrem Ernst verloren. Zugleich mit dem Einfluß, den es auf die gesamte Entwicklung der Wirtschaft ausübte (und dieser Zustand hält noch an), mußte dieses Wirtschaftssystem notwendig seinen Einfluß auch auf die geistigen, sozialen und materiellen Verhältnisse der Landbevölkerung ausüben. Ja, heute kann man sagen, daß das Schicksal der ganzen Menschheit auf dem Spiel steht: wird es gelingen oder nicht, diesen Einfluß auf ein richtiges Maß zurückzuführen, so daß das geistige, soziale und wirtschaftliche Leben der ländlichen Welt seine eigene Physiognomie behalten und man ihm in der gesamten menschlichen Gesellschaft eine wenn nicht vorherrschende, so doch wenigstens ebenbürtige Rolle sichern kann?

Sollte es auf diesem Gebiet Ursachen zu unauflöslichen Konflikten geben? Keineswegs. Solange man sich innerhalb der natürlichen Bedingungen des menschlichen Lebens und seiner Vervollkommnung hält, kann die Teilung der Arbeit und der Funktionen nicht solche unvermeidlichen Konflikte erzeugen. Jeder vernünftige Mensch muß anerkennen, daß das Wirtschaftssystem des industriellen Kapitalismus dazu beigetragen hat, die Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages möglich zu machen oder wenigstens zu fördern und daß es in vielen Gebieten der Welt dazu geführt hat, das leibliche und geistige Leben der Landbevölkerung auf ein höheres Niveau zu heben. Man braucht also nicht dieses System selber zu verwerfen, wohl aber die Gefahr, die es heraufbeschwören würde, wenn es durch seinen Einfluß den besonderen Charakter des ländlichen Lebens aufheben würde, indem es dieses dem Leben der städtischen und industriellen Zentren angliche, indem es aus dem „Land", so wie man es noch versteht, eine bloße Erweiterung oder einen Anhang der „Stadt" machte.

Kollektivismus und Liberalismus als gleiche Gefahr

Diese Praxis und die sie stützende Theorie ist falsch und schädlich. Und eben zu dieser bekennt sich bekanntlich der Marxismus: er ist dem Aberglauben der Technisierung und übertriebenen Industrialisierung verfallen. „Kollektivierung" der Landarbeit im Stile der Fabrik, Degradierung des Landes zu einer bloßen Reserve der Arbeitskraft für die industrielle Produktion: das sind die Ziele des Marxismus. Aber dahin führen ebenso auch die Grundprinzipien des Wirtschaftsliberalismus, sobald die Gewinnsucht des Finanzkapitalismus mit vollem Gewicht auf dem Wirtschaftsleben lastet, sobald die Grundlagen der Volkswirtschaft einseitig im Hinblick auf den Markt als bloßen Preismechanismus betrachtet werden. Dann ergeben sich für die ländliche Bevölkerung, die der industrielle Kapitalismus mißbraucht, die gleichen Folgen: entweder bloße Reserve an Arbeitskraft oder Lethargie in einer elenden und den gefährlichsten Spannungen ausgesetzten Existenz.

Das Problem der Landflucht und seine Heilung

Wenn sie auch nicht die einzige Ursache der Landflucht, die man heute fast überall zu beklagen hat, darstellt, so ist diese führende Rolle der Interessen des Industriekapitals bei der Produktion und bei der Verteilung der Einkünfte doch mit von Bedeutung. Man würde also dieses schmerzliche Phänomen bagatellisieren, wenn man nur von Abwendung sprechen wollte. Man muß ganz ehrlich sagen, daß es eine wirkliche Flucht ist, damit

jeder tatsächlich fühlt, wie eine einseitige Entwicklung der Wirtschaft zum Zerfall der menschlichen und sozialen Struktur eines ganzen Volkes führt. Schließlich verliert der Boden, der mangels einer tüchtigen und unternehmenden ländlichen Bevölkerung unbestellt bleibt oder durch ungeschickten Raubbau erschöpft wird, allmählich seine natürliche Fruchtbarkeit, und die Volkswirtschaft selber wird in eine sehr ernste Krise mit hineingezogen.
Heute tauchen Gelegenheiten auf, an denen man sich zu entscheiden hat, ob man fortfahren will, eine einseitige Rentabilität auf kurze Sicht zu verfolgen oder ob man diese auf die gesamte Volkswirtschaft ausrichten will, die ja ihr objektives Ziel ist. Einige Beispiele: die Unterstützung, die man für die rückständigen Gebiete plant; die hier und da mit Erfolg begonnene Agrarreform; die durch internationale Erklärungen geförderte Auswanderung und Einwanderung; eine bessere regionale Gruppierung sich ergänzender Volksschichten; eine bessere Verteilung der produktiven Kräfte auf nationalem Gebiet. Alle diese Maßnahmen sollten unter anderem darauf hinzielen, der Landbevölkerung überall ihren eigenen Charakter, ihre eigenen Ziele, ihren eigenen Wert in der Wirtschaft und in der Gesellschaft zu erhalten.
Auf genau das muß man hinweisen, wenn man die Fehler und die Reibungen in den menschlichen Beziehungen beklagt, die aus der Arbeitsstruktur in der Welt des Industriekapitalismus herrühren. Man klagt in der Tat darüber, daß die Arbeit „ihre Seele verloren habe", d. h. den persönlichen und sozialen Sinn des menschlichen Lebens; man klagt darüber, daß sie von allen Seiten durch ein ganzes Netz von Organisationen bedrückt wird und daß man dieses menschliche Leben in einen gigantischen Automatismus verwandelt sieht, in dem der Mensch nur ein unbewußtes Rädchen ist; man klagt darüber, daß die Technik, die alle Bewegungen standardisiert, zur Vernichtung der Individualität und der Persönlichkeit des Arbeiters beiträgt.

Die Werte des Familienbetriebs

Ein allgemein anwendbares Heilmittel dafür kann schwerlich gefunden werden; aber gerade die Arbeit des Bauern setzt all diesen Unordnungen einen mächtigen Wall entgegen. Wir denken hier vor allem an die bäuerliche Wirtschaftsform, den Familienbetrieb. Hier finden wir die ländliche Schicht, die durch ihren gesamten sozialen Charakter und auch durch ihre wirtschaftliche Bedeutung den Kern des gesunden Bauernlebens darstellt. Wir wollen damit nicht die Nützlichkeit und oft Notwendigkeit ausgedehnterer Anbauform leugnen. Doch im ständigen Kontakt mit der Natur, wie Gott sie geschaffen hat und regiert, weiß der Bauer auf dem Feld durch tägliche Erfahrung, daß das Menschenleben in der Hand seines Schöpfers ruht. Keine andere Arbeitsgruppe ist so geeignet wie die seine zum Familienleben als geistiger, wirtschaftlicher und rechtlicher Einheit, selbst im Hinblick auf Produktion und Verbrauch. So hart diese Arbeit auch ist, so ist doch hier der Mensch noch mit seiner Welt durch seine Aktivität inmitten der Gemeinschaft: der Familie, der Umgebung und gelegentlich auch der verschiedensten Wirtschaftskooperativen, vorausgesetzt, daß diese wirklich, und nicht nur dem Namen nach, auf der Verantwortung aller Beteiligten beruhen, verbunden.
Was die moderne Technik betrifft, so wird sie sich in dem Maße, wie sie heute überall in den Dienst der bäuerlichen Wirtschaft gestellt wird, ganz natürlich den konkreten Gegebenheiten jedes einzelnen Falles anpassen: dann wird sie auch den individuellen Charakter der landwirtschaftlichen Arbeit unangetastet lassen.
Jeder wirklichkeitsfremde Romantizismus sei Uns fern. Es bedarf großer Geduld und Geschicklichkeit, um die bäuerliche Welt wieder auf den Weg ihres Heiles zurückzuführen, ihre Fehler zu bekämpfen, die Verlockung einer ihr fremden Welt zu überwinden.

Die Sozialgesetzgebung für die Landbevölkerung

Außerdem muß die moderne Sozialgesetzgebung ihre Vorteile auch den bäuerlichen Bevölkerungsschichten zur Verfügung stellen, jedoch ihrem besonderen Charakter angepaßt. Vor allem muß man ihnen die Möglichkeit einer sorgfältigen Erziehung geben, die ihren besonderen Bedürfnissen entspricht, und ihre berufliche Vervollkommnung fördern. Außerdem — das versteht sich von selbst — können Wir nicht dringlich genug fordern, daß man der katholischen Bevölkerung eine eindeutige katholische Volksbildung vermittelt.
Wir freuen Uns besonders, Ihren Kongreß gerade in diesem Augenblick empfangen zu können, wo sich internationale landwirtschaftliche Organisationen und Institutionen, die sich schon in lobenswerter Weise bewährt haben, in der Ewigen Stadt niederließen oder fortfahren, dort ihre Tätigkeit zu entfalten. Und Wir sind glücklich, den Büros und Instituten der Vereinten Nationen, deren Aufgabe es ist, dem arbeitenden Menschen internationale Hilfe zu bringen, versichern zu können, daß die Kirche immer bereit ist, sie durch ihre Sympathie und Mitarbeit zu unterstützen.
Aus ganzem Herzen bitten Wir die göttliche Vorsehung, all diese Bemühungen zu segnen, und Wir erteilen ihnen mit der lebhaftesten Zuneigung Unseren Apostolischen Segen.

Die Kirche in den Ländern

Das Urteil gegen Erzbischof Grösz

Msgr. Josef Grösz, Erzbischof von Kalocsa und in Vertretung des Primas von Ungarn zugleich das derzeitige Oberhaupt der katholischen Kirche des Landes, wurde am 28. Juni zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Der mitangeklagte Prior eines Klosters der Paulisten erhielt die Todesstrafe. Fünf andere Priester und der Syndikus des Bistums Kalocsa bekamen Gefängnisstrafen von acht bis zu vierzehn Jahren; gegen zwei Angeklagte wurde das Urteil wegen weiterer Verfahren ausgesetzt.
Die Anklage bezog sich auf Bildung einer Umsturzbewegung, Schwarzmarkt- und Devisengeschäfte, Mithilfe zur Flucht von Staatsfeinden und im allgemeinen auf staats-

feindliche Umtriebe. Sämtliche Angeklagte legten umfassende, zum Teil über die Anklage hinausgehende Geständnisse ab.

Erzbischof Grösz wurde 1887 im Burgenland geboren, war Priester der Diözese Györ, wurde 1939 Bischof von Steinamanger und 1943 Erzbischof von Kalocsa. Nach der Verhaftung des Kardinals Mindszenty trat er interimistisch an die Spitze des Episkopates und unterzeichnete in dessen Namen im August vorigen Jahres ein Abkommen über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg. S. 33). Diesem Abkommen waren heftige Angriffe gegen den Episkopat vorausgegangen, weil die Bischöfe, besonders durch Nichtbeteiligung an der kommunistischen Friedensbewegung, ihre staatsfeindliche Haltung gezeigt hätten. Dann herrschte einige Monate Ruhe. In diesem Frühjahr begann der Propagandafeldzug gegen sie aus dem gleichen Anlaß von neuem. Im Mittelpunkt der Angriffe standen neben dem Erzbischof die Bischöfe Hamvas von Csanad und Petery von Vác. Der Episkopat hatte in der Tat die Unterzeichnung des Berliner Friedensappells verweigert, jedoch dem Friedensgedanken seinerseits durch Hirtenbriefe zu Weihnachten und Ostern Ausdruck verliehen. Sie dienten den Kommunisten nur dazu, die Bischöfe der Doppelzüngigkeit zu beschuldigen. Zwischen Ostern und Pfingsten wurde die Sprache der Presse drohend. Die Budapester Zeitung „Szabad Nep" schrieb: „Wenn Josef Grösz, Andreas Hamvas und Josef Petery den Wunsch hatten zu zeigen, daß sie sich durch das Kirchenabkommen nicht für gebunden halten und sich mit den heiligsten Gefühlen des ungarischen Volkes nicht solidarisch erklären, ist ihnen das durchaus gelungen. Die ungarische Regierung und das Volk werden es nicht vergessen."

Im Juni wurde die Nachricht verbreitet, die drei Bischöfe seien verhaftet worden. Um dieselbe Zeit wurde durch Radio Budapest bekanntgegeben, der Episkopat habe sich nachträglich zum Friedensappell bekannt. Ob das auf Wahrheit beruht, kann nicht nachgeprüft werden. Sicher ist nur, daß Msgr. Grösz es nicht tat, weil er zu dieser Zeit tatsächlich schon in Haft war. Überraschend ist ferner, daß der mitbeschuldigte Bischof Hamvas, der übrigens zur Zeit zugleich auch Administrator von Esztergom ist, nachdem er ebenfalls einige Tage in Haft war, am 27. Juni einen Brief an die Regierung geschrieben hat, in dem er die Berechtigung der auch gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zugibt und der Regierung für die Zukunft seine Unterstützung verspricht. Diese Nachricht wurde über Radio Budapest verbreitet. Das Londoner „Tablet" (7. Juni 1951) schreibt dazu: „Msgr. Hamvas ist jetzt eine völlig andere Figur als der Bischof von Csanad, der noch vor wenigen Monaten von der kommunistischen Presse angegriffen wurde." Das Blatt erinnert an die Parallele zu Msgr. Beresztoczy, der, mit dem Kardinal zusammen verurteilt, später entlassen wurde und heute für seine Richter Propagandareden hält.

Wenn die Meldung von Radio Budapest richtig ist, haben einige Tage Haft genügt, Bischof Hamvas seiner früheren Festigkeit zu berauben. Dasselbe ist in einigen Wochen an dem Erzbischof von Kalocsa vollbracht worden. Der Heilige Stuhl hat sein Urteil über das Budapester Gerichtsverfahren dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er über alle dafür Verantwortlichen und ihre Helfer die Exkommunikation ausgesprochen hat. In der Tat sind die Selbstbezichtigungen der Angeklagten in diesem Prozeß noch ungeheuerlicher gewesen als im Verfahren gegen Kardinal Mindszenty oder in irgendeinem der vielen anderen Prozesse, deren Berichte wir gelesen haben.

Die Welt nimmt diese Geständnisse als neue Dokumentationen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die jenseits des Eisernen Vorhanges begangen werden, zur Kenntnis. England und die Vereinigten Staaten erwägen einen neuen Schritt bei den Vereinten Nationen. Die Gefühle der Christen brachte Kardinal Schuster von Mailand zum Ausdruck, als er schrieb: „Die Christen rächen sich, wie sie es in der Vergangenheit getan haben, indem sie noch mehr für die Verfolger und für die Martyrer beten." Das Urteil, sagte der Kardinal, ist ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr „der materialistische Kommunismus erfühlt, daß die einzige Schranke gegen seine Absicht, die Welt zu durchsetzen, in der katholischen Kirche und dem Schatz der geistigen Werte liegt, die ihr von ihrem göttlichen Stifter anvertraut worden sind".

Unleugbar wirft dieser groteske Prozeß, dessen Durchführung noch gespenstischer wirkt als das Urteil, die Frage auf, was seine Urheber damit eigentlich beabsichtigten. Warum haben sie den Erzbischof nicht auf die Art zum Schweigen gebracht wie ihre Genossen in Prag es mit Erzbischof Beran taten? Haben sie aus dem Mindszentyprozeß keine Lehren gezogen? Selbst wenn ihnen ihr Prestige in der westlichen Welt nichts mehr bedeutet, ist es ihnen entgangen, daß das religiöse Leben im eigenen Lande noch nie so ernst, so innig, so entschieden war wie seit jenen Zeiten? Lady Listowel, die sich seit vielen Jahren mit der Beobachtung des Ostens beschäftigt und sie in einer beachtlichen Zeitschrift niederlegt, glaubt zu bemerken, daß in Ungarn seit einiger Zeit alles im Zeichen von „Haß und Eile" geschieht, ob es sich nun darum handelt, daß die Bauern aufgefordert werden, zwecks schnellerer Einbringung der Ernte auf dem Feld zu übernachten oder ob es um die Liquidation des inneren Widerstandes geht.

Es gibt ein anderes aufregendes Zeichen dieses Eiltempos. Seit einiger Zeit werden in Ungarn, wie auch in Polen und der Tschechoslowakei, Tausende von Menschen, bei denen man inneren Widerstand befürchtet, aus den Großstädten in einsame Landgegenden deportiert, und bei dieser Gelegenheit verschwinden die Gefährlichsten von ihnen ins Unbekannte. Das alles mutet in der Tat so an, als hätte man es jetzt sehr eilig, eine geschlossene innere Front herzustellen. Dabei mag dieser Prozeß in Ungarn die Rolle spielen, daß man sich von der Reaktion im Lande verspricht, sie könnte zur Scheidung der Geister beitragen, sie könnte vor allem darin bestehen, daß die treuen Katholiken entmutigt, wenn nicht sogar verwirrt werden. In dieser Hinsicht gewinnt die neue Haltung von Bischof Hamvas erheblich an Bedeutung.

Noch befremdender wirkt eine weitere Meldung des amtlichen ungarischen Nachrichtendienstes, nach der die ungarischen Bischöfe auf einer Konferenz am 3. Juli unter Vorsitz des Erzbischofs Czapik, Erlau, folgende Erklärung abgegeben haben sollen:

„Die Konferenz der ungarischen Bischöfe gibt im Einklang mit den Grundsätzen des katholischen Glaubens und im Gehorsam gegen die Gebote Gottes, nach denen wir pflichtbewußte Bürger des Staates sein müssen, in dem wir leben, und den Gesetzen gehorchen müssen, soweit sie uns nicht zwingen, die Gesetze Gottes zu verleugnen, folgende Erklärung ab:

Wir erklären, daß wir den ungarischen Staat, die ungarische Volksrepublik als unser geliebtes Vaterland anerkennen, seine Gesetze beobachten wollen und andere dazu veranlassen wollen.
Gemäß diesem Grundsatz verurteilen wir jede Unternehmung und Tätigkeit, die sich gewaltsamer und ungesetzlicher Methoden bedient, von wem auch immer sie ausgeht. Wir verurteilen und beschuldigen ganz besonders diejenigen Geistlichen, auf deren sündhafte Tätigkeit vor kurzem ein Licht fiel.
Wir erklären, daß wir das Abkommen mit der ungarischen Volksrepublik noch genauer innehalten wollen. Deshalb werden wir gegen jeden Geistlichen, der einer Verletzung der Gesetze der Volksrepublik schuldig befunden ist, in Übereinstimmung mit dem Kirchenrecht disziplinarisch vorgehen.
Wir unterstützen die Bemühungen der ungarischen Regierung zur Verteidigung des Friedens und zur Bewahrung unserer Heimat vor dem Krieg. Darum fördern wir den Frieden im Einklang mit unserer Berufung und billigen die Friedensbewegung der katholischen Geistlichen im Geist unserer Kirche. Wir bitten inständig jeden einzelnen, dieser Kundgebung unserer Haltung beizustimmen und zu ihrer Ausführung beizutragen."
Selbstverständlich ist auch diese Meldung mit größtem Vorbehalt aufzunehmen. Selbst wenn die Bischöfe eine solche Erklärung abgegeben haben sollten, kann niemand wissen, inwieweit sie freiem Entschluß entsprang oder erschlichen und erpreßt wurde.
Vor kurzem hat André Fontaine, der vatikanische Korrespondent von „Le Monde" (14. 6. 1951), berichtet, daß man die Gefahr des Schismas, das heißt der Gründung und Entwicklung nationaler katholischer Kirchen in Osteuropa, als sehr ernst anzusehen hat. Fontaine begründet das mit folgenden Sätzen: „In den zwei oder drei Jahren nach ihrer Unterwerfung unter den sowjetischen Stiefel konnten die Katholiken des Ostens auf baldige Befreiung hoffen. Heute geben sie sich darüber Rechenschaft, daß diese nur durch den Krieg kommen könnte, daß dies Heilmittel schlimmer wäre als das Übel und daß der Westen nicht bereit ist, sich in einen Kreuzzug zu ihrer Befreiung zu begeben. Andererseits konsolidieren sich die Volksdemokratien wirtschaftlich und geistig. Ein großer Teil der Jugend hat sich durch die neuen Götter verführen lassen. Es ist menschlich, daß die Priester, die nicht alle den Beruf zum Martyrer haben, sich bemühen, einen Kompromiß zu schließen, der ihnen ein Minimum von Unabhängigkeit und Einfluß läßt. Wenn sie nun in der Auseinandersetzung mit so skrupellosen Partnern allein bleiben, kann man sicher sein, daß sie auf alle Fälle verlieren würden."
Darauf gründet sich wahrscheinlich die Hoffnung und die Politik dieser Partner. Matthias Rakosi, der Parteisekretär und Gewaltige Ungarns, und ebenso der neue Kirchenminister Kossa sind als Kommunisten alten Stiles offenbar der Meinung, es könnte ihnen gelingen, den Vorsprung der Tschechoslowakei in bezug auf die Spaltung der Kirche durch einen Gewaltmarsch einzuholen. „Haß und Eile" ist vielleicht tatsächlich das treffendste Kennwort für ihre Taktik. Sollte es sich bewahrheiten, daß die Bischöfe Ungarns sich von Erzbischof Grösz distanziert haben, würde dies wahrscheinlich ihre Gegner darin bestärken, auf dem Weg von „Haß und Eile" fortzuschreiten und dem Episkopat weitere Zugeständnisse abzufordern.

Die Lage der Kirche in China

Die Verfolgung der katholischen Kirche in China hat im Laufe des letzten halben Jahres so heftige Formen angenommen, wie sie sich aus der Bedeutung der Kirche in diesem Land nicht begreifen lassen. Drei Millionen Katholiken, dazu meist dem niederen Volk angehörig, können gegenüber den 470 Millionen Einwohnern des riesigen Reiches nicht ins Gewicht fallen. Sie können keine ernsthafte Bedrohung einer herrschenden Macht darstellen — außer dadurch, daß sie jedem Staatstotalitarismus jenes eine Nein entgegensetzen, das schon genügt, seine Ausschließlichkeit aufzuheben. Daß die Chinesische Volksrepublik die Unassimilierbarkeit der katholischen Kirche in ihren neuen Staat so sehr als Bedrohung empfindet, ist jedenfalls nur verständlich aus der immer wachsenden Macht der orthodox marxistischen Ideologie in diesem Land, das in den ersten Jahren seiner Konstituierung als Volksrepublik anscheinend eigenere, nicht so durchaus von Moskau inspirierte Wege ging. Man hat diesen Wandel allgemein bemerkt und erklärt ihn sich mit dem Rückgang der Rolle Mao Tse-tungs und dem wachsenden Einfluß der „Ideologen", zumal des Arbeitsministers und Vizepräsidenten des All-China-Gewerkschaftsbundes Li Li-sang und des Parteitheoretikers Liu Schao-tschi. Es ist eine riesige Propagandamaschine aufgezogen worden, deren Bedeutung für den Wandel der Mentalität im chinesischen Volk sich noch gar nicht absehen läßt und die keineswegs nur Schlechtes bringt. Sie weckt zum erstenmal in dem seit undenklichen Zeiten unterdrückten und mißachteten chinesischen Bauern das Gefühl seiner Menschenwürde und Verantwortung — aber sie steigert auch einen fanatischen Patriotismus, der sich blindlings gegen alles „Fremde" wendet. Und als ein „Fremdes" wird die katholische Kirche betrachtet, viel mehr als die anderen christlichen Konfessionen; denn es läßt sich keine „Unabhängige katholische Kirche Chinas" schaffen.

Der Haß gegen Rom

Wir müssen uns allerdings klarmachen, daß die religiöse Bedeutung Roms von Nichtkatholiken eigentlich nie begriffen wird. Rom erscheint ihnen stets als ein Machtfaktor und darum leicht als eine „ausländische Macht". Daß dies in einem Land wie China mit ganz anderen kulturellen Voraussetzungen erst recht leicht geschehen kann, ist verständlich. Die Methoden aber, mit denen der gewaltige Apparat sich über die kleine Gruppe der katholischen Christen herstürzt, verraten nur zu deutlich, daß sie rein sowjetischen Ursprungs sind. Die Lehre, die von hier aus nach China getragen wird, entfesselt vor allem eine mächtige Kraft des menschlichen Herzens, die des Hasses. Und der Haß wird seit geraumer Zeit systematisch auch gegen die katholische Kirche gelenkt. Wir haben zuletzt in unserm April-Heft S. 308 berichtet, daß die Wandlung, die sich offenbar innerhalb des chinesischen Kommunismus vollzogen hat, sich auch in der Haltung gegenüber den Christen bemerkbar machte. In der ersten Zeit konnte man noch die Enteignung von Missionseigentum, die Überführung von Missionsschulen der verschiedensten Grade in chinesisches Eigentum, die Lahmlegung der Tätigkeit der ausländischen Missionare mit dem allgemeinen Fremdenhaß erklären. Es schien nicht unbegreiflich, daß die Chinesen auch auf religiösem Gebiet die Bevormundung durch die weiße Rasse abschütteln wollten. Aber nach und nach,

und besonders seit die Regierung zur Schaffung einer „Unabhängigen katholischen Kirche Chinas“ aufrief, wurde der Kampf erbitterter und beschränkte sich nicht mehr auf die Ausweisung oder auch Gefangennahme ausländischer Missionare, Priester und Bischöfe, sondern richtete sich ganz klar gegen die Kirche als solche — wobei alle jene Anschuldigungen benutzt wurden, die man aus den europäischen Oststaaten kennt, vermehrt etwa noch um die, daß die christlichen Waisenhäuser Anstalten eines systematischen Kindermordes gewesen seien.

Propagandamethoden

Mit dieser letzteren Anschuldigung wird in der Tat eine gewaltige Hetzpropaganda betrieben. Der der Anklage zugrunde liegende Tatbestand ist der, daß die christlichen Waisenhäuser zahllose ausgesetzte Findelkinder aufgenommen haben, halbtote, kranke, nicht lebensfähige Wesen, die sie noch liebevoll bis zum Erlöschen gepflegt und dann in ihren Friedhöfen beerdigt haben. Jetzt wurden aus diesen Friedhöfen die Skelette solcher Kinder ausgegraben und dem Volk in langen Reihen gezeigt, zum Beweis, wie das Christentum darauf ausgegangen sei, das chinesische Volk auszurotten. Die unwissende Menge läßt sich durch dieses Manöver zu wilden Haßdemonstrationen hinreißen. Trotzdem melden Missionare, die nach Europa oder Amerika zurückkehren, immer wieder, daß die chinesischen Gläubigen sich gut halten, ganz besonders auch die chinesischen Priester. Es scheint, daß kein einziger von ihnen sich dazu hergegeben hat, die Liste zu unterzeichnen, die die Regierung aufgelegt hatte zur Gründung der „Unabhängigen katholischen Kirche Chinas“. Man hat, wie wir im April berichteten, einen jungen chinesischen Pfarrer aus Szetschuan, Wang Liang-tso, genannt, der an die Spitze der Bewegung zur Gründung dieser „Unabhängigen Kirche“ getreten sein sollte — ohne daß dieser irgend etwas davon wußte. Man hat Traktate und Bekanntmachungen mit seiner Unterschrift veröffentlicht, die gefälscht war. Man hat diesem seiner Kirche treuen jungen Priester damit eine furchtbare seelische Last aufgebürdet, gegen die seine Proteste nichts halfen. Doch um diese zum Schweigen zu bringen, ist der Pfarrer Wang in Haft genommen und irgendwann im Laufe des Monats Juni, so scheint es, hingerichtet worden.

Arbeiterpriester

Die Missionspriester, die noch in China leben, leben als gewöhnliche Arbeiter, ebenso wie es die eingeborenen Priester tun. Sie fühlen sich darin den Arbeiterpriestern in Frankreich ähnlich. Einer von ihnen hat kürzlich an die Fides-Agentur berichtet (wiedergegeben in Catholic Herald 22. 6. 1951), sie seien nun Arbeiterpriester, „eine neue Art Orden, oder, einfacher gesagt, wir werden, was der hl. Paulus war. Unsre Arbeit muß sich den vom Gesetz festgesetzten Kategorien einfügen; wir müssen sofort Arbeiter der Faust werden. Heimarbeit ist das beste für uns, z. B. Weben, Spinnen, Seilmacherei, Anfertigung von Strohhüten und Mützen. Auf den Dörfern gibt es Beschäftigungen, die nicht zu ermüdend sind und die genug einbringen, uns zu ernähren, die uns aber doch noch etwas freie Zeit lassen, z. B. Kühe hüten“.

Ausweisungen

Aber immer mehr von diesen ausländischen Missionaren und auch die ausländischen Bischöfe werden ausgewiesen und dürfen, selbst wenn sie seit 50 Jahren in China leben und gern dort sterben möchten, nicht einmal unter den bescheidensten Umständen dort bleiben. So ist Ende Mai der 74jährige Bischof de Vienne de Hautefeuille vom Lazaristenorden aus Tien-tsin ausgewiesen worden. So wurde kürzlich der aus Italien stammende Bischof Gaetano Mignani von Kian in der Provinz Kiangsi ausgewiesen; mit ihm wurden die Patres Barbato und Purini, der eine Ordenssuperior, der andere Generalvikar der Diözese Kian, ausgewiesen. Vorgeworfen wurde dem Bischof, daß er Flugblätter mit einer Darlegung der katholischen Lehre von der Einheit der Kirche hatte verteilen lassen. In der Diözese Kian, in der unter 3 Millionen Einwohnern 24 000 Katholiken leben, sind jetzt nur noch sechs Priester zurückgeblieben, vielleicht genug, um die notwendigsten seelsorglichen Aufgaben zu erfüllen, keineswegs genug, um noch missionieren zu können. Im ganzen rechnet man, daß seit dem Beginn dieses Jahres rund hundert Missionare ausgewiesen worden sind. Sechs Bischöfe sind in Haft, und über dem Schicksal einiger von ihnen liegt undurchdringliches Dunkel.

Neuestens richtet sich eine Pressekampagne gegen den päpstlichen Internuntius, Erzbischof Riberi, dessen Ausweisung verlangt wird. Nach den Angaben der offiziellen „China News Agency“ hat der Internuntius ein Rundschreiben an alle Bischöfe Chinas gerichtet, in dem er zu der sog. „Deklaration von Nanking“ vom März dieses Jahres Stellung nahm. Gemeint ist eine angeblich von 793 Katholiken Nankings unterschriebene Erklärung, in der sie beschlossen hätten, „alle politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Vatikan abzubrechen, während zugleich alle strikt religiösen Beziehungen aufrechterhalten bleiben sollen“. Diese Erklärung ist dann von der gesamten kommunistischen Presse gewaltig ausgenutzt worden, um Propaganda für ihre „Unabhängige katholische Kirche Chinas“ zu machen. Riberi hat sich in dem erwähnten Rundschreiben dagegen verwahrt, daß man behauptete, er habe diese Nankinger Erklärung gebilligt. Diese Stellungnahme wird ihm nun von der Presse als Feindschaft gegen den chinesischen Nationalismus und als imperialistische Haltung ausgelegt.

Schließung des Katholischen Zentralbüros in Schanghai

Eine andere neue antikatholische Maßnahme ist die am 8. Juni angekündigte Schließung des Katholischen Zentralbüros in Schanghai; vorläufig müssen alle Veröffentlichungen des Büros einer Zensur vorgelegt werden. Man stellt dieses Büro als „Werkzeug des Imperialisten Riberi“ dar. Dieses Katholische Zentralbüro wurde in China nach dem letzten Krieg ins Leben gerufen, um die früheren Synodalkommissionen zu ersetzen. Es war, so teilt der Internationale Fidesdienst unterm 7. Juli mit, immer eine rein religiöse Institution mit der Bestimmung, die ganze kulturelle, erzieherische und karitative Tätigkeit der katholischen Kirche in China zusammenzufassen. Es hatte auch die Aufgabe, der Mitwelt Nachrichten von der Tätigkeit der Missionen in China zu liefern. Dem Büro wird vorgeworfen, sein Leiter, Bischof Walsh, der frühere Generalobere der Maryknoller Missionäre, habe es zu einer starken antikommunistischen Festung ausgebaut und sich dadurch gegen das Volk gestellt. Man wirft ihm besonders seine Flugschriftenliteratur vor, durch die die katholische Lehre zum Schutz gegen die schismatischen Bestrebungen klar und einfach dargelegt wurde.

Die Rolle der Legion Mariens

Eine besondere Rolle hat in China seit dem Ende des Krieges 1948 die Legion Mariens gespielt. Sie ist dort 1945 eingeführt worden mit dem Ziel, das Laienapostolat zu entwickeln, und besaß lange nur ein Präsidium an der Katholischen Universität Fu Yen in Peking. Seit 1948 hat sie sich aber ungeheuer rasch ausgebreitet, so daß sie schließlich allein in Tien-tsin 58 Präsidien besaß; in Peking waren es über 80, in ganz Nordchina mehr als 500, und ihre Tätigkeit hat die jährliche Zahl der Konversionen um ein Dreifaches gesteigert. Der Legion Mariens wird von den Kommunisten ganz besonders der Vorwurf gemacht, sie stelle sich gegen das Neue China, sei von „fremden Priestern" geleitet und damit imperialistisch beeinflußt und „reaktionär". Alle Treffen der Legion Mariens sind in Tien-tsin verboten worden.

Vorbeugende Maßnahmen

Um allen kommenden Schwierigkeiten nach Möglichkeit gewappnet entgegenzutreten, gelten in China auf Anordnung Msgr. Riberis schon seit dem Sommer vorigen Jahres einige Ausnahmebestimmungen. Die eine betrifft die Erlaubnis für die Priester, zu jeder Stunde die heilige Messe zu lesen, die zweite ist eine Instruktion für die Sicherung der Verwaltung der Diözesen. Sie erinnert daran, daß der Internuntius schon am 19. Juni 1949 allen Bischöfen Chinas empfohlen hatte, „in Anwendung des can. 429 Priester zu ernennen, die im Fall der Unmöglichkeit für den Bischof, seines Amtes zu walten (Sede impedita), ihm einer nach dem anderen nachfolgen sollten, damit die Verwaltung der Diözese ohne Unterbrechung fortgeführt werden könne." „Gegenwärtig nun", so fährt die Instruktion fort, „dehnt der Heilige Stuhl folgende besondere Instruktionen, die er schon für andere Gegenden gegeben hat, auf China unter den gegenwärtigen Verhältnissen aus." Diese Erweiterungen betreffen die Nachfolge des Bischofs im Todesfall und bei Unmöglichkeit einer regulären Neuwahl: dann folgen die zur Vertretung ernannten Geistlichen automatisch als Kapitularvikare. Wer die Folge antritt, muß sofort einen weiteren Priester ernennen, der folgen kann, wenn auch er und sein unmittelbarer Nachfolger nicht mehr da sind. Diese Kapitularvikare haben alle Rechte und Pflichten eines residierenden Bischofs, außer denen, die den episkopalen Charakter im eigentlichen Sinne verlangen, wenn sie diesen nicht besitzen.

Die christlichen Kirchen in Israel

Das Problem der christlichen Kirchen in Israel ist kaum eines, das den abendländischen Christen tief bewegt. Und es ist auch in der Tat heute schwer festzustellen, welche Bedeutung es wirklich hat. Aber ist nicht eine große, wenn nicht *die* eschatologische Bedingung an die Stellung der Kirche Christi in Israel geknüpft?

Es hat in den Grenzen des heutigen Palästina immer Christen gegeben. Dort ist das Christentum entstanden, und dort soll es zu seiner wirklichen großen und endgültigen Entfaltung kommen. Aber wenn man die Entwicklung der Kirche in Palästina im Rahmen der ganzen Kirchengeschichte sieht, so wird man sehr bald feststellen, daß die Gemeinden dort nur sehr selten von wesentlicher Bedeutung waren. Selbst das Ziel der Kreuzzüge galt nicht dem Schicksal der Gemeinden im Heiligen Lande. Die Christen selbst wurden von den Kreuzfahrern wahrscheinlich kaum wahrgenommen. Sie verschwanden im Schatten der heiligen Stätten, und es ist wohl oft geschehen, daß man sie darüber mehr oder weniger vergessen hat.

Kirchen und kirchliche Gruppen und ihre Missionstätigkeit unter den Arabern

Wenn hier von den „Kirchen" in Israel gesprochen wird, so ist es vor allen Dingen darum, weil kaum ein Land, Kalifornien ausgenommen, sich so vieler Kirchen und Sekten rühmen kann wie Palästina. Kirchen, die in den ersten Jahrhunderten des Christentums entstanden sind, und solche Sekten, die noch vor hundert Jahren unbekannt waren. Manche dieser Sekten zählen gerade zwei oder drei Gläubige oder unterhalten in Israel ein Missionshaus. Es ist unmöglich, hier auf alle einzugehen, schon deswegen nicht, weil niemand genau weiß, und oft sie selbst nicht, was die eine von der anderen trennt. Man muß sie in Gruppen behandeln, so wie sie als Gruppen irgendwie zusammengehören.

Die Zahl der Christen im heutigen Israel läßt sich nicht genau angeben. Es gibt wohl kaum eine religiöse Gemeinschaft, die über die Zahl ihrer Gläubigen in den Grenzen des Staates genau informiert wäre. Sie ist irgendwo zwischen 25 000 und 30 000 zu suchen. Zahlenmäßig steht die griechisch-orthodoxe Kirche an erster Stelle. Ihre Gläubigen setzen sich hauptsächlich aus dem arabischen Bevölkerungsteil zusammen. An zweiter Stelle kommt die römisch-katholische Kirche. Die Zahl ihrer Gläubigen ist aus Gründen, die noch später behandelt werden, nicht zu übersehen. Die protestantischen Kirchen und Sekten sind zwar zahlenmäßig schwach (auch hier läßt sich keine Zahl bestimmen), haben dafür aber ein um so größeres politisches Gewicht. Man kann in Palästina zwei Arten christlicher Glaubensgemeinschaften unterscheiden: die eine, hauptsächlich die Ostkirchen, stagnierend, die andere auf dem Prinzip der Ausdehnung, der Missionsarbeit aufgebaut. Die Ostkirche hat als ganze in den letzten Jahrzehnten kaum je den Versuch gemacht, ihre eigenen Grenzen zu überschreiten. Die protestantischen Gemeinschaften bestehen zum größten Teil nur aus Konvertiten (bis zur dritten Generation), die katholische Kirche hat in Palästina immer größere oder kleinere Missionsprojekte durchgeführt.

Die katholische Mission in Palästina, so wie sie heute besteht, ist etwa 700 Jahre alt — ein ansehnliches Alter. Sie beschränkte sich — und bis vor 50 Jahren war dies selbstverständlich — auf die arabische Bevölkerung. Diese arabische Bevölkerung besteht aus Muslims und (vorwiegend orthodoxen) Christen. Daß ein Muslim zum Christentum bekehrt wird, gehört zu den „sieben Weltwundern". Der Grund liegt nicht so sehr in ihrer Treue zum Glauben als darin, daß ihre muslemische Umgebung einen Übertritt nicht zuließ. Wenn ein Muslim Christ wurde, so empfing er mit Sicherheit die Bluttaufe. Solche Fälle aber sind äußerst selten. So bestand die Mission also aus der Gewinnung von Konvertiten aus den anderen christlichen Religionsgemeinschaften.

Diese Konvertiten aber waren leider kaum mehr, als was man in China als „Reischristen" bezeichnet. Der christliche Araber war den karitativen Einrichtungen der Franziskaner äußerst zugetan; entsprachen sie seinen An-

sprüchen nicht, so wandte er sich wieder der orthodoxen Kirche zu, die ihm im allgemeinen in seinem Privatleben mehr Freiheiten ließ. Auch in den protestantischen Missionsgesellschaften sah es kaum anders aus.

Die jüdische Einwanderung und die Missionen

Mit der verstärkten jüdischen Einwanderung, also seit etwa 30 bis 40 Jahren, änderte sich die Situation wesentlich. Hauptsächlich die protestantischen Missionen wandten sich den Juden zu. Sie verfügten über gut organisierte Judenmissionen und gut geschulte Judenmissionare. Im katholischen Sektor wurde die Entwicklung und Verschiebung der Bevölkerung vorerst vollständig übersehen. Man nahm die Veränderung kaum zur Kenntnis. Was machte es schon, wenn hin und wieder einige Juden aus eigenem Antrieb katholisch wurden? Dieser oder jener Pater unterrichtete sie im Katechismus. Die Kirche selbst blieb „arabisch" eingestellt und brachte es nicht fertig, die wenigen Juden, die in Palästina selbst katholisch wurden (es mögen bis heute 500 bis 800 sein), zu absorbieren. Als im Jahre 1947 die letzte Welle der jüdischen Masseneinwanderung einsetzte, veränderte sich die Struktur der Kirchen abermals. Durch den Druck in den volksdemokratischen Staaten des Balkans kam fast der ganze Rest der jüdischen Gemeinden, so wie sie nach dem letzten Krieg übrig geblieben waren, aus Ungarn und Rumänien nach Palästina. Vor Ausbruch des letzten Weltkrieges gab es in Ungarn 250000 Konvertiten aus dem Judentum. Ihr Massenübertritt zum Katholizismus war zwar im wesentlichen eine Folge des materiellen Drucks, der in den letzten Jahrhunderten auf die Juden Ungarns ausgeübt wurde und dem sie nur durch die Konversion entgehen konnten, aber trotz der ursprünglich materiellen Gründe ihres Übertritts waren sie gute Katholiken geworden. Auch in Rumänien waren die Verhältnisse ähnlich, wenn auch die Zahl der Konvertiten nicht so groß war. Nachdem die Verfolgungen des Naziregimes diese Menschen noch einmal zwangsweise in das jüdische Lager gestellt hatte, obwohl sie oft schon in der dritten Generation Christen waren, schlossen sie sich der allgemeinen Auswanderungswelle der Juden an. Wie groß die Zahl der Konvertiten unter diesen in den letzten drei Jahren eingewanderten Juden ist, läßt sich nicht feststellen. Wenn man nur jene dazuzählt, die irgendwie willens sind, ihr Christentum beizubehalten, kann man sie auf etwa 5000 schätzen.

Im katholischen Sektor wußte man sich vorerst überhaupt keinen Rat, wie man sich diesen neuen Tatsachen gegenüber zu verhalten habe.

Es geschah, daß in manchen Orten, in denen neue Einwanderer angesiedelt wurden, die quasi-jüdische Bevölkerung zu 60—85 % aus katholischen Gläubigen bestand; daß Orte wie Beer-Seba z. B., die seit den Urzeiten überhaupt noch nie eine christliche Gemeinde gesehen hatten, plötzlich Gemeinden von 90 bis 100 Seelen aufwiesen. Im Jahre 1950 aber gab es in ganz Israel nicht mehr als zehn Priester, die für die Seelsorge unter den Konvertiten überhaupt in Frage kamen. Davon lebten acht in Jerusalem, und von diesen acht war lediglich einer imstande, sich um das Gros der Konvertiten, die außerhalb Jerusalems lebten, zu kümmern. Die seelsorgerische Tätigkeit bestand darin, daß er in drei oder vier Orten einmal im Monat die wichtigsten priesterlichen Funktionen ausübte. Zwei weitere Priester lebten in Haifa. Damit ist das seelsorgerische Potential der katholischen Kirche für die neuen Gemeinden gegeben, deren spezifisches „Gemeinde-sein" also lediglich darin besteht, daß sie da sind und voneinander wissen und sich in gewissen Fällen zu Schicksalsgemeinschaften zusammenschließen.

In den protestantischen Kirchen ist die Lage wesentlich günstiger. Die protestantischen Missionare haben von jeher, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, ihre Situation sehr gut erkannt. Es gelang ihnen, die neu eingewanderten Konvertiten, soweit sie protestantisch waren, schnellstens zu absorbieren. Sie gründeten Gemeinden, die sie bereisten. Die Ostkirche blieb von diesen ganzen Ereignissen vollständig unberührt.

Die Konvertiten aus dem Judentum

Die Konvertiten aus dem Judentum waren, besonders in Israel, für die Kirchen, die sie absorbierten, von jeher ein Problem. In früheren Jahrhunderten war Konversion gleichbedeutend mit Assimilation. Abgesehen davon, daß die Juden ein „religiöses Besonderheitsgefühl" hatten, entwickelten sie noch ein „nationales Besonderheitsgefühl" dazu. Der jüdische Nationalismus ist ja in keiner Weise mit dem abendländischen Nationalismus verwandt, er hat, sei er von außen auch noch so profan, religiösen Charakter, und daher wurde auch die Assimilation als natürliche Folge der Konversion angesehen.

Aber der Konvertit aus dem Judentum war auch für die christlichen Gemeinden im Abendland ein Fremdkörper und wurde als solcher behandelt. Für die Juden war die natürliche Folge eine neue Absonderung ihrerseits. Es entstand der Gedanke einer juden-christlichen Gemeinde, deren Vorbild die urchristliche Gemeinde im Heiligen Lande war. Eine solche Bewegung hatte selbstverständlich nur im protestantischen Sektor Raum, wo man diese Absonderungsbewegungen sogar wohlwollend ansah. Einmal weil sie ein nationales Problem lösten, das ja innerhalb der protestantischen Landeskirchen ohnehin bestand, zum anderen Male sah man diese Gruppen gern als eine Bestätigung des nahenden eschatologischen Zeitalters. Als größere Dachorganisation der juden-christlichen Gemeinden in den größeren protestantischen Landeskirchen und auch mancher protestantischer Sekten ging daraus die Jüdisch-christliche Allianz hervor: eine Zusammenfassung aller jener Konvertiten, die sich, um ihre national-religiöse Besonderheit zu bezeichnen, Judenchristen nennen.

Autonome jüdische Kirche

Auch in Israel selbst hat die Lösung der national-religiösen Fragen durch das „Judenchristentum" bei vielen Juden Anklang gefunden. Doch entstanden hier mit der Zeit und insbesondere in den letzten Jahren auch Bestrebungen, die eine vollständige Loslösung von den „heidnischen" Kirchen wünschten. Die Gruppen jener Separatisten sind bis heute äußerst klein. In Israel selbst mögen sie 150 bis 200 Seelen zählen. Doch darf man ihre Kraft, vor allen Dingen in Amerika, wo ihre Aussichten unter den Konvertiten sehr günstig sind, nicht unterschätzen.

Vor etwa sechs Monaten fand in Jerusalem erstmalig seit der Existenz des israelitischen Staates ein Treffen jener separatistisch eingestellten Judenchristen statt. Es handelte sich darum, die Linien für die neuen Gegebenheiten im israelitischen Staate festzusetzen. In kurzen Worten sieht das Resultat jener Landesversammlung etwa folgendermaßen aus: 1. Vollständige Lösung von sämtlichen Kirchen. 2. Konstituierung einer eigenen Gruppe, mit dem

Endziel, eine israelitisch-christliche Kirche zu schaffen. 3. Diese Kirche ist spezifisch jüdisch, hat eine hebräische Liturgie und soll in Israel die Rolle, welche die protestantischen Landeskirchen des Abendlandes spielen, innehaben. In der katholischen Kirche gab es zwar einzelne Priester, die versteckt oder gelegentlich auch offen mit dieser Idee sympathisierten. Aber sie konnten natürlich nie die Zustimmung der Hierarchie finden.

Die Teilung des Landes und Gründung des Staates Israel

Mit der Gründung des Staates Israel änderte sich dann aber auch die Stellung der einzelnen Kirchen im Lande selbst vollständig. In der katholischen Kirche führte die Teilung Palästinas als erstes zu einer wesentlichen Änderung in der Hierarchie. Zwischen dem Patriarchat und dem Kustos der Franziskaner in Jerusalem bestand eine fast historisch gewordene Spannung, denn beide machten für sich Vorrechte geltend, hinter denen sich zweifellos konkrete Ansprüche verbargen. Vom 14. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war der Kustos der Franziskaner das Haupt der Hierarchie im Lande gewesen, dann wurde ein Patriarch eingesetzt, der traditionsgemäß ein Italiener war, während der niedere Klerus zum größten Teil aus Arabern bestand. Kurz vor der Teilung, im Sommer 1947, starb nun der Patriarch Msgr. A. Barlassina. Bis zur Ernennung eines neuen Patriarchen wurde als Verweser des Patriarchats Msgr. Gelat, ein Araber, eingesetzt, der politisch eine sehr schwache und unglückliche Stellung hatte. Da er im arabischen Teil des Landes wohnte, konnte er sich mit den im jüdischen Teil verbliebenen Geistlichen nur noch durch die Vermittlung des französischen Konsulates verständigen. Im jüdischen Teil Palästinas übernahm ein amerikanischer Franziskaner, P. Terenel Kühn, in Jerusalem die Leitung für das südliche Israel. Für den nördlichen Teil wurde ein Bischof als Apostolischer Vikar für Galiläa eingesetzt.

Vor etwa 1½ Jahren wurde nun der Kustos der Franziskaner zum Patriarchen ernannt. Damit wurden glücklicherweise die Spannungen zwischen den beiden Institutionen beigelegt. Der Sitz des Patriarchen liegt weiter im arabischen Teil Jerusalems, aber er ist selbstverständlich auch das Oberhaupt der katholischen Hierarchie in Israel. Diese Regelung ist sicher eine politische Notwendigkeit, aber es ist zu befürchten, daß sie zu Komplikationen führen wird, die zum Teil heute schon sichtbar werden.

Für die Konvertiten wurde damals die Lage sehr kritisch. Sie war es schon vorher gewesen, jedoch erreichte in jenen Monaten die Ungewißheit ihrer Lage ihren Höhepunkt. Die meisten Kirchen in Palästina, ausgenommen die Ostkirche, die ja in Palästina ein Heimatrecht hat, sind Fremdkörper in dem neuen Staat.

Die Stellung des jüdischen Konvertiten

Ein Jude, der Christ wird, schließt sich automatisch aus seiner jüdischen Umgebung aus. Schon während der Mandatszeit war das erste Problem, das an ihn herantrat, ein rein wirtschaftliches. Wirtschaftlich wurde er von seiner jüdischen Umgebung konsequent boykottiert. Kaum ein jüdischer Arbeitgeber wird einen Konvertiten beschäftigen; selbst wenn er es wollte, könnte er es aus Furcht vor seiner Umgebung nicht tun. Kein Geschäftsmann könnte sich unbeschadet zum Christentum bekennen. Während es in Europa in normalen Zeiten für den Konvertiten eine Ausweichmöglichkeit in den „christlichen" Wirtschaftssektor gab, hatte er diese Möglichkeit in Palästina nicht. Der arabische Wirtschaftssektor (auch soweit er christlich ist) blieb ihm verschlossen, einen europäischen gab es nicht. Selbst die kirchlichen Institutionen, vor allen Dingen die katholischen, zögerten, jüdische Laien zu beschäftigen, zum Teil aus angeborener Abneigung, zum Teil, um ihre arabischen Nachbarn nicht zu verärgern, und nicht zuletzt, weil der Jude in Palästina als Europäer ein fünfmal so hohes Existenzminimum braucht wie der Araber. Für den Juden, der sich zum Christentum bekehren wollte, gab es drei Möglichkeiten. Die eine war, viel Geld zu haben, und das hatten die wenigsten; die andere: auszuwandern, und diese Möglichkeit bestand selten; und die letzte, seinen Glauben zu verheimlichen. Dieses Krypto-Christentum ist gewiß das schwerste Los, das einen aufrichtigen Christen treffen kann. Dennoch haben alle christlichen Gemeinschaften ohne jede Ausnahme dieses Krypto-Christentum gefördert, weil sie der Verantwortung nicht gewachsen waren.

Aber die Bedrohung war nicht nur wirtschaftlicher Art. Der wirtschaftliche Boykott konnte sich im geeigneten Moment in physische Aggression verwandeln. Der Jude betrachtet den Konvertiten nicht nur als religiös, sondern auch als national Abtrünnigen. Er ist ihm gegenüber besonders mißtrauisch und nimmt von ihm a priori an, daß er dem Judentum, und somit auch den Juden feindlich gesinnt sein müsse. Als im Jahre 1947 die Feindseligkeiten in Palästina ausbrachen, nahmen Haß und Mißtrauen den Konvertiten gegenüber ernste Formen an. Es bestand die nicht unberechtigte Befürchtung, daß der nationale Eifer der jüdischen Bevölkerung sich in einen religiösen Wahn wandeln könnte, der die physische Ausrottung der Konvertiten zur Folge haben konnte. Diese Befürchtungen haben sich glücklicherweise nicht bewahrheitet, wenn auch hin und wieder Ausschreitungen gegen einzelne Konvertiten vorgekommen sind. In dieser gefährlichen Situation haben die meisten Kirchen ihre Gläubigen aus dem Judentum geradezu verleugnet. Auch die katholische Kirche zeigte ihren Konvertiten gegenüber nur beschränkte Anteilnahme. Die einzige Aktion zum Schutz der Konvertiten wurde von der anglikanischen Kirche durchgeführt, die eine Gruppe von etwa 100 Konvertiten nach England in Sicherheit brachte.

Die Stellung der Kirchen im Staate Israel

Welches ist aber nun die Stellung der Kirchen selbst im Staate Israel? Es ist sehr schwer, davon einen richtigen Eindruck zu bekommen. Eine offizielle Regierungspolitik den Kirchen gegenüber gibt es nicht. Die inoffizielle Politik ist beim einzelnen Minister individuell verschieden. Wenn man sagt, daß die Israel-Regierung den Kirchen feindlich gesinnt ist, so kann man leicht einen falschen Eindruck erwecken, aber sicher steht sie ihnen mit äußerstem Mißtrauen gegenüber, das psychologisch verständlich ist.

Sie sieht z. B. in der katholischen Kirche einen imperialistischen Machtfaktor. Sie glaubt nicht, daß die Interessen der Kirche in Israel nur religiöse sind. Hinzu kommt ein kollektiver Widerstand der Bevölkerung gegen jeden Versuch der Bekehrung. Das Gros der jüdischen Bevölkerung in Israel, sei es religiös oder atheistisch, will jüdisch bleiben. Selbst die judenchristliche Bevölkerung, deren natio-

nale Loyalität gegenüber dem Judentum und dem Staate Israel als nationalem Faktum nicht zu bezweifeln ist, erscheint ihnen als plumper Überrumpelungsversuch seitens der christlichen Kirchen. Im demokratischen Israel besteht prinzipiell Religionsfreiheit. Diese Religionsfreiheit wird aber, wie in vielen anderen Ländern, inoffiziell recht eng ausgelegt. Praktisch bedeutet sie hauptsächlich, daß zwar jeder Mensch das Recht hat, seine Religion auszuüben (in diesem Falle jeder Jude das Recht hat, ein Jude zu sein), aber diese doch möglichst nicht ändern soll. Natürlich gibt es auch in Palästina nicht wenige Juden, die dem Konvertiten und seiner Lage volles Verständnis entgegenbringen. Aber die Regierung beabsichtigt doch im geheimen, die Ausbreitung der Kirche im jüdischen Sektor nach Möglichkeit zu drosseln. So können katholische Priester und protestantische Missionare nur noch unter großen Schwierigkeiten nach Israel einreisen (um dort zu bleiben) und erhalten, wenn überhaupt, nur Touristen-Visa, die sie regelmäßig alle 3—6 Monate erneuern müssen. Die Stellung der Kirche im Staate selbst, als juristischer Körper z. B., ist bisher vollständig ungeklärt. Vorläufig haben in Palästina nur die religiösen Körperschaften das Recht der Trauungs-, Scheidungs- und Erbschaftsregelung etc. Wie lange das noch so bleiben wird, ist heute noch nicht vorauszusehen, da der Staat unter den augenblicklichen Umständen ein laizistischer sein will.

Arabische Christen im jüdischen Staat

Ein anderes Problem bilden die noch in Israel verbliebenen Araber; es mögen ca. 150 000 sein. In Jaffa z. B., das früher vorwiegend muslemisch war, ist die Mehrzahl der noch verbliebenen 6 000 bis 7 000 Araber heute christlich. Das kommt daher, daß die christlichen Araber während des Krieges nicht so sehr zur Flucht und zum Widerstand neigten wie die muslemischen. Die jüdische Regierung sieht diese Entwicklung sehr gerne. Der christliche Araber ist weitaus leichter zu regieren und fügsamer als der muslemische. Außerdem bildet er ein gutes Gegengewicht gegen den Muslim. Es bestehen mehr Möglichkeiten, daß der christliche Araber der jüdischen Regierung ein guter Untertan ist als der Muslim. Für eine muslemische Regierung, die ihn mit Sicherheit unterdrücken würde, hat der christliche Araber keinerlei Sympathie. Das Judentum selbst kann die in Israel verbliebenen Araber unter den heutigen Umständen nicht absorbieren. Die Tage, da das Judentum noch Proselyten in großer Menge aufnehmen konnte, sind seit eineinhalb Jahrtausenden vorbei. Die jüdische Regierung würde es gewiß sehr gerne sehen, wenn die in Palästina verbliebenen Araber sich alle zum Christentum bekehrten und somit nicht mehr zum Verbündeten der muslemischen Nachbarstaaten werden könnten. Die Furcht vor diesem potentiellen Feind im eigenen Land ist, selbst wenn sie oft hysterische Ausmaße annimmt, nicht ganz unberechtigt.

Ob unter den neuen Bedingungen im Staate Israel der muslemische Araber sich leichter zum Christentum bekehren wird, ist sehr schwer zu sagen. Der Islam ist in seiner Wirkung auf das Individuum wohl unberechenbar. Selbst Muslims, die ihrer eigenen Religion vollständig fremd gegenüberstehen, werden kaum eine andere annehmen. Da aber die neuen Gegebenheiten in Israel für die muslemische Bevölkerung einzigartig sind, muß jede Aussage über die zukünftigen Entwicklungen hypothetisch bleiben.

Die Regierung und der Konvertit

Die Stellung der Regierung dem jüdischen Konvertiten gegenüber ist unklar. Man kann ruhig sagen, daß sie den Konvertiten möglichst ignoriert. Auch hier ist das national-religiöse Problem akut. Man möchte den Konvertiten nicht mehr als Juden betrachten, auch nicht national. Auf der anderen Seite ist man sich darüber im klaren, daß der Konvertit, wenn auch Christ, doch in einem gewissen Sinn Jude bleibt. Man möchte ihn nicht im Hause, aber auch nicht außerhalb des Hauses haben. Man könnte die Frage stellen: Wenn ein Konvertit aus dem Judentum kein Jude ist, was ist dann z. B. ein jüdischer Atheist, der im allgemeinen in jeder Weise als Jude anerkannt wird? Von der Seite des Judentums wird dieses Paradoxon nicht zu lösen sein, es sei denn im Rahmen einer allgemeinen Definition des Judentums, die vorerst nicht möglich ist. Diese Frage muß vorläufig offen gelassen werden.

Christentum und Judentum in Israel in der Zukunft

Die künftige Entwicklung der Kirchen in Israel, und diese mag an Wichtigkeit für die gesamte Kirche Christi weit über die Grenzen dieses kleinen Staates hinausgehen, wird wohl nicht zuletzt vom Verhalten der Kirchen selbst abhängen. Bisher trat der christliche Bekehrer dem Juden als Überlegener gegenüber. Er bedachte nicht genug, daß die christliche Kultur dort, wo sie wirklich christlich ist, jüdische Wurzeln hat. Der Jude, dem von Haus aus Wurzel und Bedeutung des Christentums oft eigener und verständlicher sind als dem Christen selber, sieht darin einen Ausfluß von Überheblichkeit. Wenn er sich dann mit dem abendländischen Christentum näher befaßt, stellt er schnell fest, daß dieses Christentum seine jüdischen Voraussetzungen oft nicht mehr kennt und anerkennt. Dies ist das größte Hindernis, das die Kirchen zu überwinden haben.

Die nächste Notwendigkeit ist die, daß die Kirchen — und hier vor allen Dingen die katholische Kirche — in Israel heimisch werden. Es gibt bis heute keinerlei Institute, die einen spezifisch israelischen Klerus bilden. Und dies hätte doch schon vor 30 Jahren beginnen müssen. Die katholische Kirche verfügt heute nur über eine einzige Institution, die sich ausschließlich mit der Missionierung der Juden beschäftigt, und diese ist im Aussterben begriffen. Es ist die Gründung der Gebrüder Ratisbonne. Die protestantischen Kirchen haben diese Notwendigkeit zum Teil schon eingesehen, und die Baptisten in Jerusalem bemühen sich jetzt, ein kleines Seminar für theologische Studien aufzubauen.

Es geht darum, in Israel einen in sich selbständigen, ständigen Zweig der Kirche zu schaffen, einen Zweig, der aus eigener Kraft lebensfähig ist und existieren kann und nicht auf Gedeih und Verderb dem Wohlwollen der einzelnen Kirchen, deren Wurzeln außerhalb Palästinas liegen, ausgeliefert ist. Werden diese Vorbedingungen erfüllt, so können wir einer lebendigen Kirche Christi in Israel entgegensehen. Wenn nicht — und diese Gefahr besteht —, so wird die Kirche in Israel in 20 Jahren nur noch Hüterin heiliger Stätten sein, und das lebendige christliche Leben in Israel wird absterben.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Brief aus Holland

Thomismus in der Krise?

Einer der führenden katholischen Philosophen Hollands, Prof. Dr. Ferdinand Sassen von der Universität Leiden, der durch eine Reihe von philosophiegeschichtlichen Büchern auch außerhalb Hollands bekannt geworden ist, widmete in der Wochenzeitung „De Nieuwe Eeuw" (Helmond) vom 2. Juni d. J. einen ausführlichen Artikel der Frage, ob der heutige Thomismus, wie er vor allem in Holland vertreten wird, sich nicht in einer Krise befinde. Sassen nahm einen vielbeachteten Aufsatz seines Kollegen von der belgischen Universität Löwen, Prof. Dr. A. Dondeyne, zum Anlaß, sich diese Frage vorzulegen. Dondeyne schrieb in der „Revue Philosophique de Louvain" vom Februar 1951 (S. 5—56) einen ausführlichen Kommentar zur Enzyklika „Humani generis" und machte im Laufe seiner Darlegungen die Bemerkung, daß der Thomismus heute in einer Krise stehe. Ohne auf diese Frage selbst näher einzugehen, stellte Dondeyne doch eine genauere Behandlung in Aussicht.

Der Leidener Philosoph ging aber sofort auf diese Bemerkung ein, da er in der wissenschaftlichen Welt Hollands auffallende Symptome feststellte, die zur Besinnung zwingen. Sie seien der Beweis einer „Krise, die nachgerade beunruhigend zu werden beginnt". Sassen legt sich im wesentlichen diese Fragen vor: „Kann man heute und vor allem in unserem Lande von einer ‚Krise des Thomismus' sprechen? Und wenn ja, welche Symptome zeigt dieser Krankheitszustand? Ich bin geneigt, die erste Frage, die vielleicht interessierten, aber unvorbereiteten Lesern einigermaßen beunruhigend erscheinen wird, bejahend zu beantworten, aber es kommt mir vor, daß die Antwort auf die zweite nur dann auf überzeugende Weise gegeben werden kann, wenn man auf die Vergangenheit zurückgreift und die heutige Krise von ihren Ursachen her verdeutlicht.

Die Ursachen liegen m. E. in der Vernachlässigung der stets schärfer abgegrenzten Unterscheidung zwischen dem Thomismus als historischer Erscheinung des 13. Jahrhunderts und dem Thomismus als philosophischer Weltauslegung unserer Zeit, anderseits in der Verkennung der Tatsache, daß die intellektualistische Interpretation, die die Scholastiker des 19. Jahrhunderts den thomistischen Lehrsätzen gaben, fundamental unzureichend ist."

„Historischer" und „übernatürlicher" Thomismus

Die katholischen Denker, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts zum erstenmal wieder zögernd an die Scholastik herangingen, seien sich noch zu wenig der geschichtlichen Stellung bewußt gewesen, die der Thomismus in der Philosophie des Mittelalters und vor allem in der des 13. Jahrhunderts einnahm. Thomismus und Scholastik seien vielfach identifiziert worden, und man hätte die tatsächlichen Komponenten nicht gekannt, die zum Bau des scheinbar so rationalen Systems des hl. Thomas beitragen halfen. Erst im Fortschreiten des historischen Studiums wurde allmählich deutlich, daß der Thomismus „historisch und wirklich nur eine der vielen verschiedenen Strömungen des 13. Jahrhunderts gewesen ist". Der Begriff Scholastik reicht viel weiter als der Begriff Thomismus.

Von diesem historischen Thomismus muß man den „idealen, übernatürlichen Thomismus unterscheiden, der virtuell im Werk des hl. Thomas vorhanden ist und der die Grundsätze für eine Philosophie aller Zeiten enthält". Auf diesen Unterschied hat schon Papst Leo XIII. im Jahre 1879 in seiner Enzyklika „Aeterni Patris" hingewiesen, aber er hat zugleich auf eine Erneuerung des Thomismus gedrungen. Diese Erneuerung dürfe keine Verleugnung der thomistischen Prinzipien bedeuten, sondern müsse sie den Problemen der modernen Zeit anpassen und allen feststehenden Resultaten der positiv-wissenschaftlichen Forschung Rechnung tragen. „Damit ist zugleich das Programm eines Thomismus entworfen, der niemals stillstehen kann, sondern mit der Entwicklung der philosophischen Problematik seiner eigenen Problemstellung stets neue Formen geben wird und im selbständigen Durch- und Weiterdenken der Grundgedanken des hl. Thomas eine Lösung jener Probleme suchen muß, von denen man nicht a priori annehmen kann, daß sie schon in den historischen Texten des hl. Thomas bereit liegen." Zum Schaden des thomistischen Denkens hat man die Worte Leos XIII. und auch die späteren Warnungen der kirchlichen Autorität „gegen eine solche sterile Auffassung des Thomismus" nicht genügend beherzigt. Der Intellektualismus der italienischen Schulen im 19. Jahrhundert hat noch weiter in dieser Richtung gewirkt; man findet seine Spuren auch noch in der Löwener Schule unter Leitung von Kardinal Mercier. Der Thomismus Merciers und seiner ersten Nachfolger steht in zweifacher Hinsicht unter dem Einfluß der Zeit: die Problematik selbst wird ihnen von den philosophischen Strömungen der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts geliefert, und wenn sie sich anderseits gegen diese Strömungen wehren, dann bedienen sie sich der Waffen, die ihnen gerade ihre Gegner liefern. Dies zeigt deutlich, daß jeder, der sich mit dem Thomismus beschäftigt, genau wie der hl. Thomas selbst, unter dem Einfluß des Geistes seiner Zeit steht.

Neothomismus und existentielles Denken

Heute sind allerdings ganz andere Probleme aktuell. Der Intellektualismus von damals ist philosophischen Strömungen gewichen, die gerade das irrationale Element und die konkrete Existenz zu ihrem Recht kommen lassen wollen. Man ist sich dessen bewußt geworden, daß der Intellektualismus des hl. Thomas nur ein sehr relativer Begriff ist. Damit nahm natürlich die Vielfalt der Interpretationsmöglichkeiten noch zu, was dem thomistischen Denken, durch die Verschiedenheit in der Anwendung der thomistischen Grundsätze, eine „Vitalität verleiht, die es vor Erstarrung und Einförmigkeit bewahrt". Auch die kirchliche Autorität hat verschiedentlich hervorgehoben, daß sie nicht „einen historisch erstarrten Thomismus meint, sondern eine lebendige und zeitgerechte Anwendung dieser (thomistischen) Grundsätze". Die Interpretation dieser Grundsätze selbst wird der Not des Tages und dem Streit der Meinungen überlassen. Auch ist der Vorrang, den die kirchliche Autorität dem Thomismus gewährt, keineswegs exklusiv. Sassen zählt jene Strömungen auf, die auf anderer philosophischer Basis eine Lebens- und Welterklärung suchen, wozu sie die volle Freiheit haben, sofern den Forderungen der Wahrheit ent-

sprochen wird. „Der Scotismus erlebt in den franziskanischen Orden eine ungekannte Blüte. Ein verjüngter Augustinismus findet unter Katholiken, sowohl im Vorkriegsdeutschland als im heutigen Frankreich, zahlreiche Anhänger. Der Illationismus Kardinal Newmans findet in immer breiteren Kreisen ein lebhaftes Interesse. Das mehr als übliche Lob, das Maurice Blondel gegen das Ende seines Lebens von höchster kirchlicher Seite gespendet wurde, läßt deutlich erkennen, daß der Intellektualismus, gegen den sich das ganze Lebenswerk des französischen Denkers richtete, keineswegs als die einzige für die Katholiken annehmbare philosophische Betrachtungsweise gelten darf. Wie unglaublich weit hat sich außerdem z. B. die Schule von Löwen im Laufe der Jahre vom Ausgangspunkt und von der Denkweise ihres Gründers entfernt."

Der Neothomismus hat nach Sassens Meinung in mancher Hinsicht seine Aufgabe nicht erfüllt. Er hat z. B. seine ganze Kraft darauf verwendet, Kant zu bekämpfen, zu einer Zeit, als der Kritizismus schon längst auf dem Rückzug war. Anderseits hat man sich nicht in genügendem Maße mit Bergson auseinandergesetzt, dessen Philosophie des Bewußtseins und der Freiheit es sicherlich wert gewesen wäre. Nicht anders geschah es hinsichtlich des angloamerikanischen Pragmatismus und Neorealismus. Jetzt hat es zuweilen den Anschein, als werde der Neothomismus von der heranstürmenden Problematik des existentiellen Denkens in seinen verschiedenen Formen mehr oder weniger überrumpelt. Diese Erwägungen bringen Sassen zu dem folgenden Schluß: „Die Krise des Thomismus scheint mir darum heute auch, außer in den eben erwähnten Erstarrungserscheinungen, im besonderen darin zum Ausdruck zu kommen, daß man aus der essentialistischen Betrachtung, in der die lateinischen Handbücher des 19. Jahrhunderts vorangingen . . ., noch nicht mit Sicherheit den Weg zum Sein der Wirklichkeit gefunden hat . . . Wir können es den Neoscholastikern des 19. Jahrhunderts nicht übelnehmen, daß sie die essentialistischen Aspekte im Denken des hl. Thomas in den Vordergrund schoben. Sie waren durch den Geist ihrer Zeit dazu bestimmt. Aber wer jetzt noch an ihren Auffassungen z. B. über die Struktur des menschlichen Gemütslebens festhält, ohne der Problematik der heutigen philosophischen Anthropologie oder den Tatsachen der empirischen Psychologie im geringsten Rechnung zu tragen; noch ärger, wer de facto beweist, auf dem Gebiet der Wirklichkeit, das wir den Menschen nennen, seine intellektualistische und konzeptualistische Denkweise nicht überwunden zu haben, beweist damit zugleich, daß er von der Bedeutung des überzeitlichen Thomismus und den diesbezüglichen Anweisungen der kirchlichen Autorität nichts verstanden hat". Mit einem gewissen Nachdruck tritt Sassen im weiteren für die Ausarbeitung einer eigenen Erkenntnistheorie auf thomistischer Basis ein, die bis jetzt noch fehlt, da im Augenblick das Interesse der Thomisten mehr auf Metaphysik als auf Erkenntnistheorie gerichtet ist, was zwar begrüßenswert ist, aber bei einem Mangel an genügender erkenntnistheoretischer Unterbauung zu unbegründeten Spekulationen Anlaß geben kann.

Thomisten in Holland und Belgien

Ob die heutige Generation die Krise noch überwinden wird, wagt Sassen nicht vorherzusagen. Da aber genügend jüngere Kräfte auch in Holland an der Arbeit sind, hat er Vertrauen auf die nächste Generation. Begreiflicherweise haben diese sehr grundsätzlichen Überlegungen des Leidener Philosophen in Kreisen der holländischen katholischen Philosophen und Theologen starkes Interesse gefunden, zumal schon von verschiedener Seite in den letzten Jahren ähnliche Gedankengänge geäußert worden sind. Es ist außerdem anzunehmen, daß die von Prof. Dondeyne angekündigte Auseinandersetzung mit demselben Thema dank Sassens Aufsatz mit noch größerem Interesse erwartet wird.

Schon jetzt liegt das Urteil des Amsterdamer katholischen Dozenten für Existentialphilosophie Dr. Bernhard Delfgaauw vor, der in der katholischen Tageszeitung „De Tyd", Amsterdam, sich im wesentlichen mit Sassens Aufsatz einverstanden erklärt, aber weniger pessimistisch ist als dieser. Es sei richtig, daß der Thomismus in den letzten fünfzig Jahren oft den Anschluß an das moderne Denken verpaßt habe, aber heute sei die Gefahr des Intellektualismus bei den Thomisten in Holland überwunden. Dafür drohe nun allerdings die Gefahr, daß man aus Interesse für die Existentialphilosophie den Thomismus vergesse. Auch meint Delfgaauw, daß jede moderne Metaphysik von selbst eine Erkenntnistheorie einschließe, so daß der Thomismus auch das Vakuum in der Erkenntnistheorie füllen kann, wenn er gleichzeitig er selbst bleiben und das moderne Denken assimilieren kann: „Der Thomismus befindet sich in einer Krise", stellt auch Delfgaauw fest, „aber es sieht darnach aus, als ob der Patient stärker und gesünder denn je aus der Krise zum Vorschein kommen wird."

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Für und wider die Gewinnbeteiligung

Am 23. und 24. Juni hielt der Bund katholischer Unternehmer in Bad Neuenahr seine Jahresversammlung. Auf der Tagesordnung standen mehrere Themen, die der gemeinsamen Überlegung und Initiative zur Durchführung von Maßnahmen zur Verwirklichung des Sozialzwecks der Wirtschaft dienen, in der Erkenntnis, daß der Sinn eines Zusammenschlusses von Christen auf der Grundlage des gemeinsamen Berufs hauptsächlich darin liegt, den Beitrag ihres Standes zu den Zielen der Gesamtgemeinschaft aus religiöser Verantwortung klarer zu erkennen und durch den Zusammenschluß wirksamer zu leisten.

Im Vordergrunde der diesjährigen Versammlung standen einige aktuelle Probleme der Verpflichtung der Unternehmerschaft gegenüber den Arbeitern, also ihres engsten Pflichtenkreises. Wir berichten zunächst über die Erörterung der Frage der Gewinnbeteiligung, der ein Referat von Dr. Wilfried Schreiber, Köln, zugrunde lag und die zu einigen bestimmten Erkenntnissen führte.

Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter gehört zu jenen von der katholischen Gesellschaftslehre und den sozialen Enzykliken empfohlenen Maßnahmen, die das Lohnarbeitsverhältnis in der Richtung auf das Gesellschaftsverhältnis entwickeln sollen. Man erwartet von ihr vor allem, daß sie die Persönlichkeit des Arbeiters stärkt, indem sie einerseits seinen Anspruch auf gerechte Anerkennung seiner Leistung entsprechend ihrem sozialen Funktionswert befriedigt, andererseits eben dadurch zur natürlichen Voraussetzung gesteigerter beruflicher Leistung wird. Der soziale und ethische Sinn der Gewinnbeteiligung würde also, wie Dr. Schreiber sagte, nicht erreicht, wenn sie den Arbeitnehmern ohne Rücksicht auf ihren persönlichen Beitrag zum Gewinn, d. h. ihre persönliche wirtschaftliche Leistung zugutekäme.

Gewinnbeteiligung als sittliche Frage

Die Gewinnbeteiligung wirft eine ethische und eine sozialwirtschaftliche Frage auf:
Die sittliche Frage lautet: Hat der Arbeitnehmer über den vereinbarten festen Lohn hinaus einen sachlich gerechtfertigten Anspruch auf Beteiligung am Gewinn? Im System der Marktwirtschaft wird vorausgesetzt, daß der frei gebildete Preis jede wirtschaftliche Leistung gerecht, d. h. nach ihrem Wert für die Wirtschaftsgesellschaft entlohnt. Diese Voraussetzung trifft aber nur dann zu, wenn der Preis sich frei bildet, also bei freiem Wettbewerb auf durchsichtigem Markt. Der Arbeitsmarkt ist aber weder frei noch durchsichtig. Hier begegnen sich die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften als Monopolinhaber. Doch selbst wenn sie ungefähr den marktgerechten Lohn aushandeln, unterliegt die im Lohntarif ausgedrückte Schätzung der doppelten Fiktion, als sei die Arbeitsleistung streng meßbar und in Geld zählbar und als könne die persönliche Leistung auf Grund eines Durchschnitts aus der Leistung vieler tausend Arbeiter errechnet werden. Der Tariflohn ist also als solcher vom Ideal der Gerechtigkeit entfernt, weil er einem angenommenen Durchschnittswert der Arbeitsleistung und nicht der tatsächlichen persönlichen Arbeit entspricht. Die erstrebenswerte Individualisierung des Lohnes nach der — mittels der Einrichtung der Arbeitsplatzbewertung und Eignungs-Prüfung einigermaßen abzuschätzenden — persönlichen Leistung durch eine Gewinnbeteiligung ist aber nur möglich, wenn der Tariflohn als Lohn-Untergrenze bemessen wird, so daß sich auf ihm eine kräftig gestufte Lohnpyramide aufbauen kann. Doch diesem Ziel wirkt die Tendenz der Gewerkschaften entgegen, die darauf ausgehen, gerade die Mindestlöhne für die am wenigsten qualifizierte Leistung ständig anzuheben, so daß der Spielraum für die wirtschaftlich vertretbare Differenzierung der Löhne nach oben hin immer mehr zusammengedrängt wird. Hiermit rührte der Redner, ohne näher darauf einzugehen, an einen ganzen Komplex von Schwierigkeiten, die in der Struktur unserer Gesellschaft, besonders der Wirtschaftsgesellschaft liegen und der Realisierung des ethischen Wertes entgegenstehen, dem die Gewinnbeteiligung dienen soll. Für jede Diskussion über ihre konkreten Formen ist jedenfalls die sittliche Norm maßgebend, die auch die Päpste dazu bestimmte, eine Annäherung des Lohnarbeitsverhältnisses an das Gesellschaftsverhältnis zu befürworten: die Individualpersönlichkeit des Arbeiters muß durch sie gehoben werden. Weil und insofern die Gewinnbeteiligung dafür ein brauchbares Mittel ist, ist sie geeignet, zur Entproletarisierung, zur Entmassung beizutragen, und darum anzustreben.

Gewinnbeteiligung als wirtschaftliche Frage

Doch zugleich stellt sich die andere Frage, ob denn Gewinnbeteiligung im Rahmen der Marktwirtschaft überhaupt wirtschaftlich möglich sei. Der Gedanke der Marktwirtschaft beruht u. a. auch auf der Unterscheidung von Unternehmer- und Arbeiterfunktion. Unter jener stellt man sich den geistigen, schöpferischen Beitrag zur Wirtschaft vor, der vor allem in der Tätigkeit des Disponierens enthalten ist; unter dieser begreift man die mechanische, vorwiegend körperliche, ausführende Tätigkeit. In der Wirklichkeit sind indes beide Formen von Tätigkeit vermischt. Auch der Arbeiter leistet eine spezifisch menschliche, d. h. eine geistige und somit schöpferische Arbeit, selbst wenn in ihr das mechanische und quantitativ meßbare Element überwiegt. Aber nie ist seine Arbeit durch rein mechanische Produktionswerkzeuge als ganze ersetzbar. Insoweit sie nicht ersetzt werden kann, also in ihrem spezifisch menschlichen Wert, stellt die Arbeit eine Teilnahme an der unternehmerischen Leistung dar. Insofern ist der Arbeiter also Mitunternehmer.
Auch der Unternehmer vollbringt zum Teil eine vorwiegend mechanische, ausführende Arbeit, die wenigstens zeitlich meßbar ist. Seine eigentümliche Funktion dagegen ist eine andere, und zwar eine doppelte: Er trägt zunächst das Risiko. Das ist die passive Seite. Er trägt dies Risiko mit seinem Eigentum. Unsere Rechtsordnung berücksichtigt eigentlich nur oder doch ganz vorwiegend diese Seite der Unternehmerfunktion. Unternehmer im Rechtssinne ist der Eigentümer des Sachkapitals der Unternehmung, auch dann, wenn er sich um das Unternehmen sonst gar nicht kümmert. Sachlich ist diese Auffassung dadurch gerechtfertigt, daß ja das Risiko überhaupt nicht anders als mit dem Eigentum getragen werden kann. Würde man eine persönliche Haftung statuieren, käme es darauf hinaus, daß der Haftende sich beim Totalverlust als Sklave verkaufen lassen müßte. Diese Auffassung der Unternehmerfunktion hat also nichts zu tun mit Klassenmonopol. Sie ist die Konsequenz des fundamentalen Rechtsgrundsatzes, daß es eine Haftung mit der Person nicht gibt.
Wenn der Vortragende in diesem Teil seiner Ausführungen die Risikofunktion des Unternehmers stark betonte, wird ihm vielleicht der Einwand gemacht werden können, daß er dies Moment überbewertet habe. Tatsächlich wälzt der Unternehmer einen Teil des Risikos in der Form von Kurzarbeit, Entlassungen und Lohndruck auf den Arbeiter, einen andern auf die Gesellschaft ab, womit nicht geleugnet werden soll, daß er, wenigstens in der Einzelfirma und in der Personalgesellschaft, den größten Teil davon trägt. Aber wenn vom Risiko gesprochen wird, ist es leicht irreführend, mit dem Beispiel des Totalverlustes zu operieren.
Die aktive Seite der Unternehmerfunktion besteht in der Gründung und Führung des Unternehmens. Schreiber betonte mit Recht, daß es Unsinn ist, von einer Unternehmerrente zu sprechen. Nichts kann sich ein Unternehmer so wenig erlauben, wie auf dem Errungenen auszuruhen und den Rentner zu spielen. „Gewinn ist in der wettbewerblichen Wirtschaft nie zwangsläufig. Er entsteht nur als Belohnung für die bessere Leistung. ... Durch-

schnittliche Unternehmerleistung erbringt keinen Gewinn, und wer gar trotz aller Anstrengung unter dem Durchschnitt bleibt, wird mit Verlust bestraft."
Die Führung des Unternehmens geschieht nach außen, zum Markte hin, und nach innen, in den Betrieb hinein. An der nach außen gerichteten Unternehmertätigkeit hat der Arbeitnehmer so gut wie keinen Anteil. Anders verhält es sich mit der innerbetrieblichen Unternehmerfunktion. Sie läßt sich ganz einfach umschreiben als „Realisierung der Mindestkosten-Kombination". Und da hat nun auch der letzte Arbeiter noch die Möglichkeit, durch seine Leistung und Initiative die Kosten zu beeinflussen. Insofern er Kosten einspart, nimmt er echten Anteil an der Unternehmerleistung. Dadurch gewinnt er, auch wirtschaftlich betrachtet, einen Anspruch auf Teilhabe am Unternehmergewinn.

Zwei Typen der Gewinnbeteiligung

Entscheidend ist natürlich, wie dieser Anspruch überhaupt gemessen werden kann. Und diese Frage führt in ein Dilemma. Der Gewinn entsteht „ganz oben", nämlich an dem dem Unternehmen vorgeordneten Markt. Der Beitrag wird „ganz unten", am einzelnen Platz im Betrieb, geleistet. Der Gewinn entsteht „in der Zukunft". Die Meßbarkeit des Beitrages beruht auf der Annahme gegenwärtiger Kosten.
Gemäß diesen zwei einander entgegengesetzten Gegebenheiten sind in der Praxis bisher zwei Typen von Gewinnbeteiligung entwickelt worden: einer „von oben", ein anderer „von unten". Als Gewinnbeteiligung von oben kann man ein System bezeichnen, das den nach Abschluß einer Wirtschaftsperiode erzielten Gewinn, nach Abzug der marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals, unter die Kapital-Teilhaber (Dividende), Unternehmungsleiter (Tantieme) und Arbeitnehmer aufteilt. Jeder Schlüssel, der für die Beteiligung erdacht wird, ist notwendig willkürlich, insofern der Zusammenhang zwischen dem erzielten Gewinn und dem individuellen Beitrag zu ihm sachlich genau nicht mehr festzustellen ist. Darum ist es höchst problematisch, ob diese Art der Gewinnbeteiligung zu einer Steigerung des individuellen Wertbewußtseins und Leistungswillens führt, ob sie nicht vielmehr sehr bald als geschuldeter Festlohn-Anteil gewertet werden wird.
Die Gewinnbeteiligung von unten dagegen knüpft an die Einzel- oder Gruppenleistung an. Schon der Akkordlohn ist eine Vorstufe dazu. Aber die Bewertung der Leistung kann nicht ausgehen von dem erst in Zukunft zu realisierenden Gewinn. Sie muß sich auf einen fiktiven Produktionswert stützen und wird ausgedrückt durch die in der individuellen Arbeitsleistung erzielte Unterschreitung der betriebswirtschaftlichen Plankosten. Sie ruht also auf der Vorkalkulation, von der es fraglich ist, ob sie durch den Markt bestätigt werden wird. Die Vorkalkulation stützt sich ja auf die Ergebnisse der vergangenen Periode, und niemand kann sagen, ob der zukünftige Erlös die gegenwärtig unterstellten Plankosten überhaupt zuläßt. Der Vorteil dieser Art von Gewinnbeteiligung liegt natürlich in ihrem Zusammenhang mit der Leistung.
Jedoch ist hier eine schwere volkswirtschaftliche Gefahr zu bedenken. Solange nur einige wenige Unternehmungen einer Branche Gewinnbeteiligungen dieser Art gewähren, läßt sich die Differenz zwischen den zunächst als Maßstab benutzten fiktiven Plankosten und dem tatsächlichen Gewinn hinterher korrigieren. Wie aber würde sich ein solches System auswirken, wenn alle Unternehmungen einer Branche — und das ist doch das Ziel — zur Gewinnbeteiligung übergingen? In diesem Augenblick würden die Plankosten preisbestimmend wirken. „Die Vorteile verbesserter Produktivität kämen dann nicht mehr in der Form gesenkter Preise dem Käufer zugute, sondern den Gewinnberechtigten des Unternehmens. . . . Die ganze Branche würde ein stillschweigendes Kalkulationskartell bilden, in dessen Gewinne Arbeiter und Unternehmer sich fröhlich und vielleicht nichtsahnend und besten Glaubens teilen."
Eine solche Einrichtung würde also dahin tendieren, den Wettbewerb auszuschalten. Dr. Schreiber zeigte, daß dieser Gefahr vorgebeugt werden könnte, wenn seitens berufsständischer Instanzen auf eine häufige Revision der Plankosten im Interesse des Allgemeinwohls gedrängt würde, so daß sich die durch Unterschreitung der Plankosten erzielten Gewinne mit steigender Produktivität senken müßten. Aber das Bedenken muß wohl auch von den Freunden der Gewinnbeteiligung sehr ernst genommen werden, daß es eines Tages mit ihrer Hilfe zu einer Abwälzung im voraus geplanter Gewinne auf einen künstlich überhöhten Preis kommen könnte.
Man wird also, schloß Dr. Schreiber, versuchen müssen, beide Systeme miteinander zu verbinden. Aber die Schwierigkeit einer optimalen Verbindung beweist für sich allein schon, daß es bei der Einführung der Gewinnbeteiligung noch um mehr geht als nur um den guten Willen.

Soziale Gefahren der Gewinnbeteiligung

In der Diskussion wurden wesentliche Gesichtspunkte des Referates bestätigt. Vor allem wurde hervorgehoben, daß es notwendig ist, durch eine Wirtschaftsordnung der Gefahr des Gruppenegoismus vorzubeugen, die sich zeigen wird, sobald Arbeiter und Unternehmer ausschlaggebender Wirtschaftszweige durch das gemeinsame Interesse an einem hohen Gewinn verbunden, gemeinsam ihre Macht bei der Preisgestaltung einsetzen. Auch die Wechselwirkungen zwischen Mitbeteiligung und Mitbestimmung sind nicht zu übersehen. Die Mitbestimmung kann sich als Instrument zu einer einseitig auf schnellen Gewinn gerichteten und darum kurzsichtigen und produktivitätshemmenden Betriebspolitik entwickeln. Endlich ist die Frage der Rücklagen für zukünftige Verluste nicht aus dem Problemkreis der Gewinnbeteiligung zu lösen. Die Lösung weist in die Richtung der Bildung von Reservefonds aus nicht ausgeschütteten Arbeitnehmer-Gewinnanteilen.
Es ist selbstverständlich, daß die Unternehmer bei der Erörterung einer Frage, wie es diese ist, vor allem ihren Standpunkt und von da aus ihre Einwände geltend machten. Es wäre aber in hohem Grade ungerecht, hinter den Einwänden und Bedenken allein das Eigeninteresse zu sehen, das in seinen Grenzen ja übrigens nicht nur berechtigt, sondern ein Teil der Schöpfungsordnung ist. Daß das Eigeninteresse auf dieser Tagung gezügelt war, zeigt nicht nur der Entschluß zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für diese Probleme, sondern auch die einmütige Zustimmung zu den folgenden Grundsätzen, die künftig als Meinung des Bundes katholischer Unternehmer in dieser Frage zu betrachten sind:

Grundsätze zur Durchführung der Gewinnbeteiligung

1. Die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer ist bei wohlüberlegter Handhabung ein geeignetes Mittel zur Kor-

rektur des Arbeitseinkommens im Sinne einer gerechten Leistungsentlohnung, ein Ansporn zur Steigerung der Leistung und Produktivität, ein Weg zur Verbesserung des sozialen Betriebsklimas, der letztlich dahin führt, daß aus Arbeitnehmern „Mitarbeiter" werden.
2. Die Gewinnbeteiligung ist keine Waffe im Klassenkampf und zielt nicht darauf ab, die Arbeitnehmer ihren frei gewählten Interessenvertretern zu entfremden. Es ist im Gegenteil der einzig sinnvolle Weg, bei ihrer Einführung die Mitwirkung und das Einvernehmen mit den Gewerkschaften herbeizuführen, wie dies vielfach auch in anderen Ländern zum Vorteil aller Beteiligten geschieht.
3. Gewinnbeteiligung hat nur dort Sinn, wo die Arbeitnehmer tatsächlich Gelegenheit haben, an der Verursachung des Gewinns mitzuwirken. Das ist vielfach schon jetzt der Fall. Darüber hinaus wird es in vielen Fällen möglich und nützlich sein, solche Gelegenheiten zu schaffen oder zu erweitern.
4. Gewinnbeteiligung ist kein patriarchalischer Gnadenakt; sie soll sein: eine nachhelfende Korrektur des marktwirtschaftlichen Verteilungsvorgangs in einem Bereich, wo er wegen natürlicher Hemmungen und Unvollkommenheiten nicht ohne institutionelle Nachhilfe marktgerecht funktioniert.
5. Ein System der Gewinnbeteiligung muß willkürlicher Auslegung entrückt sein. Es muß einen Bestandteil des Arbeitsvertrags bilden.
6. Die Gewinnbeteiligung darf weder die Rechte des Eigentums noch die Interessen des Gemeinwohls verletzen. Gewinn entsteht erst, wenn die marktübliche Verzinsung des investierten Kapitals überschritten wird. Streng zu meiden sind alle Bemessungsverfahren, die bei allgemeiner Einführung die Möglichkeit schaffen, die Gewinnbeteiligung bewußt oder unbewußt auf die Preise abzuwälzen.
7. Volkswirtschaftlich nicht vertretbar wäre unter heutigen Umständen eine Gewinnbeteiligung, die eine zusätzliche Ausweitung des Konsums und eine weitere Einschränkung der Kapitalbildung zur Folge hätte. Zu erstreben ist vielmehr eine Form der Gewinnbeteiligung, die in erster Linie zur Eigentumsbildung in den Händen der Arbeitnehmer führt.
8. Gewinnbeteiligung soll das Persönlichkeitsbewußtsein des Arbeitnehmers stärken und seinen Willen zum Leistungswettbewerb sowohl als Individuum wie als Mitglied einer Arbeitsgruppe und des Betriebes anregen. Sie setzt den Tarifvertrag voraus und stützt sich auf ihn, aber sie soll seiner ungewollten nivellierenden Tendenz entgegenwirken.

Pflegekindverhältnis und Adoption im Rahmen der Neuordnung des Familienrechts

Neben dem ehelichen Personen- und Güterrecht, dem Rechte der elterlichen Gewalt und dem Unehelichenrecht steht heute die Neuordnung des Rechtes der Annahme an Kindes Statt und des Pflegekindverhältnisses in der deutschen Bundesrepublik im Vordergrund des Interesses. Beide geben die Möglichkeit, heimatlose, familienlose und elternlose Kinder in den schützenden Bereich einer Familie auf Zeit oder für dauernd zu überführen, und haben zur Zeit im Hinblick auf die durch Krieg und Kriegsfolgen gestörten Familien und die Zahl der Kriegswaisen besondere Bedeutung. Die enge Beziehung zwischen Adoption und Pflegekindschaft wird aus der Tatsache ersichtlich, daß etwa 50% der Adoptionen einem Pflegekindverhältnis entspringen. Die Rechtsfragen, die sich bei einer Neugestaltung der diesbezüglichen Gesetzgebung erheben, gehen auch gerade den Katholiken an, da sie zum Problemkreis des Familienrechts gehören.

Das geltende Pflegekindschaftsrecht

Im Hinblick auf die Schutzbedürftigkeit des oft elternlosen Pflegekindes schaltet sich der Staat im Pflegekinderwesen durch eine laufende Kontrolle ein (§§ 19—31 Jugendwohlfahrtsgesetz) und erfüllt damit die von ihm generell übernommene Verpflichtung, Pflege und Erziehung der Kinder zu überwachen und notfalls bei Ausfall oder Versagen der natürlichen Erziehungsberechtigten für ihre Erfüllung zu sorgen (Art. 6 BonnGG, § 1 JWG). Diese Einflußnahme beruht auf öffentlichem Recht und hat nicht unmittelbar etwas mit den privatrechtlichen Beziehungen der am Pflegekindverhältnis Beteiligten zu tun.
Das Pflegekindverhältnis ist dem deutschen Recht als familienrechtliche Institution fremd. Statt dessen bestimmen sich die Rechtsbeziehungen zwischen den Eltern bzw. dem Vormund und den Pflegeeltern nach allgemeinen schuldrechtlichen Grundsätzen der entgeltlichen Geschäftsbesorgung, die die familienrechtliche Stellung der Personensorgeberechtigten im Verhältnis zum Pflegekinde nicht berühren. Im Hinblick auf die laufenden Einwirkungsmöglichkeiten der Sorgeberechtigten in das Pflegeverhältnis und vor allem hinsichtlich des Rechts zur jederzeitigen Wegnahme des Kindes aus der Pflegestelle (§ 1632 BGB), die nicht immer im Interesse des Kindes liegt, fordern vor allem Kreise der Jugendfürsorge eine stärkere Stellung der Pflegeperson gegenüber den Sorgeberechtigten.

Der familienrechtliche Dauerpflegevertrag

Diese Kreise fordern nun einen Dauerpflegevertrag zwischen Sorgeberechtigten und Pflegeperson auf privatrechtlicher Ebene dergestalt, daß die Pflegeperson, ausgestattet mit den familienrechtlichen Funktionen des Sorgeberechtigten, unter Ausschluß des Rücknahmerechtes das Kind für eine festgelegte Zeit übernimmt. Es ist verständlich, daß gerade die Kreise der Jugendfürsorge aus der Sicht des Kindeswohls einen solchen, den Sorgeberechtigten bindenden Vertrag zur Sicherung der Stetigkeit der Erziehung in einer guten Pflegefamilie oder Anstalt als vordringlich ansehen.
Der Kampf um den Dauerpflegevertrag geht bereits auf die Jahre nach dem ersten Weltkrieg zurück. Die Tatsache, daß er damals trotz umfangreicher Vorarbeiten (vgl. Reichstags-Drucks. IV 1928 Nr. 733) nicht Gesetz wurde, deutet schon darauf hin, daß es hierbei — solange natürliche Erziehungsberechtigte vorhanden sind — um eine Grundsatzfrage unseres Familienrechts geht, deren sachgerechte Lösung Schwierigkeiten bereitet.
Die vorliegenden Gesetzesvorschläge stimmen darin überein, daß die Übertragung des Personensorgerechts oder seiner Ausübung bindend sein und das Rücknahmerecht ausschließen soll. Vereinzelt wird neben der Übertragung der tatsächlichen Personensorge der Übergang der gesetzlichen Vertretung gefordert. Weiterhin soll den Pflegeeltern das Recht eingeräumt werden, dem Kinde für die Dauer des Pflegeverhältnisses den eigenen Namen zu

geben, wodurch schon äußerlich das starke Zurückdrängen des Einflusses der Sorgeberechtigten sichtbar werden würde.

Die Unabtretbarkeit der Elternrechte und -pflichten

Eine sachgerechte Würdigung dieser Vorschläge führt zwangsläufig zur Kernfrage des Problems des familienrechtlichen Dauerpflegevertrages, der Frage, ob die Elternrechte und -pflichten abtretbar sind. Das deutsche Familienrecht ist bis heute von dem entscheidenden Grundsatz beherrscht, daß in Anerkennung der einmaligen, natürlichen Lebensbeziehungen zwischen Eltern und Kind die elterliche Gewalt weder als Ganzes noch in einzelnen Funktionen dem Rechte nach abgetreten werden kann. Im Familienrecht gilt das Verbot des Aufgebens von Rechten und Pflichten: die Eltern haben ihren Rechts- und Pflichtenkreis, gleichgültig, ob sie ihn haben wollen oder nicht.
Diese Auffassung allein entspricht unserer christlichen und ergibt sich aus der Natur der elterlichen Gewalt als zwingendes Postulat. Bis heute haben, was wir mit Genugtuung feststellen können, Wissenschaft und Rechtsprechung ohne Einschränkung gegenüber allem Druck auf Lockerung der familienrechtlichen Bande zwischen Eltern und Kind an diesem beherrschenden Grundsatz unseres Familienrechts festgehalten. Beachtenswert sind in dieser Hinsicht Entscheidungen der Oberlandesgerichte Hamm und Köln und vor allem das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 29. 1. 1951 — IV Z R 53/50 — („Das Recht der Personensorge, dem eine Pflicht der Kindesmutter entspricht, ist unverzichtbar"). Damit ist festgestellt, daß das Sorgerecht der rechtsgeschäftlichen Verfügungsgewalt entzogen ist. Die Entscheidungen decken sich mit der im Bonner Grundgesetz festgelegten elterlichen Erziehungspflicht (Art. 6 BGG). Deutsches Verfassungsrecht gibt somit der familienrechtlichen Neuordnung des Pflegekindverhältnisses Ziel und Grenze.

Die Ausübung der Personensorge durch Dritte

Die Ausübung des Sorgerechtes wird bei Pflegekindverhältnissen als mit dem geltenden Recht übereinstimmend anerkannt mit der Maßgabe, daß den Pflegeeltern die Ausübung einzelner Funktionen des Sorgerechts widerruflich überlassen werden kann. Träger des Erziehungsrechtes bleibt dabei der Sorgeberechtigte auf Grund der voll wirkenden Rechtsinhaberschaft, die ihn auch berechtigt, die Ausübung durch die Pflegeperson zu überwachen und nach eigenem Ermessen in sie einzugreifen. Nur in diesem Sinne kann bei Fremderziehung das Aufgabeverbot als gewahrt angesehen werden. Das muß schon deshalb so sein, weil die formale Aufrechterhaltung einer Rechtsposition ohne die — im Pflegekindverhältnis allerdings modifizierte — Ausübung nicht als ordnungsgemäße Erfüllung einer vom Gesetz auferlegten Pflicht anzusehen ist. Sicher werden hier die Grenzen flüssig sein. Immer wird aber ein Mindestmaß persönlicher Erziehungsleistung der Sorgeberechtigten auch während der Dauer des Pflegeverhältnisses als sichtbarer Ausdruck des Verbundenseins und Sichverpflichtetfühlens zu fordern sein.

Der Erziehungsanspruch des Kindes und das geltende Recht

Das Kind hat einen Anspruch auf Erhaltung seines natürlichen Lebensbereiches. Es hat einen Anspruch auf Erziehung durch die natürlichen Erziehungsverpflichteten. Das geltende Recht anerkennt diesen, wenn er auch nicht einklagbar und von der Person der Eltern als Leistung erzwingbar ist. Hier zeigt sich die Problematik eines auf Dauer angelegten Pflegevertrages, vor allem, wenn die Weggabe des Kindes ohne zwingende Gründe erfolgt und Sorgeberechtigte nicht einmal ihrer Überwachungspflicht genügen. Diese Situation ist heute nur zu oft gegeben; sie ist in erster Linie ohne Zweifel aus einem Versagen der Sorgeberechtigten zu erklären, dann aber auch aus der zu weit gehenden Bereitschaft der Jugendfürsorge, Kinder in fremde Bewahrung zu übernehmen, ohne vorher alle Möglichkeiten und Wege zur Erziehung durch die natürlichen Verwandten zu erspüren und in echtem Bemühen zu verwirklichen. Von dieser Erkenntnis sollte unsere Sorge um das Pflegekind mehr als bislang bestimmt sein.
Das geltende Recht genügt den Bedürfnissen des Pflegekindes. Allerdings nur dann, wenn alle Beteiligten in ihrem Bemühen um das Pflegekind sich von richtigen Grundsätzen leiten lassen und den vom Gesetz gegebenen Schutz des Kindes anzuwenden wissen. Die Notwendigkeit zur Einführung des familienrechtlichen Pflegevertrages wird überwiegend damit begründet, daß der Schutz des § 1666 BGB, der die Beschränkung oder Entziehung des Sorgerechts bei mißbräuchlicher Anwendung zum Schaden des Kindes zuläßt, nicht ausreiche, weil die Gerichte nur selten die Entziehung des Sorgerechts aussprächen und vor allem bei der Bewertung des Schuldmaßes und des Grades der Gefährdung kaum pädagogische Gesichtspunkte berücksichtigen. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Spannungen zwischen Sorgeberechtigten und Pflegeperson in den Begründungen neuer Gesetzesvorschläge oft zu einseitig von der Pflegeperson her gesehen werden. Das natürliche Recht der Sorgeberechtigten ist nun einmal das primäre. Ihre Einflußnahme und ein etwaiges Rückgabeverlangen stellen keine Rivalität zu dem Interesse der Pflegeeltern am Kinde dar. Maßgebend hat das Kindeswohl aus der Sicht der richtigen Ordnung zu sein. Ein Herausgabeverlangen kann also nur dann Mißbrauch sein, wenn die Aussicht auf Herstellung eines gedeihlichen Eltern-Kindverhältnisses von vornherein verneint werden muß. Wo diese Aussicht tatsächlich nicht besteht, wird kein Vormundschaftsrichter zögern, in das Sorgerecht einzugreifen, vielleicht zunächst einmal durch Entziehung des Aufenthaltsbestimmungsrechtes. Vor allem die öffentliche Jugendhilfe neigt aber dazu, das Gerichtsverfahren als zu langwierig und belastend zu empfinden, und versucht, auf einfacherem Wege unliebsamen Einfluß durch Sorgeberechtigte auszuschalten. Die Sicherung durch ein Gerichtsverfahren wird aber erhalten bleiben müssen, wenn es um die Beschränkung von Elternrechten geht. In den Fällen, in denen Eltern schuldhaft das Kindeswohl gefährden, sollte dagegen mit größerer Strenge als bisher der rettende Eingriff vollzogen werden.

Jugendhilfe muß familienhaft sein

Die Jugendhilfe ist ein Teil der Sorge um die Familie und muß auf ihre Bedürfnisse und Notstände hingeordnet sein. Das gilt auch gegenüber den unehelichen Müttern, deren Kinder den Großteil der Pflegekinder ausmachen. Entgegen einer oft vertretenen Meinung stehen auch sie zum eigenen Kinde, wenn sie auf ihren Pflichtenbereich hingelenkt werden. Die leichtfertig erscheinende Weggabe des Kindes in fremde Pflege ist in vielen Fällen nur Kapitulation vor unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sie vor sich sehen, wenn sie das Kind selbst aufziehen wollen.

Gerade ihnen gegenüber erscheint es bedenklich, sie aus ihrer Zwangslage heraus zur Zustimmung zu einem Dauerpflegevertrag zu veranlassen, den sie in seiner Tragweite nicht überblicken.
Die Berufsarbeit der Frau ihrerseits braucht nicht dazu zu führen, daß das Kind in ein Pflegeverhältnis gegeben wird. Wenn wir in Zukunft einen vermehrten Einsatz unserer Mütter in Beruf und Arbeit in Kauf nehmen müssen, dann wird es unsere Aufgabe sein, dafür Sorge zu tragen, daß Mutter und Kind in Wohngemeinschaft verbunden bleiben und fremde Pflege sich auf die Stunden der Berufsarbeit beschränkt. Keinesfalls sollte die außerhäusliche Arbeit der Mutter die Einführung eines Dauerpflegevertrages rechtfertigen.
Gewiß ist die Besorgnis begründet, daß diese Entwicklung zu einer zunehmenden Lockerung der natürlichen Lebensbeziehungen zwischen Kind und Eltern führt. Ein Dauerpflegevertrag mit seinen familienrechtlichen Wirkungen kann dann aber gerade der gesetzliche Freibrief werden, sich der natürlichen Pflichten in nicht zu vertretendem Maße zu entledigen. Die Erziehung eines Kindes durch Dritte muß Ersatzerziehung bleiben und daher, solange leibliche Verwandte vorhanden sind, auf eine möglichst kurze Ausnahmezeit beschränkt bleiben. Im Interesse des Kindes können die Bedenken gegen einen familienrechtlichen Dauerpflegevertrag nicht fallen gelassen werden.
Daß auf der Ebene eines zivilrechtlichen Erziehungsvertrages bei voller Wahrung der elterlichen Rechte und Pflichten gute Erfolge erzielt werden können, beweist die seit nahezu 25 Jahren in Nordrhein/Westfalen angewandte freiwillige Erziehungshilfe, die sich als freiwillige Aufgabe des Landesjugendamtes auf die gesetzlichen Bestimmungen des heute geltenden Familienrechts stützt und das Rücknahmerecht aufrechterhält. Lediglich sind hier Sicherungen eingebaut, die dafür sorgen, daß sich die Beendigung des Erziehungsvertrages in Formen vollzieht, die dem Wohle des Kindes dienen, z. B. durch eine Kündigungsfrist, die die Möglichkeit gibt, mit dem Sorgeberechtigten über die Zweckmäßigkeit seiner Entscheidung zu beraten.

Das Recht der Annahme an Kindes Statt

In den Jahren zwischen 1920 und 1940 wurden in Deutschland jährlich etwa 5000 Kinder adoptiert. Ihre Zahl wird heute in Anbetracht der großen Zahl heimatloser und elternloser Kinder nach dem letzten Kriege höher sein.
Die Adoption gibt die Möglichkeit, ein bürgerlich-rechtliches Eltern- und Kindschaftsverhältnis außerhalb der natürlichen Verwandtschaft zu begründen, und ist nicht nur bei Vollwaisen, sondern auch beim Vorhandensein leiblicher Erziehungsberechtigter möglich. Im letzteren Fall wird die Problematik der Adoption sichtbar, denn sie verschafft dem Adoptivkind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden (§ 1757 BGB), bejaht damit in bestimmtem Umfange die Lösung des Kindes aus der leiblichen Familie und kann sie im Hinblick auf die Blutsverwandtschaft mit der eigenen Familie doch nicht konsequent vollziehen. Hier besteht die Grundsatzfrage, inwieweit das positive Recht künstlich etwas gestalten kann, was letztlich nur einer durch Zeugung gesetzten Ordnung entspringt. Mit dieser Frage hat sich der Gesetzgeber bei Schaffung des BGB auseinandersetzen müssen. Er steht heute vor der gleichen Frage, die aber dadurch ihre besondere Note erhält, daß bestimmte Kreise entgegen den vom geltenden Recht noch anerkannten natürlichen Bindungen zwischen Kind und leiblichen Eltern (Unterhaltspflicht und Erbrecht, §§ 1759, 1764, 1766 BGB) die völlige Lösung des Kindes aus der leiblichen Familie fordern.

Die Volladoption des Kindes

Zur Begründung der Volladoption wird vorgetragen, daß, wenn man schon das künstliche Gebilde der Adoption im natürlichen Familienbereiche als sittlich anerkenne und gesetzlich regle, man auch den Mut zu allen Konsequenzen, insbesondere den finanziellen, haben müsse. Eine solche Lösung sei im Interesse des Kindes, seines häuslichen Friedens, im Interesse der Klarheit und Sauberkeit notwendig. Darin liege die Inkonsequenz des geltenden Rechtes, da es das Kind mit Leib und Seele einer fremden Familie überantworte, ohne die weitere Entwicklung zu überwachen und aus der Verbindung zur leiblichen Familie her zu sichern, während die wirtschaftliche Verbindung aufrechterhalten bleibe (§ 1765 BGB). Hier liegt eine berechtigte Kritik am geltenden Recht vor.
Die Volladoption hat durch ihre innere Folgerichtigkeit zunächst etwas Bestechendes. Bei näherer Prüfung aber lassen sich Gründe für wie gegen sie geltend machen. Gegen sie spricht das grundsätzliche Bedenken, daß der Mensch als Glied einer natürlichen Ordnung nicht frei verpflanzbar ist und trotz der vom positiven Recht ausgesprochenen sittlichen Erlaubtheit der Adoption (die man ohne Einschränkung nur beim vollwaisen Kinde anerkennen kann) aus der Verbindung zu den leiblichen Eltern nicht vollständig herausgelöst werden kann. Dieser naturrechtliche Gedanke, der im geltenden Recht nur noch verkümmert durch die Unterhaltspflicht und das Erbrecht sichtbar wird, sollte schon deshalb erhalten bleiben, damit die grundsätzliche Anerkennung der natürlichen Verwandtschaft, die vor allem bei Aufhebung der Adoption im geltenden Recht durch weitgehendes Wiederaufleben der elterlichen Rechte und Pflichten bestätigt wird (§ 1772 BGB), nicht verwischt wird.
Von den weiteren Reformvorschlägen sind im einzelnen folgende beachtlich und erwähnenswert:

Kinderlosigkeit und Alter des Annehmenden

§ 1741 BGB läßt die Adoption nur zu, wenn der Annehmende keine ehelichen Abkömmlinge hat. Das Bundesgesetz vom 8. 8. 1950 betr. die Erleichterung der Annahme an Kindes Statt hat mit Wirkung bis zum 31. 12. 1952 das Erfordernis der Kinderlosigkeit außer Kraft gesetzt. Für die Einführung des Gesetzes war die Erwägung maßgebend, daß im Hinblick auf die starken Verluste vieler Familien infolge des Krieges einerseits und das Vorhandensein einer übergroßen Anzahl von Waisen andererseits für eine gewisse Zeit erweiterte Möglichkeiten der Adoption gerechtfertigt seien.
Für die Zukunft sollte das Erfordernis der Kinderlosigkeit aufrechterhalten bleiben. Die Familie, das eigene Kind in der Familie und der natürliche Wille zum eigenen Kinde dürfen nicht gefährdet werden. Die Adoption soll nicht die natürlichen Gegebenheiten stören und verwischen. Dem widerspricht nicht, daß das Gesetz Befreiungsmöglichkeiten vorsieht und damit besonders gelagerten Fällen, etwa beim einzigen Kinde aus erzieherischen Gründen oder beim Verluste eines ehelichen Kindes oder bei

der Adoption eines verwandten Kindes, gerecht werden kann.
Übereinstimmend wird die Herabsetzung der Altersgrenze des Annehmenden von 50 Jahren (§ 1744 BGB) auf 40 bis 35 Jahre gefordert. Das 50. Lebensjahr hängt mit dem Erfordernis der Kinderlosigkeit zusammen. Wird von ihr eine Ausnahme zugelassen, so verliert das 50. Lebensjahr, das Alter, in dem im allgemeinen mit einer Nachkommenschaft nicht mehr zu rechnen ist, seine Rechtfertigung. Die Herabsetzung der Altersgrenze wird vor allem aus pädagogischen Gründen gefordert. Kinder brauchen Eltern, nicht Großeltern. Die Beseitigung der Altersgrenze überhaupt wäre bedenklich, weil der Annehmende eine gewisse Reife und Lebenserfahrung aufweisen muß, ehe man ihm fremde Kinder zu eigen geben kann. In jedem Falle wird der Altersunterschied von 18 Jahren zwischen Kind und Annehmenden bestehen bleiben müssen (§ 1744 BGB).

Die Einwilligung der leiblichen Eltern zur Adoption

Nach § 1747 BGB müssen bei einem minderjährigen ehelichen Kinde die Eltern, bei einem unehelichen Kinde die Mutter der Adoption zustimmen. Bei Verweigerung der Zustimmung scheitert die Adoption. Heute wird für die Fälle, in denen das Personensorgerecht wegen schuldhafter Verletzung entzogen (§ 1666 BGB) und damit die Beziehungslosigkeit zwischen Kind und Eltern offenkundig ist, die Ersetzung der Einwilligung gefordert. Es dürfte aber richtiger sein, am geltenden Recht festzuhalten, weil die Entziehung des Sorgerechts eine zeitlich befristete Maßnahme sein kann, während die Adoption eine endgültige Trennung vollzieht. Das natürliche Recht der Eltern muß geachtet bleiben, zumal nach herrschender Ansicht die Einwilligung nicht Ausfluß der elterlichen Gewalt, sondern des Verwandtschaftsverhältnisses ist.

Blanko- und Inkognitoadoption

Da im geltenden Recht insofern eine Lücke besteht, als nicht festgelegt ist, ob in der Einwilligungserklärung der Name des Annehmenden angegeben werden muß, wurde in der Praxis die sog. Inkognito-Adoption entwickelt. Bei ihr werden den leiblichen Eltern Name und Adresse der Adoptiveltern vorenthalten, und es werden ihnen lediglich die Umwelt und die menschlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Wahleltern eröffnet. Diese Sicherung im Interesse der Adoptiveltern und des Kindes vor unerwünschten Störungen nach der Adoption wurde von der Rechtsprechung für erlaubt erklärt, wenn auch ein Bedenken dagegen bestehen bleibt, daß die leiblichen Eltern ihre Zustimmung zur Abgabe des Kindes an eine Person erteilen, die sie nicht kennen. Sie sind nun einmal vor ihrem Gewissen verpflichtet, wenn sie schon aus schwerwiegenden Gründen sich von ihrem Kinde trennen, die Qualifikation der Wahleltern nach bestem Können zu prüfen.
Abzulehnen ist ohne Einschränkung die Blankoadoption, die in neuester Zeit von einzelnen Gerichten zugelassen wird. Sie geht noch einen Schritt weiter und erklärt die Einwilligung der Eltern zur Adoption des Kindes durch eine Person, die noch nicht feststeht (Adoption durch Unbekannt), für zulässig. Eine solche Adoption ins Blaue widerspricht unserem sittlichen Empfinden und ist mit der naturrechtlich gegebenen Stellung der Eltern unvereinbar. Alle zu ihrer Begründung vorgetragenen Erwägungen können nur dem Wunsch entspringen, Kinder bequem, schnell und unter Ausschaltung etwaiger unvorhergesehener Zwischenfälle zur Adoption zu bringen. Einen solchen Zwischenfall sieht man u. a. in einem Gesinnungswechsel der zunächst der Adoption zustimmenden unehelichen Mutter, einen Gesinnungswechsel, den wir doch nur begrüßen und fördern können. Es sollte also gelingen, die gesetzliche Anerkennung der Blankoadoption zu verhindern.

Die konfessionsgleiche Adoption

Gegenstand großer Sorge aller in der Adoptionsarbeit stehenden christlichen Kräfte ist die Adoption von Kindern in Familien gleicher Konfession, da das geltende Recht keine genügende Sicherheit gibt, sie durchzusetzen. Solange leibliche Verwandte vorhanden sind, können diese in der Auswahl der Adoptiveltern die konfessionsgleiche Adoption sichern. Bei Waisen entscheidet der Vormund über die Wahl der Adoptiveltern. Es gibt z. Zt. keine gesetzliche Bestimmung, die dem Vormund ebenso, wie es ihm im Pflegekindschaftsrecht vorgeschrieben ist (§ 33 JWG), zur Pflicht macht, die Bekenntnisgleichheit zwischen Kind und Wahleltern zu achten. Es liegen Entscheidungen von Gerichten aus neuester Zeit vor, die der Bekenntnisgleichheit eine gewichtige, aber keine ausschlaggebende Bedeutung zuerkennen und die Adoption trotz Bekenntnisverschiedenheit bestätigt haben. Diese Lücke muß das neue Gesetz schließen.
Darüber hinaus sollte eine gesetzliche Sicherung geschaffen werden, die den Willen der leiblichen Verwandten und das bestimmte Bekenntnis des Kindes für die Zukunft in der Weise festlegt, daß den Adoptiveltern die einseitige Änderung des religiösen Bekenntnisses des Kindes untersagt ist. Dies ist deshalb erforderlich, weil die Adoption bedingungsfeindlich ist und frühere Zusagen die Adoptiveltern nach der Adoption nicht binden.

Die Anbahnung der Adoption

Bei der Endgültigkeit des Adoptionsverhältnisses ist der Vorschlag zu unterstützen, der vor allem von Kreisen der Jugendfürsorge ausgeht, daß nämlich jeder Adoption ein mindestens einjähriges Pflegeverhältnis vorausgehen sollte. Dieses soll Gelegenheit geben, das Einleben des Kindes in der Adoptionsfamilie abzuwarten. Außerdem soll bis zum Ablauf der Wartefrist den leiblichen Verwandten die Möglichkeit des Rücktritts vom Adoptionsvertrag offen stehen. Hiermit wäre der überstürzten Kindesabgabe ein Riegel vorgeschoben.
Die Adoptionsvermittlung gehört seit Jahrzehnten zum Bereiche der kirchlich-caritativen Wohlfahrtsarbeit. Bis zum Jahre 1924 war sie ausschließlich den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege vorbehalten. Erst später folgte die Vermittlung durch die öffentliche Jugendhilfe. Das nationalsozialistische Regime beseitigte durch Gesetz vom 19. 4. 1939 die Adoptionsvermittlung der freien Verbände und schuf das Monopol der NSV-Stellen. Erst durch das Gesetz über die Vermittlung der Annahme an Kindes Statt vom 29. 3. 1951 (BGBl I S. 214) wurde dieses Unrecht beseitigt und die Innere Mission, der Deutsche Caritasverband und die Arbeiterwohlfahrt neben den behördlichen Adoptionsvermittlungsstellen zur Vermittlung wieder zugelassen. Im Hinblick auf die Unzulänglichkeit des geltenden Rechts in der Sicherung der religiösen Er-

ziehung des Adoptivkindes kommt der sorgfältigen Auswahl sittlich-religiös verantwortungsbewußter Adoptiveltern besondere Bedeutung zu, die durch die zentral geleitete Adoptionsvermittlung des Deutschen Caritasverbandes für den katholischen Bereich nunmehr wieder gesetzlich gesichert ist.
Überdies ist zu erwarten, daß gem. § 1 Abs. 3 des Gesetzes noch weitere Fachverbände der Freien Wohlfahrtspflege zur Adoptionsvermittlung zugelassen werden.

Weitere Reformwünsche

Dringend gefordert wird die Vereinfachung des Adoptionsverfahrens durch Verringerung der beteiligten staatlichen Stellen. Die Bearbeitung eines Adoptionsfalles durch vier bis sechs Behörden erfordert eine Dauer von 1½ bis 2 Jahren. Die Vereinfachung sollte aber nicht dazu führen, das Verfahren einer einzigen Stelle zu überlassen, weil Zweifel bestehen, ob die mannigfachen und schwerwiegenden Fragen von einem einzigen Beamten sachgerecht beurteilt werden können.
Weitere Änderungsvorschläge betreffen eine unseren heutigen Auffassungen entsprechende Regelung des Namens des Adoptivkindes. Nach geltendem Recht erhält z. B. das Adoptivkind einer verheirateten oder geschiedenen Frau grundsätzlich den Mädchennamen der Frau. Beseitigt werden soll die heute noch notwendige Einwilligung des Ehegatten eines verheirateten Annehmenden nach Trennung oder Scheidung der Ehegatten.
Gesetzlich zu regeln ist die Streitfrage, ob der uneheliche Vater nach der Adoption weiter zur Unterhaltsleistung verpflichtet bleibt. Hier steht Gerichtsentscheidung gegen Gerichtsentscheidung.
Der Gesetzgeber wird auch die Frage klären müssen, inwieweit Ansprüche, die dem Kinde durch die leiblichen Eltern auf Grund der Sozialgesetze und Beamtengesetze zustehen, nach Adoption erhalten bleiben.

Aus der Ökumenischen Bewegung

Die Lehrzuchtordnung der Ev. Landeskirche in Württemberg

Zur Erhaltung der „reformatorischen Wertung" der Hl. Schrift

Durch exegetische wie dogmatische Besinnung wurden viele evangelische Theologen zu der Erkenntnis geführt, daß auch die evangelische Verkündigung nicht auf der Heiligen Schrift unmittelbar beruht, sondern auch auf einer lebendigen Lehrtradition. (Vgl. z. B. unsere Meldung „Schrift und Tradition" S. 487.) Die Konfrontierung der protestantischen Lehrtradition mit der Heiligen Schrift wurde in den letzten zwei Jahrzehnten intensiver denn je betrieben, weil die Kirche selbst durch die politischen Mächte gefordert war. Offensichtliche Fehlinterpretationen wurden in Frage gestellt. Die biblische Theologie hat in breiter Front das „reformatorische Verständnis" der Heiligen Schrift — oder was man im 19. Jahrhundert dafür hielt — durchbrochen. Die „Herder-Korrespondenz" hat es sich von jeher zur Aufgabe gemacht, gerade diesen Prozeß der Besinnung zu beleuchten. Darin spielt auch das Forschen nach dem Wesen der Kirche im Neuen Testament eine beträchtliche Rolle. Denn man möchte das seit der Reformation verlorene Lehramt zurückgewinnen. Noch 1930 klagte der damalige Generalsuperintendent Dr. Otto Dibelius in seinem „Jahrhundert der Kirche", daß sich die evangelische Kirche zu ihrem Schaden des Lehramtes begeben habe. Früher als gedacht, war man genötigt, dieses Lehramt zu improvisieren: die Synoden der „Bekennenden Kirche" nahmen es seit 1934 wahr, sogar sehr kräftig. Sie taten auf Grund der „Theologischen Erklärung von Barmen", welche die Heilige Schrift gegen die Deutschen Christen in Schutz nahm, den Reichsbischof mit seinem Anhang in den Bann. Das war Lehrzucht im großen Stil, wenn sie auch nicht unmittelbare Rechtsfolgen hatte. Freilich haben die Lutherischen Kirchen die bekenntnisartige Barmer Erklärung bis heute nicht als verbindlich anerkannt, teils weil der Kirchenbegriff, den dieses Dokument vertritt, das sogen. „Bruderrats-System", einen gesetzlichen reformierten Einschlag hat, teils weil der Beschlußantrag der Barmer Synode vom Mai 1934 nicht zur Ausführung gelangt ist, nämlich diese „Theologische Erklärung" durch bekenntnisbestimmte Konvente verbindlich auszulegen. (Vgl. dazu Herder-Korrespondenz Jhg. 2, Heft 5/6, S. 266.)
Seit 1945 versuchte die „Bekennende Kirche", die Barmer Erklärung zum verfassungsmäßigen Bestandteil der Lehrverpflichtung bzw. des Ordinationsgelübdes zu machen, was in den Landeskirchen auf dem Boden der Altpreußischen Union und in Hessen weitgehend gelungen ist (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 3, S. 522f. und 574). Die Verfassung der Landeskirche von Berlin-Brandenburg fordert aber ausdrücklich, „die geltenden Bekenntnisse immer wieder an der Heiligen Schrift zu prüfen", und nicht, sie der Heiligen Schrift überzuordnen. Inzwischen sind neue theologische Bestrebungen wach geworden, von denen sich manche an der Macht befindlichen Kreise vielleicht bedroht fühlen. Die biblische Besinnung hat hier und da zu sogenannten „katholisierenden Bestrebungen" geführt, ein Vorwurf, den Landesbischof D. W. Stählin schon vor fünf Jahren erfolgreich zurückgewiesen hatte (vgl. seine Schrift im Schwabenverlag). Neuerdings ist eine Art Neoliberalismus unter Führung von R. Bultmann im Vordringen, über dessen Abwehr wir unlängst berichtet haben. Landesbischof D. Martin Haug, Stuttgart, hat sich durch seinen wahrhaft bischöflichen Hirtenbrief gegen die Entmythologisierung des Neuen Testaments einen guten Namen gemacht. Die lutherischen Landesbischöfe der VELKD werden dieses brennende Problem erst auf ihrer Generalsynode 1952 zur Entscheidung stellen. D. Haug hat inzwischen auch von der württembergischen Landessynode eine „Lehrzuchtordnung" beschließen lassen und am 26. Februar unterzeichnet. Zusammen mit Ausführungsbestimmungen wurde sie u. a. im Amtsblatt der EKD Nr. 5 vom 15. Mai 1951 Ziff. 64/65 veröffentlicht. Damit ist innerhalb der EKD ein Präzedenzfall kirchlicher Gesetzgebung geschaffen, der größte Aufmerksamkeit verdient.

Versunkene Vorbilder?

Es gibt allerdings in der neueren Geschichte der evangelischen Kirchen zwei andere Fälle, die möglicherweise dem schwäbischen Gesetzgeber vor Augen standen, das „Irrlehregesetz" der Altpreußischen Union vom 16. März 1910 und ein analoges Gesetz der lutherischen Landeskirche in Bayern von 1922. Beide richteten sich gegen liberale Pfarrer, die das Apostolicum nicht mehr anerkennen konnten, wurden aber jeweils nur ein einziges Mal zur Anwendung gebracht, weil Universitätstheologen wie Pfarrer sich gegen eine derartige Lehrgesetzlichkeit auflehnten. Das hatte noch 1921 seine Nachwirkung bei der Beratung der Präambel zur Verfassung der Kirche der Altpreußischen Union, ein Text, der die Bekenntnisgrundlagen zusammenfaßte und zu dem amtlich erklärt werden mußte, daß er nicht dazu dienen solle, Geistliche zu maßregeln. Eigentlich hatte jenes „Irrlehregesetz" einen humanen Zweck. Man wollte durch Bildung eines Spruchkollegiums den angeklagten Pfarrer vor der Schande eines Disziplinarverfahrens bewahren, das ihm seine Pension gekostet hätte. Die Absetzung vom Amt im Falle Jatho wie im Falle Knote beließ den ausscheidenden Geistlichen das Pensionsrecht. Man wollte Gewissensfragen nicht als Machtfragen behandeln, wie es in der damaligen Literatur hieß. Die Entscheidung des Spruchkollegiums hatte die Frage zu beantworten, ob „ein Geistlicher in seiner amtlichen oder außeramtlichen Lehrtätigkeit mit dem Bekenntnis der Kirche dergestalt in Widerspruch getreten ist, daß seine fernere Wirksamkeit innerhalb der Landeskirche mit der für die Lehrverkündigung allein maßgebenden Bedeutung des in der Heiligen Schrift verfaßten und in den Bekenntnissen bezeugten Wortes Gottes unvereinbar ist." Die Stuttgarter Lehrzuchtordnung hat allerdings ein ganz anderes Gesicht.

Wer ist gemeint?

Obwohl es ihr mit der Wahrheit sehr viel ernster ist, enthält sie eine Bestimmung, wonach der gemaßregelte Pfarrer das Recht auf Versorgung verliert, von einem vorübergehenden Unterhaltszuschuß abgesehen. Aber das gehört wohl nicht zu ihrem Wesen. Die Präambel entschuldigt sich zunächst: „Der wachstümlichen Vielfalt der inneren Entwicklung zu Christus tritt die Ordnung nicht entgegen, und sie hindert nicht die Entfaltung des Reichtums der einen evangelischen Wahrheit, wie sie auch die Möglichkeit bestehen läßt, die unverrückbare Botschaft von Jesus Christus, dem alleinigen Herrn der Kirche, in mancherlei Begriffe zu fassen. Deshalb beschränkt sich die Ordnung darauf, in solchen Fällen Abhilfe zu schaffen, in welchen es offenkundig zur Frage geworden ist, ob nicht ein Amtsträger die Grundlage seines kirchlichen Auftrags preisgegeben hat." Als Grundlage der Kirche gibt § 1 „die Heilige Schrift und die Bekenntnisse der Reformation" an. Vor Einleitung des Ermittlungsverfahrens soll in brüderlichem Gespräch versucht werden, den Anstoß zu bereinigen, daß ein Pfarrer „das biblische, reformatorisch verstandene Evangelium von Jesus Christus in entscheidenden Grundzügen preisgibt oder menschlichen Ansprüchen unterstellt . . ." (§ 2). Gelingt das nicht, so werden von einem unabhängigen Beamten der Kirche die Unterlagen für das Spruchverfahren ermittelt, das einem Spruchkollegium von neun Persönlichkeiten unter dem Vorsitz des Landesbischofs übertragen ist. Die Entscheidung dieses Kollegiums muß mit mindestens sechs Stimmen Mehrheit getroffen werden, und sie hat festzustellen, „ob der Betroffene das biblische, reformatorisch verstandene Evangelium von Jesus Christus in entscheidenden Grundzügen preisgibt oder menschlichen Ansprüchen oder Gedanken unterstellt" (§ 10). Was diese schwer greifbare Formel zu bedeuten hat, erklären die Ausführungsbestimmungen zu § 10:

„36. Preisgeben ist insbesondere ein Bekämpfen, krasses Entstellen oder Fallenlassen dessen, was in § 1 des Kirchenverfassungsgesetzes als die unantastbare Grundlage der kirchlichen Arbeit und Gemeinschaft bezeichnet wird.

37. Das Unterstellen des biblischen, reformatorisch verstandenen Evangeliums von Jesus Christus unter menschlische Ansprüche und Gedanken wird beispielsweise in Lehren und Verhaltensweisen sichtbar, wie sie in der ‚Theologischen Erklärung von Barmen' vom 31. Mai 1934 verworfen werden. (Der Text des Dokumentes ist im Anhang abgedruckt.)

38. Die entscheidenden Grundzüge des Evangeliums von Jesus Christus kennzeichnen die Arbeit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in ihrem Unterschied zu katholisierenden Bestrebungen, ferner zum Enthusiasmus und Perfektionismus der Schwärmer wie auch zu allen anderen Gedanken und Ansprüchen, die sich der Mensch zurechtgelegt hat, um die Botschaft des Evangeliums vermeintlich zu ergänzen oder auch um den Inhalt des Evangeliums dadurch zu begrenzen. Als entscheidend ist anzusehen, was die Verkündigung und Lehre eines Amtsträgers als evangelisch kennzeichnet. Dazu gehört, daß sie vereinbar ist mit der reformatorischen Wertung der Heiligen Schrift . . . (folgt Zitierung von ‚sola scriptura, sola gratia, sola fide')."

Nicht unerwähnt sei, daß die Ordnung keine Berufungsinstanz vorsieht, womit ein Elementargrundsatz moderner Rechtspflege wie auch des Kanonischen Rechtes übersehen worden ist! Warum hat es sich der Landesbischof entgehen lassen, als die höhere Instanz zu amtieren? Ein vom Gesetzgeber nicht beabsichtigter Schönheitsfehler mag schließlich darin liegen, daß eine derzeit zum Spruchkollegium gehörende Persönlichkeit 1933 erster Berater des Reichsbischofs Müller war. Der Betreffende hat unterdes Buße getan und seinen Irrtum bekannt; aber spielen nicht in diesem Falle, da die evangelische Kirche einen so entscheidenden Schritt voran tun will, auch Fragen des Taktes eine Rolle?

Theologische und kirchenpolitische Probleme

Es wird keinen einsichtigen Beobachter im evangelischen oder katholischen Lager geben, der nicht bereit wäre, einen solchen Schritt zur Wiederherstellung lehramtlicher Verantwortung als eine entscheidende Etappe in der Bekundung des votum ecclesiae zu begrüßen und den Mut des Landesbischofs D. Haug zu bewundern. Andrerseits wird es nicht an Stimmen fehlen, die sich fragen, ob der Begriff der „reformatorischen Wertung" der Heiligen Schrift theologisch so unanfechtbar durchgeklärt ist, daß er ein legitimes Urteil gegen Geistliche gestattet, wenn sie etwa auf Grund wissenschaftlich erhärteter biblischer Exegese gewissensmäßig Lehrmeinungen in Frage stellen müssen, die bisher als gesicherte reformatorische Überlieferung galten. Insbesondere werden sich jene Geistlichen, die „katholisierender Bestrebungen" angeklagt werden — das scheint doch der aktuellste Anlaß zu sein! — fragen, ob durch ein Lehrzuchtgesetz ohne Berufungsinstanz (mit der empfindlichen Strafe des Verlustes aller Versorgungs-

ansprüche) einer notwendigen biblischen Besinnung Einhalt geboten werden darf zugunsten einer protestantischen Überlieferung, die sich über oder gar gegen die Bibel stellt (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 4, S. 351). Viele meinen, daß die Besinnung auf die biblische Legitimität mancher reformatorischer Thesen und Exegesen, z. B. des Römerbriefes, des neutestamentlichen Kirchenbegriffes, des Apostel- und des Petrusamtes, noch zu sehr im Fluß ist, als daß es jetzt schon möglich wäre, die Grenze abzustecken und ohne ein verwundetes Gewissen die Lehrzuchtordnung anzuwenden.

Wir müssen uns enthalten, auf Einzelheiten und Anwendungsfälle einzugehen. Es liegt unseres Wissens nicht in der Linie des Landesbischofs D. Haug, diese Ordnung zum Instrument jener politisierenden antikatholischen Umtriebe werden zu lassen, gegen die er manches warnende Wort gesagt hat. Indessen garantiert der Wortlaut der Lehrzuchtordnung nicht dafür, daß eine dem Frieden der Konfessionen abträgliche Anwendung ausgeschlossen wäre. Es scheint dem Gesetz jener Tropfen ökumenischen Öls zu fehlen, der seit Amsterdam ein so lebendiges Bewußtsein von der Schuld der Spaltung und von der Notwendigkeit der Einheit der Christenheit in Einer Kirche erweckt hat. Auch die sogen. „katholischen" Kirchen des Ökumenischen Rates könnten unter Umständen an einem solchen Gesetz Anstoß nehmen, das die Fortbildung ökumenischer Verantwortung blockiert. Man wird diese Zusammenhänge in Stuttgart kaum unterschätzen. Allerdings ist das Gesetz bisher ohne eine theologische Begründung geblieben, die wir gewiß noch zu erwarten haben. Sie könnte Mißverständnisse ausräumen, falls es dem Oberkirchenrat gelingt, jene ekklesiologischen Prinzipien einleuchtend zu entfalten, nach denen geurteilt werden soll.

Eine objektive Berichterstattung, die sich um das Verständnis der Christen untereinander bemüht, kann angesichts dieses großen Ansatzes folgendes nicht ungesagt sein lassen: Dieses wesentlich wohl von Juristen entworfene Gesetz soll einen protestantischen Lehrbegriff und den darauf beruhenden „kirchlichen Auftrag" verteidigen, es soll Geistliche, die ihrer Lehrverpflichtung vermeintlich untreu werden, bestrafen. Diesen Zweck kann es freilich erreichen. Es ist aber an keiner Stelle erkennbar, daß das Gesetz das Heil der Seelen, sei es der Seele des betreffenden Amtsträgers, sei es der Gemeinden, meint. Wird damit nicht der biblische Sinn einer Lehrzucht verfehlt, die einen Irtum bekämpft, um Irrende zu retten? So gäbe es an diesem Gesetz noch viel zu bedenken, bis es jenem hohen Bewußtsein ökumenischer Verantwortung voll Rechnung trägt, das heute so viele Christen erfüllt.

Was kann die Exegese zum Verständnis des Dogmas beitragen?

Im theologischen Gespräch zwischen den Konfessionen findet man immer wieder, bald in der Form resignierter Feststellung, bald mit dem Unterton drängender Mahnung, die Tatsache hervorgehoben, daß die katholische und die protestantische Theologie eine verschiedene Sprache sprechen und daß dieser Sprache ein je verschiedenes „Denkschema" zugrunde liegt (vgl. noch kürzlich: „Gibt es eine Verständigung über die Imago Dei?" Herder-Korrespondenz, Jhg. V, Heft 9). Es wäre gewiß viel gewonnen, wenn auf beiden Seiten die Voraussetzungen solcher Verschiedenheit in bestimmten Fragen ernstlich erörtert und geprüft würden. Es wäre aber vielleicht noch mehr gewonnen — und manche Ansatzpunkte sprechen heute dafür, daß auch diese andere Möglichkeit besteht —, wenn die Sache selbst, um die es geht, von der beiden Partnern gemeinsamen „Quelle", der Schrift, her neu „zur Sprache käme". Natürlich kann man diese Möglichkeit von vornherein bestreiten oder ihr keine positive Bedeutung beimessen, weil eben die Frage der Schrift und ihrer Erschließung als solche immer schon jenes strittige Vorverständnis enthalte. Dennoch wird niemand leugnen können, daß innerhalb des Protestantismus vor allem die biblische Theologie es gewesen ist, die Protestanten wie Katholiken zum Aufhorchen gebracht hat: weil in ihr ein theologisches Bemühen um das Zeugnis der Schrift zutage trat, in dem manche angeblich zum Wesen des Protestantismus gehörigen Denkvoraussetzungen bereits überwunden und aufgearbeitet erschienen, in dem sich aber zugleich — sicher als Frucht jenes ständigen und angestrengten Bemühens evangelischer Theologie um die Schrift — der eine oder andere Bereich der Wahrheit des Glaubens auch dem katholischen Theologen in einem neuen Lichte zeigte.

Im Folgenden soll auf eine Arbeit des Bonner Neutestamentlers Heinrich Schlier hingewiesen werden, die unter dem Titel „Kerygma und Sophia. Zur neutestamentlichen Grundlegung des Dogmas" soeben in der Zeitschrift „Evangelische Theologie" erschienen ist. Daß es darin um das Kerygma geht, läßt den Aufsatz in der gegenwärtigen Situation, wo die Evangelische Kirche den Streit um die „Entmythologisierung" auszutragen hat, als besonders bedeutsam erscheinen. Aber seine eigentliche Fragestellung ist durch die Konfrontation des „Kerygmas" nicht mit dem „Mythos", sondern mit der „Sophia" gegeben. Was trägt diese Konfrontation zur Klärung des Begriffs des Kerygmas bei, und was ist von daher für das Verständnis des Dogmas zu erwarten?

Der exegetische Ausgangspunkt

Die Untersuchung ist aus der Exegese des ersten Korintherbriefes erwachsen und erscheint auch in ihrer thematischen Form als Auslegung von Texten dieses Briefes. Das erklärt die in mancher Hinsicht ungewöhnliche Schroffheit der Aussagen. Denn in den ersten vier Kapiteln des ersten Korintherbriefes kommt freilich ein Thema zur Sprache, dem man auf den geläufigen Wegen des theologischen Denkens nicht oft begegnet. Paulus hat in diesen Kapiteln, wie Schlier einleitend zeigt, die Frage des Kerygmas als solche bewußt, ja pointiert behandelt, und zwar aus der bestimmten Situation der korinthischen Gemeinde. Von der Eigenart dieser Gemeinde her oder vielmehr von ihrem eigenartigen Grundverständnis des Evangeliums her erklärt sich die scharfe und polemische Fassung, die Paulus hier dem Kerygma-Begriff gibt. Die Spaltung der Gemeinde in verschiedene, um ihre Täufer und Lehrer gebildeten Konventikel, die Paulus zu seinem Schreiben veranlaßt, hat ihren Grund in einem abwegigen Verständnis des Evangeliums: als habe man es „bei ihm prinzipiell mit so etwas wie einem philosophischen Logos zu tun". In der Abwehr dieses Mißverständnisses aber liegt die Spitze jener Ausführungen des Apostels, die den Kern der folgenden Kapitel bilden und die in den berühmten Worten von der „Torheit des Kerygmas" gegenüber der „Weisheit der Welt" ihren prägnantesten Ausdruck finden. Dabei richtet

sich die Abwehr nicht nur gegen das eigenmächtige Streben nach Weisheit im Bereich der Offenbarung, sondern sie meint die „Sophia" schlechthin oder auch die Philosophie. Jedenfalls kann der Nachdruck, mit dem der Apostel hinzufügt, daß mit jenem verfälschenden Verständnis des Evangeliums die heilsame Wirkung des Kreuzes verlorengeht, keinen Zweifel darüber lassen, daß es hier um eine grundsätzliche Auseinandersetzung geht. Kerygma und Sophia — oder anders gesagt: Glaube und Gnosis, Glaube und Erkenntnis: das bedeutet die große beispielhafte Auseinandersetzung, die Paulus mit dem griechischen Christentum hat führen müssen, von der aus aber auch alle späteren Kämpfe der Kirche mit der geschichtlichen Erscheinung der Gnosis und mit jedem Versuch „philosophischer" Entleerung, Verwischung und Einebnung des Christentums zu verstehen sind.

„Weisheit der Welt" und „Torheit des Kerygmas"

Wie also steht es nach Paulus um die Sophia? Aus dem Zusammenhang heraus (und unter Heranziehung von Kol. 2, 8) läßt sich, wie Schlier zeigt, zunächst ermitteln, daß sie für Paulus die Selbsterfahrung und Selbstauslegung des Menschen bedeutet. Schon durch diese mehr formale Bestimmung wird deutlich, daß ein Verständnis des Evangeliums nach Maßgabe dieser Weisheit, also nach Maßgabe der philosophischen Tradition ein Mißverständnis bedeuten würde. Weiterhin wird in den Worten des Paulus auch der entscheidende Grund sichtbar, weshalb das Evangelium nicht in der Weise eines philosophischen Logos verkündet und verstanden werden darf: weil Gott diese „Weisheit" zur „Torheit" gemacht und durch das Kerygma ersetzt hat, und zwar — womit wieder der Grund für dieses letztere Argument angegeben wird — weil die Welt durch die Weisheit Gott nicht erkannt hat: sie hat ihre ursprüngliche Möglichkeit verpaßt. Die Auslegung des wichtigen Vers 21 a führt Schlier zunächst dazu, jene von Paulus hier vorausgesetzte ursprüngliche Weise, in der das Geschöpf des Schöpfers inne wurde, in eindeutigen Formulierungen zu kennzeichnen: „Es gehört wesentlich zum Geschöpf, ‚inmitten der Weisheit Gottes Gott durch die Weisheit zu erkennen' ... Gott hat die Welt durch seine Weisheit so geschaffen, daß sie im Glanze dieser Weisheit in sich auf ihren Schöpfer verweist. Inmitten der Schöpfungsweisheit Gottes steht der Mensch als Geschöpf in dem Licht, das ihn, das Geschöpf, die Weisung der geschaffenen Werke auf den Schöpfer vernehmen und so diesen erkennen läßt ..." Mit Hilfe der ergänzenden Aussage von Röm. 1, 21 wird aber auch gezeigt, wie es zum Verlust dieser ursprünglichen Möglichkeit kommt: der Mensch, so wie er in der Geschichte vorkommt, vollzieht in und unter seinem Erkennen nicht mehr die Anerkennung Gottes als des Schöpfers, d. h. er verweigert Gott das Ansehen und den Dank. Damit aber ver-eitelt der Mensch sein Erkennen. „So ist das Ergebnis solchen Erkennens in der Tat Torheit, ver-eitelte, weil eitle Weisheit."

An dieser Stelle wirft Schlier selbst als Einwand die Frage auf, wieviel der Apostel von der griechischen Philosophie gekannt hat, d. h. also, ob sein scharfes Urteil sich auch auf diese bezieht. So gewiß Paulus weder die Vorsokratiker, noch Sokrates, Plato und Aristoteles gekannt hat, sondern „höchstens eine fragmentarische oder überfremdete Tradition vom einen oder anderen", so gewiß hätte er doch auch bei genauer Kenntnis von ihnen sein Urteil nicht korrigiert: „die Torheit oder Eitelkeit der Sophia ist die einer allgemeinen geschichtlichen Befangenheit". Das schließt freilich nicht aus, daß es für Paulus Unterschiede dieser tatsächlichen Befangenheit gibt. Mit Bezugnahme auf Röm. 1, 20 („das Unsichtbare Gottes wird von der Schöpfung der Welt her an dem Geschaffenen denkend wahrgenommen") erklärt Schlier ausdrücklich, daß dieser Satz „nicht nur die wesenhafte Möglichkeit der Wahrnehmung Gottes als der ewigen und allmächtigen Schöpfergottheit einschließt, sondern auch dies, daß solche vernünftige Wahrnehmung die auf dem Selbsterweis Gottes in seiner Schöpfung beruht, bei den Heiden tatsächlich vorkommt ..." Freilich nur so, daß sie sich „nie klar, nie ganz und nie überall durchhält, sondern durch das undankbare Absehen des Menschen von Gott im Ansehen seiner selbst im Vorgang des Denkens sich notwendig ins Trübe, Fragmentarische und Vereinzelte verliert und das Urteil über das tatsächliche Denken des Menschen in seiner Geschichte dies sein muß: ‚ihre Erwägungen wurden vereitelt'."

Dieser „Weisheit der Welt" stellt Paulus die „Torheit des Kerygmas" entgegen. Das Kernstück der Abhandlung Schliers bildet eine prägnante und inhaltschwere Bestimmung des Begriffs des apostolischen Kerygmas, und zwar im Hinblick auf die bekannte Fassung der apostolischen Überlieferung, die Paulus in einem späteren Abschnitt des ersten Korintherbriefs (15, 1—11) anführt. Schliers Ausführungen verzichten darauf, ausdrücklich in den Streit um die Entmythologisierung einzugreifen; sie sprechen nur von der Sache selbst, um die es geht. Wer aber jenen Streit kennt, wird eben in dieser rein sachlichen Darlegung erkennen, welche Position hier ein Theologe aus der Schule Bultmanns bezieht. Wichtig ist einmal der Aufweis, daß im apostolischen Kerygma, so wie es die Sätze 1 Kor. 15, 1—11 enthalten, die Auferweckung Christi Jesu von den Toten (als „Inhalt" und „Grund" des Kerygmas), die Erscheinung des Auferstandenen vor den Zeugen und das Zeugnis der Zeugen zusammengehören als „drei Weisen der einen Offenbarung, die unlösbar einander bedingen". „Es ist für das Neue Testament und für Paulus eindeutig, daß die Auferweckung Jesu Christi von den Toten die äußerste und eigentliche Offenbarung der durch die Geschichte verborgenen Wahrheit im Vorläufigen der Welt ist. Es ist für sie aber ebenso gewiß, daß diese Vorausnahme der Offenbarung der einmal im Endgültigen sich aufdeckenden Wahrheit in der Aufnahme in das von der Sache her exklusive Wort der apostolischen Zeugen geschah. In diesem kam die Offenbarung der Wahrheit ‚zur Sprache' und ‚zu Wort' als Überlieferung ..." Damit ist das apostolische Kerygma als „Offenbarungslogos" gekennzeichnet. Die weiteren Ausführungen ziehen dann die inhaltliche Folgerung: das Kerygma ist als die Proklamation der Auferweckung Christi Jesu von den Toten zugleich „die Proklamation des Grundes und Anfanges einer neuen Welt und Geschichte, der Welt und Geschichte, die auf diese Vernichtung des Todes in Christus Jesus hin lebt und in der es dadurch Auferstehung von den Toten gibt. Diese Proklamation selbst und also das Kerygma ist dabei die neue Tradition, aus der sich nun die Welt und Geschichte verstehen kann, aus der sie sich als neue Welt und Geschichte, in ihrer realen neuen Möglichkeit, mit einer neuen, echten, von Gott erschlossenen Zukunft verstehen kann. Daß es aber einen neuen, realen Grund einer neuen, realen Welt mit einer neuen, realen, todesüberlegenen Zukunft gibt und eine neue Tradition, in der sich

diese neue Welt begreift, das ist im Sinne der Welt und ihrer Tradition grundlos und unbegründbar." Schlier betont von Anfang an in seinen Darlegungen, daß der Gegensatz „Kerygma-Sophia" nur dann in seiner prinzipiellen Bedeutung gesehen werden kann, wenn man das Kerygma in dieser Weise versteht. Aber man sieht aus solchen Formulierungen, wie er sie gibt, deutlich, daß man auch umgekehrt sagen muß: das Kerygma als solches, d. h. als die Eröffnung der „Tradition" eines neuen Äons, kann in seiner absoluten, die neue Welt ständig heraufführenden Macht und in seinem auch im Wort der Zeugen sich durchhaltenden Offenbarungscharakter nicht klar erkannt werden, wenn man es nicht auf dem Hintergrund jener Befangenheit der Welt und der Menschen in ihre Weisheit, in ihre Tradition, in ihre, nur nach Maßgabe ihres Eigenen, d. h. aber die Wahrheit, aufs Ganze gesehen, immer schon vereitelnden Denkens sieht. Gegenüber dieser in unstillbarem Umherschweifen (dem „Disputieren") sich mühenden „Weisheit der Welt" tritt der konkrete Sinn des Glaubensgehorsams hervor: das apostolische Kerygma und sein Anspruch, die authentische und genaue Überlieferung des Ursprungs der neuen Welt und Geschichte zu sein, muß fraglos anerkannt und angenommen werden. Der Glaube ist primär Unterwerfung.

Schlier macht aber noch ein Zweites deutlich. Indem er den authentischen, normativen, zur einheitlichen Formulierung drängenden, entfaltbaren Charakter des Kerygmas aufzeigt, macht er auch den Zusammenhang sichtbar zwischen dem Kerygma als schriftlicher oder mündlicher apostolischer Verkündigung und Überlieferung und den sich formenden Symbolen der Kirche, die dann in strittigen Fällen ihrerseits „zum Regulativ der Tradition, zur regula fidei" werden. „Dann aber ist in diesem Kerygma der Sache nach nichts anderes angelegt, als das, was man in der späteren Theologie *dogmata fidei* oder kurz: Dogma nennt. Denn die beiden wesentlichen Elemente des Dogmas, die *veritates a Deo revelatae et ab ecclesia propositae*, mit allem, was sie einschließen, machen auch das Wesen des Kerygmas aus. So können wir also sagen, bei allem Vorbehalt, der einer historischen Identifizierung von Kerygma und Dogma gegenüber zu machen ist: Paulus meint, daß es in der jetzigen Weltsituation das Dogma gibt, das jede ‚Weisheit' der Welt zur Torheit gemacht hat, zu einer anachronistischen Torheit."

Von dieser Grundvoraussetzung her legen die Schlußabschnitte der Abhandlung auch positiv die „Weisheit des Glaubens" dar. Denn es ist ja nicht etwa nur, wie Schlier ausführt, in einem ungefähren Sinn gemeint, daß Paulus in 1 Kor. 1, 30f. von Christus sagt, „daß er uns Weisheit geworden ist von Gott her". Das Kerygma läßt den, der es in seiner konkreten Aussage, also etwa im Taufsymbol, annimmt, auch in seiner Erkenntnis „in Christus" sein, d. h. es ermöglicht ihm auch als Erkennendem eine grundlegend neue Weise des Daseinsvollzugs. Der Ausweis dieses neuen Erkennens ist, daß der Mensch in ihm vom „Rühmen" befreit wird. Freilich setzt das voraus, daß die Verkündigung und entsprechend die Annahme des Kerygmas das Wagnis der „Unterlegenheit" in der Welt des Geistes auf sich nimmt. Erst diesem Wagnis kann der „Beweis" der „Kräfte" folgen: „Kerygma und ‚Gaben', Kerygma und ‚Zeichen und Wunder' gehören zusammen". Daß damit auch und gerade die Gabe der Gnosis und des Logos in einem ganz realen Sinn gemeint ist, macht ein letzter Abschnitt deutlich, der vom Charisma der Weisheit handelt, in dem „die Weisheit Gottes aus dem Kerygma und dem auf alle Weisheit der Welt verzichtenden Glauben" eingeht eben in eine „neue Weisheit, die der Glaubende weise sagt", die aber wesentlich das Charisma der Weisheit der Liebe ist. „Die Sophia, die der Apostel meint, die als Gabe sich am Kerygma entzündet, ist die Weisheit der Liebe. Aber was ist sie damit anderes als die wiedererwachte Weisheit der Schöpfung, in der das Geschöpf im Ansehen des Schöpfers ehrfürchtig und dankbar der liebenden Weisung der Schöpfung nachdachte? Was ist sie anderes als wieder ursprüngliches Nachdenken und Nachsagen des lichtend-versammelnden Wortes der Liebe?"

Folgerungen und Fragen

Überblickt man die Ergebnisse, zu denen die — hier nur ganz schematisch wiedergegebene — Untersuchung von Schlier führt, so scheint ein Dreifaches bedeutsam:

1. Von der Auseinandersetzung um das Kerygma her tritt das Wesen des Dogmas und seine Bedeutung für unsere Weltzeit in helles Licht. Das apostolische Kerygma und mit ihm das Dogma in seiner spezifischen Eigenart als „grundloser" Anspruch, der an den Menschen ergeht, bedeuten die „Rettung" des Menschen, die Rettung aus jener Selbstbefangenheit, in der sich der Mensch auch als Erkennender aus dem Eigenen versteht. So gesehen, rückt die Auseinandersetzung des Apostels Paulus um das Kerygma neben die andere große Auseinandersetzung, die der Apostel hat führen müssen und die man meist allein sieht, nämlich die mit dem judaistischen Christentum um das Verständnis von Gnade und Gesetz, Glauben und Werken. Beide Probleme durchdringen einander. In beider Hinsicht gilt der hartnäckige Kampf des Apostels gerade jenen Christen, die nicht einfachhin den Glauben ablehnen, sondern ihm mit einem Vorverständnis begegnen, das ihn verfälscht. In beider Hinsicht gibt es darum auch, wie Schlier nachdrücklich betont, in Christus das Freiwerden von der menschlichen Selbstbefangenheit. Weiterhin wird deutlich, daß die Absage an das Dogma, die die Einheit der Kirche auflöst, ihren letzten Grund in der Verhaftung an selbstgewählte religiöse Überzeugungen hat, die nach der Weise der „Weisheit der Welt" die Unterschiede ihres jeweiligen Logos gegeneinander ausspielen. Das Dogma ist also prinzipiell etwas anderes als eine formale und intellektuelle nachträgliche, darum nur sekundär bedeutsame Fixierung der Heilstatsachen. Es gibt in dieser Welt durch die Ankunft des Dogmas wieder Erkenntnis der Wahrheit. Und „daß es sie ‚wieder' gibt, ist ein Zeichen, in welcher Gnade dieser Äon steht: in der Gnade, ‚gerettet' zu werden". Dieses — wie man sieht, im Grunde eschatologische — Dogma zu leugnen oder preiszugeben oder stillschweigend neben ihm her eine eigene Erkenntnis zu erstreben, bedeutet ein Sich-wieder-herausstellen aus der mit ihm gegebenen neuen Weltsituation. Die Folgerungen, die sich von hier aus für die Geschichte des abendländischen Geistes ergeben, sind freilich in dem Aufsatz von Schlier nur so flüchtig angedeutet, daß sie kaum vor Mißverständnissen aus dem Bereich der Philosophie und der Wissenschaften sicher sein dürften.

2. Durch den besonderen Gang der Untersuchung erhebt sich nun aber auch in neuer Weise die Frage nach dem, was man „natürliche Theologie" nennt und was zumeist nur ein bescheidenes und eingeengtes Dasein im Rahmen der Lehrbücher fristet. Es muß an Schliers Darlegungen auffallen, daß bei aller Schärfe, mit der die paulinische

Aussage über die geschichtliche Erkenntnis des Menschen unverkürzt und unverdeckt wiedergegeben wird, anderseits doch auch — im Anschluß an jene andere Aussage des Apostels — die wesenhafte Möglichkeit der Wahrnehmung Gottes als des Schöpfers im strengen Sinn anerkannt und darüber hinaus eine faktische, freilich getrübte, sporadische und fragmentarische Gotteserkenntnis im natürlichen Denken der Heiden festgestellt wird (wie analog nach Röm. 2 ein Wissen um das Gute bei den Heiden möglich ist). Wenn im Zusammenhang des Ganzen das Gewicht mehr auf jene Sätze fällt, in denen von einem „unfehlbar mit dem Vorgang des Denkens sich einstellenden Versagen" gesprochen wird, so daß „kraft eines vorgängigen und mit dem Vorkommen des Menschen vorkommenden Undanks das menschliche Denken immer wieder dem Anschein der Dinge erliegt", so darf man dabei nicht vergessen, daß diese Frage des geheimnisvollen Undanks des Geschöpfs dem biblischen Theologen durch die Schrifttexte besonders nahegelegt wird und daß ihre Beantwortung, d. h. aber der Aufweis eben der geschichtlichen Situation des Menschen heute — unbeschadet jener vom Vaticanum definierten sicheren „natürlichen" Gotteserkenntnis — besonders dringlich geworden ist. Dieser Aufweis des „Geschicks" des menschlichen Denkens wird von Schlier offenbar auf die „Herausforderung" hin unternommen, die Heidegger an die Theologie hat ergehen lassen: formal und ausdrücklich in der vor zwei Jahren veröffentlichten Einleitung zu seiner zwanzig Jahre zuvor gehaltenen Antrittsvorlesung „Was ist Metaphysik?" („Ob die christliche Theologie sich noch einmal entschließt, mit dem Wort des Apostels und ihm gemäß mit der Philosophie als einer Torheit Ernst zu machen?"), vor allem aber auch dadurch, daß sein Denken, wie sich in den letzten Jahren immer wieder enthüllt, auf den „Anspruch des Seins" und damit auf die „Wahrheit des Seins" gerichtet ist. So ist denn anderseits nicht zu überhören, daß die eigentümliche Intensität in den Darlegungen des Bonner Theologen daher rührt, daß sie die Erlösung auch als „Wiederholung" der Schöpfung zu begreifen suchen; das erklärt aber wiederum, daß man neben jenen schroffen Äußerungen über die menschliche Erkenntnis anderen Formulierungen begegnet, die zunächst fast einen Widerspruch dazu darstellen („Vom Dogma erweckt, verschmelzen ‚natürliche' und ‚übernatürliche' Weisheit grundsätzlich, sofern erstere die jetzt freigelegte Weisheit des Geschöpfes, letztere die dargereichte Weisheit des Erlösten ist. Die Trennung der Weisheit in Philosophie und Theologie ist, wenn sie prinzipiell gemeint ist, eine Abstraktion ..."). Das alles mögen erst Anfänge sein, aber sie mögen Anlaß geben, daß auch von andern (vgl. in den Anmerkungen die Auseinandersetzung mit W. Kamlah's Aufsatz „Zur geistesgeschichtlichen Lage der Fundamentaltheologie" und mit B. Weltes „Zur geistesgeschichtlichen Lage der Fundamentaltheologie") in dieser Richtung weiter gefragt und gedacht und damit das ganze Problem der natürlichen Gotteserkenntnis in seiner Bedeutung für das Gesamtverständnis des Christlichen neu und unbefangen gestellt wird.

3. Indem aber an diesem Thema von Kerygma und Sophia die biblisch-theologische Untersuchung ihre besonderen und fruchtbaren Möglichkeiten erweist, stellt sich endlich aufs neue auch die Frage nach dem Verhältnis von Schrift-Aussage und Tradition für die theologische Erkenntnis. Die Schrift erschließt sich nur dem, der in der Tradition steht. Aber besteht, dies vorausgesetzt, hier nicht ein Wechselverhältnis, und ist uns heute nicht auch diese zweite Aufgabe aufgegeben, nun vom Zeugnis der im Geiste der Kirche gelesenen Schrift her und im Lichte dieses Zeugnisses die Tradition und ihre Stufen neu zu verstehen? Würde uns nicht, um nur ein Beispiel zu nennen, das von dem Gegenstand der hier erörterten Untersuchung her naheliegt, die Theologie der Väter in ihrem Urteil über die „Weisheit" manches zu sagen haben? Und würden wir uns dann nicht in mancher Hinsicht jener Verdeckung echter kirchlicher Tradition bewußt werden, über die soviel geredet wird, ohne daß die positiven Ansätze zum Durchbruch kommen, in denen dieser Prozeß rückläufig werden könnte?

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Mehr Muttersprache in der Liturgie

In dem Artikel: Mehr Muttersprache in der Liturgie (Herder-Korrespondenz Juniheft 1951, S. 402) lese ich: „Kein anderes Land der lateinischen Kirche ist bisher (sc. beim Gebrauch der Muttersprache bei der Spendung der Sakramente etc.) so privilegiert worden" wie die katholischen Diözesen in Deutschland. Das aber entspricht nicht den Tatsachen.

Papst Benedikt XV. hat im Jahre 1919 den Katholiken in Jugoslawien (also den Slowenen und Kroaten) die Übersetzung und den Gebrauch des gesamten Rituale Romanum in der (slowenischen und kroatischen) Muttersprache gewährt. Auf Grund dessen wurden dann auch die Rituale aller einzelnen Diözesen und Apostolischen Administraturen (17 im ganzen) redigiert. Seit damals werden also alle Sakramente (auch die hl. Firmung, wenn sie ein bevollmächtigter Priester ohne Bischofsrang spendet) und Sakramentalien: Begräbnisse, Prozessionen (auch die am Fronleichnamsfest mit den vier Evangelien), alle reservierten und nichtreservierten Benediktionen und Exorzismen ausnahmslos in der Muttersprache gespendet bzw. verrichtet. (Nur die forma communis absolutionis bei der Beichte wurde auf Anordnung der Bischöfe lateinisch gelassen.) Somit ist der Gebrauch der lateinischen Sprache beibehalten worden nur bei den liturgischen Funktionen nach dem Pontificale Romanum und bei der Messe (Missale Romanum). Aber bei feierlichem Amt wurde von Papst Benedikt XV. auch das Singen der Lektion (vom Subdiakon) und des Evangeliums (vom Diakon) in der Muttersprache eigens bewilligt. Außerdem wurde einigen

Diözesen in Kroatien (bes. Dalmatien) der seit Menschengedenken privilegierte Gebrauch der Muttersprache bei den liturgischen Funktionen nach dem Pontificale Romanum (z. B. die Spendung der Firmung in der lebendigen Muttersprache von seiten des firmenden Bischofs) als auch bei der stillen und gesungenen Messe (in der altslawischen Kirchensprache) bestätigt.

Nennenswert ist auch die vom Papst Pius XII. im Jahre 1944 bewilligte und approbierte Übersetzung des Codex Juris Canonici in die slowenische Sprache, welches Privilegium bis jetzt noch keiner Nation gewährt worden ist, und die slowenische Übersetzung von Univ. Prof. Prälat Dr. Alois Odar, mit der Berücksichtigung aller seit der Kodifikation veröffentlichten Kanonerklärungen von seiten der betreffenden Päpstlichen Interpretationskommission (erschienen in prächtiger Ausstattung in Ljubljana-Laibach), ist die einzige autorisierte Übersetzung des urlateinischen C. J. C. in der ganzen katholischen Welt.

Somit ist vom Heiligen Stuhl kein anderes Land der lateinischen Kirche bisher so privilegiert worden wie die katholische Kirche in Jugoslawien.

Tristach, P. Lienz, Osttirol
Generalvikar Msgr. Dr. Jos. S. Jagodic

„Das Tor zum Frieden"

Zu den Ausführungen, die Sie in Heft 9/1951 der Herder-Korrespondenz Liebeneiners Mariazeller Film „Das Tor zum Frieden" widmen, möchte ich im nachstehenden kurz Stellung nehmen.

Mit besonderer Betonung heben Sie diesen „religiösen" Film von den „spirituellen" Qualitäten ab, die in der Verfilmung von Bernanos' „Tagebuch eines Landpfarrers" zur Auswirkung gekommen sind. Sie nennen ihn einen Hymnus auf Mariazell, ein Dokument der Marienverehrung, und geben der Meinung Ausdruck, daß dieser Film sicherlich vielen Menschen zur Erbauung und zum Troste dient. Damit haben Sie das Positivum des Marienfilms schön gekennzeichnet, wie überhaupt Ihre Berichterstattung eine gerechte und klare Skizze des Filmwerks gibt. Selbst das dem Bericht angehängte theologische „Dennoch" mit seinen geistes- und zeitgeschichtlichen Seitenblicken wäre anzuerkennen, wenn Sie darin zu einem Ergebnis kämen, das — bei allem Gefühl für die augenblickliche Situation im interkonfessionellen Gespräch — das Marianum und Catholicon in befriedigender Rundung wahrt.

Zweifellos darf man es als Ereignis ersten Ranges ansehen, daß sich so würdige und verdiente Männer wie Propst Asmussen und Dr. Weiger im „Hochland" (April 1951) mit bedeutsamen Erklärungen über das neue Mariendogma begegneten. Mit Freude ist festzustellen, daß der Heilige Geist die starren Fronten der beiden Konfessionen in Bewegung gebracht hat und daß — unter einem neuerwachten Gehorsam gegen das Mandat des einen Herrn der Kirche — die Besten und die Frömmsten hüben und drüben aufeinander hören wollen.

Im vorliegenden Fall bleibt uns die von Weiger herausgestellte Unterscheidung zwischen der Ascensio Christi und der Assumptio Mariae wie auch seine Deutung des Marienlebens „im Licht der vollendeten Christusherrlichkeit" selbstverständlich. Bei alledem aber kann ein die religiöse Wirklichkeit ruhig überschauender Christ die Bedenken, welche Sie in diesem Zusammenhang an den Film „Das Tor zum Frieden" knüpfen, nicht teilen. Daß wir Maria „nicht neben Jesus stellen", dafür können wir theologisch den Nachweis erbringen; dagegen ist es uns nicht möglich zu verhindern, daß ein nur nach dem Augenschein urteilender Protestant je und je dazu neigt, unseren, die klare Lehre der Kirche bezeugenden Spruch als Theorie abzutun, den „Gegenbeweis" anzutreten und ihn auf scheinbar echte katholische Fakta zu stützen: eine einzige Kunstreise zu den bayrischen und österreichischen Barockkirchen genügt ihm zu der Behauptung, die katholische Volksfrömmigkeit stelle nicht einmal nur Maria neben Jesus, sondern sie gäbe ihr (wenn auch nicht der Doktrin nach, aber doch praktisch) den Vortritt vor dem Herrn.

Führende Protestanten werden natürlich solches Absurdum nicht behaupten. Aber die Frage Asmussens: „Tut ihr das nicht am Ende doch?" steckt voll Unsicherheit über das in der katholischen Marienverehrung tatsächlich Geglaubte. Unsere Aufgabe wird es sein und bleiben, die reine unverfälschte Lehre von Maria, der Mutter Gottes, dem eigenen Kirchenvolk sowohl als auch den aufmerksam herüberhorchenden getrennten Brüdern zu verkünden. Dabei werden wir eine gewisse Mißdeutung unserer Marienfrömmigkeit nie ganz ausräumen können. Zu einem Mariazeller Film wird nur der gebürtige Katholik wahren Zugang haben — trotz aller Dezenz der Darstellung und obwohl im „Tor zum Frieden" die theologische Frage richtig gestellt wurde und die Marienherrlichkeit sich dem Bewußtsein des frommen Beschauers einprägt als vom Kreuze empfangen und auf das Kreuz gegründet.

Wie der echte Protestant aus Eigenem nicht einmal die feine Unterscheidung zwischen Ascencio und Assumptio wahrnehmen und anerkennen wird, so fehlt ihm gemeinhin für eine gerechte Würdigung katholischer Marien-Volksfrömmigkeit gar das Organ. Im „Tor zum Frieden" wird er die durch Lichteffekte der Kamera gut gebrachte Verbindung von Mariengnadenbild und Kreuz schwerlich erkennen, wie ihm als wesensmäßig Draußenstehendem die allerschönsten und tiefsten, die seelenhaftesten Bindungen des Marienfilms verborgen bleiben müssen. Wo auf die vom gequälten Menschen gestellte Sinnfrage, auf das große „Warum?" das Stabat mater aufrauscht, kann vielleicht nur der Christ in den Schutzraum vollen Trostes gelangen, dessen Mutter bereits vor Gnadenbildern betete, ehe er selbst war, und der im Bild der Schmerzhaften Mutter von Kindertagen an den anderen Sinn des Leidens erkennt in der Opferheiligung und Erlösung durch Christus wie im Fiat der Schmerzenreichen, das sie — stellvertretend für die Menschheit — gesprochen hat.

Bei einer möglichen Verständigung über Lehrgegensätze der Konfessionen ist das Ärgernis an der katholischen Marienfrömmigkeit als unumgänglich mit in Rechnung zu stellen. Zu allen Trennungen der Lehre, die den Protestantismus kennzeichnen, gehört auch diese, die auf Luther selbst zurückgeht: „Christus allein ist König und Herr. Maria ist weder meine Königin, noch mein Trost, noch mein Leben." Wir können dem evangelischen Christen, der sich am Marianum stößt, nicht helfen, können unsere Marienfilme seinetwegen nicht anders gestalten. Der Teilinhaber der Wahrheit sieht diese im Ausschnitt, und das letztlich Christozentrische des Mariazeller Films verwischt sich ihm in den Lichtbahnen abendlicher Prozessionen, wird ihm verschlungen von dem jedes katholische Herz erfreuenden Lobgesang auf Maria. Wir könnten dem Protestanten bis zur Ermüdung wiederholen, daß wir in Jesus Gott, in Maria sein edelstes Geschöpf sehen, könnten

ihm sagen, daß katholische Marienverehrung in naiv-volkstümlicher Form nichts anderes ist als die Begeisterung darüber, daß eine unseres Geschlechtes von Gott zu so hoher Würde, Ehre und Macht erhoben wurde — er wird es niemals ganz verstehen, weil er den Blick für das Ganze nicht mehr besitzt.

In der Frage des Marianums haben die Theologen zur Klärung und zum Frieden das Menschenmögliche getan. Die neuere Literatur darüber füllt bereits Bände. Darum soll es nicht an uns sein, weiterhin auf die Nichtverstehenden zu schielen — ob ihnen recht oder schlecht dünkt, was wir von Maria gut und zur Ehre Gottes meinen; der Papst schielt auch nicht, sondern er verkündet laut vor Ohr und Auge der ganzen Welt das anstößige, in der Bibel nicht begründete Dogma von der Aufnahme Mariä in den Himmel. Wir sind getrost dabei, dem einen Lehramt der Kirche in der päpstlichen Entscheidung uns unterzuordnen und nicht daran gewiesen zu sein, die Wahrheit nach eigener Einsicht auszulegen.

Von unserer Kunst können wir nichts erwarten, und die Einigung der Christenheit wird schwerlich aus dem Lehrvergleich, eher schon aus dem Gebet erwachsen. Wir flehen zu Gott, dessen helfender und erleuchtender Gnade alles möglich ist, daß schließlich doch auch die evangelischen Christen etwas erkennen von dem tiefen heilsgeschichtlichen, von dem göttlichen Sinn des Marianums, daß sie vom Heiligen Geist mehr und mehr dahin geführt werden, einzusehen, daß es Gottes Interesse ist, was mit dem „Menschensohn" Jesus geschieht, daß es Gottes Interesse ist, wenn Er Maria zur Mutter des Sohnes auserwählt, und daß es Gottes erhabene und barmherzige Liebe ist, die den durch die Erbsünde erniedrigten und verlorenen Seinsstand des Menschen in der Gnade neu begründen wollte durch Maria, die Mutter der Lebendigen. Der Unsichtbare Gott des Alten Testamentes, der Deus absconditus (Pascal) ist im Sohne der Allerseligsten Jungfrau sichtbar geworden. In diesem wunderbaren, hienieden nie ganz zu ergründenden göttlichen Zusammenhang steht unser Mariengeheimnis, und aus ihm erklärt und bekräftigt sich die Tatsache der Marienheiligtümer in aller Welt, zu denen wir — Generation nach Generation —, von den Müttern geführt, wallfahren. Hier, an diesen ehrwürdigen Stätten der Marienliebe, entscheidet sich die innere, die Seelengeschichte der katholischen Familien — ein Faktum, das den Protestanten immer unbegreiflich bleibt. Wir müssen aber dazu stehen, müssen es bei der interkonfessionellen Begegnung bekennen, müssen sagen, daß uns kein Hymnus stark genug, kein Loblied erhaben genug ist, die Hochgebenedeite zu ehren und zu preisen.

Es tut uns leid, daß die Protestanten uns, des Marienlobs wegen, immer wieder gram sind. Aber wir können es nicht verheimlichen oder nur in der Kammer singen — unserer irenischen Bestrebungen wegen; es ist unserer Seele und unserem Wesen so „natürlich" und notwendig wie der Odem zum Leben. Dies aber hätten Sie, gerade in der jetzigen Situation, bei Ihrer Filmbesprechung kräftig, ehrlich, vollmenschlich erwähnen sollen.

Krefeld. *Arthur Klein*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

CHIFFLOT, T.-G. *Saint Thomas n'a-t-il rien à nous dire?* In: La Vie Intellectuelle Juli 1951 S. 4—25.

Die Frage der Gültigkeit der Theologie des hl. Thomas ist erneut aktuell geworden durch die Enzyklika Humani generis. Dieser Aufsatz nimmt ein neues Werk von M.-D. Chenu OP, das in das Werk des Aquinaten einführt, zum Anlaß, die Frage zu stellen, wie weit Thomas auch das neue Bewußtsein von der „Geschichtlichkeit" des Heilsvorgangs zu unterbauen vermag, und findet in der Theologie der Summa Thomas' Wissen um diese Geschichtlichkeit überall unausgesprochen zugrunde liegen.

H.A.R. *Re-Presenting the whole of Redemption.* In: Orate Fratres Bd. 25 Nr. 6 (Mai 1951) S. 260—267.

Eine kurze und instruktive Darlegung der Prinzipien der Mysterienlehre im Sinne Casels an Hand einer geistreichen Gegenüberstellung von Pinsk und Guardini.

SCHNEIDER, Reinhold. *Die Glaubwürdigkeit der Christen.* In: Die Besinnung 6. Jhg. Heft 3 (Mai-Juni 1951) S. 136—143.

Der Verfasser sucht in diesem Aufsatz seine Auffassung von der absoluten Verwerflichkeit des Krieges theologisch zu begründen.

THIEME, Karl. *Jérémie, traître à sa patrie.* In: Dieu Vivant Nr. 19 (2. Vierteljahr 1951) S. 17—36.

War Jeremias ein „Agent Nabuchodonosors", war er ein Pazifist und Utopist, als er Jerusalem zur Übergabe, seine Landsleute zum Überlaufen zum feindlichen Heer aufforderte? Nein, er verlangte nur, genau wie Jesus mit dem berühmten Wort: „Gebt dem Kaiser . . . und Gott . . .", daß die Herrschaft Gottes wichtiger als alles sei und man sich ihr nicht unter dem Vorwand der nationalen Revolution entziehe.

WELTE, Bernhard. *Vom Sinn und vom Segen der Armut.* In: Benediktinische Monatschrift Jhg. 27 Heft 5/6 1951 S. 211—221.

Aus der fundamentalen Situation des Menschen heraus, wesensmäßig arm und ohnmächtig und doch zu einem geheiligten Kampf gegen die Armut und Ohnmacht aufgerufen zu sein, wird der Durchbruch zur echten Übernahme, zur Seligkeit der Armut als der Grundzug des Glaubens sichtbar gemacht.

Philosophie

CONRAD-MARTIUS, Hedwig. *Entwicklungsgedanke und Metaphysik.* In: Neues Abendland Jhg. 6 Heft 7 (Juli 1951) S. 253—258.

Ein Rückblick auf eine Zeit, die sich metaphysikloser gebärdete, als sie im Grunde war. Der zunächst als Arbeitshypothese fruchtbare Entwicklungsgedanke führte notwendig in die Gegend der Metaphysik (Driesch, Bergson). Heute zeigt sich immer mehr, daß die Diskontinuität der Entwicklungsreihen unaufhebbar ist und daß der Kausalbegriff nicht durchträgt. Man muß daher schließen, „daß alles Existente eine ideelle, sinnhafte Grundlage hat" und daß nichts ohne eine transzendente Macht ins Dasein gelangen kann.

EGGERSDORFER, Franz Xaver. *Die Idee der Ganzheit und Einheit in der Erziehung.* In: Pädagogische Welt Jhg. 5 Heft 6 (Juni 1951) S. 229—241.

Die beiden Schlagworte werden hier von dem bekannten katholischen Pädagogen in ihrem wahren Sinn und in ihrer unterrichtspraktischen Bedeutsamkeit dargestellt. Sie werden auf dem Grunde eines dialektischen Dreischrittes in der geistigen Entwicklung (unbewußte Einheit — Spezialisierung — bewußte Einheit) gesehen. Dadurch erhalten sie ihren berechtigten Platz und werden vor schädlicher Verallgemeinerung bewahrt.

LOTZ, Johannes B. *Ist christliche Existenzphilosophie möglich?* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 9 (Juni 1951) S. 183—187.

Die zusammenfassende und typisierende Darstellung zeigt, daß die Existenzphilosophie, die auf die Rettung des Menschen aus ist und ihn in der Krisis vor die Transzendenz stellt, ihrem Wesen nach eine christliche Vollendung verlangt.

MARCEL, Gabriel. *Structure de l'espérance.* In: Dieu Vivant Nr. 19 (2. Vierteljahr 1951) S. 71—80.

Verhängnisvoll für das Verständnis des Phänomens Hoffnung ist die schon bei Spinoza zu findende Verwechslung von Hoffnung mit Wunsch, von Verzweiflung mit Furcht. Der Gegensatz zwischen Hoffnung und Verzweiflung ist vielmehr der zwischen „offener" Zeit und „geschlossener" Zeit. Verzweiflung ist geschlossen auch gegen den Anderen, Hoffnung geöffnet und an ein Wir gebunden. Der innerste Kern aller Hoffnung aber ist die Erwartung einer Auferstehung. (Vortrag, gehalten auf der Tagung der Semaine des Intellectuels Catholiques in Paris 1951.)

UTZ, Arthur Fridolin. *Die Krise im modernen Naturrechtsdenken.* In: Die Neue Ordnung Jhg. 5 Heft 3 (Juni 1951) S. 201—219.

Ein kenntnisreicher Überblick über das Rechtsdenken unserer Zeit, Der Verfasser bezweifelt den vielgerühmten Aufschwung des Naturrechts und sieht eher ein erneutes Abgleiten zum Positivismus, dem nur eine Besinnung auf thomistische „Ideenwissenschaft" entgegentreten kann.

Kultur

BLAJOT, Jorge, SJ. *Un libro de estilística.* In: Razón y Fe, Nr. 639, Bd. 143 (April 1951) S. 404—410.

Dámaso Alonsos „Poesía Española" ist nicht nur das 1950 erschienene Hauptwerk des heute bedeutendsten spanischen Literaturhistorikers, sondern außerdem selbst ein hellsichtiges Kunstwerk, minutiös und intuitiv in einem, und die beste Interpretation des hl. Johannes vom Kreuz als Dichter, weil Mystiker. So erweist sich der barocke Lyriker vom Karmel als der „größte Dichter" der Spanier — Dámasos Werk als „verheißungsvoller Anbruch einer Wissenschaft von der Literatur", die auf den Bahnen Menéndez y Belayos weitergeht.

ELIOT, Thomas Stearns. *Dichtung und Drama. Bemerkungen zur „Cocktail-Party".* In: Universitas Jhg. 6 Heft 6 (Juni 1951) S. 645—648.

Neben einigen Hinweisen, wie etwa dem, daß die Alkestis des Euripides die Quelle und das Modell der Cocktail-Party ist, enthalten diese Bemerkungen auch das Idealbild des Versdramas, wie es dem Dichter vorschwebt: Einheit von Handlung und Wort, dramatischem und musikalischem Gesetz.

ENGELHARDT, Viktor. *Zensurverbot. Eine historische Betrachtung zum Film.* In: Die Neue Ordnung Jhg. 5 Heft 3 (Juni 1951) S. 262—271.

Die neueren Skandale im Lichtspielwesen veranlassen den Verfasser, als Unterlage für die weitere Diskussion die Geschichte der Filmzensur aufzuzeigen.

GRENZMANN, Wilhelm. *Die Überwindung des Nihilismus.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 10 (Juli 1951) S. 241—255.

Eine Stellungnahme zu der Frage, die heute immer dringlicher wird: Sind wir „über die Linie", über den absoluten Nullpunkt des Nihilismus hinaus? — Grenzmann bejaht und sieht in Kafka, Jünger und Jaspers eine obzwar agnostische, so doch schrittweise Annäherung an Gott; bei den Konvertiten (Le Fort, Schröder, Claudel, Eliot) erfolgt die Überwindung als Sprung in die leidenschaftlich ergriffene Welt des Glaubens; andere (Langgässer, Schaumann, Green usw.) führen die im Nihilismus aufgerufenen Schwierigkeiten auf höchster Ebene der Lösung entgegen. So enthüllt sich der Nihilismus als ein „gesegneter Irrtum", als die zum echten Glauben notwendige Einsicht in die volle menschliche Ohnmacht.

GUERRERO, E., SJ. *Sobre Humanismo Cristiano y Libertad Religiosa.* In: Razón y Fe Nr. 641 (Jan. 1951) S. 621—642.

Rechtfertigung der alten Formel „Christlicher Humanismus". Philosophisch und philologisch wird damit die alte Tradition gegen modernere, einseitigere Thesen verfochten. Ebenso wird die Beschränkung der Religionsfreiheit für Spanien gegenüber anderen Stimmen erneut gutgeheißen. Die Einigung Europas sei nicht an Gleichheit der religiösen Haltung gebunden. Staatliche Förderung und Schutz sei zwar für die Religion nicht entscheidend, aber doch von großer Tragweite, wie die Geschichte der Reformation bewiesen habe.

HEER, Friedrich. *Von der Macht des Christen.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 6 Heft 6 (Juni 1951) S. 383—394.

Heer stellt in diesem aktuellen Aufsatz die Frage nach der Weltwirksamkeit des Christen. Er unterscheidet drei leitende Gottesvorstellungen, zu denen drei Reichs-Auffassungen gehören: Israel, das Reich des treuen Gott-Königs, der Kirchen-Staat als von Gott her fließende totale Menschenmacht, zuletzt das Reich des Gekreuzigten und der Armen. Vom 16. und 17. Jahrhundert an haben sich die modernen „Machtkirchen" (Wissenschaft, Staat, Technik) durch eine Perversion des zweiten Reichsgedankens gebildet. Die Macht des Christen ist diesen entgegen unweltlich (unwirklich im technischen Sinn), ja negativ und passiv. Der Christ läßt das Strömen der göttlichen Macht der Gnade ungetrübt durch sich hindurch.

HOURDIN, G. *L'expérience ouvrière de Simone Weil.* In: La Vie Intellectuelle Juli 1951. S. 63—72.

Die Erfahrung, die die junge Denkerin und Mystikerin als Fabrikarbeiterin gemacht hat, ist die, daß nächst dem Tod die Arbeit die Strafe des Menschen für seinen Ungehorsam gegen Gott darstellt in der Form der sklavischen Arbeit, weil sie absoluten Gehorsam verlangt, einen Gehorsam gegenüber der Maschine und dem Befehl anderer, der die menschliche Würde völlig zerstört, es sei denn, man spiritualisiere ihn als Gehorsam gegen Gott. Zustimmung zur Arbeit, wie Zustimmung zum Tod, ist Zustimmung zum Urteil Gottes.

KOHLSCHMIDT, Werner. *Möglichkeiten und Grenzen einer theologischen Orientierung der Literaturwissenschaft.* In: Die Sammlung Jhg. 6 Heft 6 (Juni 1951) S. 336—348.

In seiner bemerkenswerten Skizze zeigt Kohlschmidt den falschen Ansatz theologischer Prinzipien, mit denen man die Dichtung „propagandistisch auswerten" will. Dagegen setzt er die echte Perspektive, die den Säkularisierungsprozeß im Verlauf der Geschichte bis zur Autonomie des Schönen und zur materialistischen Vergötterung des Menschen als alter creator erkennt und eine weltanschaulich unvoreingenommene Anthropologie (die sich schließlich doch mit dem christlichen Realismus deckt) der vollen Einsicht in Endlichkeit und Bosheit zum Ausgangspunkt der literarhistorischen Forschung macht.

MAURIAC, François. *The last Hope on Earth.* In: The Commonweal Bd. 54 Nr. 11 (22. 6. 1951) S. 255—257. Ebenso in: Etudes Juli-August 1951 S. 3—10.

Mauriac stellt die Frage: „Haben Christen auf Erden eine Hoffnung?" und sucht die Beziehungen zwischen dem inneren Leben, dem Leben in Christus, und dem Verhalten gegenüber der Politik aufzuzeigen (Vortrag, gehalten auf der Tagung der Semaine des Intellectuels Catholiques in Paris 1951).

PAETEL, Karl O. *Von der Einsamkeit und der Publizität. Randbemerkungen zu Gottfried Benns neuen Büchern.* In: Die Sammlung Jhg. 6 Heft 5 (Mai 1951) S. 277—281.

Dem Dichter wird zwar eine große Bedeutung zugemessen, insofern er unsere Zeit intensiv erfahren hat und sie zu starkem Ausdruck bringen kann; doch sei er trotz einiger Ansätze zur positiven Verwandlung im Grunde ein beziehungsloser Nihilist geblieben.

RÉGAMEY, P.-R. *Débat sur l'art non figuratif.* In: La Vie Intellectuelle Juli 1951 S. 40—62.

Das Spezialthema P. Régameys ist: der Christ und die abstrakte Kunst. Auch hier bemüht er sich wieder, die Einwände gegen die Verwendung nicht figurativer Kunst im sakralen Raum einzeln zu widerlegen. Christliche Künstler, die mit figurativen Darstellungen begonnen haben, fühlen sich heute oft zu abstrakten Darstellungen gedrängt, weil es ihr eigentliches Anliegen geworden ist, nicht christliche Szenen, sondern den Grundton des christlichen Lebens irgendwie zur Darstellung zu bringen; künstlerische Ehrlichkeit erlaubt ihnen dann nur abstrakte Bilder.

REINHOLD, Felix. *Verkündigung vor dem Mikrophon.* In: Rufer und Hörer Jhg. 5 Heft 9 (Juni 1951) S. 391—395.

Hier müssen sich die Religionsgemeinschaften von einem Funkmann sagen lassen, daß sie die ungeheuren Möglichkeiten des Kirchenfunks vergeuden, weil sie sich nicht den inneren Gesetzen des Funks anpassen. „Der kirchliche Rundfunk ist kein Kirchenersatz, sondern eine neue Form der Verkündigung." Sie verlangt wirkliche Schulung ausgesuchter Kräfte.

STADTMÜLLER, Georg. *Vorfeld des Abendlandes.* In: Neues Abendland Jhg. 6 Heft 6 (Juni 1951) S. 301—305.

Nach Osten verliert sich das Abendland ohne eindeutige geographische oder kulturelle Grenze. Der Verfasser gibt einen Abriß der Geschichte der abendländischen Ostbewegung, die in den Rand-Ländern schließlich eine „Vormauer der Christenheit" aufgebaut hat, dank derer sich die Hochblüte des mittelalterlichen Abendlandes entfalten konnte.

THIÉFRY, M., SJ. *La justice doit-elle cesser de „juger" et de punir?* In: Nouvelle Revue Théologique Jhg. 83 Nr. 5 (Mai 1951) S. 466—482.

Strafe durch das Gesetz und den Richter ist Ausdruck der Achtung vor der Willensfreiheit und Verantwortlichkeit des Menschen. Wohl gibt es Einschränkungen der Verantwortung durch Veranlagung, geistige und seelische Mängel. Aber Schuld und Verbrechen durchaus zu entschuldigen und als Krankheit zu behandeln, ist eine Verkennung der Menschenwürde.

THURN, Hubert. *Probleme des Selbstwertbewußtseins.* In: Geist und Leben Jhg. 24 Heft 2 (April 1951) S. 99—105.

Als Voraussetzung des Lebens wird die Selbstwertbestätigung erklärt, die heute besonders den Gefahren der Verwöhnung, der Verschüchterung, der Lieblosigkeit und der unreligiösen (psychoanalytischen) Entkleidung des Seelischen ausgesetzt ist. Besonders im letzten Fall, im Vergleich mit der Situation der Beichte, zeigt sich der point réligieux dieses psychischen Phänomens.

Nombramiento Honrôso. In: Criterio, Buenos Aires, Jhg. 23 Nr. 1134 (Febr. 1951) S. 118.

Dr. Alceu Amoroso Lima (Pseudonym: Tristan de Athayde) wurde zum Leiter der Kulturabteilung der Panamerikanischen Union in Washington ernannt. Damit ist ein führender kath. Schriftsteller und Philosoph in eine der führenden Stellungen des gesamtamerikanischen Geisteslebens eingerückt.

Politisches und soziales Leben

ALAIN, Roger. *Jeunesse allemande, jeunesse européenne.* In: La Vie Intellectuelle Juli 1951 S. 29—39.

Die deutsche Jugend zeigt, nur durch ihre Neigung zur Problematik besonders deutlich faßbar, die Züge der jungen Generation überhaupt: keinen Glauben an die Demokratie, Sehnsucht nach Ordnung. Eine geordnete Welt finden sie aber nur beim Kommunismus; daher die Größe der kommunistischen Gefahr bei der Jugend. Kann die europäische Idee ein Gegengewicht dazu bilden? Das ist die einzige Hoffnung.

CORT, John C. *The Message of Dean Manion.* In: The Commonweal Bd. 54 Nr. 11 (22. 6. 1951) S. 258—259.

Der Dekan der juristischen Fakultät von Notre Dame, Clarence Manion, hat ein Buch: „The Key to Peace" veröffentlicht, das eine für einen Katholiken ungewöhnliche Verherrlichung der amerikanischen Demokratie und Zivilisation enthält. Es hat drüben viel Anerkennung gefunden. Hier wird ihm eine vernichtende Kritik zuteil, an der vor allem beachtlich ist, daß sie die Restauration des Liberalismus scharf ins Auge faßt, die sich in das Denken dieses Katholiken eingeschlichen hat.

LAND, Philip und KLUBERTANZ, George. *Practical Reason, Social Fact and the Vocational Order.* In: The modern Schoolman. Bd. 28 Nr. 4 (Mai 1951) S. 239—266.

Es wird untersucht, inwieweit die Forderung nach berufständischer Ordnung rein deduktiv begründet ist und inwieweit innerhalb des deduktiven Begriffs Raum für Differenzierung der konkreten Gestalt bleibt.

McCARTHY, Eugene J. *The State and human Freedom.* In: The Commonweal Bd. 54 Nr. 6 (18. 5. 1951) S. 135—137.

Verfasser beantwortet die Frage: „Schränkt die Bindung durch den Staat die Freiheit der Menschen ein oder erweitert sie diese?" und bietet eine gut überlegte Apologie des staatlichen Lebens gegen den neu erwachenden Liberalismus.

Asociación Católica de Dirigentes. In: Fomento social. Jhg. 6 Nr. 22 (April-Juni 1951) S. 254—256.

In Barcelona, dem wichtigsten Industriezentrum Spaniens, bildete sich 1950 unter Teilnahme hervorragender Männer die erste spanische Landesgruppe des Internationalen katholischen Unternehmerverbandes (UNJAPAC, Zentralbüro Den Haag). In Zusammenarbeit mit dem fast gleichzeitig errichteten privaten betriebswirtschaftlichen Institut Barcelona erhofft man sich eine Rationalisierung der Leistung und moralische Besinnung der spanischen Unternehmerschaft.

Jugendarbeit. In: Dokumente Jhg. 7 Heft 3 1951.

Dieses wertvolle Heft ist der Jugend Europas gewidmet. Es enthält Beiträge hauptsächlich von Hans Mertens und Rémy Montagne, die nach einer Übersicht über die Gesamtsituation untersuchen, wie in der neuen Generation ein gemeinsames europäisches Bewußtsein zu schaffen ist; dies auf dem Wege einer Schulung der Jugendführer und einer zielbewußten Organisation von internationalen Treffen und Austauschmöglichkeiten. Besonders interessant der vergleichende Bericht über die bedeutendsten Jugendverbände, über die internationale Jugendarbeit und die vielen Einzelbeiträge zur geistigen Situation der Jugend der europäischen Länder.

Precios, Especulación y Salarios. In: Razón y Fe Nr. 641 (Jan. 1951) S. 561—567.

Das spanische Wirtschaftsleben leidet unter einer unseligen „Verschwörung widriger Umstände", dazu kommt aber noch die vom Hl. Vater angeprangerte Habgier, die in Spanien selber beklagte Spekulationssucht. Die Arbeiterführer treten vergeblich dagegen auf; Franco appelliert an den Bürgersinn und fordert zur Denuntiation auf. Am besten wäre es, wenn die Presse öffentlich denunzierte; nötig wäre eine Vermögensüberprüfung bei den Beamten, genaue Festlegung des Begriffs Existenzminimum und Überwachung der Luxusausgaben.

Chronik des katholischen Lebens

BALTHASAR, Hans Urs von. *Das Ärgernis des Laienordens.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 7 (Juli 1951) S. 485—494.

Eine Verteidigung. In einer interessanten paradoxalen Gedankenführung macht sich der Verfasser zunächst alle Einwände zu eigen, die aus unserer Zeit heraus gegen den dritten Stand vorgebracht werden können. Danach wird gegen diese (jetzt als Protestantismen erkannten) Angriffe das Ärgernis als zu Recht bestehend verteidigt. Die Nachfolgeschaft Christi hat einen überzeitlichen, schlichten, katholischen Sinn; sie steht über der Zeitsituation und ihrer Argumentation. Es gibt freilich auch berechtigte Forderungen nach einer renovatio, die in einer letzten Wendung des Aufsatzes genannt werden.

BOUYER, Louis. *Réflexions sur le mouvement liturgique.* In: Dieu Vivant Nr. 19 (2. Vierteljahr 1951) S. 81—102.

Die Liturgische Bewegung ist in Frankreich spät erwacht, begann aus dem Bedürfnis der Gläubigen, am Geschehen der Messe mitzuwirken, hat ein neues Erlebnis des biblischen Grundes der Messe und der Lehre überhaupt, aber bald auch eine Fülle von Entartungen in der Form der „Para-Liturgien" gebracht. Es herrscht ein Drang, alles zu erneuern und „zeitgemäß" zu machen; man vergißt die Grundwahrheit, daß der christliche Glaube etwas Historisches und uns Gegebenes ist.

DEL MEDICO, H. E. *Peut-on dater les manuscrits de la Mer morte?* In: Dieu Vivant Nr. 19 (2. Vierteljahr 1951) S. 119—126.

Sehr interessante Studie über den Charakter der am Toten Meer aufgefundenen Schriftrollen als „unreine" Schriften, die auf Befehl einer religiösen Autorität „begraben" werden mußten. Als unrein galten häretische Schriften und fehlerhafte oder unvollständige kanonische Schriften. Aus dem Zustand der Mss und der Kenntnis der Gebräuche betreffs „unreiner" Schriften kann man auf die Zeit des „Begräbnisses" in der Höhle am Toten Meer schließen.

DODGE, Mary Cecil. *Why choose a Catholic College?* In: America Bd. 85 Nr. 8 (26. 5. 1951) S. 217—218.

Eine lesenswerte Antwort auf den Einwand: „Konfessionelle Schulerziehung verengt den Horizont" und einige andere.

GARRONE, Msgr. *Paroisse et Action catholique spécialisée.* In: Masses Ouvrières Jhg. 7 Nr. 6 (Juni 1951) S. 5—14.

Immer wieder greift die Zeitschrift der Arbeiterseelsorger das Problem Pfarre - spezialisierte Bewegungen der Katholischen Aktion auf. Msgr. Garrone nennt die Spannung zwischen beiden unaufhebbar, aber lebenzeugend. Pfarre und Katholische Aktion unter den Arbeitern dürfen sich aber nicht gegenseitig „dulden", sondern müssen sich anerkennen und achten und in der jeweils eigentümlichen Aufgabe verstehen.

HENDRIKX, Damian. *Neue Dimension der Seelsorge.* In: Die Besinnung Jhg. 6 Heft 2 1951 S. 80—82.

Kurzer Lebens- und Aktionsbericht über P. Morlion, der die internationale Zentrale des kath. Filmdienstes gründete, ein kath. Presseamt ins Leben rief, das Informationszentrum „Pro Deo" (C.I.P.) entwarf und nun nach dem Kriege eine journalistische Universität in Rom errichtete. Mit seinem „Apostolat der öffentlichen Meinung" hat er einen Vorstoß in neuer Richtung gewagt.

LOMBARDI, Riccardo. *Die Erneuerung des Ordenslebens.* In: Geist und Leben Jhg. 24 Heft 2 (April 1951) S. 81—92.

Hier die Übersetzung dessen, was der bekannte italienische Prediger zum Problem der Anpassung der Orden an die moderne Zeit schon vor zwei Jahren ausführte und damit eine Bewegung veranlaßte, in die auch der Kongreß der Ordensleute im Heiligen Jahr 1950 gehört.

SAGER, Jakob. *Bischof Maximilian Kaller. Bischof der Diaspora und der Heimatvertriebenen.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 51 Heft 2 (Mai 1951) S. 93—99.

Kurzes Profil des Mannes, der durch christliche Opferfreude und Liebe in vielen Mitmenschen die Zerstörungen des Krieges aufhob.

La Nuit Pascale dans nos Paroisses. Sonderheft von La Maison-Dieu Nr. 26 (2. Vierteljahr 1951) S. 7—125.

Die Zeitschrift der Liturgischen Bewegung in Frankreich widmet den größten Teil dieser Nummer der Feier der Ostervigil. Mehrere Aufsätze der bekanntesten Liturgiker behandeln zuerst theoretisch die Neuerungen (L. Bouyer die Vigilfeiern überhaupt, P. Lambert Beauduin OSB die Osterkerze, A.-M. R. das Exsultet, P. Daniélou SJ die Lesungen und Cantica usw.). Es folgen ausführliche Berichte über den Erfolg der Feier in Stadt und Land und über die Widerstände und ihre Ursachen.

Seelsorge an der Familie. In: Lebendige Seelsorge Jhg. 2 Heft 4 (Juni 1951).

Das ganze Heft ist den Aufgaben und Grenzen der Familienseelsorge, den Familienbewegungen in Europa und der Eheberatung gewidmet. Verfasser sind: Augsten, Hermann, Weitmann, Stark, Rölli, Reisch, Ehlen, Vielhaber, Jäger, Barbier-Duval, Fischer-Erling.

Chronik des ökumenischen Lebens

BARTH, Karl. *Theologische Arbeitstagung mit Karl Barth.* In: Evangelische Theologie Heft 11/12 1951, S. 565 ff.

Der von Lic. W. Schneemelcher gezeichnete Bericht über die im März 1951 zu Herborn erfolgte Aussprache von 70 evangelischen Theologen mit Karl Barth über Grundfragen seiner Dogmatik gibt beachtliche Einblicke in den neuesten Stand der innerevangelischen Kontroversen, besonders in das Ringen um die biblische Anthropologie, wobei es nicht an Vorwürfen fehlte, der eine oder andere lutherische Theologe „katholisiere".

HUPFELD, Renatus. *Ist der evangelische Gottesdienst erneuerungsbedürftig?* In: Universitas Jhg. 6 Heft 6 (Juni 1951) S. 623—629.

Ein weiterer Beitrag zu Maiwalds Aufsatz „Protestantismus und Tiefenpsychologie". Der Heidelberger Ordinarius nimmt die Forderung nach einem die menschliche Tiefenperson erfassenden Gottesdienst sehr ernst und bewertet dementsprechend auch neben den sakramentalen Handlungen die Raumgestaltung, das Bild und die Festsitte sehr hoch, jedoch hält er (anders als Maiwald) die evangelische Predigt — sofern sie die rechte innere Gebetshaltung bewahrt — durchaus für hinreichend, den Gesamtmenschen zu packen.

KUHN, Karl Georg. *Über den ursprünglichen Sinn des Abendmahls und sein Verhältnis zu den Gemeinschaftsmahlen der Sektenschrift.* In: Evangelische Theologie Heft 11/12 1951, S. 508—527.

Auf Grund der neu aufgefundenen, palästinensischen Handschriften, hier der sogen. Sektenschrift, führt der Göttinger Exeget gegenüber J. Jeremias den Nachweis, daß für die Deuteworte Jesu beim Abendmahl nicht die Passahmahlsituation entscheidend ist, selbst wenn dieses letzte Mahl ein Passahmahl war. Vielmehr weise die älteste Formel Mk. 14, 22—24 auf ein Gemeinschaftsmahl hin, wie es in Sect. 6, 1—6 berichtet wird. Damit soll die alte These erhärtet werden, daß die sakramentale Interpretation der Abendmahlsworte hellenistische Umdeutung sei, während ursprünglich die eschatologische Mahlgemeinschaft, Austeilen und Teilhaben an Jesu Sühnetod, gemeint sei. Nicht Konsekrationsformel, sondern Gleichniswort.

TRILLHAAS, Wolfgang. *Adolf von Harnack und der heutige Protestantismus.* In: Die Sammlung Jhg. 6 Heft 7 (Juli 1951) S. 369—375.

Diese Ehrung zum 100. Todestag des Gelehrten ist interessant durch die Deutung des Harnackschen Kulturoptimismus. Er ist nicht in erster Linie eine Spiegelung des Fortschrittsglaubens des 19. Jahrhunderts, sondern eine eschatologische Hoffnung auf den Sieg Christi; daraus resultiert die Furchtlosigkeit gegenüber der Zeit und die positive Einstellung zu den Zukunftsmächten.

HERDER-KORRESPONDENZ

Zwölftes Heft - 5. Jahrgang - September 1951

Wer die Freiheit des Denkens nur für seine eigene Person verteidigt, hat tatsächlich schon alle inneren Voraussetzungen, sie zu verraten. Es handelt sich nicht darum, ob die Freiheit die Menschen glücklicher macht oder auch nur moralisch besser. Es handelt sich auch nicht darum, ob sie eher das Böse fördert als das Gute, denn Gott ist Herr über das Böse wie das Gute. Mir genügt, daß durch sie der Mensch mehr Mensch, seiner furchterregenden Menschenbestimmung, seiner natürlichen wie seiner übernatürlichen Berufung würdiger wird. Denn wen die Meßliturgie zur Teilnahme an der Gottheit aufruft, der darf von seinem hehren Wagnis nichts aufgeben.

Georges Bernanos

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Ein unbekanntes Kapitel der Seelsorge

Die deutschen Männer, die in der GSO (German-Service-Organisation) zusammengefaßt sind, spielen im Bewußtsein der Öffentlichkeit kaum eine bedeutende Rolle. Sie stehen im Dienst der Britischen Besatzungsmacht bei BAFO (British-Air-Force of Occupation) und BAOR (British Army of the Rhine) als Handwerker, Fahrer, Schreiber und Mechaniker in zivilem Arbeitsverhältnis, ein ganz geringer Prozentsatz als Wachmannschaft. Untergebracht sind sie in Baracken, Nissenhütten, Kasernen, Fabrikgebäuden, beschlagnahmten Privathäusern. Die Männer sind zu 80% (!) Ostvertriebene bzw. politische Flüchtlinge und stehen altersmäßig meist zwischen zwanzig und fünfunddreißig. Etwa ein Drittel der insgesamt 35 000 ist katholisch. Geistig und religiös sind sie zu einem erheblichen Teil abgestumpft und gleichgültig, wofür die Erklärung wohl in folgendem zu suchen ist:

Die ungünstigen Umstände der Lager-Situation

Die religiöse Durchbildung der Einzelnen in Kindheit und Jugend war nicht tiefgreifend genug, so daß nur ein gewisses Gewohnheitschristentum gepflegt wurde, das in sich diaspora-unfähig war und darum in Belastungsproben, wie sie durch den Einfluß der NS-Ideologie und die Sittenlockerung der Kriegs- und Nachkriegszeit ausgeübt wurden, versagte; gar manche hatten irgendwelche negativen (meist nur geringfügigen, aber bisweilen persönlich verletzenden) Erlebnisse mit Christen und Priestern; beachtlich sind die Schwierigkeiten im Ehe- und Familienleben, die bedingt sind durch übereilten Eheschluß, mangelhafte Grundlagen für echte Harmonie natürlicher und religiöser Prägung, jahrelange Trennung der Lebensgefährten und Angehörigen mit den Gefahren zur Untreue; hinzu kommt in diesem Punkt jetzt die Möglichkeit einer Versetzung des Mannes an eine mehr oder weniger weit entfernte Arbeitsstelle, wodurch das wieder aufgenommene Zusammenleben mit Frau und Kindern nicht gerade gefördert wird. Ein anderer bedenklicher Faktor liegt in dem aufgenötigten Kollektivdasein, das für den größten Teil der Männer schon ein Jahrzehnt oder gar noch länger währt; dabei war von geistiger Führung und Formung nicht viel zu spüren, vor allem in der Zeit des Soldatenlebens und der Gefangenschaft. Die Wohnverhältnisse, die nicht immer günstig sind, spielen auch eine Rolle. Nicht zu unterschätzen sind die bedrohlichen Existenzsorgen für die nahe Zukunft (im Augenblick sind sie zwar finanziell nicht schlecht gestellt, stehen aber für den Fall einer Vertragskündigung, die jeden Monat erfolgen kann, buchstäblich auf der Straße). Dabei mußten die Männer vielfach recht unerfreuliche Erfahrungen im Verkehr mit Arbeits- und Wohnungsämtern machen, wenn sie sich um eine Stellung im ordentlichen Wirtschaftsleben bemühten (sie hatten dabei fast immer den Eindruck, als sähe man sie als Kollaborateure und Menschen zweiter Klasse an). Wie eindrucksmächtig sich bei all dem eine Beeinflussung durch minderwertige Mädchen und Frauen, Filme, Zeitschriften, Illustrierte, Magazine zeigt, dürfte nur zu klar sein.

Vernachlässigung durch die Seelsorge

Mit nicht geringer Beschämung mußte der Pater, der die Männer in ihren Lagern aufsuchte, gelegentlich das Wort hören: „Sie sind der erste katholische Priester, der den Weg zu uns findet!" Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die Ortsgeistlichen vielfach auf ihre Überlastung durch die mannigfachen Aufgaben der Pfarrseelsorge einschließlich Unterricht und Caritas hinweisen; auch wird man zugeben müssen, daß es nicht jedem Seelsorger gegeben ist, in solche Lager zu gehen und dort den rechten Ton zu finden; auf der anderen Seite haben die Männer selbst oft fast unüberwindliche Hemmungen, die sie hindern, einen Geistlichen von sich aus aufzusuchen. Alle diese Momente machen die seelische Situation dieser Leute durchaus verständlich.

Der Pater, der während der Fastenzeit dieses Jahres von Lager zu Lager zog, war sich von vornherein darüber im klaren, daß er hier nur im „Vorfeld der Seelsorge" stehen und die Männer, soweit sie abständig sind, noch nicht bis in den Kirchenraum und zum sakramentalen Leben führen würde, zumal ihm nur kurze Zeit zur Verfügung stand. Doch allein die Tatsache, daß ein Priester zu ihnen ins Lager kam, das meist in oder vor einer Stadt liegt, hatte sicher eine Wirkung, die nicht abzusehen ist; der psychologische Eindruck durch den schwarzen Rock, nicht minder durch persönliches Gespräch wie offene Aussprache war deutlich spürbar. Ein Positivum kann wohl schon darin gesehen werden, daß die Leute Fragen des persönlichen Lebens und des Glaubens aufdeckten; auch drückten sie ihre Befriedigung darüber aus, daß ein Priester sie willig anhörte, ohne sie gleich schulmeistern zu wollen; ermutigend war die Beobachtung, wie gesprächsweise manches Vorurteil bei lauen Katholiken und Andersgläubigen durch sachliche Auseinandersetzung abgebaut wurde.

Das Suchen nach Halt und Richtung

Nach Fühlungnahme mit dem Ortspfarrer und nach Rücksprache mit Lagerchef und Betreuungsleiter (beide sind immer Deutsche; zusammen mit dem Arzt wünschten die führenden Leute nicht selten einen eigenen Aussprache-abend) suchte der Pater die GSO-Angehörigen auf ihren Stuben auf, in denen sie meist zu mehreren wohnen. Leider mußten die Besuche bei der Größe der Lager (oft einige hundert Mann) und der Kürze der Zeit (für jedes Lager waren jeweils nur zwei bis vier Tage vorgesehen) nur auf einige Zimmer beschränkt bleiben; dafür war fast immer zur Ergänzung ein Vortragsabend mit Diskussion anberaumt; die Teilnehmerzahl war recht verschieden, durchschnittlich etwa zwanzig bis fünfzig, je nachdem die Veranstaltung bekannt gemacht worden war. Dabei wurden Zeit- und Glaubensfragen behandelt etwa wie „Was gilt der Mensch in heutiger Zeit?", „Wie steht die Kirche zum Film?", „Das neue Mariendogma", „Die Konfessionsschule" u. a. m. Wer es versteht, mit diesen Männern umzugehen, klar und anschaulich zu sprechen, nicht zu hoch, aber auch nicht platt, wird leicht Gehör finden bei ihnen, besonders wenn sie erfahren, daß auch der Priester, der ihnen gegenübersitzt, durch Not und Leid in Krieg und Gefangenschaft gegangen ist. In allen persönlichen wie öffentlichen Gesprächen kam das ungemein starke Verlangen nach echten Christen und Priestern zum Ausdruck, denen diese Menschen in ihrer Verlassenheit oder Verkommenheit ihr ganzes Vertrauen zu schenken bereit sind; unter „echten Christen und Priestern" sind solche zu verstehen, die mit beiden Füßen auf der Erde stehen, die aber in der übernatürlichen Wirklichkeit Gottes leben und von ihr getragen und genährt werden. An ihrer Existenz wird nicht gezweifelt, und der Wunsch nach der Begegnung mit ihnen ist sehr groß. Offene Ablehnung trat nie zutage, wohl aber war neben ausgesprochener Uninteressiertheit ein starker Wissensdurst in Glaubensfragen und die Forderung nach einem richtungweisenden Wort im Suchen und Ringen um einen sittlichen und religiösen Halt zu erkennen.

Was bleibt zu tun? Es müßte mindestens noch ein Priester neben P. Leppich, der vom westdeutschen Episkopat für die Lagerseelsorge eingesetzt ist, für diese Arbeit dauernd freigestellt werden; denn einer allein kann diese Aufgabe unmöglich bewältigen; eine zeitweilige Unterstützung bedeutet dabei nur wenig. Diese Tätigkeit verlangt, abgesehen von der Gnade Gottes, planmäßige und selbstlose Arbeit, der am Ende der Lohn nicht versagt bleiben wird, auch wenn der sichtbare Teil nicht sehr groß erscheinen mag.

Der Bundesgerichtshof schränkt Ehescheidungsmöglichkeiten ein

Der Bundesgerichtshof hat in einem Urteil vom 5. April 1951 (IV Z R 79/50) eine bedeutsame Entscheidung zur Interpretation des Ehescheidungsgrundes der völligen Zerrüttung der Ehe getroffen.

„Trotz völliger Zerrüttung kann die Aufrechterhaltung einer Ehe sittlich gerechtfertigt sein, wenn sie vorher durch das jahrelange Bestehen eine so tief verwurzelte Lebensgemeinschaft geworden ist, daß sie trotz der Zerrüttung in dem sittlichen Bewußtsein der Ehegatten und ihres Lebenskreises unauslöschlich fortwirkt", so heißt es in diesem Urteil.

In dem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Falle hatten die Parteien im Jahre 1919 miteinander die Ehe geschlossen, aus der vier Kinder hervorgingen. Seit dem Jahre 1940 lebt der Ehemann mit einer anderen Frau zusammen, die zwei Kinder von ihm hat. Auf die Revision der beklagten Ehefrau hob der Bundesgerichtshof das Scheidungsurteil des Oberlandesgerichts auf und wies die Scheidungsklage ab. Entgegen der Auffassung des Oberlandesgerichts, daß sich zwischen den Parteien ein Zustand herausgebildet habe, der mit einer wirklichen Ehe nichts mehr gemein habe, und die Ehe der Parteien zu einer hohlen Form geworden sei, stellt der Bundesgerichtshof fest, daß es im Sinne des Gesetzes liege (§ 48 Ehegesetz), auch eine solche Ehe im Hinblick auf das Wesen der Ehe aufrechtzuerhalten, wenn ein Eheteil an der Ehe festhalte. Entscheidend, so führt der Bundesgerichtshof aus, sei für die verbindende und verpflichtende Kraft einer solchen Ehe nicht in erster Linie ihr tatsächlicher Zustand, sondern die Bedeutung, die sie vor ihrer Zerrüttung im Leben der Ehegatten erlangt hatte. „Ist eine Ehe in jahrelangem Bestehen zu einer von beiden Ehegatten bejahend gestalteten Lebens- und Familiengemeinschaft ausgereift, in der ihr Leben seine entscheidende Aufgabe, seinen wesentlichen Inhalt und seine bestimmende Mitte gefunden hatte, so kann diese Gemeinschaft in dem sittlichen Bewußtsein der Ehegatten und ihres Lebenskreises auf die Dauer nicht mehr völlig ausgelöscht werden. Sie wirkt vielmehr auch nach der Zerrüttung der Ehe notwendig darin fort und bestimmt weiterhin das Verhalten der Gatten zueinander. Dem Bestreben des schuldigen Ehegatten, sich in Widerspruch mit diesem tief verwurzelten Bewußtsein von der Ehe loszusagen, muß darum in einem solchen Falle um der sittlichen Ordnung willen rechtliche Anerkennung versagt bleiben.

Im vorliegenden Falle hat die Ehe der Parteien über 20 Jahre bestanden, ohne daß in ihr Störungen hervorgetreten sind, die auf tiefere Spannungen und Gegensätze in ihrem Charakter oder ihrer körperlichen Veranlagung schließen lassen könnten. In dieser Zeit sind vier Kinder in der Ehe geboren und im Familienkreis herangewachsen. In der Sorge für diesen Personenkreis hat die Ehefrau die besten Jahre und Kräfte ihres Lebens eingesetzt. Der Ehemann hat sich von diesem Kreis und der Lebensaufgabe, die auch er darin nicht nur an seiner Frau, sondern auch an seinen Kindern gefunden hatte, losgesagt, ohne daß ihm aus diesem Kreis Anlaß dazu gegeben war. . . .

Unter diesen Umständen kann es nicht sittlich gerechtfertigt sein, den Ehemann aus der Bindung an seine Ehefrau rechtens zu entlassen und die Ehefrau aus ihrer rechtmäßigen Stellung zu verdrängen ... Die Scheidung wäre geeignet, beim Ehemann dem Bewußtsein seiner sittlichen Bindung an seine Ehefrau und seine Familie hemmend und abschwächend entgegenzuwirken. Das würde voraussichtlich zur Folge haben, daß die Ehefrau, zumal wenn eine Auflösung der Ehe dem Band nach ihren religiösen Empfindungen widerspricht, an ihrem Verlust seelisch noch schwerer zu tragen hätte, während dadurch beim Ehemann die Bereitschaft, für den Lebensunterhalt der Beklagten zu sorgen, in einem für diese ungünstigen Sinn beeinflußt werden könnte."

Die natürliche Bevölkerungsbewegung bei den Heimatvertriebenen

Die natürliche Bevölkerungsbewegung nach dem zweiten Weltkrieg zeigt bei Betrachtung der Gesamtbevölkerung keine sprunghaften, unregelmäßigen Bewegungen der Zahlen, wie es nach 1918 zu beobachten war. Im Gegenteil, die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung zeigen für die Jahre von 1946 bis 1950 einen ruhigen Verlauf. Die Ziffer der Eheschließungen bleibt fast unbeweglich bei 20,4 stehen (ausgenommen die Ziffer für das Jahr 1949). Die Geburten- und Sterbeziffern fallen von Jahr zu Jahr ständig und gleichmäßig ab. Eine Ausnahme bildet die Sterbeziffer 10,8 für 1950, die gegen das Vorjahr ansteigt. Ganz anders wird dieses Bild, wenn man die Beobachtungen nach Bevölkerungsgruppen, wie Einheimische, Ausländer und Heimatvertriebene aufspaltet, wie es das Bayerische Statistische Landesamt in einer Sonderuntersuchung für Bayern getan hat. Nach einer Zusammenfassung des Caritasverbandes ergibt diese Untersuchung folgendes Bild:

Auf die gleiche Zahl Ausländer entfallen in den Jahren 1946 bis 1950 bis viermal soviel Eheschließende, mehr als zweimal soviel Geborene, aber fast nur halb soviel Gestorbene wie auf die Deutschen. Die Säuglingssterblichkeit betrug 1950 bei der deutschen Bevölkerung 6,4 v. H. aller Lebendgeborenen, bei den Ausländern 5,1 v. H. Aus den Beziehungszahlen ergeben sich bezüglich der Heimatvertriebenen folgende bemerkenswerte Beobachtungen für die Jahre 1949 und 1950:

Die Heimatvertriebenen heiraten mehr als die Einheimischen, ihre Geburten- wie Sterbeziffern sind wesentlich niedriger, ihre Säuglinge scheinen widerstandsfähiger gegen den Tod: 7,5 v. H. aller Lebendgeborenen starben 1949 bei den Einheimischen, und 4,1 v. H. bei den Heimatvertriebenen.

Im umgekehrten Verhältnis steht der Anteil der unehelich Geborenen: 16,7 v. H. bei den Heimatvertriebenen und 12,5 v. H. bei den Einheimischen. Die Ziffern für die Eheschließenden sind für 1948: 19,6 bei den Einheimischen, 17,6 bei den Heimatvertriebenen. 1949 liegen die Werte für die Heimatvertriebenen bei 18,6, für die Einheimischen hingegen bei 18,2. Heiratsziffern gelten schon wieder als untrügliches Barometer für wirtschaftliches Wiedergesunden. Die Heimatvertriebenen holen offenbar auf und tragen nach, was die vergangenen Katastrophenjahre verhindert hatten. 1950 geht die Steigerung weiter von 18,6 auf 20,7. Geburten- und Sterbeziffern der Heimatvertriebenen liegen erheblich unter den Werten der Einheimischen: 17,0 gegen 15,0 und 11,5 gegen 7,9 im Jahre 1949. Bei den Sterbeziffern tritt der Unterschied zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen vielleicht noch krasser hervor, gleicht dadurch aber den Nachteil bei den Geburten der Heimatvertriebenen aus. Die niedrigen Sterbeziffern bei den Heimatvertriebenen können mit Unterschieden im Altersaufbau gegenüber den Einheimischen erklärt werden. Von tausend Einheimischen standen 137 im Alter von 60 und mehr Jahren, bei den Heimatvertriebenen waren es 122 von tausend. Im Alter ab 60 Jahren unterliegen die Menschen einer mehr als zehnfachen Sterblichkeit als im Alter unter 60 Jahren. Die Differenz zwischen den Sterbeziffern der Einheimischen und der Heimatvertriebenen kann vielleicht begründet werden mit einer, biologisch gesehen, positiven Auslese, der dieser Bevölkerungsteil in den Jahren der Austreibung unterworfen wurde, und damit zusammenhängend mit einer Erhöhung der Widerstandskraft, die sich beim Menschen nach erlittenen schweren Verlusten in neuer Umgebung vielfach einstellt.

Die Situation der katholischen Jugendbewegung in Österreich

Vom 19. bis 22. Juli hielt der Bund Neuland im Benediktinerstift Admont in der Steiermark seine zweite Bundestagung nach dem Krieg, die zugleich die 19. Tagung seit Bestehen des Bundes war. Vor 30 Jahren, zu Pfingsten 1921, war, geführt von den großen Priesterpersönlichkeiten Michael Pfliegler und Karl Rudolf und einem Kreis von Hochschülern, dem u. a. der jetzige österreichische Bundesminister für Unterricht Dr. Felix Hurdes, der Publizist Dr. Anton Böhm, der Volksbildner und jetzige Bundesführer des Neuland Franz Maria Kapfhammer angehörten, aus einer Studentenvereinigung, dem „Christlich-Deutschen Studentenbund", unter dem Schwung der deutschen Jugendbewegung der Bund Neuland entstanden, der in den Jahren zwischen den beiden Kriegen zum Träger und Mitschöpfer wesentlicher geistiger Strömungen wurde. Die Umformung der äußeren und inneren Lebens- und Gemeinschaftsformen wurde von den Angehörigen des Bundes stets als ein religiöser Anruf empfunden. Die Jugendbewegung mit ihrer Vitalität und ihrem revolutionären Gestaltungswillen, der im liberalen Bereich meist bald verharmloste oder die Beute nationalistischer Verpolitisierung wurde, fand im katholischen Bereich — wie etwa in Deutschland bei den befreundeten Bünden Quickborn, Neudeutschland, Staffelstein — eine mit aller Konsequenz gelebte religiöse Sinngebung. Neuland wurde Mitträger der liturgischen Bewegung, hat auf dem Gebiet der Erziehung, Volksbildung, Kunst vom christlichen Geist her Wesentliches auszusagen gehabt und mutig verfochten. Die eigentliche Bewährung des Bundes liegt aber in der hohen Zahl seiner Priesterberufe und seiner guten Familien. Viele Gemeinschaftsformen, Liedgut, Laienspiel usw. sind heute Allgemeingut der Jugend. Zahlreiche Gemeinschaften des Bundes haben sich über die Illegalität der Jahre 1938 bis 1945 lebendig erhalten. Nach 1945 schien vielen das Anliegen der Jugendbewegung erfüllt und die Notwendigkeit einer weiteren Bildung und der Neuerrichtung des Bundes nicht mehr zu bestehen. Die alten Mitglieder hatten, sofern sie den Krieg überlebt hatten — die Zahl der Gefallenen ist sehr groß — in der kirchlichen Arbeit ihrer Pfarren oder größerer Institutionen wie der diözesanen Katholischen Aktionen, im Berufsleben und in ihren Familien ihr Wirkfeld gefunden. Andererseits sam-

melten sich jährlich bei den Singwochen des Pfarrers Joseph Ernst Mayer in Obertraun (O.Ö.) viele alte Neuländer und auch Jugend unter den bewährten Gemeinschaftsformen, in deren Mittelpunkt der Gottesdienst und das religiöse Leben stand.

Als sich schon längst Freundeskreise und Familien wiedergefunden hatten, wurde auf dem Pfingsttreffen 1949 im Schloß Neuwaldegg in Wien die Wiedererrichtung des Bundes beschlossen und Ende des Jahres vereinsrechtlich durchgeführt. Der Bund war schon längst vor der vereinsrechtlichen Konstituierung Wirklichkeit geworden.

Die folgenden Tagungen zu Pfingsten 1950 in der Neulandschulsiedlung am Laaerberg (in Wien), die Bundestagung 1950 in Admont, die Pfingsttagung 1951 in Neuwaldegg und mehrere Ländertreffen in den Bundesländern hatten die Sammlung weiter gefördert. Sie bedeuteten stufenweise die Gewinnung neuer Inhalte für die gewandelte Situation des Bundes.

Jugendarbeit ist dem Bunde mit Ausnahme des Kreises der Kinder der Neulandfamilien und deren Freunden von den Bischöfen im Zuge der Vereinheitlichungsbestrebungen der kirchlichen Jugendarbeit nicht gestattet worden. Doch zeigt sich in manchen Jugendkreisen, besonders in der Hochschulgeneration, anscheinend ein echtes Bedürfnis, das Leben nach den Grunderkenntnissen der katholischen bündischen Jugend und ihrer Gemeinschaftsformen aufzubauen. Daß diese neugesuchte Lebensart auf den religiösen und geistigen Kerngehalt abzielt und nicht äußerliche Imitation der Zeit vor 1938 sein kann und will, ist klar.

Die Themen der Tagungsreden in Admont 1951 behandelten in diesem Sinn wesentliche Grundfragen. Univ.-Doz. Dr. Hans Asperger sprach „Über die Freiheit" und Prof. Franz Maria Kapfhammer „Über die Einfachheit". Uralte Anliegen der Jugendbewegung sollten in ihrem unverändert menschlichen Grundgehalt und zugleich als Fragen und Forderungen der Zeit gesehen und von der Person her beantwortet werden. Werkkreise suchten die konkreten Wirkfelder des tätigen Menschen aufzuzeigen und hatten „Freiheit und Wirtschaft", „Freiheit und Politik", „Freiheit und Erziehung", „Von der natürlichen Lebensweise", „Zucht und Maß im modernen Kulturleben" und „Gesellschaftsformen und Geselligkeit" als Themen. P. Gregor Lang OSB, Augsburg, und Dr. Hans Hirsch, Passau, sprachen als Vertreter der befreundeten Bünde Quickborn und Neudeutschland und berichteten von der in vieler Hinsicht gleichlaufenden Entwicklung der katholischen Bünde in Deutschland, die sich gleichfalls mit dem Problem der Vereinheitlichungsbestrebungen in der kirchlichen Jugendarbeit auseinanderzusetzen haben.

Welche Entwicklung läßt sich absehen? Längst ist das Stadium der Rückschau, das Hervorholen lieber Erinnerungen überwunden. Die Älteren haben in den Familiengemeinschaften und Berufskreisen die ihnen gemäßen Formen gefunden und werden sie weiter ausbauen. Es besteht Übereinstimmung, daß die Grenzen des Bundes weit zu ziehen sind und einen großen Kreis Nahestehender mitumfassen. Diese Freundschaften und Gemeinschaften sind aber für den Menschen unserer Tage eine tiefe Quelle der Kraft. Wie das Ideengut und die Gemeinschaftsformen des Bundes in der jüngeren Generation weitergetragen werden, läßt sich noch nicht absehen. Tatsache ist aber, daß der in der Hauptsache aus Familiengemeinschaften bestehende Bund eine große Zahl junger Menschen anzuziehen vermag, die wohl dazu kommen werden, aus neuen Impulsen und aus der gewandelten Situation das Ideenerbe und die Formen neu zu gestalten. Die Lage der Kirche in Österreich kann ebenso wie die politische, kulturelle und soziale Situation nur durch den Einsatz der vollen Person bewältigt werden. Die Grunderkenntnis der katholischen Jugendbewegung, daß neue Menschen und nicht so sehr neue Institutionen von Gott aufgerufen sind, hat an Aktualität nichts verloren.

Internationaler Kongreß über die Probleme der Jugendkriminalität

Veranstaltet von der österreichischen Caritas und vom Salzburger „Institut für vergleichende Erziehungswissenschaft", fand vom 16. bis 20. Juli in Salzburg ein Internationaler Kongreß über die Probleme der Jugendkriminalität statt, an welchem Delegierte von zehn Staaten teilnahmen.

Im einleitenden Referat „Die Psychopathologie der jugendlichen Kriminellen" entwickelte Dozent Hans Asperger folgenden Gedankengang: Kriminalität ist eine Extremvariante sozialen Verhaltens, an der sich das Gefüge des menschlichen Verhaltens leichter durchschauen läßt als im Normalfall. Im Menschen besteht ein dauernder Spannungszustand zwischen der Schicht der Triebe und der höheren Instanz von Erfahrung und vernünftiger Überlegung. Jedes Tun erwächst aus der Integration, der Verschmelzung und Beherrschung dieser polaren Gegensätze. Beim Kriminellen, besonders beim jugendlichen Kriminellen, ist nun der häufigste Fall der, daß die höhere Instanz, die der Triebhaftigkeit gegenüberstehen muß, zu schwach entwickelt ist. 70 Prozent aller jugendlichen Kriminellen gehören dieser Gruppe an, die man „Kriminelle aus Kritiklosigkeit" nennen könnte. Es ist eine überraschende Erkenntnis, daß die kriminellen Handlungen nicht, wie allgemein angenommen wird, aus besonders starken verbrecherischen Trieben kommen, sondern daraus, daß den Trieben nichts Höheres gegenübersteht. Der Spannungszustand zwischen Triebhaftigkeit und höherer Instanz kann auch durch organische Veränderungen, besonders nach entzündlichen Prozessen im Gehirn gestört sein. Dann verläuft das Geschehen kurzfristig und zerstörend, wobei die Kritik über das Geschehene durchaus intakt geblieben und echte Reue vorhanden sein kann, im nächsten Augenblick jedoch wieder das gleiche geschieht. Neben dem Typus, bei dem die höhere Instanz zu schwach entwickelt ist, gibt es den Typus des Instinktgestörten, der oft eine überhelle Einsicht in sein eigenes Tun besitzt. Von Kindheit an in seiner eigenen Welt von Wünschen und Träumen eingesponnen, neigt dieser Menschentypus vor allem zu Sexualdelikten, da er nur selten dazu kommt, die Sexualität sinnvoll in seine Persönlichkeit zu integrieren.

Diese Erfahrungstatsachen laufen aber keineswegs auf einen allgemeinen Determinismus hinaus. Im Gegenteil, gerade der pathologische Fall weist auf die Freiheit des gesunden Menschen hin. Freiheit besteht dort, wo der Spannungszustand, die Integration von Triebschicht und höherer Instanz vorhanden ist. Im Besitze aller Möglichkeiten, gesammelt und ganz, vermag der Mensch wirklich frei zu handeln. Wie das Gute, das echt aus der Tiefe eines gesammelten Menschenwesens kommt, einen Beweis für die Freiheit darstellt, so auch das wirklich Böse, dem wir oft auch bei hoch integrierten Persönlichkeiten begegnen.

Diese aus biologischem Denken und Beobachtungen gewonnenen Erkenntnisse gaben für die folgenden Themen eine hervorragende Grundlage zur Beurteilung der sittlichen Verantwortung und der Besserungsmöglichkeit des jugendlichen Kriminellen. Im Verlauf der Tagung wurden eine Anzahl Referate über das Jugendstrafrecht und die pädagogischen Maßnahmen in den einzelnen Ländern gehalten, worüber wir jedoch hier nicht eingehend berichten können. Allgemein wurde hervorgehoben, daß die Tendenz des Jugendstrafrechts in allen Ländern auf die Loslösung vom allgemeinen Strafrecht gerichtet ist. Nicht „Strafe" im eigentlichen Sinn, sondern Erziehung und Heilung tue not. Der junge Mensch darf nicht, bevor er noch in die soziale Ordnung hineingewachsen ist, schon diskriminiert werden. Daher die stärkere Beachtung der Persönlichkeit des Täters im modernen Jugendstrafrecht, die Auffassung vom Strafrecht als Erziehungsrecht (was allerdings das Vorhandensein von erziehungsbefähigten Kräften voraussetzt) und schließlich der Fürsorgegedanke, da ohne die Bemühung um die Beseitigung oder doch Verringerung der materiellen Not alle Erziehungsmaßnahmen im luftleeren Raum schweben. Freilich, das Jugendstrafrecht ist nur ein leeres Gefäß, das erst mit Ordnungsprinzipien gefüllt werden muß. Und diese Prinzipien können nur aus einer übergeordneten, letztlich also religiösen Welt kommen.

Aus den Vorträgen nur einige Punkte: In Österreich geht die moderne Auffassung vom Jugendstrafrecht auf das Jugendstrafrecht von 1928 zurück, das dem Richter ermöglicht, alle Hilfen der modernen Psychologie und Heilpädagogik einzubeziehen. Bei der Strafzumessung ist dem Richter weitgehende Freiheit gelassen. Affekthandlungen werden äußerst milde bewertet. Es ist beachtlich, daß 60 Prozent der aus den Erziehungsanstalten Entlassenen innerhalb einer sechsjährigen Frist nicht mehr rückfällig werden. Die Spitze der Jugendkriminalität liegt zwischen dem 17. und 18. Lebensjahr. Drei Viertel der kriminell gewordenen Jugendlichen sind Knaben und nur ein Viertel Mädchen.

Nach dem Schweizer Strafgesetzbuch können straffällig gewordene Kinder auch einer vertrauenswürdigen Familie oder — unter behördlicher Aufsicht — der eigenen Familie übergeben werden, wobei dann zur Heilung des kriminell gewordenen Kindes auch die Familie saniert werden muß, was durch einen sogenannten Erziehungsbeirat geschieht. Interessant war die Mitteilung, daß in der Schweiz 70 Prozent der jugendlichen Kriminellen aus zerrütteten Familienverhältnissen kommen; ein neuer Beweis, von welch unermeßlicher Bedeutung für die seelische Gesundheit des jungen Menschen eine gute Familie ist.

In England, wo die Jugendgerichte noch wirklich Strafgerichte sind, gibt es die Einrichtung der „Probation", das ist eine strenge Schutzaufsicht an Stelle der Inhaftierung. Sie wird durch eine dem Gericht geeignet erscheinende Person oder Behörde durchgeführt. Dadurch wird, wie die Erfahrung lehrt, ein sehr starker moralischer Druck ausgeübt. Ferner gibt es vom Staat subventionierte Internate, in denen etwa fünfzig Insassen in Arbeit und straffer Disziplin eine Berufsausbildung erhalten.

In Amerika werden die Jugendgerichte als soziale und nicht als eigentlich richterliche Einrichtungen betrachtet. Vergehen Jugendlicher werden so behandelt, daß den Tätern im späteren Leben kein Schaden erwächst. Die Zuständigkeit des Jugendgerichtes erstreckt sich dort nicht nur auf straffällige, sondern auch auf gefährdete Kinder.

Das französische Jugendstrafrecht ist durch einen großen Optimismus in der menschlichen Beurteilung gekennzeichnet. Gut bewährt haben sich die beruflichen Schutzaufsichtshelfer, denen ehrenamtliche Helfer unterstehen. Von 179 Fällen zweijähriger Aufsicht haben sich 108 Fälle als Erfolge erwiesen.

Der letzte Tag des Kongresses brachte die beiden Referate, die die Zuhörer am stärksten ergriffen. Es sprachen eine Gefängnisfürsorgerin, Fräulein Thea Bröcher, Siegburg, und ein Gefängnisgeistlicher, Domkapitular Peter Buchholz, Düsseldorf, beide aus ihrem Erfahrungskreis. Jene verkörperte schon in ihrem Wesen den Gedanken des Referates, daß Fürsorgearbeit vor allem der Liebe bedarf. Helfen könne nur der Mensch, der es versteht, Vertrauen zu gewinnen und Situationen, aus denen es nach den Gesetzen keinen Ausweg zu geben scheint, in Ordnung zu bringen. Domkapitular Buchholz sagte wahrhaft Letztes aus der Tiefe menschlicher Not. Die Kirche komme zu dem Gefangenen zunächst mit dem Begriff der Schuld, also mit etwas Niederdrückendem. Sie richte ihn aber wieder auf mit ihrer Lehre vom freien Willen und der Besserungsfähigkeit des Menschen. Immer wieder komme es im Gefängnis zu Konversionen. Unzählige Menschen begegnen im Gefängnis zum ersten Male Gott.

Wenn auch nur das letzterwähnte Referat sich direkt mit der Bedeutung der Religion für die Heilung Kriminellgewordener befaßte, so war doch als Grundlage der Referate die Auffassung spürbar (die auch in mancherlei Hinweisen zum Ausdruck kam), daß die dem Leben Sinn und Mitte gebenden Kräfte der Religion für die Wiederaufrichtung des straffällig gewordenen Menschen nicht entbehrt werden können.

Aus Süd- und Westeuropa

Dekret des Hl. Offiziums zu den Erscheinungen in Heroldsbach

In einer Generalsitzung der Obersten Kongregation des Hl. Offiziums sind die hochwürdigsten Herren Kardinäle, die mit dem Schutz des Glaubens und der Sitten betraut sind, nach Prüfung der Akten und Dokumente bezüglich der angeblichen Erscheinungen der allerseligsten Jungfrau Maria bei dem Dorf Heroldsbach in der Erzdiözese Bamberg auf Grund der Darlegung der Konsultoren zu der Entscheidung gelangt: „Es steht fest, daß die angeblichen Visionen nicht übernatürlichen Ursprungs sind; daher ist jeder auf diese bezügliche Kult an dem Orte selbst und anderswo verboten; Priester, die künftig noch diesem unerlaubten Kult beiwohnen sollten, ziehen sich damit automatisch die suspensio a divinis zu."

Gegeben zu Rom beim Hl. Offizium am 25. Juli 1951.

Sozialstudien an der Gregoriana in Rom

Vom nächsten akademischen Jahr (1951/52) an werden an der päpstlichen Universität Gregoriana in Rom Kurse in den Sozialwissenschaften gehalten für Priester, die den Wunsch haben, organischere und vollständigere Kenntnisse in diesen Wissenschaften zu erwerben, um diese dann auf Grund der Richtlinien der kirchlichen Soziallehre an den katholischen Universitäten und kirchlichen Instituten lehren zu können oder auch in der Lage zu sein, den Sozialwerken ihre priesterliche Hilfe zu leihen.

Die enge Verbindung der sozialen Fragen und des religiösen Lebens bei den Völkern machte die Schaffung einer katholischen Universitätsfakultät für Sozialwissenschaften dringend notwendig, und Rom mit seinem internationalen Charakter schien die geeignetste Stätte dafür. Die Studierenden können hier leichter einen Einblick in die universalen sozialen Probleme und ihren Zusammenhang mit den religiösen Fragen gewinnen, und sie befinden sich im Schatten des Lehramts der Kirche, dessen Soziallehre ihren Studien zugrundeliegen wird.

Päpstlicher Schritt bei der Welternährungsorganisation

Der vor kurzem ernannte ständige Beobachter des Heiligen Stuhles bei der Welternährungsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen, Msgr. Ligutti, unternahm im Auftrag des Papstes einen Schritt zur Klärung der naturrechtlichen Grundsätze dieser Organisation. Er erklärte: „Das Recht der Menschen, frei zu wandern, zwar nicht beliebig, aber doch in geordneter, vernünftiger Weise, muß anerkannt und hier und jetzt seiner Verwirklichung nähergebracht werden ... Die Zusammenführung von Menschen und Naturschätzen, technischem Können und produktivem Kapital wird im Ergebnis zu höherem Wohlstand, kultureller Entwicklung und biologischer Auffrischung führen. Der Heilige Stuhl ist sehr darauf bedacht, zu einer Lösung dieser höchst praktischen und dringenden Probleme beizutragen, die durch Übervölkerung an einer Stelle und ungenutzte Naturquellen an einer anderen gekennzeichnet werden." Der päpstliche Vertreter bot die Mitwirkung der neuen katholischen Kommission für Ein- und Auswanderung an und übermittelte der FAO zugleich eine Einladung zur Teilnahme am Kongreß für die Probleme der bäuerlichen Welt in Rom.

Die christliche Welt und die UNESCO

Im Juni und Juli d. J. tagte in Paris die VI. Generalversammlung der UNESCO. Der Osservatore Romano hat dieses Ereignis zum Anlaß genommen, in zwei eingehenden Leitartikeln einmal wieder die Lücken aufzudecken, die die Arbeit der UNESCO für den Christen aufweist und denen sie auch in ihrem eigenen Interesse abhelfen müßte, um jene Wirkung zu erreichen, die ihr Ziel ist. Diese Stellungnahmen des vatikanischen Blattes am 9./10. und am 13. Juli gewinnen an Bedeutung dadurch, daß der apostolische Nuntius in Frankreich, Msgr. Roncalli, bei der Schlußsitzung der Generalversammlung der UNESCO am 11. Juli eine Ansprache gehalten hat, in der er, der als Beobachter an der Tagung teilgenommen hatte, eine sehr freundschaftliche Erklärung zu den Arbeiten der UNESCO abgegeben hat. Erziehung der Völker ist seit mehr als tausend Jahren ein Anliegen der Kirche gewesen, und sie kann den Arbeiten einer großen Organisation, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Völker durch Erziehung, Wissen und Kultur zum Frieden heranzubilden, nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie sucht vielmehr all das in dieser Arbeit zu stützen, sie begrüßt alles, was sie in der rechten Weise geschehen sieht.

Divergenzen zwischen dem Menschenbild der UNESCO und dem des Christen

Trotzdem weisen die Aufsätze des Osservatore Romano mit aller Deutlichkeit auf die Divergenzen hin, die zwischen der Zielsetzung der UNESCO und ihrem Menschenbild und jener Welt- und Menschenauffassung bestehen, die dem Christen allein als wahr genügen kann. Die UNESCO hat seit ihrer Gründung selber das Bewußtsein gehabt, in einem tiefgründenden Zwiespalt zu leben: einerseits ist es ihr Ziel, die Völker zum Frieden zu erziehen, anderseits sind in ihr nicht die Völker, sondern die Regierungen vertreten. Ihre Forderungen sind allgemein menschliche im Bereich der Autonomie des Geistes, der Kultur und den tieferen Wirklichkeiten der Geschichte; aber zu Wort kommen die schwankenden und auseinandergehenden Wünsche der Regierungen ihrer 59 Mitgliedstaaten. Dazu kommt noch ein zweiter, mit diesem verquickter Zwiespalt: die UNESCO stützt sich auf eine dünne Intellektuellenschicht, aber ihr Ziel ist es, die Breite der Völker zu erreichen.

Und hier, gegenüber dieser zweiten Problematik, hat nun der Christ sein Wort zu sagen. In dem zweiten Artikel des Osservatore Romano heißt es:

„Denn die UNESCO hat keinen tiefen und erneuernden Widerhall, weder bei allen Völkern noch in deren eigentlicher Seele; und das nicht nur, weil in dieser von zwei Kriegen aufgewühlten Welt in riesigen Gebieten die sicheren Grundlagen eines Friedens fehlen, sondern auch, weil die UNESCO in ihrem eigenen Raum nicht mit der nötigen Offenheit alle Elemente aufnimmt, die unbedingt notwendig sind, wenn man den innigsten Widerhall bei den Völkern in ihren stärksten und verbreitetsten Gefühlen finden will."

Der Aufsatz zitiert dann einen der Abgeordneten, der der Versammlung vorgehalten habe, daß man „hinter der Tätigkeitsentfaltung der UNESCO eine Leere spüre: das Fehlen einer Inspiration, die der ganzen großen Unternehmung ihren vollen Sinn geben könnte".

Worin besteht diese Leere? In dem ständigen Auslassen der religiösen Werte, ohne die doch alles, was da getan wird, nicht universal, nicht eindringlich, nicht dem tiefsten Herzen der Massen zugänglich sein kann.

Die Präambel des Gründungsstatuts der UNESCO von 1945 enthält die Formel: „ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und der Religion". Damit hat die UNESCO gewiß nicht ausdrücken wollen, daß sie bei ihrer Tätigkeit die Verschiedenheit der Rassen, der Geschlechter, der Sprachen, die Wirklichkeit derselben hätte leugnen wollen. Nur der Religion gegenüber verhält sie sich so, als besage jene Formel, daß es die Religion in Wahrheit nicht gebe.

„Aber wie will man erwarten, das Herz irgendeines Volkes durchdringen zu können, wenn man das fundamentalste Element seines lebendigen Seelenlebens, das religiöse Element, verkennt, das doch allen Völkern gemein ist, seien sie nun Mohammedaner oder Buddhisten, Konfuzianer, Schintoisten, protestantische oder katholische Christen oder Jünger irgendeiner anderen Religion?" Es ist diese rein laizistische Einstellung der UNESCO, die es ihr, wenn sie beibehalten wird, unmöglich machen wird, auf die Völker zu wirken.

Die Ansprache des Nuntius Roncalli

Auf diesem Hintergrund muß man die Rede des Nuntius Roncalli vor der Schlußversammlung der VI. Generalversammlung der UNESCO in Paris, die er am 11. Juli gehalten hat, sehen. In ihr kommt zum Ausdruck, daß der immer wieder erneute Hinweis aller religiös gebundenen Mitglieder der ständigen Arbeitskommission der UNESCO auf den Mangel, der der Arbeit der Organisation not-

wendig anhaften werde, wenn sie jenem fundamentalen Element der menschlichen Seele, der menschlichen Kultur, das der religiöse Glaube darstellt, keine Rechnung trüge, doch wohl nicht ohne Folgen geblieben ist und daß die Christen hoffen können, an den an sich so wichtigen Arbeiten dieser Organisation teilnehmen zu können, ohne etwas von ihren Anliegen opfern zu müssen. Die wichtigsten Abschnitte der Ansprache Msgr. Roncallis lauten:

„In meiner Ansprache werden die ‚Alten' der UNESCO das Echo der Ansprache des Apostolischen Nuntius in Italien, Msgr. Borgongini-Duca, auf der letztjährigen Tagung in Florenz vernehmen, als er sich freute über dieses große Treffen der Nationen, das die UNESCO von allen Enden des Erdballs hatte zusammenführen können, um die wirksamsten Formen zur Steigerung der allgemeinen Bildung, Wissenschaft und Kultur zu studieren.

Von seiten des Vertreters der ältesten und umfassendsten Organisation der Kultur in der Welt, die sich auf den ersten Auftrag beruft: ‚Gehet hin und lehret . . .', eine Botschaft, die von den Hügeln Galiläas zuerst die Wellen eines kleinen Sees kräuselte und jetzt, nach zweitausend Jahren, immer noch fortfährt, sich an allen Ufern und in allen Ländern zu verwirklichen, wo die Freiheit kein leeres Wort ist, von seiten dieses Vertreters war es nur natürlich, daß er an das große Fundament, das große Prinzip erinnerte: an Gott, den Herrn der Wissenschaften, auf den sich dieses mächtige System stützt und aus dem es seine Kraft nimmt . . .

Die Tätigkeit der UNESCO erhebt keinen Anspruch auf ein Monopol der öffentlichen und privaten Erziehung in der ganzen Welt; sie will vielmehr durch ihre Initiativen, ihre wertvollen, wohldurchdachten Hinweise, ihre moralische und materielle Unterstützung einen möglichst wirksamen Beitrag zu den Bemühungen beisteuern, die die Staaten und freien privaten und öffentlichen Einrichtungen zur Entwicklung der Kultur und Erziehung unternehmen.

Die UNESCO erscheint daher heute nicht mehr, wie man anfangs fürchten konnte, als ein großes Museum zur intellektuellen Zerstreuung oder zur Bildung einer neugierigen Menge, sondern als großes brennendes Feuer, dessen Funken überall glühende und tätige Energien und eine weitgespannte Zusammenarbeit für Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden für alle Völker der Erde ohne Unterschied der Rasse, der Sprache oder der Religion wecken werden.

Ja, ohne Unterschied der Rasse, der Sprache und der Religion.

Wenn ich dabei verweile, diese eindeutige Position der UNESCO gegenüber Rasse, Sprache und Religion bei allen Völkern, auf die sich ihre Tätigkeit erstreckt, wie sie in der Präambel der Gründungsakte enthalten ist, die in London 1945 unterzeichnet wurde, zu unterstreichen, so nicht darum, weil die rassischen, literarischen oder religiösen Werte jedes Volkes verkannt und übersehen würden.

Es handelt sich im Gegenteil darum, daß diese Werte stets aufs nachdrücklichste in Rechnung gesetzt werden. Die UNESCO will — wir sagen es laut — eine große Schule gegenseitiger Achtung sein; doch als solche darf sie nicht blind oder taub gegenüber den grundlegendsten Werten jedes Volkscharakters sein: gegenüber dem Nationalgefühl und dem religiösen Geist.

Gerade die Beweise guten Willens der UNESCO angesichts dieser Verhältnisse und dieser grundlegenden Probleme sichern der großen internationalen Organisation das Vertrauen und die Mitarbeit des beachtlichsten Teils der Menschheit.

Anläßlich der großartigen Projekte, denen konkrete Vorschläge zur Seite stehen und die ein Ehrenmal dieser VI. Sitzung des Verbandes der UNESCO bleiben werden, möchte ich eine doppelte Koinzidenz hervorheben: einerseits hat sich unsere Versammlung in dem Augenblick in Paris vereint, in dem die glorreiche Stadt ihr zweitausendjähriges Bestehen feiert, anderseits fallen die Bemühungen der UNESCO zusammen mit denen der Vereinten Nationen um den Frieden.

Unter den Arbeiten der gegenwärtigen Session möchte ich zwei von besonderer Bedeutung hervorheben: einmal den technischen Beistand für die ungenügend entwickelten Gebiete; und an zweiter Stelle die Schaffung von regionalen Zentren zur Entwicklung des Elementarunterrichts in der ganzen Welt.

Der Beobachter des Vatikans betrachtet gerade diese zweite Initiative mit besonderem Interesse, da sie Beziehungen hat zu dem, was immer die lebhafteste und teuerste Sorge der Kirche war und stets bleiben wird: die erzieherische und zivilisatorische Aufgabe, die sie Jahrhunderte lang durch ihre Missionare in der ganzen Welt hat ausführen lassen."

Msgr. Roncalli weist an dieser Stelle auf die Enzyklika *Evangelii Praecones* über die Missionen hin, in der Pius XII. betont hat, daß die Kirche immer das Gute, das sie vorfand, bewahrt und nicht zerstört habe, daß ihr Wirken dem des Gärtners entspreche, der den Wildstamm bewahrt, aber ein Edelreis auf ihn aufpfropft. „Den ausführenden Organen der UNESCO", so fuhr Roncalli dann fort, „kommt die Aufgabe zu, die technische Seite des großen Problems zu untersuchen. Doch in der Erziehung, insbesondere in der Elementarerziehung ist die Technik in ständiger Vervollkommnung begriffen. Was aber die Technik lenken muß, ist eine höhere Inspiration. Diese Inspiration findet die Kirche in der echten Liebe zu den Seelen. Für alle Seelen guten Glaubens ist es das Gefühl der Brüderlichkeit, die aus dem Gesicht jedes Menschen als Abglanz des Angesichts Gottes leuchtet . . ."

Der Nuntius dankte dann den verschiedenen leitenden Männern der UNESCO für die geleistete Arbeit und schloß mit den Worten:

„Einander anschauen, ohne einander zu mißtrauen, sich einander nähern, ohne sich zu fürchten, sich helfen, ohne sich preiszugeben: das ist ein gutes Aktionsprogramm für den Fortschritt des sozialen Lebens gemäß den Zielen der UNESCO. Gemeinsam wollen wir den guten Weg beschreiten."

Gebetsminute für den Frieden

Es wird viel davon geredet, daß das Gebet die entscheidende Macht zur Erhaltung des Weltfriedens ist. Jede Anregung, die geeignet ist, diese Erkenntnis mehr und mehr in eine gemeinschaftliche und allgemeine Tat zu verwandeln, verdient es, verbreitet zu werden. Eine solche Anregung ging vor zweieinhalb Jahren von Herve J. L'Heureux aus, einem Beamten des State Departement in Washington. Er schlug vor, die gläubigen Menschen aller Völker sollten gemeinsam jeden Tag um zwölf Uhr mittags eine Minute dem Gebet um den Weltfrieden widmen. Der Urheber dieses Gedankens wünschte keine öffentliche Propaganda. Von Mund zu Mund sollte er weitergetragen werden, wie es einer so

innerlichen Sache entspricht. Heute wird dies Gebet bereits von nahezu 2400 Organisationen in Amerika unterstützt. Unter ihnen sind 835 Frontkämpfervereinigungen. Daneben haben sich unzählige einzelne Amerikaner dieser unscheinbarsten und vielleicht doch nützlichsten Weltfriedensbewegung angeschlossen. Sie steht jedem offen.

Regsamkeit der Katholischen Aktion in Spanien

In den letzten Monaten sind die verschiedenen Gruppen apostolischen Wirkens und besonders der Katholischen Aktion in Spanien besonders tätig gewesen, wie „La Croix" berichtet (26. Juli 1951). Die Katholischen Intellektuellen Spaniens haben auf ihren jährlich wiederkehrenden „Gesprächen von Avila" in diesem Jahr das Thema der Pflichten des Katholiken in der modernen Welt behandelt. Die erste der zur Diskussion gestellten Fragen: „Überlieferungstreue und Modernität" ist für Spanien besonders wichtig in Anbetracht des tief eingewurzelten Sinns des spanischen Katholiken für die Tradition in seinem Glaubensleben überhaupt und besonders auch im Apostolat, das stets in Gefahr ist, sich von den immer neuen Bedürfnissen und Erfordernissen des Lebens überholen zu lassen.
Die Katholische Aktion wirkt in strikter Abhängigkeit von der Hierarchie und ist eine der wichtigsten Kräfte, auf deren Festigkeit man in den politisch schwankenden und wirtschaftlich sehr schwierigen Verhältnissen des Landes hofft. Ihr offizielles Organ „Ecclesia" spricht mit bemerkenswerter Offenheit.
Am 25. und 26. Juni fand in Madrid die I. Generalversammlung der Leiter der Katholischen Aktion Spaniens statt, an der die kirchlichen Assistenten und die Präsidenten der Diözesan- und Pfarrverbände teilgenommen haben. Gegenstand der Tagung war die Christianisierung der öffentlichen Meinung auf dem Gebiet der Veröffentlichungen, des Films und des Fernsehens. Sie ist in Spanien wie überall ein dringendes Anliegen. Allerdings müssen die spanischen Katholiken, um sich auf diesem Gebiet einsetzen zu können, sich zuerst noch eine dafür unerläßliche Vorbedingung erringen, nämlich eine wirklich freie Presse, die vorläufig nicht existiert.
Vom 1. Juli an hat die Nationale Woche der Diözesanassistenten getagt, die in diesem Jahr ihr 25jähriges Bestehen feiern konnte. Das Thema dieser Tagung war das Problem der bäuerlichen Welt.
Die III. Nationalversammlung der jungen Mädchen der Katholischen Aktion hat 25 000 Teilnehmerinnen in Madrid zusammengeführt. Der Papst hat sie in seiner Radiobotschaft ermahnt, gegen den „kleinen laizistischen Wind zu kämpfen", der selbst in der traditionsgemäß katholischen Welt Spaniens weht.

Christliche Gewerkschaften und Internationaler Bund Freier Gewerkschaften

Vom 5. bis 12. Juli tagte in Mailand der Zweite Internationale Kongreß des Weltbundes der Freien Gewerkschaften. Man konnte annehmen, daß auf diesem Kongreß auch das Verhältnis des Weltbundes der Freien Gewerkschaften (CISL) zu den Christlichen Gewerkschaften zur Sprache kommen werde, da dieses Problem bereits vor zwei Jahren beim ersten Zusammentreten dieser neuen Organisation der nichtkommunistischen Gewerkschaften der Welt in London zur Sprache gekommen war, und in der Tat wurde das Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften am ersten Tag des Kongresses vom Generalsekretär des Weltbundes der Freien Gewerkschaften, Oldenbroek, als einer der Programmpunkte genannt. Tatsächlich scheint die Frage nicht eingehender diskutiert worden zu sein, und in den Schlußresolutionen wird nur die Stellungnahme des Ersten Kongresses von London wiederholt, nämlich die Erklärung, der Weltbund der Freien Gewerkschaften stehe allen freien Gewerkschaften zum Beitritt offen.
Die Einstellung der Christlichen Gewerkschaften ihrerseits zum Weltbund der Freien Gewerkschaften ist aber keineswegs so einfach, wie es nach dieser Erklärung des Mailänder Kongresses scheinen könnte. Bei seinem ersten Zusammentreten vor zwei Jahren hatte der CISL, in dem die freien britischen Gewerkschaften TUC (Trade Union Congregation) und die amerikanischen Gewerkschaften der CIO (Amerikanischer Verband der Industrie-Organisationen) und der AFL (American Federation of Labor) die Führung inne haben, nur zwei christliche Gewerkschaftsverbände zur Teilnahme aufgefordert, die französische CFTC und den Verband der Baskischen Arbeiter. Die Einladung anderer christlicher Gewerkschaftsverbände wurde dann in London beschlossen, jedoch sollte sowohl die endgültige Mitgliedschaft der schon bei diesem ersten Kongreß anwesenden französischen Christlichen Gewerkschaften als auch aller anderen nur auf Grund des Prinzips der Zugehörigkeit zu einer einzigen internationalen Verbindung erfolgen. Das besagt, daß die christlichen Gewerkschaften vor ihrem Beitritt zum Weltbund der Freien Gewerkschaften ihren Austritt aus dem schon seit 30 Jahren bestehenden Internationalen Bund der Christlichen Gewerkschaften erklären müßten. Vor dieser Entscheidung stand z. B. der französische Christliche Gewerkschaftsverband CFTC vor dem Zusammentritt des Mailänder Kongresses.
Die CFTC hat daher diesen Punkt auf seinem Nationalkongreß vom 12. bis 14. Mai in Paris klären müssen. Die Entscheidung ist gegen einen Beitritt zum Weltbund der Freien Gewerkschaften gefallen. Der Präsident der CFTC, Gaston Tessier, hat darüber in einem Interview, das „Le Monde" am 1. Juni veröffentlicht hat, gesagt: „Hätten wir uns auf den Weg des CISL begeben und den Internationalen Verband der Christlichen Gewerkschaften (CISC) verlassen, der trotz allem das Privileg des Alters besitzt, da er bereits seit 30 Jahren besteht, während sein Rivale erst vor zweieinhalb Jahren das Licht der Welt erblickt hat, so hätten wir uns von gewissen Elementen der CGT (des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, unter kommunistischer Führung) völlig abgeschnitten, mit denen in Kontakt zu bleiben wir trotz ihres Sektengeistes doch noch für notwendig halten".
Innerhalb der gewerkschaftlichen Gruppierungen stellt der Weltbund Freier Gewerkschaften durch die Führung, die in ihm das angelsächsische Element hat, eindeutig den „Westblock" gegenüber dem „Ostblock" dar, während die christlichen Gewerkschaften bei durchgehaltener politischer Neutralität nach Tessiers Meinung also zwischen diesen schroffen Gegensätzen innerhalb der Arbeiterwelt stehen und damit eine völlige Politisierung der Gewerkschaften verhindern möchten.
Allerdings hat es innerhalb der CFTC eine Minorität gegeben, die gegen die Entscheidung der Majorität gestimmt hat, die also vorgezogen hätte, die CFTC wäre dem CISL beigetreten und hätte seine Zugehörigkeit zum Internationalen Verband der Christlichen Gewerkschaften aufgegeben.
Auf der Vorstandssitzung des Internationalen Verbandes

der Christlichen Gewerkschaften, die am 26. und 27. Juli in Lille tagte, hat dann die Führung der Christlichen Gewerkschaften ihrerseits zu der Entschließung des Mailänder Kongresses des Weltbundes der Freien Gewerkschaften in bezug auf die christlichen Gewerkschaften Stellung genommen. Der Vorstand hat erklärt, er habe von der Entschließung des Mailänder Kongresses über die Beziehungen zwischen ihm und den christlichen Gewerkschaften und anderseits von einem brieflich bestätigten Telegramm des (kommunistisch geleiteten) Weltgewerkschaftsbundes über gelegentliche Zusammenarbeit bei der praktischen Arbeit Kenntnis genommen. Es wurde beschlossen, beide Fragen der kommenden Ausschußsitzung des CISC zu unterbreiten. Es wurde einerseits die Ursprünglichkeit und Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaftsarbeit betont, anderseits jedoch auch ihre Bereitschaft zu gelegentlicher Zusammenarbeit mit anderen Organisationen zur Aufrechterhaltung aller Freiheiten, zur Förderung des Fortschritts und zur Erhaltung des Weltfriedens.

Eine Erklärung der französischen Kardinäle zum Tode Pétains

Nach dem Tode Marschall Pétains, der im Alter von 95 Jahren in der Haft auf der Insel Yeu gestorben ist, haben die Kardinäle Frankreichs folgende Erklärung abgegeben:

„Marschall Pétain ist, nachdem er fünf Jahre, bis zum Alter von 95 Jahren — und das ist eine in den Annalen unsrer Geschichte einzig dastehende Tatsache — gefangen gehalten worden ist, in der Festung auf der Insel Yeu gestorben. Am Grabe eines Greises, der solche Ehren und solche Erniedrigung gekannt hat, halten wir es für angebracht, Worte des Friedens zu sprechen.

Wenige Geschicke waren tragischer als das seine. Unter den militärischen Führern, die sich während des Ersten Weltkriegs ausgezeichnet haben, bleibt er im Andenken seiner alten Soldaten einer der Größten.

Das hat dazu geführt, daß ihm 1940 die gefährliche Ehre zuteil wurde, trotz seiner 84 Jahre von der verzagenden öffentlichen Meinung in die höchste Staatsleitung berufen zu werden und angesichts des feindlichen Einmarsches und der Besetzung die schwerste Verantwortung zu übernehmen. Von da an sind seine Entscheidungen leidenschaftlich diskutiert worden. Er aber hat immer die Aufrichtigkeit seiner Absichten beteuert und erklärt, sich dem unparteiischen Urteil der Geschichte zu stellen. Und in der Tat wird sie, nächst Gott, ihn richten.

Die Rührung, die in letzter Zeit die Voraussicht seines Todes geweckt hat, läßt uns erwarten, daß man Messen für die Ruhe seiner Seele bestellen wird. Wir können eine solche Initiative, die durchaus der christlichen und der französischen Tradition entspricht, nur loben. Aber wir wünschen, daß diese Messen nicht zu politischen Kundgebungen ausarten, sondern überall die Würde bewahren, die den religiösen Zeremonien und der Sammlung entsprechen, die das Gebet für die Verstorbenen erfordert."

Eine Erklärung der sozialen Katholiken Frankreichs vor der französischen Nationalversammlung

Die verschiedenen Organisationen der katholischen sozialen Bewegung in Frankreich, nämlich die Sozialen Wochen Frankreichs, die Union der Sozialsekretariate, die Action populaire, der Bürgerlich-Soziale Frauenbund und die Sozialunion katholischer Ingenieure, haben gemeinsam folgende Erklärung abgegeben:

„In dem Augenblick, wo das Zusammentreten der neuen Nationalversammlung und die Regierungsbildung die Neuorientierung der Gesetzgebung gestatten, macht sich eine Unruhe in bestimmten Kreisen bemerkbar. Sie fürchten, wenn nicht eine Reaktion, so doch mindestens einen sozialen Stillstand; sie fürchten, daß der Ansatz zu gewissen Reformen, denen sie eine besondere Bedeutung beimessen, direkt oder indirekt in Frage gestellt wird. Darum ist es wichtig, sich die sozialen Bedürfnisse klar zum Bewußtsein zu bringen, die das Schicksal jedes Franzosen und die Zukunft Frankreichs angehen.

Gewiß erlegen die Wiedererhebung aus den Trümmern zweier Kriege, die unerläßliche Erneuerung unserer Ausrüstung, die Verteidigung des Friedens allen Opfer auf, die um so schwerer sind, als gleichzeitig die Stabilität des Geldes erhalten bleiben muß, an die die Kaufkraft aller Franzosen gebunden ist, deren Existenz auf einem festen Einkommen beruht.

Aber über diesen Forderungen darf nicht vergessen werden, daß an erster Stelle der Mensch steht und daß die Wirtschaft in seinen Dienst treten muß.

Es wäre sehr gefährlich, für möglich zu halten, die Produktion zu heben und den sozialen Frieden, der wiederum eine unerläßliche Vorbedingung für den internationalen Frieden ist, dadurch zu erhalten, daß man den Arbeitern eine Verbesserung ihres Lebensstandards verweigert, der dem Wachsen des Nationaleinkommens entspricht.

Noch weniger kann ein Herabdrücken der Sozialleistungen in Frage kommen, die schon jetzt die Sicherheit des Arbeiters und seiner Familie nur ungenügend garantieren, und ebenso wenig eine Gefährdung der Einrichtungen, die einen ersten Schritt zur Hebung der Arbeiterschaft darstellen.

Eine Politik der Reaktion oder des Stillstandes wäre ebenso gefährlich wie eine Politik systematischer Verstaatlichung. Das Land will weder das eine noch das andere.

Es ist nötiger denn je, den schreienden Ungleichheiten in der Verteilung des Nationaleinkommens ein Ende zu machen und die Arbeiter an den Vorteilen einer gesteigerten Produktion zu beteiligen. Es ist sogar wichtig, sie nach und nach zur Gewinnbeteiligung und zum Mitbestimmungsrecht zu führen.

Energische Maßnahmen müssen in der Neuorganisierung und Ausbreitung der beruflichen Ausbildung ergriffen werden.

In der Organisation der Sozialversicherung müssen die berechtigten Ansprüche der Familien und die Teilnahme der Interessenten an der Verwaltung ihrer Einrichtungen beachtet werden.

Schließlich muß das Wohnungsproblem in seiner ganzen Breite aufgegriffen werden, damit jeder Franzose unter Verhältnissen wohnen kann, die der Würde des Einzelnen und der Familien entsprechen.

Die gegenwärtigen Einrichtungen sind unvollkommen und verbesserungsbedürftig. Die Verbesserungen, die sie verlangen, werden von der großen Masse der Franzosen nur angenommen werden, wenn sie den Prinzipien der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschrittes nicht widerstreiten, zu denen sich die Wählerschaft soeben bekannt hat."

Der christliche Erzieher und das Kino

Das „Nationalkomitee des freien (katholischen) Unterrichtswesens" in Frankreich hat, wie wir der Wochenzeitung „La France Catholique" (27. Juli 1951) entnehmen, Ende Juli seine

nationale Studientagung in Paris über das wichtige Thema „Der christliche Erzieher und das Kino" abgehalten. Zu der Tagung waren etwa 850 Teilnehmer aus ganz Frankreich gekommen.

Das lebhafte Interesse, das dieses Problem gefunden hat, bewies, daß die christlichen Erzieher sich des Einflusses und der Bedeutung des Films für den Geist der Jugend durchaus bewußt sind. Bis jetzt hat aber das Kino im Schulprogramm keinerlei Platz. Das ist ein geradezu paradoxer Zustand, wenn man sich klarmacht, welche Rolle das Kino im Leben der Jugend, ganz besonders der Kinder der unteren Volksschichten spielt, die ja fast alle häufig ins Kino gehen. In der Welt der schulentlassenen Jugend, welcher Schicht sie auch angehört, wird das Kino jedenfalls eine bedeutende Stelle einnehmen. Bis jetzt hat man selbst die gebildete Jugend von der Schule abgehen lassen, ohne sie irgendwie gegen diesen Einfluß auszurüsten, da ihre Erziehung ihr keinerlei Bildung auf diesem Gebiet vermittelt hat. Aber es verhält sich mit dem Film wie mit Literatur und Theater: er ist des Besten und des Schlimmsten fähig. Dem Zuschauer liegt es ob, das eine anzunehmen und das andere abzulehnen. Darum müssen die Kinobesucher genügend von der Sache wissen, um einen Film verstehen und würdigen zu können, sie müssen sich darin üben, auf die Vorführung zu reagieren. Hier wie überall besteht die Kultur darin, den Geist der Kritik zu entwickeln.

Das Kino stellt den Erzieher vor sehr verschiedene Fragen. Man muß dabei zwischen dem Film als Unterrichtsmittel, dem Jugend- oder Kinderfilm und dem Film als Unterrichtsgegenstand unterscheiden. Und dieses dritte Problem ist das eigentlich neue, bisher noch kaum recht beachtete, das nun aber das Hauptinteresse der Tagung der Erzieher des katholischen Unterrichtswesens in Frankreich in Anspruch nahm. Es galt zunächst, den Lehrern überhaupt erst einmal eine Vorstellung von dem Umfang dieses neuen Gebietes zu geben und ihnen Methoden nahezubringen, wie man es für die Schüler fesselnd behandeln könne. Im Lycée Voltaire in Paris wird bereits seit ein paar Jahren von dem Universitätsdozenten Henri Agel in einer Vorbereitungsklasse für das „Institut des Hautes Etudes cinématographiques" Kino-Kunde unterrichtet. Agel hielt auf der Tagung zwei Vorträge, über „Das Kino als neue Dimension" und über „Kino-Humanismus". Die übrigen Vorträge legten den zu der Tagung erschienenen Lehrern den Stoff der „Kino-Wissenschaft" dar; Filmkunst und Technik, Film als Industriezweig, Geschichte des Films und gegenwärtige Tendenzen des Filmschaffens.

Die Lehrer aller Schulgrade haben fast alle selber erst diesen Stoff kennen und beherrschen zu lernen, um ihn ihren Schülern übermitteln zu können. Dann müssen sie auf Grund ihrer pädagogischen Erfahrung die neu erworbene Kenntnis dem Aufnahmevermögen und Aufnahmewillen der Schüler anpassen. Das ist eine große Arbeit. Doch da man nun ihrer Bedeutung und Notwendigkeit innegeworden ist, wird sie geleistet werden. Der erste und wichtigste Schritt ist getan: man ist sich des Sachverhalts bewußt geworden.

Proteste gegen „Geburtenkontroll-Wohnungen"

Die katholischen Wohnungsbauwerke in Holland haben statistisch festgestellt, daß der größte Teil der Neubauwohnungen im Lande und vor allem die mit öffentlichen Mitteln gebauten Häuser für die Normalfamilie unzureichend sind. In Amsterdam haben nur 23 % mehr als ein Schlafzimmer, in einem Viertel sogar nur 13 %. Die katholischen Organisationen haben in Protesten an die Zweite Kammer, die Katholische Volkspartei und das Katholische Wohnungsbauinstitut die Berücksichtigung ihrer Familiengrundsätze und ihre Hinzuziehung bei der Beschlußfassung über künftige Projekte gefordert. Sie beschuldigen die Regierung und besonders den sozialdemokratischen Wiederaufbauminister einer grundsätzlichen Haltung in dieser Frage, die eine Bedrohung für das katholische Volk darstellt.

Auch die Catholic Welfare Conference in Nordamerika stellt fest, daß der Typ der durchschnittlichen Neubauwohnungen den Namen „Geburtenkontroll-Wohnung" verdient. Der Wohnungsstandard liegt dort allerdings höher. Die meisten neuen Wohnungen haben, im Durchschnitt gerechnet, eineinhalb Schlafräume. Gemessen an den amerikanischen Vorstellungen von der Lebenshaltung genügt auch das nur für höchstens zwei Kinder.

Einen besonders bedeutsamen Schritt hat eine Gruppe englischer Katholiken unternommen, die mit Unterstützung von Kardinal Griffin der englischen Regierung eine Denkschrift vorgelegt haben, die nicht nur eine genaue Darstellung des englischen Wohnungselends und seiner verheerenden Folgen gibt, sondern auch konstruktive Vorschläge zu seiner Besserung enthält. Sie fordern darin eine Konferenz aller Parteien, die die Frage unabhängig von parteipolitischer Taktik und ideologischer Festlegung behandeln soll, und legen ein Zwölfpunkteprogramm vor, das neue Richtlinien für den Wohnungsbau gibt. Dies Programm enthält die Forderungen, dem Wohnungsbau stärkere Anreize zu geben, den Luxus der öffentlichen Bauten einzuschränken, das Wohnbauwesen zu rationalisieren und stärker zu mechanisieren, nach planmäßigerer Verteilung der Baumaterialien, nach Aufstellung genauer Zeitpläne, schnellerer Entscheidung und systematischer Planung, nach stärkerer Vielfalt der Wohnungstypen und -größen, nach Förderung des Eigenheimbaus, nach Wohnungsaustausch zwischen wachsenden und abnehmenden Familien, nach Bevorzugung der Zweckmäßigkeit vor Luxuserwägungen und endlich nach Förderung der Ausbildung von Bauhandwerkern. Während also ein großer Teil der Forderungen sich gegen die veralteten Methoden der Bauindustrie richtet, stellt sich gerade die nach Förderung des Eigenheimbaus bewußt gegen die Tendenzen der sozialistischen Regierung, auch das Wohnbauwesen zu verstaatlichen.

Man neigt also in den katholischen Kreisen all dieser Länder zu der Annahme, daß die Planungsstellen nicht allein aus Kapitalmangel und sonstigen wirtschaftlichen Gründen die Kleinwohnungen begünstigen, was sie natürlich behaupten, sondern daß der Wohnungsbau bewußt zu einem Instrument der Bevölkerungsplanung gemacht wird, die auf dem Wege ist, ein Grundsatz westlicher Staatspolitik zu werden.

Erfahrungen des englischen Kirchenfunks

Der katholische Berater der BBC, P. Agnellus Andrew OFM, veröffentlichte in der Zeitschrift „Clergy Review" (Juni 1951) eine Art Rechenschaftsbericht über die religiösen Sendungen. Das Erstaunlichste daran ist die Zahl der Zuhörer. Nach sorgfältigen Prüfungen darf man annehmen, daß in England dreimal soviel Leute die Sonntagsandacht am Radio hören, als man in allen Kirchen des Landes Besucher zählt. Das Radio ist also die bei weitem

wichtigste Kanzel geworden, und zwar eine missionarische Kanzel; denn die Mehrzahl der Hörer geht in keine Kirche. Dieser Tatsache suchen die Sendungen Rechnung zu tragen. Sie möchten gerade solche Menschen ansprechen, die mit keiner kirchlichen Gemeinschaft mehr Fühlung haben und doch nicht ohne religiöses Organ sind. Die Sendungen stehen also unter dem Gesichtspunkt einer „Vorbereitung auf das Evangelium". Der Erfolg dieser Vorbereitung hat sich in einer erheblichen Zahl von Konversionen gezeigt, die durch Rundfunkpredigten veranlaßt wurden. Auch die Sendeaufnahmen in kirchlichen Gottesdiensten und Feiern wurden, wie Pater Andrew sagt, nach dem Urteil der Pfarrer oftmals zu einem Erlebnis für die zu diesem missionarischen Dienst auserwählte Gemeinde, das in seinen Wirkungen einer Volksmission nahekam. Den katholischen Kritikern, die in den Sendungen ihre gewohnte katholische Art von Frömmigkeit vermissen, sagt der Radiopriester, sie möchten ihm glauben, daß es auch ihm und seinen Mitarbeitern manche Überwindung kostet, sich dem Publikum und den Gegebenheiten des Senders anzupassen. Aber man bewege sich eben auf einem Missionsfeld und müsse Schritt für Schritt vorangehen. Im englischen Radio gibt es drei Typen katholischer Sendungen: das Hörbild, d. h. die funkgemäße Darstellung eines katholischen Themas, die Predigtandacht und die Gottesdienstübertragung. Letztere spricht vor allem nichtkatholische Kirchgänger an. Was die Reaktion aus Hörerkreisen angeht, stellt Andrew fest, daß die Sendungen, die die Fernstehenden ansprechen, sehr oft von den Gläubigen scharf kritisiert werden und umgekehrt. Er appelliert an den Klerus, die Gläubigen darüber aufzuklären, daß die erste Aufgabe des katholischen Rundfunks missionarisch ist, und für diesen Charakter der Sendungen das notwendige Verständnis bei den eigenen Leuten zu wecken.

Wohlorganisierter holländischer Katholizismus

Der holländische Katholizismus hat sich von jeher durch seine überaus straffe und wohlgeordnete Organisation ausgezeichnet. So sind nach einer neueren Meldung über 50 % der holländischen katholischen Jugend durch die katholischen Jugendbünde erfaßt (und zwar 850 000 Mitglieder in 118 Organisationen). Die größten Gruppen darin sind:

1. für Jugendliche unter 17 Jahren: die Pfadfinderbewegung mit 105 000 Mitgliedern, die Jungmädchenvereine mit 60 000 Mitgliedern und der katholische Sportverband, der an 1500 Clubs mit 74 000 Mitgliedern zählt;
2. für Jugendliche über 17 Jahren: die Jungarbeiterbewegung mit 50 000 Mitgliedern, die Mädchenbewegung mit 60 000 Mitgliedern, die Studentenvereinigungen mit 4500 Mitgliedern und die Jungbauern- und Junggärtnervereine mit 25 000 Mitgliedern.

Pflegekindschafts-probleme in Holland

Wir haben im vorigen Heft S. 507 einen ausführlichen Bericht über die Probleme der Erneuerung des Pflegekindschafts- und Adoptionsrechtes in Deutschland und die Gesichtspunkte gebracht, die der Christ diesem ganzen Fragenkreis gegenüber zu beachten hat. Auch in Holland ist kürzlich ein Gesetzesantrag eingebracht worden, der sich mit einer Neuregelung des Pflegekindschaftsrechtes befaßt. Und auch dort haben die verschiedensten katholischen Zeitungen sogleich auf ganz bestimmte, in unserer Zeit liegende Gefahren aufmerksam gemacht, die bei allen Neuregelungen von Gesetzen, die es irgendwie mit Familienfragen zu tun haben, zu beachten sind. Das katholische Wochenblatt „De Linie" greift in seiner Nummer vom 29. Juni Argumente auf, die vorher schon in den katholischen Zeitungen „De Tijd" und „De Maasbode" angeführt worden sind. Es handelt sich um folgendes:

Zum Schutz des Pflegekindes sieht der neue holländische Gesetzesvorschlag vor, daß jedes Familienhaupt und jede Einrichtung, in der ein Kind oder ein Jugendlicher unter 18 Jahren außerhalb seiner elterlichen Familie aufgezogen wird, dies beim Bürgermeister melden muß und dann automatisch einem Vormundsrat unterstellt wird. Dieser hat das Recht, die Familie oder Einrichtung zu untersuchen, und diese sind verpflichtet, jede gewünschte Auskunft über die Familie oder Einrichtung und über das Pflegekind zu geben und dieses vorzuzeigen. Jeder Beamte dieses Vormundsrates hat das Recht, in jede Wohnung einzudringen, in dem ein solches Pflegekind sich befindet; und wenn seines Erachtens die Interessen des Pflegekindes nicht gewahrt sind, kann er verfügen, daß das Pflegekind nicht länger dort bleibt. Er kann auch verfügen, daß in eine solche Familie oder Einrichtung überhaupt keine Pflegekinder mehr aufgenommen werden dürfen, wenn er glaubt, daß man sich dort den Verfügungen dieses Gesetzes nicht unterordnen will.

Das katholische Blatt bemerkt zunächst dazu, daß, wenn auch Jugendliche unter 18 Jahren noch als Pflegekinder in diesem Sinn betrachtet werden, jedes Internat und Kleine Seminar unter diesen Begriff falle, gelegentlich auch das Noviziat eines Ordens, in dem ein Ordensanwärter unter 18 Jahren aufgenommen worden ist.

Es führt dann vier grundsätzliche Voraussetzungen an, die in diesem Gesetzesvorschlag stillschweigend enthalten sind:

1. Prinzipiell wird hier jeder Bürger unter Staatsaufsicht gestellt hinsichtlich seiner Beschlüsse, wem er sein Kind zur Pflege oder Erziehung anvertrauen will; ob er selbst jemanden dafür geeignet hält, wird dabei gar nicht beachtet.
2. Prinzipiell wird jeder Privatmann und jede Privateinrichtung unter Staatsaufsicht gestellt, wenn sie aus irgendeinem Grunde ein Kind zu sich nehmen wollen. Erst der Staat kann ihnen dann das Zeugnis ausstellen, daß sie dafür geeignet sind.
3. Prinzipiell werden alle kirchlichen Seminarien und Noviziate mit unter Staatsaufsicht gestellt.
4. Prinzipiell wirft sich der Staat damit zu einem Übervormund auf, nicht nur über die Kinder, deren Eltern zu Recht ihrer elterlichen Macht entsetzt sind, sondern über jedes Kind, auch wenn seine Eltern in keiner Hinsicht auf ihre Rechte verzichtet haben oder ihrer Rechte enthoben worden sind.

Die katholische Öffentlichkeit setzt jetzt ihre Hoffnung darauf, daß die Erste Kammer der niederländischen Regierung die Zwiespältigkeit der Gesetzesvorlage durchschaut und sie ablehnt.

Aus Ost- und Südosteuropa

Vorsicht in der Beurteilung der kirchlichen Lage in Jugoslawien

Auf der 41. Jahrestagung der katholischen Pressevereinigung der USA unterzog der Präsident, Bischof Michael J. Ready, Columbus, den Kongreßbericht des Staatssekretärs Acheson über die Entwicklung in Jugoslawien scharfer Kritik und tadelte zugleich

die amerikanische Presse, weil sie sich nicht an die Tatsachen halte, sondern in der Form von Kommentaren die Tatsachen in Wunschbilder umdeute. Bezeichnenderweise habe die Belgrader Regierung fünfmal ein Gesuch um Zulassung eines Korrespondenten für den NCWC-News-Service abgelehnt, obwohl der jugoslawische Gesandte in Washington seine Befürwortung zugesagt hatte.
Staatssekretär Acheson hatte in seinem Bericht davon gesprochen, daß die Befreiung der Kirchen von staatlicher Kontrolle „beschränkte Fortschritte" mache. Die orthodoxe und islamische Gemeinschaft sei auf der Ebene der einzelnen Gemeinden fast ganz frei. Die katholische Kirche werde wegen ihrer stärkeren internationalen Bindung und weil sie nach Auffassung der Regierung in der Person führender Geistlicher mit vergangenen politischen Systemen verbunden war, unfreundlicher behandelt. Jedoch habe auch ihr gegenüber auf pfarrlicher Ebene die staatliche Bevormundung nachgelassen, und der Besuch der Gottesdienste sei zumeist, wenn nicht überall, frei. Das Gesetz über die Aufhebung des Beichtgeheimnisses werde allmählich aufgegeben. In der Frage katholischer Schulen liege das stärkste Hindernis zur Verständigung.
Bischof Ready weist gegenüber diesem Optimismus darauf hin, daß heute noch zwei Bischöfe und drei- bis vierhundert Priester im Gefängnis sind, nachdem 378 getötet wurden. Was die Behandlung der Gefangenen betrifft, so hätten die amerikanischen Besucher des Erzbischofs Stepinac, wenn sie diese Behandlung korrekt oder gut nannten, den Anschein erweckt, als sei der Erzbischof rechtmäßig verurteilt. Übrigens ist zur Frage der korrekten Behandlung inzwischen durch eine Meldung aus Triest ein Gegenstück bekannt geworden. Der andere eingekerkerte katholische Bischof, Msgr. Cule, Mostar, wurde vor kürzerer Zeit in ein anderes Gefängnis überführt. Während der Überführung war er mit dem orthodoxen Bischof von Serajewo, Varnova Nastic, aneinander gefesselt wie ein antiker Galeerensklave. Das wurde zufällig bekannt, weil der Transportwagen ein Eisenbahnunglück erlitt.
Die ideologische Propaganda gegen den Vatikan wurde im letzten Monat durch einen Aufsatz des Professors Novak in der Zeitschrift für internationale Politik fortgesetzt. Der Verfasser suchte nachzuweisen, daß Rom seit den Anfängen der Kirchengeschichte der Slawen im sechsten und siebenten Jahrhundert feindselig gegen sie gesonnen war und vor allem, wenn es sich um das Verhältnis zu Italien handelte, immer einseitig zu diesem Lande hielt. Bezeichnenderweise wurde dieser Aufsatz über Radio Belgrad auch in tschechischer Sprache gesendet. Auch in den Schulen wird nach wie vor der orthodoxe Marxismus gelehrt, einschließlich solcher Lehrstücke, wie es der „Mythos" von Gott und Christus und die tierische Abstammung des Menschen sind.
Von der Hilfe des amerikanischen Volkes, heißt es in der Meldung aus Triest, haben nur die fünf Millionen Lebensmittelkartenempfänger etwas gespürt. Daß es Belgrad nicht auf eine Hilfe für alle ankam, zeigt auch die Tatsache, daß die Angebote kirchlicher Hilfswerke abgelehnt wurden.

Bulgarien keine Ausnahme

Aus dem unter allen Satellitenländern am weitesten von uns entfernten Bulgarien liegen zwar keine neuen Nachrichten über den Stand des kirchlichen Lebens vor. Jedoch darf das nicht zu der Täuschung verleiten, als würden die wenigen Katholiken des Landes unbehelligt gelassen. Nach den letzten Berichten sind die wenigen Priester, die noch Seelsorge ausüben können, auf Schritt und Tritt überwacht und mannigfachen Schikanen unterworfen, z. B. der Vorenthaltung ihres Lebensbedarfs, öffentlichen Beschimpfungen, häufigen Verhören usw. Ein Geistlicher wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er versucht hatte, Almosen zu sammeln. Die Gläubigen werden durch Drohungen vom Kirchenbesuch abgehalten. Die allermeisten katholischen Einrichtungen, Schulen und Krankenhäuser sind konfisziert, die Schwestern vertrieben.

Politisches Engagement der Priester in den Oststaaten

Ende Juni wurde in Prag die Bildung eines „Nationalen Friedenskomitees römisch-katholischer Priester" bekanntgegeben. Den Vorsitz führt Minister Plojhar; zu den Mitbegründern gehört auch der Kapitularvikar Stehlik in Prag.
Man beurteilt diese Gründung als Versuch einer neuen Form, die Priester politisch fester an das Regime zu binden und sie dadurch, wenn nicht zu politischen Seelsorgern zu machen, so doch wenigstens des Vertrauens bei den treuesten ihrer Gläubigen zu berauben. Der erste Versuch dieser Art wurde seinerzeit mit der staatlichen „Katholischen Aktion" gemacht und schlug ganz und gar fehl. Die Mehrzahl der Gläubigen lehnte jede Seelsorge durch die wenigen Anhänger dieser Aktion ab. Die Gläubigen verließen sogar das Gotteshaus, wenn ein solcher Priester am Altar erschien. Jetzt hat das gleiche Bestreben einen andern Namen und eine unverfänglichere Zielsetzung bekommen. Sachlich aber geht es wiederum ausschließlich um den Versuch, sich der Kirche als ganzer und von innen her zu bemächtigen, um zu dem erstrebten Schisma zu gelangen.
Da es trotz all dieser Bemühungen noch immer an genügend regimetreuen Priestern in der Tschechoslowakei mangelt, hat die kommunistische Regierung dort jetzt eine riesige Werbung für Kandidaten für die staatlichen Priesterseminare in Prag und Preßburg gestartet. Das Ministerium für kirchliche Angelegenheiten hat den Pfarrern des ganzen Landes Instruktionen zugehen lassen, die besagen: 1. der Pfarrer muß von der Kanzel herab über die Vorteile des Eintritts in die staatlichen Seminare predigen, und 2. jeder Pfarrer muß mindestens einen Schüler für diese Seminare aus seiner Pfarre gewinnen!
Gleichzeitig hat die Regierung Flugblätter publiziert, die die Vorteile der geistlichen Laufbahn anpreisen.
Offenbar sind die Seminare bisher sehr schlecht besucht. Genaue Zahlen zu erfahren, hält schwer, denn sie werden geheimgehalten; aber gut informierte Kreise glauben, daß es sich in Prag um etwa fünfzehn, in Preßburg um zwanzig Studenten handelt.
Die Regierung fordert die Pfarrer auch auf, Laienkatecheten auszubilden. Diese müssen im „Geist der Volksdemokratie" erzogen werden. Die Pfarrer werden auch verpflichtet, die vom Staat herausgegebene „Katholische Kirchenzeitung" zu propagieren.
In Rom hieß es Ende Juli, die tschechische Regierung habe einen neuen heftigen Feldzug gegen Msgr. Matocha begonnen, den letzten noch in Freiheit befindlichen tschechoslowakischen Bischof. Man muß also damit rechnen, daß auch der letzte rechtmäßige Bischof demnächst verschwinden wird.
Die nationalen geistlichen Friedenskomitees bestehen auch in den anderen Ländern. In Ungarn werden sie von Msgr.

Beresztoczy und P. Horvath OCist geleitet, in Rumänien von dem exkommunizierten Erzpriester Agotha, in Polen von dem Präsidenten des verstaatlichten Caritasverbandes, Anton Lemparty. Jede dieser Bewegungen verfügt über eine eigene Zeitschrift. Radio Budapest meldete, daß „Tausende von Priestern" sich angeschlossen hätten. Die ungarische Zeitschrift der Bewegung beklagt allerdings zur gleichen Zeit das Fernbleiben der Priester der „vornehmen Viertel" und sogar einiger Arbeitergemeinden.

Undurchsichtige Lage in Ungarn

Äußerst undurchsichtig bleibt die Lage in Ungarn. Wir haben in unserm Bericht über den Prozeß und die Verurteilung Msgr. Grószs mit Vorbehalt die Meldung weitergegeben, daß nach einer Mitteilung des amtlichen ungarischen Nachrichtendienstes die ungarischen Bischöfe auf einer Konferenz am 3. Juli eine Treueerklärung gegenüber der Regierung abgegeben hätten. Inzwischen hat Radio Budapest mitgeteilt, daß der ungarische Episkopat noch einen Schritt weiter gegangen sei und am 21. Juli der ungarischen Volksrepublik den Treueid geleistet habe. Seit Oktober 1949 hat die Regierung den Episkopat bedrängt, diesen Eid abzulegen, wie es Pflicht jedes Staatsbeamten ist. Der Episkopat hat damals dem Klerus, der in Ungarn staatlich besoldet wird, die Erlaubnis erteilt, den Eid abzulegen vorbehaltlich der Rechte Gottes und der Kirche, hat aber selber den Eid nicht geschworen. In der damals von den Bischöfen abgegebenen Erklärung hieß es: „Die Mitglieder des Bischofskorps sollen als Lehrer und Mitglieder des kirchlichen Herrscheramtes den Eid nur mit Erlaubnis des Heiligen Stuhls ablegen."

Jetzt dagegen sollen, nach Angabe des offiziellen Kommuniqués, die Bischöfe selber darum nachgekommen sein, den Eid ablegen zu dürfen. An der Zeremonie nahmen, wie die Mitteilung sagt, Erzbischof Czapik, acht andere Bischöfe, mehrere Auxiliarbischöfe und vier Ordensobere teil. Was sie in Wahrheit dazu bewogen haben kann, diesen Schritt auszuführen, läßt sich nicht erkennen. Es gehen natürlich verschiedene Gerüchte über Druckmaßnahmen um; auch scheinen sich die Namen der „Kapitularvikare" und „Episkopalvikare", die Radio Budapest unter den Teilnehmern an der Eidabgabe aufgezählt hat, nicht mit denen des Päpstlichen Annuario zu decken, so daß es sich wahrscheinlich um staatlich eingesetzte Persönlichkeiten handelt. Jedenfalls gehörte auch Beresztoczy dazu.

Am Schluß der Zeremonie soll Erzbischof Czapik von Eger, der jetzt an der Spitze des ungarischen Episkopats steht, in einer kurzen Ansprache gesagt haben:

„Es ist ein Gebot Gottes und der heiligen katholischen Kirche, daß wir gute Bürger des Staates sein sollen, in dem wir leben, daß wir seine Gesetze befolgen und auch dafür sorgen sollen, daß andere sie befolgen, denn sie führen uns nicht dazu, gegen die Gesetze Gottes zu verstoßen. Durch unseren feierlichen Treueeid gegenüber der Ungarischen Volksrepublik wollten wir unserm aufrichtigen Entschluß Ausdruck geben, mit all unsern Kräften die friedlichen, aufbauenden Ziele unseres Staates und unseres Volkes und die mächtigen Unternehmungen, die der Wohlfahrt und Hebung unseres Volkes und unseres Landes dienen, zu unterstützen. Wir werden die Friedenspolitik unseres Volkes und unseres Staates unterstützen, da dieser die Sicherheit und friedliche Entwicklung unseres Landes schützt. Da wir wünschen, loyale Bürger unseres geliebten Landes, der Ungarischen Volksrepublik, zu sein, unterstreichen wir jene Teile der Verfassung unseres Landes, die die freie Religionsausübung garantieren; und wir werden den Glauben der katholischen Kirche bekennen und ihre Disziplin halten und werden nicht in unserer Loyalität gegenüber der Kirche erschüttert werden. Da wir zum Heil unseres Landes und unserer Kirche arbeiten, hoffen wir, daß unsere Bemühungen für beide die Segnungen des Friedens und des Erfolgs zeitigen werden, und ich flehe den Segen Gottes auf unsere Bemühungen herab."

Die ersten Verlautbarungen der staatlich ernannten „Kapitularvikare", ihre ersten Rundschreiben an den Klerus, betrafen inzwischen anscheinend die Einbringung der Ernte. Die Pfarrer wurden darin aufgefordert, die sonntäglichen Gottesdienste so zu legen, daß die Bauern nicht an der notwendigen Feldarbeit behindert würden, und die Dorfbevölkerung wird aufgefordert, auch am Sonntag auf dem Feld zu arbeiten, da die Einbringung der Ernte keine wie immer geartete Verschiebung gestatte.

Während sich in Sowjetrußland selber schließlich die Familie gegen alle Zersetzungsmaßnahmen erhalten und durchgesetzt hat als ein Grundelement des menschlichen Lebens, ohne das keine Gemeinschaft aufgebaut werden kann, wird in den neukommunistischen Ländern der Kampf gegen diese stärkste Zelle geistig-seelischen Widerstandes mit den krassesten Mitteln geführt. Die Emanzipation der Frau ist eines dieser Mittel. Kürzlich machte ein Bericht aus Ungarn einen Rundlauf durch die Presse, in dem die Möglichkeiten, die ein totalitärer Staat hat, die Familie aufzubrechen und ihre einzelnen Bestandteile zu „verstaatlichen", in grelles Licht traten. Es handelte sich um eine ältere verwitwete Frau mit einem noch kleinen Kind, die in einer Textilfabrik arbeitete. Die Frau gibt zu, keine hervorragende Arbeiterin gewesen zu sein und oft ihr Pensum nicht erfüllt zu haben. Eines Tages wurde ihre Fabrik aufgefordert, fünfzehn Arbeiterinnen ans Regiment abzugeben. Da sie keine gute Arbeiterin war, wurde sie abgegeben. Ihr Kind wurde ihr vom Staat abgenommen, und zwar auf Grund einer ärztlichen Untersuchung, in der es nach seinem „Wert" geschätzt (da es klein und zart war, auf etwa 1000.— DM) und zu diesem Preis der Mutter vom Staat „abgekauft" wurde, ohne daß sie irgend etwas dagegen tun konnte. Man stellte ihr nur eine Quittung aus, daß sie ihr Kind freiwillig dem Staat abgetreten habe und gleichzeitig auf alle elterlichen Rechte verzichte. Sie selber wurde in der Quittung als „Freiwillige im 1. Frauenregiment der Volksarmee" bezeichnet. Die Frau ist später nach Österreich entkommen.

Auf dem Wege zum Schisma in Rumänien

Nachdem die griechisch-unierte Kirche Siebenbürgens liquidiert worden war, wandte sich die ganze Kraft des Staats- und Parteiapparates gegen die lateinischen Katholiken Rumäniens, die hauptsächlich in den ehemals ungarischen Gebietsteilen lebten, im alten Rumänien aber immerhin in mehreren Bistümern organisiert waren. Sämtliche Bischöfe des lateinischen Ritus wurden nach und nach verhaftet. In den letzten Wochen wurde bekannt, daß der achtzigjährige Bischof Pacha von Temesvar aus dem Gefängnis zur Zwangsarbeit an den Schwarzmeerkanal abtransportiert wurde; ebenso die Oberin der Liobaschwestern. Bischof Frentiu ist mit 76 Jahren im Gefängnis gestorben. Im vergangenen Jahre wurde ferner

der Regens der Nuntiatur in Bukarest, Erzbischof O'Hara, ausgewiesen.
Trotzdem lebte die lateinische Kirche weiter. Die Reihen ihrer Priester wurden allerdings durch Tod, Verhaftung und Deportation gelichtet. Meldungen dieser Art trafen häufig ein, mehrmals unter Nennung uns bekannter Namen. Es wurde auch, mindestens in der Erzdiözese Bukarest versucht, nach tschechischem Vorbild einen „Kapitularvikar" zu installieren. Jedoch ereignete sich in diesem Frühjahr eine Offensive auf breiter Front. Sie bestand darin, daß regimefreundliche Elemente unter Führung des abgefallenen Erzpriesters Agotha sich des „Rates des lateinischen Ritus von Alba Julia", des sogenannten „Status Catholicus" bemächtigten. Es handelt sich hierbei um eine autonome Körperschaft, die im 17. Jahrhundert zur Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens in Siebenbürgen gegründet wurde und nach mannigfachen Schicksalen bis zur Gegenwart bestanden hat.
Nach Beseitigung einer Anzahl von Mitgliedern dieser Körperschaft gelang es, in ihr eine regimefreundliche Mehrheit zu schaffen. Dann wurde auf einer Versammlung in Klausenburg ein Programm zum Wiederaufbau mehrerer katholischer Kirchen und Einrichtungen in Siebenbürgen bekanntgegeben. Das Kirchenministerium stiftete zum Beginn der Arbeiten einen Betrag im Wert von 6500 Dollars. Beide Ereignisse erweckten unter den Katholiken große Hoffnungen.
Am 15. März dieses Jahres wurde dann aber die Rechnung vorgelegt. Der „Status Catholicus" erklärte sich plötzlich dafür zuständig, „die römisch-katholische Kirche in die gesetzliche Ordnung des Staates einzubauen und so den glühenden Wunsch aller friedliebenden römischen Katholiken Rumäniens zu erfüllen". Die Regierung ihrerseits erkannte die Körperschaft „als gesetzliche Vertreterin der lateinischen Kirche in Gesamt-Rumänien" an und versprach allen Priestern, die von dieser „Vertretung" namhaft gemacht werden, staatliche Besoldung. Über den Erfolg dieser Initiative liegen bisher noch keine sicheren Nachrichten vor.
Dagegen wird auch aus Rumänien von der Umwandlung katholischer Gotteshäuser in Vergnügungsstätten berichtet. Ferner ist eine Verordnung über die Friedhöfe erschienen, in der die ordentliche Instandhaltung der Gräber vorgeschrieben und angekündigt wird, daß nicht gepflegte Gräber eingeebnet werden. Angesichts der Armut der Bevölkerung glaubt man, daß diese Verfügung zur Entfernung der Kreuze von den Gräbern benutzt werden wird.

Land der härtesten Verfolgung: Albanien

Soweit es überhaupt möglich ist, das Schicksal der Kirche in den einzelnen Oststaaten vergleichsweise zu betrachten, scheint die Verfolgung in Albanien am gnadenlosesten gewesen zu sein und ihr Ziel der Unterdrückung jeglichen katholischen Lebens, auch und erst recht des sakramentalen und gottesdienstlichen, am vollständigsten erreicht zu haben. Das nimmt nicht wunder; denn in Albanien, einem Lande von schon orientalischem Charakter, brauchte man überhaupt keine Rücksichten zu nehmen. Zwei Bischöfe wurden hingerichtet, einer starb im Gefängnis, einer starb eines natürlichen Todes. So ist heute nur noch der Bischof von Pulati im Lande, und er ist von der Außenwelt abgeschlossen. Von 130 Priestern sind schätzungsweise noch 30 übrig. 40 wurden ermordet, 30 sind im Gefängnis, etwa 10 konnten ins Ausland fliehen, einige sind beim Militär. Die wenigen Geistlichen, die noch in Freiheit leben, sind alt oder krank. Sie dürfen keine Sakramente spenden. Es sind aber einzelne Berichte nach Westeuropa gelangt, die davon erzählen, daß an einigen Punkten unter Führung eifriger Laien urchristliche Zentren des Glaubenslebens existieren.
Dagegen hat auch in Albanien die Regierung den Versuch unternommen, eine romfreie katholische Kirche aufzuziehen. Am 3. August ist dort ein „Statut der katholischen Kirche" in Kraft getreten, das festsetzt, die „römische Kirche" dürfe keinerlei wirtschaftlichen, politischen oder verwaltungsmäßigen Kontakt mit dem Vatikan haben. Dieses Statut, das von der albanischen Nationalversammlung im Juni angenommen worden war, erklärt die katholische Kirche Albaniens zur „juristischen Körperschaft ausschließlich nationalen Charakters". Die Kirche wird staatlich unterstützt werden. In rein religiösen Fragen darf die albanische katholische Kirche unter Leitung des Erzbischofs von Tirana mit ausländischen religiösen Körperschaften Kontakt aufnehmen, jedoch nur durch Vermittlung des albanischen Staates. Diese Beziehungen „dürfen in keiner Form eine Abhängigkeit der albanischen Einrichtungen von ausländischen Einrichtungen mit sich bringen". Der Gottesdienst kann auf Grund dieses Statuts künftig nach katholischem Ritus gehalten werden, „soweit dies nicht gegen die Gesetze der albanischen Volksrepublik, die öffentliche Ordnung und die guten Sitten verstößt". Priester sollen an den mit staatlicher Billigung errichteten Seminaren ausgebildet werden.

Aus dem Nahen und Fernen Osten

Die Lage der Kirche in China

Die Schwierigkeiten der katholischen Kirche und auch der anderen christlichen Konfessionen in China haben sich im Laufe des letzten Monats weiter gesteigert, ohne daß die neuen Maßnahmen der Regierung eigentlich neue Sachverhalte geschaffen hätten. Ihr hervorstechender Charakter ist vielmehr, daß sie eingeleitete Maßnahmen mit einem hochoffiziellen Siegel versehen oder durch erneute Propaganda unterstreichen. So hat der chinesische Ministerpräsident und Außenminister Tschu En-lai, wie die offizielle chinesische Nachrichtenagentur Anfang Juli bekanntgab und Radio Peking schon einige Tage vorher verkündet hatte, jetzt einen Erlaß herausgebracht, nach dem alle chinesischen christlichen Kirchen und Organisationen alle Beziehungen zu den amerikanischen Missionen und zu allen von amerikanischem Geld unterstützten nichtamerikanischen Missionen abbrechen müssen. Die amerikanischen Missionen selber müssen ihre Tätigkeit einstellen. Alle Amerikaner, die in den Missionen arbeiten und die durch Worte oder Taten ihre Einstellung gegen die chinesische Volksregierung verraten haben, müssen von ihrem Posten abberufen werden; sie sollen nach Amerika zurückkehren. Amerikaner, die sich nicht gegen die Volksregierung gestellt haben und deren Dienste als nützlich erachtet werden, dürfen in China bleiben. Sie dürfen aber keine verantwortliche Stellung in der Verwaltung der Kirchen und christlichen Organisationen bekleiden.
Die karitativen Institutionen und Gesundheitsdienste der Kirchen und Missionen dürfen weiterarbeiten, wenn sie imstande sind, sich selber zu finanzieren. Es wird ihnen

jedoch ein Verwaltungsrat zur Seite gestellt, der sich zu vergewissern hat, daß sie die Verfügungen des Staates auch tatsächlich ausführen.
Die Kirchen und Missionen, die nicht in der Lage sind, ihre Unkosten selber zu decken, können staatliche Subvention beantragen oder sich unter staatliche Kontrolle stellen. Die Schulen und Universitäten, die von den Kirchen und Missionen verwaltet wurden, müssen von den Kirchen gelöst werden, bleiben aber grundsätzlich deren Eigentum.
Die Regierung ist ermächtigt, alle freiwilligen Donationen von seiten einer ausländischen Mission anzunehmen unter der Bedingung, daß es sich nicht um Grundbesitz handelt und daß die Donation an keine Bedingungen geknüpft ist. Diese neue Verfügung des Ministerpräsidenten (der übrigens selber als Protestant erzogen worden ist und in christlichen Kreisen aktiv war, ehe er zum Kommunismus überging) bringt eigentlich keine neuen Gesichtspunkte. Wir haben bereits im laufenden Jahrgang S. 201 (Jan./Febr. dieses Jahres) mitgeteilt, daß die Verwaltung der christlichen Schulen jeden Ranges in chinesische Hände übergehen mußte auf Grund eines Schuldekrets vom 14. August 1950. Unter dieses Dekret fielen natürlich auch die christlichen Universitäten. In dem gleichen Bericht haben wir die Vorgänge bei der Übernahme der katholischen Fu-Yen-Universität in Peking durch die chinesische Volksregierung ausführlich dargestellt. Inzwischen hat die Aurora-Universität in Schanghai ein entsprechendes Schicksal ereilt. Etwa vor einem halben Jahr ist die Verwaltung und Leitung dieser 1903 gegründeten Universität den Jesuiten abgenommen worden, doch durften diese noch in ihrem Besitz leben. Sie haben erst jetzt, am 15. Juli, die Gebäude der Aurora verlassen müssen, die nun völlig in ein Staatsetablissement umgewandelt worden ist. Eben dies ist eine der offiziellen Durchführungen längst angebahnter Maßnahmen, von denen wir oben sprachen. Die Jesuiten der Aurora-Universität sind französischer Nationalität. Sie brauchen auch jetzt noch nicht das Land zu verlassen, sondern werden sich wahrscheinlich in der Mission von Zi-Ka-Wei niederlassen (wir haben in unserm Aprilheft S. 309 berichtet, daß das dortige, von französischen Jesuiten unterhaltene Observatorium am 14. Dez. 1950 beschlagnahmt worden ist).
Auch die Aktionen gegen den Internuntius Msgr. Riberi, von denen wir im vorigen Heft S. 498 berichtet haben, gehen weiter, ohne ihr Gesicht wesentlich zu verändern. In Chung-King, wo Msgr. Riberi sich eine Zeitlang aufhielt (und anscheinend auch jetzt noch aufhält), haben kommunistische Agenten die unerfahrenen Christen dazu zu überreden vermocht, einen Demonstrationszug gegen den Internuntius zu machen und am Abend des 3. Juni eine große Demonstrationsversammlung vor der Kathedrale abzuhalten. Bei dieser hat dann aber ein chinesischer Pater plötzlich eine eindringliche, unerwartete Erklärung zur Verteidigung der katholischen Kirche gegen den Vorwurf des Imperialismus, den ihr die chinesische Volksregierung immer wieder macht, abgegeben. Er hat das versammelte Volk und die von der Propaganda verführten Priester damit anscheinend völlig wieder zurückerobert, so daß die Anschuldigungen, die gegen den Internuntius und gegen die katholische Kirche laut geworden waren, am folgenden Sonntag bereits öffentlich von der Kanzel der Kathedrale aus widerrufen worden sind. Der chinesische Pater, der am 3. Juni so kühn das Wort ergriffen hatte (übrigens in engem Kontakt mit dem Bischof), scheint inzwischen verhaftet worden zu sein. Unterm 30. Juli meldet Kipa, der Internuntius sei laut einer CIP-Meldung jedenfalls immer noch in China.

Aus den Missionen

Die soziale Erziehung der Christen in den Missionsländern. Missionsgebetsintention für September 1951

Es ist allgemein vermerkt worden, daß die am 2. 6. 1951 erschienene Missionsenzyklika „Evangelii praecones" auf sozialem Gebiete den Missionsbischöfen nicht nur die Verkündigung der katholischen Gesellschaftslehre mit größtem Nachdruck anbefiehlt, sondern auch unmittelbare Verwirklichung dieser Lehre im Rahmen der der Kirche gegebenen Möglichkeiten fordert: „ . . . und strebt soviel wie möglich danach, sozialwirtschaftliche Genossenschaften, Vereinigungen und Institute ins Leben zu rufen, wie sie unsere Zeit und der besondere Charakter eures Volkes verlangen. So will es euer Hirtenamt, damit nicht die euch anvertraute Herde durch neue Irrtümer unter dem Schein der Gerechtigkeit und Wahrheit und durch schlechte Einflüsse vom rechten Wege abgedrängt wird. Die Künder des Evangeliums, die mit euch die Mühe teilen, müssen auch hier allen bahnbrechend vorangehen . . ."

Die soziale Frage steht überall auf

Die soziale Frage stellt sich allmählich in den meisten Missionsländern in derselben Art wie in den Ursprungsländern des westlichen Kapitalismus. Wo die Industrialisierung eintritt, sind sofort die Probleme der modernen sozialen Frage da. Die Industrialisierung, aber auch die Selbsthilfeaktion der Arbeiter schreiten auch in den Missionsländern in einem beängstigenden Tempo vorwärts. Immer schneller und wirksamer organisieren sich die Arbeitermassen gegen die herrschende Wirtschaftsideologie und -methode, die meist noch die Züge der im Sterben liegenden Kolonialära trägt. Fast überall ergreift hier der Kommunismus die Initiative und sichert durch Anschluß der von ihm geformten Kampforganisationen an die kommunistische Internationale diesen sofort die Solidarität und die tatkräftige Hilfe des gesamten organisierten Weltproletariats.

Bedrohlicher als in der westlichen Welt

Dieser Vorgang trägt noch bedrohlichere Züge als in der westlichen Welt, weil die Menschen, die in diese „Revolution" hineingezogen werden, entweder gleichsam über Nacht aus urtümlichen primitiven Bindungen in die geistige Anarchie der materialistischen Weltzivilisation von heute geführt werden oder den Untergrund ihrer jahrtausendealten Kultur unter sich wanken fühlen. In dieser Missionswelt, die jetzt von der Krise gepackt wird, liegt zudem jenes Zentrum einer Massen-Menschenanhäufung in Südostasien, wo auf nur einem Siebentel der Festlandsmasse der Erde in einem Radius von 3000 km rings um den Punkt, wo Birma, Siam, Indochina und China zusammenstoßen, die Hälfte der Menschheit in wirtschaftlich bedrängten Verhältnissen lebt. Die industrielle Entwicklung bringt schließlich sowohl in Afrika wie in Asien die an sich knappe Wirtschaftsdecke in unbeschreibliche Unordnung. Aus ungeheuren Gebieten, deren Wirtschaft bisher von primitiver Bodenkultur oder den Formen der

schweifenden Nahrungssuche geprägt war, schießen wie Pilze neue Industrie-Zusammenballungen hervor. Wie Polypen saugen die neuen Städte aus weitem Umkreis die Menschen an sich und drohen sie zu demoralisieren, während das Land, das diese Städte ernähren soll, an Arbeitskräften verödet und vom Niedergang der eigenen Wirtschaft gekennzeichnet ist. Jede soziale Arbeit muß angesichts dieser Lage nicht nur den Städten ihre Aufmerksamkeit zuwenden, wo der Kampf zwischen Kapital und Arbeit am heftigsten ist, sondern auch die Wirtschaft des platten Landes sichern und den Massen seiner Bewohner nicht zuletzt durch Verbesserung des Bodenertrags und der Arbeitsmethoden zu einer neuen tragfähigen Grundlage ihrer Existenz verhelfen. Bei der engen Verflochtenheit des religiösen Lebens mit den Grundfragen der Existenz steht die Mission vor der Doppelaufgabe, ihren sozialen Einsatz sowohl der Stadt als dem Lande zu schenken. Dieser Einsatz duldet keinen Aufschub. Deshalb der imperative Ton der Missionsenzyklika. Durch schwere Versäumnisse sind uns im Westen während des vorigen Jahrhunderts die Arbeitermassen entglitten. Soll uns in dem Augenblick, wo die Arbeiterschaft einer sich stürmisch industrialisierenden farbigen Welt sich gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft organisiert, das gleiche passieren? Bedeutsam ist hier das Wort, das Pius XII. im Juni 1950 an den Internationalen Kongreß für Soziale Studien in Rom richtete: „Hinsichtlich der Länder, in denen man heute die Industrialisierung ins Auge zu fassen beginnt, können Wir die Anstrengungen der kirchlichen Behörden nur loben, die diesen Völkern, die bisher in einem patriarchalischen oder sogar feudalen Regime und besonders in ungleich zusammengewürfelten Menschenansammlungen lebten, die Wiederholung der verhängnisvollen Unterlassungen des ökonomischen Liberalismus im letzten Jahrhundert ersparen wollen."

Schwäche der Kirche gerade in den neuen Industriezentren

Nun sind zweifellos in geschlossenen katholischen Gebieten von den Missionen schon erhebliche Anstrengungen gemacht worden, um die soziale Frage auf christlicher Grundlage zu lösen. Aber in den heidnischen Großstädten und den neuen Industriezentren Asiens und Afrikas, die heute die guten und die schlechten Ideen ausbrüten und die geistige Führung des flachen Landes übernehmen, ist die Sozialaktion der Kirche noch schwach vertreten. Aber selbst wenn der notorische Priestermangel dieser Städte durch eine Neuverteilung der Priesterkräfte behoben würde, bleibt doch die Tatsache, daß hier inmitten eines Feuerherdes sozialer Probleme eine katholische Minderheit unmöglich entscheidende Sozialreformen erzwingen kann, wie es ja überhaupt das Schicksal der katholischen Missionen ist, daß in diesem Augenblick einer sozialen Weltrevolution die Kirche in Gebieten von fast anderthalb Milliarden Menschen nur etwa 50 Millionen Anhänger zählt.

Die soziale Wirkkraft der Missionschristenheit muß gestärkt werden

Das Wichtigste in dieser Situation ist, daß die Kirche ihre Missionschristen nicht nur zu Aposteln des Glaubens, sondern auch der christlichen Soziallehre formt und gleichzeitig die sozialen Organisationen der Missionsländer mit denen der übrigen katholischen Welt in engste Verbindung bringt. Damit wird die soziale Wirkkraft der kleinen Missionschristenheit und das Selbstvertrauen der Katholiken gesteigert. Soll der Kommunismus allein es verstehen, eine soziale Weltinternationale zu schaffen? Sollen wir in der alten Welt die Missionschristen alleine kämpfen lassen, während der Kommunismus den kleinsten Gruppen seiner Anhänger in Asien, Afrika und der Südsee die moralische und materielle Hilfe des Weltkommunismus schenkt?

Der Kommunismus gibt auch in den Missionsländern den Menschen ein soziales Evangelium an die Hand, das in pseudoreligiöser Verbrämung eine fast mystische Werbekraft aufweist. Können wir dem christlichen Sozialevangelium nicht dieselbe mystische Kraft geben, indem wir bei aller Betonung des jenseitigen Zieles des Menschen auch die welterneuernde Kraft der christlichen Idee im Irdischen betonen? Dem irrealen Paradies der Kommunisten müssen wir jene Ordnung der Gerechtigkeit und Liebe entgegenstellen, die zwar auf dieser Erde nie vollkommen erfüllt werden kann, in jeder Generation aber doch bei gutem Willen das irdische Leben für die Massen der Menschen erträglich zu gestalten vermag. Man hat den Eindruck, daß die Mission der Neuzeit ihre Aufgabe der Glaubensverkündigung oft zu einseitig sah und mit Caritasübung den sozialen Bereich vielerorts als genügend erfüllt betrachtete. Es ist jetzt hohe Zeit, daß die Mission ihre ganze Kraft zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit einsetzt. Caritas genügt nicht, sagt die Enzyklika, vielmehr muß zuerst Gerechtigkeit herrschen und wirklich in die Tat umgesetzt werden. Die Heiden der Missionsländer fragen die Kirche heute immer: „Was tut ihr auf diesem Gebiete?"

Christen als Sauerteig

Die soziale Schulung unserer Katholiken ist in vielen Missionsländern mangelhaft, die Verwirklichung sozialer christlicher Ideen desgleichen. Nun können freilich in Gebieten, wo die Katholiken eine absolute Minderheit sind, Sozial- und Wirtschaftsorganisationen auf christlicher Basis oft nicht geschaffen werden. Hier bleibt dann nur der eine Weg, entsprechend geschulte Katholiken als Sauerteig in die großen nichtkommunistischen Organisationen zu senden. Die christliche Soziallehre ist weithin angewandtes Naturrecht. Deshalb können die Katholiken auch außerhalb ihrer Gemeinschaft für die Geltung dieses Naturrechtes und seine Anerkennung kämpfen und hier auch in vorsichtiger Weise eine Zusammenarbeit mit den heidnischen Religionen suchen. Sie sprengen so ein gutes Stück ihrer Isolierung.

Was im übrigen in der christlichen Soziallehre durchgebildete Katholiken beim Aufbau der jungen Staaten in den Missionsländern erreichen können, zeigen heute die Verfassungen der neuen Länder. Auch die Kolonialgesetzgebung Afrikas enthält außerordentlich viel angewandte christliche Soziallehre. So hat das Christentum durch seine Gesellschaftslehre in den farbigen Ländern doch einen großen Einfluß. Wenn er auch nicht imstande ist, das soziale Leben der Missionsländer völlig christlich zu gestalten, so haben die Christen doch auch heute noch große Möglichkeiten zu verhindern, daß die farbige Welt in ihren arbeitenden Massen ganz dem Kommunismus anheimfällt. Das ist ein unmittelbares Ziel, dessen Erreichung wahrhaftig die Mühe lohnt.

Ökumenische Nachrichten

Kirche als „dritter Ort"?

Der „Deutsche Evangelische Kirchentag" von Berlin (10.—15. Juli 1951), der dritte nach Hannover und Essen, sollte gemäß Erklärung seines Präsidenten Dr. Reinhold von Thadden-Trieglaff, Fulda, und auch nach dem Willen der meisten der weit über 100 000 Teilnehmer, die vier Tage lang Berlins größte Hallen und Stadien erfüllten, „keinen politischen Kreuzzug zugunsten irgendeiner Macht" ausrufen. Vielmehr sollte die Parole „Wir sind doch Brüder!" von einer überlegenen geistlichen Führungskunst zum tragenden Erlebnis der Massen gemacht, ein dauernder Besitz der evangelischen Gemeinden in Ost und West werden. Daß hier keine säkulare Bruderschaft gemeint war, sondern die Bruderschaft in Christus unter dem Kreuz und im Abstehen von öffentlicher Sünde, wurde von vielen überzeugend dargelegt. Der proklamatorische Ertrag war freilich gegenüber Essen geringer (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 5, S. 22), er beschränkte sich auf die nachstehende Kundgebung, die die Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen kurz zusammenfaßt:

„Wir haben erkannt: Gott will uns in der Kirche zu Brüdern und Schwestern machen, die ihre Last gemeinsam tragen und ihren Herrn gemeinsam loben. Denn Christus ist unser Herr und unser Bruder. Er ist unter uns und trägt uns auch. Er will nicht, daß wir uns auseinandertreiben lassen und anderen Herren hörig werden. Darum bleibt bei der Gemeinde seines Wortes und werdet seine Zeugen!

Wir haben erkannt: Gott will, daß Mann und Frau zusammenbleiben, wie auch die Eltern und die Kinder. Gott gibt uns unsere Kinder, und sie gehören ihm. Er will nicht, daß Götzen und Tyrannen sie verderben. Er will nicht, daß Menschen unsere Kinder zum Hassen und Vergelten treiben. Darum helft ihnen, daß sie seine Kinder bleiben.

Wir haben erkannt: Gott hat sein Volk in aller Welt. Wir haben Brüder unter allen Völkern und in allen Rassen. Sie bleiben unsere Brüder trotz der Grenzen. Er will nicht, daß wir sie verloren geben. Darum sagt und zeigt es ganz mit eurem Leben, daß Christus Herr ist über alle.

Wir haben erkannt: Gott will, daß unsere Arbeit dem Leben diene. Gott will die Bruderschaft auch in der Arbeit. Gott will nicht, daß wir anderen ihre Freiheit nehmen und die Zeit zur Ruhe und zur Muße. Darum macht Platz für Gott auch bei der Arbeit.

So haltet denn die Losung dieses Kirchentages: Wir sind doch Brüder."

„Einzige Brücke..."

Indessen ist der innere Ertrag mit diesem Text kaum umrissen, geschweige denn erschöpft. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß das protestantische Selbstbewußtsein wieder eine beträchtliche religiöse Stärkung erfahren hat und die Brüder vom Osten große Stunden erlebten. Insbesondere legten die Veranstalter Wert darauf, durch Heranziehung namhafter kirchlicher Persönlichkeiten des Auslandes die vereinsamten Teilnehmer aus den Gemeinden des Ostens in jenes neue gleichsam „katholische", d. h. den ganzen Erdkreis umspannende Bewußtsein christlicher Einheit hineinzuziehen, das seit der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam immer mehr im Vordringen ist, ohne deswegen schon an theologischer Tiefe und geistlicher Klarheit zu gewinnen. Ob man, kirchlichen Blättern der Ostzone zufolge, „das Wunder von Berlin" ausrufen kann, wird vielen zweifelhaft bleiben. Sicher wurde, wie Dr. Otto v. d. Gablenz es in seinem Referat über die Aufgabe der ohnmächtigen Kirche formulierte, „eine neue Atmosphäre" unter den Menschen geschaffen. Darin darf man mit ihm die — sicher beabsichtigte — „politische Leistung und politische Verantwortung" des Kirchentages sehen. Die ohne viel propagandistischen Aufwand, aber mit Hilfe der modernen Massen-Führungsmittel durch Predigt, Bibelarbeit, Choral und freie Aussprache zur „Gemeinde" disziplinierten Laien versuchten, die Einheit von Ost und West öffentlich und eindrucksvoll zur Darstellung zu bringen, eine christliche Brücke zwischen den Zonen und den widerstreitenden politischen Systemen zu sein, die einzige heute bestehende Brücke, wie die Veranstalter, vor allem auch Bischof D. Otto Dibelius, versicherten.

Insofern war dieser Berliner Evangelische Kirchentag in hohem Maße eine politische Demonstration. Er setzte die „Politik" der EKD fort, ihre nicht durchgeklärte kirchliche Einheit mit Aktionen für die politische Einheit der Deutschen zu meistern, um auf diese Weise dem Frieden unter den Mächten zu dienen und — ein wenig auch die Politik Trumans zu durchkreuzen. Wir haben dieses Programm, das im vorigen Jahre in dem Vorschlag einer politischen Vermittlung zwischen Adenauer und Grotewohl auf dem neutralen Boden des Berliner Oberkirchenrates gipfelte, seit langem in seinen innerkirchlichen deutschen wie ökumenischen Verflechtungen verfolgt und gekennzeichnet. Nunmehr hat es ein neues Relief bekommen, das uns nötigt, den Stand der Dinge genauer zu erfassen.

Eine politische Theologie

Dieser Berliner Kirchentag beruht auf einer eigentümlichen politischen Theologie. Sie hält sich für prophetisch oder eschatologisch und kommt z. B. auf einer schon 1948 in Amsterdam vertretenen Linie in folgenden Dikta zu Wort: es sollte „der Gemeinde Jesu deutlich sein, daß uns von den ostzonalen Machthabern keine tiefere Kluft trennt als von den westzonalen sozialistischen und ‚christlichen' ‚Brüdern'"; und es wurde dem „Westen" (Bonn), der keine politischen Vertreter entsandt hatte, vorgeworfen, er habe „in keiner Weise begriffen, daß es eines der verheißungsvollsten Geschehnisse unserer Zeit ist, daß unsere evangelischen Kirchen in steigendem Maße von jenem dritten Ort außerhalb aller Interessen her zu leben beginnen, der allein der Kirche die Vollmacht zu erhalten vermag, das Evangelium allen zu verkünden" (Dr. Heinemann, in Reform. Kirchenzeitung vom 1. August, Sp. 284). Noch deutlicher sprach diese Auffassung einer starken Strömung des deutschen Protestantismus aus einem Epd-Interview Dr. Heinemanns: „es sei den Hunderttausenden evangelischer Laien in Berlin deutlich geworden, daß Herr Pieck und Herr Grotewohl ebenso wie Herr Heuß und Herr Adenauer nur Werkzeuge Gottes sind. In Berlin seien weder Truman noch Stalin als die Herren der Welt angesehen worden, sondern allein Gott ..." Da aber, so fahren wir fort, beim Eröffnungsgottesdienst in der Marienkirche nur Pieck und Genossen auf den vor dem Altar bereitgestellten Ehrenplätzen zwischen Niemöller und Dibelius Platz nahmen, während Adenauer und Lehr der Einladung fernblieben, so folgt nach der theologischen Logik jener politischen Eschatologie, wie man gelegentlich durchhören konnte: die westlichen Pharisäer sind eben

doch schlimmere Leute als die gottesleugnerischen Sünder vom Osten, und die Kirche werde durch den Westen größeren Gefahren innerlicher Verkommenheit ausgesetzt als durch die offenen Bedrängnisse im Sowjetbereich.

Schon der „Neue Vorwärts" hat als unverdächtiger Zeuge festgestellt, es gehe nicht auf das Konto der Veranstalter des Kirchentages, wenn dieser nicht zum Objekt einer politischen Propaganda der Ostzonengewaltigen geworden ist, sondern seine innere Freiheit sei bedingt gewesen durch die Haltung der großen Masse der Teilnehmer, vor allem aus der Ostzone, die dem Kirchentag eine geistige Atmosphäre gaben und jede Ausnutzung durch das östliche „Friedenssystem" unmöglich machten; im Gegenteil: durch viele tapfere Laien aus dem Osten sei der Kirchentag eher zu einer Kundgebung gegen die Versklavung des Menschen in der Ostzone geworden.

Die evangelische Wochenzeitung „Christ und Welt" (Stuttgart, 2. August) hat nun ganz energisch gegen die politische Theologie der Heinemann-Gruppe protestiert und ihr vorgeworfen, sie habe nur mit theologischer Aufmachung versucht, Bonn ins Unrecht zu setzen und ihre menschliche Klugheit biblisch zu veredeln. Auch „Christ und Welt" bedauert die Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber dem Kirchentag, anerkennt aber die Motive, nämlich den Wunsch, den Kirchentag aus politischen Kombinationen herauszuhalten. Das Blatt wendet sich gegen die Verwirrung einer abstrakten Theologie, die nicht mehr zwischen den verschiedenen Werkzeugen Gottes zu unterscheiden wisse und sich statt dessen durch die Flucht in einen „dritten Ort" vor den konkreten geschichtlichen Entscheidungen drücke, die den Christen in dem Konflikt zwischen Ost und West aufgegeben seien, Entscheidungen, die nicht mit solcher Selbstgewißheit nach nach dem verblüffend primitiven Rezept: die Wahrheit liegt zwischen den Gegensätzen in einer neutralen Position, in einem garantiert entweltlichten theologischen Ort, getroffen werden könnten.

Das wahre Konzept?

Sehr viel nüchterner deckt die eigentliche politische Entscheidung des Kirchentages das Hamburger „Sonntagsblatt" von D. Hanns Lilje auf (29. Juli). Da lesen wir von den nicht abzusehenden Auswirkungen dieses Berliner Kirchentages auf die politische Situation in Ost- und Westdeutschland; denn zum erstenmal seit 1945 fand eine Versammlung der deutschen Einheit statt: „Sie zeigte, ohne es besonders zu betonen, daß das selbstverständliche Bewußtsein des deutschen Gesamtschicksals nicht auszulöschen ist. Vermutlich wird diejenige Politik das Rennen machen, der es gelingt, diese Kraft zur Grundlage ihrer Konzepte zu machen." Das zweite Merkmal des Kirchentages sei gewesen, daß alle Berechnungen über den Haufen geworfen wurden, die auf der Annahme einer politischen Schwäche des Protestantismus beruhten: „Geradezu weltpolitisch werden diese Dinge dadurch, daß beide Elemente ineinander greifen, der kraftvolle Beweis des lebendigen Protestantismus und des lebendigen Einheitsbewußtseins. Die Evangelische Kirche repräsentiert heute diese Einheit ganz allein; kein Staat, keine Partei, keine Organisation kann damit konkurrieren. Und sie stellt sich den Völkern im Westen und Osten als diejenige Kraft dar, die der dauernden Teilung und ihren unübersehbaren Folgen entscheidend entgegenwirkt."

Würden derartige Kombinationen an eine katholische Veranstaltung geknüpft, so könnte man bald von einem „Turm von Babel" lesen, an welchem die Katholiken, der Vatikan und seine Freunde im Weißen Haus bauen. Wir halten dies alles für einen gefährlichen Journalismus. Die an Deutschland wie an die Kirchen gerichteten nützlichen Gewissensfragen aus dem „europäischen Fragebogen" der 4. Kommission des Ökumenischen Rates, das müssen wir hier schon sagen, haben auf die Auswertung des Berliner Kirchentages bisher wenig Einfluß gehabt (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 5, Seite 397 f.).

Anscheinend waren Asmussens Fragen an den Kirchentag, die kurz vor seinem Zusammentritt umliefen, doch nicht so unberechtigt, z. B. diese: „Sind auf den Kirchentagen die Lebensängste Anlaß zur Buße, oder wird das Geistliche als Mittel zur Behebung der Nöte des Lebens betrachtet? Sind die Kirchentage eines der vielen Mittel, um an dem Ausgleich zwischen Ost und West zu arbeiten, oder ist dieser wünschenswerte, aber bisher nicht erfolgte Ausgleich ein Anlaß, um nach der Versöhnung durch Christus zu fragen? Werden die Kirchentage, und vor allem der Berliner Kirchentag, als eines der vielen Mittel betrachtet, um Deutschlands Einheit wiederherzustellen, wird hier also erneut, wie 1933, ein politisches Ziel christlich verbrämt, oder wird auf den Kirchentagen gelehrt, daß die christliche Frage und das christliche Angebot in vollem Umfang aufrechterhalten werden, auch wenn die Einheit Deutschlands nicht wiederhergestellt wird?"

Eine notwendige Folgerung

Viele dieser Mißverständnisse, Verwirrungen und Kombinationen hätten niemals aufkommen können, wäre der Kirchentag in allen seinen Phasen, also auch beim Eröffnungsgottesdienst, eine sichtbare gemeinsame Anbetung des gegenwärtigen Christus gewesen, vor dem alle Welt die Knie beugen sollte. Diesen unbestechlichen Ausweis, diese leibliche liturgische Übung der Bruderschaft in Christus hat man freilich den Pieck und Genossen ersparen können, was viele evangelische Brüder als eine unverständliche Minderung der konkreten Herrschaft Christi im Ansatz des Kirchentages empfanden, nur damit jenes politische Idol ökumenischer Provenienz probiert werde, einmal zwischen „Ost" und „West" politisch vermitteln zu können! Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß in der Leitung der EKD jene Kräfte die Oberhand gewinnen, die nach einem gar hohen Preis kirchenpolitischer Geltung zu greifen versucht werden. Aber dieser Preis wird wohl nur einer Kirche geschenkt, die zuvor ihre drängenden inneren Fragen gelöst hat.

Nach dem nächsten Kirchentag in Stuttgart 1952 soll auf Wunsch der evangelischen Brüder in der Ostzone und auf Betreiben der Gruppe Niemöller-Heinemann der Deutsche Evangelische Kirchentag ständig in Berlin zusammentreten, um auch den Gemeinden im Osten die Teilnahme zu gestatten. Damit dürfte dann allerdings, wenn nicht ganz andere Kräfte erwachen, endgültig der Weg zum politischen Protestantismus alten Stils und zu einer verhängnisvollen Konfessionalisierung des Problems der deutschen Einheit gewiesen sein. Dies würde die deutschen Katholiken vor schwere Entscheidungen stellen und ihnen die Aufgabe zuteilen, andere Wege christlicher Solidarität zu bahnen, die keinen unnötigen Gegensatz zu den evangelischen Brüdern schaffen. Noch scheint die Entwicklung offen zu sein. Darum schließen wir mit der klugen Beobachtung des Sonderberichterstatters der „Réforme" vom

21. Juli, daß die überlegte Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber dem Kirchentag auch auf eine „tiefe Kluft" im deutschen Protestantismus hinweise. Mit ihr zu rechnen, ist ebenso unsere Pflicht wie mit jenem durchaus noch nicht zum Allgemeingut der deutschen Protestanten gewordenen politischen Abstraktum vom „dritten Ort", dessen sprachliche und sachliche Verwandtschaft zu früheren säkularen Begriffen auch der wohlwollende Beobachter nicht übersehen kann.

„Amateurismus" in der Kirche

Professor Dr. Hendrik Kraemer, Leiter des Ökumenischen Instituts in Bossey, Schweiz, hat einem Auftrag der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz zufolge eine Tagung europäischer Laien vorbereitet, die unter seinem Vorsitz zum erstenmal vom 18. bis 27. Juli 1951 in Bad Boll stattfand. Das Gesamtthema lautete „Gefährdung und Wiederentdeckung des Menschen". Von den 200 Teilnehmern waren ein Fünftel Theologen, die übrigen kamen aus dem öffentlichen Leben von fünfzehn verschiedenen Ländern. Das Gespräch wurde von bekannten Theologen geführt, darunter Landesbischof D. Hanns Lilje, Hannover, Prof. Jacques Ellul, Bordeaux, der besonders die Frage behandelte, wieweit die Technik böse sei, und der russisch-orthodoxe Dr. Pavel Eudokimov, Paris, der das „lauwarme christliche Milieu" als das größte Hindernis für die Verkündigung des Evangeliums bezeichnete. Auch Dr. von Thadden-Trieglaff und Dr. Visser't Hooft, Generalsekretär des Ökumenischen Rates, waren zugegen. Einer seiner deutschen Vertrauensleute, Oberkirchenrat Kloppenburg, Oldenburg, schlug im Namen einer Studiengruppe die Bildung eines „Rates der Europäischen Kirchen" vor, so wie es bereits einen Rat der Kirchen Asiens innerhalb des Ökumenischen Rates gibt.

Trotz großer Bedenken gegen diese kontinentale Aufspaltung des Weltrates der Kirchen wurde schließlich mit großer Mehrheit die Bitte an den Exekutiv-Ausschuß des Ökumenischen Rates gerichtet, die Bildung eines „Rates der Europäischen Kirchen" vorzubereiten, weil die Christen für die Grundlegung der eigentlichen europäischen Einheit besondere Verantwortung zu tragen hätten. Es wurde ferner beschlossen, man solle alle bisherigen Versuche kirchlicher Stellen, europäisch zu arbeiten, koordinieren. Als besondere Arbeitsgebiete wurden u. a. genannt: das Wiederaufkommen des Nationalismus, die Evangelisation, die Arbeit für die Flüchtlinge, Dienst an der Jugend, europäische Arbeitsgemeinschaften der Juristen, Politiker, Wirtschaftler, Lehrer und Erzieher (Vorbereitung gemeinsamer Geschichtsbücher), der Ärzte und Journalisten usw. Es scheint, daß dieses Ergebnis durch eine im Juni bei Paris abgehaltene Konferenz von 50 Vertretern der protestantischen Kirchen Frankreichs und Deutschlands vorbereitet worden ist; darunter befanden sich Prof. Burgelin, Straßburg, Pfarrer Pierre Maury vom Französischen Kirchenbund, Albert Finet von „Réforme", Kirchenpräsident D. Niemöller, Dr. Gustav Heinemann, Prof. Helmut Gollwitzer, Bonn, und Dr. von Thadden, Fulda.

Selbstkritik

Die weitaus besten Berichte brachte „Réforme" vom 4. August. Albert Finet formulierte die Schwierigkeiten des Unternehmens so: 1. Ein Laienkongreß kann nicht über Schritte entscheiden, die zum Ressort der kirchlichen Autoritäten gehören, und 2. Europa ist einstweilen eine virtuelle Größe. Zum ersten Punkt bemerkt er sodann, die Kirchen machten zwar Miene, gegen das Prinzip der nationalen Souveränität zu wettern, wollten aber gleichzeitig ihre eigenen nationalen und sonstigen Prärogativen eifersüchtig bewahren. Jacques Ellul schrieb in der gleichen Nummer eine sehr offene „Autocritique". Er will zwar nicht die Gegenwart des Heiligen Geistes auf der Tagung leugnen, meint aber, die Vorherrschaft der 20 Prozent Theologen, die sicher das Ergebnis der Konferenz verbesserte, habe den Laien gestattet, sich Illusionen zu bewahren, so daß sie ihre eigenste Verantwortung nicht voll erkannt hätten. Vor allem seien bei den anwesenden Laien erhebliche Mängel ihrer kirchlichen und theologischen Bildung aufgefallen, die es in der Aussprache notwendig machten, mehr zum Unterricht überzugehen, als die anstehenden Probleme voranzutreiben. Guter Wille und Idealismus gegenüber den großen Aufgaben der Kirchen genügten nicht. Es sei heute zunächst dringender, voranzukommen, als Schulungsarbeit zu treiben. Man stehe vor der „Plage eines christlichen Amateurismus". Wenn man angesichts des anthropologischen Themas an die wissenschaftlichen Leistungen der Psychologie wie der Psychoanalyse denke oder an die imponierenden Ergebnisse der Technik für die Erkenntnis des Menschen, so ist man von der Mittelmäßigkeit christlicher Arbeit, wie sie ein solcher Kongreß bietet, enttäuscht. Die Christen sind in ihrem Fach meist tüchtige Arbeiter, aber in der Kirche werden sie gern zu Amateuren. Es sei eine der großen Lehren dieser europäischen Laientagung, „daß wir heute in der Kirche unseren Amateurismus zu bekämpfen haben".

„Wo Rom in Ordnung ist . . ."

So lautet der seltene Titel eines Aufsatzes von John R. Scotford in dem nicht gerade katholikenfreundlichen Zentralorgan des amerikanischen Protestantismus, „Christian Century", vom 4. Juli. Er beginnt mit der üblichen Erschütterung, die heute die auffallenden Fortschritte des römischen Katholizismus in allen wichtigen Städten der USA der protestantischen „Selbstgefälligkeit" bereiten. Leider sei man in protestantischen Kreisen gewöhnt, sich an den Schwächen Roms zu messen und Luthers Anklagen nachzusprechen. Man sollte lieber die Stärken Roms betrachten und sich daran prüfen. Denn die römisch-katholische Kirche leiste den Menschen zwei große Dienste: sie gibt ihnen die Gegenwart Gottes und macht sie zu Gliedern einer universalen und ewigen Institution. Wenn der Protestantismus das nicht auch fertigbringe, werde er seinen Einfluß verlieren, lautet geradeheraus die Folgerung. Der eigentliche Genius des römischen Katholizismus sei die Fähigkeit, dem Fernsten und Geringsten des menschlichen Geschlechts „Gott wirklich zu machen". Der Verfasser bekennt, daß ihm, der im katholischen Gottesdienst völlig ungeübt sei, die Messe oft zum Kanal göttlicher Gnaden geworden sei. „Die Macht der Messe ist eine Tatsache, der wir Protestanten uns nicht entziehen können, wir müssen ihr standhalten." Er fragt sodann nach den Ursachen für diesen Sachverhalt und erklärt, man brauche nicht den Anspruch der katholischen Kirche anzuerkennen, wenn man die Wirklichkeit ihrer Gotteserfahrung zugebe. Eine sympathische Beschäftigung mit der Messe werde den Protestanten mehr dienen, als wenn sie mit dem Finger auf katholische Irrungen zeigen. Tatsächlich sei der Protestantismus auf dem Wege zu einem Gottesdienst, um mehr

Menschen eine lebendigere Erfahrung der Gegenwart Gottes zu geben; er müsse aber auch dem Menschen wieder die Erfahrung vermitteln, daß die Kirche seine „Mutter" ist. Hier sei leider der Kontrast zwischen Rom und dem Protestantismus besonders beschämend, denn in den Denominationen vereinigten sich die Gläubigen zu lokalen Gemeinden, die eine halb soziale, halb religiöse Einrichtung seien, wo sich eher gemeinsame Bekannte treffen, als daß man Gott anbete. Zwar gebe der Protestantismus dem einzelnen mehr Verantwortung, aber er müsse noch lernen, den Menschen auch das Bewußtsein zu geben, der Einen Kirche anzugehören. „Wir müssen mit Rom wetteifern, wo Rom stark ist."

„Protestantische Vision"

Zu dieser anscheinend vereinzelten Stimme paßt merkwürdig ein Vortrag, den jüngst Prof. Paul Tillich, New York, in Düsseldorf vor seiner Rückreise nach den USA gehalten hat, in die er 1933 als religiöser Sozialist aus Frankfurt a. M. emigriert war. Er hatte sich kürzlich durch eine Sammlung theologischer Aufsätze aus den letzten 25 Jahren seinen deutschen Freunden in Erinnerung gebracht, die unter dem Titel „Protestantismus" erschienen sind. In jenem Vortrag beschwört seine „protestantische Vision" eine Synthese von Katholizismus, Protestantismus und Sozialismus. Da hören wir z. B.: Der tiefste Sinn des Katholizismus liegt in seiner bewahrenden und substanzerhaltenden Kraft. Er bewahrt gegenüber den destruktiven Mächten der Zerspaltung die Substanz des Menschen erstens durch das Erlebnis des Sakramentalen . . . Wenn er zweitens die Kraft der Liebe als eigentümlichsten Seinsgrund proklamiert, so errichtet er damit den zerspaltenden Mächten gegenüber ein echtes Gemeinschaftsfundament von Gott her. Das dritte Mittel katholischer Substanzbewahrung, die Autorität, ist nach Tillich nicht im gleichen Maße unanfechtbar. Der vierte Beitrag katholischer Substanzbewahrung, Tradition und Symbole, enthält dagegen wiederum wertvollstes Gut, das der Protestantismus ungebührlich vernachlässigte. Demgegenüber stellt Tillich den Protestantismus vor die Frage, ob er noch Wert, Recht und Notwendigkeit habe. Der Protest der Reformation gegen die Mechanisierung des Sakramentalen, gegen die Entpersönlichung der Liebe und gegen die falschen Sicherheiten habe leider zur Glaubensspaltung geführt, d. h. zu einer tragischen Schwächung der christlichen Substanz. „Wir müssen heute erkennen, daß eine bloße Konservierung des reformatorischen Protestes der menschlichen Gesamtsituation nicht mehr mächtig wäre. Wir müssen zunächst die ‚katholische' (in Wirklichkeit gemeinchristliche) Substanz zurückgewinnen . . ." (Nach „Evangelische Welt" Nr. 15 vom 1. August 1951, S. 439.) Auch diese Gedanken muß man als eine Stimme aus Amerika bewerten. „Katholisierende Bestrebungen", wo man sie am wenigsten vermuten konnte!

Bedenkliche Anmerkungen

Die „Theologischen Jahresberichte", die der Chr.-Kaiser-Verlag, München, seit 1947 unter dem Titel „Verkündigung und Forschung" herausbringt und die von kundiger Feder jeweils einen Überblick über alle Gebiete evangelischer Theologie vermitteln, sind eine unentbehrliche Fundgrube für die Beobachtung des theologischen Ringens der evangelischen Brüder. Wir greifen heute zunächst nur den Bericht von Prof. D. Peter Brunner, Heidelberg, über „Dogma und Liturgie in römisch-katholischer Sicht" heraus (1951 für 1949/50, Lfg. 1/2, S. 76 ff.). Darin werden einige katholische Werke, u. a. Joseph Paschers „Eucharistia" und „Theologie des Kreuzes" eingehend besprochen, dazu die Enzyklika „Mediator Dei". Da Peter Brunner als ein Theologe gilt, der mit katholischen Dingen seit langem recht vertraut ist und häufig Gespräche mit katholischen Kollegen führt, so sind seine Fragen und Anmerkungen von einigem Gewicht und wollen beachtet sein. Es fällt ihm z. B. an Paschers Untersuchung des Wortgottesdienstes auf, „wie wenig hier die vergegenwärtigende Kraft des Wortes gesehen wird". Den gleichen Einwand erhebt er gegenüber Casels „Kultmysterium" und fragt, warum die Mysterientheologie das, was sie über die Gegenwärtigsetzung der Heilstaten Christi zu sagen hat, nicht auch im Blick auf das apostolische Wort und seine Verkündigung entfaltet. „Warum weiß auch Pascher von einem Gleichzeitigwerden des Gläubigen mit dem Kreuz Christi durch das Wort nichts zu sagen? Sollte von einer heilsinstrumentalen Vollzugsgewalt des Wortes nur bei der priesterlichen Absolution zu sprechen sein . . . ?" Sodann ist Brunner tief erschüttert von der tiefen Kluft, die „Mediator Dei" im Leibe Christi zwischen Laien und Priester aufreißt und die verglichen wird mit dem Gradunterschied zwischen einem Ungetauften und dem Getauften. „Und das alles kann die Enzyklika lehren, obwohl doch auch nach römisch-katholischer Lehre die Wirkungskraft des grundlegenden, aus dem Reich der Finsternis in das Reich Christi versetzenden Sakraments nicht an den Priester gebunden ist." Zu der feinsinnigen Interpretation des Kanon durch Pascher heißt es, sie „zeige schmerzhaft, daß sich an dieser Stelle ein Graben aufgetan hat, der — soweit Menschenaugen sehen — unüberbrückbar ist".

Die stärksten Bedenken erregt ihm Paschers „Theologie des Kreuzes". Er fragt dazu, „ob hier das Kreuz als solches wirklich ernst genommen ist, oder ob es nur Hülle ist, in der sich doch eine theologia gloriae verbirgt". Zunächst findet Brunner, daß „das Gewicht der Sünde und des Zornes Gottes in dieser Untersuchung keine erhebliche Rolle spielt . . ." Als Beleg dafür zitiert Brunner die Sündenbetrachtung auf Seite 49 der Schrift von Pascher und sagt zu diesen Sätzen: „Ein Kommentar erübrigt sich. Von der dämonischen Gewalt der Sünde, von dem Abgrund der Verlorenheit des Menschen vor Gott . . . ist hier nichts mehr zu erkennen." Vielmehr sieht Brunner hier eine „Mitverherrlichung der Gläubigen", aus der eigentlich in Analogie zur christologischen Zweinaturenlehre eine Zweinaturenlehre von den Gläubigen zu entwickeln wäre. „Hier liegt wohl der tiefste Grund dafür, daß die Folgerungen, die sich von da aus für die Lehre von der Kirche ergeben, für uns einen geradezu unheimlichen Charakter haben. Das Gegenüber von Gott und Mensch besteht nicht mehr. Das Wort der Heiligen Schrift ist daher letzten Endes trotz allem der Kirche eigenes Wort, über das sie . . . selbst verfügt." Es gehe hier schließlich doch, wie Pascher selbst einmal sagt, um „die letzte Selbstverwirklichung" des Menschen. Für den evangelischen Theologen ist durch dieses Buch der Beweis erbracht, „daß eine wirkliche Theologie des Kreuzes, in der das Kreuz als das, was es ist, tatsächlich ernst genommen wird, auf dem Fundament des Dogmas der römisch-katholischen Kirche trotz ernster Bemühungen offenbar nicht entwickelt werden kann" (S. 86).

Ein Niederländisch-Reformierter „Hirtenbrief" und eine katholische Erwiderung

Die Reformierte Kirche in Holland hat im März 1950 ein Hirtenschreiben über ihr Verhältnis zur katholischen Kirche herausgegeben. Fünf Professoren der Katholischen Universität Nymwegen haben sich daraufhin zusammengetan, um auf dieses Hirtenschreiben zu antworten und gewisse seiner Thesen richtigzustellen. Diese Antwort liegt jetzt vor. Das „Hirtenschreiben der Generalsynode der Niederländischen Reformierten Kirche über ihr Verhältnis zur Römisch-Katholischen Kirche" erschien in einer deutschen Übersetzung im Evangelischen Verlag, Zollikon-Zürich, 1950; die katholische „Antwoord op het herderlijk Schrijven" liegt bisher — leider — nur holländisch im Verlag Het Spectrum, Utrecht, vor.

„Eine Annäherung zwischen den beiden Konfessionen kann nicht vorbereitet werden auf dem Wege des Widerspruchs und der gegenseitigen Anschuldigungen, sondern allein durch eine positive Haltung zueinander, die, ohne in falschen ‚Irenismus' zu verfallen und die Gegensätze zu vernebeln, das Gemeinsame betont und zu verstehen sucht, was dem andern besonders wichtig ist. So soll der Katholik im sola-scriptura-Prinzip nicht allein die Ablehnung der Tradition, wie wir sie verstehen, heraushören, sondern vor allem die große Ehrfurcht und Liebe zu Gottes Wort, die er selbst mit den Protestanten teilt. Und die reformatorischen Christen sollten beim Studieren der katholischen Sakramentenlehre und -praxis ihre Aufmerksamkeit zunächst dem ausgesprochen biblischen Element darin zuwenden", so fordert mit Recht W. K. M. Grossouw, einer der Nymweger Professoren.

Innerprotestantischer Anlaß?

Es hat keinen Sinn zu beschönigen, daß im ganzen gesehen das Hirtenschreiben dieser Forderung Grossouws leider nicht gerecht wird. Zur Erklärung dafür schreibt der (als Newman-Forscher auch im deutschen Sprachgebiet bekannte) Mitbeantworter W. H. van de Pol, „daß die Zielsetzung des Schreibens nicht ist, das Gespräch zwischen Reformierten und Katholiken in Gang zu halten. Sein Ziel ist vielmehr, das Gespräch zwischen verschiedenen Gruppen von Protestanten über die Römische Kirche in dem Sinne zu fördern, daß eine möglichst gut begründete einmütige Meinung über die Gründe geschaffen werden soll, warum Rom abgewiesen und bestritten werden müsse" (p. 17).

Dieses Ziel wird denn auch im Einleitungsteil des Hirtenschreibens ziemlich unverblümt ausgesprochen, wo zunächst zwar von der zeitweiligen widerstandsbedingten gegenseitigen Annäherung auch zwischen niederländischen Katholiken und Protestanten die Rede ist, dann aber sofort massive Vorwürfe (Machtstreben, Intoleranz) laut werden und die Notwendigkeit eines mittleren Weges zwischen allzu oberflächlichem Antipapismus und allzu aufgeschlossenem Katholisieren proklamiert wird. Daß es sich dabei auch um eine Art innerprotestantischer Rückkehr vom ‚Kulturprotestantismus' zu den echten Anliegen Luthers und Calvins handelt, unterstreicht van de Pol loyalerweise mit Recht, muß aber hinzufügen:

„Wenn es hierbei geblieben wäre, dann könnten wir Katholiken nur Achtung davor haben und einen Anlaß darin erblicken, in einem Geist der Verträglichkeit und Duldsamkeit die hängige Kontroverse aufs neue zu überprüfen. Das Hirtenschreiben hat aber nicht allein die Wahrheitsfrage zur Diskussion gestellt und — ganz wie die katholische Kirche — dazu Stellung genommen, es hat überdies in einer Weise, die wir nicht erwartet hatten, den Charakter, die eigentlichen Motive und die wirklichen Ziele der römisch-katholischen Kirche verdächtigt; es hat Anklagen und Beschuldigungen geäußert, ohne deren Richtigkeit zu beweisen."

Damit sind leider tatsächlich die beiden Hauptcharakteristika des Hirtenschreibens treffend gekennzeichnet, einerseits der respektierbare, wenn auch unzulängliche Versuch, aus dem Gegensatz zur katholischen Lehre heraus die der Reformatoren zu erneuern, vor allem in den dogmatisch-ekklesiologischen Teilen des Schreibens (S. 12 bis 64, 77—87), anderseits die äußerst unerfreuliche Verdächtigung katholischer ‚Intoleranz' und ‚Machtgier', vor allem in dem Abschnitt ‚Die Römisch-Katholische Kirche und das öffentliche Leben' (S. 65—76). Kann der Katholik noch allenfalls verstehen, daß seine Kirche wegen ihrer Weigerung, sich auf einseitige Imperative festzulegen, dem Protestanten als die „ungehorsame" erscheint, obwohl er den Vorwurf auf die zurückfallen sieht, die Jesu Christi Wort an die Apostel: „Wer auf euch hört, hört auf mich", nicht wirklich ernst nehmen wollen, so erscheint ihm der im gleichen Atemzug mit der Geltendmachung des eigenen, reformierten Wahrheitsanspruchs vorgebrachte Vorwurf der ‚Unverträglichkeit' allerdings als verantwortungslos. Wir wollen hier auf diese Seite des Hirtenschreibens und etwa auch die rabulistische ‚Rechtfertigung' des staatlichen Verbots der Fronleichnamsprozession in Holland durch die ‚Toleranz'-Fanatiker nicht weiter eingehen. All dies Bedauerliche wird den um die Wahrheit und nur um die Wahrheit bemühten katholischen Christen nicht davon abhalten, die ernst zu nehmenden grundsätzlichen Ausführungen des Hirtenschreibens nüchtern zu prüfen und geduldig zu beantworten, wie es die Nymweger Professoren so vorbildlich getan haben.

Die dogmatische Auseinandersetzung

Es ist schon sehr interessant zu sehen, daß die dogmatische Auseinandersetzung mit Maria beginnt, wobei ausdrücklich das populär-protestantische Schlagwort von ihrer Vergottung („Muttergöttin" der Salon-Religionspsychologen) zurückgewiesen wird („daß Maria nach dieser Auffassung eigentlich kein Mensch mehr ist", S. 13). Im Gegenteil, sie sei für den Katholiken „das Urbild des gläubigen Menschen, der zur Mitwirkung mit der Gnade gerufen ist ... zugleich das Urbild der Kirche" (S. 14); von ihr aus könne man — übrigens auf den Spuren Karl Barths — das katholische Bild des Menschen und das seiner Begnadung begreifen und sozusagen als unbiblisch entlarven.

Letzteres geschieht dann einerseits durch eine von Grossouw (p. 49) mit Recht als „nicht ganz fair" zurückgewiesene philologische Attacke auf das „gratia plena" der Vulgata für κεχαριτωμένη im Urtext des Englischen Grußes (Luk. 1, 28; S. 14f.); anderseits mit einem ganz der reformatorischen Tradition gemäßen Angriff auf den Optimismus des katholischen Menschenbildes und Heiligungsstrebens. Mit diesem werde, was bloß „Niederschlag und Rückwirkung der Hingabe an Gottes freisprechende Barmherzigkeit ist, zum Mittelpunkt und Ziel des christlichen Interesses".

Als läsen wir nicht bei Paulus selbst, „Gottes Wille" sei unsere „Heiligung" (1 Thess. 4, 3), und „mit Furcht und Zittern" sollten wir, wir selbst unter dem unsern Willen

weckenden Einfluß der Gottesgnade, unser „Heil wirken" (Phil. 2, 12); dies letztere wahrlich bestärkend genug für die von dem Hirtenschreiben als besonders schwerwiegendes Symptom des geschwächten Gnadenerlebens in der römischen Kirche getadelte „Lehre über die Verlierbarkeit der Gnade und ... Leugnung der Heilsgewißheit" (S. 63). Daß hier teils die Bedeutung der katholischen Lehre verkannt ist (durch Zusammenwerfen der geschichtlich-gefallenen mit der stets gleichbleibenden Wesens-‚Natur' des Menschen), teils diese Lehre einfach falsch wiedergegeben wird (der Mensch könne sich „mit seinem freien Willen auf den Empfang der Gnade vorbereiten", S. 20; Gnade und Menschenwerk würden betrachtet „als zwei einander gegenseitig bestimmende Faktoren", S. 56), das nachzuweisen, macht dem speziell zur Darstellung des katholischen Dogmas erwidernden Nymwegener G. P. Kreling OP wenig Mühe.

Anregung zu katholischer Gewissenserforschung

Wenn trotzdem — im Sinne einer auch anderwärts (insbesondere zur Duldsamkeitsfrage bei L. J. Rogier) wiederholt anklingenden Mahnung van de Pols (p. 15) — das Hirtenschreiben uns Katholiken auch zur Gewissenserforschung anregen soll, „inwiefern wir durch brüchiges Leben des katholischen Glaubens das wahre Bild der Kirche nur zu sehr zu verdunkeln drohen", dann vielleicht vor allem nicht dogmatisch, aber existentiell, wo uns vorgeworfen wird, unsere Erwartung des vollen Gotteskönigtums, des neuen Himmels und der neuen Erde sei „in den Hintergrund gedrängt durch einen individualistischen Himmelsglauben und durch die Gewißheit, daß man jetzt schon Christus ... in seiner Mitte hat" (S. 62f.). Daß gerade durch letzteres unsere Heilserwartung „eher erweckt und lebendig gehalten wird", betont Kreling treffend (p. 42), wie denn auch in der Messe Credo und — nach Jungmann, Missarum Sollemnia II 166 — Benedictus futurisch ausklingen. Daß aber die Einseitigkeit einer individualistischen Himmelshoffnung „der Katholiken" zur vollen Katholizität der biblischen Weltvollendungsgewißheit einer Ergänzung dringend bedarf, ist unbestreitbar.

Ohne auf Einzelheiten — wie die besonders schwache Kritik der Reformierten an der katholischen Sakramenten- und kirchlichen Ämter-Lehre — in diesem kurzen Bericht über das Hirtenschreiben weiter einzugehen, wird man sich vor allem die Erwartung seiner Beantworter zu eigen machen dürfen, daß es nicht das letzte, sondern nur ein — korrekturbedürftiges, aber auch noch korrekturfähiges — erstes Wort zu seinem Thema darstellt und daß die darauf gegebene Antwort, wie es der letzte ihrer Mitarbeiter, L. J. M. Beel, ausdrückt, nicht nur „zu besserem Verständnis der katholischen Auffassung führen, sondern auch zu neuem Durchdenken und genauerer Prüfung anregen möge, und dann auch zur Beseitigung der Atmosphäre des Mißtrauens, die jeden fruchtbaren Austausch unmöglich macht" (p. 88).

Übersetzungsfehler

Zum Schluß sei freilich noch eine Anmerkung zu der deutschen Übersetzung des Hirtenschreibens erlaubt: Wir wollen von vielen kleinen sprachlichen Ungeschicklichkeiten absehen (z. B. „dem heiligen Herzen Marias gewidmet" statt „geweiht", S. 12); aber schlimmer sind eine Anzahl eigentlicher Fehlübersetzungen, in denen der holländische Text vom deutschen wesentlich verfälscht wiedergegeben wird, und zwar im Sinne einer Verschärfung des Gegensatzes. Wo das Hirtenschreiben anerkennt, trotz allen Gegensätzen sei „offenkundig mit vielen römisch-katholischen Geistlichen und Laien eine tiefe geistliche Gemeinschaft möglich", heißt es im deutschen Text bloß „scheint ... möglich zu sein" (S. 7); und wo die Holländer Kanon 24 der Trienter 6. Konzilssitzung lateinisch und niederländisch korrekt wiedergaben, wonach verurteilt wird, wer die guten Werke „nur" (*tantummodo*) „Früchte und Zeichen der empfangenen Rechtfertigung" nennt, „nicht zugleich auch Mitursache ihrer Steigerung" (*non etiam ipsius augendae causam*), da verdreht die deutsche Übersetzung das Urteil über den einen Irrtum in die Behauptung des entgegengesetzten, indem sie den Konzilsvätern die absurde Verurteilung derer unterschiebt, die lehren, „daß diese Werke selber Früchte und Zeichen der erhaltenen Gnade sind, nicht aber Ursache ihrer Vermehrung" (S. 57); von dem Chaos in der Wiedergabe von justus und justificatio = „Rechtfertigmachung"! auf S. 27 ganz abgesehen.

Die Moskauer Kirche und der Weltfrieden

Patriarch Alexius wandte sich mit folgendem Sendschreiben an den in Berlin tagenden Weltfriedensrat:

„Nach sorgfältiger Prüfung der Resolutionen des zweiten Weltfriedenskongresses in Warschau halte ich es für meine Pflicht, zu erklären, daß die russische orthodoxe Kirche in meiner Person und in der Person ihrer Bischöfe und Gläubigen voll und ganz diese Resolutionen billigt und segnet. Die russische orthodoxe Kirche ist in voller Übereinstimmung mit den Teilnehmern des zweiten Weltfriedenskongresses von der Notwendigkeit überzeugt, alle Kampfmittel zu verbieten, die der Massenvernichtung dienen, wie die Atomwaffe oder bakteriologische Kampfmittel; diejenigen, die eine solche Waffe zuerst anwenden, zu Kriegsverbrechern zu erklären; die wachsende Rüstung einzuschränken und diese Einschränkung einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen; der blutigen Aggression der Amerikaner in Korea ein Ende zu setzen. Diese Entschließungen entsprechen voll und ganz der Erfüllung der Gebote Christi, und die Kirche als Bewahrerin dieses Heilserbes, das im Herzen jedes Gläubigen ruht, segnet sie. Deshalb haben wir jeden aufgerufen und rufen auch heute jeden, dem der Friede teuer ist, auf, aktiv für diesen Frieden auf Erden zu kämpfen, und unsere Gläubigen rufen wir auf, für diesen Frieden zu beten. Wir sind überzeugt, daß ein entschlossenes und überzeugtes Eintreten aller Christen zur Erhaltung des Friedens jene Katastrophe unmöglich macht, die der menschliche Unverstand vorbereitet und die der ganzen Menschheit droht. Wir glauben, daß Gott, der seine Getreuen nicht ohne Hilfe läßt, sein Volk mit Frieden segnen wird."

Es nimmt wunder, daß dieser Aufruf des Oberhaupts der russischen Kirche nicht im Journal des Moskauer Patriarchats veröffentlicht wurde, dessen letzte Nummer einen ausführlichen Bericht des Metropoliten Nikolai von der Berliner Tagung des Weltfriedensrats enthält. Auch die Rede Nikolais in Berlin sowie die Resolutionen des Weltfriedensrates sind hier abgedruckt. In seiner Rede rief der Metropolit die Erinnerung an die faschistisch-deutschen Untaten in Rußland wach und stellte fest, daß es die Amerikaner mit ihrer Aggression in Korea noch viel schlimmer treiben. Dies schildert er breit und in grausigsten Farben. Aber er vermag auch andere Saiten anzuschlagen, wenn er in einem echt christlichen Geist vom Frieden als dem Frieden Gottes für die innerlich zerrissene

Menschheit spricht. Allerdings hört man ihn in diesem Sinne mehr in seinen Predigten und geistlichen Betrachtungen, die er fern von aller Weltpolitik in den Kirchen seiner Moskauer Gemeinden und in der Umgebung Moskaus hält.

In letzter Zeit trat Metropolit Nikolai im Rahmen der sowjetischen Friedenspropaganda immer mehr in den Vordergrund. Er ist einer der zwölf Vertreter der UdSSR im Weltfriedensrat. Das Gewicht seiner Persönlichkeit als ehrwürdiger Vertreter des russischen Episkopats darf nicht unterschätzt werden und wird von den Sowjets in klarer Erkenntnis der Zugkraft, die die russische Kirche auf die Gemüter auszuüben vermag, geschickt eingesetzt. Während des Weltfriedenskongresses in Warschau zog er die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Er mußte Tausende von Autogrammen geben, am meisten von allen Delegierten. Vierzig Portraits wurden von ihm gemacht. Als Nikolai sich als Redner auf die Tribüne begab, erhoben sich das Präsidium und der ganze Saal zum Zeichen der Begrüßung. Seine Ausführungen fanden einen ungeheuren Widerhall, die Delegierten aus allen Ländern bezeugten ihm ihre Hochachtung als dem Vertreter der russischen Kirche. „Indem ich hier vor Ihnen erscheine", sagte Nikolai, „spreche ich nicht nur als Bürger meiner friedliebenden Sowjetmacht, sondern ich spreche hier als Bischof der russischen orthodoxen Kirche und in ihrem Namen, im Bewußtsein der für jedes Wort auf mir liegenden Verantwortung vor dem Gott, zu dem ich mich bekenne, vor der orthodoxen Kirche und vor der Geschichte, und als solcher wende ich mich in erster Linie an alle jene, die sich Christen nicht nur dem Namen nach, sondern ihren Taten nach nennen."

Gegenüber Nikolais tatkräftigem Auftreten in der Friedenspropaganda, die zum Brennpunkt der kirchlich-staatlichen Beziehungen geworden ist, scheint Patriarch Alexius etwas in den Hintergrund getreten zu sein. Wir erwähnten bereits, daß sein Friedensappell an den Weltfriedensrat in Berlin in der letzten Nummer seines amtlichen Organs nicht veröffentlicht wurde. Dagegen erfährt man ganz am Rande von einer gesundheitlichen Indisposition des Patriarchen, von der bisher nichts bekannt war. Schon im November vorigen Jahres glaubte eine Schweizer Zeitung Anzeichen einer erheblichen Spannung zwischen dem Patriarchen und der Sowjetregierung feststellen zu können.

Die Deutsche Eparchie der russisch-orthodoxen Auslandskirche

Eine Aktivierung der russischen orthodoxen Kirche in Deutschland ist seit dem Amtsantritt des neuen Oberhauptes der deutschen Eparchie zu verzeichnen. Erzbischof Benedikt forderte sogleich in mehreren Sendschreiben die ihm unterstellten Priester und Gläubigen zu Disziplin und christlicher Lebensweise auf. Eine Erfassung und Registrierung der außerhalb der russischen Emigrantengemeinden lebenden Einzelpersonen orthodoxen Glaubens und der orthodoxen Deutschen wurde in die Wege geleitet, wofür die Unterstützung der deutschen Behörden erbeten wurde. Für das Gespräch mit den anderen christlichen Kirchen erließ der Erzbischof strenge Vorschriften, die das Auftreten theologisch ungeschulter und mit der Orthodoxie ungenügend bekannter Personen als Vertreter der Orthodoxie bei zwischenkirchlichen Zusammenkünften verhindern sollen. Anderseits zeigt sich die russisch-orthodoxe Hierarchie in letzter Zeit derartigen Gesprächen gegenüber offener als zu Zeiten des verstorbenen Metropoliten Seraphim, der, selbst ein Deutscher, in der Konfrontierung der östlichen Orthodoxie mit den westlichen Kirchen äußerste Zurückhaltung übte.

Durch Auferlegung besonderer Fasten und Gebetsintentionen, mit der Forderung zur Errichtung von Sonntagsschulen in allen Gemeinden und durch Sendschreiben, deren Ernst und Tiefe die Aufmerksamkeit auch der orthodoxen Kreise außerhalb Deutschlands erregten, versucht Erzbischof Benedikt, die in (West-)Deutschland verbliebenen Orthodoxen in einer lebendigen Gemeinschaft zusammenzuhalten, die sich ihres unversöhnlichen Gegensatzes zur in der Heimat herrschenden kommunistischen Ideologie stets bewußt ist. Hervorzuheben ist, daß in den Aufrufen des Erzbischofs die politischen Motive hinter denen der Reue und Buße und der alleinigen Hoffnung auf die Hilfe Gottes in den Hintergrund treten. Eindrucksvoll zeichnet er das geistige und religiöse Gesicht des sich in der Welt abspielenden Machtkampfes und warnt die nach Übersee emigrierten Glaubensgenossen vor der Illusion eines sicheren Zufluchtsortes vor einer Macht, deren Wesen ein geistiges Prinzip ist, das keine räumlichen Grenzen kennt.

Die in neuer Aufmachung erscheinende „Amtliche Zeitschrift der orthodoxen Diözese in Deutschland" setzte sich kürzlich auch mit den Plänen der Pariser Russen auseinander, die eine westeuropäische orthodoxe Kirche aller Nationalitäten unter der Jurisdiktion Konstantinopels anstreben. Die Verwirklichung dieser Pläne käme „einer völligen Vernichtung der russischen Kirche und ihres Erbes in Westeuropa" gleich, so daß sich die wahre russisch-orthodoxe Kirche an einer solchen Organisation nie beteiligen würde. Vor allem sei ohne die Zustimmung der Mutter-Kirche gar keine Möglichkeit, an diese Fragen heranzutreten. „Erst wenn die verfolgte russische Mutter-Kirche aus ihrem Katakombendasein hervortreten und die Leitung der russischen Auslandkirche vor ihr Gericht fordern wird, kann das Kardinalproblem einer westeuropäischen Kirche behandelt werden."

Die straffere Führung der deutschen Eparchie wird ferner in einer Anweisung für das Verhalten gegenüber den anderen Konfessionen sichtbar. Jegliche Erwähnung der katholischen und evangelischen Kirche wird dabei vermieden, der Artikel setzt sich nur mit den protestantischen Sekten auseinander. Das Problem tauchte im Zusammenhang mit der Emigration aus der Heimat auf, als der Strom der Emigranten ohne religiöse Vorbereitung vor allem durch die internationalen Hilfs- und Auswanderungsorganisationen unter den Einfluß verschiedener Sekten kam, die ihre Tätigkeit auch als Seelenfang auffaßten. Allerdings habe gerade der „Weltkirchenrat" in geistlicher und materieller Hinsicht eine anerkennenswert selbstlose Tätigkeit ohne Einmischung in das innere Leben der orthodoxen Kirche entfaltet. Der einfache Gläubige steht vor der Frage, wo denn die wahre Kirche ist. Das Kriterium liegt in der Apostolizität der wahren Kirche. Die Baptisten, Adventisten, Evangeliumschristen, Stundisten, Duchoborzen und anderen Sekten dagegen haben mit der apostolischen Zeit nichts mehr zu tun. Mit ihnen kann die orthodoxe Kirche keine Kommunion im Gebet unterhalten, wenn auch der orthodoxe Gläubige bei ihren Gottesdiensten anwesend sein darf, ohne daran teilzunehmen. Im praktischen Leben soll dagegen die Zusammenarbeit mit ihnen in jeder Weise gefördert werden. „Soweit diese Kirchen sich nicht mit der Verführung unserer orthodoxen Gläubigen befassen, haben wir uns ihnen gegenüber mit Ehrerbietung und Fürbitte zu verhalten."

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Die Enzyklika „Evangelii praecones" über die Förderung der katholischen Missionen

II. TEIL

Die Katholische Aktion in den Missionen

Wir wollen weiterhin Unsre Ermahnung nicht nur an die Missionare, sondern auch an die Laien richten, die „mit Großmut und Bereitschaft" (2 Makk. 1, 3) in den Reihen der Katholischen Aktion den Missionaren helfen.

Man kann gewiß behaupten, daß die Mithilfe der Laien, die wir heute Katholische Aktion nennen, der Kirche seit ihren Ursprüngen niemals gefehlt hat; sie war schon für die Apostel und die anderen Glaubensboten eine wichtige Unterstützung, und die christliche Religion verdankt ihr viel bei ihrer Ausbreitung. In diesem Zusammenhang nennt der Völkerapostel Apollo, Lydia, Aquila, Priscilla, Philemon; im Philipperbrief schreibt er: „So bitte ich auch dich, bewährter Gefährte, nimm dich ihrer an. Sie haben mit mir für das Evangelium gestritten wie auch Klemens und meine anderen Mitarbeiter, deren Namen im Buche des Lebens stehen" (Phil. 4, 3).

So weiß auch jeder, daß die christliche Lehre die römischen Konsularstraßen entlang nicht nur von Bischöfen und Priestern, sondern auch von Staatsbeamten, Soldaten und Privatleuten verbreitet worden ist. Viele Tausend eben erst zum Christentum bekehrte Gläubige, deren Namen heute niemand mehr kennt, brannten in dem Verlangen, die neue Religion, die sie angenommen hatten, zu verbreiten, und haben alles getan, um der christlichen Wahrheit den Weg zu bereiten; daher waren schon nach kaum hundert Jahren das Christentum und die christliche Tugend in allen wichtigen Städten des Römischen Reiches bekannt.

Der hl. Justinus, Minucius Felix, Aristides, der Konsul Acilius Glabrio, der Patrizier Flavius Clemens, der hl. Tarcisius, unzählige heilige Märtyrer und Märtyrinnen, die durch ihre Mühen und ihr Blut die wachsende Kirche gefestigt und befruchtet haben, können in gewisser Hinsicht die Vorkämpfer und Vorläufer der Katholischen Aktion genannt werden. Wir möchten hier das schöne Wort des Verfassers des Briefes an Diognet anführen, dessen Mahnung auch heute noch ihren vollen Sinn hat: „Die Christen leben in ihrem Vaterland, jedoch wie Fremdlinge . . . ihnen wird jede Fremde zur Heimat, und jede Heimat ist ihnen Fremde" (Brief an Diognet V, 5; Funk I, 399).

Während der Barbareneinfälle des Mittelalters sehen wir Fürsten und Fürstinnen, doch ebenso auch einfache Handwerker und eifrige Frauen aus dem christlichen Volk sich mit all ihrer Kraft einsetzen, um ihre Landsleute wirklich und aufrichtig zum Glauben an Jesus Christus zu bekehren und nach diesem ihr Leben zu gestalten, damit so im Fall von Gefahr Glaube und Gemeinwesen gesichert wären. Als Unser unsterblicher Vorgänger Leo der Große Attila bei seinem Einfall in Italien unerschrocken entgegentrat, begleiteten ihn nach der Überlieferung zwei römische Konsuln. Als die furchtbaren Hunnenhorden Paris belagerten, stand die hl. Jungfrau Genoveva, deren Wonne das ununterbrochene Gebet und die schwersten Bußübungen waren, in bewundernswürdiger Liebe ihren Mitbürgern an Leib und Seele bei. Theodelinde, die Langobardenkönigin, fleht ihr Volk an, die christliche Religion anzunehmen. In Spanien sucht König Rekkared sein Volk vom Irrglauben des Arianismus zum wahren Glauben zurückzuführen. In Gallien leuchten nicht nur heilige Bischöfe — wie Remigius von Reims, Caesarius von Arles, Gregor von Tours, Eligius von Noyon und manche andere — an Tugend und apostolischem Eifer hervor; man sieht Königinnen in dieser Zeit dem einfachen und unwissenden Volk die christliche Wahrheit bringen, Kranke, Hungernde und alle Art Unglückliche nähren; so gewinnt Chlothilde, um ein Beispiel anzuführen, das Herz Chlodwigs so für den christlichen Glauben, daß sie ihn schließlich freudig zum wahren Quell des Lebens führen kann. Radegundis und Bathilde nehmen mit größter Liebe die Kranken auf und pflegen die Aussätzigen. In England nimmt die Königin Bertha den hl. Augustin, den Apostel jener Nation, bei seiner Ankunft auf und überredet ihren Gemahl Ethelbert, die Lehren des Evangeliums mit Wohlwollen anzuhören. Und kaum haben die Angelsachsen, Fürsten und Untertanen, Männer und Frauen, jung und alt, den Glauben an Christus angenommen, so knüpfen sie sogleich wie auf Antrieb der göttlichen Liebe ein enges Band der Ehrfurcht, der Treue und des Gehorsams zum Apostolischen Stuhl.

Ebenso ist es ein herrliches Schauspiel zu sehen, wie in Deutschland der hl. Bonifatius und seine Gefährten das Land auf ihren Bekehrungsreisen durchziehen und es reichlich mit ihrem Schweiß tränken. Die Söhne und Töchter dieses tapferen und hochherzigen Volkes kamen in begeistertem Eifer den Mönchen, Priestern und Bischöfen zu Hilfe, so daß das Licht des wahren Glaubens in ihren weiten Gebieten von Tag zu Tag weiterdrang und die christlichen Gebote und christlichen Tugenden immer weiter an Boden gewannen und reiche Frucht brachten.

Zu allen Zeiten hat also die katholische Kirche nicht allein durch den unermüdlichen Eifer des Klerus, sondern auch durch die von ihr gewünschte Mitarbeit der Laien den Glauben weitergetragen und auch auf sozialem Gebiet den Wohlstand der Völker gehoben. Jedermann weiß, was in dieser Hinsicht in Ungarn die hl. Königin Elisabeth, in Kastilien der hl. König Ferdinand, in Frankreich König Ludwig der Heilige getan haben. Durch ihre Heiligkeit und ihren Eifer haben sie ihre Wohltaten auf alle Schichten der Gesellschaft ausgedehnt, durch Errichtung wohltätiger Einrichtungen, durch die Verbreitung des Glaubens, durch Unterstützung der Kirche und vor allem durch ihr Beispiel. Bekannt sind auch die Verdienste der Bruderschaften des Mittelalters, in denen sich Handwerker und Arbeiter beiderlei Geschlechts zusammenschlossen; sie lebten zwar in der Welt, hatten aber ein hohes Ideal evangelischer Vollkommenheit vor Augen, die sie für sich persönlich erstrebten und zu der sie mit Hilfe des Klerus auch die anderen zu führen suchten.

Nun herrschen aber in den meisten Gegenden, in denen Missionare arbeiten, heute noch dieselben Verhältnisse wie in der Frühzeit der Kirche; oder wenigstens herrschen bei diesen Völkern noch Nöte, denen eine spätere Zeit abhelfen müßte. Darum ist es absolut notwendig, daß sich zahlreiche Laien in der Katholischen Aktion zusammen-

schließen, um ihren hochherzigen und tatkräftigen Eifer mit dem hierarchischen Apostolat des Klerus zu vereinen. Die Katechetenarbeit ist gewiß dringlich, aber nicht weniger dringlich ist der wache Eifer solcher, die nur aus Liebe zu Gott und ohne einen Lohn zu empfangen, sich den Priestern zur Verfügung stellen, um ihnen in ihrer Arbeit zu helfen.

Wir wünschen daher, daß überall nach Möglichkeit Vereinigungen katholischer Männer und Frauen, katholischer Jugend, Studentenvereine, Arbeiter- und Handwerkervereine, Sportvereine gegründet werden; ebenso auch Kongregationen und fromme Vereine, die man die Hilfstruppen der Missionare nennen könnte. Bei der Gründung und dem Ausbau dieser Gruppen soll man aber mehr auf Zuverlässigkeit, Tugend und Arbeitswillen als auf die Zahl sehen.

Es ist auch zu beachten, daß nichts den Missionaren schneller das Vertrauen der Väter und Mütter gewinnt, als wenn sie sich ihrer Kinder liebevoll annehmen. Wenn diese ihren Geist der christlichen Wahrheit und ihre Sitten der Tugend zuwenden, gereichen sie nicht nur ihrer eigenen Familie, sondern der ganzen Gemeinschaft zu Kraft, Ehre und Zier, und es wird oft geschehen, daß, wenn das Leben der christlichen Gemeinde etwas nachgelassen hat, sie es in glücklicher Weise wieder zur alten Frische zurückführen.

Wenn die Katholische Aktion auch, wie man weiß, in erster Linie dazu da ist, die Werke des Apostolats zu fördern, so können ihre Mitglieder doch auch ohne weiteres anderen Vereinen angehören, deren Ziel es ist, die Grundsätze des Evangeliums auf sozialem und politischem Gebiet zu verwirklichen; ja daß sie dies nicht nur als Bürger, sondern auch als Katholiken tun, ist ihr Recht, ja es ist ihre Pflicht.

Schule und Presse

Die Jugend, besonders diejenige, die durch eine höhere Schule gegangen ist, wird morgen die Geschicke ihres Landes lenken. Darum ist die Wichtigkeit der Erziehung auf Elementarschule, Mittelschule und Hochschule offenkundig. Wir ermahnen daher die Missionsoberen väterlich, keine Mühe und keine Ausgaben zu scheuen, um diese Einrichtungen zu entwickeln.

Die niederen und höheren Schulen haben in der Tat auch den Vorteil, daß sie zwischen den Missionaren und den Einheimischen jeden Standes wertvolle Beziehungen knüpfen. Vor allem die Jugend, die noch bildsam ist wie Wachs, verspürt leichter ein Bedürfnis, die katholische Lehre zu verstehen, zu würdigen und anzunehmen. Diese gebildetere Jugend wird dann einmal den Staat lenken, und die Masse des Volkes wird ihnen als Führern und Lehrern folgen. So hat auch der Völkerapostel der gebildetsten Elite die erhabene Weisheit des Evangeliums dargelegt, als er auf dem Areopag den unbekannten Gott verkündete. Wenn dabei auch die, die sich ganz und gar zu Christus bekehren, vielleicht nicht zahlreich sein werden, so wird doch eine größere Zahl die geheime Anziehungskraft der höheren Schönheit dieses Glaubens und der Liebe derer, die ihn verkünden, spüren.

Diese Schulen und Kollegien dienen auch in hervorragender Weise dazu, die vielen Irrtümer zurückzuweisen, die die Nichtkatholiken und die Kommunisten mehr und mehr verbreiten und die offen oder versteckt besonders die Jugend erreichen.

Nicht weniger nützlich ist auch Druck und Verbreitung passender Schriften. Hierbei brauchen Wir Uns nicht länger aufzuhalten. Es ist ja bekannt, welche Macht Bücher, Zeitschriften und Abhandlungen haben, um die Wahrheit und die Tugend darzulegen und sie dem Herzen einzuprägen, um Irrtümer zu demaskieren und die Lügen zu widerlegen, mit denen die Religion angegriffen wird oder die so heftig umstrittenen sozialen Fragen zum Schaden der Seelen entstellt werden. Wir loben daher die Hirten lebhaft, die sich darum bemühen, wirklich gediegenes Schrifttum dieser Art drucken und verbreiten zu lassen. Auf diesem Gebiet ist schon viel geschehen; aber es bleibt auch noch viel zu tun.

Der Gesundheitsdienst

Wir möchten hier auch ganz besonders die Werke und Anstalten empfehlen, die sich der Kranken, Gebrechlichen und Unglücklichen aller Art annehmen: Krankenhäuser, Aussätzigenheime, Apotheken, Altersheime, Entbindungshäuser, Waisenhäuser, Obdachlosenasyle. Diese Werke, die Uns als die schönsten Blumen des Gartens erscheinen, in dem die Arbeiter des Evangeliums arbeiten, lassen in gewisser Weise den göttlichen Erlöser selber vor Unsern Augen erstehen, wie er „wandelte und Gutes tat und alle heilte" (Apg. 10, 38).

Diese wunderbaren Liebeswerke bereiten zweifellos die Herzen der Heiden besonders wirksam vor und veranlassen sie, den Glauben und seine Gebote anzunehmen. Christus selber hat seinen Aposteln empfohlen: „Wenn ihr in eine Stadt kommt und Aufnahme findet ... heilt die Kranken, die dort sind, und verkündet: das Reich Gottes ist nahe" (Luk. 10, 8—9).

Doch ist es nötig, daß die Ordensmänner und Ordensfrauen, die sich zu diesem fruchtbaren Wirken berufen fühlen, sich, schon bevor sie ihre Heimat verlassen, die geistige und sittliche Bildung verschaffen, die diese Dienste heute erfordern. Es gibt Ordensschwestern, wie Wir wissen, die, schon im Besitz von Staatsdiplomen für diesen Beruf, ihre Studien über furchtbare Krankheiten wie den Aussatz noch fortgeführt und dafür geeignete Medikamente gefunden haben; ihnen soll das verdiente Lob werden. Wir segnen sie und alle Missionare, die sich in Aussätzigenheimen aufopfern, väterlich und bringen ihrer wunderbaren Liebe den Zoll Unsrer Bewunderung dar.

Gerade was die Medizin und die Chirurgie betrifft, so ist es hier sehr angebracht, die Hilfe von Laien heranzuziehen, die die entsprechende Ausbildung haben und bereit sind, ihre Heimat zu verlassen, die aber auch Männer echten Glaubens und echter Tugend sind.

Soziale Hilfe

Wir kommen nun zu einem Gegenstand, der nicht weniger Bedeutung und Wichtigkeit hat: Wir möchten etwas zur sozialen Frage und ihrer Lösung in Gerechtigkeit und Liebe sagen. Während sich heute die kommunistischen Lehren überall ausbreiten und das einfache Volk leicht betören, glauben Wir in Unsern Ohren das Wort Christi nachhallen zu hören: „Mich erbarmt des Volkes" (Matth. 8, 2). Die klaren Grundsätze der Kirche auf diesem Gebiet müssen daher mit Eifer, Umsicht und Tatkraft durchgeführt werden. Es ist unbedingt notwendig, alle Völker vor diesen verhängnisvollen Irrtümern zu bewahren, oder wenn sie von ihnen schon angesteckt sind, sie von diesen gewaltsamen Lehren zu heilen, die den Genuß der irdischen Güter als das einzige Ziel des Menschen in diesem

Leben darstellen. Und da sie alles Eigentum der willkürlichen Gewalt und Verfügung des Staates überantworten, setzen sie damit die Würde der menschlichen Person derart herab, daß sie fast zu nichts wird. Es ist absolut notwendig, im privaten und öffentlichen Leben alle zu lehren, daß wir hier auf Erden wie Verbannte zu einem unsterblichen Vaterland unterwegs sind, daß wir zu einem ewigen Leben und unvergänglichen Glück bestimmt sind, das wir einmal erreichen werden, wenn wir den Geboten der Wahrheit und der Tugend folgen. Christus allein ist der Hüter der menschlichen Gerechtigkeit und der sanfte Tröster im Leid, das hier auf Erden unvermeidlich ist. Er allein zeigt uns den Hafen des Friedens, der Gerechtigkeit und der ewigen Freude, zu dem wir alle, durch sein Blut erlöst, nach dieser irdischen Pilgerschaft gelangen sollen.

Doch es ist auch unser aller Pflicht, so weit wie möglich die Leiden, das Elend und die Ängste zu mildern, zu erleichtern und zu lindern, von denen unsere Brüder bedrückt sind.

Die Liebe kann wohl viele Ungerechtigkeiten auf sozialem Gebiet bis zu einem gewissen Punkt ausgleichen; aber das ist nicht genug. Zuerst muß sich Gerechtigkeit durchsetzen, herrschen und wirklich durchgeführt werden.

Hierzu möchten Wir die Worte zitieren, die Wir in der Weihnachtsbotschaft 1942 an das Kardinalskollegium und die versammelten Bischöfe richteten: „Die Kirche hat stets aus religiösen Gründen die verschiedenen Systeme des marxistischen Sozialismus verurteilt und tut es auch heute gemäß ihrer dauernden Pflicht und ihrem Recht, die Menschen vor Strömungen und Einflüssen zu bewahren, die ihr ewiges Heil gefährden. Aber die Kirche kann auch nicht verkennen und übersehen, daß der Arbeiter beim Streben nach Besserung seiner Lage gegen ein ganzes System ankämpft, das weit davon entfernt ist, der Natur zu entsprechen, sondern vielmehr der Ordnung Gottes und dem von ihm den irdischen Gütern gegebenen Sinn widerstreitet. So falsch, so verurteilenswert, so verhängnisvoll die Wege waren und sind, die man beschritten hat, wer, welcher Christ und vor allem welcher Priester könnte den Schrei aus der Tiefe überhören, der in der Welt eines gerechten Gottes nach Gerechtigkeit und Brüderlichkeit ruft? Schweigen wäre hier eine Schuld, unentschuldbar vor Gott und im Widerspruch zu dem Wort des Apostels, der, während er Festigkeit gegenüber dem Irrtum predigt, zugleich weiß, daß er dem Irrenden Schonung, Rücksicht und Verständnis für seine Wünsche, Hoffnungen und Beweggründe schuldet ... Die Würde der menschlichen Persönlichkeit fordert also das Nutzrecht an den Gütern der Erde als normale und naturgemäße Lebensgrundlage. Dem entspricht die grundsätzliche Forderung des Privateigentums, wenn möglich für alle. Die positivrechtlichen Bestimmungen zur Regelung des Privateigentums mögen wechseln und eine mehr oder weniger gebundene Nutzung gestatten. Doch wenn sie ihre Friedensaufgabe im Dienste der Gemeinschaft erfüllen sollen, so müssen sie verhindern, daß der arbeitende Mensch, der gegenwärtige oder zukünftige Familienvater einer wirtschaftlichen Abhängigkeit und Unfreiheit verfällt, die mit den Rechten seiner Persönlichkeit in Widerspruch stehen.

Ob diese Unfreiheit von der Übermacht des Privatkapitals oder von der Staatsmacht ausgeht, ist für die Wirkung selber ohne Belang. Im Gegenteil, unter dem Druck eines Staates, der alles beherrscht und der das gesamte Gebiet des öffentlichen und privaten Lebens regeln will, bis in den Bereich der Gesinnungen, der Überzeugungen und des Gewissens, könnte diese Unfreiheit noch viel schwerere Folgen haben, wie die Erfahrung lehrt und bezeugt" (A. A. S. 1943, S. 16—17).

Euch liegt es ob, Ehrwürdige Brüder, die ihr eure Kräfte ganz in den Dienst der Missionen stellt, dafür zu sorgen, daß diese Grundsätze und Normen in der Praxis verwirklicht werden. Prüft die besonderen Bedingungen des Landes, beratet euch mit einander auf euren Bischofskonferenzen, Synoden und anderen Versammlungen, und sorgt dafür, daß soziale und Wirtschaftsverbände, Vereinigungen und Institute gegründet werden, wie sie den Verhältnissen und dem Charakter eures Volkes entsprechen. Es ist zweifellos eine Forderung eures Hirtenamtes, darüber zu wachen, daß die euch anvertraute Herde nicht vom rechten Weg abirrt und neuen Irrtümern zum Opfer fällt, die einen Anschein von Wahrheit und Gerechtigkeit haben. Mögen die Glaubensverkünder, die euch zur Seite stehen, sich auch gerade darin hervortun; dann kann ihnen nicht vorgeworfen werden: „Die Kinder dieser Welt sind klüger ... als die Kinder des Lichts" (Luk. 16, 8). Es wird allerdings gut sein, wenn sie, wo immer dies möglich ist, sachverständige Laien zuziehen, die als rechtlich und klug bekannt sind und diese Unternehmungen in die Hand nehmen und entwickeln können.

Gegen die territoriale und jurisdiktionelle Ausschließlichkeit

In früheren Zeiten war das weite Gebiet des Missionsapostolates nicht durch feste Grenzen kirchlicher Jurisdiktion umschrieben und auch nicht Orden oder Kongregationen in Zusammenarbeit mit einem sich entwickelnden eingeborenen Klerus anvertraut. Das ist heute bekanntlich die Regel geworden; es ist sogar vorgekommen, daß gewisse Gebiete den Angehörigen einer bestimmten Provinz eines Ordens übergeben worden sind. Wir erkennen die Vorteile dieses Brauchs an; die Missionen können auf diese Weise schneller und leichter organisiert werden. Aber es können daraus auch ernste Nachteile entstehen, denen nach Kräften entgegengewirkt werden muß. Schon Unsere Vorgänger haben ähnliche Fragen in ihren bereits erwähnten Rundschreiben (A. A. S. 1919, S. 444 und A. A. S. 1926, S. 81—82) behandelt und sehr weise Grundsätze aufgestellt, die Wir hier wiederholen und bestätigen wollen. Wir ermahnen euch väterlich, sie „in dem brennenden Eifer für den Glauben und das Heil der Seelen, den Wir sehr wohl kennen, kindlichen und gehorsamen Sinnes anzunehmen. Der Heilige Stuhl hat eurem Eifer meist sehr weite Gebiete übergeben, damit ihr sie für Christus gewinnt; und es kann vorkommen, daß eure Orden nur eine bei weitem nicht ausreichende Zahl an Missionaren zur Verfügung stellen können. Zögert dann nicht, die Praxis der ordnungsgemäß errichteten Diözesen nachzuahmen: Ordenspriester und Ordensbrüder der verschiedensten Orden, Schwestern der verschiedensten Kongregationen umgeben den Bischof und helfen ihm. So zögert auch ihr nicht, zur Glaubensverbreitung, zum Unterricht der Jugend und anderen ähnlichen Werken Ordensleute und Missionare aus anderen Orden herbeizurufen und eure Arbeit mit ihnen zu teilen, seien es nun Priester oder Laienbrüder. Die Orden und religiösen Kongregationen dürfen sich der Sendung, die sie bei den Heiden übernommen haben, als einer Eroberung rühmen, die sie dem Reich

Christi hinzugefügt haben; aber sie müssen auch daran denken, daß sie auf die Missionsgebiete kein persönliches dauerndes Recht haben; diese Gebiete sind ihnen nach dem Willen des Apostolischen Stuhls anvertraut worden, dem das Recht und die Pflicht zusteht, über ihre richtige und volle Entfaltung zu wachen. Der Papst würde seiner Pflicht daher nicht genügen, wenn er sich damit zufrieden gäbe, mehr oder weniger große Gebiete unter die Orden aufzuteilen. Er muß, was wichtiger ist, unaufhörlich in jeder Weise darüber wachen, daß die Missionsorden Missionare in solcher Zahl und vor allem von solcher Qualität in die ihnen anvertrauten Gebiete entsenden, daß sie in dem ganzen Land das Licht der christlichen Wahrheit ausbreiten und erfolgreich arbeiten können" (A. A. S. 1926, S. 81—82).

Ehrfurcht vor allem Guten in Kultur und Sitten der verschiedenen Völker

Es bleibt Uns nun noch ein Punkt zu berühren, von dem Wir wünschen, daß alle ihn völlig klar erfassen. Die Kirche hat seit ihrem Ursprung bis heute stets die sehr weise Regel befolgt, daß das Evangelium bei den Völkern, die es annehmen, nichts zerstören und auslöschen soll, was in ihrem Charakter und ihren Anlagen gut, schön und edel ist. In der Tat, wenn die Kirche die Völker aufruft, sich unter Führung der christlichen Religion zu einer höheren Form von Menschlichkeit und Kultur zu erheben, so handelt sie nicht wie der, der achtlos einen üppigen Wald niederschlägt, ihn plündert und ausrottet, sondern sie macht es wie der Gärtner, der ein Edelreis auf den Wildling aufpfropft, damit er eines Tages saftigere und süßere Früchte trägt.

Die menschliche Natur hat in sich, wenn sie auch durch Adams Fall mit der erblichen Schuld befleckt ist, etwas von Natur aus Christliches (vgl. Tertullian, Apologet., cap. XVII; ML I, 377 A) bewahrt, das sich, vom göttlichen Licht erleuchtet und von der Gnade genährt, zu echter Tugend und übernatürlichem Leben erheben kann. Darum hat auch die Kirche die Philosophie der Heiden nie verachtet und abgelehnt, sondern sie vielmehr von allem Irrtum und aller Unreinheit befreit und sie dann durch die christliche Weisheit vollendet und gekrönt. Ebenso hat sie deren Kunst und Kultur, die sich oft zu einer sehr hohen Höhe erhoben, mit Wohlgefallen aufgenommen, sorgsam weitergefördert und zu einer Stufe von Schönheit emporgeführt, die sie vielleicht vorher nie erreicht hatten. Auch die Sitten und überlieferten Bräuche der Völker hat sie nicht einfach verurteilt, sondern sie hat sie gewissermaßen geheiligt. Auch ihre Feste hat sie unter Änderung von Inhalt und Form als Erinnerungstage an Märtyrer und zur Verherrlichung der heiligen Geheimnisse in ihren Dienst genommen. Hierüber schreibt der hl. Basilius treffend: „Wie die Färber den Stoff, den sie färben wollen, sorgfältig vorbereiten und dann erst in Purpur oder eine andere Farbe eintauchen, so werden auch wir, wenn wir wollen, daß der Glanz des Guten auf immer unauslöschlich an uns haften bleibt, uns zuerst durch diese äußeren Lehren einführen, dann erst in den heiligen und geheimen Wissenschaften ausbilden lassen: und wie wir die Sonne nur wie im Wasser gespiegelt sahen, so werden wir nun die Augen zum Lichte selber erheben können ... Das eigentliche Leben des Baumes ist es, sich zur rechten Zeit mit Früchten zu beladen; und doch trägt das Laub, das um seine Zweige zittert, zu seiner Schönheit bei. So ist die wichtigste Frucht der Seele die Wahrheit selber; doch ist auch das Gewand der irdischen Weisheit nicht unlieblich, so wie das Laub die Frucht mit Schatten und Anmut umgibt.... So heißt es auch, daß Moses, dieser Gewaltige, dessen Namen um seiner Weisheit willen bei allen in Ehren steht, seinen Geist zuerst in der Wissenschaft der Ägypter gebildet und sich so zur Anschauung Dessen, Der Ist, erhoben hat. Ebenso berichtet man, daß in späteren Zeiten der weise Daniel die Wissenschaft der Chaldäer in Babylon gelernt und so endlich die heiligen Lehren erfaßt hat" (S. Basil., Ad adolescentes 2; MG XXXI, 567 A).

Wir selber haben in Unsrer ersten Enzyklika *Summi Pontificatus* geschrieben: „Zahllose Studien und wegweisende Forschungen, die von den Missionaren aller Zeiten in einem Geist der Aufopferung, der Hingabe und der Liebe durchgeführt worden sind, haben sich zum Ziel gesetzt, das intimere Verständnis und die Achtung der verschiedensten Zivilisationen zu erleichtern und ihre geistigen Werte für eine lebendige und lebenweckende Predigt des Evangeliums Christi fruchtbar zu machen. Alles, was in diesen Sitten und Gebräuchen nicht unauflöslich mit religiösen Irrtümern verbunden ist, wird immer mit Wohlwollen geprüft und, wenn möglich, geschützt und ermutigt werden" (A. A. S. 1939, S. 429).

1944 haben Wir in Unserer Ansprache an die Leiter der Päpstlichen Missionswerke unter anderem gesagt: „Der Missionar ist der Künder des Evangeliums und Bote Jesu Christi. Seine Aufgabe ist es nicht, daß er die Kultur, die die europäischen Völker entfaltet haben, so wie sie ist, wie einen Baum, der verpflanzt werden soll, zu den fernen Missionsländern bringt; sondern diese neuen Völker, die oft mit Stolz auf eine sehr alte Kultur zurückblicken, sollen so belehrt und herangebildet werden, daß sie fähig werden, mit eifrigem und verlangendem Herzen die Grundsätze der christlichen Sitten und des christlichen Lebens aufzunehmen. Diese Regeln können mit jeder profanen Kultur in Übereinstimmung gebracht werden, wenn sie nur gesund und rein ist, und können sie geeigneter machen, die Menschenwürde zu schützen und Glück zu finden. Die Katholiken eines Landes sind zuerst Bürger der großen Familie Gottes und seines Reiches, aber sie hören darum nicht auf, auch Bürger ihres irdischen Vaterlandes zu sein" (A. A. S. 1944, S. 210).

Die Missionsausstellungen der Heiligen Jahre 1925 und 1950

Unser Vorgänger sel. Angedenkens Pius XI. hat anläßlich des Jubeljahres 1925 eine umfassende Missionsausstellung vorbereiten lassen, deren glücklichen Erfolg er in den Worten festgehalten hat: „Es ist wie ein Wunder, dieses neue Zeugnis, durch das wir die lebendige Struktur der Kirche Gottes als der einen in allen Völkern geradezu als Erfahrung erleben. Tatsächlich ist die Ausstellung entstanden und steht nun da wie ein gewaltiges Buch" (Ansprache am 10. Januar 1926).

Diesem Beispiel folgend, haben Wir, um möglichst vielen die einzigartigen Verdienste der Missionen besonders auf dem Gebiet der hohen Kultur zugänglich zu machen, im Laufe des letzten Heiligen Jahres eine reiche Dokumentation zusammentragen und in der Nähe des Vatikan ausstellen lassen. Damit sollte die christliche Entwicklung der Schönen Künste, die die Missionen bei den Kulturvölkern und bei anderen, weniger entwickelten Völkern zur Ent-

faltung gebracht haben, im vollen Licht zur Darstellung gelangen. Es wurde dabei deutlich, wieviel das Wirken der Missionare zum Fortschritt der eingeborenen Künste und zum Studium derselben an den Akademien beigetragen hat. Man hat auch sehen können, daß die Kirche sich dem Genie keines Volkes verschließt, sondern es eher zu seiner höchsten Vollendung führt.

Dem allgütigen Gott aber schreiben Wir die Tatsache zu, daß alle ein solches Ereignis, das die wachsende Lebendigkeit und innere Kraft der Missionen öffentlich bezeugt, mit ganz besonderem Interesse begrüßt haben. Dank dem Eifer der Missionare hat das Evangelium die Seele sehr ferner und sehr verschiedener Völker so tief durchdringen können, daß es bei ihnen schöne Zeugnisse einer künstlerischen Wiedergeburt hervorgerufen hat. Ein neuer Beweis dafür, daß allein der christliche Glaube, wenn er wirklich geglaubt wird und das Leben durchtränkt, den menschlichen Geist so hoch erheben kann, daß er jene wunderbaren Werke hervorbringt, die der unvergängliche Ruhm der katholischen Kirche und der schönste Schmuck des Gottesdienstes sind.

Der Priestermissionsverein und die Päpstlichen Werke für die Zusammenarbeit in den Missionen

Ihr erinnert euch wohl, daß die Enzyklika *Rerum Ecclesiae* mit Nachdruck den Priestermissionsverein empfahl, der alle Mitglieder des Welt- und Ordensklerus und der Großen Seminarien sammeln soll, damit sie mit vereinten Kräften die Sache der katholischen Missionen auf jede Weise propagieren. Wir haben, wie Wir oben andeuteten, seine Fortschritte mit großer Freude verfolgt. Wir wünschen lebhaft, daß er sich weiter ausbreitet und den Eifer der Priester und der ihnen anvertrauten Gläubigen, das Missionswerk zu unterstützen, anfeuert. Dieser Verein ist gleichsam die Quelle, aus der die Wasser hervorkommen, die die anderen päpstlichen Werke, das der Glaubensverbreitung, das des hl. Petrus für den einheimischen Klerus und den Kindheit-Jesu-Verein, nähren. Wir brauchen Uns nicht dabei aufzuhalten, an die Bedeutung, die Notwendigkeit und die großen Verdienste dieser Werke zu erinnern, die Unsre Vorgänger mit reichen Ablässen ausgestattet haben. Gewiß wünschen Wir, daß die Spenden der Gläubigen gesammelt werden, besonders am Missionssonntag, aber Unser erster Wunsch ist es, daß alle zum allmächtigen Gott beten, daß sie die zum Missionsdienst Berufenen unterstützen, daß sie sich in die Päpstlichen Werke einschreiben und sie nach Kräften fördern. Ihr wißt, Ehrwürdige Brüder, daß Wir kürzlich ein besonderes Fest für die Kinder eingeführt haben, das sie dadurch feiern sollen, daß sie das Werk der Hl. Kindheit durch Gebet und Spenden fördern. Dadurch sollen unsere Kinder sich daran gewöhnen, Gott inständig für das Heil der Ungläubigen anzuflehen; möge in ihren noch unschuldigen Seelen der Same des Missionsberufes aufgehen.

Lob verdient auch das Werk, das sich zur Aufgabe gemacht hat, die Missionen mit den heiligen Geräten zu versehen; Unser väterliches Wohlwollen möchten wir auch den Frauen ausdrücken, die in den Paramentenvereinen wertvolle Arbeit leisten. Schließlich wollen Wir all diesen Uns so teuren Dienern der Kirche versichern: Was das christliche Volk für das Heil der Ungläubigen tut, das wird seine reiche Frucht darin tragen, daß es den eigenen Glauben neu belebt; wenn der Eifer für die Missionen wächst, antwortet darauf ein Wachstum der Frömmigkeit.

Aufruf an die ganze katholische Welt

Wir wollen dieses Rundschreiben nicht schließen, ohne Uns mit innigem Dank an den Klerus und alle Gläubigen zu wenden. Wir hören, daß auch in diesem Jahr die Freigiebigkeit Unsrer Kinder für die Missionen merklich gestiegen ist. Sicher kann sich eure Liebe nirgendwo nutzbringender auswirken als in diesem Werk, das der Ausbreitung des Reiches Christi und der Rettung so vieler dem Glauben noch Fernstehenden dient. Hat doch der Herr selber „jedem ... seinen Nächsten ans Herz gelegt" (Eccli. 17, 12).

Die Mahnung, die Wir in Unserm Brief vom 9. August 1950 an Unsern geliebten Sohn Pietro Fumasoni-Biondi, den Präfekten der Hl. Propagandakongregation, aussprachen, möchten Wir mit neuer und stärkerer Dringlichkeit wiederholen: „Alle Christen ... mögen ihrem Vorsatz, das Missionswerk zu fördern, treu bleiben, ihren Einsatz für es vervielfachen, sich in unaufhörlichen Gebeten an Gott wenden, den zur Mission Berufenen helfen und sie nach besten Kräften unterstützen.

Die Kirche ist ja der mystische Leib Christi, in dem, ‚wenn ein Glied leidet, alle Glieder mitleiden' (1. Kor. 12, 26). Da viele ihrer Glieder heute bittere Schmerzen leiden und tiefe Wunden tragen, so ist es die heilige Pflicht aller Christen, sich mit ihnen in Herz und Tat zu vereinen. In manchen Missionsgegenden hat die Kriegsfurie zahlreiche Kirchen, Niederlassungen, Schulen und Krankenhäuser furchtbar geplündert und vernichtet. Um diese Schäden zu heilen, um alles wiederaufzubauen, wird die katholische Welt in ihrer Sorge und Liebe für die Missionen großzügig das Nötige spenden" (A. A. S. 1950, S. 727 bis 728).

Ihr wißt, Ehrwürdige Brüder, daß fast die ganze Menschheit sich heute in zwei feindliche Lager spaltet, für oder wider Christus, und mit zunehmender Heftigkeit. Das Menschengeschlecht schwebt in größter Gefahr; daraus folgen kann nur entweder das Heil Christi oder der furchtbarste Untergang. Die eifrige und mutige Arbeit der Glaubensboten müht sich, das Reich Christi auszubreiten, aber andere Boten sind am Werk, die alles auf die Materie zurückführen und die Hoffnung auf ein ewiges und seliges Leben verwerfen; sie sind dabei, den Menschen ein völlig unwürdiges Los zu bereiten.

Mit umso mehr Recht ruft also die katholische Kirche, die liebevolle Mutter aller Menschen, alle ihre Kinder auf dem ganzen Erdkreis auf, den mutigen Kündern des wahren Glaubens nach Vermögen brüderlich beizustehen durch Spenden, Gebet und Hilfe für alle, die von Gott zur Missionsarbeit erwählt werden. Sie mahnt sie mütterlich, herzliches Erbarmen anzuziehen (Kol. 3, 12) und wenn nicht in der Tat, so doch im Geist am Missionswerk mitzuwirken, um das Verlangen des liebevollsten Herzens Jesu nicht unerfüllt zu lassen, der „kam, zu suchen und zu retten, was verloren war" (Luk. 19, 10). Wenn die Gläubigen dazu beitragen, das süße Licht des Glaubens auch nur in ein einziges Heim eindringen zu lassen, dann dürfen sie wissen, daß sie einen Quell der Gnade geweckt haben, der in Ewigkeit fortwirken wird; wenn sie zur Ausbildung auch nur eines Priesters beigetragen haben, so kehrt die Frucht all seiner Messen, seines apostolischen Wirkens und seiner Frömmigkeit auf sie zurück. Alle Christen bilden ja nur eine einzige große Familie, deren Glieder sich die Güter der kämpfenden, leidenden und triumphierenden Kirche gegenseitig mitteilen. Daher ist

auch nichts geeigneter als die Lehre von der „Gemeinschaft der Heiligen", dem Geist und Herzen des christlichen Volkes den Nutzen und die Wichtigkeit der Missionen einzuprägen.

Schluß

Das sind Unsre väterlichen Wünsche für die Missionen, die Grundsätze und Richtlinien, die Wir verkünden wollten. Wir vertrauen darauf, daß dieses fünfundzwanzigste Jahresgedächtnis der Enzyklika *Rerum Ecclesiae* allen Katholiken zum Anstoß neuer Bemühungen zugunsten der Missionen werde.

In dieser zuversichtlichen Hoffnung erteilen Wir jedem einzelnen von euch, Ehrwürdige Brüder, eurem Klerus und dem ganzen Volk, besonders aber denen, die in der Heimat durch Gebete und Spenden, in den Missionsländern durch ihre Arbeit an dieser heiligen Aufgabe mitwirken, als Unterpfand der göttlichen Gnade und als Ausdruck Unsres väterlichen Wohlwollens aus der Fülle Unsres Herzens den apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom am Grabe des hl. Petrus, am 2. Juni, dem Fest des hl. Eugen, im Jahre 1951, im dreizehnten Jahr Unsres Pontifikats

PAPST PIUS XII.

Der Papst an die christlichen Erzieher Lateinamerikas

Anfang August hat in Rio de Janeiro in Brasilien der Vierte Interamerikanische Kongreß katholischer Erzieher stattgefunden. Zum Abschluß dieser Tagung hat der Heilige Vater eine Radiobotschaft in portugiesischer Sprache an die Kongreßteilnehmer gesandt, in der er sagte:

Die Erziehung ohne Moral und ohne Religion entbehrt ihres größten und besten Teils, vernachlässigt die edelsten Fähigkeiten des Menschen, sieht ab von den wirksamsten und lebenskräftigsten Anlagen und endet in Mißerziehung, indem sie Unsicherheit und Irrtum mit der Wahrheit, Laster mit Tugend, Schlechtes mit dem Guten vermengt. Heute sehen und fühlen das die Besten unter den Pädagogen und bemühen sich, vergangene Mängel zu beheben, indem sie die Methoden verbessern und sich die größte Mühe um eine neue Erziehung geben. Aber die wahre Moral und die wahre Religion sind nur eine, wie auch die Wahrheit nur eine ist: grundlegend und wesentlich Gott; geoffenbart Jesus Christus; bewahrt und gelehrt ohne Irrtum und Lücke die katholische Kirche. Ein nichtkatholischer Denker hat gesagt: „Der Katholizismus ist die größte und heiligste Schule der Ehrfurcht, die die Welt jemals gesehen hat" (Guizot; bei Duponloup, L'Education Bd. I, S. 112).

Der Verband für katholische Erziehung war also gut beraten, als er dem Studium der Kongreßteilnehmer ein so weit über Alltagsfragen hinausreichendes Thema vorlegte, um eure Überzeugungen zu festigen und sie allen einzuhämmern und weiterzugeben, die sich für eure Bewegung interessieren, von den Kindergärtnerinnen bis zu den Universitätsdozenten, um sie über den ganzen Kontinent zu verbreiten und damit die vielen edlen Bemühungen anzuspornen, zu lenken, zu korrigieren und zu vervollkommnen, die sich heute auf dem weiten Gebiet der Pädagogik hervortun.

Wenn das behandelte Thema zu allen Zeiten wichtig war, so ist es in der unsrigen von brennender Aktualität und zwingender Notwendigkeit, vor allem, weil es eine beklagenswerte und sich immer noch vertiefende Lücke auszufüllen hat.

Die Erziehung des Menschen beginnt in der Wiege, und die erste und unersetzliche Schule ist der häusliche Herd. „So früh man auch anfängt, es ist nie zu früh, um den Charakter und die Sitten des Kindes zu bilden", sagte schon die heidnische Weisheit (Ps.-Plutarch, Über die Erziehung der Kinder). Wie in den Wissenschaften, so hängt im Leben alles von den ersten Anfängen ab.

Aber wenn es heute noch christliche Familien gibt, die musterhaft sind und in denen man die große Verantwortung einer guten Kindererziehung fühlt, die auf Grund des Naturgesetzes der Elternschaft zukommt, so ist doch „der beklagenswerte Verfall der Familienerziehung" Wahrheit, traurige Wahrheit. Unser unsterblicher Vorgänger hat sie in der Enzyklika *Divini illius Magistri* in sehr ernsten Worten beklagt: „Für die Anstellungen und Berufe des zeitlichen und irdischen Lebens werden lange Studien und sorgfältige Ausbildung verlangt; aber auf die grundlegende Aufgabe und Pflicht der Erziehung der Kinder bereiten sich heute viele Eltern nur wenig oder gar nicht vor, denn sie sind viel zu sehr in die Sorge für das Zeitliche verstrickt" (Acta Apost. Sedis Bd. XXII, 1930, S. 74).

Es ist heute die erste und wichtigste Aufgabe, die dem christlichen Erzieher obliegt, das Versagen der Familienerziehung auszugleichen. Doch die weiteren Aufgaben sind gegenwärtig nicht minder ernst oder sogar noch ernster.

Das nicht erzogene oder verzogene Kind wird der öffentlichen Schule übergeben, wo der staatliche neutrale Unterricht den Geist nicht bildet und nur zu oft verbildet, wo das Milieu erschreckend oft wenig heilsam ist; ganz zu schweigen von den anderen Gelegenheiten für die unvorsichtige Jugend, moralischen und religiösen Schiffbruch zu erleiden, besonders durch religionslose oder sittenlose Bücher, durch Filmvorstellungen, durch Radiosendungen, wie Unser Vorgänger in der angeführten Enzyklika sagt (S. 81).

Im Kampf gegen alle diese Schwierigkeiten hat eure Erziehung der Jugend das Bild des Schöpfers nach dem Urbild des Erstgeborenen der ganzen Schöpfung bleibend einzuprägen und ihr so starke Widerstandskraft zu geben, daß sie nicht im Wirbel des heutigen bürgerlichen und sozialen Lebens entartet, sondern sich vielmehr vervollkommnet, und das in einer Atmosphäre, die in allen Richtungen von geschickt angelegter Propaganda, von gegnerischen Interessen durchkreuzt ist, die das Rechte und Ehrbare nicht vom Unehrbaren und Unrechten unterscheiden. Daher hört man so oft die unsinnigsten Irrtümer, die im Grundsatz des Lebensgenusses ihren Ursprung haben; daher reißt der immer eiligere Ablauf der Existenz den Menschen fort und fesselt ihn an die materiellen Interessen des flüchtigen Augenblicks, ohne ihm Zeit zu lassen, zum Himmel aufzuschauen, sich über die Richtung seines Lebens Rechenschaft zu geben, an die ewigen Belange zu denken.

Wenn der junge Mensch nach Beendigung der Erziehung nicht seinen festen Standpunkt hat, wenn das Bild Gottes in weichem, noch bildbarem Stoff geformt ist, erscheint es

unmöglich, daß es unter entgegengesetztem Druck und inmitten so vieler Zusammenstöße nicht binnen kurzem völlig entstellt wird.
Noch schlimmer ist es, wenn der junge Mensch die Triebkräfte der Entartung in den ungezügelten Trieben, den unbezwungenen und ungeregelten Leidenschaften in sich selber trägt. Dann würden gar bald Ordnungswidrigkeit und Laster wuchern, „wie die Statuen aus Myrten, die man in fürstlichen Gärten sieht" — dieses Gleichnis gebrauchte der erste eurer Redner —: „sobald der Gärtner die Hand wegnimmt und sie sich selbst überläßt, verlieren sie in vier Tagen ihre Form und werden wieder formloses Buschwerk, wie sie früher waren".
Eure Erziehertätigkeit muß dem Bild Gottes die bronzene oder die granitene Härte eurer Berge geben, dann werden die ständigen Widerwärtigkeiten, die unvermeidlichen Stöße des modernen Lebens es nicht entstellen, ihm vielmehr Glätte verleihen und es vervollkommnen, und es wird „ein immer vollkommenerer Mensch erscheinen und vielleicht ein Heiliger, der auf den Altar gestellt werden kann" (A. Vierra, Sermões Bd. III, 1683, S. 404 und 420) ...

Hirtenworte in die Zeit

Gemeinsamer Hirtenbrief der spanischen Erzbischöfe über die Pflichten der Gerechtigkeit und christlichen Liebe in der gegenwärtigen Zeit

Der nachfolgende Hirtenbrief der spanischen Erzbischöfe, der, wie in der Einleitung erklärt wird, schon im September vorigen Jahres beschlossen worden war, erschien erst am 30. Juni 1951 in dem Organ des spanischen Primas „Ecclesia", da einer seiner Punkte einer Stellungnahme des Heiligen Stuhles bedurfte. Man kann wohl vermuten, daß dieser Punkt die Kritik am totalitären Staate ist, die der Hirtenbrief ausspricht. Die Tageszeitung „Arriba", das offizielle Organ der Franco-Regierung, hat dazu inzwischen Stellung genommen. Sie stellt fest, daß die Franco-Regierung keineswegs totalitär sei, da sie die Rechte des Einzelnen schütze, auch sei sie ihrem Ursprunge nach geradezu antitotalitär, denn sie sei entstanden, „um den ungeheuerlichen Totalitarismus der Linken zu vernichten".

Die im letzten September abgehaltene Konferenz der spanischen Erzbischöfe hatte einstimmig beschlossen, einen Hirtenbrief zu veröffentlichen, in dem die Gewissen der Katholiken in Dingen der Gerechtigkeit und der Liebe belehrt und angeeifert werden sollten, der ihnen die Erfüllung ihrer christlichen sozialen Verpflichtungen einprägen und der alle zu einer strengeren Lebensführung, zur Einschränkung nutzloser Ausgaben und zur wirksameren Förderung und Hilfe für alle Liebeswerke und alle caritativen Einrichtungen ermahnen sollte.
Die Richtlinien, die der Heilige Stuhl den Konferenzen der spanischen Erzbischöfe gegeben hat, sehen vor, daß ihre Beschlüsse nur durchgeführt werden sollen, nachdem der Heilige Stuhl zumindest das „nihil obstat" erteilt oder — wenn es nach der Lage der Sache notwendig wäre — Stellung dazu genommen hat. Da eine der Angelegenheiten der letzten Konferenz eine Antwort des Heiligen Stuhles notwendig machte, hat es mehrere Monate gebraucht, um eine vollständige Stellungnahme zu allen Themen, die wir besprochen haben, zu bekommen. Aber diese geringfügige Verzögerung hat die Opportunität dieses Hirtenschreibens gewiß nicht vermindert. Im Gegenteil, sie hat es noch dringlicher gemacht. Die Kirche in Spanien könnte sonst leicht beschuldigt werden, daß sie ihre Pflichten in einer schweren und ernsten Zeit vergessen und versäumt habe, heilsame Richtlinien zu geben, ohne daß sie allerdings auf technische Einzelheiten dort eingeht, wo die Meinungen verschieden sind.

Das erste aller Gebote

Das göttliche Gesetz hat, wie Ihr, geliebte Gläubige, wohl wißt, zwei Tafeln. Die eine mit den ersten drei Geboten spricht von den Beziehungen des Menschen zu Gott. Die andere handelt von den Beziehungen der Menschen untereinander bzw. eines Christen zu seinem Nächsten. Es gibt viele, die zwar nicht in der Theorie, aber im praktischen Leben das göttliche Gesetz zu verstümmeln suchen. Sie wären zufrieden mit einer Religion, die ihnen zwar bestimmte religiöse Übungen auferlegt, aber im übrigen vollständige Freiheit läßt, die Güter dieser Erde zu erwerben und zu genießen. Das entspricht jedoch nicht der Lehre des Evangeliums und der Apostel.
Als man unseren Herrn fragte, welches das erste aller Gebote sei, antwortete er: „Du sollst den Herrn deinen Gott lieben aus deinem ganzen Herzen und aus deiner ganzen Seele und aus deinem ganzen Gemüte und aus allen deinen Kräften. Dies ist das erste Gebot. Ein zweites aber ist diesem gleich. Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Größer als dieses ist kein anderes Gebot" *(Mark. 12, 28—31)*. Wegen der in ihm verkündeten erhabenen Einheit des Menschen mit Gott ist das Evangelium die göttlichste aller Religionen, aber gleichzeitig auch die menschlichste. Es schreibt eine größere Liebe für den Nächsten als für uns selber vor.
Als Jesus ein anderes Mal gefragt wurde: „Was soll ich tun, um das ewige Leben zu erlangen?", scheint der göttliche Meister sogar zu vergessen, daß die erste Notwendigkeit für das ewige Leben die Liebe Gottes ist. Er antwortete nur: „Du kennst die Gebote. Du sollst nicht ehebrechen, du sollst nicht töten, du sollst nicht stehlen, du sollst kein falsches Zeugnis geben, du sollst nicht übervorteilen, ehre Vater und Mutter" *(Mark. 10, 17—19)*. Alle diese Vorschriften gehören zur zweiten Tafel. Und der Lieblingsjünger Johannes sagt später in einem seiner Briefe: „Wie kann der, der seinen Bruder nicht liebt, den er sieht, Gott lieben, den er nicht sieht?" *(Joh. 4, 20)*.

Die Liebe kann die Gerechtigkeit nicht ersetzen

In diesem Lehrschreiben wollen wir nicht von den Geboten der ersten Tafel sprechen, sondern von denen der zweiten, und zwar konkret von dem der Gerechtigkeit und Liebe. Die Nächstenliebe ist eine sehr hohe Tugend. Sie ist auch eine schöne und anziehende Tugend. Aber Ihr

dürft niemals glauben, daß die Liebe die Gerechtigkeit ersetzen kann. Die Gerechtigkeit muß vielmehr vorangehen und die erste Stelle einnehmen. Es würde einem Menschen nichts nutzen, durch Ungerechtigkeiten reich zu werden und dann mit großer Reklame und Trompetenblasen Almosen auszuteilen. Die Almosen, die Gott mit ewigem Leben belohnt, sind diejenigen, die gegeben werden, nachdem alle Gerechtigkeit erfüllt worden ist.

Ganz falsch ist die Behauptung gewisser sogenannter Befreier der Arbeiterschaft, daß das Christentum sich damit begnüge, den Reichen die Nächstenliebe und den Armen Resignation zu predigen. Resignation ist eine christliche Tugend angesichts von Leid und Sorgen, die wir alle brauchen, Reiche und Arme, denn körperlicher Schmerz und seelisches Leiden treten sowohl in die Türen der Paläste wie der niedrigen Hütten ein. Das wirkliche Christentum aber predigt das Gesetz der Gerechtigkeit vor allen Almosen und aller Nächstenliebe. Der große Apostel der Liebe, Johannes, der am Herzen Jesu geruht hat, und in den der ganze Reichtum der Liebe Christi für Gott und für den Nächsten übergeflossen ist, hat zuallererst jede Ungerechtigkeit verdammt. „Wer nicht gerecht ist, ist nicht Gottes, und wer seinen Bruder nicht liebt, ist nicht gerecht" *(1 Joh. 3, 10)*. So wichtig ist die Tugend der Gerechtigkeit, daß ein Heiliger, der alle Tugenden geübt hat, nur gerecht genannt wird, wie St. Matthäus den heiligen Josef, den Bräutigam der allerseligsten Jungfrau und heute glorreichen Schutzpatron der Arbeiter nennt *(Matth. 1, 19)*.

Die Gerechtigkeit wird nach der klassischen Lehre in die gesetzliche, die austeilende und die Tauschgerechtigkeit eingeteilt. Die „soziale Gerechtigkeit", von der Seine Heiligkeit Papst Pius XI. in Quadragesimo Anno gesprochen hat und die heute bei der Diskussion sozialer Fragen allgemein genannt wird, kann immer auf eine dieser drei Unterteilungen zurückgeführt werden. Die gesetzliche Gerechtigkeit verpflichtet den Einzelnen, das Allgemeinwohl zu achten und infolgedessen gerechte Gesetze zu erfüllen. Umgekehrt verpflichtet die austeilende Gerechtigkeit die Regierenden, Lasten und Lohn an die Einzelnen gerecht zu verteilen. Ein großer Teil dessen, was man heute unter sozialer Gerechtigkeit versteht, fällt unter diesen Begriff. Die Tauschgerechtigkeit verpflichtet den Einzelnen, den anderen mit vollkommener Billigkeit das zu geben, was ihnen nach strengem Recht zusteht. Das bezieht sich vor allem auf alle Arten von Verträgen.

Jeder, sei er Untertan, Vorgesetzter oder Gleichgestellter, muß die ihm auferlegten Pflichten der Gerechtigkeit erfüllen. In der gesetzlichen Gerechtigkeit müssen die Untertanen ihre Verpflichtungen der eingesetzten Autorität gegenüber dadurch erfüllen, daß sie keinen Aufruhr anstiften und gerechte Gesetze einhalten.

Zwischen Liberalismus und Totalitarismus

Aber die Verpflichtungen der Gerechtigkeit bestehen für Regierende nicht minder als für Untertanen. Die Regierenden haben sogar ganz außerordentliche, schwere Gerechtigkeitspflichten, und zwar der austeilenden Gerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit. Es gibt entsprechend den verschiedenen Formen der Regierungen und entsprechend den verschiedenen Verfassungen der Völker verschiedene Formen ihrer Ausübung. Die Kirche achtet diese verschiedenen Regierungsformen, solange sie nicht dem Naturrecht widersprechen und solange sie die Rechte der von Jesus Christus eingesetzten Kirche achten. Aber keine menschliche Macht ist unbegrenzt. Selbst die oberste kirchliche Autorität des Papstes ist durch das, was das natürliche oder positive göttliche Gesetz festsetzt, beschränkt. Jede bürgerliche Gewalt, selbst die höchste, ist ebenso durch das Naturrecht eingeschränkt. Sie muß die natürlichen Rechte der menschlichen Person und der Familie, die denen des Staates vorangehen, achten. Die Regierenden haben eine außerordentlich schwere Verpflichtung zur Gerechtigkeit, indem sie das Gemeinwohl der Gesellschaft herbeiführen müssen. Die Gesellschaft existiert nicht für die Regierungen, sondern diese existieren für die Gesellschaft.

Der Liberalismus untergrub die bürgerliche Autorität nicht dadurch, daß er den unmittelbaren Ursprung der Bestimmung der Regierungsform in der Gesellschaft suchte. Der Liberalismus untergrub vielmehr die bürgerliche Autorität dadurch, daß er diese Autorität nicht letzten Endes auf Gott gründete, sondern auf einen Vertrag mit dem Volke, und dadurch, daß er Freiheiten anerkannte, die dem allgemeinen Wohl und dem göttlichen oder natürlichen Gesetze widersprechen.

Der moderne Totalitarismus ist das andere Extrem zum Liberalismus, indem er dem Staate allumfassende unbeschränkte Macht gibt, ohne auf die natürlichen Rechte der menschlichen Person Rücksicht zu nehmen. Er macht den Staat von einem Mittel, das zur Erlangung des Gemeinwohles der Gesellschaft notwendig ist, zum Zwecke der Gesellschaft selber. Unser berühmter Philosoph Balmes lehrte, daß Kultur darin bestehe, daß der größtmöglichen Zahl die größtmöglichen Kenntnisse, die höchstmögliche Sittlichkeit, das höchste Maß an Wohlfahrt vermittelt werde.

Der totalitäre kommunistische Staat stellt den größten Gegensatz zu diesem Bild wahrer Kultur dar. Er beherrscht alles, Macht, Land, Kapital. Er läßt dem Einzelnen weder Eigentum noch Geld noch Freiheit. Jede Art von Totalitarismus, selbst der gemäßigste, beraubt den Einzelnen zum Vorteil des Staates. Er verachtet, wenn auch nicht vollständig, so doch wenigstens teilweise, die Gesetze der Gerechtigkeit, die der Staat einhalten muß und die mit dem Staate auch die Regierenden einhalten müssen.

Arbeitsvertrag und soziale Gerechtigkeit

Selbst in freien Verträgen zwischen Einzelnen muß die Gerechtigkeit eingehalten werden. Die grundlegende Idee für die Befreiung der Arbeiter, wie sie in der Enzyklika „Rerum Novarum" Leos XIII. enthalten ist, ist die Lehre, daß ein Arbeitsvertrag zwischen dem Unternehmen oder dem Unternehmer und dem Arbeiter die Gerechtigkeit einhalten muß. Daher hängt der Lohn nicht allein davon ab, was Arbeitgeber und Arbeitnehmer frei vereinbart haben. Man muß immer berücksichtigen, daß der normale Arbeiter nur diesen Lohn hat, und da dieser Lohn das einzige Mittel zu seinem Lebensunterhalt ist, muß er für diesen Zweck ausreichend sein. Alles andere ist Ungerechtigkeit, selbst wenn der Arbeiter, durch die Not gezwungen, einen Vertrag darüber eingegangen ist.

Und Pius XI. hat, indem er die richtigen Konsequenzen aus dem von seinem Vorgänger Leo XIII. festgestellten Prinzip gezogen hat, klar gemacht, daß die soziale Gerechtigkeit nicht nur einen gerechten Lohn für den Einzelnen fordert, sondern daß er im Falle des verheirateten Arbeiters auch ein echter Familienlohn sein muß, der es

nicht notwendig macht, daß die Frau das Haus verläßt und draußen arbeitet oder daß die Kinder zur Arbeit gehen müssen, bevor sie das Alter dazu erreicht haben. Derselbe Pius XI. hat in seiner Enzyklika „Casti Connubii" betont, daß, wenn das Ziel der Ehe erreicht werden soll, es nicht gerecht ist, so geringe Löhne zu geben, daß sie bei Erwägung aller Umstände für einen Familienunterhalt nicht genügen. Diese päpstlichen Lehren sind nur ein Widerhall des Fluches des heiligen Jakobus gegen die Lohndiebe. „Siehe, der Lohn der Arbeiter, die eure Ländereien mähten, den ihr ihnen vorenthalten habt, schreit, und ihr Geschrei ist dem Herrn der Heerscharen zu Ohren gekommen" *(Jak. 5, 4)*. In diesem Zusammenhang müssen wir hier die Gesetzgebung des neuen spanischen Staates dafür loben, daß sie einen Familienlohn festgesetzt hat.

Kaufverträge sollten durch den gerechten Preis reguliert werden. Wo ein gerechtes Gesetz fehlt, kann der gerechte Preis nicht unbeweglich sein, weil in solchen Kaufverträgen die Gerechtigkeit einen Minimal-, einen mittleren und einen Maximalpreis erlaubt. Jedoch verletzt ein Preis, der höher ist als der durch das Gesetz festgesetzte gerechte Preis oder höher ist als der nach billiger Schätzung festgestellte Maximalpreis, die Tauschgerechtigkeit und konstituiert die Forderung auf Restitution. Dieselben Grundsätze wie für Kauf und Verkauf gelten auch für Renten und Anleihen. Infolgedessen können auch überhöhte Renten und Anleihen zu einem wucherischen Zinssatz die Tauschgerechtigkeit verletzen.

Die hier dargestellten Lehren, die aus der Heiligen Schrift und aus den päpstlichen Enzykliken entnommen und von den Theologen und Moraltheologen allgemein gelehrt werden, müssen auf die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit und die Situation der hohen Lebenskosten angewandt werden. Kriege, mögen sie auch gerecht und notwendig sein, um das Vaterland zu verteidigen, und selbst berechtigte Kreuzzüge zur Verteidigung des Glaubens und der Religion sind immer ein sehr schweres Übel, und zwar wegen der Opfer, die sie zurücklassen, der Zerstörung, die sie verursachen, der Unordnungen, die aus ihnen so leicht entstehen und schließlich wegen der Verarmung, die sie mit sich bringen. Deshalb betet die Kirche in der Allerheiligenlitanei: „Von Pest, Hunger und Krieg, erlöse uns, o Herr".

Die christliche Moral und das Naturrecht brauchen und besitzen auch tatsächlich Normen um festzustellen, wann ein Krieg gerecht oder ungerecht ist, und um selbst inmitten eines Krieges die Gerechtigkeit zu wahren. Aber existieren solche Normen nicht auch für die Situation erhöhter Lebenskosten, des Warenmangels, des Hungers in der Nachkriegszeit? In allen Verhältnissen des menschlichen Lebens muß die Gerechtigkeit für Einzelne und für die Gesellschaft aufrechterhalten werden. Auf Grund ihres Lehramtes muß die Kirche gerade in Zeiten sprechen, wo die strengste Pflicht zur Gerechtigkeit am dringlichsten ist und wo andererseits Anreiz und Gelegenheit, die Gerechtigkeit mit Füßen zu treten, nur allzu reichlich vorhanden sind. Denn es besteht die Gefahr, daß viele Seelen verloren gehen und daß viele in materielles und sittliches Elend geraten.

Die ernste Pflicht der öffentlichen Autorität angesichts der hohen Lebenskosten

Wie wachsen die Pflichten der öffentlichen Gewalt und wie lastend werden sie, wenn Mangel an den notwendigsten Waren wie z. B. an Lebensmitteln eintritt, wenn eine Inflation die Kaufkraft des Geldes, die ja seinen wahren Wert bestimmt, vollständig ändert. Die wichtigste Aufgabe der öffentlichen Autorität ist die Sicherung des allgemeinen Wohls, und dieses schließt an erster Stelle den Lebensunterhalt der Einzelnen ein. Daher muß der Staat dafür besorgt sein, daß es für diejenigen, deren einziges Unterhaltsmittel ihre Arbeit ist, nicht an Arbeit fehlt, daß die grundlegendsten Lebensbedürfnisse, und zwar mit dem für die Arbeit bezahlten Lohn, befriedigt werden können.

Dies ist die oberste Notwendigkeit, dem alles andere in der materiellen Ordnung untergeordnet werden muß. Daher stammt das Recht der Staatsintervention, insoweit sie notwendig und nützlich ist. In normalen Zeiten regeln sich die Preise durch den Markt selber. In Zeiten des Warenmangels, der Inflation und hoher Lebenskosten ist jedoch ein gesetzlicher Höchstpreis ratsam, der dem Produzenten einen billigen Gewinn sichert, aber zur selben Zeit jeden Mißbrauch verhindert, der dadurch entstehen könnte, daß er Mangel ausnutzt, um Preise zu erzwingen, die höher sind als der gerechte Maximalpreis und die Güter für die Massen unerschwinglich machen. Der Staat sollte alle Abreden, alle Lagerhaltung und alle Monopole verhindern, die versuchen, einen höheren als den gerechten Maximalpreis zu erzielen. Die Behörden sollten Einrichtungen treffen, Mangel an primären, zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse notwendigen Waren zu verhindern, und zwar nicht nur bei Nahrungsmitteln, sondern auch bei Kleidern und anderen Waren.

Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, technische und wirtschaftliche Maßnahmen zu erörtern, über die zu verschiedenen Zeiten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Aber es ist sicherlich eine Pflicht des Staates, zuverlässige Sachverständige zu befragen, sich die Mitarbeit der Fachleute aus den untergeordneten Gemeinwesen und aus natürlichen Gemeinschaften zu sichern und durch Erfahrung herauszufinden, ob die gebrauchten Methoden gute Ergebnisse gebracht haben. Endlich muß der Staat von seinen untergeordneten Beamten die strengste Treue verlangen, denn je größer ihre Anzahl wird, desto schwieriger wird es, sie auszuwählen und ihnen solche wichtigen Dinge anzuvertrauen. Desto schwieriger wird es aber auch, eine geordnete Aufsicht über sie zu führen. Diese untergeordneten Beamten können in zweifacher Weise gegen die Gerechtigkeit sündigen, einmal, indem sie den Staat, und einmal, indem sie den Bürger in ungerechter Weise benachteiligen.

Die Mißbräuche der Spekulation schreien zum Himmel

Wenn der Staat in Mangelzeiten hohe Verpflichtungen hat, so gilt das auch für die Verkäufer. Sie haben gewiß das Recht, aus ihrer Arbeit einen gerechten Gewinn zu erzielen, der ihnen als Antrieb dient. Aber es schreit zum Himmel, daß einige von ihnen versuchen, aus dem Mangel Vorteile zu ziehen und große Vermögen anzusammeln, indem sie zu Preisen verkaufen, die weit über dem gerechten Maximalpreis liegen. Sie tun das um den Preis des Blutes derjenigen, die kaufen müssen, wie es Seine Heiligkeit Papst Pius XII. kürzlich in einem feierlichen Verdammungsurteil ausgesprochen hat. Wir dürfen nicht unser Gewissen um ungerechtfertigter Preissteigerungen willen aufs Spiel setzen. Wenn es z. B. eine fünfprozentige Lohnerhöhung gibt, dann dürfen die Steuern gerechterweise nicht um 10% oder die Preise sogar in noch höherem

Verhältnis steigen. Das schadet nicht nur dem einzelnen Käufer, sondern auch dem allgemeinen Wohl, denn es vermehrt die Tendenzen zur Inflation und beschleunigt die Geldentwertung.

Auch unter gewöhnlichen Umständen fordert eine Inflation immer ihre Opfer. Wenn die Kaufkraft des Geldes sinkt, so ändert sich sein wirklicher Wert, und das Ergebnis ist eine allgemeine Verarmung. Jeder, der genug Kapital oder Einkommen hat, kann dieser Verarmung entgehen, denn sie bedeutet für ihn nur eine Verminderung seines Vermögens. Seine Aktiva wachsen weiter, wenn auch vielleicht nicht im Verhältnis zur Inflation. Aber schon das Familienleben wird sehr schwierig für einen Mann, der nur einen geringen Lohn erhält, zumal wenn die Lohnerhöhung, die er bekommt, nicht im Verhältnis zur Steigerung der Lebenskosten steht.

Es gibt jedoch auch immer einige, für die es keine Anpassung an die Steigerung der Lebenskosten gibt. Sie sind die Hauptopfer der Inflation. Es sind diejenigen, die ohne Arbeit sind, arme Witwen und Waisen, die auf winzige Pensionen angewiesen sind, klausurierte Nonnen, die von einer kleinen Aussteuer leben, fromme Stiftungen, die ihr Kapital nicht erhöhen können und die daher für eine immer kleiner werdende Anzahl von alten, kranken Leuten und Kindern sorgen können, wenn sie überhaupt weiterbestehen können. So bleibt, wenn auch zu Zeiten hoher Lebenskosten die Verpflichtungen der Gerechtigkeit streng und mit christlichem Gewissen vor allen anderen Forderungen erfüllt werden müssen, immer noch die Pflicht der Caritas.

Das göttliche Gesetz schreibt vor, daß wir unseren Nächsten um der Liebe Gottes willen lieben sollen wie uns selbst. Infolgedessen müssen wir für jeden unserer Nächsten tun, was wir von ihm verlangen würden, wenn wir in seiner Lage wären. Wir sehen in ihm das Abbild Jesu Christi, da er selber ja zur Person unseres notleidenden Nächsten hat werden wollen. Bei der Beschreibung des Jüngsten Gerichtes lehrte er, daß er diejenigen Gesegnete seines Vaters nennen und sie zu seiner Rechten stellen würde, die den Armen geholfen haben, und daß er diejenigen als Verdammte zurückweisen und sie zur ewigen Strafe verurteilen würde, die den Armen die Hilfe verweigert haben. Und er gab die folgende Erklärung: „Wahrlich ich sage euch, sofern ihr es einem dieser meiner geringsten Brüder getan habt, habt ihr es mir getan" *(Matth. 25, 31—46).*

Mit Recht rief der Heilige der Caritas, der heilige Johannes von Gott, den Reichen zu: „Gebt Almosen, übt Nächstenliebe — gegen euch selbst." In Zeiten des Arbeitsmangels, des Mangels an Nahrung und Kleidung wollen wir unsere Herzen nicht verhärten und der Worte des heiligen Jakobus gedenken: „Denn das Gericht ist unbarmherzig gegen den, der nicht Barmherzigkeit geübt hat" *(Jak. 2, 13).*

Strenge gegen Verschwendung und Luxus

Wir wollen vor allem versuchen, die Armen und Notleidenden nicht durch Luxus und Verschwendung zum Äußersten zu treiben. In Mangelzeiten haben alle, Einzelne sowohl wie Organisationen, die Pflicht zur Sparsamkeit. Wir wollen unseren Beitrag zu den wohltätigen Werken der Kirche leisten, den Vinzenzkonferenzen, den Caritasstellen der Pfarreien und Diözesen. Der Herr belohnt die Caritas, die von Einzelnen geübt wird. Die Kirche lobt die Caritas, die vom Staat, von Behörden, von Gemeinwesen und Staatseinrichtungen geübt wird. Aber niemand darf ein Monopol für die Caritas in Anspruch nehmen. Solange sie existiert, hat die Kirche Caritas kraft eigenen Rechtes geübt, selber und durch ihre Institutionen. Die Kirche verfolgen heißt immer auch ihre Werke der Barmherzigkeit hindern. Zu diesem Zwecke haben ja in unseren Zeiten in einigen kommunistischen Staaten Verfolgungen begonnen. Das Gebiet der Caritas ist ungeheuer groß und für jeden, der in ihm zu arbeiten bereit ist, unerschöpflich.

Dieses Lehrschreiben und diese Meinungen sind uns diktiert worden von unserer Pflicht zu lehren und von unserer Liebe zum spanischen Volk. Diese Liebe umfaßt alle, Regierende und Regierte, Gebildete und Ungebildete, Reiche und Arme, selbst die Feinde der Kirche, denn wenn unter ihnen irgend jemand in Not ist, so rufen wir auch für ihn um Gerechtigkeit und Liebe. Nach der Errettung jeder einzelnen Seele wünschen wir nichts inniger, als den sozialen Frieden in unserem geliebten Spanien. Aber nach dem Wort, das Seine Heiligkeit Papst Pius XII. sich zur Devise genommen, „Opus justitiae pax", ist der Frieden die Frucht der Gerechtigkeit. Mögen alle zusammenarbeiten, sie zu erlangen. Möge diese Zusammenarbeit nicht gehindert werden und mögen die übrigbleibenden Lücken durch überfließende großmütige Caritas gefüllt werden.

Die Kirche ist von Jesus Christus gegründet worden, um sein Werk auf Erden fortzusetzen. Dieses Werk ist übernatürlich, und sein Ziel ist das Heil der Seelen. Möge nichts ihr Werk hindern, und möge sie nicht versuchen, etwas zu tun, was ihr nicht zugehört. Die Kirche hat keine materielle Macht. Ihre Mittel sind Lehre und Verwaltung der Sakramente. Nicht immer hört man auf sie; nicht einmal diejenigen, die sich Katholiken nennen, tun es. Aber sie verfolgt friedlich und gläubig ihr Werk unter allen Verhältnissen. Was sie tut, ist nicht immer von augenblicklicher Wirkung, aber sie hört nie auf, früher oder später den geeigneten Augenblick zu ergreifen.

Die Sorge der Kirche für die sozialen Probleme

In einer Radioansprache an spanische Unternehmer und Arbeiter hat Seine Heiligkeit Papst Pius XII. vor kurzem gesagt: „Niemand kann die Kirche beschuldigen, daß sie sich nicht für die Arbeiterfrage und die soziale Frage eingesetzt oder ihr nicht die genügende Bedeutung beigemessen habe. Wenige Fragen haben die Kirche so viel beschäftigt wie diese beiden, seit vor siebzig Jahren Unser großer Vorgänger Leo XIII. den Arbeitern die magna charta ihrer Rechte in die Hand gab. Die Kirche ist sich ihrer Verantwortung immer voll bewußt gewesen und ist es noch. In der Kirche ist die soziale Frage nicht unlösbar. Aber sie kann sie auch nicht ganz alleine lösen. Es fehlt an Mitarbeit von Intellektuellen, von Wirtschafts- und Industriekräften, vonseiten der öffentlichen Gewalt. Es ist gebräuchlich, den christlichen Glauben zu beschuldigen, er tröste die Menschen, die um ihren Lebensunterhalt kämpfen müssen, mit der Hoffnung auf den Himmel. Die Kirche, so sagt man, weiß dem Menschen nicht zu helfen, hier auf Erden zu leben. Nichts ist falscher."

Sicherlich ist nichts falscher, da diese Aufgabe, nämlich dem Menschen zu helfen, auf Erden zu leben, gerade die ist, deren sich so viele ihrer Kinder rühmen, die sich heroisch der Hilfe für Kranke und Gebrechliche, der

Volkserziehung (die von der Kirche zuerst eingeführt worden ist) und selbst der höheren Bildung angenommen haben. Und auch sie selbst darf sich dessen rühmen, wie Balmes in seinem großen Werk „Protestantismus" gesagt hat, wo er ihren wohltuenden Einfluß auf die Entwicklung der europäischen Kultur darstellt.

Das Handeln der letzten römischen Päpste in ihren Sozialen Enzykliken verkündet diese Wahrheit so laut, daß Leo XIII. in seiner Enzyklika „Immortale Dei" feststellen konnte, daß die Kirche, indem sie den Menschen zum ewigen Heile führt, die Gesellschaft so wohltätig beeinflußt, daß sie fast kein anderes Ziel als die Wohlfahrt zu haben scheint. Sie, die Hüterin der Offenbarung Jesu Christi und die Fortsetzerin seines Werkes, gibt dem Leben selber Sinn. Was sie uns lehrt, ist, zu Gott zu beten, daß wir durch die zeitlichen Güter so hindurchgehen, daß wir nicht die ewigen verlieren (Kirchengebet vom 3. Sonntag nach Pfingsten).

Am 3. Sonntag nach Pfingsten, 3. Juni 1951

Für die Konferenz der spanischen Erzbischöfe:
Enrique, Cardinal-Erzbischof von Toledo, Präsident
Balbino, Erzbischof von Granada, Sekretär.

Hirtenbrief des Primas von Polen nach seiner Romreise

Erzbischof Wyszynski von Gnesen und Warschau, der Primas von Polen, ist, wie wir berichtet haben, im April einige Wochen in Rom gewesen. Überraschenderweise hatte die polnische Regierung ihm die Visa zu dieser Reise erteilt. Offenbar haben sich jedoch die Hoffnungen, aus denen diese Visa erteilt wurden, nicht erfüllt: daß der Erzbischof nämlich die Zustimmung Roms vor allem zu der Ernennung der „Kapitularvikare" in den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten erlangen würde (vgl. Herder-Korrespondenz, Jhg. 5, S. 339). Der Kampf gegen die Kirche scheint jetzt mit verstärkter Heftigkeit wieder zu beginnen. Er wurde durch einen scharfen Artikel der „Prawda" gegen den Erzbischof eingeleitet. Auch der Tod des Kardinals Sapieha räumt eine bisher noch immer wirksame Hemmung für die Regierung weg. Zweifellos werden die Bemühungen um eine von Rom getrennte polnische „Nationalkirche" sich verstärken. Im Lichte dieser Lage will der nachfolgende Hirtenbrief gelesen sein, den der Primas von Polen nach seiner Rückkehr zum Fest Peter und Paul an seinen Klerus und an die Gläubigen seiner Erzdiözese gerichtet hat und den wir heute nach der italienischen Übersetzung, die der Osservatore Romano am 30./31. Juli veröffentlichte, im vollen Wortlaut wiedergeben können. Der Hirtenbrief lautet:

Geliebte Kinder Gottes!

An diesem Fest der allgemeinen Kirche — dem Fest der heiligen Apostel Petrus und Paulus — möchte ich, liebe Gotteskinder, eure Gedanken und Gefühle auf den Sitz der Christenheit, auf den Heiligen Vater lenken. Das verlangt von mir meine Hirtenpflicht, und so möchte ich euch an der Freude, Petrus in Gestalt des Heiligen Vaters zu sehen, die mir geschenkt worden ist, teilnehmen lassen. Zudem muß ich meine Dankespflicht gegenüber all den guten Gebeten erfüllen, mit denen ihr mich auf meiner Reise nach Rom begleitet habt.

Dank der Barmherzigkeit Gottes, zu der ich seit Jahren gefleht habe, ist es mir geglückt, im letzten April die ewige Stadt zu erreichen und mich dem Heiligen Vater vorzustellen.

1. Ich habe den Heiligen Vater gesehen

Bedürfnis des Herzens und des Glaubens und Vorschrift des kirchlichen Gesetzes ist es für jeden katholischen Bischof, den Heiligen Vater zu sehen.

In der Tat empfängt jeder Bischof die Autorität für seine Diözese vom Willen des Stellvertreters Christi. Und die Verbindung zwischen dem Heiligen Stuhl stellt für ihn den offenkundigen Beweis der Erfüllung des Willens Gottes dar.

Der Heilige Vater ist — wie es die alten christlichen Schriftsteller treffend ausdrücken — für uns der „Bischof der Bischöfe", der „Bischof der universalen Kirche", der „Hirte der ganzen Kirche", der „Hirte aller Hirten".

Während meines Aufenthaltes in Rom bin ich zweimal vom Heiligen Vater in Audienz empfangen worden, das erste Mal am 9. April, das zweite Mal am 27. April. Daher meine Freude und der Friede meines Herzens.

Indem wir dem Heiligen Vater die geschuldete Ehre erwiesen haben, haben wir ihm den Ausdruck unserer Gemeinschaft in Glaube und Liebe mit der universalen Kirche übermittelt.

Wir haben Zeugnis abgelegt für unsere unwandelbare Ergebenheit gegenüber dem Heiligen Vater, eine Ergebenheit, die kein gegen ihn gerichteter, noch so hartnäckiger Angriff je wird schwächen können.

Mit unserer Anwesenheit in Rom haben wir zum Ausdruck gebracht, daß selbst in den wechselvollen Verhältnissen einer sozialen Umwälzung der Welt die Kirche nicht aufhört, der Felsen zu sein, auf den sich jede soziale Ordnung fest im Geiste der Liebe, der Gerechtigkeit und des Friedens gründen kann.

Mit unserer Anwesenheit in Rom haben wir vor der ganzen Welt bezeugt, daß Polen katholisch ist, daß es zum Heiligen Vater hält und daß es katholisch bleiben kann und will.

Wir sind überzeugt, daß wir damit unserem Vaterland und der Kirche den größten Dienst erwiesen haben.

2. Ihr fragt mich, was ich dem Heiligen Vater gesagt habe

Ich habe mit dem Heiligen Vater von der Kirche Christi in unserem Vaterland, ihren Freuden, ihren Siegen und ihren Prüfungen gesprochen. Ich habe den Heiligen Vater erfreut, indem ich ihm von der Stärke unserer Kirche gesprochen habe, die sich nicht auf „Wagen und Pferde" stützt, sondern auf Gott, unsern Herrn.

Ich habe von der unbeugsamen Hoffnung, dem unerschütterlichen Glauben, der mächtigen Liebe des polnischen Volkes gesprochen. Ich habe gesagt, daß wir reif sind für das volle Verständnis der übernatürlichen Einheit der Kirche, daß in uns die glühende Sehnsucht nach der heiligmachenden Gnade wächst, daß wir immer besser die Ehre begreifen, zum Dienste der göttlichen Wahrheit berufen zu sein; daß wir heute ganz tief den Geist der christlichen Gerechtigkeit verstehen, der sich nicht ohne Liebe verwirklichen kann; daß wir immer genauer das Wirken des Friedens Christi im Reich Christi verstehen.

Ich habe von euch gesprochen, katholische Männer, und habe zum Ausdruck gebracht, wie ihr Kraft aus dem lebendigen Glauben schöpft zur Erfüllung der schwierigen Aufgaben, die auf eure Schultern gefallen sind, da ihr die Trümmer des Vaterlandes wieder aufbauen müßt; wieviel

Kraft, wieviel Geduld, wieviel Zähigkeit, welchen Geist der Liebe ihr für jeden mühevollen Tag in den Kirchen schöpft, die ihr in so großer Zahl an den Sonntagen und anderen Festtagen besucht.

Mit dem Vater der Christenheit zusammen habe ich mich über euren hingebungsvollen Dienst gefreut, geliebte Mütter. Vom Anblick all der Kriegsfriedhöfe nicht abgeschreckt, setzt ihr, vom Glauben gestärkt, neue Scharen von gottgeweihten Kindern für Polen und die Kirche in die Welt, und ihr schützt ihren Glauben an Gott durch euren Glauben wie mit einem Schild, indem ihr in ihr Herz eure Liebe einsenkt im Vertrauen darauf, daß nicht Gräber, sondern das Leben das Licht der Menschen ist. Und wenn fast jedes Jahrzehnt unsere Nation in ihr aufgedrängten Kriegen bluten läßt, so sorgt doch ihr, christliche Mütter, in eurem hochherzigen Dienst der Fortpflanzung des Lebens dafür, daß die tödlichen Wunden so gründlich heilen, daß wahrhaft — wie Pius XII. so treffend gesagt hat — „Polen nicht sterben will". Nein, „Polen wird nicht sterben".

Auch von euch habe ich gesprochen, katholische Jugend, der das Los zugefallen ist, euch ein Wissen zu erwerben, das euch instand setzt, das Bewußtsein eurer Verpflichtung für den kostbarsten Schatz des Geistes, die Wahrheit Gottes, die euch anvertraut ist, in eurem Bewußtsein wach zu erhalten. Du, katholische Jugend, bist der Prüfung deines Glaubens würdig gewesen, dieses Glaubens, den du unter Mühen verteidigst und der dir um so teurer ist, je mühevoller du ihn verteidigst.

Auch von euch, liebe Kinder, habe ich nicht vergessen, dem Heiligen Vater zu erzählen. Ich habe ihm gesagt, wie zahlreich ihr in Polen seid, wie ihr in Liebe zum himmlischen Vater, zu seinem geliebtesten Sohn, zu seiner herrlichen Mutter heranwachst. Ich habe ihm erzählt, wie es euch zum Unterricht im Glauben und im frommen Gesang drängt, in welchen Scharen ihr zum Tisch des Herrn kommt.

Ich habe dem Heiligen Vater auch von dem Eifer des polnischen Klerus gesprochen; des Klerus, der während des vergangenen Krieges bei der Verteidigung der Altäre und Heimstätten so sehr gelitten und der in der Verfolgung Widerstand geleistet hat, obwohl er zu vielen Tausenden in die deutschen Konzentrationslager verschleppt worden ist.

Mit großer Freude habe ich vom Wiederaufbau unserer Heiligtümer, dem der Hauptkirche von Gnesen und der Kathedrale von Warschau berichtet. Ich habe dem Heiligen Vater ein Album über die Warschauer Kirchen überreicht, in dem ihre Vorkriegspracht, ihre Zerstörung im Krieg und ihre hoffnungsvolle Wiedererstehung abgebildet ist.

Voll Freude habe ich dem Heiligen Vater erzählt, daß Polen wieder aufgebaut wird. Dieses leuchtende Bild der Arbeit unserer Nation, die sich, man kann sagen in jeder Generation, aus den Trümmern erhebt, hat den Vater der Christenheit so lebhaft bewegt, daß er allen denen, die am Wiederaufbau des Landes und seiner Heiligtümer mitwirken, Arbeitern, Handwerkern, Ingenieuren, wie auch der ganzen heldenmütigen Bevölkerung seinen Segen erteilt hat.

3. Der Heilige Vater hat uns reichlich Zuspruch und Segen erteilt

Seine väterlichen Augen in ihrer christlichen Güte haben uns unbegrenzte Gefühle von Liebe und Zuneigung verraten, wie sie das Haupt der universalen Kirche für die Kinder der gleichen Mutter bereit hält.

Als ich diese zarte, schmächtige Gestalt sah, die die Zeichen übermäßiger Arbeit an sich trägt, die Gestalt des Mannes, der mit der größten Würde auf dieser Erde bekleidet ist und der sich in seiner Zartheit und Bescheidenheit der Ehrungen zu schämen scheint, die ihm doch geschuldet sind, da dachte ich an alle die, die nicht zögern, dem Vater der Christenheit den Vorwurf zu machen, er wolle den Krieg. Könnten diese doch nur einen Augenblick lang diese Augen sehen, so würden sie sich schämen, die Grenzen des Schicklichen, des Anstandes und des Maßes gegenüber einem Mann überschritten zu haben, den sie niemals gesehen haben, der sie niemals im mindesten belästigt hat und der für alle nur Worte der Verzeihung und Vergebung hat.

Ich kann nicht sagen, daß alle diese Vorwürfe den Heiligen Vater unberührt lassen. Insbesondere hat er mit großem Schmerz davon gesprochen, daß man ihn in eine Reihe mit denen stellt, die den Krieg wollen. Dabei gibt es doch keine Rede des Heiligen Vaters, in der er nicht zum Frieden aufruft und nicht die Prinzipien eines wahren und gerechten Friedens darlegt. Seine Enzyklika vom Dezember vergangenen Jahres, mit dem er zum Gebetskreuzzug für den Frieden aufgerufen hat, ist eine Zusammenfassung seiner Tätigkeit für den Frieden. Der Heilige Vater leidet sehr unter der ihm zugefügten Kränkung.

Das väterliche Herz des Papstes ist besorgt um unseren gemeinsamen Glaubensschatz. Er spart nicht mit Ermutigungen zur Treue gegenüber Gott und der Kirche, und er betont den christlichen Wert des Bekennens des heiligen Glaubens.

Er spart nicht mit Ermutigungen zur Vertiefung des übernatürlichen Geistes und des Ausharrens in der heiligmachenden Gnade.

Er ermutigt uns dazu, die katholische Erziehung in der Familie aufrecht zu erhalten, und erinnert an die ungeheure Verantwortung der Eltern für die Weitergabe des Glaubens und der katholischen Erziehung. Den Müttern besonders ruft der Heilige Vater ins Gedächtnis, daß es nicht genügt, den Kindern das Leben zu schenken, sondern daß sie ihnen auch den Glauben an Gott und die christliche Liebe zum Nächsten weitergeben müssen.

Den Vätern legt er die Pflicht auf, mit ihrer Arbeit nicht nur das Brot für ihre Kinder zu verdienen, sondern die Familie auch mit dem Brote des Glaubens und des Gebetes zu ernähren.

4. Der Heilige Vater segnet uns

Als wir uns vom Heiligen Vater verabschiedeten, haben wir ihn gebeten, uns seinen persönlichen Segen zu geben. Heute bringen wir ihn euch und geben ihn an euch weiter, geliebte priesterliche Brüder, katholische Eltern, Jugend und Kinder.

Der Heilige Vater hat uns die letzten Worte auf Polnisch gesagt: „Niech bedzie pochwalony Jezus Chrystus — z Bogiem — z Panem Bogiem" (Gelobt sei Jesus Christus, mit Gott, mit dem Herrgott). Wir geben euch diese Worte als die Stimme des Vaters, als Erinnerung und Segen weiter: Katholische Priester, mit Gott! Teuerste Eltern, mit Gott! Geliebte Jugend, mit Gott! Glückliche Kinder, mit Gott! Amen!

Gegeben zu Gnesen am Feste des heiligen Adalbert im Mai 1951

Stefan Wyszynski
Erzbischof von Gnesen und Warschau

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Urchristliche Wagnisse

Don Bosco und Joseph Cottolengo, Peter Fourier und Franziska Cabrini haben den Beweis dafür erbracht, daß man auch im ökonomischen Zeitalter nicht ängstlich rechnen darf, wenn die Not des Augenblicks nach einem kühnen Werk der Nächstenliebe ruft. Sie haben sich auf die Hilfe der göttlichen Vorsehung verlassen, und wie der Vater im Himmel die Lilien kleidet und die Vögel des Himmels sättigt, hat er bis heute weder die Kinder Don Boscos noch die Armen Cottolengos im Stich gelassen.
Es gibt sicher unzählige Beispiele von Werken christlicher Liebe, die dasselbe erfahren haben. Ihre Erfahrungen werden leider zu selten bekannt. Vielleicht wären sie das schönste und eindrucksvollste Lob der Vatergüte Gottes, das es gibt. Wir möchten deshalb von ein paar solchen Erfahrungen berichten, die zufällig fast zur selben Zeit zu unserer Kenntnis kamen. Einige davon erhärten außerdem das Wort: „Wer die Wahrheit tut, der kommt zum Lichte."

Ein Haus für hoffnungslose Fälle

In „The Commonweal" (8. 6. 1951) wird die Geschichte des englischen Fliegerhauptmanns G. L. Cheshire erzählt. Als er nach dem Krieg entlassen wurde, suchte er nach einer Gelegenheit, sich seinen Mitmenschen nützlich zu machen. Er sah die vielen Veteranen, denen der Übergang ins bürgerliche Leben schwer fiel, und gründete ein Heim für solche Menschen. Das Unternehmen mißlang. Nach achtzehn Monaten mußte er es mit beträchtlichen Schulden aufgeben. Aber er hatte ein Haus gekauft und wartete nun auf einen neuen Fingerzeig des Schicksals. Eines Tages kam ein ehemaliger Soldat, der an Krebs litt und nirgends eine Bleibe fand. Cheshire nahm ihn auf. Ein wenig später bat ihn jemand, eine 93jährige Frau zu beherbergen, die ebenfalls heimatlos war. So fing es an. Die Zahl der Hilfesuchenden mehrte sich schnell. Cheshire nahm sie zu sich, ohne daß er einen Plan hatte und wußte, wie er seine Schützlinge ernähren sollte. Was ihn trieb, war kein bewußt religiöser Gedanke. Aber es konnte nicht ausbleiben, daß ihm dieser Gedanke kam. Seine eigene Handlungsweise führte ihn vor die Frage nach der Wahrheit der christlichen Botschaft. Es erging ihm dann ähnlich wie einst dem heiligen Augustinus. Eines Tages oder vielmehr eines Nachts, als er am Bett eines sterbenden Schützlings wachte, kam ihm Vernon Johnsons Buch „Ein Herr, ein Glaube" in die Hand. Es führte ihn zur Konversion.
Cheshires Heim entsprach weder wirtschaftlichen noch medizinischen Grundsätzen. Ein Hilfesuchender kam mit hochgradiger Tuberkulose. „Sie können ihn nicht nehmen", hieß es, „er ist ansteckend". „Was macht das", war die Antwort, „die anderen sind alle alt. Die meisten sterben ohnehin." Das nötige Geld fand sich immer wie von selbst. Manchmal halfen kirchliche Stellen, manchmal kamen Lebensmittel ins Haus, manchmal anonyme Briefe mit einer Hundertpfund-Note. Einmal hatte er nichts mehr. Da erschien ein Zeitungsartikel und zog 1600 Pfund nach sich. So wenig Sorgen Cheshire sich um das Geld macht, so streng hält er auf einen Grundsatz anderer Art. Er hilft nur Menschen, denen auf keine andere Art geholfen werden kann. Denen aber hilft er unter allen Umständen. Einmal war das Haus bis auf den letzten Platz voll, als ihm zwei ganz dringende Fälle gemeldet wurden. Er sagte zu, obwohl er nicht wußte, wie er die beiden Menschen unterbringen sollte. Beiden wurde die Nachricht von ihrer Aufnahme zur letzten Freude ihres Lebens. Sie starben, bevor sie in das Heim gebracht werden konnten.
Als das Gesundheitswesen verstaatlicht wurde, bot die Behörde Mr. Cheshire ihre Unterstützung an. „Sie werden die Geldsorgen los. Ihre Patienten brauchen sich nicht mehr als Betreute zu betrachten, sondern haben das Gefühl, in ihrem Recht zu sein. Sie können dann auch junge Kranke nehmen, die wieder fürs Leben tauglich werden." Cheshire überlegte das Angebot und lehnte es ab. Nur die ärztliche und pharmazeutische unentgeltliche Betreuung nahm er an. Bis auf den heutigen Tag hat Cheshire kein Programm und keinen Haushaltsplan. Er sagt: jedes Programm geht daneben. Wenn er aber einer gegebenen Situation gegenübersteht, löst sich die Schwierigkeit von selbst.
Cheshire beherbergt jetzt in seinem Haus Le Court, Hampshire, 32 Gäste, dazu die geringstnotwendige Zahl von Pflegepersonen. Er selbst verdient sich durch Arbeit seinen Lebensunterhalt und kommt oft nur einmal im Monat, um nach dem Rechten zu sehen. „Wenn ich nicht da bin, geht es besser", sagt er. Diese Verselbständigung seines Heims gab ihm Gelegenheit, unterdessen mit der Gründung eines zweiten zu beginnen. Vorläufig besteht es nur in einer verlassenen Militärbaracke. Aber er hofft, daraus eine Heimat für zwölf Heimatlose zu machen.

Ein Familien-„Kloster"

Von einem andersartigen und doch ähnlichen Unternehmen berichtet „Catholic Herald" (22. 6.). Vor elf Jahren, am Anfang des Krieges, gründeten in Lydney, Gloucestershire, einige Gegner des herrschenden politischen und sozialen Systems eine ländliche kommunistische Siedlungsgemeinschaft. Ihnen schwebte ein Leben im Sinne Rousseaus vor. Mit der Zeit erwiesen sich ihre Ideale den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht gewachsen. Die meisten Mitglieder gaben den Versuch auf, nur vier blieben der Sache treu. Sie waren entschlossen, der Not durch gemeinsame Armut und Anstrengung in freiwilliger Gütergemeinschaft zu trotzen. Aber immer wieder standen sie vor der Frage: Warum? Wozu? Ein Mitglied nahm seine Zuflucht zu einer Psychoanalytikerin aus der Schule Jungs. Diese wurde zur geistigen Führerin oder Beraterin der Gemeinschaft und machte sie mit dem katholischen Gemeinschaftsideal bekannt. Die Mitglieder nahmen Fühlung mit der Benediktinerabtei Farnborough, und vor nunmehr zwei Jahren traten drei von ihnen zum katholischen Glauben über. Nun gaben sie ihrer Gemeinschaft einen religiösen Mittelpunkt, d. h. sie fügten zur Arbeit das gemeinsame Gebet des Offiziums. Inzwischen sind alle katholisch geworden.
Die Gemeinschaft lebt jetzt nach einer Regel, die der eines Klosters ähnlich ist, jedoch auf das Eigenleben der in ihr vereinigten Familien — denn es handelt sich um Familien — Rücksicht nimmt. So wird z. B. nur das Mittagsmahl gemeinsam gehalten. Die unverheirateten Mitglieder sind im übrigen Gäste der Familien. Existenzgrundlage ist die Landwirtschaft und eine kleine Tonwarenmanufaktur. Ihr Apostolat sieht die Gemeinschaft darin, daß sie den Zeitgenossen ein Beispiel christlicher Einigkeit und

Unabhängigkeit vorlebt. Sie will dies Apostolat sobald wie möglich durch Aufnahme von Gästen noch eindringlicher gestalten. Hier wird der Sinn der benediktinischen hospitalitas von neuem sichtbar.

Den Erfolg ihres Versuchs schreiben die Mitglieder hauptsächlich der organischen Entwicklung zu. Jeder Schritt sei eine notwendige Erfüllung des Vorangegangenen gewesen. Als wichtige Faktoren in der organischen Gestalt ihrer Gemeinschaft nennen sie erstens die landwirtschaftliche Arbeit in ihrem naturnahen Geschehen und Rhythmus und zweitens das Kommunitätsleben und die Gütergemeinschaft, die aus der bloßen Idee menschlicher Beziehungen eine Wirklichkeit machen. Sie sind aber überzeugt, erprobt zu haben, daß eine solche Gemeinschaft auf rein humaner Grundlage nicht durchführbar ist, und auch davon, daß diese Erkenntnis sie zur übernatürlich-katholischen Begründung ihres Lebens geführt hat.

„... wo Brüderlichkeit Gesetz ist"

Wenn die beiden geschilderten Wagnisse sozusagen unbeabsichtigt zu einem Apostolat geworden sind, handelt es sich bei einem weiteren Versuch um eine apostolische Absicht. Der Urheber dieses Versuchs ist „der närrische Priester" Don Zeno Saltini in Nomadelphia bei Modena, der dort vor Jahren ein Team von Priestern gründete, die sich durch Handarbeit ihr Brot verdienen wollten, um inmitten des Landproletariates eine Zelle christlichen Lebens zu bilden. Die Nachkriegsnot führte sie dann dazu, sich der verwahrlosten, eltern- und heimatlos vagabundierenden Jugend anzunehmen. Ihre Absicht war von vornherein missionarisch. Die Sache selbst ist nicht mehr unbekannt. Aber Gunnar Kumlien hat in „The Commonweal" (6. 4.) eine wichtige Beobachtung mitgeteilt, die in unseren Zusammenhang gehört. Um die priesterliche Kernzelle von Nomadelphia hat sich inzwischen eine Lebensgemeinschaft von Laien gebildet, die so sehr anwuchs, daß man inmitten eines Ödlandes bei Grosseto in der Toskana eine neue Siedlung beginnen konnte oder mußte. Etwa 200 Menschen arbeiten dort unter primitivsten Verhältnissen an der Gründung einer zweiten Stätte, wo „Brüderlichkeit Gesetz ist" (Nomadelphia). Unter ihnen sind verschiedene junge Ehepaare, aber auch viele am Leben Gescheiterte, und endlich eine große Zahl Jugendlicher.

Natürlich sind die Siedlungen verschuldet. Der Gründer sagt: „Die Kinder können nicht warten; die Gläubiger können es immer!" Die Gläubiger ihrerseits machen geltend, daß das Unternehmen wirtschaftlich unmöglich ist. Sie weisen auf eine andere Siedlung in der Nähe von Rom hin, die „auf sehr solider finanzieller Grundlage ruht", nämlich die Jugendstadt Santa Marinella, die Gründung von Don Rivolta nach dem Vorbild des amerikanischen Jungenapostels O'Flanagan, die große Unterstützungen aus Amerika erhielt. Im Vergleich zu den beiden Nomadelphia-Siedlungen ist sie nicht nur wirtschaftlich gesund, sondern geradezu komfortabel.

Auch die Leute von Nomadelphia könnten so gesichert dastehen wie Santa Marinella, oder sie hätten es können, wenn sie einen Bruchteil ihrer 1500 Schützlinge aufgenommen und sich im Rahmen des wirtschaftlich Tragbaren entwickelt hätten. Sie haben es vorgezogen, lieber am Rande des Bankrotts entlang zu wandeln, auf die bescheidenste bürgerliche Sicherung und Zivilisation zu verzichten und „ihre Bewohner zuerst zu Christen zu machen, wenn sie auch Proletarier bleiben müssen". Sie kritisieren nicht die Methode von Santa Marinella, wo man aus aufgesammelten Straßenjungen „nette, reinliche bourgeois" macht, aber sie glauben, daß es auch anders geht und daß angesichts der ungeheuren Not der andere Weg begangen werden muß: der Weg des irrationalen Gottvertrauens, sowohl hinsichtlich des Erfolges ihrer Erziehung wie auch in bezug auf den Fortbestand ihrer Werke. Während Kardinäle und Staatsminister Santa Marinella bewundern, so schreibt Kumlien in seinem Bericht, erfreut sich Nomadelphia einer geradezu geheimnisvollen Anziehungskraft auf das christliche und menschliche Gemüt, auf Priester, die mit einem Male über manchen Formalismus in der Seelsorge bestürzt sind, auf Menschen des Wirtschaftslebens, die wie der Architekt von Nomadelphia II ihre Karriere aufgeben, um sich der Sache anzunehmen, vor allem aber auf die unteren Volksschichten, die mit ihrem Gefühl begreifen, daß die Liebe rücksichtslos vorangeht, und die nicht begreifen, „warum das Christentum mit komplizierten bürgerlichen Formen aller Art verquickt wird". Bis aus Amerika, England und der Türkei melden sich Menschen zur Mitarbeit, doch ebensowenig fehlt es an Kritikern, die zur Klugheit mahnen und vor Übereilung warnen.

Es wird gewiß nicht ausbleiben, daß bei Unternehmungen von solcher Kühnheit Mißerfolge und Rückschläge eintreten, die den Kritikern Recht geben. Sie werden jedoch nie groß genug sein, um das Wunder auszulöschen, daß in solchen Beispielen und Menschen der christliche Glaube an einer neuen Zeitenwende einen Enthusiasmus hervorbringt, der Zeuge seiner unvergänglichen Lebenskraft ist.

Experimente in der Seelsorge

Die Situation der Seelsorge stand auch in Holland nach dem zweiten Weltkriege bei verschiedenen Gelegenheiten zur Diskussion. Den bisher wichtigsten Beitrag zu dieser Diskussion bildeten die Aufsätze von Geistlichen und Laien, die unter dem Titel „Onrust in de Zielzorg" im Jahre 1950 erschienen sind (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, Heft 10, S. 454f.). Soeben legt die Führung der holländischen Katholischen Aktion eine Sondernummer ihrer Zeitschrift „Actio Catholica" vor, die unter dem Titel „Experimenten in de Zielzorg" (Heemstede 1951) fünf Aufsätze vereint, in denen jeweils ein Geistlicher und ein Laie gemeinsam wichtige Themen der Seelsorge und des Apostolats behandeln. Nach einer Einleitung unter dem Titel „Verantwortung" findet man folgende Themen behandelt: Christliches Leben und Seelsorge, Die Ehe in der Kirche Gottes, Die Heiligung des Berufslebens, Das Apostolat und die Caritas. Die Verfasser dieser Aufsätze bilden die Spitzengruppe der Katholischen Aktion, die in den Niederlanden nach dem Kriege eine außerordentlich lebendige und mannigfaltige Tätigkeit im holländischen Volke durch eigene Arbeit oder in direkter und ständiger Zusammenarbeit mit den bestehenden Standes- und übrigen Organisationen religiöser, sozialer und kultureller Art entwickelt hat. Man kann also in diesen Aufsätzen eine Art erster Übersicht über die seelsorglichen Grundsätze, von denen man sich leiten ließ, und die konkrete Arbeit, die geleistet wurde, erblicken. Dabei erhöht es den Wert dieser Betrachtungen, daß jeder Aufsatz von einem Geistlichen und einem Laien in gemeinsamer Untersuchung

und Betrachtung geschrieben worden ist, so daß sowohl das ganze Büchlein wie jeder einzelne Teil das Ergebnis eines seelsorglichen „team-work" ist.

„Wir sind die Kirche"

In der Einleitung umschreiben Msgr. Jansen (Direktor der Katholischen Aktion in der Erzdiözese Utrecht) und H. Divendal die Absicht des Buches und die tragenden Gedanken der Arbeit der Katholischen Aktion in Holland. Es geht dabei nicht so sehr um eine neue theologische Formulierung der Actio Catholica oder um das Herausstellen origineller Seelsorgstechniken: die Verfasser bemühen sich vielmehr, die wesentliche Aufgabe der Actio Catholica deutlich zu umschreiben und sie zu einem zeitgemäßen und lebendigen Einsatz aufzurufen. Mit Nachdruck verweisen sie auf den Ausgangspunkt, das Mysterium der Kirche, in der Priester wie Laie als Glied des Corpus Christi Mysticum einen je eigenen seelsorglichen Auftrag zu erfüllen hat. „Seelsorge ist die Sorge der Kirche für die Seelen, bei der Priester und Laien zusammen, jeder auf seine eigene Weise, eine Aufgabe zu erfüllen haben." Wenn man von dieser übernatürlichen Sicht ausgeht, dann erkennt man nicht nur Mängel in der Seelsorge, die zu einer „Unruhe" führen, sondern erkennt auch die übernatürliche und unveränderliche Ruhe, in der die Ewige Kirche Gottes verharrt. In einer besonnen geführten Polemik gegen häufige Kritik von Laien und gegen Teile des Buches „Onrust in de Zielzorg" weisen Jansen und Divendal auf die Lehre des hl. Paulus hin, die ins Moderne übersetzt etwa hieße: „Wir sind die Kirche." Allerdings gerate man auf Abwege, wenn man sich als Laie eine Art kontrollierender Vormundschaft über den Gang der Dinge in der Kirche anmaße. „Eine richtige Meditation über das prachtvolle ‚Wir sind die Kirche' zwingt eher zu stiller Ehrfurcht vor dem Gemeinschaftsmysterium, das die Kirche ist, als zu einer mehr oder weniger laut gestellten Forderung nach einer Art Mitbestimmung, denn in dieser Hinsicht unterscheidet sich der Organismus der Kirche fundamental von jeder öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsorganisation . . . ‚Wir sind die Kirche' ist eine Angelegenheit der Stille und der Ehrfurcht vor dem Mysterium der Kirche, das wir nicht in Händen haben, sondern das uns von Gott als eine unbegreifliche Gnade zum ewigen Leben geschenkt worden ist. Und hinsichtlich des ‚Wir' ist es eine Sache des Organismus, der jede Organisationsform unendlich überragt und der alle Glieder der Kirche, alle Glieder des Corpus Christi, gleichgültig ob sie Priester oder Laien sind, zu größtmöglicher Gemeinsamkeit des Opferns, Betens und Handelns treibt, mit dem vollen Gewicht der Verantwortung jedes Einzelnen gegenüber dem ganzen Leib. Aus diesem Grundsatz ist die Katholische Aktion geboren, und durch diesen Grundsatz können wir vom Laien als Kirchenmitglied unmöglich eine andere Haltung annehmen als die der organischen, geordneten Mitverantwortung in der Sorge um die Seelen."

Vertiefung des religiösen Lebens

Im Aufsatz „Christliches Leben und Seelsorge" (Smits van Waesberghe SJ und L. Baas) wird ein Programm des geistlichen Lebens entworfen, das persönliche Vertiefung des religiösen Lebens und der apostolischen Arbeit umfaßt. Beide Aspekte werden nicht nur theoretisch dargestellt, sondern eben durch wertvolle praktische Ratschläge für die eigene Heiligung und die Arbeit in der Pfarrgemeinde, den Organisationen und der Gemeinschaft überhaupt verdeutlicht. So wertvoll diese klar ausgeführten Betrachtungen auch in ihren konkreten Hinweisen sind, so vermißt man darin etwas den praktischen, also „experimentierenden" Teil der Seelsorge, denn diese Gedankengänge gehören sicherlich zum bleibenden und unbestrittenen Teil jeder Arbeit auf dem Gebiet der Katholischen Aktion.

Das Problem der Ehe

Im umfangreichsten Mittelstück der Sammlung, das dem Problem der Ehe gewidmet ist (Jansen und van Santvoort), kommt eine reiche und wohldurchdachte Erfahrung zu Wort. Auch wo die theologischen Fragen der Ehe behandelt werden, erkennt man in der lebensnahen und zeitgerechten Formulierung, im Herausstellen der wirklich wesentlichen Dinge den Seelsorger und den Laien, die tatsächlich mitten in der Arbeit stehen, und gerade auf einem Gebiet, wo abstrakte Betrachtung der Notlage gegenüber hilflos wäre, Seelsorge mit dem Blick auf die Wirklichkeit üben. Man erhält einen raschen Überblick über die reiche Tätigkeit der holländischen Katholischen Aktion, besonders auf diesem Gebiete, obwohl die Methodik natürlich auch auf andere Bereiche anwendbar ist. Es wird genau angegeben, welche Art von Kursen organisiert werden (Kurse für Verlobte, Familienkurse, Väterkurse, Besinnungstage für Ehepaare, Ausstellungen, Veröffentlichungen über Erziehungsfragen usw.). Auch eine Reihe von Themen werden genannt, die in solchen Kursen passenderweise behandelt werden können. All diese Angaben über eine ausgedehnte praktische Arbeit geben den wertvollen theologischen Betrachtungen über die Ehe den rechten Hintergrund. Diese auf wenig mehr als vierzig Seiten zusammengedrängte Studie über die Seelsorgearbeit zur Rettung und Bewahrung der christlichen Ehe enthält für jeden apostolisch interessierten Laien und jeden Seelsorger das Rüstzeug für seine gerade auf diesem Gebiet heute alles eher als leichte Arbeit. Überdies erleichtert sie einen unmittelbaren Einblick in die Arbeit der Katholischen Aktion, wie sie in dieser Weise noch lange nicht in allen Ländern verwirklicht werden konnte.

Berufsheiligung

Der Laienvorsitzende der Katholischen Aktion Hollands Dr.-Ing. Fr. Tellegen und Lektor Barendse OP haben mit dem Thema der Berufsheiligung ein Thema angeschnitten, das gerade für die Katholische Aktion in der heutigen Zeit von der allergrößten Bedeutung ist. Hier nehmen die Probleme und die Aufgaben trotz der verdienstlichen Arbeit der Standesorganisationen täglich zu, da stets mehr von der individuellen Haltung des Einzelnen über das von der Organisation und durch die Organisation Geleistete hinaus gefordert wird. Die Verfasser dieses Aufsatzes bemühen sich mit Erfolg, die wesentlichen seelsorglichen Fragen zu beleuchten, wobei es die mehr systematische Behandlung nicht zuließ, praktische Verwirklichungsmöglichkeiten und Beispiele anzuführen. Dies hätte gerade mit Hinblick auf den geistigen und moralischen Einfluß des Berufslebens besonderes Interesse gefunden. Eine knappe Zusammenfassung der wichtigsten Gedanken über die Caritas (Dr. Loeff und Dekker) mit einer Skizzierung der Lage der caritativen Bestrebungen in Holland beschließt das Buch.

Früchte der Zusammenarbeit von Seelsorgern und Laien

Es ist unschwer zu erkennen, daß die Aufsätze nicht immer die Klippen umschiffen konnten, die im Thema des Buches liegen, vor allem die Spannung zwischen theoretischer Besinnung und Entwicklung der Methodik einerseits und der seelsorglichen Wirklichkeit anderseits. Dadurch läßt es manchmal gerade das vermissen, was es im Titel verspricht, nämlich eine Darstellung der experimentellen Unternehmungen. Dies rührt auch daher, daß weit mehr geboten wird als die Aufzählung einiger praktischer Lösungsversuche. Das Buch zeigt vielmehr in einer wenn auch unterschiedlich dichten, so doch stets klaren und durchsichtigen Darstellung, die durch die enge Zusammenarbeit von Geistlichen und Laien unzweifelhaft gewonnen hat, die holländische Katholische Aktion an der Arbeit. Man kann leicht erkennen, daß die Katholische Aktion in den Niederlanden schon ein breites Arbeitsfeld bestellt. Es ist ihr gelungen, sowohl durch individuelle Sendung der Laien in der pfarrgemeindlichen und Diözesanarbeit als auch in Zusammenarbeit mit den Standesorganisationen das gesamte Leben der Gemeinschaft zu umfassen. Sie arbeitet daher selbständig durch ihre eigenen Mitarbeiter und ist außerdem unmittelbar verbunden mit der Arbeit der natürlichen Stände und ihrer Organisationen, die auf diese Weise als eine Aufgliederung der Katholischen Aktion erscheinen. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, eine ständige gemeinsame Behandlung der gesamten seelsorglichen Arbeit unter und mit den Laien zu garantieren. Manche Projekte verdienen wegen ihres vorbildlichen Charakters besonderer Erwähnung: vor allem sei hier auf die sechsmonatige Ausbildung religiös-sozialer Fürsorgerinnen, die freiwillig in eine sozial und geistig bedrohte Familie eintreten und durch praktische Hilfe sowohl wie durch religiöse Unterweisung in monatelanger Arbeit den Haushalt ordnen, die Kinder ordnungsgemäß erziehen, ja Ehen wieder lebensfähig machen, wodurch ganze Familien im wirklichen Sinne gerettet werden. Ohne derartige tief eingreifende und zähe Arbeit wäre das Buch „Experimenten in de Zielzorg" nicht denkbar, und dies gibt seinen Aussagen die besondere Bedeutung.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Die Klage des Schwarzen

Die französische Zeitschrift „Esprit" hat in ihrem Maiheft eine Reihe von Beiträgen unter der Überschrift „La Plainte du Noir" gesammelt, Beiträge, die zum Teil erzählenden, dokumentarischen und dichterischen Charakter haben, zum Teil Analysen sind, deren allgemeine Gültigkeit so bedeutend ist, daß wir sie dem Leser der Herder-Korrespondenz nahebringen möchten; für diese unsere Wiedergabe läßt sich ebenfalls keine andere Überschrift finden als die der „Klage". Es handelt sich dabei um das Schicksal der schwarzen Rasse, vorwiegend in Amerika; doch ist dies nur ein extremer Fall menschlichen Schicksals überhaupt, und zwar jenes Bestandteils unseres Schicksals, der aus dem Verhältnis von Mensch zu Mensch und noch genauer von Gruppenmensch zu Gruppenmensch gebildet ist, ein extremer Fall des unsinnigen Leidens, das der Mensch dem Menschen zufügt und für das also Menschen — und das heißt in erster Linie Christen — verantwortlich sind. Eben aus diesem Grund hat „Esprit" dieses Heft der „Klage des Schwarzen" gewidmet. Die beiden Beiträge, deren Gedanken wir hier vor allem wiedergeben möchten, beweisen: der eine, „Réflexions sur la Louisiane" von Paule Verdet, wie wenig auch die katholische Kirche noch praktisch hat mit diesem Problem fertig werden können, sowohl in dem Südstaat Louisiana der USA wie in allen Kolonialländern; der andere, „La plainte du Noir" von O. Mannoni, ist eine ungewöhnlich tiefschürfende Analyse des Wesens des Unglücks des Schwarzen gegenüber dem Weißen und der Gewissensfrage, die der Schwarze durch seine bloße Existenz uns stellt. Diese Analyse trifft zusammen mit einigen sehr klaren Formulierungen des mehr zeugnishaften Berichts „L'expérience Noir" von Frantz Fanon, einem Farbigen von den zu den USA gehörigen Antillen.

Es ist bekannt, daß die Negerfrage in den Nordstaaten der Vereinigten Staaten ganz anders liegt als in den Südstaaten; der Süden ist „rückständig", er hat die Zeit der Sklavenwirtschaft noch nicht vergessen. Der Süden hat seine riesigen Farmen mit schwarzen Sklaven betrieben, bis die Nordstaaten ihn 1861—1865 im sog. Sezessionskrieg mit Gewalt dazu brachten, die Sklaverei aufzuheben. Aber die heute gesetzlich bestehende bürgerliche Gleichstellung des schwarzen mit dem weißen USA-Bürger, die schon im Norden eine Illusion ist, ist es noch viel mehr im Süden. Alles, was der Neger an sozialer Zurückstellung und menschlicher Mißachtung in den Nordstaaten trotz mannigfacher Fortschritte und trotz der Bemühungen einsichtsreicherer Gruppen (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 1, Heft 10, S. 452 f.) immer noch zu leiden hat, alles das tritt im Süden völlig unverhüllt hervor. Die Verhältnisse im Süden sind darum zwar nicht die allgemeingültigen: sie sind die schlimmsten. Aber sie sind auch die aufschlußreichsten. Sie sind es nicht nur für das Verhalten des Weißen gegenüber dem Schwarzen ganz allgemein, sondern auch für das Verhalten des weißen Christen gegenüber seinem schwarzen Glaubensbruder im besonderen.

Ein katholischer Staat und seine schwarzen Bürger

Der größte Teil der Südstaaten der Vereinigten Staaten ist protestantisch und bis heute dem katholischen Einfluß noch kaum geöffnet. Doch einer der Staaten, Louisiana, ist von Anfang an katholisch gewesen, da er nicht von Engländern, sondern von Franzosen und Spaniern besiedelt worden ist. Er ist „fast so katholisch wie Belgien oder Irland", sagt der Bericht von Paule Verdet. Trotzdem herrscht die Scheidung zwischen Weißen und Schwarzen hier wie im ganzen Süden in jedem Bereich des sozialen Lebens aufs schärfste.

Es gibt vom Standpunkt der Kirche aus christliche Länder und Missionsländer: diese Unterscheidung ist altbekannt. Man müßte aber noch eine Art Zwischenstufe besonders

von jenen beiden unterscheiden, nämlich Länder, in denen eine herrschende Christenheit einer anderen, auch schon längst tief und fest verwurzelten gegenübersteht, einem Christenvolk mit anderen Überlieferungen und Einrichtungen, das nicht auf der gleichen Stufe steht. Es sind, wie Paule Verdet es nennt, „Länder der Ungleichheit". In ihnen arbeitet die Mission, Pfarren funktionieren, die Kirche scheint in voller Entfaltung begriffen, und doch wäre es ein großer Irrtum, zu glauben, daß hier alles in Ordnung sei. Die Massenkonversionen in Missionsländern etwa schaffen keineswegs die Verhältnisse alter christlicher Länder. Und wenn die Verhältnisse so sind wie in Louisiana, wenn zwei getrennte Menschengruppen sich gegenüberstehen, beide der katholischen Kirche angehören, aber nicht Brüder sind, so ist dies ein tiefer Widersinn. Die Gesetze dieses Staates verfügen zwar eine gewisse Gleichheit für beiderlei Bürger; in Wirklichkeit ist die Trennung scharf erhalten geblieben, und die Rechte sind für die schwarze Bevölkerung nicht realisiert worden. Die Schwarzen haben z. B. — außer in der Stadt New-Orleans — kein Wahlrecht. Das bedeutet zugleich, daß sie für alle jene Posten keine Konkurrenz darstellen, die nach Parteigesichtspunkten besetzt werden, besonders bei der Polizei und in der Justiz. Das Gesetz sieht für die Schwarzen die gleiche Schulbildung vor wie für die Weißen; in Wirklichkeit können sie die Gleichheit nicht durchsetzen. Man gibt ihnen auf dem Land keine Schulautobusse, wie sie für alle weißen Kinder existieren; ihre Schulen sind überbelegt und haben meist nur eine einzige Klasse von 60, 70, 80 und mehr Kindern mit einer einzigen Lehrerin. Weiße Arbeiter weigern sich, an der gleichen Maschine mit schwarzen zu arbeiten. Schwarze Dienstboten erhalten einen ungleich geringeren Lohn als weiße. In allen Verkehrsmitteln gibt es getrennte Abteile für Weiße und Schwarze. Wie verhält sich in dieser Lage die Kirche?

Die Kirche hat lange Zeit hindurch die Tradition aufrechterhalten, die sich zur Zeit der Sklaverei eingebürgert hatte: die Ortskirche stand den katholischen Schwarzen offen; aber sie hielten sich von den Weißen getrennt. Sie nahmen beim Gottesdienst die hintersten Bänke ein. Sie gehörten selbstverständlich nicht den Pfarrvereinen an. Manche besonders energische Geistliche setzten durch, daß sie wenigstens mit den Weißen gemeinsam an die Kommunionbank treten durften. Diese Verhältnisse machten es jedoch fast unmöglich, daß sich unter den Schwarzen Priesterberufe kundgaben.

Seit etwa zehn Jahren haben die Bischöfe von Louisiana eine andere Regelung eingeführt: sie haben eigene schwarze Pfarreien gegründet. Viele Schwierigkeiten sind damit ausgeschaltet worden: die Schwarzen brauchen sich nicht mehr als minderwertige Gemeindemitglieder zu fühlen, brauchen nicht mehr rein passiv dabei zu sein. Sie haben sämtliche Kirchenbänke zu ihrer Verfügung; sie können kommunizieren, wann sie wollen; sie können ihre eigenen Pfarrvereine gründen, allerdings immer noch unter Leitung eines weißen Klerus.

Auch die weiße Bevölkerung fühlt sich erleichtert. Keine Neger mehr in der Kirche: man ist unter sich, unter „anständigen Leuten"! Man braucht sich nicht mehr zu beunruhigen über „ihre" wachsende Zahl, über den „abstoßenden Anblick" der schwärzesten, über die Unverschämtheit der hellsten (denn es gibt infolge der unglaublichen Rassenmischung solche mit blondem Haar und kaum angedeuteten negriden Zügen). Man kann das Evangelium vom Zöllner und Pharisäer wieder anhören, ohne im Gewissen beunruhigt zu werden.

Das „rosige" Christentum für die Schwarzen

Aber wie zeigt sich nun den Schwarzen das Christentum in ihren eigenen Kirchen, ihren eigenen Pfarreien? Die Kirchen sind arm und wirken etwas provisorisch, doch sehr sauber, und das wäre in Ordnung. Ihr Schmuck jedoch besteht aus billigen Gipsfiguren, die den Schwarzen alles, was ihnen verehrungswürdig ist, „rosig" darstellen: rosig ist die Herz-Jesu-Statue, rosig die Engel, rosig der hl. Michael, Jeanne d'Arc (auch sie wird ihnen zur Verehrung vorgesetzt), der hl. Joseph, die Muttergottes. Das alles suggeriert ihnen, daß Heilige und Engel und Gott selber rosig sind, weiß, der hellsten der weißen Völkergruppen angehörig; nicht einmal die spanischen Heiligen oder die Leute aus Palästina werden mit dunklem Typ dargestellt. Es gibt nur einen einzigen dunkeln Heiligen, den man aber selten in ihren Kirchen findet: den hl. Martin de Pores, einen Dominikanerkonversen, der irgendwo in Südamerika gelebt hat: einer von den ihren. Müßte man nicht, um die Schwarzen vollkommen in die Gemeinschaft der Kirche aufzunehmen, ihnen das Gefühl geben, daß sie auch zu der Familie der Heiligen Zutritt haben? Holz und Metalle könnten leicht die nötige Tönung hergeben (das beweist ja die afrikanisch-christliche Kunst), oder zum mindesten dürfte man, wenn man bemalte Statuen aufstellen will, sie nicht immer nur rosig malen.

In der gleichen Weise muß man die Kirchenmusik in den Negerkirchen kritisieren. Nicht daß man in den Kirchen für die Schwarzen auch nur versuchte, den gregorianischen Gesang einzuführen: man läßt sie süßliche französische Lieder singen. Dabei gibt es die erschütternde religiöse Musik der „Negro-Spirituals". Priester, die diese benutzen, bilden eine ganz seltene Ausnahme. Allerdings muß hier zur Erklärung gesagt werden, daß die Negro-Spirituals auf ausgesprochen protestantischem Boden gewachsen sind und der ekstatischen Religiosität von Menschen Ausdruck geben, die, von einem tiefen Schuldgefühl niedergedrückt, sich plötzlich befreit fühlen: der katholische Klerus schreckt vor dieser Maßlosigkeit zurück und möchte eher eine rationale Bindung an die Glaubenslehren in seinen Gemeinden fördern; darin findet er Unterstützung bei gewissen „fortgeschrittenen" Negern, die sich darin gefallen, die kühle angelsächsische Art nachzuahmen. Das will aber nur besagen, daß sich dieser Schatz echten Ausdrucks des religiösen Empfindens der Schwarzen nicht von heute auf morgen in die katholische Kirche übertragen läßt, daß es vielmehr eines verständnisvollen Klerus dazu bedarf, der ihn den wahren Bedürfnissen anpaßt, daß man jedoch alles tun sollte, um auch auf diesem Gebiet die Schwarzen nicht zu einem „rosigen" Christentum zu zwingen, sondern sie in ihrer eigensten Art aufzunehmen.

Priester, die Fremde sind

Wie in den meisten „Ländern der Ungleichheit" gibt es in Louisiana nur wenige schwarze Priester; die weitaus größere Zahl ist gegenüber ihrer Gemeinde in dreifacher Weise fremd: es sind Weiße; sie kommen aus einem anderen Land (in diesem Fall aus den Nordstaaten); und sie sind Ordensleute. Der Klerus in den weißen Pfarreien ist einheimisch, er rekrutiert sich zum größten Teil in den Südstaaten selber. Er besteht aus Weltgeistlichen, die dem Bischof unterstehen. Er gehört in die Gesellschaftsordnung

der weißen Bevölkerung. Aber die Ordensleute, die die schwarze Bevölkerung betreuen, sind in einer ganz anderen Position. Sie kommen aus dem Norden, und schon darum sind sie den Südstaatlern verdächtig; die Nordstaaten haben ja vor Zeiten den Sklavenaufstand gestützt und dann den Sklavenkrieg entfesselt. Man hält sie von vornherein für Leute, die „die Verhältnisse nicht verstehen". Sie kamen auch in der Tat bis vor kurzem aus ihren Seminaren mit dem Bewußtsein, sich für die Predigt bei den Schwarzen zu „opfern", eine ganz besonders undankbare und niedrige Aufgabe auf sich zu nehmen; sie nannten sich selber die „Lumpensammler Gottes". Hier hat der Heilige Vater eingegriffen, auf dessen Veranlassung sie heute eine gründliche soziale Ausbildung erhalten, die sich vor allem auf die päpstlichen Sozialenzykliken stützt. Dadurch bekommen sie eine richtigere Vorstellung von der Bedeutung und Berechtigung sozialer Kämpfe, von der Wichtigkeit sozialer Gerechtigkeit. Aber noch sind diese jungen Priester zu schwach im Vergleich zu den älteren, zu vereinzelt, um durchgreifend wirken zu können. Jedenfalls hat man immer noch den Eindruck, daß die Priester im ganzen nicht im Leben ihrer Pfarrkinder darinstehen, daß sie immer noch nicht wissen, wie ihre Gemeinde eigentlich lebt und was sie bewegt. Zwar leiden sie gewiß unter dem Elend ihrer Schäflein, unter ihrer Armut und ihren Lastern. Aber der Kontakt ist so wenig eng, daß sie selber nicht wissen, ob sie eigentlich bei ihren Pfarrkindern etwas gelten oder nicht. Wie sollen sie da eine lebendige christliche Gemeinschaft ins Leben rufen? Dieses Problem ist ganz typisch für alle Länder der „Ungleichheit" mit weißem Klerus. Der Priester kann seine Leute nicht da aufsuchen, wo sie arbeiten und leiden, an den Stätten, an die kein Weißer vordringt. In der Eisenbahn, im Autobus, im Theater sitzt er bei den Weißen. Er hat Stimmrecht. Und doch hat er anderseits keinerlei Einfluß auf seine eigene Rasse. Er kann die Gesetze nicht ändern und die Anliegen seiner Gemeindemitglieder nicht zur Sprache bringen, weil er dafür viel zu isoliert ist. Das einzige, was er tun kann, ist, den Glauben lebendig erhalten und vor allem, wenn möglich, Priesterberufe unter seinen Schwarzen wecken, die dann einmal wirklich Priester ihres Volkes sein können.

Das schwarze Laienapostolat

Von den schwarzen Laien, so meint Paule Verdet, ist in erster Linie die Zukunft abhängig, in Louisiana wie in allen Ländern mit weißen und schwarzen Einwohnern. Die Pfarrvereine (Katholische Männer, Katholische Frauen, Katholische Jugend) sind jedoch nicht der Boden, von dem aus ein Apostolat zu erwarten wäre. Sie sind bei den Schwarzen Nordamerikas ebenso wie bei den Weißen vorwiegend gesellschaftliche Angelegenheiten, von denen man sich sozialen Aufstieg verspricht.

Auch das Bildungswesen bringt kaum Revolutionäre hervor. Die meisten Schwarzen kommen nicht über eine sehr unzureichende Volksschulbildung hinaus (die Volksschule für Schwarze ist nur 5—6 Monate im Jahr offen; im Sommer müssen die Kinder arbeiten gehen). In New-Orleans besteht ein katholisches College ausschließlich für Schwarze, das einzige in den ganzen Vereinigten Staaten; sie erhalten dort eine ausgezeichnete Bildung, es gibt sehr gute Dozenten und viele Stipendien für arme Studenten, so daß Arme und Reiche das College besuchen können. Sehr kultivierte Männer und Frauen gehen daraus hervor, die ihren Weg in den freien Berufen oder im Handel machen. Aber sie erhalten nicht den Geist, der auf Neuerungen drängt, und nur selten fühlt sich einer von ihnen zum Apostolat berufen. Es genügt offenbar nicht, eingeborene Eliten zu schaffen, denn diese eignen sich, hier wie in allen Kolonialländern, die Kultur und Gedankenwelt der herrschenden Rasse an; sie verlieren nur zu leicht den Kontakt mit dem Volk ihrer Herkunft, ja sie fangen oft genug selber an, es auszubeuten. Man müßte die breite Masse der Schwarzen erreichen, um sie zu dem Niveau emporzuheben, auf das sie doch ein Recht haben, sogar ein verfassungsmäßiges Recht. Man müßte sie dazu bringen, sich gemeinsam ihrer Rechte bewußt zu werden, so daß sie sie reklamierten, ebenso die wirtschaftlichen Hilfsmittel, die für jeden Bürger der Vereinigten Staaten bestehen, wie das Recht auf Zusammenschluß zu Kooperativen, wie das Recht auf Lehrer, Sozialhelferinnen, Ärzte. Sie müßten lernen, daß es andere Mittel zum Fortschritt gibt als den Konkurrenzkampf, nämlich den Zusammenschluß. In Wirklichkeit jedoch können heute nur von Fall zu Fall die jeweiligen Umstände benutzt werden. Dazu fehlt es freilich nicht an Gelegenheit. Um nur ein Beispiel zu nennen: wenn die Gemeinde kein Geld hat, eine Gemeindehelferin zu bezahlen, muß man die Gemeindemitglieder dazu bringen, sie reihum zu beköstigen, so daß sie durch den Beitrag aller doch existieren kann.

Allerdings: immer wieder geschieht es, daß die weißen Glaubensgenossen die Selbsthilfebemühungen der Schwarzen zunichte machen, weil sie die Konkurrenz fürchten. Wäre das aber nicht der Moment, wo die Kirche eingreifen müßte? Wenn sie ihren schwarzen Kindern helfen will, darf sie ihre weißen Kinder nicht ungezügelt lassen. Hier kann die Kirche viel tun, wenn sie mit Ernst das Wort Gottes predigt. Sie muß den Weißen die grundlegendsten Forderungen der christlichen Liebe immer wieder vor Augen halten, und zwar mit einfachen und eindeutigen Worten, nicht nur mit vorsichtigen Andeutungen. Auch die weißen Laien haben hier eine vordringliche Aufgabe, und hier ist auch in der Tat auf praktischem Gebiet in der letzten Zeit wirklich einiges geschehen. An erster Stelle stehen hier die Gewerkschaften, die die vollkommene Gleichheit der Rassen durchgeführt haben, da sie dem weißen Proletariat den Nutzen dieser Gleichstellung haben klarmachen können. Allerdings ist dieser Fortschritt vorläufig ausschließlich auf die großen Städte beschränkt. Gemischte Zusammenkünfte weißer und schwarzer katholischer Intellektueller sind in Louisiana immer noch ein Wagnis (während sie in den Nordstaaten schon eine größere Anhängerschaft gefunden haben; vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 4, Heft 7, S. 323); nur eine kleine Zahl reifer Menschen ist dazu bereit. Eine kleine Zahl hat damit vielleicht die Zukunft des Glaubens in der Hand, wie er sich in den „Ländern der Ungleichheit" bewähren muß.

Eine Klage, die Anklage ist

Die Klage der schwarzen Bürger Louisianas, die hier vor der Mutter Kirche erhoben wird, der sie angehören, ist an sich schon wichtig genug, wenn sie auch nur ein fernes, begrenztes Territorium betrifft. Aber sie ist in Wahrheit nur eine Stimme in einer viel allgemeineren Klage. Nicht als ob es nicht auch Länder gäbe, in denen die Kirche jene Ungleichheit der ihr angehörigen Kinder schon besser überbrückt hätte als in Louisiana; nicht als ob es nicht Missionsländer mit großen eingeborenen Priesterschaften gäbe und nicht Künstler, die die heiligen Gestalten in die Formen ihrer Rasse übertragen hätten (die Ausstellung

der Kunst der Missionsländer in Rom im Heiligen Jahr hat das zu unserer Kenntnis gebracht), so daß der Neger, der Javaner, der Chinese die heilige Geschichte als eine auch ihm gehörige Geschichte erfährt. Aber das Unrecht, das die weiße Rasse den Farbigen tut, indem sie sie als Menschen minderer Art von sich absperrt, ist nur eine extreme Form der Ungerechtigkeit, die Menschengruppen überhaupt gegeneinander begehen — Wertungen, die nichts mit den menschlichen Werten zu tun haben, sondern auf Äußerlichkeiten gegründet sind, auf „Zufälligkeiten", wie es eine schwarze Haut ist: eine Ungerechtigkeit, deren sich Christen schuldig machen. Wir haben selber erlebt, wie eine Menschengruppe um ihres Blutes willen verfolgt und vernichtet worden ist: die Juden. Wir kennen den Haß, den die Angehörigen eines Volkes gegen die eines anderen hegen nur um ihrer Gruppenzugehörigkeit willen. Aber — so sagt O. Mannoni in seiner Studie „La plainte du Noir" im „Esprit", die dem Wesen dieser Ungerechtigkeit auf den Grund geht — der Jude konnte in vielen Fällen (und soweit es sich nur um sein persönliches Vorhandensein in einer Menge, nicht um Papiere und dergleichen handelte) noch die Chance haben, unbemerkt zu bleiben (unter Südeuropäern fällt sein Typ kaum auf): der Schwarze inmitten von Weißen dagegen trägt seine Andersheit unausweichlich zur Schau, die Absurdität seines Schicksals ist offenkundiger als alle anderen.

So vereinigt sich die Klage des Schwarzen wohl mit der aller Unterdrückten, und jeder Fortschritt, der zur Befreiung der Unterdrückten überhaupt gemacht wird, gilt ihm mit Recht als ein Fortschritt auch für ihn. Aber wenn sein Leiden auch zu einem großen Teil mit dem aller anderen Entrechteten übereinstimmt, so hat es doch noch eine besondere Bedeutung, und für uns wird daran die Wurzel des Übels überhaupt besonders deutlich. Da das Elend des Schwarzen übergroß ist, setzt er ihm wohl meist eine ihm eigene Resignation entgegen; aber zugleich hat er auch eine ihm eigene Hoffnung: die auf eine vollständige Änderung der menschlichen Beziehungen überhaupt. Nur das würde in der Tat genug sein.

Denn es ist nicht genug, daß der Weiße den Schwarzen annimmt als einen Menschen wie jeden andern. Gewiß, zuerst einmal muß er als Mensch anerkannt werden, aber dann, und fast ebenso dringlich, gerade als Mensch anderer Art, gerade als Neger. Es ist nicht genug, über seine Schwärze hinwegzusehen und so zu tun, als ob er ein Weißer wäre; er hat einen Anspruch darauf, gerade als das anerkannt zu werden, was er ist: ein Neger. Gewiß, heute gibt es Weiße, die das Leben der Schwarzen mitleben, die ihre Leiden mit ihnen teilen, die für sie ins Gefängnis gehen und die Verachtung der anderen Weißen auf sich nehmen. Aber wie verschieden trotz allem das Rassegefühl auf beiden Seiten ist, kann man sich klar machen, wenn man sich vorstellt, was es für einen solchen Weißen, der gleichsam als Schwarzer mit weißer Haut lebt, bedeutet, daß es ihm nicht gelingt, schwarz zu sein: er wird nicht übermäßig darunter leiden, daß er kein wirklicher Schwarzer ist. Aber ein Neger, der unter „guten" Weißen lebt, empfindet in einer ganz anderen, dunkeln Weise seine Unfähigkeit, ein Weißer mit schwarzer Haut zu sein. Nach schwarzem Rechtsgefühl hat der Weiße ohne weiteres ein Recht, weiß zu sein. Nach weißem Rechtsgefühl erhält der Schwarze das Recht, Mensch zu sein, aber dann muß er immer noch einen schmerzlichen Kampf darum führen, ein Schwarzer sein zu dürfen. Und so zeigt sich, daß unserer Gerechtigkeit etwas fehlt. Es ist keine Gerechtigkeit, wenn man so tut, als ob die schwarze Haut nicht zählte, wenn man gleichsam bei dem Schwarzen um seiner verborgenen Qualitäten willen seinen sichtbaren Fehler der Schwarzheit übersieht. Die schwarze Haut des Negers scheint geradezu dazu da zu sein, unserer unvollkommenen Gerechtigkeit die Maske abzureißen und aufzudecken, daß es keine tiefe menschliche Gerechtigkeit ist.

Aber diese Anerkennung des Schwarzen als Schwarzen ist keineswegs leicht. Wo eine wirkliche, vollkommen menschliche Gleichstellung und Gerechtigkeit stattfindet, wird sie noch oft genug falsch interpretiert. Der Weiße, der seine Rassenvorurteile überwindet, fühlt sich dadurch besser, wahrer, menschlicher, und er neigt dann dazu, diese Steigerung seiner selbst dem Wesen des Schwarzen zuzuschreiben: er dichtet ihm eine besondere vitale Kraft, eine unverbildetere biologische Fülle an, die unserer verbrauchten Welt neue Kräfte zuführen könnte. Nichts ist — so sagt Mannoni — falscher als diese Interpretation. Richtig ist, daß der Schwarze seinen Leiden und seinem Mißtrauen plötzliche Ausbrüche eines Befreiungsgefühls verdankt, die den Weißen anstecken. Aber sein eigentlicher Beitrag zu unserem menschlichen Leben ist seine extreme Erfahrung einer absurden Ungerechtigkeit, durch die er die kleinste Nuance von Ungerechtigkeit in unserem Verhalten ihm gegenüber, das geringste Zeichen von Unechtheit in uns selber bloßlegt. So daß gelungene Beziehungen zwischen Schwarzen und Weißen nicht nur Siege über die Rassenvorurteile darstellen, sondern zu Musterbeispielen für menschliche Beziehungen überhaupt werden. Die so extrem entwickelte Empfindlichkeit des Schwarzen gegenüber der Behandlung, die ihm die Weißen zuteil werden lassen, macht uns selber all unsere Mängel in unserem Verhalten untereinander deutlich; denn es zeigt sich, daß die Art, wie wir uns gegeneinander betragen, nicht ausreicht dem Neger gegenüber. Wir fühlen, daß wir eine ganz neue Gerechtigkeit erfinden müßten.

Es wäre ein Irrtum, zu meinen, die Klage des Schwarzen, sein Verlangen nach einem harmonischeren und menschlicheren Gemeinschaftsleben hätte noch, wie manche Ethnologen behaupten, etwas mit einer geheimen Erinnerung an den Urwald und das Stammesleben in ihm zu tun. Alle Hoffnung nimmt bei allen Menschen leicht die Form der Trauer um ein verlorenes Paradies an, und nur in diesem Sinn trauert der Schwarze dem Urwaldleben nach; wirklich aktiv ist diese Erinnerung bei all den Schwarzen, die seit Generationen in Amerika leben, nicht mehr. Ihre Sehnsucht geht auch nicht dahin, nach Afrika zurückzukehren; sondern sie wollen in Amerika als Menschen und Neger anerkannt werden. Sie wollen sich angesichts des Weißen behaupten. Es ist ja, wie F. Fanon sagt, nicht nur ihr Schicksal, schwarz zu sein, sondern schwarz im Angesicht der Weißen zu sein. Daß es Weiße und Schwarze gibt, gehört in die bloße Ordnung der Tatsachen; daß diese Tatsache aber zu einer Situation geführt hat, aus der Klage und Anklage hervorgehen, das dürfte nicht sein. Eben dadurch sind die Schwarzen wie Zeugen, die uns unserer Lüge überführen, da wir für Gerechtigkeit halten, was nicht Gerechtigkeit ist.

Wer ist ein Neger?

Besonders grotesk ist es, daß jene Verachtung, die den Neger in den Vereinigten Staaten, die den Farbigen in den Kolonialländern trifft, ihn zwar eben deswegen trifft,

weil er der farbigen Rasse angehört, und aus keinem anderen Grund; daß aber diese Farbigkeit bei den Mischlingen, die an der „Schmach" des farbigen Blutes mitzutragen haben, oft überhaupt nicht auf den ersten Blick zu erkennen ist. Dann gibt es besondere Merkmale, die untersucht werden müssen, um die Zugehörigkeit eines bestimmten Menschen zu der verachteten Rasse festzustellen; es ist eine ganze Wissenschaft. Die Schranke zwischen den Rassen wird aufs strengste bewahrt, aber die konkrete Grenze ist kaum zu sehen (man denke nur an das Schicksal des Helden in Faulkners Roman „Licht im August"). An diesem Punkt zeigt sich ganz besonders deutlich das Absurde des ganzen Rassenbegriffs und seine Herkunft aus dem Machtstreben der Einen über die andern. Der amerikanische Negerschriftsteller Richard Wright sagt: „Das Wort ‚Schwarzer' hat in Amerika weder einen rassischen noch einen biologischen, sondern einen rein sozialen Sinn, einen hier in Amerika fabrizierten Sinn", und Mannoni, der diesen Ausspruch zitiert, fügt hinzu: dieses Wort hat nie und nirgends einen anderen als einen fabrizierten Sinn. Nur tritt das in Amerika besonders scharf hervor, weil es dort eine ganze Wissenschaft der Unterscheidung gibt. Wer auf Grund dieser einmal zu den Farbigen gezählt wird, für den folgen die Konsequenzen mit reiner Logik daraus: sein Schicksal wird das eines Menschen, der im eigenen Land fremd ist — ein beispielhaftes Schicksal für Millionen ähnlicher, weniger deutlicher Schicksale.

Die Klage des Schwarzen

Langsam wird dem Schwarzen bewußt, was sein Schicksal ist. Zuerst empfindet er naiv: „Warum hat mich dieses Unglück getroffen? Warum sagen sie, daß die Neger böse sind? Ich bin doch nicht böse." Die zweite Stufe ist, daß er sich fragt: „Warum versuchen die Weißen nicht, die Neger zu verstehen, wie die Neger sich selber verstehen? Warum urteilen sie von außen? Warum ist man so böse zu uns, wo wir doch nichts getan haben?" Schließlich nimmt die Klage ihre richtige und gültige Form an: „Warum urteilen die Menschen übereinander, ohne sich zu kennen? Warum wollen sie einander bei jeder Gelegenheit beherrschen?" Und dann kann im Schwarzen das Bewußtsein erwachen, daß seine schwarze Haut, seine Leiden doch vielleicht nicht umsonst sind, weil an diesem absurden Leiden ein Leiden offenbar wird, das alle Menschen angeht. So ist der Schwarze heute auch vielleicht zum wahren Gewissen Amerikas geworden. Er ist der beispielhafte Unterdrückte; er stellt damit aufs deutlichste das Problem der Freiheit — wie wiederum Richard Wright sagt: als einzige Gruppe im heutigen Amerika. Denn der weiße Amerikaner begnügt sich zu leicht mit gutem Gewissen mit einer Scheingerechtigkeit gegenüber diesen Unterdrückten. Das Schicksal der Neger in Amerika ist darum heute immer noch ein Leidensschicksal geblieben, aber vielleicht ist es nicht mehr ein solches völlig unfruchtbaren Leidens.

Darf die Rechtsprechung „verurteilen" und „strafen"?

Seit alters hat die Rechtsprechung — oder, wie man im Mittelalter sagte, die irdische Gerechtigkeit — das Amt gehabt, die zur Ordnung der Gesellschaft, des sozialen Lebens aufgestellten Gesetze zu hüten und ihre Übertretung zu bestrafen, wobei der Übertreter als schuldig auf Grund seiner freien Selbstbestimmung und Verantwortlichkeit angesehen wurde. Dem Richter lag es ob, die Schuld festzustellen und das gerechte Strafmaß zu bestimmen. Seit dem Beginn unsres Jahrhunderts ist diese Auffassung von der Aufgabe der Rechtsprechung jedoch angefochten worden auf Grund eines anderen Menschenbildes, bei dem der Mensch nicht mehr als frei verantwortlich für seine Taten angesehen wurde. Und obwohl heute die extremen Positionen der Deterministen von der Art Lombrosos (gest. 1909) und Ferris (gest. 1926), die das menschliche Handeln als durchaus zwangsläufig ansahen, kaum mehr vertreten werden, so ist doch die Idee der Selbstverantwortung gegenüber früheren Zeiten viel fraglicher geworden. Die moderne Psychologie hat es jedem Richter zu einer schweren Verantwortung gemacht, im einzelnen Fall das Maß der Verantwortlichkeit des Schuldigen zu ermessen, und zugleich ist der Sinn der gesetzlichen Strafe überhaupt neuen Deutungen unterzogen worden. Hat der Mensch das Recht, seinen Mitmenschen zu richten? Hat er, auch als Vertreter des Gesetzes, d. h. der Gesellschaft, das Recht, eine Strafe zu verhängen, die tatsächlich Strafe ist, d. h. Vergeltung für eine Verschuldung, und nicht nur Selbstsicherung der Gesellschaft oder Besserung und Erziehung oder Heilung des Schuldigen? Gerade für den Christen erheben sich diese Fragen heute mit Dringlichkeit, vornehmlich natürlich für den christlichen Richter, da vor unsern Augen Recht nach völlig verschiedenen Maßstäben und Gesichtspunkten gehandhabt wird, hier ängstlich, dort erbarmungslos, und es demgegenüber für den Christen nur einen untrüglichen Maßstab geben wird, nämlich den der wahren Bestimmung des Menschen, mit der seine Stellung auch als Angeklagter, als Schuldiger, als Verbrecher in Übereinstimmung gebracht werden muß.

Über diese wichtige und aktuelle Frage hat der belgische Jesuit P. M. Thiéfry vor katholischen Rechtsanwälten und Richtern des Thomas-Morus-Kreises in Brüssel einen Vortrag gehalten, den die Löwener Jesuitenzeitschrift „Nouvelle Revue Théologique" im Mai dieses Jahres veröffentlicht hat.

Unfreiheit des Willens

Der Christ kann, so sagt P. Thiéfry, natürlich die deterministischen Voraussetzungen solcher Rechtspositivisten, für die Willensfreiheit, voller Gebrauch der geistigen Fähigkeiten, moralische Unterscheidungsgabe, der Unterschied zwischen Gut und Böse, wobei das Böse als Gegensatz zu den Gesetzen Gottes aufgefaßt wird, die Möglichkeit, Impulsen zu widerstehen, die Selbstkontrolle pure Vorurteile sind, nicht mitvollziehen. Anderseits müssen heute infolge der neuen wissenschaftlichen Einsichten die Gründe zu verminderter oder fehlender moralischer Verantwortung von Richter und Rechtsanwalt zweifellos aufs sorgsamste beachtet werden, und zwar nicht nur die klassischen Faktoren wie: Unwissenheit, Unachtsamkeit, schwere Furcht, Gewalt, Trunkenheit, Hypnose, sondern auch die zahlreichen Möglichkeiten von mangelnder Anpassungsfähigkeit, menschlicher Unentwickeltheit, sozialem Infantilismus, die die moderne Psychopathologie immer deutlicher herausarbeitet. Vielleicht muß man sogar zugeben, daß sich im Entstehungsprozeß eines kriminellen Akts immer gewisse Momente finden, die dem Verstand entschlüpfen und den Willen verwirren. Haben doch auch die Beichtväter im Beichtstuhl oft genug den Eindruck,

daß ihre Beichtkinder — die doch noch eine Elite darstellen, weil sie noch „gute Christen" sind — unter Neurosen oder Psychosen leiden, die ihre Verantwortung für gewisse schuldhafte Handlungen vermindern.

Die christliche Auffassung vom freien Willen

Nun ist es allerdings auch klar, daß die christliche Auffassung vom freien Willen nie diejenige Descartes' war, der von einer „absolut unabhängigen und freien Wahlfähigkeit" sprach. Und vielleicht hat gerade die lange Vorherrschaft dieser cartesianischen Definition von Willensfreiheit in der rationalen Psychologie, der juristischen Doktrin, der Kriminologie und selbst in der Askese und Pädagogik seit dem 17. Jahrhundert dazu geführt, daß sich dann die Reaktion dagegen zu Beginn unsres Jahrhunderts erhoben hat. Die Kirche hat die Freiheit des Willens niemals so übersteigert; sie hat immer gewußt, daß „der Geist willig, aber das Fleisch schwach" ist und daß nur Wachen und Gebet gegen die Versuchungen helfen können. Augustinus' Formulierung: „Ich ging wollend, wohin ich nicht wollte", gibt diese Beimischung von Unfreiheit sehr klar wieder. Und doch könnte man bei den meisten der in ihrer Freiheit Geschwächten, die in den Beichtstuhl oder auch vors Tribunal kommen, nicht sagen, daß nun bei Begehung der Tat ihre geistigen Fähigkeiten wirklich verdunkelt oder ihr sittliches Unterscheidungsvermögen wirklich ausgelöscht gewesen seien.
Der christliche Richter und der christliche Advokat muß sich vielmehr stets dessen bewußt sein, daß der Mensch ein freies Wesen ist, daß er also prinzipiell für seine Taten verantwortlich ist, vor der Gesellschaft seiner Mitmenschen ebenso wie vor Gott. Wohl ist seine Freiheit etwas, das er fortschreitend selber erobert, aber sie ist doch zuerst einmal eine Gabe; eine Gabe, die von Anfang an im Keim vorhanden ist, zugleich mit Verstand und Willen, und zwar in jedem Menschen. Tapfere und unermüdliche Arbeit muß diesen Keim entfalten. Mit der auf dieser Freiheit beruhenden Verantwortlichkeit, soweit sie mit der Verantwortung vor dem Gesetz zusammenfällt, hat es die irdische Gerechtigkeit zu tun.
Gegenüber den Unverantwortlichen kann die gesetzliche Autorität natürlich nicht mit Strenge vorgehen. Hier muß sie nur den Sachverhalt feststellen und dann sozialtherapeutische Maßnahmen treffen, je nach dem Zustand des Unglücklichen und der Schwere des Verbrechens.

Rechtsprechung in Absehung von der Willensfreiheit

Doch hier erhebt sich nun die Frage: wann ist jemand unverantwortlich? Sind die bisherigen Kategorien von „normal", „anormal" und „geisteskrank" gegenüber Schuldigen und Verbrechern nicht wirklich durchaus unzureichend?
Auf Grund dieser Schwierigkeit macht sich in der modernen Rechtsliteratur noch eine andere Tendenz bemerkbar: man leugnet nicht, wie im Determinismus, die Willensfreiheit, sondern man sieht von ihr bei der Anwendung des Strafrechts ab. Da doch die menschliche Gerechtigkeit niemals imstande sein wird, den genauen Grad der Verantwortlichkeit bei den Taten festzustellen, über die sie ihren Spruch fällen soll, so zieht diese Richtung es vor, sich um diese Frage nicht zu kümmern. Für sie ist Rechtsprechung dann eine reine Technik der Verteidigung der Gesellschaft oder eine soziale Therapeutik, deren Ziel es ist, der Gesellschaft durch geduldige und gewissermaßen rein wissenschaftliche Wiedereingliederung des Schuldigen oder Verbrechers zu dienen. Völlige Ausscheidung würde nur für die unheilbaren und der Gesellschaft wirklich gefährlichen Fälle angewandt. Der Richter würde zuletzt ein Psychiater und Psycho-Soziologe, ein „Pönologe"; er hätte nicht mehr über die Verantwortlichkeit des Angeklagten zu urteilen, sondern nur den Tatbestand und den bio-psychologischen Zustand des Angeklagten festzustellen und dann die geeignete Sozialbehandlung zu verordnen. Und so hätte dieses Amt schließlich nichts mehr mit Gericht und Gerechtigkeit zu tun.

Die christliche Auffassung von der richterlichen Gewalt

Um diese Tendenz zu beurteilen, müssen wir uns klarmachen, was die richterliche Gewalt nach der Lehre der Kirche im Licht der grundlegenden Prinzipien des Naturrechts und des christlichen Rechts ist. Es ist gewiß nicht Aufgabe der richterlichen Gewalt, das gesamte Sittengesetz zu schützen, vor allem nicht das Verhältnis des einzelnen zu Gott; sondern es liegt ihr ob, die soziale Ordnung zu schützen, d. h. jenen Teil des Sittengesetzes, der die Beziehungen der Menschen untereinander, einzeln und kollektiv, betrifft, soweit diese Ordnung rechtlich erfaßt, d. h. im Gesetz formuliert ist. Es steht ihr also zweifellos zu, bei den Delinquenten und Kriminellen die Verletzungen zu bestrafen, die sie bewußt und absichtlich der sozialen Ordnung zugefügt haben. Eine Schranke findet dieses Recht zur Bestrafung in den Bedürfnissen der öffentlichen Sicherheit. Nur deren Schutz ist ihre Aufgabe.
Von dieser Bestimmung aus läßt sich zu dem Problem der Grenzen zwischen normalem und anormalem Verhalten Stellung nehmen.
Es ist zweifellos richtig, daß diese Grenzen noch sehr unklar sind und es vielleicht immer bleiben werden, ja daß sie auch von Epoche zu Epoche wechseln. Aber man muß sich davor hüten, auf Grund dieser Erkenntnis zu schließen, daß das natürliche und christliche Sittengesetz und Recht sich objektiv gewandelt hätten. Der Wandel hat sich nur subjektiv im individuellen und kollektiven Bewußtsein vollzogen, ein Wandel also des Bewußtseins von den Forderungen des Naturrechts und christlichen Rechts. Zudem ergeben die Gutachten der Ärzte bei Kriminellen und Delinquenten auch keineswegs immer Grenzfälle, sondern häufig genug ganz klare Fälle von verminderter oder fehlender Verantwortung oder anderseits auch von sehr zureichender Einsicht und Freiheit der Entscheidung. Dazu kommt, daß zumindest die Kausalverantwortung selten fehlt, wenn schon der einzelne strafbare Akt nicht in voller Verantwortlichkeit ausgeführt sein mag (so bei Handlungen in der Trunkenheit, wo doch die Verantwortung, sich dem Trunk ergeben zu haben, selten ganz mangelt). Und schließlich darf man sich nicht verleiten lassen, Willensschwäche und Verblendung durch Leidenschaften mit Psychopathie und völliger Aufhebung der Selbstkontrollfähigkeit zu verwechseln. Gerade die christliche Lehre von der Willensfreiheit schließt ja, wie wir schon sagten, diese Schwäche mit ein: darin liegt noch nichts Anormales, es ist die einfache Folge der Erbsünde, über die uns die Offenbarung belehrt. Wir wissen aber, daß wir diese Schwäche mit der Hilfe von oben allmählich überwinden können. Zu der Sünderin hat Christus gesagt: „Geh hin und sündige nicht mehr!" Sie konnte also nichtsündigen.

Wenn man es darauf anlegt, dem Menschen den Geschmack an der Freiheit zu nehmen, dann gibt es kein sichereres Mittel, als ihm immer nur von Behagen und Vergnügen zu reden und den freien Willen wie nicht vorhanden mit Schweigen zu übergehen. Das wirkt sicherer als Gewalt, ja selbst sicherer als die wissenschaftliche Leugnung dieses freien Willens. Denn er ist eine Last und verlangt viele Opfer, vor denen der Mensch nur zu gern die Augen schließt.

Wenn der Richter sich also die Verantwortung seines Amtes nicht von den Psychiatern abnehmen lassen kann trotz aller Grenzfälle, denen er begegnet, so mag er vielleicht mit Bitterkeit sagen, daß er nicht in die Herzen sehen könne, da Gott allein das kann.

Aber wenn das auch wahr ist, folgt daraus nicht, daß jedes Urteil von Menschen über Menschen untersagt wäre, am wenigsten, wenn ein Mensch mit der rechtmäßigen Gewalt über seinesgleichen bekleidet ist, da diese Gewalt ja, wie jede irdische Gewalt, von Gott kommt. Jede menschliche Gewalt kann irren; daraus folgt aber nur, daß alles Erdenkliche getan werden muß, um das Risiko eines solchen Irrtums herabzusetzen. Wer diese Macht in Händen hat, muß in höchstem Maße Klugheit, Weisheit, Unparteilichkeit, vor allem aber auch Demut üben, jene Demut, die ihn das volle Gewicht seiner Verantwortung gegenüber dem menschlichen Schicksal empfinden läßt, über das er im Interesse der Öffentlichkeit zu urteilen hat. Selbstverständlich also fühlt sich der christliche Richter mehr als jeder andere verpflichtet, von den neuen Erkenntnissen der Medizin und Psychologie in der Rechtsprechung Gebrauch zu machen, in der Einsicht, daß die Gesetze nicht blind angewandt werden können, sondern die Persönlichkeit des Straffälligen sorgfältig ins Auge gefaßt werden muß. „Gott will ja nicht den Tod des Sünders, sondern daß er sich bekehre und lebe"; auch für den Straffälligen heißt das, daß er zu einem würdigen und freien Leben zurückgeführt werden soll, nachdem er seine Tat gebüßt und nach Kräften wiedergutgemacht hat. Doch ist diese so wünschenswerte Erziehung und Wiedereinordnung des Schuldigen in die Gesellschaft eben nicht das eigentliche Wesen der irdischen Rechtsprechung; sie muß zurücktreten hinter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der öffentlichen Ordnung. Und dabei kann nicht von der Verantwortlichkeit des Menschen abgesehen und darum auch nicht die Verhängung der Strafe als Aufgabe der Rechtsprechung geleugnet werden. Die Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung ist praktisch nicht möglich ohne die Berufung auf das sittliche Gewissen des Bürgers und darum auch nicht ohne Urteil über die Strafbarkeit der Handlungen, die diese verletzen. Die bürgerliche Ordnung ist ein Teil der sittlichen Ordnung, insofern sie zu einer menschlichen Lebensordnung gehört; und jede dieses Namens würdige menschliche Lebensordnung ist gegründet auf die Vernunft und die Zustimmung des freien Willens, selbst wenn sie zu gesetzlichen Zwangsmaßnahmen greifen muß, um mit den Widerstrebenden und Asozialen fertig zu werden. Eben darum leuchtet ja auch das gerechte Gesetz dem Gewissen ein. Wollte man das Gesetz gegen die Straffälligen und Kriminellen anwenden und dabei von ihrer Selbstverantwortung absehen, indem man sich enthielte, die Strafe als Strafe zu bemessen, so würde man eine untermenschliche Methode zum Schutz der menschlichen Ordnung anwenden, eine bloße Verteidigungstechnik, die in Wahrheit nur gegenüber Geisteskranken, schwer Anormalen und Tieren angebracht ist. Und auch eine Besserung der Straffälligen ist nur dann zu erreichen, wenn man sich an ihr Gewissen wendet. Ein Brüsseler Rechtsanwalt hat in einer Schrift über die heutige Auffassung vom freien Willen die für den Richter und Rechtsbeistand notwendige Haltung gegenüber dem Schuldigen so formuliert: „Für jeden, der sich mit der Persönlichkeit eines Straffälligen beschäftigt, um ihn zu strafen, zu verteidigen oder zu bessern, ist es das Hauptproblem, ihn unter dem Gesichtspunkt der Verantwortlichkeit zu beurteilen". Das ist in der Tat das Hauptproblem. Ohne es kann es keine Rechtsprechung und folglich auch keine menschenwürdige Ordnung geben, vielleicht sogar überhaupt keine Ordnung mehr.

Die Strafe als Vergeltung

Es bleibt nun noch ein Punkt zu untersuchen, nämlich der Vergeltungs- und Bußcharakter des traditionellen Strafrechts. Viele, die nicht so weit gehen, von der Verantwortlichkeit absehen zu wollen, halten doch diesen Charakter unseres Strafrechts für einen Anachronismus und einen unerfreulichen Mißbrauch der Macht des Menschen über den Menschen. Ihrer Meinung nach sollte die Strafe vor allem einen vorbeugenden Charakter haben, sowohl hinsichtlich des Einzelnen wie hinsichtlich der Gesamtheit. Sie sollte den Schuldigen womöglich bessern, ihm aber jedenfalls die Lust nehmen, rückfällig zu werden, und andere abschrecken, das gleiche zu tun. Die Gesellschaft hat aber ihrer Meinung nach kein Recht, Vergeltung zu üben oder dem Schuldigen eine Buße aufzuerlegen.

Abweichend von der Lehre der Scholastik haben sich auch verschiedene katholische Moraltheologen dieser Auffassung angeschlossen (so u. a. auch P. Cathrein SJ, „Philosophia Moralis in usum scholarum", Freiburg 1906). Die Scholastik dagegen hält an der überlieferten Auffassung fest, daß es ein spezifisches gerechtes Recht der Vergeltung gibt, das der richterlichen Gewalt als dem rechtmäßigen Organ der bürgerlichen Gesellschaft zusteht. Erst seit der Renaissance haben katholische Moraltheologen dieses allgemein in Geltung befindliche Recht auch begründet. Sie haben es auf die verschiedenste Weise getan, einige, indem sie den Charakter der Buße und Wiedergutmachung dieser Rechtsprechung betonen, andere, indem sie die Wiederherstellung der verletzten Ordnung als ihr Ziel unterstreichen. Das Problem gehört jedenfalls zu denen, die in der katholischen Kirche frei diskutiert werden können.

Beachtenswert ist, daß die Kirche selber in ihrem positiven Recht, dem kanonischen Recht, zweierlei Strafen kennt: sogenannte Heilstrafen (die Zensuren) und Vergeltungsstrafen. Zur Definition dieser letzteren heißt es in Can. 2286: „Der unmittelbare und eigentliche Zweck der Vergeltungsstrafe ist die Abbüßung des Vergehens, so daß die Nachlassung dieser Strafe nicht von der Besserung des Schuldigen abhängt." Auch die Vergeltungsstrafe der Kirche besteht natürlich im Entzug gewisser spiritueller Güter (der Sakramente, des kirchlichen Begräbnisses usw.), aber sie hat ihr Ziel nicht mit der Besserung des Schuldigen erreicht, sondern mit der Aufwiegung der Tat.

Es muß festgehalten werden, daß die Kirche bei der Verhängung dieser Strafen nicht ihre spezifisch göttliche Macht, die der „Stellvertretung", ausübt. Sie tut es vielmehr auf Grund einer menschlichen Rechtsvollmacht, die ihr zusteht, insofern sie eine sichtbare vollkommene, organisierte und hierarchische Gesellschaft ist, und zwar zu

dem ihr eigenen Zweck: der Förderung der Seelen. Diese übernatürliche Bestimmung der Maßnahmen ihrer richterlichen Gewalt nehmen diesen aber nicht ihren wesentlich menschlichen Charakter, den man nicht verwechseln darf mit der göttlichen Natur ihrer sakramentalen Jurisdiktionsgewalt.

Eben darum kann man von der Haltung der Kirche in diesem Bereich Schlüsse ziehen für die irdische Rechtsprechung und die Einstellung der Christen zu dieser.

Der erste Schluß ist der, daß die Idee einer Vergeltungsgerechtigkeit an sich nicht widerchristlich oder unmenschlich ist, daß sie auch kein anachronistisches Überbleibsel mittelalterlichen Wehrgelds oder ein Äquivalent der Bußgelder halbwilder Völker ist, wie manche behaupten. Es liegt auch kein Grund vor, nur der kirchlichen Gerichtsbarkeit, die eben doch zum menschlichen Bereich der Kirche gehört, ein solches Vergeltungsrecht zuzugestehen, der bürgerlichen Gesellschaft aber nicht. Denn auch diese hat nach einem begangenen Verbrechen die verletzte Ordnung nicht nur für die Zukunft zu schützen, sondern auch wiederherzustellen. Dann aber ist auch der Schluß zu ziehen, daß die einzige Idee von Vergeltungsrecht, die für die menschliche Rechtsprechung annehmbar ist, so daß es nicht in die ausschließlichen Rechte des göttlichen Gerichts übergreift, die ist, daß dieses Recht beschränkt ist auf die Bestrafung absichtlicher Übertretungen des Gesetzes, die zu Verletzungen der Gesellschaft führen, oder mit andern Worten, auf die Wiedergutmachung sittlicher Verschuldungen, soweit sie sozial in Erscheinung treten. Nicht als ob wir nun die Neueinführung solcher Vergeltungs- oder Bußstrafen in die Rechtsprechung fordern sollten; wohl aber sollten wir bedenken, daß Strafen überhaupt wohl auch diesen Aspekt einer gesunden öffentlichen Vergeltung, neben dem der Vorbeugung oder der sozialen Neuerziehung, haben dürfen. Vielleicht ist es sogar schwierig, der Strafe einen erzieherischen Wert zuzuschreiben, wenn sie nicht zugleich auch den Charakter einer Vergeltung und Buße hat.

Wenn es also wohlbegründet ist, daß man sich heute mehr als früher um die Wiedererziehung und Besserung des Schuldigen kümmert, so hieße es doch den Menschen früher oder später in seinen eigenen Augen degradieren, wenn man ihn auf seine rein biologischen oder psychophysiologischen Dimensionen reduzieren wollte, während doch in Wahrheit erst seine sittliche Dimension sein wahres Wesen ausmacht. In unseren Tagen ist die Versuchung nur zu groß, den Menschen als eine verbesserungsfähige Maschine zu behandeln, der man mit reiner Technik beikommen könnte, ohne die menschliche Seele zu beachten. Diese Gefahr besteht überall, für Ärzte, Wirtschaftler, Industrielle, Politiker. Demgegenüber muß der Christ betonen, daß überall der Mensch gilt, auch im Gerichtssaal und im Strafvollzug. Die Menschenwürde muß überall geachtet werden, auch im schuldigen, im herabgesunkenen Menschen. Und hier gerade, indem man ihn als Menschen verteidigt und verurteilt, nicht als willenlosen Spielball seiner Drüsentätigkeit, seiner Instinkte. Gerade damit kann er vor sich selbst gerettet werden und sein eigenes Wesen als das eines geistigen Geschöpfes, eines Kindes Gottes wiederfinden.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

FILOGRASSI, G., SJ. *La tradizione divino-apostolica e il magistero ecclesiastico.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 102 Nr. 2426 (21. Juli 1951) S. 137—147.

Verteidigung des katholischen Traditionsbegriffs gegen die Angriffe, die von protestantischer Seite wieder anläßlich der Dogmenverkündigung von Mariä Himmelfahrt erhoben worden sind. Die Argumente sind die des Tridentinums und des Vatikanums, in denen die Art des Wirkens des Heiligen Geistes zur Reinerhaltung der Tradition und der Schriftinterpretation formuliert worden ist.

ROUQUETTE, Robert. *Les „Deux Étandards" en Basse-Bretagne.* In: Etudes Juli/August 1951 S. 40—59.

Als der neue Selige, Julien Maunoir, im 17. Jhdt. die Bretagne missionierte, fand er dort einen Tiefstand des Glaubens, des sittlichen Lebens, des Menschen überhaupt, der dem unsrer Tage nicht nachsteht. Seine Tätigkeit brachte geradezu einen „Einbruch des Heiligen Geistes" und eine bis heute fortwirkende Bekehrung. Im Unterschied zu Unglaube und Sittenlosigkeit unsrer Tage war aber die religiöse Substanz noch stark, wenn auch schlafend: sie brach auf in Wundern und Visionen jener „beiden Armeen", von deren Kampf der hl. Ignatius von Loyola sprach. Sehr interessant wegen der Parallelen zur Gegenwart.

Philosophie

BOCHENSKI, J. M., OP. *On Sowjet Philosophy.* In: The Review of Politics Vol. 13 Nr. 3 (Juli 1951) S. 344—353.

Der philosophische Charakter des Bolschewismus wird im Westen infolge der dort herrschenden positivistischen Einstellung vielfach übersehen. B. gibt eine kurz zusammengefaßte Darstellung der „Sowjetphilosophie" und ihrer Rolle und erörtert ihre Anziehungskraft für die westliche Intelligenz, die im wesentlichen auf ihrem „romantischen" Aspekt beruht.

CONRAD-MARTIUS, Hedwig, und EMMERICH, Kurt. *Die Endlichkeit der Welt. Ein Disput.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 6 (August 1951) S. 574—587.

Ein beneidenswert einstimmiges Gespräch, das aus dem Blickpunkt der Realontologie den Umschwung der Physik durch die Relativitätstheorie und verwandte Entdeckungen diskutiert. Die Einsicht der Physik in die Endlichkeit (obzwar Unbegrenztheit) des Kosmos wird als ein für die Metaphysik bedeutsames Ereignis gefeiert.

LAND, P. S., SJ., und KLUBERTANZ, G. B., SJ. *Practical Reason, Social Fact and the Vocational Order.* In: The Modern Schoolman Vol. XXVIII Nr. 4 (May 1951) S. 239—266.

Zur Klarlegung des Konfliktes der rationalen Methode der Moraltheologen und der positivistischen der Soziologen wird eine Untersuchung über die Theorie der praktischen Erkenntnis bei Aristoteles und St. Thomas angestellt und ihre Ergebnisse in der Anwendung auf die Frage der berufsständischen Ordnung überprüft.

LOTZ, Johannes Bapt. *Zur Geschichtlichkeit des Menschen.* In: Scholastik Jhg. 26 Heft 3 (1951) S. 321—341.

Die sehr aktuelle Frage wird hier dem scholastischen Philosophieren — wenn es sich nicht aus dem philosophischen Gespräch der Gegenwart als Partner ausschließen will — als vordringlichster Gegenstand hingestellt. Den Ansatz für die Bewältigung gibt Thomas von Aquin mit dem Begriff der reditio completa. Der zu sich selbst auf dem Weg seiende Mensch kann immer nur zu Teilverwirklichungen auf dem Grunde der vorgegebenen Ganzheit seines Wesens kommen. Diese Ganzheit und Ständigkeit des Wesens schließt nicht aus, sondern begründet erst die endliche Freiheit der geschichtlichen Entscheidung. Die Kürze des Aufsatzes verhindert offenbar eine völlige Klärung des Verhältnisses der bleibenden Wesenheit des Menschen und der Situationsgebundenheit der Wahl.

LÖWITH, Karl. *Natur und Geschichte.* In: Die Neue Rundschau Jhg. 62 Heft 1 (1951) S. 65—79.

Die gesamte abendländische Geistesgeschichte wird aus dem Begriffsverhältnis Natur und Geschichte in kurzer Skizzierung geklärt. Der Gegensatz, der erst mit Descartes aufbricht und wechselweise den Sinngehalt der Natur selbst wie den der Natürlichkeit des Menschen zerstört, ist ein Produkt der „Entfremdung von der natürlichen Theologie der Antike und von der übernatürlichen Theologie des Christentums". Für den im Weltall nicht mehr heimischen Menschen wird die Sinnfrage innerhalb der Geschichte absolut relevant. Der Existentialismus (sehr weit gefaßt) zeigt sich als äußerstes Extrem in diesem Prozeß der Subjektivierung.

Kultur

BERNHART, Josef. *Denken und Dichten.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 6 (August 1951) S. 525—537.

Der bekannte Denker, Dichter, Theologe und Historiker, der am 8. August seinen 70. Geburtstag feierte, bringt uns hier aus seinem weiten Wissen einen glänzenden Essay, der mit der naiven Trennung und Unterscheidung des Denkens und Dichtens aufräumt und ihren gemeinsamen Ursprung im Wesen der Schöpfung aufweist, die sich fortwährend selbst dämmert und und Tag wird.

CALDERON, Beltrao. O *Solidarismo de H. Pesch marcha a frente.* In: Latinoamerica Jhg. 3 Nr. 27 (März 1951) S. 113/114.

„Staatslexikon", „Lexikon für Theologie und Kirche", neuerdings die „Beiträge zum Wörterbuch der Politik" beweisen dem brasilianischen Beobachter, daß P. Peschs Solidarismus von seinen Schülern Nell-Breuning, Gundlach und Schwer erfolgreich fortgesetzt wird, die berufsständische Ordnung zum Leitmotiv einer katholischen Sozialreform auf weite Sicht wurde, die die Entproletarisierung ohne Klassenkampf im natürlich gegebenen Rahmen verfolgt.

DAWSON, Christopher. *The Christian View of History.* In: Blackfriars Jhg. XXXII Nr. 376/77 (Juli/August 1951) S. 310—327.

Das Christentum kennt keine „Geschichtsphilosophie", die durch philosophische Reflexion über die Geschichte entstünde, Geschichte ist ihm ein Wesenselement. Es gibt christliche Geschichte und christliche Geschichtstheologie: es geht darin um Gottes Handeln mit den Menschen und die Erfüllung der Pläne Gottes in der Kirche. Die Neuzeit vollzog eine Säkularisierung dieses Geschichtsbegriffes, die im Marxismus gipfelt. Jedoch nur das christliche Geschichtsbewußtsein wird mit dem unbekannten und unvorhersagbaren Element im Geschichtlichen fertig.

FARRÉ, Luis. *Diez años de filosofía argentina.* In: Revista de la Universidad de Buenos Aires Jhg. VI Nr. 13 (1950) S. 141—222.

Der nicht unbeachtliche Beitrag Südamerikas zum philosophischen Fortschritt geht in Argentinien auf folgende Gruppen zurück: Modernisten, zumeist aus deutscher Schule, und Scholastiker revidierter oder orthodoxer Kategorie, erstere am zahlreichsten. Nach völliger Überwindung des Positivismus ist fremder Einfluß immer noch sehr stark. Grundsätzliche Überlegungen werden gerne angestellt, aus eigener Jugendlichkeit — und um der „Mode" willen, letzteres aber unwissenschaftlich und volkstümlich — vergänglich.

HEER, Friedrich. *Die Wiedergeburt des Vaters.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 76 Heft 11 (August 1951) S. 321—331.

Das echte Gebet und die echte Religiosität beruht auf einem ursprünglichen und untergründigen „Trauen" auf Gott als den Vater. Heer zeigt in einer historischen Studie, daß es das eigentliche Geschehen der Neuzeit war, die Bedeutungsgehalte von „König" und „Vater" zu zerstören, daß hierin der Grund der Religions- und Familienkrise liegt. Alle bewußten und gewollten Restaurationsversuche vervollständigen den Auflösungsprozeß. Helfen kann nur die scheinbar willenlose Hingabe und das Wachstum des Bruder-Gedankens unter den Christen, aus ihm kann wieder ein volles Vater-Bewußtsein entstehen.

HIPPEL, Ernst von. *Rousseaus Staatslehre als Mystik des Materialismus.* In: Neues Abendland Jhg. 6 Heft 7 (Juli 1951) S. 337—345.

Rousseau, der Naturschwärmer, der zwischen edlen und niederen Trieben gespaltene Mensch, der verworrene Denker hat in seiner Sehnsucht nach einem verlorenen Paradies, das doch nur Arkadien war, in seinem „Contrat social", so dilettantisch er als Konzept ist, doch schon all die grauenhaften Merkmale des modernen Staates gezeichnet und zum Ideal erhoben: Absolutheitsanspruch, Intoleranz, Zwang, Negation der Familie, der natürlichen Gemeinschaften, der Religion — und hat damit Schule gemacht.

SCHOEPS, Hans Joachim. *Theologische Motive in der Dichtung Franz Kafkas.* In: Die Neue Rundschau Jhg. 62 Heft 1 (1951) S. 21—37.

Wie in Pascal oder Kierkegaard spiegelt sich in Kafka ein religiöser Hintergrund, der alle irdischen Sachverhalte in ein neues Licht stellt. Nur die jüdische Theologie kennt das Phänomen echter Unheilsgeschichte, die bei Kafka unmittelbar beschrieben wird. Einzelanalysen befestigen diese Grundthese über eine „Theologie des Abgefallenseins".

SCHREY, Heinz-Horst. *Die Wiedergeburt des Naturrechts.* In: Theologische Rundschau Jhg. 19 Heft 1 (1951) S. 21—75.

In ausführlicher Weise wird die Geschichte des Rechtsdenkens wiedergegeben, um die Grundlage für die gegenwärtige Diskussion auf juristischer und theologischer Ebene zu gewinnen. Im ersten Teil des Aufsatzes findet die katholische Literatur eine eingehende Würdigung. Ein weiterer Teil folgt.

SÖHNGEN, Gottlieb. *Humanismus und Technik.* In: Theologie und Glaube Jhg. 41 Heft 3 (1951) S. 211—233.

Wohlgegliederte und eingehende Untersuchung, aus der sich nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Notwendigkeit einer Einheit des homo sapiens und des homo faber, der Bildung und der Technik ergibt. Ziel bleibt aber die „Zurückführung der Menschenkünste auf die Gottesweisheit". Diese reductio ist nichts anderes als die Sinnerfüllung des werktätigen Schaffens.

VANN, Gerald, OP. *Retreat into Reality.* In: Blackfriars Jhg. XXXII Nr. 376/77 (Juli/August 1951) S. 328—333.

Die moderne Welt unterdrückt die Wirklichkeit des Menschen, der sich vor dieser Unterdrückung in die Unwirklichkeit des Rausches oder der Phantasie flüchtet. Katholische Romane können nicht umhin, dies traurige Bild der Welt wiederzugeben. Was tragen sie zu ihrer Heilung bei? An Graham Greene und Mauriac wird gezeigt, daß sie unsern Begriff von Heiligkeit und Liebe verinnerlichen. Kein Rückzug aus der Welt, sondern ein Rückzug in das Innere der Welt ist die Aufgabe.

Kunst und Religion. Sondernummer von „Das Kunstwerk", Jhg. 5, Heft 1 (1951).

Diese sehr schön ausgestattete, an sich keineswegs religiös gerichtete Zeitschrift findet die Beziehung zwischen Religion und Kunst wichtig genug, ihr ein Sonderheft zu widmen, in dem neben frühmittelalterlicher und romanischer Kunst insbesondere auch die christliche Kunst der Gegenwart und das Verhältnis der Kirche zur modernen Kunst (Kirche von Assy, Kapelle von Matisse in Vance usw., moderne deutsche Kirchenkunst) zu Worte kommt. Auseinandersetzung mit Sedlmayr nimmt der Herausgeber Leopold Zahn auf. Richard Seewald ist in Wort und Bild vertreten. Proben aus christlicher Kunst der Missionsländer. „Der Glaube ist die Quelle der Kunst, und die Kunst ist ihrem Wesen nach religiös."

Politisches und soziales Leben

DESSAUER, Philipp. *Die Politik des Antichrist. Eine Skizze zur Prophetie der Apokalypse.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 6 Heft 6 (Juni 1951) S. 405—415.

Ein Versuch zur Scheidung echter und verfallender Politik. Die Wirkformen des selbst unsichtbar bleibenden, sich aber seiner „Wolfspropheten" bedienenden Satans werden hier in den Modi des Zeitgeistes aufgezeigt. Seine Herrschaft verdirbt alles, zuletzt noch sich selbst.

D'SOUZA, Jerome, SJ. *A New Constitution for an Old Land.* In: The Commonweal Vol. LIV Nr. 14 (13. Juli 1951) S. 329 bis 331.

Der bekannte Direktor des Indischen Instituts für Sozialstudien in Poona erläutert die Ergänzungen zur indischen Verfassung, die eine besondere Förderung der zurückgebliebenen Klassen, Erleichterungen der Nationalisierung bestimmter Industrien und Einschränkungen der Rede- und Pressefreiheit vorsehen.

FRANCIS, E. K. *History and the Social Sciences.* In: The Review of Politics Vol. 13 Nr. 3 (Juli 1951) S. 354—374.

Ein Überblick über die methodologischen Diskussionen in den Gesellschaftswissenschaften. Die neueste Tendenz geht auf eine Re-integration ihrer in eine Vielfalt aufgespaltenen spezialisierten Disziplinen.

GURIAN, Waldemar. *Stalin.* In: Hochland Jhg. 43 Heft 6 (August 1951) S. 554—573.

Diese biographische Skizze bringt manches Lehrreiche zur Psychologie des Totalitarismus bei und zeigt, wie die Technik der Macht die Ideologie dirigiert und wie umgekehrt die Ideologie eine Praxis des Herrschens fordert und gebiert.

DE SOUSA, C. H. O *nivel de vida da população portuguesa.* In: Broteria (Februar 1951) S. 137—151.

In Portugal gab es immer schon Widerstände gegen eine Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards, was in der Politik mit Knappheit der Rohstoffreserven entschuldigt wurde. Auch jetzt haben die vom Kriege betroffenen Völker Portugal bereits von neuem überholt, kraft einer besonderen Willensleistung, an der es in Portugal gebricht, weil man sich apathisch an die kärglichen Umstände gewöhnt hat und nicht aktiv aufzubegehren wagt.

TOYNBEE, Arnold. *The Impact of the West on Asia.* In: The Commonweal Vol. LIV Nr. 15 (20. Juli 1951) S. 351—354.

Der Osten hat durch die Übernahme der Technik des Westens auch eine Reihe neuer sozialer Probleme übernommen. Rußland bietet eine Lösung an. Kann der Westen dieser Lösung einen eigenen Weg zum Frieden entgegensetzen? Er müßte dazu über sich selbst hinauswachsen.

Condition prolétarienne et lutte ouvrière. In: Esprit Jhg. 19 Nr. 7/8 (Juli/August 1951).

Esprit hat eine Doppelnummer dem Problem Proletariat und Arbeiterbewegung gewidmet. Ein erster Teil (Beiträge von F. Jeanson, J. Plaquevent, E. Rideau und J.-R. Rabier) definiert das Wesen der proletarischen Existenz (nicht Armut und Unsicherheit allein, sondern revolutionäres Bewußtsein, Klassenkampf), seine Existenz gegenüber dem Bürgertum und in dessen Bewußtsein. Ein zweiter Teil analysiert die Existenzbedingungen (M. Delbrêl, G. Friedmann, J. Daric), ein dritter bringt zahlreiche Dokumente zur Darstellung des proletarischen Bewußtseins. J.-M. Domenach schreibt über den Kampf der Arbeiter, J. Lacroix über Proletariat und Philosophie. Dokumente belegen die verschiedenen Thesen. Die Redaktion hat ihre Stellung gegenüber dem Phänomen Proletariat zum Schluß in einer Zusammenfassung der verschiedenen Tatsachen, Statistiken und Zeugnisse dargelegt: die Zukunft muß eine Befreiung des Proletariats sein, oder sie wird Katastrophe; aber Befreiung des Proletariats nur insofern, als diese zugleich als Befreiung aller, nicht als Machtkampf aufgefaßt wird.

Chronik des katholischen Lebens

ARMSTRONG, A. H. *Catholics and the University.* In: Blackfriars Jhg. XXXII Nr. 376/77 (Juli/August 1951) S. 334 bis 339.

Die Frage der katholischen Universität wird nur beschränkt bejaht. Die Bedeutung der katholischen Universitätsgemeinden und Universitätsseelsorger wird hervorgehoben. Der katholische Universitätslehrer sollte etwas vom „Philosophen" im alten Sinne haben. Wenn seine Philosophie oder Theologie notwendigerweise „unscholastisch" ist, soll das verständnisvoll hingenommen werden.

CUADRA, P. A. *La Via Dolorosa del Catolicismo Nicaraguense.* In: Latinoamerica Jhg. 3 Nr. 29 (Mai 1951) S. 222—223.

Wie auch sonst in Spanisch-Amerika wurde die Kirche Nikaraguas im 19. Jahrhundert einem doppelseitigen Angriff unterworfen: im Innern der Liberalismus, von außen der angelsächsische „protestantische Imperialismus", was zusammen Verfolgungen, Unterdrückung und Verarmung mit sich brachte, das Land anstatt mit 1500 nur mit 200 Priestern zurückließ. Das Jesuitenseminar in Granada, das beste in Mittelamerika, hatte längere Zeit nur alle 2—3 Jahre einen Weihekandidaten, jetzt doch schon jährlich zwei oder drei, obwohl der laizistische, den kirchlichen Schulen feindliche Liberalismus Öffentlichkeit und Staatsverfassung immer noch kontrolliert.

ENGELMANN, Ursmar. *Arbeitermönche?* In: Benediktinische Monatschrift Jhg. 27 Heft 7/8 S. 319—322.

Die Forderung nach einem den Zeitproblemen und der Massen-Missionierung aufgeschlossenen Mönchtum, nach dem Arbeitermönch, wird hier strikt abgelehnt. Die Abgeschlossenheit seines Lebens und die Zeit- und Weltenthobenheit gehöre unbedingt zum Wesen des Mönches und entbinde ihn von Zwecken jeder Art.

GRAHAM A. Robert. *The Vatican's Press Relations.* In: America Vol. 85 Nr. 16 (21. Juli 1951) S. 398—399.

Es ist nicht leicht, die Bedürfnisse eines Journalisten nach aktuellen täglichen Neuigkeiten mit den Gewohnheiten einer Institution, die in Jahrtausenden denkt, zu harmonisieren. Jedoch ist die vatikanische Bürokratie auch den legitimen Bedürfnissen nach Unterrichtung nicht gewachsen, wenn auch Versuche zu einer Modernisierung vorhanden sind.

LAFARGE, John, SJ. *Reconstructing a divided Germany.* In: America Vol. 85 Nr. 17 (28. Juli 1951) S. 417—418.

Der Mitherausgeber der Wochenschrift der amerikanischen Jesuiten berichtet von Reiseeindrücken aus Deutschland. Er ist beeindruckt von dem Wiederaufleben eines systematischen Unterrichts in der christlichen Soziallehre an Universitäten und Seminarien, beklagt den Fehler der amerikanischen Besatzungsbehörden, nur über- oder nichtkonfessionelle Einrichtungen zu unterstützen, und berichtet über die Tätigkeit der Betriebs-Männerwerke und der CAJ.

POLLET, Jacques, *Zur Situation des Flüchtlings in der Diaspora.* In: Caritas Jhg. 52 Heft 5/6 (Mai/Juni 1951) S. 110—117.

Man sieht an dieser sorgfältigen Studie, wie, ausgehend von den Problemstellungen der religionssoziologischen Wissenschaft, in das Feld der sozialen Frage vorgedrungen wird und hier konkrete Aufgaben und Notwendigkeiten, auch die Möglichkeiten ihrer Erfüllung, entdeckt werden.

PRESALDE, Ali. *Primera Semana Social Católica.* In: Semanario Católico Nr. 1253/54 (Mai 1951) S. 23.

Die erste Sozialwoche der Kubanischen Katholischen Aktion (14.—18. Mai 1951), die als eine Art „Wanderuniversität" zu bezeichnen ist, galt zuerst ganz sachlichen Problemen der Wirtschaft, d. h. hier des Zuckerplantagenbaus. Daneben rein menschlichen Themen: gerechter Lohn, Arbeitsbedingungen und deren Besserung. Erweiterung und Wiederholung dieser wichtigen Tagung, deren „Seele" Kubas aktivster Sozialreformer, P. Foyaca SJ (HK S. 299) ist, steht bevor.

Chronik des ökumenischen Lebens

BAUMGÄRTEL, Friedrich. *Erwägungen zur Darstellung der Theologie des Alten Testaments.* In: Theologische Literaturzeitung Nr. 5 Sp. 257—272.

Der Erlanger Alttestamentler gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der „Alttestamentlichen Theologie" seit dem ersten Weltkrieg und die Bedeutung ihrer Methoden für die dogmatische Disziplin. Dabei finden besondere Beachtung die Werke von Eichrodt und Procksch.

BENKTSON, Benkt-Erik. *Zur Frage der theologischen Methode bei Karl Barth.* In: Theologische Literaturzeitung Nr. 5 Sp. 385—392.

Der schwedische Gelehrte kommt in seiner kritischen Durchleuchtung der Methode Barths zu ähnlichen Ergebnissen wie der in Schweden wirkende Dominikaner J. Hamer in seinem Buch „Karl Barth" (Desclée de Brouwer, Paris 1949): Barths Methode, das theologische Denken des natürlichen Menschen in immer neuen Anläufen zu vernichten, sei okkasionalistisch.

BULTMANN, Rudolf. *Das christologische Bekenntnis des Ökumenischen Rates.* In: Evangelische Theologie 1951 Heft 1 (Juli) S. 1—13.

Dieser auf dem freisinnigen Theologentag der Schweiz gehaltene Vortrag ist die beste wissenschaftliche Analyse der völlig unzureichenden „christologischen Basis" des Ökumenischen Rates. An Hand einer exakten Prüfung der Titel Jesu im NT weist B. nach, daß die Amsterdamer Formel die Problematik des Chalcedonense einfach unterschlägt, wie es der Liberalismus getan habe. Eine Bestätigung unserer zahlreichen Hinweise in den Berichten über die tatsächliche Entwicklung des Ökumenischen Rates, besonders seiner amerikanischen Zweige.

CLARK, Elmer T. *Non-Theological Factors in Religious Diversity.* In: Ecumenical Review July 1951 S. 347—356.

Der Schriftleiter der methodistischen Missionszeitschrift in USA ergänzt die Arbeit von Jenkins (s. u.) und schildert die wichtigsten nicht-theologischen Gründe für die Aufspaltung des amerikanischen Protestantismus in rund 400 Gemeinschaften: soziologische, nationale, rassische und psychologische Faktoren; z. B. wirke das methodistische Bischofsamt spaltend, weil es die Persönlichkeit überbetone.

COBHAM, J. O. *Theologische Tendenzen in der Kirche von England.* In: Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung 1951 Nr. 14 S. 213—217.

Ein ins Deutsche übersetzter Rundfunkvortrag der BBC, der eine kurze Orientierung über die drei beherrschenden Richtungen innerhalb der Kirche von England gibt, der Evangelicals, Tractarians und Modernists, und besonders die Arbeit der beiden Exegeten Edwyn C. Hoskyns und C. H. Dodd würdigt.

GROSS, Erwin. *Der politische Glaube der Kirche.* In: Deutsches Pfarrerblatt Nr. 15 S. 441—444.

Der erste Aufsatz einer Folge, die sich sehr kritisch mit den religiösen Leitartikeln von Hans Zehrer, Hauptschriftleiter des von Landesbischof D. Hanns Lilje herausgegebenen „Sonntagsblatts" beschäftigt und dem Verfasser unchristlichen Determinismus und falsche Prophetie nachweisen möchte. Besonders wird die politische Theologie von der Kirche als der „dritten Kraft" abgelehnt.

JENKINS, Daniel. *The Ecumenical Movement and its „Non-Theological Factors".* In: Ecumenical Review July 1951 S. 339 bis 346.

Der jetzt in Chikago lehrende englische Kongregationalist untersucht die sozialen Bedingungen der verschiedenen Denominationen, wobei er besonders auf die Gründe der Konversionen freikirchlicher Kreise aus Methodismus und Baptismus zur episkopalen und zur römisch-katholischen Kirche hinweist. Das Zusammenströmen verschiedenster Denominationen in neu gegründeten Industrieorten mache die Bildung „ökumenischer Gemeinden" erforderlich. Man müsse auch, besonders für Ozeanschiffe, an die Einrichtung ökumenischer Kaplaneien denken, die Angehörige aller protestantischen Gemeinschaften betreuen könnten.

KÄSEMANN, Ernst. *Begründet der neutestamentliche Kanon die Einheit der Kirche?* In: Evangelische Theologie 1951 Heft 1 S. 13—21.

Der jetzt in Göttingen wirkende Exeget verneint die Frage, weil das NT das Vorhandensein einer Fülle verschiedener Konfessionen in der Urchristenheit erweise, mit z. T. erheblichen Lehrgegensätzen. Der Kanon begründe dagegen die Vielzahl der Konfessionen. Man könnte die Schrift nicht mehr wie früher als ganze dem Katholizismus entgegenhalten und mit dem sogenannten Formalprinzip des Protestantismus aufwarten. „Der neutestamentliche Kanon steht nicht zwischen Judentum und Frühkatholizismus, sondern gewährt in sich wie dem Judentum so auch dem Frühkatholizismus Raum und Basis."

STÄHLIN, Wilhelm. *Zu dem Marienbuch von Hans Asmussen.* In: Deutsches Pfarrerblatt Nr. 12 S. 345—349.

Eine verständnisvolle, die Gedanken Asmussens ausführlich verteidigende und sie kritisch weiterführende Besprechung, die an dieser Stelle große Beachtung verdient. Der Landesbischof verfehlt allerdings nicht, das „bibelfremde Dogma" Mariae Assumptio abzulehnen.

VILLAIN, Maurice. *Mystique catholique et mystique protestante.* In: Irénikon XXIV (1951) S. 145—165.

Eine Analyse des Unterschiedes katholischer Mystik, die auf der Lehre von der heiligmachenden Gnade beruht, zur reformierten Mystik, die den Katholiken vorwirft, sie respektiere nicht die heilige Grenze zur Gottheit, sondern treibe heidnische Vergottung. Indessen sei der protestantische Glaube als Antwort des Menschen auf die Gottesliebe und die Art seiner „Communion" mit der Hl. Schrift in der Praxis echte Mystik.

ZEEDEN, Ernst W. *Über die innere Entwicklungsgeschichte des Protestantismus seit der Reformation.* In: Theologie und Glaube Jhg. 41 Heft 3 (1951) S. 218—242.

Darstellung des Schicksals der protestantischen Welt, ihrer Nöte und ihrer augenblicklichen Tendenzen. Die evangelische Erneuerungsbewegung wird mit der Entwicklung des Katholizismus parallelisiert; besonders wird hingewiesen auf die einzelnen Schritte einer Annäherung der beiden Konfessionen. Die Frage der Einen Kirche wird offen gelassen, dafür aber nach Formen und Möglichkeiten eines Zusammenschlusses Ausschau gehalten.

1950 K 2643 V

VR
1950 K 2643

Herder-Korrespondenz

ORBIS CATHOLICUS

Oktober 1950

Der deutsche Katholikentag in Altötting und Passau

Die Enzyklika „Humani generis"

Vorschläge zur Brevierreform

Der evangelische Kirchentag in Essen

Das ungarische Kirchenabkommen

Der Kommunismus in Italien

Die Soziale Woche Frankreichs

HEFT 1

JAHRGANG V

Kb 190 40

U.B. TÜB.
-3. OKT. 1950

Inhalt des Heftes

Die 74. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Altötting und Passau 1

Die Vertretertagung in Altötting S. 2 — Die Tage von Passau S. 11

Ökumenische Nachrichten 22

Weichenstellungen auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag S. 22 — „Das Heil und das Wohl". Eine Warnung von Asmussen S. 22 — „Entweder — oder" S. 23 — Zur Ekklesiologie des Ökumenischen Rates S. 23 — Die Lage in der russischen Auslandskirche S. 24

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit 25

Die Enzyklika „Humani generis" S. 25 — Das Dekret zur Seligsprechung Papst Pius' X. S. 32

Die Kirche in den Ländern 33

Das ungarische Kirchenabkommen S. 33

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens 35

Vorschläge zur Brevierreform S. 35

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens 36

Die „Soziale Woche" Frankreichs: die bäuerliche Welt in der modernen Wirtschaft S. 36 — Brief aus Italien: Die Situation der Kommunisten S. 42

Aktuelle Zeitschriftenschau 46

Die Herder-Korrespondenz erscheint monatlich im Umfang von 48 Seiten. Preis des Heftes 2.50 DM zuzüglich Versandspesen. Bezugsmöglichkeiten durch den Buchhandel oder durch den Verlag Herder & Co., Freiburg i. Br., Johanniterstraße 4. *Zahlungsmöglichkeiten* auf Postscheckkonto Freiburg i. Br. Nr. 505, auf Konto Nr. 50 der Öffentlichen Sparkasse Freiburg i. Br., auf Konto Nr. 8637 der Süddeutschen Kreditanstalt Freiburg i. Br. oder auf unser Konto beim Bankhaus J. A. Krebs, Freiburg i. Br.

Schriftleitung: Karlheinz Schmidthüs (Hauptschriftleiter) und Dr. Lili Sertorius. Anschrift der Schriftleitung: Freiburg i. Br., Johanniterstr. 4. Druck: Herder-Druckerei, Freiburg i. Br.

Genehmigt von der Direction de l'Information G. M. Baden-Baden 21. Januar 1946

16. JAN. 1961

15. JUNI 1965

27. OKT. 1966

21. 1. 72

23. MAI 1973

14. AUG. 1981

6.50